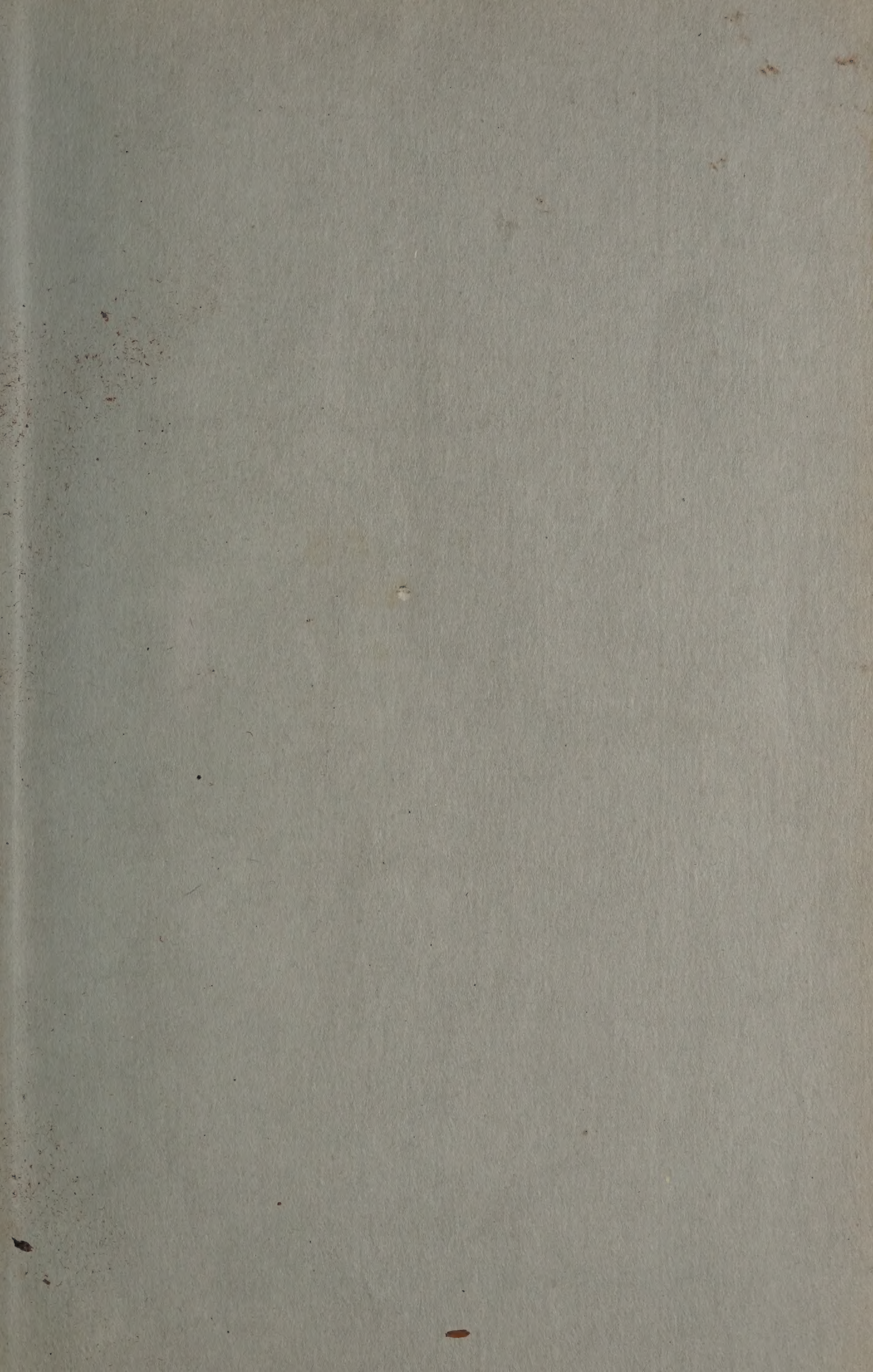
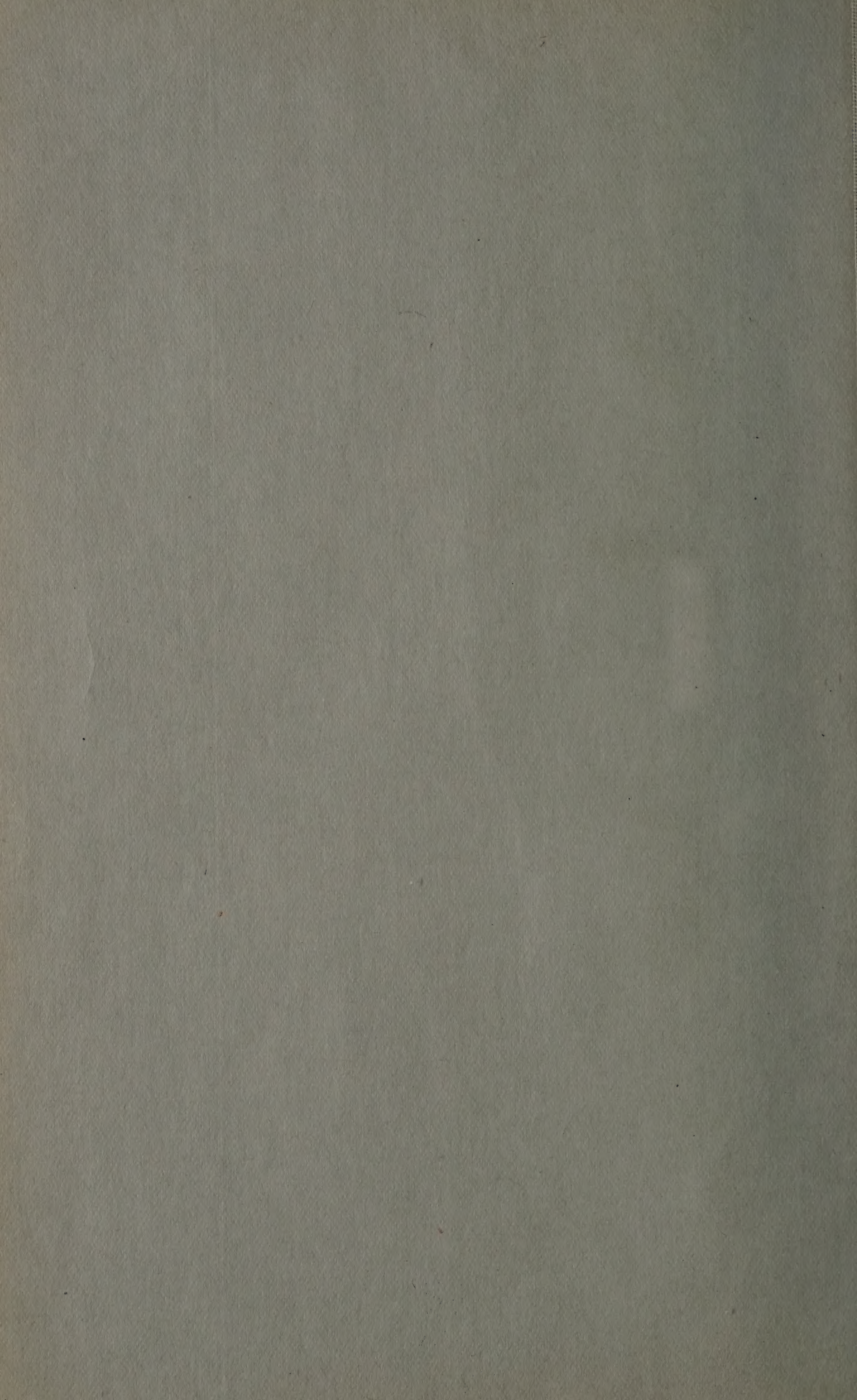
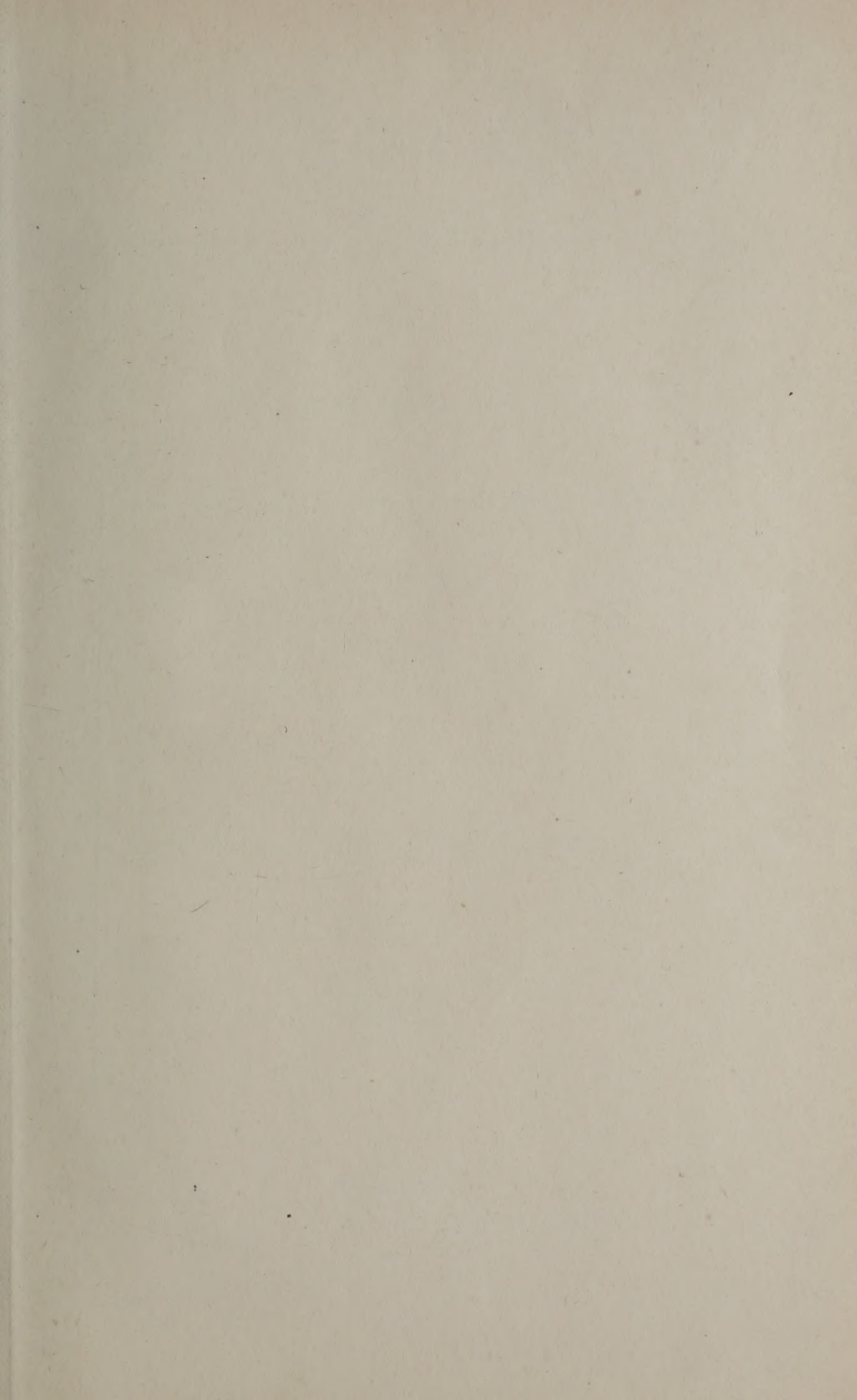
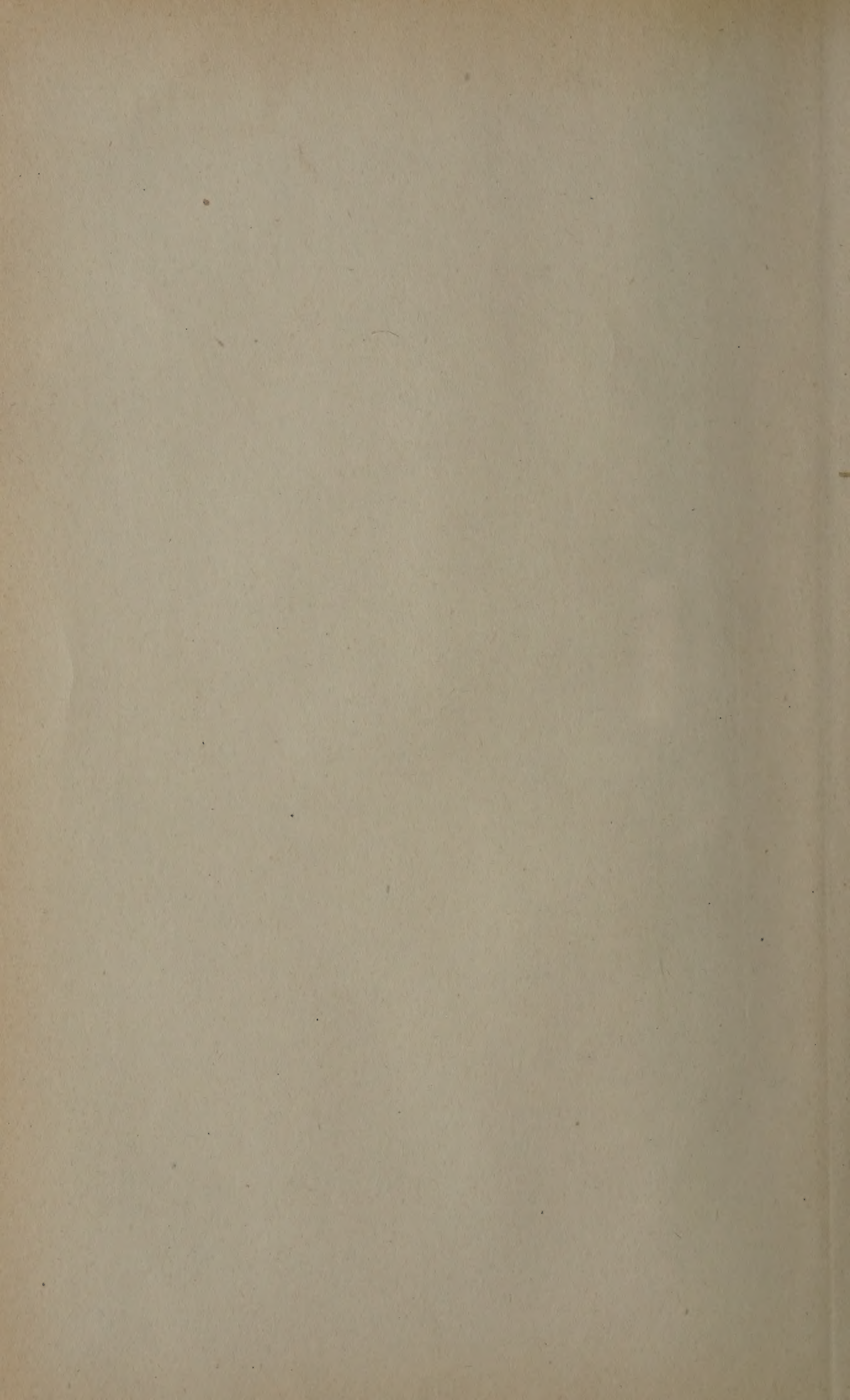



I'm green
>30% Biobased
Verified by ASTM D6866
CoLibrì
Made in Italy









Die Neue Zeit.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens.

Unter ständiger Mitarbeiterschaft
von
Aug. Bebel, Ed. Bernstein, Paul Lafargue, Wilh. Liebknecht,
Fr. Mehring, F. A. Sorge u. A.

redigirt
von
Karl Kautsky.

Siebzehnter Jahrgang. Erster Band.



Stuttgart.
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.)
1899.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichniß.

(A. bedeutet Artikel, N. Notiz, R. Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Zeitgeschichte und soziale Zustände.

(Siehe auch II. und VI.)

1. Amerika, Asien, Australien.

2. Deutschland.

3. England.

4. Frankreich.

5. Italien.

6. Niederlande.

7. Oesterreich-Ungarn.

8. Rußland.

9. Schweiz.

II. Sozialismus und politische Oekonomie.

(Siehe auch I., III. und VI.)

1. Allgemeines, Statistik.

2. Geschichte des Sozialismus.

3. Frauenfrage.

4. Gewerkschaftswesen.

5. Agrarfrage.

III. Geschichte, Urgeschichte und Ethnologie.

IV. Kunst.

V. Naturwissenschaften, Hygiene, Technik.

VI. Vermischtes (Pädagogik, Militärfrage etc.)

VII. Feuilleton, Skizzen und Novellen.



Nr. 2. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Bilanz eines Menschenalters.

Berlin, 28. September 1898.

Vor einem Menschenalter, im Herbst 1868, stand die deutsche Politik unter dem Zeichen der Arbeiterfrage, wie sie heute, im Herbst 1898, darunter steht. Die Hamburger Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, der Nürnberger Verbandstag der Deutschen Arbeiterbildungsvereine, der Berliner Gewerkschaftskongreß, der Brüsseler Kongreß der Internationalen lenkten die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich; an jede der drei großen Klassen, in welche die moderne bürgerliche Gesellschaft zerfällt, trat die Frage heran, wie sie sich zu dem gewaltigsten Problem des Jahrhunderts stellen wolle. Proletariat, Bourgeoisie, Aristokratie durften mit ihrer Antwort nicht länger zögern.

So sehr die ersten proletarischen Lebensregungen die herrschenden Klassen erschreckten, so waren sie doch verhältnißmäßig noch schwach. Das geht schon aus den Präsenzziffern jener Kongresse und Versammlungen hervor. In Hamburg waren 7274, in Nürnberg 12356 organisirte Arbeiter vertreten, nach Brüssel hatte Deutschland nur 4 Delegirte entsandt, einzig der Berliner Gewerkschaftskongreß konnte mit seinen 206 Delegirten, hinter denen 142008 Arbeiter standen, einigermaßen bemerkenswerthe Zahlen auf den Tisch werfen. Und die äußerliche Kleinheit dieser Macht wurde keineswegs durch ihre innere Geschlossenheit ersetzt. In Hamburg brach ein schwerer Konflikt aus, weil die Mehrheit der Delegirten von der gewerkschaftlichen Organisation nichts wissen wollte und gewissermaßen zwangsweise dazu überredet werden mußte. In Nürnberg stimmten nur 6480 Arbeiter für die Prinzipien der Internationalen, während 5876 nach wie vor im Schlepptau der Bourgeoisie bleiben wollten, und auch hier konnte sich die Forderung der gewerkschaftlichen Organisation erst nach scharfem Widerstand durchsetzen, der nicht einmal, wie in Hamburg, vom politisch-revolutionären, sondern vom bürgerlich-suppenreformlerischen Standpunkt aus erhoben wurde, von dem geriebenen Kapitalisten Sonnemann, der den gewerkschaftlichen Kampforganisationen der Arbeiter postalische Altersversorgungskassen oder kommunale Arbeitslosenunterstützungskassen oder was sonst unterschieben wollte. In Brüssel drang eine Elementarforderung des wissenschaftlichen Kommunismus, das Gemeineigenthum am Grund und Boden, nur gegen die erbitterte Opposition einer starken

Minderheit durch, und selbst der Berliner Gewerkschaftskongreß brachte die gewerkschaftliche Organisation nur in einer Form fertig, die einerseits neue Keime der Zwietracht in die Arbeiterklasse säte, anderseits, wie Marx von vornherein erkannte, praktisch verfehlt war und bei dem Versuch ihrer praktischen Bethätigung auch bald zerbrach.

Man könnte verwundert fragen, weshalb denn, wenn die Dinge so gelegen hätten, die Bourgeoisie und die Aristokratie von der beginnenden Arbeiterbewegung so erschreckt worden wären. Indessen herrschende Klassen haben einen sehr feinen Instinkt für jede Bedrohung ihrer Herrschaft; sie wittern die Gefahr mit tödtlicher Sicherheit, auch wenn die Gefahr in zunächst sehr ungefährlichen Formen auftritt. Zudem war die Bourgeoisie durch die Erfahrung eines halben Jahrzehnts darüber belehrt, daß jenes nichtswürdige Todtschweigungs- oder Verleumdungssystem, womit Lassalle erschlagen werden sollte, auf die Dauer doch nicht ausreiche, und so machte sie im Herbst 1868 einige neue Versuche, die Arbeiterbewegung in ihre mütterlich würgende Hand zu bekommen.

Die norddeutsche Bourgeoisie gründete, um die selbständige Gewerkschaftsorganisation des Proletariats lahm zu legen, bürgerliche Gewerkvereine, die angeblich auf der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ beruhten. In diesen Vereinen sollten Unternehmer und Arbeiter friedlich wie die Turteltäubchen miteinander hausen; sowohl Unternehmern wie Arbeitern stand der Eintritt frei und der feierlich verkündete Vereinszweck war, die Interessen sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter zu vertreten. Die süddeutsche Bourgeoisie aber gründete die Deutsche Volkspartei, die zwar schon seit ein paar Jahren als Gespenst herumgespukt hatte, aber erst im September 1868 auf einem Kongreß in Stuttgart als greifbare Gestalt ins politische Leben trat. Um die Arbeiter zu betölpeln, erklärte sie ihren „Anschluß an das vom Nürnberger Vereinstag angenommene Programm“, d. h. an die Prinzipien der Internationalen, die wörtlich im Nürnberger Programm enthalten waren, so daß die erstaunte Welt das erhebende Schauspiel genoß, die revolutionäre Fahne des internationalen Proletariats von den tapferen Fäusten Frankfurter und Stuttgarter Bankiers geschwenkt zu sehen.

Die Aristokratie aber, was in diesem historischen Zusammenhang das absolutistische Königthum und die feudale Reaktion bedeutete, nahm im Herbst 1868 gleichfalls ihre besondere Stellung zur Arbeiterfrage. Und zwar, wie nicht verkannt werden darf, die verhältnißmäßig verständigste Stellung, die sie je dazu genommen hat. Seitdem sich die Bourgeoisie nach Königgrätz löblich unterworfen hatte, war das tragikomische Schreckgespenst des „sozialen Königthums“ vorläufig, wenn auch keineswegs für immer, in die Rumpelkammer verwiesen worden, so viel dämmerndes historisches Verständniß war auch dem Junkerschädel eines Bismarck aufgegangen, daß, wenn die von allen Seiten noch schwer bedrohten Erfolge des Jahres 1866 sichergestellt werden sollten, von der waldursprünglichen Rückständigkeit Ostelbiens ein gutes Stück preisgegeben und den Forderungen der modernen bürgerlichen Gesellschaft ein gutes Stück eingeräumt werden müsse. Bismarck hatte damals kein Bedürfniß, das Proletariat durch demagogische Versprechungen gegen die Bourgeoisie aufzureizen, aber er hatte auch kein Bedürfniß, die maßlose Profitwuth der Bourgeoisie durch Knebelung der Arbeiterklasse zu befriedigen: kamen die wirthschaftspolitischen Reformen, zu denen ihn seine Eroberungspolitik zwang, in erster Reihe der Bourgeoisie zu Gute, so waren die Gewerbefreiheit, die Freizügigkeit, die Koalitionsfreiheit doch auch historische Fortschritte für das Proletariat, sei es immerhin nur in dem Sinne, daß sie den Boden ebneten, worauf es seinen Emanzipationskampf nachdrücklich führen konnte.

Namentlich die Koalitionsfreiheit war als eine unbedingte Nothwendigkeit für die Arbeiter sogar schon von dem beschränkt-junkerlichen Handelsminister v. Itzenplitz anerkannt worden, und was noch mehr sagen wollte, preußische Staatsanwälte verzichteten längst darauf, wegen Uebertretung des im Herbst 1868 formell noch bestehenden Koalitionsverbotes Anklagen anzustrengen. Die Verleihung des Koalitionsrechts war damals eine beschlossene und selbstverständliche Sache, wie sie denn auch in der nächsten Session des Reichstags durchgeführt wurde.

Dies war in großen Zügen die Lage der Dinge im Herbst 1868. Seitdem ist ein Menschenalter verflossen, ein langer Zeitraum für das Leben des Menschen, ein flüchtiger Augenblick für das Leben der Menschheit. Und seitdem hat sich das Verhältniß der drei großen Klassen innerhalb der deutschen Grenzen gründlich verschoben. Wie Furcht und Haß seiner Feinde richtig vorhergesehen hatten, hat sich das deutsche Proletariat mächtig und mächtiger entwickelt, nicht durch irgend welche Glückszufälle, sondern in mühsam fortschreitender Anstrengung, Schritt für Schritt den Boden erobernd, von dem es keine Macht der Welt wieder herabwerfen kann. Sieben Jahre brauchte die sozialdemokratische Partei, um alle inneren Wirren zu überwinden; nach zehn Jahren war sie kräftig und stark genug, um in einem zwölfjährigen, klug und kühn geführten Kampfe den Angriff eines modernen Großstaats mit all seinen ungeheuren Machtmitteln siegreich zurückzuschlagen, und aus diesem Kampfe nicht nur als die ziffermäßig stärkste, sondern auch als die prinzipiell geschlossenste aller deutschen Parteien hervorzugehen. Weder die Peitsche noch das Zuckerbrot hatten sie einen Augenblick ihrem Leitsterne untreu zu machen vermocht, dem proletarisch-revolutionären Prinzip, an dessen Panzer alle Drohungen und alle Versuchungen gleich spurlos abgeprallt waren. Und dank diesem Prinzip ist sie seitdem auf der Bahn der Erfolge weiter geschritten, nicht in dem Sturmschritt schwerer Kriegsjahre, aber immer in einem Tempo, das alle bürgerlichen Parteien überflügelte.

Was aber ist aus den sozialen Anläufen geworden, welche die Bourgeoisie im Herbst 1868 nahm? Sie stehen genau auf demselben Flecke, wie damals, vorausgesetzt, daß man sie mit ungewöhnlichem Wohlwollen beurtheilt. Die komische Einbildung der fortschrittlichen Gewerkvereinsmacher, daß der Kapitalismus „wohlgesinnten" Gewerkvereinen gern gewähren würde, was er den „sozialdemokratischen" Gewerkschaften mit Recht versage, erwies sich natürlich bei der ersten Probe aufs Exempel als das, was sie war; diejenigen Arbeiter, die sich einen Augenblick hatten einreden lassen, daß in diesen Vereinen ihre Klasseninteressen gewahrt werden sollten, wurden durch die schmerzlichen Erfahrungen des Waldenburger und Forster Strikes bald eines Besseren belehrt und kamen als verständige Leute zur Sozialdemokratie. Die paar Zehntausende von Mitgliedern, die heute noch den fortschrittlichen Gewerkvereinen angehören, sind entweder politisch rückständige oder solche Arbeiter, die, längst aufgeklärt und deshalb Anhänger der Sozialdemokratie, durch die bekannte „Verbandsschlinge" gehalten werden, Arbeiter, die ihre eingezahlten Beiträge nicht opfern wollen und die fortschrittlichen Gewerkvereine als indifferente Kassenvereine betrachten, was sie im Wesentlichen auch thatsächlich sind. Denn wenn sie den Klasseninteressen der Arbeiter nicht einen Deut genützt haben, so haben sie auch die Klasseninteressen der Bourgeoisie nicht gefördert, wenigstens nicht in besonders gemeinschädlicher Weise. Dreißig Jahre historischer Entwicklung sind spurlos an ihnen vorübergegangen.

Und das Gleiche gilt von der Deutschen Volkspartei. Sie hat, wie im Herbst 1868, so auch im Herbst 1898 ihren Kongreß in Stuttgart abgehalten,

mit schönen Reden und Resolutionen, unentwegt und ganz und voll, aber wenn man die Jahresziffern aus den Berichten striche, so würden die sieben Weisen Griechenlands nicht entscheiden können, ob die sieben Schwaben diese Rede im Jahre 1868 und nicht vielmehr 1898, oder jene Rede im Jahre 1898 und nicht vielmehr 1868 geredet hätten. Das einzige „Ereigniß“ ihres neuesten Kongresses war, daß Sonnemann zum allgemeinen Erstaunen mit seiner „sozialreformlerischen“ Suppenschüssel ausblieb, die er seit ihrer Abweisung durch den Nürnberger Vereinstag jedem volksparteilichen Kongreß auf den Tisch zu setzen pflegte; ob ihm selbst die Geschichte nachgerade zu ledern geworden war oder ob „tiefgreifende prinzipielle Bedenken“ die volksparteiliche Staatsmannschaft zerrütteten, wurde nicht offenbar und ist übrigens außerordentlich gleichgiltig. Außerdem hat die Deutsche Volkspartei seit einem Menschenalter nur den einen Fortschritt gemacht, daß sie, wie erst vor wenigen Jahren geschah, den Unglücklichen, der an ihre einstige Prinzipienerklärung zu Ehren der Internationalen zu erinnern wagt, als leichtfertigen Verleumder verdonnert.

Was aber endlich die Regierung anbetrifft, so hat sie seit dem Herbst 1868 einen Rückmarsch angetreten, für den sich in der ganzen Geschichte nur ein Beispiel anführen läßt. Dies Beispiel liefert das altbourbonische Königthum, das auf Andrängen des bürgerlichen Reformers Turgot die Zünfte aufhob, um den nothdürftigsten Anforderungen der historischen Entwicklung zu genügen, aber dann, von servilen Höflingen und Junkern überredet, die Zünfte wiederherstellte und damit die große französische Revolution unvermeidlich machte. Nur hiermit läßt sich eine Politik vergleichen, die im Herbst 1868 die Koalitionsfreiheit als ein unbedingtes Erforderniß der Arbeiterklasse anerkannte und im Herbst 1898 jeden Arbeiter, der die Koalitionsfreiheit benützt, entehrender Zuchthausstrafe zu unterwerfen beabsichtigt.

Dies also wäre die Bilanz des letzten Menschenalters: ein Proletariat, das dank seiner kraftvoll-revolutionären Politik mächtig und unaufhaltsam und unüberwindlich aufsteigt; eine Bourgeoisie, die, ewig sich in demselben dumpfen Kreise bewegend, von Nichts durch Nichts zu Nichts kommt; eine Regierung, die dank ihrer kraftlos-reaktionären Politik auf jene bourbonische Hilflosigkeit zurückgeworfen ist, über welche die Geschichte längst ihr einstimmiges Urtheil gefällt hat. Die politische Moral aus dieser historischen Bilanz zu ziehen ist überflüssig für Jeden, der aus der Geschichte lernen kann und will; wer daraus aber nicht lernen kann und will, würde auch durch den beredtesten Kommentar nicht überzeugt werden.

Von Paris nach Bern.

Ein Reisefragment von **Friedrich Engels.**

(Schluß.)

II. Burgund.

Briare ist ein alterthümliches Städtchen an der Mündung des Kanals, der die Loire mit der Seine verbindet. Hier orientirte ich mich über die Route und fand es angemessener, statt über Nevers, über Auxerre nach der Schweiz zu gehn. Ich verließ also die Loire und wandte mich über die Berge nach Burgund zu.

Der fruchtbare Charakter des Loirethals nimmt allmählig, aber ziemlich langsam ab. Man steigt unmerkbar und kommt erst fünf bis sechs Meilen von Briare, bei Saint-Sauveur und Saint-Fargeau, in die Anfänge des waldigen, viehzuchttreibenden Gebirgslandes. Der Bergrücken zwischen Yonne und Loire ist

hier schon höher, und diese ganze westliche Seite des Yonne-Departements ist überhaupt ziemlich gebirgig.

In der Gegend von Toucy, sechs Lieues von Auxerre, hörte ich zuerst den eigenthümlichen naiv-breiten Burgunder Dialekt, ein Idiom, das hier und im ganzen eigentlichen Burgund noch einen liebenswürdigen, angenehmen Charakter hat, dagegen in den höheren Gegenden der Franche Comté einen schwerfälligen, plumpen, fast doktoralen Klang annimmt. Es ist wie der naive östreichische Dialekt, der sich allmählig in den groben oberbairischen verwandelt. Das burgundische Idiom betont auf eine merkwürdig unfranzösische Weise stets die Silbe vor derjenigen, welche im guten Französisch den Hauptaccent hat, sie verwandelt das jambische Französisch in ein trochäisches, und verdreht dadurch merkwürdig die feine Accentuirung, die der gebildete Franzose seiner Sprache zu geben weiß. Aber wie gesagt, im eigentlichen Burgund klingt es noch recht nett, und im Munde eines hübschen Mädchens sogar reizend: „Mais, mâ foi, monsieur, je vous demande ûn peu. . . .“

Wenn man vergleichen kann, so ist überhaupt der Burgunder der französische Oestreicher. Naiv, gutmüthig, zutraulich im höchsten Grade, mit viel Mutterwitz innerhalb des gewohnten Lebenskreises, voll naiv komischer Vorstellungen über Alles, was darüber hinausgeht, possierlich ungeschickt in ungewohnten Verhältnissen, stets unverwüstlich heiter, so sind diese guten Leute fast Einer wie der Andre. Man verzeiht dem liebenswürdig gutherzigen burgundischen Bauern noch am allerersten seine gänzliche politische Nullität und seine Schwärmerei für Louis Napoleon.

Die Burgunder haben übrigens unläugbar eine stärkere Beimischung deutschen Bluts als die weiter westlich wohnenden Franzosen; die Haare und der Teint sind heller, die Gestalt etwas größer, namentlich bei den Frauenzimmern, der scharfe kritische Verstand, der schlagende Witz nimmt schon bedeutend ab und wird ersetzt durch ehrlicheren Humor und zuweilen durch einen leisen Anflug von Gemüthlichkeit. Aber das französische heitre Element herrscht noch bedeutend vor, und an sorglosem Leichtsinn gibt der Burgunder Keinem nach.

Die westliche Berggegend des Yonne-Departements lebt hauptsächlich von der Viehzucht. Aber der Franzose ist überall ein schlechter Viehzüchter, und diese burgundischen Rinder fallen gar dünn und klein aus. Doch wird neben der Viehzucht auch viel Kornbau getrieben und überall ein gutes Weizenbrot gegessen.

Die Bauernhäuser nehmen hier auch schon einen deutscheren Charakter an; sie werden wieder größer und vereinigen Wohnung, Scheune und Ställe unter einem Dach; doch ist auch hier die Thür noch meist seitwärts von der Straße oder ganz von ihr abgekehrt.

An dem langen Abhang, der nach Auxerre hinunter führt, sah ich die ersten Burgunder Reben, zum großen Theil noch belastet mit der unerhört reichen Traubenernte des Jahres 1848. An manchen Stöcken sah man fast keine Blätter vor lauter Trauben.

Auxerre ist ein kleines, unebenes, von Innen nicht sehr ansehnliches Städtchen mit einem hübschen Quai an der Yonne und einigen Ansätzen zu jenen Boulevards, ohne die ein französischer Departementshauptort nun einmal nicht sein kann. Zu gewöhnlichen Zeiten muß es gar still und todt sein, und der Präfekt der Yonne muß die Pflichtbälle und Abendessen, die er unter Ludwig Philipp den Notabeln des Ortes zu geben hatte, mit wenig Kosten bestritten haben. Aber jetzt war Auxerre belebt wie es nur Einmal im Jahre belebt ist. Wenn der Bürger Danjoy, Volksrepräsentant, der sich in der Nationalversamm-

lung so sehr darüber skandalisirte, daß bei dem demokratisch-sozialen Bankett von Toulouse das ganze Lokal roth dekorirt war, wenn dieser brave Bürger Danjoy mit mir nach Auxerre gekommen wäre, er hätte vor Entsetzen Krämpfe bekommen. Hier war nicht ein Lokal, hier war die ganze Stadt roth dekorirt. Und welches Roth! Das unzweifelhafteste, unverhüllteste Blutroth färbte die Mauern und Treppen der Häuser, die Blousen und Hemden der Menschen; dunkelrothe Ströme füllten sogar die Rinnsteine und befleckten das Pflaster, und eine unheimlich schwärzliche, rothschäumende Flüssigkeit wurde von bärtigen, unheimlichen Männern in großen Zubern über die Straßen getragen. Die rothe Republik schien mit allen ihren Gräueln zu herrschen, die Guillotine, die Dampfguillotine schien in Permanenz zu sein, die buveurs de sang von denen das Journal des Debats so schauerliche Sagen zu berichten weiß, feierten hier offenbar ihre kannibalischen Orgien. Aber die rothe Republik von Auxerre war sehr unschuldig, es war die rothe Republik der burgundischen Weinlese, und die Blutsäufer, die das edelste Erzeugniß dieser rothen Republik mit so großer Wollust verzehren, sind Niemand anders als die Herren honetten Republikaner selbst, die großen und kleinen Bourgeois von Paris. Und der ehrenwerthe Bürger Danjoy hat in dieser Beziehung auch seine rothen Gelüste trotz dem Besten.

Wer nur in dieser rothen Republik die Taschen voll Geld gehabt hätte! Die Lese von 1848 war so unendlich reich, daß nicht Fässer genug gefunden werden konnten, um all den Wein aufzunehmen. Und dabei von einer Qualität — besser als 46er; ja vielleicht besser als 34er! Von allen Seiten strömten die Bauern herzu, um den noch übrigen 47er zu Spottpreisen — zu zwei Franken die Feuillette von 140 Litern guten Weins — aufzukaufen; zu allen Thoren kamen Wagen auf Wagen mit leeren Fässern herein, und doch wurde man nicht fertig. Ich habe selbst gesehn wie ein Weinhändler in Auxerre mehrere Fässer 47er, ganz guten Weins, auf die Straße auslaufen ließ, um nur Fassung zu bekommen für den neuen Wein, der der Spekulation allerdings ganz andere Aussichten bot. Man versicherte mir, dieser Weinhändler habe in wenig Wochen auf diese Weise bis zu vierzig großen Fässern (fûts) auslaufen lassen.

Nachdem ich in Auxerre mehrere Schoppen des Alten sowohl wie des Neuen zu mir genommen, zog ich über die Yonne, den Bergen des rechten Ufers zu. Die Chaussee geht das Thal entlang; ich nahm indeß die alte, kürzere Straße über die Berge. Der Himmel war bedeckt, das Wetter unfreundlich, ich selbst war müde, und so blieb ich im ersten Dorf, einige Kilometer von Auxerre über Nacht.

Am nächsten Morgen brach ich in aller Frühe und mit dem herrlichsten Sonnenschein von der Welt auf. Der Weg führte zwischen lauter Weinbergen hindurch über einen ziemlich hohen Bergrücken. Aber für die Mühe des Steigens belohnte mich oben der prachtvollste Ueberblick. Vor mir die ganze, hügelige Abdachung bis zur Yonne, dann das grüne, wiesenreiche und pappelbepflanzte Yonnethal mit seinen vielen Dörfern und Bauernhöfen; dahinter das steingraue Auxerre, an die jenseitige Bergwand gelehnt, überall Dörfer, und überall, soweit das Auge reichte, Reben, nichts als Reben, und der schimmerndste, warme Sonnenschein, nur in der Ferne durch feinen Herbstduft gemildert, ausgegossen über diesen großen Kessel, in dem die Augustsonne einen der edelsten Weine kocht.

Ich weiß nicht, was es ist, das diesen französischen, durch keine ungewöhnlich schönen Umrisse ausgezeichneten Landschaften ihren eigenthümlich reizenden Charakter verleiht. Es ist freilich nicht diese oder jene Einzelnheit, es ist das Ganze, das Ensemble, das ihnen einen Stempel der Sättigung aufdrückt,



wie man ihn selten anderswo findet. Der Rhein und die Mosel haben schönere Felsengruppirungen, die Schweiz hat größere Contraste, Italien ein volleres Colorit, aber kein Land hat Gegenden von einem so harmonischen Ensemble wie Frankreich. Mit einer ungewöhnlichen Befriedigung schweift das Auge von dem breiten, üppigen Wiesenthal zu den bis auf den höchsten Gipfel ebenso üppig mit Reben bewachsenen Bergen und zu den zahllosen Dörfern und Städten, die aus dem Laubwerk der Obstbäume sich erheben. Nirgends ein kahler Fleck, nirgends eine störende unwirthbare Stelle, nirgends ein rauher Fels, dessen Wände dem Pflanzenwuchs unzugänglich wären. Ueberall eine reiche Vegetation, ein schönes sattes Grün, das in eine herbstlich-bronzirte Schattirung übergeht, gehoben durch den Glanz einer Sonne, die noch im halben Oktober heiß genug brennt, um keine Beere am Weinstock unreif zu lassen.

Ich ging noch etwas weiter und eine zweite, ebenso schöne Aussicht eröffnete sich vor mir. Tief unten, in einem engeren Thalkessel, lag Saint-Brie, ein kleines, ebenfalls nur vom Weinbau lebendes Städtchen. Dieselben Details wie vorhin, nur näher zusammengerückt. Weiden und Gärten unten im Thal um das Städtchen, Reben ringsum an den Wänden des Kessels, nur an der Nordseite umgeackerte oder mit grünem Stoppelklee bedeckte Felder und Wiesen. Drunten, in den Straßen von Saint-Brie, dasselbe Getriebe wie in Auxerre; überall Fässer und Keltern, und die ganze Einwohnerschaft unter Lachen und Scherzen beschäftigt, Most zu keltern, in die Fässer zu pumpen, oder in großen Kufen über die Straße zu tragen. Dazwischen wurde Markt gehalten; in den breiteren Straßen hielten Bauernwagen mit Gemüse, Korn und andern Felderzeugnissen; die Bauern mit ihren weißen Zipfelmützen, die Bäuerinnen mit ihren Madrastüchern um den Kopf drängten sich schwatzend, rufend, lachend zwischen den Winzern; und das kleine Saint-Brie bot ein lebendiges Getreibe dar, daß man glaubte in einer großen Stadt zu sein.

Jenseits Saint-Brie gings wieder einen lang hingezogenen Berg hinauf. Aber diesen Berg erstieg ich mit ganz besonderm Vergnügen. Hier war Alles noch in der Weinlese begriffen, und eine burgundische Weinlese ist ganz anders lustig als selbst eine rheinländische. Auf jedem Schritt fand ich die heiterste Gesellschaft, die süßesten Trauben und die hübschesten Mädchen; denn hier, wo von drei zu drei Stunden ein Städtchen liegt, wo die Einwohner vermöge ihres Weinhandels viel mit der übrigen Welt in Verkehr sind, hier herrscht schon eine gewisse Civilisation, und niemand nimmt diese Civilisation rascher an als die Frauenzimmer, denn sie haben die nächsten und augenfälligsten Vortheile davon. Es fällt keiner französischen Städterin ein, zu singen:

> Wenn ich doch so hübsch wär,
> Wie die Mädchen auf dem Land,
> Ich trüg 'nen gelben Strohhut
> Und ein rosenrothes Band.

Im Gegentheil, sie weiß viel zu gut, daß sie der Stadt, der Entziehung aller groben Arbeiten, der Civilisation und ihren hundert Reinlichkeitsmitteln und Toilettenkünsten die ganze Ausbildung ihrer Reize verdankt; sie weiß, daß die Mädchen auf dem Land, selbst wenn sie nicht schon von ihren Eltern jene den Franzosen so schreckliche Grobknochigkeit ererbt haben, die der Stolz der germanischen Race ist, doch durch die anstrengende Feldarbeit im glühendsten Sonnenschein wie im heftigsten Regen, durch die Erschwerung der Reinlichkeit, durch die Abwesenheit aller Mittel der körperlichen Ausbildung, durch das zwar sehr ehr-

würdige aber ebenso unbeholfene und geschmacklose Kostüm meistens zu plumpen, wackelnden, in grellen Farben komisch aufgeputzten Vogelscheuchen werden. Die Geschmäcke sind verschieden; unsre deutschen Landsleute halten es meist mehr mit der Bauerntochter, und sie mögen nicht Unrecht haben: allen Respekt vor dem Dragonertritt einer handfesten Viehmagd, und besonders vor ihren Fäusten; alle Ehre dem grasgrün und feuerroth gewürfelten Kleide, das sich um ihre gewaltige Taille schlingt; alle Achtung vor der Tadellosigkeit der Ebene, die von ihrem Nacken bis zu ihren Fersen geht und ihr von hinten das Ansehn eines mit buntem Kattun überzogenen Brettes gibt! Aber die Geschmäcke sind verschieden, und darum möge der von mir differirende, obgleich darum nicht minder ehrenwerthe Theil meiner Mitbürger mir verzeihen, wenn die reingewaschenen, glattgekämmten, schlankgewachsenen Burgunderinnen von Saint Brie und Vermanton einen angenehmeren Eindruck auf mich machten als jene naturwüchsig schmutzigen, struppigen, molossischen Büffelkälber zwischen Seine und Loire, die Einen wie vernagelt anstarren, wenn man eine Cigarrette dreht, und mit Geheul davonlaufen, wenn man sie in gutem Französisch nach dem rechten Wege fragt.

Man wird mir also gern glauben, daß ich mehr mit den Winzern und Winzermädchen Trauben essend, Wein trinkend, plaudernd und lachend im Grase lag als den Berg hinaufmarschirte, und daß ich in derselben Zeit wie diesen unbedeutenden Hügelrücken, den Blocksberg oder gar die Jungfrau hätte besteigen können. Um so mehr, als man sich an Weintrauben alle Tage sechszigmal satt essen kann, und also an jedem Weinberge den besten Vorwand hat, sich mit diesen ewig lachenden und gefälligen Leuten beiderlei Geschlechts in Verbindung zu setzen. Aber Alles hat ein Ende, und so auch dieser Berg. Es war schon Nachmittag, als ich den andern Abhang herunter stieg in das reizende Thal der Cure, eines kleinen Nebenflusses der Yonne, nach dem Städtchen Vermanton, das noch schöner liegt als Saint-Brie.

Bald hinter Vermanton aber hört die schöne Gegend auf. Man nähert sich allmählig dem höheren Rücken des Faucillon, der die Flußgebiete der Seine, Rhône und Loire von einander scheidet. Von Vermanton steigt man mehrere Stunden, geht über ein langes unfruchtbares Plateau, auf dem schon der Roggen, Hafer und Buchweizen den Weizen mehr oder weniger vertreiben.

(Hier bricht das Manuskript ab.)

Der Ursprung der abstrakten Ideen.

Von **Paul Lafargue.**

(Schluß.)

2. Bildung des Instinkts und der abstrakten Ideen.

Man kann vom Instinkt der Thiere sagen, was die spiritualistischen Philosophen von dem angeborenen Begriff erklärten. Die Thiere werden mit einer organischen Veranlagung geboren, mit einer intellektuellen Veranlagung, nach Leibnitz' Ausdruck, welche sie befähigt, spontan, ohne die Schule der individuellen Erfahrung durchgemacht zu haben, die komplizirtesten Handlungen zu vollziehen, welche für ihre Erhaltung und die der Art unbedingt nöthig sind. Diese Veranlagung ist nirgends bemerkenswerther als bei den Insekten, welche Metamorphosen erleiden. In dem Grade, als ihre Verwandlung fortschreitet, nehmen sie eine ganz verschiedene Lebensweise an, die regelmäßig in genauer Beziehung zu der neuen, jeweilig angenommenen Form steht. Sebastian Mercier

erklärte, daß „der Instinkt ein angeborener Begriff sei".[1] Die Spiritualisten, welche keine Ahnung davon hatten, daß dies das Resultat der langsamen Anpassung einer Thierart an die Bedingungen ihres Milieus war, schlossen daraus, daß der Instinkt ein Geschenk Gottes sei. Die Menschen haben nie gezögert, die Ursachen von Erscheinungen, die ihnen entgingen, außerhalb des Bereichs ihres Erkenntnißvermögens zu suchen.

Der Instinkt ist jedoch nicht, wie die Gerechtigkeit der Spiritualisten, eine unwandelbare Fähigkeit, die keiner Verirrung, keiner Veränderung unterworfen ist. Bei allen unseren Hausthieren haben sich mehr oder weniger vollständig die Instinkte verändert, welche Gott in seiner Gnade ihren wilden Stammeseltern zudiktirte. Die Hühner und Enten unserer Geflügelhöfe haben fast völlig den Instinkt des Fliegens verloren, der in dem künstlichen Milieu überflüssig geworden ist, in welchem der Mensch sie züchtet. Der Schwimminstinkt ist bei den Enten Ceylons derart abgeschwächt, daß sie nur ins Wasser gehen, wenn man sie hineintreibt. Es giebt mehrere Hühnerarten (Hamburger, Hudan ꝛc.), bei denen die Hennen zwar fleißig Eier legen, aber nie Neigung zum Brüten zeigen. In manchen Theilen Deutschlands, wo man seit Generationen die Kälber unmittelbar nach der Geburt den Mutterthieren fortnimmt, hat man bei den Kühen eine auffällige Abschwächung des mütterlichen Instinkts bemerkt. Giard meint, daß eine der ersten Ursachen des mütterlichen Instinkts der Säugethiere das Bedürfniß des Organismus ist, sich der Milch zu entledigen, welche die Zitzen, bezw. die Brüste anschwellen läßt und schmerzhaft macht.[2] Ein anderer Naturforscher weist nach, daß der Instinkt, welcher den Stichling zum Nestbau treibt, nicht etwa Gott zugeschrieben werden muß, sondern einer vorübergehenden Nierenaffektion, die den Fisch in der Paarungszeit befällt.

Es bedarf keiner sehr langen Zeit, um auch einen festgewurzelten Instinkt abzuschwächen und auszurotten. Romanes führt den Fall einer Henne an, die man dreimal nacheinander Enteneier ausbrüten ließ, und die darauf sich sorgfältig angelegen sein ließ, die von ihr ausgebrüteten und geführten Hühnerküchlein ins Wasser zu treiben. Der Mensch hat durch seine Züchtung die Instinkte des Hundegeschlechts vollständig verkehrt; er hat je nach seinem Bedürfniß dem Hunde neue Instinkte anerzogen oder vorhandene Instinkte ausgerottet. Der wilde Hund bellt nicht; die Hunde der Wilden halten sich still.

[1] Am 7. Ventose des Jahres VIII (1800) hielt S. Mercier in Paris, das die Revolution hinter sich hatte, den ersten Vortrag, „um Condillac, Locke und ihre Metaphysik zu entthronen". Das erste Wiedererwachen der spiritualistischen Philosophie in Frankreich, die seit einem halben Jahrhundert vollständig aus der Mode gekommen war, setzt man auf Rechnung von Royer Collard. Die Ehre, wenn es überhaupt eine Ehre ist, gebührt einem aus dem Gleichgewicht gekommenen Geiste, der lärmend bekannt gab, daß er Newton widerlegen werde, „diesen Anatom des Lichtes, welcher nichts Lächerlicheres erdenken konnte, als die Erde, einer Truthenne gleich, sich vor dem Sonnenherd drehen zu lassen." Der Spiritualismus der Bourgeoisie konnte keinen würdigeren Pathen haben.

[2] Die literarische Beilage des „Figaro" vom 18. Januar 1880 bringt nach dem Briefe eines Missionärs die naiven Klagen einer Indianerin von Equador, welche am Leichnam ihres Säuglings trauert. Diese Klagen lassen deutlich die Rolle erkennen, welche die Milch für die urwüchsige mütterliche Liebe spielt. Die Indianerin klagt: „O Du mein Herr, o Sohn, den ich in meinem Schoße getragen, mein Väterchen, meine Liebe, warum hast Du mich verlassen? Für Dich füllte sich jeden Tag mit warmer und süßer Milch dieser Busen, mit dem Du so gern spieltest! . . . Undankbarer, habe ich etwa ein einziges Mal vergessen, mich bei Deinem Erwachen über Dich zu neigen, um Dich zu säugen? . . . Ach, wehe mir, ich habe Niemand mehr, der meine Brust von der Milch befreit, die sie drückt."

Der zivilisirte Mensch hat den Hunden den Instinkt anerzogen, zu bellen, und bei bestimmten Arten hat er später diesen Instinkt wieder unterdrückt. Wenn der Stöberhund Wildpret aufstört, so stürzt er sich unter lautem Gebell darauf, der Vorstehhund hat dagegen diesen Instinkt nicht, der Anblick von Wildpret läßt ihn verstummen und bringt ihn zum Stehen. Ein Vorstehhund von guter Rasse braucht gar nicht erst individuell erzogen zu werden, um den Instinkt zu bethätigen, den die Rasse erst seit verhältnißmäßig kurzer Zeit erworben hat. Die jungen Vorstehhunde, welche zum ersten Male jagen, bleiben unterschiedslos vor Schafen, weißen Steinen 2c. stumm und bewegungslos stehen. Die Neigung zur Bethätigung des Instinkts ist im Gehirn vorhanden, aber sie ist blind und muß eine besondere Richtung erhalten. Um die Instinkte eines Thieres zu verändern und auszurotten oder um ihm neue Instinkte anzuerziehen, muß man das Thier in veränderte, entsprechende Lebensbedingungen bringen. Der Instinkt des wilden Thieres ist also nur das Ergebniß der Anpassung an die Bedingungen des natürlichen Milieus. Er ist nicht mit einem Male geschaffen worden, er hat sich vielmehr allmälig bei der Gattung entwickelt, und dies unter dem Einfluß äußerer und innerer Vorgänge, die unbekannt bleiben können, die aber nothwendiger Weise sich vollzogen haben müssen.

Der Mensch kann die Entwicklung des Instinkts an sich selbst beobachten. Er kann keine geistige oder körperliche Thätigkeit erlernen ohne eine Anspannung seines Hirnes, die um so geringer wird, je vertrauter er mit dem Gegenstand seiner Studien ist. Wenn man das Pianospiel z. B. erlernt, so muß man anfangs die Bewegungen der Hände und der einzelnen Finger auf das Aufmerksamste überwachen, um stets die richtige Note anzuschlagen. Mit der Gewohnheit bringt man es dahin, daß man ganz mechanisch richtig spielt, ohne auf die Klaviatur und die Hände Acht zu geben und indem man an etwas ganz Anderes denkt. Wenn man eine fremde Sprache lernt, muß man gleicher Weise anfangs mit der größten Aufmerksamkeit bedacht sein, die Worte, Artikel, Präpositionen, Endungen der Eigenschafts- und Zeitworte richtig zu gebrauchen. Wenn man die neue Sprache erst beherrscht, so wendet man Worte, Endungen 2c. instinktiv richtig an. Das Gehirn und der Körper haben die Eigenthümlichkeit, in einen automatischen Akt das zu verwandeln, was anfänglich ein Akt des Willens und das Resultat angestrengter Aufmerksamkeit war. Ohne diese Eigenthümlichkeit könnte der Mensch weder eine körperliche noch eine geistige Erziehung erhalten. Wenn er, um sprechen, gehen, essen 2c. zu können, seine Bewegungen aufmerksam überwachen müßte, so würde er ewig im Zustand der Kindheit verbleiben. Die geistige Erziehung lehrt dem Menschen, ohne seine Vernunft auszukommen, sie zweckt darauf ab, ihn in eine immer komplizirtere Maschine zu verwandeln: allerdings ein paradoxer Schluß.

Das Gehirn eines Erwachsenen ist mehr oder weniger automatisch thätig, je nach dem Grade seiner Erziehung und derjenigen seiner Rasse. Die elementaren abstrakten Vorstellungen und Begriffe der Ursache, der Substanz, der Zahl, der Gerechtigkeit 2c. sind ihm fast ebenso geläufig und instinktiv, wie Essen und Trinken. Er hat jede Erinnerung daran verloren, auf welche Weise er sie erworben hat. Bei der Geburt erbt der zivilisirte Mensch — wie der Vorstehhund die Anlage zu bestimmten Instinkten beim Jagen — die traditionelle Neigung, diese Begriffe bei der ersten Gelegenheit zu erwerben. Die Neigung, diese Begriffe zu erwerben, ist jedoch das Resultat einer vielhundertjährigen allmäligen Erfahrung unserer Vorfahren. Es ist ebenso lächerlich, anzunehmen, daß die abstrakten Ideen spontan im menschlichen Hirn entstanden sind und ent-

stehen, als zu glauben, daß die Lokomotive, das Veloziped und irgend eine andere Maschine vollkommener Konstruktion mit einem Male erfunden worden sind. Die abstrakten Ideen entwickeln sich, genau wie die Instinkte der Thiere, bei dem Individuum und der Rasse allmälig. Um ihren Ursprung zu finden, muß man nicht blos die Art und Weise des Denkens des zivilisirten Erwachsenen untersuchen, wie dies Descartes gethan hat. Man muß auch die Intelligenz der Kinder befragen, den Lauf der Jahrhunderte zurückgehen, die Art und Weise des Denkens der Barbaren und Wilden studiren. Kurz, man muß verfahren, wie zu verfahren man gezwungen ist, wenn man den Ursprung unserer politischen und sozialen Einrichtungen, unserer Künste und Kenntnisse erforschen will.

* * *

Die Sensualisten des achtzehnten Jahrhunderts faßten das Gehirn als eine tabula rasa auf und erneuerten durch ihre radikale Auffassungsweise die „Reinigung“ des Descartes. Sie übersahen dabei die hochwichtige Thatsache, daß das Gehirn des zivilisirten Menschen ein Boden ist, der lange Jahrhunderte hindurch gepflügt wurde, auf den Hunderte von Generationen Begriffe und Vorstellungen ausgesät haben. Das Gehirn ist daher, um mit Leibnitz zu reden, vorgeformt, ehe noch die individuelle Erfahrung beginnt. Mit dem genannten Philosophen kann man annehmen, daß dem Gehirn schon jene Anordnung seiner Moleküle eigenthümlich ist, welche die Begriffe und Vorstellungen entstehen läßt. Dadurch erklärt sich's, daß außerordentliche Männer, wie z. B. Pascal, für sich allein ganze Reihenfolgen abstrakter Ideen wieder auffinden können, die nur eine Reihe von Denkern zu entwickeln im Stande war. Auf jeden Fall besitzt das Gehirn eine so große Fähigkeit, bestimmte Begriffe und Vorstellungen zu erwerben, daß es sich der Thatsache ihrer Aneignung nicht bewußt wird. Es vollzieht spontan eine Arbeit der Zellen, welche die englischen Physiologen als unbewußtes Denken bezeichnen. Diese unbewußte Arbeit der Zellen macht es dem Gehirn möglich, seinen Vorrath an Begriffen und Ideen zu vervollständigen und sogar neue zu erwerben, ohne daß eine individuelle Erfahrung vorausgegangen ist. Auf diese werthvolle Eigenthümlichkeit des Gehirns bauen die Schüler, wenn sie vor dem Schlafengehen ihre Aufgaben nur halb lernen und es dem Gehirn im Schlafe überlassen, das Halbgelernte im Gedächtniß zu befestigen.

Das Gehirn ist übrigens voller Geheimnisse, es ist eine „terra ignota“, welche die Physiologen kaum erst zu entdecken beginnen. Es ist sicher, daß es Fähigkeiten besitzt, welche oft keine Verwendung in dem Milieu finden, in dem der Mensch sich entwickelt. Dieselben können folglich nicht das Ergebniß des unmittelbaren Einflusses der Außenwelt sein, vielmehr diejenige ihres Wirkens auf die anderen Organe, welche ihrerseits auf das Gehirn zurückwirken. Goethe und Geoffroy St. Hilaire bezeichneten diesen Vorgang als die Kompensation der Entwicklung. Die Wilden und Barbaren sind einer größeren Summe geistiger Leistungen fähig, als ihr Milieu von ihnen erheischt. So haben z. B. die Europäer jahrhundertelang in ihre Kolonien afrikanische Neger eingeführt, Wilde und Barbaren, von denen die zivilisirten Völker durch eine tausendjährige Kultur getrennt waren. In sehr kurzer Zeit erlernten die Neger die Handwerke der Kulturnationen. Als die Jesuiten die Guaranis von Paraguay zu zivilisiren begannen, streiften diese nackt durch die Wälder, bedienten sich als Waffen des Bogens und einer Holzkeule und kannten nur die Kultur des Mais. Ihre Intelligenz war noch so wenig entwickelt, daß sie mit Hilfe der Finger und Zehen nur bis Zwanzig zählen konnten. Die Jesuiten erzogen diese Wilden zu geschickten Arbeitern, die kunstvoller Leistungen fähig waren (sie bauten komplizirte Orgeln,

Globen und verstanden sich auf Dekorationsmalerei ꝛc.). Den Händen und dem Gehirn der Guaranis waren die betreffenden Handwerke und Künste, mitsammt den Gedanken, welche damit zusammenhängen, nicht angeboren. Sie wurden den Wilden von den Jesuiten eingefügt, wie man einem Leierkasten eine neue Walze einlegt. Allein wenn das Gehirn der Guaranis auch unfähig war, spontan zu den Begriffen und Gedankenreihen zu gelangen, ohne welche jene Handwerke und Künste nicht geübt werden konnten, so mußte es doch wenigstens prädisponirt sein, diese Begriffe zu erwerben.

Es ist sicher, daß dem Wilden die abstrakten Begriffe des zivilisirten Menschen ebenso fremd sind, als dessen Künste und Handwerke. Der Beweis dafür ist, daß ihre Sprache keine Worte für die allgemeinen Begriffe enthält. Wie sind die allgemeinen Begriffe und die abstrakten Ideen in das menschliche Haupt eingedrungen? Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, um die Lösung des Problems in Angriff zu nehmen, das die Philosophie so viel beschäftigt hat, muß man den von Vico erschlossenen Weg beschreiten und sich einer Untersuchung der Sprache zuwenden, als dem wichtigsten, wenn nicht dem ersten Ausdruck der Gefühle und Gedanken.[1] Der Christ der ersten Jahrhunderte erklärt: das Wort ist Gott; im Griechischen bedeutet das nämliche Wort logos sowohl das Wort, wie den Gedanken, von phraso ist phrasomai[2] abgeleitet, mit sich selbst reden, denken. Der abstrakteste Kopf kann nicht denken, ohne daß er sich der Worte bedient, ohne daß er im Gedanken mit sich selbst spricht, wenn er nicht thatsächlich mit sich selbst spricht, wie es Kinder und auch viele Erwachsene zu thun pflegen.

Die Sprache spielt eine so hochbedeutsame Rolle für die Entwicklung des Verstandes, daß die etymologische Entstehung der Worte und ihre sich nacheinander entwickelnde Bedeutungen ein Reflex der Lebensbedingungen und des geistigen Zustandes der Menschen sein müssen, welche die Worte gebildet und angewendet haben. Eine Thatsache fällt zuerst auf: ein und dasselbe Wort bezeichnet oft eine abstrakte Idee und einen konkreten Gegenstand.

In den europäischen Sprachen dienen die gleichen Worte, welche materielles Gut und die gerade Linie bezeichnen, auch zur Bezeichnung des moralisch Guten, Rechten und Gerechten.

Im Griechischen: ta agatha = Güter, Reichthümer; to agathon = das Gute.

Lateinisch: bona = die Güter; bonum = das Gute.

Englisch: goods = Güter; the good = das Gute.

Orthos (griechisch), rectus (lateinisch), derecho (spanisch), right (englisch) bezeichnen die gerade Linie und das Recht, die Gerechtigkeit.

Nachstehend noch einige Beispiele aus dem Griechischen: Kalon = der Pfeil, Wurfspieß, das Schöne, die Tugend. Phren = das Herz, die Eingeweide und auch der Geist, der Wille, die Seele. Kakos = der Mensch niederen Ursprungs und boshaft, häßlich, schlecht. Kakon = Uebel, Laster, Verbrechen. Von dem Worte Kakos sind sehr viele Worte abgeleitet, welche das Schmutzige, das Schlechte ausdrücken, so Kakke = Exkrement; Kakkaô = zu Stuhlgehen; Kakkia = Laster, Feigheit; Kakotheos = Gottverhaßt; Kakophônia = Mißklang.

---

[1] Vico sagt in der Vorrede zu seinem Werke „Die antike Weisheit Italiens“: „Ich habe die Absicht, der antiken Weisheit Italiens in den Anfängen der lateinischen Sprache nachzuspüren. . . . Gerade in dem Ursprung der Worte werden wir suchen, welches die Philosophie Italiens gewesen ist. . . .“

[2] Da nicht alle Leser dieser Zeitschrift die griechischen Lettern kennen, schreiben wir die vorkommenden griechischen Worte mit lateinischen Buchstaben, um die Lektüre des Artikels zu erleichtern.

Diese Thatsache verdient aufmerksam beobachtet zu werden, obgleich ihr gewöhnlich nur wenig Beachtung geschenkt wird. Bei alltäglichen Erscheinungen und Vorgängen ist das oft der Fall: man bemerkt sie nicht, weil sie in die Augen springen; man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Dennoch ist es der Mühe werth, die Frage aufzuwerfen: Wie kommt es, daß die Alltagssprache und die philosophische und juridische Sprache sich in demselben Worte begegnen, das das Materielle und das Ideelle, das Konkrete und das Abstrakte bezeichnet? Ist das Abstrakte und Ideelle zum Konkreten und Materiellen hinabgestiegen, oder hat sich vielmehr das Konkrete und Materielle in das Abstrakte und Ideelle verwandelt? Wie ist diese Transsubstantiation vor sich gegangen?

Die Geschichte der in der Aufeinanderfolge wechselnden Bedeutung eines Wortes löst die erste Schwierigkeit bei Beantwortung dieser Fragen. Sie lehrt uns, daß die konkrete Bedeutung des Wortes stets seinem abstrakten Sinne vorausgeht. Folgende Beispiele, die dem Griechischen entnommen sind, beweisen das.

Ehe das Wort Idea in seiner abstrakten Bedeutung für Idee gebraucht wurde, bezeichnete es die Gestalt, die Erscheinung der Gegenstände.

Das Wort Aisa bedeutete früher Parzelle, Theil, Antheil, der Jemand bei der Auftheilung einer Sache zufällt. Schließlich erhielt es die Bedeutung von Schicksal, Lebensloos.

Das Wort Moira bezeichnete ursprünglich die Portion eines Gastes bei einem Mahle, von einem Gericht, den Antheil eines Kriegers an der zu vertheilenden Beute, später den Lebensantheil, das Lebensmaß, schließlich die Schicksalsgöttin, der „die Götter und Menschen gleicherweise unterworfen sind“.

Nomos bezeichnete anfangs die Weide und schließlich das Gesetz.

Das Band, welches die abstrakte mit der konkreten Bedeutung eines Wortes verknüpft, wird nicht immer auf den ersten Blick sichtbar. So begreift man anfangs nicht leicht, wie der menschliche Geist dazu gekommen ist, die konkrete Vorstellung Weide mit dem abstrakten Begriff Gesetz zu verbinden, den konkreten Begriff der geraden Linie mit der abstrakten Idee der Gerechtigkeit, die Vorstellung von der Portion eines Gastes mit dem Begriff des unerbittlichen Geschicks. In einem folgenden Artikel über den Ursprung der Begriffe des Gerechten und des Guten werde ich die Zusammenhänge nachweisen, welche zwischen der konkreten und der abstrakten Bedeutung der Worte vorhanden sind. Für den Zweck der vorliegenden Studie genügt es, die Thatsache selbst festzustellen.

Der menschliche Geist ist auf verschiedenen Gebieten auf den gleichen Pfaden vorwärts geschritten. Den nämlichen Weg, den er gewandelt ist, um zur Bildung der Buchstaben des Alphabets zu gelangen, ist er auch emporgeklommen, um sich von der Vorstellung des Konkreten zum Begriff des Abstrakten zu erheben. Der Ursprung der Buchstaben dünkte dem gelehrten Bischof Mallinkrot so geheimnißvoll, daß er — um seinen Seelenfrieden zurückzugewinnen — denselben in seinem Buche „De arte typographica“ unmittelbar Gott zuschrieb, den man ja auch für den Schöpfer des Instinkts und der abstrakten Ideen ansah. Allein die philologischen Forschungen haben Schleier um Schleier zerrissen, welche das Geheimniß der Entstehung des Alphabets verhüllten. Sie haben nachgewiesen, daß die Buchstaben nicht fix und fertig vom Himmel gefallen sind, sondern daß die Menschen ganz allmälig dazu gelangt sind, die Laute durch Konsonanten und Vokale darzustellen. Ich werde einen kurzen Ueberblick über die ersten einschlägigen Entwicklungsstadien geben, denn dieser Ueberblick stützt den Nachweis, den ich betreffs des Ursprungs der abstrakten Ideen versuche.

Der Mensch bedient sich zunächst der Bilderschrift. Er stellt einen Gegenstand durch dessen Abbildung dar, einen Hund durch die Zeichnung eines Hundes. Er geht dann zur Schrift durch Symbole über, er stellt das Ganze durch einen Theil desselben dar, z. B. zeichnet er den Kopf eines Thieres, um das Thier selbst darzustellen. Später bedient er sich der metaphorischen Schrift, er malt einen Gegenstand, der eine wirkliche oder angenommene Aehnlichkeit mit der Idee hat, die er ausdrücken will. So stellt das Vordertheil eines Löwen den Begriff der Ueberlegenheit dar, der Ellbogen die Gerechtigkeit, der Geier die Mütterlichkeit 2c. Der erste Versuch, die Laute durch Schriftzeichen darzustellen, geschah mit Hilfe von Bildern, in der Art des Rebus. Der Laut wurde durch das Bild eines Gegenstandes dargestellt, dessen Name sich mit dem Laute deckte. Im Altägyptischen hieß der Schweineschwanz „deb“. Die alten Aegypter stellten daher den Laut „deb“ durch die Abbildung des Schweineschwanzes dar. Schließlich beschränkte man sich auf eine gewisse Anzahl von Bildern, die mehr oder weniger Veränderungen erfahren hatten, und die nun nicht mehr den phonetischen Werth mehrerer Laute, sondern denjenigen ihres Anfangslautes ausdrückten 2c.[1]

Die Bilderschrift war eine unvermeidliche Entwicklungsstufe der Schrift. Der primitive Mensch denkt und spricht in Bildern. Die Rothhäute sagen von einem muthigen Krieger, daß er wie der Bär ist, von einem Menschen mit scharfem Blick, daß er dem Adler gleicht. Um auszudrücken, daß sie eine Beleidigung vergessen, sagen sie, daß sie dieselbe in die Erde begraben 2c. Die gebrauchten Bilder sind zuweilen für uns unverständlich. So begreift man nicht leicht, was die alten Aegypter veranlassen konnte, in ihren Hieroglyphen die Gerechtigkeit durch einen Ellbogen und die Mütterlichkeit durch den Geier darzustellen. Ich lasse eine Erklärung über die Entstehung des letzteren Sinnbildes folgen, in dem folgenden Artikel werde ich zeigen, wie es kam, daß der Ellbogen die Gerechtigkeit symbolisirt.

Die mutterrechtliche Familie hat in Aegypten außerordentlich lange fortbestanden. Die religiösen Mythen des Landes tragen deshalb auch die deutlichen Spuren des Gegensatzes zwischen den Geschlechtern, von denen das eine dafür kämpfte, seine hohe, bevorrechtete Stellung in der Familie zu erhalten, das andere dafür, diese Vorrechtsstellung zu vernichten. Der Mann erklärt mit Apollo in den „Eumeniden“, daß er es ist, welcher die wichtigste Funktion bei der Zeugung erfüllt, und daß die Frau, „der Kapsel einer Frucht“ gleich, nur den von ihm gegebenen Keim empfängt und nährt. Die ägyptische Frau gab dem Manne das Kompliment zurück und rühmte sich, ohne männliche Mitwirkung zu empfangen. Die Statue der Neith, der Göttermutter, „der höchsten Beherrscherin des obersten Himmels“, trug in Saïs, wie uns Plutarch erzählt, auf dem Gewand die stolze Inschrift: „Ich bin alles, was gewesen ist, alles, was ist, und alles, was sein wird. Niemand hat mein Gewand gehoben; die Frucht meines Schoßes ist die Sonne.“ Ihr Name enthält unter anderen Zeichen das Bild des Geiers und den Anfangsbuchstaben des Wortes Mutter (mou).[2] Aus den Hieroglyphen des Horapollon erfahren wir, daß die Aegypter glaubten, unter den Geiern gäbe es keine Männchen, und die Weibchen würden vom Winde befruchtet. Dieser Vogel, der überall sonst für grausam und gefräßig gilt, zeichnete sich ihrer Meinung nach durch eine so außerordentliche mütterliche Zärtlichkeit aus, daß er sich die eigene Brust zerfleischt, um die Jungen zu ernähren.

[1] F. Lenormand, „Essai sur la propagation de l'alphabet phenicien parmi les peuples de l'ancien monde.“

[2] Champollion le Jeune, „Panthéon Egyptien“, 1823.

Nachdem die Aegypter den Geier wegen der ihm zugesprochenen Fähigkeit der Selbstzeugung zum Vogel der Neith, der Göttermutter, gemacht hatten, welche ohne Mann zeugt, wählten sie ihn wegen der ihm zugeschriebenen mütterlichen Zärtlichkeit als Sinnbild der Mutter, dann der Mütterlichkeit.

Das vorstehende Beispiel giebt einen Begriff von den verschlungenen Pfaden und Umwegen, welche der menschliche Geist wandelt, um abstrakte Ideen durch Bilder darzustellen.

Wenn in der Bilder- und Symbolschrift ein materieller Gegenstand das Sinnbild einer abstrakten Idee werden kann, so ergiebt sich, daß ein Wort, das ursprünglich zur Bezeichnung eines konkreten Gegenstandes oder einer seiner Eigenschaften gebildet wurde, schließlich zur Bezeichnung eines abstrakten Begriffs dient.

Im Haupte des Kindes und des Wilden, „des Kindes des Menschengeschlechts", um mit Vico zu reden, existiren nur Bilder von bestimmten Gegenständen. Deshalb ist auch jedes Wort ein Eigenname, das lautliche Symbol des Gegenstandes, den das Kind oder der Wilde kennen lernte. Die Tasmanier z. B. hatten kein Wort für den Gattungsbegriff Baum, obgleich sie jede Baumart mit einem besonderen Namen bezeichneten. Die malayische Sprache, welche der abstrakten Bezeichnungen ermangelt, hat Namen für jede einzelne Farbe, es fehlt ihr aber ein Wort für Farbe selbst. Die Abiponen haben keine Wörter für: Mensch, Körper, Zeit, immer, nie, überall; es fehlt in ihrer Sprache auch das Zeitwort sein; sie sagen nicht: „Ich bin ein Abipone", sondern: „Ich Abipone".[1]

Aber nach und nach vollzieht sich ein Wandel. Das Kind und der Wilde „tragen den Namen und die Vorstellung der ersten Personen und Dinge, welche sie kennen lernten, auf alle Personen und Dinge über, welche jenen etwas ähneln". Durch Analogien und Vergleiche gelangen sie zu allgemeinen Vorstellungen, welche ganze Gruppen von mehr oder weniger zahlreichen Gegenständen umfassen. Der Eigenname eines Dinges wird zuweilen zum symbolischen Ausdruck für die allgemeine Vorstellung, welche eine Gruppe von Dingen in sich begreift, die eine Analogie mit dem Gegenstand aufweisen, für dessen Bezeichnung das Wort ursprünglich geschaffen worden ist.

Der menschliche Geist hat oft die verschiedenartigsten Dinge zusammengestellt, Dinge, welche nur eine äußerst schwache Aehnlichkeit miteinander haben. So hat er auf dem Wege des Anthropomorphismus die Organe und Glieder des Menschen im Vergleich auf die verschiedensten Gegenstände übertragen. Das beweisen zahlreiche Metaphern, welche noch heutigentags in den Sprachen der Kulturnationen gebraucht werden, obgleich sie aus den Anfängen der Menschheitsentwicklung und der Kultur stammen. Solche Metaphern sind: die Eingeweide der Erde; die Ader einer Mine; das Herz eines Landes; der Zahn einer Säge; das Fleisch einer Frucht; der Fuß eines Berges; der Arm eines Meeres 2c. Als der allgemeine Begriff des Maßes im menschlichen Hirn aufdämmerte, bediente sich der Wilde als erster Einheit seines Fußes, seiner Hand,

[1] Sir J. Lubbock: „Prehistoric times". Vico bemerkt, daß lange Zeiträume verflossen sein müssen, ehe der Begriff Jahr im menschlichen Hirn sich entwickelt und festgesetzt hat. Zu seiner Zeit sagten die toskanischen Bauern nicht „so und soviel Jahre", sondern „so und soviel Ernten". „Um eine Anzahl Jahre zu bezeichnen, sprachen die Römer von der entsprechenden Zahl Aehren (arista), was noch eigenthümlicher ist, als der Gebrauch des Wortes Ernte für Jahr. Der Ausdruck deutet die Armuth der Sprache an (und der Vorstellungen, hätte Vico hinzufügen können), die Grammatiker haben geglaubt, hier eine Frucht der Kunst zu erblicken."

seines Daumens, seiner Arme. (Das griechische Maß orgyia, Klafter, ist gleich dem Raum zwischen den Enden zweier ausgestreckter Arme.) Man darf nicht vergessen, daß jedes Maß eine Metapher ist. Wenn wir sagen, daß ein Gegenstand 3 Fuß 2 Zoll lang ist, so bedeutet dies, daß er so lang ist, wie drei Füße und zwei Daumenbreiten. Mit dem Fortschreiten der Zivilisation bediente sich der Mensch anderer Maßeinheiten. So hatten die Griechen als Längenmaß das „hippikon", das gleich war dem Wege eines Pferdes, das zweimal im Hippodrom herumlief. Das Flächenmaß der alten Römer war das „jugerum", es war so groß wie die Bodenfläche, welche ein „jugum" (Ochsenpaar) im Laufe eines Tages pflügen konnte.

Ein abstraktes Wort, bemerkt Max Müller, ist oft ursprünglich ein Eigenschaftswort, das in ein Hauptwort umgewandelt wurde. Die Umwandlung wurde durch eine Metapher vollzogen, denn auf dem Wege der bildlichen Vorstellung ist der Mensch zu abstrakten Begriffen gelangt. Der Mensch spricht sinnbildlich nur von den Adern einer Mine, weil seine eigenen Adern sich in Verzweigungen durch seinen Körper ziehen. Den Ausdruck Landzunge gebraucht er nur deshalb, weil seine eigene Zunge eine längliche Form hat. Er hat das gleiche Verfahren angewandt, um neue vergleichende Ausdrücke zu schaffen in dem Maße, als das Bedürfniß darnach sich fühlbar machte. Auch in diesem Falle wurde die hervorstechendste Eigenschaft, diejenige, welche dem primitiven Menschen am meisten auffallen mußte, für den vergleichenden Ausdruck herangezogen. Eine große Anzahl von Sprachen wilder Völkerschaften enthalten keine Worte für die Härte, die Rundung, die Wärme u. s. w. Diesen Sprachen mangeln diese Worte, weil der Wilde noch nicht so weit entwickelt ist, um die abstrakten Vorstellungen zu besitzen, welche bei den Kulturmenschen diesen Worten entsprechen. Der Wilde sagt deshalb statt hart: „wie ein Stein", statt rund: „wie der Mond", denn die Eigenschaften hart und rund sind in seinem Hirn aufs Innigste mit den Vorstellungen Stein und Mond verbunden. Nur nach einer langen geistigen Arbeit werden diese Eigenschaften von den konkreten Dingen, deren Attribut sie sind, losgelöst, abstrahirt und in metaphysische Wesenheiten verwandelt. Das Eigenschaftswort wird dann zum Hauptwort und dient zur Bezeichnung der abstrakten Idee, die sich im Hirn gebildet hat.

Man hat keine wilde Völkerschaft gefunden, welcher der Begriff der Zahl fremd wäre, der abstrakteste aller Begriffe, wenngleich es gewisse wilde Stämme giebt, die nicht weiter als zwei oder drei zählen können. Wahrscheinlich können sogar die Thiere bis auf zwei zählen. Im Folgenden eine von mir gemachte Beobachtung, welche diese Annahme zu bestätigen scheint. Die Taube hat die Fähigkeit, eine unbestimmte Zahl Eier zu legen, aber sie brütet, von sehr seltenen Ausnahmen abgesehen, nicht mehr als zwei Eier aus. Wenn eins der beiden bebrüteten Eier ihr genommen wird, so legt die Taube ein drittes, um das geraubte zu ersetzen, und sogar ein viertes, wenn man abermals ein Ei aus dem Neste nimmt. Es müssen zwei Eier im Neste liegen, damit die Taube zu brüten beginnt. Es kommt manchmal vor, daß die überfütterte Haustaube drei Eier legt, in diesem Falle wirft sie das dritte Ei aus dem Neste oder verläßt das Nest, falls sie das zu viel gelegte Ei nicht herausstoßen kann.

Es scheint also im Gegensatz zu Vicos Ansicht, daß der abstrakte Begriff der Zahl der erste gewesen ist, der sich im menschlichen Hirn entwickelte, weil, wie der Pythagoräer Philolaus sagt, „die Zahl in allem Seienden enthalten ist und weil ohne sie es unmöglich ist, etwas kennen zu lernen und etwas zu denken". Allein daß die Ausdehnung des Zählens über die Zahl zwei hinaus

eine der schwierigsten Leistungen des Hirns gewesen ist, wird durch die mystischen Eigenschaften bewiesen, welche man den ersten weiteren Zahlen zuschrieb, der drei, sieben, neun und zehn,[1] ferner durch die mythologischen und historischen Erinnerungen, welche mit bestimmten Zahlen verbunden waren. So zehn: die Belagerungen von Troja und Veji, welche je zehn Jahre dauerten. Zwölf: die zwölf olympischen Götter, die zwölf Arbeiten des Herkules, die zwölf Apostel u. s. w. Fünfzig: die fünfzig Söhne des Priamus, die fünfzig Danaïden; nach Pausanias machte Endymion die Selene zur Mutter von fünfzig Töchtern; Aktäon führte fünfzig Hundepaare, als Diana ihn verwandelte; das Fahrzeug, das Danaus nach den Rathschlägen der Minerva erbaute, hatte fünfzig Ruder, ebenso das Schiff, in welchem Herkules seinen Zug gegen Troja unternahm. Hundert: die hundert Arme und Beine der Hekatoncheiren. Jede dieser Zahlen stellte eine Entwicklungsstufe dar, welche der menschliche Geist erreichte und auf der er verweilte, um von den Anstrengungen des durchlaufenen Weges zu rasten. Um die Erinnerung an die durchlaufenen Entwicklungsstufen zu bewahren, markirte er dieselben durch Legenden.

Wenn der Wilde nicht weiterzählen kann, so sagt er „viel“, um die Gegenstände zu bezeichnen, welche darüber hinaus vorhanden sind, und die er wegen der mangelnden Zahlenbegriffe nicht zu zählen vermag. Vico bemerkt, daß für die Römer erst sechzig, dann hundert und später tausend unendliche Zahlen sind, wie für uns eine Million und seit dem Kriege von 1870/71 eine Milliarde.

Die Sprache zeigt uns, daß der Mensch sich seiner Hand und seines Fußes als Einheit für das Längenmaß bediente. An seinen Fingern und Zehen lernte er zählen. F. Nansen erzählt, daß die Eskimo, mit welchen er ein Jahr lang gelebt hat, kein Wort für Zahlen haben, die fünf übersteigen. Sie zählen an ihren Fingern; wenn sie fünf gezählt haben, so sagen sie für den Begriff sechs der erste Finger der anderen Hand, für sieben der zweite Finger der anderen Hand u. s. f. bis zu zehn.

Nach zehn zählen sie an den Zehen der Füße und bleiben bei zwanzig stehen. Die großen Rechenkünstler gehen jedoch weiter und sagen für einundzwanzig der erste Finger des zweiten Menschen und zählen zunächst an den Händen, dann an den Füßen des „zweiten Menschen“ fort. Zwanzig ist ein ganzer Mensch, hundert sind fünf ganze Menschen. Die lateinischen Ziffern, welche in Europa bis zur Einführung der arabischen in Gebrauch gewesen sind, deren wir uns bedienen, erinnern uns an diese primitive Art und Weise, zu zählen. I ist ein Finger; II sind zwei Finger; V ist eine Hand, deren drei Mittelfinger eingebogen sind, während der Daumen und der kleine Finger ausgestreckt werden; X sind zwei V oder zwei einander entgegengestellte Hände. Wie der Mensch, wenn er größere Längen und Oberflächen messen wollte, seine Zuflucht zu anderen Gegenständen als Händen und Füßen nehmen mußte, so bediente er sich auch anderer Dinge, als das Bedürfniß entstand, größere Mengen als zwanzig oder hundert zu zählen. Die Römer bedienten sich zum Zählen der Kiesel, calculi, daher der Ursprung des Wortes Kalkül in den modernen Sprachen. Die Kiesel eigneten sich übrigens trefflich für diesen Gebrauch, denn durch sie wurden die Kriegsbeute und Ländereien verlost.

[1] Für die Pythagoräer und Kabbalisten trug die Dekade einen heiligen Charakter. Die alten Skandinavier glaubten, daß die Zahl drei und ihr Quadrat neun den Göttern ganz besonders theuer wäre. Jeden neunten Monat brachten sie den Göttern blutige Opfer dar, welche neun Tage lang dauerten, in deren Verlauf neun Opfer getödtet wurden — Menschen oder Thiere. Die neuntägigen Andachten der Katholiken sind ein Ueberbleibsel des Kultus der Zahl drei.

Wenn die Wilden Tauschhandel treiben, so legen sie, um auf ihre Rechnung zu kommen, die Gegenstände, welche sie vertauschen wollen, auf dem Boden den Gegenständen gegenüber, welche man ihnen bringt. Nur durch diese rohe Art der Gleichung wird ihr Geist darüber beruhigt, daß man sie nicht hintergeht. Ich habe im Familistère zu Guise gesehen, daß man fünf- und sechsjährigen Kindern die ersten Anfangsgründe des Rechnens durch die gleiche Methode beibringt. Die Zahl und die ersten Berechnungen sind im Hirn des Kindes und des Wilden konkrete Vorstellungen, und nur durch eine Art geistigen Destillationsprozeß werden sie im Haupte des zivilisirten Menschen zu abstrakten Begriffen.

In der Natur existiren nur Körper, die mehr oder weniger hart, rund, lang 2c. sind. Als der Geist des Menschen eines höheren Grades von Genauigkeit im Ausdruck bedurfte, begriff er das Unzulängliche der Vergleiche, welche er ursprünglich angewendet hatte. Durch ein geistiges Kunststück schuf er sich ein Ideal der Härte, des Runden, der Länge 2c., um einen festen Ausgangspunkt für seine Vergleiche zu haben. So dachten sich die Mathematiker auf dem Gebiet der abstrakten Mechanik einen Hebel, der absolut fest und ohne Dicke ist, und einen nicht zusammendrückbaren Keil. Sie bedurften derartiger vollkommener Begriffe, um ihren theoretischen Forschungen nachgehen zu können, ohne durch die Unvollkommenheiten wirklicher Hebel und Keile gehindert zu werden. Aber wie das Ideal der Härte, des Runden, der Länge, so entsprechen auch der theoretische Hebel und Keil nicht mehr einem wirklichen Gegenstand, sondern Vorstellungen des menschlichen Hirns, wenngleich die betreffenden Begriffe von wirklichen Dingen abgeleitet worden sind, deren Eigenschaften einem geistigen Destillationsprozeß unterworfen worden sind. Durch ein ähnliches Vorgehen hat der Mensch die Chimäre geschaffen, deren Körper zwar die abstrahirten Organe verschiedener Thiere aufweist, aber doch nichts Wirklichem entspricht, vielmehr einer Phantasie des Vorstellungsvermögens. Der Begriff der Chimäre jedoch ist ebenso wenig wie die Begriffe des theoretischen Hebels, der Maßeinheit, der Ideale der Härte, Länge 2c. ein angeborener Begriff. In allen diesen Fällen handelt es sich um Vorstellungen, welche durch die Erfahrung erworben worden sind.

Das Gehirn besitzt die Eigenthümlichkeit zu denken, wie der Magen die zu verdauen, aber um denken zu können, bedarf es der Stoffe, welche ihm Natur und Gesellschaft liefern.

Die Beziehungen zwischen Sozialisten und Radikalen in England.

Von Eduard Bernstein.

London, den 16. September 1898.

Es ist ein bemerkenswerthes Zusammentreffen, daß zur gleichen Zeit, wo in der deutschen Sozialdemokratie die Frage des taktischen Verhaltens zu den vorgeschritteneren bürgerlichen Parteien einer erneuten Diskussion unterzogen wird, die englischen Sozialisten sich gleichfalls mit dem Problem beschäftigen, ob es rathsam ist, an der bisher den Radikalen gegenüber beobachteten Taktik festzuhalten. So wesentlich sich nun die Verhältnisse der Parteien in England von den deutschen Parteiverhältnissen unterscheiden, so wird eine Kenntniß der Vorgänge in England doch in mancher Hinsicht klärend auf die in Deutschland geführten Debatten zurückwirken. Wir gewinnen ein freieres, unbefangeneres

Urtheil, sobald wir uns überzeugen, daß, was wir als vereinzelte Erscheinung, als Ausnahmefall ansahen, eine auch anderwärts nicht unerhörte Sache ist.

Es ist bekannt, daß für die englischen Sozialisten, soweit sie sich nicht einer der großen bürgerlichen Parteien angeschlossen haben, das Parlament bis jetzt ein verschlossenes Haus ist. Es ist noch kein Sozialist, und mit einer einzigen Ausnahme noch kein englischer Arbeiter in die Vertretung der Nation gewählt worden, der nicht von einer der beiden bürgerlichen Parteien offiziell als ihr oder auch ihr Kandidat anerkannt worden war. Und der Mann, der die Ausnahme gemacht hatte — der 1892 in Middlesborough gegen Liberale und Konservative gewählte Matrosenagitator J. H. Wilson — hat, einmal gewählt, sich alsbald im Parlament der liberalen Partei angeschlossen und bei der nächsten Wahl (1895) als liberaler Arbeiterkandidat sein Mandat erneuert erhalten. Umgekehrt sind Sozialisten wie Cunningham Graham und Keir Hardie, die seinerzeit auf Grund von Verständigung mit den Liberalen gewählt wurden, in späteren Wahlen, wo sie gegen die Liberalen kandidirten, jedesmal unterlegen.

Der vornehmste Grund dieser Aussichtslosigkeit unabhängiger sozialistischer Kandidaturen ist nicht, wie in Preußen, in einer grotesk ungleichen Vertheilung der Wahlberechtigung zu suchen. Wohl weist auch das zur Zeit in England geltende Wahlrecht noch Ungleichheiten auf, aber dieselben sind nicht so groß, daß nicht in einer erheblichen Anzahl von Wahlkreisen die Arbeiter über die Mehrheit der Stimmen und damit, sobald sie einheitlich wollen, auch über das Mandat verfügten. Das Vereinigte Königreich hatte 1896 bei einer Bevölkerung von 39 Millionen rund $6^1/_2$ Millionen Wähler, was allein schon ersehen läßt, daß die Mehrheit der Wähler den um Lohn arbeitenden Klassen angehört. Jede Wahlstimme hat aber gleichen Werth. Von viel größerem Gewicht als die noch vorhandenen Ungleichheiten in der Qualifizirung der Wähler ist daher der Umstand, daß bei der Wahl das relative Mehr entscheidet und in der Regel jede Stimme, die einem Liberalen oder Radikalen entzogen wird, dem voraussichtlichen Effekt nach dessen konservativen Gegner zugewendet erscheint. Indeß genügt auch diese Thatsache noch nicht, die faktische Aussichtslosigkeit unabhängiger sozialistischer Kandidaturen zu erklären. Sachsen hat lange Jahre ein dem englischen fast ganz gleiches Wahlsystem gehabt, und doch hat die Sozialdemokratie dort ein Landtagsmandat nach dem anderen erobert, bis die Einführung des Dreiklassenwahlsystems den besitzenden Klassen wieder ein künstliches Uebergewicht über die Arbeiterwähler schuf.

Wo die Masse der Arbeiter Englands die sozialistische oder unabhängige Arbeiterkandidatur für erforderlich und aussichtsvoll hält, da würde auch das System des relativen Mehr ihr kein unübersteigliches Hinderniß sein. Und dies würde es auch dort nicht sein, wo der Masse der Arbeiterwähler es als gleichgiltig erscheint, ob der liberale oder der konservative Kandidat unterliegen. Stände die Arbeiterschaft von Ashton, Burrow, Bradford, Bristol, Burnley 2c. den dortigen Liberalen mit den gleichen Empfindungen gegenüber wie die Arbeiterschaft von Crimmitzschau, Chemnitz, Glauchau, Limbach, Zwickau den Liberalen dieser Orte, so würden die Sexton, Curran, Tillet, Hardie, Hobson und Hyndman 1895 gewählt worden sein, ob sie als „dritte" Kandidaten auftraten oder nicht. Sie unterlagen, weil die Masse der nichtkonservativen Wähler noch an die Leistungsfähigkeit und Nützlichkeit der liberal-radikalen Partei glaubte.[1] Und dieser Glauben

---

[1] Enttäuschend gering, wie die von den Sozialisten Englands erlangten Stimmenzahlen den festländischen Sozialisten oft erscheinen, sind sie doch noch ungleich höher wie die

ist noch so fest, daß in sozialistischen Kreisen von Neuem die Ansicht Platz greift, wie die Dinge jetzt liegen, sei die Aufstellung einer nennenswerthen Anzahl unabhängiger sozialistischer Parlamentskandidaturen die Mühe und Kosten nicht werth, welche ihre Betreibung erheischen würde.

Was aber sollen die Sozialisten mit ihrem, unzweifelhaft in stetiger, wenn auch langsamer Zunahme begriffenen Einfluß auf die Wählerdemokratie anfangen? Sollen sie gänzlich darauf verzichten, ihn bei den Wahlen zur Geltung zu bringen? Sollen sie sich mit Veranstaltung von Demonstrationen und der Annahme abstrakter Resolutionen begnügen, die nirgends geringer eingeschätzt werden, als in England? Oder sollen sie ihre Stimmen für irgend eine der großen Parteien abgeben, deren Sieg ihnen besonders wünschenswerth erscheint?

All diese Fragen beschäftigen seit Jahr und Tag die englische Sozialdemokratie, und in den letzten Monaten ist die Diskussion besonders lebhaft geführt worden. „What to do with our vote“ — was sollen wir mit unserer Stimmenmacht anfangen? — ward eine stehende Rubrik in den Spalten der „Justice“, dem Wochenblatt der Sozialdemokratischen Föderation, und auch in die Monatsrevue dieser Organisation, den „Socialdemocrat“, ist die Debatte hinübergetragen worden. Drei in diesem Jahre dort veröffentlichte Aufsätze können als typische Vertreter der wichtigsten Ansichten gelten, die in der ganzen Diskussion überhaupt vorgebracht wurden.

Der erste dieser Aufsätze rührt von H. M. Hyndman her, dem einflußreichsten Mitglied der Föderation. Er ist betitelt: „Das sozialistische Votum und die liberale Partei“ und läßt an Schärfe gegen die letztere nichts zu wünschen übrig. So wenig wie von den Tories, führt Hyndman aus, sei von den Liberalen irgend etwas für den Sozialismus zu erwarten. „Wenn wir so fortmachen, wie in den letzten Jahren“, heißt es in der Einleitung, „so werden wir nur für den Triumph unserer schlimmsten Feinde, der Liberalen, und der hinter ihnen herlaufenden Drahtzieher arbeiten, die sich, um die Wähler zu täuschen, Radikale, Progressisten, Arbeitervertreter oder Fabianer nennen.“ Dieser Täuschung fielen sogar immer noch Leute zum Opfer, die es eigentlich besser wissen sollten, und so stehe „eine ganze Pest von liberalen Arbeiterkandidaten“ in Aussicht, die sich von den alten Arbeitervertretern im liberalen Lager nur dadurch unterschieden, „daß sie unwissender und weniger unabhängig sind wie ihre Vorgänger“.

Was solle nun die Sozialdemokratie thun, um diese heuchlerische Taktik in Zukunft zum Scheitern zu bringen? Die bisherige Taktik sei dem gegenüber ohnmächtig.

„Es ist meiner Ansicht nach ganz nutzlos, noch weiterhin Geld und Kraft auf hoffnungslose Wahlkämpfe auszugeben. Wir haben in Propaganda dieser Art so viel geleistet, wie wir konnten. Noch länger gutes Geld und, was schlimmer ist, guten Enthusiasmus in dieser Weise zu vergeuden, wäre meines Erachtens die größte Thorheit. Da ich generell kritisire, will ich meinen eigenen Fall als Beispiel nehmen. Wie bekannt, kämpfte ich bei der jüngsten allgemeinen Wahl um Burnley und erhielt gegen Tory und Liberale 1500 Stimmen. Das war nicht so gut, wie es hätte sein sollen, aber es war auch nicht schlecht, wenn man bedenkt, wie vortrefflich diese beiden politischen Fraktionen in jener Stadt organisirt sind und wie gut ihre Agenten

---

Stimmen, mit denen sich die nichtsozialistischen unabhängigen Kandidaten gewöhnlich begnügen müssen. Dieselben bringen es sehr selten auch nur auf eine dreistellige Zahl. In North-St. Pancras (London) kandidirt seit drei Wahlen ein gewisser J. Leighton mit Aufwendung ziemlicher Mittel als „Unabhängiger“. Das Meiste, wozu er es aber gebracht hat, waren — 35 Stimmen. Bei der letzten Wahl kam ihm jede Stimme, die er erhielt, auf 209 Mark zu stehen.

und Unteragenten bezahlt sind. Die jüngste Schulamtswahl . . . zeigt, daß die Masse dieser 1500 Stimmen von echten Sozialdemokraten herrühren, die ihre Stimme dorthin wenden würden, wo die Gesammtpartei es für ersprießlich erklärte. Es ist nun absolut sicher, daß wenn diese sozialistischen Stimmen bei der nächsten Wahl in Burnley dem Tory gegeben würden, Philipp Stanhope geworfen würde.[1] Ich empfehle daher, daß ich mich von der Kandidatur in Burnley zurückziehe und daß wie angegeben verfahren wird."

Zu diesem Vorschlag, führt Hyndman weiter aus, leite ihn keineswegs das Bedürfniß, an Stanhope Rache zu nehmen, der nicht besser und nicht schlechter sei wie jeder andere Liberale. Vielmehr handle es sich darum, den Liberalen, die den sozialistischen Kandidaturen überall den Weg verlegten, so lange jeden möglichen Schaden zuzufügen, bis sie besseren Sinnes würden. Bliebe das Beispiel Burnleys vereinzelt, so würde dieses Resultat natürlich nicht erreicht werden. Aber glücklicher Weise habe die Partei noch in vielen Wahlkreisen genug Stimmen, um gleicher Weise den Sieg der Liberalen zu verhindern, und damit auch das Mittel, den Liberalen die Rückkehr zur Regierung unmöglich zu machen.

Was solle aber durch diese Politik erreicht werden? Sicherlich kein Kompromiß der Prinzipien, und ebenso wenig eine schließliche Verschmelzung mit den Liberalen. Auch empfehle er diese Taktik nicht, um die Liberalen aus Bosheit zu „zerschmettern" und außer Amt zu halten. So schlecht diese wären und so sehr sie den Sozialisten im Wege ständen, so sei dies allein kein genügender Grund, für die Reaktionäre zu stimmen und so diejenigen zu stärken, gegen die die Sozialdemokratie schließlich den harten Kampf zu kämpfen haben würde. „Wenn wir es thun, und ich bin entschieden dafür, daß wir es thun, so soll es für den Zweck geschehen, die Liberalen zum Abstehen von der Bekämpfung unserer Kandidaten in all den Wahlkreisen zu zwingen, wo wir auf Grund unserer Arbeit, unserer Zahl und unseres Enthusiasmus freies Feld zur Bewerbung um den Parlamentssitz beanspruchen."

Diese Politik dürfe natürlich nicht von unverantwortlichen Führern der Partei aufgedrungen werden und keine Spur von politischer Ränkeschmiederei an sich tragen. Sie müsse offen und im weitesten Umfang diskutirt werden, bevor man über sie Beschluß fasse. Sei dies aber geschehen, so müsse auch mit Energie daran gegangen werden, ihre Durchführung zu organisiren. „Ich kann keinen besseren Plan ersinnen, als sofort daranzugehen und die Liberalen, Radikalen, Progressisten, Arbeiterliberalen und Fabianer dadurch, daß wir unsere Stimmen bei jeder Gelegenheit gegen sie in die Wage werfen, darüber zu belehren, daß die Sozialdemokraten nicht so harmlos in der Politik sind, als wir ihnen bisher gegolten haben."

So Hyndman. Gegen seinen Artikel wendet sich in der Julinummer des „Socialdemocrat" ein „D. Amos" zeichnendes Mitglied der Partei. Hyndmans Politik, führt er aus, würde berechtigt sein, wenn zwischen Liberalen und Tories thatsächlich kein Unterschied bestünde. Das sei aber nicht der Fall. Gering wie der Unterschied sei, sei er doch vorhanden.

Der leitende Gedanke des Liberalismus sei Vertrauen auf das Volk, der des Torythums Verachtung des Volkes. Der Tory sei unversöhnlicher Feind der Demo-

[1] Stanhope ist Liberaler und ward mit 5454 Stimmen gewählt. Sein konservativer Gegner hatte 5133, Hyndman 1498 Stimmen erhalten. Beiläufig sei hier bemerkt, daß, nach Analogie der Wahlerfolge der Sozialisten in den von ihnen in Angriff genommenen Wahlkreisen, und der Ausbreitung der sozialistischen Organisationen, man das potenzielle Votum der Sozialisten Englands zur Zeit auf mehr als 100 000 Stimmen schätzen kann.

kratie, was man vom Liberalen nicht sagen könne. Die liberale Gesetzgebung habe die Sache der Demokratie gefördert. Bei allen Reformen sei die Initiative fast unabänderlich auf Seiten der Liberalen gewesen. Ferner seien die Liberalen entwicklungsfähig. Angenommen, die Sozialdemokratie erkläre durch den Mund gewählter Wortführer den Liberalen, sie sei bereit, ihre Stimmen, die zwar noch nicht genügten, sozialdemokratische Abgeordnete durchzubringen, aber ausreichten, die Wage zu Gunsten von Tories oder Liberalen sinken zu machen, für die Liberalen in die Schale zu werfen, sobald sie sich auf bestimmte Reformen verpflichteten, die für die Sozialdemokratie eine Etappe auf dem Wege zu ihrem, unter keinen Umständen preisgegebenen Ziele darstellten, und die Liberalen gingen darauf ein, was wäre dabei für die Sozialdemokratie riskirt? Absolut nichts. Sie brauchte keinen Deut ihrer Prinzipien, ihrer Selbstachtung und ihrer Begeisterung aufzugeben. Andererseits aber würden die Liberalen genöthigt, sich neuen Problemen zuzuwenden, ihren Gesichtskreis durch neue Ideen zu erweitern, mit ihnen vor die Wähler zu treten, und so der Einfluß dieser auf das Volk zunehmen. Man solle nicht sagen, die Liberalen würden die Hilfe annehmen und die Sozialisten auslachen. Die Unehrlichen unter ihnen würden das vielleicht thun, aber nicht alle seien unehrlich. „Ich bin gelegentlich schnell bei der Hand, alle Menschen Lügner zu schimpfen, aber ich bin nicht immer in solcher Stimmung."

Auch sei es nicht richtig, die Menschen blos nach der Vergangenheit zu beurtheilen. „Niemand von uns bleibt derselbe. Wir sind Alle in Bewegung und im Werden.... Ich bin durch Liberalismus und Radikalismus zum Sozialismus gekommen, dasselbe kann von vielen Anderen gesagt werden." Der Liberalismus sei ein günstigeres Brutnest für die Aufzucht neuer Ideen, als das Torythum. Warum also die Liberalen und nicht die Tories werfen? „In allen großen politischen Bewegungen muß zu Zeiten zu Kompromissen geschritten werden, so gehässig das Wort auch ist. Es ist unmöglich, in der Erkämpfung von Gesetzen durchwegs eine wohldefinirte gerade Linie einzuhalten. Wir müssen nehmen und geben ... die Wälle und Verschanzungen des Kapitalismus werden eher durch Strategie als durch direkten Sturm genommen werden."

Einen ähnlichen Geist athmet der dritte, in der Augustnummer des „Socialdemocrat" veröffentlichte Artikel. Der Verfasser — John E. Ellam — vertheidigt u. A. die Fabianer gegen den Vorwurf des Opportunismus.

„Ich bin erstaunt, wenn ich Genossen über ‚erbärmlichen Opportunismus', wie sie es nennen, schimpfen höre. Man denke einen Heerführer, der auf alle Taktik und Strategie aus dem Grunde verzichtet, daß sie ‚erbärmlicher Opportunismus' seien. Wie lange würde er das Feld gegen einen Feind halten, der nicht nur ehrliche Strategie, sondern auch alle Arten verächtlicher Verrätherei übt?" Mit einem solchen Feinde habe die Sozialdemokratie zu thun, und sie müsse ihn mit allen seinen Mitteln außer Verrätherei und Falschheit bekämpfen.

„Glaubt noch irgend ein Genosse, daß es für uns möglich ist, die liberale Partei zu ‚zerschmettern'? Wenn ja, dann hat Don Quixote Nachkommen hinterlassen.... Wir sind noch weit von der genossenschaftlichen Republik entfernt, aber wir sind ihr sehr viel näher, als wir vor dreißig Jahren waren. Und dieses Nähern ist dem Umstand geschuldet, daß die Liberalen mehr als die Tories dem Drucke der Demokratie nachgegeben haben. Diesen Druck müssen wir fortwirken lassen."

Die Politik, die Hyndman empfehle, würde der Sozialdemokratie „die amüsirte Verachtung der Tories und den bitteren Haß und die Gegnerschaft der Liberalen und Radikalen zuziehen, sowie die hoffnungslose Entfremdung von Zehntausenden, die sonst unsere Freunde wären und die wir schließlich für unsere Sache gewonnen hätten. Wir sind ohnehin weidlich heruntergeputzt worden, laßt uns daher den

Namen der ‚politischen Hunde in der Krippe' nicht auch noch verdienen."[1] Die liberale Partei zähle sicher viel falsche Brüder in ihren Reihen, aber auch sehr viele, denen es in ihren Bemühungen um das Wohl des Volkes ernst sei. „Sollte es nicht eher unsere Politik sein, die Letzteren zu unterstützen und die liberale Partei nach Möglichkeit mit Leuten anzufüllen, die sie revolutioniren und die Führer zu immer fortschrittlicheren Maßnahmen zwingen würden? Selbst wenn wir Sozialisten eine anständige Zahl von Parlamentssitzen erlangten, könnten wir die genossenschaftliche Republik nicht im Handumdrehen errichten. Wir haben noch immer einen recht breiten Bach zu durchkreuzen. Bis jetzt haben die Liberalen die meisten Schrittsteine für uns aufgestellt. Wir sollten dafür sorgen, daß sie noch etliche mehr aufstellen."

Demgemäß empfehle sich die folgende Taktik:

1. Da, wo für die Sozialisten begründete Aussicht auf Erfolg gegeben sei, sollen Sozialisten gegen Liberale wie Konservative kandidiren. 2. Wo diese Aussicht fehle, die Liberalen aber einen ehrlichen Demokraten aufstellten, solle man diesen unterstützen. 3. Stellen die Liberalen einen Kapitalisten auf, der nur Vertreter seiner Klasseninteressen sei, solle man sich der Wahl enthalten. 4. In Wahlkreisen, wo die Masse der Wähler noch nicht so weit sei, einen Sozialisten zu wählen, die Liberalen aber keinen eigenen Kandidaten aufstellten, solle man ruhig Sozialisten als Radikale kandidiren lassen. 5. Dagegen solle man keinen Kandidaten unterstützen, der sich unabhängiger Arbeiterkandidat nenne, ohne irgend einem anerkannten sozialistischen oder radikalen Verein anzugehören.

Als Beispiel für Punkt 4 führt der Verfasser u. A. die jüngst in Stepney erfolgte Wahl an, wo der Sozialist W. Steadman als Radikaler kandidirte und auch gewählt wurde. Auch der Erfolg der Fabianer, die als Progressisten für den Londoner Grafschaftsrath kandidirten, falle in diese Rubrik. Der Verfasser glaubt, daß wenn die von ihm skizzirte Taktik durchdringe, der Sozialismus es bald zu Ansehen und Macht in England bringen werde.

Dies die drei Artikel, die manche Parallelen zu den Auffassungen erlauben, die in den Debatten über die Frage der preußischen Landtagswahlen zu Tage treten.

Noch ehe der letzte dieser Artikel im Drucke erschien, fand in Edinburg (am 31. Juli und 1. August) die 1898er Jahreskonferenz der Sozialdemokratischen Föderation statt. Auf ihr bildete die Frage der künftigen Wahltaktik den Hauptpunkt der Verhandlungen. Folgende zwei Resolutionen, von denen die erste mit 61 gegen 3 Stimmen, die zweite einstimmig angenommen wurde, bezeichnen die Stimmung und Auffassung der Delegirten:

1. „Die Jahreskonferenz ist der Ansicht, daß das gesammte sozialistische Votum Großbritanniens gründlich organisirt und bei der allgemeinen Wahl wie bei Nachwahlen als kollektives Ganze so benutzt werden soll, wie dies der Sozialdemokratie dieses Landes zum größten Vortheil gereicht. Ferner daß der Exekutivrath der Partei volles Verfügungsrecht erhalten soll, diese Politik im gegebenen Falle so auszuführen, wie es ihm wünschbar erscheint, ohne erst die Sektionen befragen zu müssen."

2. „Angesichts der immer stärker hervortretenden Tendenz der Kapitalisten und Grundbesitzer, sich gegen die Interessen des Volkes zu verbinden, beauftragt die Konferenz den Exekutivrath, seinen Einfluß dazu zu benutzen, das sozialistische Votum unterschiedslos gegen Liberale wie Tories auszuspielen, je nachdem es vortheilhafter für die Sache des Sozialismus erscheint, ausgenommen wenn der

---

[1] Hund in der Krippe — „dog in the manger" — der Hund, der wüthend in der Krippe sitzt und lieber selbst hungert, ehe er das Vieh an dessen Futter heranläßt.

Kandidat ein Mitglied der äußersten radikalen Linken ist, die bereit ist, gemeinsam mit uns für die Verwirklichung derjenigen unmittelbar durchführbaren praktischen Maßnahmen zu wirken, betreffs welcher Sozialisten und Radikale übereinstimmen. Die Entscheidung über die Betreibung unabhängiger sozialdemokratischer Kandidaturen bleibt dem Exekutivrath vorbehalten. In keinem Falle soll von der Unabhängigkeit der Sozialdemokratischen Föderation abgelassen werden."

Die erste Resolution und der erste Theil der zweiten Resolution sind, wie in der „Justice" vom 6. August ausgeführt wird, im Sinne der oben gegebenen Ausführungen Hyndmans zu verstehen. Das heißt, die Exekutive erhält das Recht, die dort skizzirte Politik durchzuführen und überall, wo kein Sozialist kandidirt, so lange das sozialistische Votum unterschiedslos gegen die Liberalen für Tories ins Feld zu führen, als es ihr zweckmäßig erscheint. Die umgekehrte Taktik ist außer Frage. Kein Mensch denkt daran, von den Tories freiwilligen Verzicht auf Wahlsitze zu Gunsten von Sozialdemokraten zu verlangen.

Wie sich die Sache in der Praxis machen wird, ob sich die Wähler, die bisher sozialdemokratisch stimmten oder für Sozialdemokraten zu haben waren, in größerer Zahl zur Abgabe ihrer Stimmen für Tories werden bewegen lassen, ist eine Frage, auf die wir hier nicht eingehen können. Wir haben oben zwei englische Stimmen vernommen, die in dieser Hinsicht Bedenken äußerten, und halten es unsererseits nicht für angebracht, uns in die Debatte einzumischen. Für uns handelt es sich vielmehr darum, das Ziel zu kennzeichnen, auf welches diese Taktik abzielt und vernünftiger Weise auch nur abzielen kann. Es ist, kurz gesagt, die Liberalen zu einer Art stillschweigendem Wahlvertrag mit der Sozialdemokratie zu nöthigen. Denn in dem Augenblick, wo die Liberalen den Sozialisten in einer Reihe von Wahlkreisen freies Feld ließen, würde es nicht nur in diesen Kreisen, sondern auch anderwärts mit dem unterschiedslosen Stimmen für die Tories aus sein.

Was die — auch von Hyndman unterstützte — Zusatzklausel der zweiten Resolution anbetrifft, die für die äußerste Linke der Radikalen eine Ausnahme macht, so bedeutet sie, wie eng man ihre Wirkungskraft auch zieht, jedenfalls einen Bruch mit der absoluten Verwerfung aller Kompromisse, und ist als solcher auch von einigen Delegirten bekämpft worden (in der Spezialdebatte stimmten 21 Delegirte für ihre Streichung). Sie hat, wie ausgeführt wurde, vornehmlich Radikale von der Schattirung von „Reynolds Newspaper" im Auge, sowie Sozialreformer vom Schlage A. E. Fletchers, des einstigen Redakteurs des „Daily Chronicle" und Gründers der Wochenschrift „The New Age". Die Genannten haben wiederholt sozialdemokratische Kandidaturen warm gegen solche offizieller Liberalen unterstützt, wenn auch bisher ohne nennenswerthen Effekt. Indeß fehlt es nicht an Zeichen, daß ihr Beispiel Nachahmer finden würde, sobald sich die Möglichkeit einer ersprießlichen Kooperation zwischen Sozialisten und vorgeschrittenen Radikalen herausstellt. Hat doch neuerdings auch der radikale Parlamentarier und Herausgeber des vielgelesenen „Truth", Sir Henry Labouchere, seine Stimme für Unterstützung von Sozialdemokraten im Wahlkampf erhoben.

Es mögen da bei einem Theile dieser Leute, so namentlich bei dem Letztgenannten, persönliche Gereiztheiten mitspielen, im Ganzen aber liegen genug sachliche Gründe vor, die einem großen Theile der entschiedeneren Radikalen Englands eine Verständigung mit den Sozialdemokraten wünschbar erscheinen lassen.

Diese Gründe sind vielleicht zuletzt auf dem Gebiet der eigentlichen Arbeiterschutzfragen oder der Sozialpolitik im engeren Sinne zu suchen. Hier hat sich der englische Liberalismus noch am ehesten gelehrig gezeigt, und jedenfalls gehen

z. B. in der Achtstundenfrage und ähnlichen Reformen Herr Labouchere und seine Freunde nicht viel weiter wie die Asquith, Buxton, Haldane, Shaw-Lefevre und andere mehr oder minder „offizielle“ Liberale. Worin aber die liberale Partei einen großen Theil ihrer radikaleren Gefolgschaft schwer enttäuscht hat, das ist die Durchführung der alten liberal-radikalen Ideale: der Kampf gegen das Haus der Lords und gegen das Grundeigenthum in Stadt und Land, die Entstaatlichung der Kirche, die Wahlreform und, last but not least, der Widerstand gegen Militarismus und Imperialismus.

Es ist in dieser Zeitschrift schon wiederholt auf die mächtige Ausbreitung des imperialistischen Geistes im heutigen England hingewiesen worden, und es sind auch die Gründe dargelegt worden, die dieses Wachsthum begünstigt haben. Nicht nur die konservative, auch das Gros der liberalen Partei kämpft heute unter dem Motto der Primrose Liga: Imperium et Libertas! Wenn nun auch der englische Imperialismus — u. A. schon wegen des demokratischen Charakters der selbstregierenden Kolonien — nicht in dem Sinne reaktionär ist wie der kontinentale Imperialismus, so hat er doch vielfach ähnliche Wirkungen wie dieser. So u. A. die Stärkung des militärischen Geistes und aller damit verbundenen Einrichtungen und Strömungen. Dagegen revoltirt nun insbesondere dasjenige radikale Element, das seine politische Inspiration der alten Freihandelsideologie entnimmt, wie sie seinerzeit durch einen John Bright vertreten wurde; und daß die Freihandelsbewegung mehr war als blos eine Bewegung profitlüsterner Fabrikanten, daß sie in ihren Falten die Erfüllung vieler demokratischen Bestrebungen barg, wird auch in sozialistischen Kreisen mehr und mehr anerkannt. Friede, Beschränkung nach außen, und Reform im Innern, war die politische Parole der alten Freihändler. Was ist heute daraus geworden?

Es liegt im Wesen des kleinbürgerlichen Radikalismus, die Erklärung für widrige Erscheinungen in persönlichen Einflüssen zu suchen. Und der englische Altradikale ist daher überzeugt, daß die Ursache der fatalen Wandlung der liberalen Partei im Einfluß Lord Roseberys zu suchen ist. Richtig ist nun auch, daß Rosebery sehr viel gethan hat, die liberale Partei imperialistisch zu stimmen, aber selbst ein zehnmal energischerer Mann wie der Schwager der Rothschilds hätte die Partei nicht herumgekriegt, wenn nicht die veränderte Weltlage, die Schutzzoll- und Kolonialpolitik der Festlandsstaaten die englische Geschäftswelt dafür bearbeitet hätten. Roseberys Rücktritt hat denn auch an der Situation nichts geändert, höchstens das, was er sans phrase that, Sir William Harcourt heute mit Phrasen thut. Er redet Einschränkung, aber er bewilligt die Mittel für die Expansion. Natürlich nimmt Niemand unter diesen Umständen seinen Donner ernst.

Diejenigen Radikalen aber, denen es mit der Politik der Einschränkung ernst ist, die Friedens- und Freiheitsfreunde aller Art, werden so der liberalen Partei immer mehr entfremdet. Gladstone, der, wenn er in der Opposition war, nicht nur donnerte, sondern auch einschlug, hatte sie an die Partei zu ketten gewußt, theils überhaupt erst für sie eingefangen. Jetzt bindet sie an die liberale Partei nur noch der Mangel eines anderweitigen politischen Obdachs. Sie sind sozusagen ein chemisches Element, das sich aus einer alten Verbindung loslöst und nach einer neuen Verbindung sucht. Wäre die englische Sozialdemokratie schon eine leistungsfähige politische Partei, so würde sie die Mehrzahl dieser Leute bald absorbiren. Da sie es noch nicht, und angesichts ihrer Mißerfolge bei den Wahlen auf die Reichspolitik noch ganz einflußlos ist, geht es mit dem Absorbiren nicht so rasch. Auch würde sie bei ihrer relativen Jugend die Auf-

nahme einer immerhin ziemlich gemischten Gesellschaft kaum gut vertragen. Anders natürlich mit Bündnissen oder gemeinsamen Aktionen für bestimmte Zwecke.

Die Frage ist nur, wie viele Radikale für solche zu haben wären, wenn die Sozialdemokratie im Uebrigen die oben entwickelte Politik durchführt.

Indeß das muß abgewartet werden. Sehen wir für diesmal nur noch, wie sich andere sozialistische Organe Englands zu der Idee einer Annäherung von Linksradikalen und Sozialisten stellen.

Das amtliche Organ der Unabhängigen Arbeiterpartei, die „Independent Labour Party News“, behandelt sie in seiner neuesten Nummer etwas skeptisch, aber nicht unsympathisch. Es knüpft daran an, daß der Vorschlag eines Bundes zwischen Radikaldemokraten und Sozialdemokraten von „Reynolds Newspaper“ ausgeht, und sagt: „Es geziemt sich, ein höflich angetragenes Bündniß in gleichermaßen weitherziger Weise in Erwägung zu ziehen. Zuerst sei untersucht, was unter Radikaldemokratie zu verstehen ist. Wir werden nicht sehr fehl gehen, wenn wir annehmen, daß unter radikaler Demokratie die Londoner Progressistenbewegung gemeint ist. . . . Wohlan, der vorgeschrittene Londoner Progressist ist ein guter Bursche, der sich wenig von unseren eigenen Mitgliedern in provinziellen Vertretungskörpern unterscheidet. Seine Ideale sind dieselben, er befürwortet die gleichen praktischen Maßnahmen zu ihrer Verwirklichung und hat in seiner Kommunalpolitik ein Beispiel gesetzt, dem unsere Genossen in der Provinz eifrig gefolgt sind.“ Indeß dieses Progressistenthum existire nicht außerhalb Londons. Bestünde es auch dort und wäre es im Parlament im gleichen Verhältniß wie im Londoner Grafschaftsrath vertreten, so würde die Unabhängige Arbeiterpartei nicht gegründet worden sein. Aber der Radikalismus der Provinz sei von einem anderen Schlage. „Aus diesem Grunde scheint uns ein fest verpflichtender Bundesvertrag nicht möglich. Gleichzeitig sind wir indeß weit entfernt, die ‚Annäherung‘ mit Geringschätzung zu behandeln. Wir halten sie für eine durchaus wirkliche Bewegung aufrichtiger Leute, die über die Unthätigkeit der Liberalen empört sind, aber noch nicht die Rathsamkeit sehen, sich mit uns zu identifiziren. Wenn, wie wir glauben, kein bindender Vertrag möglich ist, so kann jedenfalls eine freundschaftliche Neutralität beobachtet werden.“

Sehr viel weiter geht im „Clarion“, dem verbreitetsten der sozialistischen Wochenblätter, dessen Redakteur Alexander Thompson-Dangle.

Selten sei in Englands Geschichte, schreibt er, die Gelegenheit zu demokratischem Fortschritt so günstig gewesen wie jetzt.

„Die eine der alten Parteien des Privilegiums — diejenige, die am meisten Reformeifer vorgiebt — liegt hilflos und mit zerbrochenem Rückgrat am Boden; ihr großer General ist gegangen, ihre Offiziere sind hoffnungslos mißtrauisch aufeinander, ihre Mannschaften unzufrieden und unruhig.

„Die andere Partei — die sich zum aristokratischen Konservatismus bekennt — hat nur Leben im thätigen Hirn eines wesentlich demokratischen Abenteurers, der im Innern fortschrittlicher ist wie die kühnsten seiner Widersacher.

„Zwischen beiden treiben die eifrigen Reformer ziellos und zerfahren in losgelösten Gruppen. . . .“

Was erforderlich sei, sie zusammenzubringen, sei eine Liste möglicher Reformen — ein klar umschriebenes Reformprogramm, wie es der Volkscharter gewesen sei, der von 1838 bis 1848 die außerhalb des Parlaments kämpfende Demokratie verband. Ein Programm, das Achtstundengesetz, staatliche Alterspensionen, Ausdehnung der Gemeindevollmachten, Besteuerung der Bodenwerthe, Nationalisirung der Eisenbahnen und Bergwerke forderte, würden nicht nur alle Sozialisten, sondern auch alle Demokraten im Parlament, viele hervorragende Schriftsteller und Künstler, Geistliche,

Redakteure, Gewerkschaftsführer u. s. w. unterschreiben und thatkräftig unterstützen. Es würde „die Grundlage abgeben für die Konzentrirung der jetzt versprengten und demoralisirten Kräfte des demokratischen Fortschritts". Es würde „der Wählerschaft die dringend erheischte Ueberzeugung beibringen, daß wir wirklich wissen, was wir wollen und auch thatsächlich einen Begriff davon haben, wie es zu erlangen". Und es würde vor Allem „unsere eigenen stutzig gewordenen Kräfte mit neuem Eifer und Enthusiasmus erfüllen; es würde ihnen ein bestimmtes, greifbares Ziel bieten, wofür zu arbeiten und zu kämpfen, und würde sie mit stärkender Hoffnung waffnen — der Hoffnung, auch in ihrer Zeit thatsächlich etwas zur Verwirklichung ihres sozialistischen Ideals durchzusetzen, der Hoffnung, wenigstens etwas Gerümpel aus dem Wege zu räumen, der ihre Kinder ins gelobte Land führen soll."

„Natürlich wird man mir sagen, daß die Maßregeln, die ich aufgezählt habe, nur Palliative sind, daß sie die Wurzel der gesellschaftlichen Schäden nicht zerstören, noch die demokratische Republik herstellen werden, auf die wir gehofft und für die wir gekämpft haben.

„Ich weiß das. Ich habe es selbst so oft gesagt, daß ich es nicht leicht vergessen werde.

„Aber ich werde es müde, nichts auszurichten und zu warten, bis ich die Erde aufheben und aus ihrer Bahn stoßen werde."

* * *

Damit genug der Zitate. Sie werden ausreichen, den Leser über die Richtung aufzuklären, in welcher die anerkannten Wortführer der sozialistischen Bewegung Englands den Ausweg aus der Sackgasse suchen, in welcher diese sich hinsichtlich der Frage ihrer Vertretung in der Gesetzgebung befindet. Wie verschieden diese Stimmen auch lauten, so gehen sie in ihrer übergroßen Mehrheit doch darin einig, daß, wo es der vertretenen Sache förderlich ist, zeitweilige Bündnisse oder Vereinbarungen mit vorgeschrittenen bürgerlichen Parteien nicht zu verwerfen sind.

Notizen.

Lohn-, Arbeits- und Wohnverhältnisse der Arbeiter Nürnbergs. Aufgenommen vom 15. Juni bis 10. Juli 1897. Herausgegeben vom Arbeitersekretariat Nürnberg. Druck von Wörlein & Comp., Nürnberg 1898.[1]

Das Nürnberger Arbeitersekretariat, das zu den ältesten und am besten eingerichteten Instituten dieser Art in Deutschland gehört, hat trotz der erst vor wenigen Jahren erfolgten Errichtung bereits viel Gutes und Nützliches geschaffen. Um sein Thätigkeitsgebiet zu erweitern und zugleich breitere Grundlagen für die Forderungen der Arbeiterschaft auf dem Gebiet der kommunalen und staatlichen Sozialpolitik zu schaffen, hat nunmehr das Nürnberger Arbeitersekretariat im vorigen Jahre eine umfangreiche Enquete veranstaltet, deren Aufgaben durch den oben angeführten Titel zur Genüge gekennzeichnet werden.

Diese Enquete ist — soviel wir wissen — die *erste* Untersuchung dieser Art, die von einem Arbeitersekretariat durchgeführt wurde. Da es sehr wahrscheinlich ist, daß auch andere Arbeitersekretariate diesem Beispiel folgen werden, so ist es somit eine doppelte Pflicht für Jeden, der diesen Einrichtungen *sympathisch* gegenübersteht, an der Art und Weise der Vornahme und der Durchführung der Untersuchung eine eingehende und durch kein Parteivorurtheil getrübte Kritik zu üben. Denn nur eine solche Kritik kann es ermöglichen, daß in der Zukunft Fehler vermieden werden.

---

[1] Wir geben gern vorliegender Kritik Raum, brauchen aber wohl nicht erst zu versichern, daß wir unsere Spalten ebenso gern auch den Angegriffenen zu sachlicher Abwehr eröffnen. Die Redaktion.

Wir halten es für nothwendig, alle diese Momente besonders zu betonen, um von vornherein darauf aufmerksam zu machen, daß es uns viel weniger auf die Nürnberger Enquete, als darauf ankommt, klarzulegen, wie die Enqueten nicht gemacht werden sollen.

Um die volle Berechtigung dieser Auffassung darzuthun, genügt es, folgende Ausführungen auf Seite 5 der Enquete zu zitiren. „Gegen Schwarzmalerei", heißt es darin, „spricht aber auch noch der Ehrgeiz des einzelnen Arbeiters, der Berufsstolz, welcher eher zu einer Beschönigung der Thatsachen geneigt macht. Viele Arbeiter wissen gar nicht, daß es ihnen schlecht geht, Lassalles Zornworte über die „verdammte Bedürfnißlosigkeit" der deutschen Arbeiter haben auch heute noch ihre volle Berechtigung. In der That ist das Ergebniß dieser Arbeit, was die Lohnverhältnisse anbelangt, insofern von der bisherigen Auffassung abweichend, als die Löhne höher sind, wie vorher angenommen wurde." Die vom Nürnberger Arbeitersekretariat vorgenommene Enquete könnte demnach den Gegnern der Arbeiterpartei als Mittel dienen, die Wortführer der Arbeiterschaft der Schwarzmalerei zu zeihen. Es wird daher kaum unangebracht erscheinen, wenn wir uns die Mittel und Wege ansehen, mit deren Hilfe diese Ergebnisse gewonnen wurden.

In erster Linie ist zu betonen, daß das Jahr 1897 den Höhepunkt einer Prosperitätsperiode darstellt. Dieser Punkt genügt schon an und für sich, um die Hellseherei ad absurdum zu führen. Es kommt dabei aber noch ein anderes Moment in Betracht. Nach den Schätzungen des Arbeitersekretariats waren in Nürnberg zur Zeit der Vornahme der Enquete circa 36000 erwerbsthätige Arbeiter vorhanden. Davon haben etwas über 7000, d. h. knapp ein Fünftel der Erwerbsthätigen, und etwa die Hälfte der Befragten, die Enquetefragebogen ausgefüllt. Besonders spärlich fielen die Antworten der Arbeiterinnen aus. Während bei den Männern Antworten von circa 25 Prozent aller Beschäftigten vorlagen, belief sich dieses Verhältniß bei den Frauen nur auf circa 6 Prozent. Dazu kommt noch in Betracht, daß viele Fragebogen nur partiell beantwortet wurden, so daß in Bezug auf zahlreiche Fragen ein noch geringeres Material vorlag. Erinnert man sich zum Schluß, daß in Folge der politischen Parteistellung des Arbeitersekretariats die Fragebogen höchst wahrscheinlich vorzugsweise von gewerkschaftlich und politisch organisirten Arbeitern beantwortet wurden, so findet man leicht die Erklärung dafür, warum die vom Arbeitersekretariat ermittelten Löhne höher zu sein scheinen, als bisher angenommen wurde. Denn es liegt außer jedem Zweifel, daß nur die intellektuell höher stehenden und schon deshalb meist besser bezahlten Schichten der Arbeiterschaft sich den gewerkschaftlichen und politischen Organisationen anschließen.

Befremdlich für jeden Statistiker klingt die Versicherung des Enquetebearbeiters, der zufolge er überzeugt ist, daß der Verzicht auf die Namensunterschrift des Befragten an sich Gewähr für richtige Beantwortung der einzelnen Fragen bietet. Bisher hat man bei Veranstaltung von Enqueten stets angenommen, daß eine relativ kleine Anzahl unterschriebener und deshalb leicht zu kontrollirender Antworten viel werthvoller ist, als Tausende anonymer.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, an dieser Stelle die zahllosen kleineren Mängel, die der Fragestellung und der Bearbeitung anhaften, zu erörtern. Die statistische Werthlosigkeit fast aller in der Enquete enthaltenen Durchschnittsberechnungen geht ohne Weiteres daraus hervor, daß das Arbeitersekretariat es unterlassen hat, zu untersuchen, ob der Prozentsatz der einzelnen Berufe und einzelnen Altersklassen unter den Personen, die ihre Fragebogen beantwortet haben, annähernd derselbe sei wie unter der Gesammtzahl der erwerbsthätigen Arbeiterbevölkerung. Um das Gesagte zu erläutern, mögen folgende in der Enquete angeführten Durchschnittsberechnungen zitirt werden. Auf Seite 33 wird von dem Enquetebearbeiter das Alter von 7291 Personen, die diesbezügliche Angaben machten, auf 214277 Jahre und 3 Monate berechnet. „Das Durchschnittsalter beträgt demnach", fügt er hinzu, „29 Jahre 4 Monate 20 Tage **3** Stunden **8** Minuten. Nach Geschlechtern geschieden ist das Resultat: Gesammtalter der Männer 199915 Jahre

9 Monate. Durchschnittsalter 29 Jahre 9 Monate **22** Tage **3** Stunden. Gesammtalter der Frauen 14361 Jahre 6 Monate. Durchschnittsalter 24 Jahre 7 Monate **5** Tage **17** Stunden.“

Nun ist es von der Statistik bereits seit einigen Jahrzehnten festgestellt, daß das Durchschnittsalter der Lebenden, wenn man es sogar für ganze Bevölkerungen ermittelt, ein ziemlich werthloses Ding ist. Wie werthlos muß aber diese ganze Berechnung erscheinen, wenn man bedenkt, daß die Vertretung der einzelnen Altersklassen unter der gesammten erwerbsthätigen Arbeiterbevölkerung und unter denen, die die Fragebogen beantwortet haben, nicht einmal entfernt übereinstimmte. Schon die Befragung eines nur halbwegs geschulten Statistikers würde in diesem Falle dem Nürnberger Sekretariat die unnütze Arbeit und beträchtliche Geldausgaben erspart haben. Das Gleiche gilt hinsichtlich der Erhebungen über die Lohnverhältnisse, die Arbeitszeit, die Arbeitslosigkeit u. s. w. u. s. w. Ueberall werden Durchschnitte ohne Berücksichtigung des oben genannten Moments berechnet, wodurch das Ganze natürlich zu einer Kollektion wissenschaftlich werthloser Zahlenangaben gestempelt wird.

Es wäre sehr zu wünschen, daß diese Mängel der Enquete künftighin dahin führten, daß die Veranstalter solcher Enqueten ihre Fragebogen und später die Ergebnisse vor deren Drucklegung einem geschulten Statistiker zur Durchsicht und Begutachtung vorlegten.

Eine sozialpolitische Enquete zu veranstalten, namentlich mit den geringen Mitteln von Arbeiterorganisationen, ist ein schwieriges Ding und will ebenso gut gelernt sein, wie jede andere komplizirte Thätigkeit. —is.

„The Trade Unionist“ ist der Titel eines neuen englischen Monatsblatts, das sich als ein unparteiisches Organ der Trade Unionwelt bezeichnet. Alle Sektionen derselben sollen in ihm, heißt es in der ersten und Probe-Nummer, zu sachlicher Diskussion zum Worte kommen, Parteipolitik im engeren Sinne dagegen aus seinen Spalten verbannt bleiben. „Nicht daß wir Gegner politischer Aktion wären oder das Parteiwesen für nothwendiger Weise verderblich hielten; aber wir wünschen das Blatt in jenem bestimmten Rahmen zu halten, der den gemeinsamen Boden für Gewerkschaftler aller politischen Richtungen abgiebt.“ Das Blatt enthält demgemäß Artikel von alten Gewerkschaftlern, wie Robert Knight, Thomas Burt, W. Inskip u. A., wie auch von sozialistischen Gewerkschaftsführern, wie George Barnes und Fred. Rogers. Auch einige Sozialpolitiker, wie Vaughan Nash und Henry Vivian, sind vertreten, sowie einige Techniker mit Aufsätzen aus der Technologie. Als die interessantesten Artikel sind zu nennen ein Aufsatz von W. Inskip (Schuhmacher) über die Gewerkschaften und das Genossenschaftswesen und ein Aufsatz von A. Wilkie (Schiffszimmerer) über das Problem der Gewerkschaftsföderation. Barnes schreibt über technisches Erziehungswesen und F. Rogers über die Rückwirkung der Fair Wages-Klausel auf sein Gewerbe (Velin-Buchbinderei). Von Nachrichten aus der Gewerkschaftswelt ist ein Bericht über den Jahreskongreß des großen Bundes der Maschinen- und Schiffsbaugewerbe besonders hervorzuheben.

Der „Trade Unionist“ wird von Mr. A. F. Hills, Direktor der Thames Ironworks-Aktiengesellschaft, finanzirt, einem bekannten Philanthropen, der auf seinen großen Schiffsbauwerften den Achtstundentag und ein verbessertes Stücklohnsystem eingeführt hat, das er „gute Kameradschaft“ (good fellowship) nennt, weil es den Gemeinsinn unter den Arbeitern hebe. Redakteur ist der radikale Abgeordnete für Sheffield, Fred. Maddison, früher Redakteur des Organs der Eisenbahnergewerkschaft und bekannter Genossenschaftsagitator. Jede einzelne Nummer umfaßt 52 Seiten groß Quart und kostet 3 Pence. Die äußere Ausstattung ist sehr vornehm. Adresse: 33 Paternoster Row, London E. C. —eb.

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Fortsetzung.)

Ihr Haus — das ist eine Bauernhütte, um die Fenster geweißt und rings herum mit einer Prispa, d. i. Lehmbank.

Beim Hause lag der Garten und im Garten wuchs allerlei.

Da gab es Obstbäume, Gemüse, Sonnenblumen, Blumen, sogenannte „Landnelken“, starkduftend, und zwei volle Beete von großen leeren Astern. Der starke Duft von alledem war fast betäubend.

Sie war allein. Kinder hatte sie niemals gehabt, und so bereitete ihr jede einzelne Blume Vergnügen.

„Ich habe es gern, wenn von alledem so viel ist; das ist so schön!“ sprach sie, wenn Jemand ihren Garten bewunderte. Und wenngleich in ihm nichts Besonderes wuchs, schien er ihr ein Paradies.

Am Sonntag Nachmittag legte sie sich unter einen Birnbaum, und um sie herum lagerten sich ihr Hund, ihre Katze und zwei, drei Hühner. So lag und schlief sie, oder rauchte. Gesellschaft suchte sie nie. Sie liebte es nicht, mit den Erstbesten zu reden. Zu den Nachbarn ging sie höchst selten, und wenn sie es that, so schaute sie den Platz, auf den sie sich zu setzen hatte, gut an, oder z. B. den Bissen, der ihr gastfreundlich gereicht wurde.

„Parasko ist gar delikat“, sprachen gleichsam verletzt die Rumänen-Nachbarn. „Sie schaut sich im Hause um, wie eine große Frau; besser thäte sie daran, bei sich umzusehen; da fände sie eher etwas, als bei uns.“

Allein ihr war dies gleichgiltig. Sie ekelte sich — wenngleich es in den Hütten der Rumänen sehr rein war — und es ist ihr gleich, ob sie damit Jemand verletzt oder nicht.

Schickte man sich an, sie mit etwas zu bewirthen — stand sie auch schon auf der Schwelle.

„Ich vergaß die Hühner in den Hof hereinzutreiben, es können mir noch welche verloren gehen!“ redete sie sich aus und eilte nach Hause.

„Wenn Ihr ein Kindchen hättet, wär' es bei Euch fröhlicher!“ sagte ihr einmal eine Nachbarin.

„Vielleicht wäre es fröhlicher!“ antwortete sie, „allein wenn's ein häßliches Kind wäre ... aj du lieber Gott! Nein, Häßliche und Schmutzige kann ich nun einmal nicht ansehen! ...“

„Aber so allein ... ist Euch traurig.“

„Mir ist nicht traurig.“

Und sie sprach die Wahrheit. Ihr war nie traurig zu Muthe. Auch im Winter, wo sie wochenlang allein saß und keinen Menschen zu Gesichte bekam, war ihr nicht einsam zu Muthe. Sie saß, spann, rauchte, redete zu ihrem Hunde, zur Katze, zu ihren zahmen Hühnern ... sie lachte zu ihnen ... schlug sich Karten auf und las ihr Schicksal daraus, that das Gleiche aus Kukurutzkörnern ... und fühlte weder Trauer noch Einsamkeit.

An Winterabenden, wenn der Schnee an die kleinen Fenster ihrer Hütte schlug, wenn der Sturm mit seiner tonlosen Stimme heulte — saß sie zusammengekauert beim Ofen, die Pfeife im Munde und horchte auf irgend etwas.

Ein starkes Rauschen überschwemmte die Luft, kam vom Rung und Magura her, als wie ganze Wolken von Vögeln ... und der Wind rang mit ihm. ...

Rung und Magura grollten miteinander ... allein sie fürchtete nichts.

Klopfte Jemand an die Thüre, rührte sie sich nicht von der Stelle.

„Wer ist dort?" frug sie mit gerader, muthiger Stimme und öffnete die Thüre nicht, bis sie nicht genau erfahren, wer gekommen und was er nöthig hatte.

Gedanken sind bei ihr — Träume.

Alles, was sie sich ausdachte, erklärte sie sich auf die Art: „Das sagte mir Gott im Traume."

Sie hatte auch eine Schwester.

Diese war älter wie sie, hieß Thekla, war ebenso schön und wie sie auch eine kinderlose Witwe — allein sie vertrugen sich nicht. Auch wohnten sie nicht zusammen. Seit der Zeit, als Thekla sich bemüht hatte, von ihr den Sohn der alten Malwine abwendig zu machen, verlor sie das Herz für sie.

Uebrigens war sie ...

Scherzte einmal ein Mann mit ihr, oder ein Bursche — flugs griff sie auch schon in seinen Gürtel und suchte nach Geld und Tabak ... die Schamlose!

Wie oft gab der Herr Kuba ihr Tabak ... ach du lieber Gott! — wohin wäre sie gerathen, wenn sie gewollt hätte! Allein sie hatte ein „Gesicht" — war schamhaft. ...

In ihrem Hause sah es unordentlich und armselig aus.

Eine lange Eichenbank, ein aus schwarz gewordenen Brettern zusammengeschlagenes Bett, ein ebensolcher Tisch, eine grobe plumpe Kiste ... auf einer langen, oben zwischen den Deckbalken angebrachten Stange nachlässig aufgehängte Kleidungsstücke — das war fast alles. Dafür waren aber die Wände beinahe voll. Da gab es bunte Bilder, farbige Papiere, auf die Wand ganz glatt aufgeklebt, Bänder, hölzerne geschnitzte Kreuze, Lehmtöpfchen, getrocknete Blumen und Kräuter ... und in den kleinen, schiefen Fenstern hochrothblühende Blumen, die sich vergeblich an die ungewaschenen Scheiben preßten, um ein Bischen Sonnenlicht auf sich zu fühlen. ...

Und unter alledem und immer belebt war — sie.

Sie saß und spann oder schnitzte etwas aus Holz; Kreuze, Löffel, Schüsselchen oder auch andere kleine Sachen: was ihr eben einfiel.

„Wer hat Euch schnitzen gelehrt?" fragte man sie einmal.

„Wer?" gab sie erstaunt zur Antwort, „ich kann's von selber. Ohne Beschäftigung zu sitzen ist langweilig. Ich nehme ein Stück Holz in die Hand ... und es kommt dann von selber irgend etwas heraus. ..."

Eines Tages flüchtete sich zu ihr eine Frau vor dem Regen.

Als sie sah, wie schön die Huzulin spinne, und auch erfuhr, daß sie für Fremde spinne, brachte sie ihr Flachs und Geld und besuchte sie dann öfters. — Von Zeit zu Zeit schenkte sie ihr auch Tabak, als sie bemerkte, daß das Rauchen sie in eine redselige Stimmung bringe. Die Huzulin ward ihr anhänglich wie ein Kind, und als sie einmal für länger fortreiste und von derselben erst nach Verlauf mehrerer Wochen und zufällig in der Stadt wieder gesehen wurde, war die Freude dieses Weibes so groß, daß es sie zu ihrem übergroßen Erstaunen mitten auf den Mund küßte!

„Es ist mir ordentlich leicht geworden, daß ich Euch wiedersehe!" sprach sie voller Freude. „Kommet zu mir auf Weichseln; sie sind gerade jetzt reif", lud sie die Frau herzlich ein.

„Soll ich Euch auch Tabak mitbringen? Oder habt Ihr vom Rauchen gelassen?“ fragte die Frau scheinbar ernst.

„Aj, wo hab' ich denn vom Rauchen gelassen!“ antwortete sie fast erschrocken, „jetzt liebe ich es fast mehr wie früher!“

„So? Dann komme ich und bringe Euch ein Päckchen, und Ihr bereitet mir einen großen Strauß von Euren duftenden Blumen und Kräutern vor; es muß ja bei Euch alles in schönster Blüthe sein!“

„Und wie!“ prahlte sie. „Die Köpfchen bei meinen Blumen sind so groß und offen, daß . . . o du lieber Gott!“

Den anderen Tag Nachmittags kehrte die Frau von einem Spaziergang heim und trat zu ihr ein.

Sie traf sie beim Nähen.

Eine Zeitlang hörte sie ihrem Plaudern zu und dann fragte sie sie: „Weshalb sehe ich niemals bei Euch buntgestickte Hemden, Parasko? Die Huzulinen tragen doch immer gestickte Wäsche?“ — Sie ward ein wenig verlegen.

„S' ist ja da . . .“ antwortete sie mit einem um sich suchenden Blicke, aus dem sofort zu ersehen war, daß es nicht da war; später fügte sie hinzu: „Jetzt hab' ich Euch erst recht angelogen; ich hab' gar keine gestickten Hemden! Ich sticke nicht gerne. Auch als Mädchen that ich es nicht. Ich wusch die Wäsche schön rein, daß sie wie der Schnee rein blinkte — und trug sie so. Frauenarbeiten verrichtete ich nicht gerne, und — ich sag's aufrichtig — ich thue es auch jetzt nicht gerne. Glaubt Ihr's oder nicht?“

Das Aussehen ihrer Hütte bestätigte die Wahrheit ihrer Worte.

„Was arbeitet Ihr mit Lust?“ fragte die Frau.

„Was? Männerarbeit. Benöthigt Jemand einen Rechen — ich mache ihn. Braucht man Holz — ich hacke es. Muß mit den Pferden zum Schmied gegangen werden — geh' ich. Fällt irgend ein Faß auseinander — schlag' ich es zusammen. Wie oft fing ich die Pferde des Herrn Kuba droben im Gebirge auf den Weiden ein. Aj, aj!“ Dann lachte sie lustig auf.

„Weshalb lacht Ihr?“

„Weil ich mich erinnerte, wie es manchmal zugegangen war. Ich trieb Komödie!“ Ihre Augen leuchteten auf, änderten sich; sie verjüngte sich förmlich, oder besser gesagt, sie hörte nicht auf, jung zu sein.

„Die Köpfe habt Ihr den Burschen verdreht — nicht wahr?“

Ihre Mundwinkel zuckten muthwillig.

„Nun ja . . . sie wurden verrückt“, antwortete sie, und mit diesen Worten berichtete sie einen Theil ihrer Geschichte.

Wie schön mußte sie gewesen sein! Und nicht nur von Angesicht, welches noch jetzt Spuren fast intelligenter, beim Landvolk dadurch ungewöhnlicher Schönheit trug, sondern auch von einer anderen, inneren Schönheit, voll von wildem, unentwickeltem Künstlerthum und einer ewigen Jugend, die noch jetzt in jedem ihrer Worte und jedem Blicke ihrer klugen, leuchtenden Augen durchbrach; in jeder Bewegung ihrer schlanken Gestalt, und am meisten in der lebhaften Bewegung ihres Kopfes, der, voller Koketterie mit einem rothgeblümten Tuche geschmückt, den Blick unbewußt an sich fesselte.

Sie hatte nichts von jenem groben „Etwas“ in sich, das mit dem Ausdruck „Bauernhaftigkeit“ bezeichnet wird und mit dem sich das feine Gefühl weder vereinigen, noch sonst vertragen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 3. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Ueber Preßkorruption.

⁄ Berlin, 5. Oktober 1898.

Die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ der landwirthschaftlichen Bündler, hat sich als Kato aufgethan und verlangt von der liberalen nicht nur, sondern auch von der sozialdemokratischen Presse, über einen Fall von Preßkorruption zu Gerichte zu sitzen, der nach ihrer Behauptung der „Vossischen Zeitung“ zugestoßen ist. Wir sind nun nicht in der Lage, einem Organ der Massenplünderung einen katonischen Beruf in irgend einem Sinne des Wortes zuzubilligen und halten es auch nicht für unsere Aufgabe, jeden beliebigen Fall von bürgerlicher Preßkorruption an die große Glocke zu hängen, aus dem einfachen Grunde nicht, weil die bürgerliche Preßkorruption ein organischer Bestandtheil der kapitalistischen Gesellschaft ist und nur mit dieser Gesellschaft selbst beseitigt werden kann. Schlachtet man einen einzelnen Sünder, so mag man ihm nicht mehr thun, als ihm gebührt, aber man thut ihm doch insofern Unrecht, als man hundert andere Sünder ungeschoren läßt, die genau dasselbe Schicksal verdienen. Ja, man beschönigt gewissermaßen die herrschenden Zustände, indem die Beseitigung eines einzelnen Schächers leicht den Eindruck hervorruft, als sei nun wirklich etwas gebessert, während thatsächlich alles beim Alten bleibt.

Demgemäß würden wir den Fall, über den die „Deutsche Tageszeitung“ spektakelt, ruhig auf sich beruhen lassen, auch auf die Gefahr hin, von diesem würdigen Organ als Eideshelfer der kapitalistischen Korruption angeklagt zu werden. Aber jener Fall hat allerdings seine ganz besondere Seite, die wohl einmal berücksichtigt zu werden verdient. In der Börsenenquetekommission, die vor einigen Jahren tagte, wurde bereits hervorgehoben, daß die Bestechlichkeit der bürgerlichen Börsen- und Handelsredakteure durch die ihnen von den Verlegern gezahlten Hungergehälter gefördert werde. Die Verleger bezahlten, wie Sachverständige ausführten, gerade diesen Theil ihrer Tintenkulis so schlecht, weil er sich an den Trinkgeldern von Bank und Börse erholen könnte; mit anderen Worten: die meist millionenschweren Verleger der bürgerlichen Presse wurden beschuldigt, sich auf solche Weise einen Theil an dem Raube zu sichern, der den gläubigen Lesern der bürgerlichen Blätter durch die verlogenen Reklamen der

Bank- und Börsenmatadore abgejagt wird. Das gehört nun an und für sich zwar auch zum Kapitel der bürgerlichen Preßkorruption, aber immerhin à tout seigneur tout honneur! Fälle dieser Art sind bisher kaum schon in die Oeffentlichkeit gedrungen, und wenn ein königlich preußischer Landgerichtsdirektor und Geheimer Justizrath und Ritter hoher Orden, welche Würden alle der Hauptbesitzer der „Vossischen Zeitung“ in sich vereinigt, auf einem so fahlen Pfade ertappt worden sein sollte, dann wäre es unrecht, das interessante Phänomen ganz unbeachtet zu lassen.

Von den Börsen- und Handelsredakteuren, welche die „Vossische Zeitung“ seit einem Vierteljahrhundert gehabt hat, sind mindestens vier auf unsauberen Praktiken ertappt worden: sie hießen Ebeling, Schweitzer, Moritz Meyer und Duntz. Für ein Blatt, das so von Anstand und Moral trieft, ist das immerhin ein eigenthümliches Pech, aber vielleicht tröstet sich der Landgerichtsdirektor und Geheime Justizrath Lessing damit, daß die Sünder immer kleiner geworden seien. Gegen die gewaltigen Gründer Ebeling und Schweitzer, die das Publikum gleich um Millionen schoren, nehmen sich die Meyer und Duntz ein wenig winzig aus. Speziell Herr Duntz, dessen Fall auf dem Pfade der Tugend eben den neuesten „Fall“ der bürgerlichen Preßkorruption bildet, hat sich dadurch verfehlt, daß er für hiesige Bankhäuser „kleine Gutachten“ anfertigte, die durchschnittlich mit 150 Mark „honorirt“ wurden, oder auch „statistische Arbeiten“, für die er bis zu 500 Mark „Honorar“ bezog und daß er ein „Börseninformationsgeschäft“ betrieb, wo er gegen baare Zahlung das bürgerliche Publikum über Börsenspekulationen belehrte. Die Gründer Ebeling und Schweitzer haben sich mit solchen Kleinigkeiten nie abgegeben, und sie würden sich, wenn sie heute noch lebten, gewiß ihres Nachfolgers schämen, der mit derartigen Läppereien von Trinkgeldern das ganze Preßbetheiligungsgeschäft zu ruiniren droht. Aber wenn sich Herr Lessing wirklich damit trösten sollte, daß seine Sünder von Handelsredakteuren immer kleiner würden, so entsteht ganz von selbst die Frage: Wie kann ein Redakteur der unmenschlich reichen „Vossischen Zeitung“ um solcher ruppigen Trinkgelder willen Ehre und Reputation aufs Spiel setzen? Nach kapitalistischer Moral ist es ja gestattet, mit dem Aermel das Zuchthaus zu streifen, wenn es eine Million zu erwerben gilt, aber um einiger hundert Mark willen läuft doch kein vernünftiger Mensch diese Gefahr, vorausgesetzt, daß er sonst etwas zu beißen und zu brechen hat.

Die Frage, ob besagter Duntz von der „Vossischen Zeitung“ so besoldet worden ist, daß er auf „Nebenverdienste“ der gedachten Art angewiesen war, ist die Seite des ganzen Falles, die ein allgemeines Interesse hat. Und wenn sich in dieser Beziehung ein böser Verdacht an die Fersen des Landgerichtsdirektors Lessing hängt, so ist er zunächst selbst schuld daran. Obgleich er sonst das öffentliche Hervortreten nicht liebt, erschien er kürzlich bei der Begräbnißfeier Theodor Fontanes, um den Diensteifer und die Integrität zu preisen, die dieser harmlose märkische Poet ein paar Jahrzehnte lang als Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ bewiesen habe. Fontane war keineswegs der bedeutende Dichter, den gewisse literarische Kliquen aus ihm machen möchten, aber er besaß ein ganz hübsches Talentchen und war sonst ein guter Kerl, so daß alle Welt sich fragte: Was soll dies protzenhafte Gebahren eines bürgerlichen Zeitungsverlegers, der jährlich Millionen einnimmt und den fast achtzigjährigen, doch immer namhaften Schriftsteller mit jährlich 2400 Mark abspeiste, an dem offenen Grabe bedeuten? Und nun gar das fade Gerede über die Integrität Fontanes, den noch kein Mensch im Verdacht gehabt hat, mit den sauberen Handelsredakteuren des Herrn

Lessing gemeinsame Sache gemacht zu haben! Die abstoßende Szene war eine Art Leichenschändung, und ließ nur die Auslegung zu, daß Herrn Lessings Gemüth von irgend etwas schwer bedrückt sein müsse, wenn er sich öffentlich in so skurriler Weise, als wohlwollender Verleger und publizistischer Sittenwächter hinzustellen versuchte.

Erläutert wurde die Rolle des Herrn Lessing durch eine andere Rolle, die sein Kulitreiber Stephany im Verein Berliner Presse zu spielen unternahm. Dieser Verein ist, wenn man ihn wohlwollend betrachtet, ein Pickwickierklub, der sich in erster Reihe von den Almosen schauspielerischer Virtuosen nährt und seine Hauptaufgabe darin sieht, die großen Sünder der bürgerlichen Presse reinzuwaschen und ihre kleinen Sünder zu hängen. So hat er die Schweitzer und Konsorten niemals anzutasten gewagt, aber der Fall Duntz schien ihm geeignet, einmal wieder sein Licht als strenger Ehrenwächter der bürgerlichen Presse leuchten zu lassen. Jedoch kaum hatte er sich dazu angeschickt, als der ganze Troß der „Vossischen Zeitung" erschien, in dessen Namen Herr Stephany erklärte, an dem ganzen Gebahren des Duntz sei nichts auszusetzen. Es seien durchaus legitime Nebenverdienste, wenn der Handelsredakteur einer Zeitung gegen Honorar Gutachten und statistische Uebersichten für die Bankhäuser anfertige, deren geschäftliche Manipulationen er im Interesse des Publikums unparteiisch zu beurtheilen habe. Wir wissen nicht, ob der Verein Berliner Presse von dieser bezaubernden Beweisführung überzeugt worden ist, und nichts mag gleichgiltiger sein; das Interessante an der Sache ist eben nur, daß dieselbe „Vossische Zeitung", die ihren Handelsredakteur Duntz wegen ehrenrühriger Handlungen entlassen hat, der näheren Untersuchung dieser Handlungen widerstrebt, mit der Behauptung, es handle sich gar nicht um ehrenrührige Dinge. Logik ist gewiß nicht die Haupttugend der bürgerlichen Presse, aber wenn sie so gar halsbrechende Sprünge macht, dann muß etwas sehr faul sein im Staate Dänemark.

Die „Deutsche Tageszeitung" geht nun mit schwerem Geschütz gegen die „Vossische Zeitung" los, die sich nach einigen stotternden Ausreden aufs Schweigen legt. Ihre Rechnung, damit durchzukommen, ist ganz richtig; in solchen delikaten Fragen hackt keine bürgerliche Krähe der anderen die Augen aus. Mit der moralischen Entrüstung des reaktionären Blattes ist es natürlich auch nicht weit her; der Bund der Landwirthe hat selber genug auf dem Kerbholz, um zum Moralprediger für andere Leute sehr untauglich zu sein. Immerhin ist sein Organ ehrlich genug, anzuerkennen, daß die Revanche für die moralischen Salbadereien der „Vossischen Zeitung" über die Thomasmehltantiemen und den Fall Hammerstein die eigentliche Triebfeder seiner Angriffe sei. Dies offene Bekenntniß kann man sich schon gefallen lassen; stellen sich erst alle bürgerlichen Tugendhelden auf den Standpunkt: Jeder von uns Biedermännern wird vom Anderen abgethan, so vollzieht sich damit ein entschiedener Fortschritt.

Das Schweigen der „Vossischen Zeitung" aber bestärkt den Verdacht, daß der oder die Besitzer des Blattes ihren Handelsredakteur schäbig genug bezahlt haben, um ihn zur Selbstprostitution durch die Annahme von Börsentrinkgeldern zu zwingen. Eine Zeitung, die eine so lange Uebung in dem peinlichen Bekenntniß hat: Unser Handelsredakteur hat sich wieder einmal als bestechlich erwiesen, würde sonst nicht so wunderliche Kapriolen machen in einem Falle, der verhältnißmäßig milder lag, als die früheren Fälle. So lange die „Vossische Zeitung" nicht ihr Schweigen bricht, bleibt nur die Annahme übrig, daß Herr Lessing zu den Millionen, die er jahraus jahrein aus seinem Preßunternehmen einstreicht, sich noch ein Nebenprofitchen hat machen wollen durch den moralischen

Ruin seiner Börsentintenkulis. Als öffentlicher Mann, der selbst an offenen Gräbern vor den deplazirten Tiraden über publizistische Integrität nicht zurückscheut, hat er sich öffentlich zu verantworten auf die schweren Anklagen, die gegen ihn und sein Blatt erhoben worden sind, und wenn er dennoch schweigt, so gesteht er einfach zu und darf sich dann wenigstens rühmen, an der Spitze der bürgerlichen Preßkorruption zu marschiren.

Wenigstens insofern, als er schon durch seine amtliche und gesellschaftliche Stellung an einer derartigen Ausbeutungsmethode gehindert werden sollte. Sonst freilich mag diese Methode längst in der bürgerlichen Presse eingebürgert sein, wie sie denn in der Börsenenquetekommission als eine ganz selbstverständliche Sache besprochen wurde. Sie liegt in den Konsequenzen des kapitalistischen Systems, dem sich spekulative Kapitalanlagen, wie bürgerliche Preßunternehmungen sind, niemals entziehen können. Es wird auch noch die Zeit kommen, wo die Handelsredakteure der bürgerlichen Presse nicht nur kein Gehalt beziehen, sondern Tantiemen ihres Raubes an die Verleger abzahlen müssen. Ein Gewissen hat das Kapital nicht, und gegen alle etwaigen Verlegenheiten besitzt speziell die kapitalistische Presse ein allemal probates Mittel: sie zetert doppelt so wild über die Sozialdemokratie, wie Jeder an der „Vossischen Zeitung" beobachten kann, seitdem sie in ihre neuesten Nöthe gekommen ist.

Nationalismus und Ausgleich in Oesterreich-Ungarn.[1]

Von E. Berner.

Merkwürdig: in dieser Zeit des nationalen Streites in Oesterreich und der Erneuerung des österreichisch-ungarischen Staatsvertrags wird die wirthschaftliche Bedeutung des letzteren — die Frage, ob Oesterreich nach wie vor 70 Prozent der Auslagen für das gemeinsame Heer und die Staatsschuld leisten soll, obwohl die Ungarn nur 48 Prozent der Rekruten des gemeinsamen Heeres stellen und überall Rechtsgleichheit oder Vortheile beanspruchen, während überdies 82 Prozent der gemeinsamen Zolleinnahmen an den österreichischen Grenzen eingehoben werden; die Frage, welche Folgen die Errichtung von Zollschranken zwischen den „im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern" und den „Ländern der ungarischen Krone" zeitigen würde u. s. w. — wohl vielseitig erörtert, aber gänzlich außer Acht gelassen, was der Dualismus für die nationalen Bestrebungen bedeutet. Die folgenden Auseinandersetzungen sollen dazu beitragen, diesem Mangel abzuhelfen.

I.

Was die magyarische Gentry in den Unabhängigkeitskampf wider Oesterreich trieb, war vor Allem das Bestreben, sich gegen die Konkurrenz der österreichischen Bourgeoisie und Bureaukratie womöglich zu schützen, um in den ungarischen Ländern selbst herrschen und sich selbst bereichern zu können. Sie hielten sich um so zäher an die Losung: „Divide et impera!" je deutlicher ihnen wurde, daß sonst die wachsende nationale Fluth, hier die Deutschen, dort die Slaven und Rumänen, sie als eine Minderheit unausweichlich verschlingen werde. Darum schieden sie durch die Mauer ihres Staatsrechts die Tschechoslaven der Kar-

---

[1] Vorliegender Artikel wurde noch vor dem Zusammentritt des österreichischen Reichsraths geschrieben. Die Redaktion.

pathen[1] von denen der Sudeten,[2] die Oedenburg-Preßburger, Zipser, Temesvarer und Siebenbürger Deutschen[3] von den übrigen Deutschösterreichern,[4] ja sogar faktisch die Kroaten und Serben Dalmatiens[5] von denen Kroatiens und Slavoniens,[6] obwohl Dalmatien staatsrechtlich zu den Ländern der Stephanskrone gehört. So blieben die Magyaren als die numerisch und wirthschaftlich Stärksten in einem kulturell zurückgebliebenen, von neun Völkerschaften bewohnten Staate, so konnten sie dort nicht blos die politische Herrschaft mit allen ihren Vortheilen an sich reißen, sondern auch an die rücksichtslose Magyarisirung aller übrigen Bewohner der ungarischen Länder gehen. Ja, noch mehr: sie haben die Niederlage der Monarchie im Jahre 1866, die Sorge der habsburgischen Dynastie um ihre alte europäische Machtstellung, den Einfluß der Krone auf die herrschenden Klassen in Oesterreich, den nationalen Hader zwischen Deutschen, Tschechen, Slowenen, Polen, Serben und Italienern dazu ausgenützt, diese Völker durch den sogenannten Ausgleich magyarischen Interessen tributpflichtig zu machen.

Oesterreich-Ungarn heißt eine „Großmacht"; viele Oesterreicher sind stolz darauf und glauben, daß ihre wirthschaftliche Wohlfahrt dadurch gefördert werde. Allein wer bestreitet, daß das arme Italien durch seine Großmachtsucht ruinirt wird? Wer bestreitet, daß auch Oesterreich-Ungarn eine arme Monarchie ist? Und wer bestreitet, daß es Staaten zweiten und dritten Ranges giebt, die wirthschaftlich und kulturell vorwärts schreiten, wie die Schweiz, Holland, Norwegen, die australischen Staaten u. s. w.? Wozu hat Oesterreich-Ungarn seine Großmachtstellung verwendet? Um Kolonien zu erwerben und seinen Export zu fördern? Oesterreich-Ungarn kann schon deshalb keine Kolonien gewinnen, weil die Magyaren die „gemeinsamen Angelegenheiten" auf das geringste Maß beschränkt wissen wollen. Wenn wir bedeutende Kolonien hätten, so müßte es auch „gemeinsame" Körperschaften geben, wo deren Angelegenheiten berathen werden, und solche „gemeinsame" Körperschaften perhorresziren die Magyaren. Eine Förderung des Exports mit Mitteln der Monarchie gestatten die Magyaren bekanntlich auch nicht. Also was macht das Umundauf der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns aus? Der Kampf gegen die orientalischen Slaven und Rumänen. Darum wird die türkische Oberherrschaft protegirt, darum wird gegen Rußland Front gemacht, darum wird die Bildung größerer national-einheitlicher Staaten auf der Balkanhalbinsel hintertrieben, darum wurde Bosnien und die Herzegowina okkupirt. Denn die Magyaren fürchteten sich vor einem unabhängigen Großserbien, dem sich auch die ungarischen Serben und Kroaten nähern könnten, sie fürchteten sich vor einem freien, kräftigen Rumänien, das die ungarischen Rumänen anziehen würde. Um dort den natürlichen Gang der Dinge hindern zu können, müssen die Magyaren Großmacht sein, müssen wir ein stehendes Heer von 300 000 Mann mit einem Jahresaufwand von 200 Millionen Gulden erhalten. Den nationalen Interessen der Magyaren zuliebe haben die Oesterreicher sich diese Nationen zu politischen Feinden gemacht, den wirthschaftlichen Interessen der magyarischen Gentry haben sie auch ihren Export dahingeopfert. Was nützt unter solchen Umständen den Deutschösterreichern und Tschechen die Großmachtstellung der Monarchie?

Wir Freiheitsfreunde wollen aus gewichtigen Gründen Rußlands Weltherrschaft nicht. Es ist aber verkehrt, das, was Rußland auf dem Balkan an-

---

[1] Heute etwa 2 Millionen; [2] 5½ Millionen; [3] 2 Millionen; [4] 8½ Millionen; [5] ⅗ Millionen; [6] 2⅗ Millionen.

strebt, durch Aufrechterhaltung der absterbenden Türkei und Zersplitterung und Hemmung der Balkanvölker verhindern zu wollen. So wie ein unabhängiges Großpolen Rußland wie ein Dorn im Fleische sitzen und ein Bollwerk Westeuropas gegen den zarischen Despotismus sein würde, so würde auch ein großes freies Rumänien[1] und Serbien[2] Rußlands Vordringen nach dem Süden einen starken Damm entgegenstellen, der durch nichts Besseres ersetzt werden kann. Die bestehende oder drohende Fremdherrschaft treibt die Balkanvölker den Russen in die Arme, da sie sich an die feindselige magyarische Großmacht nicht anschließen können, die nationale Selbständigkeit aber muß sie nothwendig zu Gegnern eines kriegerischen, despotischen, völkerverschlingenden Rußland machen.

Die Oesterreicher haben also allen Grund, die Freiheit und nationale Einigung der Balkanvölker zu fördern und zu ihnen in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten, welches den Oesterreichern ermöglichen würde, eine leichtere und billigere Rüstung anzulegen und für ihre Industrie ein nahes, ausgedehntes Absatzgebiet zu gewinnen. Wenn sie österreichische und nicht magyarische Politik machen, wenn sie nicht den Magyaren die Kastanien aus dem Feuer holen wollen, so brauchen die Oesterreicher keine säbelrasselnde „Großmacht" zu sein. Selbst einen Bund freier, gleichberechtigter Nationen bildend, würden sie durch ihre Zahl, ihre wirthschaftliche und kulturelle Bedeutung eine wichtigere, ehrenvollere und einflußreichere Stellung in Europa inne haben als gegenwärtig, und nach Außen wäre ihre Unabhängigkeit sowohl durch eigene Kraft, als auch durch die Kräfte und Interessen der Nachbarstaaten ausreichend und ohne drückenden Kostenaufwand geschützt.

Dann würde bald der Tag anbrechen, wo die heute auf hohem Rosse sitzenden Magyaren zu den Deutschen und Tschechen um das Bündniß bitten kämen, welches sie jetzt so stolz zu verschmähen scheinen. Der „Ausgleich" würde dann freilich eine ganz andere Gestalt annehmen, als Anno 1867. Auch er könnte dann nichts Anderes darstellen, als ein Bündniß zwischen Freien und Gleichen.

Aber das chauvinistische Bürgerthum ist von dem so natürlichen und einfachen Programm der nationalen Autonomie und Gleichberechtigung weit entfernt. In Oesterreich, wo in Folge der hart aufeinanderstoßenden kulturellen und nationalen Gegensätze das anderswo Unwahrscheinliche gewöhnliche Wirklichkeit, wo so viel Verschrobenes und bis ins Lächerliche Verzerrtes ist, hat das Bürgerthum nicht verstanden, sich ein seiner Natur, seinen Kräften und Bedürfnissen entsprechendes politisches, wirthschaftliches, nationales Programm zu geben, sich so zu betten, daß es seinen Geschäften mit dem gleichen Erfolg obliegen kann wie anderswo. Als es 1867 der Monarchie neue verfassungsmäßige Grundlagen gab, war es von ganz falschen Voraussetzungen und verfehlten Absichten geleitet.

II.

Was 1867 den Deutschösterreichern den Dualismus annehmbar machte, war der Umstand, daß er auch ihnen als vortheilhafte Theilung der Machtsphären erschien. Des magyarischen Widerstands ledig, hofften sie die „im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder" um so leichter beherrschen und germanisiren und sich dadurch für die Opfer des „Ausgleichs" wenigstens einigermaßen schadlos halten zu können. Und diese Hoffnung hegt das deutsche Bürgerthum zum großen

---

[1] Heute leben etwa 9 Millionen Rumänen.

[2] Die Serben zählen rund 8 Millionen Köpfe.

Theile heute noch,[1] ohne wahrzunehmen, daß es auch durch seinen Kampf gegen die österreichischen Slaven nur den deutschfeindlichen Magyaren in die Hände arbeitet. Die Magyaren haben an der Fortdauer des Nationalitätenstreits in Oesterreich ein brennendes Interesse; sie verdanken ihre herrschende Machtstellung in der Monarchie vor Allem dem Umstand, daß das deutsche und tschechische Bürgerthum sich im gegenseitigen Kampfe schwächt und lähmt.

Ueberdies kämpft die deutsche Bourgeoisie vergeblich um die Gewährleistung ihrer alten Hegemonie in Oesterreich. An Zahl den österreichischen Slaven um die Hälfte nachstehend, sind die Deutschen auch weit davon entfernt, ihnen kulturell und wirthschaftlich so überlegen zu sein, um sie heute, wo das nationale, politische und kulturelle Leben immer mehr demokratisirt wird, die breiten Massen immer mehr durchdringt, unter das germanische Joch zwingen zu können. Vergeblich nehmen sie sich die Magyarenherrschaft zum Muster; die Tschechen sind keine Slovaken oder Rumänen. Uebrigens hat die Geschichte auch bezüglich der nationalen Entwicklung der ungarischen Völker ihr letztes Wort noch nicht gesprochen. Aber sie bewegt sich — gerade unser Jahrhundert liefert dafür so viele und deutliche Beweise — unleugbar in der Richtung zur nationalen Autonomie, sie wird daher voraussichtlich auch vor dem ungarischen Staatsrecht, vor der Magyarenherrschaft nicht Halt machen. Auch unsere deutschen Hegemonen könnten aus der Geschichte lernen: was der blutigen deutschkatholischen Reaktion nach der Schlacht am Weißen Berge, was dem Absolutismus Maria Theresias, Josefs II. und Metternichs nicht gelungen ist, das wird, bei den so sehr zu Ungunsten der deutschen Hegemonie veränderten wirthschaftlichen und kulturellen Verhältnissen, heute keinem Konstitutionalismus und keinem Absolutismus mehr gelingen, welcher letztere übrigens gewiß solche Böcke schießen und die Monarchie so erschüttern würde, daß er nur ein Eintagsabsolutismus sein könnte.

Es ist allerdings eine alte Erfahrung, daß Herrscher viel öfter durch Gewalt gestürzt werden, als sie, die Verhältnisse begreifend, der Macht entsagen. Um die Hegemonie in Hellas ringend, tauchten die griechischen Stämme ihre Schwerter oft in Bruderblut und bereiteten dadurch barbarischer Fremdherrschaft, zuerst dem Makedonier, dann dem Römer, den Weg. Auch in Oesterreich wird das deutsche Bürgerthum seine unhaltbar gewordene Vorherrschaft nicht aus eigener Einsicht freiwillig aufgeben; aber während die Deutschen und Tschechen einander wegen der Hegemonie wild bekriegen, fühlen sie gar nicht, daß sie schon drei Jahrzehnte lang den „ritterlichen“ Magyaren unterthan und tributpflichtig sind.

III.

Die Jungtschechen leugnen, daß sie herrschen und den Deutschen Gleiches mit Gleichem vergelten wollen. Indessen haben sie, was das letztere anlangt, trotz ihres Antisemitismus sich jederzeit kräftigst an das Jehovahsche: Auge um Auge, Zahn um Zahn! gehalten, wie so viele Fenster und Tafeln in Prag beweisen. Eine solche Rachepolitik ist wohl geeignet, den Chauvinismus auf den Siedepunkt und darüber hinaus zu erhitzen, die Völker bis zum bestialischen Kampfe aufs Messer zu verhetzen,[2] aber als Bahnbrecherin der Gerechtigkeit, der Völkerversöhnung, als Beweis freundnachbarlicher Gesinnung und Entgegen-

---

[1] Schönerer und Wolf bewegen sich hier in der Richtung Schmerlings weiter.

[2] Die Jungtschechen haben sich auch nicht gescheut, gegen die internationalen tschechischen Sozialdemokraten — ohne jede Provokation — Knüttel, Messer und Revolver anzuwenden. Der Chauvinismus geht in Paroxismus über, er wird psychopathisch.

kommens kann sie nicht angesehen werden. Die Jungtschechen mögen mich nicht mißverstehen: ich wäre der Letzte, von ihnen zu verlangen, daß sie den deutschen Chauvinisten die linke Backe hinhalten, wenn sie von ihnen auf die rechte geschlagen wurden, oder daß sie ihnen auf jeden Peitschenhieb mit einem Bruderkuß antworten. Aber kann und soll man jeden Schlag nur wieder mit gleichem oder stärkerem erwidern? Was würden die Herren dazu sagen, wenn die Arbeiter sich für jede Lohnverkürzung durch Werkzeug- und Waarenbeschädigung, für jede durch Entlassung, durch Arbeitsplage und Verunglückung im Betrieb ruinirte Existenz durch Brand und Todtschlag rächen würden? Sie würden solche Arbeiter für außerhalb der Menschheit stehend, für vogelfrei, für Bestien erklären. Aber die Herren scheinen zu glauben: Quod licet Jovi, non licet bovi.

Auch die staatsrechtlichen Bestrebungen der Tschechen können natürlich das Vertrauen der Sudetendeutschen nicht erwecken. Denn diese Bestrebungen sind keineswegs der Sehnsucht nach der blauen Blume des Mittelalters, nach Ritterthum und Minnesang entsprossen, sondern allein der deutlichen Absicht, die Deutschen der Sudeten von denen der Alpenländer durch Grenzen derart zu trennen, daß jene als Minderheit in kulturellen und administrativen Fragen von den Tschechen in Abhängigkeit gerathen. Und diese Abhängigkeit kann durch keine wirthschaftlichen Vortheile aufgewogen werden, da nach dem Ausspruch maßgebender tschechischer Politiker das böhmische Staatsrecht weder die österreichische Heeresverfassung noch die Staatsschuld, noch das System der indirekten Steuern, des Geldwesens, der Kommunikationen, der Handels- und Gewerbegesetzgebung alteriren soll. Unter solchen Umständen bedeutet das böhmische Staatsrecht, wenn es in Wahrheit etwas bedeutet, wenn seine Kämpen, die Herold, Stransky, Breznowsky u. s. w. ernst genommen werden können, nichts als die Majorisirung der Deutschen.

Aber noch mehr: das böhmische Staatsrecht bedeutet auch für die Tschechen eine nationale Amputation, nationale Selbstverstümmelung; während Andere von einem Großdeutschland, Großpolen, Großserbien u. s. w. träumen, von großen nationalen Einheitsstaaten, fordern die nationalen Tschechen, auch die „radikalsten" unter ihnen, die Zusammenkoppelung von $5^1/_3$ Millionen Tschechoslaven mit 3 Millionen Deutschen und fast $^1/_5$ Million Polen in einem „tschechischen" Staate, und leisten dafür großmüthig auf 2 Millionen Tschechoslaven[1] (Slovaken) in den Karpathen Verzicht, die Augen davor verschließend, daß das gefräßige Magyarenthum diese nicht blos brutal beherrscht, sondern auch zu verschlingen beginnt. Handgreiflich thöricht wäre die Hoffnung, daß das böhmische „Staatsrecht" den Tschechen ersetzen werde, was ihnen das ungarische „Staatsrecht" raubt; die karpathischen Tschechoslaven, geographisch abgeschieden, wirthschaftlich arm und kulturell zurückgeblieben, werden viel leichter magyarisirt als auch nur 2 Millionen in den fortgeschrittenen, dem Deutschen Reiche unmittelbar benachbarten Sudetenländern geschlossen bei einander wohnende Deutsche tschechisirt, ja auch nur national beherrscht.

Ich wiederhole daher: das böhmische Staatsrecht bedeutet — vom tschechisch-nationalen Standpunkt aus — eine in der Geschichte der Völker einzig dastehende

---

[1] Auf dem Prager „Slavischen Journalistenkongreß" sagte am 19. Juni 1898 der Slovake Karl Salva aus Liptau-Rosenberg, zu den Tschechen gewendet: „Wenn zwischen uns Gegenseitigkeit sein soll, so müssen nicht blos wir dabei sein, sondern auch Ihr! Ich kenne die Ursache des bisher geringen Interesses für uns: Das slovakische Land ist bisher — von einigen kleinen ehrenvollen Ausnahmen abgesehen — für das tschechische Volk ein fremdes, überseeisches Gebiet."

nationale Selbstverstümmelung, wenn es nicht nationaler Selbstmord ist. Denn es wird nie zu einem ruhenden Rechte werden, es kann voraussichtlich nur durch Kampf errungen und nur durch Kampf behauptet werden. An solchem Unternehmen sind zahllose Eroberer, daran die Hussiten, daran Napoleon I. gescheitert. Warum sich also in den antinationalen aussichtslosen staatsrechtlichen Kampf stürzen?

IV.

Eingedenk des politischen Theilungsgeschäfts von 1867 rechnet eine Anzahl deutschbürgerlicher Politiker im Kampfe wider die Tschechen auf magyarische Sympathien und magyarische Hilfe. Allein wer glaubt, daß die Magyaren entschiedene Widersacher des böhmischen Staatsrechts an sich sind, irrt sich bedeutend. So wie die Jungtschechen es heute vertreten, kann es den Magyaren weder mittelbar noch unmittelbar Abbruch thun. Im Gegentheil. Die Jungtschechen werden, selbst wenn ihnen die Herstellung des „böhmischen" Staates gelingen sollte, an den deutschbürgerlichen Bewohnern desselben einen gefährlichen, unüberwindlichen nationalen Feind haben und daher, um ihre Stellung nicht noch mehr zu erschweren, mit den Magyaren, sei es auch unter Opfern, Frieden halten müssen. Daß sie diese Taktik einschlagen, haben die jungtschechischen Abgeordneten durch die fabelhafte Bereitwilligkeit bewiesen, womit sie 1897 und 1898 den „Ausgleich" des Grafen Badeni und alle Forderungen der gemeinsamen Ministerien angenommen haben. Die Anerkennung des „historischen böhmischen Staatsrechts" verlangend, können sie das gleichwerthige historische ungarische Staatsrecht nicht anfechten, ohne gleichzeitig das eigene in Frage zu stellen. Sie können weder denjenigen, die einen tschechoslavischen einheitlichen Nationalstaat, noch jenen, die ein Großserbien, Großpolen u. s. w. anstreben, offen, konsequent und mit Nachdruck Vorschub leisten, da sie damit den Grundsatz der nationalen Autonomie, also auch der Autonomie der Deutschen in den Sudetenländern und der „Zerreißung der Wenzelskrone" proklamiren würden.

Umgekehrt bestände für die sudetischen Tschechen wirklich die Gefahr der Germanisation, wenn sie nicht national rege wären. Sie würden dann in Folge der natürlichen Endosmose, des Hinüber- und Herüberfluthens der Völker in dem großen deutschen, sie umringenden Nachbarvolke aufgehen. Setzen wir aber auch den ganz unwahrscheinlichen, durch die gegebenen Verhältnisse ausgeschlossenen Fall, daß es dem deutschen Bürgerthum gelingt — gleichgiltig, ob mit oder ohne Hilfe der Stammesbrüder jenseits der Sudeten —, das tschechische politisch zu schlagen und wenigstens auf lange Jahre hinaus lahmzulegen. Auch dann hätten die Magyaren am Deutschthum oder am germanisirten und daher zentralisirten Oesterreich einen kräftigen Widerpart, dem sie die drückenden Bedingungen des Ausgleichs von 1867 nicht entfernt auflegen könnten, ja, der durch Pflege einer deutschen Politik ihren auf politische und wirthschaftliche Unabhängigkeit einerseits, auf Unterdrückung der übrigen ungarländischen Völker anderseits gerichteten Bestrebungen großen Schaden thun könnte. Wenn sich die Magyaren davor fürchten, einmal theils germanisirt, theils slavisirt, theils rumänisirt zu werden, so gilt ihnen jedenfalls zunächst der „Schwabe" mit seinem numerischen und kulturellen Uebergewicht als der gefährlichste Gegner, als der Hauptfeind.

Vergeblich sind daher alle die werbenden Liebesblicke und -Seufzer, welche deutschfortschrittliche Politiker und Journalisten heute noch immer den Magyaren senden. Vergeblich demüthigen sie sich vor den aufgeblasenen Getreide- und Viehhändlern in der Hoffnung, daß diese ihnen helfen werden, die Tschechen zu überwältigen. Die „Ritter" jenseits der Leitha sind nichts weniger als sentimental; sie lieben sich allein.

V.

Die nationalen Kämpfe sind zunächst Kämpfe der meistbesitzenden Klassen; schon deshalb fällt diesen dabei die Führerschaft zu. Ihr Klasseninteresse allem voransetzend, eine Gleichberechtigung auch innerhalb der Gesammtheit der eigenen Volksgenossen nicht kennend und weit von sich weisend, sind sie um so leichter bereit, der nationalen Machtfrage alle anderen Fragen hintanzustellen, als sie selbst die Gesättigten sind und befürchten, bei sozialen und politischen Reformen Haare lassen zu müssen. Aber auch der Klassenstaat ist ein Organismus, wo die Erschütterungen eines Theiles in dem anderen nachzittern, wo die Krankheit, das Verderben eines Theiles den anderen ergreifen kann. Allzusehr gespannt zerbricht der Bogen, und schon darum mögen die deutschbürgerlichen Parteien, welche die Losung ausgegeben haben: „Früher keine parlamentarische Arbeit, so lange wir in unseren alten nationalen Besitzstand nicht wieder eingesetzt sind!" sich hüten, die Ventile des Kessels zu sperren, worin die Noth nicht blos des Proletariats, sondern auch breiter, dem Mittelstand zugerechneter Schichten kocht. Und auch die Jungtschechen sollten nicht vergessen, daß das tschechische Volk noch andere und dringendere Interessen hat, als Sprachenverordnungen und Staatsrecht.

Durch die vorstehenden Ausführungen glaube ich bewiesen zu haben, daß die deutschen wie die tschechischen Chauvinisten durch ihre hegemonischen Gelüste sich verleiten lassen, die eigenen Volksgenossen wirthschaftlich schwer zu schädigen, sie der Fremdherrschaft eines Gegners, der den lachenden Dritten spielt, zu unterwerfen, auf allen Fortschritt, auf nationale Einheit und Bekämpfung des gemeinsamen nationalen, brutal ausbeuterischen und unterdrückerischen Widersachers zu verzichten, ja sogar ihm zu schmeicheln. Allein Chauvinisten, wie alle von taumelnder Leidenschaft Fortgerissenen, sehen und hören nicht; sie müssen fühlen, sie müssen politisch geschlagen und aufgerieben werden. Diese Arbeit kann allein die Demokratie verrichten, welche eintritt für Gleichberechtigung, freies Selbstbestimmungsrecht und wirthschaftliche Wohlfahrt der Einzelnen sowohl als der breiten Volksmassen.

Der Autonomie der Länder muß die Autonomie der Völker, den historischen Rechten müssen die „Rechte des Menschen" von 1793, dem Feudalismus muß die Moderne der jugendkräftigen Volksklassen entgegengesetzt werden. Darum heraus mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht in Oesterreich! Zumal wenn es mit einem vernünftigen Proportionalsystem verbunden wird, das auch Minoritäten eine angemessene Vertretung sichert, wird es sich rasch das Vertrauen aller anständigen Menschen erobern und den österreichischen Völkern nicht blos Freiheit und Frieden schaffen, sondern auch Kraft gegen die Magyaren. Und dem österreichischen Beispiel folgend, werden dann auch die ungarländischen Völker das magyarische Joch muthiger und rascher abschütteln. Das allgemeine, gleiche Wahlrecht wird nicht blos die Völker Oesterreichs mit den ritterlichen Lobkowitz, Schwarzenberg, Lichtenstein, Jaworski und Badeni, sondern auch die ungarländischen Nationen mit den nicht minder ritterlichen Andrassy, Tisza und Banffy recht vortheilhaft ausgleichen. Statt von Königreichen und Ländern, durch Kunst und Macht zusammengehalten, wird man dann von einem freien Völkerbund sprechen.

Das Agrarprogramm der niederländischen Sozialdemokratie.[1]

Von W. H. Vliegen.

Die Lage der Landwirthschaft.

In allen Ländern ist eine der brennendsten Fragen die Agrarfrage, und auch die sozialdemokratischen Parteien haben sich mit ihr zu beschäftigen. Schon stand die Frage auf der Tagesordnung der internationalen Kongresse, in der Meinung, auch in der Agrarfrage, wie in dem Arbeiterschutz, wäre international Stellung zu nehmen. Die Idee ist nicht übel, allein die Ausführung wird einige Schwierigkeiten bieten, und wohl vornehmlich deshalb, weil trotz vieler Aehnlichkeiten die Lage der Landwirthschaft in den verschiedenen Ländern sehr verschieden ist.

Gleiche Ursachen haben gleiche Folgen, das ist wahr. Und bedenkt man, daß das Privateigenthum an Grund und Boden überall herrscht und daß auch die landwirthschaftliche Produktion Waarenproduktion für den Weltmarkt geworden ist, so könnte man annehmen, daß die Lage der Landwirthschaft überall eine gleiche sein muß.

Und doch ist es nicht so. In fast allen großen europäischen Ländern hat man Schutzzölle eingeführt und diese haben die Landwirthschaft dieser Länder in eine Lage gebracht, welche nicht die natürliche ist, und welche den Betrieb zum großen Theile konkurrenzfrei macht. Erhebt man doch Schutzzölle bis zur Höhe von einem Viertel des Produktionspreises des Getreides. Das ist für die Produktion ein Vorsprung, der für ausländische Konkurrenten schwer einzuholen ist.

Das Erheben von Schutzzöllen hat in denjenigen Ländern, welche weniger Getreide produziren als sie konsumiren, die Landwirthschaft bis zu einem gewissen Grade künstlich von der Konkurrenz befreit und die Entwicklung des Betriebs gehemmt. Es hat die Bodenpreise künstlich hochgehalten, die Pachtzinsen und die Löhne ebenfalls.

Kommt dazu, wie in Deutschland, eine schnelle Ausdehnung der Industrie, so daß das Absatzgebiet im eigenen Lande fortdauernd größer wird, dann bleibt der Betrieb in bestem Zustand, die Unternehmer machen guten Gewinn und an Arbeitern ist eher Mangel als Ueberfluß. Dies alles bewirkt natürlich nicht, daß es darum allen Personen im Betrieb gut geht, dies ist auch in den besten Zeiten nicht der Fall, und heute wissen die Großgrundbesitzer und Großbauern ihre Vortheile wohl zu wahren und der Arbeiter und Kleinbauer hat die Zeche zu bezahlen.

Gegenüber diesem Erfolg der Schutzzöllnerei steht natürlich der viel größere Nachtheil, daß das ganze Volk seine Lebensmittel vertheuert sieht und man also einer Klasse von Waarenproduzenten in der Landwirthschaft Vortheile verschafft auf Kosten des ganzen Volkes.

Aber dies ist nicht zu leugnen, die Schutzzölle erhalten den landwirthschaftlichen Betrieb künstlich als gewinnbringenden Betrieb, und wo die Schutzzöllnerei fehlt, da ist die Lage nothwendig anders.

In Holland fand bis jetzt die Schutzzöllnerei keinen Boden, die künstliche Erhaltung der Landwirthschaft in ihrer alten Lage hat also auch nicht stattgefunden, und ihre jetzige Lage ist denn auch eine sehr schwierige. Nicht blos, daß die Zufuhr amerikanischen und russischen Getreides die Preise drückt, auch die Schutzzölle und sonstige Maßregeln, wie Vieheinfuhrverbote u. s. w. in den schutzzöllnerischen Ländern, verschlechtern die Lage, vornehmlich die der holländischen Getreidebauern. Von den 2316542 Hektaren kultivirtes Land, welches Holland hat, werden verwendet:

für Getreidebau	861 313	Hektar
als Grasland	1 167 074	"
" Gemüseland	34 452	"
" Baumgärten	22 107	"
" Wald	231 596	"

[1] Wegen Raummangel verspätet.

Das Grasland, und damit die Viehzucht und die Käse- und Butterfabrikation, nimmt die größte Hälfte des Landes ein, und gerade die Viehausfuhr wird seit einigen Jahren sehr erschwert. Deutschland und Belgien verschlossen ihre Grenzen fast ganz und so bleibt nur England übrig, das indessen aus Amerika und Australien so mit Fleisch überschüttet wird, daß auch da die Konkurrenz schwer ist. Butter und Käse Hollands haben seit einem Dutzend Jahren in Schweden und Dänemark auf dem englischen Markte lästige Konkurrenten gefunden. Dabei drängte die unvortheilhafte Zeit im Getreidebau viele Bauern dahin, ihr Ackerland in Grasland zu gestalten, so daß das Verhältniß von Ackerland zu Grasland, das bis 1891 war: 43,2 gegen 56,7, 1895 geworden war: 42,5 gegen 57,5.

Wie die Lage im Getreidebau ist, kann man am besten sehen aus dem Preissturz, den das Getreide in Holland durchzumachen hatte. Nach der offiziellen Statistik waren die Mittelpreise der folgenden Produkte pro Hektoliter:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	
1861—1870	10,10	7,60	6,05	4,15	Gulden
1871—1880	10,98	8,11	6,76	4,55	„
1886	6,54[5]	4,95	4,04	3,44[5]	„
1890	7,29[5]	5,93[5]	5,10[5]	3,58[5]	„
1895	4,79	3,56	3,39	2,48[5]	„

Die Bodenpreise sind gesunken bis auf die Hälfte des Standes von 1880, in gewissen Theilen des Landes noch darunter. Die Pachtzinsen sind auch vermindert, wohl nicht in gleichem Verhältniß wie die Bodenpreise, aber doch auch um 30 bis 40 Prozent und mehr. Mehr braucht wohl nicht gesagt zu werden, um anzudeuten, wie viel schwieriger die Lage der Landwirthschaft heute ist, gegen 1880.

Die Lage der Landarbeiter.

Die Lage der niederländischen Landarbeiter ist eine höchst traurige. Ich füge aber unmittelbar hinzu, daß sie in den Jahren der Blüthe wenig oder nichts besser war. Nur daß ihnen damals Arbeit gesichert war und jetzt nicht. Sein Lohn ist eher vermindert als vermehrt, aber die billigeren Preise der Lebensmittel neutralisiren das wieder.

Indessen hat der niedrigere Bodenpreis bewirkt, daß auch der Handarbeiter im Allgemeinen sich ein Fleckchen Land miethen kann. Noch nicht überall, aber doch in vielen Gegenden. In den Jahren des Gedeihens stritten die Bauern sich um jeden Hektar Grund, der zu verkaufen oder zu vermiethen war. Ein Arbeiter konnte da nicht herankommen. Jetzt vermiethet der Bauer seinem Arbeiter gerne ein Stückchen Land aus verschiedenen Gründen: 1. Läßt er den Arbeiter 50 Gulden zahlen, wenn er selbst 30 Gulden bezahlt; 2. braucht er den Arbeiter im Winter nicht zu unterstützen, weil der Mann seine Kartoffeln u. s. w. im Keller hat; 3. ist der Arbeiter zufrieden, wenn er dann und wann ein paar Tage beim Bauer keine Arbeit hat, weil er dann seinen Acker bearbeiten kann. Aus diesen und noch anderen Gründen ist es jetzt für den Arbeiter nicht so schwer, zu einem Stückchen Land zu kommen, wie früher.

Indessen wüthet aber die Arbeitslosenplage schrecklich. Im letzten Winter ging es noch, aber in den Jahren 1892 bis 1895 waren die Zustände grauenhaft. Im Allgemeinen hat der Landarbeiter nicht mehr als 200 Tage im Jahre Arbeit beim Bauer. Ein niederländischer Landarbeiter verdient im Durchschnitt nicht mehr als 200 Gulden pro Jahr (333 Mark).

Bei der gegenwärtigen Lage der Landwirthschaft ist aber jede Lohnbewegung von vornherein aussichtslos. Es ist wirklich wahr, die Pächter oder auch die verschuldeten Eigenthümer sind selbst völlig ausgeplündert und das holländische Sprichwort: „Man kann einem Frosch keine Federn ausziehen", paßt auf 90 Prozent der Bauern.

Eine gewerkschaftliche Bewegung der Landarbeiter wurde versucht, mußte aber an den hier erwähnten Thatsachen scheitern.

Auch die von den industriellen grundverschiedenen Verhältnisse im landwirthschaftlichen Betrieb, die sich immer aufdrängende Frage: wo der Besitzer und Unternehmer aufhört und der Arbeiter anfängt, vornehmlich die widerstreitenden Interessen der Produzenten von Waaren und der Konsumenten, das alles bewirkt nun einmal, daß die Landfrage und die Landleute nicht mit demselben Maßstab zu messen sind, wie die Industriellen.

Die Lage der Landarbeiter in Holland ist aber eine solche, daß eine Verbesserung unbedingt nothwendig ist, und die niederländische Sozialdemokratie hat sich sofort mit aller Energie auf den Weg begeben, der nach ihrer Meinung dahin führt.

Die Entwicklung der Landwirthschaft.

Die Verwirklichung der sozialistischen Prinzipien fordert eine sehr weit fortgeschrittene Entwicklung der Produktion in dem Sinne, daß der Großbetrieb den Kleinbetrieb verdrängt. In der Industrie ist allerdings die Tendenz in dieser Richtung vorhanden. Vielleicht auch in der Landwirthschaft in schutzzöllnerischen Ländern. Nicht aber in Holland, nicht in England, nicht in Belgien.

In Holland nimmt der Kleinbetrieb ganz entschieden zu. Von den 167423 Eigenthümern und Pächtern, die 1893 in Holland Landwirthschaft betrieben und mehr als einen Hektar Grund bearbeiteten, verfügten 77767 über 1 bis 5 Hektar pro Kopf; 34199 über 5 bis 10, 51940 über 10 bis 50 und nur 3517 über mehr als 50 Hektar. Von je 100 Unternehmern kann man also 66,9 zum Kleinbetrieb rechnen. Dann waren noch 149500 Hektar, beinahe ein Zwölftel des gesammten Bodens, unter Betriebe von unter 1 Hektar vertheilt.

Die Entwicklung seit 1884 deutet auf ein starkes Anwachsen des Kleinbetriebs. Es gab Betriebe von:

1— 5 Hektar	in 1884 . . 66 842	in 1893 . .	77 767
5—10 =	= = . . 31 551	= = . .	94 199
10—50 =	= = . . 48 278	= = . .	51 940
mehr als 50 =	= = . . 3 554	= = . .	3 517

Während die Zahl der Bauern, welche mehr als 2 Pferde oder Zugochsen hielten, von 1870 bis 1893 sich von 37536 auf 32089 verminderte, stieg die Zahl der Bauern mit 1 Pferde oder Zugochsen in derselben Zeit von 45987 auf 51642.

Diese Ziffern deuten eine starke Zunahme des Kleinbetriebs an. Dieses Phänomen rührt nicht blos daher, daß größere Bauern zu Grunde gehen und viele der Betriebe, vornehmlich die sehr großen altadeliger Herren, parzellirt werden.

Der Bauer, der früher allen Boden, den er kriegen konnte, ankaufte, giebt jetzt freiwillig dem Arbeiter ein Stück in Pacht, dann ist dieser im Winter gegen den Hunger geschützt und der Bauer hat keine Last mit ihm. Weiter ist es eine Thatsache, daß in kleinen Stückchen vermiethetes Land höhere Pachtpreise giebt als ganze Güter, und obendrein hat der Eigenthümer keine Kosten an Gebäuden u. s. w.

Außerdem aber giebt es noch Ursachen, die den Kleinbetrieb fördern. So die Entwicklung des Gemüsebaues, des Blumenzwiebelbaues, auch die Ausdehnung des Rübenbaues für die Zuckerfabrikation, der von 6580 Hektar in 1870 auf 35092 Hektar in 1895 gestiegen ist und vielfach im Kleinbetrieb besorgt wird.

Während nun bei dem Ackerbau diese Parzellirung des Betriebs stattfand, blieb bei der Viehzucht, Käse- und Butterproduktion u. s. w. der Zustand der alte. Es entstehen wohl allenthalben Fabriken für die Butter- und Käsefabrikation, aber dies hat keinen Einfluß auf den landwirthschaftlichen Betrieb selbst. Die Fabriken sind entweder genossenschaftlich, dann bringt der Bauer seine Milch dahin und holt seine Butter oder seinen Käse ab, oder sie sind kapitalistisch, dann verkauft der Bauer einfach seine Milch an die Fabrik.

Die Tendenz zum Großbetrieb fehlt gänzlich, seit die niedrigen Preise die Landwirthschaft unprofitabel gemacht haben. Dagegen herrscht die Tendenz zur Zerstückelung der Betriebe: der Wunsch des Arbeiters, sein Stückchen Land zu bebauen,

die größere Leichtigkeit, womit man ein Stückchen Land miethen und selbst kaufen kann gegen früher, und die in Holland nicht zu verkennende Thatsache, daß der Boden im Kleinbetrieb mehr Ertrag giebt, als im Großbetrieb, was wohl nur daher kommt, daß er in der Regel besser bebaut und besser beobachtet wird.

Eine andere Ursache, daß die Ziffern der Betriebsstatistik eine so große Zunahme des Kleinbetriebs andeuten, ist wohl ein in 1886 angenommenes Gesetz über den Verkauf der Markländereien. In gewissen Gegenden des Landes gab es noch große Flächen Land, die der Bevölkerung eines ganzen Dorfes oder einzelnen Schichten dieser Bevölkerung im Kollektivbesitz gehörten. Dieses Land ward in der Regel sehr verwahrlost in Folge des Fehlens einer Regelung der gegenseitigen Rechte und Pflichten der Besitzer. Anstatt diese Regelung gesetzlich durchzuführen, hat man Bestimmungen getroffen, nach welchen diese Markländereien verkauft werden können, und eine Folge davon ist die, daß viele Miteigenthümer in einer Gemeinde jetzt Eigenthümer eines Stückchens des früheren Marklandes geworden sind.

Um kurz zu fassen, von der Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebs, die als eine Nothwendigkeit erachtet wird, um einmal zum Sozialismus zu kommen, ist nichts zu spüren, und wenn wir also an die Landwirthschaft denselben Maßstab anlegen, wie an die Industrie, so führt die gegenwärtige Entwicklung des Betriebs uns mehr zurück als vorwärts.

Indessen ist die niederländische Sozialdemokratie aber anderer Meinung.

Besitzer und Nichtbesitzer.

Was die Agrarfrage für uns Sozialdemokraten so schwierig macht, das ist wohl an allererster Stelle die schwierige Scheidung der verschiedenen Klassen von Grundbesitzern und ländlichen Proletariern.

Man hat: 1. den Grundeigenthümer, der nicht einen Betrieb bewirthschaftet; 2. seinen Pächter; 3. den Grundeigenthümer, der seinen Grund selbst bewirthschaftet; 4. den Grundeigenthümer, der nebst seinem eigenen Grund noch gemietheten im Betrieb hat; 5. den Arbeiter, der selbst Land bebaut für eigene Rechnung; 6. den Arbeiter, der nur seinen Lohn hat.

Von Klassenkampf im gewöhnlichen Sinne des Wortes kann hier keine Rede sein. Die unmittelbaren Interessen der nichtsbesitzenden Arbeiter und die der ebenfalls nichtsbesitzenden Pächter-Arbeitgeber sind vollkommen gegensätzlich, obschon beide nicht Grundeigenthümer sind und die Frucht ihrer Arbeit vom Grundbesitzer aufgesogen wird.

Die Zunahme des Kleinbetriebs ist auch gar nicht gleichbedeutend mit der Zunahme des Kleinbesitzes, von diesem letzten ist keine Spur, und die kolossale Zunahme der Hypotheken deutet an, daß das Großkapital die Landwirthschaft ebenso gut unter dem Knie hat, als andere Produktionszweige. Die gesammte Hypothekenschuld betrug in Holland:

Im Jahre 1874	571 795 000	Gulden
" " 1895	1 217 016 000	"

Allerdings entfällt von dieser Summe ein bedeutender Theil auf die Städte, wo das Bauen ohne Geld einen bedeutenden Umfang angenommen hat, aber die Provinzen, wo es keine sich schnell ausbreitenden großen Städte giebt, wie Friesland, Groningen, Limburg, Seeland u. s. w. haben doch einen ebenso großen Zuwachs der Hypothekensumme zu verzeichnen, wie die anderen.

Von dieser gesammten Hypothekensumme sind eingeschrieben:

471 849 000 Gulden	für 4½ Prozent und weniger,
256 668 000 "	" 4½ bis 5 Prozent,
488 516 000 "	" 5 Prozent und höher.

Der mittlere Zinsfuß ist zur Zeit von 2½ bis 3½ Prozent, der Hypothekenzins ist also bedeutend höher als der gewöhnliche Zinsfuß.

Man sieht, hat der kapitalistische Großbetrieb die Landwirthschaft nicht überwältigt, so zahlt diese doch dem Kapitalismus ihren Tribut.

Dies alles zeigt, daß der Enteignungsprozeß in der Landwirthschaft anders sich entwickelt als bei anderen Betrieben, aber kommen thut er doch.

Der Bauer geht ebenso gut zu Grunde, wie der Kleinproduzent in anderen Betrieben.

Fast kann man sagen, daß die Landwirthschaft alle Schattenseiten der kapitalistischen Entwicklung zu tragen hat, ohne daß ihr auch deren Vortheile zu Theil werden.

Warum begrüßen wir Sozialisten die kapitalistische Entwicklung als einen Fortschritt? Nicht wegen der Proletarier, die sie erzeugt, nicht wegen ihrer Ausbeutung u. s. w., sondern wegen der ihr nothwendig folgenden, mit ihr zusammenhängenden Entwicklung und Vervollkommnung der Produktion in den verschiedenen Betrieben. Wo der Großkapitalismus in der Landwirthschaft auftritt, hat er die schlechten Eigenschaften wohl, die guten aber fehlen. Und darum brauchen wir die großkapitalistische Entwicklung in der Landwirthschaft nicht abzuwarten.

Wenn die landwirthschaftliche Bevölkerung will, kann sie, mit Hilfe der städtischen Arbeiter zu einer politischen Partei vereinigt, den Weg zum Sozialismus finden durch Nationalisirung des Bodens und gemeinschaftlichen Betrieb.

Jede Reform der agrarischen Verhältnisse, welche von einer sozialdemokratischen Partei angestrebt wird, muß in dieser Richtung wirken.

Unser Agrarprogramm.

Auf dem Parteikongreß, abgehalten in Utrecht zu Ostern 1896, stand auch die Agrarfrage auf der Tagesordnung, und da fand die erste Auseinandersetzung über den Standpunkt der Partei in dieser wichtigen Frage statt. Genosse R. J. Troelstra vertrat als Referent den Standpunkt, daß ein Bündniß zwischen Bauern und Arbeitern angestrebt werden muß, um die Lage dieser beiden Schichten zu verbessern durch Kampf gegen die Macht der Großgrundbesitzer.

Die Troelstrasche Resolution kam aber nicht zur Abstimmung, ein Vertagungsantrag ward angenommen. Es waren vornehmlich Delegirte von Mitgliedschaften des flachen Landes, welche die Unmöglichkeit eines dauernden Zusammengehens von Bauern und Landarbeitern, die doch auch als Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich gegenseitig gegenüberstehen, betonten. Die Frage ward aber seit diesem Kongreß vielfach erörtert, und das Landarbeiterelement in der Partei nahm sehr stark zu, so daß auf dem folgenden Kongreß, der an den Ostertagen 1897 in Arnheim stattfand, die Frage viel besser vorbereitet war. In dem „Wahlprogramm", das da aufgestellt wurde, ward der agrarischen Frage ein großer Platz eingeräumt. Der Agrarparagraph lautet wie folgt:

„Bessere Regelung des Pachtkontrakts im Interesse der Bauern und Arbeiter, gegründet auf dem Prinzip, daß allein Pacht gezahlt zu werden braucht vom Nettoertrag des Betriebs, also nachdem vom Totalertrag die nothwendigen Unkosten abgezogen sind, worunter zu rechnen ist eine Summe für den Lebensunterhalt des Pächters und seiner Familie, wie auch ein Normallohn für die Arbeiter.

„Erweiterung der Bestimmungen der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuches[1] im Interesse des Miethers und Verbot der Umgehung dieser Bestimmungen in den Pachtkontrakten.

„Recht des abziehenden Pächters auf Zahlung der durch seine Arbeit oder sein Kapital an dem Pachtgut angebrachten Verbesserungen.

„Aufnahme in den Pachtkontrakten einer Minimalzahl der Arbeiter, die der Bauer das ganze Jahr hindurch im Dienste halten muß; diese Zahl ist zu bestimmen

---

[1] Diese beiden Artikel erklären, daß bei einer Mißernte ein Theil der Pachtsumme nicht zu zahlen ist. In allen Pachtkontrakten steht aber gegenwärtig eine Klausel, in der der Pächter von diesen Bestimmungen Abstand nimmt.

in Uebereinstimmung mit der Art und dem Umfang des Betriebs, entsprechend den lokalen und anderen Umständen.

„Einsetzung von Pachtkommissionen in allen ländlichen Gemeinden, gewählt aus und durch die Grundbesitzer, Pächter und Arbeiter, mit der Bestimmung, daß kein Pachtkontrakt giltig ist, wenn er nicht durch die Pachtkommission gutgeheißen ist.

„Ausdehnung des Enteignungsrechts der Gemeinde zur Verbesserung der Wohnungszustände, wie auch für Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiter. Die ländlichen Gemeinden sollen in die Lage kommen, ansässigen Arbeitern Boden und Arbeitsmittel zu verschaffen für den niedrigst möglichen Preis, und wohl soviel, daß sie darauf ihren ganzen Lebensunterhalt verdienen können.

„Abschaffung aller Privilegien in Bezug aufs Pachtrecht. Größere Selbstständigkeit der Gemeinden auf dem Steuergebiet. Gewährung des Rechts, außenwohnende Grundeigenthümer besteuern zu können.

„Ausdehnung des bestehenden Arbeiterschutzes auf die Feldarbeit.“

Der Gedankengang, der diese Forderungen gebar, ist ungefähr der folgende.

Wenn man sagt, der Bauer und der Landarbeiter stehen sich im täglichen Leben als Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also feindlich gegenüber, so ist das allerdings wahr, was ihre gewöhnlichen Beziehungen zu einander betrifft. Anders ist es aber, wenn es sich um sozialpolitische Reformen handelt. Macht man Reformen, die die Macht des Grundbesitzers verringern, so haben die beiden Schichten, welche im landwirthschaftlichen Betrieb die Arbeit darstellen, gewiß keine einander gegenüberstehende Interessen. Es handelt sich im politischen Kampfe nicht um den Gegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern um den zwischen Kapitalist und Nichtsbesitzer. Wo also der Bauer nicht mehr Besitzer ist, wo der Enteignungsprozeß ihn schon angegriffen hat, da gehört der Bauer im politischen Kampfe in die Reihen der Proletarier.

In den Niederlanden ist es mit den Bauern in diesem Bezug schon weit gediehen, der Bauernstand ist, vornehmlich dort, wo Ackerbau betrieben wird, stark im Niedergang.

Und ihm gegenüber steht der Grundbesitzer, meistentheils ein Kapitalist, außer der Gemeinde wohnend, welcher durch den Notar, Rentmeister u. s. w. die Pachtsumme fordern läßt und nicht einmal etwas beiträgt zum Haushalt der Gemeinde, aus der er seine Grundrente bezieht. Einerseits also der Bauer, anderseits seine Ausbeuter: Grundbesitzer, Notar, Bankier u. s. w.

Und mit den Bauern verarmt, nebst den Arbeitern, der ganze Mittelstand im Dorfe. Die reichen Leute ziehen sich immer mehr in die Städte, und auch das trägt das Seine zu der Verarmung bei.

Die Arbeiter leiden unter der Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen u. s. w., der Armuth mit all ihren moralischen und materiellen Nachtheilen.

Es ist klar, daß alle diese Schichten, der Bauern-, der Mittel- und der Arbeiterstand unter dem schlechten Gange der Betriebe leiden, und daraus entsteht politische Solidarität.

In Gegenden, wo das Kleinbauernthum überwiegend ist, hat man in anderen Formen mit dem gleichen Feinde zu thun, der als Hypothekenbesitzer u. s. w. den Bauern ausplündert.

Wo der Boden und der Betrieb in Händen von Großbauern ist, was in einem Theile Hollands noch der Fall, da ist eine derartige Solidarität natürlich ausgeschlossen.

In den Gegenden, wo der Boden fast ausschließlich außerhalb wohnenden Eigenthümern gehört, ist man mit der Idee der Nationalisation des Grundes schon sehr vertraut.

Die Bodenpreise sind in Niederland sehr niedrig. In manchen Gegenden ist Land, welches früher 3000 Gulden werth war und worauf nicht selten bis 2000 Gulden

Hypotheklast liegen, beim Verkauf keine 1000 Gulden werth. In manchen Gegenden wird gutes Ackerland für 800 bis 900 Gulden der Hektar, also von 1300 bis 1500 Mark verkauft. Wird das Land zu solchen Preisen durch die Gemeinde gekauft, so kann diese für 25 bis 30 Gulden das Land verpachten, und dann ist der Betrieb wohl konkurrenzfähig, wenigstens für die nächsten Jahre. Und dann?

Es ist absolut nicht die Absicht der niederländischen Sozialdemokratie, die „small holdings", welche durch diese Handlungsweise entstehen, für den Gipfel der landwirthschaftlichen Entwicklung zu halten. Wir glauben, daß auch in der Landwirthschaft die Großproduktion die vortheilhafteste werden wird. Aber es steht nirgends in den Sternen geschrieben, daß diese Großproduktion allein durch den Kapitalismus hergebracht werden kann. Wir meinen, daß man genossenschaftlich ebenso gut Großproduktion treiben kann. Der Gemeindebesitz muß zum Gemeindebetrieb führen.

Die niederländischen Sozialdemokraten sehen in ihren Forderungen zunächst ein Mittel, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, dadurch den in Holland schrecklich starken Zug des Proletariats zu den Städten etwas zu verringern, und in der Zukunft können sie zum Ankauf des ganzen Bodens durch die Gemeinschaft und zur sozialistischen Produktionsweise führen.

Um der Gemeinde Grundbesitz zu verschaffen, wollen wir ihr ein Vorkaufsrecht bei einem Verkauf geben. Wird Boden verkauft, dann hat die Gemeinde das Recht, seinen Werth gerichtlich schätzen zu lassen und für den geschätzten Preis den Grund zu enteignen. Das Enteignungsrecht muß den Gemeinden auch gegeben werden für Boden, der unbebaut liegen bleibt.

Wahrscheinlich ist die Anwendung des Enteignungsrechts aber in 99 von den 100 Fällen unnöthig, wenn der erste Paragraph des Programms angewendet wird. Sobald das Prinzip Anwendung findet, daß nur Pacht bezahlt zu werden braucht vom Reingewinn, und damit das Risiko des Betriebs für einen großen Theil auf den Grundeigenthümer abgewälzt wird, wird eine kolossale Masse Grund zum Verkauf angeboten werden. Diejenigen Grundbesitzer aber, welche große Landstrecken nebeneinander liegen haben, werden durch solche Bestimmungen sich veranlaßt sehen, den Boden selbst zu exploitiren, indem man das Gut durch einen sogenannten „Zetboer" als Direktor verwalten läßt, statt es zu verpachten. So wirkt diese Reform auch in der Richtung des kapitalistischen Großbetriebs, indem sie andererseits durch die Uebertragung eines Theils des Bodens an die Gemeinde zur Landnationalisation hinweist. Beide haben die Tendenz, den Pächter, der im Bauernbetrieb den Mittelstand vertritt, zu verdrängen.

Der Paragraph, betreffend das Recht des ausziehenden Pächters auf Vergütung für angebrachte Verbesserungen, wird wohl keine nähere Erläuterung nöthig haben, da er in allen Ländern schon diskutirt ist.

Die Feststellung einer Minimalzahl Arbeiter, die der Bauer Sommer und Winter an der Arbeit halten muß, ist seit vielen Jahren eine Forderung der Landarbeiter in den Niederlanden. In 1891, bei dem Strike der Landarbeiter in Friesland, war das eine ihrer Forderungen. Man geht hierbei von der Erwägung aus, daß es dem Bauern nicht viel Mühe noch Kosten verursachen wird, dieser Forderung zuzustimmen, da er leicht genug solche Produkte erzeugen kann, die auch im Winter Arbeit geben, wie Flachs, Hanf u. s. w. Andererseits wird diese Bestimmung eine intensivere Bearbeitung des Landes zur Folge haben, die sich reichlich lohnen wird. Diese Forderung wird, wenn ihr nachgegeben würde, bevor der erste Paragraph des Programms in Wirkung getreten ist, gewiß eine Erschwerung der Lage des Bauern sein, für die Arbeiter ist sie aber unbedingt nothwendig.

Die vier ersten Paragraphen machen den fünften nothwendig. Die offizielle, durch die ganze an der Landwirthschaft interessirte Bevölkerung gewählte Pachtkommission ist als Exekutivbehörde zur Ausführung der anderen Bestimmungen anzusehen.

Die drei letzten Bestimmungen bedürfen keiner näheren Erklärung.

Schluß.

Was nach meinem Urtheil das Programm der niederländischen Sozialdemokratie von dem unterscheidet, was die belgische, die französische und andere sozialistische Parteien auf diesem Gebiet geleistet haben, ist das absolute Fehlen von Bestimmungen, die zum Zwecke haben, den Kleinbesitz zu schützen, oder die Landwirthschaft treibende Klasse in ihren gegenwärtigen Verhältnissen zu befestigen.

Die niederländische Sozialdemokratie will das nicht. Diese Verhältnisse sind weder für die Landarbeiter, noch für die ganze Bevölkerung nützlich. Es ist eine nicht zu leugnende Thatsache: will man die gegenwärtige Landwirthschaft lebensfähig erhalten, und dadurch allein ist der Kleinbauer für unsere Partei zu gewinnen, dann ist die Schutzzöllnerei ein unentbehrliches Mittel. Und das ist ein Mittel, welches das ganze Volk belastet zum Vortheil einer einzelnen Bevölkerungsschichte, und dadurch schon verwerflich, es macht durch Vertheuerung der Produkte den Boden theurer und verschiebt dadurch die Nationalisation des Bodens.

Wer die kleinen Besitzer als Besitzer erhalten will, muß den ganzen Enteignungsprozeß ins Stocken bringen, weil nun einmal der Kleinbesitz erst an der Reihe ist, aufgeschluckt zu werden.

Die hier erwähnten Reformen wirken dem Enteignungsprozeß in die Hand. Der Privatbesitz des Bodens muß eine Last werden; für die Besitzer muß er, im Vergleich mit anderem Besitz, schädlich sein, erst dann wird die Rede sein davon, daß man den Widerstand der Besitzer gegen die Nationalisation des Bodens überwinden kann.

Daß die in diesem Programm vereinigten Bestimmungen alle die Tendenz haben, den Entwicklungsgang der gesellschaftlichen Umgestaltung zu fördern, giebt ihnen, meine ich, in den Augen der Sozialdemokraten einen hohen Werth.

Und da die Wahlen in Holland gezeigt haben, daß die Landarbeiter und viele untergehende Pächter durch dieses Programm zur Partei hingezogen werden, so beweist das, daß es sich anpaßt an die in Holland herrschenden agrarischen Verhältnisse, was seinen theoretischen Werth verstärkt durch einen praktischen, ohne den er nur ein Stück Papier bleiben würde.

Wir geben zu, daß in Deutschland, Frankreich u. s. w. die Sache schwerer ist, weil die Schutzzölle die natürliche Entwicklung der Dinge verhindern. Kleine Länder können die Schutzzöllnerei aber nicht gebrauchen und vor Allem Holland nicht. Sein Handel und seine kolossale Viehzucht und Butter- und Käseproduktion fordern Absatzgebiete im Ausland, die, wenn es selbst zur Schutzzöllnerei überginge, ihm leicht verschlossen werden könnten. Darum können unsere herrschenden Klassen dieses Mittel, um den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß zeitlich zu hemmen, nicht anwenden, und das treibt unsere agrarische Bevölkerung zur Sozialdemokratie, wo sie willkommen ist.

Chile und Argentinien.

Von German Avé-Lallemant.

San Luis, August 1898.

Zwischen den beiden mächtigsten Staaten Südamerikas, deren landwirthschaftliche und bergbauliche Produkte täglich für den Weltmarkt von größerer Bedeutung werden, droht ein Krieg auszubrechen, der zweifelsohne für die Weltpolitik von wichtigen Folgen begleitet sein wird.

Die Ursachen, welche die beiden Nationen veranlassen, ihre Differenzen durch einen Waffengang auszumachen, sind keineswegs in der ganz nebensächlichen Grenzstreitigkeit wegen der Cordilleren zu suchen, welche von bürgerlichen Blättern übermäßig aufgebauscht wird und welche lediglich ein an den Haaren herbeigezogener Vorwand ist, sondern liegen viel tiefer.

Zur Zeit der spanischen Kolonialherrschaft bildeten anfänglich diese Länder mehrere Gobernaciones des Virreinato (Vizekönigreichs) del Peru, nämlich die Gobernacion de Chile, welche außer Chile auch noch die Cuyo-Provinzen — heute San Juan, Mendoza und San Luis — und ganz Patagonien einbegriff; die Gobernacion del Tucuman, welche die heutigen Provinzen Cordoba, Santiago del Estero, Rioja, Catamarca, Tucuman, Salta, Injuy und große Theile von Bolivien, besonders Tarija, umschloß; die Gobernacion del Paraguay aus diesem Ländchen, dem Gran Chaco und Misiones (einschließlich des heute brasilianischen Theiles des alten Jesuitenreichs) zusammengesetzt, und die Gobernacion del Rio de la Plata, welche aus den Provinzen Buenos Ayres, Santa Fé, Entrarios, Corrientes, dazu die Banda Oriental oder Uruguay bestand.

1776 hob die Regierung in Madrid diese anfänglich administrative Eintheilung der willkürlich und tyrannisch beherrschten Kolonie auf, und ohne das ökonomische Interesse der einzelnen Distrikte zu befragen, bildete sie aus den Gobernaciones del Tucuman, del Paraguay und del Rio de la Plata nebst Cuyo und Patagonien das Virreinato del Rio de la Plata mit der Hauptstadt Buenos Ayres, dessen Einwohner Portenos genannt werden.

Chile, mit seinem großartigen Bergbau, ward auf den langen Streifen Landes zwischen der Cordillere und dem Stillen Ozean beschränkt, trotz aller seiner Proteste, welche sich darauf gründeten, daß seine Einwohner zu ihrer Ernährung nothwendig der weiten Weidegründe und Viehtriften Cuyos und Patagoniens bedürften, von denen die Chilenen auch heute noch ihr sämmtliches Schlacht- und Arbeitsvieh beziehen, so daß die ökonomischen Interessen beider Gebiete identische sind, wogegen die Portenos geltend machten, daß ihr natürliches Hinterland bis zu den Cordilleren reichen müsse, was sie auch durchsetzten mit der Beihilfe der Liverpooler Rheder, die in Buenos Ayres die Felle dieser Gebiete gegen Negersklaven und englische Manufakturprodukte eintauschten.

Als das Handelskapital 1810 die Revolution gegen den herrschenden Grundbesitz in der Stadt Buenos Ayres unternahm und diesem die Herrschaft entriß, und zwar lediglich, um der großen Nachfrage der englischen Händler nach Häuten vollauf Genüge leisten zu können, zerfiel das Virreinato del Rio de la Plata in eine Menge von autonomen Provinzen, die von den Portenos erst nach langen Kämpfen zurückerobert werden konnten, oder besser gesagt, welche unter des Diktators José Manuel Rosa, des größten Staatsmanns der Portenos und Begründers der argentinischen Nation, zur Bildung einer Konföderation gezwungen wurden, mit Ausnahme von Tarija, Paraguay, Misiones und Uruguay, welche verloren gingen.

Dieser Verlust schmerzt die Portenos immer noch auf das Empfindlichste, und der sie treibende politische Grundgedanke ist der des südamerikanischen Gleichgewichts, basirt auf den Besitzstand von 1810. Der Sekretär des Revolutionskomites, Mariano Moreno, hatte diesen Gedanken 1810 zuerst in Zeitungsartikeln ausgesprochen, und aus diesen ward das sogenannte Programm Morenos zusammengestellt, welches für die Portenos etwa dieselbe Bedeutung hat, wie das angebliche Testament Peters des Großen für die Russen.

Namentlich schmerzt die Portenos der Verlust Uruguays, welches jenseits des Flusses einige Kilometer vor ihren Thoren liegt, um so tiefer, als Argentinien keinen einzigen natürlichen Hafen besitzt, Uruguay aber die beiden herrlichen Häfen von Montevideo und Maldonado sein eigen nennt, deren marinestrategische Bedeutung als Schlüssel des ganzen La Plata-Flußgebiets schon Spanien und Portugal erkannten und um deren Besitz seit 1678 gekämpft worden ist.

Noch heute lassen die Portenos deshalb Uruguay, das sie 1825 bis 1828 erobert hielten, zu keiner ruhigen Entwicklung kommen, und zetteln fortwährend Revolutionen und Unruhen in diesem von Natur so überaus reich ausgestatteten Lande an, in der Hoffnung, es auf diese Weise mürbe zu kriegen und es ohne Gegenwehr annektiren zu können.

Zu dem Ende muß aber Argentinien die südamerikanische Vormacht sein, oder — wie die Portenos, die ja in diesem Lande wie die Preußen in Deutschland schalten und walten, es ausdrücken — die Hegemonie ausüben.

Daran aber hindern es Brasilien und Chile. Das erstere dieser Länder hat heute an Machtbedeutung gewaltig eingebüßt, aber das zweite strebt mächtig empor.

Auch Chile erhob sich 1810 gegen das Mutterland, fiel aber 1814 unter die spanische Herrschaft zurück, aus der es sich erst 1817 mit Hilfe Argentiniens endgiltig befreite.

Es wünschte damals für sein Gebiet die Grenzen von vor 1776 wieder hergestellt zu sehen, wovon aber die Portenos absolut nichts wissen wollten, und seitdem tauchen an der Westküste immer wieder Eroberungspläne auf, welche die Zurückerlangung von Cuyo und Patagonien im Auge haben und welche die schlaue Diplomatie der Portenos bisher stets noch auf das Gebiet von Peru und Bolivien abzuleiten gewußt hat.

Also um die Grenzen von 1776 gegen diejenigen von 1810 handelt es sich faktisch, und die Cordillerengrenzlinie, die Chile, so wie sie nördlicher seit 1776 durch die Wasserscheide bestimmt ist, auch für Patagonien beansprucht, und welche die Argentinier daselbst weit westlicher durch phantastische, von Bergspitzen zu Bergspitzen gezogene ganz unmögliche Luftlinien bestimmt haben wollen, ist lediglich ein Vorwand, um den Kern der Frage zu verhüllen.

Beide Staaten rüsten sich bis zur vollkommenen Erschöpfung ihrer finanziellen Kapazität.

Heute steht die Sache so, daß Chile die ganze Streitigkeit sofort dem ernannten Schiedsrichter (England) übergeben haben will, wogegen Argentinien nur in eine beschränkte Kompetenz des Arbitrators zu willigen geneigt ist.

Letzteres Land, welches finanziell total ruinirt ist und die denkbar elendeste Verwaltung besitzt, erwartet in einigen Wochen zwei neue große geschützte Kreuzer, die ihm den Sieg zu Wasser sichern sollen. Chile ist mächtiger seiner besseren Verwaltung wegen.

Wem von den beiden Gegnern aber auch der Sieg zufallen möge, beide Staaten müssen fortfahren, gerüstet zu bleiben, und in beiden Ländern wird die Soldateska, die schon jetzt diktatorisch herrscht, ihr Szepter schwingen.

Nur eine Hoffnung schimmert den Gegnern des Militarismus von ferne, das ist die mögliche Intervention der Vereinigten Staaten. Südamerikas Entwicklung im Sinne des bürgerlichen Liberalismus, seine Befreiung aus dem heute herrschenden Gewaltsystem der alles absorbirenden Oligarchien, wird erst dann möglich sein, wenn der Panamerikanismus seine Fittiche über diesen Kontinent schwingt.

Die hier herrschende Porteno-Oligarchie ist ein Todtfeind des Panamerikanismus.

Die kleinen sozialistischen Parteien in Santiago sowohl wie in Buenos Ayres haben in öffentlichen Versammlungen gegen die Umtriebe der chilenischen als auch der argentinischen Kriegsparteien protestirt. Ihre Stimmen verhallen aber heute noch ungehört wie die des Predigers in der Wüste. Das Säbelgerassel übertäubt alles.

Die Naturheilkunde und die Sozialdemokratie.

Von H. Wolf.

In Nr. 42 der „Neuen Zeit“ hat ein Dr. H. B. Ad. über mein Schriftchen: „Die Gesundheitspflege des Arbeiters“ im Besonderen und die Naturheilkundigen im Allgemeinen ein sehr absprechendes Urtheil gefällt.

Ich fühle mich veranlaßt, darauf Einiges zu erwidern.

Zunächst muß ich ganz entschieden für viele meiner Berufsgenossen und auch meine Person den Vorwurf zurückweisen, als hätten wir uns zur Ausübung der Heilkunde „nach keiner Richtung hin dazu ausgebildet“. Wir zählen in unseren Reihen Leute, die Jahre lang an Universitäten medizinische Studien getrieben haben; Leute, die Jahre lang an Heilanstalten unter Leitung tüchtiger Aerzte thätig waren; Leute, die den vom deutschen Naturärzteverein veranstalteten und von Aerzten geleiteten Unterricht genossen haben u. s. w. Daß diese Ausbildung vielfach lückenhaft ist, wissen wir so gut wie Dr. H. B. Ad., und wir bedauern es am meisten, daß es so ist. Aber das können wir augenblicklich nicht ändern. Das Volk hungert und dürstet nach Aufklärung über Gesundheitspflege und Heilkunde. Immer größer wird das Bedürfniß nach ausübenden Vertretern der Naturheilmethode. Aber die wenigen approbirten Aerzte, welche in dieser Richtung thätig sind, reichen nicht aus. Also, was bleibt uns übrig, als auch Laien zur Bewältigung dieser Arbeit heranzuziehen? Die Aerzte, welche eigentlich berufen sind, das Volk über Gesundheitspflege und Heilkunde aufzuklären, sie gehen gleich dem Priester und Levit achtlos an dem kranken Volke vorüber. Will man es nun den Laien verdenken, wenn sie gleich dem barmherzigen Samariter sich des armen Volkes annehmen? Oder glaubt Dr. H. B. Ad., es wäre vom barmherzigen Samariter klüger gewesen, den unter die Mörder Gefallenen liegen zu lassen, da er ihn doch nicht so „schulgerecht“ verbinden konnte, wie der die Heilkunde ausübende Priester oder Levit? Steht Dr. Ad. auch auf dem Standpunkt: Lieber „wissenschaftlich“ verderben, als „unwissenschaftlich“ geheilt zu werden?

Und, Dr. Ad., wo wäre die sozialdemokratische Bewegung geblieben, wenn sie erst auf akademisch gebildete Führer hätte warten müssen? Ist sie nicht auch unter Leitung „unwissenschaftlicher“ Leute groß geworden? Und giebt es heute unter den Agitatoren und Redakteuren nicht noch genug Leute, die über eine sehr einseitige, mangelhafte Bildung verfügen? Warum treten Sie nicht gegen diese „Pfuscher“ auf? Und wird in den sozialdemokratischen Versammlungen nicht Manches gesagt, was nicht mit der Wissenschaft übereinstimmt? Warum verlangen Sie nicht von den Parteigenossen, mit diesem „Unfug aufzuräumen“? Geben die Redakteure nicht fortlaufend den Lesern ihrer Zeitungen Belehrungen über juristische Fragen, ohne Juristen von Fach zu sein? Werden sie hier nicht auch zu „Pfuschern“? Und vertheidigt sich nicht mancher Genosse ohne juristischen Beistand vor dem Gericht? Ja, über Kirche, Schule, Staat u. s. f. kann jeder Sozialdemokrat urtheilen, aber ja nicht über Heilkunde — das ist „Unfug“. An allen Autoritäten darf man zweifeln, an politischen, juristischen, religiösen — nur nicht an medizinischen.

Als Beweis gegen die Ausübung der Heilkunde durch nicht „wissenschaftlich“ gebildete Personen gebraucht Dr. Ad. den von Zünftigen schon sehr abgenützten Vergleich zwischen einer Maschine und dem menschlichen Körper. Zunächst hinkt dieser Vergleich gewaltig. Der menschliche Körper ist kein Mechanismus, sondern ein Organismus, der sich, wie Schopenhauer sagt, selbst reparirt. Eine Maschine, die eine Störung erlitten hat, wird nie von selbst wieder ordentlich in Gang kommen. Aber ein Organismus wird in vielen Fällen die Störungen selbst ausgleichen, wenn er unter naturgemäße Lebensbedingungen gesetzt wird. Die von dem Kritiker angeführten Beispiele zeigen, daß seine sinnlose Wuth gegen die „Kurpfuscher“ seinen Blick für die thatsächlichen Verhältnisse vollständig getrübt hat. Weiß der Herr Kritiker nicht, daß Tausende von Handwerkern elektrische Anlagen machen, ohne von

den Grundlehren der Elektrizität etwas zu verstehen, und daß Tausende fremde Sprachen sprechen, ohne eine Ahnung von Grammatik zu haben? Weiß er nicht, daß es viele Arbeiter giebt, die ohne „wissenschaftliche“ Vorbildung sehr gut lernen, eine Maschine bis zu einem gewissen Grade zu reguliren? Wie oft habe ich schon von Arbeitern gehört, daß die von der Schule kommenden Ingenieure erst von den Arbeitern lernen müssen. Und haut sich mancher Genosse in Prozessen nicht selbst heraus, und oft besser ohne wissenschaftlich gebildeten Advokaten? Und warum sollen nicht manche Personen auch ohne Universitätsbildung die Körpermaschine bis zu einem gewissen Grade reguliren lernen? Ganz besonders gilt dies unter Anwendung der einfachen, milden Anwendungsformen der Naturheilmethode. Der Beweis wird ja täglich am Krankenbett erbracht. Ich kenne einfache, intelligente Frauen aus dem Volke, die mit wahrer Meisterschaft und mit großem Erfolg die Naturheilmethode ausüben. Und hat es nicht in früheren Zeiten große Aerzte, zum Beispiel einen Hippokrates, gegeben, die von moderner Anatomie, Physiologie und Pathologie weniger verstanden, als heute ein vierzehnjähriges Schulkind? Haben nicht gerade die größten Praktiker unter den Aerzten am wenigsten von Anatomie und Physiologie gehalten? Was sagt doch der große Stahl? „Der Bau der mäandrischen Gänge im Ohre, des Amboses, Hammers, Steigbügels und — welch herrliche Entdeckung! — des runden Knöchelchens würde, wenn er nicht bekannt wäre, die physische Kenntniß des Körpers sehr mangelhaft machen. Aber der Medizin nützt diese Kenntniß gerade so viel, wie die Kunde von dem vor zehn Jahren gefallenen Schnee.“

Wenn aber ein Heilsystem der Vorwurf trifft, in eine Maschine einzugreifen, ohne sie richtig zu kennen, dann trifft er gerade die Vertreter der herrschenden Heilmethode, der Allopathie. Gerade in denjenigen Theil des menschlichen Körpers, welcher noch am wenigsten erforscht ist, in den Chemismus des Blutes und der Säfte, greift sie mit den stärksten Giften, mit den rohesten Mitteln ein. Daher auch die Unbeständigkeit in der medizinischen Therapie. Was heißt dort Wissenschaft? Auf keinem Gebiet wechseln die Ansichten und Systeme so, als auf dem Gebiet der medizinischen Therapie. Das siebzehnte Jahrhundert erzeugte gegen ein Vierteldutzend, das achtzehnte Jahrhundert gegen ein Dutzend und das neunzehnte Jahrhundert gegen zwei Dutzend medizinische Heilsysteme, und ein jedes macht den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit. Jahrtausende lang hat man den Aderlaß fast bei allen Krankheiten als eine der besten Heilmaßnahmen gepriesen und jetzt wird er fast gar nicht mehr angewendet. Jahrhunderte lang galt es als wissenschaftlich, bei Fieberkrankheiten die Kur mit einem Brechmittel zu beginnen und alle zwei Tage ein Abführmittel zu geben.

Bei solcher Vergänglichkeit der medizinischen Heilsysteme darf man es uns nicht übel nehmen, wenn wir so wenig Respekt vor der heiligen medizinischen Wissenschaft haben.

So leichtfertig wie viele Aerzte mit der Anwendung der giftigsten Stoffe sind, so auch mit der Anwendung der Hydropathie! „Machen Sie ein Bad, eine Einpackung, einen Umschlag“, heißt es da. Aber nie halten es die meisten der Herren Aerzte für nothwendig, es den Leuten vorzumachen. Dann werden diese Vorschriften gar nicht oder höchst mangelhaft ausgeführt. Wie oft kommt es vor, daß die Aerzte bei Krämpfen, also einem sehr gefährlichen Krankheitszustand, Bäder verordnen, ohne selbst Hand anzulegen. Die Leute laufen dann in ihrer Angst zu uns „Kurpfuschern“, weil sie wissen, daß wir diese Anordnungen selbst gewissenhaft ausführen. Dasselbe gilt auch von Massage und Gymnastik, ganz abgesehen davon, daß viele Aerzte nicht viel davon verstehen. Dazu kommt noch, daß die jungen Aerzte, gerade wie die von der Schule kommenden Ingenieure, ihr Wissen meist sehr ungeschickt anzuwenden wissen. In den Krankenhäusern haben sie meist nur voll entwickelte, typische Fälle kennen gelernt. In der Praxis treffen sie aber die Krankheiten meist im Anfangsstadium an. Sie wissen sich dann nicht zu helfen. Ut aliquid fiat, um aber etwas zu thun, wird darauflos kurirt — mit den stärksten Giften. Was sieht man

da oft für Rezepte von jungen Aerzten! Dazu kommt noch, daß der junge Arzt die naive Ansicht mitbringt, daß er Alles heilen könne. Mit einem Eifer stürzt er sich auf die Kranken und „verarzt“ sie, daß ihnen „Hören und Sehen vergeht“, bis er endlich zu der Einsicht kommt, daß er mit seinen drastischen Heilmitteln wenig nützen, aber viel schaden kann. Ein durch langjährige Erfahrung geübter Praktiker, Kurpfuscher, schlägt dann mit Leichtigkeit den Herrn Doktor aus dem Felde. Nicht wir Kurpfuscher, sondern die Herren Aerzte selbst sind es, welche ihre Autorität brechen. Die Kurpfuscherei ist in der Unzulänglichkeit der medizinischen Heilmethode und in der mangelhaften Vertretung derselben begründet. Nicht gegen uns Kurpfuscher, sondern gegen die medizinische Zunft, gegen die mangelhafte, einseitige Ausbildung der Aerzte muß sich Dr. Ad. wenden, gegen die Ursache, nicht gegen die Erscheinung.

Wenn die Herren Zunftärzte, beziehentlich der Staat den Bedürfnissen des Volkes und den Fortschritten der Wissenschaft entsprechen werden, dann wollen wir Kurpfuscher gern abtreten. Es ist kein Vergnügen, fortwährend mit einem Fuße im Gefängniß zu stehen! Und viele von meinen Berufsgenossen würden sich gern eine akademische Bildung aneignen, wenn sie nicht durch die sozialen Verhältnisse daran gehindert würden. Alles, was noch nicht die Anerkennung der Gesellschaft genießt, wird nie von den Privilegirten vertreten. Immer ist es auf die Vertretung der außer der Zunft Stehenden angewiesen. Letztere können aber doch nicht den Bildungsgang der Zünftigen gehen. Das sollte Dr. Ad. als Sozialdemokrat doch auch wissen.

So lange also die Naturheilkunde nicht staatliche Anerkennung genießt, wird sie sich mit „Pastoren, Lehrern, Schustern und Schäfern“, mit Leuten behelfen müssen, die „mit etwas halbverdauter Wissenschaft, viel gründlicher Unwissenheit, einer kindlichen Selbstgefälligkeit und bestem Willen“ Gutes zu stiften suchen. Ganz wie die Sozialdemokratie!

Dr. Ad. und sein Anhang mögen gegen die Naturheilkunde eifern so viel sie wollen, sie werden sie in ihrer Ausbreitung nicht hindern. Gerade dort, wo die Sozialdemokratie am stärksten vertreten ist, z. B. in Sachsen, zählt die Naturheilkunde die meisten Anhänger. Viele der besten Parteigenossen sind Anhänger derselben. Die meisten Sozialdemokraten haben sich bei der letzten Reichstagswahl für Kurirfreiheit, also für die Dr. Ad. so verhaßte Kurpfuscherei erklärt. Immer waren es Sozialdemokraten, welche im sächsischen Landtag die Naturheilkundigen vertheidigten, z. B. Herr Fräßdorf. Letzterer ist seit Jahren Vorsteher der Dresdener Ortskrankenkasse, eine der größten Deutschlands; derselbe würde gewiß die Naturheilkunde nicht in Schutz nehmen, wenn er nicht wüßte, daß sie den Verhältnissen entsprechend viel Gutes leistet. Auch ist meine Schrift von einer Anzahl Arbeiterblätter, darunter dem „Vorwärts“, lobend besprochen worden. Nur Unkenntniß der thatsächlichen Verhältnisse kann zu einem Urtheil führen, wie es Dr. Ad. gefällt hat. Ich kann nicht glauben, daß Dr. Ad. längere Zeit in der Praxis steht. Und damit komme ich zu dem Grunde, warum Dr. Ad. und manche Parteigenossen, besonders Redakteure, der Naturheilmethode feindlich gegenüberstehen.

Die meisten Mediziner haben keine gründliche Kenntniß von den Anwendungsformen der Naturheilmethode. Sie stellen sich dieselben so gefährlich und zweischneidig vor wie ihre giftigen Medikamente. Sie haben keine Ahnung davon, wie man mit diesen Mitteln auf den menschlichen Körper wohlthuend einwirken kann. Ebenso auch viele der sozialdemokratischen Redakteure und Wortführer. Erstens sind ja diese Leute durch ihren aufreibenden Beruf so in Anspruch genommen, daß ihnen wenig Zeit für andere Dinge bleibt, und zweitens kümmert sich der Laie gewöhnlich erst dann um Gesundheitspflege und Heilkunde, wenn er krank geworden ist. Diese Unkenntniß und Unerfahrenheit erhält ihn in einer gewissen Befangenheit der Heilkunde gegenüber. Ein Typus in dieser Beziehung ist auch Marx. So wurde seine Tochter Jenny, ein Säugling von einigen Monaten, eines Tages von heftigen Krämpfen befallen, die das Kind zu tödten drohten. Marx, seine Frau und ihre

getreue Gehilfin und Freundin, Helene Demuth, standen verzweifelnd und rathlos um die Kleine herum. Da kam Heine, sah sie an und sagte: „Das Kind muß in ein Bad.“ Mit eigener Hand richtete er das Bad her, legte das Kind hinein und rettete, wie Marx sagte, Jennys Leben. („Neue Zeit“, 14. Jahrgang, S. 17.) Marx litt in den letzten Jahren seines Lebens an heftigem Husten. Der Arzt verbot ihm das Rauchen. Groß war Marx' Freude, erzählt Leßner, als ihm nach einiger Zeit der Arzt wieder eine Zigarre pro Tag gestattete. („Neue Zeit“, 11. Jahrgang, S. 754.) Also der große Marx muß erst einen simplen Doktor zu Rathe ziehen, um zu wissen, ob er eine Zigarre rauchen darf! Der Verfasser des „Kapital“ ein Typus jener Leute, die aus abergläubischem Respekt vor dem Herrn Doktor sich nicht wagen, einen Tropfen zu viel oder zu wenig und keine Minute zu spät oder zu früh zu nehmen.

Kann es etwas Lächerlicheres geben? Solche Typen findet man aber noch genug unter den Sozialdemokraten. Wie mancher von ihnen kann über die gelehrtesten Dinge sprechen, aber wenn er einen einfachen Durchfall hat, weiß er sich nicht zu helfen und benimmt sich wie ein kleines Kind.

Dr. Ad., ich spreche aus Erfahrung!

Und diese Unkenntniß in heilkundlichen Dingen ist es, warum die Presse im Allgemeinen und die sozialdemokratische im Besonderen sich kein Urtheil über heilkundliche Dinge wagt. Alle medizinischen Fragen und Schriften werden Medizinern zur Beurtheilung überlassen. Auch naturheilkundliche Schriften läßt man von orthodoxen Medizinern, die doch hier Partei sind, beurtheilen. Hoffentlich läßt nun die „Neue Zeit“ auch religiöse Schriften von orthodoxen Theologen kritisiren. Was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig.

Notizen.

Die Verhältnisse der im Tapezirergewerbe zu Berlin beschäftigten Näherinnen im Jahre 1897. Der beste Spiegel der heutigen Gesellschaft ist unbestreitbar die Statistik. Dieselbe zeigt ein treues Bild der wirthschaftlichen und sozialen Zustände.

Die meisten Volksvertreter halten es ja freilich für überflüssig, auf gesetzlichem Wege eingehende statistische Untersuchungen zu erstreben, anderentheils hat der Staat wiederum kein Bedürfniß, zu wissen, wie das produktiv thätige Volk von dem profitgierigen Unternehmerthum ausgebeutet wird, wie viel Millionen Ausgebeuteter alljährlich zu Grunde gehen und wie viele der heutigen kapitalistischen Produktionsweise zum Opfer fallen.

Darum sind wir auch gezwungen, unser Material aus den uns zugänglichen Krankenkassen oder aber aus Statistiken, die von den Gewerkschaften aufgenommen, zu schöpfen.

Die unten genannten Zahlen veranschaulichen, wie die Arbeitsgelegenheit eines kleinen Berufs beschaffen ist, der noch zu den besseren gerechnet werden darf, da die Arbeitszeit eine geregelte ist und täglich in den einzelnen Betrieben 8½ bis 9 Stunden beträgt.

Die Zahl der Arbeiterinnen vertheilt sich auf 99 Betriebe folgendermaßen:

Es waren beschäftigt in

1 Betrieb	über 30	Näherinnen
1 "	20—30	"
3 "	je 10—20	"
10 "	je 5—10	"
23 "	je 2— 5	"
61 "	je 1	"

Ueber die Zahl der Beschäftigten und Arbeitslosen giebt folgende Tabelle Aufklärung:

Im Monat	Im Ganzen waren beschäftigt	Ohne Unterbrechung waren beschäftigt	Mit Unterbrechung waren beschäftigt	Arbeitslos waren
Januar	219	94	125	101
Februar	259	94	165	61
März	284	94	190	36
April	281	94	187	39
Mai	270	94	176	50
Juni	263	94	169	57
Juli	245	94	151	75
August	255	94	161	65
September	278	94	184	42
Oktober	306	94	212	14
November	269	94	175	51
Dezember	153	94	59	167

Hieraus ist zu entnehmen, daß im Durchschnitt 256 Arbeiterinnen beschäftigt und 64 arbeitslos waren.

Nachfolgende Tabelle wird uns über die Zahl der Arbeitstage berichten.

Im Monat	Wenn die in der vorhergehenden Tabelle als beschäftigt Verzeichneten voll gearbeitet hätten, würden sie folgende Zahl von Arbeitstagen aufweisen	Sie haben aber nur folgende Zahl von Tagen gearbeitet	Mithin waren sie folgende Zahl von Tagen arbeitslos	Die mit Unterbrechungen Beschäftigten arbeiteten jede durchschnittlich Arbeitstage	Laut Kalender von 1897 betrug die Zahl der Werktage
Januar	5475	4182	1293	19,1	25
Februar	6216	5670	546	21,8	24
März	7668	6756	912	23,7	27
April	6744	6438	306	22,8	24
Mai	6480	6096	384	22,5	24
Juni	6575	5657	918	21,5	25
Juli	6615	5628	987	22,1	27
August	6630	5808	822	22,7	26
September . . .	7228	6252	976	22,4	26
Oktober	7956	7140	816	23,3	26
November . . .	6994	6048	946	22,4	26
Dezember . . .	3825	2967	858	19,3	25
	78406	68642	9964	264,2	305

Mithin haben sämmtliche Arbeiterinnen zusammen im Jahre 68642 Tage gearbeitet, sie mußten aber, wenn voll gearbeitet wurde, 78406 Tage schaffen, mithin feierten sie 9964 Tage.

Die theilweise Beschäftigten, welche im Jahre durchschnittlich 256 zählten, haben 39314 Tage im Jahre gearbeitet, und die 94 dauernd Beschäftigten 29328 Tage.

Ferner ergiebt sich aus den Tabellen, daß im Jahresdurchschnitt 80 Prozent beschäftigt und 20 Prozent arbeitslos waren.

Zeitweise im Dezember war über die Hälfte der Arbeiterinnen außer Arbeit und Brot. Der Lohn schwankt zwischen 9 und 18 Mark und erhielten nach

den in diesem Jahre vorgenommenen Erhebungen, an welchen 112 Näherinnen betheiligt waren, an Lohn:

10 Näherinnen . . .	9,00 Mark	37 Näherinnen . . .	15,00 Mark
10 " . . .	10,50 "	16 "	16,50 "
10 " . . .	12,00 "	1 "	17,50 "
15 "	13,50 "	13 "	18,00 "

Mithin beträgt der Durchschnittslohn derselben 14,13 Mark. O. Pönicke.

Die Kohlenproduktion der Erde. Das von dem französischen Finanzministerium herausgegebene „Bulletin de Statistique"[1] veröffentlicht folgende Schätzungen. In den bezeichneten Jahren betrug die Produktion an Stein- und Braunkohle:[2]

Jahr	Land	Produktion in Tonnen	Werth in Francs (an den Gewinnungsorten)	Durchschnittswerth pr. Tonne in Francs
1895	Großbritannien und Irland . .	S. 192 700 000	1 443 370 000	7,5
1895	Vereinigte Staaten v. Nordamerika	S. 175 170 000	1 024 440 000	5,8
1895	Deutschland[3]	S. 79 160 000 B. 24 710 000	734 320 000	—
1895	Frankreich	S. 27 580 000	304 650 000	11,0
		B. 440 000	3 900 000	8,9
1895	Oesterreich-Ungarn	S. 10 640 000	95 890 000	9,1
		B. 20 850 000	107 530 000	5,1
1895	Belgien	S. 20 450 000	193 360 000	9,4
1894	Rußland	S. 8 630 000	—[4]	—[4]
1894	Australien	S. 4 180 000	34 430 000	8,2
		B. 3 600	50 000	14,2
1895	Canada	S. 3 570 000	40 270 000	11,3
1893	Japan	S. 3 330 000	—[4]	—[4]
1894	Indien und englische Besitzungen in Asien	S. 2 820 000	17 120 000	6,1
1895	Spanien	S. 1 740 000	13 240 000	7,6
		B. 45 000	290 000	6,5
1895	Südafrikanische Republik . . .	S. 1 150 000	13 220 000	11,5
1893	Chili	S. 990 000	—[4]	—[4]
1894	Neuseeland	S. 730 000	9 070 000	12,4
1895	Italien	S. B. 305 000	2 170 000	—
1894	Kapkolonie und englische Besitzungen in Afrika	S. 225 000	3 250 000	14,4
1894	Schweden	S. 215 000	—[4]	—[4]
1894	Tasmanien	S. 30 000	330 000	10,6
1892	Portugal	B. 18 000	280 000	15,4
1894	Griechenland	B. 14 000	150 000	10,4
	Total	579 800 000	—	—

[1] Maiheft 1897.

[2] S. = Steinkohle, B. = Braunkohle.

[3] Auf die einzelnen deutschen Bundesstaaten entfielen: Preußen S. 72 620 000 Tonnen, B. 20 110 000 Tonnen; Sachsen S. 4 430 000 Tonnen, B. 1 010 000 Tonnen; Bayern S. 970 000 Tonnen, B. 30 000 Tonnen; die übrigen deutschen Staaten S. 1 140 000 Tonnen. B. 3 560 000 Tonnen.

[4] Nicht angegeben.

Da die übrigen hier nicht aufgeführten Länder mit wenigen Ausnahmen eine ganz unbedeutende Kohlenproduktion aufweisen, so läßt sich die Gesammtkohlenproduktion der Erde gegen Mitte der neunziger Jahre auf circa 580 000 000 Tonnen = circa 11 600 000 000 Zentner berechnen. An erster Stelle stehen England, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Deutschland, die zusammen circa 472 000 000 Tonnen, d. h. circa vier Fünftel der gesammten Weltproduktion lieferten. Von besonderem Interesse ist noch die überaus ungünstige Stellung, welche in Bezug auf den Kohlenreichthum Frankreich und Italien einnehmen. Diese Armuth an Kohlen bildet bekanntlich das Hauptnemmniß für die industrielle Entwicklung Italiens. Von großer handelspolitischer Bedeutung ist ferner die relative Billigkeit der Kohle in Deutschland und speziell in Preußen. Die Braunkohle, die in Preußen mehr als ein Fünftel der gesammten Produktion ausmachte, kostete hier an den Gewinnungsorten im Durchschnitt circa 2,8 Francs pro Tonne, während deren Preis sich in Oesterreich auf circa 4,6 Francs, in Frankreich sogar auf circa 8,9 Francs pro Tonne belief. Bei einer Verbesserung der Wasserstraßen und einer entsprechenden Verminderung der Transportkosten würde Deutschland in Bezug auf die Billigkeit der Kohle zweifellos in erster Reihe stehen können. Z.

Ueber die Weinproduktion verschiedener Länder in den Jahren 1895 und 1896 veröffentlicht der von dem französischen Finanzministerium herausgegebene „Bulletin de Statistique“ (Januarheft 1897) folgende Mittheilungen. Nach der Größe der 1896 eingeernteten Mengen geordnet beliefen sich die schätzungsweise ermittelten Produktionsmengen von Wein in:

		1896 Hektoliter	1895 Hektoliter
Frankreich	auf circa	44 660 000	26 690 000
Italien	„ „	21 570 000	24 250 000
Spanien	„ „	17 830 000	20 350 000
Rumänien	„ „	7 500 000	3 120 000
Algerien	„ „	4 050 000	3 800 000
Portugal	„ „	3 280 000	2 000 000
Deutschland	„ „	3 110 000	3 640 000
Türkei und Cypern	„ „	3 050 000	2 400 000
Rußland	„ „	2 900 000	720 000
Oesterreich	„ „	2 500 000	3 000 000
Griechenland	„ „	2 150 000	1 600 000
Chili	„ „	1 730 000	1 500 000
Ungarn	„ „	1 650 000	2 865 000
Argentinien	„ „	1 590 000	1 350 000
Schweiz	„ „	1 500 000	1 250 000
Bulgarien	„ „	1 360 000	1 200 000
Serbien	„ „	1 100 000	800 000
Vereinigte Staaten von Nordamerika	„ „	680 000	850 000
Brasilien	„ „	470 000	350 000
Azoren, Madeira 2c.	„ „	320 000	210 000
Australien	„ „	180 000	150 000
Tunis	„ „	100 000	180 000
Kap der guten Hoffnung	„ „	90 000	110 000
Mexiko	„ „	70 000	90 000
Persien	„ „	30 000	30 000
		123 470 000	102 500 000

Aus den angeführten Zahlen ergiebt sich zunächst, daß die Gesammternte des Jahres 1896 ein um circa 20 Prozent günstigeres Ergebniß lieferte, als die Ernte des Jahres 1895. Von besonderem Interesse ist aber die Thatsache, daß Frankreich — sofern den angeführten Schätzungen überhaupt eine genügende Glaubwürdigkeit

beigemessen werden darf — allein jährlich circa 25 bis 35 Prozent der Gesammtproduktion lieferte. Zusammen mit Italien und Spanien lieferte Frankreich im Jahre 1896 circa zwei Drittel, im Jahre 1895 sogar sieben Zehntel der gesammten Produktion der aufgeführten Länder. Es darf dabei übrigens nicht vergessen werden, daß die engherzigen nationalen und fiskalischen Interessen einzelner Länder nicht selten dazu führen, daß sie ihre Produktion bald zu hoch, bald zu niedrig angeben.

N. R.

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Fortsetzung.)

„Verdreht!" wiederholte die Frau, „und zuletzt nahmt Ihr einen alten Witwer zum Manne; war's nicht so, Parasko? Euer Mann war Witwer?"

Sie sah die Frau durchdringend an.

„Wenn auch! Ist denn ein Witwer kein Mensch? Nun ja", fügte sie dann hinzu, „ich heirathete ihn wohl; aber das war eben Gottes Wille und der Wille der Südjilnetz!"

„Und Euer Wille nicht?" reizte sie die Frau.

„Weiß ich es denn? Wir kamen von entgegengesetzten Enden der Welt zusammen, um uns hier zu heirathen. Er ein vierzigjähriger Mann und ich ein neunzehnjähriges Mädchen. Ich hatte eben Glück gehabt. Das hat nicht ein Jeder. Mancher ist so glücklos, daß man gut thut, ihn zu umgehen, damit all sein Elend auf Einen nicht übergeht. Ich hatte Glück gehabt; von klein auf hatte ich's gehabt!"

„Von Eurem Glücke habt Ihr mir nie erzählt, Parasko!" sprach lächelnd die Frau.

„Ich habe nicht erzählt, weil man mich nicht gefragt hat."

„Nun, dann erzählt einmal. Stopft Euch die Pfeife ... die Hände laßt ruhen und mich laßt zuhören."

„Zu erzählen ist keine Kunst", antwortete sie gleichgiltig. Dann stopfte sie ihre kurze Pfeife, zündete sie an, that ein paar kräftige Züge aus ihr, damit sich der Tabak gut entzünde, und begann dann zu erzählen.

Sie lebte von ihrem neunten Jahre bei ihrer Taufpathe. In ihrem Dorfe daheim diente sie auch bei fremden Leuten, aber da sie vor Arbeit niemals scheute, erging es ihr überall gut. Im fünfzehnten Lebensjahr verlor sie ihre Eltern.

Ihr Vater war ein bekannter Meister, welcher auch Kirchen baute; wie überhaupt ihre ganze Familie bekannt war. Zwei Söhne eines ihrer Onkel waren sogar berühmt. Sie waren beide sehr schön und hielten sich immer beisammen. Beide meisterten aus Holz Geigen, Sättel, verschiedene kleine und große, runde und eckige Büchsen, Flaschen, prächtige Hacken ... und eines Tages gingen beide in den Wald, um einen Baum zu fällen. Der Baum brach und schlug sie todt. Auf der Stelle schlug er sie todt.

Man legte auch beide zusammen in ein Grab....

Das war furchtbar traurig....

Und wieder einer — ein Sohn von ihres Onkels Sohn — Andrij war sein Name und sie war seine Tante — das war schon der berühmteste von Allen. . . .

Einige Sachen, die er geschnitzt, nahm der Sohn des Kaisers zu sich. Von einem solchen Stamme ist sie — und nicht von den Bukowiner Huzulen, sondern von den galizischen.

„Eines Tages“, erzählte sie, „sagte mir die Pathe, daß man am letzten Fasching — von Sonntag auf Montag — alle die Kleider, die man an diesem Sonntag trägt, beim Schlafengehen unter das Kopfpolster legen soll, und daß dann derjenige, der Einem von Gott zum Manne bestimmt sei, im Traume erscheine. . . .

„Ich that, wie die Pathe gesagt.

„Und ich träumte.

„Ich träumte, daß ich auf einen Berg stieg, auf dem Rücken Säcke trug, und in den Säcken stak Heu. Ich stieg auf einen hohen Berg, im Grase bis zur Brust in einen Wald hinein — und der Wald war trocken. Er war ausgetrocknet bis auf den letzten Zweig, daß er fast röthlich schien, und darinnen war es so traurig und so still. . . . Ich sah mich um und bemerkte plötzlich ein Thor.

„Aus dem Thore trat ein Mann, der war weder alt noch jung, und der hielt in der Hand einen Mond, den er hin und her drehte. Er blieb vor mir stehen, legte die Hände auf meinen Kopf und sprach: ‚Mein Kind: die Gedanken, die Du hegst, hege auch weiter. Alsdann wirst Du sieben Meilen und sieben Stunden gehen und Deinen Bräutigam finden.‘ Dann verschwand er.

„Dies träumte mir.

„Dann ging eine Zeit vorüber.

„Ich saß nicht müßig. Ich arbeitete, plagte mich, diente . . . ich war kräftig . . . mein Gott, wie kräftig war ich doch! So lebte ich dahin und kannte keine Noth. Nur litt es mich nicht lange an einem Orte. Immerfort zog es mich irgendwo hin, immerfort hätt’ ich irgendwo hinwandern mögen. In die Bukowina lockte es mich. Ja, ja, dorthin zur Heuarbeit. Zur Sommerszeit bat ich meine Schwester Thekla mit mir dahin zu gehen, aber sie wollte nicht. Sie trat in den Dienst und blieb dort kleben, als wär’ sie dort angewachsen. Aber ich trug mich stets mit dem Gedanken, in die Bukowina hinüberzugehen; so beschlossen es die Sudjilnetzi.

„Und ich ging auch hinüber.

„Gewaltsam beredete ich die Schwester und dann gingen wir mit anderen Huzulen auf Heuarbeit in den Wiznitzer Bezirk und nach Ispas. Dorthin kam Gawrissan gefahren. Er kam vom hiesigen Gebirge aus Briasa;[1] er war ein reicher Rumäne, der Aufsicht hielt über die Stallungen und Weiden des Herrn Kuba — und der beredete uns Alle, die wir da waren, mit zur Heuarbeit zum Herrn Kuba in die Bukowina nach Briasa zu kommen.

„Unter mir brannte der Boden, um zu gehen. Einige sagten, daß sie gehen würden, Andere wieder wollten nicht. Die Dritten überlegten es sich und meine Schwester wollte davon nichts hören. Und ich — aj, du mein Gott! Ich wäre geflogen so wie ich gestanden bin, auf der Stelle . . . glaubt Ihr es oder nicht?

„Da wandte sich Gawrissan nach mir und maß mich vom Kopfe bis zu den Füßen.

---

[1] Briasa, ein Huzulendorf im Hochgebirge Bukowinas.

„,Und Du — Mensch?‘

„,Ich gehe‘, sagt’ ich.

„,Gut.‘

„Alle, die sich entschlossen, mit ihm zu fahren, fuhren gleich den nächsten Tag; die Anderen, die seine Aufforderung ablehnten, kehrten nach Hause zurück und mit ihnen auch meine Schwester. Späterhin . . . fand sie Gefallen an . . . dem . . . ‚hier‘.

„Und so arbeiteten wir denn beim Heu hoch oben im Gebirge auf den Wiesen des Herrn Kuba. Wir mähten, scharrten zusammen, häuften das getrocknete Gras. Manche legten kleine Schober, manche bauten große. Hier legte ich derartige Schober zusammen, daß Gawrissan den Mund aufriß! Bei anderen arbeiteten zu zwei Menschen, bei meinem Schober arbeitete ich allein. Ei, wie war ich doch hurtig! Die Sonne brannte, wollte die Erde auflösen, kaum daß es möglich war, die Augen gegen den Himmel aufzuschlagen, derart entströmte ihm blendende Hitze . . . aber meine Hände welkten nicht. Es war, als müßte mir das Blut jeden Augenblick aus den Wangen hervorspritzen, als hätte sich in ihnen Feuer verfangen und züngelte mir nach dem Gehirn . . . allein ich ließ von der Arbeit nicht ab, bis ich mit allem fertig geworden. . . .

„Herr Kuba suchte uns auf. Jung war er und schön und kräftig wie ein Baum. Er kam stets nur zu Pferd. Er ließ es weiden und selber warf er sich am Waldesrand ins Gras, oder er legte sich auf die Erde unter einen Heuschober im Schatten, schleuderte den Hut weit von sich und sah mich an!

„Bei Niemandem hielt er sich so lange auf, als bei mir! Glaubt Ihr’s oder nicht? . . .

„Zuletzt zog er seinen Tabaksbeutel hervor und reichte ihn mir: ‚Rauche Dir eines, Parasko!‘

„Und ich rauchte und wir plauderten. Er fragte und ich antwortete.

„Er war ein guter Herr . . . er liebte es, wenn ich lachte!

„Nach beendeter Heuarbeit wollten wir wieder heimkehren; ja wir fuhren bereits.

„Ein großer Wagen war dicht beladen mit unseren Leuten — mit lauter Huzulen — ich befand mich unter ihnen. Wir fuhren, die heitersten Schumkas[1] singend. . . . Da plötzlich bemerkten wir, daß uns Jemand auf dem Pferde nachsprenge. Es war Gawrissan.

„,Parasko soll bleiben!‘ rief er, ‚Parasko — zurück! Der Herr will es haben!‘

„Man mußte stehen bleiben.

„,Geh’ doch grinsen!‘ stichelte mich ein junger Bursche, der sich fortwährend bemüht hatte, während der Fahrt neben mir zu sitzen — als ich mich entschlossen hatte, beim Gawrissan in den Stallungen des Herrn Kuba zu bleiben.

„,Beneidest Du mich darum?‘ fragte ich ihn und brach in ein Lachen aus, in das alle Uebrigen mit einstimmten. Er mochte vor Zorn geplatzt sein, als er zu Hause angelangt.

„Und es erging mir gut beim Gawrissan.

„Ich that meine Arbeit und war froh . . . so froh . . . ei du lieber Gott!

„,In Dich ist der Kummer nicht verliebt!‘ sagte mir Gawrissan.

„,Ich möcht’ zu ihm auch nicht in den Dienst treten‘, sagt’ ich ihm. Ich verstehe es nicht, die Trauer auf den Mund zu küssen; ja, ich vermag es auch bis zum heutigen Tage nicht; glaubt Ihr’s oder nicht?“

---

[1] Schumkas, fröhliche Gesänge der Kleinrussen und meist humoristischen Inhalts.

Wer hätt' es nicht glauben mögen!

Aus ihren lebhaften dunklen Augen lachte die Sorglosigkeit, aus jeder ihrer Bewegungen, aus der Modulation der Stimme schlug Humor und ungeknickte Lebenskraft, während zu alledem sich eine Naivetät gesellte, die rührend war.

„War aus mir selber fröhlich. Nichts betrübte mich. Dazu war ich kräftig und stark, daß ich Felsen gesprengt hätte! Jetzt freilich . . . aber auch jetzt ließe ich mir nichts anthun, wenngleich meine Hände längst nicht mehr dieselben von einst sind! Aber auch jetzt . . . wenn zum Beispiel Jemand käme . . . nun, es sollt's Einer mit mir versuchen!"

Sie hob mit einer raschen Bewegung die kleine zusammengeballte Faust in die Höhe und that eine drohende Geberde.

„Ei, wer doch vor Eurer Faust Furcht empfände!" warf die Frau ein.

„Das ist mir einerlei; ich empfinde vor Niemandem Angst. Meine Faust kannten in der Jugend Alle gut; und auch damals, beim Gawrissan. Niemand vermochte sie mir zu öffnen. Auch zu zwei Menschen versuchten es und konnten es nicht. Kein Bursche, kein Mann — ich wettete darauf stets um meine Ringe.

„Ein junger Schafhirt, ein Rumäne, der gleich mir beim Gawrissan bedienstet war — ein schöner, kräftiger Bursche, verlegte sich darauf, meine Faust um den Ring zu öffnen. Er war schier toll nach mir!" fügte sie mit gesenkter Stimme hinzu, während ein muthwilliges Lächeln um ihre Lippen aufleuchtete, und spie von sich.

„‚Du wirst meine Faust erst dann öffnen, wenn die Henne krähen wird!' sagt' ich zu ihm. Und er antwortete blos: ‚Schon gut, schon gut', und weiter sagte er nichts.

„Es traf sich dann später, daß ich in die Tschabanija Salz trug.

„Ihr werdet wohl wissen, was ‚Tschabanija' bedeutet? So heißt die ganze kleine Wirthschaft der Schafhirten, wo sie mit den Schafen den Sommer über wohnen, sie melken und allerlei Käse bereiten. Eine breite Hütte, zusammengeschlagen aus Tannenholz, und gelegen auf einem der Berge inmitten grasreicher Wiesen.

„Ich stieg von der Tschabanija herunter . . . allein . . . ringsum nur die dunklen, rauschenden Wälder, die Gräser, die Einen fast erdrückten . . . stieg herunter und sang. Plötzlich vernahm ich, wie ein Echo geflogen kam . . . es kam laut und dehnte sich in die Länge . . . ‚u—ch—!!'

„Ich horchte auf.

„Dann sah ich auf den gegenüberliegenden Berg.

„Hoch droben unter dem Walde breitete sich eine große Wiese aus. In ihrem Grase weideten weiße und schwarze Schafe und aus ihrer Mitte lief — als rolle eine Kugel vom Berge herab — der Schafhirt. Sein langes schwarzes Haar schlug ihm um Hals und Schultern. . . .

„Er hatte mich erkannt.

„Und nun — bitt' um Vergebung für dieses Wort — brüllte er wie ein Stier auf. Er war — wie ich's schon vorhin sagte — nach mir toll geworden.

„Ich schüttelte nach ihm die beiden Fäuste und lief dann fort.

„Laufe mir nur nach, dacht' ich mir, Du holst mich ein, wenn Du auf dem Kopfe springen wirst! Allein er war bald unten und ich verbarg mich hinter dichtwachsenden Tannen. . . . Er blieb stehen und sah sich um nach allen Seiten, wie ein hungriger Wolf.

„‚Ihi!' rief ich plötzlich hinterm Gestrauch und trat hervor. ‚Da bin ich ja, Du blinder Ochs!"

„Er stürzte auf mich ein wirklicher Wolf.

„‚Jetzt wirst Du die Faust öffnen!‘ sagt’ er zu mir und sah mich an wie der Teufel selber. Seine Augen sprühten Funken und sein Gesicht änderte sich.

„‚Ich werde sie nicht öffnen‘, sagt’ ich.

„‚Du wirst sie öffnen.‘

„‚Ich werde sie nicht öffnen.‘

„‚Das werden wir sehen.‘

„‚Wir werden es.‘

„Da warf er sich wie ein Wahnwitziger auf mich und riß mir mit einem einzigen Rucke das Hemd auf der Brust auf. ‚Jetzt wollen wir sehen . . .‘ schnaufte er, ‚wer wie eine Henne krähen wird . . .‘ und drängte mich zu Boden.

„Da ward ich wild . . . daß sich Gott erbarm’! ‚Du, Du, Du!‘ stöhnte ich blos und begann dann zu ringen. Auf Leben und Tod rang ich mit ihm. Er war riesenstark und außer sich und bemühte sich mit aller Gewalt, mich auf die Erde zu schleudern; ich hingegen wehrte mich mit einer mir selbst unbekannten Kraftfülle.

„‚Du wirst krähen, Du wirst krähen . . .‘ stieß er immer von Neuem hervor und packte mich bei der Gurgel, um mich endlich doch zu Boden zu werfen.

„‚Du wirst krähen!‘ rief ich ihm zu und biß mit den Zähnen in seine Hand hinein, daß er aufheulte!

„Er heulte auf und ich sprang auf die Füße und stürzte mich auf ihn.

„Er griff mich abermals an und diesmal mit einem Gesicht zum Erschrecken; wahrscheinlich wollte er mich ermorden, allein ich wartete nicht darauf, sondern versetzte ihm einen Schlag ins Gesicht, nach welchem ich mich nicht mehr fürchtete.

„‚Siehst Du meine Faust? Siehst Du sie?‘ brüllte ich, ‚und meine Zähne, siehst Du die auch? Zerfleischen werde ich Dich — in Stücke reißen wie eine Hündin, zerfetzen . . . Du, Du, Du!‘ Dabei trat ich ganz dicht an ihn, sah ihn an und verging fast vor Zorn!

„Er stand blaß wie der Tod, ohne Hut, der ihm vom Kopfe geflogen war, und schwieg.

„‚Räuber!‘ sagt’ ich ihm, mit beiden Fäusten drohend, ‚glaubst Du, mein Stamm sei der letzte? Schmach über Dich!‘ Dann spuckte ich zornig durch die Zähne und ging fort.

„Daraufhin hob er den Hut auf und kehrte auf seinen Berg zurück.

„Ich war schon weit . . . weit auf dem Rücken des anderen Berges, als er auf der Schalmei[1] zu blasen begonnen. Er blies damals sehr traurig, und späterhin — als er mit dem Gawrissan zusammengetroffen — erzählte er ihm, daß er geweint habe. . . .

„So waren diese meine Fäuste.“

„Und Ihr habt Euch nicht gefürchtet, Parasko?“

Sie sah die Fragende mit noch funkelnden Augen an.

„Weshalb?“ fragte sie. „Das da mag sich fürchten!“ rief sie und ergriff mit einer stürmischen Bewegung ein kleines Hündchen, das zusammengekauert unweit von ihr schlief, und preßte es leidenschaftlich an sich. „Das da! wenn es mir zu viel bellt und ich wild werde und es anschreie! aber nicht ich!“ Dann lachte sie mit weichem Lachen und fügte hinzu: „Wer doch ein Narr wäre, sich zu fürchten!“

(Fortsetzung folgt.)

[1] Schalmei oder Alpenhorn, ein drei bis vier Meter langes Rohr aus Fichtenbrettchen, mit Birkenrinde überzogen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 4. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Stuttgarter Parteitag.

⸗ Berlin, 12. Oktober 1898.

Die Aufgabe, über die diesjährigen Assisen des deutschen Proletariats zu schreiben, ist nicht ganz leicht. Sieht man auf den glänzenden Verlauf des Parteitags, der in erster Reihe den Stuttgarter Genossen zu danken ist, auf die einmüthige Geschlossenheit der Partei gegenüber allen praktischen Fragen, die im nächsten Jahre zur Entscheidung kommen werden, auf die geistige Höhe der Debatten, auf die durchweg glückliche, klare und scharfe Fassung der Resolutionen, so kann nicht leicht ein Wort des Lobes zu hoch sein. Nicht zum Wenigsten möchten wir unter die Erfolge des Parteitags rechnen, daß er in der bürgerlichen Presse ein Tohu Wabohu von Stimmen angerichtet hat, wie vielleicht noch keiner der früheren Parteitage; geberden sich die Gegner, als ob sie nicht mehr recht klug wären, so kann die Partei immer sicher sein, daß sie sich in tüchtigem Vormarsch befindet.

Darnach wäre also nichts angenehmer und leichter, als einen Rückblick auf einen so hoch und stattlich ragenden Merkstein der Parteientwicklung zu werfen, wie es die Tagesblätter der Partei meist gethan haben. Aber hier eben liegt der Haken. Dem Parteitag selbst ist nichts am Zeuge zu flicken: er wird in der Reihe der sozialdemokratischen Kongresse immer mit in erster Reihe stehen. Jedoch die Parteiblätter, die nur lauter Licht am Parteitag sehen, thun ihm zu viel oder, wenn man will, zu wenig des Guten. In der That, wenn es die höchste Aufgabe der Parteitage ist, gewissermaßen die Bilanz der Parteientwicklung zu ziehen, zu zeigen, wo alles in Ordnung ist und wo es vielleicht hapert, nicht nur den Reinertrag, sondern auch den Fehlbetrag aufzudecken, dann sind wir die Ersten, dem Stuttgarter Parteitag das uneingeschränkteste Lob zu spenden. Eben weil er geistig so hoch stand, höher als mancher frühere Parteitag, so hat er sehr deutlich die Licht- und Schattenseiten des Entwicklungsstadiums gezeigt, worin sich die Partei augenblicklich befindet. Das ist in unseren Augen sein bester Ruhm, aber wenn an ihm gelobt wird, daß er nach allen Richtungen hin eine glänzende Lage der Partei offenbart habe, so können wir dem nicht beistimmen oder doch nur insofern beistimmen, als es sich um die praktische Seite

der Sache handelte. Nach der theoretischen Seite hin hat der Stuttgarter Tag gezeigt, daß die Partei nicht auf der Höhe steht, auf der sie stehen muß, wenn ihr Schiff nicht über kurz oder lang auf sehr praktische Felsen rennen soll. Indem wir dies offen aussprechen, glauben wir den Parteitag höher zu ehren, als wenn wir einen Kübel landläufiger Lobpreisungen über ihn ausschütten.

Selbstverständlich soll unser Urtheil nicht vom Standpunkt einer der Richtungen gelten, die in den Stuttgarter Verhandlungen aufeinander gestoßen sind. Darüber wird in den Spalten der „Neuen Zeit“ noch viel diskutirt werden, und es wäre ein unzeitiger Versuch, diese Diskussion im Voraus durch ein summarisches Urtheil abzuschneiden. Worauf es uns hier ankommt, ist eben der Gesammteindruck der Stuttgarter Reden und Beschlüsse. Ueberall, wo praktische Fragen zu entscheiden waren, wurden sie mit vollkommener Klarheit und Sicherheit entschieden, so auch die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen, die über ein Jahr lang der Gegenstand der eifrigsten und heftigsten Diskussion gewesen war. Sowie aber die Theorie irgendwo in den Verhandlungen spielte, machte sich eine nicht minder auffallende Unklarheit und Unsicherheit geltend; es war, als ob die Partei hier ihren Kompaß verloren hätte.

Meinungsverschiedenheiten wird es immer in der Partei geben; es wird nie dahin kommen, daß alle Parteimitglieder die Dinge immer genau mit denselben Augen ansehen, und es wäre ein Unglück, wenn es je dahin käme. Aber man muß sich über die Meinungsverschiedenheiten klar sein; scharf voneinander geschieden, können sie eine befruchtende Quelle werden, während sie, in- und durcheinanderfließend, nothwendig zur Versumpfung führen müssen. Die Partei soll nicht dogmatisch erstarren, gewiß nicht, aber ebenso wenig oder womöglich noch weniger soll sie einer prinziplosen Knochenerweichung verfallen. Die Selbstkritik ist eine unerläßliche und vortreffliche Sache, aber es ist keine Selbstkritik, sondern ganz etwas anderes, wenn Anschauungen, die lange oder von jeher in der Partei geherrscht haben, ohne alle sachliche Begründung, einfach mit einer verächtlichen Handbewegung, als altes Gerümpel über Bord geworfen werden. Welchen Eindruck macht es, wenn in Stuttgart ein gewisser Standpunkt mit „stürmischem Beifall“ vertreten wurde und einen Tag später ein ganz verschiedener, um nicht zu sagen ein ganz entgegengesetzter Standpunkt ebenso „stürmischen Beifall“ fand?

Die Debatte über die Taktik konnte keinen Abschluß oder, genauer gesprochen, konnte in Stuttgart keinen Abschluß finden. Ihr Zweck sollte nur sein, festzustellen, ob taktische Meinungsverschiedenheiten in der Partei bestehen und wie weit sie reichen. Diesen Zweck hat die Debatte vollkommen erreicht, und weiter durfte sie nicht gehen: es wäre thöricht gewesen, durch eine Majoritätsabstimmung dieser oder jener Auffassung zum Siege verhelfen und es wäre mindestens ebenso thöricht gewesen, eine scheinbare Uebereinstimmung der Ansichten herstellen zu wollen durch eine Resolution, die bei dem thatsächlichen Widerstreit der Meinungen auf irgend ein verwaschenes Gerede hinausgelaufen wäre. Aber wenn dem so war, so war die Stuttgarter Debatte auch nur der Anfang der Diskussion oder, wenn man die vorhergehenden Auseinandersetzungen in der Presse als Anfang rechnen will, der Schluß dieses Anfanges: soll wirkliche Klarheit in der Partei über ihre taktischen Aufgaben geschaffen werden, so muß die in Stuttgart so weit wie möglich, aber keineswegs so weit wie nöthig geführte Diskussion fortgesetzt werden, und dazu ist in erster Reihe die Parteipresse berufen. Statt nun aber in eine gründliche Kritik der Stuttgarter Verhandlungen einzutreten, sehen gerade einflußreiche und große Parteiblätter ihren Beruf darin, nur ja wieder schnell zu verwischen, was in Stuttgart an Auf-

klärung geschaffen worden ist. Eines dieser Parteiblätter findet, in Stuttgart hätte die alte anerkannte Taktik gesiegt, ein anderes findet, der Versuch, „alte Gemeinplätze aufzuwärmen", „das Spiel mit den Revolutionsphrasen zu erneuern", sei gründlich gescheitert, aber trotz dieser gerade entgegengesetzten Auffassung sind beide Blätter darin einig, daß mit den Stuttgarter Debatten nun alles in schönster Form erledigt und die Partei sich, soweit es auf ihre inneren Meinungsverschiedenheiten ankomme, nun wieder ruhig schlafen legen könne.

Kaum minder tritt die theoretische Zerfahrenheit, die leider in der Partei eingerissen ist, bei den Auseinandersetzungen über die Handels- und Zollpolitik hervor. Der Stuttgarter Parteitag hat auch in dieser Frage geleistet, was er irgend leisten konnte; hier mußte er, da es sich um aktuelle Fragen handelt, deren Entscheidung mit in der Hand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion liegt, seine Ansicht klar und unzweideutig aussprechen, und das gelang ihm in einer Resolution, deren glückliche Fassung nicht wohl übertroffen werden kann. Da schlug jener glückliche praktische Instinkt durch, der in der Partei lebt und ihr so manches Mal über theoretische Schwierigkeiten hinweggeholfen hat. Insofern könnte man über die Handels- und Zolldebatte in Stuttgart mit aller Befriedigung urtheilen, wenn nur nicht in der Debatte große theoretische Unklarheiten zu Tage getreten wären und ein beträchtlicher Theil der Parteipresse seine Aufgabe darin sähe, diese Unklarheiten zu steigern, statt sie aufzulösen. Nehmen wir die beiden großen Parteiblätter, die wir schon vorhin erwähnten, so sagt das eine, der Stuttgarter Parteitag habe eine fast unmögliche Aufgabe gelöst, indem er eine neue selbständige sozialistische Auffassung in einer Frage begründet habe, über die seit den Zeiten der Merkantilisten, seit den ersten Anfängen des Bürgerthums in jedem Jahrzehnt ganze Bibliotheken zusammengeschrieben worden seien, während das andere meint, der Parteitag habe zwischen der freihändlerischen und der schutzzöllnerischen Richtung insofern vermittelt, als er der Reichstagsfraktion freien Spielraum gelassen habe. Kann man über einen und denselben, vollkommen klaren und unzweideutigen Beschluß in schrofferem Widerspruch urtheilen? Nur darin gleichen sich beide Urtheile, daß sie gleich falsch sind. Die Stuttgarter Resolution ist keine bahnbrechende wissenschaftliche That, denn sie faßt nur in präziser Form zusammen, was die Partei seit zwanzig Jahren schon immer praktisch gethan hat, aber sie läßt auch der Reichstagsfraktion keinen Spielraum, sondern schreibt ihr vielmehr die bestimmteste und entschiedenste Marschroute gegen die Schutzzollpolitik vor, die seit zwanzig Jahren im Deutschen Reiche betrieben worden ist.

Sich über die thatsächliche Lage der Dinge zu verblenden, liegt um so weniger ein Anlaß vor, als die theoretische Unklarheit, die sich in Stuttgart gezeigt hat, an und für sich noch kein Unglück ist, sondern nur erst zu einem Unglück werden könnte, wenn über sie als über eine gleichgiltige Sache hinweggehuscht würde. Man hat das Licht niemals ganz ohne den Schatten, und in einer Zeit großer praktischen Erfolge kommt die Theorie unvermeidlich etwas ins Hintertreffen. In einer ganz ähnlichen Lage, wie heute, hat sich die Partei schon einmal befunden, in den Jahren zwischen dem Gothaer Einigungskongresse und dem Erlasse des Sozialistengesetzes, in denen auch eine große theoretische Unklarheit Hand in Hand mit großen praktischen Erfolgen ging. Damals wurde die Partei durch praktischen Schaden klug gemacht, und es ist wohl nicht nöthig, daß sie diese rauhe Schule zum zweiten Male absolvirt.

Auf dem Stuttgarter Parteitag selbst klagten auch verschiedene Redner darüber, daß die theoretische Fortbildung der Partei allzu sehr vernachlässigt

werde. Sagt man dagegen, daß die Partei zu schnell gewachsen sei, als daß die Theorie gleichmäßig der Praxis habe nachfolgen können, so ist das wahr und auch nicht wahr. In den alten Parteizeitungen aus den sechziger oder gar aus den vierziger Jahren findet man eine frische Freude und Lust an theoretischen Auseinandersetzungen, die man heute nicht ohne eine gewisse Wehmuth betrachten kann. Deshalb darf man sich aber nicht darüber täuschen, daß diese Zeiten unwiderbringlich vorüber sind. Das Kind ist zwar des Mannes Vater, aber der Mann kann, eben weil er ein Mann ist, der handeln und schlagen muß, nicht alle anziehenden und liebenswürdigen Seiten des Kindes bewahren. Es ist ganz undenkbar und unmöglich, und wenn es denkbar und möglich wäre, so wäre es durchaus nicht wünschenswerth, daß eine millionenköpfige Partei wissenschaftliche Turniere über die kniffichen Haarspaltereien der Durchschnittsprofitrate oder der Mehrwerththeorie veranstaltet. Obgleich im letzten Grunde auch die feinsten Ausstrahlungen der sozialistischen Weltanschauung mit dem proletarischen Klassenkampf zusammenhängen, so können sie doch nur die Sache einer — im Verhältniß zur Zahl der sozialdemokratischen Wähler — winzigen Minderheit sein.

So viel muß unter allen Umständen zugegeben werden. Aber deshalb darf man das Kind nicht mit dem Bade verschütten und sich einbilden, daß eine so gänzliche Vernachlässigung der Theorie, wie sie in einem sehr beträchtlichen Theile der Partei, wir möchten sagen, schon zum guten Tone gehört, durch die größten praktischen Erfolge jemals ausgeglichen werden könne. Vielmehr muß und wird der Augenblick kommen, wo alle praktischen Erfolge dadurch ins Ungewisse gestellt werden. Und es ist nicht wahr, daß die Partei sich ohne Theorie behelfen müsse, da sich im Drängen der praktischen Arbeit keine Theorie treiben lasse. Die Klage, die wie auf früheren Parteitagen, so auch in Stuttgart erhoben wurde, daß es nämlich der Partei an wissenschaftlichem Nachwuchs fehle, erledigt sich durch die hausbackene Thatsache, daß zu einer wissenschaftlichen Literatur nicht nur Leute gehören, die sie schreiben, sondern auch Leute, die sie lesen. Und vorläufig fehlt es der wissenschaftlichen Literatur der Partei weit weniger an Leuten, die schreiben können, als an Leuten, die lesen wollen. Was seit zehn Jahren auf diesem Gebiet geleistet worden ist, das mag sehr unvollkommen sein, aber es ist doch noch immer genug, um die verständigeren Anhänger aller bürgerlichen Parteien mit Neid zu erfüllen. Und besser wird's auf keinen Fall, wenn die Partei diese bescheidenen Anläufe an ihre Theilnahmlosigkeit vertrocknen läßt, in sehnsüchtiger Hoffnung auf den St. Nimmerleinstag, wo für sie die Lassalle und Marxe vom Himmel regnen werden.

Wir wissen sehr wohl, daß sich Dinge, die sich seit lange eingewurzelt haben, nicht an einem Tage entwurzeln lassen. Soweit sich aber einer schädlichen Entwicklung entgegenwirken läßt, soll man ihr rechtzeitig entgegenwirken. Deshalb haben wir den einen Punkt, in dem der Stuttgarter Tag die Partei nicht auf ihrer historischen Höhe gezeigt hat, ohne Uebertreibung, aber auch ohne Verdunkelung besprechen zu sollen geglaubt: Giebt dieser Tag einen wirksamen Anstoß zur theoretischen Vertiefung der deutschen Arbeiterbewegung, so wird er in ihrer Geschichte um so denkwürdiger sein.

Landwirthschaftlicher Arbeitermangel in der Schweiz.

Von **Rusticus.**

Das schweizerische Bauernsekretariat, von agrarischer Seite und in Analogie des bereits länger bestehenden Arbeitersekretariats gefordert und dieses Frühjahr auch wirklich als öffentliche Amtsstelle eingeführt, ist u. A. auch mit einer Erhebung über den landwirthschaftlichen Arbeitermangel beauftragt worden. Die „Dienstbotennoth", wie diese Kalamität des bäuerlichen Grundbesitzes bei uns bezeichnet wird, weil es sich zumeist um wirklich in Kost und Wohnung ihres Arbeitgebers stehende Leute handelt, ist hier erst in den letzten zwei bis drei Jahren eigentlich akut aufgetreten, obwohl man allerdings auch schon früher über gestiegene Löhne, weniger gutes Material, Kontraktbruch und wachsende „Unbotmäßigkeit" geklagt hat. Als Ursachen werden wie überall der „Zug in die Stadt", die höheren Geldlöhne und die kürzere Arbeitszeit in der Industrie, bessere Gelegenheit zu geselligen und anderen Vergnügen angegeben. Oberflächlich, wie diese Erklärung ist, hat sie doch die meisten Anhänger gefunden. Das schnelle Anwachsen der Städte vollzieht sich vor den Augen Aller: also sind die Städte schuld an der Entvölkerung des offenen Landes. Daß sich aber in der ökonomisch-sozialen Struktur der ländlichen Bevölkerung selbst eine Verschiebung vollzogen hat und zwar eine Verschiebung nicht erst in Folge, sondern bereits vorgängig der schnellen Entwicklung unserer Städte, diese Erscheinung entzieht sich der allgemeinen Beobachtung selbst der Betheiligten und es ist in der Diskussion dieser „Tagesfrage" selten oder nie davon die Rede.

Als es sich bei der letzten Volkszählung von 1888 herausgestellt hatte, daß die kleine Berggemeinde Ohnstal-Niederwil im luzernerischen Amtsbezirk Willisau innerhalb von blos acht Jahren um mehr als den fünften Theil ihrer Einwohner zurückgegangen war (1880: 388, 1888: 308 Einwohner), wandte ich mich brieflich an den Gemeindeschreiber wegen Auskunft, um was für eine Bevölkerungsklasse es sich bei diesen Weggezogenen hauptsächlich gehandelt habe. Ich erhielt den Bescheid, daß es zumeist kleine „Hausleute" gewesen seien, die bei den Bauern in Miethe gestanden, dazu noch etwas Land gepachtet und den geringen Mieth- und Pachtzins mit Taglöhnen abverdient und auch sonst noch Geld zu machen gesucht hätten. Seit jedoch die Milchwirthschaft gänzlich obenaufgekommen und auch eine besondere Käserei eingerichtet worden sei, wären die Bauern dazu übergegangen, den letzten Fetzen Land in eigene Bewirthschaftung zu nehmen. Es sei nichts mehr zu pachten gewesen und so seien diese Taglöhnersfamilien weggezogen, weil keine Hoffnung sie mehr zurückgehalten hätte, sich nach und nach zu verselbständigen und zuletzt selbst kleine Grundeigenthümer zu werden.

Mit anderen Worten also: es hat sich dabei um Leute gehandelt, die man früher als Tauner, Häusler, in Norddeutschland als Einlieger, Kossäten (Kotsassen), in England als cotters bezeichnet hat. In einer Dissertationsschrift wird an Hand der Geschichte einer Schweizergemeinde die Ansiedlung solcher Tauner auf der Allmend am Ende des sechzehnten Jahrhunderts aktenmäßig dargestellt.[1] Sie haben nachher die revolutionäre Durchgangsperiode von 1798—1803, die sie allerdings nicht sich selbst, sondern der französischen Invasion zu verdanken hatten,

---

[1] Dr. Ed. Graf, „Die Auftheilung der Allmend in der Gemeinde Schötz", im zweiten Quartalsheft der „Zeitschrift für schweizerische Statistik", 1890.

dazu benützt, die Vertheilung der Allmend durchzusetzen, und aus den früheren Taunern sind damals kleine Bauern geworden, die nicht mehr auf den Taglohn auszugehen brauchten.

An friedlichen und gewaltsamen „Emanzipationsversuchen", d. h. an Bestrebungen, sich vom Taglohn bei den Bauern unabhängig zu machen, hat es allerdings auch schon weit früher nicht gefehlt. Wir wissen jetzt, daß die schweizerischen Söldnerheere des sechzehnten Jahrhunderts aus dieser Taunerklasse hervorgegangen sind.[1] Anstatt des kargen und zumeist in Naturalien bestehenden Taglohns bei den Bauern suchten sie den reicheren Geldlohn fremden Kriegsdienstes. Der Name Söldner und Tauner war damals sogar gleichbedeutend und es ist daher nicht umsonst, wenn zeitgenössische Chronisten melden, daß es in Zeiten allgemeinen Kriegsgeläufs an Händen zur Bestellung des Bodens gefehlt habe.

Die Chronik des Bauers von Brechershäusern meldet, daß sich unter dem Schultheißen Manuel (1640—1646) das „Thaunerwesen" ereignet habe; es sei jedoch nicht so gefährlich abgelaufen wie nachher der Bauernkrieg (1653). Also irgend eine revolutionäre Erhebung dieser Taglöhnerklasse, deren Anlaß und Ausdehnung nicht näher bekannt ist.[2]

Bei Anlaß einer allgemeinen Theuerung Anfangs der 1770er Jahre bewaffneten sich die Tauner der oberaargauischen Gemeinde Roppwil, sie liefen auf die Allmend, stürmten nach Langenthal und veranlaßten tumultuarische Auftritte, so daß Blutvergießen nur mit Mühe verhindert werden konnte. Der Beschwerdeanlaß lag darin, daß die Allmend unbebaut und blos als Viehweide dalag, während sie Hunger und Entbehrung leiden mußten und den Bauern für Brotkorn und Kartoffeln Wucherpreise bezahlen sollten. Wirklich wurde damals im ganzen bernerischen Emmenthal die Allmend aufgetheilt, allerdings nicht blos, um den Taunern nachzugeben, sondern aus staatsökonomischen und populationistischen Rücksichten.

Im Kanton Zürich und in der heutigen Ostschweiz war die Hausindustrie ein Mittel, sich vom Taglohn bei den Bauern unabhängig zu machen. Die Baumwollenweberei kam daselbst im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts auf, sie und andere Zweige der Hausindustrie (im Aargau später das Strohflechten, in der Umgebung Basels die Seidenbandweberei) fanden überall, wo es Tauner gab, das geeignete Terrain vor: die Wohnung (und eventuell der Keller, „Webkeller") als Arbeitsraum, zahlreiche und schwache Arbeitskräfte, deren unkontrollirte Ausnutzung dem Familienhaupt kraft „göttlichen und menschlichen", d. h. bürgerlichen Rechtes zusteht; Pflanzland zur Bestellung von Kartoffeln und Gemüse,

---

[1] Die Vermuthung ist bereits von Segesser, „Rechtsgeschichte der Stadt und Republik Luzern", Basel 1858, ausgesprochen worden. In den vaterländischen Geschichtsdarstellungen unserer Schul- und anderen patriotischen Kinderbücher ist es natürlich der angeborene Heldensinn und die überschäumende Kraft der Jugend, welche die Leute über den Jura und die Alpen getrieben und später zu Soldknechten französischer und italienischer Despoten gemacht haben. Allerdings kann zugestanden werden, daß nicht nur die Tauner und ihre späteren „Rechtsnachfolger", die Lehensleute, sondern auch Bauernsöhne ein großes Kontingent dazu gestellt haben, weil sie in Folge des gesetzlichen oder auch blos gewohnheitsrechtlichen Anerbenrechts nicht selbst Bauern werden, sondern nur als erblose Leute auf dem Hofe ihres Bruders bleiben oder bei anderen Bauern bezahlte Arbeit finden konnten.

[2] Der neueste Herausgeber der angeführten Chronik, ein Geschichtsprofessor der Universität Bern, weiß nicht, was Tauner ist. Er meint also, das Wort sei verschrieben und müsse offenbar Gauner heißen. Folgt dann ein Hinweis auf die damalige Vagabundenplage. Von Seiten dieses Herrn Professors ist also eine Untersuchung über die angeführte Taunererhebung seines Heimathkantons „offenbar" nicht zu erwarten.

bisweilen auch zur Haltung einer Kuh oder doch eines Paares Ziegen, so daß also der hausindustrielle Verdienst zuerst immer nur als Nebenerwerb erscheint und keine Lohn- und Verdienstsätze nothwendig sind, um daraus sein Leben zu machen.

Als die Bauern in Folge der Allmendauftheilung 1798—1803 ihr Taglöhnermaterial von früher verloren hatten, gingen sie dazu über, kleine „Lehensleute“ auf dem eigenen Hofe zu halten, wie dies freilich auch schon früher auf den großen, nicht im Dorfverband stehenden Sonderhöfen der Fall gewesen war. Alte Speicher wurden um- und überbaut und als Wohnung eingerichtet. Die alten kleinen und niedrigen Wohnhäuser der Bauern selbst blieben stehen, auch als neue, größere und komfortablere gebaut worden waren, und im alten zog der „Lehenmann“ und seine Familie ein. Im Lehenvertrag war überall festgesetzt, daß er im Sommer (gewöhnlich in der Heuernte) so und so viele Tage bei der Arbeit zu erscheinen habe, entweder ohne besondere Entschädigung oder zu den ortsüblichen Lohnsätzen. Der Bauer pflügte seinen Kartoffelacker, ein Theil davon wurde mit Hanf und Flachs angebaut. Er fütterte ihm auch eine Kuh gegen bestimmtes Futtergeld oder der Lehenmann sollte in besonderem Stallverschlag selbst einen kleinen Viehstand halten dürfen. Man überließ ihm in diesem Falle das Gras an Acker- und Straßenrainen, sowie an Flußufern und steilen Berghalden entweder umsonst oder gegen geringe Entschädigung. In Erinnerung an das alte Armen- und Taunerrecht aus der Allmendzeit übte er außerdem an Waldrändern und anderem Unland, sowie in den Brach- und Stoppelfeldern ein stillschweigend geduldetes Weiderecht aus.

Im Winter suchte der Lehenmann Arbeit als Drescher, Holzhauer, Hechler, Leinenweber sowohl für die Bauern als für den Markt. Auch fast alle Dorfhandwerker, Dachdecker, Zimmerleute, Rechenmacher, Seiler, selbst die Schneider und Schuhmacher standen, wenn sie es nicht zu einem eigenen Heim gebracht hatten, ebenfalls im Verhältniß eines Lehenmannes zu „ihrem“ Bauern und gingen auch alle in den Heuet und in die Ernte.

Je nach dem Ausfall der Kartoffel- 2c. Ernte pflegten die Vorräthe der Lehensleute schon nach Neujahr oder dann gegen das Frühjahr hin auszugehen, wie dies auch bei den früheren Taunern der Fall gewesen war. Sie erhielten daher vom Bauern Naturalvorschüsse an Brotkorn und Kartoffeln und namentlich mußte er ihnen fast regelmäßig im April und Mai das Saatgut zu diesen letzteren liefern. Das war ein Mittel, sie auf weitere Taglöhne im Sommer zu verpflichten, und allerdings auch eine Vorschußwirthschaft, die nur allzu leicht wucherisch mißbraucht werden konnte. Immerhin kommt auch die schützende Bestimmung vielfach vor, der Lehenmann habe die empfangenen Naturalien entweder zum gerade geltenden Tagespreis anzunehmen (und, was selbstverständlich war, sie im Sommer zu den ortsüblichen Taglöhnen abzuverdienen) oder er könne sie auch im nächsten Herbst bei seiner eigenen kleinen Ernte einfach zurückstellen. Das war thatsächlich eine Vergünstigung des Lehenmannes und verpflichtete ihn wenigstens moralisch zum Taglöhnen im Sommer, wenn der Bauer seiner bedurfte. Ich finde u. A. diese Bestimmung regelmäßig in der Buchführung meines Großvaters, die bis 1830 zurückreicht und wo die kontraktlichen Bestimmungen des Lehenvertrags allemal auszüglich enthalten sind. Der Lehenmann hat ein fortgesetztes Kontokorrent im Frühjahr bezogener Naturalien und im Sommer geleisteter Arbeitstage seiner selbst oder von Familienangehörigen. Das nämliche Kontokorrent finde ich aber auch mit Dorfhandwerkern, die, wie bereits gesagt, in der Erntezeit ebenfalls auf bäuerlichen Taglohn ausgingen.

Als sich die frühere Taglöhnerkategorie der Tauner in Folge der Allmendauftheilung um die Wende des Jahrhunderts zu kleinen Bauern entwickelt hatte, fehlte ihnen noch das Pfluggespann zur Beackerung ihrer Parzellen, und viele blieben in dieser Beziehung noch jahrzehntelang von den alten Bauern abhängig. „Dienst und Gegendienst" bezeichneten dieses Abhängigkeitsverhältniß, d. h. wiederum Taglöhnen im Sommer. In der bereits genannten Buchführung finde ich ebenfalls solche Kontokorrents mit früheren Taunern. Noch in den Jahren 1833 bis 1840 stellt ein solcher seine Frau, zwei Töchter und merkwürdiger Weise sogar noch einen eigenen Knecht zur Heu- und Kartoffelernte und dafür stellt ihm mein Großvater den schweren Ackerpflug und vier Ochsen mit dem Hirtknecht, der Tauner selbst hat blos seine zwei Kühe vorzuspannen.

Ich habe diese Verhältnisse auseinandergesetzt, um zu zeigen, warum es den Bauern der „guten alten Zeit" nie an Taglöhnern gefehlt hat. An eigentlichem Dienstbotenpersonal ebenso wenig, denn eben aus den meist kinderreichen Familien einst der Tauner und später der Lehensleute sind jene „Ackerbuben", Viehhirten, Landknechte und -Mägde hervorgegangen, welche den Bauern früher so zahlreich zur Verfügung standen.[1] Die verheiratheten Taglöhner waren der Stamm und die Dienstboten waren die Rekruten des landwirthschaftlichen Arbeiterpersonals: sie wuchsen stets nach und auch die vielen kleinen Dorfhandwerker, obgleich kein Proletariat im modernen Sinne des Wortes, konnten als ad prolem generandum nati, d. h. als ein zum Nachwuchs landwirthschaftlicher Arbeiter bestimmter Volkstheil gelten.

Die Verhältnisse änderten sich, als in den 1820er und 1830er Jahren im bernerischen Runnenthal die Thalkäsereien aufkamen und sich in der Folgezeit auch über die anderen Kantone verbreiteten (davon das ganze Produkt „Emmenthaler"). Im Kanton Luzern z. B. vollzog sich dieser Uebergang vom Getreidebau zur Milchwirthschaft in den 1860er Jahren, in der Ostschweiz gar erst in den beiden folgenden Jahrzehnten. Das war die Zeit, wo die Bauern jeden Fetzen Landes in eigene Bewirthschaftung nahmen, wo das letzte „Unland" geklärt und ein möglichst großer Viehstand von Milchkühen erstrebt wurde. Der Lehenmann erhielt zu seiner Wohnung keinen geackerten und gar gedüngten Kartoffelacker mehr, auch kein Heugras zu kaufen, für seine eigene Kuh war kein Platz mehr im Stalle, für das Heu kein Raum mehr in der Scheune. Man begehrte damals überhaupt keine verheiratheten Taglöhner mehr auf dem Hofe und redete ihnen wohl ungerecht generalisirend nach, daß sie „Holzschelmen" seien und daß auch das Obst auf den Bäumen nicht sicher sei vor ihnen. Thatsächlich konnte man von ihnen nicht gut verlangen, daß sie Holz kauften, und mit dem Obst fing man erst später an, es genauer zu nehmen, als die Eisenbahnen bessere Absatzverhältnisse und damit auch höhere und stetigere Preise gebracht hatten, eine Konjunktur, woran sich die vielen jungen Mäuler des Lehenmannes nicht halten zu müssen glaubten.

Die Wahrheit war, daß man der Lehensleute zunächst auch nicht mehr bedurfte oder zu bedürfen glaubte. Der Getreidebau ging schnell zurück, die Erntezeit wurde kürzer, man bedurfte weniger Hände, und das Nämliche war

[1] Der Lehenmann (und frühere Tauner) schließt für seinen jungen Sohn oder seine Tochter den Dienstvertrag mit dem Bauern ab und führt also „der Landwirthschaft" direkt Arbeiter zu. Er bezieht auch, so lange ihm dies nämlich gelingt, einen größeren Theil des Lohnes entweder in Geld oder in natura zu eigener Hand. (Zahlreiche Beispiele aus der Buchführung meines Großvaters.)

auch beim Dreschen im Winter der Fall, wo außerdem später die Maschine die Sache in wenig Tagen abthun ließ. Der „freigesetzte" Taglöhner ließ sich also im Dorfe als gewöhnlicher Miether nieder und suchte nun seine Arbeitskraft seinerseits ebenso hoch als möglich zu verwerthen. Die gestiegenen Arbeitslöhne brauchten allerdings seine Lage zunächst auch gar nicht verbessert zu haben, sondern sie drückten einfach den Uebergang von der vorherrschenden Naturalwirthschaft (mit Landnutzung) zur reinen Geldwirthschaft (ohne Naturalnutzungen) aus. Ein großer Theil dieser Taglöhner hat jedoch damals seinen Weg entweder nach Amerika oder in die Städte und Industriedistrikte gefunden, wie denn unsere Volkszählungen bereits seit 1850 einen schnellen Bevölkerungsrückgang der rein agrikolen Kantone und Kantonsgebiete aufweisen.[1]

Wir wissen, daß es im sechzehnten Jahrhundert der Expropriation einer ganzen Volksklasse bedurft hat, um die kapitalistische Aera von arbeitslosem Besitz einerseits und besitzloser Arbeit andererseits einzuleiten. Es ist dazu nicht blos eine einmalige, sondern eine *fortgesetzte* Expropriation nothwendig gewesen, um diesen Zustand als definitiv zu etabliren und aufrecht zu erhalten. Noch in unseren Tagen haben die drakonischen Bestimmungen der Schuldbetreibungs- und Konkursgesetze, welche gerade in den rein agrikolen Kantonen am strengsten waren, in ganz analoger Weise gewirkt und den „aufrechten" Bauern stets neues Arbeitermaterial zugeführt. Der Subhastirte sank zum Taglöhner herab, selbst zum Pauper, weil man ihn im Interesse der Gläubiger bis aufs Hemd ausgezogen hatte, seine Söhne und Töchter aber wurden Knechte und Mägde, weil sie ein anderes Gewerbe nicht gelernt hatten.

Als die letzte landwirthschaftliche Krisis vom Anfang der 1880er Jahre wieder viele, besonders kleinere Grundeigenthümer von Haus und Hof vertrieben hatte, äußerte sich ein großer Bauer des luzernerischen Hinterlandes, zugleich Großrath und als solcher Vertreter einer sowohl groß- als kleinbäuerlichen Bevölkerung, zwar nicht in der gesetzgebenden Versammlung selbst, aber doch im Dorfwirthshaus, es sei *recht, daß viele dieser Schuldenbäuerlein konkursirten, denn auf diese Weise bekämen die Bauern doch wieder Knechte und Mägde.* Er wollte nämlich sagen, bessere und wohlfeilere in Folge des Mehrangebots.

Die Aeußerung ist damals bei den Bauern selbst vielfach besprochen worden und obgleich sie auf direktes Befragen hin zwar die Thatsache selbst zugeben mußten, so äußerten doch viele ihren Unwillen über die Brutalität eines so nackt ausgesprochenen Egoismus. Jedenfalls gebührt aber dem biederen Volksvertreter die Anerkennung, daß er es keineswegs heuchlerisch versucht hat, als Apostel der Interessenharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufzutreten, und in dieser Beziehung ist sein Raisonnement von lapidarischer Klassizität. Man kann es ihm

[1] Die Bevölkerung des Kantons Luzern ist seit 1850 nicht blos relativ, sondern sogar absolut um etwa 4000 Einwohner zurückgegangen und hat erst mit der letzten Volkszählung von 1888 die rund 135000 von 1850 wieder erreicht. Damals zählte die Stadt Luzern aber erst 11000 Einwohner, jetzt 26000, so daß also für das übrige Kantonsgebiet ein Verlust von 15000 zu verzeichnen ist. Der Verlust ist um weitere 4—5000 größer, wenn man die industriellen Quartiere einiger Nachbargemeinden von Luzern als städtische ansehen will, wie sie auch über kurz oder lang damit wirklich zusammenwachsen werden. Es kommt dazu, daß im Jahre 1850 erst der schüchternste Anfang von Fabrikindustrie, auf dem Lande aber so gut wie nichts vorhanden war; gegenwärtig giebt es auch größere Anlagen über den ganzen Kanton hin zerstreut, also ein weiteres Manko auf Rechnung der agrikolen Landbevölkerung.

und seinesgleichen im agrikolen Kantonstheil Bern 2c. von diesem Standpunkt aus auch nicht einmal übel nehmen, wenn sie sich 1888 gegen das einheitliche schweizerische Schuldbetreibungsgesetz mit Händen und Füßen gewehrt haben. Dieses hat sich nämlich die Bestimmungen fortgeschrittener Kantone und Länder zur Norm genommen und läßt dem ausgepfändeten bäuerlichen Schuldner eine Kuh, Heu und Lebensmittelvorräthe für den nächsten Familienbedarf. Mit dieser wenn auch noch so geringen wirthschaftlichen Ausstattung ist er als Taglöhner viel weniger leicht zu „handhaben", als der nach altem Rechte ausgepfändete und gänzlich unter den Hammer gebrachte Fallit und Vergeldstagte der guten alten Zeit.

Der Kanton Bern hat von 1848 bis 1891 40067 „Vergeldstagte", d. h. Konkursiten, aufzuweisen, Aargau von 1875 bis 1889 74410, Luzern seit 1850 etwa 12000, überall weisen die agrikolen Gebiete die höchsten Ziffern auf. Ein großer Theil des landwirthschaftlichen Arbeiterpersonals, sowohl der Taglöhner als der Dienstboten, ist in diesen vier Jahrzehnten offenbar aus diesen depossedirten Bauernfamilien rekrutirt worden, auch wenn keine speziellen Nachweise dafür vorliegen. Andere jedoch haben den Schauplatz ihrer ökonomischen Niederlage verlassen, weil sich immer noch ein moralischer Makel an den Namen eines Vergeldstagten oder Konkursiten knüpft, und sind als Fabriktaglöhner und Bauhandlanger in die Stadt gezogen. Der stadtbernerische Arbeitersekretär Dr. Wasilieff hat mir 1895 persönlich mitgetheilt, daß vom ganzen Handlangerbund mit 300 Mitgliedern nur ein Fünftel das politische Stimmrecht besessen hätte; die übrigen hätten es als Vergeldstagte verloren, meist bevor sie vom Lande in die Stadt gekommen seien, und thatsächlich wies ihr Exterieur, wie man bei Anlaß der Maitagumzüge bemerken konnte, durchaus bäuerlichen Habitus auf. Mir ist aus dem Gebiet des Kantons Luzern durch persönliche Erfahrung bekannt, daß konkursirte Bauern häufiger in die Stadt und nach industriellen Distrikten weggezogen sind, als alteingesessene Taglöhnerfamilien, die keine finanzielle Katastrophe hinter sich hatten und also kein Herabkommen auf der ökonomisch-sozialen Stufenleiter zu beklagen brauchten.

Die bisherigen Ausführungen rekapitulirt, ist es nach der sogenannten ursprünglichen Akkumulation zuerst die Klasse der Tauner (auf der Allmend angesiedelt) gewesen, woraus die Landwirthschaft, d. h. bei uns das bäuerliche Besitzthum, sein Arbeitspersonal sowohl von Taglöhnern als von Dienstboten rekrutirt hat. Nachdem sich diese in Folge der Allmendauftheilung um die Wende des Jahrhunderts selbst zu einer Klasse kleiner und unabhängiger Bauern entwickelt hatten, waren es die Lehensleute (auf dem Grund und Boden des Bauern selbst angesiedelt), welche nun als Stammmaterial für landwirthschaftliche Arbeiter zu dienen hatten. Sie sind im Maßstab des intensiver gewordenen Betriebs verschwunden, entlegene und demzufolge zurückgebliebenere Gebiete weisen die letzten Reste noch in den 1880er Jahren auf (wie am Beispiel der angeführten Gemeinde Ohnstal-Niederwil gezeigt).

Subsidiär kamen in der Erntesaison die vielen kleinen Dorfhandwerker in Frage, ihre Familienmitglieder theilweise auch für die ganze Sommersaison. Einige Kategorien, wie Weber und Hechler, haben mit dem Aufhören des Hanf- und Flachsbaues ebenfalls aufgehört, andere, wie Dachdecker, sind in Folge des Uebergangs von der weichen zur harten Bedachung an Zahl zurückgegangen, die übrigen Dorfhandwerker aber gehen längst nicht mehr auf landwirthschaftliche Taglöhne aus, wie auch die Störarbeit in den letzten Jahren schnell zurückgegangen ist.

Endlich ist der deklassirten Bauern zu gedenken. Im Umfang der Schweiz sind mir aus diesem Jahrhundert drei landwirthschaftliche Besitzkrisen bekannt, von denen uns jede ganze Hekatomben zu Gunsten des Besitzes abgeschlachteter Besitzer gebracht hat. Zu Gunsten des kapitalistischen (Hypotheken-) und des bäuerlichen Grundbesitzes, weil ihm wieder neue Arbeiter zuwachsen. Gegenwärtig arbeitet der Apparat jedoch nicht oder nur ganz schwach, wohl aber scheint sich in den unsinnigen und selbst lächerlichen Kaufsabschlüssen der letzten zwei Jahre eine neue Krisis (z. B. bei Anlaß schlechter Marktverhältnisse für Käse) vorbereiten zu wollen. Aber wenn auch eine solche eintreten sollte, so würde der arbeitermangelnden Landwirthschaft jetzt nur noch ein kleiner Gewinn daraus erwachsen. Denn überall haben sich unterdessen Fabriken über das offene Land hin verbreitet, neuerdings besonders große Ziegelwerke für den städtischen ꝛc. Baubedarf. Sie nehmen schon jetzt nicht blos einen größeren Theil landwirthschaftlicher Taglöhner, sondern auch kleine Besitzer auf, die ihr Grundeigenthum nicht gezwungen, sondern spekulativ verkauft haben und günstigere Kaufchancen abwarten. Sie ziehen eine Beschäftigung mit einer gesetzlich beschränkten Arbeitszeit von elf Stunden dem bäuerlichen Taglohn vor, um so mehr als auch die Lohnverhältnisse noch günstiger sind.[1]

Daß es zur „Bekämpfung des landwirthschaftlichen Arbeitermangels" auch in der Schweiz nicht an agrarischen und bauernbündlerischen, d. h. reaktionären Vorschlägen an die Adresse von Regierung und Gesetzgebung fehlt, ist selbstverständlich. Entgegen allen diesen Illusionen kann es sich natürlich blos um weitere Ausdehnung des Maschinenbetriebs handeln, und thatsächlich haben die letzten Jahre darin einen großen Fortschritt gebracht. Im Kanton Luzern z. B., wo von arbeitersparenden Maschinen seit bald dreißig Jahren nur die Dreschmaschine (mit Hand- und Göpelbetrieb) eigentlich populär geblieben war, soll im Vorjahr eine einzige Firma 600 Mähmaschinen abgesetzt haben. Auch in diesem Frühjahr konnte man auf allen Eisenbahnstationen zahlreiche Wagen mit landwirthschaftlichen Maschinen herumstehen und vorbeifahren sehen.

Der Maschinenbetrieb eignet sich allerdings nur für großen und mittleren Grundbesitz, es würde jedoch durchaus verfehlt sein, aus dieser Konjunktur nun ein schnelles Zurückgehen des kleinen und zwerghaften Betriebs, dafür aber das Heranwachsen der mittleren und großen Besitz- und Betriebskategorien voraussagen zu wollen. Denn erstens lohnt sich Zusammenkauf und Ammassirung bei den „überzahlten Kaufpreisen" gerade für kleinen und zwerghaften Grundbesitz zunächst gar nicht.[2] Zweitens aber wird der kleine Besitzer vom gegenwärtigen

[1] Im Kanton Luzern erhalten Ziegeleiarbeiter, ferner Streckenarbeiter bei Eisenbahnen und andere Kategorien ungelernter Arbeiter auf dem Lande gegenwärtig einen Taglohn von 2,80 bis 3 Francs (= 2,25 bis 2,40 Mark), gute Landarbeiter bei 15- bis 16stündiger Arbeitszeit im Sommer einen Wochenlohn von 7 Francs, Melker 8 bis 9 Francs (5,60 Mark; Melker 6,40 bis 7,20 Mark), immerhin mit Wohnung und Kost, die sich auf 8 bis 9 Francs (6,40 bis 7,20 Mark) pro Woche veranschlagen läßt.

[2] Die Sache würde sich wesentlich anders verhalten, wenn eine neue Kultur, wie z. B. in Deutschland ꝛc. die Zuckerrübe, den bisherigen Betrieb der Landwirthschaft umgestalten würde. Insofern nämlich, als die Verarbeitung zum marktfähigen Produkt großkapitalistische Betriebe ermöglichen, bezw. vortheilhaft machen würde, welche dann selbst überzahlten Grundbesitz aufzukaufen im Stande sind, z. B. um ein einheitliches Produkt, bezw. gleichmäßige Rohstoffe zu gewinnen.

Bei der schweizerischen Milchwirthschaft könnte es nun scheinen, als ob diese Voraussetzungen bei den paar großen Siedereien (Kondensirungsfabriken; Jahresexport 17 Millionen Francs) zutreffen sollten. Sie würden jedoch nach aller Voraussicht ein sehr schlechtes

landwirthschaftlichen Arbeitermangel überhaupt nicht betroffen, weil er über eigene Arbeitskräfte verfügt und keine fremden zu suchen braucht. Also kann er auch die Maschine entbehren und wird noch für Jahrzehnte lang mit dem unvollkommenen Ackergeräthe der „guten alten Zeit“, d. h. der landwirthschaftlichen Zurückgebliebenheit, weiter vegetiren.

Die Lage der städtischen Arbeiter in Karlsruhe.

Ein Beitrag zur städtischen Arbeiterpolitik.

Von Dr. C. Hugo.

Im Herbst 1897 hatte der Stadtrath von Karlsruhe das Statistische Amt damit beauftragt, eine Untersuchung über die Arbeits- und Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiterschaft anzustellen. Um die Ergebnisse dieser Untersuchung möglichst werthvoll zu machen, beschränkte sich das Statistische Amt nicht darauf, aus den Taglohnzetteln eine Lohnstatistik aufzustellen, sondern suchte das gesammte Einkommen der betreffenden Arbeiterfamilien und zugleich damit ihre Familien- und Wohnungsverhältnisse zu erfassen. Die Resultate dieser recht mühsamen Forschungen liegen uns in einem sehr interessanten und werthvollen Bericht des Leiters des Statistischen Amtes, Herrn Dr. Schäfer, vor,[1] dessen Bedeutung wir nicht nur in der eingehenden Darstellung der städtischen Arbeitsverhältnisse, sondern zum Mindesten ebenso sehr in der Schilderung der persönlichen Verhältnisse der städtischen Arbeiter und ihrer Familien erblicken.

Die Untersuchung erstreckte sich auf 660 Arbeiter, von denen nur 10 Prozent geborene Karlsruher waren, der Rest dagegen aus Baden, Württemberg und Rheinbayern stammte. Die meisten von ihnen waren ursprünglich Landbewohner gewesen. Die 660 städtischen Arbeiter zerfielen nun in 278 gelernte und 382 ungelernte Arbeiter. Von den gelernten Arbeitern arbeiteten nur 85 im Stadtdienst in ihrer Profession, 26 Saisonarbeiter waren nur vorübergehend in städtischen Dienst getreten, während die übrigen 159 als Tagelöhner Verwendung fanden. Diese hatten also dauernd auf die Ausübung ihres früheren Berufs verzichtet. Sie setzten sich zusammen aus: 20 Bäckern und Konditoren, 8 Metzgern, 32 Schuhmachern, 18 Schneidern, 13 Bauhandwerkern (Maurer, Gipser, Pflasterer 2c.), 8 Goldschmieden, 5 Schmieden, 3 Schlossern, 6 Zimmerleuten,

---

Geschäft machen, wenn sie auf zusammengekauftem Grundbesitz die Milch selbst im Großen zu gewinnen suchen wollten, anstatt sie wie bisher von den Bauern zu beziehen und ihnen Preise und andere Lieferungsbedingungen einfach vorzuschreiben.

Bei der Verarbeitung der Milch zu Käse hat sich bis jetzt kein größerer Betrieb als die Dorfkäserei entwickelt, auch dann nicht, wenn einzelne Käufer die Milch von vielen Gemeinden aufgekauft hatten. Ebenso wenig halten es die großen Exportfirmen von Burgdorf und Langnau (Hauptbörse) für vortheilhaft, Milch in eigener Wirthschaft gewinnen und zu Käse verarbeiten zu lassen, sondern sie kaufen das Produkt eben alle Jahre auf und überlassen es den Bauern, sowie Krämern und Dorfhandwerkern, Gastwirthen und kleinen Beamten 2c., sich bei der Erwerbung von Grundbesitz gegenseitig zu überbieten, weil ihnen alle Anhaltspunkte betreffend Rentabilität abgehen, sie den Geldwerth ihrer eigenen Arbeit und derjenigen der Familienangehörigen nicht in Anschlag bringen und den Zins für die Kauf- bezw. Hypothekensumme zum Theile durch Nebengewerbe, also nicht aus dem Ertrag des erworbenen Landes selbst, aufbringen können.

[1] Beiträge zur Statistik der Stadt Karlsruhe. Nr. 3 (1. Juli 1898). Die Arbeits- und Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter und ihrer Familien im Jahre 1897.

5 Drehern, 8 Schreinern und Glasern, 8 Sattlern und Tapezirern, 4 Küfern, 9 Webern, 4 Korbmachern, 19 selbständigen Landwirthen, je 2 Schriftsetzern und Kellnern, je 1 Bierbrauer, Blechner, Seiler, Seifensieder und Friseur. Diese wenigen Daten geben uns eine ganze Geschichte der wirthschaftlichen Entwicklung. Sie zeigen die starke Einwanderung nach der Stadt, den Untergang des handwerksmäßigen Betriebs in dem Schuhmacher- und Schneidergewerbe, den schweren Konkurrenzkampf im Bäckergewerbe, die Vernichtung der Handweberei durch die Fabrikarbeit, die schwere Krisis der siebziger Jahre in der Badener Edelmetallindustrie (Pforzheim), den Untergang der selbständigen landwirthschaftlichen Zwergbetriebe. Diese 159 Arbeiter haben alle im Leben Schiffbruch gelitten, sind auf irgend eine Weise aus ihren früheren Lebensverhältnissen herausgeworfen worden und haben endlich nach mehr oder weniger langen Irrfahrten einen Hafen im städtischen Dienste gefunden. Mit dieser Thatsache stimmt auch der Altersaufbau der städtischen Arbeiterschaft überein. Es überwiegen die älteren Jahrgänge, wie die folgende Tabelle zeigt.

Es standen im Alter von

	Arbeiter	Prozent
bis 21 Jahren	56	8,48
21 = 30 =	136	20,61
30 = 50 =	302	45,76
über 50 =	166	22,15

Noch schärfer tritt diese Erscheinung hervor, wenn wir die einzelnen Betriebe der Stadtverwaltung ins Auge fassen. Dabei stellt sich heraus, daß diejenigen Betriebe, welche die größte Anzahl von gelernten Arbeitern beschäftigen, auch die jüngsten und rüstigsten Arbeitskräfte verwenden. Von der Arbeiterschaft der Gas- und Wasserwerke machen die Leute über fünfzig Jahren nur 12,99 Prozent aus, während die betreffenden Zahlen beim Tief- und Hochbauamt und dem Schlacht- und Viehhof auf 34,76 bezw. 42,55 Prozent steigen. Auch hier bestätigt sich also das Gesetz der industriellen Entwicklung: die älteren qualifizirten Arbeiter sehen sich gezwungen, zu unqualifizirter, schlechter bezahlter Arbeit überzugehen, da sie die Konkurrenz mit den jugendlichen, leistungsfähigen Arbeitskräften nicht mehr auszuhalten vermögen.

Wir kommen nunmehr zu den Arbeitsverhältnissen der städtischen Arbeiterschaft, werfen aber, ehe wir auf die Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse genauer eingehen, einen kurzen Blick auf die allgemeinen Bestimmungen des Arbeitsvertrags, von denen einige unsere Kritik herausfordern. Zunächst die Thatsache, daß in einigen Betrieben schriftliche Arbeitsverträge ganz fehlen und daß auch die schriftlichen Verträge, die vorhanden sind, durch Betriebsvorschriften, Arbeitsordnungen und Einzelanordnungen ergänzt werden und so der Willkür Thür und Thor geöffnet ist! Von jedem Arbeiter werden ein guter Leumund und Legitimation durch die auf seine früheren Dienstverhältnisse bezüglichen Papiere verlangt. Durch diese Bestimmungen wird es dem Arbeiter, der im Strike oder in Folge eines beliebigen Konflikts mit seinem früheren Arbeitgeber aus seiner früheren Arbeitsstelle ausgeschieden ist, so gut wie unmöglich gemacht, in den städtischen Dienst einzutreten. Werden dadurch unruhige Elemente abgehalten, so hält man sich ältere Leute durch die Bestimmung vom Leibe, daß Leute über vierzig Jahren bei der Straßenreinigung und Kehrichtabfuhr, Leute über sechzig Jahren bei den anderen Betriebsabtheilungen des Tiefbauamts nicht angenommen werden dürfen. Ausnahmen werden aber bei Leuten mit Unterstützungswohnsitz in Karlsruhe gemacht, um zu verhüten, daß dieselben der Armenkasse zur Last

Betrieb	Wochentage		Sonn- und Feiertage	
	Effektive Arbeitszeit	Arbeitstag	Effektive Arbeitszeit	Arbeitstag
Hochbauamt.	10 Stunden 6—9, 9½—12, 1½—6 Uhr	12 Stunden 6—6 Uhr	je 6 Mann regelmäßig: 3 Stunden ausnahmsweise: 6½ Stunden 6—9 Uhr	3 Stunden 6—9 Uhr 7 Stunden 6—1, bezw. 1—8 Uhr
(4) Marktsteller	9—10 Stunden 4—6 bezw. 7, 9½—1½, 3—6 Uhr	14 Stunden 4—6 Uhr	—	—
(2) Marktmeister	11½ Stunden	13 Stunden	—	—
Tiefbauamt. Straßenreinigung und Abfuhr:				
Straßenkehrer	Sommer circa 9½ Stunden 4—8, ½9—2 Uhr Winter circa 10 Stunden 6—9, 9¼—11¼, 1—6 Uhr	Sommer circa 10 Stunden 4—2 Uhr Winter circa 12 Stunden 6—6 Uhr	Hälfte d. Personals 2—3 Stunden	—
Abfuhrarbeiter	Sommer 10½ Stunden Winter 10½ Stunden	Sommer 12½ Stunden 6—6½ Uhr Winter 12½ Stunden 7—7½ Uhr	Hälfte d. Personals 2—3 Stunden	—
Straßenbau und -Unterhaltung Kanalisation . . . . Stadtgartenverwaltung . . .	Sommer 10½ Stunden 6—9, ½10—12, 1—6 Uhr Winter 9 Stunden 7—12, 1—5 Uhr	Sommer 12 Stunden 6—6 Uhr Winter 10 Stunden 7—5 Uhr	je 12 Arbeiter und 2 Straßenwarte: im Sommer den vollen Tag m. Straßensprengung beschäftigt im Sommer 10, im Winter 4 Mann abwechselnd Vormittags, bezw. Nachmittags mit Aufsicht beschäftigt	—
Gas- und Wasserwerke. Maschinisten und Feuerhausarbeiter	7 Stunden	Schichten von je 12 Stunden; bei Schichtwechsel 18 Stunden		
Werkstätten-, Magazin-, Hofarbeiter, Wasserwerksarbeiter	10 Stunden 6—8½, 9—12, 1½—6 Uhr	12 Stunden 6—6 Uhr	—	—
Vieh- und Schlachthof. Maschinisten	10 St.; bei Schichtwechsel 12—13 St.	Schichten von 12 Stunden; bei Schichtwechsel 13 und 23 Stunden		—
Hof- und Hallenarbeiter, Viehwärter	Sommer 10 Stunden 7—9, 9½—1, 2—4, 4½—7 Uhr Winter 9 Stunden	Sommer 12 Stunden 7—7 Uhr Winter 11 Stunden 7—6 Uhr	—	—

fallen. Nach Ablauf einer Probezeit, deren Dauer zwischen acht Tagen und vier Wochen schwankt, erfolgt die definitive Einstellung mit einer Kündigungsfrist von vierzehn Tagen, mit Ausnahme der Arbeiter des Straßenbaues, der Kanalisation, und der Tagelöhner der Stadtgartenverwaltung, für die eine achttägige Kündigung gilt. Diese zweite Klasse von Arbeitern steht also in einem ungünstigeren Verhältniß, als nach der Gewerbeordnung (§ 122) bei Nichtvereinbarung einer Aufkündigungsfrist vorgeschrieben ist. Die Strafen können bis zum vollen Betrag des durchschnittlichen Tagelohns ansteigen. Leider giebt uns der Bericht

keine Auskunft über die Träger der Strafgewalt, insbesondere erfahren wir nicht, ob auch die Unterbeamten eine gewisse Strafgewalt haben. Die Regelung dieses Verhältnisses ist von Bedeutung, da im Allgemeinen gerade die Unterbeamten zu einer maßlosen Ausübung ihrer Machtbefugnisse neigen und sich nicht scheuen, unberechtigter Weise über dieselben hinauszugehen. In der „Gewerkschaft", dem Organ für die Interessen der Arbeiter in städtischen Betrieben, z. B. ist dies ein ständiger Klagepunkt.

Die regelmäßige durchschnittliche Arbeitszeit beträgt beim Hochbauamt und den Gas- und Wasserwerken zehn Stunden, beim Tiefbauamt und Schlacht- und Viehhof zehneinhalb Stunden; die effektive Arbeitszeit ist natürlich außerordentlich verschieden. Von beiden weicht wieder der Arbeitstag ab, d. h. die Zeit vom Beginn bis zur Beendigung der Tagesarbeit. Da die Länge des Arbeitstags die Dauer der zusammenhängenden freien Zeit bestimmt, diese aber allein für das private Leben der Arbeiter von Bedeutung ist, so müssen wir, um ein richtiges Bild von der Arbeitsdauer zu erhalten, die effektive Arbeitszeit und den Arbeitstag nebeneinander stellen.

Die nebenstehende Tabelle ist ein Versuch, die Angaben des Berichts auf S. 8 bis 10 übersichtlich vorzuführen.

Die Arbeitszeiten, die von einzelnen Arbeitern zu leisten sind, haben wir natürlich nicht berücksichtigen können. Unter Voraussetzung eines Zehnstundentags läßt sich im Allgemeinen gegen die Vertheilung der Arbeitszeit wenig einwenden; nur muß eine ununterbrochene Arbeitsfolge von fünfeinhalb Stunden bei den Straßenkehrern und Kanalisationsarbeitern als zu lange und zu anstrengend bezeichnet werden. Ganz verwerflich sind die zwölfstündigen Schichten bei den Maschinisten und Feuerhausarbeitern der Gewerke und der achtzehnstündige Schichtwechsel. Hier in erster Linie muß die Verkürzung der Schicht auf acht Stunden und die Ersetzung des für die Gesundheit der Arbeiter ruinösen Zweischichtsystems durch das Dreischichtsystem stattfinden. Nicht entschieden genug kann aber die Ersetzung des Zehnstundentags durch den Achtstundentag gefordert werden, wenn man die gesammte effektive Arbeitszeit, d. h. Arbeitszeit plus Ueberzeit, ins Auge faßt.

Es berührt eigenthümlich, zu sehen, daß die städtischen Betriebe mit der gleichen Nonchalance wie private Unternehmer Ueberstunden arbeiten lassen. Von 359 städtischen Arbeitern, bei denen ein volles städtisches Dienstjahr und ein volles Arbeitsjahr angerechnet werden konnte, arbeiteten 289 Arbeiter oder 80,5 Prozent 73889 Ueberstunden, wovon 30246 gewöhnliche, d. h. nicht höher bezahlte Ueberstunden, 37436 Stunden (= 50,67 Prozent) Sonn- und Feiertagsarbeit, die 50 Prozent höher, und 6217 Stunden Nachtarbeit waren, die 100 Prozent höher bezahlt wird. Es arbeitete also jeder Arbeiter im Laufe des Jahres 255 Stunden Ueberzeitarbeit.

Diese Durchschnittsziffer von 255 Stunden setzt sich nun aber aus den folgenden Zahlen zusammen:

97	Arbeiter	bis	100 Stunden	9	Arbeiter	bis	700 Stunden
61	"	"	200 "	6	"	"	800 "
46	"	"	300 "	3	"	"	900 "
18	"	"	400 "	1	"	"	1000 "
18	"	"	500 "	5	"	"	1600 (!!) "
25	"	"	600 "				

Diese Zahlen enthüllen uns ein ganz anderes Bild und berechtigen in der That dazu, von Ueberstunden*unfug* zu sprechen. Leider scheidet die Tabelle VII,

„Die im Jahre 1897 geleisteten Ueberstunden“, nicht die Sonn- und Feiertagsarbeit von den gewöhnlichen Ueberstunden, so daß wir die erstere nicht von den vorstehenden Zahlen zu trennen vermögen. Trotzdem brauchen wir von unserem Tadel nichts zurückzunehmen, da das Prinzip der Sonntagsruhe von städtischen Betrieben aufs Strikteste durchgeführt werden sollte. In der Thatsache, daß ungefähr die Hälfte der Ueberstunden Sonn- und Feiertagsarbeit darstellt, können wir nicht, wie es Dr. Schäfer thut, einen Milderungsgrund erblicken; Sonntagsarbeit gilt uns zum Mindesten ebenso verwerflich, wie die gewöhnliche Ueberzeitarbeit.

Die ganze Misere der Arbeiterklasse tritt uns in nackter Größe bei den Lohnverhältnissen entgegen; dies gilt auch für unsere Arbeitergruppe und um so mehr, je besser verhältnißmäßig die städtischen Arbeiter gestellt sind. Der ortsübliche Tagelohn in Karlsruhe beträgt 2,30 Mark für erwachsene und 1 Mark für jugendliche Arbeiter. Von den 620 erwachsenen städtischen Arbeitern erhielten nur 12 = 1,94 Prozent den ortsüblichen Tagelohn von 2,30 Mark, einen geringeren nur 10 = 1,61 Prozent; der Rest, 598 Arbeiter = 96,45 Prozent, bezog einen höheren Tagelohn. Diese 620 Arbeiter lassen sich in vier Gruppen scheiden:[1]

I.	42	Arbeiter	= 6,78	Prozent mit einem Lohnsatz von	2,10	bis 2,40	Mark
II.	365	„	= 58,87	„ „ „ „ „	2,40	„ 2,70	„
III.	168	„	= 27,09	„ „ „ „ „	2,80	„ 3,40	„
IV.	45	„	= 7,26	„ „ „ „ „	3,40	„ 5,00	„

Es waren also 533 Arbeiter = 85,96 Prozent auf Löhne von 2,50 bis 3,40 Mark angewiesen. Mögen dieselben sich immerhin über den ortsüblichen Tagelohn erheben, so wird doch Niemand behaupten wollen, daß eine Arbeiterfamilie von vier bis sechs Köpfen allein von einem derartigen Tagesverdienst ihres Hauptes eine anständige Existenz zu führen vermöchte. Nebenverdienst des Familienhaupts, Nebenverdienst der Frau und Kinder — das sind die unabwendbaren Folgen einer städtischen Lohnpolitik, die sich nach der jeweiligen Lage des Arbeitsmarkts richtet und den jeweiligen Marktpreis der Arbeit, wenn auch vielleicht gewöhnlich die höchsten Marktpreise, zahlt. Will aber die städtische Verwaltung als Musterarbeitgeberin erscheinen, so muß sie in erster Linie die Löhne so festsetzen, daß dieselben ohne Nebenverdienst der anderen Familienmitglieder zu einer anständigen Existenz ausreichen, ohne die geringste Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarkts. Durch eine solche Fixirung des Lohnes, die sie ja bei allen Beamtenstellen vornimmt, erhält sie die Auswahl unter den tüchtigsten Bewerbern und als Ersatz für den höheren Lohn eine bessere Qualität der Arbeit. Mit diesem Vorgehen muß aber nothwendiger Weise der Bruch mit der alten, herkömmlichen Praxis verbunden sein, den städtischen Lohndienst als Armenfürsorge zu behandeln, wie das auch in Karlsruhe geschieht. Es widerspricht allen Regeln einer gesunden Sozial- und Wirthschaftspolitik, Armenhäusler und freie Arbeiter ohne Unterschied in demselben Betrieb zu beschäftigen. Die Letzteren müssen nach Charakter und Arbeitsleistung unausbleiblich auf das niedrige Niveau der Ersteren herabsinken, statt einer Eliteschaar von Arbeitern wird man einen Haufen schiffbrüchiger Existenzen haben, deren Arbeit schlecht und theuer ist — trotz niedriger Lohnsätze.

[1] Dr. Schäfer scheidet nur drei Gruppen: I und II wie oben und III Lohnsatz von 2,80 bis 5 Mark. Richtiger wird aber nach dem Lohnsatz von 3,40 Mark ein Schnitt gemacht, da von hier ab die Handwerker gegenüber den ungelernten Arbeitern vollständig überwiegen. Von den 45 Arbeitern mit Löhnen über 3,40 Mark sind nur 9 Tagelöhner!

Die Lohnsätze vermögen uns nur ein annäherndes Bild von der pekuniären Lage der Arbeiter zu geben; um klarer zu sehen, bedarf es der Feststellung des thatsächlichen Jahreseinkommens, das sich aus dem städtischen Jahresverdienst und dem Nebenverdienst der Familie zusammensetzt. Auch hierüber giebt uns der Bericht vortrefflichen Aufschluß. Bei 359 Arbeitern, die ein volles städtisches Jahreseinkommen (282 Kalendertage) aufzuweisen hatten, betrug das Jahreseinkommen exklusive Ueberstunden:

bis 700 Mark	bei 20 Arbeitern	=	5,57 Prozent
700 = 800 =	= 132 =	=	36,77 =
800 = 900 =	= 65 =	=	18,11 =
900 = 1100 =	= 101 =	=	28,13 =
über 1100 =	= 41 =	=	11,42 =

Bei Einrechnung von Ueberstunden verschieben sich die Zahlen in folgender Weise:

bis 700 Mark	bei 5 Arbeitern	=	1,39 Prozent
700 = 800 =	= 84 =	=	23,40 =
800 = 900 =	= 84 =	=	23,40 =
900 = 1100 =	= 111 =	=	30,92 =
über 1100 =	= 75 =	=	20,89 =

Die letzte Position: über 1100 Mark, wollen wir nach Tabelle VI noch etwas weiter zerlegen. Wir haben dann:

1100 bis 1300 Mark	29 bez. mit Ueberstunden	43 Arbeiter	=	8,00 bez.	12,00 Proz.
über 1300 =	12 = = =	32 =	=	3,42 =	8,89 =

Mit anderen Worten, der Jahresverdienst von 347 Arbeitern = 96,58 Prozent erhebt sich nicht über 1300 Mark; schließen wir die Ueberstunden ein, so sind es 327 Arbeiter = 91,11 Prozent. Von den 359 Arbeitern waren 294 verheirathet und hatten Familien, die aus zwei bis zwölf Köpfen bestanden. Daß diese Familien mit den erbärmlichen Einkommen ihrer Vorstände aus städtischem Arbeitsverdienst nicht auszukommen vermochten, das beweist mehr als alles Andere die Ausdehnung, in der die Frauen und Kinder derselben zum Nebenverdienst gezwungen waren.

Die Größe dieses Nebenverdienstes festzustellen, ist die Aufgabe des zweiten Abschnitts. Die Schwierigkeiten einer solchen Feststellung sind natürlich ganz bedeutende, da von Buchführung in Arbeiterkreisen eigentlich nie die Rede ist, auch wo es sich um die Führung kleiner Ladengeschäfte handelt. Für die ermittelten Zahlen wird daher auch nur der Anspruch der Wahrscheinlichkeit erhoben, ihnen der Charakter von Schätzungen zugeschrieben. Besonders wenig zuverlässig sind die Zahlen für den Nebenverdienst der Frauen, während beim Kinderverdienst sich wenigstens die Größe der von den Kindern abgeführten Lohnquote feststellen ließ. Diese an und für sich schon wenig zuverlässigen Zahlen verlieren nun noch ganz beträchtlich an Werth durch eine nicht scharf genug unterscheidende methodologische Behandlung. Das gilt sowohl für die Zahlen, die den Nebenverdienst der Frauen darstellen, wie für die Zahlen, die uns über die Beiträge der Kinder Aufschluß geben. So wird als Verdienst die Einnahme aus Aftermiethe und Kost gerechnet, ohne daß von dieser Einnahme die höheren Ausgaben für die Miethe und Beköstigung der Kostgänger abgerechnet worden wären. Später werden dann, um diesen Fehler auszugleichen, die Personen, die Logis und Kost bei einer Familie hatten, dieser zugezählt! Durch eine solche Behandlung wird aber doch das ganze Bild, das wir von dem Verhältniß zwischen Ein-

kommen und Größe der Arbeiterfamilien erhalten sollen, von vornherein entstellt. Kost- und Schlafgänger sind doch keine Familienmitglieder; werden sie aber mit der eigentlichen Familie gemeinsam behandelt, so wird eine neue wirthschaftliche Einheit zu Grunde gelegt, der mit Unrecht der Name Familie zukommt.

Zu geradezu wunderlichen Resultaten führt dieser Mangel an unterscheidender Behandlung bei der Darstellung des Kinderverdienstes. Die Beiträge der Kinder zur Haushaltführung schwankten (S. 22)

bei 1 erwerbsthätigen	Kinde	zwischen	130	und	1100	Mark	(!!)
" 2 "	Kindern	"	310	"	1560	"	
" 3 "	"	"	880	"	1380	"	
" 4 "	"	"	940	"	2850	"	(!!)

Die beiden Höchstzahlen erklären sich nun so, „daß es sich in dem einen Falle um eine Heimarbeiterin der Konfektionsbranche handelte, die selbst Arbeiterinnen beschäftigte und mit Stücklohn täglich circa 5 Mark verdiente, und im anderen um eine Familie, in der zwei Söhne (Handwerker) täglich je 3 Mark, ein Sohn täglich 2,30 und eine Tochter täglich 1,20 Mark verdienten und ihren gesammten Verdienst in die Familienkasse einlegten." Damit ist aber zunächst dem Begriff Kinderverdienst ein ganz und gar von dem der gewöhnlichen ökonomischen Begriffe abweichender Inhalt gegeben. Aber auch abgesehen von der Abweichung vom ökonomischen Sprachgebrauch erforderte auch die statistische Aufgabe eine Gliederung der „Kinder" (im verwandtschaftlichen Sinne) nach ihren Altersklassen. Die Arbeitereinkommen sind meist unzureichend, solange die Aufziehung der unmündigen Kinder (d. h. der noch schulpflichtigen Kinder bis zum vierzehnten Lebensjahr) die Frau am Verdienst außerhalb des Hauses verhindert. Die Verhältnisse bessern sich, sobald die Kinder ihrer Schulpflicht genügt haben und erwerbsfähig sind, um dann wieder eine Wendung zum Schlechteren zu nehmen, sobald die Arbeitskraft in Folge Alters nachläßt. Inwieweit dann diese ganz oder theilweise arbeitsunfähigen Personen ihren Kindern zur Last fallen, ist wieder eine Frage für sich. Auf Grund dieser Thatsachen muß also eine Gliederung der „Kinder" stattfinden in die beiden Gruppen: schulpflichtige bis zum vierzehnten Lebensjahr und jugendliche Arbeiter vom vierzehnten bis sechzehnten Lebensjahr. Nach vollendetem sechzehnten Lebensjahr ist die Selbständigkeit der Arbeiterkinder bereits so groß, daß eigentlich nur noch von einer gemeinsamen Haushaltsführung gesprochen werden kann, zu der dieselben ihre Quote beisteuern.

Wir geben nunmehr in Kürze die Resultate der statistischen Untersuchung. Von 281 Frauen waren 44,84 Prozent = 126 erwerbsthätig; die Gesammtsumme ihres Verdienstes betrug 37 956 Mark und vertheilte sich in folgender Weise:

Logis- und Kostabgabe	36	Frauen	14454	Mark	= 38,08	Prozent
Handelsbetrieb	11	"	5707	"	= 15,04	"
Lauf- und Putzfrauendienst . . .	33	"	5105	"	= 13,45	"
Waschen und Bügeln	23	"	4461	"	= 11,75	"
Brot- und Zeitungstragen . . .	11	"	2950	"	= 7,77	"
Dienstleistung verschiedener Art .	12	"	2721	"	= 7,17	"
Fabrikarbeit	3	"	1320	"	= 3,48	"
Nähen und Stricken	7	"	1238	"	= 3,26	"

Das Gesammteinkommen durch den Verdienst der Kinder (in dem verwandtschaftlichen Sinne der Untersuchung) belief sich auf 51196 Mark; durchschnittlich fielen auf jede der 126 daran betheiligten Personen 400 Mark (!) und auf jede der 78 Arbeiterfamilien 650 Mark (!).

Das gesammte Einkommen der Arbeiter, die außerstädtische Lohneinkünfte bezogen, bestand also aus:

Städtischem Jahresverdienst	182083 Mark	182083 Mark	
Kinderverdienst	51196 „		
Frauenverdienst	37956 „	92034 „	
Nebenverdienst	2882 „		
		274117 Mark	

Mit anderen Worten, die außerstädtischen Nebeneinkünfte erhöhten den städtischen Jahresverdienst um 50,55 Prozent!

Es ist uns leider nicht möglich, noch weiter auf die interessanten Resultate dieser im Allgemeinen vortrefflich durchgeführten Enquete einzugehen. Die Arbeitszeit- und Lohnverhältnisse sind ja auch die wichtigsten Punkte bei jeder Untersuchung über die Lage von Arbeitergruppen, und wir hatten Gelegenheit gefunden, bei ihrer Darstellung auf einige Grundsätze hinzuweisen, die das A und O jeder rationellen kommunalen Arbeiterpolitik sein müssen. Die städtischen Behörden müssen darauf verzichten, bei der Festsetzung der Lohnsätze sich von dem Stande des Arbeitsmarkts beeinflussen zu lassen; für sie darf allein der Grundsatz des living wage Geltung haben. Ist derselbe einmal anerkannt, so wird eine vollständige Neuorganisation des städtischen Lohndienstes die unmittelbare Folge sein. Es geht dann nicht mehr an, Arbeiter, die in der Fülle ihrer Arbeitskraft stehen, und Arbeitsunfähige, für die der städtische Lohndienst die Armenunterstützung ersetzt, in demselben Betrieb mit denselben Arbeiten zu beschäftigen. Es muß also eine scharfe Scheidung der Betriebe nach dem Grundsatz stattfinden, ob in ihnen freie oder unterstützte Arbeit Beschäftigung finden kann und soll. In einer ganzen Reihe von Städten können wir in den letzten Jahren diese Scheidung sich vollziehen sehen; sie zu beschleunigen und vollständig durchzuführen, muß die Aufgabe einer fortgeschrittenen Sozialpolitik sein. Hier findet auch die gewerkschaftliche Organisation der städtischen Arbeiter ein lohnendes Feld der Thätigkeit.

Die sogenannte Naturheilkunde.

Von Dr. H. B. Adams Lehmann.

Es war meine unangenehme Pflicht, in Nr. 42 der „Neuen Zeit“ die Broschure des Herrn H. Wolf[1] einer ungünstigen Kritik zu unterziehen und im Anschluß daran meinen Standpunkt zur Naturheilkunde — lucus a non lucendo — zu präzisiren.

Herr Wolf erwidert in einer Zuschrift, welche, wie seine Broschüre, theilweise Wahres enthält, in der Hauptsache aber meine Behauptung von der unvermeidlichen Unzulänglichkeit des Halbwissens nur allzu deutlich bestätigt.

Wahr ist vieles, was Herr Wolf über die wissenschaftlich gebildeten Aerzte sagt. Geben wir ihm und seinen Kollegen unumwunden zu, daß die ärztliche Praxis noch lange nicht auf der Höhe der ärztlichen Erkenntniß steht. Zum größten Theile sind die äußeren Verhältnisse daran schuld, zum kleineren Theile aber die Aerzte. Ein Hauptmangel dieser Praxis ist die Vernachlässigung einer hygienischen Regelung des täglichen Lebens, welche trotz weitgehender theoretischer Errungenschaften noch immer kein Gegenstand des akademischen Unterrichts geworden ist. Der junge Arzt verläßt die Universität, vorausgesetzt, daß er seine Gelegenheiten wahrgenommen hat, mit einer tüchtigen diagnostischen Ausbildung, in der Therapie ist er weniger

[1] „Die Gesundheitspflege des Arbeiters.“

zu Hause, und mit dem, was dazu gehört, um Gesunde gesund zu erhalten und Schwächliche zu kräftigen, in einem Worte, mit der Pflege der Konstitution hat er sich meist so gut wie gar nicht beschäftigt. Manche holen das in der Praxis nach, Viele nicht.

Ein zweiter Hauptmangel der ärztlichen Praxis ist ihre Zweitheilung in höhere und niedere Verrichtungen. Die ersten fallen dem Arzte, die zweiten der Pflegerin zu. Zu den zweiten gehören aber eine Menge Dinge, von deren pünktlicher Ausführung der Erfolg der Behandlung abhängt und die einst in einer rationellen Heilkunst ebenso sehr Sache des Arztes sein werden, als das Diagnostiziren und Operiren. Diese Zweitheilung ist schuld daran, daß der Arzt es nur allzu oft mit den praktischen Details der Krankenpflege und der Hygiene leicht nimmt und in Folge dessen nicht das erreicht, was er erreichen wollte.

In diese zwei Lücken der wissenschaftlichen ärztlichen Praxis hat die Naturheilkunde zum Theile — sagen wir es offen heraus — mit Erfolg eingegriffen. Sie hat das unbestreitbare Verdienst, manches zur Beseitigung der landesüblichen Luft- und Wasserscheu beigetragen zu haben. Und daß sie Menschen, die jeder Haut-, Lungen- und Muskelpflege entwöhnt waren, durch ihre systematischen Spaziergänge und Bäder genützt hat, steht außer Frage. Was sie auf diesem Gebiet geleistet hat, verdankt sie dem gesunden Instinkt, den Manche sich aus unserer zivilisirten Unnatur gerettet haben.

Auf dem noch wichtigeren Gebiet der Ernährung dagegen hat sie wenig geleistet, dafür aber vielfach schweren Schaden gestiftet — ich erinnere nur an den Vegetarismus —, weil ihr die thatsächliche Grundlage zum Aufbau ihres Systems fehlte. Also selbst wo der gesunde Sinn unter normalen Verhältnissen als hygienische Richtschnur genügen sollte, geht die Naturheilkunde schon auf schlimme Irrwege, und sobald sie den Boden der Pathologie betritt, geräth sie in einen Sumpf. Hier brauchen wir das exakte Wissen, welches nur eine umfassende wissenschaftliche Bildung gewährt, und das Unheil, welches Naturärzte hier anrichten, ist schier unberechenbar. Ich brauche — aus vielen — nur drei Worte zu nennen: Krebs, Lungenschwindsucht und Diphtherie, um die Unzulänglichkeit des Halbwissens jedem nüchtern Denkenden vor Augen zu führen. Hier entscheidet rechtzeitige Erkenntniß über Leben und Tod, aber zur rechtzeitigen Erkenntniß gehört die ganze Fachausrüstung des wissenschaftlich geschulten Arztes.

Wir machen den Naturärzten keinen Vorwurf aus dem, was sie thun, sondern aus dem, was sie unterlassen. Ihre Wasserkuren sind meist unschädlich und mitunter heilsam, aber durch ihre nicht gestellten Diagnosen und ihre versäumten Eingriffe bringen sie ihre Kranken um Gesundheit und Leben. Viele genesen unter ihren Händen, weil nur eine Anregung des Stoffwechsels und kein spezieller Eingriff noth that, und das sind ja die häufigsten Fälle, wo die Natur, wie Herr Wolf sehr richtig sagt, ihre Arbeit selber besorgt; aber der Krebskranke, der Schwindsüchtige, das Diphtheriekind genesen nicht, weil hier die Methoden der allgemeinen Anregung nicht ausreichen, und von vielen anderen Krankheitsprozessen gilt dasselbe.

Herr Wolf sagt, die Naturheilkundigen sind zum Theile wissenschaftlich geschulte Aerzte. In dem Falle gehören sie nicht in unsere Besprechung. Wer sich das allgemeine Wissen des Mediziners erworben hat, ist gewiß berechtigt, seine eigene Praxis daraus abzuleiten. Es kann nur zur Erweiterung und zum Heile unseres ärztlichen Könnens gereichen, wenn der individuellen Einsicht und Initiative möglichst freier Spielraum gelassen wird. Aber ohne dieses Wissen als Grundlage muß jede Spekulation theoretisch fehlerhaft und praktisch gefährlich sein, und wenn Herr Wolf ferner sagt, daß die, wie er selber zugesteht, meist ungenügend oder gar nicht wissenschaftlich vorbereiteten Naturärzte und -Aerztinnen sich gern eine akademische Bildung aneignen würden, wenn es die Verhältnisse nur gestatteten, so deckt er mit diesem einen Worte die ganze Untiefe der naturheilkundigen Verständnißlosigkeit für die ärztliche Verantwortung auf. Ehe ich mich vermesse, in das Räderwerk des

menschlichen Organismus einzugreifen, muß ich mich mit peinlicher Gewissenhaftigkeit dazu vorbereitet haben; war ich nicht so vorbereitet, so bin ich durch meinen guten Willen und die Ungunst der Verhältnisse mit nichten für die etwaigen Folgen meiner Unwissenheit entschuldigt.

Denn die Sache liegt doch nicht so, wie Herr Wolf sie darstellt, nämlich als ob die Naturheilärzte zu ihrer Rettungsarbeit förmlich gezwungen wären, um, trotz mangelhafter Ausbildung, den Opfern der orthodoxen Medizin zu Hilfe zu eilen. Die orthodoxe Medizin mag noch lange nicht das leisten, was sie noch zu leisten berufen ist, mehr als die Naturheilkunde leistet sie allemal und an Aerzten ist kein Mangel. Die Naturärzte werden durch ganz andere Motive als humanitäre Selbstverleugnung zu ihrem Thun veranlaßt, und zwar zunächst durch genau dieselben Motive, welche die akademischen Aerzte zu ihrem Beruf führen: die Nothwendigkeit des Broterwerbs und die innere Befriedigung, welche die Ausübung der Heilkunde gewährt. Daß sie es ohne Vorbereitung wagen, liegt in ihrer Unwissenheit begründet; sie ahnen nicht die Kühnheit ihres Beginnens: es fehlt ihnen eben das positive Wissen, welches vor Selbstüberhebung schützt.

Ebenso klar liegen die Ursachen für die ungeheure Ausbreitung der Naturheilkunde im Volke und vor Allem in den Reihen der Sozialdemokratie. Zum Theile gewiß ist es, wie Herr Wolf sagt, die Unzulänglichkeit der akademischen Aerzte; zum Theile eine gesunde, wenn auch oft unbegründete Auflehnung gegen den blinden Autoritätsglauben; zum großen Theile die Geldersparniß und zum allergrößten Theile die Unwissenheit. Die wenigsten Menschen sind im Stande, die Beschränkung zu würdigen, welche ihnen ihre Unwissenheit auferlegt, wie z. B. „der große Marx", von dem Herr Wolf mißbilligend erzählt, daß er sich sogar bis auf seinen Zigarrenverbrauch gewissenhaft nach den Anordnungen eines „simplen Doktors" richtete. Gerade weil Marx in seinem Fache Meister war, maßte er sich in einem Fache, wo er es nicht war, kein Urtheil an. Aber der Unwissende und Halbwissende ist bereit, über alles sein Urtheil abzugeben.

Wir dürfen auch nicht vergessen, eine wie große Rolle die Politik bei dem Zulauf zu der Naturheilkunde gespielt hat und noch spielt. Eine große Anzahl der sächsischen Naturheilvereine wurde unter dem Sozialistengesetz gegründet als Organisationsmittel nach Auflösung aller anderen Vereine. Und auch heute wenden sich unsere Parteigenossen häufig an den Naturarzt, weil das Gros der akademischen Aerzte leider — und heutzutage unvermeidlich — sich aus bürgerlichen Kreisen rekrutirt und man bei ihnen die Anschauungen und Vorurtheile ihres Milieus voraussetzt und meistens antrifft.

Aus alledem mag Herr Wolf entnehmen, daß ich die historische Begründung und thatsächlichen Verdienste der sogenannten Naturheilkunde zu würdigen weiß und keineswegs von „sinnloser Wuth" gegen dieselbe beseelt bin. Trotzdem muß ich ihr die Existenzberechtigung absprechen und es nach wie vor als Unfug bezeichnen, wenn Laien sich die Funktionen von Fachleuten anmaßen. Ich appellire aber nicht an den Staat, sondern an die wachsende Einsicht des Volkes und vor Allem der Parteigenossen, um mit diesem Unfug aufzuräumen. Die Kurpfuscherhetze der akademischen Aerzte führe ich ebenso wenig wie das Auftreten der Naturärzte auf selbstlose Sorge für das Volkswohl zurück. Kurpfuschern und Akademikern möchte ich die vollste Freiheit bewahrt wissen, die Akademiker ihre Rivalen durch eigene Tüchtigkeit statt durch den Polizeibüttel aus dem Felde schlagen sehen. Das Volk aber möchte ich eine Intelligenzstufe erreichen sehen, auf der es zwischen Wissen und Halbwissen unterscheiden kann und für die Gesundheitspflege nur das Beste gut genug hält. Diese Stufe wird es aber nur unter dem Sozialismus erreichen, und dann wird Keiner mehr, welcher Arzt werden möchte, sich mit dem Amte eines Kurpfuschers begnügen müssen. Bis dahin werde ich die Kurpfuscherei im Interesse der wahren Heilkunde nach Kräften bekämpfen.

Einige Bemerkungen zu den letzten Wahlen in Oberschlesien.

Von **Leon Plochocki.**

Die letzten Wahlen zum deutschen Reichstag brachten allen denen eine angenehme Ueberraschung, welchen die soziale und politische Befreiung der breiten arbeitenden Schichten der Bevölkerung am Herzen liegt. Die Arbeiterbevölkerung von Oberschlesien nämlich, welche bis jetzt ein ausschließliches politisches Eigenthum des Zentrums war, hat plötzlich mehr als 25000 Stimmen für die sozialistischen Kandidaten, d. h. fünfmal mehr als bei den vorigen Wahlen (1893) abgegeben. Es ist deshalb weiter nicht wunderbar, daß ein derartiges unerwartetes Resultat die allgemeine Aufmerksamkeit auf dieses Land richtete, welches sich bis dahin, trotz seines großen industriellen Charakters, immer allen Bemühungen unserer Agitation feindlich gegenüberstellte.

Jetzt, nachdem mehrere Monate nach diesem so glücklichen Ereigniß vergangen sind, lohnt es erst, diesen Sieg näher und ganz nüchtern zu betrachten, seinen wirklichen Werth abzuschätzen und die praktischen Konsequenzen für die Zukunft daraus zu ziehen. Es lohnt sich dieses auch noch um so mehr der Mühe, als in den Zeitungen, welche über das Resultat der oberschlesischen Wahlen größere Artikel veröffentlichten, wie: „Sächsische Arbeiterzeitung", „Leipziger Volkszeitung", „Sozialistische Monatshefte" ꝛc., verschiedene Meinungen herrschten, welche unseres Erachtens nach zu optimistisch waren und auf zu geringes Verständniß der Tendenzen des inneren Baues der politischen Entwicklung der oberschlesischen Bevölkerung zurückzuführen sind.

Die oben erwähnten Zeitungen haben den glänzenden Erfolg der letzten Wahlen nur der Agitation, welche zum ersten Male planmäßig und auf das Allerschärfste durchgeführt war, zugeschrieben. Obgleich wir aber weit davon entfernt sind, die großen Verdienste unserer deutschen und polnischen Genossen, die mit großer Energie und nicht minderer Selbstaufopferung unter den in Schlesien herrschenden, so schwierigen Verhältnissen die Agitation unermüdlich geführt hatten, abzusprechen, so können wir uns doch nicht dem ganz anschließen, daß diese allein auf solch eine Vergrößerung der sozialistischen Stimmen Einfluß gehabt haben sollte.

Die hauptsächlichste Triebkraft, welche unseren Sieg begünstigte, war die innere Krisis, welche das noch jetzt in Schlesien herrschende Zentrum durchmacht. Um die Natur dieser Krisis zu verstehen, müssen wir uns einmal die Entwicklung des politischen Selbstbewußtseins des polnischen Volkes in Oberschlesien genau ins Gedächtniß zurückrufen.

Von einer ernsteren nationalen Bewegung in dieser Provinz konnte bis zum Anfang der siebziger Jahre gar keine Rede sein. In Wirklichkeit stellten schon im Jahre 1867 die oberschlesischen Polen ihre eigenen Kandidaten zum Norddeutschen Bunde auf, diese Bemühungen aber blieben ohne Erfolg. Erst nach dem deutsch-französischen Kriege, als Bismarck seine antikatholische Politik anfängt, beginnt sich das oberschlesische Volk zu rühren.

Um einen erfolgreichen Kampf mit der Regierung führen zu können, mußte sich der katholische Klerus in Schlesien auf die breiten Volkskreise stützen.

Die Priester, welche meistentheils aus dem Volke selbst hervorgingen und mit ihm durch tausend Bande der täglichen gemeinschaftlichen Interessen verbunden waren, haben es verstanden, im Kampfe mit der Regierung neben dem

religiösen Motiv auch das nationale auszunutzen. Das nationale Motiv in den Kampf führend, erweckten die oberschlesischen Priester den kaum im Volke noch glimmenden Funken des Nationalselbstbewußtseins, und das Volk, welches seit sechshundert Jahren ein vom anderen Theile Polens getrenntes Leben führte, welches noch in den sechziger Jahren das Wort „Polak“ für schimpflich hielt, fühlte sich plötzlich polnisch.

Wir werden hier die Geschichte dieser Bewegung, welche ihre Helden und Märtyrer besitzt, nicht weiter schildern, sondern werden ihre Erfolge, welche im Anfang der neunziger Jahre zu bemerken sind, in Erwägung ziehen. Nämlich das polnische Nationalselbstbewußtsein der Volkskreise ist jetzt so gewachsen, daß das Zentralorgan dieser Bewegung, „Katholik“ in Beuthen, schon ungefähr 30000, und ähnliche Organe in Oppeln und Ratibor circa 8000 Abonnenten zählen.

Diese Bewegung aber war noch kaum eine rein nationale zu nennen, ähnlich derjenigen, wie sie sich zur gleichen Zeit bei anderen wiederauflebenden slavischen Nationalitäten, wie Slovenen, Slovaken zeigte. Sie war eine Bewegung mit nationalen Merkzeichen, aber durch Klerikale geleitet und für die Zwecke der geistlichen Politik gegen die antikatholische Regierung gerichtet. Diese Klerikalen, welche das oberschlesische Volk in ihrer Macht hatten, benutzten eine nationale Losung, soweit diese ihnen zur Vertheidigung gegen die Regierung nothwendig war. Von der Zeit an aber, als die Regierung antikatholisch zu sein aufhörte, „als sie sich gewissermaßen nach Kanossa begab“ und sich um die Gunst des katholischen Klerus zu bewerben begann, hatten die oberschlesischen Klerikalen kein Bedürfniß mehr, ihr weiter scharf gegenüberzutreten, im Gegentheil, sie bemühten sich, ihr näherzutreten und die widrigen Erinnerungen des kürzlichen Unfriedens zu beseitigen. Um der Regierung näher zu kommen, ließen die oberschlesischen Klerikalen die Nationallosungen, mit welchen sie unlängst gefochten hatten, fort; doch die gestreute Saat war aufgegangen und zeitigte Früchte, welche sie nicht erwarteten.

Das oberschlesische Volk, wenigstens sein intelligenterer Theil, fühlte sich so sehr polnisch, daß es mit vollem Selbstbewußtsein zur Vertheidigung seines Polenthums herbeieilte und immer lauter seine Unzufriedenheit über das Germanisirungssystem der Regierung äußerte. Je mehr der Klerus auf die Seite der Regierung trat und sein Helfer in der Germanisirungsarbeit war, um so mehr begannen in Schlesien neue, nicht geistliche, Elemente aus den Provinzen Posen und Westpreußen zu erscheinen, welche die nationalpolnische Politik mit vermehrter Heftigkeit führten. In Schlesien erscheinen Advokaten, Aerzte, Redakteure aus anderen polnischen Provinzen Preußens, die einerseits der Bewegung in Oberschlesien immer mehr einen speziell nationalpolnischen Charakter aufdrücken, andererseits vereint die oberschlesische Bewegung mit politischen Einflüssen die anderen Theile Polens und untergräbt langsam den unter dem bisherigen Anführer des Volkes — unter den Geistlichen.

Man muß nicht glauben, daß die Ankömmlinge aus der Provinz Posen ganz mit der Geistlichkeit brechen wollten. Durchaus nicht, sie hatten zu viel politischen Witz, um die im Volke eingewurzelte Anhänglichkeit zu den „Seelenhirten“ unbeachtet zu lassen. Sie wissen wohl, daß ein Bruch mit der Geistlichkeit sie des größten Theiles des Einflusses beraubte, also treten sie auch weiter als Klerikale auf die Bühne. Doch ihr Klerikalismus ist entschieden ein anderer als derjenige der Geistlichkeit.

Als weltliche Leute besitzen sie jedenfalls nicht den Fanatismus, welcher den Klerus selbst auszeichnet, andererseits dient ihnen derselbe nur als Mittel

zum Zwecke, um ihre nationalen Ideen durchzuführen. Wenn bei dem mit Bismarck kämpfenden Klerus die Interessen der Kirche als Hauptzweck und die Nationallosungen nur als Mittel zum Erreichen des Zieles dienten, so war es bei den weltlichen Leitern des Volkes gerade umgekehrt: sie kämpften gegen die Germanisirung vermittelst der populären religiösen Losungen, welche aber mit jedem Tage mehr den wirklichen Nationallosungen den Platz räumten. Die Ursache hiervon war einerseits das größere nationale Selbstbewußtsein des Volkes, andererseits die Vergrößerung der Bedrückung des Volkes.

Neben dieser echt nationalen Triebkraft kann man auch die soziale herausfühlen.

Das oberschlesische Element der Zentrumspartei hat seinen früheren demokratischen Charakter verloren und tritt als Vertheidiger der Interessen der Feudalen in der Art der Grafen Ballestrem hervor, die Bewegung aber, welche durch den „Katholik“ und die weltlichen polnischen Klerikalen geleitet war, stützt sich auf die Bauern- und Arbeitermassen, was ihr einen demokratischen Stempel aufdrückt.

Auf diese Weise haben wir jetzt in Oberschlesien mit zwei Arten von Klerikalen zu thun: 1. mit den feudal-germanisirenden und 2. mit den demokratisch-polnischen Anhängern des Zentrums.

Die letztere Fraktion trat zum ersten Male öffentlich bei den Wahlen im Jahre 1893 gegen die andere hervor. Sie hat trotz der offiziellen Leitung des Zentrums mehrere ihrer polnischen Kandidaten aufgestellt und durchgesetzt, welche sich später zum Zentrum gesellten. Das Zentrum hat diese Ohrfeige ertragen, da die demokratisch-polnische Fraktion in Oberschlesien stark genug war, um es dazu zu zwingen.

Von dieser Zeit an schlug oft die Fraktion des „Katholik“ das offizielle Zentrum mit eigenen polnischen Kandidaten (Strzoda 1894, Radwanski 1896), und die durch sie geführte Bewegung begann ein erstklassiger Faktor im politischen Leben des oberschlesischen Volkes zu werden. Man konnte leicht erwarten, daß auch bei den letzten Wahlen die Anhänger des „Katholik“ einen großen Sieg in der Mehrheit der oberschlesischen Kreise erzwingen würden, wenn sie eigene nationalpolnische Kandidaten aufstellten. Das offizielle Zentrum fühlte dies wohl und begann eine sozusagen tolle Agitation gegen den „Katholik“.

Man hatte einen besonderen Brief an die ganze oberschlesische Geistlichkeit gerichtet, welcher dem „Katholik“ mit solcher Wuth gegenübertrat, als ob er mindestens ein atheistisch-anarchistisches Organ wäre, das an den Fundamenten des gegenwärtigen Organismus rütteln wollte.

Von den Kanzeln der Kirchen herab ertönten Verfluchungen des „Katholik“ als einer „sozialistischen“ Zeitung“ u. s. w. In den Massen des Volkes entstand eine große Entrüstung gegen diese Kampagne; die Leute gingen während derartigen Predigten gegen den „Katholik“ aus den Kirchen heraus, die Redaktion dieses Blattes wurde mit Briefen von Bauern und Arbeitern überhäuft, welche mit den Worten der Anerkennung ihre aufopfernde Liebe bezeugten.

„Die Wähler“ — schrieb der „Katholik“ — „fordern die Aufstellung solcher Kandidaten, welche den durch das Zentrum aufgestellten Kandidaten entgegen sind. Die Agitation der Sozialisten ist tief in die Volkskreise eingedrungen. Je unangenehmer und unpassender der Kandidat des Komitats, desto größer war die Hoffnung der Sozialisten und desto schlimmer waren die Aussichten für die Zentrumskandidaten. Wenn der ‚Katholik‘ auch jetzt seine Kandidaten aufstellte, so unterlag es keinem Zweifel, daß diese Kandidaten siegen würden; dies hieße aber nur wiederholen, daß dies der Agitation des ‚Katholik‘ zu danken sei, und

man würde sich täuschen, wenn man annähme, daß die Wähler mit Allem zufrieden seien und nur der ‚Katholik‘ sie aufhetze.“

Deshalb hat der „Katholik“ bei den letzten Wahlen keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Die Anhänger des „Katholik“ haben einfach den Muth verloren und die Sozialisten den Nutzen daraus gezogen. Es ist also nicht wunderbar, daß in Folge der Kandidatur des verhaßten Feudalen Ballestrem, welcher sich dadurch berühmt machte, daß er rieth, die polnischen Agitatoren „auf die Schnauze zu schlagen“, die Zahl der Stimmen im Kreise Lublinitz-Gleiwitz, in welchem 1893 der Sozialist nur 149 Stimmen erhielt, jetzt unser Kandidat 2366 bekommen hatte. Es ist nicht wunderbar, daß die Bergleute in Beuthen-Tarnowitz (welche keinen polnischen Kandidaten hatten[1]) den Vorzug dem deutschen Bergmann — dem Sozialisten Sachse — gaben und nicht Stephan, und daher sind für den sozialistischen Kandidaten 7955 Stimmen, d. h. circa 7500 mehr als 1893, abgegeben.

Es ist um so mehr ganz natürlich, daß der polnische Arbeiter Morawski in Kattowitz-Zabrze 9829 Stimmen bekommen hatte (gegen 646 im Jahre 1893) und man muß es nur dem furchtbaren Terrorismus der Fabrikanten, der Polizei und der Priester zuschieben, daß er nicht gewählt wurde.

Neben diesen Thatsachen haben wir auch eine solche negativer Natur, welche vollständig bestätigt, daß wir nur der großen Furchtsamkeit der Partei des „Katholik“ die Vermehrung der sozialistischen Stimmen in Oberschlesien zu verdanken haben. Man bedenke, daß im Kreise Oppeln die Zahl der sozialistischen Stimmen nur um 29 (1893 471 und 1898 500 Stimmen) gewachsen ist. Diesen unverständlichen Fall kann man sehr leicht erklären. Im Kreise Oppeln ist gegen den offiziellen Zentrumskandidaten der Kandidat der Fraktion „Katholik“, Major Szumla, aufgestellt, und er hat seinen deutschen Parteigenossen besiegt. Wenn in diesem Kreise Szumla nicht aufgestellt worden wäre, würde gewiß der sozialistische Kandidat eine ohne Vergleich größere Mehrheit der Stimmen, obwohl jedenfalls nicht so große wie im Industriebezirk, erhalten haben.

Was für eine praktische Folgerung haben wir aus diesem allem zu ziehen?

Wir wollen ganz und gar nicht aus einem Extrem in das andere fallen und an der Zukunft unserer Bewegung in Oberschlesien pessimistisch verzweifeln. Dort, wo die ökonomischen Umstände guten Boden bieten, wird die sozialistische Saat früher oder später reichliche Früchte tragen. Daran ist nicht zu zweifeln. Es handelt sich nur darum, daß dieses so schnell wie möglich geschieht.

Wir haben schon gesehen, was für eine Situation jetzt in Oberschlesien herrscht. Die Fraktion des „Katholik“ besitzt einen sehr großen Einfluß und wir sind überzeugt, daß sie zum letzten Male dem offiziellen Zentrum nachgegeben hat. Wie man auch in den Zeitungen dieser Fraktion lesen kann, hat sie die Absicht, bei den nächsten Wahlen überall ihre eigenen Kandidaten aufzustellen.

In Folge des immer mehr wachsenden nationalen Druckes in Oberschlesien und in Folge der Entwicklung des nationalen Selbstbewußtseins bei den breiteren Kreisen des Volkes ist es nicht schwer zu errathen, daß der Kampf zwischen den feudal-germanisirenden und der demokratisch-polnischen Fraktion sich mehr und mehr zum Siege der letzteren hinneigt, da sie dem Volke in sozialer und nationaler Hinsicht sympathischer ist.

Wenn die Anhänger des „Katholik“ Sieger bleiben würden, so würde der Sozialismus in Oberschlesien einen weit gefährlicheren Nebenbuhler haben als

[1] Der „Katholik“ hatte die Absicht, dort einen Bergarbeiter als Kandidaten aufzustellen.

das heutige, in den Augen des Volkes so blosgestellte deutsche Zentrum. In diesem Falle würde die Aufgabe unserer Partei sehr schwierig sein, denn es ist eine ganz andere Sache, die offenen Reaktionären und die germanisirenden Feudalen zu bekämpfen, als eine Partei, welche demokratisch aussieht, die Arbeiterinteressen vertheidigt und energisch gegen die Germanisirung kämpft.

Ich erinnere mich an ein Gespräch mit dem Hauptredakteur des „Katholik", Herrn Napieralski in Beuthen, welches ich vor einigen Jahren mit demselben geführt habe, als ich Schlesien bereiste, um die Ortsverhältnisse kennen zu lernen. Als ich Herrn Napieralski um die sozialistische Bewegung befragte, antwortete er mit einem jesuitischen Lächeln, da er in mir den Sozialisten nicht ahnte:

„Die Mitbewerbung der Sozialisten ist für uns wenig gefährlich. Wir selbst geben ja den Arbeitern ein etwas sozialistisches Programm, wir fordern auch eine achtstündige Arbeitszeit, wir unterstützen auch die Strikes und unsere Arbeiterzeitung („Praca") hat sechstausend Abonnenten. Außerdem geben wir den Arbeitern noch etwas: nämlich wir vertheidigen sie gegen die Germanisirung der Regierung und der preußischen Hakatisten. Was kann uns der Sozialismus entgegenstellen? Unseren Forderungen der ökonomischen Reformen — etwa den Zukunftsstaat? Dieses aber verstehen die Arbeitermassen in Schlesien gar nicht. Bei den Wahlen schließlich müssen uns die Sozialisten unterstützen, wenn sie sich nicht durch Unterstützung von Ballestrem & Co. kompromittiren wollen."

In dieser Behauptung liegt sehr viel Wahrheit, und gerade darin liegt die Hauptaufgabe der Sozialisten, wenn sie etwas in Oberschlesien thun wollen, auf jedem Schritte die Unaufrichtigkeit und die Heuchelei der Fraktion des „Katholik" zu beweisen. Was die sozialökonomischen Angelegenheiten anbetrifft, so hat man bis jetzt sehr viel gethan, und jeder oberschlesische Arbeiter, welcher mit der Zeitung „Gazeta Robotnicza" oder mit einem unserer Agitatoren in Berührung gekommen ist, wird unfehlbar unterscheiden können, wer sein aufrichtiger Vertheidiger ist, ob der Demokrat aus der Fraktion des „Katholik" oder der Sozialist. Was die nationale Bedrückung anbetrifft, so hat bis jetzt die Partei des „Katholik" ganz unverdient den Namen des einzigen Vertheidigers des Volkes gegen die Germanisirung bekommen. Hier bietet sich für unsere Agitation ein sehr gutes Feld der Thätigkeit.

Jeder Sozialist, ohne Rücksicht auf seine Nationalität, welcher in Oberschlesien auftritt, sollte stets seine der Germanisirung feindliche Stellung bekunden, um beweisen zu können, daß nur die internationale Sozialdemokratie im Stande sei, jede nationale Bedrückung zu vernichten und jeder Nation ihre allseitige Entwicklung sicher zu stellen.

Auf solche Weise verfahrend, wird die Sozialdemokratie die stärkste Waffe der Fraktion „Katholik" vernichten und sich den vollständigen Sieg sichern. Der intelligenteste Theil des oberschlesischen Proletariats, welcher jetzt fast nur den „Katholik" wegen seines Kampfes gegen die Germanisirung der Regierung und der Geistlichen unterstützt, wird sofort auf unsere Seite übertreten, wenn er sieht, daß wir auch nach der Lösung der Fesseln der nationalen Sklaverei streben, indem wir die Interessen seiner Klasse vertheidigen. In dieser Zeit werden die Tausende Arbeiter, welche heute solche Zeitungen, wie: „Katholik", „Nowing Raciborskie", „Gazeta Opolska" und „Praca" unterstützen, die Entwicklung unserer Presse in Oberschlesien und dadurch die vollständige Verdrängung der schwärzesten Reaktion ermöglichen.

Notizen.

Aus den Ergebnissen der landwirthschaftlichen Betriebsstatistik in Bayern. Schon bei der kürzlich erfolgten Besprechung der vorläufigen Ergebnisse der letzten Volkszählung hatten wir Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß die Landwirthschaft treibende Bevölkerung des Königreichs Bayern seit dem Jahre 1882 eine Minderung, die Industriebevölkerung dagegen eine Mehrung erfahren hat. Die Gesammtzahl der in der Landwirthschaft erwerbsthätigen Personen verminderte sich nämlich von circa 1499000 im Jahre 1882 auf circa 1363000 im Jahre 1895, das heißt um circa 9 Prozent. Bemerkenswerth ist, daß sogar nach Hinzurechnung der nicht erwerbsthätigen Familienangehörigen sich für die Landwirthschaft treibende Bevölkerung Bayerns eine Abnahme von circa 54000 Personen ergiebt. Auch die Ergebnisse der neuesten Berufszählung bestätigen demnach die von uns auf Grund zahlreicher anderer Merkmale an dieser Stelle öfters konstatirte Erscheinung, daß Bayern mehr und mehr sich zu einem Industriestaat entwickelt.

Was nun die landwirthschaftliche Betriebsstatistik anbelangt, so war nach den Erhebungs- und Bearbeitungsvorschriften als landwirthschaftlicher Betrieb jeder Betrieb zu verstehen, der sich auf die Bewirthschaftung einer Bodenfläche, wenn auch vom kleinsten Umfang, als Acker, Garten, Wiese, Weide oder zum Wein-, Obst-, Gemüse-, Tabak- 2c. Bau erstreckt. Es wurden also gezählt auch die Betriebe, in welchen die Landwirthschaft nicht den Haupterwerbszweig des Betriebsinhabers bildet, sondern nur als Nebenerwerb galt. Die Zahl dieser letzten Betriebe betrug 233749, d. h. circa 45,2 Prozent der Gesammtzahl. Die im Folgenden angeführten Zahlen beziehen sich auf alle Betriebe (haupt- und nebenberuflich geführte) einschließlich der Gärtnerei. Zum Maßstab für die Größenklassen ist ferner in beiden Erhebungsjahren die von einem Betrieb bewirthschaftete landwirthschaftliche Fläche, nicht die Gesammtfläche des Betriebs genommen. Die untenstehende Uebersicht gewährt daher nur einen annähernden Begriff von den im Laufe der letzten 13 Jahre vor sich gegangenen Veränderungen:

Größenklassen	Zahl der landwirthschaftlichen Betriebe			
	1882	1895	Zu- oder Abnahme	
			Absolut	In Prozenten
Unter 1 Hektar	174 056	156 971	— 17 085	— 9,8
Von 1 bis 5 Hektar	253 716	245 012	— 8 704	— 3,4
„ 5 „ 20 „	207 986	216 999	+ 9 013	+ 4,4
„ 20 „ 200 „	45 673	44 675	— 998	— 2,2
200 Hektar und darüber	90	128	+ 38	+ 42,2
Zusammen	681 521	663 785	— 17 736	— 2,6

Die Zahl der Betriebe unter 1 Hektar, sowie die der Betriebe von 1 bis 5 Hektar hatten demnach eine sehr beträchtliche Abnahme zu verzeichnen. Zum wesentlichen Theile läßt sich diese Erscheinung auf die Verminderung der Zahl der landwirthschaftlichen Tagelöhner zurückführen, die nebenbei noch selbständig Landwirthschaft betrieben. Ihre Zahl verminderte sich nämlich in Bayern von circa 52409 im Jahre 1882 auf circa 33538, d. h. um circa 19000 (oder 36 Prozent), was annähernd der Abnahme der Betriebe von unter 2 Hektar entspricht. Die Zunahme der Betriebe von 5 bis 20 Hektar wird sich wohl zum Theil auf Zusammenlegung von Parzellen, zum größeren Theile aber auf die in den letzten Jahren bei den Großbauern bedeutend öfter als früher vorkommende Gütertheilung zurückführen. Ein besonderes Interesse beansprucht aber die Zunahme der Großbetriebe von über 200 Hektar. Sie gewinnt eine besondere Bedeutung, wenn man der oben angegebenen

Zahl der landwirthschaftlichen Betriebe die von diesen Betrieben landwirthschaftlich benützte Fläche gegenübergestellt, wie das in der folgenden Uebersicht versucht ist:

Größenklassen des landwirthschaftlich benützten Landes	Gesammte landwirthschaftlich benützte Fläche in Hektar			
	1882	1895	Zu- oder Abnahme	
			Absolut	In Prozenten
Unter 1 Hektar	67 542	61 903	— 5 639	— 8,3
Von 2 bis 5 Hektar	677 523	668 852	— 8 671	— 1,3
„ 5 „ 20 „	2 070 954	2 148 833	+ 77 879	+ 3,8
„ 20 „ 200 „	1 458 963	1 416 514	— 42 455	— 2,9
200 Hektar und darüber	30 424	45 475	+ 15 051	+ 49,5
Zusammen	4 305 412	4 341 577	+ 36 165	+ 0,8

Auch in Bezug auf die landwirthschaftlich benutzte Fläche weisen demnach die Kleinbetriebe eine beträchtliche Abnahme auf, während die Großbetriebe den größten prozentuellen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Von hervorragender Bedeutung ist dabei der Umstand, daß von der gesammten Zunahme der landwirthschaftlich benützten Fläche von circa 36000 Hektar circa 15000 Hektar, d. h. etwa drei Siebentel diesen Großbetrieben zufiel. Auch bei Berücksichtigung des Umstandes, daß ein Theil dieser Zunahme auf das Hinaufrücken einer Anzahl von Betrieben von unter 200 Hektar in diese Größenklasse zurückzuführen ist, was höchstens einen Zuwachs von circa 7600 Hektar (38 × 200) verursacht haben konnte, hatte demnach die Fläche dieser Großbetriebe um circa 25 Prozent zugenommen.

Zieht man zum Schlusse die gesammte bewirthschaftete und nicht nur die landwirthschaftlich benützte Fläche in Betracht, so wiesen die Betriebe von über 200 Hektar eine Zunahme von circa 38500 Hektar, d. h. von circa 74 Prozent auf, während die übrigen Größenklassen nur einen Zuwachs von circa 3,5 Prozent zu verzeichnen hatten. Bei Berücksichtigung des Einflusses des Hinaufrückens einer Anzahl von Betrieben, die 1882 unter 200 Hektar hatten, in diese Größenklasse würde sich der Zuwachs der gesammten bewirthschafteten Fläche etwas vermindern. Mangel an diesbezüglichen Daten macht es leider unmöglich, die sich daraus ergebenden Fehlergrenzen zu bestimmen. Z.

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Fortsetzung.)

„Beim Gawrissan war ich zum Hornvieh aufgedungen.

Mir war nur die Arbeit beim Hornvieh und bei den Pferden lieb, die häusliche Arbeit kümmerte mich wenig.

Kurz darauf, als ich mit dem Schafhirten gerungen, schickte Herr Kuba aus der Stadt nach mir. Er gebot mir, zu ihm in die Stadt in den Dienst zu kommen.

Ich wollte nicht.

Ich sei keine Stadtmagd — hatte ich geantwortet, sondern eine Arbeiterin. Ich könne auch zurückkehren, von wo ich gekommen. Den Weg scheue ich nicht.

„Parasko möge hieher kommen“, ließ er sagen, „hier bei mir dient ein Wirth aus ihrem Lande, der hat etwas Hab und Gut, der wird sie heirathen, und dann werden beide bei mir dienen!“

Er mag freien, wen er will — sagt’ ich — ich werde nicht gehen!

Und ich ging auch nicht.

Er schickte abermals.

Nein — sagt’ ich — ich geh’ nicht. Was bin ich denn, um zu einem Manne zu gehen? Ist mir die Welt verschlossen?

Und damit trat Ruhe ein.

Man schickte nach mir nicht mehr und frug auch nicht mehr nach mir — und es erging mir gut. Die Tage verflogen mir wie Vögel. Kummer kannt’ ich nicht. Was mir Gott auch gab — aber Glück gab er mir! Die Trauer wandten die Sudjilnetzi von mir ab, und — wie man zu sagen pflegt — wen sie lieb gewonnen, dessen Seele vergolden sie; ich hatte Glück!

„Aus Dir selber!“ fügte die Frau hinzu.

Weiß ich’s denn? Ich war glücklich.

„Wann wirst Du weinen, Parasko?“ fragte mitunter Gawrissan und schüttelte dabei mit dem Haupte.

Wenn der Regen trocken fallen wird — gab ich zur Antwort — aber bis dahin gebt mir Geld auf Tabak!

Und er lächelte und gab Geld auf Tabak. Er war gut, der Gawrissan! Ich hätte ihn geheirathet — aber er hatte bereits eine Frau. Sie ging in schönen breiten Röcken und wollenen Tüchern und war eine Hausfrau . . . schier ein Feuer! Sie verstand jede Arbeit und um verlorene Zeit trauerte sie wie um todte Kinder!

„Parasko wird weinen, wenn sie sich mit dem Elend verheirathen wird“, sprach die Gawrissanin.

Ich heirathete Burschen nicht, von denen gegen fünfzehn um mich geworben, arme und reiche, junge und alte — und sollte das Elend heirathen? Ei, ei, das wird mich nicht verschlingen!

„Das sieht man; Dein Leben ist lauter Sonne.“

Nun — sagt’ ich — Sonne oder nicht Sonne, aber es ist auch keine Trauer. . . .

Einmal träumte ich einen Traum.

Ich saß — so träumte mir — unter einer Hütte und spann weiße Wolle. Die Wolle war weiß wie der Schnee, der Faden aus ihr wurde silbern, der Knäuel aber ward von so prächtigem Silber, wie ich es noch nie gesehen hatte.

Ich spann.

Plötzlich erschien eine Jüdin und schüttete mir in den Schoß viele, viele Semmeln!

Das träumte mir.

Und jetzt passet auf. In derselben Nacht von Freitag auf Samstag träumte Jurij bei Herrn Kuba in der Stadt, daß ich zu ihm gekommen wär’ und ihm eine Semmel gegeben hätte. Ja, und *eine* hätt’ ich mir behalten. Nun — glaubt Ihr das oder nicht? Daraufhin . . . bemächtigte sich seiner ein starker Wunsch, um mich zu gehen, mich vom Gawrissan abzuholen . . . und . . . mich zur Frau zu nehmen. So hatten es ihm die Sudjilnetzi angethan.

Der Herr Kuba hatte ihm von mir schon lange vorher erzählt.

Er sagte ihm: „Wenn Du Parasko zur Frau nehmen wirst, so werde ich Dich bis an Dein Lebensende bei mir behalten. Das Mädchen ist wie der

Blitz; und es wird Euch beiden bei mir gut ergehen." Ein andermal drillte er ihm wieder den Kopf: „Nimm die Parasko zur Frau" — sagt' er — „sonst schnappt sie Dir Jemand Anderer wie ein Raubvogel eine Henne vor der Nase weg."

Und er machte sich auf den Weg.

Er nahm mit sich auch einen Kameraden, der schon vorher einmal beim Gawrissan gewesen war und mich gut kannte.

So kamen sie beide zu uns nach Briasa zum Gawrissan.

Ich befand mich um diese Zeit in einer Hütte auf dem Berge und war mit einer Arbeit beschäftigt.

Sein Kamerad kam (er selber — der Jurij — blieb im Dorfe unten beim Gawrissan zurück), blieb am Fuße des Berges stehen und rief mit weithin tönender Stimme: „Parasko he—j!" daß das Echo wach wurde. . . .

Hej! rief ich zurück.

„Komm' herab!"

Was wollt Ihr von mir?

„Gieb mir Feuer zur Pfeife!"

Und wo ist Euer Feuerstein?

„Ich verlor ihn."

Und meiner fiel ins Wasser!

Er fluchte dort unten und ich lachte auf.

„Kommst Du nicht?"

Ihr wollt ja Feuer . . .

„Das wirst Du mir schon zu Hause reichen. Deinetwegen ist Jurij gekommen. Komm' nur schneller herab, Du Hexe!"

Die Zunge mög' es Dir verhexen für Deine Nachricht, dacht' ich mir, und damit benahm mir etwas den Verstand. Nun war er gekommen . . . was sollte daraus werden?

Und ich weiß selber nicht, wie ich vom Berge herabgelaufen bin. Ich weiß nur so viel, daß ich meine Pfeife, die mir Herr Kuba selber geschenkt, verloren — und daß mich irgend etwas völlig verwirrt gemacht hatte. . . . Und geschämt habe ich mich — aj Gott! Nun, aber es mußte hineingegangen werden. Ich trat ins Haus und . . . da saß er, wo sich die Bänke vereinigten!

Ihr müßt nämlich wissen, daß wenn ein Bursche ein Mädchen auf alle Fälle zur Frau bekommen will, er sich bestreben muß, vor allen Anderen auf der Stelle zu sitzen, wo sich die Bänke — wie sie an den Wänden stehen — zusammenfügen. Dann bekommt er das Mädchen bestimmt zur Frau. Damals bin ich im Hause herumgegangen, als watete ich in der Erde bis zu den Knien.

Ich sah nicht, wie er aussah. Ob er jung war oder alt. Ob sein Gesicht schön war oder nicht. Mich hatte etwas gleichsam mit Blindheit geschlagen! — wunderlich war mir zu Muthe . . . schier todesartig!

Und er verzehrte mich mit den Augen.

Dann bestand er darauf, daß ich mit ihm gehe. Daß ich mit ihm auf alle Fälle und unter allen Umständen gehe. Sprach schon auch mit Gawrissan davon und mit der Gawrissanin; schon heulte auch der Schafhirt, mit dem ich mich geprügelt, in den Stallungen nach mir . . . schon hatte er Allen selbst mitgetheilt, daß er meinetwegen gekommen, und wartete nur noch, daß ich mich auf den Weg mache. . . .

Und ich ging — glaubt Ihr es oder nicht?

„Woraufhin gehst Du eigentlich?" fragte die Gawrissanin.

Auf Gottes Güte — sagt' ich.

„Nein, die wandelt unter den Menschen herum wie die Unruhe!“ brummte Gawrissan, dem es nicht recht war, daß ich ihn verließ.

„Bald ist sie da, bald dort, und nirgends macht sie den Platz warm.“

Ich werde den Platz dort warm machen, wo es mir recht sein wird! sagt' ich. Wen hat das zu kümmern?

„Und wenn Dich Böses anstatt Gutes trifft?“

Es wird mir nichts Böses begegnen; ich trage meinen Kopf nicht in einem Sacke herum, um nicht zu wissen, was ich thue. Wenn es mir nicht gefallen wird, werde ich zu Euch zurückkehren!

„Da wäre es schon besser, den Ilija (so hieß der Schafhirt) zu nehmen. Das ist ein Bursche wie ein Bär; ist tauglich zu jeder Arbeit, während der...“

Heirathe ich ihn denn? sagt' ich ihr. Ich gehe, weil ... nun, weil es mich zu gehen gelüstet!

Gawrissan spuckte vor sich hin; „Pfui!“ sagte er, „das Mädchen ist verrückt geworden. Fürchtest Du Dich denn nicht — Mensch?“

Weswegen? Die Welt gehört Gott und nicht ihm.

Und ich empfand keine Furcht.

Warum sollt' ich nicht gehen? dacht' ich mir. Ich will gehen und etwas sehen. Vielleicht etwas sehr Schönes — und auch die Stadt. Dort wohnt Herr Kuba. Vielleicht schenkt er mir eine andere Pfeife, denn — Tabak schenkt er mir bestimmt! — und bei ihm werde ich nicht bleiben, wenn's mir nicht gefällt ... er aber fragte jeden Augenblick: „Bist Du schon fertig, Parasko? Gehen wir doch!“ Ich ließ alle Arbeit liegen....

Und wir gingen. Als wir an dem Berge vorüber schritten, auf dem die Schafherden Herrn Kubas und Gawrissans weideten, blies Ilija in die Schalmei. Was er blies war schwere Sehnsucht! Ich schreite auf den Berg hinauf und — werde ihn niemals vergessen....

Da stand er, der Bär, das Haupt umgeben von dichtem, schwarzem Haar und um ihn herum weideten weiße und schwarze Schafe. Er stand ganz allein und „weinte“ in die Schalmei!

Das that er so lange er uns sah, als wir aber seinen Blicken entschwanden, sandte er uns seine Stimme zwischen die Felswände nach ... „u—ch!“ daß es im Herzen widerhallte.

Damals sah ich ihn auch zum letzten Male.

„Was bedeutet das?“ fragte Jurij und sah mich von der Seite an.

„Der Schafhirt nimmt Abschied von Parasko“, sprach der Kamerad; „er liebt sie.“

„Weshalb nahmst Du ihn nicht zum Manne?“ wandte er sich dann zu mir und hinter Jurij tretend, schnitt er auf diesen ein scharfes Gesicht.

Fühlt Ihr Neid? fragte ich.

„Still Eidechse....“

Ich empfand keinen Wunsch nach ihm....

Und so gingen wir.

Ich schritt hinter den Beiden wie ein Blinder hinter Sehenden. Wir gingen.... Die Beiden voraus und ich nach.

Ich hörte zu, was sie sprachen; und sie sprachen rumänisch, damit ich nichts verstehe, allein ich verstand alles, ich lernte diese Sprache vom Schafhirten, nur sprechen konnte ich sie noch nicht. Unter Anderem sagte Jurij:

„Führen wir sie über Gipfel und durch Schluchten, damit sie mir nicht auf und davongehe!“

Und ich erhob den Kopf und mein Blick überflog all die grünen Berggipfel.... Dann lachte ich; doch nein — nur mein Herz lachte, laut lachte ich nicht. Hej, hej! dachte ich blos ... ich bin nicht blind und meine Füße treten die Erde erst neunzehn Jahre. Werd' ich keine Lust zum Bleiben haben, treff' ich mich mit geschlossenen Augen zurück! Dann merkte ich mir genau den Weg, den wir gingen, und es war ein dunkler, räuberischer Weg.

Abends kamen wir in die Stadt und an eine Hütte an. Hier verabschiedete sich der Kamerad von uns und ging seiner Wege. Jurij öffnete die Thüre.

Wir gehen also nicht zum Herrn Kuba? fragte ich.

„Warum sollen wir zu ihm?“ antwortete er. „Glaubst Du, ich habe Dich für ihn gebracht? Ich weiß, daß er das gewollt, allein ich will es nicht! Er wird sich schon eine andere Magd finden, kümmere Dich nicht darum!“

Was hat mich das zu kümmern? sagt' ich und dabei dachte ich an die Pfeife. Er hätte mir eine gegeben!

Dann sprach Jurij: „Jetzt sind wir schon zu Hause; wirthschafte gesund; koche etwas zum Nachtessen ...“, und gab Eier, Milch und Butter heraus.

Du wirst nicht erleben, daß ich Dir koche, dacht' ich mir; dann stand ich von der Bank auf, entledigte mich der schweren Kleidungsstücke und kochte etwas zum Nachtessen. Beim Nachtessen saßen wir nur zwei; weiter — keine lebende Seele; weder Hund, noch Katze, noch eine Henne. Die Bissen blieben mir im Halse stecken ... ich erstickte vor Scham.

Ich aß, halb abgewandt von ihm. Beim Nachtessen erzählte er mir, daß Gott das Paaren erdacht habe.

Ich schwieg. Mochte es auch so sein, was kümmerte das mich? Dann gingen wir schlafen.

Er sagte, daß er müde sei ... und ich ... nun, was eben wahr ist ... aber schwer war diese Nacht für mich und lang!

Ich träumte von der Gawrissan. Immerfort zürnte sie mir und fragte: Weshalb gehst Du eigentlich? Und auch vom Schafhirten träumte ich. Er stand allein unterm Walde zwischen weißen und schwarzen Schafen und blies in die Schalmei; und späterhin, daß er sich bemüht habe, mir die Faust zu öffnen und mich zu Boden drückte.... In der Frühe stand ich gleichsam als eine Andere auf....

In der Frühe kamen sein Bruder, seine Familie und seine Gevatter — eine ganze Gesellschaft — zu uns. Als sein Bruder mich erblickte, that er für eine Weile den Mund auf und sprach dann diese Worte: „Du hast gut dran gethan, Jurij, daß Du dieses Mädchen gebracht hast!“

Alle Uebrigen bildeten einen Kreis um mich und beredeten mich, Jurij zu heirathen. Ein Weib, welches mit Jurij in Freundschaft gelebt, reich gekleidet und die Brust ausgeschmückt mit silbernen Münzen, mit Stirnlöckchen und einem schneeweißen, theuren Handtuch am Kopfe, beredete mich am meisten dazu.

„Nimm den Jurij zum Manne; ich werde mit Dir wie eine Schwester leben.“

Und auf alles Zureden sagte ich nur das: Ohne Trauung werde ich mit ihm nicht leben. Nur diese Worte hatte ich gesagt und Jurij hörte sie. Kaum hatte er sie aber auch vernommen, als er auch schon nach der Mütze griff und zum Popen lief. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 5. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Großväter und Enkel.

⸗ Berlin, 19. Oktober 1898.

Die Orientreise des Kaisers, die bisher nur ein sehr geringes Maß von Sympathie in denjenigen Kreisen erweckt hat, denen überhaupt noch ein Interesse für Kaiserreisen nachgesagt werden kann, hat allen Reaktionären die angenehme Ueberraschung eines Anarchistenkomplotts mit Bomben und Granaten und welchem Teufelszeug sonst noch immer gebracht. Es soll in Alexandrien oder Kairo von italienischen Anarchisten gegen den deutschen Kaiser geplant worden und sehr grauslicher Natur gewesen sein, vorausgesetzt, daß an der Schauermär auch nur ein wahres Wort ist.

Diese Voraussetzung wird nun allerdings kein Mensch machen, der sich noch im Besitz seiner fünf Sinne befindet und nicht das infame Metier betreibt, heimtückische Pläne auf die Rechte des Volkes unter dem Deckmantel angeblicher Attentate zu schmieden. In diesem neuesten Falle ist der Schwindel mit Händen zu greifen; die erprobtesten Angstpatrioten sträuben sich daran zu glauben, und nur die ausgepichteste Rotte von politischer Kehlabschneiderei stellt sich an, als sei jeder Zweifel ein Hochverrath an Kaiser und Reich. Die Tagespresse, und nicht nur die sozialdemokratische, hat die gar zu jämmerliche Mache genügend aufgedeckt; hier darauf näher einzugehen, ist um so weniger nöthig, als die ganze Blase möglicher Weise in acht Tagen schon zerplatzt sein wird. Von einer gewissen kulturhistorischen Merkwürdigkeit ist nur die Thatsache, daß solche Sorte von Attentatshumbug just in die Tage fällt, in denen genau vor zwanzig Jahren das Sozialistengesetz erlassen wurde.

Genau vor zwanzig Jahren! In zwei Jahrzehnten ist die herrschende Reaktion um keinen Deut klüger, aber nur unendlich viel tölpelhafter geworden. Hödel und Nobiling schossen in Berlin auf den damaligen Kaiser, jener scheinbar und dieser wirklich; es gab also doch Thatsachen, die, so wenig sie das bewiesen, was sie nach Bismarcks Behauptung beweisen sollten, immerhin Thatsachen waren, auf die er sich berufen konnte. Wäre nicht das Blut eines mehr als achtzigjährigen Mannes unter Nobilings Schrotschüssen geflossen, so wäre auch damals das Sozialistengesetz nicht durchzusetzen gewesen. Heute aber gilt ein abenteuerliches Attentat, das hinten weit im Orient gegen den deutschen Kaiser geplant

worden sein soll, nach der Logik der „Kreuzzeitung“ und ihrer Konsorten schon als ausreichender Vorwand für die Entrechtung der Arbeiterklasse. Der deutsche Philister sollte diesen Leuten eigentlich vor dem Richterstuhl der Geschichte einen Ehrenbeleidigungsprozeß machen, indem er etwa plaidirte: Ich bin ja gewiß dazu da, ins Bockshorn gejagt und von gewissenlosen Demagogen genasführt zu werden, aber so schauerlich brauche ich mich doch nicht blamiren zu lassen, wie durch die Zumuthung, auf den Kredit irgendwie und irgendwo in einem — polizeilichen — Wunderlande gefundener Bomben und Granaten über den Stock zu springen.

Ein Bischen mehr müssen die Nachfahren der Stieber und Krüger ihren Grips schon anstrengen, wenn sie nicht zum allgemeinen Gespött werden wollen. Mag sein, daß die Teufeleien ihrer edlen Muster heutzutage nicht so ganz leicht nachzuahmen sind, daß die Welt zu aufgeklärt geworden ist, um noch an polizeiliche Wunder zu glauben, aber dann thäten sie klüger daran, ihr schmutziges Handwerk endlich einmal an den Nagel zu hängen. Die Geschichte liebt es nicht, sich zu wiederholen; soll zur zwanzigjährigen Jubelfeier des Sozialistengesetzes ein neuer Wechselbalg dieser Art entstehen, so muß der Homunkulus in einer anderen Retorte erzeugt werden, als in der abgehausten Hexenküche der Attentatskomödien.

Die Schwierigkeit, einen plausiblen Vorwand zu finden, unter dem die Massen ihrer Rechte beraubt werden könnten, hat jüngst zwei ebenso edle, wie traurige Ritter zu melancholischen Betrachtungen darüber veranlaßt, wie denn eigentlich das Sozialistengesetz, dies allen Ausbeutern und Unterdrückern so willkommene Institut, habe vom Leben zum Tode gelangen können. Eines ehrlichen Todes ist das unehrliche Geschöpf bekanntlich nicht gestorben. Als ihm im Januar 1890 der Lebensfaden abgeschnitten wurde, bestand die Mehrheit des Reichstags aus Kartellbrüdern, die mit ihrem Heros Bismarck in der gewaltsamen Niederhaltung der arbeitenden Klassen ein Herz und eine Seele waren. Sie waren auch bereit, das Sozialistengesetz zu verewigen; nur über die Frage, ob der „kleine Belagerungszustand“ in das zu verewigende Gesetz aufgenommen werden solle, stritten sich die Nationalliberalen mit den Konservativen. Ein wirklicher Anlaß des Haders lag freilich auch hier nicht vor; die Ausweisungen, die auf Grund des „Kleinen“ verfügt worden waren, hatten sich als eine so zweischneidige Maßregel erwiesen, daß sie thatsächlich schon seit Jahren nicht mehr vorkamen; sogar die preußische Polizei war sich darüber klar geworden, daß sie mit diesen scheußlichen Maßregeln nur die Geschäfte des „Umsturzes“ besorge, und gerade die Junker hatten seit lange beweglich gejammert, durch die Ausweisungen würden ihnen die „gefährlichsten Hetzer“ aufs platte Land getrieben. Wenn nun die Nationalliberalen, um ihr „liberales“ Gewissen zu salviren und in gewohnter Manier ihren Umfall einigermaßen zu beschönigen, die Verewigung des Gesetzes nur bewilligen wollten, wenn der „kleine Belagerungszustand“ gestrichen würde, so lag für die Regierung und die Konservativen absolut kein wirklicher Grund vor, sich dem zu widersetzen. Sie mußten eher gerührt sein, daß sich die nationalliberalen Kartellbrüder um einen so billigen Preis, der thatsächlich gar kein Preis war, zur Selbstschändung bereit erklärten. Trotzdem behaupteten die Minister Herrfurth und die Junker, ohne den „kleinen Belagerungszustand“ könne das Vaterland schlechterdings nicht gerettet werden, auch nicht wenn alle übrigen Bestimmungen des Sozialistengesetzes bis ans Ende aller Dinge dauerten. Die Konservativen brachten dann das ganze Gesetz zu Falle, nachdem die Nationalliberalen die Beseitigung des „kleinen Belagerungszustandes“ durchgesetzt hatten.

Selbstverständlich zweifelte damals schon Niemand daran, daß die Junker dabei ihre Hintergedanken hatten. Und wenn jetzt der Edle v. Helldorff erklärt, er und seinesgleichen hätten das Gesetz fallen lassen mit dem Hintergedanken, der dann erwachende Uebermuth der Sozialdemokratie werde bald die Nothwendigkeit eines schärferen Sozialistengesetzes vor Augen führen, so ist damit nichts eigentlich Neues gesagt. Die kannibalische Sehnsucht, einmal eine Juni- oder Kommune-schlächterei unter dem deutschen Proletariat veranstalten zu können, zieht sich nicht nur seit zehn oder zwanzig, sondern selbst schon seit fünfzig Jahren wie ein rother Faden durch die Geschichte des preußischen Junkerthums; gerade in diesen Oktobertagen vollendet sich ein halbes Jahrhundert, seitdem ein Graf Breßler, wie später in gerichtlicher Verhandlung festgestellt wurde, unter den Berliner Arbeitern wühlte, um sie vor Wrangels „Kugeln im Laufe und haarscharf geschliffene Schwerter" zu treiben. Je mehr das Sozialistengesetz an der festen, konsequenten und kühnen Haltung der deutschen Arbeiter zersplitterte, um so mehr häuften sich die Versuche der nichtswürdigsten Lockspitzelei; während der letzten Jahre des Sozialistengesetzes war es ein offenes Geheimniß, daß Bismarck und seine Junkersippe nach jeder Gelegenheit ausspähten, ja alle möglichen Gelegenheiten bei den Haaren herbeizuziehen versuchten, um mit „der schießenden Flinte und dem hauenden Säbel" über die Arbeiter herzufallen.

Immerhin war man bis jetzt im Unklaren, wie Bismarck, sozusagen im Einzelnen und Konkreten, seine Teufeleien deichselte. Hierüber giebt der Helldorff die Auskunft, er habe mit Bismarck darüber verhandelt, ob die Konservativen das verewigte Sozialistengesetz ohne „kleinen Belagerungszustand" annehmen oder verwerfen sollten. Bismarck habe sich sehr zugeknöpft und schwierig gezeigt, aber doch durchblicken lassen, daß er die Verwerfung wünsche. Gegen diese Darstellung Helldorffs hat sich der Edle v. Kardorff mit der Behauptung erhoben, Bismarck habe sich gegen ihn persönlich aufs Schärfste und Nachdrücklichste gegen die Unterstellung gewehrt, als ob er das Scheitern des Gesetzes gewünscht hätte, und also habe Helldorff den großen Mann „in verhängnißvoller Weise" mißverstanden. Nun mag Ehren-Kardorff ausnahmsweise einmal wirklich die Wahrheit sagen, aber dann hat er noch lange nicht bewiesen, was er zu beweisen wünscht: Bismarcks Manier, anderen Leuten die Schuld in die Schuhe zu schieben, wenn seine Abenteuer schlecht ausliefen, ist aus unzähligen Fällen bekannt, und wenn er nach endgiltigem Verschwinden des Sozialistengesetzes gejammert hat, das habe er gar nicht gewollt und er sei mißverstanden worden, so ist das ganz glaublich, aber viel eher ein Beweis dafür, daß Helldorff ihn richtig verstanden, als daß er ihn mißverstanden hat.

In der That stimmt das, was Helldorff berichtet, vollkommen überein mit der Taktik, die Bismarck damals beobachtete und von seinem bankerott-bornirten Standpunkte aus auch beobachten mußte. Im Januar 1890 standen neue Reichstagswahlen vor der Thür und es war hundert gegen eins zu wetten, daß sie die Kartellmehrheit zertrümmern würden. Für diesen Fall hatte Bismarck aber das höchste Interesse daran, die Frage des Sozialistengesetzes offen zu halten, um sie sofort vor den neuen Reichstag bringen, einen Konflikt provoziren und neben dem rothen Schrecken als Wahltrumpf, wenn möglich mit einigem staatsretterischen Blutvergießen, eine neue Kartellmehrheit zusammentrommeln zu können. Da der Kartellreichstag die zeitweise Verlängerung des Sozialistengesetzes ohne jedes Murren bewilligt hätte, so forderte Bismarck die Verewigung, nicht um sie wirklich zu erlangen, denn dann wäre ihm sein letzter, noch halbwegs brauchbarer Wahltrumpf verloren gegangen, sondern weil er wußte, daß

sich die nationalliberalen Kartellbrüder um des lieben Scheines willen ein wenig dagegen sperren würden, wodurch ihm ermöglicht wurde, die nun um so dringlicher gewordene Frage vor den neuen Reichstag zu bringen. Darnach ist klar, daß es durchaus in seinem Interesse lag, die konservative Taktik zu ermuntern, und es ist kein vernünftiger Zweifel daran möglich, daß er sich genau so verhalten hat, wie Helldorff sagt. Hätte er, wie Kardorff behauptet, die Verewigung des Sozialistengesetzes unter den damals gegebenen Umständen gewünscht, so hinderte ihn nichts, diesen Wunsch auszusprechen, den die Konservativen dann erfüllen mußten; woran ihm lag, war das Gesetz vorläufig zum Scheitern zu bringen, ohne selbst für dies Scheitern verantwortlich zu sein, und Helldorff hat seine „schwierige“ und „zugeknöpfte“ Haltung genau so verstanden, wie sie gemeint war.

Nun bleibt freilich noch ein Punkt dieser machiavellistischen Taktik im Unsicheren: wie nun, wenn sich die Arbeiter trotz aller Aufreizungen, sie vor die Kleinkalibrigen zu treiben, doch nicht davor treiben ließen? Nach der ganzen Haltung, die das deutsche Proletariat unter dem Sozialistengesetz beobachtet hatte, war die Aussicht auf ein Blutbad gleich Null. In dieser Beziehung greift nun eine Enthüllung, die der Pfarrer Naumann auf dem neulichen nationalsozialen Delegirtentag in Darmstadt gemacht hat, ergänzend in das Zankduell der Edlen v. Helldorff und v. Kardorff ein. Herr Naumann hat manche Beziehungen zu kundigen Leuten und ist ein durchaus glaubwürdiger Mann; auch stimmt seine Mittheilung vollkommen zu der damaligen Lage der Dinge. Darnach hätte Bismarck beabsichtigt, falls der neue Reichstag ihm kein Sozialistengesetz bewilligte, sofort neue Wahlen unter der Parole des Sozialistenschreckens anzuordnen, und falls dies Mittel versagt hätte, durch einen Staatsstreich das allgemeine Wahlrecht zu beseitigen. Jedoch habe der Kaiser diesen Plan mit den Worten verworfen: Das konnte mein Großvater, aber ich kann es nicht. Diese Enthüllung hat alle innere Wahrscheinlichkeit für sich. Der Kaiser versuchte damals wirklich das schwierige Ding an einem anderen Ende anzufassen, als sein Großvater; die Wahlen vom 20. Februar 1890 belehrten ihn über den hoffnungslosen und unheilbaren Bankerott des Systems Bismarck; die Arbeiter setzten allen Versuchen, sie zu provoziren, eine überlegene Ruhe entgegen, und die Biedermänner Bismarck-Helldorff-Kardorff waren um das Sozialistengesetz geprellt, sie wußten nicht wie. Was Wunder, daß die beiden überlebenden Schelme sich nun darüber in die Haare gerathen, wer eigentlich das Spiel verloren hat.

Das Wort des Kaisers aber hat einen tieferen Sinn, als er hineingelegt haben mag, da er es aussprach. Einen tieferen und deshalb auch einen richtigeren Sinn. Denn ob der alte Kaiser Wilhelm wirklich so im Handumdrehen das allgemeine Wahlrecht hätte beseitigen können, das möchte doch sehr fraglich sein; darin war die Macht des Großvaters schwerlich größer, als die Macht des Enkels. Aber sonst ist die Auffassung des Kaisers sehr richtig: die Enkel können ganz verzweifelt in die Brüche kommen, wenn sie Dinge kopiren wollen, bei denen ihre Großväter eben noch mit einem blauen Auge davongekommen sind. In zwanzig Jahren schreitet die Welt vorwärts, und keine Macht ist seit zwei Jahrzehnten verhältnißmäßig so gewachsen, wie die Macht der deutschen Arbeiterklasse. Ihr ruft der heutige Tag der Erinnerung das Gedächtniß glorreicher Kämpfe und Siege wach, und mit der überlegenen Verachtung unbezwinglicher Kraft blickt sie auf das Ordnungsgesindel herab, das mit elenden Bomben- und Granatenmärchen seinen hundertfach verdienten Untergang aufhalten will.

Konrad Schmidt gegen Karl Marx und Friedrich Engels.

Von **G. Plechanow.**

Der Leser weiß, daß Genosse Bernstein „bis zu einem gewissen Grade“ auf Kant zurückgeht und daß er — die Anregung zu diesem Zurückgehen „bis zu einem gewissen Grade“ Genossen Konrad Schmidt verdankt. Welches ist die philosophische Auffassung dieses Genossen?

Genosse Schmidt hat seinen Standpunkt dargelegt 1. in einem Artikel, betitelt: „Ein neues Buch über die materialistische Geschichtsauffassung“, der im „Sozialistischen Akademiker“ von 1896 (Juli und August) erschienen ist;[1] und 2. in einem Artikel über das Buch Kronenbergs: „Kant, sein Leben und seine Lehre“. Der letztere Artikel erschien in der dritten Beilage des „Vorwärts“ vom 17. Oktober 1897.

Ich halte mich also an diese beiden Arbeiten.

Wenn man Konrad Schmidt glauben soll, so hielten Marx und Engels den erkenntnißtheoretischen Idealismus für einen überwundenen Standpunkt, während es denselben noch zu überwinden gilt. Der erkenntnißtheoretische Idealismus, das ist der Kantsche Idealismus, das versteht sich von selbst, übrigens erklärt das Konrad Schmidt noch ausdrücklich. Er sagt: „Nicht die dialektisch-evolutionistische, auf alle Lebensgebiete übergreifende Metaphysik Hegels, die Kantische ‚Kritik der reinen Vernunft‘ ist das repräsentative Werk des Idealismus.“

Die Begründer des wissenschaftlichen Materialismus haben Kants Lehre bekämpft und zwar mit den folgenden Gründen. In seiner so tiefen Schrift: „Ludwig Feuerbach“ sagt Engels, daß Kants Auffassung von der für uns bestehenden Unmöglichkeit, die Dinge an sich kennen zu lernen, schon von Hegel widerlegt worden ist und in einer weniger tiefen Weise auch von Feuerbach. Er fügt dann hinzu: „Die schlagendste Widerlegung dieser wie aller anderen philosophischen Schrullen ist die Praxis, nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unserer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn selbst machen, ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unseren Zwecken dienstbar werden lassen, so ist es mit dem Kantschen unfaßbaren ‚Ding an sich‘ zu Ende.“

In der Vorrede zur englischen Uebersetzung der Schrift: „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ (deutsch in der „Neuen Zeit“, XI, 1, S. 15 ff.) bedient sich Engels der nämlichen Beweisführung, als er den Agnostizismus einer Kritik unterzieht.

„Unser Agnostiker giebt zu“, so heißt es dort, „all unser Wissen beruht auf den Eindrücken, die wir durch unsere Sinne empfangen. Aber, setzt er hinzu, woher wissen wir, ob unsere Sinne uns richtige Abbildungen der durch sie wahrgenommenen Dinge geben? Und weiters berichtet er uns: wenn er von den Dingen oder ihren Eigenschaften spricht, so meint er in Wirklichkeit nicht diese Dinge und ihre Eigenschaften selbst, von denen er nichts Gewisses wissen

---

[1] In diesem Artikel kritisirt Genosse Konrad Schmidt mein Buch: „Beiträge zur Geschichte des Materialismus“. Ich erachte diese Kritik für ungemein schwach, habe jedoch nicht die geringste Lust, an dieser Stelle mich mit ihr zu beschäftigen und auf sie zu antworten. Für den Augenblick interessiren mich lediglich die Einwürfe des Genossen Schmidt gegen den Materialismus von Marx-Engels und seine eigene Art und Weise, Kant aufzufassen. G. P.

kann, sondern nur die Eindrücke, die sie auf seine Sinne gemacht haben. Das ist allerdings eine Auffassungsweise, der es schwierig scheint auf dem Wege der bloßen Argumentation beizukommen. Aber ehe die Menschen argumentirten, handelten sie. ‚Im Anfang war die That.' Und menschliche That hat die Schwierigkeit schon gelöst, noch ehe menschliche Klugthuerei sie erfand. The proof for the pudding is in the eating. In dem Augenblick, wo wir diese Dinge je nach den Eigenschaften, die wir an ihnen wahrnehmen, zu unserem eigenen Gebrauch anwenden, in demselben Augenblick unterwerfen wir unsere Sinneswahrnehmungen einer unfehlbaren Probe auf ihre Richtigkeit oder Unrichtigkeit. Waren diese Wahrnehmungen unrichtig, dann muß auch unser Urtheil über die Verwendbarkeit eines solchen Dinges unrichtig sein, und unser Versuch, es zu verwenden, muß fehlschlagen. Erreichen wir aber unseren Zweck, finden wir, daß das Ding unserer Vorstellung von ihm entspricht, daß es das leistet, wozu wir es anwandten, dann ist dies ein positiver Beweis dafür, daß innerhalb dieser Grenzen unsere Wahrnehmungen von dem Dinge und von seinen Eigenschaften mit der außer uns bestehenden Wirklichkeit stimmten."

Also: „The proof of the pudding is in the eating" — der Pudding wird erprobt beim Essen, dies ist das Hauptargument, das einer der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Kants Lehre und dem Agnostizismus überhaupt entgegenstellt.

Marx bediente sich im Grunde schon 1845 der nämlichen Beweisführung, als er sagte, „die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme, ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage".

Genosse Konrad Schmidt erachtet allerdings diese Beweisführung für so schwach als nur möglich.

„Was bedeutet das anders", sagt er, „als: die Thatsache, daß wir in der äußeren Natur Zusammenhang und Gesetzmäßigkeit erkennen und durch diese Erkenntniß auf die Natur zweckmäßig einwirken können, diese Thatsache beweist bereits sonnenklar, daß unsere Naturerkenntniß eine Erkenntniß des wirklich Realen ist; jener Zweifel, den der Idealismus daran erhebt, braucht gar nicht wissenschaftlich analysirt und widerlegt zu werden, sondern ist einfach als leere Vernünftelei beiseite zu werfen."

An einer anderen Stelle äußert er sich wie folgt: „Weder Feuerbach noch die durch ihn beeinflußten Marx und Engels sind auf die Kernfrage eingegangen, haben den Stier bei den Hörnern gepackt."

Genosse Konrad Schmidt kann diese Behauptung nur aufstellen, weil er selbst nicht verstanden hat, worin die Kernfrage des *Kantischen* Idealismus besteht.

Ich werde ihm das so klar als möglich zu erklären versuchen.

Was ist ein Phänomen? *Es ist ein Zustand unseres Bewußtseins, der durch die Wirkung des Dinges an sich auf uns hervorgerufen wird.* So erklärt Kant. Aus dieser Definition folgt, daß ein Phänomen voraussehen nichts Anderes bedeutet, als die Wirkung voraussehen, welche das Ding an sich auf uns ausübt. Können wir bestimmte Phänomene voraussehen? Gewiß. Unsere Wissenschaft und unsere Technologie sind Bürge dafür. Das bedeutet also, daß wir die Wirkung voraussehen, welche das in Betracht kommende Ding auf uns ausübt. Aber wenn wir die Wirkung des Dinges voraussehen, so kennen wir wenigstens gewisse seiner Eigenschaften. Und sobald wir gewisse seiner Eigenschaften kennen, haben wir nicht das Recht, das Ding als *unerkennbar* zu bezeichnen. Diese „Vernünftelei" Kants fällt, zerschmettert von

der Logik seiner eigenen Lehre. Das wollte Engels durch sein Beispiel von dem Pudding sagen.

Der Beweis ist ebenso klar und unwiderleglich wie der Beweis eines mathematischen Theorems. Die theoretische Stellung von Marx und Engels ist uneinnehmbar.[1] Genosse Konrad Schmidt versucht auch gar nicht, sie zu nehmen. Er begnügt sich mit der Behauptung, daß das nicht „den Idealismus überwinden heißt, sondern ihm aus dem Wege gehen". Ich überlasse dem Leser darüber zu urtheilen, wer der Kernfrage „aus dem Wege geht", Marx-Engels oder Konrad Schmidt.

Man wird mich vielleicht fragen: Aber wo hat Kant behauptet, daß ein Phänomen das Produkt der Wirkung des Dinges an sich auf uns ist? Die Antwort auf diese Frage giebt die folgende Seite aus den „Prolegomena".

„Der Idealismus besteht in der Behauptung, daß es keine anderen als denkende Wesen gebe; die übrigen Dinge, die wir in der Anschauung wahrzunehmen glauben, wären nur Vorstellungen in den denkenden Wesen, denen in der That kein außerhalb diesen befindlicher Gegenstand korrespondirte. Ich dagegen sage: es sind uns Dinge als außer uns befindliche Gegenstände unserer Sinne gegeben, allein von dem, was sie an sich selbst sein mögen, wissen wir nichts, sondern kennen nur ihre Erscheinungen, d. i. die Vorstellungen, die sie in uns wirken, indem sie unsere Sinne affiziren. Demnach gestehe ich allerdings, daß es außer uns Körper gebe, d. i. Dinge, die, obzwar nach dem, was sie an sich selbst sein mögen, uns gänzlich unbekannt, wir durch die Vorstellungen kennen, welche ihr Einfluß auf unsere Sinnlichkeit uns verschafft, und denen wir die Benennung eines Körpers geben, welches Wort also blos die Erscheinung jenes uns unbekannten, aber nichtsdestoweniger wirklichen Gegenstandes bedeutet. Kann man dieses wohl Idealismus nennen? Es ist ja gerade das Gegentheil davon."[2]

Der Sinn dieser Ausführungen ist nicht zweifelhaft, und solange er es nicht sein wird, bleiben die Einwendungen unwiderleglich, welche Marx und Engels der Lehre von der für uns bestehenden Unmöglichkeit, die Dinge an sich zu erkennen, entgegenstellten. Diese Dinge durch die Vorstellungen erkennen, welche sie in uns hervorrufen, das bedeutet überhaupt sie erkennen. Die „dogmatischsten" Materialisten haben niemals behauptet, daß wir andere Mittel besitzen, um die Dinge an sich zu erkennen, als die Wirkung, die sie auf unsere Sinne ausüben. Ich habe das zur Genüge in meinem Artikel nachgewiesen: „Bernstein und der Materialismus". Es ist überflüssig, die daselbst angezogenen Zitate an dieser Stelle zu wiederholen, dagegen füge ich zwei weitere, sehr kurze Ausführungen von Materialisten an: „Auf welche Weise auch immer ein Körper auf uns einwirkt, wir gelangen zur Erkenntniß davon nur durch die Veränderung, welche er in uns hervorruft."

In seinem „Abrégé des Systèmes" sagt Lamettrie, daß wir nur einige „ganz relative" Eigenschaften der „äußeren" Dinge kennen, und daß die

[1] Ich will damit keineswegs behaupten, daß Marx und Engels die Ersten waren, welche sich der angezogenen Beweisführung bedienten. Dem Wesen nach findet sie sich bereits bei Jakobi. Aber das kommt hier für mich nicht in Betracht. Für mich handelt es sich gegenwärtig nur um den Nachweis, daß Marx und Engels den Kantianismus kritisirten und ihm nicht lediglich aus dem Wege gingen, wie Genosse Schmidt behauptet. G. P.

[2] „Prolegomena", herausgegeben von J. H. v. Kirchmann. Heidelberg 1882, S. 39/40.

meisten unserer Empfindungen und Vorstellungen derart von unseren Organen abhängen, daß sie sich sofort mit diesen verändern.

Uebrigens hat das Wort „erkennen" gar keinen anderen Sinn. Ein Ding erkennen, heißt seine Eigenschaften erkennen. Aber was ist die Eigenschaft eines Dinges? Das ist gerade seine Art und Weise, unmittelbar oder mittelbar auf uns einzuwirken.[1] Behaupten, daß die Dinge an und für sich für uns unerkennbar sind, das läuft auf die Behauptung hinaus: Abgesehen von der Wirkung dieser Dinge auf uns können wir uns nicht vorstellen, welche Wirkung sie auf uns ausüben könnten. Und wenn die Materialisten des letzten Jahrhunderts wiederholten, daß wir nur das Aeußere, „die Schale" der Dinge kennen, so erklärten sie im Grunde nur das. Mit unendlich mehr Recht sagt Goethe:

Nichts ist innen, nichts ist außen,
Was ist drinnen, das ist draußen.

Die Dinge an sich wirken auf uns, Kant sagt es. Wirken heißt sich in Beziehung befinden. Wenn wir (wenigstens zum Theile) die Wirkung der Dinge an sich auf uns erkennen, so erkennen wir (wenigstens zum Theile) die Beziehungen, welche zwischen uns und den Dingen bestehen. Aber wenn wir diese Beziehungen erkennen, so erkennen wir auch durch unser Wahrnehmungsvermögen die Beziehungen, die zwischen den Dingen an sich selbst bestehen. Das ist keine „unmittelbare" Erkenntniß, aber es ist immerhin Erkenntniß, und sobald wir sie besitzen, haben wir nicht länger mehr das Recht zu der Behauptung, daß die Beziehungen zwischen den Dingen an sich uns unerkennbar sind.

Die Dinge an sich wirken auf unsere Sinne und rufen in uns diese oder jene Empfindungen hervor. Kant sagt das. Die Dinge an sich sind also die Ursache unserer Empfindungen. Aber derselbe Kant behauptet, daß die Kategorie der Kausalität, wie alle anderen Kategorien, auf die Dinge an sich nicht anwendbar ist. Der Widerspruch dieser Behauptung ist sinnenfällig.

Der gleiche Widerspruch zeigt sich bezüglich der Zeit. Die Wirkung, welche die Dinge an sich auf uns ausüben, kann nur in der Zeit stattfinden; aber andererseits ist die Zeit nur eine subjektive Form unserer Anschauung.

Noch andere Widersprüche stoßen uns in Kants Lehre auf, ich übergehe sie hier. Das Ausgeführte genügt für den Nachweis, daß Kants Lehre sich so lange selbst widerspricht, als wir annehmen, und zwar in Uebereinstimmung mit dem, was der Philosoph in seinen „Prolegomena" sagt, daß die Dinge an sich die Ursache unserer Empfindungen sind. Manche Anhänger des Kantianismus wurden sich dieses Widerspruchs bewußt und versuchten ihm abzuhelfen. So lesen wir z. B. in dem Buche des Dr. Laßwitz: „Die Lehre Kants von der Idealität des Raumes und der Zeit", Berlin 1883: „Es ist ganz richtig, daß es für die Dinge an sich keine Zeit und keine Kausalität giebt, und dies hat Kant gerade bewiesen. Aber wer hat denn behauptet, daß die Dinge an sich die Ursache der Sinnesempfindungen sind? (Wir haben gesehen, daß Kant

---

[1] „Es ist unmöglich, mehr von dem Dinge zu erkennen, als aus den Erscheinungen geschlossen werden kann, an denen es betheiligt ist." Priestley: „A free discussion of the principles of materialism", London 1778, S. 20. „Die Definition eines besonderen Dinges, Substanz oder Wesens (nennt es, wie ihr wollt) kann nichts mehr sein als eine Aufzählung seiner bekannten Eigenschaften.... Wenn wir all die bekannten Eigenschaften fortnehmen, so bleibt nichts übrig, wovon wir eine Vorstellung überhaupt haben könnten." Ibid. S. 46.

selbst das that. G. Pl.) Diese mißverständliche Deutung Kants ist selbst bei Philosophen noch häufig. Immer wieder wird behauptet, das Ding an sich bewirke, indem es das Bewußtsein affizirt, in uns die Empfindung, während es doch klar ist, daß ein bloßes Noumenon, eben der Gegensatz des real Seienden, gar nicht wirken kann. Die Dinge an sich mögen sein, was sie wollen, für unsere Erfahrung ist dies ganz gleichgiltig. Denn die Erfahrung entsteht durch die gegenseitige Wirkung von Verstand und Sinnlichkeit, und das Ding an sich ist immer nur der unklare Widerschein unseres Verstandes an seinen eigenen Grenzen und kann auf die Eigenthümlichkeit unserer Erfahrung ebenso wenig Einfluß haben, wie mein Bild im Spiegel auf die Bewegungen meines Körpers."

Um den Kantianismus zu retten, setzt sich Herr Laßwitz zu Kant selbst in entschiedenen Widerspruch, indem er dessen gewiß unzweideutige Erklärung als nichtig behandelt. Welch sonderbares Verfahren! Wie ist es möglich? Es ist nur möglich, weil der Dr. Laßwitz sich auf Kant selbst stützt, wenn er Kant widerspricht. Wir lesen z. B. die nachstehenden Ausführungen in der „Kritik der reinen Vernunft":

„Der Verstand begrenzt ... die Sinnlichkeit, ohne darum sein eigenes Feld zu erweitern und, indem er jene warnet, daß sie sich nicht anmaße, auf Dinge an sich selbst zu gehen, sondern lediglich auf Erscheinungen, so denkt er sich einen Gegenstand an sich selbst, aber nur als transzendentales Objekt, das die Ursache der Erscheinung (mithin selbst nicht Erscheinung) und weder als Größe, noch als Realität, noch als Substanz rc. gedacht werden kann (weil diese Begriffe immer sinnliche Formen erfordern, in denen sie einen Gegenstand bestimmen); wovon also völlig unbekannt ist, ob es in uns oder auch außer uns anzutreffen sei, ob es mit der Sinnlichkeit zugleich aufgehoben werden oder, wenn wir jene wegnehmen, noch übrig bleiben würde. Wollen wir dieses Objekt Noumenon nennen darum, weil die Vorstellung von ihm nicht sinnlich ist, stehe dieses uns frei. Da wir aber keine von unseren Verstandesbegriffen darauf anwenden können, so bleibt diese Vorstellung doch für uns leer und dient zu nichts, als die Grenzen unserer Erkenntniß zu bezeichnen und einen Raum übrig zu lassen, den wir weder durch mögliche Erfahrung, noch durch den reinen Verstand ausfüllen können." [1]

Das transzendentale Objekt ist die Ursache der Erscheinung; aber wir können keinen von unseren Verstandesbegriffen (also auch nicht die Kategorie der Kausalität) darauf anwenden. Das ist widerspruchsvoll, aber mit diesem Widerspruch haben wir uns augenblicklich nicht zu befassen. Aber unbestreitbar ist, daß Kant hier fast das Gegentheil dessen behauptet, was er in der weiter oben angeführten Stelle seiner „Prolegomena" sagt. Was soll das heißen? Ist Kants Standpunkt in den „Prolegomena" nicht derselbe wie in der „Kritik der reinen Vernunft"? Ja und nein. Der Standpunkt der „Kritik der reinen Vernunft" ist nicht immer der gleiche. In der ersten Ausgabe dieses Werkes faßte Kant das Ding an sich eher als einen Grenzbegriff auf, dem nichts außerhalb des Bewußtseins entspricht; oder, um mich genauer auszudrücken, Kant ist sehr skeptisch in Betreff dieses Dinges außer uns. Sein Standpunkt ist der des skeptischen Idealismus. Da seine Gegner ihm diesen Idealismus zum Vorwurf machten, so schrieb er in seinen „Prolegomena" die von mir angeführte Stelle, und er versuchte es, die zweite Ausgabe der „Kritik" im realistischen

---

[1] „Kritik der reinen Vernunft", herausgegeben von Dr. K. Kehrbach (Verlag von Ph. Reclam), zweite Auflage, S. 258.

Sinne zu bearbeiten. Zum Beweis dafür genügt es, an die Vorrede zu dieser Ausgabe zu erinnern und an die „Widerlegung des Idealismus“. Allein diese Bearbeitung ist ziemlich schlecht gelungen. Der Standpunkt der ersten Ausgabe bricht an vielen Stellen durch, und selbst die „Widerlegung des Idealismus“ könnte in einem Sinne gedeutet werden, welcher im Gegensatz zu der in den „Prolegomena“ enthaltenen Erklärung steht. Dank diesen Umständen konnte Dr. Laßwitz Kant widersprechen, indem er sich auf Kant selbst stützte. Das ist unbestreitbar. Aber es ist auch unbestreitbar, daß Kant trotz seiner zahlreichen Widersprüche seit der Veröffentlichung seiner „Prolegomena“, d. h. seit 1783, gegen eine idealistische Auslegung seiner Lehre Einspruch erhob. Ich bitte den Leser, diese Thatsache nicht zu vergessen.

Sehen wir nun, welches die Endresultate sind, zu denen der Dr. Laßwitz bei seiner Darstellung der Kantischen Philosophie gelangt. Er sagt:

„Alles Sein gruppirt sich in zwei Arten des Seins, das ‚Subjektsein‘ und das ‚Objektsein‘. Beide sind in unserem Bewußtsein, und beide sind von ganz gleicher Realität und Gewißheit. Ein Sein, das noch außerhalb des Bewußtseins etwas ist, giebt es nicht, aber wohl ein Sein, das nicht unser Ich ist, und das sind die Dinge außer uns. Dieselben sind in unserem Bewußtsein stets in bestimmter Weise geordnet, wodurch eben das Bewußtsein des Ich gegenüber einer Welt äußerer Objekte gegeben ist.“ [1]

Damit der Leser den Standpunkt des Dr. Laßwitz besser beurtheilen kann, ersuche ich ihn, die folgenden Zeilen aufmerksam zu lesen.

„Also, das Sein, das wirklich wahre und reale, ist geistig; und es giebt kein anderes Sein. . . .“

„Alles Seyn, des Ich sowohl als des Nicht-Ich, ist eine bestimmte Modifikation des Bewußtseyns; und ohne ein Bewußtseyn giebt es kein Seyn. . . .“

Der Leser glaubt ohne Zweifel, daß ich fortgefahren habe, aus dem Buche des Dr. Laßwitz zu zitiren. Durchaus nicht, er täuscht sich in seiner Annahme. Ich habe soeben Fichte zitirt.[2] Um den Kantianismus zu retten, d. h. um seine inneren Widersprüche zu beseitigen, ist der Dr. Laßwitz gezwungen gewesen, den unsicheren Standpunkt Kants zu verlassen und sich auf denjenigen des subjektiven Idealismus zu stellen. Sein Neo-Kantianismus wie der mehrerer anderer angeblicher Neo-Kantianer ist nur ein mehr oder weniger bewußter Neo-Fichtianismus.

Der Dr. Laßwitz könnte also nicht mit Genossen Konrad Schmidt sagen, daß „das repräsentative Werk des Idealismus“ die „Kritik der reinen Vernunft“ ist. Nach ihm müßte vielmehr die Rolle des „repräsentativen Werkes“ der „Wissenschaftslehre“ zufallen, vorausgesetzt, daß er den Muth hätte, die Tragweite seiner eigenen Schlußfolgerungen einzugestehen. Kant hat gegen die Auslegung seiner Philosophie im Sinne der „Wissenschaftslehre“ protestirt.[3] Er hätte also gleicher Weise gegen die „Lehre Kants“ des Dr. Laßwitz protestirt.

In einem Briefe an Reinhold nannte Fichte Kant einen „Dreiviertelskopf“ und erklärte, daß der heilige Geist in Kant wahrer ist als seine individuelle Persönlichkeit. Den Neo-Kantianern vom Schlage des Dr. Laßwitz steht es frei, diesen Ausspruch zu wiederholen, und sie müßten ihn eigentlich wiederholen. Denn was immer sie auch thun, es gelingt ihnen nicht, dem mit der Sache ver-

---

[1] „Die Lehre Kants rc.“, S. 138.

[2] Fichtes Werke, 11. Bd., S. 32, und 3. Bd., S. 2.

[3] In seiner allgemein bekannten Erklärung vom 7. August 1799.

trauten Publikum zu verbergen, daß sie Kants Lehre preisgegeben haben und auf den Boden des subjektiven Idealismus übergetreten sind.

Freilich giebt es viele Neo-Kantianer, welche, wie z. B. Professor Riehl, diesen Uebertritt durchaus nicht billigen.[1] Dieselben halten an der Lehre ihres Meisters mit größerer Treue fest, als der Dr. Laßwitz. Aber sie erben mit der größeren Treue auch alle Widersprüche des Meisters.

Incidit in Scyllam qui vult vitare Charybdim!

Welche Ausgabe der „Kritik der reinen Vernunft" muß für das „repräsentative Werk" des Idealismus gelten? Genosse Konrad Schmidt hat darüber nichts geäußert. Er scheint nicht einmal zu ahnen, daß der Standpunkt der ersten Ausgabe von demjenigen der zweiten Ausgabe abweicht. Und er scheint obendrein weder die eine noch die andere Ausgabe verstanden zu haben. Diese Vermuthung drängt sich wenigstens als wahrscheinlich dem auf, der einige Proben von Schmidts philosophischer Prosa gelesen hat. So schreibt er:

„Die Erkenntnißtheorie, von welcher aus Kant die Täuschungen jeder Philosophie, welche die Grenzen der Erfahrung durch reine Begriffe metaphysisch überfliegen will, aufdeckt, trägt selbst ein durchaus ‚phänomenalistisches' Gepräge, d. h. die Welt, wie wir sie sehen und erfahren, gilt ihm als bloße Erscheinungswelt."

Kant wäre höchlichst erstaunt gewesen, wenn ihm diese Zeilen desjenigen vor Augen gekommen wären, der es unternommen hat, seine Lehre gegen Marx und Engels zu vertheidigen. Wie könnte die „Welt, wie wir sie sehen 2c.", Kant nicht „als bloße Erscheinungswelt" gelten, da es sich ja eben um das „Sehen" und „Erfahren" handelt und sich niemals und keineswegs um etwas Anderes handeln kann.

„Die Frage lag nahe", fährt Genosse Schmidt fort, „ob wir von dieser Außenwelt, welche gewissermaßen erst durch unsere sinnlichen Eindrücke bevölkert und durch den Begriff von Ursache und Wirkung uns verständlich gemacht wird, überhaupt ein unmittelbares Wissen haben, ob nicht auch die allgemeine Vorstellung von der in Raum und Zeit bewegten Körperwelt subjektiven Charakter trägt."

In Kants Philosophie bedeutet das Wort „Außenwelt" alle Erscheinungen, welche sich auf unsere „äußere Erfahrung" beziehen oder, wie Fichte sich ausgedrückt haben würde, welche unser Nicht-Ich ausmachen. Es genügt, Kants Philosophie auch nur ein wenig zu kennen, um zu begreifen, daß unsere Erkenntniß dieser Gruppe von Erscheinungen ebenso unmittelbar ist, wie unsere Erkenntniß der Erscheinungen, welche sich auf unser Ich beziehen. In dieser Richtung konnte keine „Frage" aufgeworfen werden. Kant hat gleicherweise sich nicht fragen können, ob unsere Vorstellung von dieser Welt eine subjektive ist. Es verstand sich von selbst, daß dem so ist. Aber das Wort Außenwelt konnte auch die Dinge an sich bedeuten, welche der Grund der in Erscheinung tretenden Außenwelt sind. Kant hat sich niemals gefragt, ob wir eine unmittelbare Kenntniß dieser Dinge besitzen. Denn nach ihm bedeutete eine unmittelbare Erkenntniß eine solche, die unabhängig ist von der Wirkung der Dinge an sich auf uns, und er wußte sehr gut, daß eine solche Erkenntniß unmöglich ist. „Denn", so sagt er in der zweiten Ausgabe seiner „Kritik der reinen Vernunft", „man kann doch außer sich nicht empfinden, sondern nur in

---

[1] Siehe das Buch von Riehl: „Der philosophische Kritizismus", 1. Bd., Leipzig 1876, S. 423—439, und 2. Bd., 2. Th., S. 128—176.

sich selbst.“[1] Kant hatte jedoch das Recht, sich zu fragen — und er fragte sich thatsächlich —, ob wir sicher sind in Bezug auf die Existenz der Dinge an sich außerhalb unseres Bewußtseins. Der Leser weiß bereits, wie er diese Frage in verschiedenen Epochen seines Lebens beantwortete. Hören wir nun, was Genosse Konrad Schmidt darüber erzählt.

„Aber da Kant auch hier zum Zweifeln Gründe, zwingende Gründe zu haben glaubte, schreckt er vor diesem letzten Schritte nicht zurück. Raum und Zeit, Materie und die Begriffe, durch welche wir die Welt entziffern, sind für ihn etwas, das nur im menschlichen Vorstellen und Denken existirt; und als der Urschoß, aus welchem dieses die Welt der Erscheinungen selbst erzeugende Empfinden, Vorstellen und Denken hervorquillt, gilt ihm das Unerkennbare, das Ding an sich. Der tiefste Grund alles Seienden ist etwas Unbegreifliches, alles Geschehen, das wir nur äußerlich durch die Naturgesetze uns verständlich machen, ist, weil aus dem Unbegreiflichen fließend, fortgesetztes Wunder. Die Bodenlosigkeit dieses Gedankens war es, die für Fichte, Schelling und Hegel die Vorbedingungen einer neuen Art der Metaphysik, unendlich tiefer und geistvoller, aber noch luftiger und wesenloser als die alte, erschuf.“

Alles das will nur sagen, daß Kant die Existenz der Dinge an sich außerhalb unseres Bewußtseins leugnete. Die „Bodenlosigkeit“ dieser Auffassung braucht nicht erst feierlich enthüllt zu werden, diese Auffassung widerspricht den historischen Thatsachen, wie sie sich im Raume und in der Zeit vollzogen haben.

Genosse Konrad Schmidt glaubt fest an die Existenz der Dinge an sich außerhalb unseres Bewußtseins. Nach dieser Richtung hin verurtheilt er Kant ziemlich streng. „Ein Verstand“, sagt er, „der am objektiven, von menschlicher Anschauung ganz unabhängigen Bestand der materiellen Welt selbst zu zweifeln beginnt, verliert ja den festen Boden unter seinen Füßen.“

Hier sehe ich mich gezwungen, „den Weisen von Königsberg“ gegen seinen Vertheidiger Konrad Schmidt zu vertheidigen.

Wir wissen schon, daß zur Zeit der Veröffentlichung der „Prolegomena“ (1783) Kant sich *nachdrücklichst* für die von unserem Bewußtsein unabhängige Existenz der Dinge an sich erklärte. Aber das hinderte ihn nicht — und konnte ihn nicht hindern — *die materielle Welt als ein Phänomen* zu betrachten. „Nur im empirischen Verstand“, so erklärt er, „das ist in dem Zusammenhang der Erfahrung, ist wirklich Materie als Substanz in der Erscheinung, dem äußeren Sinne ... gegeben.“ Dieser Materie und damit der Welt, die aus ihr besteht, eine von unserem Bewußtsein unabhängige Existenz zuzuschreiben, *das hätte Kant für einen gewaltigen Irrthum erklärt, der bei einem Philosophen unverzeihlich sei.*

Wie dem auch sei, Genosse Konrad Schmidt lehnt es ab, sich auf den Boden der *Fichteschen Philosophie* zu retten. Darum fordere ich ihn auf, mir zu sagen, wie die Widersprüche der Kantschen Lehre gelöst werden können, jene Widersprüche, welche sich weiter oben zeigten und die sogar für einen Theil der Neo-Kantianer sinnenfällig sind? Auf diese Widersprüche stützten sich Marx und Engels bei ihrer Widerlegung der Kantschen Philosophie.

Sind diese Widersprüche vorhanden? Ja oder Nein? Konrad Schmidt scheint zuzugestehen, daß sie vorhanden sind. Aber anstatt ihnen Rechnung zu tragen und den Versuch zu machen, sie zu lösen, zieht er es vor, uns durch Redensarten in der Art der folgenden zu erheitern.

---

[1] Kehrbachs Ausgabe, S. 320.

„Der leere Abgrund, den die Kantische Philosophie — sei es mit Recht oder Unrecht — vor dem widerstrebenden Denken eröffnet, ist aber nur ihr negatives Resultat, das wahrhaft Fruchtbare liegt in dem positiven Theile der Arbeit, der genialen Untersuchung über die Zusammensetzung und das Zusammenspiel unserer seelisch-geistigen Organisation, durch welche die Erscheinungswelt zu Stande kommt. . . . Das aber, die Aufdeckung der Struktur unseres Vorstellungsvermögens, ist die eigentliche Aufgabe, die die ‚Kritik der reinen Vernunft' sich gestellt hat, eine Aufgabe, die niemals, weder vor noch nach Kant mit gleich bewunderungswürdigem Scharfsinn in Angriff genommen ist. Wie wenig auch die Kantsche Analyse Anspruch erheben kann, irgendwie eine befriedigende, widerspruchsfreie, endgiltige Lösung dieses vielleicht schwierigsten Problems, das wissenschaftlicher Forschung überhaupt noch erreichbar ist, darzustellen, so gewiß ist, daß jeder Versuch tieferen Eindringens in dem geheimnißvollen Schachte des Innern, an dem von Kant Geleisteten nicht vorbei kann. . . . Ein Zurückgehen auf Kant ist darum noch kein Rückwärtsschreiten im reaktionären Sinne."[1] Mit ähnlichen Redensarten kann man den Einwendungen „aus dem Wege gehen", welche man gegen die Kantsche Lehre erhebt, aber man kann diese Einwendungen nicht widerlegen.

In der „Kritik der reinen Vernunft" hat sich Kant das Problem gestellt, unser Erkenntnißvermögen zu studiren und nicht unser Vorstellungsvermögen, wie Genosse Konrad Schmidt behauptet. Warum das entstellen, was so genau als möglich wiedergegeben werden muß? Aber das sei nur nebenbei bemerkt.

Kant geht bereits von dem fertigen Bewußtsein aus, er betrachtet das Bewußtsein nicht im Prozeß des Werdens. Es ist dies der größte Mangel seiner Analyse des Bewußtseins, und es ist ungemein erstaunlich, daß Genosse Konrad Schmidt das nicht in unseren Tagen bemerkt hat, wo die evolutionistischen Theorien auf allen Gebieten der Wissenschaft triumphiren.

Genosse Konrad Schmidt ist fest überzeugt, daß die „materielle" Welt außerhalb seines Bewußtseins existirt. Bleibt zu wissen übrig, ob diese Welt auf sein Erkenntnißvermögen einwirkt. Antwortet er mit nein, so verläßt Genosse Schmidt nicht den Boden des subjektiven Idealismus, und ich begreife dann nicht, was ihn von der Existenz dieser Welt überzeugt. Antwortet er mit ja, so muß er mit Engels und Marx zugeben, daß das Kantsche Unerkennbare ein widerspruchsvoller Begriff ist. Logik verpflichtet mehr als Adel.

„Der Untersuchung unserer geistigen Organisation ist der Materialist, der an der objektiven, d. h. ohne Beziehung zu mmenschlichen Geiste an sich bestehenden Körperwelt als tragender und zeugender Grundlage des Lebensprozesses festhält, ebenso wenig wie der Idealist enthoben."

Der Materialist hält an der objektiven Existenz der Körperwelt fest. Konrad Schmidt hält auch daran fest. Er ist überzeugt, „daß ein Verstand, der am objektiven . . . Bestande der materiellen Welt selbst zu zweifeln beginnt, ja den festen Boden unter den Füßen verliert". Welchen Unterschied giebt es zwischen der Auffassung der Materialisten und der Konrad Schmidts? Ich entdecke keinen.

Doch der Leser verzeihe, es giebt einen Unterschied und sogar einen sehr wichtigen. Die Schlußfolgerungen der Materialisten stimmen nämlich mit ihren Prämissen überein, während Genosse Schmidt das Auslöffeln der „eklektischen Suppe" vorzieht. De gustibus non est disputandum. Die Materialisten sind

---

[1] „Vorwärts": Der angeführte Artikel.

nicht des Studiums unserer „geistigen Organisation“ enthoben. Nein, sicherlich nicht! Aber um unsere „geistige Organisation“ zu studiren, wenden sie sich an die experimentale Psychologie, welche es nur mit Phänomenen zu thun hat und welche sich zu ihrem Studium der Verfahren bedient, die der Biologie entlehnt sind. Das ist ein sicherer Weg.

Aber das ist kein Materialismus mehr, ruft uns Genosse Konrad Schmidt zu. „Wer die Anerkennung, der in der Erfahrungswelt durchgängig zu beobachtenden Gesetzmäßigkeit zum Unterscheidungsmerkmal materialistischer und idealistischer Denkweise macht, der verwischt den eigenthümlichen Charakter ihrer Kontroverse und raubt damit auch dem Begriff des Materialismus seine eigenthümliche Bestimmtheit. Engels selbst bietet ein charakteristisches Beispiel dafür.“

Was hat Engels gesagt, was die letztere Behauptung rechtfertigen könnte?

Genosse Konrad Schmidt zitirt die folgende Stelle aus „Ludwig Feuerbach“: „Die Trennung von der Hegelschen Philosophie erfolgte auch hier (bei Marx) durch die Rückkehr zum materialistischen Standpunkt. Das heißt, man entschloß sich, die wirkliche Welt — Natur und Geschichte — so aufzufassen, wie sie sich selbst einem Jeden giebt, der ohne vorgefaßte idealistische Schrullen an sie herantritt; man entschloß sich, jede idealistische Schrulle unbarmherzig zum Opfer zu bringen, die sich mit den, in ihrem eigenen Zusammenhang, und in keinem phantastischen, aufgefaßten Thatsachen nicht in Einklang bringt. Und weiter heißt Materialismus überhaupt nichts.“

Diese Stelle enthält augenscheinlich keine vollständige Definition des Materialismus. Aber warum führt Genosse Konrad Schmidt gerade diese Stelle an und keine andere? Warum hat er die folgenden Ausführungen vergessen?

„Die Frage nach der Stellung des Denkens zum Sein, die übrigens auch in der Scholastik des Mittelalters ihre große Rolle gespielt, die Frage: Was ist das Ursprüngliche, der Geist oder die Natur? Diese Frage spitzte sich der Kirche gegenüber dahin zu: Hat Gott die Welt erschaffen oder ist die Welt von Ewigkeit da? Je nachdem diese Frage so oder so beantwortet wurde, spalteten sich die Philosophen in zwei große Lager. Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, also in letzter Instanz eine Weltschöpfung irgend einer Art annahmen . . . bildeten das Lager des Idealismus. Die Anderen, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus.“

Nach Engels ist also der Materialismus nur eine Lehre, welche die Natur als das Ursprüngliche gegenüber dem Geist betrachtet. Ist diese Definition zutreffend?

Nehmen wir die französischen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts. Welches ist ihre Lehre?

„Die Wirkungen, welche wir in der Natur beobachten, der verschieden zusammengesetzten Materie zuschreiben, den Bewegungen, welche ihr inhärent sind, das heißt diesen Wirkungen eine allgemeine und bekannte Ursache geben; darüber hinausgehen wollen, heißt sich in den phantastischen Fernen verlieren, wo wir niemals etwas Anderes finden, als einen Abgrund von Ungewißheiten und Dunkelheiten. Suchen wir also durchaus nicht ein bewegendes Prinzip außerhalb einer Natur, deren Wesen von jeher darin bestand, zu existiren und sich zu bewegen. . . . Wozu ist es nöthig, außerhalb der Natur einen Bewegungsgrund zu suchen, um sie in Thätigkeit zu setzen? . . .“ [1]

---

[1] „Système de la Nature“, Ausgabe von 1781, Bd. II, S. 146.

Wünschen Sie noch weitere kleine Zitate, werther Genosse Schmidt? Ganz zu Ihren Diensten! Ich warte Ihnen mit noch zwei sehr beweiskräftigen Stellen auf.

„In der Natur kann es nur natürliche Ursachen und Wirkungen geben. Alle Bewegungen, welche sich hier vollziehen, folgen beständigen und nothwendigen Gesetzen; diejenigen der natürlichen Vorgänge, welche wir in der Lage sind, beurtheilen und erkennen zu können, genügen, um uns diejenigen entdecken zu lassen, welche sich unserem Blicke entziehen; wir können sie wenigstens durch Analogien beurtheilen; und wenn wir die Natur mit Aufmerksamkeit studiren, so lehren jene Vorgänge, die sie uns enthüllt, nicht rathlos zu sein jenen gegenüber, deren Enthüllung sie uns weigert. Jene Ursachen, die von ihren Wirkungen am weitesten entfernt sind, wirken unzweifelhaft durch Zwischenursachen.... Wenn wir in der Kette ihrer Ursachen auf Hindernisse stoßen, welche sich unseren Untersuchungen entgegenstellen, so müssen wir versuchen, sie zu überwinden; und wenn uns das nicht gelingen kann, so sind wir doch niemals berechtigt, daraus zu schließen, daß die Kette zerrissen oder daß die wirkende Ursache eine übernatürliche ist; begnügen wir uns in diesem Falle mit dem Eingeständniß, daß in der Natur wirkende Kräfte vorhanden sind, die wir nicht kennen, aber setzen wir nie Phantome, Fiktionen (‚Schrullen‘, wie Engels sagt. G. P.) oder sinnlose Worte an Stelle der Ursachen, welche uns entgehen; wir würden uns dadurch in der Unwissenheit bestärken, in unseren Forschungen hemmen und in unseren Irrthümern hartnäckig beharren.“ [1]

„Sagen wir, daß diese Natur alles umschließt, was wir erkennen können, weil sie die Vereinigung aller Wesen ist, die fähig sind, auf uns einzuwirken, und die uns daher interessiren können. Sagen wir, daß es diese Natur ist, die alles bewirkt, daß das, was sie nicht bewirkt, unmöglich ist, daß das, was außer ihr ist, nicht existirt und nicht existiren kann.... Wenn wir nicht zu den letzten Ursachen vordringen können (hören Sie, werther Genosse Schmidt, hören Sie!), so begnügen wir uns mit den näherliegenden Ursachen und den Wirkungen, welche die Erfahrung uns zeigt; sammeln wir zuverlässige und bekannte Thatsachen, sie werden genügen, damit wir das beurtheilen können, was wir nicht kennen; begnügen wir uns mit dem schwachen Schimmer der Wahrheit, den unsere Sinne uns vermitteln (das heißt: verlassen wir niemals den Boden der Erfahrung, Genosse Schmidt!).“ [2]

Das ganze „Système de la Nature“ ist nur die Entwicklung der vorstehenden These, und auf dieser These beruht der Materialismus des Verfassers oder richtiger der Verfasser dieses berühmten Werkes.

Lassen wir unserem Genossen Schmidt noch einen anderen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts hören, es wird ihm dienlich sein.

„Der Mensch ist das Werk der Natur, er ist in der Natur; er ist ihren Gesetzen unterworfen; er kann sich nicht von ihr frei machen; er kann nicht einmal durch den Gedanken aus ihr heraustreten.... Für ein Wesen, das durch die Natur gebildet ist, giebt es nichts jenseits des großen All, von dem es ein Theil ist.... Die Wesen, von denen man annimmt, daß sie über der Natur stehen oder sich von ihr unterscheiden, sind Chimären, von denen wir uns keine wirklichen Vorstellungen bilden können.“ [3]

[1] „Système de la Nature“ Bd. I, S. 38.

[2] „Système de la Nature“, Bd. II, S. 161 und 162.

[3] „Le vrai sens du Système de la Nature“, Kapitel I und Vorwort in dem „Recueil nécessaire“, Leipzig 1765.

„Da der Mensch zu seinem Unglück die Grenzen seiner Sphäre überschreiten wollte, so versuchte er sich über die sichtbare Welt hinauszuschwingen (die Erscheinungswelt, Genosse Schmidt!). Er vernachlässigte die Erfahrung, um sich von Vermuthungen zu nähren.“

Was denken Sie davon, Genosse Schmidt? Es scheint, daß unser alter Meister Engels Recht hatte. Es scheint, daß der Materialismus nichts Anderes ist als eine Lehre, welche die Natur durch die natürlichen Kräfte erklären will und welche diese Natur gegenüber dem Geiste als das Ursprüngliche betrachtet. Und thatsächlich hat Engels vollständig Recht, seine Definition des Materialismus kann als allgemeine Regel nicht genauer sein.

Ich sage: als allgemeine Regel, weil es Ausnahmen giebt, welche übrigens nur die Regel bestätigen. So lassen z. B. die englischen Materialisten die Existenz Gottes zu. Priestley glaubt an die allgemeine Auferstehung und spricht mit bewunderungswürdigem Ernste von dem „Beweis eines zukünftigen Lebens“. Aber in all diesem hören die englischen Materialisten auf, Materialisten zu sein. Ihr Materialismus überschreitet nicht die Grenzen der Frage nach dem Verhältniß zwischen Seele und Körper. Was diese Frage anbelangt, so sind ihre Ansichten sehr klar. „Was ich mein Ich (myself) nenne, ist nur ein organisirtes System der Materie“, sagt Priestley,[1] und er fügt hinzu, daß die Annahme einer immateriellen Seele absolut unhaltbar ist: „Aus demselben Grunde, der für den Menschen die Existenz einer Seele voraussetzen ließ, müßte auch jede besondere Substanz, der irgend welche Kräfte oder Eigenschaften zugeschrieben werden, eine besondere Seele haben.“[2] „Le vrai sens de Système de la Nature“, den ich weiter oben zitirt habe, wird Helvetius zugeschrieben. Besitzt Genosse Konrad Schmidt eine ganz klare Vorstellung vom Materialismus dieses Mannes? Ich will ihm eine Probe davon geben.

Während Genosse Schmidt die Existenz der materiellen Welt außerhalb unseres Bewußtseins nicht bezweifelt, war die Existenz dieser Welt für Helvetius nur eine Wahrscheinlichkeit, „eine Wahrscheinlichkeit, die ohne Zweifel sehr groß ist, und die in ihren Folgen der Gewißheit gleichkommt, aber die dennoch nur eine Wahrscheinlichkeit ist.“[3]

Es ist so erstaunlich, daß man es nicht für möglich halten sollte: Genosse Schmidt steht in der Rolle eines „Dogmatikers“ einem französischen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts gegenüber! Man spreche mir nach dieser Erfahrung noch vom Fortschritt!

Genosse Schmidt wird nun wohl einsehen, daß er selbst im Unrecht befindlich ist und nicht Friedrich Engels, den er verbessern wollte.

Der verstorbene Huxley, der berühmte englische Biologe, hat in einem seiner Artikel gesagt, daß die moderne Physiologie geradenwegs zum Materialismus führt, insofern man diesen Namen auf die Lehre anwenden kann, welche bekennt, daß wir keine denkende Substanz außerhalb der mit der Ausdehnung begabten Substanz kennen können, und daß das Denken ebenso wie die Bewegung eine Funktion der Materie ist. Huxley hat nur in einer Beziehung Unrecht: er täuschte sich mit der Annahme, daß der Materialismus je etwas Anderes habe bedeuten wollen. Die französischen Materialisten verstanden es, aus dieser Lehre alle ihre logischen Konsequenzen zu ziehen; die englischen Materialisten waren weniger kühn, aber den Einen wie den Anderen war diese Lehre eigen.

[1] L. c., S. 76.

[2] Ibid., S. 123.

[3] „Oeuvres complètes d'Helvetius“, Paris 1828, Bd. 1, S. 5—6, Anmerkung.

Zum Schlusse fasse ich die vorstehenden Darlegungen zusammen.

Genosse Konrad Schmidt hat

1. Kant sehr schlecht verstanden, den gegen Marx und Engels zu vertheidigen er sich vorgenommen hatte;

2. Marx und Engels nicht weniger schlecht verstanden, welche er im Namen Kants bekämpfen wollte;

3. eine durch und durch irrthümliche Auffassung vom Materialismus im Allgemeinen an den Tag gelegt.

Das ist der Irrungen und Wirrungen mehr als genug, so daß man unwillkürlich fragt: Welcher böse Geist hat Konrad Schmidt getrieben, sich über Dinge zu verbreiten, die offenbar für ihn, wenn auch nicht unerkennbar, so doch unbekannt geblieben sind? Die Frage hat ein tieferes Interesse. Um sie zu beantworten, muß man heranziehen, was Tarde als „die Gesetze der Nachahmung" bezeichnet hat.

In unseren Tagen halten die wissenschaftlichen Vertreter der herrschenden Klassen an der Kantschen Philosophie fest und verurtheilen den Materialismus, ehe sie sich überhaupt gefragt haben, was der Materialismus eigentlich ist.

Genosse Konrad Schmidt ist ihrem Beispiel gefolgt und hat den Materialismus von Marx und Engels verurtheilt.

Er hat dabei vergessen, daß den wissenschaftlichen Vertretern des Proletariats nicht geziemt, was für die wissenschaftlichen Vertreter der Bourgeoisie sich schickt.

Die Abneigung der Bourgeoisie gegen den Materialismus und ihre Vorliebe für die Kantsche Lehre sind nicht erstaunlich. Die Bourgeoisie hofft in Kants Philosophie das „Opium" zu finden, durch das sie das Proletariat einschläfern möchte, das immer „begehrlicher" und unlenksamer wird. Der Neo-Kantianismus ist für die herrschende Klasse gerade deswegen in die Mode gekommen, weil er ihr eine geistige Waffe im Kampfe ums Dasein liefert.

Es ist eine bekannte Thatsache, daß die unterdrückte Klasse oft die unterdrückende Klasse nachahmt. Aber wann tritt diese Nachahmung ein? Wenn die unterdrückte Klasse noch nicht revoltirt oder schon nicht mehr revoltirt. Diese Nachahmung ist bezeichnend für den Mangel an revolutionärem Gefühl auf Seiten der unterdrückten Klasse. Deshalb ist auch das Zurückgehen auf Kant, das sich manche Genossen angelegen sein ließen, ein schlimmes Zeichen. Es ist ein Ausdruck jenes opportunistischen Geistes, der leider in unseren Reihen große Fortschritte macht.

Der Umstand verdient die Aufmerksamkeit Aller, denen unsere Sache am Herzen liegt, daß Genosse Bernstein für den Neo-Kantianismus eine Schwäche gerade in dem Augenblick empfunden hat, wo er, um das zu bekämpfen, was er die revolutionäre Phrase zu benennen geruht, damit anfing, die opportunistische Phraseologie in ausgiebigem Maße zu gebrauchen und zu mißbrauchen.

Ich habe mich mit Genossen Konrad Schmidt noch nicht über die Dialektik unterhalten. Wir haben einander darüber sehr interessante Dinge zu sagen. Doch das soll ein anderes Mal geschehen. Für heute sage ich ihm: Auf Wiedersehen! „Ich salutire den gelehrten Herrn!"

Die erwerbsmäßige Kinderarbeit und die Schule.

Eine sozialpädagogische Studie von **Karl Strunz.**

Der Berliner „Vorwärts" schrieb anläßlich der deutschen Lehrerversammlung Pfingsten ds. Js. in Breslau: „Die deutschen Lehrer sind am 31. Mai zu ihrer fünfzigsten Jahresversammlung zusammengetreten. Die erste wurde im September des Revolutionsjahrs abgehalten." Er fährt dann nach einigen nicht ganz zutreffenden Bemerkungen, die den Unterschied im Standpunkt der Arbeiterschaft in ihrer Stellung zur Schule zu dem der Lehrer kennzeichnen sollen, so fort: „Was die Lehrerversammlung dagegen über den Schutz der Jugend vor der Ausbeutung ihrer Arbeitskraft beschloß, verdient die allgemeinste Beachtung." So ähnlich drückt sich die Breslauer „Volkswacht" aus, die entschuldigend bemerkt, daß ihr beschränkter Raum, der durch die vor der Thür stehenden Reichstagswahlen in Anspruch genommen wurde, es verhindert habe, „den hochwichtigen Berathungen der deutschen Volksbildner die gebührende Aufmerksamkeit zu gewähren". Es heißt dort wörtlich: „Wir geben heute jedoch die ganz besonders für unsere Leser interessanten und lehrreichen Ausführungen wieder, die am Dienstag in der Hauptversammlung der Referent gegeben hat über die hochwichtige Frage:

„In welcher Richtung und in welchem Umfang wird die Jugenderziehung durch gewerbliche und landwirthschaftliche Kinderarbeit geschädigt?"

Die „Neue Zeit" hat mehrfach auf die eben berührte Frage in längeren oder kürzeren Ausführungen hingewiesen, und auf dem internationalen Kongreß für Arbeiterschutz in Zürich wurde im vorigen Jahre über Schutzbestimmungen für Kinder und junge Leute eingehend berathen. Daß in diesen Verhandlungen mehr die wirthschaftlichen und sozialpolitischen Momente im Vordergrund standen, ist ganz natürlich, immerhin wurde auch die Schulfrage, allerdings vorwiegend im Sinne einer anderen Organisation der Schule, stark gestreift, denn sie ist von der der Kinderarbeit gar nicht zu trennen. Gerade die Schulfrage dürfte es ihrer Wichtigkeit wegen verdienen, einmal bei Besprechung der Erwerbsthätigkeit der Kinder besonders beleuchtet, und zwar vom pädagogischen Standpunkt aus beleuchtet zu werden.

Um die weitesten Kreise der Lehrerschaft (der deutsche Lehrerverein zählt circa 86000 Mitglieder) für eine die Schule überaus eng berührende sozialpädagogische Frage durch eigene Mitarbeit intensiv zu interessiren, hatte die Vereinsleitung, d. i. der geschäftsführende Ausschuß in Berlin, einen umfangreichen Fragebogen mit beigegebenen „Erläuterungen" durch die pädagogische Presse den Mitgliedern, namentlich aber den Vorständen der Zweigvereine mit der Bitte zugehen lassen, an der Hand des Fragebogens und unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse Aufnahmen in den Schulklassen zu veranstalten und die so gewonnenen Beobachtungen und ziffernmäßigen Nachweise dann des Weiteren als Grundlage für Besprechungen in den Unterverbänden zu benutzen. Das gesammelte Material sollte dann später dazu verwendet werden, das durch die Berufszählung vom 14. Juni 1895, die Berichte der Fabrikinspektoren und die Darlegungen in der Presse in den Umrissen bereits gezeichnete Bild von der erwerbsmäßigen Kinderarbeit schärfer hervortreten zu lassen, so daß es von der bisher ziemlich unbeeinflußt gebliebenen öffentlichen Meinung nicht mehr übersehen werden könnte. Sofern ein hinreichend zahlreiches und beweiskräftiges Material zusammengebracht würde, wollte der Verein nicht verfehlen, auf seiner Hauptversammlung in Breslau damit vor die Oeffentlichkeit zu treten und Forderungen nach Abhilfe zu stellen.

Die planmäßig eingeleitete Arbeit hat — vorausgesetzt, daß man für die kurze Spanne Zeit von anderthalb Jahren die Forderungen nicht zu hoch schraubt — bereits gute Früchte getragen. Die Erkenntniß ist in Lehrerkreisen in Zunahme begriffen, auch dort, wo man bisher der Beeinflussung der Schule durch die häuslichen Verhältnisse, insbesondere durch die Erwerbsthätigkeit der Kinder, keine rechte

Aufmerksamkeit schenkte, daß die Schularbeit nachtheilig beeinflußt wird nicht nur durch überfüllte Klassen, durch unbrauchbare oder mangelnde Anschauungs- und Lehrmittel, durch vorzeitige Dispensationen und ausgedehnte Beurlaubungen und wie die rein äußeren Hemmnisse noch heißen mögen, sondern daß die Schule in der erwerbsmäßigen Kinderarbeit eine Quelle von Hemmnissen zu erblicken hat, wie sie ergiebiger im nachtheiligen Sinne kaum gedacht werden kann.

Während der um die wissenschaftliche Weiterbildung der Pädagogik bemühte Schulmann in Beziehung auf Auswahl und Ausgestaltung des Lehrstoffs, bei Ausbau und Begründung des Lehrplans, bei Fragen, die die Organisation der Schule betreffen und dergleichen, immer wieder auf die sozialen und wirthschaftlichen Probleme der Gegenwart stößt, wird das Gros der Lehrerschaft weniger durch theoretische Erwägungen und Abstraktionen zur Beschäftigung mit sozialen Dingen genöthigt, als vielmehr durch die rein beruflichen Interessen der Alltagsarbeit. Je länger je mehr wird der Erfolg der täglichen Berufsarbeit durch sich immer intensiver geltend machende Hindernisse in Frage gestellt. Sind die letzteren einmal erst in ihrem Zusammenhang mit den wirthschaftlichen und sozialen Verhältnissen der Gegenwart erkannt, dann werden sie ihrerseits von selbst durch ihre unmittelbar wahrzunehmende Häufigkeit der Anstoß zu weiterem und vertieftem Nachdenken.

Dieser in ihrer Wirkung, sagen wir subjektiven Seite der Vereinsarbeit, für deren Umfang und Vertiefung ein ziffernmäßiger Nachweis nicht erbracht werden kann, stehen die mehr objektiven Ergebnisse zur Seite, die uns im Folgenden beschäftigen sollen. Sie sind geeignet, auf nachstehende Fragen mehr oder weniger ausführliche Antworten zu geben:

1. Wie groß ist die Zahl der erwerbsthätigen Kinder?
2. Welches sind die Schädigungen, denen die Kinder bei der Erwerbsarbeit vornehmlich ausgesetzt sind?
3. Wie leidet hierunter die Erziehung der erwerbsthätigen Kinder und unter diesen Verhältnissen gleichzeitig die Erziehung sämmtlicher Schüler?

Im Anschluß hieran müßten wir uns die Frage vorlegen, welches die Ursachen für die erwerbsmäßige Kinderarbeit sind und welche Abhilfe die Schule fordern muß oder welchen Schutz der Kinder die Schule als dringend erachtet, um der Erziehungsaufgabe fernerhin wenigstens in den allerbescheidensten Grenzen gerecht werden zu können.

1. Wie groß ist die Zahl der erwerbsthätigen Kinder?

Ehe wir die Antwort auf diese Frage suchen, sei vorerst festgestellt, was der deutsche Lehrerverein als „erwerbsmäßige Kinderarbeit" angesehen wissen wollte. In den Erläuterungen, die der geschäftsführende Ausschuß dem Fragebogen beigegeben hatte („Pädag. Ztg." 1897, Nr. 16) heißt es: Als Erwerbsarbeit sind anzusehen:

1. Arbeiten, welche bei einem fremden Arbeitgeber gegen Lohn (Geld, Kleidung, Nahrung 2c.) ausgeführt werden;
2. Arbeiten im elterlichen Hause,
   a) welche für fremde Rechnung ausgeführt werden,
   b) durch welche Gegenstände für den Verkauf gewerbsmäßig hergestellt werden,
   c) für welche wegen ihrer langen Dauer oder ihrer Schwere und dergleichen unter ordnungsmäßigen Verhältnissen eine besondere Hilfskraft nothwendig wäre.

Nicht zu berücksichtigen sind gelegentliche Mithilfe bei der Erwerbsarbeit der Eltern, sowie Arbeiten, die lediglich dem elterlichen Haushalt dienen, wie Besorgung von hauswirthschaftlichen Pflichten 2c.

Soweit die Erläuterungen. Es handelt sich also, kurz ausgedrückt, um allerlei Arbeiten gegen Lohn in Gewerbe, Handel und Hausindustrie, gleichgiltig, ob bei fremdem Arbeitgeber ausgeführt oder nicht, und um landwirthschaftliche Verrichtungen in demselben Sinne.

Mit großer Rührigkeit sind die Lehrer in allen Theilen Deutschlands freiwillig an die Arbeit gegangen, natürlich sind sie dabei nicht so ganz unbehelligt geblieben. Das Unternehmerthum witterte Schlimmes und wußte das Mißtrauen der Schulbehörden zu erregen, so daß vieler Orten die bereits begonnene Arbeit wieder zum Stillstand gebracht wurde. Im Königreich Sachsen war eine Aufnahme überhaupt unmöglich, da die Schulbehörden, wahrscheinlich im Auftrag des Kultusministeriums, schon vorher Erhebungen ohne staatlichen Auftrag ganz allgemein verboten hatten.

Das Bekanntwerden der Absicht der Reichsregierung, eine Aufnahme über Kinderarbeit durchs ganze Reich zu veranstalten, gab den der Sache ohnehin nicht günstig gesinnten Lokal- und Landesbehörden vielfach willkommene Gelegenheit, auf die Lehrer direkt oder unter der Hand in dem Sinne einzuwirken, der der Absicht der Vereinsleitung entgegengesetzt war.

Diesen und ähnlichen Hindernissen zum Trotz ist aber doch ein Thatsachenmaterial von solchem Umfang zusammengetragen worden, daß die erzürnten, ausbeutungslustigen Agrarier, Industriellen und Gewerbetreibenden sich ganz vergeblich bemühen, ihm jede allgemeinere Bedeutung abzusprechen. Da ich nur sehr wenig von dem gesammelten Material an dieser Stelle vor die Oeffentlichkeit bringen kann, so verweise ich zur Ergänzung des hier Gebotenen auf zwei Arbeiten von Konrad Agahd, von denen namentlich die letztere eine Fülle von Thatsachen bietet, indem sie die bis zur Lehrerversammlung bekannt gewordenen Erhebungen fast vollständig verzeichnet. Es sind dies die beiden Abhandlungen:

1. Die Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder. Sammlung pädagogischer Vorträge von Meyer-Markau, Heft 9 und 10.

2. Die Erwerbsthätigkeit schulpflichtiger Kinder im Deutschen Reiche. Brauns Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Band XII, Heft 3 und 4.

Die Erhebungen durch die Lehrerschaft erstrecken sich, wie schon gesagt, auf alle Theile des Reiches. Noch wichtiger ist, daß Gebiete der verschiedensten Beschäftigungsarten vertreten sind. Neben Aufnahmen, die sich auf weite Gebiete beziehen, in denen die *Landwirthschaft* vorherrscht, wie Pommern, Ostpreußen, Westpreußen, stehen diejenigen aus dem *industriereichen* Thüringen und Sachsen (Leipzig, Halle, Gera, Schmölln, Mühlhausen, Apolda, Hohenstein-Ernstthal). Die *großstädtischen* Verhältnisse spiegeln sich wieder in den Zahlen von Hamburg und Berlin mit Charlottenburg, während die Zustände von *Provinzialstädten* mittleren und größeren Umfangs durch Untersuchungen in Brandenburg, Liegnitz, Stettin, Hannover, Hanau, Aachen u. s. w. beleuchtet werden. Landwirthschaft, Gewerbe und Hausindustrie sind gleichermaßen vertreten, so daß man sagen darf, es ist ohne vorherige Auswahl oder Verabredung ein *Stichproben*material beschafft worden, dessen allgemeine Bedeutung auch die böswilligste Kritik nicht aus der Welt lügen kann.

In *Städten* und *solchen Orten*, in denen es sich mehr um Kinderarbeit in *Gewerbe* und *Hausindustrie* im Gegensatz zur Landwirthschaft handelt, sind 233500 Volksschüler befragt worden; von diesen waren circa 30500 erwerbsthätig; das sind 13 Prozent. Nehmen wir Berlin nach der *amtlichen Statistik* vom 28. Februar cr. mit 25394 erwerbsthätigen Kindern von circa 195000 Gemeindeschülern hinzu, so erhalten wir 428500 Kinder, von denen annähernd 56000 um Brot und Lohn arbeiten müssen. Daß sich der Prozentsatz durch Hinzuzählen der Berliner Erwerbsthätigen nicht erhöht, sondern genau wie vorher 13 Prozent bleibt, hat seinen Grund in der Einseitigkeit und Unzulänglichkeit der amtlichen Statistik, aber nicht in den wirklichen Verhältnissen. Die Thätigkeit im Gesindedienst blieb bekanntlich bei der Zählung außer Ansatz, so daß Kindermädchen, Mädchen für häusliche Dienstleistungen, Aufwartemädchen und dergleichen nicht mitgezählt wurden. Die Folge davon war, daß die Knaben 18 Prozent, die Mädchen aber nur 8 Prozent Erwerbsthätige in Berlin aufweisen, was den Prozentsatz für alle Schüler (Knaben und Mädchen) dann in ungerechtfertigter Weise herabdrückt.

Die Erhebungen, die sich mehr auf landwirthschaftliche Thätigkeiten erstrecken — es hat sich bei der Zusammenstellung jedoch gezeigt, daß ländliche und gewerbliche Beschäftigungen oft eng verbunden und daher schwer, oft gar nicht zu trennen waren, wie in Ostpreußen, Westpreußen, Posen, Pommern und Nassau —, beziehen sich auf 35573 Kinder mit 9246 erwerbsthätigen. Das sind 25 Prozent der gezählten Schüler oder ein Viertel der unter Erhebung gestellten ländlichen schulpflichtigen Jugend überhaupt.

Rechnen wir zu den genannten Zahlen die Ergebnisse solcher Aufnahmen, bei denen eine Scheidung zwischen gewerblicher und landwirthschaftlicher Thätigkeit nicht möglich war und die daher in obigen Daten nicht mit einbezogen werden konnten, so ergiebt sich folgendes Endresultat: Untersucht wurden die Arbeitsverhältnisse von 646173 Kindern, von diesen waren 83500 in größerem oder geringerem Grade erwerbsthätig, das sind reichlich 12,9 Prozent der durch die Statistik erfaßten Volksschüler.

Die Prozentsätze sind natürlich in den einzelnen Gegenden und Orten bedeutenden Schwankungen unterworfen. Während Stettin nach älteren Angaben mit 4,9 Prozent am günstigsten steht, zeigt Charlottenburg 8,9, Rixdorf 18, Hamburg 20 Prozent. Auf dem Lande erhalten wir, wie schon gesagt, einen Durchschnitt von 25 Prozent, während in Altenburg 33,6 und in Schmölln i. Th. 40 Prozent gezählt wurden. Das größte Dorf Schlesiens, Langenbielau, mit einer ungemein zahlreichen Weberbevölkerung weist 53,5 Prozent erwerbsthätige Schulkinder nach und wird nur noch von dem bekannten sächsischen Weberort Hohenstein-Ernstthal mit der ungeheuerlichen Zahl von 60 Prozent übertroffen.

Das Ergebniß ist kein erfreuliches. Es besagt, daß **in den Städten die Zahl der erwerbsmäßig beschäftigten Kinder meist sehr hoch ist, daß sie aber von der Zahl, die die ländliche schulpflichtige Jugend zum Heere der Erwerbsthätigen im Durchschnitt stellt, fast um denselben Betrag übertroffen wird und daß endlich in Industrieorten und in Gegenden mit ausgedehnter hausindustrieller Bevölkerung die Ausbeutung der jugendlichsten Arbeitskräfte schier keine Grenzen kennt, so daß hier die höchsten Prozentsätze zu verzeichnen sind.**

Die Berufszählung vom 14. Juni 1895 ermittelte 214954 erwerbsthätige Kinder unter vierzehn Jahren und zwar 130285 Knaben und 84669 Mädchen als im „Hauptberuf" beschäftigt; 40499 von diesen Kindern hatten sogar das zwölfte Lebensjahr noch nicht überschritten. Diese Zahlen sind zwar nicht niedrig, aber die bestehenden Verhältnisse bringen sie auch nicht einmal annähernd zur Anschauung. Sie bezeichnen nur einen unbedeutenden Bruchtheil der wirklich in Lohnarbeit frohndenden Kinder, das muß sogar der amtliche Bericht zugestehen, der ihnen in richtiger Würdigung ihres Werthes nur „die Bedeutung von Minimalzahlen" zumißt.

Die vorhin kurz gekennzeichneten Resultate unserer Beobachtungen und statistischen Untersuchungen berechtigen mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit zu dem Schlusse, daß jedes achte Kind im großen deutschen Vaterland bereits während des schulpflichtigen Alters zur drückendsten Erwerbsarbeit herangezogen wird. Uebertragen wir die gewonnenen Prozentsätze auf die gesammte schulpflichtige Jugend des Deutschen Reiches, so ergiebt sich die exorbitant hohe Zahl von einer Million erwerbsthätiger Kinder. Das ist eine Zahl, die jeden denkenden Menschen mit großer Besorgniß um die gesunde Entwicklung der heranwachsenden Generation erfüllen muß. Eine Million Kinder werden vor Beendigung ihrer doch keineswegs reichlich bemessenen Zeit zur Ausbildung bereits in die Tretmühle der Erwerbsarbeit gezwungen, werden im unreifen Zustand, bevor sie sich körperlich und geistig auch nur erst halbwegs hinreichend entwickelt haben, zu Sklaven der Lohnarbeit und des Geldverdienens gemacht! Und das alles in einer Zeit des technischen Fortschritts und bei der Verwendung mechanischer Arbeitskräfte auf allen Gebieten der Produktion und inmitten eines schwellenden, sich stets mehrenden Reichthums.

Trotz vervollkommneter Technik oder richtiger noch in Folge derselben müssen **Unmündige** ihre geringe Kraft daransetzen; dort ins Riesenhafte gesteigerter Reich-

thum und hier Kinder, die ums Brot ringen; dort Hunderttausende von Erwachsenen mit arbeitskräftigen Gliedern nach den Listen der Arbeitslosenstatistik,[1] und hier die Schwächsten unter den Schwachen, die der Erziehung und Pflege bedürftigen Kinder als Brotverdiener und öfter als Stützen der Familie — schärfer kann das Widersinnige im Wirthschaftssystem des Kapitalismus kaum in die Erscheinung treten.

Ein für die Erziehung günstiger Boden wird durch die erwerbsmäßige Kinderarbeit nicht bereitet, das ergiebt sich schon aus der Widersinnigkeit der allgemeinen Lage und der großen Zahl der beschäftigten Kinder, das wird aber noch deutlicher hervortreten, wenn wir uns die schädlichen Wirkungen und nachtheiligen Einflüsse vergegenwärtigen, denen die erwerbsthätigen Kinder mit zwingender Nothwendigkeit ausgesetzt sind. Darum fragen wir:

2. Welches sind die Schädigungen, denen die Kinder bei der Erwerbsarbeit vornehmlich ausgesetzt sind?

Durch vielfache Beobachtungen, die seitens der Lehrer niedergelegt sind in den Erhebungen, und die zum Ausdruck gebracht wurden in den Resolutionen einer großen Zahl von Lokal-, Provinzial- und Landesvereinen, und die ihre unzweideutige Bestätigung erhielten durch die fast einstimmige Annahme der weiter unten mitgetheilten Beschlüsse der Deutschen Lehrerversammlung in Breslau, ist als erwiesen anzusehen, daß die Kinder Schaden erleiden an Körper und Geist, so daß ihre Gesundheit untergraben und ihre geistige und sittliche Entwicklung in hohem Maße gefährdet erscheint.

a) Gefahren für die Gesundheit.

Auf Grund der Erfahrung und der Gesundheitslehre bezeichnet man allgemein als Voraussetzung für eine naturgemäße körperliche Entwicklung die Gewährung von ausreichender Nahrung in regelmäßiger Folge, Aufenthalt der Kinder in frischer Luft bei frohem Spiel, Vermeidung von Ueberanstrengung, Schutz gegen die Unbilden der Witterung und besonders ausreichende lange und ungestörte Nachtruhe, die nach Griesbach und dem Zeugniß anderer Hygieniker unter den Aerzten für jüngere Kinder eine Dauer von 10 bis 11, für ältere wenigstens von 8 bis 9 Stunden haben soll.

Können diese elementaren Bedingungen bei den erwerbsthätigen Kindern auch nur annähernd eingehalten werden? Nein, bei der großen Mehrzahl müssen sie aufs Gröbste verletzt werden. Dafür sprechen die Angaben über die Tageszeit, in der Kinder beschäftigt werden, über die Dauer der Beschäftigung, über das oft recht jugendliche Alter der beschäftigten Kinder, über die Schwere der Arbeit und über manches andere.

In 27 Hamburger Knabenschulen aller Stadtbezirke wurden z. B. im Herbst 1896 von 6987 Schülern 29,38 Prozent, d. h. 2053 Knaben als erwerbsthätig ermittelt.[2] Von diesen 2053 Knaben begannen ihre Arbeit:

Um 3 Uhr Morgens	31 Knaben	=	1,5 Prozent
„ 4 „ „	42 „	=	2,0 „
„ 5 „ „	116 „	=	5,6 „
„ 6 „ „	374 „	=	18,0 „

Es arbeiteten bis 9 Uhr Abends	436	=	21,2 Prozent
„ „ „ 10 „ „	183	=	8,9 „
„ „ „ 11 „ „	49	=	2,4 „
„ „ „ 12 „ „	150	=	7,3 „

Wo hier die ausreichende und ungestörte Nachtruhe von 9 bis 11 Stunden bleibt, braucht nicht erst ausgerechnet zu werden.

---

[1] 771005 am 2. Dezember 1895.

[2] Aus der Statistik der Hamburger Erziehungskommission vom Herbst 1896.

Die angeführte Statistik ist gleichzeitig sehr lehrreich bezüglich der Dauer der Arbeitszeit:

circa 4 Stunden	arbeiteten	438	Knaben	=	21,30	Prozent
„ 5 „	„	377	„	=	18,60	„
„ 6 „	„	218	„	=	10,60	„
„ 7 „	„	103	„	=	5,02	„
mehr als 7 „	„	69	„	=	3,30	„

Wann mögen wohl diese Kinder dem heiteren Spiel in frischer Luft nachgehen? Liegt hier nicht ein so furchtbares Maß von Arbeitsleistung vor, daß eine stärkere Ueberanstrengung kaum noch eintreten kann? Denn zu der mehr als siebenstündigen Erwerbsarbeit tritt die Schulzeit mit vier- bis fünfstündiger Arbeit hinzu, ganz abgesehen von der Zeit, die die Anfertigung der häuslichen Schularbeiten — die allerdings in den meisten Fällen eben nicht angefertigt werden können — noch erfordert. Das giebt für schulpflichtige Kinder einen Arbeitstag von solcher Dauer, wie ihn nur die rückständigsten Schichten der Arbeiterbevölkerung noch ohne Murren hinnehmen.

Die Hamburger Zahlen veranschaulichen nicht etwa besonders krasse Vorkommnisse, das beweist die Aufnahme aus Liegnitz, veranstaltet vom dortigen Lehrerverein im Dezember 1897. In 91 Volksschulklassen mit 5817 Schülern wurden 1220 Kinder, also 21 Prozent, als erwerbsmäßig beschäftigt gezählt.

Von diesen arbeiteten vor dem Frühunterricht 204 Kinder, nach acht Uhr Abends 171. Es waren beschäftigt täglich mehr als 3 Stunden 772 Kinder, von diesen mehr als 4 Stunden 567, von letzteren mehr als 6 Stunden 167, davon mehr als 8 Stunden 39 Kinder.

Wöchentlich mehr als 20 Stunden waren 677 Kinder beschäftigt, davon mehr als 30 Stunden 272, von diesen mehr als 40 Stunden 94; 27 Kinder gingen mehr als 50 Stunden wöchentlich ihrem Verdienst nach.

Zu dieser unverantwortlich langen Arbeitszeit werden Kinder im jugendlichsten Alter herangezogen, denn von den Erwerbsthätigen in Liegnitz waren 445, das sind 36 Prozent, nur bis zu zehn Jahre alt. Es ist ganz gleichgiltig, ob für Hamburg und Liegnitz die Statistik aus irgend einem anderen Orte, z. B. aus Rixdorf oder Hannover, Schmölln oder Gera, Halle oder Braunschweig u. s. w. gesetzt wird, wir erfahren stets dieselben Resultate. Gehen wir von der Stadt aufs Land und nehmen wir die Zahlen, die uns dort geboten werden, immer begegnen wir denselben betrübenden Verhältnissen.

Aus Pommern liegt ein zusammenfassender Bericht vor, der sich auf Mittheilungen von 58 Referenten stützt („Preußische Lehrerzeitung“ Nr. 74 bis 77 vom Jahre 1897), aus dem hervorgeht, daß dort 1382 Kinder, das sind 39,5 Prozent der erwerbsthätigen, in gesundheitlicher Beziehung gefährdet erscheinen. Daraus geht gleichzeitig hervor, wie wenig darauf zu geben ist, wenn man uns von interessirter Seite glauben machen will, daß die Beschäftigung der Kinder mit landwirthschaftlichen Arbeiten der Gesundheit so sehr zuträglich sei.

Von den 1094 beschäftigten Knaben aus der Statistik von Hannover sind 116 = 11 Prozent mit schwachem und sehr schwachem Körper, unter den 526 Mädchen gleichfalls 116 = 22 Prozent von schwacher Gesundheit.

Aus Schmölln i. Th. wird gemeldet, daß von den Mädchen 72 scheinbar oder thatsächlich krank, schwach, nervös u. s. w. waren. „Sehr blaß — sehr schwach — wenig entwickelt — oft krank und matt — sehr kränklich, fehlt deshalb wöchentlich zwei bis drei Tage — giebt die Beschäftigung auf, da sich das Kind Schaden gethan hat“ — diese und ähnliche Bemerkungen finden sich immer und immer wieder in den Erhebungen als Bemerkungen zum Gesundheitszustand der Kinder verzeichnet. Und ist denn dies ein Wunder? Man vergegenwärtige sich doch nur, was hinter den angeführten Zahlen für ein trostloses Kinderelend steckt. Die Kinder mit der langen, oft drei- bis vierstündigen Arbeitszeit vor dem Frühunterricht, das sind die Frühstücksausträger, die Milch- und Zeitungsträger, die bei jedem Wind und Wetter,

schlecht gekleidet und selbstverständlich ohne warmes Frühstück im Leibe, zur Winterszeit mit einem Bunde Hausschlüssel, einer Laterne und den resp. Beuteln ausgerüstet, ganz Unglaubliches im Treppensteigen leisten müssen. Die Nachtgeister, die längst nach Thoresschluß erst, oft nicht ganz nüchtern, der elterlichen Behausung übermüdet und matt zuwandern, das sind die Kegeljungen, die Straßenhändler (Knaben und Mädchen) mit Blumen, Streichhölzern u. s. w. Die Kinder mit der langen Arbeitszeit, das sind außer den Genannten die Wagenaufseher (Rollmöpse), die Botengänger für Geschäfte und vor Allem die bedauernswerthen Heimarbeiter beim Spulen, Weben, Tücherknüpfen, beim Tabakabrippen und Zigarrenwickeln, beim Sortiren von Nadeln und Aufnähen von Knöpfen, beim Schnitzen und Bemalen kleiner Spielsachen.

Die 1382 gesundheitlich Gefährdeten aus der pommerschen Statistik, das sind die Hütejungen, die jugendlichen Arbeiter auf den Rüben- und Kartoffelfeldern, bei der Torfgräberei und bei der unmenschlich schweren Arbeit in Ziegeleien. Es ist kaum eine Erwerbsgelegenheit auszudenken, in der Kinder nicht beschäftigt würden, die schwersten und ekelhaftesten, die langweiligsten und geistig abstumpfendsten Arbeiten werden Kindern zugemuthet. Es wird geradezu Raubbau getrieben an der kommenden Generation.

Man muß die menschliche Natur am Kinde bewundern, die solche Mißhandlungen hinnimmt, lange Zeit erträgt, ohne zu erliegen. Der Zusammenbruch, der übrigens ganz wörtlich genommen nicht gar so selten beobachtet wird, ist freilich auch das Ende der Tragödie, das Ende eines Lebens ohne Freude, ohne Lust, die Vernichtung einer Menschenknospe, die nie geblüht hat. Schäden in gesundheitlicher Beziehung sind längst vorhanden vor dem Zusammenbruch, das bestätigt jeder Arzt, der sich einmal mit diesen Verhältnissen eingehender befaßt hat. Ich erinnere hier nur an die Untersuchungen von Axel Key und an die des Berner Arztes Dr. Gehrig, von denen der Erstere wörtlich sagt: „Eine besondere Krankheitsform braucht sich noch nicht innerhalb der Entwicklungsjahre zu zeigen. Viele während dieser Periode gegründete Krankheitsanlagen gelangen erst weit später zur Entwicklung.“ Der Letztere führt in seinem Vortrag „Schutzbestimmungen für Kinder und junge Leute“ auf dem internationalen Kongreß für Arbeiterschutz in Zürich 1897 besonders die schädlichen Wirkungen der Uebermüdung mit dem Heere von Krankheitsformen deutlich vor Augen, die meist erst in viel späterer Zeit sowohl an Körper wie an Geist in die Erscheinung treten.

Wir haben Vereine zur Bekämpfung der Thierquälerei und in ihnen namhafte Vertreter, die diesen Sport in gutem Sinne mit einer Zähigkeit und einer Aufopferung betreiben, die entschieden Anerkennung verdient. Noch nothwendiger wäre ein Verein zum Kinderschutz, der alle einsichtigen und human denkenden Männer und Frauen im weiten Vaterland umfaßte. Ob er das Uebel kurzerhand beseitigen könnte, ist freilich eine andere Frage. (Schluß folgt.)

Die 1896er Ergebnisse der oberschlesischen Montan-Industrie.

Von A. Winter.

Wohl kein zweiter Industriebezirk Deutschlands ist räumlich gegen das umliegende ländliche Gebiet so scharf abgegrenzt und, was die Art der Betriebe anlangt, so einheitlich, wie der oberschlesische; neben der Montanindustrie haben andere Industriezweige nicht aufkommen können, wenn sie nicht, wie einige Zweige der chemischen Industrie, mit der Montanindustrie in enger Verbindung stehen. Ein Ueberblick über diesen Industriebezirk ist deshalb ziemlich leicht zu gewinnen; mit verhältnißmäßig wenig Zahlen läßt sich der Stand der oberschlesischen Industrie und ihre Theilnahme an dem geschäftlichen Aufschwung der letzten Zeit darthun,

zumal da uns die vorzügliche „Statistik der oberschlesischen Berg- und Hüttenwerke"[1] die nöthigen Zahlen liefert.

Unsere Betrachtung muß sich nach zwei Seiten richten, sie hat zum Gegenstand erstens die Lage der Unternehmerschaft, zweitens die Lage der Arbeiter. Betrachten wir zunächst die erste, die glänzende Seite. Wir vergleichen in den einzelnen Zweigen der Montanindustrie die Anzahl der Arbeiter, die Produktionsmengen und die Geldwerthe der Produktion — denn die Angaben über diese drei Dinge ergeben ein genügend klares Bild — aus dem Jahre 1896 mit den gleichen Angaben für das Vorjahr (in Klammern) und fügen die prozentuale Zu- oder Abnahme hinzu (+, —). Da ergiebt sich Folgendes:

a) Steinkohlen- und Erzgruben:

Anzahl der Arbeiter	69 212	(66 348)	+ 4,3 Prozent
Produktion in Tonnen	20 629 022	(19 114 667)	+ 7,9 "
Geldwerth der Produktion in Mark	116 925 067	(104 634 015)	+ 11,7 "

b) Eisen- und Stahlindustrie:

Anzahl der Arbeiter	27 104	(23 997)	+ 13,0 Prozent
Produktion in Tonnen	1 429 438	(1 228 922)	+ 16,3 "
Geldwerth der Produktion in Mark	121 033 358	(96 909 371)	+ 24,9 "

c) Zink-, Blei- und Silberhüttenbetrieb:

1. Zinkhütten:

Anzahl der Arbeiter	8 443	(8 257)	+ 2,3 Prozent
Produktion in Tonnen	141 096	(135 116)	+ 4,4 "
Geldwerth der Produktion in Mark	42 914 817	(36 599 780)	+ 17,3 "

2. Blei- und Silberhütten:

Anzahl der Arbeiter	610	(597)	+ 2,2 Prozent
Produktion in Tonnen	22 620	(22 075)	+ 2,5 "
Geldwerth der Produktion in Mark	5 885 116	(5 274 366)	+ 11,6 "

d) Koks- und Cinderfabrikation:

Anzahl der Arbeiter	3 680	(3 361)	+ 9,5 Prozent
Produktion in Tonnen	1 268 722	(1 189 553)	+ 6,7 "
Geldwerth der Produktion in Mark	13 187 725	(12 924 156)	+ 2,0 "

e) Fabrikation von Schwefel- und schwefliger Säure:

Anzahl der Arbeiter	781	(685)	+ 14,0 Prozent
Produktion in Tonnen	39 698	(28 035)	+ 41,6 "
Werth der Produktion in Mark	1 104 392	(827 615)	+ 33,4 "

Wahrhaft glänzende Ergebnisse in allen fünf Hauptzweigen der oberschlesischen Montanindustrie! Kein einziges Minuszeichen in den achtzehn Prozentangaben! Ueberall Zunahme der Arbeiter, Zunahme der Produktionsmengen, Zunahme der Produktionswerthe. Und eine wie hohe Zunahme! Mit Ausnahme eines Industriezweiges (unter d) haben die Produktionsmengen bedeutend mehr, in einem Falle drei Mal so viel zugenommen als die Arbeiter; ebenfalls mit einziger Ausnahme des erwähnten Industriezweigs haben überall die Geldwerthe der Produktionsmengen bedeutend mehr zugenommen als die Arbeiter, und mit Ausnahme von zwei Industriezweigen (unter d und e) haben auch die Geldwerthe bedeutend mehr als die entsprechenden Produktionsmengen zugenommen, was auf einer zum Theil bedeutenden Erhöhung der Preise beruht.

Selbstverständlich ergeben sich bei der Betrachtung der einzelnen Unterabtheilungen der aufgezählten Hauptzweige der Montanindustrie stellenweise noch bedeutend höhere Zunahmeprozente.

[1] Dr. H. Voltz, Kattowitz 1897.

Die Addition der entsprechenden Zahlen aus allen fünf Produktionszweigen ergiebt ein anschauliches Gesammtbild über den Stand der oberschlesischen Montanindustrie:

Gesammtzahl der Arbeiter	109 830	(103 245)	+ 6,4 Prozent
Gesammtproduktion in Tonnen . .	23 530 596	(21 718 368)	+ 8,3 "
Gesammtproduktionswerth in Mark .	301 050 475	(257 169 303)	+ 17,6 "

Diese Zahlen sind der einfachste Ausdruck für die Vorwärtsbewegung der oberschlesischen Montanindustrie in den beiden Jahren 1895 und 1896. Auch das Gesammtresultat ist ein glänzendes. Die Produktion hat stärker zugenommen als die Zahl der Arbeiter, d. h. die Leistungen der Arbeiter sind gestiegen; die Produktionswerthe sind aber noch bedeutender gestiegen, d. h. die Preise haben sich erhöht. Die Werthzunahme übertrifft, in Prozenten ausgedrückt, die Produktionszunahme um mehr als das Einfache, die Arbeiterzunahme aber um fast das Doppelte.

Das ist die schöne Seite von der oberschlesischen Montanindustrie.

Nun die Kehrseite! Die ist weniger glänzend. Wer da erwartet hat, daß von dem angegebenen Millionensegen auch den Arbeitern wenigstens ein bescheiden Theil zugefallen ist, wird sich arg enttäuscht fühlen, wenn er die folgenden Angaben[1] gelesen hat.

Zu berücksichtigen ist hier Zweierlei: die Lohn- und die Unfallangaben; erst beide zusammen ergeben ein ziemlich klares Bild der Arbeiterlage. Wir fügen den 1896er Lohnangaben die höheren Lohnangaben früherer Jahre in Klammern bei.

Jahresdurchschnittslöhne eines Arbeiters in Mark:

a) Steinkohlen- und Erzgruben:		
männliche Arbeiter über 16 Jahren . .	781,4	
" " unter 16 " . .	208,7	(1893: 230,6)
weibliche "	248,9	
b) Eisen- und Stahlindustrie:		
männliche Arbeiter über 16 Jahren . .	813,1	
" " unter 16 " . .	321,6	(1894: 333,6)
weibliche "	302,1	(1895: 322,6)
c) Zink-, Blei- und Silberfabrikation:		
männliche Arbeiter über 16 Jahren . .	818,4	
" " unter 16 " . .	264,4	(1893: 312,0)
weibliche "	309,5	(1894: 314,4)
d) Koks- und Cinderfabrikation:		
männliche Arbeiter über 16 Jahren . .	758,3	
" " unter 16 " . .	390,2	(1895: 398,0)
weibliche "	307,2	(1893: 323,9)
e) Fabrikation von Schwefel- und schwefliger Säure:		
männliche Arbeiter über 16 Jahren . .	932,3	(1893: 985,3)
" " unter 16 " . .	205,3	(1893: 276,7)
weibliche "	317,1	(1894: 369,4)
Die gesammte Montanindustrie:		
männliche Arbeiter über 16 Jahren . .	792,6	
" " unter 16 " . .	275,2	(1894: 283,9)
weibliche "	269,9	

Nach diesen Angaben ergiebt sich, daß die Löhne der weiblichen und jugendlichen männlichen Arbeiter in fast allen Zweigen zurückgegangen sind, zurückgegangen, nicht einmal auf ihrer früheren Höhe geblieben, zurückgegangen trotz der erwähnten Zunahme der Produktion und ihres Werthes. Nur die Löhne der männlichen Ar-

[1] Sie entstammen, wie die vorigen, der Voltzschen Statistik, die als ein Produkt des oberschlesischen Berg- und Hüttenmänner-Vereins der Unternehmerschaft nahe steht.

beiter über 16 Jahren scheinen im Allgemeinen sich etwas gehoben haben, aber in einzelnen wichtigen Branchen ist auch bei ihnen ein Rückgang zu verzeichnen, was die folgenden Angaben bestätigen mögen:

in Steinkohlengruben[1]	1896: 805,0 Mark,	1891: 821,1 Mark
„ Zink- und Bleierzgruben . . .	„ 675,4 „	1892: 679,2 „
„ Hochofenbetrieben	„ 843,1 „	1892: 880,9 „
„ Zinkhütten	„ 829,5 „	1891: 841,2 „
„ Zinkblechwalzwerken	„ 825,9 „	1891: 908,0 „
„ Blei- und Silberhütten	„ 700,0 „	1894: 744,9 „
„ Schwefelsäurefabriken	„ 935,9 „	1892: 1022,9 „
„ Fabriken für schweflige Säure .	„ 896,7 „	1891: 1292,5 „

Jede Besprechung dieser Zahlen ist überflüssig; sie sprechen für sich selbst. Sie beweisen, daß es die oberschlesischen Unternehmer fertig gebracht haben, trotz des großartigen Geschäftsaufschwungs die Löhne zu kürzen. Diese Zahlen erklären übrigens die Flucht der polnischen Arbeiter aus Oberschlesien, die sich z. B. nach Westfalen in solchen Massen gewandt haben, daß sie dort bereits eine kompakte Volksmasse bilden, die auch bereits ihre polnischen Zeitungen hat und den westfälischen Industriebezirk mit der Polonisirung bedroht.

Doch weiter! Bisher hörte man oft das Wort: „In Oberschlesien sind Menschenleben billig.“ Dieses Wort müßte eigentlich ergänzt werden durch den Zusatz: „Und sie werden immer billiger.“ Die Richtigkeit dieses Zusatzes ergiebt sich aus der Betrachtung der Unfallzahlen der letzten Jahre:

	Arbeiterzahl	Unfälle		
		todt	arbeitsunfähig	
			über 13 Wochen	unter 13 Wochen
1893	101 023	123	762	5997
1994	101 098	123	929	6706
1895	101 859	146	937	7795
1896	107 858	264	1297	8496

Unerhörte Zahlen! Einer Zunahme der Arbeiter von 1893 bis 1896 um **6,8** Prozent steht eine Zunahme der Todesfälle um **114,6** Prozent (!!) gegenüber (die Unfälle mit Arbeitsunfähigkeit haben ebenfalls sehr stark, um 70,2 resp. um 41,7 Prozent zugenommen).

Immer kleiner wird der Kreis von Personen, von denen einer „daran glauben“ muß; 1893 kam noch ein Todesfall auf 821 Arbeiter, jetzt schon auf 409; arbeitsunfähig für weniger als 13 Wochen wird jährlich bereits einer von 13!

So sehen in Oberschlesien die gepriesenen „Früchte der deutschen Sozialpolitik“ aus, so der „Arbeiterschutz“ im frommen Oberschlesien, wo die Herren der Situation auf der einen Seite die größten und reichsten Agrar- und Industriemagnaten Deutschlands, auf der anderen Seite die Mitglieder eines starren Klerus sind, und wo man die Sozialdemokratie mit Stumpf und Stil auszurotten sich bemüht, es aber unterläßt, auch nur die allernothwendigsten Einrichtungen zum Schutze der Arbeiter zu schaffen, weil das die Profite schmälern könnte.

Die Hauptergebnisse der vorstehenden Betrachtungen sind diese:

1. Die Produktionsmengen und -Werthe sind bedeutend gestiegen, diese noch mehr als jene; beide mehr als die Zahl der Arbeiter. Die Unternehmerschaft hat die großen Vortheile der gegenwärtigen guten Geschäftszeit in hohem Grade genossen.

---

[1] Hier sind auch die Löhne der weiblichen Arbeiter gegen 1891 zurückgegangen; 1891: 262,0 Mark, 1896: 256,7 Mark.

2. Trotzdem ist die Lage der Arbeiter nicht besser geworden, sie ist nicht einmal dieselbe geblieben wie früher, sondern sie hat sich verschlechtert;
   a) die Löhne sind nicht nur nicht gestiegen, sondern sogar gefallen (bei gestiegenen Lebensmittelpreisen),
   b) die Todes- und Unglücksfälle haben in schreckenerregender Weise zugenommen (sie sind zurückzuführen auf den fast völligen Mangel von Schutzvorrichtungen, auf die erzwungene Ueberhastung der Arbeit, auf die zu lange Arbeitszeit und auf die mangelhafte Ernährung der Arbeiter).

Notizen.

Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten. In Nr. 48 der „Neuen Zeit" findet sich eine Notiz über Männer-, Frauen- und Kinderarbeit in den Vereinigten Staaten, die die Ergebnisse der Enquete von 1895/96 wiedergiebt. In dem letzten Absatz wird auf die Verringerung der Kinderarbeit hingewiesen, die nach der Volkszählung von 1880 bis 1890 eingetreten sein soll. Das dürfte den thatsächlichen Verhältnissen absolut nicht entsprechen.

Die Abnahme, welche diese Enquete aufweist, ist ohne Zweifel darauf zurückzuführen, daß in vielen Staaten, wie z. B. in Massachusetts, Illinois, Wisconsin 2c. Gesetze erlassen wurden, die die Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren verbieten.

Das Alter des Kindes wird seitdem mit mindestens vierzehn Jahren angegeben, wenn dasselbe auch noch nicht einmal das zwölfte Lebensjahr erreicht hat, ein Gang durch eine der Blech- oder Zuckerwaarenfabriken wird jeden Menschen von dieser Thatsache überzeugen. Das Gesetz ist ein todter Buchstabe, sollten indessen einmal Anstrengungen gemacht werden, dasselbe durchzuführen, so wird sich leicht ein Richter finden, der das Gesetz für unkonstitutionell erklären wird, wie dies immer geschieht, wenn die Ausbeuterklasse sich dadurch beeinträchtigt glaubt.

Man darf ruhig die Behauptung aufstellen, ohne befürchten zu müssen, auf ernstlichen Widerspruch zu stoßen, daß trotz Enquete die Kinderarbeit hier nicht nur nicht ab-, sondern bedeutend zugenommen hat und noch immer zunimmt.

Milwaukee. E. Z.

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Fortsetzung.)

Jurij lief zum Popen und ich ging im Hause und im Hofe herum und überlegte: Soll ich ihn heirathen? Oder soll ich fliehen? Gawrissan wird mich mit Freuden zurücknehmen, denn ich bin seine rechte Hand ... aber dort ist auch der Schafhirt. Der könnte ein häßliches Wort sagen ... man müßte sich schämen ... vor Scham in die Erde versinken ... o, besser schon bleiben!

Und warum auch nicht bleiben?

War ich denn aus eigenem Antrieb hieher gekommen? So hatten es doch die Sudjilnetzi haben wollen! Außerdem war es ja hier gar nicht schlecht. Da war ein Haus, Geld, eine Kuh ... das war da ... während es ein Märchenland nirgends gab!

So überlegte ich mir und blieb.

Zur Hochzeit bereitete ich alles schön vor — Fleisch, einen Hammel, Kolatschen und Schnaps —, alles was nöthig war, und ging zur Trauung. Ich ging zur Trauung, wie bis zu den Knieen in der Erde. Warum? weiß ich bis heute nicht.

Als wir von der Trauung zurückkehrten, fanden wir die Töpfe — leer! Die Gesellschaft hatte alles aufgegessen, die zu Hause geblieben war; oder vielleicht hatte sie es gestohlen? ... Gott weiß es. Daraufhin schürzte ich die Aermel und bereitete ein zweites Mittagsmahl und erst diesmal war alles, wie es sich gehörte. Ich verlebte mit Jurij siebzehn Jahre. Er war ein guter Mann und schlug mich niemals. Nur die letzten drei Jahre kam ich mit ihm schwer aus. Er trank und arbeitete nichts. Hatte ich die Arbeit verrichtet, so war sie verrichtet, und that ich's nicht, so blieb alles todt. Dann starb er.

Dieses Häuschen da, in dem ich jetzt lebe, haben wir uns beide erarbeitet; das andere mußten wir verkaufen — und es ist gut, daß ich es habe."

Sie verstummte und klopfte die Asche aus der Pfeife.

„Und jetzt lebt Ihr so einsam und allein, Parasko?" begann die Frau nach längerem Schweigen.

„Ja", entgegnete sie und zuckte mit den Achseln gleichgiltig.

„Und ist Euch nicht bange, immer so allein zu sein?"

„Nein, es ist mir nicht bange. Ich habe zu thun ... drinnen ... und draußen ... ich rauche und es ist mir nicht bange." Dann wiederholte sie fast spöttisch, „ach, wo ist mir denn bange!"

„Und im Winter?"

„Im Winter auch nicht. Ich gehe um's Holz, spinne und schleuße Federn. Auch habe ich Karten, aus denen ich mir wahrsage. Ich wahrsage immer Sonntag Nachmittag; dies ist der beste Tag; auch am Abend, wenn ich Zeit habe...."

„Wer lehrte Euch aus den Karten wahrsagen?"

„Ich kann es von selbst. Wenn ich allein sitze, denke ich über Verschiedenes nach. Manches sagen mir die Träume ... manches Gott ... manches errathe ich von selbst ... und es ist mir wohl dabei. Wenn nicht das Holz wäre, das mir so schwer zu erlangen ist, würde ich nicht wissen, was Noth ist. Nur das Holz zu bekommen ist schwer. Es fällt mir schwer, es zu schleppen."

Sie hatte etwas am Fuße und hinkte.

„Warum hinkt Ihr, Parasko?" fragte die Frau, welche durch das Erzählen der Huzulin immer neugieriger geworden war.

Sie zog für einen Augenblick die Stirne in Falten.

„Daran ist dieser Verfluchte schuld", sprach sie, ohne den umdüsterten Blick zu erheben.

„Wer?"

„Der Sohn der alten Malwine und meine Schwester."

„Wie so, Parasko?"

„So wie Ihr's seht!"

„Erzählt doch."

„'s ist nicht gut anzuhören."

Und dann erzählte sie es. Aus ihren jetzigen knappen Sätzen ergab es sich, daß sie mit diesem „Sohn der alten Malwine" gelebt und ihn geliebt habe, wenngleich das Wort „Liebe" über ihre Lippen nicht gekommen.

Ihre Schwester Thekla wollte den schönen, jungen Rumänen (weiß Gott, wozu sie sich hier unter die Kleinrussen gemengt!) für sich gewinnen und verschwärzte sie vor ihm mit allerlei Verdächtigungen. Sie bestrebte sich, ihm zu

gefallen, indem sie ihn so oft als möglich ins Wirthshaus lud, ihm Branntwein kaufte, Geld schenkte, ihm im Geheimen seine Wäsche zum Waschen nahm und ihn manchmal sogar zur Nacht nicht nach Hause ließ.

Es kam schließlich dazu, daß sich Beide besprachen, sie ums Leben zu bringen, um sich dann hier auf ihrem Hab und Gut breit zu machen! Er war ein armer Taglöhner und sie besaß auch kein eigenes Haus. Sie miethete eine kleine Hütte, lebte wie er von ihrer Hände Arbeit, und was sie verdiente, ging auch bald wieder in alle Winde. Er also, der alten Malwine Sohn (die alte Malwine war ein braves Weib, und die Karten, aus denen sie wahrsagt, hatte sie von ihr bekommen), besprach sich eines Tages mit Thekla, sie, Parasko, in den Tod zu schicken.

Er schickte sie in die „Teufelsmühle“, welche bei den schönen Wiesen, Schandru genannt, lag, damit sie sich erkundige, an welchen Tagen dort unentgeltlich gemahlen werde. Dann würde entweder er selber oder sie mit Mais dahin gehen und solchen mahlen lassen. Die „Teufelsmühle“ sollte sehr gut mahlen, und an manchen Tagen würde dort für Arme umsonst gemahlen. Der Weg zur Mühle war, wie es hieß, sehr beschwerlich, und der Müller nahm von ärmlichen Leuten keine Bezahlung an, damit sie nur kämen und dann auch andere beredeten, hinzugehen. Von der Stadt lag diese Mühle vier oder vielleicht auch fünf Stunden entfernt. . . .

Und sie ging. Sie ging, wie er gesagt.

Zuerst auf einem Wege, der sich zwischen schönen Wiesen und Weideplätzen so fröhlich und grün wie das Paradies zog. Später auf einem schmäleren und beschwerlicheren Wege, der sich zwischen zwei Bergreihen verlief. Hier ging sie lange, ohne eine Hütte oder ein Lebenszeichen von Menschen zu sehen, wie durch eine Wüste — bis sie endlich, endlich gekommen, wohin er gewollt!

Sie war endlich aus den Bergreihen heraus, zwischen welchen sie mutterseelenallein geschritten und keiner menschlichen Seele begegnet; ja, und als sie von dort heraus war, trat sie auch gleich in einen Wald.

Und es war kein solcher Wald, wie er die Magura oder den Rung bedeckte — fröhlich wie ein Kind und in den man auch mit geschlossenen Augen herein konnte —, der war so, als stünde er seit der Zeit, als noch die Gotteshand die Welt erschaffen. Er war alt, dicht wie ein Sieb . . . und finster . . . ach du großer Gott! Sein Rauschen überschwemmte die Luft und war so laut, daß es einen zwang, auf die Kniee zu fallen und zu beten, damit einen nichts Böses packe. Und es gab keinen Weg, der durch diesen Wald führte; nur ein Bach lief gerade aus wie eine Schnur. Dieser Bach hätte sie bis zur Mühle führen sollen; in ihm sollte sie gehen. . . .

Sie ging in diesem Wasser.

Aus dem Wasser ragten große Steine, scharf und kantig, und hinderten im Gehen, das Wasser war reißend, stellenweise vor Bosheit schäumend, seine Kälte drang bis an das Mark und brach die Füße! Trat sie jedoch aus demselben auf den Rand des Waldes, um ein paar Schritte im Trockenen zu thun und um sich zu erwärmen, mußte sie auch gleich wieder hinein. Am Waldesrand war die Erde durchfeuchtet und es wuchs daselbst so viel Gestrüpp, daß es auch den menschlichen Verstand überwucherte. Dabei war es so hoch und üppig, so dicht und kräftig, und sie war barfuß! . . .

Da lag z. B. ein Baum . . . dick wie die Hälfte ihrer Hütte, gestürzt durch weiß Gott wessen Hand. Sie wollte über ihn schreiten, er gab unter ihren Füßen nach und unter dumpfem Krachen fiel sie in ihn bis zur Brust hinein! Er war morsch! Er war uralt, hatte seine Zeit ausgelebt, fiel zur Erde und moderte langsam unberührt im Staube, unberührt auch von den Strahlen der Sonne!

Hei, hei, was war das für ein Weg! Und diesen Weg ging sie — sie mag es gar nicht sagen wie lange!

Sie trat aus diesem Walde wie aus einer kalten Nacht heraus und trat zwischen zwei hohe Felswände, welche gleichsam auf eine Menschenseele harrten, um sie sogleich zu zermalmen. So dicht standen sie einander gegenüber.

Sie und vielleicht noch so eine wie sie konnten da nebeneinander gehen, aber sonst Niemand. Und wie es da kalt war und frostig wehte . . . und warum auch nicht? Das Wasser war kalt, über dem Wasser herrschte Kühle, die Sonne wagte sich hieher auch nicht herein . . . und es kam, wie es kommen mußte.

Und warum kam dieses Unglück? . . .

Und war sie auch irre gegangen? Hatte sie einen falschen Weg eingeschlagen oder führte sie etwas Böses?

Er sagte, daß der Weg schlecht sei, sagte aber, daß er später weit besser werde, sie möge nur tüchtig vorwärts gehen, und in der Mühle würde sie schon ausruhen und übernachten. . . .

Sie mußte also gehen. Ein beschwerlicher Weg war noch kein Unglück; vor einem schlechten Wege hatte sie auch keine Furcht, nur empfand sie Angst vor . . . vor . . . so etwas, was man nicht sieht und es fühlt . . . nach welchem man sich umsieht . . . allein, was sollte sie thun? Aber es sollte schon sein, wie es sein mußte.

Sie wollte schon ans Ziel kommen, hatte keine Ruhe, um diese Mühle endlich einmal zu erblicken! Es wurde ihr so seltsam zu Muthe, so bange . . . sie begegnete Niemandem . . . nicht einmal menschliche *Spuren* waren da . . . ei, gar *menschliche* Spuren!

Sie wollte rauchen, damit ihr das Herz leichter würde, denn auch das Herz ward ihr immer schwerer, als hinge sich etwas Häßliches daran — aber sie hatte keine Pfeife. Sie war ein paarmal hingefallen und die Pfeife war ihr aus dem Gürtel herausgeflogen!

Und so ging sie, die Aermste.

Vielleicht würde die Sonne endlich doch einmal hereinleuchten, würde eine wärmere Luft hineinwehen! . . . Sie war so erfroren . . . inmitten des Sommers, am Tage, war sie bis an die Knochen erfroren. Glaubt ihr das Jemand oder nicht?

Welch ein Gespenst hatte hier eine Mühle aufgebaut? Welchen Nutzen brachte sie? Und wer würde diesen unmöglichen Weg gehen? Hier konnte man weder mit Pferden noch mit Ochsen, weder mit Wagen noch mit Schlitten durchkommen. Hier war das Ende der Welt . . . und ein Paradies für Raubvögel und Bären . . . hier hörte alles auf. . . .

Die Felswände gingen zu Ende.

Sie trat aus ihnen wie aus einem Thore heraus.

Sie trat heraus, blieb stehen und erstarrte.

Was lag vor ihr?

Vor ihr lag wieder Wald. Derselbe Wald, den sie hinter sich gelassen, dunkel, grenzenlos . . . kraftvoll wie für die Ewigkeit . . . und dabei still . . . nein, er war verzaubert . . . denn was war das für ein Rauschen, welches sich in den Lüften übereinander thürmte? Sie hatte solch ein starkes Rauschen nie vernommen, durch wie viele Wälder sie in ihrem Leben auch geschritten! Es erstickte, goß sich in die Ohren, brauste und dabei war es doch so still . . . o großer Gott, o Christus! Diese Stille lockte einem die Seele aus dem Leibe und man fühlte, wie man sie verlor. . . . Und aus dem Walde unweit vor ihr erhoben sich zwei himmelhohe spitze Felsen in die Höhe — der Rarhw![1]

[1] So heißen die höchsten Felsenspitzen des Karpathengebirges in der Bukowina.

Sie stand und starrte vor sich.

Sie sah, daß die Felsen vom Sonnenlicht vergoldet waren, daß die Sonne im Sinken war ... über dem Walde hing die Nacht und dann sah sie wieder den Wald....

Ihre Seele verdunkelte und erhellte es plötzlich, als durchzucke sie der böseste Blitz; dann fuhr es in sie wie ein Messer und mit einem Male wußte sie es: das war die Teufelsmühle! das war ihr Rauschen, welches so die Luft überschwemmte, während sie mahlte....

Sie wimmerte auf.

Er hatte sie genarrt. Er schickte sie hieher, damit sie irre gehe, damit sie sich den Kopf zerbreche, ein wildes Thier sie zerreiße, oder damit sie der Böse hole!

In ihr brauste der Zorn auf und entfesselte die Seele. Sie verlor auch fast die Besinnung. Wo war er, damit sie ihn todtschlüge? Gegen diese Felsen dort schleudere, daß er in tausend Stücke zerflöge und die Raubvögel, die umherkreisten, ihm die Augen herausnähmen? ... Damit sie ihn mit eigenen Händen todtschlüge oder zerdrücke wie eine Schlange — sie schrie auf, sich mit beiden Händen in die Haare fahrend.... Dann rannte sie gegen die erste beste Tanne und schlug mit dem Kopfe gegen dieselbe.... Sterben sollte sie! Sterben sollte sie gleich, nachdem es schon dazu gekommen war!

Dann sah sie sich um.

Und sie wußte nicht, ob sich die Welt in ihren Blicken verdunkelt hatte oder ob die Nacht herabkam.

Es kam die Nacht herab....

O Christus!

Und sie verfluchte ihn hier. Und in einer guten Stunde verfluchte sie ihn; Gott selber, oder auch der Böse legten ihr diesen Fluch auf die Lippen, denn er ereilte ihn.

Sie preßte die Hände gegen den Kopf, um nicht den Verstand zu verlieren. Oder — vielleicht hatte sie ihn schon verloren? Sie wußte und wußte doch nicht, was mit ihr vorging. Was jetzt beginnen? Sollte sie hier nächtigen oder weiter gehen? Sie wußte bereits, daß es hier keine Mühle gab und daß alles, was sie sah und hörte, die Teufelsmühle sei!

Und nächtigen oder zurückkehren war einerlei. Der Tod würde sie holen, wenn sie bliebe, und würde sie mitnehmen, wenn sie ginge. Wie war es möglich, in dieser Hölle zu nächtigen, wo die Teufel bei Tage mahlten? ... Dann stieg ihr plötzlich alles Haar zu Berge: wenn Mitternacht kommt, wird sie ohne Licht sterben! ... Ach wie ward ihr so schwer! In ihrer Brust schien sich alles Blut angesammelt zu haben vor Weh, Zorn und Angst. Um sie herum lag schwarze Dämmerung, und etwas senkte sich wie eine Wolke herab. Aus dem Walde gähnte Finsterniß — der Tod. Aber es sollte nun schon sein, wie es zu sein hatte. Es war doch immer besser, umzukehren. Wenn sie zu leben und noch Tage und Stunden vor sich hatte — würde sie alles überstehen. Bis nun zu hatte sie immer Glück gehabt, vielleicht würde es sie auch jetzt nicht verlassen. Die Füße schmerzten sie; sie zitterte vor Kälte und sollte wieder ins Wasser zurück! ...

Wenn doch wenigstens der Mond schiene ... aber wird sie zwischen den Felswänden etwas davon haben? (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 6. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Ueber Militärkrisen.

↗ Berlin, 26. Oktober 1898.

Die preußischen Landtagswahlen, die morgen mit den Urwahlen beginnen, fallen in Tage traurigster Erinnerungen. Gerade fünfzig Jahre früher erfolgte die Entscheidung, an deren verheerenden Folgen die deutsche Nation heute noch unheilbar krankt.

Freilich wollen diese historischen Erinnerungstage, wie alle ihresgleichen, nicht ohne ein Körnlein Salzes gewürdigt sein. Wer mag sich des Gedankens erwehren: Hätte die preußische Nationalversammlung im November 1848 dem gewaltsamen Angriff der Gegenrevolution den gewaltsamen Widerstand entgegengesetzt, wie es ihr Recht und ihre Pflicht war, wie ganz anders könnten heute die Dinge in Deutschland liegen, wie ganz anders könnte dann das deutsche Volk im Reigen der Kulturvölker stehen! Diese Auffassung ist logisch richtig, aber nicht eigentlich historisch. Mit Wenn und Aber läßt sich keine Geschichte machen und auch keine Geschichtsphilosophie.

Vor fünfzig Jahren erfolgte die Entscheidung in dem ganzen kahlen Sinne dieses kahlen Wortes: sie trat ein als Folge einer Entwicklung, die eben nur diese Folge haben konnte. So viel Ehr- und Schamgefühl besaßen die Helden des „passiven Widerstandes“ immerhin noch, um ganz gut zu wissen, was ihre Pflicht war; wenn sie dieser Pflicht nicht genügten, so entschuldigten sie sich mit einer höheren Pflicht, indem sie sagten: Da ein gewaltsamer Widerstand bei den weit überlegenen Machtmitteln der Regierung doch aussichtslos sei und den Triumph der Gegenrevolution nur erhöhen könne, so sei die freiwillige Abdankung der Revolution das geringere Uebel. Dagegen ist nun oft eingewandt worden, daß bei einem entschlossenen und raschen Handeln der Nationalversammlung ihr Sieg keineswegs ausgeschlossen gewesen sei und daß, selbst wenn er ausgeschlossen gewesen wäre, eine ehrenvolle Niederlage für die Zukunft der Nation ungleich mehr bedeutet haben würde, als eine feige Flucht vor dem Kampfe. Diese Einwände sind logisch durchaus zutreffend, aber historisch drehen sie sich doch nur im Kreise herum. Wäre die preußische Nationalversammlung in den Novembertagen eines entschlossenen und kräftigen Handelns fähig gewesen, so hätte noch vieles oder alles gerettet werden können, gewiß: aber die Novemberkrisis wäre

auch nie eingetreten, wenn die preußische Nationalversammlung nur ein bescheidenes Quantum politischer Energie und Klarheit besessen hätte. Kam es einmal so weit, dann war es überhaupt vorbei; der „passive Widerstand" fiel nicht aus den Wolken, sondern war der logische Schluß jener halben und zweideutigen Politik, die immer mit einem ganzen Verrath enden muß.

Wir haben hier immer von einer preußischen Nationalversammlung gesprochen, obgleich dieser Ausdruck an und für sich sinnlos ist. Mit Recht sagt Blos in seiner Geschichte der deutschen Revolution, daß es wohl eine deutsche Nationalversammlung gegeben habe, aber keine preußische; von einer „preußischen Nation" zu sprechen, sei eine Gewohnheit der preußischen Junker: „Wie würde man gelacht haben, wenn Hamburg seine konstituirende Versammlung, die doch auch eine neue Verfassung zu berathen hatte, als hamburgische Nationalversammlung bezeichnet hätte!" Das ist logisch vollkommen unanfechtbar, aber wieder nicht historisch. Das schiefe Wort spiegelte vielmehr sehr getreu die schiefe Thatsache ab. Die preußische Nationalversammlung war ein logischer Unsinn, aber ein historischer Sinn: die historische Entscheidung lag nicht in Frankfurt, sondern in Berlin, und die Täuschung über dies Mißverhältniß steht obenan unter den Illusionen, in denen die deutsche Revolution zerronnen ist. Man kann nicht genug erstaunen, wenn man in der Literatur von 1848 verfolgt, wie krampfhaft selbst gescheidte Leute in unzweifelhaft guter Absicht, beispielsweise Rodbertus, und überhaupt gerade der bessere Theil der damaligen Bourgeoisie, sich über die wirkliche Lage der Dinge täuschten, wie sie sich von dem Frankfurter Blendwerke um so starrer hypnotisiren ließen, je klarer sich auch dem kurzsichtigsten Blicke die Erkenntniß aufdrang, daß in Berlin die entscheidende Schlacht geschlagen werden mußte. Wenn morgen die preußischen Urwähler den sauren Weg an den Wahltisch des Dreiklassenwahlrechts antreten, mit dem bescheidenen Ziele, die Macht des rückständigen Junkerthums nicht etwa zu brechen, sondern etwas einzuschränken, so zeigt sich abermals, wie lange sich noch an den Kindern und Enkeln die Sünden der Väter rächen, die nicht sehen wollten, da sie doch Augen hatten zu sehen und nicht hören wollten, da sie doch Ohren hatten zu hören.

Dem kurzsichtigsten Blicke, so meinten wir, habe sich vor fünfzig Jahren je länger je mehr die Erkenntniß aufdrängen müssen, daß die Entscheidung in Berlin und nicht in Frankfurt lag, und der Himmel weiß, wie schmählich es gelogen sein würde, wenn man den damaligen Junkern nachrühmen wollte, daß sie einen in irgend welchem Sinne des Wortes weitsichtigen Blick gehabt hätten. Die ganze Politik, die sie im Jahre 1848 trieben, ließ sich in dem einen Satze zusammenfassen: da die Bourgeoisie uns nicht zu entwaffnen wagt, so wollen wir die Bourgeoisie entwaffnen. Und nichts wäre auch verkehrter, als der vor fünfzig Jahren siegenden Gegenrevolution ein Uebermaß an Energie und Entschlossenheit zuzuschreiben. Armseligere Tröpfe als die Brandenburg und Wrangel hat es auf der Welt nicht gegeben, es sei denn, daß sie an dem gegenwärtigen Generalstabsklüngel in Frankreich ihresgleichen haben.

In der That erinnert die augenblickliche Krisis in Paris in einem entscheidenden Punkte sehr lebhaft an die Berliner Novemberkrisis vor fünfzig Jahren, und zwar in der ungeheuren Gefahr, die der Militarismus als organisirtes Machtmittel für alle moderne Kultur in sich birgt. Als organisirtes Machtmittel, denn wenn sich im Allgemeinen jeder zivilisirte Mensch über den Militarismus als ein Ueberbleibsel barbarischer Zeitalter mehr oder minder klar ist, so wird doch im Allgemeinen die unmittelbare Gefahr unterschätzt, womit er in jedem Augenblick jede bürgerliche Rechtsordnung bedroht. Die Thatsache, daß hier eine furchtbare

Maschine vorhanden ist, deren Kurbel nur von irgend welchen Narren oder Verbrechern gedreht zu werden braucht, um die mühsame Kulturarbeit von Jahrzehnten niederzuschmettern, tritt freilich nicht in jedem Augenblicke sinnenfällig hervor, und eben deshalb wird sie nicht richtig gewürdigt, aber um so nothwendiger ist es, auf sie hinzuweisen, sobald sie in heftigen Krisen des Völkerlebens mit Händen zu greifen ist.

Gewiß sind es, wie im November 1848 in Berlin, so heute in Paris ökonomische Klassen, die mit einander ringen. Aber in beiden Fällen ist ein unnatürliches, das heißt den ökonomischen Machtverhältnissen nicht entsprechendes Uebergewicht auf Seiten der rückständigen Klassen, weil sie über ein rückständiges, aber furchtbares Machtmittel, nämlich über das Heer verfügen. Das Berliner Proletariat war durchaus auf dem richtigen Wege, als es im März 1848 die preußische Garde aus der Stadt jagte und die Volksbewaffnung durchsetzte. Dagegen verfiel die Berliner und überhaupt die preußische Bourgeoisie einer verhängnißvollen Verblendung, als sie sich einbildete, den Militarismus mit liebenswürdigen Schmeicheleien oder im äußersten Falle mit sanften Ermahnungen, wie dem bekannten Septemberbeschluß der Berliner Versammlung, bändigen zu können. Dazu weiß er viel zu gut, daß er ein historisch-rückständiges Lebewesen ist, das seine Nahrung aus historisch-rückständigen Klassen zieht und deshalb diesen Klassen stets hold und gewärtig sein muß, wie es in den preußischen Offizierspatenten heißt. Wird er nicht von dem bürgerlichen Rechtsstaat entwaffnet, so erdrückt er durch seine eigene Wucht den bürgerlichen Rechtsstaat, eine Thatsache, die gerade dann schlagend hervortritt, wenn so armselige Patrone, wie vor fünfzig Jahren in Berlin die Brandenburg und Wrangel oder heute in Paris die Generalstäbler die Kurbel der militärischen Maschine drehen.

Wenigstens so viel hatte die deutsche Bourgeoisie aus ihrem Schicksal in den Revolutionsjahren gelernt, daß sie ein paar Jahrzehnte lang eine sehr bestimmte Ahnung davon hatte, woran die Frage des bürgerlichen Rechtsstaats denn nun eigentlich hängt. Selbst ein so weit rechtsstehender Liberaler, wie Treitschke, führte noch in den sechziger Jahren aus, in England besitze das Parlament nur dadurch die politische Herrschaft, daß es die starke Hand über der Militärmacht des Landes halte, auf dem Kontinent sei das politische Schicksal der bürgerlichen Klassen überall in der Frage enthalten, wie sich Konstitutionalismus und Militarismus vereinigen ließen. Diese Stellung der Frage war allerdings eine echt liberale Halbheit, denn da sich Konstitutionalismus und Militarismus eben nicht vereinigen lassen, wie das englische Vorbild zeigt, so ist der Versuch, sie dennoch zu vereinigen, von vornherein mit gänzlicher Unfruchtbarkeit geschlagen; der Sieg bleibt dann immer da, wo die wirkliche Macht ist, nämlich beim Militarismus, wie wir das seit fünfzig Jahren wieder und wieder erfahren haben. Immerhin hatte die Bourgeoisie bis zu dem deutsch-französischen Kriege doch noch ein gewisses Bewußtsein des thatsächlichen Zusammenhanges; darnach ist ihr auch dies Bewußtsein entschwunden, und seitdem die Blüthe ihrer Jugend keinen höheren Ehrgeiz kennt, als ihre Frage an das Schicksal im schnarrenden Reserveleutnantstone zu stellen, treibt sie eine Aefferei, wie sie gleich grotesk sonst selten in den Klassenkämpfen der Geschichte zu finden sein mag.

Um so dringenderen Anlaß hätte sie, aus der gegenwärtigen Krisis in Frankreich ein wenig zu lernen. Welche Thorheit, wenn die liberalen Blätter sich damit brüsten, daß solche Dinge, wie sie sich gegenwärtig in Paris abspielen, in Berlin unmöglich sein würden. Diese Behauptung mag einen Schein von Wahrheit haben, wenn man den Dreyfushandel als einen isolirten Kriminalfall

betrachtet, was freilich schon aus anderen durchsichtigen Gründen im Interesse der kapitalistischen Presse liegt; im Uebrigen aber hat der deutsche Militarismus ebenso schlimme oder noch schlimmere Sünden auf dem Gewissen, und gerade die deutschen Patrioten, die der Annexion Elsaß-Lothringens so frenetisch zugejauchzt haben, sind am wenigsten zu Sittenrichtern über die Auswüchse des französischen Militarismus berufen. Stelle man sich doch einmal vor, daß im deutschen Reichstag ein Antrag eingebracht würde, er solle prinzipiell der Zivilgewalt den unbedingten Vorrang vor der Militärgewalt geben, so wird man alles Mögliche erleben, nur nicht daß der Reichstag den Antrag einstimmig annimmt, wie es die französische Kammer doch eben gethan hat.

Also bleibe man mit allen großsprecherischen Redensarten hübsch zu Hause. Jeder Freund moderner Kultur muß wünschen, daß die Krisis in Paris den entgegengesetzten Ausgang nimmt, als vor fünfzig Jahren die Krisis in Berlin nahm; sonst aber lehrt die heutige wie die damalige Krisis, daß Franzosen wie Deutsche gar keinen Anlaß haben, sich in lächerlichen Prahlhansereien zu überbieten, wohl aber den dringendsten Anlaß, die furchtbare Geißel des Militarismus zu zerbrechen.

Die politische Rolle der italienischen Bourgeoisie.

Von **Oda Olberg.**

„Errettet uns vom Schmutze, der steigt und steigt", hat Carducci vor Jahren seinen Landsleuten zugerufen. Ein Volkswirth hat diese Worte paraphrasirt: Errettet uns vom Schmutze, der sinkt und sinkt. Aber Niemand hat Italien errettet: Schmutz von oben, in der staatlichen und kommunalen Verwaltung, Schmutz und Käuflichkeit in Parlament und Presse, Schmutz in den heiligen Hallen der Justiz, und er sinkt und sinkt und droht alles zu ersticken, was an sozialer Tüchtigkeit im Lande lebt. Und auch unten ist es schlammig und faul: die Zahl der Verbrechen wächst, Italiener sind es, die den ausständigen Arbeitsgenossen anderer Länder in den Rücken fallen, italienische Polizisten verschleppen Angeberei und Lockspitzelei in Länder mit gesunden demokratischen Institutionen, italienische Tollhäusler befriedigen ihre brutalen Instinkte und besudeln den Namen der Freiheit. Carducci hat längst das Amt des Mahners und Erweckers niedergelegt, aber selbst wenn er mit der gewaltigen Kraft seines Genius — des Genius, der sich selbst überlebt hat — noch heute riefe, so würde seine Stimme in den Reihen des Bürgerthums keinen Widerhall finden.

Der Einzelne kann der Angst und Sorge Aller Worte geben, kann es hinausrufen, woran die Nation krankt, aber der Einzelne kann nicht helfen. Jeder Ruf ergeht an Gruppen, die sich um eine Idee oder auch ein Interesse schaaren, wendet sich an die kollektive Energie einer Klasse oder einer Partei. Aber im italienischen Bürgerthum findet man statt solcher organischer Gruppen nur Aggregate, die nicht dank einer ideellen oder materiellen Nothwendigkeit entstanden sind und am Leben bleiben, sondern nur durch Augenblicksinteressen und Profite zusammenkleben, wie Geldstücke durch den Schmutz, um in zahllose Sonderinteressen zu zerfallen, wenn das Geschäft gemacht und der Profit eingestrichen ist. Aus den Reihen der herrschenden Klasse selbst kommt heute der Ruf nach einer Organisation der sozialen Kraft auf dem Gebiet der Politik, der Oekonomie, in allen Zweigen des Gesellschaftslebens. Aber mit diesen Mahnrufen ist es, wie mit den Gesetzen, die in Staaten mit sinkender Geburtenziffer auf deren

Hebung abzielen: da, wo sie Gehör finden könnten, wären sie überflüssig. Der Eine fordert die Bildung einer monarchischen Partei, der Andere will den Liberalismus mit der Gesinnungstüchtigkeit und Ehrlichkeit, die ihn zur Zeit Cavours kennzeichnete, wieder auferwecken, als könnte die gründliche Versumpfung des politischen Lebens, die mit dem fast kampflosen Siege der Liberalen im Jahre 1876 begann, mit einem Schlage beseitigt werden. Der Linken war die Macht in den Schoß gefallen, ohne daß das Land in irgend einer Weise für eine liberale Regierung vorbereitet war. Da ihr eine natürliche Majorität im Parlament fehlte, hielt sie sich am Ruder, dank jener berüchtigten „Kompensationspolitik", dank einer nie endenden Reihe von Zugeständnissen an andere Parteien, von denen sie Elemente aufnahm, ohne sie zu assimiliren, und so erhielten die politischen Parteien Italiens allmälig jenen schwammigen, kontourlosen Charakter, der sie heute kennzeichnet, seitdem begann jener politische Amorphismus, der überhaupt keinen Vergleich mit einem organischen Körper mehr zuläßt, es sei denn mit einem verwesenden. Die Politik der italienischen Bourgeoisie braucht irgend ein Ideal, sei es immerhin ein Klassenideal, wenn es nur mehr ist, als das Interesse, was der Abgeordnete X. hat an der Freundschaft mit dem Präfekten Y., beide zusammen dann an dem Zustandekommen dieser Emission, am Bau jener Eisenbahn, an der Verurtheilung eines Angeklagten, wenn es nur mehr ist als die kleinen Geschäfte des Einzelnen, sie braucht er ebenso nöthig, wie das Volk billiges Brot. Denn das Bürgerthum muß seine sozialen Kräfte organisiren, wenn sie auch nur zur Fristung seiner Klassenexistenz ausreichen sollen.

Auch der blindeste Reaktionär wird nicht leugnen, daß die Repression in Italien eine heute noch unberechenbare, jedenfalls aber bedeutsame Schwächung des ganzen Landes zur Folge haben wird. Man denke nur an die ungeheure Erschütterung des Rechtsgefühls, die die Erkenntnisse der Kriegsgerichte auch im ungebildetsten Kopfe veranlaßt haben und die nur allzusehr geeignet ist, die in manchen Gegenden nie erloschene Tradition neu zu beleben, nach der sich der Einzelne selbst Justiz macht, wie er es versteht. Man denke an den materiellen Ruin vieler Tausende von Familien, deren Ernährer im Gefängniß oder im Ausland ist, an das Erlöschen jeder privaten Initiative, wie es die Erkenntniß der völligen Unhaltbarkeit der heutigen Zustände und der Unberechenbarkeit des Regierungskurses mit sich bringt, an die ungeheure künstliche Steigerung aller bisher vorhandenen Mißstände, die unter Anderem einen so beispiellosen Zuwachs der Auswanderung zur Folge hat, daß man sogar von Seiten der Regierung einen Riegel vorzuschieben sucht. Es stand ohnehin in Italien nie gut um die Achtung vor dem, was man Rechtsprechung nennt. Jetzt speit der Mann aus dem Volke aus, wenn man ihm von dem Recht und der Gerechtigkeit spricht, die ihm in Italien werden können. Wie es bisher im Wirthschaftsleben aussah, ist jetzt auch im Ausland bekannt, und im Hinblick auf die Geschichte anderer Völker kann man sich nur wundern, daß die Sehne des Bogens nicht schon lange gerissen ist, daß das Volk nicht schon lange gezeigt hat, wie müde und übermüde es seiner Lage war. Heute aber hat man Zustände geschaffen, die Unruhen in ihrem Schoße bergen, gegen die die Barrikaden von Mailand nur ein Kinderspiel waren. Selbst wenn die italienische Regierung eine Revolution, eine bewußte und vorbereitete Revolution niedergeworfen hätte, so hätte sie durch die Maßlosigkeit ihrer Repression, die nicht einmal vor dem Forum der Staatsklugheit — von Menschlichkeit ganz zu schweigen — bestehen könnte, den Sieg in einen Pyrrhussieg verwandelt, selbst dann wäre es nicht schwer, ihr das Defizit an nationaler Lebenskraft nachzurechnen, mit dem sie abschließt.

Wenn aber eine derartige in einem Kulturland beispiellose Zerstörungsarbeit möglich war, so ist dafür das Fehlen der bürgerlichen Parteibildung verantwortlich zu machen. Die einzelnen Stimmen aus dem Bürgerthum, die zur Mäßigung und Vernunft riethen, sind ungehört geblieben. Der Stimme einer Partei, mit der die Regierung, auch nach der überstandenen Angst, hätte rechnen müssen, wäre vielleicht Gehör geschenkt worden.

Freilich, nach der Version der Regierung, standen in Italien mit dem Ausbruch der Unruhen nur zwei große Lager einander gegenüber: Ordnung und Umsturz. Von offizieller Seite hat man so die Ereignisse gleichsam stilisirt und ihnen zu einer klassischen Einfachheit der Form verholfen. Sie sind nicht mehr ein wüstes Gewirr von Noth und Provokation, gerechter Entrüstung und roher Krawallsucht, dämmerndem Klassenbewußtsein und blindem Beißen in eine allzuschwere Kette: es standen gegen einander hier Priester, die für die weltliche Herrschaft des Papstes eintraten, bürgerliche Republikaner und Sozialisten, insgesammt vertreten durch mit Ziegeln und Steinen bewaffnete, verhungerte und verlumpte Männer und Weiber, dort als Vertreter der Ordnung Groß- und Kleinkapital, Agrarier und Industrielle, kurz in inniger Eintracht alles, was nicht päpstlich, republikanisch oder sozialistisch gesinnt war, und es sandte als Vortrab Militär und Mitrailleusekanonen. Ganz so einfach war nun aber die Sache doch nicht. Für die Regierung war dieser Versuch, die werdende Geschichte in bestimmte Formen zu gießen, äußerst praktisch,[1] für künftige Geschichte treibende Generationen von Quartanern hat diese Vorstellung auch unleugbare Vortheile, denn sie prägt sich leicht ein, aber mit der Wahrheit hat sie deshalb doch nichts zu thun und ernst genommen hat sie auch Niemand. Daß die Revolten etwas anderes bedeuteten als einen Vorstoß gegen unsere heutige Gesellschaftsordnung, daß also die verschiedenen Gruppen, die an der Erhaltung dieser Ordnung interessirt sind, nicht durch ein gemeinsames Band, wie es das der Selbsterhaltung gewesen wäre, vereint ihnen gegenüberstanden, war jedem Menschen klar.

Und wenn trotzdem eine Repression möglich war, die nicht nur für das Land als Ganzes, sondern auch für das Bürgerthum als Gesammtheit mit einem Defizit abschließt, so lag das einzig und allein daran, daß die Elemente dieser verschiedenen Interessengruppen sich ihrer Zusammengehörigkeit gar nicht oder nur unklar bewußt waren, und daß ihnen, auch wenn ein solches Bewußtsein vor-

[1] Wer die Ereignisse dieses Frühjahrs, wie sie von der bürgerlichen Presse berichtet wurden, verfolgt hat, wird sich leicht überzeugen, daß es sich um eine bewußte Entstellung der Thatsachen handelt, der ein bestimmter Zweck zu Grunde lag. Die ersten Notizen von den Revolten meldeten nichts von sozialistischen oder sonstigen Anstiftern, aus allen Kommentaren sprach nur Angst und es wimmelte von hochheiligen Versprechen, daß es anders werden sollte. Auf einmal waren die Brotpreise wirklich zu hoch, das Volk wirklich zu sehr der Noth und Unwissenheit überantwortet. In einem gegebenen Moment schlugen alle diese Betrachtungen um, wie auf Kommando. Man hatte sich an maßgebender Stelle darauf besonnen, daß aus der mißlichen Lage doch noch etwas Nutzen gezogen werden könnte. Jetzt waren die ordnungsfeindlichen Parteien an allem schuld, namentlich die Sozialisten, die die unbeeinflußte öffentliche Meinung so wenig verantwortlich gemacht hatte, daß man sich vielmehr im ersten Schrecken instinktiv an sie gewendet hatte, um von ihnen eine Beruhigung der Massen zu erlangen. Seitdem begann auch die Provokation und eine Repression, die in gar keinem Verhältniß zur Gefahr stand, seitdem sah die Presse alle Unruhen durch ein Vergrößerungsglas. Für mich unterliegt es keinem Zweifel, daß der Mailänder Aufstand, wenn er mit den ersten Unruhen im Süden zusammengefallen wäre, ehe eine Parole ausgegeben, ehe die Nutzbarmachung der Revolten für die innere Politik beschlossen war, weder so viel Blut gekostet, noch so viele Jahrhunderte Gefängniß eingebracht hätte.

handen gewesen wäre, die Möglichkeit fehlte, ihm nachdrücklichen Ausdruck zu geben. Es ist absolut undenkbar, daß alle großen Interessenströmungen einer Nation oder auch nur einer Klasse bei den Maßregeln der Reaktion ihre Rechnung gefunden hätten, wie es undenkbar ist, daß das gesammte Bürgerthum eines Landes so unsittlich und erbärmlich wäre, ein solches Vorgehen gutzuheißen. Wer seine Rechnung dabei fand und es deshalb von Herzen gut hieß, das war eine kleine herrschende Klique, die im Volksleib dieselbe Funktion erfüllt, die die Oesterreicher und die Bourbonen einst erfüllten: die der Schmarotzer. Diese Klique, die die Regierung in der Hand hat, ist dabei nur in ihrer Rolle geblieben. Sie ist es ja, die das Land dahin gebracht hat, wo es heute steht. Die italienische Politik der letzten zwanzig Jahre hat ja keiner Klasse Nutzen gebracht: dank ihr ist die Industrie kraftlos und lebensuntüchtig, die Landwirthschaft auf den Hund gekommen, wie nie zuvor, die Mehrzahl der Staatsbeamten hat ein Einkommen, bei dem sie nicht leben und nicht sterben kann, das Heer ist den Rest seines Prestiges in Afrika los geworden, Kleinbürgerthum und Proletariat sind von den Abgaben erdrückt. Wer hat von all der systematischen Mißwirthschaft, der absurden inneren und äußeren Politik Vortheil gehabt? Eine Handvoll Großindustrieller, die vor jeder Erhöhung des Schutzzolls einen Vorrath der vertheuerten Waaren importirten, Unternehmer, die bei den öffentlichen Arbeiten Millionen einstrichen, ob auch die in Frage stehenden Eisenbahnen oder Brücken oder was es sonst war, keinem der Steuerzahler, auf dessen Kosten sie erbaut wurden, nützten, ein paar Lieferanten für Heer und Marine, ein Dutzend ehrgeiziger Laffen, die von der Rednerbühne des Parlaments aus der Nation Sand in die Augen streuen und für die Freude, sich deklamiren zu hören, gern einigen hilfsbereiten Seelen nach der Wahl zu einem Pöstchen verhelfen, dank dessen der schwerfällige Verwaltungsapparat noch ein wenig langsamer und ungenauer funktionirt. Einzig und allein die herrschende Klique hat gewonnen, während die ganze Nation beständig verlor. Es kann mir hier nicht zufallen, zu untersuchen, welchen Umständen diese Klique ihre Herrschaft danke; es sei nur daran erinnert, daß das allgemeine oder doch so gut wie allgemeine Wahlrecht einer Bevölkerung verliehen worden ist, die noch nicht einmal soweit politisch mündig war, es auch nur zu fordern,[1] geschweige denn, es zu handhaben, daß namentlich im Süden Käuflichkeit und Nepotismus, legitime Kinder der Despotie, im öffentlichen Leben an der Tagesordnung waren. Diese Thatsachen, denen ein Blick auf die innere Politik des dritten Italien noch verschiedene andere anreiht, genügen, um die Rolle zu erklären, die die große Masse der Wähler, das Volk, beim Zustandekommen dieser Oligarchie hatte. Die Frage, warum aus dem Bürgerthum selbst keine Parteien hervorgingen mit klaren, auf gegebenen Klasseninteressen basirenden Programmen, ist schwerer zu beantworten.

Neben dem Regionalismus, der die Bildung von lokalen Interessen dienenden Gruppen förderte, neben dem dissolvirenden Einfluß, der das Uebergewicht der meridionalen Provinzen, die in der bourbonischen Schule ihre politische Erziehung genossen hatten, ausübt, scheint es mir, als läge der Grund dieses Mangels politischer Gliederung, der eine thatsächliche Inferiorität der italienischen Bourgeoisie gegenüber der der anderen Ländern darstellt, in einer Eigenschaft, die soziologisch betrachtet einen Fortschritt darstellt: in ihrer geringen Abgrenzung gegen die unteren Klassen. Nicht, daß in Italien die Grenzen zwischen dem

---

[1] Mit Ausnahme der industriellen Arbeiterschaft Norditaliens, unter der eine rege Agitation, eine wahre Volksbewegung zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts stattfand.

Proletarier und dem Kapitalisten, zwischen kleinen und großen Grundbesitzern leichter übersteigbar wären, als in anderen Ländern. Aber Kapital und Grundbesitz sind auch nur die Interessenbrennpunkte des Bürgerthums: es nennt sich nicht nur die Klasse des Besitzes, sondern auch die der Bildung, und diese Bildung ist in anderen Ländern ein ausgesprochenes Klassenprivileg, nur zu oft bewußt oder unbewußt ein Handlanger der Klasseninteressen. In Italien dagegen ist sie kein Monopol des Bürgerthums. In diesem Lande des Widerspruchs, wo man sozialistische Professoren an den Universitäten duldet und sozialistische Abgeordnete mit Handschellen gefesselt durch die Straßen führt, wo man eine Volksschule ohne Religionsunterricht und den blindesten Aberglauben hat, in diesem Lande ist die höhere Bildung so gut wie unentgeltlich und dank zahlreicher Stiftungen in den Bereich des Kleinbürgerthums, ja der Arbeiterschaft gerückt. Die Mehrzahl der Studenten rekrutirt sich in Italien aus dem Kleinbürgerthum, aus den Familien der kleinen Grundbesitzer und Kaufleute. Es ist natürlich, daß so die liberalen Berufsarten, aus denen doch auch die Spezies der Politiker hervorgeht, nicht einen ausgesprochenen Klassencharakter haben können. Die demokratischen Formen im täglichen Verkehr, die jedem Ausländer, und vor Allem dem Deutschen, in Italien auffallen müssen, sind ein Ausdruck der geringen, fast unsichtbaren Kluft zwischen Groß- und Kleinbürgerthum, die gerade in Deutschland durch das Monopol der Bildung, welches das erste hat, markirt wird. In Italien ist der Professor, der Bauern- oder Handwerkersohn ist, keine Seltenheit.

Es ist leicht zu sehen, daß gerade die Vertreter der freien Berufsarten bei der Parteigruppirung sowohl der Bourgeoisie als des Proletariats die politischen Interpreten der wirthschaftlichen Interessen sind. Der Besitz von Bildung als solcher ordnet keiner politischen Partei zu. Und daß die zahllosen Akademiker, die aus den unteren Volksklassen hervorgehen, schlechtweg zur Fahne des Großbürgerthums übergehen, dazu fehlen vor Allem die materiellen Bedingungen. Bedenkt man, daß in Italien im Verhältniß zur Einwohnerzahl mehr Menschen studiren als in Deutschland, daß also das Mißverhältniß zwischen Angebot „gebildeter“ Arbeit und der Nachfrage noch sehr viel größer ist als dort, in Folge des niederen Kulturstandes der Massen, so liegt auf der Hand, wie ungeheuer groß die Zahl der Deklassirten ist. Italien hat ein großes Heer intellektueller Arbeitsloser, ein Theil von ihnen schaart sich um die edle Fahne des Streberthums und man findet sie im Parlament als Marionetten dieser oder jener Unternehmerklique, ein anderer Theil läßt seinen akademischen Beruf und etwaige politische Ueberzeugung für ein oft sehr bescheidenes Stellchen an der Staatskrippe, ein anderer endlich fühlt die Schicksalsgemeinschaft, die ihn an die große Armee der Arbeitslosen und der Arbeitenden bindet und wird Sozialist, wobei er, was nun auch sonst sein Beruf sei, meist auch nicht fett wird. Ist es zu verwundern, daß unter solchen Umständen, namentlich in einem Lande mit unvollkommener und auch durch äußere Einflüsse gehemmter kapitalistischer Entwicklung ein klarer politischer Ausdruck der wirthschaftlichen Interessen, eine scharfe, reinliche Parteienbildung fehlt?

Und wenn jetzt, nach der Vandalenarbeit der Regierung, etwas wie Angst vor der Stagnation, Angst vor dem Verfaulen bei lebendigem Leibe die Bourgeoisie überkommt und aus ihren Reihen der Ruf erschallt nach Organisation der politischen Kräfte, nach Neubildung der alten Parteien, so giebt dieser Ruf nur ihre Impotenz der ganzen Welt preis. Vielleicht werden Parteien oder politische Vereinigungen entstehen, aber ihre Zusammensetzung dürfte so willkürlich sein, so

wenig thatsächliche ideelle und wirthschaftliche Strömungen repräsentiren, als hätte man die Mitglieder nach den Anfangsbuchstaben ihrer Namen geordnet. Das italienische Bürgerthum wird die Geister, die es rief, oder die es doch so freundlich zum Bleiben einlud, nun nicht mehr los. Wahlbestechung und Zwang sind zu tief eingefressen. Man hat nichts, aber auch gar nichts gethan, um das Volk zu politischer Mündigkeit zu erziehen. Wer einen Wahltag in Italien miterlebt hat, vom frühen Morgengrauen an, das die letzten Manifeste bescheint, voll der unfläthigsten persönlichen Beschimpfungen, mit denen die Kandidaten einander überhäufen, bis zum Abend, wo man — ein in Italien nur an Wahltagen zu genießender Anblick — dutzendweise betrunkene Arbeiter herumtorkeln sieht, der wird diese Behauptung bestätigen. Was an Volkserziehung versäumt ist, kann die Bourgeoisie nicht mehr nachholen, um so mehr, als sie dazu allgemeine Ideale nöthig hätte, und ein wirthschaftliches Programm, das wenigstens gewisse Gruppen der unteren Schichten als ihren augenblicklichen Interessen entsprechend annehmen könnten. Die Erziehungsarbeit der Massen ist auf alle Fälle langsam, und ihre Resultate würden lange ohne einen praktischen Ausdruck bei den Wahlen bleiben, weil das alte System der Bestechung und Drohung ohne den Umweg durch das Denken und das Gewissen schneller zu Resultaten führt, andererseits aber, weil ein Theil des besten Materials schon durch die sozialistische Propaganda gewonnen und so gegen jede Propaganda des Bürgerthums immun ist, denn es ist einleuchtend, daß die breite Masse der Wähler in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht als Sozialisten ihrem wirthschaftlichen Interesse vollständiger Rechnung trägt, als durch den Anschluß an irgend eine bürgerliche Partei. So ist nicht abzusehen, wie aus dem Schoße der Bourgeoisie selbst eine spontane Parteibildung hervorgehen könnte, die die Bürgschaft irgend einer folgerechten Politik in sich trüge, einer Politik, die wie jede wirkliche Klassenpolitik eine Garantie der Dauer böte, weil ihre Ziele über die der einen, jetzt im Feuer stehenden Generation hinausreichen und nicht das Motto der Kliquenintriguen: „Nach uns die Sintfluth“ zu dem ihrigen machen würden.

Der Anstoß zu neuer, gesunder Parteigliederung kann dem italienischen Bürgerthum nur von außen kommen, nur von einer Partei, die durch scharfe, deutliche, durch die wirthschaftliche Lage einer ganzen Klasse selbst gegebene Konturen sich von allen anderen abgrenzt, wie die sozialistische. Daß dieser Anstoß nicht aus dem bürgerlichen Lager selbst, nicht von der einzigen parteiähnlichen Organisation, der der Republikaner, zu erhoffen ist, dafür liefert die Geschichte der Desorganisation und des Verfalls dieser Gruppe, die die letzten Jahrzehnte brachten, einen deutlichen Beweis. Die Republikaner haben über dem Kampfe gegen die Regierungs*form* vergessen, den volksfeindlichen *Geist* der Regierung nachdrücklich zu bekämpfen. So haben sie schließlich trotz der zahlreichen wahrhaft bedeutenden Männer in ihren Reihen jede innige Fühlung mit den unteren Schichten verloren, haben nach und nach ihr ganzes wirthschaftliches Programm, wie es namentlich von Mazzini formulirt worden war, in den Hintergrund treten lassen. Während ein großer Theil der Forderungen dieses Programms in das Minimalprogramm der sozialistischen Partei aufgenommen und so in das Volk getragen wurde, haben die auf Mazzini zurückgehenden zahllosen wirthschaftlichen Organisationen sich immer mehr von jedem Kontakt mit der Politik losgelöst und einen engherzig utilitarischen Charakter angenommen, wo sie sich nicht sozialistischen Einflüssen öffneten. So sehen wir die Hochburg des italienischen Republikanismus, Genua und Ligurien, die Stätte seiner reinsten und kräftigsten Entfaltung und die Grabstätte seines größten Vertreters, in einem

Zustand politischer Versumpfung, in einer mitleid- und ekelerregenden politischen Apathie, der durch die Feilheit und Charakterlosigkeit ihrer vom industriellen Großkapital erkauften Presse aller Welt vor Augen tritt. Ein Theil der tüchtigsten Elemente der republikanischen Partei ist, wie es Mazzini und Garibaldi selbst voraussahen, in den Bannkreis des Sozialismus gezogen, von dem man sagen kann, daß er gekommen ist, die Grundideale der Partei nicht aufzulösen, sondern zu erfüllen. Was die Republikaner bis heute nicht fertig gebracht haben, was ihnen in den Zeiten relativen Wohlstandes des Kleinbürgerthums vor dem Jahre 1882 nicht gelungen ist, wird ihnen unter den jetzigen Verhältnissen erst recht nicht gelingen. Es ist der Partei des Proletariats vorbehalten, gleichsam als eine Reflexerscheinung eine politische Parteibildung des Bürgerthums anzuregen, nicht weil sie eine Partei des Proletariats ist, sondern weil sie eine solche mit realer wirthschaftlicher Basis ist und darauf ihre einheitliche Fügung und ihren moralisirenden Charakter gründet.

Es liegt auf der Hand, daß die Regierung Italiens auf irgend eine Weise wieder in legale Wege einlenken muß, es sei denn, es wolle aus der Reihe der Kulturnationen ausscheiden und einen Zustand chronischer Revolution hervorbeschwören, bei dem noch ganz Anderes in die Brüche gehen dürfte, als Verfassungs- und Gesetzesparagraphen. Mit jeder, auch der unvollkommensten Rückkehr zur Legalität muß auch die sozialistische Propaganda neuen Fuß fassen und das vom Polizeivandalismus zertrampelte Feld muß neue Frucht tragen. Es ist nicht anzunehmen, daß die gewaltige Zerstörung der Parteikräfte durch Gefängniß und Exil etwas Anderes sei als ein vorübergehendes Hinderniß für die Ausbreitung des Sozialismus, das vielleicht auch wett gemacht wird durch die Aufrüttlung der Gewissen, durch die ungeheure Saat des Hasses, die die Regierung gesät hat, eines heiligen, gerechten und gewaltigen Hasses, der dem Sozialismus neue Jünger geworben hat. Und mit der Neuorganisation der Partei, mit der Klarheit und Folgerichtigkeit ihrer politischen Aktion wird dem Bürgerthum die Entfaltung einer seiner wirthschaftlichen und sozialen Lage entsprechenden politischen Aktion aufgezwungen, da die Jobberkniffe eines winzigen Bruchtheils der Bourgeoisie, die man heute in Italien Politik nennt, einer Klassenpartei gegenüber machtlos wären.

Es ist undenkbar, daß die herrschende Klasse es ruhig mit ansehen werde, wie alle sozialen Kräfte des Landes von einer Partei assimilirt werden, die die Negation ihrer Herrschaft ist. Sie muß den Kampf der Interessen und Ideen aufnehmen, wie ihn das Bürgerthum aller Länder hat aufnehmen müssen, und sie muß ein organisirtes Heer senden, nicht Bomben und Dynamit, auf die Bomben und Dynamit antworten würden.

Die alten bürgerlichen Parteien sind todt und stehen nicht wieder auf, wie eifrig auch in Wort und Schrift ihre Auferstehung ersehnt werde. In jedem Ansatz zur Organisation, zu kollektivem Handeln ist aber ein regenerirendes Prinzip, mit jeder Auflösung oder Zersplitterung vorhandener Organisationen wird die politische Versumpfung gesteigert und wird so das politische Milieu immer mehr für die Existenz einer rein parasitären herrschenden Klasse geeignet, die für Italien genau so zum Fluche geworden ist, wie die Oesterreicher und die Bourbonen. Diese findet ihre Rechnung auch bei einem Defizit der Nation, fand sie bei der Gründung des Dreibunds und der Aufhebung des französischen Handelsvertrags, findet sie heute bei der Zerstörungsarbeit der Reaktion und würde sie noch finden, wenn der Name Italien längst all das verkörperte, was die Kulturmenschheit verachten und verabscheuen gelernt hat. Vom Sozialismus allein ist eine Sanirung des politischen Lebens der Halbinsel zu erwarten, nicht blos

in Hinblick auf sein Endziel, sondern auch schon auf die Mittel, mit denen er auf dies Ziel hinarbeitet: ehrliche Mittel, die das Sonnenlicht nicht scheuen, eine mühselige, langsame Erziehungsarbeit des Volkes, die nur Menschen gewinnt, weil sie Menschen kostet. Mit ihm muß der gesunde Theil der Bourgeoisie seinen ehrlichen Kampf aufnehmen, Interesse gegen Interesse und Ideal gegen Ideal, einen Kampf, der allein fruchtbar sein, Charaktere formen, das Denken schulen kann, ohne den das politische Leben steril bleibt, ein Tummelplatz des kurzsichtigsten Egoismus und kleinlicher Ehrsucht, ein hohles Phrasengeklingel, über dem Volk und ein Theil des Bürgerthums nicht gewahr werden, daß sie selbst die Kosten für die Komödie aufbringen müssen — und recht hohe Kosten obendrein.

In Italien sind es heute nur Kliquen von Kapitalisten oder politischen Schmarotzern, die im politischen Leben Gewicht und Stimme haben und kleine Interessengruppen repräsentiren, die sich auf Kosten der Gesammtheit am Leben erhalten. Es ist eine Form von Plutokratie, die in einem modernen Staate nur möglich ist, solange die Zahl der Herrschenden und Ausbeutenden relativ klein ist. Eine ganze Klasse oder auch nur eine größere Gruppe kann nicht rein parasitär leben, einfach weil die Gesammtheit sie nicht durchfüttern kann: sie hat ein vitales Interesse an der wirthschaftlichen Blüthe des Landes, weil sie in einem beständigen — wenn auch noch so ungleichen — Austausch von Leistungen zum Ganzen steht. Solange die Klassen des Bürgerthums als solche seitab vom politischen Leben stehen, durch ihre mangelnde Organisation zur Impotenz verdammt, wird die Raubwirthschaft von oben weiter gehen, das Elend im Volke wird immer unerträglicher, die Aufstände immer häufiger und brutaler werden. Gerade die Vertreter der Bourgeoisie, die in dem kollektiven Handeln ihrer Klasse ein Mittel sehen, aus dem Schlamme herauszukommen, sollten den spontanen Zusammenschluß um ein Programm, wie er im Sozialismus zum Ausdruck kommt, als eine Gewähr für die Zukunft begrüßen und in der systematischen Zersetzungs- und Auflösungsarbeit der Regierung das erkennen, was sie ist: einen Versuch, den Leib der Nation in einem Zustand der Entkräftung und Anämie zu erhalten, der ihn außer Stand setzt, die Parasitenkolonien in seinem Inneren zu vernichten und auszuscheiden.

Neuere Untersuchungen über die Lage der deutschen Konfektionsarbeiter.[1]

Besprochen von Johannes Timm.

Die Verfasserin des an erster Stelle genannten Buches hat einen Spezialzweig der Berliner Konfektionsindustrie untersucht, der bei den amtlichen Erhebungen weniger Berücksichtigung gefunden hat. Auch an dem im Februar 1896 ausgebrochenen Konfektionsarbeiterausstand waren die Arbeiter und Arbeiterinnen der untersuchten Branchen fast gar nicht betheiligt, so daß über ihre Verhältnisse nur wenig in die Oeffentlichkeit drang. Wenn, wie es in den Fachblättern der Unternehmer geschehen ist, daraus gefolgert wurde, daß in jenen Branchen allgemein zufriedenstellende Lohn-

[1] 1) „Die hausindustriellen Arbeiterinnen in der Berliner Blousen-, Unterrock-, Schürzen- und Trikotkonfektion." Von Gertrud Dyhrenfurth. Leipzig 1898. Verlag von Dunker & Humblot, 121 S.

2) „Die Wirkung der Schutzbestimmungen für die jugendlichen und weiblichen Fabrikarbeiter und die Verhältnisse im Konfektionsbetrieb in Deutschland." Vergleichende Untersuchungen von Dr. Arthur Dodd. Jena 1898. Verlag von Gustav Fischer, 236 S.

und Arbeitsverhältnisse existiren, so geben die Untersuchungen der Verfasserin Klarheit darüber, daß dies keineswegs der Fall ist, daß vielmehr in den untersuchten Branchen die gleichen ungeheuerlichen Mißstände herrschen, gegen die sich damals die ganze öffentliche Meinung empörte; schon deshalb ist die vorliegende Arbeit ein sehr verdienstvoller Beitrag zur Klärung der Arbeiterzustände in der Konfektion. Daß die untersuchten Branchen gleichfalls eine Blüthe der Berliner Konfektionsindustrie sind, ergiebt sich aus dem außerordentlichen Aufschwung, den sie in wenigen Jahren genommen haben.

Im Jahre 1893 bestanden in der Berliner Blousen-, Schürzen-, Trikot- und Juponkonfektion 311 Geschäfte — im ganzen übrigen Deutschland dagegen nur 48 — während das Berliner Adreßbuch für das Jahr 1897 427 solcher Geschäfte nennt. Eine Verschiebung hat insoweit stattgefunden, als die Trikotkonfektion einen starken Rückgang, demgegenüber aber die Blousenkonfektion einen ebenso starken Aufschwung genommen hat.

Was den Jahresumsatz betrifft, so soll sich selbst der der kleinen Geschäfte auf 100000 Mark belaufen; bei den meisten soll er sich zwischen 100000 bis 300000 Mark bewegen und bei einzelnen Firmen eine Million erreichen oder auch übersteigen.

Die Grossisten unterhalten keine Werkstattbetriebe. Die Arbeit wird fast ausschließlich außer dem Hause vergeben, an Zwischenmeister und Heimarbeiterinnen, die fast vorwiegend in den Außenvierteln und den Vororten der Stadt wohnen. Werkstätten, sogenannte Aenderstuben, werden nur von Detailisten unterhalten, kommen aber für die Gesammtproduktion wenig in Betracht.

Von den Zwischenmeisterbetrieben sollen die mit 3—6—8 Hilfskräften arbeitenden am häufigsten vorkommen. Sichere Zahlen über die direkt in den Geschäften und beim Zwischenmeister beschäftigten Arbeiterinnen, sowie über die in der Heimarbeit Thätigen werden nicht angeführt, was erklärlich erscheint, da selbst die Berufszählung von 1895 nur einen schätzungsweisen Einblick giebt, weil die Arbeitenden in Bezug auf ihre Beschäftigung in den verschiedenen Betriebsformen und -Arten nicht richtig erfaßt sind.

Um die Verhältnisse dieser Arbeiterinnen zu erforschen, hat die Verfasserin mit einigen Recherchentinnen zusammen die Arbeiterinnen der betreffenden Branchen in ihren Wohnungen aufgesucht, um die Berechtigung der Forderungen der Arbeiterinnen in engster Beziehung mit der Wohnungsfrage und den sanitären Verhältnissen kennen zu lernen.

Den Recherchentinnen wurden Fragebogen an die Hand gegeben, damit das Material nach einheitlicher Methode gesammelt und verarbeitet werden konnte. Auf diese Art wurden Auskünfte von 206 Arbeiterinnen erlangt, und zwar 117 aus der Schürzen-, 56 aus der Blousen-, 27 aus der Unterrock- und 6 aus der Trikotkonfektion: ferner sind 55 Personen befragt worden, die fremde Lohnarbeiterinnen beschäftigen: 24 aus der Schürzen-, 13 aus der Blousen-, 13 aus der Unterrock- und 5 aus der Trikotkonfektion. Das zusammengetragene Material reicht zwar nicht aus, um zu statistisch unanfechtbaren Schlüssen zu kommen, immerhin aber lassen die erforschten Thatsachen gewisse Regelmäßigkeiten in den Branchen erkennen.

Dem Familienstand nach waren unter 253 befragten Personen 136 verheirathet, 78 ledig und 39 alleinstehende Frauen.

Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Altersstufen zeigt folgendes Bild: Im Alter von 13 bis 16 Jahren waren 3, von 16 bis 20 Jahren 12, von 20 bis 25 Jahren 32, von 25 bis 35 Jahren 98, von 35 bis 45 Jahren 74, von 45 bis 65 Jahren 33, und darüber 1 Person. 44 Arbeiterinnen waren 1 bis 3 Jahre, 45 3 bis 5 Jahre, 60 5 bis 10 Jahre, 33 10 bis 15 Jahre, 21 15 bis 20 Jahre und 14 über 20 Jahre in den Branchen thätig.

Die Arbeitszeit ist in der Regel eine ungeheuer lange. Von den Antwortenden hatten 8 eine Arbeitszeit unter 8 Stunden, 21 von 8—10, 54 von 10—12, 49 von 12—14, 18 von 14—16 und 3 von 16—18 Stunden. Für die unter 10 Stunden Arbeitenden war ihre Beschäftigung durchweg nur Nebenverdienst. Auch der Sonntag

mußte von vielen Arbeiterinnen zur Erwerbsarbeit benutzt werden. Von 168 Antwortenden arbeiteten 78 an den Sonntagen, und von diesen nicht viel weniger als die Hälfte regelmäßig. Zwölf der Befragten gaben an, den ganzen Tag zu nähen. Von den alleinstehenden Frauen haben beinahe drei Viertel der Antwortenden auch Sonntags zu arbeiten, und zwar ist es bei einem reichlichen Drittel von allen Regel, den halben oder ganzen Sonntag weiter zu nähen. Die Ehefrauen reserviren sich den Sonntag im Allgemeinen zur Erledigung der häuslichen Plackereien, so daß die gewerbliche Arbeit nicht durch Ruhe, sondern durch andere Arbeit an diesem Tage abgelöst wird.

Welche miserablen Löhne in der langen Arbeitszeit erreicht werden, darüber bringt die Verfasserin ein umfangreiches Material, welches durch viele Einzelbeobachtungen besonders werthvoll wird. 7 Blousenarbeiterinnen, die direkt fürs Geschäft lieferten und für welche unregelmäßig, doch aber ziemlich das ganze Jahr hindurch in der Branche zu thun war, hatten folgenden Netto-Wochenverdienst: 1: 5 bis 7 Mark, 1: 7 bis 9 Mark, 3: 9 bis 11 Mark, 2: 13 bis 15 Mark. Der Netto-Wochenverdienst in der Saison stellte sich bei 9 anderen auf 11 Mark; eine Detailarbeiterin erreichte einen Nettoverdienst von 13 bis 15 Mark pro Woche. Von 19 vom Zwischenmeister beschäftigten Arbeiterinnen waren 3 durchgängig, wenn auch nicht voll beschäftigt. Davon hatten Nr. 1, ein sehr gewandtes Mädchen, das in der Saison 14, 16, ja 20 Stunden arbeitet, knapp 9 Mark; Nr. 2 bei 12stündiger Arbeitszeit 7 bis 7,50 Mark; Nr. 3, welche unterschiedlich 10 bis 18 Stunden arbeitet, 3,50 bis 4,50 Mark durchschnittlichen Wochenverdienst.

Der Saisonverdienst vertheilte sich bei 16 Arbeiterinnen pro Woche auf folgende Lohnklassen: 6: 3 bis 5 Mark, 3: 5 bis 7 Mark, 7: 7 bis 9 Mark. Wo der Stundenlohn berechnet wurde, betrug er 7 bis 10 Pfennig.

Der sehr unverhältnißmäßige Tagesverdienst dreier Knopflocharbeiterinnen wurde auf 50 bis 75 Pfennig bei 11- bis 12stündiger Arbeitszeit berechnet.

Die Feststellung der Löhne in der Schürzenkonfektion führte zu dem Ergebniß, daß von den Antwortenden bei der thatsächlich geleisteten Arbeit nur etwa drei Achtel auf ein wöchentliches Einkommen von 7 Mark zu stehen kommen, fünf Achtel fallen unter diese Linie. Fast gleichlautend sind die Schilderungen aus den übrigen Branchen. Zur Illustration sei nur noch ein Fall aus der Trikotkonfektion angeführt:

Frau G., 45 Jahre alt, näht seit 16 Jahren Trikot, seit 9 Jahren für dieselbe Meisterin. Sie meint, nicht länger als 11 Stunden durchschnittlich nähen zu können, denn durch Zeiten großer Ueberanstrengung sei sie arbeitsmüde geworden. Aus ihrem Lohnbuch ist zu entnehmen, daß sie in der flottesten Zeit durchschnittlich 8,90 Mark pro Woche verdient. Davon gehen noch ab an Unkosten für Oel, Nadeln, Haken, Oesen, Garn und Maschinenabnutzung zusammen 2 Mark, so daß der Nettoverdienst pro Woche nur 6,90 Mark beträgt. Während der Zeit von fünf Monaten sinkt er auf 2 bis 5 Mark herab.

Den Mindestverdienst zur Bestreitung einer dürftigen Existenz berechnet die Verfasserin mit 9 Mark; sie ist im Großen und Ganzen durch die Feststellung der Arbeitslöhne zu dem Ergebniß geführt worden, daß bei einer Arbeitsdauer, wie sie im Allgemeinen üblich ist, der Verdienst der Arbeiterinnen unter die Linie herabsinkt, welche die äußerste Nothdurft bezeichnet.

Die angeführten Löhne gelten durchschnittlich für die Saison. Nun sind aber diese Branchen alle großen Produktionsschwankungen unterworfen, dadurch gestalten sich die Verhältnisse der Arbeiterinnen noch bedeutend schlechter.

In der Schürzenkonfektion hatten die direkt vom Geschäft beschäftigten Arbeiterinnen circa $6^3/_4$ Monate volle Arbeit, $4^3/_4$ Monate halbe Arbeit und $^1/_2$ Monat keine Arbeit. Die beim Zwischenmeister Beschäftigten hatten im Durchschnitt nicht ganz 8 Monate volle Arbeit, über $3^1/_2$ Monate halbe Arbeit und etwa $^2/_3$ Monate keine Arbeit.

In der Blousenkonfektion hatten die direkt vom Geschäft Beschäftigten im Durchschnitt reichlich 6 Monate volle Arbeit, knapp 3 Monate halbe Arbeit und knapp

3 Monate keine Arbeit. Die beim Zwischenmeister Thätigen hatten im Durchschnitt 6½ Monate volle Arbeit, knapp 3 Monate halbe Arbeit, knapp 3 Monate keine Arbeit.

In der Unterrockkonfektion hatten die vom Zwischenmeister beschäftigten Arbeiterinnen 7 Monate volle Arbeit, 3⅓ Monate halbe Arbeit und 1⅔ Monate keine Arbeit.

In der Trikotkonfektion waren sowohl Zwischenmeister als Arbeiterinnen selten ausreichend beschäftigt. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, immer etwas, doch nie genügend zu thun zu haben; der andere Theil hatte nur während 2½ bis 4½ Monaten volle Arbeit.

Die Verfasserin, welche der nationalsozialen Richtung angehört, hat in zahlreichen Fällen durch die Inanspruchnahme von privater oder Vereinshilfe den angetroffenen Nothstand zu lindern versucht, sie muß aber feststellen, daß die Zahl derjenigen Fälle, wo davon abgesehen werden mußte, viel größer war, und daß es unmöglich ist, durch Wohlthätigkeitsspenden gegen einen chronischen Nothstand anzukämpfen.

Der innige Zusammenhang zwischen Nothstand und Prostitution mußte von der Verfasserin offen anerkannt werden. Sie schreibt darüber:

„Rechnet man den großen Prozentsatz der Ehefrauen und der im Hause der Eltern lebenden Töchter ab, die einen Rückhalt an Gatten und Eltern haben, und zieht man nur die alleinstehenden Personen, die ganz auf den eigenen Arbeitsverdienst angewiesen sind, in Betracht, so drängt ihre Lage zu der Annahme, daß zuweilen zu einem unsittlichen Nebenverdienst gegriffen werden muß, um das bloße Leben zu fristen.... Die Sittlichkeitsvereine haben ein reiches Material darüber, wie Frauen, an denen sie arbeiten, durch einen Nothstand zuerst auf abschüssige Bahn gekommen sind.“

Eine Zwischenmeisterin sagte aus, daß von ihren drei Languettirerinnen, die bei zwölfstündiger ununterbrochener Arbeitszeit 8 Mark wöchentlich verdienen, zwei bei ihren Eltern leben, die dritte bei einem jungen Manne; anders ginge es nicht. Eine andere, Witwe mit zwei Knaben, erklärte von sich selbst: „Ich habe mir ein Verhältniß anschaffen müssen, sonst wäre ich mit den Kindern zu Grunde gegangen. Der Mann sorgt gut für sie und mich.“

Das physische, geistige und soziale Elend kommt auch zum Ausdruck in den Gesundheitsverhältnissen. Von den Krankheiten der Auskunftgebenden wurden genau die Hälfte der Krankheitsfälle als Erkrankungen des Blut- und Nervenlebens bezeichnet. Bleichsucht und Nervosität mit allen ihren Folgeerscheinungen sind die eigentliche Näherinnenkrankheit, an der jährlich Tausende zu Grunde gehen.

Ueber die Beschaffenheit der Wohnungen wurden bei 246 Personen Erhebungen veranstaltet. Auf die Frage: „Wird der Raum, in dem Sie arbeiten, auch zu anderen Zwecken benutzt?“ lautete die Antwort:

	Er wird noch benutzt zum					
	Wohnen	Schlafen	Kochen	Wohnen und Schlafen	Schlafen und Kochen	Wohnen, Schlafen und Kochen
1. Bei 196 Arbeiterinnen, die ohne fremde Hilfe arbeiteten	5	8	49	72	27	35
2. Bei 24 Arbeiterinnen, die mit fremder Hilfe arbeiteten	—	5	4	12	—	3
3. Bei 26 Arbeiterinnen, die Arbeit ausgeben	1	2	2	15	2	4

Daneben giebt die Verfasserin eine anschauliche Einzelschilderung der hausindustriellen Wohn- und Arbeitsräume.

In einer Wohnung nächtigten eine alte Mutter, ein halbwüchsiges Mädchen und ein Ehepaar in der Küche, während für das dreijährige Kind zwischen den beiden Betten noch Nachts auf drei Stühlen ein Lager hergerichtet wird.

An anderer Stelle schläft die ganze Familie, die Frau, der lungenkranke Mann und drei Kinder in der als Arbeitsraum benutzten Küche, weil das Zimmer an Schlafgänger abvermiethet war.

Eine eheverlassene Frau, die zwei kleine Kinder zu unterhalten hat, lebt und arbeitet in einem Gelaß, das 4,50 Meter tief, 2,50 Meter breit und 2,50 Meter hoch ist; eine Witwe mit zwei Knaben von elf und dreizehn Jahren und zwei Mädchen von neun und vier Jahren in einem nassen Kellerraum, 4,40 Meter tief, 1,90 Meter breit und 2,50 Meter hoch.

Ueber die Gefahr der Verbreitung ansteckender Krankheiten durch hausindustriell hergestellte Kleidungsstücke sind folgende Thatsachen von Interesse:

Eine Frau, die in einer Kochstube wohnte, beschäftigte sechs Stepperinnen und eine Knopflocharbeiterin: etwa 12 bis 15 Dutzend Blousen wurden wöchentlich bei ihr aufgeschichtet. Eine frühere Geschäftsangestellte sagte der Verfasserin, daß sie ihre Stellung zum Theile deshalb aufgegeben habe, weil beim Oeffnen der von den Heimarbeitern abgelieferten Bündel so unerträgliche Dünste aufgestiegen wären, daß ihr ohnehin geschwächter Magen zu sehr darunter gelitten habe. Selbst Ungeziefer sei in den Paketen vorgekommen. Die Verfasserin selbst hat sich bei ihren Untersuchungen an dem masernkranken Kinde einer Heimarbeiterin angesteckt. Das Zimmer, in dem die Betreffende wöchentlich viele Dutzende von Trikottaillen arbeitete, war zugleich Schlaf- und Wohnraum von vier Personen, die Küche von einem Schlafburschen besetzt, die Absonderung des Patienten außer dem Bereich der Möglichkeit.

Arthur Dodd hat sich in seiner Arbeit zunächst die Aufgabe gestellt, die Wirkung des gesetzlichen Schutzes für die weiblichen und jugendlichen Arbeiter zu verfolgen und ziffernmäßig darzustellen. Seine Arbeit stützt sich hauptsächlich auf die Berichte der Gewerbeinspektoren. Eine Zusammenstellung der Ergebnisse dieser Berichte für mehrere Jahre bestätigt das bekannte Resultat: So mangelhaft der gesetzliche Arbeiterschutz selbst für diese Arbeiterschichten ist und so sehr sich die Fabrikanten dagegen sträuben, die winzigen Vorschriften auszuführen, so sind doch mäßige Verbesserungen eingetreten.

Die Kinderarbeit ist mehr und mehr eingedämmt, ebenso haben sich die sozialen Verhältnisse der Fabrikarbeiterinnen mäßig gebessert, und die gesetzlichen Beschränkungen sind ohne Schädigung für die Industrie gewesen. „Die weiblichen Arbeiter hatten ebenfalls keine Einbuße am Verdienst erlitten; durch gesteigerte Geschwindigkeit der Maschinen, pünktliche Einhaltung der Betriebsbedingungen und erhöhte Leistungsfähigkeit der Arbeiterinnen selbst hat man es verstanden, den Verdienst auf demselben Niveau wie früher zu erhalten...." „Also haben die Arbeitsbedingungen der weiblichen Arbeiter im Allgemeinen sich in dem Maße verbessert, daß heute die Lage der geschützten gegenüber der der ungeschützten Arbeiterinnen eine in jeder Beziehung bessere ist" (S. 145).

In dem dritten Abschnitt seines Buches bringt Dr. Dodd nun eine Vergleichung der Lage der geschützten gegenüber den ungeschützten Arbeiterinnen an Beispielen der Konfektionsarbeiter.

An der Hand der amtlichen Erhebungen und der Schilderungen einer ausgedehnten Fachliteratur wird eine Uebersicht über die kommerzielle Organisation, Produktionsformen und über die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen gegeben. Privaterhebungen, die der Verfasser namentlich in Hamburg und Altona veranstaltet hat, vervollständigen das allgemeine Bild, das die bekannte Thatsache bestätigt, daß für die Arbeiter der ungeschützten Hausindustrie die erbärmlichsten Zustände bestehen.

Den Typus eines altstädtischen Hamburger Heimbetriebs in der Steinstraße schildert der Verfasser aus persönlicher Anschauung folgendermaßen: „Der Raum war 4,48 Meter lang, 4,60 Meter breit und 2,45 Meter hoch, obgleich man noch in einer Ecke eine kleinere Stube von 2,41 Meter $\times$ 1,85 Meter hatte bauen lassen, die als Küche diente. Die Nähmaschinen waren dicht an die Fenster gerückt, während

die Handarbeiterinnen etwas weiter zurück saßen. In dem Raume standen noch Betten, worin der Meister, seine Frau und zwei ganz kleine Kinder schliefen. Als ich in die Wohnung gelangte, empfand ich eine fast unerträgliche Hitze, obgleich draußen das Wetter nicht als besonders warm zu bezeichnen war. Doch war das schlecht eingerichtete Dach gänzlich ungeeignet, die volle Sommerhitze abzuhalten und verursachte daher eine Temperatur, deren Unerträglichkeit durch die Heizung des Bügeleisens, sowie durch die Zubereitung des Mittagessens noch erhöht wurde. Vermittelst zweier kleiner Fenster hatte man den Raum zu lüften versucht, was aber auch nur sehr mangelhaft erreicht wurde; daher hatte man eine Bekleidungsweise adoptirt, welche nicht in jeder Beziehung als der Sittlichkeit entsprechend zu bezeichnen war, wenn man auf das enge Zusammenarbeiten von Personen beiderlei Geschlechts Rücksicht nimmt. Zwei halbangekleidete Kinder, welche von der ungesunden Luft und großen Hitze angegriffen waren, vermehrten mit Zänkerei und Weinen den schon vorhandenen Lärm der schnell getriebenen Nähmaschinen; sonst herrschte völlige Ruhe, während die Näherinnen mit großem Eifer an dem betreffenden Konfektionsgegenstand arbeiteten. Auf die wiederholte Frage, ob man gesundheitsschädliche Wirkungen des Zusammenarbeitens in solchen Verhältnissen empfunden hätte, mußte eine der Arbeiterinnen zuletzt zugeben, daß sie seit dem Anfang ihrer Thätigkeit in der Werkstatt sehr an Nervosität, Kopf- und Augenschmerzen gelitten hätte. In der Wohnung herrschte die größte Unordnung, da man klagte, daß die Arbeit keine Zeit dazu übrig ließe, die Hauswirthschaft in Ordnung zu bringen. Die Betten standen, wie ihre Bewohner sie verlassen hatten, oder es waren sogar Konfektionsstücke, in diesem Falle Westen, darauf geworfen worden, um Platz zum Arbeiten zu machen."

In ähnlicher Weise werden noch weitere Beobachtungen wiedergegeben, die der Verfasser in Heimbetrieben machte. Mehrfach wurde beispielsweise wahrgenommen, daß in der Bügelstube ein Bett steht, worin ein Schlafbursche oder der Bügler selbst schläft. „In einer Wohnung Hamburgs wurde ein sechsjähriger Knabe schwer krank an Scharlach vorgefunden; wegen Mangel an Bettdecken hatte man ihn mit den Konfektionsstücken möglichst bequem zu bedecken versucht. Auf die Frage, warum das Kind nicht nach dem Krankenhaus geschafft wurde, hob man den Mangel an Zeit hervor; es war wohl während der Saison."

Das Wichtigste, was uns beide Verfasser in ihren Arbeiten bringen, ist die neuerliche Bestätigung der wohl kaum noch bestrittenen Thatsache, daß in der Hausindustrie, und zwar wiederum in den einfachen Familienbetrieben, die allergrößten Mißstände anzutreffen sind, die nicht nur allein für die betreffenden Arbeiterinnen schwere Gefahren in sich schließen.

Wer nach den objektiven Schilderungen beider Verfasser von ihnen Vorschläge zu einem wirkungsvollen gesetzlichen Eingreifen zu Gunsten der hausindustriellen Arbeiter erwartet, ist allerdings enttäuscht. In ihren Reformvorschlägen kehren die vielen Wenn und Aber wieder, wie wir sie bei fast allen bürgerlichen Sozialreformern hören. Sie kritisiren scharf das bestehende Elend, finden sich aber zum Schluß allgemach mit der Thatsache ab, daß dagegen nicht viel zu machen ist.

Gertrud Dyhrenfurth ist zwar der Ueberzeugung, daß die schlechte Stellung, auf welche diese Arbeiterkategorie im Wirthschaftsleben herabgesunken ist, nicht durch einzelne Mittel, sondern nur durch ein zusammenhängendes System von Maßregeln gehoben werden kann. Der Fortbestand der Hausindustrie, der Hauptsitz und die Ursache des Uebels, erscheint ihr aber unerläßlich, nur wünscht sie, daß die Hausindustrie gesundere Formen annehmen soll, als bisher. „Es müßte in den Wohnungen, die für gewerbliche Arbeit gebraucht werden sollen, ein Arbeitsplatz nachgewiesen werden, der von den Schlafstätten getrennt liegt, andernfalls dürfte die Benützung nicht gestattet werden." Im Interesse der Verhältnisse der Heimarbeiter wünscht sie aber, daß selbst, ehe diese Forderung erhoben wird, eine gewisse Uebergangszeit geschaffen werde, in der sich die Wohnverhältnisse anzupassen vermöchten, und daß die sonstigen Ansprüche an den Zustand und die Benützungsart der Räume sehr bescheiden gestellt und erst im Laufe der Zeit nachdrücklicher erhoben werden müßten. Eine Kategorie

der „häuslichen Werkstätten“ sei in der Gesetzgebung zu schaffen, an die bestimmte Anforderungen zu stellen wären: die Werkstätte der Hausindustriellen soll durch ihre Beschaffenheit 1. nicht die öffentliche Gesundheit gefährden, 2. weder seine eigene Lebenshaltung, noch 3. die des Werkstättenarbeiters herabdrücken.

Bestimmungen über die Arbeitszeit in Familienbetrieben hält sie, weil undurchführbar, nicht für angezeigt, nur in solchen Hausindustrien, in denen eine notorische Ausnützung der Kinder und jugendlichen Personen stattfindet, sollte die Dauer der Arbeitszeit für diese festgesetzt werden.

In den Arbeitszweigen, in denen die Betheiligten nicht freiwillig und durch eigene Anstrengungen zu einer geordneten Interessenvertretung gelangen können, durch welche angemessene Lohnabmachungen zu Stande kommen und gehalten werden, sollte eine solche nach ihrer Meinung durch fakultativen Zwang geschaffen werden. Die Beschlüsse dieser obligatorischen Vertreterschaften, Lohnämter oder wie sie sonst zu bezeichnen wären, sollten verbindlich für jede Partei sein und ihre Nichtbefolgung strafbar gemacht werden. Weiter wünscht sie die Festsetzung eines Mindestlohns, Schaffung eines geordneten Arbeitsnachweises, Listenführung der Arbeitgeber über die Adressen ihres gesammten Arbeitspersonals, Registrationszwang der Heimarbeiter und eventuell auch Mithaftung der Hauseigenthümer und Einstellung weiblicher Aufsichtsbeamten. Neben diesen Maßregeln wünscht sie, daß damit Hand in Hand gehe eine positive Wohnungspolitik.

Dr. Dodd unterscheidet die Uebelstände in der Konfektion nach drei Hauptarten: 1. die mit den Lohnverhältnissen, 2. die mit der Arbeitszeit und 3. die mit den Gesundheitszuständen zusammenhängenden.

Die bisherigen Vorschläge zur Verbesserung der Lohnverhältnisse sind nach Dr. Dodds Ansicht ohne Erfolg. So verspricht er sich von der gänzlichen Abschaffung der Heimarbeit keine Erhöhung des Arbeitslohns. Die alleinstehenden und kinderlosen Näherinnen, die jetzt in großer Zahl zu Haus arbeiten, würden zur Werkstattarbeit übergehen, und diejenigen, welche das Haus nicht verlassen können, würden versuchen, den gesetzlichen Beschränkungen zu entgehen.

Eine Verminderung der vornehmeren Klasse der Arbeiterinnen, welche das Nähen nicht zum Lebensunterhalt nöthig haben, könne durch Abschaffung der Heimarbeit erreicht werden, aber diese seien nicht zahlreich genug, um eine erhebliche Wirkung auf die Löhne der übrigen Näherinnen auszuüben.

Viel richtiger hält er die Ansicht der Kommission für Arbeiterstatistik, „daß eine direkte Einwirkung auf die Löhne durch Maßregeln der Gesetzgebung oder Verwaltung nicht möglich sei.“ Eine „große Verbesserung“ in den Lohnverhältnissen würde aber geschaffen werden durch die Einführung von Arbeitsbüchern, Listen, Lohntarifen und dergleichen Einrichtungen, welche Klarheit über die Arbeitsbedingungen schaffen können.

In der Abschaffung der Heimarbeit erblickt Dodd eine große Härte gegenüber den Witwen und anderen bedürftigen Arbeiterinnen, die sich jetzt durch die Heimarbeit einen, wenn auch nur sehr geringen Unterhalt verschaffen.

Obwohl Dodd eingestehen muß, daß die am 31. Mai 1897 erlassene Bundesrathsverordnung für die Kleider- und Wäschekonfektion in jeder Beziehung hinter der Verordnung betreffend die Zigarrenfabrikation zurücksteht, und daß sie keineswegs eine allgemeine Verbesserung der Lage der weiblichen und jugendlichen Arbeiter der Konfektionsindustrie herbeigeführt hat, gehen seine Besserungsvorschläge nicht über die schon sehr unzulänglichen Bestimmungen hinaus, die von der Reichskommission für Arbeiterstatistik gemacht und in den von der Regierung im Mai 1897 dem Reichstag vorgelegten Gesetzentwurf aufgenommen wurden. Im Gegentheil, sie bleiben in manchen nicht unwichtigen Punkten dahinter zurück.

In dem Regierungsentwurf war vorgesehen, daß durch Beschluß des Bundesraths angeordnet werden kann, daß den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, sofern ihre tägliche Beschäftigung in der Fabrik sechs Stunden übersteigt, Arbeit nicht mit nach Hause gegeben werden darf. Dodd will die Mitnahme der Arbeit

zugelassen wissen, wenn sie von den betreffenden unregelmäßigen Arbeiterinnen verlangt wird; darnach kann man freilich alles so belassen, wie es ist, denn praktisch würde nichts geändert werden.

Ferner will Dr. Dodd die Ausdehnung der Gewerbeordnung auf die Heimarbeit. Die Kontrolle über die Arbeitenden soll durch den Konfektionär bewirkt werden, dessen Pflicht es sein soll, eine vollständige Liste der für ihn arbeitenden Personen den Polizei- bezw. Aufsichtsbehörden zu überliefern. Die bezeichneten Heimwerkstätten sollten als den Fabriken gleichstehende Anlagen von den Gewerbeaufsichtsbeamten angesehen werden. Diese selbst sollen vermehrt und von Thätigkeiten entlastet werden, die nicht zu der Gewerbeaufsicht gehören. Er wünscht, daß auch weibliche Inspektoren angestellt werden.

Alle diese Vorschläge, so gut sie gemeint sind, werden praktisch wenig an den bestehenden Zuständen ändern, wenn man sich nicht dazu entschließt, das Uebel an der Wurzel anzufassen. Den Kern des ganzen Problems bildet die Behandlung der Heimarbeit, sie ist, wie die Erhebungen beider Verfasser wieder von Neuem bestätigen, der Sitz der allerschlimmsten Ausbeutung. So lange man den wirklichen Sitz des Uebels nicht absperrt, so lange werden alle Reformen Flickarbeit bleiben, das lehren sämmtliche Erfahrungen, die andere Länder mit der Gesetzgebung bisher gemacht haben.

Gewiß ist es richtig, daß, wie die Dinge in der Hausindustrie nun einmal liegen, eine bedeutende Anzahl von Personen durch hausindustrielle Beschäftigung einen Nebenerwerb haben, der nicht als entbehrlich bezeichnet werden kann, es ist ferner richtig, wie Dodd hervorhebt, daß sich auch Witwen durch Heimarbeit „einen, wenn auch nur sehr geringen Unterhalt verschaffen". Ebenso richtig ist es aber auch, daß diese Nebenarbeit wiederum die Ursache des ungeheuren Lohndrucks und der überlangen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen bildet, die durch die hausindustrielle Beschäftigung ausschließlich ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, und diese sind es doch recht eigentlich, die geschützt werden sollen.

Wo der Nebenerwerb in der Hausindustrie nur noch die Form eines Almosens hat, da frägt es sich doch, ob es nicht richtiger ist, daß der Staat durch bessere Ausgestaltung der Versicherungsgesetzgebung die Unterstützungspflicht übernimmt, als daß durch diese Art Nebenerwerb den erwerbsthätigen Arbeitern die Lebensbedingungen auf das äußerste Niveau herabgedrückt werden.

Auch die unentbehrliche Nebenarbeit der verheiratheten Frauen muß und braucht keineswegs durch die Eindämmung der Heimarbeit behindert zu werden. Sind keine Kinder vorhanden, dann kann von keiner Seite bestritten werden, daß es den Frauen wie allen anderen Erwerbsarbeitern möglich ist, außer dem Hause zu arbeiten; sind Kinder vorhanden, so ist es unseres Erachtens nöthig, daß die Kleinkinderbewahranstalten und Erziehungshäuser mehr ausgebaut werden. Sicher sind die Kinder dort besser aufgehoben, als bei der Mutter, die durch die anspannende hausindustrielle Thätigkeit keine Zeit erübrigt, um sich der Pflege der Kinder zu widmen. Der Mutter bietet sich Gelegenheit, in den Betriebsstätten der Unternehmer bei kürzerer Arbeitszeit den gleichen Lohn zu erzielen, wie jetzt bei der langen Arbeitszeit in der Hausindustrie, sie würde im Gegentheil noch mehr Zeit behalten, sich mit Ruhe ihren Kindern zu widmen.

Eine ihrer Aufgabe gewachsene Gesetzgebung, die in Deutschland bei dem gegenwärtigen Kurse und der sozialpolitischen Einsichtslosigkeit der Majoritätsparteien vorläufig unmöglich ist, hätte alles zu thun, um die Entwicklung der Hausindustrie zum Fabrikbetrieb zu fördern. Es liegt das im Interesse der Industrie selbst, als auch im Interesse der darin beschäftigten Arbeiter.

Da über die Verhältnisse der Hausindustrie allgemeine Klarheit herrscht, erscheint es als eine der wichtigsten Aufgaben der sozialpolitischen Fachliteratur, eingehend die Mittel einer wirksamen Abhilfe der vorhandenen Mißstände zu behandeln; aber gerade dieser Theil ist der schwächste der Arbeiten beider Verfasser.

---

§ 175.

Von Dr. R. Jonas.

Es ist ein schönes Ding um Anständigkeit und gute Sitte. Wenn aber diese an sich wundervollen Dinge soweit gehen, daß sich Tausende und Abertausende der „gebildeten“ Welt die sonst so scharfen Augen verdecken, die sonst so feinen Ohren zuhalten, nur um nichts zu sehen, zu hören von dem, was als kultur-soziales Problem — existent und ungelöst wie das Problem des Menschen selber — ihre Zeit durchbebt, so ist diese Vogel-Strauß-„Anständigkeit“ ein Skandal, noch mehr: sie ist eine Unterlassungssünde; und diese Sünde ist ein Verbrechen, ein Verbrechen, das um so verdammungswürdiger ist, als es begangen wird unter falscher Flagge, umhüllt von dem heuchlerischen Mantel der Wohlerzogenheit, des ästhetischen Feingefühls und der guten Sitte. Dies Verbrechen beging ein thörichter, ignoranter Legislator, und es stellt sich nun heraus als ein delictum continuatum, da es täglich von unseren „Gebildeten“ von Neuem begangen wird. Jener schuf den § 175, diese arbeiten nicht mit an seiner Vernichtung und sanktioniren durch konkludente Handlung stillschweigend seine Existenz.

Demgegenüber ist es eine Wohlthat, die alle wirklich Gebildeten zu Dank verpflichtet, zu sehen, daß eine Zeitschrift wie diese nun schon seit geraumer Zeit erfolgreich bemüht ist, in die Nachtgebiete des sozialen Lebens, die sich allerdings nicht blöden Augen und tauben Ohren erschließen, das Licht der Vernünftigkeit und Wirklichkeit zu tragen. So brachte dieses Blatt auch in der Nr. 44 des vorigen Bandes einen Artikel von Herzen über die brennende Frage des § 175 unseres Reichsstrafgesetzbuchs — anscheinend ist es der ruhende Pol in der Flucht der gesetzlichen Erscheinungen: Zivil-, Strafprozeß-, Konkurs-, Zivilprozeßrecht und noch manches andere ist revidirt oder wird revidirt werden; nur das Reichsstrafgesetzbuch bemüht sich noch immer, und nicht ohne Erfolg, sich an seinen eigenen Zöpfen aufzuhängen —, einen Artikel, der in dankenswerther Weise die Ergebnisse der modernen Psychiatrie in Bezug auf die unglücklichen Opfer des § 175 in einigen wichtigen Punkten zusammenstellt. Es sei mir nun gestattet, im Anschluß an jenen Artikel noch auf einige Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, die dort nicht hervorgehoben sind, mir aber nicht unwesentlich erscheinen. Als Jurist bin ich zwar Laie und Dilettant und gehöre als solcher auch zur Klasse der von mir erwähnten Gebildeten; aber ich kann mich rühmen, mich im Gegensatz zu den „Gebildeten“ dieses Namens im wahrsten Sinne insofern würdig zu zeigen, als ich mich nunmehr schon seit vielen Jahren redlich bemühe, von meinem Laienstandpunkt aus mir Klarheit über diesen dunklen Punkt des sozialen Lebens zu verschaffen, und seines Fleißes sich zu rühmen, hat unser großer Lessing — ach, wie selten ist seine Gattung, die der Aufgeklärten und Aufklärer, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts geworden! — Jedermann gestattet.

Schon der Artikel Herzens hebt hervor, daß — von welcher der müßigen Straftheorien man auch ausgehen mag — die Bestrafung des Urnings sinn- und zwecklos erscheinen muß! Kein Verbrechen ist noch durch sie gesühnt worden, da keines begangen, kein Urning wurde abgeschreckt, keiner gebessert. „In der That“, schreibt Moll, „weiß ich verschiedene Homosexuale, die bereits wegen der Befriedigung ihres Triebes bestraft worden sind. Ich habe aber nicht einen gesehen, bei dem durch die Strafe der Trieb erloschen wäre oder die spätere Bethätigung des Triebes hätte verhindert werden können.“ Diese kühlen Worte des ruhigen Forschers bedeuten eine furchtbare Anklage gegen den Gesetzgeber. Aber stellen wir diesen negativen Folgen die positiven, thatsächlichen gegenüber,

wenn der Unglückliche im Sinne des Gesetzgebers handelt, d. h. zu feinfühlig, zu hochgesinnt ist, um seine unselige Leidenschaft mit anderen Männern zu befriedigen, mit Gleichgestellten nicht, da er ihnen gegenüber nicht als Delinquent und Verbrecher handeln will, mit feilen Prostituirten und feigen Denunzianten nicht, weil sie mit seinem Unglück Wucher treiben! Denn es ist ganz sicher, daß es zahllose Urninge giebt — und das sind gerade diejenigen, zu denen wir als Mitbürger mit Hochachtung aufblicken —, die durch Feinfühligkeit und Willensstärke ausgezeichnet, ihre Triebe zu beherrschen im Stande sind. Gerade aber bei diesen liegt nach Krafft-Ebing die Gefahr vor, daß erzwungene Abstinenz zu Neurasthenie und Gemüthskrankheiten führe. Somit erweist sich also nach dem Urtheil des erfahrenen Psychiaters der § 175 als ein Gesetz, das die Krankheiten seines Opfers nothwendig begünstigt und erzeugt, indem es dasselbe wegen einer angeborenen kranken Naturanlage mit entehrender Strafe bedroht: Onanie, Masturbation sind die fürchterlichen Konsequenzen, die der betreffende Urning aus seiner Feinfühligkeit und der Existenz des § 175 zu ziehen gezwungen ist. Denn jeder Mensch, der sich nicht scheut, die Wahrheit zu sagen und sich nicht mit Tarnkappen gegen sie wappnet, weiß, daß es müßig ist, gegenüber elementaren Naturtrieben, wie es die Geschlechtsempfindung ist, mit den Waffen der Vernunft und der Logik dauernd erfolgreich anzukämpfen. So klingt es uns ergreifend aus der Beichte eines Kranken entgegen: „Und noch aus einem anderen, leider völlig stichhaltigen Grunde werden wir für krank gehalten, aus dem nämlich, daß wir wirklich krank *geworden* sind und daß man dann Ursache und Wirkung verwechselt. Welche Nerven gehören dazu, um die jahrelangen Aufregungen zu ertragen, welche mit der Erlangung eines Freundes verbunden sind, mit dem man in geschlechtlichem Umgang lebt; um die stete Angst vor Entdeckung zu erdulden und als anständiger Mensch immer das Bewußtsein zu haben, daß ein Wort genügt, um aus den Kreisen, in denen man behaglich und geachtet verkehrt, für immer schimpflich ausgestoßen zu werden; was endlich muß man ertragen, wenn uns der Freund fehlt, dessen geschlechtlicher Umgang uns zur Erhaltung unserer Gesundheit durchaus nothwendig ist, wenn wir, mit unserer Phantasie allein, uns schließlich der Phantasie ergeben. Dann freilich *werden* wir krank, wie Thiere von Tollwuth befallen werden, wenn man sie an der Ausübung des ihrer Natur adäquaten geschlechtlichen Aktes hindert.“ Wir sehen hier also, daß der Schreiber gar nicht daran denkt, sich durch Prostituirte zu befriedigen. Der Schreiber ist ein Typus aller der feingebildeten Urninge, die die Folgen des § 175 in Gestalt einer physischen, psychischen oder geistigen Krankheit, des Wahnsinns, zu tragen haben.

Man denke weiter daran, wie deprimirend der Paragraph gerade auf die Moralität des Individuums, die er heben soll, wirken muß. „Aber nicht genug damit“, beichtet ein anderer Kranker Krafft-Ebing, „daß ich dieses Glück (das der Ehe) entbehren muß, nein, auch noch gehetzt wie ein Wild muß ich sein, muß immer fürchten, daß irgend ein Lump mich anzeige oder bei der Gesellschaft verdächtige, und Qualen leiden, wenn ich meinen elementaren Trieb nicht befriedigen kann. Auch ein Leben der Lüge bin ich zu führen gezwungen, ich muß den Glücklichen heucheln und in Gesprächen über geschlechtliche Dinge ganz wie andere zu fühlen scheinen. Und doch gehört Lüge für mich zu den allerhäßlichsten Dingen.“ In diesen Worten klingt die Tragik eines wunden, gequälten Herzens wieder, das unter den Folgen dieser gesetzgeberischen Unthat zu brechen droht. Schreibt so ein Verbrecher? Fühlt so ein Mensch, für den das Gefängniß die richtige Stätte seines Daseins ist?

Unnöthig ist es, noch hinzuweisen auf die zahllosen Selbstmorde, die der § 175 gezeitigt hat und noch hervorruft, unnöthig, anzumerken, daß viele feingebildete Männer stündlich Gift und Revolver bei sich führen, um im Falle der Entdeckung den Tod einem Parialeben der Schande vorzuziehen. Nicht immer ist es die Furcht des Schuldigen vor dem Gefängniß, die ihn in den Tod treibt, oft sind es völlig Schuldlose, die aus Furcht vor dem öffentlichen Skandal, der Schande der Voruntersuchung u. s. w. als Opfer des elenden und feigsten Denunzianten- und Erpresserthums, mit dem Arm in Arm Göttin Justitia, die Binde vor den Augen, wehrlose Unglückliche in die Schranken zu ungleichem, unseligem Kampfe fordert, oft auch am Rande des finanziellen Ruins, in den erlösenden Tod gehen. Das alles weiß man und noch mehr, viel mehr, und die Praxis hat das unselige Gesetz längst verurtheilt und außer Kraft gesetzt. Und dennoch besteht es weiter und fährt fort, als Glied in der Kette unserer gesetzlichen Strafbestimmungen schuldlos Kranke als Verbrecher abzustempeln!

Aber was mich immer am meisten empört, wenn ich über diesen § 175 nachdenke, und was diesem Gesetz den Stempel — man muß es geradezu sagen — ungeheurer Dummheit aufdrückt, das ist seine bei aller Grausamkeit lächerliche Inkonsequenz und Einseitigkeit. Denn abgesehen von dem tiefernsten und mächtig in unser intern-soziales Leben einschneidenden Problem des weiblichen Konträrsexualismus, scheint der Gesetzgeber nicht zu kennen jene widerlichen und abstoßenden, perversen Akte analoger Art zwischen Mann und Weib, jene anderen scheußlichen, unzüchtigen Handlungen zwischen Angehörigen des gleichen Geschlechts und verschiedener Geschlechter, die gefährliche mutuelle und manuelle Onanie, welche die Reichsgerichtsentscheidungen geradezu als Ausweg hinstellen. Ich bin nun zwar der Meinung, daß man sich nie verleiten lassen soll, aus gewissen perversen Geschlechtsakten, die Tausende von „Normalen“ begehen — ich weise nur auf das öffentliche Geheimniß des modernen Frankreich hin —, auch nur einen psychologischen Rückschluß auf die qualitative Gesammtbewerthung eines Menschen zu machen, sind doch in puncto puncti gerade unsere besten Geister oft — euphemistisch ausgedrückt — erstaunlich weit gegangen. Dennoch aber meine ich, daß die Vollzieher jener straflosen Akte oft auf einer erheblich niedrigeren sittlichen Stufe sich uns darbieten, insofern sich gerade nur durch sie Lüstlinge und Wüstlinge, also verschuldete, wenigstens zum Theil verschuldete Degenerirte, zu befriedigen pflegen. Allerdings glaube ich, daß man auch sie nun nicht mehr, wo sie jedenfalls auf dem Punkte angelangt sind, daß ihre Geschlechtsempfindung erkrankt ist, vernünftiger Weise treffen kann, wenn sie nicht in die Rechte und Freiheit Anderer einbrechen, jedenfalls ist nicht einzusehen, weshalb der Gesetzgeber den einen unzüchtigen, perversen Akt — mag er uns auch noch so widerlich und abscheulich vorkommen — herausgreift und willkürlich mit Strafe belegt, den Akt, welcher der der ererbten Anlage seiner Vollzieher allein angemessene und aus ihr entspringende ist.

Was von diesem durch den Gesetzgeber getroffenen päderastischen Akte gilt, das gilt in erhöhtem Maße von dem, den die Interpretation des Reichsgerichts in einer famosen Entscheidung als in den vom Gesetzgeber gezogenen Kreis der „beischlafsähnlichen Handlungen“ gehörend verwiesen hat. Es ist dies der Akt, den gerade die Gebildetsten und geistig Höchststehenden zur Befriedigung ihres elementaren Triebes wählen, denen oft der vom Gesetz gemeinte Akt zuwider und abscheulich ist. Das erhellt nicht nur aus der gewaltigen Kasuistik in den Monographien, Lehrbüchern und Zeitschriften, das spricht mit erschütternden Tönen auch aus den Akten der Staatsanwaltschaft und Gerichte, die mir zum Theile

zu Gebote standen, zu uns. Ohne daß es möglich ist, hier eine spezialisirende Schilderung zu geben, so kann ich doch versichern, daß mir gerade diese vom Reichsgericht als dem Gesetz verfallen erklärte, perverse, äußerlich allerdings „beischlafsähnliche“ Handlung als eine eminente Verkennung des gesetzgeberischen Willens, als eine schwere Inkonsequenz erscheint. Dieser Akt ist nichts anderes als eine unzüchtige Handlung in milderer Form, und Unzucht zwischen Männern hat ja das Reichsgericht expressis verbis für erlaubt erklärt. Es ist geradezu unglaublich, zu welchen Peinlichkeiten in der (Feststellung der) quaestio facti der Richter hier durch das Reichsgerichtsurtheil genöthigt wird. Er muß genau die Einzelheiten und Diffizilitäten der perversen Handlung feststellen, deren Vorhandensein die Voraussetzung für die durch das Reichsgericht geschaffene Strafbarkeit einer absolut unschädlichen Handlung bildet. Dennoch aber meine ich, daß, obwohl gerade die besten Elemente durch die Reichsgerichtsentscheidung empfindlicher als durch den § 175 getroffen werden, nicht nur das Urtheil ausdrücklich vernichtet werden soll, sondern auch der Paragraph selber seinem ganzen formellen und materiellen Inhalt nach außer Kraft zu setzen ist. Denn ich glaube nicht, daß sich, wenn auch die Vollzieher jener Handlung zumeist höher stehen, als die des wirklich päderastischen Aktes, auf diese Differenz ein Unterschied in der Bestrafung wird gründen lassen; denn für den forensischen Standpunkt ist die höchstens klinische, von den modernsten Forschern aber auch als solche schon aufgegebene Scheidung zwischen „Ererben“ und „Erwerben“ durchaus unbrauchbar.

Wenn man sich so vergegenwärtigt, daß nach alledem dieser § 175 einen schweren, unheilvollen Mißgriff bedeutet, so kann man sich eigentlich kaum vorstellen, aus welchem Chaos von Unverstand, Ignoranz, Frömmelei und Mittelalterthum — alle diese Dinge heißen zusammen „Motive“ — das Gesetz hervorgegangen sein möge. Als Ersatz für die Zuneigung zwischen willensfreien und -fähigen Individuen: Denunziantenwesen, Erpresserthum, Heuchelei, Selbstmorde, Krankheiten aller Art, niedrigste Prostitution. Wenn man sich weiter vergegenwärtigt, daß — wie auch der Herzensche Artikel anführte — Preußens oberste Sanitätsbehörde die Strafbestimmung verurtheilte — Namen wie Langenbeck und Virchow standen unter dem Gutachten —, daß also von einer Gesundheitsschädigung nicht die Rede sein kann, so steht man allerdings einem Räthsel gegenüber, wie es möglich gewesen, daß der Paragraph in ein modernes Gesetzbuch hat übernommen werden können.

Wenn man denn einmal aufhören sollte, zahllose Existenzen durch den bürgerlichen Tod der Infamie zu vernichten, fortgesetzt den Staat zu schädigen, indem man der Gesellschaft werthvolle Mitglieder entzieht, indem man ihr die Arbeitskräfte und Fähigkeiten vieler tüchtiger Elemente raubt — dann soll man auf der anderen Seite noch einen Schritt weiter gehen: man soll aufbauen, wo man niedergerissen hat. Der § 175 muß fallen, aber der § 176[1] verlangt dringend nach Revision, nach Erweiterung. Nach diesem famosen Paragraphen wird, wer an einer Frauensperson sich unter Anwendung von Gewalt unzüchtig vergeht, bis zu zehn Jahren ins Zuchthaus eingekerkert; straflos aber kann der rohe Lüstling den vierzehnjährigen willen- oder bewußtlosen oder geisteskranken Burschen zu der gesundheitsschädlichen Masturbation verführen, er kann Unzucht

[1] § 176 Abs. 1 und 3 lauten: Mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren wird bestraft, wer 1. mit Gewalt unzüchtige Handlungen an einer Frauensperson vornimmt oder dieselbe durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben zur Duldung unzüchtiger Handlungen nöthigt; 3. mit Personen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vornimmt oder dieselben zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen verleitet.

mit ihm treiben und ihn zu ihrer Duldung zwingen, er kann ihn in einen willenlosen Zustand versetzen und ihn unzüchtig mißbrauchen, immer schützt ihn das Gesetz; wenn er in allen diesen Fällen sich an ihm päderastisch oder im Sinne der Reichsgerichtsentscheidung vergeht, so trifft ihn nur die Gefängnißstrafe des § 175, während er keinen Deut besser ist als der Frevler am anderen Geschlecht, dem sich das Zuchthaus bis zu zehn Jahren öffnet. Demgegenüber muß aber der reife, willensfähige Urning, der freiwillig mit einem anderen, ebenfalls erwachsenen, willensreifen Leidensgefährten die Liebe nach seiner Art übt, die entehrende Gefängnißstrafe erleiden und den bürgerlichen Tod der Schande sterben. — Das sind in wenigen Worten die Konsequenzen, wie sie sich de lege lata aus den §§ 175, 176, 177 des Reichsstrafgesetzbuches ergeben. Die nothwendige Folgerung de lege ferenda zu ziehen, kann keinem Einsichtigen mehr schwer fallen.

Wenn man sich dazu erst entschließen wird, dann steht der Richter nicht mehr vor einer unlösbaren Aufgabe, wie heute: die Forderungen des Gesetzes mit den Ergebnissen der exakten Wissenschaft in Einklang zu bringen — aber es harrt seiner immer noch eine unendlich schwere, aber wundervolle und edle Aufgabe: einzudringen in die so unsagbar fein und komplizirt organisirte innere Welt des menschlichen Empfindungslebens. Hier darf keine rauhe, grausame Hand mit plumpem, tödtendem Griffe hineingreifen, hier muß menschliches Fühlen und Denken, ein feiner Sinn, ein edles Herz und ein kluger Geist zu harmonischem Zusammenwirken sich verbinden und gegenseitig durchdringen. Die besten Richter sind gerade gut genug, über das Geschlechtsleben ihrer Mitmenschen, ihrer Brüder zu richten, mitzuarbeiten an der Lösung des welterhaltenden und weltzerstörenden Problems der sinnlichen Liebe. Hier heißt es, sich tief hineinfühlen in die Empfindungswelt des Sünders, mit ihm mitdenken, mitfühlen, mitleiden. Strenge Strafe denen, die frech einbrechen in die Menschenrechte ihrer Brüder, Freiheit denen, die freiwillig, aus eigenem, innerem, elementarem Triebe heraus sich gegenseitig zuneigen auf eine Art, die wir nicht billigen, die wir aber begreifen müssen. Da gilt aber nur ein Prinzip: nicht das weichliche Prinzip des tout comprendre, c'est tout pardonner allein thut es hier. Verzeihen oder nicht verzeihen — Homo sum, nihil humani a me alienum!

Die erwerbsmäßige Kinderarbeit und die Schule.

Eine sozialpädagogische Studie von **Karl Strunz**.

(Schluß.)

b) Gefahren für die sittliche Entwicklung.

An die Spitze dieser Betrachtung stellen wir passend die Worte des Harfners in „Wilhelm Meisters Lehrjahren":

> Ihr führt ins Leben uns hinein,
> Ihr laßt den Menschen schuldig werden,
> Dann überlaßt ihr ihn der Pein;
> Denn alle Schuld rächt sich auf Erden.

Nur sind es im vorliegenden Falle nicht die „himmlischen Mächte", sondern rein irdische Umstände und Gewalten, die mit dem Nahrungserwerb zusammenhängen, welche hier mit Goethes Wort apostrophirt werden müssen.

Fragen wir auch hier zuerst, wie bei der körperlichen Entwicklung, unter welchen Umständen auf die Heranbildung zu einer sittlichen Persönlichkeit gerechnet

werden darf. Die Pädagogik lehrt, gestützt auf die Psychologie und die mannigfaltigste Erfahrung, daß die Erziehung zur sittlichen Persönlichkeit mehr eine Aufgabe des Beispiels im weitesten Sinne, als ein Resultat der Belehrung ist. Die besten Unterweisungen mit Worten fruchten nur wenig, wenn die Verhältnisse, unter denen das Kind aufwächst, wenn sozusagen der moralische Anschauungsunterricht, den das Kind empfängt, in seiner Familie und durch die Kreise, in denen es lebt, das Gegentheil von dem vor Augen führen, was wir heute als sittlich und gut ansehen.

Wie es in dieser Beziehung um unsere erwerbsthätigen Kinder steht, braucht nur angedeutet zu werden. Gewisse Beschäftigungsarten wie Hausiren, Mitwirkung bei Schaustellungen aller Art, Hüten, Theilnahme als Treiber bei Jagden und dergleichen wirken entweder verrohend auf die Kinder oder sie machen dieselben mit Dingen und Verhältnissen bekannt, die ihnen in ihrem Alter unbedingt noch verborgen bleiben müßten.

Meist fehlt es diesen Aermsten ohnehin an einer geordneten häuslichen Erziehung, kommen sie nun mit Menschen in Berührung, in denen die soziale Ethik nur schwach entwickelt ist, die es mit den Grundregeln von Sitte und Anstand, von Ehrlichkeit und Treue nicht besonders genau nehmen, so bildet sich im jugendlichen Gemüth der Hang zu Lug und Trug, zu Lieblosigkeit und rohem Betragen, zu Näscherei und Trunksucht heraus. Wo Unkraut gesät wird, kann man keinen Weizen ernten. Wie groß mag der Schaden wohl sein, der hier dem Volkskörper zugefügt wird; wie viel sittliche Werthe mögen in der aufkeimenden Generation vernichtet werden, ohne daß weitere Kreise sich Rechenschaft darüber geben! Man darf dem Selbstschutz, den die gütige Natur auch in sittlicher Beziehung dem Menschen als einen wesentlichen Theil der Selbsterhaltung verliehen hat, in hohem Maße vertrauen, und doch muß jedem einsichtigen Menschenfreunde bange werden um unsere erwerbsthätigen Kinder.

Die Lehrerschaft ist sich einig in Verurtheilung der bestehenden Zustände.

Aus der Fülle von Material müssen einige wenige Angaben genügen, um Licht in dieses dunkle Gebiet fallen zu lassen.

In Gera wird geklagt über Mangel an Ordnungsliebe, Freundlichkeit und anständigem Betragen; auch zeigte sich bei einzelnen Beschäftigten Neigung zum Vagabondiren, Geldverthun und Stehlen.

Aus Charlottenburg wird berichtet, daß wegen Lügen am meisten die Zeitungsträgerinnen und Kegeljungen, die Bierabzieher und bei Kaufleuten Beschäftigten notirt sind; zehn Kinder waren gerichtlich bestraft und zwei befanden sich in Voruntersuchung.

Die ländlichen Verhältnisse sind nicht besser. Ueber 2310 Kinder in Pommern lautet das Urtheil dahin, daß sie sittlichen Gefahren ausgesetzt seien. Vom Hütejungen, diesem Typus eines modernen Heloten, wird gesagt, daß er fast allgemein durch die Langeweile verführt wird zu Diebstahl, Thierquälerei, Zerstörung von Vogelnestern und Baumfrevel.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen.

Wie man auch in den Kreisen, die von Amtswegen mit dem jugendlichen Verbrecherthum in Berührung treten, auf den Zusammenhang zwischen Kinderarbeit und sittlicher Verkommenheit der Jugend nach und nach aufmerksam wird, beweisen unter Anderem die Mittheilungen des Superintendenten Schönberner auf der Kreissynode in Berlin im Frühjahr 1895. Er theilte mit, daß von 100 jugendlichen Gefangenen der Strafanstalt Plötzensee bei Berlin 70 während der Schulzeit als Frühstücks- und Zeitungsträger, als Rolljungen, Laufburschen, Kegeljungen u. s. w. beschäftigt waren, und zwar öfters von halb fünf Uhr an. „Eine ähnliche genaue Untersuchung in anderen Strafanstalten würde voraussichtlich ein ebenso ungünstiges Resultat ergeben und Allen, die bisher blind an diesen Zuständen vorübergegangen sind, endlich einmal die Augen öffnen“ (Paul Hirsch, „Verbrecherthum und Prostitution“, S. 54).

Die Gefahren in geschlechtlich-sittlicher Beziehung liegen für Jeden, der das Leben einigermaßen kennt, offen zu Tage; sie sind vorhanden für beide Geschlechter in der Stadt sowohl als auf dem Lande. Es gehört durchaus nicht zu den Seltenheiten — direkte Beobachtungen bestätigen es —, daß Knaben am frühen Morgen von Dirnen verschleppt werden. So erklärt sich auch der Ausspruch der Bäckermeister gelegentlich einer amtlichen Enquete vor einigen Jahren, daß sie ihre Lehrlinge zum Frühstückaustragen nicht verwenden könnten wegen der damit verbundenen sittlichen Gefahren. Es bleibe dahingestellt, ob sittliche Einsicht oder Eigennutz, um Kinder statt Lehrlinge weiter verwenden zu können, das Eingeständniß veranlaßt hat, die Thatsache an sich ist richtig. Hausiren, Schaustellungen mit Kindern, Beschäftigung in Wirthschaften, Ballet rc. sind in sittlicher Beziehung nicht minder gefährlich für unsere Jugend, wie die Arbeit zu unpassenden Tageszeiten.

Abgrundtief ist der Schlamm der moralischen Verwahrlosung, in den Mädchen hineingezogen werden, das bezeugt der Bericht der Berliner Stadtmission vom Jahre 1897. „Die dunkelste Arbeit", heißt es in jenem Bericht, „war die gegen die öffentliche Unzucht." Unter den eingelieferten Mädchen, mit denen die „Schwestern" im Asyl der Stadtmission und auf dem Polizeipräsidium in „seelsorgerische" Beziehung traten, waren 1 Mädchen im Alter von elf Jahren, 4 von zwölf, 4 von dreizehn, 19 von vierzehn Jahren und 17 hatten das fünfzehnte Jahr erst überschritten. Die Beziehungen zwischen vorangegangener Erwerbsthätigkeit und der unverhüllt zu Tage tretenden Unzucht im jugendlichsten Alter dürften ebenso leicht aufzudecken sein wie die zwischen Erwerbsthätigkeit und den Vergehen der jugendlichen Gefangenen der Strafanstalt Plötzensee. Der Missionsbericht hat ganz recht, daß die gemachten Erfahrungen Schimpf und Schande für ein christliches Volk bedeuten; aber der „seelsorgerische Zuspruch" wird hieran nichts ändern, wenn die wirthschaftlichen Zustände derart sind, daß mit den Kindern umgegangen wird, als wenn es keine sechste Bitte gäbe: „Führe uns nicht in Versuchung."

3. Wie leidet unter den geschilderten Verhältnissen die Schulerziehung?

Ueber den schweren Stand, den die Schule bei der Erfüllung ihrer Aufgabe in unterrichtlicher und erziehlicher Beziehung hat, herrscht bei allen Einsichtigen gegenüber den augenfälligen Mängeln, die die Volksschulen zumal in ihrer äußeren und inneren Organisation aufweisen, heute bereits eine Meinung. Mit der Verschärfung des wirthschaftlichen Kampfes wächst die der Schule zur zweiten Natur gewordene Misere trotz des stolzen Wortes, daß bei uns die Kulturaufgaben nicht leiden. Sie leiden und würden weiter leiden, selbst wenn man hin und wieder etwas mehr Geld flüssig machte für die Schule, als es heute üblich ist. Man könnte damit noch immer nicht den Tausenden die gestörte Gesundheit und die untergrabene Sittlichkeit ersetzen, und somit würde es nach wie vor an den Fundamenten einer naturgemäßen Entwicklung fehlen. Freilich, die Erkenntniß ist noch nicht allgemein, daß es außer der Hebung der Landwirthschaft und Viehzucht u. s. w. noch andere Kulturaufgaben giebt — nämlich die allseitige Entwicklung der jungen Generation. Hier fehlt's.

Es ist ganz selbstverständlich, daß der Lehrer mit übermüdeten Kindern, die vor Beginn der Schule bereits ein Tagewerk geschanzt haben oder die, wie in der Hausindustrie, bis spät in die Nacht hinein mit eintönigen Arbeiten gequält wurden, nichts anfangen kann. Müde und abgehetzt, oft durchkältet kommen sie zur Schule, um dem Lehrer in der wohlthuenden Wärme des Schulzimmers unter den Händen einzuschlafen. Da ist jede Unterrichtskunst vergeblich angewandt. In den Morgenstunden, so lautet z. B. die Klage aus Gera, zeigen die Kinder eine fast unüberwindliche Neigung zum Einschlafen, wie die Bemerkungen: „schläfrig — träumt — ist abgespannt — schläft früh in der ersten Stunde" u. s. w. hinreichend beweisen.

In der Statistik von Mühlhausen i. Th. heißt es, daß 21 = 40 Prozent der beschäftigten Kinder (Hausindustrie: Annähen von Knöpfen, Spulen rc.) beinahe blödsinnig sind und daß bei weiteren 27 über Stumpfsinn geklagt werden muß. Eine gleich traurige Geistesverfassung wird bei Kindern, die nicht übermäßig mit Erwerb

angestrengt werden, sonst nirgends beobachtet. Was sonst Ausnahme ist, wird unter der Ungunst der wirthschaftlichen Lage zur Regel.

Nur unverbesserliche Optimisten werden unter solchen und ähnlichen Verhältnissen erfolgreiche Arbeit an diesen und von diesen Kindern in der Schule erwarten. Von den erwerbsthätigen Kindern in Schmölln zeigten 100 mittelmäßigen Fleiß, 137 waren wenig aufmerksam, 20 ganz unaufmerksam und 19 mußten als notorisch faul bezeichnet werden.

Sehr eingehend hat der Lehrerverein in Hannover den Einfluß der Erwerbsthätigkeit auf das Schulleben untersucht. Durch die hannöversche Statistik wird festgestellt, daß bei den Knaben 141 (13 Prozent) der Beschäftigten in Fleiß und Aufmerksamkeit nicht befriedigten, während weitere 167 (15 Prozent) sich träge, theilnahmslos und schläfrig zeigten; bei den Mädchen sind die entsprechenden Ziffern 113 (21 Prozent) und 67 (13 Prozent).

Einen guten Maßstab für die Zeit, die den Kindern für die Schule zur Verfügung steht, darf man in der mehr oder minder vollkommenen Anfertigung der häuslichen Schularbeiten erblicken. Hannover berichtet darüber: Bei 286 Knaben (26 Prozent) ist die Zensur über häuslichen Fleiß „nicht befriedigend“, bei 66 (6 Prozent) sogar „schlecht“; die Mädchen stellten 167 (32 Prozent) und 29 (6 Prozent) zu den entsprechenden Kategorien.

Verspätungen und Schulversäumnisse, diese Störenfriede eines geregelten Fortschritts im Unterricht, werden natürlich aller Orten in Masse bei den beschäftigten Kindern konstatirt. In Charlottenburg hatten rund 85 Prozent der Erwerbsthätigen kürzere oder längere Zeit gefehlt. Auf 338 Kinder kamen 3110 versäumte Schultage aufs Jahr. In Pommern, dem Eldorado des großgrundbesitzenden Junkerthums, zählt die Statistik 1996 (57 Prozent) Kinder, die während der Ferien mit Landarbeit beschäftigt wurden. Ferienverlängerung gehört nicht zu den Seltenheiten, und die treibenden Kräfte für diese Erscheinung wird man richtig vermuthen, wenn man hört, daß Eltern sich zu Kontrakten verpflichten, wonach ihre Kinder von elf Jahren an zur Arbeit zu schicken sind, sobald sie von der Gutsherrschaft dazu verlangt werden.

815 Kinder wurden nach derselben Statistik beurlaubt und zwar bis zu vierzehn Tagen; 280 Kinder blieben, was noch schlimmer ist, ohne weitere Entschuldigung der Schule fern; sie beurlaubten sich mit Zustimmung der Arbeitgeber selber.

Dann befremdet es nicht weiter, daß unter den Erwerbsschülern der pommerschen Statistik 1606 (46 Prozent) hinter ihren Altersgenossen in ihrer geistigen Ausbildung zurückbleiben. Daß damit der geregelte Fortschritt sämmtlicher Schüler aufgehalten wird, ist mehr als einleuchtend; in Pommern machte sich der Mißstand in 102 Klassen mit 6090 Schülern bemerkbar.

Nach den Erhebungen in Hannover nehmen 434 (40 Prozent) der Knaben und 233 (44 Prozent) der erwerbsthätigen Mädchen nur einen niedrigen Platz ein und fast die Hälfte der Erwerbsschüler ist in den Fortschritten unter normal. Von 573 beschäftigten Kindern waren in Gera 219 (38,2 Prozent) ein-, zwei- und dreimal „sitzen geblieben“, das bedeutet aber für eine Reihe Kinder, daß sie niemals bis in die obere Klasse aufrücken und die Schule ohne Absolvirung des Lehrziels verlassen müssen.

Der redlichste Wille, die erprobteste Methode und der zäheste Fleiß der in der Schule arbeitenden Lehrer können die Ungunst der äußeren Verhältnisse, unter denen ein großer Theil der Schüler zu leben gezwungen ist, nur unvollkommen überwinden. Das ist die Logik der Thatsachen, der man sich auch in Breslau seitens der Lehrerschaft nicht ausschloß.

Nahezu einstimmig erhob sie die Hauptforderung des Referenten, die hier wörtlich wiedergegeben sein mag, zum Beschluß; sie lautet: „So sehr die Kinderarbeit an sich bei zweckmäßiger Auswahl der Beschäftigung und verständiger Leitung als werthvolles Erziehungsmittel zu empfehlen ist, so sehr ist sie in der Form der Erwerbsthätigkeit, mit der eine Ausbeutung der Kraft des Kindes fast mit

Nothwendigkeit verbunden ist, vom pädagogischen Standpunkt aus zu verwerfen. Ihre vollständige Beseitigung während des schulpflichtigen Alters ist zu erstreben." Das ist dem Sinne nach dieselbe Forderung, die im Erfurter Programm lautet: Verbot der Erwerbsarbeit der Kinder unter vierzehn Jahren, und über die der internationale Kongreß für Arbeiterschutz in Zürich 1897 noch um ein Jahr hinausging, indem er den Schutz bis zum fünfzehnten Lebensjahr ausgedehnt wissen wollte.

Die Uebergangsbestimmungen, die in Breslau von der Lehrerschaft gefordert wurden, sind den Hauptpunkten nach: Verbot der Beeinträchtigung des regelmäßigen Schulbesuchs durch Dispensationen und dergleichen; Verbot der Erwerbsthätigkeit der Kinder unter zwölf Jahren; Verbot der Beschäftigung der älteren Kinder Morgens vor dem Schulunterricht und nach sechs Uhr Abends; ganz zu verbieten ist: Hausiren, Beschäftigung in Wirthshäusern, bei Schaustellungen und bei Treibjagden. Gefordert wird die Ausdehnung der staatlichen Aufsicht auf die Beschäftigung der Kinder in der Hausindustrie und in der Landwirthschaft, sowie die Wiederholung der amtlichen Erhebungen im Reiche in regelmäßigen Abständen unter Berücksichtigung der in der ersten Statistik außer Acht gelassenen Arbeit in der Landwirthschaft.

Das Proletariat ist seit Langem aus mehr als einem Grunde interessirt daran, daß die Kinder nicht in früher Jugend bereits ins Erwerbsleben hineingezogen werden, besonders auch aus dem Grunde, weil das Ringen ums leibliche Brot den Kindern die ohnehin kärglich bemessene geistige Kost schmälert. Die aufstrebende Sozialdemokratie wirkt aus innerer Nothwendigkeit im Sinne der oben wiedergegebenen Beschlüsse, wie überhaupt für die Beseitigung aller Hemmnisse, die der Ausgestaltung der Schule zu einer vollwerthigen Kulturstätte für die gesammte schulpflichtige Jugend des Volkes im Wege stehen: denn — „Wissen ist Macht".

Notizen.

Die deutsche Bierbrauerei in den letzten zwei Jahrzehnten. Die Vernichtung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb in der deutschen Bierbrauerei wurde schon seit Ende der fünfziger Jahre dieses Jahrhunderts öfters konstatirt. Wir haben in den in der „Neuen Zeit" vor etwa zwei Jahren veröffentlichten Studien über die Entwicklung der Großindustrie in Deutschland zahlreiche Beweise dafür gesammelt. Das reichhaltige Material jedoch, das für die neuere Zeit über diesen Gegenstand im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1897, gebracht wird, macht es empfehlenswerth, die Vernichtung des Kleinbetriebs in diesem Gewerbszweig noch durch einige Zahlen, deren Zuverlässigkeit wegen der fiskalischen Besteuerung des Bieres ziemlich sicher ist, zu beleuchten.

Verfolgt man auf Grund der genannten Quelle die Veränderungen in der Zahl der Brauereien im Brausteuergebiet,[1] so ergiebt sich folgende Uebersicht:

Jahr	Zahl der im Betrieb gewesenen Brauereien	Darunter gewerbliche Brauereien	Menge der verwendeten steuerpflichtigen Braustoffe		Menge des gewonnenen Bieres		
			Getreide Tonnen	Surrogate Tonnen	Obergähriges in 1000 Hektol.	Untergähriges in 1000 Hektol.	Zusammen in 1000 Hektol.
1876	12535	10399	424000	3300	8500	12300	20800
1881/82[2]	11266	10068	430000	2300	7800	13500	21300
1886/87	9708	8690	533000	3600	8700	17900	26600
1891/92	8672	7785	631000	8800	7800	24800	33600
1895/96	7847	7068	703000	11900	7900	29800	37700

[1] Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen bilden bekanntlich besondere Steuergebiete.

[2] Etatsjahr.

Man ersieht daraus zunächst, daß die Gesammtzahl der im Betrieb gewesenen Brauereien in den letzten zwanzig Jahren um circa 4700, d. h. um etwa zwei Fünftel, zurückging. Läßt man die nicht gewerblich betriebenen Brauereien, deren Produktion meistens äußerst unbedeutend ist, außer Betracht, so ergiebt sich für jede der gewerblichen Brauereien folgendes Durchschnittsquantum:

	Menge der verbrauchten steuerbaren Braustoffe	Menge des gewonnenen Bieres
1876	410 Meterzentner	2000 Hektoliter
1895/96	1010 "	5300 "

Die Durchschnittsproduktion hat demnach um circa das Zweieinhalbfache zugenommen. Von Interesse sind ferner noch folgende zwei Momente. Erstens die mit der Gesetzgebung im Zusammenhang stehende überaus rasche Zunahme der Verwendung von Surrogaten, die eigentlich von 1889/90 datirt. Bis dahin wurden in einem Jahre im ganzen Brausteuergebiet höchstens circa 5000 Tonnen an Surrogaten verbraucht, während in diesem Jahre der Verbrauch auf circa 7100 Tonnen stieg und seitdem sich folgendermaßen gestaltete:

1890/91	circa	9400 Tonnen
1891/92	"	8800 "
1892/93	"	9200 "
1894/95	"	10900 "
1895/96	"	11900 "

Besonders viel wird jetzt als solches Surrogat Reis verwandt. Dessen Verbrauch zu dem genannten Zwecke belief sich 1876 auf nur circa 780 Tonnen, 1888/89 dagegen bereits auf circa 1270 Tonnen, 1891/92 auf circa 4300 Tonnen, 1895/96 auf circa 7600 Tonnen.

Der zweite interessante Umstand ist die Verminderung der Menge des Getreides, die zur Herstellung eines Hektoliters Bier verwandt wurde. Die hier in Betracht kommenden Mengen bezifferten sich nämlich pro Hektoliter:

Im Jahre 1876	auf circa	20,3 Kilogramm
" " 1881/82	" "	20,2 "
" " 1886/87	" "	20,1 "
" " 1891/92	" "	19,5 "
" " 1895/96	" "	18,8 "

Wenn diese Erscheinung zum Theile zweifelsohne darauf zurückzuführen ist, daß in den Großbetrieben die Ausbeute gewöhnlich viel größer ist, so scheint es doch auch nicht ganz ausgeschlossen zu sein, daß dieses Ergebniß nicht selten Folge der schlechteren Qualität des Bieres ist. Uebrigens darf dabei nicht außer Acht gelassen werden, daß, während 1876 mehr als zwei Fünftel der Produktion obergährige Biere waren, 1895/96 die genannten Biere nur etwa ein Fünftel der gesammten Produktion ausmachten.

Die oben angeführten Daten über die Anzahl der im Betrieb gewesenen Brauereien hatten uns gezeigt, daß die Zahl der Brauereien in Abnahme begriffen war. Daß es wirklich Kleinbetriebe waren, die die Produktion einstellen mußten, läßt sich aus den Ergebnissen der Besteuerung entnehmen. Von den besteuerten Brauereien entrichteten nämlich an Steuer:

	Bis 15 Mark	15 bis 60 Mark	60 bis 300 Mark	300 bis 600 Mark	600 bis 1500 Mark	1500 bis 6000 Mark	6000 bis 15000 Mark	Ueber 15000 Mark
1876	2599	1300	2867	1576	1965	1656	382	190
1881/82 . . .	2083	1085	2609	1460	1877	1587	376	189
1886/87 . . .	1293	837	2038	1330	1800	1697	450	261
1891/92 . . .	1185	715	1721	1142	1476	1573	490	374
1895/96 . . .	1161	511	1383	977	1321	1514	569	414

Am größten war demnach die Abnahme bei den kleinen Brauereien mit einem Steuerertrag bis zu 600 Mark. Ihre Gesammtzahl verminderte sich von circa 8340 auf circa 4030, d. h. um circa 52 Prozent. Eine beträchtlich geringere Abnahme, im Ganzen von circa 22 Prozent, weisen die mittleren Brauereien auf, die eine jährliche Steuer von 600 bis 6000 Mark zu entrichten hatten. Dagegen ist die Zahl der großen Brauereien mit einem Steuerertrag von über 6000 Mark stetig gestiegen, im Ganzen von 572 auf 983, d. h. um circa 72 Prozent. Von besonderem Interesse ist dabei, daß die größte Zunahme die Brauereien mit einem Steuerertrag von über 15000 Mark zu verzeichnen hatten. Zur richtigen Beurtheilung der volkswirthschaftlichen Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößen müßte man natürlich noch die Gesammtmengen des von ihnen hergestellten Bieres kennen lernen. Leider enthält das Statistische Jahrbuch diesbezüglich keine Angaben.

Zum Schlusse wollen wir noch einen Vergleich zwischen der Biergewinnung im Brausteuergebiet und der Biergewinnung in anderen Braugebieten des Deutschen Reiches anstellen.

Für die von uns oben in Betracht gezogenen Jahre ergeben sich dann folgende Zahlen:

Jahr	Brausteuergebiet	Bayern	Württemberg	Baden	Elsaß-Lothringen
	in 1000 Hektoliter				
1876 . . .	20900	12300	3900	1100	700
1881/82 . .	21300	12300	3200	1200	900
1886/87 . .	26600	13100	3300	1300	700
1891/92 . .	32600	14500	3500	1600	900
1895/96 . .	37700	16000	3900	1900	1000

Die größte Zunahme hat demnach das Brausteuergebiet zu verzeichnen, während Württemberg nach einem bedeutenden Rückgang erst im Jahre 1895/96 die Produktion des Jahres 1876 wieder erreichte. Von Interesse sind ferner die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Mengen.

Sie betrugen in Litern:

Jahr	Brausteuergebiet	Bayern	Württemberg	Baden	Elsaß-Lothringen
1876 . . .	64	280	204	69	46
1881/82 . .	62	232	164	76	60
1886/87 . .	74	240	165	81	46
1891/92 . .	84	258	169	99	54
1895/96 . .	92	277	187	111	61

Auch hier stehen Baden und das Brausteuergebiet an der Spitze, während Württemberg und sogar Bayern nach einem vorübergehenden Rückgang erst in den letzten Jahren die Ziffern des Jahres 1876 wieder aufwiesen. Nicht zu vergessen ist dabei allerdings, daß das Jahr 1876 fast unmittelbar der Milliardenära und der diese begleitenden kolossalen Ausdehnung der Produktion folgte und daß ferner die Bierproduktion in Bayern und Württemberg im Vergleich zu der Bevölkerung viel stärker entwickelt war, als in anderen Brausteuergebieten, so daß eine weitere Steigerung des Konsums nicht so leicht eintreten konnte. S.

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Fortsetzung.)

Als sie wieder aus dem Felsenthor heraus war, leuchtete auch schon der Mond. Aber nun sollte sie wieder in den Wald hinein. Es war da bei Tage unheimlich zu gehen und gar erst, als die Nacht herabkam! . . . Lieber wolle sie davon nicht reden.

Und wieder watete sie im Wasser. Böse Stellen, welche sie bei Tage vorsichtig umschritt, waren ihr jetzt gleichgiltig. Sie wußte nur, daß wenn sie im Wasser ging, sie nicht fehl ging, und daß es ihr in der Seele leichter war, wenn sie sein Murmeln und Geplätscher in der schwarzen Stille hörte.

Manchmal stahlen sich Mondstrahlen durch das Gezweig, das dicht wie ein Netz, spielten für kurze Augenblicke auf dem Wasser, und das war das ganze Licht, das sie sah. In solchen Momenten gewahrte sie, wie sie geradeaus auf den oder jenen scharfen Stein zuschritt, der, aus dem Wasser herausragend, tölpelhaft harrte, auf daß sie sich an ihn stoße; allein wo dachte sie noch an den Schmerz in ihren Füßen! Sie hatte sie sich schon so wund gestoßen, daß wenn es Tag wäre, man vielleicht sehen könnte, wie ihr Blut das Wasser gefärbt. . . .

Dann fiel sie wieder in morsche Bäume bis zur Brust. Sie hatte sich die Hand zerschunden . . . da, da blieb noch ein Zeichen — und als sie sich aus einem Baume herausarbeitete, da war ihr über die Hand etwas Feuchtkaltes geglitten, wovor es sie noch jetzt schüttelt. Nur an eines kann sie sich nicht entsinnen, sie ging wie ohne Bewußtsein — ob der Wald auch bei ihrer Rückkehr gerauscht? Und ob da so stark wie drüben hinterm Felsenthor? Sie glaubt, er habe nicht mehr gerauscht. . . . Und sie hatte sich ausgerechnet, daß wenn sie aus diesem schrecklichen Walde herauskommen, gerade auch Mitternacht sein werde. Dann würde es sich auch entscheiden, ob sie leben oder sterben würde.

Sie schaute sich nicht um.

Ihr schien's, als trüge sie etwas Schreckliches, Schweres auf den Schultern, welches sie jeden Augenblick zum Lachen kitzeln werde. Vielleicht trug sie auch etwas? Konnte sie es denn wissen? Gott weiß es.

Aus der Tiefe des Waldes drängte sich etwas gegen den Rand des Baches und dichter wachsende Bäume; durchsichtige, weißliche Gespenster. Sie schienen sich vom Erdboden zu erheben und dehnten sich im Gezweige aus. Manche drängten sich bis an ihre Brust und wollten sie ersticken, allein sie hatte es bemerkt, schlug drauf los mit beiden Fäusten und ihr ward leichter.

Als sie aus dem Walde heraustrat und sich zum ersten Male nach seiner Tiefe umschaute, da — Gott möge Jeden davor bewahren — kitzelte sie plötzlich etwas so stark, daß sie aus vollem Halse auflachte . . . nein, aufschrie. Und Gott gab, daß sich dieser Aufschrei zuerst im Walde verlor . . . dann laut und deutlich an ihr Ohr schlug und sie wieder zur Vernunft brachte. Irgend etwas wollte ihr den Verstand abnehmen, das, was sie auf dem Rücken getragen, und was sie gekitzelt. Glaubt ihr das Jemand oder nicht?

Nun aber begann sie auch zu laufen!

Sie lief, lief den ganzen düsteren Weg, wie er sich zwischen den zwei Bergreihen zog, bis sie zwischen die schönen Wiesen und Weideplätze kam. Hier standen hie und da Hirtenhütten, bei denen das Vieh in kleine Herden zusammen-

gedrängt nächtigte, und erst hier ward ihr leichter. Hier leuchtete der Mond ganz taghell und hier erblickte sie die Welt.

Sie sah die Berge, wie sie sie noch zu Mittag geschaut, den Himmel, mit den heiligen Sternen besät, und einmal bellte auch irgend ein Hund, der beim Vieh wachte, und dieses Bellen beruhigte sie wie eine menschliche Stimme.

Ueberall lag Stille ... das schreckliche Rauschen verlor sich und man sah und fühlte, hier herrschte die Gotteskraft....

Aber von jetzt an vermochte sie nicht mehr zu laufen. Aus ihren Füßen schwand die Kraft, als hätte sie sich irgendwo verloren, und sie schleppte sich nur noch vorwärts.

Nächtigen wollte sie nirgends. Wie sollte sie dann auch in der Frühe durch die Straßen und an den Wohnungen bekannter Wirthinnen vorbeigehen? Was sollte sie von den blutenden Füßen, von den zerfetzten, kothbespritzten Kleidern erzählen und daß sie wie ein Mädchen ohne Tuch am Kopfe heimkehre?

Und ihr schönes, rothes Tuch! ... ach, ach, wo blieb das nur! Vielleicht war es gut in Teufelshänden aufgehoben....

Und sie schleppte sich langsam, langsam, wie eine Blinde, oder wie eine Zerschlagene, oder wie das Alter selber — bis sie sich endlich an ihre Hütte herangeschleppt. Als sie an das Thor heranhinkte, bemerkte sie in den Fenstern Licht. Er war zu Hause. Sie trat an das Fenster und blickte herein ... und sah: auf ihrem Bette lag ausgestreckt ihre Schwester, mit verworrenem Haare ... häßlich, häßlich und schlief. Unweit von ihr, beim Ofen ... saß er und nähte etwas....

Sie begann plötzlich zu zittern. Die Füße schwankten unter ihr und aus ihrem Herzen stieg ihr etwas Schreckliches geradeaus in den Kopf. Es überkam sie die Lust, das Haus anzuzünden oder irgend etwas anzustellen, um ihn und sie aus der Welt zu schaffen ... aber dann schwand diese Lust, wie von Jemandes Hand abgewendet; sie fühlte keinen Schmerz und kein Weh mehr. Ihr ward alles gleichgiltig. Sie war nur ermattet, entkräftet, sie fühlte Schmerz im ganzen Körper und in den Füßen stach es sie wie Schlangenbisse — sie brach fast zusammen.

Im Kopfe sauste es ihr ... das böse Waldrauschen hatte sich in ihrem Kopfe verfangen, und dazwischen summte es wie Bienenstimmen. Dann schleppte sie sich in den kleinen Schuppen, der, an das Haus angebaut, von einem alten Weichselbaum beschattet war, warf die Pelze von sich ab ... warf sich auf dieselben, bekreuzte sich — und schlief ein. Als sie am nächsten Morgen erwacht und aufgestanden war, fand sie das Haus leer. Weder er noch sie waren anwesend.

Und sie schlief noch einen ganzen Tag und eine ganze Nacht, und als sie am nächst-nächsten Morgen aufstand, war sie fröhlich und kräftig wie damals, als sie sich auf den Weg in den Tod machte.

„Und als er kam, Parasko?" fragte die Frau.

Als er kam, erzählte sie, da fütterte sie gerade ihre Hühner. Als er sie erblickte, spie er aus.

„Nun", fragte er, „warst Du in der Teufelsmühle; wann wird man mahlen?"

Deine Sünden mögen Dich zermahlen, sagte sie ihm, mehr nichts.

Und sie sprach zu ihm während fünf Tagen kein Wort.

Sie hieß ihn nicht bleiben und hieß ihn nicht fortgehen. Sie kochte ihm kein Essen, zündete kein Licht an, wenn er des Abends von der Arbeit kam und als er am Sonntag klagte, daß er keine reine Wäsche habe, sagte sie blos: Ich bin nicht mehr da.

„Und Thekla?"

Als Thekla bei ihr erschien, fühlte sie Schmerz als ob hundert Schlangenzungen sie gestochen hätten. Sie sprang auf und griff nach der Axt. Wirst Du aus meinem Hause gehen, Hündin? schrie sie auf.

Ei, schaut doch! Bist Du verrückt? rief diese zurück und starrte sie mit ihren Zwiebelaugen an. . . .

Wirst Du gehen? Wirst Du gehen? schrie sie immerfort dasselbe: gleich giebt's Deinen und meinen Tod. Und schon hob ihr etwas die Hand, um ihr die Axt in den Kopf zu tauchen, allein Gott gab, daß sie gegangen war und die Sünde wandte sich von ihr ab.

Sie warf die Axt unter den Ofen und wischte sich den Schweiß von der Stirne ab . . . ach Gott!

Am fünften Tage ging sie in die Stadt.

Er holte sie ein.

Gieb mir zwei Gulden, sagte er ihr.

Ich gebe sie nicht.

Wirklich? höhnte er sie.

Sie schwieg.

Du giebst sie nicht?

Ich gebe sie nicht.

Er spie vor sich und schob sich den Hut zur Seite.

Du giebst sie nicht?

Ich gebe sie nicht.

Da versetzte er ihr einen Schlag ins Gesicht. Da hast es!

Die Welt drehte sich mit ihr im Kreise, verfinsterte, verdunkelte sich. Funken tanzten vor ihren Augen auf und ab . . . und sie fiel nieder. Daraufhin ergriff er sie beim Fuße, warf sie über den Rücken wie einen Sack und trug sie nach Hause.

Hier schleuderte er sie unter'm Hause auf die Lehmbank. „Stirb!“

Als sie zu sich gekommen war und aufstehen wollte, konnte sie es nicht. Der Fuß war aufgeschwollen und schmerzte sie. Wer einen solchen Schmerz nicht kennt, der möge ihn auch nicht kennen lernen.

Und sie verfluchte ihn zum zweiten Male.

Und in einer guten Stunde verfluchte sie ihn; Gott selber oder auch der Böse legten ihr diesen Fluch auf die Lippen, denn er ereilte ihn.

In einer Woche kehrte er zurück.

Woher? Sie wußte es nicht. Sie fragte nicht. Schon hatte sie für ihn das Herz verloren und wartete nur noch, damit der Fluch in Erfüllung gehe.

Guten Abend, sprach er.

Guten Abend.

Und das war auch das Ganze. Sie ging im Hause herum . . . nein, schon hinkte sie und stützte sich auf den Stock, suchte sich Beschäftigung und zu ihm sprach sie kein Wort, als hätte sie den Mund voll Wasser.

Ich möchte etwas essen, Parasko! sagte er und warf sich ermüdet aufs Bett.

Iß, was Du gekocht hast! antwortete sie ihm.

Er aber lag da . . . lag eine zeitlang . . . und dann begann er zu weinen, gerade wie ein angeschossener Wolf, so heulte er.

Sie sagte nichts. Weine nur, dachte sie sich, so lange bis Du die Hölle unter Dir ausgelöscht hast; ich habe für Dich kein Herz mehr!

Die ganze Nacht weinte er. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 7. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Die Probe aufs Exempel.[1]

✓ Berlin, 2. November 1898.

Die Urwahlen zum preußischen Abgeordnetenhause haben vor sechs Tagen stattgefunden; morgen werden die am 27. Oktober ernannten Wahlmänner die Abgeordneten wählen und damit die Zusammensetzung des neuen Hauses entscheiden. Ein erschöpfendes Bild des gesammten Wahlergebnisses gewähren die Urwahlen nicht, theils weil ihr Ausfall aus entlegeneren Wahlkreisen noch gar nicht oder doch nicht zuverlässig bekannt ist, theils weil die indirekte Wahl, die eben deshalb allen Reaktionären ans Herz gewachsen ist, tausend Durchstechereien und Mogeleien erlaubt; es ist in der fünfzigjährigen Geschichte des Dreiklassenwahlrechts oft genug vorgekommen, daß die entscheidenden Wahlen in zahlreichen Wahlkreisen ganz anders ausfielen, als nach dem Ausfall der Urwahlen erwartet werden mußte.

Deshalb hat es an dieser Stelle keinen Zweck, ein weitläufiges Tableau der Urwahlen aufzurollen, das immer lückenhaft sein müßte und durch die morgige Wahl sehr verändert sein kann, ehe noch diese Zeilen gedruckt sind. Im Ganzen und Großen läßt sich nur, wenn auch nicht mit unbedingter Gewißheit, so doch mit der denkbar größten Wahrscheinlichkeit sagen, daß eine konservative Mehrheit nicht in das neue Abgeordnetenhaus einziehen wird. Die beiden konservativen Fraktionen haben nicht nur nicht das halbe Dutzend Stimmen gewonnen, die ihnen bisher noch an der Mehrheit fehlten, sondern auch etwa ein Dutzend Mandate verloren. Um reichlich ebenso viel sind die beiden freisinnigen Fraktionen gewachsen, doch haben sie höchstens die Hälfte ihres Gewinns den Konservativen unmittelbar abgenommen, die andere Hälfte dagegen den Nationalliberalen, die sich ihrerseits dann an den Konservativen erholt haben. Somit wird eine kleine Verschiebung nach Links eintreten, die positiv nicht viel besagt, da die beiden freisinnigen Fraktionen auch jetzt noch nicht 40 Köpfe, noch nicht den zehnten Theil der Gesammtzahl aller Abgeordneten erreichen werden, aber die negativ von Bedeutung ist, da die Konservativen eben nicht die Mehrheit erlangt haben, und es

[1] Ein Artikel über dasselbe Thema, der in manchen Punkten von einem anderen Standpunkt ausgeht, ist uns für nächste Woche in Aussicht gestellt. Die Red.

auch nicht mehr so leicht haben werden, wie bisher, durch einige unsichere Kantonisten, die unter den Nationalliberalen immer zu finden sind, sich eine Mehrheit zu verschaffen. Anderthalb Dutzend solcher schwankender Gestalten sind immerhin schwerer heranzulotsen, als ein halbes Dutzend.

Neben der Abwehr einer konservativen Mehrheit war das spezielle Interesse dieser preußischen Wahlen die Betheiligung der sozialdemokratischen Partei, die in einer Reihe von Wahlkreisen stattfand, sei es so, daß die sozialdemokratischen Urwähler eigene Wahlmänner aufstellten, oder so, daß sie von vornherein für die freisinnigen Wahlmänner stimmten. In dem einen wie in dem anderen Falle ist die sozialdemokratische Betheiligung mit großem Nachdruck erfolgt; die sozialdemokratischen Urwähler haben, wo sie ihr Eingreifen für geboten erachteten, den alten guten Ruf der Partei bestätigt, daß sie gründliche Arbeit macht, sobald sie ihre Hand an eine Arbeit legt. Die äußeren Hindernisse, die das Dreiklassenwahlsystem der Betheiligung des Proletariats entgegenstellt, die öffentliche Abgabe der Stimmen, der Zeitverlust und so weiter, sind von den Arbeitern in der anerkennenswerthesten Weise überwunden worden; in dieser Beziehung können die Befürchtungen, die von den Gegnern der Wahlbetheiligung innerhalb der Partei geäußert wurden, nicht aufrecht erhalten werden; die proletarischen Urwähler haben leicht alles das abgeschüttelt, was nach der edlen Absicht dieses elenden Wahlrechts das Wählen „verekeln" soll und den bürgerlichen Urwählern auch von jeher „verekelt" hat. Das ist unter allen Umständen ein schöner Erfolg, und ein ehrenvolles Blatt mehr in den Jahrbüchern der Partei.

Dagegen läßt sich die Frage, ob der praktische Erfolg auf gleicher Höhe mit dem moralischen Erfolge stehe, nicht so leicht beantworten. Manche Gesichtspunkte, die zu ihrer erschöpfenden Beurtheilung nothwendig sind, werden sich erst nach der morgigen Wahl feststellen lassen; über andere kann allerdings heute schon gesprochen werden. Hauptzweck der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung war die Stärkung der freisinnigen auf Kosten der konservativen Fraktionen, Nebenzweck die Erringung eigener Mandate — Hauptzweck und Nebenzweck selbstverständlich im Sinne praktisch-taktischer Erreichbarkeit verstanden; bei den Reichstagswahlen, wo die Partei selbständig vorgehen kann, ist das Verhältniß bekanntlich umgekehrt. Sieht man nun auf die 7 Mandate, von denen man heute schon sagen kann, daß der Freisinn sie unzweifelhaft der sozialdemokratischen Wahlunterstützung verdankt, so sind davon 5 den Nationalliberalen abgenommen worden, 2 in Frankfurt a. M., 2 in Hagen und 1 in Görlitz, dagegen nur 2 den Konservativen, es sind die beiden anderen Görlitzer Mandate. Der Hauptzweck der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung ist also nur in diesen beiden Fällen erreicht worden, soweit sich heute die Sache übersehen läßt; die Ersetzung von 5 Nationalliberalen durch 5 Freisinnige mag nebenbei ganz gut sein, hat aber mit der Hauptsache nichts zu thun und vermag auch auf die Abstimmungsverhältnisse des neuen Hauses keinen irgendwie nennenswerthen Einfluß zu üben. Die Thatsache, daß die sozialdemokratische Wahlhilfe den Freisinnigen immer viel mehr gegen die Nationalliberalen, als gegen die Konservativen zu Gute kommen wird, ist auch nicht zufällig, sondern liegt in der Natur der Dinge; in den großen Industriezentren, wo der proletarische Einfluß am stärksten in die Wagschale fällt, wird die herrschende Nuance der Reaktion im Allgemeinen nicht das konservative Schwarz, sondern das nationalliberale Grau sein.

Nebenzweck der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung war die Erringung eigener Mandate. Hier ist nun zu sagen, daß kein sozialdemokratischer Abgeordneter gewählt werden wird. Theilweise sind in den Kreisen, wo sozialdemo-

kratische Wahlmänner aufgestellt worden waren, ganz überraschende Erfolge errungen worden, so in Altona und verhältnißmäßig noch mehr in dem hannöverschen Wahlkreise Linden, Erfolge, die den betheiligten Genossen die größte Ehre machen; in Altona sind rund 150 sozialdemokratische Wahlmänner durchgegangen und in Linden nahezu ebensoviele. Aber das Fazit bleibt doch immer, daß keine selbständigen Erfolge der Partei in der Dreiklassenwahl erreicht werden können. In Altona wäre wenigstens eine sozialdemokratische Stichwahl zu verzeichnen gewesen, da Molkenbuhr unter den vier Kandidaten an zweiter Stelle steht, wenn es nur nicht zu den — früher noch gar nicht beachteten — Schönheiten der Dreiklassenwahl gehörte, daß alle Kandidaten, auf die im ersten Wahlgange Stimmen gefallen sind, auch in den zweiten Wahlgang treten. In Altona haben sich die Nationalliberalen den Luxus zweier Kandidaten gegönnt; bleibt es bei dieser Spaltung, so wird im denkbar günstigsten Falle der freisinnige Kandidat, unterstützt durch die sozialdemokratischen und einem Theile der nationalliberalen Wahlmänner, gegen den anderen nationalliberalen gewählt werden. Dann hätten es die 60 freisinnigen über die 335 nationalliberalen und 149 sozialdemokratischen Wahlmänner davongetragen! In diesem günstigsten Falle wäre also noch ein bisher nationalliberales Mandat für den Freisinn erobert. Einigen sich aber die nationalliberalen Wahlmänner, so bleibt es bei der nationalliberalen Vertretung Altonas.

Indessen haben auch die Befürworter der sozialdemokratischen Wahlbetheiligung nicht eigentlich auf eigene Siege gerechnet, sondern darauf, daß die sozialdemokratischen Wahlmänner eine ausschlaggebende Stellung zwischen den bürgerlichen Parteien erlangen könnten. Dieser Fall ist nach den bisherigen Nachrichten allein in Breslau eingetreten, wobei auch noch ein anderer, namentlich von der freisinnigen Presse viel erörterter Streitpunkt mit ins Spiel kommt, die Frage, ob die sozialdemokratische Wahlbetheiligung nicht mittelbar und unabsichtlich den Konservativen den Weg bereiten könne. Breslau war bisher durch drei freisinnige Abgeordnete vertreten, während jetzt die Urwahlen 647 konservativ-ultramontane, 583 freisinnige und 89 sozialdemokratische Wahlmänner ergeben haben. Um zu wissen, ob das Stimmenverhältniß zwischen den bürgerlichen Parteien durch das sozialdemokratische Eingreifen zu Ungunsten des Freisinns verschoben worden ist, müßte man erst feststellen, wie die Zahl der konservativ-ultramontanen sich zur Zahl der freisinnigen Urwähler in den Bezirken gestellt hat, wo die sozialdemokratischen Wahlmänner gesiegt haben; hätte sonst das schwarze Kartell gesiegt, so hätte das sozialdemokratische Eingreifen die Breslauer Mandate für den Freisinn gerettet; andernfalls wären die Freisinnigen dadurch allerdings in einen relativen Nachtheil gegenüber der Reaktion versetzt worden. Was aber die ausschlaggebende Stellung der sozialdemokratischen Wahlmänner anbetrifft, so hat sich sofort gezeigt, was die Gegner der Wahlbetheiligung stets behauptet haben, daß nämlich der Ausschlag immer nur mit gebundener Marschroute gegeben werden kann. Eine Minderheit der in Breslau gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner wollte zwar mit den Freisinnigen um die Abtretung eines Mandats verhandeln, aber da es so sicher wie das Einmaleins war, daß sie eine abschlägige Antwort bekommen würden, und ihnen jedes wirksame Pressionsmittel fehlte, so hat die Mehrheit mit Recht beschlossen, ohne Weiteres für die freisinnigen Kandidaten zu stimmen.

In ein paar anderen Kreisen, in Brandenburg a. H. und Frankfurt a. O., sind die sozialdemokratischen Wahlmänner nahe an die ausschlaggebende Stellung herangekommen, und es ist um so mehr zu bedauern, daß sie sie nicht völlig

erreicht haben, als sie in diesen Kreisen konservative Mandate für den Freisinn erobert haben würden. Ohne Zweifel würde nach den nunmehr gesammelten Erfahrungen bei abermaligen Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhause noch einiges mehr zu erreichen sein; ob aber viel mehr, das steht sehr dahin. Auch will es eben nicht viel besagen, daß die sozialdemokratischen Urwähler nur in einem Theile der preußischen Wahlkreise gewählt haben; sieht man von Berlin ab, wo der Sieg der freisinnigen Kandidaten von vornherein fest stand, so ist in den weitaus meisten Wahlkreisen gewählt worden, in denen überhaupt eine Aussicht auf nennenswerthen Erfolg bestand.

Vollends die Hoffnung, daß die sozialdemokratische Wahlbetheiligung einiges Leben in die freisinnige Bude bringen würde, ist gänzlich zerronnen. So berechtigt es ist, diese altersschwache Partei als Kanonenfutter gegen die Reaktion zu verwenden, so hoffnungslos ist es, von ihr noch irgend welche Thatkraft zu erwarten. Während sie die ehrliche und energische Hilfe der Arbeiter mit sauersüßer Miene annahm, schwankend zwischen heimlicher Gier und alberner Hochnäsigkeit, erhob sie ein mark- und beinzerschneidendes Triumphgeschrei über einen Aufruf, den einige Geheimräthe und Professoren, die nach ihrer eigenen Angabe bei den letzten Reichstagswahlen konservativ gestimmt hatten, in dem Wahlkreise Charlottenburg-Teltow-Beeskow-Storkow zu Gunsten der liberalen Kandidaten erlassen hatten. Da dieser Aufruf an seiner Geburtsstätte die Wunder nicht wirkte, die er nach der Behauptung der freisinnigen Presse wirken sollte, so versicherte die „Vossische Zeitung“, daran seien die bösen Sozialdemokraten schuld, die sich in dem genannten Wahlkreise nicht an der Wahl betheiligt hätten. Soweit hatte der Wahnsinn eine gewisse Methode, aber was soll man dazu sagen, daß die „Vossische Zeitung“ in demselben Athemzug erklärte, wenigstens habe der geheimräthlich-professorale Aufruf in der Ferne, in Görlitz, gewirkt, wo der freisinnige Sieg thatsächlich und ziffernmäßig durch die Hilfe der Arbeiter errungen worden ist? Eine Spur von „Verjüngung“ hat die freisinnige Partei allerdings gezeigt; nach unzähligen Mühen ist aus der invaliden Garde, die Berlin im Abgeordnetenhause vertritt, der Abkommandirungs-Hermes beseitigt worden; das „junge Blut“, das an seine Stelle tritt, ist — Max Hirsch, der eben das dreißigjährige Jubiläum seiner Gewerkvereinspfuscherei gefeiert hat!

Einen keineswegs loyaleren, aber immerhin schlaueren Vers, als die Freisinnigen, machen sich die Konservativen auf die sozialdemokratische Wahlbetheiligung. Sie sagen, wenn das Dreiklassenwahlrecht den Arbeitern große Erfolge ermögliche, so sei es nicht viel schlechter, als das allgemeine Stimmrecht und jedenfalls ein ganz passables Wahlsystem. Man braucht sich von der Redensart nicht imponiren zu lassen, aber in den Papierkorb gehört sie doch nicht. Seitdem die Dreiklassenwahl auf den „Gipfel des Widersinns“ gelangt ist, begannen sich die Reaktionäre ihrer zu schämen, und so viel ihnen eine schön klingende Phrase werth sein mag, um ihr böses Gewissen zu beschwichtigen, so viel muß sie ihren Gegnern auch werth sein. In den harten Klassenkämpfen der Gegenwart entscheiden solche Imponderabilien nicht, aber sie wiegen mit, und es kann in der Stunde, wo einmal das allgemeine Wahlrecht gewogen werden wird, ein empfindliches Gewichtsmanko entstehen, wenn sich der Philister an den Singsang gewöhnt hat, die Arbeiterklasse könne auch bei der Zensuswahl bestehen. Dem Verdienste der Arbeiter, die selbst unter dem Dreiklassenwahlrecht erreicht haben, was irgend erreicht werden konnte, geschieht kein Abbruch durch ein nüchternes Urtheil über das, was thatsächlich erreicht worden ist.

Landwirthschaftlicher Arbeitermangel und Armenpolitik in der Schweiz.

Von **Rusticus.**

Als die Oekonomische Gesellschaft des Kantons Bern im letzten Frühjahr zur Besprechung der „Dienstbotennoth auf dem Lande“ eine Bauernversammlung nach Langenthal einberufen hatte, wurde von zwei Seiten die Anregung gemacht, es könnte auch die Armenunterstützung viel zur Abhilfe des landwirthschaftlichen Arbeitermangels beitragen. Von dem neu eingeführten Armengesetz könne zwar bereits einige Hilfe in dieser Beziehung erwartet werden, das Meiste müsse jedoch von den einzelnen Armenbehörden geschehen, namentlich auch dadurch, daß junges Dienstpersonal für die Landwirthschaft herangezogen werde.[1]

Es ist vielleicht auch für „dritte Personen“ von Interesse, zu vernehmen, wie Armengesetzgebung und Verwaltung, also ein Zweig der öffentlichen Staatsgewalt, im speziellen Interesse einer besonderen Gesellschaftsklasse (welche nicht die „Armenklasse“ selbst ist) gehandhabt werden kann, was in dieser Beziehung schon bis jetzt geschehen und was vielleicht in der Zukunft noch alles zu erwarten ist.

* * *

In der guten alten Zeit hat es der Landwirthschaft nie an Arbeitern gefehlt, wird gesagt oder stillschweigend vorausgesetzt. Daß es ihr dafür aber auch an Gelegenheit gefehlt hat, erstens überhaupt so viel, zweitens aus allem Möglichen Geld zu machen, hält man nicht für so nothwendig, hinzuzusetzen. Zum Beispiel daß es bei einem vorwiegenden Getreidebau auf jedem Bauerngut größere und entfernter liegende Landkomplexe (zugetheilte Allmendstücke) gab, die noch nicht in den Rayon der Dreifelderwirthschaft aufgenommen waren und jahrelang mit nur sehr geringem Grasnutzen brach lagen. Der Bauer brauchte davon nur eine halbe Jucharte mehr unter den Pflug zu nehmen, um dem Taglöhner ein gleich großes Stück zum Kartoffelbau 2c. zu überlassen. Er gab ihm nicht nur Wohnung zu einem nach unseren Maßstäben lächerlich billigen Zins,[2] sondern auch Platz in Scheune und Stall für eigene kleine Viehhaltung, oder er fütterte ihm eine Kuh durch. Der Dünger blieb ja auf dem Hofe und es wurde damals noch nicht so viel Werth auf möglichst große eigene Viehhaltung gelegt, die Milch war, von kleinen Stadtumgebungen abgesehen, noch keine marktfähige Waare, bevor die Dorfkäsereien aufkamen.

Mit Hilfe seiner eigenen kleinen Ernte und Viehhaltung, allfälligen Naturalvorschüssen, mit Dreschen, Holzhacken und anderem Nebenverdienst, Weben 2c., mußte der Taglöhner versuchen, sich und seine Familie den Winter über durchzubringen, im Sommer aber stand er dem Bauern gegen einen Taglohn zur Verfügung, der weder für einen Miethzins nach heutigen Ansätzen noch für die Zeit auszureichen brauchte, wo man seiner nicht bedurfte.

Mit dem Aufkommen der Milchwirthschaft wurde ein intensiver Betrieb der Landwirthschaft eingeleitet, welche mit dem Institut des „Lehenmannes“, „Häuslers“ 2c. aufgeräumt hat. Ein möglichst großer Viehstand an Milchkühen

---

[1] Referat mehrerer Berner Zeitungen über die Bauernversammlung vom 17. April 1898 in Langenthal.

[2] Ich finde aus den 1830er und 1840er Jahren Ansätze zu 28, 30 und 34 alten Franken für eine Wohnung mit drei Zimmern, Küche, Kellerraum und Garten. Für eine halbe Jucharte gepflügten Kartoffelackers = 6 alte Franken. Ein alter Franken entspricht 1,45 Franken der neuen Währung (1848 bezw. 1852 eingeführt).

wurde erstrebt, auch die mageren und entfernt liegenden Ackerstücke in intensive Bewirthschaftung genommen, die Ackerraine wurden verebnet, die Flußufer und steilen Halden geklärt, das letzte Unland verschwand, das alte Weiderecht hörte auf, um den Taglöhner der guten alten Zeit war es geschehen. Er war von den Bauern genau so gelegt worden, wie die norddeutschen Junker Oldenburgs 2c. vor zweihundert Jahren ihre Bauern gelegt haben, als sie für Vieh und Viehprodukte einen guten Absatz nach England gefunden hatten.

Ceteris paribus hätte nun wenigstens im Laufe der Zeit der Arbeitslohn auf die Höhe möglicher Miethzinsbezahlung (im Dorfe) und der Durchbringung einer Familie für das ganze Jahr auch ohne die früheren Naturalnutzungen ansteigen sollen. Das war nun aber keineswegs der Fall. Erstens bedurfte die Milchwirthschaft gegenüber dem früher vorwiegenden Getreidebau thatsächlich weniger Arbeiter (an der Stelle der jährlichen Umackerung des ganzen bestellten Feldes blos periodische zum Zwecke des Fruchtwechsels). Zweitens wurden viele überschüssig erzeugte Arbeitskräfte der Taglöhnerfamilien „frei“, d. h. sie konnten wegen fehlender Milch und Kartoffelernte nicht mehr „daheim“ bleiben, sondern mußten als Dienstboten Stellung suchen und damit das Arbeitsangebot plötzlich vermehren.

Vielmehr kam nun die Armenunterstützung an die Reihe, welche den Taglöhnerfamilien alles dasjenige gewähren sollte, was ihnen vorher der Bauer selbst geleistet hatte.

1. Sie bezahlt dem verheiratheten Taglöhner den Miethzins entweder ganz oder theilweise.

2. Sie überläßt ihm die Nutzung von Armen- bezw. Gemeindeland, wo solches noch vorhanden ist.[1] In Gebieten mit Weide- und Waldkomplexen, welche Gemeinden, Korporationen oder dem Staate gehören, bezahlt und ergänzt die Armenbehörde dem Taglöhner eine Ziege zur Ausnützung eines wenn auch nicht überall ausgesprochenen, so doch stillschweigend geduldeten Weiderechts.

3. Die Armenverwaltung pachtet für den unterstützten Taglöhner fremdes Land und liefert ihm sehr häufig auch das Saatgut an Kartoffeln 2c. dazu.

4. Um endlich den Taglöhner der guten alten Zeit in integro, freilich als Pauper, wieder herzustellen, bezahlt ihm die Armenbehörde im Winter an Stelle der früheren eigenen kleinen Ernte ein Wochen- oder Monatsgeld oder sie stellt ihm einen Gutschein für Brot, Milch und Kartoffeln 2c. aus.[2]

Als Unterstützungsursache in allen diesen Fällen wird nicht etwa die zu niedrige Lohnhöhe, sondern etwa „Mangel an Arbeit und Verdienst“ oder „ungenügender Verdienst“ angegeben. Oder vielmehr, wo in statistischen Erhebungen diese Unterstützungsursachen angegeben sind, ist sehr häufig Allowance, das heißt Zuschuß zu ungenügendem Lohneinkommen aus öffentlichen Mitteln zu vermuthen. Es giebt nämlich allerdings viel schwächliche, kränkliche und ältere Leute, die nicht für das ganze Jahr oder fortlaufende Monate, doch für Wochen und Tage

---

[1] Der jetzige Staatsgouverneur Pingree von Michigan hat sich als vorheriger Bürgermeister von Detroit 1894 an Baugesellschaften und andere Korporationen um Ueberlassung müßig liegender Landkomplexe gewendet, um sie parzellirt an städtische Industriearbeiter 2c. abzugeben. In europäischen Städten hat man bekanntlich ebenfalls Versuche gemacht, diesen sogenannten Detroitplan zur Ergänzung unzureichender Lohnsätze zu benützen.

[2] In den wachsenden Armenbudgets selbst bei gleichbleibenden oder zurückgehenden Armenziffern drückt sich also nicht die „Begehrlichkeit der Armen“, auch nicht blos der fallende Geldwerth, sondern wesentlich der Uebergang von der vorwiegenden Naturalwirthschaft mit ihren vielen „Nutzungen“ zur Geldwirthschaft aus.

Arbeit leisten können, Leute, die vielleicht auch bei der Industrie ihr Leben nicht machen könnten und nebenbei auf Armenunterstützung, öffentliche sowohl als freiwillige, angewiesen sein würden. Wenn jedoch auch vollkräftigen landwirthschaftlichen Arbeitern, Taglöhnern und Melkern erstens der Miethzins und den Winter über noch ein Wochengeld, sogar Schuhwerk 2c. bezahlt wird, so ist dies durchaus als Allowance aufzufassen. Allerdings partizipiren daran nicht blos diese „freigesetzten" Taglöhner von früher, sondern auch deklassirte Bauern, Witwen mit Kindern und andere Sprengstücke aufgelöster Familien. Was speziell die „große Kinderzahl" betrifft, welche ebenfalls eine der häufigst genannten Unterstützungsursachen auch bei intakt gebliebenen Arbeiterfamilien bildet, so kann hier der nämliche Gesichtswinkel angelegt werden: Die Landwirthschaft hat sich früher mit ihren Taunern, Einliegern, Häuslern, Lehensleuten 2c. ihren Nachwuchs an Arbeitern selbst gezogen. Seitdem sie keine verheiratheten Taglöhner mehr hält, d. h. mit Wohnung und Landnutzung ausstattet, soll die Gemeinde, bezw. der Staat unter dem Titel von Armenunterstützung die Sorge für diese kinderreichen Familien übernehmen, die Sorge für die Jungen, weil sie noch nicht, die Sorge für die Alten, weil sie nicht mehr arbeiten können, die Hauptsorge aber im Winter, weil man alsdann keine oder nur geringe Verwendung für diese Leute hat.

Vor dreihundert Jahren haben schweizerische 2c. Bauernschaften Tauner planmäßig auf der Allmend angesiedelt, um sich einen Bestand von Taglöhnern zu sichern und an die Gemeinde zu fesseln. In der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts halten sich zum nämlichen Zwecke die einzelnen Bauern solche Taglöhnerfamilien auf ihrem eigenen Hofe. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts soll die Armenunterstützung dazu dienen, die Leute auf dem Lande zurückzuhalten, denn, ohne Unterstützung gelassen, würden sie schon weit früher in die Städte und Industriezentren weggezogen sein und den Zurückbleibenden Ellenbogenraum, d. h. höhere Lohnsätze und bessere Arbeitsbedingungen überhaupt verschafft haben. Allerdings müssen unsere Bauern erleben, daß sich dieser Abzug nun dennoch — wenn vielleicht auch langsam — vollzieht, und gegenwärtig klagen sie die Städte auch aus dem Grunde an, daß sie mit ihren mannigfachen Armeneinrichtungen Leute vom Lande an sich zögen. Also über „unbilligen Wettbewerb" auf dem Gebiet der Armenunterstützung! Dieser Gesichtspunkt liegt den städtischen Armenvereinen jedenfalls fern, es ist jedoch nicht zu leugnen, daß Bauhandlanger, Erdarbeiter und andere unqualifizirte, vom Lande eingewanderte Arbeiter an der „Kasernensuppe", an Holzvertheilungen im Winter, an der Schulmilch und Kleidervertheilungen für dürftige Schulkinder, an der Fürsorge für arme Wöchnerinnen und an anderen Leistungen der zahlreichen Armen- und Wohlthätigkeitsvereine partizipiren. Aber wenn sich diese Handlanger, städtischen Bauarbeiter 2c. zu organisiren anfangen, wie dies seit etwa fünf Jahren der Fall ist, wenn sie Lohn- 2c. Verdienstsätze anstreben, welche das „städtische Almosen" nicht mehr als nothwendigen Lohnfaktor voraussetzen, wenn sie zu diesem Zwecke gar zur ultima ratio des Strikes greifen, so gewinnen sie damit selbstverständlich ebenso wenig den Beifall des ländlichen Publikums, im Gegentheil werden immer die schärfsten polizeilichen Maßregeln für die geeignetsten gehalten. Wären die Leute auf dem Lande geblieben, man hört nicht, daß daselbst je Einer Hungers gestorben sei! Es giebt daselbst keine Strikes und sozialistischen Aufwiegler, überhaupt (noch) keine sozialistische Partei. Auf dem Lande wohnt der soziale Frieden: der „Knecht" weiß von jeher, daß er mit seinem Bauer zu stimmen hat.

* * *

Weit unmittelbarer als auf dem Wege der Unterstützung von Hausarmen kann die Armenpolitik auf dem Wege der Verkostgeldung in die Verhältnisse des Arbeitsmarkts eingreifen und zu Gunsten der arbeitermangelnden Landwirthschaft eine Art Vorsehung spielen. Auf dem Wege nämlich, daß man Kinder sowohl als Erwachsene, anstatt sie in Erziehungs- und Versorgungsanstalten unterzubringen, zur Ausnutzung ihrer Arbeitskräfte unter die Landwirthe vertheilt. Im alten Kantonstheil Bern hat bis ganz neuerdings (1. Januar 1898) das System der Hof- und Güterkinder bestanden. Offiziell hatte jeder ländliche Grundbesitzer von bestimmter Steuerschätzung die Pflicht zur Uebernahme eines Kindes, welches aber wenigstens sechs Jahre alt sein mußte und dann gewöhnlich bis zur Konfirmation (im fünfzehnten oder sechzehnten Altersjahr) auf dem nämlichen Bauernhof zu verbleiben hatte. Oft auch sein Leben lang, wenn es wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen nicht zu selbständiger Erwerbsfähigkeit gelangte.

Es gab „besetzte" und „nicht besetzte" Höfe. Jedesmal, wenn wieder Kinder zu vergeben waren, wurden sie unter die nicht besetzten verlost, die Hofbesitzer, die dabei leer ausgingen, sollten alsdann dem „Betroffenen" einen jährlichen Beitrag leisten, bis auch sie einmal an die Reihe kamen, vom Lose betroffen zu werden.

Es läßt sich nicht leicht feststellen, wie weit dieses Institut der Hof- und Güterkinder zurückreicht, denn es ist älter als die geschriebenen Armengesetze. Offenbar ist aber die Uebernahme eines solchen Pflegebefohlenen ursprünglich als eine Last, als eine Art von Naturalsteuer und Liegenschaftsservitut aufgefaßt worden. Unter dem Einfluß fortgesetzt höherer Werthschätzung dieser unreifen Arbeitskräfte (in Folge des Minderangebots erwachsener landwirthschaftlicher Arbeiter) hat sich dann die Sache dahin weiter entwickelt, daß sich „unbesetzte Hofbesitzer" um unentgeltliche Uebernahme solcher Güterkinder angemeldet haben, wenn sie sich von der Entwicklungsfähigkeit der jungen Arbeitskraft Gewinn versprachen. Das heißt, sie konnten unter den zu vergebenden Kindern die besten auswählen und erst die übrigen, um deren unentgeltliche Uebernahme sich Niemand gemeldet hatte, mußten dann verlost und die betreffenden Uebernehmer mit Zuschüssen entsprechend entschädigt werden.

Die gezeichnete Verschiebung der Verhältnisse ging noch einen Schritt weiter, da es Armenbehörden möglich wurde, die große Nachfrage nach jungen Arbeitern für den Armen- bezw. Gemeindefiskus nutzbar zu machen, indem sie nämlich solche „bessere" Kinder nur mehr gegen Entschädigung von bestimmter Höhe an die reflektirenden Hofbesitzer abließen. Die zu vergebenden Kinder wurden nach ihrer Güte assortirt und entweder nach bestimmtem Tarif (zu 10, 20 und 30 Francs) oder an den Meistbietenden abgegeben.

Dieser Markt ist 1889 in einer Anzahl von Gemeinden des bernerischen Mittellandes konstatirt worden. Die kantonale Oberbehörde konnte die Praxis unter Strafandrohung zwar verbieten, eine schonungslose Ausnutzung unreifer Arbeitskräfte jedoch nicht verhindern.[1] Die Bauern werden sich im Gegentheil gefreut haben, in Zukunft bei der Erwerbung eines jugendlichen Zwangsarbeiters die Ankaufskosten ersparen zu können.

---

[1] Das neue Armengesetz des Kantons Bern, seit dem 1. Januar 1898 in Rechtskraft, spricht nicht mehr offiziell von Hof- und Güterkindern, weil der Name aus verschiedenen Gründen odiös geworden war, die Sache ist jedoch durchaus geblieben. Der § 12 handelt von der Versorgung der Armen „durch geeignete Vertheilung der Kinder während ihres

Das Servitut der Uebernahme von Güterkindern hat sich also in vielen Fällen zu einem Benefizium: Anrecht auf Auslieferung eines unbezahlten (jugendlichen) Arbeiters, entwickelt. Von Hof- und Güterpflege abgesehen, hat sich bei einer statistischen Erhebung von 1890 die interessante Thatsache herausgestellt, daß die Pflegegelder in den gebirgigen und blos alpwirthschaftlichen Distrikten trotz des höheren Geldwerths jener Gebiete doch größer waren als auf dem wirthschaftlich höher entwickelten offenen Lande. Im Berner Oberland doppelt höher als im Mittelland, in den Urkantonen höher als im Kanton Luzern, in Graubünden höher als im Aargau, im Wallis höher als im reichen Kanton Waadt.[1] Die Ursache liegt überall darin, daß man daselbst keinen Ackerbau und damit für Kinderarbeit keinen so ausgedehnten Gebrauch hat.

Der alte, vorzugsweise agrikole Kantonstheil Bern hatte 1890 8426 Kinder durch Verkostgeldung und nur 664 in Erziehungsanstalten (Waisenhäusern 2c.) untergebracht. Im neuen Kantonstheil, d. h. in dem vorzugsweise industriellen Jura sind die entsprechenden Zahlen 426 und 218.

Andere, ebenfalls vorzugsweise agrikole Kantone oder doch solche mit agrikolen Distrikten weisen ebenfalls große Zahlen von verkostgeldeten Kindern auf, so Zürich 2613 auf 555 Anstaltszöglinge, Luzern 2055 auf 913, Solothurn 568 auf 42, Basel-Land 456 auf 45, Aargau 2645 auf 427, Thurgau 627 auf 143, Waadt 2603 auf 432, die ganze Schweiz 23516 auf 7767.

Es ist selbstverständlich, daß man zur Erklärung dieses Vorwiegens der Verkostgeldung gegenüber der Anstaltserziehung nicht den „materialistischen" Gesichtspunkt von großer Nachfrage nach „Verdingkindern" in den Vordergrund rückt, sondern man spricht vom „Segen der Familienerziehung" gegenüber dem „Schematismus" in Erziehungsanstalten. Oder auch von der physischen und moralischen Gesundheit des Landes gegenüber den verdorbenen Städten. So verkostgeldet die Ortsarmenpflege der Stadt Bern fast alle Kinder (über 800) in den umliegenden Landdistrikten, angeblich weil die Erziehung daselbst (trotz der schlechteren Schulverhältnisse!) eine bessere sei, thatsächlich aber um der großen Nachfrage der reichen Bauern in den Nachbargemeinden nachzukommen. Und zwar bedient man sich dabei der Pfarrer, welche es sich als Mitglieder der „Gotthelfstiftung"[2] zur Aufgabe gestellt haben, arme Kinder bei gut beleumundeten christlichen Familien unterzubringen.

Daß der arbeitermangelnden Landwirthschaft zahlreiche „Lehrlinge" zugeführt werden, ist ihr natürlich sehr willkommen, auch wenn sie nachher nicht alle als besser oder schlechter bezahlte Arbeiter festzuhalten vermag. Viele kehren ihr sogar am nämlichen Tage, wo sie der elterlichen und vormundschaftlichen Gewalt von Pflegeeltern und Armenbehörden entwachsen, den Rücken, um ent-

---

schulpflichtigen Alters unter die hablichen Einwohner und die Besitzer der innert der Gemeindemarke befindlichen Liegenschaften".

Im Jahre 1890 waren im alten Kantonstheil Bern 1779 Kinder als „in Hof- und Güterpflege versorgt" bezeichnet neben 6647 „frei Verkostgeldeten".

[1] Urkantone 75,72 bis 91,70 Francs, Luzern blos 58,45 Francs. Graubünden 96,86, Aargau 62,14, Wallis 125,77, Waadt 98,17 Francs.

[2] Was Jeremias Gotthelf, der berühmte schweizerische Volksschriftsteller, zu dieser Praxis seiner Stiftungsverwalter sagen würde, mag dahinstehen. Denn einerseits war er als Konservativer ein dicker Freund der dicken Berner Bauern, andererseits hat er ihnen auch ihre Härte und Knorzerei rücksichtslos vorgehalten, namentlich aber auch die Brutalitäten der Berner Armenverhältnisse um die Mitte des Jahrhunderts mit erschütternden Strichen gezeichnet.

weder in die Fabrik oder in städtische Dienstplätze zu gehen. Geistlicher und weltlicher Zuspruch, sie davon abzuhalten, sind natürlich erwünscht, z. B. bei Anlaß von Schlußprüfungen in der Schule oder auch auf der Kanzel. Gewöhnlich findet man dafür einen guten Anknüpfungspunkt in den allerdings ziemlich zahlreichen Beispielen, daß Mädchen als geschwängert wieder in ihre Heimathgemeinde zurückkehren, um daselbst die Niederkunft abzuwarten.

Das neue Armengesetz des Kantons Bern sieht wirklich eine Verlängerung der vormundschaftlichen Gewalt über die verkostgeldet gewesenen Kinder vor. Worin diese Vormundschaft zu bestehen habe, mag man dem § 86 entnehmen, der unter der Ueberschrift: „Maßnahmen zur Bekämpfung der Ursachen der Armuth", folgendermaßen lautet:

„Mit der Entlassung der Kinder vom Armenetat hört die öffentliche Fürsorge für dieselben nicht auf; es ist vielmehr Pflicht von Staat und Gemeinden, darüber zu wachen, daß sich dieselben geistig und leiblich in naturgemäßer und normaler Weise weiter entwickeln, vor Verirrungen bewahrt und Beschäftigungen und Berufsthätigkeiten zugeführt werden, welche ihren geistigen und leiblichen Kräften und Fähigkeiten entsprechen, um so in den Stand gesetzt zu sein, ein ehrbares Auskommen zu finden und nützliche Glieder der menschlichen Gesellschaft zu werden."

Wenn man die zu Grunde liegenden Thatsachen nicht besser kennen würde, so könnte der Sermon dieses Gesetzesparagraphen noch einigermaßen imponiren, besonders einem Anfänger der ethischen Bewegung. Allein Mephisto stellt seinen landwirthschaftlichen Pferdefuß zwischen jede Zeile und deutet mit entsprechenden Gesten und Grimassen auch noch auf den folgenden Paragraphen hin.

87. „Die weitere Ausführung des § 86 bleibt einem Dekret des (agrarischen) Großen Rathes vorbehalten. In dasselbe sind auch zweckentsprechende Bestimmungen betreffend die Vormundschaft über die vom Etat entlassenen (d. h. nicht mehr unterstützten) Kinder aufzunehmen."

Die Deklamation von den Beschäftigungen und Berufszweigen, welche den geistigen und leiblichen Kräften und Fähigkeiten dieser von Bauern erzogenen jungen Leute entsprechen sollen, findet ihr entsprechendes Relief in der Thatsache, daß z. B. die Bauerngemeinde Sumiswald (Distrikt des Großbauernthums) von 167 zu versorgenden Kindern nur einem einzigen eine besondere Berufslehre (bei einem Handwerker) zu Theil werden ließ, 10 waren in Anstalten untergebracht und 156 „Landwirthschaftslehrlinge". Die örtliche Armenpflege des ganzen Kantons hatte 1890 ebenfalls nur 387 Handwerkslehrlinge aufzuweisen (die Stadt allein immerhin 120), neben 7786 einfach und zumeist bei Bauern Verkostgeldeten.

Die Verkostgeldung von Erwachsenen an Stelle der Unterbringung in Armen- und Versorgungsanstalten geschieht ebenfalls vorzugsweise in den agrikolen Kantonen und ist vom nämlichen Gesichtspunkt der Auslieferung unbezahlter Arbeiter zu beurtheilen. Die Erfahrung hat bekanntlich auch anderwärts bestätigt, daß man Leuten, die hier hauptsächlich in Frage kommen (Geistesschwachen und Beschränkten, Harthörigen und Taubstummen, Idioten und Blödsinnigen in verschiedener Abstufung, Krüppeln und Verwachsenen 2c.), zwar keine qualifizirte Arbeit anvertrauen darf, daß sie jedoch überall, wo es auf einfache Handgriffe und angewöhnte Uebung ankommt, einen Eifer und Fleiß entwickeln, welche sie zum landwirthschaftlichen Musterarbeiter im Sinne der Agrarier geradezu qualifiziren.

Der agrikole Kantonstheil Bern hatte 1890 4850 Erwachsene verkostgeldet, der ganze Kanton 5024,[1] Zürich 1394, Aargau 1895, Waadt 1284, Luzern 836,

---

[1] Das neue Armengesetz des Kantons Bern bestimmt in § 11, betreffend die Versorgung von Erwachsenen: „Die über dem schulpflichtigen Alter stehenden Personen, welche

Freiburg 717, die ganze Schweiz 13167. Es wird Niemand bestreiten wollen, daß z. B. die 8426 verkostgeldeten Kinder (wovon ziemlich genau 5000 über 10 Jahre alt) und die 4850 Erwachsenen einen wesentlichen Faktor der Lohngestaltung für landwirthschaftliche Arbeit des alten Kantonstheil Bern bilden müssen, auch wenn sie sich nicht ausschließlich im Besitz von Bauern befinden.

* * *

Die Armenpolitik leistet der arbeitermangelnden Landwirthschaft noch weitere Hilfe, indem sie ihr auch die Anstaltsarmenpflege dienstbar macht. Zunächst die Waisenhäuser und anderen Erziehungsanstalten, auch wenn sie nicht den einzelnen Bauerngemeinden, sondern dem ganzen Kanton gehören und hauptsächlich von diesem unterhalten werden. Zum Beispiel bezahlen die ländlichen Armengemeinden des Kantons Luzern für Kinder, die sie in der großen Erziehungsanstalt Rathausen unterbringen, blos ein jährliches Pflegegeld von 50 Francs, glauben aber dennoch ein Anrecht zur Bestimmung des zukünftigen Berufs dieser jungen Leute in Anspruch nehmen zu dürfen.

Im Jahresbericht von 1894, der mir zufälligerweise vorliegt, heißt es Seite 10: Die entlassenen Knaben wurden, soweit möglich, bei Bauersleuten untergebracht, um damit einem uns vom Lande her schon mehrfach ausgesprochenen Verlangen nach Dienstboten entgegenzukommen. Es wurde auch das Ansuchen gestellt, daß die Anstalt der unter den modernen Dienstbotenverhältnissen leidenden Bauernsame dadurch zu Hilfe komme, daß sie nicht nur etwa schwächliche und stupide Individuen, sondern kräftige und intelligente Leute dem landwirthschaftlichen Beruf zuwende!

Von den 12 zur Entlassung gelangenden Knaben (es handelt sich dabei um junge Leute vom sechzehnten Altersjahr) wurden im Berichtsjahr immerhin noch 3 als Handwerkslehrlinge plazirt, 1 ließ man eine höhere Schule besuchen und 8 erhielten bäuerliche Dienstplätze. Von den 11 Mädchen, worüber man „freihändig" verfügen konnte, fanden 2 Verwendung als Zimmermägde in der Stadt und 9 als Mägde bei Bauersleuten.

Als ich vor drei Jahren die Anstalt (ein früheres Frauenkloster, 1848 sequestrirt) besuchte, theilte mir die Oberin der Mädchenabtheilung beiläufig mit, die Anstaltsverwaltung habe auf Interpellation bezw. „Anregung" im Großen Rath hin die strikte Weisung erhalten, die zur Entlassung gelangenden Mädchen in Zukunft durchweg als Bauernmägde zu plaziren, nachdem man früher immer einer größeren Anzahl städtische Dienstplätze verschafft habe.[1]

---

in Folge angeborener Uebel ihren Lebensunterhalt nicht selbständig gewinnen können, sind so zu verpflegen, daß die ihnen allfällig noch beiwohnende Arbeitskraft zu ihrem Unterhalt in Anspruch genommen und verwendet wird."

„Die durch Gebrechen des Alters oder sonst durch unheilbare Uebel dauernd unterstützungsbedürftig Gewordenen sollen die ihren Schwächen und Beschwerden entsprechende Pflege und dabei wo möglich noch eine ihrem Zustand angemessene Beschäftigung erhalten."

Als die zu Grunde liegende Folie dieser Gesetzesbestimmungen mögen folgende Thatsachen angeführt werden. Die örtliche Armenpflege des Kantons Bern versorgte 1890 von 520 Tauben, Stummen und Taubstummen nur 160 in Anstalten, den Rest durch Verkostgeldung, von 702 Blödsinnigen 154 in Anstalten, von 179 Idioten, Stupiden und Einfältigen blos 32, von 80 Kretinen 22, von 1380 Altersschwachen 419 in Anstalten, den Rest überall blos durch Verkostgeldung.

[1] Das sogenannte Patronats- oder Patronagesystem, bekanntlich ein Ressort des katholischen Sozialismus Frankreichs, Belgiens und Deutschlands, ist in der That gut geeignet, zur Lösung der sozialen Frage — der Besitzenden nämlich — beizutragen, indem es ihnen junge Arbeiter zuführt und deren Rekrutirung theilweise kontrollirt.

Auf wie temperamentvolle Weise Mädchen in bernerischen Erziehungsanstalten für die höhere Landwirthschaft trainirt werden, hat sich bei Anlaß des Kriminalfalls Bordi (Straf- und Sexualmißbrauch von Pflegebefohlenen, Januar 1898) als beiläufiges Ergebniß der Untersuchung herausgestellt. Die Mädchen der Erziehungs- und Rettungsanstalt Kehrsatz bei Bern mußten nämlich im Sommer schon um 4 oder 4½ Uhr aufstehen, um Grünfutter zu laden. Sie mußten ferner die Viehställe ausmisten, Dünger laden, Jauche pumpen, an Abhängen statt des schweren Pfluges den Boden wenden (umgraben), im Thalgrund die Moosgräben räumen, rigolen 2c. 2c. Alles Arbeiten, welche so junge Kräfte übersteigen, zum großen Theile für Frauenarbeit selbst nach den landläufigen Ansichten des Kantons Bern nicht geeignet, in den Augen aller anständig denkenden Menschen aber eine Brutalität sind, so viel man auch über den „Segen der Arbeit" sprechen mag, welcher mit Bibel- und Gebetsprüchen kombinirt den „Keim des Bösen" ausrotten soll.

Die Armenanstalten für Erwachsene haben ebenfalls zur Abhilfe der landwirthschaftlichen Arbeiternoth beizutragen, indem sie die arbeitskräftigen Insassen im Sommer den Bauern abzugeben haben. „Gegen billige Entschädigung" nämlich, d. h. zu niedrigeren als den gewöhnlichen Lohnsätzen. Vorsteher von Gemeindearmenanstalten im Kanton Luzern haben sich beklagt, daß sie in den letzten Jahren mit Gesuchen um solche „Expposituren" in einer Weise überlaufen würden, daß sie mit der Bestellung der Anstaltsökonomie selbst in Verlegenheit gekommen seien. Den Winter über, wo man für diese Leute keine nutzbringende Verwendung hat, füttert die Anstalt diese Hilfstruppen der Landwirthschaft auf Kosten der Gemeinde durch, um sie alsdann im Sommer den Bauern zur Verfügung zu stellen.

Die Gemeindearmenbehörden, von jeher, obwohl nichtsdestoweniger mißbräuchlicher Weise, auch mit strafpolizeilichen Funktionen betraut, sprechen bisweilen auch die Internirung (Gemeindeeingrenzung) von Individuen aus, die ihnen auf dem Wege des Transports „heimgeschickt" worden sind und Kosten veranlaßt haben. Gegen die zeitweise Eingrenzung solcher Personen (Dirnen, Vagabunden, Trinker) würde in vielen Fällen nicht so viel einzuwenden sein, wohl aber, daß man diese Strafkompetenz Verwaltungsbehörden mit oft sehr engen Gesichtspunkten ertheilt. Man schlägt auf den Sack und meint den Esel, spricht von Strafe und Besserung und reflektirt dabei auf die unbezahlten Arbeitskräfte, die sich eventuell mit Hungerkuren und anderen Maßregeln der Anstaltsdisziplin noch weiter entwickeln und für die Gemeinde nutzbar machen lassen. Der Effekt der Gemeindeeingrenzung läßt sich übrigens auch schon auf dem Wege erreichen, daß man diesen Leuten die abgenommenen Ausweispapiere nicht wieder ausfolgt, so daß sie anderswo keine gesetzliche Niederlassung finden und fortwährend wieder „heim"transportirt werden müssen. Ein flagranter Fall, wo es sich um einen ganz anständigen Landarbeiter handelte, der wegen vorübergehender Geistesstörung in der Armenanstalt seiner Heimathgemeinde hatte aufgenommen werden müssen und daselbst einige Kosten veranlaßt hatte, ist im letzten Frühjahr zu meiner persönlichen Kenntniß gelangt.

* * *

Alle Zweige der öffentlichen (und theilweise auch der privaten) Armenfürsorge, die Unterstützung von Hausarmen, die Verkostgeldung von Kindern und Erwachsenen, die Anstaltserziehung und Versorgung, zuletzt auch die Armenpolizei, werden in den Dienst der arbeitermangelnden Landwirthschaft gestellt. Nach allen diesen Leistungen unserer Armenpolitik in Gesetzgebung und

Verwaltung sollte man annehmen dürfen, daß sie auch die weitestgehenden Ansprüche unserer kleinen, aber nichtsdestoweniger unverschämten Agrarier zufrieden stellen müsse. Das ist jedoch keineswegs der Fall, an der Eingangs erwähnten und von der ökonomischen Gesellschaft des Kantons Bern einberufenen Bauernversammlung in Langenthal haben zwei Votanten, wie bereits gesagt, die „Anregung" gemacht, daß die Armenbehörden viel dazu beitragen könnten, der Landwirthschaft junges Dienstpersonal zuzuführen,[1] als ob in dieser Beziehung bis jetzt nichts geschehen wäre.

Man muß im Gegentheil einsehen, daß unsere Armenpolitik an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt ist. Glücklicherweise gehen nämlich nicht blos in anderen Ländern, sondern auch in der Schweiz, die in der Mitte unseres Jahrhunderts so exorbitante Zahlen von Unterstützten aufgewiesen hat, die Armenziffern zurück, wenn auch nur langsam und nicht in allen Kantonen. Die ganze Schweiz hatte 1870 109 580 Unterstützte bezw. Versorgte, 1890 107 682. Das ist ein Rückgang von 4,1 Prozent auf 3,7 Prozent der Einwohnerzahl. Die Zahl der verkostgeldeten Kinder betrug 1870 25 217, 1890 23 516, diejenige der Erwachsenen 1870 14 109, 1890 13 167. Es hat allen Anschein und wird durch die neueren Zahlen der meisten Kantone bestätigt, daß der Rückgang anhält und es geschieht vielleicht wesentlich aus diesem Grunde, daß man an die Armengesetzgebung und die Behörden gesteigerte Forderungen stellen möchte, indem sie der großen Nachfrage nach unbezahlten Arbeitskräften nicht mehr nachzukommen vermögen.

Unter dem Einfluß einer wirthschaftlich ziemlich günstigen Konjunktur und theilweise auch des neuen Schuldbetreibungs- und Konkursverfahrens arbeitet der Apparat von Subhastation und Deklassirung zahlreicher Bauernfamilien zu bloßen Arbeitern im Dienste der „Aufrechten" nur schwach. Die großen und kleinen Agrarier mögen die zahlreichen Konkurse und die großen Armenziffern des offenen Landes oft als Beweismittel der landwirthschaftlichen Nothlage angeführt haben, thatsächlich haben sie ein ganzes Jahrhundert lang davon profitirt und profitiren auch gegenwärtig noch davon.

Die Pauperarbeit gehört zu den wesentlichsten Ursachen, warum sich die landwirthschaftlichen Löhne entweder überhaupt noch nicht oder doch viel später (als in England) auf die sogenannte natürliche Höhe zu erheben vermocht haben. Die „Landwirthschaft" mag erklären, daß sie diese hohen Arbeitslöhne nicht aushalte, man muß sie darauf aufmerksam machen, daß die hohen Güterpreise und entsprechende Hypothekenverschuldung wesentlich unter dem Einfluß der unterbezahlten Arbeit zu Stande gekommen sind. Für den überschuldeten Grundeigenthümer ist das Steigen der Löhne allerdings fatal. Dieser „landwirthschaftliche Arbeitermangel" ist eine Kalamität der gegenwärtigen Besitzer, aber nicht eine Nothlage der Landwirthschaft selbst.

---

[1] Merkwürdiger, theilweise aber auch bezeichnender Weise waren es zwei protestantisch-reformirte Pastoren, welche der christlichen Armenpflege diese so exquisit praktisch-nützliche Richtung geben wollten. Wir haben diese Leute schon als Makler im Verkehr von Armenbehörden und Bauern kennen gelernt. Wie man sieht, giebt es auch in der Schweiz „ökonomische Pfaffen", nicht blos in England, im Zeitalter des Malthus und seiner hochkirchlichen Amtsbrüder.

Zur Taktik der Gewerkschaften.

Von **W. Gewehr.**

Ueber die Nothwendigkeit der Gewerkschaftsorganisationen braucht in dieser Zeitschrift nichts mehr gesagt zu werden. Desgleichen erscheint es eine müßige Frage, ob im Emanzipationskampf der Arbeiter die politische oder die gewerkschaftliche Bewegung von größerem Vortheil ist. In materieller Hinsicht bilden beide ein unzertrennliches Ganzes, das nur dank der reaktionären Gesetzgebung in zwei formell getrennten Bestandtheilen wirkt. Wichtiger dagegen erscheint die Frage nach der Abgrenzung des Thätigkeitsgebiets der Gewerkschaften. Von der praktischen Auffassung dieser Frage wird es abhängen, ob die Gewerkschaften die zu erwartenden Fortschritte machen. Hat in den letzten zwei Jahren auch ein erfreuliches Wachsen der Gewerkschaften stattgefunden, so zeigen bis jetzt die deutschen Arbeiter doch immer nur ein Viertel des Organisationsbedürfnisses der englischen Arbeiter, wenn man den Maßstab an die Bevölkerungsziffer der beiden heute um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt ringenden Naturen legt. Freilich lassen bestimmte Umstände darauf schließen, daß mit Bezug auf die Gewerkschaftsorganisationen Deutschland England niemals erreichen wird. Dafür ist zunächst die deutsche Arbeiterbewegung viel jüngeren Datums als die englische, aber auch das englische Bürgerthum ist in gewisser Hinsicht ein anderes als das deutsche. Ersteres hat seine Revolution schon im siebzehnten Jahrhundert gehabt, während das letztere bis heute seine geschichtliche Mission noch nicht vollständig erfüllt und es vorgezogen hat, die Herrschaft mit dem Junkerthum zu theilen. So konnten die englischen Arbeiter seit circa zweihundert Jahren dem Bürgerthum praktisches Handeln ablauschen, und indem sie sich einerseits als besondere Klasse fühlen lernten, drang doch andererseits bei ihnen das Klassenbewußtsein nicht so weit durch, um jedes Zusammengehen mit dem Bürgerthum, das geeignet war, dessen Position zu stärken, abzulehnen. Dazu kommt, daß der Anfang der deutschen Arbeiterbewegung rein politischer Natur war und daß die ersten modernen Gewerkschaften in Deutschland wenig Jahre nach ihrer Entstehung dem Sozialistengesetz zum Opfer fielen, sowie endlich, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung sich bis heute in einer Zwangslage gegenüber den verschiedenen Gesetzen befindet. In Folge dieser Thatsachen mußte bei uns die Führung und der Haupteinfluß in der Arbeiterbewegung nothwendig der politischen Partei zufallen.

Mit diesem kurzen Hinweis auf die den deutschen Gewerkschaften entgegenstehenden Schwierigkeiten soll nur der Annahme vorgebeugt werden, als glaube Schreiber dieses, man könnte mit mehr oder weniger neuen oder weitgehenden Vorschlägen, welcher Art dieselben auch immer sein mögen, die Gewerkschaftsbewegung künstlich emporbringen. Aber um das Bestehende zu erhalten und zu kräftigen, dafür kann doch noch so manches geschehen. Es liegt die Gefahr nahe, daß der Erfolg der letzten Jahre wieder zum Theile verloren geht, denn zweifellos ist dieser mit auf den wirthschaftlichen Aufschwung zurückzuführen, und sehr wahrscheinlich ist, daß wir einer baldigen Krise entgegengehen. Wenigstens sprechen viele Anzeichen dafür. So werden die Wirkungen des Dingley-Tarifs nach den Berichten der interessirten Handelskammern in der Hauptsache erst kommen, denn Präsident Mac Kinley dürfte vorläufig wenig Neigung verspüren, den Wünschen der deutschen Fabrikantenwelt Rechnung zu tragen und für die Beseitigung des Gesetzes einzutreten. China wird den Ersatz um so weniger liefern, als die schlauen, gut national gesinnten deutschen Fabrikanten sich anschicken, Fabriken in Kiautschou zu bauen. Für sie ist dies so ja auch viel einfacher und, was die Hauptsache, profitabler.

Aus alledem ergiebt sich, daß die Arbeiter alle Ursache haben, bei Zeiten nach „Mitteln und Wegen" zu suchen, um die drohende Gefahr pariren zu können. In Betracht kommen hierbei hauptsächlich: Verfassung und Kampfmittel der Organisationen. In Bezug auf den ersten Punkt ist bei uns sicher viel gesündigt worden. England hätte hier ein warnendes Beispiel sein können. Seit Anfang unseres Jahrhunderts sind dort die Meinungen verschieden gewesen und innere

Kämpfe ausgefochten worden über die „beste Form der Organisation", und noch im Jahre 1892 gab es in England nach den Angaben von S. und B. Webb z. B. in dem Maschinen-, Metall- und Schiffbaugewerbe nicht weniger als 260 verschiedene Vereine und Verbände, welche zusammen 287000 Mitglieder aufwiesen. Dasselbe Verhältniß war bei den Bau- und Möbelarbeitern zu verzeichnen; dieselben hatten 120 verschiedene Vereine, welche 148000 Mitglieder zählten. Die Hälfte dieser Mitglieder entfiel auf drei große Zentralorganisationen. Aehnlich so steht es mit den übrigen Gewerkschaften. Daraus mußte die Lehre gezogen werden — und sie ist sehr einleuchtend — daß es nicht gut sein kann, Kongreßbeschlüsse herbeizuführen, die die Arbeiter eines ganzen Landes zwingen sollen, eine bestimmte Organisationsform als allein richtig anzuerkennen. Trotz ihrer straffen Zentralisationen der einzelnen nationalen Verbände sind die englischen Gewerkschaften nie so weit gegangen, von ihren allgemeinen Kongressen oder den lokalen Gewerkschaftskartellen (Trades Councils) bestimmte Organisationsformen auszuschließen. Von Frankreich soll erst gar nicht gesprochen werden. In Oesterreich ist man gleichfalls so klug gewesen, mit den Verhältnissen zu rechnen: man hat die Parität gewahrt. Um auch in kleineren Orten Verbindungen anzuknüpfen, ging der letzte allgemeine österreichische Gewerkschaftskongreß sogar so weit, zu empfehlen, die in Oesterreich noch vielfach bestehenden Bildungsvereine in „gemischte Gewerkschaften" umzuwandeln.

Es ist ja auch klar: der Zweck der Bewegung ist Organisation überhaupt, Aufklärung und Schulung der Arbeiter für den Klassenkampf; das Aeußere der Bewegung kann nicht die Hauptsache sein. Es muß daher alles geschehen, um die Fernstehenden anzuziehen, die Bewegung muß ihnen als durchaus praktisch und darum sympathisch erscheinen, und es hat alles zu unterbleiben, was sie etwa abstoßen könnte.

Es wird so oft gesagt, daß der Deutsche sich gerne regieren lasse und ein Freund von Dogmen sei, aber auf die klassenbewußten Arbeiter trifft das sicher nicht mehr zu. Und mit diesem haben wir es zunächst nur zu thun, sie sind dazu berufen, agitatorisch und organisatorisch zu wirken. Deshalb darf der Gedanke nicht genährt werden, als ob man nur zu beschließen und zu wollen brauche, und alles, alles regle sich in bester Weise.

Der Stand der wirthschaftlichen Entwicklung ist in Deutschland unendlich verschieden, mithin auch die Art der Ausbeutung der Arbeiter. Die zu wählenden Kampfmittel der letzteren werden sich also zunächst nach den örtlichen Verhältnissen zu richten haben. In dieser Thatsache liegt die verschiedene Auffassung über die Taktik der Gewerkschaften begründet. Den besten Beweis für diese Behauptung liefern die Spezialindustrien. Die alten Solinger Gewerkschaften mögen mit der modernen Arbeiterbewegung nicht Schritt gehalten haben — zugegeben, aber sie werden sicher eher das Versäumte nachholen, als sie die bisherige Form ihrer Gewerkschaften aufgeben. In der Kleineisenindustrie in Westfalen giebt es gleichfalls noch separate Gewerkschaftsvereine, welche aber sicher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen und die thätigsten Parteigenossen zu ihren Mitgliedern zählen. Diesen Vereinen fällt es nicht ein, sich in die leidigen Formstreitigkeiten zu mischen, sie bleiben einfach für sich, weil sie überzeugt sind, so am besten ihre Interessen wahren zu können.

Das mag für manchen Außenstehenden, der davon überzeugt ist, daß die Interessen seiner Kollegen in Hamburg, in Dresden, in Frankfurt, in Stuttgart genau dieselben sind wie die seinen, befremdend klingen, aber man muß wissen, daß zur Wahrung der wirthschaftlichen Interessen es auch noch andere Mittel geben kann als den Strike, und daß es auch heute noch Gegenden giebt, wo die Industrie über einen festen Stamm einheimischer Arbeiter verfügt, die nicht auf die Wanderschaft gehen. Man muß immer daran festhalten: die Gewerkschaften wollen im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung Vortheile für die Arbeiter erkämpfen.

Die Generalversammlung einer nationalen Organisation kann und muß für die Mitglieder derselben bindende Beschlüsse fassen, ein nicht periodischer allgemeiner Gewerkschaftskongreß, dessen Theilnehmer häufig Zufälligkeiten ihr Mandat verdanken, kann — abgesehen von bestimmten Punkten, als z. B. Leistung eines Bei-

trags pro Mitglied an eine Zentralstelle — durch seine Beschlüsse nur dokumentiren, was er als richtig für die allgemeine Richtung bezeichnet. Entspricht ein solcher Beschluß dem Bedürfniß, so wird er zweifellos von der allergrößten Mehrzahl der Betheiligten befolgt werden. Indem man sich nun hütet, die Minorität als Gewerkschaftler zweiter Klasse zu behandeln, die Ursache ihrer Haltung vielmehr in besonderen wirthschaftlichen Verhältnissen sucht und findet, trägt man zugleich zur Kräftigung der für allgemein richtig befundenen Anschauung bei.

Und nun der andere Punkt: die Wahl der Kampfmittel. Auch dafür sind die in Vorstehendem angeführten Gesichtspunkte maßgebend. Ich unterlasse es, hier zu untersuchen, ob und wie weit das Bestreben der Gewerkschaften auf Verminderung solcher Strikes, deren Resultat von vornherein zweifelhaft erscheinen muß, Erfolg haben kann, ich nehme vielmehr ohne Weiteres an, daß wir auch in Zukunft mit solchen wirthschaftlichen Kämpfen zu rechnen haben werden. Und da heißt es denn: bei Zeiten nehmen, was sich erreichen läßt. Nichts ist verkehrter, als in einem solchen Kampfe sich auf ein starres Prinzip zu versteifen. Der Grundsatz: „Lieber mit Ehren unterliegen, wie nachgeben“ ist ja sehr hübsch und zeugt von einer lobenswerthen Charakterstärke, aber er spricht nicht immer für eine richtige Auffassung der gewerkschaftlichen Aufgaben. Der Erfüllung solcher praktischen Aufgaben steht nichts mehr im Wege als Doktrinarismus, und so kommt sehr oft bei einem solchen „mit Ehren unterliegen“ weiter nichts heraus, als eine Stärkung der Position der Unternehmer, Schwächung, wenn nicht gar Sprengung der Organisation der Arbeiter, sowie Maßregelungen und schwere Opfer für die Arbeiter.

Das ist aber wirklich auch gerade genug. Daß auch die „siegenden“ Unternehmer aus einem solchen Kampfe die Nutzanwendung ziehen — ein jeder Strike ist ja ein zweischneidiges Schwert — soll gerne zugegeben werden, indessen ist das ein Erfolg für die Arbeiter, von dem die meisten derselben nichts merken. Daß keine Vergleiche eingegangen werden dürfen, welche gegen die Ehre und das Pflichtbewußtsein der klassenbewußten Arbeiterschaft sprechen, ist selbstverständlich.

Nehmen wir ein Beispiel. Es ist allgemeiner Grundsatz, daß bei einer Bewegung, die auf Besserung der Lage der Arbeiter abzielt, die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit an erster Stelle zu stehen habe. Läßt man diesen Grundsatz als allgemeine Richtschnur gelten, so ist sicher dagegen nichts einzuwenden. Anders liegt die Sache, wenn man glaubt, in jedem einzelnen Falle sich darauf versteifen zu müssen. Wenn in einem Orte die Arbeiter eines Berufs, deren Arbeitszeit vielleicht schon kürzer ist als die ihrer Kollegen in den Nachbarorten oder die der Mehrzahl der Arbeiter am eigenen Orte, in einer Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage gleichfalls die Verkürzung der Arbeitszeit zur Kardinalfrage machen, mit der die Bewegung steht und fällt, so kann man das wohl kaum als eine praktische Gewerkschaftsthätigkeit bezeichnen. Die zur siegreichen Durchführung des Kampfes unentbehrliche Begeisterung der übrigen Arbeiterschaft des Ortes läßt bald nach und die Unternehmer haben durch Hinweis auf die Konkurrenz u. s. w. leichtes Spiel, um das Kleinbürgerthum für sich zu gewinnen, dessen Haltung gegenüber dem Strike den Arbeitern gleichfalls nicht gleichgiltig sein kann. Wenn nun die Unternehmer, um einem langwierigen Kampfe zu begegnen, sich bald bereit erklären, eine gewisse Lohnerhöhung und vielleicht noch einige kleinere Forderungen zu bewilligen, dagegen aber eine Verkürzung der Arbeitszeit entschieden ablehnen, so kommen die Strikenden erst recht in eine schiefe Lage, denn nun werden viele unter den eigenen Kollegen, die sogenannten Indifferenten, wankelmüthig und beginnen umzufallen. Man bedenke, daß letztere das bei der Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit maßgebende Prinzip überhaupt nur sehr schwer zu fassen vermögen und stets das Hauptgewicht auf höheren Verdienst legen, ja zu diesem Zwecke vielleicht sogar freiwillig Ueberstunden machen. Der Kampf zieht sich in die Länge, die Organisirten halten aus oder reisen ab, die Nichtorganisirten oder die Neulinge in der Organisation nehmen in ihrer Mehrzahl die Arbeit nach und nach wieder auf und nun fällt es den Unternehmern nicht mehr ein, die anfangs gemachten Zugeständnisse auf-

recht zu erhalten; die Niederlage der Arbeiter ist besiegelt, wie nach Lage der Verhältnisse erwartet werden mußte. Hätte man aber die Verkürzung der Arbeitszeit nicht zur Hauptfrage gemacht, mit der die Bewegung stehen und fallen mußte, so waren gewisse Vortheile für die Arbeiter errungen und die Indifferenten für die Organisation interessirt, der sie ja diese Vortheile verdankten.

Ein weiterer den deutschen Arbeitern eigenthümlicher Punkt ist die Frage der Entschädigung ihrer im Dienste der Bewegung stehenden Genossen, resp. der Mangel bezahlter Angestellter. Die höchste Hochachtung vor dem Prinzip, ohne Entschädigung der Bewegung dienen zu wollen, und solange dieses Prinzip noch allgemeine Giltigkeit hat, muß derjenige Genosse und Kollege als saumselig betrachtet werden, der keine Opfer bringen will. Aber es fragt sich doch, ob dieses Prinzip der Bewegung ausschließlich von Nutzen ist. Die Opferwilligkeit findet ihre Grenze in dem wirthschaftlichen Können, was zur Folge hat, daß die Einzelnen meist mit Arbeiten überhäuft sind. Werden diese dann noch von Nahrungssorgen gequält, dann darf man sich schließlich nicht darüber wundern, wenn die Art der Erledigung der laufenden Arbeiten für die Bewegung recht oft den Eindruck macht, als würden diese nur ihrer selbst wegen gemacht, d. h. um Vorwürfen zu entgehen. Von neuen Gesichtspunkten für weitere praktische Thätigkeit kann da wohl kaum die Rede sein. Etwas weniger Idealismus und etwas mehr Realismus dürfte hier sehr wohl am Platze sein. Die englischen Arbeiter haben sich auch in dieser Beziehung als gute Praktiker bewährt. Ohne der Beamtenbureaukratie der Trade Unions irgendwie das Wort reden zu wollen, muß man doch zugeben, daß die für die einzelnen Distrikte angestellten und von der Gewerkschaft besoldeten Organisatoren und Agitatoren, die fortgesetzt persönlich und schriftlich anfeuernd wirken, den Lokalverwaltungen mit Rath und That zur Seite stehen, Differenzen der Arbeiter mit den Arbeitgebern zu untersuchen und möglichst sofort zu Gunsten der Arbeiter zu schlichten suchen, Material für statistische Zwecke sammeln u. s. w. — daß also eine solche Einrichtung unbedingt die Bewegung stärken muß. In Deutschland verbietet sich eine solche Praxis ja schon aus finanziellen Gründen. Immerhin könnte wohl auch hier nach dieser Richtung hin mehr als bisher geschehen.

Und weiter: die Gewerkschaften bedürfen Mittel, welche eine gewisse direkte Anziehungskraft auf die Arbeiter ausüben, d. h. diesen möglichst direkte materielle Vortheile gewähren. Diese Erkenntniß drängt sich den im Vordergrund der Bewegung Stehenden immer mehr auf, wofür die in letzter Zeit eifrig geführten Diskussionen über die Arbeitslosenunterstützung deutlich Beweis sind. Ob die Einführung der letzteren möglich ist, soll hier nicht näher untersucht werden, jedenfalls stehen die meisten Gewerkschaftler derselben nicht ohne Grund sehr skeptisch gegenüber. Sollte es für die organisirten Arbeiter nicht noch andere Mittel geben, durch welche sie ihren Einfluß als Produzenten und Konsumenten zum Vortheil der Mitglieder und damit zur Stärkung der Organisation geltend machen können, ohne daß ihnen so schwere Opfer auferlegt werden? Der Hauptzweck der Gewerkschaften wird allemal am besten dadurch gefördert, daß der Kreis der kampffähigen Mitglieder sich immer mehr erweitert. Die örtlichen Gewerkschaftskartelle sollten es sich zur Aufgabe machen, nach dieser Richtung hin anregend und schöpferisch zu wirken.

Die preußischen Sparkassen und das Proletariat.

„Ich habe die feste Ueberzeugung, daß in den Sparkassen das hauptsächlichste, ja einzige Radikalmittel gegen das Proletariat und den Pauperismus zu finden ist", so sprach der Abgeordnete v. Prittwitz am 8. Mai 1852 in dem preußischen Abgeordnetenhause. Und weiter führte er aus, daß die in seinen Fabriken beschäftigten Arbeiter lediglich oder größtentheils deshalb an den „Exzessen" des Jahres 1848 nicht theilgenommen hatten, weil sie von ihm „genöthigt" worden wären, sich an einer Sparkasse zu betheiligen.

Ab und an stellen die bürgerlichen Zeitungen jeder Richtung ähnliche Betrachtungen über den Nutzen des Sparens und der Sparkassen an, und in rührender Einmüthigkeit kommen sie alle zu demselben Resultat, daß es etwas Schönes und Nützliches sei, wenn sich in jeder Familie ein Sparkassenbuch befände — ein Ideal, „des Schweißes der Edlen werth". Wie man erwartete, daß die Arbeiter sich der Sozialdemokratie nicht anschließen oder, soweit das bereits geschehen, von ihr abfallen würden, wenn sie sich erst — in Folge der Arbeiterversicherung — als „Staatspensionäre" fühlten, so hofft man, daß der Besitz eines Sparkassenbuches genügen würde, um den Arbeiter von jeder politischen und gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten. Man schlägt sich an die Brust und verweist mit Stolz auf die schon jetzt ungeheuer großen Leistungen der Sparkassen für das arbeitende Volk.

Und in der That! Bei oberflächlicher Betrachtung kann man wirklich zu der Anschauung gelangen, daß das Proletariat in den Sparkasseneinrichtungen eine große Unterstützung hat und von Jahr zu Jahr mehr Vortheile aus ihnen zieht. Betrug doch das Vermögen der preußischen Sparkassen im Jahre 1892 3,7 Milliarden Mark und entfielen doch 1870 auf ein Sparkassenbuch durchschnittlich 356,03 Mark und siebzehn Jahre später bereits 565,67 Mark. Wie viele dieser Bücher sind aber im Besitz von Proletariern?

Hierauf für Preußen bestimmt zu antworten, wäre nur möglich, wenn hier wie in manchen anderen deutschen Staaten eine Berufsstatistik der Einleger bestünde. Das ist aber nicht der Fall; der einzige Anhaltspunkt, den uns die diesbezüglichen Enqueten geben, ist die Eintheilung der Sparkassenbücher nach der Höhe der Einlagen.

Von 100 Sparkassenbüchern hatten in Preußen

Inhalt	1851	1897
bis 60 Mark	34,43	28,65
61 = 151 =	25,65	15,77
151 = 300 =	20,63	13,99
301 = 600 =	13,17	15,32
über 601 =	6,12	26,28

Es ergiebt sich, daß die schon 1851 geringe Betheiligung der untersten Klassen mit 34,43 Prozent sich bis 1897 um 5,78 Prozent vermindert hat, während andererseits die Bücher mit einem Betrag von über 601 Mark in diesem Zeitraum einen Zuwachs von 20,16 Prozent zeigen. Nehmen wir an, daß ein Durchschnittsarbeiter nicht mehr als 150 Mark in der Sparkasse hat — Schippel giebt in seinem „Modernen Elend" für den englischen Arbeiter 200 Mark an — so gehören nur 44,42 Prozent aller Sparer zu den arbeitenden Klassen. Doch ist dabei zu berücksichtigen, daß sich unter denjenigen, deren Sparkassenbuch weniger als 150 Mark aufweist, sicherlich eine große Zahl von Leuten befindet, die wir als Glieder des Proletariats nicht bezeichnen können; besonders denken wir hierbei an die Kinder der Bourgeoisie, denen die Eltern nach der Sitte weiter bürgerlicher Kreise Sparkassenbücher zum Geschenk machen.

Die Zahlen von 1897 beweisen ferner, daß die Bücher mit mehr als 600 Mark Inhalt in den meisten Fällen diese Summe sehr erheblich überschreiten; denn obwohl 73,72 Prozent der Bücher ein Guthaben von weniger als 600 Mark darstellen, kamen dennoch durchschnittlich auf ein Buch 644,87 Mark.

Die Gründe für eine so geringe Betheiligung der untersten Klassen an den Sparkassen liegen natürlich hauptsächlich in den wirthschaftlichen Verhältnissen, welche es nur den allerwenigsten Mitgliedern der arbeitenden Bevölkerung gestatten, etwas von ihrem Lohne zu sparen. Jedoch ist diese Erscheinung wohl auch — freilich nur zum geringsten Theile — die Folge von technischen Mängeln in der Verwaltung.

Die Zahl der Sparkassen reicht noch immer nicht aus, obwohl dieselben gerade in den letzten Jahrzehnten bedeutend vermehrt worden sind (1835 80, 1855 323, 1865 517, 1875 980, 1885 1518); dabei sind aber in manchen Gegenden unverhältnißmäßig viele errichtet worden, andere Landestheile hat man vernachlässigt. 1882 entfiel im Regierungsbezirk Gumbinnen eine Sparstelle auf 1222 Quadratkilometer mit 59 876 Einwohnern, während im Regierungsbezirk Düsseldorf schon auf 47 Quadrat-

kilometer mit 13719 Einwohnern eine Sparstelle kam. Entsprechend ist auch die Zahl der Sparer sehr verschieden: Von 100 Einwohnern hatten in Schleswig-Holstein 24, im Regierungsbezirk Magdeburg 19 Einlagen in Sparkassen gemacht, dagegen im Regierungsbezirk Marienwerder nur 2,5 und im Regierungsbezirk Gumbinnen sogar nur 1,5.

Ein weiterer Verwaltungsfehler zeigt sich auch darin, daß die meisten Sparkassen nur kurze Zeit geöffnet sind; von den 1886 Sparkassen, die im Jahre 1878 im Deutschen Reiche mit Anschluß von Bayern und Württemberg bestanden, waren nur 230 täglich und nur 831 an allen Wochentagen geöffnet, während die übrigen nur wenige Tage in der Woche oder nur einen Tag im Monat zugänglich waren. Diesen Mangel hat man an manchen Orten dadurch zu heilen gesucht, daß man von Sparern, die sich zu regelmäßigen Einlagen erbieten, auf Antrag die Spargelder abholen läßt, z. B. in Posen.[1]

Ferner müßte die Uebertragbarkeit der Einlagen von einer Sparkasse auf eine andere, die heute nur mit Kosten und Zinsverlust zu ermöglichen ist, erleichtert werden. Gerade hier steht die Verwaltung im schärfsten Widerspruch zu den Tendenzen unserer Zeit; denn die Arbeitermassen werden heute hierhin und morgen dorthin geworfen, an dem einen Orte werden sie abgestoßen, an dem anderen wiederum angezogen, und darauf sind die Sparkasseneinrichtungen nicht genügend vorbereitet.

Schließlich wird es auch als lästig empfunden, daß nicht jeder — auch der kleinste — Betrag von der Sparkasse angenommen wird. Allerdings schaden die kleineren Sparer nur der Kasse, da die Zinsen ihrer Einlagen die Verwaltungs- und sonstigen Kosten nicht decken; so ist für Osnabrück die Summe von 151 Mark als die niedrigste Einlage herausgerechnet worden, bei welcher die Kasse wenigstens nicht geschädigt wird. Doch kann der Schaden dadurch bedeutend verringert werden, daß man Pfennig- und Groschenmarken einführt, wie das in manchen Ländern geschehen ist.

Dazu kommt noch, daß häufig die Leiter der Sparkassen in diesen etwas ganz Anderes sehen, als sie sein sollen, auch im Gegensatz zu der Bestimmung des preußischen Reglements betreffend die Einrichtungen von Sparkassen, nach welcher darauf zu sehen ist, daß „Sparkassen hauptsächlich auf das Bedürfniß der ärmeren Klassen berechnet werden“. Freilich ist auch von rühmlichen Ausnahmen zu berichten, so von der Sparkasse der Bürgermeisterei Stoppenberg,[2] welche Einlagen von Personen des Arbeiterstandes bis zur Gesammthöhe von 500 Mark mit 4 Prozent verzinst, Einlagen bis 3000 Mark mit $3^1/_3$ Prozent und höhere Beträge nur mit 3 Prozent, ferner von der Sparkasse Duisburg;[3] letztere gewährt allen Sparern, deren Einlagen 400 Mark nicht übersteigen und welche dieselben in kleineren Beträgen bis zu 100 Mark im Jahre hinterlegt haben, besonders hohe Zinsen. Andere Sparkassen suchen die reicheren Volksklassen dadurch von sich fernzuhalten, daß sie eine obere Grenze für die jeweilig erfolgende einzelne Einlage und für das Gesammtguthaben festsetzen. Doch im Allgemeinen nimmt man mehr hohe Einlagen, da es ja angenehmer ist, wenige und große Gläubiger zu besitzen, als daß viele Sparer kleine Geldsummen einlegen.

Wir kommen also zu dem Resultat, daß die Sparkassen ihrer ursprünglichen Bestimmung, die Sparpfennige des kleinen Mannes zu sammeln und zinsbar anzulegen, nicht treu geblieben sind.

Nunmehr wollen wir sehen, ob die gesammelten Gelder nicht wenigstens so angelegt werden, daß sie den unteren Volksschichten nützlich sind. In dieser Weise kann die Kasse entweder direkt thätig werden, indem sie etwa als selbständiger Bauunternehmer Häuser mit billigen Wohnungen für die Einleger errichtet, welche sich

---

[1] „Soziale Praxis“, 6. Jahrg., 20. Heft.

[2] Ebenda, 16. Heft.

[3] Ebenda, 5. Jahrg., 34. Heft.

ein gewisses Vermögen erspart haben, wie z. B. in Heidelberg; doch geschieht das nur selten. Oder aber die Sparkasse verleiht die gesammelten Kapitalien; hierbei gilt es, wie der Bericht über die preußischen Sparkassen[1] sagt, die Forderung größter Sicherheit und die leichtester und schnellster Realisirbarkeit zu erfüllen.

Es waren angelegt:

	von 100 Mark		Millionen Mark
	1888	1892	1892
In städtischen Hypotheken	26,22	29,71	1104,84
In ländlichen Hypotheken	25,98	26,74	994,65
In Inhaberpapieren (Kurswerth)	33,26	28,95	1076,57
Auf Schuldscheine	4,58	4,13	153,38
Gegen Wechsel	1,47	1,41	52,39
Gegen Faustpfand	1,69	1,48	55,14
Bei öffentlichen Instituten und Korporationen	6,80	7,59	272,71

Innerhalb des kleinen Zeitraums von vier Jahren verloren hiernach die Inhaberpapiere 4 Prozent und sanken unter den Antheil der städtischen Hypotheken, die sie im Jahre 1888 noch um mehr als 7 Prozent übertroffen hatten.[2]

Aus diesen Zahlen geht aber auch hervor, daß die Grundbesitzer, die städtischen und ländlichen, den Sparkassen 2099,49 Millionen Mark, also weit über 2 Milliarden, entnommen haben. Den Grundbesitzern kommt in dieser Weise jede Erhöhung der Sparkassenbestände zu Gute.

Aber auch der Staat hat seinen Nutzen davon, da nicht weniger als 1076,57 Millionen Mark in Inhaberpapieren angelegt sind, deren größten Bestandtheil die Staatsschuldscheine bilden; die Sparkassen machen es so dem Staate ungeheuer leicht, seine Anleihen unterzubringen.

Der Umstand, daß die zu einem Theile von kleinen Leuten aufgebrachten Sparkassengelder fast ausschließlich dem Grundbesitz und dem Staate zu Gute kommen, veranlaßte in Elsaß-Lothringen ein Gesetz, nach welchem aus den Einlagen Darlehen an Unbemittelte abgegeben werden sollten. Allerdings wurde durch die philanthropische Maßregel die Sicherheit der Anlage der Gelder erschüttert.

Noch in anderer Weise können die Sparkassen auf die Lage der unteren Klassen förderlich einwirken: durch die Verwendung der Ueberschüsse zu deren Gunsten. Auf Grund des Reglements vom 12. Dezember 1838 sind die Zinsüberschüsse der Sparkassen in Preußen zunächst zur Deckung der Verwaltungskosten bestimmt. Der übrig bleibende Reingewinn muß der Sparkasse so lange verbleiben und von derselben wieder zinsbar angelegt werden, bis sich ein hinreichendes Kapital gebildet hat, um etwaige Verluste zu decken. Erst wenn der Reservefonds die Höhe von 10 Prozent des Einlagebestands erreicht hat, kann mit Genehmigung des Oberpräsidenten ein Theil zu öffentlichen Zwecken verwendet werden.

Nach der „Zeitschrift des kgl. preußischen Statistischen Bureaus" betrugen

	Die Sparkassen-einlagen in Millionen Mk.	Die Reservefonds in Millionen Mk.	Aus den Reservefonds wurden zu öffentlichen Zwecken verwendet
1881	1710	109,63	5905796 Mk.
1891	3406	223,37	7403368 „

Seit dem Bestehen der preußischen Sparkassen bis 1892 wurden im Ganzen 141½ Millionen Mark für „öffentliche" Zwecke ausgegeben.

---

[1] „Zeitschrift des kgl. preußischen Statistischen Bureaus", 22. Jahrgang.
[2] Ebenda, 34. Jahrgang.

Allein die städtische Sparkasse in Berlin gab (nach den im „Gemeindeblatt“ gemachten Mittheilungen) aus ihren Ueberschüssen und zwar für den Bau von Gemeindeschulhäusern:

1880	137850 Mark	1883	195958 Mark
1881	193670 „	1884	135909 „
1882	223919 „		

Häufig wollten Gemeindeverwaltungen mit den Ueberschüssen, die sie bei ihren Sparkassen erzielt hatten, solche Ausgaben bestreiten, welche sonst obligatorisch durch Steuern zu decken wären, z. B. zur Bezahlung von Schuldenzinsen. Doch vertrat dann mitunter die Regierung den Standpunkt, daß die Ueberschüsse ausschließlich für Wohlfahrtseinrichtungen ausgegeben werden sollten, welche hauptsächlich den weniger bemittelten Volksklassen zu Gute kämen.

Eine genauere Statistik über die Verwendungsarten der Ueberschüsse der preußischen Sparkassen besteht nicht. Daß jedoch häufig die Ueberschüsse zu Ausgaben verwendet werden, die gerechter auf andere Weise bestritten werden müßten, das kann man unter Anderem schon aus der Thatsache folgern, daß sich für verschiedene Regierungspräsidenten die Nothwendigkeit ergab, besondere Erlasse hierüber auszufertigen.

Man sieht, bei näherer Betrachtung stellen sich die großen sozialreformatorischen Leistungen der Sparkassen als recht dürftige heraus. Von einer Hebung der Klassenlage des Proletariats durch sie kann keine Rede sein. Ihre Hauptwirkung besteht darin, daß sie die kleinsten Geldsummen der kleinen Leute sammeln, um sie als billiges Leihkapital dem militaristischen, Anleihen machenden Staate, Bauspekulanten und Unternehmern aller Art zur Verfügung zu stellen.

An der Schwelle des neuen Jahrhunderts.

Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. **Friedrich Knauer.**

IV.

Verbotene Süßigkeiten. — Neues aus der Naturgeschichte des Härings. — Vom Lande der zoologischen Raritäten. — Wieder ein lenkbares Luftschiff.

Wie vielfach industrielles und politisches Leben ineinander greifen und wie sehr die Entwicklung gewisser Industrien oft von scheinbar ganz nebensächlichen Umständen abhängt, das zeigt die Entwicklungsgeschichte der chemischen Großindustrie. Und unter allen den chemischen Hauptindustrien hat wohl keine den Druck und Einfluß äußerer Verhältnisse einerseits, das Wohlthuende staatlichen Schutzes andererseits so deutlich zu verspüren bekommen wie die Zuckerindustrie, speziell die des Rübenzuckers. Es sind schon über 150 Jahre her, daß der Apotheker Marggraf der Berliner Akademie der Wissenschaften von dem Vorhandensein krystallisirbaren Zuckers in der Runkelrübe Mittheilung machte und die Wichtigkeit dieser Thatsache für die Landwirthschaft und die Begründung einer heimischen Zuckerindustrie betonte, aber erst zehn Jahre nach Napoleons I. Tode kam die europäische Rübenzuckerfabrikation in Aufschwung. Marggrafs Anregungen hatten eben den ungünstigsten Boden gefunden. Man war den technischen Schwierigkeiten nicht gewachsen und die politischen Verhältnisse waren der Entfaltung der heimischen Rübenzuckerindustrie zu ungünstig. Der wohlfeile englische Kolonialzucker hatte nach dem Aachener Frieden wieder ungehinderten Eingang nach den deutschen Gebieten und schlug den theuren Rübenzucker auf allen Linien. Erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts traute man sich wieder an die Gewinnung von Rübenzucker, und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts gelang eine

bedeutendere Vervollkommnung des Verfahrens. Aber auch jetzt wäre eine Konkurrenz mit dem Kolonialzucker ganz aussichtslos geblieben, wenn der Rübenzuckerindustrie nicht Napoleons Kontinentalsperre und seine hohen Prämien zu Hilfe gekommen wären. Von 36 Thalern stieg der Preis für den Zentner Kolonialzucker auf 200 Thaler. Da lohnte es sich, an die Gewinnung des Zuckers aus der Rübe zu gehen. Hunderte Zuckerfabriken entstanden, aber die meisten am unrichtigen Platze, von unreellen Spekulanten ins Leben gerufen. Mit dem Kontinentalsystem und den Prämien verschwand auch diese künstlich geschaffene Rübenzuckerindustrie. Erst als die Chemie und Technik der Rübenzuckerfabrikation ihre Vollendung erreichte, als die Landwirthschaft Rüben von immer höherem Zuckergehalt erzeugte und als der Staat durch Zollschutz und Zuckerprämien der Zuckerindustrie hilfreich unter die Arme griff, ist diese Industrie zu ihrer heutigen Bedeutung gediehen.

Aber dieselbe Wissenschaft, die der Industrie die richtigen Wege zur Rübenzuckergewinnung wies, förderte im Jahre 1879 einen Stoff zu Tage, der das Zeug an sich hätte, die Rüben- und die Kolonialzuckerindustrie zu ruiniren. Aus derselben übelriechenden, schmierigen, dunklen Quelle, aus der so viele Revolutionäre der industriellen Welt, die tausende Betriebe auf den Kopf stellten, hervorgegangen sind, die herrlichen Anilin-, Phenol-, Naphthalin- und Anthracenfarben, welche die Pflanzenfarbstoffe verdrängten, die wirksamen Antiseptika, die wohlriechenden Nitrobenzolparfüme, das weiße Paraffin u. s. w. u. s. w., ist auch die Anhydro-ortho-sulfaminbenzoësäure oder das Saccharin hervorgegangen, ein Stoff von so impertinenter Süßigkeit, daß er das Ideal unserer Süßigkeitsempfindung, den Zucker, um das Fünfhundertfache an Süßigkeit übertrifft, daß ein Gramm davon 70 Liter Wasser noch immer deutlich süß macht. Aber dieser Superlativ aller Süßigkeit hat überdies, wie ja bei seiner Abstammung von der Benzoësäure nicht anders zu erwarten, auch die werthvolle Eigenschaft der Fäulnißwidrigkeit. Zwei so wichtige Eigenschaften sicherten dem Neuling warmen Empfang in der Industrie. Solange eine Hauptverwendung des Saccharins auf die Medizin sich beschränkte, die diesen Süßstoff dem Zuckerkranken, dem Fettsüchtigen als Surrogat für den Zucker, den diese Kranken nicht erhalten sollen, verordnet, solange das Kilogramm Saccharin 150 Mark kostete und eine allgemeine Nachfrage an diesem Preise scheiterte, blieb das Saccharin wenig beachtet. Aber es erwies sich für die Alkoholindustrie als Gegner der Bakterien, die die Nebengährung verursachen, die unbequemen organischen Säuren: Essigsäure, Buttersäure, Milchsäure, entstehen lassen und durch diese den Betrieb stören. Als man diesen erwünschten Konservator alkoholischer Flüssigkeiten entdeckte, als nun Brauer und Brenner, Fabrikanten von Limonaden, Liqueuren, Fruchtkonserven, Essenzen, Obstweinen, Zahntinkturen, Zuckerbäcker, Kakaofabrikanten nach dem Saccharin griffen, bei der allgemeinen Nachfrage der Kilopreis auf 30 Mark sank und nun die Gefahr nahe lag, daß nicht nur der Arme nach einem so erwünschten Ersatz für den theuren Zucker greifen werde, da war der Zuckerfabrikation über Nacht ein gar gefährlicher Konkurrent erstanden, der ihr wohl mehr Schaden bereiten konnte, als alle die früheren Gefahren, gegen die die Zuckerindustrie anzukämpfen hatte.

Und nun ging es gegen den Neuling los. Er sollte gesundheitsgefährlich sein, die Eiweißverdauung behindern, überhaupt widerlich süß sein, die Flüssigkeit, die man mit ihm versüßt, nicht, wie man es gewohnt sei, in der Konsistenz ändern. Aber die Mehrzahl der Aerzte sprach sich für die Ungefährlichkeit des Saccharins aus; in der richtigen Verdünnung ist der Geschmack angenehm süß;

die Konsistenz der Flüssigkeit kann man ja durch anderen Zusatz in gewünschter Weise herstellen. Da fand man eine andere Handhabe. Saccharin sei, weil kein Kohlehydrat, wie Zucker, nahrungslos; wenn man also in den landläufigen Nahrungs- und Genußmitteln Zucker durch Saccharin ersetze, so enthalte man dem Konsumenten Nahrungswerth vor; das sei aber eine verbotene Nahrungsmittelfälschung. Und so entstand das mit 1. Oktober ds. Js. in Kraft getretene Gesetz, daß ein Zusatz von Saccharin bei allen Nahrungs- und Genußmitteln nach den strengen Bestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes verboten und zu bestrafen ist.

Nachdem nun in Oesterreich, Italien, Spanien, Belgien, Norwegen, Frankreich, Rußland die Einfuhr von Saccharin überhaupt verboten ist, ist jetzt Saccharin auch in Deutschland vom fabriksmäßigen Verbrauch ausgeschlossen und auf den Verbrauch im Haushalt und zu medizinischen Zwecken beschränkt. Und dies Verbot gilt für alle Süßstoffe, den Süßstoff Höchst, den Süßstoff Bayer, das Seasin, das Zuckerin, den Hydrozucker, die ebenfalls, wenn auch auf verschiedenem Wege, aus dem Toluol des Steinkohlentheers gewonnen werden und eigentlich ebenfalls Saccharin sind.

* * *

Es ist noch nicht lange her, daß in dieser Revue eines seit alten Zeiten dem Menschen bekannten Fisches, des Aales, gedacht wurde, dessen Ursprungsdunkel erst in ganz jüngster Zeit aufgehellt wurde. Ein anderer langbekannter Fisch, über den die nordischen Archive schon seit dem Jahre 900 n. Chr. zu berichten wissen, zeigt ähnliche Räthsel und dunkle Stellen in seiner Naturgeschichte. Es ist der Häring, dessen nationalökonomische Bedeutung für die Küstenstriche der Nord- und Ostsee ja bekannt ist. Und er hat noch eins mit dem Aale gemein; wie dieser alljährlich in Milliarden aus dem Meere in die Flüsse aufsteigt und in deren oberste Quellengebiete einwandert, so inszenirt der Häring alljährlich Massenwanderungen, wie sie an Zahl der Individuen wohl nur von wenigen anderen Thierarten erreicht werden. Was sind all die Massenaufgebote der soldatenstrotzenden Kriegswehren des Menschen gegen die Myriaden von Lebewesen, wie sie die Thierwelt von Zeit zu Zeit in Bewegung setzt, wenn im Oktober und November dem Samoaner der Südsee der sonderbare Palolowurm erscheint, daß das Meer weithin eine dichte Fläche seiner kopflosen Leiber zeigt, oder wenn die Pelzrobbe in vielen Tausenden an den hochnordischen Inselgestaden des Behringsmeeres eintrifft oder in der südafrikanischen Steppe viele Hunderttausende von Springböcken plötzlich auswandern und andere Antilopenherden, Strauße mit sich reißen oder wenn, um bei unserem Thema zu bleiben, die Häringsschwärme in so dichten, ungeheuren Mengen erscheinen, daß, wohin das Auge blickt, das Meer als eine silberige, glitzernde Fläche drängender Fischleiber erscheint. Und solchen Häringsschwärmen begegnet man bei Island, an Schottlands Küste, im englischen Kanal, an Skandinaviens Küsten, im Weißen Meere, an den Nord- und Nordostküsten Asiens bis zu dem Meergebiet Japans hin. Es ist also ein weites, ausgedehntes Gebiet, das der Häring bewohnt.

Ob es nun immer dieselbe Häringsform ist, die dieses große Gebiet bewohnt, wie weit der Häring seine Wanderungen ausdehnt, wie oft der Häring im Jahre laicht, ob bei dem alljährlichen Massenfang nicht bald eine Verminderung oder gar Ausrottung des Härings zu befürchten sei, diese und andere Fragen drängten sich schon lange auf und harrten und harren zum Theile noch der endgiltigen Lösung. Es hat eine Zeit gegeben, und diese reicht noch weit in die jüngste Zeit hinein, wo man mit dem Hamburger Bürgermeister Johann

Anderson, der vor 150 Jahren seine Polarstammtheorie aufstellte, glaubte, der Häring habe im Nordpolarmeer seine Heimath und komme von dort alljährlich in einem einzigen großen Schwarme gegen die schottische Küste, wo er sich erst in mehrere Aeste theile und in die ganze Nord- und Ostsee einwandere, um dann reichlich dezimirt wieder nach Norden zurückzukehren. Man glaubte auch, daß der Häring zweimal im Jahre laiche, man hielt den Frühjahrshäring und den Herbsthäring der westlichen Ostsee für verschiedene Altersstufen desselben Härings.

Heute sehen wir in allen diesen Fragen dank den eingehenden Forschungen F. Heinckes, der sich seit vielen Jahren der Erforschung des Häringslebens widmet, viel klarer und richtiger. Es ist nicht eine einzige Form des Härings, welche das weite Gebiet vom englischen Kanal bis nach Japan hin bewohnt. Es existiren vielmehr viele Lokalformen oder Rassen des Härings, welche bestimmte größere oder kleinere Bezirke bewohnen, diesem Gebiet treu bleiben, in demselben der Nahrung wegen oder um die Laichplätze aufzusuchen, hin- und herwandern, immer denselben Laichplatz aufsuchen, einer ganz bestimmten Nahrung nachgehen, auch nach der Temperatur und Zusammensetzung des Wassers ihrer Laichplätze ganz konstante Verhältnisse zeigen, zu bestimmten Monaten immer an bestimmten Plätzen getroffen werden. Von ganz bestimmten Laichplätzen herstammend, sind alle diese Lokalformen also nicht bunt durcheinander gewürfelt, sondern folgen in ihrem Lebensverlauf ganz konstanten Gesetzen. Untereinander unterscheiden sich diese Rassen um so auffallender, je weiter sie geographisch voneinander getrennt sind. Die Häringsform Schottlands ist eine andere als die des englischen Kanals oder der skandinavischen Küste. Zwischen dem Häring der europäischen und dem der asiatischen Küste sind die Unterschiede schon so wesentlich, daß man von zwei Arten sprechen kann. Der Küstenhäring bleibt immer nahe der Küste, laicht in deren nächster Nähe und zwar schon im Frühling; der Hochseehäring lebt weit von der Küste entfernt, laicht immer auf flachen Bänken der hohen See und laicht erst im Sommer oder Herbst, lebt auch in viel größeren Schwärmen und wandert innerhalb weit größerer Gebiete umher. Herbst- und Frühjahrshäring der westlichen Ostsee sind nicht verschiedene Altersstufen, sondern Saisonrassen, wie solcher Saisondimorphismus auch bei Schmetterlingen bekannt geworden ist. Jeder Häring laicht nur einmal im Jahre; jeder Laichplatz wird nur einmal im Jahre benützt.

Mit den vermeintlichen ungeheuren weiten Wanderungen des Härings ist es also nichts. Im Kattegat konzentrirt sich z. B. die Häringsfischerei Schwedens. Hier erscheint alljährlich in den Schären von Bohuslän an der Skagerackküste im Herbst der Seehäring in ungeheuren Mengen. Die Wohlhabenheit der dortigen Bewohner ist dem ergiebigen Häringsfang zu danken. Im Jahre 1808 waren die Häringsschwärme plötzlich ausgeblieben, und sie blieben 69 Jahre aus. Mit dem Wohlstand war es vorbei. Erst 1877 stellten sich die Häringsschwärme wieder ein und kommen nun wieder regelmäßig Jahr für Jahr. Wo mag dieser Bohuslänhäring herkommen? Man vermuthete seine Laichplätze im Nordosten der Nordsee. Als sich nun Heincke dorthin begab, fand er daselbst im September große Menge laichreifer Häringe, deren Identität mit dem Seehäring von Bohuslän er feststellte. Und so werden auch die anderen Ortes auftretenden Häringsschwärme ihre Laichplätze in nicht gar zu weiter Entfernung haben.

Bei der ganz enormen Individuenzahl des Härings und bei dem Umstand, daß die Laichplätze des Härings zumeist an Stellen mit Riffgrund sich befinden, der Laich also gegen die Grundschleppnetze geschützt ist, ist eine Ueberfischung trotz der vielen Tausende von Millionen Häringen, die alljährlich von den Schotten,

Engländern, Norwegern, Holländern und Deutschen gefischt werden, nicht zu befürchten. Im Gegentheil ist die Seefischerei, die ganze Flottillen von Tausenden Schiffen auf den Häringsfang nach Schottland, Island, in die Nord- und Ostsee entsendet, noch einer bedeutenden Steigerung fähig und hat die aufstrebende deutsche Seefischerei, deren Häringsflottillen gegen die der Engländer und Holländer noch weit zurückstehen, noch Gelegenheit zu weiterer Entfaltung.

* * *

Ob man im Buche der Erdgeschichte, soweit die Blätter nicht fehlen, das allmälige Werden der organischen Welt von ihren kleinsten Anfängen an bis zu ihrer heutigen Gestaltung verfolgt oder umgekehrt von der Epoche des Heute durch alle die entschwundenen Zeitalter in das allerälteste Einst zurückgeht, bietet eine solche geologisch-paläontologische Umschau einen ganz eigenthümlichen Reiz. Wie in einer Riesen-Ahnengallerie sehen wir da die Vertreter einer längst vergangenen Lebewelt an uns vorüberziehen. Und halten wir diesen Schemen längstvergangener Erdepochen die Formenfülle der Neuzeitthierwelt gegenüber, dann drängt sich uns die Frage auf, sind uns diese altmodischen Thierformen wirklich nur in spärlichen fossilen Resten erhalten geblieben, giebt es gar keine lebende Thierart mehr, die als lebende Reminiszenz uralter Zeiten gedeutet werden könnte?

Solcher Frage nachgehend sind wir dann überrascht, gar nicht so wenige, wenn auch in der Ueberzahl moderner Formen verschwindende Repräsentanten antiksten Datums zu finden. Wir entdecken dann in der Zungenmuschel (Linpulella) eine allerälteste Thierform, die schon im cambrischen Meere des paläozoischen Zeitalters lebte, in den Kraken, Sepien, dem Nautilus Kopffüßer, deren Ahnen einst die Urmeere in ungeheurer Menge bevölkerten und in den ältesten, versteinerungsführenden Erdschichten in solcher Fülle auftraten, daß ganze Gebirgsschichten mit ihnen erfüllt sind, im bekannten Molukkenkrebs unserer Seeaquarien den letzten Vertreter einer einst, besonders im Silur und Devon in zahlreichen Formen vertreten gewesenen Crustaceengruppe, in den heutigen Stören, Knochenhechten, Doppelathmern die letzten spärlichen Ueberreste der Schmelzschupper, die in der paläozoischen und mesozoischen Zeit in zahlreichen Arten die Süßgewässer bevölkerten.

Aber, wie gesagt, diese altmodischen Formen, die man ganz trefflich als „lebende Fossilien“ bezeichnet hat, verschwinden in der Ueberfülle moderner Formen und sind nicht im Stande, ihrem antiken Charakter irgendwie hervorragendere Geltung zu verschaffen. Es giebt aber ein großes Landgebiet, einen ganzen Kontinent, der sich den Typus uralten Thierlebens in die Jetztzeit herübergerettet hat. Dieses Land ist Australien, das Land der lebenden Kuriositäten, der letztentdeckte und auch heute noch wenigsterforschte Kontinent, der Welttheil, der keine Affen, keine Bären, Raubkatzen, Marder, Füchse, keine heimischen Schweine, Ziegen, Schafe, Rinder, Hirsche, keine Geier, Spechte, Fasanen, echte Finken kennt. Schon die sonderbaren Laubenvögel, die sich außer ihren Nestern luftige Lauben errichten und diese mit allerlei bunten Federn, Lappen, Steinchen, Muscheln aufputzen, die herrlichen Paradiesvögel und Leierschwänze, die an zierlichem Federschmuck alles zurücklassen, was die Natur sonst an prächtigen Vögeln geschaffen hat, zeigen die Absonderheit australischer Thierformen. Aber das sind moderne Thierformen, die sich ungestört in australischer Waldeinsamkeit so absonderlich ausgestalten konnten. Australiens vielgestaltige Beutelthierwelt aber, die allüberall in diesem Kontinent in großen und kleinen, unter der Erde, auf ebenem Boden, im Gebirge und auf Bäumen lebenden, Früchte, Gras, Insekten und Fleisch fressenden Formen in den Vordergrund tritt und die sonst nur noch in Südamerika, und da nur in einer einzigen Gruppe, vorkommt, ist eine Lebe-

welt antiquirtester Form, ein Ueberbleibsel einer lang vergangenen Erdepoche, da es vor dem Ende der Kreidezeit noch keine Affen, Bären, Rinder, Schweine auf der Erde gab und überall, auch in Europa, die Beutelthiere dominirten. Und noch älteren Datums, noch beredtere und charakteristischere Zeugen einer uralten Thiervergangenheit sind die Schnabelthiere und Schnabeligel Australiens, diese sonderbaren Säuger, die ausgesprochene Eigenschaften des Säugethiers mit denen des Vogels, des Reptils, des Amphibiums vereinigen, wie die Beutelthiere des Mutterkuchens entbehren, einen Beutelknochen haben, wie die Vögel Verkümmerung eines Eierstocks zeigen, ein Gabelbein besitzen, nur eine Oeffnung am hinteren Leibesende haben und, wie Haacke und Calswell gleichzeitig entdeckt haben, große, dotterreiche Eier legen und überdies, wie neuere Beobachtungen ergaben, in ihrer geringen, schwankenden Blutwärme auf die Stufe der niederen Wirbelthiere sich stellen. Wir haben da die niederste Form des Säugethiers vor uns, das Ursäugethier, wie es in der Vorzeit zum ersten Male auftrat, von dem sich in den ältesten Erdschichten Zähne finden, die mit den bald ausfallenden Zähnen der Schnabelthiere übereinstimmen.

Und so gemahnen die flugunfähigen Kiwis Australiens an die noch in historischer Zeit ausgestorbenen Riesenvögel, die Moas, die doppelathmende Baramunda, ein Schmelzschupperfisch, der im Schlamme einiger australischer Flüsse lebt und während der Zeit der Dürre im Boden der Gewässer sich einkapselt, an die Ganoiden der paläozoischen und mesozoischen Zeit, führen uns die australischen Wallnister, große Hühnervögel, welche aus Laub und anderen verwesenden Pflanzenstoffen meterhohe Hügel errichten und ihrer Verwesungswärme die Eier zur Ausbrütung überlassen, die älteste Brutpflege uralter Zeiten vor Augen. Wohl die antiquirteste Form der australischen Thierwelt aber ist die Brückenechse (Hatteria), die als letzter Ueberrest einer längst vergangenen Erdenzeit heute in keine der bestehenden Reptiliengruppen mehr eingereiht werden kann und als einzige lebende Art und Gattung allein eine ganze Familie, wenn nicht Ordnung der Kriechthiere repräsentirt.

So erscheint uns Australiens heimische Thierwelt als eine fremde, altmodische, aus uralter Vergangenheit in die Jetztzeit herübergekommene, die auf der ganzen übrigen Welt nicht ihresgleichen hat. Nur die Isolirtheit des australischen Kontinents von den übrigen Landgebieten ließ eine so uralte Thierwelt bis heute sich erhalten; hätte sie, wie die Thierwelt anderer Kontinente, mit den aus anderen Gebieten einwandernden Formen in Konkurrenz treten müssen, oder wäre Australien viel größer, um eine Fortentwicklung der ursprünglichen Thierwelt möglich gemacht zu haben, so wären wohl diese altmodischen Formen den Neuzeitformen gewichen. Australien war aber seit der Diluvialzeit niemals viel größer als heute, und von den in den anderen großen Kontinenten in der jüngsten Erdepoche entstandenen Thierformen konnten bei dem Mangel eines festen Zusammenhangs mit dem übrigen Festland nach Australien nur flugfähige und schwimmfähige Thiere, also Vögel, Fledermäuse, Robben, einige Nagethiere gelangen. Wohl mag einmal eine Landverbindung Australiens und Neu-Guineas mit den Sunda-Inseln und mit der Halbinsel Malacca bestanden haben und mögen auf diesem Wege der Dingo, das einzige Raubthier Australiens, von dem sich fossile Reste finden aus einer Zeit, aus der keine Spur der Anwesenheit des Menschen konstatirt werden kann, dann der Elephant, von dem Reste im Quarternär von Queensland sich vorfinden, dann einige Nagethiergattungen nach Australien eingewandert sein; doch war dies vor dem Diluvium in der Pliocänzeit und dauerte diese Verbindung nicht lange genug, um zahlreichere Vertreter der höheren

Säugethierwelt ins Land kommen zu lassen. Wie rasch solche Eindringlinge die einheimische Thierwelt Australiens verdrängt hätten, ergiebt sich am besten aus dem jetzigen raschen Verschwinden und Zurückweichen australischer Thiere, seit mit dem Weißen verschiedene exotische Thiere eingewandert oder eingeführt worden sind.

* * *

Schließen wir unsere heutige Rundschau mit einigen Worten über ein neues Projekt eines lenkbaren Luftschiffes. Es scheint, das neunzehnte Jahrhundert will nach so vielen opferreichen Vorarbeiten auf aëronautischem Gebiet nicht um den Ruhm der Luftschifferfindung kommen. Wir sprachen letzthin von dem aussichtsvollen Kreßschen Drachenflieger und heute ist schon wieder von einem anderen Projekt die Rede, für dessen Durchführbarkeit sich hervorragende Gelehrte und Ingenieure einsetzen. Wir meinen das lenkbare Luftschiff des Grafen v. Zeppelin. Daß es sich da um ein ganz ernst zu nehmendes Projekt handelt, geht wohl am besten daraus hervor, daß Finanzmänner und Gelehrte eine Aktiengesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt mit einem Grundkapital von 800 000 Mark gegründet haben, welche sich die Durchführung des Zeppelinschen Projekts zur Aufgabe gestellt hat. Schon im nächsten Jahre sollen mit diesem neuen Luftfahrzeug Probefahrten unternommen werden. Der Ballon, ein langgestreckter Zylinder, hat bei einer Länge von 100 Metern eine Tragfähigkeit von 62 Meterzentnern. Um dem Fahrzeug eine feste Form zu geben, ist dasselbe mit einem System von Röhren, Drahtgeflechten und Drahtseilen versehen. Einzelne Zwischenwände theilen das Luftschiff in einzelne Kammern, in die entsprechend gestaltete Glashüllen zusammengefaltet gebracht und dann mit Gas gefüllt werden. Auf diese Weise können die festen Kammern als Gasräume benutzt werden, ohne daß das Gas bei der Füllung mit der Luft der Kammern in Berührung kommt. Steuerung und Fortbewegung erfolgen durch seitlich an den beiden Tragkörben angebrachte, mit Motoren betriebene Schaufelräder. Als Ballast wird Wasser dienen, das in einem Rohre unter dem Luftschiff läuft und nach jenen Stellen gepumpt wird, an denen, wie z. B. in den Kohlenbehältern, eine Verminderung der Last eintritt. Wir wollen hier nicht auf weitere Details eingehen und nur in Ergänzung unseres letzten aëronautischen Hinweises dieses neuen, vielversprechenden Luftschiffprojekts gedenken.

In eigener Sache.

Wie ich bereits im „Vorwärts“ erklärt habe, habe ich mich entschlossen, in Antwort auf verschiedene, in letzter Zeit gegen mich erfolgte Angriffe und behufs zusammenfassender Darlegung meines Standpunkts hinsichtlich der Ziele und Aufgaben der Sozialdemokratie eine Abhandlung in Buchform auszuarbeiten.

Bis diese Arbeit fertiggestellt und publizirt ist, erscheint es mir nicht zweckmäßig, weiterhin in der periodischen Parteipresse Kontroversen über die einschlägigen Streitfragen zu führen. Ich halte also einige in dieses Gebiet fallende Aufsätze, die ich theils der „Neuen Zeit“ schon eingeschickt, theils für sie fertiggestellt habe (darunter ein Aufsatz über „Blanquismus und Sozialdemokratie“, eine Abhandlung über die Bestimmung des Arbeitswerths, sowie eine Gegenkritik gegen die von Fräulein Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ an meinen Aufsätzen geübte Kritik) bis dahin zurück. Ebenso verzichte ich darauf, G. Plechanow auf dessen Artikel „Bernstein und der Materialismus“ hier zu antworten. Ich hatte es seinerzeit für richtig erachtet, mit meiner Antwort zu warten, bis der von Plechanow angekündigte zweite

Artikel veröffentlicht sein würde. Nun ist dieser erschienen, aber ich kann jetzt mit Plechanow keine Ausnahme machen. Ich muß Konrad Schmidt die leichte, wenn auch nicht angenehme Arbeit überlassen, die philosophischen Fehlschlüsse und Widersprüche Plechanows bloszulegen, und kann im Uebrigen vorläufig nur an diejenigen, die sich für den Gegenstand interessiren, die Bitte richten, nach Kenntnißnahme der Plechanowschen Auslassungen meinen angefochtenen Artikel („Neue Zeit" XVI, 2, S. 225 ff.) noch einmal durchzulesen. Sie werden dann auch ohne jeden Kommentar von meiner Seite sich die Frage beantworten können, was Plechanow denn eigentlich von dem dort Gesagten widerlegt hat.

Bis meine Schrift erschienen, wird sich meine Thätigkeit für die „Neue Zeit" auf Referate und die Behandlung solcher Fragen beschränken, die zu keiner prinzipiellen Polemik unter Sozialisten Anlaß geben.

London, 26. Oktober 1898. Ed. Bernstein.

* * *

Diese Erklärung wird es begreiflich machen, daß ich den offenen Brief, den Genosse Plechanow in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" an mich richtet, einstweilen nicht beantworte. Es geschieht dies nicht deswegen, weil ich die Bedeutung dieses Briefes unterschätze. Ich weiß sehr wohl, wie wichtig seine Ausführungen für die Fragen sind, die uns seit einiger Zeit beschäftigen. Aber ihn beantworten, heißt in Diskussion mit Bernstein eintreten, und das kann ich im Moment nicht. Ich selbst habe Bernstein zuerst gerathen, seinen Standpunkt in einer Broschüre ausführlich zu begründen und bis zu ihrer Fertigstellung von jeder Polemik abzusehen; Bernstein ist auf diesen Vorschlag eingegangen, da steht es mir am allerwenigsten zu, ehe seine Broschüre erschienen, mich in eine Diskutirung seines Standpunkts oder auch nur der größeren oder geringeren Originalität seiner Ideen einzulassen.

Muß ich davon absehen, dann kann ich Plechanow gegenüber blos Folgendes bemerken. Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß unser ökonomisches und politisches Leben in den letzten zwei Jahrzehnten angefangen hat, Züge zu entwickeln, die zur Zeit der Abfassung unserer grundlegenden Schriften, vor Allem des „Kommunistischen Manifests" und des „Kapital", noch verborgen waren. Eine Neuprüfung, eine Revision unserer Vorstellungen ist durch diese neuen Thatsachen nothwendig geworden. Dies haben schon verschiedene unserer Genossen betont, aber von Niemand wurde es uns so eindringlich zum Bewußtsein gebracht, wie von Bernstein.

Darin sehe ich sein großes Verdienst, und ich habe um so mehr das Bedürfniß, es hervorzuheben, je mehr ich ihm in anderen Punkten entgegentreten muß, je weniger ich der Methode, die er bei seiner Neuprüfung anwandte, und den Resultaten, zu denen er dabei gelangte, zustimmen kann — soweit ich aus seinen bisherigen Publikationen darauf schließen darf.

Die Nothwendigkeit, uns mit den neuen Thatsachen auseinanderzusetzen, beschäftigt mich ebenso sehr wie Bernstein. Während er seine „Probleme des Sozialismus" schrieb, ging ich an eine Untersuchung derjenigen Thatsachen, die anscheinend am lautesten unseren theoretischen Grundlagen widersprechen, der Thatsachen der agrarischen Entwicklung. Diese Arbeit dürfte um dieselbe Zeit veröffentlicht werden, wie die Bernsteinsche. Ich hoffe, beide Schriften werden zusammen eine genügende Grundlage für eine Diskussion geben, in der es sich um nichts Geringeres handeln wird, als um die Richtigkeit unseres **Programms** und nicht blos unserer **Taktik**.

Sind diese Schriften erschienen, dann wird man mich auf dem Plan finden. Bis dahin aber will ich ohne Noth mich in die Diskussion nicht einmengen. Ich hoffe, man wird mein Schweigen nicht mißdeuten.

Berlin, 3. November 1898. K. Kautsky.

Notizen.

Zur schädlichen Wirkung des Bronzestaubs. Der Gewerbeinspektor in Hannover, Herr Dr. Leymann, berichtet im preußischen Jahresbericht für 1897, S. 261: „Zuweilen findet man, daß in Betrieben, in welchen leichtere Arbeiten vorgenommen werden, die jedoch für die Gesundheit junger Leute schädlich sind, vorzugsweise jugendliche und minderjährige Arbeiter beschäftigt werden. Dies war unter Anderem in einer Sammetdruckerei der Fall. Das Bedrucken erfolgt in der Weise, daß Sammet mit einem Pulver, welches aus einem Gemisch der aufzudruckenden Farbe bezw. von Bronzestaub mit einem Klebestoff besteht, überdeckt und durch eine erhitzte, mit dem Muster versehene Druckwalze gezogen wird. Dadurch wird die Farbe an den gepreßten Stellen auf dem Sammet befestigt, während das überflüssige Pulver lose aufliegt und durch Klopfen entfernt werden muß. Dies geschieht in den sogenannten Klopfwölfen, durch welche das Zeugstück langsam hindurchgezogen wird, während an einer rotirenden Welle befestigte Lederriemen dasselbe gründlich ausklopfen. Dabei entwickelt sich eine große Menge Staub, für dessen Absaugung in keiner Weise gesorgt war. In der ganzen Anlage und besonders bei den Klopfwölfen wurden nur minderjährige und jugendliche Arbeiter beschäftigt. Wie ich durch Befragen der Jungen feststellte, litten sie sehr durch den Staub, besonders durch den aus feinen, aber scharfkantigen Metalltheilchen bestehenden Bronzestaub, der in kurzer Zeit Nasenbluten hervorruft. Auf mein Ersuchen wurde durch die zuständige Polizeibehörde der Betrieb bis zur Herstellung einer ausreichenden Staubabsaugung untersagt und zugleich darauf hingewirkt, daß bei den Klopfwölfen keine jugendlichen Arbeiter mehr beschäftigt werden."

Das Thaunerwesen. In dem Artikel von Rusticus über landwirthschaftlichen Arbeitermangel in der Schweiz (Nr. 4 der „Neuen Zeit") wird auf S. 102 das „Thaunerwesen" erwähnt, das sich nach der Chronik des Bauers von Brechershäusern unter dem Schultheißen Manuel (1640—46) ereignet habe. Der Autor deutet das Wort als eine revolutionäre Erhebung der Taglöhner (Tauner), ein Berner Professor als eine Gaunerplage. Ein Schweizer Freund unserer Zeitschrift weist darauf hin, daß der „zitirte Bauer von Brechershäusern weder an eine Revolution der „Tauner", noch an eine solche der „Gauner" denkt. Er meint mit dem „Thaunerwesen" den Aufstand der „Thuner", der Bewohner des Amtes Thun, von 1641. Der Brechershäuser Bauer schreibt durchweg au statt u, so wiederholt auch Thaun statt Thun. Er hat diese Orthographie offenbar für die gebildetere gehalten."

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Fortsetzung.)

Auch den nächsten Tag weinte er. Er ging herum, suchte seine Wäsche zusammen, spaltete ihr Holz und weinte dabei immerfort. Dann endigte der Tag. Abends sprach er: Parasko, ich gehe in die Badestadt Dorna-Watra auf Arbeit in eine Brettsäge. Lebe wohl!

Gehet gesund! hatte sie ihm darauf erwidert. Gott helfe Euch!

Er ging und kehrte bis zur Stunde nicht mehr zurück.

„Was geschah denn mit ihm, Parasko?"

„Ei was!" antwortete sie. „Er ging ja gar nicht nach Dorna-Watra. Er bestahl hier einen Juden, denselben, zu dem er immer mit Thekla auf Brannt-

wein gegangen und entfloh dann nach Rumänien. Während der Flucht brach er sich eine Hand und verlor alles Geld. So hat es Dir Gott gegeben, sagte ich, als ich dies vernommen. Du brachst mir den Fuß und Gott brach Dir die Hand. Die alte Malwine, seine Mutter, weinte und erzählte, daß er für immer zum Krüppel geworden sei und betteln gehe. Nun, aber so hat er's selber gewollt."

„Ach, Parasko, Ihr wußtet nicht einmal, wen Ihr im Hause gehalten!" sprach die Frau. „Er hätte Euch noch ermorden können!"

Sie schüttelte mit dem Kopfe und lächelte: „Was hätte er auch von mir genommen? Ich bin arm und meinen Körper hätte er nicht für Geld umgetauscht. Uebrigens ... ehe er mich erschlagen hätte, hätte ich ihn erdrosselt. Ich fürchte mich nicht!" hatte sie gesagt.

„Ihr fürchtet Euch nicht ... und doch! Er hat Euch genarrt und verletzte Euch den Fuß für immer!"

„Nun", meinte sie und zuckte mit den Achseln, „so haben es vielleicht auch die Sudjilnetzi gewollt. Dafür strafte ihn auch Gott. Weil das Eine ist, muß das Andere sein."

„Und wie ward es mit Thekla? Habt Ihr Euch mit ihr nicht ausgesöhnt?"

Sie spie vor sich und begann von Neuem ihre Pfeife zu stopfen.

„Was hätt' ich denn auch mit ihr sonst thun sollen? Sie näherte sich mir wieder, begann selber zu reden ... und so mochte ich ihr schon die Thüre vor der Nase nicht zuschlagen. Eine Schwester ... mag sie nun einmal gut oder böse sein ... ist immer eine Schwester. Ich lebe mit ihr der Leute wegen. Die Leute sollten sich den Mund nicht mit unnützen Worten vollstopfen, aber ein Herz habe ich für sie nicht mehr. In einer Woche darauf, als ich sie todtschlagen wollte, nahm sie ein blindes Kind, ein dreijähriges Mädchen zu sich als eigen auf. Es war gewiß, das Gewissen ließ sie meinetwegen nicht in Ruhe oder vielleicht gab ihr Gott den Traum, die Waise zu sich zu nehmen. Und sie that gut daran, dem Willen Gottes zu folgen, denn vielleicht wird ihr dafür in jener anderen Welt was Gutes zu Theil. Und das arme blinde Engelchen ... das lächelt so lieb zu ihr ... starrt mit den lichtlosen Augen nach ihr ... thut als spinne es immerfort mit ihr zusammen. O, du theure Duschinka![1] Vielleicht erspinnst du ihr noch den Eintritt in das Himmelreich!"

„Und dann, Parasko ... dann bliebt Ihr allein ... nicht wahr?"

„Nun ja ... ich lebte fast allein", erwiderte sie etwas zaghaft. „Eines Tages nahm ich noch einen Meister bei mir auf ... auch wieder einen Rumänen. Er war weder alt noch jung und ein Witwer. Ich dachte: Wird er mir gut sein, wird es auch ihm gut gehen; wird er aber irgend ein Uebel auf den Mund küssen, so wird sich für ihn auch eine Thüre im Hause finden."

„Wie könnt Ihr nur so gleich den ersten besten Mann ins Haus nehmen?" fragte die Frau vorwurfsvoll. „Habt Ihr denn keine Furcht? So ein alleinstehendes Weib wie Ihr ... und noch dazu nicht mehr so stark!"

Ihre Augen leuchteten auf und ein fröhliches Lächeln überflog ihr Gesicht. „Ei, ei, ein alleinstehendes Weib! Bin ich denn zu Zweit zur Welt gekommen, um mich allein zu fürchten?" antwortete sie. „Wer war mit mir, als ich mit Jurij ging? Kannte ich ihn? Er kam und ich ging. Und damals wußte ich nicht einmal, ob es mir bei ihm gefallen würde und doch ging ich. Ich hatte Glück gehabt. Ich fürchte mich niemals. So gab es mir Gott, daß ich mich niemals fürchte. Immer denke ich mir: was zu sein hat, wird auch so sein."

[1] Seelchen, Herzchen.

„Nun, und wie wurde es mit dem Meister?"

„Nichts wurde es. Eine Zeitlang ging es gut.

In der Frühe ging er auf Arbeit und Abends kehrte er heim. Abends spaltete er mir Holz, half bei der Arbeit drinnen und draußen und es ging alles gut. Ich dachte: nun werd' ich Jemanden haben, dem ich mein Haus verschreiben kann, wenn ich sterbe! Allein es wandte sich zum Bösen. Er fing an betrunken nach Hause zu kommen. Das eine Mal, das zweite, das dritte Mal, das war schlecht. In der Nacht schlief er nicht, sondern warf sich unruhig hin und her und sprach sinnloses Zeug durcheinander, daß einem angst und bange wurde. Er stand auch auf und schrie, manchmal wachend, manchmal im Schlafe; legte sich wieder nieder ... stand wieder auf ... ach Gott!

Er lag im Bette und ich lag bei der Thüre auf der Bank. Lag zusammengekauert und schlief ganze Nächte nicht. Und Gott gab mir immerfort diesen Traum: er wird dich noch ermorden! Was war da zu thun?

Und ich dachte mir: ein Unglück hat mich aufgefunden und macht sich bei mir breit; mög' es doch ersticken!

Ich grämte mich, schlief nicht, er aber trieb immerfort sein Unwesen. Und es war nicht genug daran; nein; er ... er begann mir den Kopf mit Dummheiten zu drillen. Darauf ward ich wild, wie er mich niemals gesehen — sagte ihm, aus welchem Stamme ich sei und warf ihn aus dem Hause heraus. Er kam dann noch während einer ganzen Woche jeden Abend und versuchte hereinzudringen; pochte und hämmerte an der Thüre — aber ich gab keine Antwort. Mög' es Dir im Kopfe herumpochen — dacht' ich mir und rührte mich nicht vom Ofen. Was hab' ich für eine Ursache, Dich im Hause zu halten, wenn Du mir nicht gefällst? Giebt es denn keine anderen Menschen auf der Welt? Ich kann mein Leben auch allein leben, und wenn ich das nicht will, so habe ich keine Furcht, daß ich nicht Jemanden finde. Ich finde schon, wen ich will.

Er scherte sich dann fort. Er begegnet mir manchmal, bald da, bald dort, traktirt mich mit Tabak und sagt mir jedesmal: Liebes Frauchen — sagt er mir — mir thut das Herz um Euch sehr weh!

Und ich antworte ihm: Guter Meister — Euch thut das Herz um mich weh — mir aber thut das Herz um Euch nicht weh!

Und so ist es. Jetzt bin ich wieder allein. Ich lebe, wie es sich trifft. Einmal gut, das andere Mal schlecht; wie es schon die Zeit mit sich bringt. Etwas Ausgewähltes giebt es nicht. Und wie es auch sein mag — aber Glück hab' ich immer. Auch Tabak habe ich immer. Mag es ein, zwei Kreuzer sein — aber ich habe sie."

„Das ist mir aber auch ein großes Glück!" warf die Frau mit unverhohlenem Spotte in der Stimme ein.

Sie sah die Sprechende mit ihren klugen Augen an.

„Was für eines eben Einem zufällt!" sagte sie. „Trauern? Ich traure nicht, weil Gott mir um nichts zu trauern gegeben; ich würde das auch gar nicht treffen. Ich thue, was mir einfällt. Essen habe ich, froh bin ich auch — gut ist mir ... und vielleicht wird's auch einmal noch besser! Ein altes, altes Väterchen ... ein schneeweißer Mann, sagte mir, daß ich ein großes Glück bei mir habe. Noch als Jurij lebte!

Eines Tages sammelten wir Weichseln.

An einem Samstag. Ich war oben auf dem Baume und Jurij auf der Erde. Er sammelte, was zur Erde fiel. Da kam ein altes Väterchen und bat um eine milde Gabe. Trage ihm eine Schüssel voll Mehl heraus! gebot Jurij! Ich war mit einem Satze unten und trug ihm das Mehl heraus.

„Nun“, sprach er, „wenn Du schon so barmherzig bist, daß Du es mir schenkst — so trage es auch nach meinem Hause ab. Mein Haus liegt nicht weit von hier. Dafür will ich Dir aus meinem Schicksalsbuch Dein Schicksal herauslesen!“

Ich trug ihm die Gabe in seine Hütte und er zog aus einer Kiste ein dickes Buch und las mir daraus. Las alles heraus, was bis dazumal war und was noch zu sein hatte. Er las heraus, daß ich nicht von hier sei, daß Jurij mir zum Manne bestimmt, daß ich ein Unglück mit meinem Fuße haben würde und noch vieles, vieles Andere. „Du hast ein solches Glück“ — sagte er — „welches Dich niemals verlassen wird. In die Seele legte Dir Gott Dein Glück herein, damit es Dich nie verlassen kann; und so steht es Dir bis an Deinen Tod bevor: Glück, Heiterkeit, Freude. Die Trauer fehlt in Deinem Leben. Lebe Dein Leben gesund bis an die letzte Stunde.“

Darum sag' ich, daß ich Glück habe!

Nach leichtem Sinnen sprach sie:

„Wenn ich auf einen Menschen treffe, der gut sein wird und dem ich mein Haus hinterlassen kann, wenn mich der Tod holt ... so werde ich ihn zu mir nehmen. Und wenn sich kein solcher trifft, bleibt es wie es ist.“

„Nehmt Eure Schwester zu Euch.“

„Meine Schwester? Ach Gott! Da würde ich erst recht ohne Licht sterben. Nein; zu ihr zieht es mich nicht hin. Ich werde allein bleiben. Das Sonnenlicht wird mein Haus nicht meiden!“

* * *

Und sie ist auch bis nun allein.

Sie wirthschaftet, macht sich in ihrem Hause und Garten zu schaffen, und ihr „Vieh“, der Hund, die Katze, die Hühner und zwei schöne, rein gehaltene Ferkel, die Iwan und Parasko heißen, folgen ihr auf Schritt und Tritt. Manchmal geht sie auf Heuarbeit zu gut bekannten Bauern, und diese Arbeit, die ihr die liebste ist, bringt sie in die beste Laune.

Sonntags kleidet sie sich kokett und geht in die Kirche; Nachmittags bekommt sie Besuch, und wenn das nicht, dann lehnt sie sich bequem auf die Prispa[1] am Hause, ihre gewöhnliche Gesellschaft bei sich, und raucht ihre Pfeife.

Im Vorbeigehen an ihrem Hause rufen ihr bekannte Bäuerinnen zu:

„Kommt in die Stadt, Parasko!“

„Ich habe meinen Geldbeutel verloren und hab' kein Geld, Branntwein zu kaufen!“ giebt sie scherzend zur Antwort.

„Kommt nur so zum Vergnügen, irgend etwas Schönes anzusehen!“

„Ich fürchte, daß mich Jemand mit bösen Augen besieht! ich habe Kinder!“ und damit streichelt sie dasjenige, was ihr am nächsten liegt; die Katze, den Hund oder eines der Hühner.

Und die Bäuerinnen gehen beleidigt von dannen.

„Wie stolz Parasko thut!“ Aber trotzdem sind sie ihr gut. „Sie ist eine gute Nachbarin; kennt verschiedene Kräuter und hat auch eine geschickte Hand. Giebt sie etwas — geräth ihr alles.“ (Schluß folgt.)

[1] Lehmbank am Hause draußen.

Briefkasten.

C. F., Berlin und andere Anonymi: Wir haben den § 175 bereits reichlich erörtert und können uns bis auf Weiteres mit dem Thema nicht wieder befassen. Verlangen Sie Ihre Manuskripte zurück, dann bitten wir um Ihre Adressen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 8. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Saladin, Solaheddin und Anderes.

Berlin, 9. November 1898.

Die preußischen Landtagswahlen haben im Allgemeinen das Ergebniß gehabt, das vor acht Tagen an dieser Stelle berechnet wurde. Doch ist die kleine Verschiebung nach Links noch geringfügiger, als sie nach dem Ausfall der Urwahlen erschien; die Nationalliberalen haben sich für den Schaden, den ihnen der Freisinn zugefügt hat, nicht an den Konservativen erholt, sondern sind mit dem Verlust von zehn Mandaten die Hauptleidtragenden dieser Wahlschlacht. Dagegen verlieren die beiden konservativen Parteien nur sieben Sitze. Im Wesen der Sache bleibt also alles beim Alten; an der allgemeinen Parteikonstellation ist nichts geändert und nur das Eine erreicht worden, daß keine konservative Mehrheit in das preußische Abgeordnetenhaus einziehen wird.

Noch ist ein Irrthum in dem Briefe des vorigen Heftes zu berichtigen: die sozialdemokratischen Wahlmänner in Breslau haben nicht, wie es nach den ersten Berichten erschien, auf jede Anfrage an die freisinnige Partei wegen Abtretung eines der drei durch die sozialdemokratische Wahlhilfe gesicherten Mandate verzichtet, sondern erst eine formelle Anfrage gestellt, ehe sie beschlossen, bedingungslos für die freisinnigen Kandidaten zu stimmen. Die freisinnige Antwort ist höflich, aber wie von vornherein vorherzusehen war und auch wohl vorhergesehen worden ist, unbedingt ablehnend ausgefallen, unter wohlfeilem Hinweis auf eine Handvoll nationalliberaler Wahlmänner, die, ehe sie einen sozialdemokratischen Kandidaten durchließen, lieber alle drei Mandate dem schwarzen Kartell in die Hände spielen würden. Wäre es diese Ausrede nicht gewesen, so hätte eine andere Ausrede herhalten müssen; die formelle Anfrage konnte nur den Zweck haben, den Thatbestand über jeden Zweifel hinaus festzustellen, und diesen Zweck hat sie erfüllt.

Bezeichnend genug erscheinen in demselben Augenblicke, wo der Zickzackkurs für fünf Jahre aller Wahlsorgen ledig ist, an seinem beschränkten und engen Horizont die drohenden Schatten eines neuen Sozialistengesetzes. Ein badisch-offiziöses Organ kündigt „Eindämmungsmaßregeln gegenüber der sozialdemokratischen Hochfluth“ an, und einige äußerliche Vorgänge, so namentlich eine Reise des Reichskanzlers zum Großherzog von Baden, scheinen zu bestätigen, daß wo dieser

Rauch aufsteigt, wenigstens ein kleines Feuerlein flackert. Von anderer Seite wird wieder positiv behauptet, daß keine andere Maßregel gegen die Arbeiterklasse geplant werde, als die bekannte Einschränkung ihres Koalitionsrechts. Es ist schwer zu sagen, welche der beiden widersprechenden Nachrichten richtig ist; vielleicht sind auch beide richtig, trotz ihres Widerspruchs, und diese Annahme entspräche sogar am besten dem eigenthümlichen Charakter des Zickzackkurses, dessen rechte Hand niemals zu wissen pflegt, was die linke thut, und der heute noch lange nicht zu wissen braucht, was er morgen thun wird.

Das schauerliche Bombenattentat, das angeblich gegen den Kaiser auf dessen Orientreise geplant gewesen sein sollte, hat sich inzwischen in lauter Wohlgefallen aufgelöst, oder da dieser Vergleich allzu höflich sein dürfte, in den peinlichen Mißduft, den jede polizeiliche Teufelei zu hinterlassen pflegt. Hätte die politische Polizei überhaupt noch etwas aufs Spiel zu setzen, so müßte man sich wundern, daß sie nicht müde wird, sich durch derartige Streiche zu kompromittiren, aber sie hat nichts mehr zu verlieren, als ihr Leben, das sie lieber jammervoll fristet, ehe sie es freiwillig aushaucht. Der Kaiser selbst hat inzwischen seine Palästinafahrt ohne jeden Unfall glücklich beendet, glücklich nicht nur im Sinne körperlichen Wohlbefindens, sondern auch glücklich im geistigen Sinne, mit einer in Damaskus gehaltenen Rede, worin er den unseligen Schein abstreift, als habe er eine mittelalterliche Kreuzfahrt nach den Stätten des Heiligen Landes unternehmen wollen, vielmehr frank und frei in den Spuren Voltaires und Lessings einherschreitet, der großen und unsterblichen Feinde alles pfäffischen Aberglaubens.

In Damaskus nämlich antwortete der Kaiser auf die offizielle Anrede irgend eines türkischen Scheichs mit einer Huldigung für den Sultan Saladin; er sei bewegt, so sagte er, von dem Gedanken, an der Stelle zu stehen, wo einer der ritterlichsten Herrscher aller Zeiten, der große Sultan Saladin geweilt habe, ein Ritter ohne Furcht und Tadel, der oft seine Gegner die rechte Art des Ritterthums habe lehren müssen. Historisch läßt sich diese Auffassung gewiß anfechten; in Wirklichkeit war der Sultan Solaheddin ein grausamer und wüthender Eroberer, über und über besudelt mit Mord und Verrath, wie das denn freilich den mittelalterlichen Rittern ohne Furcht und Tadel gewöhnlich so zu gehen pflegte. Darüber ist natürlich auch der Kaiser unterrichtet, aber wenn er dennoch den „großen Sultan Saladin“ gefeiert hat, so erklärt sich das sehr einfach. Festliche Reden sind keine Geschichtsvorträge, sondern Bekenntnisse, und der Kaiser bekannte sich zum Sultan Saladin, wie sich die großen Aufklärer Voltaire und Lessing zu ihm bekannt haben.

Im vorigen Jahrhundert herrschte ein elendes und nichtswürdiges Pfaffenthum in Europa. Es gebot über alle Waffen der weltlichen Gewalt, um frei denkende Köpfe niederzuhalten, und wenn diese Köpfe existiren wollten, so mußten sie auf dem Umweg der historischen Anspielung ihre Wahrheiten an den Mann zu bringen suchen. Ein Rest dieser Gewohnheit soll sich, wenn wir recht unterrichtet sind, sogar bis in die glorreichen Tage des neudeutschen Reiches gerettet haben. Wie dem nun aber sei, so setzten die Aufklärer des vorigen Jahrhunderts den unduldsamen Pfaffen der christlichen Religion nicht zum Wenigsten mit der Behauptung zu, daß die christlichen Kreuzfahrer des Mittelalters noch viel bösere Brüder gewesen seien, als die von ihnen bekämpften Mahomedaner, ein Schachzug, der deshalb besonders nahe lag, weil das unduldsame Pfaffenthum und was zu ihm hielt, in den Kreuzzügen die Blüthe des Christenthums feierte. Als ein heute vergessener Dichter v. Cronegk ein Trauerspiel aus der Zeit der Kreuzzüge geschrieben hatte, worin die Christen als die Vertreter der wahren Toleranz

— denn das wollten die unduldsamen Pfaffen auch noch sein, etwa in dem Sinne, wie man die Heuchelei einen Tribut an die Tugend genannt hat —, die Mahomedaner aber als blutgierige Glaubenseiferer dargestellt wurden, da schrieb Lessing: „Es war von dem Herrn v. Cronegk ein wenig unüberlegt, in einem Stücke, dessen Stoff aus der unglücklichen Zeit der Kreuzzüge genommen ist, die Toleranz predigen und die Abscheulichkeiten des Geistes der Verfolgung an den Bekennern der mahomedanischen Religion zeigen zu wollen. Denn diese Kreuzzüge selbst, die in ihrer Anlage ein politischer Kunstgriff der Päpste waren, wurden in ihrer Ausführung die unmenschlichsten Verfolgungen, deren sich der christliche Aberglaube jemals schuldig gemacht hat; die meisten und blutgierigsten Ismenors" — so heißt Cronegks mahomedanischer Glaubenseiferer — „hatte damals die wahre Religion", will sagen die christliche Religion.

Jedoch schritt Lessing mit dieser Auffassung nur in den Spuren der französischen Aufklärung. In seinen jungen Jahren hatte er Marignys Geschichte der Araber übersetzt, worin der Sultan Solaheddin noch als blutiger Tyrann und strenger Muselmann erscheint. Dann aber hatte Voltaire sich mit besonderem Eifer darauf gestürzt, die Tugenden der Orientalen verführerisch auszumalen, um die christlichen Pfaffen grün und blau zu ärgern, und ganz besonders aus dem Despoten Solaheddin den Freigeist Saladin zu machen. Seine Skizze führte Marin in seiner 1758 erschienenen und 1761 ins Deutsche übersetzten „Histoire de Saladin" zu einem vollen Gemälde aus, und auf diesem Geschichtswerk, das thatsächlich nur ein historischer Tendenzroman war, fußte Lessing in seinem „Nathan der Weise". So hätten also die Aufklärer Voltaire und Lessing die Pfaffenverdummung auch durch eine historische Legende bekämpft? Wenn man so will: ja, nur daß sie Legende eben Legende sein ließen. Bei allen Ehrenqualitäten, die Lessing auf den Scheitel seines Sultans Saladin häuft, läßt er doch eigentlich keinen Zweifel darüber, daß dieses Idealbild in historischer Wirklichkeit ganz anders aussah. Man beachte nur gleich im ersten Akte des „Nathan" folgende Stelle:

> Nathan: Wer rettete mir meine Recha? Wer?
> Daja: Ein junger Tempelherr, den wenig Tage
> Zuvor man hier gefangen eingebracht
> Und Saladin begnadigt hatte.
> Nathan: Wie?
> Ein Tempelherr, dem Sultan Saladin
> Das Leben ließ? Durch ein geringres Wunder
> War Recha nicht zu retten? Gott!

Von allem Anderen abgesehen, so hat Lessing schon durch die überaus scharfe Betonung der historischen Thatsache, daß der Sultan Solaheddin die liebenswürdige Gewohnheit hatte, den im offenen Kampfe gefangenen Tempelherren unweigerlich durch den Henker den Kopf vor die Füße legen zu lassen, hinlänglich angedeutet, daß sein Sultan Saladin eine dichterische Gestalt sei. Die Voltaire und Lessing wollten mit ihrem Saladin keine Legende schaffen, sondern ein Bekenntniß ablegen, und was man ihnen zu Gute rechnet, das muß selbstverständlich auch der Rede zu Gute kommen, die der Kaiser in Damaskus gehalten hat. Sie war kein historischer Vortrag, sondern ein persönliches Bekenntniß, von dem uns wundern soll, wie es dem frumben „Reichsboten" gefallen wird.

Schade nur, daß während der Kaiser im Morgenlande dem idealen Saladin huldigt, die deutschen Behörden im Vaterlande in Sachen des Kaisers eine Praxis

befolgen, die eher an den historischen Solaheddin erinnern könnte. Die Majestätsbeleidigungsprozesse schießen einmal wieder besonders üppig ins Kraut, und fangen jetzt auch an, in der bürgerlichen Presse einige Verheerungen anzurichten. Ein drakonisches Verfahren dieser Art ist gegen den „Simplicissismus“ eingeleitet worden, ein frisches Witzblatt, das nicht ohne Erfolg den bürgerlichen Witz wieder zu erwecken suchte, und Herr Harden, der Herausgeber der „Zukunft“, hat wegen Majestätsbeleidigung schon sechs Monate Festungshaft zudiktirt erhalten. An und für sich verdienen diese Prozesse keine besondere Erwähnung, denn sie sind nicht besser und nicht schlimmer, als die Tausende von Majestätsbeleidigungsprozessen, die im Laufe der Jahre gegen Arbeiter geführt worden sind, ohne daß die Arbeiterpresse mehr als eine kurze, und die bürgerliche Presse mehr als gar keine Notiz davon nahm. Wir halten es nicht für die Aufgabe der sozialdemokratischen Blätter, den bürgerlichen Literaten, denen ausnahmsweise auch einmal passirt, was der Arbeiterklasse zum täglichen Brote geworden ist, eine Extrawurst zu braten. Jedoch hat der gegen Herrn Harden geführte Prozeß eine Seite, die gerade vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus kritisirt zu werden verdient.

Herr Harden ist nach seiner oft abgegebenen Versicherung ein glühender Monarchist, ein gläubiger Christ evangelischer Konfession und auch ein loyaler Nationalökonom, der nach tiefgreifender Umwälzung aller bisherigen Oekonomie in dem Bunde der Landwirthe die klassische Vertretung der „Werthe schaffenden Stände“ entdeckt hat. Alle diese Meriten sind unbestreitbar, und insofern könnte es allerdings als der Gipfel der Majestätsbeleidigungsprozesserei erscheinen, daß ein so durchaus erprobter Mann wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt worden ist. Indessen ist auch die Thatsache unbestreitbar, daß Herr Harden weder mit seinen monarchischen, noch mit seinen christlichen, noch mit seinen ökonomischen Offenbarungen die 10—12000 Abonnenten gewonnen hat, von denen er vor Gericht sagte, daß die „Zukunft“ sie besäße, sondern daß er diesen stattlichen Erfolg dem Kriege verdankt, den Bismarck durch die „Zukunft“ gegen den Kaiser führte, eben wie dieser Krieg der „Zukunft“ die staatsanwaltliche Aufmerksamkeit zugezogen hat.

Selbstverständlich wird die Sache des Herrn Harden vom strafrechtlichen Standpunkt aus dadurch um kein Haar breit schlechter. Es wäre sehr thöricht zu sagen: unter Herrn Hardens Ideal, dem kannibalischen Preßverfolger Bismarck, waren die deutschen Preßzustände ja noch viel trauriger, als heutzutage. Das mag richtig sein und ist sogar richtig, aber die Preßfreiheit ist eine Sonne, die über Gerechte und Ungerechte scheint, und wenn Bismarck nach dreißigjähriger schamloser Vergewaltigung der Presse für sich selbst Preßfreiheit beanspruchte, und sei es auch nur zur Befriedigung seiner persönlichen Eitelkeit und Rachsucht, so war er vollständig in seinem Rechte. Unseres Erachtens sind auch in den Artikeln, wegen deren Herr Harden verurtheilt worden ist, keine Majestätsbeleidigungen zu entdecken, und der Gerichtshof, der ihn verurtheilte, hat sich objektiv geirrt. Wir beklagen diesen Majestätsbeleidigungsprozeß so sehr wie jeden anderen, und gönnen es auch Herrn Harden für seine Person gern, daß er mit der Verurtheilung zu Festungshaft so viel glimpflicher davon gekommen ist, als Tausende von Arbeitern, die wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt wurden, mit der ungleich härteren Gefängnißstrafe davon gekommen sind.

Nur gegen die Begründung der über Herrn Harden verhängten Festungshaft müssen wir den schärfsten Protest einlegen. Der Gerichtshof hat auf die mildere Strafart erkannt, weil Herrn Harden bei seinen angeblichen Majestätsbeleidigungen die gemeine und ehrlose Gesinnung gefehlt habe. Damit ist den

Tausenden und Abertausenden von Arbeitern, die wegen angeblicher Majestätsbeleidigung zu Gefängnißstrafe verurtheilt worden sind, mittelbar der Vorwurf einer gemeinen und ehrlosen Gesinnung gemacht worden, und diese Auffassung muß, auch wenn sich der Gerichtshof, wie wir hoffen, der sich aus seinen Worten ergebenden Schlußfolgerung nicht bewußt gewesen ist, in der allerentschiedensten Weise zurückgewiesen werden. Die Arbeiter, die in der Abwehr harter und schwerer Angriffe kräftig für die Lebensinteressen ihrer Klasse eingetreten sind, auf die Gefahr hin, sich in den unsichtbaren Maschen des Majestätsbeleidigungsparagraphen zu verfangen, haben einen ehrenhaften Muth und eine hohe Opferfähigkeit bewiesen, die ihnen noch ein rühmliches Andenken in den Jahrbüchern der Geschichte sichert, wenn der Krakehl Bismarcks gegen den Kaiser längst als ein übertägiger Quark vergessen sein wird.

Neue Formen gewerblicher Verbindung in England.

Von Ed. Bernstein.

1. Gewerbliche Allianzverbände.

Wenn der Vorsprung, den England in Bezug auf die Produktionstechnik bisher vor anderen Ländern voraus hatte, von Jahr zu Jahr sich verringert, so daß es in Bezug auf die Herstellung einzelner Artikel der modernen Großindustrie schon heute anderwärts überholt ist, so scheint es in Bezug auf die gewerblichen Verbindungen, soweit sie nicht rein ausbeuterischer Natur, vorläufig noch das Musterland moderner Entwicklung bleiben zu wollen. Für die kapitalistisch-ausbeuterischen Industrieverbände (Kartelle, Syndikate, Trusts) sind heute die Länder des Schutzzolls der klassische Boden, denn der Schutzzoll ist der natürliche Nährvater des Monopols. In England ist die Kapitalistenkoalition älter als in den modernen Schutzzollländern, aber sie ist in ihrer Ausbildung längere Zeit hinter dem zurückgeblieben, was beispielsweise die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet zur Entfaltung gebracht haben. Bis in die neueste Zeit hat sowohl der gegen das Publikum oder den Markt, wie der gegen die organisirte Arbeit gekehrte Unternehmerverband in England es zu keiner dauernden Existenz bringen können. Vielmehr blieb es hier zumeist bei der vom Impuls des Augenblicks ins Leben gerufenen Gelegenheitskoalition. So ungenügend diese primitive Form gewerblicher Verbindung sich für die Arbeiter in ihren Interessenkämpfen gegen die Unternehmer erwiesen hat, so hat sie dagegen den Unternehmern in ihrem Widerstand gegen die Arbeiter bisher genügt. Fast alle zur Zeit in England bestehenden Fabrikantenverbände sind neueren Datums.

Abgesehen davon, daß Fabrikanten gegebenenfalls leichter zusammenzubringen sind wie Arbeiter und daher auch nicht im gleichen Maße auf die dauernde Verbindung angewiesen sind, ist dieser Mangel an solchen Verbindungen auf ihrer Seite hauptsächlich dem Umstand geschuldet, daß das Koalitionsrecht der Arbeiter sich in England fest eingebürgert hat. Denn wenn es selbst auch hier noch vorkommt, daß Fabrikanten ihre Arbeiter durch Anwendung ökonomischen Druckes oder sonstiger Mittel von der Ausübung dieses Rechts abzuhalten suchen, so kann doch von ernsthaften Angriffen auf dasselbe nicht mehr die Rede sein. Die große Masse der Fabrikanten haben sich mit ihm abgefunden und fühlen ihrerseits das Bedürfniß der Koalition gegen die Arbeiter nur, wenn der Streit um eine wesentliche Neuerung in den Arbeitsbedingungen den Gegensatz zwischen ihnen

und jenen wieder einmal auf die Spitze treibt. Ist jedoch über die betreffende Neuerung in der einen oder anderen Weise ein Entscheid herbeigeführt, der dauernden Bestand verspricht, so zerfällt die Unternehmerverbindung meist um so schneller, je mehr sie gerade den Charakter einer Kampforganisation gegen die Arbeiter an sich getragen hatte. Größere Lebensfähigkeit haben bisher nur diejenigen Unternehmerverbindungen an den Tag gelegt, die für den Zweck der Entsendung von Delegirten in ständige, aus Vertretern der Fabrikanten und Arbeiter zusammengesetzte Lohneinigungsämter (Wages Boards 2c.) ins Dasein gerufen wurden. Aber ihre Organisation war meist eine außerordentlich lose, wenn nicht rein nominelle. Erst in den letzten Jahren hat sich eine Kategorie gewerblicher Verbindungen von Unternehmern herausgebildet, die sehr viel festere Formen aufweist als die vorerwähnten Schöpfungen. Diese neuen Formen der Fabrikantenverbindung vereinigen verschiedene Züge des gewerblichen Kartells, wie man es in Deutschland und anderwärts kennt, mit den wesentlichen Eigenschaften der englischen gemischten Lohnämter. Das heißt, sie bezwecken mehr den Schutz gegen die Konkurrenz auf dem Markte der Produkte, als die Abwehr gegen unbequeme Agitationen der Arbeiter. Sie suchen das erstgenannte Ziel durch gemeinsames Vorgehen mit den organisirten Arbeitern zu erreichen, und weit entfernt, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter zu verpönen, leisten sie ihr jeden möglichen Vorschub. Sie nennen sich denn auch Gewerbliche Allianzverbände — „Trade Alliances“ —, d. h. Bündnisse oder Allianzen aller Betheiligten im Gewerbe. Solche gewerbliche Bündnisse sind schon oft angestrebt und Ansätze zu ihnen auch hier und da verwirklicht worden, aber noch nirgends haben sie jene feste und ausgebildete Gestalt erhalten, wie die seit mehreren Jahren in Birmingham und Umgegend aufgekommenen und sich langsam immer mehr einbürgernden Trade Alliances.

Birmingham ist das bedeutendste Zentrum der Metallwaarenfabrikation Englands. Alle Arten von Metallen, vom gröbsten Eisen bis zu den feinsten Edelmetallen, werden in der gewerbreichen Hauptstadt Warwickshires und den um sie gelegenen Orten verarbeitet. Von zentnerschweren Maschinen und Geräthen aller Art bis zu den zierlichsten Ketten und anderen Schmucksachen giebt es kaum einen Artikel der Metallverarbeitungsindustrie, der dort nicht anzutreffen wäre. Und ebenso finden sich alle Formen gewerblicher Unternehmung daselbst vertreten, von altmodischen Haus- und Kleinbetrieben bis zu den modernst eingerichteten, tausend und mehr Arbeiter beschäftigenden Großbetrieben. Nach dem Fabrikinspektorenbericht von 1894 zählten die zwei Inspektionsbezirke von Birmingham 3128 Fabriken und 4348 dem Fabrikgesetz unterstellte Werkstätten. Dazu kommen in den vier benachbarten Distrikten (Coventry, Walsall, Wolvershampton und Worcester) noch 5742 Fabriken und 7937 fabrikgesetzlich registrirte Werkstätten. Ueber die Unmasse der Haus- und Kleinbetriebe fehlen genauere Angaben, aber die gegebenen Zahlen allein lassen die Mannigfaltigkeit der Betriebe und die hier noch vorherrschende Zersplitterung der Industrie deutlich hervortreten.[1]

Zu den in und um Birmingham heimischen Gewerben gehört die Fabrikation eiserner bezw. metallener Bettstellen. In ihr ward das neue Prinzip vor jetzt über sieben Jahren (1890) auf das Betreiben eines Fabrikanten dieser Branche, eines gewissen Edw. J. Smith, zur ersten Anwendung gebracht. Mr. Smith, der noch heute Vorsitzender der „Allianz“ seiner Industrie und auch der Mehrzahl

[1] Für ganz England zeigte der Fabrikinspektionsbericht von 1894 zusammen 77 708 Fabriken und 92 141 registrirte Werkstätten. Die Masse der kleinen Werkstätten und die Heimwerkstätten unterstehen nur der Sanitätsaufsicht, die von der Gewerbeaufsicht getrennt ist.

der Schiedskomites der übrigen Allianzen ist, charakterisirte es in einer Zusendung an das „Daily Chronicle“ vom 6. Januar 1898 wie folgt:

„Es tritt der Frage der Gewerkschaften vorurtheilslos gegenüber. Es anerkennt das Recht der Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation und predigt den Unternehmern die Nothwendigkeit gleicher Verbindung. Es bedeutet die Zusammenfassung dieser beiden, unabhängig von einander geleiteten Kräfte und erreicht durch ihre Verbindung Resultate, die auf andere Weise nicht erzielt werden könnten.“

Die Erwägungen, von denen dabei ausgegangen wird, lauten wie folgt:

1. Alle „übertriebene Konkurrenz im Gewerbe“ ist Unternehmern wie Arbeitern gleich verderblich;

2. Das mit ihr verbundene Unterbieten ist meist ganz unnöthig, da der heimische Konsument es nicht verlangt und die Gefahr auswärtiger Konkurrenz es nicht erheischt;

3. Selbst wo die auswärtige Konkurrenz bedrohlich wird, kann sie viel leichter und wirksamer durch vereinte Aktion bekämpft werden, als durch vereinzeltes Vorgehen, dem die Beschränktheit der Mittel, und neben der fremden auch die heimische Konkurrenz im Wege stehen;

4. Dieser unnatürlichen Konkurrenz kann nur die vereinte Aktion der Fabrikanten Einhalt thun;

5. Solche gemeinsame Aktion ist unmöglich ohne Kontrolle über diejenigen, die ungeachtet aller von ihnen abgegebenen Versprechungen nur dann ehrenhaft gegenüber ihren Mitbewerbern handeln, wenn sie dazu gezwungen sind;

6. Wie die Arbeiter früher vom unprofitablen Geschäft gelitten haben, sind sie fortan zu einem billigen Antheil an den Ergebnissen profitablen Geschäfts berechtigt;

7. Diese billigen Profite und ebenso Löhne können nur durch Verbindungen von Unternehmern und Arbeitern erzielt werden, wo beiderseits das Prinzip des Gewerkschaftswesens anerkannt, und einander dergestalt zu einer erfolgreichen Durchführung Beistand geleistet wird, daß schließlich die Unternehmer nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigen und die Arbeiter nur für Gewerkschaftsunternehmer arbeiten;

8. Die Gewerkschaften sind hüben wie drüben nützlich, wenn sie von gesundem Verstand gelenkt, von vernünftigen Beweggründen angetrieben und ihre Urtheile auf Grund der Kenntniß des wirklichen Standes der Dinge gebildet werden; ohne diese Vorbedingungen werden sie oft gefährlich und verderblich. Wirklichen Nutzen kann das Gewerkschaftswesen auf die Dauer nur bewirken, wo gegenseitiges Vertrauen herrscht und Unternehmer und Arbeiter vereint vorgehen.

Von diesen Ansichten ausgehend hatte Mr. Smith schon vor nahezu zehn Jahren seine Kollegen in der Unternehmerwelt zur Bildung solcher gewerblicher Assoziationen zu bewegen gesucht. Wie er in einer recht interessanten Broschüre[1] erzählt, fand er zuerst für sein Programm blos soweit Zustimmung, als die Gewerkschaften der Fabrikanten ins Spiel kamen; von Heranziehung der Gewerkschaften der Arbeiter wollte Niemand wissen. Als er sah, daß sich durch bloße Argumente nichts ausrichten ließ, gab er nach, überzeugt, daß die Praxis ihm Recht geben, daß man ohne Zuziehung der Arbeiter nichts erreichen werde. Und diese Ansicht täuschte ihn nicht. Keine der damals gegründeten Fabrikantenassoziationen brachte es zu etwas Ordentlichem, keiner gelang es, die Verkaufspreise auf einer gewissen Höhe zu halten. Und nun machte er es zu einer absoluten Bedingung seiner Theilnahme an irgend einer Fabrikantenverbindung,

[1] The Workman's share in the New Trades Combination Movement. London, Mackinery Office, 30 Catherine Street, Strand W. C.

daß die organisirten Arbeiter mit in den Bund gezogen würden. Und bisher wenigstens hat keine der so konstituirten Verbindungen fehlgeschlagen.

Die erste dieser Verbindungen war die der Metallbettstellen-Industriellen, der Geschäftsbranche, der Mr. Smith selbst angehört. Sie trat im Jahre 1890 ins Leben und besteht noch heute. Ihre Erfolge waren so günstige, daß ihr Beispiel eine ganze Reihe anderer Gewerbe zur Nachahmung bewogen hat. Die Fabrikation von Sprungfedermatratzen, von umkleideten Röhren, von gewalztem Metall, von Messingdrähten, von Metallröhren, von eisernen, messingenen und mit Messing beschlagenen Kaminvorlagen, von porzellanenen Hausgeräthen, von Elektrizitätsvorrichtungen, von Thonwaarenschmergel, von Backsteinen, von metallenen Sargverzierungen aller Art zählen solche „Allianzen", und in der Fabrikation von Jetwaaren, von Stahl- und Messingnadeln und von galvanisirten Hohlwaaren sind solche im Werden. Keine Art von Fabrikation, erklärt Mr. Smith, habe sich für die Durchführung des Prinzips ungeeignet erwiesen. Wohl sei eingewendet worden, sie passe nur für Gewerbe, die von qualifizirten („skilled") Arbeitern besorgt würden. Aber das sei durchaus unrichtig, zumal der Markt unqualifizirte Arbeiter überhaupt nicht kenne, sondern nur Grade der Qualifikation. Jede Arbeit erfordere ihre besondere Art von Geschick und Kraft.

Wie gestaltet sich nun die Organisation und Einrichtung einer solchen Gewerbeallianz?

Vorbedingungen sind zunächst je eine leistungsfähige bezw. repräsentative Organisation der Unternehmer und der Arbeiter. Wo diese nicht in der entsprechenden Stärke bestehen, muß natürlich zunächst dafür gesorgt werden. Ist dies mit genügendem Erfolg geschehen, so wird, führt Mr. Smith aus, sorgfältig ermittelt, welches der Kostpreis jedes in den Produktionsbereich der betreffenden Allianz fallenden Artikels ist, sowie der Mindestprofit, der an ihm gemacht werden muß. Dabei wird indeß weder der Verkaufspreis stereotypirt, noch verbilligte Fabrikation ausgeschlossen, sondern nur Vorsorge getroffen, daß der Kostenansatz nach bestimmten Grundsätzen geschieht und ein bestimmter Satz als Profitrate aufgeschlagen wird. So könne das System an Groß- und Kleinfabrikation, an die Fabrikation billiger wie kostspieliger Artikel angepaßt und auf die besonderen Bedürfnisse und Eigenheiten Aller Rücksicht genommen werden.

Das Zweite sei die Organisirung der Lohnregulirung. Dazu treten beide Organisationen, bezw. ihre Delegirten in Lohnkomites (Wages Boards) zusammen. Die Lohnsätze, wie sie zur Zeit der Bildung der Allianz bestanden haben, werden als Ausgangspunkt genommen, als Mindestlöhne, die unter keinen Umständen herabgesetzt werden sollen, außer wenn die Arbeiter selbst sich damit einverstanden erklären. Dagegen erhalten die Arbeiter für jede Erhöhung der Profitraten oder Verkaufspreise einen proportionellen Prämienaufschlag (Bonus) auf den Standardlohn. Ueber diese Sätze, wie sonstige Fragen der Zeit- oder Stücklöhne, der Arbeitszeit und etwaige Streitigkeiten befindet das Lohnkomite. Bis es in jedem Falle entschieden, bleibt das jeweilig gerade bestehende Verhältniß in Kraft. Kein Unternehmer darf einen Arbeiter wegen eines Lohn- oder sonstigen Arbeitsdisputs entlassen, kein Arbeiter einem Unternehmer wegen eines solchen fortlaufen. Niemand riskirt indeß dabei sein Recht, da die Entscheide des Komites rückwirkende Kraft haben. Gegen die Entscheide des Lohnkomites kann der Spruch eines Schiedsrichters angerufen werden, doch ist, schreibt Mr. Smith, dieses Recht noch nie in Anspruch genommen worden, obwohl einige Komites schon Hunderte von Fällen zu verhandeln hatten.

Vor mir liegen eine Reihe von Statuten solcher Allianzen, die ich der Freundlichkeit des Vorsitzenden des Gewerkschaftsraths (Trades Council) von Birmingham, Mr. W. J. Davis, verdanke, ebenso einige andere, auf die Praxis der Allianzen bezügliche Dokumente. Es war mir von Interesse, das authentische Urtheil eines Vertreters organisirter Arbeiter über diese neuen Verbindungen zu hören, und Mr. Davis, als Generalsekretär der Gewerkschaft der Vereinigten Messingarbeiter („National Amalgamated Society of Brassworkers") erschien dazu besonders geeignet, da seine Organisation Mitglieder von drei oder vier Allianzen in sich begreift. Er hat nun soweit nur Günstiges über die Allianzen zu sagen. Wo sie Boden gefaßt, hätten sie sich für alle Betheiligten vortheilhaft erwiesen. „Die Bewegung ist noch jung", schreibt er unterm 17. September, „aber ich freue mich sagen zu können, daß sie im beständigen Wachsthum begriffen ist". Ihren Einfluß auf die Stärke seiner Gewerkschaft kann man aus folgenden Zahlen bemessen, die ich den Protokollen der Gewerkvereinskongresse entnehme: 1895 4800, 1896 6000, 1897 11000 Mitglieder. Nicht der ganze Zuwachs, aber jedenfalls ein sehr großer Theil ist den Allianzen zu verdanken mit ihrem Prinzip der möglichst ausschließlichen Beschäftigung von Gewerkschaftsmitgliedern.

Hier die Hauptsätze des Statuts einer im vorigen Jahre gegründeten Gewerbe-Allianz:[1]

Vertragsbedingungen zwischen der Fahrradröhren-Agentur und den Arbeitern, die Mitglieder der „Fahrradröhren-Abtheilung" des Vereins der Metall-, Draht- und Röhrenarbeiter sind.

1. Die Prinzipien der Allianz sind, für gerechte und berechtigte Verkaufspreise und für Regelung der Löhne auf Grund solcher Verkaufspreise durch Aufschlagsprämien (Bonus) oder einen Wandeltarif zu sorgen.

2. Die Arbeiter versprechen, nur für Fabrikanten zu arbeiten, die entweder Mitglieder des Unternehmervereins sind oder auf Grund Spezialvertrags mit ihm Hand in Hand gehen.

3. Die Unternehmer verpflichten sich, nur Gewerkschaftsmitglieder anzustellen und von allen Arbeitern über achtzehn Jahren zu verlangen, daß sie der Gewerkschaft beitreten.

4. Die Unternehmer sind gewillt, den Mitgliedern der Gewerkschaft eine Prämie von 10 Prozent auf die derzeitigen Stücklöhne zu zahlen, welche Prämie mit dem 1. November 1897 beginnen soll.

5. Diese Prämie von 10 Prozent wird an keinen Arbeiter ausbezahlt, der nicht seine Mitgliedskarte vorweist oder vier Wochen mit seinem Beitrag (an die Gewerkschaft) im Rückstand ist.

6. Diese Prämie von 10 Prozent soll die Mindestprämie sein und von keinen Schwankungen der Preise berührt werden; als Durchschnitt oder Grundlage für die Abmessung der Prämie wird hiermit eine Abzugsrate des Fabrikanten von 65 Prozent bestimmt. Fällt, nach Verlauf von sechs Monaten, die Abzugsrate unter 65 Prozent, so soll die dem Arbeiter zufallende Prämie im gleichen Verhältniß erhöht werden, z. B.

Abzugsrate	65	Prozent,	Prämie	des	Arbeiters	10	Prozent
"	90	"	"	"	"	10	"
"	80	"	"	"	"	10	"
"	60	"	"	"	"	15	"
"	55	"	"	"	"	20	"
"	50	"	"	"	"	25	"

[1] Das Statut der ersten, von Smith gegründeten Allianz findet sich auszugsweise in S. und B. Webbs lange nicht genug gewürdigter „Theorie und Praxis der Englischen Gewerkvereine" (Stuttgart, Dietz), 2. Bd., S. 115/116).

Es folgen noch Bestimmungen über die Zusammensetzung und Arbeitsweise des Lohn- bezw. Einigungskomites, die sich indeß nicht wesentlich von denen ähnlicher Komites unterscheiden. Unternehmer und Arbeiter haben völlig gleiche Vertretung, die Schriftführer ihrer Sonderorganisationen sind kraft ihres Amtes zugleich Schriftführer des Einigungskomites. Kein individueller Konfliktsfall soll vor das Komite gebracht werden, dessen Schlichtung nicht vorher in dem Geschäft, wo er gespielt, versucht wurde. Entlassungen wegen Bummelei, Trunkenheit im Geschäft, Unehrlichkeit und wüstem Gebahren werden von den Vertretern der Arbeiter nicht als Beschwerden anerkannt.

Im Ganzen sind die Statuten sehr viel kürzer gefaßt als die der ersten Allianzen. Dies erklärt sich, wenn man bedenkt, daß man zu Anfang beiderseits mit allerhand Bedenken an die Sache ging. Nach und nach hat man wohl gefunden, daß in der Organisationsform selbst, d. h. der Aufrechterhaltung und Stärkung der beiderseitigen Fachvereine einerseits und der gemeinsamen Delegation andererseits eine viel wirksamere Schutzwehr gegen Winkelzüge gegeben ist, als in verklauselten Satzungen.

Noch liegt mir das Formular eines Paßscheins vor, wie ihn die Gewerkschaft der Messingarbeiter den Beschäftigung suchenden Arbeitern ausstellt. Es lautet: „Allianz-Paß (nicht übertragbar). Allianz der Bettstellen-, Beschläge- und Kaminvorleger-Fabrikation. Dies zur Bescheinigung, daß .... (Name) von .... (Herkunft 2c.) eingestellt werden darf. .... Generalsekretär."

„Dieser Paß ist vom Unternehmer, ob Einstellung erfolgt oder nicht, als Beweis der erfolgten Nachfrage nach Arbeit und behufs Verhinderung seiner Weitergabe zurückzubehalten."

Auch ein Kündigungsformular ist vorgesehen für Arbeiter, die erfahren haben, daß die Firma, für die sie arbeiten, der Allianz des Gewerbes nicht angehört, und sich in Folge dessen veranlaßt sehen, ihr ihre Dienste aufzusagen. —

Was aber veranlaßt die Unternehmer zu so weitgehenden Zugeständnissen an die Organisationen der Arbeiter, wie sie oben dargelegt wurden, zu Zugeständnissen, die doch jedenfalls den Gewerkschaften große, vorher unbekannte Möglichkeiten eröffnen? Mr. Smith drückt sich darüber mit wünschbarster Offenheit aus.

„Rein geschäftlich gesprochen", sagt er, „können die Arbeiter [in dieser Sache] nur einen Dienst leisten: sie können den Zerfall des [Fabrikanten-]Bundes verhindern — das heißt, sie können für die Unternehmer thun, was die Unternehmer niemals selbst für sich haben thun können." Ohne die Mitwirkung der Arbeiter seien die Unternehmer nicht zusammenzuhalten. „Die Geschichte früherer Verbindungen lehrt dies deutlich. Es giebt kein Mittel, wodurch sie — die Fabrikanten — einander wirksam und dauernd binden können, und ohne das ist jede gemeinsame Abmachung nutzlos. Soweit ich sehen kann, ist die Sache nur möglich mit Hilfe ihrer Arbeiter." Sie (die Arbeiter) „können jeden Verein absolut machen, es jedem Fabrikanten unmöglich machen, ihm fern zu bleiben oder, einmal beigetreten, aus ihm auszuscheiden". Dieser Dienst aber sei alle jene Zugeständnisse werth. Und das Zustandekommen der aufgezählten Allianzen zeigt, daß Mr. Smith unter seinen Kollegen viele Hunderte von Gläubigen gefunden hat.

Was die Arbeiter aus den sich mit den Trade Alliances bietenden Möglichkeiten machen werden, bleibt noch abzuwarten. Und eine andere Frage drängt sich noch auf. Sind nicht die vielen schon bestehenden kapitalistischen Syndikate ein Beweis, daß Mr. Smith sehr übertreibt, wenn er sagt, daß die Unternehmer ohne Mitwirkung der Arbeiter nichts Dauerndes gegen die in ihren Reihen wüthende selbstmörderische Konkurrenz ausrichten können?

Die Antwort ist zum großen Theile schon in der Einleitung dieses Artikels gegeben. Mit vereinzelten Ausnahmen, die entweder auf die Industrie gewisser Halbfabrikate entfallen oder — wie die neuesten „Combines" in der Spinnerei Lancashires — auf völlige Aufsaugung des Einzelunternehmers durch die Assoziation hinauslaufen, haben die auf die Aufrechterhaltung „lohnender Preise abzielenden kapitalistischen Vereinigungen thatsächlich in England noch wenig Boden gefaßt. Hier fehlen jene Förderungsmittel, wie hohe Schutzzölle und die sonstige Begünstigung kapitalistischer Monopole durch Gesetzgebung und Verwaltung, wie wir sie in den Vereinigten Staaten und verschiedenen Ländern des europäischen Festlands finden. Der durch Englands geographische Lage noch accentuirte Freihandel ist den monopolistischen Syndikaten so ungünstig, daß es nicht einmal gelungen ist, solche in denjenigen Zweigen der Urproduktion durchzuführen, die, wie die Kohlenproduktion, auf Grund ihrer natürlichen Bedingungen durchaus für es geeignet erscheinen.[1] Um so viel ungünstiger müssen ihm daher solche Industrien sein, die Halbfabrikate wieder verarbeiten und wo der Mittelbetrieb noch eine Rolle spielt, und gerade diese überwiegen in und um Birmingham. Daher die Mißerfolge, von denen Mr. Smith spricht. Ein Syndikat kann sich in England nicht dadurch bezahlt machen, daß es im Inland den Preis nach Willkür erhöht, um im Ausland zu Schleuderpreisen loszuschlagen. Der Preisbewegung nach oben sind durch die freie Zufuhr aus dem Ausland bestimmte Grenzen gezogen, über welche es nicht hinauskönnte. Es würde sich vielmehr für das Syndikat im Wesentlichen nur einerseits um den Kampf gegen die heimische Schmutzkonkurrenz und andererseits um Aufrechterhaltung der Konkurrenzfähigkeit der Industrie durch technische Verbesserungen handeln können. Wo man jedoch nicht durch Aufkaufen einen ganzen Fabrikationszweig in ein Monopol verwandeln kann, ist der Kampf gegen die Schmutzkonkurrenz dem Syndikat nicht leichter wie dem einzelnen Fabrikanten, weil der Freihandel ihm die meisten jener Kunstgriffe verbietet, durch welche die amerikanischen „Combines" die „Rauhbeine" eingefangen haben. Man kann sie nicht auf dem Produktenmarkt boykotten, ihnen nicht die Zufuhr ihrer Materialien entziehen. Darin dürften wir die Ursache des Sieges des Mr. Smith über seinen widerspenstigen Kollegen zu suchen haben. Wo die Kapitalisten sich nicht den Staat zur Förderung ihrer Sonderinteressen genügend dienstbar machen können, sehen sie sich auf die Kooperation der Arbeiterorganisationen und damit zu neuen Konzessionen an diese angewiesen. Insofern sind die Allianzen ein Produkt der liberalen Einrichtungen Englands.

Indeß bleibt noch abzuwarten, ob sich diese eine Verbindungsform auch in Gewerben Eingang verschaffen wird, die nicht so lokalisirt sind wie die Indu-

[1] Seit Jahr und Tag bemühen sich Kohlenindustrielle Englands, das Kohlengeschäft durch große Syndikate — bei denen übrigens auch die organisirten Arbeiter als Theilhaber herangezogen werden sollen — auf den Stand allezeit gesicherter Rentabilität zu bringen. Bisher aber ohne Erfolg. Der soeben beendete Kohlenarbeiterausstand in Süd-Wales ist in nicht geringem Grade auf die Agitationen eines solchen syndikatsfreundlichen Kohlenmagnaten, des liberalen Abgeordneten D. Thomas, zurückzuführen, der landauf, landab reiste, um die Arbeiter für die Idee eines Kohlensyndikats zu begeistern, für das er seine Kollegen nicht in genügender Zahl hatte gewinnen können. Er erreichte nur so viel, die Bewegung der Arbeiter gegen den in Süd-Wales herrschenden Wandeltarif zum Ausbruch zu bringen, der die Löhne nach den Verkaufspreisen regelt und die Grubenbesitzer daher gegen die Schwankungen der letzteren bis zu einem gewissen Grade gleichgiltig erhält. Der nun folgende Ausstand sah Mr. Thomas und seine Freunde auf Seiten der Arbeiter. Sie bewilligten deren Forderungen, ließen fortarbeiten und genossen dafür den ganzen Vortheil der während des Ausstands herrschenden Preissteigerung.

strien von Birmingham und dessen Umkreis. So stark der Zug zu solcher Lokalisirung von Industrien auch ist, bleiben ihr doch eine ganze Reihe von Produktionszweigen entzogen, und mit den geographischen Entfernungen wachsen die Schwierigkeiten der Kombinationen. Ebenso kann auch die Frage der Lebensfähigkeit der Allianzen als noch nicht entschieden betrachtet werden. Doch zeigt die Thatsache, daß sich in einer so bedeutenden Industrie, wie die der Metall-Bettstellen (Holz-Bettstellen sind in England fast unbekannt), die Allianz schon seit über sieben Jahren bewährt hat, daß in ihr mehr steckt als die Spielerei eines philanthropischen „Erfinders".

Der Ausfall der preußischen Landtagswahlen.

Von **August Bebel.**

Die Thatsache, daß in der vorletzten Session des preußischen Landtags die berüchtigte lex Recke mit einer Majorität von blos vier Stimmen abgelehnt wurde, daß also die Konservativen nahezu die Mehrheit des Landtags bildeten, gab neben einer Reihe anderer, hinlänglich bekannter Gründe, dem Ausfall der diesmaligen preußischen Landtagswahlen ein besonderes Interesse.

Dieses Interesse wurde noch dadurch erhöht, daß ein Theil der Sozialdemokratie sich zum ersten Male an den Landtagswahlen betheiligte. Der bekannte Beschluß des Stuttgarter Parteitags hatte für diese Betheiligung endlich die Wege geebnet.

Das Endresultat der Wahlen ist eine kleine Verschiebung nach links, da die freisinnige Volkspartei elf Mandate gewann und damit ihre Mitgliederzahl von vierzehn in der letzten Legislaturperiode auf fünfundzwanzig für die nächste erhöhte. Die Freisinnige Vereinigung gewann vier Mandate; sie wuchs von sieben auf elf Mitglieder; das Zentrum gewann fünf Mandate und kam von 95 auf 100 Anhänger; wohingegen die Polen — die in Freiheitsfragen mit der Linken stimmten — vier, die Nationalliberalen zehn und die Konservativen sieben Mandate verloren; außerdem wurde ein Antisemit gewählt. Das Endresultat ist, daß den Konservativen, denen in der letzten Legislaturperiode sechs Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlten, jetzt dreizehn Stimmen fehlen. Ein anderer kleiner Gewinn ist, daß durch die Verluste der Nationalliberalen die entschiedenere Linke gewann, diese also, wenn sie ihre Kräfte richtig anwendet, einen etwas größeren Einfluß erlangen kann.

Dieses Gesammtresultat zeigt, daß das liberale Bürgerthum unter den gegenwärtigen Verhältnissen — ein Theil der Schuld liegt allerdings mit am Wahlgesetz — *nicht mehr die Kraft* besitzt, mit der Reaktion fertig zu werden. Der Liberalismus ist im Niedergang begriffen. Das ist keine neue, aber eine aufs Neue bestätigte Thatsache. Ein großer Theil des Bürgerthums befindet sich im konservativen und ultramontanen Fahrwasser, ein anderer, gegen früher kleiner gewordener Theil folgt der großen Bourgeoisie, die in erster Linie der Nationalliberalismus vertritt. Nur der kleinste Theil des Bürgerthums — in der Hauptsache beschränkt auf die größeren und großen Städte — folgt noch der liberalen Fahne. Das ist kein erhebendes Bild, in dem vor allen Dingen kein Zug von einer „*Demokratisirung*" des Bürgerthums zu sehen ist.

Und dieser Erfolg des Liberalismus wäre nicht einmal bei den preußischen Landtagswahlen hervorgetreten, hätte nicht die Wahlbetheiligung unserer Parteigenossen an einer Reihe von Orten dem Liberalismus den Sieg verschafft. So in

Frankfurt a. M. zwei Mandate, Görlitz zwei, Hagen i. W. zwei und Breslau zwei. Das erkennt auch ein Theil der liberalen Presse offen an. Ein anderer Theil („Vossische Zeitung", „Freisinnige Zeitung") ergehen sich in direkten Vorwürfen gegen die Partei, die durch ihre vielfache Nichtbetheiligung, z. B. in den Wahlkreisen Beeskow-Teltow-Storkow, Ober- und Niederbarnim ꝛc. den Konservativen zum Siege verholfen habe.

Die Richtigkeit dieser Angaben an sich zugegeben, steht es der liberalen Presse zuletzt zu, die Sozialdemokratie mit Vorwürfen zu bedenken. Hätte der Liberalismus sich bisher nicht gar so feig und lahm in der Vertheidigung von Volksrechten und in der Wahrnehmung seiner eigenen programmatischen Forderungen gezeigt, der Theil der Sozialdemokratie, der mit Hinweis auf diese Thatsache die Wahlbetheiligung bekämpfte, wäre nicht entfernt so stark gewesen, als er es war. Und derjenige Theil der Partei, der sich zum Wählen entschloß, hätte sich mit mehr Eifer in die Agitation geworfen, als es geschah. Schließlich handelte es sich für den letzteren Theil der Partei in der Hauptsache darum, dem liberalen Bürgerthum das schlaff gewordene Rückgrat nach Möglichkeit zu steifen und mit Hilfe einer verstärkten Opposition nicht Dieses oder Jenes zu gewinnen, *sondern Unangenehmes zu verhüten*. Daß wir durch unsere Unterstützung bei den Wahlen es dahin brächten, den Liberalismus so anzufeuern, daß er nun auch *aggressiv* vorgehen werde, gegen seine und unsere Feinde, darauf haben wir nach all den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, ich sage *leider*, verzichten müssen.

Je eifriger andere und ich für die Wahlbetheiligung eintraten, um so *nothwendiger* ist es, dem Versuch eines Theiles der liberalen Presse, die Sozialdemokratie für den Gesammtausfall der Landtagswahlen verantwortlich zu machen, durch klare Feststellung unseres Standpunkts entgegenzutreten.

Fragt man nun, welchen Eindruck und Einfluß hat die Betheiligung eines verhältnißmäßig kleinen Theiles der Partei an den Landtagswahlen hervorgerufen, so antworte ich: *einen unerwartet günstigen*. Nicht allein hat die Partei in den obenerwähnten Wahlkreisen durch ihre Wahlbetheiligung — theils dadurch, daß die Parteigenossen von vornherein für bürgerlich-oppositionelle Wahlmänner eintraten, theils dadurch, daß sie eine größere Zahl eigener Wahlmänner durchbrachten und diese schließlich für die linksliberalen Kandidaten stimmten — den Liberalen zum Siege verholfen und so fast allein die Zunahme der Mandate der freisinnigen Volkspartei herbeigeführt, sie hat auch sehr respektable Minoritäten an eigenen Wahlmännern in den Wahlkreisen Altona, Linden bei Hannover, Brandenburg und Halle a. S. durchgesetzt. Anfangs schien es sogar, als könnte im Wahlkreis Linden der sozialdemokratische Kandidat den Sieg davontragen.

Dieses Resultat war um so unerwarteter, weil Niemand, auch unter den Anhängern der Wahlbetheiligung nicht, auf einen Sieg aus eigener Kraft gerechnet hatte.

Nach dem Lindener Resultat und nach den vergleichsweise günstigen Resultaten in anderen Wahlkreisen ist aber ein Sieg in einzelnen Wahlkreisen, sogar unter dem elendesten und erbärmlichsten aller Wahlsysteme, nicht gänzlich ausgeschlossen, vorausgesetzt, daß die betreffenden Wahlkreise vorsichtig ausgesucht werden. Einer derselben dürfte sogar vor den Thoren von Berlin, ein anderer in Berlin selbst liegen. Auf alle Fälle aber konnte die Partei, wenn sie auf der *ganzen* Linie ins Feuer ging, solche Resultate erzielen, daß sie mit Hilfe dieses *Gesammtresultats* die bürgerliche Opposition *zwingen* konnte, ihr einige Mandate abzutreten.

Dahin zielten auch die Sätze meiner auf dem Hamburger Parteitag vorgeschlagenen Resolution unter 4, worin es hieß:

„Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen — von vornherein Wahlmänner einer bürgerlichen Oppositionspartei zu wählen — sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:

a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts . . . für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;
b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen zu geben."

Diese letztere Forderung war bekanntlich ein besonderer Stein des Anstoßes für die Gegner der Wahlbetheiligung in der Partei; sie sahen hierin das reine „Schachergeschäft", das die „Korruption" in die Partei einführte. Ich habe allerdings nie verstehen können, warum man es für das minder Korrumpirende ansah, den liberalen Gegnern unsere Stimmen zu geben, als für die Hilfe, die wir ihnen zu leisten bereit waren, sie zu zwingen, nunmehr auch dem einen oder anderen unserer Kandidaten durch ihre Stimmen zum Siege zu verhelfen, sintemalen wir es bei der Reichstagswahl ohne zu erröthen in der Ordnung finden, in einer engeren Wahl die Stimmen der uns zunächststehenden Gegner für unsere Kandidaten zu nehmen und ihren Kandidaten — soweit sie das kleinere Uebel für uns darstellen — unsere Stimmen zu geben.

Für eine kämpfende Partei wie die unsere muß das Ziel sein zu siegen; kann sie das nicht aus eigener Kraft — sie muß dieses unter allen Umständen probiren — so nöthigen Falls selbst mit Hilfe des Teufels und seiner Großmutter, vorausgesetzt, daß man ihnen nicht seine Seele, das soll in diesem Falle heißen seine Parteigrundsätze, zu opfern verschreibt.

Kann ich aber nicht siegen, weil vorläufig unüberwindliche Hindernisse dies unmöglich machen, dann gebietet mein Interesse, um den schlimmsten Feind nicht siegen zu lassen, dem wenigst schlimmen zum Siege zu verhelfen. Es ist nicht gleich, ob ich mit dem Stock oder mit Skorpionen gezüchtigt werde. Und vor allen Dingen lasse man in solchen Situationen die Gefühle daheim. Diese kommen zu ihrem Recht, sobald man mit dem Gegner abrechnen kann.

Im vorliegenden Falle hätte allerdings ein starker Zwang oder Druck auf die Gegner ausgeübt werden, und, bei der öffentlichen Stimmabgabe, hätten auch die Wahlkreise ausgesucht werden müssen, in denen eine Wahl unserer Genossen mit Hilfe der bürgerlichen Gegner möglich war. Deshalb war in Hamburg von mir weiter unter 5 beantragt: „Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesammtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.

Mit dem gesammten Wahlresultat, das die Partei erzielte, in der Hand, hätte aber die Parteileitung den nöthigen Druck auf die bürgerlichen Gegner ausüben und die Wahlkreise auswählen können, in denen Kandidaten unserer Partei gewählt werden sollten. Gelang es auch nur einige Kandidaten durchzubringen, diese hätten — vorausgesetzt es waren die richtigen Männer — im Landtag sich eine Position erobern können, die weit über ihre Zahl hinausging. Die Partei hat schon einmal, und zwar im Reichstag, eine solche Periode durchgemacht, in der sie nur durch eines ihrer Mitglieder vertreten war (Wahl von

1871). Und was damals unter sehr ungünstigen Umständen geleistet wurde, ließe sich im preußischen Landtag, gedeckt und unterstützt durch eine starke Partei und eine einflußreiche Parteipresse, in höherem Grade erreichen. Nirgends kann das elendeste aller Wahlsysteme schärfer und wirkungsvoller bekämpft werden, als von der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses herunter im Angesicht des Chorus seiner Vertheidiger; nirgends kann dem Junker- und Agrarierthum die Wahrheit kräftiger ins Angesicht geschleudert werden, als in demselben Saale, in dem es nahezu die absolute Mehrheit hat und dessen Tribüne es als Ausfallthor für seine Raubzüge benutzt. Nirgendwo können unsere Programmpunkte in Bezug auf Schule und Volksbildungswesen, Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Kirche von der Schule, öffentliche Gesundheitspflege, Rechtsprechung, Polizei- und Gefängnißwesen, Eisenbahn- und Verkehrswesen, Gemeindeverfassung, Schutz der niederen Beamten und Staatsbetriebsarbeiter, Agrarwesen und Agrargesetzgebung 2c. schärfer und prinzipieller vertreten werden, als im preußischen Abgeordnetenhaus, dem die Gesetzgebung über alle diese Punkte unterstellt ist. Hier könnten gegen Herrn v. Miquel und seine Kollegen Anklagen erhoben werden, wozu sich im Reichstag nur sehr selten die Gelegenheit bietet, die ihnen ihre Sessel als glühende Kohlenpfannen erscheinen ließen. Die Herren Bosse und von der Recke mit ihren berüchtigten Erlassen (kein Sozialdemokrat darf einer Schuldeputation in einer Gemeinde angehören [Fall Singer] und die Polizei soll gleich schießen [Erfurt]) können nirgends wirkungsvoller an den Pranger gestellt werden, als auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses vis-à-vis den Herren Bosse und von der Recke; denn das braucht wohl nicht erst gesagt zu werden, daß wenn ein Linksliberaler oder ein Sozialdemokrat über diese Dinge redet, dieses sehr zweierlei ist, abgesehen davon, daß die Linksliberalen über viele dieser Dinge überhaupt nicht mehr reden.

Die gute Gelegenheit dazu ist diesmal verpaßt worden, und hoffentlich hat dieses die Partei nicht nachträglich zu sehr zu bereuen.

Daß die Erfolge der Wahl nach der Auffassung Vieler unter uns und zwar auch unter den Gegnern der Wahlbetheiligung, größere waren als man erwartete, ist gewiß. Daß sie nicht noch bessere waren, ist die Schuld der Partei. Es braucht hier nicht daran erinnert zu werden — denn es wurde in der „Neuen Zeit“ zur Genüge erörtert — an die unhaltbare Situation, die der Hamburger Parteitagsbeschluß geschaffen hatte. Der Versuch, rechtzeitig den Schaden zu repariren, mißglückte mangels einer Instanz, die rasch eingreifen konnte. Die Existenz des Hamburger Beschlusses wirkte aber im höchsten Grade lähmend auf die Thätigkeit jener, die wählen wollten, weil schon über das Wie, das der Hamburger Beschluß erlaubte, überall Meinungsverschiedenheiten bestanden. Als dann endlich dieser Beschluß durch einen anderen ersetzt wurde (Stuttgart), wie er einzig der dermaligen Sachlage entsprach, war es wegen der weit vorgerückten Zeit unmöglich, ihn auszunützen. Am 8. Oktober gingen die Delegirten in Stuttgart auseinander. Bis sie nach Hause kamen und die ersten Vorbereitungen zur Wahl getroffen werden konnten, kam Mitte Oktober heran, aber am 27. Oktober waren bereits die Wahlmännerwahlen. Das war ein viel zu kurzer Zeitraum zur Vorbereitung für einen äußerst komplizirten Wahlakt, mit dem man zum ersten Male operirte. Auch konnte man jetzt erst, nachdem man wußte woran man war, mit Aufstellung der Kandidaten beginnen, die ihrerseits nun erst anfangen konnten zu agitiren.

Und nun stellte sich ein neuer, nicht gleichgiltiger Mangel heraus. Das Fehlen einer Agitationsschrift, in der das reiche, zur Verfügung stehende Material zusammen-

gestellt war und die einschlägigen Fragen vom sozialdemokratischen Standpunkt aus beleuchtet wurden. Wäre dieses Agitationsmaterial und die genügende Zeit vorhanden gewesen, und hätte schließlich nicht der Umstand, daß große Parteibezirke, wie Berlin und Umgegend, Königsberg, Magdeburg und Umgegend 2c., murrend bei Seite standen, hemmend gewirkt, es ist nicht zu zweifeln, die Resultate würden in allen in Frage kommenden Wahlkreisen noch viel bessere gewesen sein.

Aber in Betracht aller dieser Umstände sollte selbst der verbissenste Gegner der Wahlbetheiligung unter uns zugeben: die Resultate waren über Erwarten!

Fest steht aber schon heute in Folge dieser Resultate: wohl wissen wir noch nicht, nach welchem Wahlgesetz der nächste preußische Landtag gewählt werden wird; das gegenwärtig existirende hat solche Mängel gezeigt, daß selbst Herr von Miquel ihm nicht mehr das Wort reden wird, er, der in den nahezu fünfzig Jahren des Bestehens dieses elendesten aller Wahlsysteme sich vom rothen Kommunisten zum rothen Reaktionär rückentwickelt hat; aber welches Wahlsystem immer bei der nächsten preußischen Landtagswahl bestehen mag, die gesammte Sozialdemokratie in Preußen wählt!

Klassenkampf und Klassengängelei in Amerika.

Von **Philipp Rappaport** (Indianopolis).

Wenn ich befürchten müßte, daß der deutsche Bourgeois etwas vom amerikanischen lernen könnte, würde ich das Folgende gewiß nicht schreiben, da es durchaus nicht meine Absicht ist, ihm guten Rath zu geben. Aber der deutsche Bourgeois wird wohl schwerlich aus seiner Haut heraus können und außerdem käme der gute Rath auch zu spät. Man braucht blos das Verhältniß zwischen Bourgeois und Proletarier in Amerika etwas näher zu betrachten und man wird sofort erkennen, wie dumm der Bourgeois und noch so manch Anderer in Deutschland ist.

Am ersten Montag im September ist Labor day (Arbeitertag) in den ganzen Vereinigten Staaten. Der Tag wurde als ein Arbeiterfeiertag vom amerikanischen Gewerkschaftsbund eingeführt und die Fabrikanten leisteten nicht den geringsten Widerstand. Die Fabriken werden für den Tag geschlossen. Lohn wird natürlich für den Tag nicht bezahlt und der Fabrikant hält eben auch Feiertag.

Nachdem der Labor day praktisch eingeführt war, fiel es den Arbeitern ein, darauf zu drängen, daß der Tag zu einem gesetzlichen Feiertag erhoben werde. Was die Arbeiter für Vortheil davon erwarteten, ist mir nicht klar, denn Arbeit und Geschäfte sind, vom Sonntag abgesehen, an gesetzlich eingeführten Feiertagen nicht verboten. Aber Gerichte und öffentliche Aemter sind an solchen Tagen geschlossen, und wenn ein Wechsel an dem Tage fällig wird, kann er erst am nächsten Tage präsentirt werden. Das ist so ziemlich alles, was den gesetzlichen Feiertag auszeichnet. Sollte man sich weigern, den Arbeitern diese Forderungen zu gewähren, die Keinem Kosten verursachen? Dazu ist der amerikanische Politiker und der Bourgeois zu schlau. Die Legislaturen der meisten Staaten machten den Labor day zum gesetzlichen Feiertag, Richter und Beamte, Fabrikanten und Krämer, Arbeiter und Dienstmädchen feiern den Labor day ebenfalls, alle Geschäfte und Bureaus sind, wenigstens am Nachmittag, geschlossen und alle Welt freut sich, einen Feiertag zu haben.

Dafür ist der Arbeiter auch wieder vernünftig und hat keine politischen Aspirationen. Die Gesetzmacherei überläßt er den Bourgeois und ihren Juristen, die verstehen das ja. Klassenkampf? Unsinn! In Amerika giebt es ja keine Klassen! Und man wird zugeben müssen, daß es nichts giebt, das mehr geeignet ist, dem Arbeiter in Bezug auf die Bedeutung des Klassenkampfes die Augen zu öffnen, als die Aeußerungen des Standesdünkels auf der anderen Seite.

Es war der eben vergangene Labor day, der mich veranlaßt, diese Zeilen zu schreiben. Die Arbeiter hielten einen großen Umzug mit ihren Gewerkschaftsfahnen und einer ganzen Anzahl Musikkorps. Hätten diese nicht lustig darauf losgespielt, so hätte der Zug sich so geräuschlos fortbewegt, wie ein Leichenzug. Von irgend welchem Enthusiasmus keine Spur, von Aufschriften, Transparenten 2c. keine Spur! Alles bourgeoismäßig, charakterlos!

Vor der Stadt draußen ein Fest im Freien mit Reden und dem nöthigen Zubehör! Die Redner? Doch wohl Arbeiterführer? Am Ende gar Sozialisten? Gott bewahre! Es waren ihrer drei. Der Gouverneur des Staates, der Mayor (Bürgermeister der Stadt) und ein angesehener Advokat.

Warum sollten diese Herren nicht bei einem Arbeiterfest reden? So etwas darf man den Arbeitern bei Leibe nicht abschlagen, denn es könnte der Partei schaden. Am Wahltag braucht man die Arbeiter. Und dann, sind wir in Amerika nicht Alle gleich?

Unser Bürgermeister ist kein Redner, er begnügte sich mit ein paar freundlichen Worten und bemerkte blos, daß es rathsam sei, daß Amerika die Philippinen behalte. Unser Bürgermeister aber ist schlau, er weiß, daß der Arbeiter sich geschmeichelt fühlt, wenn man auf diese Weise ihn gleichsam zu Rathe zieht in der großen Politik.

Der Gouverneur sprach ein Langes und Breites davon, daß es eigentlich doch nur die Arbeit sei, welche den großen Reichthum des Landes schaffe, daß aber natürlich das Kapital die Arbeit in Bewegung setze, darum Harmonie, Harmonie und zum dritten Male Harmonie!

Und der Advokat, der erklärte den Arbeitern, daß es heutzutage schwer sei, den Begriff Arbeiter fest zu bestimmen, denn wie der, welcher den Boden pflügt, so sei doch auch der, welcher Millionen von Eisenbahnrädern in Bewegung setze, eigentlich auch ein Arbeiter.

Und die Arbeiter hören zu!

Es kommt bei uns nicht vor, daß bei solch friedlichen Gelegenheiten ein Polizeibeamter sich um das kümmert, was gesprochen wird, deshalb hat aber doch der Bourgeois keine Besorgniß. Er hat im Gegentheil das beruhigende Bewußtsein, daß da, wo ein Gouverneur, ein Mayor und ein angesehener Advokat sprechen, keine Revolution gemacht wird.

Das ist der Vortheil unserer demokratischen Einrichtungen.

Der deutsche Fabrikant ärgert sich über die Maifeier, die deutsche Polizei verbietet alle öffentlichen Umzüge der Arbeiter, und 56 Sozialdemokraten sitzen im Reichstag.

Der amerikanische Fabrikant läßt den Labor day durch das Gesetz sanktioniren und feiert den Tag mit, und der Arbeiter macht sich zum lammfrommen Stimmvieh des Bourgeois. Ländlich, sittlich!

Wer ist klüger, wer ist schlauer?

Was ich vom Labor day in Indianopolis gesagt, ist typisch für das ganze Land.

In dem berühmten Badeort Saratoga fand kürzlich eine Versammlung von einflußreichen, hervorragenden Männern aus dem ganzen Lande statt, um die auswärtige Politik, resp. das Verfahren unserer Regierung in Bezug auf Kuba, die Philippinen u. s. w. zu besprechen. Reden wurden dabei von bedeutenden Männern, namentlich solchen in hervorragenden Stellungen, gehalten. Man hatte auch Herrn Samuel Gompers, den Präsidenten der American Federation of Labor (des amerikanischen Gewerkschaftsbundes) als Redner eingeladen und man hörte ihm aufmerksam zu. Man gründete einen Verband zur Agitation gegen die Annexion der genannten Inseln und machte Herrn Gompers zum zweiten Vizepräsidenten.

Als kürzlich eine Kommission des Kongresses eine Untersuchung führte über die Praktikabilität einer Verfassungsänderung, welche den Zweck haben soll, dem Kongreß Kompetenz in Sachen der Fabrikgesetzgebung zu verleihen, lud die Kommission auch Herrn Gompers ein, damit er seine Ansichten darüber mittheilte. Er

wurde dabei so höflich und zuvorkommend behandelt, wie der angesehenste Bourgeois. Man bemüht sich natürlich, dadurch gleichsam zu zeigen, daß man im öffentlichen Leben keinen Unterschied zwischen Proletarier und Bourgeois mache.

Ich will dahingestellt sein lassen, ob unsere Bourgeois wirklich überzeugt sind, daß es, wie sie sagen, in Amerika keine Klassen gebe oder ob sie im eigenen Bewußtsein des Klassenunterschiedes dieses Verfahren einschlagen, um das Klassenbewußtsein bei dem Arbeiter nicht aufkommen zu lassen: die Thatsache besteht, daß die Methode eine sehr wirksame ist. Der Arbeiter fühlt sich geschmeichelt; er redet sich wirklich ein, daß er gerade so gut und gerade so viel sei wie der Bourgeois, und gleich diesem behauptet er: in Amerika giebt es keine Klassen. Den Sozialismus sieht er für ein europäisches Gewächs an, das ganz geeignet sein möge für die europäischen Arbeiter, aber der amerikanische Arbeiter bedürfe seiner nicht.

Zu den obigen angeführten Beispielen für das Verfahren der amerikanischen Bourgeoisie den Arbeitern gegenüber will ich noch ein weiteres fügen. Die Wasserwerke in Indianopolis gehören einer Aktiengesellschaft. Es wird zur Zeit stark dafür agitirt, daß die Stadt sie ankaufe. Die Gesellschaft hat die Summe genannt, um welche sie verkaufen will, Sachverständige haben die Werke im Auftrag der Stadt untersucht und dem Mayor ihren Befund berichtet. Darauf lud der Mayor Vertreter der Handelskammer, des Commercial Club und ähnlicher Organisation zu einer Besprechung der Angelegenheit ein. Unter den Eingeladenen befanden sich auch Vertreter des hiesigen Gewerkschaftsverbandes.

Diese äußerliche Anerkennung der Arbeiter als Gleichgestellten erweist sich für die Bourgeoisie weit vortheilhafter, als Ausnahmegesetze und Anwendung der Polizeigewalt. Es bleibt sich natürlich ganz gleich, was die Arbeiter bei solchen Gelegenheiten thun und sagen, die Bourgeoisie macht es ja doch, wie sie will, aber der Arbeiter glaubt, daß er was zu sagen habe und es ist schwer, ihm diese Ueberzeugung zu nehmen.

Die Exekutivbehörde des amerikanischen Gewerkschaftsbundes hat ihren Sitz in Washington und sie antichambrirt stetig bei dem Präsidenten und bei dem Kongreß. Sie thut in dieser Beziehung weit mehr als das Parliamentary Committee der englischen Gewerkschaften. Die Leute werden stets freundlich und höflich empfangen, aber sie richten nichts aus. Man hört sie geduldig an, aber man thut nichts. In allen einzelnen Staaten haben die Staats-Gewerkschaftsverbände ihre Legislative Committees, welche bei den Mitgliedern der Staatslegislaturen die Sache der Arbeiter propagiren. Dieselbe Höflichkeit, dieselbe Freundlichkeit, dieselbe Unthätigkeit. Der amerikanische Politiker, seine Stellung sei noch so hoch, behandelt den Arbeitervertreter mit großer Zuvorkommenheit, schüttelt ihm kameradschaftlich die Hand, verspricht ihm die Anwendung seines ganzen Einflusses und kümmert sich dann weiter nicht um ihn. Um so wunderbarer ist die Beharrlichkeit und Unermüdlichkeit, mit der die Arbeiter dieses Spiel fortsetzen, bei dem sie so gar nichts gewinnen.

Von der praktisch bedeutungslosen sozialistischen Arbeiterpartei, welche im Grunde genommen noch immer nur eine deutsche Bewegung ist, abgesehen, ist von selbständiger politischer Aktion der Arbeiter nicht die Spur und dazu auch vorläufig nicht die geringste Aussicht vorhanden.

Ohne mich auf eine Kritik der Taktik der Sozialisten New Yorks, welche noch immer das Gros der Partei bilden, einzulassen, kann doch gesagt werden, daß die Gründung separater sozialistischer Gewerkschaften und eines separaten Gewerkschaftsverbandes ihren Einfluß auf die amerikanischen Arbeiter gerade nicht verstärkt hat, daß die Beziehungen der Partei zu den Arbeitern dadurch nicht freundlicher geworden sind und daß selbst unter deutschen sozialistisch gesinnten Arbeitern eine bittere Stimmung gegen die Führer der Partei herrscht. Ein großer Theil deutscher Sozialisten hat sich der Debsschen Richtung angeschlossen. So herrscht Zersplitterung und Zwist selbst unter der kleinen Schaar deutscher Sozialisten.

Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß die Idee des Sozialismus in immer weitere Kreise dringt und auch unter den Arbeitern immer mehr Anhänger

findet, aber es handelt sich dabei einstweilen blos um eine platonische Liebe. Der Amerikaner hängt noch fest an dem Zweiparteiensystem. Er will nichts in der Praxis von einer Partei wissen, welche nicht zum Mindesten eine Chance des Sieges hat. Versuche in anderer Richtung ergeben stets so winzige Zahlen, daß sie die Regel beweisen.

So kommt es, daß die Vereinigten Staaten trotz unbeschränkten Stimmrechts, trotz vollständiger Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit in der politischen Arbeiterbewegung das rückständigste unter den Kulturländern sind.

Ohne Zweifel entwickelt sich die republikanische Partei immer mehr zur großkapitalistischen und die demokratische zur kleinbürgerlichen Partei. Trotzdem stimmen viele Arbeiter für die republikanische Partei, weil sie den Schutzzoll befürworten. Die demokratische Partei schimpft natürlich als kleinbürgerliche Partei auf Monopole und Trusts und sagt den Arbeitern alle möglichen Schmeicheleien.

Vorzuschlagen aber wußte sie bis jetzt Positives nichts weiter als die Einführung der Silberfreiprägung. Daß sich viele Arbeiter der Täuschung hingeben, daß dies wirklich eine ihnen günstige Maßregel sei, ist leider natürlich. Die Partei kann aber nicht immer auf dieser Silberfrage herumreiten und wenn, was ja schließlich nicht ausbleiben kann, die Arbeiter doch zu vernünftigeren Anschauungen gelangen, dann frage ich mich, ob nicht am Ende doch die demokratische Partei auf sozialistische Bahnen gedrängt wird, zumal sie wahrscheinlich durch Befürwortung der Silberwährung die großkapitalistischen Elemente bereits zum großen Theile sich für immer abwendig gemacht hat.

Eine Antwort habe ich natürlich einstweilen auf die Frage nicht.

Es haben in letzter Zeit britische Delegaten amerikanische Gewerkschaftskongresse besucht, umgekehrt haben auch amerikanische Delegaten britische Kongresse besucht. Es ist möglich, daß der Fortschritt in der Anschauungsweise der britischen Arbeiter auf die amerikanischen Arbeiter wirkt und schließlich Nachahmung findet. Es ist dies sogar wahrscheinlich, weil gleichsprachige Nationen stets viel voneinander annehmen. Aber das sind alles bloße Vermuthungen und es ist gegenwärtig nichts vorhanden, was auf das baldige Auftauchen einer selbständigen politischen Arbeiterbewegung hoffen läßt.

Die amerikanischen Arbeiter werden noch auf lange Zeit hinaus ihre Kraft in fruchtlosen Strikes und Boykotts verzetteln und den trostlosen Anblick von Leidenden gewähren, welche die Mittel zur Heilung besitzen und sie nicht anzuwenden wissen.

Berliner Theater.

Als Gerhart Hauptmann vor zwei Jahren seine „Versunkene Glocke“ im Deutschen Theater aufführen ließ, entstand unter seinen Verehrern große Bewegung. Man hatte so viel von der gänzlichen Umwälzung der Kunst durch den modernen Naturalismus geschwärmt und nun verlor sich der naturalistische Meister in ein Märchendrama, dessen Motive aus allen möglichen, nur aus keinen neuen Gattungen der Literatur zusammengesucht waren. Man hatte so viel über die Schillerepigonen von „Jambenschmierern“ gelästert und jetzt dichtete Gerhart Hauptmann in Jamben, in richtigen fünffüßigen Jamben, die sich von Schillers Jamben nur noch unterschieden, wie ein grobgeflickter Kärrnerskittel von einem purpurnen Königsmantel.

Es war sehr ergötzlich, die Verwirrung zu beobachten, die dadurch in Hauptmanns großer Gemeinde einriß. Soweit ihre Priester in der Zeitungspresse sprachen, entschieden sie sich wohl im Allgemeinen dafür, das Weihrauchfaß unentwegt weiter zu schwingen, sintemalen man ein altes Götzenbild niemals zerbrechen soll, ehe man denn ein neues hat. Kritischer wurde die Frage in den Schriften erwogen, die sich mit Hauptmann im Allgemeinen und mit der „Versunkenen Glocke“ im Besonderen beschäftigten. Wie viele solcher Schriftchen überhaupt erschienen sind, vermag ich

nicht zu sagen, aber ihrer vier sind mir durch die Hand gelaufen, und es ist nicht ohne Interesse, sie einmal kurz abzuhören, namentlich in diesem Augenblick, wo das neueste Drama Hauptmanns die kaum wieder rangirten Reihen der Gläubigen in neue Verwirrung zu bringen droht.

Da ist zunächst die Linke, eine Rotte borstiger Gesellen, der es um die Sache des Naturalismus zu thun ist oder das, was sie nach bester Einsicht unter dieser Sache versteht. Sie kam durch die „Versunkene Glocke“ ziemlich aus dem Häuschen und erklärte rundweg: „Wer nach diesem Drama noch die Behauptung aufzustellen wagt, die moderne deutsche Dichtung sei eine vollständig neue, die Ueberwindung nicht blos des Klassizismus, sondern überhaupt aller poetischen Bestrebungen, die vor Anno 1885 aufgetaucht sind, den soll man einfach auslachen.“ Sie fand, daß unglaublich viel Gemachtes und Gesuchtes in dem Märchendrama sei und führte dafür eine lange Liste namentlich auch sprachlicher Böcke an. Statt echter Naivetät und wahrhafter Poesie habe Hauptmann ihre bösen Halbgeschwister, die Süßlichkeit und die Koketterie, erwischt und sei in Regionen gerathen, wo die Redwitz und andere Frauenzimmer, nicht aber die Goethe und Grillparzer wohnten. So die gekränkte Liebe der ehrlichen Linken. Etwas behutsamer, aber doch noch deutlich genug sprach das linke Zentrum. Hauptmann verdiene eigentlich keinen Vorwurf, weil er vielerlei alte Motive aus Märchen und Sage verwendet habe. „Aber er hat leider so manchen hübschen alten Märchenbestandtheil verdorben, indem er ihn nur als äußerliche unverständliche Zierath einsetzte. Die sechs, dem Meister am Schmiedefeuer helfenden Zwerge sind eine nicht näher zu deutende und darum anmaßende Allegorie, ebenso die drei Becher, die Heinrich vor seinem Tode auf das Geheiß der Buschgroßmutter leert. Desgleichen wäre eine blühende, schwungvolle Sprache wohl zu unterscheiden von einer bombastischen reflektirt rednerischen, wie sie in der ‚Versunkenen Glocke‘ herrscht.“ Auch das linke Zentrum gab Proben sprachlicher Geschmacklosigkeiten, von denen man schwer begreift, wie sie einem geborenen Dichter passiren können.

Das rechte Zentrum lenkte dann aber bedeutend ein. Es sagte, im „Florian Geyer“ habe Hauptmann eine längst verstummte Zeit auch in ihren Lauten naturalistisch lebendig gemacht und dies dreiste Erkühnen sei nicht mißglückt. „Solch starken Eigenwillens hat sich der Dichter der ‚Versunkenen Glocke‘ begeben. Er ruft sich den Goethe des zweiten Fausttheils und den schlegelischen Shakespeare des Sommernachtstraums zu Hilfe, und diese Muster helfen ihm nun eine Verssprache schmieden. Die ‚Versunkene Glocke‘ ist das erste und einzige dramatische Werk Gerhart Hauptmanns, worin er nicht mehr künstlerisch revoltirt. Er lenkt in schöne alte Traditionen ein. Seine Dichterkraft begleitet ihn auch hierhin. Noch freundlicher begleitet ihn hierhin die Gunst des Volkes.“ Klingt in dieser Sprache des rechten Zentrums noch eine leise Resignation durch, so ist die Rechte fertig mit dem Entscheid, Hauptmann habe den Naturalismus überwunden, aber so etwa in Hegelscher Negation der Negation, durch eine noch höhere Kunstform, den Symbolismus oder wie sich das Ding sonst nennen mag, der aus dem Naturalismus naturwüchsig entstanden sei. „Der Naturalismus — das wollen wir nie vergessen — ist die trieb- und gestaltungskräftige Wurzel, aus der die ganze moderne Kunst erwuchs. Aus ihm allein auch konnte sich, wie eine schöne späte Blüthe, der neue poetische Stil Gerhart Hauptmanns entfalten, dessen schlagende Bildkraft und glockentönige Sprachmusik Freund und Feind bezaubert und bezwungen hat.“ Bim bam, bam bim, wie es bei Lassalle heißt.

Im „Fuhrmann Henschel“, seinem neuesten Schauspiel, das am 5. dieses Monats zum ersten Male im Deutschen Theater aufgeführt wurde, hat Hauptmann sich nun auf die Wurzel des Naturalismus zurück besonnen, und das war sehr gescheidt von ihm, denn soweit diese Wurzel echt ist, spendet sie seinem dichterischen Talent die eigentliche Kraft. Was ihm in auffallendem Maße fehlt, ist das schöpferische Genie des Vollblutpoeten; was er dagegen in hohem Grade besitzt, ist ein fleißig und sorgsam ausgebildetes Talent der Beobachtung, einer mikroskopisch feinen, freilich auch kleinen

Beobachtung. Wo Hauptmann einen Helden zu schaffen gesucht hat, ist ihm der Wurf regelmäßig mißglückt: man lasse nur einmal Alfred Loth, Wilhelm Scholz, Johannes Vockerath, Florian Geyer, den Glockengießer Heinrich die Revue passiren — es sind vom künstlerischen Standpunkt durchweg Ritter von der traurigen Gestalt; einen wirklichen Mann, einen handelnden und kämpfenden Mann, auf seine zwei Beine zu stellen, ist dem Dichter in zehn Dramen noch nicht einmal geglückt. Dagegen hat er eine Fülle episodischer Gestalten geschaffen, die sorgsam dem Leben abgelauscht sind. Seine Domäne ist das Milieudrama; wo er auf einen glücklichen Stoff stößt, wie in den „Webern“ und — in geringerem Grade — auch im „Biberpelz“, da hat er dichterische Werke geschaffen, die in der deutschen Literatur dauern werden. Das wird ihm kein unbefangener Beurtheiler abstreiten, mag auch das unleidliche Geschwätz seiner Bewunderer, als sei Hauptmann der Weltdichter, um den die Goethe und die Shakespeare kreisen, wie der Sterne Chor zur Sonne sich stellt, noch so heftigen Widerspruch herausfordern.

In gewissem Sinne läßt sich sagen, daß Hauptmanns jüngstes Schauspiel zwischen dem, was er kann, und dem, was er nicht kann, einen Mittelweg einschlägt, wobei sich freilich, wie bei allen solchen Kompromissen, viel mehr zeigt, was er nicht kann, als was er kann. Das Stück hat einen Helden, den Fuhrmann Henschel, der seiner guten Frau auf dem Todtenbett verspricht, sich nicht mit der bösen Magd zu verheirathen, nach dem Tode der ersten Frau aber dies Versprechen bricht und durch die zweite Frau in Unehre kommt, worauf er sich in Gewissensbissen über den Bruch seines Wortes erhängt. Einen ähnlichen Stoff hat der Dichter vor zehn Jahren einmal in einer kleinen Novelle behandelt, dem „Bahnwärter Thiel“, wo die robuste Sinnlichkeit der zweiten bösen Frau den starken, aber einfältigen Mann unterjocht, bis er in einem Anfall von Raserei das Weib erschlägt. Der Stoff eignet sich ungleich mehr für die epische, als für die dramatische Gestaltung, aber nicht deshalb allein ist der „Fuhrmann Henschel“ ein entschiedener Rückschritt gegen den „Bahnwärter Thiel“. In der Novelle motivirt Hauptmann mit psychologischer Sorgfalt, was er in dem Schauspiel vollständig unterläßt; Fuhrmann Henschel ist in der ersten Szene genau derselbe, wie in der letzten, und ebenso das böse Weib; ein seelisch-sinnlicher Kampf zwischen Beiden, wie im „Bahnwärter Thiel“, entwickelt sich nicht und ebenso wenig ist der Selbstmord Henschels menschlich begründet: die gespensterhafte Angst vor der todten Frau gehört doch nur zu den Mittelchen zweifelhafter Melodramatik. Wenn ein Kritiker der bürgerlichen Presse in seiner bombastischen Weise sagt, die fünf Akte des Schauspiels seien „fünf mächtige, aus des Lebens Urkraft herausgepellte Bilder“, so braucht man nur den Bombast zu streichen und es bleibt ein empfindlicher, aber gerechter Tadel übrig: es sind in der That nur Bilder, die am Zuschauer vorübergehen; dem Stücke fehlt das psychologische Rückgrat.

Dafür bietet aber die Milieumalerei um so weniger einen Ersatz, als sie nur sehr lose mit der dramatischen Handlung zusammenhängt. Die alte Schwäche des Dichters, seinen Modellen auch die beiläufigsten Aeußerlichkeiten abzusehen, die mit dem künstlerischen Zwecke nicht in der entferntesten Beziehung stehen, tritt in diesem Schauspiel besonders aufringlich hervor. Hauptmann schildert das Leben und Treiben in seinem elterlichen Hause mit einer breiten Behaglichkeit, die seiner Pietät das günstigste Zeugniß ausstellt, aber leider mit dem Geschick des Fuhrmanns Henschel sehr wenig zu schaffen hat. Es ist keine Indiskretion, davon zu sprechen, da der offiziöse Biograph des Dichters, Herr Paul Schlenther, alle diese Dinge an die große Glocke gehängt hat; der Hotelbesitzer Siebenhaar, der edelherzige, wohlthätige, durch unglückliche Konjunkturen verarmte Mann, der in dem Stücke etwa zehnmal so viel spricht, als er zu handeln hat, ist der Vater des Dichters, der Dichter selbst tritt als wohlthätiger, Hühnersuppe austheilender Page auch auf: die Masken sind genau dem Bilde von Vater und Söhnchen nachgeahmt, das Schlenther seiner Biographie beigegeben hat. Ich weiß wohl, daß die Bewunderer des Dichters darin eben den epochemachenden Naturalismus sehen, den die Banausen nicht begreifen können, aber wenn sie mit dem sklavischen Abklatsch der zufälligsten Wirklichkeit eine „neue Kunst-

form" entdeckt haben wollen, so sollten sie ruhig zu Hause bleiben. Das sind ja längst abgetakelte Geschichten.

Der ihnen sonst nicht unliebe Schopenhauer sagt sehr richtig: „Es ist dem Kunstwerk wesentlich, die Form allein, ohne die Materie, zu geben, und zwar dies offenbar und augenfällig zu thun. Hier liegt nun eigentlich der Grund, warum Wachsfiguren keinen ästhetischen Eindruck machen und daher keine Kunstwerke (im ästhetischen Sinne) sind; obgleich sie, wenn gut gemacht, hundertmal mehr Täuschung hervorbringen, als das beste Bild es vermag, und daher, wenn täuschende Nachahmung des Wirklichen der Zweck der Kunst wäre, den ersten Rang einnehmen müßten." Statt eines dramatisch-psychologischen Konflikts giebt Hauptmann fünf Bilder, worin die Wachsfiguren ja täuschend nachgeahmt, oder, um im höheren Stile des Naturalismus zu sprechen, „aus des Lebens Urkraft herausgepellt" sein mögen, nur daß alle ästhetisch-dramatische Wirkung darüber zum Teufel geht. Wer Schlenthers Buch kennt, wird von Bild zu Bild in peinlichster Weise gestört; wer es nicht kennt, weiß überhaupt nicht recht, was er mit dem Stücke anfangen soll.

Das wird auch keineswegs durch den „starken Erfolg" widerlegt, den das Schauspiel bei der ersten Aufführung gehabt hat. Dieser „starke Erfolg" war von A bis Z gemacht. Schon seit Wochen wurde in die Welt trompetet, die Billets für die ersten drei bis vier Vorstellungen seien längst vergriffen; als ich, verhindert, der ersten Vorstellung beizuwohnen, die dritte besuchte, waren nicht nur die besten Plätze noch haufenweise zu haben, sondern das nur mäßig gefüllte Haus nahm das Schauspiel mit der gleichgiltigsten Kühle auf, trotz der ausgezeichneten, in ihrer Weise ganz unübertrefflichen Darstellung. Einzig nach dem vierten Akte erhob sich lärmender Beifall, ohne jede Spur von Stimmung, nur weil — auch so ein „naturalistisches" Mätzchen! — das Gerücht ins Haus lanzirt wurde, der Dichter sei zugegen, und das biedere Publikum ihn zu sehen verlangte. Weit entfernt, dies Publikum als maßgebenden Kunstrichter aufzustellen, erwähne ich seine Haltung in der dritten Vorstellung nur, um festzustellen, was es mit dem „starken Erfolg" der ersten Vorstellung auf sich hatte. Reklameschwindel aufzudecken, gehört zu den ersten Aufgaben der Kritik.

Erfreulich bleibt unter allen Umständen, daß Hauptmann sich von der „Versunkenen Glocke" zum „Fuhrmann Henschel" zurückgefunden hat. Die Theoretiker seiner Kunst werden nun wieder geschwind ihre Hefte umarbeiten müssen und der Himmel weiß, welche neue Offenbarung — etwa das Prinzip des „Herauspellens"? — sie entdecken. Wer ein wirklicher Freund des Dichters ist, kann nur wünschen, daß er sich als Mann über den lärmenden Chor seiner Korybanten zu erheben weiß, daß er sich in ehrlicher Selbsterkenntniß darüber klar wird, was er leisten kann und was nicht, daß er sich rückhaltlos der Kunst ergiebt, der mit müßiger Selbstbespiegelung und geschäftlichem Reklamehumbug nicht gedient ist.

Berlin, 8. November 1898. F. Mehring.

Literarische Rundschau.

Ludwig Woltmann, Dr. med. et phil., **Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus.** Ein Beitrag zur Naturgeschichte der menschlichen Gesellschaft. Hermann Michels Verlag in Düsseldorf, 1899. 397 S. Text. Geheftet 4 Mark, in Leinwand gebunden 5 Mark.[1]

Mit der Ausbreitung und Anerkennung der Darwinschen Lehren über die natürliche Entwicklung der organischen Arten und die thierische Abstammung des Menschen ist der Versuch häufig wiederholt worden, Darwinismus und Sozialismus

---

[1] Wir hoffen noch Gelegenheit zu haben, auf dieses bemerkenswerthe Buch zurückzukommen. Vorläufig genüge diese Selbstanzeige des Verfassers zur Orientirung unserer Leser. Die Redaktion.

in engere Beziehung zu bringen. Abgesehen von der prinzipiell bedeutsamen Stellung, welche Marx und Engels zu den Theorien des großen Naturforschers eingenommen haben, sind es besonders ihre politischen und wissenschaftlichen Jünger in Deutschland gewesen, welche das Verhältniß der darwinistischen zur sozialistischen Gedankenwelt untersucht haben. Doch sind auch die „bürgerlichen" Naturforscher nicht unthätig geblieben und haben bis auf den heutigen Tag immer wieder behauptet und zu beweisen unternommen, daß die Lehren des Sozialismus vom Standpunkt der darwinistischen Entwicklungslehre eine Versündigung an den Naturgesetzen des Lebens seien. In der schwankenden und widersprechenden Problemstellung eine prinzipielle Orientirung anzubahnen, ist der Zweck vorliegenden Buches. Ich darf wohl sagen, daß dieses Buch der erste Versuch ist, prinzipiell und systematisch das Verhalten des Darwinismus zum Sozialismus ausführlich zu behandeln. Ich kann die Aufgabe des Werkes nicht besser darlegen, als es im Vorwort geschehen ist, nämlich: erstens eine literarhistorische Uebersicht über die Problemstellung zu geben, wie bisher das Verhältniß des Darwinismus zum Sozialismus aufgefaßt worden ist; zweitens die allgemeinen naturgeschichtlichen Grundlagen der Sozial- und Geschichtswissenschaft zu entwickeln, und im Anschluß daran drittens das spezielle Problem zu behandeln, ob die Darwinsche Theorie von der natürlichen Zuchtwahl im Kampfe ums Dasein mit den historischen und wirthschaftlichen Lehren des Sozialismus harmoniren oder nicht.

Das Buch will ein Beitrag zur Naturgeschichte der menschlichen Gesellschaft sein, indem insbesondere die organische Entwicklungslehre Darwins und die soziale Entwicklungstheorie Marx' auf ihre gemeinsame biologische Grundlage zurückgeführt werden. Es wird gezeigt, daß der historische und ökonomische Materialismus dieselbe wissenschaftliche Methode in Bezug auf die Entstehung und Entwicklung menschlicher Gesellschaftsformen bedeutet, welche Darwin auf den Ursprung der thierischen und pflanzlichen Arten angewendet hat. Dieses Zusammenhangs ist sich Marx selbst klar bewußt gewesen, obgleich der historische Ursprung seiner eigenen Anschauung in der dialektischen Entwicklungslehre Hegels liegt. Es ist daher durchaus im Sinne von Marx gedacht, wenn der Zusammenhang zwischen organischer und sozialer Entwicklungslehre weiter ausgebaut wird.

Was den speziellen Inhalt des Buches betrifft, so zerfällt derselbe in sieben Hauptabschnitte, welche wieder in einzelne Kapitel zergliedert sind.

Der erste Abschnitt behandelt die Begründung der natürlichen und sozialen Entwicklungslehre: Darwinismus und Marxismus, Darwins sozialhistorische Anschauungen, Marx' und Engels' Stellung zum Darwinismus. Der zweite Abschnitt giebt eine Uebersicht über die Lehren der darwinistischen Anhänger des Sozialismus: der Anonymus im „Volksstaat", Jacoby, Lafargue, Bebel, Liebknecht, Dodel, Stiebeling, Wallace, Kautsky, Cunow, Bouchez, Bernstein, Grant Allen, Ferri, v. Gizycki, Bölsche, Pearson, Woltmann; der dritte Abschnitt über die Lehren der darwinistischen Gegner des Sozialismus: Jäger, Virchow, O. Schmidt, Häckel, Preyer, Spencer, Huxley, Gaupp, Weismann, Kidd, Tille, Ammon, Ziegler; der vierte Abschnitt behandelt diejenigen Autoren, welche eine mehr oder minder vermittelnde Auffassung des Problems vertreten: Lange, Schäffle, Wagner, Schmoller, Cohn, Neurath, Büchner, Harmening, Förster, Furrer, Ritchie, Herkner, Stein. Der vierte Abschnitt analysirt die naturgeschichtlichen Grundlagen der Sozialwissenschaft: die biologische Synthese von Darwinismus und Marxismus, den Aufbau des Organismus und der Gesellschaft, die Idee der Entwicklung, die natürliche Zuchtwahl im Kampfe ums Dasein, Variation und Vererbung, die Lehre von der Panmixie. Der sechste Abschnitt stellt die Entstehungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft dar: die thierische Abstammung des Menschen, die organischen Grundlagen der Technik, die technischen Grundlagen des logischen Bewußtseins, die Stufen des gesellschaftlichen Lebens, die Urgeschichte der Familie, organische und soziale Auslese. Der siebente Abschnitt behandelt den Darwinismus und die Probleme der Sozialpolitik: die

historische Auslese im Rassenkampf, der Kampf ums Dasein und die freie wirthschaftliche Konkurrenz, die Prinzipien der sozialen Organisation und individuellen Entwicklung; die Veredlung der Rasse durch geschlechtliche Zuchtwahl, die natürliche Gleichheit der Menschen. —

Was das spezielle Problem betrifft, ob das Prinzip der natürlichen Zuchtwahl im Kampfe ums Dasein, wie es in der organisch-natürlichen Welt herrscht, dasselbe Gesetz des Lebens sei wie das Prinzip der Konkurrenz in der privatkapitalistischen und liberalen Ordnung, und ob jenes Gesetz der natürlichen Auslese auch in der sozialistischen Wirthschaftsordnung zur nothwendigen Anerkennung gelangen kann, so entwickle ich darüber folgenden Gedankengang. Die Mittel und Resultate der kulturgeschichtlichen und sozialen Auslese sind relativ andere als die der natürlichen Züchtung in der Thier- und Pflanzenwelt. Durch die Technik und Intelligenz, welche alle höheren geistigen und materiellen Kräfte des Menschen bedingen, ist das Prinzip des Daseinskampfes und der Auslese verschoben worden, und in Folge dessen kann es nur in einer kritisch geklärten Auffassung auf die Menschenwelt übertragen werden. Auch die Kulturgeschichte des Menschengeschlechts vollzieht sich auf Grund der großen biologischen Prinzipien der Anpassung, Vererbung und Vervollkommnung im Kampfe ums Dasein. Aber zwischen ihrem Walten im Thierreich und in der Menschenwelt bestehen folgende wesentliche Unterschiede. Erstens findet bei den Thieren der Daseinskampf mit organischen Mitteln zu organischen Zwecken statt, während bei den Menschen die technischen Werkzeuge und wirthschaftlichen Produktionsmittel hinzutreten, welche äußerlich ohne nothwendigen genetischen Zusammenhang den einzelnen Individuen zur Verfügung stehen. Zweitens ist die Vererbung bei den Thieren eine organische, während bei den Menschen noch eine äußere juristisch geregelte Vererbung von technischen Arbeitsinstrumenten und weiterhin von Kapital hinzutritt. Bei den Thieren ist drittens der Daseinskampf ein Wetteifer der organischen Produktion und Reproduktion, während bei den Menschen, speziell in der kapitalistischen Ordnung, eine Konkurrenz um Waaren und Stellen, ein Kampf um den Profit stattfindet, der mit der natürlichen Zuchtwahl kaum etwas gemein hat. Die Konkurrenz unter den Menschen wieder zu einem natürlichen, d. h. der kulturellen Bestimmung des Menschen entsprechenden Lebensprinzip zu machen, ist Aufgabe des Sozialismus. Indem er den Arbeiter mit seinen Arbeitsmitteln wieder verbindet, giebt er die Grundlage zu einem industriellen und produktiven Wetteifer persönlicher Fähigkeiten, der dem fortschritterzeugenden Kampfe ums Dasein in der Thierwelt wieder analog geworden ist und ein Mittel zur Vervollkommnung darstellt, während der kommerzielle Konkurrenzkampf um Sachen und Stellen in der waarenerzeugenden kapitalistischen Gesellschaft eine Ursache der Entartung und des Elends ist (S. 80—81). — Das Prinzip der sozialistischen Gesellschaftsordnung besteht darin, allen Menschen derselben sozialen Gemeinschaft die gleichen äußeren Entwicklungsbedingungen zu gewähren. Der Ausgangspunkt soll für Alle möglichst gleiche Chancen bieten. Wo bleibt dann aber der Kampf ums Dasein und die Konkurrenz? Die bürgerliche Waarenkonkurrenz wird allerdings nicht möglich sein, d. h. der kommerzielle Wetteifer in Hinsicht auf den Profit; aber nicht wird aufhören der industrielle Wetteifer in Hinsicht auf produktive Arbeit. Auch die sozialistisch organisirte Gesellschaft wird ihren naturnothwendig gegebenen sozialen Daseinskampf zu führen haben und das Individuum innerhalb derselben; denn diesem allgemein biologischen Gesetz kann keine Gesellschaft und kein Mensch entfliehen. Damit aber wird, um mit Stiebeling zu reden, der Kampf wieder ein normaler Kampf, wie er der Darwinschen Theorie entspricht. Er wird dem organischen Kampfe ums Dasein wieder analog, insofern beide einen persönlichen und produktiven Wettbewerb bedeuten, dort mit Organen, hier mit Werkzeugen, die Jedem zur Verfügung gestellt werden, wenn er seine entsprechende Fähigkeit und Tüchtigkeit beweist. Nicht wird aufhören der Kampf um Stellung und Genuß, aber auf einer rationellen gesellschaftlichen Basis, welche die idealen Ziele des Liberalismus einer Verwirklichung näher bringt.

In dieser Hinsicht kann der Sozialismus als eine höhere Stufe des Individualismus und als eine prinzipielle und historische Weiterentwicklung des Liberalismus betrachtet werden. Aufhören wird aber der Kampf ums nackte Dasein und die Möglichkeit, auf Kosten fremder Arbeit sich zu bereichern und zu triumphiren (S. 357). Marx sagt darüber im Kommunistischen Manifest: „Der Kommunismus nimmt Keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte zuzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen.“ —

Meine Ansicht über die Bedeutung des Sozialismus in der fortschreitenden Naturgeschichte der menschlichen Gesellschaft ist folgende: Faßt man die Stufe kultureller Menschheitsentwicklung nach dem Maße der technischen und geistigen Herrschaft über die Kräfte der untermenschlichen Natur auf, so bedeutet der Sozialismus einen prinzipiellen Fortschritt in der Geschichte menschlicher Gesellschaftsformen. Besteht aber die beherrschende Kraft des Menschen darin, daß er durch die selbstgeschaffenen Mittel und Einrichtungen des Lebens von den blinden Gesetzen des Schicksals und des Zufalls sich immer mehr befreit, so bedeutet der Sozialismus in gleicher Weise die Loslösung des Menschengeistes von den phantastischen Mächten des religiösen Mythus und die Konzentration aller geistigen und physischen Kräfte auf die Arbeit und den Genuß dieses irdischen Lebens. Als letzte formale Idee alles religiösen Widerscheins unserer Persönlichkeit im kosmischen Universum bleibt uns die nothwendige Vorstellung der ästhetischen Einheit alles Daseins. Diese irdische Philosophie wird den Menschen lehren, sich in und mit der großen „Mutter Natur“ eins zu fühlen und allen jenseitigen Wünschen und Träumereien zu entsagen. In dieser Hinsicht ist der Sozialismus eine wahrhaftige Rückkehr zur Natur (S. 397).

Ludwig Woltmann.

Knut Hansum, **Redakteur Lynge**, Roman, Verlag von Albert Langen, München.
Derselbe, **Hunger**, Roman, Verlag von Albert Langen, München.

Diese beiden Romane des bekannten norwegischen Dichters tragen im Wesentlichen den gleichen Charakter wie ihre in früheren Jahrgängen der „Neuen Zeit“ besprochenen Vorgänger: große Gabe der Stimmungsmalerei, Fähigkeit zu guter Charakteristik, von der aber nicht immer genügend Gebrauch gemacht wird, mangelhaftes Vermögen oder mangelhafter Sinn für Architektonik. Hansums Romane sind mehr Skizzen wie abgerundete, auf einheitlich durchgeführter Fabel aufgebaute Epen; er erzählt in der irritirenden Weise jener Leute, denen der Sinn für Proportion fehlt: bald abgerissen, bald weitläufig, ohne Rücksicht auf den Werth des Gegenstandes für das Ganze des Bildes. Solche Erzählungsweise ermüdet und verstimmt außerordentlich schnell, wir verlieren das Interesse, wenn der Erzähler selbst nur halbes Interesse zeigt.

Von den vorliegenden Romanen ist „Hunger“ völlig Stimmungsbild. Ein Schriftsteller, der am Rande des Verhungerns gestanden, erzählt seine Erfahrungen und Eindrücke während seiner Leidenszeit. Es ist kein sozialer Roman, wie man vielleicht aus dem Titel schließen möchte. Es wird keine Anklage gegen die „Gesellschaft“ geschleudert, die Menschen, mit denen uns der Erzähler bekannt macht, tragen durchaus individuelle Züge. Wir haben es in ihm mit keinem Opfer der Schlechtigkeit Anderer zu thun, eher mit einem Opfer zerfahrener Lebensführung. Es ist ein Charakter, wie man ihn wiederholt bei Hansum findet: ein Mensch mit reichem Empfinden, geistreichen Einfällen und einem großen Talent, sich albern aufzuführen. Nun handeln ja alle Menschen widerspruchsvoll und folgen wechselnden Antrieben, aber Hansum muthet uns bei seinen Helden in dieser Hinsicht des Guten zu viel zu. Wo diese Art Menschen bei ihm Impulsen des Gemüths folgen, handeln sie wie richtige Don Quixotes, bis zum Wahnsinn zweckwidrig, im Edelmuth wie im Hochmuth gleich bizarr. Bei unserem verhungernden Schriftsteller fragen wir uns mehr, welche Dummheiten er demnächst begehen wird, als wir den Jammer seiner Lage empfinden. Indem Hansum seiner Erzählung durch variirende Zwischenfälle die Eintönigkeit nimmt, nimmt er ihr auf diese Weise zugleich die Kraft einheitlicher

Wirkung. Der Hunger selbst, dessen Wirkungen auf die Psyche an verschiedenen Stellen mit großem Talent geschildert werden, wird zur Episode, und da die Kämpfe des Hungernden mit dem Schicksal auch nur episodenhaft dargestellt — oft sogar nur angedeutet werden, hinterläßt das Buch nicht den Eindruck, den Titel und Anfang vermuthen lassen. Wir legen es ohne nachhaltige Gemüthserregung aus der Hand.

„Redakteur Lynge" ist, wenn nicht ein Pasquill auf eine bestimmte Persönlichkeit, so die sehr gelungene Charakteristik eines unzweifelhaft aus dem Leben gegriffenen Typus. Wir begegnen diesem prinzipienlosen Prinzipienmenschen, diesem moralisch haltlosen Wächter der guten Sitten, diesem durch und durch unwahren, auf das Recht pfeifenden Kämpfer für Wahrheit und Recht in allen Ländern, wo die Presse ihre Herrschaft etablirt hat. In Ländern wie England und Frankreich kennt man ihn schon seit vielen Generationen, in Norwegen scheint er verhältnißmäßig neu zu sein. Wie sich dort, in dem großstädtisch angestrichenen Leben der mäßig großen Hauptstadt eines nur spärlich bevölkerten Landes, der Abkömmling der John Wilkes und Philipp Sidney geberdet und mit dem Parteipolitiker den Sensationsjournalisten nach amerikanischem Muster kombinirt, der selbst vor gemeiner Revolverpraktik nicht zurückschreckt, das ist in „Redakteur Lynge" mit künstlerischer Diskretion sehr gut dargestellt. Sarkastische Streiflichter auf das politische Leben des heutigen Norwegen verleihen dem Ganzen noch ein erhöhtes Interesse, während die Fabel des Romans nur gerade zur Staffage ausreicht. Wo sich die Handlung zur Katastrophe zuspitzt, bricht der Verfasser ab. Das schließliche Schicksal der Personen, für die er unsere ganz besondere Sympathie zu erwecken gesucht, müssen wir uns selbst konstruiren, ohne daß uns genügende Anhaltspunkte zur Konstruktion gegeben werden. Es verbleibt vielmehr auch hier bei der Skizze. Aber wenn wir einen ganzen Roman durchgelesen, verlangen wir etwas mehr als den Entwurf eines Abschlusses. Die nachlässige Behandlung des Ausgangs nach fast raffinirter Schürzung des Knotens ist so unkünstlerisch wie nur möglich, es ist, als gehe dem Verfasser der Athem aus, als fehle ihm die Kraft zur Vollendung des Dramas. Oder kommt ihm das Gähnen an und interessirt ihn die ganze Geschichte nicht mehr?

Beide Romane sind von Maria v. Borch mit Geschick ins Deutsche übertragen.

Ed. B.

J. Zangwill, **Die Kinder des Ghetto.** Autorisirte Ausgabe, deutsch von Adele Berger. 2 Bände. Berlin 1897, Siegfried Kronbach.

J. Zangwill, **Der König der Schnorrer.** Ebendort.

Jakob Wassermann, **Die Juden von Zirndorf.** Roman. Verlag Albert Langen, Paris, Leipzig, München 1897.

Eine Zusammenstellung von Büchern bedarf einer Rechtfertigung. Daß sie fast zu gleicher Zeit erschienen, genügt für die literarische Kritik unserer Zeitungsfeuilletons, welche mit automatischer Gefräßigkeit die ihr von den Verlegern vorgeworfenen Bücher verschlingt; daß sie das „Judenthum" behandeln, ist an sich auch nur ein äußerliches Bindemittel. Der materielle Zusammenhang des Lebens, das ihr gleichzeitiges Erscheinen bei gleichartigem Inhalt ermöglicht, bildet auch den geistigen Zusammenhang dieser Bücher.

Ob wir eine „Judenfrage" haben oder nicht, kann für Politiker noch einen Streitgegenstand abgeben, für den Dichter nicht. Empfände er nicht ein solches Problem, er wäre nicht im Stande, darüber ein Buch zu schreiben; und gerade um die obengenannten zu schreiben, muß er selbst ein Jude sein. Wohlverstanden, man kann über etwas theoretisiren, das man sich selbst erfunden, aber nur dann dichten, wenn man es erlebt hat, und bestände es auch nur zu einem Theile aus Leben, zu neunundneunzig aus Phantasie. In einem gewissen Sinne ist deshalb ein Dichtwerk ein viel besserer Zeuge für das Leben seiner Zeit und ihre Fragen, als die Wissenschaft. Jahrhunderte nutzloser Arbeit hat diese mit Scheinproblemen verbracht; aber für die Dichtkunst bleiben sie wahre, und „ein wahres Problem ist auch schon Wahrheit", wie einmal Kuno Fischer sagt.

Die Assimilirung des Judenthums, das ist der gemeinsame Vorwurf für den Engländer und für den Deutschen. Beide stellen sich auf den Boden der Heimath: das ist das Nationale ihrer Kunst; beide gehen vom lokalisirten Einzelfall auf das Allgemeine über: das ist ihre Internationalität; beide thun es auf ihre Weise: das ist ihre Individualität. Zangwill führt in das Londoner Ghetto um die Mitte unseres Jahrhunderts. Man muß ein Jude sein, um dieses Leben so in sich aufnehmen und künstlerisch verarbeiten zu können; man muß selbst aus diesem enggezogenen Kreise des Ghetto stammen, um jenen Humor zu finden, der bei aller Ueberlegenheit niemals die Liebe vermissen läßt. Und dieser Humor ist die stärkste Seite an Zangwill. Man kann keine zehn Seiten lesen, ohne in jenes Mischgefühl zu gerathen, das das Lachen durch stille Wehmuth dämpft und die Trauer in ein sanftes Lächeln auflöst. So nahe deshalb Zangwill national und konfessionell dem geschilderten Milieu stehen muß, so international und interkonfessionell kann das Lesepublikum sein, um sich an diesen Schilderungen zu ergötzen. Ich wüßte nichts, was mir für die wahre dichterische Befähigung des Verfassers mehr zu sprechen scheint, als daß aus nationalem Boden ein internationales Werk erwächst. Was man an diesem Buche am ehesten aussetzen könnte, ist übrigens spezifisch englisch. Die Formlosigkeit und Verwirrtheit der Komposition, das Ausmalen von Details gegenüber den Hauptpunkten, oder noch ärger, das Fehlen solcher fester Zentren in der großen Masse des Geschauten und Geschilderten, ist eine Eigenthümlichkeit des englischen Romans, die sich beispielsweise auch bei Dickens bis zur Unerträglichkeit für einen Nichtengländer gesteigert findet.

Die „Kinder des Ghetto", sie waren in ihrer Beschränktheit glücklich, „eben weil sie nicht wußten, daß die Fülle des Lebens ihnen fremd war". Aber langsam wird ihnen diese Genügsamkeit geraubt, sie treten in den allgemeinen bürgerlichen Kreis ein, die großen Kaufleute der Judenstadt sind die Begründer und ersten praktischen Nutznießer der Emanzipation, ihre Bannerträger und eifrigsten Verfechter aber die wenigen, welche ihre Bildung aus dem niedrigen Kreise ihrer Glaubensgenossen emporhebt. Es beginnt der Kampf um vollständige Gleichberechtigung, die sich nicht nur auf formelles Recht und materielle Machtverhältnisse gründen will, sondern auch die moralische und gesellschaftliche Anerkennung für sich verlangt. Zangwill führt seine Schilderung jüdischen Lebens bis zu diesem Punkte fort, bis dahin, wo die Komödie in die Tragödie umschlägt. Es ist ihm versagt, das Problem tragisch zu erfassen; er erfüllt uns mit Wehmuth, aber nicht mit Furcht; die Liebe ist ihm gegeben, aber nicht der Haß.

Gerade dort, wo Zangwill aufhört, fängt Wassermann an. Das Judenghetto auf deutschem Gebiet, im Bayerischen, ist der Ort seines Romans, das Judenghetto im weitesten Sinne, aus dem seine Bewohner noch heute nicht heraus sind. Der Jude in England, der Jude in Deutschland — ein Unterschied, hervorgewachsen aus der gänzlichen Verschiedenheit englischer Freiheit und deutscher Knechtseligkeit. Konnte der englische Jude nicht ganz die Assimilirung erreichen, um wieviel weniger der deutsche. Deshalb der starke Haß der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, das wahnsinnige Sichselbstverzehren der aufstrebenden Elemente des Judenthums. Und andererseits lebt ein starker Haß der Christen gegen Juden; theils die dumpfe Abneigung gegen Andersgeartete und Andersgläubige, theils, wie Wassermann zu zeigen versucht, aus dem ethischeren Beweggrund, die Rettung germanischen Geistes vor dem jüdisch-christlichen Asketenthum. Es sind glänzende Gedanken, die der Verfasser hier verstreut; die „Sehnsucht nach Griechenland", die sich überall gehemmt sieht durch den finsteren Glauben des Judenchristenthums, sie macht aus den vorurtheilfreiesten Männern Gegner der Juden, denen sie alles zu verdanken glauben, was die Religion der himmlischen Liebe in die der höllischen Strafen wandelt, den Zeugungstrieb zum unsittlichen stempelt, aus der schönen menschlichen Natur ein Gefäß der Unsauberkeit und Verderbniß macht.

Wenn man einmal vom Dichter verlangt hat, er möge nicht nur etwas zu erzählen, sondern auch etwas zu sagen haben, so erfüllt Wassermann diese beiden

Forderungen nicht ganz gleichmäßig, besser ausgedrückt, nicht zu gleicher Zeit. Man findet in seinem Roman herrlich schöne, gedankenreiche Stellen, die in großer stilistischer Meisterschaft merkwürdigen Inhalt bringen. Man findet auch interessante Theile in der Erzählung, interessant durch die dargestellte Begebenheit selbst, aber das macht eben den Unterschied: Sentenzen, geistreiche Bemerkungen brauchen an keinem anderen Faden aufgereiht zu sein als dem der inneren Verwandtschaft; aber Stückwerke einer Handlung geben keine Handlung. Die Kunst ist eine Nachahmung des Lebens und trägt als solche eine innere Unwahrheit in sich; aber nur durch die bewußte Anwendung ihrer Unwahrheit, nämlich durch die geschlossene Kunstform kann sie wahrhaftiger gemacht werden: das Leben ist wirklich, die Kunst nur wahr. Das ist der Punkt, an dem Wassermann versagt. Er ist Zangwill vielleicht über in der Kunst, eine Handlung zu ersinnen, aber er beherrscht den Stoff ebenso wenig wie der Engländer. Die Einleitung zeichnet sich vor dem eigentlichen Roman sehr darin aus, sie ist viel geschlossener, einheitlicher und ruhiger erzählt. Man kann ihren Zweck verschieden auffassen; vielleicht soll sie nichts anderes leisten, als aus der Schilderung krankhafter, erregter Zeitläufte den Boden und die Stimmungen finden zu lassen, die den Jahrhunderte später spielenden Roman ermöglichen. Aber weiter darf der Leser die Analogie nicht treiben; es rächt sich an dem Autor, selbst weitergegangen zu sein. Knapp nach dem dreißigjährigen Kriege, nach einer von Glaubenswirren durchtobten Zeit, da begreifen wir seltsame Geschichten und seltsame Gestalten; aber für die Gegenwart steht die Sache doch etwas anders. Es läßt sich nichts dagegen sagen, jede einzelne Figur in dem Wassermannschen Roman ist nicht nur möglich, sondern mit dem höchsten Grade von Wahrscheinlichkeit meisterhaft geschildert; aber alle zusammen auf einem Fleck Erde, in gegenseitiger Beziehung und Einwirkung, das ist heutigentags vielleicht wirklich, aber sicherlich nicht wahr. In dem ganzen Roman nicht eine normale Durchschnittsfigur, lauter psychologische Studienobjekte, das ist zu viel für unsere Zeit, die allerdings die sonderbarsten Gebilde schafft, aber gleichzeitig unbarmherzig nivellirt.

Zangwill führt auch den fremden Leser in jüdisches Leben; Wassermanns Roman ist, in seinem Entstehen wenigstens, vielleicht nur für Juden begreiflich. Er liest sich wie eine dichterische Ausführung der Worte, die Mommsen der Judenfrage im römischen Staate gewidmet hat:

„Das Zusammenleben der Juden und Nichtjuden erwies sich ... als ebenso unvermeidlich wie unter den gegebenen Verhältnissen unerträglich, der Gegensatz in Glaube, Recht und Sitte verschärfte sich, und die gegenseitige Hoffahrt wie der gegenseitige Haß wirkten nach beiden Seiten hin sittlich zerstörend. Die Ausgleichung wurde in diesen Jahrhunderten nicht blos gefordert, sondern ihre Verwirklichung immer weiter in die Ferne gerückt, je mehr ihre Nothwendigkeit sich herausstellte. Diese Erbitterung, diese Hoffahrt, diese Verachtung, wie sie damals sich festsetzten, sind freilich nur das unvermeidliche Aufgehen einer vielleicht nicht minder unvermeidlichen Saat; aber die Erbschaft der Zeiten lastet auf der Menschheit noch heute.“

D. B.

Notizen.

Ausnutzung von Torfablagerungen. Man hat es in neuerer Zeit, wo die Kraftübertragung auf weite Entfernungen dank der Entwicklung der Elektrotechnik eine so hervorragende Rolle spielt, oft beklagt, daß das Tiefland gewöhnlich erhebliche Wasserkräfte entbehrt. Anderseits hat man sich erinnert, daß auch das Tiefland häufig über mächtige Kraftquellen in Gestalt der Torfablagerungen verfügt. Hinsichtlich der Art, wie man den Torf als Kraftträger ausnutzen kann, sind verschiedene Versuche und Vorschläge gemacht worden. Man kann ihn entweder am Orte seiner Gewinnung unter Dampfkesseln verbrennen, Dynamos betreiben und deren Strom in die Ferne leiten, wodurch man in den Moorgegenden Industrieanlagen ins Leben rufen könnte: oder man kann den Torf verkoken und versenden.

Dieses letztere Verfahren ist in neuester Zeit mehrfach vertreten worden, obwohl man schon vor 35 bis 40 Jahren auf der Alexishütte in Ostfriesland und in Irland schlechte Erfahrungen mit der Verkokung gemacht hat. Die Frage hat auch jüngst eine Versammlung des Vereins zur Förderung der Moorkultur im Deutschen Reiche beschäftigt, und dort hat Dr. A. Frank-Charlottenburg auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die einer derartigen Verwerthung des Torfes durch den Wettbewerb der Steinkohlenkokes bereitet wird. Dagegen hat er einen Vorschlag gemacht, der beachtenswerth erscheint; es ist dies die Gründung von Werken zur Erzeugung von Calciumcarbid, deren Kessel mit Torf geheizt werden sollen. Dr. Frank berechnet die für die Erzeugung von 1 Tonne Carbid erforderliche Menge Torf auf 30 Tonnen, so daß man, abgesehen von den nothwendigen Kraftverlusten, im Carbid die Heizkraft des dreißigfachen Gewichts an Torf aufspeichern und die Transportkosten damit auf den dreißigsten Theil vermindern kann.

Auch die elektrische Kohlenbereitung aus Torf dürfte für die Verwerthung der Torfmoore in nächster Zeit in Betracht kommen. Hatte man schon früher in Schweden durch einfaches Erhitzen versucht, den Torf in brennbare Kohlen zu verwandeln, so sah man bald davon ab, da dieses Verfahren den Nachtheil hatte, daß in der Mitte des Torfes sich ein noch ungenügend verkohltes Produkt vorfand. Jetzt füllt man nun den Torf in eiserne Retorten, durch die man einen elektrischen Strom so leitet, daß er sowohl die Außenfläche, als auch die Mitte des Torfes trifft. Eine Retorte mit 1300 Liter Inhalt ist in circa einer Viertelstunde in Kohle umgewandelt; diese stellt eine poröse, schwarze, noch das Gefüge des Torfes zeigende Masse dar. Sie enthält nach chemischer Analyse 76 Prozent Kohlenstoff, der an Heizwerth guter Steinkohle gleichsteht. Diese Torfkohle brennt mit langgestreckter Flamme, entzündet sich rasch und entwickelt schnell eine starke Hitze. Die Kosten der Herstellung sind ziemlich gering; 100 Kilo können mit 0,80 Mark verkauft werden.

P. M. Grempe.

Feuilleton.

Eine Unzivilisirte.

Erzählt aus dem kleinrussischen Leben von **Olga Kobylanska.**

(Schluß.)

Eines Morgens stieg sie auf die Magura um Himbeeren und erstieg nach und nach den Gipfel. Als sie die Kanne voll hatte, wandte sie sich gegen die südliche Seite, von der abzusteigen leichter war. Da zog sich der Wald nur streifenweise, breiteten sich schöne, grasreiche Wiesen aus, und die Magura fiel sanft ab.

Sie befand sich gerade auf der höchsten Wiese und setzte sich nieder, um auszuruhen.

Sie war sehr befriedigt.

Für die Himbeeren bekommt sie Geld und wird sich dafür etwas anschaffen. Was? weiß sie noch nicht, aber irgend etwas wird sie sich kaufen.

Sie wischte sich den Schweiß von der Stirne. Das Tuch, welches um den Kopf gebunden war, fiel frei über den Hals auf den Rücken und machte ihr heiß. Dann zog sie ihre Pfeife hervor, stopfte sie mit Tabak und rauchte.

Rings um sie war es grün.

Weit und breit sah man nur die Gipfel anderer Berge — denn die Magura war hoch — und den Himmel, der rein und blau und so licht war, daß die Lider sich unwillkürlich über die Augen senkten.

Hoch über allen anderen Gipfeln ragte der Felsen Rarytw.

Ihn umgaben unbegrenzt dunkle Waldungen, über denen fast immer bläuliche Nebel wie über sumpfigen Gegenden lagerten. Aus diesem Walde, nahe den stolzen Felsen, ragten zwei gleiche, einander gegenüberstehende Felswände wie ein Spalier, das gleichsam den weiteren Weg zu den Steinriesen anwies.

Dort war die „Teufelsmühle".

Und sie blickte lange dahin.

Sie spie vor sich. Sie war ja doch dort gewesen! verlor dort ihr wunderschönes hellrothes Tuch und eine funkelnagelneue Pfeife! Hui, welch eine Pfeife! Nur Herr Kuba kaufte solche Pfeifen. Dann lachte ihr Herz. Welch einen Schrecken stand sie in jener häßlichen Mühle aus, fast hätte sie ihren Verstand dort gelassen! Nun ... aber sie hatte Glück und alles nahm ein gutes Ende; hätte das aber Jemand Anderen getroffen ... ach Gott! Der bliebe bis heute dort.... So saß und sann sie über Verschiedenes nach; erinnerte sich dessen und jenen, und als sie ihre Pfeife zu Ende geraucht, dachte sie an die Heimkehr.

Morgen ist Sonntag und sie wollte auf den Rung um Schwämme gehen. Er lieferte jahraus jahrein die prächtigsten Schwämme; sie will sich von ihnen ein paar Kränze trocknen, welche ihr einmal, wenn der Winter mit seinem Schnee kommt, gut zu statten kommen werden. Allein zu Hause gab es Arbeit, welche für heute und morgen gemacht werden mußte. Auch mußte sie noch mit den Zigeunern zusammentreffen. Der alte Zigeuner bat sie, ihm ein paar Sechser zu leihen, wofür er ihr demnächst Holz aus dem Walde zu bringen sich verpflichtete. Wenn er überhaupt die Wahrheit sprach! Er log ja fast mit jedem Worte! Sie wollte ihm aber das Verlangte bei der Rückkehr geben; wollte schon auch heimkehren; die Zigeuner würden nach ihr ausschauen. Sie wissen, von welcher Seite sie auf die Magura um die Himbeeren gestiegen und von welcher sie herabsteigen müsse. Sie kannten sich hier aus wie die hungrigen Raubvögel!

Allein sie ist so müde und hat keine Lust, sich auch nur von der Stelle zu rühren. Wenn sie die Arbeit heute nicht verrichtet, kann sie morgen nicht um Schwämme gehen; aber ... schlug denn schon ihre letzte Stunde? Und wenn es morgen schon mit dem Morgengrauen zu regnen anfinge? Und wenn es heuer überhaupt keine Schwämme gäbe? So ersann sie sich Entschuldigungen, narrte sich selber, um nur länger sitzen zu können.

Und es saß sich gut da.

Dann entdeckte sie weit von sich auf einer Wiese eine Koliba[1] und daneben weidendes Vieh.

War Jemand in der Koliba? Oder stand sie leer? Es überkam sie eine lebhafte Lust, eine jugendliche Neugier, irgend etwas zu erfahren, hier in der Einsamkeit eine menschliche Stimme zu vernehmen. Sie rief aus voller Brust mit ihrer hellen, volltönenden Stimme: „Hej, hej!" Aus der Koliba trat ein Mann heraus und sah sich um.

Hatte er sie entdeckt?

Sie wußte es nicht. Aber dafür drang bis zu ihr ein langes, sehnsuchtsvolles „hej! hej!" welches sie an etwas aus längstvergangener Zeit erinnerte; aus längst vergangener Zeit, als sie noch beim Gawrissan diente....

Ein undeutliches Gefühl eines erlebten Glückes übermannte sie für einen Moment, und ging dann, ohne daß sie sich dessen bewußt wurde, in den Gedanken über: „Gut war Gawrissan!"

---

[1] Eine aus Brettern zusammengeschlagene Hütte, in der Hirten den Sommer über nächtigen.

Dann streckte sie sich, ohne sich zu besinnen, ins Gras.

Sie möchte ein wenig schlummern. Sie stand so früh auf... und jetzt ging es gegen Mittag. Sie bleibt den Mittag über da; was hat sie auch für eine Ursache, nach Hause zu eilen? Was sie thut, oder auch nicht thut, geschieht doch nur für sie allein und nicht für Jemand Anderen! Und wenn sie zu lange ausbleibt, werden sie die Zigeuner suchen und aufwecken. Der Zigeuner wird das Geld nicht lassen.... Daß ihn doch!... Allein sie hat sie Alle lieb. Mag man sie wann immer anreden — stets sind sie heiter und zufrieden; und ihre Scherze, die sind echt zigeunerhaft, daß man sich die Seiten halten muß.

Sie streckte sich am Rande des Waldes und halb im Schatten aus.

Die Kanne mit den Himbeeren schob sie etwas von sich, und die Faust unter den Kopf schiebend schloß sie die Augen.

Neben und über ihr tanzten in der Luft und über den Blumen, die in überreicher Fülle zwischen dem Grase wuchsen, zahllose Mücken und summten in zarter Harmonie. Unweit von ihren Füßen wimmelten im großen röthlichen Ameisenhaufen die Ameisen, und dort weiter... vielleicht drei Schritte von ihrem Kopfe, sonnte sich auf einem Riesenstein, den der Berg aus sich herausgeworfen zu haben schien, eine zusammengerollte Schlange. Im glühenden Sonnenlicht lag sie da mit halb geschlossenen Augen.

Weit und breit herrschte die Mittagsstille....

In ihr versanken alle Laute wie in einem unsichtbaren Meere, und das Rauschen des alten Waldes, in dem sich Rung mit Magura vereinigte, wogte in üppigen Wellen in der Luft auf und nieder. Die Stille nahm es gierig in sich auf und belebte sich damit....

Hier war gut zu liegen.

Weiß Gott weshalb so gut! Vor ihren geschlossenen Augen wechselten allerlei Farben. Gelbliche, röthliche... und so sonderbare!... erstanden und zogen vorbei, Bilder, unbestimmte und abgerissene Gedanken....

Ein Gedanke kehrte immer von Neuem zurück: „Ich nehme ihn doch!"

Er bezog sich auf das, was sie in letzter Zeit überaus lebhaft beschäftigt hatte; auf den Meister, den sie aus dem Hause gejagt.

Er kroch alle Augenblicke zur alten Malwine, drillte ihr den Kopf, damit sie sie, Parasko, berede, ihn wieder zu sich ins Haus zu nehmen. Er könne ohne sie nicht leben — sagte er. Sie hätte ihm irgend etwas angethan, mit guten oder mit bösen Kräften, und nun ziehe es ihn immerfort zu ihr. Es möge kommen, was da wolle, aber trinken werde er nicht mehr; nur möge sie ihn aufnehmen!

Und die alte Malwine hatte ihr das alles erzählt und sie tüchtig beredet, ihn aufzunehmen. Allein — sie wollte davon gar nichts hören. Litt sie Noth ohne ihn? Höchstens daß ihr der Gang ums Holz schwer ist. Allein er bat immerfort.

Neulich kehrte sie von der Stadt zurück, in die sie um „Körner" für ihre Hühner gegangen und sah: vor dem Hause lag ein Haufen gespaltenen Holzes! — und sie hat es auch gleich weggehabt, daß er es gethan....

In ein paar Tagen darauf kehrte sie von einer Arbeit heim und was sah sie? Auf der Bank unterm Haus lag sein Pelz und standen — wie ein paar Kinder — seine neuen Stiefel.

Was hätte sie thun sollen? Sie übers Thor hinauswerfen? Da hätte sie einfach Jemand gestohlen.

Es wäre zu gut, wenn er nicht mehr trinken würde; aufrichtig gesagt, ist er ja ein guter Mann. Die Hand hatte er niemals auf sie gelegt, und auch

zur Arbeit war er wie geschaffen. Er hatte schöne Kleider, zwei Pelze und mehrere Hemden....

„Nimm ihn! Vielleicht ändert er sich zum Guten!“ rieth ihr immerfort der Traum; es wird leichter zu leben sein. Der Zaun steht nicht allein, sondern muß gestützt werden, und mit einem Pflocke wird er nicht gestützt. — So wimmelte es ihr im Kopfe.

Und sie wird ihn noch einmal aufnehmen; wird noch einmal versuchen, mit ihm zu leben. Da er es so heftig wünscht... wer weiß... vielleicht wird es noch gut sein? Manchmal glaubt der Mensch, irgend etwas sei schlecht, indessen ist es doch gut. Und — was wahr ist; nicht sie bittet bei ihm um Aufnahme, sondern er sie. Und wenn er wieder einen Sturm im Hause aufführt, wird sie sich Rath schaffen. Ihre Fäuste sind noch gesund, noch wird sie es vermögen, einen Betrunkenen zu Boden zu werfen. Aber wenn sie ihn einmal zu Boden schleudert, dann... nun, er wird sich diesen Tag schon merken!... Sie ist gut, solange sie gut ist, aber wenn sie böse ist — will sie — ach Gott!...

* * *

Ein breiter Streifen des Sonnenlichts drang bis zu ihr und spielte auf ihrem Angesicht.

Sie lag im Halbschlummer.

Ihr war, als hörte sie ein entferntes, wunderliches Läuten; wie das Läuten von Glöckchen an den Hälsen alter Schafe und Ziegen, und Pfiffe und Rufe der Hirten, durch die sie beisammengehalten werden.

Plötzlich befand sie sich bei Gawrissan.

Sie ging mit Jurij und seinem Kameraden und vorbei an dem Berge, auf dem die Schafherden Herrn Kubas und Gawrissans weideten. Dort befand sich der Schafhirt Hlija. Er stand in der Wiese am Walde mit seinem dichten langen Haare, stand allein zwischen weißen und schwarzen Schafen, die aus dem Grase ganz klein erschienen, und weinte in die Schalmei.

Wie weinte er so schwer! Die Stimme der Schalmei tönte sehnsüchtig zwischen den Bergen, traurig und so gedehnt — ach Gott! und ihr war's im Herzen, als ginge sie in den Tod. So schwer war es ihr — sie wußte nicht weshalb!

Dann verstummte die Schalmei. Seine Stimme hatte sich irgendwo zur Erde gelagert, und rings um sie legte sich auf alles eine tiefe Finsterniß. — Ihrer bemächtigte sich ein Angstgefühl und sie faßte Jurijs Kameraden an der Schulter: „Rettet mich, Mann!“ Und er sprach: „Jetzt hatte Dich Dein Glück verlassen. Von jetzt an wirst Du ohne Glück auf der Welt leben!“

Sie hatte vor Schrecken aufgejammert und erwachte.

Nein — es herrschte keine Finsterniß! Helllichter Tag umgab sie und der Glanz der Mittagssonne machte alles golden.

Sie setzte sich auf, rieb sich die Augen, und gleichzeitig horchte sie. Aber nein; man hörte keine Schalmei. Um sie her lag es so still... und nur das Rauschen des Waldes wogte in den Lüften....

Das war ein häßlicher Traum und ein unwahrer!

Ihr Glück kann sie niemals verlassen. Das Väterchen hatte gesagt:

„Dein Glück“ — hatte er gesagt — „ist derart, daß es Dich niemals verlassen wird. In die Seele legte Dir Gott Dein Glück hinein, damit es Dich niemals verlassen kann....“

Ein Alter wie er — wird nicht lügen....

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 9. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Sturm im Glase Wasser.

⸔ Berlin, 16. November 1898.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts tobte zwischen den Weltreichen Gotha und Meiningen ein Krieg, der zwar nicht in den Jahrbüchern der Geschichte, aber in den Annalen der deutschen Kleinstaaterei eine heitere Berühmtheit genießt. Im letzten Grunde wurde er durch eine unebenbürtige Ehe des Herzogs Hans Ulrich von Meiningen verschuldet. Trotz des Frevels an seinen blaublütigen Pflichten gelang es diesem Kleinfürsten, den Thron seiner Väter zu besteigen und sich darauf zu behaupten, unter dem wildesten Hader mit seinen Agnaten, mit seinem Adel und Hofe, und selbst mit Kaiser und Reich. Und als ihm nicht gelang, den zehn Kindern seiner unebenbürtigen Ehe die Nachfolge an Krone und Szepter zu sichern, verstand Hans Ulrich, den lachenden Erben wenigstens den Spaß zu verderben. Nach dem Tode seiner geliebten Gattin heirathete er, bereits ein Greis von dreiundsechzig Jahren, eine unzweifelhaft legitime Fürstin und erzielte mit ihr noch eine Nachkommenschaft von acht Kindern, deren Geburt er den Agnaten auf einem Bogen im größten Royalfolio anzuzeigen nie verfehlte.

Der Gipfel aller Händel, die Hans Ulrich zu bestehen hatte, war nun der Wasunger Krieg, so genannt, weil die losgelassene Kriegsfurie der Weltreiche Gotha und Meiningen um das meiningensche Landstädtchen Wasungen rasete. Glücklicher Weise war sie nicht lebensgefährlich; von den beiden heldenmüthigen Heeren riß immer dasjenige aus, das zuerst des Feindes ansichtig wurde. Entschieden wurde der Krieg durch einen Machtspruch des Königs Friedrich, und das kam so. Gotha hatte gegen Meiningen im Auftrag des Reichskammergerichts mobil gemacht, um einen gegen Hans Ulrich gefällten Spruch dieses Gerichts zu vollstrecken. Damit aber hatte Hans Ulrich bei seinen Brüdern von Gottes Gnaden und besonders auch bei dem preußischen Könige für den Augenblick Oberwasser, denn wohin sollte es führen, wenn sich deutsche Despoten einem Spruche des obersten Reichsgerichts zu unterwerfen hatten? Nun aber rollte ein neuer Zankapfel zwischen Gotha und Meiningen, indem der Herzog von Weimar starb, mit Hinterlassung eines Testaments, wonach sein Vetter in Gotha während der Minder-

jährigkeit seines einzigen Sohnes die Vormundschaft führen sollte. Diese Vormundschaft beanspruchte Hans Ulrich für sich, war aber praktisch im Nachtheil, da der Herzog von Gotha sofort nach Weimar geeilt war und sich hier schon hatte huldigen lassen. In dieser Lage bewährte der preußische König Friedrich jenen Adlerblick für „Realpolitik“, den seine Bewunderer an ihm zu rühmen wissen; er wechselte die Front und bot dem Herzog von Gotha seine guten Dienste an, wenn dieser ihm die auserwählte Gardemannschaft von Weimar, zweihundert Mann, als ein kleines Geschenk offeriren und ihn dadurch obligiren wolle. Auf diesen Handel ging der Herzog von Gotha mit Vergnügen ein und erkaufte sich dadurch sowohl seine Bestätigung als Administrator des Herzogthums Weimar, als auch die für ihn erfolgreiche Beendigung des Wasunger Krieges. „Zweihundert Landeskinder von Weimar, welchen der Streit gar nichts anging, wurden in willkürlichster Weise weggegeben wie eine Herde Schafe. Ein fremder Fürst verschacherte sie gegen alles Recht. Die Zweihundert aber zogen mit König Friedrich in den siebenjährigen Krieg.“ So schließt Gustav Freytag in seinen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit“ das erbauliche Kapitel über den Wasunger Krieg.

An diese wundersame Historie wird man unwillkürlich erinnert durch den Sturm im Glase Wasser, der um die Lippesche Erbfolge ausgebrochen ist. Auch hier spielen die unebenbürtige Ehe, der klägliche Krimskrams der höfischen Titulaturen, die harspalterisch-weitschweifigen Denkschriften gelehrter Doktoren, die im Dienste erlauchter Fürstenhöfe ihre Federn wetzen, und so weiter ihre Rollen, andere Rollen gewiß, als vor anderthalb Jahrhunderten, aber nicht eigentlich erhebendere Rollen. Wir werden nicht zwei kleinstaatliche Kontingente einen komischen Krieg miteinander führen sehen, aber wir vermögen doch keinen eigentlichen historischen Fortschritt darin zu erblicken, daß während der Wasunger Krieg in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts die Heiterkeit aller verständigen Leute in Deutschland erregte, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts die gewiegtesten Politiker und Publizisten ihre staatsmännischen Brauen runzeln und die Grundlagen der deutschen Reichsverfassung für bedroht erklären durch den Lippeschen Erbfolgekrieg, nebst Allem, was drum und dran hängt.

Hätten sie recht, welch wunderbares Kompliment für das neudeutsche Reich! Und leider haben sie von ihrem Standpunkt aus recht. Das Reich ist eben nicht durch eine Volks-, sondern durch eine Fürstenrevolution entstanden; es ist ein Reich nicht des Volkes, sondern der Fürsten, und die Interessen der Fürsten wiegen darin schwerer als die Interessen des Volkes. Stände der alte Fritz heute aus dem Grabe auf, er würde diese rückständige Zeit gar nicht verstehen; er war gewohnt, mit „diesen Herren da“, mit den Kleinfürsten in seinem Machtbereich ganz anders zu sprechen, als der Kaiser in seinem bekannten Telegramm mit dem Graf-Regenten von Lippe gesprochen hat. Und auch der erste Napoleon, wenn er aus dem Grabe erstünde, würde sich höchst eigenthümliche Gedanken über die Souveränetäten von Gottes oder vielmehr seines bestochenen Ministers Talleyrand Gnaden machen, die an der Schwelle des zwanzigsten Jahrhunderts noch großartige Haupt- und Staatsaktionen aufführen dürfen. Er hat dreimal den deutschen Feudalstall gründlich ausgeschwemmt, wenn auch lange nicht gründlich genug: das erste Mal durch den Reichsdeputationshauptschluß, das zweite Mal nach der Schlacht bei Austerlitz, das dritte Mal aber nach der Schlacht bei Jena, während der Krieg mit Rußland und Preußen noch dauerte. Und dies dritte Mal machte er, von den Sorgen eines schwierigen Winterfeldzugs bedrängt, am wenigsten gründliche Arbeit.

Im Wesentlichen stellt Treitschke die damalige Lage der Dinge richtig dar. Er schreibt: „Die kleinen Herren des Nordens waren in Napoleons Augen nur preußische Vasallen und Offiziere, gern hätte er sie allesammt entfernt. Aber die zerstreute Lage dieser wundersamen Staatsgebilde erschwerte die Einverleibung, auch stand ein zuverlässiger Rheinbundskönig, dem man sie schenken konnte, augenblicklich nicht zur Verfügung. Den Imperator quälten ernstere Sorgen, er legte auf die Frage nicht mehr Werth als sie verdiente und wünschte vor Allem raschen Abschluß des Handels, weil er die kleinen Kontingente sogleich in dem preußischen Kriege verwenden wollte. So fanden denn die Kleinfürsten Thüringens und Westfalens eine leidliche Aufnahme, als sie, die Einen persönlich, die Anderen durch ihre Minister, im Hauptquartiere zu Posen die Gnade des Siegers anflehten. Zum dritten Male begann das ekelhafte Schauspiel des deutschen Länderhandels, zum dritten Male floß das Gold deutscher Fürsten in die unergründlichen Taschen der napoleonischen Diplomatie, und das Geschäft verlief glücklich. . . . So geschah es, daß die Ernestiner und die Askanier, die Reuß und Schwarzburg, die Lippe und Waldeck als Souveräne in den Rheinbund eintraten. Der Graf von Bückeburg erschlich sich nebenbei den Fürstentitel, da die Franzosen das Geschäft mit geringschätziger Leichtfertigkeit betrieben und in dem Vertrage kurzweg von den beiden Fürsten von Lippe sprachen. Napoleon aber klagte nachher ärgerlich, in diesem Handel sei er zum ersten Male betrogen worden; hätte er gewußt, wo die Reuß, Lippe und Waldeck eigentlich säßen, so würden sie ihre Throne nicht behalten haben. Er vergaß auch damals, daß diese Dynasten des Nordens einst den Kern der preußischen Partei im Reiche gebildet hatten. Darum blieb er ihnen stets ein gestrenger Herr, gönnte ihnen keine Vergrößerung, nahm sie nicht in seine Verwandtschaft auf." So der preußische Hofgeschichtschreiber.

Die eine Lippische Linie, die zu ihrem Fürstentitel von Gottes Gnaden in so überaus ehrenvoller, von Treitschke drastisch geschilderten Art kam, erfreut sich heute der Protektion von Berlin her; die andere Lippische Linie aber, die trotz ihrer unebenbürdigen Heirathen durch den bekannten, unter dem Vorsitze des Königs von Sachsen gefällten Schiedsspruch zur Nachfolge im Fürstenthum Lippe berufen ist, will keinen „gestrengen Herrn" mehr anerkennen. Es ist wahr: das Telegramm des Kaisers klingt ein wenig nach einem „gestrengen Herrn", aber der Kaiser ist doch das verfassungsmäßige Oberhaupt des Deutschen Reiches und die glorreichen Ahnen des Graf-Regenten von Lippe haben in den Tagen des heiligen römischen Reichs deutscher Nation von dem preußischen Usurpator Friedrich und in den Tagen des Rheinbundes von dem französischen Usurpator Napoleon ganz andere Flötentöne zu hören bekommen, ohne daß sie dagegen zu mucksen wagten. Wenn jetzt der Graf-Regent von Lippe, stolz wie ein Spanier, das Banner seines unveräußerlichen Fürstenrechts hoch in den Lüften flattern läßt und alle deutschen Philister sich gerührten Herzens um die heilige Standarte sammeln, so ist dies bezaubernde Schauspiel erst im bismärckischen Reiche deutscher Nation und erst durch dies Reich möglich geworden, wie denn Bismarck selbst nach dem kompetenten Zeugnisse der „Zukunft" noch kurz vor seinem Tode den Lippischen Sturm im Glase Wasser mit „Cecils geheimnißreicher Miene" für eine grande affaire erklärt hat.

Freilich ist er es, aber jammervoll genug, daß er es ist. Freilich hat der Graf-Regent von Lippe recht mit seiner Schilderhebung, und alle gerührten Philister, die mit erhobenem Eidfinger zu ihm stehen, haben auch recht, aber wer noch eine Empfindung für die Ehre der Nation hat, wird dies Geständniß

nicht mit gerührtem, sondern mit zerknirschtem Herzen ablegen. Bismarck hat sich gelegentlich über den „ganz unhistorischen, gott- und rechtlosen Souveränetätsschwindel der deutschen Fürsten" sehr despektirlich ausgelassen, jedoch schließlich nichts Besseres fertig zu bringen gewußt, als die deutsche Einheit auf dieser „Souveränetät" einzurichten. Er hat das neudeutsche Reich als einen Bund souveräner Fürsten gegründet, der, wie es in der Reichsverfassung heißt, den Namen Deutsches Reich führt. Soweit die deutschen Fürsten sich ihrer souveränen Rechte nicht freiwillig begeben haben, hat ihnen kein Kaiser etwas dreinzureden. Und um so weniger, wenn der Kaiser selbst mit seinem Einspruch den Boden des Fürstenrechts gar nicht verläßt, sondern nur nach seiner Ueberzeugung das Erbrecht dieser Lippischen Linie für besser erklärt, als das Erbrecht jener Lippischen Linie. Ohne Zweifel wußte Bismarck die Konsequenzen der von ihm geschaffenen Lage besser zu ziehen, indem er das Souveränetätsbewußtsein der deutschen Fürsten sorgfältig schonte; nur glauben wir, daß wenn er im Jenseits sich etwa, als Dritter im Bunde, zu Friedrich und Napoleon hat gesellen wollen, diese alten Praktikusse ihn mit sehr gemäßigter Hochachtung empfangen haben werden.

Was die Arbeiterklasse anbetrifft, so kann sie sich natürlich so wenig für das Erbrecht der Biesterfelder, wie für das Erbrecht der Schaumburger, so wenig für das Telegramm des Kaisers an den Graf-Regenten von Lippe, wie für die Denkschrift des Graf-Regenten von Lippe an die deutschen Bundesfürsten begeistern. Alle diese, auf dem Boden des Fürstenrechts geführten Streitigkeiten liegen „hinter ihr in wesenlosem Scheine". Ihr einziges Interesse daran besteht in der Frage, ob und wie die thatsächlich bestehenden Machtverhältnisse im Deutschen Reiche dadurch verschoben werden können. Bindet sich die Berliner Regierung im Augenblick, wo sie neue schwere Schläge gegen die Arbeiterklasse plant, ganz unnöthiger Weise eine Ruthe, indem sie den dynastischen Partikularismus gegen sich wachruft, so ist das eine Sache, die beachtet werden muß, etwa so wie Lassalle einmal ausgeführt hat, daß die oppositionelle Politik einer Volkspartei immer auch die auswärtigen Konflikte der Regierung mit in ihre Rechnung zu stellen habe. Nicht aber darf das klassenbewußte Proletariat die geringste Förderung seiner Ziele von dem dynastischen Partikularismus erwarten, den der Graf-Regent von Lippe in voraussichtlich nicht erfolgloser Weise angerufen hat. Mögen sich die unentwegten Mannen des Freisinns um die Kriegsfahne des Biesterfelders sammeln, so wird die zweite Auflage des Wasunger Krieges keine proletarische Gardemannschaft erscheinen sehen, durch deren Verkauf in die Knechtschaft der dynastische Partikularismus, genau wie anno dazumal durch den Verkauf der Weimarer Garde, seinen Frieden mit Berlin machen könnte und würde.

Mit anderen Worten: einen treuloseren und unzuverlässigeren Bundesgenossen, als den dynastischen Partikularismus, könnte das Proletariat überhaupt nicht finden. Hinter den zerfallenen Schanzen dieses historischen Gespenstes Schutz zu suchen vor der Berliner Reaktion, hieße so ziemlich die verkehrteste Politik treiben, die das klassenbewußte Proletariat überhaupt treiben könnte. Eine solche Politik würde allen großen Ueberlieferungen der Partei in der nationalen Frage direkt ins Gesicht schlagen, den guten Bismarck noch im Grabe als einen wahrhaft genialen Staatsmann reklamiren und auf den skurrilen Versuch hinauslaufen, den Sturm auf dem Weltmeere abdanken zu lassen vor einem Sturm im Glase Wasser.

Das schweizerische Fabrikgesetz nach zwanzigjährigem Bestand.

Von Otto Lang.

Am 1. Januar 1898 waren zwanzig Jahre seit dem Inkrafttreten des schweizerischen Fabrikgesetzes verflossen. Trotz seines Alters hat es in einer Reihe von wichtigen Punkten immer noch eine vorbildliche Bedeutung.

Nun hängt die Bedeutung eines Arbeiterschutzgesetzes freilich nicht nur von seinem Inhalt, sondern ebenso sehr von der Art seiner Ausführung ab. Für den Grad des sozialpolitischen Verständnisses giebt der Gesetzestext einen viel weniger zuverlässigen Maßstab als die Energie, womit der Widerstand gegen seine Durchführung beseitigt wird. Diese Unterscheidung verstehen auch die Gegner des Arbeiterschutzes zu machen, indem sie behaupten, das schweizerische Fabrikgesetz habe keine praktische Geltung erlangt.

Ich möchte nun an Hand der zwanzigjährigen Erfahrungen feststellen, wie weit es gelungen ist, das Gesetz durchzuführen und wie weit nicht. Dann wird zu untersuchen sein, wo die Ursache der mangelhaften Vollziehung liegt: ob die Verhältnisse stärker waren als der gute Wille der Behörden, oder aber ob es am guten Willen gefehlt hat.

Zunächst ein Wort über das Anwendungsgebiet des Fabrikgesetzes. Es blieb während der verflossenen zwanzig Jahre nicht unverändert, vielmehr ist es durch zahlreiche Bundesrathsbeschlüsse wesentlich erweitert worden. Das Gesetz definirte als Fabrik jede industrielle Anstalt, worin gleichzeitig und regelmäßig eine Mehrzahl von Arbeitern außerhalb ihrer Wohnungen in geschlossenen Räumen beschäftigt werden. Man unterließ es also, eine bestimmte Mindestzahl von Arbeitern zum Begriffsmerkmal der Fabrik zu machen, überließ es vielmehr dem Bundesrath, je nach den besonderen Verhältnissen die Grenze enger oder weiter zu ziehen. Im Allgemeinen befolgte er die Tendenz, das Geltungsgebiet des Gesetzes nach Möglichkeit zu erweitern. Wegleitend sind zur Zeit folgende, im Bundesrathsbeschluß vom 3. Juni 1891 niedergelegten Gesichtspunkte: Als Fabriken gelten ohne Rücksicht auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter alle diejenigen Betriebe, welche außergewöhnliche Gefahren für Gesundheit oder Leben darbieten (sofern nur die oben erwähnten allgemeinen Voraussetzungen zutreffen). Dahin werden z. B. die Mühlen und die Elektrizitätswerke gerechnet, die dem Gesetz unterstellt werden, sobald die Zahl der Arbeiter zwei übersteigt. Sodann werden als Fabriken betrachtet alle Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern, welche mechanische Motoren verwenden oder Personen unter achtzehn Jahren beschäftigen. Endlich wird das Gesetz auf diejenigen Betriebe angewendet, in denen mehr als zehn Arbeiter thätig sind, gleichgiltig ob Motoren zur Verwendung kommen oder nicht. Darnach fallen also auch Konfektionsgeschäfte, Glättereien, Buchbindereien, Schreinereien, kurz solche Betriebe, auf die nach dem Sprachgebrauch der Ausdruck Fabrik nicht mehr paßt, unter das Gesetz. Im Jahre 1880 zählte man 2419 dem Fabrikgesetz unterstellte Etablissements mit 121209 Arbeitern. Ende 1897 aber standen auf den Fabriklisten 5496 Betriebe mit 210014 Arbeitern. Diese Zunahme ist also nur zu einem Theile auf die Vermehrung der Industrie und der industriellen Bevölkerung zurückzuführen, zum anderen Theile findet sie ihre Erklärung in der Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf solche Kategorien von Betrieben, die ihm anfänglich nicht unterstellt waren. Bei der Würdigung der nachfolgenden Angaben darf also nicht über-

sehen werden, daß das Fabrikgesetz auch auf solche Geschäfte angewendet worden ist, die bei einer Ausscheidung nach der Betriebsart dem Handwerk oder dem Kleinbetrieb zugetheilt werden müßten und die von den Besonderheiten des Großbetriebs, der naturgemäß der gesetzlichen Regelung am leichtesten zugänglich ist, wenig oder nichts erkennen lassen.

Die Durchführung des Fabrikgesetzes ist Sache der kantonalen Regierungen, die „hiefür geeignete Organe zu bezeichnen" haben. Die Aufsicht über die Durchführung ist dagegen dem Bundesrath vorbehalten, der sie durch das Fabrikinspektorat ausüben läßt. Die ganze Schweiz ist in drei Kreise eingetheilt, deren jedem ein Fabrikinspektor vorgesetzt ist. Ein Verfügungsrecht ist ihnen nicht eingeräumt. Stoßen sie auf Gesetzwidrigkeiten und Uebelstände, zu deren Beseitigung der Unternehmer sich nicht freiwillig entschließt, so haben sie den mit der Vollziehung des Gesetzes betrauten Behörden geeignete Anträge zu unterbreiten. Den drei Inspektoren sind gegenwärtig fünf Assistenten beigegeben. Dadurch ist es möglich gemacht, daß jeder Betrieb im Laufe des Jahres wenigstens einmal besucht werden kann. So kamen im Jahre 1897 auf 5496 Etablissements 6164 Besuche.

Wenn ich die einzelnen gesetzlichen Vorschriften nach ihrer Reihenfolge im Gesetz bespreche, so sind zuerst die auf den Bau und die innere Einrichtung der Arbeitsräume bezüglichen Bestimmungen zu erwähnen. Das Gesetz macht es in den Artikeln 2 und 3 den Unternehmern zur Pflicht, die Arbeitsräume, Maschinen und Werkgeräthschaften so herzustellen und zu unterhalten, daß dadurch Gesundheit und Leben der Arbeiter bestmöglichst gesichert werden, namentlich durch ausreichende Beleuchtung und Ventilation und durch Einfriedigung gefährlicher Maschinen und Maschinenbestandtheile. Ferner bestimmt es, daß die Pläne für den Neubau oder Umbau von Fabriken und für ihre innere Einrichtung den Kantonsregierungen vorzulegen sind und daß der Betrieb nur mit deren ausdrücklicher Ermächtigung eröffnet werden darf. Die Durchführung dieser Anordnungen stieß, namentlich im Anfang, auf große Schwierigkeiten. In manchen Fällen bedingten sie nicht unbeträchtliche Ausgaben. Dann kam es nur zu oft vor, daß die Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiter den Interessen des Unternehmers geopfert wurde, namentlich wenn dieser sich darauf berufen konnte, „daß man es bisher immer so gehalten habe". Während die Arbeiter sich sonst ziemlich rasch mit den ihnen durch das Fabrikgesetz eingeräumten Rechten bekannt machten und auf ihre Beobachtung bedacht waren, zeigten sie häufig nur ein sehr geringes Verständniß für die gesundheitlichen Vorschriften und ließen den Fabrikinspektor bei seinen Bemühungen, den oft krassen Uebelständen abzuhelfen, im Stiche. Die von ihm verlangten Ventilationseinrichtungen, Badegelegenheiten und Schutzvorrichtungen blieben unbenutzt, wodurch dann der Widerstand der Unternehmer verstärkt wurde. Wenn unter der Herrschaft des Fabrikgesetzes sich die Verhältnisse doch wesentlich gebessert haben, so wird das nicht zum kleinsten Theile dem Umstand geschuldet, daß sich das Interesse des Unternehmers mit der Absicht des Gesetzgebers deckt. Es liegt auf der Hand, daß eine gute Beleuchtung und ausreichende Ventilation den Gang der Arbeit in günstiger Weise beeinflussen. In den Fabrikinspektoratsberichten finden sich zahlreiche Belege dafür, daß die Auslagen für zweckmäßig eingerichtete Arbeitsräume durch eine Steigerung der Produktivität reichlich eingebracht wurden. So liest man beispielsweise im letztjährigen Bericht: „Ich vernahm wiederholt, daß sich die Produktion bei besserer Beleuchtung gesteigert habe. In einer Weberei hat sie seit Einführung des elektrischen Lichtes um 10 bis 15 Prozent zugenommen. Eine Seidenweberei produzirte im gut beleuchteten Schedbau ein Sechstel mehr,

als im weniger hellen Hochbau." Und da durch das Fabrikgesetz die Haftpflicht der Unternehmer für die Folgen von Betriebsunfällen eingeführt wurde, so lag die Verwendung von Schutzvorrichtungen, der Ersatz alter gefährlicher Maschinen durch solche neuerer Konstruktion in seinem eigensten Interesse. Allein dem Zwange des Gesetzes wie der Wirksamkeit der oben angestellten Erwägungen ist in der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit des Unternehmers eine oft sehr enge Grenze gezogen. Die Fabrikinspektoren konstatiren, daß die neuerstellten Fabriken im Allgemeinen den baupolizeilichen und hygienischen Anforderungen entsprechen, und daß sich darunter nicht wenige musterhafte Anlagen befinden. Aber ebenso regelmäßig ist ihre Klage über ungesunde, schlecht beleuchtete und schlecht ventilirte Arbeitsräume in den älteren Fabriken und namentlich in kleineren Betrieben. Diese sind meistens schon in der ganzen Anlage verfehlt, so daß mit Reparaturen und kleineren Veränderungen den Uebelständen nicht beizukommen ist. Am schlimmsten steht es natürlich in denjenigen Industrien, die ihre Blüthezeit hinter sich haben und trotzdem ohne große Verluste nicht liquidiren können. Das gilt namentlich von zahlreichen Stickereien und Baumwollspinnereien, deren Lage seit einer Reihe von Jahren gedrückt ist. Die daraus entstandenen Schwierigkeiten wurden noch dadurch vergrößert, daß es der Bundesrath an geeigneten Vollziehungsverordnungen fehlen ließ. Erst seit kurzer Zeit ist diesem Mangel abgeholfen worden. Am 13. Dezember 1893 hat der Bundesrath „Vorschriften für den Neu- oder Umbau von Fabrikanlagen" erlassen. Darnach dürfen in Zukunft von den Kantonsregierungen die Baupläne nur genehmigt werden, wenn sie gewissen Mindestforderungen genügen. Die Arbeitslokale müssen bei einer Bodenfläche von 100 bis 200 Meter wenigstens 3,5, sonst 4 Meter hoch sein. Der Luftraum soll pro Arbeiter nicht weniger als 10 Kubikmeter betragen. Für die Fenster ist eine Mindesthöhe von 1,8 Meter vorgeschrieben und für die Thüren eine Mindestbreite von 1,2 Meter. Die Kantonsregierungen dürfen Neu- oder Umbauten nicht genehmigen, bevor sie die Pläne dem zuständigen Fabrikinspektorat zur Begutachtung vorgelegt haben.

Wie die deutsche Gewerbeordnung, so verpflichtet auch das schweizerische Fabrikgesetz den Unternehmer zum Erlaß einer Fabrikordnung. Während die deutschen Fabrikordnungen aber nur den unteren Verwaltungsbehörden eingereicht zu werden brauchen, wird in der Schweiz die ausdrückliche Genehmigung durch die Kantonsregierung gefordert, die nur ertheilt werden darf, „wenn die Fabrikordnung nichts enthält, was gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstößt". Eine weitere Bürgschaft gegen die Schädigung der Arbeiter bietet die Vorschrift, wonach vor der Genehmigung von Fabrikordnungen den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden muß, sich darüber auszusprechen. Die Durchführung dieser Bestimmungen bot anfänglich sehr große Schwierigkeiten. Zuerst weigerten sich die Unternehmer, Fabrikordnungen zu erlassen, und als sie unter Androhung von Buße gezwungen wurden, dem Gesetze nachzuleben, versuchten sie die Sache zu ihrem Vortheil zu wenden und durch chikanöse Bestimmungen den Arbeiter möglichst abhängig zu machen. Allmälig ist es aber gelungen, die Unternehmer an den vom Gesetz geforderten Zustand zu gewöhnen. Die Inspektoren konstatiren seit dem Jahre 1887, daß sie nur noch selten eine Fabrik betreten, worin die Arbeitsordnung fehlt. Mehr Mühe kostete es, zu verhüten, daß die Unternehmer sich Rechte anmaßten, die ihnen nicht zukamen, namentlich die sofortige Entlassung der Arbeiter. Doch trat auch in dieser Hinsicht eine Besserung ein, als die Kantone anfingen, die ihnen eingereichten Fabrikordnungen vor der Genehmigung dem Fabrikinspektorat zur Begutachtung vorzulegen. Die Vorschrift, daß den

Arbeitern Gelegenheit gegeben werden müsse, sich über die zu erlassende Verordnung auszusprechen, hat auch in der Schweiz keine große praktische Bedeutung erlangt. Immerhin haben mehrere Kantone wie auch das Fabrikinspektorat sich bemüht, sie durchzuführen. Sie begnügen sich nicht mehr wie früher mit der Behauptung des Unternehmers, daß die neue Fabrikordnung zur Einsicht der Arbeiter irgendwo aufgelegt worden sei, sondern sie machen die Genehmigung davon abhängig, daß ihnen diese Thatsache von den Arbeitern selber unterschriftlich bescheinigt wird. Das schweizerische Industriedepartement erklärte letztes Jahr auf die Anfrage einer Kantonsregierung, daß es dieses vom Gesetze nicht vorgeschriebene Verfahren billige und zur Nachahmung empfehle. Von guter Wirkung war auch die vom Fabrikinspektorat besorgte Aufstellung eines Normalreglements, das von den Unternehmern sehr häufig bei der Abfassung der Fabrikordnung als Vorlage benützt wird. Endlich trug zur Beseitigung von Uebelständen nicht wenig der Umstand bei, daß sich die Arbeiterschaft mit dem Fabrikgesetz besser bekannt machte und selbst für die richtige Ausführung sorgte. Es gehört zu ihren geläufigsten Vorstellungen, daß eine Fabrikordnung ohne den Genehmigungsvermerk der Regierung ungiltig ist. Dank diesen Thatsachen ist es mit den Fabrikordnungen nicht schlecht bestellt. Die Bürgschaft für die Dauer dieses Verhältnisses liegt aber nicht im guten Willen der Unternehmer und den „erzieherischen Erfolgen" des Gesetzes, sondern in der sorgfältigen und gewissenhaften Kontrolle der durch die Arbeiterschaft unterstützten Behörden. Sobald dieser Damm wiche, würde das Bächlein der Ungehörigkeiten und Gesetzwidrigkeiten wieder anschwellen und über die Ufer treten.

Die Bußen bilden den Gegenstand zahlreicher Beschwerden. Sie dürfen nach Artikel 7 nur verhängt werden, wenn sie in der Fabrikordnung angedroht sind. Aus den Inspektionsberichten ergiebt sich nun, daß die Zahl der Betriebe, die auf Bußenandrohungen verzichten, von Jahr zu Jahr größer wird. Aus der französischen Schweiz wird mitgetheilt, daß von 1202 Fabriken nur 314 in der Fabrikordnung sich das Recht zur Verhängung von Bußen wahrten. Aus zwei Inspektionskreisen liegen Berechnungen vor über die Summe der in einem Jahre verhängten Bußen. Im Jahre 1892 wurden in 205 Fabriken, die zusammen 29 848 Arbeiter beschäftigten und 20 098 588 Mark Löhne ausbezahlten, im Laufe des genannten Jahres 13 704 Mark Bußen bezogen. Es entfielen also auf je 1000 Mark Lohn 68 Pfennig und auf jeden Arbeiter 46 Pfennig Bußen. Da diese Berechnungen nicht fortgesetzt wurden, so ist der genaue Nachweis, daß der Betrag der Bußen abgenommen hat, nicht ziffernmäßig zu erbringen. Die Fälle, wo die Unternehmer das zulässige Bußenmaximum überschreiten oder Bußen verhängen, die in der Arbeitsordnung nicht angedroht sind, wiederholen sich von Jahr zu Jahr. Doch ist zweifelsohne auch hier eine wesentliche Besserung eingetreten, namentlich seitdem die Arbeiter gelernt haben, ihre Rechte selber zu wahren. Immerhin sind die Mißstände groß genug, um das Begehren der Arbeiterschaft, es solle dem Unternehmer das Büßungsrecht, dies Privilegium, in der eigenen Sache den Richter zu spielen, genommen werden, vollauf gerechtfertigt erscheinen zu lassen.

Das schweizerische Fabrikgesetz sieht als Regel eine vierzehntägige Kündigungsfrist vor. Abweichungen, die schriftlich vereinbart werden müssen, scheinen im Laufe der Zeit seltener geworden zu sein. Die Zahltagsfrist ist ebenfalls auf vierzehn Tage angesetzt. Doch gestattet das Gesetz, sie durch „besondere Verständigung" auf vier Wochen auszudehnen. Die vierwöchentlichen Zahltagsfristen sind namentlich in der Uhrenindustrie der französischen Schweiz

noch üblich. Von 1412 Fabriken machten im Jahre 1897 329 je nach acht Tagen Zahltag, 683 nach vierzehn Tagen und 397 nach vier Wochen. Die Arbeiter kämpfen aber, unterstützt von den Fabrikinspektoren, mit Erfolg gegen diese langen Zahltagsfristen an und werden bei einer Revision des Fabrikgesetzes darauf bestehen, daß sie nicht über vierzehn Tage ausgedehnt werden dürfen.

Die Frage, mit welcher Gewissenhaftigkeit die Arbeiterschutzgesetzgebung vollzogen wird, ist namentlich bedeutsam für die Bestimmungen über die Arbeitszeit. Das schweizerische Fabrikgesetz beschränkt bekanntlich (in Artikel 11) die tägliche Arbeitszeit auf elf, an den Vorabenden von Sonn- und Festtagen auf zehn Stunden und regelt daneben noch in besonderen Bestimmungen die Frauen- und Kinderarbeit. Nicht selten wird behauptet, daß der Maximalarbeitstag in der Schweiz der Hauptsache nach nur als Dekoration gedient und dank den behördlich bewilligten und den unbewilligten Ausnahmen keine allgemeine Geltung erlangt habe. Die zahlreichen Beschwerden der schweizerischen Arbeiterschaft über allzu reichlich ertheilte Bewilligungen von Ueberzeitarbeit schienen diese Auffassung zu bestätigen. Eine sorgfältige Prüfung der Thatsachen führt aber zu einem ganz anderen Ergebniß.

Eine Untersuchung über die Wirkung des elfstündigen Maximalarbeitstags wird dadurch erschwert, daß es an einer umfassenden Erhebung über die Länge der Arbeitszeit in den verschiedenen Berufen vor dem Inkrafttreten des Fabrikgesetzes fehlt. Einen Normalarbeitstag kannten damals nur die beiden Kantone Glarus und Baselstadt, jener den elf-, dieser den zwölfstündigen. In den anderen Gebietstheilen der Schweiz war die Arbeitszeit der erwachsenen Männer gar nicht geregelt und die Abneigung gegen eine „Beschränkung der Vertragsfreiheit" wurzelte nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch bei den Arbeitern sehr tief. Im Jahre 1870 wurde im Kanton Zürich der zwölfstündige Maximalarbeitstag mit 26 983 gegen 18 216 Stimmen verworfen und zwei Jahre später gelangte in einer Kreisversammlung von Grütlivereinen folgende tiefsinnige Resolution zur Annahme: „Es geziemt dem freien Bürger-Arbeiter, daß er sich nach freier Uebereinkunft mit seinem Arbeitgeber den Feierabend selbst bestimmt. Ein Eingriff des Staates in dieses Recht ist nicht vom Guten und kann von freien Schweizerbürgern und gar von Grütlianern nicht gewollt werden." Mitte der siebziger Jahre wurde in der Textilindustrie, namentlich in den Stickereien und Baumwollspinnereien noch durchweg zwölf und dreizehn Stunden täglich gearbeitet, und dort, wo die Arbeitszeit auf elf Stunden heruntergesetzt war, wurde sie oft — namentlich wenn in Zeiten des Wassermangels der Betrieb gelitten hatte — monatelang um eine, zwei und mehr Stunden verlängert. Das Fabrikgesetz brachte also mit seinem elfstündigen Maximalarbeitstag für die meisten Geschäfte der Textilindustrie eine Verkürzung der Arbeitszeit um acht bis fünfzehn Prozent und für die anderen Industrien insofern eine vom Unternehmer schwer empfundene Neuerung, als ihm die willkürliche Verlängerung der Arbeitszeit über die üblichen elf Stunden hinaus untersagt wurde. Rechnet man nun noch hinzu, daß das Fabrikgesetz aus Furcht vor Lohnherabsetzungen auch von vielen Arbeitern — zumal außerhalb der Reihen der organisirten Arbeiterschaft — ungern gesehen wurde, und daß sowohl die Ausführung wie die Aufsicht darüber auch dem guten Willen im Anfang mancherlei Schwierigkeiten bot, so braucht man, um die Unregelmäßigkeiten der ersten Jahre zu erklären, nicht anzunehmen, daß sich die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit mit den Bedürfnissen der Industrie überhaupt nicht vertrage.

Das Gesetz selber hat die „Härte des Maximalarbeitstags" auf zwei Arten gemildert. Zunächst bestimmt es, daß solche Hilfsarbeiten, die der eigent-

lichen Fabrikation vor- oder nachgehen müssen, außerhalb der ordentlichen Arbeitszeit verrichtet werden dürfen, sofern dazu männliche Arbeiter oder unverheirathete Frauenspersonen über achtzehn Jahren verwendet werden. Als Hilfsarbeiten sind durch einen Bundesrathsbeschluß vom 3. Juni 1891 bezeichnet: das Anheizen der Dampfkessel und Oefen, das Reinigen von Kaminen, Kesseln, Oefen, Betriebsmotoren, Transmissionen und Werkzeugmaschinengruben, endlich das Abstauben von Gebälken in Gießereien und das Trocknen der Formen. Durch diesen Beschluß wurden langwierige Streitigkeiten darüber abgeschnitten, welche Arbeiten als Hilfsarbeiten betrachtet werden dürfen. Die Unternehmer zeigten große Lust, den halben Produktionsprozeß unter jenen Begriff zu bringen. Die beständigen Beschwerden der Arbeiterschaft veranlaßten schließlich den Bundesrath, eine Konferenz von Arbeitern und Unternehmern einzuberufen, worin man sich über die obige Erläuterung der „Hilfsarbeiten" einigte.

Die andere Abweichung von der Regel des Maximalarbeitstags besteht darin, daß den Aufsichtsbehörden gestattet ist, den Unternehmern auf Verlangen eine „ausnahmsweise oder vorübergehende Verlängerung der Arbeitszeit" zu bewilligen. Wird die Bewilligung für mehr als zwei Wochen verlangt, so kann sie nur von der Kantonsregierung (der obersten kantonalen Verwaltungsbehörde) ertheilt werden. In anderen Fällen sind die Bezirksbehörden zuständig.

Nun ist von vornherein zuzugeben, daß die Behörden es mit den Bewilligungen von Ueberzeitarbeit viel zu leicht genommen hatten. Sie fehlten in doppelter Hinsicht. Einmal unterließen sie, sich von der Nothwendigkeit der Ueberzeitarbeit zu überzeugen, und gestatteten sie auch in solchen Fällen, wo der Unternehmer sich auf andere Art, namentlich durch eine geschicktere Eintheilung der Arbeit oder durch Beschäftigung vermehrter Arbeitskräfte hätte behelfen können. Sodann gestatteten sie die Ueberzeitarbeit nicht nur, wie der Sinn und Geist des Gesetzes es verlangte, für kurze Fristen, sondern für einen, zwei, drei und mehr Monate, so daß von „vorübergehender" Verlängerung der Arbeitszeit schlechterdings nicht mehr geredet werden konnte. Die Klagen der Fabrikinspektoren über diese, den Unternehmern gesetzwidrig gewährten Vergünstigungen ziehen sich durch alle ihre Berichte hindurch. Sie werden nicht müde, den Kantonsregierungen größere Strenge bei der Behandlung solcher Gesuche zu empfehlen und sie auf vorgekommene Gesetzwidrigkeiten aufmerksam zu machen. Und nicht weniger energisch drängten die Arbeiter auf Abhilfe. Wo immer sich Gelegenheit bot, beschwerten sie sich über die laxe Handhabung des Gesetzes.

Allein wenn nun von Gegnern des Arbeiterschutzes daraus gefolgert wird, daß die „Macht der Thatsachen" und das „wirthschaftliche Bedürfniß" stärker sei als das Gesetz, und daß eine gesetzliche Regelung des Arbeitstags ohne praktischen Nutzen sei (wie das in der nationalökonomischen Literatur und auch im deutschen Reichstag öfter geschah), so ist darauf ebenfalls „an Hand der Erfahrung" Folgendes zu erwidern:

Aus den Berichten der Fabrikinspektoren geht hervor, „daß eine große Zahl von Ueberzeitbewilligungen mit dem „wirthschaftlichen Bedürfniß" sehr wenig, desto mehr aber mit der Bequemlichkeit und der Unfähigkeit der Betriebsleiter zu thun hatte. Wenigstens die Hälfte aller Gesuche um Ueberzeitarbeit hätte abgewiesen werden können, ohne die Industrie oder auch nur die Profitsucht der Unternehmer zu schädigen.

Sodann ist die nachläßige Ausführung des Gesetzes und der Mißbrauch der Ueberzeitbewilligungen zu einem großen Theile durch den Mangel an Vollziehungsvorschriften verschuldet worden. Eine Reihe von Uebelständen verschwand,

als der Bundesrath im Jahre 1885 Folgendes verfügte: Es sollen in Zukunft die Ueberzeitbewilligungen nur noch schriftlich ertheilt werden; sie müssen durch Anschlag in der Fabrik den Arbeitern bekannt gemacht werden und genaue Angaben darüber enthalten, wie viel Stunden Ueberzeit für wie viel Tage und für wie viel Arbeiter bewilligt wird. Einige Regierungen, so die Züricher, gingen noch weiter und ertheilten die Bewilligung von Ueberzeitarbeit für keine längere Dauer als für einen Monat und im Maximum für zwei Stunden täglich; auch knüpften sie an die Bewilligung die Bedingung, daß zur Ueberzeitarbeit keine Arbeiter unter achtzehn Jahren verwendet werden dürfen.

Endlich — und darauf möchte ich besonderes Gewicht legen — hat man sich vom Mißbrauch der Ueberzeitbewilligungen und von ihrem Einfluß auf die Dauer der Arbeitszeit häufig übertriebene Vorstellungen gemacht. Das mögen einige thatsächliche Angaben erläutern. Seit dem Jahre 1886 stellt der Inspektor des ersten Kreises die Ueberzeitbewilligungen zusammen. Fürs Jahr 1897 ergiebt sich beispielsweise Folgendes:

Von 1997 Fabriken haben 419 — also etwa der fünfte Theil — Ueberzeitbewilligung verlangt. Nur ein Bruchtheil ihrer 85657 Arbeiter, nämlich 11253, sind zur Ueberzeitarbeit verwendet worden. Die Zahl der Ueberzeitstunden beläuft sich auf 214834. Es entfallen also auf jeden einzelnen zur Ueberzeitarbeit herangezogenen Arbeiter im Jahre neunzehn Stunden, was eine Verlängerung seiner Jahresarbeitszeit um 0,6 Prozent bedeutet. Gemessen an der ordentlichen Jahresarbeitszeit der gesammten Arbeiterschaft schmilzt die Verlängerung auf 0,08 Prozent zusammen. Die Ueberzeitbewilligungen waren nun freilich früher häufiger. Den höchsten Stand erreichten sie in den Jahren 1888 und 1889. In dem zuletzt genannten Jahre haben im ersten Inspektionskreis 24504 Arbeiter 816714 Stunden Ueberzeitarbeit geleistet. Die Jahresarbeitszeit des Einzelnen wurde also um 33 Stunden und die normale Arbeitszeit der gesammten Arbeiterschaft um 0,34 Prozent verlängert.

Seither haben sich die Verhältnisse wesentlich gebessert, wie aus folgender Tabelle zu ersehen ist.

Es betrug in einem Inspektionskreis:

Im Jahre	Die Zahl der Arbeiter	Die Zahl der Fabriken	Die Zahl der Bewilligungen	Zahl der Arbeiter, denen die Bewilligung ertheilt wurde	Die Zahl der bewilligten Ueberzeitstunden	Es entfallen also pro Jahr auf einen Arbeiter Ueberzeitstunden	Es wurde die normale Arbeitszeit der gesammten Arbeiterschaft dadurch verlängert um
							Prozent
1886	66 286	1566	235	18 906	487 637	25	0,22
1887	66 738	1603	360	17 442	647 640	37	0,30
1888	71 494	1654	478	21 288	715 827	34	0,29
1889	71 577	1684	566	24 504	816 714	33	0,34
1890	72 483	1737	441	15 235	368 783	24	0,15
1891	74 104	1830	434	14 101	373 953	26	0,15
1892	77 913	1861	374	9 248	168 860	18	0,07
1893	78 317	1854	425	11 440	227 471	20	0,09
1894	82 149	1823	458	10 776	203 181	20	0,07
1895	82 647	1867	529	12 188	231 253	19	0,09
1896	84 031	1934	442	13 635	231 843	17	0,08
1897	85 657	1997	419	11 253	214 834	19	0,08

Seit sechs Jahren kommen also im jährlichen Durchschnitt auf diejenigen Arbeiter, die zur Ueberzeitarbeit herangezogen wurden, etwas mehr als anderthalb Arbeitstage. In Wirklichkeit macht sich freilich die Sache deshalb anders, weil sich die Ueberstunden auf die einzelnen Arbeiter sehr ungleichmäßig vertheilen und manche den Maximalarbeitstag häufig und während längerer Zeit überschreiten, wogegen für andere die Zahl der Ueberstunden eines Jahres stark unterm Durchschnitt bleibt. Aber auch bei Berücksichtigung dieses Umstandes erweist sich die Behauptung, daß der Maximalarbeitstag durch die gestatteten Ausnahmen selbst zur Ausnahme geworden sei, als eine starke Uebertreibung. Die Beschwerden der Arbeiterschaft verlieren deshalb nichts von ihrer Berechtigung, vielmehr finden sie in den mitgetheilten Angaben erst ihre volle Begründung. Sie protestirt gegen die in leichtfertiger Weise ertheilten, sei es auch verhältnißmäßig geringen Ueberzeitbewilligungen, weil sie von ihrer Entbehrlichkeit überzeugt ist und weil jede Bewilligung die Gefahr des Mißbrauchs und der Gesetzesübertretung in sich birgt. Wie oft ohne behördliche Bewilligung über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird, entzieht sich natürlich jeder Schätzung. Immerhin läßt sich so viel sagen, daß diese Fälle gegenwärtig lange nicht mehr so zahlreich sind wie früher, wennschon sie in abgelegenen Gegenden und an kleineren Orten, wo es an der von der Arbeiterschaft selbst ausgeübten Kontrolle fehlt und die Gemeindebehörden ihre Pflicht nicht thun, nicht selten vorkommen mögen. Die obige Annahme steht nur scheinbar in Widerspruch mit der Thatsache, daß die Fälle der Bestrafung wegen Mißachtung des Maximalarbeitstags in den letzten Jahren häufiger geworden sind. Diese Thatsache wird von den Fabrikinspektoren mit Recht dahin gedeutet, daß die von den Behörden ausgeübte Aufsicht besser geworden ist und weniger Uebertretungen unbeachtet bleiben.

Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Thatsache, daß das Urtheil vieler Betriebsinhaber über den wirthschaftlichen Nutzen der Ueberzeitarbeit heute ein anderes ist als früher. Sie glaubten konstatiren zu müssen, daß die Leistungsfähigkeit der Arbeiter in den Ueberstunden gering ist und daß der Arbeitsertrag in keinem Verhältniß zu den durch die Ueberzeitarbeit verursachten Mehrauslagen steht. Fast in jedem Inspektoratsbericht werden derartige Aeußerungen von Unternehmern mitgetheilt, die den Zweck, den sie mit der Ueberzeitarbeit nicht erreichen konnten, nun mit anderen Mitteln zu erreichen versuchen.

Seit dem Inkrafttreten des Fabrikgesetzes hat in den meisten Industrien die Arbeitszeit eine Verkürzung erfahren. Im Jahre 1895 sind genaue Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben veranstaltet worden. Damals arbeiteten von 200199 Arbeitern

114297 =	57,0	Prozent	täglich	11	Stunden
18530 =	9,2	"	"	10½	"
56738 =	28,4	"	"	10	"
6651 =	3,4	"	"	9½	"
2793 =	1,4	"	"	9	"
1190 =	0,6	"	"	8½	"

Am hartnäckigsten widersetzt sich die Baumwollindustrie der Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie auch die miserabelsten Löhne zahlt und am häufigsten Ueberzeitbewilligung verlangt. Von den 48536 Arbeitern, die sie im Jahre 1895 beschäftigte, arbeiteten 44623, d. h. 92 Prozent, noch volle elf Stunden. Um ein Weniges besser liegen die Dinge in der Seidenindustrie, wo von 27667 Arbeitern wenigstens 3638 = 13 Prozent sich einer zehneinhalb- oder zehnstündigen Arbeitszeit erfreuen. Am günstigsten ist das Verhältniß in den polygraphischen Gewerben

und in der Maschinenindustrie. Dort herrscht die neun- und neuneinhalbstündige, hier die zehnstündige Arbeitszeit vor.

Hätte die schweizerische Arbeiterschaft nicht im gesetzlichen Maximalarbeitstag einen sicheren Stützpunkt gehabt, so wären ihre Bemühungen um Abkürzung der Arbeitszeit schwerlich so erfolgreich gewesen. Man darf annehmen, daß gegenwärtig die Hälfte aller Arbeiter einen zehnstündigen Arbeitstag hat. Die Arbeiterschaft rechnet es zu ihren hervorragendsten Aufgaben, diesen Erfolg im Gesetz festzulegen und ihn dadurch auch denjenigen zu sichern, die noch nicht über den Vortheil einer starken gewerkschaftlichen Organisation verfügen. Bei der geplanten Revision des Fabrikgesetzes wird der Antrag auf Einführung des Zehnstundentags im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

An die Einführung des elfstündigen Maximalarbeitstags wurden von den Unternehmern arge Befürchtungen geknüpft. Sie behaupteten, daß sie binnen kürzester Frist der ausländischen Konkurrenz erliegen und Tausende von Arbeitern ihre Beschäftigung verlieren würden. Der Bundesrath beauftragte deshalb nach der Annahme des Gesetzes die Fabrikinspektoren, dem Einfluß des Maximalarbeitstags auf die Produktivität ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die namentlich von dem Inspektor des ersten Kreises, Dr. F. Schuler, seit zwanzig Jahren gemachten Erfahrungen fassen sich dahin zusammen, daß der Maximalarbeitstag für den Arbeiter keine Lohnherabsetzung und für den Unternehmer keine Verminderung des Reinertrags zur Folge hatte. Der Ausfall, den die Verkürzung der Arbeitszeit an sich verursachte, wurde ohne große Mühe wieder eingebracht durch verbesserte Produktionsmethoden und die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Arbeiter. (Schluß folgt.)

England und Frankreich.

Von Eduard Bernstein.

London, den 14. November 1898.

„England wird die Welt noch durch seine Feigheit in Erstaunen setzen“ — es gehörte nicht sehr viel tiefe Geschichtskenntniß dazu, um diesen Bismarckschen Ausspruch zu thun. Ein Land mit so viel Angriffspunkten läßt sich nicht leicht auf größere Händel ein. Indeß es giebt kein Land, in Bezug auf das mehr prophezeit und weniger eingetroffen wäre, als England. Unzählige Male ist das „moderne Karthago“ schon am Vorabend seines Verfalls gesehen worden; aber die angekündigten geschichtlichen Vorabende haben oft große Aehnlichkeit mit den Vorbereitungen Israels auf den Messias: sie nehmen kein Ende. England trägt heute weniger Zeichen des Verfalls zur Schau wie zu irgend einer früheren Zeit und hat vorläufig die Welt wieder einmal durch seine Kriegslust in Erstaunen versetzt.

Denn daran kann nicht der geringste Zweifel sein, daß die Rüstungen der letzten Wochen mehr waren als leere Demonstrationen, und daß die Regierung Lord Salisburys die ganze Nation hinter sich hatte, als sie sich entschlossen zeigte, Englands Ansprüche in Aegypten gegebenenfalls mit Waffengewalt Frankreich gegenüber zu vertreten. Wer den englischen Nationalcharakter kennt, diese eigenartige Mischung von höchster Zivilisation und urwüchsiger Rauflust, von ausgeprägtem Rechtsgefühl und fast religiöser Verehrung der Gewalt und des Erfolgs, den konnte diese Erscheinung in keiner Weise wunder nehmen. Es wirkte eben alles zusammen, dem Durchschnitts-Engländer die Ueberzeugung beizubringen,

daß der Kampf mit Frankreich ebenso sehr ein Kampf ums Recht war, wie ein Kampf um ein wichtiges reichspolitisches Interesse. Und unter denen, die es bedauern, daß Lord Salisbury nicht den Krieg erzwungen hat, um Frankreich auf längere Zeit lahm zu legen, findet man viele Leute, die sonst sehr weit davon entfernt sind, Jingoes zu sein, und zu anderen Zeiten eine wahre Schwäche für Frankreich bekunden. „La Nation Femme", wie Proudhon im Ingrimm seine Landsleute betitelte, hatte es verstanden, John Bull in wirkliche Wuthstimmung zu versetzen. Diese Wuth kann bei der ersten Gelegenheit wieder ausbrechen, falls Frankreich in Wahrheit dazu schritte, für den Rückzug aus Faschoda sich durch eine Politik der „Nadelstiche", wie einige Pariser Blätter schrieben, Genugthuung zu verschaffen. Ein kräftiger Faustschlag würde in England weniger Erbitterung hervorrufen, als solche Wadenkneiferei.

Es liegt nahe, den Streit Englands und Frankreichs um Aegypten mit dem Streite zweier Räuber um fremdes Gut zu vergleichen. Aber alle Eigenthumstitel sind relativ, und bei der Beurtheilung internationaler Fragen ist der Standpunkt abstrakter Moral unfruchtbar. Qua „Räuber" hat England jedenfalls zur Zeit stärkeren Anspruch auf die Schutzherrschaft über Aegypten und den ägyptischen Sudan als Frankreich, und vom Standpunkt der Reichsinteressen aus ist für England die Position in Aegypten von ungleich größerer Wichtigkeit als für Frankreich.

Allerdings giebt es noch immer unter den Altgläubigen der Cobdenschen Freihandelsschule Leute, die davon nichts wissen wollen und die Ueberlieferung John Brights hochhalten, der 1882 aus dem Ministerium Gladstone austrat, als dieses dem Aufstand der von Arabi Pascha geführten Nationalpartei mit Waffengewalt entgegentrat. Indeß so unumschränkt der Freihandel heute praktisch England beherrscht, so viel Einschränkungen hat sich die alte Doktrin der Freihandelsvorkämpfer gefallen lassen müssen — das unvermeidliche Schicksal jeder Doktrin, die aus Parteisache nationale Angelegenheit wird. Cobden und Bright waren Enthusiasten der Sparsamkeit, sie sollte in der Politik wie in der Privatwirthschaft herrschen, Billigkeit war das erlösende Evangelium. Ihre Traditionen werden von der sogenannten Klein-England-Partei hochgehalten, die einst eine tonangebende Rolle in der liberalen Partei spielte, gegenwärtig aber, trotz sehr fähiger Vertretung in der Presse, zur einflußlosen Sekte zusammengeschrumpft ist. Ein Vertreter dieser Partei, Lord Farrer, protestirte noch zu Anfang dieses Jahres in einer Zuschrift an die „Times" leidenschaftlich gegen die kostspielige Wiedereroberung des Sudan, worauf ihm das Cityblatt trocken erwiderte, Lord Farrer würde sicherlich, wenn es in seiner Macht gelegen hätte, den Aufbau des britischen Reiches verhindert haben, blos des Kostenpunkts wegen. Wer fragt aber bei solchen Dingen nach den Kosten?

Die „Times", wie überhaupt die mit der Regierung gehende Presse, vertheidigte den Sudanfeldzug als im Interesse Aegyptens gelegen, dessen Lage stets gefährdet sei, solange die Provinzen des oberen Nil in den Händen der fanatischen und gewaltthätigen Derwische seien. Man wird das nicht bestreiten können. Aber England hätte schwerlich auch nur einen Finger für die Unterdrückung des Kalifen gerührt, wenn nicht seine eigenen Interessen in gleicher Weise den Feldzug erheischten. Es schlägt dort zwei Fliegen mit einer Klappe. Es sichert sich den Handelsweg nach den mittelafrikanischen Seen und dem Innern Britisch-Ostafrikas, und es stärkt seine Operationsbasis gegen etwaige Angriffe auf seinen asiatischen Besitz, insbesondere auf Indien. Wie Gladstone im September 1882 indische Besatzungstruppen nach Aegypten warf, so können

in ähnlicher Situation später mit Leichtigkeit anglo-ägyptische Truppen nach Indien geworfen werden, und welche Bedeutung Aegypten für die Beherrschung des Rothen Meeres hat, bedarf keiner langen Erklärung. Die Sperrung des Suezkanals für Kriegsschiffe durch irgend eine Macht oder sonstige Umstände kann für England in hohem Grade in ihrer Wirkung aufgehoben werden, wenn es über Aegypten und den Sudan verfügt.

Indeß auch für Frankreich hätte die Stellung als Schutzherr Aegyptens einen großen kommerziellen und strategischen Werth. Es hat sich in Nordafrika ein ungeheures Kolonialreich — man kann noch nicht sagen gegründet, aber jedenfalls abgesteckt, das mit Aegypten oder auch nur dem östlichen Sudan Afrika von Kap Verde bis zum Rothen Meere beherrschen würde, und es hat ebenfalls in Asien ein Kolonialreich zu vertheidigen. Es ist also jedenfalls mehr wie eine romantische, auf die Erinnerung an Bonapartes Schlacht bei den Pyramiden und Lesseps' schöpferisches Verdienst um den Suezkanal zurückgreifende Schrulle, die die Franzosen dazu treibt, den Engländern am Nil jedes mögliche Hinderniß in den Weg zu werfen, und das Gezeter der Boulevardpresse über Englands „Habgier" kann daher nur Achselzucken erregen. Aber wie sich das Indische Reich zum indochinesischen Besitz Frankreichs verhält, so verhält sich die Bedeutung Aegyptens für England zu dem Interesse, das sich für Frankreich an seinen Besitz knüpft.

Frankreich hat eine fast stabile Bevölkerungsziffer und würde ohne Einwanderung absoluten Stillstand oder Rückgang seiner Bevölkerungszahl aufweisen. Seine Kolonien sind daher, mit Ausnahme von Algier, reine Beamten- und Kaufmannskolonien. Sie kosten dem Mutterland schweres Geld und haben für die französische Handelswelt als spezifisch französischer Besitz nur Werth, insofern sie ihr Zoll- und andere Privilegien sichern. Speziell Indochina ist für Frankreich eine äußerst kostspielige Besitzung, während die Annektirung Madagaskars hauptsächlich die Bevorrechtung des französischen Handels auf Kosten des Handels von England und dem sonstigen Ausland zum Zwecke hatte. An die Kontrolle des Suezkanals, bezw. des Rothen Meeres knüpft sich für Frankreich kein unmittelbares Interesse seines Wirthschaftslebens. Sie hat für Frankreich mehr Werth als Operationsbasis für Angriffe wie als Schlüssel zu einem Besitzthum, dessen Verlust sein nationales Leben irgendwie erschüttern würde. England aber, das eine noch größere Bevölkerungszunahme hat wie Deutschland, und jährlich durchschnittlich 200000 Auswanderer abgiebt, vertheidigt am Nil eine Straße, die für den regelmäßigen Gang seiner Wirthschaft von ungeheurer Bedeutung ist. Die Kontrolle dieser Straße hat für es in erster Reihe — obgleich natürlich während eines Krieges Englands Interesse auch die Schließung des Weges vom Mittelmeer nach dem Indischen Ozean erheischen kann — als *Abwehr* solcher Schließung, als Sicherung der *Freiheit* dieses Weges Bedeutung, ebenso wie seine heutige Kolonialpolitik in erster Linie *Abwehrpolitik*, Sicherung der Politik der „offenen Thüre" für den englischen Handel ohne Ausschluß anderer Länder ist. Der Umschwung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Kolonialfrage und der Rückgang der Klein-England-Partei sind vor Allem das Resultat der Schutzzollbewegung, die Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre auf dem festländischen Europa eingesetzt hat und noch immer ihr Wesen treibt.

Wie stark verbreitet das Gefühl ist, daß England den Bestrebungen, ihm die Handelswege zu verlegen, mit aller Macht entgegentreten muß, zeigt das Verhalten der englischen Sozialisten gegenüber der jetzigen Krisis. Um es vorauszuschicken, so haben sie sich, ohne Unterschied der Fraktionen, von Anfang an

jeder Kriegshetzerei entgegengestellt und die überhebende und herausfordernd
Sprache der sogenannten Jingopresse scharf bekämpft. Aber „Justice“, das Orga
der „Sozialdemokratischen Föderation“, sieht sich doch in seiner neuesten Numme
veranlaßt, festzustellen, daß „selbst das ärgste englische Jingoblatt nichts übe
Frankreich geschrieben hat, was an giftiger Schurkerei und schuftiger Verdrehun
der Thatsachen den täglichen Auslassungen über England von ‚Petit Journal‘
‚Libre parole‘ und ‚Intransigeant‘ gleichkäme“. Im Gegentheil, bei aller Schärf
ihrer Sprache hinsichtlich der ägyptischen Frage hätten selbst diejenigen englische
Blätter, die hierin den extremsten Standpunkt einnahmen, immer noch die größte Rück-
sicht hinsichtlich Frankreichs an den Tag gelegt. Solche „Gossenblätter“ wie di
genannten mit ihren Riesenauflagen könnten in England keine Woche existiren. In Eng-
land gäbe es Niemand, der Frankreich übel wolle. So „Justice“, und kein unparteiische
Beobachter wird dem, was sie über die englische Presse sagt, die Berechtigun
bestreiten. An Taktlosigkeiten hat es nicht gefehlt, aber auf gemeine Beschimpf-
ungen der Franzosen bin ich nirgends gestoßen. Indeß „Justice“ läßt es be
dieser Zurechtweisung nicht bewenden. In einem Leitartikel über „Imperia-
lismus und Räuberei“, der zunächst aufs Heftigste mit der englischen Kolonial-
politik ins Gericht geht, sagt in der gestrigen Nummer H. M. Hyndman an
Schlusse:

„Aber wir Sozialisten sind keine Quäker. Wir sind durchaus nicht für
Frieden um jeden Preis. Wir sind der Ansicht, daß wir dem Schlagenden nich
unsere, sondern seine eigene andere Backe hinhalten müssen. Wenn unsere Korn-
zufuhr von feindlichen Gewalten bedroht wäre; wenn verbündete despotische und
republikanische Regierungen uns zumutheten, unser Asylrecht aufzugeben oder ihne
zu Gefallen unsere Freiheiten zu verkürzen; wenn unsere freien Kolonien vo
Invasionen bedroht wären; ja, wenn Andere gegen den von uns seit Jahrhun-
derten ausgeübten Handel feindlich vorgehen und sich anschicken sollten, ihm
Knüttel in den Weg zu legen — in allen diesen Fällen würden wir gleich dem
wüthendsten der journalistischen Feuerfresser sehr gern die überwältigenden Mittel
des Britischen Reiches gegen jede mögliche Kombination von Feinden bis aufs
Aeußerste in Anwendung gebracht sehen.“ Gegen jeden Krieg aber, der nur
den Zweck hätte, die herrschenden Klassen Englands auf Kosten unterworfene
Völker zu bereichern und in ihrer Politik der Vernachlässigung der Volksinteresse
zu stärken, würden die englischen Sozialisten als imperialistische Räuberei Protes
einlegen.

Hyndman hat sich durch dieses offene Wort unseres Erachtens ein großes
Verdienst erworben. In gewissen Situationen ist es gut und dem Friede
förderlich, dem Nachbarvolk jede Illusion über die Stimmung der eigenen Natio
zu nehmen, und in keinem Falle ist dies vielleicht mehr angebracht wie bei de
Franzosen, die ja — und das entschuldigt vieles bei ihnen — eines der leicht-
gläubigsten Völker der Welt sind, immer geneigt, sich Selbsttäuschungen über di
Verhältnisse in anderen Ländern hinzugeben. Selbstverständlich giebt es da Aus-
nahmen, aber nicht die verständigen Blätter haben das Ohr der Menge, sonder
leider die Blätter, die Hyndman als Gossenpresse bezeichnet.

Ein anderer Beweis für die Stimmung unter den Sozialisten und Arbeiter
ist ein Vortrag über das (britische) Reich und die Arbeiter, den John Burns
gestern im Arbeiterbund von Battersea gehalten hat. Der noch immer seh
populäre Volkstribun drückte sich sehr imperialistisch aus, wobei man indeß nich
an kontinentalen Imperialismus denken muß. Der englische Imperialismus be-
ruht heute in hohem Grade auf dem freien Bunde der demokratischen Kolonie

mit dem Mutterlande und trägt dadurch einen stark demokratischen Zug. Das britische Weltreich stützt sich heute auf ein Weltvolk. Was schon vor Jahren in dieser Zeitschrift festgestellt wurde, und was sich im vorigen Jahre beim Jubiläum der Königin so offenkundig gezeigt hat, das erhält mit jedem Tage neue Bekräftigung: die wachsende Neigung der einst schon von Englands Politikern halb aufgegebenen, selbstregierenden Kolonien zu engerer Verbindung mit England. Es sind natürlich nicht nur sentimentale Gründe, Klassen- und Sprachgemeinschaft, welche dieser Neigung Vorschub leisten, die durchaus materielle Thatsache, daß diese Kolonien ihren Hauptkunden für ihre Produkte im Mutterland haben, das ihre Produkte unverzollt aufnimmt,[1] spricht ein sehr entscheidendes Wort mit. Und die auf Rassengemeinschaft oder Sprachverwandtschaft beruhenden sentimentalen Rücksichten würden durch allerhand Gegenströmungen aufgewogen werden, wenn nicht gerade die volle wirthschaftliche und politische Selbstbestimmung, die England seinen Kolonien läßt, solchen Strömungen jeden Boden entzöge. „Es giebt keinen einzigen Punkt“, erklärte dem Schreiber dieses jüngst ein australischer Sozialist, „der uns Anlaß gäbe, mit dem Mutterland zu hadern“.

Burns konstatirte in seinem Vortrag, daß England von der Lektion, die es im amerikanischen Unabhängigkeitskampf erfahren, gehörig profitirt habe. Wohl gäbe es hier und da Mängel im System seiner Kolonien, und Indien sei sicher ein schwaches Glied in der Kette. Aber kein vernünftiger Mensch könne daran denken, es jetzt aufzugeben und es dem Chaos und der Rivalität der Rassen zu überlassen, und ebenso wenig sei jetzt daran zu denken, Aegypten aufzugeben oder die Flotte zu reduziren. Er sei für die vom Zaren vorgeschlagene Friedenskonferenz, aber ein stärkerer Friedensfaktor als das Rundschreiben des Zaren sei die Einheit der freien, selbstregierenden Völker britischer Zunge. Bei der Stellung Englands in Europa und seiner Ueberlegenheit zur See, bei der mit jedem Tage sich stärker bekundenden Annäherung der Vereinigten Staaten an das Britische Reich und der sympathischen Haltung der Kolonien könne England der ganzen Welt die Stirne bieten. Mit dieser Macht aber sei eine große Verantwortung verbunden, an der sie alle trügen. Je mehr die Demokratie sich ausbreite, um so mehr müsse das zivile Element in der Verwaltung an Gewicht gewinnen. Bei guter und wohleingerichteter Regierung sei die Fähigkeit des Reiches zum Guten unbegrenzt.

Als Burns davon sprach, daß England Aegypten jetzt nicht aufgeben werde, ertönte aus der stark besuchten Versammlung lauter Beifall. Die ganze Rede und ihre Aufnahme ist ein charakteristisches Meinungsmerkmal, das nicht nur die leitenden Politiker Frankreichs gut thun, zu berücksichtigen. Soviel ist außer Zweifel, daß als Lord Salisbury am Lordmayors Bankett erklärte, England sei mit seiner jetzigen Position in Aegypten ganz zufrieden, werde aber, wenn man — d. h. Frankreich — fortfahre, es zu drängeln, die nöthigen Aenderungen zu treffen wissen, er seine Engländer ohne Ausnahme hinter sich hatte. Vielen, darunter gar mancher, der bisher Frankreich die Stange hielt, wäre es lieber gewesen, wenn er gleich frischweg die englische Schutzherrschaft über Aegypten erklärt hätte. Sie meinen, mehr wie jetzt hätte Frankreich auch nicht aufbegehrt, jedenfalls aber wäre die Sache so oder so zur Entscheidung gekommen. Indeß Salisbury ist nun einmal von der Schule des „langsam voran“, und der Illu-

[1] Die Ausfuhr Australasiens nach England betrug 1865 10 Millionen, 1895 33 Millionen Pfund Sterling im Werth.

sion, daß sich England weiterhin gutwillig in Afrika auf die Füße treten lassen wird, hat er jedenfalls einen starken Stoß versetzt.

Heute bringt das „Daily Chronicle“ über Liverpool die Nachricht von verschiedenen Nachschüben, die zur Verstärkung Marchands und seiner Operationen seit September unterwegs seien, einer davon bestimmt, auf El Obeid zu marschiren, die Hauptstadt Kordofans. Bewahrheitet sie sich, so würde der Plan einer Eroberung des ägyptischen Sudan bezw. des Versuchs einer antienglischen Kooperation mit dem jetzt flüchtigen Kalifen, wie ihn das radikale Blatt schon seit längerer Zeit den Franzosen nachsagt, außer allen Zweifel gestellt. Die früheren Meldungen desselben Blattes von aufgefangenen Briefen Marchands an den Kalifen sind zwar offiziell desavouirt worden, aber sie hatten nichts Unwahrscheinliches an sich. Sie stimmen mit der traditionellen Politik Frankreichs (womit hier immer das offizielle, von der Kolonialpartei mehr oder weniger beeinflußte Frankreich gemeint ist) in Aegypten durchaus überein. Während die Engländer das einheimische Element und namentlich die Bauern (die Fellahs) protegiren, welch Letzteren die englische Herrschaft viele Verbesserungen gebracht hat,[1] stecken sich die Franzosen hinter das arabische und türkische Element, die Paschas und Effendis, welche die schönen Tage uneingeschränkter Bauernschinderei nicht vergessen können. Verblendeter Romantizismus (man erinnere sich der verunglückten Expedition des Ollivier Pain) und verletzter Nationalstolz reichen sich die Hand zu einem recht unschönen Werke. Denn was man auch der englischen Herrschaft in Aegypten nachsagen kann, verglichen mit der arabisch-türkischen Paschawirthschaft bedeutet sie für das ägyptische Volk einen wirklichen Segen.

Dies nebenbei. Das Erscheinen der besagten Nachschübe im Bahr el Gasal und anderen, zum alten Khedivat gehörenden Provinzen würde natürlich die Situation ziemlich unangenehm kompliziren. Schon jetzt ist die Frage, was aus den von Marchand im Bahr el Gasal vertheilten Besatzungen und „Posten“ werden soll, keine einfache. An sich würden die Engländer ganz gern den Franzosen eine Art Genugthuung für den Abzug Marchands aus Faschoda zugestehen, wenn die Sache damit erledigt wäre. Aber nach den Erfahrungen in Siam, Madagaskar und am Niger scheut man sich, ein neues Präzedenz dafür zu schaffen, daß es genügt, England einen Knüttel in den Weg zu legen, um für das Zurückziehen des Knüttels eine fette Konzession zu erhalten. Geht Lord Salisbury, der den Franzosen sehr gewogen ist, hierin über das Allernothwendigste — einen Einschnitt ins Bahr el Gasal, der den Franzosen eine Station für den Wasserweg zum Nil bietet — hinaus, so dürfte es einen artigen Sturm im Lande geben.

Von der Niutschwang-Affäre ist alles ruhig. Wenn Rußland wirklich Absicht auf diesen Hafen hatte, so hat es sie Angesichts der deutlichen Beweise von Englands Entschluß, sich nicht von Neuem prellen zu lassen, und der noch deutlicheren Beweise von der Unterstützung Englands durch Japan und die Vereinigten Staaten in dieser Frage, klüglich aufgegeben. Der russische Geschäftsträger in den Vereinigten Staaten, Graf Cassini, hat in New York in einem Interview feierlich jede Absicht Rußlands auf diesen wichtigen mandschurischen Hafen in Abrede gestellt. Mit den Vereinigten Staaten und Japan auf seiner Seite ist man in England ziemlich sicher, daß Rußland sich in Nordchina nie zu weit vorwagen wird. Und deren Unterstützung ist bei der Uebereinstimmung der Interessen außer Frage. So ist von Russenfurcht wenig in England zu

---

[1] Sie genießen Sicherheit ihres Besitzthums und rechtlichen Schutz und ihre Steuern sind um zwei Drittel ermäßigt.

merken. Man ist sehr auf der Hut, aber man hält es für Donquixoterie, Rußland völlig und dauernd von der Mandschurei abdrängen zu wollen, und ist daher immer wieder zu Kompromissen mit ihm bereit, natürlich auf der Basis der Politik der „offenen Thüren". Ohne einen Zusammenstoß zwischen England und Frankreich ist ein solcher zwischen England und Rußland ganz und gar unwahrscheinlich. Kommt es zum ersteren — und er ist noch durchaus nicht außerhalb des Bereichs politischer Möglichkeiten — und würde Rußland kraft seines Bündnisses mit Frankreich einzugreifen haben, so wird es England nicht unvorbereitet finden.

Für das böhmische Staatsrecht.[1]

Von **Friedrich Stampfer**, Wien.

Theoretisch ist die nationale Frage durch die Forderung uneingeschränkt demokratischer Staatseinrichtungen gelöst. Allgemeines Wahlrecht und Proporz, Unterstellung der Verwaltung unter die Bedürfnisse der Bevölkerung, weitgehender Schutz nationaler Minoritäten und vor Allem eine wohlgefüllte Staatskasse zur Deckung aller nationalen Kulturforderungen würden auch aus einem gemischtsprachigen, zentralistisch regierten Staate die nationale Frage verschwinden lassen. Ueber das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokraten kann unter Sozialdemokraten kaum ernstlich gestritten werden.

Mit Recht erkennt man in den heute bestehenden Provinzgrenzen ein schweres Hinderniß der nationalen Verständigung und der nationalen Selbstregierung. Man muß sich aber auch klar darüber sein, daß die „Autonomie der Völker, nicht der Königreiche und Länder", ein ideales, begeisterndes *Ziel* ist, eine Art *nationaler Zukunftsstaat*, dessen Verwirklichung nicht von gestern auf heute möglich ist, eine Staatsform, die wie jedes soziale Gebilde nicht geschaffen werden kann, sondern in langsamem, schmerzvollem Werden ihrer Reife entgegengeht.

Es geht eben der österreichischen Sozialdemokratie mit ihrem nationalen Programm ebenso, wie es der deutschen mit ihrem sozialistischen Programm gegangen ist. Wie die deutsche Sozialdemokratie sich nur langsam zur klaren Erkenntniß durchgerungen hat, daß soziale Reform kein Hemmniß, sondern ein Hebel der Sozialisirung ist,[2] so vermag die österreichische Sozialdemokratie bis heute nicht einzusehen, daß ihr nationaler Zukunftsstaat durch staatsrechtliche Reformen gefördert, nicht aufgehalten wird. Es ist nun vorläufig unter den heute in Oesterreich herrschenden politischen Verhältnissen kaum eine andere staatsrechtliche Reform denkbar, als — *die Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts.*

Ich glaube nicht erst sagen zu müssen, daß ich als Sozialdemokrat mir mit „alten vergilbten Pergamenten" nicht imponiren lasse, daß ich als Deutscher die Gefahren nicht vergesse, denen die deutsche Bevölkerung der Sudetenländer durch eine solche Umwälzung ausgesetzt erscheint, trotzdem halte ich es für einen *schweren taktischen Fehler*, wenn sich die Sozialdemokratie gegen die Forderung nach dem böhmischen Staatsrecht so entschieden und so *ganz ohne jeden Vorbehalt* auflehnt.

---

[1] Ein Gegenartikel erscheint in einem der nächsten Hefte. Die Redaktion.

[2] Auf diesem Standpunkt ist sie seit jeher gestanden. Die Redaktion.

Denn vor allem Anderen scheint es mir keinem Zweifel zu unterliegen, daß die staatsrechtliche Sonderstellung der Sudetenländer über kurz oder lang zur Thatsache werden wird — wenn nicht mit der Sozialdemokratie, dann gegen sie. Oesterreich ist — wie oft ist uns das gepredigt worden — ein innerlich vermorschter Staat, sein Zentralparlament kann nicht leben und nicht sterben, seine Theile fallen nicht auseinander, weil sie keinen Platz haben, wohin sie fallen könnten. Und das österreichische Zentralparlament ist kein zentralistisches Parlament, seine Mehrheit ist föderalistisch gesinnt. Ja selbst wichtige Parteien der Minderheit — die deutsche Volkspartei und die Schönerergruppe — treten nicht für die bedingungslose Erhaltung des Zentralismus ein, sondern verlangen die Sonderstellung einzelner Provinzen, wie Galiziens und Dalmatiens. Der Zentralismus ist im Falle begriffen. Während aber die österreichischen Sozialdemokraten sonst auf dem Standpunkt stehen, fallen zu lassen, was fallen soll und es noch zu stoßen, während sie sonst mit Zukunftsfreudigkeit und ohne Fingerrühren das Verfaulende zusammensinken sehen, kann man sie allerorten die zentralistische Staatsverfassung rühmen hören. Sie klammern sich an das sinkende Schiff, wenn schon die Boote, die zu neuen Ufern führen, gelöst sind.

Wir nennen uns mit Stolz Revolutionäre. Was wir von dem Staate fordern, kann er uns nicht gewähren, ohne zu kapituliren. Sollen wir den Moment versäumen, wo wir dem flüssig werdenden und neu sich formenden Staatengebilde die starken Zeichen unserer Hand aufprägen können? Dürfen wir vergessen, daß ein neu entstehender Staat unseren politischen und wirthschaftlichen Forderungen gegenüber viel weicher und nachgiebiger sein müßte als ein Staat, der in starrem Festhalten an allem Alten verhärtet und verknöchert ist? Wenn wir das vergessen, dann verkennen wir das Gesetz der Entwicklung, vergessen wir unsere alte revolutionäre Taktik.

Man sagt uns, daß der tschechische Adel und die tschechische Bourgeoisie die Alleinherrschaft über die „Länder der Wenzelskrone" anstreben, um das internationale Proletariat und die deutsche Bourgeoisie um so sicherer unterdrücken zu können. Aber das Proletariat der Sudetenländer hat sich in allen Kämpfen — man denke nur an die Wahlen von 1897 — genug erprobt, um sich vor den tschechischen Kraut- und Schlotjunkern nicht fürchten zu müssen. Freilich, sieht man sich die Landtage von Böhmen, Mähren und Schlesien, ihr Wahlrecht und ihre Zusammensetzung an, dann erscheint Einem neben diesen schwarzen Vogelscheuchen der Reaktion das Wiener Parlament als ein strahlender Freiheitsengel. Aber wo steht es denn geschrieben, daß eine staatsrechtliche Sonderstellung der genannten drei Länder nur unter Beibehaltung des alten verrosteten Landtagswahlrechts möglich ist? Gewiß, die alten „historisch-politischen Individualitäten", die ehrwürdigen Rothfrackstände, lauern auf Oesterreichs auseinanderfallende Stücke. Aber es ist besser, allzeit bereit zu sein, die Hand zurückzuschlagen, welche sich nach diesen Theilen ausstreckt, als diese Theile in kindischer Angst und ohne Aussicht auf Erfolg zusammenzuhalten, solange es eben geht. Ubi bene, ibi patria. Ein Prager Landtag mit allgemeinem Wahlrecht soll und muß den Sozialdemokraten der Sudetenländer lieber sein als das Klassenparlament in Wien.

Der „Prager Landtag mit dem allgemeinen Wahlrecht" mag freilich bei manchem Realpolitiker Heiterkeit erregen. Aber diese Heiterkeit muß sich logischer Weise nicht gegen diesen ungeborenen „Prager Landtag", sondern gegen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts kehren, mit welchem die herrschenden Klassen so schlechte Erfahrungen gemacht haben, daß sie es ohne harten Kampf

nicht einführen werden, wo es bisher noch nicht besteht. Aber sicher hat das allgemeine Wahlrecht viel weniger Aussicht, im Wiener Reichsrath durchzudringen, als in der gesetzgebenden Körperschaft eines neuen Staates. Denn das Scheinargument, das die Gegner des allgemeinen Wahlrechts in Wien ins Treffen führen dürfen, daß nämlich die Bevölkerung zu ungebildet sei, um von diesem politischen Rechte vernünftigen Gebrauch machen zu können, trifft für die Sudetenländer nicht zu. Die föderalistische Reaktion Böhmens kann für sich nicht die Millionenheere der Analphabeten aufmarschiren lassen, wie die zentralistische Reaktion Oesterreichs. Denn die Bevölkerung der in Frage kommenden Länder ist intelligent, leidlich gebildet, industriell entwickelt und mit starken demokratischen Instinkten begabt. Nur stückweise kann sich das halbasiatische Oesterreich der westeuropäischen Kultur angliedern, nur im Wege der Föderalisirung können die Forderungen der Demokratie allmälig erfüllt werden. Auf dem Wege zur nothwendigen Einheit hat Deutschland das allgemeine Wahlrecht errungen, auf dem Wege zur nothwendigen Vielheit allein ist es für Oesterreich zu finden. Nicht die Wiederbelebung der historisch-politischen Individualitäten, sondern die Bildung eines modernen europäischen Bundesstaats, die „Autonomie der Völker" ist das Endziel dieser Entwicklung.

Ebenso wie das Wort von den historisch-politischen Individualitäten wird in der Entwicklung der Thatsachen die jungtschechische Phrase von der Untheilbarkeit der Länder der Wenzelskrone zerflattern müssen. Die ersehnte politische Sonderstellung Deutschböhmens ist sicherlich eine vernünftige und berechtigte Forderung. Aber ihre Erfüllung ist der ferneren Zukunft vorbehalten, und sie ist nicht möglich, wenn nicht zuvor der böhmische Staat zu Recht bestanden hat. Nicht blos das Werden durch Vereinigung, auch das Werden durch Auflösung unterliegt den natürlichen Gesetzen, denen zufolge sich das Kleinere immer vom größeren Ganzen löst. Den Gesetzen der natürlichen Weltschöpfung unterliegt auch der österreichische Staat, und es ist der wahrste Utopismus, wenn man sich in Reichenberg und Eger für die Sonderstellung Deutschböhmens begeistert, vom böhmischen Staatsrecht aber nichts hören will. Das nationale Schicksal Oesterreichs kann eben nicht durch eine große Schlacht entschieden werden, örtlich und zeitlich differenzirte Kämpfe allein sind im Stande, den endlichen nationalen Frieden herbeizuführen.

Die Sozialdemokratie Oesterreichs muß ihre alte verfehlte Taktik aufgeben. Lange genug hat sie die Wasser des Föderalismus stauen geholfen, jetzt ist es Zeit — und höchste Zeit! — sie auf ihre Mühle zu leiten. Sie muß sich davon überzeugen, und dieser Ueberzeugung lauten Ausdruck geben, daß sie das böhmische Staatsrecht nicht zu fürchten und nicht zu bekämpfen braucht. Sie muß erklären, daß sie zwar die „vergilbten Pergamente" für einen albernen Schwindel hält, für die Stände und die „Untheilbarkeit der Länder der Wenzelskrone" nur ein Lächeln der Verachtung hat, daß sie aber in der Sonderstellung der Sudetenländer den erwünschten Beginn einer nothwendigen Auflösung sieht. Sie muß erklären, daß sie diese Sonderstellung selbst fordert, allerdings unter der sicheren Voraussetzung einer tiefgreifenden Demokratisirung des neuen Staates. Und sie darf durch ihre Haltung und ihre Vorbereitungen keinen Zweifel darüber lassen, daß sie jede undemokratische Staatsreform mit allen Mitteln bekämpfen wird, die einem an seinem Rechte verzweifelnden Volke zu Gebote stehen.

Eine derartige konsequent durchgeführte Aenderung der Taktik müßte in Böhmen zu einer vollständigen Umwälzung der parteipolitischen Verhältnisse führen.

Die Jungtschechen würden ihre schärfste Waffe gegen die Sozialdemokratie verlieren und diesen, sowie den aufstrebenden Bürgerlichradikalen Platz machen. Der widernatürliche Bund zwischen dem tschechischen Junker und dem tschechischen Bürger- und Bauernstand würde zerrissen, ein volksfeindlicher böhmischer Staat für alle Zeiten unmöglich gemacht. Denn wenn man sich auch in Oesterreich durch die Macht der Straße zu nichts Neuem zwingen läßt, so läßt man um so bereitwilliger eine geplante Neuerung fallen, wenn sich die Straße gegen sie auflehnt. Die Furcht vor dem Volke findet dann in der Angst vor dem Ungewohnten einen mächtigen Bundesgenossen.

So und nur so kann die Sozialdemokratie Oesterreichs dem drohenden reaktionär-autonomistischen Staatsstreich begegnen, indem sie für die Autonomie mannhaft und echt demokratisch eintritt, gegen die Reaktion aber das scharfe Schwert in der Faust bereit hält. Trifft sie der Tag der Entscheidung noch im Lager des Zentralismus, dann gilt für sie das alte Wort des Brennus: Vae victis!

Literarische Rundschau.

Dr. Josef Schmöle, Privatdozent an der Universität Greifswald, **Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes.** Zweiter Theil: Einzelne Organisationen. Erste Abtheilung: Der Zimmererverband. Jena 1898, Verlag von Gustav Fischer. 300 S. 8°.

Vor zwei Jahren hat Dr. Schmöle den ersten Band seines Werkes: Die sozialdemokratischen Gewerkschaften in Deutschland seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes, veröffentlicht. Die Schrift fand trotz zahlreicher abgeschmackter Seitenhiebe auf die Sozialdemokratie sogar von Seiten dieser eine ziemlich beifällige Aufnahme. Man hat eben dem Privatdozenten diese Gehässigkeiten nicht übel genommen, denn man wußte, daß der Verfassungsgrundsatz: Die Lehre der Wissenschaft ist frei, unterm neuen Kurs in Preußen-Deutschland seltsame Deutungen erfahren hat, indem jede sympathische Aeußerung in Bezug auf die Arbeiterorganisationen als eine direkte Protegirung der Sozialdemokratie erklärt wurde. Kein Wunder daher, daß auch im neuen Bande Ausdrücke anzutreffen sind, wie sozialdemokratische „Aufklärung" (S. 84), sozialdemokratische „Phrasen" (S. 281), „übel gesinnte Agitatoren" (S. 285) u. dgl. m.

Läßt man diese der Vorsicht des Verfassers zuzuschreibende unangenehme Eigenschaft der Schrift bei Seite und geht man zu den Aufgaben über, die er sich gestellt hat, so begegnet man im Vorwort Ausführungen, denen zu entnehmen ist, daß der Verfasser nicht beabsichtigt, sämmtliche oder auch nur die Mehrheit der in Deutschland vorhandenen größeren gewerkschaftlichen Organisationen in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen. Ebensowenig will er alle bedeutsamen Ereignisse mittheilen, die sich im Schoße der Gewerkschaften seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes zugetragen haben. Das von ihm verfolgte Ziel geht vielmehr dahin, einen Einblick in die behandelten Organisationen zu gewähren, „daß die Hauptkräfte", um mit seinen eigenen Worten zu reden, „welche auf die Vereinigung zu Gewerkschaften hingedrängt und diese in dem behandelten Zeitraum zusammengehalten haben, erkannt, die Ideale, denen zugestrebt wurde, verstanden werden, und daß ein Maßstab genommen wird auch für die zentrifugalen Kräfte und für die Schwierigkeiten, mit denen seither zu ringen gewesen ist."

Wenn diese Aufgaben an und für sich als sehr umfangreich bezeichnet werden müssen, so können wir uns doch mit den vorgebrachten Entschuldigungen nicht zufrieden geben, mit denen der Verfasser die Nichtberücksichtigung der Umwälzungen in der Technik des Gewerbes, die Außerachtlassung der Veränderungen in den Absatz- und Verkehrsverhältnissen und insbesondere das Nichtinbetrachtziehen der Unter-

nehmergewinne und der Lebenshaltung der Arbeiter bei Besprechung der Lohnkämpfe zu rechtfertigen versucht. Denn ohne genauere Kenntniß aller dieser Momente scheinen viele Theile seiner Untersuchungen in der Luft zu schweben, worunter das Ganze beträchtlich an Werth verliert. Diesem muß noch hinzugefügt werden, daß Dr. Schmöle öfters einzelnen Personen ein zu großes Gewicht beimißt, anstatt die Erklärung für den Erfolg oder Mißerfolg in der Lage der Dinge selbst zu suchen.

Den Inhalt der ersten Abtheilung des zweiten Theiles bildet, wie bereits hervorgehoben, die Entwicklungsgeschichte des Zimmererverbandes. Diese Arbeiterkategorie nimmt bekanntlich eine ganz exzeptionelle Stellung ein, indem sie durch die großen Schwankungen der Bauthätigkeit sehr hart betroffen wird. Die Führung des Haushalts der Bauarbeiterfamilien wird dadurch sehr erschwert, indem sie vielfach die Gefahr laufen, in große Schulden zu gerathen. In Folge dessen werden natürlich viele Arbeiter nach einer Periode längerer Arbeitslosigkeit gezwungen, jede gebotene Arbeitsgelegenheit zu ergreifen, ohne darauf zu achten, daß sie durch Ueberzeitarbeit und große Anstrengungen bei Akkordarbeiten ihre Gesundheit schädigen und noch obendrein dazu beitragen, die Bezahlung ihrer Arbeitsleistungen herabzudrücken. Angesichts all dieser Momente ist es in gewisser Hinsicht befremdlich, daß der Verfasser gerade diesen Verband zunächst behandelte. Nur eine theilweise Aufklärung darüber verschafft uns die Bekanntschaft mit der Stellungnahme Dr. Schmöles zu den lokalen Berufsorganisationen der Arbeiter. Er verhält sich ihnen gegenüber negativ, beinahe direkt feindlich, und da gerade die oben geschilderten Arbeitsbedingungen im Zimmerergewerbe die Entstehung von Lokalorganisationen besonders begünstigen, so lag es ihm jedenfalls nahe, die Entwicklungsgeschichte gerade dieses Verbandes zunächst zu untersuchen. Angesichts dieser Umstände bedarf es keiner weiteren Erörterung, daß die bisher gewonnenen Ergebnisse keineswegs dazu geeignet sind, generalisirt und auf andere Verbände übertragen zu werden.

Damit sind die wichtigen Einwände, die wir in Bezug auf den vorliegenden Theil der Schrift Schmöles zu machen haben, ziemlich erschöpft. Seine Schilderungen und Kritik des gehässigen Vorgehens der Polizeibehörden gegenüber dem Zimmererverband, insbesondere hinsichtlich der Erklärung des Verbandes als Versicherungsanstalt und hinsichtlich der daraus resultirenden Nothwendigkeit der staatlichen Genehmigung, können von den Gewerkschaften eventuell mit Nutzen verwerthet werden. Im Uebrigen läßt sich über manche von ihm vertretene Ansicht, insbesondere über die großen Vortheile der festen Tarifgemeinschaft sehr streiten. Denn Dr. Schmöle unterschätzt den Umstand, daß die von ihm gewünschten *festen* Tarife mit bindender Kraft für *längere* Perioden auch sehr große Schattenseiten haben, indem sie in günstigen Perioden die Arbeiter bei dem Durchsetzen besserer Arbeitsbedingungen sehr oft stark hindern, während bei schlechter Geschäftskonjunktur das Ueberangebot an Arbeitskräften den Arbeitgebern die Umgehung der festen Tarife spielend leicht macht.

Die Stellung des Verfassers den Gewerkschaften gegenüber ist im Allgemeinen sympathisch, wenn auch die zu große Angst vor den „Zielbewußten“ und vor dem Politisiren jedem Kenner der Verhältnisse nur komisch erscheinen kann. —nr.

Englische Sozialreformer. Eine Sammlung „Fabian Essays“, herausgegeben von Dr. M. Grunwald. Autorisirte Uebersetzung. (Elfter Band der Bibliothek für Sozialwissenschaft.) Leipzig, Georg H. Wigands Verlag. XIII und 296 S. kl. 8°.

Im Winter 1888/89 hielten eine Anzahl hervorragender Mitglieder des Vereins der Fabier in vorherbestimmter Reihenfolge Vorträge, die zusammen ein umfassendes Bild der Voraussetzungen und Bestrebungen der Sozialdemokratie geben sollten. Jedem Vortragenden wurde ein bestimmter Punkt zur Behandlung überwiesen, ohne daß ihm bestimmte Vorschriften über das Detail gemacht wurden. Im Grundprinzip mit seinen Kollegen einig, folgte in den Einzelheiten und der Darstellungsweise jeder von ihnen seiner Individualität. Später wurden die Vorträge, die alle schriftlich ausgearbeitet worden waren, revidirt und mit einer kurzen Vorrede als „Fabianische Abhandlungen“ — „Fabian Essays“ — herausgegeben. Eine Volksausgabe (nach

welcher die vorliegende Uebersetzung angefertigt zu sein scheint) fand einen außerordentlich großen Absatz.

Folgendes die behandelten Fragen und Verfasser: Die allgemeine ökonomische Grundlage des Sozialismus, G. Bernh. Shaw; Die historische Grundlage des Sozialismus, Sidney Webb; Die Entwicklung der Produktion zum Sozialismus, William Clarke; Der Sozialismus vom Standpunkt der Moral, Sidney Olivier; Das Eigenthum in der sozialistischen Gesellschaft, Graham Wallas; Die Regelung der Produktion unter dem Sozialismus, Annie Besant; Der Uebergang zur sozialistischen Demokratie, G. B. Shaw. In der ursprünglichen Ausgabe folgte noch ein achter Vortrag, der aber aus der vorliegenden Uebersetzung fortgelassen ist: Ausblick in die nächste Zukunft, Hubert Bland.

Von den Vortragenden gehören zwei nicht mehr dem Verein der Fabier an: Mr. William Clarke und Mrs. Annie Besant. Die Letztere hat sich überhaupt von der Sozialdemokratie ab- und dem Theosophismus zugewendet.

Ob, von den zuletzt Genannten abgesehen, die Verfasser der „Fabianischen Abhandlungen" noch heute alle in diesen Aufsätzen entwickelten Anschauungen vertreten, kann als zweifelhaft betrachtet werden. Im Grundprinzip sind sie unbedingt der sozialistischen Lehre treu geblieben, in Bezug auf die Anwendung im Einzelnen haben Studium und Erfahrung ihr Urtheil anscheinend nicht unbeeinflußt gelassen. Indeß waren zur Zeit der Abfassung der Vorträge die Verfasser keineswegs Gründlinge. Und da es sämmtlich begabte und belesene Leute sind, sind die „Fabianischen Essays" heute nicht nur interessante Dokumente zur Geschichte des modernen englischen Sozialismus, sondern noch immer eine an positivem Lehrstoff reiche, anregende Lektüre.

Was die deutsche Ausgabe anbetrifft, so können wir sie leider nicht als durchgängig gelungen bezeichnen. Sie weist eine große Anzahl grober Fehler auf; unbeholfene Wiedergabe englischer Wendungen, die deren Sinn völlig entstellen, bis zu direkt falscher Uebersetzung. So wird auf Seite 20 „a general level of profit" mit „eine allgemeine Profiterhöhung" übersetzt, wo ein allgemeines „Gleichmaß des Profits" gemeint ist. Auf Seite 26 wird „spare subsistence" mit ersparte Subsistenzmittel übersetzt; es muß aber heißen Ueberschuß an Subsistenzmitteln. Seite 27 wird aus „land yielding rent" „zinsbringendes Land", was ein Flüchtigkeitsfehler sein mag; jedenfalls aber mußte es „Rente abwerfendes Land" heißen. Warum auf Seite 30 „social" stets mit „wirthschaftlich" übersetzt wird, wo gerade der Begriff des gesellschaftlichen Wohlstandes erklärt werden soll, ist schwer zu begreifen, und ebenso unverständlich ist die Uebersetzung von „assertion" mit „Forderung" statt „Geltendmachung" auf Seite 32. Auf Seite 33 lesen wir, daß „Rente und Lohn in den direkten Gegensatz zur alten ökonomischen Theorie verwandelt wird", während im englischen Texte von der Verkehrung der Bewegung von Rente und Lohn die Rede ist. „Full-blown", d. h. voll entwickelter Individualismus, wird auf Seite 34 zum aufgeblasenen Individualismus, und „history fanciers" — Liebhaber des Geschichtsstudiums — werden zu „Geschichtsphantasten". Auf Seite 53 wird „the whole advantage" des Bodens zum vollen Ertrag, wo es sich um den vollen Profit handelt. Auf Seite 54 die Fabrikindustrie (factory system) zur „Manufakturindustrie" und Bergregale (mining royalties) zu einem „Königreich an Minen".

Ziemlich groß ist auch die Zahl der reinen Druckfehler, darunter nicht wenige, die der Leser kaum in der Lage ist, selbst zu verbessern. Auf Seite 49 mag er wohl herausfinden, daß es Verläugnung heißen soll, wo Verlängerung steht, aber er wird kaum merken, daß es gleich darauf „umhergeht" heißen soll, wo es „untergeht" lautet. Kurz, wir haben es offenbar mit einem in übergroßer Hast hergestellten Buche zu thun, denn daß die gerügten Fehler nicht mehr als Flüchtigkeitsfehler sind, zeigt der allgemeine Charakter der Uebersetzung. Aber die Lesbarkeit des Buches wird durch die gerügten Mängel sehr beeinträchtigt.

Eine Kritik seines Inhalts erübrigt sich für uns, da wir die Auffassungsweise der Fabier schon wiederholt an dieser Stelle charakterisirt haben. Im Ganzen wird der Leser finden, daß die Fabier in Bezug auf die ökonomische und historische Grund-

lage der sozialistischen Bewegung kaum von der übrigen Sozialdemokratie abweichen, ja vielleicht eher noch ein bischen „materialistischer" denken als diese. Daß aber für die Theoretiker der Fabier das „Erfurter Programm" und der erste Band von Karl Marx' „Kapital" eine „unerschöpfliche Fundgrube der Anregungen bilden", wie Dr. S. Sänger in einer Einleitung zu dem vorliegenden Buche behauptet, ist, wenigstens soweit das „Kapital" in Betracht kommt, eine große Uebertreibung. Die Theoretiker der Fabier verwerfen die Marxsche Werththeorie und damit den größten Theil der im „Kapital" enthaltenen theoretischen Entwicklungen. Inwieweit sie Kautskys „Erfurter Programm" anerkennen, bleibe hier unerörtert, doch ist ihre Aufmerksamkeit viel zu sehr den Spezialfragen der englischen Gesetzgebung und Verwaltung zugewendet, als daß sie irgend einer Fragen allgemeiner Natur behandelnden ausländischen Schrift mehr als gelegentliche Anregung entnehmen sollten. Was Dr. Sänger von ihnen rühmt, nämlich daß sie durchaus „national-englische" Sozialisten sind, trifft weniger hinsichtlich ihrer praktischen Stellung zu Fragen der Weltpolitik, als hinsichtlich ihres theoretischen Gedankenkreises zu. —eb.

Stephen Crane, **Maggie, das Straßenkind.** Deutsch von Dora Landé (Kollektion Wigand). Leipzig 1898.

Ein sehr interessantes und lesenswerthes kleines Buch. Das zur Dirne Geborenwerden kann nicht getreuer geschildert werden, als es hier geschieht. Diese Atmosphäre von Elend, Armuth, Verkommenheit und Laster, das „Gefühls"leben derer, die diese Luft athmen müssen, hat hier einen genauen Beobachter gefunden, aber leider nur einen Beobachter, keinen Dichter. Das Buch ist eine Geschichte, aber keine Novelle. Jedes Kapitel fängt irgendwo an, freilich immer bei einem Stück Elend. Es hat vieles für sich, kunstlos zu erzählen, wo schon das Leben einen festen Kreis geschlossen. Aber kunstlos heißt deswegen noch nicht formlos. Und das ist der Fehler Cranes. Vielleicht hat er in der Formlosigkeit die geeignetste Form für seinen Stoff gesehen. Aber es stört bei einiger aufmerksamer Lektüre, dieses Abreißen und von Neuem Anknüpfen, die Gesammtwirkung wird verzettelt. Von den Einzelheiten wird man gepackt, am Schlusse ist man merkwürdiger Weise nur wenig erschüttert oder gerührt, eine kaum beabsichtigte Wirkung.

Die Uebersetzung ist tadellos, das New Yorker Idiom der untersten Schichten wird mit dem ordinärsten Berlinisch wiedergegeben. Dies hat vieles für sich, immerhin hätte es nicht geschadet, bei einzelnen Lokalismen ihre Bedeutung auch einem Süddeutschen klar zu machen; für den sind solche Ausdrücke manchmal nicht verständlicher als das amerikanische Original. D. B.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

M. Kronenberg, Kant. Sein Leben und seine Lehre. München 1897, C. H. Becksche Verlagsbuchhandlung, Oskar Beck.

Rudolf Steiner, Goethes Weltanschauung. Weimar 1897, Verlag von Emil Felber.

Friedrich Albert Lange, Einleitung und Kommentar zu Schillers Philosophischen Gedichten. Aus dem Nachlaß des Verfassers herausgegeben von O. A. Ellissen, Oberlehrer in Einbeck. Bielefeld und Leipzig 1897, Verlag von Velhagen & Klasing.

Edgar Steiger, Das Werden des neuen Dramas. Erster Theil: Henrik Ibsen und die dramatische Gesellschaftskritik. Zweiter Theil: Von Hauptmann bis Maeterlinck. Berlin 1898, F. Fontane & Comp.

Paul Schlenther, Gerhart Hauptmann. Sein Lebensgang und seine Dichtung. Berlin 1898, S. Fischer.

Adolf Bartels, Gerhart Hauptmann. Weimar 1897, Verlag von Emil Felber.

U. C. Woerner, Gerhart Hauptmann. München 1897, Karl Haushalter.

Arno Holz, Phantasus. Erstes Heft. Berlin 1898, J. Sassenbach.

Georg Stolzenberg, Neues Leben Berlin 1898, J. Sassenbach.

Erich Schlaikjer, Der Schönheitswanderer. Novellen und Skizzen. Illustrirt von Reinhold Neubauer. Berlin-Leipzig, Eugen Kundt.

Julius Duboc, Jenseits vom Wirklichen. Eine Studie aus der Gegenwart. Dresden 1896, Hellmuth Henklers Verlag.

Ferdinand Tönnies, Der Nietzsche-Kultus. Eine Kritik. Leipzig 1897, O. R. Reisland.

* * *

Eine wissenschaftliche Aesthetik an der Hand des historischen Materialismus zu schreiben, wäre eine ebenso dankbare wie schwierige Aufgabe. Zu diesem großen und weitläufigen Gebäude beabsichtigen die nachstehenden Ausführungen nicht einmal ein paar Bausteine zu liefern: höchstens wollen sie den Bauplatz von einigem Gestrüppe reinigen. Sie entstanden aus der Kritik der vorstehend aufgezählten Schriften, die dem Verfasser zur Besprechung in der „Neuen Zeit" vorlagen. Sehr verschieden nach Inhalt und Werth erörtern alle diese Schriften ästhetische Probleme oder regen doch die Erörterung solcher Probleme an. Da sie nicht systematisch aus der einschlägigen Literatur, sondern nur so zusammengestellt sind, wie sie der Zufall auf dem Tische des Kritikers zusammengeweht hat, so läßt sich keine systematische Darstellung an sie knüpfen. Aber um eine solche Darstellung soll es sich auch nicht handeln, sondern um einige Streifzüge auf dem Gebiete der Aesthetik, von denen der Leser entscheiden mag, ob sie lohnende Aussichten eröffnen oder nicht.

I.

Kronenbergs Arbeit über Kant gehört zu jenen popularisirenden Schriften, die insofern vielleicht eine Art Verdienst haben, als sie die Gedankenwelt eines bedeutenden, aber schwer verständlichen Denkers dem sogenannten gebildeten Publikum näher bringen.

Vielleicht eine Art Verdienst, denn ob sie schließlich nicht doch mehr schaden als nützen, muß wenigstens dem fraglich sein, der eine halbe Kenntniß für schlimmer hält, als eine ganze Unkenntniß. Und wenn es nur mit der halben Kenntniß gethan wäre! Am schrecklichsten werden solche Popularisirer, wenn sie ihren Autor zu „erläutern" beginnen. Wie bekannt, hat Kant Gott, Freiheit und Unsterblichkeit durch die reine Vernunft vernichtet, um sie durch die praktische Vernunft wieder zu erwecken, als Ideen, die sich der menschlichen Erkenntniß entziehen, aber von der menschlichen Vernunft gleichwohl gefordert werden. Kronenberg ist nun nicht faul, diesen drei praktischen Vernunftideen noch eine vierte anzureihen, nämlich das „soziale Gemeinschaftsleben der Menschen"; er schreibt:

> Immer wieder täuscht diese Idee zahlreiche Menschen, erscheint ihnen als Gegenstand einer unmittelbaren Erkenntniß; daher treten immer wieder schwärmerische Utopisten auf — zu keiner Zeit waren sie häufiger bei der Arbeit als in der Gegenwart —, welche diese Idee detaillirt schildern und sie wohl gar mit Hilfe von Narren und Betrogenen sogleich zu verwirklichen trachten. Und doch kann auf der anderen Seite der Fortschritt nur erfolgen, indem man auf diese Idee den Blick fest gerichtet hält, indem alles Einzelstreben insgesammt durch sie geleitet wird. Es ist freilich das Zeichen eines überspannten Kopfes, eine

Idee unmittelbar erkennen oder realisiren zu wollen, umgekehrt aber auch das Zeichen eines beschränkten Kopfes, von der Idee nichts zu wissen oder wissen zu wollen. Ideen gleichen so den Sternen, die in dunkler Nacht aus unendlich weiter Ferne ein schwaches Licht zu uns herübersenden, um unseren Weg zu erleuchten. Je fester man sie ins Auge faßt und je energischer man ihrem Lichte folgt, um so sicherer wird man gehen, obgleich wir sie selbst nie erreichen.

Wonach denn also unsere Kathedersozialisten die echten Enkel Kants wären, woran sie hoffentlich selbst nicht glauben.

Eine andere üble Seite solcher Popularisirungsversuche ist das Bemühen, den Gegenstand der Darstellung möglichst hoch zu schrauben, wobei der bescheidene Darsteller dann auch gleich mit in die Höhe kommt. In dem einleitenden Kapitel über Kants geschichtliche Stellung erklärt Kronenberg, daß die Weltgeschichte vier große Wendepunkte habe, die durch vier Genies gekennzeichnet würden, durch Sokrates, Christus, Luther und Kant. Diese Auffassung zeigt zur Genüge, was es mit Kronenbergs historischem Sinne auf sich hat: am wenigsten passen derartige Ueberschwänglichkeiten zu Kants klarer und nüchterner Art. Was Kant wirklich geleistet hat, bleibt bedeutend genug und erscheint gerade dann erst wirklich bedeutend, wenn man es in seiner historischen Bedingtheit auffaßt.

Als Kant im Jahre 1781 sein bahnbrechendes Werk über die Kritik der reinen Vernunft veröffentlichte, hatte in England der Skeptizismus, in Frankreich der Materialismus, in Deutschland der Dogmatismus die philosophische Herrschaft. Der Skeptizismus zweifelte überhaupt an der Möglichkeit einer sicheren Erkenntniß, der Materialismus fand den Schlüssel der Erkenntniß in dem natürlichen Zusammenhange der Dinge, der Dogmatismus wollte die übernatürlichen Vorstellungen der christlichen Dogmen durch Vernunftschlüsse erweisen. Diese verschiedenen Philosophien wurzelten in den verschiedenen ökonomisch-politischen Entwicklungszuständen Englands, Frankreichs und Deutschlands. In England erlahmte die philosophische Spekulation an der goldenen Praxis der beginnenden Großindustrie, als deren optimistischer Apologet auch David Hume, der berühmteste Vertreter des Skeptizismus, schweres Geld machte. In Frankreich richtete die kräftig aufstrebende Bürgerklasse den Materialismus als schärfste Waffe gegen die feudale Legitimität von Gottes Gnaden. In Deutschland konnte die Philosophie nur unter fortwährenden Kompromissen mit dem verpfafften Despotismus gedeihen, der deshalb nicht weniger unduldsam war, weil einzelne seiner Träger, wie der preußische König Friedrich, sich persönlich auf den Atheismus hinausspielten.

Nicht als ein weltgeschichtliches Genie, das plötzlich vom Himmel herabschwebte, sondern als ein Vertreter des mählig auch in Deutschland erwachenden Bürgerthums schlug nun Kant den Dogmatismus todt, indem er den Streit zwischen Materialismus und Skeptizismus durch eine tiefgreifende Entscheidung schlichtete. Er sagte, daß die ganze Erscheinungswelt, wie wir sie mit unseren Sinnen und unserem Verstande auffassen, durch die Einrichtung unserer Sinne und unseres Verstandes bedingt, aber daß unsere Erkenntniß deshalb nicht werthlos und zweideutig, sondern nothwendig, wirklich und von unserem Wesen unzertrennlich sei. Am nächsten stand Kant dem französischen Materialismus, dessen naturwissenschaftliche Einsichten er fruchtbar weiter entwickelte, sei es auch nur, um seine vernunftrechtlichen Forderungen zu verflüchtigen. Während der französische Materialismus eine noch sehr mangelhaft begründete, aber einheitliche und von revolutionärem Ungestüm beseelte Weltanschauung vertrat, grenzte Kant das Reich der Natur scharfsinnig ab, aber verlegte das Reich der Freiheit in die

Himmelshöhen der Idee. Es ist wahr, daß die Forderungen des bürgerlichen Vernunftrechts hier nicht so leicht auf den harten Widerstand der Wirklichkeit stießen, aber es ist nicht minder wahr, daß sie sich in diesen wolkenhaften Regionen mit dogmatischen Nebeln von Gott, Unsterblichkeit, Erbsünde und dergleichen mehr versetzten: auf der einen Seite hätten die industriellen Vorkämpfer der französischen Revolution nicht den für alle Profitinteressen tödtlichen Satz Kants unterschrieben, daß kein Mensch als Mittel, sondern jeder Mensch nur als Zweck betrachtet werden dürfe, aber auf der anderen Seite stand Kants verdumpfte Lehre von dem radikal Bösen der Menschennatur in schroffem Widerspruche mit der hellen Siegessicherheit, die dem französischen Materialismus die Lehre von der ursprünglichen Güte der Menschennatur eingab. Kant war nicht nur ein revolutionärer Denker, in dem Engels seinen Ahnen sah, sondern auch ein deutscher Spießbürger, aus dem Schopenhauer die Philosophie des Philisterthums schöpfte.

Von seiner idealistischen Seite her unterlag das System Kants denn auch bald den heftigsten Erschütterungen und wurde durch eine Reihe anderer Systeme abgelöst, die mit ihm den Irrthum theilten, die absolute Wahrheit auf idealistischem Wege erfassen zu können, aber die in sich eine fortschreitende Lehre der Entwicklung darstellten, entsprechend der Entwicklung der deutschen Gesellschaft, deren großindustrielle Entfaltung dann wieder dem Materialismus aufhalf. Jedoch nunmehr dem Materialismus in seiner entwickelten Form, dem historischen Materialismus, der die absolute Wahrheit verabschiedete, um der relativen Erkenntniß einen festen Boden zu schaffen, womit auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften die gleiche Leistung vollzogen war, die Kants Erkenntnißtheorie einst auf dem Gebiet der Naturwissenschaften vollbracht hatte.[1]

Indem Kant das Reich der Natur, das Reich dessen, was ist, von dem Reiche der Freiheit schied, von dem Reiche dessen, was sein soll, blieb für ihn noch die Aufgabe übrig, den Gegensatz zwischen Natur und Freiheit in der Vernunft aufzulösen. Stand die Erscheinungswelt, die den menschlichen Willen den

[1] Die obigen Ausführungen waren bereits geschrieben, als in Nr. 5 der „Neuen Zeit" Plechanows Polemik gegen Konrad Schmidt in Sachen Kants erschien. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, sehe ich mich veranlaßt, noch mit einigen Worten zu erläutern, was ich im Texte über Kants Erkenntnißtheorie gesagt habe. So wie ich ihren Kern wiedergebe, als die wirkliche Synthese der materialistischen These und der skeptischen Antithese, findet sie sich nur in der ersten Auflage der Kritik der reinen Vernunft, wo das „Ding an sich" nichts als der Grenzbegriff des menschlichen Verstandes ist. Kant sagt hier ausdrücklich (Seite 314 der Kehrbachschen Ausgabe): „Also ist der transzendentale Idealist ein empirischer Realist und gestehet der Materie als Erscheinung eine Wirklichkeit zu, die nicht geschlossen werden darf, sondern unmittelbar wahrgenommen wird." Transzendentaler Idealismus heißt: das Dasein der Materie, die Körper oder die materiellen Dinge sind nichts anderes als Gegenstände unseres äußeren Sinnes, als äußere Erscheinungen, Vorstellungen in uns, empirischer Realismus aber: darum ist das Dasein dieser äußeren Erscheinungen unmittelbar wahrgenommen und unmittelbar gewiß. Die Abschnitte, worin Kant diese Gedanken ausführt, gehören zu den durch Feinheit, Schärfe und Tiefe der kritischen Untersuchung ausgezeichnetsten Partien seines Hauptwerks.

Nun hat Kant aber diese Abschnitte in der zweiten und dann auch in allen späteren Auflagen gestrichen und durch Einschiebsel ersetzt, die den empirischen Realismus zwar nicht unmittelbar verleugnen, aber seine strenge Konsequenz abschwächen, verdunkeln und in das schiefe Licht rücken, als ob das „Ding an sich" in den Erscheinungen als deren verborgenes X enthalten sei. Was ihn zu dieser Verstümmelung seiner Erkenntnißtheorie veranlaßt hat, läßt sich nicht mit absoluter Gewißheit sagen. Schopenhauer meint, daß Kant dazu durch Menschenfurcht bewogen worden sei, während Kuno Fischer glaubt, Kant habe durch ein Zugeständniß an den dogmatischen Pöbel seine Lehre populär machen wollen. Stände die

Gesetzen der Natur unterwirft, neben der Wolkenwelt, wo der freie Wille des Menschen herrscht, verhielten sich Natur und Freiheit, reine und praktische Vernunft ausschließend zu einander, so war die menschliche Vernunft zerrissen, die doch nur eine sein kann. Aber da die Gesetze der Freiheit in der Sinnenwelt ausgeführt werden sollen, so muß die praktische Vernunft der reinen Vernunft übergeordnet sein; es handelt sich also um die Entdeckung eines Vernunftvermögens zwischen Verstand und Wille, zwischen Erkenntniß- und Begehrungsvermögen, um ein Vermögen, das die Natur der Freiheit unterzuordnen vermag. Dies Vermögen ist die Urtheilskraft, deren Kritik Kant im Jahre 1790 als Abschluß seiner großen grundlegenden Arbeiten veröffentlichte.

Das Prinzip der Urtheilskraft ist die natürliche Zweckmäßigkeit, der Zweck, den die menschliche Vernunft in die Natur hineinlegt, die als solche keine Zwecke haben kann. Es gründet sich auf das Gefühl der Lust und Unlust, die wir bei Betrachtung der Dinge empfinden; alle auf dieses Gefühl gegründeten Vorstellungen sind ästhetisch; die ästhetische Urtheilskraft verhält sich zur reinen und praktischen Vernunft wie das Gefühl von Lust und Unlust zum Erkenntniß- und Begehrungsvermögen. Die Welt der Verstandesbegriffe ist die Natur, die Welt der Ideen ist das moralische Reich der Freiheit, die Welt der natürlichen Zweckmäßigkeit ist Schönheit und Kunst.

Kant untersucht das Schöne und unterscheidet es genau vom Angenehmen, vom Guten und vom Wahren. Das ästhetische Wohlgefallen ist weder sinnlich, noch moralisch, noch logisch; es ist das Wohlgefallen in der freien und ruhigen Betrachtung der Dinge, deren Gegenstand allein die Form sein kann. „Wenn mich

---

Wahl nur zwischen diesen beiden Annahmen, so wäre Schopenhauers Ansicht die wahrscheinlichere und auch mildere: es wäre begreiflicher und verzeihlicher gewesen, wenn der sterbliche Philister Kant im Fleische, als wenn der unsterbliche Denker Kant im Geiste schwach geworden wäre. Indessen halte ich auch Schopenhauers Meinung für falsch, schon weil der einzige Grund, wodurch er sie „von Außen" stützt, auf eine komische Tirade hinausläuft.

Die zweite Auflage der Kritik der reinen Vernunft erschien nämlich im Frühjahr 1787, etwa ein halbes Jahr nach dem Tode des alten Fritz, und Schopenhauer erklärt nun Kants angebliche Menschenfurcht daraus, daß „der große König, der Freund des Lichts und der Beschützer der Wahrheit eben gestorben" war. Was es mit „dem Freunde des Lichts und dem Beschützer der Wahrheit" auf sich hatte, braucht hier nicht erst ausgeführt zu werden; thatsächlich hat der „große König" von Kants Existenz keine blasse Ahnung gehabt, was übrigens ein Pech für den „Philosophen von Sanssouci", aber ein Glück für den Weisen von Königsberg war. Man könnte nun zwar noch sagen, obgleich Schopenhauer es nicht sagt, daß Kant doch unter Friedrichs Nachfolger einige Plackereien auszustehen gehabt habe, aber diese Plackereien fallen ins Jahr 1794, sieben Jahre später als die Abschwächung der Erkenntnißtheorie. Zur Zeit, wo Kant diese Abschwächung vornahm, war sein Gönner, der Unterrichtsminister v. Zedlitz, dem die Kritik der reinen Vernunft in erster und zweiter Auflage gewidmet ist, noch in völlig unerschütterter Stellung am Ruder, so daß Kant keinen irgend ersichtlichen Grund zur Furcht vor Verfolgungen gehabt hat.

Mir hat sich vielmehr bei sorgfältigem Vergleiche der zweiten mit der ersten Auflage aus äußeren und inneren Gründen die Ueberzeugung aufgedrängt, daß Kant bei der Amputation seiner Erkenntnißtheorie von dem Kreuze aller idealistischen Philosophie geplagt gewesen ist, nämlich von dem Bedürfniß, das System mit der Methode auszugleichen. Gerade als er die zweite Auflage herausgab, war er mit der Vollendung des Systems beschäftigt; die Kritik der praktischen Vernunft, die Gott und Unsterblichkeit als Postulate der praktischen Vernunft wiederherstellte, erschien im Jahre 1788. Ich kann meine Ansicht hier nicht näher begründen, wozu eine umfangreiche Abhandlung nöthig sein würde, aber ich glaube, daß sie sich Jedem bei unbefangenem Vergleiche der beiden verschiedenen Texte ergeben wird. Kant hat seiner kritischen Methode die Spitze abgebrochen, wie später Hegel seiner dialektischen

Jemand fragt, ob ich den Palast, den ich vor mir sehe, schön finde, so mag ich zwar sagen: ich liebe dergleichen Dinge nicht, die blos für das Angaffen gemacht sind, oder wie jener irokesische Sachem: ihm gefalle in Paris nichts besser als die Garküchen; ich kann noch überdem auf gut rousseauisch auf die Eitelkeit der Großen schmähen, die den Schweiß des Volkes auf so entbehrliche Dinge verwenden. Man kann mir alles dieses einräumen und gutheißen; nur davon ist jetzt nicht die Rede. Man will nur wissen, ob die bloße Vorstellung des Gegenstandes in mir mit Wohlgefallen begleitet sei, so gleichgiltig ich auch immer in Ansehung der Existenz dieser Vorstellung sein mag. Ein Jeder muß eingestehen, daß dasjenige Urtheil über Schönheit, worin sich das mindeste Interesse mengt, sehr parteilich und kein reines Geschmacksurtheil sei. Man muß nicht im Mindesten für die Existenz der Sache eingenommen, sondern in dieser Betrachtung ganz gleichgiltig sein, um in Sachen des Geschmacks den Richter zu spielen." Und so erklärt Kant das Schöne als das, was ohne Interesse Allen durch seine bloße Form nothwendig gefalle. Es erregt das Gefühl von Lust durch die absichtslose Harmonie von Einbildungskraft und Verstand, durch das freie Spiel beider Kräfte.

Dagegen besteht die Harmonie zwischen Einbildungskraft und Vernunft darin, daß die Vernunft als das höhere, der sinnlichen Vorstellung unendlich überlegene Wesen anerkannt wird. Wir empfinden diese Harmonie, wenn wir unser übersinnliches Wesen erhaben fühlen über unsere Sinnlichkeit. Erhaben ist, was uns erhebt: ein Objekt, das jeden sinnlichen Maßstab überragt. Es erweckt ein Gefühl der Unlust, weil wir uns als Sinnenwesen vernichtet fühlen,

---

Methode die Spitze abbrach, damit sie sein absolutes System nicht aufspieße. Das kann aber sozusagen in unbewußter Selbsttäuschung, ohne jede eitle oder feige Absicht geschehen sein; man muß daraus auf die Unzulänglichkeit des idealistischen Philosophirens, aber nicht auf einen fehlerhaften Charakter der idealistischen Philosophen schließen.

Wie dem immer sei, so hielt Kant unverbrüchlich an der Fassung der zweiten Auflage fest, und in dieser Fassung, wonach wir also die Dinge erkennen, wie sie unseren Sinnen und unserem Verstande erscheinen, nicht aber, wie sie wirklich sind, und wonach sich das „Ding an sich" als spukhafter Ueberall und Nirgends in der Erscheinungswelt herumtreibt, ist die Kantische Philosophie geistiges Gemeingut geworden. Erst fünfzig Jahre später, im Jahre 1837, stellten Rosenkranz und Schopenhauer den großen Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Auflage fest, womit aber die Fassung der ersten Auflage noch lange nicht zur ausschließlichen oder auch nur überwiegenden Geltung kam. Wer also den Einfluß der Kantischen Philosophie im Zusammenhange der deutschen Geistesentwicklung historisch schildern will, muß sich allerdings an die zweite Fassung halten, wie ich in meiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" auch gethan habe. Aus dem gleichen Grunde hatten es Marx und Engels bei ihrer Polemik gegen die idealistische Philosophie mit der zweiten Fassung zu thun. Was sie dagegen eingewandt haben, ist gerade auch deshalb so erschöpfend, weil es Kants erste Fassung, Kants eigentliche und ursprüngliche Meinung, Kants „empirischer Realismus" war. Sie führten thatsächlich den unverfälschten Kant ins Gefecht gegen den verfälschten Kant und thaten genau das, was sie nach Konrad Schmidt nicht gethan haben sollen: sie packten den Stier der Kantischen Erkenntnißtheorie nicht am dogmatisch wedelnden Schwanze, sondern an den kritischen Hörnern, die allen übersinnlichen Dogmatismus zerstoßen hatten.

Soviel zur Abwehr möglicher Mißverständnisse. Ich stimme demnach Plechanows Polemik gegen Konrad Schmidt völlig bei. So richtig es ist, daß eine Fortentwicklung des historischen Materialismus eine kritische Stellung zu Marx und Engels bedingt, so verfolgt Konrad Schmidt das lobenswerthe Ziel doch auf einem ganz falschen Wege, wenn er, „angeregt" durch Kronenbergs flache Kompilation, in den Sumpf der bürgerlichen Konfusion „zurückgeht", worin kein Schwimmer zu neuen Ufern gelangen kann.

aber dies Gefühl der Unlust wird zum Gefühle der Lust, weil wir uns gerade dadurch als übersinnliche Wesen empfinden, daß wir als Sinnenwesen gleichsam vor uns selbst verschwinden.

Kant unterscheidet nun zwischen freier und anhängender Schönheit. Das reine ästhetische Objekt ist die freie Schönheit, und frei ist das schöne Objekt, wenn es weder abhängig ist von einem anderen, noch zu seiner Betrachtung einen Begriff verlangt, der nöthig ist, um die ästhetische Vorstellung zu ergänzen. Alle Objekte des ästhetischen Wohlgefallens, in denen sich eine Gattung verkörpert, sind anhängende Schönheiten, weil ihre Betrachtung den Gattungsbegriff voraussetzt und ihre Schönheit diesem Begriff gleichsam anhängt. Jedes Kunstwerk ist nach einer Idee geschaffen, die in unserer Betrachtung gegenwärtig sein muß, oder wir können das Kunstwerk nicht ästhetisch beurtheilen. Das Gebiet der freien Schönheit wird darum nicht in der Kunst, sondern blos in der Natur sein. Je absichtsloser die Naturerscheinungen sind, je weniger sie etwas Bestimmtes bedeuten, um so freier ist ihre Schönheit, um so reiner ihre ästhetische Wirkung. Dagegen gefällt das Objekt der anhängenden Schönheit zwar auch blos durch seine Form, aber diese Form gefällt mehr oder weniger; das ästhetische Urtheil richtet sich nach der Formvollkommenheit, die eine unendliche Stufenleiter von Graden erlaubt. Nun ist die Formvollkommenheit nichts Anderes, als der Uebereinstimmungsgrad zwischen Gattung und Individuum; je reiner sich die Gattung in dem Individuum darstellt, um so schöner ist das Individuum. Die Gattung als solche ist keine Erfahrung, sondern Idee; die vorgestellte Gattung ist die Idee als Individuum, die im Individuum verkörperte Idee, d. h. Ideal. Die höchste Vorstellung der ästhetischen Urtheilskraft ist das menschliche Ideal, ihr Ideal ist der Mensch.

Die Aufgabe der schönen Kunst ist, das Ideal in eine natürliche Erscheinung zu verwandeln. Das Schöne ist die Absicht der Kunst, aber das Schöne ist nie eine absichtliche Wirkung; wenigstens will es nicht als solche beurtheilt sein und darf nicht als solche erscheinen. Die Kunst soll schaffen, wie die Einbildungskraft vorstellt, gesetzmäßig ohne Gesetz, absichtlich ohne Absicht, zweckmäßig ohne Zweck. „Die Natur ist schön, wenn sie zugleich als Kunst aussieht, und die Kunst kann nur schön genannt werden, wenn wir uns bewußt sind, sie sei Kunst, und sie uns doch als Natur aussieht.“ Was der Kunst das Gesetz giebt, ist das Genie, die angeborene Gemüthsanlage des Künstlers, die schöpferisch und durchaus originell ist. Nicht alles Originelle ist genial; „so glauben seichte Köpfe, daß sie nicht besser zeigen können, sie seien aufblühende Genies, als wenn sie sich vom Schulzwang aller Regeln lossagen und glauben, man paradire besser auf einem kollerichten Pferde, als auf einem Schulpferde“; das Genie kann nur reichen Stoff zu Produkten der schönen Kunst hergeben, die Bearbeitung des Stoffes und die Form erfordert ein durch die Schule gebildetes Talent, um einen Gebrauch davon zu machen, der vor dem ästhetischen Urtheil besteht. Aber die Originalität des Genies ist gesetzmäßig und darum vorbildlich; es handelt mustergiltig und darum natürlich; weil es naturmäßig schafft, ist sein Produkt weder wissenschaftlich noch moralisch, sondern ästhetisch oder künstlerisch. Das Genie steht einzig in der Rangordnung der Geister, weil gelernt werden kann, was auf Begriffen beruht, aber niemals, was nur durch Naturanlage hervorzubringen möglich ist. Was Newton gelehrt hat, kann man lernen, aber man kann nicht dichten lernen wie Homer. Im Genie wirken alle ästhetischen Vermögen, Geschmack, Verstand, Einbildungskraft, in der höchsten Belebung auf schöpferische Weise, aber wie diese Vermögen in der genialen Natur gemischt sind, das läßt

sich ebenso wenig kritisch bestimmen, wie das Genie selbst. An dieser Grenze steht die Kritik der Kunst still.

So bestimmt Kant die ästhetische Urtheilskraft und fragt schließlich noch: Wie sind ästhetische Urtheile möglich? Der Bestimmungsgrund des Geschmacks ist blos subjektiv, darum ist der Geschmack individuell, Jeder hat seinen eigenen Geschmack. Die Harmonie in Geschmacksurtheilen ist blos zufällige Uebereinstimmung, sie gründet sich nicht auf Begriffe, darum läßt sich über den Geschmack nicht durch Beweise entscheiden. Aber man streitet über den Geschmack, über die ästhetische Beschaffenheit der Dinge, über Kunst und Kunstkritik, was unmöglich wäre, wenn nicht objektive Bestimmungsgründe des Geschmacks angenommen würden. Kant löst den Widerspruch dadurch, daß sich das ästhetische Urtheil zwar nicht auf bestimmte Begriffe, aber auf einen unbestimmten Begriff gründe, nämlich auf die „unbestimmte Idee des Uebersinnlichen in uns“; sie sei der einzige Schlüssel zur Enträthselung dieses uns selbst in seinen Quellen verborgenen Vermögens. Die natürliche Zweckmäßigkeit, das Prinzip der ästhetischen Urtheilskraft, ist der Idealismus der Zweckmäßigkeit.

So sucht auch die Kritik der Urtheilskraft ihre Wurzeln in den Wolken des Himmels. Aber trotzdem hatte sie wie die Kritik der reinen und die Kritik der praktischen Vernunft eine sehr reelle Grundlage. Als Kant seine Aesthetik schrieb, hatten Lessing und Winckelmann ihre großen Tagewerke vollbracht, hatte Herder die Dichtkunst als eine gemeine Gabe der Menschheit verkündet, die Stimmen der Völker gesammelt, auf die alten volksthümlichen Formen hingewiesen, in Bürger einen echten Volksdichter erweckt, war das genialische Heer der Stürmer und Dränger vorübergebraust, stand Goethe auf der Höhe seines Schaffens, hatte Schiller in seinen Jugenddramen die revolutionäre Tatze gezeigt: an großen und unvergänglichen Denkmälern der Literatur studirte Kant die Gesetze der ästhetischen Urtheilskraft. Es war keine Aesthetik für immer, wie Kant meinte; sie war historisch bedingt, wie seine ganze Philosophie, und darauf wird noch zurückzukommen sein. Aber sie war historisch eine bahnbrechende That; hatte die bisherige Aesthetik die Kunst auf die platte Nachahmung der Natur verwiesen oder sie mit der Moral verquickt oder sie als eine verhüllende Form der Philosophie betrachtet, so wies sie Kant in demselben Deutschland, dessen aufstrebendem Bürgerthum allein die Rennbahn der schönen Künste offen stand, als ein eigenes und ursprüngliches Vermögen der Menschheit nach, in einem tief durchdachten und eben deshalb auch künstlich konstruirten, aber an freien und weiten Ausblicken reichen System.

Wie er mit vollen Händen aus unserer klassischen Literatur geschöpft hatte, so spendete er ihr wieder mit vollen Händen. Seine Aesthetik erschien an der Schwelle des Jahrzehnts, das die klassische Dichtung in Goethes und Schillers gemeinsamem Wirken auf ihren höchsten Gipfel führen sollte. Daran hatte sie ihren reichen Antheil. (Schluß folgt.)

Briefkasten.

Druckfehlerberichtigung. In den Artikeln „Ueber landwirthschaftlichen Arbeitermangel in der Schweiz“ von Rusticus muß es heißen in Nr. 4 der „Neuen Zeit“: S. 102, Z. 19 von oben Roggwil statt Roppwil, S. 104, Z. 25 von oben Emmenthal statt Runnenthal, S. 106, Z. 12 von oben 34410 statt 74410; Nr. 7: S. 202, Z. 21 von oben Anhänger statt Anfänger, S. 204, Z. 3 von oben Jordi statt Bordi.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 10. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Ausweisungen.

⸓ Berlin, 23. November 1898.

Zur selben Zeit, wo die sogenannte Anarchistenkonferenz in Rom zusammentritt, um über internationalen Maßregeln zu brüten, die das Attentatsfieber verkommener oder verzweifelter Individuen ausrotten sollen, gefällt sich die preußische Polizei in massenhaften Ausweisungen harmloser Ausländer, d. h. in Maßregeln, die, wenn ein Preis darauf gesetzt worden wäre, auf welche Weise ein hohes Maß zugleich von ökonomischer Zerrüttung und von psychologischer Verzweiflung künstlich herangezüchtet werden könne, unzweifelhaft diesen Preis gewinnen würden.

Es liegt uns natürlich sehr fern, irgend einem der armen Ausgewiesenen eine Neigung zu Racheakten an seinen Quälern nachzusagen. Worauf wir nachdrücklich hinweisen wollen, ist nur die kurzsichtige Verblendung einer Politik, die immer neue Saaten des Hasses ausstreut, auf demselben internationalen Gebiete, auf dem die Anarchistenkonferenz die in die Halme geschossene Saat alten Hasses ausreuten will. Soweit es einen gemeingefährlichen Anarchismus giebt, ist er wahrhaftig nicht die Folge irgend einer theoretischen Ueberzeugung, sondern ein Produkt der Rache. Diese Rache ist unsinnig, weil sie an Personen rächen will, was die unpersönlichen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise verschuldet haben, aber welchen staatsmännischen Tiefsinn bekundet es, wenn jetzt die preußische Polizei beweist, daß auch durch persönliches Belieben ganze Reihen von wirthschaftlichen Existenzen entwurzelt werden können.

Das offiziöse Hauptblatt sucht die Dänenausweisungen aus Nordschleswig damit zu entschuldigen, daß es sich nur um eine größere Zahl von Personen handle, die „an der die Sicherheit und den Frieden von Nordschleswig bedrohenden Agitation“ theilgenommen und „in offener Empörung gegen die Landesregierung die Lostrennung von Preußen betrieben“ hätten, die „Deutschen verwehren wollten“, Deutsche zu sein. Diesen Elementen entgegenzutreten, sei eine Pflicht, deren Nichterfüllung ein Verbrechen der Regierung sein würde. So auch erklärte es der Erzbischof Firmian für ein „Verbrechen“, wenn er die protestantischen Bewohner seines Landes nicht vertriebe, nur daß seine Auffassung vom Standpunkt seiner Zeit aus eine immerhin noch größere Berechtigung hatte, als die Auffassung des preußischen Regierungsblatts vom Standpunkt unserer Zeit aus

hat. Ein Erzbischof, der im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts sein Land von ketzerischen Greueln rein erhalten wollte, ist historisch immerhin eine verständlichere Erscheinung, als eine weltliche Regierung, die am Ende des neunzehnten Jahrhunderts arbeitsame und friedliche Leute massenhaft über die Grenze jagt, nur weil sie nicht zur deutschen Nationalität gehören.

Die Behauptung, daß die Ausgewiesenen „in offener Empörung gegen die Landesregierung die Lostrennung von Preußen betrieben" hätten, ist natürlich keinen Pfifferling werth. Denn dann hätten sie Hoch- und Landesverrath betrieben, gegen die es im deutschen Strafgesetz sehr deutliche und sehr schwere Paragraphen giebt, und die Regierung würde sich, um im offiziösen Stile zu sprechen, eines „Verbrechens" schuldig gemacht haben, wenn sie diese Paragraphen nicht angewandt hätte, sobald den Ausgewiesenen die „offene Empörung", um Nordschleswig von Preußen „loszutrennen", nachzuweisen war. Eine Regierung, der die Hoch- und Landesverrathsprozesse so lose sitzen, wie der preußischen, ist dieses Verbrechens aber unfähig, und deshalb ist das offiziöse Gerede nichts als eine halt- und sinnlose Ausflucht: läge auch nur der Schatten eines Beweises dafür vor, daß auch nur einer der Ausgewiesenen irgendwie gegen die Gesetze des Landes verstoßen hätte, so würde ihm sofort der Prozeß gemacht worden sein. Gerade die polizeiliche Ausweisung, für die keine Gründe angegeben zu werden brauchen, ist der schlagendste Beweis dafür, daß den Ausgewiesenen schlechterdings nichts Ungesetzliches nachgewiesen werden konnte. Sie werden für ihre Nationalität gestraft, wie einst die protestantischen Salzburger für ihre Religion.

Was soll man nun gar zu der offiziösen Weisheit sagen, daß die Ausgewiesenen Deutschen hätten verwehren wollen, Deutsche zu sein? In ganz Nordschleswig leben etwa 130000 Dänen, von denen noch nicht 30000 die dänische Staatsangehörigkeit beibehalten haben; vor einer solchen Handvoll Leute zittert das großmächtige Reich! Dieses Gefühl der Angst würde unerklärlich sein, wenn es sich nicht allzuleicht aus dem Wesen des Polizeistocks erklärte, den sein böses Gewissen immer mit Schreckgespenstern ängstigt. Wie diese Gespenster zu bannen sind, hat die historische Erfahrung oft genug bewiesen; die befreiende Gesetzgebung der französischen Revolution machte aus den Deutschen des Elsasses im Nu gute Franzosen, die sich der Polizeiapparat des neu-deutschen Reichs seit einem Menschenalter vergebens abquält, wieder zu guten Deutschen zu machen, obgleich die Elsässer durch die bonapartistische Wirthschaft des zweiten Kaiserreichs inzwischen auch nicht gerade verwöhnt worden waren. Nun gar an der dänischen Grenze friedliche und ruhige Zustände zu schaffen, wäre eine kinderleichte Aufgabe, wenn der preußische Polizeistock eben aufhören könnte, er selbst zu sein. Ein großes Gemeinwesen hat so viel stärkere Anziehungspunkte, als ein kleines, ganz besonders in dem großkapitalistischen Zeitalter, daß wirklich ein außergewöhnliches Maß von „staatsmännischen Genie" dazu gehört, die dänischen Sympathien in Nordschleswig nicht absterben, sondern anschwellen zu lassen.

Um diese Zustände zu ändern, müßte der Polizeistock zunächst selbst einmal abdanken, aber da ihm sein Leben viel zu lieb ist, um es freiwillig aufzugeben, so hilft er sich von Zeit zu Zeit durch Gewaltkuren nach dem Muster des Doktors Eisenbart. Er betäubt sich sozusagen durch narkotische Mittel, um die Schreckgespenster nicht mehr zu sehen, die ihn ängstigen, aber solche Mittel können nicht heilen, sondern nur noch mehr zerrütten, und nach dem augenblicklichen Rausche kommt ein desto graueres Elend, tauchen die Schreckgespenster desto drohender und desto — leibhaftiger auf.

Ein so erlauchter und komplizirter Krankheitsorganismus, wie das preußische Regierungssystem, erfordert tiefsinnige Diagnosen, und so möchten wir dahingestellt sein lassen, ob die neuerdings gegen sozialdemokratische Parteimitglieder beobachtete Ausweisungspraxis in einem inneren Zusammenhang mit den Massenausweisungen aus Nordschleswig steht. An sich erscheinen die dänischen Ausweisungen mehr als akute Fieberanfälle, während die sozialdemokratischen Ausweisungen mehr zum reaktionären Stockschnupfen zu rechnen sind. Jedoch läßt sich nicht leugnen, daß die preußische Polizeiverwaltung auch auf diesem niemals ganz verlassenen Gebiet ihrer rettenden Thaten nach neuen Pfaden sucht. In Erfurt ist einem geborenen Bremer die Aufnahme in den preußischen Staatsverband wegen seinen „Vorbestrafungen" versagt, ebenda aus demselben Grunde ein geborener Weimarer ausgewiesen und durch Zwangsroute nach seinem Heimathsorte befördert worden. Es handelt sich in beiden Fällen darum, politisch mißliebige Persönlichkeiten unter ein vormärzliches, gegen schlechte Elemente der Gesellschaft erlassenes und übrigens mit dem klaren Wortlaut der Reichsverfassung unverträgliches Gesetz zu bringen. Bei dieser Ausweisungspraxis können nicht einmal scheinbar die offiziösen Redensarten von der Gefährdung des Reichs und so weiter angewandt werden, denn ob die gefürchteten „Umstürzler" in Erfurt oder Bremen oder Weimar leben, ist für die Reichssicherheit offenbar ganz gleichgiltig. Hier scheint also als Zweck der Ausweisungspraxis die Schädigung von Personen um ihrer polizeiwidrigen Gesinnung willen so klar und unverhüllt hervorzutreten, wie nur immer zur Zeit des kleinen Belagerungszustandes, aber vielleicht will die Erfurter Behörde auch nur dem zivilisirten Auslande, das sich über die Ausweisungen aus Nordschleswig nicht wenig skandalisirt, das beruhigende, weit erheiternde Schauspiel gewähren, daß sich die deutschen Staaten, wie in den Zeiten der souveränen Kleinstaaterei ihre politischen „Verbrecher" ab- und zuschieben; der beschränkte Unterthanenverstand kann schwer ergründen, welche staatsrettende Gedanken ein preußischer Regierungspräsident in den Tiefen seiner männlichen Brust bewegt. Wohl aber ist zu wünschen, daß der demnächst zusammentretende Reichstag die kritische Sonde in die preußische Ausweisungspraxis senkt; ist doch die Reichstagstribüne der einzige Ort innerhalb der deutschen Grenzen, wo das Urtheil der zivilisirten Welt darüber ungeschminkt wiederhallen kann.

Dabei hat auch gleich das Zentrum eine sehr günstige Gelegenheit, als „maßgebende Partei" seine Leistungsfähigkeit zu beweisen. Bei einem früheren Ausweisungsparoxysmus der preußischen Polizei, der sich im Jahre 1885 gegen die Polen richtete, wie jetzt gegen die Dänen, bestritt Bismarck die Zuständigkeit des Reichstags in der Ausweisungsfrage. Als am 1. Dezember 1885 im Reichstag eine Interpellation über die „Ausweisungen aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates" verhandelt werden sollte, die von zahlreichen Mitgliedern des Zentrums und daneben von polnischen, freisinnigen und sozialdemokratischen Abgeordneten unterzeichnet worden war, brachte Bismarck eine kaiserliche Botschaft ein, worin feierlich gegen die Rechtsauffassung protestirt wurde, „als ob in Deutschland eine Reichsregierung bestände, die verfassungsmäßig in der Lage wäre, Schritte zu thun, um die Durchführung von Maßregeln zu hindern, welche von Uns in Unserem Königreich Preußen bezüglich der Ausweisung ausländischer Unterthanen angeordnet worden sind". Es hieß dann noch weiter: „Es giebt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstags, wie sie durch jene Interpellation versucht wird, die Aufsicht über die Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu üben, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist." Nun hat allerdings Artikel 4

der Reichsverfassung die Fremdenpolizei, in deren Bereich die Ausweisungen fallen, der Beaufsichtigung und der Gesetzgebung des Reiches, mithin auch der Zuständigkeit des Reichstags unterstellt, indessen auf solche Kleinigkeiten, wie Reichsverfassungsvorschriften, kam es dem braven Bismarck nicht weiter an, wenn er irgend einen lärmenden Spektakel anzurichten für gut befand. Es gelang ihm damals auch, die bürgerlichen Parteien einzuschüchtern, so daß nur die sozialdemokratische Partei auf dem Plane blieb, mit einem Antrag, der unter Berufung auf Artikel 4 der Reichsverfassung den Reichskanzler aufforderte, dafür zu sorgen, daß die Ausweisungen als eine „die Interessen und die Ehre des deutschen Volkes gleich schwer schädigende Maßregel alsbald rückgängig gemacht" würden.

Daß die sozialdemokratische Partei jetzt nicht minder kräftig auf dem Plane sein wird, versteht sich am Rande. Gespannter kann man darauf sein, wie die bürgerlichen Parteien das für ihre zarten Hände immerhin glühende Eisen der polizeilichen Ausweisungspraxis anfassen werden.

Das böhmische Staatsrecht und die Sozialdemokratie.

Von K. Kautsky.

Der Gedanke des Genossen Stampfer, die österreichische Sozialdemokratie solle für das böhmische Staatsrecht eintreten, das heißt für die Zusammenfassung Böhmens, Mährens und Schlesiens zu einem Sonderstaat im österreichischen Staate — dieser Gedanke ist sicher kühn und originell.

Genosse Stampfer hält die Anerkennung der Idee des böhmischen Staatsrechts durch die österreichische Sozialdemokratie für nothwendig vom revolutionären wie vom praktischen Standpunkt aus. Dieser Idee gehöre die Zukunft; wenn wir sie anerkennen, gewinnen wir Einfluß auf die Gestaltung des neuen Staatswesens. Und als Revolutionäre müssen wir „fallen lassen, was fallen soll und es bei seinem Falle noch stoßen", statt es zu stützen.

Sehen wir uns vor Allem diesen letzteren Satz an, der ganz plausibel klingt, ganz revolutionär. Doch möchten wir ihn in seiner Allgemeinheit nicht gelten lassen. Eine Untersuchung darüber, wie weit er richtig, wird uns zwar etwas vom böhmischen Staatsrecht ab-, dafür Fragen näher führen, die für die deutsche Sozialdemokratie heute von Interesse sind.

Es ist richtig, die Sozialdemokratie ist die Partei der gesellschaftlichen Entwicklung; sie strebt die Entwicklung der Gesellschaft über das kapitalistische Stadium hinaus an — die Evolution schließt bekanntlich die Revolution nicht aus, die nur eine Episode der Evolution ist. Ihr Endziel ist die Aufhebung des Proletariats in der Weise, daß dieses die gesellschaftliche Produktion erobert und beherrscht, wodurch die Arbeiter aufhören, Proletarier zu sein und eine besondere Klasse in der Gesellschaft zu bilden. Dies bedarf bestimmter ökonomischer und politischer Voraussetzungen. Es bedarf einer bestimmten Höhe der kapitalistischen Entwicklung. Das Proletariat hat also die Aufgabe, die ökonomische Entwicklung zu fördern. Aber seine Aufgabe ist deshalb doch nicht etwa die, für die Ausdehnung des Kapitals thatkräftig einzutreten, also mit anderen Worten, die Förderung des Profits zu betreiben. Das ist die historische Aufgabe der Kapitalistenklasse, und der wird sie nicht untreu. Wir brauchen sie dabei nicht zu unterstützen und können dies um so weniger thun, je mehr wir den kapitalistischen Methoden der Entwicklung widerstreben. Wir können da zwar das Fallende

nicht unterstützen, aber unsere Aufgabe ist es auch nicht, es zu stoßen. Wir brauchen uns weder für die Freisetzung von Arbeitern durch Maschinen, noch für die Expropriirung von Handwerkern durch Fabriken und dergleichen einzusetzen. Unsere Aufgabe in der ökonomischen Entwicklung ist die Organisirung und Unterstützung des Proletariats in seinen Klassenkämpfen.

Noch viel weniger uneingeschränkt als vom ökonomischen Gebiet gilt der Satz des Genossen Stampfer vom politischen. Kann der Sozialismus sich nur dort entwickeln, wo die kapitalistische Produktionsweise zu einer bestimmten Höhe gediehen ist, so auch nur dort, wo das Proletariat eine bestimmte Höhe politischer Reife erlangt hat, eine Fähigkeit der Selbstverwaltung, die sich nur voll entfalten kann auf dem Boden der Demokratie. Ist ökonomisch die Organisirung des Proletariats die nächste Aufgabe der Sozialdemokratie, so politisch die Erkämpfung oder Vertheidigung der Demokratie. Für sie müssen wir unter allen Umständen eintreten, wo sie zu fallen droht, haben wir keineswegs die Aufgabe, das Fallende zu stoßen, sondern die, es zu unterstützen.

Das ist ganz selbstverständlich und in dem hier kritisirten Sinne hat Genosse Stampfer seinen Satz auch nicht gemeint. Er erwartet selbst vielmehr, der neue böhmische Staat werde, wenn wir für das Staatsrecht eintreten, demokratischer sein als der jetzige österreichische. Aber meines Erachtens trifft sein Satz nur in dem von ihm selbst nicht gemeinten Sinne auf das böhmische Staatsrecht zu. Das Vordringen dieses Staatsrechts ist nur eine Theilerscheinung des allgemeinen Vordringens der Reaktion in allen Großstaaten des Kontinents.

Der Aufschwung des Kapitalismus und des Proletariats haben in den Großstaaten des europäischen Festlands zunächst nicht zu einem Aufschwung, sondern zu einem Niedergang der Demokratie geführt.

Die Kapitalistenklasse war der Demokratie nie besonders hold; nur ungern erregte sie den Acheron, wenn der Feudalabsolutismus es gar zu bunt trieb. Heute bedarf sie der Demokratie gar nicht; ihre ökonomische Macht ist so fest gegründet und so groß, daß sie die regierenden Klassen vollkommen beherrscht. Die Demokratie ist nur noch ein Mittel, dem Proletariat, nicht der Kapitalistenklasse, Machtmittel zuzuführen. Aus einer lauen Freundin wird diese eine Gegnerin der Demokratie. Dagegen erscheinen ihr nun die heute für sie gänzlich ungefährlichen, von ihr abhängigen antidemokratischen Klassen, der Militäradel und die „schwarze Gendarmerie", als willkommene Bundesgenossen im Kampfe gegen das vordringende Proletariat. Die Bourgeoisie wird militär- und kirchenfromm.

Dazu gesellt sich die Verschärfung der Gegensätze zwischen den Großmächten in Folge des immer erbitterter werdenden Kampfes um den äußeren Markt. Auch das bewirkt steigende Verehrung für den Militarismus.

Die Kapitalistenklasse, ökonomisch noch revolutionär, wird politisch reaktionär.

Mit ihr zusammen verlassen die untergehenden Mittelschichten das Schiff der Demokratie. Der Liberalismus hat ihnen nicht Befreiung gebracht, sondern Ruin. Und zum Proletariat gerathen sie in immer schärferen Gegensatz. Einerseits dadurch, daß sie ihren Untergang durch verstärkte Ausbeutung der Lohnarbeiter — sowohl als Produzenten, wie als Konsumenten — aufhalten wollen; anderseits dadurch, daß sie ihr Heil in der Rückkehr zu den Produktionsformen der Vergangenheit suchen; hier wie dort stoßen sie auf den entschiedenen Widerstand des Proletariats, dagegen auf die freudige Billigung der feudalen Mächte, deren Ideale ebenfalls in der Vergangenheit liegen und die völlige Knebelung des Proletariats bedingen.

Neben diesen, aus der Feudalzeit überkommenen, versinkenden Mittelschichten erstehen allerdings neue, durch die kapitalistische Produktionsweise geschaffene,

Advokaten, Aerzte, Ingenieure, Chemiker, Journalisten, Lehrer, Beamte und Angestellte aller Arten, kurz, die sogenannte „Intelligenz“.

Mit dem alten Kleinbürgerthum hat diese neue Mittelschicht die Unklarheit und Zweideutigkeit der sozialen Stellung gemein. Vielfach ausgebeutet oder doch herabgedrückt vom Kapital und in der Regel nicht direkt interessirt an der kapitalistischen Ausbeutung, steht sie doch ihrer Lebenshaltung und ihren gesellschaftlichen Beziehungen nach in den Reihen der Bourgeoisie. Entrüstet sie sich heute über die Habgier des Kapitals, so morgen über die schlechten Manieren des Proletariats. Ruft sie dieses heute zur Wahrung seiner Menschenwürde auf, so fällt sie ihm morgen zur Wahrung des sozialen Friedens in den Rücken.

Gleicht aber die Intelligenz dem alten Kleinbürgerthum in seiner politischen Haltlosigkeit und Unzuverlässigkeit, so unterscheidet sie sich von ihm durch ihre gänzliche Kampfunfähigkeit. Ohne Klassenbewußtsein, ohne Organisation, ohne inneren Zusammenhang, zerfallend in unzählige Koterien und Individuen, die einander oft aufs Schärfste befehden, ökonomisch ohne Rückhalt, mit bürgerlicher Lebenshaltung, aber nicht einmal mit proletarischen Mitteln des Widerstandes gegen eine Maßregelung, sind die Mitglieder dieser Mittelschicht nicht im Stande, ohne Anlehnung an andere Klassen auch nur die geringste Kampffähigkeit zu entfalten. Sie liefern die literarischen und politischen Vertreter aller anderen Klassen, sie sind nicht im Stande, eine eigene Klasse oder Partei oder Richtung zu formen. Sie bilden sich ein, über den Klassen zu stehen, sie stehen unter ihnen. Sie liefern die Argumente für die Kämpfe des Tages, aber sie entscheiden diese nicht; sie zeigen an, wohin die allgemeine Strömung geht, aber sie weisen ihr nicht die Richtung. Das Proletariat braucht diese Mittelschichten nicht zu fürchten. In ihren Reihen sind die proletarischen Sympathien heute schon stark und sie kommen dort, wo demokratische Gewohnheiten und weitgehender proletarischer Einfluß, wie in England, es ohne Gefahr für sie gestatten, leicht zum Durchbruch. Sollte das Proletariat heute die politische Macht erobern, dann stände ihm fast die gesammte Intelligenz zu Gebote. Sie würde ihm keinen Widerstand leisten.

Aber ebenso wenig ist sie im Stande, heute der Reaktion Widerstand zu leisten. So sehr ihre Lebensbedingungen denen der feudalen Mächte widerstreben, ein Theil läßt sich kaufen durch Stellen oder leere Titel — der Reservelieutenant! —, ein anderer bleibt seinen Ueberzeugungen treu, ballt aber die Faust im Sacke oder sucht seine Anschauungen in Formen zu bethätigen, die, weil harmlos, geduldet werden. Wer den Kampf für Freiheit und Aufklärung im vollen Sinne des Wortes aufnimmt, wird gebeugt, gebrochen oder der Sozialdemokratie zugetrieben.

Die Demokratie oder doch der Ansatz dazu in den Großstaaten Mitteleuropas entstammt dem Zusammenwirken von Bourgeoisie, Kleinbürgerthum und Proletariat unter der Führung der Intelligenz. Von diesen Klassen ist nur noch eine entschieden demokratisch: das Proletariat. Und dieses bildet in den genannten Staaten noch die Minorität. Wohl wächst es rasch an Zahl und Kraft, aber dieselben Faktoren, die es erstarken lassen, bewirken ein noch rascheres Anwachsen der reaktionären Neigungen der anderen Klassen der Gesellschaft. So sind wir, ohne Niederlage einer der bürgerlichen Klassen, ohne Verringerung ihrer Macht, in eine Periode der Reaktion hineingerathen, die so lange zunehmen muß, bis sie entweder so unerträgliche Zustände geschaffen hat, daß selbst die bürgerlichen Klassen sich gegen sie auflehnen oder bis das Proletariat stark genug geworden ist, sie allein niederzuwerfen.

Diese Situation hat allenthalben der Sozialdemokratie neue taktische Aufgaben von größter Schwierigkeit gestellt. Im Allgemeinen sind große ökonomische oder politische Reformen in der Reaktionsära nicht zu erwarten; wo besondere Umstände es der Sozialdemokratie ermöglichen, einen Erfolg zu erzielen, werden sie selbstverständlich ausgenützt, wie von den österreichischen Genossen die verfahrene Situation, die das Taaffesche Regime hinterließ. Aber solche Einzelfälle dürfen über die allgemeine Situation nicht täuschen. Die Demokratie ist in der Gesetzgebung Mitteleuropas nirgends im Vormarsch begriffen, überall in die Defensive gedrängt. Sie hat viel mehr damit zu thun, das einmal für die Demokratie eroberte Gebiet zu behaupten, als damit, neues hinzuzugewinnen. Nicht sie plant den Umsturz des gegebenen gesetzlichen Zustandes, sondern ihre Gegner. Jeder Tag der Verlängerung des bestehenden gesetzlichen Zustandes ist für sie ein Gewinn, denn er bedeutet einen Tag mehr der Aufklärungs- und Organisationsarbeit, ein Tag mehr der Kräftigung des Proletariats für die großen Kämpfe, die ihm bevorstehen. Weit entfernt, die fallende bürgerliche Freiheit zu stoßen, sucht die Sozialdemokratie sie mit aller Macht zu stützen. Die Partei der Entwicklung stemmt sich der momentanen Entwicklung entgegen, die Partei der Revolution wirkt augenblicklich konservativ.

Aber nicht genug mit diesem Widerspruch. Im Kampfe um die Erhaltung der bürgerlichen Freiheit geräth die Sozialdemokratie unter Umständen in eine Kampfgenossenschaft mit den Resten des absterbenden Liberalismus, mit Elementen, denen sie kurz vorher als ihren ärgsten Feinden gegenüber gestanden. Die Abneigung gegen diese Kampfgenossenschaft ist nicht selten so groß, daß über der Frage, ob man sie eingehen soll, die Sozialdemokratie sich spaltet. So in Frankreich in der Affäre Dreyfus. In der That war es viel verlangt von Sozialdemokraten, Hand in Hand mit Panamisten und Opportunisten, mit den Clemenceau, Yves Guyot, Trarieux, Reinach, einzutreten nicht für einen Proletarier, sondern für einen Generalstabsoffizier, einen Millionär. Erst mußte der Zusammenhang des Kampfes für die Revision seines Prozesses mit dem Kampfe um Erhaltung der bürgerlichen Freiheit völlig klar geworden sein, ehe die Masse der französischen Sozialdemokraten sich einig zusammenschloß.

Wir in Deutschland haben dasselbe Schauspiel von Uneinigkeit gehabt bei den preußischen Landtagswahlen, obwohl die Gefahren, die den Resten der deutschen Freiheit von einer konservativen Landtagsmehrheit drohen, von vornherein klar waren. Vielfach überwog die Abneigung gegen die Fortschrittler, namentlich in Berlin, wo sie nicht als Gegner eines übermächtigen Junkerthums, nicht als demokratische Opposition, sondern als manchesterliche Herren der Stadt auftreten.

Noch komplizirter liegen die Dinge in Oesterreich, weil die nationalen Gegensätze sie verwirren. Eine innerlich reaktionäre Partei kann aus Gründen nationalen Kampfes zeitweise äußerst fortschrittlich sich geberden, wie z. B. die Jungtschechen. Trotzdem darf man wohl sagen, daß das siegreiche Vordringen der Idee des böhmischen Staatsrechts ein Glied derselben Entwicklung ist, die in Frankreich die Cavagne zu einer Gefahr für die Republik macht, die in Deutschland die Koalitionsfreiheit und das allgemeine Wahlrecht ernstlich gefährdet. Das Staatsrecht der Tschechen ist der Zwilling des Antisemitismus der Deutschen in Oesterreich.

Die Klassen, welche die jungtschechische Bewegung tragen, sind dieselben, die dem Antisemitismus zuströmen — Kleinbürgerthum und Bauernthum. Und die Alliirten der Jungtschechen sind auch die der Antisemiten, trotz des deutschnationalen Gebahrens der letzteren.

Die Kraft der Idee des böhmischen Staatsrechts stammt nur zum Theile aus der Kraft der tschechischen Nation. Sicher ist diese gewachsen, aber der Kraft der Deutschen Oesterreichs noch lange nicht überlegen. Die Polen und Slovenen haben aber gar kein Interesse an der Sonderstellung der Sudetenländer; die Letzteren können dadurch nur verlieren; denn das böhmische Staatsrecht bedeutet nicht nur die Auslieferung der Deutschen in den Ländern der „Wenzelskrone“ an die Tschechen, sondern auch die Preisgebung der Slovenen an die Deutschen der Alpenländer. Wenn diese trotzdem für das böhmische Staatsrecht eintreten, so thun sie das, weil sie Klerikale, die Polen thun es, weil sie Feudale sind. Und die Aktien des böhmischen Staatsrechts steigen, weil die Klerikalen und Feudalen ganz Oesterreichs sich dafür erwärmen und bei Hof dafür Stimmung machen. Der Sieg des böhmischen Staatsrechts bedeutet nichts weniger als einen Sieg der tschechischen Demokratie.

Gewiß, die Sudetenländer bilden neben Niederösterreich den ökonomisch vorgeschrittensten Theil Oesterreichs. Durch ihre Sonderstellung werden sie das Bleigewicht der rückständigen Theile der Monarchie los. Das heißt aber nichts Anderes, als daß diese um so mehr den Klerikalen (die Alpenländer) und den Feudalen (Galizien) ausgeliefert werden.

Das Staatsrecht macht jedoch Böhmen noch nicht zu einem selbständigen Staate; es bleibt ein Theil Oesterreichs. Das Zentralparlament wird nicht aufgehoben, höchst wichtige Angelegenheiten, Kriegswesen, Zölle 2c. bleiben ihm vorbehalten. Aber die Separirung Böhmens muß die Kraft des Zentralparlaments brechen, die heute schon eine so geringe ist. Sie muß sie brechen nicht blos den Landtagen, sondern auch der Zentralregierung gegenüber. Gleich den Delegationen muß der Reichsrath zur jämmerlichsten Jasagemaschine herabsinken; die Verfügungsfreiheit der Zentralregierung in Militär- und Zollsachen und in der auswärtigen Politik, heute schon eine große, muß dann eine unumschränkte werden. Das böhmische Staatsrecht bedeutet eine Stärkung des Klerikalismus in den Alpenländern, des Feudalismus in Galizien, des Absolutismus in ganz Oesterreich.

Aber werden die Völker der böhmischen Krone nicht dafür durch größere Freiheit im eigenen Lande entschädigt werden? Wir wollen es nicht leugnen, daß es auch in der Reaktion Unterschiede giebt und daß die Reaktion in Ländern vorgeschrittener Kultur, wie schroff sie auch auftreten mag, höhere, der Entwicklung des Proletariats weniger ungünstige Formen annimmt. Wir haben heute die Reaktion in Frankreich und Deutschland ebenso wie in Galizien und Ungarn; aber Niemand unter uns wird die ungarischen Methoden der Reaktion etwa den französischen vorziehen.

Aber nichts rechtfertigt die Annahme, die innere Politik der böhmischen Länder würde durch ihre Lostrennung von Oesterreich auf eine höhere Stufe gehoben werden. Wohl ist es richtig, daß sie die vorgeschrittensten Theile der Monarchie enthalten; aber nirgends sind die Unterschiede der Entwicklung so groß, wie gerade innerhalb dieser Länder; neben Theilen, die sich mit dem benachbarten Sachsen in Bezug auf Industrie und Intelligenz der Bevölkerung messen können, finden wir, namentlich im südlichen Böhmen und den Nachbartheilen Mährens, solche, die tief unter den deutschen Alpenländern stehen und zahllose Schaaren geistig rückständiger, bedürfnißloser und unterthäniger Lohndrücker nach Nord und Süd entsenden. Der Einfluß der industriell und geistig entwickelten Gegenden wird aber gelähmt durch den nationalen Fanatismus, der sie entzweit. Der lachende Dritte bei diesem Streit ist der tschechische Adel, der heute schon dadurch zu einer herrschenden Stellung in Böhmen gelangt ist und der sie nicht in einem

Staatswesen verlieren wird, das vor Allem durch seinen Einfluß zu Stande gekommen ist. Sollte es zu einem böhmischen Staate kommen, so würde er es sein, der ihm seinen Stempel aufdrückt, und nicht die Sozialdemokratie, auch wenn diese sich noch so sehr für das böhmische Staatsrecht begeisterte.

Der böhmische Adel ist der mächtigste Oesterreichs.

In den Alpenländern dominiren die Pfaffen; der Adel ist dort im Ganzen arm und einflußlos. In Galizien beherrscht der Adel das Land; aber wie jeder rein agrarische Adel heutzutage, ist er bankerott, vom Geldjudenthum abhängig. Der böhmische Adel besitzt dagegen enorme Landgüter, die der hohen Entwicklungsstufe des Landes entsprechend mit allen Mitteln der modernen Technik bewirthschaftet werden; seine Landwirthschaft ist mit Industrie verbunden, er ist Herr von Bergwerken und Fabriken.

Dank der rückständigen politischen Struktur Oesterreichs gesellen sich zu seiner modernen kapitalistischen Macht altfeudale Machtfaktoren; er monopolisirt die höheren Stellen in der Staatsverwaltung und der Armee und hat bei Hofe eine entscheidende Stimme in allen Fragen der inneren Politik.

Schwächer war der Klerikalismus bisher in Böhmen; in den deutschen Gegenden wegen ihrer hohen industriellen Entwicklung, die sich mit dem Ultramontanismus höchstens dort verträgt, wo der Katholizismus nicht Staatsreligion, sondern Oppositionsreligion; in den tschechischen Gebieten, weil seit der Schlacht am weißen Berge bis in unsere Tage die Jesuiten die eifrigsten Gegner der tschechischen Nationalität, die Verfechter des deutschen Absolutismus waren. Das erhielt den hussitischen Geist wach, der jetzt freilich im Schwinden begriffen ist.

Das böhmische Staatsrecht bedeutet die Verstärkung der Herrschaft der kleinbürgerlich-bäuerlichen Klerikalen in den Alpenländern, der Schlachta in Galizien, des kapitalistischen Hochadels in Böhmen. Solange diese drei Schichten im Zentralparlament zusammen die Herrschaft ausüben müssen, können sie ihre volle Kraft nicht entfalten, denn ihre Interessen sind nicht identisch, sie zusammenzuhalten ist schwer. Ihre Kraft wird gesteigert, wenn jede dieser Schichten sich auf ein bestimmtes Feld konzentriren kann. Die Klerikalen sind mächtiger in Innsbruck und Linz, die Schlachzizen in Krakau und Lemberg, die böhmischen Hochtories in Prag, als alle zusammen in Wien. Wie im Deutschen Reiche saugt auch in Oesterreich die Reaktion neue Kraft aus dem Partikularismus und der Schwächung des Zentralparlaments, hier wie dort heißt es der Reaktion Vorschub leisten, wenn man dem Partikularismus moralische Unterstützung leiht; hier wie dort haben wir uns der augenblicklichen Strömung, die auf die Schwächung des Zentralparlaments hindrängt, entgegenzustemmen.

Freilich, sollte es trotzdem zur Durchführung des böhmischen Staatsrechts kommen, dann wird die Sozialdemokratie sich nicht in den Schmollwinkel stellen. Sie kämpft auf dem Boden der Thatsachen, nicht der frommen Wünsche, sie wird im Rahmen des böhmischen Staates ebenso ihre Schuldigkeit thun, wie im Rahmen der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder, der ja gerade auch kein idealer Rahmen ist.

Aber das Maß ihres Einflusses in dem neuen Staatengebilde wird nicht von dem Maße ihrer Begeisterung dafür, sondern von dem Maße ihrer Macht abhängen, und diese wird um so größer sein, je höher sie über dem nationalen Zwiste steht.

Wir sind bisher von der Annahme ausgegangen, daß dem böhmischen Staatsrecht die nächste Zukunft gehört.

Das ist aber keineswegs ausgemacht. Wohl wird es begünstigt durch die allgemeine reaktionäre Tendenz der Zeit, aber jeder Versuch seiner Durchführung

müßte Kämpfe entfesseln, die das ohnehin schon morsche Staatsgebäude Oesterreichs sicher nicht befestigen würden. Und wer hat je gesehen, daß ein österreichischer Staatsmann ohne äußeren Zwang zu einer großen, einschneidenden Aktion sich entschlossen hätte? Gleich den bayerischen Staatsmännern lieben auch die österreichischen nicht die „Theorie“, d. h. Grundsätze und große Gesichtspunkte. Sie sind reine „Praktiker“, sie ziehen es vor, von Fall zu Fall fortzuwursteln. So reaktionär sie sind, so sympathisch ihnen die Idee des böhmischen Staatsrechts ist, sie wollen vor Allem ihre Ruhe haben. Sie werden fortfahren, die für ihre Ruhe unangenehmen Elemente zu beschwichtigen, zu kaufen, zu korrumpiren oder durch leere Versprechungen hinzuhalten, die Tschechen werden vielleicht ein paar Hofrathsstellen und Gymnasien mehr bekommen, vielleicht sogar die Erlaubniß, bei Kontrollversammlungen „zde“ statt „hier“ zu rufen — aber soweit man von Deutschland aus die österreichischen Verhältnisse beurtheilen kann, scheint es mit dem böhmischen Staatsrecht seine guten Wege zu haben. Vorläufig ist noch nicht einmal die Sprachenverordnung verdaut.

Indessen wollen wir nicht ungerecht gegen die österreichischen Staatsmänner sein. Nicht in Oesterreich allein zeigt heute die Reaktion einen kleinlichen, unsicheren und unsteten Charakter; sie zeigt ihn in Deutschland und Frankreich nicht minder. Sie droht, ohne niederzuschlagen, sie verspricht, ohne zu halten; sie ist konsequent in der Verhinderung jedes ernsthaften Fortschritts, sehr inkonsequent aber in ihren Rückschritten, die nach den verschiedensten Richtungen auseinanderlaufen, so daß sie zu gar nichts führen.

Das liegt nicht an den Personen der Regierenden, wenn auch persönliche Eigenthümlichkeiten den Charakter des internationalen Zickzackkurses in manchem Lande verschärfen können, das liegt an der Situation. Die Reaktion wird heute nicht blos von einer Regierung oder einer Klasse getragen, sie entspringt den Bedürfnissen zahlreicher und mächtiger Klassen. Aber gerade in dieser ihrer Volksthümlichkeit wurzelt ihre Impotenz. Denn die Interessen dieser Klassen sind höchst gegensätzliche und ihre Gegensätze verschärfen sich in dem Maße, in dem die Reaktion zunimmt. Die Bauernbündler verfolgen ganz andere Ziele als die Geheimräthe, die großindustriellen Kartelle ganz andere als die Innungsmeister, die Krautjunker ganz andere als die Exporteure nach Amerika, die Pfaffen ganz andere als die Professoren. Je größer der Niedergang der Einen, je kraftvoller die Machtstellung der Anderen, desto gieriger drängen sie nach der Staatskrippe, desto dichter das Gedränge um diese, desto erbitterter sucht Einer den Anderen von dort wegzustoßen. Alle die reaktionären Elemente zu einer großen, weitschauenden Politik zu einigen, ist unmöglich; unsere Gegner sind wohl fast alle reaktionär, aber sie sind zum Glücke keine reaktionäre Masse; sie alle wollen uns bekämpfen, aber jeder in anderer Weise.

Dazu kommt, daß bei aller Reaktion die ökonomische Entwicklung ihren Lauf geht und alle Versuche, sie zu hemmen, mißlingen oder das Gegentheil dessen erzielen, was sie erzielen sollten.

So kommen die reaktionären Klassen nicht vom Fleck, sie können sich nicht einigen, verlieren den Glauben an sich selbst und den an ihre Führer; im gleichen Maße wie die Kraft der Demokratie sinkt, vermindert sich auch das Ansehen der staatlichen Autoritäten, mit den reaktionären Tendenzen wächst, und gerade unter den Reaktionären, die allgemeine Unzufriedenheit, und dieselbe Entwicklung, die die Allmacht der Regierungen steigert, vermehrt ihre Kopflosigkeit und Uneinigkeit.

Diese Situation schließt keineswegs Gewaltthätigkeiten der herrschenden Klassen aus, ja, sie legt ihnen diese vielmehr sehr nahe und läßt sie in der

ultima ratio das einzige Mittel sehen, einer unhaltbaren Situation zu entrinnen. Was sie aber ausschließt, sind große Neuschöpfungen, wenn auch reaktionärer Art, in Staat und Gesellschaft.

Noch nie war das Bedürfniß nach einschneidenden sozialen und politischen Umänderungen so groß, so allgemein, und noch nie wurde so wenig auf diesem Gebiete geleistet wie heutzutage, wo man über die kläglichste Flickarbeit nicht hinauskommt und jedes Reförmchen, zu dem man sich drängen läßt, durch ein Gegenreförmchen wettmacht. Die Reaktion ist impotent auf allen Gebieten.

Diese Thatsache muß selbstverständlich nicht nur auf unsere Erwartungen von der Thätigkeit der Regierungen und Parlamente, sondern auch auf unsere eigene Thätigkeit von bestimmendem Einfluß sein. Solange der große Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Reaktion nicht ausgefochten — und die Sozialdemokratie hat gar keinen Grund, diese Entscheidung vorzeitig zu provoziren — bleibt nach wie vor das Schwergewicht der praktischen Thätigkeit unserer Partei in der Aufklärung und Organisirung des Proletariats, wenn sie auch selbstverständlich jede Gelegenheit benützt, die sich ihr bietet, eine gesetzliche Reform, und sei sie noch so unscheinbar, durchzusetzen.

Das Gebiet der Aufklärung und Organisation des Proletariats, das ist dasjenige, auf dem die Sozialdemokratie auch unter der Herrschaft der Reaktion rasch und siegreich fortschreitet; selbst die parlamentarische Arbeit der Sozialdemokratie steht viel mehr im Dienste dieser Thätigkeit, als in dem der Gesetzgebung.

Ein wirksames, ausgiebiges Eingreifen der Sozialdemokratie in die Gesetzgebung ist Sache der Zukunft. In der Gegenwart stehen Propaganda und Organisation im Vordergrund; das sind unsere wichtigsten „praktischen" Aufgaben. Daraus folgt aber, daß ein parlamentarisches Aktionsprogramm, das blos das „Erreichbare" in Betracht zöge, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch unsere Zukunft kompromittirt, die Einheitlichkeit und Klarheit der Partei gefährdet wird, ein höchst unpraktisches Programm wäre. Für eine Partei, die große Ziele verfolgt und augenblicklich in der Minorität ist, kann das Anstreben des „Unerreichbaren" unter Umständen weit praktischer sein, als das sich Abfinden mit dem unter einer impotenten Reaktion Erreichbaren.

Von diesem Standpunkt aus hat man auch das nationale Programm der österreichischen Sozialdemokratie zu betrachten. Gewiß, die Autonomie der Völker hat zunächst gar keine Aussichten auf Verwirklichung, schon deswegen, weil allein die Sozialdemokratie sie vertritt und diese im Parlament eine winzige Minorität darstellt. Aber das Programm der Autonomie der Völker ist unschätzbar für die Aufklärung und die Organisirung des österreichischen Proletariats, und darum ist es viel „praktischer" als das „durchführbare" Programm des böhmischen Staatsrechts. Nur das Eintreten für die Autonomie der Völker ermöglicht es der Sozialdemokratie Oesterreichs, inmitten des wahnsinnigsten nationalen Fanatismus ihre internationale Haltung und damit ihre Geschlossenheit zu bewahren.

Das würde sich völlig mit dem Moment ändern, in dem die Sozialdemokratie oder ein Theil von ihr für das böhmische Staatsrecht einträte. Das hieße nichts Anderes, als die Auslieferung der Deutschen in den Sudetenländern an die Tschechen. Diese Preisgebung soll freilich nach dem Wunsche des Genossen Stampfer nur eine provisorische sein: der Loslösung der böhmischen Länder von Oesterreich soll die der deutschböhmischen Gebiete von Böhmen folgen. Aber das ist gerade das, was durch das böhmische Staatsrecht verhindert werden soll. Die Autonomie der tschechischen Theile Böhmens würden die meisten Deutschösterreicher gern bewilligen. Damit geben sich heute aber die Tschechen nicht mehr zufrieden;

sie fordern mehr; sie wollen die Herrschaft über die Deutschen in Böhmen, und die Form, das zu erreichen, ist das böhmische Staatsrecht. Wenn man ihnen dieses bewilligt, mit dem Vorbehalt, die deutschen Gebiete von Böhmen abzulösen, so schenkt man ihnen die Frucht mit dem Vorbehalt, den Kern morgen wieder zu nehmen und ihnen die leere Hülse zu lassen. Man kann aber nicht zwei Programme gleichzeitig haben, eines für heute, das andere für morgen, sondern blos eines, auch wenn man dieses nur stückweise zu verwirklichen gedenkt. Entweder steht auf dem Programm des Genossen Stampfer die Autonomie der böhmischen Länder und die Absonderung der deutschen Gebiete davon, und dann ist das nichts als eine Abstücklung von dem großen Programm der Autonomie der Völker. Dann aber muß er auf alle die moralischen Erfolge für uns gegenüber den Jungtschechen unter den Tschechischnationalen verzichten, die er von der Anerkennung des böhmischen Staatsrechts erwartet. Oder er erkennt dies an und giebt damit die Deutschen in Böhmen den Tschechen preis. Ein Drittes giebt es nicht.

Gegen nationale Unterdrückung wehrt sich aber der deutsche Arbeiter ebenso gut wie der deutsche Bourgeois. Die indifferenten Arbeiterschichten Nordböhmens sind ihren tschechischen Brüdern ohnehin gram, denn diese kommen als Lohndrücker in die deutschen Bezirke. Noch werden sie zurückgehalten durch die musterhafte internationale Neutralität der organisirten, aufgeklärten Arbeiterschaft beider Nationen. Das hört auf, sobald die Sozialdemokratie Partei für die Tschechen nimmt. Der nationale Fanatismus würde in der deutschen Arbeiterschaft lichterloh aufflammen, die internationale Solidarität des österreichischen Proletariats würde gesprengt, die österreichische Sozialdemokratie aufs Tiefste zerrüttet.

Und das alles um der vagen Hoffnung willen, „dem flüssig werdenden, neu sich formenden Staatengebilde die starken Zeichen unserer Hand aufprägen zu können"!

Eine Situation, in der am ehesten eine derartige „Ausprägung" erwartet werden konnte, war 1871, bei der Gründung des Deutschen Reiches gegeben. Damals bedurfte Bismarck der Popularität und er fürchtete noch nicht das Proletariat, hoffte es ausnützen und lenken zu können. Wenn in dieser Situation die Sozialdemokratie darauf verzichtet hätte, gegen die Fortsetzung des Krieges und die Annexion von Elsaß-Lothringen zu protestiren, die sie ja doch nicht verhindern konnte, so wäre es ihr wahrscheinlich gelungen, einige Volksrechte dafür einzutauschen, um uns eines unserer jüngsten geflügelten Worte zu bedienen. Das wäre als „praktische" Politik erschienen. Aber die deutsche Sozialdemokratie hätte sich dadurch zur Mitschuldigen Bismarcks gegenüber Frankreich, zur Mitschuldigen seiner völkerverhetzenden dynastischen Eroberungspolitik gemacht und sich für unabsehbare Zeit mit dem französischen Proletariat entzweit, dieses dem bürgerlichen Chauvinismus in die Arme getrieben; sie hätte sich selbst des Rechts begeben, jemals das Anwachsen des deutschen Militarismus grundsätzlich zu bekämpfen, der die nothwendige Konsequenz des Frankfurter Friedens ist.

Wenn heute die deutsche Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit der französischen marschirt, wenn das Proletariat diesseits wie jenseits der Vogesen eine Friedensbürgschaft und der entschiedenste Feind des Militarismus ist, wenn inmitten der schärfsten nationalen Gegensätze die Internationalität des europäischen Proletariats eine Thatsache bildet, so verdanken wir dies vor Allem der Politik der deutschen Sozialdemokratie während des deutsch-französischen Krieges, die, trotzdem sie vom Standpunkt der Augenblicksinteressen höchst unpraktisch erschien, ungemein praktisch war.

Und was für den Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich gilt auch für den zwischen Deutschen und Tschechen in Oesterreich.

Wir müssen das böhmische Staatsrecht bekämpfen als Produkt und Förderungsmittel der Reaktion, wir müssen es bekämpfen als Mittel, das österreichische Proletariat zu entzweien.

Der Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus führt nicht durch den Feudalismus. Das böhmische Staatsrecht ist ebensowenig eine Vorfrucht der Autonomie der Völker, als der Antisemitismus, der einseitige Kampf gegen das jüdische Kapital, eine Vorfrucht der Sozialdemokratie ist.

Das schweizerische Fabrikgesetz nach zwanzigjährigem Bestande.

Von **Otto Lang.** (Schluß.)

Das Verbot der Nacht- und der Sonntagsarbeit hat sich, unterstützt durch Gewohnheit und Sitte des Volkslebens, schnell eingelebt und wird verhältnißmäßig selten übertreten. Von jeher kamen sie nur in geringem Umfang vor und sind seit Erlaß des Fabrikgesetzes noch mehr eingeschränkt worden. Dabei machten die Unternehmer die auch in den deutschen Gewerbeinspektoratsberichten bestätigte Erfahrung, daß der Verzicht auf die Sonntags- und die Nachtarbeit viel leichter fällt, als früher angenommen wurde. Bis zum Jahre 1895 war den Mühlen Sonntagsarbeit von drei Stunden für die Reinigung und Instandstellung von Maschinen und Böden gestattet. Dann hob der Bundesrath diese Bewilligung auf, weil sich herausgestellt hatte, daß die betreffenden Arbeiten während der ordentlichen Arbeitszeit besorgt werden können. Im letztjährigen Inspektoratsbericht findet sich nur die Mittheilung, daß verschiedene Müller „ihre Verwunderung darüber ausgesprochen haben, wie leicht der Wegfall der Sonntagsputzstunden verschmerzt worden sei".

Das Gesetz sieht auch vom Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit Ausnahmen vor. Zunächst gestattet es sie denjenigen Fabrikationszweigen, die „ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern". Um aber Mißbrauch zu verhüten, ist — in Abweichung von der Regel, wonach die Vollziehung des Gesetzes Sache der Kantone sei — das Recht, die Bewilligung zu ununterbrochenem Betrieb zu ertheilen, dem Bundesrath vorbehalten. Wenn die Ausführung dieser Vorschrift im Anfang zu wünschen übrig ließ und von den Aufsichtsorganen häufig Unregelmäßigkeiten zu konstatiren waren, so lag der Grund dafür nicht etwa in betriebstechnischen Schwierigkeiten, sondern darin, daß man es auch hier an wegleitenden Vorschriften fehlen ließ. Mit der Beseitigung dieses Mangels ist die Behandlung gleichmäßiger und die Aufsicht viel leichter geworden. In einem Bundesrathsbeschluß vom 14. Januar 1893 sind diejenigen Arten von Betrieben aufgeführt, denen entweder Sonntags- oder Nachtarbeit oder ununterbrochener Betrieb gestattet ist, unter Bezeichnung der speziellen Verrichtungen, für welche die Bewilligung gilt. Dabei sind aber folgende Bedingungen einzuhalten: a) Es dürfen zur Nacht- wie zur Sonntagsarbeit nur männliche, wenigstens neunzehn Jahre alte Arbeiter und nur mit ihrer Zustimmung verwendet werden; b) ihre Arbeitszeit darf unter keinen Umständen elf Stunden überschreiten, so daß ihnen also nach elf Stunden jeweilen eine dreizehnstündige Ruhezeit zu gewähren ist; c) die Betriebe mit Sonntagsarbeit müssen ihren Arbeitern jeden zweiten Sonntag freigeben; d) die Bewilligung, nebst den hier angeführten Bedingungen und dem Stundenplan ist im Arbeitslokal anzuschlagen und der Stunden-

plan zum Zwecke der leichteren Ueberwachung den kantonalen Vollziehungsbehörden und dem Fabrikinspektorat mitzutheilen.

Eine Angabe darüber, wie groß die Zahl der zur Sonntags- und Nachtarbeit verwendeten Arbeiter ist, findet sich in den Inspektoratsberichten nicht. Jedenfalls ist sie nicht beträchtlich. Die Bestimmung, wonach von der Nacht- und Sonntagsarbeit alle jugendlichen Arbeiter unter neunzehn Jahren und die Frauen ausgeschlossen sind, zwingt von vornherein die ganze Textilindustrie zum Verzicht auf dieses beliebte Mittel zur Produktion von Mehrwerth. Von den 200 199 Arbeitern, die im Jahre 1895 in den Fabriken gezählt wurden, waren 91 454, also fast die Hälfte, in der Textilindustrie beschäftigt, und davon gehörten 31 792 dem männlichen und 59 662 dem weiblichen Geschlecht an. Gar keinen Gebrauch von der regelmäßigen Sonntags- und Nachtarbeit machen die Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie mit zusammen etwas mehr als 50 000 Arbeitern. Dagegen ist Nachtarbeit gestattet den Bäckereien, Sprit- und Gasfabriken, Holzsägereien, Salinen, Mühlen, ferner für gewisse Verrichtungen, die jeweilen nur von wenigen Arbeitern besorgt werden, der Milchindustrie, den Holzstoff- und Papierfabriken, den Elektrizitätswerken, Zement- und Kalkfabriken, Ziegeleien und Thonwaarenfabriken und den Bierbrauereien. Im Ganzen wird sich die Zahl derjenigen Arbeiter, die ganze Nachtschichten verrichten, nur auf einige Hundert belaufen.

Von dem Fallen der *regelmäßigen*, durch die Eigenthümlichkeit des Produktionsprozesses nothwendig gemachten längeren oder kürzeren Nachtarbeit unterscheidet das Gesetz den Fall der ausnahmsweisen, vorübergehenden Nachtarbeit, zu deren Bewilligung, je nachdem sie für mehr oder weniger als vierzehn Tage verlangt wird, die Kantonsregierung oder die Bezirksbehörden zuständig sind. Sehr häufig sind diese Bewilligungen nicht, und wenn sie in den letzten Jahren zugenommen haben, so weist das nicht auf eine Zunahme der Nacht- und Sonntagsarbeit hin, sondern auf eine pünktlichere Ausführung des Gesetzes. Im Kanton Zürich, dessen Fabrikarbeiterschaft etwa 50 000 Köpfe zählt, sind im Jahre 1896 nur fünf Bewilligungen zur Nachtarbeit während mehr als zwei Wochen ertheilt worden, und daran waren im Ganzen blos 114 Arbeiter betheiligt. Der Schritt zum vollständigen Verbot der ausnahmsweisen Nacht- und Sonntagsarbeit wäre nach allen Erfahrungen gar nicht gewagt. Die normale Arbeitszeit ist ja in einer sehr großen Zahl von Betrieben hinter die gesetzlich zulässige zurückgegangen, so daß eine Ausdehnung des Produktionsprozesses innerhalb des Maximalarbeitstags möglich ist. Um so leichter würde die ausnahmsweise Sonntags- und Nachtarbeit zu entbehren sein.

Zum Schutze der Frauen enthält das Fabrikgesetz, abgesehen von dem bereits besprochenen grundsätzlichen Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit, noch folgende Bestimmungen:

Denjenigen Frauen, „die ein Hauswesen zu besorgen haben", muß eine Mittagspause von wenigstens anderthalb Stunden eingeräumt werden. Es scheint, daß dieser Vorschrift im Allgemeinen nachgelebt wird. Noch im letzten Inspektoratsbericht für die Jahre 1896 und 1897 konstatirt der Inspektor des ersten Kreises: „Die verlängerte Mittagspause für Frauen stößt nie auf Schwierigkeiten." An manchen Orten hatte diese Bestimmung die Wirkung, daß die Mittagspause für alle Arbeiter auf anderthalb Stunden ausgedehnt wurde.

Anders verhält es sich mit der Bestimmung, wonach Wöchnerinnen vor und nach ihrer Niederkunft während acht Wochen nicht in der Fabrik beschäftigt werden dürfen. Ihre Durchführung machte um so größere Schwierigkeiten, als

sich die Arbeiterinnen ihr nach Möglichkeit widersetzten und sie auf die verschiedensten Arten zu umgehen versuchten. Die vorgeschriebenen „Wöchnerinnenlisten" wurden nur in seltenen Fällen regelmäßig geführt, was die Kontrolle außerordentlich erschwert. Nun liegt diese Vorschrift nicht nur im Interesse der Mutter und des Kindes, sondern auch der Allgemeinheit. Der Wöchnerinnenschutz ist ein dringendes Gebot der Rassenhygiene und deshalb war es ebenso unklug wie herzlos, die Kosten der Durchführung dieser Bestimmung nur den Arbeiterinnen aufzuerlegen. Die im Gesetz getroffene Anordnung hatte, wenn sie befolgt wurde, zunächst nur die Wirkung, daß die Wöchnerin verdienstlos wurde. Die Befreiung von der Fabrikarbeit bedeutete aber weder für sie noch für das Neugeborene eine Wohlthat, wenn sie dadurch der Mittel zum Lebensunterhalt in einem Augenblick beraubt wurde, wo ihr aus der Niederkunft und den Bedürfnissen des Kindes neue Auslagen erwuchsen! Wollte das Gesetz für sie und dadurch indirekt für die Volksgesundheit sorgen, so mußte es die schwangere Frau und die Wöchnerin nicht nur vor den schädigenden Einflüssen der Fabrikarbeit schützen, sondern ihr auf irgend eine Art einen Ersatz für den ihr zugemutheten Verzicht auf den Verdienst bieten. Daß das unterlassen wurde, hat sich schwer gerächt, und zwar in jedem Falle, mochte das Gesetz beobachtet oder übertreten werden. Schloß der Unternehmer die Wöchnerin von der Arbeit aus, so war sie in zahlreichen Fällen gezwungen, anderweitige Beschäftigung zu suchen, oft in solchen Geschäften, die dem Fabrikgesetz nicht unterstellt waren, wo sie also nicht einmal den Schutz genoß, den das Fabrikgesetz ihr im Uebrigen gewährt hätte. Suchte sie keine Arbeit, so gerieth sie in Noth, und behielt sie der bisherige Arbeitgeber — oft auf ihr dringendes Ansuchen —, so waren sie und ihr Kind ebenfalls den schwersten Gefahren ausgesetzt. Aus diesem Verhältniß kommt man natürlich nur heraus, wenn auf irgend eine Art für die Wöchnerin gesorgt würde. Abhilfe brächte das Gesetz betreffend die geplante Krankenversicherung, das den Wöchnerinnen Anspruch auf Ersatz der Kindbettkosten und auf das Krankengeld — sechzig Prozent des Taglohns — während sechs Wochen nach der Niederkunft giebt.

Im Interesse der Unfallverhütung verbietet sodann das Fabrikgesetz die Verwendung von Frauen zur Reinigung von im Gange befindlichen Motoren, Transmissionen und gefahrdrohenden Maschinen. Die Aufsicht über die Durchführung dieser Bestimmung ist naturgemäß schwierig, allein durch die Haftpflicht für die Folgen von Betriebsunfällen ist der Unternehmer an ihrer Beobachtung stark interessirt.

Endlich verbietet das Gesetz die Verwendung schwangerer Frauen für gewisse gesundheitsgefährliche Fabrikationszweige. Ein Verzeichniß der Berufsarten, auf die sich dieses Verbot bezieht, findet sich in dem Bundesrathsbeschluß vom 13. Dezember 1897. Es handelt sich um Betriebe, in denen gelber Phosphor, Blei, Quecksilber, schweflige Säure, Benzin und Chlorschwefel zur Verwendung kommt.

Was die Minderjährigen anlangt, so unterscheidet das Fabrikgesetz Kinder, die das vierzehnte Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben; Kinder im Alter von fünfzehn und sechzehn Jahren und sogenannte „junge Leute" von achtzehn und neunzehn Jahren. Im Einzelnen bestimmt es Folgendes: Kinder dürfen, bevor sie das vierzehnte Altersjahr vollendet haben, nicht zur Arbeit in den Fabriken verwendet werden. Stehen sie im fünfzehnten oder sechzehnten Altersjahr, so ist ihre Beschäftigung in den Fabriken gestattet. Doch müssen die Stunden des Schul- und Religionsunterrichts, der durch die Fabrikarbeit nicht beeinträchtigt werden soll, in den elfstündigen Maximalarbeitstag eingerechnet werden. Sodann ist der Bundesrath ermächtigt, die Beschäftigung von „Kindern" (d. h. also jugendlichen Arbeitern im Alter von fünfzehn und sechzehn Jahren)

in solchen Betrieben, in denen die Erkrankungs- oder Unfallsgefahr besonders groß ist, zu verbieten. Endlich ist den „Kindern" die Sonntags- und Nachtarbeit vorbehaltslos verboten. Die Behandlung der „jungen Leute" (siebzehntes und achtzehntes Altersjahr) unterscheidet sich von derjenigen der erwachsenen Arbeiter lediglich dadurch, daß auch für sie das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit gilt, immerhin mit einer Ausnahme: der Bundesrath kann ihnen wie auch den „Kindern" dann die Nacht- und Sonntagsarbeit gestatten, wenn den betreffenden Geschäften ununterbrochener Betrieb bewilligt und „die Unerläßlichkeit der Mitwirkung junger Leute dargethan ist, zumal wenn es im Interesse tüchtiger Berufserlernung derselben selbst förderlich erscheint". Die Arbeitszeit muß aber dann weniger als elf Stunden betragen, wie auch der Bundesrath „jede im Interesse der jungen Leute und ihrer Gesundheit nöthige Vorschrift und Garantie der Bewilligung beifügt".

Darüber, ob und wie viel derartiger Bewilligungen eingeholt worden sind, findet sich in keinem Inspektoratsbericht eine Mittheilung. Man darf daraus jedenfalls so viel schließen, daß die Bestimmung keine große praktische Bedeutung erlangt hat und daß sich keine Uebelstände herausgestellt haben. Die Verwendung von jungen Leuten zu ausnahmsweiser Nachtarbeit kam öfter vor, namentlich in Fällen der Ueberzeitbewilligung, wenn die Behörden unterließen, darauf hinzuweisen, daß zur Ueberzeit, sofern sie in die Zeit nach 8 Uhr fällt, nur erwachsene Arbeiter verwendet werden dürfen. Das Verzeichniß der Betriebe, in denen Kinder im Alter von fünfzehn und sechzehn Jahren nicht verwendet werden dürfen, ist erst im vergangenen Jahre herausgegeben worden. (Es findet sich in dem bereits zitirten Bundesrathsbeschluß vom 13. Dezember 1897.) Die Verzögerung erklärt sich zum Theile daraus, daß Klagen über Anstellung von Kindern in gesundheitsgefährlichen Betrieben selten laut geworden sind.

Große Schwierigkeiten machte es, das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren durchzuführen. Zwar war dem Fabrikgesetz durch einige kantonale Gesetzgebungen vorgearbeitet worden. Als jenes in Kraft trat, war die Verwendung von Kindern im schulpflichtigen Alter zur Fabrikarbeit in den Kantonen Thurgau, Zürich, Glarus, Baselstadt, Baselland, St. Gallen, Aargau und Schaffhausen verboten. Allein die Ausführung dieser kantonalen Arbeiterschutzgesetze ließ sehr viel zu wünschen übrig. Dazu kam, daß die Schulpflicht an den meisten Orten nur bis zum zurückgelegten dreizehnten Altersjahr dauerte, während durch das Fabrikgesetz auch die Vierzehnjährigen aus den Fabriken ausgeschlossen wurden. Um den Unternehmern die Anpassung an das Gesetz zu erleichtern, wurde Artikel 16 (der das Verbot ausspricht) erst vom 1. April 1878 an vollzogen, während das Gesetz im Uebrigen mit dem 1. Januar ins Leben trat. Die Frage nach der Wirksamkeit des Verbots kann nun nicht wohl im Allgemeinen beantwortet werden. Um ein richtiges Bild zu erhalten, sind vielmehr verschiedene Berufsgruppen gesondert zu betrachten. In ihrer Mehrzahl machte sich die Durchführung des Verbots verhältnißmäßig leicht. Schon im ersten Inspektionsbericht fürs Jahr 1878 findet sich die Bemerkung: „Im Ganzen müssen wir gestehen, wurde dem Gesetz besser nachgelebt, als wir zu erwarten gewagt hatten." Gewagt hatten — nämlich nach den vielfachen Aeußerungen von Industriellen namentlich der Textilindustrie, die an das Verbot der Kinderausbeutung die schauerliche Bemerkung knüpften, daß es den völligen Ruin der betroffenen Industrien herbeiführen werde. Eine Ausnahme machten nur die Coconspinnereien im Tessin, die Stickerei, die namentlich in den Kantonen St. Gallen und Appenzell zu Hause ist, ferner, wenn auch in kleinerem Maße,

die Strohwaaren-, Zündholz- und Tabakfabrikation. Dieses Verhältniß hat sich leider bis heute noch nicht wesentlich geändert. Wenn auch die Verwendung von Kindern in den zuletzt genannten Industriezweigen allmälig seltener geworden ist, so ist es bis jetzt nicht gelungen, diesem Mißbrauch in den Stickereien zu steuern, auf die wohl 80 Prozent aller Uebertretungen kommen. Neben solchen Stickereien, die dem Fabrikgesetz unterstellt wurden, bestehen zahlreiche kleinere Betriebe, auf die das Gesetz keine Anwendung findet, obgleich sie sich, was den Arbeitsprozeß anbelangt, von den anderen in nichts unterscheiden. Diesen Stickereien war die Beschäftigung von Kindern unter fünfzehn Jahren gestattet und sie machten, namentlich als die Geschäfte stockten, von dieser Erlaubniß in skrupellosester Weise Gebrauch. Aber dadurch bildeten sie für die Inhaber von größeren Stickereien eine beständige Versuchung, das Gesetz zu umgehen und ebenfalls die billige Arbeitskraft der Kinder auszubeuten. Nachdem im Jahre 1878 alle Stickereien mit mehr als zwei Stühlen dem Fabrikgesetz unterstellt worden waren, wendeten die betreffenden Sticker alle nur denkbaren Listen an, um vom Fabrikverzeichniß wieder gestrichen zu werden. Sie vermietheten einen oder zwei Stühle oder stellten sie in verschiedenen Zimmern auf. Der Bundesrath ergänzte deshalb seinen Beschluß durch mehrfache Zusätze. Demnach findet das Gesetz auf die Sticker mit wenigstens drei Stühlen auch dann Anwendung, wenn nicht alle Stühle im gleichen Zimmer oder im gleichen Gebäude untergebracht sind. Ferner macht es keinen Unterschied, ob die Maschinen vermiethet sind oder ob der Betrieb auf Rechnung des Eigenthümers vor sich geht. Allein neben diesen „Fabriken" giebt es nun eine große Zahl von „Einzelstickern" mit einem oder zwei Stühlen, die dem Gesetz nicht unterstellt sind, für welche deshalb weder der Maximalarbeitstag, noch das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren gilt. Nicht selten kam es vor, daß Sticker, die früher mit drei oder mehr Stühlen gearbeitet hatten, nur noch zwei behielten und die übrigen veräußerten, um wieder „das Recht" zu haben, mit Frau und Kind ganze Nächte durchzuarbeiten und einen elenden Verdienst mit dem Einsatz ihrer Gesundheit etwas aufzubessern. Da schien es, als ob es dem im Jahre 1885 gegründeten „Zentralverband der Stickereiindustrie der Ostschweiz und des Vorarlbergs" gelingen sollte, den grauenhaften Zuständen ein Ende zu machen. Er führte für alle seine Mitglieder den elfstündigen Normalarbeitstag ein, verbot die Sonntags- und die Ueberzeitarbeit, fixirte einen Minimallohn, beschränkte die Produktion und sicherte auf diese Weise den Arbeitern und den Unternehmern eine bessere Existenz. Da der Verband nicht nur die Fabriken, sondern auch die Einzelsticker umfaßte, verschwand der Unterschied zwischen den beiden Kategorien, den das Fabrikgesetz hatte machen müssen. Dem Einzelsticker war nun die Nachtarbeit ebenfalls untersagt und er war deshalb nicht mehr in der Lage, den Anderen durch Preisunterbietungen eine wahnsinnige Konkurrenz zu bereiten. Damit ließ für die Fabriken auch die Versuchung nach, Kinder unter vierzehn Jahren zu beschäftigen. Schon nach Jahresfrist waren dem Verband mehr als 10000 Mitglieder mit etwa 21000 Maschinen beigetreten. Die Zahl der Maschinen außerhalb des Verbandes wurde nur auf 600 geschätzt.

Allein dieser in volkswirthschaftlicher Beziehung so außerordentlich lehrreiche Versuch, auf dem Wege freiwilliger Vereinbarung die Produktion zu regeln, hatte keinen dauernden Erfolg. Ende der achtziger Jahre erfolgten zahlreiche Austritte, die sich in den folgenden Jahren noch mehr häuften, ohne daß der Verband ihnen wehren konnte. Die Einsicht in den Nutzen und die Wohlthat einer derartigen Regelung und der Beseitigung der mit den verzweifeltsten und verwerflichsten Mitteln arbeitenden Konkurrenz war nicht stark genug, um ohne

äußeren Zwang, ohne gesetzliche Organisation den Fortbestand des Verbandes zu garantiren. Das kurzsichtige private Interesse sprengte ihn. Die Einzelsticker traten aus, um wieder mit Hilfe der Nachtarbeit und der Kinderausbeutung vor den Fabriken einen Vorsprung zu gewinnen. Die Folge war noch größeres Elend, als es vordem bestanden hatte. Der Fluch dieser Privatwirthschaft vollzog sich am härtesten an den Kindern. Die Uebertretungen des Verbots, junge Leute vor dem zurückgelegten vierzehnten Altersjahr zu beschäftigen, waren wieder an der Tagesordnung. Der Besitzer von drei Stühlen wollte nicht verstehen, warum er zum Fädeln nur ältere Personen, denen er natürlich auch einen größeren Lohn zu zahlen hatte, sollte beschäftigen dürfen, während sein Nachbar oder Hausgenosse, der nur zwei Stühle besaß, die schulpflichtigen Kinder halbe Nächte durch anspannen durfte. Nach den bei der Lehrerschaft eingezogenen Berichten sollen im Kanton St. Gallen 2500 Kinder im Alter von fünf bis fünfzehn Jahren als Hilfsarbeiter bei den Einzelstickern verwendet werden. Daß unter solchen Umständen die dem Fabrikgesetz unterstellten Sticker häufig das Verbot der Kinderarbeit mißachteten, ist begreiflich. Eine theilweise Besserung brachte die Fädelmaschine, die einen Theil der den Kindern aufgebürdeten Arbeit verrichtet. Als Mittel zur Beseitigung dieser Uebelstände ist die Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf die Einzelstickereien vorgeschlagen worden. Allein da diese Stickereien in der Mehrzahl nur von Familienangehörigen betrieben werden, so ist fraglich, ob das Fabrikgesetz nach seinem jetzigen Wortlaut diese Ausdehnung zuläßt oder ob nicht eine Revision anzustreben ist, wenn auf erfolgreiche Art dem Kinderelend der Privatwirthschaft ein Ende gemacht werden soll.

Der andere Industriezweig, in welchem seit Jahren Kinder unter vierzehn Jahren beschäftigt wurden, ist die Seidenindustrie des Kantons Tessin. Doch hat das Unwesen dort bei Weitem nicht den Umfang angenommen, wie in den Stickereibezirken der Ostschweiz. Es existiren dort zwei Seidenspinnereien und vier Seidenzwirnereien, die zusammen 12—1300 Arbeiterinnen beschäftigen. Daß es im Kanton Tessin von jeher mit der Vollziehung des Fabrikgesetzes schlecht bestellt war, war bekannt. Erst in der letzten Zeit aber erfuhr man, daß der Bundesrath, der sonst in allen Fällen den guten Willen bewies, das Gesetz auszuführen, seit Jahren eine Außerachtlassung des Verbots der Kinderarbeit gestattet hat. Im Jahre 1880 erlaubte er vier tessinischen Coconspinnereien „auf Zusehen hin" die Beschäftigung von Kindern im Alter von zwölf bis vierzehn Jahren, obgleich das Gesetz eine derartige Ausnahme nicht gestattet. Bis vor wenigen Monaten waren in den betreffenden Fabriken etwa 150 Kinder unter vierzehn Jahren angestellt. Im September 1897, also nachdem die Unternehmer zwanzig Jahre lang ihr Privilegium ausgebeutet hatten, beschloß die tessinische Regierung, daß Artikel 16 des Fabrikgesetzes vom 1. Januar 1898 an auch im Kanton Tessin zur Anwendung kommen solle. Nun erlebte man etwas, das lebhaft an die Vorgänge erinnerte, die sich vor der Volksabstimmung über das Fabrikgesetz im Herbst 1877 an manchen Orten abgespielt haben: Die Unternehmer setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um die tessinische Regierung zur Zurücknahme ihres Beschlusses und den Bundesrath zur Erneuerung der vor zwanzig Jahren ertheilten Bewilligung zu bewegen. Sogar die Arbeiterschaft wurde mobil gemacht. Die Unternehmer drohten ihr mit der Einstellung des Betriebs, wenn ihnen nicht gestattet werde, mit obrigkeitlicher Bewilligung den Kinderartikel auch fernerhin zu übertreten, und um dieser Drohung mehr Nachdruck zu geben, setzte die Seidenspinnerei Bodmer in Melano eine Komödie in Szene und entließ am 29. Mai 1898 ihre sämmtlichen Arbeiterinnen. Beim Bundesrath gingen fünf Petitionen dieser Arbeite-

rinnen ein, die insgesammt mit 1044 Unterschriften bedeckt waren. Bevor er einen Beschluß faßte, ließ er von den Fabrikinspektoren die Verhältnisse nochmals untersuchen. In ihrem Bericht widerlegen sie den Einwand, daß gewisse technisch nothwendige Verrichtungen nur von unerwachsenen Kindern besorgt werden können: „Niemand vermöge im Ernste zu glauben, daß bei der Coconspinnerei Kinder absolut nothwendig und durch Erwachsene nicht zu ersetzen sind.“ Auch die Behauptung, daß die Beschäftigung, zu welcher die Kinder verwendet wurden, gesund sei und ihre Entwicklung nicht beeinträchtige, weisen sie mit Entschiedenheit zurück. Viele Kinder sehen ebenso schlecht aus wie die Kinder der ostschweizerischen Baumwollspinner. Der Bundesrath hielt an seinem Beschluß fest und verlangt nun seit dem 1. Mai dieses Jahres strikte Durchführung des Verbots der Kinderarbeit.

Was die anderen Berufe anbelangt, so sind es namentlich abgelegene Ziegelfabriken, Strohflechtereien in ländlichen Gegenden, auch Buchdruckereien und Zigarrenfabriken, die sich auf Uebertretungen ertappen lassen. Im Ganzen aber — und abgesehen von den Stickereien — kann gesagt werden, daß das Verbot der Beschäftigung von Kindern vor dem zurückgelegten vierzehnten Altersjahr durchgeführt ist. Und nicht nur das: von den schlimmen Folgen, die seinerzeit prophezeit wurden, ist keine einzige eingetreten. Die Beobachtung des Gesetzes hat die Unternehmer kein irgendwie namhaftes Opfer gekostet. Das gilt im Besonderen auch von der Baumwollindustrie, die sonst so begehrlich nach Kinderblut lechzt. „In einzelnen Baumwollspinnereien scheinen die Kinder mit Leichtigkeit durch Erwachsene ersetzt worden zu sein; so sehr, daß man die jetzige Betriebsweise als die wünschenswerthere bezeichnet“, liest man im Inspektoratsbericht fürs Jahr 1879, also schon zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes. Im Bericht über die Fabrikinspektion in den Jahren 1882 und 1883 heißt es: „Nur noch selten vernimmt man die früher so oft gehörte Behauptung von der Unentbehrlichkeit der Mitwirkung der Kinder in den meisten Branchen der Industrie. So bemerken die Spinner öfter, daß man die Kinder gar nicht schwer vermisse.“ Und an einer anderen Stelle: „In Baumwollspinnereien und Webereien drücken die Fabrikbesitzer und mehr noch die Geschäftsleiter ihre volle Befriedigung darüber aus, daß sie sich mit den Kindern nicht mehr zu plagen haben. Die Mehrausgabe an Löhnen werde durch die größere Arbeitsleistung vollständig ausgeglichen.“ Kurz, man kann die Erfahrung dahin zusammenfassen: Die Kinderarbeit war und ist nirgends ein Bedürfniß, sondern nur eine schlechte Gewohnheit unfähiger Geschäftsleiter.

In der Resolution betreffend die Kinderarbeit fordert der internationale Kongreß für Arbeiterschutz, der letztes Jahr in Zürich stattgefunden hat: „Ausdehnung der Schulpflicht bis zum vollendeten fünfzehnten Altersjahr.“ Diese Forderung ist von den Christlichsozialen, zumal denjenigen katholischer Observanz, heftig bekämpft worden. Ihre Behauptung, daß Schulpflicht und Arbeiterschutz nichts miteinander zu thun haben, könnten sie aber in den Berichten der schweizerischen Fabrikinspektoren bündig widerlegt finden. Als der Bundesrath den eidgenössischen Räthen im Jahre 1875 den Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes vorlegte, drückte er die Erwartung aus, daß, wenn das Gesetz die Beschäftigung von Kindern vor dem vollendeten vierzehnten Altersjahr verbiete, die Kantone dazu gelangen würden, die Schulpflicht so weit auszudehnen, daß sie erst in dem Jahre aufhört, in welchem das Kind die Berechtigung zum Eintritt in die Fabrik erlangt. Die Hoffnung hat sich leider nicht erfüllt; um so unangenehmer wurde es aber von den Eltern empfunden, daß zwischen dem Austritt aus der Schule und dem Eintritt in die Fabrik eine Frist von einem oder zwei Jahren lag, während deren

sie mit dem Kinde und die Kinder mit ihrer Zeit nichts anzufangen wußten. In vielen Fällen blieb das Kind dann tagelang ohne Aufsicht oder wenigstens ohne passende Beschäftigung. Manchmal — und das war der schlimmste, leider aber nicht der seltenste Fall — wurde das Kind in der Hausindustrie oder in anderen dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Berufen beschäftigt, wo ihm jeder gesetzliche Schutz versagt blieb. „Das fatale Nichtzusammenpassen der Schul- und Fabrikgesetzgebung“ — so konstatirt der Inspektor Dr. Schuler im Jahre 1879 — „hat selbst in Kreisen, denen das Wohl der Arbeiterjugend nichts weniger als gleichgiltig ist, vielfache Mißstimmung gegen den Kinderartikel hervorgerufen und ist hauptsächlich schuld, daß er so vielfach ignorirt wird.“ Ganz abgesehen von der Nothwendigkeit einer besseren Schulbildung ist es also schon diese rein praktische Erwägung, die für einen organischen Zusammenhang von Schulpflicht und Arbeiterschutz spricht.

Noch einige Worte über die Zusammensetzung der schweizerischen Fabrikarbeiterschaft nach Alter und Geschlecht. Es sind hierüber in den Jahren 1882, 1888 und 1895 umfassende Erhebungen veranstaltet worden. Beim Vergleich ihrer Resultate ist aber deshalb Vorsicht anzuwenden, weil das Gebiet der Beobachtung in den drei Jahren nicht gleichmäßig war. Da im Laufe der Zeit der Begriff Fabrik verschieden — und zwar immer weiter — gefaßt wurde, so darf nicht vergessen werden, daß in den Zahlen der letzten Erhebung auch solche Kategorien von Betrieben mit inbegriffen sind, die zwar auch früher schon existirten, aber dem Fabrikgesetz nicht unterstellt waren und deshalb bei den statistischen Aufnahmen unberücksichtigt blieben. Bei der ersten Erhebung im Jahre 1882 wurden 134862 Fabrikarbeiter gezählt. Darunter 64498, das sind 48 Prozent, weibliche Personen. Im Jahre 1888 betrug die gesammte Arbeiterzahl 159543 und die Zahl der weiblichen Personen 73011 = 45,8 Prozent. Bis zum Jahre 1895 stieg dann die Zahl der Fabrikarbeiter auf 200199 und die Zahl der weiblichen Personen auf 80995 an. Diese machten also nur noch 40,5 Prozent der gesammten Arbeiterschaft aus. Der Antheil des weiblichen Geschlechts an der Gesammtzahl der Fabrikarbeit sank also im Laufe dieser Zeit von 48 Prozent auf 40,5 Prozent, oder mit anderen Worten, die Zahl der Frauen nahm nicht im gleichen Verhältniß zu wie die Zahl der Männer. Diese vermehrten sich von 1882 bis 1895 um 69,4 Prozent, die Arbeiterinnen dagegen nur um 25,6 Prozent.

Auch das Verhältniß der jugendlichen Arbeiter im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren zu den erwachsenen ist ein günstigeres geworden. Während im Jahre 1882 25052 jugendliche Arbeiter gezählt wurden, betrug ihre Zahl im Jahre 1895 28612. Das bedeutet eine Zunahme der Jugendlichen um 14 Prozent gegenüber der Zunahme der Erwachsenen (beide Geschlechter ineinander gerechnet) um 56,3 Prozent. Erfreulicher Weise ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter weiblichen Geschlechts relativ stark zurückgegangen. Zeitweilig hat sie sogar eine absolute Abnahme erfahren: man zählte unter der Fabrikarbeiterschaft im Jahre 1882 14565 Mädchen im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren, im Jahre 1888 nur noch 13160, und seither ist ihre Zahl wieder angewachsen auf 15442. Am Zuwachs der jugendlichen Arbeiter ist also das männliche Geschlecht fast ausschließlich betheiligt.

Faßt man nicht die ganze Arbeiterschaft, sondern die Arbeiterschaft der einzelnen Industrien ins Auge, so gestaltet sich das Bild freilich etwas anders, weil sich die Verhältnisse nicht überall gleichmäßig verschoben haben. In der Textilindustrie, die den größten Theil der weiblichen Arbeitskräfte beansprucht,

gilt Folgendes: Sie beschäftigte im Jahre 1882 85 703 Personen, im Jahre 1895 91 445. Davon waren im Jahre 1882 52 358 und im Jahre 1895 59 662 weiblichen Geschlechts. Es erfuhr also eine Zunahme um 14 Prozent, wogegen die Zahl der in der Textilindustrie beschäftigten Personen männlichen Geschlechts von 33 345 auf 31 792 zurückgegangen ist, was einer Abnahme um 4,6 Prozent gleichkommt. Hat also die Frauenarbeit die Männerarbeit zum Theile verdrängt, so sind es doch nicht die Jugendlichen, deren Antheil gewachsen ist, sondern die erwachsenen Arbeiterinnen. Die Zahl der Jugendlichen beiderlei Geschlechts ist von 1882 bis 1895 von 17 640 auf 15 181 zurückgegangen. An dieser Abnahme sind freilich die jugendlichen Arbeiter männlichen Geschlechts stärker betheiligt als die Mädchen, aber auch deren Zahl hat sich vermindert. Sie betrug im Jahre 1882 noch 11 784 gegen 11 104 im Jahre 1895.

Diese Verschiebungen sind zum Theile die indirekten Folgen des Fabrikgesetzes, zum Theile haben sie ihre Ursache in den besonderen Verhältnissen der einzelnen Industrien. Das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren hatte zweifelsohne die Wirkung, daß in manchen Betrieben auch die Zahl der jugendlichen Arbeiter im Alter von fünfzehn und sechzehn Jahren herabgesetzt wurde, weil die Unternehmer für jene entweder in erwachsenen Arbeitern oder wo es anging, in neuen Maschinen einen Ersatz suchten. Sodann mögen die gesetzlichen Beschränkungen der Frauenarbeit hie und da den Verzicht auf weibliche Arbeitskräfte veranlaßt haben. Welche Einflüsse sonst noch mitspielten, ist im Einzelnen schwer zu sagen. Die Abnahme der Frauenarbeit in der Baumwollspinnerei und in der Stickerei hängt offenbar mit der gedrückten Lage dieser beiden Industriezweige zusammen, wie nun umgekehrt die Seidenindustrie, der es an Arbeit nicht fehlte und die deshalb auch bessere Löhne bezahlte, weibliche Arbeitskräfte an sich zog.

Ein Bild der besprochenen Verschiebungen in der Zusammensetzung der Arbeiterschaft geben die folgenden Tabellen.

Es waren in den dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben beschäftigt:

Im Jahre	Im Ganzen	Darunter	
		männliche Personen	weibliche Personen
1882	134 862	70 364 = 52,0 Proz.	64 498 = 48,0 Proz.
1888	159 106	86 249 = 54,2 „	72 857 = 45,8 „
1895	200 199	119 204 = 59,5 „	80 995 = 40,5 „
Zunahme v. 1885—1895	49 Proz.	69,4 Proz.	25,6 Proz.

Darunter befanden sich jugendliche Personen im Alter von fünfzehn bis achtzehn Jahren:

Im Jahre	Im Ganzen	Darunter	
		männliche	weibliche
1882	25 052	10 487	14 565
1888	22 790	9 630	13 160
1895	28 612	13 170	15 442
Zunahme von 1882—1895	14 Proz.	25 Proz.	6 Proz.

Ueber den Gang und Stand der kapitalistischen Entwicklung der schweizerischen Industrie in den letzten zwanzig Jahren habe ich in einem früheren Hefte der „Neuen Zeit" ausführliche Mittheilungen gemacht (XV. Jahrgang, 2. Band, S. 517).

Die schweizerische Arbeiterschaft hat schon zu wiederholten Malen eine Revision des Fabrikgesetzes angeregt. Als Zielpunkte schweben ihr hauptsächlich vor: der Ersatz des elfstündigen Arbeitstags durch den zehnstündigen; Ausdehnung des Gesetzes auf das Kleingewerbe, Freigabe des Samstagnachmittags, zumal für die Arbeiterinnen, bessere Ausführung des Gesetzes, namentlich auch durch Einsetzung von weiblichen Inspektionsbeamten. Die Gegner, besonders die Verfechter der „Mittelstandspolitik", Kleinmeister und Handwerker, haben aber auch angefangen, sich zu rüsten und drängen ebenfalls auf eine Revision, freilich in der Absicht, ihr andere Bahnen zu weisen. Die beste Waffe in dem heftigen Kampfe, der sich, wenn einmal die Revision beginnt, entspinnen wird, findet die Arbeiterschaft in den Erfahrungen, die mit dem Fabrikgesetz gemacht worden sind. Sie lassen sich dahin zusammenfassen, daß die Anpassung an das Gesetz und die Befolgung seiner Vorschriften ohne wesentliche und namentlich ohne dauernde Beeinträchtigung der Rentabilität möglich war und daß dort, wo die Vollziehung des Gesetzes mangelhaft blieb, die Ursache nicht in besonderen technischen Schwierigkeiten, sondern im Mangel an gutem Willen der unteren Aufsichtsbehörden oder in ihrer Verständnißlosigkeit wurzelte.

Einige Worte über Vegetarismus.

Von Hans Kurt.

Frau Dr. H. B. Adams-Lehmann fertigt in ihrem Aufsatz „Die sogenannte Naturheilkunde" („Neue Zeit", S. 115/117) ganz beiläufig auch den Vegetarismus ab. Das geschieht in einer Weise, daß der über diesen Gegenstand mangelhaft unterrichtete Leser den Eindruck erhält, als sei dieses Ernährungssystem so bodenlos blödsinnig, daß es mit einer flüchtigen verunglimpfenden Erwähnung schon vorlieb nehmen müsse.

Ohne mich zu einer eingehenden Entgegnung in Form einer erschöpfenden Darlegung und Begründung der fleischlosen Ernährung verpflichtet und im Stande zu fühlen, glaube ich mich als Vegetarier von zwanzigjähriger Praxis doch gehalten, gegen die Art und Weise der Herabsetzung dieser mir und vielen Anderen überaus wichtigen Sache entschieden protestiren zu sollen. Daran ändert nicht im Geringsten der Umstand, daß ich ohne Weiteres bereit bin, der Verfasserin zuzugeben, daß *einzelne Vegetarier* durch zweck- und verständnißloses *Experimentiren* am eigenen Leibe ihre Gesundheit zuweilen schwer gefährdet haben und Andere sie wahrscheinlich noch ebenso gefährden werden. Hieraus aber ganz allgemein einen Vorwurf gegen den Vegetarismus zu folgern, das steht auf gleicher Höhe mit dem Verhalten des Herrn Stumm und dessen Vasallen, das darauf ausgeht, die Sozialdemokratie zu würgen, weil italienische Anarchisten blutige Experimente an den hervorragendsten Gliedern moderner Staaten ausführen.

Zu ihrer Entschuldigung lasse ich gelten, daß Frau Dr. A.-L. weder die Erste ist, noch die Letzte bleiben wird, die gegen den Vegetarismus — das Wort ist mir selbst recht unsympathisch! — den Vorwurf der Gemeinschädlichkeit erhebt.

Die Gegnerschaft der meisten Aerzte gegen diese Lebensregel ist ihren Anhängern ja zur Genüge bekannt und auch verständlich. Der Vegetarismus ist der praktisch gewordene Gegensatz zu einem staatlich approbirten Zunftwissen, ähnlich wie auf einem anderen Gebiete die Lehren des Sozialismus den schroffen Gegensatz bilden zu ebenfalls staatlich gehütetem Zunftwissen. Nur will es oft scheinen, als ob der Vegetarismus eben deshalb, weil er für seine Anhänger wenigstens in dem Kardinalpunkt sofort in die Praxis umsetzbar ist, von der Zunft nur um so nachdrücklicher verflucht würde.

Vor drei Jahrzehnten erklärte Rudolf Virchow einmal: Eine wissenschaftliche Diätetik ist bis jetzt unmöglich. Diese Erklärung gilt auch noch für die Gegenwart, allerdings mit der Einschränkung, daß Professor Voit in München durch jahrelang fortgesetzte mühevolle physiologische Untersuchungen unterdessen dargethan hat, daß verständnißvolle vegetarische Lebensweise den strengen Anforderungen der modernen Physiologie durchaus standhält. Im Allgemeinen sind wir aber auch heute noch wie vor dreißig Jahren in den Fragen der Ernährung auf die Praxis angewiesen, was insofern übrigens nicht beunruhigend ist, als das Menschengeschlecht auf der heutigen Kulturstufe an dem Mangel einer allgemein anerkannten Ernährungstheorie sicherlich nicht mehr zu Grunde gehen wird, nachdem es eine solche in dem durchlaufenen Entwicklungsstadium hat missen können. Dieses mehr und mehr beherzigend, haben seit einem Jahrzehnt auch die Vegetarier in dem Eifer für die theoretische Begründung ihres Systems nachgelassen und sich im nämlichen Maße vermehrtem praktischen Wirken zugewendet. Eine recht bemerkenswerthe Anzahl vegetarischer Speisehäuser besteht in den größeren Städten Deutschlands und bietet Vielen Gelegenheit, sich praktisch von der Haltlosigkeit der schulärztlichen Anfechtungen gegen den Vegetarismus zu überzeugen. Damit nicht genug, unterfangen sich übermüthige Vegetarier, mit fleischgenährten Mitbürgern in Wettbewerb der Kräfte einzutreten, und was sie hierbei leisten, das sollte ihren zünftlerischen Widersachern eigentlich die Schamröthe auf die Wangen treiben. Schreiber dieses huldigt selbst keinerlei Sport, steht sogar jeder Art Sport kühl bis ans Herz gegenüber. Aber er anerkennt doch, daß sportartig geregelte Kampfspiele, eben deshalb, weil sie sich mit einfachen, Jedermann geläufigen Maßstäben messen lassen, vorzugsweise der Kritik der Menge zugänglich sind. Insofern nun, als ein Kampfspiel menschlicher Kräfte dazu dienen kann, den Verunglimpfern seines Systems hin und wieder einen deutlichen Denkzettel auszustellen, findet er darum keinen Anlaß, die Leistungen seiner Gesinnungsfreunde zu verschweigen. Thatsachen beweisen.

Die brutale Thierschinderei auf einem vorausgegangenen Wettritt von Berlin nach Wien durch Offiziere in frischem Gedächtniß, veranstalteten marschfähige junge Männer im Jahre 1893 einen sogenannten Distanzmarsch mit gleichem Ausgangs- und gleichem Zielpunkt. Hatten jene sich gleichsam zur Aufgabe gemacht, zu zeigen, wie man die beiden Kunststücke vereinigen könne, in kürzester Frist zu Pferde jenen Weg zurückzulegen und die Pferde nicht schon vor den Thoren Wiens dem Schinder überliefern zu müssen, so galt es den Marschlustigen, darzuthun, zu welchen kolossalen Leistungen menschliche Muskelkraft ohne schädliche Abspannung befähigt ist. Unter vierzehn Wettbewerbern befanden sich drei Vegetarier. Man beachte dieses für Fleischesser eigentlich recht beschämende Verhältniß von noch nicht 4 zu 1. Selbst ein Verhältniß von 10000 zu 1 hätte der Wirklichkeit schwerlich ganz entsprochen. Der Marsch fand statt. Als Erste am Ziele erschienen zwei Vegetarier (der dritte Vegetarier hatte am dritten Marschtag wegen Vertretens eines Fußes den Kampf aufgegeben). Der

Hauptsieger — ein Vegetarier strengster Observanz — hatte die 578 Kilometer lange Strecke in 154 Stunden und 35 Minuten durchwandert. Seine größte Tagesleistung betrug 92 Kilometer. Der zweite Sieger, mit der größten Tagesleistung von 95 Kilometer, war in noch etwas kürzerer Zeit am Ziele angelangt, mußte sich aber einer am letzten Tage verschuldeten kleinen Regelwidrigkeit wegen mit der Anerkennung als Zweiter begnügen. Von den fünf oder sechs Fleischessern, die überhaupt das Ziel im Wettbewerb erreichten, kam der Erste etwa 20 Stunden, der Letzte gar 48 Stunden nach den beiden siegenden Vegetariern in Wien an. Die Uebrigen hatten den Kampf aufgegeben. Damit der Sache der Humor nicht abgeht, mag noch bemerkt werden, daß unter diesen sich auch der einzige Kollege der Frau Dr. A.-L., ein „wissenschaftlich" genährter Dr. med. Heller aus Wien, befand. Die Ausdauer dieses Herrn hatte gerade zwei Tage vorgehalten. Die Ernährungsweise der siegenden Vegetarier während des Marsches war die denkbar anspruchloseste; der Hauptsieger aß gar nur Brot und Obst. In wie frischer Verfassung er in Wien einrückte, dafür spricht wohl deutlich der Umstand, daß er am Abend seiner Ankunft noch einen einstündigen Vortrag hielt.

Am 26. Juni ds. Js. veranstaltete die Radfahrervereinigung Berliner Turner einen Tagesfernmarsch über eine Strecke von $112\frac{1}{2}$ Kilometer. Es galt zu zeigen, daß die Gewohnheit des Radfahrens die Ausdauer bei Märschen nicht beeinträchtige. An die tüchtigsten Fußgänger unter den Turnern waren Einladungen zum Wettbewerb ergangen; auch Nichtturner hatte man auf Wunsch zugelassen. Bedingung war, daß der ganze, $112\frac{1}{2}$ Kilometer lange Weg marschirend in 18 Stunden zurückgelegt werde. Das ergiebt die Durchschnittsleistung von $6\frac{1}{4}$ Kilometer in der Stunde. Zu dem Wettmarsch hatten sich 23 junge Männer, darunter acht Anhänger des „schädlichen" Vegetarismus, eingefunden. Der Wagemuth der Fleischesser war mithin seit dem Marsche von Berlin nach Wien schon ganz beträchtlich gesunken. Zwei Fleischesser auf einen Vegetarier — es ist zum Lachen! In der vorgeschriebenen Zeit kamen sieben Bewerber am Ziele an; davon

Nr. 1.	Vegetarier, Radfahrer und Turner	in 14 Std.	11 Min.
„ 2.	„ „ „ „	„ 14 „	32 „
„ 3.	„ „ aber nicht Turner . . .	„ 15 „	34 „
„ 4.	„ „ „ „ „ . . .	„ 15 „	59 „
„ 5.	„ „ „ „ „ . .	„ 17 „	— „
„ 6.	„ „ „ „ „ . .	„ 17 „	— „
„ 7.	Fleischesser, Turner, aber nicht Radfahrer . .	„ 17 „	32 „

Seitdem zeigt sich die Gemeinschädlichkeit des Vegetarismus auf ganz besondere Weise. Man munkelt nämlich, daß kein deutscher Fleischesser sich fernerhin auf einen Wettmarsch einlassen wolle, es sei denn, daß durch ein vorhergehendes feierliches Gelöbniß aller Betheiliger, dem Vegetarismus völlig fern zu stehen, die Gewähr gegeben sei, daß man hübsch unter sich sei.

Zu beiden oben erwähnten Märschen hatte, soviel ich weiß, keiner der siegenden Vegetarier eine Trainirung durchgemacht. Nr. 1, der Sieger beim letzten Distanzmarsch, war gar ein täglich neun Stunden in das Komptoir gebannter Handlungsgehilfe, wogegen der Hauptsieger bei dem Marsche von Berlin nach Wien durch seinen Beruf als Kulturingenieur wohl etwas besser vorbereitet war.

Mit diesen Erfolgen ist auf das Glänzendste wiederum der Beweis erbracht, daß, ähnlich wie bei den Thieren, die reine Pflanzenkost auch bei den

Menschen die größte Ausdauer verleiht. Solange allerdings die Vegetarier ihr System noch mehr zu begründen suchten durch Hinweise auf die großen Unterschiede in der Ausdauer der pflanzen- und der fleischfressenden Thiere, wurden sie mit wohlfeilen Witzchen von den medizinischen Zunftwissenschaftern ausgelacht. Das Auslachen ist den Herren inzwischen etwas saurer gemacht worden und wird ihnen aller Voraussicht nach noch recht oft verleidet werden. Da stellt sich denn ab und zu eine beweislose Verunglimpfung des Vegetarismus ein. Und hierin trauen denn wirklich die Vegetarier ihren Widersachern etwas mehr Ausdauer zu.

Notizen.

Verminderung der Zugkraft durch Pneumatikräder. Ueber die für Straßenfuhrwerke nothwendige Zugkraft sind in Frankreich wiederholt Versuche angestellt worden, und zwar einmal bei Anwendung von Rädern mit sogenannten Pneumatiks (hohle, luftdichte Gummihülsen, die durch Einpumpen von Luft aufgeblasen werden), sodann mit gewöhnlichen, eisenbeschlagenen Rädern. Nachdem sich die Pneumatiks seit Jahren bei Fahrrädern in jeder Hinsicht gut bewährt haben, kann es kein Wunder nehmen, daß sich eine ganz bedeutende Verminderung der Zugkraft bezüglich der Pneumatikräder herausgestellt hat. Die folgende Tabelle bezieht sich auf ein und dasselbe Fuhrwerk bei verschiedener Beschaffenheit der Fahrstraße, wobei die nöthige Zugkraft in Kilogramm angegeben ist.

	Räder mit Eisenreifen	Räder mit Pneumatiks
Schneebedeckte Fahrstraße:		
Leeres Fuhrwerk		
im Schritt	17,86 Kilogramm	11,45 Kilogramm
im Trab	29,60 „	15,27 „
Wagen mit 150 Kilogramm belastet		
im Schritt	19,83 „	12,71 „
im Trab	31,17 „	17,96 „
Feuchte Fahrstraße:		
Leeres Fuhrwerk		
im Schritt	16,00 „	10,50 „
im Trab	19,55 „	12,97 „
150 Kilogramm Belastung		
im Schritt	17,30 „	12,43 „
im Trab	23,00 „	14,16 „
Neue trockene Fahrstraße:		
Leeres Fuhrwerk		
im Schritt	17,42 „	14,05 „
im Trab	20,41 „	15,95 „
150 Kilogramm Belastung		
im Schritt	20,75 „	16,40 „
im Trab	29,70 „	19,14 „

Sodann sind Versuche angestellt worden mit verschiedenen Luftspannungen in den Pneumatiks; der Druck schwankte zwischen 3 bis 4,5 Atmosphären, jedoch konnte hierbei kein bemerkenswerther Unterschied bezüglich der erforderlichen Zugkraft gefunden werden.

Jedenfalls aber haben die Versuche die hohe Ueberlegenheit der Pneumatiks über die sonstigen Räderfassungen dargethan und es dürfte nicht mehr lange dauern,

so werden Pneumatiks auch bei uns in Deutschland zunächst die bekannten vollen Gummireifen der besseren Privatkutschen verdrängt haben; wahrscheinlich werden sich dann auch die Besitzer öffentlicher Wagen (Droschken und Omnibusse) veranlaßt sehen, die Pneumatikreifen ebenfalls einzuführen.

Vielleicht können wir also schon in den ersten Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts bei Benutzung derartiger Verkehrsmittel „auf Gummi fahren"?

P. M. Grempe.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung statt Schluß.)

II.

Ueber die Stellung Goethes und Schillers zu Kant hat sich einmal Karl Marx geäußert in einer fast ganz verschwundenen Zeitung der vierziger Jahre. Die Stelle ist interessant genug, um sie etwas ausführlicher wiederzugeben, als der unmittelbare Zweck dieser Untersuchung erfordern würde.

Marx schreibt also:

> Goethe verhält sich auf eine zwiefache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindselig, er sucht dem ihm Widerwärtigen zu entfliehen, wie in der Iphigenie und überhaupt während der italienischen Reise, er rebellirt gegen sie als Götz, Prometheus und Faust, er schüttet als Mephistopheles seinen bitteren Spott über sie aus. Bald dagegen ist er ihr befreundet, schickt sich in sie wie in der Mehrzahl der Zahmen Xenien und vielen prosaischen Schriften, feiert sie wie in den Maskenzügen, ja vertheidigt sie gegen die andrängende geschichtliche Bewegung, wie namentlich in allen Schriften, wo er auf die französische Revolution zu sprechen kommt. Es sind nicht nur einzelne Seiten des deutschen Lebens, die Goethe anerkennt, gegen andere, die ihm widerstreben. Es sind häufiger verschiedene Stimmungen, in denen er sich befindet; es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misere seiner Umgebung anekelt, und dem behutsamen Frankfurter Rathsherrnkind oder Weimarischen Minister, der sich genöthigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe bald kolossal, bald kleinlich, bald trotziges spottendes weltverachtendes Genie, bald rücksichtsvoller genügsamer enger Philister. Auch Goethe war nicht im Stande, die deutsche Misere zu besiegen; im Gegentheil, sie besiegt ihn, und dieser Sieg der Misere über den größten Deutschen ist der beste Beweis, daß sie „von Innen heraus" überhaupt nicht zu überwinden ist. Goethe war zu universell, zu aktiver Natur, zu fleischlich, um in einer Schillerschen Flucht ins Kantsche Ideal Rettung vor der Misere zu suchen; er war zu scharfblickend, um nicht zu sehen, wie diese Flucht sich schließlich auf die Vertauschung der platten mit der überschwänglichen Misere reduzirte. Sein Temperament, seine Kräfte, seine ganze geistige Richtung wiesen ihn aufs praktische Leben an, und das praktische Leben, das er vorfand, war miserabel. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existiren, die er verachten mußte, und doch an diese Sphäre als die einzige, in welcher er sich bethätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, um so mehr zog sich der gewaltige Poet hinter den unbedeutenden Weimarischen Minister zurück. Wir werfen Goethe nicht à la Börne und Menzel vor, daß er nicht liberal war, sondern daß er zu Zeiten auch Philister sein konnte; nicht daß er keines Enthusiasmus für

deutsche Freiheit fähig war, sondern daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Augiasstall ausschwemmte, die winzigsten Angelegenheiten und menus plaisirs eines der winzigsten deutschen Höflein mit feierlichem Ernste betreiben konnte.

So lehrreich diese Sätze sind, so müssen sie doch gerade in dem Punkte, auf den es hier ankommt, näher erläutert werden. Vermuthlich hätte Marx sie auch anders gefaßt, wenn er sie nicht streitend, sondern lehrend geschrieben hätte. Er richtete sie gegen Karl Grün, der am Vorabend der Märzrevolution in seinem schwachen Buche über Goethe einen philiströsen Idealismus ausgepatscht hatte. Der deutsche Idealismus sah aber ganz anders aus am Ende des achtzehnten, als in der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts.

Verglichen mit Schiller war Goethe gewiß die universellere und künstlerisch reichere, aber deshalb doch nicht die aktivere Natur. Schiller selbst nannte Goethes Geistesart intuitiv, die seinige aber spekulativ: Goethe steige vom Individuum zur Idee auf, während ihm zuerst die Idee gegeben sei, von wo er zum Individuum herabsteige. Künstlerisches Genie verträgt sich mit beiden Geistesarten und ebenso aktives Handeln, doch wird die intuitive Geistesart sich gegen alles Philosophiren weit spröder verhalten, als die spekulative. In der That meinte Goethe selbst, daß er für Philosophie im eigentlichen Sinne des Wortes keine Begabung habe; er liebte nicht das „Hinpfahlen allgemeiner Begriffe“, wie er einmal mit einem bezeichnenden Ausdrucke sagte. Nur für Spinoza hatte er ein tieferes Verständniß und auch nur für die großen Grundgedanken dieses Philosophen: für die Einheit alles Seienden, die Gesetzmäßigkeit alles Geschehens, die Einerleiheit von Geist und Natur. Die Schriften Spinozas wollte Goethe doch nicht unterschreiben, von Spinozas „mathematischer und rabbinischer Kultur“ nichts wissen. An Kants Philosophie konnten ihn nicht einmal die Grundgedanken anziehen; er lehnte sie im günstigsten Falle höflich ausweichend ab, manchmal aber auch sehr derbe; so meinte er in all seiner Weltfreudigkeit, mit der Lehre vom radikal Bösen der Menschennatur habe sich Kant seinen reinen Philosophenmantel freventlich beschlabbert.

Deshalb ist es ein sehr gewagtes Unternehmen, über Goethes Weltanschauung in irgend einem philosophischen Sinne des Wortes zu schreiben, und Steiner, der es dennoch versucht, bleibt denn auch auf der Strecke liegen. Sein Gedankengang ist, daß „in einem verhängnißvollen Augenblick“ irgend ein alter Grieche von einem vertrackten Mißtrauen in die menschlichen Sinnesorgane ergriffen worden und daß seitdem die Menschheit mit dem philosophischen Idealismus geplagt gewesen sei, bis Goethe wieder eine einheitliche Weltanschauung hergestellt habe. Steiner führt seinen Nachweis hauptsächlich aus Goethes naturwissenschaftlichen Schriften, kommt aber zu dem Ergebniß, daß Goethe es doch nie zu der unmittelbaren Anschauung des Befreiungsakts gebracht, daß er zwar die höchste Erkenntnißart ausgeübt, aber nicht an sich beobachtet habe. Was Steiner damit meint, ist schwer zu sagen; den einzigen greifbaren Fingerzeig giebt ein Hymnus auf — Max Stirner; zum Schlusse wird der Leser mit der Versicherung entlassen, daß Goethe, wenn er ein philosophisches Gedankengebäude aufgestellt hätte, damit ebenso in die Brüche gerathen sein würde, wie Hegel. Da Steiner einen Theil der naturwissenschaftlichen Schriften Goethes für die große Weimarer Ausgabe besorgt, so öffnet man seine Schrift mit einiger Erwartung, muß sie aber gänzlich enttäuscht zuklappen.

Die verschiedene Stellung Goethes und Schillers zur Philosophie wurde aber nicht nur durch ihre angeborene Naturanlage, sondern mindestens ebenso

sehr durch ihre soziale Stellung bedingt. Goethe gehörte als „Frankfurter Rathsherrnkind und Weimarischer Minister“ zu den herrschenden Klassen, und seine Rebellion gegen die Misere der deutschen Zustände war in erster Reihe die Rebellion eines genialen Künstlers gegen ein unerträglich dumpfes und kläglich gebundenes Philisterleben; an den sozialen Zuständen rüttelte er auch dann nicht, wenn er rebellirte. Ganz anders Schiller, der von Kindesbeinen an herumgestoßen wurde und auf der Karlsschule ein unwürdiges Sklavenleben führen mußte. Als der junge Goethe in Straßburg das berühmte Manifest des französischen Materialismus las, Holbachs System der Natur, worin schon der schneidende Luftzug der großen französischen Revolution wehte, kam es ihm „so grau, so kimmerisch, so schattenhaft“ vor, daß er wie vor einem Gespenste zurückschauderte; es erschien ihm als „die rechte Quintessenz der Greisenheit, unschmackhaft, ja abgeschmackt“. Ihm ward hohl und leer in dieser „tristen, atheistischen Halbnacht“, in welcher die Erde mit allen ihren Gebilden, der Himmel mit allen seinen Gestirnen verschwand. So empfand der schöpferische Künstler, aber auch der Frankfurter Patrizierssohn, der genau zur selben Zeit aus Gründen der sozialen Klassenordnung mit einem geliebten Mädchen brach. Wie anders bekämpfte Schiller in den „Räubern“, als er im gleichen Lebensalter stand, die herrschende Gesellschaftsordnung mit den schneidenden Waffen des Materialismus!

In dem Leben beider Dichter giebt es nach ihren großen Jugendwerken eine Zeit der Brache, worin der Acker gleichsam neue Kräfte sammelt, um herrliche Ernten zu tragen. Goethe verlebte diese Zeit von der Mitte der siebziger bis zur Mitte der achtziger Jahre in einem zerstreuenden Hofleben, Schiller von der Mitte der achtziger bis zur Mitte der neunziger Jahre in dem bittersten Kampfe um des Lebens Nahrung und Nothdurft. Als Dichter fanden sie sich wieder: Goethe auf der italienischen Reise, Schiller in der Kantischen Philosophie. Aber während Goethe, wie Marx zutreffend sagt, durch die italienische Reise „dem ihm Widerwärtigen entfloh“, „flüchtete“ Schiller keineswegs in das Kantische Ideal, sondern indem er es leidenschaftlich ergriff, stellte er sich zur deutschen Gesellschaft viel „aktiver“ als Goethe.

In gewissem Sinne war Schiller schon Kantianer gewesen, ehe er Kants Philosophie kennen lernte. Während sich der revolutionäre Groll des gequälten Dichters gegen erstickende Lebensverhältnisse in seinen Jugenddramen entlud, regte sich gleichzeitig seine spekulative Ader in einigen Gedichten, die in noch sehr schwankenden, aber doch erkennbaren Umrissen die Stufenfolge der Kantischen Ideenwelt andeuteten. In der „Freigeisterei der Leidenschaft“ empört sich die Sinnenwelt gegen die grausame Härte des Sittengesetzes; in der „Resignation“ siegt das moralische Reich, freilich nur so, daß der Verzicht auf die Vergeltung der Tugend im Jenseits fast als Hohn erscheint auf Alle, die sich durch die Hoffnung auf eine solche Vergeltung um den Sinnengenuß prellen lassen; in den „Künstlern“ sammelt sich „der Menschheit Würde“ um die Kunst. Diese gährenden Gedanken fand Schiller bei Kant in einem großen System von Innen heraus geschlichtet, aber auch der Dichter der „Räuber“, der sich an der deutschen Misere hoffnungslos abgerungen hatte, fand sein Genügen in der Kantischen Philosophie. Reichte Schiller als Philosoph an Kant nicht heran, so war er „aktive Natur“ genug, sich den Meister in seiner Weise zurechtzulegen. Aus Kants Reiche der Natur machte er den Naturstaat, worunter er den feudalistisch-absolutistischen Staat seiner Zeit verstand, aus Kants Reiche der menschlichen Willensfreiheit „den Bau einer wahren politischen Freiheit“, und wie Kant das Reich der Kunst als verbindendes Glied zwischen dem Reiche der Natur und dem Reiche der Frei-

heit errichtete, so wollte Schiller aus dem Naturstaat über die Brücke der ästhetischen Kultur in den bürgerlichen Vernunftstaat.

Die ästhetischen Abhandlungen, in denen sich Schiller zunächst mit Kant auseinandersetzte, ziehen die Konsequenzen des bürgerlichen Vernunftrechts mit radikaler Schärfe. Es seien nur einige Proben gegeben. So heißt es in dem Aufsatz über naive und sentimentalische Dichtung: „Eine solche Ausdehnung des Eigenthumsrechts, wobei ein Theil der Menschen zu Grunde gehen kann, ist in der bloßen Natur nicht gegründet.“ Und in dem Aufsatz über das Erhabene: „Des Menschen ist nichts so unwürdig, als Gewalt zu erleiden, denn Gewalt hebt ihn auf. Wer sie uns anthut, macht uns nichts Geringeres als die Menschheit streitig; wer sie feiger Weise erleidet, wirft seine Menschheit weg.“ Und in den Gedanken über den Gebrauch des Gemeinen und Niedrigen in der Kunst: „Sklaverei ist niedrig, aber eine sklavische Gesinnung in der Freiheit ist verächtlich; eine sklavische Beschäftigung hingegen ohne eine solche Gesinnung ist es nicht, vielmehr kann das Niedrige des Zustandes, mit Hoheit der Gesinnung verbunden, ins Erhabene übergehen.“ Sätze, die wie auf den proletarischen Klassenkampf der Gegenwart gemünzt erscheinen.

Nicht jedoch, als ob Schiller deshalb das Aesthetische wieder mit dem Moralischen oder Politischen zusammengeworfen hätte! Seitdem Nietzsche mit einem albernen und unverschämten Kalauer in Schiller den „Moraltrompeter von Säckingen“ entdeckt hat, erachtet es jedes gründeutsche Genie für seine Ehrenpflicht, in den Tempel der Unsterblichkeit mit irgend einer Rüpelei gegen Schiller einzutreten; wer jedoch noch der altväterischen Gewohnheit huldigt, einen Schriftsteller erst zu lesen, ehe er ihn verdonnert, weiß hinlänglich, daß Schiller das Aesthetische so strenge, wie nur immer Kant, vom Moralischen und Politischen gesondert hat. Aus der Fülle der Beweise sei hier nur der Aufsatz über das Pathetische herausgegriffen, worin Schiller es für einen „barbarischen Geschmack“ erklärt, den Dichtern „Nationalgegenstände“ zur Bearbeitung zu empfehlen, wo er schreibt: „Wehe dem griechischen Kunstgeschmacke, wenn er durch die historischen Beziehungen in den Werken seiner Dichter erst hätte gewonnen werden müssen“, wo er auch sagt: „Es ist offenbar Verwirrung der Grenzen, wenn man moralische Zwecke in ästhetischen Dingen fordert, und, um das Reich der Vernunft zu erweitern, die Einbildungskraft aus ihrem rechtmäßigen Gebiete verdrängen will.“ Allerdings schreibt Schiller einmal „über den moralischen Nutzen ästhetischer Sitten“, aber auch in diesem Aufsatze sondert er Aesthetik und Ethik scharf, um den allgemeinen Gedanken durchzuführen, daß die ästhetische Kultur mittelbar einen günstigen Einfluß auf die Sittlichkeit der Menschheit habe, eine so gemeinplätzliche Wahrheit, daß Schiller die kleine Arbeit als Lückenbüßer in den „Horen“ abgedruckt, aber nicht mehr in die Sammlung seiner prosaischen Schriften aufgenommen hat. Kants Satz, daß der Gegenstand der ästhetischen Betrachtung nicht der Inhalt, sondern die Form sei, erscheint bei Schiller in der prägnanten Fassung: „Darin besteht das eigentliche Kunstgeheimniß des Meisters, daß er den Stoff durch die Form vertilgt.“ Ueberhaupt wenn Schillers ästhetische Abhandlungen nicht immer Kants philosophische Tiefe erreichen, so sind bei ihm die rein ästhetischen Urtheile, eben weil er ein Dichter war, oft reicher und schärfer gefaßt, als bei Kant. Hatte Kants Schönheitsideal noch stark an Winckelmanns griechische Kontour erinnert, und hatte selbst Lessing sich noch „allenfalls“ damit befreunden wollen, daß die Obrigkeit alles Gemeine und Niedrige in der Kunst unterdrücke, so sichert Schiller dem Gemeinen und Niedrigen sein gutes Recht in der Kunst. Freilich meint er, das Gräßliche und das

Niedrige, die äußersten Grenzposten des Geschmacks, seien sehr behutsam anzuwenden und müßten durch einen erheblichen künstlerischen Zweck gerechtfertigt werden, aber man sehe deshalb nicht allzu verächtlich auf den armen Kerl herab; die glorreiche Entdeckung, daß der Dreck um des Dreckes willen die künstlerische Darstellung erheische, konnte ja doch erst in unserem erleuchteten Zeitalter gemacht werden.

Indem Schiller in seinen ästhetischen Abhandlungen auch aus Gründen des bürgerlichen Vernunftrechts seine Schlüsse zog, ging er nicht hinter Kant zurück, sondern über Kant hinaus. Er suchte die Möglichkeit ästhetischer Urtheile nicht mehr in dem „übersinnlichen Substrat“, sondern praktisch in der historischen Bedingtheit des Menschen. Gewiß theilte auch Schiller das allgemeine Vorurtheil der bürgerlichen Aufklärung, daß sie die menschliche Aufklärung überhaupt und nicht blos für einen bestimmten Zeitraum sei, aber als Dichter von feurigem und leidenschaftlichem Temperament lehnte er instinktiv ab, was in Kants ästhetischer Theorie leblose Abstraktion war.

Die bedeutendste von Schillers ästhetischen Abhandlungen sind die Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen. Als er sie zu veröffentlichen begann, schrieb er an Goethe: „Ich habe über den politischen Jammer noch nie eine Feder angesetzt, und was ich in diesen Briefen davon sage, geschah blos, um in aller Ewigkeit nichts mehr davon zu sagen.“ Wirklich ist für Schiller der „politische Jammer“ nur das Sprungbrett, um sich ins ästhetische Ideal zu schwingen, aber dadurch ist dies Ideal auch schon historisch begrenzt. Das historische Geheimniß unserer klassischen Literatur ist in den ästhetischen Briefen mit einer Klarheit aufgedeckt, die heute nur noch unklar erscheinen läßt, wie diese Lösung des Räthsels von der bürgerlichen Geschichtschreibung jemals wieder hat verdusselt werden können.

Schiller beginnt mit der Frage, weshalb er sich mit ästhetischen Untersuchungen abgebe, da doch „das vollkommenste aller Kunstwerke, der Bau einer wahren politischen Freiheit“ ein „so viel näheres Interesse darbiete“, in einem Augenblicke, wo auf dem politischen Schauplatze „das große Schicksal der Menschheit“ verhandelt werde, „der große Rechtshandel“, woran Jeder betheiligt sei, der sich Mensch nenne. Er antwortet, das morsche Gebäude des Naturstaats wanke zwar, jedoch finde der freigebige Augenblick ein unempfängliches Geschlecht. Das spricht der enttäuschte Dichter der „Räuber“, aber indem nun Schiller die Aussichtslosigkeit des bürgerlichen Klassenkampfs schildert, kommt auch der deutsche, durch die französische Schreckenszeit erschreckte Spießbürger reichlich und überreichlich zum Worte. Schiller entdeckt „rohe und gesetzlose Triebe“ in den „niederen und zahlreicheren Klassen“, nur daß er hinzufügt, die „zivilisirten Klassen“ böten den noch widrigeren Anblick der Schlaffheit und einer Degeneration des Charakters, die um so mehr empöre, weil die Kultur selbst ihre Quelle sei.

Gewiß fänden sich bei allen Völkern, die in der Kultur begriffen seien, ähnliche Zustände, allein bei einiger Aufmerksamkeit bleibe ein Kontrast zwischen der heutigen und der ehemaligen, besonders der griechischen Form der Menschheit. Der Unterschied zwischen der antiken und der bürgerlichen Gesellschaft thut sich dem Seherblicke des Dichters auf. In dem Deutschland, das noch nichts von der großen Industrie und kaum etwas von der Manufaktur wußte, schreibt Schiller: „Ewig nur an ein einzelnes kleines Bruchstück des Ganzen gefesselt, bildet sich der Mensch selbst nur als Bruchstück aus; ewig nur das eintönige Geräusch des Rades, das er umtreibt, im Ohre, entwickelt er nie die Harmonie seines Wesens,

und anstatt die Menschheit in seiner Natur auszuprägen, wird er blos zu einem Abdrucke seines Geschäfts, seiner Wissenschaft." Schiller bricht darüber keineswegs in reaktionäre Klagen aus. Er sagt vielmehr: „Die mannigfaltigen Anlagen im Menschen zu entwickeln, war kein anderes Mittel, als sie einander entgegenzusetzen. Dieser Antagonism der Kräfte ist das große Instrument der Kultur." Aber, so fügt Schiller hinzu, auch nur das Instrument; solange er dauert, ist man erst auf dem Wege zur Kultur. Wie viel immer für das Ganze der Welt durch die getrennte Ausbildung der menschlichen Kräfte gewonnen wird, so leiden die Individuen unter dem Fluche dieses Weltzwecks. „Durch gymnastische Uebungen bilden sich zwar athletische Körper aus, aber nur durch das freie und gleichmäßige Spiel der Glieder die Schönheit. Ebenso kann die Anspannung einzelner Geisteskräfte zwar außerordentliche, aber nur ihre gleichförmige Kultur glückliche und vollkommene Menschen erzeugen. Und in welchem Verhältniß ständen wir also zu dem vergangenen und dem kommenden Weltalter, wenn die Ausbildung der menschlichen Natur ein solches Opfer nothwendig machte? Wir wären die Knechte der Menschheit gewesen, wir hätten einige Jahrtausende lang die Sklavenarbeit für sie getrieben und unserer verstümmelten Natur die beschämenden Spuren dieser Dienstbarkeit eingedrückt — damit das spätere Geschlecht in einem seligen Müßiggange seiner moralischen Gesundheit warten und den freien Wuchs seiner Menschheit entfalten könnte." Schiller zieht auch hier rücksichtslos die Konsequenzen des bürgerlichen Vernunftrechts, und seine Schuld ist es nicht, daß sich die bürgerliche Vernunft auf halbem Wege in den bürgerlichen Profit verlor, und nun nichts mehr von „Zukunftsstaaten" wissen will, worin sich der „freie Wuchs der Menschheit" entfalten kann.

Kann dies Ziel nun aber nach Schillers Auffassung nicht durch den Kampf zwischen den „niederen" und den „zivilisirten Klassen" erreicht werden, so auch durchaus nicht durch den Naturstaat, den absolutistisch-feudalen Staat, dessen barbarische Rohheit und unheilbare Verrottung die ästhetischen Briefe mit beredten Worten schildern. Es ist, als ob Schiller durch das Dunkel des kommenden Jahrhunderts hindurch die Urtheile der preußischen Disziplinargerichtshöfe in Sachen Leist und Wehlan einer-, in Sachen Kirchmann und Möller andererseits ablese, wenn er das beißende Epigramm abschnellt, der Naturstaat werde sich leichter dazu entschließen — und wer könne ihm darin Unrecht geben? — seinen Mann mit einer Venus Zytherea, der Göttin geiler Lust, als mit einer Venus Urania, der hehren Himmelsgöttin, zu theilen. So kommt denn Schiller zu dem Ergebnisse, daß man durch das ästhetische Problem seinen Weg nehmen müsse, um das politische Problem zu lösen, daß der Weg zur Freiheit durch die Schönheit führe.

So einleuchtend die ästhetischen Briefe Schillers nachweisen, weshalb der bürgerliche Befreiungskampf des vorigen Jahrhunderts sich in Deutschland auf dem Gebiete der Kunst entfalten mußte, so gerathen sie selbstverständlich ins Bodenlose bei dem Versuche, den Weg von der ästhetischen Schönheit zur politischen Freiheit zu finden. Schon im zehnten Briefe gesteht Schiller, die Erfahrung sei vielleicht der Richterstuhl nicht, vor welchem sich eine Frage wie diese ausmachen lasse, und je mehr er sich in seine gedankenreichen Untersuchungen vertieft, um so mehr wird ihm das Mittel zum Zwecke. Er sucht wohl noch seinen Grundgedanken in dem Satze festzuhalten: „Der Mensch in seinem *physischen* Zustand erleidet blos die Macht der Natur, er erledigt sich dieser Macht in dem *ästhetischen* Zustand, und er beherrscht sie in dem *moralischen*", aber die ästhetischen Briefe schließen doch mit dem „ästhetischen Staat" als dem Endziele.

„Der Geschmack breitet über das physische Bedürfniß, das in seiner nackten Gestalt die Würde freier Geister beleidigt, seinen mildernden Schleier aus und verbirgt uns die entehrende Verwandtschaft mit dem Stoff in einem lieblichen Blendwerk von Freiheit. Beflügelt durch ihn, entschwingt sich auch die kriechende Lohnkunst dem Staube, und die Fesseln der Leibeigenschaft fallen, von seinem Stabe berührt, von dem Leblosen wie von dem Lebendigen ab.... Hier also, in dem Reiche des ästhetischen Scheins, wird das Ideal der Gleichheit erfüllt, welches der Schwärmer so gern auch dem Wesen nach realisirt sehen möchte, und wenn es wahr ist, daß der schöne Ton in der Nähe des Throns am frühesten und vollkommensten reift, so müßte man auch hier die gütige Schickung anerkennen, die den Menschen oft nur deswegen in der Wirklichkeit einzuschränken scheint, um ihn in eine idealische Welt zu treiben." So kommt Schiller allerdings ins Kantische Ideal zurück, und wenn man will auf einer Flucht, aber auch jetzt noch sich tapfer gegen die „einschränkende Wirklichkeit" wehrend und die Kantische Spekulation dahin rettend, wohin sie ihrem Wesen nach gehört, in das Reich der Dichtung. Unmittelbar an Schillers ästhetische Briefe schließen sich seine philosophischen Gedichte, in denen er die ästhetische Erlösung als die einzige Rettung aus dem ewigen Konflikte „zwischen Sinnenglück und Seelenfrieden" feiert.

Ueber diese Gedichte handelt Lange in der Abhandlung, die O. A. Ellissen, sein verdienter Biograph, in einer Sammlung von Schulausgaben veröffentlicht hat. Für Unterrichtszwecke bestimmt, enthält die kleine Arbeit nichts eigentlich Neues, wenigstens für den nicht, der Langes Geschichte des Materialismus kennt, trotzdem ist ihre Herausgabe sehr dankenswerth, sowohl weil sie eine vortreffliche Erläuterung von höchst bedeutenden, aber gar nicht leicht verständlichen Dichtungen ist, als auch weil sie Langes eigenen Standpunkt, wenn nicht in ein neues, so doch in ein helleres Licht rückt. Viel klarer und knapper, als in seinem großen Werke, das sich manchmal in etwas ermüdender und unfruchtbarer Weise mit dem „Ding an sich" herumschlägt, geht aus dem Schriftchen hervor, was der weitaus hervorragendste aller bürgerlichen Neu-Kantianer unter dem „Zurückgehen auf Kant" verstand. Lange sagt hier mit aller wünschenswerthen Deutlichkeit: „Bei Kant ist Kritik und Spekulation aufs innigste verschmolzen. Er ist scheinbar nur Kritiker und begründet doch eine Spekulation, welche uns nicht nur unwandelbare und schlechthin nothwendige Ideen dichtet, sondern auch noch den Anspruch erhebt, das gesammte Wissen nach diesen Ideen zu ordnen." Darin sieht Lange keine Wissenschaft, sondern nur Dichtung; es ist wesentlich ein ästhetisch-gemüthliches, durch den flachen und rohen Materialismus der fünfziger Jahre nicht befriedigtes Bedürfniß, das den evangelischen Pfarrerssohn Lange zu Kant und noch mehr zu dem Dichterphilosophen Schiller zurückführt.

Um den Idealismus Kants in irgend welcher wissenschaftlichen Form zu bekennen, dazu stand Lange praktisch den entscheidenden Klassenkämpfen des Jahrhunderts viel zu nahe. Da dieser Idealismus aus der Unmöglichkeit des politischen Kampfes entsprang, so mußte er in dem Augenblicke, wo der politische Kampf möglich wurde, zur „überschwänglichen Misere" werden, wie Marx nicht minder wahr als scharf sagte. Und hätte Lange den historischen Materialismus gekannt, so wäre ihm nicht jener „oberste und letzte Zweifel" geblieben, den ihm das Kantische Ideal, als Dichtung, in Schillers ästhetisch-meisterhafter Form beschwichtigte. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 11. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Bismarcks Denkwürdigkeiten.

✗ Berlin, 30. November 1898.

Die umfangreichen Auszüge aus Bismarcks Memoiren, womit die Cottasche Buchhandlung in Stuttgart seit acht Tagen die gutgesinnte Presse überschwemmt hat, haben sofort einen lebhaften Kampf der Meinungen hervorgerufen. Auf der einen Seite wurde das Werk als eine unerschöpfliche Quelle genialer Weisheit gefeiert, woraus die deutsche Nation ihren Durst nach Erkenntniß für Jahrhunderte löschen könne, auf der anderen Seite wurde unter nachdrücklichem Hinweis auf die groben Schnitzer, die sich schon in den Auszügen fanden, überhaupt jeder historische Werth der posthumen Veröffentlichung bestritten.

Nachdem wir das Buch selbst gelesen haben, vermögen wir weder dieser noch jener Seite zuzustimmen. Unseres Erachtens ist es weder so gut, wie von hüben, noch so schlecht, wie von drüben behauptet wird. Als politisch-staatsmännisches Brevier für den patriotischen Deutschen kann es schon deshalb nicht gelten, weil Bismarck sich sehr wenig darauf einläßt, allgemeine Weisheitssätze zu formuliren, die als Ariadnefäden in dem Labyrinth des politischen Wandels und Wechsels dienen können. Er schreibt als praktischer Politiker, der seine praktische Politik zu rechtfertigen und zu vertheidigen sucht. Aber wenn er dabei oft gegen die historische Wahrheit verstößt, so wie sie heute bereits als gesichert betrachtet werden darf, so ist damit nicht schon die historische Werthlosigkeit seiner Aufzeichnungen festgestellt. Persönliche Denkwürdigkeiten haben nicht den Zweck, abschließende Geschichtswerke zu sein; ihre Verfasser wollen die Dinge nicht schildern, wie die Dinge thatsächlich gewesen sind, sondern wie sie selbst die Dinge angesehen haben, und diese subjektive Auffassung kann, sobald sie in die historische Entwicklung eingegriffen hat, von historischer Bedeutung sein, auch wenn sie mit der thatsächlichen Wirklichkeit noch so sehr kollidirt.

Soviel muß freilich dabei vorausgesetzt werden, daß der Memoirenschreiber seine subjektive Auffassung ehrlich wiederzugeben sucht. Hieran lassen es aber Bismarcks Memoiren im Ganzen und Großen nicht fehlen. Es giebt wohl einzelne Stellen darin, wo man unabweislich den Verdacht schöpfen muß, daß sich Bismarck wider besseres Wissen über peinliche Geständnisse hinwegzuhelfen sucht. Die auffälligste dieser Stellen ist die Darstellung der Ereignisse, die den deutsch-

französischen Krieg herbeigeführt haben; zu dem ehrlichen Eingeständniß, daß die spanische Thronkandidatur des Prinzen von Hohenzollern eine Falle gewesen sei, in die Bonaparte gelockt werden sollte und sich auch wirklich locken ließ, mag sich Bismarck nicht bequemen; er dreht und wendet sich, um soweit als möglich die ihrer Zeit mit tausend theuren Eiden beschworene Fabel aufrecht zu erhalten, daß er das unschuldige, urplötzlich vom Wolfe überfallene Lamm gewesen sei. Aber das sind immerhin nur einzelne Stellen; von ihnen abgesehen, kann nicht wohl bestritten werden, daß Bismarck die in seinen letzten Zeiten oft so unangenehm hervortretende Sucht zu prahlerischen Uebertreibungen in diesen Denkwürdigkeiten zu bändigen gewußt hat.

Nicht am wenigsten rechnen wir es ihm zum Guten, daß er es gänzlich unterläßt, sich mit dem berüchtigten Schlagworte seiner Bewunderer auf den „Oedipus" hinauszuspielen, der die soziale Frage als die Frage des Jahrhunderts zu lösen gewußt habe. Von der Arbeiterbewegung, die ihn im Leben so viel gepeinigt und gequält hat, spricht er so gut wie gar nicht; nirgends eine Andeutung seiner Verhandlungen mit Lassalle, kaum eine gelegentliche Erwähnung des Sozialistengesetzes, dazwischen wohl einmal ein kleines Kompliment an „sozialdemokratische Verrücktheiten", aber dann auch wieder völliges Schweigen über die Arbeiterversicherungsgesetze, dieser bei seinen Lebzeiten und nicht zuletzt von ihm selbst so überschwänglich gepriesenen Blüthe aller historischen Sozialreformen. Ueber das allgemeine Wahlrecht handelt er auf ein paar Seiten, jedoch auch hier in anerkennenswerther Weise darauf verzichtend, die Verleihung dieses Rechts in dem Lichte einer anderen Absicht darzustellen, als er thatsächlich gehabt hat. Bismarck sagt ganz richtig, er habe das allgemeine Wahlrecht, „die damals stärkste aller freiheitlichen Künste", als Waffe in seinen auswärtigen Kämpfen betrachtet, in seinen Kämpfen mit Oesterreich, als eine Drohung mit letzten Mitteln im Kampfe gegen auswärtige Koalitionen. Sobald diese Waffe ihre Dienste gethan habe, sei es ihm nicht darauf angekommen, sie wieder zu zerbrechen. Praktisch halte er das allgemeine Wahlrecht nur insoweit für richtig, als es mit öffentlicher Abstimmung verbunden sei. „Die Einflüsse und Abhängigkeiten, die das praktische Leben der Menschen mit sich bringt, sind gottgegebene Realitäten, die man nicht ignoriren kann und soll." Das klingt gewiß sehr skurril. Die Hunperpeitsche des Land- und Schlotjunkers als „gottgegebene Realität" über den politischen Rechten der arbeitenden Klassen schwebend! Gleichwohl begreifen wir die Empörung nicht, die sich gegen diese Offenbarung Bismarcks gekehrt hat. Ohne Zweifel hat er so bei dem Erlaß des allgemeinen Wahlrechts gedacht, das ist von kundiger Seite ja auch stets behauptet worden; wir können doch nur froh sein, daß er seine hinterhaltigen Gedanken ehrlich bekennt und der immerhin bedenklichen Legende, als hätten die deutschen Arbeiter dem „sozialen Königthum" die Verleihung des allgemeinen Wahlrechts zu danken, ein- für allemal den Genickfang giebt.

Möglich, daß wir den Tag vor dem Abend loben, wenn wir Bismarcks gänzliches Schweigen über seine „weltgeschichtlichen Thaten" auf sozialpolitischem Gebiet als einen Beweis von Ehrlichkeit einschätzen; vielleicht hat er sich darüber doch noch verbreitet in dem dritten Bande, den die Verlagshandlung einstweilen nicht herausgegeben haben soll. Dagegen spricht aber doch, daß Bismarck in den beiden veröffentlichten Bänden sich ganz überwiegend mit seiner diplomatischen Thätigkeit beschäftigt. Das war von ihm klug, denn auf diesem Gebiet lag wirklich, was er von historischer Stärke besaß, und es ist für seine Leser erfreulich, denn wie man sonst über die diplomatische Thätigkeit denken mag, so wird man allemal

gern einen Autor über ein Metier sprechen hören, das er wirklich versteht, namentlich wenn er verhältnißmäßig so frei von aller Ruhmredigkeit ist, wie Bismarck in diesen Abschnitten seiner Memoiren. Manches, wie das Kapitel über Nikolsburg, läßt sich sogar nicht ohne einen gewissen menschlichen Antheil lesen; man begreift, daß Bismarck gelegentlich das Bedürfniß hatte, sich vier Treppen hoch aus dem Fenster zu stürzen, wenn man hört, wie ihm nach dem Siege bei Königgrätz alle errungenen Erfolge durch die Thorheit und den Unverstand im eigenen Lager aus den Händen zu gleiten drohen, wie dieselbe Beschränktheit und Feigheit, die er nach jahrelangem zähen Kampfe endlich über sich selbst hinaus zu treiben vermocht hatte, in ihrer überhitzten Ueberhitzung nun ihn selbst zu begraben droht. Es ließe sich wohl sagen: das war seine gerechte Strafe, aber wenigstens der deutsche Bürgersmann hat das Recht dazu nicht, denn sonst hätte er selbst noch ganz anders dafür gestraft werden müssen, daß er die ihm gebührende historische Rolle dem Junker Bismarck überließ.

Allerdings sind die wirklich spannenden Kapitel in den beiden Bänden ziemlich dünn gesät. Als Bismarck die Denkwürdigkeiten zu entwerfen begann, war er schon über die Mitte der siebziger Jahre hinaus, und Bucher, der ihm dabei zur Hand ging, war nicht viel jünger; die sonst zugezogenen Hilfskräfte aber scheinen ganz untergeordneter Art gewesen zu sein. Die Anordnung und Vertheilung des Stoffes, der oft sehr eingewickelte und holperige Stil, die fast unglaubliche Leichtfertigkeit, womit ganze Massen längst gedruckten und selbst schon mehrfach gedruckten Materials mitten in die Darstellung geschleudert werden, unbekannt aus welchen Gründen und unbekannt nach welchen Gesichtspunkten, erinnern allzu häufig daran, daß Bismarck bei der Auswahl seiner literarischen Gehilfen immer ein eigenthümliches Unglück oder ein eigenthümliches Ungeschick hat. Vieles Andere, was wir aufgetischt bekommen, ist schon von Busch, Hahn, Harden, Hesekiel, Poschinger und Anderen erzählt worden. Wer die historische Literatur über Bismarck kennt, wird so sehr viel Neues aus dem Buche nicht erfahren.

Wer sie aber nicht kennt, würde freilich sehr in die Brüche gerathen, wenn er an jedem Satze mit naiver Gläubigkeit hinge. Es giebt schwerlich auch nur eine Seite in dem Buche, die nicht der kritischen Kontrolle durch andere historische Zeugnisse bedürfte, abgesehen natürlich von den mitunter ermüdend weiten Strecken, wo nur Urkunden abgedruckt werden. Die Darstellung ist auch viel zu unvollständig, um irgend ein noch so nothdürftiges Bild von dem historischen Leben im Deutschland der letzten Jahrzehnte zu geben; selbst als Autobiographie Bismarcks enthält sie breite Lücken. Eine angenehme und leichte Lektüre ist das Buch nicht, eine schwere Lektüre freilich auch nicht in dem Sinne, daß die Mühe des Durcharbeitens entsprechend gelohnt wird. Ebenso wenig dient es, was wir ihm selbstverständlich als einen Vorzug anrechnen, irgend einem Skandalbedürfniß der Bourgeoisie. Die Antipathien und Sympathien Bismarcks sind wohl erkennbar, wie sie denn, soweit sie hervortreten, schon längst bekannt waren; was Bismarck über seine Beziehungen zum Kaiser Wilhelm sagt, wird das Bild nicht wesentlich verändern, das man sich nach anderen Quellen davon gemacht hat; nur über die Kaiserin Augusta urtheilt er mit einer Schärfe, der man ein beträchtliches Maß persönlichen Hasses anmerkt.

Eine bemerkenswerthe politische Wirkung dürften Bismarcks Memoiren demnach nicht haben. Ihr Inhalt mag wohl einige Zeit lang von der patriotischen Presse ausgeschlachtet werden, aber dann wird das Buch einer schnellen Vergessenheit anheimfallen. Nach Form und Inhalt, nach seinen besseren und seinen schlechteren Seiten ist es gleich wenig dazu angethan, ein patriotischer Katechismus

des biederen Bourgeoispublikums zu werden. Für die Fragen, welche die Gegenwart und die nächste Zukunft bewegen, ist sehr wenig darin zu finden.

Um seinen Werth für die historische Wissenschaft genau festzustellen, wäre eine sehr ins Einzelne gehende Untersuchung nothwendig. Schon deshalb, weil es sich dabei nur um Einzelheiten handeln kann. Irgend welche den bisher sicher festgestellten Thatbestand umwälzende Enthüllungen finden sich nirgends in dem Werke, und die historischen Betrachtungen, die Bismarck gelegentlich einflicht, sind ohne besondere Bedeutung. Er legt sich die Dinge nach seinen praktisch-politischen Bedürfnissen zurecht, was von seinem Standpunkt aus ganz erklärlich war, aber mit einer objektiv-wissenschaftlichen Würdigung der historischen Entwicklung natürlich nichts zu thun hat.

Wohl aber wollen wir nicht verhehlen, daß sich Bismarcks persönliches Bild in diesen Denkwürdigkeiten heller abspiegelt, als irgendwo anders seit dreißig Jahren. Man kann ihm, wie er nun einmal war, gerechter werden, weil er auf die wilden Ausfälle gegen die modernen Kulturbewegungen verzichtete, die sonst zu seinem täglichen Brote gehörten.

Einige Bemerkungen über Plechanows letzten Artikel in der „Neuen Zeit“.

Von Conrad Schmidt.

In Nr. 5 dieses Jahrgangs der „Neuen Zeit“ hat Plechanow einen umfangreichen Aufsatz: „Conrad Schmidt gegen Karl Marx und Engels“ veröffentlicht, dem man besondere Aktualität nicht nachsagen kann. Der Aufsatz wendet sich gegen Aeußerungen, die ich vor mehr als zwei Jahren in dem damaligen „Sozialistischen Akademiker“ machte, als ich ein Buch des Genossen Plechanow kritisirte, und dann gegen gewisse Stellen einer von mir verfaßten „Literarischen Rundschau“, die auch bereits vor Jahresfrist im „Vorwärts“ erschien. Wenn Plechanow seine materialistischen Ansichten gegenüber dem Standpunkt der Kantischen Philosophie begründen und damit zugleich das Urtheil von Engels über die Rückständigkeit dieser Philosophie als richtig erweisen wollte, so war das Thema an sich wahrlich verwickelt genug. Die Ausgrabung jener meiner alten Artikel, die langen Zitate daraus und der ganze umständliche polemische Apparat, mit dem Plechanow gegen mich zu Felde zieht, hätten ruhig gespart werden können. Vermochte er diesen positiven Theil seiner Aufgabe *wirklich* zu lösen, so konnte er in wenigen Worten dann leicht die Nutzanwendung gegen den von mir eingenommenen Standpunkt ziehen. Indessen scheint es, daß dieser polemische Apparat, durch den die große Thorheit dessen, der jene ausgegrabenen Artikel schrieb, recht ausführlich und mit großem Gelehrsamkeitsaufwand nachgewiesen werden soll, ihm gar sehr am Herzen lag.

Die Sätze, in die er am Schlusse seine „Darlegungen zusammenfaßt“, befassen sich sogar ausschließlich mit meiner Person: „Genosse Conrad Schmidt hat

1. Kant sehr schlecht verstanden, den gegen Marx und Engels zu vertheidigen er sich vorgenommen hatte;

2. Marx und Engels nicht weniger schlecht verstanden, welche er im Namen Kants bekämpfen wollte;

3. eine durch und durch irrthümliche Auffassung vom Wesen des Materialismus an den Tag gelegt.“

Und als ob es mit diesem Sündenregister noch nicht genug wäre, rückt der Genosse dann noch mit einer geschichtsphilosophischen Konstruktion ins Treffen, derzufolge meine und Bernsteins Hochschätzung der Kantischen Philosophie im Grunde nur ein Abglanz bourgeoiser Gesinnung, ein Widerschein jenes „opportunistischen Geistes“ sind, „der leider in unseren Reihen große Fortschritte macht“. Es ist ein Bischen viel auf einmal, was mir der Genosse da vorwirft. Er hätte es meiner Meinung nach auch billiger machen können. Die Gründe, die mich zu dieser relativ günstigen Meinung über mich selber, wenigstens in der von Plechanow angestrengten Prozeßsache, bewogen haben, seien hier nachträglich so kurz als möglich auch den Lesern der „Neuen Zeit“ unterbreitet.

Wie liegt die Sache also? Davon, daß ich „Marx und Engels im Namen Kants habe bekämpfen wollen“, wie es in Punkt 2 der Anklage heißt, ist mir wenigstens nichts bekannt. Wie ich mich dem Materialismus gegenüber, so verhalte ich mich auch der Kantischen Philosophie gegenüber skeptisch, das beweisen die Zitate, die Plechanow selbst aus meinen Artikeln bringt, denke ich, zur Genüge. Was ich gegen Engels und Marx in Sachen der Philosophie gesagt habe, reduzirt sich vielmehr einfach darauf, daß ich die Gründe, durch welche Engels die Kantische Philosophie „für theoretisch und praktisch widerlegt“ hält, nicht als wirklich stichhaltigen Gegenbeweis anerkenne. Von dieser ist die andere Frage, ob man die Position der Kantischen Philosophie an und für sich auch in Zukunft für uneinnehmbar halte, ob nicht von einer weiter treibenden, mit anderen als den bisher üblichen Gründen arbeitenden Kritik eine schließliche Ueberwindung der Kantischen und Neufundamentirung der materialistischen Philosophie erwartet werden könne, natürlich ganz zu trennen. Auch wer etwa eine Ueberwindung in Zukunft für möglich und wahrscheinlich hielte, hat dennoch ein Interesse daran, Gegengründe gegen jene Philosophie, die sich als Widerlegung derselben ausgeben, die er aber als wirkliche Widerlegung nicht anerkennen kann, zurückzuweisen, soweit sich Gelegenheit dazu bietet. Das ist ja selbstverständlich.

Nun ist das Problem, mit dem die Kantische Philosophie sich beschäftigt, die Erfahrung selbst, deren allgemeine Bedingungen, soweit dieselben überhaupt der Untersuchung zugänglich sind, Kant in seiner Zergliederung des menschlichen Bewußtseins nachzuweisen sucht. Wenn also bei dem phänomenalistischen Standpunkt Kants alle Erfahrung sich freilich in einen Ablauf von Erscheinungen auflöst, so doch in einen gesetzmäßig geregelten und in seiner Gesetzmäßigkeit dem wissenschaftlich denkenden Geiste durchaus erkennbaren Ablauf. Soweit stimmt seine Auffassung mit der Auffassung wenigstens derjenigen Materialisten überein, die es sich klar gemacht, daß die Gegenstände, die uns, das heißt unserem Bewußtsein gegeben sind, unmittelbar gar nichts Anderes als Gegenstände unseres Bewußtseins, das heißt als Phänomene sein können. Der Unterschied setzt erst bei der weiteren Frage ein, welches das Wesen sei, das diesen Erscheinungen korrespondire? Die Materialisten müssen behaupten, daß dieses Wesen im letzten Grunde mit den Erscheinungen wesensgleich sei. Die allgemeinsten Bestimmungen, die unsere Sinne, oder vielmehr der den Sinneneindruck verarbeitende Verstand als die Grundlage der uns gegebenen Erscheinungen anzusehen genöthigt ist: vor Allem Raum und Zeit und die in ihnen bewegte Materie gelten den Materialisten als eine von der Beschaffenheit des menschlichen Bewußtseins ganz unabhängige, an und für sich seiende Realität. Materialismus ist also Identitätsphilosophie, weil er, auch da, wo er auf den begrifflichen Unterschied des im Bewußtsein Gegebenen und des an sich Seienden reflektirt und so die Grenzen des naiven Realismus überschreitet,

das „an sich Seiende“, das „Ding an sich“ durch Analyse der Erscheinungen bestimmen zu können meint; weil er prinzipiell das letzte, erreichbare Resultat der Naturwissenschaft als adäquaten oder annähernden Ausdruck des „an sich Seienden“, des letzten Realen betrachtet. Das ist, näher präzisirt, meine — „durch und durch irrthümliche Auffassung vom Materialismus im Allgemeinen“.

Ich kann mich wirklich nicht überzeugen, daß, wenn Plechanow nach einigem Zitatenaufwand aus den französischen Aufklärungsphilosophen mit Engels erklärt: der Materialismus sei „nichts Anderes als eine Lehre, welche die Natur durch die natürlichen Kräfte erklären will und welche diese Natur gegenüber dem Geiste als das Ursprüngliche betrachtet“ — durch diese Begriffserklärung irgend etwas gebessert ist. Im Gegentheil! Diese Begriffsbestimmung läßt gerade den Punkt, auf welchen, sobald man sich über das Verhältniß des Materialismus zur Kantischen Philosophie orientiren will, alles ankommt, viel weniger klar hervortreten. Denn entweder will der Satz, „daß der Materialismus die Natur dem Geiste gegenüber als das Ursprüngliche betrachtet“, ganz dasselbe sagen, was ich als Charakteristikum des Materialismus hervorgehoben wissen will, daß nämlich die Elemente der erscheinenden Natur, mehr als Erscheinung, nämlich das unmittelbare Reale selbst sind — und dann existirt kein Unterschied in der Sache. Oder aber, dieser Satz beansprucht keine metaphysische Bedeutung und schränkt sich auf die Behauptung ein, daß in der erscheinenden Welt diejenige Reihe von Erscheinungen, die wir unter dem Begriff der Natur zusammenfassen und in ihrem Zusammenhang begreifen, von uns nothwendig als das Prius, als Grundlage und erzeugender Schoß derjenigen Erscheinungen, die wir unter dem Begriff geistiges Leben zusammenfassen, gedacht werden muß. Es ist wohl aber auch dem Genossen Plechanow klar, daß, wenn die erste Auslegung des Satzes mit meiner Auffassung des Materialismus zusammentrifft, diese zweite, durch den Wortlaut nicht ausgeschlossene Auslegung des Satzes gerade den charakteristischen Unterschied des Materialismus gegenüber der Kantischen Philosophie völlig verwischen, die Streitfrage, auf die es ankommt, ganz beiseite schieben würde.

Denn die Kantische Philosophie — damit kommen wir auf unseren Ausgangspunkt zurück — will Theorie der Erfahrung sein, zu welcher Erfahrung auch alle wissenschaftliche Welterkenntniß gehört. Indem Kant mit wissenschaftlich strenger Argumentation die ganze Welt, Raum und Zeit als Grundformen der Welt miteinbegriffen, in eine Welt der Erscheinungen auflöst, fällt es ihm nicht ein, die wissenschaftliche Zergliederung dieser Erscheinungen und die aus dieser Zergliederung gezogenen (allerdings nur für die Erscheinungswelt zutreffenden) Resultate in ihrem Erkenntnißwerth verdächtigen zu wollen. Den Satz: „Natur hat weder Kern noch Schale, alles ist sie mit einem Male“ würde er, wofern unter Natur, wie es bei Kant selbstverständlich, die Welt der Erscheinungen verstanden wird, ohne Weiteres unterschreiben. In der für uns wirklichen, d. h. der erscheinenden Welt sind keine mystischen Grenzen der Erkennbarkeit gezogen. Soweit also unter Materialismus nichts Anderes verstanden wird, als das Streben, überall die kausalen Verknüpfungen der Naturerscheinungen und die Bedingtheit der seelischen durch körperliche Erscheinungen nachzuweisen, steht ein solcher „Materialismus“ durchaus in keinem Gegensatz zur theoretischen Philosophie Kants, sondern proklamirt ein Ziel, das auf dem Boden dieser Philosophie durchaus verständlich, ja nothwendig erscheint. Der Gegensatz kommt erst heraus, wenn dieser sich so nennende „Materialismus“ zum konsequenten, d. h. metaphysischen oder vielmehr metaphänomenalistischen Materialismus wird, wenn er die Elemente der Erscheinungen als „Dinge an sich“ erklärt.

Solange nun Plechanow nicht im Stande ist, die hier ausgesprochene Auffassung der Kantischen Philosophie als eine „durch und durch irrthümliche“ Interpretation nachzuweisen und damit zugleich alle Geschichtschreiber der Kantischen Philosophie des lächerlichsten Mißverständnisses zu überführen, solange weiß ich wirklich nicht, worauf er seine Polemik gegen mich basiren will? Wie er den Nachweis bringen will, daß ich Unrecht habe, wenn ich die von Engels gegen Kant angeführten Instanzen keineswegs als eine Widerlegung der Kantischen Philosophie anerkennen mag?

Engels schreibt im „Feuerbach“: „Die schlagendste Widerlegung dieser, wie aller anderen Schrullen ist die Praxis; nämlich das Experiment und die Industrie. Wenn wir die Richtigkeit unserer Auffassung eines Naturvorgangs beweisen können, indem wir ihn selbst machen, ihn aus seinen Bedingungen erzeugen, ihn obendrein unserem Zwecke dienstbar werden lassen, so ist es mit dem Kantschen unfaßbaren Ding an sich zu Ende. Die im pflanzlichen und thierischen Körper erzeugten chemischen Stoffe blieben solche ‚Dinge an sich‘, bis die organische Chemie sie einen nach dem anderen darzustellen anfing; damit wurde das Ding an sich ein Ding für uns, wie z. B. der Farbstoff des Krapps, das Alizarin, das wir nicht mehr auf dem Felde, in den Krappwurzeln wachsen lassen, sondern aus Kohlentheer weit wohlfeiler und einfacher herstellen.... Wenn dennoch die Neubelebung der Kantischen Auffassung in Deutschland durch die Neukantianer und der Humeschen in England (wo sie nie ausgestorben) durch die Agnostiker versucht wird, so ist das, der längst erfolgten theoretischen und praktischen Widerlegung gegenüber, wissenschaftlich ein Rückschritt und praktisch nur eine verschämte Weise, den Materialismus hinterrücks zu acceptiren und vor der Welt zu verleugnen.“

Diese Berufung auf den Erfolg der Naturwissenschaften mag gegenüber dem Humeschen Skeptizismus, welcher die Kategorien der Substanz und Kausalität als bloße Denkgewohnheiten betrachtet, deren Giltigkeit nicht zwingend nachgewiesen werden könne, in gewisser Hinsicht Recht haben. Da die Naturwissenschaft überall mit diesen Kategorien arbeitet, kann die Sicherheit naturwissenschaftlicher Resultate und Vorausberechnungen als ein Beweis dafür angesehen werden, daß diese Kategorien selbst, mögen sie immerhin aus bloßer Gewohnheit der Ideenassoziation hervorgegangen sein, als objektiv giltige Begriffe angesehen werden dürfen. Aber ganz unverständlich ist es, was die Triumphe der Naturwissenschaften gegen Kant beweisen sollen, der die objektive Giltigkeit dieser Begriffe innerhalb der Erscheinungswelt aufs Allerschärfste hervorhebt? Eine solche Widerlegung der Kantischen Philosophie läuft auf ein Spiel mit Begriffen hinaus. Natürlich kann man die wissenschaftlich noch unerkannten Phänomene als „Dinge an sich“ bezeichnen, als Dinge, die durch die fortschreitende Erkenntniß und Technik „Dinge für uns“ werden, indem sie succesive die Dunkelheiten ihres „An sich“ vor unseren Augen abstreifen. Aber was ist damit gewonnen, als ein neuer Name für den wissenschaftlichen, Unbekanntes in Bekanntes umwandelnden, von Kant doch wahrlich nicht geleugneten Denkprozeß? Wird denn in diesem Prozeß der Ring der Erscheinungen, in welchen nach Kant unser Wissen nothwendig eingeschränkt ist, gesprengt? Sind denn jene „Dinge an sich“, denen durch die Naturerkenntniß „ein Ende gemacht wird“, selbst etwas Anderes als räumlich-zeitlich bestimmte Erscheinungen materieller Art, und hat Kant deren Erkennbarkeit jemals bestritten? Es ist klar, diese „Dinge an sich“ haben mit dem Kantischen Begriff nichts als den Namen, d. h. gar nichts gemeinsam. Will man dem Kantischen „Ding an sich“ ein Ende machen, so hilft die bloße

Berufung auf die Naturwissenschaft noch keinen Schritt weiter. Philosophie kann nur durch Philosophie widerlegt werden. Und hier ist zu der Widerlegung nöthig, daß man die Gründe, auf welche Kant, zum Theile auch seine Nachfolger (Lotze), ihre Ansicht basiren, daß das „an sich Seiende“, welches erscheint, von den Grundbestimmungen, die allem Erscheinenden anhaften (der Räumlichkeit, der Zeitlichkeit, der Materialität), wesensverschieden, also für uns unerkennbar sei, daß man diese Gründe mit methodisch klarer Kritik aus dem Felde schlage. Jeder andere Weg zu einer wirklichen Wiedererneuerung der materialistischen Philosophie, welche die Identität oder wenigstens die Gleichartigkeit dessen, was Kant als wesensverschieden auseinanderhält, behaupten muß, ist ausgeschlossen.

So wenig wie ich mich von der „Irrthümlichkeit“ meiner Auffassung des Materialismus habe überzeugen können, so wenig kann ich einsehen, inwiefern ich Marx und Engels „schlecht verstanden haben soll“, wenn ich die von Engels gegen die Kantische Philosophie angeführten Instanzen für eine Widerlegung dieser Philosophie nicht halten kann; wenn ich in diesen Instanzen nichts Anderes als eine Berufung auf die „in der Erfahrungswelt durchgängig zu beobachtende Gesetzmäßigkeit“ zu erblicken vermag: die Berufung auf eine Gesetzmäßigkeit, die Kant zu leugnen niemals eingefallen ist und die daher nicht zum „Unterscheidungsmerkmal“ materialistischer Denkweise gemacht werden darf.

Den Idealismus, welcher, wie Kant sagt, „das Dasein der Gegenstände im Raume außer uns entweder blos für zweifelhaft und unerweislich oder für falsch und unmöglich erklärt“, also den Idealismus, gegen welchen Engels' Instanzen im Grunde gerichtet sind, hat Kant in seiner berühmten „Widerlegung des Idealismus“ mit aller Entschiedenheit, und zwar, *ohne* sich damit einer Inkonsequenz schuldig zu machen, selbst bekämpft. Da Plechanow offenbar sehr die Zitate liebt, seien hier einige der charakteristischsten Sätze aus dieser „Widerlegung“ eingefügt:

„Man wird“, sagt Kant im Anschluß an seine Argumentation, „in dem vorhergehenden Beweis gewahr, daß das Spiel, welches der Idealismus trieb, ihm mit mehrerem Rechte umgekehrt vergolten wird. Dieser nahm an, daß die einzige Erfahrung die innere sei und daraus auf äußere Dinge nur *geschlossen* werde, aber, wie allemal, wenn man aus gegebenen Wirkungen auf *bestimmte* Ursachen schließt, nur unzuverlässig, weil auch in uns selbst die Ursache der Vorstellungen liegen kann, die wir äußeren Dingen, vielleicht fälschlich, zuschreiben. Allein hier wird bewiesen, daß äußere Erfahrung eigentlich unmittelbar sei, daß nur vermittelst ihrer, zwar nicht das Bewußtsein unserer eigenen Existenz, aber doch die Bestimmung derselben in der Zeit, d. i. innere Erfahrung möglich sei.“

— — Nun noch Einiges zum dritten Punkte! Plechanow ist der Meinung, daß ich „Kant sehr schlecht verstanden habe“. Der Maßstab, nach dem er mein Verständniß Kants aburtheilt, ist natürlich seine eigene Auffassung des Philosophen. Sehen wir uns diesen Maßstab und damit die Qualifikation des Genossen für seinen Richterspruch jetzt ein wenig näher an. Bezugnehmend auf einen Passus *meines* Artikels, in dem ich wörtlich sage: „Raum und Zeit, Materie und Begriffe, durch welche wir die Welt entziffern, sind für ihn (Kant) etwas, das nur im menschlichen Vorstellen und Denken existirt; und als der Urschoß, aus welchem dies die Welt der Erscheinungen selbst erzeugende Empfinden, Vorstellen und Denken hervorquillt, gilt ihm das Unerkennbare, das Ding an sich ...“ (das ganze Zitat siehe S. 140 der „Neuen Zeit“), ruft Plechanow aus: „Alles das will nur sagen, daß Kant die Existenz der Dinge an sich außerhalb unseres Bewußtseins leugnete!“ Dieser Ausruf ist kein zufälliger Lapsus, sondern charak-

terisirt die Totalauffassung Plechanows, von der ausgehend er die erste und zweite Auflage der „Kritik der reinen Vernunft“ (die trotz Schopenhauers Beschuldigungen sich nur in der Nuancirung einiger Gedanken, nicht aber prinzipiell unterscheiden) in den schreiendsten Widerspruch zu einander bringen will.

Wenn Plechanow aus meiner Erklärung, daß das Ding an sich von Kant als unräumlich, unzeitlich, unmateriell, daher als unerkennbar gedacht werde, die Folgerung zieht: daß Kant dann die Existenz der Dinge an sich außerhalb unseres Bewußtseins leugne, so ist er offenbar der Meinung, daß Kant an den Stellen, wo er von den „Dingen an sich“ als der Grundlage der Erscheinungen spricht, diese „Dinge an sich“ für etwas hält, das mit den Erscheinungen kommensurabel ist, für etwas, das — konsequenter Weise — dann also auch durch wissenschaftliche Zergliederung der Erscheinungen bis zu gewissem Grade erkennbar sein müßte. In der That, die Ausführungen Plechanows, in denen er Kant der Inkonsequenz überführen will, weil dieser einerseits die Einwirkung der „Dinge an sich“ auf uns als Ursache der Erscheinungen bezeichnet, andererseits aber die Unerkennbarkeit dieser „Dinge an sich“ behauptet habe, beruhen augenscheinlich auf dieser stillschweigenden Voraussetzung, daß Kant, indem er von der Einwirkung der „Dinge an sich“ auf uns spricht, diese als räumlich, zeitlich und materiell bestimmt gedacht habe. Denn sonst ist die ganze Polemik unverständlich. „Können wir“ — so faßt Plechanow seinen Angriff gegen Kant und seine Vertheidigung des Engelsschen Standpunkts zusammen — „bestimmte Phänomene voraussehen? Gewiß. Unsere Wissenschaft und unsere Technologie sind Bürge dafür. Das bedeutet also, daß wir die Wirkung voraussehen, welche das in Betracht kommende Ding auf uns ausübt. Aber wenn wir die Wirkung des Dinges voraussehen, so kennen wir wenigstens gewisse seiner Eigenschaften. Und sobald wir gewisse seiner Eigenschaften kennen, haben wir nicht das Recht, das Ding als unerkennbar zu bezeichnen. Diese ‚Vernünftelei‘ Kants fällt, zerschmettert von der Logik seiner eigenen Lehre. Das wollte Engels durch sein Beispiel von dem Pudding sagen. Der Beweis ist ebenso klar und unwiderleglich wie der Beweis eines mathematischen Theorems.“

Wäre das wahr, so sähe es allerdings mit der Unwiderleglichkeit der mathematischen Beweise übel aus. Denn die scheinbare „Klarheit und Unwiderleglichkeit des Beweises“, durch den die Kantische Lehre „zerschmettert wird“, beruht wiederum auf jener Verwechslung der Begriffe, gegen die wir uns bereits oben wandten. Was sind das denn für „Dinge“, die auf uns einwirken und die wir aus dieser ihrer Einwirkung auf uns in ihren Eigenschaften zu erkennen vermögen? Es sind räumlich, zeitlich, materiell bestimmte Dinge, d. h. die Grundbestimmungen und Eigenschaften dieser „Dinge“ haben selbst rein phänomenalistischen Charakter. Mit anderen Worten: Jene Grundbestimmungen und Eigenschaften, die wir als die Natur der Dinge erkennen, können nach Kantischer Auffassung gar nicht Grundbestimmungen und Eigenschaften sein, die dem an sich Seienden unabhängig von unserer menschlichen Raum- und Zeitanschauung, unabhängig von unseren Empfindungen und Kategorien zukommen. Was wir aus der Art, wie die in der Außenwelt unserem Bewußtsein gegebenen Dinge auf uns einwirken, von diesen in der Außenwelt uns gegebenen Dingen erkennen, ist von einer Erkenntniß der „Dinge an sich“ im Kantischen Sinne toto genere verschieden. Wenn also „die Vernünftelei Kants an der Logik seiner eigenen Lehre zerschmetterte“, so passirt ihr dieses Schicksal — wenigstens bis keine anderen Beweise erbracht sind — anscheinend deshalb, weil durch ein Spiel mit

Worten („Ding“ und „Ding an sich“) fremde Unlogik in diese Logik hereingebracht ist.

Die Stelle aus den „Prolegomena“, welche Plechanow zitirt, kann, aus dem Zusammenhang herausgerissen, freilich leicht den Anschein erwecken, als habe sich hier der Begriff der „Dinge an sich“, wie er aus Kants sonstiger Philosophie hervorgeht, derart verwischt, daß er seine scharfe Abgrenzung gegenüber dem, was dem gewöhnlichen Bewußtsein unter diesem Namen vorschwebt und was aus den Wirkungen, die es auf uns ausübt, in seinen Eigenschaften allerdings „erkennbar“ sein muß, verloren. Aber auch dieser Schein wäre sogleich geschwunden, wenn Plechanow die der zitirten Stelle unmittelbar vorhergehenden beiden Sätze, durch die das Folgende erst seine richtige Beleuchtung erhält, wiedergegeben hätte. „Da nun die Sinne“, heißt es dort („Prolegomena“, Kirchmannsche Ausgabe, S. 39), „nach dem jetzt Erwiesenen uns niemals und in keinem einzigen Stücke die Dinge an sich selbst, sondern nur ihre Erscheinungen zu erkennen geben, diese aber blos Vorstellungen in der Sinnlichkeit sind, so müssen auch alle Körper mitsammt dem Raume, in dem sie sich befinden, für nichts als bloße Vorstellungen in uns gehalten werden und existiren nirgend anders als in unseren Gedanken.“ „Ist dieses“, fährt Kant fort, „nun nicht der offenbare Idealismus?“ Die hieran sich anschließende, von Plechanow zitirte Stelle enthält die Antwort auf die hier aufgeworfene Frage und soll nur zeigen, inwiefern jener Kantische Lehrbegriff, wiewohl er die reine Idealität des Raumes — mithin auch die Unräumlichkeit, Immaterialität und Unerkennbarkeit der „Dinge an sich“ — behauptet, von dem Lehrbegriff des eigentlichen Idealismus, d. h. der Behauptung, „daß es keine anderen als denkende Wesen gebe“, prinzipiell verschieden ist.

Der an Engels sich anschließende Satz Plechanows, daß man „aus der Wirkung des Dinges gewisse seiner Eigenschaften kenne“, daß wir also „nicht das Recht haben, das Ding als unerkennbar zu bezeichnen“, ist so wenig ein giltiger Gegenbeweis gegen Kant, daß er vielmehr das, was gegen Kant bewiesen werden sollte, ganz naiv voraussetzt. Hat Kant darin Recht, daß wir die Formen unserer Anschauung, Raum und Zeit, sowie die Empfindungen und Grundbegriffe unseres Verstandes, resp. die aus dem Zusammenspiel dieser Elemente gewonnenen Vorstellungen ohne Widerspruch gar nicht als an und für sich, d. h. unabhängig vom Bewußtsein Seiendes, also als „Dinge an sich“ hypostasiren können, so ist der Satz: aus der Wirkung der Dinge seien ihre „Eigenschaften“ erkennbar, wenn unter Dingen hier „Dinge an sich“ verstanden werden sollen, offenbar grundfalsch. Soll der Satz Sinn haben, ohne sich auf eine leere Tautologie zu reduziren, so nur in dem Falle, wenn er, statt selbst als eine Widerlegung des Kantianismus aufzutreten, eine solche Widerlegung zu seiner Voraussetzung hat. Erst muß gezeigt werden, daß, warum und wie die Elemente unseres Bewußtseinsinhalts, resp. die durch Verarbeitung dieses Inhalts gewonnenen naturwissenschaftlichen Resultate entgegen der Kantschen Argumentation, ohne inneren Widerspruch als unabhängig von unserem Bewußtsein bestehend, als an und für sich real, als die wahren „Dinge an sich“ zu denken sind — erst muß, mit anderen Worten, der Materialismus, anstatt dem Kantischen Phänomenalismus aus dem Wege zu gehen, auf der Basis dieser phänomenalistischen Betrachtungsweise selbst Kant überwunden und die materialistische Idee von der Identität des Seienden und Gedachten in neuer Form philosophirend wieder hergestellt haben! Dann mag Plechanow seinen Satz, „daß man aus der Wirkung der Dinge auf uns die Eigenschaften der Dinge (an sich) erkennen könne“, wiederholen! Nicht als

Gegenbeweis gegen Kants Philosophie, aber als etwas, was eine selbstverständliche Folgerung ist in **dem** Falle, daß ein solcher Gegenbeweis mit hinreichender philosophischer Ueberzeugungsgewalt je sollte geführt werden können.

Kant hat übrigens durch gelegentliche Zweideutigkeiten seiner Ausdrucksweise selbst einen Anlaß dazu gegeben, daß die von ihm behauptete Inkommensurabilität zwischen dem „Ding an sich“ und dem, was wir die „Dinge“ nennen, sich für eine flüchtige Auffassung bis zu gewissem Grade verwischen konnte. Schon der Ausdruck „Ding an sich“, so treffend er in gewisser Hinsicht gewählt ist, führt insofern eine gewisse Zweideutigkeit mit sich, daß er das als unräumlich, unzeitlich und immateriell zu denkende Jenseits der Erscheinungswelt, das Unbekannte, nicht selbst Erscheinende ausdrücken soll, daß er aber zu diesem Zwecke bildlich und im Sinne einer Analogie die Kategorie des „Dinges“ (eine Kategorie, die eben zur Bezeichnung von etwas **Räumlichen** und **Materiellen** vom menschlichen Bewußtsein ausgebildet ist) verwendet. Viel verwirrender aber ist es, daß Kant, wie die Gegenkritik sehr bald nach Erscheinen der „Kritik der reinen Vernunft“ hervorhob, die Kategorie des „Wirkens“, der „Kausalität“, die, wie er selbst hervorhebt, gleich allen anderen Kategorien nur **innerhalb** der erscheinenden Welt eine klare Bedeutung für uns hat, **gelegentlich** (so auch in der von Plechanow zitirten Stelle der „Prolegomena“), ohne besonders hervorgehobene Einschränkung benutzt, um das Verhältniß, das er zwischen jenem Jenseits der Erscheinungswelt und dieser Erscheinungswelt selbst als bestehend annimmt, zu charakterisiren. Da in der erscheinenden Welt unsere Vorstellungen als durch die im Raume außer uns befindlichen Dinge bewirkt angesehen werden müssen, scheint der Kantische Satz, daß das die Vorstellungen eigentlich „Bewirkende“ nichts als das „Ding an sich“ sein könne, die „Inkommensurabilität“ von „Ding“ und „Ding an sich“ wenn auch nicht aufzuheben, so doch unverständlich zu machen.

Plechanow provozirt mich speziell auch unter Hinweis auf diesen Widerspruch, daß Kant den Dingen an sich, sofern er sie als Ursache unserer Empfindungen betrachte, Kausalität beilege, andererseits aber die Anwendbarkeit dieser wie aller anderen Kategorien auf die „Dinge an sich“ bestreite, ich solle „ihm sagen, wie die Widersprüche der Kantischen Lehre zu lösen sind“? Da ich, wie gesagt, in den Artikeln nicht als Bekenner der Kantischen Philosophie aufgetreten bin, vielmehr, selbst skeptisch, nur die Hinfälligkeit ganz **bestimmter**, gegen Kant erhobener Einwände gelegentlich habe aufzeigen wollen, so sehe ich nicht ein, mit welchem Rechte diese Aufforderung gestellt ist? Oder gilt etwa das skeptische Verhalten dem Genossen Plechanow von vornherein als etwas Unerlaubtes, als ein Zeichen intellektueller Unreife, wohl gar der Gedankenfeigheit? Muß man auch über die schwierigsten Fragen fix und fertig sein Dogma in der Tasche haben, ehe man in der Diskussion über Näherliegendes auch nur den Mund aufthun darf? Die Fix- und Fertigkeit ist eben nicht Jedermanns Sache, und es ist vielleicht gut so. In diesem speziellen Falle bitte ich allerdings den Genossen Plechanow, aus der Weigerung, in der „Neuen Zeit“ in der Diskussion mit ihm seiner Aufforderung gleich nachzukommen, nicht den Schluß ziehen zu wollen, ich sei mir der hier vorliegenden Probleme nicht klar bewußt. In einem größeren Zusammenhang und zwar in nicht zu langer Zeit hoffe ich Gelegenheit zu haben, meine Ansichten auch über diesen Punkt methodisch, nicht blos polemisirend darzulegen.

Jedenfalls wird man zwischen äußerlichen Widersprüchen, die blos durch eine Lässigkeit des Ausdrucks hervorgerufen und darum leicht korrigirbar sind,

und wirklichen Widersprüchen zu unterscheiden haben. Was Plechanow z. B. über die bekannte Inkonsequenz Kants sagt, daß er die Anwendbarkeit der Kategorien auf das „Ding an sich“ bestreite, dennoch aber von „Wirkungen“ desselben rede, scheint mir, so ohne weitere Analyse hingestellt, auf einen bloßen Wortwiderspruch im Kantischen System hinauszulaufen. Ist einmal der Gedanke erfaßt worden, daß die allgemeinen Formen der Erscheinungswelt sich auf Formen menschlicher Anschauung reduziren und daß in Folge dessen zu dem Begriff einer jenseits dieser Formen liegenden unräumlichen, unzeitlichen, immateriellen Realität als dem verborgenen und unerkennbaren Wesen dieser Erscheinungswelt fortgeschritten werden muß, so ist klar, daß die Begriffe der „Dinglichkeit“ und „Kausalität“, die nur innerhalb der räumlich-zeitlich-materiellen Welt einen klaren Sinn haben, außerhalb dieser durch Raum, Zeit und Materie gegebenen Bedingungen, also mit Bezug auf das Jenseits der Erscheinungswelt rein „problematisch“ und ohne allen wissenschaftlichen Erkenntnißwerth sind. Andererseits muß aber dieses jenseitige Reale, weil der Begriff desselben aus der Analyse der Erscheinungswelt gewonnen und als das nothwendige Korrelat derselben bestimmt ist, im Verhältniß zu dieser Erscheinungswelt stehend, in Beziehung zu ihr gedacht werden; was für unseren Verstand natürlich nicht möglich ist, ohne daß er dieses Verhältniß irgendwie nach Analogie der ihm in der Erscheinungswelt geläufigen Kategorien denkt. Wenn Kant also gelegentlich von unseren Empfindungen als „Wirkungen“ der „Dinge an sich“ redet, so ist vom Standpunkt seiner eigenen Philosophie immer dieser selbstverständliche Vorbehalt zu machen, daß eine solche Aussage von ihm unmöglich als adäquate Erkenntniß, sondern nur als bildlich-analogische Ausdrucksweise für eine im Grunde jenseits aller Erkenntniß liegende Beziehung gemeint sein kann. Und hiermit löst sich z. B. der von Plechanow hervorgehobene Widerspruch — wenigstens so abstrakt, wie er hier hingestellt ist — in bloßen Wortwiderspruch auf.

Soviel über Plechanows und über meine Auffassung Kants. Wer von uns beiden die Kantische Kritik am „schlechtesten verstanden“, bleibe nach diesen Ausführungen dahingestellt. Jedenfalls glaube ich der Zustimmung des Lesers, der die trockenen Wüsteneien dieser unserer beiderseitigen Artikel getreulich durchwandert hat, sicher zu sein, wenn ich dem Austrag dieser Frage, die mich persönlich natürlich interessirt und über deren Beantwortung ich persönlich mir klar bin, nur ein außerordentlich geringes Allgemeininteresse zusprechen kann. Die Fragen, die für die Interpretation der Kantischen Philosophie entscheidend sind, erscheinen dem gewöhnlichen Bewußtsein, ganz ebenso wie etwa die Begriffsunterscheidungen, auf denen die Marxsche Deduktion der Werthform und Geldtheorie sich aufbaut, als leere Subtilitäten, und können ihm nicht anders erscheinen. Um so unverständlicher ist mir, und sicher auch dem unparteiischen Leser, der merkwürdig aufgeregte, ans schulmeisterliche anklingende Ton der Plechanowschen Polemik gewesen. Wozu der Lärm? Soweit der „Materialismus“ nicht den Anspruch erhebt, Metaphysik zu sein, soweit er nur der zusammenfassende Ausdruck dafür sein will, daß es innerhalb der Natur und des aus der Natur herausgewachsenen Menschengeschlechts „natürlich“ hergehe, soweit und nur soweit steht der „Materialismus“ in einem inneren Zusammenhang mit der „materialistischen“ Geschichtsauffassung und der ganzen Weltanschauung unserer Partei. Aber ist denn dieser „Materialismus“ oder „Naturalismus“, an dem wir als Partei ein praktisches und sehr berechtigtes Interesse nehmen, irgendwie in Frage gestellt, wenn man die Ansicht, daß der Materialismus als Metaphysik den Kantischen Kritizismus „längst widerlegt habe“, anzweifelt, wie ich es gethan? Nicht im

Geringsten! Jene praktische Art des Materialismus, auf die es uns ankommt, und die in der That nichts als eine unbefangene, von allen religiösen Reminiszenzen befreite Auffassung der erscheinenden Natur und Menschenwelt bedeutet, bleibt durch die hier aufgeworfene Streitfrage, wie ich in den Artikeln selbst nachdrücklichst hervorhob, ganz unberührt. Ein Grund zur Aufregung ist also gar nicht abzusehen.

Zum Schlusse läßt sich mein gestrenger Kritiker zu einer psychologischen Analyse meiner Wenigkeit, die zugleich Analyse anderer, etwa gleichdenkender Genossen sein soll, herab. Es ist dies das heiterste Stück der ganzen Entgegnung, unübertrefflich charakteristisch für Geist und Ton Plechanowscher Polemik. „Welcher böse Geist", ruft Philosoph Plechanow aus, „hat Conrad Schmidt angetrieben, sich über Dinge zu verbreiten, die offenbar für ihn, wenn auch nicht unerkennbar, so doch unbekannt geblieben sind?" Die rhetorische Frage ist sehr schön, doppelt schön, wenn man Plechanows Wissen um jene „Dinge", das wir des Näheren beleuchtet haben, sich vor Augen hält. Aber schöner noch als die rhetorische Frage ist die Antwort Plechanows. Um meine „Irrungen und Wirrungen" zu erklären, dekretirt er, „muß man heranziehen, was Tarde als die ‚Gesetze der Nachahmung' bezeichnet hat". Und wer ist es, dem ich „nachgeahmt" habe? Die — — Bourgeoisie! „Die Bourgeoisie hofft in Kants Philosophie das ‚Opium' zu finden, durch das sie das Proletariat einschläfern möchte, das immer ‚begehrlicher' und unlenksamer wird." Man braucht nicht gerade viel vom Verstand der Bourgeoisie zu halten, aber so gottverlassen dumm, um derart verdrehten „Hoffnungen" sich hinzugeben, ist sie denn wahrlich doch noch nicht. Was für ein grenzenloser Schematismus, welch gänzlich unkritische, von aller original-lebendigen Wirklichkeitsanschauung entblößte Konstruktionsmanier spricht aus solchen Aeußerungen, die mit dem Geiste „materialistischer Geschichtsauffassung" wirklich nur durch „Gesetze der Nachahmung", und zwar höchst oberflächlicher Nachahmung zusammenhängen! Doch gehen wir einen Augenblick auf die Fiktion der in Fonds und in Kantischer Philosophie spekulirenden Bourgeoisie ein! Würde dann wenigstens die Psychologie, mit der Plechanow mich und meinesgleichen erklärt, einigen Anstrich von Wahrscheinlichkeit gewinnen? Plechanow scheint in seinem Eifer ganz vergessen zu haben, daß ich gar nicht als Gläubiger, sondern als Skeptiker der Kantischen Philosophie (wenn auch als Skeptiker, der sich der Größe dieser Philosophie bewußt zu werden und die traditionell materialistische Unterschätzung derselben abzuweisen sucht) aufgetreten bin; er scheint vergessen zu haben, daß ich die ganze Kantische Moral-, Rechts- und Religionsmetaphysik, also gerade die Seite der Kantischen Philosophie, von der es eventuell noch denkbar wäre, daß sie für die „Bourgeoisie" ein praktisches Interesse haben könnte, mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Merkwürdig, daß ich und ebenso die Anderen, gegen die Plechanow sich indirekt wendet, wenn wir schon nach den „Gesetzen der Nachahmung" die Kantische Philosophie als Philosophie der Bourgeoisie übernommen haben sollen, gerade nur für den Theil dieser Philosophie, dem ein praktisch-bürgerliches Interesse schlechterdings nicht zukommen kann, nämlich für die Kantische Erkenntnißtheorie Interesse zeigen! Derlei Kleinigkeiten fechten den Kritiker natürlich nicht an. Die willkürlichsten Ideenverbindungen, wenn sie nur von Weitem nach etwas aussehen, zieht er herbei, um den Kredit von Genossen, die in Sachen der Philosophie nicht Plechanowscher Ansicht zu sein sich erlauben, in der Partei zu untergraben. So persönliche Ausfälle, wie Plechanow sie in diesen und vor Allem auch in den früheren, gegen Bernstein gerichteten Artikeln einzustreuen beliebte, pflegen aber in der Regel ihr Ziel zu

verfehlen und sich gegen den Urheber selbst zu kehren. Man wundert sich, zuckt die Achseln und wird schließlich mißtrauisch auch gegen die sachlich formulirten Argumente.

* * *

Einige Zeit nach Einsendung dieser Entgegnung erschien ein Artikel: „Aesthetische Streifzüge" in der „Neuen Zeit", worin Mehring in einer Anmerkung seine völlige Uebereinstimmung mit Plechanow, leider ebenfalls nicht ohne persönliche Spitze, ausspricht. Er sagt:

„So richtig es ist, daß eine Fortentwicklung des historischen Materialismus eine kritische Stellung zu Marx und Engels bedingt, so verfolgt Conrad Schmidt das lobenswerthe Ziel doch auf einem ganz falschen Wege, wenn er, ‚angeregt' durch Kronenbergs flache Kompilation, in den Sumpf der bürgerlichen Konfusion ‚zurückgeht', worin kein Schwimmer zu neuen Ufern gelangen kann."

Nur ein paar Worte zur Erwiderung!

Was das Gerede von „dem Sumpf der bürgerlichen Konfusion" anlangt, in den ich „zurückgegangen" sein soll, so brauche ich hierüber nach dem, was ich gegen Plechanow gesagt habe, kein Wort mehr zu verlieren.

Völlig unverständlich ist ferner Mehrings Hinweis auf das „lobenswerthe Ziel", das ich leider nur „auf einem ganz falschen Wege verfolgt" hätte. Als dies „Ziel" kann der unbefangene Leser nur die „Fortentwicklung des historischen Materialismus" verstehen, die ihrerseits durch „eine kritische Stellung zu Marx und Engels" bedingt ist. Was in aller Welt hat aber die Kantische Erkenntnißtheorie und damit die Lehre von der Unerkennbarkeit des „an sich Seienden" mit der Marxschen, die Bedeutung des ökonomischen Faktors konsequent hervorhebenden Geschichtsauffassung, dem sogenannten „historischen Materialismus", zu thun? Wie soll also Jemand, der Erwägungen über die Bedeutung der Kantischen Philosophie anstellt, auf die wunderliche Idee verfallen, dies sei der „Weg", auf dem sich jenes „Ziel" der Fortentwicklung des historischen Materialismus „verfolgen" lasse? Nichts hat mir ferner gelegen als dieser Gedanke.

Eine arge Zweideutigkeit endlich erblicke ich in der Wendung, ich sei, „angeregt" durch Kronenbergs flache Kompilation, in den Sumpf u. s. w. „zurückgegangen": Ganz davon abgesehen, daß die Anführungsstriche den falschen Anschein erwecken, Mehring zitire Worte von mir, zielt die Wendung ihrem ganzen Zusammenhang nach darauf hin, mich als Menschen hinzustellen, der, weil durch den ersten besten Kompilator zum „Zurückgehen" „angeregt", kein Recht zum Mitreden hat, als Menschen, dessen Ansichten in der Streitsache sich auf gelegentliche Einfälle reduziren. Der einfache Sachverhalt, daß ich in der „Literarischen Rundschau" des „Vorwärts" selbstverständlich von irgend einer literarischen Tageserscheinung ausgehen mußte (ganz zufällig war es Kronenbergs Schrift), um meine eigenen Ansichten auszusprechen, wird hier so ausgedrückt, daß sich im Geiste des Lesers der kompromittirende Nebensinn damit verbinden muß, ich hätte mich durch ein populär-pädagogisches Schriftchen, durch eine „flache Kompilation", wie Mehring recht mit Nachdruck hinzusetzt, kritiklos inspiriren lassen. Dabei habe ich Kronenbergs Schrift prinzipiell in demselben Sinne besprochen, ja zum Theile ganz dieselben Einwürfe gegen sie erhoben, wie Mehring selbst. Soll „angeregt durch ..." aber nur soviel heißen, wie „anknüpfend an ...", warum hebt Mehring dann so auffällig hervor, daß das, wodurch ich „angeregt" worden, eine „flache Kompilation" ist?

Sollte es denn ganz unmöglich sein, die Diskussion allgemeiner, grundlegender Fragen ohne Bemerkungen zu führen, die den Gegner persönlich herabsetzen?

Friedrich Engels und das Milizsystem.

Von K. Kautsky.

Bisher war allgemein die Ansicht verbreitet, eine der Hauptaufgaben der Sozialdemokratie in den großen Militärstaaten Europas sei der Kampf gegen den Militarismus, gegen das Werkzeug der Regierungen, das jeder wahren Demokratie im Wege steht, gegen die erdrückende Last, die jeden Kulturfortschritt hindert. Dieser Kampf bilde eine der mächtigsten Wurzeln ihrer Kraft. Das ist jedoch nur die vulgäre Ansicht; erlesene Geister denken anders darüber. In dem jüngsten der „Sozialistischen Monatshefte" werden wir darüber belehrt:

„In ihrer allgemeinen Auffassung des ‚Militarismus' — ich spreche nicht von der parlamentarischen und agitatorischen Bekämpfung konkreter militärischer Forderungen — hat die Sozialdemokratie noch immer sehr viel Aehnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdeckt haben, daß an Stelle des wilden, verrohenden Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Breinahrung den Menschen nicht blos körperlich erhalten, sondern auch in jeder Hinsicht veredeln müsse. . . . Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgergardistenideals vom militärischen Fachmann spricht, kann gewöhnlich kaum überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Ueberlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Scheusal von ärztlichem Fachmann in die Wolfsschlucht hinabschleudert." [1]

Mit anderen Worten, Vegetarier, Antiimpfler, Kneippianer 2c. sind Narren, aber mit ihrer Narrheit kann sich messen die der Sozialdemokraten, die den Militarismus bekämpfen, ohne dessen Fachleute um Erlaubniß zu fragen.

Aber in dem großen sozialdemokratischen Narrenthurm sind zum Glücke doch einige Vernünftige zu finden, auch abgesehen von dem Verfasser des Artikels, der uns leider nicht das Vergnügen seiner persönlichen Bekanntschaft gewährt, sondern sich diskret, wenn auch nicht in eine Löwenhaut, so doch in ein Wolfsfell einhüllt. Isegrim hebt mit Befriedigung hervor, „daß durchaus nicht alle geistig führenden Vertreter der Sozialdemokratie sich für die Miliz besonders erwärmt haben". Indeß nennt er von diesen durchaus nicht vereinzelten Anhängern des Militarismus in unseren Reihen nur einen, aber dieser Eine ist allerdings „*Friedrich Engels*. ‚Genosse', nicht ‚Herr' Friedrich Engels . . . hat *für die Gegenwart* nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das *heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung* im wirklichen Volksheer enden sah" — wie eine Reihe von Zitaten, die Isegrim anführt, beweisen sollen. „Man sieht", schließt er, „daß sich Engels die ‚Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit', die unser Programm fordert, ganz anders dachte, wie die milizgläubischen Wasserheiligen und Mehlpappapostel. Doch auch für die Partei wird es schließlich heißen:

Fort mit dem Brei —
Ich brauch' ihn nicht!
Aus Pappe schmied' ich kein Schwert!"

Diese Berufung auf Engels ist es, die mir die Feder in die Hand drückt. Der furchtbare Isegrim mag noch so sehr den Rachen aufreißen, um das militär-

[1] „Sozialistische Monatshefte", Heft 11, „Skizzen aus der sozialpolitischen Literatur und Bewegung" von Isegrim, S. 496.

feindliche Rothkäppchen Sozialdemokratie zu verschlingen, kein Hahn würde nach ihm krähen. Aber etwas Anderes ist es, wenn er Engels für seine Sache aufmarschiren läßt, zum Gaudium der Kreuzzeitungsritter und ihrer Kumpane.

Da verlohnt es sich wohl, nachzusehen, was Engels wirklich gesagt hat.

Ich will in umgekehrter chronologischer Reihenfolge wie Isegrim vorgehen. Am 25. März 1895 schrieb mir Engels:

„Ueber Miliz und stehendes Heer ließe sich ein Langes und Breites schreiben. Wenn Frankreich und Deutschland übereinkämen, ihre Armeen allmälig in Milizheere mit gleich langer Uebungszeit zu verwandeln, so wäre die Sache fertig. Rußland kann man machen lassen, was es will, und Oesterreich und Italien folgen mit Wollust. Aber wegen der inneren Verhältnisse können Frankreich und Deutschland sich das nicht leisten, und wenn sie es könnten, so geht's wegen Elsaß-Lothringen nicht. Und daran scheitert die ganze Milizgeschichte" („Neue Zeit", XIII, 2, S. 645).

Daraus schließt Isegrim: „Das ist wohl die bündigste Ablehnung, die man sich denken kann, und sie ist nicht einmal der Form nach eine höfliche Verneigung, wie man doch sie guten alten kleinbürgerlich-demokratischen Idealen sonst gern erweist."

Wie viel Phantasie doch in solch einer Wolfshaut stecken kann! Engels erklärt, daß die ganze Milizgeschichte scheitern muß, so lange die heutigen politischen Verhältnisse, die jetzigen Regierungssysteme Frankreichs und Deutschlands, fortbestehen. Isegrim sieht darin „die bündigste Ablehnung des guten alten kleinbürgerlich-demokratischen Ideals, die man sich denken kann".

Aber wozu sich über diese Stelle den Kopf zerbrechen? Engels hat zwei Jahre vor dem erwähnten Briefe, als die Frage der zweijährigen Dienstzeit aktuell wurde, eine Artikelserie für den „Vorwärts" geschrieben: „Kann Europa abrüsten?" wo er ausführlicher über das Milizsystem handelt. Auch auf diese Artikel, „die leider in Parteikreisen ohne Eindruck verblieben", beruft sich Isegrim. Wir können es uns ersparen, die langen Zitate, die er daraus giebt, zu wiederholen. Wir wollen nur hören, wie Isegrim selbst den Inhalt resumirt: „Hier sind es also wieder die alten zwei Jahre (Dienstzeit, die Engels schon früher einmal verlangt haben soll), die als das zunächst Erreichbare ins Auge gefaßt werden. Weitere Herabsetzungen sind vorbehalten, sobald ‚man' sich von der ‚Möglichkeit' überzeugt haben wird. Das ‚Milizsystem' wird hier zwar als ‚Endziel' flüchtig daneben genannt. Doch wird man zugestehen müssen, daß bei dieser Art Politik das Endziel in recht weite Ferne gerückt ist. ‚Herr' Engels! . . ."

Daß Isegrim zu jener Spezies gehört, der der Begriff des Endziels gleichbedeutend ist mit dem des Unerreichbaren, soll hier nicht bezweifelt werden. Aber Engels dachte anders. Wie gut ihn Isegrim verstanden, zeigt das Resumé seiner Artikel, das er im Vorwort zu ihrem Separatabdruck als Broschüre gab. Er sagt da:

„Die hier wieder abgedruckten Artikel wurden veröffentlicht im Berliner ‚Vorwärts', März 1893, während der Reichstagsdebatte über die Militärvorlage.

„Ich gehe darin von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grade, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruiniren oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhender Miliz.

„Ich versuche den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage.... Ich suche nur festzustellen, daß vom rein militärischen Standpunkt der allmäligen Abschaffung der stehenden Heere absolut nichts im Wege steht.... Die allmälige Herabsetzung der Dienstzeit durch internationalen Vertrag, die den Kernpunkt meiner Darstellung bildet, halte ich dagegen überhaupt für den einfachsten und kürzesten Weg, um den allgemeinen Uebergang vom stehenden Heere zu der als Miliz organisirten Volksbewaffnung zu vermitteln.... Und günstiger als jetzt können die Dinge unmöglich liegen; kann man also heute schon eine höchstens zweijährige Dienstzeit zum Ausgangspunkt nehmen, so wird in einigen Jahren vielleicht schon ein bedeutend geringerer Zeitraum zu wählen sein.

„Indem ich die gymnastische und militärische Ausbildung der gesammten männlichen Jugend zu einer wesentlichen Bedingung des Uebergangs zum neuen System mache, schließe ich die Verwechslung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend welcher jetzt bestehenden Miliz, z. B. der schweizerischen, ausdrücklich aus" („Kann Europa abrüsten?" S. 4 und 5).

„Das ist wohl die bündigste Ablehnung des guten alten kleinbürgerlich-demokratischen Ideals, die man sich denken kann", nicht wahr, Freund Isegrim? Und „das Milizsystem wird nur als ‚Endziel' flüchtig daneben genannt". Sicher, sehr flüchtig, aber nicht von Engels, sondern von dem zitirenden Isegrim.

Dieser hat jedoch noch anderes Material gesammelt. Er beruft sich auf die Engelsschen Artikel in der „Pall Mall Gazette" über den Krieg von 1870. Wir haben diese Artikel nicht zur Hand und wissen daher nicht, in welchem Zusammenhang die daraus zitirten Sätze stehen. Es genüge zu konstatiren, daß keiner derselben vom Milizsystem handelt, gegen dasselbe sich ausspricht. Engels verlangt die allgemeine Wehrpflicht, die damals in Frankreich noch nicht galt, und erklärt, zwei Jahre genügten, um einen völlig unvorbereiteten Rekruten zu einem guten Soldaten zu machen. Für die Mehrzahl der Rekruten reichten achtzehn Monate aus. Isegrim hätte wohl allen Grund, das eher seinen „Fachmännern" als den „milizgläubischen Wasserheiligen" unter die Nase zu reiben.

Viel mehr Gewicht als auf diese Artikel legt Isegrim auf die Broschüre, die Engels 1865 über „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" veröffentlichte. Merkwürdig, auf der einen Seite erklärt man die wichtigsten Grundsätze, die Marx und Engels ausgesprochen, für „überwunden", auf der anderen sammelt man einzelne Bemerkungen über aktuelle Fragen aus ihren alten Gelegenheitsschriften, um sie für die Gegenwart auszunutzen.

1865 herrschte der moderne Militarismus noch nicht. In keinem Großstaat außer Preußen bestand die allgemeine Wehrpflicht. Noch waren die Armeen nicht so riesenhaft angeschwollen, die Kriegstechnik so hoch entwickelt und so rasch wechselnd, daß die Heereskosten erdrückende wurden. Noch waren die großen Kriege nicht geschlagen, 1866, 1870, 1877, die das Kriegswesen völlig revolutionirten. Wenn also Engels 1865 sich wirklich anders ausgedrückt hätte als 1893, was würde das beweisen? Damals konnte Engels noch schreiben: „Der Barrikadenkampf in großen Städten, namentlich die Haltung der Infanterie und Artillerie dabei, entscheidet heutzutage das Schicksal aller Staatsstreiche" (S. 19). Wird Isegrim auch diesen Satz den „milizgläubischen Wasserheiligen" entgegenhalten?

Damit wollen wir jedoch die Bedeutung der in Rede stehenden Broschüre durchaus nicht verringern. Sie ist nicht blos ein historisches Dokument, sondern bietet auch heute noch sehr viel Tiefes und Beherzigenswerthes. So spricht

Engels darin unter Anderem von der Kompensationspolitik. Das sei die richtige Politik, meint er, für die deutsche Bourgeoisie, die nicht die Kourage habe, mit dem Proletariat gegen König und Adel Front zu machen, die aber Geld genug habe, „dem Königthum die politische Macht stückweise abzukaufen" (S. 24). Das Proletariat dagegen könnte dem Königthum und dem Adel nur nützlich werden durch Schwächung der politischen Macht der Bourgeoisie zu Gunsten der Regierung, das hieße aber in Deutschland Stärkung der Reaktion, also in letzter Linie Schwächung seiner eigenen politischen Position. Es dürfe daher der Reaktion keine Konzessionen machen, müsse zwar jede Konzession von Seiten der Reaktion nehmen, aber „ohne irgend einen Gegendienst" (S. 45). „Die bestehende Regierung in Preußen ist nicht so einfältig, daß sie sich selbst den Hals abschneiden sollte. Und wenn es dahin käme, daß die Reaktion dem deutschen Proletariat einige politische Scheinkonzessionen hinwerfen sollte, um es damit zu ködern — dann wird hoffentlich das deutsche Proletariat antworten mit den stolzen Worten des alten Hildebrandsliedes: Mit dem Speere soll man Gabe empfangen, Spitze gegen Spitze" (S. 54) — also nicht mit der Bewilligung von Kanonen.

Seitdem hat sich manches geändert, aber das Entgegenkommen der Reaktion gegen das Proletariat ist seitdem nicht größer geworden.

Doch kehren wir zu der Militärfrage zurück. Hören wir zunächst, was Isegrim uns als Inhalt der Broschüre mittheilt: „Engels, der Revolutionär, den selbst Genosse Parvus und Genossin Zetkin durchschlüpfen lassen werden, verlangt 1865 — nicht die Miliz, sondern die zweijährige Dienstzeit. Er gesteht hierbei sogar rückhaltlos zu, daß ein längerer Dienst manche Vortheile gewähre. Aber nach Abwägung alles Für und Wider kommt er zu dem Ergebniß: ‚Zwei Jahre Dienstzeit reichen bei unseren Soldaten vollständig hin, sie für den Infanteriedienst auszubilden.'" Die Kavallerie brauche noch längere Dienstzeit. „‚Der versumpfte Opportunist' Engels geht sogar noch weiter. Er erklärt die Vorstellungen von einem ‚Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit' für ‚Phantasien', auf die er ‚keinerlei Rücksicht zu nehmen' brauche."

So Isegrim. Was hat aber Engels gesagt?

1865 war die aktuelle Frage nicht die: Miliz oder stehendes Heer, sondern die zweijährige oder dreijährige Dienstzeit und allgemeine Wehrpflicht oder Konskription, und da trat Engels für die allgemeine Wehrpflicht ein und erklärte, die zweijährige Dienstzeit genüge selbst vom Standpunkt des bestehenden Systems, die dreijährige sei überflüssig. Es fiel ihm aber nirgends ein, die zweijährige Dienstzeit als Minimum der Dienstzeit zu verlangen Leuten gegenüber, die eine weitere Abkürzung forderten. Jenes heiße Verlangen, dem herrschenden Regime neue Machtmittel zu bewilligen, das unser nationalgesinnter Wehrwolf empfindet, war ihm fremd: „Die Frage, wie viel Soldaten der preußische Staat braucht, um als Großmacht fortzuvegetiren, ist dem deutschen Proletariat gleichgiltig.... Die mehr und mehr konsequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist der einzige Punkt, der die Arbeiterklasse Deutschlands an der preußischen Armee-Reorganisation interessirt" (S. 38/39).

Von einem Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit also keine Spur. Er zog sie der dreijährigen vor, meinte aber selbst vom Standpunkt des bestehenden Systems: „Man könnte ... einen Theil der Leute schon nach einem bis eineinhalb Jahren entlassen. Eine solche frühere Entlassung als Prämie für Diensteifer würde der ganzen Armee mehr nützen als sechs Monate längere Dienstzeit" (S. 15).

Wie steht's aber mit den „Phantasien" von einem Milizheer? Sind sie
benso nur Phantasien unseres erfindungsreichen Isegrim, wie das Verlangen
ach zweijähriger Dienstzeit, oder sind sie in der Engelsschen Broschüre wirklich
u finden? Sie stehen darin. Aber deswegen brauchen wir noch nicht zu
erzweifeln.

Im Anschluß an seine Ausführungen über die Phantasien von der Miliz,
ie wir oben abgedruckt, zitirt Isegrim folgenden Passus aus der Engelsschen
3roschüre:

„So lange man die französische Armee auf der einen, die russische auf der anderen Seite hat und die Möglichkeit eines kombinirten Angriffs Beider zu gleicher Zeit, braucht man Truppen, die die ersten Elemente der Kriegsschule nicht erst vor dem Feinde zu lernen haben. . . . Wir sind sogar der Meinung, daß ein Staat wie Preußen *den größten Bock begehen würde — sei an der Regierung, welche Partei da wolle —*, wenn er die normale Dienstzeit *augenblicklich noch mehr verkürzte.*"

Wir werden uns erlauben, den Passus vollständig zu zitiren:

„Bei der obigen Kritik des Reorganisationsplans haben wir uns, wie gesagt, lediglich an die thatsächlich vorhandenen politischen und militärischen Verhältnisse gehalten. Zu diesen gehört die *Voraussetzung*, daß unter den jetzigen Zuständen die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie und die Fußartillerie die *höchste zu erreichende Verkürzung der Dienstzeit* war. Wir sind sogar der Meinung, daß ein Staat wie Preußen den größten Bock begehen würde — sei an der Regierung, welche Partei da wolle —, wenn er die normale Dienstzeit *augenblicklich* noch mehr verkürzte. So lange man die französische Armee auf der einen, die russische auf der anderen Seite hat und die Möglichkeit eines kombinirten Angriffs Beider zu gleicher Zeit, braucht man Truppen, die die ersten Elemente der Kriegsschule nicht erst vor dem Feinde zu lernen haben. Wir nehmen daher keinerlei Rücksicht auf die Phantasien von einem Milizheer mit *sozusagen gar keiner Dienstzeit*; wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land mit *achtzehn Millionen Einwohnern*[1] und *sehr exponirten Grenzen* unmöglich und selbst für andere Verhältnisse *nicht in dieser Weise möglich*" (S. 21).

Weiter geht Engels auf das Milizsystem nicht ein, weil dieses eben nicht
praktisch in Frage stand. Aber der Schlußsatz ist deutlich und charakteristisch.
Leider hat Isegrim vergessen, ihn zu zitiren; sehr begreiflicher Weise, denn dieser
Satz wirft das Gebäude um, das er aus den zerstreuten Zitaten so mühsam
zusammengeleimt. Der Schlußsatz sagt offenbar, daß Engels sich nicht gegen die
„Phantasien" von einem Milizheer *überhaupt* wendet, sondern nur gegen die
Phantasien einer Miliz *ohne ausgebildete Soldaten*, daß Engels meint,
die Milizgeschichte müsse in *anderer Weise* angepackt werden. Indem Isegrim
diesen Satz unterschlägt, gelingt es ihm, Engels, den *Vertheidiger* des Milizsystems,
als dessen *Gegner* erscheinen zu lassen — ein Vorgehen, das weniger
an Isegrim als an Reineke Fuchs gemahnt, dessen hervorstechendste Tugend
Ehrlichkeit bekanntlich nicht war.

Hier sind wir zum Kernpunkt der ganzen Frage gelangt. Isegrim thut
so, als wäre das Milizsystem gleichbedeutend mit Beseitigung jeder Ausbildung
des Soldaten. Engels bezieht sich auf „Phantasien von einem Milizheer mit
sozusagen gar keiner Dienstzeit", Isegrim wiederholt triumphirend: „Phantasien

---

[1] S. 16 weist Engels darauf hin, daß den 18 Millionen Preußen 35 Millionen Franzosen, 34 Millionen Oesterreicher und 60 Millionen Russen gegenüberständen.

von einem Milizheer!“ und er spricht von der „neuen Auflage des alten Bürger-
gardistenideals“.

In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen einem Berufssoldaten und eine
Milizsoldaten nicht der zwischen einem ausgebildeten und einem nicht ausgebildete
Soldaten, sondern er liegt darin, wann und wo die Ausbildung stattfinde
Hier der Soldat, der für Jahre in die Kaserne eingeschlossen, vom Volke ab-
gelöst, ihm als Mitglied einer besonderen, erhabenen und gegensätzlichen Kas
gegenübergestellt wird, als willenlose Maschine, der man zumuthen darf, au
Vater und Mutter zu schießen; dort der Soldat, dessen Ausbildung in eine
Weise geschieht, daß sie ihn nicht vom Volke trennt, nicht seinem Beruf ent-
fremdet, daß sie ihm nie das Bewußtsein seiner staatsbürgerlichen Pflichten un
Rechte raubt.

Der Uebergang vom stehenden Heere zum Milizheer besteht also nicht darin
daß man einfach „sozusagen gar keine Dienstzeit“ einführt; sie erfordert di
Ersetzung der langen Dienstzeit in der Kaserne durch andere Mittel der Aus-
bildung des Soldaten, vor Allem durch militärische Ausbildung der Jugend

Das betont Engels schon in seiner Broschüre über die preußische Militär-
reorganisation. Er hält es für möglich, wie wir gesehen, einen Theil der Leut
schon nach einem Jahre zu entlassen (S. 15). Dagegen betont er, daß „al
ein Aequivalent der verkürzten Dienstzeit, und als das Wesentlichste, eine besser
körperliche Erziehung der Jugend anzusehen ist.... Man setze in jeden Krei
mindestens einen ausgedienten Unteroffizier hin, der sich zum Turnlehrer quali-
fizirt, und gebe ihm die Leitung des Unterrichts im Turnen; man sorge dafür
daß mit der Zeit der Schuljugend das Marschiren in Reih und Glied, die Be-
wegungen eines Zuges und einer Kompagnie, die Vertrautheit mit den betreffende
Kommandos beigebracht werden. In sechs bis acht Jahren wird man reichlic
dafür bezahlt werden und — mehr und stärkere Rekruten haben“.

Genau den gleichen Vorschlag, ja fast mit den gleichen Worten, mach
Engels in seiner Broschüre „Kann Europa abrüsten“, und bezeichnet ihn al
Vorbedingung des Milizsystems. Dieses aber fängt für ihn an bei der ein-
jährigen Dienstpflicht: „Ich habe nachzuweisen versucht, daß die zweijährig
Dienstzeit schon jetzt für alle Waffengattungen durchführbar ist.... Ich hab
aber gleich von vornherein gesagt, daß es nicht bei den zwei Jahren bleiben soll
Es handelt sich vielmehr darum, daß der Antrag auf internationale zweijährig
Dienstzeit nur der erste Schritt sein soll zu einer allmäligen weiteren Herab-
setzung der Dienstzeit — sage zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer un
ein Winter — dann ein Jahr — dann ...? Hier fängt der Zukunftsstaa
an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden
wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist.“

Das ist derselbe Standpunkt, den Engels 1865 einnahm. Wenn dahe
Isegrim bemerkt: „Ich gebe zu, daß Engels' Aeußerungen über die Entwicklung
des Militarismus nicht immer ganz einheitlich lauten. Mitunter macht sich di
alte kleinbürgerlich-demokratische Tendenz der vierziger Jahre stark geltend“, s
beweist dieser Satz nur die Vorsicht unseres Biedermanns, der sich wohl bewußt
ist, wie viele Stellen in den Engelsschen Schriften gegen ihn sprechen und de
sich daher den Rücken decken möchte. In Wirklichkeit aber war die Auffassung
von Engels eine tiefdurchdachte und einheitliche. Den Mangel an Einheitlichkeit
schafft erst die Isegrimsche Auslegung, für den um jeden Preis das „alte klein-
bürgerlich-demokratische Ideal des Bürgergardisten der vierziger Jahre“ der Typus
des Milizsoldaten sein muß. Spricht sich also Engels für die Nothwendigkeit

militärischer Ausbildung aus, dann findet Isegrim, der Berufssoldat sei sein Ideal; spricht Engels sich unzweideutig für das Milizsystem aus, dann muß der Bürgergardist sein Ideal sein; kurz, um Engels für sich ausbeuten zu können, muß Isegrim ihn zu einem haltlosen Schwätzer stempeln, der zwischen den größten Extremen hin und her schwankt. Hätte Isegrim darin recht, dann verdiente Engels' Stimme überhaupt keine Beachtung in dieser Frage.

Der wirkliche Standpunkt von Engels, der weder der des Bürgergardisten, noch der des Berufssoldaten ist, stimmt aber vollkommen mit demjenigen, den unsere Partei vertritt, soweit er in den Reden und Schriften unserer hervorragendsten Parlamentarier zu Tage getreten ist. Von einer sofortigen Aufhebung jeglicher Dienstzeit war in unserer Partei nie die Rede, was verlangt wurde, war, entsprechend dem Engelsschen Vorschlag, nach Durchführung der zweijährigen Dienstzeit die einjährige, wie sie die Einjährig-Freiwilligen schon haben, die in einem Jahre sogar zu Leutnants werden können. Auch die Schrift Bebels: „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr", spricht nirgends von einer Aufhebung, sondern von einer Verkürzung der Dienstzeit mit gleichzeitiger Einführung militärischer Jugenderziehung. Sie steht auf dem gleichen Boden wie die vor fünf Jahren erschienene Engelssche Schrift.

Wo sind also die „Bürgergardistenideale" der „milizgläubischen Wasserheiligen" in unserer Partei zu finden?

Sie sind zu finden in den Schriften und Reden der verbissensten und tückischsten unserer Gegner. Diese sind es, die die Auffassung unserer Partei vom Milizwesen fälschen, um sie leichter bekämpfen zu können. Isegrim, der „jahrelang alle militärpolitischen Ausführungen aus Parteikreisen aufmerksam verfolgt hat", er übernimmt leichten Herzens diese Fälschung und ergänzt sie durch die Fälschung unseres Friedrich Engels.

Und welches ist der edle Zweck, der diese sauberen Mittel heiligen soll?

Ist die Frage, ob Milizheer oder Berufsheer, wirklich nur eine solche, die uns nicht mehr angeht als der Vegetarismus und die Kneippkur, und die wir den Fachleuten überlassen sollen? Aber warum dann die Verbissenheit und der Fanatismus unserer Gegner in dieser Frage?

Sie wissen sehr wohl, worum es sich handelt. Bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik steht die Masse des Volkes einem gegen sie aufmarschirenden Heere wehrlos gegenüber. Mehr als je ist heute der Herr des Heeres der Herr des Staates. Selbst die demokratischen Formen schützen dagegen nicht, wie die Rolle des französischen Generalstabs beweist, der die bürgerliche Freiheit mit Füßen tritt, wo es ihm paßt. Und doch hat er kein politisches Haupt. Ganz anders noch ist die politische Bedeutung der Armee in einer Militärmonarchie. Berufsarmee und Demokratie sind heute zwei Begriffe, die sich ausschließen; die Demokratie ist nur sicher unter dem Milizsystem. Die Frage des Milizsystems ist eine Frage der Demokratie, nicht blos der „kleinbürgerlichen Demokratie der vierziger Jahre", sondern weit mehr noch der proletarischen Demokratie von heute, denn das Proletariat besitzt nicht, wie die Bourgeoisie, die Mittel, der Militärmonarchie politische Rechte abzukaufen.

Die Frage des Milizsystems ist aber auch eine Frage der Kultur, denn die Kaserne verroht den Soldaten, vermindert seine Tüchtigkeit im bürgerlichen Beruf; das stehende Heer ist eine ständige Kriegsgefahr, ein ständiger Anreiz zur Vermehrung der Rüstungen, unter denen die Völker Europas erliegen.

Und das alles sollen Fragen sein, die nur die Berufsoffiziere angehen, und wer sich dabei auf Seite der Miliz, der Demokratie, der Kultur stellt,

der ist für Isegrim eine komische Figur, eine Art Johannes Guttzeit oder Diefenbach!

Wir sagen umgekehrt, die Frage des Milizheers ist für jeden demokratischen Politiker des europäischen Festlands eine der wichtigsten aktuellen Fragen geworden. Wer heute dem Berufssoldatenthum Hilfe gewährt, und sei es auch nur moralische, durch Zustimmung, der ist ein Feind der Demokratie, ein Feind des Proletariats.

Der ländliche Arbeitermangel.

Von **Urbanus.**

Die großen Güter in Ostelbien sind es schon längst nicht mehr allein, die über Arbeitermangel, Mangel an Taglöhnern, Knechten und Mägden klagen und den Zug nach der Stadt, nach der Industrie, der dort als Zug nach Westen bezeichnet wird, mit allen erdenklichen Mitteln aufhalten möchten, es sind ihnen längst auch die Landwirthe im Norden, in Mitteldeutschland, im Süden und Westen gefolgt. Haben doch auch die Bauern in der Schweiz, wie Rusticus kürzlich in der „Neuen Zeit", Nr. 4 und 7 dieses Jahrgangs, nachwies, selbst das Armenwesen dienstbar gemacht und weiter dienstbar zu machen gesucht, um sich Arbeitskräfte zu verschaffen, die nicht viel kosten und die an die Scholle, an die Arbeit bei ihnen zu fesseln sind. So haben ja auch die badischen Bauern eine Revision der Dienstbotenordnung gewünscht, durch welche wenigstens Knechte und Mägde etwas fester an Hof und Haus gebunden werden sollen, und sie haben thatsächlich etwas erreicht — was ihnen aber schwerlich nutzen wird —, indem die ländlichen Dienstbotenverträge auf ein Jahr gelten sollen, während die übrigen nur auf ein Vierteljahr geschlossen zu erachten sind.

Die Bestrafung des Kontraktbruches, die sie verlangten, hat die Regierung nicht zugestanden, da man sehr wohl wußte, daß das heißen würde, Oel ins Feuer gießen.

Es wäre ja auch sicher der von den Bauern erwartete Erfolg ins Gegentheil umgeschlagen, wenn man den schon ohnehin weit fester gebundenen Dienstboten, die auch weniger Arbeiterschutz genießen als gewerbliche Arbeiter jeder Art, den zuweilen unvermeidlichen Kontraktbruch bei Dienstbotenschindern mit Haft bestraft hätte, obgleich ja auch die Kündigungsfristen der Dienstboten viel länger sind als die bei anderen Arbeitern.

Ist es jetzt schwer, Knechte und Mägde zu bekommen und längere Zeit zu fesseln, die Bestrafung des Kontraktbruches hätte erst recht dazu führen müssen, daß Jeder der Industriearbeit vor Bauerndienst den Vorzug gegeben hätte.

Einkehr bei sich, Vergleiche zwischen Verdienst, Arbeitszeit, Behandlung und Schutz aller Art in der Industrie und in der Landwirthschaft anzustellen, fällt aber dem süddeutschen Bauer ebenso wenig ein, als dem Junker auf dem großen ostelbischen Gute. Der Polizeiknüppel in jeglicher Gestalt soll helfen, das ist bei beiden der Wunsch, der Befehl. Es ist deshalb auch eigentlich wunderlich, daß man sich von Seiten der landwirthschaftlichen Vereinigungen um die Hilfe der Zentralarbeitsnachweise umschaut und sogar speziell landwirthschaftliche Nachweisestellen errichtete.

Man hatte gehofft, daß die städtischen Nachweiseanstalten den Landwirthen helfen sollten, ihnen Arbeiter zuschicken sollten, und versprach sich namentlich auch viel von dem in München tagenden Verband der Zentralarbeitsnachweise, der auf

seine Tagesordnung die Frage gesetzt hatte: Wie ist der Landwirthschaft mit Arbeiterzuweisung zu helfen?

Verschiedene landwirthschaftliche Korporationen hatten daher auch Delegirte nach München entsandt. Aber ausgerichtet haben sie nichts, wenn man es auch vermied, Beschlüsse zu fassen, die das verrathen hätten.

Daß auch in München von Arbeitervertretern wieder drastisch geschildert wurde, warum der Arbeiter der Industrie und dem Gewerbe den Vorzug vor der Landwirthschaft geben muß, verstand sich von selbst, aber es kamen dort auch weniger bekannte Gesichtspunkte zum Ausdruck, warum der Arbeitermangel bei den Landwirthen sich auch in das Gebiet des kleineren Grundbesitzes im Süden und Westen des Reiches — was auch für die Schweiz gelten dürfte — übertragen hat und immer mehr überträgt. Im Süden und Westen, wo Industrie und Landwirthschaft selbst auf dem Lande nebeneinander wohnen und sich in gewisser Hinsicht ganz angenehm unterstützten, indem der Ueberschuß der Menschen aus der Landwirthschaft zur Industrie übertrat und anderseits die Landwirthe bei den Industriearbeitern für ihre Produkte leichte und günstige Abnahme fanden, hat sich mehr und mehr auch der Mißstand für die Landwirthe entwickelt, keine Dienstboten und Arbeiter zu finden.

Die bekannten oben erwähnten allgemeinen Gründe treffen auch hier zu, aber es sind seltsamer Weise dieselben Bauern, die über Mangel an Knechten und Mägden klagen, die ihre eigenen Söhne und Töchter anderen Berufen und anderen Ständen zuführen, als der Landwirthschaft.

Auch für ihre eigenen Kinder paßt ihnen alles das nicht, was der Landwirth von Dienstboten und Arbeitern fordert und dazu nur noch grobe Worte, schlechte Kost und knappen Lohn für dieselben bereit hat.

Ja, es geht die Abneigung für landwirthschaftliche Arbeit und zugleich die bäuerliche wirthschaftliche Schlauheit so weit, daß — wie der süddeutsche Referent in der Münchener Arbeitsnachweis-Konferenz zu berichten vermochte — der Bauer Söhne und Töchter durch die städtische Arbeitsvermittlungsanstalt in Stellen bringt und dann zur Saat- oder Erntezeit auf einige Wochen Arbeiter durch die gleiche Anstalt in der Stadt sucht.

Er weiß, daß seine Kinder es in der Stadt in Industrie und Gewerbe besser haben, als bei ihm und dabei auch mehr Lohn heimschicken, als er seinen Arbeitskräften zahlt, und so steht er sich besser und seine Kinder auch.

Aber anderer Leute Kinder, die Proletarierkinder, die Kinder der Hintersassen, der Leute ohne eigenen Grundbesitz oder nur mit ganz minimalem, die sollen daheim bleiben, beim Bauer arbeiten und weder in die Stadt, noch in Gewerbe und Industrie übergehen.

Aber noch etwas Anderes gehörte zur Ergänzung des süddeutschen Bildes; es giebt Bauern, die ihre Söhne in die Stadt geben, in Handel und Gewerbe, und sie nehmen nur zur Erntezeit etliche Arbeiter.

Sind die nicht gleich bereit, dann ist das Geschrei fertig.

Ja selbst im eigenen Dorfe arbeiten Bauernsöhne und Töchter in Fabriken und der Vater schreit wegen Arbeitermangel.

In denselben Gebieten, aus denen die Berichte stammen, haben aber nach Einführung des Unterstützungswohnsitzgesetzes die Bauern ihre Proletarier im Dorfe nach den Städten abgeschoben und zwei Jahre unterstützt, um die ärmeren Familien, die ihnen einmal lästig werden könnten, los zu sein, und noch in neuester Zeit hat wieder ein Prozeß in Pforzheim klargelegt, daß man auf einem Gute die Arbeiter und Knechte zeitig abzuschieben pflegte, bevor sie etwa Anspruch

auf Unterstützung erheben konnten. Hatte ja auch früher die fürstlich Fürstenbergsche Verwaltung solche Grundsätze bei ihren Gütern, Wäldern und industriellen Unternehmungen, sich möglichst von der Unterstützungspflicht zu entlasten, und ist erst eine Aenderung eingetreten, als man in der Presse Lärm schlug und der frühere Fürst dadurch aufmerksam gemacht wurde. Mußte dieser doch, wenn er, wie das nachher der Fall war, zum Reichstag kandidiren wollte, von solchen Anschuldigungen entlastet sein.

Aber thatsächlich bestehen noch bei ländlichen Besitzern, deren Steuerpflicht hoch ist, vielfach die Bestrebungen, Arbeiter und Dienstboten möglichst abzuschieben, ehe sie den Unterstützungswohnsitz erwerben, oder Berechtigte wegzubringen, ehe sie unterstützungsbedürftig werden.

Ihre Arbeitskraft nützt man aus, aber die Invaliden läßt man dann in den Städten und Industrieorten unterstützen.

In diesen Grundsätzen und Manipulationen sind die Junker im Osten und die Bauern im Süden einig, ebenso wie sie einig sind, ihre Arbeiter und Dienstboten politisch zu überwachen und zu terrorisiren und als Stimmvieh an die Urnen zu kommandiren.

Und dann klagt man über Arbeitermangel und ruft nach Beschränkung der Freizügigkeit, nach Kontraktbruchbestrafung und veralteten Bestimmungen von Dienstbotenordnungen, und hält die Ertheilung des Koalitionsrechts für landwirthschaftliche Arbeiter und Ermäßigung der Eisenbahn-Personentarife auf.

Die ostelbischen Junker sind als die Reaktionäre immer vorangestellt, aber die geschilderten Bauern geben denselben wenig nach, ja sie sind vielfach noch gefährlicher, weil sie Wölfe in Schafspelzen sind.

Man zählt sie zum Volke, zum bedrängten und bedrückten Volke, und sie sind selbst die ärgsten Bedrücker.

Auch ihre Zahl und ihr Einfluß ist oft nicht weniger gefährlich, als die der Junker, denn sie besitzen das Ohr der Verwaltung, die Macht im Kreise und in der Gemeinde und im — Kriegerverein. Wenn sie jetzt immer lauter wegen Arbeitermangel schreien, obgleich es doch viele Arbeitslose giebt, die sie in die Städte getrieben haben, die lieber dort Saisonarbeiter sein wollen, als beim Bauern — der doch auch nur in der Saison nach Arbeitern schreit —, so kann leicht ein Stein ins Rollen kommen, der bisher noch ziemlich ruhig lag.

Berliner Theater.

Unter dem Gesammttitel „Die Befreiten“ wurden gestern im Lessingtheater vier Einakter von Otto Erich Hartleben aufgeführt. Sie hatten einen ziemlich starken Erfolg, der durch die sorgfältige Inszenirung gefördert wurde, aber namentlich in den beiden mittleren Stücken doch auch vom Dichter verdient worden war.

Hartleben gehört zu den modernen Naturalisten, und zwar zu den Begabteren unter ihnen. In seinem Drama „Hanna Jagert“, das vor Jahren an dieser Stelle besprochen wurde, wagte er sich freilich an eine Aufgabe, die weit über seine Kräfte ging, und scheiterte daran recht kläglich: er wollte die selbstherrliche „Individualität“ des Weibes gegen die stramme Disziplin der Arbeiterinnenbewegung ausspielen, wobei er noch, durch die dramatisch verzerrte Ausbeutung eines wirklich vorgekommenen „Falles“, in künstlerisch unschöner Weise auf die grobe Skandalsucht des Bourgeoispublikums spekulirte. In den „Befreiten“ beschränkt sich Hartleben auf die Dinge, die er versteht; in vierfacher Wendung sucht er zu zeigen, wie sich das in der bürgerlichen Gesellschaft geknechtete Weib auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft

„befreit“ oder doch zu „befreien“ sucht, und in dieser weisen Beschränkung kommt das Talent des Dichters, soweit es vorhanden ist, zur wirksamsten Geltung.

Ob eine solche Problemdichtung nach den Prinzipien des modernen Naturalismus zulässig sei, läßt sich bestreiten. Ohnehin ist das sozialphilosophische Problem nur das rein äußerliche Band, das die vier, sonst völlig voneinander unabhängigen Stücke oder eigentlich nur dramatische Szenen zusammenhält, die nicht einmal nach einem einheitlichen Plane entworfen sind. Zwei davon haben schon früher das Licht der Lampen erblickt, und ein drittes ist offenbar eine Anfängerarbeit, die Hartleben aus irgend einem vergessenen Schubfach hervorgeholt hat, um den Abend zu füllen, so daß eigentlich nur das vierte Stück einen neuen und wirklichen Anlauf bedeutet. Jedoch mag hierin auch gerade wieder die Rechtfertigung des Dichters liegen; er sagt vielleicht: Ich habe eben nicht tendenziös gearbeitet, sondern dasselbe Problem hat sich meinem künstlerischen Auge zu verschiedenen Zeiten in verschiedener Weise dargestellt; die „Einheit im Zerstreuten“ war „unsres Dichters ganz Gemüth“, und weshalb soll, was im Leben eine weite Strecke auseinander stand, sich nicht in einem gemeinsamen Rahmen dem künstlerischen Genuß entrollen?

Bescheiden wir uns damit, so „befreien“ die beiden ersten und ernsten Stücke, „Der Fremde“ und „Abschied vom Regiment“, die Frau durch den feineren oder gröberen Bruch der Ehe, dagegen die beiden letzten und lustigen Stücke, „Die sittliche Forderung“ und „Die Lore“, durch den Verzicht auf die Ehe, durch die freie Liebe, so weit und so wie sie innerhalb der bürgerlichen Klasse möglich ist. Künstlerisch rangiren die Stücke aber anders, als sozialpsychologisch; das erste ernste und das letzte lustige Stück sind minderwerthig, verglichen mit den beiden mittleren. Im „Fremden“ wird wesentlich nur eine philosophische Diskussion darüber geführt, ob die Frau, die als armes Mädchen durch eine ökonomische Zwangslage an einen reichen, sie schwärmerisch liebenden Manne verkuppelt worden ist, dem wieder erschienenen und nun auch reich gewordenen Jugendgeliebten über eine zwölfjährige Philisterehe hinweg zu folgen berechtigt ist. Die drei handelnden Personen sind blasse Schemen, ganz besonders auch die Heldin, deren philosophische Beweisführung ihres persönlichen Rechtes uns darüber nicht hinweghelfen kann, daß wir sie als Persönlichkeit überhaupt nicht sehen. Dies Stück trägt die Spuren einer jugendlichen Ibsen-Nachahmung allzu stark an sich, während „Die Lore“ aus einer lustigen Grisetten- und Studentenhumoreske Hartlebens von ihm selbst dramatisirt worden ist, ohne daß er die Spuren ihres epischen Ursprungs hat vertilgen können. Es fehlt die dramatische Schneide und Spitze, und dieser Mangel kann durch die etwas grobe Würze possenhafter Zuthaten nicht ersetzt werden.

Dagegen war der „Abschied vom Regiment“, die eigentliche Novität des Abends, von dramatischem Leben erfüllt. Umgekehrt wie im „Fremden“, hat hier ein armer Offizier ein reiches Mädchen geheirathet, um sie in der Ehe zu vernachlässigen und von ihr hintergangen zu werden. Die Geschichte der Ehe müssen wir wiederum auf Treu und Glauben annehmen, aber Mann und Weib sind leibhaftige Gestalten; hier hat Hartleben in wenigen Szenen eine Fülle lebendiger Charakteristik zusammenzufassen gewußt. Um der verdächtigen Aufführung seiner Frau willen ist der Mann von seinem Regiment in ein anderes versetzt worden; er kehrt von dem Abschiedsfeste heim, das ihm seine Kameraden gegeben haben, halb trunken, voller Mißtrauens, ungeduldig bei Seite geschoben von seiner Frau, die ein letztes Stelldichein mit ihrem Galan verabredet hat; in schnell wachsendem Argwohn will er sie zu einem Geständniß zwingen und wird von ihrem Liebhaber niedergestochen, der auf den Hilferuf der Gemißhandelten herbeieilt. Freilich was der Dramatiker gewinnt, das verliert der Sozialphilosoph: diese Frau ist nicht „befreit“, sondern höchstens deklassirt und wird schon am nächsten Morgen ihren erstochenen Mann mit blutigen Thränen wieder zum Leben erwecken wollen.

In der „Sittlichen Forderung“, die wie die „Lore“ bereits anderweitig aufgeführt worden war, stellt der Dichter das Problem so, daß ein junges Mädchen, das von ihren Eltern zu einer Geldheirath mit einem älteren Manne gezwungen

werden soll, aus ihrer Heimath flieht und nach mancherlei Elend als internationale Konzertsängerin ein glänzendes, obschon vom bürgerlichen Moralstandpunkte sehr wurmstichiges Dasein führt. Es ist ein ähnliches Thema, wie Sudermann in der „Heimath" gewählt hat, nur daß Hartleben kecker und wahrer die Konsequenzen seiner Voraussetzungen zieht. Seine Rita ist ganz frei von den erhabenen und sentimentalen Gefühlen, die Sudermanns Magda prunkend vor sich einherträgt: als ihr Jugendgeliebter kommt, um sie trotz alledem als ehrsame und reiche Kaufmannsfrau heimzuholen, lacht sie ihn aus und bekehrt ihn in drolliger Weise von seiner „sittlichen Forderung" zu dem reelleren Genuß, eine Stelle in dem bunten Reigen ihrer Liebhaber einzunehmen. Das Stückchen ist voll übermüthigen Witzes, dem mit hausbackener Philistermoral nicht beizukommen ist und dem wir zuletzt damit beikommen möchten.

Im Gegentheil muß durchaus anerkannt werden, daß Hartleben wenn auch nicht durchweg mit dem gleichen künstlerischen Erfolge, so doch durchweg mit künstlerischer Wahrhaftigkeit sein Problem zu lösen sucht. Er hat fein genug beobachtet, daß in der bürgerlichen Klasse das Geld zwar die Ketten des Weibes schmiedet, aber auch nur das Geld diese Ketten lösen kann. Im „Fremden" wird die Frau „befreit", weil ihr Geliebter aus einem armen ein reicher Mann geworden ist, im „Abschied vom Regiment" wieder „befreit" sich die Frau, auf denselben Reichthum pochend, der sie in die Knechtschaft gebracht hat; die „Freiheit" der Rita und der Lore beruht auf den stets gefüllten Börsen ihrer wechselnden Liebhaber. Aus diesem Kreislaufe giebt es keinen Ausweg, aber das ist die Schuld des Dichters nicht, der die bürgerliche Welt nicht erschaffen hat und sie nicht zu verbessern, sondern nur künstlerisch wiederzuspiegeln braucht. Deshalb stehen die „Befreiten" beträchtlich über der „Hanna Jagert", wo Hartleben tendenziöses Irrlichteriren mit dichterischem Schaffen verwechselte.

Berlin, den 30. November 1898. F. M.

Literarische Rundschau.

Marcel Prévost, **Was Frauen schreiben.** Autorisirte Uebersetzung von Wolf Buttler (Leipzig, Kollektion Wigand).

Marcel Prévost ist von seinen Freunden und Gegnern in gleicher Weise mißdeutet worden. Den einen ist er ein moderner Juvenal, der die unerbittliche Geißel über die „sittliche" Institution der Ehe schwingt, den anderen ein Pornograph, der sich mit Behagen im Kothe wälzt, eine Beschäftigung, die von Verlegern gut honorirt wird. Die vorliegende Sammlung kann beide Vorurtheile beseitigen. Ein Schriftsteller von Geist, der auch sexuellen Verhältnissen nicht aus dem Wege geht, wenn er sich ein Amusement davon verspricht, hat einmal Erfolg mit kleinen Geschichtchen, aus denen sich der geneigte Leser sittliche Empörung oder heimliches Vergnügen, Ekel oder Genuß ganz nach Wunsch holen kann; Grund genug für den Autor, um dabei zu bleiben und aus einem guten Einfall eine Manier, aus einem einmal glücklich gewählten Stoffe eine unerschöpfliche Fundgrube zu machen. Man muß es Prévost lassen, er versteht die Sache ausgezeichnet; es ist immer dieselbe Sache, dasselbe ordinäre Gericht, aber es schwimmt immer in einer anderen pikanten Sauce. Wenn die Pariser Damen wirklich so reich sind an Variationen der heimlichen Sünde, wie es „ihr Dichter" zeigt, dann alle Achtung vor ihrer — Erfindungsgabe und Phantasie. Manchmal freilich wird man bei der Lektüre nachdenklich; man möchte doch auf die Gründe dieses Treibens kommen. Und Prévost bringt auch diese Gründe — beinahe. Nur ein Wort, nur eine kleine Bemerkung — die Sache ist mehr illustrirt als erklärt. Der Schriftsteller geht ruhig weiter; vielleicht weiß er nicht mehr zu sagen, vielleicht will er es nicht, um seine Leser nicht abzuschrecken, das Eine oder das Andere, wer vermöchte das zu entscheiden? Es sind auch ein paar kleine ernsthafte Stücke in der Sammlung, die mit einer gewissen Keuschheit

geschrieben sind; sie nehmen sich auch in ihrer Umgebung sonderbar genug aus. Sollen diesmal ohne Frivolität weibliche Leiden geschildert werden, oder ist das nur ein Kniff, um durch den Kontrast zu wirken? Ich weiß es nicht, und deshalb möchte ich das Buch auch nicht einem Arbeiterpublikum empfehlen, am wenigsten einem deutschen. Es ist zu wenig ehrlich; es als Zeichen der Zeit, als Spiegel der guten Gesellschaft anzupreisen, wenn man durchaus will, das hat nur für die einen Sinn, die es eben angeht; unsere Leser können wahrlich auf diesen Unterricht verzichten; und außerdem, unsere deutschen Damen mögen ebenso viel und noch mehr sündigen, aber auf keinen Fall machen sie es so — gescheidt. Wenn man ein Pariser Buch überhaupt nach Deutschland verpflanzen kann, so ist es dem Uebersetzer gelungen; die deutsche Uebertragung ist vorzüglich. D. B.

Notizen.

Wohnungsmiethe und Arbeitereinkommen. Die deutschen Gewerkvereine haben für das Jahr 1897 statistische Angaben über die Miethpreise aus mehreren hundert deutschen Orten, meist in Verbindung mit dem Jahresverdienst des Ernährers der Familie gesammelt. Es ergeben sich für folgende Orte z. B. für Maschinenbauer folgende Verhältnisse:

	Lohn	Miethe (Stube und Küche)
Schönsee i. Westpr.	500— 800 Mark	100—120 Mark
Schweidnitz	500— 900 „	90—150 „
Schwarzenberg i. S.	600 „	60— 80 „
Jauer	600— 700 „	100 „
Johanngeorgenstadt	600— 700 „	90 „
Lauenburg i. Pr.	600— 800 „	90 „
Lingen a. d. E.	600— 700 „	72— 90 „
Lippehne (Neumark)	600— 700 „	50— 80 „
Apolda	750 „	80—100 „
Bautzen	750 „	120 „
Bromberg	750 „	110 „
Neiße	750 „	100 „
Patschkau i. Schl.	750 „	84 „
Saarau i. Schl.	750 „	90 „
Berlin VII	900—1000 „	210—220 „
Aachen	900—1000 „	180—210 „
Hagen i. Westf.	900—1000 „	150—160 „
Karlsruhe	900—1000 „	108—144 „
Modlau i. Schl.	900—1000 „	60— 75 „
Berlin II	900—1200 „	210—330 „
Hüllen i. Westf.	900—1200 „	130—140 „
Rummelsburg	1000 „	200 „
Ruhrort	1000 „	135 „
Düsseldorf	1100—1200 „	204 „
Gevelsberg i. Westf.	1100—1200 „	100—120 „

Bei mehr als zwei Wohnräumen ist die Belastung des Budgets für den Arbeiter noch drückender. So gehen nach Angabe der Maschinenbauer in Karlsruhe 30 Prozent, in Liegnitz 33 Prozent und in Mannheim 36,5 Prozent, nach Angabe der Bauhandwerker in Charlottenburg 33 Prozent des Lohnes für Miethe drauf. Eine Wohnung von drei Räumen beansprucht nach Angaben der Maschinenbauer

vom Lohne in Dresden 25,2, in Gleiwitz 26,2, in Düsseldorf 24, in Hagen 26,3, in St. Johann fast 23, in Leopoldshall 16, in Elbing 21, in Guben 20, in Hörde 17, in Schönsee i. Westpr. 29, in Schweidnitz über 26, in Spandau 20, in Lauban 17,7, in Insterburg fast 22 Prozent. Dabei ist noch zu bedenken, daß die Maschinenbauer in ihrer Gesammtheit zu den bestbezahlten Arbeitern gehören. Eine Arbeiterfamilie, die mehr als zwei Wohnräume haben will, hat ein Fünftel bis ein Viertel des Lohnes für Miethe auszugeben, also denselben Prozentsatz des Einkommens aufzuwenden, den in Berlin die Einkommenklassen bis zu 10000 Mark etwa dafür anlegen.

Diese Feststellungen der Gewerkvereine dürften auch geeignet sein, die vielfach aufgestellte Behauptung, den gelernten Arbeitern in der Maschinenindustrie werden überall außerordentlich hohe Löhne gezahlt, als durchaus unwahr nachzuweisen. Wird aber die Elitetruppe der Metallindustrie mit so unzureichenden Löhnen abgefertigt, wie mögen da erst die Einkommen sein, welche die (ungelernten) Hilfsarbeiter beziehen?

P. M. Grempe.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

III.

Um mehr als hundert Jahre nach Kants und Schillers ästhetischen Abhandlungen veröffentlicht Edgar Steiger in seinem Buche über das Werden des neuen Dramas eine moderne Aesthetik, gestützt auf den modernen Naturalismus im Allgemeinen und die Dramen Ibsens, Hauptmanns und Maeterlincks im Besonderen.

Beginnt man Steigers Buch zu lesen, so könnte man zunächst meinen, daß er an unsere klassische Aesthetik anzuknüpfen beabsichtige. Er sagt nämlich gleich im Eingange, er wolle der Kunst, „dem verachteten Aschenbrödel der Philosophen, das seine beiden hoffärtigen Schwestern, das Erkennen und das Wollen, aus der guten Stube des reinen Gedankens und aus dem Wohnzimmer des praktischen Lebens hinausgejagt hätten, damit es in der Küche mit den Mägden und Kindern spiele — ihr, der geborenen Prinzessin, den Herrschersitz, der ihr gebühre, zurückerobern und sie im prunkenden Hochzeitskleide den Schwestern als die Braut des von ihnen umsonst so heiß ersehnten Lebens“ vorführen. Es ließe sich wohl darüber streiten, ob diese Auffassung nicht viel einseitiger und in den historischen Zeitverhältnissen viel weniger begründet sei, als einst die Auffassung Kants und Schillers war, aber sie erinnert immerhin lebhaft daran, und es möchte scheinen, als ob Steiger gegenüber hoffärtigen Philosophen, wie dem schon von Schiller als „unästhetisch“ gescholtenen Fichte, der die Kunst wieder zu einem Versinnlichungsmittel des Sittlichen und Wahren machen wollte, oder auch gegenüber Hegel, der in ihr ein Symbol der „absoluten Idee“ sah, sich auf Kant und Schiller zurückbesinnen wolle.

Jedoch würde es Steiger als tödtliche Beleidigung auffassen, wenn man ihm zumuthen wollte, durch die „verstaubten Brillengläser schwächlicher Nachahmer einer untergegangenen Kunstperiode“ zu sehen oder gar sich mit der „plumpen Moralisirerei“ und den „moralischen Salbadereien“ Schillers einzulassen. Es ist gar nicht zu sagen, mit wie wuchtiger Ueberlegenheit Steiger

diesen „als Künstler so viel überschätzten Moralprediger“ niederschmettert. Besonders Schillers „Wallenstein“ hat es ihm angethan. „Sogar ein Wallenstein mußte in der Zeit des dreißigjährigen Krieges, wo sich alle deutschen Fürsten einen Sport daraus machten, vom Kaiser abzufallen, an Unterthanengewissensbissen leiden.“ An einer anderen Stelle läßt Steiger nur so viel gelten, daß Schillers Wallenstein, „dessen königtreue Gewissensbisse uns seltsam genug anmuthen“, durch seinen unsichtbaren Doppelgänger fessele. „Oder wer wollte leugnen, daß dem Dichter bei dem großen Schlachtenlenker des dreißigjährigen Krieges ein Größerer Pathe gestanden hat — einer, der zu Schillers Zeit nicht Vergangenheit, sondern lebendige Gegenwart war — Napoleon?“ In der That — wer wollte leugnen?

Zunächst Jeder, der einmal einen Blick in irgend eine Schillerbiographie geworfen hat. Schiller begann sich dramatisch mit Wallenstein im Jahre 1790 zu beschäftigen, zu einer Zeit, wo noch Niemand von einem Napoleon wußte, und er vollendete die Trilogie im Winter von 1798 auf 99, als Napoleon einer unter den siegreichen Generalen der französischen Republik und übrigens auf der ägyptischen Expedition verschollen war. Wer gar, von historischem Wissensdrange getrieben, einmal eine Geschichte des dreißigjährigen Krieges angeblättert hat, der weiß erstens, daß es mit dem „Sport“ der deutschen Fürsten, vom Kaiser abzufallen, immerhin seine eigene Bewandtniß hatte, indem sogar die verkommenen Kurfürsten von Brandenburg und von Sachsen mancherlei Gewissensbisse überwinden mußten, ehe sie sich mit dem Reichsfeinde Gustav Adolf in landesverrätherische Zettelungen einließen, und zweitens, daß Wallenstein überhaupt kein Reichsfürst, sondern ein böhmischer Edelmann und geschworener Feldhauptmann des Kaisers war, der mit seinem Plane, im nationalen Interesse die kaiserliche Macht in Deutschland wiederherzustellen, und sei es selbst gegen den Willen des Kaisers, in einen tragischen Konflikt der Pflichten gerieth. Es mag wohl ein Pech für Wallenstein gewesen sein, daß er den „unbarmherzigen Seher kommender Jahrtausende“, was Nietzsche nach Steigers Behauptung ist, nicht gekannt und als „Uebermensch“ nicht „jenseits von Gut und Böse“ gestanden hat, aber unzweifelhaft hat er an diesem Pech gelitten, und so mußte Schiller ihn schon nehmen, wie er gewesen ist, was am wenigsten vom Standpunkt einer Aesthetik, die auf Wahrheit und Wirklichkeit in der Kunst dringt, getadelt werden sollte. Freilich hat Schiller seinen Helden nicht, wie er sich räusperte und spuckte, sondern als historische Gestalt in historischem Zusammenhange dargestellt; er hat mit dem genialen Tiefblicke des schöpferischen Dichters vielen historischen Aufschlüssen vorgegriffen, die erst lange nach Schillers Tode aus dem Staube der Archive über Wallenstein gewonnen worden sind. Aber nach den Erfahrungen, die Gerhart Hauptmann in seinem „Florian Geyer“ mit der mikroskopischen Nachahmung des Räusperns und Spuckens gemacht hat, brauchte ein athemloser Bewunderer Hauptmanns just nicht so hoffärtig über Schiller herzufallen.

Weit entfernt, auf dem Grunde fortzubauen, den Kant und Schiller gelegt haben, will Steiger „mit den Waffen der modernen Erkenntnißtheorie den Grundproblemen der Aesthetik“ zu Leibe gehen. Ueber diese „moderne Erkenntnißtheorie“ läßt er sich in seinem Buche etwas dunkel aus, indem er schreibt: „Aristoteles sieht im menschlichen Körper nichts als die Verwirklichung der Seele, die Materialisten erklären umgekehrt alles Geistige für eine Funktion der Materie, und die moderne Erkenntnißtheorie, die beide Ansichten als den Thatsachen der äußeren und inneren Erfahrung zuwiderlaufend verwirft, ahnt in Bewußtsein und Materie zwei verschiedene Erscheinungen eines und desselben X.“ Die „moderne

Erkenntnißtheorie“ ist also das „Ahnen“ eines unbekannten X! Etwas deutlicher hat sich Steiger in einer Polemik gegen eine Kritik seines Buches ausgesprochen, wonach er unter „moderner Erkenntnißtheorie“ die Psychophysik vom Schlage eines Wundt verstanden haben will. Nur leider kommen wir damit auch nicht weiter. Wundt erklärt schließlich auch „alles Geistige für eine Funktion der Materie“, indem er, was wir Intelligenz und Wille nennen, als lauter Umsetzungen von Empfindungseindrücken in Bewegungen auflöst und bis zu seinen physiologischen Elementarphänomenen zurückverfolgt, also auch „Empfindungen aus dem Stoffe zaubert“, was Steiger an der „Büchnerschen Kraftstoffelei“ nicht hart genug verurtheilen kann.

Um ein Wort zu gebrauchen, das Marx einmal auf Hegels Philosophie angewandt hat, so ist mit der Aesthetik Kants und Schillers nicht fertig zu werden, indem man ihr den Rücken kehrt und abgewandten Hauptes einige ärgerliche und banale Phrasen über sie hermurmelt. Soweit Steiger beweisen will, daß die Aesthetik nicht eine Lehre von verstandesmäßigen Begriffen, sondern von Empfindungen, Gefühlen und Stimmungen sei, wiederholt er nur, was Kant schon vor hundert Jahren viel eindringlicher und klarer gesagt hat. Die Schwierigkeit beginnt erst mit der Frage: Wie sind trotzdem ästhetische Urtheile möglich? Wie kann es objektive Bestimmungsgründe des ästhetischen Geschmacks geben, wenn dieser Geschmack blos subjektiv, individuell ist, wenn Jeder seinen eigenen Geschmack hat? Diese Frage ist die Grundfrage aller Aesthetik, und man kann keine wissenschaftliche Aesthetik schreiben, ehe man sie beantwortet hat. Hat Kant sie falsch beantwortet, so geht man über ihn hinaus, indem man sie richtig beantwortet, aber man geht hinter ihn zurück, indem man sich anstellt, als ob diese entscheidende Frage noch niemals gestellt worden wäre.

Hätte Steiger sich begnügt, einen Panegyrikus auf Ibsen, Hauptmann und Maeterlinck anzustimmen, so wäre ich der unangenehmen Aufgabe überhoben, gegen ihn zu polemisiren. Es würde dann genügen zu sagen: Gut, das ist Steigers Geschmack, über den sich nicht streiten läßt, sintemalen Jeder seinen eigenen Geschmack hat. Allein daran läßt sich Steiger nicht genügen; er will eine wissenschaftliche Aesthetik entwerfen, er will nicht einmal nur das Wesen, sondern sogar das Werden des neuen Dramas schildern, also eine historische Aufgabe lösen, die sich leider mit Ahnungen, Gefühlen und Stimmungen nicht lösen läßt. Nun ist Steiger auch ein viel zu gescheidter Mann, um das im Grunde nicht zu begreifen. Er „ahnt“ zwar erschrecklich viel zusammen, so auf dreimal vier Seiten vier große Weltalter der Kunst: das plastische der griechischen Antike, das malerische der italienischen Renaissance, das musikalische Deutschlands im siebzehnten, achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert und endlich das poetisch-dramatische Zeitalter der Menschheit, an dessen Pforten die ragenden Gestalten der Ibsen, Hauptmann und Maeterlinck stehen. Ueberhaupt ist die Historie die schwache Seite Steigers, wie schon seine Betrachtungen über Wallenstein zeigen; was er über den historischen Materialismus sagt, hat er mitten aus dem Dickicht der bürgerlichen Vorurtheile herausgehauen. Doch hat er sich mit der Kunst viel zu eingehend beschäftigt, um nicht auf die historische Bedingtheit aller Aesthetik gestoßen zu werden, und wo er sich ihrer bewußt wird, da gelingt ihm manche anregende und feinsinnige Betrachtung, wie durchaus anerkannt werden muß. Allerdings entsteht daraus auch wieder mancherlei Verwirrung, denn wo die historische Einsicht mit der epochemachenden Bedeutung des modernen Naturalismus karambolirt, da muß sie unweigerlich kapituliren, selbst auf die Gefahr der wunderlichsten Widersprüche hin. Immerhin aber gesteht Steiger in seiner schon erwähnten

Polemik, daß sich das ästhetische Gefühl historisch entwickle und beständig umgestalte; er wendet nur noch ein, all die tausend geschichtlichen Fragen, die zur Erläuterung eines Kunstwerks nöthig seien, werde jeder Aesthetiker lediglich als kulturhistorische Vorarbeiten betrachten, welche die rein ästhetische Wirkung eines Kunstwerks nicht im Entferntesten erklären könnten. Denn diese Wirkung sei in jedem einzelnen Falle lediglich eine Thatsache des inneren Geschehens.

Das ist nun an und für sich ganz richtig, und seit Kant sogar eine selbstverständliche Sache. Nur verfällt Steiger in den Fehler der von ihm so hart angelassenen Büchner und Moleschott, wenn er die ästhetische Wirkung als eine Thatsache des inneren Geschehens aus dem historischen Zusammenhange reißen will, in den Fehler nämlich, Natur- und Gesellschaftswissenschaft durcheinander zu werfen. Die Frage, wie die Menschen empfinden können, gehört in die Naturwissenschaften, in die Physiologie der Sinnesorgane, die Frage, wie die Menschen empfunden haben und empfinden, in die Gesellschaftswissenschaften, in die Aesthetik. Wenn ein Australneger und ein zivilisirter Europäer gleichzeitig eine Beethovensche Symphonie hören oder eine Raphaelsche Madonna sehen, so wird sich der psychophysische Prozeß des Empfindens, wie immer es naturwissenschaftlich um ihn bestellt sein mag, bei beiden in gleicher Weise vollziehen, weil beide als Naturwesen gleich, jedoch ihre Empfindungen selbst werden sehr verschieden sein, weil beide als Gesellschaftswesen, als historische Menschen sehr ungleich sind. Man braucht aber durchaus nicht so krasse Gegensätze zu wählen, denn auch in demselben Kulturkreise wird es niemals auch nur zwei Menschen geben, deren ästhetisches Empfinden mit der Regelmäßigkeit zweier Uhrwerke ineinander klingt. Als Gesellschaftswesen ist jeder einzelne Mensch das Produkt historischer Lebensbedingungen, die sich in unabsehbarer Weise durchkreuzen und verschlingen, die seine Empfindungen in unberechenbar mannigfaltiger Weise bestimmen, woher es denn eben kommt, daß Jeder seinen eigenen Geschmack hat.

Gewiß kann auch dieser subjektive Geschmack seine Bedeutung haben, aber immer nur eine historische Bedeutung und immer nur für das empfindende Subjekt. Aus der Verschiedenheit des ästhetischen Geschmacks, den Marx und Lassalle besaßen, lassen sich Schlüsse auf die Verschiedenheit ihrer historischen Geistesart ziehen, wie ich es kürzlich an einem anderen Orte zu thun versucht habe, aber nicht Schlüsse auf den ästhetischen Werthunterschied der Dichter, denen die Sympathien des Einen oder des Anderen galten. Der Freiherr vom Stein, sicherlich der bedeutendsten einer unter Goethes Zeitgenossen, hatte nach der Lesung des Faust keine andere Empfindung, als den höchsten Unwillen über die „Unanständigkeiten" der Walpurgisnachtszene, was für Steins ästhetische Bildung sehr bezeichnend war, aber keineswegs für den ästhetischen Werth des Faust. Schopenhauer will einmal sagen, daß er an Dantes Göttlicher Komödie keinen besonderen Geschmack finde, leitet aber dies subjektive Urtheil verständiger Weise auch ganz subjektiv ein: „Ich gestehe aufrichtig, daß der hohe Ruhm der divina commedia mir übertrieben erscheint", und wenn man nun weiter liest, was Schopenhauer daran auszusetzen hat, so besagen diese Bedenken für Schopenhauer recht viel, aber für Dante gar nichts. Selbstverständlich hängt das Maß der historischen Bedeutung, die der subjektive Geschmack haben kann, ganz von der historischen Bedeutung der Menschen ab, die ihn besitzen; so viel Interesse wir an den historischen Personen Marx, Lassalle, Stein, Schopenhauer nehmen, so viel Interesse wird auch ihr ästhetischer Geschmack für uns haben. Dagegen sinkt die historische Bedeutung des subjektiven Geschmacks bei historisch gleichgiltigen Personen auf den Nullpunkt.

Wenn der Professor Erich Schmidt vor einigen Jahren in einem öffentlichen Streite über den ästhetischen Werth von Hamerlings Gedichten in pompöser Pose erklärte: Ich mag sie nun einmal nicht, so war dies Urtheil objektiv und subjektiv gleich werthlos, wenigstens auf ästhetischem Gebiete. Denn auf moralischem Gebiete mag es zur Kennzeichnung professoraler Eitelkeit wohl dienen können.

Mit dem Versuche, die ästhetische Wirkung als eine Thatsache des inneren Geschehens zum objektiven Bestimmungsgrunde des Geschmacks zu machen, kommt man also immer nicht über die Grenze des subjektiven Geschmacks heraus. Jedoch ist mit dem Scheitern dieses Versuchs auch Kants Annahme zerstört, wonach die objektiven Bestimmungsgründe des Geschmacks in unserem „übersinnlichen Substrate", in der „unbestimmten Idee des Uebersinnlichen in uns" wurzeln. Eine übersinnliche Idee kann keine historische Entwicklung haben, und doch ist alles ästhetische Urtheil historisch bedingt. Auf diesen Widerspruch stieß schon Schopenhauer, der auf Kants Aesthetik fußte und, wo ihm seine Schrullen nicht den Weg vertraten, ein scharfer Logiker war. Er sagt einmal: „Ein echtes Kunstwerk darf eigentlich nicht, um genießbar zu sein, den Präambel einer Kunstgeschichte nöthig haben." Eigentlich nicht, nämlich dann nicht, wenn Kant mit seiner Annahme über den objektiven Bestimmungsgrund des Geschmacks recht hat; uneigentlich aber doch, denn, so sagt Schopenhauer, „der jedesmalige Zeitgeist gleicht einem scharfen Ostwinde, der durch alles hindurchbläst. Daher findet man seine Spur in allem Thun, Denken, Schreiben, in Musik und Malerei, im Floriren dieser oder jener Kunst: Allem und Jedem drückt er seinen Stempel auf". Weiter kommt Schopenhauer allerdings nicht, denn nun bricht sein Gedankengang an seiner bekannten Schrulle ab, wonach es keine historische Entwicklung giebt, wonach in aller Geschichte stets dasselbe erscheint, wie im Kaleidoskop, bei jeder Drehung, stets dieselben Dinge unter anderen Konfigurationen und so weiter. Es ist eine Art umgekehrten Widerspruchs, wie ihn Steiger begeht, wenn er die historische Entwicklung des ästhetischen Gefühls zugiebt, aber die Genießbarkeit des Kunstwerks von dieser Entwicklung unabhängig machen will.

Alle diese und ähnliche Widersprüche lösen sich in die einfache Schlußfolgerung auf, daß es objektive Bestimmungsgründe des Geschmacks entweder überhaupt nicht giebt oder aber nur auf historischem Gebiete geben kann. Das Problem einer wissenschaftlichen Aesthetik besteht dann in der Frage, ob eine wissenschaftliche Geschichte des ästhetischen Gefühls, wie es sich in der menschlichen Gesellschaft entwickelt und gewandelt hat, geschrieben werden kann, ob sich in dem unabsehbaren und unendlichen Durcheinander des subjektiven Geschmacks nicht objektive Bestimmungsgründe eines solchen Gefühls durchsetzen. Wer auf dem Boden des historischen Materialismus steht, wird die Frage bejahen und eben die historisch-materialistische Methode als den einzigen Schlüssel zur Lösung des Räthsels ansehen.

Was Steiger dagegen einwendet, besteht wie gesagt aus den landläufigsten Redewendungen des bürgerlichen Vorurtheils, über die sich an dieser Stelle nicht wohl sprechen läßt, ohne die Leser zu langweilen. Jedoch macht sich heute, von Steiger ganz abgesehen, eine „ästhetische Salbaderei" und eine „plumpe Aesthetisirerei" dermaßen breit, daß es rathsam sein mag, wenigstens einige Gesichtspunkte einer historisch-materialistischen Aesthetik aufzuklären.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 12. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Eröffnung des Reichstags.

✓ Berlin, 7. Dezember 1898.

Mit außergewöhnlichem Pomp ist der neue Reichstag durch den Kaiser eröffnet worden; auch die Thronrede ist außergewöhnlich lang, doch steht ihr Inhalt nicht auf derselben Höhe, wie ihr Umfang. Sie spricht über sehr viele Dinge, die ein geringes, und schweigt über sehr viele Dinge, die ein großes Interesse haben. Immerhin läßt sie sich über die beiden Fragen aus, die der nunmehr eröffneten, ersten Tagung dieses Reichstags ihr eigenthümliches Gepräge geben werden.

Die erste dieser Fragen ist die Vermehrung der Militärlasten. Neben der Einrichtung neuer Kommandostellen soll die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres um 26576 Mann erhöht werden, was eine außerordentliche Aufwendung von 132778000 Mark und eine dauernde Mehrausgabe von jährlich 27388000 Mark erheischt. Mit der Begründung dieser neuen Lasten macht es sich die Thronrede in herkömmlicher Weise sehr leicht; sie spricht von den „im Ernstfall zu stellenden Anforderungen und den Fortschritten der Technik", und damit Basta. Sehr viel mehr Kopfzerbrechen macht sich aber auch die Vorlage selbst nicht, die dem Reichstag bereits zugegangen ist; sie beglückwünscht die Regierung zu der „weisen Politik", die, „gestützt auf eine starke, kriegsbereite Armee", den Frieden in allen politischen Wechselfällen zu bewahren gewußt habe, kommt dann aber, gleichfalls nach herkömmlicher Weise, mit den „Nachbarstaaten" angerückt, mit Frankreich und dem europäischen Rußland, die rastlos an der Vervollkommnung ihres Heerwesens arbeiteten, woraus der famose Schluß gezogen wird, daß „Aenderungen und Ergänzungen der Formationen", will sagen unaufhörliche Vermehrungen der Militärlast, das Kennzeichen eines gesunden, sich innerlich festigenden Organismus seien.

In dem „berühmten" Abrüstungsmanifest des Zaren las man's anders, doch um solche kleinen logischen Kopfsprünge macht sich Moloch nicht besondere Sorgen. Die Thronrede begrüßt die „hochherzige Anregung" des „theuren Freundes" an der Newa mit „warmer Theilnahme" und verspricht alle Vorschläge der internationalen Friedenskonferenz „sorgfältig zu prüfen", aber die Militärvorlage meint schon viel trockener, zwar biete die Friedenskundgebung des

Zaren die Gewähr, daß zur Zeit kein Angriffskrieg von dieser Seite beabsichtigt werde, nur sei eine Abrüstung nirgends erfolgt und unter den jetzigen Verhältnissen auch nicht zu erwarten. Unter höflichen Formen wird damit der russische Abrüstungsvorschlag für das erklärt, was die Sozialdemokratie von vornherein in ihm gesehen hat: für eine diplomatische Spiegelfechterei, und an dieser Offenherzigkeit des deutschen Militarismus nehmen wir nicht den geringsten Anstoß. Nirgends stoßen sich die Sachen so hart im Raume, wie auf militärischem Gebiet, und die Arbeiterklasse hat nicht das geringste Interesse daran, daß hier die Dinge verschleiert werden, wohl aber das stärkste Interesse daran, daß sie stets in all ihrer abschreckenden Häßlichkeit erscheinen.

Der Reichstag steht mit der neuen Militärvorlage wieder vor dem alten Problem, ob er im Deutschen Reiche eine wirkliche Macht sein, ob er in Militärsachen ein entscheidendes Wort mitsprechen will oder nicht. Er hat wohl dem Militarismus manche Kleinigkeiten abzufeilschen, aber ihm noch niemals ein kategorisches: Bis hierher und nicht weiter! zu sagen gewußt, und damit sich selbst zu einer sehr bescheidenen Rolle verurtheilt. Die Militärfrage ist die eigentliche konstitutionelle Frage, die seit den Tagen der preußischen Konfliktszeit von der Regierung sehr oft gestellt, aber von der Volksvertretung niemals ausgetragen, sondern stets verschleppt worden ist. Zu behaupten, daß es diesmal besser gehen werde, hieße einen sehr großen Optimismus bekunden. Das Zentrum ist in der Flottenfrage nicht umgefallen, um bei der Heerfrage den unbeugsamen Kato zu spielen. Sicherlich wird ihm die neue Militärvorlage nicht angenehm sein, und schon um des lieben Scheins willen wird es sich bemühen, möglichst viel abzuhandeln, aber irgend eine vernünftige Aussicht darauf, daß es die ultramontane Partei aufs Biegen oder Brechen ankommen lassen wird, ist leider nicht vorhanden. Die Lieber und Konsorten wollen Pfeifen schneiden, derweil sie im Rohre sitzen; es ist bezeichnend genug, daß sie den Grafen Ballestrem, der die Würden eines päpstlichen Kämmerers und eines preußischen Rittmeisters in seiner Person vereinigt und stets zu den militärfrommsten Mitgliedern des Zentrums gehört hat, dem neuen Reichstage als Präsidenten vorgesetzt haben.

Um so nothwendiger ist es, daß die sozialdemokratische Partei Fuß beim Male hält, in unversöhnlicher Gegnerschaft gegen den Militarismus. Wer heute den Abgrund, der von jeher zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem preußischen Militarismus bestanden hat, zu überbrücken oder auch nur zu verkleinern versucht, verfällt nicht nur einem schweren prinzipiellen Verstoß, sondern auch einem nicht minder schweren taktischen Fehler. Der Versuch, mit dem Moloch zu paktiren, ist selbst dem bürgerlichen Liberalismus in der preußischen Konfliktszeit sehr schlecht bekommen, obgleich er vom bürgerlichen Standpunkt aus, zumal unter den damaligen politischen Verhältnissen, immerhin einen zehnmal besseren Sinn hatte, als er heute für die Sozialdemokratie haben könnte. Für sie gilt noch viel mehr, als in jener Zeit, das antimilitaristische Programm Lassalles: Den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust! Ist die sozialdemokratische Partei noch nicht stark genug, den Militarismus zu werfen, so kann sie die dazu nöthige Stärke nur so erlangen, daß sie jedes Paktiren mit dem Militarismus, in welcher Form immer verschmäht. Man kann mitnehmen, was sich ohne Verletzung des Prinzips mitnehmen läßt, aber von der prinzipiellen Todfeindschaft gegen den Militarismus darf nicht um die Breite eines Haares abgewichen werden, wenn man nicht unter dem grinsenden Hohnlachen Molochs auf der schiefen Ebene herabgleiten will, worauf die bürgerliche Opposition herabgeglitten ist.

Die andere Frage, die der ersten Session des neuen Reichstags ihre historische Bedeutung geben wird, ist der sogenannte „Schutz der Arbeitswilligen", das heißt ins Deutsche übersetzt, das Attentat aufs Koalitionsrecht. Was die Thronrede darüber sagt, bewegt sich in dem alten Kreise inhaltsleerer Phrasen, denen mit einer sachlichen Antwort, selbst wenn eine solche Antwort möglich wäre, eine unverdiente Ehre angethan werden würde. Es ist eben einfach nicht wahr, daß der Terrorismus, durch den Arbeitswillige an der Fortsetzung oder Annahme von Arbeit gehindert würden, einen gemeinschädlichen Umfang angenommen habe, daß die bestehenden Strafvorschriften nicht ausreichten, um die Einschüchterungen und Drohungen zu vereiteln, zu denen angeblich das Koalitionsrecht mißbraucht worden sein soll. Bemerkenswerth ist dieser Absatz der Thronrede nur dadurch, daß er die „zuversichtliche Erwartung" ausspricht, der Reichstag werde den „Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses" genehmigen. Es ist sonst nicht üblich gewesen, eine solche Erwartung in Thronreden auszusprechen; man kann, wenn man will, daraus die Drohung entnehmen, daß der Reichstag aufgelöst werden würde, wenn er sich nicht bequemt, die „Zuchthausvorlage" anzunehmen.

Ihr Wortlaut liegt bisher noch nicht vor, und die Frage nach ihren parlamentarischen Aussichten läßt sich demgemäß erst im Allgemeinen erörtern. Soviel ist von vornherein zuzugeben, daß sich das Zentrum nicht ganz leicht zu einem Einbruch in das Koalitionsrecht der Arbeiter verstehen wird. Die „maßgebende" Partei hat allen Grund, nicht die Stützen wegzuschlagen, durch die sie zur „maßgebenden" Partei geworden ist. Das rücksichtslose Herandrängen der Zentrumsführer an die Regierungskrippe hat in den ultramontanen Wählermassen doch eine gewisse Gährung erzeugt, die durch den neuen Umfall in der Militärfrage nicht beschwichtigt werden wird und um so mehr anderer Beschwichtigungsmittel bedarf. Handelte es sich um ein neues Sozialistengesetz oder um eine Antastung des allgemeinen Wahlrechts, so würde mit ziemlicher Sicherheit auf den Widerstand der ultramontanen Reichstagsfraktion gerechnet werden können.

Mit einer Antastung des Koalitionsrechts steht es aber leider einigermaßen anders. Obgleich es nichts anderes als die einfachste Konsequenz der kapitalistischen Gesellschaft ist, so hat es in den bürgerlichen Parteien doch niemals eifrige Freunde gehabt, auch nicht in denjenigen bürgerlichen Parteien, die sich rückhaltslos auf den Boden der kapitalistischen Gesellschaft stellen. Der deutsche Philister kann die „Streikbrüder" nun einmal nicht ausstehen; an seinen ewigen Konkurrenzzank gewöhnt, versteht er nicht die kräftige und mitunter auch rauhe Form, wie sich das proletarische Klassenbewußtsein bei der Durchkämpfung von Arbeitseinstellungen äußert; nun gar der Gedanke, daß ein Arbeiter, der willig ist, unter den schmalsten Bedingungen für Leib und Leben Mehrwerth zu produziren, daran durch seine Kameraden gehindert werden könne, erscheint dem deutschen Spießer als eine so schauderhafte Möglichkeit, daß er darüber aus der Haut fahren möchte. Wenn die Thronrede sagt, das Koalitionsrecht solle unangetastet bleiben, aber das höhere Recht: zu arbeiten und von der Arbeit zu leben, müsse auch geschützt werden, so ist diese Tirade wörtlich aus den Leitartikeln der freisinnigen Presse geschnitten.

Hier ist also die Möglichkeit von Durchstechereien gegeben, etwa in der Form, daß die Vorlage der Regierung „gemildert", das heißt in einer Form angenommen wird, die unter dem Scheine weise abwägender Gerechtigkeit das Koalitionsrecht angeblich „sichert", aber ihm, soweit es überhaupt noch vorhanden ist, thatsächlich den Hals umdreht durch kautschukene Bestimmungen gegen seinen „offensichtlichen Mißbrauch". In solchen schnöden Schaumschlägereien hat das

Zentrum eine reiche Uebung, und die „Germania", das leitende Blatt der Partei, will jetzt schon „die Erwägung nicht absolut von der Hand weisen, ob nicht bei voller Wahrung der Koalitionsfreiheit dem Striketerrorismus durch schärfere Strafbestimmungen entgegengetreten werden" könne. Die „Germania" betet diese faulen Redensarten Bismarcks Reptilen nach, die, als die katholische Geistlichkeit in den Tagen des Kulturkampfs eine ehrenwerthe Solidarität bewies, den „Kaplansterrorismus" durch „schärfere Strafbestimmungen" brechen wollten. Das Blatt muß eigene Vorstellungen von der Arbeiterfrage haben, wenn es sich einbildet, daß moderne Proletarier sich eher beugen ließen, als katholische Pfäfflein.

Für das klassenbewußte Proletariat ist die Stellung zur „Zuchthausvorlage" von selbst gegeben. Diese Stellung unterscheidet sich nur insofern von der prinzipiell ablehnenden Stellung zur Militärvorlage, als alle bürgerlichen Verräthereien am Koalitionsrecht viel wirksamer durch eine geschickte Taktik durchkreuzt werden können, als es bei den Militärforderungen der Regierung möglich sein wird. Und an dieser geschickten Taktik wird es die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht fehlen lassen.

Zur Zusammenbruchstheorie.[1]

Von Heinrich Cunow.

In Nr. 18 und 24 dieser Zeitschrift und Nr. 32 des „Vorwärts" hat Bernstein im Anschluß an eine Polemik mit Belfort-Bax mehrere Artikel zur Frage der Richtung der kapitalistischen Wirthschaftsentwicklung veröffentlicht, die sowohl in der parteigenössischen, als in der gegnerischen Presse eine lange Reihe erregter Erörterungen nach sich gezogen haben, und zwar in den Parteiblättern meist absprechende, in der bürgerlichen Presse zustimmende, zum Theile sogar enthusiasmirte. Speziell hat Herr Professor Julius Wolf sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, sofort im Aprilheft seiner neugegründeten „Zeitschrift für Sozialwissenschaft" die Bekehrung der führenden geistigen Kapazitäten der deutschen Sozialdemokratie, der Herren Bernstein und Konrad Schmidt, zu den Anschauungen der bürgerlichen Sozialpolitik seiner Leserschaft zu verkünden. Demgegenüber hat bisher die „Neue Zeit" sich auf zwei Erwiderungen des Genossen Plechanow beschränkt gegen die von Bernstein, gewissermaßen zur weiteren Begründung seines Standpunkts, unternommene Anfechtung des philosophischen Materialismus. Die eigentliche Grundursache von Bernsteins Skepsis, die ihn erst zum Aufsuchen der sogenannten „ideologischen Momente" im Sozialismus veranlaßt hat, nämlich sein Bedenken gegen die Richtigkeit des von Marx prognostizirten kapitalistischen Entwicklungsverlaufs ist in den Spalten der „Neuen Zeit" unerörtert geblieben, obgleich ihr als der wissenschaftlichen Wochenschrift unserer Partei und als dem Organ, das durch Veröffentlichung der Bernsteinschen Artikel die Diskussion eingeleitet hat, in erster Reihe das leitende Wort im theoretischen Streite zusteht.[2]

---

[1] Wir veröffentlichen vorliegenden Artikel mit Zustimmung Bernsteins, der sich vorbehält, in seiner Broschüre darauf zu antworten. Die Redaktion.

[2] Zum großen Theile bin ich allerdings, wie ich zur Entlastung der Redaktion eingestehen muß, an diesem passiven Verhalten der „Neuen Zeit" mitschuldig. Nachdem Bernsteins Artikel in Nr. 24 erschienen war, richtete ich nämlich an die Redaktion die Anfrage, ob sie geneigt sei, eine sachliche Antikritik der Artikel in Nr. 18 und 24 aufzunehmen. Die Redaktion antwortete sofort bejahend, bemerkte aber, daß noch weitere Ausführungen Bern-

Vielleicht wird es manchem Genossen überflüssig scheinen, daß Verfasser dieses jetzt, nachdem Bernsteins Artikel auf dem Parteitag Gegenstand einer erregten Debatte gewesen sind und die Majorität Kautskys Ausführungen zugestimmt hat, noch in eine Diskussion der von Bernstein aufgeworfenen Fragen eintritt — thatsächlich haben ja gleich nach Beendigung des Parteitags mehrere Parteiblätter der Meinung Ausdruck gegeben, nun sei endlich der leidige Streit begraben. Das bald darauf wieder von Neuem einsetzende Geplänkel wird sie inzwischen eines Besseren belehrt haben. Abgesehen davon, daß der Parteitag nicht gewissermaßen per Akklamation theoretische Streitfragen entscheiden kann, greifen die von Bernstein vertretenen Anschauungen viel zu tief in den ganzen theoretischen Unterbau unseres Programms und unserer Taktik ein, als daß ihre Erörterung einfach beiseite geschoben werden könnte. Selbst wenn die Diskussion über die angeregten Fragen durch gegenseitiges Uebereinkommen oder Parteibeschluß aus unserer Presse verbannt werden könnte, würden die Gegensätze unter der Asche fortglimmen und bei erster bester Gelegenheit wieder zur hellen Flamme aufschlagen. Und für solche Gelegenheiten wird die liebe gegnerische Presse schon sorgen. Sobald nur irgend welche ganz nebensächliche neue Meinungsdifferenzen in unseren Reihen auftauchen, sobald wir gegen irgend welche gegnerische Auffassung der sozialen Probleme polemisiren, wird sie nicht verfehlen, in ihrer Argumentation höhnisch auf die Skepsis unter den sozialistischen Theoretikern hinzuweisen. Auf solche Anzapfungen dann nicht antworten zu wollen, nur weil durch die Antwort aufs Neue der theoretische Streit entfacht werden könnte, das hieße unser geistiges Kampfgebiet noch weit mehr einengen, als es ohnehin schon eingeengt ist.

Fragen von solcher Tragweite, wie die von Bernstein aufgeworfenen, können nicht zurückgeschoben, sie müssen ausgetragen werden. Das erfordert das eigene Interesse unserer Bewegung, deren Einheitlichkeit nicht nur, soweit die politische Aktion in Frage kommt, aufrecht erhalten werden muß. Eine Partei wie die unserige, die nicht gleich dem Nationalliberalismus auf dem Boden des jeweilig Gegebenen opportunistische Augenblickspolitik treiben will, die vielmehr durch ihre heutigen Kämpfe gewissermaßen erst die Bedingungen schaffen will zur Erreichung weitergehender Zwecke, kann nicht von einem ihrer hervorragenderen Theoretiker eine Auffassung des sozialen Entwicklungsgangs verkünden lassen, die indirekt die Prinzipienerklärung ihres Programms negirt, ohne zum Wenigsten diese Auffassung zur freien Diskussion zu stellen. Nicht als ob durch Bernsteins Kritik schon der Partei eine ernste Gefahr drohe, als ob nun schon die Mauserung zum Kathedersozialismus nahe bevorstände. Das sind leere Hoffnungen jener „Illusionisten in der Nationalökonomie“ vom Schlage des Herrn Julius Wolf.

---

steins in dieser Sache nachfolgen würden und ich deshalb warten möchte, bis die ganze Artikelserie vorläge. So wartete ich bis Mitte August, und als dann die Redaktion mich zur Einsendung der versprochenen Antikritik aufforderte, war ich durch andere Arbeiten so in Anspruch genommen, daß ich die Niederschrift immer wieder von Neuem hinausschieben mußte. Endlich konnte ich an die Arbeit gehen und hatte die vorliegenden Artikel beinahe fertig, als ich die Anzeige Bernsteins las, daß er seine Auffassung in einer Broschüre näher darlegen wolle. Meine erste Absicht war, die fast fertigen Aufsätze liegen zu lassen, bis Bernstein gesprochen hätte. Bei nochmaligem Ueberlegen sagte ich mir aber, daß es Bernstein nur recht sein könne, wenn seine Gegner ihm Gelegenheit gäben, vor der Abfassung seiner Broschüre ihren Standunkt kennen zu lernen, da er dann in der Lage sei, in seinen Darlegungen darauf Bezug zu nehmen, während sonst vielleicht die Kritik wieder von vorne anfangen müsse. H. C.

Vorerst hat Bernsteins Gedankengang wenig Zustimmung gefunden, und soweit thatsächlich in unserer Partei eine gewisse optimistische Strömung vorhanden ist, werden schon die nächsten Kämpfe, die uns in Aussicht stehen, dafür sorgen, daß das Evangelium von der friedlichen Auflösung der jetzigen wirthschaftlichen Gegensätze keine allzu große gläubige Gemeinde findet. Lassen wir nur erst den neuesten weltpolitischen Kurs mit seinen Konsequenzen aus der phantastischen Romantik, die ihn jetzt noch für manche Augen umgiebt, schärfer hervortreten, dann wird sich das friedliche Vertrauen in die Zukunft schon geben.

1. Bernsteins statistische Gründe gegen die Zusammenbruchstheorie.

Dadurch, daß Bernstein seine Artikelserie mehrmals durch Erklärungen und kritische Zwischenbemerkungen unterbrochen hat, haben seine Ausführungen den Charakter einer gewissen Impulsivität, einen gewissen polemischen Zuschnitt erhalten. Theoretisch Zusammengehöriges findet sich über verschiedene Stellen zerstreut, angefochtene Ansichten durch spätere Erläuterungen ergänzt oder eingeengt, während andererseits einzelne Argumente weiter in den Vordergrund vorgeschoben sind, als ihrer Bedeutung für die strittige Frage entspricht. Ein Einzeleingehen auf Bernsteins Argumentationen nach ihrer Reihenfolge erscheint deshalb unthunlich. Es würde das polemische Geplänkel, unter dem schon heute die grundsätzliche Bedeutung von Bernsteins Darlegungen zu ersticken droht, nur noch weiter vermehren. Soll die Diskussion zur Klärung beitragen, muß auf seine Zweifel an der von Marx diagnostizirten Richtung der kapitalistischen Entwicklung zurückgegriffen werden.

Marx und Engels folgern den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirthschaftssystems einerseits aus der kapitalistischen Akkumulation, andererseits aus dem Zwiespalt zwischen der kapitalistischen Produktionsweise und der bestehenden Austauschform, welche einer vollen Ausnutzung der gegebenen Produktivkräfte hindernd im Wege steht. Die Akkumulation in der Industrie selbst ist aber wieder zweierlei Art: einerseits macht sie sich geltend in einer stetigen Vermehrung des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen, in einer zunehmenden Anwendung von Maschinen und menschliche Arbeitskraft ersetzenden technischen Betriebsverbesserungen, andererseits in einer zunehmenden Betriebskonzentration, d. h. fortschreitender Abnahme der Kleinbetriebe gegenüber den Großbetrieben. Die Folge ist auf der einen Seite stetige Vermehrung der Großkapitalisten, auf der anderen Vermehrung der proletarischen Masse. Zugleich mit dieser Entwicklung steigen die Produktivkräfte, und „wie ihrerzeit die Manufaktur und das unter ihrer Einwirkung weiter entwickelte Handwerk mit den feudalen Fesseln der Zünfte in Konflikt kam, so kommt nun die große Industrie in ihrer volleren Ausbildung in Konflikt mit den Schranken, in denen die kapitalistische Produktionsweise sie eingeengt hält“ (Anti-Dühring, 2. Aufl., S. 254). Es findet sich für den entstandenen Kapitalreichthum keine entsprechende Verwerthung mehr im Produktions- und Waarenzirkulationsprozeß; die entstandene Ausdehnungskraft der Industrie übersteigt unter der bestehenden Form der Waarendistribution die Aufnahmefähigkeit des internationalen Marktes, kurz die entfesselten Produktivkräfte gerathen in immer schärferen Gegensatz zu dem Mechanismus der kapitalistischen Wirthschaftsform, bis sie endlich diese sprengen.

Dies in knapper Fassung die Anschauung von Marx und Engels. Von allen diesen den Zusammenbruch nach Marx-Engels bedingenden Faktoren zieht Bernstein — das muß zunächst festgestellt werden — in seiner Kritik der Katastrophentheorie nur die Betriebskonzentration in Betracht. Die kapitalistische

Akkumulation, soweit sie in dieser nicht ihren Ausdruck findet, bleibt unberücksichtigt, ebenso die Frage, inwieweit aus den mit der kapitalistischen Akkumulation steigenden Interessengegensätzen oder aus der Unmöglichkeit der Ausnutzung der vorhandenen Produktivkräfte unter der bestehenden Form des Waarenabsatzes sich die Gefahr einer Katastrophe zu ergeben vermag. Bernstein beachtet also nur eine Seite der Entwicklung; aber selbst diese, die Betriebskonzentration, untersucht er nicht nach ihrem ganzen Umfang. Auch hier wird die, wie ich sagen möchte, intensive Konzentration, nämlich die in den verschiedenen Betrieben vor sich gegangene Kapitalskonzentration, die Zunahme der maschinellen Hilfskräfte, die relative Steigerung der Produktenmassen und ihrer Bedeutung für den Gesammtwirthschaftshaushalt gänzlich übersehen und der Grad der Konzentration lediglich bemessen an ihrer rein äußerlichen Ausdehnung — nach der Zunahme der in den verschiedenen Betriebsklassen verwendeten Arbeitskräfte.

Bernstein nimmt sich nämlich die preußische Gewerbestatistik vom Jahre 1895 vor, theilt alle Betriebe nach der Anzahl der beschäftigten Personen in Klein-, Mittel- und Großbetriebe und vergleicht dann die so erhaltenen Verhältnißzahlen mit denen des Jahres 1882 (der vorletzten Zählung).

Das Resultat, zu dem er auf diese Weise gelangt, ist folgendes:

Von den in der Industrie beschäftigten Personen entfielen auf

	1882	1895	Zunahme (+) bezw. Abnahme (—) im Verhältniß zu der Zahl von 1882
Alleinbetriebe	755176	674042	— 10,7 Prozent
Kleinbetriebe (mit 1 bis 5 Gehilfen) . .	1031141	1078396	+ 4,6 „
Mittelbetriebe (mit 6 bis 50 Gehilfen) .	641594	1070427	+ 66,8 „
Großbetriebe (mit über 50 Gehilfen) . .	962382	1734884	+ 80,3 „

Im Handel und Verkehr kamen auf:

	1882	1895	Zunahme im Vergleich zu 1882
Kleinbetriebe (mit weniger als 3 Gehilfen)	411509	467656	+ 13,6 Prozent
Kleinbetriebe (mit 2 bis 5 Gehilfen) . .	176867	342112	+ 93,4 „
Mittelbetriebe (mit 6 bis 50 Gehilfen) .	157328	303078	+ 92,6 „
Großbetriebe (mit über 50 Gehilfen) . .	25619	62056	+142,2 „

Ziehen wir zum Vergleich die von Bernstein nicht mitgetheilten Gesammtzahlen aller Gewerbebetriebe in ganz Deutschland (exklusive der landwirthschaftlichen Betriebe) heran, so stellt sich das Verhältniß folgendermaßen:[1]

1882	3005457	Betriebe mit	7340789 Personen
1895	3144977	„ „	10269269 „

Davon entfielen Personen auf:

	1882	1895	Abnahme (—) resp. Zunahme (+)
Alleinbetriebe	1877872	1714351	— 8,7 Prozent
Kleinbetriebe (mit 1 bis 5 Personen) . .	2457950	3056318	+ 24,3 „
Mittelbetriebe (mit 6 bis 50 Personen) .	1391720	2454257	+ 76,3 „
Großbetriebe (mit über 50 Personen) . .	1613247	3044343	+ 88,7 „

Am geringsten sind die Verschiebungen in der Landwirthschaft, für welche, nach der Größe der Bodenfläche abgestuft, Bernstein die Gesammtzahlen für ganz

[1] Vergl. „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches“, Jahrgang 1898, Ergänzung zu Heft I, S. 10 ff.

Deutschland beibringt, doch sind seine Angaben für 1895 nicht ganz genau. Nach den Angaben des „Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich, 1898“, S. 20 ff., und der „Statistik des Deutschen Reiches“, Bd. 112, S. 426 ff., stellt sich das Verhältniß folgendermaßen:

Es waren vorhanden Betriebe

	1882		
Unter 2 Hektar	3061831	mit insgesammt	1825938 Hektar
2 bis 5 "	981407	" "	3190203 "
5 " 20 "	926605	" "	9158398 "
20 " 100 "	281510	" "	9908170 "
über 100 "	24991	" "	7786263 "
	1895		
Unter 2 Hektar	3236367	mit insgesammt	1808444 Hektar
2 bis 5 "	1016318	" "	3285984 "
5 " 20 "	998804	" "	9721875 "
20 " 100 "	281767	" "	9869837 "
über 100 "	25061	" "	7831801 "

Die Tendenz zur Konzentration ist also in bedeutendem Maße vorhanden, nur vollzieht sich letztere vorerst noch meist auf Kosten der Kleinbetriebe, während die Mittelbetriebe sich im Ganzen auf gleicher Höhe halten und theilweise, speziell die größeren Mittelbetriebe, noch prozentual, d. h. im Verhältniß zur Gesammtzahl der beschäftigten Personen, an Terrain gewinnen. Und aus dieser Konsistenz der Mittelbetriebe folgert nun Bernstein nicht nur, daß die Konzentration vorläufig auf Kosten der Kleinbetriebe vor sich geht, sondern ohne Weiteres, daß die von Marx und Engels aufgestellte Zusammenbruchstheorie nicht den wirthschaftlichen Thatsachen entspricht. Das ist, wie Jeder zugeben wird, der sich die Ziffern ansieht, etwas viel auf einmal, um so mehr aber, als die ganze von Bernstein mitgetheilte Statistik für die Folgerungen, die er daraus zieht, von mindestens recht zweifelhaftem Werthe ist. Um das nachzuweisen, ist nöthig, an einigen dem heutigen Wirthschaftsleben entnommenen Beispielen den Beweis zu liefern, inwiefern und in welcher der Wirklichkeit oft geradezu widersprechenden Richtung die vorliegende Statistik die Verschiebungen in der Größe der Betriebe registrirt.

1. Die planlose Zusammenfassung der verschiedenen handwerksmäßigen und großindustriellen, handels- und verkehrsgewerblichen Betriebe nach der Größe des beschäftigten Personals vermag niemals ein auch nur halbwegs zuverlässiges Bild der wirthschaftlichen Konzentration zu geben, da die in einer bestimmten, für das wirthschaftliche Leben vielleicht höchst wichtigen Branche erfolgte Konzentration durch eine mehr oder minder nebensächliche, möglicher Weise rein zufällige Vermehrung der Kleingeschäfte anderer Branchen in der statistischen Rechnung völlig wieder aufgewogen werden kann und also in der rohen Durchschnittszahl gar nicht zum Ausdruck gelangt. Soll die Untersuchung irgend welchen Werth haben, so muß unbedingt spezialisirt werden, d. h. die verschiedenen Branchen müssen einzeln für sich nach ihrer volkswirthschaftlichen Bedeutung behandelt werden.

Nehmen wir z. B. an, im Bankwesen vollzöge sich eine fast vollständige Vernichtung der Klein- und Mittelbetriebe, so wird doch dieser für unsere ganze heutige Wirthschaft eminent wichtige Umschwung in Bernsteins Statistik gar nicht zum Vorschein kommen, sobald nur in irgend einem anderen Wirthschaftsgebiet aus irgend welchen nebensächlichen, vielleicht rein lokalen Gründen eine größere Anzahl neuer Kleinhandelsbetriebe entsteht, z. B. durch Ausbreitung des Hausir-

handels in einer Gegend. Dasselbe Resultat ergiebt sich, wenn in der chemischen Industrie der Großbetrieb enorm zunimmt, zugleich aber in einem Theile einer anderen Branche, sagen wir der Zigarrenfabrikation, eine Zersplitterung früherer Mittel- oder Großbetriebe zu hausindustriellen Kleinbetrieben sich vollzieht, indem eine Reihe städtischer Großunternehmer es aus irgend welchen Gründen vortheilhafter findet, gewisse billigere Sorten auf dem Lande statt wie bisher in der eigenen Fabrik herstellen zu lassen. In solchem Falle könnte demnach die in einer Branche erzielte Konzentration durch die in einer anderen erfolgte Dezentralisation in statistischer Hinsicht mehr als reichlich ausgeglichen werden, obgleich wirthschaftlich der erste Vorgang von höchster Bedeutung, der zweite ziemlich nebensächlich wäre.

2. Zudem aber läßt die Einreihung aller Betriebe, die 6 bis 50 Gehilfen resp. Arbeiter beschäftigen, in die Rubrik „Mittelbetriebe", die Konzentration, die innerhalb dieser weiten Grenzen vor sich geht, gar nicht zum Ausdruck kommen. Auch hiefür ein Beispiel. Gesetzt, in einem Industriezweig, beispielsweise der Silberschmiederei, sei bisher größtentheils handwerksmäßig produzirt worden, und zwar hätten die Betriebe meist mit 6 bis 15 Gehilfen gearbeitet, nun aber dränge die maschinelle Produktion mehr und mehr in die Branche ein und es bahne sich zunächst eine Scheidung in der Richtung an, daß ein Theil der Betriebe sich zu Großmittelbetrieben entwickle, die im Durchschnitt 40 bis 50 Arbeiter beschäftigen, während ein anderer Theil immer mehr auf gewisse, mit der Maschine nicht herstellbare Artikel beschränkt würde und zu Kleinbetrieben hinabsänke. Niemand wird bestreiten, das sei industrielle Konzentration. Nicht so nach Bernsteins Statistik. Nach dieser stellt sich die geschilderte Entwicklung dar als Rückgang des Mittelbetriebs zu Gunsten des Kleinbetriebs, und die aus ihr zu ziehende Folgerung wäre, daß die betreffende Branche noch nicht für den mittleren Betrieb geeignet ist. Damit derartige Widersprüche zwischen den statistischen Resultaten und der Wirklichkeit einigermaßen vermieden werden, muß bei der Abstufung der Betriebe nach der Größe die Grenze viel enger gezogen, also die Mittelklasse wieder in eine Reihe Unterklassen getheilt werden.

3. Doch selbst wenn eine derartige engere Abstufung durchgeführt wird, bleibt, wie schon gesagt, das Ergebniß ein einseitiges, denn die Zunahme der Arbeiter in einem Betrieb veranschaulicht nur eine bestimmte Seite der vor sich gegangenen Konzentration. Mit der gleichen Berechtigung, wie an diesem Maßstab, kann man auch die Größe des Betriebs an der Summe der in ihm angelegten Kapitalien, nach der Produktenmasse, dem Waarenumsatz 2c. messen. Alle diese Maßstäbe haben den gleichen Werth oder Unwerth; alle geben, für sich betrachtet, nur ein sehr ungenaues Bild der Entwicklung. Einige aufs Gerathewohl herausgegriffene Beispiele aus dem Handelsgewerbe, die, wie Branchenkundige bezeugen werden, keineswegs bloße Phantasiegebilde sind, mögen das näher erläutern.

Nehmen wir ein Importgeschäft, das sich vornehmlich mit dem Großimport bestimmter Kolonialprodukte, als Kaffee, Thee, Reis 2c. beschäftigt. Das Geschäft kauft durch überseeische Kommissionshäuser oder Agenten ganze Ernten auf; empfängt aber, wie der Ausdruck lautet, die Waare nicht selbst, sondern verkauft sie schon, wenn noch die Ladung schwimmt, nach den erhaltenen Proben in einzelnen Partien an der Börse weiter, lieferbar zu einem bestimmten Termin mit der Verpflichtung für die Käufer, die Waare selbst von Bord oder vom Quaispeicher abzunehmen. Falls aber beim Einlaufen des Schiffes ein Theil der Waare noch nicht verkauft sein sollte, lagert die Firma den Rest nicht selbst, sie überweist ihn bis zum Absatz einer Lagerhaus- oder Speichereigesellschaft zur

Lagerung. Das Geschäft ist also entschieden Großbetrieb; vielleicht beträgt das Geschäftskapital mehrere Millionen. Dennoch wird das Haus nach Bernsteins Rechnung als Kleinbetrieb gelten müssen, denn da die Firma nicht „lagert“ und selbst an der Börse oder durch die Vermittlung von Waarenmaklern ihre Waare absetzt, braucht sie nur ein sehr mäßiges Komptoirpersonal; vielleicht vier bis fünf tüchtige Angestellte.

Nun ein anderes Importgeschäft.[1] Es importirt hauptsächlich bestimmte Industrieerzeugnisse, aber nicht, wie die oben erwähnte Firma, auf Spekulation, sondern meistens „auf Ordre“, d. h. seine Agenten und Reisenden sammeln nach Proben bei den Grossisten und Händlern die Aufträge ein und auf Grund der eingegangenen Bestellungen wird dann importirt. Nebenbei hält die Firma, um dringende Bestellungen sofort ausführen zu können, von allen Hauptartikeln ein größeres Lager, vielleicht hat sie auch für eine große englische oder amerikanische Fabrik den Generalvertrieb für mehrere Länder. Das im Betrieb angelegte Kapital, der Umsatz, der jährliche Reingewinn sind weit kleiner, wie im obigen Falle; dagegen braucht natürlich ein solches Geschäft ein weit größeres Personal: Buchhalter, Korrespondenten, Komptoiristen, Reisende, Lagermeister, Expedienten, Packer, Speicherarbeiter ꝛc. Das wäre nach Bernstein Großbetrieb.

Aehnliche Verschiedenheiten finden wir in anderen Betriebszweigen, im Bankfach, in der Speditionsbranche, im Detailhandel, in den verschiedenen Industriebranchen. Eine Bank, die einen ausgedehnten kleineren Giroverkehr hat, braucht, wie Bernstein weiß, ein größeres Personal, als eine andere, die sich auf Emissions-, Waarenkredit- oder Diskontogeschäfte beschränkt. Ein Ladengeschäft, das mit allerlei Kleinartikeln handelt, hat mehr Angestellte nöthig, als ein feines Möbelgeschäft, ohne daß deshalb das erstere im Sinne der kapitalistischen Akkumulation das größere zu sein braucht. Ebenso in der Industrie. Eine mit allen neuesten technischen Hilfsmitteln arbeitende Farbwaarenfabrik, die vierzig Arbeiter beschäftigt, ist weit mehr ein großindustrielles Unternehmen, als eine Tabak- und Zigarrenfabrik, in der hundert Arbeiter und Arbeiterinnen arbeiten. Selbst die Lohnsumme kann im ersteren Falle höher sein, denn Techniker und qualifizirte Arbeiter erhalten natürlich mehr, als Wickelmacherinnen und Rapperstreiferinnen.

Vor Allem aber kommt in Bernsteins statistischer Beweisführung absolut nicht die Bedeutung, welche der Großbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb in der Gesammtwirthschaftslage einer Branche erlangt hat, zum Ausdruck. Statistisch zeigen, wie schon Genosse Parvus in Nr. 22 der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hervorgehoben hat, oft einzelne Industriezweige eine unerwartet große Anzahl Kleinbetriebe; sieht man jedoch näher zu, so findet man, daß diese Kleinbetriebe entweder vom Großbetrieb völlig abhängige hausindustrielle Betriebe sind oder daß sie für die Großbetriebe gewisse Vor- oder Theilarbeiten liefern. Manchmal sind sie überhaupt nur auf dem Papier vorhanden, so z. B. in der Tapetenindustrie. Hier bezeichnen sich manche kleineren Mittelbetriebe als Fabriken, welche theils nur bestimmte Handdruckartikel anfertigen, die für die Gesammtproduktion gar nicht in Betracht kommen, theils noch niemals selbst ein Stück Waare fabrizirt haben. Ihre Thätigkeit beschränkt sich darauf, angekaufte Muster in Formen und Walzen stechen resp. graviren zu lassen und sich dann von diesen eigenen Mustern in einer großen Fabrik eine Anzahl Waarenpartien in bestimmten

---

[1] Ich wähle absichtlich nochmals ein Importgeschäft, weil es gewöhnlich heißt, man könne nur Geschäfte derselben Branche vergleichen; auch das trifft nicht immer zu.

Kolorits herstellen zu lassen. Das sind also Fabriken, die nicht selbst fabriziren, die nur ihre eigenen Muster, Formen und Walzen für die Fabrikation stellen.

Günstiger für Bernsteins Auffassung liegen die Verhältnisse in der Landwirthschaft. Zwar giebt die Abstufung der Größe der Betriebe nach der Anzahl der Hektaren ebenfalls kein genaues Bild der Konzentrationsbewegung. Bei gleichbleibender Vertheilung der Bodenfläche kann z. B. doch durch Anschaffung landwirthschaftlicher Maschinen, Vermehrung des Viehstandes, industrielle Neuanlagen 2c. in einzelnen Betriebszweigen eine bedeutende Betriebsvergrößerung erfolgt sein; aber im Ganzen bleibt richtig, daß in der Landwirthschaft die Konzentration nur sehr langsam vor sich geht, in manchen Gegenden sich sogar eine Reaktionsbewegung geltend macht. Der Grund liegt theils in besonderen lokalen, durch die historische Entwicklung des Grundbesitzes in Preußen und anderen Theilen Deutschlands bedingten Umständen, deren Erörterung hier zu weit führen würde, theils in der Zunahme der russischen und überseeischen Getreide- und Fleischkonkurrenz, welche die deutsche Landwirthschaft vom Weltmarkt mehr und mehr verdrängt hat und sie selbst in ihren einheimischen lokalen Absatzgebieten gefährdet. Aber dieses Zurückbleiben ist durchaus kein Zeichen der Gesundheit; es ist die gewaltsame Depression eines natürlichen Wachsthums. Dieselben Gründe, welche die Landwirthschaft vom Export ausschließen und die Betriebskonzentration hemmen, bewirken zugleich, daß die Landwirtschaft im Gesammthaushalt der Nation immer mehr an Bedeutung verliert gegenüber der Industrie, daß immer weitere Bevölkerungskreise zur Industrie herübergezogen werden und die in der Landwirthschaft beschäftigte Personenmenge stetig abnimmt, nicht nur relativ, in manchen Landestheilen sogar absolut: ein Rückgang, der noch weit stärker sein würde, wenn nicht durch hohe Lebensmittelzölle, Viehsperren, Liebesgaben, sowie durch die politischen und sozialen Vorrechte, die in einigen „Vaterländern" mit dem Grundbesitz verbunden sind, dieser künstlich lebensfähig erhalten würde. So betrug z. B. die Zahl der Personen, welche die Landwirthschaft als Hauptberuf betrieben:

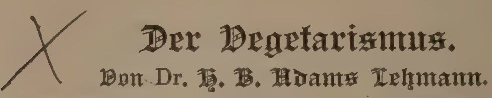
	1882	1895
in Deutschland	8 063 966	8 045 441
= Preußen	4 588 519	4 633 055

Trotz Zunahme der Bevölkerung ist also in Deutschland die Zahl der in der Landwirthschaft beschäftigten Erwerbsthätigen zurückgegangen, und zwar kamen 1882 auf 1000 Personen der Gesammtbevölkerung noch 178 Personen, welche Landwirthschaft als Hauptberuf betrieben, 1895 hingegen nur 155. Zur landwirthschaftlichen Bevölkerung überhaupt gehörten von 1000 Personen der Gesammtbevölkerung:

	1882	1895
in Deutschland	413,60	344,12
= Preußen	424,61	347,68

Doch genug, ich möchte nicht durch weiteres Eingehen auf einzelne Beispiele ermüden. Die vorstehenden Ausführungen werden zum Beweise dafür genügen, daß die von Bernstein beigebrachten Ziffern nicht blos ein getrübtes, sondern ein durchaus unzuverlässiges Bild des heutigen Entwicklungsstandes geben, jedenfalls nicht zuverlässig genug, um daraus weitgehende Folgerung bezüglich des ganzen kapitalistischen Entwicklungsverlaufs zu ziehen. Ich glaube auch kaum, daß Bernstein sich durch diese dürftigen Zahlen dermaßen hat imponiren lassen, daß sie ihn zu seiner Schwenkung veranlaßt haben. Seine statistische Zusammenstellung scheint mehr ein Versuch zu sein, für eine auf anderem Wege erlangte

Ansicht nachträglich einen Beweis zu finden. Gewonnen hat Bernstein seine Auffassung allem Anschein nach durch Beobachtung des ihn umgebenden englischen Wirthschaftsgetriebes; da er sich aber selbst sagte, daß ein Hinweis auf seine subjektiven Eindrücke schwerlich von Anderen als Beweis anerkannt werden würde, so lag für ihn, wollte er seine Auffassung begründen, die Nothwendigkeit vor, sich ein anderes Demonstrationsmaterial zu suchen. (Fortsetzung folgt.)



Der Vegetarismus.

Von Dr. K. B. Adams Lehmann.

In einem Artikel über die sogenannte Naturheilkunde habe ich in Nr. 4 der „Neuen Zeit" den Vegetarismus als eine schwere Verirrung bezeichnet. Gegen diese Auffassung zieht Herr Hans Kurt („Neue Zeit" Nr. 10) mit Behauptungen zu Felde, welche leider zu wenig präzis sind, um eine Erwiderung zu gestatten. Er giebt zu verstehen, daß er als Anhänger der „fleischlosen Ernährung" in zwanzigjähriger Praxis gute Erfahrungen gemacht hat, ohne uns mitzutheilen, ob auch Milch und Eier aus seiner Kost verbannt sind, oder seine Lebensweise irgendwie näher zu beschreiben, und auch die Angaben über die Lebensweise seiner Gesinnungsgenossen, welche in Wettmärschen über Fleischesser gesiegt haben, sind ebenso lückenhaft. Schon aus diesem Grunde mußte ich es mir versagen, auf Herrn Kurts Aeußerungen einzugehen; auch glaube ich kaum, daß sich eine solche Polemik lohnen würde.

Für diejenigen Leser der „Neuen Zeit" aber, welche der Frage bis jetzt fern gestanden sind und durch die Darstellungen des Herrn Kurt zu einer irrigen Auffassung gelangen könnten, scheint es mir geboten, das Für und Wider des Vegetarismus, sofern es durch Experiment und Erfahrung feststeht, kurz zu skizziren. Es ist nicht gut, daß die Wissenschaft sich vornehm zurückhält, weil sich das Halbwissen gar zu laut geberdet. Sie ist sogar verpflichtet, sich neben diesem enfant terrible Gehör zu verschaffen.

Nicht, daß wir dem Halbwissen seine Berechtigung absprechen wollen. Es trifft manchen Nagel besser auf den Kopf als die Wissenschaft. Wie die Naturheilkunde hat auch der Vegetarismus eine historische Aufgabe erfüllt in seiner Auflehnung gegen die übertriebene Fleischnahrung, welche seiner Zeit von Liebig und seiner Schule befürwortet wurde. Inzwischen aber haben Meister mit einem ganz anderen Befähigungsnachweis als der durchschnittliche Fanatiker des Vegetarismus an dem Aufbau der Ernährungswissenschaft gearbeitet, und wenn Virchow vor dreißig Jahren eine wissenschaftliche Diätetik für unmöglich erklärte, so gilt dieser Ausspruch jetzt nicht mehr. Heute *wissen* wir, was zur Ernährung *gehört*, und die Verwirklichung dieser Erkenntniß ist nur mehr eine Frage von Verstand und Geld. Damit ist auch die Aufgabe des Vegetarismus erledigt und es ist Sache der Wissenschaft geworden, das Richtige, was er enthält, zu begründen und das Unrichtige zu verwerfen. In diesem Sinne sei es mir gestattet, das Thatsächliche in aller Kürze zusammenzufassen.

Unser Körper besteht aus bestimmten, wohlbekannten Stoffen, darunter Eiweiß in einem Verhältniß von 16 Prozent. Die Muskeln, von denen unsere Leistungsfähigkeit in erster Linie abhängt und welche circa 42 Prozent des Körpergewichts ausmachen, bestehen zu 21 Prozent aus Eiweiß. Nach dem Wasser, welches 64 Prozent des Körpers ausmacht, ist das Eiweiß mit seinen 16 Prozent das vornehmste Baumaterial des menschlichen Organismus.

Es ist also klar, daß wir das Eiweiß zum Leben nöthig haben, erstens, um den Körper überhaupt aufzubauen, und zweitens, um verbrauchte Körpersubstanz zu ersetzen. Das Kind, welches mit 6 Pfund auf die Welt kommt und zu einem 120 bis 200 Pfund schweren Mann heranwächst, muß offenbar dieses Plus an Gewicht irgendwo hernehmen. Aber auch nach vollendeter Entwicklung verbrauchen wir täglich eine bestimmte Menge Körpereiweiß, welches ersetzt werden muß, wenn der Körper nicht schwinden soll.

Woher erhalten wir nun dieses Eiweiß? Einzig und allein von dem Eiweiß, welches wir in der Nahrung genießen. Es giebt keinen anderen Stoff, welcher sich im Körper in Eiweiß verwandeln kann. Nur aus Nahrungseiweiß entsteht Körpereiweiß. Es folgt, daß wir Eiweiß zu uns nehmen müssen und zwar ist die für einen mittelschweren Mann erforderliche Menge rund 120 Gramm im Tage.

Kein thierisches Wesen kann sich dem Eiweißbedürfniß entziehen. Alle brauchen Eiweiß und müssen ohne Eiweiß sterben. Auch Vegetarier strengster Observanz sind keine Ausnahmen. Unterschiede bestehen nur in der Art des genossenen Eiweißes. Manche Thiere leben bekanntlich von thierischem Eiweiß, manche von pflanzlichem und manche von beiden gemischt. Durch den Bau seiner Verdauungsorgane gehört der Mensch zu der letzten Gruppe und hat sich in der ganzen Welt, sofern er sich nicht in einer Zwangslage befand, für eine gemischte Thier- und Pflanzenkost erklärt.

Diese Naturstimme hat sich auch vor der Wissenschaft als rationell legitimirt.

Quellen des Eiweißes sind bekanntlich Fleisch, Blut, Eingeweide, Milch, Eier und Pflanzensamen, in kaum nennenswerthen Mengen auch andere Pflanzentheile. Der Normalmensch, in Uebereinstimmung mit der theoretischen Wissenschaft, deckt seinen Eiweißbedarf aus allen diesen Quellen und befindet sich wohl dabei. Nun aber kommt der Vegetarier und sagt, daß nur die pflanzlichen Quellen naturgemäß und gesund seien und die anderen tabu.

Früher, wie er diese Behauptung aufstellte, war sie durchaus berechtigt, denn sie war, wie gesagt, die Auflehnung gegen die reine oder fast reine Fleischkost, welche für uns noch weniger taugt, als die reine Pflanzenkost. Denn der Mensch kann nicht leben von Eiweiß allein, er braucht auch Fett und Kohlenhydrate. Kohlenhydrate aber sind im Fleische nicht enthalten. Kohlenhydrate sind Stärkemehl und Zucker und diese finden wir vorzugsweise in Samen, Wurzeln und Obst.

Der Vegetarier predigte also die Rückkehr zum Samen, Wurzeln und Obst, und that wohl daran. Denn wir brauchen diese Kohlenhydrate zur Muskelarbeit, wie wir das Eiweiß zum Muskelaufbau brauchen. Ohne Eiweiß kein Muskel, aber ohne Kohlenhydrate keine Muskelarbeit.

Es ist dasselbe Verhältniß, um mich eines Vergleichs des Physiologen Hermann zu bedienen, wie etwa zwischen dem Eisen, aus welchem eine Maschine gemacht wird, und der Kohle, welche sie heizt. Ohne Eisen keine Maschine, aber ohne Kohle kein Dampf.

Diese Behauptung ist zwar nicht unbedingt richtig, denn auch das Fett liefert Muskelarbeit, wie wir ja bei den fleischfressenden Thieren sehen. Aber für den menschlichen Organismus ist es zweckmäßiger, ein Gemisch von Fett und Kohlenhydraten zu verwenden, und zwar Kohlenhydrate in erster Linie. Bei einem erwachsenen Manne von 70 Kilogramm Körpergewicht beträgt der Bedarf 500 Gramm im Tage.

Daher kommt es, daß bedeutende körperliche Leistungen bei einer Kohlenhydratkost ausführbar sind, z. B. der von Herrn Kurt angeführte siegreiche Wettmarsch bei Brot und Salz. Es bedurfte gar nicht erst dieser vereinzelten Beispiele, liefern uns doch die reisessenden Japaner im großen Maßstab den Beweis von dem Werthe der Kohlenhydrate für Muskelarbeit. Ein japanischer Läufer zieht Wagen und Insassen 50 bis 70 Kilometer im Tage. Das ist eine ungeheure Leistung, zu der er durch den Genuß von 3 bis 4 Pfund Reis im Tage befähigt wird. Bestände seine Nahrung aber lediglich aus Reis, so würde es mit der Leistungsfähigkeit sehr bald vorbei sein. Neben dem eiweißarmen Reis genießt der Japaner Hülsenfrüchte, Fische und Rindfleisch, wodurch sein Eiweißkonsum auf 80 bis 100 Gramm im täglichen Durchschnitt erhöht wird; und auch der Kuli nimmt diese Eiweißträger zu sich, wenn er sich unterwegs vom Laufe ausruht.

Dieser Eiweißkonsum der durchschnittlich 50 Kilogramm schweren Japaner entspricht den 120 Gramm, welche Voit bei einem Körpergewicht von 70 Kilogramm verlangt.

Nun giebt es, wie Herr Kurt sehr richtig hervorhebt, allerhand Vegetarier. Eine Dame, welche seit Jahren eine hervorragende Stelle in der Gemeinde einnimmt, erklärte mir z. B., man müsse vorläufig noch mit der gemischten Getreide- und Obstnahrung fürlieb nehmen; nachdem der Obstbau die nöthige Ausdehnung erlangt habe, würde man sich aber ausschließlich von Obst ernähren und der Apfelbaum sei die Lösung der sozialen Frage.

Nun enthält der Apfel 0,36 Prozent Eiweiß. Um 120 Gramm Eiweiß zu erhalten, müßte man also täglich die Kleinigkeit von 33 Kilogramm Aepfel genießen, und selbst von Zwetschgen, welche sich unter allen Früchten durch den höchsten Eiweißgehalt von 0,78 Prozent (!) auszeichnen, würde man immer noch 15 Kilogramm benöthigen. Nicht viel anders steht es mit den unfreiwilligen Vegetariern, welche sich von Kartoffeln ernähren. Die Kartoffel enthält im Durchschnitt 1 Prozent Eiweiß, 120 Gramm also erst in 12 Kilogramm. Weil solche Massen nicht zu bewältigen sind, ohne Eiweiß das Leben aber überhaupt nicht gefristet werden kann, greifen diese Unglücklichen aus reinem Selbsterhaltungstrieb zu Häring oder Buttermilch.

Durch eine tiefe Kluft von diesen Wahnwitzigen getrennt ist der andere Flügel der Vegetarier, der allerdings auch nur Pflanzeneiweiß genießt, dieses aber da aufsucht, wo es in der konzentrirtesten Form zu haben ist, nämlich im Samen. Hier bilden Brot und Hülsenfrüchte den Stapel der Ernährung. In dieser Gestalt ist es wohl möglich, das nöthige Quantum Eiweiß in einer Nahrungsmenge zu erhalten, welche zwar, im Vergleich mit gemischter Kost, immer noch sehr voluminös ist, aber dennoch die Grenzen menschlicher Aufnahmefähigkeit nicht übersteigt. Weißbrot enthält 7 Prozent, Roggenbrot 6 Prozent Eiweiß; 120 Gramm Eiweiß würde man also bekommen in 1,7 Kilogramm Weizenbrot bezw. 2 Kilogramm Roggenbrot. Bei den Hülsenfrüchten, welche durchschnittlich 25 Prozent Eiweiß enthalten, bekäme man die fraglichen 120 Gramm sogar schon in 500 Gramm Bohnen-, Erbsen- oder Linsenmehl. Es giebt auch Menschenkategorien, welche bei dieser Samenernährung nicht nur gesund, sondern auch ganz außergewöhnlich leistungsfähig bleiben, wie z. B. die oberbayrischen Holzknechte, welche von Mehl und Fett, die siebenbürgischen Feldarbeiter, welche von Mais und Saubohnen leben. Inwiefern verdient also diese Art von Vegetarismus als eine Verirrung und gar als eine schwere Verirrung bezeichnet zu werden?

Die Gründe sind folgende:

Das Pflanzeneiweiß, dessen Prozente sich auf dem Papier so beruhigend ausnehmen, ist für die Verdauung dem thierischen Eiweiß nicht gleichzusetzen. Ein bedeutend kleinerer Theil geht in das Blut über. Der Rest wird unverdaut aus dem Darm wieder ausgeschieden. Er ist also ein unnützer und mitunter auch ein schädlicher Ballast, indem er sich zersetzt und im Darm Katarrhe verschuldet. Bei Versuchen, Zuchthäusler ausschließlich mit Pflanzenkost zu ernähren, hat man schon eine Mortalität von 73 Prozent an unstillbaren Durchfällen erlebt.

Von je 100 Gramm Eiweiß, welche in den unten angeführten Nahrungsmitteln enthalten sind, werden nur folgende Mengen verdaut und in den Saftstrom aufgenommen:

Fleisch, gebraten	97 Prozent
Eier, weich gekocht	97 "
Milch	96 "
Käse	96 "
Maccaroni	83 "
Erbsenbrei	83 "
Reis, gekocht	80 "
Weißbrot	78 "
Roggenbrot	68 "
Pumpernickel	58 "

Wie diese Tabelle zeigt, wird das thierische Eiweiß fast ganz ausgenutzt, während von dem Pflanzeneiweiß 17 bis 42 Prozent unverdaut abgeht! **Bei Roggenbrot beträgt der Verlust nicht weniger als 32 Prozent.**

Die Folge ist, daß wir in Wirklichkeit viel größere Mengen als die oben angegebenen bedürfen, um die nöthige Eiweißmenge zu erhalten, und die Praxis bestätigt uns dies.

So konsumirt der Japaner z. B. durchschnittlich folgende Mengen:

Reis, gekocht	1750 Gramm
Andere Nahrungsmittel (Soyabohnen und Fische)	750 "
Summa	2500 Gramm.

Diese 5 Pfund Nahrung bedeuten aber eine ganz andere Belastung der Verdauungsorgane als die 2 Pfund, mit welchen die gemischte Kost durchschnittlich gedeckt ist.

Ebenso große Mengen genießt der siebenbürgische Feldarbeiter:

Mais, trocken	1304 Gramm
Saubohnen, trocken	154 "
Summa	1458 Gramm.

Selbst wenn diese Quantitäten aufgenommen und ohne Verdauungsstörungen bewältigt werden können, bedingen sie eine überflüssige Arbeit, welche durch keinen entsprechenden Nutzen aufgewogen wird. Also schon für diese Fälle verdient die Ernährungsweise — sofern sie eine freiwillige ist — eine Verirrung genannt zu werden. Zu einer schweren Verirrung, welche sich an Gesundheit und Leben straft, wird sie aber, sobald diese Quantitäten nicht aufgenommen oder nach der Aufnahme nicht verdaut werden können, und das ist, was in weitaus den meisten Fällen geschieht, wenn das Experiment von Menschen angestellt wird, welche diese Kost nicht gewöhnt sind oder deren Lebensweise ihnen die nöthige Bewegung im Freien nicht gewährt. Die angeführten Holzknechte, Feldarbeiter und

Wettmarschsieger sind die Ausnahmen, die in Folge einer ungenügenden Aufnahme chronisch Unterernährten und darum jeder Krankheit Preisgegebenen die Regel unter den Vegetariern.

Am verhängnißvollsten macht sich dieser Ausfall bei Kindern geltend, welche ausschließlich oder auch nur vorwiegend mit Pflanzenkost ernährt werden. Kinder brauchen im Verhältniß mehr Eiweiß als Erwachsene, denn der Erwachsene muß seinen Körper nur erhalten, das Kind aber muß ihn erst aufbauen. Dazu giebt ihm die Natur in der Muttermilch eine Nahrung, welche einen Theil Eiweiß auf vier Theile stickstofffreier Nährstoffe enthält, während das von Voit experimental ermittelte Verhältniß bei Erwachsenen 1 auf 4,5 beträgt. Bei Kuhmilch ist der Unterschied noch viel auffälliger, nämlich 1 zu 2,35. Einer so konzentrirten Eiweißnahrung bedarf also das Kalb, welches sich später ausschließlich mit Gras erhalten kann! Außerdem sind die kindlichen Verdauungsorgane viel empfindlicher gegen den unverdauten Rest der Pflanzenkost als erwachsene. Das Eiweiß bedürftige Kind muß demnach bei einer vegetarischen Kost noch viel schwerer auf seine Rechnung kommen, als der Erwachsene, und der Versuch, ihn und seine nicht dazu geeigneten Organe zum Vegetarismus zu zwingen, wird sich in 99 Fällen von 100 mehr oder minder empfindlich rächen. Belege: Säuglingssterblichkeit und das Gros der Volksschulkinder.

Das sind die Lehren der Natur und der Wissenschaft. Sie sind klar und eindeutig und es gehört der ganze selbstgefällige Fanatismus des Halbwissens dazu, um sich ihnen zu verschließen. Auch dieser Fanatismus ist das echte Kind der äußeren Verhältnisse; die meisten freiwilligen wie unfreiwilligen Vegetarier sind es, weil sie die Noth dazu gemacht hat, weil die Beschaffung der naturgemäßen, gemischten Thier- und Pflanzenkost unter heutigen Verhältnissen für die große Mehrheit ein Ding der Unmöglichkeit ist. Es wäre aber rationeller, seine ganze Kraft auf die Umgestaltung dieser Verhältnisse zu konzentriren, statt den menschlichen Darm ihnen anpassen zu wollen. Der aussichtslose Versuch wird an dem Tage aufhören, an dem diese gemischte Kost allen Gesellschaftsmitgliedern zugänglich wird.

Die heutige Arbeiterfamilie und die öffentliche Erziehung vorschulpflichtiger Kinder.

Von Gustav Schönfeldt.

„Die Erziehung des Menschen muß von seiner Geburt an beginnen!“ Mit diesem Worte drückt der Altmeister der Pädagogik, der edle Schweizer Pestalozzi, die eminent wichtige pädagogische Bedeutung der ersten Kindheitsperiode aus. Es ist befremdlich, daß man nicht nur in Eltern-, sondern auch in Pädagogenkreisen recht oft einer Unterschätzung dieser Zeit begegnet. Und doch müßte schon die einfache Erwägung, daß es das erste Lebensalter ist und es die ersten jungen Wurzeln und Triebe der Kindesseele sind, was Grund faßt und Richtung giebt für den gesammten weiteren Auf- und Ausbau des inneren Menschen; daß das Kind gerade während der ersten Jahre am empfänglichsten und bildungsfähigsten ist und darum alles Gute wie alles Schlechte in den Keimmonaten des Menschenlebens seine ersten und tiefsten Wurzeln schlägt: Eltern, Berufserzieher und Gesellschaft veranlassen, dieser Zeit eine erhöhte Bedeutung beizulegen und ihr erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Es wird manchem Widerspruch begegnen, daß auch der Schule und dem Staate ein wichtiges Interesse an einer zweckmäßigen Erziehung der vorschulpflichtigen Jugend beigemessen wird. In den meisten Fällen wird sich dieser Widerspruch in dem Schlagwort kundthun: „Die erste Erziehung des Kindes ist Sache der Familie." Doch damit ist nicht zurückgewiesen, daß es der Schule um ihrer Arbeit willen nicht gleichgiltig sein kann, unter welchen Boden-, Luft- und Lichtverhältnissen die junge Pflanze erwuchs, bis sie ihr zur Wartung und Erziehung überwiesen wurde; daß der Staat wohl ein Interesse daran habe, ob für die Erziehung seiner künftigen Bürger eine Reihe kostbarer Jahre fruchtbar gemacht oder verwahrlost werden, ob die erste Eingliederung in die menschliche Gemeinschaft in rechter Weise geschehe oder nicht.

Es ist ein eigen Ding um Schlagwörter. Auf gewisse und bestimmte Verhältnisse gemünzt, sollen sie allgemeine Giltigkeit haben. Jener Satz hat nimmer axiomatischen Werth, sondern nur dann recht, wenn Lebensbedingungen und Lebensäußerungen der Familie der Erziehung günstig sind, wenn Verständniß und sittliche Reife der Eltern eine Erziehung ermöglichen, wenn die Einzelerziehung durch die Familie im Einklang steht mit den höheren Interessen. Eben weil solche Voraussetzungen fehlten, griffen Kirche und Staat durch Errichtung von Schulen in den unumschränkten Erziehungsbereich des Hauses ein. Und bei veränderten Kulturbedürfnissen wird man auch der Gesellschaft eine Erweiterung ihrer Machtsphäre zugestehen müssen. Nicht nur das schulpflichtige, sondern auch das frühere Lebensalter fällt unter sozialpädagogische Erwägungen.

Nur auf dem Boden der Sozialpädagogik ist eine Erörterung und Einigung über die Frage der Nothwendigkeit öffentlicher Erziehungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter möglich.

Jedem aufmerksamen und einsichtigen Beobachter zeigt sich die Erscheinung, daß die Familie in den breiten grundlegenden Schichten des sozialen Baues sich augenblicklich in einem Zustand der Zersetzung und Auflösung befindet. Es bleibe unerörtert, ob sich ein vorübergehender krankhafter Prozeß vollziehe, oder ob die Bildung einer neuen Form der Familie sich vorbereite. Jedenfalls stehen sowohl die Thatsache des Vorgangs, wie auch der kausale Zusammenhang mit der wirthschaftlichen Entwicklung fest.

Die veränderte Sachlage, soweit sie insbesondere unser Thema betrifft, darf wohl in folgenden Punkten präzisirt werden.

Die Entwicklung vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb, von der Handarbeit zur Maschinenarbeit hat den Vater aus der häuslichen Werkstatt in die Fabrik gesetzt und ihm das Zusammenleben mit seiner Familie bis auf wenige Stunden gekürzt.

Die fortschreitende wirthschaftliche Konzentration hat zur Anhäufung ortsfremder Arbeitskräfte in Industrie- und Handelszentren und damit zur Wohnungsdichtigkeit und Durchsetzung der Familie mit blutsfremden Elementen geführt.

Die Tendenz, möglichst billig zu produziren, hat in immer größerem Umfang die Frauenarbeit gezeitigt und neben dem Vater auch die Mutter auf den großen Arbeitsmarkt gebracht.

In jeder Hinsicht ist dadurch die Familie in der Ausübung erziehlicher Funktionen beeinflußt worden.

Die Erziehung des Kindes wird dem Vater immer mehr entzogen und der Mutter nahezu ausschließlich zu der mannigfachen Bürde der Hausarbeit aufgelastet. Allerlei Unarten, mit deren Bekämpfung später die Schule harte Arbeit hat, wie z. B. Trotz und Empfindlichkeit, darf man wohl zum großen Theile auf

den Mangel männlicher Leitung des Kindes während seiner ersten Lebensjahre zurückführen. Auch die Ausscheidung der Werkthätigkeit des Vaters aus der Beobachtung des Kindes beeinträchtigt seine intellektuelle und sittliche Entwicklung. Bereicherung der Sachkenntnisse, willige und freudige Unterordnung, Lust an körperlicher Thätigkeit, Schärfung der Sinne, Entwicklung körperlicher Geschicklichkeit, Freude am Selbstschaffen, Vertrauen auf die eigene Kraft und auf das eigene Können: alle diese Einwirkungen der Arbeit des Vaters auf das beobachtende, hilfeleistende und im Spiele nachahmende Kind kann die heutige Arbeiterfamilie überhaupt nicht oder doch nur in geringem Maße ausüben.

Die Oeffentlichkeit des heutigen Familienlebens, die Vereinigung der verschiedenartigsten Elemente im Raume einer Wohnung, nur zusammengehalten durch rein materielle Bande, haben den Zauber des abgeschlossenen und trauten Heims verscheucht und nicht selten das sittliche Gemeinschaftsleben der Ehegatten untergraben und so die Lebensluft der zarten Kinderseelen verpestet.

Doch die bedenklichste Sache ist die Entfernung der Mutter aus dem Hause. Die bloße Konstatirung dieser Thatsache enthüllt eine entsetzliche Gefahr körperlicher, geistiger und sittlicher Verwahrlosung der Arbeiterjugend. Von der Größe des körperlichen Elends legen die hohe Sterblichkeitsziffer für Arbeiterkinder und die Fülle von Unglücksfällen, die sich in Folge mangelhafter Beaufsichtigung der Kleinen ereignen, ein beredtes Zeugniß ab; die geistige und sittliche Noth lassen sich nicht in Zahlenreihen auflösen, nur ahnen.

Es ist gewiß, daß in denjenigen Volksschichten, welche wir besonders im Auge haben, es auch in früheren Zeiten um die Erziehung des Nachwuchses gar übel bestellt gewesen, daß die materielle Noth schon früher hier geistiges und sittliches Elend in Begleitschaft und im Gefolge gehabt hat und die Familie in dem Kreise der Armen und Aermsten nie sonderlich geeignet gewesen ist, Träger pädagogischer Funktionen zu sein. Es hat hier stets durchweg an dem nöthigen Verständniß, der Fähigkeit und recht oft auch an der sittlichen Reife gefehlt für erziehliche Arbeit, wie sie heute wissenschaftliche Erkenntniß und praktisches Bedürfniß fordern. Jedoch haben die modern-wirthschaftliche Entwicklung schon vorhandene Uebel noch verschlimmert und sozialpolitisches Erkennen dieselben greller beleuchtet und ihre Heilung als nothwendiger gezeigt.

Die zukünftige Mutter wuchs doch bis zu ihrer Verheirathung durchweg im Kreise — sei es eigener oder fremder — häuslicher Gemeinschaft und häuslicher Arbeit auf und erlernte durch Sehen und Mitmachen wenigstens die handwerksmäßige Ausübung der Erziehung. Und der spätere Vater mußte, bevor er zur Gründung eines eigenen Herdes schreiten konnte, eine lange Schule sittlicher Zucht unter der Leitung und Bewachung gereifter und erfahrener Männer durchmachen. Es kann mir nicht einfallen, ein Loblied auf die frühere soziale Gebundenheit und die primitive Wirthschaftsform zu singen, mit denen diese Erscheinung verwachsen war. Aber es muß ausgesprochen werden, daß eine pädagogische Verwahrlosung der Jugend unausbleiblich ist, daß Verständniß und Reife für Kindererziehung in den Familien fehlen müssen, wo die Mütter in Fabriken, auf Kaffeeböden, in Nähstuben und hinter Ladentischen sich auf den Mutterberuf vorbereitet haben, wo die Väter vom ersten Lohnverdienst an ungeleitet als selbständige „Männer“ lebten und mit noch kindlicher Faust Säge und Hobel zur Bereitung einer Wiege ansetzten.

Die Mängel der Familienerziehung machen sich angesichts der heutigen Bedürfnisse des Gemeinwesens um so empfindlicher bemerkbar. Der Staat mit seinem allgemeinen Wahlrecht und seiner Selbstverwaltung stellt höhere Anforde-

rungen an die geistige und sittliche Ausbildung jedes einzelnen Bürgers, als es der ständisch gegliederte that. Und der moderne Wirthschaftsorganismus, die hohe Technik der Produktion und des Verkehrs verlangen von jedem Arbeiter ein hohes Maß geistigen und technischen Könnens und verständige Einfügung in den Dienst des Ganzen.

Durch allgemeine Bildungs- und Fachschulen sucht man diesen Bedürfnissen entgegenzukommen. Aber warum, so muß Jeder fragen, der sich die hohe pädagogische Bedeutung des ersten Kindesalters vor Augen hält, warum soll das öffentliche Interesse an einer zweckmäßigen Erziehung erst bei einem bestimmten Lebensalter, etwa beim sechsten Lebensjahr, einsetzen? Warum nicht früher, wo doch die Thatsache feststeht, daß auch die früheste Erziehung in gewissen Schichten des Volkes schlechtweg eine ungenügende ist, wo es doch unbestreitbar ist, daß hier eine ganze Reihe von Kräften vorzeitig verkümmern, die bei sorgsamer Pflege hätten für die Allgemeinheit dienstbar gemacht werden können?

Nicht länger ist der Einwurf haltbar: der Staat habe für den „Unterricht", die Familie für die „Erziehung" zu sorgen. Wo es offenkundig ist, daß die Familie in vielen Fällen nicht erziehen kann, weil die nächste Noth des Lebens, Brot zu schaffen, dazu keine Zeit übrig läßt; — daß Vater und Mutter recht oft nicht verstehen, zu erziehen; daß das sittliche Milieu die Entwicklung des Kindes vergiftet: wie kann man da noch der „Familie" ausschließlich die Erziehung zuweisen!

Es könnten die Verfechter des Familienprinzips erwidern, daß alsdann die Familie reformirt und durch Beseitigung aller gekennzeichneten Mißstände in Stand gesetzt werden müsse, ihre erziehlichen Aufgaben zu erfüllen. Untersuchen wir, wie es um diese Entgegnung stehe.

Gewiß ist, daß durch arbeitsgesetzliche Bestimmungen, Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungspflege, Belehrung und Veredlung des allgemeinen sittlichen Empfindens viel, recht viel im Interesse besserer Kindererziehung geschehen kann und auch geschehen muß. Eine gesetzliche Feststellung der Maximalarbeitszeit und des Minimallohns werden Zeit und Mittel für ein gesünderes Familienleben garantiren, der Familie durch die Ausscheidung der bittersten Noth die Abstoßung der Einlogirer und Schlafleute ermöglichen und ihr damit eine intimere Geschlossenheit zurückgeben können. Der Vater würde alsdann wieder mehr eine unmittelbare Einwirkung auf die Kindererziehung auszuüben vermögen, und die sittliche Luft des Hauses würde gereinigt werden. Ein gutes Wohnungspflegegesetz ist ferner wohl geeignet, die schädlichen Einwirkungen der Wohnungsdichtigkeit auf die körperliche, geistige und sittliche Entwicklung des Nachwuchses aufzuheben. Belehrungen und Uebung der heranwachsenden weiblichen Jugend in der Kinderpflege und Kindererziehung in Verbindung mit einer das gesammte Volksleben erfassenden Kultur des sittlichen Gefühls und des Pflichtbewußtseins und einer Hebung der allgemeinen Volksbildung müssen ergänzend zu den mehr auf materiellem Gebiete liegenden Maßnahmen hinzutreten.

Wer wollte leugnen, daß auf diesen Wegen eine bessere Kindererziehung durch die Familie zu erreichen sei: Wer wollte sich der Mitarbeit an der so gedachten Gesundung der Familie wohl entziehen! Doch verschiedenes dürfen wir dabei nicht vergessen. Zunächst ist zu bedenken, daß alles dies erst nach einer längeren Entwicklung in die Erscheinung treten kann, daß langwierige und schwere politische und wirthschaftliche Kämpfe nöthig sind, um die Familie dem Arbeiter zurückzuerobern. Man darf sich der Thatsache nicht verschließen, daß die Realisirung jener Forderungen erhebliche pekuniäre Aufwendungen verlangt, welche von

denjenigen Kreisen, die sie nun einmal in erster Linie zu machen hätten, als einfach unerschwinglich betrachtet werden. Diese Meinung ist in einflußreichen und entscheidenden Kreisen zur Zeit tiefer eingewurzelt denn je. Man befürchtet den Niedergang der heimischen Produktion und was sonst noch, wenn die Arbeitszeit vermindert, der Arbeitslohn erhöht würden. Man spricht von Entwerthung des Grund und Bodens, wenn durchgreifende Reformen im Wohnungswesen gefordert werden. Also vor der Hand steht es um die Besserung der materiellen Grundlage der Arbeiterfamilie und damit auch auf längere Zeit um die Familienerziehung noch recht faul.

Und selbst wenn nach dieser Seite hin es alles wäre, wie wir es wünschten, so spricht auch dann noch eine Erwägung dafür, öffentliche Erziehungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter einzurichten.

Ein so dringendes Kulturbedürfniß es unbestreitbar ist, die Mutter dem Säugling zurückzugeben: ein ebenfalls dringendes Kulturbedürfniß ist es, der modernen Entwicklung der Frauenarbeit nicht strangulirende Fesseln anzulegen. Ein allgemeines Verbot der Frauenarbeit wäre gleichbedeutend mit der Zurückversetzung der Frau in die alte absolute wirthschaftliche Abhängigkeit vom Manne und nicht im Interesse der für die Hebung der Kultur eminent wichtigen Emanzipation des weiblichen Geschlechts. Zudem wäre die ausschließliche Verweisung des Weibes auf die häusliche Arbeit, ohne daß man Rücksicht auf seine anderweitige Qualifikation nähme, eine Vergeudung produktiver Kräfte im großen Wirthschaftsorganismus und eine Verletzung des Rechtes der Persönlichkeit, was ökonomisch und kulturell nur zu rechtfertigen wäre, wenn die Erfüllung der traditionellen Frauenarbeit auf anderem Wege überhaupt nicht oder doch nicht so gut erreicht werden könnte. Das Kulturwidrige und die Schäden der Frauenarbeit liegen nicht in der Sache an sich, sondern nur in ihrer heutigen Form. Eine maßvolle, vernünftig geregelte Theilnahme der Frauenkraft an der öffentlichen Produktion ist vielmehr geeignet, den Anschauungskreis, das gesammte Geistes- und Willensleben des Weibes zu erweitern und zu stählen, wie auch das Familienleben zu bessern, die Kultur der Gesellschaft zu heben, die soziale Produktion zu erhöhen, bezw. die gesellschaftliche Arbeitszeit zu vermindern.

Aus diesen Gründen erscheint die „Wiedergewinnung" der Frau für das Haus wenig wahrscheinlich und wird darum auch dann, wenn alle möglichen Wünsche für die Gesundung des Familienlebens in Erfüllung gegangen sein werden, die öffentliche Erziehung der volksschulpflichtigen Jugend eine soziale Nothwendigkeit bleiben.

Doch wer auch diese Schlußfolgerungen nicht gelten lassen will und an eine völlige Rückbildung der Familie glaubt, muß angesichts der augenblicklichen Nothlage der Arbeiterfamilie auf Mittel und Wege sinnen, derselben möglichst schnell abzuhelfen. Und da wird jedem ernst Nachdenkenden schließlich kein anderer Weg gangbar erscheinen, als der in unserer Forderung gewiesene.

Wenn sowohl durch die Ueberschrift, wie auch durch die bisherigen Ausführungen das Hauptaugenmerk auf die Arbeiterfamilie gelenkt worden ist, so soll damit keineswegs der Meinung Ausdruck verliehen werden, es sei die Familienerziehung im Mittelstand und in den oberen Gesellschaftskreisen einwandsfrei, es sei für diese Schichten die öffentliche Erziehung der vorschulpflichtigen Jugend nicht erforderlich. Jene Bezugnahme erfolgte lediglich in den Erwägungen, daß die Arbeiterklasse der zahlreichste Bestandtheil der Gesellschaft ist, daß die zersetzenden Wirkungen der wirthschaftlichen Entwicklung auf die Familie sich hier am auffälligsten zeigen. Im Uebrigen sind die beklagten Mißstände auch beim

Mittelstand erkennbar. Die Abwesenheit des Vaters vom Hause, die Ueberlastung der Frau mit häuslichen Arbeiten, die fehlende Einsicht in den Entwicklungsgang der kindlichen Kräfte und darum das fehlende Verständniß für eine planmäßige Erziehung: das alles sind auch hier der Familienerziehung ungünstige Momente, welche die Sozietät nicht unbeachtet lassen darf. Und auch in den besser situirten Häusern ist es nicht immer um die Kindererziehung zum besten bestellt. Nicht selten fehlt das rechte Pflichtgefühl, das die Eltern antreibt, selbst und an erster Stelle die Erziehung des Kindes in die Hand zu nehmen, das sie abhält, Bonnen und Kindermädchen die vornehmste Arbeit des Vaters und der Mutter zuzuweisen. Noch häufiger mangelt's auch hier an dem Vermögen für eine dem Wesen der Kindesnatur entsprechende pädagogische Thätigkeit.

Noch von anderen Gesichtspunkten ausgehend hätte sich die Nothwendigkeit öffentlicher Fürsorge für das frühe Kindesalter darthun lassen. Ich hätte ausführen können, daß besonders für das alleinstehende Kind eine gemeinschaftliche Erziehung mit Altersgenossen nöthig sei. „Ein Kind, allein erzogen, wird für das Alleinsein erzogen", sagt mit Recht der Pädagoge Dr. Karl Schmidt. Es hätte ferner nachgewiesen werden können, wie in mehrkindrigen Familien die einzelnen Kinder sich nicht, eben weil sie ungleichaltrig sind, die gewünschten und geforderten Einwirkungen und Anregungen geben. Oder ich hätte ausführlich behandeln können, wie es im Interesse einer Entlastung der Schule liege, daß alle ihr zugeführten Kinder unterrichtsfähig seien, daß die Schule nicht nöthig habe, zu Beginn ihrer Thätigkeit so viel Zeit darauf zu verwenden, den Boden vom Unkraut zu säubern, üble Gewohnheiten und Sitten, wie sie der ungewählte Umgang der Straße geben, zu beseitigen u. s. w. u. s. w., wie es ferner im Interesse einer einheitlichen Erziehung liege, den Gegensatz zu entfernen, die Lücke auszufüllen, welche zwischen der Familien- und der Schulerziehung bestehen.

Es ist auf alles dies verzichtet worden, weil es hier in erster Linie darauf ankam, aus modern-sozialwirthschaftlichen Thatsachen die Behauptung zu begründen, daß die Errichtung öffentlicher Erziehungsanstalten für das vorschulpflichtige Alter ein dringendes Zeiterforderniß sei.

Man hat gegen unsere Forderung wohl geltend gemacht, eine derartige staatliche Fürsorge könnte die Eltern locken, die Erziehungspflicht überhaupt von sich abzuwälzen. Das heißt doch, die natürliche Verbindung zwischen Eltern und Kindern in ihrer elementaren Gewalt sehr unterschätzen. Das natürliche Interesse der Eltern an dem Wohlgedeihen ihrer Kinder wird mit zunehmender Veredlung des Menschen noch an Kraft zunehmen. Uebrigens umfaßt unsere Forderung beileibe nicht die Meinung, der Staat solle die Kinder der Familie völlig abnehmen. Nur für die Zeit, wo die Eltern an der Ausübung ihrer natürlichsten und vornehmsten Pflichten behindert sind, sollen die Kinder in treue Hut und unter rationelle Zucht gestellt werden. Die Familienerziehung soll nicht völlig verdrängt, sondern nur ergänzt und unterstützt werden. Es bleibt ja, wie wir es bei den schulpflichtigen Kindern sehen, auch während der hindernißfreien Zeit der Familie noch immer Gelegenheit, ihren pädagogischen Rechten und Bestrebungen Einfluß zu geben.

Wie ist nun im Näheren unsere Forderung zu realisiren? Es soll hier nicht untersucht werden, ob die Ansicht eines scharfsinnigen Pädagogen, des Professors Natorp, ihre Berechtigung habe: „Es werden unter dem Einfluß erhöhter Arbeitsgemeinschaft sich Familienverbände bilden, zu deren vornehmsten Aufgaben die gemeinschaftliche Sorge um die Erziehung der Kinder gehöre." Ist sie berechtigt, so wird doch immerhin diese Institution längere Zeit

zur Entwicklung und Ausbildung nöthig haben. Sie hat daher für uns, die wir auf möglichst schnelle Abhilfe Bedacht nehmen, kein aktuelles Interesse. Für uns liegt der Vorschlag am nächsten, daß dem Beispiel anderer Staaten (Frankreich, Schweiz, Oesterreich, Nordamerika) folgend an bestehende Einrichtungen angeknüpft werden möge, daß die Warteschulen und Kindergärten vermehrt und entsprechend umgestaltet werden.

Es ist in den Ausführungen bisher stillschweigend vorausgesetzt worden, daß es sich um eine staatliche bezw. kommunale Fürsorge handeln müsse. Die Erfahrung hat überall gelehrt, daß es auf privatem Wege unmöglich ist, solche Erziehungsanstalten in genügender Anzahl und mit genügender Einrichtung zu gründen. Die besonders in Großstädten recht erheblichen Einrichtungs- und Unterhaltungskosten können nicht wohl, wenigstens nicht soweit es sich um die sogenannten Warteschulen handelt, von den Eltern der Kinder getragen werden. Und die milden Beiträge interessirter Personen reichen bei Weitem nicht zur Befriedigung des Bedürfnisses aus. So ergiebt sich die Konsequenz, daß der Staat bezw. die Kommune eingreifen müssen. — Der Besuch der Anstalten muß unentgeltlich sein. Dieselben Erwägungen, welche für die Forderung der völligen Schulgeldfreiheit sprechen, treffen auch hier zu. — Ein staatliches Eingreifen ist ferner nöthig, um die pädagogische Leitung solcher „Volkskindergärten" zu sichern. Der Staat hat ein wichtiges Interesse daran, daß die Kleinen einer gesetzmäßigen, von gesunden Prinzipien ausgehenden, also einer durchdachten und bewußten Führung und Leitung unterstellt werden. Eine ausreichende Garantie dafür wird in den Privatanstalten nicht geboten.

Eine Reihe von Fragen der äußeren und inneren Organisation wären zu erörtern. Doch bleibt das besser pädagogischen Blättern vorbehalten. Der Zweck vorstehender Zeilen ist erreicht, wenn es ihnen gelungen ist, das Interesse weiterer Kreise an der Arbeit auf einem zum großen Theile noch brach liegenden Gebiete zu erwecken und zum Nachdenken über ein Wort Friedrich Fröbels anzuregen: „Die Einzelerziehung der vorschulfähigen Kinder in der Familie, wie sie im Ganzen jetzt ist und unter den bestehenden Verhältnissen sein kann, reicht für die Forderungen der Zeit nicht mehr aus!"

Literarische Rundschau.

Robert Schweichel, **Um die Freiheit.** Geschichtlicher Roman aus dem deutschen Bauernkrieg 1525. Stuttgart 1899, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf.

Entgegen der Gewohnheit, an dieser Stelle keine Bücher zu besprechen, die in demselben Verlag erscheinen, wie die „Neue Zeit", möchten wir, und sei es auch nur mit einigen Worten, auf das schöne Weihnachtsgeschenk hinweisen, das Robert Schweichel, der wackere Veteran von 1848, mit seinem geschichtlichen Roman aus dem deutschen Bauernkrieg in erster Reihe der deutschen Arbeiterklasse gespendet hat. Wer das Buch liest, ohne den Verfasser zu kennen, wird nicht ahnen, daß es ein Mann von achtzig Jahren*) geschrieben hat: so frisch und klar und lebendig fließt die Erzählung dahin, und von der geistigen Physiognomie des Dichters, wie sie sich in dieser Dichtung spiegelt, möchte man sagen, wie von seinem leiblichen Bildniß, das den Band schmückt: Augen wie ein Kind hat der Alte.

Treitschke meint einmal von seinem besonderen Standpunkt aus, man würde sich an den Dichtern der sogenannten Freiheitskriege versündigen, wenn man ihre Gedichte rein ästhetisch beurtheilen wollte. In dem Gedanken selbst liegt unstreitig etwas Wahres: mit größerem Rechte noch, als auf die Arndt und Körner und

*) Robert Schweichel geboren am 12. Juli 1821.

Schenkendorf, würde er auch auf manche Gedichte Herweghs und Freiligraths zutreffen. Wenn wir ihn nun aber auch auf Schweichels neuesten Roman anwenden, so soll damit keineswegs gesagt sein, daß dieser Roman die Anwendung eines streng literarischen Maßstabs nicht vertrüge. Im Gegentheil steht er hoch über allen bisherigen Versuchen, den deutschen Bauernkrieg dichterisch zu bewältigen; zu Gerhart Hauptmanns bekanntem Schauspiel verhält er sich, wie auf wissenschaftlichem Gebiet sich ein modernes Geschichtswerk zu einer mittelalterlichen Chronik verhalten mag. Schweichel klebt nicht an äußerlichen Schnörkeln und Schnurren, aber dafür hat er den historischen Zusammenhang des Bauernkriegs klar erfaßt; er kolorirt nicht blos einen derben Holzschnitt der Reformationszeit, sondern giebt ein wirkliches Bild, das erste künstlerische Bild, von dem man sagen darf, daß es jenes große Schicksalsjahr der deutschen Geschichte wieder zu beschwören gewußt hat.

Nur drängen sich auf diesem Bilde die Gestalten hier oder da gar zu sehr, und die Komposition des Bildes zerfällt etwas, weil zu viel in seinen Rahmen gespannt werden soll. Schweichel hat mit glücklichem Griffe das fränkische Gebiet des Bauernkriegs zum Schauplatz seiner Handlung gemacht: hier verliefen die Ereignisse am spannendsten, hier stießen alle Gegensätze der Zeit, fürstliches, ritterliches, bürgerliches, bäuerliches Leben, am schärfsten aufeinander, hier waren alle damaligen Klassen und selbst Klassenfraktionen durch lebensvolle Gestalten vertreten, die sich noch durch das Dämmerlicht der Jahrhunderte mit mehr oder minder großer Deutlichkeit erkennen lassen. Indem Schweichel diesen ganzen Reichthum zu erschöpfen sucht, kommt der Dichter manchmal gegen den Historiker, der Roman manchmal gegen die Geschichte zu kurz. Eben diesen Fehler aber rein ästhetisch zu beurtheilen, wäre ein Unrecht gegen den Dichter, dem es mehr darauf ankam, dem Volke wieder seine große Vergangenheit zu beleben, als eine Fabel zu ersinnen, die gegen jeden künstlerischen Einwand hieb- und stichfest wäre. Einen Dichter, dem die große Sache des arbeitenden Volkes seit langen Jahrzehnten die begeisternde Muse gewesen ist, schmückt solch ein Fehler, wie die Narbe den Krieger.

Und so wünschen wir dem Roman Schweichels die weite Verbreitung, die er namentlich auch in den Kreisen des deutschen Proletariats verdient. F. M.

Konrad Telman, **Gottbegnadet.** Roman. Dresden 1897, Reißner.

Ein Roman, nicht schlechter als andere, aber auch nicht besser. Man beginnt ihn gleichmüthig zu lesen, und ist am Ende ebenso gleichmüthig. Man ist weder überrascht, am Schluß zu sein, noch hat man ihn erwartet. Es läßt sich eigentlich nichts an dem Buche tadeln, manches loben, besonders die gute Sprache und ein paar nette Gedanken, aber es spricht nicht sehr für ein Werk, wenn man ihm ganz kühl gegenüberbleibt. Immerhin, der Roman ist lesenswerth, viel mehr als unsere gewöhnliche Zeitschriftenbelletristik, und wenn der Verfasser ein Franzose wäre, würde die deutsche Uebersetzung mehr Auflagen erleben, als es vermuthlich jetzt mit dem deutschen Original der Fall sein dürfte. Man weiß wirklich nicht, soll man sich darüber freuen oder es beklagen, daß der Autor ein Deutscher ist. D. B.

Dr. Max Nettlau, **Michael Bakunin.** Eine Biographie. Erster Band und erste Abtheilung des zweiten Bandes, die Zeit von 1814 bis September 1868 umfassend. Vom Verfasser in fünfzig Exemplaren autokopistisch vervielfältigt. 385 Folioseiten. London NW., 36 Fortune-Terrace Gate, Willesden.

Der Verfasser hat ein Exemplar seiner Arbeit dem Parteiarchiv der deutschen Sozialdemokratie überwiesen und den Unterzeichneten ersucht, von ihr in der „Neuen Zeit“ Notiz zu nehmen, welchem Wunsche gern, wenn auch etwas verspätet, nachgekommen wird. Es ist mir bisher nicht möglich gewesen, den, wie Dr. Nettlau selbst schreibt, bei der Vervielfältigung nicht immer sehr lesbar ausgefallenen Abzug ganz durchzugehen. Unter diesen Umständen muß ich mich darauf beschränken, über das Werk zu referiren, statt es zu rezensiren.

Es ist die Arbeit eines Gesinnungsgenossen oder, wenn man will, Gesinnungsverwandten des vielgenannten russischen Revolutionärs. Und man muß sagen, daß der Verfasser durch sein Werk seiner Gesinnungsverwandtschaft ein vollwichtiges Zeugniß ausgestellt hat. Es gehört große Liebe zu einem Gegenstand dazu, ihm so viel Zeit und Mühe zu widmen, wie von Dr. Nettlau auf die vorliegende Arbeit aufgewendet wurde. Seit nahezu zehn Jahren sammelt der Verfasser an dem erforderlichen Material, wobei mancherlei Reisen nöthig waren. Nachdem dann zwei Versuche, für sein Werk einen Verleger zu finden, fehlgeschlagen, hat Herr Nettlau von der Drucklegung ganz abgesehen und sich der mühsamen Arbeit unterzogen, das ganze Manuskript mit dem Autokopist zu vervielfältigen. Die so erhaltenen fünfzig Exemplare sind zumeist an öffentliche Bibliotheken gegeben worden, wo sie Jedem zugängig sind, der sich für Bakunin und sein Wirken näher interessirt. Eine kürzere Biographie gedenkt der Verfasser nach Vollendung des ganzen Werkes, das auf den doppelten Umfang des vorliegenden Theiles geschätzt ist, im Drucke herauszugeben. Bis dahin wird er Jedem dankbar sein, der ihm neues, bisher unbekanntes Material über Bakunin zustellt oder nachweist.

Der Verfasser erklärt, sich im Wesentlichen auf die Zusammenstellung, Erläuterung und Kritik des von ihm gesammelten Materials beschränkt, aber von jeder Verarbeitung unter dem Gesichtspunkt einer bestimmten historischen Methode abgesehen zu haben. Er glaubt an keine Geschichte oder, um seine eigenen Worte zu gebrauchen, er hat „den weitgehendsten Nichtglauben an alle und jede Geschichte“. „Die Wirklichkeit ist immer anders, scheint mir eine der wichtigsten Bemerkungen“ (Vorbemerkung). Geschichtschreibung nach bestimmten Motiven, ob diese nun ideologische, psychologische oder ökonomische sind, liefert ihm Romane, Dichtungen, Monologe — „unausstehlich“ wie alles tendenziöse Dichten. Der Geschichtschreiber hat die Thatsachen nach bester Kenntniß niederzuschreiben und nach Kriterien für die Verläßlichkeit der einzelnen Quellen zu suchen. Im Uebrigen aber hat er, statt dem Urtheil des Lesers vorzugreifen, diesen für sich selbst denken zu lassen. Die Trockenheit und das Mechanische dieser Methode sind in des Verfassers Augen Vorzüge, und wo er sich hat verleiten lassen, von ihr abzuweichen, will er es, da es zur Korrektur zu spät, nachträglich zurückgenommen haben.

Man muß indeß nicht glauben, daß es dem Werke Dr. Nettlaus an polemischem Stoffe mangelt. Nettlau erklärt unter Anderem das in den Händen der marxistischen Sozialdemokraten befindliche Material als ihm unzugänglich zu betrachten. „Diese Leute, die ich der Wahrheit entsprechend angreifen muß, kann ich nicht um Gefälligkeiten ersuchen.“ Er überlasse es ihnen, ihn je nachdem zu widerlegen oder zu ergänzen. In dem Satze: „die ich der Wahrheit entsprechend angreifen muß“, liegt für uns die Kritik dessen, was Nettlau als seine Methode bezeichnet. Wollte er konsequent sein, so mußte er auf alles Angreifen verzichten, denn es giebt keine Wahrheit, die ihn nöthigte, anzugreifen. Die Wahrheit, sofern sie sich als solche erweist — und wir wollen hier von der verzwickten Frage: was ist Wahrheit? absehen —, die Wahrheit also thut das gegebenenfalls selbst. Kann Nettlau nicht umhin, ihr ins Handwerk zu pfuschen, so fällt er in die subjektivistische Behandlung der Thatsachen zurück und erklärt er die von ihm verkündete Methode für unzulänglich. Aber auch wenn er das Angreifen ließe, könnte er nur ein gefärbtes Bild liefern. „Das Leben ist reicher als alle Logik“, sagt er selbst. Das Leben ist aber auch reicher als alle Darstellung. Der Biograph muß Auswahl treffen, und wie er sie trifft, wie er resumirt, hängt von seiner Individualität ab. Ich habe bei Besprechung einer früheren Arbeit Nettlaus die Worte „bis zur Fälschung subjektiv“ gebraucht. Nettlau hat darin den Vorwurf bewußter Fälschung erblickt, den ich gerade hatte vermeiden wollen. Ich wollte nur feststellen, daß Thatsachen von ihm in so einseitiger Darstellung vorgeführt wurden, daß ein total falsches Bild herauskam. Natürlich ist auch mein Urtheil subjektiv und von bestimmten Eindrücken abhängig. Aber soweit glaube ich es doch für den erwähnten Fall als maßgebend heranziehen zu können, als es bezeugte, daß Nettlaus Darstellung sich nicht genau

mit den Thatsachen deckte. Und das wird auch hinsichtlich des vorliegenden Werkes zutreffen. Entweder das Material, das Nettlau bietet, ist ein unlesbares Chaos, oder es ist nach bestimmten Gesichtspunkten ausgewählt, bearbeitet und geordnet. Ohne solche Sichtung müßte jede Biographie unzählige Bände umfassen, denn wie viel Faktoren spielen nicht in das Leben des einzelnen Menschen hinein. Es ist Selbsttäuschung, wenn Nettlau vermeint, es gehe bei ihm ohne subjektivistische Thatsachen ab. Das ist ganz unmöglich und unnöthig. Was der Geschichtschreiber vermeiden soll, ist, den Thatsachen einer vorgefaßten Theorie zu Liebe Gewalt anzuthun und Hypothesen anders denn als solche zu geben. Aber ihm verbieten, nach Motiven zu forschen, weil dabei nur Dichtung herauskäme, das läuft in der That auf einen historischen Nihilismus hinaus, der die Geschichte wieder völlig auf den Standpunkt der Anekdotenerzählung herabbrächte.

Soweit wir in sein Manuskript hineingeblickt, ist Nettlaus Geschichtschreibung viel weniger nihilistisch als seine Geschichtstheorie. Auf den meritorischen Inhalt der vorliegenden dreiunddreißig Kapitel einzugehen, würde uns zu weit führen. Sie gehen, wie oben angegeben, bis zum Jahre 1868, d. h. bis zum Vorabend des akuten Kampfes zwischen Marx und Bakunin in der Internationale. Ed. B.

W. Jensen, **Aus See und Sand.** Roman. Weimar 1898, Emil Felber.

Es steckt in dem Buche noch alte Romankunst. Wir sind freilich die Art Geschichten nicht mehr gewohnt; wir finden sie eben zu „roman"haft. Unendliche Erfindungsgabe gehört dazu, solche Begebenheiten zu ersinnen, wie sie da auf uns eindringen, und ihre Häufung macht sie unwahrscheinlich; aber sie sind mit feiner Kunst verknüpft und poetisch vorgetragen. Man muß sich nur gutwillig vom Strome der Erzählung tragen lassen; er fließt reich und schön genug, um über seichte Stellen hinwegzutäuschen und böse Klippen gefahrlos zu passiren. Und das Leben, das sich an den Ufern abspielt, wer wollte bei der schnellen Fahrt untersuchen, ob es ganz echt oder nur nach Art unserer Wandelpanoramen halb Kunst, halb Natur ist? Die Täuschung ist jedenfalls eine vollkommene und die Reise so abwechslungsreich und spannend, daß wir Jedem rathen, die Fahrt mitzumachen. D. B.

Eduard Fuchs, **1848 in der Karikatur.** Verlag von M. Ernst, München.

Diese, auch äußerlich geschmackvoll ausgestattete Veröffentlichung steht in erster Reihe unter den Erinnerungsgaben an die Revolution von 1848, deren das ablaufende Jahr so viele gebracht hat. Mit Recht sieht Fuchs in der politischen und sozialen Karikatur eine wirksame Waffe des Kampfes und damit einen bedeutsamen Kulturfaktor; für spätere Zeiten wird sie obendrein zu einem wichtigen Hilfsmittel des historischen Verständnisses. Sie kann Einblicke in die Zeit ihrer Entstehung eröffnen, die in gleicher Weise selbst das ausführlichste Geschichtswerk nicht zu geben vermag. Dies gilt nicht zuletzt auch von den etwa fünfzig Karikaturen — darunter fünfzehn Einblattdrucken —, die Fuchs aus den Revolutionsjahren gesammelt und mit erläuterndem Texte herausgegeben hat. Viele davon sind sehr witzig, fast alle aber in der einen oder anderen Art charakteristisch. Paris, München, Berlin sind hauptsächlich ihre Heimstätten, Wien steht sehr zurück, obgleich Metternich nächst Friedrich Wilhelm IV. das beliebteste Opfer der damaligen deutschen Karikatur gewesen ist. In München gab Lola Montez unerschöpflichen Stoff. Fuchs beschränkt sich übrigens nicht allein auf die Revolutionsjahre, sondern zieht auch ihre Vorgeschichte mit hinein, was natürlich nur gebilligt werden kann; die vormärzlichen Karikaturen waren die Sturmvögel der Revolution. Zu ihnen gehört beiläufig auch die berühmte Karikatur auf Friedrich Wilhelm IV.: Wie einer immer daneben tritt, die bei Fuchs den Reigen der Einblattdrucke eröffnet; sie entstand nicht erst 1848, wie Fuchs meint, sondern schon 1841, in der ersten Enttäuschung nach dem Regierungsantritt des Königs, und gab den hauptsächlichsten Anlaß, die — zeitweise aufgehobene — Bilderzensur wieder einzuführen. F. M.

Notizen.

Die Ausnutzung der Elektrizität als Licht- und Kraftquelle steigt in großem Umfang. In Preußen dienten zum Betrieb von Dynamomaschinen:

Anfang	Ausschließlich		Gleichzeitig zu anderen Zwecken		Zusammen	
	Dampfmaschinen	Pferdestärken	Dampfmaschinen	Pferdestärken	Dampfmaschinen	Pferdestärken
1891	794	39 610	189	9 879	983	49 489
1892	998	55 396	262	13 691	1260	69 087
1893	1218	66 528	189	9 517	1407	76 045
1894	1495	84 598	320	16 866	1779	101 464
1895	—	—	—	—	—	—
1896	1925	124 566	533	32 866	2458	157 432
1897	2186	149 096	651	42 839	2837	191 935
1898	2490	201 396	815	57 330	3305	258 726

Die Hauptverwendung des durch Dampfkraft gewonnenen elektrischen Stromes war Anfang 1898:

	Dampfmaschinen	Mit Pferdestärken
Zu Zwecken der Beleuchtung	2837	154 772
Zu Zwecken des Motorenbetriebs	61	10 785
Zu einem anderen Zwecke	25	7 278
Zu mehreren Zwecken zugleich und zwar:		
a) zur Beleuchtung und Kraftübertragung . .	325	84 216
b) zu sonstigen Zwecken	21	1 675

Die japanische Baumwollenindustrie hat sich in den letzten Jahren in einem Maße entwickelt, daß sie nicht nur den eigenen Bedarf des Landes allein zu decken vermag, sondern auch einen Ueberschuß ihrer Produktion für das Ausland übrig hat. An Baumwollspindeln besaß Japan Ende:

1890	270 000	1894	530 000
1891	353 000	1895	600 000
1892	385 000	1896	670 000
1893	391 000	1897	800 000

Am Ende des Jahres 1898 dürfte die Spindelzahl rund eine Million betragen. Da das Land zur Deckung des eigenen Bedarfs das Produkt von 600 000 Spindeln bedarf, ist die Produktion von 400 000 Spindeln für die Auslandskonkurrenz vorhanden.

Die Baumwollenindustrie ist zufolge ihrer internationalen Entwicklung die erste große Industrie, in der nahezu permanent Ueberproduktion herrscht und für die auch die Eröffnung des chinesischen Marktes — wenigstens soweit Europa in Frage kommt — nicht in Betracht kommen dürfte. Dafür sorgt neben Japan Indien und die Entwicklung der Baumwollenindustrie in China selbst.

Die Baumwollen- und sonstige Industrie in Japan würde sich noch weit rascher entwickeln, litte das Land nicht an einem Mangel an Kohle, die im letzten Halbjahr 1897 um 75 Prozent im Preise stieg. Gelingt es den deutschen Unternehmerkonsortien, in der chinesischen Provinz Schantung brauchbare und ergiebige Kohlenlager zu entdecken, so wird, neben China selbst, Japan in erster Linie davon profitiren, was die Hoffnungen der meisten europäischen Industrien auf den chinesischen Markt stark herabstimmen dürfte, denn alsdann entwickelt sich auch in China rapid die Industrie.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

IV.

Fichte und Niebuhr stritten einmal darüber, ob der reichste Dichtergeist in den Tagen des griechischen Alexander ein vollkommenes Kunstwerk habe schaffen können. Der Philosoph Fichte bejahte die Frage, während der Historiker Niebuhr sie verneinte. In ihrer allgemeinen Fassung lief sie darauf hinaus, ob die Kunst einer bestimmten Zeit von den sonstigen Lebensbedingungen dieser Zeit abhängig sei oder nicht. In solcher Allgemeinheit wird heute schwerlich noch Jemand die Frage aufwerfen wollen; daran besteht kein Zweifel mehr, daß die historische Entwicklung der Kunst und des Kunstgeschmacks in der innigsten und unlösbarsten Wechselwirkung steht mit der historischen Entwicklung aller anderen menschlichen Vermögen.

So sehr aber das Ob? aufgehört hat, eine Frage zu sein, so bestritten ist noch das Wie? Zwar hat schon Winckelmann die altgriechische Kunst aus den natürlichen, namentlich klimatischen Verhältnissen des Landes abzuleiten gesucht, worin sie erblühte, und ähnlich sagt Herder, das Klima, die Lebensweise, die Betriebsamkeit der Griechen habe ihnen mancherlei Künste nothwendig gemacht. Liegt doch auch bei der Kunst eine solche Erklärungsweise ungleich näher als etwa bei der Religion oder der Philosophie; wie eng verwachsen namentlich alle bildende Kunst mit der technischen Entwicklung ist, die unmittelbar die Produktion und Reproduktion des menschlichen Lebens bestimmt, bedarf keines ausführlichen Nachweises. Immer aber bleibt die ideologische Geschichtsauffassung dabei, daß in der Kunst, wie Steiger sich einmal ausdrückt, die geistigen Einflüsse vergangener Kulturen viel mächtiger seien, als alle materiellen Interessen. Abgesehen von der saloppen Ausdrucksweise, ist dieser Satz gerade in umgekehrter Fassung richtig: unbeschadet der geistigen Einflüsse vergangener Kulturen, die vom historischen Materialismus keineswegs geleugnet werden, bedingt die Produktionsweise des materiellen Lebens den künstlerischen Lebensprozeß.

Giebt es eine Periode der Kunst, auf die Steigers Behauptung mit wahrhaft verblüffender Sicherheit zuzutreffen scheint, so ist es unsere klassische Literatur. Sie wandte sich, wie wir aus Schillers ästhetischen Abhandlungen gesehen haben, von den ökonomischen und politischen Klassenkämpfen ihrer Zeit weg, um sich ins Reich des ästhetischen Scheins zu retten, und es wäre auch eine sehr irrthümliche Annahme, wenn man etwa sagen wollte, sie habe doch aus dem gebildeten Bürgerthum ihre Kraft gesogen. Die Masse dieses Bürgerthums stand unseren Klassikern viel mehr mit hämischer Mißgunst oder im besten Falle mit stumpfer Theilnahmslosigkeit gegenüber. Schillers „Horen“, an denen Goethe, Herder, Fichte, die beiden Humboldts mitarbeiteten, gingen aus Mangel an Lesern schon im dritten Jahrgang ein, während ein damals gelesenes Organ für die „gebildeten“ Philister in seinem fünfundfünfzigsten Bande über Schillers Arbeiten für die „Horen“ urtheilen durfte: „Sein Stil ist nichts Anderes als eine ununterbrochene widerliche Mischung von gelehrt aussehenden, abstrakten und schöngeisterischen Phrasen, eine lange Reihe von rhetorischen Künsteleien und ermüdenden Antithesen.“ Schillers philosophische Gedichte, die das höchste Entzücken Goethes, W. v. Humboldts und A. W. Schlegels erregten, wurden sonst mit einer eisigen Gleichgiltigkeit aufgenommen, die heute noch jedem naturalistischen Aesthetiker das Herz höher

schlagen lassen muß; will man in aller Kürze überblicken, mit welchem barbarischen Banausenthum Goethe und Schiller innerhalb der bürgerlichen Klasse zu kämpfen hatten, so lese man ihre Xenien. Wollten unsere Klassiker den künstlerischen Faden fortspinnen, so mußten sie allerdings an „vergangene Kulturen“ anknüpfen, und jede landläufige Literaturgeschichte nennt ja auch Homer und Shakespeare als die Sterne, die ihnen in erster Reihe geleuchtet haben.

Weshalb aber gerade diese Sterne? Mit der Antwort: weil die Goethe und Schiller in Homer und Shakespeare die größten Dichter der Weltliteratur gesehen haben, sind wir wieder in die Grenzen des subjektiven Geschmacks zurückgeworfen. Wohl aber wird man auf einen objektiven Bestimmungsgrund ihres Geschmacks gestoßen, sobald man sich vergegenwärtigt, welche Fesseln unsere Klassiker brechen mußten, um eine selbständige deutsche Kunst zu begründen. Sie mußten mit dem Kunstgeschmack nicht sowohl der französischen Nation, als des französischen Hofes aufräumen, der von der Mitte des siebzehnten bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, eifrig gepflegt von den deutschen Duodezdespoten, auf künstlerischem Gebiete die nationale Erniedrigung verkörperte. Ich sage: nicht sowohl der französischen Nation als des französischen Hofes, mag auch Lessing einmal, als er einen französischen Poeten zerzauste, von dem „armseligen Geschmack seiner Nation“ sprechen. Man muß hier eben, im Gegensatz zu der ideologischen Literargeschichte, genau unterscheiden. Der bürgerlich-revolutionären Literatur der Franzosen gaben sich unsere Klassiker gerne hin. Rousseau hat auf Kant und Schiller, Diderot auf Lessing den stärksten Einfluß gehabt, Winckelmann las fast täglich seinen Bayle und seinen Montesquieu, Wieland sprach französisch so gut wie deutsch, Goethe und auch Lessing haben gelegentlich daran gedacht, selbst als französische Schriftsteller aufzutreten: auf die klare und plastische Entwicklung der deutschen Prosa hat das französische Muster überaus fördernd gewirkt. Wogegen unsere Klassiker rebellirten, das war die französische Kunstpoesie, die seit Ludwig XIV. ganz unter höfischem Einfluß stand, selbst noch bei Voltaire, wenn auch bei ihm schon weniger, als bei Racine. Schiller hat dies Verhältniß klar und knapp in den Versen beleuchtet:

> Denn dort, wo Sklaven knien, Despoten walten,
> Wo sich die eitle Aftergröße bläht,
> Da kann die Kunst das Edle nicht gestalten,
> Von keinem Ludwig wird es ausgesät.

Und dann die Kehrseite:

> Selbst in der Künste Heiligthum zu steigen,
> Hat sich der deutsche Genius erkühnt,
> Und auf der Spur des Griechen und des Briten
> Ist er dem bessern Ruhme nachgeschritten.

Im Kampfe gegen die französische Hofdichtung kamen unsere Klassiker auf die Spur des Griechen und des Briten. Seit Dante, der außer dem Vergil nur noch einige untergeordnete Lateiner kannte, und seit Petrarka, der eine ganze Bibliothek lateinischer Klassiker herausgab, aber die griechische Literatur geringschätzte, auch als er in seinem Alter noch griechisch lernte, stand den romanischen Nationen die römische Bildung viel höher als die griechische, Vergil viel höher als Homer. Sie empfanden sich als Töchter der alten weltbeherrschenden Roma, deren Ueberlieferungen in Italien selbst auch niemals völlig abgerissen wurden, in demselben Italien, das am Ausgange des Mittelalters das erste Vorland der kapitalistischen Produktionsweise wurde. Nicht in dem Zeitalter des Perikles, sondern in dem Zeitalter des Augustus sah das Zeitalter Ludwigs XIV. sein Vorbild.

Der höfischen und verzärtelten Kultur dieses Zeitalters setzten unsere Klassiker die einfache und unverdorbene Natur entgegen, deren tiefe Athemzüge sie nicht im römischen Alterthum hörten, sondern im griechischen, nicht im Vergil, sondern im Homer. „Die Natur allein ist unendlich reich und sie allein bildet den großen Künstler ... Ich will nicht mehr geleitet, ermuntert, angefeuert sein; braust dieses Herz doch genug aus sich selbst! Ich brauche Wiegengesang, und den habe ich in seiner Fülle gefunden in meinem Homer", sagt Goethe-Werther. Nicht für Goethe allein, sondern auch für Winckelmann, Herder, Lessing gilt Schillers Wort: Und die Sonne Homers, siehe! sie lächelt auch uns. Aber wie sie ihnen gelächelt hat, das läßt sich freilich nirgends so kurz und schlagend nachweisen wie an Goethe.

Die dichterischen Werke, die Goethe in homerischem Geiste geschaffen hat, die „Leiden des jungen Werther" und „Hermann und Dorothea", gehören zu den strahlendsten Perlen in der Krone seines Ruhms, aber sie wurzeln auch ganz und gar, mit jeder Faser und jedem Fäserchen, in dem Boden seiner Zeit; wie unmöglich ein Werther im griechischen Alterthum gewesen wäre, hat bekanntlich schon Lessing nach dem ersten Erscheinen des Romans ausgesprochen. Dagegen als Goethe sich einmal einfallen ließ, zu dichten wie Homer, als er die Ilias fortsetzen wollte in Versen, deren jeder sollte von Homer gedichtet sein können, da brachte er einige hundert Hexameter fertig, von denen ein kundiger Zeitgenosse urtheilte, daß ihrer fast keiner hätte von Homer gedichtet werden können, ein seitdem oft wiederholtes und so gut wie niemals angefochtenes Urtheil. So unglaublich wahr ist es, daß in der Kunst die geistigen Einflüsse vergangener Kulturen viel mächtiger sein sollen, als die materiellen Bedingungen! Selbst einen Genius, wie Goethe, fördern diese Einflüsse, sobald er aus dem Vollen wirthschaftet und aus seinem sozialen Milieu heraus schafft, aber selbst ein Genius, wie Goethe, bringt es nicht über ein mißlungenes Schulexerzitium hinaus, sobald er sich von seinem sozialen Milieu losreißen will, um sich ganz den geistigen Einflüssen vergangener Kulturen anzuvertrauen. Und dies ist überhaupt das allgemeine Verhältniß, wie in der Kunst, so in der Religion, Philosophie und allen geistigen Disziplinen: die ideologischen Ueberlieferungen wirken auch, was, um es noch einmal zu wiederholen, der historische Materialismus nie bestritten hat, aber sie wirken nur, wie Sonne und Regen und Wind auf einen Baum, dessen Wurzeln in der groben Erde der materiellen Bedingungen, der ökonomischen Produktionsweise der sozialen Zustände haften.

Komplizirter als bei Homer, aber dafür auch nach den verschiedensten Seiten hin lehrreicher, liegen die Dinge bei Shakespeare, dem anderen Leitsterne unserer klassischen Poesie. Von keinem anderen Dichter ist so nachdrücklich und so oft behauptet worden, daß er aller historischen Bedingtheit, aller räumlichen und zeitlichen Beschränkung entrückt sei; deutsche Aesthetiker liebten einst zu sagen, Shakespeare sei der Riesengeist, der an der Grenze des Mittelalters und der neuen Zeit, seine Nation und Epoche gleichsam nur mit den Sohlen berührend, über Jahrhunderte und Völker hin seine Wege gehe. Auch Goethe läßt seinen Wilhelm Meister von Shakespeares Dramen sagen, man glaube vor den aufgeschlagenen ungeheuren Büchern des Schicksals zu stehen, in denen der Sturmwind des bewegtesten Lebens sause und sie mit Gewalt rasch hin und wieder blättere. In späteren Jahren schrieb Goethe freilich mit einem glücklicheren und treffenderen Bilde: „Shakespeares Dichtungen sind ein großer, belebter Jahrmarkt, und diesen Reichthum hat er seinem Vaterlande zu danken. Ueberall ist England, das meerumflossene, von Nebeln und Wolken umzogene, nach allen

Weltgegenden thätige.“ In diesem England aber war Shakespeare als Aktionär, Direktor, Schauspieler, Dichter eng mit dem Theater verwachsen, das die revolutionär aufstrebende Bürgerklasse haßte und verfolgte; sein England ist das mächtig zur Weltherrschaft emporstrebende, aber zugleich noch das alte, lustige, romantische England; in seinen englischen Historiendramen folgen sich die feudal-mittelalterlichen Raufereien in kaum noch zu unterscheidender Fülle, aber von einer Magna Charta, von einer durch Gewerbe und Handel aufblühenden Mittelklasse verlautet nichts; was der bürgerlich-modernen Bildung an der englischen Geschichte von König Johann bis zu Heinrich VIII. lehrreich ist, das übergeht Shakespeare mit völligem Schweigen.

Die englische Bühne zehrte zu Shakespeares Zeit von der Gunst des Hofes und des Adels, wenngleich sie keine höfische und aristokratische Bühne, kein offiziell anerkanntes Glied des nationalen Lebens war. Sie schöpfte ihre Kraft aus dem Leben der ersten und damals einzigen Weltstadt, aus einem Leben, das schon in alle Fernen strebte und doch noch voll ungebrochener feudal-romantischer Kraft war. Sie stand in tödtlicher Feindschaft mit der bürgerlichen Klasse, die ihren Befreiungskampf unter religiösem Banner schlug und das Theater als ein Stätte sündiger Lustbarkeit verfluchte. So nur erklärt es sich, aber so freilich erklärt es sich auch erschöpfend, daß ein Dichter, wie Shakespeare, in seinem Vaterlande gänzlich vergessen werden konnte, daß sich über ein Jahrhundert nach seinem Tode das bürgerliche Drama völlig unabhängig von ihm entwickelte, in Dichtern wie Lillo und Moore, die künstlerisch ebenso tief unter ihm standen, wie sie ihn an Verständniß des bürgerlichen Geistes übertrafen, daß in Frankreich Diderot, in Deutschland Lessing als bürgerliche Dramatiker nicht an Shakespeare anknüpften, sondern eben an Lillo und Moore.

Auf dem Kontinente wurde Shakespeare erst durch Voltaire bekannt, der, im französisch-höfischen Kunstgeschmack aufgewachsen, die „barbarischen Unregelmäßigkeiten“ des englischen Dramatikers tadelte, aber ihn sonst, wenigstens in seinen jüngeren Jahren, keineswegs mit so wegwerfender Unvernunft beurtheilte, wie unsere bürgerlichen Literarhistoriker zu behaupten pflegen. Ganz ohne Mitschuld an diesen Uebertreibungen ist auch Lessing nicht, der überhaupt erst durch Voltaire auf Shakespeare aufmerksam geworden war, aber dann den wirksamsten Anstoß gegeben hat, Voltaire durch Shakespeare zu übertrumpfen. Es ist dabei nicht ohne ein gewisses Maß von Ungerechtigkeit abgegangen; Lessing selbst, wie auch Goethe und Schiller, haben manches Mal nicht ohne ein stilles Grauen auf die deutsche Shakespearomanie geblickt. Doch ist die hundertjährige Geschichte des deutschen Shakespearekultus für die Frage nach den objektiven Bestimmungsgründen des Geschmacks so interessant, daß sie im Zusammenhange betrachtet zu werden verdient.

Die erste Periode dieses Kultus dauerte durch das letzte Drittel des vorigen Jahrhunderts. Sie faßte Shakespeare rein ästhetisch auf, als ein großes Muster, das dem französischen Kunstgeschmack zur Beschämung vorgehalten wurde. Die entscheidenden Gesichtspunkte hob Lessing schon in den Literaturbriefen hervor, die in Deutschland zuerst nachdrücklich auf Shakespeare hinwiesen. Um das Artige, das Zärtliche, das Verliebte des französischen Dramas zu bekämpfen, betonte Lessing an Shakespeare das Große, das Schreckliche, das Melancholische. Er sah sehr wohl, daß Shakespeare mit seinen geliebten Griechen nichts zu thun hat, aber er spürte sicher heraus, daß die Bühne Shakespeares noch mit einem Fuße im germanischen Mittelalter steckte; unsere alten dramatischen Stücke schlagen mehr in den Geschmack der Engländer als der Franzosen, sagte Lessing; er berief sich

auf den Doktor Faust zum Beweise dafür, daß „unsere alten Stücke wirklich sehr viel Englisches gehabt“ haben. Aus derselben Empfindung heraus dramatisirte Goethe die Geschichte Götzens von Berlichingen nach dem Muster Shakespeares, wobei jedoch zu bemerken ist, daß Götz nicht anders unter dem Sterne Shakespeares steht, als Werther unter dem Sterne Homers. Schon daß der Götz durchaus keine Rücksicht auf die szenische Darstellung nimmt, unterscheidet ihn gründlich von den Dramen Shakespeares, der in erster Reihe Theaterdichter war. Nun gar die unzähligen Nachahmer des Götz sahen dem englischen Dramatiker nur seine „Regellosigkeit“ ab; es waren Kants „seichte Köpfe“, die sich als Genies aufblähen wollten, weil sie auf einem kollerichten Pferde paradirten. Nicht minder entschieden haben Lessing und Schiller vor der einseitigen Nachahmung Shakespeares gewarnt; wie wenig erinnert „Emilia Galotti“ an Shakespeare, obgleich sie zur selben Zeit entstand, wo Lessing in der Hamburgischen Dramaturgie das Lob Shakespeares mit noch viel volleren Tönen verkündete, als zehn Jahre früher in den Literaturbriefen!

Einen ganz anderen Charakter nahm der deutsche Shakespearekultus in dem ersten Drittel unseres Jahrhunderts an. Die romantische Schule wurzelte in dem feudalen Rückstoß des östlichen Europas auf den bürgerlichen Vorstoß des westlichen Europas, worin die klassische Schule gewurzelt hatte. Sie strebte ins Mittelalter zurück und bekämpfte am heftigsten die bürgerlichsten unserer Klassiker, Lessing und Schiller. Aber auch Goethe war ihr viel zu sehr Grieche und Heide, als daß sie ihn nicht mehr mit dem Munde, als mit dem Herzen gepriesen hätte. Arm an schöpferischen Köpfen, brauchte sie große Muster, und dabei stand sie der modernen Bildung doch auch zu nahe, um nicht einzusehen, daß mit allen Lobpreisungen der aus feudal-katholisch-mittelalterlichem Geiste entsprungenen Kunst nicht mehr viel auszurichten war. So wurde sie auch auf Shakespeare geführt, nur freilich von einer anderen Seite her, als die Klassiker. Was diese an Shakespeare doch mehr oder minder abgelehnt hatten: das Phantastische, Romantische, Regellose, die „mondbeglänzte Zaubernacht“ des Mittelalters, gerade das hob die Romantik mit besonderem Nachdruck als das eigentliche Geniale an Shakespeare hervor. Dabei ermöglichte ihr die feindliche Stellung Shakespeares zu dem revolutionären Bürgerthum, viel mehr für sein historisches Verständniß zu thun, als die Klassiker dafür gethan hatten, ihn vortrefflich zu übersetzen, die englischen Bühnenzustände zu Shakespeares Zeit genau zu studiren. Der alternde Goethe, der allein von den Klassikern die Blüthe des romantischen Shakespearekultus noch erlebte, seufzte: Shakespeare und kein Ende! und verschanzte sich wunderlich genug hinter ästhetischen Spinnweben. Er meinte, Shakespeare sei gar kein Dramatiker gewesen, seine Stücke seien „höchst interessante Märchen, nur von wenigen Personen erzählt“; in wenigen Jahren würde Shakespeare ganz von der deutschen Bühne verdrängt sein, was denn auch kein Unglück wäre; der einsame oder gesellige Leser werde an ihm desto reinere Freude empfinden.

Endlich die dritte Periode des deutschen Shakespearekultus fiel in das zweite Drittel unseres Jahrhunderts. In ihr flossen zwei Ströme ungleichen Ursprungs zu dem gleichen Ziele. Unter dem Eindruck der Julirevolution verzweifelten die klügeren Köpfe des literarisch gebildeten Bürgerthums an Goethes und Schillers ästhetischen Idealen, an der Gangbarkeit des Weges, der von der Schönheit zur Freiheit führen sollte, aber da die Möglichkeit eines praktischen politischen Kampfes einstweilen noch nicht gegeben war, so trösteten sie sich an Shakespeare als dem Dichter der großen historischen und politischen Aktionen. Diese Auffassung, zeitweise durch die Revolution von 1848 unterbrochen, wurde im Katzenjammer der

Gegenrevolution von Gervinus in dem bezeichnenden Satze zusammengefaßt, daß Shakespeare die Vorzüge Goethes und Schillers besitze, aber frei von ihren Fehlern sei. Daneben verlor sich die Hegelsche Aesthetik in eine überschwängliche Bewunderung Shakespeares. Ihr war die Kunst ein Symbol der „absoluten Idee“, die höchste Form der Kunst demgemäß die historische Tragödie, die aus dem Untergang der Individuen die Idee siegreich emporsteigen läßt. Damit lag die Berufung auf Shakespeare um so näher, als in seine Dramen viel leichter als in die uns so viel näher stehenden Dramen Goethes und Schillers eine „Idee“ hineingeheimnißt werden konnte, von welcher Möglichkeit der unglaublichste Gebrauch oder Mißbrauch gemacht worden ist. Jedenfalls aber landete Vischer, der bedeutendste Aesthetiker der Hegelschen Schule, bei einem ähnlichen Ergebniß wie Gervinus: Goethe habe sich nur in den niedrigeren Stoffen bewegt, die auf dem Boden des Privatlebens ständen, aber diese mit vollendeter Kunst und Wahrheit behandelt, Schiller habe die höheren, die politisch-historischen Stoffe ergriffen, aber sie ungenügend und allzu subjektiv behandelt, dagegen behandle Shakespeare die historischen Stoffe mit der gleichen Meisterschaft, wie Goethe die niedrigeren.

Ihren Gipfel erreichte diese dritte Periode des deutschen Shakespearekultus, als im Jahre 1864 der dreihundertste Geburtstag des Dichters gefeiert wurde. „Bei aller Einhelligkeit in überschwänglicher Verherrlichung, wie unvereinbar waren die Prädikate, die dem Dichter beigelegt wurden, wie seltsam und krausbärtig die Schlüssel, die man zum Verständniß seiner Werke bot! Es schien das Wunder des ersten Pfingstfestes, die Gabe in Zungen zu reden wiedergekehrt. Es war *eine* Lobpreisung, aber Jeder verstand den Dichter nur in der Sprache, in der er geboren war. Man konnte Parthisch und Medisch, Elamitisch und Kappadocisch hören und lernen.“ So Rümelin, der sich mit dem gesunden Menschenverstande des „einfachen Laien, Lesers und Liebhabers“ durch diesen ästhetischen Sprachenwirrwarr half, indem er die Dichtungen Shakespeares aus dem Leben, dem Volke, der Zeit des Dichters zu erklären versuchte. Freilich würden Rümelins Shakespearestudien trotz ihrer Vorzüge nicht gewirkt haben, wie sie trotz ihrer Lücken und Schwächen wirkten, wenn sie nicht zur rechten Zeit erschienen wären, nämlich in einem Augenblicke, wo die ökonomischen und politischen Klassenkämpfe sich so mächtig in Deutschland entfalteten, daß nirgends mehr ein Bedürfniß nach einem ästhetischen Schutzheiligen vorhanden war.

Es sind nur einige wenige Thatsachen, an denen hier erläutert werden konnte, wie die Entwicklung des ästhetischen Geschmacks in Deutschland seit mehr als hundert Jahren ihre objektiven Bestimmungsgründe gehabt hat in der gesammten nationalen Entwicklung, das heißt in letzter Instanz in den Umwälzungen der ökonomischen Produktionsweise. Immerhin werden sie genügen, um zu zeigen, wie weit die historisch-materialistische Auffassung davon entfernt ist, alles über einen groben materiellen Leisten zu schlagen. In der That haben die Gracchen niemals dreister über Aufruhr geklagt, als wenn die ideologischen Historiker dem historischen Materialismus vorwerfen, was ihr eigenster und unheilbarster Fehler ist: nämlich eine rein mechanische Schablonisirungs- und Schematisirungssucht. Die Sinnlosigkeit dieses Vorwurfs wird sich aber noch weiter zeigen, wenn wir nunmehr die wichtigsten Sätze der klassischen Aesthetik auf ihre Haltbarkeit prüfen, nachdem wir gesehen haben, daß Kant die Quelle der ästhetischen Urtheilskraft am unrechten Orte gesucht hat. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 13. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Ein Mißerfolg.

⸔ Berlin, 14. Dezember 1898.

Die erste Lesung des Reichsetats ist heute in ihren dritten Tag getreten, hat aber bisher nur auf allen Seiten eine große Enttäuschung hervorgerufen. Von jeher dazu bestimmt, nicht blos die finanzielle Seite des Budgets zu beleuchten, sondern eine Generalabrechnung über die gesammte politische Lage zu halten, versprach sie diesmal zu großen Auseinandersetzungen zu führen, denn politischer Zündstoff hat sich reichlich genug auf Märkten und Gassen gehäuft. Dazu kam, daß diese Etatsdebatte die Arbeiten eines neuen Reichstags eröffnete, in den die Wahlen immerhin viel frisches Blut gebracht, wenn sie auch sonst an dem Stärkeverhältniß der Parteien nicht eben viel geändert haben.

Man kann nun auch nicht behaupten, daß die Parteien selbst es an sich haben fehlen lassen. Jede hat ihr Bestes zu thun versucht, und schließlich ist auch alles, was gesagt werden mußte, in der einen oder der anderen Weise gesagt worden. Wenn trotzdem nach allseitigem Urtheil kein Schwung und Zug in den dreitägigen Verhandlungen zu entdecken gewesen ist, so müssen die Ursachen tiefer liegen, als in beiläufigen und zufälligen Mängeln. In der That ist es nicht ohne Interesse, sich darüber klar zu werden, besonders auch für die sozialdemokratische Partei; weiß man aus dieser lahmen Budgetdebatte die richtigen Konsequenzen zu ziehen, so ist sie schließlich nützlicher gewesen, als das glänzendste Redeturnier nur immer hätte sein können.

Beginnt man damit, die mehr äußerlichen Seiten des Problems zu betrachten, so hat die späte Einberufung des Reichstags unzweifelhaft zu dem Mißerfolg der Etatsdebatte beigetragen. Nicht sowohl deshalb, weil so kurz vor den Weihnachtsferien keine rechte Arbeits- und Kampfstimmung mehr in dem Hause erwachen konnte, als vielmehr, weil alles Nothwendige nun schon so häufig und so nachdrücklich in der Presse gesagt worden war, daß dem Parlament kaum noch eine Nachlese übrig blieb. Kaum noch eine Nachlese, denn es sollte schwer werden, in sämmtlichen Etatsreden einen einzigen Gedanken aufzufinden, der nicht schon in der Presse mit aller Gründlichkeit erörtert worden wäre. Manches konnte allerdings von der Reichstagstribüne offener ausgesprochen werden, was sich in den Spalten der Presse nur mit vorsichtigen Andeutungen

sagen ließ, indessen auch diese Andeutungen waren hinlänglich verstanden worden, und es läßt sich darüber streiten, ob die günstigere Gelegenheit im Reichstag gebührend ausgenützt worden ist, wenigstens in den drei ersten Tagen der Etatsdebatte. Und da mögen denn auch wohl die erschlaffenden Nachwirkungen des Wahlkampfes mitgespielt haben.

Von anspornenden Nachwirkungen dieses Kampfes könnte nur gesprochen werden, wenn er eine neue Parteikonstellation im Reichstag herbeigeführt hätte. So aber haben die gewaltigen Anstrengungen der Wahl wesentlich alles beim Alten gelassen; keine Partei ist weit über ihren bisherigen Besitzstand hinaus- und keine weit hinter ihren bisherigen Besitzstand zurückgegangen, und wenn wenigstens noch einige ziffernmäßige Verschiebungen stattgefunden hatten, so ist doch das politische Schwergewicht, das jede Partei in die parlamentarische Wagschale werfen kann, genau dasselbe geblieben. Der neue Reichstag sieht seinem Vorgänger zum Verwechseln ähnlich und das ist kein Zustand, der den politischen Leidenschaften einen neuen Aufschwung zu geben vermag.

Und zwar um so weniger, wenn dieser Zustand an und für sich durchaus nicht begeistern kann. Die Kurbel der parlamentarischen Maschinerie liegt in der Hand einer Partei, die mit ihrer geschäftsmäßig nüchternen Berechnung gewissermaßen außerhalb der parlamentarischen Kampflinie steht. Gewiß haben auch die Ultramontanen ihre besondere Weltanschauung, und es wäre sehr ungerecht zu verkennen, daß sie unter den bürgerlichen Parteien sogar obenan stehen in der Fähigkeit, für ihre Ideale einzutreten, mögen diese Ideale sonst sein wie sie wollen. Aber wenn das Zentrum gerade durch seine Opferfähigkeit in eine ausschlaggebende Stellung gelangt ist, so ist die Stellung selbst doch durchaus unnatürlich; weder mit seinen kirchenpolitischen noch mit seinen partikularistischen Gelüsten steht das Zentrum im Mittelpunkt der Kämpfe, die das öffentliche Leben im Deutschen Reiche bewegen. Die prinzipielle Haltung, die es in der Opposition inne halten konnte, muß es im Siege aufgeben; es vermag sich nur oben zu erhalten durch eine raffinirt ausgeklügelte Taktik, durch eine wahre Seiltänzerpolitik, die mit der Balanzirstange bald so, bald so herumfahren muß. Freilich ist auch dieser Taktik ihr Ziel gesetzt, und seit seinem Umfall in der Flottenfrage hat das Zentrum sogar schon die Balanzirstange verloren und muß schließlich vom Seile stürzen. Aber für die nächsten fünf Jahre kann es noch in seiner Weise fortwursteln, und diese Thatsache wirkt natürlich auch nicht erhebend auf die Arbeits- und Kampfstimmung des Reichstags; was hilft alle Arbeit und aller Kampf, wenn die schließliche Entscheidung doch von der unberechenbarsten aller Parteien hinter den Koulissen zurechtgefädelt wird?

Damit hängt das wachsende Gefühl von der politischen Bedeutungslosigkeit der Reichstagsverhandlungen überhaupt zusammen. Der Reichstag hat nun schon mehr als ein Menschenalter hinter sich, ohne daß er es verstanden hätte, sich eine wirkliche Machtposition zu schaffen. Was er jeweilig geleistet hat und auch jetzt noch leistet, ist eine gewisse Defensive gegen allzu grobe Forderungen des Absolutismus, obgleich er auch auf diesem Gebiete seit dreißig Jahren an Terrain verloren hat. Immerhin hat er sich in der Abwehr manches Mal zu behaupten gewußt; insofern hat er eine gewisse Kraft bewiesen und wirklich etwas hinter sich; kommt die Zuchthausvorlage zur Berathung, so werden seine Verhandlungen schon Feuer und Leben gewinnen. Aber im Angriffe, in dem Versuch, seinen Einfluß auf die politischen Entscheidungen des Deutschen Reichs zu verstärken, ist der Reichstag immer unglücklich gewesen; die verhältnißmäßig noch wichtigsten Befugnisse, die er wenigstens auf dem Papier besitzt, wagt er in der Praxis

gar nicht anzuwenden; droht ein sogenannter „Konflikt", d. h. will sich die Regierung dem Willen der Volksvertretung nicht fügen, auch wo dieser Wille in durchaus verfassungsmäßiger Form geltend gemacht wird, so weicht der Reichstag regelmäßig zurück. Das hat sich nun so und so oft wiederholt, mit einer wahrhaft tödtlichen Regelmäßigkeit; die Hoffnung, daß doch einmal der „Zug nach Links" siegen, daß doch einmal der Reichstag einen eigenen Willen bekunden würde, flammte bei der Flottenfrage vermuthlich zum letzten Male auf. Da sie auch bei dieser Gelegenheit an der kläglichen Haltung der bürgerlichen Opposition erloschen ist, so wird sie kaum noch einmal aufleben. Das Zentrum kann sich nur noch abwirthschaften, und an die Wiedergeburt des deutschen Liberalismus glaubt kein Mensch mehr. Aber wie dem immer sei, so überwiegt augenblicklich und für die Zeit, wo die parlamentarische Entscheidung den Händen des Zentrums nicht zu entreißen ist, das Gefühl bitterer Enttäuschung. Man sagt sich: Ja, was helfen alle schönen Reden, wenn niemals Thaten hinter sie gesetzt werden? Und dies katzenjämmerliche Gefühl breitet seinen grauen Schleier auch über die parlamentarischen Debatten aus.

Die „Reichstagsverdrossenheit" ist ein Stück der vielberufenen „Reichsverdrossenheit", und sogar ihr weitaus schlimmstes Stück. An den Leuten, die „reichsverdrossen" sind, weil irgend ein Kleinfürst oder irgend ein bayerisches Reservatrecht nicht mit der gebührenden Ehrerbietung behandelt wird, ist nicht gerade viel verloren; ungleich bedenklicher ist die politische Apathie, die durch den Verdruß im und am Reichstag erweckt wird. Man mag dem bürgerlichen Parlamentarismus noch so kritisch gegenüberstehen, so ist er allemal das Bessere gegenüber dem Absolutismus und Feudalismus und Militarismus; das hat auch die Arbeiterklasse nie verkannt, so wenig Gutes und so viel Schlimmes sie dem deutschen Reichstag zu danken hat. Ihre grundsätzliche Stellung zu ihm kann deshalb durch die „Reichstagsverdrossenheit" gar nicht beeinflußt werden, sondern höchstens ihre taktische Stellung. Oder vielmehr ihre taktische Stellung muß in jedem Falle davon beeinflußt werden. Denn die Frage, welches Maß thatsächlicher Macht der Reichstag besitzt, wird immer mit der Frage zusammenhängen, inwieweit er als Hebel für den Befreiungskampf des Proletariats benutzt werden kann oder nicht.

In den ersten fünfzehn Lebensjahren der Partei wurde die parlamentarische Thätigkeit wesentlich unter dem Gesichtspunkt der wirksamen Agitation geschätzt. In erster Reihe standen dabei die Wahlen selbst, die energische Handhabung des allgemeinen Stimmrechts, dann auch die Ausnutzung der Reichstagstribüne als des einzigen Ortes im Deutschen Reiche, wo wirkliche Redefreiheit herrschte. Die praktische Mitarbeit an der Gesetzgebung stand dahinter immerhin zurück, soweit es sich nicht darum handelte, reaktionäre Streiche abzuwehren, wobei die Partei natürlich stets am Platze war. Aber von der sogenannten positiven Arbeit versprach sie sich nicht viel, und mit gutem Fuge nicht; es kam dabei wenig heraus, und wenn ja ein kleiner Erfolg erzielt wurde, so stand er in allzu großem Mißverhältniß zu der Anstrengung, die er gekostet hatte.

Erst seit dem Erlaß des Sozialistengesetzes begann die parlamentarische Thätigkeit in der Partei höher gewerthet zu werden. Zunächst wiederum unter dem Gesichtspunkt der wirksamen Agitation. Das allgemeine Stimmrecht und die parlamentarische Redefreiheit waren nunmehr die einzigen politischen Waffen geworden, die öffentlich von der Partei gehandhabt werden konnten; der einfachste Selbsterhaltungstrieb gebot, sie auszunutzen, soweit es menschenmöglich war. Mittelbar kam dadurch aber die parlamentarische Thätigkeit überhaupt zu

höheren Ehren in der Partei, nicht ohne heiße und schwere Kämpfe, jedoch mit vollem Rechte, namentlich seitdem die sozialdemokratische Fraktion stark genug geworden war, um bei wichtigen Fragen das Zünglein an der Wage zu bilden. In der Abwehr von Reaktionsstreichen immer auf dem Posten, war sie in der stärkeren positiven Mitarbeit doch nicht glücklicher, wenigstens verhältnißmäßig nicht glücklicher, als vor dem Erlaß des Sozialistengesetzes; in sozialen Fragen konnte sie den bürgerlichen Parlamentarismus nicht über sich selbst hinaustreiben, und in politischen Fragen vermochte sie der altersschwachen bürgerlichen Opposition nicht ihre eigene Entschlossenheit einzuhauchen.

Eine Revision der parlamentarischen Taktik, die unter dem Sozialistengesetz beobachtet worden war, wurde nach dem Verschwinden dieses Gesetzes außerordentlich erschwert durch die anarchistischen und sonstigen Angriffe auf die parlamentarische Bethätigung des Proletariats überhaupt. In der nothwendigen Abwehr dieser Angriffe ist die Frage nach dem richtigen Maße der parlamentarischen Thätigkeit eigentlich niemals gründlich erörtert worden. Sie kann selbstverständlich nicht absolut, sondern nur relativ beantwortet werden; man kann etwa zweifeln, ob ein Theil der Parteikraft, die seit acht Jahren auf das parlamentarische Gebiet verwandt worden ist, nicht auf andere Gebiete der Parteithätigkeit mit größerem Nutzen hätte verwandt werden können. Darauf deuteten schon manche Symptome der letzten Reichstagswahlen hin, und auch der Mißerfolg der Etatsdebatte mahnt daran, daß es der Partei schwerlich unzuträglich sein würde, wenn sie die Grenzen, die zwischen ihrem Wesen und dem Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus trotz alledem bestehen, wieder etwas schärfer hervortreten läßt, als in den letzten Jahren.

Adam Mickiewicz und seine Weltanschauung.

Zu seinem hundertjährigen Geburtstag. Von **M. Beer.**

I.

Adam Mickiewicz (lies Mitskjewitsch) wurde am 24. Dezember 1798 in Litthauen geboren. Seine Eltern gaben ihm eine sehr sorgfältige, tief religiöse und patriotische Erziehung, wie man dies von einer polnischen Adelsfamilie damals nicht anders erwarten durfte. Denn die Zeiten waren gar ernst geworden. Nach einer tausendjährigen, ruhmreichen Geschichte war Polen gefallen und das Geschlecht, das diese Katastrophe sah, ging mit sich strenge ins Gericht. Durch heroische Aufopferung dachte man die Sünden der Väter zu sühnen. In dieser trüben Stimmung der Buße und der inneren Einkehr wuchs damals die polnische Jugend heran. Aus ihr rekrutirten sich dann die Männer, die bis um die Mitte unseres Jahrhunderts auf allen europäischen Schlachtfeldern für Völkerfreiheit und Völkerverbrüderung ihr Blut verspritzten.

Als Mickiewicz vierzehn Jahre alt geworden, erfuhr er einen der nachhaltigsten Eindrücke seines Lebens: Napoleon zog mit seinen Heerschaaren gen Moskau! Die Begeisterung der Polen war überschwänglich. In Napoleon glaubten sie den Erlöser zu sehen, der da erschienen war, das polnische Reich in seiner alten Glorie herzustellen. Die Napoleonische Legende nahm in slawischen Ländern geradezu mystische Formen an. Sogar die polnischen Juden, die sich um Politik gar nicht kümmerten, wurden durch dieses Ereigniß tief erschüttert. Unter ihren Wunderrabbis brach in allem Ernste ein heftiger Streit darüber aus, ob

Napoleon nicht als Vorläufer des Messias zu betrachten wäre. Einige waren dessen so sicher, daß sie an die Judenschaft den Befehl erließen, sich zum Aufbruch nach dem heiligen Lande bereit zu halten. In einem seiner besten dichterischen Werke, im „Pan Tadeusz", herausgegeben 1833, schildert Mickiewicz die dunklen Ahnungen der Polen im denkwürdigen Frühjahr 1812:

> „O holder Lenz, wer damals dich sah in unserem Land,
> Dich, der noch heut' als Kriegs- und Erntelenz bekannt.
> Wie warst du so voll Hoffnung, so an Geschicken reich!
> Ich sehe dich noch heut, hold, Traumgebilden gleich,
> Der ich als Sklav' geboren, schon in der Wiege lag
> In Erz, und hatt' im Leben nur — einen Lenzestag."

Im Jahre 1815 bezog er die Wilnaer Universität, damals der Herd polnischer Gelehrsamkeit. Der edle Lelewel war eine ihrer Zierden; er las Geschichte und wies zum ersten Male auf den Kommunismus der alten slavischen Gemeinden hin. Mickiewicz studirte Anfangs Mathematik, Physik und Chemie, aber sein Geist fand wenig Gefallen an exakten Wissenschaften; er wandte sich bald der Philologie zu und erwarb sich ungewöhnliche Kenntnisse der griechischen, lateinischen, französischen, englischen, deutschen und slavischen Literaturen. Rousseau und Chateaubriand, Walter Scott und Byron, Goethe und Herder gehörten zu seinen bevorzugten Schriftstellern. Er beherrschte später auch das Persische. 1820 als Gymnasiallehrer in Kowno angestellt, widmete er seine freie Zeit der Poesie und gewann durch seine Balladen und die beiden ersten Theile der „Dziady" (Todtenfeier) den Ruf eines großen nationalen Dichters. 1823 treffen wir ihn in Wilna, wo er wegen Theilnahme an Studentenverbindungen verhaftet wurde. Nach sechsmonatlicher Untersuchungshaft, die er später im dritten Theile der „Dziady" schildert, wurde er nach dem Innern Rußlands verbannt, wo er bis 1829 verblieb. Diese Gefängniß- und Verbannungsjahre bilden die wichtigste Periode im Leben unseres Dichters. Sie wiesen ihm die Leiden seines Vaterlandes und machten ihn zum patriotischen Märtyrer. Sie brachten ihn ferner mit den Führern der Dekabristen in Verbindung, die ihm den weiten Gesichtskreis der föderalrepublikanischen und kommunistischen Ideale des Slaventhums öffneten. Auf die geistige Bedeutung von Mickiewicz aufmerksam gemacht, behandelte die russische Regierung ihn mit ungewöhnlicher Großmuth. Materiell ließ seine Lage nichts zu wünschen übrig. Er besuchte die Krim, Moskau und Petersburg, wo ihm die Salons der russischen Adelsfamilien offen standen, ebenso wie die geheimen Berathungsstuben der russischen Dichter und Denker, die sich damals zu einer großen revolutionären Aktion vorbereiteten. Hatte Mickiewicz früher als Dichter die westeuropäische Kultur lieben, und als Pole den Zarismus hassen gelernt, so lernte er jetzt als Slave die gewaltige Macht und die inneren moralischen Kräfte des Russenthums kennen und bewundern. Es dauerte jedoch ein Jahrzehnt, bis er diese neuen Eindrücke verarbeitete und sie in seine Weltanschauung aufnahm.

Seine Hauptwerke aus dieser Zeit sind: Sonette aus der Krim, die die eigenartige Pracht der südrussischen Natur verherrlichen; Konrad Wallenrod, ein großes episches Gedicht, das von dem rücksichtslosen Kampfe der Kreuzritter und Litthauer erzählt; Ode an die Jugend, die durch ihren hinreißenden Schwung zum Tyrtäosgesang des polnischen Aufstands von 1830 wurde. 1829 erhielt er von Nikolaus I. die Erlaubniß, nach Italien zu gehen; auf dem Wege dorthin besuchte er Berlin, Dresden, Weimar (Goethe) und Prag. Während seines Aufenthalts in Rom hörte er vom Ausbruch der polnischen Revolution, von ihrem

Mißlingen und von ihrer äußerst blutigen Unterdrückung. Wie erschütternd diese Ereignisse auf ihn wirkten, zeigen die Schriften, die er in den folgenden Jahren in Paris herausgab, wo er sich 1832 niederließ. 1833 erschienen von ihm: Pan Tadeusz, ein Heldengedicht, das die Iliade Polens genannt ward, ein Bild des polnischen Adelslebens zu Anfang unseres Jahrhunderts, gezeichnet auf den Hintergrund der Napoleonischen Kriege; Dziady, dritter Theil, ein lyrisch-dramatisches Gedicht, das ganz unter dem niederschmetternden Eindruck des Mißlingens der polnischen Revolution von 1830/1831 steht. Die in diesem Gedicht enthaltene „Improvisation", von der wir später ausführlicher sprechen werden, bildet den Höhepunkt des ganzen poetischen Könnens von Mickiewicz. An Gefühlstiefe, Sprachgewalt und titanenhaftem Ringen steht sie in der neueren Weltliteratur einzig da. George Sand, die das Buch damals in der „Revue des Deux Mondes" besprach, meint, seit den Propheten von Zion hätte sich keine Stimme mit solcher Kraft erhoben, um einen so großen Gegenstand, wie den Sturz einer Nation zu besingen. Schließlich ist noch das „Buch der polnischen Pilgerfahrt" zu nennen, eine im biblischen Stile geschriebene Leidensgeschichte seines Volkes, die den Abbé Lamennais — einen Meister dieser Schreibart — zur Bewunderung hinriß („Revue de Paris", März-April 1838). Von 1834 bis 1840 hat Mickiewicz nichts geschrieben; dagegen scheint er sich viel mit dem westeuropäischen Sozialismus der St. Simon, Fourier und Robert Owen, sowie mit dem Slavismus beschäftigt zu haben. Sein Widerwillen gegen ökonomische Detailfragen ließen ihn jedoch zu einer Würdigung der drei großen Utopisten nicht kommen. Die religiösen und mystischen Sozialisten, wie Buchez, Pierre Leroux und Lamennais waren seinem Geiste mehr verwandt. Er nahm ihre Anregungen an und vereinigte sie mit seinen Lieblingsideen über den urwüchsigen Kommunismus der slavischen Gemeinden.

Im Jahre 1839 verließ er Paris, um die Professur der lateinischen Sprache an der Hochschule zu Lausanne zu übernehmen. 1840 wurde er von dort wieder nach Paris berufen, um da am College de France über slavische Literatur zu lesen. Hier hielt er seine berühmten Vorträge: Les Slaves, die unter Anderen auch von Jules Michelet, Balzac, George Sand, Saint-Beuve und Ampère besucht wurden. In diesen Vorträgen finden wir seine sozialistischen, religiösen und politischen Ansichten systematisch vor. 1843 verfiel er ganz der Mystik, der die ganze polnische Literatur damals ergeben war. 1844 wurde ihm von der orleanistischen Regierung die Professur entzogen, offenbar wegen seiner messianischen Verherrlichung Napoleons. 1848 stellte er sich an die Spitze der polnischen Legion in Italien, wo Mickiewicz überall enthusiastisch begrüßt wurde. Von der parlamentarischen Tribüne feierte Cavour ihn als einen Dichter, der Homer und Dante gleichzustellen sei. 1849 gab er die Zeitschrift „Tribune des peuples" in Paris heraus, in der seine Ansichten über internationale Demokratie und Sozialismus noch am nüchternsten zum Ausdruck gelangten. Als aktiver Politiker wußte Mickiewicz stets, sich die panslavistische Historiosophie vom Leibe zu halten. 1852 erhielt er von Louis Napoleon eine Anstellung als Archivar. 1855 wurde er mit einer halb wissenschaftlichen, halb diplomatischen Mission nach Konstantinopel geschickt, wo er am 28. November 1855 starb.[1]

[1] Deutsche Uebersetzungen von Mickiewicz' Werken erschienen: Balladen mit Sonetten (Reclam, Leipzig); Konrad Wallenrod (Bremen 1871); Herr Thaddäus (Leipzig 1836, 1882); Les Slaves (Berlin 1842—44, 1849). Siehe „Polnische Literaturgeschichte" von H. Nitschmann (Leipzig 1888).

II.

Wollte man etwa nach dem Muster Carlyles oder Emersons nach einer repräsentativen Gestalt des slavischen Stammes suchen, so gäbe es keine bessere als die des Mickiewicz. In ihm finden sich die hervorstechendsten Eigenschaften — Tugenden und Schwächen — vereinigt, die man sonst bei den großen slavischen Vertretern bis jetzt zerstreut antreffen konnte: heroenhaftes Selbstbewußtsein; zäsarische Rücksichtslosigkeit; Geringschätzung für Thatsachen und Theorien; tollkühne Aufopferung; religiöse Mystik; anarchischer Freiheitsdrang und vollständige Selbstverleugnung. In ihm fand die slavische Rasse ihren Historiker, Historiosophen und Sozialpolitiker. Er wäre der größte revolutionäre Panslavist geworden, wenn er nicht der größte patriotische Dichter Polens gewesen wäre.

Bedeutender als Pestel, Rylejeff und Puschkin, die Führer der Dekabristen, die 1825 eine slavische Föderalrepublik aufrichten wollten; umfassender und tiefer als Herzen und Bakunin, die revolutionären Panslavisten, besitzt er doch nicht die Einheitlichkeit ihrer Auffassung. Mickiewicz, der Slave, war zugleich polnischer Patriot, was ihn geistig in einen Gegensatz zu den Russen brachte. Diese hatten nur eine Aufgabe zu lösen: die sozialpolitische; Mickiewicz aber auch noch die nationale. Gleich jenen sah auch er im slavischen Volke den Verjünger der Menschheit. Mickiewicz war es, der zum ersten Male den Gedanken systematisch ausbaute, daß das Slaventhum die Mission habe, die kranke, in ihren Doktrinen erstickende westeuropäische Zivilisation durch eine erlösende That zu heilen. Aber die Befreiung Polens konnte er vom slavischen Bauer nicht erwarten. Das hat ihn die Geschichte gelehrt.

Die revolutionären Panslavisten waren Polenfreunde. Der polnische Aufstand von 1830 wurde mit einer ergreifenden Leichenfeier für die fünf im Jahre 1826 hingerichteten Dekabristen eingeleitet; sein Schlachtruf war: für die russische und polnische Freiheit! Der slavische Bauer kämpfte jedoch für Nikolaus. Dagegen mußte ihm in nationaler Beziehung die westeuropäische Zivilisation, in der die nationale Idee damals ein bedeutender Faktor war, viel sympathischer als das slavische Osteuropa erscheinen. Dieser Zwiespalt zwischen seinem slavischen Ideal und seinem polnischen Patriotismus ließ bei Mickiewicz eine einheitliche Weltanschauung nicht aufkommen.

Uebrigens darf man von Mickiewicz eine auch nur annähernd moderne Weltanschauung nicht erwarten. Er blieb litthauischer Schlachziz sein Leben lang. Das Studium ökonomischer Thatsachen, gesellschaftlicher Wirthschaftsweisen, staatlicher Verfassungen war ihm etwas Nutzloses und Dummes, womit sich ein ernster Revolutionär gar nicht beschäftigen sollte. Die bürgerliche Welt blieb ihm deshalb ein unbegriffenes Räthsel — nein, nicht ein Räthsel, sondern eine bösartige Erfindung der französischen Revolution und der deutschen Philosophie. In „Les Slaves“ entwickelt er folgende Ansichten über die Werththeorie: „Werth, sagt man, ist das Quantum von Gütern, das man gegen eine andere Sache austauschen kann. Woraus folgt, daß, wenn ich keinen Absatz finde, ich auch keinen Werth habe. Ich übergehe andere Definitionen, nach welchen die Mode, die Arbeit 2c. Werth bilde. Aber der Werth das ist die Tugend. Werth entsteht aus der Bewegung des Geistes.... Der Werth der ganzen Erdkugel kann sich in einem Menschen vereinigt finden.“ Der Grundgedanke der französischen Revolution, meint er dort, decke sich mit der Definition, die im Code Civil vom Eigenthumsbegriff gegeben wird.: La propriété est le droit de jouir et de disposes des choses de la manière la plus absolue. (Das Eigenthum ist das Recht, die Güter in absolutester Weise zu gebrauchen und über sie zu verfügen.)

Diese Formel entspreche ganz den philosophischen Theorien der deutschen Schulen. (Mickiewicz meint das Fichtesche Ich.) Dagegen sei der slavische Eigenthumsbegriff nicht individuell, sondern kollektiv: „die Slaven betrachteten den Privatbesitz an Land als eine Sünde“. Mickiewicz tadelt die preußische Regierung sehr scharf, weil sie durch die Aufhebung der Leibeigenschaft das slavische Eigenthum vernichtete und Proletarier schuf. Man verstehe: bei Mickiewicz handelt es sich nicht um die Methode, um die famosen Regulirungen, sondern um das Prinzip der Bauernbefreiung.

Erst wenn man die historischen Studien von Mickiewicz durchgeblättert, kann man die scharfe Kritik begreifen, die Karl Marx in seiner „Revolution und Kontrerevolution“ an den „slavischen Dilettanten der historischen Wissenschaft“ übt. Marx sagt: „... In den Studirstuben einiger slavischen Dilettanten in der historischen Wissenschaft wurde jene lächerliche, antihistorische Bewegung geschaffen, eine Bewegung, die auf nichts Geringeres abzielte, als auf die Unterwerfung des zivilisirten Westens unter den barbarischen Osten; der Stadt unter das Land; des Handels, der Industrie, der Intelligenz unter den primitiven Ackerbau der slavischen Hörigen“ (S. 63).

Nichts liegt mir ferner als die Absicht, Mickiewicz als einen Reaktionär hinzustellen. Im Gegentheil, ich fühle eher die Neigung, seine Schwächen so schonungsvoll als möglich zu berühren. Denn es giebt Nichtsozialisten, die durch ihren hohen Seelenadel, ihre reine Menschenliebe, ihre selbstlose Aufopferung jede Kritik entwaffnen. Jeder von uns hat dies schon einmal erfahren. Mir ist dies mit englischen Tolstoi-Verehrern passirt. Und so geht es mir auch mit Mickiewicz. Das Schlimmste ist nur, daß seine ganze Historiosophie, seine ganze Weltanschauung eine Schwäche ist.

Hier sind seine Grundgedanken, wie man sie in seinen sämmtlichen Werken zerstreut finden kann:

Die Lebenskraft jedes geschichtlichen Zeitabschnitts ist eine bestimmte Idee. Ist diese erschöpft, so findet der Zeitabschnitt seinen Abschluß und eine neue Aera beginnt. Diese gottgesandte Idee hat zu ihrem Werkzeug immer irgend einen kräftigen Volksstamm gewählt, der sich in ihre Dienste stellt und sie durch eine That in die Geschichte einführt. Unsere Zeit kündigt sich als eine neue Aera an, die indeß ihre Idee, ihre Lebenskraft noch nicht gefunden. Deshalb die Unruhe und das Sehnen der Völker. Welcher Volksstamm ist nun am besten geeignet, sie zu finden und zu verwirklichen? Nicht die westeuropäischen Völker, da der Westen doktrinär, krank und thatenarm ist. Denn Thaten entstehen nur in einem kräftigen Volksstamm unter dem Einfluß des begeisterten Wortes, das aus der Gefühlstiefe, Verzückung und Intuition fließt. Diese Bedingungen erfüllen die Slaven (polnisch Slowianie), die ein Volk des Wortes (polnisch Slowo) sind. Bei diesem barbarischen Stamme ist Wort und That eins; in ihm ist Gefühlstiefe, Fähigkeit zur Bewunderung und Verzückung; in ihm sind die sozialen Kräfte vorhanden, die wir zur Aufrichtung und Befestigung der neuen Aera nöthig haben. „Der Slave ist ein geistiges Wesen.“ Irgend eine große Idee, die im Westen erst nach langem Theoretisiren und Herumkämpfen sich Bahn brechen kann, wird im Osten intuitiv bis zu den letzten Konsequenzen begriffen und ein slavischer Held entsteht, der sie durch die Macht seiner Persönlichkeit verwirklicht. Dieser Held schöpft seine Kraft aus dem Geiste des Volkes. Und wie groß muß die Lebenskraft eines Volkes sein, das einen Peter den Großen erzeugen konnte! Die ganze Kühnheit und Energie des französischen Konvents, deren Thaten die Welt in Erstaunen setzten, fanden sich in einer

Persönlichkeit, in Peter dem Großen vereinigt. Die Slaven werden deshalb die Theorien des Westens nie annehmen. Dagegen könnte der Westen vom Osten lernen und sich dadurch viele Enttäuschungen ersparen. Das Slaventhum tritt jedoch jetzt nicht als eine einheitliche Macht auf. Zwei sich gegenüberstehende Richtungen kämpfen in ihm: die russische Tyrannei und die polnische Ochlokratie. In ihrer Vergangenheit hatten sie zwei asiatische Mächte von Europa fernzuhalten. Die Russen hatten gegen die Tataren zu kämpfen, die Polen gegen die Türken. Die Tataren, die am Ural saßen und von da aus furchtbare Armeen nach China und Deutschland warfen, unterjochten Rußland. Das tatarisch-mongolische Prinzip war Unterdrückung und Zerstörung. Aber die gefangenen und gefolterten russischen Fürsten verzweifelten nie. Im tatarischen Exile lernten sie die Geheimnisse der mongolischen Diplomatie und Staatsorganisation, mit deren Hilfe sie das fremde Joch abschüttelten, aber selber zu Mongolen wurden und den Zarismus begründeten, dessen Diplomatie durchaus mongolisch ist. Und die Zaren traten das materielle und geistige Erbe der Dschingis-Khan und Timur an. Ihre Idee verleibte sich dem Russenthum ein und giebt dem ganzen Koloß Leben und Richtung. Sie wurde herrsch- und unterdrückungssüchtig. Ihre Ausdehnungsgelüste kennen keine Grenzen; in ihren Eroberungsplänen kennt sie den Punkt noch nicht, wo sie Halt machen soll. „Ganz wie Dschingis-Khan, der unter dem Polarstern sitzend, seine streng disziplinirten Armeen über Asien und Ost- und Mitteleuropa schwärmen ließ.“ Aber neben diesen kalten, rücksichtslosen politischen Kombinationen wirken unter dem russischen Herrscherthum noch unverstandene moralische Kräfte, zukunftsschwanger und verheißungsvoll, die durch ihre Größe die Welt einst überraschen werden.

Die Studie über die historischen Grundlagen des Zarismus ist eine der glänzendsten Leistungen von Mickiewicz und ist aller Beachtung werth.

Die andere asiatische Macht, die von Süden her Europa zu überfluthen und zu unterjochen drohte, waren die Türken. Gegen diese kämpfte der polnische Adel. In diesem erfolgreichen Kampfe für Christenthum und Zivilisation wurden die Polen noch freier und aufopfernder; ihr Prinzip der Befreiung und Aufrichtung noch stärker.

In unserem Jahrhundert treffen wir die zarischen und polnischen Legionen als Feinde. Der Zarismus für Unterdrückung und Vernichtung, die Polen für Befreiung und Aufrichtung. Die europäischen Regierungen beten den Zarismus an; die europäischen Völker feiern die Polen.

Der Gegensatz zwischen Polen und Russen ist jedoch kein ewiger; er ist historisch entstanden. Polen und Russen sind nur die beiden Extreme eines und desselben elektrischen Zustandes. Unter der Berührung einer großen, epochebildenden Idee werden sie sich ausgleichen. Das ganze Slaventhum: Polen, Russen, Tschechen und Südslaven werden sich dann auf Grund der Freiheit und Gleichheit föderiren und ihre gewaltigen materiellen und moralischen Kräfte vereinigen — den Tschechen schreibt er die Vermittlerrolle zu. Diese Riesenansammlung von Kräften wird das Werk des Uebermenschen sein, der den nationalen und sozialen Wirren der Zeit ein Ende bereiten wird. Die Polen werden ihm das Prinzip geben, die Russen ihre Macht und ihre Zucht, die Tschechen ihre moralische Kraft, die Südslaven die bei ihnen noch aufbewahrten altslavischen Traditionen. Diese Föderalrepublik wird auf der slavischen Kommunistengemeinde beruhen, in der weder Gesetze noch Theorien herrschen werden, sondern der freie Wille, die Exaltation und die Aufopferung. Und das Dank dem Sozialismus. Denn Sozialismus, sagt Mickiewicz, „ist der Aufschwung unseres Geistes nach einem äußerst glückseligen Dasein, das nicht individuell, sondern gemeinschaftlich und solidarisch ist“.

III.

Das Sehnen nach einem Uebermenschen ist in unserem Jahrhundert nur noch bei den Slaven zu finden. Carlyle als Heroenanbeter ist so seicht, geschwätzig und widerwärtig, daß er gar keine Erwähnung verdient. Emerson ist besser, jedoch giebt er sich mit dem Glauben an Heroen, an die „Ueberseele" zufrieden. Bleiben Nietzsche und Mickiewicz, die beide Slaven sind. Nietzsche alias Niezki war stets auf seine polnische, adelige Abkunft stolz. Es ist jedoch zwischen diesen beiden Schlachzizen ein bedeutender Unterschied. Alles poetischen Flitters entkleidet, wäre Nietzsches Uebermensch etwa ein Peter der Große. Mit einem solchen Heroen konnte Mickiewicz nicht zufrieden sein. Er hatte den Segen der Herrenmoral an seinem eigenen Leibe kennen gelernt. Sein Ideal ist eher ein großer polnischer Demokrat der vierziger Jahre, der die Macht will, um die Völker beglücken zu können. Wir können bei ihm die Geburt des Uebermenschen deutlich verfolgen. Von Rußland aus wandte er sich an die polnische Jugend, als an die Befreier Polens. In der Ode ruft er ihr zu:[1]

„... Jugend, schwinge dich in deinem Adlerflug über die Raumesflächen und mit dem Sonnenauge durchmiß, von einem Pol zum andern, den Ozean der Menschheit.... Steige, wohin der Blick noch nie gestiegen; zerbrich, was der Verstand noch nie zu zerbrechen gewagt, denn dein Blick ist der des Adlers und dein Arm stark wie der Donner.... Auf! Schulter an Schulter, schließen wir die Kette um die Welt; auf einen Herd vereinigen wir unsere Gedanken, auf denselben Herd unsere Seelen. Heben wir die Erde aus ihrem alten Kreise und stoßen wir sie in neue Bahnen...."

Die Jugend ging in den Aufstand von 1830/31 und wurde von den Russen blutig niedergeworfen. Ordnung herrschte in Warschau und wilde Verzweiflung im Herzen Polens. Menschliche Begeisterung half also nichts. Die stumpfe Menge, die Herdenthiere fragen nicht viel darnach. Was könnte denn retten? Der Uebermensch, lautete dumpf die Antwort. In Mickiewicz, dem größten Dichter Polens, konzentrirte sich das ganze Fühlen und Denken seines Volkes und krystallisirte sich in der Gluth seiner dichterischen Phantasie. So entstand der dritte Theil der „Dziady", dessen vierte Szene, die berühmte Improvisation, in einer visionären Verzückung niedergeschrieben wurde. Hier erschien der Uebermensch:

„Einsam! ... Bedarf ich denn der Menge? Bin ich ein Sänger der Menge? ... Wehe dem, der sein Wort und seine Zunge für die Menge abmüht. Die Zunge lügt dem Worte und das Wort dem Gedanken....

„Gott und du Natur, höret mich! Hier sind Gesänge eurer würdig, Harmonien eurer werth!

„Ich bin Meister!

„Als Meister strecke ich meine Hände; ich strecke sie ins Firmament und lege sie auf die Sterne, wie auf die Krystallkugeln einer endlosen Harmonika; und die Sterne rühren sich, bewegen sich, bald langsam, bald schneller; Millionen Töne entströmen ihnen; und ich bin es, ich allein, der sie erzeugte und nach ihren Namen kenne. Ich nehme sie zusammen, ich trenne und vereinige sie; ich verbinde sie in Akkorde, in Strophen und Regenbogen; ich verdichte sie in Donnerschläge und Blitzesflammen....

„Ich ziehe meine Hände zurück und erhebe sie über die Weltenden. Die Harmoniekugeln halten ein. Ich singe allein; ich höre mich singen, lange und modulirte Hymnen wie die Klagen des Windes; sie durchzittern die Menschheitsmassen; sie seufzen wie der

[1] Eine auch nur annähernd gute metrische Uebersetzung der Ode mit der Improvisation giebt es nicht. Wir geben deshalb einige Strophen aus diesen Gedichten in ungebundener Sprache wieder.

Schmerz; sie grollen wie der Sturm, die Jahrhunderte begleiten mich dumpf; und jede Note vibrirt und flammt! . . .

„Das ist die Hymne des Weltalls, die Hymne der Schöpfung; sie ist die Allmacht und die Unsterblichkeit. Ich fühle die Wellen der Ewigkeit — ich kann sie erzeugen! — Was hast du, Gott der Natur, Größeres geleistet?“

Das sind nur einige wenige Strophen aus der Improvisation. Im Polnischen, wie Mickiewicz es in der Extase spricht, klingt dies alles so erhaben und geheimnißvoll wie jene Hymne der indischen Veden, in welcher Krischna in der ganzen Fülle der Herrlichkeit dem Seher erscheint.

Hier erscheint aber nicht ein Krischna, sondern ein Mensch — ein in seiner Gottähnlichkeit berauschter Dichterheros. „Ich bin Meister!“ ruft er Gott zu und verlangt, sein Mitregent zu werden. Er stieg in den Himmel, um sich Macht zu holen, Seelen zu regieren. Das ist ganz in dem zäsarischen Tone gesprochen, der die großen Epochen der neueren russischen Geschichte beherrscht. „Ich bin euer Gott, wie Gott der meinige ist!“ donnerte Iwan IV. den Russen zu; so handelte Boris Godunow, der den russischen Bauer in die Hörigkeit preßte; und so wirkte Peter der Große, der mit rücksichtsloser Gewalt die Grundlagen zu jener Macht ausbaute, die heute von Paris bis Peking herrscht. Und in demselben überspannten Selbstbewußtsein, in derselben zäsarischen Rücksichtslosigkeit handelte jenes Häuflein sozialistischer Terroristen, die das schwerfällige, weite zarische Weltreich aus seinem Kreise heben wollten, um es in die Bahn der Freiheit und Gerechtigkeit zu stoßen. Hier Zäsaren der Unterdrückung und Zerstörung — dort Zäsaren der Befreiung und Erneuerung!

Kann es einen Zäsarismus der Befreiung und Liebe geben? Die Utopisten glaubten es. Mickiewicz glaubt es.

Das Wesen jedes großen Helden ist Energie — ein ungewöhnliches Maß von Energie, das ihn über die Mehrheit seiner Mitmenschen erhebt. Das macht sein Wollen, dem Zeit und Verhältnisse den Inhalt geben, so furchtbar und grenzenbrechend. Größe und Umfang seiner Thaten hängt von dem Maße von Intelligenz und Gefühl ab, das er besitzt. Besitzt er ein bedeutendes Maß von Intelligenz, so wird er ein großer Staatsmann oder großer Denker; ist seine Intelligenz unbedeutend, so erreicht er trotz seiner gewaltigen Thaten — nichts; überwiegt bei ihm Gefühl und Imagination, so wird er ein großer Dichter, Religionsstifter, in den Zeiten sozialer Gährung — ein großer Utopist. Das sind, glaube ich, die Elemente der Heroen und Uebermenschen.

Bei Mickiewicz und seinem Uebermenschen überwiegen Gefühl und Imagination. „Siehe, das ist mein Feuer: Gefühl. Ich sammle es, presse es, daß es wuchtiger werde. Ich zwänge es in die eherne Fassung meines Willens, wie eine Ladung in eine Kanone!“ ruft er in seiner „Improvisation“, und mit dieser Gefühlskanone stürmt er auf den Zarismus, um dadurch Polen zu befreien und es „durch Liebe zu regieren“.

Der tiefe Haß gegen den mongolischen Zarismus hat jedoch seinem mystischen Panslavismus keinen Abbruch gethan. Nur muß man dabei nicht an den Panslavismus eines Katkow denken. Mickiewicz steht Herzen und Bakunin sehr nahe. Der Unterschied ist nur, daß jener tief religiös und von Buchez und Lamennais sozialistisch beeinflußt wurde, während diese — dem linken Flügel der Hegelschen Schule angehörend — atheistisch wurden und ihren Sozialismus von Proudhon nahmen. In dem Entwurf einer polnischen Verfassung, den Mickiewicz im März 1848 niedergeschrieben, findet seine Weltanschauung prägnanten Ausdruck:

1. Der christliche Geist im heiligen katholischen Glauben, der sich in freien Thaten offenbaren soll.... 5. Das Evangelium ist der Geist Polens; das polnische Land sein Körper. Polen, auferstanden im Fleische ... reicht dem Slaventhum die Hand. 6. und 7. Religions-, Kultus- und Redefreiheit. 8. Rechtsgleichheit. 9. Wahl der Beamten. 10. und 11. Gleichberechtigung der Juden und der Frauen. 13. Jeder Familie — Familienland unter Schutz der Gemeinde; jeder Gemeinde — Gemeindeland unter Schutz der Nation.... 15. Politische Stammeshilfe dem Bruder Tschech und den tschechischen Völkern, dem Bruder Ruß und den russischen Völkern. Christliche Hilfe allen anderen Nationen als unseren Nächsten.

Das war Mickiewicz und so blieb er bis an sein Lebensende. Mit ihm starb jene polnische Generation, die den demokratischen Bewegungen des Europa der heiligen Allianz bewunderte und geliebte Helden gab. Stürmisch im Gefühl, unerschüttert im Glauben an das Ideal, eilten sie, wo die Fahnen der Freiheit flatterten, und fochten, wo Völker um Befreiung rangen. Aber nicht durch das Gefühl wird Polen frei werden, sondern durch die Weisheit, jene kalte Weisheit, die das Innere der Natur und Geschichte durchforscht, die die materiellen Bedingungen erkennt. Und diese Weisheit hat Mickiewicz verachtet. Als Gott ihm die verlangte Macht verweigerte, rief er verzweifelt aus: „Ich errathe jetzt; ich habe dich erkannt; ich verstehe jetzt, wer du bist und wie du regierst! Derjenige hat gelogen, der dich Liebe nannte; du bist nur Weisheit! ... Nur dem Gedanken und nicht dem Herzen öffnest du den Schatz der Waffen. Nur der, welcher sich in Bücher vertieft, in Metalle, in Skelette, kann dir einen Theil deiner Macht entreißen.... Dem Gedanken überlieferst du die Welt und das Herz läßt du in ewigen Ketten schmachten!"

Ja, dem Gedanken und nicht dem Gefühl — so antwortet ruhig und entschieden die letzte Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.

Zur Zusammenbruchstheorie.

Von Heinrich Cunow.

(Fortsetzung.)

2. Zur Psychologie des kapitalistischen Systems.

Ein Moment, an welchem Bernstein in seiner Vorliebe für Zahlenbeweise ganz achtlos vorübergeht, ist die umgestaltende Rückwirkung, welche die Konzentration auf die Natur der Betriebe und ihre gegenseitigen Beziehungen zu einander, kurz auf die innere Struktur des kapitalistischen Wirthschaftssystems gehabt hat. Unbekannt ist Bernstein allerdings keineswegs, daß mit der Akkumulation zugleich eine Veränderung der Betriebsformationen vor sich geht; aber er mißt, wie es scheint, dieser Umgestaltung keine Bedeutung für die Frage der Resistenz des kapitalistischen Systems bei, wenigstens erklärt er Seite 551: „Allerdings ist diese Unerschütterlichkeit auch nur die äußere Seite, und herrscht in Wirklichkeit in diesem Lager nichts weniger als Festigkeit. Da werden hier allerhand bisher dem Kleingewerbe eigene Betriebe von der Großindustrie aufgesaugt oder sonst ums Leben gebracht, und dort bilden sich auf Grund neuer Technik oder neuer Verhältnisse, wie die Großindustrie sie hervorbringt, neue Mittelbetriebe aus. Es herrscht beständige Bewegung, Absterben alter und Aufkommen neuer Geschäftszweige, sowie häufige Umwälzungen im Schoße der einzelnen Berufsgruppen. Aber so wichtig dies für die Psychologie des modernen Handwerks

und Kleinfabrikantenthums ist, so ist es doch für unsere Betrachtung nebensächlich. Es handelt sich hier nicht um die Individuen, sondern um die ganzen Abtheilungen. Der Aggregatzustand der Moleküle hat hier Veränderungen erlitten, aber ihre Masse ist nicht verringert und ihre Auflösung noch in weitem Felde."

Das ist eine recht seltsame Ansicht. Handelte es sich ausschließlich darum, zu zeigen, wie weit in dem Zeitraum von 1882 bis 1895 der Großbetrieb sich ausgedehnt hat, wäre diese Feststellung Selbstzweck der Untersuchung, so ließe sich vielleicht nichts an der obigen Argumentation aussetzen. Für den Genossen Bernstein aber ist das Ganze nur ein Mittel zum Zweck; seine Statistik dient ihm nur dazu, aus ihr allerlei Schlüsse auf den gegenwärtigen Wirthschaftsstand zu ziehen, um aus diesem wieder bestimmte Folgerungen in Bezug auf die wirthschaftliche Reife der heutigen Gesellschaft abzuleiten. Warum aber dann z. B. die Verschiebung der Betriebsarten gegeneinander, die doch ebenfalls auf die Widerstandsfähigkeit des kapitalistischen Systems und auf die Gesellschaftsdisposition einwirkt, nicht berücksichtigt werden soll, bleibt ein Räthsel. Wenn Bernstein im obigen Satze sagt, der Aggregatzustand der Moleküle habe wohl Veränderungen erlitten, nicht aber ihre Masse, so ist das bis zu einem gewissen Grade richtig; nur muß ich zu meiner Beschämung gestehen, bislang noch nicht gewußt zu haben, daß die Wirkung der Moleküle nur in ihrer Masse liegt. Bis jetzt hat man gewöhnlich angenommen, daß gerade die Art des Zusammenhangs der Moleküle den Zustand der Körper bedingt; eben deshalb spricht man von ihren Aggregationsformen. Jedenfalls bleibt unverständlich, weshalb wohl eine Vermehrung der Großbetriebe gegenüber den Kleinbetrieben, nicht aber beispielsweise eine Veränderung ihres wirthschaftlichen Abhängigkeitsverhältnisses voneinander auf die Wirthschaftslage von Einfluß sein soll.

Es kann sich hier nun keineswegs darum handeln, diese Unterlassung Bernsteins nachzuholen. Die gleichzeitig mit der Konzentration vor sich gegangene Verschiebung der Produktions- und Austauschverhältnisse schildern zu wollen, das hieße nicht weniger, als eine völlige Entwicklungsgeschichte unserer kapitalistischen Wirthschaftsform schreiben zu wollen; auf einige bekanntere, theilweise schon von Parvus in seinen Artikeln in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" erwähnte Neuformationen möchte ich aber doch kurz hinweisen.

Die Grundlage des handwerksmäßigen Kleinbetriebs war früher fast ausschließlich die sogenannte Kundenproduktion, d. h. die selbständige Produktion für einen meist lokal begrenzten, engen Konsumentenkreis. Heute findet indeß nur noch ein Theil der Kleinbetriebe in dieser Form der Produktion seine Existenz. Ein anderer Theil steht im Stücklohnverhältniß zu den größeren industriellen oder kaufmännischen Betrieben, ein dritter liefert Nebenarbeiten für den Haushalt, die früher von den weiblichen Familienmitgliedern verrichtet wurden. Mit der Entwicklung der Großproduktion sind nämlich viele Arbeiten, die früher im bürgerlichen Haushalt gethan wurden, fortgefallen; wo werden heute noch alle Kleidungsstücke selbst im Haushalt angefertigt, wo wird noch selbst gesponnen und gewebt? Nur in kleineren ländlichen Wirthschaften ist das hin und wieder der Fall. Dadurch und noch aus anderen Gründen, die hier zu erörtern überflüssig sind, sind eine Menge weiblicher Arbeitskräfte freigesetzt worden, die nur zum Theile Unterkunft in der eigentlichen Industrie oder im Handelsgewerbe gefunden haben. Ein anderer Theil leistet ständige oder gelegentliche Aushilfsarbeit im bürgerlichen Haushalt als Wäscherinnen, Scheuerfrauen, Näherinnen, Schneiderinnen 2c., oder aber verrichtet weibliche Handarbeiten in der eigenen Wohnung für Private, Gewerbebetriebe der Bekleidungsindustrie, Ladengeschäfte u. s. w.

Alle derartige Beschäftigungen gelten in der Statistik als „selbständige Gewerbebetriebe“ und bilden einen hohen Prozentsatz der Allein- und Kleinbetriebe, zum Beispiel zählt die preußische Gewerbestatistik für 1895 nicht weniger als 101034 Näherei- und 37859 Wäschereibetriebe. Mit dem alten Handwerk, von dem einst das Sprichwort galt: „Handwerk hat goldenen Boden“, haben diese neuentstandenen Allein- und Kleinbetriebe nichts zu thun. Die ganze Existenzlage des Gros dieser weiblichen „selbständigen Erwerbsthätigen“ ist von jener der früheren Handwerkskleinmeister grundverschieden; sie sind zumeist nichts als einfache Stück- oder Taglohnarbeiter.

Nicht viel anders liegt die Sache für eine große Anzahl der handwerkerlichen Kleingeschäfte der Bekleidungs-, Holz- und Textilbranche, speziell was die Schneiderei, Schuhmacherei, Weberei, Möbeltischlerei anbelangt. Sehr viele dieser Kleinbetriebe arbeiten lediglich für Ladengeschäfte oder Fabriken, meist im Stücklohn. Oft werden ihnen sogar die Materialien zur Arbeit geliefert, nicht selten schon in halbfertigem Zustand.

Denselben Einfluß hat die kapitalistische Akkumulation auf die Kleinbetriebe des Handels- und Verkehrsgewerbes ausgeübt. Bestand früher der Handelskleinbetrieb fast ausschließlich aus dem kleinen Ladengeschäft, so hat sich in den letzten Jahrzehnten neben diesem immer mehr einerseits das Agentur- und Maklergeschäft, andererseits der Hausirhandel entwickelt. In der preußischen Statistik für 1895 beläuft sich die Zahl der Agenturbetriebe 2c. (mit Ausnahme der Versicherungsagenturen) auf 20286, die der selbständigen Erwerbstreibenden des Hausirhandels auf 22897. Auch hier handelt es sich durchweg nur um Anhängsel der Großgeschäfte. Speziell in der Agenturbranche ist der „Betriebsinhaber“ meistentheils nur Vertreter einer einzigen Fabrik oder eines Engrosgeschäfts, und der ganze Unterschied zwischen ihm und den übrigen kaufmännischen Angestellten besteht oft nur darin, daß diese ein festes Gehalt beziehen, während er „auf Prozente“ arbeitet.

Doch auch der eigentliche Waarendetailhandel ist nicht mehr, was er früher war. Die Ausdehnung eines Detailbetriebs hängt nicht nur von der Größe des vorhandenen Betriebskapitals, auch nicht nur von technischen Bedingungen ab; vor Allem kommt die Konsumtionsfähigkeit des Kundenkreises, mit dem ein Geschäft zu rechnen hat, in Betracht. Ein solcher Kundenkreis aber läßt sich nicht nach Belieben ausdehnen; er ist für ein Geschäft bestimmter Art meist örtlich beschränkt. Eine Erweiterung des Umfangs eines Betriebs ist dann nur dadurch möglich, daß entweder das Geschäft in andere Branchen übergreift und sich „neue Artikel zulegt“, oder daß es in anderen Ortschaften oder Stadttheilen Absatz sucht, sei es durch Versandt oder durch Anlegung von Filialbetrieben. Die eine Richtung kommt zur Geltung in der Zunahme der Großbazare und Waarenhäuser, die andere in der Vermehrung der Versandthäuser und der Zweiggeschäfte. In ihrer wirthschaftlichen Wirkung sind diese verschiedenen Konzentrationsformen ziemlich gleichwerthig, statistisch jedoch ergeben sich oft größte Verschiedenheiten; denn in der statistischen Aufstellung erscheinen durchweg die Filialbetriebe als selbständige Geschäfte, zumal wenn — und das ist häufig der Fall — die Zweiggeschäfte unter anderer Firma geführt werden oder der Leiter der Filiale nominell als Eigenthümer figurirt. Besonders aber trifft das zu, wenn das Hauptgeschäft nicht selbst Filialen einrichtet, sondern nur die Waare „in Kommission“ giebt: eine Art des Großbetriebs, die in den letzten Jahren in manchen Branchen ungemein häufig geworden ist. In solchem Falle gilt nämlich der sogenannte Inhaber des Ladengeschäfts zwar nach außen als Eigenthümer

desselben, die Waaren aber und manchmal auch die Einrichtung bleiben Eigenthum der Fabrik resp. des Engrosgeschäfts, das ihn eingesetzt hat. Der Waarenbestand ist ihm nur zum Verkauf („in Kommission") überlassen und zu bestimmten Terminen, gewöhnlich alle Monate oder alle Vierteljahre, muß er mit der liefernden Firma abrechnen, worauf das Lager wieder kompletirt wird. Ich könnte hier eine große Hamburger Firma nennen, die über zweihundert solche Geschäfte in allen Theilen Deutschlands unterhält, von denen manche mit mehr als einem Dutzend Gehilfen arbeiten. Ein derartiger Kolossalbetrieb ist nun allerdings bis jetzt noch in der Geschäftswelt eine Ausnahme; aber Engrosgeschäfte, die einige Dutzend Zweigbetriebe unterhalten, giebt es eine große Anzahl. Um über diese Form des Geschäftsbetriebs, die erst in den letzten Jahrzehnten solche Bedeutung erlangt hat, einen Ueberblick zu gewinnen, genügt es sogar nicht, nur die Filialgeschäfte innerhalb eines Landes zusammenzufassen. Große Unternehmungen unterhalten oft in verschiedenen Ländern Niederlagen, die zum Theile wieder von „Generalvertretungen" aus versorgt werden.

Aehnlich haben auch die Mittelbetriebe der Handels- und Verkehrsgewerbe theilweise ihren Charakter gewechselt. Eine Reihe Hilfsbetriebsarten, die noch vor wenigen Jahrzehnten kaum eine Rolle spielten, sind seitdem zu einer unvorhergesehenen Bedeutung gelangt, so z. B. in Folge der Ausdehnung des Außenhandels die Speditionsbranche, das Speicher- und Lagerhauswesen, das Rollfuhrwesen, die Schiffsexpedition 2c. Gemeinsam ist fast allen diesen neuentstandenen Betriebszweigen, daß zwar die einzelnen Betriebe nominell selbständig sind, nicht aber wirthschaftlich in dem Sinne, wie die untergegangenen Mittelbetriebe, die ihr eigenes festes Wirthschaftsgebiet hatten. Diese neuentstandenen Geschäfte sind vielmehr zu einem wesentlichen Theile reine Anhängsel oder Hilfsbetriebe des Großhandels, von diesem in ihrer ganzen Existenz abhängig und durch ihn mit allen Veränderungen des Weltmarkts verknüpft.

Vielleicht wird Bernstein in seiner Verachtung der „Aggregatzustände" sagen, das sei alles gleichgiltig, Kleinbetrieb sei Kleinbetrieb; ob der eine in der Statistik mitgezählte „Betriebsinhaber" als Agent, der andere als Hausindustrieller, der dritte nur als Leiter eines ihm nicht gehörenden Filialgeschäfts thätig sei, das käme nicht in Betracht, Hauptsache bleibe, daß ein solcher „selbständiger Gewerbetreibende" sein Auskommen hätte und sich an der Erhaltung des heutigen Wirthschaftssystems interessirt fühle. Das hieße jedoch die Streitfrage auf ein ganz anderes Gebiet schieben. In seinem Aufsatz in Nr. 18 der „Neuen Zeit" begründet Bernstein seine Auffassung gerade damit, daß nach der Statistik in vielen Gewerben noch der Klein- und Mittelbetrieb eine außerordentliche Lebensfähigkeit zeigt; wird nun aber durch eine genauere Prüfung nachgewiesen, daß ein großer Theil der Betriebe nur noch nominell, bezw. im juristischen Sinne selbständig ist, in wirthschaftlicher Beziehung aber entweder nur noch eine Schattenexistenz führt oder völlig vom Großbetrieb abhängt, so fällt damit sein Hauptargument zusammen.

Zudem aber wirkt die wirthschaftliche Position der Kleingewerbetreibenden natürlich auch auf ihre politische Stellungnahme zurück. Gesetzt selbst der von einem Ladengeschäft abhängige Kleinhandwerker, der Hausindustrielle, der Agent 2c. stände sich in pekuniärer Hinsicht nicht schlechter wie der frühere selbständige Handwerker oder Händler, so hat er doch nicht mit diesem überall dieselben Interessen, schon aus seiner Abhängigkeit vom Großunternehmer ergeben sich allerlei Unterschiede.

Damit möchte ich keineswegs alle diese Existenzen einfach den „Lohnproletariern" zuzählen, die an der Erhaltung des heutigen Wirthschaftssystems

nicht interessirt und deshalb gewissermaßen prädisponirt seien, in die große „revolutionäre Armee" aufzugehen. Parvus' statistische Berechnungen in Nr. 30 und 31 der „Sächsischen Arbeiterzeitung" (Jahrgang 1898) leiden meines Erachtens an demselben Grundfehler, an dem Bernsteins statistische Beweise kranken: an dem Fehler, durch Zahlengruppirungen etwas beweisen zu wollen, was sich auf diesem Wege, da hundert arithmetisch nicht ausdrückbare Imponderabilien mit ins Spiel kommen, gar nicht beweisen läßt. Giebt einerseits die Anzahl der beschäftigten Arbeiter keinen sicheren Maßstab für die Größe der Betriebe, so andererseits die Höhe des Einkommens ebenso wenig einen Maßstab für die politische Gesinnung oder die revolutionäre Disposition, wie die Beobachtung des uns umgebenden politischen Lebens lehrt. Der Marxsche Satz, daß die Wirthschaftsstruktur die politischen Anschauungen einer Zeit bestimmt, besagt durchaus nicht, daß die politische Gesinnung der Einzelnen sich nach ihren Einkommensverhältnissen richtet. In dem Gesammtkomplex der sozialen Einflüsse, die dem politischen Denken des Einzelnen die Richtung geben, ist das Einkommen doch nur ein einzelner Faktor, wenn auch vielleicht der wichtigste.

So findet man denn auch, wenn man die vom Großbetrieb abhängigen Kleingewerbetreibenden auf ihre politische Stellungnahme prüft, keineswegs überall eine Hinneigung zur sozialistischen Arbeiterpartei, selbst dort nicht, wo die wirthschaftlichen Gegensätze sonst scharf hervortreten. Auf sozialistische Gesinnungen stößt man meist nur dort, wo der hausindustrielle Kleinmeister allein oder allenfalls zeitweilig mit einem oder zwei Gehilfen arbeitet und also sein Interesse als Arbeiter gegenüber dem Interesse seines „Arbeitgebers" frei zur Geltung kommt. Arbeitet er hingegen mit mehreren Gehilfen, dann ist er gewöhnlich enragirter Anhänger einer der „Ordnungsparteien". Und das ist, wenn man die Einflüsse beachtet, unter denen er existirt, nicht schwer zu begreifen. Von oben, d. h. vom Unternehmer, sind ihm die Preise für seine Arbeiten gestellt, die er unter den für ihn bestehenden Konkurrenzverhältnissen äußerst selten hinaufzutreiben vermag, so ergiebt sich für ihn, will er sein Fortkommen finden, nur das Eine, seine Produktionskosten möglichst herabzudrücken. Hierbei stößt er aber natürlich auf das entgegengesetzte Bestreben der Arbeiter, ihren Lohn zu erhöhen und ihre Arbeitszeit einzuschränken, und der aus diesem Widerstreit zwischen seinem ökonomischen Interesse und den Ansprüchen seiner Arbeiter sich ergebende beiderseitige Gegensatz findet durchweg seine Fortsetzung in ihrer verschiedenen Stellungnahme zu den sozialpolitischen Zeitfragen.

Dasselbe gilt von dem höheren und niederen Verwaltungs- oder Aufsichtspersonal größerer Betriebe. Auch hier wird der Einfluß der ökonomischen Lage nicht selten gänzlich durch die sich aus dem Arbeitsverhältniß ergebenden Gegensätze zwischen den Angestellten und den eigentlichen Arbeitern aufgehoben. Wer Gelegenheit hat, näher in solche Betriebe hineinzusehen, der macht leicht die Erfahrung, daß oft unter den niederen Angestellten eine weit größere Gehässigkeit gegen die Arbeiterbewegung besteht, wie unter den höheren, die weniger direkt mit den Arbeitern zu thun haben und denen daher die persönliche Gereiztheit fehlt.

Nicht weniger irreführend ist es allerdings, wenn bürgerliche Sozialpolitiker das Verwaltungs- und kaufmännische Personal der Großbetriebe kurzweg den sogenannten „besseren Ständen", d. h. den an der Erhaltung der heutigen Wirthschaft interessirten Schichten, zuzählen und von einem Ersatz des Kleinbürgerthums durch diesen sich neubildenden Mittelstand sprechen. So einfach liegt die Sache durchaus nicht. Hat diese Mittelschicht, die übrigens selbst wieder in verschiedenartige Bestandtheile zerfällt, manche Berührungspunkte mit der Kapitalistenklasse,

so andererseits auch mit der Arbeiterschaft, insbesondere was die Verkürzung der Arbeitszeit, die rechtliche Stellung des Unternehmers gegenüber seinen Angestellten, das öffentliche Wohnungswesen, die Steuerpolitik u. s. w. anbelangt. Außerdem aber vermag der gebildetere Theil dieser Schicht, der neben den Erwerbsinteressen auch geistige Interessen hat, doch nicht ganz den schädlichen Einfluß zu übersehen, den der Industrialismus auf so manche Zweige unseres Kulturlebens gehabt hat. Und was von dieser Mittelschicht im Besonderen gilt, das gilt von einem wesentlichen Theile unseres heutigen Mittelstandes im Allgemeinen, speziell soweit dieser Mittelstand aus Gelehrten, Zugehörigen der sogenannten liberalen Berufe, Künstlern 2c. besteht. Vielfach aus dem Stande der Gewerbetreibenden hervorgegangen und nicht selten pekuniär an dessen Erfolg betheiligt, stehen sie zwar als Ganzes dem gewerblichen Mittelstand nahe, im Einzelnen ergeben sich aber nichtsdestoweniger manche Differenzen. Ihre Position abseits vom täglichen Kampfgetriebe erlaubt ihnen einen freieren Ueberblick über den Kampfplatz, als den an dem Getriebe direkt betheiligten Kapitalisten; sie gewinnen, vornehmlich wenn ihr Beruf als Forscher, Arzt, Lehrer u. s. w. sie täglich mit den verschiedenen Volkselementen zusammenbringt, für die Folgen des Kapitalismus, seine schädlichen Einflüsse auf die Lebensbedingungen der unteren Klassen, auf die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse, auf Moral, Kunst und Wissenschaft, ein mehr unbefangenes Verständniß, und die so gewonnene Einsicht läßt sie zum Theile in den Kämpfen zwischen dem Unternehmerthum und der Arbeiterklasse eine mehr oder minder vermittelnde Stellung einnehmen. Fast alle Halbsozialisten der „gebildeten Stände", ferner die Philanthropen, Ethiker, Moralisten, Kathedersozialisten, die wir in den kapitalistisch vorgeschritteneren Ländern vorfinden, stammen aus diesem Kreise: eine Schicht, die, wie Englands Beispiel beweist, unter ganz besonders günstigen Bedingungen recht wohl eine gewisse Einwirkung auf die Richtung der wirthschaftlichen Gesetzgebung zu erlangen vermag.

Ein anderes Argument der bürgerlichen Sozialpolitiker gegen die revolutionäre Richtung unserer Entwicklung, das sich auch Bernstein angeeignet hat, geht dahin, daß in der Arbeiterklasse selbst sich eine Art Aristokratie herauszubilden beginnt. So sagt z. B. Bernstein S. 745 der „Neuen Zeit" (16. Jahrgang, 1. Band): „Die moderne Lohnarbeiterschaft ist nicht die gleichgeartete, in Bezug auf Eigenthum, Familie 2c. gleich ungebundene Masse, die im Manifest vorausgesehen wird. Große Schichten heben sich aus ihr zu kleinbürgerlichen Existenzverhältnissen empor." Ebenso 2. Band, S. 232: „Gerade in den vorgeschrittensten Fabrikindustrien findet man häufig eine ganze Hierarchie differenzirter Arbeiter und demgemäß auch nur ein mäßiges Solidaritätsgefühl zwischen den verschiedenen Gruppen derselben."

Aus keinen anderen Stellen von Bernsteins Ausführungen geht wohl so deutlich hervor, daß Bernstein, obgleich er von deutschen und allgemeinen Verhältnissen spricht, doch stets die Verhältnisse Englands im Auge hat. In England allerdings, dort finden wir den konservativen, in seiner Gewerkschaft eingeschlossenen Arbeiter, der sich als ein Aristokrat gegenüber dem nicht zünftig angelernten oder schlechter bezahlten Arbeiter fühlt und der sein Hauptinteresse darin findet, den Zugang zu seinem Gewerbe möglichst zu erschweren und die ungelernten Arbeiter selbst von den einfachsten Verrichtungen auszuschließen. Nur ist dieser Kastengeist nicht eine Folge der heutigen sozialen Differenzirung, sondern umgekehrt eine Nachwirkung des früheren Zunft- und Gildewesens und der unter Anlehnung an die zünftlerische Organisationsform entstandenen älteren Gewerkvereinsbewegung. Aber in Deutschland und überhaupt in den vorgeschritteneren

Ländern des europäischen Kontinents trifft die Theorie, daß mit der Erlangung einer besseren Lebensstellung der Arbeiter sich von der revolutionären Bewegung separirt, keineswegs zu. Im Gegentheil, hier stehen überall die bestbezahlten Arbeiter an der Spitze der sozialistischen Bewegung und im Gegensatz zu England kann man sagen, daß, je besser situirt und je intellektuell höher stehend eine Arbeiterschicht ist, desto reger sie sich am Klassenkampf betheiligt.

In vielen Fällen — ob auch bei Bernstein, weiß ich nicht — ist der Hinweis auf angebliche Klassenbildungen in der Arbeiterschaft selbst nichts als eine Remonstration gegen die sogenannte Verelendungstheorie. Es soll dadurch bewiesen werden, daß erstens die Folgerungen, die Marx aus der kapitalistischen Akkumulation in Bezug auf die Arbeiterverhältnisse gezogen hat, nicht zutreffen, und zweitens, daß, da das kapitalistische Wirthschaftssystem im Fortgang seiner Entwicklung aus sich selbst eine Besserung der Lage der Arbeiter gebiert, jede Berechtigung zur Ersetzung dieses Systems durch ein anderes fehlt. Zu diesem Zwecke wird die Marxsche Darlegung im ersten Bande des „Kapital“ (3. Aufl., S. 790) dahin interpretirt, daß unter „Verelendung“ nur Lohnverschlechterung, resp. Rückgang der allgemeinen Lebenshaltung verstanden werden könne, und dann auf die Erfahrung hingewiesen, daß wenn auch einige Arbeiterschichten heute vielleicht niedriger in ihrer Lebenshaltung stehen, wie noch vor wenigen Jahrzehnten, andere dafür einen viel höheren Stand erreicht und sich eine ganze Reihe neuer Bedürfnisse angewöhnt haben. So aufgefaßt, ist allerdings die „Verelendungstheorie“ nicht haltbar; aber wo steht, daß Marx unter den Rückwirkungen der kapitalistischen Akkumulation auf die Arbeiterverhältnisse nur den Rückgang des materiellen Lebensunterhalts versteht? Er spricht vielmehr an der oben erwähnten Stelle von einer „Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung“. Soll das Wort „Verelendung“ in seiner Anwendung auf diese Seite der von Marx charakterisirten geschichtlichen Tendenz der kapitalistischen Akkumulation einen Sinn haben, so kann darunter nicht ein bloßer absoluter Rückgang der wirthschaftlichen Existenzlage des Arbeiters, sondern nur ein Rückgang seiner gesellschaftlichen Gesammtlage im Verhältniß zur fortschreitenden kulturellen Entwicklung verstanden werden, also im Verhältniß zur Zunahme der Produktivität und der Steigerung der allgemeinen Kulturbedürfnisse. Selbst wenn sich in unserer Entwicklung eine auf Hebung der Wirthschaftslage der Arbeiterklasse gerichtete allgemeine Tendenz nachweisen ließe, könnte doch von einer zunehmenden Verelendung gesprochen werden, sofern nur gleichzeitig in noch höherem Grade unser Kulturstand sich erhöhte und mit ihm die Anschauungen über die zum Leben in der Gesellschaft erforderlichen Existenzmittel. Der Begriff des Elends ist ebenso wenig wie der mit ihm zusammenhängende Begriff des gewohnheitsmäßig nothwendigen Lebensunterhalts, ein feststehender. Er ist nicht an eine bestimmte Lohnhöhe oder Art der Lebensfristung gebunden; er richtet sich nach den sozialen Lebensanschauungen, nicht zum Wenigsten gerade der unteren Schichten selbst, und wechselt demnach innerhalb der verschiedenen Gesellschaftsformen. Und bei der Bildung dieser sozialen Anschauungen spricht nicht nur die allgemeine Wirthschaftslage, sondern noch eine Reihe anderer, durch die gesellschaftliche Entwicklung selbst wieder bedingter Faktoren mit, so vor Allem der Bildungsstand der verschiedenen Volksschichten, die Stärke des in ihnen vorhandenen sozialen Gleichwerthigkeitsgefühls, die politischen Rechtsverhältnisse. Was dem Arbeiter einer bestimmten Kategorie, den von seinem „Arbeitsherrn“ eine tiefe Bildungsdifferenz trennt, als ein erstrebenswerther Zustand erscheint, das mag dem qualifizirten Arbeiter einer anderen Kategorie, der geistig seinem

„Arbeitgeber“ vielleicht überlegen ist, als eine solche „Masse des Elends und des Druckes“ erscheinen, daß er sich in Empörung dagegen auflehnt.

Vorstehende kurze Bemerkungen können in keiner Weise darauf Anspruch erheben, das Thema auch nur halbwegs zu erschöpfen; beispielsweise ist der Einwirkung der Trust- und Ringbildungen auf die Wirthschaftsbeziehungen überhaupt nicht gedacht worden. Es galt mir nur zu zeigen, daß durch eine bloße Betrachtung der Betriebskonzentration, selbst wenn sie ungleich gründlicher und sorgfältiger wäre wie diejenige Bernsteins, überhaupt kein zuverlässiger Aufschluß über den Stand der Entwicklung erlangt werden kann, da eben diese Entwicklung nicht nur in einer Verschiebung der Größenverhältnisse der Betriebe besteht. Mit der Konzentration haben auch manche der Klein- und Mittelbetriebe ihre frühere wirthschaftliche Selbständigkeit verloren und sind zu abhängigen Theil- und Hilfsbetrieben der entstandenen Großindustrie und des Großhandels geworden. Zugleich aber hat der frühere Mittelstand sein einheitliches Gepräge verloren; neue Mittelschichten sind entstanden, die, da sie nicht gleichmäßig wie die älteren Schichten an dem Ausgang des wirthschaftlichen Kampfes interessirt sind, im breiteren Mittelstand theilweise wieder eine besondere Haltung einnehmen.

(Schluß folgt.)

Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter.

Von Br. Poersch.

I.

Zu den Problemen, welche gegenwärtig die deutsche Gewerkschaftsbewegung beschäftigen, gehört auch die Frage, ob, resp. inwieweit sich die beruflichen Organisationen der Arbeiter mit politischen und religiösen Dingen zu befassen haben.

Will man in dieser Frage zu einem richtigen Resultat kommen, so muß man sich vor Allem über die eigentlichen, wahren Aufgaben der gewerkschaftlichen Vereinigungen im Klaren sein.

Erblickt man in ihnen hauptsächlich Institute zur Heranbildung neuer politischer, religiöser oder antireligiöser Kämpfer, so ist es selbstverständlich, daß sie sich mit politischen und religiösen Dingen beschäftigen müssen.

Sieht man dagegen in denselben Vereinigungen, welche auf wirthschaftlich-beruflichem Gebiet die materielle Lage der Arbeiter wahren und verbessern sollen, so wird man zu der Ansicht gelangen müssen, daß sie parteipolitische und religiöse Fragen aus ihrem Wirkungskreis möglichst auszuschließen haben.

Die heute in Deutschland vorhandenen gewerkschaftlichen Organisationen besitzen fast alle mehr oder weniger eine bestimmte parteipolitische, religiöse oder antireligiöse Tendenz.

Wir haben berufliche Vereinigungen ultramontaner, evangelischer, freisinniger und sozialdemokratischer Richtung.

Dieses ist vollkommen begreiflich, wenn man sich die Entstehungsgeschichte der deutschen gewerkschaftlichen Organisationen vor Augen führt.

Die ungesunden politischen Verhältnisse Preußen-Deutschlands hatten zur Folge die Bildung einer ganzen Reihe von politischen Parteien. Die Kämpfe derselben erschwerten sich hierdurch ganz natürlich und so suchten mehrere Parteien dadurch ihre Positionen zu stärken, indem sie für die Arbeiter Berufsvereinigungen gründeten, die zwar auch für die Wahrung der beruflich-wirthschaftlichen Interessen thätig sein sollten, deren Hauptzweck aber in der Gewinnung und Sammlung von neuen politischen Kämpfern bestand.

So kamen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine zu Stande, um die Arbeiter an die freisinnige Partei zu fesseln, die sozialdemokratischen, um neue Massen für die Sozialdemokratie, die ultramontanen, um die katholische Arbeiterschaft für das Zentrum zu gewinnen.

Wird diese Thatsache auch öfters von Einzelnen abzustreiten gesucht, so sieht man doch die eigentlichen Gründungsursachen ganz klar, wenn man die Statuten der Berufsvereinigungen durchblättert.

Da heißt es in denselben z. B., daß Sozialdemokraten nicht aufgenommen werden, oder die Statuten besagen: „Die Vereinigung bezweckt die Wahrung der geistigen und materiellen Interessen.“ Die geistigen, worunter man die parteipolitischen versteht, kommen zuerst und dann erst folgen die wirthschaftlichen. Oder die Statuten enthalten Bestimmungen, die ein besonderes Gewicht auf das religiöse Bekenntniß legen.

Dieser gekennzeichnete Umstand hat unbedingt zu der heutigen geringen Bedeutung und Machtlosigkeit der gewerkschaftlichen Bewegung beigetragen.

Das wahre Ziel der gewerkschaftlichen Organisation ist in der Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirthschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung zu suchen. Das sind die Gründe, welche zu der Bildung der englischen Trade Unions führten.

Dieses Ziel, die Wahrung und Verbesserung der Lebenslage des Arbeiters, kann in der beruflichen Organisation jedoch nur dann erreicht werden, wenn die Masse der Berufsgenossen für es gewonnen wird.

Besitzen nun aber die gewerkschaftlichen Organisationen eine bestimmte parteipolitische Tendenz, so können sie dieses Ziel bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen unmöglich erreichen, weil sie dann von vornherein einen Theil der Masse, den sie zur Erreichung dieses Zieles brauchen, aus ihren Reihen ausschließen, jenen, der sich nicht zu der betreffenden Parteirichtung bekennt. Sie schädigen sich also hierdurch und können ihre Aufgaben entweder gar nicht oder doch nur ungenügend erfüllen.

Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine haben trotz ihres Unterstützungswesens die Masse der Arbeiter nicht gewinnen können, weil sie freisinnige Parteipolitik trieben und die sozialdemokratische Arbeiterschaft dadurch aus ihren Reihen ausschlossen. Daher sind auch ihre gewerkschaftlichen Erfolge gleich Null. Die Gewerkschaften sozialdemokratischer Tendenz konnten bisher in den klerikalen Gegenden nur sehr wenig Fuß fassen und auch in den anderen Landestheilen sind Tausende und abermals Tausende ihnen bisher fern geblieben, da sie von der Sozialdemokratie, sei es aus prinzipiellen Gründen, sei es aus Unkenntniß, nichts wissen wollen.

Deshalb müssen die gewerkschaftlichen Vereinigungen, sind sie gewillt, ihre Aufgabe zu erfüllen, nach der Gewinnung der Masse streben, und dieses Ziel werden sie nur dann erreichen, wenn sie parteipolitische Bestrebungen aus ihrem Wirkungskreis möglichst ausschließen.

Sie haben genau so vorzugehen wie das Unternehmerthum. Dieses fragt bei seinen Vereinigungen — Syndikaten, Aktiengesellschaften, beruflichen Organisationen 2c. — fast nie nach der parteipolitischen und religiösen Stellung der einzelnen Mitglieder, sondern nur wirthschaftliche Ziele halten sie zusammen. Ein Beispiel dafür. Vor ungefähr zwei Jahren brach in der Berliner Treibriemenindustrie ein Strike aus. Die Fabrikanten bildeten jetzt schnell einen Ring, der neben anderen Zielen sich auch die Aufgabe gestellt hatte, die Forderungen der Arbeiter zu bekämpfen. Trotzdem mehrere Fabrikanten Juden waren, ging man nicht nur mit dem bekannten Antisemitenführer Treibriemenfabrikant Pretzel zusammen, sondern beauftragte denselben sogar mit der Leitung des Ringes. Dadurch, daß sie innerhalb dieser wirthschaftlichen Organisation jede Parteipolitik ausschlossen, gelang es den Fabrikanten, den Ausstand der Arbeiter niederzuwerfen, was sie wahrscheinlich nicht erreicht hätten, wenn sie wirthschaftlich gespalten gewesen wären. Sollen also die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter möglichst jede Parteipolitik aus

ihrem Wirkungskreis ausschließen, so ist doch damit noch lange nicht gesagt, daß sie sich überhaupt nicht mit politischen Fragen zu beschäftigen haben, daß sie gänzlich unpolitisch sein müßten. Im Gegentheil, sie werden wohl immer eine ganze Reihe von politischen Dingen zu behandeln haben. Eine gewerkschaftliche Bewegung, welche die Erörterung jeder politischen Fragen ausschließt, ist wohl überhaupt nicht gut denkbar, und vor Allem nicht in Deutschland. Ueberall dorten, wo die Gewerkschaften noch um ihre Existenz kämpfen müssen, wie z. B. bei uns, werden sie einmal schon gezwungen sein, sich mit der Frage der Vereinsgesetzgebung und mit ihrer rechtlichen Stellung zu beschäftigen. Doch braucht diese Erörterung noch lange keinen parteipolitischen Charakter anzunehmen. Bekanntlich giebt es mehrere Parteien, welche in vielen Fällen die bezüglichen Interessen der Organisationen vertreten. Welche Gründe sie zu dieser Stellungnahme veranlassen, ist Nebensache, hier kommt nur ihr Wollen in Frage.

Ferner. Die gewerkschaftlichen Organisationen werfen sich in den letzten Jahren erfreulicher Weise immer mehr und mehr auf die Durchführung und Ueberwachung der bestehenden Arbeiterschutzgesetze. Je mehr sie dieses thun, je mehr Fehler und Mängel werden sie entdecken, welche der heutigen Arbeiterschutzgesetzgebung anhaften. Dieses führt sie ganz naturgemäß dahin, daß sie Vorschläge betreffs gesetzlicher Aenderungen machen werden, und sie sind unbedingt auf Grund ihrer bezüglichen Thätigkeit ganz besonders hierzu geeignet. Die Kinder- und Frauenarbeit, Unfall-, Alters-, Invaliditätsversicherung, Hausindustrie, Gewerbeinspektion, Zuzug ausländischer Arbeiter, Einigungsämter der Gewerbegerichte 2c., alles das sind Dinge, welche die gewerkschaftlichen Organisationen lebhaft interessiren, und beschäftigen sie sich hiermit, so sind sie politisch thätig. Dann kommt hinzu, daß eine ganze Reihe von Berufen spezielle Schutzgesetze für sich nöthig haben, wie z. B. Bergleute, Matrosen-, Bäckerei-, Bauarbeiter, Gastwirthsgehilfen u. s. w., also die gewerkschaftlichen Vereinigungen dieser Berufe unbedingt politisch vorgehen müssen. Auch die Handels- und Zollpolitik ist von großem Interesse für die gewerkschaftlichen Organisationen, da von diesen Dingen die Konjunktur der einzelnen Berufe abhängt.

Wir sehen also, daß es eine ganz stattliche Reihe von politischen Fragen giebt, mit denen sich die Gewerkschaftsbewegung zu befassen hat, will sie wirklich ihre Aufgaben erfüllen.

Inwieweit nun die gewerkschaftlichen Organisationen die Politik aus ihrem Wirkungskreis auszuschließen haben, das läßt sich bei dem besten Willen wohl genau überhaupt nicht bestimmen; die Hauptsache bleibt die, daß sie möglichst keine Parteipolitik betreiben, d. h. in ihren Reihen nicht für eine bestimmte politische Partei propagiren. Ist man wirklich einmal gezwungen, für eine bestimmte Partei einzutreten, so soll man von Fall zu Fall entscheiden und sich nicht von vornherein gleich einer Partei verschreiben.

II.

Meinen bisherigen, lediglich vom Standpunkt des Gewerkschaftlers gemachten Ausführungen wird man wahrscheinlich hier und da widersprechen; man wird z. B. sagen, daß die empfohlene gewerkschaftliche Taktik schädigend auf die sozialdemokratische Bewegung einwirken würde. Da nun aber auch eine Reihe Sozialreformer durch eine starke nichtparteipolitische Gewerkschaftsbewegung die Ueberwindung der Sozialdemokratie erhofft, so muß ich ganz besonders auf diesen Einwand eingehen.

Daß der Sozialdemokratie aus einer starken unparteipolitischen Gewerkschaftsbewegung der größte Feind erwachsen würde, um mit Herrn Hüpeden zu sprechen, oder sie nur irgendwie geschädigt werden könnte, vermag ich nicht einzusehen.

Sollten sich dann etwa die arbeitenden Massen in die Arme der freisinnigen Partei werfen, welche gegen die ganze Arbeiterschutzgesetzgebung ist, weil dadurch „ein Gefühl der Unsicherheit in die weitesten Kreise getragen wird", oder etwa dem Zentrum anschließen?

So große Thoren sind die deutschen Arbeiter gewiß nicht.

„Ja", wird man vielleicht sagen, und zwar von beiden Seiten, „sehet doch nur nach England, wo wir eine nichtparteipolitische Gewerkschaftsbewegung haben, dorten geht dieselbe bald mit den Konservativen, bald mit den Liberalen, und eine bedeutende sozialdemokratische Bewegung giebt es nicht." Dieses mag schon zutreffen, doch, besitzt der englische Konservativismus und Liberalismus nicht auch einen ganz anderen Charakter als der deutsche?! Bei uns werden diese beiden Richtungen, wie auch alle anderen bürgerlichen, immer reaktionärer und keine Anzeichen sind dafür vorhanden, daß hierin jemals eine Aenderung eintreten könnte. Sollte wirklich der Freisinn, wie die Sozialliberalen glauben, noch einmal sozialreformatorisch werden wollen, so würden ihm auf Grund seiner Vergangenheit die Massen doch nie folgen. In Deutschland ist eben die Sozialdemokratie dazu berufen, jene Dinge zur Durchführung zu bringen, die in England zum Theile der Konservativismus, zum Theile der Liberalismus bereits zur Durchführung gebracht hat.

Ich glaube im Gegentheil, daß durch eine nichtparteipolitische Gewerkschaftsbewegung die Sozialdemokratie gewaltig gefördert werden würde.

Diejenigen Arbeitermassen, welche heute noch der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, thun dieses in ihrer großen Mehrheit nicht aus prinzipieller Ueberzeugung, sondern aus Unkenntniß und Voreingenommenheit. Diese Behauptung trifft auch vor Allem auf jene industriellen Gegenden zu, in denen das Zentrum dominirt. Hier macht die Sozialdemokratie nur sehr, sehr langsam Fortschritte; eine unparteipolitische Gewerkschaftsbewegung würde Aenderung schaffen. Heute finden wir in diesen Gegenden katholische, sozialdemokratische, evangelische 2c. Gewerkschaftsorganisationen. Keine derselben kann in Folge der Zersplitterung und gegenseitigen Bekämpfung ihre Aufgaben erfüllen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben die alten. Würde eine solche Zersplitterung nicht bestehen, so würde dieses früher oder später zu einem Vorgehen gegen das Unternehmerthum führen; bei diesen Kämpfen müßten die *wirthschaftlichen Gegensätze* zu Tage treten, von denen die ultramontanen Arbeiter gegenwärtig gar nichts wissen, welche durch das Glaubensband momentan künstlich verschleiert werden. Dieser Umstand muß zu Zweifeln und zur Entfremdung vom Ultramontanismus logischer Weise führen. Ist ferner eine unparteipolitische, stärkere Gewerkschaftsbewegung da, so wird diese sich über bestimmte sozialpolitische Forderungen einig werden, aber nur die Sozialdemokratie kann diese in den gesetzgebenden Körperschaften richtig vertreten. Das Zentrum wird nie größere Zugeständnisse der Arbeiterklasse in sozialreformatorischer Beziehung machen, sonst würde das ultramontane Bürger-, Fabrikanten- und Bauernthum rebelliren; daher ja jetzt auch alle die Halbheiten (63stündige gesetzliche Arbeitswoche 2c.), die es auf sozialpolitischem Gebiet zu Stande bringt.

Daß z. B. die ultramontanen Arbeiter, wenn sie erst einer unparteipolitischen Gewerkschaftsbewegung angehören, sich mit dem Hitzeschen Antrag betreffs der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, welcher besagte, daß Jedermann eine Abschrift der Mitgliederlisten ausgehändigt erhalten müsse, einverstanden erklären sollten, daran zweifle ich sehr. Die Fachorgane brauchten auf sozialpolitischem Gebiet dann nur objektiv zu berichten, und dieses muß die Massen, welche heute noch der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen, in ihre Arme treiben. Auch ist gar nicht anzunehmen, daß die Leitungen der Organisationen in die Hände von Leuten kommen könnten, die der Sozialdemokratie nicht angehören. Einmal besitzen diese Arbeiterkreise durchgängig nur sehr wenig Intelligenz, und zweitens werden es die Gewerkschaften sozialdemokratischer Tendenz sein, welche den parteipolitischen Charakter abstreifen und damit die Führung übernehmen. Die ultramontanen, Hirsch-Dunckerschen Organisationen u. s. w. dürften ihren parteipolitischen Charakter wohl nicht aufgeben, sonst würden sie ihren Untergang selbst herbeiführen.

Gewiß wird eine derartige starke Gewerkschaftsbewegung nicht ohne Einfluß auf die Sozialdemokratie bleiben, sie wird dieselbe auf einen praktischeren Boden stellen, wie schon C. Hugo in Nr. 26 dieser Zeitschrift ausführt, nie aber die Sozialdemokratie schädigen, noch vernichten, sondern nur fördern.

III.

Wie sollen sich nun noch die gewerkschaftlichen Organisationen zur Religion stellen?

Meine vorherigen Ausführungen haben diese Frage eigentlich schon indirekt beantwortet; sie, die Organisationen, dürfen sich mit religiösen Fragen nicht befassen. In Berlin haben freireligiöse Führer in letzter Zeit versucht, ihre Agitation in die Gewerkschaften hineinzutragen; das mag für diese sehr bequem sein, für die Organisationen ist es schädlich. Dadurch werden die Gläubigen verletzt und so Elemente abgestoßen, die man zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben nothwendig braucht. Die geäußerte Ansicht: man müsse der Masse den Glauben an das Jenseits entreißen, erst dann werde sie sich organisiren, ist irrig, sonst könnte unmöglich das religiöse England solch starke Berufsvereinigungen — Schöpfungen des brutalen Egoismus, wie W. Sombart sagt — zu verzeichnen haben.

Aus allen diesen Gründen müssen die gewerkschaftlichen Organisationen die Erörterung parteipolitischer und religiöser Dinge aus rein taktischen Gründen möglichst unterlassen, wollen sie ihre heutige Schwäche beseitigen und eine Macht gegenüber dem Unternehmerthum werden.

Literarische Rundschau.

Der Uebermensch in der modernen Literatur. Von Leo Berg. (Albert Langen, München, Leipzig, Paris.)

Kein gelehrtes Werk, aber eine geistreiche feuilletonistische Plauderei, die eine Anzahl hübscher Einfälle und Gedankenblitze und eine Reihe interessanter literarischer Analysen enthält. Nur der Schluß des Büchelchens, in dem der Verfasser persönlich Stellung zu dem behandelten Gegenstand zu nehmen und gewissermaßen das praktisch-philosophische, ethische Fazit seiner Untersuchungen zu ziehen sucht, fällt gegen das Vorhergehende sehr ab. Das kommt aber daher, weil Leo Berg das psychologische Problem nicht in seiner vollen Tiefe zu fassen, nicht soziologisch zu erklären weiß.

Der Verfasser geht mit Liebe und vielfach feinem Verständniß den verschiedenen Erscheinungsformen nach, die der Kult des Uebermenschenthums in unserer modernen belletristischen Literatur hervorgebracht hat. Aber er will nicht nur eine Interpretation, einen Kommentar der einzelnen Dichtungen geben, sondern auch zeigen, was dem Problem des Uebermenschenthums zu Grunde liegt, wie sie entstanden ist und welche individuelle Bedeutung für den denkenden Modernen ihm gebührt.

Um dem Problem beizukommen, ist zweierlei erforderlich. Eine Untersuchung der sozialen Verhältnisse, welche es hervorgebracht haben, und die Analyse jener philosophischen und poetischen Reflexerscheinungen, in denen es in der Literatur zu Tage tritt. Berg beschränkt sich auf das letztere, er unterläßt es, das psychologische Problem soziologisch zu ergründen, woraus es sich erklärt, daß er über mehr oder minder treffende Einfälle nicht hinauskommt. An verschiedenen Stellen erscheint es zwar, als ahne der Verfasser einen Zusammenhang zwischen den von ihm behandelten geistigen Strömungen und den gesellschaftlichen Zuständen, aber diese Ahnung ist, wie Berg dem Schreiber dieser Zeilen anläßlich einer ausführlicheren Besprechung seines Buches in einer anderen Zeitschrift mittheilte, nur sehr dunkel. „Es ist einfach nicht wahr", schrieb er, „daß man mit ökonomischen Gesetzen Kunst, Wissenschaft, Philosophie, den Menschen erklären, ergründen kann." Nun, hätte Berg dieselbe literarische Methode angewandt, die sich in Mehrings „Lessing-Legende" so glänzend bewährt hat, so würde das seiner Schrift nicht zum Schaden gereicht haben. Berg befindet sich eben gleich der Mehrzahl der Literaten, die von der materialistischen Untersuchungsmethode literargeschichtlicher Erscheinungen nichts wissen wollen, noch sehr im Unklaren über diese Methode, die sie ganz mechanisch auffassen,

während sie doch in der That auf der gründlichsten, allseitigsten Berücksichtigung der soziologischen wie psychologischen Momente und ihrer komplizirten Wechselwirkungen beruht. Und als ob ein psychologisches Problem soziologisch erklären nun auch gleich seine spezifisch geistige Erscheinungsform ignoriren und geringschätzig abthun hieße! Man kann nachweisen, daß Schopenhauer der Philosoph des Kleinbürgerthums und des politischen Katzenjammers dieses Kleinbürgerthums ist, ohne ihm doch einen Deut von der Achtung zu versagen, die ihm als trotz alledem bedeutendem Denker zukommt. Ja man kann eine Philosophie oder eine Poesie klar und deutlich als eine Dekadenzerscheinung erkennen und ihr doch den Vorzug geben vor den gesünderen Erscheinungen anderer Epochen. Wir sind ja nicht nur „reiner Verstand“, sondern besitzen auch Nerven, Sinne. Aber sollten wir uns andererseits nicht der Relativität und Subjektivität unseres Empfindens und der ursächlichen Zusammenhänge unserer Zeitanschauungen bewußt werden?

Berg läßt sich die geistige Entwicklung als ein Besonderes vollziehen. Fragt man ihn, von wannen eine Idee, eine Empfindung stamme, so verweist er auf die Geschichte dieser Idee, auf geistige Vorgänge. Um den Heroenkult der modernen Literatur zu erklären, behauptet er deren Beeinflussung durch Kierkegard, Carlyle, Emerson, Nietzsche u. s. w. Bei ihnen, namentlich den ersteren drei, sehen wir die Geburt des „Uebermenschen“ aus „der Leidenschaft des Enthusiasmus“ entstehen. Dieser lyrische, ichstolze Gefühlsüberschwang hinwiederum war nur möglich in Folge der philosophischen Vorarbeit, die von den Kant, Fichte, Hegel, Feuerbach und Nietzsche geleistet worden war. Diese Philosophen zerbrachen die Dogmen. Kant das Dogma von dem außerhalb der Welt, des Individuums befindlichen Gott, Feuerbach deduzirte: „Der Mensch ist Schöpfer und Gott das Geschöpf“, und Stirner gar zerbrach das Dogma der pantheistischen Gefangenschaft und proklamirte das Recht des Ich. Alles gut soweit: aber wie erklären sich die Ideen dieser Geburtshelfer des modernen Kult des Uebermenschenthums? Berg wird uns sofort eine weitere Genealogie der Ideen nachweisen und so allmälig bis zu den älteren jonischen Philosophen hinaufgehen. Doch würde es ihm, wenn wir uns nicht mit ein paar Schlagworten abspeisen ließen, sondern näher auf den Gegenstand eingingen, schwer werden, eine auch nur einigermaßen geradlinige Entwicklung der Ideen nachzuweisen, vielmehr würde gar mancher Denker übersprungen und manches System künstlich aus- und eingerenkt werden müssen.

Philosophische und poetische Richtungen und Schulen entstehen denn doch nicht so, daß das eine Individuum, resp. die eine Schule einfach an das Vorhandene, zeitlich Vorhergehende anknüpfte und nun „weiterbaute“. Gewiß steht jeder Philosoph oder Dichter unter dem Einfluß seiner Vorgänger, aber das Maß des Einflusses wird bestimmt durch persönliche Verhältnisse und Zeitumstände, mit einem Worte: durch soziale Momente. Die Aehnlichkeit der persönlichen Schicksale erklärt die Aehnlichkeit der Anschauungen, ebenso wie ähnliche soziale Verhältnisse in verschiedenen Zeitaltern verwandte Ideenströmungen hervorrufen. Wir möchten deshalb behaupten, daß unsere moderne Literatur auch ohne Bekanntschaft mit den von Berg genannten Vorläufern die Idee des Uebermenschenthums kultivirt haben würde, da die Zeitverhältnisse diese Anschauungsweise außerordentlich begünstigten. Unzweifelhaft kannten viele der modernen Literaten Carlyle, Stirner u. s. w., aber daß sie gerade auf diese Autoren reagirten und nicht auf andere, ganz wesensverschiedene, das kam eben daher, daß die sozialen Verhältnisse den Uebermenschenkult eminent begünstigten.

Doch zunächst: Welcher Art ist denn eigentlich das Uebermenschenthum der modernen Literatur? Es ist nicht so leicht, einen einheitlichen Typus aufzustellen. Da wird z. B. der Uebermensch in politischer Beziehung verherrlicht, der Napoleon-, Cromwell- oder auch Bismarcktypus. Dann haben wir den Uebermenschen als Künstler (Tasso), Forscher (Faust), Zauberer (Merlin), oder den Erlösertypus (Brand, Parsifal). Oder wir begegnen dem sexuellen Uebermenschen männlichen oder weiblichen Geschlechts, dem Don Juan oder der Donna Juana. Oder der Bohemien

wird im Gegensatz zum seßhaften Pfahlbürger zum Träger des Uebermenschenthums, oder gar ein ganzer Stand, z. B. der Bauernstand, dem man alle möglichen körperlichen und geistigen Vorzüge andichtet. Das Gemeinsame all dieser Uebermenschentypen ist ein mächtiges Persönlichkeitsgefühl, das sich gegenüber den Fesseln und Ketten der Umstände, der Gesetze, Konventionen oder der Zeitläufte zu behaupten sucht. Wer seine natürlichen Instinkte, seine Wesensart durchsetzt trotz aller das Ausleben der Individualität hemmenden Hindernisse, wer dem Herkommen, dem Gesetz, der Moral die Stirne bietet, der darf als Uebermensch angesprochen werden. Für die Entwicklung solcher Uebermenschen wäre anscheinend der Zustand des Faustrechts der gedeihlichste, daher der Haß der Prediger des Uebermenschenthums gegen die nivellirende Kultur, namentlich aber gegen den vermeintlich individualitätsfeindlichen Sozialismus.

Unser moderner Uebermenschenkult ist sehr harmlos-platonischer Natur. Sein typischer Vertreter ist Stirner, dieser nihilistische Denker, der, wie wir aus Mackays Stirner-Biographie erfahren, ein so friedlich-korrekter Staatsbürger war, jedenfalls eher ein Pedant, als eine rücksichtslose Kraft- und Herrennatur. Auch unsere modernsten Literaten stehen höchstens im Punkte ihrer sexuellen Moral „jenseits von Gut und Böse", aber diese Seite ihres Uebermenschenthums haben sie mit gar manchem Zeitgenossen gemein, der, ohne auch nur ein arger Heuchler zu sein, für Thron und Altar, Ordnung und Sitte eintritt. Unsere Zeit scheint also wohl der philosophischen und poetischen Verherrlichung, nicht aber der wirklichen Hervorbringung veritabler Herrennaturen günstig zu sein.

Hingegen finden wir in gewissen Perioden das Uebermenschenthum faktisch zahlreich vertreten. So schreibt Berg, daß zur Zeit der Renaissance die Fürsten, Künstler und Gelehrten sich so sehr als höheres Geschlecht fühlten und so bewußt als solches handelten, daß sie fast die Modelle dessen geworden seien, was man heute vom Uebermenschen träume. Er hat dafür auch seine Erklärung. Das Uebermenschenthum, meint er, sei besonders zahlreich in Zeiten, wo die Gesellschaft und das Geistesleben in ihren Grundlagen erschüttert würden, wo neue Gestaltungen sich vorbereiteten, so z. B. im Zeitalter der Erfindungen und Entdeckungen, oder heute, im Zeitalter der technischen Entdeckungen. Ist das nicht eine Erklärung ganz im Sinne der historisch-materialistischen Methode? Wenn Berg nur seine Gedanken bis zu Ende denken wollte! Aber Berg ahnt eben nur die gesellschaftlichen Ursachen der psychologischen Probleme!

Daß die Fürsten, Künstler und Gelehrten der Renaissance ihr Uebermenschenthum praktiziren konnten, nicht nur, wie Stirner und unsere Modernen, von der Revolte des Individuums träumten, lag an den sozialen Verhältnissen ihrer Zeit, die ihnen den nöthigen Spielraum zum kräftigen, manchmal etwas zu kräftigen Ausleben gewährten. Hier fanden sich einmal, wie sonst nur selten in der Geschichte, für ganze Schichten die beiden Vorbedingungen zum Uebermenschenthum zusammen: die materiellen Machtmittel und eine feine geistige Kultur. An der geistigen Kultur würde es auch heute nicht fehlen, wohl aber an den ökonomischen Vorbedingungen des individuellen Sichauslebens.

Ideologisch vermag Berg das periodische Vorkommen des Uebermenschenthums resp. -Kults nicht zu erklären, wohl aber geschichtsmaterialistisch. Gesellschaft und Geistesleben sind auch heute wie zur Zeit der Renaissance, der Reformation, in ihren Grundlagen erschüttert. Die religiösen und sozialen Dogmen sind zerbrochen, der Freiheitsdrang des Individuums ist entfesselt, aber freilich vermag es blos in Träumen von einem Uebermenschenthum zu schwelgen, da die sozialen Fesseln erst noch gesprengt werden sollen. Vielleicht, daß heute der Junker und Kapitalist die Rolle spielen könnte, die zur Zeit der Renaissance der Fürst, Künstler und Gelehrte spielte, aber dem Genußmenschen fehlt zum Herrenmenschen denn doch noch eine Kleinigkeit: die geistige Kultur.

Was nun die literarischen Typen des modernen Uebermenschenkults anlangt, so läßt sich deren kausaler Zusammenhang mit den sozialen Zuständen unschwer

nachweisen. „Der Spezialismus in der Wissenschaft", schrieben wir an anderer Stelle, „muß in philosophisch angelegten Geistern, die auf das Umfassende gerichtet sind, jenen ungestillten Wissensdrang heraufbeschwören, dem schon Goethe im ‚Faust' künstlerischen Ausdruck gegeben hat. Die schablonenhafte Einpressung in eine „eng-begrenzte [mechanische Berufsthätigkeit muß bei allen regeren Köpfen naturnoth-wendig den intensiven Drang zur allseitigen Bethätigung der Fähigkeiten auslösen. Auf das psychische und materielle Elend der Massen muß die tiefer angelegte Natur durch einen Hang zum Religiös-Prophetischen, zum Schwärmerisch-Fanatischen reagiren. Und die ungeheuerliche Prüderie in dem gesellschaftlichen Verkehr der Geschlechter muß unbedingt das Don Juan-Problem erzeugen. Und je enger der faktische Wirkungskreis der Verehrer des Uebermenschenthums, der Künstler und Literaten, ja, man könnte fast sagen, spießbürgerlicher, korrekter deren Leben, desto ausschweifender ihre Träume von ihm, dem starken Herrengeschlecht der Zukunft. . . ."

Leo Berg selbst weiß mit dem Uebermenschendrang und -Kult nicht viel anzufangen, weil er das Problem nicht in seinen sozialen Beziehungen erfaßt. Daß ein Herrenmenschengeschlecht, stamme es woher es wolle, ein „Ende der Pöbelherrschaft, der Macht der Zahlen, der Massen" herbeiführen könne, glaubt er nicht. Resignirt verzichtet er auf das äußere Sichausleben und verlegt den Sieg des Herrenmenschen auf die innerliche Neugeburt.

Der Uebermenschenkult hat manches Absurde hervorgebracht, dennoch liegt in dem Drange nach dem kraftvollen inneren wie äußeren Ausleben der Persönlichkeit ein gesunder und berechtigter Zug. Daß dies Sichausleben nicht auf Kosten der Gesammtheit geschehen darf, versteht sich von selbst. Aber man kann frei und stark sein, ohne gewaltthätig zu sein. Es giebt auch noch ein Mittelding zwischen dem Zustand des Faustrechts und der Sklaverei des kapitalistischen Systems: die sozialistische Gesellschaft. Sie auch wird die beiden Vorbedingungen des „Herrenmenschenthums" gewähren, die ökonomische Unabhängigkeit und die höchste geistige Kultur. Und wenn auch nicht alle Menschen Genies sein können, von der geistigen „Pöbelherrschaft der Massen" wird dann ebenso wenig die Rede sein können. H. S.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

V.

Es ist bereits hervorgehoben worden, daß Kants Aesthetik eine sehr reale Grundlage hatte, obgleich sie ihre Wurzeln in den Wolken des Himmels suchte; Kant abstrahirte seine ästhetischen Sätze aus unserer klassischen Literatur, soweit sie schon vorhanden war, als die Kritik der Urtheilskraft erschien. Hat sich nunmehr gezeigt, daß die objektiven Bestimmungsgründe des Geschmacks nicht im Himmel, sondern in der Erde wurzeln, so ist Kants Aesthetik damit noch nicht an und für sich hinfällig; die kritische Methode ist noch nicht abgethan, wenn das absolute System in die Brüche geht. Immer bleibt übrig, was ein Kopf von Kants durchdringendem Scharfsinn den großen Literaturwerken eines in seiner Art einzigen ästhetischen Zeitalters abgesehen hat.

Marx sagt in der Vorrede seines Hauptwerks, wie der Physiker Naturprozesse da beobachte, wo sie in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindest getrübt erscheinen, so habe er die Gesetze der kapitalistischen

Produktionsweise in England studirt als der klassischen Stätte dieser Produktionsweise. Aehnlich kann man sagen, daß sich die Gesetze der ästhetischen Urtheilskraft nirgends so gut studiren ließen, wie in dem Reiche des ästhetischen Scheins, das unsere Klassiker „in der prägnantesten Form und von störenden Einflüssen mindest getrübt“ erbaut hatten. Kant wurde der Begründer der wissenschaftlichen Aesthetik, mag er auch die historische Bedingtheit seiner ästhetischen Gesetze verkannt, mag er auch absolut genommen haben, was nur relativ genommen werden darf. So auch wurden seine Zeitgenossen Adam Smith und Ricardo die Begründer der wissenschaftlichen Oekonomie, obgleich sie die ökonomischen Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft absolut nahmen, während sie nur historische Giltigkeit besitzen und sich, wie die Werththeorie, nur in ihrer beständigen Verletzung durchsetzen.

Das erste Erforderniß einer wissenschaftlichen Aesthetik war, die Kunst als ein eigenes und ursprüngliches Vermögen der Menschheit nachzuweisen, wie es Kant auch gethan hat. Aber da die menschliche Vernunft nur eine sein kann, so läßt sich die ästhetische Urtheilskraft doch nur in der Abstraktion davon absondern, doch nur zu dem Zwecke, ihre Gesetze in voller Reinheit nachzuweisen, nicht aber in der praktischen Wirklichkeit, wo sich das Gefühl der Lust und Unlust nicht trennen läßt von dem Erkenntniß- und dem Begehrungsvermögen, wo die Art, wie wir die Dinge ästhetisch betrachten, immer unlöslich zusammenhängt von der Art, wie wir sie logisch erkennen und wie wir sie moralisch begehren. Wenn also Kant sagt, das ästhetische Wohlgefallen sei weder logisch, noch moralisch, jedes Urtheil über Schönheit, worin sich das mindeste Interesse menge, sei sehr parteiisch und kein reines Geschmacksurtheil, so hat er den abstrakt-absoluten Satz in der einleuchtendsten Weise begründet, aber wollte man diesen Satz als starren Maßstab betrachten, um daran die historischen Entwicklungsperioden des Kunstgeschmacks zu messen, so würde man finden, daß es noch nie ein reines Geschmacksurtheil gegeben hat, daß sich mit anderen Worten Kants Satz immer nur in historisch-bedingter Weise, immer nur in seiner beständigen Verletzung durchgesetzt hat.

Vorweg sei bemerkt, daß sich Steigers mechanische Auffassung des Wechselverhältnisses von Moral und Kunst mit diesem Satze Kants überhaupt nicht berührt. Kant war ein viel zu klarer Kopf, um einen Dichter, der seinen Helden unter die Moralbegriffe der Zeit stellt, worin dieser Held gelebt hat, deshalb als Moralfexen abzuthun. Steiger meint es nun auch gewiß nicht so böse; er ließe wohl mit sich reden, wenn der „Schillerhaß“ nur nicht das heilige Symbol des modernen Naturalismus wäre. Sagt er doch in demselben Kapitel, das Schillers Wallenstein von wegen der „Gewissensbisse“ des Helden als „moralisches Bilderbuch“ abtakelt: „Die große Dichtung ist niemals etwas anderes gewesen, als das laut gewordene Gewissen der Zeit“, und ferner: „Das tragische Gefühl bleibt also durch alle Jahrtausende dasselbe, so sehr sich auch die moralischen Vorstellungen, die dabei mitspielen, im Laufe der Zeiten wandeln und umgestalten“, was nicht unrichtig, aber ein wenig gar zu — moralisch ästhetisirt ist. Das tragische Gefühl, das seit den Tagen der griechischen Tragödie dasselbe geblieben ist, besteht in dem ästhetischen Wohlgefallen an dem Untergange des Menschen, der sich gegen das Schicksal anzukämpfen „vermißt“. Dieser schon der griechischen Aesthetik geläufige Ausdruck ist deshalb so treffend, weil er in seiner ursprünglichen Bedeutung eine intellektuelle und erst in seiner übertragenen Bedeutung eine sittliche Schuld bezeichnet. Das „Vermessen“ wird eben dadurch, daß es eine intellektuelle Schuld ist, auch eine sittliche Schuld.

Die griechische Schicksalsidee auf ihre ökonomischen Wurzeln zurück zu verfolgen, würde an dieser Stelle zu weit führen. Genug, in den Tagen Wallensteins war das Schicksal Deutschlands in eherner ökonomischer Verkettung die partikularistische Zersplitterung, und indem Wallenstein sich „vermaß", als einzelner Mensch dieses Schicksal aus den Angeln zu heben, lud er eine intellektuelle Schuld auf sich, die dadurch zu einer moralischen Schuld wurde, daß Wallenstein mit dem von ihm angegriffenen ökonomischen Schicksal auch die aus diesem Schicksal erwachsenen moralischen Anschauungen angreifen mußte. Man kann die Ableitung der moralischen Anschauungen aus den ökonomischen Thatsachen, des „Rechts" aus dem „Besitze" nicht treffender darstellen, als Wallenstein in dem großen Monologe, worin er seinen entscheidenden Entschluß erwägt:

Du willst die Macht,
Die ruhig, sicher thronende erschüttern,
Die in verjährt geheiligtem Besitz
In der Gewohnheit festgegründet ruht,
Die an der Völker frommem Kinderglauben
Mit tausend zähen Wurzeln sich befestigt. . . .
Weh dem, der an den würdig alten Hausrath
Ihm rührt, das theure Erbstück seiner Ahnen!
Das Jahr übt eine heiligende Kraft;
Was grau für Alter ist, das ist ihm göttlich.
Sei im Besitze, und du wohnst im Recht,
Und heilig wird's die Menge dir bewahren.

So hat Schiller die tragische Idee in seinem großen Drama mit vollkommener Klarheit durchgeführt. Steiger aber mißt allzu genirt mit zweierlei Maß, wenn er als prunkendes Gegenstück Ibsens „Gespenster" anzieht, worin uns nach seiner eigenen Ausführung die furchtbare Drohung des alten Judengottes: Ich will heimsuchen der Väter Missethat an den Kindern bis ins dritte und vierte Glied! mark- und beinerschütternd in alter Majestät entgegendröhne und das „natürliche Gesetz der Vererbung" als „erbarmungsloser Vernichter der Unschuld und später Testamentsvollstrecker der dem Leben innewohnenden Gerechtigkeit" dargethan werde. Gewiß hat auch Schiller einmal, in der „Braut von Messina", die tragische Schicksalsidee der Griechen in formalistischer Erstarrung erfaßt und die Kinder für die Sünden der Eltern büßen lassen; für das Verbrechen, einmal nicht „Moralprediger" gewesen zu sein, wird er von Steiger nun auch gehörig abgestraft, als ein Mensch, der von der Antike nicht mehr als die äußere Pose begriffen und die Schicksalstragödie der Houwald und Müllner verschuldet habe. Aber was soll es dann heißen, daß Ibsens „Gespenster" an die Schwelle einer neuen dramatischen Kunst gestellt werden, ein Drama also, das Moses und Darwin sozusagen ästhetisch versöhnt, das sowohl in Nachahmung des alten Judengottes Moral „dröhnt", als auch in mißverstandener Uebertragung naturwissenschaftlicher Gesetze auf das gesellschaftliche Leben an die fatalistische Schicksalstragödie streift!

Um überhaupt davon zu reden, so ist Ibsen gerade in den kleinbürgerlich-revolutionären Dramen seines Mannesalters, die ihm den europäischen Namen gemacht haben, den ihm weder die romantischen Dramen seiner Jugend, noch die mystischen Dramen seines Alters erworben hätten, in einem Maße „Moraltrompeter", wogegen Schiller sich nur ruhig verkriechen kann. Deshalb ist Ibsen aber doch ein großer Dichter, und hier kommen wir an die Schranke, die dem Satze Kants von der Unvereinbarkeit der Kunst mit der Moral gezogen sind.

In allen revolutionären Zeiten, in allen um ihre Befreiung kämpfenden Klassen wird der Geschmack immer reichlich durch Logik und Moral getrübt sein, was ins Philosophische übersetzt nur heißt, daß wo Erkenntniß- und Begehrungsvermögen stark angespannt sind, die ästhetische Urtheilskraft immer ins Gedränge kommen wird. Natürlich muß man sich auch hier vor jeder Schablone hüten und die einzelnen Fälle sehr im Einzelnen untersuchen, aber man braucht nur einen Blick auf die Geschichte des bürgerlichen Kunstgeschmacks zu werfen, um eine sehr bestimmte Tendenz in der angedeuteten Richtung zu erkennen.

Als das bürgerliche Drama in England begann, brachte es den leibhaftigen Galgen auf die Bühne, als tragische Sühne des Bösen. In Frankreich wurde Diderot, der so gewiß ein feiner Kunstkenner war, wie Ibsen ein großer Dichter ist, nicht müde, den moralischen Endzweck der Kunst zu betonen; „bessern, bessern sollen uns die Dichter", schrieb er, und von dem Maler Greuze sagte er: „Sein Genre gefällt mir, Moralmalerei." Aber auch Kant und Schiller haben in ihren jüngeren und schließlich doch auch kräftigeren Jahren nicht anders geurtheilt. In seinen „Betrachtungen über das Gefühl des Schönen und Erhabenen", die ein Vierteljahrhundert vor der Kritik der Urtheilskraft erschienen, führte Kant aus, Aesthetisches und Sittliches fielen zusammen, während Schiller zur Zeit, als er seine revolutionären Jugenddramen schrieb, die Schaubühne als moralische Anstalt pries. Erst als sich unsere Klassiker von den öffentlichen Kämpfen ihrer Zeit abwandten, gelang ihnen die Begründung einer wissenschaftlichen Aesthetik. Noch viel ästhetischer wurde die romantische Schule, die in bewußtem Gegensatz zur bürgerlichen Revolution stand. Niemals ist die „reine Kunst" überschwänglicher gefeiert worden, als von der feudalen Romantik, es sei denn, daß ihr dieser Ruhm von dem bürgerlichen Naturalismus unserer Zeit streitig gemacht wird. Umgekehrt hat der ästhetische Geschmack der heute revolutionären Klasse, des Proletariats, ein ganz niedliches Moralzöpfchen hinten hängen, wie die Verhandlungen des Gothaer Parteitags sattsam gezeigt haben und zudem Jeder weiß, der in Kunstsachen mit modernen Arbeitern verkehrt hat. Ueberflüssig zu sagen, daß jene Art „reiner Kunst" durchaus nicht zusammenfällt mit dem „reinen Geschmacksurtheile" in Kants Sinne: in sie „mengt" sich nicht nur nicht das „mindeste Interesse", sondern sogar das brutalste aller Interessen: der bewußte oder unbewußte Widerstand niedergehender Klassen gegen den historischen Fortschritt.

Nicht anders, wie mit dem ausschließenden Gegensatze von Moral und Kunst steht es mit Kants und Schillers Satze, daß der Gegenstand der ästhetischen Betrachtung nicht der Inhalt, sondern die Form sei, daß des Meisters eigentliches Kunstgeheimniß darin bestehe, den Stoff durch die Form zu vertilgen. In seiner absolut-abstrakten Fassung unanfechtbar, ist dieser Satz in der historischen Entwicklung des Kunstgeschmacks immer nur zur bedingten Geltung gekommen. Es zeugt sicherlich von einem „barbarischen Geschmacke", den Dichtern „Nationalgegenstände" zur Bearbeitung zu empfehlen; die unzähligen Hohenstaufendramen der deutschen Literatur blieben todtgeborene Kinder, und Wildenbruchs Hohenzollerndramen sind eine scheußliche Entweihung der Kunst, da sie aus nichts weniger als künstlerischen Gründen „Nationalgegenstände" bearbeiten, und noch dazu was für welche! Wenn aber Schiller sein Wehe! über den griechischen Kunstgeschmack ruft, für den Fall, daß dieser Geschmack erst durch die historischen Beziehungen in den Werken seiner Dichter hätte gewonnen werden müssen, so ist es mindestens sehr fraglich, ob diese „historischen Beziehungen" nicht doch auf den griechischen Kunstgeschmack gewirkt haben, wie es ganz zweifellos ist, daß sie auf den

englischen Kunstgeschmack wirken, der Shakespeares englische Historiendramen bewundert. Denn bei diesen Dramen hat, wenn man von Richard dem Dritten und den Falstaff-Episoden Heinrichs des Vierten absieht, die künstlerische Form keineswegs den Stoff vertilgt.

Gerade weil alle lebendige Kunst im Boden ihrer Zeit wurzelt und nirgendwo anders wurzeln kann, vermag sie nicht jeden Stoff künstlerisch zu bemeistern, hängt der Geschmack also auch vom Inhalt und nicht blos von der Form ab. Steiger sagt an einer Stelle seines Buches ganz richtig, wenn auch mit theilweise unrichtiger Begründung: das Drama sei lebendige Gegenwart; wolle es uns scheinbar todte Vergangenheiten vor Augen zaubern, so müsse es sie verlebendigen und vergegenwärtigen, so müßten wir das Vergangene wie ein Stück unseres sich ruhelos abspinnenden Lebens empfinden; der historische Dramatiker solle sich bei der Wahl seiner Stoffe den Zeitgeist zum Führer nehmen. Damit stimmt es freilich schlecht, wenn Steiger an einer anderen Stelle meint, der Dichter habe keineswegs das große Getriebe des gesellschaftlichen Lebens zu schildern, woraus allein doch das entsteht, was man den Zeitgeist nennen mag; erst wo dieses Getriebe aufhöre, fange das Allgemein-Menschliche als Gegenstand der Kunst an. Doch löst sich dieser Satz auf, wie sich das Allgemein-Menschliche auflöst, wenn man es zu greifen sucht. Solange die menschliche Gesellschaft in Klassen gespalten ist (und ehe sie in Klassen gespalten war, gab es überhaupt noch keine Kunst), hat es immer nur ein Sonder-Menschliches, und nie ein Allgemein-Menschliches gegeben. Wäre ein Allgemein-Menschliches irgendwo zu finden, so müßte es bei den Dichtern zu finden sein, die nach einem weit verbreiteten Geschmacksurtheile Weltdichter genannt zu werden pflegen, also bei Homer, Aeschylos, Dante, Shakespeare, Cervantes, Goethe. Aber gerade bei diesen Dichtern findet man das Sonder-Menschliche in ausgeprägtester und erschöpfendster Form; man nennt sie Weltdichter, weil ihre Schöpfungen große Weltwenden großartig wiederspiegeln, so daß der objektive Bestimmungsgrund auch dieses Geschmacksurtheils nicht nur in der Form, sondern auch im Stoffe zu suchen ist.

Thatsächlich über allem historischen Wechsel scheint aber der Satz Kants zu stehen, daß die Kunst nur schön, d. h. ästhetisch wirksam genannt werden dürfe, wenn sie wie Natur aussehe, während wir uns doch ihrer als Kunst bewußt seien. Es ist derselbe Gedanke, den Schiller in den beiden prachtvollen Strophen auseinanderfaltet:

> Erweitert jetzt ist des Theaters Enge,
> In seinem Raume drängt sich eine Welt;
> Nicht mehr der Worte rednerisch Gepränge,
> Nur der Natur getreues Bild gefällt;
> Verbannet ist der Sitten falsche Strenge,
> Und menschlich handelt, menschlich fühlt der Held;
> Die Leidenschaft erhebt die freien Töne,
> Und in der Wahrheit findet man das Schöne.
>
> Doch leicht gezimmert nur ist Thespis' Wagen,
> Und er ist gleich dem acherontschen Kahn:
> Nur Schatten und Idole kann er tragen,
> Und drängt das rohe Leben sich heran,
> So droht das leichte Fahrzeug umzuschlagen,
> Das nur die flücht'gen Geister fassen kann.
> Der Schein soll nie die Wirklichkeit erreichen,
> Und siegt Natur, so muß die Kunst entweichen.

Die naturalistischen „Schillerhasser“ können denselben Gedanken, nur derber und kürzer, bei Goethe finden. Goethe spottet über die Rohheit des großen Haufens, dessen Kunstgenuß in dem Vergleiche des Abbildes mit dem Urbilde bestehe; in seinem Gespräche „Ueber Wahrheit und Wahrscheinlichkeit der Kunstwerke“ vergleicht er die Kunstrichter, die „ein Kunstwerk als ein Naturwerk“ beurtheilen, mit den Spatzen, die in dem Gemälde jenes griechischen Meisters nach den täuschend gemalten Weinbeeren pickten, oder noch drastischer mit einem genäschigen Affen, der über ein naturgeschichtliches Werk gerathe und abgebildete Käfer herausspeise. Aber schon ein paar Jahrhunderte vor Goethe sagte Albrecht Dürer, wohl stecke die Kunst in der Natur, und wer sie heraus könne reißen, der habe sie, aber sie werde „offenbar durch das Werk und die neue Kreatur, die einer in seinem Herzen schaffe in der Gestalt eines Dinges“. Und wieder hundert Jahre nach Goethe sang Anzengruber in mittelmäßigen Versen, aber in der echten Gesinnung des Künstlers:

Der soll sich nicht mit Kunst befassen,
Der die Natur wie Jeder sieht,
Er schleppt 'nen Photographenkasten,
Der nur die Schulter schief ihm zieht;
Wem irgend Großes ist gelungen,
Der hat sich's selber abgerungen,
Ob zart und mild, ob stark und wild!
Hast du nur deinem Werke eben
Aus eignem Ich was zugegeben,
So giebt's ein Bild!

In diesen und ähnlichen Zeugnissen, die sich in unerschöpflicher Fülle herandrängen, spricht sich das, in Kants Satze ästhetisch formulirte, schöpferische Wesen der Kunst aus, womit die Kunst als eigenes Vermögen der Menschheit steht und fällt. Von hier aus begreift sich auch am leichtesten, was Kant in etwas künstlich konstruirter Weise über freie und anhängende Schönheit, über die Idee des Kunstwerks, über das menschliche Ideal als höchste Vorstellung der ästhetischen Urtheilskraft sagt. Er findet die freie Schönheit in der Natur, das ästhetische Wohlgefallen an der Natur in den Zwecken, die der Mensch in die Natur legt, die als solche keine Zwecke haben kann; er sagt, die Natur sei schön, wenn sie zugleich als Kunst aussehe. Diese Sätze sind so einleuchtend wie unbestreitbar, wenn man sich nur auch hier gegenwärtig hält, daß sich mit den Menschen auch die Zwecke ändern, die sie in die Natur legen, daß sich also auch das ästhetische Wohlgefallen an der Natur historisch abwandelt, wie die verschiedenen Perioden der Landschaftsmalerei zeigen, wie allein schon die drastische Thatsache zeigt, daß durch Tausende von Jahren das Hochgebirge für die Menschen ein Gegenstand des Grauens war, während sich in wenig mehr als hundert Jahren die Freude an der Schönheit der Alpen bereits zu einem krankhaften Modesport überreizt hat.

Ist nun aber die freie Schönheit nur in der Natur zu finden, so die anhängende Schönheit — nicht blos in der Kunst, wie Kant meint, denn die Landschaftsmalerei ist auch eine Kunst, sondern — in der Gesellschaft. In ihr hat es die ästhetische Urtheilskraft mit dem Menschen zu thun, aber nicht mit dem Menschen als Individuum, sondern mit dem Menschen als Gattung, und so meint Kant, daß die Schönheit dem Gattungsbegriff „anhänge“: das Individuum sei desto schöner, will sagen ästhetisch wirksamer, je mehr sich die Gattung in ihm verkörpere. Die Gattung ist an sich nur ein Begriff. Wenn wir

von einer Junker=, einer Bürger=, einer Arbeiterklasse sprechen, so sprechen wir von Begriffen, die wir uns gebildet haben, von Ideen als Individuen, von Idealen, und diese Ideale in natürliche Erscheinungen zurückzuverwandeln, ist die Aufgabe der schönen Kunst. Ein Junker, ein Bürger, ein Arbeiter, den der Dichter oder Maler darstellt, wird im ästhetischen Sinne des Wortes um so schöner und um so wahrer sein, je freier er von den wesenlosen Zufälligkeiten des Individuums und je durchdrungener er von den wesentlichen Eigenschaften der Gattung ist. Man kann nun einwenden, daß der Gattungsbegriff des Junkers, des Bürgers, des Arbeiters sehr verschieden sein werde in den verschiedenen Klassen der Gesellschaft, und dieser Einwand ist auch vollkommen durchschlagend insofern, als der objektive Bestimmungsgrund des Geschmacks nicht in der „unbestimmten Idee des Uebersinnlichen“, sondern in sehr bestimmten sinnlichen Interessen wurzelt. Aber durchaus verschieden von der übersinnlichen Idee ist die ästhetische Idee und das ästhetische Ideal, nach dessen Bilde der Künstler eine neue Welt schafft. In dieser Weise muß alle Kunst idealisiren, wenn sie sich anders vom Photographenkasten oder vom Wachsfigurenkabinet unterscheiden will; so schafft das künstlerische Genie, dessen schöpferisches Vermögen so viele große Künstler von Albrecht Dürer bis auf Anzengruber immer wieder betont haben.

Gleichwohl sind auch die Sätze unserer klassischen Aesthetik über Kunst und Natur nur historische Leitfäden einer methodischen Untersuchung, nicht aber unfehlbare Schablonen, nach denen alles künstlerische Schaffen ein= für allemal abzuurtheilen ist. Sonst könnte man gleich den ganzen modernen Naturalismus abwürgen, weil er die unbedingte Naturnachahmung auf seine Fahne geschrieben hat. Das hieße aber in den entgegengesetzten Fehler verfallen, wie jene naturalistische Aesthetik, die nur mit dem beweist, was Dieser ahnt und was Jenem schwant. Der moderne Naturalismus ist einmal da und will historisch untersucht sein, ehe man weiß, woran man mit ihm ist.

An dieser Stelle kann eine solche Untersuchung nur soweit geführt werden, wie sich die zur Besprechung vorliegenden Schriften mit dem modernen Naturalismus beschäftigen. Dabei sind aus Steigers Buche noch Ibsen und Maeterlinck auszuscheiden, nicht blos weil die historische Analyse ihrer Schöpfungen zu sehr weitläufigen Abschweifungen führen würde, sondern auch weil sie zum modernen Naturalismus oder dem, was man in Deutschland darunter versteht, nur in mittelbarem Sinne gehören. Schon dieser oder jener naturalistische Kritiker hat nicht ohne Scharfsinn herausgewittert, daß Ibsen eigentlich doch zum alten Eisen der „alten Kunst“ gehöre, und Maeterlinck vertritt als „lallende Seele“, als „kindlich=kindischer Genter“, wie Steiger sagt, einen allerneuesten Ismus, der einstweilen in der ungestörten Pflege seines Vierteldutzend Ziehväter bleiben kann. Dagegen ist Hauptmann, wenn nicht der bedeutendste, so doch der erfolgreichste und meistgenannte der deutschen Naturalisten, und zudem liegen über ihn neben Steigers Buche noch drei, zum Theil umfangreiche Schriften vor, die eine historische Würdigung dieses Dramatikers in ziemlich weitreichendem Maße ermöglichen.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

Druckfehlerberichtigung. Ein unliebsames Versehen hat in unserem vorigen Hefte aus Schweichel einen „Mann von achtzig Jahren“ gemacht; es sollte heißen: „ein Mann von nahe an achtzig Jahren“; Schweichel ist am 12. Juli 1821 geboren.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 14. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Fall Delbrück.

✓ **Berlin**, 21. Dezember 1898.

Das königlich preußische Staatsministerium hat es für angenehm und nützlich erachtet, die politische Stille der Weihnachtszeit durch eine Haupt- und Staatsaktion zu beleben. Es hat feierlich beschlossen und diesen Beschluß ebenso feierlich im „Reichs- und Staatsanzeiger" verkündet, gegen den ordentlichen Professor an der hiesigen Universität, Herrn Hans Delbrück, die Disziplinaruntersuchung einzuleiten, weil er in den von ihm herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern" die Ausweisungen in Nordschleswig scharf getadelt hat.

Da man auch seinen Gegnern gerecht werden muß, so läßt sich nicht bestreiten, daß der angefochtene Artikel Delbrücks wohl geeignet ist, allen preußischen Staatsperrücken die Haare zu sträuben. Es heißt darin, daß die Ausweisungen in Schleswig zum Himmel schrieen. Die Unthaten der Dänen an dem verrathenen Bruderstamm seien ein Kinderspiel gegen die Gewaltsamkeit, womit heute jene Landschaften regiert würden. Und noch schlimmer als die Brutalität, die uns zum Abscheu der gebildeten Welt mache, sei die Verblendung, die mit solchen Mitteln im Kampfe der Nationalitäten dauernde Erfolge erzielen zu können glaube. Es sei mit der nationalen Gesinnung, wie mit der Religion; hinter den wahrhaft Frommen erhöben sich sofort die gräulichen Pfaffen, Ketzerriecher und Inquisitionsrichter, um im Namen des Heiligen ihre Schändlichkeiten zu verüben. So habe auch die nationale Gesinnung bei uns hier und dort einen nationalen Fanatismus erzeugt, der wild und verstockt glaube, die Gesetze der Menschlichkeit mit Füßen treten zu können, und dem nationalen Gedanken, dem er zu dienen vermeine, unverwindlichen Schaden zufüge.

Das ist scharf genug, aber wer wollte behaupten, daß es schärfer sei, als wahr? Wer, als etwa jene servile Gesellschaft in den „Hamburger Nachrichten" oder den „Berliner Neuesten Nachrichten" oder anderen Blättern bismärckischer Kouleur, die Herrn Delbrück sofort nach seiner dankenswerthen Kritik der Köllerthaten als reif für die disziplinarische Abschlachtung denunzirten? Wenn der Oberpräsident von Schleswig-Holstein harmlose Knechte und Mägde ins Elend stößt, nicht weil sie etwas, auch nur nach preußischen Polizeibegriffen, Polizeiwidriges gethan haben,

sondern nach seinem eigenen Geständniß, um ihre des Verdachts verdächtigen „Arbeitgeber“, denen er sonst nicht an den Leib kann, dadurch zu strafen, so ist es die nackte Wahrheit, zu sagen, daß solche Mißhandlungen der schleswig-holsteinischen Bevölkerung selbst in den Zeiten der dänischen Oberherrschaft nicht vorgekommen seien. Es gab denn auch einige gutmüthige Leute, die da meinten, daß Köllers Ausweisungspraxis dem Ministerium der „vollendeten Rechtsgarantien“, einem Ministerium, worin der „liberale Staatsmann“ v. Miquel und der „Geistesritter“ Bosse sitzen, ein wenig wider den Strich gegangen sei, und freisinnige Blätter behaupteten, daß Köller wegen seiner Ausweisungen gerüffelt werden würde, aber sofort erfolgte in dem offiziösen Hauptblatt ein Dementi, und nun setzt das Gesammtministerium durch die Maßregelung Delbrücks noch einen pompösen Trumpf darauf.

Es mag ihm um so leichter geworden sein, als Delbrück längst mancherlei auf dem Kerbholz hatte. Er gehört in der Politik wie in der Wissenschaft nicht zu den Eigenbrödlern, aber zu den Eingängern; es hieße ihm entschiedenes Unrecht thun, wenn man ihn zu jenen Originalen rechnen wollte, die Goethe einmal Narren auf eigene Hand nannte, aber ein wirklich originaler Kopf ist er doch auch nicht, und selbst nicht einmal ein konsequenter Denker. Er brodelt nicht, wie M. v. Egidy und ähnliche Geister, die man wohl Eigenbrödler nennen mag, in einem Brei von Phrasen herum, aber der eigene Weg, den er geht, ist ein Kreuz und Quer zwischen Vorwärts und Rückwärts, je nachdem er zu ehrlich ist, um ins Horn der Reaktion zu stoßen, und zu unklar, um zu erkennen, wohin der Strom der historischen Entwicklung drängt.

Als Historiker hat es Delbrück mit den beiden Richtungen verdorben, die sich auf dem Gebiet der bürgerlichen Geschichtschreibung balgen, sowohl mit den „politischen Historikern“ nach dem Muster Treitschkes, die den Heroenkultus in hohenzollernscher Talmifassung betreiben, als auch mit den „Wirthschaftshistorikern“ nach dem Muster Lamprechts, die den historischen Materialismus wohl annehmen möchten, vorausgesetzt, daß sie ihm alle Spitzen und Stacheln ausziehen könnten. Es gereicht ihm aber durchaus nicht zur Unehre, wenn ihn die um Treitschke wie die um Lamprecht in holder Gemeinschaft mit einem von Treitschke höchst eigenhändig erfundenen Spitznamen „Hans Taps“ nennen; er ist allerdings „tapsig“ genug gewesen, den Einen wie den Anderen unangenehme, aber wahre Dinge zu sagen. Seine eigenen historischen Leistungen sind keineswegs so unbedeutend, wie die von ihm verletzten Kameradschaften sie machen möchten; namentlich auf kriegsgeschichtlichem Gebiet hat er manches von bleibendem Werthe veröffentlicht, so ein Leben Gneisenaus, eingehende Untersuchungen der friderizianischen Kriegführung und Anderes, das mit der preußischen Legende in mancher Richtung nicht übel umspringt; nach anderer Richtung freilich steckt Delbrück selbst noch bis über die Ohren in dieser Legende.

Politisch gehörte Delbrück früher der konservativen Partei an, hat sich aber auch von ihr in mehr als einer Beziehung zu emanzipiren gewußt. In allen Militär- und Marinefragen gehört er zu den Strammsten der Strammen, auch hielt er es für ganz gerecht, daß durch die Getreidezölle, die Liebesgaben für Branntweinbrenner und Zuckersieder oder sonstige Maßregeln „praktischer Sozialreform“ alljährlich viele Dutzende von Millionen aus den Taschen des Volkes geholt werden, um einige tausend Junkerfamilien künstlich am Leben zu erhalten; ja er war einer von den drei Abgeordneten, die es vor zehn Jahren fertig brachten, im Reichstag für Bismarcks Schnapsmonopol zu stimmen. Immerhin aber geht ihm das all zu unverschämte Treiben der Junker doch etwas gegen

sein bürgerliches Gemüth, und so hat er als richtiger Eingänger die Parole ausgegeben: Für den Reichstag muß rechts, dagegen für den Landtag links gewählt werden. In einem Punkte aber hat Delbrück seit Jahren eine ehrliche, entschlossene und klare Opposition gemacht, und zwar gegen die Mißhandlungen fremder Nationalitäten durch den deutschen Chauvinismus. Er kann es sich ruhig gefallen lassen, daß Treitschke die „Preußischen Jahrbücher“ wegen Delbrücks Polenpolitik als „Polnische Jahrbücher“ verhöhnt hat: Der abgeschmackte Kalauer trifft nur seinen eigenen Urheber. Der Kampf, den Delbrück gegen die Mißhandlungen der Polen und jetzt auch der Dänen durch die preußische Regierung geführt hat, war unter jedem Gesichtspunkt ein gerechter und tapferer Kampf, speziell auch vom Standpunkt des Historikers aus. Denn jeder Historiker, der nicht gänzlich von blindem Fanatismus verblödet ist, muß sich darüber klar sein, was mit solchen Gewaltmitteln ausgerichtet wird, wie sie Köller in Nordschleswig handhabt.

Aber eben weil dieser Kampf Delbrücks ein gerechter Kampf war und als solcher die Sympathien aller anständigen Politiker für sich hatte, verfällt er dem Schwerte der preußischen Justiz. Darüber verwundern wir uns nicht, wenngleich es für Delbrück selbst vielleicht verwunderlich gewesen ist. Vor noch nicht zwei Jahren, im Februar 1897, fragte er in seinen „Preußischen Jahrbüchern“: „Sollte sich wirklich je ein preußischer Kultusminister finden, der es versucht, die wissenschaftliche oder politische Freiheit der Professoren einzuschränken?“ Darauf erwiderten wir an dieser Stelle — siehe Jahrg. XV, 1, Seite 759 —: „Herr Delbrück weiß natürlich so gut wie wir es wissen, daß sobald die ‚wissenschaftliche oder politische Freiheit‘ der Professoren die Interessen der herrschenden Klassen irgendwie ernsthaft zu gefährden droht, kein preußischer Kultusminister je gezögert hat, mit dem Knüttel dazwischen zu fahren.“ Gegenüber einer so hartnäckigen Illusionsfähigkeit, wie sie jener Satz Delbrücks verrieth, haben wir uns etwas grob ausgedrückt, und den Zweifel an seinem guten Glauben nehmen wir heute, wo sein eigenes Schicksal unsere richtige Erkenntniß des historischen Preußenthums bestätigt, gern zurück: wenn er damals als preußischer Historiker noch blind war, so ist ihm ja jetzt der Staar gründlich gestochen.

Wollte nun aber das hohe Staatsministerium gegen den Publizisten Delbrück vorgehen, so war der nächste Weg eigentlich, den Staatsanwalt mobil zu machen. Wenigstens war es der nach preußischer Ueberlieferung am nächsten liegende Weg, da es den in zivilisirten Ländern üblichen Weg einer sachlichen Widerlegung in preußischen Gefilden nicht giebt. Indessen mit einer Anklage vor den ordentlichen Gerichten hat es so seine eigenen Haken. Delbrück ist ein nach bürgerlichen Begriffen sehr ansehnlicher Mann: ordentlicher Professor, ehemaliger Prinzenerzieher, Hauptmann der Landwehr, Ritter des Eisernen Kreuzes und wer weiß was sonst noch. Man hat Exempel, daß die Göttin der Gerechtigkeit, die auch wohl einmal das menschliche Bedürfniß fühlt, ihren etwas ramponirten Ruf wieder auszuflicken, in solchen Fällen nicht den sonst so falkenscharfen Blick für die Beleidigung hoher Behörden bewährt; zu einer Zeit, wo eine Anklage wegen Bismarckbeleidigung für einen simplen Redakteur, geschweige denn für einen Arbeiter, eine bombensichere Verurtheilung bedeutete, wurde Mommsen auf diese Anklage hin in allen Instanzen freigesprochen, obgleich er den Säkularmenschen mit einer recht dreisten und gottesfürchtigen Rede auf den Leib gerückt war. Man versteht darnach den hohen staatsmännischen Sinn, womit der „liberale Staatsmann“ v. Miquel und der „Geistesritter“ Bosse den Professor Delbrück für die Sünden des Publizisten Delbrück büßen lassen und ihn einem Disziplinar-

verfahren unterwerfen, in dem das Staatsministerium erstens sich beleidigt fühlt, zweitens die Anklage erhebt und drittens das Urtheil spricht. Das preußische Disziplinarverfahren, das der biedere Manteuffel erfunden hat, ist eine Mausefalle, wie sie in gleich edler, einfacher und genialer Konstruktion kein wandernder Slovake feil zu bieten hat.

Einen Vorzug hat das gegen Delbrück beliebte Verfahren aber doch, da es die Universität als solche in Mitleidenschaft zieht. Wäre der Redakteur Delbrück gerichtlich belangt worden, so konnte die erlauchte Körperschaft sagen, daß sie damit nichts zu schaffen habe, aber wenn der Professor Delbrück gemaßregelt werden soll, weil er das verfassungsmäßige Recht jedes Preußen, seine Meinung frei zu äußern, benützt hat, so kann die Universität nicht dazu schweigen, falls sie noch etwas Anderes sein will, als die gehorsame Dienerin der jeweiligen Regierungsgewalt. Nach allen bisherigen Proben akademischer Leistungsfähigkeit halten wir es freilich für eine bare Illusion, sich auf heroische Entschlüsse gefaßt zu machen, indessen würden wir uns aufrichtig freuen, wenn unsere Prophetengabe sich in diesem Falle schlechter bewähren sollte, als in dem Falle Delbrück selbst.

Partei und Gewerkschaft.

Von K. Kautsky.

Genosse Pörsch hat vollkommen recht, wenn er in seinem Artikel über „Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen“ („Neue Zeit“, Nr. 13) darauf hinweist, daß es den Aufgaben der Gewerkschaften widerspreche, wenn sie einen Theil der Berufsgenossen aus Gründen der Parteipolitik von sich abstoßen oder fernhalten. Die Gewerkschaft soll jedem Lohnarbeiter des betreffenden Berufs offen stehen, welches immer seine politische Gesinnung sein mag. Es ist eine arge Schädigung der deutschen Arbeiterbewegung, daß sie politisch gespalten ist in eine ultramontane, eine freisinnige, eine sozialdemokratische. Dagegen sind die englischen Gewerkschaften nicht zum Mindesten deshalb so kraftvoll, weil die Trennung der Arbeiterschaft durch politische Parteien für sie nicht existirt: mag der Arbeiter Liberaler, Konservativer, Sozialdemokrat sein, er ist der Gewerkschaft gleich willkommen.

Das ist alles sehr richtig, es fragt sich blos, ob es in unserem Belieben steht, das zu ändern, ob der eigenartige Charakter der deutschen — und man kann sagen, der kontinentalen Gewerkschaftsbewegung überhaupt, in einem Mangel an Einsicht und nicht in der Eigenart der deutschen, resp. kontinentalen Verhältnisse begründet ist, die ein Schablonisiren nach englischem Muster nicht gestatten.

Genosse Pörsch bezeichnet als das wahre Ziel der gewerkschaftlichen Organisation die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirthschaftlichen Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen gesellschaftlichen Ordnung. Damit ist aber offenbar die Charakteristik der Gewerkschaften nicht erschöpft. Wir müssen hinzufügen, daß die Gewerkschaft ihr Ziel zu erreichen sucht durch eine *demokratische* Organisation und durch den *Kampf gegen die Kapitalisten des Berufs*, den sie vertritt.

Der letztere Punkt ist es, der sie von der Sozialdemokratie unterscheidet. Auch diese sucht die Wahrung der Interessen der Arbeiter schon in der gegenwärtigen Gesellschaft, nicht blos im Zukunftsstaat. Aber sie ist die Vertreterin der *Gesammtinteressen* der Arbeiterklasse und kämpft als solche gegen die *gesammte Kapitalistenklasse*, also auch gegen das kapitalistische System. Damit erhält ihr Kampf ein Ziel über die gegenwärtige Gesellschaft hinaus.

Die Gewerkschaft kämpft blos gegen einzelne Individuen oder Gruppen von Kapitalisten. Dadurch sind ihre Ziele auf den Rahmen der bestehenden Gesellschaft

beschränkt. Aber gleich der Sozialdemokratie hat auch sie die Aufgabe des Kampfes gegen das Kapital.

Man wird mir vielleicht die Trade Alliances entgegenhalten, über die Bernstein in Nr. 8 der „Neuen Zeit" berichtet hat. Es sind Gewerkschaften, die sich mit Kapitalistenringen verbinden zur Brandschatzung des Publikums. An Stelle des Kampfes gegen das Kapital tritt bei ihnen der Kampf gegen die Gesellschaft, Arm in Arm mit dem Kapital. Sollten diese Trade Alliances allgemein werden, so würden die Gewerkschaften dadurch allerdings einen von dem heutigen total verschiedenen Charakter bekommen, dann aber schlüge auch die Stunde der Arbeiterbewegung überhaupt. Zum Glücke für den Fortschritt der Menschheit ist nicht zu erwarten, daß dieses jüngste Mittel der englischen Fabrikanten, die gewerkschaftliche Bewegung zu korrumpiren, allgemeiner und tiefer die Arbeiterbewegung beeinflussen wird, als etwa das System der Gewinnbetheiligung oder das der gleitenden Lohnskala, und daß es gleich diesen einmal von den Arbeitern selbst bekämpft werden wird, die sich von ihm zeitweise haben blenden lassen. Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit hat sich überall schließlich stärker erwiesen als alle Mittelchen der Harmonie zwischen beiden.

Aber auch die Gewerkschaften, die Trade Alliances gebildet haben, sind ursprünglich Kampfgenossenschaften gewesen und haben auf diesen Charakter noch nicht endgiltig Verzicht geleistet.

Das zweite Charakteristikum der Gewerkschaft ist ihre demokratische Organisation. Das heißt, ihre Mitglieder regeln in letzter Instanz selbst gemeinsam alle ihre gemeinsamen Angelegenheiten und wählen selbst ihre Vertreter und Beamten aus ihrer Mitte. Das haben sie mit der Sozialdemokratie gemein. Aber diese umfaßt Mitglieder der verschiedensten Berufe, die zusammengehalten wurden durch eine gemeinsame soziale und politische Ueberzeugung. Die Gewerkschaft umfaßt nur Mitglieder desselben Berufs, aber verschiedener politischer Ueberzeugung. Die Vertreter der Sozialdemokratie können jedem beliebigen Beruf entstammen, wenn nur ihre Ueberzeugung die sozialdemokratische; die Vertreter der Gewerkschaft müssen Berufsgenossen sein.

Wendet man diese Kriterien auf die freisinnigen Gewerkvereine und auf die katholischen und evangelischen Arbeitervereine an, so erkennt man sofort, daß sie mit den englischen Trade Unions in keiner Weise zu vergleichen sind. Ihr Prinzip ist nicht das des Kampfes gegen das Kapital, sondern das der Harmonie mit ihm. Und ihre Organisation ist keine volle demokratische; sie sind nicht selbständig, sondern stehen unter der Vormundschaft, hier der katholischen, bezw. evangelischen Geistlichkeit, dort freisinniger Advokaten. Dem entspricht es auch, daß sie die Anhänger einer bestimmten Richtung, Sozialdemokraten, aus ihren Vereinen ausschließen.

Der Name „Gewerkvereine", den sich die Hirsch-Dunckerschen Organisationen geben, ist daher nichts als ein plumper Schwindel, ein Versuch, sich mit den sehr fremden Federn der englischen Trade Unions zu schmücken. Dem Wortlaut nach richtig ist die Uebersetzung von Trade Union mit „Gewerkverein", aber thatsächlich ist sie falsch, denn die Bedeutung, die in Deutschland das letztere Wort erhalten hat, ist ein von der Bedeutung des englischen Wortes gänzlich abweichender. Wir können uns daher nicht dafür erwärmen, daß in letzterer Zeit unsere Literatur es liebt, die britischen Trade Unions als „Gewerkvereine" zu bezeichnen, wodurch die Trübung der Begriffe nur gefördert wird, die die Begründer und Anwälte der Hirsch-Dunckerschen Organisationen für ihre Zwecke ausbeuten. Die „Gewerkvereine" stehen den Friendly Societies viel näher als den Trade Unions.

Niemand in Deutschland wird es einfallen, von sozialdemokratischen Gewerkvereinen zu reden. Man spricht nur von sozialdemokratischen Gewerkschaften. Gewerkschaft, das ist historisch die richtige Uebersetzung des Wortes Trade Union geworden, denn die sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen deutschen Arbeiterorganisationen, die mit den britischen Trade Unions verglichen werden dürfen.

Allerdings unterscheiden sich die deutschen Gewerkschaften von den Trade Unions dadurch, daß ihre Mitglieder, soweit sie überhaupt einer bestimmten Partei angehören, Sozialdemokraten sind, so daß man in diesem Sinne mit Recht von sozialdemokratischen Gewerkschaften sprechen kann, wenn sie auch unpolitische Organisationen sind. Dieser Unterschied ist jedoch nicht ein beabsichtigter, sondern ein durch die Verhältnisse geschaffener.

Wenn die christlichen und fortschrittlichen Arbeitervereine Sozialdemokraten ausdrücklich von sich fernhalten, so sind dagegen die „sozialdemokratischen" Gewerkschaften stets bestrebt gewesen, Nichtsozialdemokraten zu sich heranzuziehen. Das war nothwendig selbst vom Standpunkt jener beschränkten Parteiauffassung aus, die in den Gewerkschaften bloße Rekrutenschulen für die Sozialdemokratie sah, denn diese Aufgabe konnten sie nur erfüllen, wenn sie der Masse der Arbeiterschaft ohne Unterschied ihrer politischen Stellung offen standen. Aber diese Auffassung war in unserer Partei doch nie die allein maßgebende für ihre Stellung gegenüber den Gewerkschaften, wie schon die Kongreßbeschlüsse der „Internationale" zeigen, die auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den Klassenkampf, die Organisirung und Hebung der Arbeiterklasse hinweisen.

Die deutschen Gewerkschaften wurden nach dem Muster der englischen gebildet. Wenn trotzdem die ersteren eine parteipolitische Färbung erhielten, welche die letzteren nicht haben, so liegt das nicht an der deutschen Sozialdemokratie, sondern an ihren Gegnern.

Die Stellung des deutschen Bürgerthums zu der Arbeiterbewegung ist eine ganz andere als die des englischen. Dieses hat sich mit der Gewerkschaftsbewegung abgefunden. Sie gilt heute als eine der Institutionen, auf denen Englands Größe und Wohlfahrt beruht. Aus welchen Gründen dies geschieht, wie viel Arbeiterfreundlichkeit damit zu thun hat, wie viel die Ueberzeugung, das Gewerkschaftswesen sei das beste Mittel, die Arbeiterschaft zu spalten, eine Arbeiteraristokratie von ihr loszulösen und dem Sozialismus feindlich zu stimmen, das ist wieder eine Sache für sich, die uns hier nichts weiter angeht. Genug, die bürgerlichen Parteien Englands stehen den Gewerkschaften neutral, zum Theile sogar wohlwollend gegenüber, man kann ein sehr guter Konservativer oder Liberaler und doch ein sehr guter Gewerkschafter sein.

In Deutschland stehen alle bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme der Gewerkschaftsbewegung feindselig gegenüber. Die bürgerliche Wissenschaft, die einen weiteren Blick hat, möchte allerdings das englische Gewerkschaftswesen nach Deutschland verpflanzt sehen, als Mittel, dem Sozialismus den Garaus zu machen, aber die Entwicklung vollzieht sich nicht nach der Schablone, und den Professoren, Sozialpolitikern und Ethikern ist es bisher noch nicht gelungen, englische Freiheit, englische Bourgeois und englische Wirthschaftspolitik nach Deutschland zu importiren. Sie trösten sich damit, daß Deutschland eben rückständig sei; die Entwicklung werde uns schon englische Zustände und damit des Absterben des Sozialismus bringen. Vorläufig aber geht die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung. Die großindustriellen Theile Deutschlands sind diejenigen, in denen die Bourgeoisie den Gewerkschaften am feindseligsten gegenübersteht. Sachsen gilt nicht als derjenige Theil des Deutschen Reiches der der englischen Demokratie am nächsten ist.

Die wachsende Gewerkschaftsfreundlichkeit der professoralen Bücher und Zeitungen beweist nicht das Wachsthum der gewerkschaftlichen Sympathien in der Bourgeoisie Deutschlands, sondern die wachsende Ohnmacht der bürgerlichen Wissenschaft, die vergeblich als getreuer Eckart ihre Warnungsrufe ertönen läßt.

Jede selbständige Arbeiterbewegung ist den bürgerlichen Parteien Deutschlands ein Greuel, und nur in den Waffen, mit denen sie sie bekämpfen wollen, unterscheiden sie sich. Die Konservativen, die brutalsten und unwissendsten von allen, rufen nach Gewaltmaßregeln, um den Arbeiterorganisationen ein Ende zu machen. Die mehr demokratischen Parteien, Freisinnige, Zentrum, Christlichsoziale, die des Anhangs der Arbeiter bedürfen, müssen sich dazu verstehen, die Arbeiterbewegung zu

dulden, aber nur als nothwendiges Uebel. Sie wissen, daß die Organisirung der Arbeiterschaft nicht mehr zu vermeiden ist, aber zum Mindesten wollen sie keine selbständigen Organisationen. Jede selbständige Arbeiterbewegung, mögen ihre Ziele auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung liegen, ist ihnen sozialdemokratisch. Selbständige Gewerkschaften sind ihnen sozialdemokratische Gewerkschaften, und darum setzen sie diesen von ihnen bevormundete Scheingewerkschaften entgegen, die, soweit sie Kampfesorganisationen, Organisationen des Kampfes nicht gegen das Kapital, sondern gegen die selbständige Arbeiterbewegung sind.

In England kann ein Arbeiter gleichzeitig ein eingefleischter Konservativer oder Liberaler und ein wackerer Gewerkschafter sein; in Deutschland ist dies unmöglich. Ein „königstreuer", „patriotischer", „christlicher" oder „freisinniger" Arbeiter wird gegen Niemand mehr gehetzt, als gegen seine von den bürgerlichen Parteien unabhängigen Kollegen und ihre Gewerkschaften. Will man diesen Arbeiter für die Gewerkschaft gewinnen, so muß man ihn vor Allem der Partei abwendig machen, der er angehört.

Nicht die Parteipolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaftspolitik der nichtsozialdemokratischen Parteien bewirkt es, daß die Gewerkschaften nur einen Theil der Arbeiterschaft umfassen, die der gewerkschaftlichen Organisation zugänglich wären.

Soweit die deutsche Gewerkschaftsbewegung unter der Spaltung des Proletariats in verschiedene Parteien leidet, kann sie nur durch die Zurückdrängung der bürgerlichen Parteien in der Arbeiterschaft an Boden gewinnen. Diese Zurückdrängung ist sicher nicht Aufgabe der Gewerkschaften. Wir stimmen ganz dem Genossen Pörsch zu, wenn er meint, daß es für die Gewerkschaften um so besser sei, je weniger Parteipolitik sie trieben. Den Parteikampf kann nur die Sozialdemokratie führen. Diese ist es daher, die den Boden für die Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten hat. Ehedem betrachtete man die Gewerkschaften als die Rekrutenschulen der Sozialdemokratie. Heute ist das Umgekehrte der Fall.

Schon im Januar 1894 wiesen wir darauf hin, daß heute die Ausdehnung der Sozialdemokratie die Vorbedingung der Ausdehnung der Gewerkschaftsbewegung sei („Neue Zeit", XII, 2, S. 524 ff.), angeregt durch die Debatten auf dem Kölner Parteitag. Es wäre dort Niemand eingefallen, zu verlangen, jeder Gewerkschafter solle Parteimann sein. Wohl aber wurde gefordert, jeder Parteigenosse solle Gewerkschafter sein. Und wenn man auch die formelle Verpflichtung dazu ablehnte, die moralische hat man anerkannt.

Die bürgerliche Presse hatte damals diese Debatten mit Jubel begrüßt, als Beginn des Zwiespalts zwischen Gewerkschaftsbewegung und Sozialdemokratie — als ob Gardinenpredigten nicht in den besten Ehen vorkämen! Thatsächlich bewiesen die Debatten zu Köln aufs Deutlichste, wie sehr die Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung von der der Sozialdemokratie abhängt und wie sehr die Gewerkschafter selbst sich dessen bewußt sind.

Es ist dies nur eine Theilerscheinung der allgemeinen großen Thatsache, daß auf dem Festland Europas Sozialdemokratie identisch ist mit selbständiger Arbeiterbewegung, welche Formen immer diese annehmen und wie sehr sie sich in manchen Formen von Parteipolitik fernhalten mag.

Gewiß, wo nichtsozialdemokratische Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt werden können, da wäre es unvernünftig, es nicht anzustreben. Aber man gebe sich keinen Illusionen hin über die Erfolge, die außerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu erzielen sind.

Zur Zusammenbruchstheorie.

Von Heinrich Cunow.

(Schluß.)

3. Wohin führt unsere wirthschaftliche Entwicklung?

Wenn indeß auch die kapitalistische Entwicklung entschieden viel weiter vorgeschritten ist, als sie nach Bernsteins Rechnung erscheint, so läßt sich doch andererseits nicht bestreiten, daß sich die Akkumulation nicht entfernt in dem schnellen Tempo vollzogen hat, wie Marx und Engels Ende der vierziger Jahre annahmen, und wie Ersterer selbst noch zur Zeit der Veröffentlichung des ersten Bandes seines „Kapital" annehmen zu können glaubte. Der Grund des Nichtzutreffens der Marxschen Diagnose liegt jedoch, wie der Rückblick über die bisher von der Entwicklung zurückgelegte Wegstrecke lehrt, nicht darin, daß er sich überhaupt in der Erkenntniß der Tendenzen des kapitalistischen Wirthschaftssystems geirrt hat, sondern daß er als Wirkungsfeld dieser Tendenzen auch für die Zukunft den damaligen Absatzmarkt mit den durch dessen Begrenztheit bedingten spezifischen Qualitäten unterstellte und sich demgemäß die weitere Entwicklung gewissermaßen nur als Verlängerung des sich vor seinen Augen abspielenden Prozesses dachte.

Der Fehler der Marxschen Prognose liegt in gewisser Hinsicht also in demselben Rückschlußverfahren begründet, durch welches auch Bernsteins entgegengesetzte Auffassung entstanden ist, nämlich darin, daß er die in einer bestimmten Phase des Entwicklungslaufs hervortretenden spezifischen Wirkungen der wirthschaftlichen Tendenzen (oder sagen wir meinetwegen Gesetze) verallgemeinert und sie als sich gleichbleibend in allen Stadien auffaßt. So nahmen Marx und Engels den damaligen „Weltmarkt" und den aus der Enge dieses Absatzgebiets sich ergebenden Gegensatz zwischen der rapide steigenden Produktivität und der Konsumtionsfähigkeit des Marktes als etwas Gegebenes hin, ohne zu untersuchen, ob nicht die Wirkung dieses Gegensatzes Modifikationen erleidet, wenn mit der Kapitalakkumulation und den Produktivkräften auch der Absatzmarkt sich ausdehnt und differenzirt. Und genau ebenso folgert nun wieder Bernstein aus der Lage des Kapital- und Industriemarkts der letzten Jahrzehnte, daß das jetzige Tempo und die jetzige Richtung der wirthschaftlichen Entwicklung — oder vielmehr die von ihm gefolgerte Richtung — auch in Zukunft sich gleich bleiben werden, ohne sich die Frage vorzulegen, ob denn auch die Bedingungen für eine fernere mit der Produktionsentwicklung maßhaltende Ausdehnung des Weltmarkts vorhanden sind. Er übersieht gänzlich die Thatsache, daß, wie jede Periode der wirthschaftlichen Entwicklung ihre besonderen Gesetze hat, so auch wieder in jeder Phase die Entwicklungstendenzen sich nicht mit derselben Wirksamkeit und in derselben Stärke durchsetzen. Erscheinungen, die im Anfang eines Entwicklungsprozesses sehr scharf hervortreten, können in einem späteren Stadium abnehmen, um in einem noch späteren wieder mit erneuter Wucht durchzubrechen.

Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß Marx nicht weiter vorauszuschauen vermochte, wie Genosse Bernstein. Als Marx und Engels das Kommunistische Manifest verfaßten, steckte die kapitalistische Entwicklung noch in ihren Flegeljahren, und Beide beurtheilten sie nach einem relativ kleinen Entwicklungsabschnitt und inmitten eines engumgrenzten Gesichtsfeldes. Außer in England gab es kaum irgendwo eine Großindustrie, und die heutige Ausdehnung des Weltmarkts und des englischen Handels ließ sich damals kaum ahnen. So erging es Marx trotz seines tiefen Eindringens in die Geheimnisse der kapitalistischen Produktionsweise wie einem tüchtigen Psychologen, der auf Grund feinster

Charakterstudien einem ins öffentliche Leben hinaustretenden Jüngling ein Prognostikon stellt, später aber den ausgereiften Mann doch nicht ganz seiner Berechnung entsprechend findet, weil er gewisse Einflüsse, die sich erst später geltend machten, nicht mit in Anschlag zu bringen vermochte. Dagegen bedarf es heute kaum einer besonderen Befähigung, um zu erkennen, daß die Ausdehnung des Industrie- und noch mehr des Kapitalmarkts nicht in aller Zukunft sich so weiter steigern kann, wie in den letzten Jahrzehnten. Das Temporäre der heutigen wirthschaftlichen Lage, und ganz besonders der noch in weiten Gebieten vorhandenen Monopolherrschaft Englands, tritt so klar zu Tage, daß man schon fast absichtlich die Augen verschließen muß, um zu der Ansicht zu kommen, die Entwicklung werde in Zukunft denselben Fortgang nehmen, den sie in den letzten fünfundzwanzig Jahren gehabt hat.

Es bedarf heute, nachdem Englands Entwicklung in der letzten Hälfte unseres Jahrhunderts sich ziemlich übersehen läßt, keines Nachweises, daß wenn die Absatzverhältnisse für die englische Industrie und noch mehr die Anlagemöglichkeit für die in England überschüssigen Kapitalien dieselben geblieben wären, wie in den vierziger, fünfziger Jahren, dann thatsächlich England längst vor einem Konflikt zwischen der Konsumtionsfähigkeit seines inneren und äußeren Marktes und der riesigen Steigerung seiner kapitalistischen Akkumulation stehen würde. Die extensive wie intensive Ausdehnung des europäischen kontinentalen Marktes, die steigende Aufnahmefähigkeit Amerikas, speziell der nordamerikanischen Union, für englische Industriewaaren seit den sechziger Jahren, die Erweiterung des englischen Kolonialbesitzes mit seinem in den siebziger, achtziger Jahren stetig wachsenden Konsum haben dem englischen Kapital- und Industriemarkt Luft verschafft. Verfolgt man nach den Statements of Trade and Navigation die Zunahme der Ausfuhr von Waaren großbritannischer und irischer Herkunft (also nach Abzug der von England importirten und dann wieder ausgeführten fremden Erzeugnisse, sowie der Kolonialprodukte) nach dem Ausland und den Kolonien, so ergiebt sich für die Zeit von 1860 bis 1890 eine Steigerung von über 93 Prozent.[1] Dabei aber muß hervorgehoben werden, daß diese Ausfuhr nur einen geringen Theil des von der Ausdehnung des auswärtigen Marktes auf die englischen Wirthschaftsverhältnisse ausgeübten Einflusses veranschaulicht; wichtiger noch ist der Spielraum, den dadurch das englische Kapital für nutzbringende Anlagen in allen Welttheilen gewonnen hat, die Zunahme des englischen Handels, nicht nur zur Vermittlung des Waarenverkehrs zwischen England und seinen Absatzgebieten, sondern auch zwischen allen diesen Gebieten selbst, die enorme Steigerung der Verkehrsmittel, ferner die lohnende Beschäftigung, welche die durch die industrielle Entwicklung freigesetzten Arbeitskräfte im auswärtigen Handel und Verkehr, im Kolonialdienst und in auswärtigen Unternehmungen gefunden

[1] Es betrug der deklarirte wirkliche Werth des Totalexports von Erzeugnissen des Vereinigten Königreichs

	Nach dem Ausland	Nach den brit. Besitzungen
1860	92226392 Pfd. Sterl.	43664835 Pfd. Sterl.
1870	147772599 „ „	51814223 „ „
1880	147806267 „ „	75254179 „ „
1890	176160202 „ „	87370383 „ „
1897	153544645 „ „	80675063 „ „

Der Ausfall in den letzten Jahren betrifft speziell den Absatz nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika und nach Südamerika in Folge der steigenden nordamerikanischen Konkurrenz, sowie den nach Indien und dem australischen Festland.

haben, und schließlich nicht zum Wenigsten die Rückwirkung der dadurch nach England strömenden Reichthümer auf den Konsum im eigenen Lande.

Diese Abhängigkeit des inneren englischen Marktes von der Ausdehnung des äußeren erkennt auch Bernstein an. „Gewiß", sagt er in einer Besprechung von Dr. J. Goldsteins „Berufsgliederung und Reichthum", S. 57 der „Neuen Zeit", XVI, 2, „der Reichthum ist da und stammt heute vorwiegend aus der Industrie, und solange England seine wirthschaftliche Position auf dem Weltmarkt im Wesentlichen behauptet, kann man auch auf eine steigende Ausbildung des inneren Marktes im Sinne des Verfassers rechnen. Aber wie dann, wenn diese Position ernsthafte Erschütterungen erleidet? Ist nicht ein großer Theil des inneren Marktes so vollständig von Englands Absatz im Ausland abhängig, daß er völlig zusammenbricht, sobald jener plötzlich unterbrochen oder auch nur andauernd zurückgedrängt wird?"

Doch die Ausdehnung der auswärtigen Märkte hat nicht nur der immer wieder ansetzenden englischen Ueberfülle einen Abzugskanal verschafft; sie hat auch die Neigung zur Krisenbildung vermindert, indem die mit der Ausdehnung gestiegenen Verkehrsmittel und Erleichterungen der Geldzirkulation dem Waarenverkehr eine gewisse Beweglichkeit verliehen haben, welche die Aufstauung übergroßer Waarenmassen in den Zentralpunkten wenn auch nicht gerade verhindert, so doch erschwert, und ferner, indem durch die Vertheilung des Absatzes über ein weites, in sich sehr verschiedenartiges Gebiet eine weitere Differenzirung des internationalen Waarenhandels eingetreten ist. Es bestätigt sich eben hier aufs Neue die Erfahrung, daß eine Veränderung in der Masse oft auch eine Veränderung des Zusammenhangs der einzelnen Theile bewirkt. Diese Veränderung der Marktlage zeigt sich vorerst darin, daß die Gelegenheit zur Entstehung allgemeiner Industrie- und Handelskrisen sehr abgenommen hat. An ihre Stelle sind immer mehr partielle Krisen getreten, die bald hier, bald dort sich geltend machen und die, da ein vollständiges Freisein des internationalen Marktes von solchen partiellen Krisen fast nie zu konstatiren ist, zu dem nicht ganz richtigen Ausdruck Veranlassung gegeben haben, die frühere Periodizität der Krisen und des Aufschwungs sei einer dauernden Stagnation gewichen. Vergleicht man die Marktverhältnisse des Englands der vierziger, fünfziger Jahre mit der heutigen Lage des Welthandels, so ist dieser Wechsel nicht schwer zu begreifen. Nicht alle der jetzigen ausgedehnten Absatzgebiete konsumiren gleiche Waaren; meist hat jeder Industriezweig (oft auch wieder jede Unterbranche) seine mehr oder weniger besonderen Absatzmärkte; die Textilindustrie liefert vorzugsweise nach diesen, die Eisenindustrie oder die chemische Industrie vorzugsweise nach jenen Absatzgebieten. Das hat zur Folge, daß Handelsstockungen eines Absatzgebiets sich auf dem Gesammtmarkt nur als partielle Krisen der bestimmten, nach diesem Gebiet exportirenden Industrien und allenfalls der mit ihnen in nächstem Konnex stehenden Hilfsgewerbe geltend machen. Verliert z. B. England durch irgend welche Umstände seine Märkte für Textilfabrikate in Indien und Ostasien, so verliert es damit noch nicht seine dortigen Märkte für Eisenwaaren; und selbst wenn die Stockung so intensiv sein sollte, daß auch das Geschäft in Eisenwaaren mit in Mitleidenschaft gezogen wird, kann doch die hierdurch entstehende Einbuße durch vermehrte Nachfrage auf anderen wichtigen Exportmärkten mehr als ausgeglichen werden. Unter gewissen Umständen bedingt sogar der Rückgang des Absatzes einer bestimmten Branche einen vermehrten Absatz einer anderen Branche. So kann z. B. — die Entwicklung Rußlands und Japans in letzter Zeit liefert dafür Beispiele — der Uebergang eines Landes zur Baumwollenfabrikation und die da-

durch bewirkte Abnahme des Imports fertiger Baumwollenfabrikate auf der anderen Seite eine vermehrte Nachfrage nach den zu dieser Fabrikation erforderlichen Maschinen und Hilfsartikeln hervorrufen.[1]

Ist aber die heutige Situation, wie ja auch Bernstein zugiebt, im Wesentlichen die Folge der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Erweiterung der Absatzmärkte, so ergiebt sich damit die Frage: Wird diese extensive und intensive Ausdehnung des Marktes auch ferner in gleicher Weise zunehmen? Mit dieser Frage hängt aufs Engste die andere zusammen, ob unsere wirthschaftliche Entwicklung einem Zusammenbruch zutreibt. Bestreiten läßt sich nun nicht, daß vorläufig noch die Aufnahmefähigkeit mancher Absatzgebiete einer bedeutenden Steigerung fähig ist, Ostasien, Afrika, Ozeanien können noch weit mehr Waaren aufnehmen, wie heute; immerhin ist schon jetzt ein gewisses Ende abzusehen, und zwar um so mehr, als es sich heute nicht mehr allein um Englands Industrie und Geldkapital handelt. Neben ihm sind andere Industriestaaten entstanden, die ebenfalls auf den Export angewiesen sind, soll nicht ihre innere Wirthschaft zusammenbrechen. Allen voran Deutschland, das in einzelnen Gebieten bereits den englischen Handel überholt hat und dessen wachsende Konkurrenz schon jetzt einem Theil der englischen Großindustriellen schwere Kopfschmerzen macht; dann die nordamerikanische Union, die gegen den englischen Handel in Zentral- und Südamerika immer mehr an Terrain gewinnt und deren Konkurrenz noch ungleich an Bedeutung gewinnen muß, sobald sie sich in Kuba und Portoriko eingerichtet und in dem Philippinen-Archipel eine breite Basis für den ostasiatischen Handel erlangt haben wird. Dazu kommt die krampfhafte, wenn auch weniger erfolgreiche Anstrengung Frankreichs in Indo-China und Afrika, ferner die Entstehung einer einheimischen Großindustrie in Indien, Japan und Australien, voraussichtlich auch bald in China, und schließlich die fortschreitende Industrialisirung Rußlands. Anfangs recht matt einsetzend, hat die russische Industrie in den abgelaufenen beiden Jahrzehnten, unterstützt durch die russische Zollpolitik, nicht nur manches Stück des inneren Marktes gewonnen, sondern auch in Nordchina, in Persien und Vorderasien Boden gefaßt. Und unzweifelhaft wird sich, wenn erst das geplante ostsibirische und zentralasiatische Bahnnetz ausgebaut sein wird, ihr Wettbewerb noch in ganz anderem Maße geltend machen, zumal in Asien mehr als anderswo das Siegerbleiben auf dem wirthschaftlichen Kampfplatz von politischen Bedingungen abhängen wird.

Wird für dieses stetig steigende Absatzbedürfniß das vorhandene und noch vielleicht zu erringende Absatzgebiet reichen? Die Frage stellen, heißt sie mit „Nein" beantworten. Fraglich kann nur sein, wie lange sich noch die kapitalistische Produktionsweise in den einzelnen Ländern erhalten und unter welchen Umständen sich der Zusammenbruch vollziehen wird. Hierauf aber eine halbwegs zuverlässige Antwort zu finden, ist heute noch unmöglich; denn selbst wenn sich das Tempo der wirthschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte genau vorausbestimmen ließe, würde doch wahrscheinlich die Rechnung nicht stimmen, da über den Zeitpunkt nicht die ökonomische Bereitschaft allein entscheidet. Es kommen

[1] Auf diese Ursachen führt auch Engels das Aufhören der großen Krisen zurück, so z. B. im dritten Bande des „Kapital", zweiter Theil, S. 27, Note: „Dem früher die Industrie monopolisirenden England sind eine Reihe konkurrirender Industrieländer zur Seite getreten; der Anlage des überschüssigen europäischen Kapitals sind in allen Welttheilen unendlich größere und mannigfaltigere Gebiete eröffnet, so daß es sich weit mehr vertheilt, und lokale Ueberspekulation leichter überwunden wird. Durch alles dies sind die meisten alten Krisenherde und Gelegenheiten zur Krisenbildung beseitigt oder stark abgeschwächt."

vielmehr außerdem noch verschiedene andere Faktoren in Betracht, z. B. die Klassengegensätze in den verschiedenen Staaten, die Finanzlage der letzteren, Kriege der vorgeschrittensten Staaten miteinander 2c. Als wahrscheinlich läßt sich nach den heutigen Erscheinungen nur annehmen, daß wenn die Krisis nicht als Folge eines bis zu gegenseitiger Erschöpfung geführten europäischen Krieges eintritt, der Zusammenbruch nicht plötzlich erfolgen wird, sondern als Abschluß einer nacheinander die verschiedenen Industrien ergreifenden Stagnation. Bald hier, bald dort wird eine Industrie ihren Export, von dem ihre Lebensfähigkeit abhängt, eingeschränkt sehen, während andere Branchen vielleicht zeitweilig noch etwas an Terrain gewinnen, bis voraussichtlich ein allgemeiner Zustand eintreten wird, wie er ähnlich, nur in ungleich schwächerem Maße, heute schon in einigen Zweigen unserer Landwirthschaft existirt: ein wirthschaftlicher Verfall, aus dem es dann nur einen Ausweg giebt: Abschaffung des bestehenden Wirthschaftssystems.

„Das sind bestenfalls Wahrscheinlichkeiten", wird vielleicht Bernstein einwenden. Aber beruht nicht jede weiterausschauende Politik auf einer Rechnung mit Wahrscheinlichkeiten? Bisher ist noch keine irgendwie bedeutende Politik getrieben worden, die nicht aus den Bedingungen der Gegenwart heraus Folgerungen auf die zukünftige Lage gezogen hätte. Und beruht nicht auch Bernsteins Wendung gegen die Marxsche Zusammenbruchstheorie auf einer Wahrscheinlichkeitsannahme, nämlich auf der a priori unterschobenen Voraussetzung, daß die in den letzten Jahrzehnten in der kapitalistischen Entwicklung hervorgetretenen Tendenzen sich auch weiterhin in der bisherigen Weise geltend machen? Genosse Bernstein wird zugeben müssen, daß, wenn diese Annahme nicht zutrifft, wenn die Bedingungen, unter denen in der jüngst verflossenen Zeit die Wirthschaftsbewegung stand, sich ändern, dann auch seine Schlüsse auf den ferneren Entwicklungsgang nicht zutreffen. Woraus aber folgert er nun, daß die Entwicklung in den Bahnen bleibt, in die sie seit einigen Jahrzehnten eingelenkt hat? Gewinnt er diese Ansicht aus dem Studium des bisherigen Entwicklungslaufs der kapitalistischen Wirthschaft, gewinnt er sie aus wirthschaftshistorischen Analogien oder einer sorgfältigen Untersuchung der Bedingungen, unter welchen sich aller Berechnung nach die weitere Entwicklung vollziehen muß? Nichts von alledem; er setzt einfach dieses Gleichbleiben ohne Weiteres voraus, wenigstens findet sich in seinen Aufsätzen auch nicht die Spur eines Beweises dafür.

In diesem Mangel historischer Gesichtspunkte, in dem bloßen Sichhalten an das Heute, darin liegt der Grundfehler von Bernsteins Auffassung, und ebenso ist darin die Ursache von dem realistisch-überlegenen Gethue fast aller unserer bürgerlichen Sozialpolitiker zu suchen. Obgleich bisher alle wirthschaftliche Entwicklung gezeigt hat, daß in den einzelnen Entwicklungsphasen neben den allgemeinen Tendenzen stets noch spezielle Nebentendenzen hervortreten, denken sich diese Herren die weitere kapitalistische Entwicklung einfach als Verlängerung der Richtung, welche die Wirthschaftsbewegung seit ungefähr dreißig Jahren eingeschlagen hat: Geschichtlich betrachtet, lassen sich dagegen in der kapitalistischen Entwicklung bereits deutlich drei aufeinander folgende Stufen unterscheiden: 1. das Jugendalter der Großindustrie, d. h. der Stand der englischen Industrie in den dreißiger, vierziger Jahren, 2. die Zeit der englischen Monopolherrschaft auf dem Weltmarkt und der Entstehung fremder Konkurrenzindustrien, 3. die jetzt beginnende Periode eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfes der entstandenen Industriestaaten um die vorhandenen Absatzmärkte. Die ersten beiden Perioden weisen manche verschiedene Züge auf, ob die Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten sich in dem jetzigen Geleise fortbewegen wird, das wird die Zukunft lehren. Vorläufig

scheint die Bewegung sich wenig nach den Auspizien Bernsteins und der bürgerlichen Sozialpolitiker richten zu wollen.

Eine andere Frage ist, ob der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems überall mit einer gewaltsamen politischen Revolution verbunden sein wird, ähnlich wie der Untergang des Feudalsystems in Frankreich. Darauf läßt sich vorerst eine Antwort nicht geben. Denn ob und inwieweit in den verschiedenen Ländern die Gewalt, um mit Marx zu reden, die Geburtshelferin der neuen Ordnung sein wird, das wird von der zukünftigen Gestaltung der politischen Verhältnisse abhängen, und diese läßt sich heute noch nicht überblicken. Nur gegen eine Ansicht möchte ich mich wenden, die ich in den letzten Monaten überall ausgesprochen gefunden habe, nämlich die, daß sich der Uebergang in England „höchst wahrscheinlich“ friedlich vollziehen werde. Meiner Meinung nach kann in dieser Hinsicht bestenfalls nur von einer gewissen Möglichkeit gesprochen werden. Man beruft sich für diese „Wahrscheinlichkeit“ auf die Macht der Gewerkvereine in England, das einsichtsvolle Verhalten der englischen Bourgeoisie gegen die Arbeiterforderungen, den Einfluß der englischen Philanthropie und Anderes mehr. Gewiß nimmt England in dieser Beziehung theilweise eine Sonderstellung ein; nur vermag ich in dem Entgegenkommen des englischen Fabrikanten oder Handelsherrn gegen die Ansprüche seiner Arbeiter nicht eine besondere Eigenthümlichkeit des „englischen Nationalcharakters“ oder eine besondere „überlegene sozialpolitische Einsicht“ der englischen Geschäftswelt zu erblicken. Wie alle anderen politischen Verhältnisse ist auch dieses das Ergebniß einer speziellen Wirthschaftsentwicklung Englands, in erster Linie seiner früheren Monopolherrschaft auf dem Geld- und Waarenmarkt. Aus dieser hat neben dem englischen Unternehmer auch der englische Arbeiter, wenn auch nicht in gleichem Maße, seinen Vortheil gezogen und manches, das uns immer wieder an den englischen Arbeiterverhältnissen als Erfolg des höheren industriellen Entwicklungsstandes Englands geschildert wird, ist gar nicht ein Ergebniß dieser höheren Stufe schlechtweg, sondern vielmehr des Vordringens zu dieser Stufe unter ganz besonderen, im Vergleich zu den kontinentalen Verhältnissen anormalen Bedingungen.[1]

Wenn aber die heutige soziale Lage des englischen Arbeiters zum wesentlichen Theile eine Folge der bisherigen Monopolstellung Englands ist, so ist damit die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß mit dem Verlust dieser bevorzugten Stellung auch die englischen Arbeiterverhältnisse sich ändern werden. Schon in letzter Zeit ließ sich beobachten, wie in einzelnen Zweigen — ich erinnere nur an den Maschinenbauerkampf — englische Arbeitgeberkoalitionen mit einer sonst ungewohnten Hartnäckigkeit gegen Arbeiterforderungen kämpften. Und dieses Schauspiel wird sich zweifellos in nächster Zeit wiederholen, sobald englische Arbeiter solcher Industrien, denen eine scharfe Konkurrenz auf dem Weltmarkt entstanden ist, sich beikommen lassen, irgend welche erhebliche Ansprüche zu stellen. Bisher befand sich der englische Fabrikant meist in der Lage, die ihm durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung entstehenden höheren Produktionskosten durch Erhöhung der Preise seiner Fabrikate ausgleichen zu können. Seine Konkurrenten auf dem Waarenmarkt, das waren seine Landsleute, die unter denselben oder

[1] Auch Bernstein ist, wie ich sehe, der Ansicht, daß die gute Lage des englischen Arbeiters mit der Ausdehnung des englischen Exports zusammenhängt. In seiner schon erwähnten Besprechung des Goldsteinschen Buches („Neue Zeit“, XVI, 2, S. 58) sagt er z. B.: „Mit der steigenden Ausfuhr hat sich der Konsum der englischen Arbeiter schrittweise gehoben; eine künstliche Verhinderung derselben würde einfach eine Verhinderung der Entwicklung der Industrie und der Hebung der Lage der Arbeiter bedeutet haben.“

doch ganz ähnlichen Umständen fabrizirten; erhöhten sich für ihn die Produktionskosten, so fast immer auch für jene. Ganz anders wird aber die Sache, sobald sich unter völlig anderen Verhältnissen produzirende Mitbewerber fremder Industriestaaten auf dem Weltmarkt einstellen. Dann gilt es Oberwasser zu behalten und sich nicht die Konkurrenzfähigkeit schwächen zu lassen. Auch hier befinde ich mich in Uebereinstimmung mit dem Genossen Bernstein, der in einem Bericht über den Strike der englischen Maschinenbauer („Vorwärts“ 1898, Nr. 21) die Unnachgiebigkeit der englischen Fabrikanten direkt darauf zurückführt, daß sie durch Einwilligung in die Forderungen ihrer Arbeiter auf dem Weltmarkt ins Hintertreffen gelangt wären. „Für ungewöhnliche Erscheinungen“, heißt es dort, „pflegen ungewöhnliche Ursachen vorzuliegen. Vergessen die Fabrikanten die zu Tage liegende Verschiedenartigkeit ihrer Interessen, so müssen tiefere Interessen bedroht sein, Interessen, die ihnen allen gemeinsam sind, die ihnen allen an die Nieren gehen. Die Erklärungen der Fabrikanten in dieser Hinsicht sind bekannt. Was sie zu so außergewöhnlicher Nothwehr zwänge, sei die Politik der Gewerkschaften in der Frage der Maschinenarbeit. Dränge diese durch, so wäre England außer Stande, sich der Weltmarktkonkurrenz gegenüber zu halten; sie sei ein absolutes Hemmniß einer rationellen Betriebsführung, sie verhindere die englischen Fabrikanten, ihre Werkstätten auf der Höhe der Zeit zu halten.“

Gegen Schluß seines Artikels in Nr. 18 der „Neuen Zeit“, sowie auch in dem Artikel „Kritisches Zwischenspiel“, S. 748 ff., macht Bernstein ferner geltend, wir hätten keinen Grund, den baldigen Zusammenbruch des heutigen Systems herbeizuwünschen, da die noch vorhandene Zersplitterung der Betriebe uns vor eine unlösbare Aufgabe stellen würde. Was dieser Einwand in einer wissenschaftlichen Erörterung der Frage soll, ob die Marxsche Auffassung des kapitalistischen Entwicklungsgangs richtig ist, das bleibt geradezu unverständlich. Er könnte seine Berechtigung haben, wenn es sich darum handelte, durch irgend welche Gewaltmittel, Aufstände, Generalstrikes 2c., den Zusammenbruch gewaltsam herbeizuführen. Aber von Anwendung solcher Mittel ist im vorliegenden Falle absolut keine Rede; es handelt sich hier ganz einfach darum, ob die wirthschaftlichen Bedingungen für einen Zusammenbruch gegeben sind, resp. ob sie vorhanden sein werden, und darüber entscheidet nicht unser Wünschen und Wollen. Ob unsere wirthschaftliche Entwicklung den in ihr wirkenden Tendenzen nach auf eine allgemeine Katastrophe hintreibt, das ist der Kernpunkt der ganzen Frage; alles Wünschen unsererseits hat nicht mehr Werth, wie das Wünschen irgend einer anderen Partei, etwa der Nationalliberalen oder Antisemiten. Bisher hat noch in allen großen Umwälzungen, in der englischen Revolution nicht minder als in der französischen, die siegende Partei sich vor schier „unlösbar“ scheinende Schwierigkeiten gestellt gefunden, mit denen sie sich abfinden mußte, gut oder schlecht, wie es gehen wollte. Und nicht anders wird es wohl auch in der kommenden proletarischen Revolution sein. Auch sie wird die siegenden Massen vor Aufgaben stellen, die wir heute noch kaum ahnen; und ebenso wie früher werden Mißgriffe und Rückschläge nicht ausbleiben. Darüber kann kein Mensch, der sich etwas mit Sozialgeschichte beschäftigt hat, im Zweifel sein. Aber dies alles ist kein Grund, daß der Zusammenbruch nicht eintreten wird. Zudem wissen wir heute noch nicht, unter welcher politischen wie wirthschaftlichen Konstellation sich die Umwälzung vollziehen wird. Sicher ist jedenfalls, daß die Riesenkonkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt, die uns bevorstehen, auch auf unsere gesammten inneren Verhältnisse nicht ohne umbildende Rückwirkungen bleiben werden.

Ein deutsches Frauenbuch.

Von Klara Zetkin.

Den Vogel erkennt man an den Federn. Die Frauenrechtelei erkennt man von vornherein an der Begriffsverwirrung, in welcher sie die bürgerliche Frauenwelt mit dem weiblichen Geschlecht überhaupt identifizirt. Ein „Jahrbuch für die deutsche Frauenwelt“ betitelt sich die uns vorliegende Veröffentlichung,[1] welche, von Frauenrechtlerinnen herausgegeben und geschrieben, „den Zweck verfolgt, das Verständniß für die moderne Frauenbewegung in weitere, ihr heute noch fernstehende Kreise zu tragen“. Aber schon ein flüchtiger Blick auf das Inhaltsverhältniß zeigt klärlich, daß das Buch lediglich mit Rücksicht auf die Bedürfnisse, die Auffassung und zum großen Theile sogar auf die Vorurtheile der bürgerlichen Frauenwelt zugeschnitten ist. Ferner auch, daß die Frauenbewegung, für welche Verständniß und Sympathie gewonnen werden soll, ausschließlich die bürgerliche Frauenrechtelei ist. Einen „Einblick in das Frauenschicksal“ verheißt das „Jahrbuch“. Einen Einblick in das Loos der Proletarierin giebt es jedoch nicht. Vergebens würde diese in dem eleganten Bande ein klares Bild ihrer Lage und Leiden suchen, eine geschichtlich richtige Würdigung der Hoffnungen und Kämpfe, welche sie ihrer Befreiung entgegentragen. Gewiß, daß auf den 253 Seiten hier und da das Bächlein der gefühlvollen Versicherungen von der Erkenntniß sozialpolitischer Pflichten gegenüber den „ärmeren Schwestern“ plätschert. Aber dieses Bächlein ist herzlich seicht, und was das klare, zur rechten That treibende Verständniß für die Lage der Proletarierin anbetrifft, so ist es gar nur tropfenweise vorhanden.

Das „Jahrbuch“ ist eben von bürgerlichen Frauen für bürgerliche Frauen bestimmt. Wir sind weit davon entfernt, den Herausgeberinnen einen Vorwurf daraus zu machen. Umgekehrt bewerthen wir es als sehr verdienstlich, das Verständniß für die Frauenfrage in jene bürgerlichen Kreise zu tragen, welche den Kampf für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts noch immer mit philisterhafter Bornirtheit beurtheilen. Allein wir sind für das klipp und klare Aussprechen dessen, was ist, und wir verwahren uns dagegen, daß die Flagge mit der Inschrift „Frauenwelt“, „weibliches Geschlecht“ stets gehißt wird, wenn die bürgerlichen Damen allein in Betracht kommen.

Das „Jahrbuch“ giebt ein ziemlich treues, wenn auch nicht vollständiges Bild von dem, was die deutsche bürgerliche Frauenbewegung ist, und was sie nicht ist. Deutlich tritt ihre Schwächlichkeit und Halbheit in Erscheinung, die ihr vielfach anhaftende Unklarheit im Erfassen der geschichtlich treibenden Kräfte der sozialen Verhältnisse und ihrer Zusammenhänge. Deutlich spiegelt sich wieder, daß sie noch immer in der Hauptsache nur an der Lösung „der Damenfrage“ arbeitet, d. h. dafür wirkt, daß die bürgerlichen Frauen sich Lebensunterhalt und Lebensinhalt zu schaffen vermögen auf Grund einer bürgerlich angesehenen und, mit Helene Lange zu reden, „gut nährenden“ Berufsthätigkeit. Klar gelangt es im „Jahrbuch“ zum Ausdruck, daß die deutsche Frauenrechtelei noch nicht den Kampf zu führen wagt für die volle soziale Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts, zumal auf politischem Gebiet. Wie unzweideutig charakterisirt nicht die Thatsache, daß sieben Artikel sich mit der Berufsarbeit der Frau auf verschiedenen Gebieten, bezw. mit der Bildungsfrage beschäftigen, daß dagegen nur eine Abhandlung sich mit der öffentlichen Thätigkeit der Frau befaßt, und daß die Frage des Frauenstimmrechts überhaupt gar nicht als selbständige Materie behandelt worden ist! Die Frage, die doch den Kern- und Mittelpunkt jeder ernsten Frauenbewegung bildet, die Frage, die wie keine zweite thatsächlich die Interessen der gesammten Frauenwelt berührt. Das „Jahrbuch“ hat

---

[1] „Jahrbuch für die deutsche Frauenwelt.“ Herausgegeben von Elly Saul und Hildegard Obrist-Jenicke. Mit fünf Bildnissen. Stuttgart 1899, Druck und Verlag von Greiner & Pfeiffer.

für die Frage des Frauenstimmrechts nicht mehr übrig, als die kühl-höflichen Verneigungen, mit denen Helene Lange gelegentlich vor den Erfolgen knixt, welche die Engländerinnen in dieser Richtung errungen haben, mit denen sie dem „Wunsche“ zulächelt, daß auch in Deutschland „die Reife für die letzten Ziele der Frauenbewegung ... in der Lösung allmälig sich steigernder Aufgaben gewonnen werde“. Dafür schildert es den „Journalistinnenberuf in England“ und berichtet gewissenhaft über die elegante Ausstattung der Redaktionsräume des Pariser Frauentageblatts „La Fronde“.

Der Mangel an theoretischer Klarheit, die Einseitigkeit und Halbheit der verfolgten Ziele, die Vorliebe, statt fester Begriffe tönende Schlagworte zu setzen, zeigt sich im „Jahrbuch“ besonders da, wo es sich um eine grundsätzliche Stellungnahme handelt. So im „Vorwort“ der Herausgeberinnen und in Helene Langes Artikel: „Die Frauenbewegung und ihre Ziele“. Das „Vorwort“ läßt z. B. die Frauenbewegung „aus dem Ernst der Zeit geboren“ werden und setzt damit an die Stelle bestimmter geschichtlicher Faktoren eine leidlich klingende Phrase. Klingt es nicht wie ein schlechter Witz, daß die Herausgeberinnen die Frauenbewegung ernsthaft dagegen verwahren, „eine Auflehnung gegen die von der Natur gewollte Ordnung zu sein“. Was die so feierlich proklamirte „von der Natur gewollte Ordnung“ sei, das bleibt sybillinisch dunkel. Wir gestehen es offen: uns ist zur Frage nur eine in der Natur der Dinge begründete „natürliche Ordnung“ bekannt: die, daß die Frau Mutter wird, das Kind trägt, gebiert und nährt. Wir stehen mit der Natur jedenfalls nicht vertraut genug, um wie Frauenrechtlerinnen von ihr in die Geheimnisse ihres Wollens oder Nichtwollens eingeweiht zu sein. Aber das Eine will uns bedünken: auch der zopfigste Spießbürger wird der Frauenbewegung nicht den Blödsinn unterstellen, eine „Auflehnung“ gegen diese „natürliche Ordnung“ zu bezwecken und das Austragen, Gebären und Stillen der Kinder par ordre de moufti von der Frau auf den Mann abschieben zu wollen. Der Kampf für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts dreht sich um die „soziale Ordnung“. Daß diese Ordnung aber nichts „Natürliches“, nichts „von der Natur Gewolltes“ ist — wie der Spießbürger glaubt —, vielmehr etwas geschichtlich Gewordenes: das haben die Frauenrechtlerinnen den Gegnern klar nachzuweisen. Was soll also das Nachplärren der sinnlosen Formeln und Schlagworte der Philister in einer frauenrechtlerischen Propagandaschrift? Direkt unrichtig ist die Behauptung, die Frauenbewegung richte sich nicht gegen den Mann. Unter der kapitalistischen Ordnung muß sie vielmehr innerhalb der bürgerlichen Klassen einen Kampf zwischen den Geschlechtern auslösen, die vorhandenen wirthschaftlichen und sozialen Interessengegensätze bedingen das.

Helene Lange sucht zu widerlegen, daß die deutsche Frauenbewegung im Zeichen der „Damenfrage“ stehe. Sie selbst aber führt durch ihren Artikel die Möchte-gern-Widerlegung ad absurdum. Auch sonst setzt sie sich in Widerspruch zu sich selbst. So stellt sie Eingangs ihrer Arbeit fest, daß ein scharfer Gegensatz die Arbeiterinnenbewegung von der bürgerlichen Frauenbewegung scheidet. Am Schlusse jedoch treibt sie in die Hürde der frauenrechtlerischen Begriffsverwirrung das Schäflein der Hoffnung ein, daß „die Zeit und redliches Wollen“ die erwähnte Kluft überbrücken werde, so daß die jetzt noch „unter dem Drucke parteilicher Voreingenommenheit und Kontrolle“ stehenden Arbeiterinnen sich den bürgerlichen Damen nähern.

Die meisten Artikel reden der höheren allgemeinen und beruflichen Ausbildung und der Berufsthätigkeit der Frau das Wort oder zeigen diese in ihrem Wirken auf den verschiedensten Gebieten. Die anspruchslosen, zum Theile recht frischen Arbeiten bringen zu den aufgerollten Einzelfragen sehr viel Gutes, Vernünftiges, Richtiges. Sie scheinen uns wohl geeignet, manch altes Vorurtheil zu entwurzeln, manchen Gegner der Frauenbewegung in einen Anhänger zu verwandeln. Es versteht sich leider am Rande, daß auch in diesen Artikeln die Irrthümer nicht fehlen, sobald die Verfasserinnen von einem engumzirkelten Sondergebiet auf die allgemeinen gesell-

schaftlichen Zusammenhänge zurückgreifen. So ist z. B. Frau Cauers Artikel: „Die Frau im Handelsfach“, ein recht ungenießbares Ragout von Zutreffendem, halben Wahrheiten und ganzen Irrthümern. Die niedrige Entlohnung der Handlungsgehilfinnen erklärt sich nach ihr lediglich durch die mangelhafte oder mangelnde Berufsbildung der jungen Mädchen. „Eine ernste Schulung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ist nach ihr das Mittel zur Verwirklichung des Grundsatzes: „Gleicher Lohn für Mann und Frau bei gleicher Leistung.“ Die Lohnhöhe als Resultat der „Schulung“, pardon nur der „ernsten Schulung“ von Arbeitgeber und Arbeitnehmer! Man braucht nicht etwa ein nationalökonomisch geschulter Denker zu sein, man braucht nur seine fünf gesunden Sinne beieinander zu haben und das wirthschaftliche Leben mit hellen Augen betrachten, um den vollen Unsinn dieser Behauptung zu erfassen.

Wir schlagen eins vor als Belohnung für die verkündete Weisheit: Frau Cauer wird von Reichswegen als „ernste Schulmeisterin“ Herrn v. Stumm beigesellt und erprobt in corpore vile die Macht der „ernsten Schulung“ auf den Arbeitgeber. Probatum est! Der gräuliche Gallimathias ihrer Auffassung erhält übrigens eine pikante Würze dadurch, daß gerade Frau Cauer so oft wie keine andere ihrer Schwestern in Frauenrechtelei von sozialpolitischer Schulung, sozialpolitischer Erkenntniß 2c. spricht.

Was Frau Schwerin über „Weibliche Fabrikinspektoren“ schreibt, ist den Leserinnen der sozialistischen Presse längst bekannt, aber es ist mit Sachkenntniß zusammengestellt. Es überrascht deshalb um so mehr, daß die Verfasserin betreffs des Standes der Frage in Deutschland einerseits eine recht irrthümliche Behauptung aufstellt, andererseits eine recht bedeutsame Thatsache verschweigt. Sie läßt „alle, alle“ bürgerlichen Parteien antreten, um die Forderung nach weiblichen Fabrikinspektoren zu unterstützen. Hingegen erwähnt sie mit keinem Worte, daß im Reichstag und in den Landtagen die Sozialdemokratie die erste und lange die einzige Befürworterin der Neuerung war, und daß sie noch jetzt die thatkräftigste Vorkämpferin derselben ist.

In der Frage: „Die Thätigkeit der Frau in der Gemeinde“ entwickelt Frau Rümelin anregend eine Reihe neuer und sehr beachtenswerther Gesichtspunkte. Die meisten Anhänger einer Erweiterung der weiblichen Thätigkeitssphäre in der Gemeinde sehen nur das Wirken der Frau auf kleineren Verwaltungsgebieten vor. So auf dem Gebiet der Armenpflege, der Krankenpflege, der Schulverwaltung, von denen übrigens die letztere nur zum Theile Sache der Kommune ist, zum Theile aber Sache des Staates. Frau Rümelin will dagegen der Frau in der Gemeinde ein weit reicheres und umfassenderes Wirkungsfeld erschlossen haben und unseres Erachtens mit gutem Fuge. Bei der ästhetischen Ausgestaltung der Stadtbaupläne, wenn es die Anlage von Promenaden, öffentlichen Gärten, Spielplätzen gilt, die Errichtung von Denkmälern 2c. 2c., kann sich nach ihr die Frau sehr erfolgreich bethätigen. Ebenso auf dem Gebiet der Kommunalstatistik, des Arbeits- und Wohnungsnachweises, der kommunalen Hygiene (Aerztinnen, Chemikerinnen) 2c. 2c. Frau Rümelin will der Frau jeden Gemeindedienst erschlossen wissen, bei dem der Schwerpunkt auf der „ausführenden und gemeinnützigen That“ liegt. Thätigkeitsgebiete dagegen, wo „die gedankliche Abstraktion“ im Vordergrund steht, „wie sie die Schaffung von Gesetzen, Normen und dergleichen im staatlichen wie im Gemeindeleben nothwendig macht“, sollten nach ihr Domänen des Mannes bleiben. Uns will bedünken, daß bei dieser Abgrenzung des kommunalen Wirkungskreises für die beiden Geschlechter Frau Rümelin in jenes „leere Theoretisiren“ verfällt, vor dem sie selbst die Frauen warnt. Wir sind gewiß die Letzten, welche an jene mit der Elle gemessene mathematische Gleichheit von Frau und Mann glauben, welche in so vielen frauenrechtlerischen Köpfen unheilvoll herumgeistert. Aber solange die sozialen Schranken bestehen, welche die Entwicklung und das Ausleben der Frau als eines weiblichen Vollmenschen hindern: solange kann unseres Erachtens nicht der endgiltige Beweis für das erbracht werden, was die Frau zu leisten und nicht zu leisten vermag. Die Formel: Hie Schaffung

von Normen und Direktive, hie Exekutive, darf deshalb unserer Meinung nach nicht von vornherein grundsätzlich die kommunalen Wirkungsgebiete der Geschlechter begrenzen.

Nebenbei sei bemerkt, daß die sachlich so gute Arbeit der Frau Rümelin durch einen häßlichen Flecken verunziert wird: durch eine gänzlich unberechtigte Anzapfung der Sozialdemokratie. Die Verfasserin wirft nämlich der Partei nichts Geringeres vor, als daß sie „die Frau einerseits unter keiner Bedingung zur Konkurrentin des Mannes in den wirthschaftlichen Kämpfen der Gegenwart gemacht wissen will ... andererseits aus parteitaktischen Gründen es ablehnt, mit offenem Visier zu kämpfen, um die Masse der sozialistischen Parteigängerinnen auf ihrer Seite festzuhalten“. Der Thatsachen Fülle beweist, daß diese Behauptung jeder Begründung entbehrt. Die Sozialdemokratie ist in Deutschland als erste und lange als einzige Partei nicht blos für die erweiterte und höhere Berufsarbeit der Frau in die Schranken getreten, sondern auch für ihre volle soziale Gleichberechtigung. Was sie bekämpft, das ist die kapitalistische Ausbeutungsfreiheit, die Frauenarbeit in Schmutzkonkurrenz gegen die Männerarbeit auszuspielen.

Die belletristischen Beiträge des „Jahrbuchs“ sind fast ausnahmslos grausame Attentate auf das künstlerische Empfinden. Beinahe insgesammt fallen sie in das geschmacklose — wir sind versucht zu sagen: ästhetisch gemeingefährliche — Genre „Familienblatt“-Lektüre. Hand in Hand mit der Rücksicht auf den Ungeschmack des verbildeten, ungebildeten und obendrein eingebildeten bürgerlichen Publikums geht die Rücksicht auf die frauenrechtlerische Tendenz. Der armen Kunst ergeht es in diesen Beiträgen wie Hans Huckebein, dem Unglücksraben: „Der Vogel, welcher sonsten fleucht, wird hier zu einem Thier, das kreucht.“ Eine Thatsache charakterisirt das niedrige literarische Niveau des „Jahrbuchs“ zur Genüge. Es bringt eine Skizze von E. Vély, d. h. von einer der vulgärsten Romanfabrikantinnen, welche je gegen den Geschmack und den gesunden Sinn des Publikums gesündigt haben. Als wir das Inhaltsverzeichniß überflogen, bedauerten wir lebhaft, Gabriele Reuter in der Gesellschaft zu begegnen. Die feinsinnige, künstlerisch gestaltende Schilderin des Seelenlebens einer breiten Schichte der Frauenwelt im Gespann mit der Vély, dem Typus weiblichen Schmierfinkenthums, für das die Kunst nichts ist als „die milchende Kuh, welche mit Butter versorgt“, dachten wir, wie grausam! Die Strafe war verdient, lautete unser Urtheil, nachdem wir Gabriele Reuters Skizze gelesen, die im trockenen Schulmeisterton spießbürgerliche Binsenwahrheiten predigt und nicht von dem leisesten Hauche künstlerischen Lebens durchweht wird. Ganz unerfindlich ist uns, was die Herausgeberinnen veranlassen konnte, durch die eingestreuten Sprüche den Nachweis dafür zu erbringen, daß Frauen hausbackene Moral in holperige und süßliche Verse zu kleiden vermögen. Eine der Damen, Frau Obrist-Jenike, führt in dem Artikel: „Die Bühnenkünstlerin und die Frau als Publikum“ trefflich aus, daß die Frauenbewegung auch die Pflicht habe, den künstlerischen Geschmack der „Frau als Publikum“ zu heben. Der belletristische Theil des „Jahrbuchs“ steht leider im schroffsten Gegensatz zu dieser Auffassung.

Zum Schlusse noch ein Wort über die dem „Jahrbuch“ eingefügten Bildnisse. Eine größere Vorsicht bei der Auswahl derselben wäre sehr am Platze gewesen. Wir stoßen auf ein Bild: eine üppige Frauengestalt in der Toilette und Haltung einer Möchte-gern-Dame. Offenbar eine Reproduktion aus einer Modezeitung, sagen wir uns. Oh nein: E. Vély, belehrt uns die Unterschrift. Was soll das Konterfei einer Vély in einer Veröffentlichung, die der frauenrechtlerischen Propaganda zu dienen bestimmt ist? Die Vély steht nicht an erster Stelle in Reih und Glied der kämpfenden Frauenrechtlerinnen. Ihre sogenannten „literarischen Leistungen“ aber zählen zu jenen oberflächlichen, verlogenen, unkünstlerischen Dutzendprodukten, auf welche sich Jene berufen, welche der Frau die künstlerische Schöpfungskraft absprechen. Ein Schädling auf literarischem Gebiet, ist die Vély auch ein Schädling für die frauenrechtlerische Bewegung. Das Bild der seligen Marlitt und anderer Gartenlaube-Romanschreibeweiber konnte genau mit der gleichen Berechtigung wie

hr Porträt im „Jahrbuch“ gebracht werden. Und was soll man zu Frau Cauers Bildniß sagen! Die Photographie gewordene komödiantenhafte Pose! Dem Be-schauer drängt sich unwillkürlich die Ansicht auf, die unglückselige Delinquentin, Frau Cauer, könne sich im Augenblick der Aufnahme nicht dem Alles in Allem harmlosen Objektiv des Photographen gegenüber befunden haben, müsse vielmehr das Opfer rgend welchen satanischen Vexirapparats geworden sein. Denn was das Porträt eigt, das sind nicht Frau Cauers anmuthige, von selten schönen Augen belebte Züge. Das ist das Bild einer für Zeit und Ewigkeit patentirten Normalmärtyrerin, die ngesichts greulicher Folterknechte und Folterwerkzeuge in mystischer Verzückung vom Himmel „die Kraft zum Tragen“ erfleht. Das Porträt muß entweder die Spottlust herausfordern oder aber dem Psychopathen zu denken geben. Das Bildniß hat Frau Cauer nicht verdient.

Der rothe Mann und der weiße.

Von Julius Schwarten.

Der jüngst gemeldete Aufstand der Chippeway-Indianer und benachbarter Sippen erinnert uns wieder an die seit Jahrhunderten sich wiederholenden gewalt-samen Auflehnungen des rothen Mannes gegen offenes oder verschleiertes Unrecht von Seiten des weißen Mannes, der ihm seine Jagdgründe nahm und seine Büffel-herden mordete, und dessen Zivilisation er nicht verstand.

Es seien mir in Folgendem einige Ausführungen gestattet über das Verhältniß des nordamerikanischen Indianers zum Amerikaner — bescheidene Darlegungen, die ich meinen drübenseitigen Beobachtungen und Erfahrungen, sowie meinem Studium der Angelegenheit verdanke.

Der beispiellose und muthige Widerstand, den eine wilde und uneinige Be-völkerung, die eine Viertelmillion Seelen wohl selten überstieg, während zweier Jahr-hunderte entwickelt hat gegen alle Machtmittel einer weit überlegenen Kultur, scheidet sich ziemlich genau in zwei Perioden. Die eine mag überschrieben werden als das achtzehnte, die andere als das neunzehnte Jahrhundert. Die frühere schloß mit der Eroberung und der endgiltigen Besiedelung von Kentucky, Tennessee und dem Thale des Ohio. Die letzte Periode ist noch nicht abgeschlossen, doch wird in ihr wohl der letzte Kriegsruf des rothen Mannes verhallen, und seine Zeit ist nahe, in der ihm nichts übrig bleibt als — Verhungerung oder Annahme der Kultur.

Die Kämpfe des achtzehnten Jahrhunderts verliefen unter verhältnißmäßig gleichen Bedingungen. Die Indianer standen in jener Zeit zum ersten Male in geschlossenen Massen auf; denn die Scharmützel früherer Zeiten hatten ihre Ursache nur in der Vertheidigung des schmalen Küstenstrichs am Ozean durch die Kolonisten. Es war der letzte Zeitraum, in dem noch irgend ein Zweifel bestanden haben könnte bei den vordringenden Ansiedlern sächsischen Stammes in Bezug auf den endlichen Ausgang des Kampfes und die Bestimmung ihrer Rasse. Denn jene wagemuthigen Pioniere kämpften damals noch nicht als eine vereinigte Nation mit einem Banner und einer bestimmten Politik. Sie fochten zuweilen als Virginier, manchmal als Karolinier oder auch Pennsylvanier, zuletzt erst als Bürger eines lose zusammen-hängenden Staatenbundes. Meistens geriethen sie aber in erbitterten Kampf mit den Indianern als Mitglieder einer vereinzelten Grenzgenossenschaft, die da focht für ihr Leben, ihre Blockhäuser und ihre unentbehrlichen Jagdgründe. Und geschützt hinter diesem immer dichter sich schließenden Ringe abgehärteter Grenzer entwickelte sich die amerikanische Zivilisation im Osten mit einer ungeahnten Schnelligkeit und Sicherheit.

Der lange Zug des Alleghany-Gebirges, das seine rauhen, bewaldeten Höhen in vielen parallelen Reihen zwischen den Ebenen der Seeküste und denen des Innern entlang sendet, war die gewaltige Brustwehr, hinter der die rothen Söhne der

Wildniß sich muthig wehrten gegen die weißen Eindringlinge. Niemals hatte der rothe Mann wieder solche natürliche Vortheile, niemals hatte der weiße ihn wieder zu bekämpfen auf einem für die Offensive so ungünstigen Boden. Denn das Kampffeld war in jenen Tagen ein endloser, ununterbrochener Wald, in dem die Hilfsmittel und Vortheile der Zivilisation, soweit Europäer sie derzeit überhaupt besaßen, macht- und zwecklos waren, in dessen ungelichteten Wildnissen, dunklen Wüsten und Gründen die indianische Schlauheit und List meistens triumphirte. Reguläre Heere waren vollständig nutzlos in solchem Lande. Die Einzigen, die den Indianern mit einiger Aussicht auf Erfolg widerstehen konnten, waren Leute, die durch das Grenzleben selber halb zu Indianern geworden waren. Auch war es nicht allein der ursprüngliche Anspruch auf Grund und Boden, der den Grenzern einen so harten Kampf und den in ihrem Rücken sich nach und nach entwickelnden Autoritäten so viel Kopfzerbrechen verursachte. Es war die Eifersucht zwischen den europäischen Mächten und der Mangel eines geschlossenen Zusammenhangs der Kolonisten, welche die Einheit des Kampfziels störten und den Indianern zugleich Schußwaffen in die Hände spielten, mittels deren diese den Europäern beinahe als ebenbürtige Gegner gegenüberstanden. Die Shawnies und Cherokesen scheinen eine Gewandtheit im Gebrauch der europäischen Waffen gehabt zu haben, wie sie von ihren Nachkommen kaum wieder erreicht worden ist.

Die Indianerkämpfe des jetzigen Jahrhunderts, obgleich ebenso blutig und reich an Zügen persönlichen Muthes und wilder Grausamkeit, sind im Allgemeinen anders geartet. Als der Indianer erst aus seinen dichten Wäldern gedrängt war, die jene „alten Staaten“ bedeckten, hatte er zugleich seinen natürlichen und gefürchtetsten Bundesgenossen verloren. Er bequemte sich zwar der offenen Prairie an, und frische Horden, gezüchtet in der Ebene und vertraut mit ihr, stellten sich den Eindringlingen entgegen.

Der Indianer war indessen kein Fußkämpfer mehr, der durch Dickicht und Dschungel kroch, seinen Feind ungesehen beschlich und nach Bequemlichkeit auf ihn schoß. Er war nunmehr ein berittener Krieger, der, mit Bogen und Lanze bewaffnet, nach der Beduinen Weise über die endlosen Ebenen dahingaloppirte: prächtig als Reiter, muthig wie einst und wild wie immer. In seinem inneren Wesen glich er noch seinen Vorfahren in den Wäldern von Kentucky und West-Virginien, aber eine Macht, dem Andrang der anglo-sächsischen Rasse zu widerstehen, war der Prairie-Indianer nicht mehr. Gleichzeitig mit der endgiltigen Besiedlung von Kentucky, Tennessee, Ohio und Virginien entwickelte sich das nationale Leben der Vereinigten Staaten mit seiner Bundesregierung und seiner spekulativen Manier, mit den Indianern fertig zu werden. Verbesserte Waffen und vorgeschrittene Technik brachten die speer- und bogenbewaffneten Wilden auf offener oder doch spärlich bewaldeter Prairie in dauernden Nachtheil.

In den Wäldern des Ostens besaß während des achtzehnten Jahrhunderts jeder Indianer die langläufige Büchse, in der Mitte des neunzehnten fehlten ihm die Schußwaffen, während er gegenwärtig wieder in den Besitz von solchen gelangt ist und daher bei einem ausgedehnten Aufstand zeitweilig ein gefährlicher Gegner werden kann. Solche Aufstände, wie auch der jetzige, haben gewöhnlich ihre Ursache in irgend einer üblen Behandlung des Indianers seitens derjenigen Beamten, denen er gewissermaßen anvertraut ist. Während nämlich der Soldat, der ihn an der Grenze oder in den Reservationen bewacht, so ziemlich die einzige Klasse von Bundesbeamten repräsentirt, die frei ist vom Makel politischer Verderbtheit, ist der Zivilbeamte, in dessen Hand der „weiße Vater“ die Wohlfahrt seiner indianischen Pfleglinge gelegt hat, die Verkörperung einer skandalösen Verwaltung. Und Niemand bestreitet das. Besonders ist es der „Indian-Agent“, der in den einzelnen Reservationen eine Art Gouverneurposten bekleidet und der, besonders in den entlegenen Staaten, wie Arizona und Wyoming, wenn auch nicht nach seiner Instruktion, so doch thatsächlich eine Macht und Selbständigkeit besitzt, um die ein Leist, Wehlan, Peters u. A. ihn wohl beneidet haben möchten. Diese Agenten haben unter Anderem

den Indianern diejenigen Dinge zu übermitteln, zu deren Lieferung die Bundesregierung einigen Stämmen gegenüber sich verpflichtet hat, wie etwa Lebensmittel, Fußzeug, Gelder für abgetretene Ländereien und dergleichen, und der betrügerische Sinn und die gewissenloseste Ausführung dieser Obliegenheiten seitens der Agenten ist so offenkundig und anerkannt, daß sich auch an keiner Stelle ein Vertheidiger dafür findet.

Als der gegenwärtige Bischof von Minnesota, der die Sache der Indianer zu der seinigen gemacht hat, vor einigen Jahren nach Washington ging, um die Regierung zu einer Reform der indianischen Verwaltung zu veranlassen, rief der damalige Bundessekretär Staunton, nachdem er mehrere Tage lang einer Zusammenkunft auszuweichen verstanden hatte, ungeduldig aus: „Was will denn nur der Bischof wieder! Wenn er vielleicht gekommen ist, um uns zu sagen, daß unser ‚Indian System‘ ein Bodensatz der Schlechtigkeit und Ungerechtigkeit sei, so sage man ihm nur, daß wir Alle es wissen.“ Der sogenannte „Indian-Agent“ ist auf Betrug angewiesen. Die Regierung der Vereinigten Staaten, die für andere Zwecke schon Gelder in Fülle aufzubringen weiß, zahlt ihrem Repräsentanten, dem die Wohlfahrt der Indianer anvertraut ist, ein jährliches Salär von ganzen 300 Dollars. Sie besetzt also einen solch eigenartigen und verantwortlichen Posten mit Personen von solch untergeordneten Fähigkeiten, daß sie für ihn das Salär eines Handlungsgehilfen als genügend erachtet. Ueber ein so schäbiges Gehalt hatten sich unsere Leist und Genossen wenigstens nicht zu beklagen.

Freilich ist es ja nicht der indianische Agent allein — sein Amt besteht erst seit einigen Jahrzehnten — dessen Habgier zur stiefmütterlichen Behandlung der Indianer beiträgt. Ihre Noth begann bekanntlich, sowie der überlegene Weiße neben ihnen festen Fuß gefaßt. Die Indianer wurden seit jeher als besondere, fremde Nation, bezw. Nationen betrachtet. Mit Ausnahme einer kleinen Anzahl, die im Osten zurückgeblieben waren und vom zivilisirten Leben der „alten Staaten“ aufgesogen wurden, ist der Indianer in keiner Beziehung Bürger der Republik. Er gilt vor dem Gesetz nichts und hat keinen Zutritt zum Gericht. Innerhalb der beständig wechselnden Grenzen, die ihm zugewiesen sind, mag er thun, was ihm beliebt, soweit sein „großer weißer Vater“ (der jeweilige Bundespräsident) nicht in Betracht kommt. Er mag sein Weib und seine Kinder tödten, mag seines Nachbars Pferde stehlen oder sonstwie seiner ungezügelten Willkür innerhalb seiner Horde die Zügel schießen lassen, wenn sein eigenes Stammesherkommen es nur erlaubt. Dies ist sehr lax; Thatsache ist aber, daß der Indianer, wenn er sich nur nicht gerade auf dem „Kriegspfad“ befindet und anständig genährt wird, in seinen häuslichen und nachbarlichen Beziehungen ein recht angenehmes und erträgliches Individuum ist.

Die lange Reihe von Verträgen, durch welche der Indianer nach den Rocky Mountains zurückgedrängt worden ist, füllen umfangreiche Bände. Die ersten nahmen ihren Anfang früh in unserem Jahrhundert und werden fortgesetzt munter abgeschlossen. Die Regierung übernimmt darin meistens Verpflichtungen, von denen sie selber weiß, daß sie nicht die Macht hat, sie zu erfüllen. Sie hat schon oft festgesetzt, daß vordringende, landhungrige Europäer an einer gewissen Grenze der endlosen, fruchtbaren Landstrecken Halt machen sollten, ohne indeß verhindern zu können, daß diese unaufhaltsam westwärts dringen. Die Regierung hat dem frei lebenden Indianer die Rechte des amerikanischen Bürgers verweigert und ihm persönliche Aneignung von Land verboten. Sie hat die indianischen Nationen ermuthigt — mehr durch die Praxis als in der Theorie ihrer Politik — ihr Hordenleben als Jäger und Krieger fortzusetzen, bis derartige Zustände für beide Theile zu gefährlich und unsicher wurden. Sie schloß die Indianer dann in Reservationen ein, wo Jagdwild, wenn letzteres ihnen nur verblieben wäre, genugsam vorhanden war, und wohin kein weißer Mann bei Strafe des Gesetzes kommen sollte. Aber dieser pfiff auf Gesetze, die auf ihn doch nicht angewendet wurden, und jagte Büffel und hielt Herden, wo's ihm gerade beliebte. Lobenswerthe Anstrengungen wurden aller-

dings theilweise gemacht, um den bemalten und federngeschmückten Krieger in einen ehrbaren Farmer und Viehzüchter umzuwandeln, und wo sie von Missionen überwacht wurden, haben diese Bemühungen auch Erfolg gehabt. Die Vorräthe und Werkzeuge, mit denen die Regierung sie versorgte, waren aber nicht Gaben der Barmherzigkeit, sondern sie waren gekauft von den Zinsen des Geldes, das den Indianern für seinerzeit abgetretenes Land gehört und von der Regierung für sie verwaltet wird. Aber oft fand nur ein Theil dieser von der Regierung überwiesenen Vorräthe und landwirthschaftlichen Gegenstände seinen Weg zu dem bedauernswerthen Volke, und in Folge ihrer seitherigen Lebensweise nur einfach ausgestattet, ungenügend versehen mit Material zur Farmwirthschaft und übervortheilt von gewissenlosen, handels- und absatzkundigeren weißen Nachbarn, litten sie mehr in diesem Zustand der Halbheit, als wenn man sie einfach bei ihren primitiven Gewohnheiten gelassen hätte.

Es kann daher nicht überraschen, wenn der in mancher Beziehung noble rothe Mann, der sich selber zu keinem geschriebenen Moralkodex bekennt, von der zukünftigen Welt als einem Lande spricht, „wo sogar der weiße Mann aufhört zu lügen".

Jeder Vertrag zeigt zwischen den Zeilen das Gepräge der Haltlosigkeit und baldigen Nichtigkeit; dennoch kommt der Indianer seinetwegen immer wieder zum Berathungsfeuer, dem „Pow-Pow". Möglicher Weise ist es sein Vergnügen an umständlicher Zeremonie und sein unbezähmbarer Drang zu langen, bilderreichen Reden, der ihn doch wieder veranlaßt, jene ominösen Feierlichkeiten — wie sie die Besprechung und Ratifikation eines neuen Vertrags mit sich bringt — willkommen zu heißen, geben sie ihm doch wieder Gelegenheit zu einer „großen Rede". Manchmal werden indessen derartige offizielle Annäherungen auch schroff abgewiesen. Als z. B. im Jahre 1868 der oberste Beamte des „indianischen Bureaus" sich dem berühmten Siouxhäuptling „Spotted Tail" (Fleckschwanz) näherte, gab dieser ihm eine Antwort, die weder in persönlichem noch in diplomatischem Sinne besonders respektvoll genannt werden könnte. „Alle Leute, die von Washington kommen, sind Lügner, und die kahlköpfigen Lügner sind die schlimmsten. Ich will nicht ein Wort von Dir hören, denn Du bist eben ein kahlköpfiger alter Lügner!"

Die indianische Bevölkerung wird auf eine Viertelmillion geschätzt und gemeiniglich hält man dafür, daß diese Zahl sich seit der Besiedlung des Kontinents durch Weiße nicht verändert hat. Einige Stämme sind sehr zusammengeschrumpft oder gänzlich ausgestorben; andere haben an Zahl zugenommen. Die berühmten Irokesen oder „sechs Nationen", die in den kolonialen Tagen die herrschenden waren, bestehen jetzt nur aus einer kleinen Gemeinschaft friedlicher Dörfer im Innern des Staates New York. Einige andere Sippen, die ihre Selbständigkeit auf frühere Zeiten zurückführen können, leben als zivilisirte Bürger zerstreut in den sogenannten alten Staaten.

Ungefähr ein Drittel der Gesammtzahl bezieht ein geringes Baareinkommen von der Regierung, während der größte Theil auf Lebensmittel angewiesen ist, die ihnen in den Reservationen von der Regierung überwiesen werden. So wird ihnen z. B. eine Herde Rinder in eine Umzäunung getrieben, und das allgemeine Schlachten beginnt. Die so versorgten Indianer betrachten dies als ein Fest, das eine wilde Aufregung in ihr einförmiges und ödes Dasein bringt. Daß diese Lebensmittel nicht etwa Gaben der Gnade sind, sondern von den Zinsen oder einem Theile des Geldes bezahlt werden, für das die Regierung ihnen früher ihr Land abgekauft hat — drei Cents für den Acre — habe ich schon erwähnt.

Die Cherokesen, ein großer und mächtiger Stamm, der früher die Gebirge der Südoststaaten bewohnte, wurde vor etwa fünfzig Jahren nach dem Indianerterritorium im Süden von Kansas geführt. Dort haben sie sich zu einer Zivilisation entwickelt, die der jedes anderen Stammes weit überlegen ist. Sie haben Schulen, Kirchen, gut bearbeitete Farmen, leben in solid gebauten Häusern und sind durchweg gesittete Leute. Die Sioux, die Chayennes, Comanches und Apaches

bilden den Hauptbestandtheil der wilden und halbwilden Stämme und bevölkern ein Gebiet, das mit Unterbrechungen vom Rio Grande bis nach der kanadischen Grenze reicht.

Die Vernichtung des Büffels war eine verhängnißvolle Wendung in der späteren Geschichte der Indianer. Als ein bloßer physischer Gewaltakt betrachtet, findet er schwerlich seinesgleichen in der Geschichte der Zivilisation. Solche Massenvernichtung eines nützlichen Thieres steht völlig vereinzelt da! Leute, die sich irgendwie erinnern können, welche Bedeutung der Büffel bis vor drei Jahrzehnten noch im westlichen Amerika hatte, vermögen sich jetzt kaum vorzustellen, daß er, bis auf eine staatlich geschützte Herde im Yellowstone Park, so vollständig verschwunden sein kann wie etwa ein vorweltliches Thier. Bis 1870 hin waren die Herden, die während der Frühlingszeit im Norden der Staaten sich bewegten, oft acht bis zehn (deutsche) Meilen breit und ebenso tief. Diese oder ähnliche Beobachtungen hat fast Jeder gemacht, der mit dem Westen jener Tage einigermaßen vertraut gewesen ist. Die Vernichtung des Büffels erfolgte in etwa drei Jahren. Bis 1872 waren die Thiere noch allenthalben zahlreich vorhanden, und die Thatsache ihrer Abnahme bekümmerte derzeit noch kaum die Gemüther derjenigen, denen der Büffel ihr ein und alles war. Daß ihre Vertilgung noch von denen erlebt würde, die sie derzeit gelegentlich jagten, wurde als ein Unding gar nicht einmal erwogen. Aber in den drei folgenden Jahren waren die Herden so zusammengeschrumpft, daß sich bald mehr Jäger als Büffel vorfanden, und in den folgenden fünf Jahren war augenscheinlich auch der letzte vernichtet. Jetzt weiß man nicht anders, als daß in den Vereinigten Staaten kein Büffel mehr existirt, ausgenommen jene erwähnte Herde im Yellowstone Park.

Da dieser gewaltige Wiederkäuer eine leichte Beute war, hatte man ehedem die Jagd auf ihn mehr der Nahrung als gerade ausschließlich eines barbarischen Vergnügens wegen ausgeübt. Dies änderte sich, als die großkapitalistische Spekulation auch die Massentödtung des Büffels in das Netz ihrer Berechnung zog. Als Mitte der siebziger Jahre ausgedehnte Eisenbahnwege das Innere des Kontinents zu durchschneiden begannen, strömten die Schlächter zu Tausenden herbei. Diejenigen, die selber keine Ausrüstung hatten, bekamen dieselbe von ihren Auftraggebern gegen Beuteantheil. Auf ungezählter Meilen Weite stank es von verwesenden Kadavern der Thiere, die nur wegen des Nutzens ihrer Häute hingemordet worden waren. Auch war's nicht das Fleisch allein, das gänzlich vergeudet wurde. Die Unerfahrenheit der Jäger und ihre sorglose Behandlung der Felle hatten zur Folge, daß nur ein Theil derselben in einem marktfähigen Zustand den Weg nach dem Osten fand. In zwei bis drei Jahren sollen etwa fünf Millionen Büffel hingeschlachtet worden sein.

Vor ihrer allgemeinen Vernichtung gab es für die Indianer des Westens weiter keine „Magenfrage"; seitdem ist diese aber ihre größte Sorge. Sie haben nur die Wahl, entweder Farmer zu werden, Vieh zu stehlen oder in der „Agentur" sich nach Rationen umzusehen. Die halbzivilisirten Stämme haben mehr Fortschritte in der Landwirthschaft gemacht, als erwartet werden konnte von einem Volke, in dessen Vorstellungen die Verachtung körperlicher Arbeit von jeher stark ausgeprägt gewesen war. Manche Tausende haben, gleich den einsichtsvollen Cherokesen, unter dem Einfluß der Missionen[1] „des weißen Mannes Weg" eingeschlagen, und oft mit recht gutem Erfolg. Doch die meisten Indianer „können nicht aus ihrer Haut heraus" und sind noch immer ruhelose Wanderer in der Wildniß. Beständiger Hunger ist das Loos dieser unglücklichen Menschenkinder. Wie schon erwähnt, hat die Regierung ihnen einst ihre „angestammten" Ländereien abgekauft. Daß sie solches Land nun in Hände

[1] Diese sind praktisch hier immerhin als Kulturträger anzusehen, während an anderen Orten die Missionare ihre Aufgabe erledigt sehen, wenn sie so und so viel „Heiden" durch geistlose Einprägung unverständlicher Katechismusformeln sowie durch den unentbehrlichen Akt der Taufe „dem Herrn zugeführt" haben.

gegeben, die es zu gebrauchen verstehen, ist soweit von einem gewissen Standpunkt aus zu rechtfertigen; sie zu tadeln, daß sie ferner einen oder zwei Cent für einen Acre zahlte, von dem sie wußte, daß er unter ihrer Kontrolle sofort das Zehnfache und mehr werth wurde, ist gegenwärtig belanglose Treppenweisheit. Das verdammenswerthe Gepräge des seitherigen Systems besteht vielmehr darin, daß die Vorräthe, welche ausgegeben werden anstatt des den Indianern zukommenden Baargeldes, massenweise unterschlagen werden von der Regierung eigenen Beamten, und das sozusagen am helllichten Tage. Unterschlagungen der Beamten, die etwa nur die allgemeine Staatskasse schädigen, aber keine individuellen Leiden verursachen, werden mit langer Gefängnißstrafe bedroht. Aber Unterschleife in einer schamlosen Großartigkeit, die unter der Regierung eigener Nase Abertausende von existenzberechtigten Individuen zu Skeletten verschrumpfen lassen, die da mühselig nach Wurzeln graben und sich raufen um die schäbigen Rationen auf den Agenturen — Unterschleife, die ganze Landstrecken in Krieg und Aufruhr versetzen, Tod und Vernichtung verursachen nicht allein für die unmittelbaren Opfer, sondern auch für Männer, die da fechten und fallen müssen für eine Sache, die sie selber als Unrecht erkennen und verabscheuen — solche Unterschleife nehmen ungestört und unbestraft ihren Fortgang unter dem schützenden Schatten des Stern- und Streifenbanners. Erst kürzlich hat es ja siegreich geweht an den Gestaden Kubas, und die verrottete spanische Wirthschaft war allerdings längst überflüssig, aber die Amerikaner mögen sich doch nur nicht aufspielen mit humanen Devisen und mit erheuchelten Dankgebeten in den Kirchen — die treibende Kraft zur Befreiung war im Grunde doch großkapitalistischer Eigennutz —, Humanität könnten sie genugsam erweisen im eigenen Lande, an ihren rothen Brüdern, die ja zwar Wilde sind und wohl auch bleiben wollen, denen aber dennoch werden müßte, was ihnen vertragsmäßig zukommt. Ihr „weißer Vater" in Washington ist nun freilich wegen seiner Wahl im Grunde ein viel zu abhängiger Mann, als daß er einen ummodelnden und dauernd regulirenden Einfluß auf die ihm untergeordneten Beamtenkategorien haben könnte. Er ist sozusagen das Opfer seiner großen Wahlklique, die seine Gedanken für sich monopolisirt und seine etwaigen Träume zerstört mit ihren Versorgungsansprüchen und ähnlichen Interessen.

Erst wenn das verderbliche System von einer demokratischen Volksvertretung geändert wird, wenn die Beamtenschaft eine ständige und nicht mehr abhängig ist von der jeweiligen Wahl des neuen Präsidenten und dieser nebst seinen Mitarbeitern dadurch auch nicht von der breiten Masse der Aemterjäger, dann mag dem rothen Manne mehr Gerechtigkeit werden und er braucht nicht mehr verzweifelt das Kriegsbeil zu schwingen, wie 1891 die verhungernden Sioux und gegenwärtig wiederum die vergewaltigten Chippeways.

Literarische Rundschau.

Rosa Luxemburg, Doktor der Staatswissenschaften, **Die industrielle Entwicklung Polens.** Leipzig 1898, Verlag von Duncker & Humblot. VI und 95 S. Preis 2,20 Mark.

Betrachtungen über Rußland und seiner Zukunft sind an der Tagesordnung; leider scheint aber meist die Qualität des zu dieser Frage Gebotenen hinter der Quantität zurückzubleiben. Deshalb müssen wir doppelt dankbar sein für eine Arbeit, die wie die oben genannte auf durchaus solider Basis beruht, auf reichlichem Quellenmaterial, das übersichtlich gruppirt und geschickt verarbeitet ist. Dr. R. Luxemburg, von Haus aus selbst Polin, die früher in Warschau, später in der Schweiz ihre wissenschaftliche Schulung durchgemacht hat, zeigt sich in ihrer als Züricher Doktordissertation verfaßten Schrift als sehr berufen dazu, uns ein klares und in vielen Punkten neues Bild von der ökonomischen Lage Rußlands zu geben. Daß sie sich

dabei zunächst auf ihre engere Heimath Polen beschränkte, war sehr gut: gerade dieser Beschränkung verdankt sie die Sicherheit der Ergebnisse ihrer Arbeit. Der äußere Zweck derselben brachte es mit sich, daß die Verfasserin ihr Thema als rein volkswirthschaftliches behandelt und nur gelegentlich einen Abstecher auf das gerade für uns Deutsche so interessante politische Gebiet der „polnischen Frage“ machte. Es ist sehr zu wünschen, daß sie uns recht bald das, was sie hier unterdrücken mußte, in breiterer, zusammenhängender Ausführung vorlegt. Schon die jetzige Arbeit, sowie ihre sonstige als eigenartig bekannte Stellung unter den polnischen Sozialisten bürgt dafür, daß sie uns wiederum manches Neue bieten wird. Das Ganze gliedert sich in zwei Theile, von denen der erste die polnische Industrie und ihre Entwicklung für sich, der zweite das Verhältniß der polnischen Industrie zur russischen behandelt.

Vor rund hundert Jahren machte das alte Polen gewaltige Veränderungen durch. Die Grundbesitzerklasse, die damals allein in Betracht kam, war unfähig zur Schaffung der Industrie und einer auch nur einigermaßen modernen staatlichen Organisation. Eine Art städtisches Bürgerthum bildete sich erst in der Folgezeit aus den sich beim Untergang des Grundbesitzes einfindenden sozialen Parasiten, aus der Wuchererklasse, aus eingewanderten Beamten und Abenteurern. Das finanzielle Interesse des Zaren gebot dringend, da der Grundbesitz immer ausbeutungsunfähiger wurde, die Schaffung einer neuen Steuerquelle, und so ging die Regierung daran, gewerbliches Leben wachzurufen. Die Zeit von 1820 bis 1850 nennt die Verfasserin die polnische Manufakturperiode. Das erste Drittel dieser Periode verlief prächtig, es war die Zeit der den Gewerbefleiß begünstigenden Verordnungen, der Entstehung einer Reihe Industrieörter, wie Lodz, der Gründung der polnischen Bank, der Anlegung von Verkehrswegen und dergleichen. Die Hauptzweige der jungen Manufakturen waren Tuch- und Wollproduktion.

Der polnische Aufstand vom Jahre 1831 hemmte die fernere Entwicklung. Zwischen Polen und Rußland wurde eine Zollgrenze errichtet, so daß der polnischen Industrie der russische Absatzmarkt fehlte. Noch bis weit in die fünfziger Jahre hinein brachte man es nicht weiter, als zur Gründung massenhafter kleiner, wenig leistungsfähiger Handbetriebe. 1857 wurden in Polen noch 12500 „Fabriken“ gezählt.

Alles wurde sofort auf einen neuen Boden gestellt, als die Zollgrenze fiel (1851), als für Polen der russische Markt erschlossen, als zur Zeit des Krimkriegs Polen das Durchgangsland für fast alle Einfuhrprodukte Rußlands wurde und an Militärtuchlieferungen viel verdiente. Von den sechziger Jahren ab wurde der Eisenbahnbau von Polen nach den Hauptpunkten Rußlands energisch betrieben. Die Zeit von 1850 bis 1870 war für die polnische Industrie die Uebergangszeit zur Großproduktion.

Die letzte Zeit der zweiten Periode hatte einige freihändlerische Maßnahmen gezeitigt; aber bald wurde die Regierung wieder stark schutzzöllnerisch. Dem die Einfuhr schon bedeutend erschwerenden Goldzoll (1877) folgten in den achtziger Jahren fortwährende Tariferhöhungen. Die polnischen Industriellen machten Riesenprofite, die Waarenpreise erreichten eine enorme Höhe. Das war für viele schlesische und sächsische Textilindustrielle, die früher nach Polen exportirt hatten, das Signal zur Verlegung großer Betriebe nach Polen selbst. An der preußischen Grenze (um Sosnowice und Dombrowa herum), wo 1860 noch fast nichts als Wald war, entstand in kurzer Zeit ein neuer Industriebezirk, die Produktionsweise wurde in der Richtung der Großproduktion völlig revolutionirt, es entwickelten sich Metallindustrie, Börsenleben, kurz die polnische Industrie gedieh kolossal, freilich nur wie Pflanzen im Treibhause. Doch schadete, wie sich jetzt zeigt, diese Treibhausatmosphäre weniger den polnischen als den russischen Unternehmern; jene, meist Eingewanderte, bewahrten ihre innere Kraft und Unternehmungslust, diese wurden faul und verloren den Glauben an die eigene Kraft.

Nach dem, was wir meist (unter Anderem in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1893/94, Heft 51, und nach Darstellungen von polnisch-sozialistischer Seite) über das

Verhältniß der polnischen Industrie zur russischen gehört haben und noch hören, scheint es, als ob zwischen beiden ein tiefgehender Interessengegensatz herrsche, und daß dabei das arme Polen furchtbar von Rußland zu leiden habe. Dieser Anschauung geht Dr. R. Luxemburg sehr erfolgreich zu Leibe. Sie beweist unter Anderem mit Schärfe und Klarheit, daß in Polen schon längst, besonders seit die Grundbesitzerklasse nicht mehr den Ton angiebt, die kapitalistischen Interessen auch in Polen viel stärker geworden sind, als die nationalen. Die Kapitalistenklasse kennt kein Vaterland, und wenn sie für nationale Ideen eintritt, so stecken sicher sehr greifbare materielle Dinge dahinter. Bei dem seiner Zeit auch in Deutschland bekannt gewordenen großen Streite, der sich in den achtziger Jahren zwischen Moskau und Lodz, zwischen Rußland und Polen, oder, wie man sogar schon sagte, „zwischen der slavischen und germanischen“ Rasse abspielte, handelte es sich im Grunde um einen Konkurrenzkampf zwischen den Moskauer Kattunproduzenten und den Lodzer Barchentfabrikanten. Und gerade dieser Streit hat in der literarischen Darstellung der polnischen Industrie immer herhalten müssen, um die nationale Unterdrückung Polens gegen die Russen zu illustriren. In Rußland und Polen kämpfen, wie überall unter der Herrschaft der allgemeinen Konkurrenz, Kapitalistengruppen gegen Kapitalistengruppen, zur Erreichung kapitalistischer Zwecke pflanzen sie, wenn es gerade paßt, nationale Banner auf. Bald gehen Polen und Russen gegen Polen und Russen, bald Polen gegen Polen, bald Russen gegen Russen, wie es gerade die Geschäftslage mit sich bringt. Für nationale Schwärmerei hat die polnische Bourgeoisie nichts übrig, das hat sie bei den Aufständen gezeigt. In allen bei der Betrachtung der Lage der Industrie eines Landes zu berücksichtigenden Punkten ist Polen gegenüber Rußland im Vortheil und doch denkt die russische Regierung nicht daran, die Polen schärfer anzufassen als die Russen.

Und sie handelt so in ihrem eigenen Interesse. Polen bildet mit Rußland schon längst ein zusammenhängendes Wirthschaftsgebiet. Zwischen beiden herrscht eine ziemlich weitgehende Arbeitstheilung, indem Polen Spinngarn, Maschinen, Kohle liefert, während Rußland Rohwolle, Roheisen und Baumwolle an Polen abgiebt, so daß beide Länder auf einander angewiesen sind. Die russische Regierung beginge die größte Thorheit, wenn sie die Polen vor den Kopf stoßen und die polnische Industrie schädigen wollte, um deren Emporkommen sie sich so viel Mühe gegeben hat. Sie wird das um so weniger thun, als sie gerade jetzt, wo es gilt, Ostasien zu erobern, in den polnischen Industriellen viel geschicktere Bundesgenossen findet, als in den russischen. Nur die polnische, nicht aber die russische Industrie ist zum Export nach Ostasien befähigt. Je mehr die Regierung die wirthschaftlichen Interessen Polens, der polnischen Industrie, fördert, desto mehr fördert sie zugleich ihre eigenen politischen Absichten: die Erhaltung und Befestigung der Annexion Polens. Freilich schafft sie sich dabei einen neuen Feind, das aus dem Bauernthum entstandene Proletariat.

Ueber dessen Aufgaben in Polen weichen bekanntlich die Ansichten der Dr. R. Luxemburg von denen der polnischen sozialistischen Partei weit ab. Es ist nicht unsere Absicht, auf diese Differenzen hier einzugehen. Auf jeden Fall bringt das besprochene Buch reiches Material zu ihrer Diskutirung und hat so neben dem wissenschaftlichen auch einen praktischen Werth. aw.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

VI.

Woerners Schrift über Hauptmann ist anscheinend eine Seminararbeit, sehr jugendlich in Auffassung und Darstellung, doch mit einigen guten Beobachtungen. Ungleich schärfer und tiefer dringt Bartels in die Werke des Dichters ein. Er steht dem modernen Naturalismus keineswegs feindlich gegenüber, aber doch mit der kritischen Besonnenheit eines Aesthetikers, der was Ordentliches gelernt hat; mitunter ein wenig hausbacken und nüchtern, hat sein Urtheil immer Hand und Fuß; es ist nicht jenes greuliche Gerede ins Blaue hinein, das in der modernen Aesthetik so sehr überwuchert. Ueberreiche Proben davon enthält Schlenthers dickes Buch über Hauptmann, das standard work dieser Literatur und vom Dichter selbst als solches anerkannt. Ein Gemisch von Reklame und Unwissenheit, würde es unerträglich zu lesen sein, wenn es nicht dadurch erträglich würde, daß es wider Willen und Wissen manchen prunkenden Schleier des Naturalismus lüftet. Auch die Schriften von Duboc und Tönnies sind hier schon mit einzelnen Bemerkungen anzuziehen, obgleich ihre eingehendere Würdigung erst in einen späteren Abschnitt gehört.

Gerhart Hauptmann stammt von väterlicher und mütterlicher Seite aus denjenigen proletarischen Schichten, die sich durch anschmiegende Fügsamkeit an die Unterdrücker ihrer Klasse emporzuarbeiten suchen. Der Vater seines Vaters war als Jüngling ein schlesischer Weber; er machte die Befreiungskriege mit, diente dann als Feldwebel und Oberkellner, wurde schließlich Gastwirth. In diesem Gewerbe folgte ihm sein Sohn, der seine Gattin aus der ehemals hörigen, im Dienste der fürstlich plessischen Familie emporgekommenen Familie Strähler wählte. Hören wir darüber Schlenthers Orakel:

> In der Familie Strähler mußte diese Lebensanschauung (herrnhutische Gesinnung) besonders fest fußen; denn einerseits entstammte sie den Niederungen des Landvolks, das von Kanzel und Altar in mehr oder minder dumpfer Abhängigkeit bleibt; andererseits standen ihre älteren Generationen im Unterthanenverhältniß zum erbeingesessenen Grafengeschlechte. Wenn ein gallonirter Leibkutscher die durchlauchtige Herrschaft Sonntags nach der Kirche fuhr, wenn der gnädigen Gräfin eine Kammerzofe zur Abendandacht das Gebetbuch reichte, so stieg aus diesen Verrichtungen ein religiöser Weihrauch in die Hirne der Schloßleute und ging auch auf die Nachkommenschaft über, deren Ursprung nicht immer ganz sicher herzuleiten war. In Gerhart Hauptmanns „Webern" hält der Kutscher zur Herrschaft. Er bringt auf eigene Faust vor der Rotte heranziehender Empörer die Kinder des Hauses in Sicherheit. In ihrer blinden Angst flüchtet sich die Frau des Hauses an den Busen dieses treuen Johann. Wenn sich in den Nöthen des Lebens zwischen Gesinde und Herrschaft ein solches Band schlingt, so gleichen sich die Gegensätze aus. Selbst von einem so wenig sentimentalen Manne, wie dem schlesischen Parchendfabrikanten, wird dem treuen Kutscher das, was er im Augenblicke der Gefahr that, an den eigenen Kindern vergolten werden. Johanns Sohn wird nicht mehr auf dem Kutscherbocke sitzen, sondern vielleicht an Stelle des Expedienten Pfeiffer in Herrn Dreißigers Komtor. Auch die Familie Strähler, aus der Herr Robert Hauptmann seine Lebensgefährtin holte, hat sich von einer

Generation zur anderen im Grafenschloß aus geringem Stande langsam emporgehoben. Aus Dienern des hohen Adels wurden dessen Vertraute und Beamte. Langsam entwickelte sich die Unterthänigkeit zum freieren Bürgerthum. Gesunden Naturen wird ein solcher Entwicklungsgang heilsam sein. Derbe volksthümliche Kraft verbündet sich dann mit höherer Gesittung. Zum festen Handeln gesellt sich ein zartes Empfinden. Neben anderen Tugenden gedeiht das werkthätige Mitleid.

Dies Prachtstücklein naturalistischer Aesthetik ist etwas ausführlicher wiedergegeben worden, damit die Leser selbst entscheiden mögen, ob sich von den modernen Lessingen ohne eine gewisse Bitterkeit sprechen läßt. Ueber die blödsinnige Unwissenheit, die das „freiere Bürgerthum“ aus dem Bedientenproletariat aufwachsen läßt, weiter kein Wort, aber Schlenthers Lobgesang auf dies Proletariat läßt begreifen, weshalb die naturalistische Aesthetik mit solcher Wucht den unglücklichen Schiller zerstampft, der vor hundert Jahren schrieb: „Sklaverei ist niedrig, aber eine sklavische Gesinnung in der Freiheit ist verächtlich.“ Hauptmann selbst steht hier, wie in manchen anderen Fällen, hoch über seinen Bewunderern. Er hat den Expedienten Pfeiffer in den „Webern“ als das dargestellt, was solche kriechende Subjekte in der Wirklichkeit sind, als einen verächtlichen Schubiak. Soweit sich in Hauptmanns Wesen die Spuren seiner Abstammung erkennen lassen, stellen sie sich in Art und Unart ganz anders dar, als Schlenther glauben machen will: der feste stetige Wille, die kaltblütige Umsicht in der Wahl der Mittel, die brennende Sehnsucht voranzukommen, sorgsam verdeckt durch ein bescheidenes und zurückhaltendes Aeußeres, die sorgliche Vorsicht, ja nicht mit dem kämpfenden Proletariat verwechselt zu werden und dann doch auch wohl einmal ein helles Aufflammen des niemals ganz zu erstickenden Proletarierbewußtseins — das ist bei alledem etwas Anderes, als was nach Schlenthers feuriger Schilderung „den Busen des treuen Johann“ bewegen mag.

Mit dem „werkthätigen Mitleid“ aber schlägt Schlenther die eine Saite an, die nach der Versicherung der naturalistischen Aesthetiker durch ihre Dichterschule vibrirt; die andere, die Uebermenschheit nach Nietzsches Muster, wird weiterhin zu behandeln sein. Auch Steiger spricht von dem „allumfassenden Mitleid und der sozialen Entrüstung“, „diesen beiden starken Gefühlen, die uns den endlichen Sieg der Gerechtigkeit auf Erden verbürgen“. Mit Verlaub Steigers verbürgen diese „Gefühle“ gar nichts, es sei denn daß sie die Dauer der Ungerechtigkeit verbürgen. Das wußte Niemand so gut, wie der alte Schopenhauer, der die Ewigkeit der spießbürgerlichen Moral eben auf das Mitleid begründete. Selbstverständlich handelt es sich hier nicht um das ästhetische Mitleiden, das nach der bekannten Erklärung des Aristoteles die eine Seite des tragischen Gefühls ausmachen soll. Was Schlenther und Steiger meinen, ist das moralische Mitleid mit den Armen und Elenden, das „werkthätige Mitleid“, das mit Armensuppen, Wärmstuben, Bettelpfennigen und auch ästhetischen Gefühlen den endlichen Sieg der Gerechtigkeit verbürgen soll. Ich spreche nicht erst darüber, daß damit doch wieder die Moral in die Kunst geschleppt wird, denn wenn man die naturalistische Aesthetik in allen ihren Widersprüchen verfolgen wollte, so ginge man auf eine Wilde-Gänse-Jagd, von der in Jahr und Tag keine Rückkehr zu hoffen wäre. Wohl aber ist festzustellen, daß es gar kein hoffnungsloseres, kläglicheres und unfruchtbareres Kulturprinzip geben kann, als jenes „werkthätige Mitleid“. „Eine gute Kultur macht das Mitleiden so sehr als möglich überflüssig, weil sie dem Leiden so sehr als möglich vorbeugt“, sagt

Tönnies fein und treffend. So auch dachte der „Moraltrompeter von Säckingen“, als er dichtete:

> Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht.
> Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
> Wenn unerträglich wird die Last — greift er
> Hinauf getrosten Muthes in den Himmel
> Und holt herunter seine ew'gen Rechte,
> Die droben hangen unveräußerlich
> Und unzerbrechlich wie die Sterne selbst.

Hoffentlich haben die neun Musen dem guten Schiller diese Verse verziehen, in denen Albert Lange nicht oder nicht nur die tragische Dialektik der Leidenschaften, sondern einfache, echt philosophische Wahrheit fand: bei dem „werkthätigen Mitleid“, das im „Busen des treuen Johann“ flammt, fände er damit kein Quartier.

Die Jugend seines Helden schildert Schlenther als eine Reihe ringender Anläufe. Mit 15½ Jahren verließ Hauptmann das Gymnasium, wo er es bis zur Unterquarta gebracht hatte; dann versuchte er sich zwei Jahre als Eleve der Landwirthschaft, zwei weitere Jahre als Kunstschüler, beide Male mit gleichem Mißlingen. An der Breslauer Kunstschule fand er aber ein paar Gönner, deren einen der dankbare und gemüthvolle Poet später als unheilbaren Süffel dramatisirt hat; auf ihre Empfehlung gestattete der Großherzog von Weimar, daß sich Hauptmann zu Ostern 1882 als Student der Geschichte in Jena immatrikuliren ließ. Indessen auch damit wollte es nicht glücken und ebenso wenig mit der Bildhauerei, die Hauptmann in Rom versuchte. Er machte nunmehr Schicht mit seinem Sturm und Drange, indem er ein reiches Fräulein freite, 22½ Jahre alt, körperlich so unfertig wie geistig; Schlenther erzählt, die „unentwickelte Dürftigkeit des jungen langmähnigen Ehegatten“ habe am Hochzeitstage einen vorbeiflanirenden Leutnant zum Hohne gereizt, so daß es beinahe zum Handgemenge gekommen wäre.

Ob diese höchst persönlichen Dinge, die Schlenther unter Hauptmanns Billigung mit breitem Behagen ausbietet, die Oeffentlichkeit so sehr viel angehen, mag dahingestellt bleiben. Es wäre jedenfalls taktlos, sie zum Gegenstande der Kritik zu machen; ich begnüge mich, die kulturhistorische Bedeutung der Thatsache festzustellen, daß ein moderner Künstler seine Sturm- und Drangperiode mit einer reichen Heirath versöhnend abschließt. Das ist neu, aber durchaus nicht unnatürlich, vielmehr dem Geiste eines großkapitalistischen Zeitalters durchaus angemessen. Hauptmann hat durch diesen sozialen Schachzug manchem Altersgenossen, der von Natur ungleich reicher mit dichterischen Gaben ausgestattet war, einen weiten, niemals einzuholenden Vorsprung abgewonnen. Er war der unpraktische Träumer nicht, um mit dem naturalistischen Aesthetiker zu sagen: Erst die geistigen Einflüsse vergangener Kulturen, und dann die materiellen Interessen, sondern er sagte sich mit klarem Blick: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Und es ist anzuerkennen, daß er sich nach Sicherung der materiellen Interessen mit allem Fleiße den geistigen Einflüssen vergangener Kulturen hingab. Nach Schlenthers Erzählung hat er hinter einander Andersen, Tegner, Wilhelm Jordan, Bürger, Byron, Heine nachgeahmt; noch mit 26 Jahren hat Hauptmann allen Ernstes gereimt: „Ich weiß nicht, was soll es bedeuten, Daß meine Thräne rinnt Zuweilen, wenn ferne das Läuten Der Glocke, der Glocke beginnt.“ Von alledem giebt Schlenther ein paar kleine Proben; vollständig in die Oeffentlichkeit ist allein Hauptmanns Byronkopie gelangt, eine Nachahmung des Childe Harold. Das

„Promethidenloos“ erschien 1885 und wurde von der Klique sofort mit schmetternden Posaunenstößen begrüßt. Der Eine sagte, es sei die qualmende Feuersäule des Idealismus, während ein Anderer meinte, daß es an Größe der Konzeption, Adel und Schwung der Sprache das verkrüppelte Knieholz der üblichen Poetasterei titanenhaft überrage.

Hauptmann selbst war abermals gescheidter als seine Bewunderer und ließ das Gedicht einstampfen, nachdem kaum die Druckerschwärze trocken geworden war. Nach solcher Selbstkritik und da heute auch die feurigsten Verehrer des Dichters vor der nach Form und Inhalt gleich unreifen Reimerei die Waffen strecken, wäre es unbillig und ein allzu wohlfeiles Vergnügen, das „Promethidenloos“ kritisch zu zerzausen. Trotz alledem hat Bartels Recht, es eine „ehrliche Dichtung“ zu nennen. Hauptmanns ungemessenes Selbstbewußtsein, die entsetzliche Trivialität seiner Weltanschauung und namentlich die Muse des „werkthätigen Mitleids“ treten darin mit greller Nacktheit hervor. Ein Jahr nachdem Hauptmann im Hafen geborgen war, singt er in der Widmung: „In unsrer Zeiten Adern rollt, Statt rothen Blutes rothes Gold, In unsern Adern nicht.“ Und im Texte selbst:

Du magst mit Tauben nach Belieben walten,
Doch mein Gesang fliegt keinen Taubenflug
Und deine Fesseln können ihn nicht halten,
Noch du bemeistern meines Geistes Flug.
Nimm weg die Hand von eines Leuen Mähne,
Er schüttelt sie und schaut dich dräuend an,
Nimm weg die Hand, du Mann der milden Thräne,
Du Mann des Glückes, du zufriedner Mann.

Und dann wieder ruft er den Armen und Elenden zu, worin Schlenther so glücklich ist, „verzweifelten Entschluß“ zu entdecken:

So laßt in eurem Schmutz mich hocken,
Laßt mich mit euch, mit euch im Elend sein.

Mit solchen wohlfeilen Tiraden die Bühne des Lebens überschütten, nachdem man sich selbst einen bequemen Sitz in der Loge gesichert hat, das ist's, was die naturalistische Aesthetik „werkthätiges Mitleid“ nennt.

Noch vier bis fünf Jahre tastete Hauptmann, immer nach der Schilderung seines offiziösen Biographen, als ein nachahmender Epigone rathlos umher, bis er endlich auf den Mann stieß, der ihm nach Hauptmanns eigenem Worte die „entscheidende Anregung“ gab. Es war Arno Holz, ein Altersgenosse Hauptmanns, aber ein ungleich reicher begabter Poet. Hat kaum jemals ein Dichter so dürftig und kläglich begonnen, wie Hauptmann mit dem „Promethidenloose“, so kaum jemals ein Dichter so glänzend und glorreich, wie Holz mit dem „Buche der Zeit“. Ein energischer, fester Charakter, mit aller Gluth des geborenen Künstlers um seine Ideale ringend, besitzt Holz freilich nicht die kühle und praktische Umsicht Hauptmanns; er sieht nur seine künstlerischen Ziele, denen er unbeirrt nachtrachtet, mag er auch täglich dicht am zuschnappenden Rachen des Hungertodes vorbeipassiren. Im Winter von 1888 auf 1889 lernten Holz und Hauptmann sich kennen, und trotz aller hämischen Redensarten über Holz, der als freier Mann der Klique natürlich ein Dorn im Auge ist, muß doch Schlenther anerkennen, daß Hauptmann, „erfüllt von Arno Holzens Theorie, angespornt von seinem Zuspruche“, in die Bahn geworfen wurde, worin er entfalten konnte, was ihm an dichterischem Talente gegeben ist.

Gleich Hauptmanns erstes Drama „Vor Sonnenaufgang" zeigt alle Vorzüge und Schwächen, die seitdem seiner Dramatik eigenthümlich geblieben sind. Nicht als ob es ihm an einer Entwicklung gefehlt hätte; durch einen andauernden und höchst rühmenswerthen Fleiß hat er seine Vorzüge zu steigern, seine Schwächen zu mindern gewußt; er hat Dramen geschrieben, in denen fast nur seine Vorzüge hervortreten, freilich neben anderen, worin seine Schwächen weit überwiegen; im Ganzen und Großen aber kann man nur mit aller Achtung auf den energischen Willen blicken, womit er sich durchzusetzen gewußt hat. Nach seiner natürlichen Begabung ist er an dramatischem Talent fast ebenso arm, wie an lyrischem Talent; wie wäre es sonst möglich gewesen, daß er bis in sein siebenundzwanzigstes Lebensjahr rathlos umhertappte! Auch in seiner dramatischen Produktion lehnt er sich, zwar nicht immer, wie Bartels meint, aber doch sehr häufig, an Vorbilder an; Bartels weist eingehend die, wie er ganz zutreffend sagt, „Pathenstücke" nach, an denen sich die einzelnen Dramen Hauptmanns emporranken, und eine wie weite Reise ist das! Jene großen Würfe, die den großen Dramatiker machen, sind ihm gänzlich versagt, wohl aber ist ihm in hohem Grade eine mikroskopisch feine und kleine Beobachtung der Wirklichkeit eigen, eine Gabe, die er mit unendlichem Fleiße gepflegt hat, und dieser Fleiß hat ihn doch manchmal nahe an die Grenze geführt, wo das Genie beginnt. Allzu oft bleibt er in der brutalen Wirklichkeit stecken, kommt er nicht über den Photographen und Wachsfigurenkneter hinaus, aber wo ihm ein günstiger Stoff und eine günstige Stunde winkten, da hat er eigenthümliche Kunstwerke geschaffen, die in der deutschen Literatur dauern werden, so sehr sie der hergebrachten Regeln spotten mögen.

Sein erstes Stück nannte Hauptmann ein „soziales Drama", und daher stammt das Gerede, er habe sofort ein soziales Weltbild, den Kampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf die Bühne geführt, der sozialen Frage der Zeit die weltbedeutenden Bretter geöffnet. Mit gleichem Rechte könnte man diese Ehrentitel auf das Haupt jenes Jugendschriftstellers häufen — ich entsinne mich nicht mehr, ob es Franz Hoffmann oder Gustav Nieritz war —, der einmal schildert, wie der Gewinn des großen Looses einen braven Handwerksmeister zum Suff und zur Völlerei verführt. „Vor Sonnenaufgang" spielt in einer Bergwerksgegend, aber Hauptmann denkt gar nicht daran, die Bergleute und ihre Ausbeuter dramatisch gegenüberzustellen. Er schildert den Suff und die Völlerei eines Dorfes, dessen Bauern dadurch zu Reichthum gelangt sind, daß sich unter ihren Aeckern Kohlenlager gefunden haben. Wenn man sagt, dieser Reichthum hänge doch auch mit dem Kapitalismus zusammen, so ist das eben nur soweit richtig, als auch die Lotterie mit dem Kapitalismus zusammenhängt. Beides sind Begleiterscheinungen des Kapitalismus, aber sie liegen abseits der kapitalistischen Produktionsweise und den aus ihr entspringenden Klassenkämpfen; eben deshalb sind sie die Lieblingstummelplätze der spießbürgerlichen Moral, die den Pelz des Bären zwar waschen, aber beileibe nicht naß machen möchte. Und so wenig die versoffenen Bauern, die Hauptmann schildert, „Kapitalisten" sind, so wenig sind seine Helden Loth und Schimmelpfenig „Sozialisten"; es sind vielmehr, will man sie einen Augenblick als mögliche Menschen nehmen, die richtigen Spießer, die um einiger unverdauter Temperenzler- und Vererbungsschrullen willen die Gebote der Ehre und Menschlichkeit mit Füßen treten.

Wohl aber versteht Hauptmann, die ekelhafte Verkommenheit jenes Bauerndorfs, das irgendwo in Schlesien wirklich existirt, mit einer Naturwahrheit zu schildern, die den Mißduft sozusagen durch den ganzen Theaterraum fluthen läßt.

Mit der Redensart, daß die Kunst nur das Schöne schildern solle, ist dagegen gewiß nichts ausgerichtet, jedoch um so mehr mit der Forderung, daß die Kunst das Gräßliche und Niedrige nur um eines erheblichen künstlerischen Zwecks willen darstellen solle. Und dieser Zweck fehlt dem Erstlinge Hauptmanns vollständig; wenn man nicht den platten Abklatsch einer zufälligen Wirklichkeit dafür nehmen will. Gegenüber den Millionen von Bauern, die von der kapitalistischen Produktionsweise unmittelbar in den Abgrund geschleudert werden, giebt es nicht hundert Bauern, die von ihr in der von Hauptmann geschilderten Weise mittelbar zu Reichthum gekommen sind. Es fehlt gänzlich jene Uebereinstimmung zwischen Individuum und Gattung, deren Höhegrad nach Kant die ästhetische Formvollkommenheit bestimmt. Deshalb ist „Vor Sonnenaufgang“ ästhetisch ebenso unschön und unwahr, wie man es aus gleichem Grunde nicht sowohl ein „soziales“, als ein „antisoziales Drama“ nennen muß. Sein „Pathenstück“ ist Tolstois „Macht der Finsterniß“; indem Hauptmann dies Muster nachahmte, hat er gar nicht bemerkt, worauf es eigentlich ankam, was ihm beiläufig zum ersten, aber leider nicht zum letzten Male passiren sollte. Die Greuel, an denen es in Tolstois Drama nicht fehlt, entbehren nicht des erheblichen künstlerischen Zwecks; Tolstoi giebt eben ein typisches Bild des russischen Bauernlebens.

Nur eine einzige Figur in dem ersten Drama Hauptmanns ist künstlerisch aufgefaßt, verkörpert eine ganze Gattung in einem durchaus lebendigen Individuum, und das ist der Streber Hoffmann. Loth und Schimmelpfenig sind schließlich abstrakte Schemen; so feige und zugleich so verbohrt handelt selbst der deutsche Spießer nicht. Es ist aber höchst bezeichnend für die naturalistische Kunst, wie Hauptmann diese beiden Puppen lebendig machen will. Er behängt sie mit allerlei Aeußerlichkeiten, die er ihm persönlich bekannten Leuten absieht, und meint, daß sie nun leben. Schlenther läßt durchblicken, wer zu Schimmelpfenig Modell gestanden hat, was übrigens auch sonst bekannt war; dieses Modell ist ganz unfähig, so verächtlich-zynisch zu handeln, wie Schimmelpfenig, aber seine Studienerlebnisse, die Art, wie er die Zigarrenasche abstreift und andere mit dem Gange des Stückes nicht im entferntesten Zusammenhange stehende Beiläufigkeiten werden dem Schimmelpfenig aufgehängt, damit er zu einer lebendigen Gestalt werde. Diese wunderbare Art schöpferischen Gestaltens war freilich aller bisherigen Kunst unbekannt.

Endlich giebt sich in Hauptmanns erstem Stücke auch schon die innere Verwandtschaft zwischen Naturalismus und Romantik kund. Die Heldin des Dramas, die in doch schon reiferen Jahren mitten in einem Pfuhle von Blutschande, Ehebruch und Suff wie eine Blume blüht, so hold und schön und rein, dann aber sich heroisch den Hirschfänger ins Herz stößt, weil der Feigling Loth sie aus Angst vor erblicher Säuferbelastung nicht heirathen will, ist eine sehr romantische Dame: malt er einmal den Schmutz in all seiner Natürlichkeit, so ziert ein wenig Konsequenz auch den Naturalismus. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten der Expedition.

Etwa Mitte Januar wird das bereits angekündigte Werk von Karl Kautsky: „Die Agrarfrage, eine Uebersicht über die Tendenzen der modernen Landwirthschaft und die Agrarpolitik der Sozialdemokratie“ in unserem Verlag erscheinen, — und ebenso Ed. Bernsteins Streitschrift, auf die wiederholt in der „Neuen Zeit“ hingewiesen worden ist. Näheres wird durch Inserate mitgetheilt werden.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 15. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Eine historische Erinnerung.

↗ Berlin, 28. Dezember 1898.

Ende gut, Alles gut, denkt die preußisch-deutsche Regierung. Sie glaubt, dem scheidenden Jahre den würdigsten Kehraus zu tanzen, indem sie auf den preußischen und deutschen Universitäten ein großes Reinemachen veranstaltet. Dem Falle Delbrück ist schnell ein Fall Kuntze gefolgt; ein Gelehrter dieses Namens, der als besoldeter Assistent an dem Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminar in Leipzig angestellt war, hat seine Kündigung erhalten, nachdem er in der „Zeitschrift für die gesammte Textilindustrie" eine sachliche Kritik über die sogenannten „Grünen Hefte", die amtliche Statistik des Außenhandels, veröffentlicht hatte. Die „Anregung" dazu ist nach dem Bericht der Tageszeitungen von „zwei hochgestellten Berliner Persönlichkeiten" ausgegangen, denen sich Professor Karl Bücher, der Direktor des Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminars, durch die Kündigung Kuntzes willfährig erwiesen haben soll. Herr Bücher wird nicht umhin können, sich auf diese schwere Anschuldigung zu verantworten; unter den deutschen Universitätsprofessoren gehört er nicht zu den Schlimmsten, und es steht zu hoffen, daß er sich von dem schweren Verdacht reinigen wird, der auf ihn geworfen worden ist.

In Sachen Delbrücks hat sich die offizielle Gelehrsamkeit noch nicht gerührt, wobei freilich auch der Vorbehalt gemacht werden muß: Was nicht ist, kann noch werden. Vielleicht plant man einen großartigen Protest aller preußischen oder gar aller deutschen Hochschulen, und der ist nicht in acht oder vierzehn Tagen herzustellen. Immerhin fällt es auf, daß nirgends etwas von einer professoralen Massenkundgebung verlautet, und das ist sehr verdächtig; diese Herren pflegen sonst die Glocken ihrer Thaten zu sein, und an offiziösen Handlangern, die tastende Fühlhörner vorzustrecken pflegen, fehlt es ihnen sonst nicht. Dazu kommt, daß Delbrück unwissentlich seiner Sache einen sehr schlechten Dienst geleistet hat. Im Januarheft der „Preußischen Jahrbücher", das noch vor der Einleitung des gegen ihn gerichteten Disziplinarverfahrens ausgegeben wurde, veröffentlicht er einen Aufsatz des Professors Kaftan, der sich zwar auch scharf mißbilligend über die Ausweisungen in Nordschleswig äußert, aber in der „Form" viel „maß-

voller“ ist, als Delbrücks eigene Betrachtung über die Köllerei. Herr Bosse wird sich hüten, gegen Kaftan einzuschreiten, um so mehr, als die offiziöse Meute von vornherein den Auftrag hatte, die Maßregelung Delbrücks nicht aus dem Inhalt, sondern aus der „maßlosen Form“ seiner Aeußerungen zu rechtfertigen.

Damit ist der deutschen Philisterei eine sehr bequeme Rückzugsbrücke erbaut und vielleicht wird das „gebildete“ Deutschland bald in hellen Haufen über diese Brücke strömen. Es ist so recht im Geiste der deutschen Schlafmützenlogik, zu sagen: Ja, wenn der Mann in „anständiger“ und „gebildeter“ Form geschrieben hätte, dann hätten wir wie die Löwen für ihn gekämpft, aber so? Für seinen „maßlosen“ Ton können wir unmöglich eintreten, wir, die Blüthe der deutschen und überhaupt aller menschlichen „Bildung“. Minister sind am Ende doch auch Menschen, die sich nicht anflegeln zu lassen brauchen. Mit der „Freiheit der Wissenschaft“ hat der Ton der Gasse nichts zu thun; die Wissenschaft liebt vielmehr das schöne Maß, also — an den Galgen mit dem Missethäter! Es ist beiläufig dieselbe Melodie, welche die „anständige“ und „gebildete“ Presse anzustimmen pflegt, wenn es darauf ankommt, die Solidarität der publizistischen Interessen auf einige Gefahr hin zu vertreten. Die Methode ist ja auch äußerst angenehm und sicher; man kämpft für Wahrheit, Freiheit und Recht und heimst die ausgesuchtesten Komplimente ihrer Henker ein, während die armen Sünder doch eigentlich auch ganz zufrieden sein können. Sie leidet nur an dem kleinen Uebelstand, die ausgesuchteste Feigheit zu sein, was jedoch die Biedermänner, die in dieser Weise Treu und Redlichkeit üben, nicht sehr zu stören pflegt.

Trabt die Schafherde der „Gebildeten“ über die Brücke davon, so wird, wenn sie in ihrer wüthenden Angst dahergestürmt kommt, kein Gott und kein Teufel sie aufhalten. Nicht in dieser Absicht, sondern um die Aera der universitären Maßregelungen möglichst für die Interessen der Arbeiterklasse auszunützen, möchten wir eine kleine historische Erinnerung daran knüpfen. Man kann ja nicht leugnen, daß die Universitätsgelehrsamkeit, ermuntert durch gewisse Meinungsverschiedenheiten in der sozialdemokratischen Partei, neuerdings sich mit erhöhtem Eifer der Arbeiterbewegung zu bemeistern sucht. Soweit es sich dabei um die reine Theorie handelt, mag dieser Versuch, wenigstens äußerlich, in ganz verlockendem Lichte erscheinen, doch hat der Fall Delbrück mit der Theorie noch nichts zu thun. Praktisch handelt es sich zunächst darum, ob die Universitätsprofessoren überhaupt Männer sind, denn alten Weibern wird der deutsche Arbeiter die Wahrung seiner Interessen niemals anvertrauen, und da kommt der Fall Delbrück recht gelegen. Erweisen sich die deutschen Universitätsprofessoren bei diesem Anlaß als Männer, so wird sich über ihre Arbeiterbeglückungsrezepte des Weiteren reden lassen; zeigen sie sich dagegen als Marionetten, die nach der Pfeife der schlimmsten Arbeiterfeinde, eines Köller, eines Recke, eines Posadowsky, ohne Mucken und Murren tanzen, selbst schon wenn es sich um die Wahrung ihrer eigensten Interessen handelt, so wissen die Arbeiter von vornherein, was von dergleichen Puppen für die Wahrung der proletarischen Interessen zu erwarten steht. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht ohne Interesse, einmal historisch festzustellen, was der offiziell-preußische Magen sonst an „maßlosem“ und „ungebildetem“ Tone vertragen hat, was also von der ganzen Rederei über diese angebliche Versündigung Delbrücks zu halten ist.

Es war im Juli 1866, zu einer Zeit, wo zwischen den Staaten Preußen und Württemberg offener Kriegszustand herrschte, als ein württembergischer Staatsbeamter, der Professor Reinhold Pauli in Tübingen, in den „Preußischen Jahr-

büchern" einen Aufsatz über „Württemberg und die Bundeskatastrophe" veröffentlichte. Der Aufsatz findet sich im achtzehnten Bande der genannten Zeitschrift, S. 177 ff.; um seine Tendenz zu kennzeichnen, wird der Abdruck folgender Sätze genügen:

Kein Zweifel, der Stuttgarter Hof, an dessen Spitze gegenwärtig ein gutmüthiger, wohlwollender, aber schwacher und abhängiger Fürst steht, war und ist in allen seinen Gliedern gut österreichisch gesinnt. Diese Abhängigkeit trat sofort nach der Thronbesteigung mit der sehr übel berathenen Neubildung des Ministeriums zu Tage, für welches nicht nur Reformvereinler und großdeutsche Anhänger Oesterreichs, sondern geflissentlich solche Männer ausgewählt worden zu sein scheinen, die ohne den Schimmer eines uneigennützigen Patriotismus bisher schamloser als irgend anderswo ihrem persönlichen Vortheil fröhnen durften. Der Freiherr v. Varnbüler, die Seele des Kabinets, vereinigte mit dem Auswärtigen Amte das Departement der Eisenbahnen, zugestandenermaßen, um vor allen Dingen sein Gut durch eine Schienenstraße, die vielverhöhnte Milchstraße, mit der Hauptstadt zu verbinden. Nach altwürttembergischer Tradition, die stets von Kliquenherrschaft und Patronage zu berichten wußte, setzte sich eine Familie recht tief in die Wolle, das Haus Geßler, dessen fähigstes Mitglied, wegen seiner klassischen Grobheit der „Landvogt" genannt, das Ministerium des Innern für sich erkor, während er Verwandten und Günstlingen den einen oder anderen fetten Bissen zuwarf. Als Dritter im Bunde wurde der Kultusminister Golther thätig, ein eitler, unwissender, mit philosophischen Redensarten spielender Phraseur, der ohne Respekt für Kirche und Volkserziehung sich namentlich bei der Königin liebes Kind zu machen wußte, um rastlos mit allen möglichen neuen, aber meistens sehr unüberlegten Schöpfungen vorzugehen, unbekümmert, wie heftig er auch bei den bestehenden Autoritäten in Kirche und Schule anstoßen mochte. Ein geborener Edelmann, der Kriegsminister v. Wiederholt, wurde jüngst hinausgedrängt, die Einen sagen, wegen totaler Unfähigkeit, das Heer auf den Kriegsfuß zu setzen, wie Andere versichern wollen, wegen gelinder Hinneigung zu Preußen. Die plebejische landesübliche Färbung dieses Ministeriums verleugnete sich auch äußerlich nicht, denn mehrere seiner Mitglieder machten auf den unbefangenen Beschauer den Eindruck, daß schwerlich an einem anderen Hofe die Leitung der höchsten Interessen Subjekten übertragen sein könne, denen so wie diesen selbst die Formen der gesellschaftlichen Bildung abgehen.

So schrieb ein württembergischer Staatsbeamter, während sein Staat mit dem preußischen Staate einen blutigen Krieg ausfocht, in einer fanatisch preußenfreundlichen Zeitschrift. Hätte Bismarck dergleichen an einem preußischen Beamten erlebt, so wäre eine Anklage auf Hoch- und Landesverrath die sofortige Antwort gewesen; so viel ist auf jeden Fall klar, daß wenn Worte, wie Beamtendisziplin und Staatsraison überhaupt einen Sinn haben sollen, Pauli aufs Aergste dagegen verstoßen hatte. Aber auch vom rein menschlichen Standpunkt aus wird man sein Verhalten nicht eben sympathisch und würdig nennen können; hatte er derartige Ansichten von der württembergischen Regierung und hielt er ihren Krieg gegen Preußen für ein frivoles Unrecht, so hätte er beim Ausbruch des Krieges, wie Treitschke als Freiburger Professor in gleicher Lage that, sein Amt niederlegen sollen, statt aus anonymem Hinterhalt so „maßlose" und „ungebildete" Angriffe gegen die persönliche Ehrenhaftigkeit seiner amtlichen Vorgesetzten zu richten. Auch benahm sich Pauli keineswegs als Mann, geschweige denn als Held, sobald nach dem Friedensschluß zwischen Preußen und Württemberg seine Autorschaft ruchbar wurde, und die Stuttgarter Regierung ihn disziplinarisch belangte: er stammelte pater peccavi, erkannte das „Ungehörige" seines Betragens an, erbot sich zu aller möglichen Genugthuung, ging mit einem Worte, wie der

kourageusere Treitschke mißbilligend sagte, bis an die Grenze der einem tapferen Manne gestatteten Nachgiebigkeit.

Die schwäbischen Bureaukraten verstanden sich aber nicht auf ihren Vortheil, sintemalen sie eben auch Bureaukraten waren, und setzten das Disziplinarverfahren fort. Zunächst hatte nach württembergischem Verfassungsrecht der Tübinger Senat darüber zu entscheiden, „ob ein akademischer Lehrer, welcher derartige Angriffe gegen das Staatsoberhaupt, die Regierung und das Volk von Württemberg sich erlaubt habe, noch als geeignet betrachtet werden könne, sein Lehramt an der Landesuniversität zu bekleiden“. In der Sitzung des Tübinger Senats, die darüber berieth, erstattete der Naturforscher v. Mohl, ein politischer Gegner Paulis, den Bericht; er tadelte zwar den aufgeregten Ton und die persönlichen Angriffe des Aufsatzes, beantragte jedoch, zu beschließen, daß Pauli weder die sittliche noch die wissenschaftliche Befähigung zum Lehramt verloren habe. Diesen Antrag nahm der, ganz überwiegend aus geborenen Württembergern bestehende Senat mit starker Mehrheit an, worauf die Regierung die Versetzung Paulis an das evangelische Seminar zu Schönthal verfügte und damit erreichte, daß der Gemaßregelte selbst seinen Abschied nahm.

Die Entscheidung des Tübinger Senats aber wurde an den deutschen Universitäten als eine rühmliche That gepriesen. In erster Reihe that sich dabei Treitschke hervor, der damalige Hauptwortführer der preußischen Regierung; wenig zufrieden mit Paulis persönlich schwächlicher Haltung, hielt er doch das Prinzip hoch, fand in der Disziplinirung Paulis „einen Geist parteiischer Tücke und kleinlicher Rabulisterei“, der den „einzigen ehrenhaften Weg“, den Weg gerichtlicher Verfolgung gegen die „Preußischen Jahrbücher“ verschmäht habe, nannte sogar Paulis Aufsatz „im Ganzen und Großen bescheiden und maßvoll neben den rohen und gehässigen Schmähungen der schwäbischen Regierungspresse“, so daß Pauli „sogar ohne Ungerechtigkeit noch weit härter“ hätte sprechen dürfen. Nur die eine Stelle über den König von Württemberg sei „ernstlich bedenklich“; dies „gerechte Urtheil“ hätte ein „württembergischer Staatsdiener nicht öffentlich aussprechen“ dürfen. Dagegen was Pauli gegen Varnbüler, Geßler, Golther gesagt habe, sei „durchaus berechtigt und auch für einen Staatsdiener zuläßig“ gewesen; eine solche Kritik müsse sich „eine konstitutionelle Regierung“ eben gefallen lassen. Dieser Ansicht ihres damaligen Hauptwortführers war auch die preußische Regierung; sie berief den Professor Pauli auf einen Lehrstuhl der Geschichte erst in Marburg und dann in Göttingen.

So ist der Fall Pauli als historischer Präzedenzfall ganz vortrefflich geeignet, den Fall Delbrück nach allen Richtungen hin zu beleuchten. Besonders aber zeigt er, daß wenn die deutschen Universitätslehrer sich weigern sollten, für ihren mit dem Disziplinarknüppel bedrohten Kollegen Delbrück einzutreten, unter dem Vorwand, daß Delbrücks „maßlose Form“ sich nicht rechtfertigen ließe, damit ein reiner und ganz unverfälschter Schwindel getrieben werden würde. Der wirkliche Grund ihrer Zurückhaltung würde die reine und ganz unverfälschte Feigheit sein, und an der etwaigen Feststellung dieses Thatbestandes haben auch die Arbeiter ein gewisses Interesse.

Inzwischen wenn die deutschen Professoren dennoch das bessere Theil erwählen sollten, so wird es uns um so lieber sein; mit der werbenden Kraft ihrer Arbeiterbeglückungsrezepte läßt sich auch dann fertig werden.

Stanislaus Krusinskis Anschauungen vom sozialen Organismus.

Von C. v. Kelles-Krauz.

Die Soziologie steht in Polen in hohem Ansehen und erweckt ein großes Interesse in der gebildeten Klasse, insbesondere in der Jugend, vielleicht wegen der schwierigen und brennenden Probleme, welche die Lage des Landes unaufhörlich vor die Augen dieses empfänglichsten Theiles der Nation bringt. Sogar, abgesehen von Gumplowicz, der in Graz fern von Krakauer und Warschauer Bestrebungen und Strömungen lebt und der übrigens nicht nur polnisch, sondern auch deutsch schreibt und deshalb in der Welt der internationalen Soziologie hinreichend bekannt ist, sogar abgesehen von ihm könnte man im heutigen Polen über dreißig Gelehrte nennen, die sich mit den sozialen Wissenschaften beschäftigen und von denen mehrere Spezialisten sind. So z. B. Boleslaus Limanowski, der älteste der polnischen Soziologen; so Ludwig Krzywicki und J. K. Potocki, die großen Einfluß auf die Gemüther ausgeübt haben; daneben Forscher, die sich eigentlich mit anderen, der Soziologie aber sehr nahestehenden Zweigen der Lehre vom Menschen befassen, wie z. B. der Psycholog Dawid, der Ethiker Swientochowski. Andere wie Winiarski, Frau Sophie Daszynska, Nossig, Balicki, Makarewicz, Abramowski, Werygo sind Schriftsteller, die schon manches Namhafte in der jungen Wissenschaft geleistet haben und die gewiß — ohne daß man uns der nationalen Selbstgefälligkeit beschuldigen könnte — nicht unbekannt blieben, wenn sie in einer bekannteren Sprache, als es die polnische ist, schrieben. In den jetzigen Verhältnissen Polens aber sehen sie es als ihre Pflicht an, sich vor Allem ihrer Sprache zu bedienen, und so haben sie nur weniges in deutscher oder französischer Sprache veröffentlicht. Die Mehrzahl von ihnen wurde mehr oder weniger von dem mächtig befruchtenden Geiste des Marxismus beeinflußt, ja man könnte sagen, daß es in Polen keine eigentliche Soziologie gab, bevor die materialistische Auffassung der Geschichte dort eindrang.

Stanislaus Krusinski war einer der ersten Polen, die sich mit Marx beschäftigten, er gehörte zu den Uebersetzern des „Kapital“ und gleichzeitig zu den ersten polnischen Soziologen. Seine Arbeiten verdienen bekannt zu sein, hauptsächlich wegen der originellen Ideen über die Theorie des gesellschaftlichen Organismus, die so sehr eine Tagesfrage ist, daß man sie auf dem dritten Kongreß der Soziologen in Paris eingehend diskutirt hat. Es ist wahr, daß man sie, nach dem geistreichen Worte eines der Theilnehmer des Kongresses, begraben hat, hierzu aber haben eben die Ansichten Krusinskis auch etwas beigetragen.

I.

Krusinski hat nur neunundzwanzig Jahre, von 1857 bis 1886 gelebt. Man weiß sehr wenig Biographisches von ihm. Nachdem er seine Gymnasialstudien beendigt, widmete er sich der Medizin. Jedoch aller Mittel bar sah er sich bald genöthigt, auf einige Jahre die Stelle eines Hauslehrers in der Provinz zu übernehmen. Er ersparte endlich eine kleine Summe und begab sich auf die Universität zu Kasan, um dort seinen Doktorgrad zu erwerben. Schon nahte der Schluß der Studien, als ein durch Mühseligkeiten und Entbehrungen hervorgerufenes Gehirnfieber ihn überraschte. Drei Tage darauf lag er auf der Todtenbahre, fern von seiner Familie und von seinen Freunden. Eine Handvoll Studenten und Journalisten wohnte seinem zivilen Begräbniß bei.

Er besaß einen leidenschaftlichen und beharrlichen Charakter, ein Herz, welches die Leiden des Volkes und die Ungerechtigkeiten tief empfand, eine Intelligenz, die große Umwandlungen und den unaufhaltsamen Entwicklungsgang der Gesellschaft zu umfassen wußte, schließlich eine sittliche Strenge, von welcher sein Freund Krzywicki folgenden Zug mittheilt: Als Hörer des fünften Jahrgangs der Medizin stand er nicht an, beinahe die Gesammtheit seiner Kameraden gegen sich aufzubringen, indem er mehrere, welche ihre letzten Prüfungen auf Grund nicht ihres Wissens, sondern der Protektion zu bestehen gedachten, unter der Bedrohung einer öffentlichen Brandmarkung zwang, der Prüfung fernzubleiben und erst ihre Studien zu vervollkommnen, um nicht nachher wegen ihrer Unwissenheit den zu behandelnden Patienten zu schaden.

Seine Schriften, von seinem Freunde Krzywicki in zwei kleinen Bänden (320 Seiten insgesammt) vereint, erschienen nach seinem Tode in Warschau (1891).

Er hat nicht die Zeit gehabt, die umfangreicheren Arbeiten auszuführen, deren Plan er entworfen hatte. Eine Studie über die Erblichkeit, eine Kritik der Spencerschen „Moral“ unter dem Titel: „Der Apostel des Egoismus“ und deren Motto lautete: „Willst du die Menschheit aus dem Abgrund des jetzigen Elends zu den Wundergärten Edens hinaufführen, ohne daß sie sich die Füße wundgeht?“ sollten für den jungen Schriftsteller nur erste Etappen zu einem tiefsinnigen System der Psychologie des kollektiven Lebens sein.

Leider giebt es nur mehrere Skizzen des geplanten Werkes im ersten Bande seiner Werke, „Soziologische Essays“ betitelt. Derselbe besteht aus einer Reihe von Artikeln, welche die Kritik, sowie die Entwicklung der Theorie vom gesellschaftlichen Organismus enthalten. Im zweiten Bande, den „Oekonomischen und philosophischen Essays“, finden wir eine Kritik der Theorien und Ansichten eines sehr populären polnischen Oekonomisten, J. Supinski, mehrere Artikel über die Agrarfrage und eine Notiz über die „Einheit der Natur“, wo sich Krusinski gegen die Tendenz der comtistischen Positivisten, die Wissenschaft in empirische Fesseln zu schlagen und die monistischen Hypothesen zu bekämpfen, auflehnt. Diese Notiz entstand gelegentlich der Polemik Wyruboffs mit Dr. Choné.

Sie ist eigentlich die einzige philosophische Arbeit Krusinskis. Der junge Mensch fühlte sich hauptsächlich von ökonomischen und sozialen Problemen angezogen. Hier wollen wir jedoch nicht diese Seite seines Wirkens betrachten, sondern nur seine Theorie von der Gesellschaft als Organismus. Dabei hat er sich am tiefsten und originellsten gezeigt.

II.

Krusinski hatte eine eigene Art, diese Frage des gesellschaftlichen Organismus aufzufassen. Sie unterschied sich von den Ansichten sowohl der Anhänger, als auch der Gegner der organischen Theorie. Er sah davon ab, ob die Gesellschaft abstrakt genommen einen Organismus bilde oder nicht; er suchte nur zu beweisen, daß die moderne Gesellschaft gewiß kein Organismus sei und daß, wo man sie als solchen hinstellte, den Gelehrten ein übrigens nicht immer unbewußtes Klassenideal vorschwebte.

Er formulirt folgenderweise den Schluß, zu welchem die Theorie des gesellschaftlichen Organismus hinführt:

„Ist die Gesellschaft ein normaler und einheitlicher Organismus, so soll das Wirken ihrer einzelnen Theile harmonisch und auf ein gemeinsames Ziel gerichtet sein. In dieser Hinsicht sind alle separatistischen und auflösenden Strömungen aufs Entschiedenste zu verdammen und das Programm der ‚organischen

Arbeit', aufgestellt von der privilegirten Intelligenz, die auf die Rolle des Gehirns des gesellschaftlichen Organismus Anspruch erhebt, ist wie ein Kantscher kategorischer Imperativ für die ganze Gesellschaft verbindlich."

Dies der Schluß, der zur Rechtfertigung der Herrschaft einer Klasse über die anderen nothwendig ist. Und dies ist auch im Grunde das einzige Attribut des biologischen Organismus, das die bürgerlichen „Organisisten" als wesentlich für den gesellschaftlichen Organismus ansehen. In der Arbeitstheilung liegt die einzige unanfechtbare Analogie zwischen dem biologischen Organismus und der modernen Gesellschaft; es giebt aber auch andere Grundcharaktere des Organismus, welche der modernen Gesellschaft völlig abgehen.

Diese Behauptung sucht nun Krusinski zu beweisen.

Nach seiner Ansicht besitzt der biologische Organismus vier Grundeigenschaften: natürliche Arbeitstheilung unter die verschiedenen Organe, Eintracht und hierarchische Unterordnung der Verrichtungen; Ernährung jeder Zelle nach ihren Bedürfnissen und Arbeit nach ihren Kräften; schließlich Herstammung von einer einzigen Mutterzelle.

Die erste dieser Eigenschaften existirt in den modernen Gesellschaften, doch ist hier diese Arbeitstheilung bei Weitem nicht natürlich. Sie wurde nicht allmälig, auf natürlichem Wege herausgebildet. In der Mehrzahl der Fälle ist sie durch die Gewalt auferlegt worden.

Daher die Unzufriedenheit und der Kampf ums Dasein im Schoße der Gesellschaften; daher auch das fortwährende Wachsthum der zentrifugalen zerstörenden Strömungen. Hierin unterscheiden sich die Gesellschaften diametral von den Organismen. Krusinski giebt die Möglichkeit eines Kampfes ums Dasein zwischen den verschiedenen Theilen oder Zellen des Organismus nicht zu; giebt es einen derartigen Kampf, so wird dadurch die Existenz des Organismus gefährdet. „Die bürgerlichen Organisisten", sagt er, „behaupten zwar, daß die Theile eines biologischen Organismus oft im Kampfe gegen einander stehen. Spencer betont den funktionellen Antagonismus zwischen dem Gehirn und dem Magen; arbeitet das Gehirn zu viel und gebraucht es mehr Blut, so hört der Magen wegen des Nahrungsmangels auf, seinen Aufgaben obzuliegen. Giebt es aber einen derartigen Kampf im Innern eines Organismus, so ist er immer die Folge äußerer schädlicher Einflüsse und schwächt immer mehr oder weniger den Organismus. Wurde z. B. ein Organ von einem äußeren Faktor erregt und zieht es nun, um dagegen zu kämpfen, eine große Quantität Blut an, so werden die anderen Theile des Körpers um dieselbe gebracht. Kann man da sagen, es bestehe ein Kampf zwischen zwei Theilen desselben Organismus oder kämpft nicht der Organismus als eine Einheit vermittelst des direkt bedrohten Theiles gegen den äußeren Feind? Ebenso wenn eine übermäßige Erregung des Gehirns die anderen Lebenserscheinungen paralysirt, kann man nur von einer Anomalie der gesellschaftlichen Verhältnisse, unter denen der Organismus leidet, sprechen. Die Anhänger Spencers könnten antworten, die Gesellschaften seien ebenfalls gezwungen, sich gegen die äußeren Feinde zu vertheidigen; damit aber die Analogie nicht gestört werde, sollten die Privilegien einer gewissen Klasse nur im Kriegsfall oder während eines sonstigen Zusammenstoßes mit einer fremden Gesellschaft geduldet werden. Es sollte dies nur dann geschehen, wo das Lebensinteresse der ganzen Gesellschaft gefährdet wäre, wo man versichern könnte: die Resultate des Kampfes werden je nachdem vortheilhaft oder verhängnißvoll für die Gesammtheit der Gesellschaft sein; und außerdem müßte hier diese tief eingewurzelte, beinahe zum Instinkt gewordene Ueberzeugung jeden Parteikampf, jedes Gefühl der Un-

gerechtigkeit und der Unzufriedenheit niederhalten, kurz und gut, absolute Einstimmigkeit und Freiwilligkeit in der Vertheidigung und den zu erleidenden Opfern müßte hier walten.

Die bürgerlichen Organisisten aber wollen und preisen etwas ganz anderes: „Die Theoretiker der organischen Arbeit behaupten, als wenn sie ihr Losungswort verhöhnten, der Kampf ums Dasein im Schoße eines Organismus beeinträchtige keineswegs seine Einheit und eine vollkommene, organische Harmonie könne dem Konflikt der individuellen Interessen entströmen!“ Dieser innere Kampf erscheint ihnen nicht als ein Ausnahmezustand der Vertheidigung, sondern als normale Triebkraft, als beständige Grundlage des Lebens des Organismus.

Was jedoch beweist, daß dieser Kampf nicht normal ist, ist die wachsende unaufhörliche Unzufriedenheit, die er erweckt. „In einem wirklichen Organismus giebt es neben den individuellen, jedem Theile in Folge der Arbeitstheilung anhaftenden Kennzeichen, eine völlige Eintracht in Bezug auf die Interessen dieser verschiedenen Theile unter einander. Die mindeste Störung dieser Harmonie ruft das Dazwischentreten des entsprechenden Nervenzentrums hervor. Es kann hier von keinem Egoismus die Rede sein, eben weil das Wohlergehen der Gesammtheit und ihrer Bestandtheile einander bestimmen und durchdringen. Es kann hier auch von keinem Protest des Individuums gegen ein Uebermaß der Spezialisirung der Verrichtungen die Rede sein, und das in unseren Tagen so gern gepredigte Ideal eines integralen, d. h. in allen Beziehungen entwickelten Individuums muß da nicht nur als eine Utopie angesehen werden, sondern muß auch dem Prinzip einer strengen Zentralisation weichen. . . .“ „Indessen sehen wir im gesellschaftlichen Leben fortwährende Tendenzen zur Dezentralisirung der Macht, hören wir beständige Klagen über die Ungleichheit der Gesetze, über die Privilegien einerseits und über die Noth andererseits“, kurz und gut, die Gruppen und die Individuen befinden sich in beständiger Meuterei gegen die Gesammtheit.

Denn es fehlt eben der Gesellschaft das, was den Grundcharakter des Organismus bildet: „die hierarchische Unterordnung der Funktionen, in der das Nervensystem, vor Allem aber das Gehirn, die Leitung übernommen hat“. Es ist wahr, daß Spencer und seine Anhänger diese Zentralisation und dieses Dazwischentreten der Regierung im Falle eines äußeren Zusammenstoßes annehmen und anerkennen, doch behaupten sie, dieselbe könnte nicht für Funktionen, welche im Innern des Organismus vor sich gehen, d. h. für die Verdauung der Nahrung und den Kreislauf der Stoffe, was in der Gesellschaft der Erzeugung und dem Kreislauf der Reichthümer entspricht, bestehen. Auf dem ökonomischen Gebiet soll sich der Staat auf die Rolle des Nachtwächters beschränken. Uebrigens sagt Spencer noch etwas anderes in seinen „Grundsätzen der Soziologie“, und zwar: „Die einzige Funktion des Gehirns gegenüber dem eigenen Körper und der Regierung gegenüber dem eigenen Staate ist, die Beziehungen zwischen den verschiedenen Theilen des Organismus so zu regeln, daß kein einziger von ihnen eine übermäßige, unverhältnißmäßige Menge Nahrung zum Nachtheil der anderen sich aneigne.“

Augenscheinlich wird diese Funktion in der modernen Gesellschaft nicht erfüllt. Das Gehirn in einem Organismus beschränkt sich nicht darauf, im Falle eines Konflikts mit der Außenwelt einzugreifen. Darf man sagen, es lasse den Organen im inneren Leben, in der Umbildung und der Vertheilung der Nahrungsstoffe freien Lauf, so geschieht das nur deswegen, weil diese Funktionen wunderbar harmonisirt sind — das letztere ist nicht der Fall in der Gesellschaft —, und außerdem giebt es ein Prinzip, nach welchem die Erzeugung und die Vertheilung

stattfindet, und dessen Verletzung das Gehirn unmittelbar zwänge, dazwischen zu treten. Dieses Prinzip ist: „In jedem wirklich normalen Organismus bezieht jede Zelle Anfangs eine bestimmte Menge Energie, verbraucht Anfangs nach ihrem Bedürfniß und arbeitet erst dann zum Vortheil der ganzen Gesellschaft, nach ihren Kräften und nicht umgekehrt, wie es in der modernen Gesellschaft der Fall ist. Die Thatsache, daß die tüchtiger arbeitenden Zellen mehr Nahrung beziehen, ändert nichts an diesem Grundsatz, denn immer geht der Zuwachs der Nahrung jenem der Arbeit zuvor. Die physiologische Arbeit gewisser Körpertheile kann sogar während einiger Zeit unterbrochen werden: nichtsdestoweniger werden sie ihren Nahrungstheil bekommen, und wenn derselbe kleiner als während der Arbeitszeit sein wird, wird er trotzdem genügen, um ihre Existenz zu erhalten."

In der modernen Gesellschaft ist das Umgekehrte der Fall; und wenn dieselbe wie der Organismus verfahren wollte, so wäre sie verpflichtet, durch ihr Zentrum des Bewußtseins allen Mitgliedern den Konsum nach ihren Bedürfnissen zu sichern und von allen die Arbeit nach ihren Kräften zu fordern.

Doch eben dieses Hauptzentrum des Bewußtseins, dieses soziale Gehirn, besteht es in der modernen Gesellschaft? Die gebildete Klasse, die „Intelligenz", welche das gesellschaftliche Hirn bilden sollte, bildet sie dasselbe wirklich? Krusinski unterscheidet in ihrem Schoße zwei verschiedene Gruppen: die eine, welche sich an allerlei kapitalistische Unternehmungen, die Presse und die Literatur mitgerechnet, verdungen hat, und die andere, das Proletariat der Intelligenz. Um auf die oben gestellte Frage zu antworten, führe ich die ganze Seite an, auf der der polnische Soziologe das Gemälde des modernen Proletariats der Intelligenz entwirft:

„Dieses Bruchstück der Gesellschaft, das aus wirklich denkenden Proletariern besteht, die von der Hand in den Mund leben, und von einer Beschäftigung zur anderen übergehen, hat seine eigene und sehr bezeichnende Physiognomie. Diese Fachgelehrten ohne Beschäftigung, gezwungen, sich nach etwas Anderem umzusehen; diese Gelehrten, deren Ideen nur in sehr entfernter Zukunft Früchte tragen sollen; diese verkannten Genies, deren Größe die pygmäische Seele der modernen materialisirten Menge nicht erfassen kann; diese Halbgelehrten, welche ihre Mißerfolge mit Recht oder Unrecht den Mängeln der gesellschaftlichen Organisation zuschreiben, kurz und gut, alle diese verkannten Größen und alle Mittelmäßigkeiten, welche mit allzugroßer Strenge in die Mistpfütze des Elends hinabgestoßen wurden, haben miteinander viele gemeinschaftliche Züge. Vor Allem sind sie alle mit der gesellschaftlichen Ordnung, deren Mangelhaftigkeit ihre von der Natur aus empfindlicheren Nerven grausam verwundet, tief unzufrieden; indem sie von einem Orte zum anderen und von einer Beschäftigung zur anderen übergehen, indem sie mit allerlei Menschen in Berührung kommen, aus allen Oefen Brot essen und bald auf dem Wagen, bald unter den Rädern sich befinden, bilden sie sich allgemeinere und weitere Ansichten über die menschlichen Dinge. Eben aus dieser gesellschaftlichen Schicht, aus dieser beweglichsten und den verschiedensten Meinungen und Strömungen zugänglichsten Gruppe kommt meistens die strenge und allseitige Kritik der sozialen Wunden; hier entstehen die Entwürfe der großen Erfindungen, die Ideen der Sozialreformen, welche um ganze Jahrhunderte dem Laufe der Geschehnisse zuvorkommen, hier vernimmt das Ohr den Seufzer nach dem Ideal des allgemeinen Glückes. Diese Menge geistiger Kräfte, gehörig organisirt und benützt, könnte ein wahrhaftes Paradies auf der Erde schaffen; heutzutage, eines organischen Zusammenhangs mit dem Reste der Gesellschaft und eines leitenden Grundsatzes bar, geht sie größtentheils elendiglich zu Grunde.

Beständiger Zwist zwischen Theorie und Praxis; Träume, welche vom Zaume der praktischen Erfahrung nicht gezügelt werden; übermäßige Gehirnthätigkeit, die das Gehirn erregt, ohne die erzeugten Ideen zur Durchführung zu bringen; fortwährendes Hinundhergeworfenwerden; hier das Sterben für die Idee, dort der Verkauf der Persönlichkeit an den Meistbietenden, kurz und gut: geistige und sittliche Auflösung, das ist das klägliche Gemälde der gesellschaftlichen Schicht, welche ihrer Natur nach das meiste Anrecht auf die Rolle des Gehirns im gesellschaftlichen Organismus hätte."

Von der anderen, über ein eigenes Haus und Heim verfügenden Gruppe der gebildeten Klasse spricht Krusinski:

„Jene moderne Intelligenz, welche als das gesellschaftliche Gehirn gelten will, befindet sich gar nicht auf der Höhe dieser Sendung. Denn statt durch tausend sympathische Bande mit dem Volke eng verbunden zu sein, ist sie von demselben durch eine Mauer egoistischer Indifferenz getrennt. Statt immer die Bedürfnisse aller Mitglieder des Organismus zu beachten und zu studiren, statt alle ihre Regungen zu empfinden, hat sie im Allgemeinen gar keinen Begriff von den Bedürfnissen und Bestrebungen des Volkes."

„Und dann", fragt Krusinski, „was ist denn dieser Organismus, dessen Evolution eine Reihe Revolutionen aufweist, dessen Inneres vom Kampfe Aller gegen Alle durchzuckt wird? Was ist dieses Verdauungsorgan, dessen Zellen, von einer übermäßigen Arbeit zum ausschließlichen Vortheil einiger Wenigen erschöpft, massenweise des Hungertodes sterben oder außerhalb des sie stiefmütterlich behandelnden Organismus auswandern? Was ist dieses Organ des Kreislaufs, welches die seinem ‚eigenen' Organismus entnommenen Säfte stromweise nach dem Ausland ergießt? Was ist dieses Gehirn, von dem ein Theil nur einem kleinen privilegirten Bruchstück des Organismus dient, während der andere — und nicht minder gute — vom mütterlichen Organismus enterbt, nicht nur zum Erhalten seiner Existenz nicht beiträgt, sondern sogar gegen ihn tödtliche Geschosse schleudert?"

Nein, die modernen Gesellschaften sind gar keine Organismen; und zwar fehlt ihnen noch ein anderer Grundzug der Organismen: die Abstammung von einer gemeinsamen Mutterzelle. Jeder wirkliche Organismus — und dies stellt Krusinski als Grundsatz auf — bildet sich und wächst durch die innere Vermehrung, durch die Theilung zuerst der einzigen Mutterzelle, dann der Tochterzellen, welche sich differenziren und sich ihrem Wachsthum entsprechend koordiniren. Eine Zelle, unter dem Mikroskop gesehen, kommt, wenn sie genährt wird, zu einer Phase, wo sie sich aufbläht, sich ausstreckt, dann sich in einem Punkte verengt und schließlich in zwei Theile zerfällt, welche ihrerseits dasselbe Geschick erfahren. Wohlan, es gab einst eine Zeit, wo die einfachen Organismen, welche dann zu sozialen Zellen werden sollten, sich auf dieselbe Art mehrten. Es waren primitive Familien. „Diese blutschänderische Familie, deren Mitglieder gemeinschaftlich lebten, erreichte einen gewissen Umfang und fing nach und nach an, die Tendenz zur Auflösung in mehrere Theile zu entwickeln. Mehrere Gründe waren hier vorhanden: Mangel an Nahrung im Bereich einer Oertlichkeit, die natürliche Lösung der Bande zwischen den immer zahlreicheren Mitgliedern der Familie." Und von diesem Gesichtspunkt aus legt Krusinski die Entwicklung der Familie und die Bildung der Gens dar. Er fußt auf den von Lubbock und Morgan gesammelten Thatsachen und ist demnach einer der Ersten, welche diese zwei bei uns damals noch wenig bekannten Gelehrten dem gebildeten Publikum präsentirt haben.

„Die größere (im Vergleich mit der Gruppe der Brüder mit ihren Frauen) Lebensbefähigung der von den Schwestern mit ihren Gatten zusammengesetzten Familienform (‚Punalua' genannt) war wahrscheinlich dem zuzuschreiben, daß die Bande zwischen den Mitgliedern dank dem gemeinschaftlichen Leben und der gemeinschaftlichen Wirthschaft enger waren. So können diese Gruppen für sich als primitive gesellschaftliche Organismen gelten." — „Diese Familien, diese Gentes, gaben durch ihr Wachsthum, ihre Theilung und die natürlichen Bande, welche die gebildeten Theile zu vereinen fortfuhren, den Phratrien ihren Ursprung. Aus diesen formten sich die ganzen Stämme mit demokratischen Familieneinrichtungen, wie man dies noch bei den alten Griechen sieht. Diese primitiven sozialen Gruppen waren wirkliche Organismen, denn 1. sie waren wie jeder individuelle Organismus durch innere Zellenvermehrung entstanden; 2. alle ihre Theile hielt die Gemeinschaftlichkeit der Interessen und die Uebereinstimmung der Organisation eng zusammen; 3. in Folge individueller Unterschiede der Mitglieder, welche mit dem Wachsthum der Gruppen an den Tag traten, kam es nach und nach zu einer natürlichen und nicht erzwungenen Arbeitstheilung; 4. jedem Einzelnen, der nach seinen Kräften arbeitete und nach seinen Bedürfnissen verbrauchte, wurde die möglichste Entwicklung seiner individuellen Begabungen und Talente gesichert."

Es kam aber die Unterjochung der ackerbauenden Stämme durch Nomaden und mit diesem Augenblick beginnt eine neue Periode in der Geschichte der Menschheit. Diese geschichtliche Begebenheit wurde zum Ausgangspunkt einer gesellschaftlichen Ordnung, gegen die wir selbst noch ankämpfen.

Die Eroberung mußte durch eine stark zentralisirte Administration gesichert werden. Sie zeugte die Knechtung und die Ausbeutung, vernichtete die Solidarität und die Familienorganisation, rief endlich die Bildung feindlicher Klassen hervor, denn die Eroberer zogen die begabtesten und die stärksten unter den Besiegten durch Gunst und Versprechungen auf ihre Seite, reihten sie in ihre Organisation ein und bildeten so eine privilegirte Klasse.

Und nun befinden wir uns in den modernen Gesellschaften! „Geben wir nur zu, daß die Gesellschaft kein einheitlicher Organismus, sondern eine Anhäufung verschiedener miteinander nicht in Einklang gebrachter Organisationen sei, so werden wir die Gegensätze der organischen Formen und des wirklichen Lebens völlig begreifen." Es leuchtet ein, daß in sittlichen Fragen keine Einstimmigkeit der Gesellschaft statthaben kann, daß der Zusammenhang der einzelnen Individuen gestört ist und daß der Individualismus — ich meine hier jene Theorien, welche das Individuum der Gesellschaft als Feind gegenüberstellen und ihre Zersetzung anstreben — daß dieser Individualismus, der absurd ist in einer primitiven Gesellschaft, wo das Individuum gewissermaßen ein Produkt der Theilung der Familienzellen ist und nie im Gegensatz zu denselben steht, täglich Fortschritte in einer Organisation macht, deren Mitglieder immer mehr gezwungen werden, auf die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu Gunsten Anderer zu verzichten.

„Demnach" — sagt Krusinski — „wenn wir einem Kampfe ums Dasein im Inneren einer Gesellschaft begegnen, werden wir uns vor folgender Alternative befinden: Diese Gesellschaft leitet entweder ihren Ursprung von einem gemeinschaftlichen Stamme ab, dann war sie also ursprünglich ein wirklicher Organismus, und der innere Kampf wird sie je nach seiner Intensität mehr oder weniger erschöpfen und entkräften; oder sie wurde durch die Vereinigung ursprünglich einander völlig fremder Individuen gebildet, und so kann sie, solange der innere Kampf dauert, kein wirklicher Organismus werden."

Unser Schriftsteller hat die verschiedenen Verhältnisse zwischen fremden Organismen sorgsam studirt und er fand, daß weder Parasitismus noch Kommensalismus eine Verschmelzung zweier Organismen in einen zu Stande bringen können. Was den Mutualismus betrifft, d. h. „ein Verhältniß, wo zwei fremde Organismen einander gegenseitige Dienste behufs besserer Ausbeutung der Natur oder besserer Vertheidigung gegen dieselbe erweisen“, so ist er nur eine gemilderte Form des Parasitenthums. Er entspricht dem Verhältniß zwischen dem siegreichen und dem besiegten Stamme, die in eine geknechtete und eine ausbeutende Klasse, deren Kampf niemals einem wirklichen gesellschaftlichen Organismus das Leben geschenkt hat, verwandelt wurden. Um ihre Analogie zu retten, suchten die bürgerlichen Organisisten eifrig nach Beispielen von biologischen Organismen, die aus dem mutualistischen Verhältniß zwischen zwei niedrigen Organismen entstanden wären; doch Krusinski weist nach, das Suchen habe von vornherein erfolglos bleiben müssen. Gegenseitige Diensterweisung zweier Organismen bringt eine Art gegenseitige Anpassung hervor, aber niemals hat es ein Beispiel gegeben, wo sie zu *einem* Wesen verschmolzen wären.

Dazu muß jeder Kampf ums Dasein innerhalb des Organismus aufhören, und die Bedingung hiefür ist, daß jede Zelle nach ihrem Bedürfniß verbrauche und nach ihren Kräften arbeite. Auch muß, damit der gesellschaftliche Organismus zur Wirklichkeit werde, die Gesellschaft so organisirt werden, daß jeder Klassenkampf in ihr unmöglich sei, d. h. daß die Klassen aufgehoben werden. In einem solchen sozialen Organismus könnte es nicht mehrere Sittlichkeitslehren, noch mehrere Wissenschaften geben; der Gegensatz zwischen der Moralität und der Wissenschaft verschwände, wahre gesellschaftliche Instinkte des Guten, des Schönen und des Wahren würden entstehen; kurz und gut, diesem gesellschaftlichen Organismus wäre das eigen, wovor der Organisiste Spencer zurückschreckte: die *gesellschaftliche Seele*, in der individuelle Seelen sich vereinen würden, ohne darin unterzugehen.

Ueber diese „soziale Seele“ dachte Krusinski viel nach; um diese Frage zu ergründen, plante er eine Arbeit über die kollektive Psychologie. Er hat nicht Zeit gehabt, alle seine Gedanken auszudrücken, nur mehrere Fragmente enthalten dies und jenes darüber. In einer Stelle offenbart sich sogar sein heißer Wunsch nach gesellschaftlicher Einheit ziemlich fremdartig: er sieht einen der Faktoren dieser Einheit in den Erscheinungen des „Gedankenlesens ohne äußere Zeichen“.

Dies die Theorie Krusinskis von dem gesellschaftlichen Organismus und von der sozialen Evolution im Allgemeinen. Wir bemerken erstens, daß, was den Ursprung der Klassen und demnach des Staates und der jetzigen Regierungen anbelangt, dieselbe jener Gumplowicz' ähnelt. Es ist dies die Knechtung einer Rasse oder wenigstens eines Stammes durch den anderen und die daraus folgende Organisation der Klassen. Diese Theorie steht mit derjenigen der marxistischen Schule nicht in Einklang, doch findet man die Marxsche Dialektik und den Internationalismus in der Ansicht, daß der Klassenkampf aus dem Kampfe der Stämme entstanden, dann überwiegend wurde und den Nationenkampf bestimmte, wieder. Angewandt auf die Frage des gesellschaftlichen Organismus, schafft diese Thatsache des Kampfes der Stämme, welcher dann in eine auf dem Kampfe der Klassen beruhende soziale Organisation umgeformt wird, anders gesagt, dieser Kampf ums Dasein, der eine Art Mutualismus zur Welt bringt, einen besonderen Gesichtspunkt. Der gesellschaftliche Organismus nämlich wäre eine Wirklichkeit in der Vergangenheit und in der Zukunft; heutzutage ist er nur eine mehr oder weniger freiwillige Täuschung der regierenden, auf die Rolle des sozialen Gehirns An-

sprüche erhebenden Klasse. Die Klassengesellschaft wäre demzufolge einem riesigen Schlachtfeld ähnlich, wo eine große Anzahl einander fremder und feindlicher Organismen, welche die gegenseitige Knechtung bezwecken, die einen — die unterjochten — in Folge des Entbehrens, die anderen — die schmarotzenden — in Folge der Ueberfütterung, scheußlich verkommen, um eines Tages sich wieder zu einem diesmal harmonischen und unzerstörbaren Ganzen zu vereinen.

Augenscheinlich läßt diese Meinung die Frage, ob die menschliche Gesellschaft wirklich ein Organismus sei, ungelöst. Eins scheint uns bewiesen worden zu sein: die moderne Gesellschaft und im Allgemeinen jede Klassengesellschaft ist kein Organismus. Auf die umständlicheren Erörterungen, wie z. B.: kann die Gesellschaft unter gewissen Verhältnissen eine Art Organismus werden? Sind die sozialen Bande denen der Elemente eines lebenden Körpers ähnlich? ging Krusinski nicht ein. Seine Gedanken darüber erscheinen sogar ein wenig unklar. Manchmal, wenn er die Bedingungen aufzählt, unter denen die Gesellschaft zu einem Organismus werden könnte und die ihm der Kommunismus zu erfüllen scheint, scheint es, als beabsichtige er blos die antikommunistischen bürgerlichen Organisisten in Widerspruch miteinander selbst zu bringen. An anderen, zahlreicheren Stellen seines Buches scheint er die Möglichkeit der Umformung der Gesellschaft zu einem wirklichen Organismus anzunehmen; wenn er erklärt, die moderne organische Theorie sei nur „ein Entwurf des Entwurfs der sozialen Wissenschaft“, so wirft er anderseits den Gegnern dieser Theorie, den Marxisten, vor, den Zusammenhang zwischen Soziologie und Biologie zu vernachlässigen. Er begründet diesen Ausspruch geistvoll, indem er schreibt: „Da die Bildungsprozesse im Gebiet der biologischen Erscheinungen viel besser erforscht wurden, als die Ursachen des Verschwindens und des Verfallens der schon gebildeten Organismen, so können die Leute, welche die moderne gesellschaftliche Organisation als etwas sich Auflösendes darstellen, ihre Ansichten nicht auf entsprechende biologische Grundlagen stützen.“

Eins aber, wiederhole ich, steht fest, nämlich, daß die moderne Gesellschaft höchstens als ein mutualistisches, sehr mangelhaftes Verhältniß mehrerer heterogenen Organismen, welche sich langsam zu einem einzigen einheitlichen Organismus umbilden, betrachtet werden kann. Folglich, welche immer die Lösung der allgemeinen Frage von dem gesellschaftlichen Organismus sein wird (sei es, daß, wie ich es trotz der geschickten Argumentirung des französischen Soziologen René Worms[1] glaube, die Analogie rein oberflächlich und zufällig ist, sei es, daß es wirklich eine überindividuelle soziale Persönlichkeit giebt), diese Lösung muß auf einem anderen Boden und vermittelst anderer Wege als denen der Spenceristen gesucht werden. Zugleich indem die Frage so ihre praktische Anwendung verliert, kommt sie auch um ihre Aktualität. Sie wird blos ein Problem der eigentlichen Philosophie — ich möchte sagen der soziologischen Aesthetik — und sie kann den Spekulationen derjenigen, die dazu den Hang spüren, überlassen werden, ohne daß daraus die Gefahr erwächst, daß sie von einer Klasse in egoistischem Interesse ausgebeutet werden.

Diese Reinigung der Frage des gesellschaftlichen Organismus von den Elementen der Bourgeoisie bezweckte Krusinski und er scheint uns seinen Zweck erreicht zu haben. Es ist dies wohl ein Verdienst, und hauptsächlich mit diesem Theile seiner soziologischen Ideen wollte ich das Ausland bekannt machen.

---

[1] „Organisme et Société“, Paris 1897.

Die Entwicklung der Kali-Industrie, das Kali-Syndikat und die Kali-Arbeiter.

Von Karl Hakenholz.

I.

Die Kali-Industrie, d. h. die bergmännische Gewinnung und fabrikatorische Verarbeitung der Kalisalze, ist noch sehr jungen Alters. Noch vor vier Jahrzehnten hatte Niemand eine Ahnung von den in der Dyas- oder Permformation des mittleren Deutschlands lagernden Kalischätzen, die sowohl für die Agrikultur wie für die chemische Industrie von hoher Bedeutung geworden sind und deren Gewinnung und Verarbeitung selbst eine bedeutende Industrie ins Leben rief. Die erste Auffindung der Kalisalze geschah bei den Versuchen der preußischen Regierung, im Magdeburg-Harzer Becken, besonders in Staßfurt, dem jetzigen Mittelpunkt der Kali-Industrie, Steinsalzlager zu erbohren. Im Jahre 1839 wurde in Staßfurt, wo schon seit alter Zeit ein Salinenbetrieb existirte, der besonders im vorigen Jahrhundert eine hervorragende Bedeutung gewann, ein Bohrloch angesetzt, welches 1843 in 256 Meter Tiefe ein mächtiges Steinsalzlager erschloß. Ueberraschender Weise fand man dasselbe überlagert von einer Schicht Kali- und Magnesiasalzen, mit denen man nichts anzufangen wußte. Da man sie gewissermaßen erst abräumen mußte, um zu dem darunter lagernden Steinsalz, das man gewinnen wollte, zu gelangen, bezeichnete man sie mit dem Namen Abraumsalze.

Da damals die Gewinnung von Steinsalz für die preußische Regierung von größter Wichtigkeit war, entschloß man sich, trotz der nicht besonders günstigen Resultate der Bohrversuche, 1852 zwei Schächte anzuhauen, die in fünf Jahren bis in förderfähiges Steinsalz niedergebracht wurden. Inzwischen hatte auch die anhaltische Regierung in ihrem an Staßfurt angrenzenden Gebiet Bohrversuche auf Steinsalz unternommen und zwei Schächte niedergebracht, in denen 1862 die Förderung aufgenommen wurde. Auch hier fand man Abraumsalze in bedeutender Menge über dem Steinsalz lagern.

Da die Abraumsalze einen Stoff enthalten, der für die Technik von großer Bedeutung ist, vor Nutzbarmachung der Abraumsalzlager aber nicht in größeren Mengen dargestellt werden konnte, konnte es nicht ausbleiben, daß sich die nie ruhende wissenschaftliche Forschung damit beschäftigte, Methoden der Gewinnung und zweckmäßigen Darstellung des Kalis aus den Abraumsalzen zu ersinnen. Ueberdies fielen in jene Zeit die Versuche und Forschungen des um die Agrikultur hochverdienten Chemikers Justus von Liebig, der sehr energisch eine rationelle Bodendüngung empfahl. Für dieselbe ist aber das Kali unentbehrlich. Bedürfen doch manche Pflanzen, besonders diejenigen, welche große Mengen von Kohlehydraten produziren, wie die Runkelrüben, die Kartoffeln und der Tabak, zu ihrer Entwicklung große Mengen von Kalisalzen, weshalb man sie früher auch geradezu als Kalipflanzen bezeichnete. Außerdem aber findet sich das Kali in fast allen Pflanzen und ist für jede höhere Pflanze schlechterdings unentbehrlich. Früher gewann man die Kalisalze hauptsächlich aus Pflanzenasche und verbrannte zu diesem Zwecke große Mengen Holz, in neuerer Zeit benützte man auch Rübenmelasseschlempe, wodurch man aber dem Acker das Kali entzog. Sollte er nicht verarmen, mußte man ihm dasselbe auf andere Weise, z. B. durch Guano, wieder zuführen.

Die Aufschließung der Staßfurter Salzlager bot zum erstenmal die Möglichkeit, Kalisalze in größeren Mengen zu gewinnen. Freilich mißlangen die ersten Düngungsversuche mit Abraumsalzen; durch mannigfache Versuche lernte man aber bald die Kochsalze (Kainit, Carnallit, Sylvinit 2c.) zu konzentrirteren Salzen (Chlorkalium, schwefelsaures Kali, Kalimagnesia 2c.) zu verarbeiten, in welcher Form sie zu Düngungszwecken besonders geeignet sind. Aber auch für die Industrie wurde die Erschließung der Staßfurter Salzlager von großer Wichtigkeit, sind doch die

Kalisalze unentbehrlich für die Glas- und Seifenfabrikation, für die Herstellung des Schießpulvers und von großer Bedeutung für andere Industriezweige. Besonders in der chemischen Industrie sind sie zum Ausgangspunkt für die Herstellung anderer Produkte geworden und haben ihr gut Theil beigetragen zu dem großartigen Aufschwung, welchen die chemische Industrie in den letzten Jahrzehnten genommen hat.

Nachdem man erst einmal die Bedeutung der Kalisalze für Industrie und Landwirthschaft erkannt hatte, und nachdem Ende der sechziger Jahre das staatliche Salzmonopol aufgehoben war, begann sich das Privatkapital dem neuen Industriezweig zuzuwenden, der bald einen schnellen Aufschwung nahm. Im Jahre 1861 wurde von A. Frank in Staßfurt die erste chemische Fabrik gegründet, die sich mit der Verarbeitung der Abraumsalze befaßte. Ihr folgten bald andere. Im nächsten Jahre entstand eine größere Chlorkaliumfabrik in der Sülze bei Staßfurt, die von Anfang an mit Dampfbetrieb arbeitete. In diesem Jahre wurden bereits 408000 Zentner Rohsalze in 4 Fabriken verarbeitet. 1863 bestanden schon 11 Kalifabriken, deren Zahl im Laufe des Jahres 1864 auf 18 anwuchs, wodurch eine Ueberproduktion an Kalisalzen hervorgerufen wurde, die zur Folge hatte, daß mehrere Fabriken eingingen. 1867 waren 16 Fabriken vorhanden, bis zum Jahre 1871 stieg die Zahl der Fabriken allmälig auf 28. Da wurden 1871/72 plötzlich 8 neue Fabriken gegründet, so daß die bestehenden beiden Salzwerke nicht mehr genügende Mengen von Kalirohsalzen fördern konnten, um die Ansprüche sämmtlicher Fabriken zu befriedigen. Es trat von 1872 an ein stetiger Preisrückgang des Chlorkaliums ein, der von 1874 ab eine Anzahl Fabriken zum Stillliegen brachte. Unter dem Druck dieser Krise schloß sich der größte Theil der Fabriken zu einer Vereinigung zusammen, welche vereinbarte, ihre Produkte nicht unter einem gewissen Preise zu verkaufen, der allwöchentlich durch gegenseitige Abwägung von Angebot und Nachfrage festgestellt wurde. Als jedoch die Nachfrage nach Kaliprodukten schnell nachließ, löste sich 1877 die Vereinigung wieder auf und die freie Konkurrenz trat wieder die Herrschaft an.

Während eines Zeitraums von fünfzehn Jahren hatten die beiden fiskalischen Bergwerke die Förderung von Kalisalzen allein in Händen gehabt. Nach Aufhebung des Salzmonopols 1868 entstanden eine Anzahl Privatbergwerke in der Umgebung des erschlossenen Gebiets. Da sich die anhaltische Regierung auf ihrem Gebiet ein größeres Feld für den eigenen Bergbau reservirt hatte, während sich die preußische nur ein mäßiges Feld vorbehielt, wandten sich die Privatunternehmungen mehr dem preußischen Gebiet zu. Natürlich wurden nicht alle Bohrgesellschaften findig und nur sehr wenige trafen wirklich abbauwürdige Kalisalzlager an. Im Jahre 1876 trat das von der Gewerkschaft „Agathe" gegründete Werk Neustaßfurt bei Staßfurt in Förderung. Schon zwei Jahre vorher war der erste Schacht des Salzwerks „Douglashall" in Betrieb gekommen, das 1878 in den Besitz der Konsolidirten Alkaliwerke zu Westeregeln bei Egeln überging. Ein anderer Schacht, genannt „Ludwig II.", wurde in der Nähe von Staßfurt unter Leitung von A. Riebeck niedergebracht, erreichte aber die erhofften Kalilager nicht. Später wurde die Durchteufung des Steinsalzlagers fortgesetzt und darunter ein Kalilager erreicht, dessen Abbau 1883 in Angriff genommen wurde. Eine Londoner Gesellschaft begann 1878 bei Aschersleben mit dem Abteufen eines Schachtes, der aber durch Wassereinbruch zu leiden hatte. Das „Schmidtmannshall" genannte Werk kam in Folge dessen auch erst 1883 in Betrieb und ging später in die Hände einer Aktiengesellschaft über, zu welcher Schmidtmann, die Diskontogesellschaft zu Berlin und die Deutsche Bank ebendaselbst gehören, und führt seitdem den Namen „Kaliwerke Aschersleben".

Am 1. April 1879 traten die genannten Bergwerke zu einer Konvention zusammen. Sie vereinbarten eine den jeweiligen Bedürfnissen des Marktes anzupassende Rohsalzförderung und erhöhten gleichzeitig den Rohsalzpreis von 80 Pfennig auf 1 Mark pro 100 Kilogramm. Durch die unerwartet schnelle Entwicklung des Aschersleben Werkes, das eine eigene große Chlorkaliumfabrik errichtet hatte und auf Grund der Konvention sofort Absatz für seine in großartigem Maßstab betriebene

Rohsalzverarbeitung fand, sowie durch einen eingetretenen Rückgang in der Nachfrage, sahen sich die Werke veranlaßt, die bisherige Konvention für den 1. Oktober 1883 zu kündigen. Es wurden jedoch sofort Versuche unternommen zur Gründung einer neuen Vereinigung, die Anfangs an dem Widerstand des anhaltischen Fiskus, der sich mit der geforderten Einschränkung der Rohsalzförderung auf seinem Leopoldshaller Werke nicht einverstanden erklärte, zu scheitern drohte, aber am 15. Oktober 1883 doch zu Stande kam. Diese Konvention erfuhr 1884, nachdem Neustaßfurt mit der Anlage seiner Chlorkaliumfabrik fertig geworden war, eine Erweiterung. Zwischen den mit eigenen Fabriken versehenen Bergwerken und der großen Mehrzahl der in Staßfurt und Umgebung bestehenden Fabriken, von denen sich nur vier ausschlossen, kam auf die vorläufige Dauer von fünf Jahren ein Vertrag zu Stande, wonach dieselben ein Verkaufssyndikat der Chlorkaliumfabriken gründeten, das den Verkauf sämmtlichen Chlorkaliums von 75 Prozent Reingehalt an aufwärts zu besorgen hatte. Dieses Syndikat erreichte vertragsgemäß 1888 mit Jahresschluß seine Endschaft. An die Stelle desselben trat sofort ein auf breiterer Grundlage errichtetes Verkaufssyndikat der Kaliwerke, das von den betheiligten Werken und Fabriken auf die Dauer von zehn Jahren geschlossen und vor Kurzem auf weitere drei Jahre unter Einschluß einiger neuer Werke erneuert wurde.

Ende der achtziger und Anfangs der neunziger Jahre waren noch Kalibergwerke in Betrieb gekommen in Bernburg, Anderbeck, Vienenburg und Thiede. In letzter Zeit hatte sich die Spekulation besonders dem Nordabhang des Harzes (Braunschweig-Hannover) und dem Südabhang desselben (Thüringen) zugewendet, doch haben nur wenige Bohrungen abbauwürdige Salzlager ergeben, nur in Sondershausen (Thüringen) und Neindorf bei Wendessen (Braunschweig) kam es zur Eröffnung von Salzwerken, von den zahlreichen hannöverschen Bohrungen werden die weitaus meisten früher oder später ein unwillkommenes Ende nehmen müssen.

Von den chemischen Fabriken, die sich mit der Verarbeitung von Kalisalzen befassen, haben sich, dem Drange nach Großbetrieb folgend, viele zu bedeutenden Aktiengesellschaften vereinigt; so entstanden die „Vereinigten Chemischen Fabriken zu Leopoldshall“, die „Staßfurter Chemische Fabrik, vormals Vorster & Grüneberg“ u. s. w. Die paar noch bestehenden kleinen Fabriken werden immer mehr zurückgedrängt und müssen schließlich erliegen. Sie würden sofort vom Erdboden verschwinden, träte wieder die freie Konkurrenz ein, das Syndikat sichert ihnen mehr ein Scheindasein, giebt aber andererseits dem Großkapital die Macht, ihren Lebensfaden nach und nach zu unterbinden.

So drängt alles zum Großbetrieb und die Spitze des Großbetriebs ist das Kartell. Die unheilvollen Wirkungen der freien Konkurrenz haben die Kaliproduzenten schon frühzeitig dazu geführt, sich zu kartelliren, andererseits gab das Vorkommen der Kalisalze auf einem engbegrenzten Bezirk den Kaliwerken ein natürliches Monopol, das es ihnen leicht machte, sich zu vereinigen.

II.

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den betheiligten Interessenten, nach Ueberwindung mannigfacher Schwierigkeiten ist im Sommer 1898 ein neuer Syndikatsvertrag abgeschlossen worden, der am 1. Januar 1899 in Kraft tritt und bis zum 31. Dezember 1901 gilt. Er verlängert sich aber um je ein weiteres Jahr, wenn er nicht bis Schluß des jeweilig letzten Vertragsjahres von einem Werke aufgekündigt ist. Die von den kartellirten Kaliwerken hergestellten Kalisalze werden zur Vertheilung des Gesammtabsatzes auf die einzelnen Werke in vier Gruppen bezw. Gattungen von Erzeugnissen unterschieden: Gruppe I: Erzeugnisse mit mehr als 48 Prozent Kali; Gruppe II: Erzeugnisse mit mehr als 18 bis 48 Prozent Kali; Gruppe III: Nichtkarnallitische Rohsalze mit einem Kaligehalt von 12,4 bis 18 Prozent; Gruppe IV: Karnallitsalze. Die Betheiligungsziffern der einzelnen Werke, die ausgedrückt werden in Tausendsteln des Gesammtabsatzes der vier einzelnen Gruppen, sind wie folgt festgesetzt:

	Gruppe I.	II.	III.	IV.	Total
Preußischer Fiskus	130	130	130	142	532
Anhaltischer "	118	118	120	110	466
Westeregeln	100	100	102	100	402
Neustaßfurt	100	100	102	100	402
Aschersleben	100	100	102	100	402
Bernburg	100	100	102	100	402
Vienenburg	93	93	101	100	387
Ludwig II.	72	72	26	80	250
Wilhelmshall	61	61	85	70	277
Sondershausen	40	40	70	—	150
Hedwigsburg	40	40	60	50	190
Thiederhall	46	46	—	48	140
	1000	1000	1000	1000	4000

Die Festsetzung der Betheiligungsziffern machte nicht geringe Schwierigkeiten. Die jüngeren, noch in der Entwicklung begriffenen Werke verlangten höhere Betheiligungsziffern, dazu kamen die Ansprüche der neu aufgenommenen Werke. Andererseits strebten die alten Werke natürlich dahin, daß ihnen ein möglichst großer Antheil am Förderquantum belassen wurde. Mehrmals drohten die Verhandlungen an diesen Interessenstreitigkeiten zu scheitern. Allein der Wunsch, den Kampf der freien Konkurrenz, der allen Betheiligten Wunden schlagen würde, zu vermeiden, die Ueberzeugung, daß das Kartell für die Entwicklung der Industrie äußerst günstig gewirkt hat, führte endlich eine Einigung herbei. In letzter Stunde, nachdem schon alle anderen Betheiligten ihre Zustimmung zum neuen Vertrag gegeben hatten, verweigerte der anhaltische Fiskus seine Zustimmung. Nachdem in einer Nachtragsverhandlung am 29. Juni die Mehransprüche desselben befriedigt waren, war endlich das Zustandekommen des Syndikats gesichert.

Aber noch andere Umstände waren von weittragendem Einfluß auf die Syndikatsverhandlungen und den Abschluß des neuen Vertrags. Seit Jahren ist man in den Kreisen der deutschen Agrarier thätig, die Kaliwerke zu veranlassen, der deutschen Landwirthschaft die Kalisalze zu Vorzugspreisen zu überlassen. Bei dem großen Einfluß, den die Agrarier noch heutigen Tages auf die preußische Regierung ausüben, ist es nicht zu verwundern, daß letztere auch diesen Bestrebungen der Agrarier wohlwollend gegenübersteht und ihr Möglichstes thut, um ihre Wünsche zu erfüllen und den agrarischen Profit auf Kosten des industriellen zu erhöhen. Aber hier kommt die preußische Regierung in Konflikt mit ihren eigenen Interessen, da der preußische Staat selbst Kaliproduzent und Mitglied des Kalisyndikats ist.

Dieser Situation hat die Regierung durch die verschiedensten Mittel gerecht zu werden versucht. In der Session des preußischen Landtags 1893/94 brachte sie einen Gesetzentwurf betreffend Aufsuchung und Gewinnung der Kali- und Magnesiasalze ein, der die Verstaatlichung der Kalisalzgewinnung bezweckte, aber nach langen Debatten im Plenum und einer zur Berathung des Entwurfs eingesetzten Kommission des Abgeordnetenhauses mit nur fünf Stimmen Mehrheit abgelehnt wurde. Es war die Absicht der Regierung gewesen, im Wege des Gesetzes die allgemeine Bergbaufreiheit für die Kalisalze und — in Hannover — das Verfügungsrecht des Grundeigenthümers über dieselben aufzuheben und das Recht der Aufsuchung und Gewinnung der Kali- und Magnesiasalze, soweit nicht bereits erworbene private Berechtigungen entgegenstehen, ausschließlich in die Hand des Staates zu legen. Zur Rechtfertigung dieser Absicht hatte die Regierung angeführt, daß das beschränkte Vorkommen der Kalisalze der Staatsregierung die Aufgabe stelle, für eine thunlichst rationelle Gewinnung und Verwendung dieser Bodenschätze zu sorgen und daß das Ueberwiegen einer völlig freien Privatindustrie auf diesem Gebiet einer möglichst ökonomischen Gewinnung und Verwerthung dieser Mineralien im vorzugsweisen Interesse der einheimischen Industrie und Landwirthschaft im Allgemeinen nicht förderlich sein könne. Diese Gründe waren jedoch nur Scheingründe. Der Handels-

minister v. Berlepsch sprach es später im Abgeordnetenhaus aus, „daß das ganze Interesse, das die Regierung an der Vorlage hatte, das war, der Landwirthschaft den dauernden Bezug billiger Kalisalze zu sichern“. Die Vorlage war eines der „kleinen Mittel“ für die „nothleidende Landwirthschaft“.

Nachdem die Vorlage gefallen war, suchten die Agrarier nach anderen Mitteln, um ihre Ziele zu erreichen. Im Jahre 1896 erhoben sie die Forderung nach Ausfuhrzöllen für Kalisalze und deren Produkte. Und zwar war es gerade die Landwirthschaftskammer der Provinz Sachsen, in der die Kali-Industrie ihren hauptsächlichsten Sitz hat, die an den preußischen Landwirthschaftsminister ein Gesuch in diesem Sinne richtete. Man wollte Ausfuhrzölle auf die Kalisalze legen, um den Verkauf derselben nach dem Ausland einzuschränken und dadurch die Inlandspreise zu drücken. Das sagte man aber wieder nicht, sondern behauptete, daß bei einer unbeschränkten Ausbeutung der Kalilagerstätten diese bald der Vernichtung anheimfallen würden. Nun ist es aber einerseits Thatsache, daß an eine Erschöpfung der Kalisalzlager in den nächsten Jahrhunderten gar nicht zu denken ist und daß die Kalischätze, die heutzutage in der Erde bleiben, ihre Bestimmung vollständig verfehlen, da man früher oder später doch dazu kommen wird, das Kali nicht mehr aus den Niederschlägen, die aus dem Meerwasser stattgefunden haben, sondern wahrscheinlich durch Elektrizität aus dem Meerwasser selbst herzustellen. Andererseits wäre das vorgeschlagene Mittel am allerwenigsten geeignet, einen Raubbau auf Kalisalze zu verhindern. Die Eingabe der Landwirthschaftskammer war ein neuer Versuch, den Agrariern auf Kosten der Kali-Industrie Vortheile zu verschaffen. Denn diese ist auf die Ausfuhr von Kalisalzen angewiesen; durch die Beschränkung des Exports würde eine Ueberproduktion entstehen, die Kalisalze würden zu Schleuderpreisen an die heimische Landwirthschaft abgegeben werden müssen oder Einschränkung der Produktion würde die Folge sein. Aber auch dieser agrarische Plan wurde nicht verwirklicht.

Die Mitgliedschaft des preußischen Fiskus am Kalisyndikat war den Agrariern von jeher ein Dorn im Auge. Bei der Kalidebatte im preußischen Abgeordnetenhaus 1894 nöthigten sie dem Minister v. Berlepsch die Erklärung ab, aus dem Kalisyndikat auszuscheiden. Dies Versprechen ist nicht eingelöst worden, was freilich in der Aera der nicht gehaltenen Ministerversprechen kein Wunder ist. Wohl haben die Vertreter des preußischen Fiskus ihr Möglichstes gethan, beim Abschluß des neuen Syndikatsvertrags die Wünsche der Agrarier zu erfüllen. Thatsächlich sind denn auch in demselben dem Fiskus so weitgehende Rechte zugestanden, daß die Agrarier, in deren Interesse diese Rechte gewährt sind, wohl damit zufrieden sein können. Im Artikel VII des neuen Syndikatsvertrags, der von der „Beschränkung der Befugnisse der Syndikatsorgane in Hinsicht auf den Absatz von Kalidüngesalzen“ handelt, ist die Bestimmung getroffen, daß etwaige Preiserhöhungen der Kalisalze der Zustimmung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe bedürfen. Ja, unter gewissen Umständen (im Falle vorübergehender örtlicher Nothstände für den davon betroffenen Theil der deutschen Landwirthschaft) kann derselbe Minister sogar Ausnahmepreise festsetzen. Was als „vorübergehender örtlicher Nothstand“ angesehen werden soll und welches die Ausnahmepreise sein sollen, unterliegt ganz der Entscheidung des Ministers, er muß nur berücksichtigen, daß die Ausnahmepreise die Produktionskosten nicht unterschreiten dürfen und soll vor jedesmaliger Entscheidung den Ausschuß hören. Wohlgemerkt: nur hören, zu bestimmen hat der Syndikatsausschuß in diesem Falle nichts; die getroffene Festsetzung ist für die Syndikatswerke und die Organe des Syndikats unbedingt bindend. Für etwaige Zuwiderhandlungsfälle ist eine Uebereinkunftsstrafe festgesetzt; dieselbe beträgt für die Kalimengen, welche von dem betreffenden Werke zu höheren als den festgesetzten Preisen abgesetzt werden, das Doppelte des zu viel erhobenen Betrags. Der preußische Handelsminister bestimmt die Kasse, an welche die Zahlungen zu leisten und die Zwecke, zu denen der Strafbetrag zu verwenden ist. Das Recht auf Zahlung der Strafbeträge kann gegen die einzelnen Werke jederzeit im Wege der gerichtlichen Klage geltend gemacht werden. Durch diese Bestimmungen ist dem preußischen Fiskus die Oberaufsicht der

Produktion zuerkannt; er ist es, welcher in Zukunft die Preise der Kalisalze, welche die deutsche Landwirthschaft bezieht, zu bestimmen hat, im neuen Syndikatsvertrag ist es klipp und klar ausgesprochen, daß die deutsche Landwirthschaft auf Kosten der anderen Konsumenten und unter Umständen auch gegen den Willen der Produzenten bevorzugt werden soll.

Sehen wir uns nun noch einige andere Bestimmungen des neuen Syndikatsvertrags an, die für einen etwaigen Ausstand der Arbeiter von Wichtigkeit sein können. In Artikel VIII ist gesagt, daß, wenn ein Werk sich außer Stande erweist, einen ihm gewordenen Lieferungsauftrag auszuführen, der Syndikatsvorstand für schleunige Ersatzlieferung seitens eines oder mehrerer der übrigen Werke zu sorgen hat. Ergeben sich hierbei Schwierigkeiten, so hat die Gesammtheit der übrigen Werke in die Lieferverbindlichkeit einzutreten. Diese Bestimmungen gelten freilich nur in solchen Fällen, in welchen keine Betriebsstörung im eigentlichen Sinne vorliegt. Weiter ist aber gesagt: War die Lieferungsunfähigkeit nachweislich die Folge einer vorübergehenden Betriebsstörung, so soll das davon betroffene Werk das Recht haben, wenn die völlige oder theilweise Lieferungsunfähigkeit von keiner längeren als einmonatlichen Dauer gewesen ist, die ganze ausgefallene Menge nachzuliefern. Die Nachlieferung muß aber während eines Zeitraums abgewickelt werden, dessen Dauer die der vorausgegangenen Lieferungsunfähigkeit nicht überschreitet, widrigenfalls der Anspruch auf den Rest des Nachlieferungsrechts erlischt. Eine Betriebsstörung, die nicht länger als einen Monat dauert, wird also keine Verminderung der Produktion des betreffenden Werkes herbeiführen, da dasselbe den entstandenen Ausfall sofort nachholen kann.

Ueber die innere Organisation des Syndikats ist zu erwähnen: Zur Generalversammlung, die in der Regel jedes halbe Jahr im Syndikatsgebäude zu Leopoldshall stattfindet, kann jedes Werk einen Vertreter entsenden. Das Stimmenverhältniß richtet sich nach der Betheiligung. Jedes Werk hat soviel Stimmen, wie die Summe seiner Antheile in allen vier Gruppen beträgt; die Gesammtzahl der Stimmen ist also 4000. Der Ausschuß des Kalisyndikats besteht aus dem Vertreter des preußischen Bergfiskus und vier von der Generalversammlung auf ein Kalenderjahr zu wählenden Mitgliedern. Der Vorstand, der aus zwei oder mehr Mitgliedern zu bestehen hat, wird ebenfalls von der Generalversammlung eingesetzt.

Von Interesse sind ferner die Bestimmungen, welche von der Stellung des Syndikats gegenüber neuentstehenden Kaliwerken handeln. Falls innerhalb der Dauer des Syndikatsvertrags andere Unternehmen, welche die Förderung von Kalisalzen bezwecken, soweit gedeihen, daß ein ernster Wettbewerb erwartet werden muß, so hat der Ausschuß ungesäumt Vorkehrungen zu treffen, um die Folgen solchen Wettbewerbs abzuwehren. Ueber die Aufnahme eines neuen Werkes in das Vertragsverhältniß und die ihm zuzubilligenden Betheiligungen beschließt die Generalversammlung mit Zweidrittelmehrheit. Es ist klar, daß es dem festgefügten Syndikat ein Leichtes ist, etwaige Konkurrenten zur Raison zu bringen. So versuchte es beispielsweise das Salzwerk Wilhelmshall bei Anderbeck, das 1891 in Betrieb kam, unabhängig vom Syndikat zu arbeiten, und mit ihm einige Staßfurter Fabriken, die von ihm ihr Rohsalz bezogen; sie mußten jedoch bald ihre Selbständigkeit aufgeben und dem Syndikat beitreten. Anderen Salzwerken und Fabriken, die ein Gleiches versuchen würden, dürfte es kaum besser ergehen.

So hat die Kali-Industrie in den wenigen Jahrzehnten ihres Bestehens nach mannigfachen Versuchen der Unternehmer, Produktion und Absatz zu regeln, endlich einen der am besten organisirten Unternehmerverbände gezeitigt, der den ganzen Industriezweig monopolisirt hat — unter Führung des preußischen Staates.

III.

Unter der günstigen Einwirkung, welche das Kalisyndikat auf die Hebung des Absatzes ausübte, hat sich die Prosperität der Kaliwerke von Jahr zu Jahr gehoben. Besonders in der jüngsten Zeit des allgemeinen wirthschaftlichen Aufschwungs haben sowohl die Produktionszahlen der gesammten Kali-Industrie, wie die Unter-

nehmergewinne der einzelnen Werke eine stetige Steigerung erfahren. Einige Zahlen mögen dies beweisen. Die Gesammtproduktion an Kainit und anderen Kalisalzen betrug:

1895 . .	1071142 Tonnen im Werthe von	14051519 Mark	
1896 . .	1203766 = = = =	16843674 =	

Das fiskalische Salzbergwerk zu Staßfurt förderte an Stein- und Kalisalzen:

1894/95 . .	285937 Tonnen im Werthe von	3368243 Mark
1895/96 . .	300905 = = = =	3705958 =
1896/97 . .	352729 = = = =	4124662 =

Das genannte Werk, das circa 1000 Arbeiter (unter und über Tage) beschäftigt, machte im letztgenannten Etatsjahr einen Ueberschuß von 2½ Millionen Mark. Die Ueberschüsse des herzoglich anhaltischen Salzbergwerks zu Leopoldshall bilden ein Drittel der Staatseinnahmen des anhaltischen Staates. Die Deutschen Solvaywerke zu Bernburg, die mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark arbeiten, hatten 1896 einen Reingewinn von 5255615 Mark, 1897 einen solchen von 5379905 Mark (trotzdem das erstere Geschäftsjahr 12, das letztere nur 11 Monate zählte). Die konsolidirten Alkaliwerke zu Westeregeln vertheilten 1897 eine Dividende von 13 Prozent (gegen 12 Prozent für 1896 und 10 Prozent für 1895); der Reingewinn betrug im letzten Jahre 1902991 Mark. Die Kaliwerke Aschersleben vertheilten seit 1887 pro Jahr 10 Prozent Dividende mit Ausnahme der Jahre 1895 und 1896, wo dieselbe in Folge elementarer Ereignisse (Wassereinbruch) auf 5 bezw. 7 Prozent sank. Der Ueberschuß des Bergwerks betrug 1897 (wo wieder 10 Prozent vertheilt wurden) 1571560 Mark, der zu den Kaliwerken gehörigen Fabrik 1234366 Mark. Die Staßfurter Chemische Fabrik hatte 1896/97 einen Gewinn von 642173 Mark und vertheilte wie schon seit Jahren 11 Prozent Dividende. Die chemische Fabrik Harburg-Staßfurt, die jüngst das 25jährige Jubiläum ihres Bestehens feierte, hat in diesen 25 Jahren zusammen 291⅓ Prozent oder durchschnittlich jährlich 11,6 Prozent Dividende vertheilt. Diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren, alle größeren Werke haben eine solch günstige Entwicklung genommen, und die neueren noch in der Entwicklung begriffenen Werke sind auf dem besten Wege, es ihnen nachzumachen. Auch der steigende Kursstand der Kalikuxe zeigt die gewaltige Entwicklung der Kaliwerke. So beträgt derselbe beispielsweise bei dem 1876 gegründeten Salzbergwerk Neustaßfurt bei einem Nominalwerth von 3000 Mark gegenwärtig circa 26000 Mark.

Der Kapitalismus mit seinen Hilfsmitteln der modernen Technik und der wissenschaftlichen Forschung hat sich in wenigen Jahrzehnten im Magdeburg-Harzer Becken ein ergiebiges Ausbeutungsfeld geschaffen. Wo früher winzige Flecken und Dörfer ein kümmerliches Dasein fristeten, ragen heute Hunderte von Schornsteinen in die Höhe, aus allen Himmelsgegenden sind Arbeitskräfte herangezogen und frohnden in gewaltigen Bergwerken und Fabriketablissements für den Moloch Kapitalismus. Neben der Kali-Industrie hat sich eine kräftige Braunkohlen-Industrie entwickelt, große Eisengießereien und Maschinenfabriken sind entstanden, auf alle anderen Gewerbe hat die neue Industrie befruchtend gewirkt und überall sehen wir den Zug zum Großkapitalismus. Der alte gemüthliche Schlendrian ist verschwunden, ein rastloses Leben und Fluthen ist an seine Stelle getreten, ein unruhiges Arbeiterheer seufzt unter dem Drucke des Kapitals und sehnt sich nach Befreiung aus seiner Knechtschaft. Die moderne Arbeiterbewegung hat festen Fuß gefaßt im Gebiet der Kali-Industrie, die Arbeitermassen beginnen sich zu organisiren und zusammenzuschaaren unter die Fahne des Sozialismus. Sie haben mit eigenen Augen die Revolutionirung der wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse geschaut, sie spüren am eigenen Körper den unheimlichen Druck des assoziirten Großkapitals, das ihnen jedes Selbstbestimmungsrecht zu rauben trachtet. Kein Wunder, daß sie sich dagegen zu wehren suchen! Aber noch triumphirt die Herrschsucht des Unternehmerthums, das durch brutale Maßregelungen, durch ein fein ausgeklügeltes System schwarzer Listen die Arbeiterschaft schamlos unterdrückt. Als Anfangs der neunziger

Jahre nach dem großen rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstrike der Deutsche *Bergarbeiterverband* gegründet wurde, wagten es auch die Kaliarbeiter, sich der neugegründeten Organisation anzuschließen; durch die blinde Verfolgungswuth der Unternehmer und Behörden wurden die Organisationen aber bald wieder vernichtet; der zu diesem Zwecke ins Leben gerufene *Arbeitgeberverband* — an seiner Spitze der Staßfurter Bürgermeister und die Vertreter des Fiskus — warf Hunderte von Arbeitern aufs Straßenpflaster und — schuf damit neue Agitatoren für die Sozialdemokratie. Die Steine, welche man der Arbeiterbewegung in den Weg legte, bewirkten wohl, daß sie eine andere Richtung nahm, konnten aber ihr unaufhaltsames Weiterschreiten nicht hindern. Auch die Organisation der Berg- und Fabrikarbeiter erstand zu neuem Leben, nachdem sie sich von den ihr versetzten Schlägen erholt und neue Formen gefunden hatte. Ende vorigen Jahres leiteten die wenigen im Gebiet der Kali-Industrie dem Bergarbeiterverband treugebliebenen Bergarbeiter eine neue Agitation zur Stärkung der Organisation ein und die zu diesem Zwecke am 19. Dezember 1897 in Staßfurt eingesetzte *Agitationskommission* entfaltete eine segensreiche Thätigkeit. Als am 18. September 1898 in Aschersleben die zweite Konferenz der Berg- und Fabrikarbeiter des Magdeburg-Harzer Beckens stattfand, konnte sie ein beständiges unaufhaltsames Wachsen der Organisation konstatiren, trotz der Schwierigkeiten, die der Agitation entgegenstanden.

Freilich bot die wirthschaftliche Entwicklung auch überreiches Agitationsmaterial. Trotz der rapide gestiegenen Unternehmergewinne, trotz der immer größer gewordenen Ueberschüsse der Salzbergwerke und Kalifabriken hat sich die *Lage der Kaliarbeiter* verschlechtert. Spitzfindige Unternehmergehirne rechnen zwar aus, daß der Durchschnittslohn der im Salzbergbau beschäftigten Arbeiter um einige Pfennige gestiegen sei, was bedeutet das aber bei der immensen Vertheuerung der Lebensmittel! Thatsächlich ist die Lage der Arbeiter schlechter geworden, auf einigen Werken ist der Lohn sogar direkt gesunken. So betrug der Durchschnittslohn der Arbeiter des königlich preußischen Salzbergwerks zu Staßfurt 1896 3,91 Mark, 1897 dagegen 3,82 Mark. Wenn das einem „Musterwerk" passirt, das anderen mit leuchtendem Beispiel vorangehen soll, was hat man da erst von den Privatwerken zu erwarten? Es wird vielfach darauf hingewiesen, daß die Arbeiter, die in der Kali-Industrie Beschäftigung gefunden haben, sich in ihren Lohn- und Erwerbsverhältnissen wesentlich besser stehen, als in den Erwerbszweigen, in denen sie oder ihre Eltern früher beschäftigt gewesen sind. Aber selbst in Unternehmerkreisen wird diese Ansicht nicht immer vertreten, wie eine Aeußerung von Dr. Karl Ochsenius zeigt, der seit langen Jahren in der Kali-Industrie thätig ist und in einem öffentlichen Schreiben an den Oberbürgermeister von Hildesheim unter Anderem anführt: „Die Löhne steigen nicht durch Anlage von Salz- und Zuckerfabriken". Wie weit der Genannte davon entfernt ist, diese Aeußerung etwa im Interesse der Arbeiterbewegung zu thun, zeigt, daß er in demselben Schreiben die nicht seßhaften Arbeiter mit dem wohlklingenden und von hoher Bildung zeugenden Namen „Gesindel" belegt.

Die Arbeit ist in den Salzbergwerken zwar etwas weniger gefährlich, als in den Steinkohlenwerken, aber wenn auch Massenunglücke durch Explosion schlagender Wetter nicht vorkommen, so sind doch Todesfälle, meistens hervorgerufen durch vorzeitigen Zusammenbruch von Salzmassen, keine Seltenheit. Die *Reform der Berginspektion* (Anstellung von Arbeiterdelegirten) ist auch hier eine dringende Nothwendigkeit, umsomehr, da die hier und da ein Scheindasein führenden Arbeiterausschüsse es nicht wagen dürfen, Mißstände zum Gegenstand ihrer Besprechungen zu machen. Wäre die Arbeiterpresse nicht vorhanden, mancher Mißstand bliebe unbeseitigt, manche Verbesserung im Betrieb würde nicht durchgeführt. Die indirekte Ursache der meisten Unfälle ist die *Akkordarbeit*, die es ermöglicht, eine immer größere Leistung aus dem Arbeiter herauszupressen und gleichzeitig ein Steigen des Lohnes zu verhindern. Frühzeitig werden die Arbeiter invalide, Leute über 30 Jahren finden in den seltensten Fällen noch Arbeit, da man sie als zu ausgemergelt betrachtet. Besonders unrühmlich verfährt auch in dieser Beziehung das „Musterwerk". Immer

größer wird die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft, immer gedrückter die Lage der Arbeiter. Der Selbsterhaltungstrieb zwingt die Arbeiter, sich aufzulehnen gegen ein solches System. Wird das Streben der Kaliarbeiter nach Verbesserung ihrer Lage einmal zu einem explosionsartigen Ausbruch kommen, ähnlich dem großen Strike von 1889, der auch ins Gebiet der Salzindustrie überschlug, oder wird es der Organisation gelingen, die Bewegung in ruhige Bahnen zu leiten? Wir hoffen das Letztere, wenn wir auch kaum annehmen dürfen, daß das Unternehmerthum mit seinen Helfershelfern in seiner Verblendung davon ablassen wird, der gesetzlichen Weiterentwicklung der Organisation der Kaliarbeiter Schwierigkeiten zu bereiten.

Die wohlerworbenen Rechte unserer Grubenbesitzer.

Von Otto Hué.

Als Adam grub und Eva spann, da gab es noch keinen Edelmann. Und als die alten Germanen faullenzend auf den Bärenhäuten lagen oder in den Urwäldern mit dem Raubthier rangen, da kannte man noch keine Könige „von Gottes Gnaden“.

Es ist daher wohl ein müßiger Streit zu nennen, wenn unsere modernen Bergjuristen dicke Folianten schreiben über die Frage: Wem gehören „von jeher“ die Schätze des Erdinnern, Erze aller Art, Salze, Kohlen 2c. Achenbach[1] sagt: Ursprünglich gehörten die Mineralien zum Grundeigenthum, die Bergbaufreiheit entwickelte sich aus dem Markgenossenschaftsrecht. Dagegen führt Arndt[2] aus: Das Bergregal (Recht des Königs [rex] auf die Erdschätze) habe „von jeher“ bestanden, und aus diesem sei auch das Recht der Bergbaufreiheit geflossen. Bis heute herrscht in dieser Angelegenheit noch keine Klarheit, wenn auch aus Gründen, die wir später angeben werden, sich die Mehrzahl der neueren Bergjuristen auf Arndts Seite stellten.

Wir wollen uns nicht in den Streit der Fakultäten mischen, schon deshalb nicht, weil uns dazu genügende Vorschulung fehlt; dann aber auch, weil wir uns nicht gern um des Kaisers Bart streiten. Unsere Absicht ist, in gedrängter Kürze eine Darlegung der Entwicklung unserer bergrechtlichen Verhältnisse zu geben, die uns nothwendig erscheint wegen der nicht nur bei den deutschen Sozialisten bestehenden Absicht, eine legislatorische Regelung der in Deutschland bestehenden Bergrechte durch den Reichstag anzustreben. „Ein Reichsberggesetz ist eine Nothwendigkeit geworden“, erklärten die anerkanntesten Autoritäten auf dem Gebiet des Bergrechts, Achenbach, Brassert, Arndt, Klostermann 2c. Aber was diese Herren reichsgesetzlich regeln wollen im Bergwesen Deutschlands, kann uns unmöglich befriedigen. Neuerdings hat Herr Oberberghauptmann G. Brassert-Bonn speziell einen Artikel über das zu schaffende Reichsberggesetz geschrieben,[3] der zu unserem Erstaunen auch von Arbeiterblättern wie folgt kommentirt wurde: „Herr v. Stumm wird keine Freude an diesen Vorschlägen haben“, welcher Kommentar eine recht schlechte Kenntniß der Kommentatoren mit der behandelten Materie erkennen ließ. In einem anderen Zusammenhang werden wir zeigen, daß Herr v. Stumm gar keine Ursache hat, Herrn Brassert zu zürnen.

---

[1] Achenbach: Das gemeine deutsche Bergrecht in Verbindung mit dem preußischen Bergrecht 2c.

[2] Arndt: Zur Geschichte und Theorie des Bergregals und der Bergbaufreiheit.

[3] „Zeitschrift für Bergrecht“, 39. Jahrgang, 4. Heft, S. 431 ff.

Da aber von den bergrechtlichen Verhältnissen unseres Vaterlandes — besser: unserer Vaterländer — wegen der Schwierigkeit und Exklusivität des Bergrechts überhaupt, in den Kreisen unserer Parteigenossen wenig Kenntniß verbreitet ist, so hielten wir es in Ansehung der kommenden Berathung eines Reichsberggesetzes für angezeigt, unser Theil zur Aufklärung über diese sehr interessante und hochwichtige Materie beizutragen. Wir geben daher zunächst in großen Zügen einen Abriß der Entwicklung des Bergwerkseigenthums in Deutschland und wenden uns in einem späteren Artikel der Frage des Reichsberggesetzes zu.

Das Recht der Fürsten auf die Erdschätze (Regal) soll nach Arndt u. A. „von jeher" bestanden haben. Einer Gunst des Fürsten hätte demnach das Recht eines Jeden, Bergbau zu treiben nach vorheriger Erfüllung der vom Landesherrn erlassenen Bedingungen (Bergbaufreiheit), seine Entstehung zu verdanken. Im Widerspruch mit Arndt hat früher Achenbach dargelegt, daß zur Zeit der deutschen Markgenossenschaft der Bergbau anfänglich nur auf der gemeinen Mark umging. Die gemeine Mark war der Benutzung aller Markgenossen übergeben und nur ein kleiner Theil des Gemeindelandes war als Sondereigen in die Benutzung der Genossen übergegangen.

Auf der gemeinen Mark also, die frei nach Markgenossenschaftsrecht, allen Genossen zur Ausnutzung offen stand, ging zuerst der Bergbau um, und erst als die Verfolgung der Erzgänge den Bergmann über die Grenzen der gemeinen Mark (Allmende) führte, mußten Normen geschaffen werden, die eine Ausbeute der Mineralquellen auch auf und unter dem im Sondereigen übergegangenen Grundbesitz ermöglichten.

Solche Normen haben sich ziemlich schnell und auch in einer dem Rechtsempfinden des Volkes entsprechenden Weise gebildet, denn noch bestimmt angeführt im geschriebenen Berggesetz Mitte des achtzehnten Jahrhunderts, hatte das „gemeine deutsche Bergrecht", eben jenes im Verkehr des Volkes ausgebildete „Gewohnheitsrecht", subsidiäre (unterstützende) Giltigkeit neben den Landesberggesetzen.[1]

Jener auf die Forschungen Maurers über die Markgenossenschaften sich stützenden Auffassung Achenbachs über die Besitzverhältnisse beim deutschen Bergbau in seiner Geburtszeit, schließt sich auch Kautsky[2] an und wir wüßten nicht, weshalb dies nicht richtig sei. Wenn Arndt den Fürsten und nicht den freien Grundbesitzern (also auch den Bauern und Bürgern) in letzter Instanz „von jeher" das alleinige Recht an den Erdschätzen zuspricht, so bleibt die Frage offen: Wie war es denn mit dem Fürstenrecht zu jener Zeit, wo sich unsere Urahnen noch ohne Fürsten behelfen mußten?

Aber leider: Vom Rechte, das mit uns geboren, von dem ist leider nie die Frage.

Uns dünkt, den Streit um die Entstehung des Bergregals und der Bergbaufreiheit kann man endgiltig mit dem Nachweis beenden, daß immer demjenigen die Ausbeute der Erdschätze zustand, der die Macht hatte, sich dieses Recht zu „erwerben". Und gerade die ausgezeichneten Schriften Arndts geben uns massenhaftes Material, um jenen Nachweis befriedigend zu führen.

Unsere Bergjuristen berufen sich sehr gern auf den Sachsenspiegel, wo es im 35. Artikel heißt:

> „Alle Schätze unter der Erde begraben, tiefer denn ein Pflug gehet, gehören zur königlichen Gewalt."

---

[1] Zum Beispiel Revidirte Bergordnung für Kleve-Mark vom Jahre 1737.

[2] Geschichte des Sozialismus.

Dies soll ein Zeugniß für den „ewigen“ Bestand des Bergregals sein. Das sächsische Landrecht wurde aber erst 1215—1276 aufgezeichnet von Eike von Repgow, einem anhaltinischen Edelmann. Wer bürgt dafür, daß das sächsische Landrecht in allen seinen Theilen eine getreue Wiedergabe der seit Jahrhunderten im deutschen Volke fortlebenden Rechtsanschauungen ist?!

Was von den „erworbenen“ Rechten der Fürsten an den Erdschätzen zu halten ist, lehrt uns der Streit des Hohenstaufen Friedrich I. mit dem Bischof von Trient, der sich im Sinne der von dem genannten Kaiser ursprünglich nur für die italienischen Silberbergwerke erlassenen „Constitutiones“ es gefallen lassen mußte, nicht mehr als Besitzer, sondern nur als Nutznießer seiner Bergwerke weiter zu bauen. Auf Grund welchen Rechtstitels? Der Rechtstitel heißt Gewalt. Mit demselben „Rechte“ „verlieh“ Friedrich I. auch die ihm gar nicht gehörenden Erzbergwerke von Ulmeze (Ems) und bald — im zwölften Jahrhundert — war es Sitte geworden, sich mit dem Bergbaurecht von dem Kaiser „belehnen“ zu lassen, wovon die alten Bergleute niemals etwas wußten.

Wie „wohlerworben“ die Fürstenrechte in jener Zeit wurden, ersieht man aus dem trefflichen Spruchbüchlein des wackeren Freidank. In der 1225—1240 entstandenen „Bescheidenheit“ dieses Dichters lesen wir:

Was man zum Guten aufgegeben,
Zu bessern einst der Christen Leben,
Die Höchsten und die Hehrsten,
Die brechen es am ersten.
Die Fürsten zwingen mit Gewalt
Fels und Wasser, Berg (!) und Wald,
Gern zwängen sie das Luftrevier,
Doch das muß bleiben uns gemein.
Könnten sie den Sonnenschein
Verbieten und auch Wind und Regen,
Man müßte ihnen Zins mit Golde wägen.[1]

Hier haben wir das Zeugniß eines Zeitgenossen, und wenn Sebastian Brant, der Dichter des Narrenschiffes, bei der Neuherausgabe der „Bescheidenheit“ (1508) sagte: „Man hielt etvan uff keinen Spruch, den nich Herr Freydank hat gedicht“,[1] so spricht dies für die Fähigkeit Freidanks, der Volksstimme in seinem Werke wahrheitsgemäßen Ausdruck zu verschaffen.

Hatten die Frankenkönige und ihre aus Sklaven, Freigelassenen und Römern bestehende Gefolgschaft in unermüdlicher Ausdauer aus vielem Gemeinland ein „Königsland“ gemacht, um die dienstfertigen Höflinge und Vernichter der bäuerlichen Freiheit zu belohnen, so gingen ihre Nachfolger immer weiter vor, zielbewußt alles von des „Königs Gnade“ abhängig zu machen. Die Uneinigkeit der deutschen Einzelfürsten und die in endlosen Fehden erwachsene Verarmung des freien Bauernstandes, der zur „Hintersassenschaft“ der Großgrundherren herabgesunken war, gestattete die Vernichtung der Volksrechte durch das Recht der Gewalt.

Aber auch das „wohlerworbene“ Recht der deutschen Kaiser fand sein Ende — die Macht der Landesfürsten wuchs. Unter Karl IV., der mit Günther von Schwarzburg als Gegenkaiser zu thun hatte und unter dessen Regierung der Städtebund, die Hansa, sich mächtiger wie Könige erwies, wurde 1356 durch die „Goldene Bulle“ auch das Bergregal den Landesfürsten

[1] Wir zitiren nach der Reclamschen Ausgabe der „Bescheidenheit“.

[1] Koch und Vogt: Deutsche Literaturgeschichte, S. 210. Bibliograph. Institut, Leipzig.

überlassen. Selbstredend geschah dies nicht ohne äußeren Zwang. Wir sehen hier: die Expropriateure der Markgenossen wurden wieder expropriirt durch den Rechtstitel der Gewalt.[1]

Das Bergregal brachte seinen Ausübern großen finanziellen Gewinn. Entweder beutete der Regalherr die Erdschätze auf eigene Rechnung aus oder er verlieh das Recht der Ausbeute gegen Zahlung hoher Abgaben (Zehnten, Rezeßgelder 2c. 2c.) an Baulustige. In Deutschland gaben die Fürsten als Regalherren den Bergbau im wohlverstandenen eigenen Nutzen gegen Abgaben frei, aber die Ausbeutung der Gruben, d. h. die Betriebsführung, eingeschlossen die An- und Ablegung der Bergleute und ihre Lohnsatzung, wurde von landesherrlich verpflichteten Beamten ausgeübt. Der mit dem Bergwerk „Belehnte", der Gewerker, hatte nur entweder Gelder zum Betrieb zuzuschießen oder den Betriebsgewinn einzustecken. Wobei es dann öfter passirte, daß der „Hüter des Rechtes", der Regalinhaber (Fürst oder Territorialherr) eine sich gut rentirende Grube mit Gewalt an sich brachte, so daß später ausdrücklich solcher Diebstahl in den erlassenen Bergordnungen ausgeschlossen wurde.

Wie schon kurz erwähnt, bildeten sich im bergwerklichen Verkehr schon frühzeitig bestimmte Gewohnheiten aus, Normen zur Schlichtung der bergrechtlichen Streitigkeiten über Schürfen, Muthen, Grubenausbau 2c. Das Verhältniß der Gewerken (Ausbeuter der Gruben, Kapitalhergeber) zum Regalherrn, dessen Stellung zu den Bergleuten und Beamten, die Ansprüche der durch den Bergbau geschädigten Grundbesitzer 2c., alles das erfuhr seine Regelung durch ein ungeschriebenes Gewohnheitsrecht, welches noch als „gemeines deutsches Bergrecht" 1766 durch den Preußenkönig Friedrich II. als unterstützendes Recht der revidirten Bergordnung für die heutigen Provinzen Rheinland-Westfalen zugesellt wird.

„In aller Form Rechtens" war durch die Goldene Bulle der Landesherr Eigenthümer der Mineralien; nur mit seiner Bewilligung stand es Jedem frei, nach Erzen zu schürfen und sie, waren die Abgaben bezahlt, abbauen zu lassen von den Beamten des Landesherrn! Die absolut regierenden Fürsten und Fürstchen betrachteten sich nach dem Grundsatz: „Der Staat bin ich!" persönlich als Besitzer der Mineralien. Sie, die deutschen Fürsten, wurden ausdrücklich in ihrem „Rechte" bestätigt durch den Westfälischen Frieden 1648, der eigentlich den deutschen Kaiser schon absetzte, weshalb Franz II. 1806 ganz überflüssiger Weise seine Kaiserkrone niederlegte. Was noch 1356 in der Goldenen Bulle als Usurpation erschien, jetzt war es „wohlerworbenes Recht" der Landesherren. Und zwar ein so „heiliges" Recht, daß der Wiener Kongreß (1814/15), welcher manchen deutschen Duodezfürsten seiner Souveränetät entkleidete, die „Reichsunmittelbaren" doch nicht absetzte als Bergregalherren. Ja, noch mehr: In dem „Entwurf eines deutschen Berggesetzes"[2] hat Herr Oberbergrath Professor Arndt es gleichfalls für richtig gehalten, an dem Privatbergregal der „Standesherren" (Tiele-Winkler, Arenberg 2c.) nicht zu rütteln. Darauf kommen wir später zurück.

Die große französische Revolution räumte unter Anderem auch grundlegend mit dem persönlichen Besitzrecht der Landesherren an den Mineralien in der Erde auf. In der konstituirenden Nationalversammlung schlug am 20. März 1791

[1] Bezeichnender Weise kennt die Goldene Bulle noch nicht das Regal auf Kohle; dies kam erst, als aus der unbeachteten terra nigra (schwarze Erde = Steinkohle) der theuer bezahlte, also Abgaben für den Fiskus bringende Heizstoff der Industrie wurde.

[2] Entwurf eines deutschen Bergrechts nebst Begründung. Halle 1889, Verlag von C. E. Pfeffer.

der Berichterstatter Reynaud d'Epercy vor, das Eigenthum der Mineralien nicht dem Grundeigenthümer, sondern der „Nation" zuzusprechen. Mirabeau griff im selben Sinne ausschlaggebend ein in die Debatte und wurde die „Nation" Besitzer der Erdschätze. Was damals die Ideologen „Nation" nannten, war bekanntlich die sich fühlende Bourgeoisie, der alles bedeutende „tiers Etat". Die Machtverhältnisse hatten sich verschoben, das Bürgerthum hatte in Folge der wirthschaftlichen Umwälzung im Schoße der Gesellschaft das Heft in die Hände bekommen, und wie früher der Sonnenkönig, so erklärte jetzt der Bourgeois im guten Glauben: „Der Staat, die Nation, das bin ich!" Aber im Wechsel der Zeiten hat auch der kaiserbezwingende deutsche Landesfürst seinen Meister gefunden — denn die französischen Berggesetze vom 28. Juli 1791 und 25. April 1810, welche die Begriffe Kapitalinteresse und Volkswohlfahrt als identisch voraussetzten, fanden schließlich in dem preußischen Berggesetz vom 24. Juli 1865, „das den liberalsten Anforderungen Rechnung trägt", ihre unverkennbaren Nachbildungen. Jetzt war für Deutschland an die Stelle des landesherrlichen Besitzers der Erdschätze „das Volk" getreten; wir werden noch sehen, daß de jure in Preußen-Deutschland in der That der Staat, also doch wohl das Volk, de facto aber die kapitalkräftige Bourgeoisie Bergherr ist.

Wie sich allmälig in Deutschland, speziell in Preußen, die kapitalkräftige Bourgeoisie seit den Befreiungskriegen bis 1865 der staatlichen Bevormundung im Bergbau zu entledigen wußte, werden wir in einem besonderen Artikel über die Berggesetzgebung zeigen. Hier sei nur gesagt, daß schon 1851 der preußische Staat auf einen großen Theil der vom Bergbau erhobenen Abgaben verzichtete, daß er endlich 1865 im allgemeinen preußischen Berggesetz vollständig von dem Direktionsprinzip, d. i. einer Bevormundung der Bergwerksbesitzer durch den Fiskus in betrieblicher Hinsicht, zurücktrat und die Gruben der Selbstverwaltung der Grubenbesitzer übergab. Zugleich wurden die Abgaben, die früher immens waren, den Gewerken auf 2 Prozent der Bruttoeinnahme ermäßigt. Vor dem weltbeherrschenden Kapital kapitulirte der absolute König als Regalherr.

Das allgemeine preußische Berggesetz vom Jahre 1865 ist in seinen Grundzügen in alle deutschen Berggesetze übergegangen; so acceptirte man es in Bayern, Württemberg, Baden, Elsaß-Lothringen, Braunschweig 2c. In neun Zehnteln des Deutschen Reiches gilt heute preußisches Bergrecht, mit geringen, sachlich unbedeutenden Verschiedenheiten.

Nur Sachsen hat in seinem Berggesetz vom 22. Mai 1851, ersetzt durch jenes vom 16. Juni 1868, wesentliche Verschiedenheiten vom preußischen Rechte aufzuweisen. Beeinflußt durch sächsisches Recht sind die Berggesetze von Sachsen-Weimar und Sondershausen.

In Folge der fast in ganz Deutschland durchgeführten Giltigkeit des preußischen Bergrechts ist es auch gar nicht schwierig, ein Reichsberggesetz zu schaffen. Alle wirthschaftlichen Gründe, erklären Arndt, Achenbach, Brassert u. A., sprechen für die Schaffung eines deutschen Berggesetzes — nur politische Gründe können hier hemmend eingreifen, wie Achenbach schon 1871 vorahnend voraussagte.

Im Jahre 1892 wurde eine Novelle zum allgemeinen preußischen Berggesetz vom Jahre 1865 im Landtag eingebracht, die eigentlich eine Verbesserung des Arbeiterschutzes sein sollte, in der Hand der Dreiklassenwahlmänner aber eine Verböserung wurde. Dagegen benutzten die sich Gesetze gebenden Bergwerksbesitzer die Gelegenheit, um sich thatsächlich zu Herren der Erdschätze zu machen! Und das kam so:

Der Staat erhob eine Bergwerkssteuer in der Höhe von 2 Prozent der Bruttoeinnahme. Eine Steuer im steuerrechtlichen Sinne war diese Abgabe

aber nicht, sondern sie stellte den Antheil des Staates an der Ausbeute als Eigenthümer der Erdschätze dar! Darüber sind alle Juristen, von Arndt bis Jastrow,[1] einig. Die Bergwerksunternehmer schufen sich dann ein Gesetz, durch welches die „Bergwerkssteuer außer Hebung“ gesetzt wurde — mit anderen Worten: Die Bourgeois enteigneten thatsächlich den Staat (also das ganze Volk) als Bergherren! Nur wegen des materiellen Nutzens hatten die Fürsten sich des Bergregals bemächtigt, weiter hatte es keinen Zweck. Nun der preußische Bourgeois aller Abgaben für die Benutzung des staatlichen Eigenthums sich entledigt hat, ist zwar der Staat de jure Bergherr (formell ist nämlich den Kapitalisten noch nicht das Bergregal zugesprochen), praktisch hat dies aber keine Bedeutung. Praktisch ist der „dritte Stand“, der alles ist, Bergherr geworden, kraft des Gesetzes, welches er sich als Ausfluß seiner Macht gab.

Um die Expropriation des Volkes durch das Bergwerkskapital noch auffälliger zu machen, wurde in der genannten Veränderung des Gesetzes vom 25. Juni 1892 bestimmt: die Inhaber von Privatbergregalen (darunter der Schwiegervater des Herrn v. Berlepsch, Tiele-Winkler) erheben ihre Abgaben weiter! Damit wurde dem Privatkapitalisten, der nun zufällig „Reichsunmittelbarer“ (s. o.) gewesen, sein sehr anfechtbares Recht[2] auf die Mineralien in seinem Grundbesitz auch praktisch gelassen, er durfte seine Steuern als Regalinhaber weiter erheben, der preußische Staat, der Repräsentant des Volkes, durfte es nicht mehr. Plumper hat wohl niemals eine Schädigung der Volksinteressen zu Gunsten einer herrschenden Klasse stattgefunden, als durch die Berggesetznovelle im preußischen Landtag.

Im Lichte der geschichtlichen Thatsachen nimmt sich das „wohlerworbene Recht“ unserer Bergwerksbesitzer anders aus, als wie es die Interessenten hinzustellen belieben. Das Recht der Grubenbesitzer, die als „Herren im eigenen Hause“ keinen Vertreter des bergarbeitenden Volkes „ihr Eigenthum“ betreten lassen wollen, beruht auf nichts Anderem, als auf ihrer Macht über die Staatsgewalt. Nirgends wohl ist so klar die ökonomische Macht als Gebärerin des Rechtes zu erkennen, wie in der Geschichte des Bergrechts.

Notizen.

Von der wirthschaftlichen Entwicklung und dem Steuersystem in Bayern. Vorwiegend auf das Drängen der sozialdemokratischen Fraktion des bayerischen Landtags hin arbeitet die bayerische Regierung seit Jahren an einer „Steuerreform“. Daß die Regierung wie die Majoritätsparteien des Landtags bei dieser Gelegenheit nur darnach streben, die Reform möglichst verflachen zu lassen, d. h. ihr eine Gestalt zu geben, bei der die Hauptlast der Steuern wie bisher auf den Schultern der unbemittelten Klassen im Allgemeinen und auf denen der Arbeiterschaft im Besonderen lasten bleiben soll, darüber sind die Leser der „Neuen Zeit“ wahrscheinlich schon aus den Tageszeitungen zur Genüge unterrichtet. Wir wollen hier daher nur einen Blick auf die Ergebnisse der sogenannten direkten Steuern in Bayern werfen, worüber das kgl. Statistische Bureau im soeben erschienenen „Statistischen Jahrbuch für 1898“ ausführliche Nachweise für die letzten sechzig Jahre gebracht hat. Der genannten Quelle zufolge betrug der Ertrag der einzelnen Steuern ausschließlich der Rückstände und Nachlässe in Millionen Mark:

[1] J. Jastrow: Sozialliberal, S. 88 ff. Berlin 1893, Verlag von Rosenstein & Gart.

[2] Wuttke: Studien über die Entwicklung des Bergregals in Schlesien. Berlin 1897, Verlag von J. A. Stargardt.

Jahr[1]	Grund-steuer	Haus-steuer	Gewerbe-steuer	Kapitalrenten-steuer[2]	Einkommen-steuer[3]
1837/38	7,9	0,9	1,3	0,6	0,6
1843/44	7,6	1,1	1,4	0,6	0,6
1849/50	7,8	1,0	1,4	1,2	1,2
1855/56	11,2	1,3	1,9	0,9	0,4
1861/62	11,3	1,4	2,3	1,0	0,5
1868	11,4	1,7	2,6	1,2	0,6
1874	11,4	2,0	3,2	1,7	1,1
1880	11,4	3,5	4,3	2,5	1,5
1886	11,5	4,4	5,6	3,6	1,8
1892	11,5	5,4	6,8	4,2	2,1
1895	11,5	5,9	6,8	4,5	2,5

Während der Ertrag der Grundsteuer trotz kolossaler Steigerung der Grund- und Bodenpreise in der Umgebung großer Städte, die dem Grundbesitz bereits ungezählte Millionen eingetragen hat, seit vierzig Jahren fast unverändert blieb, ist bei den übrigen Steuern eine überaus rasche Zunahme der Erträge zu verzeichnen. Die Erträge der Gewerbesteuer stiegen nämlich im gleichen Zeitraum um circa 260 Prozent, der Haussteuer um circa 350, der Kapitalrentensteuer um circa 400 und der Einkommensteuer um circa 525 Prozent.

Die Entwicklung der Großindustrie, deren rasche Fortschritte wir gelegentlich der Besprechung der Ergebnisse der letzten Berufs- und Gewerbezählung eingehend geschildert haben, hat demnach auch in Bayern eine Umwälzung auf dem Gebiete der Steuerwirthschaft verursacht. Noch klarer tritt diese Erscheinung hervor, wenn man das Prozentverhältniß der Grundsteuer zu den übrigen vier direkten Steuern berechnet, wie das in nachstehender Uebersicht versucht ist:

Jahr	Grundsteuer	Haus-, Gewerbe-, Kapitalrenten- und Einkommensteuer
1855/56	70,6	29,4
1861/62	68,2	31,8
1868	64,8	35,5
1874	58,6	41,4
1880	49,2	50,8
1886	42,7	57,3
1892	38,4	61,6
1895	37,0	63,0

Der Ertrag der Grundsteuer machte noch vor vierzig Jahren mehr als 70 Prozent des Gesammtertrags aus. Gegenwärtig beträgt er nur etwa ein Drittel. Demgegenüber stieg der Ertrag aus den übrigen vier Steuern von circa 29 auf circa 63 Prozent des Gesammtertrags. Nicht die Landwirthschaft, sondern die Industrie und der Handel bilden sich demnach gegenwärtig auch bei den sogenannten direkten Steuern immer mehr zu den Hauptsteuerquellen des bayerischen Staates aus.

Daß bei der gegenwärtigen Gestaltung der Steuerwirthschaft in Bayern der Hepttheil dieser Lasten der Arbeiterschaft, dem kleinen Beamtenthum u. s. w. zufällt, darüber belehrt uns die Thatsache, daß von dem Gesammtertrag der Einkommensteuer auf die Besteuerten mit einem Einkommen von weniger als 1500 Mark in der Steuerperiode 1894/97 circa die Hälfte entfiel.

So sieht die heutige Finanzwirthschaft des bayerischen Staates aus. Hoffentlich wird es den Vertretern unserer Partei im bayerischen Landtag gelingen, diese miserablen Zustände wenigstens theilweise zu beseitigen. nr.

---

[1] Bis 1866/67 Verwaltungs-, dann Kalenderjahre.

[2] Bis 1848/49 Dominikalsteuer. Bis 1857/58 einschließlich der von da an wegfallenden Dominikalsteuer.

[3] Bis 1848/49 Familien-, bis 1855/56 allgemeine, von da an spezielle Einkommensteuer genannt.

Feuilleton.

Eine soziale Dichterin.

Von Johannes Gaulke.

Wer heute zur Lektüre einer neuerschienenen Gedichtsammlung verurtheilt ist, wird sich einer gewissen unbehaglichen Stimmung nicht erwehren können. Denn ihrer sind viele, die sich berufen fühlen, in dem deutschen Dichterwald zu singen, ohne zu berücksichtigen, ob ihr Gesang auch einen freudigen Widerhall findet. Die Lyrik ist namentlich in dieser Zeit der Gährung zu einer Experimentalkunst geworden. Diese Erscheinung ist allein durch die allgemeinen Verhältnisse begründet, die alten Ideale sind schon lange im Absterben begriffen, die neuen liegen aber noch gänzlich verworren vor uns, so daß es uns außerordentlich erschwert ist, das Gute von dem Schlechten zu unterscheiden. Nur diesem Umstand haben es alle Neuerer ohne Unterschied der Qualität zu verdanken, daß sie stets ein williges Gehör finden. Das Publikum von heute besitzt geradezu eine Lammesgeduld, denn so oft es sich auch getäuscht sieht, nimmt es doch immer wieder Notiz von den Anpreisungen der modernen Lyriker. Und was hält manch jugendlicher stammelnder Dichterling, der kaum die Eindrücke der Schulbank abgestreift hat, nicht alles für anpreisenswerth! Jedes Gefühlchen, das er irgend einem Größeren einmal nachempfunden hat, muß zu einer weltbewegenden Idee aufgebauscht werden, jede Verhunzung der deutschen Sprache zu einer stilistischen Großthat. Man lese nur diese Selbstanpreiser in der „Zukunft" des Herrn Harden. Und wer es nicht selbst besorgt, für den tritt irgend ein Freund seiner lyrischen Assekuranzecke mit löblichem Eifer ein. Die selbstgenügende Bescheidenheit ist längst zum alten Eisen geworfen, unsere Lyriker haben schon des kommenden Uebermenschenthums Geisteshauch verspürt. Aber die großen zeitbewegenden Fragen finden selten auch nur einen Nachklang in der modernen Dichtung. Unsere Lyriker schildern Stimmungen und Situationen, die sich nur unter ganz exzeptionellen Bedingungen zutragen können, sie zeichnen Figuren, die beherrscht von krausen Vorstellungen, wenn nicht gar von perversen Neigungen, uns kein menschliches Interesse abzugewinnen vermögen. Wenn es nach ihnen ginge, dürfte es überhaupt kein gesundes Empfinden mehr geben.

Wenn man sich oft durch einen Wust von Idiosynkrasien hindurchgearbeitet hat, dann wird man um so freudiger berührt, wenn man einem wirklichen Dichter begegnet, der noch nicht von der großen Modethorheit angekränkelt ist. Clara Müller ist der Autor einer soeben erschienenen Gedichtsammlung: „Mit rothen Kressen", mit der Widmung: Der Freiheit zu eigen.[1] Die Dichterin ist bisher nur einem kleineren literarischen Kreise bekannt gewesen, nunmehr tritt sie mit einer Auswahl ihrer Gedichte vor die Oeffentlichkeit. Abseits der großen Heerstraße lebend, hat sie ihr schönes Talent unbeeinflußt durch die literarischen Eintagsprodukte entwickeln können. Der stete Kampf um die Existenz, die großen Enttäuschungen des Lebens haben nicht, wie es leider nur zu oft der Fall ist, ihren Stolz und ihren Trotz gebrochen, sondern sie mit einer frohen Siegeszuversicht erfüllt. Und alles, was sie selbst erlitten und erlebt hat, findet einen unmittelbaren Widerhall in ihren Liedern.

[1] Großenhain, Verlag von Baumert & Ronge.

Ich ging mit dir durch alles Elends Tiefen,
Geknechtet Volk, durch einen Pfuhl der Schmach;
Die Stimmen hört' ich, die nach Freiheit riefen,
Und meine Seele hallte zitternd nach.
Ich schlief mit dir in deiner Armuth Hütten,
In die kein Mondlicht mild verklärend scheint,
All' deinen Jammer hab' ich durchgelitten,
All' deine Thränen hab' ich mitgeweint!

Solche Verse können nicht am Schreibtisch konzipirt werden, wer sie niedergeschrieben hat, muß die Schmach der Zeit selbst empfunden haben. Diese Grundakkorde verdichten sich in dem Liede „Dem Kampf entgegen“ zu einem mächtigen Schlachtgesang:

So schlaf in Frieden, armes Lamm . . .
Laß einsam mich auf stein'gen Wegen,
Im Straßenstaube fürbaß zieh'n,
Des Tages großem Kampf entgegen.
Es geht ein Brausen durch die Luft
Wie eines starken Sturmes Wehen:
Aus Trümmern tausendjähr'gen Wahns
Will eine neue Welt erstehen.

Dann führt die Dichterin die Kämpfer für Wahrheit und Recht in den Tempel der Freiheit, wo sie der Verheißung Stimme vernehmen:

Raum hat die Erde allerwärts,
Der Himmel Luft für Millionen —
Der Aermste soll auf eignem Grund
Im Schatten seines Daches wohnen!

Und trinken soll mit vollem Zug,
Wer nach dem Born der Wahrheit dürstet —
Und wem der Geist die Krone reicht,
Die göttliche, der sei gefürstet!

Fortan soll keine Mutter mehr
Ihr Kind in tausendfachen Schmerzen
Verleugnen müssen, das sie trägt
In heiligster Liebe unterm Herzen.

Hier sind die Forderungen des Proletariats in eine künstlerische Form gekleidet worden. Die Dichterin hat keinen Abstrich gemacht, nicht wie so viele ein Kompromiß mit der herrschenden Klasse geschlossen, um sich eine behagliche Existenz zu schaffen. Nachdem sie sich zur sozialistischen Weltanschauung durchgerungen hat, fragt sie nicht mehr darnach, ob sie irgendwo Anstoß erregen könnte. Ihr Glaube hat sie stark gemacht, der Sozialismus ist ihr zur Religion geworden, von seiner Verwirklichung erhofft sie eine dauernde Besserung der Verhältnisse und eine sittliche Gesundung der Menschheit. Sie sieht schon im Geiste den neuen Heilsverkünder herannahen, dessen Reich von *dieser* Welt ist.

In Bethlems Thälern nicht, — nicht weltenfern
Und himmelhoch glänzt heut der Weihnacht Stern,
Nach dessen Strahl die Brust sich sehnend weitet:
Die Zeit ist nah, wo licht und hüllenlos,
Wo neugeboren aus der Menschheit Schoß,
Die Liebe durch des Elends Nächte schreitet.

Wie Jesus von Nazareth und mit ihm jeder Verkünder einer neuen Lehre nur von den Elenden und Enterbten verstanden wird, während das satte Pharisäerthum der zahlungsfähigen Moral, das um seinen Besitz fürchtet, ihn dem Henker ausliefert, so empfindet auch heute nur das ausgebeutete Proletariat den Flügelschlag der neuen Zeit, das Nahen des Heilverkünders:

Und wieder schau'n des nahen Heils Verkünder
Enterbte nur, die Siechen und die Sünder,
Indeß der Fromme hohnvoll fragend geht,
„Was Gutes kommen kann aus Nazareth — — —?"
— — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — —
Ihr ahnt ihn nicht, ihr Mächtigen dieser Erde.
In seinem hagern Antlitz lest ihr nur
Die tiefe Sehnsucht aller Kreatur:
Den Trieb nach Glück, den heißen Durst nach Licht —
Die Gottesglorie aber seht ihr nicht.

Der Messias der Juden ist auch von Anderen in die Moderne übersetzt, aber die Betrachtungen, die an seine Person anknüpfen, verlieren sich meist in einen negirenden Pessimismus, das Heil wird immer noch in einer abstrakten Welt gesucht. Darum ist es auf alle Fälle zweckdienlicher, wenn man an konkrete Dinge anknüpft, Menschen aus Fleisch und Blut zum Gegenstand der Schilderung macht. Clara Müller findet dank ihrem kampfesfrohen, hoffnungsfreudigen Temperament nach einzelnen Exkursionen in das symbolistische Gehege den Weg zur Wirklichkeit zurück:

Der Mann der Arbeit — und ob er schwingt
Die Axt in der nervigen Rechten
— — — — — — — — — —
Ob er lehrt und schafft und die Feder hält
Und den Meißel führt, — ihm gehört die Welt,
Ihm gehört der Zukunft Krone!
— — — — — — — — — —
Wir wollen kein feiges, kein halbes Geschlecht,
Kein tröstendes Wort, uns zum Hohne:
Wir wollen für Jeden sein heiliges Recht,
Für Jeglichen Arbeit, die lohne, —
Und Freude, wo brennend die Thräne jetzt fällt,
Und Frieden der ganzen, der seufzenden Welt —
Und dem Volke der Zukunft Krone!

Zu diesen freien Höhen hat sich die Dichterin nur emporzuschwingen vermocht, da sie die Erbärmlichkeit der „guten" Gesellschaft von Grund auf kennen gelernt hat. Was Andere im dumpfen Gleichmuth nicht empfinden, hat sie mit tiefem Ekel erfüllt, sie gehört nicht zu den Naturen, die sich in das Joch der Philistermoral und des Massengehorsams zwängen lassen. Wie tief sie unter der Konvenienz gelitten hat, davon legt ihr „Aufschrei" ein beredtes Zeugniß ab:

Ach, dies Leben tödtet mich:
Grau in grau in weiten Fernen —,
Essen, Trinken, Schlafenszeit,
Beugen lernen, beugen lernen!

Und ich hab' es ja gelernt,
Nicht gewagt, das Haupt zu heben,
Habe Jahre vegetirt . . .
Herr, mein Gott, jetzt will ich leben!

Jetzt will ich leben! Ein stolzes Wort, wenn man bedenkt, daß es Millionen giebt, die für jeden gnädigen Fußtritt dankbar quittiren.

Dasselbe Kraftgefühl und derselbe Lebenstrotz gelangt auch in den Liebesliedern Clara Müllers zum Durchbruch.

Mitten in den Kampf zweier Weltanschauungen führt uns Clara Müller. Mit demselben Trotz, wie die gesellschaftlichen Vorurtheile, den Knechtssinn und die Feigheit bekämpft sie auch die Philistermoral. Ihr stolzer Sinn bäumt sich gegen jede Fessel. Wie der Mensch allein auf Grund dessen, daß er geboren ist, auch ein Recht zum Leben hat, so hat er weiter auch ein Recht zum Lieben. Wem es nicht wird, der nimmt es sich:

Ich habe aus dem übervollen
Pokal der Liebe rasch gezecht,
Ich nahm im Sturm, im heißen, tollen
Lenzseligen Rausch mein Jugendrecht.
Dann hat der Trotz zu rothen Flammen
Empört in mir das wilde Blut —
Und all mein Leben brach zusammen
In schrankenloser Liebesgluth.

Die Dichterin hat ein tiefes Leid erfahren, ihr Liebesglück, auf das sie ein Anrecht zu besitzen glaubte, ist jäh zusammengebrochen, aber in ein Kloster ist sie darum nicht gegangen. An anderer Stelle verleiht sie ihrer Empfindung mit den Worten Ausdruck:

Nichts Menschliches ist mir fern geblieben,
Aus dem Becher trank ich der bittern Noth —
Und ein wettersturmwildes, gewaltiges Lieben
Hat wie sengende Flamme mein Haupt umloht.

Mag auch Amor ihr seine Gunst versagt haben, so hat Apoll sie um so reicher bedacht, sie ist aus dem Konflikt als Dichterin hervorgegangen. In der Poesie findet sie ihr besseres Ich wieder, alles, was sie bewegt und was sie empfindet, klingt in eine herrliche Hymne an die Frühlingsgöttin Ostara aus:

Du meiner Liebe rosiger Knospentraum:
Ich fordere dich vom Himmel kraft der Kraft,
Die dieses Frühlings holde Wunder schafft,
Die Purpurblut in schwellender Traube schäumt,
Die im begrenzten Raum Unendlichkeiten träumt,
Ich glühe nach dir, wie Frühroth nach dem Tag!
Aufjauchzend steh' ich vor der Zukunft Thor
Und klopfe an mit starkem Herzensschlag:
Die schweren Marmorflügel drehn sich schon
Und klaffen weit — —
Auf beiden Händen heb' ich dich empor,
Hebe dich zu des Geisterkönigs Thron,
Daß er mit Feuer deine Stimme weiht,
Du meine Sehnsucht, meine Ewigkeit:
Mein ungeborner Sohn!

Im Ostara-Zyklus haben alle seelischen Empfindungen und Stimmungen, die unbefriedigte Sehnsucht, das ungestüme Verlangen nach Glück und Frieden, die tiefste Resignation und der erhabene Aufstieg zu der Menschheit Höhen, ihren abgeklärtesten poetischen Ausdruck gefunden. Was uns Clara Müller geboten hat, ist einem inneren Bedürfniß entsprungen, sie ist Dichterin von Beruf. Hoffen wir, daß sie unentwegt auf dieser Bahn fortschreite, dann wird sie dem deutschen Volke eine Ada Negri werden und eine Sängerin dem aufstrebenden Proletariat.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 16. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Schattenbilder.

↗ Berlin, 4. Januar 1899.

Der Fall Kuntze hat sich nicht zu Gunsten des Professors Bücher aufgeklärt. Das Kurze an den sehr langen und weitläufigen Erklärungen des Herrn Professors ist eben nur dies, daß er einen Mitarbeiter des Vereinigten Staatswissenschaftlichen Seminars in Leipzig gemaßregelt oder unsertwegen auch nur zu maßregeln versucht hat. Die näheren Einzelheiten des Falles haben für die Oeffentlichkeit ein sehr geringes Interesse: für sie handelt es sich einfach um die Frage, ob der Professor Bücher in ehrfürchtigem Hinblick zur augenblicklichen Regierungsgewalt den Disziplinarknüppel über eine wissenschaftliche Arbeit geschwungen hat. Diese Frage muß aber nach den eigenen, sei es noch so verklausulirten Zugeständnissen Büchers bejaht werden; je mehr er sich um die entscheidenden Gesichtspunkte herumzureden versucht, um so fauler erscheint die ganze Geschichte.

Höchstens der Trost mag ihm geblieben sein, einen Genossen in seinem Peche zu besitzen. Anscheinend hat der ehemalige Professor und nunmehrige Geheimrath v. Scheel, der das kaiserlich statistische Amt in Berlin leitet, das Signal zur Verfolgung Kuntzes gegeben. Von Herrn v. Scheel hätte man sich eigentlich eines solchen Attentats so wenig versehen dürfen, wie von Herrn Bücher; er konnte bisher für einen Mann der bürgerlichen Gelehrsamkeit gelten, der gewiß kein revolutionärer Stürmer war, aber mit einer großen Reserve gegenüber den politischen und sozialen Problemen der Zeit doch eine gewisse Würde zu verbinden wußte. „Wir vertheidigen unsere soziale Stellung und unser Eigenthum, wie sie sind, ohne jedes Zugeständniß, so lange es geht. Ob und wann die soziale Revolution kommt, lassen wir dahingestellt, uns wird es wohl noch aushalten", so schrieb Herr v. Scheel vor zwanzig Jahren, und nach diesem Rezept ist er gemeinsam mit Herrn Bücher gegen Herrn Kuntze vorgegangen. Aber als er so schrieb, hieb er damit ironisch auf die „liberalen Zeitungen", auf den blinden Haß der Bourgeoisie gegen die heranstürmende Arbeiterbewegung, die Herr v. Scheel dazumal „durch Studium der Volkszustände und entsprechende Reformen, insbesondere auch gesetzgeberische", wenn nicht ausrotten, so doch

„mindestens aufhalten“ wollte. Wie schön sagte damals Herr v. Scheel: „Die erste soziale Frage lautet: Wie ist die wirthschaftliche Freiheit zu verallgemeinern? Dies heißt heute nicht mehr: wie ist formell die wirthschaftliche Selbstbestimmung zu sichern? Dies ist schon errungen; sondern: wie ist thatsächlich immer weiteren Volkskreisen die Sicherheit und Selbständigkeit der wirthschaftlichen Existenz zu verschaffen?“ Nach diesem trefflichen Programm müßte Herr v. Scheel heute im Vordertreffen der gegen die Zuchthausvorlage aufmarschirenden Massen stehen; statt dessen sehen wir ihn „die Sicherheit und Selbständigkeit einer wirthschaftlichen Existenz“ untergraben, die über wirthschaftliche Fragen nicht so denkt, wie sie nach dem Verlangen einer hohen Regierung denken soll. „Dies ist der bequemste Standpunkt, der jedes Nachdenken über soziale Fragen erspart“, denkt heute Herr v. Scheel, genau so wie er vor zwanzig Jahren schrieb, um die sozialpolitische Kurzsichtigkeit der „liberalen Zeitungen“ zu verspotten.

Herr v. Scheel veröffentlichte das Programm, woraus wir Einiges zitirt haben, im „Staatssozialisten“ des Herrn Stöcker zur selben Zeit, wo Herr Bücher sozialpolitischer Redakteur der „Frankfurter Zeitung“ war. Leuchten der bürgerlichen „Sozialwissenschaft“ waren sie damals schon beide, aber der eine stand ganz rechts und der andere ganz links, und nun ruhen ihre Hände gemeinsam und sanft verschlungen am Griffe des preußischen Disziplinarknüppels. So vergeht der Ruhm der Welt in den Gefilden der bürgerlichen Gelehrsamkeit. Die liberalen Blätter quälen sich noch immer ab, die deutschen Universitäten zur Opposition gegen die disziplinarischen Attacken des Zickzackkurses aufzureizen, aber bisher ganz vergebens, und nach dem Verhalten Büchers, der unstreitig zum grünen Holze der deutschen Professorenschaft gehört, ist die Aussicht auf eine akademische Rebellion in unsichtbaren Fernen geschwunden. Sie rücken und rühren sich nicht vom Flecke, diese braven Stützen der Gesellschaft, des Staats und der Wissenschaft; wie die Pagoden nicken sie ihr Ja und Amen zu jedem Schlage des disziplinarischen Stocks und der alte Ernst August von Hannover würde sich vor Vergnügen im Grabe umdrehen, wenn er sehen könnte, wie sein drastisches Urtheil über die Wohlfeilheit deutscher Professoren heute noch wahrer ist als zu seiner Zeit, wo sich wenigstens ihrer sieben fanden, die lieber auf ihr Amt verzichteten als auf ihre Ehre.

Ein seltsamer Zufall will, daß eben jetzt, wo Bücher und Scheel zeigen, wie weit sie seit zwanzig Jahren zurückgegangen sind, eine andere sozialpolitische und selbst sozialistische Größe der siebziger Jahre die Oeffentlichkeit beschäftigt oder da dieser Ausdruck allzu viel besagt, an der Oeffentlichkeit vorüberhuscht. „Ein Blick hinter die Kulissen der Sozialitären Bewegung“, so betitelt sich ein „Offener Brief an Herrn Eugen Dühring in Neuendorf bei Potsdam“, den ein Herr Georg Himmelserb veröffentlicht. Der Brief ist zweiunddreißig eng gedruckte Seiten lang und enthält so viel persönlichen Klatsch über meist ganz unbekannte Personen, daß es sich nicht verlohnt, ihn auch nur flüchtig durchzusehen, es sei denn für den doch nicht ganz kleinen Kreis Derer, die Dührings Anfänge gekannt, seine große Begabung geschätzt, sein in mancher Beziehung schweres Schicksal beklagt haben, die nicht blos aus flacher Neugier den Ausgang eines Mannes kennen lernen möchten, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung eine nicht unwichtige Rolle gespielt, einen Denker wie Engels zu einem geharnischten Waffengang veranlaßt und mittelbar durch seine Propaganda eine klassische Schrift des wissenschaftlichen Sozialismus hervorgerufen hat. Zu sagen, daß Dühring durch die Schrift, die Engels gegen ihn richtete, ein- für allemal

abgethan worden sei, heißt allzu sklavisch auf die Worte der Meister schwören und sie selbst dadurch herabsetzen; hätte Dühring nur einen so ganz unbedeutenden Gegner abgegeben, dann wäre es kein besonderer Ruhm gewesen, ihn „abzuthun“, und Engels wäre schwerlich mit ihm auf die Mensur getreten. Dühring war zweifellos ein Mann von großen Gaben, und wenigstens in seinen jüngeren Jahren hat er Manches geleistet, das aller Achtung werth ist. Sein Unglück war sein Größenwahn und sein Sektenfanatismus, der theilweise, aber eben doch nur theilweise durch seine körperliche Blindheit entschuldigt wurde, zum anderen Theile wurzelte er in allgemeinen Zuständen, und Dührings Schicksal mag gerade in unseren Tagen für manchen Mann manche ernste Lehre enthalten.

Der Umfang des „Sozialitären Bundes“, in dem Dühring seine Propaganda betreibt, geht aus dem Berichte der „Generalversammlung“ für 1897 hervor, worin es heißt: „Vor vier Jahren standen wir besser da als heute. Damals hatten wir wenigstens neun Mitglieder, darunter solche, von denen wir uns viel versprechen konnten.“ Unter dieser erhebend großen Menge von Gläubigen besteht nun aber ein ewiger Krieg, immer von Neuem entzündet und niemals völlig erlöschend wegen verdächtiger Hinneigung zur Ketzerei. Ein Mitglied M., von dem auf der „Generalversammlung“ von 1897 festgestellt wurde, daß es sehr wirksam sei und viel gethan habe, wird dennoch mit der Begründung verketzert, „es sei zweifelhaft, ob er Dühringianer sei, denn er lese auch andere Bücher“. Das Mitglied Hg., das bereits einmal hinausgethan wurde, wird wieder zugelassen, aber verpflichtet, nicht mit R. zu verkehren, „da dies Dühring nicht haben wolle“. Und so weiter.

Himmelserb selbst gerieth in Verdacht, Dührings Autorschaft an einem anonymen Artikel verrathen zu haben, worin die Unterzeichner der dem Reichstage gegen den § 175 des Strafgesetzbuchs eingereichten Petition verspottet wurden. Der Artikel erschien im „Modernen Völkergeiste“, dem unter Ausschluß der Oeffentlichkeit herausgegebenen Organ des „Sozialitären Bundes“. Himmelserb behauptet, der Artikel sei gar nicht auf die Sache eingegangen, sondern habe den unterzeichneten Professoren nur „eins auswischen“ wollen. Eine ehrfurchtsvolle Entgegnung eines Dühringianers, die nicht einmal den allgemeinen Zweck des Artikels bekämpfte, sondern nur einzelne seiner Begründungen anzweifelte, wurde zwar in den „Modernen Völkergeist“ nicht aufgenommen, sondern mit der groben Begründung abgewiesen, daß „Sie die Geschäfte der Unterzeichner jenes Petitionsentwurfs mit Ihrem Abschwächungsversuch der wissenschaftlichen Prangerstellung besorgen“. Aber da der Einsender die „unverkennbar eigene Auslassung des blinden Meisters am Stile“ erkannt hatte, so gerieth Himmelserb bei Dühring in den Verdacht, dessen Autorschaft verrathen zu haben. Sofort erließ der „Meister“ den Bannstrahl, Himmelserb sei selbst Päderast, und obgleich die Mitglieder des „Sozialitären Bundes“ von der Haltlosigkeit der Behauptung überzeugt waren, daß Himmelserb die Autorschaft Dührings verrathen habe, so wagten sie eine Untersuchung der Sache doch nur für den Fall ins Auge zu fassen, daß „Dühring von seinem Vorurtheil nicht abzubringen“ sei. Es scheint nun, daß dies nicht gelungen ist und daß Himmelserb auch sonst nicht zu seinem Rechte hat kommen können; seine reichlich konfuse Broschüre läßt das nicht genau erkennen. Jedenfalls sucht er sich jetzt öffentlich von allem schnöden Verdacht zu reinigen und springt dabei nicht säuberlich mit dem „Meister“ um. Das Schnurrigste an dem schnurrigen Schriftchen sind die Protokolle des „Sozialitären Bundes“; so etwas ist seit den Protokollen des Pickwickklubs nicht geschrieben worden.

Einen glücklicheren Ausgang als Dühring hat ein anderer Mann gehabt, der gleichfalls auf Sonderlingswegen das verfolgte, was er nach seiner Ueberzeugung für das Heil und Wohl der Menschheit hielt. Als M. v. Egidy vor vierzehn Tagen an dieser Stelle ein Eigenbrödler genannt wurde, war nichts davon bekannt, daß er an der Schwelle des Todes stand; dem Todten gebührt ein milderes Urtheil, als dem Lebenden. Nicht als ob jetzt behauptet werden dürfte, daß Egidys öffentliche Wirksamkeit durch seinen Tod in ein anderes und günstigeres Licht träte; in dem großen Kampfe der Zeit werden seine Spuren schnell verweht sein. Aber wohl war er in hohem Grade ein ehrlicher Schwärmer, und wenn er nichts Großes erreicht hat, so hat er doch immer die bösen Geister zu bändigen gewußt, die in solchen Naturen lauern und über Dühring eine so unheilvolle Macht gewonnen haben.

Die Darwinsche Theorie und der Sozialismus.

Von **A. Bebel.**

Ludwig Woltmann, der Verfasser des unter dem vorstehenden Titel erschienenen Buches, untersucht in demselben, wie die beiden großen und einflußreichsten wissenschaftlichen Strömungen der Jetztzeit, die Lehre Darwins auf dem Gebiet der Naturforschung und die Lehren von Marx auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft zu einander stehen.

Bekanntlich ist ein lebhafter Kampf entbrannt zwischen dem weitaus größten Theile der Vertreter des Darwinismus in seiner alten wie in seiner neueren, geläuterteren Form auf der einen, und den Vertretern des wissenschaftlichen Sozialismus auf der anderen Seite, über die Frage: inwiefern Darwinismus und Sozialismus in einem gewissen Einklang sich befinden und insbesondere ob der Darwinismus, auf das Gesellschaftsleben angewandt, mit dem Sozialismus in Widerspruch stehe, ihm förderlich sei oder entgegenwirke.

Alle bekannten Vertreter des Darwinismus mit Ausnahme von Wallace bestreiten nicht nur, daß der Darwinismus zu Gunsten des Sozialismus angerufen werden könne, sie erklären sogar, er *widerstreite* dem Sozialismus. Und sein berufenster Vertreter in Deutschland, Ernst Haeckel, schreibt: „Der Darwinismus — die Selektionstheorie — erscheint im Lichte unbefangener Kritik als ein *aristokratisches Prinzip*; es beruht auf der Auslese der Besten.“

Nur ein sehr kleiner Theil der Darwinianer vertreten eine andere Auffassung; sie theilen mehr oder weniger die Ansicht der Vertreter des Sozialismus, daß der Darwinismus mit der Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus wohl in Einklang stehe, nur dürfe derselbe nicht in der roh mechanischen Weise, wie es seitens der großen Mehrheit der Darwinianer geschieht, auf die menschliche Entwicklung angewandt werden.

Woltmann geht bei seiner Untersuchung und Beweisführung so zu Werke, daß er sowohl die Darwinianer beider Richtungen, wie die Oekonomisten der verschiedenen Schulen und die Philosophen, soweit ihre Ansichten ihm für die Frage von Bedeutung erscheinen, auf Grund ihrer in der Literatur erfolgten Aeußerungen einer Prüfung unterzieht. Das Endresultat, zu dem er kommt, ist: Darwinismus und Sozialismus stehen nicht im Widerspruch zu einander, die darwinistischen Theorien von der Auslese der Besten im Kampfe ums Dasein werden, soweit sie für die Menschheit in Frage kommen, in einer sozialistischen

Gesellschaft den Ausdruck finden, daß die Einheit zwischen Mensch und Natur hergestellt wird.

Woltmann hat, indem er in seinen Studien zu einem möglichst erschöpfenden Resultat zu kommen suchte, für Alle, die sich für das erörterte Problem interessiren, eine gute Uebersicht der einschlägigen Literatur geliefert, die denen, die wegen Mangel an Zeit oder Mitteln oder wegen Mangel an beiden diese noch nicht kannten, willkommen sein wird.

Auch hat er dadurch, daß er das gesammte Material pro und contra für sein Thema zusammentrug, namentlich den Darwinianern, die mit wenigen Ausnahmen auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaft Nichtswisser sind, gezeigt, wie die Frage in Wirklichkeit liegt. Ob seine Beweisführung auf seine Gegner unter den Darwinianern einen tieferen Eindruck machen und sie zur Modifizirung ihrer Ansichten veranlassen wird, muß abgewartet werden, von der Mehrheit derselben ist es nicht anzunehmen.

In der Unkenntniß und Vernachlässigung des Studiums der sozialen Probleme folgen unsere Darwinianer fast sämmtlich dem Vorbild ihres Herrn und Meisters. Aber was diesem verziehen werden kann, angesichts der Riesenleistung, die er vollbrachte, ist deshalb nicht auch ihnen zu verzeihen. Außerdem hat seit Darwins Tode die soziale Bewegung einen Umfang erlangt und haben die sozialen Probleme eine Bedeutung gewonnen, daß Niemand mehr, der Anspruch darauf macht, ein Mensch zu sein, der für seine Zeit Verständniß besitzt, an diesen vorübergehen kann. Insbesondere ist die Frage: welche Bedeutung der Darwinismus für die gesellschaftliche Entwicklung hat, namentlich von Seiten der Sozialisten so oft und immer wieder erörtert worden, daß die Darwinianer ex cathedra allen Grund hätten, sich auch ein wenig mit der politischen Oekonomie und dem Sozialismus zu befassen, damit sie darüber nicht sprächen wie der Blinde von der Farbe.

Wie fremd Darwin dem Studium der wirthschaftlichen Erscheinungen gegenüberstand, daran wird der Leser von Woltmanns Buch durch den Wiederabdruck von Darwins Brief an Marx erinnert, worin er dem Letzteren für die Uebersendung seines Werkes „Das Kapital" dankt. Darwin schreibt in diesem Briefe unter Anderem: Ich wünsche von Herzen, daß ich der Gabe durch ein größeres Verständniß der tiefen und wichtigen nationalökonomischen Fragen würdiger wäre.

Darwin giebt hier mit dürren Worten sein Nichtwissen in nationalökonomischen Fragen zu und hat in dieser Erkenntniß nie sich herbeigelassen, über den Sozialismus zu urtheilen.

Anders seine Nachfolger, namentlich Ernst Haeckel, dem die Erleuchtung über die Gegensätzlichkeit des Darwinismus zum Sozialismus schon gekommen war, ehe er noch eine Schrift über den Sozialismus gelesen hatte. Ein ergötzliches Beispiel hierfür führt Woltmann in der Note auf S. 95 seines Buches an, woselbst er mittheilt, daß, als er im Frühjahr 1894 als junger Student Haeckel besuchte, um ihn über Darwinismus und Sozialismus zu befragen, er entdeckte, daß Haeckel von den ökonomischen und historischen Lehren des Sozialismus keine Ahnung besaß und im Sommer 1893 nur mein Buch „Die Frau und der Sozialismus" gelesen hatte, und dieses wahrscheinlich auch nur, weil ich ihn in demselben scharf angegriffen habe. Daß es mit anderen Vertretern des Darwinismus, wie z. B. Ammon und Ziegler, nicht besser steht, ist schon mehrfach und in Bezug auf Letzteren auch von mir an anderer Stelle nachgewiesen worden.

Es zeigt sich hier eine eigenartige Erscheinung. Während Marx und Engels und ihnen folgend sämmtliche bekanntere Sozialisten, ich erinnere nur an Liebknecht, Kautsky, Bernstein, Cunow, Adler, Lafargue, Ferri, Grant Allen, Karl Pearson etc., sich lebhaft für den Darwinismus und die moderne Naturforschung interessiren, bringen umgekehrt die Naturforscher fast ausnahmslos dem Sozialismus wie dem Studium ökonomischer Fragen weder Interesse noch Verständniß entgegen. Sie bekümmern sich erst darum, und dann fast immer höchst oberflächlich und unzulänglich, nachdem sie zur Stellungnahme provozirt wurden. Das scheint dafür zu sprechen, daß auch in diesem Falle die Sozialisten auf der höheren Warte stehen und den weiteren Ueberblick haben, so wenig das die Herren Darwinianer zugeben wollen.

Wenn daher Woltmann S. 5 seines Buches sagt: „Der Sozialismus muß in eine viel engere Beziehung zur natürlichen Entwicklungslehre gebracht werden, als es bisher geschah", so sollte sich diese Aeußerung nicht gegen die Sozialisten richten, die es an Verständniß nicht fehlen ließen, wohl aber gegen die Darwinianer, für die die Mahnung am nöthigsten ist, wie das Woltmann selbst ausführlich nachweist.

Wenn ferner Woltmann S. 27 und 28 seines Buches sagt: „Um den Fortschritt in der menschlichen Kultur zu erkennen, sind außer den wirthschaftlichen noch andere Begriffe erforderlich, welche der Physiologie und der allgemeinen Biologie entnommen sind, die Begriffe der Differenzirung, Anpassung und Vererbung, und es bedarf mindestens noch einer speziellen Untersuchung, ob natürliche Zuchtwahl in den ökonomischen Einzel- und Klassenkämpfen der Gesellschaft überhaupt von Einfluß gewesen ist, warum sie nicht wirken konnte, und was etwa an ihre Stelle getreten ist. Diese Fragen haben Marx und Engels nicht berührt", so trifft dies nicht zu. Namentlich hat sich Engels im Anti-Dühring über den Zusammenhang der Resultate der Naturforschung mit den Gesetzen der Gesellschaftsentwicklung ausführlich ausgesprochen, und Woltmann selbst zitirt S. 29/30 seines Buches eine längere Stelle aus Engels' Anti-Dühring, die das bestätigt und ihm zugleich Antwort auf seine Behauptung giebt. Die betreffende Stelle lautet, nachdem Engels ausgeführt, daß das Arbeitsfeld innerhalb der Gesellschaft ein Kampfplatz von immer gewaltigerer Ausdehnung wurde: „Es ist der Darwinsche Kampf ums Einzeldasein, aus der Natur mit potenzirter Wuth übertragen in die Gesellschaft. Der Naturstandpunkt des Thieres erscheint als Gipfelpunkt der menschlichen Gesellschaft."

In der menschlichen Gesellschaft hat das Individuum eine Doppelstellung, die kein anderes noch so hoch stehendes Geschöpf in der Welt einnimmt. Der Mensch ist Persönlichkeit und zugleich Gesellschaftswesen. Als letzteres ist er wieder Angehöriger einer Klasse, mit besonderen Interessen, die den Interessen der anderen Klassen bald mehr, bald weniger feindlich gegenüberstehen und die Stellung und Entwicklung der einzelnen Person in höherem Grade beeinflussen, als ihre persönlichen Eigenschaften. Das unterscheidet den Menschen vom Thiere und macht es unmöglich, ihn in seiner Entwicklung nach gleichen Gesichtspunkten zu beurtheilen. Der von Woltmann S. 247 seines Buches zitirte Ausspruch Engels': „Die Arbeit hat die Menschen selbst geschaffen, die Arbeit fängt an mit der Verfertigung von Werkzeugen", spricht in knappster Kürze den gleichen Gedanken aus.

Die Ausführungen Woltmanns regen noch einen anderen Gedanken an: Man kann ohne den Darwinismus die Entwicklungsgesetze der Gesellschaft auf ihren verschiedenen Entwicklungsstufen begreifen, aber man kann als Darwinianer

niemals die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft verstehen, wenn man den wissenschaftlichen Sozialismus und den ihm zu Grunde liegenden historischen Materialismus nicht kennt. Anderen Falles bleibt man in der rohen, rein mechanischen Auffassung des Darwinismus stecken, in der die Darwinianer fast ausnahmslos stecken geblieben sind.

Woltmann ist der Meinung, daß die logischen Mittel, welche dem modernen Sozialismus aus der Hegelschen Philosophie überkommen sind, nicht mehr genügen, und daß der Sozialismus an wissenschaftlicher Kraft nur gewinnen könnte, wenn er in seinen geistigen Voraussetzungen wieder auf Kant zurückgehe. Bekanntlich ist der gleiche Ideengang wie bei Woltmann von Bernstein und Conrad Schmidt vertreten und von Plechanow scharf angegriffen worden und ist gegenwärtig noch Gegenstand der Kontroverse in dieser Zeitschrift. Soweit ich hierin ein Urtheil habe, stehe ich auf Plechanows Seite.

Daß die Lehren und Auffassungen von Marx und Engels kein noli me tangere sind, keine Dogmen, die für ewige Zeiten festliegen, ist zu allseitig anerkannt, um noch ein Wort darüber zu verlieren; sie dürften durch die gesellschaftliche Entwicklung, die in ihren einzelnen Phasen der scharfsichtigste Seher nicht voraussagen kann, modifizirt werden, aber sie bleiben in der Hauptsache die feste Grundlage, von der aus wir weiter streben, genau wie dies bisher den Lehren Darwins ergangen ist.

Woltmann hat in seinem Buche eine systematische und prinzipielle Erforschung des Verhältnisses der sozialistischen zur darwinistischen Gedankenwelt vom Standpunkt der sozialen Entwicklungsgeschichte und der Sozialpolitik geben wollen, und er hat für diesen Zweck fleißig gearbeitet und Beachtenswerthes geschaffen. Er kommt im Laufe seiner Untersuchungen auch auf das seit einer Reihe von Jahren durch Weißmann streitig gewordene Gebiet der Vererbung erworbener Eigenschaften zu sprechen, für welche die große Mehrzahl der Darwinianer, Haeckel, L. Büchner und W. Haacke an der Spitze eintritt, wohingegen eine Minorität Weißmann folgt. Letzterer stellt bekanntlich die Ansicht auf, daß im wahren Sinne erworbene Abänderungen bei dem Entwicklungsgang der organischen Welt überhaupt nicht vorkämen, vielmehr alle Abänderungen aus primären Keimesänderungen hervorgingen. Woltmann nimmt in diesem Streit eine vermittelnde Stellung ein. Im Grunde vererbe sich die Variation — und hier habe Weißmann Recht, aber nur durch Vermittlung des durch Uebung und Gebrauch entwickelten Organs — und hier habe Lamarck Recht. Die ausführliche Begründung dieser Auffassung findet der Leser in Woltmanns Buch.

Zum Schlusse dieser Besprechung bin ich genöthigt, mich noch mit Woltmann persönlich auseinanderzusetzen. Nachdem er meine Auffassung des Darwinismus in Bezug auf die menschliche Gesellschaft kurz wiedergegeben, wie ich sie in meinem Buche „Die Frau und der Sozialismus" entwickelte, äußert er (S. 45): „Man wirft Bebel vor (seitens der Darwinianer), daß er den Darwinismus nicht verstanden und fälschlich für den Sozialismus in Anspruch genommen habe. Ohne Zweifel finden sich Lücken in Bebels Gedankengang; z. B. ist nicht zu erkennen, ob Bebel annimmt, daß die bisherige Entwicklungsgeschichte des Menschengeschlechts von denselben Gesetzen getragen wurde wie diejenige der Thiere und Pflanzen", und er polemisirt alsdann gegen diesen Gedanken, als sei er in der That der meinige. War es Woltmann zweifelhaft, weil er nicht zu erkennen vermochte, was ich in Bezug auf das Verhältniß des Darwinismus zur Entwicklung der menschlichen Gesellschaft sage, so lag ihm doch nahe, mich hierüber nichts Unsinniges sagen zu lassen. Ich habe

wiederholt in meinem Buche über den fraglichen Punkt mich, wie ich glaube, so deutlich ausgesprochen, daß mit gutem Willen man mich richtig verstehen kann. Aber Woltmann geht noch weiter, und hier stellt sich allerdings eine starke Meinungsverschiedenheit zwischen uns heraus. Anknüpfend an den Satz, den ich den Darwinianern entgegenhalte, daß der Mensch wohl ein denkendes Thier genannt werden mag, das Thier aber kein denkender Mensch ist, macht er die Bemerkung: „Aber Bebel und mit ihm zugleich alle dogmatischen Anhänger des historischen Materialismus übersehen, daß der Mensch nicht nur ein wissenschaftlich erkennendes, sondern auch moralisches und praktisches Wesen ist, und daß die Rückwirkung des sittlichen Bewußtseins auf die Zustände der Gegenwart die Idee einer höheren Gesellschaftsform erzeugt und zur Verwirklichung bringen wird."

Gewiß, der Mensch ist auch ein moralisches Wesen, er hat Anschauungen, die wir mit dem Namen Moral belegen. Aber diese moralischen Anschauungen in Beziehung zur Gesellschaft gebracht, finden wir, daß die moralischen Ansichten von den Klasseninteressen abhängen, die er vertritt. Ausnahmen bestätigen die Regel. Die Einwirkungen, welche die gesellschaftliche Moral erzeugen, sind also sehr materialistischer Natur und so schätze ich die Rückwirkung des sittlichen Bewußtseins auf die Zustände der Gegenwart wie der Zukunft anders ein als Woltmann. Daß das sittliche Bewußtsein bisher die wirthschaftlichen und politischen Umgestaltungen der menschlichen Gesellschaft herbeigeführt habe, wird von uns „dogmatischen Anhängern" des historischen Materialismus so lange bestritten, als unsere Gegner außer Stande sind, uns einen anderen und besseren Erklärungsgrund für die in Frage stehenden Phänomene zu geben. Uns erscheint der historische Materialismus zur Erklärung vollkommen ausreichend, und schließlich kann eine Methode nicht mehr leisten, als daß sie erfüllt, was man von ihr erwartet.

Ich habe auch in meinem Buche nicht gesagt, daß die Menschen sich den bestehenden Zuständen anpaßten, wohl aber daß die durch die bestehenden Zustände benachtheiligten Klassen bestrebt sind, diese Zustände zu ändern und sich, d. h. ihren Bedürfnissen und Interessen, anzupassen. Das ist der Unterschied, der zwischen Thier und Mensch besteht.

Zum Zweiten macht Woltmann, indem er gegen Ziegler polemisirt, eine Bemerkung auch gegen mich (S. 278), die lautet: Dagegen muß man Bebel entschieden widersprechen, wenn er daraus folgert (aus der Existenz der Promiskuität bei Menschen, die hordenweise zusammenlebten), daß alle Männer in Vielweiberei und alle Weiber in Vielmännerei lebten.

Hätte Woltmann die Vorrede zur fünfundzwanzigsten Auflage meines Buches, in der ich unter Anderem gegen Ziegler polemisire, vorgelegen, er hätte wahrscheinlich diese Bemerkung, die, wie mir scheint, von falscher sittlicher Entrüstung ihm eingegeben wurde, nicht gemacht. In jener Vorrede verweise ich Ziegler zur Widerlegung des gleichen Einwands auf — Darwin, der in seinem Werke: „Die Abstammung des Menschen und die geschlechtliche Zuchtwahl" im zwanzigsten Kapitel, handelnd von den sekundären Geschlechtscharakteren der Menschen, sagt, daß er zwar die Existenz einer Gemeinschaftsehe (dieser Ausdruck rührt von mir) und den ihr voraufgehenden Zustand der Promiskuität für unglaubwürdig gehalten habe, er habe aber gefunden, daß alle diejenigen, die den Gegenstand am gründlichsten studirt hätten, anderer Meinung als er seien, und daß Promiskuität die ursprüngliche und allgemeine Form des Geschlechtsverkehrs auf der ganzen Erde bildete, einschließlich der Ehe zwischen

Geschwistern. Woltmann zitirt auch (S. 278 seines Buches) mit Unrecht Engels, denn dieser faßt die Promiskuität genau so auf wie ich, denn er bemerkt: „Regellos (ist dieser Verkehr in der Horde) insofern, als die später durch die Sitte gezogenen Einschränkungen noch nicht bestanden", und Einzelpaarungen auf Zeit nur als Ausnahme zugiebt. Ferner zeigen uns die Sagen der alten Völker, und diese sind sehr lehrreich, daß in der Urzeit der Geschlechtsverkehr auch unter Eltern und Kindern und nicht blos zwischen Geschwistern bestand. Die Sage von Lot, der mit seinen Töchtern Blutschande übt, ohne daß die Bibel dafür ein Wort der Entrüstung hat, zeigt, daß es sich um keinen ungewöhnlichen Vorgang handelte, und doch standen die Juden damals schon auf der Mittelstufe der Barbarei. Als Beispiel blutschänderischer Verbindungen führt ferner Paul Lafargue in Nr. 1 des vorliegenden Jahrgangs dieser Zeitschrift die Sage an, daß Brahma sich mit seiner Tochter Saravasty vermählte, und in dem Papyros Anastasi sich Amon rühme, der Gatte seiner Mutter zu sein, wie der Sage nach Uranos seine Mutter Gäa zur Gattin hatte. Man sollte sich also über die Regellosigkeit des Geschlechtsverkehrs in der Horde nicht wundern, er liegt sozusagen schon im Namen Horde eingeschlossen. Auch ist sogar in unserer Zeit die Blutschande ein viel häufiger vorkommendes Verbrechen, als unsere Strafprozesse ahnen lassen.

In der Befriedigung geschlechtlicher Leidenschaften steht selbst der moderne Mensch oft unter dem Thiere. Ich erinnere hier nur an die schlimmsten geschlechtlichen Exzesse (an den Lustmord und die widernatürliche Unzucht). In der Urzeit war aber der Mensch eine Bestie.

Wie gegenüber solchen und ähnlichen Thatsachen Mucke, dessen Werk: „Horde und Familie in ihrer urgeschichtlichen Entwicklung" ich nicht kenne, zu der Hypothese kommt, wie Woltmann anführt, in der Horde habe keine wilde Geschlechtsgemeinschaft, sondern monogame Ehe bestanden, ist mir dunkel.[1] Man konstruire nicht Moralbegriffe für eine Zeit, in der man Moralbegriffe in keiner Form kannte.

Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der Großindustrie in Deutschland im Zeitraum 1882 bis 1895.

Von Dr. J. Schmidt.

II.

In Heft 50 des letzten Jahrgangs der „Neuen Zeit" habe ich die Zentralisationstendenzen in den wichtigeren Gewerbegruppen besprochen. Im Anschluß daran sollen hier nunmehr andere Ergebnisse der letzten Gewerbezählung behandelt werden, die indirekt von den raschen Konzentrations- und Zentralisationsprozessen Zeugniß ablegen, die sich innerhalb der deutschen Industrie vollziehen. Nebenbei sollen dann noch die Ausbreitung der Hausindustrie und ihre Hauptursachen erörtert werden.

Was zunächst eine der Hauptbegleiterscheinungen der sich rasch entwickelnden Großindustrie — die Ausbreitung der Frauenarbeit — anbelangt, so lassen sich diesbezüglich nachstehende Zahlen anführen. Von der Gesammtzahl der bei der letzten Gewerbezählung in Deutschland ermittelten erwerbsthätigen weiblichen Per-

[1] H. Cunow hat in der „Neuen Zeit", XIII, 2, S. 513 ff. eingehend das Unhistorische des Muckeschen Standpunkts nachgewiesen. Die Redaktion.

sonen wurden circa 736 000 in den Betrieben mit 1 bis 5 Personen, circa 273 000 in den Betrieben mit 6 bis 20 und circa 741 000 in den Betrieben mit mehr als 20 Personen beschäftigt. Der größte Antheil fiel demnach den größeren Betrieben zu. Zusammen mit den Betrieben, die 6 bis 20 Personen beschäftigten, hatten demnach die größeren Betriebe im Jahre 1895 circa 58 Prozent der Gesammtzahl der im Gewerbe erwerbsthätigen Frauen in Anspruch genommen.

Geht man zum Vergleich der Ergebnisse der 1895er Gewerbezählung mit denen von 1882 über, so lassen sich für die Gruppen: „Allein ohne Motoren arbeitende Selbständige" und „Arbeiter" folgende Zahlen ermitteln:

Gewerbegruppen	Allein ohne Motoren arbeitende Selbständige weiblichen Geschlechts		Zu- oder Abnahme in Prozent
	1882	1895	
Kunst- und Handelsgärtnerei	370	637	+ 72
Thierzucht und Fischerei	53	71	—
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	—	3	—
Industrie der Steine und Erden	733	395	— 46
Metallverarbeitung	1 117	602	— 46
Industrie der Maschinen und Instrumente	601	692	+ 15
Chemische Industrie	123	171	+ 39
Industrie der Leuchtstoffe, Seifen &c.	97	42	—
Textilindustrie	101 513	66 654	— 34
Papierindustrie	647	684	+ 6
Lederindustrie	410	351	— 14
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	9 959	5 123	— 49
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel	2 613	4 358	+ 67
Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe	412 760	363 295	— 12
Baugewerbe	43	17	—
Polygraphische Gewerbe	112	87	—
Künstlerische Gewerbe	378	879	+132
Handelsgewerbe	76 169	110 702	+ 45
Versicherungsgewerbe	10	13	—
Verkehrsgewerbe	5 521	6 062	+ 10
Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe	20 965	28 388	+ 35

Die Zahl der allein ohne Motoren arbeitenden Selbständigen weiblichen Geschlechts weist demnach im Ganzen eine Abnahme von circa 634 000 auf circa 589 000 Personen, d. h. von etwa 7 Prozent, auf. Besonders groß war die absolute und relative Abnahme im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe (etwa 49 000 Personen oder circa 12 Prozent), in der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe (etwa 5000 Personen oder circa 49 Prozent) und in der Textilindustrie (etwa 35 000 Personen oder circa 34 Prozent). Eine beträchtliche Zunahme war demgegenüber zu verzeichnen: im Handelsgewerbe mit circa 35 000 Personen (circa 45 Prozent) und im Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe mit circa 7500 Personen (35 Prozent). Von besonderem Interesse ist dabei noch der Umstand, daß die hier hervorgehobenen fünf Gewerbegruppen im Jahre 1882 etwa 98 Prozent, im Jahre 1895 etwa 97,5 Prozent der Gesammtzahl der sogenannten Selbständigen weiblichen Geschlechts umfaßten.

Ein ganz anderes Bild liefert uns der Vergleich der Ergebnisse in Bezug auf die in den Jahren 1882 und 1895 ermittelte Zahl der Lohnarbeiterinnen. In den einzelnen Gewerbegruppen wurden nämlich gezählt:

Gewerbegruppen	Weibliche Arbeiter		Zunahme (+) oder Abnahme (—) in Prozent	
	1882	1895	der weiblichen Arbeiter	der männlichen Arbeiter
Kunst- und Handelsgärtnerei . . .	6 042	15 766	+ 161	+ 78
Thierzucht und Fischerei	801	1 351	+ 69	+ 4
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	13 537	16 635	+ 23	+ 25
Industrie der Steine und Erden .	25 781	50 904	+ 97	+ 66
Metallverarbeitung	17 784	40 745	+ 129	+ 56
Industrie d. Maschinen u. Instrumente	3 068	12 333	+ 302	+ 73
Chemische Industrie	7 008	15 719	+ 124	+ 59
Industrie der Leuchtstoffe, Seifen 2c.	3 250	5 652	+ 74	+ 36
Textilindustrie	254 561	388 881	+ 53	+ 22
Papierindustrie	30 054	46 046	+ 53	+ 59
Lederindustrie	5 651	10 347	+ 83	+ 42
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	14 826	26 456	+ 78	+ 60
Industrie d. Nahrungs- u. Genußmittel	86 361	193 057	+ 124	+ 34
Bekleidungs- u. Reinigungsindustrie	110 011	208 265	+ 89	+ 19
Baugewerbe	2 589	9 384	+ 262	+125
Polygraphische Gewerbe	9 034	19 782	+ 119	+ 75
Künstlerische Gewerbe	335	756	+ 126	+ 34
Handelsgewerbe	88 076	253 508	+ 188	+ 47
Versicherungsgewerbe	25	84	—	— 37[1]
Verkehrsgewerbe	1 306	2 425	+ 86	+ 47
Beherbergungs- u. Erquickungsgew.	112 263	305 511	+ 172	+ 75
Zusammen	792 363	1 623 607	+ 105	+ 53

Während die Gesammtzahl der sogenannten Selbständigen weiblichen Geschlechts, die in Alleinbetrieben beschäftigt waren, eine beträchtliche Abnahme aufwies, hat die Zahl der weiblichen Lohnarbeiter in allen Gewerbegruppen rasch zugenommen, im Ganzen von circa 792 000 im Jahre 1882 auf circa 1 623 000 im Jahre 1895, d. h. um etwa **105** Prozent. Demgegenüber nahm die Zahl der Arbeiter männlichen Geschlechts im gleichen Zeitraum nur um etwa 53 Prozent, d. h. etwa halb so rasch, zu.

Noch interessanter gestalten sich die Ergebnisse bei der Verfolgung der Entwicklungstendenzen innerhalb einzelner Gewerbegruppen. Eine Zunahme von mehr als 10 000 weiblichen Arbeitern hatten zu verzeichnen:

Papierindustrie	ca. 16 000	=	ca. 53	Proz.	(59)
Textilindustrie	„ 134 000	=	„ 53	„	(22)
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe . . .	„ 12 000	=	„ 78	„	(60)
Bekleidungs- und Reinigungsindustrie . . .	„ 98 000	=	„ 89	„	(19)
Industrie der Steine und Erden	„ 25 000	=	„ 97	„	(66)
Polygraphische Gewerbe	„ 11 000	=	„ 119	„	(75)
Industrie der Nahrungs- und Genußmittel .	„ 107 000	=	„ 124	„	(34)
Metallverarbeitung	„ 23 000	=	„ 129	„	(56)
Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe . .	„ 193 000	=	„ 172	„	(75)
Handelsgewerbe	„ 165 000	=	„ 188	„	(47)

[1] Die Abnahme erklärt sich hier durch eine überaus rasche Zunahme der Personen in der Rubrik „Angestellte". Ihre Zahl vermehrte sich von circa 6000 im Jahre 1882 auf circa 13 600 im Jahre 1895.

Beim Vergleich des prozentualen Zuwachses mit den in Klammern beigegebenen Zahlen, die auf den entsprechenden Zuwachs an männlichen Arbeitern hinweisen, ergiebt sich, daß in allen diesen Gewerbegruppen — die Papierindustrie ausgenommen — die Zahl der weiblichen Arbeiter bei Weitem rascher zugenommen hat, als die der männlichen. Bei dieser Gelegenheit muß noch folgendes außerordentlich interessante Moment besonders hervorgehoben werden. Berechnet man nämlich den Prozentsatz der weiblichen Lohnarbeiter zu der Gesammtzahl der in sämmtlichen Gehilfenbetrieben beschäftigten weiblichen Personen, so lassen sich für die zwischen den Zählungsjahren liegende Zeitperiode folgende Entwicklungstendenzen nachweisen:

Gewerbegruppen	Von 100 in den Gehilfenbetrieben beschäftigten weiblichen Personen waren Lohnarbeiterinnen:	
	1882	1895
Kunst- und Handelsgärtnerei	93,3	95,6 (72,0)[1]
Thierzucht 2c.	78,6	89,8 (62,8)
Bergbau 2c.	99,5	99,7 (96,0)
Industrie der Steine 2c.	95,7	98,1 (91,8)
Metallverarbeitung	88,7	93,8 (79,0)
Industrie der Maschinen 2c.	81,1	90,8 (85,3)
Chemische Industrie	96,5	97,5 (82,2)
Industrie der Leuchtstoffe 2c.	93,0	94,8 (77,9)
Textilindustrie	97,7	98,5 (79,9)
Papierindustrie	98,2	97,8[2] (82,4)
Lederindustrie	89,3	92,0 (76,9)
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	85,1	90,3 (77,3)
Industrie der Nahrungsmittel	91,8	95,8 (73,0)
Bekleidungs- 2c. Industrie	79,4	82,9 (65,9)
Baugewerbe	76,3	88,4 (88,2)
Polygraphische Gewerbe	95,9	94,9[2] (82,5)
Künstlerische Gewerbe	83,8	90,3 (80,6)
Handelsgewerbe	81,3	87,3 (48,6)
Versicherungsgewerbe	54,3	19,6[2] (5,1)
Verkehrsgewerbe	49,0	59,6 (77,5)
Beherbergungs- 2c. Gewerbe	93,2	94,8 (48,3)
Gewerbe überhaupt	90,5	92,8 (77,1)

Die Papierindustrie, die Polygraphischen Gewerbe und das Versicherungsgewerbe ausgenommen,[2] weisen demnach sämmtliche übrigen Gewerbegruppen einen beträchtlichen Zuwachs an weiblichen Lohnarbeitern auf, die im Jahre 1895 einen bedeutend größeren Prozentsatz der Gesammtzahl in den Gehilfenbetrieben beschäftigten weiblichen Personen ausmachten als 1882. Von der Gesammtzahl der im Gewerbe überhaupt in den Gehilfenbetrieben beschäftigten weiblichen Personen waren im Jahre 1895 circa **vierzehn Fünfzehntel** als Lohnarbeiter

[1] Die Zahlen in Klammern weisen auf die entsprechende Vertretung der männlichen Lohnarbeiter unter der Gesammtzahl der Erwerbsthätigen männlichen Geschlechts hin.

[2] Alle diese Gruppen zeichnen sich durch eine überaus rasche Vermehrung der Zahl der als Angestellte Verzeichneten aus. Deren Zahl stieg z. B. in der Papierindustrie von circa 0,2 Prozent im Jahre 1882 auf circa 0,9 Prozent im Jahre 1895, in den Polygraphischen Gewerben von 0,7 auf 3,0, in dem Versicherungsgewerbe von 43,5 auf 77,4 Prozent. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eigentliche Arbeiter sich im Jahre 1895 in diesen Gewerbegruppen öfters als Angestellte bezeichnet haben.

beschäftigt. Als sogenannte Selbständige war in diesem Jahre demnach nur etwa ein Fünfzehntel thätig, im Jahre 1882 dagegen noch etwa ein Zehntel.

An dieser Stelle muß noch auf die Thatsache hingewiesen werden, daß die Frauen in den Gehilfenbetrieben eine bedeutend ungünstigere Stellung einnehmen, als die männlichen Arbeiter. Von 100 in solchen Betrieben beschäftigten Männern waren nämlich im Jahre 1895 etwa 77 als Arbeiter und circa 23 als Angestellte und Unternehmer thätig. Bei den Frauen gestaltete sich dieses Verhältniß dagegen wie etwa 93 zu 7. Das Verständniß für die Nothwendigkeit des Klassenkampfes sollte demnach eigentlich bei den Frauen viel leichter erweckt werden können, als bei den Männern. Die Erörterung der Ursachen der auf diesem Gebiet bisher verzeichneten Mißerfolge liegt indeß außerhalb des Rahmens dieser Abhandlung. Wir werden darauf vielleicht bei einer anderen Gelegenheit zu sprechen kommen.

Was die verheiratheten Arbeiterinnen anbelangt, so ist ein unmittelbarer Vergleich mit den früheren Zählungen nicht möglich, da dieselben keine Spezialnachweise über verheirathete Arbeiterinnen erbrachten. Auch die im Jahre 1890 Mitte August im Deutschen Reiche veranstaltete Erhebung über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken läßt sich zum Vergleich nicht ohne Weiteres verwerthen, da bei der 1895er Zählung die Fabrikanlagen von den anderen Betrieben, die keinen fabrikmäßigen Charakter haben, nicht gesondert werden konnten. Begnügt man sich daher mit der Untersuchung der Ergebnisse der letzten Gewerbezählung, so kann zunächst konstatirt werden, daß die verheiratheten Arbeiterinnen im Jahre 1895 etwa 12,6 Prozent der Gesammtzahl der weiblichen Arbeiter und etwa 14,1 Prozent der Gesammtzahl der erwachsenen Arbeiterinnen ausmachten. Nach Gewerbeabtheilungen vertheilten sich die verheiratheten Arbeiterinnen folgendermaßen:

Gewerbeabtheilungen	Zahl der verheiratheten Arbeiterinnen	Prozent aller verheiratheten Arbeiterinnen
Gärtnerei, Fischerei	2700	1,7
Industrie	140800	87,7
Handel und Verkehr	17000	10,6

Die überwiegende Mehrzahl der verheiratheten Arbeiterinnen — beinahe neun Zehntel — waren demnach in der Industrie beschäftigt. Von den Letzteren waren wiederum etwa neun Zehntel in den Großbetrieben beschäftigt, wie das aus nachstehender Uebersicht zu ersehen ist:

	Zahl der verheiratheten Arbeiterinnen überhaupt	in der eigentlichen Industrie
Betriebe mit 1 bis 5 Personen	17400	5900
Betriebe mit 6 bis 20 Personen	15300	11300
Betriebe mit über 20 Personen	127800	123600

Von der Gesammtzahl der verheiratheten Arbeiterinnen entfallen demnach auf die Betriebe mit 1 bis 5 Personen etwa 11 Prozent, auf die Betriebe mit 6 bis 20 Personen etwa 9 Prozent und auf die Betriebe mit mehr als 20 Personen etwa 80 Prozent. In der eigentlichen Industrie war der Antheil der Großbetriebe mit etwa 88 Prozent noch bedeutender.[1]

[1] In der Gärtnerei und Fischerei war die gleiche Erscheinung wie in der Industrie zu beobachten. Von der Gesammtzahl der verheiratheten Arbeiterinnen waren hier nämlich 605 in der ersten, 980 in der zweiten und 1155 in der dritten Größenklasse beschäftigt. Dagegen entfielen von circa 17000 im Handel und Verkehr beschäftigten Frauen circa 10900 auf die Betriebe mit 1 bis 5 Personen und je circa 3000 auf die Betriebe mit 6 bis 20 und mehr als 20 Personen.

Zum Schlusse seien hier noch die Gewerbegruppen angeführt, in denen im Jahre 1895 mehr als 1000 verheirathete Arbeiterinnen beschäftigt waren. Die Gewerbegruppen sind dabei nach der prozentuellen Vertretung der verheiratheten Arbeiterinnen unter den erwachsenen weiblichen Arbeitern geordnet:

Gewerbegruppen	Zahl der verheiratheten Frauen	Verheirathete Arbeiterinnen in Prozenten der		
		Arbeiter überhaupt	weiblichen Arbeiter	erwachsenen weiblichen Arbeiter
Beherbergung und Erquickung . . .	5 900	2,2	3,3	3,5
Bekleidung und Reinigung	9 400	1,8	4,9	5,8
Handelsgewerbe	10 600	2,3	7,9	8,7
Bergbau	1 400	0,3	8,8	9,3
Maschinen, Instrumente	1 500	0,3	12,7	14,1
Holz- und Schnitzstoffe	2 900	0,8	12,9	14,6
Polygraphische Gewerbe	2 600	2,5	13,6	14,9
Papierindustrie	6 400	5,1	14,2	16,1
Metallverarbeitung	5 600	1,2	14,2	16,7
Lederindustrie	1 600	1,5	16,2	17,8
Baugewerbe	1 600	0,2	17,1	18,4
Nahrungs- zc. Mittel	23 700	3,4	17,2	18,9
Chemische Industrie	3 000	3,2	19,4	21,0
Textilindustrie	70 700	9,7	19,1	21,3
Steine und Erden	9 800	1,9	19,6	21,9
Gärtnerei	2 700	6,0	24,4	26,4

Die übrigen fünf Gewerbegruppen: Thierzucht und Fischerei, Industrie der Leuchtstoffe, Seifen und Oele, künstlerische Gewerbe, Versicherungs- und Verkehrsgewerbe beschäftigten zusammen nur etwa 1000 verheirathete Arbeiterinnen. Am stärksten war die Betheiligung der verheiratheten Frauen in der Textilindustrie mit circa 70 700 Personen. Auf diese Industrie entfielen demnach mehr als 44 Prozent der Gesammtzahl der in allen Gewerben beschäftigten verheiratheten Arbeiterinnen. Zusammen mit der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel, der Industrie der Steine und Erden und dem Handelsgewerbe umfaßte die Textilindustrie etwa 72 Prozent aller im Gewerbe beschäftigten verheiratheten Arbeiterinnen. Die Gewerbearten, welche die größten Zahlen an verheiratheten Arbeiterinnen aufwiesen, waren:

	Zahl der verheiratheten Arbeiterinnen	Davon in Betrieben mit		
		1 bis 5 Personen	6 bis 20 Personen	21 und mehr Personen
Verarbeitung von Papier und Pappe	3 377	13	216	3 148
Ziegelei und Thonröhrenfabrikation .	4 443	185	764	3 494
Wollspinnerei	4 803	25	334	4 444
Baumwollspinnerei	7 327	15	51	7 261
Weberei von gewirkten Stoffen . . .	7 339	140	84	7 115
Baumwollweberei	13 289	522	72	12 695
Wollweberei	14 953	353	378	14 222
Tabakfabrikation	16 134	432	1261	14 441
	71 665	1685	3160	66 820

Auf diese acht Gewerbearten entfielen demnach circa 45 Prozent aller in den Hauptbetrieben beschäftigten verheiratheten Arbeiterinnen, auf die übrigen 312 Gewerbearten dagegen nur etwa 55 Prozent. Von den in diesen acht Gewerbearten Thätigen waren wiederum mehr als 93 Prozent in den Großbetrieben beschäftigt. Daraus läßt sich indirekt ersehen, mit welcher Leichtigkeit eine weitere Ausbildung des Schutzes der verheiratheten Arbeiterinnen durchgeführt werden könnte. Die große Bedeutung dieses Moments braucht an dieser Stelle nicht näher auseinandergesetzt zu werden, zumal es hinreichend bekannt ist, daß die durchgreifenden Schutzbestimmungen für verheirathete Arbeiterinnen indirekt auch den übrigen Arbeiterkategorien zu Gute kommen. Es wäre daher unserer Reichstagsfraktion dringend zu empfehlen, die nöthigen Schritte auf diesem Gebiet durch Einbringung entsprechender Anträge zu thun.

* * *

Ganz anders gestalten sich die Verhältnisse auf dem Gebiet des Lehrlingswesens.

An gewerblichen Lehrlingen[1] wurden bei der 1895er Zählung insgesammt circa 701 100, und zwar 634 600 männliche und 66 500 weibliche festgestellt. Hauptsächlich handelt es sich dabei um Lehrlinge, die in den Gewerben der eigentlichen Industrie lernen. Nicht weniger als circa 610 600 Lehrlinge oder circa 87 Prozent der Gesammtzahl entfallen auf diese Gewerbeabtheilung. Nach Geschlecht und Gewerbeabtheilung vertheilten sie sich folgendermaßen:

Gewerbeabtheilung	Größenklassen der Betriebe	Gewerbliche Lehrlinge			Von 100 Lehrlingen jeder Gewerbeabtheilung entfallen auf die einzelnen Größenklassen		
		männlich	weiblich	zusammen	männlich	weiblich	zusammen
Gärtnerei, Fischerei &c.	1–5 Personen	5 500	100	5 600	59	43	58
	6–20 „	3 300	100	3 400	35	49	35
	über 20 „	600	—	600	6	8	6
Industrie &c.	1–5 Personen	331 200	23 400	354 600	58	52	58
	6–20 „	122 500	14 300	136 700	22	32	22
	über 20 „	112 100	7 100	119 200	20	16	19
Handel und Verkehr	1–5 Personen	32 300	9 500	41 800	54	44	52
	6–20 „	21 700	10 000	31 700	36	46	39
	über 20 „	5 500	2 000	7 500	9	9	9

Die überwiegende Mehrheit der Lehrlinge — im Ganzen etwa drei Fünftel — werden demnach in den Kleinbetrieben beschäftigt.

Noch interessanter gestalten sich die Ergebnisse, wenn man das Verhältniß ermittelt, in welchem die Lehrlingshaltung zur Gesammtzahl der beschäftigten gewerblichen Arbeiter steht.

Dieses Verhältniß gestaltete sich nämlich in den einzelnen Größenklassen unserer drei Gewerbeabtheilungen folgendermaßen:

---

[1] Lehrlinge beim Verwaltungs-, Komptoir- und Bureaupersonal sind darin nicht inbegriffen.

Gewerbeabtheilungen	Größenklassen der Betriebe	Lehrlinge in Prozent der Arbeiter jeder Größenklasse u. Gewerbeabtheilung		
		männlich	weiblich	zusammen
Gärtnerei, Fischerei 2c.	bis 5 Personen	25,3	2,8	22,1
	6—20 "	26,4	2,7	20,3
	über 20 "	6,9	0,6	5,0
Industrie, einschl. Bergbau	bis 5 Personen	31,3	20,3	30,2
	6—20 "	15,8	10,2	14,9
	über 20 "	4,0	1,0	3,4
Handel und Verkehr	bis 5 Personen	13,5	5,1	9,8
	6—20 "	12,5	11,2	12,1
	über 20 "	3,8	5,4	4,1
Gewerbe überhaupt	bis 5 Personen	28,0	10,8	24,7
	6—20 "	15,3	10,5	14,4
	über 20 "	4,0	1,3	3,5

In den Betrieben mit mehr als 20 Personen kamen demnach auf 100 Arbeiter etwa 3,5 Lehrlinge, in den Kleinbetrieben dagegen etwa 25. Untersucht man schließlich besonders die Gewerbearten, in denen im Jahre 1895 mehr als 10000 Lehrlinge Beschäftigung fanden, so ergiebt sich nachstehende Uebersicht:

Gewerbearten	Zahl der Lehrlinge	Von 100 Lehrlingen kommen auf die Betriebe mit			Von 100 Lehrlingen wohnen bei ihren Lehrherren
		1 bis 6 Personen	6 bis 20 Personen	über 20 Personen	
Schneider	57 400	77,3	22,1	0,6	61,0
Tischler	48 000	71,5	25,0	3,5	71,3
Schuhmacher	38 000	86,1	12,0	1,9	87,1
Bäcker	36 300	81,3	18,6	0,1	96,2
Schlosser	35 900	52,6	40,4	7,0	44,4
Schmiede	29 200	94,7	4,9	0,4	92,7
Fleischer	24 800	84,1	15,8	0,1	94,6
Maurer	24 200	18,5	28,6	52,9	19,2
Kolonialwaarenhandel	21 500	70,5	28,6	0,9	88,6
Maler, Anstreicher	19 400	62,7	30,7	6,6	57,3
Maschinenbau	19 000	5,1	18,0	76,9	6,8
Manufakturwaarenhandel	18 700	47,5	40,3	12,2	45,3
Bauunternehmung	18 400	1,3	10,9	87,8	4,9
Buchdruckerei	14 500	16,1	44,5	39,4	14,5
Zimmerer	14 200	30,3	41,3	28,4	31,1
Beherbergung	11 100	17,6	63,9	18,5	89,5
Sattler	10 800	85,6	12,3	2,1	77,9
Stellmacher	10 600	95,4	3,9	0,7	91,5
Barbiere	10 000	96,4	3,6	—	81,1
Klempner	10 000	81,1	18,4	0,5	69,1
Summe	472000	62,7	23,6	13,7	61,2

Von der Gesammtzahl der in den 320 Gewerbearten beschäftigten Lehrlinge entfielen demnach auf diese 20 Gewerbearten etwa 67 Prozent. Davon

waren wiederum etwa zwei Drittel in Kleinbetrieben beschäftigt. Von besonderem Interesse ist dabei die annähernde Uebereinstimmung zwischen den Prozentzahlen in der zweiten und der fünften Spalte. Es geht daraus hervor, daß es hauptsächlich die Kleinmeister sind, die ihre Lehrlinge in Kost und Logis nehmen. Dadurch wird den Eltern natürlich jede Kontrolle über die Ausdehnung der Arbeitszeit 2c. unmöglich gemacht. Angesichts dessen erscheint es um so dringlicher, auch diese Betriebe einer staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

* * *

Der Umfang der hausindustriellen Erwerbsthätigkeit gelangte bekanntlich bei den beiden letzten Berufs- und Gewerbezählungen in doppelter Weise zur Erhebung, einmal durch eigene Angaben der Hausindustriellen, andererseits durch Angaben der Arbeitgeber der Hausindustrie. Die Arbeitgeber der Hausindustrie hatten nämlich im Gewerbebogen nicht blos das von ihnen innerhalb der Betriebsstätten ihres Geschäfts, sondern auch das außerhalb der Betriebsstätten, aber für Rechnung des Geschäfts beschäftigte Personal nachzuweisen und unter dem letzteren neben den im Umherziehen thätigen Personen und den Personen in Straf- und Besserungsanstalten auch die Zahl der Hausindustriellen (Heimarbeiter, Platzgesellen 2c.) nebst deren Gehilfen und Mitarbeitern anzugeben. Diese durch die Arbeitgeber der Hausindustrie gewonnenen Nachweise sind bisher noch nicht zur Veröffentlichung gelangt. Wir müssen uns daher im Folgenden mit den Angaben der Hausindustriellen selbst begnügen.

Auf Grund ihrer Angaben belief sich die Zahl der hausindustriellen Betriebe im Jahre 1895 auf circa 342 800 gegenüber circa 386 400 im Jahre 1882. Im Verlauf des dazwischen liegenden dreizehnjährigen Zeitraums hat sich demnach die Gesammtzahl der hausindustriellen Betriebe um circa 11 Prozent vermindert. Dieser Rückgang, der, wie wir das später sehen werden, vorwiegend auf die Abnahme der hausindustriellen Betriebe in der Textilindustrie zurückzuführen ist, betrifft nur die Alleinbetriebe, nicht auch die Gehilfenbetriebe. Es wurden nämlich gezählt:

	1882	1895	Zu- oder Abnahme absolut	in Prozent
Alleinbetriebe . . .	317 500[1]	272 600[2]	— 44 900	— 14 Prozent
Gehilfenbetriebe . .	68 900[3]	70 200[4]	+ 1 300	+ 2 "

Die Gehilfenbetriebe der Hausindustrie scheinen demnach den Kampf mit der Großindustrie besser auszuhalten als die Alleinbetriebe. Bedenkt man aber, daß diese größere Konkurrenzfähigkeit vorwiegend auf der immer mehr um sich greifenden Beschäftigung der Familienangehörigen,[5] darunter der Kinder im zartesten Alter, beruht, so wird diese Thatsache auch von denen, die die Konkurrenzfähigkeit der Kleinbetriebe darthun wollen, kaum als ein besonders erfreuliches sozialpolitisches Moment hervorgehoben werden können.

---

[1] Darunter 284 700 Haupt- und 32 800 Nebenbetriebe.

[2] Darunter 231 600 Haupt- und 41 000 Nebenbetriebe. Die Alleinnebenbetriebe weisen demnach eine beträchtliche Zunahme auf.

[3] Darunter 67 300 Haupt- und 1600 Nebenbetriebe.

[4] Darunter 69 500 Haupt- und 700 Nebenbetriebe.

[5] Die Zahl der in den hausindustriellen Gehilfenbetrieben beschäftigten Personen weiblichen Geschlechts stieg von circa 57 100 im Jahre 1882 auf circa 80 800 im Jahre 1895, d. h. um circa 42 Prozent. Demgegenüber zeigten die Männer nur eine Zunahme von circa 134 200 auf circa 147 700, d. h. eine solche von circa 10 Prozent.

Verfolgt man die Veränderungen im Umfang der hausindustriellen Thätigkeit innerhalb einzelner Gewerbegruppen, so ergiebt sich für das Personal der Hauptbetriebe nachstehende Uebersicht:

Gewerbegruppen[1]	Zahl der in den hausindustriellen Hauptbetrieben beschäftigten Personen männl. Geschlechts		Zu- oder Abnahme in Prozent	Zahl der in den hausindustriellen Hauptbetrieben beschäftigten Personen weibl. Geschlechts		Zu- oder Abnahme in Prozent
	1882	1895		1882	1895	
Industrie der Steine und Erden	2 360	3 584	52	810	1 028	27
Metallverarbeitung	15 479	18 715	21	1 451	1 441	—
Industrie der Maschinen 2c.	4 023	8 232	105	466	853	—
Textilindustrie	182 365	106 780	— 41	102 737	90 315	— 12
Papierindustrie	2 092	3 698	77	1 381	2 211	60
Lederindustrie	1 313	4 335	229	507	701	—
Industrie d. Holz- u. Schnitzstoffe	12 524	30 935	147	6 587	6 508	—
„ „ Nahrungs- 2c. Mittel	5 819	8 839	52	2 527	6 994	177
„ „ Bekleidg. u. Reinig.	39 821	68 213	71	92 040	91 432	—
Polygraphische Gewerbe	652	1 961	201	87	183	—
Künstlerische Gewerbe	742	1 618	118	43	118	—
Industrie überhaupt	267 286	258 006	— 3,5	208 794	202 079	— 3,3

Entsprechend dem bereits in unserem ersten Artikel konstatirten überaus raschen Vordringen des Großbetriebs in der Textilindustrie zeigt diese Gruppe eine gewaltige Abnahme der in der Hausindustrie beschäftigten Personen. Von hervorragendem Interesse ist dabei der Umstand, daß die Zahl der Hausindustriellen männlichen Geschlechts sich hier von circa 182 400 auf circa 106 800, d. h. um etwa 76 000 vermindert hat, bei den Frauen dagegen nur von 102 700 auf 90 300, d. h. um etwa 12 000. Im Jahre 1882 belief sich demnach der Antheil der Frauen an der Gesammtzahl der in der Textilindustrie hausindustriell beschäftigten Personen auf circa 37 Prozent, 1895 dagegen bereits auf circa 47 Prozent.

Was die übrigen Gewerbegruppen anbelangt, so zeigen ein besonders rasches Umsichgreifen der Hausindustrie die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe,[1] die Bekleidungs- und Reinigungs-,[2] sowie die Leder-, Papier- und Nahrungsmittelindustrie.

Verfolgt man zum Schluß die Entwicklungstendenzen auf diesem Gebiet innerhalb einzelner Gewerbearten, so ergiebt sich die nachstehende Uebersicht. In den Gewerbearten mit mehr als 1000 hausindustriellen Hauptbetrieben waren erwerbsthätig:

	Zahl der Personen 1882	Zahl der Personen 1895	Zu- oder Abnahme seit 1882
Seidenweberei	53 300	18 900	— 34 400
Baumwollweberei	52 300	33 200	— 19 100
Leinenweberei	41 100	26 400	— 14 700
Strickerei und Wirkerei	40 600	27 800	— 12 800
Näherinnen	50 000	38 500	— 11 500

[1] Hier sind aus Rücksicht auf den Raum dieser Zeitschrift nur die Gewerbegruppen angeführt, in denen 1895 mehr als 1000 Personen hausindustriell beschäftigt wurden.

[2] Die Zahl der in diesen Gewerbegruppen hausindustriell beschäftigten Frauen ist ziemlich unverändert geblieben.

	Zahl der Personen 1882	1895	Zu- oder Abnahme seit 1882
Weberei von gemischten Waaren	22 200	17 300	— 4 900
Zeugschmiede, Scheerenschleifer ꝛc.	11 800	7 800	— 4 000
Handschuhmacher, Kravatten ꝛc.	9 100	5 400	— 3 700
Baumwollspinnerei	4 900	1 300	— 3 600
Seiden- und Shoddyspinnerei	3 800	1 900	— 1 900
Strohhut- ꝛc. Flechterei	4 900	2 100	— 2 800
Posamentenfabrikation	14 700	12 600	— 2 100
Häkelei und Stickerei	6 400	5 900	— 500
Verfertigung von Korsets	1 400	1 200	— 200
Putzmacherei ꝛc.	3 100	3 200	+ 100
Verfertigung von groben Holzwaaren	1 600	2 200	+ 600
Konfektion	6 000	6 900	+ 900
Gummi- und Haarflechterei	400	1 300	+ 900
Sattlerei ꝛc.	1 400	3 100	+ 1 700
Musikinstrumente	1 700	3 700	+ 2 000
Wäscherei	2 500	4 900	+ 2 400
Grobschmiede	100	2 700	+ 2 600
Schlosser	200	3 100	+ 2 900
Dreh- und Schnitzwaaren	3 200	6 700	+ 3 500
Wollweberei	23 800	27 900	+ 4 100
Spitzenverfertigung	8 800	14 400	+ 5 600
Korbmacherei	2 400	8 400	+ 6 000
Tabakfabrikation	8 400	15 300	+ 6 900
Schuhmacher	18 700	26 500	+ 7 800
Tischlerei ꝛc.	4 300	13 600	+ 9 300
Schneiderei	39 900	70 000	+ 30 100

Es sind demnach vorwiegend die Tabakfabrikation, die Schuhmacherei, Tischlerei und Schneiderei — Industriezweige, aus denen die Klagen über das Vordringen des Großbetriebs und das Verschwinden des goldenen Bodens des Handwerks und des Kleinbetriebs im letzten Jahrzehnt besonders laut wurden, in denen die Hausindustrie die größte Ausdehnung gewonnen hat. Man sieht hier wiederum einmal, wie berechtigt die Forderungen der Vertreter unserer Partei waren, als sie bei Berathung der Bestimmungen der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung die Hineinbeziehung der Hausindustrie verlangten.

Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter.

Von Th. Leipart.

Als die Redaktion der „Neuen Zeit“ seiner Zeit die Benutzung dieser Zeitschrift zur Erörterung gewerkschaftlicher Fragen empfahl, hat dieser Vorschlag bei den Gewerkschaftlern keine unbedingte Zustimmung gefunden, und auch ich war und bin der Meinung, daß für die öffentliche Behandlung von Fragen der gewerkschaftlichen Taktik nicht die „Neue Zeit“, sondern die Gewerkschaftsblätter der richtige Ort sind.

Die letzten Ausführungen des Genossen Poersch über „Politik und Religion in den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter“ in Nr. 13 dieser Zeitschrift machen es jedoch nothwendig, auch an dieser Stelle Einiges darauf zu erwidern, um zu verhüten, daß völlig irrthümliche Anschauungen sich verbreiten.

Wie Poersch zu der Behauptung hat kommen können, daß „die deutsche Gewerkschaftsbewegung“ sich gegenwärtig mit dem Problem beschäftige: „ob resp. inwieweit sich die beruflichen Organisationen der Arbeiter mit politischen und religiösen Dingen zu befassen haben“, ist mir unerklärlich. Ich muß nach meiner Kenntniß der Dinge diese Behauptung als ganz unzutreffend erklären. Selbst als vor einigen Jahren die Vorschläge von Quarck und Anderen in Bezug auf eine politische Bethätigung der Gewerkschaften diskutirt wurden, war es nur eine winzige Anzahl Gewerkschaftler, welche sich an der Erörterung betheiligte, und man konnte deshalb auch damals nicht davon sprechen, daß die „deutsche Gewerkschaftsbewegung“ sich mit diesen Problemen beschäftigte. Um so weniger ist dies gegenwärtig der Fall, und ich glaube, daß Niemand eine größere Freude daran hat, von einer derartigen Diskussion verschont zu bleiben, als die Gewerkschaften selbst.

Der Rath, den Poersch den deutschen Gewerkschaften ertheilt, „parteipolitische Bestrebungen aus ihrem Wirkungskreis möglichst (!?) auszuschließen“, ist völlig deplazirt.

Denn unsere Gewerkschaften haben seither neben der Erfüllung viel dringenderer Aufgaben noch gar keine Zeit und Möglichkeit gehabt, parteipolitischen Bestrebungen nachzugehen. Selbst bei den sogenannten politischen Lokalorganisationen, mit denen die deutsche Gewerkschaftsbewegung übrigens nicht zu identifiziren ist, ist das Können nach der Richtung weit hinter dem Wollen zurückgeblieben.

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung als solche ist ihrem ganzen inneren Wesen nach eine durchaus unpolitische, und sie kann nichts dafür, sondern ist selber völlig unschuldig daran, wenn ihr von böswillig gegnerischer Seite oder von Leuten, die kein Unterscheidungsvermögen besitzen, das Gegentheil nachgeredet und ihr ein „parteipolitischer“ sozialdemokratischer Charakter angedichtet wird.

Poersch nähert sich diesen Leuten noch mehr, indem er den Gewerkschaften empfiehlt, genau so vorzugehen wie das Unternehmerthum, welches bei seinen Vereinigungen „fast nie nach der parteipolitischen und religiösen Stellung der einzelnen Mitglieder frage“. Ja, enthält denn dieser wohlweise Rath an die Gewerkschaften, an dieser Stelle ausgesprochen, nicht einen ebenso unberechtigten als schweren Vorwurf! Wo haben denn unsere Gewerkschaften schon einmal nach der parteipolitischen und religiösen Stellung der einzelnen Mitglieder gefragt?

Noch einige weitere Bemerkungen Poerschs fordern zur Kritik und zum Widerspruch heraus. So vergleicht er die Genossen, welche die Anregung zur Gründung unserer ersten Gewerkschaften gaben, ohne Einschränkung mit den heutigen Zentrumspolitikern, welche „katholische“ Gewerkschaften gründen, um ihre Parteimachtstellung zu vergrößern. Ich glaube, daß Poersch der Beweis für seine Behauptung, daß, als die heutigen modernen Gewerkschaften gegründet wurden, „ihr Hauptzweck in der Gewinnung und Sammlung von neuen politischen Kämpfern bestand“, sehr schwer fallen würde.

Und er wiederholt seine Behauptung dann noch einmal in dem Satz: „So kamen die sozialdemokratischen Gewerkvereine zu Stande, um neue Massen für die Sozialdemokratie zu gewinnen“, ein Satz, den wir von den Gegnern schon recht häufig gehört haben! Poersch meint, der Beweis ergebe sich aus dem Passus in den Statuten, der von der Wahrung der „geistigen Interessen“ handelt. Die geistigen, darunter verstehe man die „parteipolitischen“ Interessen!

Wer sagt denn das? Ich habe eine solche Erklärung des Begriffs „geistige Interessen“ noch niemals früher gehört, vielmehr überall während meiner Thätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung sowohl bei den Mitgliedern, als auch auf der Agitation bei den Nichtmitgliedern stets volles Verständniß dafür gefunden, daß der Arbeiter auch seine geistigen Interessen innerhalb der Gewerkschaft zu wahren und zu fördern hat.

Jedes Mitglied weiß, daß die Hebung der wirthschaftlichen Lage durch die Organisation nicht etwa blos eine Magenfrage, daß z. B. eine Lohnerhöhung nicht nur zu dem alleinigen Zwecke zu fordern ist, um dem Arbeiter ein richtiges Satt-

essen zu ermöglichen, sondern um ihn auch in den Stand zu setzen, sich die allgemeinen Fortschritte des menschlichen Geistes zugänglich und zu Nutze zu machen, an den Errungenschaften der Kultur theilnehmen, Bildungsstätten wie Theater, Konzerte rc. besuchen zu können rc. rc.

Ganz besonders dient die Verkürzung der Arbeitszeit, diese Hauptforderung der Gewerkschaften, den geistigen Interessen der Arbeiter, sowie ferner alle diejenigen Veranstaltungen und Einrichtungen der Gewerkschaften, welche direkt auf die Aufklärung der Mitglieder hinwirken.

Und diese Förderung der geistigen Interessen der Mitglieder ist Selbstzweck der Gewerkschaften, weil dieselben ohne dieses Mittel zur Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben ganz unfähig wären.

Ebenso unzutreffend ist Poerschs Annahme, daß die Schwäche unserer Gewerkschaften durch ihre angebliche parteipolitische Stellungnahme verschuldet sei. Poersch meint, daß „Tausende und abermals Tausende ihnen bisher ferngeblieben seien, weil sie von der Sozialdemokratie, sei es aus prinzipiellen Gründen, sei es aus Unkenntniß, nichts wissen wollen". Das ist eine äußerst billige Erklärung der Ursachen der geringen Mitgliederzahlen.

Bekanntlich haben wir noch viele Hunderttausende Arbeiter unter den sozialdemokratischen Wählern, welche gewerkschaftlich indifferent sind und die durch ihren Beitritt die Mitgliederzahl unserer sämmtlichen Gewerkschaften mehr als verdoppeln könnten! Dieser einfachen Thatsache gegenüber bedeutet der Umstand, daß vielleicht ein Arbeiter sich durch den sozialdemokratischen Geruch der Gewerkschaften vom Beitritt abhalten läßt, gar nichts. Die Gründe für die ungenügende Erstarkung der deutschen Gewerkschaften sind mannigfacher Art, unter ihnen spielt aber der von Genosse Poersch angegebene gar keine erwähnenswerthe Rolle.

Etwas eigenthümlich berührt ferner die Definition des Unterschieds zwischen „politischen" und „parteipolitischen" Bestrebungen, auf welchen Poersch so großen Werth legt. Ich vermuthe, daß den meisten Lesern gleich mir diese Definition äußerst unklar geblieben ist.

Wer überhaupt einen politischen Einfluß ausüben will, wird meines Erachtens in jedem Falle „Parteipolitik" treiben müssen. Und gar eine „nichtparteipolitische" Arbeiterpolitik! Unwillkürlich muß ich an die sogenannten „parteilosen" bürgerlichen Zeitungen denken!

Die Ausführungen Poerschs über „politisch" und „parteipolitisch" sind aber auch von vornherein um deswegen hinfällig, weil die Gewerkschaften weder das Eine wollen, noch das Andere können! Gesetzt den Fall, Poersch hätte mit seiner Behauptung von dem angeblichen „parteipolitischen Charakter" der Gewerkschaften Recht und diese würden nun ihren Fehler einsehen und sämmtlich offiziell einen „nichtparteipolitischen", aber doch einen wirklich politischen Charakter annehmen, glaubt Poersch, daß sie dann das preußische Vereinsgesetz ungestraft übertreten dürften?

Oder will Genosse Poersch vielleicht eine neue Lanze für die, nach diesem Gesetz allein zulässigen, politischen Lokalorganisationen brechen? Ihm sollte doch nach dem Schicksal dieser Lanzenstürmer wahrlich nicht gelüsten!

Und was nun endlich die Frage der Religion anbetrifft, so kann ich aus meiner Wissenschaft nur erklären, daß religiöse Fragen in den deutschen Gewerkschaften noch nie behandelt worden sind, da solche sie ganz und gar nicht berühren und interessiren können. Wenn wirklich freireligiöse Führer in Berlin den Versuch gemacht haben, so berechtigt doch dies noch lange nicht dazu, durch die Art der Poerschschen Veröffentlichung bei den vielen uneingeweihten Lesern der „Neuen Zeit" den Verdacht zu erregen, als ob die Gewerkschaften am Ende gar Ketzerriecherei betreiben oder Religionshaß auf ihre Fahnen geschrieben hätten.

Religiöse Dinge haben in den deutschen Gewerkschaften nie die geringste Rolle gespielt, weshalb ja gerade die Gründung der sogenannten christlichen Gewerkschaften so durchaus überflüssig und arbeiterfeindlich erscheinen muß, eben weil die Gewerk-

schaften seither durch ihr Verhalten zur Religion keinerlei Grund für diese von der Kaplanei betriebene Zersplitterung der Arbeiter gegeben haben.

Doch nun zum Schluß. Und da muß ich noch erklären:

Die deutschen Gewerkschaften beschäftigen sich gegenwärtig überhaupt nicht mit Problemen, sondern mit der sehr realen Abwehr der von allen Seiten aufsteigenden Gefahren, welche ihre Fortexistenz, zum mindesten ihre gedeiliche Fortentwicklung aufs Aeußerste bedrohen! Und die Zahl der Gegner ist wahrlich groß genug.

Literarische Rundschau.

Hugo Salus, **Gedichte — Neue Gedichte.** Verlag von Albert Langen, Paris, Leipzig, München.

Eine Sammlung von Gedichten ist eine Sammlung von Erlebnissen oder soll es wenigstens sein. Erlebniß ist für einen Dichter schließlich Alles und Jedes, aber zu einem Gedicht, einem Kunstwerk, sollte er es nur gestalten, wenn er es mächtig genug empfunden hat, um sich durch das Gedicht davon befreien zu müssen, ganz in dem Sinne, wie Goethe einmal seine Gedichte „Konfessionen" genannt hat. Leider scheint Salus gar nicht der Mann zu sein, der aus diesem Bedürfniß heraus dichtet; er trägt offenbar nur das Verlangen, Alles und Jedes in hübschen Klingklang aufzulösen. Seine liebesschmerzlichsten Gedichte zeigen nicht mehr Macht der Empfindung und Wucht des Ausdrucks, als irgend ein Nichts, das er zum Spiel der Reime benützt. Das Gedicht „Der Reimkünstler" enthält ein gutes Stück Wahrheit über ihn selbst. Seine Kunst des Reimens ist wirklich außerordentlich, und manche Gedichte sehen ganz echt aus, so gut ist ihre Stimmung imitirt. Auch hübsche Gedanken finden sich die Menge, aber wenn man beide Bändchen durchgelesen hat, ist man so kühl geblieben, wie zuvor. Gewiß, auch in dieser Formgewandtheit, in dieser technischen Vollendung liegt Kunst; aber wir wollen den Künstler, das heißt den Menschen sehen, der hinter dem Ganzen steht und es erleidet, wir wollen mit ihm fühlen — aber der ist gar nicht da. Salus mag sich deshalb beruhigen: „Der weise Stein", der ihm das Fenster zerschmetterte, galt nicht ihm; das Volk steinigt mitunter Propheten, die zu ihm sprechen, aber nicht die „feinsinnigen" (das Wort scheint wie für Salus erfunden) Dichter, die mit ihren Spielereien hübsch fern dem Leben bleiben. D. B.

Notizen.

Föderalismus und Sozialdemokratie in Oesterreich. Meinen Ausführungen über das böhmische Staatsrecht in Nr. 9 der „Neuen Zeit" wird man ein Verdienst nicht absprechen können. Sie haben eine Antwort des Genossen Kautsky zur Folge gehabt, welche ein klassisches Bild der bisherigen Haltung der Sozialdemokratie in der österreichischen Frage darstellt und die zu dieser Haltung die klassische Begründung liefert.

Ich habe den Versuch unternommen, die Theorie von der Autonomie der Völker auf die praktische Politik anzuwenden. Dem gegenüber erklärt Genosse Kautsky,[1] diese Theorie habe blos im Dienste der politischen Aufklärung Bedeutung, in der praktischen Politik aber müsse sich die Sozialdemokratie in Oesterreich wie in Deutschland „der augenblicklichen Strömung, die auf die Schwächung des Zentralparlaments hindrängt, entgegenstemmen."

[1] Wenn ich im Folgenden kurzweg von Genossen Kautsky spreche, so ist im Allgemeinen regelmäßig die heutige Gedankenrichtung der österreichischen Sozialdemokratie mit inbegriffen.

Diese Auffassung halte ich für unrichtig und zwar aus folgenden Gründen:

Die Dezentralisation der Gesetzgebung und Verwaltung in Oesterreich bedeutet keineswegs mit logischer Nothwendigkeit eine Schwächung des Zentralparlaments. Der Kompetenzentreis des deutschen Reichstags ist viel enger als der des österreichischen Reichsraths, seine Macht trotzdem — und vielleicht gerade deshalb — eine ungleich größere.

Die Strömung, die im Deutschen Reiche auf die Dezentralisation hindrängt, hat geschichtlich genau die umgekehrte Bedeutung wie die gleiche Strömung in Oesterreich. Die Zeiten des schlimmsten partikularistischen Zerfalls in Deutschland sind die Zeiten des strammsten Zentralismus im österreichischen Staate. Zur Zeit der Reformation wird er geschaffen, er befestigt sich im dreißigjährigen Kriege, das achtzehnte Jahrhundert bringt die pragmatische Sanktion, Maria Theresia, Josef II. Zur Zeit Napoleons zerfällt das alte deutsche, entsteht das neue österreichische Kaiserthum. Gleichzeitig mit dem deutschen Einheitsgedanken erwacht in Oesterreich der partikularistische Gedanke zu neuem Leben. Das Jahr 1848. Und zur selben Zeit, in der der Junker Bismarck das geeinigte Deutsche Reich aus der Taufe hebt, erringt Graf Hohenwart, der Föderalist, einen mächtigen, wenngleich vorübergehenden Erfolg. Die deutschen Dynastien haben den Zentralismus im Deutschen Reiche bekämpft und verfolgt, wie die österreichische Dynastie in ihren Stammländern den Föderalismus, und das erwachende bürgerliche Bewußtsein, der Gedanke des Nationalstaats, wirkt auf Oesterreich ebenso zersetzend, wie er auf Deutschland einigend gewirkt hat. Die partikularistische Bewegung in Oesterreich ist daher ebenso sehr und ebenso wenig eine Intrigue der Reaktion, wie die Reichsgründung eine Intrigue des preußischen Junkerthums war. Hier wie dort handelt es sich einfach um eine Ausnützung der weltgeschichtlichen Kräfte durch die herrschenden Klassen.

Die Frage der Zentralisation und Dezentralisation steht also in ihrer geschichtlichen Entwicklung für Oesterreich genau umgekehrt wie für Deutschland, sie hat hier allezeit die umgekehrte Lösung gefunden wie dort, und wird wohl auch in Zukunft die umgekehrte Lösung finden. Unter solchen Umständen sind doch wohl Bedenken darüber gerechtfertigt, ob die Taktik der österreichischen Sozialdemokratie in dieser Frage dieselbe sein darf wie die der deutschen.

Diese Bedenken müssen um so gewichtiger werden, als die prinzipielle Seite der Frage bisher noch gar keine Klärung erfahren hat. Näher auf sie einzugehen ist auf dem beschränkten Raume, der mir zur Verfügung steht, nicht leicht möglich, aber formulirt muß sie doch werden: Darf die Sozialdemokratie der Bevölkerung eines Gebiets, welche politische Unabhängigkeit fordert, diese Unabhängigkeit verweigern? *Praktisch* beantwortet die österreichische Sozialdemokratie durch ihre zentralistische Taktik diese Frage mit einem vorbehaltlosen — höchstens durch die „Autonomie der Völker" theoretisch verklausulirten — Ja! Nachdem aber, wie Genosse Kautsky erkennt, diese Autonomie zunächst gar keine Aussicht auf Verwirklichung hat, sollte doch nach einer besseren Antwort gesucht werden. Sonderbestrebungen, die nur von den herrschenden Klassen, nicht von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden, verdienen sicher keine Berücksichtigung. Wo aber große Massen des Volkes nach einer Sonderstellung im Staate ringen, steht die Sache doch wesentlich anders. Ich glaube, die österreichischen Sozialdemokraten müßten da sagen:

Jedem Lande sein Selbstbestimmungsrecht — aber nur dann, wenn es das wirkliche Selbstbestimmungsrecht des Volkes bedeutet! Keine Erweiterung der Kompetenz der Landtage ohne allgemeines und gleiches Wahlrecht! Jeder Nation ihre Freiheit — aber nur so, daß sie nicht durch die Unfreiheit einer anderen erkauft ist! Schutz der nationalen Minoritäten, wirksame Unterstützung auch ihres Selbstbestimmungsrechts!

Von diesen historischen und prinzipiellen Voraussetzungen ausgehend, bin ich zu meiner Auffassung der böhmischen Frage gelangt. Da ich im Streben nach der

Sonderstellung der Sudetenländer keine bloße Intrigue der herrschenden Klassen, sondern eine geschichtliche Nothwendigkeit sehe, male ich mir die Folgen ihrer Verwirklichung auch nicht in so schwarzen Farben aus, wie es gewöhnlich geschieht, und wie es auch Genosse Kautsky thut. Das ist nun zum großen Theile Glaubenssache und hängt zum großen Theile von der zukünftigen Haltung der politischen Parteien ab, die nicht voraus bestimmt werden kann. Wenn man aber die Macht des nationalen Terrorismus, des Adels und der Klerisei in dem noch ungeborenen föderalistischen Oesterreich so sehr fürchtet, dann bedenke man auch, wie groß diese Macht im heutigen zentralistischen Oesterreich ist und wie sehr sie tagtäglich anwächst. Man bedenke, ob wir in Oesterreich mehr zu verlieren haben — als unsere Ketten.

Der letzte Versuch des deutsch-liberalen Zentralismus, auf polnisch-klerikalen Krücken voranzugehen, die Koalition, ist unter dem Gelächter Europas jämmerlich mißglückt; an seiner Stelle macht sich der slavisch-reaktionäre Zentralismus breit. Wir halten nur mehr den Mantel fest, ein anderer steckt drinnen. Die Reste des absterbenden bürgerlich-deutschen Liberalismus haben im Kampfe um ihre nationale Macht die Macht des Zentralparlaments gebrochen und dem § 14-Absolutismus freie Bahn geschaffen. Selbst sie hören auf, den altösterreichischen Gedanken und die Politik der Staatserhaltung zu vertreten.

Das „böhmische Staatsrecht", für das ich eingetreten bin, sieht sicherlich ganz anders aus als das der Jungtschechen. An Stelle ihrer reaktionären und nationalchauvinistischen Idee setze ich eine demokratische und national gerechte. Es ist thatsächlich nichts als eine „Abstückelung von dem großen Programm der Autonomie der Völker", was mir vor Augen schwebt. Denn die sozialdemokratische Partei müßte natürlich die vollständige Zweitheilung Böhmens fordern, ob sie dieselbe auch sofort durchsetzen könnte, das allein habe ich — um nicht der Schönfärberei bezichtigt zu werden — bezweifelt. Von einem Preisgeben der Deutschen kann keine Rede sein. Sie sind in den Sudetenländern prozentuell ebenso stark vertreten wie in Gesammtösterreich, keine Macht der Welt könnte sie dem Prager tschechischen Zentralismus unterwerfen. Auf die moralischen Erfolge gegenüber den Jungtschechen brauchte man deshalb nicht zu verzichten: eine Forderung auf ihr gerechtes Maß zurückzuführen, ist doch etwas anderes als sie sammt ihrem gerechten Kerne zu verspotten und zu verwerfen.

Freilich kämen wir damit weiter in die praktisch-nationale Poltik hinein — als wir ohnehin schon darinnen sind. Aber als politische Partei müssen wir zu den politischen Fragen Stellung nehmen, auch wenn sie nationale Fragen sind; und wir thun es ja auch. So haben wir die Sprachenverordnungen der Sache nach gut geheißen, obwohl sie gewaltig gegen die „Autonomie der Völker" verstoßen und weiten rein deutschen Gebieten die tschechische Amtssprache aufdrängen. Ein Beweis mehr, wie sehr Klärung noththut!

Schließlich noch eine Frage: Genügt es wirklich — wie es Genosse Kautsky versucht — den Wahrscheinlichkeitsbeweis zu erbringen, daß ein föderalistisches Oesterreich reaktionär regiert werden würde? Oder müßte man nicht vielmehr beweisen, daß ein föderalistisches Oesterreich minder lebenskräftig wäre als das heutige zentralistische Oesterreich es ist? Hat die Sozialdemokratie wirklich die Reaktion mehr zu fürchten als den — wenn auch noch so „liberalen" — Verfall, das langsame Verfaulen, das qualvolle Sterben eines kranken Staates?

Man mag die Antwort, die ich auf alle diese offenen Fragen gebe, für falsch halten, desto mehr Ursache hat man dann über sie nachzudenken. Man macht sie nicht minder gefährlich, wenn man über sie nicht spricht. Fr. Stampfer.

Partikularismus und Sozialdemokratie. Die „Neue Zeit" kann bei ihrem ohnehin beschränkten Raume den österreichischen Verhältnissen nur wenig Platz widmen. Wenn die Redaktion trotzdem Genosse Stampfer nochmals zur Frage des böhmischen Staatsrechts das Wort ertheilt und ich gegen ihn das Wort ergreife, so geschieht

es nicht, um seinen Vorschlag weiter zu diskutiren. Er bricht diesem selbst das Genick, indem er sich für das böhmische Staatsrecht, aber mit vollständiger Zweitheilung Böhmens, ausspricht. Das böhmische Staatsrecht bedeutet aber nicht blos die Selbständigkeit, sondern auch die Untheilbarkeit der „Länder der böhmischen Krone“. Das Staatsrecht des Genossen Stampfer ist also die Republik mit dem Großherzog an der Spitze. Ich weiß nicht, ob die „Narodni Listy“, die so begeistert ob des ersten Artikels Stampfers waren, ihren Lesern auch Mittheilung davon machen werden, welche Form sein Vorschlag jetzt angenommen hat, auf keinen Fall haben wir einen Grund, seinen Widerspruch in sich selbst zu diskutiren.

Aber die Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zum Partikularismus taucht auch in Deutschland auf und wir haben hin und wieder in Parteikreisen Aeußerungen gehört, die manchen Gedankengängen des Genossen Stampfer ähneln. Daher erschien es uns nicht unnütz, sie zum Abdruck zu bringen und einige Bemerkungen daran zu knüpfen.

Wenn wir die Frage beantworten wollen, ob die Sozialdemokratie zentralistisch ist oder nicht, müssen wir vor Allem unterscheiden zwischen Zentralismus der Verwaltung und Zentralismus der Gesetzgebung.

Was der Absolutismus des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts anstrebte, das war in erster Linie der Zentralismus der Verwaltung, die Unterwerfung der gesammten Bevölkerung unter die Verwaltung einer einheitlichen, von der Zentralregierung völlig abhängigen Bureaukratie. Dagegen brachte er es nirgends zu einer völligen Einheitlichkeit der Gesetzgebung. Im Gegentheil, divide et impera war seine Losung; seine Grundlage bildeten die Privilegien und Sonderrechte nicht nur der einzelnen Klassen, sondern auch der einzelnen Provinzen, und weit entfernt, sie anzutasten, trug er oft dazu bei, sie zu kräftigen. Aber diese Sonderrechte waren unverträglich mit den Interessen der aufstrebenden bürgerlichen Klassen; sollte die kapitalistische Produktionsweise sich entfalten können, dann mußten nicht blos die Privilegien der bevorrechteten Klassen, sondern auch die Sonderrechte der einzelnen Provinzen aufgelöst werden in einem einzigen, für alle gleich geltenden Rechte. Die Zentralisirung, die Vereinheitlichung der Gesetzgebung wurde erforderlich. Das ist es, was die große Revolution in Frankreich bewirkt, bei seinen östlichen Nachbarn angeregt hat; die Zentralisation der Verwaltung ist dagegen nicht das Werk der Revolution, sondern das des Feudalabsolutismus und dann der Kontrerevolution gewesen.

Die Zentralisation der Gesetzgebung bedingte keineswegs die völlige Zentralisation der Verwaltung. Im Gegentheil. Dieselben Klassen, die der Vereinheitlichung der Gesetzgebung bedurften, mußten darnach verlangen, sich die Staatsgewalt zu unterwerfen. Das geschah aber nur unvollkommen durch die parlamentarische Regierungsform, durch die Abhängigkeit der Regierung vom Parlament. Die Regierung, der der ganze bureaukratische Apparat zu Gebote stand, erwies sich, wenn auch formell von der zentralen Gesetzgebung abhängig, doch oft als stärker als diese. Die Regierung beeinflußt die Parlamentswähler durch ihre Bureaukratie und durch ihre Macht in lokalen Angelegenheiten; sie korrumpirt die Parlamentarier durch die Mittel, die ihr zu Gebote stehen, gute Dienste zu belohnen. Die stramm zentralisirte Bureaukratie erweist sich aber auch immer unfähiger, den steigenden Aufgaben der Staatsverwaltung gerecht zu werden; sie wird von ihnen erdrückt, Pedanterie, Schablonenhaftigkeit, Verschleppung der wichtigsten Angelegenheiten, völlige Verständnißlosigkeit für die rasch wechselnden Bedürfnisse des praktischen Lebens, maßlose Vergeudung von Zeit und Kraft in überflüssiger Schreibarbeit — das sind die rasch anwachsenden Mißstände des bureaukratischen Zentralismus.

So erwacht neben dem Streben nach Einheitlichkeit der Gesetzgebung, nach der Ersetzung der partikularen Provinzialversammlungen durch ein Zentralparlament, das Streben nach Dezentralisation der Verwaltung, nach Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden. Das eine wie das andere charakterisirt den modernen Staat.

„Diese Selbstverwaltung bedeutet nicht die Wiederherstellung des mittelalterlichen Partikularismus. Die Gemeinde (und ebenso die Provinz) wird dadurch nicht

wieder das selbständige Ganze, das sie ehedem gewesen. Sie bleibt ein Glied des großen Ganzen, der Nation,[1] hat in ihrem Rahmen und für sie zu wirken. Die Rechte und Pflichten der einzelnen Gemeinden dem Staate gegenüber werden nicht mehr durch besondere Verträge festgesetzt. Sie sind ein Produkt der für Alle in gleicher Weise geltenden Gesetzgebung der staatlichen Zentralgewalt; sie werden bestimmt durch die Interessen des gesammten Staates oder der Nation, nicht durch die der einzelnen Gemeinden."[2]

Wenn Genosse Stampfer den Zentralismus der Verwaltung und den der Gesetzgebung auseinanderhält, dann wird er finden, daß die Wege der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie keineswegs auseinandergehen, sondern dieselbe Richtung verfolgen, wie die gesammte moderne Demokratie überhaupt. Gegnerschaft gegen alle Sonderrechte im Reiche, Stärkung des Zentralparlaments auf Kosten der provinzialen Parlamente wie auf Kosten der Regierung; Schwächung der Zentralverwaltung sowohl durch Stärkung des Zentralparlaments wie durch Ausdehnung der Selbstverwaltung der Gemeinden und Provinzen — welch letztere in Oesterreich, seinen eigenartigen Verhältnissen entsprechend, die Form der Selbstverwaltung nationaler Provinzen annehmen soll —, aber einer Selbstverwaltung, die vom Zentralparlament für das gesammte Reich nach einheitlichen Gesichtspunkten geordnet, nicht in der Form von Partikularrechten für die einzelnen Reichstheile verschieden bestimmt oder gar von der Zentralregierung nach Belieben verliehen wird: das ist, trotz aller historischen und sonstigen Verschiedenheiten, in Deutschland wie in Oesterreich die Stellung der Sozialdemokratie in der Frage des Zentralismus und Partikularismus.

Wohl möglich, daß dieses Programm in Oesterreich nicht mehr durchführbar ist, aber seine Alternative, vom Standpunkte der demokratischen Entwicklung, ist der Zerfall des Staates und nicht das böhmische Staatsrecht. K. Kautsky.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

VII.

Ueber Hauptmanns zweites Stück, „Das Friedensfest", läßt sich nicht mehr sagen, als daß es eine ins Unmotivirt-Gräßliche verzerrte Nachahmung Ibsens ist, aber ein eifriges und keineswegs erfolgloses Studium des technischen Bühnenhandwerks bekundet. Gleichfalls eine Nachahmung Ibsens sind die „Einsamen Menschen", das dritte Drama Hauptmanns, immerhin jedoch eine etwas freiere Nachahmung; sie suchen zwei Lieblingsmotive des modernen Naturalismus ineinander zu verflechten.

Das eine dieser Motive ist das „dreieckige Verhältniß", wo ein Hans zwischen zwei Greten oder je nachdem auch eine Grete zwischen zwei Hansen wimmert, das andere aber der Konflikt zwischen Religion und Wissenschaft. Beide Motive humpeln etwas gar sehr weit hinter dem großen Gange der Zeitgeschichte einher; es sind überlebte Spielereien kleiner Literatenkreise, die sich gerne wichtig machen möchten, ohne daß doch etwas Wichtiges hinter ihrem Treiben steckt. Johannes Vockerath, der Held der „Einsamen Menschen", ist, wie Bartels ihn nennt, ein „fürchterlicher Jammerlappen", ein Dekadent vom Scheitel bis zur Sohle, ohne auch nur einen heilen Knochen im Leibe, aber voll kindischer Faseleien, die seine geistige Impotenz nicht sowohl verhüllen, als enthüllen. An und für

---

[1] Hier gleichbedeutend mit Staat genommen.

[2] K. Kautsky, Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie, S. 48.

sich ist diese Gestalt gewiß mit scharfem Auge erfaßt; in Friedrichshagen, wo die „Einsamen Menschen“ spielen, mag sie in mehr als einem Prachtexemplar herumlaufen. Es wäre ein glücklicher Griff gewesen, wenn Hauptmann sie zum Mittelpunkt einer Komödie gemacht hätte. Aber er verlangt, daß wir den unausstehlichen Patron tragisch nehmen sollen, und damit verfällt er einer unfreiwilligen Komik. Der Stoff tragischer Konflikte, den das Leben eines modernen Forschers enthalten mag, liegt weit über Hauptmanns Horizont hinaus, und an solche Probleme sollte er lieber nicht rühren; zum Goethe hat er doch noch eine ziemliche Strecke, etwa ebenso weit wie der Doktor Bruno Wille zum Doktor Heinrich Faust.

Um so höher schwang sich Hauptmann in den „Webern“ auf. Hier bot sich ihm ein Stoff, der nur eingetheilt zu werden brauchte und auch wirklich nur eingetheilt worden ist, um den Rahmen eines Dramas zu schaffen, ein Stoff ohne mannigfaltige und verwickelte Handlung, ein historisch-typischer und doch mit keinem historischen Gedankengehalte beschwerter Stoff. Immer war die Hauptsache, daß der „Weberenkel“ dies Drama gedichtet hat, im Sinne des Goethischen Worts, daß den Dichter ein volles, ganz von einer Empfindung volles Herz mache. Hauptmann hat diesem „Werke eben aus eignem Ich was zugegeben“; er hat eine Fülle von Gestalten geschaffen, die echt künstlerisch gesehen sind: voll ergreifenden packenden Lebens in jeder Bewegung, in jedem Worte, und doch keine brutale Kopie einer zufälligen Wirklichkeit. Die schulgerechte Aesthetik hat Vieles gegen die „Weber“ eingewandt, und von ihrem Standpunkt aus auch nicht mit Unrecht. Nur daß ihr Standpunkt eben nicht die entscheidende Instanz in Sachen des Geschmacks ist. Die Frage, was Goethe und Schiller zu diesem Drama gesagt haben würden, ist ebenso unsinnig, als wenn man fragen wollte, weshalb Goethe und Schiller sich ihre Briefe durch die zwischen Jena und Weimar laufende Botenfrau zugeschickt haben, statt die bequemere und schnellere Eisenbahnpost zu benutzen. Die Eisenbahn war zu Goethes und Schillers Zeiten nicht unmöglicher, als ein Drama, wie die „Weber“. Im Uebrigen verstößt das Drama gegen den Geist der klassischen Aesthetik viel weniger, als hundert Schulmeistertragödien, die nach den Grundsätzen dieser Aesthetik gearbeitet sein wollen.

Leider hat Hauptmann selbst den ästhetischen Nerglern die Flanke preisgegeben, indem er mindestens schweigend duldete, daß sein Advokat die den „Webern“ bereiteten Zensurschwierigkeiten durch wahrhaft elende Kniffe zu beseitigen versuchte. Nicht darin fehlte Hauptmann, daß er die sozialdemokratische Tendenz des Dramas bestritt, denn das war sein gutes Recht, und es müssen eigene Narren gewesen sein, die ihm deshalb, wie Steiger erzählt, den Vorwurf der Feigheit gemacht haben sollen. Aber Hauptmann durfte nicht zulassen, daß sein Advokat eine arbeiterfeindliche und ordnungspolizeiliche Tendenz in die „Weber“ hineinschwindelte. Das war eine ästhetische Versündigung weit mehr noch als eine politische. Nach den Prinzipien des Naturalismus hätte der Dichter im fünften Akte seines Dramas zeigen müssen, wie die aufständischen Weber vom Büttel ausgepeitscht und dann ins Zuchthaus gesperrt wurden, denn so endete der Weberaufstand in der historischen Wirklichkeit. Dann wäre das Schauspiel freilich im tiefsten Sumpfe der Schauerdramatik versunken, und ganz im Geiste der klassischen Aesthetik zog Hauptmann die ästhetische Schönheit und Wahrheit dem sklavischen Abklatsche des brutalen Lebens vor: sein Drama schließt damit, daß ein seinen Kameraden abtrünniger Weber unter einer Soldatenkugel fällt, während die Soldaten von den aufständischen Webern siegreich zurückgeschlagen werden. Aber wenn Hauptmann mit Fug sagen konnte: Ich habe die Dinge nicht als Sozialdemokrat, sondern als Künstler angesehen, so mußte

er sein künstlerisches Recht nicht blos nach links, sondern auch nach rechts wahren, so durfte er dem Oberverwaltungsgerichte nicht durch seinen Advokaten sagen lassen, daß er den „Sieg der Ordnung durch eine Handvoll Soldaten“ habe feiern wollen. Das mag ja ganz schlau gewesen sein, nur der Dichter Hauptmann ist dabei sehr schlecht gefahren.

Im fünften Akte des „Florian Geyer“ holte er dann nach, was er im fünften Akte der „Weber“ versäumt hatte: die betrunkenen Ritter fallen mit Hetzpeitschen über die gefangenen Bauern her, ein Frevel an der Kunst, der erfreulicher Weise sogar dem Berliner Premierenpublikum die Eingeweide im Leibe umkehrte. Sonst erwies dies Drama die völlige Unfähigkeit nicht nur Hauptmanns, sondern des modernen Naturalismus überhaupt, einen großen historischen Stoff dramatisch zu gestalten. Steiger besitzt auch die dankenswerthe Ehrlichkeit, offen zu sagen: „Der naturalistische Stil hat sich zur Bewältigung großer Geschichtsbilder ohnmächtig erwiesen.“ Man braucht durchaus nicht erst auf Schiller oder Shakespeare zurückzugehen, sondern nur Schweichels Roman aus dem Bauernkriege mit Hauptmanns „Florian Geyer“ zu vergleichen, um zu sehen, was die Alten können und die Jungen eben nicht können. Schweichel hat das faltenreiche Gewebe des Bauernkriegs wirklich zu entfalten gewußt, während Hauptmann hilflos davor steht, trotz aller „tiefgründigen Studien“, die ihm jahrelang von der Klique nachposaunt worden sind. Was sich an Schweichels Roman ästhetisch aussetzen läßt, das mag wohl der Moral geschuldet sein, die ein alter Freiheitskämpfer aus einem großen Kampfe um die Freiheit zieht, während Hauptmann um einer ästhetischen Schrulle willen ein gewaltiges Stück deutscher Geschichte traurig verhunzt.

Nach Schlenthers Erzählung ist Hauptmann zum „Florian Geyer“ durch Zimmermanns Geschichtswerk in der Bearbeitung von Blos angeregt worden. Läßt man nun alle sonstige „Tiefgründigkeit“ wohlwollend auf sich beruhen, und nimmt man an, daß Hauptmann nur jenes, von vielen tausend Arbeitern verstandene Werk aufmerksam gelesen hat, so ist dennoch schwer zu begreifen, wie er so gänzlich hat daneben hauen können. Jedoch löst sich das Räthsel einigermaßen, wenn man liest, was Schlenther, Hauptmanns dramaturgischer Mentor, über den historischen Florian Geyer erforscht hat. Nachdem Schlenther schon vorher „Bismarcks Realpolitik“ als die erste Wurzel des modernen Naturalismus aufgedeckt hat, sagt er über Florian: „Hätte ein Geyer vor dreißig Jahren mit dem preußischen Abgeordnetenhause im Militärkonflikt gelegen, so hätte der treue und gewissenhafte Rechtsfreund die Verfassung nicht gebrochen. Er hätte keiner Indemnität bedurft, aber auch kein Königgrätz, Sedan und Versailles erreicht. Bei Geyer denkt man wehmüthig wieder an einen anderen Mitbegründer des neuen Deutschen Reichs, der, um Napoleons gehässiges Wort auf die Deutschen hier liebevoll anzuwenden, ein Ideolog war und doch ein Held des Krieges.... Die Zeit bedurfte eines Bismarck, und Geyer war eine Kaiser-Friedrich-Natur, etwa so, wie sie in unserer liberalen Legende fortlebt.“ Wenn ein Denker des Naturalismus mit solchem Gallimathias aufwartet, so darf man an das historische Verständniß seiner Dichter keinen allzu hohen Maßstab legen.

Zum Wesen des modernen Naturalismus gehört diese unglaubliche Beschränktheit seines Gesichtskreises aber durchaus. Die Lessing, Goethe und Schiller meinten, daß ein Dichter der modernen Kulturwelt über ein reiches und vielseitiges Wissen gebieten müsse, und derselben Meinung waren auch die Romantiker; Niemand wird den Schlegeln und Tieck und Uhland die umfassendsten Kenntnisse abstreiten wollen. Ebenso wenig waren die Platen und Heine, ja selbst die

namhaftesten Vertreter des Jungen Deutschlands, wie Gutzkow, ohne die „Bildung ihres Jahrhunderts“ denkbar. Man wird überhaupt vergebens nach irgend einer Dichterschule suchen, die in dieser Beziehung von einer so rührenden Anspruchslosigkeit wäre, die sich so sehr gescheut hätte, drei Schritte vor sich oder um sich oder auch nur hinter sich zu sehen, wie der moderne Naturalismus. Es mag nun auch eine ganz löbliche Vorsicht sein, daß er sich mit seinem gebrechlichen Nachen nicht auf die hohe See hinauswagt, nur sollte er sich dann nicht über den „Idealismus“ der Klassiker erhaben fühlen, der das historische Wesen einer vergangenen Zeit wiederzugebären wußte, auch wenn er sich um die Kinkerlitzchen und Klunkern dieser Zeit nicht mehr bekümmerte, als solchem Krame recht ist.

Vielmehr geräth der moderne Naturalismus auch mit dem getreuen Abkonterfeien der Kinkerlitzchen und Klunkern arg in die Brüche, wenn er nicht das Wesen der Dinge begriffen hat, die er schildern will. Er kommt damit sogar noch unter den Schlitten der epigonenhaft-schulgerechten Jambentragödie, auf die er so stolz herabsieht. Als Gustav Freytag vor vierzig Jahren seine „Fabier“ veröffentlichte, sagte ihm die Kritik: Die Anachronismen, deren sich in Shakespeares „Julius Cäsar“ so manche finden, hast du ja glücklich vermieden, aber schade daß du ebenso sorgsam Shakespeares Genie vermieden hast. Es stände gut um Hauptmanns „Florian Geyer“, wenn man ihm dasselbe Kompliment machen könnte, im Vergleiche mit Schillers „Wallenstein“. Was Freytag noch fertig brachte, bringt Hauptmann nicht mehr fertig; unter den dreihundert Seiten seines historischen Dramas werden sich nicht viele finden, auf denen sich nicht grobe Verstöße gegen das Kostüm der Reformationszeit entdecken lassen, das Wort Kostüm im rein äußerlichen, im Kinkerlitzchen- und Klunkernsinne genommen.

Welch schwerer Mißgriff ist es schon, die Personen des Dramas im Chronikenstile, in der Schriftsprache ihrer Zeit sprechen zu lassen, welch doppelt schwerer Mißgriff vom Standpunkte des Naturalismus aus, der sich sonst so viel mit seiner „Kunst des Stotterns“ weiß und seine modernen Gestalten radebrechen läßt, als spräche heutzutage kein Mensch mehr einen zusammenhängenden Satz! Als ich vor drei Jahren an dieser Stelle mittheilen mußte, daß der „Florian Geyer“ bei der ersten Aufführung einen gänzlichen Mißerfolg gehabt habe, sprach ich die Ansicht aus, daß sich beim behaglichen Lesen des Dramas unter der Lupe viele Einzelschönheiten würden entdecken lassen; nachdem ich die Lupe angewandt habe, muß ich nunmehr gestehen, daß ich damals meine Pappenheimer noch schlecht gekannt und dem endlosen Gegacker der Klique über die „peinliche Gewissenhaftigkeit“ der von Hauptmann gemachten „Spezialstudien“ ein ungerechtfertigtes Vertrauen entgegengebracht habe. Es mag hingehen, wenn Hauptmann die Schimpfrede Luthers, den Bauern müßten die Eselsohren mit Büchsensteinen aufgeknäufelt werden, der Burgfrau von Rimpar als eigene Weisheit in den Mund legt; weshalb sollte nicht einmal eine wüthende Megäre und ein wüthender Pfaff auf dieselbe Rohheit verfallen? Aber wenn ein bäurischer Fanatiker den von Melanchthon dem braven Münzer nachgelogenen Schwindel vom Auffangen der Büchsenkugeln im Aermel allen Ernstes ausspricht, so ist das gerade so, als wenn ein Dramatiker nach einigen hundert Jahren einen heutigen Sozialdemokraten sagen ließe, es müsse „getheilt“ werden. Nicht minder arg ist es, wenn Hauptmann einen Bürger der Stadt Rothenburg Worte sprechen läßt, die nur im Munde eines Bauern einen historischen Sinn haben. Von dem eng und weit verzweigten Geäder der damaligen sozialen Verwicklungen, das sich in Schweichels Roman vollkommen klar übersehen läßt, hat Hauptmann eben nichts verstanden, als den Gegensatz zwischen Bauern und Rittern und den auch nur,

wie Florians Gerede über Hutten und Sickingen zeigt, in den allgemeinsten und verschwimmendsten Umrissen.

Seiner praktischen Klugheit macht es nun aber wieder alle Ehre, daß er sich nach dem Mißerfolge des „Florian Geyer“ weiter keinen Illusionen hingab. Auch lag es dem eklektischen Wesen seines Talents durchaus nicht so fern, daß er sich kopfüber in die Romantik stürzte; hatte er doch schon vor dem „Florian Geyer“ mit dem „Hannele“ einen kleinen Abstecher ins Romantische gemacht! An dieser „Traumdichtung“ war nichts epochemachend, als daß sie nach der Behauptung der naturalistischen Aesthetik epochemachend sein sollte. Wenn Duboc das „Hannele“ ein „schauerliches Rührstück“ nennt, Bartels es eben noch als Weihnachtsfestspiel gelten lassen will, ein dritter bürgerlicher Kritiker darin eine „unsympathische Mischung von Kirche und Theater, von Pathologie und seraphischer Entzückung“ erblickt, so ist mit alledem, in herberer oder milderer Form, die Ansicht ausgesprochen, daß dergleichen „Traumdichtungen“ überhaupt nicht ins Reich der dramatischen Kunst gehören, und diese Ansicht hat sich bis zum Erscheinen des „Hannele“ in aller Aesthetik einer seltenen Einstimmigkeit zu erfreuen gehabt. Indem Hauptmann das in Fieberphantasien erlöschende letzte Todesröcheln eines armen, von einem viehischen Säufer in den Tod gejagten Kindes dramatisirte, erklomm er zwar einen Gipfel dieser Afterkunst, aber er machte sie dadurch keineswegs zu einer wirklichen Kunst, wie seine Bewunderer mit einem kleinen Denkfehler folgern. Einen ästhetischen Maßstab giebt es für solche durch und durch unkünstlerische Effektstücke überhaupt nicht, da jeder objektive Bestimmungsgrund des Geschmacks fehlt und somit der subjektive Geschmack den uneingeschränktesten Spielraum hat. Wenn ich mit Duboc das „Hannele“ ein „schauerliches Rührstück“ nenne, Steiger aber „bewunderungswürdige Kunst“ und eine „glänzende Bewährung von Hauptmanns vielgerühmtem Wirklichkeitssinn“ darin findet, so läßt sich weder über seinen noch meinen Geschmack streiten; wir müssen uns friedlich-schiedlich auseinandersetzen mit dem freimüthigen Geständniß, daß wir Barbaren für einander seien.

Eher als über „Hannele“ ist über die „Versunkene Glocke“, die Hauptmann dem „Florian Geyer“ folgen ließ, ein ästhetisches Urtheil möglich. Hier kann der urkundliche Nachweis geführt werden, und Bartels wie Woerner haben ihn schon zum guten Theile geführt, daß dies Märchendrama aus hundert und ein literarischen Reminiszenzen zusammengeklaubt und in bombastisch überladenen, dabei jedoch prosaisch-nüchternen Jamben geschmiedet sei. Ohne Zweifel finden sich einzelne wahre Accente darin; wenn der Glockengießer Heinrich klagt, daß seine Glocken im Thale klängen, aber nicht auf den Höhen, so ist damit ein ganz treffendes Bild von Hauptmanns eigener Kunst gegeben. Aber als Ganzes ist die „Versunkene Glocke“ ein Schulexerzitium der Romantik, und nicht einmal der kräftigen Romantik, wie sie ein Uhland oder ein Kleist vertraten, sondern der epigonenhaften, faden, süßlichen Romantik, im Stile etwa eines Fouqué oder gar eines Redwitz. Man könnte sagen, wenigstens fehle ihr die Frömmelei eines Redwitz, aber Woerner bemerkt ganz richtig, ihre freisinnige Tendenz zeige einige ähnliche Eigenschaften wie die oft so seltsame Religiosität der Romantiker, nämlich Unklarheit und Verschwommenheit bei großer Aufdringlichkeit und einen fühlbaren Mangel an wirklicher Willensstärke. Ueberhaupt ist, was Bartels und Woerner über die „Versunkene Glocke“ sagen, recht lesenswerth; ohne unbillig gegen den Dichter zu sein, sind sie doch nicht unehrlich in ihrer Kritik.

Dagegen möchte man den Oberpriestern der naturalistischen Aesthetik, die in der „Versunkenen Glocke“ eine konsequente Fortentwicklung ihres großen

Prinzips feiern, die verzweifelte Frage vorlegen: Seid ihr ernsthafte Leute oder was wollt ihr sonst sein? Mag nun das naturalistische Prinzip richtig sein oder nicht, so viel sieht doch jeder Mensch mit fünf gesunden Sinnen, daß, an ihm gemessen, die „Versunkene Glocke“ rettungslos zusammenbricht. Nicht für den Künstler, sondern für den Praktiker Hauptmann ist dies Märchendrama ein großer Fortschritt geworden. In den „Webern“ war er an die Grenze dessen gestoßen, was sich die hohen Behörden und das verehrliche Publikum bieten ließen, im „Florian Geyer“ aber an die Grenze seines künstlerischen Vermögens; so trat er in der „Versunkenen Glocke“ einen wohlgeordneten Rückzug oder, wie man im Hinblick auf seine eklektischen Neigungen vielleicht richtiger und zugleich milder sagen muß, einen wohl überlegten Flankenmarsch an, der ihn nun auch wirklich zum Herrscher der Luxusbühne, zum Lieblinge der Bourgeoisie gemacht hat. Das soll ihm alles von Herzen gegönnt sein; „Dichter lieben nicht zu schweigen, Wollen sich der Menge zeigen“, sagt schon der kleine Johann Wolfgang in prophetischer Ahnung des großen Gerhart; nichts liegt mir ferner, als hier den „Moralprediger“ zu spielen. Nur so viel möchte ich behaupten, daß wer — allerdings im Einverständniß mit dem „Moraltrompeter von Säckingen“ — die Kunst nicht als milchende Kuh, sondern als hohe Göttin bewundert, sich nicht just jeden Kreuz- und Quersprung Hauptmanns nach großen Bühnenerfolgen als neue Kunstoffenbarung aufreden zu lassen braucht.

Um noch einen Blick auf Hauptmanns beide Komödien zu werfen, so treten in ihnen seine Vorzüge und Schwächen gleichsam wie Pol und Gegenpol aus einander. Im „Biberpelze“ hat er eine Höhe erreicht, wie sonst nur in den „Webern“; er giebt ein farbiges und ganz prächtiges Bild einer etwas beschränkten und engen, aber doch immer bedeutsamen Wirklichkeit; alle Figuren, höchstens mit Ausnahme des Doktor Fleischer, in dem Hauptmann sich selbst porträtirt hat, sind künstlerisch lebendig, Individuum und Gattung zugleich. Wenn Bartels und Woerner meinen, die Dummheit des Amtsvorstehers v. Wehrhahn sei doch karrikirend übertrieben, so sind sie nicht von ästhetischen Bedenken, sondern von patriotischen Beklemmungen geplagt; hätten sie je mit der politischen Polizei in Ostelbien zu schaffen gehabt, so würden sie anerkennen, daß die v. Tausch der Wirklichkeit womöglich noch dümmer, aber lange nicht so ergötzlich seien, wie die v. Wehrhahn der Komödie; nicht karrikirt, sondern idealisirt hat Hauptmann diesen kostbaren Dummkopf, und zwar so wie der Künstler idealisiren muß. Auch ist es unrichtig, Kleists „Zerbrochenen Krug“ als „Pathenstück“ des „Biberpelzes“ anzusprechen; es ist nicht mehr da, als eine gewisse entfernte Aehnlichkeit, die sich schließlich zwischen allen möglichen Komödien in dieser oder jener Beziehung herausspintisiren läßt. Der „quellenreiche Strom unendlicher Erfindung“, der keineswegs Hauptmanns starke Seite ist, sprudelt im „Biberpelz“ stärker, als sonst bei ihm, und der „unbefriedigende“ Schluß der Komödie ehrt ebenso die künstlerische Aufrichtigkeit wie das künstlerische Verständniß des Dichters.

Um das zu erkennen, braucht man nur den „befriedigenden“ Schluß der anderen Komödie Hauptmanns, des „Kollegen Crampton“, ins Auge zu fassen, wo ein Gewohnheitstrinker im Handumdrehen gerettet wird. Auch sonst zeigt der „Kollege Crampton“ die Schwächen des Dichters so ausschließlich, wie der „Biberpelz“ seine Stärken. Der „Kollege Crampton“ hat ein „Pathenstück“: Schlenther erzählt, daß Hauptmann, als er Molieres „Geizigen“ in einem Berliner Theater gesehen hatte, sofort entschlossen gewesen sei, etwas Aehnliches zu schaffen. Moliere hat nun auch nach einem Vorbild gearbeitet, nach der „Aulularia“ des Plautus, aber so wie Goethe nach dem Vorbild Homers und Shake-

speares, als genialer Poet: sein Geiziger wäre im römischen Alterthum so unmöglich gewesen, wie heute: er ist die lebenstrotzende Gestalt des Kapitalisten aus der Zeit, wo das „Sparen“ ein wirksamer Hebel der kapitalistischen Akkumulation war. An Molieres Helden läßt sich eine ganze große Periode der kapitalistischen Produktionsweise studiren. Gewiß nicht, weil Moliere darauf ausgegangen wäre, aber er hat mit dem tiefen Blicke des großen Dichters die Welt angeschaut, worin er lebte. Indem Hauptmann ihn nun nachzuahmen versucht, verfehlt er wieder den entscheidenden Punkt; er schildert einen bedeutenden Künstler als ganz gemeinen Trunkenbold. Der Fall ist im wirklichen Leben gewiß möglich, und Hauptmann hat nach einem lebenden Modell gearbeitet, aber so wenig die Trunksucht etwa nur ein Laster der „unteren Volksschichten“ ist, so sehr ist es ein krankhafter Ausnahmefall, daß ein *geistig* hochstehender Mann, gemäß der Auffassung Hauptmanns, sich in der Gosse wälzt.

Nun aber weiter! Nachdem Moliere seine klassisch-lebendige Gestalt auf die Beine gestellt hat, tauft er sie gleichmüthig Harpagon, mit dem alten römischen Komödiennamen, einen ganz abstrakten Gattungsnamen: harpago ist eine Art Enterhaken, den Plautus bildlich auf einen habgierigen Menschen übertragen hat. Hauptmann aber nennt seinen Helden, da sein Modell zufällig einen englischen Namen trägt, nicht Kollege Müller oder Kollege Schulze, sondern Kollege *Crampton*. Will man einmal den Unterschied zwischen dem schöpferischen Dichter und dem ängstlich klaubenden Epigonen mit Händen greifen, hier greift man ihn. In engeren Kreisen ist Hauptmann oft getadelt worden, weil er aus fanatischem Naturalismus nicht vor dieser durchsichtigen Anspielung auf einen Mann zurückgeschreckt ist, dem er eine entscheidende Förderung auf seinem Lebenswege zu danken hatte. Aber Schlenther meint, daß eine solche Großthat des Naturalismus gar nicht genug bewundert werden könne, und so raunt dieser ebenso takt- wie geistvolle Denker seinen Lesern auch noch den wirklichen Namen des „lieben Zechbruders“ zu.

In dem Drum und Dran der konventionellen Liebesgeschichte scheinen sich Molieres und Hauptmanns Komödien zu gleichen, nur daß die Staffage, was manchen Kritikern sofort auffiel, bei Hauptmann einen pretiöseren und prätentiöseren Eindruck macht. Schlenther ist wiederum so gütig, uns darüber aufzuklären; er sagt: „Dieses Werk ist unerschöpflich reich an kleinen feinen Meisterzügen“ und merkt ihr denn nicht, ihr Dummköpfe, daß der reiche Jüngling, der die arme Tochter des Kollegen Crampton heirathet und dies unglückliche Opfer des Alkoholismus wieder in alle Ehren und Reichthümer einsetzt, auf den Namen Straehler hört, den Mädchennamen, den des Dichters Mutter führte? Ach Gott ja, aber wer kann denn gleich allen schwindelnden Tiefen des modernen Naturalismus bis auf den Grund schauen, und um so dankbarer bewundern wir nun die „glänzende Bewährung“ des „Wirklichkeitssinns“, womit der Dichter sich selbst inszenirt als edlen Knaben mit dem großen Portemonnaie, der arme Mädchen heirathet und unglückliche Lehrer rettet.

Genug, der dramatische Großmeister des modernen Naturalismus besitzt den Pinsel Mings, und wenn es ihm morgen belieben sollte, irgend eine Birchpfeifferiade vom Stapel zu lassen, so würde die naturalistische Aesthetik in die Knie sinken und verzückt stammeln: Herr, wir danken dir, daß uns vergönnt ist, dies bahnbrechende Wunder der Kunst zu schauen! (Fortsetzung folgt.)

In den „Aesthetischen Streifzügen“ VI sind ein paar kleine Versehen zu berichtigen: auf Seite 447, Zeile 15 muß es statt „weite Reise“ heißen „*bunte Reihe*“ und in der letzten Reihe „*Mißduft*“ statt „Mistduft“.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 17. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Der eigentliche Nährboden.

↗ Berlin, 11. Januar 1899.

Es giebt gewisse Dinge, deren nur der ostelbische Junker fähig ist, in all seiner Dreistigkeit und Gottesfürchtigkeit. Dahin gehört die Triumphreise des Herrn v. Köller durch die nordschleswigschen Distrikte, worin er mit der staatserhaltenden Kraft und Weisheit eines Alba die deutsche Nationalität rettet. Das Schmausen über Gräbern und das Tanzen auf Vulkanen sind in der Geschichte nicht unbekannte Erscheinungen, aber wer früher solchen Lustbarkeiten fröhnte, der handelte unbewußt, und die Historiker, die davon sprachen, thaten es mit dem Stoßseufzer: Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit. Jedoch mit Bechern und Fackeln lustig zu randaliren über den vernichteten Existenzen armer Knechte und Mägde, die nichts verbrochen hatten, als für kärglichen Lohn zu scharwerken im Dienste von Leuten, deren Gesinnung dem Junker Köller mißfällt, das beschämt die Weisheit des alten Ben Akiba: so etwas ist noch nicht dagewesen, wenigstens nicht solange das Wort Gesittung einen historischen Sinn hat.

Dennoch ist nicht der Junker Köller die abstoßendste Figur in dem traurigen Spektakel. In seiner Weise bleibt er sich und seiner Klasse treu, der jeder Begriff moderner Kultur ein unentzifferbares Räthsel ist. Ungleich widerlicher geberdet sich die bürgerliche Hurrahkanaille, die bei der Köllerschen Triumphfahrt die bewundernde Staffage gebildet hat. Die armen Teufel von kleinen Beamten, die dazu kommandirt worden sind und ihre saure Pflicht mit dem „Knirschen des ganzen inneren Menschen“ gethan haben mögen, reichen doch nicht aus, selbst wenn man annimmt, daß der offiziöse Draht mit zehnfacher Lügenkraft die dem Köller dargebrachten Huldigungen übertrieben hat. Bürgerliche Elemente in irgend welcher Zahl haben zweifellos mitgewirkt, und wären es ihrer noch so wenige gewesen, so wäre es immer noch viel zu viel der Schmach. Mit dem Schweigen des Kirchhofs hätte dieser Held der preußischen Staatsraison empfangen werden müssen und wäre er von einer bürgerlichen Klasse empfangen worden, die sich auch nur ein geringes Bewußtsein ihrer historischen Rechte und Pflichten bewahrt hätte.

Man glaube nicht, daß es sich hier um geringe Dinge handele. Die Triumphfahrt des Köller ist bei alledem freilich keine historische Haupt- und

Staatsaktion, aber ein Tropfen kommt zum andern, bis der Becher der Schande überläuft. Die in unerträglichem Umfang anschwellende Zahl der Majestätsbeleidigungsprozesse gehört in dieselbe Kategorie, wie des Köller Triumphfahrt und ist denn doch kein geringes Item mehr auf der Liste der deutschen Verfallzustände. Die seit den Tagen des weißen Schreckens im Jahre 1878 nicht mehr erhörte Verurtheilung des Genossen Müller in Magdeburg zu vier Jahren Gefängniß, wegen Abdrucks eines persischen Märchens, worin das Magdeburger Landgericht beleidigende Anspielungen auf den Kaiser und einen von dessen Söhnen zu erblicken geglaubt hat, muß auch dem Blinden zeigen, wohin die Dinge schon gekommen sind; sie ist einer jener dunklen Flecke, die sich, um das Wort eines preußischen Königs zu gebrauchen, durch keine Thränen der Reue aus der Geschichte des Deutschen Reiches waschen lassen.

Es ist wahr, die liberalen Blätter haben einige Worte des Protestes gegen das Magdeburger Urtheil gehabt, oder wenn das zu viel gesagt sein sollte, wenigstens einige Worte schüchterner Verwunderung über dies Urtheil, ähnlich wie sie ja auch die Ausweisungen aus Nordschleswig gemißbilligt oder mit einigen Zweifeln an der Weisheit dieser Politik begleitet haben. Aber was ist damit gewonnen? Die preußische Reaktion hat ein dickes Fell und von solcher Opposition, wie sie in der liberalen Presse üblich ist, fühlt sie sich nur angenehm gekitzelt. Vielleicht würde ihr sogar etwas fehlen, so etwas wie der saure Hering im Katzenjammer, wenn sie ihre hochwohlweisen Maßregeln träfe, ohne dabei von dem Gebrumm der Philister begleitet zu werden. Sie weiß sehr wohl, daß diese Atta Trolls brummen, aber nicht beißen und im äußersten Falle höchstens solche Forderungen stellen, deren Erfüllung alles beim Alten lassen würde.

Hierher gehört die freisinnige Forderung, daß die Einleitung von Strafprozessen wegen Majestätsbeleidigung ohne Genehmigung des Kaisers nicht mehr zuläßig sein solle. Ohne Genehmigung des Kaisers heißt in diesem Falle nichts anderes als ohne Genehmigung des Justizministers, was Niemand besser weiß, als die konstitutionellen Monarchisten des Freisinns. Erstens deshalb, weil nach dem konstitutionellen Dogma der Kaiser zur Erledigung dieser politischen Funktion der verantwortlichen Deckung durch den Justizminister bedürfen würde, und zweitens deshalb, weil der Kaiser, der nach den monarchistischen Ansichten des deutschen Liberalismus die Regierung führen muß, wenn nicht alles im Reiche drunter und drüber gehen soll, doch nicht den ganzen Tag damit zubringen könnte, Strafanträge wegen Majestätsbeleidigung zu prüfen und je nachdem ihre Anstrengung zu genehmigen oder zu versagen. Die Entscheidung würde also unter allen Umständen beim Justizminister liegen, was mit anderen Worten nur heißt, daß diese großartige, von der freisinnigen Presse bis zum Ueberdruß angepriesene Reform nichts verbessern könnte. Denn beim Justizminister liegt die Entscheidung auch jetzt schon, da die Staatsanwälte seine Untergebenen sind, und wenn er die Pest der Majestätsbeleidigungsprozesse ausrotten wollte, so würde es ihm nur eine einzige Verfügung kosten. Will er diese Verfügung aber nicht erlassen, so ist mit der Annahme des freisinnigen Antrags eben nichts erreicht, als höchstens einige Vermehrung des bureaukratischen Schreibwerks, wovon wir gerade schon genug haben: der Justizminister würde dann spezialiter genehmigen, was er jetzt generaliter erlaubt.

In der Verlegenheit, ihren gloriosen Vorschlag nicht tüchtig vertheidigen zu können, pflegen die freisinnigen Blätter zu sagen, mit dem sozialdemokratischen Antrage auf Abschaffung der Majestätsbeleidigung als eines besonderen Vergehens würde das Uebel auch nicht an der Wurzel ausgerissen werden. Dieser Einwand

hätte dann seine Berechtigung, wenn sich irgendwer einbilden sollte, daß sich eine moralische Krankheit, wie die Majestätsbeleidigungsprozesse, durch Aenderungen am Strafgesetzbuch überhaupt beseitigen ließe. Das nimmt aber doch schwerlich irgend ein vernünftiger Mensch an; die Gesetzgebung eines Volkes kann nicht tief eingewurzelte Sitten oder Unsitten mit einem Schlage herumwerfen. Jedoch kann sie, um bildlich zu sprechen, das Gitterwerk zerschlagen, woran sich die giftigen Wucherpflanzen emporranken. Und das geschieht durch die Beseitigung der Majestätsbeleidigung als eines besonderen Delikts. Wird die Ehrverletzung des Kaisers strafrechtlich nicht anders angesehen, als die Ehrverletzung jedes anderen Menschen, so sind immer noch Prozesse wegen Beleidigung des Kaisers in dem Umfange möglich, wie einst Bismarckbeleidigungsprozesse, und dieser Umfang war nicht gering, aber wenigstens solche Urtheile sind nicht mehr möglich, wie sie eben in Magdeburg gefällt worden sind, und das scheußliche, weite Volkskreise vergiftende Denunziationssystem wäre in der Wurzel geknickt. Das ist immerhin etwas werth, und noch viel mehr würde es werth sein, wenn der Reichstag durch den Beschluß, den Majestätsbeleidigungsparagraphen aus dem Strafgesetzbuch zu entfernen, sich vor Mit- und Nachwelt feierlich von jeder Verantwortung lossagte für die Majestätsbeleidigungsprozesse mit all ihren scheußlichen Begleiterscheinungen.

Ein wirkliches Ende dieses moralischen, die deutsche Nation entehrenden Greuels wäre nur dann zu erreichen, wenn die bürgerliche Klasse sich dessen entsänne, was ihr im vorigen Jahrhundert ein Dichter gesagt hat, der nicht nur Bürger hieß, sondern auch ein aufrechter Bürger war:

> Viel Klagen hör' ich oft erheben
> Vom Hochmuth, den der Große übt:
> Der Großen Hochmuth wird sich geben
> Wenn unsre Kriecherei sich giebt.

Von dieser Kriecherei hat nach all den unzähligen Proben, die schon seit Jahrzehnten vorliegen, das neue Jahr neben Köllers Triumphzug noch ein paar andere gebracht, die schon für sich allein erklären, weshalb in einer so entnervten Klasse moralische Gebrechen der ärgsten Art ausbersten müssen. Die eine dieser Proben ist das unterwürfige Jubelgeschrei darüber, daß dem Maler Menzel der sogenannte Hohe Orden vom Schwarzen Adler verliehen worden ist. Es ist ein Hoforden, den Hunderte der nichtigsten Hofschranzen getragen haben: seine Verleihung an Menzel wurde ausdrücklich damit begründet, daß Menzel den preußischen König Friedrich durch seinen Pinsel verherrlicht habe und dieses löbliche Beginnen auch zur Aufmunterung für andere Künstler eine noch nie dagewesene Auszeichnung verdiene. Man kann nun alles Menschliche an dem Vorgang menschlich verstehen, sowohl den Wunsch der Krone, eine nach den hergebrachten dynastisch-höfischen Begriffen außerordentliche Ehrung an einen berühmten Künstler zu verleihen, der in der That die friderizianische Zeit in manchem bedeutenden Kunstwerk klassisch wiederzugeben verstanden hat, als auch die Bereitwilligkeit des mehr als achtzigjährigen Meisters, sich der verschwindend geringen Zahl bedeutender Menschen, wie Blücher, Stein, die beiden Humboldts, anzuschließen, auf deren Rocke dieser schwarze Vogel auch einmal gehorstet hat. Mindestens mußte man aber von der offiziellen Vertretung der hiesigen Künstler so viel verlangen, daß sie aus Rücksicht auf die Begründung, womit der Orden an Menzel verliehen worden ist, sich eine zugleich höfliche und würdevolle Zurückhaltung auferlegten, jedoch, davon weit entfernt, hat der Verein Berliner Künstler wegen dieser Ordensaffäre

eine überschwängliche Huldigungsadresse an den Kaiser gerichtet, woraus in betrübender Weise hervorgeht, wie unaussprechlich niedrig diese Künstler von ihrer Kunst denken.

Ebenso kompromittirend ist das Verhalten der städtischen Behörden in Sachen der hiesigen Oberbürgermeisterwahl. Diese Wahl ist bereits vor einem halben Jahre erfolgt, aber bisher fehlt noch die königliche Bestätigung, nicht etwa weil gegen ihren ordnungsmäßigen Vollzug etwas einzuwenden wäre oder gegen den Gewählten, den bisherigen zweiten Bürgermeister Kirschner, einen ganz farblosen Bureaukraten, ein polizeilicher Einwand vorläge, sondern nur, weil der Minister von der Recke, der die königliche Bestätigung zu verantworten hat, die städtischen Behörden dafür zu strafen wünscht, daß sie den Friedhof der Märzgefallenen in demselben ordentlichen Zustande erhalten, wie andere städtische Friedhöfe auch. Ueber die Höhe und Würde dieses staatsmännischen Gebahrens wird sich jeder leidlich taktvolle Mensch von selbst klar sein, aber auch hier wollen wir nicht unmenschliche Anforderungen an sehr sterbliche Menschen stellen und nur so viel sagen, daß die mindeste Anforderung, die an ein selbstbewußtes Bürgerthum gestellt werden müßte, doch eben die wäre, die Versuche des Herrn von der Recke, die städtischen Behörden der Reichshauptstadt wie die Schulknaben abzustrafen, mit einer höflichen und würdigen Zurückhaltung zu erwidern. Statt dessen veröffentlicht zur selben Zeit, wo die Offiziösen des Herrn von der Recke ganz ungenirt erörtern, weshalb ihr Herr und Meister die Bestätigung der Oberbürgermeisterwahl versagt, das offizielle Organ der städtischen Behörden den Text der Neujahrsgratulation, die der Magistrat an den Hof gerichtet hat, und dieser Text ist abgefaßt in einem schweifwedelnden Stile, der einen Hund jammern könnte.

Das sind so einige eigenthümliche Proben der bürgerlichen Selbsterniedrigung, worin der Bazillus der Majestätsbeleidigungsprozesse seinen eigentlichen Nährboden hat.

Justus Möser als Geschichtsphilosoph.

Von P. Kampffmeyer.

Das achtzehnte Jahrhundert schließt dramatisch mit der großen französischen Umwälzung ab. Dem revolutionären Gewittersturm geht ein wunderbares Wetterleuchten vorauf, das greifbar deutlich die Bestrebungen der kämpfenden Parteien aufhellt. Die Mächte des Beharrens und der Bewegung fassen ihre Streitkräfte zusammen, und die große Katastrophe bereitet sich mit unheimlicher Sicherheit vor. Auf der einen Seite ein gewaltsames Sprengen eingerosteter Ketten und veralteter Bande, eine rastlose, wühlende Maulwurfsarbeit an den Fundamenten der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, und auf der anderen ein starres, eigensinniges Festbannen altväterlicher Sitten und Lebensgewohnheiten, ein unbedingtes Heiligsprechen der bestehenden mottenfräßigen Einrichtungen. Der gewaltige Zwiespalt der Zeit, der Kampf zwischen einer alten und neuen Welt spiegelt sich klar in den Köpfen aller in jener Epoche lebenden bedeutenden Geister wieder. Und das Spiegelbild wird um so plastischer, je tiefer diese das Wesen der bestehenden Einrichtungen erfaßten. Unser Vaterland erfreut sich nun gerade eines Mannes, der wie kein zweiter in den sozialen und politischen Institutionen seines Jahrhunderts wurzelte. Es ist dies der viel genannte, aber wenig gelesene Justus Möser.

Auf einem geschichtlichen Boden, auf der rothen Erde Westfalens wuchs Justus Möser zum Manne heran. Eine Fülle von historischen Ueberresten redeten hier von den alten Rechtsgewohnheiten und Stammessitten der Sachsen, von den Thaten Karls des Großen, von den blutigen Schrecken der Kriege dieses Kaisers. Hier fiel das Auge auf heidnische Opferstätten, auf gesonderte, mit dichtem Laubwerk umgebene Höfe, dort auf gothische Kirchen und Rathshäuser, auf die vielen Zeugen einer reichen mittelalterlichen Kulturblüthe. Vortrefflich reiften die schönen Früchte des Möserschen Geisteslebens in Osnabrück aus, in dessen Mauern nach den Worten eines kundigen Schriftstellers „mehr als in anderen Städten Spuren der ursprünglichen Verhältnisse zwischen Kaiser und Reich, geistlichen und weltlichen Fürsten und freien Kommunen, deren Rechte sich auf eigene Weise gestaltet, vorhanden waren“, in dessen „Einwohnern ein durch Wohlstand und Gemeingut genährter Charakter sich erhalten hatte“.

Das alterthümliche Osnabrück, diese in Stein gehauene Geschichte drang frühzeitig in die offenen Sinne Mösers. Während sich andere junge Gelehrte in den todten Formelkram der Zeit verloren, forschte er den eigenartigen Einrichtungen, den Rechten, Sitten und Gewohnheiten seines Landes nach. Aber so tief auch Möser in der Ruinenwelt der Vergangenheit grub und wühlte, so ließ er sich dennoch nicht durch ihren Schutt und Staub die Augen für die Erscheinungen der Gegenwart verhüllen.

Gerade der Thatsache, daß er sich so innig in den Geist der Vergangenheit hineingelebt hatte und doch zugleich ein ganzes Kind seiner Zeit war und blieb, schulden wir das helle Tageslicht, das in seinen Schriften so reichlich in die dunklen Gebiete der Entwicklungsgeschichte des Eigenthums, des Rechtes und der Religion fällt. Möser war durch seinen Beruf als Advokat gezwungen, in der engsten Fühlung mit den Zeitverhältnissen zu bleiben. Aus dem erbitterten Kampfe um das Mein und Dein lernte er die Wichtigkeit des Eigenthums für die Existenz der verschiedenen Gesellschaftsschichten kennen. Berührt von der Lebenswärme, die ihm aus den bestehenden Einrichtungen entgegenströmte, konnte er in seinen Werken die damaligen sozialen Klassen und Stände in Fleisch und Blut wiedererstehen lassen. Und es ist wahr, wir leben und weben mit seinen Zeitgenossen, wenn wir sie an seiner Hand bei ihren alltäglichen Verrichtungen aufsuchen. Das sächsische Bauernhaus, in dem noch die ganze Familie, das Gesinde und das Vieh „unter einem Rauche“ wohnten, nimmt uns in seinen Frieden auf. Leibhaftig steht vor uns die allsorgende Hausmutter des achtzehnten Jahrhunderts, deren ganzes Leben ein fortgesetzter ägyptischer Frohndienst in Küche und Keller, in Feld und Garten war. Aus der beschränkten, nach vielem Arbeitsschweiß und mühseliger Sparsamkeit riechenden Häuslichkeit ist alles verbannt, was das Leben erhebt und verschönt. Wohin sollen auch Kunst und Wissenschaft ihren Fuß setzen inmitten der drangvollen, von den Arbeiten des Spinnens und Stopfens, des Backens und Kochens ausgefüllten Enge? Und doch auch sie finden schließlich den Weg in die Häuslichkeit. Die Frauen der wohlhabenden Klassen entweichen der dunstigen Atmosphäre des Seifekochens und Lichtziehens. Sie vertiefen sich in die sentimentale deutsche Literatur und in die französischen Romane. Die Frauenaugen, die bisher nur scharfe Küchendämpfe zu Thränen reizten, weinen sich jetzt über die „Leiden des jungen Werther“ roth. Die Sentimentalitätsepoche greift in das Gefühlsleben der gebildeten, wohlhabenden bürgerlichen Klassen ein. Die Empfindungen und Leidenschaften nehmen einen so unwahren Zug an, weil sie bei jeder gesunden, lebenskräftigen Bewegung an konventionelle Schranken anrannten und sich aus Mangel an Spiel-

raum nothwendig verzogen und verzerrten. Da, wo die Seelen allein Zwiesprache halten sollten, mischte sich naserümpfend Madame Etiquette mit der beliebten Phrase ein: „Das schickt sich nicht." Die Abstufung der Sterblichen in streng geschiedene Gruppen von Standesmenschen sollte peinlich genau respektirt werden. Das arme Herz, das sich nicht in der engen Krähwinkelei dieser Tage ausleben konnte, mußte sich in eine ferne, längst vergangene Welt der Empfindungen flüchten. Es raste sich in leidenschaftlicher Liebe mit den Helden Ossians aus, es starb mit diesen in Sehnsucht und Wehmuth dahin. Aber ach, wenn es dann Welten zu umfassen glaubte, wurde es in die niedrigsten, beschränktesten Lebenssphären, aus denen es kein Entrinnen gab, zurückgeschleudert. Ein ungeheurer Trübsinn bemächtigte sich seiner, der in düsteren Todesvorstellungen förmlich schwelgte. „Von unbefriedigten Leidenschaften" gepeinigt, „von außen zu bedeutenden Handlungen keineswegs angeregt", „in der einzigen Aussicht, in einem schleppenden, geistlosen bürgerlichen Leben" dahinvegetiren zu müssen, befreundete man sich, wie Goethe in „Dichtung und Wahrheit" ausführt, mit Selbstmordgedanken und „half sich damit über die Unbilden und Langeweile der Tage nothdürftig genug hin".

Auf die Thränenbäche der Sentimentalitätsepoche stoßen wir auch bei Möser. Natürlich dienen sie bei ihm nur zur Bewässerung einer fröhlichen Saat von Späßen und witzigen Ausfällen. Doch zugleich erkennen wir aus ihnen die äußeren, materiellen Bedingungen für die Möglichkeit dieser Epoche. Die Frauen werden eben durch dienende Hände in den Stand gesetzt, vom Kochherd und vom Kinderbett fortzurücken und die Freuden einer schöngeistigen Muße in vollen Zügen zu genießen. Die bürgerliche Frau, die ihr eigener Bäcker, Spinner, Lichtzieher und Apotheker war, segnet das Zeitliche. Daher läßt Möser vergeblich einen Witwer nach dem Hausmütterchen der alten guten Zeit suchen. „Ich wünsche", so äußert sich der redselige Witwer, „eine rechtschaffene christliche Frau von gutem Herzen, gesunder Vernunft, einem bequemen häuslichen Umgang und lebhaftem, doch eingezogenem Wesen, eine fleißige und emsige Haushälterin, eine reinliche, verständige Köchin, eine aufmerksame Gärtnerin. Und diese ist es, welche ich jetzt nirgends mehr finde."

Mit der liebevollen Aufmerksamkeit für die kleinen und allerkleinsten Umwälzungen in der Häuslichkeit verbindet Möser einen umfassenden Blick für alle die großen Bewegungen der Zeit. Die Kämpfe gegen die Leibeigenschaft und das Zunftwesen rauschen an ihm vorüber. Er, der Freund des Hergebrachten, der altväterlichen Sitte, entdeckt besorgnißerregende Erscheinungen genug, die mit Sicherheit die alte Gesellschaft der geschlossenen Stände ins Wanken bringen müssen. Und dieser Prozeß erschließt ihm das Verständniß für den Wechsel und Wandel der Zeiten und für die historische Eigenart aller gesellschaftlichen Institutionen.

Muß gegenüber der geschichtlichen Besonderheit dieser Einrichtungen nicht oft unsere moderne Sprache verstummen? Kann sie noch naturwahr ein Stück Geschichte malen, das unsere Vorfahren unter vollständig anderen Bedingungen mit rauhen Händen selbst gestalteten? Diese Fragen bestürmen den kritischen Kopf Mösers, und unter ihrem Einfluß fühlt er alle Augenblicke, „daß das Kostüm der Worte und der damit verknüpften modernen Begriffe dem Geschichtschreiber unendliche Mühe macht. Freiheit[1] z. B. ist das Recht der Bettler, in einer Periode, wo die Landbesitzer von

---

[1] Die Befreiung vom Kriegsdienst.

ihrem Acker zu Felde ziehen und ihre Ehre in diese ihre Schuldigkeit setzen.... Freiheit wird aber ein Vorzug, wenn die Monarchie alles unter ihrer Macht faßt; und Freiherr ward ein Ehrentitel, nachdem die Territorialhoheit den Adel beschattete." [1]

In Urkunden und Gesetzen schleppen sich mitunter noch Wendungen fort, die durch gewichtige historische Umwälzungen ihren eigentlichen Sinn verloren haben. Unserem Historiker scheint schon die beharrende konservative Macht der politischen Systeme aufgegangen zu sein, von der einmal Marx beiläufig redet. Der Gesetzgeber hinkt mitunter gar erbärmlich hinter seiner Zeit her.

„Allein", schreibt Möser einmal in seiner Osnabrückischen Geschichte, „es ist nichts Ungewöhnliches, daß in Urkunden und Gesetzen der alte Stil beibehalten wird, wenn schon die Umstände sich längst verändert haben; diese gehen ihren mächtigen Gang und lassen dem Gesetzgeber oft nur ein verspätetes Nachsehen."

Und Möser sieht diese Verhältnisse ihren mächtigen Gang gehen. Er taucht mit ihnen zugleich in den Fluß der Geschichte und tummelt sich lustig in ihm. Aus dem bunten Wechsel der Erscheinungen dämmert ihm eine Art dialektischer Geschichtsauffassung auf; denn er charakterisirt einmal die in einer Entwicklungsperiode liegenden Gegensätze als die bewegenden Mächte der Geschichte. „Im Anfang einer Periode", so schreibt er, „arbeiten gemeiniglich Freiheit und Unterdrückung gegen einander. Sie bringen ein Hauptwerk, entweder eine Monarchie, oder eine Demokratie, oder eine Republik hervor. Dieses steigt zu einer gewissen Vollkommenheit, schwächt sich, sinkt und fällt am Ende der Periode wieder. Dies wird man fast in allen Ländern bemerken.... In Frankreich haben die Monarchen, in England die Edlen und Freien, in Deutschland die Kronbedienten gesiegt. Die Vollkommenheit einer jeden von diesen freien Verfassungen ist das Handwerk, welches durch mehr als tausendjährige Arbeiten gewirket worden.... Ehe Karl der Große die Sachsen überwand, zeigt sich die schönste Periode des freien Adels. Dessen Einrichtung, die Oekonomie ihrer Kräfte zur gemeinsamen Erhaltung ihrer Staatsverfassung im Kriege und im Frieden, ihre Religion, welche der Freiheit und der Tapferkeit günstig sein mußte, ihre dahin abzielenden Gesetze, ihre Gebräuche, ihre Kriege mit den Franken, kurz alles, was man nur von ihnen weiß, arbeitete zu dem gemeinschaftlichen Endzweck der Freiheit. Und die Fehler in ihrer Verfassung gegen eine bessere vereinte Macht, ihre innerlichen Uneinigkeiten und die für solche Fälle unzulänglichen Gesetze bereiten ihren langsamen Untergang und schließen diese glückliche Periode." [2]

Gegenüber den großen, weltbewegenden Wandlungen in der Geschichte verblaßte das Leben der Könige vollständig. Aus der Stellung von Halbgöttern, in deren Händen scheinbar die Geschicke ganzer Völkerschaften liegen, sinken sie in die bescheidene Sphäre von Privatmännern zurück.

„Viele Geschichtschreiber", so führt Möser aus, „bedienen sich der Abtheilung in gewisse Perioden, ohne den Vortheil zu kennen, welchen ein geschicktes Genie daraus ziehen kann. Eine Periode sollte nicht das Leben einer gewissen königlichen Familie, sondern eine ganze Reichsveränderung enthalten. Das Leben eines Königs ist gewissermaßen das Leben

---

[1] Briefwechsel mit Nicolai, 10. Band.

[2] Die Geschichte in der Gestalt einer Epopoe. Wir zitiren nach „Justus Mösers sämmtliche Werke", herausgegeben von B. R. Abeken, Berlin 1843.

eines Privatmanns, und der Geschichtschreiber sollte sich dieser Abmessungen nicht weiter bedienen, als um dem Gedächtniß zu Hilfe zu kommen."[1]

In den Anfang der Geschichte setzt Möser nicht nach dem Beispiel seiner Zeitgenossen irgend einen eingebildeten Gesellschaftsvertrag, in dem die Menschen ihre gegenseitigen Rechte und Pflichten festlegten, sondern die wirklichen historischen Bedingungen, unter denen sie sich vereinigten.

„Der Sozial-Kontrakt selbst", schreibt er, „beruhet blos auf der Vermuthung, daß jedes Volk bei seiner ursprünglichen Verbindung das Beste werde erwählet haben, und nachdem die Umstände sind, kann es sich mit dem lieben Gott oder auch mit einem Nachtwächter beruhiget haben, jenes in einer den Einfällen der Wilden ausgesetzten und dieses in einer dagegen sattsam befestigten Kolonie. . . . Eine Gesellschaft von Jägern oder Hirten muß sich unter ganz anderen Bedingungen vereinigen, als eine von Ackerbauern; und es ist ein eitles Spielwerk, Sozialkontrakte für idealische Menschen, die von den Theoretikern unter keine Umstände gesetzet werden, oder die sie doch unmöglich alle übersehen können, auszusinnen."[2]

Bezeichnend genug für seine eigenartige Geschichtsauffassung, hebt Möser gerade den wirthschaftlichen Charakter der Gesellschaftsmitglieder hervor. Jäger, Hirten oder Ackerbauer bilden die Gesellschaft, und gerade diese „Umstände" werden, wie er sich ausdrückt, von den Theoretikern ganz vernachlässigt oder nicht in ihrer Gesammtheit übersehen.

So wie Möser glücklich an der Klippe des Gesellschaftsvertrags vorübersteuerte, an der doch so mancher Historiker bei der Erklärung der geschichtlichen Vorgänge scheiterte, so gerieth er ebenfalls nicht in das seichte Wasser einer Geschichtsbetrachtung hinein, die aus bestimmten angeborenen menschlichen Charaktereigenschaften immer gewisse wiederkehrende historische Erscheinungen ableitete. Schlemmte und praßte ein Volk, so war es eben nach Ansicht dieser Geschichtschreiber mit einer unbändigen Freß- und Sauflust von der Mutter Natur bedacht worden. Verspielte es seine letzte Habe, so ritt es von Anfang an der Spielteufel. Wenn sich die braven Deutschen auf den Gerichten in schier endlosen Prozessen herumschleppten, dann steckte ihnen die Prozeßlust tief im Fleische. Der bohrende Geist Mösers giebt sich mit derartigen Erklärungen nicht zufrieden. Da, wo sich der Flachkopf mit einer glatten, scheinbar alles erklärenden Phrase abfindet, beginnt für ihn erst das Problem. Er spürt peinlich gewissenhaft den wirklichen Gründen der Prozeßlust unserer Vorfahren nach und weiß sie aus den eigenartigen deutschen Wirthschafts- und Rechtsverhältnissen heraus zu deuten. „Ihre Neigung zu Prozessen", so schreibt er, „ist zum Theile ein nothwendiges Uebel, zum Theile aber auch ein Fehler unserer Art, ihre streitigen Sachen zu entscheiden. Ihre einzelnen Höfe haben viele Grenzen, und außer denselben fast überall Gemeinschaft, wovon ein Jeder gern etwas erhalten, oder doch nicht verlieren möchte. Die Gemeinheiten (Gemeindeländereien) oder Marken liegen gegeneinander offen; und fast überall ist Lokalrecht; ja oft gar keines. Die Gerichtshöfe kennen solches nicht immer und beruhigen die Parteien nicht, die näher und besser urtheilen." Das fortwuchernde Prozeßunwesen gedieh namentlich üppig nach Vernichtung der alten Rechtsweisungen und nach Beseitigung der Selbstverwaltung der wirthschaftlichen Verbände.

---

[1] Die Geschichte in der Gestalt einer Epopoe.
[2] Ueber Theorie und Praxis, 9. Band.

Die sogenannte Raublust unserer Vorfahren erklärt Möser sehr verständig aus dem Charakter der früheren Kriege.

„Man macht diesen Kriegern und überhaupt den Deutschen“, so setzt Möser auseinander, „den Vorwurf, daß sie aus dem Rauben gleichsam ein edles Handwerk gemacht hätten. Allein so oft auch dieser Vorwurf wiederholt, und so hart er von den Geschichtschreibern ausgedrückt wird, so sieht man doch leicht, daß die sogenannten Räubereien nichts wie Fouragirungen und andere Hilfserpressungen gewesen sind, wozu man in dieser Art von Kriegen nothwendig greifen mußte“ (Osnabr. Gesch. 2, 113).

In das Verständniß komplizirter historischer Erscheinungen dringt man also nicht durch die vage Annahme bestimmter moralischer Qualitäten, gewisser unveränderlicher Charaktereigenschaften. Moralische Qualitäten, moralische Begriffe sind durchaus nicht ruhende Pole in der Erscheinungen Flucht, sie tanzen fröhlich im Strome der Zeiten. Unter dem Gesichtspunkt unumstößlicher Moralbegriffe kann man die vielgestaltigen geschichtlichen Ereignisse nimmer gruppiren. Das entging nicht dem kritischen Verstand Mösers. „Ich kann mir nicht helfen“, ruft er in einem Briefe an Nicolai aus, „mit der moralischen Schnur ist es Kinderei in der Geschichte.“ Er verbannt streng jede Moral aus der Geschichte und schreibt keck in diesem Sinne an den Pädagogen Basedow: „Die Geschichte muß keine Lehrerin der Moral, sondern der Politik sein. Die Verschwendung z. E. ist ein moralisches Laster; allein die Geschichte muß es nur als ein politisches behandeln. . . .“

„Meiner Meinung nach sollten die Kinder durch die Geschichte sofort von dem Originalkontrakt, welchen die bürgerliche Gesellschaft, worin sie leben, errichtet hat, belehrt werden. Sie sollten frühzeitig lernen, was ein eigener, ein erbrecht eigener Herd sei; was für eine Stimme daraus zu den allgemeinen Angelegenheiten gehe; wer solche an ihrer Stelle in dem engen Nationalausschuß führe; wie weit die Vollmacht dieses Stimmführers gehe, und wie viel sie von ihrem Eigenthum und ihrer Freiheit zum allgemeinen Besten aufgeopfert haben. Sie sollen wissen, daß alles, was sie dereinst an der schuldigen Aufopferung ermangeln lassen, die erste politische Sünde, und alles, was ihnen darüber ohne ihre vorherige Einwilligung von der bestellten Obrigkeit genommen würde, das erste politische Verbrechen der letzteren sei. Die christlichen und moralischen Tugenden oder Untugenden sollten ihnen so vorgelegt werden, wie sie in jenem Falle das Verderben des Staates, in diesem aber die Sklaverei der Unterthanen beförderten. Nach diesen beiden Hauptseiten sollten Lob und Tadel wirken.“ [1]

So gegen jede Ueberrumpelung der Moral gerüstet, unternimmt es Möser, ein großes Stück Wirklichkeitsgeschichte — man möchte sagen — materialistisch zu konstruiren. Das geschieht vor Allem in der Vorrede und in den einleitenden Bemerkungen zur „Osnabrückischen Geschichte“.

„Die Einrichtung eines Landes“, schreibt er in diesem Werke, „hängt gar sehr von der Natur seines Bodens und seiner Lage ab. Viele Bedürfnisse der Menschen werden allein dadurch erweckt und befriedigt. Sitten, Gesetze und Religion müssen sich nach diesen Bedürfnissen richten. Die Markrechte eines Landes verändern sich mit seinem Boden, die Polizeiverordnungen mit seiner Fruchtbarkeit und die Sitten vielfältig mit seiner Lage. Die Religion eines

[1] Justus Mösers Werke, 10. Band, S. 117.

Bergmanns unterscheidet sich von dem Glauben des Hirten, und der Feldbauer ist nicht so kriegerisch als ein Volk, das von der Jagd lebt. Der aufmerksame Gesetzgeber nimmt seine Wendungen nach allen diesen Umständen. Und also gehört die Kenntniß der natürlichen Vortheile und Mängel eines Landes auch mit zu seiner politischen Geschichte. Ich werde etwas davon berühren, ohne jedoch ein Naturforscher zu werden."

Und gewiß, Möser wird in seiner „Osnabrückischen Geschichte" nie zum Naturforscher. Wie konnte er, in dessen empfänglichen Sinnen die sozialen Umwälzungen so nachhaltige Eindrücke zurückgelassen hatten, in die Einseitigkeiten einer nur naturwissenschaftlichen Betrachtungsweise verfallen! Was für eine gewaltige historische Macht gerade das Mein und Dein in dem Entwicklungsprozeß der Menschheit gewesen war, darüber war er sich keinen Augenblick im Zweifel. Mit der „moralischen Schnur" konnte man die historischen Ereignisse nicht verknüpfen, wohl aber mit dem nie abreißenden Faden der Geschichte des Eigenthums. Gerade an der Hand dieser wollte er eine ganz neue Wendung in der deutschen Geschichte herbeiführen: „Die Geschichte von Deutschland", so läßt er sich in seiner Vorrede zur „Osnabrückischen Geschichte" vernehmen, „hat meines Ermessens eine ganz neue Wendung zu hoffen, wenn wir die gemeinen Landeigenthümer, als die wahren Bestandtheile der Nation, durch alle ihre Veränderungen verfolgen, aus ihnen den Körper bilden, und die großen und kleinen Bedienten dieser Nation als böse oder gute Zufälle des Körpers betrachten. Wir können sodann dieser Geschichte nicht allein die Einheit, den Gang und die Macht der Epopoe (des Heldengedichts) geben, worin die Territorialhoheit und der Despotismus zuletzt die Stelle einer glücklichen oder unglücklichen Auflösung vertritt, sondern auch den Ursprung, den Fortgang und das unterschiedliche Verhältniß des Nationalcharakters unter allen Veränderungen mit weit mehr Ordnung und Deutlichkeit entwickeln, als wenn wir blos das Leben und die Bemühungen der Aerzte beschreiben, ohne des kranken Körpers zu gedenken." [1]

In der ersten Epoche der Geschichte hauste nach Möser durchweg auf jedem Ackerhof ein freier Landeigenthümer. Er befand sich im Besitz der Ehre, und er hatte keinem Herrn Gefolge zu leisten. Die Landeigenthümer setzten den allgemeinen Heerbann zusammen. Sie wählten einen Vorsteher, „welcher blos die Urtheile bestätigte, so ihm von seinen Rechtsgenossen zugewiesen wurden."

In der nächsten Epoche vollzogen sich unter den Nachfolgern Karls des Großen wesentliche Umgestaltungen in dem Aufbau der Gesellschaft. Viele freie Landeigenthümer büßten ihre Selbständigkeit ein. Die Bischöfe und Grafen verfuhren mit dem „Reichsgut" nach „Gefallen", besetzten erledigte Güter mit Knechten und nöthigten freie Eigenthümer, unter ihren Schutz zu treten. Der Heerbann, der vorher aus freien Landleuten gebildet war, zerfiel nach und nach. Die großen Herren übten mit ihrem Gefolge den Kriegsdienst aus. Namentlich war dem Kaiser Otto dem Großen „ein Ritter, der mit ihm über die Alpen zog, lieber als tausend Wehren (tausend wehrhafte Landeigenthümer), die keine Auflagen bezahlten, und keine andere Dienstpflicht, als die Landesvertheidigung kannten".

In der dritten Epoche schmolzen die Landeigenthümer abermals sehr zusammen, die „gemeine Ehre" ist fast verschwunden. „Man verliert sogar den Namen und den wahren Begriff des Eigenthums, und der ganze Reichsboden

[1] Siehe Vorrede zur „Osnabrückischen Geschichte", 6. Bd., IX.

verwandelt sich überall in Lehn-, Pacht-, Zins- und Bauergut, so wie es dem Reichsoberhaupt und seinen Dienstleuten gefällt. Alle Ehre ist im Dienste; und der schwäbische Friederich bemühet sich vergeblich, der kaiserlichen Krone, worin ehedem jeder gemeine Landeigenthümer ein Kleinod war, durch bloße Dienstleute ihren alten Glanz wieder zu geben."

Die Gesetze aus der goldenen Zeit der Landeigenthümer werden zu Grabe geleitet. Hierzu trugen die Städte nicht wenig bei, „indem sie die Begriffe von Ehre und Eigenthum, worauf sich die sächsische Gesetzgebung ehedem gegründet hatte, verwirreten und verdunkelten. Die Ehre verlor sogleich ihren äußerlichen Werth, sobald der Geldreichthum das Landeigenthum überwog; und wie die Handlung der Städte unsichtbare heimliche Reichthümer einführte, konnte die Wehrung der Menschen nicht mehr nach Gelde geschehen.[1] Es mußten also Leib- und Lebensstrafen eingeführt, und der obrigkeitlichen Willkür verschiedene Fälle zu ahnden überlassen werden, worauf sich die alten Rechte nicht mehr anwenden, und bei einem unsichtbaren Verhältniß keine neuen finden lassen wollten. Die Freiheit litt dadurch ungemein, und der ganze Staat arbeitete einer neuen Verfassung entgegen, worin allmälig jeder Mensch, eben wie unter den späteren römischen Kaisern, zum Bürger oder Rechtsgenossen aufgenommen und seine Verbindlichkeit und Pflicht auf der bloßen Eigenschaft von Unterthanen gegründet werden sollte. Eine Verfassung, wobei Deutschland hätte glücklich werden können, wenn es seine Größe immerfort auf die Handlung gegründet, diese zu seinem Hauptinteresse gemacht, und dem persönlichen Fleiße und baaren Vermögen in bestimmten Verhältnissen gleiche Ehre mit dem Landeigenthum gegeben hätte...."

Doch diese Verfassung trat nicht ins Leben. Den mächtigen Städten glückte es nicht, Deutschland zu einem großen Reiche zusammenzufassen, und daher zerfiel es in zahllose selbständige Länder und Ländchen.

„Der vierten Periode haben wir die glückliche Landeshoheit oder vielmehr ihre Vollkommenheit zu danken." Die großen Grundherrn und öffentlichen Beamten brachten häufig alle Rechte des Kaisers, der öffentlichen Gewalt, an sich. Sie trieben die Einkünfte des Kaisers aus dem Berg-, Forst- und Jagdregal, aus den Zöllen 2c. ein. Sie erwarben selbst das Recht auf diese Einkünfte. Sie hatten die Schutzgewalt, die Vogtei, über alle angesessenen Leute der Mark erworben und übten das Bannrecht aus, das heißt sie geboten und verboten in der Mark. Alle diese Rechte benützten sie als Repräsentanten der kaiserlichen Gewalt, um sich selbst zu Herren des Landes aufzuschwingen. Namentlich diente ihnen zu diesem Zwecke das willkürlich ausgeübte Bannrecht.

„Der Adel, die Klöster und die Städte, welche nicht unter der Vogtei gestanden, hatten sich zum Theile gutwillig den kaiserlichen Repräsentanten unterworfen; und der Kaiser hatte zu einer Zeit, da noch keine Generalpacht erlaubt und bekannt war, sich ein Vergnügen daraus gemacht, die mit vielen Beschwerden und mit wenigem Vortheil begleitete Ausübung der Regalien (der Eintreibung der Einnahmen aus den kaiserlichen Berg-, Forst- und Jagdrechten, aus den Zöllen 2c.), wozu er sonst eigene Lokalbeamte hätte bestellen müssen, den höchsten Obrigkeiten jedes Landes zu überlassen und solchergestalt sein eigenes Gewissen zu beruhigen. Hierzu war die Reformation gekommen und hatte allen Landesherren öftere Gelegenheit gegeben, diejenigen Rechte, welche sich aus obigen leicht folgern ließen, in ihrer völligen Stärke auszuüben, insbesondere aber die Schranken, welche ihnen ihrer Länder eigene, von der kaiserlichen Gnade unabhängige Ver-

---

[1] Die Bestrafung durch Wehrgelder, durch Buß- und Schadenersatzleistungen.

fassung entgegengesetzt hatte, ziemlich zu erweitern, indem sie die Vollmacht dazu theils von der Noth entlehnten, theils von dem Hasse der streitenden Religionsparteien gutwillig erhielten."

In dieser Entwicklungsperiode tritt das freie, echte Landeigenthum noch mehr in den Hintergrund; der „alte Begriff des Eigenthums" verliert sich völlig. Gesellschaftsklassen, die ganz außerhalb der Sphäre des Grundeigenthums stehen, nehmen ständig an Umfang und Bedeutung zu. In die Zünfte dringen Elemente ein, die aus ihnen vorher als unzünftig ausgeschlossen waren. Die Zunftordnung reckt und dehnt sich und büßt den Charakter der Geschlossenheit ein. Gegen den Standesmenschen rebellirt der Mensch, gegen die vielen, wohlabgestuften Sonderrechte das Menschenrecht.

„Religion und Wissenschaften hoben immer mehr den Menschen über den Bürger; die Rechte der Menschheit siegten über alle bedungene und verglichene Rechte. Eine bequeme Philosophie unterstützte die Folgerungen aus allgemeinen Grundsätzen besser als diejenigen, welche nicht ohne Gelehrsamkeit und Einsicht gemacht werden konnten; und die Menschenliebe ward mit Hilfe der christlichen Religion eine Tugend, gleich der Bürgerliebe, dergestalt, daß es wenig fehlte oder die Reichsgesetze selbst hätten die ehrlosesten Leute aus christlicher Liebe ehrenhaft und zunftfähig erklärt." [1]

Die Entwicklungsgeschichte des Eigenthums stets vor Augen, bahnt sich Möser einen Weg durch die deutsche Geschichte. Die einzelnen Phasen des Eigenthums zeigen ihm die Meilensteine auf diesem Wege an. Und konsequent verfolgt er seinen Pfad bis zur Schwelle der großen Revolutionsepoche. Sein unsterbliches Verdienst ist es, aus einem Prinzip heraus die ganze Deutsche Geschichte entwickelt zu haben. Und dieses wird ihm, so zahlreich auch seine Irrthümer in seiner „Osnabrückischen Geschichte" sein mögen, Niemand rauben können. Er ist und bleibt ein großer Vorläufer unserer heutigen materialistischen Geschichtsphilosophen.

Herr Oppenheimer, der neueste Ueberwinder des Marxismus.

Von J. Karski.

Ein guter Gedanke ist stets etwas werth; leider aber kommt es oft vor, daß ein guter Gedanke im Hirn eines Schriftstellers heillose Verwirrung anrichtet. Dieses Unglück hat Herrn Dr. Franz Oppenheimer betroffen, der 1896 ein Buch über „Siedlungsgenossenschaften" geschrieben hat und 1898 abermals einen dicken Band folgen ließ: „Großgrundeigenthum und soziale Frage. Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft." Der gute Gedanke war folgender: Das Bestehen des Großgrundeigenthums im Osten Deutschlands ist ein furchtbares Hemmniß für die soziale Entwicklung; in Folge seines Bestehens entvölkert sich das platte Land, die Landwirthschaft geht zu Grunde, der innere Markt wird eingeengt; die vom Lande vertriebenen Landarbeiter strömen in die Stadt, drücken den Lohn herab, hindern die Machtentfaltung der industriellen Arbeiterklasse. — Der Gedanke war ja durchaus nicht neu — die deutsche Sozialdemokratie hat niemals die Bedeutung des ostelbischen Junkerthums übersehen —, aber es mag immerhin Herrn Oppenheimer als Verdienst angerechnet

[1] Möser, 6. Band, XIX.

werden, daß er — das Material über die „Abwanderung“ der ländlichen Proletarier nach den Städten, welches Sering und v. d. Goltz geliefert haben, systematisch bearbeitet hat.

Einmal im glücklichen Besitz eines Gedankens, mußte aber Herr Oppenheimer ihn zu Tode hetzen, indem er ihn durch die tausend Seiten seiner zwei Bücher jagte.

In den „Siedlungsgenossenschaften“ gab sich Herr Oppenheimer als der vulgärste Bodenreformer, ein Bodenreformer, der sogar ein tüchtiges Stück hinter Flürscheim zurücktritt. Während nämlich der Letztere zu dem Schlusse kommt, daß die „arbeitslosen Einkommen“, Zins und Grundrente, beseitigt werden müssen, daß eine Verstaatlichung des Bodens nur dann den Arbeitern insgesammt von Nutzen sein kann, wenn gleichzeitig der Zins beseitigt wird, beharrt Oppenheimer auf dem Standpunkt, die „reine Tauschgesellschaft“ müsse zur Harmonie der Interessen führen, wenn nur der „einzige Störenfried“ beseitigt wird, das Großgrundeigenthum. Herr Oppenheimer beklagt sich nun bitter, daß die sozialdemokratische Presse sein erstes Buch nicht besprochen habe (S. 175), aber er hat auch nicht den leisesten Versuch gemacht, die Kritik, welche anderen Bodenreformern zu Theil wurde, zu entkräften, und deshalb erübrigte es sich, auf seine Theorie einzugehen (wenn er z. B. nachliest, was Konrad Schmidt oder Kautsky gegen Flürscheim geschrieben, so kann er das ruhig auch auf sich selbst beziehen). Wir lassen also den „Versuch einer positiven Ueberwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage“, wie es im Untertitel der Siedlungsgenossenschaft heißt, auf sich beruhen. Dagegen wollen wir uns den „Versuch einer neuen Grundlegung der Gesellschaftswissenschaft“ (so lautet der Untertitel des letzten Buches von Oppenheimer) etwas genauer ansehen, um den neuesten „Ueberwinder“ zu charakterisiren.

Herr Oppenheimer nennt sich einmal (S. 492) „einen dankbaren Schüler des Historikers Marx“, aber es bestehen Unterschiede zwischen dem Nationalökonomen Marx und dem Nationalökonomen Oppenheimer: „Er (Marx) weist bekanntlich der Produktion das ausschlaggebende Gewicht bei. Das ganze Buch ist der Widerlegung dieser Anschauung gewidmet; es kann mir natürlich nicht beifallen, die ungeheure Bedeutung verkleinern zu wollen, welche der erreichten Stufe der Produktion zukommt: aber ich leugne, daß eine bestimmte Produktionsstufe naturnothwendig mit einer bestimmten Distributionsstufe verbunden sei, wie Marx annimmt. Es kommt daher auch der Distribution eine selbständige, wahrscheinlich sogar die stärkste Rolle zu unter den Kräften, welche Druckunterschiede erzeugen und dadurch die Menschenmassen in Bewegung setzen.“ — Also die alte Dühringsche Geschichte! — „Die Arbeit produzirt; die Gewalt vertheilt. Damit“, sagt Engels (in „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“), „ist die ganze ökonomische Weisheit des Herrn Dühring zu Ende.“ Auch die Weisheit des Nationalökonomen Oppenheimer. Aber Engels hat an der Hand der Marxschen Theorie diese Gewalttheorie vor heute zwanzig Jahren widerlegt, ihre ganze Haltlosigkeit erwiesen; Herr Oppenheimer zitirt das Buch, in welchem diese Widerlegung enthalten ist, aber nicht ein einziges Wort hat er darauf zu antworten. Sonderbar, höchst sonderbar! — Er meint jedoch, sein ganzes Buch ist der Widerlegung dieser Anschauung gewidmet. Sehen wir zu.

Das erste Kapitel trägt den Titel: „Die Entstehung des Großgrundeigenthums“. Hier schreibt Herr Oppenheimer mit großem Fleiße Lippert, Meitzen, Laveleye, Engels („Ursprung der Familie 2c.“), Inama-Sternegg ab, um den Satz zu beweisen: „Rein ökonomische Verhältnisse können weder die Entstehung

der Vermögens-, noch der Klassenverschiedenheiten beweisen.“ Aus der Schrift, auf die es hier ankommt, aus Engels' „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, ist nur der Satz zitirt: „Mit den Unterschieden der Vertheilung treten die Klassenverschiedenheiten auf.“ Einige Seiten weiter mußte Herr Oppenheimer finden, was Marx und Engels über die von ihm aufgefrischte Dühringsche „Gewalttheorie“ zu sagen haben. Der „dankbare Schüler“ schweigt sich darüber aus.

Jetzt kommt die „Grundlegung“! Das zweite und dritte Kapitel sind betitelt: „Grundlegung der Physiologie des sozialen Organismus der Tauschwirthschaft. — Die reine Wirthschaft“ und: „Grundlegung der Pathologie des sozialen Organismus der Tauschwirthschaft. — Die kapitalistische Wirthschaft“. Hier verballhornt Herr Oppenheimer die Methode Thünens. Er konstruirt sich einen „idealen Nomadenstamm“, der eine „ideale Naturalwirthschaft“ treibt, läßt ihn mir nichts dir nichts Handel treiben, Städte gründen, zur höchsten Arbeitstheilung übergehen u. s. w. u. s. w., ohne daß es zur Kapitalbildung, zur Ausbeutung, zur Proletarisirung kommt. Und warum das? Weil immer „zwei Meister einem Arbeiter nachlaufen“. Und warum laufen sie ihm nach? Weil der gute Herr Oppenheimer ein „Grundgesetz der Naturlehre“ entdeckt hat: „Die Menschen strömen vom Orte höheren wirthschaftlichen Druckes zum Orte geringeren wirthschaftlichen Druckes auf der Linie des geringsten Widerstandes.“ Da nun in der „reinen Tauschwirthschaft“ kein Druck besteht, so strömen die Menschen eben nicht dem Orte zu, wo die Meister zu suchen sind. Das ist doch klar? Entsteht der Druck, dann wird es anders, dann beginnt die kapitalistische Wirthschaft, mit Ausbeutung, Ueberproduktion, Verelendung, Krisen u. s. w.; er entsteht aber da, wo der Vertreter des „Nomandenrechts“, der Eroberer, kurz der Dühringsche „Mann mit dem Degen“, auf dem Schauplatz erscheint. Dieser okkupirt das Land, daher entsteht ein „Ort wirthschaftlichen Druckes“, die Menschen müssen von dem okkupirten Lande abströmen, fallen über den Meister her, dem jetzt zwei Arbeiter nachlaufen, und so entsteht die ganze kapitalistische Misere, die „pathologische Tauschwirthschaft“. Damit hat Dühring minor, recte Herr Oppenheimer deduktiv erwiesen, daß die „soziale Gerechtigkeit durchaus vereinbar ist mit der freien Konkurrenz, ja ist ohne sie unmöglich, freilich nur in der reinen Gesellschaft“, nämlich in derjenigen, in welcher es keinen „Störenfried“ giebt, keinen Großgrundbesitzer. Triumphirend erklärt der Nationalökonom Oppenheimer den Nationalökonomen Marx für gänzlich besiegt. Er behauptet (S. 175): „Stellen wir uns vor, es würde durch staatliche Eingriffe auf einmal ein beträchtlicher Theil des Großgrundeigenthums Bauern zur Verfügung gestellt, dann würde sofort die Abwanderung und Auswanderung vom Großgrundbesitz aufhören, denn jetzt ist hier ein Minimum entstanden. Es wäre also in kurzer Zeit die Reservearmee in den Städten aufgesaugt“ u. s. w. u. s. w., kurz, „es würde sich schnell genug das Gleichgewicht herstellen. — Diese eine, wie mir scheint, unanfechtbare Erwägung wirft meines Erachtens das gesammte Gedankengebäude des Marxismus, wonach die Ursache der sozialen Krankheit lediglich in der ‚Anarchie‘ der riesenhaft gewachsenen Produktion zu suchen sein soll, wie ein Kartenhaus zusammen.“ Schrumm!

Die „unanfechtbare Erwägung“ des Herrn Oppenheimer erinnert uns an die Erzählung von dem weisen Rabbi, welcher also spintisirt: „Wenn man alle Berge zusammentrüge und einen großen Berg machte, und wenn man unter dem großen Berge ein tiefes Loch grübe und alle Meere und Flüsse hineingösse, so daß ein großes Wasser entstünde, und wenn man auf dem großen Berge alle

Bäume und Sträucher zusammentrüge und daraus einen großen Baum machte, und wenn man dann diesen großen, großen Baum von diesem großen, großen Berge in dieses große, große Wasser würfe ... was wäre das für ein Klatsch!"

Worauf es ankam, war Folgendes: Es war die Frage nach der Entstehung der kapitalistischen Wirthschaft zu beantworten; nachdem dies geschehen, waren die Gesetze aufzufinden, welche diese kapitalistische Wirthschaft beherrschen. Die Aufgabe ist von Marx im „Kapital" gelöst. In dem klassischen Kapitel von der „ursprünglichen Akkumulation" hat Marx die erste Frage beantwortet, die Entwicklung der Gesetze der kapitalistischen Wirthschaft bildet den Inhalt seines Werkes. Jetzt kommt Herr Oppenheimer, greift aus dem ganzen Knäuel der Ursachen, welche bei Entstehung dieser Wirthschaftsform einwirken, eine heraus und klügelt dann aus, was wohl geschähe, wenn diese eine Ursache wegfiele. Das ist an und für sich kein wissenschaftliches Verfahren, aber die Art und Weise, wie Herr Oppenheimer dabei vorgeht, stellt sein Spintisiren überhaupt außerhalb der Kritik. Das Beste aber ist, daß Herr Oppenheimer selbst bei seinem Herumtappen auf dem Gebiet der Oekonomik dahinter kommt, daß, einmal die kapitalistische Wirthschaftsform gegeben, die weitere Entwicklung sich gesetzmäßig vollzieht, und daß heute die Interessen der herrschenden Klasse, die Großgrundeigenthümer nicht ausgenommen, sich darstellen als Interessen der Kapitaleigenthümer.

Um Herrn Oppenheimer nicht Unrecht zu thun, müssen wir ihn dem Leser als glücklichen Entdecker einer nagelneuen Krisentheorie präsentiren, eine Entdeckung, auf die er nicht wenig stolz ist und die uns den Nationalökonomen Oppenheimer in seiner ganzen Größe zeigt. Die betreffende Stelle ist zum Glücke nicht lang, wir wollen sie also unverkürzt wiedergeben: „In der kranken Wirthschaft setzt sich die Konkurrenz nicht unmittelbar durch, sondern erst auf Umwegen, mittelbar. Die kapitalistischen Verkäufer produziren gerade bei fallenden Preisen um so toller darauf los, weil dies das einzige Mittel ist, den Gesammtprofit auf der Höhe zu halten. Und da das alle gleichzeitig thun, galoppirt die Erzeugung selbstmörderisch dem Verbrauch voran; der Verbrauch hinkt der immer schneller galoppirenden Produktion in immer weiterem Abstande nach, bis diese, die nur gedeihen kann, wenn der Verbrauch mit ihr Schritt hält, plötzlich wie ein niedergerittenes Pferd gelähmt zusammenbricht. Allmälig kommt der Verbrauch heran, haucht der Produktion mit einiger Nachfrage neuen Lebensodem ein: und ‚hurre, hurre, hopp, hopp, hopp!' nach wenigen vorsichtigen Schritten geht's wieder ‚fort im sausenden Galopp', bis Kraft und Athem wieder versagen." — Das ist alles. Neu daran ist nur die Einführung der Poesie in nationalökonomische Darstellungen.

Des Weiteren setzt sich Herr Oppenheimer mit dem Malthusianismus auseinander, ohne irgend etwas Neues zu sagen. Schließlich macht er sich daran, seine Deduktion historisch zu beweisen. Er will nämlich beweisen, daß es eine Zeit gab, wo die „reine Tauschwirthschaft" in Deutschland herrschte, die Zeit vom zehnten bis zum Ende des vierzehnten Jahrhunderts, und eine Zeit der „pathologischen" kapitalistischen Wirthschaft von da ab bis heute.

Was den ersten Zeitraum anbetrifft, rennt Herr Oppenheimer mit Berserkerwuth offene Thüren ein, denn wir haben noch nicht gehört, daß Jemand das Mittelalter als kapitalistisch bezeichnet hätte. Ob allerdings seine Bezeichnung „reine Tauschwirthschaft" für die damals herrschende Wirthschaftsform treffender ist als die alten Bezeichnungen „Naturalwirthschaft" und „einfache Waarenproduktion" — sie ist bald das eine, bald das andere — möchten wir sehr bezweifeln. Eigenes hat Herr Oppenheimer hier nicht geliefert, er hat nur mit großem

Fleiße die bekannten Autoren — Maurer, Meitzen, Stieda, Schmoller, Schanz, Bücher, Lamprecht u. s. w. — ausgeschrieben und hat seine eigene Vorstellung von der „reinen Wirthschaft“ hineingelesen. Was ihn aber nicht hindert, stolz auszurufen: „Und so bin ich anscheinend der Erste, der das Schema in der Hand hat, sozusagen das Normalmaß, an dem diese glückliche Epoche geaicht werden kann.“ Schön gesagt, was? Wir möchten jedoch dem Leser rathen, lieber „diese glückliche Epoche“ ohne das Maß des Herrn Oppenheimer zu studiren. Was dann die Schilderung der hochwichtigen Uebergangszeit anbetrifft, in welcher sich der Kapitalismus in Deutschland entwickelt, macht es sich Herr Oppenheimer sehr bequem, indem er nur das erwähnt, was seine famose Theorie bestätigt, alles übersieht, was ihr zuwiderläuft.

Der Mann, der die „Grundlegung der Physiologie und der Pathologie“ geliefert, hat natürlich auch für die „Therapie der sozialen Krankheit“ gesorgt. Die Sache ist so verflucht einfach! Es werden „Siedlungsgenossenschaften“ gegründet, d. h. Genossenschaften von Landarbeitern, die das Land bebauen. Aber sonderbarer Weise vergißt der Anhänger der Gewalttheorie jetzt urplötzlich seine Theorie. Es ist doch wohl klar: hat Herr Oppenheimer Recht, fällt mit dem Großgrundeigenthum das Privileg auf Ausbeutung, so hat die herrschende Klasse ein Interesse, das zu verhindern. Mit Gewalt erwirbt man nicht nur das Recht auf Ausbeutung, man hält es damit auch aufrecht, und da die herrschende Klasse im Besitz der Gewaltmittel ist, wird sie dieselben wohl anwenden, wenn ihr Privileg angetastet wird. Aber der Autor, der an den Mann mit dem Degen in der Vergangenheit glaubt, wird jetzt recht zahm und verläßt sich einzig auf das „Wirken der ökonomischen Kräfte“! Er meint nämlich: Ist eine Genossenschaft gegründet, dann wird das gute Beispiel nachgeahmt, außerdem aber würde die Genossenschaft bewirken, daß die Gutsbesitzer in der Nachbarschaft höhere Löhne zahlen, und das wieder würde zur Folge haben, daß die „Grundrente in der Nachbarschaft der Genossenschaft sinkt. Das aber kann die Mehrzahl der Besitzer nicht aushalten, und ihre Güter werden entweder durch sie selbst oder durch ihre Gläubiger nolens volens in Genossenschaften umgewandelt.... Sobald das Kapital ferner erst einmal merkt, daß es mit der Rente bergab geht, werden die Hypotheken massenhaft gekündigt ...“ kurz und gut, der Großgrundbesitz ist futsch.

Angenommen, die Genossenschaft birgt alle diese Gefahren in sich, glaubt Herr Oppenheimer, daß die Grundeigenthümer und ihre Gläubiger sie aufkommen ließen? Nein, sie würden dann flugs sich als Bekenner der Gewalttheorie entpuppen und seinen schönen Genossenschaften das Lebenslicht auspusten, etwa mit den Mitteln, mit welchen jetzt die Kleinhändler an den Konsumvereinen es versuchen, wobei sie aber weit leichteres Spiel hätten, als diese. Aber vorläufig wissen wir noch nicht, wo die erste Genossenschaft herkommen soll? Herr Oppenheimer weiß es auch nicht. Seine einzige Hoffnung ist, „daß bald ein nothleidender Grundbesitzer selbst oder ein kluger Kapitalist einsehen werden, daß hier bei verschwindendem Risiko ein relativ glänzendes Geschäft zu machen ist.“ Wird dem „Nothleidenden“ gar nicht einfallen! Er wird vielmehr, wenn er soweit ist, einfach sein Gut in Rentengüter austheilen, was auch ein glänzendes Geschäft ist und ihm bekanntlich bei dem famosen Miquelschen Gesetz eine Art Obereigenthum sichert.

Herr Oppenheimer behauptet einmal: „Die Industriearbeiterfrage ist nur auf dem Lande zu lösen ... (S. 168). Hoffentlich wird auch die deutsche Arbeiterschaft bald weit genug vorangeschritten sein, um sich aus dem Netze der Marxschen Dialektik zu befreien und den Weg zu betreten, der zur Rettung

führt.“ Die erste Behauptung ist in dieser Form nicht richtig. Die Industriearbeiter können sich nur befreien, indem sie mit den Landarbeitern Hand in Hand gehen, indem sie dafür sorgen, daß bei jenen endlich das proletarische Klassenbewußtsein erwacht. Der Weg aber, der zu gehen ist, ist einzig der Weg des proletarischen Klassenkampfes, den Marx vorgezeichnet. Der Weg des Herrn Oppenheimer führt höchstens in ein Wolkenkuckucksheim, die deutschen Arbeiter werden ihn nicht gehen.

Der Fall Hogerhuis, eine niederländische Dreyfus-Affäre.

Von W. H. Vliegen.

Wie haben die bürgerlichen Blätter aller Länder die Dreyfusangelegenheit ausgebeutet, um ihre eigenen, minder sauberen Angelegenheiten zu verschleiern! Wie ward das Wort des Pharisäers: Gottlob, daß ich nicht bin wie diese, variirt! Wie mancher spießbürgerlicher Redakteur hat nicht betont, daß so etwas nur in einer Republik möglich ist, und das Lob der Fürsten aus dem Tadel der Republik hervorgehen lassen!

Ach, die muthigen Menschen! Wie viele von ihnen würden, wenn sie in Frankreich wohnten, „Dreyfusards“ gewesen sein während des Prozesses gegen Zola? Wie viele von ihnen würden den Muth haben, gegen Justizskandale im eigenen Lande los zu gehen?

In Holland spielt sich gegenwärtig ein Fall ab, der im Ursprung von dem Falle Dreyfus ganz verschieden, allmälig mit diesem eine sehr große Aehnlichkeit erlangt hat. Keine bürgerliche Presse war mehr entrüstet über den Fall Dreyfus als die holländische. Nirgends hat man Zola mehr verehrt und Dreyfus mehr beweint als in Holland. Als Yves Guyot eine Reise durch Holland machte, empfing man ihn wie einen Helden.

Und dieselbe niederländische Bourgeoispresse gebraucht gerade dieselbe Taktik und dieselben Begründungsphrasen dafür, um drei nach jeder menschlichen Berechnung unschuldige Personen im Gefängniß zu lassen, wie die französische Dreyfus gegenüber that, und die Kämpfer für die Freiheit der Gebrüder Hogerhuis sind verpflichtet, die Hilfe der ausländischen öffentlichen Meinung anzurufen, da sie im eigenen Lande auf fast dieselben Hindernisse stoßen, welche die Kämpfer in der Dreyfussache gefunden haben.

* *
*

In den Jahren 1891/92 gab es eine starke Gährung unter den Landarbeitern der nördlichen niederländischen Provinzen Friesland und Groningen. Es war eine Bewegung, entsprossen aus dem fürchterlichen Elend, welches in diesen Arbeiterschichten herrschte, das wieder vornehmlich aus schrecklicher Arbeitslosigkeit entsproß. Es hing über diesen Gegenden eine unheilschwangere Luft, die Regierung sandte Gendarmen und Truppen und es kam vielfach zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und bewaffneter Macht und im Sommer zu Ausständen.

Diese ganze Bewegung ist im Sande des Anarchismus verlaufen.

Als die Strikes mißlungen waren und die Krawalle jedesmal gezeigt hatten, daß die Arbeiter gegen die Gendarmen nichts vermochten, die Massenbewegung dadurch augenblicklich aussichtslos wurde und Muthlosigkeit einriß, da trat mehr und mehr der Anarchismus auf und predigte die individuelle That. Dann kamen im Norden allenthalben, am meisten aber im nordwestlichen Friesland, eine Unmasse von Feuersbrünsten und Diebstählen vor. Die Parole: „Was man uns nicht giebt, nehmen wir uns“, ward von Hunderten in die Praxis übersetzt.

Natürlich ist nicht die Masse einer Bevölkerung im Stande, zu solchen Ansichten zu gelangen, aber der Theil der Arbeiter, der dem Anarchismus verfallen

war, und das war kein kleiner, dachte und handelte so. So entstand eine sonderbare Lage. Die Masse der Bevölkerung hatte mit den Dingen nichts zu schaffen, aber gewöhnlich wollte keiner aus ihr als Zeuge gegen die Uebelthäter auftreten, der eine nicht aus Furcht, der andere nicht aus Gleichgiltigkeit. Unter den Elementen, die sich der erwähnten Thaten schuldig machten, herrschte eine grenzenlose Solidarität und gegenseitiges Vertrauen. Dagegen hätten die Besitzenden — nicht blos die großen — die Leute von Herzen gern todtschlagen lassen.

Trotz aller Anstrengung entdeckte die Polizei keinen einzigen der Verüber der größeren und nur sehr wenige der kleineren Vergehen. Daß dadurch die Unzufriedenheit der Bürger und der Spitzen der Behörden wuchs, versteht sich von selbst, und daß dies alles die Lust, etwas zu entdecken, verstärkte und zur Leidenschaft machte, ebenfalls. Der Umstand, daß die Thäter der Vergehen fast nie entdeckt wurden und man doch ungefähr wußte, daß diese gewöhnlich in gewissen Arbeiterkreisen zu suchen waren, die sich sozialistisch oder anarchistisch nannten, machte natürlich, daß man nun auch alle Mitglieder dieser Kreise für Mitschuldige an einer oder mehrerer Thaten ansah.

Dies alles zum besseren Verständniß des Folgenden.

* * *

In der Nacht vom 5. auf den 6. Dezember 1895 fand ein Einbruch mit Diebstahl und Mordversuch im Dorfe Britsum bei Leeuwarden statt. Ein dreiundfünfzigjähriger Bauer, Haitsma geheißen, schlief in seiner Wohnung, in einem Bette mit dem Bruder seiner Haushälterin Jansma, der zufällig bei ihm geblieben war. Dieser Jansma war ein starker Schiffsknecht. Von seiner Anwesenheit hatten die Einbrecher gewiß keine Ahnung gehabt, und beim Kampfe, der zwischen den Einbrechern und den drei Bewohnern des Hauses stattfand, unterlagen die Ersteren. Den Jansma traf ein Revolverschuß, einige andere Schüsse fehlten. Ein Einwohner des zwanzig Minuten von Britsum entfernten Dorfes Beetgum, Wiebren Hogerhuis genannt, war ein Hausfreund Haitsmas und bewarb sich um die Haushälterin, stand wenigstens in sehr intimem Verkehr mit dieser. Hogerhuis schlief manchmal bei Haitsma und kannte alle häuslichen Angelegenheiten.

Vier Tage nach der Missethat ward dieser Wiebern Hogerhuis mit seinen zwei Brüdern Keimpe und Marten arretirt und nach sechsmonatlicher Untersuchung kam am 6. Juni 1896 die Sache vor das Leeuwarder Gericht und wurden die Angeklagten verurtheilt: Wiebren Hogerhuis zu zwölf, Marten zu elf und Keimpe zu sechs Jahren Gefängniß.

Die Hogerhuis gehörten zu jener Bevölkerungsschicht, die als anarchistisch oder sozialistisch angesehen wurde, und unter den bestehenden Verhältnissen wurde es nicht für unmöglich gehalten, daß sie die Thäter waren. Sie behaupteten alle drei mit der äußersten Entschiedenheit ihre Unschuld. Es half aber nichts und auch in höherer Instanz wurden die drei Leute verurtheilt und also die „Chose jugée" hergestellt.

Im Dorfe Beetgum, wo die Hogerhuis wohnten, hatte man immer noch auf ihre Freisprechung gehofft, als aber in höchster Instanz die Sache entschieden war, da fing man an die Köpfe zusammen zu stecken. Der Eine wußte dies, und der Andere das, und Viele, die wußten, daß die Hogerhuis die Missethat nicht begangen hatten, fühlten ihr Gewissen reden. Viele Monate dauerte es noch, aber endlich erscholl es von mehreren Lippen, die Hogerhuis sind unschuldig! Und dann fingen ernste und gewissenhafte Männer, worunter der sozialdemokratische Abgeordnete Rechtsanwalt Troelstra eine hervorragende Stelle einnahm, an, die Sache zu untersuchen, die Resultate dieser Untersuchungen zu publiziren, und so kam die Bewegung zur Freilassung der Hogerhuis in Gang.

* * *

Natürlich richteten die Untersuchenden der Sache ihr Augenmerk zuerst auf die Gerichtsverhandlung, die der Verurtheilung vorhergegangen war, und das Beweismaterial, worauf das Urtheil begründet war.

Holland kennt keine Jury, keine Geschworenen. Die Richter, die das Urtheil zu sprechen haben, haben auch das Material zu prüfen, das Strafmaß zu bestimmen. Sie sind Staatsbeamte. Diese einseitige Zusammenstellung der „Richterbank" wird etwas aufgewogen dadurch, daß ziemlich hohe Forderungen an das Beweismaterial gestellt werden. Die Frage, welche sich die Untersuchenden der Sache zuerst stellten, galt also diesem Beweismaterial. Und da entdeckte man so entsetzliche Lücken, daß der erste Eindruck der war: wenn die Hogerhuis rechtmäßig verurtheilt sind, so ist es reiner Zufall gewesen! Und als dann die Untersuchung über die ganze Sache sich ausgedehnt hatte und Jedermann das Seinige mitgetheilt hatte, da befestigte sich der Glaube an einen Justizirrthum immer mehr.

Eines aber war sofort nicht zu verkennen: das gesetzlich geforderte Beweismaterial war da. Drei Zeugen hatten einstimmig ausgesagt, daß die Hogerhuis die Thäter waren, und das waren die drei Bewohner des Hauses Haitsma im Augenblick des Einbruchs, also Haitsma selbst, seine Haushälterin Imkje Jansma und ihr Bruder Sieds Jansma. Die ganzen Zeugnisse der drei Hauptzeugen in diesem Prozeß mitzutheilen, ist nicht thunlich. Beschränken wir uns darum auf einige Einzelheiten, die für die Sache von Interesse.

Durch den Zeugen Haitsma wird bezeugt, daß er Wiebren Hogerhuis erkannt hat, wie er mit einem Schwunge durch das Fenster in das Zimmer hereinsprang, und von Lieds Jansma wird erklärt, daß er dieselbe Person zwischen den Händen durch ins Zimmer springen sah.

Nun waren im Fenster nur die zwei untersten Fensterscheiben gebrochen. Die allergrößte Oeffnung, die dadurch gemacht werden konnte, ist 47 Zentimeter Höhe und 57 Zentimeter Breite. Von einem „Sprunge" durch diese Oeffnung kann keine Rede sein. Man kann dadurch kriechen, mehr nicht.

Imkje Jansma hat Wiebren an seinen Augen erkannt. Es war aber Nachts 11 bis 12 Uhr und es hingen dicke Gardinen vor dem Fenster.

Lieds Jansma hat Marten Hogerhuis an seinen dicken Armen erkannt. Dieser Marten hat gar keine dicken Arme. Der Wiebren soll weiter maskirt gewesen sein und ein weißes Hemd über den Kleidern getragen haben.

Dann hat Haitsma alle drei Leute erkannt, als sie fortliefen und auf 75 Meter von seiner Wohnung sich entfernten. Er sah sie von hinten. Es war Mondlicht, aber kein schönes Wetter.

Kurz, die Behauptungen aller Hauptzeugen liefen darauf hinaus: sie haben die Einbrecher beim Einbruch selbst erkannt.

Dagegen nun ist von denjenigen, die die Sache untersuchten, ein mehr als umfangreiches Material zusammengebracht worden, woraus hervorgeht, daß noch mehrere Tage nach der Missethat diese Zeugen nichts über die Thäter wußten.

Dafür sprechen unter Anderem die folgenden Thatsachen: Als der Wiebren Hogerhuis am Morgen nach der Einbruchsnacht zu Haitsma kam, ist ihm die Haushälterin in die Arme geeilt, einige Zeit später hat sie zu Anderen gesagt: „Wie schade, daß Wiebren nicht da war, wir hätten Einen fesseln können."

Der Bauer Haitsma selbst hat den Wiebren Hogerhuis eingeladen, um Sicherheitswillen bei ihm zu übernachten, und hat die vier Nächte, welche auf die Nacht der Missethat folgten, *in einem Bette* mit dem Manne geschlafen, den er später als den Haupteinbrecher angab und von dem er sagt, er hätte ihn sofort bei der Missethat erkannt.

Unmittelbar nach der Missethat haben der Haitsma und seine Hausgenossen den Nachbar Straatsma geweckt und alles erzählt. Als dieser fragte: „Hast Du Keinen erkannt?" haben alle drei „Nein" geantwortet. Der Haitsma hat dann noch gesagt: „Es waren ein großer und zwei kleinere." Dies trifft nicht zu bei den Hogerhuis, von denen zwei mittlerer Größe und einer kleiner ist.

Als der Sieds Jansma im Spital in Leeuwarden seiner Wunde wegen verpflegt wurde, fragte ihn sofort nach seiner Ankunft ein anderer Verpflegter, wer ihm das gethan habe, und da sagte er, er wüßte es nicht.

Außer diesen Punkten giebt es noch eine Unmasse von Nebenpunkten, die alle andeuten, daß die Zeugen die Thäter nicht erkannt haben. Von den Gründen, die sie für ihre Behauptung angeben, daß sie die Thäter erkannt haben, ist kein einziger stichhaltig.

Und es hat sich erwiesen, daß eine formelle Bearbeitung dieser Leute durch Polizei und Staatsanwälte stattgefunden hat, die ihnen die Ueberzeugung der Schuld der Hogerhuis durch wochenlange Suggestion beigebracht haben.

Auf jeden Fall steht dies Eine fest und ist mit zahlreichen Zeugen zu beweisen: Unmittelbar und in den nächsten Tagen nach dem Einbruch wußten der Haitsma und die Hausgenossen nicht, wer die Thäter waren, und bei den Gerichtsverhandlungen haben sie Alle ausgesagt, daß sie selbe sofort bei dem Einbruch erkannt haben.

* * *

Zu alledem gesellte sich etwas Anderes. In den Kreisen von Menschen, die in den letzten Jahren derartige Thaten verübt hatten, war es bekannt, daß die Einbrecher drei andere Leute als die Hogerhuis waren und zwar: ein Paulus van Dyk, ein Sybout Alberda und ein Allard Dykstra, alle drei bekannte Anarchisten. Der Letztgenannte war Vorsitzender der Sektion Beetgum des Sozialistenbundes, die bekannte anarchistische Organisation des Domela Nieuwenhuis. Auch Paulus van Dyk war eine der örtlichen Koryphäen dieses Bundes. Gerade die hohe Stufe, auf welcher diese Leute in ihrem Verkehrskreis standen, hat bewirkt, daß sie nicht genannt wurden. Sie selbst haben aber mehreren ihrer Genossen mitgetheilt, daß sie die Thäter waren.

An erster Stelle war es eine Familie Stienstra, der man es mittheilte, und das hatte die folgende Ursache: Die Einbrecher hinterließen in der Wohnung Haitsmas eine Laterne, die eine eigenartige Form hatte, so daß Jemand, der sie einmal gesehen hatte, sie sofort wiedererkennen mußte. Diese Laterne hatte der Paulus van Dyk von einem Tjeerd Stienstra erhalten. Die Familie Stienstra kannte also die Laterne, und da die Justiz das ganze Dorf über die Laterne verhörte, so mußte der Paulus van Dyk die Familie Stienstra ins Vertrauen nehmen und ihr die Wahrheit mittheilen, daß er und Alberda und Dykstra die Thäter des Einbruchs waren. Auch Andere vernahmen allmälig von der Sache, aber Dykstra, der einflußreiche Mann, wußte die Gewissen zu beruhigen mit dem Grunde: „Man hat gegen die Hogerhuis keine Beweise, kann sie also nicht verurtheilen. Wartet nur ab.“ Und es gelang ihm, die Leute zum Schweigen zu bewegen bis nach dem Endurtheil, das den Hogerhuis insgesammt 29 Jahre Gefängniß auferlegte.

Dann kam bald die Angelegenheit ins Rollen. Einer der Stienstras erzählte die ganze Geschichte dem Dorfprediger D. Klein, heute einer der tüchtigsten Kämpfer für die Hogerhuis. Die Sache verbreitete sich wie ein Tintenfleck in Fließpapier, und endlich sandte Stienstra dem Staatsanwalt in Leeuwarden eine Erklärung ein, worin er den ganzen Sachverhalt mittheilte, die wirklichen Schuldigen andeutete und eine ganze Zahl Zeugen nannte, die vieles wußten und bereit waren, mit ihm die Wahrheit alles dessen zu beschwören.

Zu gleicher Zeit entdeckte die Frau von Tjeerd Stienstra dem Staatsanwalt die Herkunft der Laterne, die man im Prozeß Hogerhuis nicht hatte herausfinden können.

Die Presse bemächtigte sich der Sache und nun fing der Kampf an, der jetzt so wüthend gekämpft wird: auf der einen Seite die Justiz, mit allen Kräften die Heiligkeit der Chose jugée hochhaltend, andererseits die in ihrem Rechtsgefühl gekränkten Kämpfer für die Freiheit der Hogerhuis, denen sich die Familie der drei Brüder zugesellt.

Blieb anfangs die Sache auf Friesland beschränkt, so wurde sie, als Genosse Rechtsanwalt P. J. Troelstra am 7. Dezember 1897 die Angelegenheit im Parlament vorbrachte, zu einer nationalen Angelegenheit, und seitdem geht fast kein Tag vorüber, daß nicht in verschiedenen Orten die Sache Hogerhuis der Gegenstand der Verhandlung in einigen Versammlungen ist.

Mittlerweile hat man auf gesetzlichem Wege alles Mögliche versucht, um die Revision des Prozesses zu bewirken.

Die niederländische Revisionsordnung läßt drei Revisionsfälle gelten:

1. Verurtheilung wegen Meineid eines der Hauptzeugen im Prozeß, in dem der Verurtheilte verurtheilt worden;

2. das noch am Leben befinden der Person, wegen deren angeblicher Ermordung der Verurtheilte bestraft wurde;

3. die Verurtheilung anderer Personen für dieselbe Missethat.

Der erste Weg wurde versucht. Die Mutter der Gebrüder Hogerhuis verklagte den Haitsma wegen Meineid. Der Staatsanwalt, derselbe, der im Prozeß das Strafverfahren einleitete, lehnte die Klage ab.

Der dritte Weg wurde mit dem gleichen Resultat versucht.

Drei Bewohner des Dorfes Beetgum nannten den Allard Dykstra als Thäter des Einbruchs, und dieser verklagte sie wegen Beleidigung. Die Leeuwarder Richterbank lehnte es ab, den Beweis der Wahrheit führen zu lassen. Der Präsident wiederholte bei diesem Prozeß, der einen kolossalen Eindruck im Lande machte, wenigstens zwanzigmal die Worte des französischen Präsidenten Delgorgue beim Prozeß Zola: „La Question ne sera pas posée“ (Die Frage wird nicht gestellt werden).

Inzwischen ist die Sache von einer ganzen Menge ernsthafter Männer untersucht worden, ein Zeugen- und anderes Beweismaterial von großer Bedeutung ist gesammelt, und dabei fehlt es nicht an Beweisen, daß seitens der Justiz und der ihr ergebenen Polizei allerhand Schwindelei, Fälschung und Lügen gebraucht wurden, um die Schuld der Hogerhuis zu beweisen.

Keiner der neu Beschuldigten hat jemals einen derjenigen, die ihn Einbrecher nannten, wegen Verleumdung verklagt.[1] Einer von ihnen, der nach Amerika emigrirt ist, der van Dyk, schrieb, als er aufgefordert wurde, eine Klage gegen Genossen Troelstra zu erheben, daß er dies thun würde, wenn Troelstra ihm die Kosten der Reise und Vergütung für Lohnverlust, zusammen 1000 Mark, zahlte. In ein paar Tagen war die Summe bereit, die Klage kam aber nicht.

Noch zweimal brachte Troelstra die Sache in der Kammer vor, und dies Eine ist zu konstatiren: Der Justizminister, der die zweite Interpellation mit einem entschiedenen „Non possumus“ beantwortete, sprach das letzte Mal viel weniger entschieden. Er baute an einer Brücke, um sich einen eventuellen Rückzug zu ermöglichen.

* * *

Zwischen den sogenannten „Revolutionären“ und den Sozialdemokraten herrscht auch in dieser Sache Streit. Die Ersteren verurtheilen jeden Versuch, um die wirklichen Thäter zu ermitteln. Die Anderen folgen dem Genossen Troelstra, der in der Ermittlung der wirklichen Thäter den einzigen gesetzlichen Weg sieht, um die Unschuldigen zu erlösen. Die Einzelheiten dieses Streites werden deutsche Leser wohl nicht interessiren.

Die Agitation wird nicht nur von Sozialisten und Anarchisten getrieben. Ein starkes christliches Element führt sie mit, die Prediger Klein, van der Heide, Hissink, de Koe und andere christliche Elemente treten in dieser Sache an der Seite der sozialdemokratischen und anarchistischen Agitatoren auf.

Die bürgerliche Presse — schweigt. Mit Ausnahme einer kleinen Zahl Blätter, die für Revision sich ausgesprochen haben, wird die Angelegenheit todtgeschwiegen. In denselben Zeitungen, die jeden Tag zwei bis zehn Spalten mit der Dreyfus-Sache füllen und die Mord und Brand schreien über die französischen Fälschungen und französischen Rechtsverletzungen, findet man nicht einmal die wichtigsten Mittheilungen über diesen niederländischen Justizmord.

Bald werden aber wichtige Momente kommen. Genosse Troelstra hat den Staatsanwalt in Leeuwarden, einen Herrn Grafen von Schimmelpenninck, in einer

---

[1] Verleumdung kann in den Niederlanden nur auf Klage des Verleumdeten verfolgt werden.

öffentlichen Versammlung beschuldigt: er habe in den Gründen seines Beschlusses, der die Klage gegen Haitsma abwies, die Thatsachen absichtlich, gegen besseres Wissen, verdreht und gefälscht. Dieser Staatsanwalt mußte darauf wohl klagen, und die Untersuchung in diesem Prozeß ist nun im Gange.

Unser Genosse hat alle Chancen, verurtheilt zu werden, Andere werden ihm folgen, manches Opfer wird auf dem Altar des Rechtes gebracht werden müssen, um die Chose jugée des Schutzes der Bande ihrer Vertheidiger zu berauben.

Aber die Wahrheit bohrt sich durch! Sie schreitet mit unüberwindlicher Kraft vorwärts auch in dieser Sache! Sie wird siegen!

Ein Wort für die sozialistische Arbeiterpartei in Amerika.

Von **Frank Leitner** (San Antonio, Texas).

Herr Philipp Rappaport von Indianopolis hat in Nr. 8 dieses Jahrgangs eine Beschreibung des typischen amerikanischen „Labor-Days" geliefert, die ausgezeichnet ist. Nichts könnte die politische Nichtigkeit des amerikanischen „pure and simple" Gewerkschaftlers besser illustriren. Aber am Schlusse seines Artikels macht Herr Rappaport ein paar Bemerkungen, die dazu angethan sind, den Lesern der „Neuen Zeit" einen grundfalschen Begriff unserer Bewegung hierzulande beizubringen.

Hervorheben will ich besonders den Passus im genannten Artikel — doch ich will denselben wörtlich wiedergeben; er sagt: „Von der praktisch bedeutungslosen sozialistischen Arbeiterpartei, welche im Grunde genommen noch immer nur eine deutsche Bewegung ist, abgesehen, ist von selbständiger politischer Aktion der Arbeiter nicht die Spur und dazu auch vorläufig nicht die geringste Aussicht vorhanden." Was müssen denn die bösen New Yorker Genossen (zu denen er mich gewiß nicht rechnen kann) gethan haben, daß er so schlecht von ihrer Taktik zu sprechen weiß und sogar sich hinreißen läßt, in dem eben zitirten Passus zwei grobe Unrichtigkeiten auszusprechen! Die erste davon ist die, daß eine Partei, die in den letzten sechs Jahren trotz aller Hindernisse im Stande war, ihre Stimmenzahl bedeutend zu vermehren und ihre Organisation zu festigen und zu vergrößern, *nicht* eine bedeutungslose ist. Zweitens, wäre Herr Rappaport mitten in der Bewegung, müßte er *wissen* (nicht als selbstverständlich annehmen), daß unsere Partei schon lange aufgehört hat, „noch immer nur eine deutsche Bewegung" zu sein. Ich kann ohne Uebertreibung behaupten, daß heute zwei Drittel der Partei aus hier Geborenen bestehen.

Herr Rappaport macht auch, nachdem er in gelungener Weise schildert, wie den Arbeitern bei Gelegenheit der Feier des „Labor-Day" von den politischen Leithammeln Honig ums Maul geschmiert wird, die Bemerkung: „Das ist der Vortheil unserer demokratischen Einrichtungen." Das muß bei den transozeanischen Lesern den Eindruck machen, daß hierzulande auf dem wirthschaftlichen Gebiet der Himmel voller Baßgeigen hängt. Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit? Diese „guten demokratischen Einrichtungen" wurden einfach wie altes Gerümpel bei Seite geschoben, wenn die amerikanische Ausbeuterklasse sich in ihrem geheiligten Eigenthum bedroht glaubte, und sie ließ, da sie die herrschende Macht im Staate und im Besitz der politischen Gewalt ist, frisch und fröhlich „die Flinte schießen und den Säbel hauen". Die Vorgänge in Coeur D'Alene, Homestead, Buffalo, Chicago, Brooklyn, Hazelton und neuerdings in Virden und Pana Illinois sind Blätter in der Geschichte der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung, die mit Blut, Strömen von Proletarierblut geschrieben sind. Noch eins. Wie sieht es denn mit der gerühmten hiesigen unbeschränkten Redefreiheit und dem Versammlungsrecht aus unter unseren „guten demokratischen Einrichtungen"? Ja, wenn es sich um solche Redner und solche Reden handelt, wie die in der Beschreibung vom typischen „Labor-Day" gekennzeichneten, dann verläuft alles in schönster Harmonie; aber unsere Partei muß doch

nicht mehr so „praktisch-bedeutungslos“ sein, da während der eben verflossenen Wahlkampagne unsere Redner mit lebenden Katzen und mit Backsteinen beworfen und viele davon, besonders in Kalifornien, Colorado und Massachusets arretirt wurden, weil sie von den „guten demokratischen Einrichtungen“ Gebrauch machen und die Wähler über ihre Klassenlage aufklären wollten. Die Plutokratie wittert in der sozialistischen Arbeiterpartei den einzigen Feind, der ernst zu nehmen ist. Ueber alle anderen bisher aufgetauchten sogenannten Reformparteien hat sie sich lustig gemacht und sie gewähren lassen, weil sie fühlte, daß dieselben den Keim der Selbstvernichtung in sich trugen.

Und in was besteht denn die von Herrn Rappaport kritisirte Taktik der New Yorker Genossen (als wenn nicht die ganze Partei von den großen Seen bis zum Rio Grande und von New York bis San Francisco darüber einig wäre), die die Ursache sein soll, daß die sozialistische Arbeiterpartei ihren Einfluß auf die amerikanischen Arbeiter einbüßt? Die Gründung separater sozialistischer Gewerkschaften und eines separaten Gewerkschaftsverbandes? — Ah, there is the rub! Weil wir den Kampf aufgenommen haben gegen die „pure and simple“ (was eigentlich eine zu schmeichelhafte Bezeichnung ist, da dieselben weder „rein“ noch „einfältig“ sind) Arbeiter(ver)führer oder, besser gesagt, Arbeiterfakire, darum soll unser Einfluß im Schwinden sein. Ja, wir haben es geschworen, Kampf bis aufs Messer diesen Judassen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung von dem Schlage Gompers und Genossen, die die Arbeiter glauben machen, auf dem wirthschaftlichen Gebiet allein sei ihr Heil, ihnen verbieten, Politik in der „Union“ zu treiben, um sie desto sicherer bei jeder Wahl an ihre Auftraggeber — die Kapitalistenklasse — zu verschachern. Wenn Herr Rappaport die Enthüllungen unseres Genossen Thos. Hickey in unserem Zentralorgan „The People“ über die schmachvollen Vorgänge in den Minendistrikten Pennsylvanias und Ohios gelesen hätte (ein Verbrechen, begangen von den gewissenlosesten Schurken an den elendesten aller Proletarier, den Kohlenbergwerkarbeitern), würde, müßte er anders über unsere Taktik, die uns unsere Pflicht diktirt, denken.

Und das Resultat? Nicht das von Herrn Rappaport geschilderte, das gerade Gegentheil davon. An allen Ecken und Enden dieses ungeheuren Reiches beginnt es sich zu rühren; neue Organisationen in jedem Staate der Union zeugen davon, daß unsere Propaganda nicht fruchtlos, unsere Taktik die richtige ist. Unser Wachsthum datirt von der Zeit, da die von uns erwählten Leiter der Partei nebst der politischen Organisation in der sozialistischen Arbeiterpartei die Organisation auch auf dem wirthschaftlichen Gebiet mittels der „Socialist Trade and Labor-Alliance“ in Angriff genommen haben.

Doch genug. Die eben verflossenen Novemberwahlen bilden die glänzendste Widerlegung des von Herrn Rappaport in Bezug auf unsere Partei zur Schau getragenen Pessimismus. Unsere Stimmenzahl hat sich nahezu verdoppelt, die Zahl unserer englischen Parteiorgane und deren Leserkreis ist in fortwährendem Wachsthum begriffen. Bald werden wir, begünstigt durch die unaufhaltsame, durch nichts beschränkte kapitalistische Entwicklung, uns stolz unseren europäischen Brüdern ebenbürtig zur Seite stellen können.[1]

---

[1] Wir geben selbstverständlich auch dieser Stimme gerne Raum, müssen aber bemerken, daß Rappaport nicht allein steht mit seiner Abneigung gegen besondere sozialistische Gewerkschaften und deren Verband (über diesen, die „Socialist Trade and Labour Alliance“. vergl. den Artikel von F. A. Sorge, „Neue Zeit“ XV, 1, S. 146 ff.). Zahlreiche angesehene Genossen in Amerika, darunter Mitglieder der sozialistischen Arbeiterpartei selbst, halten diese Gründung für einen sehr unglücklichen Schritt. Wohl ist es nothwendig, die Gewerkschaften dem Einfluß der Herren Gompers und Konsorten zu entreißen, aber es wird behauptet, die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung, die Gründung rivalisirender Gewerkschaften sei der ungeeignetste Weg dazu, die Gewerkschafter zu gewinnen und die Macht der Arbeiterklasse zu vermehren. Das entspricht ganz den Erfahrungen und Empfindungen

Literarische Rundschau.

Dr. Adolf Neumann-Hofer, **Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum deutschen Reichstag.** Statistisch dargestellt. Zweite Ausgabe. Berlin NW. 1898, Konrad Skopnik. 75 S. 8°.

Es läßt sich schwerlich ein schärferes Urtheil gegen die langsam-bureaukratische Arbeit unseres reichsstatistischen Amtes begründen, als an der Hand der letzten amtlichen Statistik über die Reichstagswahlen. Obgleich das gesammte Material über diese das ganze Volk aufs Lebhafteste interessirenden Wahlen bei einigem Eifer spätestens fünf Tage nach der letzten Stichwahl im reichsstatistischen Amte gesammelt und bei einigem Interesse für die Wünsche der deutschen Reichstagswähler und der deutschen Presse wenige Wochen nach den Wahlen verarbeitet und publizirt sein könnte, benöthigt das reichsstatistische Amt hierzu fast fünf Monate. Nicht nur der Umstand, daß die statistischen Aemter anderer Staaten die Statistik der Wahlen ihres Landes viel rascher und besser publiziren, ist beschämend für die erste statistische Stelle des Deutschen Reiches, weit beschämender noch ist, daß dem reichsstatistischen Amte eine Reihe kartographischer Anstalten und privater Publizisten mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der letzten Reichstagswahlen um geraume Zeit zuvorgekommen sind; lange vorher wurden z. B. fast alle Ergebnisse in dem Arbeiternotizkalender (Verlag des „Vorwärts") veröffentlicht. Während das reichsstatistische Amt sich mit einer einfachen Eintragung der von den Wahlkommissaren gelieferten Zahlen in ihre Tabellen und der Berechnung einiger Verhältnißzahlen genügen läßt, bringt die gleichfalls vor dem Erscheinen der amtlichen Publikation herausgegebene Schrift Neumann-Hofers eine überaus werthvolle Durchdringung des Materials, soweit es die Entwicklung der im Brennpunkt des Interesses stehenden Partei, der Sozialdemokratie, betrifft. Das reichsstatistische Amt könnte sich diese Schrift zum Muster nehmen und was hier ein Privatmann für eine Partei gethan hat, einmal für alle Parteien des Reiches thun; damit würde es in keiner Weise nach oben Anstoß erregen und auch nicht der Objektivität Abbruch thun müssen. Mit den Mitteln des reichsstatistischen Amtes ließe sich die Verwerthung der von den Wahlkommissaren gelieferten Zahlen noch bedeutend weiter führen, als dies einem Privatmann möglich sein kann, der bei der Veröffentlichung einer statistischen Arbeit Sorge tragen muß, daß sie nicht durch zu viel Zahlenmaterial und zu stark gesteigerte Druckkosten sich selbst den Markt versperre.

Schon nach den allgemeinen Wahlen vom 15. Juni 1893 hatte Dr. Adolf Neumann-Hofer gezeigt, wie man Wahlstatistiken publiziren muß, wenn sie allgemeines Interesse erregen und bei aller Objektivität und Offenheit für Anhänger aller Parteien werthvoll werden sollen. Dem Verfasser ist es gelungen, eine Schrift zu publiziren, die von konservativen, reichsparteilichen, nationalliberalen und klerikalen Blättern gelobt wurde und die trotzdem von der Verlagsbuchhandlung „Vorwärts" zum Massenvertrieb für sozialdemokratische Leser übernommen wurde. Dies spricht schon für die Objektivität des Verfassers, die, obgleich sie erste Vorbedingung bei statistischen Arbeiten sein sollte, doch so schwer erreicht wird. Freilich hat dieses Streben nach Objektivität den Verfasser zu manchen Bemerkungen über die Sozial-

---

der Arbeiter in Europa. Bei uns sind es nicht die Sozialisten, sondern deren Gegner, die die Gewerkschaftsbewegung durch Gründung politischer Gewerkschaften spalten. In Amerika liegen die Verhältnisse freilich anders, es mag dort eine Zwangslage herrschen, die zu der Gründung besonderer sozialistischer Gewerkschaften drängte. Darüber erlauben wir uns kein Urtheil. Auf jeden Fall müssen wir aber konstatiren, daß unter den amerikanischen Genossen selbst die Anschauungen darüber getheilt sind und die Kritik, die Rappaport übte, nur wiederholt, was wir in amerikanischen Parteiblättern und den Briefen amerikanischer Freunde noch entschiedener ausgesprochen gefunden hatten. Die Redaktion.

demokratie veranlaßt, die hier und da bedenklich an Gemeinplätze gemahnen. Doch liegt nicht in den wenigen allgemeinen Sätzen zu Anfang und zu Ende der Schrift ihr Werth, sondern in der ausgezeichneten Anlage der Tabellen und in ihrer zumeist trefflichen Beleuchtung.

Die erste Tabelle giebt alle wissenswerthen Zahlen über die bei den letzten drei allgemeinen Wahlen für sozialdemokratische Kandidaten abgegebenen Stimmen sowohl für die einzelnen Wahlkreise als auch für die größeren Verwaltungseinheiten und außerdem für die letzte Wahl alle sonstigen wichtigen Angaben: die Stimmenvertheilung auf alle Parteien, das Ergebniß der Stichwahlen, sowie die Namen der gewählten Abgeordneten. Aus der Beleuchtung dieser Tabelle wollen wir blos hervorheben, daß der Verfasser auf die ungleichmäßige Entwicklung der Sozialdemokratie mit Recht hinweist. „Nicht weniger als 120, also fast ein Drittel aller Wahlkreise, weisen einen, wenn auch meist geringen, Rückgang gegen die absolute Stimmenzahl von 1893 auf, während bei der vorigen Wahl die Zahl dieser Kreise nur 65 betrug. . . . Nicht weniger als 50 Wahlkreise waren 1898 sogar hinter der Stimmenzahl von 1890 zurückgeblieben."

In einer zweiten, mit der schon besprochenen in sehr geschickter Weise vergleichbar gemachten Tabelle werden wieder alle Reichstagswahlkreise aufgeführt, geordnet nach der Größe der Prozentzahl, welche die sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten allgemeinen Wahl von den damals abgegebenen giltigen Stimmen erreichten; zum Vergleich sind sämmtliche Wahlen seit Gründung des Reiches herangezogen und damit ein überaus werthvolles Bild der Entwicklung der Sozialdemokratie in jedem einzelnen Wahlkreis geschaffen. Durch eine Reihe einfacher Zeichen ist der mehr städtische bezw. mehr ländliche Charakter des Wahlkreises und das Wahlergebniß angedeutet. Diese Tabelle, die von einer Reihe nützlicher Anmerkungen begleitet ist, wird so zu einem Muster der Uebersichtlichkeit und trefflicher Raumausnützung. Auf einen erklärenden Text zu dieser Tabelle folgt eine knappe geschichtliche Darstellung über die Ergebnisse der sozialdemokratischen Wahlagitation seit 1871 und die Aufführung aller aus diesen Wahlen hervorgegangenen sozialdemokratischen Volksvertreter. Hieran schließen sich für die dreiunddreißig am 16. Juni 1898 ohne Stichwahl eroberten Wahlkreise die Verhältnißzahlen der sozialdemokratischen Stimmen zu der Zahl der Wahlberechtigten. Eine fernere Tabelle mit folgendem Kommentar giebt für die einzelnen Staaten und größeren Verwaltungsbezirke das Verhältniß der sozialdemokratischen Stimmen zu den abgegebenen giltigen Stimmen. Hieran schließt sich eine kleine Tabelle, in der für alle Wahlen seit 1871 die absolute und relative Zahl der Wahlberechtigten, der abgegebenen giltigen und der sozialdemokratischen Stimmen nebeneinandergestellt werden. Sehr beachtenswerth ist endlich eine Tabelle, welche uns die Wahlkreise geordnet nach der Zahl der in denselben wahlberechtigten Personen vorführt und bei jedem die Vertretung derselben im Reichstag und die Bedeutung der Sozialdemokratie in demselben angiebt. Den Schluß der Schrift bildet die Berechnung der Stärke, die den Reichstagsfraktionen nach dem Proportionalwahlsystem zukäme. Die Sozialdemokratie hätte dann statt der 56 Sitze, die ihr das ungleiche Wahlrecht zubilligt, 108 zu beanspruchen.

Das zwar dünne, aber sehr inhaltsreiche Werkchen hat all' das erschöpfend wiedergegeben, was sich aus den Kombinationen mit den Zahlen der Reichstagswahlstatistik finden läßt. Es ist eine Schrift, die Jedem empfohlen werden kann, der sich für Wahlstatistiken und für die Entwicklung der Sozialdemokratie interessirt.

Wenn sich dem Verfasser noch einmal die Gelegenheit bieten sollte, dieses Material zu verarbeiten, würden wir ihm sehr empfehlen, nach Kombinationen der Reichstagswahlergebnisse mit der sozialen Struktur der Wahlkreise, wie sie uns die Berufs- und Gewerbezählung zeigt, zu suchen. Hierdurch ließe sich die Arbeit vertiefen und die Ergebnisse derselben bedeutend werthvoller gestalten. —n.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

VIII.

Eine andere Erscheinung als Gerhart Hauptmann, im Dichten und Leben ein ganzer Kerl ist Arno Holz. Er hat in ziemlich fünfzehn Jahren, ewig ringend mit des Lebens nackter Nothdurft, verhältnißmäßig wenig geschaffen, doch sowohl sein „Buch der Zeit“, wie die gemeinsam mit Johannes Schlaf herausgegebenen „Neuen Gleise“, eine Sammlung dramatischer und epischer Skizzen, sind die eigenthümlichsten, die eigentlich klassischen Leistungen des deutschen Naturalismus. In der Lyrik hat Holz nur einen Ebenbürtigen, Detlev v. Liliencron, der selbst in der schönen Neidlosigkeit des echten Talents den lyrischen Lorbeer der Gegenwart „mit einem Bravo und Hurra aus innerstem Herzen“ an Holz gegeben hat. Beide sind „einsame Menschen“, vom „Volke der Dichter und Denker“ mit eisiger Ruhe zum Hungertode verdammt, aber fröhlich und wohlgemuth ihren dornenreichen Lebensweg daher schreitend, „einsame Menschen“, nicht wie jener kindische Faselhans in Hauptmanns Schauspiel, sondern wie Friedrich Hebbel, dessen Bitte an die Muse Holz und Liliencron wiederholen könnten:

Du magst mir jeden Kranz versagen,
Wie ihn die hohen Künstler tragen;
Nur daß, wenn ich gestorben bin,
Ein Denkmal sei, daß Kraft und Sinn
Noch nicht zu Wilden und Barbaren
Aus meiner Zeit entwichen waren.

Von Holz liegt ein neues Bändchen Lyrik vor unter dem Titel: Phantasus. Man würde irren, wenn man aus dem Tieckschen Titel schließen wollte, daß Holz darin einen neuen Ritt ins alte romantische Land unternähme. Er will vielmehr „den großen Weg zur Natur zurück“ beschreiten, den „seit der Renaissance die Kunst nicht mehr gegangen“ sei und „den nach den allerdings noch nicht überall und völlig überwundenen Eklektizismen einer jahrhundertelangen Epigonenzeit endlich breit wieder gefunden zu haben, einer der denkwürdigsten Glückszufälle unseres Zeitalters bleiben“ werde. Holz will mit dem Grundprinzip der bisherigen Lyrik brechen, von dem er zugiebt, daß es seit Jahrtausenden bestehe, „mit dem Streben nach einer gewissen Musik der Worte als Selbstzweck“: er will Reim und Rhythmus im bisherigen Sinne beseitigen; der Rhythmus jedes Gedichts soll nur durch das leben, was durch ihn zum Ausdruck ringt; die Worte sollen ihre „ursprünglichen Werthe“ behalten.

Gegen Reim und Rhythmus sagt Holz: „Brauche ich denselben Reim, den vor mir schon ein Anderer gebraucht hat, so streife ich in neun Fällen von zehn denselben Gedanken. ... So arm ist unsere Sprache an gleich auslautenden Worten, so wenig liegt dies ‚Mittel‘ in ihr ursprünglich, daß man sicher nicht zu viel behauptet, fünfundsiebzig Prozent ihrer sämmtlichen Vokabeln waren für diese Technik von vornherein unverwendbar, existirten für sie gar nicht. Ist mir aber ein Ausdruck verwehrt, so ist es mir in der Kunst gleichzeitig mit ihm auch sein reales Aequivalent.“ Auch die Strophe verurtheilt Holz: „Unser Ohr hört heute feiner. Durch jede Strophe, auch durch die schönste, klingt, sobald sie wiederholt wird, ein geheimer Leierkasten.“ Endlich will er auch nichts von den

freien Rhythmen wissen, deren falsches Pathos die Worte um ihre ursprünglichen Werthe bringe. „Diese ursprünglichen Werthe den Worten aber gerade zu lassen, und die Worte weder aufzupusten, noch zu bronziren oder mit Watte zu umwickeln, ist das ganze Geheimniß.“ Man sieht also, daß es sich hier um alles andere eher handelt, als um eine Wiederaufwärmung der alten Romantik, die gerade „in Tönen denken“ wollte, und trotzdem ist der romantische Titel, den Holz seiner neuesten Lyrik gegeben hat, gut gewählt.

Sein Krieg gegen Reim und Rhythmus erinnert an die „Polymeter“ Paul Ernsts, die kürzlich von Ströbel in der „Neuen Zeit“ besprochen worden sind. Immerhin unterscheidet sich die Begründung bei Ernst und Holz, und zwar so, wie sich ein romantischer Aesthetiker von einem romantischen Poeten unterscheidet. Ernsts Idee, daß der Lyriker nur die formlose Stimmung darzubieten habe, ist eine echt romantische Grille; so auch sagten die Romantiker, die meistens mehr geistreiche Kenner, als schaffende Künstler waren, nicht das Können, sondern das „Tichten und Trachten“ mache den Künstler; Raphael wäre auch ohne Hände ein großer Maler geworden, und man könne ein Dichter sein, ohne je einen Vers gemacht zu haben. Holz dagegen ist viel zu sehr Dichter, um auf die dichterische Form zu verzichten; er will sie vielmehr aus unwürdigen Fesseln lösen, sie in ihrer vollkommenen Reinheit darstellen, ohne zu bemerken, daß er sie dabei ganz verflüchtigt. So gleicht er jenen romantischen Dichtern, von denen Goethe sagte, sie seien „sehnsuchtsvolle Hungerleider nach dem Unerreichlichen“ und handelten wie Ritter, die ihren Dank außerhalb der Schranken suchten. Goethe selbst hat zwar auch einmal gesagt, das eigentlich tief und gründlich Wirksame, das wahrhaft Ausbildende und Fördernde sei dasjenige, was vom Dichter übrig bleibe, wenn er in Prosa übersetzt werde, aber er spricht da nur vom „Anfange jugendlicher Bildung“ und unterbreitet in der umständlichen Weise seines Alters „das Vorgesagte unseren würdigen Pädagogen zur Betrachtung“, während er sein Poetengewissen zugleich kurz und bündig durch den Satz salvirt: „Ich ehre den Rhythmus wie den Reim, wodurch Poesie erst zur Poesie wird.“ Damit ist schon alles Nöthige über das neue Prinzip der Lyrik gesagt, worauf Ernst und Holz verfallen sind.

Allerdings nach Arno Holz gehört Goethe ja zu der „jahrhundertelangen Epigonenzeit“, allein man muß aufrichtig bedauern, daß Holz als Aesthetiker der unausstehlichen Manier der naturalistischen Aesthetik verfallen ist, mit großspurigen Redensarten über Dinge abzusprechen, von denen sie wirklich nichts versteht. Darin ist der bürgerliche Naturalismus sogar der feudalen Romantik bedeutend über, die doch wesentlich bescheidener war, obgleich sie wesentlich mehr wußte. Man braucht blos „Reim und Rhythmus“ in einem Athemzuge verdonnern zu hören, um daran zu zweifeln, ob den Himmelsstürmern, die ein neues Weltalter der poetischen Technik eröffnen wollen, deren bisherige Weltalter überhaupt bekannt sind. Goethe sagt sehr fein, er ehre den Rhythmus wie den Reim, womit er andeutet, daß es dabei auf sehr verschiedene Dinge ankomme, und das wußte sogar Samuel Gotthold Lange, Pastor in Laublingen, dem Lessing das berühmte Vademecum gewidmet hat. In seinen „Horatzischen Oden“ erklärte er dem Reime, aber nicht dem Rhythmus den Krieg und sang als halber Vorläufer der neuesten Lyrik:

Vom Reim entfesselt, eilt mein sicherer Fuß
Auf Flaccus' Bahn. Ich lache glücklich kühn
Der finstern Klüfte und der steilen Jähe
Und auch des rasenden Geschreis der Reimer.

Holz meint, ursprünglich habe das „Mittel“ der gleich auslautenden Worte gar nicht in der deutschen Sprache gelegen. Das ist auch ganz richtig; ursprünglich hatte die deutsche Dichtung den Stabreim, den Wilhelm Jordan und Richard Wagner zwar ohne Glück, aber wenn auf das „Ursprüngliche“ zurückgegangen werden soll, mit vollkommener Konsequenz zu erneuern versucht haben. Dann wich der Stabreim dem romanischen Reime, der, aus der Verkünstelung des leoninischen Verses durch Zerbrechung seines metrischen Stockes entstanden, das Reimpaar und die lyrische Strophe gebar. Xanthippus-Sandvoß sagt darüber: „Das war Schade und Vortheil zugleich, aber der Vortheil überwog, so lange der deutsche Vers sich auf die Hebungen beschränkte, auf sie und auf die bald fehlenden, bald vorhandenen Senkungen die freie musikalische Fülle fünffach abgestufter Töne vertheilte, die ihrerseits nicht starr, sondern gleichsam flüssig über Hebung und Senkung dahintanzten.“ So entstand der mannigfach bewegte Vers unserer mittelhochdeutschen Dichtung, worin nach einer treffenden Unterscheidung, die Goethe einmal macht, das musikalische Element der Sprache weitaus das rhythmische Element überwog. Ganz im Gegensatze zu Holz, der mit der Opferung des Rhythmus wieder an die Natur der Renaissance anknüpfen will, sagt ein wohl unterrichteter Germanist, wie Xanthippus-Sandvoß: „Die jetzt allgemeine Täuschung, es gebe in unserer Sprache Jamben, Trochäen, Daktylen, Anapäste und wie das metrische Zeug sonst heißt, vermochte erst spät Einfluß zu gewinnen, eigentlich erst durch die Italiener der Renaissance und die ihnen nachahmenden Deutschen, voran Tscherning und Opitz.“ Mit Klopstock gewann das rhythmische Prinzip der Silbenmessung die Oberhand, obgleich Goethe, ein unvergleichlich großer Sprachschöpfer und Sprachmeister, sich gegen die „zugemessenen Rhythmen“ als gegen „hohle Masken ohne Blut und Sinn“ sträubte und immer mit dem alten Reimvers auf vertrautem Fuße blieb; wie wunderbar hat er ihn im Faust gehandhabt, dem größten Denkmal seines Weltruhms!

Man mag die historische Entwicklung unserer dichterischen Technik, die hier nur in allgemeinsten Umrissen angedeutet werden konnte, unnatürlich nennen, indem man etwa sagt, daß der „natürliche Genius“ der deutschen Sprache unzweifelhaft zweimal vergewaltigt worden sei. Das wäre auch ganz einleuchtend, wenn nur mit Begriffen, wie natürlich und unnatürlich, in historischen Dingen etwas bewiesen oder widerlegt werden könnte. Die historische Entwicklung einer Sprache und ihrer dichterischen Technik hängt mit der gesammten nationalen Entwicklung unlöslich zusammen; dabei wirken eherne Gesetze, von denen man wohl nachweisen kann, weshalb sie sich so vollzogen haben, aber nicht, wie sie sich anders hätten vollziehen können. Die Silbenmessung, wie sie sich seit der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts, namentlich aber mit der klassischen Literatur in die deutsche Sprache einbürgerte, widersprach durchaus ihrem „natürlichen Genius“, will sagen, ihrer bisherigen historischen Entwicklung, aber sie ist ein gewaltiger Hebel der deutschen und mittelbar auch der europäischen Kultur geworden. Mit ihr steht und fällt unsere klassische Literatur, deren Bedeutung für das moderne Geistesleben bis auf die glorreichen Tage der naturalistischen Aesthetik noch von keinem vernünftigen Menschen bestritten worden ist. Was die deutsche Sprache dem rhythmischen Prinzip an Feinheit und Geschmeidigkeit, an Fülle und Kraft verdankt, ist überhaupt gar nicht zu ermessen; nannte doch selbst Hebbel, den die modernen Naturalisten ja so halbwegs anerkennen, den Hexameter den „deutschesten“ Vers.

Auf der anderen Seite ist dieser große Gewinn nicht ohne große Verluste erreicht worden. Wenn Platen einmal von der englischen Sprache singt:

Kein voller Accent, und ein Sprachwirrwarr, und stets einsilbige Wörtlein,
Nie könnt' ich damit anapästischen Schwung in die raschen Tetrameter zaubern,

so kann man in gewissem Sinne wohl sagen, daß der „anapästische Schwung der raschen Tetrameter" ein verteufelt kostspieliger Luxus gewesen sei. Hätten ihre ökonomischen Lebensbedingungen den Deutschen gestattet, sich so früh, wie die Engländer und die Franzosen, zu einem nationalen Körper zusammenzuschließen, so hätte sich die deutsche Sprache auch schon früh gegen fremde Kultureinflüsse abgeschlossen, so wäre sie niemals die klassische Uebersetzersprache geworden. Ueber diesen inneren Zusammenhang schrieb A. W. Schlegel, der unter unseren meisterhaften Uebersetzern mit in erster Reihe steht, einmal folgenden Dialog nieder:

Franzose: Die Deutschen sind Allerweltsübersetzer. Wir übersetzen entweder gar nicht oder nach unserem Geschmack. Deutscher: Das heißt, ihr paraphrasirt und travestirt. Franzose: Wir betrachten einen ausländischen Schriftsteller wie einen Fremden in der Gesellschaft, der sich nach unserer Sitte kleiden und betragen muß, wenn er gefallen soll. Deutscher: Welche Beschränkung ist es, sich nur Einheimisches gefallen zu lassen! Franzose: Die Wirkung der Eigenthümlichkeit und der Bildung. Hellenisirten die Griechen nicht auch Alles? Deutscher: Bei euch eine Wirkung einseitiger Eigenthümlichkeit und konventioneller Bildung. Uns ist aber Bildsamkeit eigenthümliche Poesie.

So scheint der Deutsche den letzten Trumpf auszuspielen, aber Schlegel fügt hinzu: „Hüte dich, Deutscher, diese schöne Eigenthümlichkeit zu übertreiben. Grenzenlose Bildsamkeit wäre Charakterlosigkeit". Dies Haupt der romantischen Aesthetik verrieth eine Einsicht in die historischen Zusammenhänge zwischen der poetischen Technik und der nationalen Entwicklung, die der naturalistischen Aesthetik ganz abhanden gekommen zu sein scheint.

Jede poetische Technik ist eng mit den gesammten Lebensverhältnissen der Nation verflochten, worin sie herrscht; sie kann so wenig aufdekretirt wie wegdekretirt werden; sie entsteht und verfällt mit dem historischen Wechsel der Dinge. So ist es dem altdeutschen Stabreime, so dem mittelhochdeutschen Reimverse geschehen; die Lyrik der Minnesänger ertrank in der Ueberfülle der Formen und entartete in geschmacklose Künstelei, ganz wie es einst der skaldischen Stabreimdichtung gegangen war. Ein gleiches Schicksal ist nun auch oft dem rhythmischen Prinzip unserer klassischen Literatur prophezeit worden; schon die Romantiker haben dagegen rebellirt, ohne doch mit ihren zahllosen Versuchen einer neuen poetischen Technik mehr als verschollene Fingerübungen zu liefern; was von der romantischen Dichtung lebendig geblieben ist, Kleists Dramen, Schlegels Shakespeare, Uhlands Gedichte, bewegt sich durchaus in den Geleisen der klassischen Technik; höchstens daß Uhland sie, nicht mit Goethes genialem Griffe, jedoch mit kluger Ueberlegung und mit künstlerischem Takte, durch Anklänge an die mittelhochdeutsche Dichtung dämpfte und mäßigte. Als dann aber die Romantik unter dem wieder erwachten Selbstbewußtsein der bürgerlichen Klasse zusammenbrach, kam in der Lyrik der Platen, Heine, Herwegh, Freiligrath, Prutz, Geibel die poetische Technik der klassischen Literatur zu neuer Blüthe, wobei Heine, mehr mit Goethes lyrischem Instinkte, als mit Uhlands methodischer Behutsamkeit, aus dem im Volksliede niemals völlig versiegten Borne des alten Reimverses zu schöpfen wußte.

In dieser modernen Lyrik wurde das rhythmische Prinzip sogar strenger durchgeführt, als zur Zeit der Klassiker; es braucht nur an Platens pindarische Maße, an Freiligraths Wiederbelebung des Alexandriners erinnert zu werden, den die Lessing, Goethe und Schiller doch so entschieden abgelehnt hatten. Gerade hieraus ist das „Epigonenthum" dieser Lyrik oft gefolgert worden, und hieraus auch nicht ganz mit Unrecht. Wie thöricht immer die Konrektorenweisheit von

dem „Epigonenthum“ der Platen und Heine, der Herwegh und Freiligrath schwatzte, weil diese Dichter das angeblich „Allgemein-Menschliche“ der Klassiker verlassen hätten, um sich in den „Frohndienst vergänglicher Tageserscheinungen“ zu begeben, so ließ sich eher auf sie oder doch manche von ihnen anwenden, was Goethe einmal über die „Reinlichkeit“ des „Dilettanten“ gesagt hat, über die „Akkuratesse und alle letzten Bedingungen der Form“, die ebenso gut die Unform begleiten könnten. Trotzdem kann man auch noch heute nicht sagen, daß sich diese poetische Technik ganz überlebt habe; mindestens ein sehr beweiskräftiges Zeugniß giebt es für ihre noch vorhandene Lebensfähigkeit, und das ist die frühere Lyrik des Dichters Holz, die den heutigen Aesthetiker Holz mit aller wünschenswerthen Gründlichkeit widerlegt. Im „Buche der Zeit“ erweist sich Holz als ein Meister des Reims und des Rhythmus im bisherigen Sinne und dabei doch als ein durchaus origineller Lyriker; dabei ist noch zu beachten, daß er sich an Rhythmikern wie Geibel und Schack herangebildet hat, von denen Schack das rhythmische Prinzip so fanatisch übertrieb, daß er die Sangbarkeit des Liedes geradezu für den Ruin aller lyrischen Kunst erklärte.

Nun kann man freilich sagen, daß eine oder auch ein paar Schwalben noch keinen Sommer machen, daß die poetische Technik, die von den Klassikern vererbt sei, unheilbare Spuren des Verfalls zeige, daß sie unaufhaltsam verwittere, wie das Bürgerthum, mit dessen historischem Aufschwung und Verfalle sie unzertrennlich verflochten sei. Etwas Wahres ist schon an dem, was Holz über den „geheimen Leierkasten“ sagt: das „Ausgeleierte“ dieser Technik ist ein verhängnißvolles Zeichen von Greisenhaftigkeit. Sagten die romantischen Aesthetiker sehr mit Unrecht, daß man ein Dichter sein könne, ohne je einen Vers gemacht zu haben, so läßt sich heute mit allzu großem Rechte sagen, daß unzählige Leute Verse und sogar ganz leidliche Verse machen können, ohne daß sie deshalb den Anspruch erheben dürften, Dichter zu sein. Nur hüte man sich, das Kind mit dem Bade zu verschütten! Xanthippus-Sandvoß schreibt sehr richtig: „Verse sind keine Gedichte; man kann sehr schöne Verse machen und braucht eben gar kein Dichter zu sein, aber man kann kein Dichter sein, ohne in Kraft des künstlerischen Instinkts und unermüdlich ringenden Bildens, wenn nicht zur Einsicht (das wäre Sache der Wissenschaft), so doch zur Uebung des schönen Verses zu gelangen.“ Er will auch dem Verfalle der poetischen Technik steuern, den „Mehlthau der lateinischen Silbenmessung“ abstreifen, „freie Bahn“ schaffen für die auf Betonung, nicht auf Zeitmessung beruhenden Verse, aber er begnügt sich, auf die Wege eines Goethe und eines Uhland zu verweisen; die lyrische Größe des „frivolen Juden“ Heine zu erkennen, hindern ihn seine antisemitischen Scheuklappen. Mit solchen Rathschlägen ist es ein eigen Ding: sie brauchen nicht gegeben zu werden, wenn die Goethe und Uhland und Heine da sind, und wenn sie gegeben werden müssen, pflegen die Goethe und Uhland und Heine nicht da zu sein: immerhin zeigt Xanthippus-Sandvoß die Vor- und Umsicht eines Mannes, der mit den historischen Entwicklungsgesetzen der Sprache vertraut ist. Dagegen ist es sehr unhistorisch und ganz phantastisch, aus souveräner Machtvollkommenheit ein neues Weltalter der Lyrik verkünden zu wollen. Das läuft auf die reine Formspielerei hinaus — trotz oder auch wegen des angeblich radikalen Bruches mit allen überlieferten Formen der Lyrik.

Trotz oder auch wegen — denn die ganze, so anspruchsvoll auftretende Theorie der Holz und Ernst ist nicht einmal so neu, geschweige denn so wahr, wie sie sein soll. Um nur unsere größten Lyriker zu erwähnen, so haben Goethe und Heine manches Mal auf Reim und Rhythmus im bisherigen Sinne ver-

zichtet; ja sogar als revolutionirendes Prinzip der Lyrik, als Grundlage einer neuen amerikanischen Kunst ist jene Theorie schon vor vierzig Jahren von Walt Whitman angerufen worden. Jedoch wußten sich die Goethe und Heine zu sagen, daß wenn der Rhythmus nur durch das leben soll, was in ihm zum Ausdrucke ringt, dies Ringende danach sein muß; sie haben nur dann darauf verzichtet, die lyrische Stimmung durch Reim und Rhythmus künstlerisch zu binden, wenn diese Stimmung von einer gewissen schweren Wucht war, die sicher in sich selbst beruhte. Man vergleiche Goethes: Bedecke deinen Himmel, Zeus, mit Wolkendunst, oder Wunderlichstes Buch der Bücher Ist das Buch der Liebe, und Heines: Hoch am Himmel stand die Sonne, Von weißen Wolken umwogt, oder Thalatta! Thalatta! Sei mir gegrüßt, du ewiges Meer! und Walt Whitmans: Jahr in Waffen, Jahr du des Kampfes! Keine süßlichen Reime, keine schmachtenden Verse für dich, schreckliches Jahr! — man vergleiche das alles mit Arno Holzens: Ich liege noch im Bett und habe eben Kaffee getrunken oder Im Thiergarten, auf einer Bank, sitz' ich und rauche, und man wird den klaffenden Unterschied sofort erkennen. Eben weil diese sogenannte Umwälzung der Lyrik nur eine Formspielerei ist, erweitert und vertieft sie den lyrischen Gesichtskreis nicht, sondern verschnürt und verschnörkelt ihn. Vergleicht man auch nur Holz mit Holz, so brandet im „Buche der Zeit" die Hochfluth des modernen Lebens durch die angeblich ganz versandeten Kanäle des Reims und des Rhythmus, während im „Phantasus" das Meiste ins Kleine, Niedliche, Zierliche und selbst Spielerische geräth.

Doch ist der „Phantasus" immer die Schöpfung eines Dichters. Holz hat sich auch sehr gehütet, das zierliche Bändchen mit seinem ästhetischen Krame zu belasten; den hat er in eine Katakombe des literarischen, politischen und sozialen Verfalls abgeschoben, in die „Zukunft", wo er mit dem Uebrigen vermodern mag. Ein nicht unbeträchtlicher Theil der fünfzig Gedichte, die Holz im „Phantasus" gesammelt hat, ist gleichwohl werth, in seiner Lebensernte mitgezählt zu werden. Ueberhaupt entspringt die kritische Abweisung seiner ästhetischen Theorien, die hier unternommen werden mußte, nur der aufrichtigsten Sympathie für den Dichter und den Mann; sie hat nicht den entferntesten Antheil an jenem elenden Kliquentreiben, das den Dichter Hauptmann über alles Maß hinaufzuschrauben sucht, um den Dichter Holz unter alles Maß hinunterzuschrauben. Gewiß ist Holz kein feiner Kompromißler; er hat die, wie Schlenther mit ernster Rüge sagt, „gefährliche, nahezu selbstmörderische Neigung", einen „gescheidten Gedanken" bis zur Superklugheit fortzutreiben und ihn schließlich im „Aberwitze, dem letzten Ziele aller Einseitigkeit, verstocken" zu lassen. Ach ja, dieser schreckliche „Aberwitz" der „Einseitigkeit"! Dieser unglückliche Holz, der den Naturalismus für einen „gescheidten Gedanken" hält und sich daran klammert, statt hin und her zu hopsen, um ein Liebling der „vielseitigen" Klique zu werden! Sollte Holz wirklich, wie Bartels meint, von den „literarischen Wortführern" als komische Person betrachtet werden, so würde man diesen „literarischen Wortführern" eine unverdiente Ehre erweisen, wenn man sie selbst nur als komische Personen taxiren wollte. In Wirklichkeit ist der Fall Holz ein tragischer Fall: ein großes und reiches Talent „vermißt" sich, aus eigener Kraft das Schicksal zu bändigen, das über seine Klasse den rettungslosen Verfall verhängt. Im letzten Gedichte des „Phantasus" fragt Holz:

Eine schluchzende Sehnsucht mein Frühling,
Ein heißes Ringen mein Sommer —
Wie wird mein Herbst sein?
Ein spätes Garbengold?
Ein Nebelsee?

Die Kritik, die diesen aufrechten Dichter gerecht zu beurtheilen sucht, die sein „heißes Ringen“ ehrt und liebt, kann darauf so wenig antworten, wie der Dichter selbst; sie vermag nur warnende Signale aufzustecken an den Wegen, die in den Nebel führen.

Das abschreckendste Signal aber wird hoffentlich für den Dichter die Nachfolge, die er gefunden hat. Georg Stolzenberg, der seinen Gedichtband „Neues Leben“ seinem Vorbilde Holz gewidmet hat, versetzt dem neuen lyrischen Prinzip einen vernichtenden Streich. Gleich das zweite Gedicht lautet:

Heut früh sang ich drei Liebeslieder
über den schmelzenden Schnee
in die weiche Luft.
Mittags war ich so hungrig;
fast fielen mir die Träume in die Erbsen.
Ich stopfte.
Jetzt scheint der Mond.
Aus meinem Herzen
schreien dreihundert Kater.

Das ist die unverfälschte Bierzeitung, und so geht es durch das Bändchen fort, nicht immer ganz so „stimmungsvoll“, aber selten viel genießbarer. Da bekommt man doch einen gewissen Respekt vor jenen altfränkischen Leuten, die an der alten poetischen Technik, abgeleiert wie sie sein mag, deshalb festhalten wollen, weil sie einen gewissen Schutz gegen den allzu blutigen Dilettantismus gewähre.

Eine erste Talentprobe ist Erich Schlaikjers „Schönheitswanderer“, eine Sammlung von Novellen und Skizzen, deren eine — Berliner Tage — zuerst an dieser Stelle veröffentlicht worden ist. Wie als Novellist, so ist Schlaikjer auch als Kritiker den Lesern der „Neuen Zeit“ kein Unbekannter mehr. Der Titel der Sammlung ist der letzten Novelle entnommen, wo Schlaikjer so etwas wie ein Selbstbekenntniß ablegt: der Wanderer, der die Schönheit zu suchen auszieht, findet den harten Männerkampf und die unerbittliche Arbeit, über der erst wie ein matter rother Schimmer der festliche Kerzenglanz liegt, den die Schönheit einst den Beladenen anzünden wird. Auch Schlaikjer hat der pessimistischen Schwachheit des modernen Naturalismus wohl einmal gehuldigt, aber der frische kräftige sonnige Zug seines Talents und Temperaments reißt sich durch: an der deutsch-skandinavischen Grenzscheide geboren, wendet sich der Dichter von dem imposanten und weiten, aber mit düsterem Schwarz ausgeschlagenen Saale der Ibsenschen Dichtung zu dem Feste des Lebens, das ihm die mächtige Halle der Schillerschen Dramatik eröffnet. Er sagt so schön wie wahr: „Der Idealismus Schillers, den gewisse Moderne als schwachköpfige Beschränktheit begrinsen, konnte festliche Kerzen entzünden, weil in ihm der Glaube war, der Glaube des Aufwärtssteigenden. Wir aber steigen schweigend abwärts. Wir tragen eine todte Zeit zu Grabe. Und erst den stummen Hügel erklettert der rosenfingerige Morgen.“ In einer heiteren Humoreske verspottet Schlaikjer die Temperenzlerschrullen, die sich als allerneuester Sozialismus geberden möchten, und in dem einleitenden Gedichte preist er mit herzhaftem Worte, was ein braves und gescheidtes Weib dem Kämpfer unserer Tage sein kann, auch hier in erfrischendem Gegensatze zu dem weinerlichen Dusel des „dreieckigen Verhältnisses“, das ästhetisch und historisch nicht minder rückständig ist, als die dumpfe und schläfrige Ehe des Philisters.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 18. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Zwei Nachrufe.

↗ Berlin, 18. Januar 1899.

Kurz hintereinander, im Laufe von vierundzwanzig Stunden, hat der Tod zwei Männer dahingerafft, die seit zwanzig Jahren aus dem politischen Kampfleben Deutschlands geschieden und von der Mitwelt fast vergessen waren, aber die trotzdem einen gerechteren Anspruch, als hundert Tagesberühmtheiten, auf ein dauerndes Gedächtniß haben. „Den letzten Demokraten und den letzten Konservativen" hat sie der Nekrolog einer sozialdemokratischen Tageszeitung genannt, mit einer epigrammatischen Wendung, die, wie alle sonst pointirten Worte, manches Treffende und manches Schiefe enthält; wollte man die Lebensläufe von Guido Weiß und Rudolf Meyer erschöpfend schildern, so müßte man ein sehr fein schattirtes, sehr intimes, sehr tiefgegriffenes Stück deutscher Geschichte erzählen, ja die ganze deutsche Geschichte der sechziger und siebziger Jahre, in die der Schwerpunkt ihrer historischen Wirksamkeit fällt.

Von Beruf waren sie beide Zeitungsschreiber, und sie dachten groß genug von ihrem Beruf, um nichts Anderes sein zu wollen. Was Weiß geschrieben hat, ist gänzlich in verschollenen Zeitschriften vergraben, von denen selten noch einmal ein Exemplar im antiquarischen Verkehr auftaucht; auch nicht die kleinste Broschüre hat er veröffentlicht. Meyer hat zwar zahlreiche, und darunter dickleibige Schriften herausgegeben, aber er blieb überall in ihnen der Zeitungsschreiber; den Universitätsperücken, die sich darüber sträubten, pflegte er lachend zu sagen, aus schweinsledernen Folianten lasse sich freilich nicht schöpfen, was unserer Zeit zu wissen noth thue. Die Art des Schriftstellerns war bei beiden Männern durchaus verschieden, ja geradezu entgegengesetzt. Weiß war ein feiner und in seiner Art unvergleichlicher Sprachkünstler. In seinen Arbeiten war nichts Pedantisches, keinerlei Rhetorik und keinerlei Liederlichkeit, keine Magerkeit und kein unnützes Füllsel; hinter jedem Worte ein Gedanke und der Gedanke durchgängig so originell wie das Wort. Sein Stil war im höchsten Grade anregend, suggestiv, wie die Engländer sagen; Weiß verstand es meisterhaft, jeden Gegenstand nur soweit zu erschöpfen, daß dem Leser das fruchtbarste Nachdenken übrig blieb. Glücklich, wer in diese Schule gehen durfte, wenn auch Keiner, der sie genossen hat, daran denken durfte, dem Lehrer gleichzukommen! Man ver-

gleiche die Aufsätze, die Weiß in der „Wage“ veröffentlicht hat, mit den gleichzeitigen Essays Treitschkes oder Julian Schmidts oder anderer dieser anerkannten Größen; es ist Goldschmieds- neben Grobschmiedsarbeit. Dagegen legte Rudolf Meyer gar keinen Werth auf die künstlerische Pflege der Form. Wohl hatte er seinen eigenen, schriftstellerischen Stil, einen scharfen, blitzenden Stil, wie Rodbertus einmal sagte, aber er warf seine Gedanken hin, unbekümmert um ihre Tracht und ihren Tritt, ein wildes Heer manchmal, Garde, Linie, Landwehr, auch Freischärler bunt durcheinander, wenn sie nur kämpfen, wenn sie nur hauen und stechen konnten. In einem beliebigen Essay von Weiß steckt mehr Komposition, als in allen Schriften Meyers zusammengenommen, und diesem rastlosen Draufgänger hat die leidigste Pflicht des Publizisten, sich wiederholen und je nachdem bis zum eigenen Ueberdruß wiederholen zu müssen, nie ein graues Haar wachsen lassen.

Die verschiedene Form war der zutreffende Ausdruck für das verschiedene Wesen der beiden Männer. Weiß, der fast zwanzig Jahre ältere, war noch ganz in den Ueberlieferungen unserer klassischen Literatur groß geworden; der Weg zur Freiheit sollte ihm über die Schönheit führen; in seiner Art, die öffentlichen Dinge anzusehen und zu beurtheilen, lag etwas vom künstlerischen Schauen und Schaffen. Hatte er eines seiner kleinen Meisterwerke gebildet, so beschied er sich gern; sein Bedürfniß nach Anerkennung war gering und von allem Kliquen- und Koteriewesen hielt er sich mit dem instinktiven Abscheu des Gentleman fern. Dabei war er aber auch ganz durchdrungen von der humanen Gesinnung unserer klassischen Literatur; ohne je seiner persönlichen Würde etwas zu vergeben, stand er persönlich auf gutem Fuße mit seinen heftigsten politischen Gegnern, die seinen Charakter achteten und seinen Geist bewunderten; als die „Zukunft“ im Frühjahr 1871 eingehen mußte, hatten selbst Bismarcks Organe ein Wort ehrlichen Bedauerns; nur dem Büffel Eugen Richter, dem ein so harmonisch und rein gestimmter Mensch, wie Guido Weiß war, ein Gegenstand tiefsten Abscheus sein mußte, ist wohl ein Mal in blinder Wuth auf ihn los oder richtiger an ihm vorbei mit den Hörnern gegen die Wand gerannt. Sonst sagen die Nekrologe der Tagespresse mit Recht, daß Weiß keinen persönlichen Feind gehabt habe. Es ist ein hohes und verdientes, aber für einen kämpfenden Politiker kein zweifelsfreies Lob.

Rudolf Meyer war aus gröberem Stoffe gebacken und gerade in den Tagen seiner eifrigsten Wirksamkeit durfte er sich sagen, daß er persönliche Feinde wie Sand am Meere habe. Seine konservativen Gesinnungsgenossen betrachteten ihn mit unverhehltem Argwohn und Mißtrauen, seine liberalen Gegner verspotteten ihn als ein feudales und unwissendes Zeitungsschreiberlein, und die Arbeiter nahmen ihn wohl als einen guten Kerl, aber daneben auch als einen nicht ganz ernsthaften Sonderling. Meyer besaß den robusten Ehrgeiz des Politikers; er wollte anerkannt sein, gewiß nicht um seiner persönlichen Eitelkeit zu fröhnen, aber um dadurch politische Macht zu gewinnen; angefeindet und verhöhnt von den verschiedensten Seiten, zögerte er nicht, die Glocke seiner eigenen Thaten zu werden. Er konnte in diesem Punkte schon etwas leisten, ohne doch je in seinem Selbstlobe schal zu werden. Davor schützte ihn die ehrliche und naive Ueberzeugung von der historischen Nothwendigkeit seiner Lebensaufgabe; zu den feigen und feilen Künsten der Reklame, durch die sich so viele Größen des Tages ihren Eintagsruhm erschwindeln, hat er sich nie herabgelassen. Er war eine geborene Kampfnatur, die sich rücksichtslos durchhieb und auch einen tüchtigen Skandal nicht scheute, wenn es denn nun einmal nicht ohne einen tüchtigen Skandal abging.

Auch der Stoff, in dem beide Männer zu arbeiten hatten, war sehr verschieden. Guido Weiß hatte es mit dem deutschen Kleinbürger, Rudolf Meyer mit dem ostelbischen Junker zu thun. Und bei jedem von Beiden that sich ein tiefer Gegensatz auf zwischen seinem Wesen und dem Wesen der Aufgabe, die er lösen sollte. Wie jedes politische Problem, das zur historischen Lösung reif ist, immer die rechten Männer findet, die es thatsächlich lösen, so scheint es ein Gesetz der Geschichte zu sein, daß politische Probleme, denen die historische Lösung versagt ist, immer in die unrechten Hände fallen. Das deutsche Kleinbürgerthum zu demokratischem Selbstbewußtsein zu erziehen, dem ostelbischen Junkerthum die moderne Welt verständlich zu machen — es waren bedeutsame, tiefgreifende Aufgaben, an die es sich wohl lohnte, ein ganzes Leben und eine große Kraft zu setzen. Aber ihre Lösung war unmöglich geworden durch den Gang der deutschen Geschichte, und so fiel sie in Hände, die sie unmöglich hätten lösen können, auch wenn sie noch lösbar gewesen wäre. Ein geistiger Feinschmecker, wie Guido Weiß, wollte den Berliner Weißbierphilister, vielleicht das trivialste Geschöpf, das je in der Sonne dieses Jahrhunderts gewandelt ist, auf die Höhe moderner Kultur heben; ein Mann von dem starken bürgerlichen Selbstbewußtsein Rudolf Meyers wollte den hochmüthigen Schädeln märkischer und pommerscher Junker historische Logik einpauken!

So ist beiden Männern ihre öffentliche Wirksamkeit eine lange Kette von Enttäuschungen geworden. Aber es wäre verfehlt, daraus zu folgern, daß sie vergebens gelebt hätten. Erstrebten sie, was historisch nicht mehr möglich war, so lag doch das, was sie erstrebten, im Gange des historischen Kulturfortschritts; wurden sie verschmäht von den Klassen, die dem historischen Rückschritt verfallen waren, so förderten sie die Klasse, die bewußt und klar den historischen Fortschritt auf ihre Fahne geschrieben hatte. Es lag ein tiefer Sinn darin, daß die Ernte des ehrlichen Tagwerks, das diese Männer vollbracht haben, in die Scheuern des Proletariats eingebracht worden ist. Beiden gebührt ein ehrenvoller Platz in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, obschon sie sich ihr niemals angeschlossen haben, auch dann nicht, als sie selbst erkannt hatten, daß ihre eigentliche Lebensaufgabe gescheitert sei. Sie haben diesen Zeitpunkt noch um zwanzig Jahre überlebt, jeder nach seiner Natur, Guido Weiß in der beschaulichen Ruhe des, wie er selbst einmal von Johann Jacoby sagte, „tugendhaften und weisen Mannes", Rudolf Meyer rastlos umhergetrieben in dem Exil, das ihm sein tapferer Kampf gegen die kapitalistische Korruption und ihren Beschützer Bismarck eingetragen hatte, immer wieder versuchend, fremden Junkerschädeln den Verstand einzuflößen, den er den heimischen Junkerschädeln nicht hatte einflößen können, und immer wieder enttäuscht, bis der Ruhelose die Ruhe im Grabe gefunden hat. Die Frage liegt nahe, weshalb sie den letzten Schritt nicht gethan haben und zur Sozialdemokratie übergetreten seien.

In Wahrheit: sie konnten ihn nicht thun, und es war gut, daß sie ihn nicht thaten. Guido Weiß dachte darin konsequenter und taktvoller als Johann Jacoby, der nach dem Leipziger Hochverrathsprozeß demonstrativ seinen Beitritt zur sozialdemokratischen Partei erklärte. Das bittere Wort, das Weiß damals über diesen Schritt eines sonst von ihm verehrten Mannes äußerte, soll hier nicht wiederholt werden; es wurde aber mehr als gerechtfertigt, als Johann Jacoby bald darauf auf das ihm unter den größten Opfern von den Arbeitern des Leipziger Landkreises eroberte Reichstagsmandat verzichtete, unter schwerer Schädigung der Partei, einfach, weil es ihm genirlich war, als sozialdemokratischer Abgeordneter im Reichstag zu erscheinen. Weiß dachte zu groß von der Arbeitersache,

um blos mit ihr zu demonstriren, und er wußte sich zu sagen, daß er bei seinem Alter, seiner Natur, seiner Vergangenheit nicht praktisch an der sozialdemokratischen Agitation theilnehmen könne. Weit mehr als durch solche Betheiligung, die ihn, so wie er nun einmal war, schnell zerbrochen hätte, ohne der Partei irgend etwas zu nützen, hat er die Arbeiterbewegung dadurch gefördert, daß er ihren Kämpfern seine Blätter immer offen hielt und ihr ehrlicher Bundesgenosse war in ihrem Kriege mit der politischen und sozialen Reaktion.

Nicht Feigheit oder Selbstsucht oder andere unlautere Empfindungen, für die in seiner freien Seele kein Raum war, haben ihn von dem thatsächlichen Uebertritt zur Sozialdemokratie abgehalten, sondern die freiwillige und selbstbewußte Unterwerfung unter eine historische Macht, die stärker war als der Einzelne. Der moderne Arbeiter pflegt dafür kein Verständniß zu haben, ja er darf es nicht einmal haben, sondern muß stets des Goetheschen Wortes gedenk sein: „Mich stört nicht im Innern Zu lebendiger Zeit Unnützes Erinnern Und vergeblicher Streit." Aber das historische Urtheil wird auch den Männern gerecht, deren Resignation in einer großen Schicksalswende durchaus reinen Motiven entsprang, deren tragisches Loos Ziegler einst in das Wort kleidete: „Uns bleibt unser Bewußtsein und unser Leid." Rudolf Meyer war allerdings viel jünger als Guido Weiß, aber dafür hatte er eine ungleich schwerere Last der Tradition zu schleppen. Er war in den altpreußischen Hinterwäldern aufgewachsen, auf dem platten Lande, in einer Atmosphäre, in die zur Zeit seiner geistigen Entwicklung kaum schon ein Luftzug moderner Kultur gedrungen war. Dieser Narben mag lachen, wer die Wunden nie gespürt hat. Als Meyer mir vor Jahren in trüber Stimmung schrieb, er wisse nicht, was er in Deutschland solle, aber um der Erziehung seines Sohnes willen werde er doch wohl zurückkehren, antwortete ich ihm: Wo Sie politisch in Deutschland bleiben sollen, weiß ich so wenig wie Sie; ich habe mich nach mancher Irrfahrt in den Hafen der Sozialdemokratie gerettet, aber als Ihr ostelbischer Landsmann weiß ich sehr wohl, daß Sie, der um sieben Jahre Aeltere, in diesen Hafen auch nicht gelangen können. Er meinte, damit sei alles gesagt, was über seinen Fall zu sagen wäre.

Heute wären solche Gestalten unmöglich, wie Guido Weiß und Rudolf Meyer waren, es sei denn, es wären flache und verwaschene Kopien. Sie selbst aber waren voll eigenthümlichen historischen Lebens, und ihr Andenken bleibt erhalten in der Reihe der Männer, die den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse wirksam gefördert haben, auch wenn sie nicht in Schritt und Tritt mit dem kämpfenden Proletariat marschirt sind. Dieser Lohn krönt die Kämpfe ihres Lebens schöner, als der vergängliche Erfolg des Tages, auf den sie so gänzlich haben verzichten müssen.

Die Holzspielwaaren-Hausindustrie im oberen Erzgebirge.

Von Emil Rosenow.

In den langen Budenreihen der Weihnachtsmärkte, in den blendenden Schaufenstern der großstädtischen Verkaufspaläste sind die Spielwaaren ausgestellt. Tausende begehrlicher Kinderaugen hängen täglich an den bunten Herrlichkeiten, die eine Welt im Kleinen bedeuten, der die Kinderphantasie Leben verleiht. Früher waren die Holzspielwaaren vorherrschend: die Noah-Arche, das Dorf, die Menagerie oder die Kompagnie Holzsoldaten, durch welche der deutsche

Philister seinem blonden Sprößling den für das spätere Musterleben nothwendigen Militärpatriotismus einimpft. Wer jedoch aufmerksam beobachtet, sieht auch im Schaufenster des Spielwaarenbazars eine Umwandlung. Die billigen Holzspielwaaren, die so im Preise gesunken sind, daß das Billigste derselben in den Riesenwaarenhäusern schon längst als Gratisartikel geführt wird, beginnen aus den glänzenden Auslagen zu verschwinden. In den Budenreihen, woselbst die Proletarierfrau mit wenigen Pfennigen die Herrlichkeiten des Dachstuben-Christfests einkauft, werden sie noch vorwiegend geführt; in den Schaufenstern des Spielwaarenbazars sieht man jetzt in der Hauptsache die Metallspielwaaren. Das mechanische Spielzeug hat sich, namentlich in Verbindung mit der Elektrizität, rasch eingeführt, und seitdem wir gelernt haben, in dem Kinderspielzeug ein wesentliches Hilfsmittel des Anschauungsunterrichts zu sehen, welches dem Kinde mathematische Begriffe, Kenntnisse der Physik, Mechanik und Anderes beibringen soll, tritt das plumpe Holzspielzeug mehr und mehr in den Hintergrund. Die Preise sind rapide gefallen und leise hört man schon das Todtenglöcklein einer Industrie anklingen, die nur durch die schauderhafteste Ausbeutung hausgewerblicher Arbeiterfamilien zu ihrer Blüthe gelangen konnte.

Selbstverständlich läßt sich dieser Rückgang nicht allgemein beobachten; schon deshalb nicht, weil die Verfertigung der Spielwaaren ein bedeutender Zweig der deutschen Gesammtindustrie ist, der sich nicht blos über eine einzelne Gegend erstreckt. Berlin, Stuttgart und Nürnberg sind Plätze der Spielwaarenindustrie. Aus Stuttgart und Nürnberg beziehen die Grossisten die hochfeine Waare, wie sie selbst Paris nicht besser liefert; für mittelfeine Waare ist die Sonneberger Umgegend in Thüringen mit dem Zentralpunkt Sonneberg das Hauptproduktionsgebiet. Auch die rauhe Alb in Württemberg liefert viele, namentlich mittelfeine Waare auf den Markt. Für den ordinären Massenartikel aber, der spottbillig hergestellt und geliefert werden muß, ist der Hauptsitz das obere Erzgebirge bis nach Böhmen hinein. Die dortige Holzspielwaarenindustrie kann sich vor der Konkurrenz der Metallspielwaaren nur noch halten durch die niedrigen Engrospreise, die wiederum nur möglich sind durch den Druck der Spielwaarenverleger auf die Arbeitslöhne. So herrscht denn in den Spielwaarenmacherdörfern des sächsischen Erzgebirges ein Arbeiterelend, eine Bedürfnißlosigkeit und eine Entlohnung der menschlichen Arbeitskraft, von der der großstädtische Arbeiter keine Vorstellung hat. Diese besondere Form erzgebirgischer Hausindustrie und ihre Arbeiterverhältnisse hier zu schildern, dürfte für die sozialistische Forschung von Werth sein.

Nur in einem Theile des Erzgebirges ist die Spielwaaren-Hausindustrie heimisch. Am Fuße und an den Hängen des Gebirges wird die Weberei und Strumpfwirkerei betrieben, um Annaberg, Eibenstock die Stickerei und Posamentenfabrikation, um Aue, Schwarzenberg und weiter hinauf sind beträchtliche Werke der Eisenindustrie. Die übrige Produktion bleibt dabei außer Betracht. Die Eisenbahnschienen sind hoch in das Gebirge hinaufgestiegen. Zwischen den Hütten der Hausindustriellen sind die Fabriken emporgewachsen, neben denen der Hausweber und Strumpfwirker seine Existenz nur behaupten konnte, indem er noch mehr hungerte als bisher. Aber die kapitalistische Produktion, die gierig das billige Menschenmaterial ausnützte, hat diesen Proletariermassen schon frühzeitig Klassenbewußtsein eingepeitscht; seit Langem gehören sie zu den Kerntruppen der deutschen Sozialdemokratie und setzen im wirthschaftlichen Kampfe dem Drucke des Kapitals energischen Widerstand entgegen. Anders ist es im oberen Theile des Gebirges, den man nicht nur wegen seines Klimas das „sächsische Sibirien“ nennt. Dort wohnt noch eine von der modernen Arbeiterbewegung ziemlich un-

berührte Bevölkerung. Zwar hat auch hier die Eisenbahn schon die Gebirgswände durchbrochen und in den dunklen Fichtenwaldungen, in denen noch hier und da der Auerhahn balzt, gellt der Schrei der Lokomotivenpfeife. Doch die Hauptortschaften werden nur unvollkommen und auf Zweiglinien von der Bahn erreicht und die nächste große Industriestadt Chemnitz ist selbst auf diesen erst in mehreren Stunden zu erreichen. Die Bevölkerung ist in Wahrheit an die Scholle gefesselt. An jener Stelle, an der der Großvater arbeitete, arbeitet noch heute der Enkel unter wenig veränderten Bedingungen und Ansprüchen. Ja, vielfach stellt er sogar noch das Gleiche her. Seine Existenz ist eng mit der Gegend verbunden und der Kapitalist, der die Hungerpeitsche über ihm schwingt, hat eine ganz andere und drückendere Macht, als der Fabrikpascha der Großstadt. Entläßt er den Arbeiter aus dem Fabrikbetrieb oder nimmt er ihm am Liefertag keine Waare ab, so steht der Arbeiter mit seiner Familie zumeist thatsächlich vor der Existenzfrage, denn in dem entlegenen Dorfe hat er nur die eine Möglichkeit der Verwerthung seiner Arbeitskraft. Es ist für ihn eine schwere Sache, sich einen anderen Wohnsitz zu suchen, und zum Verlassen des Ortes entschließen sich auch nur die wenigen energischeren Elemente der erzgebirgischen Arbeiterschaft. In diesen Gebirgsdörfern und an diesem Menschenmaterial bereichern sich die großen Verleger der erzgebirgischen Holzspielwaaren-Hausindustrie.

Die Holzspielwaarenverfertigung im Erzgebirge ist noch nicht so alt wie diejenige anderer Bezirke. Die gleichartige Thüringer Industrie zeigt ihre Anfänge schon im sechzehnten Jahrhundert und die Nürnberger Industrie ist noch älter, denn die Nürnberger Chronik bemerkt, daß schon 1493 Matthäus Ebner mit „kurzen Waaren“ nach Lyon handelte. Dagegen hat die erzgebirgische Industrie nur ein geringes Lebensalter: etwa 120 Jahre. Bis zum Jahre 1890 bestand in Seiffen die Firma Hiemann und Sohn, die mit der Geschichte der erzgebirgischen Spielwaarenindustrie eng verknüpft ist. Ihr Vorfahr Moritz Samuel Hiemann, der bis zum Jahre 1768 Kavallerieſtabstrompeter war, hat die Industrie im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts im oberen Erzgebirge eingeführt. Er handelte zunächst auf den Märkten mit Zwirnweifen, Nadelbüchsen, Quirlen und Anderem. Guter Erfolg machte es ihm möglich, sein Geschäft von Seiffen aus immer weiter auszudehnen. Bald fand er Nachahmer, von denen jeder andere Bedarfsartikel einführte, und so zeigten sich bald die Anfänge der heutigen Industrie in der Produktion von Küchenartikeln und Spielwaaren aus Holz. Es ist unverkennbar, daß nur thatsächlicher Nothstand es war, der die Bevölkerung dieser Hungerindustrie in die Arme getrieben hat. Die Ergiebigkeit der Erzbergwerke hatte abgenommen. Die Bodenbeschaffenheit des Erzgebirges ist aber nicht derart, daß die Landwirthschaft die zahlreiche Bevölkerung hätte ernähren können. So suchte sie gierig nach einem Erwerbszweig, der es ermöglichte, das Leben zu fristen. Der Waldreichthum des oberen Erzgebirges verwies sie auf die Holzverarbeitung und so erklärt es sich, daß die Schnitzerei bald der Nahrungszweig der an Entbehrung gewöhnten Bevölkerung der Gebirgsdörfer wurde.

Früher hat diese Industrie ihre Arbeiterschaft besser genährt. Die Zahl der selbständigen Existenzen war größer und obwohl die ordinäre Holzspielwaare stets gering im Preise stand, war der Engrospreis noch nicht so gesunken, so daß auch bessere Löhne gezahlt wurden. Die jetzigen Löhne sind dagegen die erbärmlichsten Hungerlöhne. Eine Untersuchung, die ich während der Reichstagswahl selbst in den Dörfern vornehmen konnte, und Briefe von 22 Spielwaarenmachern der verschiedenen Ortschaften, die meine Anfragen beantworteten, konsta-

tiren, daß sogar diese Löhne immer noch weiter sinken. Die selbständigen Existenzen hat der Spielwaarenverleger in Grünhainichen und Olbernhau aus dem Wege geräumt. Mit seinen Spottpreisen kann Niemand konkurriren und er versorgt die Märkte von Chemnitz, Dresden und Leipzig ebenso wohl wie die von London, New York oder Johannesburg. Die Gründe für das Sinken der Löhne sind einmal zu suchen in dem anfangs schon skizzirten Vordringen der Metallspielwaaren, zum Anderen in der Anlage großer Fabriken, die die reichen Wasserkräfte des oberen Erzgebirges benutzen. Die ganze bessere Waare, an der noch etwas verdient wurde, wird nun mit den Holzbearbeitungsmaschinen billig hergestellt, und dem um seine Existenz ringenden Hausindustriellen bleibt nur die Schundwaare und das „Elendsvieh“. Kein Wunder, daß es mit ihm bergab geht und seinen Rückgang weder die sächsische Fachschule in Grünhainichen, noch die in Seiffen aufhalten können, mögen beide auch noch so Vorzügliches leisten.

Der erzgebirgische Spielwaarenindustriebezirk wird in zwei Theile zerlegt, einen oberen und einen unteren. Der Verlagsplatz des oberen Bezirks ist Olbernhau; zu ihm gehören die Spielwaarenmacherdörfer Blumenau, Hallbach, Neuhausen, Deutschneudorf, Deutschkatharinaberg, Ober- und Niederneuschönberg, Seiffen, Rothenthal, Ober- und Niederseiffenbach und Heidelberg. Der Verlagsplatz des unteren Bezirks ist Grünhainichen und es gehören zu ihm Waldkirchen, Borstendorf, Wünschendorf, Eppendorf, Börnichen, Pobershau. Aus der Zahl der weit auseinander liegenden Ortschaften sieht man schon, daß der erzgebirgische Bezirk der Spielwaarenindustrie sehr groß ist. Er ist jedoch noch größer, als hier bezeichnet, denn außer Betracht gelassen ist hier der an ihn grenzende böhmische Spielwaarenbezirk, der auch noch sieben Ortschaften umfaßt.

Wer an den Verlagsplätzen Grünhainichen und Olbernhau die großen Fabriken sieht oder, bei einem Rundgang durch die Orte, die reizenden Villenbauten gewahrt, wirkliche Schmuckkästchen, die, inmitten grünender Gärten, sich die Spielwaarenverleger erbaut haben, wird einfach nicht glauben, daß die umliegenden Dörfer solch namenloses Elend bergen. Renommiren die Spielwaarenverleger dem Fremden gegenüber doch gerne mit der Gesammtlohnsumme, die sie zahlen, und verweisen auf die „Genügsamkeit“ und „Zufriedenheit“ der obererzgebirgischen Bevölkerung, welche jetzt die sozialistischen Agitatoren zu zerstören versuchten. Aber man braucht nur hineinzuschauen! Wenn eine Olbernhauer ältere Verlagsfirma sich damit brüstet, sie habe an einem Liefertag 20 000 Thaler zur Auszahlung gebracht, so gehört dies eben vollständig jener Vergangenheit an, da die Spielwaarenmacherfamilien wöchentlich noch 30 bis 50 Thaler — der Sage nach! — verdienten. Tempi passati!

Nur an bestimmten Tagen, und in größerer Menge an den Liefertagen, Mittwochs und Sonnabends, finden sich die Spielwaarenmacher in Grünhainichen und Olbernhau ein. Vom Bahnhof her mit dem Frühzug, auf der Landstraße von den nahegelegenen Orten kommen die abgerackerten Männer, die schmächtigen Frauen und Kinder an. Jeder hat auf dem Buckel den Tragkorb, gefüllt mit Schnitzwaaren, deren Last sie keuchen macht. So gehen sie zum „Liefern“ in das Lager des Verlegers. Hier wird die Waare geprüft, berechnet, bezahlt, und die Szenen, die sich dabei entwickeln, ähneln oft aufs Haar den erschütternden Vorgängen im ersten Aufzug von Hauptmanns „Webern“. Nun, elf, wenn's gut geht, dreizehn Mark scharrt der Spielwaarenmacher vom Zahltisch des Verlegers als Verdienst seiner ganzen Familie zusammen. Dafür hat er sich eine lange Woche mit Weib und Kindern abgerackert. Während er das Gebirgsdorf aufsucht, um wieder bis in die Nacht hinein sich zu schinden und zu placken,

wandern die hübschen Spielwaaren, die bunten Holzsoldaten, die Thiere, die Häuschen, die Wagen in die großen Vorrathsräume des Verlegers. In langen Arbeitssälen sind die Packer und Packerinnen thätig. Sie entnehmen den Körben hier ein paar Häuschen, dort ein paar Männchen oder Thiere, verpacken sie mit geübter, flinker Hand in Holzschachteln, die dann numerirt, nach ihrer Größe geordnet, in die Niederlagen kommen. Von hier werden sie in Kisten verpackt und gelangen mit Schiff und Eisenbahn bis in die entferntesten Weltgegenden. Gewiß ist es nicht das einzelne Schock, an welchem der Verleger seinen Riesenprofit macht. Die Waare ist im Preise gesunken, aber die Masse bringt es immer noch. Der Katalog manches Verlegers weist ein paar Tausend Nummern auf und man staunt über die Menge der verschiedenen Spielwaaren, wenn man die Musterzimmer dieser Großkaufleute betritt.

Für den gewissenhaften Erforscher gesellschaftlicher Zustände endet das Studium dieser Industrie freilich nicht im Musterzimmer des Verlegers. Er muß hinausgehen in die Dörfer, in denen die Heimarbeiter der Spielwaarenindustrie wohnen. Dort wird er eine Ausbeutung der Waare Arbeitskraft kennen lernen, wie sie gleich „rationell“ ein Fabrikant in seinem Betrieb gar nicht durchführen kann. Ist an und für sich die rückständige Produktionsform der Hausindustrie zugleich die schlimmste Art der Ausbeutung — Selbstausbeutung, Kinder- und Frauenausbeutung —, so ist es die Spielwaaren-Hausindustrie im Besonderen. Diese Drechsler, Schnitzler, Schachtelmacher, Flintenmacher, Trommel- und Metallophonmacher oder in welche besonderen Arbeitszweige sie sich sonst noch theilen, sind Handwerker, und in ihrem weltfernen Gebirgsort haben sich viele von ihnen noch ein gut Stück des alten Handwerkerstolzes bewahrt, der sie ihren Meistertitel mit Nachdruck betonen läßt. Auf diese paßt noch das Lassallesche Wort, daß man dem deutschen Arbeiter erst beweisen müsse, er sei in einer traurigen Lage, bevor er sich zu ihrer Besserung entschließe. Von frühester Jugend an haben sie mitthätig sein müssen, Ueberanstrengung und Selbstausbeutung ist bei ihnen traditionell und so fehlt vielen von ihnen noch das rechte Empfinden für das Erbärmliche ihrer Lage, bis die vordringende Arbeiterbewegung auch sie in ihre Kreise reißt.

Es ist interessant, aber schwierig und wohl auch zu weitführend, diese selbständigen Hausindustriellen nach ihren Arbeitszweigen aufzuführen; sie sind dazu zu mannigfaltig. In Rothenthal, Neuhausen, Deutschneudorf, Deutsch-Einsiedel, Pobershau ist hauptsächlich die Holzdreherei und die Anfertigung von Puppen- oder Kindermöbeln zu finden. In den Orten Seiffen, Heidelberg, Ober- und Niederseiffenbach, Brüderwiese, Dittersbach wird vorherrschend die Viehschnitzerei betrieben; diese ist die Anfertigung jener kleinen Thiere, welche in die Menagerie-, Bauernhof- oder Noah-Archekasten beigegeben werden. Wieder andere Artikel werden in Blumenau, Nieder- und Oberneuschönberg, Hallbach, Wünschendorf angefertigt. Hier machen die Arbeiter Papphäuser, Baukasten, Dominospielkasten, „Klingkistchen“, einfache Holz-Musikspielzeuge, und dergleichen. Früher wurden auch Federkasten und Kinderflinten in Massen von den Hausindustriellen hergestellt. Als jedoch die Olbernhauer und Grünhainichener Fabrikindustrie sich auf diese Gegenstände warf, konnte die Hausindustrie nicht mehr mit und mußte großentheils den Artikel aufgeben.

Beim Einkauf von Holzspielwaaren im Laden des Kleinhändlers muß man oft staunen über die enorme Billigkeit der speziell erzgebirgischen Erzeugnisse. Eine Holzschachtel mit sieben Häuschen und drei Bäumchen oder eine Holzschachtel mit einem Hirten und Vieh kostet nicht mehr als zehn Pfennig! Ein bunt-

gestrichenes Pferd von beträchtlicher Größe, ein mit Watte bezogenes Schaf: zehn Pfennig. Nicht theurer sind im Verhältniß alle übrigen Erzeugnisse der erzgebirgischen Holzspielwaaren-Hausindustrie und manchmal könnte man glauben, der Verkaufspreis stelle nicht einmal den Werth des Rohmaterials dar, wenn man nicht wüßte, daß sie Alle, der Verleger, der Großkaufmann bis herab zum Kleinhändler, an der Arbeit erzgebirgischer Proletarierhände noch beträchtlich profitiren wollten. Diese Billigkeit der Waaren wäre undenkbar ohne die bis ins Kleinste durchgeführte Arbeitstheilung. Jede Gruppe der Spielwaarenarbeiter theilt sich wieder in Unterabtheilungen, Einer arbeitet dem Anderen in die Hände. So ist der Vorarbeiter des Drechslers der sogenannte „Astelhacker". Der behackt den rohen Ast, „das Astel", so, daß er für die Verarbeitung auf der Drehbank fertig ist, und verkauft ihn dann an den Drechsler. Unter den Drechslern sind wieder die Reifendreher zu nennen. Mit der Zirkelsäge durchschneiden diese die noch nassen Holzstämme zu 10 bis 15 Zentimeter hohen Scheiben und drehen sie auf der Drehbank mit Schablonen innen und außen so ab, daß die zukünftigen Pferde, Hunde, Schäfchen und andere Thiere in ihren Umrissen hervortreten. Diese Scheiben kaufen die Schnitzler, spalten und schnitzen sie in dreißig bis vierzig Theile und geben sie weiter an die Maler. Im oberen Erzgebirge pachten viele Drechsler sich eine oder mehrere Stellen im Drehwerk. Es sind dies Anlagen, die theils die natürliche Kraft des Wassers, theils die Dampfkraft benutzen, um die Drehbänke zu bewegen. Die Drechslerstelle kostet in der Regel dem Drechsler monatlich sechs bis acht Mark Pacht. Für den erzgebirgischen Drechsler ist das eine hohe Summe und er muß sehr fleißig sein, um seine Rechnung dabei zu finden. Bis in die sinkende Nacht gilt es, im Drehwerk oder daheim in der niedrigen Arbeitsstube ununterbrochen zu schaffen. Wie diese elend entlohnten Proletarier ihre Muskelkraft ausnützen müssen, zeigt ein Blick auf die Produktion des Einzelnen und die ganzer Familien.

Ein Bäumchendreher fertigte täglich bis zu sechs Schock — 360 Stück — Bäumchen an. Ein Drechsler kann es täglich vielleicht auf zehn Schock — 600 Stück — Zündholzbüchsen oder vier Schock — 240 Stück — Nadelbüchsen bringen. Ein Schnitzler schnitzte in der Stunde etwa 200 Stück Thiere, und in einem Tage, da er täglich zwölf Stunden schnitzte, brachte er es auf vierzig Schock. Von einem einfachen Kinderspielzeug, einem Affen, der am Stocke hin- und hergeschoben werden kann, von den Spielwaarenmachern kurzweg „Steckelaff'" genannt, stellte eine dreigliedrige Familie wöchentlich drei- bis dreieinhalbtausend Stück her. Es sind dies jedoch außergewöhnliche Arbeitsleistungen; durchschnittlich bringt es kein Arbeiter und keine Familie auf viel mehr als die Hälfte des oben Angegebenen. Und auch diese Arbeitsleistung ist nur dadurch möglich, daß die ganze Familie des Spielwaarenmachers, die kleinsten Kinder eingeschlossen, mit thätig ist. Für sie ist die Zeit kostbar, denn manches Schock muß abgeliefert sein, bevor einige wenige Pfennige verdient sind. Die kleinen Gegenstände müssen vielmal durch die Hände der Arbeitenden gehen, ehe sie geschnitzt, gefärbt, fertiggestellt und abgezählt sind. Ein Holzhampelmann — „Zappelmänner" nennen sie die Spielwaarenmacher — besteht aus elf verschiedenen Theilen; ein einfacher Holzsoldat, 5—6 Zentimeter hoch, muß bis zur völligen Fertigstellung dreizehnmal durch die Hände gehen. Das zwingt den Spielwaarenmacher, von der Frau bis zum Jüngsten, Alle arbeiten zu lassen. Und wenn das kleinste Kind, welches sich kaum allein fortbewegen kann, auch nicht mehr leistet, als daß es mit dem Farbpinsel den Holzsoldaten die gelben Knöpfepunkte antupft, so leistet es doch eine Arbeit, die bei der Gesammt-

produktion der Familie mit in Betracht kommt. Wenn so der erzgebirgische Spielwaarenmacher mit seiner ganzen Familie täglich vierzehn bis fünfzehn Stunden oder auch noch länger gearbeitet und viele Schock Waare hergestellt hat, so stellt der Arbeitslohn, den er am Liefertag nach Hause bringt, doch kaum das dar, was er zur Fristung des Lebens nöthig hat.

Bevor hier auf die Löhne näher eingegangen wird, sei ausdrücklich festgestellt, daß die folgenden Angaben von Spielwaarenmachern selbst herrühren. Sie sind also durchaus zuverlässig und wenn auch die in den Löhnen ausgedrückte kolossale Entwerthung der menschlichen Arbeitskraft fast unglaublich erscheint, entspricht sie doch den Thatsachen. Es sei darauf verzichtet, hier sämmtliche 22 mir zugegangenen Auskünfte obererzgebirgischer Spielwaarenmacher wiederzugeben; sie wiederholen vielfach von mir schon Geschildertes. Einzelne Angaben, die einen sicheren Schluß auf den durchschnittlichen Arbeitsverdienst der Familien zulassen, seien aus dem Ganzen hervorgehoben.

In den Orten Seiffen und Heidelberg im Erzgebirge wird hauptsächlich Folgendes hergestellt: Wagen, von den kleinsten bis zu den größten, Soldaten, Thiere, Häuser, Holzkreisel, Hampel-, Zieh- oder Zappelmänner, Schiffe, Puppenservice aus Holz und dergleichen.

Die Gegenstände „Wagen mit Pferd" erhält der Hausindustrielle vom Spielwaarenverleger nach dem Dutzend bezahlt. Für das Dutzend, in ziemlicher Größe, beträgt der Lieferpreis 2,40 Mark. Die fünffache Familie, von welcher diese Angaben stammen, fertigt während einer Woche etwa 120 „Wagen mit Pferd" an, also 10 Dutzend. Am Liefertage vereinnahmt sie mithin 24 Mark. Von dieser Summe hat der Spielwaarenmacher noch das gebrauchte Holz zu bezahlen, die Farbe, den Leim; Ausgaben, die er nicht zu hoch auf 14 Mark veranschlägt. Mithin bleiben dieser Familie als thatsächlicher Wochenverdienst 10 Mark!!

Es ist dies aber durchaus noch nicht der geringste Verdienst. Andere Artikel, wie namentlich die kleinen Thiere — „Elendsvieh", wie bezeichnender Weise die Spielwaarenmacher sagen —, sind noch viel mehr im Preise gesunken. Die von dessen Herstellung lebenden Familien müssen thatsächlich hungern. Die Thiere werden nach Schock bezahlt, eine Verrechnung, die sich von Alters her erhalten hat. Für das Schock Thiere bezahlt der Verleger bis zu 15 Pfennig. Nun brachte eine bestimmte Familie die Woche 6000 Stück oder 100 Schock zur Ablieferung. Vom Arbeitslohn mußten für Holz 7 Mark in Abzug gebracht werden, für Farbe, Leim und Lack 3 Mark, so daß als Wochenverdienst dieser sechsköpfigen Arbeiterfamilie 5 Mark verblieben!!!

Eine andere, ebenfalls sechsköpfige Arbeiterfamilie, in der fast alle arbeiteten, verfertigte für den Verleger „Zappelmänner", das Schock für 30 Pfennig. Sie brachte in der Woche 1800 Stück oder 30 Schock zur Ablieferung. Für Holz, Farbe u. s. w. bringt sie in ihrer Auskunft nur 3 Mark in Anrechnung; sie hat demnach einen wöchentlichen Arbeitsverdienst von 6 Mark gehabt!

Eine Seiffener Familie brachte die Woche 100 Schock Holzsoldaten zur Ablieferung. Bezahlung pro Schock 15 Pfennig. Abzug für Holz, Farbe u. s. w. 8 Mark. Wochenverdienst somit 7 Mark! Diese Familie besteht aus Vater, Mutter und drei kleinen Kindern.

Das Schock kleiner Holzschiffe kauft heute der Verleger vom Spielwaarenmacher für 18 Pfennig! Eine Familie brachte wöchentlich 80 Schock zur Ablieferung. Für Holz u. s. w. mußte sie 8 Mark in Anrechnung bringen. Darnach verblieb ihr ein Wochenverdienst von 6,40 Mark.

Ein Spielwaarenmacher brachte pro Woche an Holzsoldaten besserer Qualität 60 Schock zur Ablieferung. Für das Schock erhielt er 20 Pfennig. Sein Wochenverdienst belief sich, nach den Abzügen für Holz u. s. w., auf 8 Mark.

In den Fabriken der Seiffener Gegend ist der Verdienst der Arbeiter kaum höher. Die Wochenlöhne schwanken zwischen 9 bis 11 Mark.

Der Gesammt-Jahresverdienst der Spielwaarenmacher in Heidelberg und Seiffen beläuft sich auf 250 bis 500 Mark!!! Höheren Verdienst haben nur wenige Familien, die in der Selbstausbeutung alle übrigen übertreffen.

Erwähnt sei hier noch die Konkurrenz, welche die armen Gebirgsbauernfamilien den Spielwaaren-Hausindustriellen machen müssen. Die mageren Ackerstreifen des oberen Gebirges tragen nicht so viel, um ihre Bebauer zu ernähren, und wenn der Winter die Felder verschneit, sitzen die Bauernfamilien bei der Oellampe und schnitzen für den Verleger. „Was die kleinen Landwirthe betrifft", schreibt mir ein Spielwaarenmacher, „so müssen fast alle Holzspielwaaren machen, denn der größte Theil hat hier mit ganz wenig Geld ein kleines Grundstück gekauft und sie sind darauf angewiesen, etwas Spielwaaren zu machen, daß so Eins das Andere trägt."

In der Seiffener Gegend und den Orten an der böhmischen Grenze sind die Löhne am meisten gesunken; anderwärts wird hie und da noch etwas mehr bezahlt. So geben die wenigen Hausindustriellen, die noch in Neuhausen sind, ihren Wochenverdienst auf 11 bis 13 Mark an. Sie verfertigen Puppenmöbel. Auch im unteren Bezirk der Spielwaarenhausindustrie, die nach Grünhainichen liefert, ist etwas besserer Verdienst zu verzeichnen.

Uebereinstimmend wurde mir aber im ganzen unteren Bezirk mitgetheilt, daß die Löhne in den letzten Jahren unaufhörlich gesunken sind: dagegen ist das Material des Arbeiters, das Holz, im Preise gestiegen. Dasselbe konnte ich auch im oberen Bezirk konstatiren. In einem Zeitraum von 10 bis 12 Jahren sind in diesem überall Fabriken entstanden, die heute an ihren Maschinen 25 bis 200 Arbeiter beschäftigen. Die Fabrikindustrie hat bewirkt, daß in der Hausindustrie die Löhne für das Schock Waare um 30 bis 40 Prozent gesunken sind. Auch müssen die Spielwaaren dem Verleger heute zumeist größer geliefert werden, als früher. Dabei ist der Holzpreis um 80 Prozent gestiegen und auch das übrige Material ist theurer geworden.

Nicht nur eine Herabdrückung des Einkommens des Hausindustriellen hat die Fabrikindustrie bewirkt, sie hat auch die Existenz des Hausindustriellen direkt untergraben. Vor einem Dezennium waren in dem schon genannten Rothenthal 120 Holzdrechsler thätig, die nur Spielwaaren verfertigten. Heute sind noch 55 ortsanwesend und von diesen wieder konnten 20 ihre Existenz nur dadurch erhalten, daß sie sich auf andere Dreherei warfen. So hat die Fabrikindustrie unter den selbständigen Hausindustriellen aufgeräumt. Das Gleiche gilt in Bezug auf die Federkastenmacher. Waren vor etwa 10 Jahren in Rothenthal 30 bis 40 selbständige Federkastenmacher thätig, so giebt es deren heute nur noch zwei dort. Dafür aber sind jetzt in Rothenthal 4 Fabriken in Betrieb, die 20 bis 70 Arbeiter beschäftigen. „In weiteren 10 Jahren", so schreibt mir mit Recht der Rothenthaler Holzdrechsler, „wird hier und in der Umgegend die Hausindustrie in der Spielwaarenbranche ganz aufgehört haben." Soweit heute die Fabrik Hausindustrielle beschäftigt, thut sie es nur, um Kinderkräfte ausnützen zu können. Das Beschlagen der Federkästen mit Schlössern, Scharnieren und Schildern wird von den Fabriken an die Hausindustrie vergeben. Für das ganze Gros fertig beschlagener Federkästen werden 30 Pfennig Lohn bezahlt!!! Nun müssen zum

Beschlag eines Kastens 14, 16 oder auch noch mehr Stifte verwendet werden, so daß um 30 Pfennig zu verdienen 1900 bis 2500 Stück Stifte eingeschlagen werden müssen!!! Der Fabrikarbeiter würde diese Arbeit, selbst bei äußerster Bedürfnißlosigkeit, so billig nicht leisten können. Da nun Kinderarbeit in der Fabrik verboten ist, wird die Arbeit an die Hausindustrie vergeben. Die Ausbeutung der zarten Kinderfinger, welche die Arbeiterschutzgesetzgebung der Fabrik verbietet, kann dergestalt in der Hausindustrie desto gründlicher fortgesetzt werden.

In Deutschneudorf und anderen Orten an der böhmischen Grenze werden Federbüchsen noch von Hausdrechslern hergestellt. Sie erhalten für das Schock 1,20 Mark bis 1,50 Mark. Die böhmischen Hausindustriellen liefern das Schock schon zu 1 Mark an die Deutschneudorfer Einkäufer. Die zur Herstellung der Büchsen verwendeten Hölzer werden ausschließlich aus Böhmen bezogen und kosten dem Drechsler die Hälfte seines Verdienstes. Im Durchschnitt stellt er täglich 2 bis 3 Schock Büchsen her und der Verdienst einer ganzen Woche übersteigt selten 9 Mark. Wo in den Orten an der böhmischen Grenze Viehschnitzerei betrieben wird, sind die Löhne auf dem tiefsten Stande angelangt. Der Viehschnitzler, der an den Drechsler noch 3½ Pfennig pro Schock abgeben muß, kann für sich kaum einen Reingewinn von 3 Pfennig am Schock herausrechnen und seine Familie hat zumeist in der Woche kaum 7 Mark für ihren Lebensunterhalt. Hier ist auch die schlimmste Kinderausbeutung zu finden. Schon im fünften, spätestens im sechsten Lebensjahr bekommt das Kind den Schnitzer in die Hand. Die Arbeitszeit der Erwachsenen, die kurz vor den Liefertagen manchmal erst um Mitternacht endet, wird auch seine Arbeitszeit und in der dumpfen Stube des Schnitzlers muß bei Ueberarbeit und Unterernährung die Gesundheit dieser armen Proletarierkinder langsam dahinsiechen.

Wie tief die Preise gesunken sind, zeigt recht beweiskräftig die Mittheilung eines Kegeldrehers. Die Kegeldreherei wird vornehmlich noch in Oberlochmühle, einem kleinen Orte an der böhmischen Grenze, betrieben, und obwohl der Artikel heute so schlecht bezahlt wird, daß ein Arbeiter kaum seine Rechnung dabei findet, wenden sich die einmal auf die Massenproduktion eines solchen Artikels eingerichteten Arbeiter nur selten einem anderen zu. So werden denn auch heute in Oberlochmühle noch immer Kegel gedreht. Während nun die Kegeldreher früher für einen Satz Kinderkegel — ein Satz sind 9 Kegel und 2 Kugeln — Nr. 3 1 Mark erhielten, bekommen sie heute für dieselbe Qualität nur noch 45 Pfennig. Davon sind noch die verbrauchten Hölzer abzurechnen; bleiben als Verdienst am Satze 22 Pfennig.

Es wird vielfach von den Leuten, die da glauben, gesellschaftliche Mißstände bessern zu können, indem sie sie beschönigen, so dargestellt, als hätten die Hausindustriellen der erzgebirgischen Spielwaarenbranche neben ihrem Arbeitsverdienst noch ein anderes Einkommen aus Ackerbau und Stallvieh. Damit will man es erklären, daß diese Bevölkerung mit den Hungerpfennigen des Verlegers ihr Dasein fristet. Aber eine solche Darstellung ist durchaus unwahr! Vier Fünftel der erzgebirgischen Spielwaaren-Hausindustriellen haben kein anderes Einkommen als den Ertrag ihrer Arbeit, und die Wenigen, die etwas besitzen, müssen es vollauf zur Bezahlung ihrer Schuldzinsen verwenden.

Umsomehr muß sich einem Jeden die Frage aufdrängen, wie es denn nur möglich ist, daß eine Bevölkerung von solchen Elendslöhnen ihr Dasein fristen kann? Denn es handelt sich hier nicht um etliche Hundert Menschen, es handelt sich thatsächlich um eine ganze Bevölkerung. Im Erzgebirge leben zwölftausend

Menschen von der Holzspielwaaren-Hausindustrie! Dem großstädtischen Arbeiter erscheint es einfach unmöglich, daß ein Mensch, selbst bei äußerster Bedürfnißlosigkeit und bei den niedrigsten Anforderungen an das Leben, von solchem Einkommen existiren könne. Nun wohl, das tägliche Leben der hausgewerblichen Familien der erzgebirgischen Spielwaarenindustrie ist auch entsprechend dem Tiefstand der Löhne. Es ist ein dauernder Verzweiflungskampf um die Existenz, in welchem der Sieg von Tag zu Tag erkämpft wird durch Hunger, Krankheit und Thränen. Fleisch bekommt der Spielwaarenmacher das ganze Jahr hindurch kaum zu sehen. Wenn schon die Statistik uns aus den großen Industriestädten, wie Chemnitz, eine dauernde Steigerung des Konsums von Hundefleisch meldet, was ließe sich erst aus dem Erzgebirge berichten! Die Arbeiter im sächsischen Niederland spötteln gerne über den Hering, den „Karpfen des Erzgebirglers". Ja, wenn die Spielwaarenmacherfamilien nur immer ihren Hering hätten! Doch dazu reicht der geringe Verdienst gar nicht aus. Die regelmäßige Nahrung ist „Kaffee" genannte Zichorienbrühe mit Kartoffeln. Kartoffeln tagaus, tagein, Kartoffelspeise in wechselnder Zubereitung, da das Broteſſen zu theuer ist. Schon in der Morgenfrühe erscheinen die Kartoffeln auf dem Tische. Bald sind es „Erdäppel rund", d. h. Kartoffeln in der Schale mit Salz, bald Kartoffelklöße — aber immer sind es Kartoffeln. Will die Familie einmal etwas besonders Gutes essen, so macht die Mutter „Tausch" oder „Talken". Sie reibt rohe Kartoffeln zu Brei, der rohe Brei wird mit dicker Buttermilch vermengt, tüchtig gesalzen und das Ganze dann in Leinöl gebacken. Ueberhaupt wird Fett, Butter oder Margarine stets durch Leinöl ersetzt, da dies Alles zu kostspielig ist. Wie es bei solcher Ernährung um die Gesundheit der Familie steht, braucht hier nicht erst näher erörtert zu werden. Alle Krankheiten, die aus Unterernährung resultiren, sind in diesen Familien zu finden und mit Sorgen und Thränen zieht die Mutter die schwächlichen Kinder groß.

Es ist eigentlich ein ergreifendes Schauspiel, dieses soziale Sterben einer großen Produktionsschicht. Denn um nichts Anderes handelt es sich. Die Tage der erzgebirgischen Spielwaaren-Hausindustrie sind gezählt. Die Löhne sind auf einem Tiefstand angelangt, unter den die Ausbeuter der Arbeiterfamilien sie nicht viel mehr hinabdrücken können, und schon längst würden die Hausindustriellen sich anderen Erwerbsarten zugewandt haben, wenn die entlegenen Dörfer des oberen Erzgebirges ihnen solche böten. Sobald aber der Druck auf die Arbeitslöhne nicht mehr möglich ist und die erzgebirgischen Spielwaarenverleger ihr Absatzgebiet nur noch behaupten können durch Verzicht auf den größten Theil des Unternehmerprofits, wird ihnen, nach berühmten Mustern, die Produktion „unlohnend" erscheinen und sie werden diese entweder aufgeben oder andere Artikel einführen.

Molinella.[1]

Von A. O. Olivetti.

Dieser schöne italienische Name, der so hell und lustig wie eine Fanfare klingt, erinnert die Bewohner dieses schönen Landes an menschliche Leiden, die jeder Beschreibung spotten, und an Kämpfe, die mit der Wuth der Verzweiflung geführt wurden. Der Name Molinella hat sich dem Herzen der italienischen Proletarier eingeprägt, wie der von Carmaux dem der französischen Arbeiter, denn es ist der

[1] Wegen Raummangel verspätet. Die Redaktion.

heftigste, erhabenste und tragischste der Kämpfe, die bisher in Italien von den gedrückten Landarbeitern gegen die kapitalistischen Ausbeuter ausgefochten wurden.

Ja, meines Wissens hat sich in keinem Lande ein ländlicher Strike abgespielt, an dem zwanzigtausend Arbeiter zwei Monate hindurch ohne Unterstützung, ohne Mittel, ohne Hilfsquellen irgend welcher Art betheiligt waren. Zwei Monate führten sie den Kampf, obgleich sie erschöpft sein mußten durch die lange Arbeitslosigkeit des vorangegangenen Winters und den einen ganzen Monat währenden Strike im vorangegangenen Sommer. Aber nicht die Thatsache, daß ländliche Arbeiter in Italien gestrikt haben, ist das Bemerkenswerthe an dem mit Recht berühmten Ausstand von Molinella, sondern der Geist, der die Strikenden erfüllt hat, die Prinzipien, von denen sie ausgegangen sind, der Opfermuth und die Hingabe, womit sie ihn durchgekämpft haben. Schon vorher haben ländliche Arbeiter, ausgehungerte und unwissende Bauern für einen Augenblick den Pflug verlassen und getrieben von unsäglichem Elend und blinder Wuth ihren Peinigern Rache geschworen. Verwüstend und blind wüthend ergossen sie sich über die bestürzten Dörfer, bis die Bleikugeln der Soldaten unter ihnen arg aufgeräumt hatten, sie zum Stillstand zwangen. Dumpfe Bestürzung, tiefe Niedergeschlagenheit griffen dann um sich. Die arme, geplagte „menschliche Bestie“, die für einen Augenblick sich gesenkten Hauptes dem Hinderniß entgegengestürzt hatte, fiel in die alte verdrossene Unterwürfigkeit zurück, und der eisernen Kette, welche sie an die Scholle fesselte, die für Andere gesegnet an Gütern und wunderbaren Ernten war, fügte sich ein Glied mehr an. Derartige Landarbeiterunruhen spielten sich in dem Gebiet von Mantua und Polesine ab, dasselbe Schauspiel sah man in den Ebenen der Lombardei und schließlich in Sizilien. Diese Ausstände haben nichts gemein mit der Bewegung des klassenbewußten Proletariats, das die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung erstrebt; ja, diese Aufstände schaden direkt der Verbreitung der sozialistischen Idee: wehe dem Agitator, der sich vor drei oder vier Jahren in die lombardische Ebene begeben hätte, die vorher der Schauplatz von Füsiladen, Prozessen und Verfolgungen war. Die Verwandten der Getödteten und Verurtheilten thaten sich eiligst zusammen, um gegen den Unvorsichtigen vorzugehen, machten sie doch ihn, als den Träger der sozialistischen Idee, verantwortlich für die vorangegangene Katastrophe. Gar manche Genossen, die sich in jene Gegenden gewagt hatten, verdankten die Rettung ihres Lebens nur der Schnelligkeit ihrer Beine. Mit Steinwürfen und höhnischen Worten zwang man sie, zu fliehen.

Noch ist in aller Erinnerung die ungeheure Enttäuschung der allzu leichtgläubigen italienischen Genossen über die agrar-sozialistische Bewegung in Sizilien. Im Nu stand ganz Sizilien im Aufruhr! In wenigen Monaten war eine künstliche von Begeisterung erfüllte Organisation entstanden, ein revolutionärer Sentimentalismus erfüllte die Bevölkerung der schönen Insel. Aber ebenso schnell war alles verschwunden, kein Funken sozialistischen Bewußtseins und Glaubens an den Sieg des Proletariats blieb in jenen Köpfen zurück, die gestern noch in hellen Flammen wie feuerspeiende Berge, heute verödet und leer sind, wie seit Jahrhunderten erloschene Vulkane. Und doch hatten die italienischen Sozialisten außerordentlich große Hoffnungen auf diesen gewaltigen Ausbruch der berechtigtsten Unzufriedenheit gesetzt.

Völlig anders wie diese ephemeren Bewegungen ist der Strike von Molinella zu beurtheilen. Arme, auf die niedrigste Lebenshaltung heruntergedrückte, schon seit der Geburt ausgehungerte, jeder Hoffnung auf Besserung beraubte Bauern und Frauen, verstanden es, einen, nach Haltung und Taktik wunderbaren, durchaus modernen Strike zu inszeniren. Sie blieben allen Provokationen gegenüber ruhig, allen Verlockungen und Vorspiegelungen gegenüber unerschütterlich kalt und dabei doch heiter und äußerst fest. Mit einem Lächeln auf den Lippen, mit unerschütterlichem Glauben im Herzen, ließen sie sich ins Gefängniß werfen, mißhandeln und auf jede Art peinigen. Und doch waren sie von demselben Elend heimgesucht, vielleicht von einem noch schwereren, wie ihre Genossen in Mantua, in der Lombardei und in Sizilien. Auch hier hatten die Arbeitgeber sich als Virtuosen der Brutalität

erwiesen. Die Arbeiter waren aber stark, weil sie von Klassenbewußtsein durchdrungen, weil sie erfüllt waren von dem Streben nach dem hohen, politischen Ziele, welches das Innerste des internationalen Proletariats bewegt, mit einem Worte, weil sie Sozialisten waren.

Der Name eines kühnen und bescheidenen Helden, der seit zehn Jahren unter den Bauern lebt und einer der Ihren geworden ist, verdient der Nachwelt überliefert zu werden. Er erfüllte die Bauern mit einem warmen und heiteren Glauben und gab der Bewegung einen höheren Charakter. Er verstand es, die Gebeugten wieder aufzurichten und die Menschen, die früher den Thieren ähnlich waren, als ihrer Aufgabe bewußte und mit Begeisterung erfüllte Proletarier zum ersehnten Siege zu führen. Dieser Mann ist Guiseppe Massarenti, der unermüdliche Agitator. Er ist milde mit den Schwachen, streng mit den Unterdrückern, ein echt italienischer Propagandist und Sozialist.

Molinella ist eine Gemeinde von Bologna mit ungefähr elftausend Einwohnern, von denen mindestens neuntausend Tagelöhner sind. Es ist von Reisfeldern, dem Reichthum dieses Ortes, aber auch zugleich dessen Schmach, umgeben.

Die hohe Produktivität der Reiskultur, die durch die natürlichen Bodenverhältnisse begünstigt ist, veranlaßte die Besitzer, diese Bewirthschaftung des Bodens jeder anderen vorzuziehen. Die gesicherte Arbeit und die relativ günstigen Existenzbedingungen lockten eine dichte Bevölkerung heran. Die kapitalistische Spekulation schuf eine künstliche Uebervölkerung bei ziemlich niedrigen Lohnsätzen, sie verdichtete rasch und stark die Einwohnerschaft der dortigen Gegend, welche früher kaum die Durchschnittsziffer der umliegenden Ortschaften erreichten.

Lange Zeit hindurch erzielte der Reisanbau einen, den üblichen stark übersteigenden Profitsatz. Von diesem wunderbaren Gedeihen der Reiskultur fielen auch einige Brocken in den Teller des Proletariats. An Arbeit fehlte es selten und mit dem Lohne ließen sich die Bedürfnisse des Tages, wenn auch nicht sehr reichlich, befriedigen. Arbeitsgelegenheit für die nächsten Tage war den Arbeitern sicher und an die fernere Zukunft pflegt der italienische Arbeiter nicht zu denken. Er tröstet sich, daß Gott schon dann für ihn sorgen werde.

Die relativ günstigen Arbeitsverhältnisse waren aber nicht von langer Dauer. Die starke, natürliche Bevölkerungszunahme im Verein mit der starken Zuwanderung und die Revolutionirung des internationalen Reismarktes durch die chinesische und japanische Konkurrenz, welche die Preise herabdrückte und die Reiskultur weniger einträglich machte, drückten die Löhne immer mehr herab und machten sehr viele Arbeiter für lange Zeit arbeitslos. Die Arbeitslosigkeit wurde der normale und permanente Zustand. Dabei waren die Bedingungen des Reisanbaus noch immer nicht ungünstiger, als die anderer Kulturen. Die Millionen freilich ließen sich von den Bodenbesitzern nicht mehr so leicht zusammenraffen, wie ehedem. Während aber die Arbeiter von der günstigen Konjunktur keinen Vortheil gehabt hatten, wurden die Folgen der weniger günstigen einfach auf sie abgewälzt.

Viele kräftige, arbeitsfreudige Männer mußten wider Willen feiern. Sie waren die Opfer einer ständigen Arbeitskrisis in diesem, von der Natur überreich gesegneten Gebiet. Technische Vervollkommnungen, vor Allem die Einführung einer eigenartigen Koppelwirthschaft, „alla Lombarda“ genannt, verschlimmerten die Lage der besitzlosen Proletarier. Dann wurde von den Unternehmern die männliche Arbeit durch weibliche und bald auch diese durch die noch billigere und willigere Kinderarbeit ersetzt. Kinder von acht und zehn Jahren spannte man schon ins Joch, von dem sie erst durch das Grab erlöst wurden. Auch die Einführung des Trucksystems verschmähten die Grundbesitzer nicht. Mit einem Worte, es wurde nichts unterlassen, um in kürzester Zeit bei der Reiskultur in klassischer, rücksichtslosester Weise das kapitalistische Ausbeutungssystem zur Anwendung zu bringen.

Plötzlich ging aber die Produktivität der Reiskultur zurück. Dies führte zur Einführung des künstlichen Wiesenbaues, bei dem das Bedürfniß nach menschlicher Arbeit fast gleich Null ist. Dem selbständigen Landwirth erwuchs hieraus noch ein

neuer Vortheil. Er konnte mit dieser primitiven Form der Bodenbenutzung Viehzucht und Maulbeerbaumkultur verbinden.

So litt, verursacht durch das Zusammentreffen natürlicher, ökonomischer und sozialer Verhältnisse, auf einem weit ausgedehnten, dem Weltgetriebe entrückten Erdstrich, eine ansehnliche Masse von Tagelöhnern unter einer chronischen Arbeitskrisis. Schon durch die Verhältnisse auf eine überaus niedrige Lebenshaltung heruntergedrückt, waren sie noch dazu gezwungen, sich gegenseitig die grausamste Konkurrenz zu Gunsten des Kapitalisten zu machen. Ein Abströmen der Bevölkerung zu Fabriken oder handwerksmäßigen Betrieben fehlte auch, da diese Gegenden ganz industriearm sind. Auch nach Gesinde war keine Nachfrage, denn die reichen Familien sind aus der Gegend fast gänzlich verschwunden. Die reichen Ritter- und Gutsbesitzer halten sich in Bologna, in Ferrara, ja sogar in Rom und Paris auf. Die Verwaltung ihrer Güter überlassen sie grausamen und habgierigen Agenten, die nur darauf bedacht sind, sich auf Kosten des Bodeneigners und des Arbeiters zu mästen.

Die verzweifelten Proletarier wandten sich an die Stadtverwaltung um Brot und Mehl. Diese, obgleich bis über die Ohren verschuldet, mußte, um die Bevölkerung nicht verhungern zu lassen, die Vertheilung von Mais anordnen, was aber zur Einführung neuer Steuern führte, die das Elend noch verschärften. Diese Bevölkerung, die gezwungen ist, sich mit ungewürzter Polenta zu nähren — Fleisch und Wein sehen die Leute nie — wird in schrecklicher Weise von der Pellagra heimgesucht. Schnell geht die Zerstörung des Organismus vor sich, besonders des weiblichen. Frauen, die mit zwanzig Jahren schön und kräftig waren, sind mit dreißig Jahren alt und werden mit vierzig Jahren Greisinnen.

Die zwölfstündige Frauenarbeit wird von einigen Kapitalisten mit nur 70 Centesimi gezahlt. Der reine Geldlohn herrscht aber nicht überall. Vielfach wird der Lohn nur zum Theile in Geld, theils aber in Naturalien, hauptsächlich in Mehl, welches dazu noch fast immer verfälscht, mit minderwerthigem Mehl, Gips und Kalk gemischt ist, ausgezahlt. Ja, oft wird an Stelle des Geldlohns ein saurer, für Bourgeoismägen untrinkbarer Wein geliefert, welcher nicht viel Anderes ist als Wasser, womit alte Weinfässer ausgespült wurden. Jedenfalls werden bei dieser betrügerischen Löhnungsart die Naturalien weit über den wirklichen Werth berechnet und überdies werden die Arbeiter noch bei der Abrechnung und beim Gewicht betrogen.

Hinter dem Arbeitgeber steht eine parasitische Hierarchie von Faktoren, Aufsehern und Unteraufsehern. Diese alle beuten den Arbeiter aus und unterdrücken ihn. Um so höher wird ihr Ansehen, je grausamer und gewaltthätiger sie sind. Viele sind ehemalige Sträflinge. Fast alle lassen sich von den Arbeitern einen Maklerlohn zahlen, ohne den diese keine Arbeit erhalten.

Diese ganze Hierarchie ist ein sehr bequemes Mittel für die Besitzer, um sich jeder Verantwortung zu begeben. Aufseher und Bodeneigner schieben sie sich gegenseitig zu. Eine Art türkischer Diplomatie wird gegen die Arbeiter so praktizirt, daß sie selbst auf den Wunsch verzichten, Recht zu verlangen und zu erlangen. Zu alldem kommt noch das wucherische Borgsystem der Krämer, die mitunter selbst ländliche Pächter sind. Bei ihnen muß sich der Arbeiter für den Winter, für die Feiertage und die Zeit der Arbeitslosigkeit versorgen, denn wenn er auch dann nicht arbeitet und verdient, muß er leider doch auch etwas wenigstens essen. Auf mehr als 150 volle Arbeitstage kann ein Arbeiter aber nicht rechnen.

* *
*

Der erste Strike fand 1897 statt. Die Bodenbesitzer provozirten ihn durch den Versuch, die Löhne noch tiefer herabzudrücken. Es handelte sich dabei um die Arbeiter, die den Reis vom Unkraut zu reinigen haben, welches in ungeheurer Ueppigkeit in dem Schlamme der Reisfelder gedeiht, die an organischen und zersetzenden Stoffen reich sind. Die Arbeit ist furchtbar. Man stelle sich die unendlichen Reisfelder vor: Kein Baum, nichts, worauf das Auge ruhen, was einen wohlthuenden Schatten erzeugen kann. Mit den Füßen stehen die Arbeiter bis zur

Hälfte in dem salzigen Schlamm, welcher schmerzliche Wunden erzeugt. Insekten, Blutigel, geschnittenes Rohr und Gestrüpp peinigen sie und erzeugen schmerzliche Risse im Fleisch, die sie mitunter Monate hindurch von der Arbeit fernhalten. Ueber ihnen brennt die Sonne, die durch den unerträglichen Reflex des Wassers und des Schlammes noch unerträglicher wird. In halb gebückter Stellung muß der Körper des Arbeiters stundenlang verharren, während die Hände den Schlamm durchwühlen. Einige der Unkräuter lassen sich leicht abstreifen, andere lassen sich aber nur entfernen, indem man mit den Händen in den Schlamm fährt und die Wurzel ausreißt, wozu es einer gewissen Kraftanstrengung bedarf. Andere wiederum, und das sind die schlimmsten, stecken so fest im Boden, daß der Arbeiter erst die Finger unter die Wurzel bringen und dieselbe loslösen muß, um die so gehobene Pflanze ausreißen zu können.

Schon nach einigen Stunden solcher Arbeit schmerzen und bluten die Hände dieser Armen. Häufig hauchen die Reisfelder, welche reich an organischen Fäulnißstoffen sind, unerträgliche Miasmen aus, die Fieber und Auszehrung erzeugen. Anderes Trinkwasser als dieses giebt es nicht. Es wird durch den oben beschriebenen Wein ersetzt, der aber in genügender Menge für die Arbeiter unerschwinglich ist.

Wie die Nahrung bei dieser Löhnung sein kann, läßt sich denken. Zum Ausruhen und zum Einnehmen der Mahlzeit muß eine halbe Stunde Pause genügen. Jedes Ausruhen von der ermüdenden Arbeit, jeder Augenblick des Aufathmens, den der Arbeiter sich gestattet, um den Kopf zu erheben und die Glieder zu strecken, zieht ihm einen Ordnungsruf des Aufsehers (caporale) zu, der mit einem Knotenstock versehen ist und die Ordnung damit wieder herstellt. Diese tödtliche und thierische Arbeit dauert zehn, elf, ja zwölf Stunden. Außerdem ist es üblich, den Arbeitern eine halbe Stunde täglich zu rauben, indem später Feierabend gemacht wird und die Erholungspause verkürzt wird. Dazu kommt noch, daß die Arbeiter bei der Abrechnung beständig betrogen werden und daß der Arbeiter, um an die Arbeitsstätte und von ihr dann wieder nach Hause zu kommen, weite Wege zurücklegen muß. Jetzt wird diese Art Arbeit vorzugsweise Kindern und Frauen, selbst hochschwangeren, übergeben.

Der vorjährige Strike wurde veranlaßt durch die Absicht der Grundbesitzer, den Lohn von 1 bis 1,10 Lire auf 0,90 bis 1 Lire herabzudrücken. Nicht irgendwelche Preisverschiebung, blos die Sucht nach Gewinn und die Hoffnung, aus der starken Arbeitslosigkeit Nutzen zu ziehen, war die Veranlassung zu dieser Lohnreduktion. Das war zu viel! Mit bewunderungswürdiger Solidarität stellten die Arbeiter die Arbeit ein. Die Grundbesitzer hielten dies für ein Strohfeuer und verließen sich auf die geringe Widerstandskraft der Arbeiter. Sie behandelten diese brutal, wie echte Feudalherren, lehnten mit olympischer Verachtung jede Verhandlung, jedes Zusammenkommen in einer Sitzung ab. Sogar eine vom Provinzialpräfekten einberufene Versammlung der Grundbesitzer war blos von einem des Besuches gewürdigt worden.

Diese offenkundige Verachtung der Ausbeuter reizte die Arbeiter aber erst recht zum Widerstand. Ruhig und entschlossen, sich jedes Gewaltmittels zu enthalten, schworen sie, eher Hungers zu sterben, als nachzugeben, sicher aber bis zum Aeußersten Stand zu halten. Der Strike gewann an Ausdehnung und Intensität, die alle Erwartungen übertreffen mußte. Er ward zu einem denkwürdigen Aufschwung gedrücktester Proletarier, zu einer kühnen und mächtigen Bekundung der menschlichen Würde, welche dem Paria der Reisfelder bis dahin fern geblieben war. Sie hatten keinen Soldo im Hause, nichts zu verkaufen und auch nicht die Möglichkeit, etwas geborgt zu bekommen. Dennoch blieben sie ruhig und entschlossen. Sie fischten die Frösche in den Gräben, kochten Kräuter, ertrugen Hunger und Elend mit einem bewunderungswürdigen Stolz. Diese wunderbare Bewegung erweckte bald bei allen besser gesinnten Leuten tiefe Sympathie für die Strikenden. Die Bauern brachten ihnen Korn und Mehl; wer bei dem Umfange des Strikes nicht materiell helfen konnte, tröstete und ermuthigte wenigstens.

Die Uebergriffe und die Gewaltthätigkeiten der Obrigkeit waren unglaublich. Polizisten, Karabinieri und Soldaten fielen in die Reisfelder ein. Mehr als 7000 Soldaten waren dort aufgestellt.

Obgleich in der italienischen Gesetzgebung das Recht des friedlichen Strikes anerkannt wird, durchsuchten die Schergen, die sich in den Häusern der Arbeitgeber erst vollgegessen und vollgetrunken hatten, die Dörfer und zwangen die Proletarier, die Arbeit wieder aufzunehmen. Trafen sie die Feiernden vereinzelt an, dann trieben sie sie vor sich her, führten sie auf das Reisfeld und zwangen sie, zu arbeiten.

Weigerten sie sich aber, zu arbeiten, so wurden sie verhaftet. Ein Grund hierfür fand sich bald.

Trotz der feierlichen Ruhe, des vollständig passiven Widerstandes wurden von der Obrigkeit umfassende Razzien und Massenverhaftungen vorgenommen. Aber alle angewandten Mittel: Gewalt, Einschüchterung, Provokation prallten von der Granitmauer einer entschiedenen Ueberzeugung, eines unerschütterlichen Entschlusses ab. Die Unternehmer und die Regierung sahen sich nicht mehr in der gleichen Situation, wie ehemals in dem Gebiet von Mantua und Mailand, wo die begeisterungstrunkenen und verzweifelten Arbeiter sich als nutzloses Opfer vor die Bajonette und in die Schußlinie der Gewehre stellten. Inzwischen drohte das in den Reisfeldern emporschießende Unkraut die zarten Pflanzen zu überwuchern. Der Verlust der Ernte stand zu befürchten. Die Strikenden wurden in Massen angeklagt. Man erfand neue Verbrechen, so z. B. den Versuch des Attentats auf die Freiheit der Arbeit. Die Zeugen, Polizisten und Karabinieri erzählten schamlose Märchen vor Gericht. Ungeheuerliche Urtheilssprüche wurden gefällt, doch alles vergebens! Die Grundbesitzer mußten nachgeben. Sie waren wüthend über die Niederlage und trugen sich mit wilden Rachegedanken.

Die hervorragenderen Sozialisten wurden nach einer längeren Untersuchungshaft angeklagt. Der Prozeß war ein juristischer Skandal, der ganz Italien in Erregung versetzte. Der „Avanti“ sprach in mehreren Nummern ausführlich über die Niederträchtigkeiten der Polizei: Er legte dar, in welch' infamer Weise Eingeständnisse erpreßt und anonyme Briefe gegen die Angeschuldigten verwerthet wurden. Die öffentliche Meinung widersetzte sich dem, die Zeitungen hallten hiervon wieder und das Ende war eine allgemeine Freisprechung.

Nachdem Grundbesitzer und Staatsanwaltschaft um die Rache gekommen waren, machten sie sich ans Werk, um auf hinterlistige Weise Genugthuung zu erhalten und so auf dem ökonomischen Schlachtfelde den Sieg doch an sich zu reißen.

Die Arbeit wurde in möglichst kleinsten Mengen vertheilt, um die Arbeitermasse zu ermüden. Den Winter hindurch wurde, obgleich die Jahreszeit sehr günstig war, keine außerordentliche Arbeit in Angriff genommen. Der sehr hohe Weizenpreis wirkte auf den der billigeren Getreidearten zurück und verschlang schließlich die schon an und für sich geringen Hilfsquellen der Arbeiter. Von der Präfektur wurde der städtischen Verwaltung verboten, die üblichen öffentlichen Arbeiten ausführen zu lassen. Inzwischen verbündeten sich die Unternehmer und schworen einander, nicht nachzugeben. Es wurde sogar für denjenigen, der es mit den Arbeitern halten sollte, eine Strafe festgesetzt.

Das einzige Mittel der Arbeiter, sich dem Lohndrucke zu widersetzen, war die Koalition. Gegen diese wandten sich nun aber die Waffen der Gegner. Der Strike von 1897 war ein ökonomischer gewesen, derjenige von 1898 wurde in erster Linie ein politischer. Mehr als für die geforderte Lohnerhöhung kämpften sie dafür, als mit den Unternehmern gleichberechtigte Faktoren beim Abschluß des Arbeitsvertrags angesehen zu werden und dafür, daß ihre Vertreter als vollberechtigt anerkannt würden. Die Unternehmer dagegen forderten die Einhaltung des erzwungenen Arbeitsvertrags und weigerten sich, mit einer Vertretung der Arbeiter zu verhandeln. Nach berühmten Mustern wollten sie nur mit jedem einzelnen Arbeiter in Unterhandlung treten. Die politischen Behörden legten sich ins Mittel und warfen das Schwert des Brennus noch auf die Wagschale. Während die Kapita-

listen nicht einmal die Zugeständnisse hielten, die sie gemacht und feierlich versprochen hatten, erließ der Präfekt Serrao einen Ukas, im wahren Polizeigeiste, der den Arbeitern jede Versammlung verbot, in der über ihre Angelegenheiten verhandelt werden sollte, sowie jede Art einer gemeinsamen Unterhandlung und auch die Wahl von Kommissionen und das Ueberreichen von Bittschriften. Der Präfekt selbst befahl den Arbeitern, unter Anwendung der verabscheuenswürdigsten Gewaltmittel, sich dem Tarif der Arbeitgeber zu unterwerfen, einem Tarif, der ohne Zuthun der Arbeiter zu Stande gekommen war und der die von ihnen in den letzten Monaten errungenen Vortheile beseitigte.

Das entzündete den Widerstand. Die Flammen schlugen noch höher auf, als im vorhergehenden Jahre und der Brand nahm noch größere Dimensionen an. Die Bedingungen für die Arbeiter waren aber noch unvergleichlich schlechtere. Ihre Kräfte waren erschöpft und ihre Freunde konnten ihnen nicht helfen. Der Kampf war von den Arbeitgebern auf einen Zeitpunkt verlegt worden, wo das Elend der Arbeiter seinen Höhepunkt erreicht, nämlich am Ausgang des Winters und wo der Kultur kein großer Schaden durch Arbeitseinstellung erwachsen kann.

Den Arbeitern wurde verboten, sich, gleichviel zu welchem Zwecke, zu versammeln, sei es auch nur, um über die Unterwerfung zu verhandeln. Obgleich alles in bester Ordnung verlief, kein Stein geschleudert, kein Schimpfwort gegen die Vertreter der Staatsgewalt ausgestoßen wurde, fanden die üblichen Massenverhaftungen statt. 500 Frauen wurden in brutaler Weise verhaftet. Da die Gefängnisse von Bologna nicht ausreichten, wurde ein Theil der Verhafteten nach Imola geführt, wo die Bevölkerung ihnen beim Durchmarsch in überaus warmer Weise ihre Sympathie bekundete. Die Prozesse wurden in der üblichen unerhörten und skandalösen Weise geführt. Die Armen hielten sich stolz und muthig und bekannten sich als Sozialisten. Obgleich verurtheilt, blieben sie doch die moralischen Sieger.

Der Widerstand wurde nach diesem Urtheil noch grimmiger. Er wurde zu einem Kampfe bis aufs Messer, es handelte sich um Leben und Tod.

Ganz Italien folgte gespannt dem tragischen Kampfe, der in Unter-Bologna ausgefochten wurde. Die demokratischen Parteien und alle anständig denkenden Leute erklärten sich für die Strikenden. Die ins Auge fallende Ungerechtigkeit des Urtheilsspruches machte großen Eindruck. Es wurden Protestversammlungen gegen den Präfekten abgehalten, deren Einberufer bürgerliche und monarchische Abgeordnete waren.

Man verlangte die Absetzung jenes Beamten und betonte das Recht der Arbeiter auf Vereinigung, man sprach denen, die die Arbeiter außerhalb des Gesetzes gestellt hatten, das Mißtrauen aus. Diese Bewegung des öffentlichen Gewissens mußte tiefen Eindruck machen. Aus ganz Italien strömte Hilfe zu und es wurde die für ein so armes Land ungeheure Summe von 25000 Lire gesammelt. Das internationale Proletariat bethätigte durch seine Hilfe die internationale Solidarität. Die englischen Maschinenarbeiter, die bei ihrem Strike mit 50 Lire unterstützt worden waren, welche die Reisarbeiter Soldo für Soldo gesammelt hatten, gaben 500 Lire zurück. Wie auch immer der Ausgang dieses ökonomischen Kampfes sein mochte, moralisch war die Schlacht bereits gewonnen.

Sie waren gewöhnt, sich das ganze Jahr hindurch schlecht zu nähren oder zu hungern. Jede Familie erhielt täglich für 20 Centesimi Mais; Frösche, Kräuter und Wurzeln mußten als Nahrungsmittel aushelfen. Einen großen Trost bereitete den Arbeitern die Sympathie, die sich überall kundgab. Einige dramatische Szenen spielten sich ab: Als die Polizei eine Anzahl Frauen, die plaudernd beisammenstanden, verhaften wollte, umringten die anderen die Bedrohten und baten, sie auch mit zu verhaften. Und Arm in Arm gingen sie, ohne ein Wort zu sagen, ins Gefängniß. Sie wurden dann wegen Widerstand gegen die Obrigkeit angeklagt. Am 27. März erwartete eine Schaar Frauen, die von Kavallerie angegriffen wurde, heiter lächelnd den Zusammenstoß. Auf einer Entfernung von zwei Metern hielten die Pferde.

Dieser Kampf währte zwei Monate. Inzwischen hallte durch Italien ein dumpfes Murren der Empörung. Ueberall auf dem Lande und in der Stadt empörte sich das Volk. Es kam zu einem schrecklichen Hungeraufstande. In diesem Kampfe widerstand nur Molinella. Selbst der Hauch der Empörung, den die ganze Umgebung ausströmte, ließ Molinella kalt, während es in dem benachbarten Faenza zu heftigen Konflikten zwischen dem Militär und dem Volke kam. Die Kapitalisten mußten zum zweiten Mal nachgeben. Die zum überwiegenden Theile aus Grundbesitzern zusammengesetzte Agrarkommission von Bologna legte sich ins Mittel. Sie zeigte sich blos deshalb nachgiebig, um sich einen ehrenvollen Rückzug zu sichern. Die Arbeiter steiften sich nicht darauf, einen vollständigen Sieg festzustellen, sie hielten sich lieber an das alte italienische Sprichwort: „Dem fliehenden Feinde muß man eine goldene Brücke bauen". Die Bodenbesitzer stützten sich juristisch auf den Arbeitsvertrag und den Arbeitern genügte es, als freie Kontrahenten betrachtet zu werden.

So war der Kampf endlich beendet. Er brachte den Arbeitern noch eine weitere Genugthuung. Von der Agrarkommission selbst wurde eine camera arbitrale agraria, eine Art Einigungsamt für ländliche Arbeiter eingeführt. Die erste ihrer Art in Italien.

Indeß konnte diese Institution keinerlei bindende Beschlüsse fassen. Viele Grundeigenthümer haben sich überdies ausdrücklich geweigert, die Beschlüsse dieses Einigungsamtes anzuerkennen, andere wieder zogen es vor, auswärtige Arbeiter einzustellen oder nur solche, die sich ausdrücklich verpflichteten, in keinem Falle die camera arbitrale anzurufen.

Der Strike von Molinella ist nicht als eine isolirte Erscheinung zu betrachten, er ist der Ausdruck des Erwachens des ländlichen Proletariats Italiens. Er ist ein Kampf der Vorhut gewesen. Das eigentliche Heer folgt im beschleunigten Marsche und wird sich bald in den Kampf begeben.

Die ländliche Bevölkerung Nord-Italiens, Piemonts, Polesinas, Mantuas, der beiden Emilies, liefert das größte Kontingent zur sozialdemokratischen Partei. Mehr als die impulsiven Revolutionäre der Städte sind sie bestimmt, ein entscheidendes Wort bei der sozialen Entwicklung Italiens zu sprechen. Wenn je eine Revolution in Italien stattfinden wird, dann wird es eine Bauernrevolution sein. Deshalb trachtete die Reaktion danach, sich an den Arbeitern von Molinella zu rächen.

Die intelligenteren Arbeiter und die Sozialisten des Ortes wurden nochmals eingesperrt unter dem Vorwande, bei den Aufständen in Mailand verwickelt zu sein, aber nach zwei Monaten mußten sie wegen Mangels an Beweisen wieder freigelassen werden.

Inzwischen wurden die politischen, sowie der Konsumverein und auch alle anderen Genossenschaftsanstalten aufgelöst. Es wurde selbst die von Sozialisten gegründete Wärmehalle geschlossen. Den Parteiwirthen wurde die Konzession entzogen. Alle möglichen Uebergriffe wurden begangen.

Aber Molinella und die umliegenden Ortschaften haben sich nicht irre machen lassen. Von einem unerschütterlich festen Glauben erfüllt, lassen sie auch diesen Sturm über sich hinwegtoben und bereiten die Waffen für weitere Kämpfe vor.

Notizen.

Das Parteiarchiv und seine Benutzung. Man schreibt uns:

Geehrte Redaktion!

Zu Ed. Bernsteins Besprechung des ersten Theiles meiner Biographie Bakunins („Neue Zeit", XVII, 1, S. 375/77)[1] möchte ich bemerken, daß meine Parteilichkeit wohl hätte bewiesen, statt blos aus meiner Vorbemerkung konstruirt werden

[1] Beiläufig bemerkt, ist in dieser Besprechung ein Druckfehler zu berichtigen. S. 376, Zeile 22 von oben soll es heißen „richtigsten" statt „wichtigsten".

sollen. Denn meine Bemerkung über die nicht von mir um Material gebetenen Marxisten, weil ich sie „der Wahrheit entsprechend angreifen muß“, ist doch wesentlich der Ausdruck eines naheliegenden Taktgefühls: viele Personen, deren Handlungsweise gegen Bakunin und seine Richtung mir, nach bestem Glauben, auf Grund von Quellen, verwerflich erscheint, würden mir, dem unbetheiligten, unbekannten Sammler von Material, gewiß liebenswürdig entgegengekommen sein — es wäre aber gleich schlecht, diese Liebenswürdigkeit zu acceptiren und dann dem Betreffenden durch Veröffentlichung der ihn belastenden Wahrheit thatsächlich eine Unannehmlichkeit zuzufügen, als aus Rücksicht auf diese Höflichkeit Thatsachen zu unterdrücken oder abzuschwächen. Also ist Abstention von solchen Quellen das einzige Mittel zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Selbstachtung.

Ich wäre hierauf kaum zurückgekommen, wenn ich nicht im allgemeinen Interesse eine damit zusammenhängende Frage anregen wollte, nämlich die des sozialdemokratischen Parteiarchivs.

Ich selbst habe mich 1889 — zufällig gerade mit einer Empfehlung (als Nichtparteigenosse) von Ihnen an Ed. Bernstein um Benutzung des Archivs gewendet welche damals wegen Nichtaufstellung der Sammlungen unmöglich war. Seitdem that ich keine weiteren Schritte, da, sobald ich nur im unbedeutendsten Maße — ob es zur Kenntniß der Betreffenden kam oder nicht, weiß ich nicht — die Ideen der Sozialdemokratie zu bekämpfen begann, es mir unmöglich schien, die Gefälligkeit der Partei in Bezug auf das Archiv in Anspruch zu nehmen. Und doch habe ich staatliche, kommunale, Kloster- und andere Bibliotheken stets benützt, obgleich ich dem von den legalen Eigenthümern vertretenen Standpunkt mindestens ebenso feindlich gegenüberstehe, wie der Sozialdemokratie.

Der Grund davon scheint mir eben darin zu liegen, daß eine Bibliothek, ein Werkzeug zur Forschung, nie und nimmer mit einer Partei als Partei eng verbunden sein soll. Von den Personen, deren Donationen das Archiv bilden, war doch wohl kaum eine so beschränkt, dadurch nur sozialdemokratische Zwecke fördern zu wollen (wenn ich von der Benutzung als Handbibliothek im Interesse der Parteigeschäfte und als Propagandamittel absehe); denn eine sozialdemokratische Geschichtsforschung giebt es ebenso wenig, wie eine sozialdemokratische Mathematik. Man wollte doch wohl — besonders da Viele glauben, daß die öffentlichen Bibliotheken derartiges Material nicht schätzen (was früher richtiger war als jetzt) — der sozialistischen Literatur im weitesten Umfang ein dauerndes Asyl schaffen, wodurch auch die Nachtheile der Zerstreuung an vielen Orten möglichst beseitigt würden; ferner mußte vieles Ungedruckte oder in kleineren Kreisen Zirkulirende vor der ordinären Ausbeutung durch rohe Gegner bewahrt bleiben. Und es war eine Periode der Proskription, als Anfangs der achtziger Jahre, ich glaube von A. Bebel, die Schaffung des Archivs im Züricher „Sozialdemokrat“ angeregt wurde; damals konnte wenig Neigung bestehen, die von der Gesellschaft geächtete Literatur gesellschaftlichen Institutionen in Deutschland anzuvertrauen. Seitdem fand aber die Uebersiedlung eines vermuthlich bedeutenden Theiles des Archivs von London nach Berlin statt, welche zeigt, daß maßgebende Kreise ein relatives Vertrauen in die Sicherheit dieser immer werthvoller werdenden Seltenheiten vor offizieller Wegnahme und Vernichtung gewonnen haben.

Schwand so die Nothwendigkeit, das Archiv in engster Parteiobhut zu bewahren, so hätte man nun erwarten sollen, daß eine Benutzbarmachung in einer allen ehrlich an der Geschichte des Sozialismus Arbeitenden annehmbaren Form stattfinden würde.

Ich kenne die thatsächlich bestehenden Regulationen überhaupt nicht, weiß aber, daß für mich Folgendes in Betracht kommen müßte: Personen, die im vollen Parteigetriebe stehen, sind auf dem Wege zur Benutzung des Archivs zu begegnen, Gegner also, von denen man keine Gefälligkeit acceptiren kann, und in fast jeder Bibliothek — außer dem unübertroffenen British Museum — ist ein gewisser Grad persönlicher Berührung unausweichlich. Ich müßte mich da wohl an die Partei-

sekretäre oder die „Vorwärts“-Redaktion wenden, alles Personen, die meine Ansichten in, nach meiner Ansicht, unkorrektester Weise täglich bekämpfen u. s. w. Kurz, etwas Gleiches kommt bei keiner anderen Institution vor — um eine Staatsbibliothek zu besuchen, hat man nicht durch das Joch eines Verkehrs mit Gerichts- oder Verwaltungsbeamten oder der Regierungspresse zu kriechen; um die Bibliothek im Wiener Rathhaus zu benützen, muß man keinem antisemitischen Gemeinderath in die Nähe gehen; in der polnischen Bibliothek von Rapperswyl trifft man keine bekannten Polen, sei es Daszinski oder Stojalowski, Mendelsohn oder Badeni, sondern unscheinbare freundliche Männer, die keine Frage stellten und mir in wenigen Minuten Briefe Bakunins und anderes seltenes Material brachten u. s. w. Ein solcher peinlicher Zustand sollte also auch betreffs der der deutschen Sozialdemokratie anvertrauten Bibliothek aufhören.

Zu diesem Zwecke sollten, meine ich, Mitglieder der Partei am nächsten Parteitag eine Trennung des Archivs in drei Theile vorschlagen:

1. Material, welches der Partei als Vertrauensperson übergeben ist und das aus solchen Gründen — die natürlich auch im Laufe der Jahre revisionsbedürftig werden mögen — in der unmittelbaren Obhut der Partei in London bleibt;

2. Material zur neueren Geschichte der Sozialdemokratie und der sozialen Verhältnisse, das stets zur Hand sein muß, um im direkten Parteibedürfniß verwendet zu werden (also die Handbibliothek des Sekretariats, des Vorstandes, der Fraktion und dergleichen);

3. alles andere, namentlich älteres und nicht auf die jetzige Organisation bezügliches historisches Material, die Schriften der dreißiger und vierziger Jahre und von 1848 bis 1849 und aus der Emigration; die ältere ausländische sozialistische Literatur; die alten Briefe und Dokumente.

All dies sollte nicht mehr in Parteiverwaltung bleiben, sondern einer von der Partei durchaus getrennten öffentlichen Institution zur Aufbewahrung überwiesen werden, ein nicht einzig dastehender Fall, für den ich aber gar kein Beispiel anführen will, um — der Wirklichkeit entsprechend — unbeeinflußt zu erscheinen. Im Falle dieser Uebernahme des historischen Materials durch eine permanente öffentliche Sammlung, die durchaus nicht staatlich sein soll, bliebe die sozialistische Sammlung dem Wunsche entsprechend vereint, sie wäre vor Maßregelung besser bewahrt, als sie es jetzt sein kann, und es würde sie vor Allem Jeder unter normalen Verhältnissen benutzen können, ohne wie jetzt die Last einer Verpflichtung gegen Personen, die er bekämpft und die ihn bekämpfen, auf sich zu laden.

Wenn selbst der Staat die Bibliotheken bedingungslos zur Verfügung stellt, sollte es die Sozialdemokratie auch in annehmbarer Form thun. Die Sammlungen von Becker, Heß, Engels und Anderen, aus denen bis jetzt so wenig das Tageslicht erblickt hat, würden dann nicht für weitere Zeiten begraben bleiben. Ist es nicht in Deutschland möglich, so — im Interesse der Sicherheit der Sammlungen um so lieber — im Ausland. Es wäre eine anerkennenswerthe Art, das Jahr 1848 aufrichtig zu feiern, wenn so viel schönes Material zu seiner Geschichte und Vorgeschichte von jetzt ab in dieser Weise wirklich zugänglich würde.

Dies die Anregung eines für alle Zeiten außerhalb der Partei Stehenden, der auch ohne das Parteiarchiv seine Wege geht, aber die Einsargung so interessanten Materials bedauert.

Den 21. Dezember 1898. Max Nettlau.

Die neue Ueberbrückung der Stromschnellen des Niagara. Ueber die Ausführungen der neuen Niagarabrücke sind jetzt interessante Einzelheiten durch den Erbauer, Ingenieur Buck, veröffentlicht worden. Zum ersten Male tauchte bekanntlich die Idee dieser Ueberbrückung der zwischen den Felsen fast 250 Meter breiten Oeffnung im Jahre 1844 auf. Ein Seil wurde über die Schlucht gespannt und daran

ein leichter eiserner Wagen zur Beförderung des Materials und der Arbeiter aufgehängt. Nach und nach entstand dann die Hängebrücke mit Holzthürmen. Sie trug zwischen den Seilen einen 2,30 Meter breiten Fahrweg aus Holz. Schon nach wenigen Jahren erwies sich indessen die Brücke als ungenügend.

Vom Jahre 1853 bis 1855 baute dann Röbling die weltberühmte Hängebrücke, die Steinpfeiler, eine hölzerne Fahrbahn für Straßenverkehr unter und eine eingleisige Eisenbahn über den versteifenden Holzfachwerkträgern hatte. Nach 22 Jahren der Benutzung ergab eine Untersuchung, daß sich die Kabel in Folge der Spannung aus dem Beton gelöst hatten, durch Wasser waren die äußersten Drähte stark angefressen. Die Ausbesserung wurde in der Weise vorgenommen, daß in jedem Kabelende mehrere Drähte ausgeschnitten und ersetzt wurden. Im Jahre 1880 wechselte man die verfaulten Holzträger durch eiserne aus, wodurch eine Vergrößerung der zulässigen Verkehrslast um 350 Tonnen erreicht wurde. Auch an den Steinpfeilern waren wiederholt Ausbesserungen nothwendig. Aber sie konnten ihren gänzlichen Verfall nur eine Weile aufhalten. Als im Jahre 1886 festgestellt war, daß auch das Innere der Steinpfeiler gelitten hatte, wurde von Buck die Ersetzung der Steinpfeiler durch eiserne ohne Unfall durchgeführt. Von dem Meisterwerk Röblings war mithin nichts mehr vorhanden als die Kabel, die Kabelsättel und die Hängeeisen. Da trotz dieser umfangreichen Erneuerungen die Brücke den Ansprüchen des Verkehrs nicht mehr genügte, so führte Buck in der Zeit vom 9. April 1896 bis zum 27. August 1897 eine neue Brücke über die Niagara-Stromschnellen aus. Der Grundgedanke des Umbaues beruhte auf der Einhüllung der alten Seilbrücke in die Hauptträger der neuen Bogenbrücke, der darauf folgenden Auswechslung der Fahrbahnen und dem schließlichen Abbruch der alten Brücke.

Die neue Ueberbrückung des Niagara besteht außer dem großen Bogen von 168 Meter Spannweite, dessen Kämpfer gegen Untermauerungen an den Schluchtwänden treten, aus zwei kleinen Seitenöffnungen, die sich beiderseitig an die ebenfalls umgebauten, die Eisenbahn tragenden Anfuhröffnungen anschließen. Die Errichtung des Bauwerks erfolgte ohne Zugunterbrechung; nur während des Einbauens der oberen Fahrbahn wurde der Verkehr auf der Straße täglich für zwei Stunden gesperrt, da man fürchtete, daß bei der hastigen Arbeit oben Verletzungen durch fallende Gegenstände unten vorkommen könnten.

Der Vorbau der Bogenbrücke schritt von beiden Enden Feld für Feld vor, wobei unterhalb der alten Brücke alle Theile, auch die Fahrbahnträger der neuen Straße, eingesetzt wurden, letztere aber so viel tiefer, daß die alte Brücke auch bei stärkster Durchbiegung nicht aufsetzen und so die vorgebauten Theile der neuen Bogenbrücke belasten konnte. Bei dieser Bauart, die auch bei der Herstellung der Thalbrücke zwischen Solingen und Remscheid zur Anwendung kam, bleibt in der Mitte eine Oeffnung, die mit dem Fortschreiten des Baues immer kleiner und zuletzt durch ein passendes Feld aus Eisenkonstruktion geschlossen wird. Das Abreißen der alten Seilbrücke ging in der Weise vor sich, daß man deren Hängeeisen löste und die Kabel auf die Fahrbahn der neuen Bogenbrücke niederließ. Da man die zuerst beabsichtigte anderweitige Verwendung der Kabel aufgegeben hatte, so befreite man die Drahtseile von den Einhüllungen und zerschnitt sie in bequem zu transportirende Längen.

Als Beweis dafür, daß die Kabelbrücke während der Jahre ihrer Benutzung nie bis zu bleibenden Reckungen in den Drahtseilen gespannt worden war, muß die Thatsache betrachtet werden, daß die zerschnittenen Drähte sich wieder zu Ringen krümmten, entsprechend dem aufgerollten Zustand, aus dem sie bei dem Bau entnommen waren.

Nach der Berechnung sollte sich die Bogenbrücke im Scheitel bei einer Belastung von 15000 Kilogramm etwa 50 Millimeter durchbiegen. Man begnügte sich mit einer Probebelastung von 9700 Kilogramm. Rechnungsmäßig erwartete man eine Durchbiegung von 32 Millimetern, in Wirklichkeit betrug aber die Senkung des Scheitels nur 21 Millimeter.

Die neue Bogenbrücke über die Stromschnellen des Niagara erforderte 7200000 Kilo Flußeisen. Die Kosten des Riesenbaues sollen nur 2 Millionen Mark betragen.

Man muß es den Amerikanern lassen, daß sie immer noch Meister bezüglich der Schnelligkeit im Bauen sind. Diesen Brückenbau in einem Jahre und fünf Monaten zu bewältigen, ist an und für sich schon ein Kunststück, das Anerkennung und Beachtung verdient. F. M. Grempe.

Staatshilfe für die Baumwollspinnereibesitzer in Japan. Die überreiche Baumwollernte in den Vereinigten Staaten im vorigen und namentlich in diesem Jahre und das in Folge dessen eingetretene weitere Sinken des Preises für Baumwolle hat überall, sowohl in den Vereinigten Staaten selbst, wie in Deutschland, Oesterreich u. s. w. eine so arge Ueberproduktion in den Baumwollspinnereien und -Webereien und trotz Sinkens der Preise für die Fabrikate eine so bedeutende Ansammlung fertiger Waaren in den Händen der Fabrikanten bewirkt, daß wenn nicht bald eine bedeutende Einschränkung der Produktion eintritt, eine große Anzahl der kleineren Fabriken zur Betriebseinstellung gezwungen sein werden. Erklärte doch die Gladbacher Spinnerei und Weberei, die noch im vorigen Jahre 8 Prozent Dividende vertheilte, daß sie im letzten halben Jahre wegen der weichenden Preise zeitweise mit Verlust gearbeitet habe.

Selbst bei der jungen, bis zu Anfang dieses Jahres blühenden Baumwollindustrie Japans machte sich diese Krisis in empfindlicher Weise geltend. Als die Verhältnisse in Ostasien in diesem Frühjahr beunruhigend wurden, die Preise für Lebensmittel stiegen und die Arbeitslöhne sanken, stockte auch, wie das „Handelsmuseum" berichtet, der Absatz in Baumwollgarn, und die Preise für dasselbe fielen erheblich. Für einen Ballen Garn Nr. 16, der im Juli 1897 zu 96,23 Yen (1 Yen = 2,18 Mark) pro Ballen verkauft wurde, wurden im Juli 1898 nur 85,34 Yen erzielt.

Alles das hatte ein bedeutendes Zurückgehen der Dividenden zur Folge. Man versuchte durch Einstellen der Nachtarbeit, durch Verminderung der Arbeitsstunden, durch Einführung von vier Feiertagen im Monat statt der bisherigen zwei der immer steigenden Ueberproduktion entgegenzuarbeiten, um die Marktpreise zu heben; aber es wird behauptet, daß diese Mittel erfolglos waren und daß die gegenwärtigen Preise für Baumwollgarn nicht die Herstellungskosten decken. 350 Catties (100 Catties = 1 Pikul = 60,1 Kilogramm) Baumwolle zum Preise von 18½ Dollars per Pikul machen 66,60 Yen. Die Kosten, um diese Baumwolle in Garn zu verwandeln, betragen auch bei reduzirten Arbeitslöhnen 18 Yen, zusammen also 84,60 Yen. Zieht man von diesen 84,60 Yen 2 Prozent als Werth der Baumwollabfälle ab, so kostet ein Ballen solchen Garnes dem Spinnereibesitzer 82,60 Yen, während sein gegenwärtiger Preis für den Export nur 82,50 Yen beträgt. In Folge dessen stellte sich bald Geldverlegenheit für die Spinnereigesellschaften ein, und diese wendeten sich in ihrer Noth an die Regierung und baten diese um Hilfe. Diese beschloß dann, daß die Speziebank in Yokohama auf japanische Garne, die in Shanghai und Hongkong lagern, bis Ende 1898 einen Vorschuß von 3 Millionen Yen und vom 1. Januar bis 30. Juni 1899 einen weiteren Vorschuß von 2 Millionen Yen gewähren darf. Obgleich die japanischen Fabrikanten hoffen, so die Krisis überwinden zu können, ist doch nicht zu bezweifeln, daß auch die Hilfe der Regierung ihnen nicht lange ermöglichen wird, unter den Selbstkosten zu fabriziren, und daß auch sie bald gezwungen sein werden, ihre Fabrikation auf ein dem Konsum und Absatz entsprechendes Maß einzuschränken.

Feuilleton.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Fortsetzung.)

IX.

Neben dem „sozialen“ oder „werkthätigen Mitleid“, das die modernen Naturalisten beseelen soll, nennt Steiger als ihr belebendes Prinzip das Verlangen, sich als „selbstherrliche Persönlichkeiten“ nach dem Muster des „Geistesriesen“ Nietzsche auszuleben. Steiger will die „zwei großen geistigen Strömungen scharf auseinanderhalten“, und das ist sehr logisch, denn Niemand hat sich über das „werkthätige Mitleid“ mit grausamerem Spott ausgelassen, als der „Geistesriese“ und „unbarmherzige Seher kommender Jahrtausende“. Jedoch wenn Steiger sagt, daß die beiden Strömungen „oft ineinander überfließen“, so muß man mit Betrübniß feststellen, daß die „selbstherrlichen Persönlichkeiten“ des Naturalismus „oft“ hervorragende Konfusionsräthe sind.

Ueber Nietzsche handeln Duboc und Tönnies in den beiden Schriften, die noch zu besprechen sind. Duboc ist wohl der letzte Jünger Feuerbachs, der in Deutschland lebt: ein geistreicher und scharfsinniger Schriftsteller, ist er als solcher in einer langjährigen Wirksamkeit doch nie ganz zu seinem Rechte gekommen, da er der Bourgeoisie nie geschmeichelt und sich dem Proletariat, bei aller wohlwollenden Gesinnung, immer fern gehalten hat. Unter dem Titel „Jenseits vom Wirklichen“ vereinigt er vier größere Aufsätze, deren erster sich in loyaler und würdiger, aber nicht eben tief greifender Weise gegen Bebels Buch über die Frau kehrt, während der vierte mit „Nietzsches Uebermenschlichkeit“ abrechnet. Duboc vollzieht diese Abrechnung vom Feuerbachischen Standpunkte, von der „anthropologischen Basis“ aus, wogegen sich im Einzelnen manches einwenden ließe, vortrefflich jedoch und bei aller Knappheit erschöpfend ist die historische Skizze, die Duboc von den drei Philosophen der deutschen Bourgeoisie und dem inneren Zusammenhange ihrer sogenannten „Systeme“ giebt.

Schopenhauers Pessimismus, dürftig begründet wie er war und hartnäckig verschmäht von der Bourgeoisie, solange sie noch einige Kourage im Leibe hatte, schlug in ihre katzenjämmerliche Stimmung ein, als sie in den fünfziger Jahren von der bureaukratisch-feudalen Gegenrevolution gemißhandelt wurde. Da sie keinen politischen Willen mehr hatte, so ließ sie sich gern das lockende Bild der Verklärung und „Meeresstille des Gemüths“ vorgaukeln, die dann eintreten sollten, wenn das Wesen des Willens gebrochen sei. In der Praxis hatte das Ding allerdings seinen Haken. Erstens nämlich besaß die Bourgeoisie noch einen ökonomischen Willen, auf den sie keineswegs zu verzichten gedachte, wie denn auch Schopenhauer selbst trotz aller politischen Duckmäuserei in diesem Punkte sehr kitzlich war, und sobald er seine Rente gefährdet glaubte, von „Meeresstille des Gemüths“ und sonstiger Verklärung wirklich auch gar nichts verrieth. Zweitens aber bekam die Bourgeoisie, je mehr ihr ökonomischer Wille erstarkte, auch wieder einen politischen Willen, mochte er zunächst immerhin sehr zahm ausfallen, so daß sie sich eigentlich gegen diesen Willen durch die Ereignisse von 1866 wieder in den Vordergrund der politischen Bühne geworfen sah.

Unbewußt aus der Schopenhauerei herausgeschleudert und verdutzt um sich schauend, fand sie einen barmherzigen Gönner an einem preußischen Leutnant.

Ed. v. Hartmann kleisterte ihr die „Philosophie des Unbewußten" zurecht, den „Juchhe-Pessimismus", der zwar auch noch über den „wahnwitzigen Karneval der Existenz" klagte, aber tröstend hinzufügte, daß es dem Pessimisten durchaus unverwehrt sei, die guten Dinge dieser Welt mitzunehmen, wenn er es nur mit „stiller Hoheit der Resignation" und „erhabener Trauer" thäte, in dem ihn ganz erfüllenden Gedanken, dadurch „den Entwicklungsprozeß der Menschheit zu fördern und seinem Ziele näher zu führen". Das half wieder eine Weile, aber es kamen immer fettere Tage für die Bourgeoisie; sie wurde immer frecher und üppiger, ihre Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden wuchsen sich so riesenmäßig aus, wie ihre kapitalistischen Produktionswerkzeuge; eine schamlose Genußsucht griff um sich und zerstampfte alle spießbürgerliche Moral. Den Protzen des großen Kapitalismus kam die „stille Hoheit der Resignation" und die „erhabene Trauer" doch selbst allzu komisch vor; sie sahen sich nach neuen Rechtstiteln ihres sozialen Daseins um und zwar um so dringender, je ungestümer das ausgebeutete und unterdrückte Proletariat darnach zu fragen begann, und nun erschien ihnen Nietzsche als der rettende Philosoph.

Er schob ungeduldig den „Amalgamisten" Hartmann bei Seite und knüpfte wieder an Schopenhauer an, aber in Negation der Negation. Schopenhauer hatte den Willen „das durchweg Schlechte und Gemeine in uns" genannt; „man sollte ihn verbergen wie die Genitalien, obgleich beide die Wurzel unseres Lebens sind." Schön, sagte jetzt der Wille durch Nietzsche, wenn ich gemein und schlecht bin, d. h. was ihr so nennt, sei es darum, aber ich will es offenkundig sein und mich dessen nicht schämen. Schopenhauer hatte das Leben ein Verbrechen genannt, denn es stehe ja Todesstrafe darauf — gut, sagte der Wille durch Nietzsche, Verbrechen meinetwegen, aber nicht das Leben ist ein Verbrechen; das Verbrechen, d. h. was ihr Philisterseelen so nennt, ist das wahre Leben — und eben *weil* es das Leben ist, so ist es *kein* Verbrechen. Das Leben zu verneinen, gilt für Nietzsche als die „größte psychologische Falschmünzerei, die es, das Christenthum abgerechnet, in der Geschichte" gebe.

Das Leben aber ist nach Nietzsche „wesentlich Aneignung, Verletzung, Ueberwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Einverleibung und mindestens, mildestens Ausbeutung". Nicht die „starken Menschen", mit dem Verbrechertypus, denen nur „die Wildniß fehlt, eine gewisse freiere und gefährlichere Natur- und Daseinsform, in der alles, was Wehr und Waffe im Instinkte des starken Menschen ist, zu Rechte besteht", nicht sie, *ihr* seid das Gesindel, weil ihr mit eurer „Morallüge", die „auf dem ganz morbiden Boden der Gesellschaft zu tropischer Begriffsvegetation emporgewuchert" ist, Entartete und Verfallene seid. Dies ist der sehr einfache Kern der von Nietzsche keineswegs mit Gründen gestützten, aber in unzähligen Variationen wiederholten Lehre von dem „Uebermenschenthum", von der „Kanaillenaristokratie", wie Duboc das geflügelte Wort zwar ins Fremdländische, aber ins Deutliche und Treffende übersetzt.

Von einem „philosophischen System" dabei zu sprechen, ist der bare Unsinn. Wohl aber ist es von großem Interesse, zu erforschen, wie Nietzsche persönlich zu solchen Ansichten gekommen ist. Nichts thörichter, als eine dumme oder schlechte Sache deshalb in beschönigendem Lichte darzustellen, weil ihr Urheber aus vielleicht sehr triftigen Gründen trotz alledem Achtung und Schonung verdient. Aber auch nichts gerechter, als, nach rücksichtsloser Klarstellung der Sache, der Person ihr Recht zu wahren. Es fügt sich deshalb glücklich, daß die subjektive Seite des Falles Nietzsche, dessen objektive Seite klipp und klar und ohne alles

sentimentale Brimborium skizzirt zu haben das Verdienst Dubocs ist, von einem anderen philosophischen Schriftsteller behandelt wird, von Tönnies, dessen kleine Schrift über den „Nietzschekultus“ nicht minder lesenswerth ist, als der Aufsatz Dubocs. Tönnies hat in jüngeren Jahren selbst zu den Anhängern Nietzsches gehört, vor dessen Lehren er nunmehr die Jugend warnt: ohne Groll und Haß gegen die Person Nietzsches, aber mit feinem und sicherem Verständniß in seine Werke eindringend. Er trifft das Problem Nietzsche in seinem Kerne, wenn er darin das Verhältniß von Kunst und Wissenschaft in seiner allgemeinen Beschaffenheit und Wirkung findet. „Dies Problem bleibt das Thema von Nietzsches höchst mannigfaltigem Philosophiren, das selber zwischen Kunst und Wissenschaft schwankt, indem es ihm nicht gelingt, seine Fähigkeiten für beide so auszubilden, daß sie sich vereinigen, daß ihm die Wissenschaft zur Kunst wird, ohne an ihrem Charakter als Wissenschaft einzubüßen — wodurch die Höhepunkte der Philosophie bezeichnet werden, die Nietzsche nicht erreicht hat.“ In der That lassen sich die drei Perioden, in die Nietzsches geistiges Schaffen zerfällt, so bezeichnen, daß in der ersten der Künstler, in der zweiten der Mann der Wissenschaft zur Klarheit über sich und die Welt ringt, worauf dann nach dem Scheitern beider Anläufe in der dritten Periode der an sich und der Welt verzweifelnde, der, wie Tönnies sagt, „athemlose, stürmende, rasende, heulende und ganz besinnungslose Zarathustra“ in die Erscheinung tritt.

In der ersten Periode ist Nietzsche der Jünger Schopenhauers und Richard Wagners. Eine Natur von träumerisch-schwärmerischen Anlagen, von großer Leidenschaft und Begabung für Musik, mit wachsenden Fertigkeiten für Versifikationen und Tonsetzungen, ohne daß es doch zum Dichter oder Komponisten gelangt hätte, seiner Erziehung und seinem Berufe nach ein gelehrter Philologe, legte Nietzsche in seiner Schrift über „Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik“ die gährenden Gedanken seiner Jugend nieder. Es handelt sich hier schon um den Gegensatz der tragischen und der theoretischen Weltbetrachtung. Die Musik ist die Mutter der griechischen Tragödie, die das geheimnißvolle Wehe des Willens, das Leiden des Lebens offenbart, die eine ewige Klage ist, aber zugleich die Erlösung durch den Schein, durch Gestaltung und Dichtung. Diesem höchsten Kunstwerk tritt der „theoretische Mensch“ entgegen, verkörpert in Sokrates, dem Wissenden, dem Nichtmystiker, dem Feinde des Instinkts und darum des künstlerischen Schaffens, dem Logiker und Optimisten. Er bringt den Glauben an die Ergründlichkeit der Natur und an die Universalheilkraft des Wissens ans Licht, das heißt den Geist der Wissenschaft, unter dessen Zeichen die spätere hellenische, die alexandrinische und die ganze moderne Kultur lebt. Aber die tragische Weltbetrachtung ist nicht für immer überwunden; der Mythus und die Tragödie werden wiedergeboren aus dem Geiste der Musik; die Hoffnungen, die auf Erkenntniß gesetzt werden, schlagen in Resignation um. In der deutschen Musik erneuert sich der echte dionysische Tiefsinn der griechischen Antike und aus gleichen Quellen strömt die deutsche Philosophie, der es in Kant und Schopenhauer gegeben war, die zufriedene Daseinslust der wissenschaftlichen Sokratik durch den Nachweis ihrer Grenzen zu vernichten. Im dritten und vierten Stücke der „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ feiert Nietzsche dann noch „Schopenhauer als Erzieher“ und „Richard Wagner in Bayreuth“, ganz im Banne eines Heroenkultus, der das Ziel der Menschheit in ihren höchsten Exemplaren sieht.

Von diesen Jugendschriften Nietzsches giebt Tönnies eine vortreffliche Analyse, dagegen übergeht er, meines Erachtens mit Unrecht, das erste und zweite Stück der „Unzeitgemäßen Betrachtungen“, die für das psychologische Verständniß

Nietzsches ebenso wichtig oder selbst noch wichtiger sind, namentlich wenn man den tragisch-versöhnenden Zug in Nietzsches historischer Erscheinung verstehen will. So bezeichnend es für Nietzsche sein mag, wie er sich die Schopenhauer und Wagner als die „einzigen Lehrer wahrer Kultur“ zurechtlegt und zu diesem Zwecke in geistreich spielender Weise die Weltgeschichte rückwärts konstruirt, so ist es doch noch bezeichnender, zu sehen, was ihn zu Schopenhauer und Wagner geführt hat. Hierüber geben die beiden ersten Stücke der „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ bedeutsamen Aufschluß. Das erste richtet sich gegen „David Strauß, den Bekenner und den Schriftsteller“, gegen den „Alten und Neuen Glauben“, worin Strauß die Bismärckerei und die ödeste Manchesterei als den Abschluß des großen Geisteskampfes feierte, den er selbst einst glorreich genug mit dem Leben Jesu begonnen hatte. Dagegen empörte sich der Künstler in Nietzsche, der an der griechischen Antike seinen Geschmack geschult hatte. Ihn graute vor der entsetzlichen Oede, die mit der Bekehrung der Bourgeoisie zu Bismarck in das deutsche Geistesleben einbrach und selbst unsere edle Sprache zerstörte. Es lohnte sich wahrhaftig, mit Strauß das mythische Geheimniß der evangelischen Geschichte aufzulösen, um mit Strauß das mystische Geheimniß der hohenzollernschen Dynastie zu feiern! Ein Glück noch für Strauß, daß die Bourgeoisie inzwischen dahinter gekommen war, daß „dem Volke die Religion erhalten werden“ müsse und somit von seinem Atheismus nichts wissen wollte, wodurch er in seiner Art doch noch zum „Bekenner“ wurde. Aber indem sich Nietzsche gegen Straußens „Bierbankevangelium“ erhob, wahrte er unstreitig die glorreichsten Ueberlieferungen deutscher Kultur.

Fast noch lehrreicher ist das zweite Stück der „Unzeitgemäßen Betrachtungen“, das vom „Nutzen und Nachtheil der Historie für das Leben“ handelt. Man begreift leicht, wie fesselnd für einen Geist, in dem künstlerische und wissenschaftliche Neigungen in heftigem Widerstreit miteinander rangen, die Historie sein mußte, die zugleich Kunst und Wissenschaft ist. Eben die Fähigkeit, das Wesentliche aus dem Wuste des Wesenlosen heraus schöpferisch zu gestalten, unterscheidet den Historiker von dem Chronisten. In Nietzsches jungen Tagen überwucherte aber in der deutschen Geschichtschreibung jene sogenannte „Objektivität“, jene „methodische Textkritik“, die mit der geistlosen Nüchternheit des Chronisten auf die mathematische Sicherheit ihres Stäubchenkehrens pochte und hinter diesem lächerlichen Anspruch nur die ausschweifendste, bösartigste, geschäftsmäßigste Tendenz zu Gunsten der kapitalistischen Interessen im Allgemeinen und der preußischen Interessen im Besonderen verfolgte. Wieder war es der Künstler in Nietzsche, der sich gegen diese greisenhafte Geschichtsbaumeisterei empörte, während der Mann der Wissenschaft in ihm doch nicht mächtig genug war, um die Schächer aus dem Tempel zu vertreiben, worin sie ihre Schacherbank aufgeschlagen hatten. Er flüchtete sich zu Schopenhauer, dem Verächter aller Geschichte, und zu Richard Wagner, der als einziger Künstler großen Stils über ein Geschlecht von Epigonen emporragte oder emporzuragen schien.

Im Philosophen, im Künstler, im Heiligen sah Nietzsche die vollendeten Formen des Genies, aber der Philosoph Schopenhauer und der Künstler Wagner waren zu wunderliche Heilige, als daß sein Wähnen bei ihnen hätte Frieden finden können. Sein Bruch mit Wagner scheint durch persönliche Enttäuschungen verursacht oder doch beeinflußt worden zu sein. Was ihn von Schopenhauer zurückbrachte, spricht er einmal mit den Worten aus, Schopenhauer habe es mit seiner unintelligenten Wuth auf Hegel dahin gebracht, die ganze letzte Generation von Deutschen aus dem Zusammenhange mit der deutschen Kultur herauszubrechen,

welche Kultur, alles wohl erwogen, eine Höhe und divinatorische Feinheit des historischen Sinnes gewesen sei; Schopenhauer selbst sei gerade an dieser Stelle bis zur Genialität arm, unempfänglich, undeutsch gewesen. Diese Sätze stimmen dem Sinne nach überein mit einem Einwande, den Karl Hillebrand, meines Wissens der erste namhafte Kritiker, der mit Nachdruck und Wärme auf Nietzsches Jugendschriften aufmerksam machte, sofort gegen ihn erhob; selbst ein Verehrer Schopenhauers, fertigte Hillebrand die Schimpfereien auf Hegel, die Nietzsche seinem damaligen Vorbilde nachsprach, mit den Worten ab: „Nicht einsehen wollen, daß Hegel den Grundgedanken der deutschen Bildung in ein System gebracht — folglich auch zuweilen ad absurdum getrieben —, heißt entweder die geistige Geschichte Deutschlands, von Herder bis auf Feuerbach, ignoriren oder Deutschlands Beitrag zur europäischen Zivilisation als werthlos darstellen." Das Erwachen dieser Erkenntniß trennte Nietzsche von Schopenhauer, aber leider wurde es nie ein gründlicher Bruch; nicht zehn Seiten entfernt von jener Absage an die „unintelligente Wuth auf Hegel" nennt Nietzsche die Geschichte wieder die „schauerliche Herrschaft des Unsinns und des Zufalls", ganz im Stile Schopenhauers.

Die Schriften der zweiten Periode, in der Nietzsche den Künstler gänzlich abzustreifen und ein reiner Denker zu werden versuchte, „Menschliches, Allzumenschliches", „Der Wanderer und sein Schatten", „Morgenröthe", „Die fröhliche Wissenschaft", sind die besten, die Nietzsche verfaßt hat, obschon sie nicht viele originelle Gedanken enthalten. Diesen Nachweis führt Tönnies in seiner ruhigen und sachlich überzeugenden Weise, und er giebt auch den Grund, weshalb Nietzsche als Denker scheiterte, erschöpfend an, indem er sagt: „Im Kerne seines Wesens blieb er immer ästhetischer Schöngeist." Nietzsches Versuch, mit den Naturwissenschaften einige Fühlung zu gewinnen, war von vornherein aussichtslos; das geht schon in überzeugender Weise aus seiner Schätzung Darwins hervor, den er einen „achtbaren, aber mittelmäßigen Geist" nennt; zu wissenschaftlichen Entdeckungen nach der Art Darwins gehöre eine gewisse Enge, Dürre, und fleißige Sorglichkeit, während der Könnende im großen Stile, der Schaffende möglicher Weise ein Unwissender sein müsse. Der geduldige und nie ermattende Fleiß des wirklichen Genies war dem nervösen Künstlertemperament Nietzsches versagt, und er sprach verächtlich von dem, was ihm gerade fehlte, um ein „Könnender im großen Stile" zu sein. Leider kam er aber auch auf dem Gebiet der historischen Wissenschaften nicht über diese Schranke hinaus. Ich möchte hier die Sätze wiedergeben, die mir, als ich sie vor Jahren in einer Schrift Nietzsches las, wie in einem Blitzstrahl sein eigentliches Wesen entschleierten, obgleich Tönnies sie nicht erwähnt und also vielleicht nur eine ganz subjektive Erfahrung vorliegt. Diese Sätze lauten:

So wenig ein Leser heute die einzelnen Worte (oder gar Silben) einer Seite sämmtlich abliest — er nimmt vielleicht aus zwanzig Worten ungefähr fünf nach Zufall heraus und „erräth" den zu diesen fünf Worten muthmaßlich zugehörigen Sinn —, ebenso wenig sehen wir einen Baum genau und vollständig, in Hinsicht auf Blätter, Zweige, Farbe, Gestalt; es fällt uns so sehr viel leichter, ein Ungefähr von Baum hinzuphantasiren. Selbst inmitten der seltsamsten Erlebnisse machen wir es noch ebenso: wir erdichten uns den größten Theil des Erlebnisses und sind kaum dazu zu zwingen, nicht als „Erfinder" irgend einem Vorgange zuzuschauen. Dies Alles will sagen: wir sind von Grund aus, von Alters her — ans Lügen gewöhnt. Oder um es tugendhafter und heuchlerischer, kurz angenehmer auszudrücken: man ist viel mehr Künstler als man weiß. In einem lebhaften Gespräche sehe ich oftmals das Gesicht der Person, mit der ich rede, je nach dem Gedanken, den sie äußert,

oder den ich bei ihr hervorgerufen glaube, so deutlich und fein bestimmt vor mir, daß dieser Grad von Deutlichkeit weit über die Kraft meines Sehvermögens hinausgeht: — die Feinheit des Muskelspiels und des Augenausdrucks muß also von mir hinzugedichtet sein. Wahrscheinlich machte die Person ein ganz anderes Gesicht oder gar keins."

Man kann Nietzsches historische Urtheile nicht treffender schildern, als er es hier selbst thut; an ein Stückchen zufällig aufgegriffener historischer Thatsache spinnt er seine manchmal geistreichen und manchmal auch absurden Phantasien. Wenn er weder ein abstrakter Denker noch ein schöpferischer Künstler war, so war Kunst und Wissenschaft auch nicht so in ihm gemischt, daß sich daraus ein rechter Historiker ergeben hätte. Der Künstler im Historiker kann erst dann schaffen, wenn der wissenschaftliche Arbeiter in ihm den Grund gesichert und das solideste Baumaterial herbeigeschafft hat; ein Meisterwerk künstlerischer Geschichtschreibung, wie Carlyles Geschichte der französischen Revolution, beruht auf den genauesten Forschungen, und es war wieder der Neid des Armen gegen den Reichen, wenn Nietzsche von Carlyle als von einem „abgeschmackten Wirrkopfe" sprach.

Jedoch von einer Geschichtsperiode hat Nietzsche nicht einmal das vierte Wort zufällig verstanden, und das war zu seinem Unheil die Geschichtsperiode, worin er lebte. Er zählte 20 Jahre, als Lassalle seine Arbeiteragitation begann, und als er mit 44 Jahren dem öffentlichen Leben entrückt wurde, hatte er von der modernen Arbeiterbewegung nicht mehr aufgefaßt, als die allerlandläufigsten und allerplattesten Vorurtheile des Spießers, wie sie der Probereiter an der Wirthstafel von Posemuckel oder Herr Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung" vorträgt. Um die Ungeheuerlichkeit dieser Thatsache an einem Manne zu verstehen, der ein Philosoph zu sein beanspruchte, stelle man sich einen Augenblick vor, daß die Kant, Fichte und Hegel noch Philosophen genannt werden sollten, wenn sie über die große französische Revolution nichts anderes zu sagen gehabt hätten, als was ihnen der Hofmarschall Kalb vorplapperte. Das soll ganz ohne Eifer und Zorn gesagt sein: für die moderne Arbeiterbewegung ist es vollkommen gleichgiltig, ob Nietzsche sie erkannt oder verkannt hat, und es wäre kindisch, dem von einem beklagenswerthen Schicksal betroffenen Manne die geschmacklosen Ausfälle auf die „sozialistischen Flachköpfe und Tölpel" nachzutragen. Ich räume bereitwillig ein, daß der banale Sozialistenhaß Nietzsches, soweit mir die Literatur über ihn bekannt ist, sich schwer erklären läßt. Aber die Thatsache, daß er, um sein Urtheil über Schopenhauers „unintelligente Wuth" auf Hegel auf seine „unintelligente Wuth" über den Sozialismus anzuwenden, „an dieser Stelle bis zur Genialität arm, unempfänglich, undeutsch" war, steht über jeden Zweifel hinaus fest, und sie hat dem Denker Nietzsche den Todesstoß gegeben.

Denn damit verschwand seinem Philosophiren jeder feste Boden unter den Füßen. So wenig man ohne Kenntniß der vier Spezies eine mathematische Gleichung auflösen kann, so wenig kann man ohne Kenntniß der ökonomischen und sozialen Zustände moralische Probleme lösen. Je einseitiger und heftiger sich Nietzsche in diese Probleme verbiß, desto tiefer gerieth er in ein rathloses Irrlichteriren.

Seine „dritte Häutung" vollzog sich in der episch-rhetorischen Dichtung „Also sprach Zarathustra", der schnell hinter einander, in den wenigen Jahren von 1885 bis 1888, eine Reihe von Schriften folgte: „Jenseits von Gut und Böse", „Zur Genealogie der Moral", „Der Fall Wagner", „Götzen-

dämmerung", „Der Wille zur Macht". Sie gewähren, wie Tönnies sagt, „das häßliche Bild verzerrter Mienen, oft die Attitüde des Trunkenen, Ueberspannten, Verzweifelnden, des Dekadenten", und es ist eher zu viel des Lobes, als des Tadels, wenn Tönnies in diesem „Hexensabbath von Gedanken, Ex- und Deklamationen, von Wuthausbrüchen und widerspruchsvollen Behauptungen" noch „viele leuchtende und blendende Geisteswitze" finden will. Er läßt sich die Mühe nicht verdrießen, auch hier den rothen Faden aufzuspüren, doch sind diese Untersuchungen werthvoller durch das, was Tönnies positiv ausführt, als was er an Sinn und Verstand in der dritten Periode Nietzsches entdeckt, auf die schon die Schatten der hereinbrechenden Geistesnacht fallen.

Formell knüpft Nietzsche wieder an Schopenhauer an, mit dem er als Denker nicht hatte auseinanderkommen können. Nach der alten Erfahrung verneint er um so grimmiger, was er geistig nicht hatte überwinden können; statt den Willen zum Leben zu verleugnen, feiert er den Willen zur Macht; die Mitleidsmoral Schopenhauers verkehrt er in eine Grausamkeitsmoral. Materiell erklärt sich diese Wendung daraus, daß Nietzsche den Weg zum Sozialismus, zu den lebendigen Kräften der historischen Entwicklung nicht hatte finden können. Sich an den Träbern der „modernen Ideen" zu sättigen, wie sie der flache und platte Liberalismus servirt, dazu war er immer zu geistvoll gewesen; was blieb ihm also noch übrig, als in der Uebergipfelung des kapitalistischen Systems eine neue Welt heraufdämmern zu sehen, seine alte künstlerische Neigung zum Heroenkultus von den Schopenhauer und Wagner auf die Krupp, Stumm und Rothschild zu übertragen? Ohne eine Ahnung von dem ökonomischen Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses malt er sich mit künstlerischen und literarischen Reminiszenzen die „Uebermenschen" aus, die „freien, sehr freien Geister", die „guten Europäer", Prunknamen, die er um so blinder häuft, je mehr er mit dem Instinkt des Dekadenten empfindet, daß es sehr schäbige Figuren des Verfalls zu vergolden gilt.

Subjektiv ein verzweifeltes Delirium des Geistes, ist diese sogenannte Philosophie objektiv eine Verherrlichung des großen Kapitalismus, und als solche hat sie ein großes Publikum gefunden.

Nur der Nietzsche der dritten Periode ist populär geworden, und nur dieser Nietzsche waltet als segnender Genius über dem modernen Naturalismus. Nicht jedoch, als ob die Denker und Dichter dieser Richtung dadurch als Tintenkulis der Krupp, Stumm und Rothschild verdächtigt werden sollten: die Sache hat einen viel harmloseren Zusammenhang. Zur richtigen Ausstattung einer Dichterschule gehört auch ein Philosoph: die Klassiker hatten ihre Kant und Fichte, die Romantiker ihren Schelling, und zum modernen Naturalismus paßt der Nietzsche der dritten Periode, wie der Handschuh auf die Hand. Er bietet allemal die sicherste Rückendeckung gegen jede gefährliche Verwechslung mit der revolutionären Arbeiterbewegung, und wie viele zwar konfuse, aber wunderschöne Schlagworte liefert er, um alle die Konfliktchen von Anno dazumal ästhetisch ein wenig aufzuflittern, um die „dreieckigen Verhältnisse", das Bischen Keifen mit dem lieben Gott als Thaten „freier, sehr freier Geister", als „Umwerthung aller Werthe" zu feiern, um mancherlei Dinge, die man in der schlichten sinnlichen Kutschersprache des gewöhnlichen Lebens sonst anders zu nennen gewohnt war, wie beispielsweise jenen kürzlich durch die Zeitungen gelaufenen Brief, worin der naturalistische Aesthetiker Schlenther irgend eine Wiener Hofschranze unterthänigst ersterbend um ein Theaterpöstchen anging, als das „Ausleben selbstherrlicher Persönlichkeiten" zu verherrlichen! Meine Feder ist viel zu schwach, um den

erleuchtenden Einfluß, den der Nietzsche der dritten Periode auf den modernen Naturalismus geübt hat, in allen Einzelheiten zu schildern; klassisch spiegelt er sich wieder in jener erhabenen Hymne, die ein berühmter Lyriker des Naturalismus, trunken von seinem Nietzsche, also in die Saiten seiner Harfe gestürmt hat:

Bammel, Bummel,
Rückentanzgerummel,
Flackertanzgewaber,
Popanz und Borstentroll,
Rockentanzgeschrammel.

In seinem Nietzschekultus fühlt sich der moderne Naturalismus sicher wie in einer uneinnehmbaren Burg. Er denkt: durch diesen zerfließenden Sumpf von Redensarten soll mal ein Belagerer seine Laufgräben ziehen! Um aber doch vor jeder Gefahr geschützt zu sein, behauptet er noch, sein Nietzsche, der Nietzsche der dritten Periode, sei überhaupt kein Gegenstand des logischen Begreifens, sondern des ästhetischen Genießens, worauf der Nietzscheaner Harden obendrein den Trumpf gesetzt hat, sozialistische Lümmel könnten diesen Genuß nicht schmecken. Man braucht die Grobheit nicht übel zu nehmen: Lümmel haben wenigstens Knochen im Leibe und sind keine zuckenden Nervenbündel mit perversen Instinkten: die Sache selbst ist keineswegs aus der Luft gegriffen. Den Nietzsche der dritten Periode oder genauer: sein „System“ logisch zu begreifen, ist keinem Gotte, geschweige denn einem Menschen gegeben, und sicherlich finden die modernen Sozialisten keineswegs solchen Geschmack daran, wie die modernen Naturalisten.

Nur darf man nicht so weit gehen, zu sagen, daß sich über diesen Geschmack nicht streiten lasse. Wer gern den Revoluzer spielen, aber ums Himmelswillen nicht die Fleischtöpfe des Kapitalismus verlassen, je nachdem auch Bismarcks Stiefel putzen und Väterchens Knute küssen will, der wird den Nietzsche der dritten Periode immer mit dem Gefühle hoher Lust verschlingen. Wem dagegen die Welt nicht Bammel Bummel, auch nicht Popanz und Borstentroll, wem die deutsche Kultur ans Herz gewachsen, wem der Emanzipationskampf des modernen Proletariats eine große Sache, wem der Fortschritt der menschlichen Zivilisation so sicher ist, wie eine klar begründete, wissenschaftliche Ueberzeugung nur sein kann, dem wird es immer ein Gefühl hoher Unlust erregen, den Nietzsche der dritten Periode zu lesen.

Ueber diesen Geschmack läßt sich also sehr wohl streiten, das heißt durch Beweise entscheiden; seine objektiven Bestimmungsgründe liegen klar vor, und dies ist denn freilich die eine verwundbare Stelle an dem bezaubernden Nietzschekultus des modernen Naturalismus. (Schluß folgt.)

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel: „Beiträge zur Entwicklung der Großindustrie 2c.“, S. 489, letzte Zeile, soll es statt: „Von der Gesammtzahl der bei der letzten Gewerbezählung in Deutschland ermittelten erwerbsthätigen weiblichen Personen“ heißen: „in Deutschland in Gehilfenbetrieben erwerbsthätigen“ 2c. Ebenso S. 490, Zeile 6 von oben, statt: „Gesammtzahl der im Gewerbe erwerbsthätigen Frauen“: „Gesammtzahl der in Gehilfenbetrieben erwerbsthätigen Frauen“. Desgleichen ist auf dieser Seite eine Anmerkung weggeblieben, in welcher die Zahl der weiblichen Unternehmer in Gehilfenbetrieben mit circa 109000 im Jahre 1895 gegen 78000 im Jahre 1882 angegeben war. Näheres darüber kommt im nächsten Artikel.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 19. **XVII. Jahrgang, I. Band.** **1898-99**

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Preußische Eroberungspolitik.

↗ Berlin, 25. Januar 1899.

Erregte die erste Auflage von Väterchens Abrüstungshumbug im vorigen Herbste noch ein gewisses oberflächliches Aufsehen, so ist der eben erschienenen zweiten Auflage nicht einmal dieser bescheidene Erfolg vergönnt. Jedermann weiß, daß hier Komödie gespielt wird, und diejenigen wissen es vielleicht am besten, die so thun, als ob sie es nicht wüßten. Die einzige Möglichkeit, die Lasten des modernen Militarismus auch unter der Herrschaft des kapitalistischen Systems ein wenig zu mildern, wäre ein freundliches Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich, und auch dann wäre die Aufgabe noch sehr schwierig, ihre Lösung noch sehr zweifelhaft. Aber nachdem Bismarcks geniale Politik diese Möglichkeit auf unabsehbare Zeit hinaus versperrt hat, gehören die Abrüstungsmanifeste des Zaren zu der diplomatischen Makulatur, die nicht einmal so viel werth ist, wie das weiße Papier, worauf sie gedruckt wird.

In anderer Weise rächen sich die Sünden der preußischen Eroberungspolitik in dem europäischen Skandal der Ausweisungen aus dem nördlichen Schleswig. Sie sind gestern im preußischen Abgeordnetenhause erörtert worden, aus Anlaß einer freisinnigen Interpellation, mit dem Erfolg, daß sich die hohe Staatsregierung für den Oberpräsidenten v. Köller, und die Mehrheit der preußischen Geldsacksvertretung für die hohe Staatsregierung erklärte. Das war nicht anders zu erwarten und in seiner Weise ist es auch ganz logisch. Eine Verleugnung der Köllereien wäre nur möglich und rathsam, wenn der preußische Polizeistaat mit den Mitteln der modernen Kultur die Bruchtheile fremder Nationalitäten, die in seinen Grenzen wohnen, zu versöhnen verstände; da er das nicht kann, so muß das Treiben Köllers mit dem großen Staatssiegel verbrieft werden. So ist's des Landes stets der Brauch gewesen, und nur die großen Kinder, die niemals alle werden, geben sich immer wieder der Hoffnung hin, daß die unteren Organe einer reaktionären und verknöcherten Bureaukratie, falls sie es gar zu toll treiben, von ihren oberen Organen verleugnet werden könnten. Möglich, daß nicht gerade alle Minister ein Wohlgefallen an den Staatsrettungen Köllers empfinden, aber die Staatsraison geht allemal empfindsamen Anwandlungen voran; wohin soll es denn auch mit dem sogenannten Ansehen der Bureaukratie

kommen, wenn ein Oberpräsident um der Humanität und Zivilisation, um des Deutschen Reiches im Auslande willen verleugnet werden soll?

Der preußische Minister des Innern erwarb sich in dieser Debatte das Verdienst, den Schatz geflügelter Worte, den preußische Bureaukratenweisheit angesammelt hat, um einige Perlen zu vermehren. Er tiftelte einen feinen Unterschied heraus zwischen objektivem und subjektivem Sichlästigmachen; objektiv macht sich lästig, wer bei einem preußischen Polizisten in den Verdacht geräth, daß er sich in Zukunft vielleicht einmal lästig machen könne. Es ist eine wahrhaft großartige Entdeckung, und der selige Rochow wird sich vor Freude im Grabe umgedreht haben, wenn er gehört haben sollte, wie lustig seine Grundsätze in Berlin fortblühen. Sehr schön war auch die Versicherung des Freiherrn v. d. Recke, daß den preußischen Traditionen nichts weniger entspreche, als eine fanatische Abstoßung fremder Nationalitäten. Das weiß die Geschichte. Wo der preußische Adler ein Stück fremder Nationalität abhacken konnte, da hat er sich nie einen Augenblick besonnen; nur der „weltbürgerliche Sinn“, den der preußische Polizeiminister darin entdecken wollte, ist der Welt bisher verborgen geblieben; die weltbürgerliche Gesinnung unserer klassischen Literatur hatte über den Appetit des preußischen Wappenvogels wesentlich andere Vorstellungen als der amtliche Vorgesetzte des Herrn v. Köller.

Fremden Nationalitäten einzelne Bruchstücke abzureißen, ist unter Umständen ein sehr leichtes Geschäft; bei der ersten Theilung Polens brauchte der alte Fritz nur einige Regimenter marschiren zu lassen, und sehr viel mehr Mühe haben auch die späteren Theilungen des unglücklichen Landes nicht gemacht. Aber Bruchstücke fremder Nationalitäten der eigenen Nationalität zu assimiliren, das ist eine sehr schwierige Aufgabe, und darin hat die preußische Politik niemals exzellirt. Bismarck meinte einmal, an Preußen annektirt zu werden, sei wie das Anziehen einer wollenen Jacke, die erst sehr kratze, aber nachher um so molliger und wärmer säße. Der Weisheitsspruch ist aber nur zur Hälfte eingetroffen; die annektirten Polen haben diese wohlthätige Jacke schon mehr als drei, die annektirten Dänen und Elsaß-Lothringer schon mehr als ein Menschenalter an, aber sie fühlen bisher nur ihr Kratzen, und mit Peitschenhieben nach Köllers Vorbild wird ihnen auch nicht die Einbildung eingeflößt werden, daß sie mollig und warm angezogen seien.

Selbst aber in kerndeutschen Landen werden der preußischen Eroberungspolitik unaufhörlich Quittungen ausgestellt, die sie sich nicht hinter den Spiegel zu stecken braucht. Wenn man bedenkt, was die Welfen an Braunschweig und Hannover gesündigt haben, so erscheint es auf den ersten Blick fast unbegreiflich, daß in diesen Landschaften eine starke und immer noch wachsende Welfenpartei besteht, die ihr Heil in der Wiederherstellung der mit allen Greueln des deutschen Duodezdespotismus belasteten Welfendynastie erblickt. Doch beim zweiten Blicke erkennt man auch sofort den Zusammenhang dieser wundersamen Erscheinung; ihr Grund liegt in der Unfähigkeit der preußischen Eroberungspolitik, durch die Arbeit friedlicher Kultur die That der Gewalt zu sühnen. Nicht einmal auf dem Acker, der durch die Unthaten der Welfen so trefflich bestellt war, hat sie zu säen und zu ernten vermocht; nicht einmal mit dem dynastischen Partikularismus, der so unendlich weit hinter der heutigen Höhe der ökonomisch-politischen Entwicklung zurückgeblieben ist, kann sie fertig werden. Das ist ein historisches Dementi in Frakturschrift, über das weder die holperigen Reden des Freiherrn v. d. Recke, noch die glatten Reden seiner nicht ganz ebenso unbegabten Kollegen hinwegtäuschen können.

Der Kaiser selbst hat inzwischen einen versöhnenden Schritt in Hannover gethan, auf einer Parade, wo er erklärte, daß die preußischen Truppentheile, welche die alten hannöverschen Krieger aufgenommen hatten, Träger der Ueberlieferungen der früheren hannöverschen Regimenter seien und deren Aufzeichnungen weiter führen sollten. Der Kaiser will „die der ganzen Provinz so theuren Erinnerungen“, die sich an die Siege von Krefeld, Minden und Waterloo knüpfen und mit der Auflösung der hannöverschen Armee die Hauptstätte ihrer Pflege eingebüßt hatten, von Neuem beleben und hat den Regimentern des zehnten Armeekorps allerlei Schmuckstücke zur Erinnerung an ihre historischen Vorläufer, die Regimenter der ehemaligen hannöverschen Armee, verliehen. In einer Ansprache bei der Prunktafel, die der Parade folgte, ist dann der Kaiser noch weiter auf die Gründe seines Entschlusses eingegangen: als solche bezeichnete er den Gedanken der militärischen Tradition, den er als eines seiner Hauptprinzipe verkündete, und dann auch den Gesichtspunkt, daß er es für den zurückgezogen lebenden Soldaten als das Schwerste erachte, mit seinem Truppentheil nicht Freud' und Leid zu theilen; diese Lücke habe er ausfüllen wollen.

Obgleich an rasche und überraschende Entschlüsse des Kaisers gewöhnt, steht die bürgerliche Presse dieser kaiserlichen Kundgebung doch rathlos gegenüber; sie weiß nicht, ob sie segnen oder fluchen, ob sie eine versöhnende Wirkung auf die halsstarrigen Nacken der Welfenpartei oder Kassandrarufe über die Förderung der welfischen Agitation ausstoßen soll. In der That ist die Verlegenheit der bürgerlichen Presse auch sehr verständlich, denn wenn diese Parade in Hannover ein erster Schritt sein soll, um die Gemüther in den annektirten Landestheilen, wo noch aller nationale Groll gährt, mit der preußischen Eroberungspolitik zu versöhnen, so eröffnen sich allerdings Perspektiven, die eines bedeutenden pittoresken Reizes nicht entbehren und auf langsame Philisterherzen wohl einen abschreckenden Eindruck machen mögen. Man denke nur, daß den Regimentern des fünften Armeekorps, das in der Provinz Posen garnisonirt, Erinnerungszeichen an die alte polnische Armee, die in heldenhaften Kämpfen mit den einbrechenden preußischen und russischen Truppen gerungen hat, an die Fahnen geheftet würden, oder daß den Regimentern des fünfzehnten Armeekorps in Elsaß-Lothringen die Berechtigung ertheilt würde, bei großen Paraden die Marseillaise zu spielen, zur Erinnerung daran, daß elsaß-lothringische Freiwilligenkorps unter den begeisternden Klängen dieses Marsches und im Kampfe für Haus und Herd, für die Freiheit ihrer Person und ihrer Scholle das einbrechende preußische Junkerheer sammt seinem „ritterlichen“ Könige mit derben Hieben heimgetrieben haben. Was den Welfen billig sein soll, das muß schließlich den Polen und den Elsaß-Lothringern recht sein.

Mag diese Aussicht nun aber auch ängstliche Spießbürger abschrecken, so werden kaltblütige Leute daraus erkennen, daß es sich bei der Parade in Hannover um keine große politische Aktion gehandelt haben kann, sondern um eine rein dekorative militärische Feierlichkeit, die ohne jede politische Bedeutung ist. Da die früheren hannöverschen Truppen — mit Ausnahme des Krieges von 1866 — immer an Seite der preußischen Truppen gekämpft haben, so ließ sich die Sache in Hannover machen, wie sie sich in Posen oder Straßburg nicht machen läßt, aber selbst an Hannover wird sie schnell vorübergehen, wie ein Wandelbild im Guckkasten. Vielleicht werden einige alte militärische Knasterbärte dadurch „versöhnt“ werden, aber im Ganzen und Großen werden die Stacheln der preußischen Eroberungspolitik deshalb nicht weniger schmerzen, weil die Parademärsche von Anno dazumal wieder erklingen. Freilich braucht die ängstliche Sorge der altpreußischen Patrioten, daß durch diese „versöhnende“ Aktion die Hoffnungen der

Welfenpartei neue Nahrung gewinnen würden, auch nicht tragisch genommen werden; diese Partei kennt die Fänge des preußischen Adlers, sie weiß sehr gut, woran sie mit ihm ist und wie wenig auch das persönliche Wohlwollen des Kaisers den Kreis brechen kann, in den die preußische Eroberungspolitik gebannt ist.

Gebrochen werden kann dieser Bannkreis nur durch einen Aufschwung der Nation, die das altpreußische System gänzlich vom deutschen Boden fegt und das Deutsche Reich endlich auf die Grundlagen eines modernen Kulturstaats stellt. Wie weit wir davon entfernt sind, braucht nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen nicht weitläufig auseinandergesetzt zu werden; bis dieses erst in ferne dämmernder Zukunft sichtbare Ziel erreicht wird, muß sich Deutschland mit dem traurigen Ruhme behelfen, den ihm das barbarische System der Ausweisungen und was sonst an Plackereien und Zwackereien fremder Nationalitäten zur preußischen Eroberungspolitik gehört, in der zivilisirten Welt eintragen.

Friedrich Engels und das Milizsystem.

Von **Max Schippel.**

I.

Berlin, 10. Januar 1899.

Da ich durch dringliche Arbeiten bisher abgehalten war, mit der wünschenswerthen Ausführlichkeit auf den Kautskyschen Artikel in der „Neuen Zeit" einzugehen, so habe ich ihn erst heute gelesen und beeile mich, meine an anderer Stelle skizzirte Auffassung gegen die Angriffe zu vertheidigen, von denen mir bisher nur bekannt war, daß sie „das Nothwendige mit ebensoviel Eleganz wie Gründlichkeit besorgt" haben.[1]

Ich stehe keinen Augenblick an, meine Erwiderung mit meinem Namen zu zeichnen. Ich habe niemals auch nur das geringste Verlangen verspürt, meine Identität mit dem Verfasser der anspruchslosen Skizzen in den „Sozialistischen Monatsheften" vor irgendwem zu verschleiern. Nachdem der zuletzt erschienene Artikel eine Diskussion in Parteikreisen angeregt hat, gebe ich, schon um der Mythenbildung vorzubeugen, auch an dieser Stelle meine Pseudonymität auf.

Wenn ich nunmehr zur Sache kommen darf, so scheint mir vor Allem eine nochmalige Klarstellung der Frage geboten zu sein, um die sich vernünftiger Weise ein Streit unter Parteigenossen drehen kann.

Wenn man den Genossen Kautsky hört, so sollte man fast meinen, ich hätte „das deutsche Proletariat" aufgefordert, auf „einige politische Scheinkonzessionen" seitens der Reaktion „mit der Bewilligung von Kanonen zu antworten". Indeß, „jenes heiße Verlangen, dem herrschenden Regime neue Machtmittel zu bewilligen", das nach Kautsky „unser nationalgesinnter Wehrwolf empfindet", war wirklich nicht blos „ihm", das heißt Engels, fremd. Mir ist es auch durchaus unbekannt. Wenn irgend eine Stelle der Skizze dem widersprechen sollte, so möchte ich um nähere Bezeichnung derselben bitten.

Auch die Thorheit, zu behaupten, daß wer sich „für die Miliz nicht besonders erwärme", Anhänger des „Militarismus" sei, begehe nicht ich. Es giebt Milizschwärmer, die das heutige Erwerbsleben mit endlos ewigen Störungen und Unterbrechungen heimsuchen und den Unteroffiziersgeist selbst bis in die letzten

---

[1] Mehring in der „Leipziger Volkszeitung", 11. Dezember.

Schulklassen unserer Knaben und Knäblein hineinverpflanzen wollen — viel schlimmer wie der heutige Militarismus. Es giebt Gegner der Miliz, die jeder, und vollends einer derartigen Ueberwucherung der militärischen Eingriffe und Anforderungen todtfeind sind.

Und endlich, der mir zugeschriebene Gedanke, die Sozialdemokratie solle sich hüten, den „Militarismus zu bekämpfen, ohne dessen Fachleute um Erlaubniß zu fragen", ist so absurd, daß ich mir jedes Wort der Widerlegung sparen kann. Der Meinung bin ich freilich, daß man ein militärisches System um so erfolgreicher und überhaupt nur dann mit Erfolg bekämpfen kann, wenn man sich vorher bemüht hat, es in seinen geschichtlichen Voraussetzungen, in seiner historischen Nothwendigkeit zu verstehen, es in dem inneren Aufbau seiner Organisation zu verfolgen und nicht rein äußerliche Zufälligkeiten und sehr nebensächliche, freilich auch sehr auffällige Rückwirkungen auf die übrigen gesellschaftlichen Gebiete für sein Wesen und seinen Kern zu nehmen. Zu diesem Zwecke wird man allerdings niemals die Fachliteratur umgehen können — womit natürlich nicht gesagt sein soll, daß jeder Fachmann Uniform tragen und staatlich angestellt sein müsse. Ich schätze die Engelsschen Schriften gerade darum so hoch und empfehle sie immer und immer wieder den Parteigenossen zum Studium, weil sie in einer, sonst in der Partei unerreichten Weise, auf umfassender Kenntniß auch der eigentlichen Fachliteratur fußen und so gar nichts von der Bierbankkritik an sich haben, von der fast alle demokratischen Milizschriften beherrscht sind. Die Gabe, die Engels in so hervorragendem Maße eigen war: reale Dinge auch real zu sehen, hebt diese Schriften hoch über alle ähnlichen Erzeugnisse empor. Wenn dieselbe Gabe Engels weit von dem Standpunkt der Milizschriftsteller der sechziger Jahre abbrachte, wenn er gegenüber diesen Milizvertretern geradezu wie ein Reaktionär sich giebt, so ist das in meinen Augen wahrhaftig keine Herabsetzung, die Genosse Kautsky in meinem Versuch, Engels' Standpunkt zu präzisiren, zu finden scheint. Ich verwahre mich mithin dagegen, daß meine Auffassung Engels „zu einem haltlosen Schwätzer stempele". Gerade umgekehrt!

Dann stelle ich, obwohl es für jeden Leser meiner Skizze eigentlich ganz überflüssig sein sollte, in aller Bestimmtheit noch fest, daß ich auf das „Volksheer" als Ziel, als Endziel, auch bei Engels, ausdrücklich und wiederholt hingewiesen habe. Und auch nicht eine Silbe von mir berechtigt Kautsky zu der Redewendung, ich „gehöre zu der Spezies, der der Begriff des Endziels gleichbedeutend ist mit dem des Unerreichbaren". Ich habe nur betont, daß wer für die Gegenwart selbst das Schifflein der zweijährigen Dienstzeit noch mit internationalen Ketten verankert zu sehen wünscht, weil sonst der erste Windstoß den gefährdetsten Großstaat Europas wieder in den uferlosen Militarismus hineintreiben könnte — daß der das Endziel „in recht weite Ferne rückt". Ich möchte auch heute noch der Meinung sein, daß die Masse unserer Parteigenossen sich die Sache viel weniger umständlich und zeitraubend denkt, als sie von einem solchen Standpunkt aus folgerichtig gedacht werden muß.

Wenn ich es also ablehne, bezüglich der antidemokratischen Wirkungen der heutigen Kanonen und bezüglich des Volksheeres als Endziel irgend welcher schulmeisterlicher Belehrungen und Ermahnungen bedürftig zu sein, wenn ich es ferner zurückweisen muß, daß ich Engels irgendwie in Gegensatz gestellt hätte zu diesen, in der Partei allgemein anerkannten, zum Theil im Parteiprogramm festgelegten Anschauungen ... um was handelt es sich dann bei dem Gegensatz, den ich zwischen den „üblichen Milizvorstellungen" und den Engelsschen Militärschriften, mit Recht oder mit Unrecht, zu sehen vermeine?

Um dem Einwand vorzubeugen, ich hätte durch unklare Fassung die Mißverständnisse auf Seite Kautskys selbst verschuldet, wiederhole ich zunächst einfach den Wortlaut der Einleitung meiner Skizze.

Es heißt da:

> Friedrich Engels hat für die Gegenwart (auch in den Monatsheften zur Hervorhebung gesperrt) nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich **aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksheer enden** sah — was doch gegen die übliche Milizvorstellung einen ebenso fundamentalen Unterschied bedeutet, wie wenn man einerseits glaubt, der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen, in diese hineinwachsen, oder andererseits: man müsse dem heutigen Kapitalismus genossenschaftliche Betriebe entgegenstellen, die ihn durch ihre Ueberlegenheit heute schon schlagen und ersetzen sollen. . . .
>
> Meist überwiegt (bei Engels) die immer mehr vertiefte Anschauung, daß nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen ist, sondern daß die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystems gleichbedeutend ist mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag. . . .

Gerade hier ist also zunächst ausdrücklich betont, daß Engels das Ende im „wirklichen Volksheer" sah. Mir Stellen entgegenzuhalten, in denen Engels von dem Volksheer einer vorläufig unbestimmbaren Zukunft spricht, ist somit ein höchst müßiges und ganz zweckloses Beginnen. Und erscheint diese Zukunft in den angezogenen Stellen etwa nicht in ziemlich weite Ferne gerückt? Noch 1895 lehnt, wie ich aus dem früher in der „Neuen Zeit" mitgetheilten Briefe schließen muß, Engels es ab, über die „Milizgeschichte" zu schreiben, weil sie unter den gegebenen Umständen doch zum Scheitern verurtheilt sei: wegen ihrer inneren Verhältnisse könnten sich Deutschland und Frankreich keinen internationalen Vertrag zur Abkürzung der Dienstzeit leisten, und selbst wenn die inneren Verhältnisse es erlaubten, „so geht's wegen Elsaß-Lothringen nicht". Kautsky bestreitet zwar, daß das eine „bündige Ablehnung" der üblichen Milizhoffnungen sei. Aber ich habe nun so oft schon in Parteikreisen versichern hören, daß die elsaß-lothringische Frage erst mit dem Siege der Sozialdemokratie ihre, dann allerdings sehr beschleunigte Erledigung finden könne, daß mir — immer „für die Gegenwart" — die Ablehnung bündig genug vorkommt.

Die einzige Aeußerung, nach der sich Engels das endliche Volksheer näher an die Gegenwart herangerückt vorzustellen scheint, ist die Vorrede zu der Abrüstungsbroschüre von 1893. Ich habe in meiner Skizze gesagt, daß ich die Broschüre nicht besäße, sondern nur die alten zurückgelegten Artikel des „Vorwärts". Daraufhin von meiner „Flüchtigkeit" im Urtheilen zu sprechen, weil ich etwas, was in den ursprünglichen Artikeln nicht steht, nicht in Berücksichtigung ziehe, dazu ist nach dem von mir gemachten Vorbehalt kaum ein Anlaß vorhanden — so wenig wie ich Kautsky einen Vorwurf daraus mache, daß er, wie er bemerkt, die Artikel der „Pall Mall Gazette" nicht kennt und darum außer Betracht läßt. Indeß ist auch diese Vorrede für mich nicht besonders beweiskräftig. Sie läßt sich meines Erachtens im Verhältniß zu den Originalartikeln dahin charakterisiren: die Artikel waren eine bittere Pille für die übliche Milizschwärmerei, die Vorrede und auch einige eingestreute Worte im Texte selber sind der Zucker darauf — ähnlich wie auch Engels' Kritik des französischen

Agrarprogramms durch kleine Zugeständnisse, mehr an Worte wie an Anschauungen, etwas versüßt ist.

Die Vorrede verlangt für die Gegenwart in erster Linie eine internationale Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre, dann „in einigen Jahren vielleicht schon“ auf einen bedeutend geringeren Zeitraum. Das ist an sich gar nichts, was mit der bisherigen Armeeentwicklung in Widerspruch steht. Wäre das der Fall, so hätten Graf Caprivi und die Mehrzahl der preußischen Generale die Grundlagen Preußens und Deutschlands ins Wanken gebracht, als sie sich zur zweijährigen Dienstzeit an Stelle der dreijährigen entschlossen. Im Gegentheil, die ganze Entwicklungstendenz des preußischen Armeesystems — die „eigene innere Bewegung“, wie ich sie oben nannte — kann man dahin zusammenfassen: fortschreitende Verkürzung der Dienstzeit, um die Aushebungsziffern immer mehr auf die Höhe des verfügbaren Menschenmaterials, um im Ernstfall alle jungen Leute ausexerzirt vor den Feind zu bringen, ehe Männer in höheren Altern in Anspruch genommen werden, blos weil der Zufall gerade sie in ihrer Jugend zur Aushebung gebracht hat und Andere nicht. Oder auch in anderen Worten: immer schärfere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Herabsetzung der Präsenzzeit.

Diese eigene innere Bewegung, die an sich ohne Grenzen ist, stockt natürlich momentan bis zur vollständigen Ausprüfung der Wirkungen des zweijährigen Dienstes, die eben erst in Jahren genügend zu übersehen sind. Diese Bewegung kann jedoch mit einem Schlage wieder lebhafter werden, wenn ihre überseeischen Interessen die deutsche Bourgeoisie zwingen sollten, Deutschland mehr und mehr zur Marine-Großmacht zu entfalten. Dann würde zweifellos die wachsende Reichsfinanzbedrängniß abermals der bezeichneten Armeeentwicklung einen mächtigen Ruck nach vorwärts geben. Da man auf die militärische Ausbildung möglichst auch des letzten Mannes nicht würde verzichten wollen, nicht würde verzichten können, so kann man die durch die politischen Verhältnisse aufgezwungene Ersparniß abermals nur in der Herabsetzung der Dienstzeit suchen. Die achtzehn Monate von Engels könnten dann, ohne internationale Umständlichkeiten, viel rascher zur Wirklichkeit werden, wie die zweijährige Dienstzeit an die Stelle der dreijährigen getreten ist.

Aber hat das mit Milizideen irgend etwas zu schaffen? Dann war auch die Caprivische Reform ein Schritt wenigstens zur Miliz. Aber dann muß auch ich hinzufügen: an solche Schritte glaube ich. In diesem Sinne — um Worte werde ich nicht streiten — bin auch ich „milizgläubisch“.

Doch belehrt mich Genosse Kautsky nunmehr, bei einem Jahre Dienstzeit fängt eben die Miliz an. Einjährige Präsenz, das ist das Pentagramma, das alle unholden militaristischen Erscheinungen nicht mehr über die Schwelle des modernen Staates läßt.

Zunächst würde das gar nichts gegen meinen „Militarismus“ beweisen, denn ich habe niemals eine längere Dienstzeit wie ein Jahr für nöthig erklärt. Ich habe diese Frage offen gelassen.

Aber warum fängt bei einem Jahre die Miliz an, warum nicht erst bei einem halben Jahre, oder auch bei achtzehn Monaten, oder auch schon bei den heutigen zwei Jahren? Ich lese immer und immer wieder in der „Neuen Zeit“ die Behauptung: „Das Milizsystem fängt an bei der einjährigen Dienstpflicht“. Aber ich finde keinerlei Begründung dafür. Nun kann ich ja dem Genossen Kautsky seinen Glauben nicht verwehren. Diesen jedoch bei Engels vorauszusetzen, verbietet mir die Achtung vor seinen umfassenden Kenntnissen

gerade auf diesem Gebiet. Auch in dem Zitat, das Kautsky zu seiner Aeußerung verleitet, liegt meines Erachtens nichts, was eine solche Auffassung bei Engels verriethe:

> Internationale zweijährige Dienstzeit . . . allmälige weitere Herabsetzung — sage zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer und ein Winter — dann ein Jahr — **dann . . .? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem**, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist.

Ich armer „Biedermann" vermag hier auch nicht entfernt herauszulesen, daß „bei der einjährigen Dienstzeit das Milizsystem anfängt". Es ist in viel weitere Ferne gerückt, so weit wie der Zukunftsstaat selber. . . .

Doch ich überlasse gern dem Leser die Entscheidung. Mir bleibt nur darzulegen übrig, warum ich die Gleichsetzung einerseits von Miliz und einjähriger Dienstzeit, andererseits von stehendem Heere und mehr wie einjähriger Dienstzeit bei einem so unterrichteten Kenner der militärpolitischen Literatur wie Engels zum mindesten für unwahrscheinlich, ja für undenkbar halte.[1]

Die Kämpfe über das den heutigen europäischen Kontinentalgroßstaaten am besten angepaßte Armeesystem sind ja nicht von heute und gestern. Von Beginn des Jahrhunderts an ziehen sie sich, ohne Unterbrechung fast, durch die Jahrzehnte hindurch, bald stiller, bald heftiger, um für Preußen-Deutschland in den sechziger Jahren ihren Höhepunkt zu erreichen. Ausdrücke wie Volksheer, Miliz, Berufssoldat, stehendes Heer haben dabei stets zeitweise eine feste Ausprägung angenommen, die allerdings im Laufe längerer Zeiträume wieder wechselt.

Die Forderung eines Volksheers, oder auch einer Nationalmiliz, die Beseitigung der stehenden Heere, der Berufssoldaten heißt im Anfang unseres Jahrhunderts fast stets weiter nichts, wie daß die auf dem Arbeitsmarkt gekauften oder gepreßten, fast ihr ganzes Leben unter den Fahnen verbringenden Werbesoldaten, zum Theile der abenteuerlichsten und gefährlichsten Art, ersetzt werden sollen durch Volksangehörige, die zeitweise in den lebendigen Armeeverband eintreten und nach Ablauf der Dienstzeit wieder aus ihm in die Volksmassen zurückströmen, und die dann immer noch auf lange Jahre das Kraftreservoir (die Reserve, die Landwehr) bilden, aus dem man im Kriegsfall wieder die

[1] Wie nothwendig es ist, mehr Klarheit über bisher recht unklare, aber recht beliebte Agitationsschlagworte zu schaffen, dafür einen drastischen Beleg. Auf dem Stuttgarter Parteitag stand bekanntlich der Mainzer Antrag „auf Einführung der einjährigen Dienstzeit" zur Verhandlung; er ist dann auch der Fraktion als Material überwiesen worden. Dr. David bat in seiner Begründung, den Antrag nicht deshalb zurückzuweisen, weil er kein Milizantrag sei: die Forderung des Milizsystems verstehe man draußen noch sehr wenig; man müsse zunächst „an die gegebenen Verhältnisse des heutigen Militarismus anknüpfen"; die Miliz werde dann später schon folgen. — Der Berichterstatter der Fraktion, ein parlamentarisch so erfahrener Genosse wie Wurm, lehnt die Mainzer Zurückstellung des Milizsystems radikal ab:

> „Darum halte ich es für nicht richtig, wenn Genosse Dr. David gesagt hat: Wie schön ist es, wenn wir den Bauern sagen können, wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr. **Das** soll leichter begreiflich sein als die Forderung des **Miliz**systems. Ich bin entgegengesetzter Ansicht. **Das** ist **keine** grundsätzliche Agitation, wenn wir nur die Erleichterung des **Militarismus** fordern."

Nun kommt wieder Genosse Kautsky und meint: ein Jahr, du lieber Himmel, das ist kein Militarismus mehr, das ist ja die Miliz, da fängt sie gerade an. — Das erinnert wirklich allzusehr an die alte 1848er Spottgeschichte von der Republik und dem Großherzog.

Armee verstärkt. Das preußische System, wenn auch nicht immer in seiner Ausführung, so doch in seinen Grundlagen, ist also die Verwirklichung des Volksheers, die Abschaffung des Berufssoldatenthums — nach dem Sprachgebrauch jener Zeiten. Ob etwas längere oder etwas kürzere Dienstzeit, ob drei oder zwei Jahre oder noch etwas weniger, das sind nicht blos militär-technisch, sondern auch finanziell und allgemein-wirthschaftlich sehr wichtige Fragen. Für den prinzipiellen Gegensatz zwischen stehendem Heer und Volksheer haben sie, immer nach der Anschauung jener Zeiten, keinerlei Bedeutung.

Nach den schlechten Erfahrungen der achtundvierziger Revolution, unter den heftigen parlamentarischen Kämpfen der liberalen und radikalen Bourgeoiselemente gegen die alten Feudalmächte, zuletzt in der preußischen Konfliktszeit, wendet sich die Opposition mehr wie früher einem anderen Angriffspunkt zu. Auch das preußische System muß, in jeder noch so vollendeten Ausgestaltung und selbst bei noch so kurzer (sagen wir: bei einjähriger) Dienstzeit seinen Kern von Berufssoldaten behalten, die dem liberalen bürgerlichen Leben gefährlich und todtfeind erscheinen: das Offizierkorps und die Unteroffiziere. Miliz-system, der Name wird jetzt immer häufiger, heißt nunmehr: möglichste Eliminirung jedes ständigen Offizier- und Unteroffizierkorps, möglichste Auflösung auch dieses festen Rückgrats von Berufssoldatenthum in den Urschleim der bürgerlichen Erwerbsgesellschaft. Da man diese ganze Frage rein utopistisch behandelt — „man heckt im spekulativen Kopfe eine neue Grundlage der Heeresverfassung aus und stellt sie der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegen", schrieb ich in der Skizze — so tauchen hierbei immer wieder die drolligsten Einfälle auf, deren Nachwirkung bis in die Literatur der jüngsten Gegenwart hinein zu spüren ist. Indeß findet die Milizidee damals auch so hervorragende, fachmännisch geschulte Vertreter, wie seitdem nie wieder. Erst die Siege von 1866 und 1870 haben dieser fachmännischen und halbfachmännischen Milizliteratur so ziemlich den Todesstoß versetzt.

Nachdem die Dinge nun einmal so gelaufen sind, wird man, glaube ich, von Miliz doch nur da sprechen können, wo auch der Offizier den Berufssoldaten fast ganz abgestreift hat, wo er, „nach einer Prüfung kurzer Tage" — wie etwa der Reserve- und Landwehroffizier — wieder ins bürgerliche Leben zurücktritt, wo in Folge dessen stehende feste Cadres der Armee kaum existiren, weil diese dann auch ihre ständigen geistigen Spitzen und Kommandeure verlangen, wo eine Armee als solche also fast nie präsent ist, sondern in den Knaben auf den Schulkriegsplätzen, in den bewaffneten Jünglingen und Männern in den Gemeindehäuflein sich heranbildet und ständig übt, wo der ganze Apparat also eigentlich erst in Kriegszeiten sich zusammenzusetzen und zu funktioniren anfängt, wenn Generäle, Unteroffiziere und Gemeine aus den Bureaus und Komptoirs und Werkstätten zu den Fahnen eilen oder auch nicht besonders eilen. Das ist die Miliz im Gegensatz zum „stehenden" Heer.[1]

---

[1] Auch bei Kautsky kommt dies, wenn auch nicht besonders deutlich, zum Ausdruck. Nachdem man nach seiner ersten Aeußerung hätte glauben sollen, das Wielange des Dienstes mache den Unterschied zwischen stehendem Heer und Miliz, heißt es mit einem Male: der Unterschied sei: wann und wo die Ausbildung sich vollziehe:

„In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen einem Berufssoldaten (?) und einem Milizsoldaten nicht der zwischen einem ausgebildeten und einem nicht ausgebildeten Soldaten, sondern er liegt darin, wann und wo die Ausbildung stattfindet. Hier der Soldat, der für Jahre in die Kaserne eingeschlossen, vom Volke abgelöst wird ... dort der Soldat, dessen Ausbildung in einer Weise geschieht, daß sie ihn nicht vom

Natürlich kommt gerade hier der alte heraklitische Satz zur Geltung, daß alles fließt, daß starre Grenzlinien nicht zu ziehen sind. Der radikalste Milizutopist kommt ohne einen festen Kern von Berufssoldaten, von stehendem Heer nicht aus, genau so wie der größte Bewunderer des self government nicht träumen kann, alle Bureaukratie durch ehrenamtliche Selbstverwaltung im Nebenberuf ersetzen zu wollen.[1] Und wiederum, auch die heutige deutsche Armee hat ihre Schwärme von Reserve- und Landwehroffizieren, die nicht Berufssoldaten sind. Auch bei diesem Gegensatz handelt es sich schließlich immer wieder um ein Mehr oder Weniger.

Aber die Verkürzung der Dienstzeit ist an sich keine Annäherung an die Miliz in dem bezeichneten Sinne des Wortes — eine Annäherung an das Volksheer stets, denn je mehr die jungen Massen des Volkes die präsente Armee bilden, desto weniger wird die Armee zu volksfeindlichen Anschlägen seitens der überlebten Mächte mißbraucht werden können. Relativ, im Verhältniß zur Präsenzstärke, wird dagegen die Verkürzung der Dienstzeit heute immer auf eine Vermehrung des Berufssoldatenthums, dieses Grundstocks der stehenden Heere, hinauslaufen, also von der Miliz, immer im bezeichneten Sinne, abführen. Wenn z. B. die Caprivische Militärreform — die Engels meines Erachtens Mitte der sechziger Jahre befürwortete und die er auch 1893 in den Grundzügen für richtig hielt — wenn die Verstärkung der vorhandenen Friedenscadres und die Bildung neuer Cadres nicht mit einer ganz außerordentlichen Vermehrung des Ausbildungspersonals, des Berufssoldatenthums abschloß, so lag das nur daran, daß die zweijährige Dienstzeit in der Praxis der deutschen Armee schon vorher so ziemlich erreicht war. Aber nahezu 80000 Unteroffiziere, die jetzt im Etat stehen, sind auch schon eine recht schöne Ziffer und die Motive des vorliegenden Militärgesetzes enthalten die verdächtige Andeutung, daß, um einer Ueberbürdung des Ausbildungspersonals vorzubeugen, eine Erhöhung der Zahl

---

Volke trennt, nicht seinem Beruf entfremdet, daß sie ihm nie das Bewußtsein seiner staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte raubt.

„Der Uebergang vom stehenden Heer zum Milizheer besteht also nicht darin, daß man einfach ‚sozusagen gar keine Dienstzeit' einführt; sie erfordert die Ersetzung der langen Dienstzeit in der Kaserne durch andere Mittel der Ausbildung des Soldaten, vor Allem durch militärische Ausbildung der Jugend."

Wenn Kautsky sich mehr bemüht hätte, den bestimmten **militär-organisatorischen Begriff „Miliz"** — eine Form der Organisation, die nicht nur die Art der **Erziehung**, sondern auch der **Mobilmachung**, die **Angriffsfähigkeit** wesentlich bestimmt und mitbestimmt — auch bestimmt festzuhalten, so hätte er vielleicht seinen ganzen Artikel ungeschrieben lassen können. „Volksheer" ist natürlich kein militärtechnischer Begriff, sondern weiter nichts wie ein Heer, das sich nicht gegen das Volk verwenden läßt — auch wenn die militärische Erziehung sich vollständig innerhalb dauernder, fester Cadres, mit Berufsoffizieren an der Spitze, vollzogen haben sollte.

[1] Viele Milizschriftsteller werden durch diese Widersprüche zu Forderungen geführt, die geradezu ein Hohn auf ihre Grundanschauungen sind. So verlangt Schulz-Bodmer, dessen Werk über „Die Rettung der Gesellschaft aus den Gefahren der Militärherrschaft" man wohl als die Zusammenfassung der Milizideen der fünfziger Jahre ansehen kann, neben dem „als Miliz organisirten Volk" — in dem er zugleich die beste und billigste Konstablergarde „zur Erhaltung der Ordnung" sieht — „einen nur aus Freiwilligen bestehenden Kern und Rahmen ständig unterhaltener Truppen", also nicht nur ein, wenn auch kleineres „stehendes Heer", sondern ein stehendes Heer aus wirklichen „Berufssoldaten" — viel schlimmer wie das stehende Heer der verwirklichten allgemeinen Wehrpflicht, die ja auch schon als allgemeine „Sklaverei" gebrandmarkt worden ist, während Engels ihr als „revolutionärer" Kraft wahre Hymnen singt.

der Unteroffiziere „wohl vertretbar“ sei, daß man sich vorläufig jedoch mit Heranziehung dreijährig dienender „Hilfskräfte“ begnügen wolle.

Ja, um diese Vermehrung und intensivere Anspannung des Lehrpersonals bei kürzerer Dienstzeit möglichst abzuschwächen, dazu verlangen wir eben weiter noch die militärische Jugenderziehung mit „zweckentsprechend nachgebildeten Waffen, Rekognoszirungsmärschen und Felddienstübungen vom vollendeten elften oder zwölften Lebensjahr an, unter gedienten Unteroffizieren“! (Bebel.)

Vor Allem heißt das doch, was den Kampf gegen die „Berufssoldaten“ angeht, am Kern der Sache gar nichts ändern, sondern nur eine Unzahl von Unteroffizieren — Preußen allein besaß z. B. 1885 weit über 50000 ländliche Gemeinden (inkl. Gutsbezirken) — statt in die Garnisonszentren in die Schulgemeinden setzen. Besser werden sie da auch nicht werden, und als Berufssoldaten werden sie sich weiter fühlen, denn man wird sie zeitweise immer wieder zu Uebungen, zur Einweihung in neue Waffen und Gefechtsformen zusammentrommeln müssen. Für die Uebergangszeit, wo für die präsente Armee noch keine vom elften bis zum zwanzigsten Lebensjahr geschuhriegelten Rekruten zu haben sind, bleibt also neben dieser Unzahl von sonderbaren Jugendlehrern im Anfang noch die volle Armeepräsenz bestehen. Erst dann rücken die von Mutterleib und Kindesbeinen an Miliz-Zarisirten „in die Kasernen“ ein, erst dann reduzirt sich hier die Dienstzeit und damit unter den neuen Vorbedingungen auch der Schwarm der Kommandirenden. Erst dann ist die präsente Armee eigentlich nur die letzte Revisionsinstanz, in der hauptsächlich nur nachgeprüft wird, ob die vielen Vorinstanzen allen ihnen zugewiesenen Aufgaben nachgekommen sind.

Doch es ist gar nicht wahr, daß „die Kaserne“ nur die letzte, rasch überwundene Entwicklungsstufe sein würde. Sie würde auf allen Stufen wiederkehren. Vielleicht schon auf der untersten. Denn da es doch wohl zu theuer wäre, jedem Jungen eine Waffe mit nach Hause zu geben, so wäre der billigste Ausweg, in jedem Monat einen Theil einzuberufen, zu kaserniren und so die Waffe im Laufe des Jahres durch eine ganze Reihe von Händen gehen zu lassen. Jeder Jahrgang stellte nach diesem System eine besondere Ausbildungsstufe dar. Man würde also jedes Jahr erst die Sechzehnjährigen für sich, dann die Siebzehn- und Mehrjährigen einberufen und unterbringen müssen, um in größeren Verbänden zu exerziren, um Felddienstübungen in größerem Maßstab, in wechselndem Gelände vorzunehmen. Ich will von den kleinen Unteroffizierschaften der Gemeinden gern das Beste hoffen. Aber auch im besten Falle können sie sich doch kein Regiment, keine Brigade und keine Division leisten und deren Funktionen sich zu eigen machen. Und wenn sie eben nicht später längere Zeit „in die Kaserne eingeschlossen, vom Volke abgeschlossen“ sein sollen, so müssen sie früher um so öfter einberufen und kasernirt werden. Theuer wird das werden, und wenn vollends das Volksversammlungsschlagwort: Jeder Mann behält seine Waffe! durchgeführt würde, dann — fürchte ich — können wir für jeden Kriegspflichtigen nur gleich noch eine Reservewaffe für den Ernstfall hinterlegen, und vor Allem: wir werden es nicht zahlen können. Die Kulturaufgaben leiden so schon genug. . . .

Doch ich weiß, man wird das übertrieben nennen. Ich habe die Konsequenzen auch nur deshalb möglichst weit verfolgt, weil so die für Miliz oder stehendes Heer mitentscheidende wirthschaftliche Frage möglichst scharf sich hervorhebt: Ist es bei den grundliegenden heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen erträglicher, den Militärdienst möglichst in einen zusammenhängenden Zeitraum

zusammenzudrängen, oder ist es erträglicher, ihn in eine Reihe jährlicher Theilleistungen zu zerzetteln? Wenn, um ein konkretes Beispiel zu nehmen, eine einjährige Schulung den „ausgebildeten“ Soldaten macht, und wenn zwischen stehendem Heer und Miliz nur das der Unterschied sein soll, „wann und wo die Ausbildung stattfindet“, so frage ich einfach: Ist es besser, jeden Bürger von vornherein darauf gefaßt zu machen, daß er vom zwanzigsten bis zum einundzwanzigsten Jahre „seinem Beruf entfremdet, in die Kaserne eingeschlossen“ sein wird, oder ist es richtiger, vom vierzehnten bis vielleicht zum sechsundzwanzigsten Jahre jährliche Einberufungen von vier und mehr Wochen einzuführen — denn zwölf auseinanderfallende Monatsübungen sind noch niemals eine volle Jahresleistung. Der „Kastengeist“ mag im letzten Falle weniger großgezogen werden, aber diese fortwährende Störung und Unterbrechung wäre für das heutige Erwerbsleben geradezu eine Tortur. Für den Großbetrieb und für die großindustrielle Arbeiterklasse vielleicht noch am wenigsten. Aber wie viele kleine Ladner und Handwerker, deren Betrieb auf zwei Augen ruht, müßten einfach die Bude schließen, wenn Jahr für Jahr dieses Damoklesschwert auf sie niederfiele? Auf das eine Jahr, während dessen man seinen Sohn für die Armee beansprucht, kann sich der Bauer am Ende einrichten; Jahr für Jahr seine hervorragendste, vielleicht seine einzige Arbeitskraft zeitweise einbüßen zu müssen, wäre für ihn der Ruin. Was also das „Wann und Wo“ der Ausbildung anbelangt, das nach Kautsky über Berufssoldat und Milizsoldat unterscheidet, so antworte ich, was die erwerbsthätige, also die der Volksschule entwachsene Bevölkerung anbelangt, unbedenklich: am besten in einer, zeitlich übersehbaren Dienstleistung. Und das Wo ist damit schon von selber entschieden: im stehenden Heere — wenn man sich darunter das denkt, was vernünftiger Weise bei allgemeiner Wehrpflicht allein darunter gedacht werden kann.

Von der Loslassung der Unteroffiziersschwärme auf die Schuljugend verspreche ich mir militärisch sehr wenig und politisch nichts Gutes. Welche Empfindlichkeit haben wir sonst mitunter verrathen, wenn in den Volksschulen auch nur so etwas wie Volkswirthschaft oder Politik gelehrt werden sollte, selbst die üblichen Geschichtserzählungen und die Religion hielten wir für Gift. Nun soll auf einmal ein „Feind der Demokratie und des Proletariats“ sein, wer nicht in jedem Dorfe und Weiler die Jugend zu kleinen Kriegervereinen von Unteroffizieren erzogen sehen möchte. Offen gestanden, ich glaube, der Bauern-, der Taglöhnersohn, der längere Zeit in der sozialdemokratischen Großgarnisonstadt zubringt, ist uns zugänglicher, wie der von Kindesbeinen an irgendwo im Hinterland vom Unteroffizier dressirte Milizsoldat, der nur auf den Husch die Großstadt einmal erblickt. Darum sehe ich, neben den wirthschaftlichen, auch die politischen Wirkungen des Milizsystems, wie es bei uns allenfalls denkbar wäre, etwas anders an wie üblich. Aber von jeder Feindschaft gegen die Demokratie und das Proletariat fühle ich mich dabei frei. Ich mache nur nicht jedem Hute sofort meine Reverenz, weil eine rothe Hahnenfeder auf ihm steckt.

Schon die Geschichte der Jugendwehrbestrebungen sollte die hier in der Partei übliche Vertrauensseligkeit etwas erschüttern. Denn immer und immer wieder wird die militärische Jugenderziehung angepriesen auch als konservative Heilsthat, als Waffe im Kampfe gegen den Umsturz.[1]

[1] Walcker z. B., der auch hier nur Kompilator ist und weitverbreitete Anschauungen zusammenfaßt, sieht in der „militärischen Jugenderziehung etwas eminent Konservatives . . . das Konservativste, was es giebt, denn Menschenkenner wie die Jesuiten einerseits und der Fürst Bismarck und Minister Falk andererseits sind darin einig, daß man zarte, biegsame

Materialismus oder Kantianismus?[1]

Von G. Plechanow.

„Was für eine Philosophie man wählt, hängt davon ab, was man für ein Mensch ist.“ J. G. Fichte.

Die Leser dieser Zeitschrift haben vielleicht nicht vergessen, daß Eduard Bernstein Dr. Conrad Schmidt die „leichte, wenn auch nicht angenehme Aufgabe“ überlassen hat, meine „Widersprüche“ aufzudecken, meine „philosophischen Fehlschlüsse“ zu bekämpfen. Conrad Schmidt hat versucht, sich dieser Aufgabe in Nr. 11 der „Neuen Zeit“ zu entledigen.[2] Sehen wir nun zu, ob der Erfolg seine Bemühungen gekrönt hat.

Conrad Schmidts Artikel zerfällt in drei Theile: eine ziemlich ironische Einleitung, eine sehr cholerische Schlußfolgerung und ein Hauptstück. Ich beginne, wie es sich gebührt, beim Anfang, also bei der ironischen Einleitung.

Mein Gegner giebt sich ein erstauntes Ansehen. Er behauptet, nicht verstehen zu können, warum ich mich jetzt mit seinen Artikeln befasse, deren letzter schon vor mehr als Jahresfrist veröffentlicht wurde. Das Warum ist indessen ganz klar.

Ich habe die betreffenden Artikel sofort nach ihrem Erscheinen gelesen. Sie schienen mir ungemein schwach, ich hielt sie für bedeutungs- und einflußlos, und die Absicht lag mir deshalb durchaus fern, mich in eine Polemik mit ihrem Verfasser einzulassen. Es werden so viel schlechte Artikel veröffentlicht, die zu widerlegen nicht der Mühe werth ist. Da verkündete im Frühjahr letzten Jahres Bernstein urbi et orbi, daß er durch den schwächsten der Schmidtschen Artikel „unmittelbar angeregt“ worden sei. Ich erkannte nun das Irrthümliche meiner früheren Ansicht und daß die Mühe der Widerlegung der fraglichen Artikel keine verlorene Liebesmüh sei. Conrad Schmidts Artikel kritisiren hieß gleichzeitig das Maß der geistigen Kraft Bernsteins aufzeigen, der, wie männiglich

---

Kinderseelen zu der Gesinnung erziehen muß, welche man für wahr und nothwendig hält. Wer die Schule hat, hat die Zukunft.... Die militärische Jugenderziehung wäre auch ein wichtiges Präservativ gegen die sozialistische Ansteckung der heranwachsenden Jugend.“

In der konservativen „National Review“ lenkt soeben ein englischer Chauvinist zur Förderung des Jingoismus die Aufmerksamkeit auf die Schulen: „Jungen und Mädchen müssen hier mit den Heldenthaten von Engländern wie Drake, Nelson, Cromwell, Gordon bekannt gemacht werden.... In den Schulen müßten das Bild der Königin und die Nationalflagge hängen und bei gewissen Anlässen salutirt werden, während die Bedeutung der Flotte einen Unterrichtsgegenstand zu bilden hätte. Die Amerikaner nehmen keinen Anstoß, in den Schulen regelmäßig patriotische Lieder zu singen und militärischen Drill zu üben. Warum sträuben sich so viele Engländer gegen solchen Schulunterricht?“

[1] Wir schließen damit die Diskussion über dieses Thema, da unsere Raumverhältnisse bei dem augenblicklichen großen Stoffandrang uns nicht gestatten, sie weiter fortzusetzen. Hoffentlich hat sie ihre Aufgabe erfüllt, die von vornherein nicht darin bestehen konnte, ein während des Jahrhunderts von den größten Geistern erörtertes Problem in einer populären Wochenschrift zur Entscheidung zu bringen, sondern nur darin, das Interesse dafür wachzurufen, vorhandene Gegensätze aufzudecken und klarzustellen und ihre Bedeutung für die wissenschaftliche Grundlegung unserer Bewegung erkennen zu lassen.

Genosse Schmidt verzichtet in Folge unseres Ersuchens auf eine Antwort an dieser Stelle und behält sich vor, in dem Buche, das er unter der Feder hat, auf die Frage zurückzukommen. Die Redaktion.

[2] Siehe den Artikel „Einige Bemerkungen über Plechanows letzten Artikel in der Neuen Zeit“.

bekannt, im Begriff ist, eine kleine „Umwälzung des Sozialismus“ zu bewerkstelligen, ein löbliches Beginnen, durch welches er sich um die Menschheit sehr „verdient“ macht. Von diesen Erwägungen aus wurde mein Artikel geschrieben: „Conrad Schmidt gegen Karl Marx und Friedrich Engels“. Er ermangelt also keineswegs derart der Aktualität, wie mein Gegner es behauptet.

Ich wende mich nun dem Hauptstück zu.

Engels hat erklärt, daß die beste Widerlegung des Kantianismus uns tagtäglich durch unsere praktische Bethätigung gegeben wird, zumal durch die Industrie, und daß, mit einem Worte, der Pudding beim Essen erprobt wird. Conrad Schmidt fand, daß dies nicht nur schlecht schlußfolgern, sondern auch — was schlimmer ist — „dem Kantianismus aus dem Wege gehen“ hieß. Ich bin in meinem Artikel seiner Meinung entgegengetreten und habe dargethan, daß er Engels' Pudding sehr schlecht verdaut hat. Der Zweck meiner Beweisführung war keineswegs, Conrad Schmidt zu gefallen. Es ist deshalb durchaus nicht verwunderlich, daß sie weder der Form, noch dem Inhalt nach seinen Beifall gefunden hat. Was die Form meiner Widerlegung anbelangt, so werde ich davon am Schlusse meines Artikels sprechen, was den Inhalt anbetrifft, so werde ich ihn jetzt vertheidigen.

Als Marx und Engels behaupteten, daß die praktische Thätigkeit der Menschen eine tagtägliche Widerlegung des Kantianismus ist, so hoben sie damit den sonderbaren Widerspruch hervor, der die Grundlage von Kants Lehre ist. Dieser Widerspruch aber besteht in Folgendem: Einerseits ist das Ding an sich nach Kant die Ursache unserer Vorstellungen, andererseits aber kann die Kategorie der Kausalität nicht auf das Ding oder die Dinge an sich angewendet werden. Indem ich die Auffassung der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus entwickelte, schrieb ich unter Anderem das Nachstehende:

„Was ist ein Phänomen? Es ist ein Zustand unseres Bewußtseins, der durch die Wirkung des Dinges an sich auf uns hervorgerufen wird. So erklärt Kant. Aus dieser Definition folgt, daß ein Phänomen voraussehen nichts Anderes bedeutet, als die Wirkung voraussehen, welche das Ding an sich auf uns ausübt. Können wir bestimmte Phänomene voraussehen? Gewiß. Unsere Wissenschaft und unsere Technologie sind Bürge dafür. Das bedeutet also, daß wir die Wirkung voraussehen, welche das in Betracht kommende Ding an sich auf uns ausübt. Aber wenn wir die Wirkung des Dinges (an sich) voraussehen, so kennen wir wenigstens gewisse seiner Eigenschaften. Und sobald wir gewisse seiner Eigenschaften kennen, haben wir nicht das Recht, das Ding an sich als unerkennbar zu bezeichnen. Diese „Vernünftelei“ Kants fällt, zerschmettert von der Logik seiner eigenen Lehre. Das wollte Engels durch sein Beispiel von dem Pudding sagen. Der Beweis ist ebenso klar und unwiderleglich, wie der Beweis eines mathematischen Theorems.“

Es ist dieser Theil meiner Beweisführung, den Conrad Schmidt vor Allem zu widerlegen versucht.

„Wäre das wahr“, erklärt er mit jener feinen Ironie, welche seinen Artikel verschönt, „so sähe es allerdings mit der Unwiderleglichkeit der mathematischen Beweise übel aus.“ Und er wirft mir eine unverzeihliche Verwechslung der Begriffe vor. „Was sind denn für ‚Dinge‘, die auf uns einwirken, und die wir aus dieser ihrer Einwirkung auf uns in ihren Eigenschaften zu erkennen vermögen? Es sind räumlich, zeitlich, materiell bestimmte Dinge, d. h. die Grundbestimmungen und Eigenschaften dieser ‚Dinge‘ haben selbst rein phänomenalistischen Charakter.“ Wenn dem so ist, so ist es nur natürlich, daß

Conrad Schmidt mit Verachtung sowohl auf Engels' Pudding herabblickt, wie auf die Schlußfolgerungen, die ich daran knüpfte. „Wenn also die ‚Vernünftelei' Kants an der Logik seiner eigenen Lehre zerschmetterte", sagt er, „so passirt ihr dieses Schicksal — wenigstens bis keine anderen Beweise erbracht sind — anscheinend deshalb, weil durch ein Spiel mit Worten (‚Ding' und ‚Ding an sich') fremde Unlogik in diese Logik hereingebracht ist."

Welche Verachtung, und welche niederschmetternde Schlußfolgerung! Die Materialisten (Marx, Engels und der bescheidene Sterbliche, der diese Zeilen schreibt) spielen mit Worten und bringen ihre eigene Unlogik in die Logik des Kantianismus herein. Das rührt augenscheinlich daher, daß die Materialisten — die „Dogmatiker" und „Metaphysiker" sind — nicht die nöthige Fähigkeit besitzen, um die Lehre des Vaters des „Kritizismus" zu verstehen. Ein „kritischer" Denker würde nie, aber nie etwas Aehnliches sagen, wie wir armseligen „dogmatischen" Materialisten behaupten.

Jedennoch ... jedennoch ... sind Sie dessen so sicher, was Sie schreiben, mein Herr Gegner? Betrachten wir die uns beschäftigende Frage im Lichte der Geschichte der Philosophie.

Schon 1787 warf Fr. Heinr. Jakobi in einem Anhang zu seinem Gespräch: „Idealismus und Realismus" Kant den Widerspruch vor, um den es sich handelt. Er schrieb zur Sache das Folgende:

„Ich frage, wie ist es möglich, die Voraussetzungen von Gegenständen, welche Eindrücke auf unsere Sinne machen und auf diese Weise Vorstellungen erregen, mit einem Lehrbegriff zu vereinigen, der alle Gründe, worauf diese Voraussetzung sich stützt, zunichte machen will? Man erwäge ... daß der Raum und alle Dinge im Raume nach dem Kantischen System in uns und sonst nirgendwo vorhanden sind; daß alle Veränderungen, und sogar die Veränderungen unseres eigenen innerlichen Zustandes ... nur Vorstellungen sind, und keine objektiven wirklichen Veränderungen, kein solches Aufeinanderfolgen weder in uns, noch außer uns beweisen; man erwäge, daß alle Grundsätze des Verstandes nur subjektive Bedingungen ausdrücken, welche Gesetze unseres Denkens, aber keineswegs der Natur an sich sind ... man erwäge diese Punkte gehörig, und besinne sich, ob man neben ihnen wohl die Voraussetzung von Gegenständen, welche Eindrücke auf unsere Sinne machen und auf diese Weise Vorstellungen zu Wege bringen, könne gelten lassen." [1]

Sie finden, Genosse Schmidt, in Vorstehendem die nämliche „Unlogik", die Ihnen so höchlich mißfiel, als Sie ihr in den Schriften der Materialisten begegneten. Das wundert Sie? Ein wenig Geduld, und Sie werden noch verwunderlichere Dinge erfahren.

Der Dialog „Idealismus und Realismus" stammt, wie ich bereits erwähnte, aus dem Jahre 1787. 1792 bewies Gottlob Ernst Schulze, damals Professor in Helmstädt, in seinem Buche „Aenesidemus", daß Kant und sein Schüler Reinhold nicht verstanden haben, die logischen Konsequenzen ihrer eigenen Lehre zu ziehen.

„Das Ding an sich", sagt er, „soll eine unerläßliche Bedingung der Erfahrung, aber es soll zugleich uns völlig unbekannt sein. Allein wenn es dies ist, so können wir auch nicht wissen, ob Dinge an sich wirklich existiren und Ursachen von etwas sein können, wir haben mithin kein Recht, sie für Bedingungen der Erfahrung zu halten. Wenn man ferner mit Kant annimmt, daß

[1] Jakobis Werke, II. Band, S. 308.

die Kategorien der Ursache und Wirkung nur auf Erfahrungsgegenstände angewendet werden dürfen, so kann man nicht behaupten, daß die Wirkung von Dingen, die außer unserer Vorstellung existiren, den Inhalt der Vorstellungen hervorbringe" 2c.[1]

Immer die nämliche „Unlogik"! Der Verfasser von „Aenesidemus" hat geglaubt, wie ich gegenwärtig glaube, daß nach Kant das Ding an sich die Ursache unserer Vorstellungen ist. Wir haben beide den nämlichen Ausgangspunkt. G. E. Schulze stützt sich jedoch auf Kants Unkonsequenz, um zu seinen skeptischen Schlußfolgerungen zu gelangen, während meine Schlußfolgerungen zum Materialismus führen. Dieser Unterschied ist ohne Zweifel groß, aber er geht uns hier nichts an, wo es sich nur um die Auslegung von Kants Lehre über das Ding an sich handelt.

G. E. Schulz und F. H. Jakobi waren übrigens in ihrer Zeit nicht die Einzigen, die Kant so auffaßten. Fünf Jahre nach dem Erscheinen des „Aenesidemus" schrieb J. G. Fichte, daß „alle Kantianer, nur Herrn Beck ausgenommen ... Kant so verstanden haben".[2] Und er warf diesen „Auslegern" Kants den nämlichen Widerspruch vor, auf den Engels seine Widerlegung des Kantianismus gründete. „Ihr Erdball ruht auf dem großen Elefanten, und der große Elefant ruht auf dem Erdball. Ihr Ding an sich, das ein bloßer Gedanke ist, soll auf das Ich einwirken." Fichte war fest davon überzeugt, daß der „Kantianismus der Kantianer", der nach ihm nichts war als eine abenteuerliche Zusammensetzung des gröbsten Dogmatismus und des entschiedensten Idealismus nicht der Kantianismus Kants selbst sein konnte. Er behauptete, daß der wahre Sinn von Kants Kantianismus die „Wissenschaftslehre" sei. Was geschah darauf? In seiner bekannten „Erklärung in Beziehung auf Fichtes Wissenschaftslehre" enttäuschte Kant vollständig die Erwartung des großen Idealisten. 1799 schrieb er, daß er Fichtes Wissenschaftslehre für ein gänzlich unhaltbares System erachte, und sagte sich von allem Antheil an jener Philosophie los. In der nämlichen „Erklärung" spricht Kant aus, daß seine Kritik der reinen Vernunft „schlechterdings nach dem Buchstaben zu verstehen" ist und er führt das italienische Sprichwort an: „Gott bewahre uns nur vor unseren Freunden; vor unseren Feinden wollen wir uns wohl selbst in Acht nehmen." In einem Briefe an Tieftrunk, der zur selben Zeit geschrieben wurde, drückt Kant seinen Gedanken noch klarer aus. Er hat nicht die Muße gehabt, die „Wissenschaftslehre" zu lesen, aber er hat eine Rezension dieses Werkes gelesen („welche mit vieler Vorliebe für Herrn Fichte abgefaßt ist") und er fand, Fichtes Philosophie „sieht wie eine Art Gespenst aus, so daß, wenn man es gehascht zu haben glaubt, man keinen Gegenstand, sondern immer nur sich selbst und zwar hievon auch nur die Hand, die darnach hascht, vor sich findet."[3]

Die Frage war also unzweideutig ein für alle Mal gelöst: der Königsberger Philosoph erklärte, daß „der Kantianismus der Kantianer" auch der seinige war. Das war klar, aber das befreite diesen Kantianismus durchaus nicht von dem Widerspruch, den Jakobi, Schulze und Fichte hervorgehoben und angegriffen

---

[1] Da ich mir G. E. Schulzes Werk nicht verschaffen konnte, so zitire ich nach Eduard Zeller: „Geschichte der deutschen Philosophie", München 1873, S. 583 und 584.

[2] Siehe die „Zweite Einleitung in die Wissenschaftslehre", welche ursprünglich im „Philosophischen Journal" von 1797 erschien und im ersten Bande von Fichtes Werken nachgedruckt worden ist.

[3] Kants Werke (Ausgabe von Hartenstein), X. Band, S. 577—578.

hatten. Im Gegentheil: die Erklärung von 1799 hat ihn gleichsam für immer festgelegt.

Conrad Schmidt meint, daß ich mich durch meine Auslegung der Kantschen Lehre in Widerspruch zu allen Historikern der Philosophie setze. Das Vorstehende beweist meines Erachtens klärlich, daß die historischen Thatsachen durchaus mit meiner Auslegung übereinstimmen. Wenn die Historiker der Philosophie das nicht gelten ließen, so könnte ich mit Fug und Recht sagen: um so schlimmer für diese Herren. Aber Conrad Schmidt irrt sich in der Beziehung, wie er sich von Anfang bis zu Ende seines Artikels irrt.

In der That, hören wir zur Sache Friedrich Ueberweg:

Nach diesem Historiker der Philosophie besteht einer von Kants Widersprüchen darin, daß „die Dinge an sich uns affiziren sollen, Affektion aber Zeitlichkeit und Kausalität involvirt, welchen Kant doch andererseits als Formen à priori nur innerhalb der Erscheinungswelt und nicht jenseits derselben Giltigkeit zuerkennt".[1]

Habe ich etwas Anderes gesagt?

Lassen wir nun Ed. Zeller zum Wort kommen.

Er schreibt:

„Wir müssen nun allerdings annehmen, daß unseren Empfindungen ein von uns selbst verschiedenes Reale entspreche. Kant sucht dies in der zweiten Auflage seiner Kritik der reinen Vernunft gegen Berkeleys Idealismus ausdrücklich darzuthun." Ed. Zeller ist von Kants Beweisführung gegen Berkeley wenig befriedigt, das hindert ihn jedoch nicht, den wahren Sinn des Kantianismus zu erfassen und zu schreiben: „Daß die Empfindungen nicht blos Erzeugnisse des vorstellenden Subjekts seien, sondern sich auf gewisse unabhängig von unserem Vorstellen vorhandene Dinge beziehen, hat Kant stets behauptet."[2] In seiner Kritik der Kantischen Philosophie sagt Zeller unter Anderem: „Wenn er (Kant) den Begriff der Ursache für eine Kategorie unseres Verstands erklärte, die als solche nur auf Erscheinungen anwendbar sei, so hätte er sie auf das Ding an sich nicht anwenden, dieses Ding als Ursache der Vorstellungen nicht voraussetzen dürfen."[3]

Immer die gleiche Auffassung des Kantianismus, wie sie Engels hatte, wie ich sie habe. Wenn Conrad Schmidt sie richtig verstanden hätte, so würde er nie behauptet haben, daß alle Historiker der Philosophie ihr widersprechen.

J. Erdmann, für den das Ding an sich nur ein bloßer Grenzbegriff ist, ist nichtsdestoweniger gezwungen, anzuerkennen, daß dies nämliche Ding nach Kant „eine von uns unabhängige Bedingung" der Erscheinung ist.[4] Wenn aber das Ding an sich die Bedingung ist, so ist die Erscheinung das Bedingte, und damit erscheint wieder der Widerspruch, den man in den letzten hundert Jahren so viel erörtert hat und den nicht bemerkt zu haben unser doctor irrefragabilis den Scharfblick besitzt.

Mir ist wohl bekannt, daß manche Historiker der Philosophie den Kantianismus im Sinne eines reinen und einfachen Idealismus auslegen. Aber erstens sind manche Historiker nicht alle, und zweitens müßte Conrad Schmidt beweisen, wenn er sich in Uebereinstimmung mit diesen Historikern befindet, daß

[1] „Grundriß der Geschichte der Philosophie", III. Theil, Berlin 1880. S. 215.

[2] „Geschichte der deutschen Philosophie", S. 436.

[3] Ibid., S. 514.

[4] J. Erdmann, „Grundriß der Geschichte der Philosophie", dritte Auflage, Berlin 1878, II. Band, S. 323.

sie Recht haben, statt daß er die Auffassung von Marx, Engels und mir als eine absurde Erfindung von Ignoranten zurückweist.

Wir haben gesehen, daß nach Conrad Schmidt die Dinge, die auf uns einwirken, räumlich, zeitlich, materiell bestimmte Dinge sind und nicht Dinge an sich. Ich würde nichts einwenden, wenn mein Opponent erklärt hätte, daß dies der wahre Sinn seiner eigenen Philosophie wäre. Aber er behauptet, daß dies der wahre Sinn des Kantianismus ist und dagegen protestire ich aufs Energischste.

Ich bitte Conrad Schmidt, die „Metaphysischen Anfangsgründe der Naturwissenschaft" aufzuschlagen und hier im zweiten Hauptstück die zweite Anmerkung des vierten Lehrsatzes zu lesen. Kant entwickelt hier die Meinung eines Geometers, die er vollständig theilt und die in Folgendem besteht: „Der Raum sei gar keine Eigenschaft, die irgend einem Dinge außer unseren Sinnen anhängt, sondern nur die subjektive Form unserer Sinnlichkeit, unter welcher uns Gegenstände äußerer Sinne, die wir, wie sie an sich beschaffen sind, nicht kennen, erscheinen, welche Erscheinung wir dann Materie nennen." [1]

Um welche Dinge handelt es sich in den vorstehenden Ausführungen, um Dinge an sich oder um räumlich, zeitlich, materiell bestimmte Dinge? Offenbar um Dinge an sich. Was sagt uns Kant von diesen Dingen? Daß wir nicht erkennen, wie sie an sich sind, sondern wie sie uns unter der Form des Raumes erscheinen. Und was ist eine Bedingung dafür, daß sie uns erscheinen? Daß sie auf unsere Sinne wirken. „Die Fähigkeit", sagt Kant, „Vorstellungen durch die Art, wie wir von Gegenständen affizirt werden, zu bekommen, heißt Sinnlichkeit." [2] Conrad Schmidt wird vielleicht noch einmal versuchen, seine Position zu retten, indem er uns versichert, daß Kant in diesen Zeilen von räumlich, zeitlich 2c. bestimmten Dingen spricht, d. h. von Phänomenen, welche, wie es in der „Kritik der reinen Vernunft" heißt, „nicht an sich selbst, sondern nur in uns existiren". Um all den Versuchen dieser Art vorzubeugen, lasse ich eine andere Stelle aus der „Kritik der reinen Vernunft" folgen. Sie lautet: „Denn wir haben es doch nur mit unseren Vorstellungen zu thun; wie Dinge an sich selbst (ohne Rücksicht auf Vorstellungen, dadurch sie uns affiziren) sein mögen, ist gänzlich außer unserer Erkenntnißsphäre." [3]

Ist das klar genug? Die Dinge an sich affiziren uns durch die Vorstellungen, die sie in uns erregen. Wenn Conrad Schmidt in seinem Artikel von „lächerlichen Mißverständnissen" spricht, so thut er das mit Fug und Recht, nur hat er vergessen hinzuzufügen, daß diese Mißverständnisse alle auf seiner Seite liegen.

Conrad Schmidt behauptet, daß die von mir in meinem früheren Artikel angeführte Stelle der „Prolegomena" meine These nur dem Anschein nach stützt, nur deshalb, weil sie „aus dem Zusammenhang herausgerissen" ist. Das ist falsch. Man vergleiche selbst: „Es sind uns Dinge als außer uns gegeben, allein von dem, was sie an sich selbst sein mögen, wissen wir nichts. . . ." Um welche Dinge handelt es sich hier? Um Dinge an sich. Das ist klar, denn hören wir weiter: „sondern kennen nur ihre Erscheinungen". Erscheinungen wessen? Der räumlich, zeitlich 2c. bestimmten Dinge oder der Dinge an sich?

---

[1] Kants Werke, VIII. Band, S. 432.

[2] „Kritik der reinen Vernunft", der transzendentalen Elementarlehre erster Theil, der transzendentalen Aesthetik § 1.

[3] Elementarlehre, II. Theil, I. Abtheilung, II. Buch, II. Hauptstück, zweite Analogie, Beweis.

Welche Frage! Wer erkennt nicht, daß Kant hier von den Dingen an sich spricht? Wunderbar, doch fahren wir fort: „das ist Vorstellungen, die sie in uns wirken". Welche Dinge wirken in uns Vorstellungen? Dinge an sich, von denen wir nichts wissen sollen. Und auf welche Weise wirken sie in uns Vorstellungen? „Indem sie unsere Sinne affiziren." Schlußfolgerung: Die Dinge an sich affiziren unsere Sinne. Wie viel Doktorhüte muß man abgetragen haben, um diese „Dinge" (man verzeihe den Kalauer), die „an sich" so klar sind, nicht zu verstehen?

Was den „Zusammenhang" anbetrifft, in welchem sich die von mir angeführte Stelle befindet, so mag der Leser ihn beurtheilen, indem er den ganzen § 1 der „Prolegomena" nachliest, besonders aber die zweite Anmerkung zu diesem Paragraphen. Außerdem verweise ich auf § 36 der „Prolegomena". Hier liest man: „Erstens, wie ist die Natur in materieller Bedeutung, nämlich der Anschauung nach, als der Inbegriff der Erscheinungen, wie ist Raum, Zeit und das, was beide erfüllt, der Gegenstand der Empfindung überhaupt? Die Antwort ist, vermittelst der Beschaffenheit unserer Sinnlichkeit, nach welcher sie auf die ihr eigenthümliche Art von Gegenständen, die ihr an sich selbst unbekannt und von jenen Erscheinungen ganz unterschieden sind, gerührt wird." Von welchen Gegenständen wird sie gerührt, Genosse Schmidt?

Conrad Schmidt behauptet, daß ich ihn in meinem Artikel fast „schulmeisterlich" behandelt habe. Ich verspüre nicht die geringste Lust, ihm gegenüber persönlich die Rolle eines „Schulmeisters" zu spielen, nichtsdestoweniger bin ich versucht, ihm zuzurufen:

> „Mein theurer Freund, ich rath' Euch drum
> Zuerst collegium logicum."

Kehren wir zu Kant zurück. „Kant gründet die Voraussetzung des Dinges an sich, wiewohl unter mancherlei Wendungen verdeckt, auf einen Schluß nach dem Kausalitätsgesetz, daß nämlich die empirische Anschauung, richtiger die Empfindung in unseren Sinnesorganen, von der sie ausgeht, eine äußere Ursache haben müsse. Nun aber ist nach seiner eigenen und richtigen Entdeckung das Gesetz der Kausalität uns a priori bekannt, folglich eine Funktion unseres Intellekts, also subjektiven Ursprungs." Die „Unlogik" dieser Schlußfolgerung fällt diesmal A. Schopenhauer[1] zur Last. Und diese „Unlogik" ist so stark, daß die arme „Logik" unseres Doktors an ihr zerschellt, wie ein Glas an einem Steine. Was Conrad Schmidt und Seinesgleichen auch behaupten mögen, so ist es doch zweifelsohne, daß Kants System einen sonderbaren Widerspruch als Grundlage aufweist. Aber ein Widerspruch ist keine Grundlage, er ist vielmehr der Mangel einer Grundlage. Er muß also überwunden werden. Wie das bewerkstelligen? Es giebt nur zwei Mittel dazu, das eine besteht in der Entwicklung zum subjektiven Idealismus, das andere in der Entwicklung zum Materialismus. Welches dieser beiden Mittel ist das sichere? Das ist die Frage.

Nach dem subjektiven Idealismus, z. B. nach Fichtes Idealismus, ist das Ding an sich „das im Ich gesetzte". Wir haben es hier also nur mit dem Bewußtsein zu thun. Fichte hat das oft genug und auf die unzweideutigste Art erklärt. „Alles Bewußtseyn, des Ich sowohl, als des Nicht-Ich, ist eine bestimmte Modifikation des Bewußtseyns." Wenn dem so ist, wenn „das Seyn, das wirklich wahre und reale, geistig" ist, wie der nämliche Fichte erklärt, so

[1] „Die Welt als Wille und Vorstellung", Leipzig 1873, Band I, S. 516.

finden wir uns ebenso sonderbaren als unerwarteten Schlußfolgerungen gegenüber. In der That, in diesem Falle sehe ich mich gezwungen, mir zu gestehen, daß alle anderen Menschen, welche mir als außerhalb meines Ich existirend erscheinen, nur eine gewisse Modifikation meines Bewußtseins sind. Heine erzählt, daß die Berliner Damen sich mit Entrüstung fragten, ob der Verfasser der „Wissenschaftslehre" wenigstens die Existenz seiner Frau gelten ließ. Dieser Witz, der übrigens nur halb ein solcher ist, läßt die Achillesverse des subjektiven Idealismus erkennen. Fichte fühlte sie übrigens selbst, und er ließ sich angelegen sein, die schwache Seite seines Systems zu stärken, soviel in seiner Macht war. Er erklärte, daß sein „Ich" kein Individuum sei, sondern das Ich im Allgemeinen, ein absolutes Ich. „Mein absolutes Ich ist offenbar nicht das Individuum", schrieb er an Jakobi, „so haben beleidigte Höflinge und ärgerliche Philosophen mich erklärt, um mir die schändliche Lehre des praktischen Egoismus anzurichten. Aber das Individuum muß aus dem absoluten Ich deduzirt werden. Dazu wird die Wissenschaftslehre im Naturrecht ungesäumt schreiten." In dem Naturrecht finden wir jedoch nur Betrachtungen folgender Art: „Das vernünftige Wesen kann sich nicht als ein solches mit Selbstbewußtseyn setzen, ohne sich als Individuum, als eins unter mehreren vernünftigen Wesen zu setzen, welche es außer sich annimmt." Das ist eine sehr schwache „Deduktion". Die ganze Kraft der Beweisführung beruht darin, daß das Wort „Individuum" unterstrichen ist. Das vernünftige Wesen kann sich nicht als solches setzen, ohne das Nicht-Ich im Allgemeinen, d. h. die Menschen und die Dinge zu setzen. Beweist das die Existenz der Dinge außerhalb des Bewußtseins dieses Wesens? Nein. Folglich beweist das ebenso wenig die Existenz der anderen Individuen.

Anstatt die Mehrheit der Individuen zu „deduziren", hat Fichte diese einfach als ein moralisches Postulat angenommen. Das hieß die Schwierigkeit nicht beugen, sondern sie umgehen. So lange wir aber diese Schwierigkeit nicht besiegt haben, werden wir nicht die Absurdidäten los, zu denen unvermeidlich jedes philosophische System führen muß, das die wirkliche Existenz der Dinge an sich außer uns und ihre Wirkung auf uns leugnet. Wenn die Existenz der anderen Individuen nur eine geistige Existenz ist, so ist meine Mutter nur eine Erscheinung und als eine Erscheinung ist sie nur in mir,[1] es ist also absurd zu sagen, daß ich von einer Frau geboren worden bin. Ich kann ebenso wenig mit Sicherheit behaupten, daß ich früher oder später sterben werde. Ich weiß in Wahrheit nur, daß die anderen Individuen sterben, aber da diese Individuen nur Vorstellungen in mir sind, so habe ich nicht das Recht, vorauszusetzen, daß ich ebenso sterblich bin wie sie: der Analogieschluß wäre in diesem Falle nicht erlaubt.

Man kann leicht voraussehen, in welch unentrinnbares Labyrinth von Absurdidäten man sich verstrickt, wenn man die Geschichte der Menschheit und des Weltalls von dem idealisirten Standpunkt aus auffaßt und erörtert.

So beseitigt die Entwicklung des Kantianismus zum Idealismus zwar den Widerspruch, welcher die Grundlage des Kantianismus ist, aber sie führt zu den offensichtlichsten und lächerlichsten Absurditäten. (Schluß folgt.)

---

[1] „... Und als Erscheinungen nicht an sich selbst, sondern nur in uns existiren können" (Kant).

Der Plan einer Monstre-Genossenschaft in Hamburg.

Kritisirt von **Adolf Braun.**

Mit Recht haben das Hamburger „Echo“ und der „Vorwärts“ jede Solidarität der sozialdemokratischen Partei mit dem in Hamburg geplanten Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ beim ersten Auftauchen des Projekts in der Oeffentlichkeit abgelehnt. Wir glauben aber auch in der „Neuen Zeit“ ein Wort der Warnung und der Kritik dem Plane entgegenstellen zu sollen, ohne uns zu schmeicheln, die Urheber des Projekts zu überzeugen oder gar die gegnerische Presse zu belehren, daß die sozialdemokratische Partei mit dem Unglückskind nichts gemein habe.

Die ganze Auffassung der Urheber des Projekts ist kleinbürgerlich, am meisten darin, daß sie mit ganz ungenügenden Mitteln an Geld und Erfahrung dem Hamburger Großkapitalismus und Spekulantenthum auf dessen ureigenstem Boden, dem des Geschäfts, entgegentreten zu können vermeinen. In zwei Broschüren[1] von sechsundfünfzig und einundsechzig Seiten wird das Projekt auseinandergesetzt.

Im Gegensatz zu anderen Genossenschaften, ja, soweit uns ihre Geschichte bekannt ist, zu allen, die als Muster der Leistungsfähigkeit in dem „Kommentar“ vorgeführt werden, von den Pionieren zu Rochdale und dem Voruuit bis zum Konsumverein Leipzig-Plagwitz, wird nicht angestrebt, klein anzufangen und entsprechend der sich steigernden Mitgliederzahl und den wachsenden Bedürfnissen derselben die Genossenschaft nach und nach organisch zu entwickeln, wobei freilich die Richtung dieser Entwicklung sich nicht voraussehen läßt. Ganz im Gegensatz zu ihren Vorgängern und Vorbildern gaukeln die Gründer der Genossenschaft „Produktion“ den erst anzuwerbenden Mitgliedern ein Luftschloß von phantastischer Gestalt vor. Die Inspiratoren und Verfasser des Planes und des Kommentars haben fein säuberlich alle ausnahmsweise guten Erfolge der am besten geleiteten, unter den günstigsten Verhältnissen arbeitenden Genossenschaften in Deutschland, vor Allem aber in Belgien und England zusammengestellt und versprechen nun in Hamburg aus all dem einfach die Summe ziehen zu wollen. Wir stellen auf die Gefahr hin, einen oder den anderen großen Geschäftszweig zu übersehen, das zusammen, was die Thätigkeit der „Produktion“ bilden soll: Organisation des Konsums, Organisation der Arbeiter als Konsumenten, Rückenstärkung der Arbeiter im Kampfe um Verbesserung ihrer Lebenshaltung. „Nicht allein kann es sich nur darum handeln, den Konsumenten billige und gute Waare zu verschaffen, sondern sobald als thunlich muß der Konsumverein zur Eigenproduktion solcher Waaren, für welche genügender Absatz vorhanden ist, schreiten, um den Gewinn, der durch dieselben erzielt wird, im allgemeinen Interesse der Arbeiter als auch der Konsumenten zu verwenden“ (S. 4).[2] Von vornherein ist die Produktion als Hauptzweck des Konsumvereins hinzustellen (§ 9). Es muß erstrebt werden, diejenigen Mittel zu beschaffen, „welche zur Eigenproduktion, zum Erwerb und zur Bebauung von Grund und Boden erforderlich sind“ (S. 12). Unseren jüngsten Genossenschaftsutopisten genügt das aber noch lange nicht. Es heißt wenige Zeilen später: „ . . . Ein weiterer Vortheil kann für dieselben da-

[1] Statuten des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht zu Hamburg, und Kommentar zu den Statuten des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“ 2c.

[2] Unsere Zitate beziehen sich auf den Kommentar.

durch erzielt werden, daß weniger Werth gelegt wird auf Errichtung einzelner, selbst großer Häuser, als auf planmäßige Errichtung von Häuservierteln, um durch räumliches Zusammenrücken der Mitglieder die Vertheilung der Lebensmittel billiger zu gestalten und durch planmäßige Errichtung der Quellen der leiblichen und geistigen Versorgung inmitten je eines Wohnungsviertels das Wohl der Mitglieder zu fördern" (S. 12). Selbstverständlich sollen die Häuser nach den Grundsätzen der modernen Hygiene erbaut werden (S. 12). Vorher ist aber „allen Arbeitern ein gemeinsames Heim durch Errichtung eines großen Vereinshauses zu schaffen", „zu allgemeinen großen Gewerkschafts- und Arbeiterversammlungen ein Lokal", für die Volksbühne und für bessere musikalische Aufführungen ein Heim (S. 12 und 13). Dann eine Arbeitsbörse in unserem Vereinshaus, wo „auch Platz vorhanden sein würde für das Arbeitersekretariat, für Bureaus, Arbeitsnachweise der Gewerkschaften; für die Arbeitslosen selbst könnte für längeren Aufenthalt ebenfalls Raum geschaffen, denselben die unentgeltliche Benützung der Vereinsbibliothek gestattet werden." „In Verbindung mit dem Vereinshaus soll auch die Zentralherberge errichtet werden" (S. 13).

Diese und die vielen anderen der Genossenschaft „Produktion" gestellten Aufgaben sollen erreicht werden durch einen in Raten und durch Gutschreibung der Dividenden einzuzahlenden Mitgliedsbeitrag von 30 (dreißig) Mark, dann durch Spareinlagen, freiwillige Einzahlungen in die Wohnungskassen und endlich durch die den Mitgliedern zum Theil blos direkt zu Gute kommenden, vorerst blos geträumten Riesenerträgnisse der Handels-, Spekulations- und Produktionsunternehmungen. Das Verfahren, die Mittel für diese weitausschauenden Projekte zu bekommen, ist ein kindlich-einfaches: „Wird ein Theil des Reingewinns (des eigentlichen Konsumvereins) einem Produktionsfonds zugeschrieben, so muß dadurch auch der Reingewinn selbst nach und nach kolossal anwachsen." „Nehmen wir an, der erste Produktionszweig des Konsumvereins sei die Bäckerei. Von dem Nutzen, den die Bäckerei abwirft, fließt wieder der betreffende Prozentsatz in den Produktionsfonds und ermöglicht es, bald eine eigene Meierei anzulegen. Jetzt fließt schon der Unternehmergewinn der Bäckerei und Meierei in den Reingewinn, der sich dadurch wesentlich erhöht, ebenso aber erhöht sich aus diesem Reingewinn der Produktionsfonds und gestattet es jetzt, eine eigene Brauerei zu errichten. Aus diesen die Mittel zur eigenen Viehzucht, Gemüsebau, später zur eigenen Tabakfabrikation, Kinderwagenfabrik, Kakesfabrik, Schuhwaarenfabrik, Zigarrenfabrik, dann zur Möbelfabrik, Papierfabrik, Tapetenfabrik für die eigenen Wohnungen, Ziegelbrennerei für die eigenen Bauten, Zuckerfabrik, Chokoladenfabrik, eigene Weberei, eigene Spinnerei 2c." (S. 17 und 18). Diese ganze phantastische Utopie wird blos durch die Worte abgeschwächt: „Dazu gehören freilich Jahre". Es sollen aber dafür auch Großbetriebe nicht blos zur Bedürfnißbefriedigung der eigenen Mitglieder, sondern auch zum Verkauf an Wiederverkäufer werden (S. 18). Einkauf der Rohprodukte 2c. über den eigenen Bedarf und Wiederverkauf des Ueberschusses im Großhandel, eigene Fuhrwerke, nicht blos zum Gebrauch der Genossenschaft, sondern zur Verwendung im Speditionsgeschäft sind vorgesehen (S. 26). Bedenklicher, weil vielleicht bald praktisch zu realisiren, erscheint uns das Projekt der Sparkasse und zwar für Mitglieder und Nichtmitglieder. Aber nicht in sicheren, schnell realisirbaren Werthen sollen die Spareinlagen angelegt werden, sondern „für Ankauf von Grundstücken, Maschinen 2c. verwerthet werden" (S. 27). „... Wenn nun auch das Ziel der Besitz des Bodens ist, so können es doch Umstände gelegentlich rathsam erscheinen lassen, auch Land zur Bewirthschaftung zu *pachten*" (S. 33). „... Man sieht, die Hunderttausende fliegen

nur so bei den Terrainverkäufen. Also für unsere Zwecke bei den Terrainkäufen."[1] Die bekannten Vortheile der Konsumvereine, Schutz gegen Lebensmittelverfälschung, Ersparnisse an allgemeinen Geschäftsunkosten und Anderes sind natürlich auch erwähnt.

In den zahlreichen Beispielen von Leistungen anderer Genossenschaften sind eine Reihe weiterer großer Vortheile, wie Betrieb von Hotels und dergleichen aufgeführt, auf die wir aber, da sie nicht direkt als Ziel und Zweck der „Produktion" angegeben werden, nicht eingehen wollen. Blos den bedenklichen Hinweis auf die namhaften Unterstützungen, die englische Genossenschaften den Gewerkschaften bei Strikes zuwandten, müssen wir mit einigen Worten behandeln. Auf Grund des deutschen Genossenschaftsgesetzes und seiner Auslegung durch die Behörden ist eine ähnliche Verwendung von Genossenschaftsgeldern durchaus unmöglich. Wäre es Zweck der von uns kritisirten Broschüre gewesen, nicht alles in den glänzendsten Farben zu malen, sondern objektiv zu berichten, so hätte ausdrücklich betont werden müssen, daß eine ähnliche Verwendung von Genossenschaftsgeldern nicht möglich ist. Aber der oder die Verfasser der Broschüre sind blind für alle Hindernisse, ja sie machen auf dem geduldigen Papier Unmögliches möglich, sie lassen bei der breiten, in geschäftlichen Dingen selbstverständlich unerfahrenen Masse Hoffnungen entstehen, die nachher noch viel größere und schwerere Enttäuschungen erzeugen müssen; Enttäuschungen, an denen die Partei, welche als rückhaltlose Warnerin sich schon in den Anfangsstadien des Unternehmens vernehmbar machte, unschuldig ist, die aber doch später auch der Partei zum Schaden gereichen werden; ist doch die Zahl derer leider noch immer groß, die die private Thätigkeit eines im Vordergrund der Bewegung stehenden Parteigenossen von der Partei selbst nicht scheiden können.

Und diese Enttänschungen müssen kommen, schon deshalb, weil viel zu viel in Aussicht gestellt wird, weil selbst unter den denkbar günstigsten Verhältnissen Jahrzehnte vergehen würden, bis auch nur ein Theil dieses Zukunftsprogramms in die Wirklichkeit übersetzt werden kann.

Aber schon in der Gegenwart ist dieses Projekt für die Partei schädlich. Wer so vieles wie die Befürworter des Planes innerhalb der heutigen Wirthschaftsordnung für möglich erklärt, kann, wenn auch wider Willen, bei Manchem den Glauben erwecken, daß es sich da nicht mehr lohne, für die Sozialdemokratie zu wirken. Und sicherlich ist die Thätigkeit für die Genossenschaft „Produktion" weniger gefährlich und anstößig in der heutigen Zeit, als die Wirksamkeit für eine sozialistische Produktionsordnung. Wie wenig weit ist auch der Fehlschluß von dem verfehlten Programm der „Produktion": Die Arbeiter produziren alles, was sie konsumiren, sie machen die Mehrzahl der Unternehmer und der anderen Kapitalisten überflüssig, diesen müssen bei entsprechender Entwicklung des Unternehmens sowohl die Arbeiter als die Gelegenheit zur rentablen Kapitalanlage fehlen. Sie sterben aus, unser Ziel ist so auf die einfachste, bequemste und friedlichste Weise erreicht. Dieser Fehlschluß wurde schon gemacht, bevor die Anreger der „Produktion" auf die Welt gekommen sind.

Freilich weit mehr Schaden noch, als die Partei von diesem Unternehmen leiden kann, wird ihm selbst durch die Waghalsigkeit seiner Proponenten bereitet. Schon die Art, wie sie am liebsten anfangen möchten, das Haus vom Dache statt aus den Fundamenten heraus zu bauen, spricht wenig für ihre Befähigung

---

[1] Die durch den Druck hervorgehobenen Stellen sind in dem „Kommentar zu den Statuten 2c." ebenso ausgezeichnet.

zur Leitung großer geschäftlicher Unternehmungen. Woher sollen sie die geeigneten Leute schaffen, welche die vielfältigen Unternehmungen mit Erfolg leiten sollen? Wir bezweifeln, daß sie die bewährten Fachleute den Kapitalisten wegschnappen können; sicher geht jedenfalls aus der Geschichte der meisten nichtenglischen genossenschaftlichen Unternehmungen hervor, daß die tüchtigsten Fachleute in Folge der weit besseren Bezahlung von den Genossenschaften zu den privaten Unternehmern übergehen. Nach dem, was gerade in Hamburg als Grundsatz der Bezahlung der Parteibeamten mit Eifer verfochten wird, bezweifeln wir sehr entschieden, daß die „Produktion", wenn sie das Geschick und Glück hat, tüchtige Leiter für Betriebe zu gewinnen oder auszubilden, sie auch die Mittel in Anwendung bringen wird, sie sich dauernd zu erhalten, d. h. Gehalte zu zahlen, wie sie bei ähnlich großen Unternehmungen Aktiengesellschaften bezahlen.

Freilich, aus dem „Kommentar" leuchtet ein so festgefügtes Selbstgefühl hervor, mit den Kapitalisten erfolgreich in Wettbewerb treten zu können, daß der letzte Einwand kleinlich erscheinen kann. Und sicherlich ist er kleinlich gegenüber dem Plane, sich in erfolgreiche Bodenspekulationen einlassen zu wollen. Woher nehmen denn die Leiter der „Produktion" die Geschäftskenntniß, die Schlauheit, die Beziehungen, wir sehen dabei von den unlauteren ganz ab, mit denen die Bodenspekulanten, die Banken, die Hypothekeninstitute arbeiten! Bewunderungswürdig ist die Naivität, mit der die „Produktion" mit einem Bruchtheil ihrer Mittel bei den Terrainkäufen den Hamburger Banken, Konsortien und Millionären den Rang ablaufen will. Die Verfasser der Statuten und des Kommentars scheinen in ihrer jungfräulichen Geschäftserfahrung nur von Terraingeschäften etwas zu wissen, bei denen man Millionen profitirt. Sie mögen es sich gesagt sein lassen, daß bei diesen Spekulationen genau so wie beim Börsengeschäft jahraus jahrein viele Millionen verloren gehen und daß auch hier wie an der Börse die Kleinen und Unerfahrenen von den Großen und Geschäftskundigen gefressen werden. Und die „Produktion" wird selbst, wenn ihren Schöpfern alles gelingen sollte, nach Jahrzehnten noch kapitalschwach sein gegenüber den Riesenvermögen, die einige große Häuserspekulanten in Hamburg jederzeit auf den Markt werfen können.

Nicht minder bedenklich ist die Einrichtung einer Sparkasse. 90 bis 100 Prozent der Einleger derselben dürften Arbeiter sein. Ist dies der Fall, dann müssen die Kapitalien leicht realisirbar bleiben. Denn eine nur wenige Monate währende Krisis selbst rein lokaler Natur würde zur Kündigung der meisten Einlagen führen. Die „Produktion" will aber mit diesem Gelde auf dem Grundstückmarkt spekuliren! Der Hinweis auf die großen Summen, die in anderen Sparkassen sich ansammeln, der Hinweis auf das fast regelmäßige Uebersteigen der Einlagen über die Kündigungen trifft auf eine reine Arbeitersparkasse nimmermehr zu. Gerade in Folge der sozial verschiedenen Stellung der Einleger der alten Sparkassen steigt ihr Einlagenstand fast ununterbrochen, und sehen sie sich so gegen einen verhängnißvollen Sturm auf die Kassen gesichert. Ein großer Theil dieser Einlagen, die der Sparkasse der Produktion nicht zufallen werden, sind auf viele Jahre unkündbar, wie Kautionen, Waisengelder 2c. 2c. Aber selbst diese Kassen sind sehr vorsichtig in ihren Geldanlagen, neben einem Baarbestand ist ein ganz erheblicher Bruchtheil der Gelder in Staatspapieren angelegt und der Rest zum Theile nur in Hypotheken. Diese werden aber oft durch ihre Umwandlung in Pfandbriefe zu schnell an der Börse realisirbaren Werthen.

Wir wissen wohl, daß wir noch lange nicht die Gründe erschöpft haben, die sich gegen die bedenkliche Gründung sicherlich sehr wohlmeinender, aber nicht

alle Konsequenzen und Vorbedingungen erwägender Männer ins Feld führen lassen. Wir glauben aber, daß sie genügen, um diejenigen zu warnen, auf die Gründe Eindruck machen können.

Wir möchten zum Schlusse noch dem Erstaunen Ausdruck geben, daß man gerade jetzt, wo Zuchthausvorlage und andere reaktionäre Pläne drohen, mit diesem Projekt hervortritt!

Berliner Theater.

Hermann Sudermann hat die Briefe Gerhart Hauptmanns gefunden: er versucht sich jetzt auch im Märchendichten. „Die drei Reiherfedern“, die am 21. Januar im Deutschen Theater zum ersten Male aufgeführt wurden, sind ein dramatisirtes Märchen in fünf Akten. Wären sie das Erstlingswerk eines unbekannten Dichters gewesen, so hätten sie zu einem jener Theaterskandale geführt, womit hierzulande gänzlich mißlungene Stücke begrüßt zu werden pflegen, gewiß nicht zum Ruhme der Reichshauptstadt; da Sudermann der Verfasser war, so haben seine zahlreichen Freunde die gänzliche Niederlage noch mühsam verschleiert, aber damit nicht aus der Welt geschafft; man kann dies Drama nicht treffender kennzeichnen, als wenn man sagt, daß mit ihm verglichen Hauptmanns „Versunkene Glocke“ noch ein großes Meisterwerk sei.

Mit allem Aufgebot schöner Redensarten kommt man nicht über die Thatsache hinweg, daß märchenhafte Stoffe sich nicht für die Tragödie eignen, die nur auf den psychologischen Fundamenten alles menschlichen Handelns beruhen kann. Spiegeln die dramatischen Vorgänge nicht unser eigenes Triebleben wieder, muß man sich sagen, daß kein Mensch mit fünf gesunden Sinnen im gegebenen Falle auf den Gedanken kommen könne, so zu handeln, wie der dramatische Held, so wird die dramatische Wirkung auf unheilbare Weise zerstört. Gerade dadurch unterscheidet sich das Märchen aber von Sage, Mythus und Fabel, daß darin die Handlungen von Personen durch Beweggründe bestimmt werden, die sonst nur im Traumleben oder in der Kinderwelt gelten. Der märchenhafte Stoff läßt sich daher zwar episch und lyrisch behandeln, oder auch im phantastischen Lust- oder Singspiel, wie Shakespeare in glänzender Weise gethan hat. Aber dem tragischen Drama widerstrebt er seiner innersten Natur nach.

Das sind sicherlich ganz alte und hausbackene Sätze; man kann in jeder landläufigen Literaturgeschichte den Nachweis finden, daß sich das dramatisirte Märchen in den Zeiten des literarischen Verfalls einzustellen pflegt; wer kennt heute noch die Leistungen Tiecks auf diesem Gebiete, eines Dichters, der in seiner Art doch sehr respektabel war und zeitweise selbst neben Goethe gestellt wurde. Wenn man dagegen einwendet, mit den modernen Märchendramen sei es ganz etwas Anderes, denen sei mit so abgedroschenen, längst trivial gewordenen Sätzen nicht mehr beizukommen, vielmehr werde sich an ihnen eine neue Aesthetik herausbilden, so hat diese Auffassung zwar den Reiz der Neuheit für sich, aber sonst nichts hinter sich, am wenigsten die modernen Märchendramen selbst, die allzu handgreiflich mit alten Scheren aus alten Stoffen zurechtgeschnitten worden sind, als daß sich von ihnen die Geburt einer neuen Kunstperiode erwarten ließe. Wenigstens dies eine Verdienst kann man den „Drei Reiherfedern“ zubilligen, daß sie mit ihrer groben hölzernen Mache, mit ihrem klapperigen und unfreiwillig komischen Zaubermechanismus, mit ihrem unverständlichen Tiefsinn, mit ihren mühsam zusammengeflickten Reimen jenen billigen Trostgründen den Todesstoß versetzen, die aus der Noth so gern eine Tugend machen möchten.

Die wirkliche Noth der modernen Dramatiker ist ihre Unlust oder ihr Unvermögen, Stoffe zu wählen, worin das moderne Leben wirklich mit heißen und starken Pulsschlägen vibrirt. Was sie in dieser Weise etwa noch geleistet haben,

das haben ja Hauptmann und Sudermann, so verschieden sie unter sich sind, noch am ehesten geleistet, und es wäre eine ganz unverständliche Schrulle, wenn sich gerade diese Dichter um nichts und wieder nichts der Märchendramatik zugewandt hätten. Insofern mag man wohl sagen, daß ein tieferer Sinn im märchenhaften Spiele liegt, aber es ist kein Sinn, der erfreuliche Ausblicke auf die künstlerische Entwicklung der Gegenwart eröffnete. Wie schon bei der „Versunkenen Glocke", so wird auch bei den „Drei Reiherfedern" von den Freunden des Dichters gesagt: ja, da steckt viel persönliches Erlebniß drin, das sich heute noch nicht enträthseln läßt, das seiner biographischen Aufklärung harrt; womöglich wird auch noch der alte Goethe zitirt, der in alle seine dichterischen Werke seine Persönlichkeit hineingelegt habe. Diese sonderbare Argumentation zeugt zunächst gegen sich selbst; sie konnte nur in einem alexandrinisch-greisenhaften Zeitalter entstehen, das Goethes Werke nicht mehr zu genießen, sondern nur noch mit philosophischen Staubbesen abzukehren vermag. Will man aber einen Augenblick ernsthaft auf sie eingehen, so wäre erstens zu sagen, daß Goethes Persönlichkeit auch darnach war und zweitens, daß Goethe das Individuelle ins Typische und deshalb Allgemein-Verständliche zu erheben wußte, wenigstens solange als er ein frischer Jüngling und ein kräftiger Mann war; die Neigung, den gleichgiltigsten persönlichen Kram in seine Dichterwerke hineinzugeheimnissen, gehört erst seinem späteren Alter an. Auf die Nachwelt kommt nur, was in der Mitwelt gelebt hat; wenn irgendwo, so gilt auf dem Gebiete der Kunst: Nur der Lebende hat Recht.

Hat Sudermann so interessante und lehrreiche Dinge erlebt, daß er sie der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten zu dürfen glaubt, so bieten sich ihm Möglichkeiten genug dazu, die theilnehmende Welt in die Kämpfe seines Herzens blicken zu lassen, ohne daß er die dramatische Kunstform zu mißhandeln braucht, um in frostiger Märchensymbolik seelische Konflikte zu verräthseln. Die verwegensten Klopffechter der hiesigen Klique, die sonst nicht so leicht die Waffen strecken, gestehen doch, daß sie mit den „Drei Reiherfedern" nichts anzufangen wüßten, und ich verzichte um so lieber auf die Analyse des Dramas, als es mir nicht angemessen erscheint, dem Affen dieser knochenlosen Eitelkeit noch Zucker zu geben. Uhland, der zwar ein Romantiker war, aber dabei ein tapferer Freiheitskämpfer, sprach bitter genug davon, daß der alte Goethe in bewegter Zeit nur „sein groß, zerrissen Herz" betrachten konnte; den jungen Greisen nun gar der modernen Dramatik sollte man einfach den Rücken kehren, wenn sie mit Märchenfratzen kommen, wohinein sie, der Himmel weiß was, symbolisirt haben wollen. Vielleicht daß sie auf diesem Wege noch zu kuriren sind!

Berlin, 23. Januar 1899. F. Mehring.

Literarische Rundschau.

Ernst Wolzogen, **Vom Peperl und anderen Kuriositäten.** Albert Langen, Paris, Leipzig, München.

Mit diesem kleinen Bändchen hat uns Wolzogen eine ausgiebige Enttäuschung bereitet; diesmal ist ihm unglaublich wenig eingefallen. Die Sucht nach Absonderlichem ist hier zur Langeweile ausgeartet. Nebstbei ist es vollkommen unverständlich, wie Wolzogen, dieser sonst so witzige und außerordentlich geschickte Schriftsteller, für solch winzig kleine Schlußpointen so entsetzlich lange Vorbereitungen braucht. Am ehesten zeigen noch die erste Geschichte „Vom Peperl" und die letzte „Der seidene Schipongs" etwas von den guten Seiten des Verfassers. D. B.

Notizen.

Haltbare Glühkörper. Die epochemachende Erfindung des Glühstrumpfs für Gasbeleuchtung hat bekanntlich den großen Fehler der ungeheuren Empfindlichkeit der bisher fabrizirten Glühkörper. Die Technik ist daher unausgesetzt bemüht gewesen, diese Kalamität zu beseitigen. Es sind im Laufe der wenigen Jahre, auf welche sich die Verwendung des Glühstrumpfs erstreckt, eine ganze Reihe sinnreicher Apparate erfunden worden, um den zerbrechlichen Glühkörper zu schützen: Scheibenfedern, Tonnenfedern 2c. Die dann eingeführte Rohrfeder hat sich in der Praxis allerdings gut bewährt, hat aber den Fehler, so theuer zu sein, daß sie die Anschaffungskosten eines Gasglühlichtbrenners auf die doppelte Höhe bringt.

Naturgemäß wird der Gedanke, den Glühkörper selbst im Interesse einer höheren Festigkeit zu verstärken, naheliegend sein; dem steht die Thatsache hindernd im Wege, daß dadurch ein großer Theil an Wärmeenergie in der Masse des Glühstrumpfs nutzlos verloren geht, die sich nicht in Licht umsetzt. Eine derartige Verschiebung der Festigkeit auf Kosten der Leuchtkraft ist aber durchaus unrationell. Eine Thor-Cer-Lösung, welche unter normalen Verhältnissen einen Glühkörper von 80 Hefnerflammen geben würde, liefert einen Glühstrumpf von nur 50 bis 55 Hefnerflammen, sobald die Festigkeit desselben durch irgend welche Zusätze erhöht wird. —

Von den verschiedenen Substanzen, die brauchbar erscheinen, dem glühenden Körper große Festigkeit zu verleihen, könnte Aluminium besonders geeignet erscheinen, da es ein zähes und dabei ein spezifisch sehr leiches Metall ist. Aluminiumnitrat aufgelöst im Verhältniß von 4 : 10, davon 0,5 Kubikzentimeter auf 10 Kubikzentimeter Thor-Cer-Lösung zugesetzt, giebt einen ganz wunderbaren, festen und zähen Glühkörper, der zu der größten Hoffnung Veranlassung giebt. Beim Brennen aber wird der Aluminiumzusatz zum Zerstörer des schönen Glühstrumpfs, indem er ihn zum Sintern (Zusammenziehen) bringt. Oberhalb des Brennerrandes zieht sich der Glühstrumpf scharf zusammen und wird dünn und spitz, die lichtausstrahlende Fläche vermindert sich bedeutend und in demselben Verhältniß sinkt schnell die Leuchtkraft. Direktor Bruno von der Deutschen Gesellschaft für dauerhafte Glühkörper (nach dem Patent Jasper) hat beobachtet, daß solche Glühkörper schon nach einer halben Stunde auf der Hälfte ihrer Leuchtkraft angekommen waren. —

Da Kieselsäure in der Glühhitze bei geeigneter Vertheilung und Behandlung ein glasartiges Skelett abgiebt, so ist dieser Gedanke von dem Chemiker Dr. A. Koch in zweijähriger Versuchsarbeit nach allen Richtungen hin benutzt worden und hat endlich auch zu befriedigenden Resultaten geführt.

Glühkörper mit anorganischen Kieselverbindungen sind sehr spröde und hart; sie erhalten sehr schnell Risse in der Längsrichtung.

Wenn die Glühkörper ein ganz genau abgegrenztes Quantum organischer Kieselsäure enthalten, so bekommt man zufriedenstellende Resultate in Bezug auf Festigkeit und Leuchtkraft; sowie man aber nach oben oder nach unten hin von diesem genau berechneten Quantum abweicht, so beobachtet man sofort merkwürdige Erscheinungen. Glühstrümpfe mit einem geringen Ueberschuß von Kieselsäure sind in kaltem Zustande ganz schwarz, sie leuchten roth und sind auffällig weich. Hat ein solcher Glühkörper zwei Stunden gebrannt, so zeigt sich in der Höhe des Brennerrandes ein feiner weißer, hell leuchtender Streifen, der zunehmend breiter wird und dem Glühstrumpf mehr und mehr das Aussehen eines hellleuchtenden, gewöhnlichen Thor-Cer-Körpers verleiht. Die weißgebrannten Stellen weisen besondere Härte auf. — Auch die Annahme, daß ein geringes Quantum Kieselsäure auf den Glühkörper einflußlos bleibt, ist falsch. In diesem Falle verändert der Glühstrumpf sofort nach dem Anzünden seine Form in auffälligster Weise. Er wird kegelförmig spitz und zieht sich über dem Brennerrand genau so wie ein Aluminiumkörper unter Abnahme der Leuchtkraft zusammen.

Weil nun diese Eigenthümlichkeiten der Fabrikation verhängnißvoll werden könnte, so war die Aufgabe zu lösen, die Kieselsäure so gebunden dem Glühkörper zuzuführen, daß jede Einwirkung auf Farbe, Formbildung ꝛc. ausgeschlossen ist, wohl aber eine höhere Festigkeit gewonnen wird. Dies ist durch das Zusammenwirken einer Reihe organischer Kieselverbindungen erreicht worden. Bei dem Verfahren nach dem Patent Jasper wird die Kieselsäure erst während des sogenannten Abbrennens des Glühkörpers entwickelt.

Diese dauerhaften Glühstrümpfe werden in der Fabrik eingehenden Beobachtungen bezüglich ihrer Haltbarkeit unterworfen: Um sie auf Festigkeit hinsichtlich der Vertikalstöße zu prüfen, werden sie auf einen Tisch gesetzt, an dem eine, durch Tretvorrichtung in Bewegung zu setzende Welle angebracht ist. Die Tischplatte liegt lose auf; bei jeder halben Drehung der Welle wird die Tischplatte um 20 Millimeter gehoben, die Welle löst aus und die Platte fällt mit scharfem Ruck in ihre Führung zurück. Diese haltbaren Glühkörper müssen eine derartige Behandlung selbst bei schnellster Drehung der Welle ertragen. Zur Prüfung der Haltbarkeit gegen Horizontalbewegungen wird ein Gasrohr aufrecht am Fußboden befestigt. Die Länge des Rohres ist 1,75 Meter; auf der Spitze desselben befindet sich der komplette Gasglühlichtapparat. Der Glühkörper muß nun die seitlichen Schwankungen, deren Entfernungen von einem Ausschlag bis zum anderen circa 0,60 Meter beträgt, aushalten. (Damit bei dieser Prüfung der Zylinder nicht herunter geschleudert wird, sitzt er in Führungsschienen.)

Bei Versuchen ist eine Brenndauer von 1000 Stunden mit konstantem Lichteffekt konstatirt worden.

Diese Erfindung, welche jetzt in den Handel gebracht wird, dürfte zweifellos der Verbreitung des Gasglühlichts wieder neue Anregung geben — aber auch den erbitterten Konkurrenzkampf zwischen den ununterbrochen verbesserten Lichtspendern der Elektrizität und der verschiedenen Gasarten abermals bedeutend verschärfen.

P. M. Grempe.

Feuilleton.

Vor Gericht.

Von **Alexander Budischtschew**. Uebersetzt von **Wladimir Czumikow**.

Der Landrichter Talibin, ein blonder, nervöser junger Mann, sitzt in seiner Amtsstube an einem mit rothem Tuche gedeckten Tische. An seiner Brust blitzt ein noch ganz neues Amtszeichen. In der Stube ist es schwül und dunstig; es riecht nach Schafspelzen und nach Schweiß. Vor dem Landrichter, zwei Schritte vom Tische, stehen zwei Leute, ein noch junger Bursche von vielleicht zweiundzwanzig Jahren, pockennarbig und finster, und ein Mann in reiferem Alter, mit kriechend schmeichlerisch lächelnden Augen. Der Jüngere hat einen zerrissenen Schafspelz an, der Aeltere einen langen, verblichenen Rock, wie ihn die städtischen Kleinbürger tragen. Weiter hinten auf den Bänken längs der Wand sitzen einige Bauern in Schafspelzen, mit heißer, schweißtropfender Stirn.

Der Landrichter blättert lange in den Akten, erhebt dann seine Augen und fragt, sich an den finsteren Burschen wendend:

„Sie sind also Agap Dudirin? So? Und Sie der Kleinbürger Pestrjawotschkin?“ wendet er seinen Blick auf den verblichenen Rock.

Beide nicken bejahend mit dem Kopfe.

„Also Agap Dudirin“, fährt der Landrichter fort, „Sie sind, wie ich ersehe, angeklagt, daß Sie in der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember auf der

Gemeindetenne durch einen Flintenschuß ein dem Kleinbürger Pestrjawotschkin gehöriges, scheckiges Schwein verwundet haben. Gestehen Sie das Vergehen ein?"

Der finstere Bursche blickt eine Zeit lang auf den Landrichter und wendet seinen Blick dann irgendwohin zur Seite.

„Ich habe, Euer Wohlgeboren", beginnt er endlich, die Worte mit Mühe hervorstoßend, „ich habe, Euer Wohlgeboren, ihr schon früher gesagt: laß das, Agaschka, sagt ich; führe mich nicht in Versuchung.... Was gewesen, ist gewesen, aber jetzt genug.... Aber sie, anstatt ..."

„Wer sie?" unterbricht ihn der Landrichter.

„Wer sie? Meine Frau natürlich, Agaschka", antwortet der Bursche.

Der Landrichter zuckt ungeduldig die Achseln.

„Ich frage Sie ja gar nicht nach Ihrer Frau", ruft er aus. „Sie haben durch einen Flintenschuß Pestrjawotschkins Schwein verwundet und haben sich daher vor dem Gesetz zu verantworten, erstens wegen Verstümmelung eines Thieres und zweitens wegen des dem Besitzer zugefügten Schadens im Betrag von drei Rubeln. Nun also, was können Sie zu Ihrer Vertheidigung vorbringen?"

Der Bursche schweigt und pustet schwerfällig.

Vor Anstrengung zeigt sich bei ihm Schweiß auf der Stirn, der wie Wachströpfchen aussieht.

„Das kann ich vorbringen", reckt er endlich aus sich heraus, „daß ich ihr schon früher gesagt habe: laß diese Dummheiten, Agaschka, sagt ich ..."

„Sie fangen ja wieder dasselbe an", schreit der Landrichter. „Hören Sie mal, stellen Sie sich nicht dümmer an als ... und erzählen Sie der Reihe nach. Waren Sie in der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember auf der Gemeindetenne? Ja?"

„Jawohl."

„Was machten Sie denn dort?"

„Nichts machte ich...."

„Wozu hatten Sie denn eine Flinte in der Hand?"

„Kann man einen Hasen vielleicht mit dem Stocke schießen?" fragt seinerseits der Bursche. „Ich lauerte auf der Tenne einem Hasen auf", fügt er hinzu, „zu den Hirsehaufen stielt sich immer ein Hase hin."

„Na, da haben wir's ja", sagt der Landrichter, offenbar erfreut, einen Faden gefunden zu haben. „Sehr gut. Sie saßen also auf der Tenne und lauerten einem Hasen auf. Was geschah denn hernach?"

„Hernach seh ich, kommt sie auf die Tenne hergetrottelt."

„Wer sie?"

„Agaschka, meine Frau. Ich auf sie los; laß Du, sag ich, Agaschka, diese Dummheiten, führe die Leute nicht in Versuchung.... Aber sie zwinkert nur mit den Augen. Ich wieder: laß das, Agaschka, sei doch brav.... Sie aber macht anstatt dessen nur so und dreht so mit dem Kopfe." Der Bursche ahmt das Grunzen eines Schweines nach und verdreht seinen Kopf. Dann fährt er fort: „So dreht sie also ihren Kopf und grunzt, das heißt also: ‚Ich kann es nicht lassen'. Da ging's mir im Herzen über und ich knallte das Gewehr ab. Auf meine Frau, das heißt, sie geht also als Schwein um."

Der Bursche schweigt.

Der Landrichter sieht ihn mit weitgeöffneten Augen an; er blickt auf ihn scharf und lange, als besänne er sich auf etwas, und spricht dann langsam:

„Sie schossen also auf Pestrjawotschkins Schwein, weil Sie der Meinung waren, daß es Ihre Frau sei, die als Schwein umginge? Nicht wahr?"

Man sieht, wie schwer und zögernd der Landrichter diese Worte hervorbringt, als fürchtete er sich vor dem Klange seiner eigenen Stimme, und zum Schluß zuckt er sogar in den Schultern zusammen.

„Nicht wahr?“ fragt er beinahe ängstlich.

„Natürlich sah ich, daß sie es war“, antwortete der Bursche phlegmatisch.

Der Sinn seiner Worte scheint ihn durchaus nicht zu beunruhigen.

„Und was dann weiter?“ setzt der Landrichter sein Verhör fort.

„Dann nahm ich also zwei Zeugen“, antwortet finster der Bursche, „wie sich's gehört nach dem Gesetz, und wir traten ins Haus. Agaschka lag auf der Bank. Ich sagte ihr: Agaschka, sagt' ich, zieh Deinen Rock aus, wir wollen Dich untersuchen! An der Hüfte dacht' ich nämlich, mußte sie die Spuren der Schrotladung haben....“

Der Bursche unterbricht seinen Redefluß, denn von der Bank an der Wand erhebt sich ein Bauer, lang aufgeschossen, mit einem Soldatengesicht, und spricht:

„Ein Zeichen, Euer Wohlgeboren, konnte da gar nicht sein, da er die ganze Sache falsch angefangen hatte. Ich hatte ihm gesagt: Nimm, hatt' ich gesagt, von einem alten Hunde einen Flocken Wollhaar, tränk' ihn mit Terpentin und nimm ihn dann als Bolzen zur Schrotladung.“

„Ich konnte keinen Terpentin bekommen“, antwortet der Bursche träge, „auf dem Herrschaftshof war ich, nirgends ...“

„Wer sind Sie denn?“ fragt der Landrichter den Soldaten.

„Ich? Polizeiaufseher. Ich war eben als Zeuge bei dem Agap, als wir seine Frau untersuchen wollten.“

„Und Sie sind jetzt auch in dieser Sache zitirt?“

„Zu Befehl, nein; ich bin wegen des Pferdegeschirrs ...“

„Nun, dann warten Sie also und schweigen gefälligst. Was war denn weiter?“ wendet sich der Landrichter an Agap und sein Gesicht nimmt wieder den Ausdruck des Schmerzes und des Entsetzens an.

„Ich sagte ihr also: Zieh' Dich aus, Agaschka“, antwortet der Bursche, „und da wirft sie sich mir zu Füßen und jammert: schände mich nicht vor den Leuten! heult sie. Da wurde es mir vor den Augen dunkel; ich packte sie an den Zöpfen und fing an, sie auf dem Boden herumzuschleifen. Damit sie gescheit wird, also ...“

„Polizeiaufseher!“ schreit der Landrichter und seine Augen beginnen zu funkeln, „Polizeiaufseher! er hat es gewagt, seine Frau in Ihrer Gegenwart zu mißhandeln? Sie waren damals zugegen?“

Der Soldat erhebt sich eilig von der Bank. Sein Gesicht strahlt in Selbstzufriedenheit; er ist augenscheinlich glücklich, nun vor dem Publikum figuriren zu dürfen.

Einen Augenblick zupft er sich zurecht und sagt dann:

„Zu Befehl, Euer Wohlgeboren, in dem Moment war ich nicht im Hause, ich war nach dem Sattelriemen hinausgelaufen.“

„Mit dem Sattelriemen banden wir Agaschka die Hände“, erklärt finster der Bursche.

„Damit sie nicht kratzen thut“, fügt der Polizeiaufseher lächelnd hinzu, „das weiß ich natürlich, daß wenn ein Mensch von solch' einem Frauenzimmer gekratzt wird, er leicht die Tollwuth bekommen kann.... Ich beziehe mein Gehalt auch nicht umsonst“, bemerkt er noch, die Bauern selbstbewußt ansehend.

Und die Bauern schauen auf ihn, verständnißvoll zustimmend.

Unterdessen scheint es dem Landrichter, als verbreite sich in der Amtsstube eine große dichte Wolke, die alles in sich aufnimmt und verdeckt. Entrüstet überschaut er die ganze Stube und wieder fliegt über sein Gesicht der Ausdruck des Schreckens.

„Hört einmal“, beginnt er, „ist es denn möglich, daß Ihr alle, alle die hier zugegen, daran glaubt, daß ein Mensch sich wirklich in ein Thier verwandeln kann?“

Die Leute schweigen und athmen schwer.

„Und Sie, Sie glauben auch daran?“ blickt der Richter auf Pestrjawotschkin.

Dieser verneigt sich leicht und antwortet:

„Nein, ich glaube daran nicht; ein Mensch kann sich nicht in ein Thier umwandeln.“

Das Gesicht des Landrichters klärt sich etwas auf.

„Na, seht also“, ruft er, „ist doch wenigstens einer unter Euch da, der an so was nicht glaubt!“

„Ein Mensch kann sich nicht in ein Thier umwandeln“, fährt Pestrjawotschkin unterdessen fort, „wohl aber ein Thier in einen Menschen. Da hatten wir im Dorfe Penschow einen Bock ...“

Dem Landrichter wird es wirr vor den Augen; sein Gesicht magert gleichsam plötzlich ab.

Einen Augenblick schweigt er und setzt dann das Verhör fort:

„Und Sie prügeln Ihre Frau schon lange auf die Weise?“ fragt er den Burschen.

„Das dritte Jahr schon such' ich sie zur Vernunft zu bringen und alles vergebens. ‚Laß es!‘ sagen die Leute, und ich kann immer nicht, weil sie mir leid thut. Umsonst — belieben Sie selbst zu fragen — rühr' ich sie nicht mit dem Finger an; wegen dieser Sache aber lehr' ich sie, daß sie 'mal aufhört!“

„Wo ist sie denn jetzt?“ fragt der Landrichter.

„Sie liegt im Schlitten, ich brachte sie mit. Soll ich sie holen?“

„Polizeiaufseher, rufen Sie die Agaschka Dudirin“, befiehlt der Landrichter und schließt schweigend die Augen. Ihm wird es bange, diese Leute anzusehen.

Nach einer Minute erscheint in der Amtsstube Agaschka. Sie ist nicht älter als zwanzig Jahre, hat ein blasses, mageres, stellenweise blauunterlaufenes Gesicht und aus ihren großen Augen blicken Entsetzen und Finsterniß. Ihr Gang ist unnatürlich, in steten Windungen, als ginge sie ohne jede eigene Willensäußerung. An diesem Gange, an den schreckerfüllten Augen und den fest aufeinandergepreßten Lippen kann man erkennen, daß sie ganz, bis zum letzten Stadium, verquält und gepeinigt ist.

Nachdem sie näher herangetreten ist, wirft sie sich zu Boden und beginnt hysterisch zu schluchzen.

„Gerechter, barmherziger Richter“, murmelt sie, das Haupt schüttelnd, „straf mich nicht, ich habe vor ihm keine Schuld.... Eine Tante hatte ich. Das ist wahr ... das will ich nicht leugnen, die ging als Werwolf um, das haben Alle gesehen.... Aber ich ... das ist Lüge, Verleumdung....“

Sie schluchzt; vom konvulsiven Zucken gleitet ihr das Tuch vom Kopfe und entblößt ihren weißen, vom Sattelriemen zerpeitschten Hals.

„Das ist Verleumdung, Lüge ... beschäme mich nicht vor den Leuten, barmherziger Richter! ...“ schreit sie auf, hysterisch schluchzend und ihr Gesicht an die bespieene Diele drückend. Sie ist, wie es scheint, überzeugt, daß man sie hierher zur Besichtigung und Demonstrirung ihres Leibes geschleppt hat. Einige

Minuten lang schluchzt sie so, ohne sich vom Boden zu erheben und krümmt sich wie ein dünner Zweig im Feuer.

Da reißt die Geduld des Landrichters. Blaß und mit bebenden Lippen springt er auf und beginnt zu reden. Er spricht lange, nach Luft ringend und bisweilen wie ein Frauenzimmer aufschreiend.

„Schaut her, was Ihr aus diesem Weibe gemacht habt! Wofür habt Ihr sie gemartert? Wie durftet Ihr das, wer gab Euch das Recht dazu? Ihr seid Alle, Alle, Alle daran Schuld und Ihr Alle habt es zu verantworten! Bis jetzt war ich zu Euch gut und nachsichtig, weil ich dachte, daß Ihr Menschen seid. Jetzt aber sehe ich, was Ihr seid! Thiere seid Ihr, Bestien, ohne Mitleid, ohne Herz, ohne Verstand. . . . Einen Maulkorb muß man Euch anlegen . . . ich . . . ich werde Euch zeigen! Ihr glaubt daran, daß Menschen sich in Thiere verwandeln können, und ich, ich gewinne diesen Glauben auch, wenn ich Euch ansehe! Thiere seid Ihr, vom Kopf bis zum Fuß, Bestien! . . .“

Während dieser Rede schweift Talibins Blick über die Menge und es scheint ihm, daß alle diese zerlumpten Bauern und Weiber denselben Ausdruck des Entsetzens und Schreckens bekommen, wie Agaschka, aber er kann nicht mehr innehalten. Wie eine Welle schwillt seine Rede. Bei den letzten Worten reißt seine Stimme und flüsternd, kaum hörbar befiehlt er:

„Führt diese Märtyrerin um Gottes Willen weg!“

Der Polizeiaufseher führt die schluchzende Agaschka nicht ohne gemachte Grazie zur Thüre hinaus.

Als er zurückkehrt, schreibt der Landrichter, kreideweiß, mit nervöser Hand über das Papier fahrend, sein Urtheil. In der Amtsstube ist es still. Der Polizeiaufseher setzt sich zu einem zerfetzten Bauern heran und flüstert leise, mit einem Kopfnicken auf den Richter weisend:

„Am Sonnabend sollte er lieber gar nicht zu Gericht sitzen, weil er doch voll ist. Fünf Tage hält er's aus — nicht einen Tropfen, und am sechsten wie ein Loch. . . . Korkt die Flasche auf und säuft direkt aus dem Halse kluck-kluck-kluck.“

Der Bauer hört zu und antwortet, die Hand vor dem Munde haltend:

„Aha, das ist's also! Und ich konnt es nicht begreifen: redet, redet, ohne daß man auch nur ein Wort davon kapiren kann. Aber das muß man ihm lassen: ein Kerl, so besoffen zu sein und nicht zu wackeln!“

Unterdessen wirft der Landrichter die Feder beiseite und beginnt das Urtheil vorzulesen:

„Im Namen Seiner Majestät. . . .“

Er liest laut, abgerissen, mit bebender Stimme.

Agap Dudirin ist zu zwei Monaten Gefängniß und zu fünf Rubel Strafe verurtheilt.

Der Verurtheilte kratzt sich lange den Kopf und bedenkt sich, endlich geht er finster zur Stube hinaus. An der Schwelle flüstert ihm der Aufseher zu:

„Hab ich Dir nicht gesagt, nimm Terpentin dazu. . . .“

Wie es scheint, sind sie beide fest davon überzeugt, daß Agap blos wegen Außerachtlassung dieser Vorschrift verurtheilt worden ist.

Unterdessen verliest der Landrichter mit immer noch bebender Stimme die nächstfolgende Sache. Da schlägt an sein Ohr ein entsetzlicher Klageschrei. Agaschka wird nach Hause gebracht. . . .

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 20. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Treitschkes Vorlesungen.

↗ Berlin, 1. Februar 1899.

Aus dem Nachlaß Treitschkes haben seine Freunde die Vorlesungen über Politik herausgegeben, die der verstorbene Historiker über dreißig Jahre lang, erst in Freiburg und in Heidelberg, und dann in Berlin regelmäßig jeden Winter zu halten pflegte. Es sind zwei ziemlich starke Bände, die S. Hirzel in Leipzig herausgegeben hat. Ihre literarische Besprechung, die ohnehin an einer anderen Stelle der „Neuen Zeit" gehören würde, soll hier nicht gegeben werden; sie würde sich auch kaum lohnen; denn die beiden Bände enthalten nicht viel, was nicht in gleichem oder ähnlichem Sinne in Treitschkes historischen Werken gesagt wäre, wo zudem die Form durchweg gehaltener und gereifter ist. Treitschke hat sich vor seinen Studenten nur allzu sehr gehen lassen; wer ihn als Historiker kennen lernen will — und trotz alledem ist er wohl werth, als Historiker gekannt zu werden —, der thut besser daran, zu seiner „Deutschen Geschichte" zu greifen.

Dennoch haben seine Vorlesungen über Politik eine gewisse Bedeutung; sie sind für den, der die historische Entwicklung unserer Zeit in allen ihren Verzweigungen verstehen will, eine nicht zu unterschätzende Quelle der Belehrung. Treitschke ist für die Jugend der besitzenden Klassen ein Menschenalter hindurch der gefeiertste und einflußreichste Lehrer in politischen Dingen gewesen; der preußische Kultusminister Bosse hat erst neulich im Abgeordnetenhaus gesagt, auf dem Stuhle, den Treitschke leer gelassen habe, könne sich kein Nachfolger mit Würde fassen, und gewiß war Treitschke in seiner Weise eine durchaus eigenthümliche, markige, temperamentvolle Persönlichkeit. Was er über Politik gelehrt hat, ist vielen Tausenden von jungen Männern, die heute einflußreiche Stellungen in den Behörden des Staates und der Gemeinde bekleiden, in Fleisch und Blut übergegangen; man kann aus diesen Vorlesungen erkennen, wie sich die Welt in den Köpfen der herrschenden Klassen spiegelt, man lernt daraus, weshalb, um nur ein Beispiel anzuziehen, deutsche Richter so oft Urtheile fällen, die, höflich gesprochen, wie Geisterstimmen aus einer versunkenen Welt klingen.

Wenn in der alten guten Zeit der deutschen Gelehrsamkeit der eigentliche Zweck der Universitätsbildung darin gesehen wurde, die Hörer zum eigenen Studium

anzuregen, ihnen die Wege zu den Quellen zu zeigen, wo sie ihren Wissensdurst löschen konnten, so ist Treitschkes Methode des akademischen Unterrichts das gerade Gegentheil davon. In den beiden Bänden findet sich nirgends ein Hinweis auf eine Quelle wissenschaftlicher Erkenntniß; unaufhörlich prasselt ein Regenschauer apodiktisch gefaßter Urtheile hernieder, einseitig beschränkter und subjektiv gefärbter Urtheile; oft genug sind es auch nur rein persönliche Schrullen. Wie man gewöhnlich am meisten haßt, woran man selbst am meisten leidet, so treffen Treitschkes unausgesetzte Tiraden über das phrasenhafte Geschrei der Zeitungen Niemanden stärker als ihn selbst. Vor Jahren ist einmal die bedenkliche Frage aufgeworfen worden, ob Goethe wohl hätte Goethe sein können, wenn er jeden Morgen die „Vossische Zeitung" gelesen hätte, aber so viel kann man mit aller Sicherheit sagen, daß wer alle Morgen die „Vossische Zeitung" liest, eine noch ungleich gediegenere politische Bildung gewinnen wird, als er aus Treitschkes Vorlesungen gewinnen kann. Da wird ein beliebiger Satz aufgestellt, mit einigen historischen Beispielen erläutert, die entgegengesetzte Ansicht mit einem billigen Witze abgethan, und damit Basta! Da Treitschke ein belesener und gescheidter Mann war, so bietet, wie um der Billigkeit willen nicht verhehlt werden soll, seine Art, historische Parallelen zu ziehen, mitunter einige Anregung, nämlich dem, der in historischen Fragen festen Boden unter den Füßen hat, aber für den Erzieher der Jugend, die durch ein derartiges Spiel geistreicher Vergleiche eher noch mehr verwirrt wird, fällt auch dieser mildernde Umstand fort. So bedenklich das Ableiern langweiliger Kompendien als Methode des akademischen Unterrichts sein mag, und so oft es schon verspottet worden ist, so ist doch noch viel bedenklicher die Methode Treitschkes, die man als die Bildung markiger Charaktere durch einen markigen Charakter gefeiert hat. Wenn das Bildung von Charakteren sein soll, so ist der erste beste Biertisch eine Charakterschule ersten Ranges.

Wir greifen eine beliebige Stelle heraus und lesen: „Stuart Mill hatte einen entsetzlichen Blaustrumpf zur Frau, mit der ich nicht acht Tage hätte zusammenleben können. Das imponirte aber dem gutmüthigen Manne, und er kam nun zu der verflixten Idee, daß die Frau gleichberechtigt sei dem Manne. Er stellte also den bekannten Satz auf: Warum sollten die Frauen nicht Finanzminister werden können, da sie doch mehr wirthschaftlichen Sinn haben, als die Männer? Man braucht nur die Gegenfrage zu stellen, ob denn unsere großen Finanzminister geeignet waren, Hausfrauen zu werden." Mit diesen Biertischwitzen im verwegensten Sinne des Wortes thut Treitschke ab, was ein bedeutender Denker über eine sehr wichtige, für die Entwicklung der modernen Kultur sogar entscheidende Frage zu sagen gehabt hat.

Ein paar Seiten vorher sagt Treitschke über die Zulassung der Frauen zu den Universitäten: „Es ist eine schändliche moralische Schwäche so vieler wackerer Männer, daß sie angesichts der Schreierei der Zeitungen davon reden, unsere Universitäten der Invasion der Weiber preiszugeben und dadurch ihren ganzen Charakter zu verfälschen. Hier liegt eine unbegreifliche Gedankenschwäche vor. Hermann Grimm hat leider auch mit in das Horn gestoßen. Die Universitäten sind doch mehr als bloße Lehranstalten für die Wissenschaft; namentlich die kleinen Universitäten bieten eine Kameradschaft, welche in ihren freien Formen für die Charaktererziehung eines jungen Mannes völlig unschätzbar ist. Soll man nun zwei Klassen Studenten haben, eine mit und die andere ohne akademische Freiheit? Wir dürfen aber den Frauen keine akademische Freiheit geben. Soll wegen einer Zeitungsphrase die herrliche Institution unserer Uni=

versitäten korrumpirt und auch den Männern die schöne akademische Freiheit genommen werden? Sie sehen, wie wir hier in den baren Unsinn hineingerathen." Allerdings stellen diese Ausführungen Treitschkes den „baren Unsinn" in höchster Potenz dar. Gerade an den „kleinen Universitäten" läuft die „Kameradschaft" gewöhnlich aufs Pauken und Saufen hinaus; diese „akademische Freiheit" könnte durch die Zulassung weiblicher Studenten doch nur insofern gefährdet werden, als weniger gepaukt und gesoffen, dafür aber eine edlere und feinere Form der Geselligkeit gepflegt würde. Ueber solche „Korruption einer herrlichen Institution" sollte ein gebildeter Mann doch nicht alle Fluchregister ziehen.

Von ähnlichen Stellen wimmeln die Vorlesungen Treitschkes; hunderte gleichartiger Deklamationen ließen sich anführen. In demselben Stile, wie die Frauenfrage, mißhandelt Treitschke alle sozialen Fragen; er versteht davon nicht das Geringste. In diesem Abschnitt sind die Vorlesungen nichts anderes, als ein verwässerter Aufguß des Pamphlets, das Treitschke 1879 gegen die Sozialdemokratie richtete. Wenn er darin behauptete, daß der wissenschaftliche Kommunismus auf dem Wahnglauben an die „natürliche Gleichheit" aller Menschen beruhe, so mochte man vor einem Vierteljahrhundert den Unsinn in einer Kampfschrift passiren lassen, obgleich er auch damals schon arg genug war; nun zeigen Treitschkes Vorlesungen, daß er ihn jahraus jahrein der wißbegierigen Jugend der Bourgeoisie als die reifste Frucht wissenschaftlicher Erkenntniß vorgesetzt hat. Natürlich lassen sich, wenn man einmal eine so alberne, rein aus der Luft gegriffene Voraussetzung macht, schlechte Witze aller Art daran knüpfen, wodurch dann jene „markigen Charaktere" gebildet werden, die als Landräthe und Landgerichtsräthe mit ihren Weisheitssprüchen über die Sozialdemokratie das Erstaunen und das Grauen unterrichteter Leute erregen.

Man begreift auch das völlige Erlöschen des historischen Sinnes in den besitzenden Klassen, wenn man ihren „Herold und Propheten" über wissenschaftliche Geschichtschreibung gleich im Anfang der Vorlesungen also orakeln hört: „Personen, Männer sind es, welche die Geschichte machen, Männer wie Luther, wie Friedrich der Große und Bismarck. Diese große, heldenhafte Wahrheit wird immer wahr bleiben, und wie es zugeht, daß diese Männer erscheinen, zur rechten Zeit der rechte Mann, das wird uns Sterblichen immer ein Räthsel sein." Diese geschichtsphilosophische Methode ist, um mit Treitschke zu sprechen, der „bare Unsinn"; kein Historiker kann auch nur einen Augenblick versuchen, sie ernsthaft anzuwenden, weil er damit aufhören würde, ein Historiker zu sein; Treitschke selbst hat sich auch keineswegs an sie gehalten, sobald er nicht blos rhetorische Phrasen drasch, sondern wirklich Geschichte schrieb oder doch zu schreiben versuchte. Da hat er von seinem beschränkten Standpunkt aus und innerhalb der Scheuklappen, die ihm sein preußischer Fanatismus vorband, oft genug die immanenten Gesetze erkannt, die der historischen Entwicklung ihren Lauf vorschrieben und „zur rechten Zeit den rechten Mann" erscheinen lassen. Aber wie haltlos ist die Vorstellung, daß „markige Charaktere" gebildet werden sollen durch Vorlesungen über Politik, die damit beginnen, jedes historische Verständniß durch den krassesten Personenkultus abzuschneiden!

Ein wirksames Gegengift gegen diesen Personenkultus vermögen wir auch nicht in denjenigen Stellen von Treitschkes Vorlesungen zu entdecken, wo er von den Gefahren der Monarchie handelt, von der Gefahr der „entsittlichenden Selbstvergötterung", wenn „die Persönlichkeit des augenblicklichen Königs mit ihren Launen und ihrer menschlichen Beschränktheit" die Monarchie darstellen will, oder wo er von der doch nur bedingten Geltung des Fahneneides sagt: „Man soll

nicht zu unseren Soldaten sprechen, als ob sie auch Vater und Mutter auf Befehl ihrer Vorgesetzten todtschlagen müßten; sind denn die Soldaten eines stehenden Volksheeres gleichzustellen den kindermordenden Söldnern des Königs Herodes?" Das ist alles ja ganz nett, läuft aber immer auf das bekannte Jesuiten- und Junkersprüchlein hinaus: Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut. Treitschke selbst hatte Kourage und sein Fanatismus für Bismarck war durchaus ehrlich, aber seine Methode, erst seinen Hörern diesen Fanatismus einzupauken, den Fanatismus für einen Mann, der wenn je ein Mensch „seine Launen und seine menschliche Beschränktheit" für das Gemeinwohl versah, und dann moralische Betrachtungen über die „Selbstvergötterung" der Monarchen anzustellen, das ist, was immer es sonst sein mag, in keinem Falle eine stärkende Schule für Charaktere.

Ehrliche Charaktere werden das persönliche Regiment bekämpfen, gleichviel welche Person am Ruder sitzt. Jede Unterscheidung zwischen den Personen führt nothgedrungen zu jenem Klatschkrieg, der in verfallenden Monarchien epidemisch um sich zu greifen pflegt und zwar in erster Reihe unter den verfaultesten Schichten der Gesellschaft. Die modernen Proletarier dürfen ihren grundsätzlichen und zielbewußten Kampf gegen das persönliche Regiment nicht verwechseln lassen mit jenem lächerlichen und verächtlichen Treiben, das unter dem Schilde der Bismarckvergötterung heutzutage über das persönliche Regiment jammert. Gerade unter den Todfeinden der Arbeiterklasse grassirt dieser Klatschkrieg am schlimmsten. Man kann wohl sagen, daß er auch seinen Nutzen habe, indem er mittelbar dazu beitrage, das persönliche Regiment zu untergraben: der Klatschkrieg, den die verrottetsten Schichten der französischen Aristokratie gegen die Königin Marie Antoinette führten, war kein ganz unwirksamer Hebel der großen französischen Revolution. Aber die französischen Freiheitskämpfer haben die feudale Klatschsippe niemals als eine ehrliche Bundesgenossenschaft anerkannt, sondern sie verachtet, wie sie es verdiente, und Marie Antoinette spielt in der Geschichte eine viel leidlichere Rolle, als ihre Klatschfeinde aus den herrschenden Klassen. So mag man heute Jeden fragen, der sich über das persönliche Regiment entrüstet: Wie dünket dich um Bismarck? und wenn er dann auch nur die geringsten Ausflüchte macht, so ist es klar, daß seine Gemeinschaft den ehrlichen Kampf der Arbeiterklasse gegen das persönliche Regiment beflecken würde.

Als wissenschaftliches Werk hätten Treitschkes Vorlesungen kaum die Druckkosten gelohnt, als Spiegel der Zeit sind sie lehrreich genug. Aus dieser Quelle hat namentlich die im engeren Sinne regierende Kaste, das Beamtenthum in Gemeinde und Staat ihre politische Bildung geschöpft, und wenn es einerseits einen betrübenden Eindruck gewährt zu sehen, wie dürftig und trübe die Quelle rinnt, so ist es doch auch wieder ein Trost zu erkennen, wie hoch die arbeitende Klasse an politischer Bildung schon der bürgerlichen Klasse über den Kopf gewachsen ist. Wir wollen keineswegs behaupten, daß es mit den wissenschaftlichen Vorträgen in Arbeiterschulen und Arbeiterversammlungen untadelhaft bestellt sei, daß nicht noch Manches besser sein könnte und sein sollte, aber daß sich Arbeiterschulen und Arbeiterversammlungen über die wichtigsten Fragen der Zeit mit den wohlfeilen Witzen abspeisen ließen, womit Treitschke über dreißig Jahre lang die Jugend der Bourgeoisie abgespeist hat, das ist unmöglich.

Friedrich Engels und das Milizsystem.

Von **Max Schippel.**

II.

Wie steht nun, um zum Ausgangspunkt zurückzukehren, Engels zu allen diesen Fragen der militärischen Erziehung und Organisation?

Daß ihm der Einfall, das heutige stehende Heer der allgemeinen Wehrpflicht für ein Heer von „Berufssoldaten“ zu erklären, ganz und gar fern lag, versteht sich schließlich von selber. Nicht bei mehr-wie-einjährigem Dienste fing für ihn der Berufssoldat im Gegensatz zum Milizbürger an, auch der heute zwei Jahre Dienende war für ihn nicht das, was Kautsky aus ihm machen will. „Im dritten Dienstjahr, wo der einzelne Soldat fast nichts Militärisches mehr zu lernen hat, nähert sich unser allgemeiner Wehrpflichtiger schon einigermaßen dem auf lange Jahre eingestellten Soldaten des französisch-österreichischen Systems. Er bekommt etwas vom Berufssoldaten.“ So heißt es ruhig und durchaus zutreffend in der Schrift von 1865.

Auch die ungeheuren militärischen Vortheile dieses stehenden Heeres von heute kann kein Konservativer der Gegenwart beredter schildern, wie Engels damals. Die „festere Organisation“ der ersten Feldarmee, wie sie sich Preußen durch die Zurückdrängung der Landwehr und die Schaffung neuer ständiger Linienregimenter gegeben hatte, erklärte er für nothwendig; „eine Aenderung mußte eintreten“. Man könne nicht erst im Kriege die neuen Cadres schaffen; es sei ein gewaltiger Unterschied, ob eine ausrückende Truppe stärker oder schwächer aus bis zuletzt präsenten Soldaten und Offizieren zusammengesetzt sei, die sich nicht erst im Felde zusammenfinden, sondern die ein gewisses gegenseitiges Vertrauen zu einander schon mitbringen. Gerade für die Führung betont er die Bedeutung des ständigen Berufsoffiziers: „Wenn die Landwehroffiziere sich im dänischen Kriege sehr gut geschlagen haben, so vergesse man nicht, daß es ein großer Unterschied ist, ob ein Bataillon vier Fünftel Linien- und ein Fünftel Landwehroffiziere besitzt, oder umgekehrt.“

Er geht sogar so weit, „für den Anfang des Krieges große Vortheile“ des französisch-österreichischen Cadressystems,[1] das heißt: einer abnorm langen Präsenzzeit zuzugestehen. „Die Leute kennen sich besser; selbst die Beurlaubten, denen der Urlaub meist nur auf kürzere Zeit auf einmal zugemessen wird, sehen sich während der ganzen Urlaubszeit als Soldaten an und sind stets auf dem Sprunge, zu den Fahnen einberufen zu werden; . . . die Bataillone haben dadurch unbedingt mehr Halt, wenn sie zum ersten Male ins Feuer kommen.“ Er argumentirt nur weiter, daß, je länger die Dienstzeit, nur ein um so kleinerer Theil der Bevölkerung in den Waffen ausgebildet werden könnte, so daß schließlich doch die kürzere Dienstzeit vorzuziehen sei wegen der dadurch ermöglichten enormen Verstärkung der Kriegsarmee bei relativ mäßigem und erträglichem Friedensstand.

In seiner Schwärmerei für die allgemeine Wehrpflicht zieht er alsdann die Grenze der Tauglichkeit viel weiter nach unten, als es damals gewöhnlich gebilligt wurde. Er rechnet jährlich 107000 mögliche Rekruten heraus. „Warum dienen von diesen nur 63000 oder höchstens 72—75000 Mann? . . . Der Begriff der Untauglichkeit hat eine ganz abnorme Ausdehnung erhalten. . . . Aber

---

[1] Engels braucht den Ausdruck Cadressystem zuweilen allgemein für diese besondere Form, also für lange Präsenzzeit, ohne „große Armeereserve“.

ist die kriegerische Stärke des preußischen Volkes mit einer jährlichen Rekrutirung von vier aufs Tausend der Bevölkerung erschöpft? ... Sobald ein ernsthafter Krieg ausbricht, wird die Vorstellung von der Diensttauglichkeit in Preußen eine plötzliche Revolution erleben und man wird dann, zu seinem Schaden zu spät, erfahren, wie viel brauchbare Kräfte man sich hat entgehen lassen. ... Leute, die sich der Einstellung entzogen haben, lasse man nur ruhig und ohne Gnade nachdienen. ..."

Unter Abwägung der thatsächlich vorliegenden politischen und militärischen Verhältnisse ist Engels dann „sogar der Meinung, daß ein Staat wie Preußen den größten Bock begehen würde — sei an der Regierung, welche Partei da wolle — wenn er die normale Dienstzeit augenblicklich noch mehr verkürzte" wie auf zwei Jahre. Als Ausgleichsmittel dieser kürzeren Dienstzeit hält Engels Uebungslager, einen rationelleren Betrieb der Ausbildung und bereits eine ganz andere körperliche Erziehung der Jugend, unter ausgedienten Unteroffizieren, für nothwendig. In einem anderen Zusammenhang findet sich 1865 die militärische Jugenderziehung nicht erwähnt. Kavallerie und reitende Artillerie brauchen nach Engels sogar „die vierjährige Dienstzeit sicher". Für die Reiterei werden dann noch möglichst viel Kapitulanten, also wirkliche dauernde Berufssoldaten gefordert; „je echtere Landsknechte, desto besser, solange sie nur Spaß am Handwerk haben".

Zweifellos spielt bei dieser Stellungnahme von Engels die internationale Lage und die äußere Politik Preußens, seine Einschließung inmitten feindlicher Großmächte, sein Gegensatz gegen Oesterreich und die nach Oesterreich gravitirenden deutschen Staaten eine große Rolle. Jede Verschiebung in diesen internationalen Beziehungen kann in Folge dessen auch alle diese Zugeständnisse an den „Militarismus" wieder hinfällig machen. Ich erkenne das vollständig an. Nur schließe ich umgekehrt auch, daß ein Sozialdemokrat, der heute noch den internationalen Himmel für Deutschland nicht wolkenlos sieht, auch heute zur Militärfrage sich ähnlich stellen darf wie Engels, ohne deswegen gleich zu einem Biedermann mit sauberen Zwecken und Mitteln zu werden.

Aber die innere Politik? Mensch! Fuchs in der Wolfshaut! ... in der Löwenhaut! Weißt du denn gar nichts von den Flinten, die auf Vater und Mutter und vaterlandslose Gesellen schießen?

O doch! Was man auf jeder Bierbank weiß, kann man am Ende auch bei mir als nicht ganz unbekannt voraussetzen. Blos, ich stimme wiederum Engels bei, wenn er die Kehrseite der heutigen Armee-Entwicklung nicht mit dem gesträubten Haare des üblichen deutschen Angstmichels sieht. Nur ob ich so weit gehen darf wie Engels, weiß ich nicht:

> Die für einen Großstaat erforderliche Armeestärke richtet sich nicht nach der größeren oder geringeren Aussicht auf Staatsstreiche, sondern nach der Größe der Armeen der anderen Großstaaten. Hat man A gesagt, so muß man auch B sagen. Nimmt man ein Mandat als preußischer Abgeordneter an, schreibt man Preußens Größe und europäische Machtstellung auf seine Fahne, so muß man auch zustimmen, daß die Mittel hergestellt werden, ohne welche von Preußens Größe und Machtstellung keine Rede sein kann. ... Unter den obwaltenden Umständen bleibt ihnen (den Fortschrittlern) nichts übrig, als die Armeeverstärkung in der einen oder anderen Form schließlich doch anzuerkennen und ihre Bedenken wegen Staatsstreichen für sich zu behalten.

Engels verhöhnt 1865 geradezu die „Fortschrittsbürger", daß sie eine Armeeverstärkung blos darum verweigern, weil eine „Stärkung der Reaktion"

zu erwarten sei, wenn man ihr Hauptwerkzeug, die Armee, verdoppelte: „Sie verweigern diesem Ministerium die verstärkte Armee . . . weil sie fürchten, diese Verstärkung werde nur der Reaktion zu Gute kommen, werde den heruntergekommenen Offiziersadel heben und überhaupt der feudalen und bureaukratisch-absolutistischen Partei die Macht geben, mit einem Staatsstreich den ganzen Konstitutionalismus zu begraben.“ Man hätte „unter gewissen Bedingungen“ — unter bestimmten Kompensationen, würden wir heute nach dem Fall Heine wohl sagen — bewilligen sollen; „was ließ sich nicht alles im Detail aus diesem Ministerium herausschlagen, wenn die Fortschrittspartei die Sache nicht knauserig, sondern als große Spekulanten auffaßten.“

Indeß, fährt Engels dann fort:

> In demselben Maße, wie die Armeeverstärkung für die Regierung die materiellen Mittel zu Gewaltstreichen vermehrt, in demselben Maße verringert die zweijährige Dienstzeit die moralischen Mittel dazu. . . .
>
> Jeder weitere Schritt zur weiteren Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht macht die preußische Armee ungeschickter zum Werkzeug für Staatsstreiche. Sobald unter der ganzen Volksmasse das Verlangen nach Selbstregierung und die Nothwendigkeit des Kampfes gegen alle widerstrebenden Elemente einmal durchgedrungen war, mußten auch die zwanzig- und einundzwanzigjährigen jungen Leute von der Bewegung erfaßt sein und selbst unter feudalen und absolutistischen Offizieren mußte ein Staatsstreich immer schwerer mit ihnen durchzuführen sein.

Wer heute Staatsstreiche wagen wolle, komme mit der Friedensarmee, mit dem „stehenden Heere“ — schon wegen der steigenden Gefahr auswärtiger Verwicklungen bei schweren inneren Konflikten — nicht mehr aus, er müsse mobil machen und damit aus dem bürgerlichen Erwerbsleben in die Armee Elemente zurückberufen, die zum Bürgerkrieg die denkbar ungeeignetsten sind. „Das ist eben eine der besten Seiten an der preußischen Wehrverfassung, vor wie nach der Reorganisation: daß mit dieser Wehrverfassung Preußen weder einen unpopulären Krieg führen, noch einen Staatsstreich machen kann, der Dauer verspricht.“

> Die liberale und fortschrittliche Bourgeoisie mußte demnach die Armeereorganisation mitsammt der davon unzertrennlichen Erhöhung des Friedensstandes einer unbefangenen sachlichen Prüfung unterwerfen, **wobei sie wahrscheinlich zu ungefähr denselben Resultaten gekommen wäre wie wir.** Sie durfte dabei nicht vergessen, daß sie die vorläufige Einführung der Neuerung doch nicht hindern und ihre schließliche Feststellung nur verzögern konnte, solange der Plan so viel richtige und brauchbare Elemente enthielt. Sie mußte also vor allen Dingen sich hüten, von vornherein in eine direkt feindliche Stellung gegen die Reorganisation zu kommen; sie mußte im Gegentheil diese Reorganisation und die dafür zu bewilligenden Gelder benutzen, um sich dafür von der „neuen Aera“ möglichst viel Aequivalente zu kaufen, um die 9 oder 10 Millionen neue Steuern in möglichst viel politische Gewalt für sich selbst umzusetzen.

Sogar das Offizierkorps, das Berufssoldatenthum im stehenden Heere, sieht Engels unter dem Fortschritt der allgemeinen Wehrpflicht vollständig umgewandelt: „Es mußten Offiziere für die doppelte Anzahl Bataillone gefunden werden. Die Kadettenhäuser reichten bei Weitem nicht mehr aus. Man war so liberal wie noch nie vorher in Friedenszeiten; man offerirte die Leutnantsstellen geradezu als Prämien an Studenten, Auskultatoren und alle gebildeten jungen Leute. Wer die preußische Armee nach der Reorganisation wiedersah, kannte das

Offizierkorps nicht mehr. . . . Statt dessen wurde alles das von den Fortschrittsbürgern ignorirt und fortgeredet. . . ."

Diese Offiziersfrage, die heute immer eine Frage innerhalb der besitzenden Klassen bleiben wird, berührt uns Sozialdemokraten natürlich weniger. Aber der Schwerpunkt des heutigen Armeelebens liegt heute längst schon weit tiefer nach unten: im Unteroffizierkorps. Hier stimmen alle ernsten Beobachter überein, daß die abgekürzte Dienstzeit der Caprivischen Reform mehr und mehr die ganze Psychologie dieser entscheidenden Schicht verändere, daß an die Stelle des öden Drillmeisters aus der Kassubei mehr und mehr der geistig bewegliche Zögling des industriell-städtischen Lebens trete, desselben Lebens, aus dem auch wir unsere Soldaten und Führer holen. . . .

Das sind die Grundanschauungen von Engels, die am ausführlichsten in der „preußischen Militärfrage" niedergelegt sind, die sich jedoch durch alle seine Militärschriften konsequent hindurchziehen, mit geringen Wandlungen in der Anwendung auf die gerade brennenden Tagesstreitigkeiten. Denn ob in der Gegenwart zwei Jahre oder achtzehn Monate Dienstzeit zu empfehlen seien, ob die denkbare Verkürzung auf ein Jahr näher oder ferner stehe, das sind Zweckmäßigkeitsentscheidungen, die mit dem Gegensatz „stehendes Heer oder Miliz" gar nichts zu schaffen haben.

Und so frage ich denn zum Schlusse, ob der Kern meiner Darstellung des Engelsschen Standpunkts richtig war oder falsch:

> Engels hat für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksheer enden sah. . . .
>
> Nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung ist im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen, sondern die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystems ist gleichbedeutend mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag. . . .

Jeder Kenner von Engels wird aus meinen Worten zweifellos auch die direkte Anlehnung an folgende Stelle aus dem Anti-Dühring herausgefühlt haben:

> Der Militarismus trägt den Keim seines eigenen Untergangs in sich. Die Konkurrenz der einzelnen Staaten unter einander zwingt sie einerseits, jedes Jahr mehr Gelder auf Armee, Flotte, Geschütze ꝛc. zu verwenden, also den finanziellen Zusammenbruch mehr und mehr zu beschleunigen; andererseits mit der allgemeinen Dienstpflicht mehr und mehr Ernst und damit schließlich das ganze Volk mit dem Waffengebrauch vertraut zu machen; es also zu befähigen, in einem gewissen Moment seinen Willen gegenüber der kommandirenden Militärherrlichkeit durchzusetzen. Und dieser Moment tritt ein, sobald die Masse des Volkes — ländliche und städtische Arbeiter und Bauern — einen Willen hat. Auf diesem Punkte schlägt das Fürstenheer um in ein Volksheer; — die Maschine versagt den Dienst, der Militarismus geht unter an der Dialektik seiner eigenen Entwicklung. Was die bürgerliche Demokratie von 1848 nicht fertig bringen konnte, eben weil sie bürgerlich war und nicht proletarisch, nämlich den arbeitenden Massen einen Willen geben, dessen Inhalt ihrer Klassenlage entspricht, das wird der Sozialismus unfehlbar erwirken. Und das bedeutet die Sprengung des Militarismus und mit ihm aller stehenden Armeen von innen heraus.

Das „von innen heraus" ist auch bei Engels durch Sperrung hervorgehoben und diese Ausführung unterschreibe ich in jedem Worte. Nur einen Vorbehalt mache ich hier: Die großen Aufwendungen in allen modernen Gesell-

schaften zu unproduktiven, vor Allem auch seitens des Staates zu militärischen Zwecken, sind keine Verstärkung, sondern eine Erleichterung des allgemeinen ökonomischen Druckes. Jede Gesellschaft der „Ueberproduktion" wird nicht belastet, sondern entlastet, wenn die Produktion relativ geschwächt, die Konsumtion relativ vermehrt wird. Nur hat der kapitalistische „Staat" an sich die Mittel der kapitalistischen Gesellschaft nicht zur Verfügung; sie aus ihren Tiefen durch Steuern heraufzupumpen, mag schließlich über seine „finanzielle" Kraft und auch über die Geduld der Staatsbürger hinausgehen. Aber in dem Keuchen und Aechzen dieses Steuerpumpwerks erschöpfen sich nicht die allgemeinen ökonomischen Wirkungen dieser riesenhaften unproduktiven Ausgaben, die geradezu eine Lebensbedingung, rein ökonomisch, für die moderne Gesellschaft geworden sind. Natürlich macht mir das den Militarismus nicht angenehmer, sondern um so unangenehmer. Nur kann ich von diesem Standpunkt aus auch nicht in das kleinbürgerlich-freisinnige Geschrei über den wirthschaftlichen Ruin durch die unproduktiven Militärausgaben einstimmen. . . .

Nach dem Gesagten und nach der überreichlichen Inanspruchnahme des Raumes der „Neuen Zeit" halte ich mich nunmehr für überhoben, auf die Flohknackerei näher einzugehen, ob Engels, der eine solche Stellung „für die Gegenwart" einnimmt, als „Endziel" die „Miliz" etwas näher oder ferner gesehen, etwas mehr oder weniger „flüchtig" daneben genannt habe. Es genügt mir, zu wiederholen, daß Engels nicht nur jedes bestehende, sondern auch jedes geforderte und in irgend welchem Schlaukopf ausgeheckte Milizsystem jederzeit ausdrücklich abgelehnt hat: „Hier fängt der Zukunftsstaat an. Davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist."

Wenn Kautsky dies für die sechziger Jahre damit erklären will, daß damals die „aktuelle" Frage gewesen sei: zweijährige oder dreijährige Dienstzeit, allgemeine Wehrpflicht oder Konskription", während sie heute laute: Miliz oder stehendes Heer — so bedauere ich, sagen zu müssen, daß Kautsky offenbar die sechziger Jahre hier ebenso schlecht kennt wie die Gegenwart. Praktisch ist auch heute die Frage: Miliz oder stehendes Heer, nirgends aktuell — außer vielleicht in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten, wo noch Milizen bestehen und sich ihres Daseins, wenigstens als Grundstock der ganzen Militärverfassung, wehren müssen. In der Literatur dagegen hat die Milizidee niemals eine so große Rolle gespielt, wie gerade in den sechziger Jahren. Die heutige Milizliteratur damit vergleichen zu wollen, wird Niemandem einfallen, der einigermaßen Bescheid weiß.[1]

---

[1] In einer Fußnote möchte ich noch den Ton streifen, den Kautsky mir gegenüber anschlägt. Ich halte mich nicht für unfehlbar und wenn ich daher die Engelssche wegwerfende Aeußerung aus den sechziger Jahren — die ich im Anfang wörtlich ausführlich zitire — über „die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit" so verstehe, daß Engels damals jedes Milizsystem damit ablehnte, weil jedes Milizsystem ihm vollständig unbegreifliche Dienstzeiten voraussetze, und wenn ich daher später, ohne dem Leser sein anderes Urtheil zu verwehren, meinerseits die dem entsprechende Zusammenfassung „Phantasien von einem Milizheer" wähle, so mag man das meinetwegen für eine falsche Auffassung halten und sie bekämpfen, obwohl ich an ihr festhalte. Von „Unterschlagung", von „Fälschung" zu reden, ist jedoch nicht der geringste Anlaß. Ich halte Kautskys Deutung der Worte: daß ein Land mit achtzehn Millionen Einwohnern und sehr exponirten Grenzen Milizsysteme nicht annehmen könne — meinerseits auch für absolut falsch. Soll ich darum auch von „Fälschungen" eines „Biedermanns" und seinen „sauberen Zwecken" sprechen?

Schippel und der Militarismus.

Von K. Kautsky.

1. Engels über die Militärfrage.

Isegrim hat sich endlich demaskirt und aus dem Wolfsfell blickt auf das verdutzte Publikum das Gesicht eines sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Wir haben in den letzten Monaten manches erlebt, das uns das Staunen abgewöhnen könnte. Aber daß ein Vertrauensmann der Partei in so hervorragender Stellung sich hinter ein Pseudonym flüchtet, um von dort aus die eigene Partei lächerlich zu machen, wird auch mancher etwas unempfindlicher Gewordene nicht als eine erfreuliche Bereicherung unserer politischen Sitten betrachten.

Schippel freilich fühlt sich blos als verfolgte Unschuld. Isegrim ist ein Lämmchen, das kein Wässerchen getrübt, aber der Ton, den ich ihm gegenüber anschlug — der überschreite doch die Grenzen dessen, was unter Parteigenossen gestattet sei. Ich leugne es nicht, der Ton, den ich gegen Isegrim angeschlagen, war stark, war verletzend, aber nicht um ein Haar verletzender als der Ton, den der hinter einer fremden Maske Versteckte ohne jede Veranlassung gegen die Masse der Parteigenossen, ja die Partei selbst anschlug. Ich denke heute ruhiger als zur Zeit der Abfassung meines Artikels gegen Isegrim, aber ich halte den Ton meiner Ausführungen heute für ebenso gerechtfertigt wie damals und bedaure blos, daß es ein Mann wie Schippel war, der ihn provozirte.

Wenn Schippel selbst jedes Gefühl dafür verloren hat, daß die Form seiner „Kritik" die schärfste Zurückweisung herausforderte, dann möge ihn der Beifall unserer Gegner eines Besseren belehren. Die „Soziale Praxis" des Herrn v. Berlepsch verzeichnet mit größter Genugthuung „diesen formell wie inhaltlich unerhörten Angriff auf eine der wichtigsten sozialdemokratischen Forderungen".

Der Inhalt war allerdings nicht minder herausfordernd wie die Form.

Um die eigene Partei lächerlich machen zu können, verfälschte Isegrim ihre Milizforderungen in ein „Bürgergardistenideal" und schob er Friedrich Engels Ansichten unter, welche dieser nie aufgestellt. Das war's, was ich in dem Artikel Isegrims sah. Hatte ich in der Sache recht, dann war ich auch zu der Form berechtigt, in der ich dagegen protestirte.

Schippel freilich erklärt, ich hätte ihm bitter Unrecht gethan, er habe Engels' Ansichten vollkommen richtig wiedergegeben. Sehen wir zu.

Schippel behauptete: „Engels hat für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt." Als Beweis dafür diente ihm namentlich die Engelssche Broschüre über „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei" von 1865 und seine Artikelserie: „Kann Europa abrüsten?" von 1893. 1865, sagte Schippel, „verlangte Engels, der Revolutionär . . . nicht die Miliz, sondern die zweijährige Dienstzeit", und erklärte die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit für Utopien, auf die er keinerlei Rücksichten zu nehmen brauche. Aus diesen Phantasien wurden dann bei Schippel Phantasien von einem Milizheer überhaupt, „wohl die bündigste Ablehnung, die man sich denken kann".

Dem gegenüber habe ich den ganzen Passus zitirt, in dem Engels von den Phantasien von einem Milizheer sprach — den einzigen, in dem er sich in der genannten Broschüre über das Milizsystem ausspricht, und gezeigt, daß seine Ablehnung nur einer bestimmten Sorte von Milizsystem — einer Miliz fast

ohne jegliche Dienstzeit — und für die damaligen besonderen Verhältnisse Preußens galt, das mit 18 Millionen Einwohnern und exponirten Grenzen 35 Millionen Franzosen, 34 Millionen Oesterreichern und 60 Millionen Russen gegenüberstand. Schippel hatte aus der einzigen Stelle der Broschüre, in der Engels vom Milizsystem spricht, gerade das weggelassen oder übergangen, was darauf hindeutet, daß Engels dem Milizsystem nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe, und das erlaubte ich mir eine Fälschung zu nennen.

Was erwidert jetzt Schippel auf diesen Vorwurf: Jedes Milizsystem setze „vollkommen unbegreifliche Dienstzeiten" voraus, wenn Engels ein Milizsystem mit sozusagen gar keiner Dienstzeit ablehne, halte sich Schippel für berechtigt, einfach zu sagen, Engels lehne jedes Milizsystem ab. Den weggelassenen einschränkenden Satz fasse er aber ganz anders auf als ich — auch ein Grund, ein Zitat zu verstümmeln. Wie er ihn auffaßt, verräth er uns leider nicht.

Schippel wird vielleicht auch diese Auseinandersetzungen für „Flohknackereien" erklären. Er darf versichert sein, daß ich eine andere Beschäftigung meiner Feder vorzöge. Aber wer ist es denn, der die Flöhe in die Welt gesetzt, um deren Knackung es sich da handelt, als er selbst? Der ganze Isegrimsche Artikel ist doch nur ein Herumdeuteln an einzelnen Sätzen Engelsscher Broschüren. Aber freilich, Haarspalterei treiben, um die Partei lächerlich zu machen — das ist wissenschaftliche Kritik von Dogmen; diese Haarspaltereien in ihr Nichts auflösen und damit die Partei rechtfertigen, das ist — Flohknackerei.

Leider sind wir mit dieser erbaulichen Arbeit noch nicht zu Ende. Nach Schippel soll Engels 1865 nicht die Miliz, sondern die zweijährige Dienstzeit verlangt haben.

Dem gegenüber bemerkte ich: „1865 war die aktuelle Frage nicht die: Miliz oder stehendes Heer, sondern die zweijährige oder dreijährige Dienstzeit und allgemeine Wehrpflicht oder Konskription, und da trat Engels für die allgemeine Wehrpflicht ein und erklärte, die zweijährige Dienstzeit genüge selbst vom Standpunkt des bestehenden Systems, die dreijährige sei überflüssig."

Darauf erwidert Schippel mit vernichtendem Hohne: wenn Kautsky erklären wolle, „daß damals die ‚aktuelle' Frage gewesen sei: zweijährige oder dreijährige Dienstzeit, allgemeine Wehrpflicht oder Konskription, während sie heute laute: Miliz oder stehendes Heer — so bedaure ich, sagen zu müssen, daß Kautsky offenbar die sechziger Jahre hier ebenso schlecht kennt wie die Gegenwart."

Wir haben da ein artiges Pröbchen Schippelscher Flohknackerei. Ich habe mit keinem Worte davon gesprochen, daß heute die Frage „Miliz oder stehendes Heer" aktuell sei, kann mir also sparen, zu untersuchen, ob ich ebenso unfähig bin, die Gegenwart zu verstehen, wie Schippel, richtig zu zitiren. Ich hatte erklärt, daß 1865 die aktuelle Frage nicht die war: Miliz oder stehendes Heer, sondern zweijährige oder dreijährige Dienstzeit 2c. Das ist offenbar etwas ganz Anderes. Daß aber, wenn Engels die zweijährige Dienstzeit der dreijährigen vorzieht, es aller Logik Hohn spricht, daraus zu schließen: „1865 verlangte Engels nicht die Miliz, sondern die zweijährige Dienstzeit", brauche ich unseren Lesern nicht auseinanderzusetzen.

Um diesen Mangel an Logik wett zu machen, läßt Schippel in seiner neuesten Enunziation eine ganze Armee weiterer Zitate aus der Engelsschen Broschüre zu seinen Gunsten aufmarschiren, die zeigen, daß Engels nicht blos die zweijährige Dienstzeit, sondern noch weit mehr verlangt, nämlich daß die Abgeordneten sich „hüten sollen, in eine direkt feindliche Stellung" gegen die Militärpläne der Regierung zu kommen, daß man deren Militärforderungen „unter gewissen

Bedingungen" — „unter bestimmten Kompensationen" würden wir heute nach dem Falle Heine wohl sagen — „hätte bewilligen sollen", und daß man der preußischen Regierung die für Preußens Machtstellung nöthigen Mittel bewilligen und etwaige „Bedenken wegen Staatsstreichen für sich behalten solle". Ferner beweisen die Zitate, daß Engels annahm, das Offizierkorps werde unter dem Fortschritt der allgemeinen Wehrpflicht vollständig im liberalen Sinne umgewandelt, und daß Engels diejenigen „verhöhnt", die eine Armeeverstärkung blos deswegen verweigern, weil eine Stärkung der Reaktion davon zu erwarten sei, und daß er „die Kehrseite der heutigen Armee-Entwicklung nicht mit dem gesträubten Haare des üblichen deutschen Angstmichels sieht", welches letztere ich allerdings insofern bestätigen muß, als Engels nie die haarsträubende Eigenschaft besessen hat, mit den Haaren zu sehen.

Also Engels entpuppt sich nicht blos als Gegner der Miliz, als Anhänger der zweijährigen Dienstzeit, sondern als ein veritabler Schwärmer für das preußische „stehende Heer von heute, dessen ungeheure militärische Vortheile" kein „Konservativer der Gegenwart beredter schildern kann, wie Engels damals", so sehr, daß Schippel selbst Bedenken bekommt: „Nur ob ich so weit gehen darf wie Engels, weiß ich nicht."

Und das alles beweist uns Schippel mit Engels' eigenen Worten, ebenso unwiderleglich wie — irgend ein Staatsanwalt aus den eigenen Worten eines angeklagten Sozialdemokraten die blutrünstigsten und brutalsten Verbrechen zu beweisen vermag.

Sollte Schippel nicht selbst einsehen, daß er des Guten zu viel gethan und um Isegrim zu retten, zu viel bewiesen, damit aber nichts Anderes bewiesen hat, als daß man nach seiner Methode alles beweisen kann? Zum Glück bedarf es diesmal keiner Wortklaubereien, um den wirklichen Standpunkt von Engels herauszufinden. Es genügt, die Situation zu kennzeichnen, der die Gelegenheitsschrift von 1865 entstammte, und den Gedankengang dieser wenig bekannten Schrift auseinanderzusetzen.

Sie entstand in der Zeit, da die preußische Regierung anfing, jene aggressive Großmachtspolitik zu treiben, die sie binnen wenigen Jahren an die Spitze des Deutschen Reiches bringen sollte. Aber um eine solche Politik zu treiben, dazu bedurfte sie einer ausreichenden Armee. Diese besaß sie nicht, die Militärreorganisation, die sie vorschlug, sollte sie ihr schaffen. Die liberale Opposition im Abgeordnetenhaus lehnte jedoch die Vermehrung der Militärausgaben ab und trieb in den Verfassungskonflikt, in dem Bismarck seine Sporen als Minister verdiente.

In dieser Situation schrieb Engels seine Broschüre, in der er untersucht, was die preußische Regierung von ihrem Standpunkt aus fordern müsse, was die Fortschrittspartei ihr bieten könne und dürfe und endlich wie sich die Arbeiterpartei zu der Frage der Militärreorganisation zu verhalten habe:

„In der Kritik der militärischen Thatsachen, um die es sich handelt, können wir nur von den vorliegenden thatsächlichen Verhältnissen ausgehen. Wir können der preußischen Regierung nicht zumuthen, anders zu handeln, als vom preußischen Standpunkt aus, solange die jetzigen Verhältnisse in Deutschland und Europa bestehen. Ebenso wenig muthen wir der Bourgeoisopposition zu, von einem anderen als von dem Standpunkt ihrer eigenen Bourgeoisinteressen auszugehen.

„Die Partei der Arbeiter, die in allen Fragen zwischen Regierung und Bürgerthum außerhalb des eigentlichen Konflikts steht, hat den Vortheil, solche Fragen ganz kaltblütig und unparteiisch behandeln zu können. Sie allein kann sie wissenschaftlich behandeln, historisch, als ob sie schon vergangen, anatomisch, als ob sie schon Kadaver wären."

Die Beobachtungen aber, die Engels 1865 an dem Kadaver der bürgerlichen Opposition machte, werden unter Schippels kunstreicher Hand zu Verhaltungsmaßregeln, die Engels 1899 der höchst lebendigen proletarischen Opposition ertheilt.

Das erste Kapitel handelt von den Forderungen der Regierung. Preußen war ein Kleinstaat mit nur halb soviel Einwohnern wie jeder der beiden Großstaaten, mit denen es durch seine Politik in Konflikt kommen mußte, Oesterreich und Frankreich, und mit höchst ungünstigen Grenzen. Sollte es diese Nachtheile wett machen, dann mußte es dem Konskriptionssystem, das in den beiden Großstaaten herrschte, die allgemeine Wehrpflicht entgegensetzen. Diese bestand wohl bereits in Preußen, aber nur auf dem Papier. Nur 26 Prozent der Stellungspflichtigen waren 1858 ausgehoben worden, 40000, während die Zahl der Militärtauglichen etwa doppelt so groß war. Die Militärreorganisation forderte die Vermehrung der jährlich Ausgehobenen auf 63000.

Aber das genügte nicht. Einen Bestandtheil der Feldarmee bildete die Landwehr, eine Art Miliz. Die Landwehr ist indeß keine Institution, mit der man Eroberungskriege führt. „Die Landwehr ist eine so defensive Institution, daß mit ihr eine Offensive selbst erst in Folge einer zurückgeschlagenen Invasion möglich ist, wie 1814 und 1815“ (S. 5). Die Landwehr sollte daher aus der mobilen Feldarmee ausgeschlossen, dagegen die Dienstzeit in der Linie von fünf Jahren auf sieben ausgedehnt werden, davon vier Jahre in der Reserve und drei unter den Fahnen. Auf diese dreijährige Dienstzeit, meinte Engels, könnte die Regierung sehr wohl verzichten, ohne etwas zu verlieren. Die zweijährige Dienstpflicht genüge für ihre Zwecke vollkommen, ja, einen Theil der Armee könnte man schon nach einem bis anderthalb Jahren entlassen. Wolle aber die Regierung bei zweijähriger Dienstpflicht dieselbe Ausdehnung des stehenden Heeres wie bei dreijähriger, dann brauche sie nur die allgemeine Wehrpflicht wirklich durchführen.

Also zweijährige statt dreijähriger Dienstzeit und dafür jährliche Einstellung von 85000 statt 63000 Mann — das thäte für die preußische Regierung dieselben Dienste, wie ihr eigener Militärreorganisationsplan.

Soviel über die Stellung der Regierung zu diesem Plane.

Wie sollte sich aber die Bourgeoisie dazu verhalten? Die Militärreorganisation kam gerade, als die neue, liberale Aera begann, als das Bürgerthum glaubte, „jetzt wieder das Heft in der Hand zu haben“.

> „Die Bourgeoisie hat nur zwei Wege, sich politische Macht zu verschaffen. Da sie eine Armee von Offizieren ohne Soldaten ist und sich diese Soldaten nur aus den Arbeitern schaffen kann, so muß sie entweder sich die Allianz der Arbeiter sicherstellen, oder sie muß den ihr nach oben gegenüberstehenden Mächten, namentlich dem Königthum, die Macht stückweise abkaufen. . . . Nun hatte die preußische Bourgeoisie — und zwar ohne allen Grund — alle Lust verloren, eine aufrichtige Allianz mit den Arbeitern zu schließen. . . . Blieb das Feilschen mit der Regierung um die politische Macht, wofür baares Geld — aus der Volkstasche natürlich — bezahlt wurde. . . . Die liberale und fortschrittliche Bourgeoisie mußte demnach die Armeereorganisation einer unbefangenen sachlichen Prüfung unterwerfen, wobei sie zu ungefähr denselben Resultaten gekommen wäre wie wir“,

das heißt, sie hätte wahrscheinlich gefunden, daß die zweijährige Dienstzeit mit strenger Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht etwas sei, das sie der Regierung gegen liberale Konzessionen hätte bewilligen können.

Den Schluß des Passus möge man bei Schippel nachlesen. Aber verständlich wird er erst durch die Vordersätze, die Schippel nicht bringt. Nur deshalb, weil die Bourgeoisie mit den Arbeitern keine Allianz eingehen wollte

und weil daher der ihrer Natur entsprechendste Weg der war, sich politischen Einfluß von der Regierung zu erkaufen, war es für sie am gerathensten, für Kanonen oder vielmehr neue Steuern Volksrechte einzutauschen. Die Bourgeoisie hatte keinen Grund, sich so ablehnend zur Militärreorganisation zu verhalten. Verlangte sie doch von der Regierung, sie solle Eroberungspolitik treiben. That sie das, sagte sie A, so mußte sie auch B sagen und der Regierung die nöthigen Machtmittel bewilligen. Aber hieß das nicht die Reaktion stärken?

„Aber die Stärkung der Reaktion, wenn man ihr Hauptwerkzeug, die Armee, verdoppelt? Dies ist ein Gebiet, wo die Fortschrittsbürger mit sich selbst in die unauflöslichsten Konflikte gerathen. Sie verlangen von Preußen, es soll die Rolle des deutschen Piemont spielen. Dazu gehört eine starke, schlagfertige Armee. . . . Sie führen tagtäglich, von Morgen bis Abend, Preußens Ruhm, Preußens Größe, Preußens Machtentwicklung auf der Zunge, aber sie verweigern Preußen eine Armeeverstärkung, die nur im richtigen Verhältniß zu derjenigen steht, welche die übrigen Großmächte seit 1814 bei sich eingeführt haben. . . . Weshalb das alles? Weil sie fürchten, diese Verstärkung werde nur der Reaktion zu Gute kommen“ (S. 28).

Engels höhnt also die Fortschrittsbürger, weil sie gleichzeitig Demokraten und preußische Patrioten sein wollen — nach Schippel höhnt er sie, daß sie eine Armeeverstärkung blos deswegen verweigerten, weil eine Stärkung der Reaktion zu erwarten sei. Das heißt doch gar zu ungenirt — auslegen.

Genau so wie dieser Passus ist der über die Staatsstreiche aufzufassen, der Schippel so bedenklich erscheint, daß er nicht weiß, ob er „soweit gehen darf wie Engels“. Obgleich ich auch zur Spezies jener „Angstmichel“ gehöre, die mit gesträubten Haaren die Kehrseite des Militarismus und drin den Staatsstreich sehen, stehe ich doch nicht an, diesen so bedenklichen Passus, vor dem der militärfromme Schippel scheut, von A bis Z zu unterschreiben. Auch ihn kann man in dem Schippelschen Artikel nachlesen, ich begnüge mich, ein Sätzchen einzuschalten, das er ausgelassen. Es heißt da:

„Schreibt man Preußens Größe und europäische Machtstellung auf seine Fahne, so muß man auch zustimmen, daß die Mittel hergestellt werden, ohne welche von Preußens Größe und Machtstellung keine Rede sein kann. Können diese Mittel nicht hergestellt werden, ohne Staatsstreiche zu erleichtern, desto schlimmer für die Herren Fortschrittsmänner. Hätten sie sich nicht 1848 so lächerlich feig und ungeschickt benommen, die Periode der Staatsstreiche wäre wahrscheinlich längst vorbei. Unter den obwaltenden Umständen 2c.“

Das gesperrt Gedruckte hat Schippel ausgelassen, offenbar, weil darin die Möglichkeit eines Staatsstreichs gar zu sehr verhöhnt wurde.

Daß dann Engels weiter meinte, eine große Armee mit zweijähriger Dienstzeit sei für einen Staatsstreich weniger leicht verwendbar, als eine kleinere mit dreijähriger, können wir ebenso ruhig zugeben, wie die Thatsache, daß unter den besonderen Umständen von 1865 sich nicht genug Offiziere für die plötzlich verdoppelte Anzahl der Bataillone fanden, so daß man „Leutnantsstellen geradezu als Prämien an alle gebildeten jungen Leute offerirte“ (S. 29).

Hätte die liberale Bourgeoisie alles das erwogen, dann, meint Engels, hätte sie wohl der Regierung die Armeevermehrung bewilligen können, aber in der Form, in der sie für die Reaktion am wenigsten verwendbar war, das heißt in der Form, die Engels entwickelt, nicht dreijährige Dienstzeit mit 63000, sondern zweijährige mit 85000 Rekruten, also voller Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Aber die liberale Opposition hatte diesen Ausweg nicht gefunden, sie war n den Verfassungskonflikt gekommen, und nun durfte sie der Regierung ichts mehr bewilligen.

„Einerlei, durch welche Fehler und Verwicklungen, die bürgerliche Opposition t jetzt einmal in die Stellung gekommen: sie muß die Militärfrage durchfechten der sie verliert den Rest von politischer Macht, den sie noch besitzt.“ Und sie muß egen, wenn sie ausharrt. „Aber der kennt unsere deutschen Bürger schlecht, der er Ansicht wäre, daß eine solche Ausdauer zu erwarten wäre. . . . Der in Aus- cht stehende endliche Sieg der Bourgeoisie erhält von Jahr zu Jahr einen revo- utionäreren Charakter, und die täglich sich mehrenden Detailsiege der Regierung uf allen Gebieten erhalten mehr und mehr die Gestalt vollendeter Thatsachen. Dazu kommt eine von Bourgeoisie wie Regierung vollständig unabhängige Arbeiter- ewegung, die die Bourgeoisie zwingt, entweder den Arbeitern sehr fatale Konzes- ionen zu machen, oder gefaßt zu sein, im entscheidenden Augenblick ohne die Arbeiter giren zu müssen. Sollte die preußische Bourgeoisie unter diesen Umständen den Muth haben, auszuharren bis ans Aeußerste? Sie müßte sich seit 1848 wunderbar erbessert haben — in ihrem eigenen Sinne, und die Kompromißsehnsucht, die ich in der Fortschrittspartei seit Eröffnung dieser Session tagtäglich ausseufzt, spricht icht dafür. Wir fürchten, die Bourgeoisie wird auch diesmal keinen An- tand nehmen, sich selbst zu verrathen“ (S. 35—37).

Im dritten Kapitel untersucht Engels die Frage, wie sich die Arbeiter- artei im Verfassungskonflikt zu verhalten habe.

Wenn die preußische Bourgeoisie für die Großmachtstellung und die Er- oberungspolitik schwärmt, so hat dagegen das Proletariat nicht das mindeste Interesse daran. Es geräth daher nicht in die unangenehme Zwickmühle, wie er Fortschrittsbürger, der die Eroberungspolitik des Kleinstaats Preußen will, ber ohne ein zur Aggressive gegen jeden Großstaat geeignetes Kriegsheer.

„Die Frage, wie viel Soldaten der preußische Staat braucht, um als Groß- taat fortzuvegetiren, ist dem deutschen Proletariat gleichgiltig. . . . Dagegen ist es hm durchaus nicht gleichgiltig, ob die allgemeine Wehrpflicht allgemein durchgeführt vird oder nicht. Je mehr Arbeiter in den Waffen geübt werden, desto besser. Die llgemeine Wehrpflicht ist die nothwendige und natürliche Ergänzung des allgemeinen Stimmrechts; sie setzt die Stimmenden in den Stand, ihre Beschlüsse gegen alle Staatsstreichversuche mit den Waffen in der Hand durchzusetzen“ (S. 38).

Das ist eine Art der allgemeinen Wehrpflicht, die mehr nach Miliz als nach tehendem Heere aussieht. Indessen spricht sich Engels darüber nicht näher aus.

„Die mehr und mehr konsequente Durchführung der allgemeinen Wehr- pflicht ist der einzige Punkt, der die Arbeiterklasse Deutschlands an der preußischen Armeereorganisation interessirt. Wichtiger ist die Frage, wie sich die Arbeiterpartei u stellen hat bei dem daraus entstandenen Konflikt zwischen Regierung und Kammer.“

Für die Regierung darf das Proletariat auf keinen Fall eintreten, die Reaktion darf es nicht unterstützen. Einige Stellen, die diesen Standpunkt be- onen, haben wir bereits im ersten Artikel gegen Isegrim (S. 338) mitgetheilt.

Dagegen „kann die Bourgeoisie ihre politische Herrschaft nicht erkämpfen, iese politische Herrschaft nicht in einer Verfassung und Gesetzen ausdrücken, ohne gleichzeitig dem Proletariat Waffen in die Hand zu geben. . . . Es ist also das Interesse der Arbeiter, die Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen alle reaktionären Elemente zu unterstützen, so lange sie sich selbst treu bleibt“ (S. 53).

Fehlt es aber der Bourgeoisie an der nöthigen Ausdauer, dann muß das Proletariat trachten, „die Bourgeoisie gegen ihren Willen voranzutreiben“. Wohl

könnte man dem Proletariat rathen, die Bourgeoisie ihrem Schicksal zu überlassen, aber das hieße politische Passivität, es „käme einer vollständigen politischen Abdankung gleich und deren ist eine ihrer Natur nach muthige Klasse, eine Klasse, die Nichts zu verlieren und Alles zu gewinnen hat, auf die Dauer unfähig.“

„Daraus folgt die Politik der Arbeiterpartei in dem preußischen Verfassungskonflikt von selbst:

„Die Arbeiterpartei vor Allem organisirt erhalten, soweit es die jetzigen Zustände zulassen;

„Die Fortschrittspartei vorantreiben zum wirklichen Fortschreiten, soweit das möglich, sie nöthigen, ihr eigenes Programm radikaler zu machen und daran zu halten; jede ihrer Inkonsequenzen und Schwächen unnachsichtlich züchtigen und lächerlich machen;

„Die eigentliche Militärfrage gehen lassen, wie sie geht, in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterpartei auch einmal ihre eigene deutsche ‚Armee-Reorganisation‘ machen wird;

„Der Reaktion aber auf ihre heuchlerischen Lockungen antworten: ‚Mit dem Speere soll man Gaben empfangen, Spitze gegen Spitze‘“ (S. 55).

Aus diesem ganzen dritten Kapitel, das die Politik der Arbeiterpartei untersucht, zitirt Schippel nicht eine Silbe. Er bringt nur Zitate aus den ersten beiden Kapiteln, in denen dargelegt wird, welches die vernünftigste Politik unserer Gegner damals hätte sein müssen, und erklärt: „Das sind die Grundanschauungen von Engels“.

Wo Engels aus der Seele der preußischen Regierung heraus spricht, da sieht Schippel „Zugeständnisse an den Militarismus“, die höchstens insofern wieder hinfällig werden, als heute die internationalen Beziehungen andere als 1865. Da aber der internationale Himmel für Deutschland auch heute noch nicht wolkenlos, darf wohl ein Sozialdemokrat „auch heute zur Militärfrage sich ähnlich stellen wie Engels“, also dem Militarismus Zugeständnisse machen, „ohne deswegen gleich zu einem Biedermann mit sauberen Zwecken und Mitteln zu werden“.

Das was Schippel auf diese Weise als Stellung von Engels zur Militärfrage bezeichnet, hat mit der wirklichen Stellung desselben ebensoviel gemein, als die Bedürfnisse der preußischen Regierung mit denen der deutschen Nation, als die Interessen der liberalen Bourgeoisie mit denen des kämpfenden Proletariats. Als eine getreue Wiedergabe des Engelsschen Standpunkts wird man das wohl nicht bezeichnen wollen. Ich gebe gern zu, daß die beiden ersten Kapitel der Engelsschen Broschüre leicht mißverstanden werden können, wenn man sie oberflächlich liest und den Hinweis im Eingang übersieht, es handle sich um eine Untersuchung des preußischen Standpunkts, nicht um eine Darlegung des Engelsschen militärischen Ideals. Schippel ist auch nicht der erste, der sie mißverstand. Mehring sagt darüber in seiner „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“: „In den beiden ersten Abschnitten beleuchtete Engels die preußische Militärfrage vom Standpunkt der Regierung und der Bourgeoisie aus, mit der historischen Unbefangenheit des wissenschaftlichen Forschers, die selbst für Männer wie Heß und Rüstow, geschweige denn für die liberalen Kannegießer, unverständlich war“ (II, S. 144). Aber wer von sozialistischer oder demokratischer Seite bisher Engels' Schrift mißverstand, der attakirte sie. Schippel ist der erste Sozialdemokrat, der, wenn Engels vom Regierungsstandpunkt aus spricht, drin seinen eigenen Standpunkt wiederfindet.

Von der Milizfrage ist, wie schon erwähnt, in der ganzen Broschüre, von einer flüchtigen Andeutung abgesehen, keine Rede. Wenn wir ihren Inhalt

ausführlich wiedergegeben haben, geschah es nicht, um über die Milizfrage größere Klarheit zu verbreiten, sondern um der Bildung der Legende vorzubeugen, als habe Engels jemals dem Militarismus gegenüber die geringsten Zugeständnisse gemacht und der Arbeiterpartei zugemuthet, solche zu machen; der Legende, als habe er sich nicht gegen den Militarismus, sondern gegen die Bewaffnung des Volkes ablehnend verhalten.

Wollen wir wissen, wie Engels über das Milizsystem wirklich dachte, dann müssen wir uns an jene Schrift halten, in der er dazu ausdrücklich Stellung nimmt. Das ist jene, auch als Broschüre erschienene Artikelserie von 1893 über die Frage: „Kann Europa abrüsten?"

Ich habe bereits in meinem Artikel gegen Isegrim das „Vorwort" zu dieser Broschüre ausführlicher zitirt, in der Engels sich ausdrücklich für das Milizsystem erklärt. Nur ein Satz sei daraus nochmals wiedergegeben. Engels sagt: „Ich versuche (in der Broschüre) den Beweis zu führen, daß diese Umwandlung (der stehenden Heere in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz) schon jetzt möglich ist, auch für die heutigen Regierungen und unter der heutigen politischen Lage.... Ich schließe die Verwechslung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend welcher jetzt bestehenden Miliz, z. B. der schweizerischen, ausdrücklich aus."

Schippel aber wagt in seiner Erwiderung den Satz: „Es genügt mir, zu wiederholen, daß Engels nicht nur jedes bestehende, sondern auch jedes geforderte und in irgend welchem Schlaukopf ausgeheckte Milizsystem jederzeit ausdrücklich abgelehnt hat."

Damit ist Isegrim allerdings durch Schippel übertrumpft.

Aber dieser hat einen sehr triftigen Grund für seine Behauptung.

„Diese Vorrede ist für mich nicht besonders beweiskräftig. . . . Die Artikel waren eine bittere Pille für die übliche Milizschwärmerei, die Vorrede und auch einige eingestreute Worte im Texte selbst sind der Zucker darauf — ähnlich wie auch Engels' Kritik des französischen Agrarprogramms durch kleine Zugeständnisse, mehr an Worten wie an Anschauungen, etwas versüßt ist."

Also Engels war der Mann der „Zugeständnisse", einmal der „Zugeständnisse" an den Militarismus, nun an die „übliche Milizschwärmerei". Er machte Zugeständnisse nach rechts und nach links, ja, er war sogar der Mann, Zugeständnisse wider besseres Wissen zu machen. Sollen wir Engels gegen diesen Vorwurf erst vertheidigen? Es ist richtig, daß er in seiner Kritik des französischen Agrarprogramms den französischen Genossen gegenüber einen weit anständigeren Ton anschlug, wie Schippel als Isegrim den deutschen Genossen gegenüber, aber wo hat er ihnen dabei das geringste Zugeständniß gemacht? Wie kann Schippel wagen, zu behaupten, wenn Engels sich für das Milizsystem aussprach, er habe nicht gemeint, was er gesagt, sondern anders gesprochen als er dachte, blos um kleinen Eitelkeiten gefällig zu sein?

Schippel scheint selbst das Prekäre seiner Ausrede zu fühlen, die Vertheidigung des Milizsystems sei für Engels blos Zucker gewesen, mit dem er den verwöhnten Parteikindern das bittere Brot des Militarismus schmackhafter habe machen wollen, und so hilft er sich noch damit, den Satz, von dem er in den „Sozialistischen Monatsheften" ausging und den er unter Berufung auf Engels zu beweisen suchte, als gleichbedeutend mit einem anderen zu gebrauchen, der sich freilich leicht erweisen läßt, der aber auch nie bestritten war. Die Frage, ob das Milizheer dem stehenden Heere überlegen, verwandelt er unvermerkt in die Frage, ob Aussicht auf baldigste Durchführung des Milizsystems bestehe, und

die „bündige Ablehnung der üblichen (?) Milizhoffnungen" wird gleichgesetzt der Ablehnung des Milizsystems. Wenn Engels einmal erklärt hätte, von dem Kabinet Hohenlohe sei die Proklamirung der deutschen Republik nicht zu erwarten, so könnte Schippel mit gleicher Logik behaupten, Engels sei kein Republikaner gewesen, er habe für die Gegenwart die Monarchie für die höhere Staatsform gehalten.

Nein, Schippel mag sich drehen und wenden, wie er will, Engels hat das Gegentheil dessen gesagt, was er ihm in den Mund legt, und je mehr er sich bemüht, sich herauszureden, desto größer und unwürdiger sind die Widersprüche, in die er sich verwickelt.

Zum Glücke hat sich Schippel nicht auf die „Flohknackerei" über die Stellung von Engels zum Militarismus beschränkt, er hat auch sachliche Einwände gegen das Milizsystem gebracht. Die Auseinandersetzung darüber wird den angenehmeren Theil meiner Aufgabe bilden.

Aber dies erfordert einen eigenen Artikel.

Materialismus oder Kantianismus?

Von G. Plechanow.

(Schluß.)

Sehen wir jetzt, wozu die Entwicklung vom Kantianismus zum Materialismus führt. Aber verstehen wir uns vor Allem recht. Welcher Materialismus kommt für uns in Betracht? Der Materialismus vielleicht, wie er im Hirne der Spießbürger existirt hat und noch existirt, die mehr Gottesfurcht als philosophisches Talent auszeichnet? Oder vielmehr der authentische Materialismus, d. h. der Materialismus, wie er in den Werken der bedeutendsten Materialisten verstanden und dargestellt ist? Der Materialismus ist nicht weniger verleumdet worden, wie der Sozialismus. Wenn wir von Materialismus sprechen hören, müssen wir uns folglich sofort fragen, ob er nicht entstellt worden ist.

Mein ehrenwerther Gegner gehört zur Zahl derjenigen, welche den Materialismus bekämpfen, ohne sich die Mühe gegeben zu haben, ihn zu studiren und zu verstehen. Er sagt z. B.: „Die Materialisten müssen behaupten, daß dieses Wesen (d. h. das Wesen, das den Erscheinungen entspricht. G. Pl.) mit den Erscheinungen wesensgleich sei". Das ist nicht nur falsch, sondern das Falsche ist in wahrhaft reizender Art ausgedrückt! Wir Materialisten müssen behaupten, daß das Wesen wesensgleich sei. Warum müssen wir etwas behaupten, was ebenso abgeschmackt seiner Form als seinem „Wesen" nach ist? Wäre es vielleicht lediglich zu dem Zwecke, daß Conrad Schmidt uns leichter widerlegen kann? Die Materialisten sind gewiß liebenswürdige Leute, aber es heißt doch ihre Liebenswürdigkeit mißbrauchen, wenn man ihnen zumuthet, dieselbe bis zu diesem Grade zu treiben.

„Die allgemeinsten Bestimmungen", sagt Conrad Schmidt, „die unsere Sinne oder vielmehr der den Sinneneindruck verarbeitende Verstand als die Grundlage der uns umgebenden Erscheinungen anzusehen genöthigt ist; vor Allem Raum und Zeit und die in ihnen bewegte Materie gelten den Materialisten als eine von der Beschaffenheit des menschlichen Bewußtseins ganz unabhängige, an und für sich (?) seiende Realität." Und Conrad Schmidt fährt fort: „Materialismus ist also Identitätsphilosophie, weil er, auch da, wo er auf den begrifflichen

Unterschied des im Bewußtsein Gegebenen und des an sich Seienden reflektirt und so die Grenzen des naiven Realismus überschreitet, das ‚an sich Seiende‘, das ‚Ding an sich‘ durch Analyse der Erscheinungen bestimmen zu können meint.“

Ist das richtig? Nein, keineswegs. Hören wir den folgenden Passus von der Beweisführung Holbachs gegen die Existenz Gottes.

„Wenn wir von allen Substanzen, die unsere Sinne affiziren, nur die Wirkungen kennen, die sie auf uns ausüben, nach denen wir ihnen Eigenschaften zuschreiben, so sind wenigstens diese Eigenschaften etwas und lassen deutliche Ideen in uns entstehen. Die oberflächlichen oder irgendwelche Erkenntnisse, welche unsere Sinne uns liefern, sind die einzigen, welche wir haben können; wie wir nun einmal gebildet sind, finden wir uns gezwungen, uns mit ihnen zu begnügen.“[1]

Ich bitte den Leser, diese Zeilen besonders aufmerksam zu lesen und sich ganz klar zu machen, was sie enthalten. Es lohnt der Mühe, denn dieser Passus giebt eine ungemein klare Vorstellung von dem, was der französische Materialismus des achtzehnten Jahrhunderts war, der höchste Punkt der Entwicklung der materialistischen Philosophie in der ganzen vor-marxistischen Zeit.[2]

Nach Holbach (d. h. nach den Verfassern des „Système de la Nature“, das Holbach nicht allein geschrieben hatte) giebt es Dinge außer uns und unabhängig von uns, Dinge, die eine wirkliche und nicht blos eine geistige Existenz haben. Diese Dinge, deren Natur wir nicht kennen, wirken auf uns, indem sie unsere Sinne affiziren, und nach den in uns durch ihre Aktion hervorgerufenen Wirkungen schreiben wir ihnen diese und jene Eigenschaften zu. Diese Wirkungen sind die einzigen Kenntnisse (oberflächliche und sehr beschränkte Kenntnisse), die wir von den Dingen an sich haben können. „Wir kennen seinem Wesen nach kein Ding, wenn wir unter dem Worte Wesen das verstehen, was die Natur ausmacht, die ihm eigenthümlich ist. Wir kennen die Materie nur durch die Eindrücke, Vorstellungen und Ideen, die sie in uns hervorruft. Hiernach urtheilen wir, gut oder schlecht, je nach der besonderen Beschaffenheit unserer Organe.“[3] Heißt das etwa behaupten, daß das Wesen

---

[1] „Système de la Nature“, London 1781, 2. Theil, S. 127.

[2] Nebenbei. In meinem vorausgehenden Artikel habe ich mehrere französische Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts zitirt, ohne darauf hinzuweisen, daß Conrad Schmidt sehr irrthümliche Anschauungen vom „Wesen“ der materialistischen Philosophie hat. In seiner Antwort bezeichnet Conrad Schmidt die von mir angeführten Materialisten als „französische Aufklärungsphilosophen“. Das ist sehr geschickt, wenn es nicht etwas pedantisch ist, weil die mit der Geschichte der Philosophie wenig vertrauten Leser sich sagen können: was läßt dieser Plechanow sich einfallen, „Aufklärungsphilosophen“ anzuführen, während es sich doch um Materialisten handelt! Zur Beruhigung dieser Leser sehe ich mich gezwungen, hinzuzufügen, daß ich Holbach zitirt habe (oder vielmehr die Verfasser des „Système de la Nature“, unter denen sich auch Diderot befand) und Helvetius. Was Holbach anbetrifft, so ist sein „Système de la Nature“ oft als das Gesetzbuch (code) des Materialismus bezeichnet worden (siehe Lange, „Geschichte des Materialismus“, 2. Auflage, 1. Band, S. 361). Was aber Helvetius anbelangt, so war dieser „Aufklärungsphilosoph“ einer der begabtesten und originalsten Materialisten, die je existirt haben. Wer diese beiden „Aufklärungsphilosophen“ nicht kennt, der kennt nicht die höchste und bemerkenswertheste Entwicklungsstufe des Materialismus des achtzehnten Jahrhunderts.

[3] „Système de la Nature“, 2. Theil, S. 91—92. Man vergleiche damit, was Spencer sagt: „Die Erscheinungen, deren wir uns als Eigenschaften der Materie bewußt sind, bis herab sogar zu ihrer Schwere und dem Beharrungsvermögen, sind nichts Anderes

mit der Erscheinung „wesensgleich“ ist? Offenbar nein. Warum also schreibt unser doctor irrefragabilis den Materialisten eine derartige Auffassung zu? Warum erklärt er, daß sie dieselbe behaupten „müssen“.

„Soweit also“, fährt Conrad Schmidt fort, „unter Materialismus nichts Anderes verstanden wird, als das Bestreben, überall die kausalen Verknüpfungen der Naturerscheinungen und die Bedingtheit der seelischen durch körperliche Erscheinungen nachzuweisen, steht ein solcher ‚Materialismus‘ durchaus in keinem Gegensatz zur theoretischen Philosophie Kants, sondern proklamirt ein Ziel, das auf dem Boden dieser Philosophie durchaus verständlich, ja nothwendig erscheint. Der Gegensatz kommt erst heraus, wenn dieser sich so nennende ‚Materialismus‘ zum konsequenten, d. h. metaphysischen oder vielmehr metaphänomenalistischen Materialismus wird, wenn er die Elemente der Erscheinungen als ‚Dinge an sich‘ erklärt.“

Der Materialismus ist also entweder phänomenalistisch und dann besteht kein Widerspruch zwischen ihm und der theoretischen Philosophie Kants oder er ist metaphänomenalistisch und dann ist er metaphysisch und erklärt die Elemente der Erscheinungen als Dinge an sich. Von Conrad Schmidts Art und Weise, sich auszudrücken, abgesehen, kann man sagen, daß sein Entweder-Oder alle Vortheile für sich hat, mit Ausnahme desjenigen, der Wirklichkeit zu entsprechen.

Auch der Kantianismus ist in dem Sinne metaphänomenalistisch, als nach Kant die Dinge an sich auf uns wirken. Eine wirklich und rein phänomenalistische Philosophie ist der Fichteanismus, aber Fichtes Philosophie ist von Kant bekämpft worden. Es ist sicher, daß der Materialismus eine metaphänomenalistische Lehre ist, weil er nicht an der Existenz der Dinge an sich und ihrer Wirkung auf uns zweifelt. Aber da er gleichzeitig erklärt, daß wir von den Dingen an sich nur die Wirkungen kennen, die in uns durch ihre Aktion hervorgerufen werden, hat er nicht nöthig, die Elemente der Erscheinungen als Dinge an sich zu erklären. In dieser Beziehung widerspricht er also dem Kantianismus nicht, obwohl er metaphänomenalistisch bleibt. Der Unterschied zwischen ihm und dem Kantianismus beginnt erst weiterhin. Nachdem Kant behauptet hat, daß die Dinge an sich Ursachen der Phänomene sind, versichert er uns, daß die Kategorie der Kausalität für die Dinge an sich keine Geltung besitze. Der Materialismus, der die Dinge an sich als die Ursache der Phänomene erachtet, widerspricht sich nicht. Und das ist alles. Wenn wir, gestützt auf diesen Unterschied, behaupten wollten, daß der Materialismus eine metaphysische Lehre ist, so müßten wir vorher annehmen, daß das Wesen der „kritischen“ Philosophie in dem Widerspruch mit sich selbst besteht.

Was ist die Metaphysik? Welches ist ihr Gegenstand? Der Gegenstand der Metaphysik ist das Absolute. Sie ist die Wissenschaft des Absoluten, des Unbedingten. Befaßt sich der Materialismus mit dem Absoluten? Nein, er beschäftigt sich nur mit der Natur. „Die Menschen werden sich immer täuschen, wenn sie die Erfahrung für Systeme preisgeben, die von der Phantasie gezeugt worden sind“, sagt Holbach. „Der Mensch ist das Werk der Natur, er existirt in der Natur, er ist ihren Gesetzen unterworfen, er kann sich davon nicht befreien, er kann nicht einmal durch den Gedanken sich aus ihr entfernen. Vergebens will sich sein Geist jenseits der Grenzen der sichtbaren Welt schwingen, er ist

---

als subjektive Veränderungen, erzeugt durch objektive Kräfte, die uns unbekannt und unerkennbar bleiben“ („Principes de Psychologie“, 2. Theil, 3. Kapitel, § 86.

immer gezwungen, hierher zurückzukehren." Diese Zeilen, die im Anfang des „S y s t è m e d e l a N a t u r e" stehen, sind der K a n o n des Materialismus, und man kann unmöglich begreifen, wie man eine Philosophie als metaphysisch behandeln kann, die diesen Kanon nie aufgiebt.

Jedoch: was ist die Natur des Materialisten? Ist das nicht ein metaphysischer Begriff? Wir werden das sofort sehen.

Für die Materialisten ist die Natur der Inbegriff der Dinge, soweit diese Gegenstände unserer Sinne sind. Die Natur ist die Sinnenwelt in ihrer Gesammtheit. Diese Sinnenwelt ist es, von der die französischen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts sprechen; diese Natur ist es, die sie unaufhörlich den „Phantomen" von angeblich übernatürlichen Wesen entgegenstellen. „Man wiederholt uns unaufhörlich, daß unsere Sinne uns nur die A u ß e n s e i t e der Dinge zeigen", lesen wir in dem „S y s t è m e d e l a N a t u r e". „... Zugegeben. Aber diese Sinne zeigen uns nicht einmal die A u ß e n s e i t e der Gottheit, die unsere Theologen uns auseinandersetzen, der sie Eigenschaften zuschreiben, über welche zu streiten sie nicht fertig werden, während es ihnen bis jetzt doch noch nie gelungen ist, ihre Existenz zu beweisen." Der menschliche Geist verliert sich in die Ferne und im Dunklen, sobald er die Grenzen der Sinnenwelt überschreitet oder, was auf das Nämliche hinausläuft, die Grenzen der E r f a h r u n g. Darin stimmen die Materialisten vollständig mit Kant überein. Nur ist die „E r f a h r u n g" der Materialisten nicht die Erfahrung des Verfassers der „Kritik der reinen Vernunft".

Nach Kant ist die Natur „d a s D a s e i n d e r D i n g e, s o f e r n e s n a c h a l l g e m e i n e n G e s e t z e n b e s t i m m t i s t". Diese allgemeinen Gesetze (oder rein allgemeinen oder reinen Naturgesetze) sind die Gesetze unseres Verstandes. „Der Verstand schöpft seine Gesetze (a priori) nicht aus der Natur, sondern schreibt sie dieser vor", erklärt Kant. Diese Gesetze haben also keinen o b j e k t i v e n Werth oder, mit anderen Worten, sie besitzen nur Geltung für die Phänomene und nicht für die Dinge an sich. Da diese Phänomene nur in uns existiren, so ist es augenscheinlich, daß Kants Theorie der Erfahrung in letzter Instanz durchaus subjektiv ist und sich in nichts von der Fichtes unterscheidet.[1] Wir haben bereits gesehen, in welches Labyrinth von Absurditäten sich derjenige unvermeidlich verliert, der diese Theorie ernst nimmt und ihre letzten Konsequenzen zieht. Betrachten wir nun näher die m a t e r i a l i s t i s c h e Theorie der Erfahrung.

Nach dieser Theorie ist die Natur vor Allem ein Inbegriff von Erscheinungen. Aber da die Dinge an sich die B e d i n g u n g der Erscheinungen sind, oder mit anderen Worten, da die Erscheinung durch die Aktion des Objekts auf das Subjekt hervorgerufen wird, so sind wir gezwungen, anzuerkennen, daß die Gesetze der Natur nicht blos einen s u b j e k t i v e n, sondern auch einen o b j e k t i v e n Werth besitzen, oder mit anderen Worten, daß der Zusammenhang der Ideen im Subjekt dem Zusammenhang der Dinge außer ihm korrespondirt. Conrad Schmidt wird ohne Zweifel behaupten, daß das eine „Identitätsphilosophie" ist, und daß sie „die Elemente der Erscheinungen als Dinge an sich" erklärt. Allein er würde sich damit im Irrthum befinden. Um ihn vor diesem Irrthum zu bewahren, bitte ich ihn, sich der geometrischen Zeichnung zu erinnern, mit deren Hilfe Spencer

[1] „Das System der Erfahrung ist nichts Anderes, als das mit dem Gefühl der Nothwendigkeit begleitete Denken." Fichtes Werke, Band I, S. 428. Es versteht sich von selbst, daß Kants Theorie der Erfahrung nur insoweit s u b j e k t i v ist, als sie die Geltung der Kategorien für die Dinge an sich bestreitet. Aber insoweit, da nach Kant das Ding an sich die Ursache unserer Empfindungen ist, ist diese Theorie widerspruchsvoll.

den Lesern das Verständniß seines „transformirten Realismus“ zu erleichtern versucht. Stellen wir uns einen Zylinder und einen Kubus vor. Der Zylinder ist das Subjekt, der Kubus ist das Objekt, und das von dem Kubus auf den Zylinder geworfene Schattenbild stellt die Vorstellung dar. Das von dem Kubus geworfene Schattenbild gleicht in nichts dem Kubus: die geraden Linien des Kubus erscheinen im Schattenbild gekrümmt, die ebenen Flächen werden durch gebogene Flächen dargestellt. Trotzdem wird jeder Veränderung am Kubus eine entsprechende Veränderung des Schattens folgen. Nichts hindert uns an der Annahme, daß bezüglich des Vorgangs der Vorstellung etwas Analoges erfolgt: Die „Wirkungen“, welche im Subjekt durch die Aktion des Objekts hervorgerufen werden, sind vollständig verschieden vom Objekt (wie auch vom Subjekt), aber nichtsdestoweniger entspricht jeder Veränderung des Objekts eine Veränderung seiner Wirkung auf das Subjekt. Das ist durchaus nicht jene grobe und vulgäre Identitätsphilosophie, die wir nach Conrad Schmidt behaupten. Aber es ist doch eine von der Natur ausgehende Theorie der Erfahrung, die uns erlaubt, die Inkonsequenzen des Kantianismus und die Absurditäten des subjektiven Idealismus zu vermeiden.

Man wird mir vielleicht entgegnen, daß „der transformirte Realismus“ Herbert Spencers und der Materialismus zweierlei sind. Der Mangel an Raum erlaubt mir nicht, an dieser Stelle zu untersuchen, worin die beiden Doktrinen sich unterscheiden. Alles, was ich im Rahmen dieses Artikels sagen kann — und das genügt übrigens für meinen Zweck — ist Folgendes. Spencers Theorie der Erkenntniß, in den Grenzen, innerhalb deren ich mich ihrer bediene, um den materialistischen Standpunkt zu vertheidigen und zu erklären, ist nur die Fortentwicklung der Ideen des französischen Materialisten des achtzehnten Jahrhunderts.

„Ohne Du kein Ich“, sagte der alte F. H. Jakobi. Ich meinerseits sage: ohne Du kein Ich, das frei ist von manchen sehr brennenden Gewissensbissen. Ein beweiskräftiges Beispiel dafür. Wenn es keinen Conrad Schmidt an sich gäbe, wenn er nur als Erscheinung existirte, d. h. nur in mir, würde ich mir nie verzeihen, die Vorstellung eines Doktors erweckt zu haben, der in der Kunst des Philosophirens so wenig erfahren ist. Allein wenn meiner Vorstellung ein wirklicher Conrad Schmidt entspricht, so ist mein Gewissen ruhig, und das ist nicht wenig werth in diesem „Jammerthal“.

Unser doctor irrefragabilis versichert uns, daß er kein Kantianer sei, daß er Kant eher skeptisch gegenüberstehe. Ich habe nie behauptet, daß er je der entschiedene Anhänger irgend eines philosophischen Systems werden könnte. Stets habe ich gesagt, daß er die eklektische Suppe vorzieht. Sein Eklektizismus hat ihn jedoch nicht abgehalten, den Materialismus mit Argumenten zu bekämpfen, welche dem Kantianismus entlehnt sind. Es entspricht übrigens den Gepflogenheiten der Eklektiker, eine Lehre zu bekämpfen, indem sie sich auf eine andere stützen, welche sie wiederum mit Waffen bekämpfen, welche sie der ersteren Doktrin entlehnen. Aber der durch ein Artikelchen Conrad Schmidts „unmittelbar angeregte“ Bernstein (der arme Bernstein!) ging dennoch bis auf Kant zurück. Es ist wahr, daß er nur „bis zu einem gewissen Grade“ zurückschrittelte. Aber: „Wie der Pfarrer, so das Kirchspiel“, sagt ein russisches Sprichwort. Einem eklektischen Meister „entspricht“ ein eklektischer Schüler. Auf jeden Fall ist es sehr beachtenswerth, daß Conrad Schmidts Artikel in manchen Lesern die Neigung erwecken, gerade auf Kant zurückzugehen und nicht auf einen anderen Philosophen.

Ich komme nun zu dem sehr cholerischen Schlusse von Conrad Schmidts Artikel.

Ich habe behauptet, daß die Bourgeoisie ein Interesse daran besitzt, die Kantsche Philosophie zu fördern, weil sie in ihr ein Opiat zur Einschläferung des Proletariats zu finden hofft. Conrad Schmidt antwortet in der ihm eigenen eleganten Sprache: „Man braucht nicht gerade viel vom Verstand der Bourgeoisie zu halten, aber so gottverlassen dumm, um derart verdrehten ‚Hoffnungen' sich hinzugeben, ist sie denn wahrlich doch noch nicht. Was für ein grenzenloser Schematismus, welch gänzlich unkritische, von aller original-lebendigen Wirklichkeitsanschauung entblößte Konstruktionsmanier spricht aus solchen Aeußerungen" 2c. 2c. Es sei mir gestattet, Conrad Schmidt zu unterbrechen und ihm etliche Fragen zu stellen.

1. Hat die Bourgeoisie ein Interesse daran, das Proletariat zu „moralisiren" und den Atheismus zu bekämpfen, der mehr und mehr in dieser Klasse sich ausbreitet und einwurzelt?

2. Bedarf sie einer „geistigen Waffe", die so stark als möglich ist, um den Atheismus zu bekämpfen und die Arbeiterklasse zu „moralisiren"?

3. Hat der Kantianismus nicht als die geeignetste Waffe für diesen Zweck gegolten und gilt er nicht noch jetzt als solche?[1]

Conrad Schmidt scheint die Geschichte der Philosophie sehr schlecht zu kennen. Wenn er sie kennt, so müßte er sehr gut wissen, daß sofort bei seinem Erscheinen der Kantianismus als die beste Waffe gegen den Materialismus, den Atheismus und andere revolutionäre Lehren jener Zeit begrüßt worden ist. Schon Karl Leonhard Reinhold, der erste Vulgarisator des Kantianismus, zählte unter die Vorzüge des Systems, daß er „nöthiget die Naturalisten, ihre ungegründeten Ansprüche auf Wissen gegen einen vernünftigen Glauben fahren zu lassen."[2] Er schrieb auch: „Kant hat ... den Atheismus, der gegenwärtig unter den Gestalten des Fatalismus, Materialismus, Spinozismus mehr als jemals in der moralischen Welt herumspukt, als ein die Vernunft täuschendes Phantom mit einer Augenscheinlichkeit dargestellt, auf die unsere neueren Theologen bei ihrer Entlarvung des Teufels keinen Anspruch machen können; und wenn es gegenwärtig oder zukünftig noch Fatalismus u. s. w. giebt, so sind es Leute, welche die ‚Kritik der reinen Vernunft' noch nicht studirt oder noch nicht verstanden haben."[3]

Gottverlassen dumm! Meiner Treu, die Bourgeoisie ist es nicht.

„Merkwürdig, daß ich und ebenso die Anderen, gegen die sich Plechanow indirekt wendet, wenn wir schon nach ‚den Gesetzen der Nachahmung' die Kantische Philosophie als Philosophie der Bourgeoisie übernommen haben sollen, gerade nur für den Theil dieser Philosophie, dem ein praktisch-bürgerliches Interesse schlechterdings nicht zukommen kann, nämlich für die Kantische Erkenntnißtheorie Interesse zeigen."

So Conrad Schmidt. Ich antworte ihm mit Reinhold: „Er hat die ‚Kritik der reinen Vernunft' entweder nicht studirt oder nicht verstanden."

Kant, der seine Erkenntnißtheorie höchst wahrscheinlich besser kannte, als Conrad Schmidt sie kennt, sagt in der Vorrede zur zweiten Auflage seiner „Kritik der reinen Vernunft":

---

[1] Es versteht sich von selbst, daß die Bourgeoisie nicht nöthig hat, den Arbeitern unmittelbar den Kantianismus zu lehren. Es genügt, daß diese Philosophie in die Mode kommt, damit manche Leute sich angelegen sein lassen, die letzten Ergebnisse der Doktrin in der Arbeiterklasse zu verbreiten.

[2] „Briefe über die Kantische Philosophie", Leipzig 1790, 1. Band, S. 114.

[3] Ibid., S. 116.

„Ich kann also Gott, Freiheit und Unsterblichkeit zum Behuf des nothwendigen praktischen Gebrauchs meiner Vernunft nicht einmal annehmen, wenn ich nicht der spekulativen Vernunft zugleich ihre Anmaßung überschwänglicher Einsichten benehme.... Ich müßte also das Wissen aufheben, um zum Glauben Platz zu bekommen“ rc.

Nein, entschieden nein! Die Bourgeoisie ist nicht gottverlassen dumm!

Noch wenige Sätze, und ich bin zu Ende.

Conrad Schmidt bezichtigt mich, „die willkürlichsten Ideenverbindungen hereinzuziehen, um den Kredit von Genossen, die in Sachen der Philosophie nicht Plechanowscher Ansicht zu sein sich erlauben, in der Partei zu untergraben“.

Das ist dreifach falsch.

1. Das Vorausgehende beweist zur Genüge, daß meine „Ideenverbindungen“ gar nicht willkürlich sind.

2. Bei meiner Polemik habe ich die Wahrheit im Auge, und ich kümmere mich dabei wenig um den Kredit mancher „Genossen“. Conrad Schmidt „erlaubt sich“ mit seiner Behauptung einen sehr „willkürlichen“ Ausflug in das Gebiet meiner Psychologie.

3. Ich vertheidige nicht die „Plechanowsche Ansicht“, sondern die der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus. Alles, was davon auf Rechnung Plechanows zu setzen ist, ist das Verständniß dieser Ansicht. Sie vertheidige ich, und ich werde sie jederzeit mit Ueberzeugung und Wärme vertheidigen. Wenn manche Leser darüber „die Achseln zucken werden“, daß ich mich in einer Polemik erhitze, in der es sich um die wichtigsten Fragen der menschlichen Erkenntniß handelt, gleichzeitig um die schwerwiegendsten Interessen des Proletariats (weil es in seinem Interesse liegt, nicht mit dem genährt zu werden, was Engels als eklektische Bettelsuppe bezeichnete), so sage ich: Um so schlimmer für diese Leser!

Literarische Rundschau.

Die Frau der Zukunft, von Camilla Theimer. Wien 1898, Verlag der „Wage“.

Die bürgerliche Frauenbewegung hat bis jetzt in Wien kein eigenes publizistisches Organ, wenn man von ein paar ganz kleinen Blättchen, die so ziemlich „mit Ausschluß der Oeffentlichkeit“ erscheinen, absehen will. Durch viele Jahre brachte ein demokratisches Wochenblatt eine Beilage, „Das Recht der Frau“, das von Auguste Fickert, der Führerin der „Radikalen“, redigirt wurde und das Sprachrohr des Allgemeinen österreichischen Frauenvereins war. Vor mehr als Jahresfrist aber ging dieses Blatt aus den Händen des wackeren demokratischen Kämpfers von altem Schlag Dr. Kronawetter in andere über und der Frauenverein sah sich veranlaßt, sein Verhältniß zu der Zeitung, die ihm nicht mehr volle Bewegungsfreiheit gewährte, zu lösen. Seither blieb der bürgerlichen Frauenbewegung der Weg durch die Presse in die Wiener Oeffentlichkeit ziemlich verschlossen, bis vor einigen Monaten eines der verbreitetsten bürgerlichen Tagesblätter eine wöchentliche Beilage, die „Frauenzeitung“, einrichtete. Als Redakteurin wurde Fräulein Camilla Theimer engagirt, eine Dame, die nie persönlich und kaum jemals in der Presse hervorgetreten war, die Niemand kannte und von der man nicht wußte, was von ihr zu erwarten sei. Sie suchte Fühlung sowohl mit der radikal-bürgerlichen Frauenbewegung, als auch mit der sozialdemokratischen Arbeiterinnenbewegung zu nehmen, fand aber auf beiden Seiten eine kühle Aufnahme. Aus ihren Artikeln im „Neuen Wiener Tagblatt“ sprach wohl hauptsächlich nur das Bestreben, nirgends anzustoßen

und darum so wenig als möglich Farbe zu bekennen, und darin hat sich auch bisher nichts geändert.

Hingegen ist Fräulein Theimer neuerlich mit einem Buche hervorgetreten, das man wohl als ihr Glaubensbekenntniß ansehen muß. Das Aeußere desselben hat etwas unendlich Abschreckendes, so daß man schon all seinen Muth zusammennehmen muß, um sich noch tiefer vorzuwagen. Man weiß bei Betrachtung des Titelbildes nicht recht, ob das Ernst oder Spaß ist und ob es eine Allegorie darstellt oder den Inhalt des Buches illustriren soll. Nach der Lektüre der Erzählung weiß man das noch immer nicht bestimmt, vermuthet aber, daß das Bild diese beiden Aufgaben gleichzeitig erfüllen soll.

Den Vordergrund füllt eine rothhaarige, sehr beleibte und hell, aber wenig bekleidete Frauensperson in halbliegender Stellung; im Hintergrund steht eine sehr magere, schwarzhaarige, dunkel und bis an das Kinn bekleidete Dame: das dicke, dekolletirte Laster und die magere, zugeknöpfte Tugend, und zwischen diesen beiden weiblichen Gestalten steht verzweiflungsvoll die Hände ringend ein junger Mann. Er strebt nach der mageren Tugend hin, aber das dicke Laster hält ihn mit seinen fetten Armen umschlungen. Er kommt nicht los.

So verräth uns schon das Titelbild den Inhalt der Erzählung, freilich noch nicht die Grundsätze und Ideen der Autorin bezüglich der Frauenbewegung. Daß diese etwas ganz Besonderes seien, sagt uns das kurze, aber darum nicht minder geschmacklose Vorwort. Das Buch, prophezeit die Autorin, werde weder den Männern, noch den Frauen gefallen. „Warum ich es dennoch geschrieben? Weil ich nicht anders konnte." Und zum Schlusse sagt sie: „Ich fechte einen guten Kampf, der Preis sei, daß unsere Töchter die freien Mütter freier Töchter werden!" — Nun, der Preis wäre wahrhaftig für das an Umfang und Inhalt gleich wenig hervorragende Buch gar nicht übel! Wir suchen darin vergeblich nach der völlig neuen Idee, die uns so prätentiös angekündigt wurde, und finden, daß die Form, in der uns die schon so oft und oft vorgebrachten Gedanken diesmal vorgetragen werden, weder etwas besonders Anmuthiges, noch etwas besonders Wirkungsvolles hat.

Der eigentliche Grundgedanke des Buches ist der, daß der Mann keinerlei moralische Verpflichtung habe gegen das Weib, das sich ihm außerhalb der Ehe freiwillig hingegeben hat, denn das Weib ist selbst voll verantwortlich für sein Thun und Lassen. Eine Pflicht erwachse ihm erst dann aus dem Verhältniß, wenn diesem ein Kind entspringt. Dann muß er die Mutter des Kindes heirathen, um diesem den Vortheil der legalen Geburt zu sichern. Auf die Propagirung dieser Lehre zielt die ganze Handlung hin.

Der Held, äußerst waschlappig an Charakter und offenbar geistig etwas zurückgeblieben, der (ach, wie traurig!) den Typus der jungen Männer unserer Tage darstellen soll, setzt hinter dem Rücken seiner geistesstarken, tugendhaften, hochherzigen, kurz mit allen Vorzügen der vorgeblichen „Frau der Zukunft" geschmückten Braut ein Liebesverhältniß mit dem leibhaftigen Laster fort. Die Folge davon ist, daß die Tugendlose sich Mutter fühlt oder doch wenigstens so behauptet. Die Szene, in der Allister, jener traurige Ritter, zu seiner Geliebten kommt, um für immer Abschied zu nehmen und von ihr zum Bleiben verlockt und zur Liebe verführt wird, ist einzig. Daß sich Fräulein Theimer das Laster nicht weniger plump, unverhüllt, aufdringlich und mit einem Worte ekelhaft vorstellen kann, das macht ihrem unschuldsvollen Gemüth alle Ehre, die Männer aber mögen sich bei ihr für die Annahme bedanken, daß sie das Sündigen auch noch mit so wenig Verstand und Geschmack betreiben.

Das Mädchen, das Allister nun haßt, verachtet, der Untreue verdächtigt, erklärt, daß es Mutter sei, und so viel hat er doch schon von den Lehren und Grundsätzen begriffen, mit denen ihn seine Braut täglich und stündlich regalirt und zu sich zu erheben trachtet, daß er nun weiß, er müsse das personifizirte Laster unweigerlich heirathen. Große Schmerzen und Seelenkämpfe, die tugendhafte Marie besteht auf der Heirath mit der Anderen, und da es ihm an Muth gebricht, diese Pflicht zu erfüllen, solange Marie lebt, vergiftet sie sich, um es ihm so zu erleichtern.

Das also ist die Lehre, durch deren Verkündigung Fräulein Theimer die Welt neugestalten will, dadurch, daß der Mann um der legalen Geburt seines Kindes willen verpflichtet wird, die Ehe mit einem Weibe einzugehen, das er haßt und verachtet und das ihn geringschätzt und betrügt.

Diese Reform kommt, wie mir scheint, etwas zu spät. Die moderne Entwicklung geht dahin, es nach und nach immer weniger als nothwendig erscheinen zu lassen, daß Mann und Frau, die aufgehört haben, einander zu lieben und zu achten, um der Kinder willen weiter miteinander leben, und nun sollten wir plötzlich fordern, daß Ehen, die jeder sittlichen Grundlage entbehren, mit klarer Erkenntniß dessen geschlossen werden! Andererseits gilt der Werth der legalen Geburt schon heute nicht mehr ganz so viel wie ehemals, und die Vorurtheile, die allerdings jetzt noch vielfach das Wohl unehelicher Kinder beeinträchtigen, werden allmälig überwunden.

Während aber Fräulein Theimer die uneheliche Mutter so sehr begünstigt zu sehen wünscht, gießt sie allen Fluch und alle Verdammniß über das Weib aus, das einen unehelichen Geschlechtsverkehr gepflegt hat und zufällig noch nicht Mutter geworden ist. „Nur indem man das Weib die volle Verantwortung ihres Fehltritts tragen läßt“, meint sie, „nicht nur physisch, sondern auch moralisch es ihr nicht ermöglicht, die Folgen ihrer Leichtfertigkeit auf Andere abzuschütteln, wird man derselben auf die Dauer steuern.“ Der eben zitirte Satz mag übrigens zugleich eine kleine Probe abgeben für den Stil, den Fräulein Theimer schreibt.

Nebst den „leichtfertigen“ Weibern hat sie es auch noch sehr scharf auf diejenigen abgesehen, die für die Erringung des Wahlrechts eintreten.

Soviel von der Tendenz dieses Buches, das Anspruch auf künstlerischen Werth schon gar nicht erheben kann und hoffentlich auch nicht erhebt. Die darin dargestellten Menschen sind wandelnde Verzeichnisse von soundsoviel guten oder bösen Eigenschaften, und die Sprache erhebt sich nur selten über die alltägliche Plattheit und ist sehr oft gezwungen und unklar.

Trotz alledem läßt sich der Autorin nicht jedes Talent absprechen. Manche Einzelheit im Seelenleben der Frau unserer Tage hat sie gut beobachtet und mitunter weiß sie auch solche Beobachtungen klar und natürlich zum Ausdruck zu bringen. Aber sehr viel Fleiß und Nachdenken müßte hinzukommen und sehr viele unberechtigte Prätensionen aufgegeben werden, damit uns diese Schriftstellerin noch einmal etwas Genießbares darbieten könnte.

Wenn es indessen Fräulein Theimer in erster Linie darum zu thun war, sich durch das besprochene Buch bei den Wiener Frauenrechtlerinnen gut einzuführen, so muß konstatirt werden, daß ihr dieser Versuch gar nicht schlecht gelungen ist, denn seit Beginn des Jahres haben sich schon eine ganze Reihe von Wiener Frauenvereinen „gemäßigter“ Richtung unter die publizistische Führung des „Neuen Wiener Tagblatts“ und seiner trefflichen Redakteurin begeben. Therese Schlesinger.

O. Eugen Thossan, **Klosterjungen und andere Humoresken.** Leipzig, Kollektion Wigand.

Humoristen werden selten literarisch ernsthaft genommen, weil Humoreske gewöhnlich der Name für irgend einen öden Philisterspaß ist, der kaum die Mühe des Wiedererzählens verlohnt. Die großen Humoristen der Weltliteratur schrieben gar keine „Humoresken“; sie waren gar nicht spaßhaft, aber aus jedem ihrer Werke lächelte der Humor, durch den grauen Nebel der menschlichen Ereignisse ließen sie auch wärmende Sonnenstrahlen hindurchbrechen, bis sich das Gewölk langsam löst und die ganze Welt in friedlichem Abendroth erglänzt. In Deutschland ist der große Humor eigentlich nur noch bei Raabe zu finden, aus leicht begreiflichen Gründen; unsere Zeit lockt zu satirischer Beleuchtung, wo die Umrisse verschärft, die Kontraste verstärkt werden, aber nicht zur humoristischen Farbenverschmelzung, wo alles in unbestimmbarem Glanze verdämmert.

Aber eine neue, merkwürdige Form haben sich unsere modernen Satiriker ersonnen, einen Kunstgriff, mit dem sie den ahnungslosen Leser plötzlich dorthin

bringen, wohin er gar nicht kommen wollte: sie fangen im richtigen Philisterton an, werden fidel, als gelte es einen harmlosen Bierulk, aber mit einem Male hat sich der Witz in Hohn verwandelt, und der fromme Leser, der voll Behaglichkeit die Kneipenwitze über sich ergehen ließ, steht hilflos vor einem traurigen, gemeinen Stück Welt — der freundliche Autor verläßt ihn hier tückischer Weise, und dem armen Spießbürger vergeht das Lachen.

Thossan hat sich noch nicht recht gefunden; manchmal scheint es, als ob er es so machen wollte, wie diese Satiriker, besonders wie sein Vorbild Hartleben, der die neue Technik wohl am vollkommensten beherrscht; im großen Ganzen aber bleibt er bei dem guten alten Muster unserer großen Humoristen. Er hat alle Anlagen dazu. Humor läßt sich noch sehr leicht schöpfen aus dem Leben der Kleinstadt; und Thossan hat sich weit genug über dieses Leben erhoben, um darüber lachen zu können, er kennt es aber zu gut und genau, um es nicht auch heimlich zu lieben — ohne Liebe giebt es keinen Humor. Die „Klosterjungen" sind deshalb entschieden das beste Stück der ganzen Sammlung, der „Heinrich Demuth" scheitert an dem Schwanken in der Technik und der mangelhaften Komposition. Thossan giebt seine persönlichen Erlebnisse ganz, nur vergißt er manchmal, daß die Erzählung als Kunstform das Stück Leben in einen Rahmen spannt, die Verhältnisse der einzelnen Theile ändert und das Ganze abschließt. Mit dem aber, was uns Thossan schon jetzt giebt, können wir wohl zufrieden sein, um so zufriedener, da er uns noch Reiferes sicher erhoffen läßt.

Der bibliographischen Genauigkeit wegen wollen wir noch erwähnen, daß sich in demselben Bande noch zwei Skizzen von J. Reventlow befinden; der Dame sind offenbar ihre zahlreichen, übrigens gewöhnlich guten Uebersetzungen zu Kopf gestiegen. Nun, Thossans Humor wird auch mit diesem Ballast seinen Weg machen.

D. B.

Ciccotti, Il tramonto della Schiavitù nel mondo antico. (Untergang der Sklaverei im Alterthum.) Turin 1898, Bocca.

Dies Buch ist die Frucht fleißiger Quellenforschungen und Studien und zeugt von einer reichen Kenntniß des Alterthums und Beherrschung des großen kritischen Materials, das namentlich von deutschen Forschern in den letzten Jahren über das wirthschaftliche Leben der Griechen und Römer gesammelt worden ist. Der Zweck der Arbeit besteht darin, darzulegen, daß der Verfall und Untergang der Sklaverei allein dem Wandel der wirthschaftlichen Verhältnisse zuzuschreiben sei, ohne Mitwirkung ideeller oder ethischer Elemente. Es ist eine Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung in ihrer schärfsten Form auf das Studium einer der soziologisch und wirthschaftlich wichtigsten Erscheinungen der Geschichte der Menschheit. Es fehlt nicht an anderen Werken über die Sklaverei, aber auch das bedeutendste und bekannteste unter ihnen, Wallons „Histoire de l'esclavage", ist im Grunde nichts als eine gewaltige Sammlung von Materialien; es fehlt eine eigentliche Kritik und das christliche Vorurtheil des Autors schließt eine wirklich wissenschaftliche Erklärung des Phänomens aus.

Ciccotti verfällt in den entgegengesetzten Fehler und verliert über dem Erforschen der wirthschaftlichen Ursachen, wie Alle, die einen einzigen Faktor eines Problems studiren, die anderen aus dem Auge, die, wenn auch in letzter Linie ebenfalls durch wirthschaftliche Momente bedingt, in sekundärer Weise an der Umwandlung der Sklaverei mitgewirkt haben. Dessen ungeachtet bleibt seiner Arbeit das Verdienst, mit wissenschaftlicher Methode und Kritik eine wichtige historische Erscheinung zu behandeln und den wesentlichen, wenn auch nicht einzigen Einfluß der ökonomischen Faktoren auf das geistige und sittliche Leben in einer gegebenen Geschichtsperiode darzuthun mit einer Beweiskraft, die die metaphysische Auffassung vernichtet, die im Gedanken die umformende Kraft in der Geschichte sieht. Und Ciccotti demonstrirt seine These, indem er Schritt für Schritt den Umwandlungen der Sklaverei und ihren unmittelbaren Beziehungen zu den Veränderungen im wirthschaftlichen

Leben der Gesellschaft folgt. Durch zahlreiche Dokumente und Schlußfolgerungen von unanfechtbarer logischer Strenge gelingt es dem Autor, den Parallelismus und die gegenseitige Abhängigkeit beider in deutliches Licht zu setzen.

Die Sklaverei — als allgemeine Erscheinung — entsteht in einer Gesellschaft mit rudimentären Wirthschaftsformen, in der Arbeitskraft und Produktionsmittel noch in einer Hand vereinigt sind und ihr Besitzer Gebrauchswerthe zu seinem und seiner Familie Selbstgebrauch, nicht zum Verkauf produzirt, so daß der Sklave nur die Arbeit seines Herrn für die eigene Familie, von der er ein Theil wird, unterstützt oder ersetzt. Aber gerade darum ist die Sklaverei die Ursache der ersten Anhäufung von Reichthum, der auf einer gewissen Stufe die Tendenz hat, sich in Waare und Geld zu verwandeln, während er andererseits eine Vermehrung der Sklaverei veranlaßt, die nun der Waarenproduktion dienstbar wird. Die Anhäufung von Reichthum der Einen geht durch Verarmung der Anderen vor sich, durch die Zerstörung und Absorbirung des geringeren Reichthums, so entsteht allmälig ein Proletariat von Freien, das der Sklavenarbeit Konkurrenz macht und den Profit für den Sklavenhalter vermindert bis zu dem Punkte, wo die kapitalistische Organisation der Produktion und die Existenz eines zahlreichen Proletariats die wirthschaftliche und soziale raison d'étre der Sklaverei aufhebt und die Sklavenarbeit durch freie Arbeit ersetzt wird.

Diesen im Prinzip einfachen, aber in Folge des Mangels und der Unzulänglichkeit der Dokumente schwer nachweisbaren Prozeß sucht Ciccotti in der griechischen und römischen Geschichte aufzudecken. Selbst über Griechenland, dessen Wirthschaftsleben ohne Zweifel wenige Spuren gelassen hat, bietet der Autor Seiten voll hohen Interesses, indem er den Einfluß analysirt, den z. B. in Athen die Entdeckung der Goldminen von Laurion, die Neuerbauung und die Erweiterung der Stadt, die Ausdehnung des Handels, die technischen Fortschritte, die Lage des Grundbesitzes 2c. auf die Institution der Sklaverei hatten. Es ist unmöglich, in wenig Zeilen den Begriff von einem zwanzig Druckbogen starken Werke zu geben, das im Wesentlichen aus einer Menge kritisch geordneter und gesichteter Materialien und neuer Interpretationen besteht, von denen einige zu langen historischen oder archäologischen Diskussionen Anlaß geben könnten; hier soll nur betont werden, daß die Arbeit von Ciccotti, trotz des unzureichenden Materials, das hie und da eine überzeugende Demonstration nicht zuläßt, als ein neuer und werthvoller Beitrag zur Geschichtskenntniß im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung zu begrüßen ist.

G. L.

Notizen.

Das Parteiarchiv und seine Verwendung. Die Anregung, die Max Nettlau in Nr. 18 dieser Zeitschrift für die öffentliche Benützung des Parteiarchivs gegeben hat, dürfte schon in nächster Zeit ihre Erledigung finden. Es ist bereits bestimmt, daß das Archiv, sobald die von dem Parteigenossen Hugo Heimann geplante Volksbibliothek in Berlin ins Leben tritt, was vermuthlich bis zum Herbst der Fall sein dürfte, einen selbständig verwalteten Theil dieser Bibliothek bilden soll. Von da ab soll Allen ohne Unterschied des Parteistandpunkts, die das in dem Archiv angesammelte Material wissenschaftlich verwerthen wollen, dasselbe unter möglichst günstigen Bedingungen zugängig gemacht werden. Eine exklusive Behandlung der um Benutzung Nachsuchenden ist niemals beabsichtigt gewesen, aber da aus den verschiedensten Gründen es erst jetzt möglich wurde, das Archiv zu ordnen, zu katalogisiren und in benutzungsfähigen Zustand zu setzen, mußten bisher bei der Benutzung Grenzen gezogen werden, die künftig wegfallen können.

Aesthetische Streifzüge.

Von Franz Mehring.

(Schluß.)

X.

Jede gründliche Prüfung des modernen Naturalismus führt auf die feudale Romantik zurück; das haben Bartels und Woerner in ihren Schriften erfahren, wie ich in diesen Untersuchungen, ja auch Steigers ehrlicher Enthusiasmus muß dahin zurückschwenken.

Als kluger Feldherr sucht er sich im Voraus zu decken, indem er sagt, die vielgeschmähte Romantik habe doch auch ihre großen ästhetischen Verdienste gehabt. Das gebe ich nicht nur zu, sondern ich erkenne auch an, daß in gewissem Sinne eine Ehrenrettung der Romantik ein durchaus nützliches Werk sein würde. Der Rückstoß des feudalen Ostens auf den bürgerlichen Westen war eine große historische Bewegung, die nicht mit einigen Schlagworten abgethan werden kann. Aber woher kommt es, daß die Romantik in so tiefem Schatten steht, woher kommt die Sitte oder meinetwegen auch Unsitte, über sie mit einigen verächtlichen Redensarten abzusprechen? Einfach daher, daß — um nur von Deutschland zu sprechen — seit der Mitte der zwanziger Jahre alle guten Köpfe den heftigsten, rücksichts- und schonungslosesten Kampf gegen die Romantik geführt haben, und daß diesem Kampfe alle historischen Fortschritte des deutschen Geisteslebens zu danken sind.

So gut wie die feudale Romantik ihre historische Existenzberechtigung hatte, so gut hat sie auch der bürgerliche Naturalismus. Nicht darum streite ich mit Steiger, sondern nur darum, in welcher historischen Perspektive er steht. Sagt man: der moderne Naturalismus war ein neuer Aufschwung der bürgerlichen Literatur, ein kräftiger Aufstieg aus dem Sumpfe, worin diese Literatur während der siebziger Jahre versunken war, so sagt man nur die schlichte Wahrheit. Die Hauptmann und Holz sind von ganz anderem Schlage, als die Lindau und Wichert waren; ebenso waren einst die Schlegel und Tieck von ganz anderem Schlage, als die Kotzebue und Nicolai. Man müßte von allem Geschmacke verlassen sein, um das zu bestreiten. Ganz anders aber steht die Sache, wenn der moderne Naturalismus sich als neues Weltprinzip der Kunst aufthun, wenn er unsere klassische Literatur zum alten Eisen werfen, wenn er über Schiller und Lessing mit verächtlichem Mitleid daherfahren will. Da muß man widersprechen, nicht um der klassischen Literatur, nicht um der Schiller und Lessing willen, die diese Püffe ebenso heiter überstehen werden, wie sie die Püffe der Romantiker überstanden haben, sondern um der schlichten Wahrheit willen, um rechtzeitig einer Verwirrung des ästhetischen Geschmacks vorzubeugen, von der namentlich nicht zu wünschen wäre, daß sie in die arbeitenden Klassen dränge.

Ueber die komischen Eltern, die Schlenther dem modernen Naturalismus andichtet, „Bismarcks Realpolitik“ und der Himmel weiß wen sonst noch, braucht nicht weiter gesprochen zu werden. Für den, der die historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte wirklich kennt, liegt seine Abstammung klar genug vor. In dem großen Krache der siebziger Jahre schien mit der ökonomischen auch die geistige Kraft der deutschen Bourgeoisie erloschen zu sein; als ein Mann, wie Lindau, den Literatursultan der deutschen Reichshauptstadt spielte und auf den Berliner Bühnen nur noch der Geschundene Raubritter in den verschiedensten, aber immer gleich barbarisch-geschmacklosen Fassungen aufgeführt wurde, da schien der bürgerlichen Literatur ihr letztes Stündlein geschlagen zu haben. Aber eine große Weltperiode stirbt niemals so schnell ab, wie ihre Erben zu hoffen pflegen und vielleicht auch,

um sie mit dem gehörigen Nachdruck berennen zu können, hoffen müssen; gerade die Heftigkeit des Angriffs rafft noch einmal alle Kräfte des Widerstandes zusammen; als Schiller seine Briefe über die ästhetische Erziehung des Menschen schrieb, ahnte er auch nicht, daß der absolutistisch-feudale „Naturstaat“, dem er das Horoskop des nahen Unterganges stellte, eine fröhliche Urständ feiern würde. So auch geht es mit dem Kapitalismus nicht so reißend bergab, wie der trotzige Kampfesmuth des revolutionären Proletariats in den siebziger Jahren und noch lange nachher glaubte. Diese Thatsache ist an und für sich nicht zu bestreiten, so thöricht es sein mag, aus ihr zu folgern, daß die langsamere Auflösung überhaupt keine Auflösung mehr sei.

In den achtziger Jahren erholte sich die bürgerliche Gesellschaft bis zu einem gewissen Grade ökonomisch und demgemäß auch geistig. Auf den verschiedensten Gebieten der wissenschaftlichen Literatur erwachte neues Leben; in der ökonomischen Literatur erschien eine Reihe von Schriften, die mit verhältnißmäßig scharfem und tiefem Blick in das Gefüge der modernen Gesellschaft drangen, in der schönen Literatur erschien der Naturalismus. Eine unaufhaltsam absterbende Gesellschaft sammelte ihre ganze Kraft, um sich am Leben zu erhalten, und es war gewiß die stärkste Kraft, die sie überhaupt noch aufzubieten hatte: eine ungleich stärkere Kraft, als sie im Taumel ihres noch unbedrohten Uebermuths aufzubieten für nöthig hielt, aber eine lange nicht mehr so starke Kraft, um noch abzuwenden, was nach den ehernen Gesetzen der Geschichte nicht mehr abgewandt werden kann. Hierin wurzelt die innere Verwandtschaft des bürgerlichen Naturalismus mit der feudalen Romantik, die in dem Auflösungsprozeß der feudalen Gesellschaft die gleiche Stellung einnahm; hierin liegt der Grund, weshalb diese beiden Literaturperioden des historischen Verfalls bei aller äußeren Unähnlichkeit doch den gleichen Charakter aufweisen, der je länger je mehr sich auch in den äußeren Gesichtszügen abspiegelt, wie neben vielem Anderen in letzter Zeit das Ueberwuchern der Märchendramen gezeigt hat.

Vom Standpunkte dieser historischen Auffassung aus kann man wie den Stärken, so auch den Schwächen des modernen Naturalismus durchaus gerecht werden. Man versteht dann, weshalb er einen so unglaublich engen Gesichtskreis hat, denn seinem Schifflein fehlt Kompaß und Segel und Steuer, um das hohe Meer der Geschichte zu befahren. Man versteht dann, weshalb er sich an die sklavische Nachahmung der Natur klammert, denn er muß rathlos vor jedem gesellschaftlichen Problem stehen. Ja man mag selbst seine Freude an den gräßlichen und häßlichen, den niedrigen und widrigen Abfällen der bürgerlichen Gesellschaft als einen Protest anerkennen, den er in seinem dunklen Drange dem öden Geldprotzenthum, dem Todfeinde jeder echten Kunst, ins Gesicht wirft. Alles das kann man historisch vollkommen würdigen. Jedoch muß der Protest einsetzen, wenn die verkümmerten Lebensbedingungen, unter denen die Kunst in einer absterbenden Gesellschaft überhaupt nur bestehen kann, als die Lebensmöglichkeiten einer noch nie dagewesenen Kunst angepriesen, wenn die Abwendung von den großen Fragen des historischen Kulturfortschritts als die unerläßliche Voraussetzung der „reinen Kunst“ gefeiert, wenn die platte Nachahmung der Natur, die noch jeder große schöpferische Künstler verschmäht hat, als weltumwälzendes Kunstprinzip verkündet, wenn die modernen Proletarier der ästhetischen Rohheit geziehen werden, weil sie in der Kunst nicht Schmutz und Staub, sondern nach Schlaikjers treffendem Ausdruck „festlichen Kerzenglanz“ sehen wollen, gemäß der natürlichen, das heißt, historisch gegebenen Stimmung einer Klasse, die ihres Sieges sicher und ihrer Zukunft froh ist.

Allerdings wird dem modernen Naturalismus ja auch ein sozialistischer Zug nachgerühmt, allein was an dieser Behauptung wahr ist, bestätigt eben auch

nur seine innere Verwandtschaft mit der Romantik. Den ideologischen Literarhistorikern hat es schon manches Kopfzerbrechen verursacht, daß die Romantiker mittelalterlich-reaktionär und doch bis zu einem gewissen Grade freisinnig waren; vom historisch-materialistischen Standpunkt ergiebt es sich so zu sagen von selbst, daß eine feudal-romantische Dichterschule in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts nicht ohne einen tüchtigen Zuschuß bürgerlicher Kultur bestehen konnte. Das war schon deshalb eine unbedingte Nothwendigkeit, weil die feudale Welt unter dem Angriff des Bürgerthums ihre Kraft zusammennahm und sich gegen den überlegenen Feind mit den Waffen vertheidigte, die sie von ihm entlehnte; ungefähr so, wie sich die Rothhäute mit Feuergewehren gegen die Weißen wehrten, was ihr hoffnungsloses Absterben verzögerte, aber nicht aufhielt. Man braucht das Verhältniß zwischen der feudalen Romantik und dem bürgerlichen Emanzipationskampfe nur auf die heutigen Zustände zu übertragen, um sofort zu erkennen, was es mit dem sozialistischen Zuge des bürgerlichen Naturalismus auf sich hat. Die bürgerlichen Naturalisten sind sozialistisch gesinnt, wie die feudalen Romantiker bürgerlich gesinnt waren, nicht mehr und nicht weniger; bei ihren zahllosen Experimentirereien halten sie sich mit heiliger Scheu jeder künstlerischen Darstellung fern, die sich auch nur von fern mit dem proletarischen Emanzipationskampfe berühren könnte.

Das ist ihr Verhängniß, und die oft geäußerte, früher auch wohl von mir in diesen Blättern ausgesprochene Hoffnung, daß sie sich mehr und mehr zum künstlerischen Verständniß der modernen Arbeiterbewegung emporarbeiten würde, zerrinnt um so gründlicher, je eindringender man diese Dinge untersucht. Aber was von dem modernen Naturalismus abgezogen werden muß, wenn man ihn historisch betrachtet, das kommt seinen Trägern wieder persönlich zu Gute. Es wäre durchaus ungerecht, ihrer bornirten Stellung zum proletarischen Klassenkampf Aengstlichkeit, Berechnung, Eigennutz oder ähnliche verwerfliche Beweggründe unterzuschieben; sie bleiben darin sich selber treu, und mehr kann man von ihnen nicht verlangen. Die Kluft, die zwischen ihnen und dem modernen Proletariat besteht, läßt sich nicht überbrücken, und selbst wenn sie über ihren Schatten springen, selbst wenn sie sich mit der Arbeiterklasse befreunden wollten, so würde das Ende vom Liede doch die bekannte Klage über den Undank der Arbeiter sein. Es ist sinnlos, den modernen Proletariern ästhetische Rückständigkeit oder dergleichen vorzuwerfen, weil sie an unserer klassischen Literatur, einer Literatur der Aufsteigenden, größeren Geschmack finden, als am modernen Naturalismus, einer Literatur der Absteigenden; es ist womöglich noch sinnloser, was der tiefsinnige Geschichtsphilosoph Paul Barth ausgeheckt hat, daß nämlich in der modernen Arbeiterbewegung kein Ideal lebe, weil sie noch kein echtes Kunstwerk geschaffen habe, aber soviel ist richtig, daß in einer Klasse, deren Erkenntniß- und Begehrungsvermögen so andauernd und so stark angespannt ist, wie in der modernen Arbeiterklasse, die ästhetische Betrachtung der Dinge verhältnißmäßig in den Hintergrund treten muß. Es heißt eben auch hier: Unter den Waffen schweigen die Musen.

Mit anderen Worten: wenn die absteigende Bürgerklasse keine große Kunst mehr schaffen kann, so kann die aufsteigende Arbeiterklasse noch keine große Kunst schaffen, mag auch immer in den Tiefen ihrer Seele eine heiße Sehnsucht nach der Kunst leben. Zeugniß des sind die Freien Volksbühnen, die immer wieder auftauchen, obgleich die überschwänglichen Illusionen, womit sie einst gegründet wurden, längst an der rauhen Wirklichkeit zerschellt sind. Schon rein äußerlich zeigt sich auf den ersten Blick, wie wenig das Proletariat daran denken darf, sich unter den heutigen Verhältnissen das Theater zu erobern, das in den

bürgerlichen Emanzipationskampf so überaus fördernd und wirksam eingegriffen hat. Die bürgerliche Bühne hat ja längst den letzten trügerischen Schein abgestreift, als käme es ihr auf Kultur- und Kunst- und nicht vielmehr auf Geldinteressen an. Was sind denn die großen modernen Theater anderes als kapitalistische Aktienunternehmungen, die nicht sowohl künstlerisch geleitet, als ökonomisch bewirthschaftet werden? Solch ein Theater braucht in Berlin über zweitausend Mark Tageseinnahmen, um dem in ihm angelegten Kapital die nöthigen Profite abzuwerfen, und das ist der Gesichtspunkt, der allen künstlerischen Interessen weit voran steht. Nichts verkehrter, als über die ästhetische Geschmacklosigkeit der kapitalistischen Beamten zu klagen, die für die künstlerische Leitung der Bourgeoistheater eingesetzt sind; so viel Geschmack und am Ende auch so viel Gewissen haben diese Angestellten des großen Kapitals schon, um lieber Shakespeare und Schiller aufzuführen, als den erbärmlichen Schund, der die Nerven des Börsenpöbels kitzelt. Aber sie sind eben auch versklavte Menschen und dürfen sich glücklich preisen, wenn ihnen in diesem und jenem Ausnahmefall ein leidliches Kompromiß zwischen den Geboten des Geschmacks und den Profitinteressen des Kapitals gelingt.

Wie aber sollen unter solchen Verhältnissen die Freien Volksbühnen eine Wiedergeburt der dramatischen Kunst anbahnen können? Es ist ganz unmöglich, obgleich man, *wie* unmöglich es ist, vielleicht erst begreift, wenn man die Quälerei einmal am eigenen Leibe durchgemacht hat. Dennoch ist ein entschiedenes Bedürfniß nach ihnen im modernen Proletariat da, und insoweit sie ihm überhaupt den Genuß dramatischer Kunstwerke ermöglichen, haben sie auch ihr unleugbares Verdienst, sind sie ein bescheidener, aber doch nicht unwirksamer Hebel, den Geschmack der Arbeiter zu läutern, damit ihre Kulturentwicklung zu fördern und so in letzter Weise auch ihren Emanzipationskampf zu stärken. Nur muß hierbei die richtige Grenze innegehalten werden: träten die Freien Volksbühnen den großen Zielen der modernen Arbeiterbewegung hindernd in den Weg, vergäßen sie ihren proletarischen Ursprung, ließen sie sich mit kapitalistischen und offiziösen Unternehmungen vom Schlage des Schillertheaters, die unter dem Geschwafel von der „reinen Kunst“ die unterdrückten Klassen beduseln wollen, in eine charakterlose Verbindung ein, so wäre es besser, sie wären nicht da.

Je unmöglicher sich aber aus dem proletarischen Klassenkampfe ein neues Zeitalter der Kunst entwickeln kann, um so sicherer ist es, daß der Sieg des Proletariats eine neue Weltwende der Kunst herbeiführen wird, eine edlere, größere, herrlichere, als Menschenaugen je gesehen haben. Besteht das ästhetische Wohlgefallen in der freien und ruhigen Betrachtung der Dinge, so wird es sich am höchsten und reinsten entfalten, wenn „die beschämenden Spuren der Dienstbarkeit“ verschwunden sein werden, die „unserer verstümmelten Natur“ durch die Sklavenarbeit einiger Jahrtausende eingedrückt worden sind, wenn das menschliche Geschlecht „den freien Wuchs seiner Menschheit entfesseln kann“. Schon um dieses tiefen Prophetenworts willen wollen wir uns unseren Schiller nicht verschimpfiren lassen. Mag die Bourgeoisie in ihrer greisenhaften Anmaßung sich einbilden, daß weil sie sterben muß, auch die Kunst sterben wird, wir leben der Zuversicht, der alle großen Künstler gelebt haben, der Zuversicht, daß der letzte Dichter erst mit dem letzten Menschen das Erdenhaus verlassen wird, der Zuversicht, die der große Lyriker der mittelhochdeutschen Dichtung, die Walther von der Vogelweide in die schlichten Worte gekleidet hat:

Kumt sanges tac, man hoeret singen unde sagen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 21. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Das Dresdener Urtheil.

↗ Berlin, 8. Februar 1899.

Es ist heute unmöglich, über etwas Anderes zu schreiben, als über den Spruch des Dresdener Schwurgerichts, der neun Arbeitern 53 Jahre Zuchthaus, 8 Jahre Gefängniß und 70 Jahre Ehrverlust zuerkannt hat, und es ist nicht minder unmöglich, noch ein Wort der Empörung zu finden, das nicht längst in der sozialdemokratischen Tagespresse ausgesprochen worden wäre. Denn von sehr wenigen Ausnahmen abgesehen, haben nur die Organe der Arbeiterklasse sich die Ehre und das Recht gewahrt, ungeschminkt zu sagen, was im Interesse der deutschen Nation, um ihres Rufes vor Mit- und Nachwelt willen gesagt werden mußte, zu sagen, daß dem Dresdener Urtheil der Stempel der Klassenjustiz breit auf die Stirne geprägt ist. Hier hat nicht die Rechtspflege eines zivilisirten Volkes gesprochen, sondern das Interesse der herrschenden Klassen; im heimlichen Gericht haben zwölf bürgerliche Geschworene und drei gelehrte Richter den Stab gebrochen über klassenbewußte Proletarier: nicht fiat justitia! steht in diesem Urtheil geschrieben, sondern vae victis!

Wie sich jene fünfzehn Männer vor ihrem Gewissen mit dem fürchterlichen Spruche abfinden werden, das ist ihre Sache. Zu glauben, daß sie wider ihre Ueberzeugung geurtheilt hätten, wäre ein so schauerlicher Hohn auf die Menschheit selbst, daß dieser Glaube abgewiesen werden muß. Aber wenn sie nach ihrem besten Wissen und Gewissen ihren Spruch gefällt haben, dann sind sie nicht fähig gewesen, sich über ihre Klasseninteressen zu erheben, indem sie richterliche Funktionen ausübten. Man komme nicht mit dem Einwand, daß die dreitägigen Verhandlungen hinter verschlossenen Thüren stattgefunden haben und Niemand wissen könne, was an belastendem Material gegen die Angeklagten vorgebracht worden sei. Hat der Schwurgerichtshof beschlossen, im heimlichen Gericht zu tagen, allem Anschein nach unter unrichtiger und unzulässiger Anwendung der Bestimmungen, die in der Strafprozeßordnung über den Ausschluß der Oeffentlichkeit enthalten sind, so hat er sich selbst die Rechtswohlthat abgeschnitten, daß die Gründe seines Spruches in der Oeffentlichkeit nachgeprüft werden können. Die Oeffentlichkeit des Gerichtsverfahrens hat von jeher als eine Bürgschaft unparteiischer Rechtspflege gegolten, und selbst die vormärzliche Reaktion hat sich in

ihre unbedingte Nothwendigkeit gefügt. Die Urtheile heimlicher Gerichte, eben weil sie heimlich getagt haben, als unantastbar für die öffentliche Kritik hinzustellen, ist an und für sich schon eine widersinnige Forderung; sie ist es doppelt, wenn der Thatbestand so klar vor aller Welt Augen liegt, wie in diesem Falle.

Unzweifelhaft hat wenigstens ein Theil der nunmehr Verurtheilten gewisse Ausschreitungen begangen, die nach dem Strafgesetzbuch bestraft werden mußten. Es handelte sich um Gewaltthätigkeiten, um eine Rauferei, die schließlich verlaufen ist, ohne daß eines Menschen Leib und Leben gefährdet worden wäre. Der mißhandelte Bauunternehmer hatte durch thörichtes Benehmen, durch Schimpfworte und blindes Schießen, die Leute schwer gereizt, die sich darnach thätlich an ihm vergriffen haben, und auch sonst standen ihnen mildernde Umstände zur Seite; sie kamen von einem Richtfest, wo reichlich gezecht worden war. Freilich den ersten Anlaß zu dem Zusammenstoß hatten sie gegeben; sie waren auf den Bau des mißhandelten Unternehmers gedrungen, um die auf diesem Bau beschäftigten Arbeiter, die über den nach schweren Kämpfen errungenen Zehnstundentag der Dresdener Bauarbeiter hinaus arbeiteten, zum Einstellen der Arbeit aufzufordern.

Für den, der Menschliches menschlich zu empfinden vermag, gehört auch die Thatsache zu den mildernden Umständen. Jede Verkürzung des Arbeitstags ist für die Arbeiter ein so kostbares Gut, und sie zu erringen kostet ihnen so große Anstrengungen, daß nichts begreiflicher und natürlicher ist, als daß sie eifersüchtig über ihre Sicherung wachen. Das ist nicht nur ihr menschliches Recht, sondern auch ihre menschliche Pflicht; das Wohl und Wehe der Arbeiterklasse und damit auch jedes einzelnen Arbeiters hängt dermaßen von ihrer Solidarität ab, daß sie jeden Verstoß dagegen überaus schwer empfinden muß. Rein vom menschlichen Standpunkt aus läßt sich also das Eindringen der nunmehr verurtheilten Arbeiter auf den fremden Bau, mag es auch gegen das Strafgesetz verstoßen haben, in hohem Grade entschuldigen; in unendlich viel höherem Grade, als sich der grundsätzliche Verstoß entschuldigen läßt, den gewisse Schichten der herrschenden Klassen gegen das Strafgesetzbuch begehen, indem sie ihre alberne und verbrecherische Duellprügelei als eine für sie heilige Ehrensache betrachten.

Aber eben dieser menschlich durchaus entschuldbare Theil ihres Vergehens ist den verurtheilten Arbeitern zum Verhängniß geworden. Was darnach kam, der heftige Wortwechsel, die gegenseitigen Schimpfreden, und endlich die körperliche Mißhandlung des Bauunternehmers, der die eingedrungenen Arbeiter „Einbrecher“ und „Spitzbuben“ geschimpft und zwei blinde Schüsse auf sie abgegeben hatte, alles das wäre nur als eine gewöhnliche Rauferei betrachtet und vermuthlich mit verhältnißmäßig gelinden Strafen geahndet worden. Allein der eigentliche Anlaß des Streites, der Versuch klassenbewußter Arbeiter, „arbeitswillige“ Kameraden zum Einstellen der Arbeiten zu veranlassen, hat jenes furchtbare Urtheil veranlaßt, das jedem fühlenden Menschen das Blut in den Adern gerinnen macht. Die Geschworenen und die Richter haben sich nicht in die Seelen der Angeklagten zu versetzen gewußt, sie haben nicht verstanden, daß die Angeklagten bei ihrem Eindringen auf den fremden Bau im Dienste hoher, für ihr ganzes Wohl und Wehe, nicht zuletzt auch für ihre geistige und sittliche Entwicklung wichtige Interessen standen. Sie haben einseitig vom Standpunkte der besitzenden Klassen aus geurtheilt, die in einer Beschränkung der Arbeitszeit eine Schädigung ihrer Klasseninteressen sahen, die in der „Arbeitswilligkeit“, d. h. in

dem Verzichte der Arbeiter auf jeden Widerstand gegen die äußerste Auspressung ihrer Arbeitskraft, ein Fundament der bestehenden Klassenherrschaft erblicken und demgemäß jeden Versuch, diese „Arbeitswilligkeit" einzuschränken, als ein Attentat auf die „heiligsten Güter" zu ahnden entschlossen sind. Das mag die Personen der Dresdener Geschworenen und Richter entschuldigen, insofern als sie unbewußt durch ihr Klasseninteresse vollständig blind gemacht worden sind für die Motive, aus denen heraus die Angeklagten gehandelt haben, aber objektiv wird ihr Urtheil dadurch zur Klassenjustiz im furchtbarsten Sinne des Wortes.

Die Aufnahme, die es in den herrschenden Klassen gefunden hat, zeigt zur Genüge, wie vollständig das Rechtsgefühl in diesen Klassen schon korrumpirt ist. Dieselben Blätter, die sich seit Jahren fast in jeder Nummer die Lungen ausschreien über das dem französischen Kapitän Dreyfus zugefügte Unrecht, verzeichnen das Dresdener Urtheil, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken; hier und da wird ein leichter Ausdruck des Bedauerns oder der Verwunderung laut; diejenigen bürgerlichen Blätter, die ein ehrliches und offenes Wort des Protestes gegen den Spruch des Dresdener Schwurgerichtshofs auszusprechen wagen, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen. Um so tiefer hat das furchtbare Schicksal ihrer neun Kameraden in die Reihen der Arbeiterklasse eingeschlagen. Sie weiß die Justiz richtig zu würdigen, der diese Opfer gefallen sind. Sie muß das Unerträgliche dennoch ertragen, sie muß diese Männer, die im Eifer eines großen und nothwendigen Kampfes gegen den starren Buchstaben des Gesetzes verstoßen haben, hinter den Mauern des Zuchthauses für lange Jahre, manche vielleicht für immer verschwinden sehen, aber sie kann ihren Weibern und Kindern den Ernährer ersetzen, und sie kann den Spruch aufheben, der diese Männer als ehrlos verfehmt. Ehrlos mögen sie sein für die besitzenden Klassen; für die arbeitenden Klassen sind sie ehrlich, sind sie Märtyrer, denn vor dem vernichtenden Streiche, den die Klassenjustiz gegen sie geführt hat, verschwindet vollständig, was sie wirklich gefehlt haben.

Ja, sie sind die ersten Märtyrer des „Zuchthauskurses", der schon begonnen hat, ehe die „Zuchthausvorlage" noch das Licht der Welt erblicken konnte. Die Mißgeburt soll ihren reaktionären Geburtshelfern schwere Sorgen machen; die geriebenste Pfiffigkeit der Gesetzestiftler erlahmt an der unmöglichen Aufgabe, die Koalitionsfreiheit mit Worten zu schützen und in der That zu erdrosseln. Mit dem Dresdener Urtheil ist nun ein praktischer Anfang gemacht worden, der den Gesetzestiftlern alle weitere Mühe ersparen kann. Mit solcher Rechtsprechung würde die „Zuchthausvorlage" vollständig überflüssig werden. In dieser Beziehung hat das Dresdener Urtheil eine Bedeutung, die noch weit über das schreckliche Loos der neun vernichteten Menschenleben hinausreicht. Es ist ein Warnungssignal an die deutsche Arbeiterklasse, daß ihre ganze Zukunft auf dem Spiele steht und leicht verloren gehen kann, wenn sich das gesammte Proletariat nicht zum entschlossensten Widerstand aufzuraffen versteht. Die herrschenden Klassen denken gar nicht daran, freiwillig auch nur auf ein Bruchtheilchen ihrer Vorrechte zu verzichten; sie schlagen, wie das Dresdener Urtheil zeigt, unbarmherzig darein, wo sich die beherrschten Klassen auch nur die kleinste Blöße geben; sie sind nicht sentimental, und die Arbeiter sollten sich auch gründlich frei machen von aller Sentimentalität; ihr Klassenkampf wird nie zum Siege gelangen, es sei denn, er werde mit höchster Besonnenheit zwar, aber auch mit höchstem Nachdruck geführt.

Gewiß mahnt das Dresdener Urtheil zur höchsten Besonnenheit; die Arbeiter müssen alles vermeiden, was die formelle Handhabe zu ähnlichen Urtheilen geben könnte. Aber wer *nur* diese Folgerung aus dem Spruche des Schwurgerichts-

hofs zöge, der würde sehr einseitig, sehr falsch, sehr ungerecht urtheilen, der könnte ebenso gut zu dem Schlusse kommen, daß es überhaupt am klügsten wäre, den proletarischen Klassenkampf einzustellen. Nein, das darf den neun Opfern des Dresdener Urtheils nie vergessen werden — und eben deshalb sind sie Märtyrer ihrer Klasse — daß was sie gefehlt haben, aus einem braven, ehrlichen und gerechten Beweggrunde gefehlt worden ist. Ist es nothwendig, besonnener zu handeln, als sie gehandelt haben, so ist es auch nothwendig, in vorsichtigeren Formen die Sache selbst um so nachdrücklicher zu vertreten. Das Dresdener Urtheil ist eine furchtbare Erinnerung, endlich einmal mit allen Illusionen darüber aufzuräumen, als könne und werde der proletarische Klassenkampf in einer gewissen Gemüthlichkeit an sein Ziel gelangen; es reißt alle verhüllenden Schleier von dem wahren Gesicht der herrschenden Klassen und zeigt dem Proletariat dies Gesicht in all seiner abschreckenden Häßlichkeit. Wenn es wirklich, wie der Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sagt, in Millionen Herzen eine Drachensaat des Hasses erwecken würde, so litten seine unglücklichen Opfer nicht ungesühnt.

Schippel und der Militarismus.

Von K. Kautsky.

2. Für und wider die Miliz.

Unsere Aufgabe wird hier eine doppelte sein. Wir werden nicht nur die Gründe zu prüfen haben, die gegen das Milizsystem sprechen, sondern auch untersuchen müssen, welches seine wesentlichen Eigenthümlichkeiten sind. Denn Schippel kritisirt nicht irgend einen bestimmten Milizvorschlag, sondern das Milizwesen im Allgemeinen, er unterläßt es aber, genau zu definiren, was er darunter versteht. Er wendet sich einmal gegen den vagen Begriff der in der Sozialdemokratie „üblichen Milizvorstellungen", dann wieder gegen eine Miliz „mit sozusagen gar keiner Dienstzeit", um schließlich unter der Ablehnung dieser Art Miliz die „nicht nur jedes bestehenden, sondern auch jedes geforderten und in irgend welchem Schlaukopf ausgeheckten Milizsystems" zu begreifen.

Um zu erfahren, welches die wesentlichen und nothwendigen Züge *jedes* Milizsystems sind, müssen wir uns vor Allem klar werden darüber, welchen Zwecken es dienen soll. Aus dem Zwecke werden sich die Mittel von selbst ergeben.

Wir werden dabei zum Glücke auf Fragen der *Militärtechnik* nicht näher einzugehen haben. Würde das nothwendig, dann wäre die ganze Diskussion zwischen mir und Schippel gegenstandslos, dann hätte ich allerdings meinen Artikel ungeschrieben lassen können, wie Schippel meint, er aber auch den seinen, denn dann disputirten wir über eine Sache, von der wir beide nicht genug verständen. Aber die Frage des Milizsystems ist ebenso wenig eine rein militärtechnische, als etwa die Frage der Kommunalisirung städtischer Elektrizitätswerke eine Frage der Elektrotechnik ist. Die Frage des Milizsystems ist in erster Linie eine *politische Frage*, eine *Frage der Demokratie*. Die Miliz, das ist die Identität des wehrhaften Theiles des Volkes mit dem Heere; der Gegensatz dazu ist die Trennung des Volkes in Zivil und Militär, in die wehrlose Masse und das stehende Heer. Wo wir in der Geschichte eine kraftvolle Demokratie finden, finden wir auch eine Miliz; der Niedergang der Demokratie und das Aufkommen des Berufsheers gehen miteinander Hand in Hand. Als die griechischen Freistaaten des Alterthums ihre Bürgersoldaten durch angeworbene Truppen ersetzten,

da kam die Zeit für das Regime der makedonischen Monarchie; dem Untergang der römischen Republik ging die Ersetzung der Miliz durch die Werbesoldaten des Marius vorauf. In dieser vollständigen Revolution der Heeresverfassung „lag, wenn auch noch unentwickelt, zugleich eine vollständige politische Revolution. Die republikanische Verfassung ruhte wesentlich darauf, daß der Bürger zugleich Soldat, der Soldat vor Allem Bürger war; es war mit ihr zu Ende, sobald ein Soldatenstand sich bildete.... Der neue Adler, den Gajus Marius den Legionen verlieh, verkündete das Reich der Kaiser" (Mommsen).

Bei den alten Deutschen waren der Begriff des Kriegers und der des freien Mannes identisch; die souveräne Volksversammlung war auch eine Heerschau. Die Volksfreiheit ging unter, als an Stelle des Heerbanns die kriegerische Macht der Gefolgschaften trat, aus denen sich die Lehnsaufgebote des Kriegsadels entwickelten. Aber auch der aristokratischen Freiheit schlug ihre letzte Stunde, als die ritterlichen Armeen überwunden wurden durch die stehenden Heere der Fürsten, die nun absolute Gewalt errangen.

Mit dem Wiedererwachen der demokratischen Bestrebungen geht Hand in Hand der Kampf gegen das Berufssoldatenthum. Die rebellischen Amerikaner setzen den stehenden Heeren des mächtigen England ihre Milizen siegreich entgegen und halten fest am Milizsystem, um ihre Demokratie nicht zu gefährden. Das republikanische Frankreich von 1793 bietet seine Milizen gegen die verbündeten Monarchen Europas auf. Aber zwei Jahrzehnte fast ständiger Kriege verwandeln die Milizen in Berufsheere und die französische Demokratie wieder in eine Monarchie.

Auch in Deutschland ersteht mit dem Erstarken der demokratischen Bewegung der Milizgedanke und er geht von der bürgerlichen auf die proletarische Demokratie über, die ihn festhält, nachdem das Bürgerthum dieses, wie manches andere Ideal seiner Jugend aufgegeben.

Die Verbindung zwischen Demokratie und Milizsystem ist also nicht eine bloße Liebhaberei, der Laune des einen oder anderen Parteigenossen entsprossen, oder wie Schippel sagt, „im spekulativen Kopfe ausgeheckt", sondern sie liegt tief im Wesen der Demokratie begründet. Das Milizsystem ist nichts Anderes als die dem Wesen der Demokratie angepaßte Form der Heeresverfassung.

Die Demokratie selbst aber hat zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern einen verschiedenen Charakter. Andererseits ist auch die Kriegstechnik einem beständigen Wandel unterworfen. Das Milizsystem kann also nicht unter allen Umständen dasselbe sein, ebenso wenig als das System des Berufsheers. Es beweist daher gar nichts gegen das Milizsystem, wenn ich nachweise, daß das amerikanische oder das schweizerische System oder irgend einer der Vorschläge der sechziger Jahre für die deutschen Verhältnisse von heute nicht paßt. Das Problem besteht, sobald es einmal praktisch wird, eben darin, herauszufinden, welche besonderen Formen des Milizsystems die deutschen Verhältnisse erforderlich machen. Sicher ist das nicht so einfach, wie Mancher glaubt. Dabei werden die Fachleute ein gewichtiges Wörtlein mitzureden haben — aber nicht sie allein. Wie das Milizsystem eine ganze Umwälzung der staatlichen Verhältnisse voraussetzt, so zieht es auch weitere Umwälzungen nach sich. So muß sich z. B. die auswärtige Politik eines Staates mit Milizsystem ganz anders gestalten als die eines Staates mit einem stehenden Heere.

Daß das Milizsystem dem fachmännischen Leiter und Organisator viel schwerere Aufgaben stellt, als das Berufsheer, will ich nicht leugnen. Der bloße Militär wird letzteres sicher vorziehen, denn es ist leichter zu handhaben. Aber

der Gesichtspunkt des bloßen Militärs ist doch nicht der unsere. Vom rein militärischen Standpunkt aus ist der ideale Zustand die Militärdespotie, wo der oberste Kriegsherr unumschränkt über die Kräfte des Landes verfügt, ein Zustand wie unter Friedrich II. oder Napoleon I. Wird Schippel daraus die „Ueberlegenheit" der Militärdiktatur deduziren?

Uebrigens, wenn das Milizheer größere Anforderungen an die geistigen Fähigkeiten seiner Leiter und Organisatoren stellt, so scheint es die Entwicklung dieser Fähigkeiten auch mehr zu begünstigen. Ob das der freieren Kritik von unten geschuldet ist, die in Milizheeren mehr als in stehenden Heeren der Tradition und Konvention entgegenwirkt, weiß ich nicht, aber auffallend ist es doch, daß, wo in großem, langem Ringen Milizheere mit Berufsheeren sich zu messen hatten, erstere die größeren Heerführer erzeugten: Cromwell, Washington, Napoleon.

Es wäre natürlich absurd zu sagen, das Milizheer sei unter allen Umständen dem stehenden Heere überlegen oder auch nur ebenbürtig. Jeder Gesellschaftsform, jeder Produktionsweise entspricht eine andere Form des Krieges und des Kriegsdienstes. Einmal erweist sich das Milizheer kraftvoller, ein andermal das Berufsheer, stets aber ist ersteres mit der Demokratie aufs Innigste verknüpft. Wo das Milizsystem sich nicht behaupten kann, da geht es auch mit der Demokratie bergab und umgekehrt. Die Unzulänglichkeit des Milizsystems für die Gegenwart behaupten, heißt die Lebensunfähigkeit der Demokratie im heutigen Staate behaupten.

Aber ist denn das Heer, wie wir es heute haben, nicht auch ein Volksheer? Ist der Soldat der allgemeinen Wehrpflicht noch ein Berufssoldat? Darauf kann man mit Ja und Nein antworten, je nach dem Standpunkt. Es giebt ja nichts Absolutes auf der Welt. Der Reaktionär, der nur nach rückwärts sieht, der die heutige Wehrverfassung mit der der Konskription oder gar des Werbesystems vergleicht, wird die Frage verneinen können, ebenso wie er mit gutem Gewissen behaupten kann, Deutschland sei ein freies Land, verglichen etwa mit dem Preußen vor 1848. Wir Sozialdemokraten aber sehen nach vorwärts, gehören nicht zu den Leuten, die sich mit der Befriedigung darüber, wie weit wir es schon gebracht haben, begnügen, und wir finden, daß das heutige stehende Heer, wenn es auch weniger ein Berufsheer ist, als das des alten Fritz, doch immer noch viel zu viel vom Berufsheer an sich hat, daß die Kluft zwischen Zivil und Militär immer noch viel zu groß ist, als daß man von einem Volksheer, vom „Volk in Waffen" sprechen könnte. Das moderne stehende Heer ist immer noch genug Berufsheer, um den Herrn der Armee zum Herrn des Staates und den Staatsbürger zu seinem Unterthan zu machen.

Was ist nothwendig, um dies Heer in ein wirkliches Volksheer, in eine Miliz, zu verwandeln?

Vor Allem bedarf es dazu der Verkürzung der Dienstzeit in der Kaserne, des Verkürzens der Dauer der Abschließung des Soldaten von der Masse des Volkes.

Schippel erscheint es sehr komisch, daß ich ihn „belehre", „bei einem Jahre Dienstzeit fängt eben die Miliz an". Ja, er läßt mich sogar sagen: „Einjährige Dienstzeit — das ist die Miliz". Nächstens wird er mich sagen lassen: „Der erste Januar — das ist das Jahr", und triumphirend auf diesen Widersinn hinweisen.

Er ist herablassend genug, mir meinen „Glauben" nicht zu „verwehren", den ich da so ohne alle Begründung vertrete, aber vorauszusetzen, daß Engels

anderer Meinung, als der Schippels sei, verbiete diesem die Achtung vor Engels' umfassenden Kenntnissen. Man kann nicht bescheidener sein.

Leider ist die Streitfrage, wie sie Schippel aufstellt, gar nicht eine „umfassender Kenntnisse", sondern nur eine treuer Wiedergabe von Gelesenem. Ich habe über das Verhältniß einjähriger Dienstzeit zum Milizsystem gar keine eigene Meinung ausgesprochen, sondern blos erklärt: „Für Engels fängt das Milizsystem bei der einjährigen Dienstzeit an", und zum Beweis dafür zitire ich den Satz von Engels, in dem er von der allmäligen Herabsetzung der Dienstzeit, zunächst auf achtzehn Monate, dann ein Jahr spricht, „dann? Hier fängt der **Zukunftsstaat** (bei Schippel fett gedruckt. K.) an, das unverfälschte Milizsystem". Darin liegt allerdings für Schippel „nichts, was eine solche Auffassung bei Engels verriethe" — denn Engels setzt das Milizsystem dem Zukunftsstaat gleich, der doch in viel weiterer Ferne liegt, als die einjährige Dienstzeit. Und das spricht von Flohknackerei!

Aber sehen wir ab von der Frage, ob für Engels die Miliz bei der einjährigen Dienstzeit begann und fragen wir uns blos, ob diese Annahme so absurd ist, wie sie Schippel erscheint. Das Milizsystem soll ein Heersystem sein, in dem der Soldat nicht aufhört, Bürger zu sein, in dem der Gegensatz von Zivil und Militär aufgehoben ist. Ist es nun lächerlich, anzunehmen, daß eine mehr als einjährige Dienstzeit in der Kaserne erforderlich sei, um dem Soldaten ein besonderes Standesbewußtsein gegenüber dem Zivil einerseits und andererseits jene Willenlosigkeit, den Kadavergehorsam gegenüber dem Vorgesetzten, einzuflößen, die nothwendig sind, soll er ein Musterkrieger nach dem Herzen unserer herrschenden Klassen werden? Möglich, daß wir uns irren, daß man auch bei einjähriger Dienstzeit solche Musterkrieger erziehen kann. Sehr wahrscheinlich ist es für mich nicht. Sollte Schippel jedoch triftige Gründe gegen meine Ansicht haben, dann sollte er doch ja nicht versäumen, die Nacht meiner Unwissenheit durch sein Licht zu erleuchten. Das bloße Fettdrucken des Wortes „Zukunftsstaat" im Engelsschen Satze thut's allein noch nicht.

Schippel beeilt sich auch, diesem typographischen Argument ein anderes folgen zu lassen: die Verkürzung der Dienstzeit macht eine Vermehrung des Ausbildungspersonals, also des Berufssoldatenthums, nothwendig, führt also von der Miliz ab. Denn in den fünfziger und sechziger Jahren heißt Milizsystem „möglichste Eliminirung jedes ständigen Offiziers- und Unteroffizierskorps, möglichste Auflösung auch dieses festen Rückgrats von Berufssoldatenthum in den Urschleim der bürgerlichen Erwerbsgesellschaft". Man wird also, „nachdem die Dinge einmal so gelaufen sind, von Miliz doch nur da sprechen können, wo auch der Offizier den Berufssoldaten fast ganz abgestreift hat". Das mußte Engels bei seinen umfassenden Kenntnissen wissen — folglich konnte für ihn die Miliz nicht bei der einjährigen Dienstzeit anfangen!

Aber was gehen denn uns die in den fünfziger und sechziger Jahren „üblichen Milizvorstellungen" an? Wir haben es mit der Miliz in der Gegenwart zu thun, und mit dem Wesen der Miliz, nicht mit zufälligen Aeußerungen eines oder des anderen Milizliebhabers.

Wäre das Wesen der Miliz unvereinbar mit dem Berufsoffizier, so gäbe das allerdings einen erheblichen Einwand gegen sie. Aus dem Kriegshandwerk ist heute eine Kunst und eine Wissenschaft geworden, die man nicht dilettantisch betreiben darf, will man ein Meister werden. Andererseits geht das ganze gesellschaftliche Leben heute in Formen vor sich, die den Waffengebrauch des Zivilisten völlig ausschließen. Heute ergiebt sich die Führung der Waffen nicht aus dem

gewöhnlichen Leben, sie muß besonders geübt werden. Endlich sind die Kriege, dank den Massenaufgeboten und den ungeheuren Zerstörungsmitteln der Neuzeit, so selten geworden, sie spielen sich aber, wenn sie einmal ausbrechen, so rasch ab, daß man den Soldaten nicht mehr, wie ehedem, auf die Praxis als die beste Schule verweisen darf. Ist der Krieg erklärt, dann kommt's auch rasch zu den großen entscheidenden Schlägen; wer da erst anfangen will, zu lernen, ist von vornherein verloren. Wohl kann im Kriege weniger noch als anderwärts die Theorie die Praxis völlig ersetzen, auf dem Schlachtfeld sehen die Dinge ganz anders aus als im Manöver und auf dem Exerzirplatz, aber das beweist blos, daß nichts verkehrter ist, Mannschaften wie Offiziere zu Maschinen zu degradiren, die willenlos gehorchen, daß man weniger den Drill zu pflegen hat als die Selbständigkeit, die rasche Anpassungsfähigkeit an neue Situationen. Diese schließt aber die Vertrautheit mit den Elementen der Kriegskunst und Kriegswissenschaft nicht aus, sondern setzt sie voraus.

Ohne Berufsoffiziere kann bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik eine Armee nicht auskommen. Das gebe ich Schippel gern zu. Aber wo sind denn die sozialdemokratischen Befürworter des Milizsystems, die von Berufsoffizieren nichts wissen wollen? Bebel bemerkt in seiner Schrift „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr" ausdrücklich, daß für deutsche Verhältnisse das Instruktionspersonal der schweizerischen Armee ungenügend sein dürfte. Also der „milizgläubische" Bebel hat gegen Berufsinstrukteure nichts einzuwenden. In seiner Polemik gegen den Oberst Wille hebt Bebel besonders hervor: „Daß für eine Ausbildung zur Berufsthätigkeit, d. h. Ausbildung für die höhere Führung auch bei der Miliz eine längere Dauer nothwendig ist, habe ich unumwunden zugegeben und habe deshalb in meinem Budgetanschlag für die ständige Unterhaltung und Ausbildung der Führer der Milizarmee Summen angesetzt, die selbst eine sehr anspruchsvolle Militärverwaltung befriedigen müssen" („Für Volkswehr gegen stehendes Heer", S. 16).

Unser alter Genosse Karl Bürkli in Zürich, gewesener Landwehrhauptmann, verlangte in einem Vortrag über die „Demokratisirung unseres (des Schweizer) Heerwesens": „Wir sollten einen *ständigen* Generalstab haben; ich meine eine Anzahl militärische Obersten, *Strategen, deren Lebensberuf die Führung unserer Miliz im Krieg und Frieden sein sollte*, sowie auch das genaue Studium der stehenden Heere unserer Nachbarstaaten. Ein ständig angestellter und wohlbesoldeter Stab von höheren Offizieren. . . . Unsere Miliz sollte sich doch sagen können: Wir haben so gute Höchstkommandirende, wie die stehenden Armeen in Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Italien."

In der letzten Nummer der „Grenzboten" kommt uns ein Artikel von Reinhold Günther, der selbst eine Zeit lang in der schweizerischen Armee als Instrukteur diente, über „Wehrwesen und Sozialdemokratie" zu Gesicht, in dem die in der Partei „üblichen Milizvorstellungen" in ähnlicher Weise behandelt werden wie von Schippel. Natürlich macht Günther sich auch eine sozialdemokratische „Volkswehr" nach seinem Bedürfniß zurecht. Sie ist für ihn ein bloßer Landsturm, der tief unter der schweizerischen Miliz steht. „Miliz und Miliz ist übrigens zweierlei. Das schweizerische Milizheer hat eine feste Organisation und *einen Stamm von Berufsoffizieren und Unteroffizieren*, ja sogar eine stehende Truppe zur Bewachung der Landesbefestigungen. . . . Unter Miliz verstehen wir ein durch die allgemeine Dienstpflicht aufgebrachtes Cadresheer mit kurzer Präsenzzeit."

Ich überlasse es den beiden Gegnern der sozialdemokratischen Heeresreform, sich über „den bestimmten militärorganisatorischen Begriff Miliz" einig zu werden.

Soviel geht aus den mitgetheilten Thatsachen jedenfalls hervor, daß das Milizsystem wohl verträglich ist mit berufsmäßigen Heerführern wie mit berufsmäßigen Instrukteuren.

Warum auch nicht? Ebenso wie die demokratische Selbstverwaltung sich mit einem fachmännisch gebildeten Berufsbeamtenthum verträgt, so ist auch die Demokratie im Heere keineswegs verurtheilt, sich auf dilettantische Soldatenspielerei zu beschränken. Wenn ein Theil der Offiziere Berufsoffiziere sind — und alle Offiziere sind auch in Deutschland nicht Berufsoffiziere — vide der Reserveleutnant — so wird dadurch ebenso wenig das Heer ein Berufsheer, wie die Leitung der Geschworenengerichte durch Berufsrichter die Geschworenen in solche verwandelt.

Was mit der Demokratie unvereinbar ist, das ist nicht die berufliche Ausbildung, sondern die ständische Abschließung des Offiziers. In den Armeen der Militärstaaten bilden die Offiziere nicht blos einen besonderen Beruf, sondern auch einen besonderen Stand im feudalen Sinne, einen Stand mit einem besonderen Rechte, mit besonderer Kleidung, und zwar einen privilegirten Stand. Diese privilegirte Stellung und nicht die Berufsthätigkeit des Offiziers ist es, die ihn von der Masse der Bürgerschaft, dem „Zivil", scheidet und in einen Gegensatz zu ihr bringt; sie ist es, die den Offizier an den Schützer seiner Privilegien, den „obersten Kriegsherrn", fesselt und zu dessen willenlosen Werkzeug nicht nur gegenüber dem äußeren, sondern auch gegenüber dem „inneren Feinde" macht. Die Privilegien des Offizierskorps zu brechen, es aus einer bevorrechteten Kaste in einen Beruf zu verwandeln, der mit jedem anderen auf gleicher Stufe steht, das ist allerdings eine unentbehrliche Vorbedingung des Milizsystems. Aber heißt das die berufliche Ausbildung des Offiziers unmöglich machen?

Ob der Milizoffizier Zeit findet, neben seinem kriegerischen Beruf noch einen anderen zu betreiben, das hängt ganz von den Anforderungen ab, die man an ihn stellt. Daß selbst die Anforderungen des Militärstaats für einen großen Theil der Offiziere, namentlich der unteren Grade, nicht die gesammte Lebenszeit eines Mannes ausfüllen, beweist das Beispiel der Reserveoffiziere. Der Abscheu Schippels vor einem Offizier, der aus einem Bureau oder einer Werkstatt zur Fahne eilt „oder auch nicht besonders eilt", würde einen v. Zizewitz oder v. Prudelwitz zieren, bei einem Sozialdemokraten wirkt er komisch. Schippel äußert so große Achtung vor dem fachmännischen Wissen unseres „Generals" Engels; aber sein militärisches Wissen erwarb dieser gerade in den Jahren seiner eifrigsten Thätigkeit in dem Komptoir seiner Fabrik. Als im vorigen Jahrhundert die rebellischen Amerikaner gegen England sich erhoben, da eilte der zum Oberkommandanten der Revolutionsarmee ernannte Washington nicht aus der Kaserne, sondern von seinem Landgut, das er selbst bewirthschaftete, unter die Fahnen. Warum der Offizier aus der Werkstatt oder dem Bureau langsamer zu den Fahnen eilen soll als etwa von der Spielbank oder aus dem Rennstall, bleibt das Geheimniß unseres aristokratischen Parteigenossen.

Auf gleicher Höhe, wie die Verachtung des Offiziers, der aus der Werkstatt zu den Fahnen eilt, steht die Verachtung des „Volksversammlungsschlagworts": jeder Mann behält seine Waffe. Der arme Schippel muß sich wirklich sehr entwürdigt fühlen durch die traurige Nothwendigkeit, bei jeder Neuwahl um sein Abgeordnetenmandat in Volksversammlungen mit Volksversammlungsschlagworten kämpfen zu müssen! Abgesehen von der fürchterlichen Thatsache, daß die Volksbewaffnung ein „Volksversammlungsschlagwort" ist, weiß Schippel gegen

sie nichts einzuwenden, was nicht durch die Praxis längst widerlegt wäre. Er fürchtet, „wir können für jeden Kriegspflichtigen nur gleich noch eine Reservewaffe für den Ernstfall hinlegen, und vor Allem, wir werden es nicht zahlen können. Die Kulturaufgaben leiden so schon genug.“ In der Schweiz bleibt die persönliche Ausrüstung des Wehrmanns während der ganzen Zeit seiner Dienstverpflichtung in seinem Besitz. Noch nie haben sich aus dieser Bestimmung irgend welche Unzuträglichkeiten ergeben. Wehrmännern, die längere Zeit von der Heimath abwesend sind oder sich in der Behandlung der Waffe als nachlässig erwiesen haben, wird die Waffe einfach abgenommen. Der Wehrmann haftet für jede aus Muthwillen oder Nachlässigkeit entstehende Beschädigung. Bezahlen können diese Maßregel die Schweizer ganz gut, ihr Kriegsbudget ist relativ erheblich kleiner als das deutsche, und wo die Kulturaufgaben mehr leiden, in der Schweiz, wo jeder Mann seine Waffe behält, oder im Deutschen Reiche, wo das Volk wehrlos dem stehenden Heere gegenübersteht, überlasse ich den Lesern zu entscheiden.

Hat die Bewaffnung des Volkes also keinerlei Nachtheile im Gefolge, so dafür mannigfache Vortheile. Die Mobilmachung wird dadurch ungemein erleichtert; thatsächlich können in der Schweiz die Wehrleute aus der Werkstatt und dem Bureau rascher auf den Kriegsschauplatz eilen, als die Reservisten in einem Militärstaat, die sich ihre Ausrüstung erst holen müssen. Noch wichtiger aber wird die Volksbewaffnung für die Verhältnisse im Innern des Landes. Sie ist noch nothwendiger als die Aufhebung der Sonderrechte der Offiziere, ist ein Grundpfeiler des demokratischen Milizsystems. Erst sie bewirkt, daß das Volk völlig Herr ist in seinem eigenen Hause und die Regierung sein Diener. Am wenigsten kann man diese Frage als eine militärtechnische betrachten, sie ist eine rein politische. Es ist sehr bezeichnend, daß Schippel auch in dieser Frage auf Seite der Gegner der demokratischen Forderungen, der Gegner der „Volksversammlungsschlagworte“, steht.

Aber man thäte Schippel sehr Unrecht, ihn deswegen als Feind der Demokratie und des Proletariats hinzustellen. Im Gegentheil, es ist im Interesse der Demokratie, wenn er sich gegen das Milizsystem wendet, denn dieses erfordert die militärische Jugenderziehung, das Verderblichste, was es für die Demokratie geben kann.

Die Anhänger des Milizsystems halten die längere Ausbildung des Soldaten in der Kaserne für ein Mittel, ihn dem Volke zu entfremden, seine Gesinnung der des Berufssoldaten näher zu bringen. Deshalb streben sie, die Dienstzeit in der Kaserne möglichst abzukürzen. Um aber die Ausbildung darunter nicht leiden zu lassen, wollen sie bereits die Jugend militärisch erziehen lassen, damit sie wohlvorbereitet in die Kaserne komme und dort nicht mehr die Elemente des Kriegsdienstes zu erlernen brauche.

Schippel wendet sich auch gegen diese Einrichtung, obwohl Engels selbst, der von ihm als Fachmann so Hochgepriesene, sie fordert und für eine unumgängliche Vorbedingung des von ihm vorgeschlagenen Milizsystems erklärt. Schippel wendet sich gegen sie, weil sie viel gefährlicher für die Demokratie sei als die Kaserne.

Er „gesteht offen“, er „glaube, der Bauernsohn, der längere Zeit in der sozialdemokratischen Großgarnisonsstadt zubringt, ist uns zugänglicher, wie der von Kindesbeinen an irgendwo im Hinterland vom Unteroffizier dressirte Milizsoldat“. Die Kaserne ist also nicht blos eine Ferienkolonie, sondern auch eine Hochschule der Sozialdemokratie für das Volk, aber natürlich nur dann, wenn

sie für „längere Zeit" bezogen wird. Hat Schippel recht, dann müssen wir im Interesse der sozialdemokratischen Propaganda die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit fordern. Der Bauernsohn aus dem Hinterland kann nicht lange genug in der sozialdemokratischen Großgarnisonsstadt festgehalten werden!

Ich hatte offenbar meinen Schippel vorgeahnt, als ich schrieb: „Vor den kulturellen Einwirkungen der Stadt wird der Soldat (in der Kaserne) ängstlich gehütet; nichts könnte schlimmer sein, als wenn er etwas von ihrem Geiste aufnähme. Die Soldatenkneipe und das Bordell sind die einzigen ‚standesgemäßen' Aufenthaltsorte für den Vaterlandsvertheidiger in seinen freien Stunden, die einzigen, die ihn nicht auf revolutionäre Gedanken bringen; und die Errungenschaften, die er aus der Stadt auf das Land verpflanzt, sind der Kasernenton und die Syphilis" („Agarfrage", S. 411).

Es sind immer noch die Traditionen der aus dem Lumpenproletariat rekrutirten Werbearmee, die in der Kaserne herrschen; die allgemeine Wehrpflicht ist, solange der ausgedehnte Kasernendienst fortdauert, nur ein Mittel, die gesammte Bevölkerung mit diesen Traditionen zu infiziren. Die Jugend lernt den sklavischen Gehorsam gegen Höhere und Brutalität gegen Untergebene; daneben wird ihr noch eine möglichst gemeine Auffassung vom Weibe eingeprägt. Wenn in den anglo-amerikanischen Ländern die Frau eine höhere Stellung einnimmt und der Arbeiter sich dem Kapitalisten ebenbürtiger fühlt, so ist dies nicht zum Mindesten dem Umstand zu danken, daß dort nicht die gesammte wehrfähige Jugend durch die von Schippel so gepriesene Hochschule der Kaserne geht.

Ist aber „die Loslassung der Unteroffiziersschwärme auf die Schuljugend" nicht noch viel schlimmer? Das möge Schippel mit Engels ausmachen. Er wird nicht behaupten wollen, daß das Wesen des Milizsystems es erforderlich macht, die militärische Erziehung der Jugend gerade in die Hände von Unteroffizieren zu legen, statt etwa in die von pädagogisch gebildeten Turnlehrern. Es war nur eine beiläufige Bemerkung von Engels, wenn der preußische Staat nicht wissen sollte, was mit den ausgedienten Unteroffizieren anfangen, dann mache er sie zu Schullehrern, die „Turnen und Exerziren lehren. Das wird ihnen und den Jungen gut thun. Und wenn die Unteroffiziere erst aus der Heimlichkeit der Kaserne und Militärgerichtsbarkeit ans Tageslicht des Schulhofs und des bürgerlichen Strafprozesses versetzt sind, dann, wette ich, bringt unsere rebellische Schuljugend auch dem ärgsten ehemaligen Soldatenschinder Mores bei" („Kann Europa abrüsten", S. 15).

Schippel sieht dagegen bereits „in jedem Dorfe und Weiler die Jugend zu kleinen Kriegervereinen von Unteroffizieren erzogen". Nicht auf den Bergen, nur in der Kaserne wohnt die Freiheit.

Es ist freilich nicht zu leugnen, daß man, wie alles, so auch die militärische Jugenderziehung verpfuschen kann, so daß sie zu einer militärisch nutzlosen, pädagogisch und hygienisch verderblichen Soldatenspielerei wird. Das heißt aber doch blos, daß bei ihrer Einrichtung nicht blos der Soldat, sondern auch der Pädagog und der Arzt ein gewichtiges Wörtlein dreinzureden haben sollen. Ein Argument gegen die Miliz kann ich darin nicht sehen. Bisher war es nur die Gewohnheit unserer Gegner à la Eugen Richter, sich unsere Forderungen möglichst unzweckmäßig durchgeführt zu denken, um sie desto leichter bekämpfen zu können.

Aber nicht blos aus politischen Gründen soll der militärische Jugendunterricht verderblich sein, sondern auch aus ökonomischen. Alle Augenblicke wird man die jungen Leute einberufen müssen, damit sie Dienst thun. Ist es aber „bei

den grundliegenden heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen erträglicher, den Militärdienst möglichst in einen zusammenhängenden Zeitraum zusammenzudrängen, oder ist es erträglicher, ihn in eine Reihe jährlicher Theilleistungen zu zerzetteln?" fragt Schippel, und er antwortet: „Unbedenklich: am besten in einer längeren, zeitlich übersehbaren Dienstleistung. Und das Wo ist damit schon von selber entschieden: im stehenden Heere."

Vive l'armée!

Den Beweis für die Nothwendigkeit des stehenden Heeres macht sich Schippel sehr einfach: er vergleicht nicht das jetzige stehende Heer mit seiner zweijährigen Dienstzeit und den nachfolgenden Störungen des Erwerbslebens durch die periodischen Einberufungen der Reservisten mit einem der bestehenden oder vorgeschlagenen Milizsysteme, sondern vergleicht ein ideales stehendes Heer, wie es nirgends existirt, mit einem frei erfundenen Milizsystem, das er sich so lustig als möglich vorstellt.

Schippel nimmt für das stehende Heer eine Dienstzeit von einem Jahre in der Kaserne an. Wir werden gleich sehen, wie wenig wahrscheinlich eine so kurze Dienstzeit ist, so lange das „preußische System" dauert. Aber sehen wir hier davon ab. Dieser einjährigen Dienstzeit stellt er ein Milizsystem entgegen, das vom vierzehnten bis zum sechsundzwanzigsten Jahre den Wehrpflichtigen in jedem Jahre auf vier Wochen in die Kaserne beruft. Die Einberufung Vierzehnjähriger in die Kaserne zum Kriegsdienst ist freilich eine Absurdität, die meines Wissens nur in dem Milizsystem zu finden ist, das unser Parteigenosse zur höheren Ehre des Militarismus erfunden hat, aber auch darauf wollen wir kein Gewicht legen. Diese monatliche Dienstpflicht in jedem Jahre erscheint Schippel als eine „Tortur" im Vergleich zum einjährigen Kasernendienst, als verderblich namentlich für die kleinen Ladner und Handwerker. Ich kann die Verderblichkeit dieser Tortur nicht recht einsehen, für die Städter wäre ein Monat „Ferienkolonie" in jedem Jahre so übel nicht, und den Bauernsohn brauchte der Monat auch nicht zu geniren, wenn er in die Zeit nach der Ernte fiele.

Der Zufall will, daß zur selben Zeit, in der Schippel den wirthschaftlichen Ruin aus dem Milizsystem erwachsen sah, der dem Militarismus keineswegs feindliche K. Jentsch das Milizsystem forderte, um dem ökonomischen Ruin der Bauernschaft vorzubeugen! Selbst zehn Wochen im Jahre erscheinen ihm als Kleinigkeit im Vergleich zu der Belastung der Landwirthschaft durch den zweijährigen Kasernendienst. „Sechs Wochen im Spätherbst und vier Wochen zwischen Aussaat und Ernte können die Männer wie die Jünglinge — natürlich nicht alle zugleich — schon abkommen ohne Störung des landwirthschaftlichen Betriebs" (Militarismus und Landwirthschaft in Preußen, „Die Zeit", 4. Februar, S. 69).

Herr Jentsch ist wahrscheinlich auch durch sozialdemokratische „Volksversammlungsschlagworte" korrumpirt worden.

Aber nehmen wir an, die Tortur und das Verderben wären nothwendig mit dem Monat verknüpft, wer sagt denn, daß die militärische Jugenderziehung gerade in monatlichen Raten abgethan werden muß? Sind gar keine anderen Modalitäten denkbar?

Für die Jungen vom vierzehnten bis zum sechzehnten Jahre dürfte der militärische Unterricht kaum etwas Anderes sein können, als ein Turnunterricht von ein bis zwei Stunden ein- oder zweimal in der Woche ertheilt. Vor dem sechzehnten Jahre dürften Uebungen mit der Waffe nicht räthlich sein. Was zwingt aber, sie jährlich für einen Monat in die Kaserne zu verlegen? Warum sollte man nicht den Samstag Nachmittag zu den Exerzitien verwenden, wie ich das

von den englischen Volunteers gesehen habe, einer freiwilligen, allerdings sehr unvollkommenen Miliz? Ein Exerzitium von einem halben Tage in der Woche gäbe sechsundzwanzig Tage im Jahre — so viel wie der Monat Arbeitstage hat. Eine derartige Einrichtung, auf die Jugendwehr der Miliz angewendet, hätte durchaus keine wirthschaftlich verderbliche, sondern die höchst vortheilhafte Folge, den Samstag Nachmittag für das arbeitende Volk freizumachen.

Wie weit diese Ausbildung reicht, ob man dann für die Zwanzigjährigen eine viermonatliche oder sechsmonatliche Dienstzeit in der Kaserne bestimmt, darüber brauchen wir uns jetzt nicht den Kopf zu zerbrechen. Ich will auch gar nicht sagen, daß dies mein Milizideal sei — ich habe keines; ich wollte damit nur zeigen, daß, wenn das Schippelsche Milizsystem wirklich so verderblich wäre, es noch andere Möglichkeiten der militärischen Jugenderziehung giebt, die in das Erwerbsleben so gut wie gar keine Störung hineinbringen. Die „Tortur“, die Schippel fürchtet, ist also nichts, als ein „Schreckgespenst“ und zwar ein von ihm selbst fabrizirtes.

Gegenüber der einjährigen und gar zweijährigen Dienstzeit in der Kaserne kann das Milizsystem eine enorme Entlastung der Bevölkerung von unproduktivem Kräfteaufwand bedeuten, und was es *kann*, wird es auch leisten, wenn ehrlich und einsichtsvoll durchgeführt. Freilich, wer dem Milizsystem gegenübersteht, wie Eugen Richter dem Zukunftsstaat, wird nur die Möglichkeiten im entgegengesetzten Sinne sehen.

Aber mit der angeblichen Schädigung der Bevölkerung durch unerträgliche Störungen des Erwerbslebens sind die ökonomischen Nachtheile, die Schippel vom Milizsystem befürchtet, noch nicht erschöpft. Es wird unendlich viel kosten, wir werden es nicht zahlen können, und die Kulturaufgaben leiden so schon genug.

Warum soll das Milizheer mehr kosten als das stehende Heer? Bei gleichbleibender Soldatenzahl und sonst gleichen Umständen braucht es entschieden nicht mehr zu kosten, wird es wahrscheinlich weniger kosten, weil die Erhaltung der Mannschaft um so billiger, je kürzer ihre Dienstzeit in der Kaserne. Die Annahme, daß das Milizheer mehr koste, als das stehende Heer, geht von der Ansicht aus, daß das Milizsystem allein im Stande ist, die allgemeine Wehrpflicht vollkommen zur Wahrheit zu machen, daß es viel größere Menschenmassen für den Kriegsdienst zur Verfügung stellt, als das System der stehenden Heere, daß es also dem letzteren in dieser Beziehung nicht nur politisch — vom Standpunkt der Demokratie —, sondern auch *militärisch überlegen* ist.

Freilich wird bestritten, daß darin heute noch ein Vorzug des Milizsystems zu suchen sei. Auch heute schon werde in den Militärstaaten jeder wehrfähige Mann zur Dienstpflicht herangezogen. Für manche Staaten, z. B. Frankreich, gilt das jedenfalls. Dort aber, wo die Ueberlegenheit der Zahl durch das Milizsystem wegfällt, entfällt auch der Einwand seiner größeren Kosten. Da muß es nicht blos durch Verminderung der Störungen im Erwerbsleben, sondern auch durch Verminderung des Militärbudgets zur *Entlastung* der Bevölkerung führen.

Freilich, so stark, wie mancher unter uns sich's vorstellt, wird diese Entlastung unter den heutigen Verhältnissen in einem modernen Großstaat nicht sein können. Wenn Schippel nichts Anderes über das Milizsystem hätte sagen wollen, als vor den Illusionen warnen, die man in ökonomischer Beziehung daran knüpft, so müßte ich ihm zustimmen. Ich habe mich schon in meiner „Agrarfrage“ in diesem Sinne geäußert (S. 412, 424). Die Hauptvortheile des Milizsystems sind *politische*, nicht *ökonomische*. Zur erheblichen ökonomischen Entlastung

würde es nur dann führen, wenn es den Anfang der allgemeinen Abrüstung bedeutete. Daß die Staaten unter dem Milizsystem sich leichter dazu entschließen würden, als unter dem der stehenden Heere, ist naheliegend. Doch das ist eine Frage für sich, auf die ich hier nicht weiter eingehen will. Aber wenn auch die ökonomischen Resultate des Milizsystems nicht so günstig sein sollten, wie man vielfach erwartet, das ist doch kein Grund, es zu verurtheilen? Die allgemeine Wehrpflicht unter dem preußischen System bedeutet gegenüber dem Werbesystem sicher nicht nur keine ökonomische Entlastung, sondern eine schwere Belastung der Bevölkerung, trotzdem ist sie im Interesse der Demokratie dem letzteren vorzuziehen.

Verwirft aber Schippel das Milizsystem einmal, weil es zu theuer ist, so ein andermal, weil es zu billig ist. Das stehende Heer erscheint ihm gerade durch die Verschwendung an Produktivkräften als ein probates Mittel gegen die Ueberproduktion, es bedeutet dadurch also eine Entlastung, nicht eine Belastung der Gesellschaft. Glückliches entlastetes Italien, glückliches Oesterreich, arme, durch kein stehendes Heer entlastete Schweiz, arme Vereinigte Staaten! Will Schippel sagen, in Ländern ohne stehendes Heer sei die Arbeitslosigkeit größer als in den Militärstaaten? Oder will er behaupten, die Konkurrenzfähigkeit einer Industrie auf dem Weltmarkt sei um so größer, je schwerere Lasten sie zu Hause zu tragen habe? Rührt für ihn die Ueberproduktion daher, daß alle Bedürfnisse der Bevölkerung bereits im Uebermaß befriedigt sind, oder daher, daß es an kaufkräftiger Nachfrage fehlt? Und wird in seinen Augen die Kaufkraft der Massen durch ihre Besteuerung zu Gunsten des stehenden Heeres vergrößert? Will er uns glauben machen, daß die Kulturaufgaben der Staaten unter der Ueberproduktion leiden und durch das Militärbudget gefördert werden? Oder will er mit seinem mystischen Hinweis auf die Entlastung der Gesellschaft durch die stehenden Heere blos auf die Gefahr hindeuten, die plötzliche Auflösung der stehenden Heere könnte mit einem Schlage einige Millionen arbeitsfähiger Männer auf den Arbeitsmarkt werfen und dadurch auf demselben eine Krisis hervorrufen? Wollte Schippel nicht mehr sagen, als das, so dürfte man sein Bedenken nicht ohne Weiteres ablehnen. Die Herstellung des Weltfriedens 1815, die zur plötzlichen Entlassung zahlreicher Matrosen und Soldaten führte, vermehrte die Arbeitslosigkeit in England in furchtbarster Weise. Aber das spräche doch nicht gegen das Milizsystem, sondern nur dafür, daß die Auflösung der stehenden Heere nur schrittweise vollzogen werden dürfte, oder in Verbindung mit anderen, die Nachfrage nach Arbeitern vermehrenden Maßregeln, z. B. in Deutschland mit der Vermehrung der Arbeiter in den Staatsbetrieben (Eisenbahnen, Bergwerken) und den Gemeindebetrieben durch Verminderung der Arbeitszeit der Einzelnen und dergleichen mehr.

Zur Bekämpfung des Milizsystems behaupten, daß die Auflösung der stehenden Heere nur in Formen vor sich gehen könne, die eine Krise auf dem Arbeitsmarkt erzeugen, hieße sich auf das Niveau der Strampel-Annie begeben. Behaupten, daß die stehenden Heere die Völker entlasten, heißt an sozialer Einsicht weit hinter dem russischen Zaren zurückstehen. (Schluß folgt.)

Aeltere und neuere Berggesetzgebung in Deutschland.

Von Otto Hué.

Die alten Bergleute zur Zeit der Markgenossenschaft hatten unter sich ein Gewohnheitsrecht ausgebildet, nach welchem alle aufkommenden bergrechtlichen Streitigkeiten geschlichtet wurden. Noch heute gilt dieses „gemeine deutsche Bergrecht“, z. B. in Mecklenburg, jedenfalls ein Beweis von der urwüchsigen Kraft eines vom Volke selbst geschaffenen Rechtes.

Als dann die Territorialherren sich der Erdschätze bemächtigten, da gaben sie ihrem Raube den nöthigen „rechtlichen Ueberbau“, indem sie die im Volksgebrauch entstandenen Rechtssätze vorerst in lokalen Bergordnungen zu Papier brachten. Dies war im sechzehnten Jahrhundert soweit durchgeführt, daß die aus jener Zeit stammenden deutschen Bergordnungen zahllos sind, ganze Bibliotheken füllen. Jedes Souveränchen wollte seine Bergordnung, und wie viel Gottesgnaden-Menschen liefen nicht damals herum!

So vielfältig die Ordnungen aber auch waren, alle hatten schließlich einen gemeinsamen Ursprung: das kursächsische Recht.[1] Die im Jahre 1506 für die Bergwerke zu Annaberg-Freiberg erlassene Bergordnung ist die Mutter des bis tief in das neunzehnte Jahrhundert herrschenden alten deutschen Bergrechts.

1548 erhielt der Joachimsthaler Bergbau eine Ordnung, die materiell auf der Annaberger beruhte und bald die Geltung eines Landrechts für Böhmen, Schlesien und Mähren erhielt. Wir treten damit in die Periode des nicht mehr lokalen, sondern landesgesetzlich geregelten deutschen Bergrechts.

1528 erhielt der Harzbergbau seine Bergordnung, Jülich-Kleve-Berg-Mark folgte 1542, die Pfalz 1548, Nassau 1559, Kurtrier 1564, Württemberg 1597, Reuß 1614, Bayern 1784. Alle diese Gesetze beruhten materiell auf kursächsischem Rechte, wenn auch zahlreiche lokale Verschiedenheiten dem Partikulargeist Rechnung trugen.

Preußen erhielt durch die revidirten Bergordnungen für Schlesien (1769), Magdeburg-Halberstadt-Mansfeld (1772) und Kleve-Mark, das heutige Ruhrgebiet (1766), im Wesentlichen ein einheitliches Bergrecht. Im Allgemeinen kann man sagen, daß schon im achtzehnten Jahrhundert in ganz Deutschland materiell ein Bergrecht bestand. Die Grundsätze waren in allen Ordnungen dieselben, nur nebensächliche Unterschiede bestanden, welche oft lokal-berechtigter Natur waren, öfter aber noch ganz vermieden werden konnten. Für Preußen galt übrigens seit dem Erlaß des „Allgemeinen Preußischen Landrechts“ (5. Februar 1794) dieses auch unterstützend in Bergsachen; das Allgemeine Preußische Landrecht enthält in seinem 2. Theil, 16. Titel, § 68 bis 480, eine ausführliche Festlegung bergrechtlicher Anschauungen. Außerdem galt als Unterstützung das „Gemeine Deutsche Bergrecht“.

Der zweitwichtigste deutsche Bergwerksstaat, Sachsen, der Deutschland seine ältere Bergwerksverfassung gab, erhielt in der am 12. Juni 1589 erlassenen „Kursächsischen Bergordnung“ ein Gesetz, an dem etwas Wesentliches bis zum 5. Januar 1852 nicht geändert wurde.[2] Wohl sind eine Unzahl Einzelbestimmungen ergangen, aber sie trafen alle nicht den Kern der älteren Auffassung von Bergwerkssachen.

---

[1] Achenbach, Das gemeine deutsche Bergrecht ꝛc. — G. H. Wahle, Das allgemeine Berggesetz für das Königreich Sachsen. Geschichtliche Einleitung.

[2] Wahl, a. a. O., S. 14.

Wir wollen nun in großen Zügen ein Bild der Bergwerksverfassung entwerfen, wie sie in Deutschland bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts in Kraft war. Wollten wir auch nur den hundertsten Theil der abändernden Einzelheiten in der Berggesetzgebung jener Zeit hier anführen, dann würde der Herausgeber dieser Zeitschrift uns wegen Raumverschwendung verklagen. Also nur die allgemein giltigen Grundsätze seien angeführt.

Das ältere deutsche Bergrecht bestimmte:

1. Der Landesherr resp. der Staat ist Regalherr, was faktisch zu einem Besitzrecht der absoluten Herren an den Erdschätzen auswuchs. Dem Grundeigenthümer ist das Verfügungsrecht über die Mineralien entzogen. Der Staat giebt den Bergbau frei, hat kein Vorzugsrecht vor anderen Findern, bedarf aber auch keiner Verleihung, wie die Privaten sie nachsuchen müssen, wollen sie ein Bergwerk, Hütten, Schmiedewerkstätten 2c., soweit sie mit dem Bergbau in Verbindung stehen, einrichten. Das Regal kann auch von Kommunen oder Privatpersonen durch Verleihung oder Verjährung erworben werden.

2. Zum Regal gehören so ziemlich alle Mineralien, doch sind für den Umfang desselben keine leitenden Prinzipien aufgestellt.

3. Der erste Finder hat das Vorrecht auf die Verleihung; übt er sein Recht aber nicht aus, dann kann auf Antrag Dritter nach einer bestimmten Zeit eine „Freifahrung" erfolgen, die Muthung (Gesuch um Verleihung der Mineralien) ist dann ungiltig. Dem Finder werden bestimmte Feldesgrößen vermessen; die Form des Feldes richtete sich nach der Art des gefundenen Minerals.

4. Das Bergwerk muß unausgesetzt in Betrieb gehalten werden, sonst wird dem Inhaber die Konzession entzogen, die Grube einem Dritten übergeben. Dasselbe geschieht bei Nichtbezahlung der Abgaben.

5. Den Betrieb des Bergwerks übt die landesherrliche Behörde aus; sie entläßt und legt Arbeiter und Beamte an, setzt Lohnhöhe und Arbeitszeit fest, regelt öfter auch den Produktenpreis; führt die gesammte Werksrechnung. Der Geldgeber (Gewerke) hatte also nichts in den Grubenbetrieb hineinzureden. Die Bergleute besaßen den Charakter unterer Staatsbeamten.

6. Der Staat resp. der Regalinhaber bezog die sogenannten Quatembergelder, Rezeßgelder und sonstige Gebühren; außerdem den zehnten Theil der geförderten Mineralien (also der Bruttoeinnahme) als eigentlicher Besitzer der Erdschätze.

7. Das Bergwerkseigenthum war in Antheile (Kuxe) getheilt, die von unterschiedlicher Größe waren. Meistens sind 128 bis 130 Kuxe vorhanden; zudem mußten noch ein, zwei oder drei für Schule, Kirche, Knappschaftskasse, Grundeigenthümer oder Landesherr abgebaut werden. Die Kuxen gehörten als Immobilien zum Bergwerk; jeder Eigenthümer konnte darüber frei verfügen.

8. Der Grundeigenthümer steht vor dem Bergbau zurück. Er muß Grund und Boden, Wasser 2c. hergeben gegen eine jährliche Entschädigung des Nutzungswerths. Einige Bergordnungen geben dem Grundbesitzer das Recht auf den Erbkux und auf das Mitbaurecht zur Hälfte. In Kohlenbezirken erhält der Grundbesitzer die Tradde, d. i. einen Theil der Förderung. Wo Wohn- und Wirthschaftsgebäude stehen, und vier Fuß im Umkreis derselben, auf Baum- und Gemüseanpflanzungen 2c. kann der Besitzer das Aufsuchen von Mineralien (Schürfen) verbieten.

9. Die Bergantheile und deren Ausbeute sind frei von allen Konfiskationen, Abschoß- und Abzugsgeldern.

10. Der Bergbehörde steht das polizeiliche Strafrecht zu.

So sah die deutsche Berggesetzgebung aus beim Eintritt in das neunzehnte Jahrhundert. Was zur Zeit des allerbeschränktesten Unterthanenverstandes „heilig" gewesen, das hatte sich fortgeerbt bis in die Zeit der Voltaire und Diderot, Hegel und Goethe.

In Frankreich wurde zuerst auf dem europäischen Festland dem königlichen Rechte auf die Erdschätze der Kehraus getanzt.[1] Durch die napoleonische Eroberung des westlichen Preußens wurde in diesen Bureaukratenstaat das französische Bergrecht vom 21. April 1810 verpflanzt und die linksrheinischen Landestheile behielten es auch dann, als der Fürstenzüchtiger Bonaparte nach Helena verbannt wurde.

Das französische Bergrecht,[2] geboren in der großen Revolution des dritten Standes, kennt kein Bergregal in deutschem Sinne; die Mineralien gehören der „Nation". Nur die unterirdischen Mineralien, also nicht wie nach deutschem Rechte auch die Obertagsanlagen, kann der die „Nation" repräsentirende Fiskus verleihen. Ferner ist die Betriebsführung durch den Staat (das sogenannte „Direktionsprinzip") im französischen Rechte abgeschafft, der Unternehmer leitet den Betrieb selbst; die Abgaben sind sehr ermäßigt, der geschäftliche Verkehr sehr erleichtert, die Streitfragen den ordentlichen Zivilgerichten überwiesen. Kurzum: im französischen Berggesetz von 1810 erhielt das Privatkapital Ellenbogenfreiheit zur schrankenlosen Ausbeutung der Erdschätze und — der Arbeiter, das ist des Pudels Kern.

In einem Theile des Staates Preußen, dem 1815 erworbenen Rheinland, bestand französisches Recht, indeß im übrigen noch mittelalterliche, absolutistische Anschauungen auch für die Montanindustrie herrschten. Dies mußte den nach Ausbeute lüsternen besitzenden Bürger Preußens veranlassen, an dem Gebäude der unzeitgemäßen Bergwerksverfassung zu rütteln. Was auch geschah.

Im April 1829 wurde im preußischen Ministerium der erste Berggesetzentwurf ausgearbeitet,[3] der aber nicht an die Oeffentlichkeit kam. Der Entwurf von 1833, der erste gedruckte, räumte auf mit dem Direktionsprinzip, dem Schmerzenskind der nach „wirthschaftlicher Selbständigkeit" lechzenden Grubenbesitzer. Aber 1841 kam ein neuer, mehrfach überarbeiteter Entwurf zur Veröffentlichung, der zum alten Prinzip der Bevormundung zurückkehrte; ja es wurden Aufstellung fester Normalsätze für den Arbeitslohn (!) und die Preisfestsetzung der Stein- und Braunkohle dem Staate vorbehalten! Die Landstände (Schlesien, Sachsen, Westfalen, Rheinland) erhoben aber Widerspruch und der Entwurf blieb ein solcher.

Unter Savignys Redaktion arbeitete die Staatsleitung 1846 nochmals einen Entwurf aus, der sich vollständig auf den Boden des 1841er stellte. Da kam das „tolle Jahr" 1848 und jetzt setzte eine Kommission von Interessenten[4] es durch, daß der Minister einen Berggesetzentwurf der Kammer vorlegte, der das Bergregal gänzlich abschaffte, das Maximum der zu verleihenden Feldesgröße

[1] Arndt, Bergbau und Bergbaupolitik, giebt eine instruktive Darstellung der Entstehung des neuen französischen Bergrechts. Hand- und Lehrbuch der Staatswissenschaften. Band 11. Herausgeber Kuno Frankenstein. 1894.

[2] H. Achenbach, Das Französische Bergrecht und die Fortbildung desselben durch das Preußische Allgemeine Berggesetz dargestellt. Bonn 1869.

[3] Brassert, Die Bergrechtsreform in Preußen. I. Historischer Ueberblick. Zeitschrift für Bergrecht, 3. Band (1862), S. 234—331.

[4] Darunter von bekannten Industriellen Harkort, Berger, Vopelius, Honigmann, Haniel und Heintzmann.

fallen ließ, die Abgaben bedeutend niedriger feststellte und den Betrieb der Gruben ganz in die Hand des Kapitals legte. Hier sieht man wieder, welche eigentlich treibenden Kräfte das „tolle Jahr“ erzeugten. „Toll“ war es schon, aber die Bourgeois waren doch nicht so toll, dem niedergeworfenen Königthum nicht Bedingungen abzuzwingen, die dem Kapital sehr zu Gute kamen. Heute allerdings will die feinste Blüthe des Patriotismus, der Gruben- und Hüttenbesitzer, mit den Errungenschaften des tollen Jahres nichts zu thun haben.

Die Reaktion schlug den feigen Bürger in die Flucht, der Berggesetzentwurf von 1850 kehrt wieder zum alten Regalitätsprinzip zurück; die Kammer begrub ihn und es beginnt jetzt für Preußen jene bergrechtliche Novellengesetzgebung, die schließlich ein wüstes Tohuwabohu auf diesem Gebiete schuf. Als rother Faden zieht sich jedoch durch alle jene Novellen das Bemühen der Regierung hindurch, immer mehr das Kapital zu entlasten, den Bergbau zu „entfesseln“. So wurden den Unternehmern am 12. Mai 1851 nicht weniger wie vierundzwanzig einzeln benannte Abgaben erlassen, und am 10. April 1854 die Arbeiter in knappschaftlicher Hinsicht schwer geschädigt, die Unternehmer beschenkt. Am 21. Mai 1860 wurde das Direktionsprinzip beseitigt, die Bergleute wurden „freie Arbeiter“ der Unternehmer; zweimal, am 26. März 1856 und am 22. Mai 1861 wurden weitere Abgaben aufgehoben oder ermäßigt. So erhielt der preußische Bourgeois durch seinen Einfluß auf die Gesetzgebung fast alles das nach und nach, was sich sein französischer Kollege durch den Bastillensturm erkämpfte. Das Ueble war nur, schließlich hatten in Preußen nicht weniger wie dreizehn Bergordnungen, fünfzehn Einzelverordnungen, das Bergrecht des Allgemeinen Preußischen Landrechts und das Gemeine Deutsche Bergrecht Gesetzeskraft. Ein bergrechtliches Tutti-Frutti.

Endlich, im Jahre 1865, war die preußische Staatsleitung so zermürbt von den ständig auf sie einpetitionirenden Grubenbesitzern, daß sie den Drängern nachgab und dem Abgeordnetenhause einen Berggesetzentwurf vorlegte, der als „Allgemeines Preußisches Berggesetz vom 24. Juni 1865“ Gesetzeskraft erlangte. Dieses Gesetz bedeutet die vollständige Kapitulation des absoluten Königthums als Bergregalherr vor dem stärkeren Kapital. Das genannte Gesetz gilt heute in neun Zehnteln der deutschen Länder, hat also fast die Bedeutung eines deutschen Berggesetzes. Nur Sachsen, Sondershausen und Weimar haben ein Berggesetz (das sächsische vom Jahre 1869), welches in wenigen bedeutsamen Einzelheiten nicht mit dem preußischen übereinstimmt.

Wir wollen nun, wie wir es bei dem alten Bergrecht thaten, so auch das neue in seinen Grundzügen skizziren. Das neue (preußische) Bergrecht bestimmt:

1. Das Bergwerksregal ist beseitigt. Die Rechte des Staates bezüglich der Besteuerung, Verleihung, Betriebsführung der Bergwerke sind positiv im Gesetz bestimmt.

2. Die Mineralien sind, soweit sie abbauwürdig, dem Verfügungsrecht des Grundbesitzers entzogen.[1] Durch Verleihung des Staates scheiden sie rechtlich aus dem Grundbesitz aus.

3. Das Schürfen (Aufsuchen der Mineralien) muß jeder Grundbesitzer gestatten, wenn nicht im Gesetz angegebene sicherheitspolizeiliche Gründe dagegen sprechen. Die Bergbehörde ertheilt einen Schürfschein; auf eigenem Grund oder mit Genehmigung des Grundbesitzers kann ohne Schürfschein geschürft werden.

---

[1] Ausnahmsweise gehören in Preußen unter Anderem dem Grundbesitzer die Eisenerze in Schlesien, Neuvorpommern, Rügen und Hohenzollern; die Kohlen in der Oberlausitz, Kalenberg (Hannover) und die Salze in Hannover.

4. Der erste Finder hat Anspruch auf eine Verleihung, wenn er sich dieselbe durch Muthung binnen acht Tagen sichert. Mit Ausnahme einiger Spezialverordnungen hat der Finder überall Anspruch auf ein Feld von 500000 Quadratlachtern mit senkrechten Ebenen.

5. Der Beliehene ist nur dann zur Fortführung des Bergbaus verpflichtet, wenn das öffentliche Wohl dies gebietet und das Oberbergamt dementsprechend entscheidet. Nichtbefolgung dieses Entscheids hat unter Umständen nach sechs Monaten den Verlust des Bergwerkseigenthums zur Folge.

6. Die Bergbehörde prüft wohl den Betriebsplan in polizeilicher Hinsicht; eine weitere Einmischung in den Grubenbetrieb seitens der Behörde (Direktionsprinzip) findet nicht mehr statt. Die Bergleute sind „freie Arbeiter“.

7. Das Bergwerk gehört zu den unbeweglichen Sachen. Zwei oder mehrere Personen bilden unter dem Namen der Gewerkschaft eine juristische Person. Das Bergwerk ist in Kuxe (100 oder 1000) eingetheilt. In allen Rechtsfragen bezüglich des Eigenthums ist das Zivilgericht zuständig. (Neuerdings wandelten sich viele Bergwerke in Aktiengesellschaften um.)

8. Der Grundeigenthümer ist verpflichtet, das zum Bergbau erforderliche Terrain herzugeben gegen vollständige Entschädigung. Die Bergbehörde stellt durch spezielle Verordnungen fest, was zur Sicherheit des Oberflächeneigenthums gegen die Einwirkungen des Bergbaus zu thun ist.

9. Der Bergbehörde unterliegt nur die Handhabung der Bergwerkspolizei (Sicherheit der Baue, des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter und Schutz des Oberflächeneigenthums). Die Strafgerichtsbarkeit steht den ordentlichen Gerichten zu.

Das Allgemeine Preußische Berggesetz vom Jahre 1865 enthält ferner die wichtige Bestimmung, daß an den Rechten der „Reichsunmittelbaren“ bezüglich der Ausübung des Bergregals „nichts geändert“ würde.[1] Ferner wird das „Gemeine Deutsche Bergrecht“ (§ 244) ausdrücklich außer Geltung gesetzt und die Abgaben der Bergbautreibenden an den Staat als „Aufsichtssteuer“ auf 2 Prozent der Bruttoeinnahme normirt; die Eisensteinbergwerke wurden schon damals gänzlich abgabefrei, was die übrigen Gruben erst 1892 in der Novelle vom 24. Juni erreichten.

Schon ein flüchtiger Vergleich des neuen mit dem alten Rechte zeigt uns die außerordentliche Begünstigung des Kapitals durch die Gesetzgebung. Im Einzelnen und in der Praxis ist heute thatsächlich der Grubenbesitzer in Preußen-Deutschland ungehindert in der Ausbeute der Erdschätze und der Menschen. Die ihn noch einschränkenden Verordnungen stehen lediglich auf dem Papier, was wir noch speziell beweisen werden.

In den Motiven zum Allgemeinen Preußischen Berggesetz vom 24. Juni 1865 ist zu lesen, daß es der Zweck des Gesetzgebers sei, „die Hemmnisse und Schranken, welche der weiteren Entwicklung der Bergwerksindustrie in der mangelhaften Berggesetzgebung entgegenstanden, sobald als möglich zu beseitigen“. Dieses Ziel haben denn auch die sich Gesetze gebenden Grubenbesitzer in Preußen so gründlich erreicht, daß große Bodensenkungen, Städtezerstörungen (unter Anderem Eisleben) und die ständig steigende Todes- und Krankheitsziffer der Bergarbeiter glänzendes Zeugniß ablegen für die Fähigkeit des Kapitals, den „entfesselten“ Bergbau „zum Segen der Volkswirthschaft“ zu betreiben.

---

[1] Vergl.: Die wohlerworbenen Rechte der Grubenbesitzer, „Neue Zeit“, XVII, 1, Nr. 15, sowie auch den Artikel „Vom oberschlesischen Privatbergregal“ von A. Winter, „Neue Zeit“ XVI, 2, Nr. 38.

In dem zweitwichtigsten deutschen Bergwerksstaat, **Sachsen**, nahm die Entwicklung denselben Gang.[1] 1843 forderten die Stände ein neues Berggesetz und behaupteten, an den schlechten Erträgen der Gruben sei nur die staatliche Betriebsführung (Direktionsprinzip) schuld. 1851 ertönte der Ruf nach „Entfesselung“ des Bergbaus dringender und am 22. Mai 1851 wurde ein neues Berggesetz für das Königreich Sachsen publizirt, mit Ausnahme eines kleinen Landestheils (Herrschaft Schönburg und Oberlausitz; hier erlangte fünf Jahre später das Gesetz Giltigkeit). Dieses Gesetz gab den Gewerken große Freiheiten, aber damit hatte es noch nicht sein Bewenden. 1864 wurde 1. den Grubenbesitzern durch Verordnung die Verpflichtung der Grubenoffizianten durch die Bergbehörde erlassen, 2. brauchten sie nicht mehr die Bergarbeiter der Behörde vorzustellen und 3. waren sie nicht mehr verpflichtet, die aus irgend einem Grunde „feirigen“ (arbeitslosen) Bergleute vorzugsweise anzulegen.

Dies Gebäude krönte das Gesetz, welches am 3. Januar 1869 in Kraft trat. Hier waren alle „liberalen Einflüsse“ des preußischen Gesetzes von 1865 mächtig gewesen. Man hätte das letztgenannte Gesetz einfach für Sachsen übernommen, wenn nicht einige lokale Rechte dem widersprachen.[2] Daß die sächsische Bergrechtsreform ein genaues Seitenstück zur preußischen war, ersieht man aus der Begründung des Gesetzes vom 3. Januar 1869, wo es heißt, der Gesetzgeber sei gewillt, „alle irgend entbehrlichen Erschwerungen und Beschränkungen der freien Thätigkeit der Bergbautreibenden zu beseitigen und zu vermeiden.“ Die Bourgeoisie verstand sich aufs Gesetzemachen, sie schnitt sich Pfeifen, da sie im Rohre saß.

* *

Von der **lokalen** Bergordnung gelangten wir zur bergrechtlichen **Landesgesetzgebung**. Jetzt haben wir „ein einiges **Deutsches Reich**“ und die berufensten Autoritäten des Bergrechts treten ein für die Regelung der Berggesetzgebung Deutschlands durch **ein** Gesetz. Ein **Reichsberggesetz** ist eine wirthschaftliche Nothwendigkeit, sagt **Arndt**, und gegenüber den Bedenken, die Herr Staatssekretär **Nieberding** am 11. Dezember 1896 im Reichstag gegen den baldigen Erlaß eines solchen Gesetzes erhob, führt Arndt[3] in der „Juristenzeitung“ überzeugend aus, daß der Schaffung eines Reichsberggesetzes keine staatsrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Hindernisse entgegenstehen. Auf den Einwurf Nieberdings, es sei schwierig, ein Reichsberggesetz zu schaffen, antwortet Arndt:

„Es ist gar keine Materie denkbar, die nach Form und Inhalt mindere Schwierigkeiten bieten könnte, als die Abfassung eines deutschen Berggesetzes.... Man klagt wohl sonst über viele Gesetzesmacherei; indeß ein so durchbrochener und verworrener Zustand wie der des landesgesetzlichen Bergrechts muß endlich geklärt und geordnet werden.“

Und der berühmte Verfasser des Allgemeinen Preußischen Berggesetzes, Herr Oberbergrath H. **Brassert**, erklärt:[4]

„... Auch erst in der Folge der tiefgehenden Umgestaltung der früheren Rechtszustände, welche durch die schöpferische Kraft des jungen Reiches herbeigeführt wurde, hat sich in weiteren Kreisen die Ueberzeugung Bahn gebrochen,

---

[1] **Wahl**, a. a. O., S. 30 ff.

[2] Beispielsweise gehören im Königreich Sachsen die Kohlen zum Grundeigenthum, während sie in Preußen verleihbares Mineral sind.

[3] „Deutsche Juristenzeitung“ Nr. 16, 2. Jahrg. Verlag von Otto Liebmann-Berlin.

[4] „Zeitschrift für Bergrecht.“ Viertes Heft, 1898, S. 431 ff. Verlag von Marcus Weber, Bonn.

daß die Bergwerksindustrie, wenn sie vor Schaden bewahrt bleiben will, die reichsgesetzliche Feststellung ihres besonderen Rechtes auf die Dauer nicht entbehren kann."

Das sind gewichtige Urtheile von Leuten, die unstreitig zu den besten lebenden Kennern des Bergrechts gehören. Arndt hat denn auch schon 1889 einen „Entwurf eines deutschen Bergrechts"[1] ausgearbeitet; die Arbeit erledigte er in einer Woche, ein Beweis, wie unschwer sich ein Reichsberggesetz schaffen läßt.

Wir wollen nun einige hauptsächlich der Kritik bedürftige Punkte des Arndtschen Entwurfs hervorheben, da sie uns auch Gelegenheit geben, die kapitalfreundliche Richtung der von unseren Bergjuristen vorgeschlagenen Gesetzreform aufzudecken. Wegen unseres Raumes können wir selbstredend nicht ausführlich werden.

Arndt überweist das Eigenthum an den Salzen dem Reiche; dieses hat die Ausbeute der Salzlager als Monopol zu betreiben; die bestehenden Privatanlagen werden entsprechend vergütet. Im Königreich Sachsen, Anhalt und Mecklenburg sind die Salze schon jetzt vorbehaltenes Eigenthum des Staates. Arndt erweist sich in seiner Begründung des Salzmonopols als ein Befürworter der agrarischen Spekulation auf den Kalidünger, die Schönlank seinerzeit in der „Sozialen Praxis" bloslegte (Kalisyndikat).

Den „Reichsunmittelbaren" will Arndt ihr Bergregal lassen, da sich dessen Abschaffung (aus Pietätsgründen?) „nicht empfiehlt". Anderntheils zeigt der Verfasser des Entwurfs keine große Achtung vor dem alten Herkommen, denn er will das Verfügungsrecht des Grundbesitzes über die Erdschätze aufgehoben wissen, dort, wo wie in Mecklenburg, das „gemeine ungeschriebene Bergrecht" den Grundeigenthümer zum Besitzer der Mineralien macht; ebenso werden die hannöverschen Grundbesitzer, denen heute noch Salze und Soolquellen gehören, enteignet. Das Privatbergregal der „Standesherren" ist aber nun ein so angreifbares, ferner ist die auch von Arndt noch nicht gänzlich negativ entschiedene Frage: Sollen die Standesherren auch die Bergpolizei ausüben, so wichtig, daß gerade diese Partie des Entwurfs sehr zu beachten ist. Im Uebrigen läßt er die unterschiedlichen Partikularbestimmungen über die Zugehörigkeit der Mineralien zum Grundbesitz unangetastet.

Der Bergwerksbesitzer erhält durch den Arndtschen Entwurf noch größere Unabhängigkeit von der staatlichen Kontrolle. Obgleich sich diese Aenderungen äußerlich als Kleinigkeiten geben, praktisch wirksam gemacht, werden sie dem Raubbau Wege bahnen. Hierher gehören die Bestimmungen über Benutzung der Oberfläche, Abhängigkeit des Bergbaus von den Fragen der öffentlichen Sicherheit und den Verkehrsmitteln, Einreichung von Betriebsplänen, Begleitung des Kontrollbeamten durch den Werksleiter u. s. f.

Besonders wichtig ist der Passus im Entwurf, der den Betriebszwang aufhebt. Nach preußischem und sächsischem Rechte muß ein Bergwerk betrieben werden, wenn die Bergbehörde in diesem Sinne im öffentlichen Interesse entscheidet. Das will Arndt beseitigt wissen! Diese Angelegenheit zeigt deutlich, wie fest sich schon bei den modernen Bergjuristen die Vorstellung von dem durch Gesetz noch nicht formell festgestellten thatsächlichen Eigenthumsrecht des Kapitals an den Erdschätzen einbürgerte.

Wird der Betriebszwang aufgehoben, dann verzichtet das Volk auf den letzten Rest seines Eigenthumsrechts an den Mineralien. Ferner haben es dann

---

[1] Verlag von E. Pfeffer in Halle.

die Unternehmerkartelle (Kohlensyndikate) in der Hand, mit Rücksicht auf die Preisbildung willkürlich einen Produktenmangel zu erzeugen durch zeitweises oder gänzliches Einstellen eines vielleicht nicht sehr rentablen Bergwerks. Der Betriebszwang muß also unbedingt beibehalten werden.

Für den Arbeiter ist jedoch am bedeutsamsten, wie stiefmütterlich seine Angelegenheiten durch unsere Bergjuristen geregelt werden sollen. Brassert[1] will von einer Regelung des Knappschaftswesens, ja auch von der der Bergpolizei durch ein Reichsgesetz nichts wissen! Die „praktische Ausübung der Bergpolizei" darf den Landesregierungen (d. h. den in den Landtagen vereinigten gesetzgebenden Grubenbesitzern) nicht genommen werden, sagt Brassert; auch die Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Bergleute (die Ursache der Strikes von 1889 bis 1893!) wie des Knappschaftswesens soll nicht Sache des Reichstags sein. Warum? Darum:

„Triftige Gründe sprechen für die Ausscheidung desselben aus dem Programm des Reichsberggesetzes, und die Befürchtung (!), daß die Arbeiterfrage mit ihrer Agitation in das Berggesetz hineingetragen werde, verliert den Boden."

Der rothe Lappen! Und diesem Manne mutheten sogar Arbeiterblätter eine Opposition gegen Stumm zu. Auch Arndt ist für landesgesetzliche Regelung der Fragen, die den Bergarbeiter betreffen. Ob sich der Reichstag darauf einlassen wird?

Das Kapital will gern ein Reichsberggesetz, weil es thatsächlich seiner bedarf. Aber „mit Rücksicht auf die Agitation der Arbeiter" verzichtet man auf eine volkswirthschaftlich sehr nothwendige gesetzliche Aktion. Dies ist so bezeichnend für das schlechte Gewissen der deutschen Grubenbesitzer in der „Arbeiterfrage", daß schon deshalb alle Volksfreunde die Schaffung eines Reichsgesetzes, worin zeitgemäße Bestimmungen über den Bergarbeiterschutz, durchsetzen müssen.

Ueber Vermittlung von Infektionskrankheiten durch Gliederfüßler.

Von Dr. S. Rosenfeld.

Gliederfüßler (Arthropoden) können auf zweierlei Art bei Menschen und Thieren Krankheiten erregen. Die eine Art ist die des Parasitismus; der Gliederfüßler bildet als Parasit selbst die Krankheit. Diesbezüglich sei an die Krätze, an die Läusesucht, an das Befallenwerden von Sandflöhen und Holzböcken (Zecken), an die Bisse von Schnaken 2c. erinnert. Mit der Entfernung des Parasiten heilt die von ihm gesetzte Krankheit. Die zweite Art besteht darin, daß der Gliederfüßler eine mit seinem Parasitismus nichts zu thun habende Krankheit überträgt. Als klassisches Beispiel mögen die nach Insektenstichen auftretenden Blutvergiftungen erwähnt werden; das Insekt, sagen wir eine Fliege, saß vorher auf faulenden oder verwesenden Substanzen oder auf Häuten, welche von milzbrandkranken Rindern herstammten, beschmutzte sich dabei den Rüssel mit dem entsprechenden jeweiligen Gifte, das es dann mit einem Stiche auf den Menschen überträgt. In letzterer Zeit hat man nun die Rolle, welche Arthropoden als Vermittler von Infektionskrankheiten spielen, genauer studirt und dabei viele überraschende und praktisch wichtige Thatsachen aufgedeckt.

---

[1] „Zeitschrift für Bergrecht", Jahrgang 1898, 4. Heft.

Bekanntlich sieht die neuere Forschung die Ursache der Infektionskrankheiten in dem Eindringen und Wuchern kleiner Lebewesen. Diese Ansicht wird auch für die Krankheiten festgehalten, für die noch kein spezifischer Erreger entdeckt wurde, also z. B. bei Blattern, Masern, Scharlach. Für die Majorität der Infektionskrankheiten, z. B. für Diphtherie, Rothlauf, Wochenbettfieber, Cholera, Pest, Wechselfieber, Ruhr, Typhus, Rückfallfieber, Tuberkulose, Lungenentzündung, Milzbrand rc., wurde der spezifische Krankheitserreger entdeckt. Mit seiner Entdeckung war aber noch lange nicht der Weg klargelegt, auf dem er in den Organismus gelangt. Gerade in neuester Zeit werden vielfach Untersuchungen über die Uebertragbarkeit der Infektionskrankheiten durch die Luft angestellt. Als Hauptarbeiter in dieser Frage seien der Italiener Germano und der Deutsche Neißer genannt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sprechen nicht sehr dafür, daß der Uebertragung der Krankheitskeime durch die Luft der Löwenantheil bei der Entstehung der Infektionskrankheiten zukomme. Man sah sich daher gezwungen, an Uebertragung durch direkte Berührung durch den Kranken oder seine Ab- und Aussonderungen zu denken. Eine dritte Uebertragungsmöglichkeit wurde entdeckt, als man die Rolle der Insekten und ihrer Stammesverwandten in dieser Angelegenheit genauer studirte.

Man könnte sich diese Rolle einfach so denken, wie die Uebertragung des Blüthenstaubs durch Insekten von einer Pflanze zur anderen. Hier spielen die Insekten nur die Rolle eines mechanischen Transportmittels. Gar so einfach ist aber, wie aus dem Folgenden hervorgehen wird, die Sache bei den Infektionskrankheiten nicht. Die Erreger der Infektionskrankheiten sind gegen äußere Einflüsse (Temperatur, Luftfeuchtigkeit resp. Lufttrockenheit) oft sehr empfindlich und verlieren sehr oft bald die Fähigkeit, sich fortzupflanzen, und damit natürlich auch die Fähigkeit, Krankheit zu erregen. Sollten die Insekten bei der Uebertragung der Infektionskrankheiten nur einfach dieselbe Rolle wie bei der Uebertragung von Blüthenstaub spielen, so müßte die Uebertragung kurz nach der Zeit erfolgen, in welcher das Insekt mit dem Infektionsgift in Berührung gekommen. Sollte aber zwischen Berührung und Uebertragung ein größerer Zeitraum liegen dürfen, so müssen noch andere Verhältnisse mitspielen, es müßte der Krankheitserreger im oder am Leibe des Insekts lebens- und fortpflanzungsfähig erhalten bleiben. Das heißt so viel, als daß das Insekt nicht immun sein dürfe gegen den Krankheitskeim, sondern auch von ihm in ähnlicher Weise wie Menschen oder Säugethiere bedroht werden könne. Es handelte sich also darum, zu studiren, ob ein gewisser Krankheitskeim für gewisse Insekten auch pathologisch sei.

Eine derartige Untersuchung stellte Georg H. F. Nuttall hinsichtlich der Pest an,[1] deren Erreger durch Kitasato und Yersin bekannt geworden war. Nutall untersuchte das Verhalten von Fliegen und Wanzen. Während bei letzteren nur eine direkte Uebertragung durch Stiche in Frage kommt, können erstere die Krankheit auch dadurch übertragen, daß sie hernach zum menschlichen Genusse gelangende Nahrungsmittel mit den Krankheitskeimen besudeln oder selbst durch Zufall in Nahrungsmittel hineingelangen.

Die Versuche mit Wanzen stellte Nuttall so an, daß er hungernde Wanzen auf sterbende pestkranke Ratten brachte, sie sich satt saugen ließ und dann auf gesunde Mäuse setzte oder sie in längeren oder kürzeren Zwischenräumen tödtete

---

[1] Zur Aufklärung der Rolle, welche die Insekten bei der Verbreitung der Pest spielen. Ueber die Empfindlichkeit verschiedener Thiere für dieselbe. „Zentralblatt für Bakteriologie, Parasitologie und Infektionskrankheiten", 22. Band, Nr. 4.

und ihren Hinterleib Mäusen einimpfte. Für das Gedeihen der Pestbazillen im Wanzenkörper ist nur letzterer Versuchsmodus entscheidend. Das Versuchsresultat blieb nicht immer gleich. Im Allgemeinen fand aber Nuttall, daß die Pestbazillen allmälig im Wanzenleibe abstarben; er hält daher dafür, daß die Gefahr der Pestansteckung durch Wanzenstiche gering sei.

Für die Untersuchung der Fliegen nahm Nuttall einen Lampenzylinder, der beiderseits mit Kork geschlossen war, in den er die frisch gefangenen Fliegen hineinsetzte. Die untere Oeffnung diente zum Herausnehmen der Fliegen, die obere zu ihrer Fütterung. Zu diesem Behufe hatte der Kork eine 1,5 Zentimeter breite Oeffnung, in der eine verschließbare Röhre stak, durch welche infizirtes Filtrirpapier geschoben wurde, bis es pinselförmig innen vorstand. Eine zweite mit einem Drahtnetz verschlossene Oeffnung im Korke diente als Ventilationsloch. Zur Infektion wurden Aufschwemmungen von frischen Organen pestbefallener Mäuse benutzt. Der Darminhalt der verendeten Fliegen wurde mikroskopisch untersucht oder der von getödteten Fliegen Mäusen eingeimpft. Nutall fand, daß mit infizirter Nahrung genährte Fliegen im Durchschnitt kürzer lebten resp. daß mehr von ihnen starben, als von Kontrollfliegen, die unter den gleichen Bedingungen gefangen und mit Ausnahme der infizirten Nahrung gehalten wurden. Auch die Impfungen wiesen auf die Uebertragungsmöglichkeit hin. Ein Darm einer am achten Tage verendeten Fliege enthielt fast Reinkulturen der Pestbazillen.

Aus seinen Untersuchungen zieht Nuttall den Schluß, daß den Fliegen bei der Uebertragung der Pest eine Rolle zufallen kann. Seine experimentellen Untersuchungen stehen mit der Praxis in Uebereinstimmung. Ogata giebt an, daß wo viele Fliegen, Flöhe, Mosquitos sind, die Pestkranken zur Verhütung der Weiterverbreitung der Pest unter einem Mosquitonetz gehalten werden.

Lassen wir es uns an dieser einen Untersuchung als Typus derartiger Laboratoriumsexperimente genug sein und wenden wir uns einer anderen Art von Beobachtung zu.

Als Texasfieber wird eine Erkrankung des Rindviehs in den nördlichen Staaten Nordamerikas bezeichnet, welche auftritt, sobald dasselbe mit aus Texas importirten Rindern, welche weder vorher noch nachher ein Krankheitssymptom zeigen, in Berührung kommt. Ja, es mußte nicht einmal direkte Berührung sein; es genügte schon, daß Nordvieh über eine Weide geführt wurde, über welche vorher Texasvieh gegangen war. Die Krankheit ist sehr verbreitet; man findet sie auch in Süd- und Ostafrika, in Australien, in Rumänien und in der römischen Campagna. In letzterer befällt sie jedoch nicht das einheimische Thier, sondern das aus der Schweiz oder der Lombardei importirte, mit dem einheimischen in Berührung gekommene Vieh.

Smith fand im Blute texaskranker Thiere einen eigenthümlichen in den rothen Blutkörperchen sitzenden Parasiten, der wegen seiner birnförmigen Gestalt und weil er in der Regel zu Zweit in einem Blutkörperchen vorkommt, den Namen Pirosoma bigeminum erhielt; dieser Parasit, auf Nordvieh überimpft, rief die Texaskrankheit hervor. Da Viehzüchter und Händler die Entstehung der Texaskrankheit mit den Zecken in Zusammenhang brachten, welche fast stets sich auf dem Texasvieh vorfanden, so untersuchte Smith die Wahrscheinlichkeit dieser Annahme. Er fand, daß zeckenfreie Texasrinder die Krankheit nicht auf Nordvieh übertrugen, zeckenbehaftete dagegen stets, daß auf die Weide von Nordvieh ausgestreute Zecken die Krankheit hervorriefen, ja, daß sogar junge, mit Texasvieh gar nicht in Berührung gekommene Zecken, welche jedoch von Texasviehzecken abstammten, infizirend wirkten. Dieser letztere Versuch fand wenig Glauben;

Robert Koch konnte aber seine Richtigkeit in Ostafrika nachweisen. Er nahm Zecken von anscheinend gesunden und solche von texaskranken Thieren und ließ sie in getrennten Gläsern ihre Eier ablegen. Die jungen Zecken brachte er in einen zehn Tagereisen vom Sammelort entfernten Ort, an dem die Texaskrankheit ganz unbekannt war, und setzte sie auf gesunde Rinder. Am zweiundzwanzigsten Tage erkrankten jene Rinder, welche mit Zecken von kranken Thieren herstammend besetzt waren, während die anderen Rinder gesund blieben. Im Blute der erkrankten Thiere, dessen Ueberimpfung die Texaskrankheit hervorrief, fand sich das Pirosoma bigeminum.

Aus diesen Versuchen geht hervor, daß sich der Blutparasit nicht blos lange Zeit im Körper der Zecke lebendig und fortpflanzungsfähig erhält, sondern daß er auch auf die folgende Generation vererbt wird. Die Zecken sind daher nicht einfach mechanische Vermittler der Texaskrankheit, sondern ein Zwischenwirth für den Parasiten.

Eine ähnliche Theorie wurde hinsichtlich des Wechselfiebers (Malaria) aufgestellt; hier sollen Mosquitos die Uebertrager des Malariaparasiten sein. Doch muß erwähnt werden, daß diese Anschauung nicht allgemein getheilt wird, und daß noch mancher Autor den Genuß von Wasser, noch mehr aber die Einathmung von Luft als den Weg betrachtet, auf welchem der Parasit in den menschlichen Körper gelangt. Ueber die Wahrscheinlichkeit der Wasser- und Lufttheorie wollen wir uns hier weiter nicht äußern, sondern nur die Mosquitotheorie besprechen.

Daß Mosquitos die Malaria übertragen können, klingt nicht ganz unerwartet; beschuldigt man doch auch diese Thiere der Vermittlung anderer Krankheiten. So wird die Filaria sanguinis, ein im Blute der Tropenbewohner sich aufhaltender Verwandter des Guineawurms, sicher durch die Mosquitos übertragen; die Tsetsefliege veranlaßt die Tsetsekrankheit, diese gefürchtete Rinderseuche, welche durch einen, nicht in den Blutkörperchen, sondern im Blutwasser lebenden Blutparasiten bedingt ist. Auch ist die Mosquitotheorie eigentlich schon im Alterthum aufgestellt worden. Columella, Varro und Vitruv lassen schon Insekten eine Rolle bei der Uebertragung der Malaria spielen.

Eine wissenschaftliche Stütze erhielt die Mosquitotheorie durch die Untersuchungen des Surgeon Major Roß in Secunderabad (Indien), über welche Manson berichtete (Patric Manson: The life history of the Malaria germ outside the human body. „Lancet", März 1896). Darnach saugen die Mosquitoweibchen die Malariaparasiten aus dem Blute Kranker auf und dienen denselben als prächtige Nährböden. Sie legen ihre Eier ins Wasser, in welches sie hernach sterbend hineinfallen. Ihren Leib mit den darin enthaltenen Parasiten verzehren die aus den Eiern schlüpfenden Mosquitolarven, welche entweder mit dem Trinkwasser oder in eingetrocknetem Zustand durch die Athemluft in den menschlichen Körper gelangen. Roß beobachtete auch thatsächlich, daß ein Eingeborener nach dem Genuß von Wasser erkrankte, in welches malariablutangefüllte Mosquitoweibchen hineingefallen waren und ihre Eier abgelegt hatten.

Diese Theorie prüfte Friedrich Plehn (vergl. F. Plehn: „Die Kamerunküste") experimentell nach. Er setzte je drei Mosquitos in kleine Gläser, welche auf dem Arme Fieberkranker befestigt wurden, und ließ sie sich mit Blut ansaugen. Einige Mosquitos tödtete er in bestimmten Intervallen mittelst Chloroform; er fand, daß sich die Malariaparasiten nicht lange im Mosquito erhielten. Die anderen Mosquitos verwendete er zu Impfversuchen an Menschen,[1] ebenfalls

[1] Als Beitrag zur Behandlung der Neger möge die betreffende Stelle hieher gesetzt werden. „Ich habe im Ganzen in neun Fällen in der beschriebenen Weise mit Malariablut gefütterte Mosquitos in Gläschen auf die Haut Gesunder gebunden, sieben Mal bei Negern,

mit zweifelhaftem Resultat. Plehn konnte demnach die Mansonsche Theorie nicht bestätigen.

Dagegen erhielt die Mosquitotheorie eine mächtige Stütze in Robert Koch (Aerztliche Beobachtungen in den Tropen). Koch hält die Mosquitos unbedingt für die einzigen Vermittler der Malaria; nur glaubt er nicht wie die Engländer, daß Wasser und Luft dabei eine Rolle spielen, sondern glaubt, daß sie wie die Zecken bei der Texaskrankheit sich verhalten. „Darnach würde der Mosquito die Parasiten aufnehmen, er überträgt sie dann weiter auf seine Eier und die jungen Larven, und erst die nächste Generation würde wieder im Stande sein, mit Malaria-Parasiten zu infiziren. Es scheint mir auch nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit zu liegen, daß die Parasiten sich durch mehrere Generationen in den Mosquitos halten.“

Ist diese Theorie richtig, so wäre es leicht, die Malaria sich vom Leibe zu halten. Man brauchte nur sich eines Mosquitonetzes zu bedienen. Und thatsächlich schlägt dies auch Koch vor. Er weiß auch von einem Falle zu erzählen, wo sich das Mosquitonetz wirksam gezeigt haben soll. Sieben Trappisten machten eine Reise ohne alle Vorsichtsmaßregeln und erkrankten schwer. Dieselbe Reise machten nachher fünf Trappisten; sie gebrauchten Mosquitonetze und Chinin und blieben gesund.

Lassen wir es bei diesen Beispielen über die Vermittlerrolle von Gliederfüßlern bei Infektionskrankheiten bewenden. Das Besprochene läßt deutlich Zweierlei erkennen. Erstens, daß eine wirksame Bekämpfung einer Krankheit erst durch ihre genaue Erforschung möglich ist und daß ihr Erkennen erst den Anfang zu ihrer Bekämpfung bildet; dies mögen sich insbesondere Jene merken, welche Heil von den Naturheilkünstlern von Gottes Gnaden erwarten. Zweitens, daß mit der Entdeckung der spezifischen Krankheitserreger wir noch lange keine Erklärung über den Weg der Infektion haben, sondern daß damit erst neue Fragen auftauchten, deren endgiltige Lösung erst das ersehnte Heil der leidenden Menschheit bringen kann.

Literarische Rundschau.

„Le Mouvement Socialiste.“ In der vierzehntägigen Zeitschrift dieses Namens, die seit Mitte Januar in Paris erscheint (bei Georges Bellais, 17 Rue Cujas, Preis des Abonnements für das Ausland halbjährlich 5 Francs), begrüßen wir einen neuen kraftvollen Mitstreiter. Bisher bestand in der französischen Parteipresse eine Lücke zwischen der Tageszeitung und der großen monatlichen Revue. Die letzteren sind sehr gut vertreten durch „Le Devenir Social“ und „La Revue Socialiste“, Revuen, wie sie die deutsche Parteipresse leider noch nicht aufzuweisen hat, was wir nur zu oft schmerzlich empfunden haben, wenn es galt, längere theoretische Abhandlungen und Diskussionen zu veröffentlichen, die in einer Wochenschrift von zwei Bogen nur schwer und nur auf Kosten des aktuellen Theiles unterzubringen sind, die auch für das große Publikum nur geringe Anziehungskraft haben, aber doch im Interesse des theoretischen Fortschritts der Oeffentlichkeit nicht vorenthalten bleiben sollten.

Ein günstiges Geschick hat dem französischen Sozialismus gleich zwei derartige Stätten theoretischer Forschung und Diskussion gewährt, dagegen blieb ihnen

---

die sich wegen äußerer Verletzungen im Hospital aufhielten, zwei Mal bei mir und einem Lazarethgehilfen, der sich freiwillig dazu erboten hatte.“ Hatten sich auch die Neger freiwillig erboten? Wenn ja, so hätte es Plehn wohl auch erwähnt. So nahm er sie, wie man in Europa Versuchskaninchen nimmt und setzte die im Hospital Hilfesuchenden einer Gefahr aus, deren Tragweite er selbst nicht genau kannte.

bisher eine öfter erscheinende Revue von mehr aktuellem, weniger akademischem Inhalt versagt, die sich's zur Aufgabe macht, den Zusammenhang zwischen praktischer Bewegung und theoretischer Grundlage herzustellen und zu bewahren. „Le Mouvement Socialiste“ will diese Lücke ausfüllen. Sein Standpunkt ist der marxistische, aber die Redaktion sieht im Marxismus nicht das starre Dogma einer Sekte, die blind darauf schwört, sondern eine fruchtbare Methode lebendiger Forschung und Vertiefung. Dabei soll die Revue nicht ausschließlich die französische Bewegung, die französischen Anschauungen zum Worte kommen lassen, sondern dem Proletariat Frankreichs auch die Einsicht in die sozialistischen Bewegungen und Theorien des Auslands erschließen.

Das Programm ist ein vortreffliches und die beiden ersten Nummern vielversprechend. Die besten Namen der internationalen sozialistischen Literatur haben ihre Mitarbeiterschaft zugesagt, die Redaktion ist in guten Händen, wir empfehlen daher die neue Zeitschrift den Genossen, die sich für die französische Bewegung interessiren, aufs Wärmste und heißen unser neues Bruderorgan herzlich willkommen!

Ein Ideal der Frauenwelt. Beiträge zur Bekleidungsfrage, von Dr. Fr. Brosin, Frauenarzt. Dresden 1898, Verlag von O. V. Böhmert.

Eine Kriegserklärung dem Korsett vom Standpunkt des Frauenarztes. Diese Broschüre sollte von jeder korsetttragenden Frau gelesen werden. In launiger, nie langweilig werdender Darstellung führt uns der Verfasser in den Kampf um die Taille, welchen er durch klug gewählte Abbildungen erläutert. Er schließt mit einem Appell an diejenigen, welche sich nicht zu den „geistig beschränkten Modenärrinnen und gemüthsarmen Koketten“ rechnen möchten, „in dieser ernsten und schönen Zeit, in der die Frauen sich anschicken, an den Kämpfen und Siegen der Männer auf materiellem und geistigem Gebiet thätigen Antheil zu nehmen“. Dabei versäumt der Verfasser nicht, für Fälle, in denen ein Ersatz für das Korsett nothwendig ist, einen solchen, nicht nur dem Namen, sondern auch dem Wesen nach unschädlichen, anzugeben. Für den Arzt ist es erfrischend, einen Kollegen zu treffen, welcher sich mit keinerlei sogenannten Reformkorsetten abgiebt und nicht den Pelz, wie leider so Mancher, waschen will, ohne ihn naß zu machen, sondern welcher vielmehr das Korsett an sich, ohne jede Phrase und Hinterthür a limine verurtheilt. Sind die Aerzte erst über diesen Punkt unter sich einig und rücken sie einer Jeden gegenüber mit einer unzweideutigen Sprache heraus, so wird selbst unter dem unverständigen Weibervolk und den dazu gehörigen meist gerade so unverständigen Männern etwas auszurichten sein. Herrn Dr. Brosin Dank und Handschlag einer Mitarbeiterin auf demselben Gebiet. Dr. H. B. Adams-Lehmann.

An der Schwelle des neuen Jahrhunderts.

Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Knauer.

V.

Wetterpropheten. — Wiedererstandene. — Der Naturforscher als Restaurator. — Die soziale Bedeutung der Suggestion.

Wenn uns die Seewarte von Hamburg oder ein anderes der großen meteorologischen Observatorien ihre Wetterbulletins zusenden und wenn wieder Wetterpropheten à la Falb ihre monatlichen, halb- oder ganzjährigen Wetterprognosen kursiren lassen, so stehen sich da Wettervorhersagen von ganz verschiedenem Werthe gegenüber, dort die gewissenhaften, auf wissenschaftlicher Basis aufgestellten, sorgsamer Beobachtung entspringenden Wetterberichte, die nicht mehr verkünden, als man weiß und wissen kann, und hier willkürliche, basis- und werthlose Prognosen, Wetterfabeln, die weit mehr vermelden, als sie verantworten können,

die kaum in eine Linie zu stellen sind mit den viel harmloseren Bauernregeln oder mit dem hundertjährigen Kalender, wie ihn einer meiner Vorfahren verbrochen hat.

Nicht darin, daß diese Wetterpropheten sich vermessen, auf einen Monat, eine ganze Saison, ja ein Jahr hinaus das Wetter vorhersagen zu wollen, liegt das Unsinnige dieser Prognosen. Auch die wissenschaftliche Wetterkunde versucht solche Wettervorhersage auf lange Fristen, geht den vermeintlichen Einflüssen der Sonnenfleckenperioden, des Golfstroms und seiner Temperaturschwankungen, der Eisverhältnisse im hohen Norden, den Wechselbeziehungen zwischen dem Luftdruck und der Temperatur im Osten und der Wetterlage im Westen und umgekehrt, den aus der Aufeinanderfolge heiterer und trüber, kalter und warmer, windstiller und stürmischer, trockener und feuchter Tage etwa sich ergebenden allgemeinen Regeln nach und sucht so nach allgemein giltigen Prinzipien für die Wettervoraussage auf längere Zeit. Der frühere Leiter des „meteorologischen Dienstes" in Indien Blanford und der jetzige Leiter Elliot pflegten diese Art der Wetterprognose lange und nicht ohne Erfolg. Im Vorjahr hat Dr. W. Meinardus in Potsdam den allgemeinen Witterungscharakter für ein Vierteljahr vorauszubestimmen versucht und demnächst sind weitere Untersuchungen über den Zusammenhang der atmosphärischen Verhältnisse in Nordwest- und Mitteleuropa zu gewärtigen. So ernste Voruntersuchungen, die überdies ehrlich eingestehen, über das Stadium des Erwägens und Erprobens nicht hinaus zu sein, liegen aber den Prognosen unserer Wetterpropheten durchaus nicht zu Grunde. Ihnen sind die geheimnißvollen Einflüsse des Mondes, die die kritischen Tage schaffen, zu Grunde gelegt. Der Mond, dem von Alters her die verschiedensten Einflüsse auf das Erdenleben zugeschrieben werden, er, der das Steigen und Fallen des Meeresspiegels, die Ebbe und Fluth, veranlaßt, ist auch der Urheber einer solchen Ebbe und Fluth im Luftozean. Ihm sekundirt oder opponirt je nach ihrer Stellung die Sonne. Aber genaue mathematische Berechnung hat ergeben, daß dieser vermeintlich sehr bedeutende Einfluß des Mondes auf die Witterungsänderungen, diese Rückwirkungen der atmosphärischen Fluth, in Wirklichkeit eine sehr geringe, ganz unmerkbare ist; wiederholte sorgfältige Vergleiche der meteorologischen Erscheinungen an den kritischen und nicht kritischen Tagen haben konstatirt, daß die Luftdruckminima (Depressionen), die Stürme, die Zahl und Ausgiebigkeit der Niederschläge u. s. w. durchaus nicht an den kritischen Tagen ein Plus ergeben, und last not least hat die Konfrontirung der prophezeiten und der thatsächlich eingetroffenen Witterungsverhältnisse mit wenigen Zufallsausnahmen fast immer ein jammervolles Fiasko der Wetterpropheten gebracht.

Da scheinen der vielbeliebte Wetteransager, der Laubfrosch, der nicht nur durch eifriges Gequake nach kühlendem Regen, sondern auch durch Farbenwechsel seines Leibesgrüns nahenden Wetterwechsel vermeldet, der Schlammpeitzker, der bekannte Wetterfisch, den es bei trüber Witterung aus dem Schlamme herauf nach oben drängt, die Fliegen und Bremsen, in die bei herannahendem Gewitter der Teufel zu fahren scheint, so quälen sie Mensch und Thier, und all die Frühlings- und Winterboten aus der Vogelwelt, die da jährlich kommen und gehen, ihre Wetteransage auf positiverer Basis zu stellen, sei es, daß sie, sensibler als wir, die Voranzeichen sich vorbereitenden Wetterwechsels früher und besser wahrnehmen, sei es, daß sie, die den Launen des Wetters täglich und stündlich preisgegeben, eines eigenen Wettersinns theilhaft sind.

Die moderne wissenschaftliche Meteorologie hat sich ihre heutige Position mühsam und schrittweise erkämpfen müssen. Solange ihr die Luftgebiete, in denen sich der Wetterwechsel vorbereitet, unzugänglich blieben und ihr nur ein recht

ungenügender Hilfsapparat zur Verfügung stand, kam sie nicht recht vom Flecke. Als aber Physik und Mechanik immer vollendetere Instrumente schufen, als es möglich wurde, mit dem Luftballon und Drachen selbst in den Luftozean einzudringen oder Registrirapparate zu entsenden, als nach und nach ein ganzes Netz meteorologischer Stationen Tag für Tag im Dienste der Wetterkunde thätig war und verläßlich und pünktlich an hunderten Orten zu gleicher Zeit die bezüglichen Beobachtungen angestellt wurden und ein weitverzweigtes Telegraphennetz den raschen Austausch dieser Beobachtungen vermittelte, da ging es rasch vorwärts. Je ausgedehnter allmälig das Beobachtungsgebiet geworden sein wird, je einmüthiger und einheitlicher alle die Staaten in dieser Richtung zusammenwirken, je rascher die täglichen Wetterberichte bekannt werden, desto sicherer werden bald zu allgemeinem Nutzen die Wetterprognosen für lange Fristen, für den nächsten Tag und, was dem praktischen Bedürfniß am meisten entspricht, für mehrere Tage sich gestalten. Viel könnte da auch gewissermaßen eine Popularisirung der Wetterkunde leisten, wie sie der bestbekannte Meteorologe W. J. van Bebber in Vorschlag bringt, Direktor der Hamburger Seewarte, in weiten Kreisen durch sein „Handbuch der ausübenden Witterungskunde“ (F. Enke, Stuttgart) und sein: „Die Wettervorhersage“ (ebenda) bekannt. Wenn das große Publikum über die sehr einfachen, leichtverständlichen Prinzipien der modernen Witterungskunde aufgeklärt würde, wenn es gelehrt würde, die Rolle zu erfassen, die die Luftdruckvertheilung, das barometrische Maximum und Minimum, die damit direkt in Zusammenhang stehende Richtung und Stärke der Winde, das einfache barische Windgesetz, die Bewölkungs- und Temperaturverhältnisse bei der Beurtheilung der Wetterlage und des wahrscheinlichen Verlaufs der Witterung spielen, und wenn die täglichen Wetterkarten, die den Leser mit etwa dreißig Zeichen über die bezüglichen täglichen Witterungsverhältnisse informiren, rasch und unentgeltlich ins Publikum gelangen würden, dann wäre jeder auch nur elementar Gebildete im Stande, an der Hand dieser Wetterkarten sich täglich selbst ein Urtheil über die voraussichtliche Witterung der nächsten Zeit zu bilden.

* * *

Das große Sterben, das Aussterben ganzer Thiergruppen geht vor sich, seit es Thierwesen auf der Erde giebt. Eine Generation ist auf die andere gefolgt, die verschiedenen Erdepochen haben einander abgelöst und so sind auch Thiergeschlechter gekommen und wieder von der Erde verschwunden. Die einen erhielten sich durch alle die Zeitalter der Erde hindurch, die anderen waren nur der und jener Erdepoche eigen. Und auch in der Jetztzeit geht solches Aussterben vor sich. Die Dronte, das Borkenthier, der Riesenalk sind noch nicht lange aus der Liste jetzt lebender Thiere gestrichen worden. Bald wird es keinen Alpensteinbock geben. Die Tage des Bison, des Wisent, des Bibers sind gezählt. Noch manche andere Thierart sehen wir mit Riesenschritten dem Untergang zueilen. Da mag es denn interessant sein, zu vernehmen, daß es auch zu früh Todtgesagte, Wiedererstandene giebt. Nach fossilen Resten, die man auf Neuseeland fand, hat man die Art Notornis Mantelli gebildet. Von dieser vermeintlich ausgestorbenen Rasse erhielt man aber 1849 ein frisch getödtetes Exemplar; dann erlegten eingeborene Maoris 1851 ein zweites Exemplar und dreißig Jahre später erhielt man ein drittes Exemplar. Als aber dann von diesem Sumpfvogel kein Lebenszeichen mehr zu finden war, stellte man ihn endgiltig zu den Todten. Nun hat kürzlich ein Hund ein neues Exemplar in demselben Gebiet, in dem die drei anderen entdeckt worden waren, aufgestöbert. Noch also gehört diese Vogelart nicht zu den Todten. Und noch eine andere lebende Reminiscenz!

In der amerikanischen Diluvialzeit lebten die Megatherien, flußpferdgroße Pflanzenfresser von plumpen Formen und unbeholfenster Bewegung. Diese Riesenfaulthiere waren besonders an dem hinteren Theile des Körpers massig entwickelt und stützten sich, wenn sie sich an den Baumstämmen emporrichteten, auf ihren kolossalen Schwanz. Es scheint nun, daß in Patagonien heute noch ein kleiner Vertreter dieser längst ausgestorbenen Megatherien lebt. Man hat ein nächtlich lebendes, an das Schuppenthier erinnerndes, aber rothgrau behaartes Thier gesehen und in einem ebenfalls aus Patagonien stammenden, schlecht konservirten Felle, das man diesem Thiere zuschreibt, eigenthümliche, tief in die Haut eingebettete kleine, runde Knöchelchen gefunden, wie sie ähnlich mit den fossilen Resten von Megatherien in den Pampasschichten zusammen gefunden worden.

* * *

Der Paläontologe, der sich aus all den mehr oder minder reichlich auftretenden versteinerten Resten der Erdschichten die Lebewelt von Einst rekonstruirt, sucht auch dem Laien diese Thierwelt längst entschwundener Erdenzeiten gestaltlich vorzuführen. Wenn er uns z. B. das vorweltliche Mammuth in den naturhistorischen Museen mit Haut und Haar aufstellt, so fiel ihm dies nicht so schwer, denn das konservirende nordische Eis hat uns diese Thierriesen der Eiszeit so vollständig sammt Knochen, Fleisch und Fell erhalten, daß die Hunde von den Kadavern fressen. Wo aber die fossilen Reste minder vollständig waren, da mußte die Phantasie des Fachmanns, auf den vorhandenen Knochenresten aufbauend und von bekannten Thatsachen der Anatomie rückschließend, die Leibesformen solcher Vorweltthiere rekonstruiren. So sind unter Anderem die Gipsmodelle entstanden, wie sie unter der Leitung bekannter Geologen das American Museum of Natural History herstellt, die dem Laien die sonderbaren Gestalten der vorweltlichen Thierwelt lebhaft vor Augen führen. Die kühnste Art solcher Restaurations- und Rekonstruktionsarbeit ist aber kürzlich von Professor Kollmann versucht worden, der den Theilnehmern des letzten Anthropologentages die rekonstruirte Büste einer Frau aus der jüngeren Steinzeit vorführte. Auf der Thatsache fußend, daß zwischen den Knochentheilen und den Weichtheilen des Körpers bestimmte Verhältnisse bestehen, hatte Kollmann an zahlreichen lebenden und todten Frauen gleichen Alters die bezüglichen Verhältnisse studirt, die Weichtheile genau gemessen, so bestimmte Durchschnittszahlen erhalten und diese Forschungen zur Rekonstruktion des gut erhaltenen Schädels einer etwa dreißigjährigen Frau, der auf dem Pfahlbau von Auvernier am Neuenburger See gefunden worden war, verwendet. Mit Hilfe des Historienmalers Büchly stellte er von diesem Schädel einen Gipsabguß her, legte auf diesem Abguß eine Schichte Modellirthon auf, markirte dann an der Hand der gefundenen Durchschnittszahlen die Dicke der Weichtheile durch kleine Gipspyramiden und füllte dann die Zwischenräume mit Modellirthon aus. Der von diesem Modell erhaltene Gipsabguß zeigte dann die Züge der Pfahldörflerin, die lebhaft an die allbekannten der noch heute bestehenden kurzköpfigen, breitgesichtigen Menschenrasse erinnern, so daß für die Persistenz der Rassen ein neuer interessanter Beweis erbracht erscheint. Man ist jetzt daran, die Richtigkeit solcher Rekonstruktionsmethode an Schädeln von Personen, von denen auch Porträts vorhanden sind, zu prüfen.

* * *

Nihil novi sub sole! Alles schon dagewesen! möchten wir ausrufen, wenn wir von den überraschenden Heilkuren der Medizin auf suggestivem Wege hören und uns dann die Zauberkuren des Abbé Faria, die berühmt gewordenen Brotpillen, die Bauerndoktoren mit ihren sympathetischen Mitteln, die nachgewiesenen

Heilungen durch Zauberbeschwörungen einfallen. Alles Suggestion. Der Ausdruck ist wohl Vielen geläufig. Was aber Suggestion eigentlich ist, welche wichtige Rolle dieselbe im Leben des Einzelnen, wie in der Gesellschaft, in der Erziehung, der Welt- und Kulturgeschichte spielt, darüber sind sich nur Wenige klar. Und Wenige wissen, wie segensreich, wie unheilvoll andererseits Suggestion im engeren Kreise und im weiten Bereiche wirken kann. Recht lesenswerth ist die Schrift des berühmten russischen Neurologen W. v. Bechterew über dieses Thema („Suggestion und ihre soziale Bedeutung", Leipzig 1899, Arthur Georgi), die uns lebhaft die Konsequenzen suggestiver Beeinflussung für das Individuum und für die Gesellschaft vor Augen ruft.

Wie unser physischer Organismus mit einem Heere von Mikroorganismen zu kämpfen hat, allerorts die Kontagien lauern, den Körper zu infiziren, so giebt es eine psychische Infektion, sind Worte und Gesten, Reden und Schriften die psychischen Mikroben, welche die Psyche des Menschen infiziren. Mit Absicht oder unabsichtlich, im Einverständniß mit uns oder ohne unser Vorwissen werden uns Vorstellungen, Ideen, Handlungen suggerirt, ohne daß unser persönliches Bewußtsein, unser „Ich" mitspricht. Wenn wir Jemanden überreden wollen, dann wenden wir uns an seinen Verstand, suchen ihn durch logische Ueberzeugung, durch Nachdenken unserer Ansicht werden zu lassen. Offen, ehrlich, an sein persönliches Bewußtsein uns wendend, wirken wir auf ihn ein. Die Suggestion aber umgeht das „Ich" des Anderen; durch ein Hinterthürchen verschafft sie sich Eingang in die Seele und infizirt, impft sie mit bestimmten Seelenzuständen.

Zwei Formen solcher psychischer Beeinflussung sind der Befehl und das Beispiel. Nicht nur logische Ueberzeugung, Furcht vor Strafe ist es, sondern mehr suggestiver Einfluß, der dem militärischen Kommandowort momentan Folge leisten läßt. Und ebenso erklärt sich die ansteckende Wirkung öffentlicher Hinrichtungen, des Selbstmords, sensationeller Detailberichte über Raubmorde. Die Suggestion hat es daher auch viel leichter als die Ueberredung, die nur dem scharfen, klaren Verstand gegenüber Aussicht auf Erfolg hat; die Suggestion wird gerade dem nicht logisch denkenden Menschen, dem Ungebildeten, dem Kinde gegenüber die meisten Chancen des Erfolges haben. Unsere ganze Erziehung rechnet mit der Macht der Suggestion.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß absichtliche Suggestion am besten im Zustand der Hypnose, den man als eine künstlich erzeugte Abart des Schlafes bezeichnen darf, gelingt. Wohl haben geschäftsmäßige Hypnotiseure die Macht der Hypnose übertrieben geschildert. Wenn behauptet wird, daß man einem Hypnotisirten alles, was man wolle, suggeriren könne, so ist dieser Satz wohl dahin zu beschränken, daß das Suggerirte der psychischen Natur des Hypnotisirten entsprechen muß. Man wird z. B. nur moralische Krüppel, die Verbrechen nur aus Furcht vor Strafe, nicht aus Moralität nicht begehen, zu Verbrechen suggestiv verleiten können, weil man ihnen nur die Möglichkeit, der Strafe zu entgehen, zu suggeriren braucht.

Ist es nun der eigenthümliche passive Zustand, in den die Hypnose das Individuum versetzt, welcher der Suggestion eine unwiderstehliche Macht verleiht, so ist doch andererseits Hypnose zur Suggestion nicht unbedingt erforderlich und kann auch ein Wachender, bei Zugegensein also seines Willens, seines Ichs, der Suggestion unterliegen. Einem an schweren hysterischen Krampfanfällen und totaler Lähmung der unteren Gliedmaßen leidenden jungen Manne wurde von Bechterew im wachen Zustand Aufhören der Krampfanfälle und Heilung suggerirt und er wurde gesund. So brauchen wir nicht an Schwindel und Narrung des Publikums zu denken, wenn wir, besonders im Alterthum und Mittelalter, von erstaunlichen Wunderkuren lesen. Welche suggestive, gesundheitsfördernde Macht liegt schon in dem Trostwort eines Arztes, zu dem wir Vertrauen haben. In

dem blinden, unerschütterlichen Glauben an die Macht der Suggestion, an die Kunst des Naturarzts, in der vollen Konzentration aller Sinne auf die Rede, Gesten, Handlungen des Suggerirenden liegt die Heilkraft, mit der Baron Werewski in Petersburg die Kranken mit Newawasser gesund macht, der Zuave in Paris Paralytische durch eine befehlende Geste heilte, die königliche Hand so oft Wunder wirkte, sogenannte Kurpfuscher überraschendste Heilungen erzielen.

Wieder anderer Art ist die nicht beabsichtigte, die unwillkürliche Suggestion, bei der also ein natürlicher, psychischer Rapport zwischen zwei Personen stattfindet. Wie ein solcher Seelenrapport, solche Gedankenfortleitung vor sich geht, wissen wir freilich nicht, aber daß ein solcher besteht, sehen wir täglich. Wie erscheint eine sich langweilende Gesellschaft plötzlich wie verändert, wenn ein heiterer Mensch hinzutritt! Wie ansteckend wirkt das Gähnen, das Lachen! Wer reagirt nicht sofort, wenn er Jemanden einen sauren Apfel, eine Zitrone anbeißen sieht, seine Lieblingsspeise nennen hört, durch reichlichere Speichelabsonderung! Einem zum Tode Verurtheilten wurde bei geschlossenen Augen Oeffnung der Venen und Ergießung eines Blutstroms suggerirt; nach einigen Minuten war er todt, obwohl an seinem Körper nur warmes Wasser herabrieselte. So ahmen wir in unbewußter Suggestion Vorstellungen, Anschauungen, Gedanken, Neigungen, Charaktereigenthümlichkeiten von Menschen, mit denen wir oft verkehren, nach, und markiren dies besonders in unseren Gesichtszügen; so werden sich lange und gut miteinander lebende Ehegatten oft sehr ähnlich, so können Hysterie-, Wahnsinnsanfälle in einer Gesellschaft andere nach sich ziehen, kann induzirter Wahnsinn vier, fünf oder sechs Glieder einer und derselben Familie befallen, können mehrere Menschen, deren Aufmerksamkeit und Gedanken gespannt auf denselben Gegenstand gerichtet sind, plötzlich dieselben Visionen sehen.

Aber auch ohne äußere Einflüsse, inneren Anlässen entspringend, kann Suggestion erfolgen. Wir können uns selbst fröhlich oder traurig stimmen. Auf diesem Wege der Autosuggestion entstehen Illusionen, Halluzinationen. Solche Suggestion hat oft auf den übrigen Organismus die auffallendste Rückwirkung. So müssen wir uns die periodischen Blutungen der Louise Lateau an Händen und Füßen, wie von einer Gekreuzigten, die rohen Auswüchse des Sektenwesens, z. B. der sich lebend begrabenden russischen Anhierarchisten und anderen Raskolniki, die religiöse Epidemie des Maljovannismus in Südrußland erklären, und auch der Mystizismus und der Geisterglaube der Spiritisten sind solche der Selbstsuggestion entsprungene psychische Krankheiten. Was sich da vor der gesunden Psyche in ganz unverständlicher Ausartung an tollen psychischen Erscheinungen abspielt, erinnert lebhaft an die Folgen einer **Panik**, wie sie in größeren oder kleineren Versammlungen beim Eintritt einer wirklichen oder vermeintlichen Gefahr urplötzlich eintritt und den Menschen vorübergehend seiner Sinne beraubt. Fast jedes Jahr bringt uns die Kunde von der entsetzlichen Wirkung solch panischen Schreckens, der der Masse den Gedanken an unabwendbare Lebensgefahr plötzlich suggerirt und sie gegen alle Vernunftgründe taub macht.

Darin liegt eine große Gefahr der Suggestion. Aber sie kann nicht blos deprimirend und beängstigend, sondern auch anfeuernd wirken. Wir wissen, wie in Zeiten des Kampfes um das Recht, um die Freiheit, um die Gleichheit, da Alles geistig und seelisch sein ganzes Sinnen und Trachten diesem einen Endziele zukehrt, ein einziges Wort, eine einzige Handlung Kräfte auslösen, Bewegungen wachrufen kann, von deren mitreißender Wucht und siegender Gewalt der außerhalb des Bannes Stehende keine Ahnung hat.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 22. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Ueber Klassenkämpfe.

↗ Berlin, 15. Februar 1899.

Das amtliche Blatt der sächsischen Regierung hat einen nicht amtlichen Artikel veröffentlicht, der das Dresdener Urtheil nach Kräften zu beschönigen sucht. Für diesen Zweck werden die Mißhandlungen, die von den verurtheilten Arbeitern an dem Bauunternehmer Klemm verübt worden sind, ins grellste Licht gestellt, dagegen die sinnlosen Revolverschüsse des Mißhandelten in den Hintergrund gerückt und seine aufreizenden Schimpfereien ganz verschwiegen. Die offiziöse Darstellung macht den Eindruck einer Anklagerede, die ein beschränkter und gehässiger Staatsanwalt verfaßt hat; wer selbst noch einigermaßen objektiv zu urtheilen vermag, sieht auf den ersten Blick, daß hier von einem objektiv abwägenden Urtheil nicht gesprochen werden kann.

Jedoch soll damit nicht gesagt sein, daß der Staatsanwalt, der in dem traurigen Prozeß fungirt hat, nachträglich die traurige Schönfärberei verbrochen habe. Vielmehr scheint dieser Beamte bei dem ganzen Verfahren noch eine verhältnißmäßig unbefangene Auffassung vertreten zu haben. Auf die Vertheidigung fällt dadurch ein seltsames Licht, daß die Verurtheilten sämmtlich auf das Rechtsmittel der Revision verzichtet haben. Mag die Möglichkeit, eine Kassation des Urtheils durch das Reichsgericht zu erreichen, noch so gering gewesen sein, so war es doch immer eine Möglichkeit, deren sofortige Preisgabe für den Laienverstand schwer verständlich ist. Eine unbedingte Garantie ließ sich für das Scheitern der Revision so wenig übernehmen, wie für ihr Gelingen.

Eine seltsame Taktik ist es auch, wenn einer der Vertheidiger öffentlich die Ansicht verfochten hat, die von dem Dresdener Schwurgericht verurtheilten Ausschreitungen ständen in gar keinem Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung. Das ist soweit unbestreitbar, als die sozialdemokratische Partei alle Ausschreitungen des gewerkschaftlichen und politischen Klassenkampfes nachdrücklich verwirft, immer verworfen hat und auch immer verwerfen wird; nicht aber darf behauptet werden, dem Dresdener Urtheil fehle überhaupt jeder sozialpolitische Hintergrund. Einen solchen Hintergrund hat das Urtheil allerdings, und wenn ihn das amtliche Blatt der sächsischen Regierung ausdrücklich hervorhebt, so macht es einen sonderbaren Eindruck, zu sehen, daß er von sozialdemokratischer Seite bestritten

wird. Sicherlich lügt das „Dresdener Journal", indem es schreibt: „Verblendet von der eingeimpften unbedingten ‚Solidarität' der Arbeiter und beherrscht von der anstandslosen, mit schroffstem Zwange durchzuführenden Unterordnung unter die von den ‚Organisirten' aufgestellten Bedingungen, griffen die Verurtheilten friedliche Arbeiter an, die von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machten, und statt im Kampfe, im Frieden mit ihren Arbeitgebern leben wollten", und es ist nothwendig, diese wissentlichen Unwahrheiten in ihr Nichts aufzulösen. Aber man gehe nicht so weit, zu bestreiten, daß der Versuch der verurtheilten Arbeiter, „arbeitswillige" Kameraden zur Einhaltung des Zehnstundentags zu veranlassen, das furchtbare Urtheil heraufbeschworen hat, dem sie als Opfer gefallen sind. Das hieße nicht nur die Wahrheit widerstreiten, sondern auch eine Taktik befolgen, die sehr bequem sein mag, aber mindestens ebenso bedenklich ist.

Sagt das amtliche Blatt der sächsischen Regierung mit dürren Worten, das Dresdener Urtheil sei ein Erzeugniß nackter Klassenjustiz, so liegt auf sozialdemokratischer Seite kein Grund vor, dies offene Bekenntniß abzuweisen. Sich auf den Standpunkt stellen: nein, das ist nicht wahr, die Ausschreitungen der verurtheilten Arbeiter hatten nichts mit der Arbeitersache zu thun, heißt jene verhängnißvolle Taktik befolgen, die Lassalle schon mit herben Worten als das Gegentheil einer erfolgreichen revolutionären Politik gegeißelt hat. Man täuscht dadurch nicht die Feinde, aber wohl die Freunde. Die herrschenden Klassen werden, und wenn man ihnen mit Engelszungen das Gegentheil versichern würde, immer dabei bleiben, daß Ausschreitungen, wie sie in dem Dresdener Prozeß abgeurtheilt worden sind, die Früchte der Arbeiterbewegung seien. Wohl aber wird die Auffassung der Freunde der Arbeiter selbst irre geleitet, wenn man bis zum Ueberdruß wiederholt, es habe sich nur um eine gewöhnliche Rauferei gehandelt, die dann freilich ein sehr schlechtes Licht auf die Rohheit der verurtheilten Arbeiter werfen würde. Nein, man verurtheile die Rohheit, die sich wirklich gezeigt hat, so scharf wie man will, — und die sozialdemokratische Partei, der eine mehr als dreißigjährige Geschichte bezeugt, daß sie jede Spur roher Gesinnung innerhalb des Proletariats mit zäher Energie auszurotten bemüht gewesen ist, hat in dieser Beziehung alles Recht zu einem scharfen Urtheil —, aber man vergesse darüber nicht, daß die verurtheilten Arbeiter so furchtbar büßen müssen nicht wegen ihrer persönlichen Fehltritte, die sonst verhältnißmäßig leicht bestraft worden wären, sondern weil die letzte Ursache dieser Fehltritte ihr durchaus berechtigtes Klassenbewußtsein war.

Den Arbeitern wird eben als Verbrechen angerechnet, was jeder anderen Bevölkerungsklasse als erlaubt oder auch als geboten gilt. In dieser Woche hält hier der Bund der Landwirthe seine Generalversammlung ab, eine ökonomisch-politische Klassenorganisation, die sich ohne jeden Schleier als solche aufgethan hat und mindestens nicht an dem Fehler leidet, in ihren Forderungen allzu bescheiden zu sein oder mit der Regierung allzu viel Federlesens zu machen, wenn diese nicht tanzen will, wie der Bund der Landwirthe pfeift. Seine Forderungen haben gewiß, und mit Recht, sehr viele Gegner, aber keiner dieser Gegner denkt daran, die Zugehörigkeit zu dem Bunde als einen Makel anzusehen, der bei strafrechtlichen Verstößen von Bundesmitgliedern erschwerend in die Wagschale fallen könnte. Eine so unsinnige Vorstellung heftet sich an keine bürgerliche Klassenorganisation; an Arbeiterorganisationen gilt sie dem bürgerlichen Verstande einfach als selbstverständlich.

Obenan in diesen Gehässigkeiten steht der Bund der Landwirthe selbst, vielleicht weil er durch sein wüstes Toben gegen die Sozialdemokratie vergessen

machen will, wie sehr er selbst im Punkte „roher Ausschreitungen" auf die Nachsicht der Mitwelt angewiesen ist, vielleicht auch weil er mit dem sicheren Instinkt einer wirklichen Macht in dem klassenbewußten Proletariat seinen unversöhnlichsten Todfeind und seinen schließlichen Ueberwinder erblickt. Man muß diesen Bund nicht durch die gefärbten Gläser der freisinnigen Presse betrachten, die noch immer so faselt, als sei er eine Machenschaft verschwenderischer Junker, die sich nicht nach ihrer Decke zu strecken verstünden und sich nebenbei, auf der Generalversammlung des Bundes, einige gute Tage in Berlin machen wollten. Das ist ganz thörichtes Gerede, durchaus würdig des Stumpfsinns, womit der landläufige Liberalismus die sozialen Umwälzungsprozesse der Gegenwart betrachtet, und dabei voll des Neides darüber, daß alle liberalen Fraktionen zusammengenommen nicht entfernt solche Massen auf die Beine zu bringen vermögen, wie dem Bunde der Landwirthe gelungen ist. Nein, eine wirkliche Macht ist der Bund der Landwirthe schon, aber seinen Tendenzen nach eine rückständige Macht, und so lange er sich in den Händen der Junker befindet, auch eine gemeingefährliche Macht.

In einem Nachrufe, den irgend ein Bismärckischer Tintenkuli dem Grafen Caprivi widmete, wurde gesagt, dem Nachfolger Bismarcks sei gelungen, was sich bis dahin als unmöglich erwiesen habe, nämlich Bauern und Junker in eine einheitliche Phalanx zusammenzufassen. Dem ironisch genialen Lobe fehlte die Spitze: die Kunst, die Bauern über ihre wirklichen Klasseninteressen zu täuschen und sie zu Gunsten der Junkerinteressen einzuseifen, verstand Bismarck so gründlich, wie er sie eifrig ausgeübt hat; nicht der in ihrer Art ehrlichen Politik Caprivis, sondern den demagogischen Künsten Bismarcks gebührt der Ruhm, soweit er auf das Thun und Lassen einzelner Personen fällt, daß die Bauern im Bunde der Landwirthe noch immer hinter den Junkern einhertrotten. Aber für die Macher dieses Bundes, für ihre gemeingefährliche und gemeinschädliche Politik ist es allerdings bezeichnend, daß sie ihn zusammengetrommelt und zu einer geschlossenen Truppe gedrillt haben im Kampfe gegen einen Minister „ohne Ar und Halm", der mit größerer Ehren- und Standhaftigkeit, als sonst preußische Minister in gleicher Lage bewährt haben, sich der Auspowerung der Volksmassen durch die habgierige Junkerklasse widersetzte.

Dieser Ruhm wird dem Grafen Caprivi bleiben, trotz der halb mitleidigen, halb spöttischen Nachrufe, die ihm die Bismärcker aller Schattirungen gewidmet haben oder noch widmen. Alles Geträtsche über ihren unvergleichlichen Heros beseitigt nicht die Thatsache des moralisch-politischen Bankerotts, den die Februarwahlen des Jahres 1890 über das ganze System Bismarck gebracht hatten, und die rettende Idee seines Trägers, durch ein massenhaftes Niedermetzeln der Arbeiterklasse eine Fortsetzung seines Despotismus zu ermöglichen, war nicht sowohl genial, als verrucht und mehr noch verrückt. Die besitzenden Klassen hatten allen Anlaß zum Danke dafür, daß damals an die Spitze der Reichsverwaltung ein Mann gelangte, der, für seine Person ein Gentleman, als Minister noch an die Möglichkeit glaubte, allen Angehörigen des Klassenstaats gerecht werden zu können, der es verschmähte, sich zum Werkzeug einer Klasse gegen die anderen Klassen der Bevölkerung herzugeben, der wenigstens die gröbsten Auswüchse der Korruption zu beschneiden verstand, die ihm sein Vorgänger hinterlassen hatte.

Mindestens aber die Junker haben dem Grafen Caprivi nicht mit dem Danke gelohnt, den er um sie verdient hat, und den sie ihm freudig abstatten müßten, wenn sie nicht mit der bekannten Blindheit untergehender Mächte geschlagen wären. Um die arbeitenden Klassen hat sich Caprivi keine Verdienste erworben; die Sozialdemokratie war ihm so verhaßt, wie sie es ihm nach seinen

konservativen Anschauungen sein mußte, und sein Andenken wäre von einem häßlichen Flecken befreit, wenn er am Vorabend seines Sturzes nicht noch mit der Umsturzvorlage geliebäugelt hätte. Dem Todten Lorbeerkränze zu winden, die der Lebende nicht verdient hat, dazu liegt gewiß kein Anlaß vor, aber gegenüber den gehässigen Schimpfreden der Ausbeuter und Unterdrücker, die es dem zweiten Reichskanzler nicht verzeihen können, daß er für einen preußisch-deutschen Minister nach Charakter und Intelligenz auf einer verhältnißmäßig hohen Stufe stand, ist es eine trockene Pflicht der Wahrhaftigkeit, festzustellen, daß die Aera Caprivi, eben an Charakter und Intelligenz, höher stand als die Aera Bismarck vor ihr und die Aera Hohenlohe nach ihr.

Die Vereinigten Staaten im Jahre 1898.

Von **M. Beer.**

1. Der amerikanische Imperialismus.

Es giebt nur wenige Dokumente großer Reichsgründer, die das moderne Gemüth so wohlthuend berühren, wie die Farewell Address Georg Washingtons an seine Mitbürger. Er schrieb sie 1796 und legte in ihr seine politischen Erfahrungen nieder zu Nutz und Frommen der Nation. Gleichmüthig und heiter, wie er in den stürmischsten Lebenslagen sich gezeigt, schied er auch aus dem öffentlichen Leben, und die wohlberechtigte Hoffnung, den Grundstein zu einer freien und mächtigen Republik gelegt zu haben, war der Preis seiner mühe- und gefahrvollen Arbeit.

Im Geiste sah er das Wachsthum der Union: den Norden an seinem Gewerbefleiß, den Süden an der Förderung von Rohmaterialien, den Osten im lebhaften Handelsverkehr mit dem Westen. Und dieses Wachsen und Verändern beängstigte den sonst so optimistischen Geist des amerikanischen Reichsgründers. Er befürchtete, daß die stark gewordene Union den Weg der europäischen Staaten wandeln und sich in deren Zänkereien und Intriguen mischen werde. Die Folge würde sein: die Einführung überwuchernder militärischer Einrichtungen, „die der republikanischen Freiheit besonders feindlich sind". Deshalb fügte er hinzu: „Im Verkehr mit fremden Nationen soll uns der Grundsatz leiten: unsere kommerziellen Verbindungen mit ihnen soweit als möglich auszudehnen und unsere politischen Verbindungen mit ihnen soweit als möglich einzuschränken. . . . Unsere einzig richtige Politik ist, uns von allen Allianzen mit dem Ausland fernzuhalten. . . . Unsere geographische Absonderung und Entfernung von Europa gebietet und befähigt uns, einer solchen Politik zu folgen."

Dieser Rath Washingtons bildete den ersten Grundsatz der auswärtigen Politik der Union.

Den zweiten Grundsatz legte Präsident Monroe in seiner berühmten Botschaft vom 2. Dezember 1823 nieder. Die Monroe-Doktrin besteht bekanntlich aus folgenden zwei Punkten: a) Jeder Versuch europäischer Mächte, ihre Herrschaft über irgend einen Theil Amerikas auszudehnen, wird von der Union als ein feindlicher Akt betrachtet werden; b) der amerikanische Welttheil darf nunmehr von keiner europäischen Macht als Kolonisationsobjekt betrachtet werden.

Diese Grundsätze Washingtons und Monroes bildeten bis nun die Basis der amerikanischen Diplomatie.

Das Jahr 1898 sah einen vollständigen Umschwung der Dinge. Deweys Kanonen bei Manila verkündeten der Welt das Absterben des spanischen Kolonial-

reichs und die Geburt der neuen amerikanischen Diplomatie. Die amerikanische Demokratie, die Alexis de Tocqueville vor fünf Jahrzehnten so fest begründet sah, wich dem Imperialismus. In der Gleichheit der Bedingungen erblickte Tocqueville den Springquell des amerikanischen Lebens, und diese Gleichheit verschwand.

Politische Demokratie setzt eine gewisse wirthschaftliche Gleichheit voraus. Und wo wir in einer sozial komplizirten Gesellschaft demokratische Grundsätze durchführen sehen, da können wir mit Sicherheit annehmen, daß eine bislang unterdrückte Klasse zu einem Machtfaktor wird. Solange aber diese Klasse erfolglos kämpft, so wird ihr Kampf die von der wirthschaftlichen Ungleichheit erzeugte Tendenz zum Imperialismus stärken und ihre Kristallisation beschleunigen. Diese Erscheinung giebt liberalen Schriftstellern Anlaß zur Klage, daß die sozialrevolutionäre Bewegung den Imperialismus erzeuge. Diese Anklage ist indeß durchaus haltlos. Sie beruht auf dem Fehlschluß: post hoc ergo propter hoc. Imperialismus und Sozialismus hängen nur soweit zusammen, als sie derselben Quelle entstammen — der wachsenden wirthschaftlichen Ungleichheit.

Und die wachsende wirthschaftliche Ungleichheit, erzeugt durch die moderne Waarenproduktion, führte auch die Vereinigten Staaten zum Imperialismus.

Am 14. Juni 1898 ließ der amerikanische Schatzkanzler ein Memorandum über die wirthschaftliche Lage der Union dem Kongreß zugehen, dem ich Folgendes entnehme:

„Im auswärtigen Handel der Union vollzieht sich jetzt eine Umwandlung, die die ganze ökonomische Zukunft des Landes tief zu beeinflussen verspricht. Es ist bekannt, daß die Union in die vorderste Reihe der Industriestaaten gerückt ist. Seit einer Anzahl von Jahren ist ihre Stellung als einer der größten Produzenten von Industrieartikeln und Rohmaterialien unbestritten. Beschäftigt wie sie war mit der inneren Entwicklung und zufrieden mit dem heimischen Markte von 70 Millionen Einwohnern, hat sie sich nicht viel bemüht, auswärtige Absatzgebiete zu erringen. Neulich ist aber die Thatsache immer stärker in die Erscheinung getreten, daß die Waarenproduktion der Union, entwickelt mit Aufsehen erregender Schnelligkeit durch den merkwürdigen Erfindungsgeist und durch die industrielle Geschicklichkeit unseres Volkes, einen Höhegrad erreicht hat, der den heimischen Bedarf weit überragt.... Die Möglichkeit, unsere Produktivkräfte weiter zu entfalten, ist so bedeutend, daß sie ihre Grenze nur in dem Nutzen fände, den wir von ihnen haben könnten.... Es ist deshalb klar, daß die Union bedeutend interessirt sein muß an der Theilung jener Regionen, in denen wir Absatzgebiete für unsere Waaren finden könnten. Diese Erwägung bezieht sich besonders auf das Chinesische Reich. Wie bekannt, haben drei europäische Großmächte wichtige Gebiete in jenem Reiche in Besitz genommen, die sie befähigen werden, seine kommerzielle Bestimmung direkt zu beeinflussen."

Hier haben wir ein amtliches Schriftstück, das uns die Ursachen der neuen Wendung in der amerikanischen Politik erklärt.

Noch klarer, entschiedener und lehrreicher ist eine Korrespondenz des Londoner „Daily Chronicle" vom 4. Juli 1898, die uns die Triebfedern des amerikanischen Imperialismus aufdeckt. Die Korrespondenz beruht auf Washingtoner Informationen und ist von einem liberalen Anti-Imperialisten geschrieben. „Das erstaunliche Wachsthum unserer Industrie", erzählt er unter Anderem, „hat das Washingtoner Kabinet in Unruhe versetzt. Dank der Energie und dem Erfindungsgeist unserer Bevölkerung ist die Union heute im Stande, ihren jährlichen Bedarf an Gütern in acht Monaten zu decken. Wir stehen nun vor der Alternative,

entweder unsere Maschinen vier Monate im Jahre feiern zu lassen, oder aber eine Ueberproduktion mit nachfolgender Krisis zu erzeugen, die die Straßen unserer Großstädte mit revoltirenden Arbeitslosen füllen wird. Die Regierung ist also der Meinung, daß die gegenwärtige Lage zur sozialen Revolution führen müsse."

Soziale Revolution oder Imperialismus!

Die Regierung wählte den Imperialismus und die Revolution auf Kuba gab ihr die erwünschte Gelegenheit, von den Philippinen Besitz zu ergreifen und in der ostasiatischen Frage als Machtfaktor auftreten zu können.

2. Die Revolution auf Kuba.

In der Zeit, als Monroe seine Lehre verkündete, befand sich Kuba in einem verhältnißmäßig ruhigen, friedlichen und gedeihlichen Zustand. Während der spanischen Kriege gegen Napoleon war Kuba dem Mutterland treu geblieben. Der Abfall Spanisch-Amerikas und San Domingos im Jahr 1821 scheint Spanien so erschreckt zu haben, daß es seine Politik Kuba gegenüber änderte. Am 28. März 1825 erschien eine königliche Verfügung, die Kuba unter eine militärische Diktatur stellte. Diese Verfügung leitete in Kuba die Periode der Aufstände und Putsche ein. Aufstände und Versuche zu solchen kamen dort vor in den Jahren 1826, 1827—29, 1835, 1844, 1850, 1854, dann der zehnjährige Kampf von 1868 bis 1878, endlich der letzte Aufstand, der am 24. Februar 1895 begann und den Sturz des spanischen Kolonialreichs herbeiführte.

Der letzte Aufstand hatte ursprünglich nur einen lokalen Charakter und schien nur einer der traditionellen Putsche zu sein. Er wäre auch bald erdrückt worden, wenn nicht gewichtige wirthschaftliche Ursachen hinzugekommen wären, die ihm die merkwürdige Intensität und Widerstandskraft gaben.

Diese Ursachen sind: a) der Sieg der Runkelrübe über das Zuckerrohr, b) das spanische Merkantilsystem.[1]

Rohrzucker ist die Hauptindustrie Kubas. Von ihr hängen ab der Eisenbahnverkehr, die Schiffahrt, der auswärtige Handel und zahlreiche kleine Gewerbe. Das Wohl und Wehe von zwei Drittel der Bevölkerung Kubas ist mit dieser Industrie verbunden. Solange die moderne Technik sich der Runkelrübe noch nicht bemächtigt hatte, blieb das Zuckerrohr Sieger. „So lasen wir denn am Ende der vierziger Jahre mehrfach", erzählt Schippel, „daß der Streit zum Nachtheil der Runkelrübe entschieden ist. . . ." In den zwei Jahrzehnten von 1850 bis 1870 wurde der Prozeß der Zuckergewinnung von dem Fortschritt der Technik dermaßen revolutionirt, daß die Runkelrübe den Kampf mit dem Zuckerrohr erfolgreich aufnehmen konnte. Unterstützt von der Ausfuhrprämie trat sie thatsächlich den Triumphzug um die Welt an. Im Jahre 1884 war die Produktion des Rübenzuckers der des Rohrzuckers gleich. Die Folge dieser Entwicklung war ein Fall der Zuckerpreise. Während aber die europäischen Staaten, hauptsächlich Deutschland, Oesterreich und Frankreich, den Zuckerexport durch Riesensubventionen förderten, erhob Spanien, neben den inländischen Steuern, einen Ausfuhrzoll von 6 Dollars pro Oxhoft! Es wurde berechnet, sagt die „Yule Review", daß die Steuern und Zölle auf kubanischen Zucker 143 Prozent des Werthes betrugen. Hierzu kamen Einfuhrzölle auf die nothwendigsten Lebensmittel, die die Produktionskosten noch vertheuerten. Wie unheilvoll der spanische Tarif, der ganz im Sinne des Merkantilsystems gehalten war, auf die Produktion in Kuba wirkte, zeigt ein

[1] Quellen: Spain, „Diplomatic and Consular Reports." London 1895, 1897. — „Economic Journal", September 1897, London. — „Yule Review", Oktober 1898. — Max Schippel, „Die Zuckerindustrie", Berlin 1891.

Bericht des amerikanischen Gesandten in Madrid vom Jahre 1884. Er giebt eine vergleichende Statistik der Produktionskosten des Zuckers in Kuba und Amerika. Für 100 Pfund Mehl zahlte man in Louisiana 42 Pfund Zucker; in Kuba mußte man für dasselbe Quantum 238 Pfund Zucker zahlen. Der Arbeitslohn war derselbe in Louisiana wie in Kuba. Der Zuckerarbeiter in Louisiana konnte für seinen Monatsverdienst 660 Pfund Mehl oder 250 Pfund Fleisch kaufen, während sein Genosse in Kuba nur 250 Pfund Mehl oder 181 Pfund Fleisch haben konnte.

Unter den Schlägen der europäischen Konkurrenz gingen die kapitalkräftigeren Plantagenbesitzer zum maschinellen Großbetrieb über, und die Kleinbesitzer versanken ins Proletariat oder ins Brigantenthum.

Der Uebergang zum Großbetrieb äußerte sich bald in einer Zunahme der Produktion. Die Zunahme konnte jedoch den Preisfall und die Uebel des spanischen Zollsystems nicht ausgleichen. Die Lage wurde immer kritischer. „Aber auch in der kritischsten Lage der Konkurrenz Kubas mit dem europäischen Prämienzucker fuhr Spanien fort, den Ausfuhrzoll zu erheben", sagt der Londoner „Economist", Nov. Supplement, 1889.

Uebrigens war Spanien durch seine finanzielle Noth zu dieser selbstmörderischen Politik gezwungen. Die zahlreichen Kriege, die Spanien in Europa und Amerika geführt; die zahlreichen Aufstände und Putsche, die es zu bewältigen hatte, verbunden mit der Mißwirthschaft, Indolenz und Armuth des Landes haben Spanien verhältnißmäßig enorme Schulden aufgebürdet. Im Jahre 1891 betrugen sie 1211453696 Dollars; der letzte Krieg hat sie auf etwa anderthalb Milliarden Dollars (6 Milliarden Mark) anschwellen lassen. An Zinsen und Amortisationen zahlte Spanien im Jahre 1891 die Summe von 67187538 Dollars. Kuba, die reichste Insel Spaniens, mußte deshalb schärfer herangezogen werden. Ihre Einkünfte wurden im Finanzjahr 1895/96 auf rund 27 Millionen Dollars veranschlagt. Davon sollten über 10 Millionen zur Zahlung der Zinsen verwendet werden, rund 7 Millionen für Armee und Flotte, über 2 Millionen für den Pensionsfonds, über 4 Millionen für Beamte und Polizei, 385000 für die Kirche, 20000 für den Geheimfonds der spanischen Gesandtschaft in Washington, 700000 für Wege, Reparaturen 2c. und 137760 für höhere Schulen.

Von den 27 Millionen Dollars sollten also kaum 838000 zu Kulturzwecken verwendet werden!

Zu den Uebeln des spanischen Zollsystems gesellte sich noch die Korruption der spanischen Zollbeamten, die dem auswärtigen Handel noch weitere Fesseln auferlegten.

Und die Preise für Zentrifugalzucker fielen unausgesetzt. Im Februar 1895 erreichten sie in Havanna ein so tiefes Niveau, daß mehrere Zuckerfabriken ihren Betrieb einstellten. Erschwert wurde die Krisis noch durch die Kampfzölle, mit denen Spanien die amerikanische Einfuhr — hauptsächlich Lebensmittel — um jene Zeit belegte. Spanien wollte mit dieser Maßregel auf die Vereinigten Staaten einen Druck ausüben, da letztere im August 1894 den Einfuhrzoll auf Zucker wieder einführten.

Inmitten dieser scharfen Krisis — Februar 1895 — brach auch die Revolution aus, die die Hauptindustrie Kubas ganz lähmte, wie dies aus folgenden Zahlen zur Genüge hervorgeht:

	1893—94	1894—95	1895—96
Zuckerproduktion in Tonnen	1054214	1004264	235628
Zuckerausfuhr in Tonnen	1023719	832431	225221

Im Laufe eines einzigen Jahres verlor Kuba drei Viertel seiner Hauptproduktion. Aber auch diese Ueberreste gingen bald verloren in Folge des

berüchtigten Befehls von Weyler an die Landbevölkerung, sich in die Städte zu „rekonzentriren" (Januar 1896). Dieser ökonomische Ruin trieb auch die friedlichsten Kubaner in das Lager der Revolution.

Das unheilvolle Zollsystem, das Kuba zur Verzweiflung brachte, traf auch die Vereinigten Staaten sehr empfindlich, die 94 Prozent des Zuckers und 90 Prozent aller anderen Produkte von Kuba abnahmen. Dagegen konnten sie sich an der Einfuhr nach Kuba, die hauptsächlich aus Lebensmitteln besteht, nur mit 33 Prozent betheiligen, da die spanische Zollpolitik sie daran hinderte. In dem fünfjährigen Zeitraum, der mit dem 30. Juni 1895 abschloß, exportirte Kuba nach den Vereinigten Staaten Waaren für 346902092 Dollars, dagegen importirte es von den Vereinigten Staaten nur für 87269954 Dollars. Die Handelsbilanz zu Gunsten Kubas betrug also 259633938 Dollars. Und wie mächtig könnte der Handelsverkehr zwischen den beiden Ländern sich entwickeln, wenn Kuba frei und dem amerikanischen Unternehmungsgeist offen wäre! — das war der Stoßseufzer der amerikanischen Presse, so oft sie auf den kubanischen Handel zu sprechen kam.

Während der drei Jahre des Aufstands stockte dieser Waarenaustausch vollständig, was in amerikanischen Handelskreisen große Unzufriedenheit hervorrief. Noch empfindlicher litten diejenigen amerikanischen Interessenten, die in Kuba Eigenthum erworben und in industriellen Unternehmungen bedeutende Kapitalien dort angelegt hatten. Wie hoch diese Summe ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen. Nach einem Artikel in der Märznummer des „Forum" beläuft sie sich auf 50 Millionen Dollars. Präsident Cleveland in seiner Botschaft vom Dezember 1896 schätzt sie auf 30 bis 50 Millionen.

Rekapituliren wir: Die greifbaren wirthschaftlichen Interessen der Vereinigten Staaten, ihr heftiges Verlangen nach neuen Absatzgebieten, sowie die traditionellen Sympathien der Amerikaner für die nach bürgerlicher Freiheit ringenden Völker führten zur Intervention zu Gunsten Kubas und zur Vernichtung des spanischen Kolonialreichs.

Das war das Ende der kubanischen Insurrektion. Ohne Zweifel haben amerikanische Kapitalisten die Insurrektion unterstützt und dadurch ihr gut Theil zum Sturze Spaniens beigetragen. Mit dieser Behauptung mag die europäische Reaktion — besonders die deutsche und französische — schon recht haben; sie vergißt nur, daß die von ihr aufrechterhaltene Zuckerprämie die Hauptursache und die Hauptstärke des Aufstandes war und den Vereinigten Staaten die Gelegenheit gab, einzugreifen. Die deutschen und französischen Konservativen und Zentrumsleute, die mit Spanien sympathisiren, erscheinen im Lichte der wirthschaftlichen Thatsachen als unerbittliche Zerstörer der spanischen Kolonialmacht.

(Schluß folgt.)

Sozialdemokratie und Kommunalverwaltung.[1]

Von C. Hugo.

I.

Vor einigen Wochen hat in Berlin eine Konferenz, die erste, der sozialistischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg stattgefunden, ein Ereigniß, das hoffentlich als der Ansatz einer allmälig sich entwickelnden, zunächst Preußen und dann auch ganz Deutschland umfassenden Organisation der in der Kommunalverwaltung thätigen Vertreter der Sozialdemokratie bezeichnet werden darf. Wie

[1] Wegen Raummangels verspätet. Die Redaktion.

der Referent zu Punkt 1 der Tagesordnung ausführte, hatten verschiedene Vorkommnisse die Nothwendigkeit einer besseren Verständigung unter den Parteigenossen in den Stadtverordnetenversammlungen erwiesen. Die Aufgabe der Konferenz sollte es daher sein, eine gewisse gemeinsame Grundlage des Handelns zu schaffen, ohne jedoch ein festes Programm aufzustellen, das unter allen Umständen strikte von allen Gemeinden durchgeführt werden sollte. In der Hauptsache hat sich daher auch die Konferenz mit der Berathung eines ihr vorgelegten Programmentwurfs beschäftigt, ist dagegen der Frage der Organisation der sozialistischen Gemeindevertreter kaum näher getreten. Am zweiten Berathungstag hat man beschlossen, alle zwei Jahre solche Konferenzen der Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg stattfinden zu lassen, hat sich sogar noch dazu aufgeschwungen, eine Kommission, „die die heute eingeleitete Bewegung in Fluß erhalten soll", einzusetzen, und hat dann die Verhandlungen mit einem der bekannten, nie ihre Wirkung verfehlenden Appell an die großen Grundsätze der Sozialdemokratie geschlossen: „Auch in der Gemeinde wollen wir als Sozialdemokraten nur für die Sozialdemokratie, die politische Organisation der Arbeiterklasse wirken." Ein Antrag, „eine für sozialdemokratische Gemeindevertreter geeignete Zeitschrift herauszugeben, worin alle rechtlichen und prinzipiellen Fragen, welche Gemeindeangelegenheiten betreffen, ihre Erörterung finden und welche dadurch zur Aufklärung und Belehrung beiträgt", wurde als verfrüht abgelehnt. Leider! Denn wenn etwas noththut, so ist es gerade eine solche Zeitschrift. Die „Neue Zeit" ist für solche Zwecke nicht geeignet; sie behandelt, und das mit vollem Rechte, Probleme und Erscheinungen, die durch ihre Allgemeinheit einen großen Leserkreis zu interessiren und zu fesseln wissen. Für die Untersuchung der allgemeinen Grundsätze kommunaler Politik hat die Zeitschrift stets in der liberalsten Weise ihre Spalten zur Verfügung gestellt; für die Behandlung so spezieller Fragen dagegen, wie sie die kommunale Praxis fast täglich neu und in großer Zahl aufwirft, für die Berichterstattung über alle Ereignisse auf kommunalem Gebiet fehlt es ihr durchaus an Platz. Einen gewissen Ersatz für eine solche Zeitschrift für kommunale Politik konnten die sozialdemokratischen Gemeindevertreter in den Jahren 1893 bis 1895 in den „Blättern für soziale Praxis" finden, einem Organ, das sich genau das eben erwähnte Ziel gesteckt hatte und dessen sozialpolitischer Standpunkt als ein sehr fortgeschrittener bezeichnet werden mußte. Seit der Verschmelzung dieses Blattes mit dem Braunschen „Sozialpolitischen Zentralblatt" sind dann die spezifisch kommunalen Fragen mehr und mehr in den Hintergrund getreten und finden heutzutage in der von E. Francke herausgegebenen „Sozialen Praxis" nur gelegentlich Berücksichtigung, ganz abgesehen davon, daß der Standpunkt dieses Blattes ein der Sozialdemokratie direkt feindlicher geworden ist. Für alle die zahlreichen sozialdemokratischen Gemeindevertreter, die nicht nur in Großstädten zu finden sind, sondern auch — und darin liegt ja das hoffnungsvolle Moment der Bewegung — in den kleinsten Städtchen und Dörfern unter den schwierigsten Verhältnissen einen bewundernswerthen Kampf führen, fehlt es also an einer Zeitschrift, in der das gesammte Material der kommunalen Politik gesammelt und die auftauchenden Tagesfragen behandelt werden. Abgeschnitten von den Hilfsmitteln, welche die größere Stadt mit ihrer städtischen Bibliothek, mit ihrer Konzentration des gesammten geistigen Lebens überhaupt, und der sozialistischen Bewegung im Besonderen, zu bieten vermag, ist der sozialistische Gemeindevertreter der kleinen Provinzstadt oder der Dorfgemeinde im Wesentlichen auf sich und die Tagespresse angewiesen. Wie wenig aber gerade die Tagespresse auf diesem Gebiet leistet, erfährt ein Jeder, der sich aus ihr über Ereignisse aus der kommu-

nalen Praxis oder Theorie zu unterrichten sucht. Die Berichterstattung ist unvollständig; eine theoretische Behandlung der speziellen Fragen wird, wie es scheint, prinzipiell vermieden. Und kaum auf einem Gebiet liegt die Theorie so im Argen. Die Agrarfrage hat die Partei auf Kongressen beschäftigt; eine spezielle Kommission ist für die Behandlung derselben eingesetzt worden; in zahllosen Artikeln wurden Programme entwickelt und vernichtet. An der Kommunalpolitik ist man achtlos vorbeigegangen. Warum? Von Zeit zu Zeit tauchen Notizen über das prinzipienwidrige Vorgehen sozialdemokratischer Gemeindevertreter in der Presse auf; es erhebt sich ein Zeitungssturm von kürzester Dauer. Die schuldigen Gemeindevertreter werden desavouirt, man zwingt sie zum Rücktritt oder wirft sie aus der Partei hinaus — und über das große Feld der Kommunalpolitik legt sich die alte Ruhe. Wer aber trägt die Schuld? Der Gemeindevertreter der Kleinstadt, der in den orthodoxen Grundsätzen der Sozialdemokratie nicht so sattelfest war, wie die Eminenzen der Großstädte und die allwissenden Redakteure der Hauptstadtblätter, und der in Folge dessen beim Konflikt zwischen Praxis und Grundsätzen zu Schanden wurde? Oder die große Partei, die ihren zahllosen, im ganzen Lande zerstreuten Hilfskräften keine Anweisungen zum praktischen Handeln gab, ihnen nicht die Hilfsmittel gewährt, durch die allein sie eine nutzbringende, im Geiste der Partei sich vollziehende Thätigkeit auszuüben vermögen?

Nur der einzelne Fall beschäftigt die Aufmerksamkeit und auch dann nur, wenn er ein irrationeller ist, wie z. B. der der Berliner Elektrizitätswerke. Und wie schwach waren die Wellenkreise, welche der damalige Kampf zog. So verzettelt und zersplittert sich die Aufmerksamkeit und das Interesse der Massen nicht minder, wie die Thätigkeit der sozialistischen Gemeindevertreter. Von dem Einzelnen wird viel und angestrengt gearbeitet; aber die Arbeit ist zum großen Theile nutzlos verschwendet, weil sie zusammenhangslos gethan wird und deshalb an den verschiedensten Orten unter den gleichen Umständen in gleicher Sache zwecklos wiederholt wird. Ein zusammenfassendes Organ, in dem die gesammte Kommunalpolitik zur Behandlung käme, in dem die Erfahrungen der Praxis gesammelt würden, konnte diese unwirthschaftlichen Wiederholungen der gleichen Arbeiten ersparen und würde eine große Masse nutzlos verzettelter Arbeitskraft für neue Thätigkeit freisetzen. Der Werth und die Bedeutung einer gut geleiteten Zeitschrift für Kommunalpolitik sind unbegrenzt; ihre Wirkungen sind dauernde. Was können im Vergleich damit alle zwei Jahre wiederkehrende Konferenzen leisten, auf denen zwar viel, aber meist wenig zur Sache, geredet wird?

Eine Zeitschrift für die gesammte Kommunalpolitik — das wäre also die erste Forderung, die wir erheben. Die zweite: die Einrichtung einer Zentralstelle für Kommunalpolitik, von der die Zeitschrift herausgegeben wird. Die weitere Thätigkeit dieser Zentralstelle denken wir uns in folgender Weise:

1. Organisation der Gemeindevertreterverbände. In Preußen würde sich eine Organisation nach Provinzen empfehlen, wozu schon Ansätze vorhanden, in den übrigen Staaten würde sich der Verband über den ganzen Bereich des Landes erstrecken, wie z. B. in Baden bereits ein solcher Verband existirt. Diese Gemeindevertreterverbände würden durch Schriftführer mit der Zentralstelle in ständiger Verbindung bleiben. Die Vorbereitung der allgemeinen Konferenz, die im engen Anschluß an den jährlich stattfindenden Parteitag abzuhalten wäre, muß gleichfalls als Aufgabe der Zentralstelle bezeichnet werden.

2. Die Sammlung und Verarbeitung des gesammten kommunalpolitischen Materials entweder in der „Zeitschrift“ oder in besonderen Drucksachen.

3. Die Ertheilung von Rath an Gemeindevertreter, Ausführung von Gutachten 2c.

Die Aufgaben, denen sich ein solches Amt gegenübersieht, sind in der That zahlreich und umfassend genug. An Beschäftigung würde es ihm nie fehlen und seine Existenz müßte im höchsten Grade befruchtend auf die Thätigkeit der sozialistischen Gemeindevertreter einwirken. Eine große Ersparniß an heute nutzlos verschwendeter Arbeit, die Zusammenfassung der jetzt zersplittert und zusammenhanglos wirkenden Kräfte zu einheitlichem und zielbewußtem Wirken würden die unausbleibliche Folge seiner Errichtung sein. Die belgische Partei, deren lebhafte, alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens umfassende Thätigkeit uns in vielen Punkten ein Vorbild sein kann, ist schon seit längerer Zeit im Besitz einer solchen Zentralstelle. Mehrjährige Studien auf dem Gebiet der deutschen Städteverwaltung, als deren erste Frucht ich noch im Laufe dieses Jahres eine Darstellung der sozialpolitischen und volkshygienischen Aufgaben der deutschen Städte der Oeffentlichkeit vorzulegen gedenke, haben meine Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Bedeutung eines solchen Amtes mehr und mehr gefestigt, so daß ich es heute wage, den in Kürze gezeichneten Plan der Partei zur Diskussion zu unterbreiten.

II.

Wir kehren zu den Verhandlungen der brandenburgischen Konferenz zurück. Von der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung war in Verbindung mit einigen auswärtigen Gemeindevertretern ein Programm ausgearbeitet worden, das in der Hauptsache den Gegenstand der zweitägigen Diskussionen bildete. Wie von den Genossen aus Brandenburg a. H. mit dem vollsten Rechte hervorgehoben wurde, krankte der Entwurf an einem fundamentalen Fehler. Er unterschied durchaus nicht die Forderungen, welche allein von der Gesetzgebung erfüllt werden können, von denen, deren Erfüllung auch heutzutage schon ohne Aenderung der Gesetze sich erreichen läßt. So steht z. B. im ersten Abschnitt die Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts für die Gemeindevertretungen direkt neben der Forderung, daß die Wahlen des Sonntags stattzufinden haben, im zweiten Abschnitt die Forderung: Weltlichkeit der Schule neben denen nach Errichtung von Schulkantinen, nach Anstellung von Schulärzten, nach Einrichtung von besonderen Schulklassen für Minderbefähigte, nach Errichtung von Volksbibliotheken u. s. f. Hier wäre ohne Zweifel eine klare und reinliche Scheidung von Werth gewesen. Dabei hätte man durchaus nicht den allgemeinen Theil des Programms, der sich mit den Forderungen an die Gesetzgebung beschäftigt, zu unterdrücken oder in den Hintergrund zu schieben brauchen. Im Gegentheil! Bei einer getrennten Behandlung wäre derselbe vielleicht eher zu seinem Rechte gekommen, als es in den Verhandlungen der Fall war. So marschirten denn eigentlich nur die alten Forderungen des allgemeinen Programms auf: allgemeines gleiches und direktes Wahlrecht, Weltlichkeit der Schule, Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel, des Bestattungswesens, Beschränkung der Gemeindesteuern auf direkte Steuern 2c., um die sich dann auch die Diskussion zu ausschließlich bewegte. Eine ganze Reihe der wichtigsten Punkte haben wir in dem Programm vergebens gesucht. Da ist zunächst in den sechs östlichen Provinzen Preußens sowie in Hannover, Hessen-Nassau 2c. die höchst wichtige Frage der Stellung von Magistrat zu Stadtverordneten, an der durch die Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts noch nichts geändert wird. Hier müßte mindestens die Unterordnung des Magistrats unter die Stadtverordneten nach der Städteordnung von 1808, Aufhebung seines Vetorechts gegenüber den Beschlüssen der Stadtverordneten oder vielmehr das Einkammersystem gefordert werden, wie es z. B. heute in England existirt.

Ebenso müßte das Aufsichtsrecht des Staates gegenüber der Selbstverwaltung der Gemeinden präzisirt werden. Schon die Erwähnung dieser beiden, für die städtische Selbstverwaltung fundamentalen Verhältnisse zeigt, daß es für die Partei noch vollständig an Vorarbeiten fehlt, auf Grund deren programmatische Festsetzungen erfolgen könnten. Mit der Aufstellung der Forderung: Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechts oder Präzisirung des Verhältnisses zwischen Staat und Gemeinde ist noch gar nichts gesagt. Hier wird eine tiefgehende Untersuchung der Grenzen zwischen staatlicher und kommunaler Verwaltung nothwendig, die in demokratischem Geiste die Aufgaben der beiden großen Verwaltungsorganisationen eines Volkes gegeneinander abgrenzt. Auch im Abschnitt 9 des Programms, der die Uebernahme der Markt-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sicherheitspolizei in die Gemeindeverwaltung fordert, ist kein Versuch gemacht worden, eine neue Scheidung ihrer Befugnisse vorzunehmen. Er giebt nur dem Wunsche der großen Städte, die königlichen Polizeiverwaltungen loszuwerden, Ausdruck, ohne sich mit der preußischen Theorie, nach der die Ortspolizei ein staatliches Hoheitsrecht ist, auseinanderzusetzen. Anderenfalls hätte diese Fiktion mit deutlicher Schärfe als das bezeichnet werden müssen, was sie im Grunde ist, als absolutistische Entrechtung der Gemeinden. Denn was ist damit gewonnen, daß die Verwaltung der Wohlfahrts- und Sicherheitspolizei nicht mehr allein in den Händen der beauftragten Bürgermeister liegt, sondern auch die Gemeindebehörden in größerer Ausdehnung an derselben betheiligt sind, solange die Ortspolizei nur im Auftrag und unter spezieller Aufsicht der staatlichen Behörden geübt wird?

Nicht minder lückenhaft und oberflächlich sind zwei andere große Gebiete behandelt worden: die öffentliche Gesundheitspflege und das Gemeindesteuerwesen. Was Deutschland noth thut, das ist ein Reichsgesetz betreffend die öffentliche Gesundheitspflege. Und dieses Reichsgesundheitsgesetz muß sich auf der demokratischen Basis der Selbstverwaltung aufbauen. Nur in den vom allgemeinen Wahlrecht beherrschten Gemeinden — hier sind es vor Allem die Stadtgemeinden, die in Frage kommen — oder weiteren Kommunalverbänden können die Träger der öffentlichen Gesundheitspflege gefunden werden, während nach geltendem Rechte die Gesundheitspolizei natürlich ein staatliches Hoheitsrecht ist. So sehen wir denn auch die Städte bei ihrer volkshygienischen Thätigkeit überall in der freien Entwicklung ihrer Kräfte gehindert; in ihrem Interesse liegt daher vor Allem eine Neuregelung der Sanitätsorganisation, die in ihre Hände auch die nothwendigen exekutivischen Befugnisse legt. Nur zwei Beispiele zum Beweis! Abschnitt 3 des Programms fordert unentgeltliche Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten und Wohnungshygiene. Was die Desinfektion angeht, so ist dieselbe in den alten Provinzen Preußens durch das Sanitätsreglement von 1835 geregelt, das auf einer Allerhöchsten Kabinetsordre beruht und daher Gesetzeskraft hat. Natürlich ist dieses Reglement wissenschaftlich vollständig veraltet und die Räucherungen, die es zur Desinfektion empfiehlt, würden den Spott jedes Laien herausfordern, von dem die Polizeibehörde dieselben fordern würde. Seine Existenz aber genügt, um die Rechtsgiltigkeit der neueren Polizeiverordnungen, welche die Desinfektion nach modernen Grundsätzen zu regeln suchen, zu einer höchst fraglichen zu machen. Und nun gar die Praxis! Die Anzeigepflicht für Aerzte und Familienvorstände in Bezug auf ansteckende Krankheiten ist selbstverständlich die nothwendiger Weise vorausgehende Bedingung eines geregelten Desinfektionswesens. Wir nehmen an, daß sie durch Polizeiverordnung eingeführt sei. Dann ist der Geschäftsweg in größeren Städten der folgende. Die vom Arzte ausgestellten Krankheitsmeldungen gehen zunächst an das zuständige Polizei-

kommissariat, von hier an das Polizeipräsidium, von hier an den Physiker. Vom Präsidium kommt dann die entsprechende Verfügung an die Polizeikommissariate zurück und wird dem Revierpolizeibeamten zur Erledigung übergeben. Der Letztere kontrollirt also den Ausgang der Krankheit durch Anfrage bei den Angehörigen oder Hausgenossen und erkundigt sich, ob eine Desinfektion der Wohnräume stattgefunden hat. Seinem Urtheil bleibt es in den meisten Fällen überlassen, ob er eine besondere Anzeige an seine vorgesetzte Dienstbehörde machen will oder nicht. Der Schutzmann ist in des Wortes verwegenster Bedeutung die gewaltige Säule, die den ganzen preußischen Staat trägt; er weiß alles, er kann alles und thut alles. Was wäre ohne ihn die ganze staatliche Verwaltung? Der Regierungspräsident — der Obergott — befiehlt und der Befehl pflanzt sich die Beamtenkette entlang fort, bis er die Thätigkeit des Schutzmanns auslöst. Und der Schutzmann folgt mit dem Kadavergehorsam des alten Soldaten dem Befehl und kontrollirt die Milch als sachverständiger Nahrungsmittelchemiker, er nimmt die Wohnungsstatistik auf als sachverständiger Bau- und Wohnungshygieniker, er entscheidet über die Nothwendigkeit einer Desinfektion als sachverständiger Mediziner, kurz er beaufsichtigt und beurtheilt alles als sachverständiges Universalgenie. Kein Wunder, daß sich der gewöhnliche Bürgersmann mit banger Scheu und ehrfürchtiger Bewunderung an dem allwissenden Gott Schutzmann vorbeidrückt! Und die städtischen Behörden, die Vertreter der Bürgerschaft? Sie haben keine Stelle in dieser wunderbaren bureaukratischen Stufenleiter. Die Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten in ihrer Stadt ist nicht ihre Sorge; sie haben keine Initiative und keine Exekutive in allen diesen Fragen, bei denen es sich um Leib und Leben ihrer Bürger handelt.

Und ganz ähnlich liegt die Sache auf dem Gebiet der Wohnungshygiene. Es giebt kein Wohnungsgesetz, das den Gemeinden ein Recht zur Wohnungspflege gäbe, das sie mit Zwangsbefugnissen gegenüber den Besitzern von verwahrlosten Häusern, gegenüber der, Sittlichkeit und Gesundheit der Bevölkerung untergrabenden, Ueberfüllung der Wohnungen ausstattete.

Diese beiden Beispiele haben hoffentlich gezeigt, wie unbedingt nothwendig für die städtische Verwaltung die demokratische Neuregelung der Organisation des öffentlichen Gesundheitswesens ist, die die städtischen Behörden zu Trägern derselben macht und den städtischen Gesundheitsbeamten das Recht der polizeilichen Exekutive giebt. Stellte also das Programm so weitgehende Forderungen, wie die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, der Weltlichkeit der Schule u. s. f. auf, so durfte es das mindestens ebenso wichtige Sanitätsgesetz nicht vergessen. Ueberhaupt ist das ganze Kapitel der Volkshygiene im Programm und bei der Diskussion elend zu kurz gekommen. Mit keinem Worte ist z. B. der Lebensmittelversorgung der Städte gedacht worden.

Nicht besser ging es dem Kapitel Steuerwesen. Abschnitt 5 des Programms: „Die Gemeindesteuern sind auf direkte Steuern zu beschränken. Ausschluß jeder indirekten, Verbrauchs- oder Kopfsteuer“ wurde ohne Diskussion angenommen! Als ob es gar keine Gebühren gäbe; als ob nicht das preußische Kommunalabgabengesetz von 1893 das Gebührenwesen in den Vordergrund gerückt hätte und als ob nicht das stetige Anwachsen der Zahl der städtischen Betriebe die Gebühr zu einem immer mächtiger werdenden Faktor im kommunalen Haushalt machen müßte!

Im Laufe der Debatte wurde der Satz ausgegraben, daß nur das in das kommunale Aktionsprogramm gehört, „was wir auf Grund unseres Programms in den *Gemeindevertretungen* zu fordern haben“, mit anderen Worten, es sollten nur solche Forderungen aufgestellt werden, die heute auf Grundlage der

bestehenden Gesetze von den Gemeindebehörden erfüllt werden können. Dieser Satz würde ohne Zweifel den Beifall der staatlichen Aufsichtsbehörden finden, die bestrebt sind, die Thätigkeit der Gemeinden auf den engsten Rahmen der Gemeindeangelegenheiten zu beschränken und ihnen die Theilnahme am politischen Leben der Nation zu verbieten suchen. Eine Berechtigung konnte man ihm nur dann nicht bestreiten, wenn das allgemeine Parteiprogramm etwas genauer präzisirte, wie es sich denn eigentlich die Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde denkt, oder wenn wir genau ausgearbeitete Programme für die Landtage besäßen. An beidem fehlt es aber zunächst noch. Ferner würde aber auch die Sozialdemokratie ihren ganzen demokratischen Charakter aufgeben, wenn sie den Gemeinden verwehren wollte, ihrerseits für eine Entwicklung des Gemeinderechts, für eine ständige Ausdehnung ihrer Befugnisse einzutreten. Sogar in Preußen verdanken wir einige Gesetze ganz allein der Initiative der Stadtgemeinden, und in demokratischen Ländern, wie England, sind gerade sie die Schöpfer neuer, moderner Zweige des Rechtes geworden. Keine Gemeinde wird sich dieses Recht nehmen lassen, und die Sozialdemokratie sollte darauf verzichten, den speziellen Forderungen an die Gemeindebehörden einen Abschnitt vorauszustellen, in dem sie den Ausbau des Gemeinderechts skizzirt, wie sie ihn für richtig und nothwendig hält? Wenn wir etwas dem Programm vorzuwerfen haben, so ist es vielmehr gerade der Mangel, daß es diesen Abschnitt nicht scharf heraushebt, daß es nur einige Theile des Ausbaues skizzirt und große wichtige Theile vergißt, daß es nicht mit der ganzen Schärfe logischer Klarheit und historischen Erkennens der heutigen Rechtlosigkeit der Gemeinden die Thätigkeitsfülle der befreiten Gemeinde gegenüberstellt.

Es sollte die Aufgabe dieses Artikels sein, an einigen Punkten zu zeigen, wie lückenhaft das von der Berliner Konferenz aufgestellte Kommunalprogramm ist, und durch diesen Nachweis für die Zeitschrift und Zentralstelle, mit denen sich der erste Theil beschäftigt, Propaganda zu machen. Auf die einzelnen Punkte des Programms, die sich mit Forderungen an die Gemeinden beschäftigen, auch nur in ähnlich kurzer Behandlung wie auf die oben erwähnten Forderungen genauer einzugehen, liegt außerhalb meines Planes. Ein jeder derselben verdient in der That ausführliche Untersuchung und Diskussion. Untersuchungen kann man in Broschüren und Büchern führen; für die Diskussion bedarf es aber einer Zeitschrift. Und diese fehlt uns. Wie lange noch?[1]

Schippel und der Militarismus.

Von K. Kautsky.

(Schluß.)

3. Milizsystem und Parteitaktik.

Können wir annehmen, daß alle diese so haltlosen, so bei den Haaren herbeigezerrten Gründe — die Verdrehung der Engelsschen Worte, die Identifizirung des Milizsystems mit einem Landsturm ohne ausgebildete Soldaten und Offiziere, die Bedenken gegen die Volksbewaffnung und die militärische Jugend-

[1] Der Wunsch nach Begründung einer eigenen Zeitschrift für sozialdemokratische Kommunalpolitik erscheint uns sehr berechtigt, aber wir fürchten, wir werden noch einige Zeit auf eine solche warten müssen. Wir sind jedoch gern bereit, einen größeren Theil des allerdings höchst beschränkten Raumes der „Neuen Zeit", etwa auf Kosten des Feuilletons, der Kommunalpolitik zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise wenigstens einigermaßen die unleugbar vorhandene Lücke ausfüllen zu helfen. Die Redaktion.

erziehung, die Verwerfung des Milizsystems, weil es zu theuer ist, und das ~~Los~~ Lob der stehenden Heere, weil sie noch theurer sind — können wir annehmen, daß das Gründe sind, stark genug, einen so nüchternen und klaren Denker wie Schippel zu veranlassen, sich gegen eine der Grundforderungen seiner Partei zu wenden, in rücksichtslosester Weise zu wenden, einen „formell wie inhaltlich unerhörten Angriff" auf sie zu unternehmen?

Nein, das alles sind Gründe, welche man vorbringt, wenn man bessere nicht findet, um eine Sache zu diskreditiren, die man haßt, sie sind nicht Gründe, Jemand einer Sache abwendig zu machen, an der er hängt.

Welcher Grund kann aber Schippel das Milizsystem so verhaßt machen?

Um diese Frage zu beantworten, müßten wir die ganze prinzipielle Haltung Schippels während der letzten Zeit untersuchen, was uns doch etwas zu weit führen würde. Bleiben wir beim Milizsystem, denn damit sind wir noch nicht fertig. Wenn Schippel auch kein Milizheer mag, so doch ein Volksheer — welches er freilich nicht näher definirt. Vielleicht könnte man sich fragen, ob nicht unsere ganze Diskussion nur ein Wortstreit sei, eine „Flohknackerei", die daher rührt, daß er Volksheer nennt, was wir Miliz — dann wäre jedoch sein Angriff gegen diese erst recht unverständlich. Aber thatsächlich liegt auch weit mehr vor, als ein bloßes Mißverständniß.

Ein bereits von Schippel wiederholt zitirter Satz des Isegrimschen Artikels erklärt:

„Friedrich Engels hat für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksheer enden sah — was doch gegen die übliche Milizvorstellung einen ebenso fundamentalen Unterschied bedeutet, wie wenn man einerseits glaubt, der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen, in diese hineinwachsen, oder andererseits: man müsse dem heutigen Kapitalismus genossenschaftliche Betriebe entgegenstellen, die ihn durch ihre Ueberlegenheit heute schon schlagen und ersetzen sollen. . . .

„Meist überwiegt (bei Engels) die immer mehr vertiefte Anschauung, daß nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen ist, sondern daß die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystems gleichbedeutend ist mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag. . . ."

Der Unterschied zwischen Schippel und den „Milizgläubischen" läge darnach also weniger im Endziel, als in der Bewegung, in der Art und Weise, wie das Endziel erreicht werden soll.

Es ist offenbar, und der Hinweis auf eine Stelle aus dem Anti-Dühring macht das noch klarer — Schippel erklärt die Anhänger des Milizsystems für Utopisten; er dagegen fühlt sich als der konsequente Marxist des Militarismus.

Zur Abwechslung bin ich also einmal nicht Großinquisitor, sondern Ketzer. Sicher, ich würde mich auf Seite der Ketzer schlagen, wenn die Anschauung, die uns Schippel da vorführt, die marxistische wäre.

Sein Bild stimmt jedoch nicht. Das Streben, den Kapitalismus durch vereinzelte genossenschaftliche Betriebe überwinden, wie es manche Anarchisten und Sozialpolitiker träumen, fände auf militärischem Gebiete dann eine Analogie, wenn wir „Milizgläubischen" vorschlügen, Guerillabanden zu bilden, um das stehende Heer zu bekämpfen. Das ist unter Umständen, wie das Beispiel Kubas zeigt,

eine ganz wirksame Methode. Für ein Land moderner Zivilisation paßt sie nicht. Aber Schippel wird es auch schwer fallen, unter den sozialdemokratischen Anhängern des Milizsystems auch nur einen zu finden, der den Militarismus durch Guerillabanden vernichten will.

Unsere Methode, den Militarismus zu bekämpfen, ist dieselbe, durch die wir den Kapitalismus bekämpfen. Wir erwarten nicht fatalistisch, daß dieser „durch sein eigenes Fortschreiten schließlich die genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen (!!) werde"; wir wissen, die Letztere kann nur das Werk des siegreichen Proletariats sein, und wir wissen, daß es unsere Aufgabe ist, es zu organisiren, ihm sein Ziel zu weisen und es dafür zu begeistern. Und das ist auch unsere Aufgabe dem Militarismus gegenüber und wir fühlen uns da auf dem gleichen Boden mit den Autoren des kommunistischen Manifests.

Auf ganz anderem Wege hofft Schippel zur Aufhebung von Militarismus und Kapitalismus zu kommen. Er sagt:

„Die ganze Entwicklungstendenz des preußischen Armeesystems — die „eigene innere Bewegung", wie ich sie oben nannte — kann man dahin zusammenfassen: fortschreitende Verkürzung der Dienstzeit. ... Oder auch in anderen Worten: immer schärfere Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Herabsetzung der Präsenzzeit.

„Diese eigene innere Bewegung, die an sich ohne Grenzen ist, stockt natürlich momentan bis zur vollständigen Ausprüfung der Wirkungen des zweijährigen Dienstes, die eben erst in Jahren genügend zu übersehen sind. Diese Bewegung kann jedoch mit einem Schlage wieder lebhafter werden, wenn ihre überseeischen Interessen die deutsche Bourgeoisie zwingen sollten, Deutschland mehr und mehr zur Marine-Großmacht zu entfalten. Dann würde zweifellos die wachsende Reichsfinanzbedrängniß abermals der bezeichneten Armeeentwicklung einen mächtigen Ruck nach vorwärts geben. Da man auf die militärische Ausbildung möglichst auch des letzten Mannes nicht würde verzichten wollen, nicht würde verzichten können, so kann man die durch die politischen Verhältnisse aufgezwungene Ersparniß abermals nur in der Herabsetzung der Dienstzeit suchen. Die achtzehn Monate von Engels könnten dann, ohne internationale Umständlichkeiten, viel rascher zur Wirklichkeit werden, wie die zweijährige Dienstzeit an die Stelle der dreijährigen getreten ist.

„Aber hat das mit Milizideen irgend etwas zu schaffen? Dann war auch die Caprivische Reform ein Schritt wenigstens zur Miliz. Aber dann muß auch ich hinzufügen: an solche Schritte glaube ich. In diesem Sinne — um Worte werde ich nicht streiten — bin auch ich ‚milizgläubisch'."

Ich bedaure, sagen zu müssen, daß ich gerade an solche Schritte nicht glaube, in diesem Sinne also nicht „milizgläubisch" bin.

Schippel erwartet, die wachsende „Reichsfinanzbedrängniß" werde die deutsche Bourgeoisie bald zwingen, durch eine Herabsetzung der Dienstzeit die nothwendigen Ersparnisse zu machen. Dann aber behauptet er wieder, „diese riesenhaften unproduktiven Ausgaben (des Militarismus) sind geradezu eine Lebensbedingung, rein ökonomisch, für die moderne Gesellschaft geworden." Wo ist da die Konsequenz?

Aber wir wollen gern zugeben, daß der Militarismus zur „Reichsfinanzbedrängniß" führt. Indeß die Verkürzung der Dienstzeit unter dem „preußischen System" zeitigte bisher keine Ersparnisse. Die Militärreform unter Caprivi war alles Andere, nur keine finanzielle Entlastung. Wir haben auch heute schon in manchem Staate eine „Reichsfinanzbedrängniß", aber nirgends eine achtzehnmonatliche Dienstzeit, wenigstens keine allgemeine. Wenn etwa Italien für einen Theil seiner Truppen die Dienstzeit vermindert, die anderen aber drei

Jahre dienen läßt, so wirkt da die Finanznoth nicht in der Richtung zur Volkswehr, sondern eher in der Richtung zum alten Konskriptionssystem. Bei den Abrüstungsvorschlägen des Zaren spielt vielleicht die „Reichsfinanzbedrängniß“ eine große Rolle. Aber von einer Verkürzung der Dienstzeit steht in ihnen nichts.

Aber beruht denn nicht die ganze Entwicklungstendenz des preußischen Armeesystems in „fortschreitender Verkürzung der Dienstzeit“ — einer „inneren Bewegung“, die „ohne Grenzen“ ist?

Auch das bedaure ich nicht gläubig hinnehmen zu können. Als das alte friderizianische Heer bei Jena und Auerstädt zusammengebrochen war, wurde ein neues Heerwesen auf dem Boden der allgemeinen Wehrpflicht in Preußen geschaffen. Die Dienstzeit war Anfangs wechselnd, aber ungemein niedrig. Nach dem Pariser Vertrag von 1808 durfte das stehende Heer Preußens nicht mehr als 42 000 Mann stark sein. Trotzdem wurden binnen drei Jahren 150 000 Mann ausgebildet, was eine durchschnittliche Dienstzeit von zehn Monaten macht. 1814 wurde die Dienstzeit auf drei Jahre festgestellt, 1833 auf zwei Jahre herabgesetzt, in den fünfziger Jahren wieder erhöht, bis die Heeresreorganisation der Konfliktszeit die dreijährige Dienstzeit festlegte, der 1893 endlich abermals die zweijährige folgte. Die innere Entwicklungstendenz des preußischen Armeesystems besteht also in einem ewigen Hin- und Herpendeln zwischen zweijähriger und dreijähriger Dienstzeit. Sie hat uns unter Caprivi glücklich dorthin geführt, wo wir schon sechzig Jahre früher standen. Eine allzu rasche und entschieden fortschreitende Verkürzung der Dienstzeit kann ich darin nicht erblicken, und wenn Schippel von einem „natürlich momentanen Stocken dieser eigenen inneren Bewegung des preußischen Armeesystems bis zum vollständigen Ausprüfen der Wirkungen des zweijährigen Dienstes“ spricht, so beneide ich ihn zwar um diesen edlen geheimräthlichen Stil, fürchte aber, dies „vollständige Ausprüfen“ wird Schippel nicht mehr erleben. Denn der Schritt zum achtzehnmonatlichen Dienste ist ein Schritt zur Miliz oder zum Volksheer, wenn das Wort Schippel besser gefällt, und daran, daß die herrschenden Klassen diesen Schritt aus eigener Initiative thun, daß sie selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen, daran glaube ich nicht. Der Milizglaube in diesem Sinne ist in meinen Augen ein Köhlerglaube.

Von der eigenen inneren Bewegung des preußischen Armeesystems zum Volksheer merkte Engels nichts. In seiner Broschüre: „Kann Europa abrüsten?“ äußerte er sich sehr pessimistisch über die Aussichten seines Vorschlags auf Verkürzung der Dienstzeit. Im Vorwort sagt er: „Ich suche festzustellen, daß vom rein militärischen Standpunkt der allmäligen Abschaffung der stehenden Heere nichts im Wege steht, und daß, wenn trotzdem diese Heere aufrecht erhalten werden, dies nicht aus militärischen, sondern aus politischen Gründen geschieht, daß also mit einem Worte die Armeen schützen sollen nicht so sehr gegen den äußeren, wie gegen den inneren Feind.“

Wie sagte Isegrim? „Engels sah das heutige System schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung im wirklichen Volksheer enden.“ Ja, aber insofern, als er die eigene innere Bewegung im Bankerott enden sah, in der Sprengung von innen heraus dadurch, daß die Massen einen Willen bekommen und die Kraft, ihren Willen „gegenüber der kommandirenden Militärherrlichkeit durchzusetzen“.

Hier ist die Wurzel unseres Gegensatzes zu Schippel. Er erklärt: „Was Ihr im Kampfe gegen unsere Gegner erreichen wollt, das machen diese für uns; laßt nur die Bourgeoisie und das preußische Heeressystem walten und hoffet auf

sie allezeit, trotz momentaner Stockung, und die Früchte werden Euch von selbst in den Schoß fallen. Das ist nur eine Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung, die da auch sagt: ‚Der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen.‘“

Also nicht aus dem Kampfe gegen den Kapitalismus, nicht aus dem Zusammenbruch des Kapitalismus wird die sozialistische Gesellschaft hervorgehen, sondern aus seinem Fortschreiten. Die Konzentration des Kapitals erzeugt die genossenschaftliche Gesammtproduktion und wir haben nichts Anderes zu thun, als die Akkumulation des Kapitals zu fördern, damit wir schneller ans Endziel kommen. Und ebenso wird die Militärmonarchie aus ihrer eigenen inneren Bewegung heraus in der Demokratie enden.

In der That hat man die Katastrophentheorie auf ökonomischem Gebiet überwunden, warum soll sie noch länger auf politischem und militärischem gelten?

Wer dieser Auffassung huldigt, hat allerdings vollkommen Recht, wenn er gegen die Milizagitation unserer Partei zu Felde zieht. Vom Standpunkt des Katastrophenabscheus wird der Milizabscheu selbstverständlich.

Aber Schippel versuche doch nicht, uns glauben zu machen, dieser Katastrophenabscheu sei das Ergebniß marxistischer Dialektik. Und er versuche nicht immer wieder, die „bitteren Pillen“, die er uns zu geben hat, durch Zugeständnisse an die in unserer Partei üblichen Vorstellungen zu verzuckern, sondern versuche einmal, konsequent zu sein. Ist das „Volksheer“ die Konsequenz der eigenen inneren Bewegung des „heutigen Systems“, dann gewähre er diesem, was es zu seiner Entfaltung braucht. Mitunter zeigte er ja schon Lust dazu.

Was ist die Konsequenz dieses Standpunktes? Man erwäge, wie das herrschende Regime selbst es betont, daß es auf der Treue der Armee beruht; man bedenke ferner die innige Verbindung von Volksheer und Demokratie: da heißt die Schippelsche Anschauung von der Entwicklung des Militarismus nichts anderes, als die Erwartung, die *Militärmonarchie werde aus ihrer eigenen inneren Bewegung heraus in der Demokratie enden.*

Damit wäre freilich die verruchte Katastrophentheorie aus ihrem letzten Schlupfwinkel vertrieben, aber auch dem Nationalsozialismus Thür und Thor geöffnet. Schippel hütet sich jedoch klüglich, diese Konsequenzen zu ziehen. Konsequenz ist seine starke Seite nicht.

Als Referent auf dem Hamburger Parteitag betonte er wohl die Nothwendigkeit, neue Kanonen zu bewilligen.

„Sollen wir, weil die bürgerlichen Parteien uns ... nicht unseren Willen thun, die deutschen Arbeiter gleichsam als Strafe vor die Gefahr stellen, daß sie mit ihrem Blute den Unverstand der Gegner einmal zu büßen haben? ... Ist man in einer solchen Lage, kann man die Kriege nicht verhindern, so kann man doch nicht unseren Soldaten schlechte Flinten, schlechte Kanonen geben“ (Protokoll S. 122, 137).

Aber Schippel hat für die Kanonen nur *gesprochen*, jedoch gegen sie *gestimmt*. Und er hat auf der anderen Seite sogar *für das Milizwesen* gesprochen:

„Für Milizanträge und Abschaffung aller stehenden Heere ist keine Mehrheit vorhanden.... Das ist eine Thatsache, die uns sicherlich *unangenehm* ist.“

Bald darauf attakirt er in unerhörter Weise die Genossen, die für Milizanträge sich erwärmen! Und in demselben Artikel, in dem er das stehende Heer zu rehabilitiren sucht, erklärt er, der Militarismus sei ihm unangenehm, denn er bedeute „keine Verstärkung, sondern eine Erleichterung des allgemeinen wirth-

schaftlichen Drucks", und zwar eine so hochgradige, daß er eine Lebensbedingung für die moderne Gesellschaft geworden sei. Diese Annahme ist zwar falsch, aber wenn sie richtig wäre, bildete sie sicher kein Argument gegen den Militarismus. Steht die Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, daß ihr eine Institution deswegen unangenehm ist, weil sie den wirthschaftlichen Druck erleichtert? Dieser Satz Schippels scheint mir ein Rückfall in die anarchistelnde Richtung der Berliner „Volkstribüne" seligen Angedenkens zu sein. Derselbe Schippel aber erklärte vor wenigen Wochen noch in Stuttgart die deutschen Arbeiter für die Kompagnons der deutschen Kapitalisten, von deren Wohlergehen ihr Wohlergehen abhänge: „Die Arbeiter sind gewissermaßen Mitantheilshaber an jeder wenn auch zunächst künstlich beförderten Erweiterung der Großproduktion. Das Endziel, die höhere Entwicklung unserer Industrie, ist uns Alles" (Protokoll, S. 179). Diesen Satz registrirt wieder die „Soziale Praxis" mit Begeisterung.

Welch' sonderbare Widersprüche! Sollten sie sich dadurch erklären, daß Schippel, wie wir gesehen, es für ganz selbstverständlich findet, wenn man den „üblichen Vorstellungen" Zugeständnisse macht und bittere Pillen verzuckert? Wir können Schippel auf das Entschiedenste versichern, daß wir seines Zuckers nicht bedürfen und eine Schonung unserer Illusionen und Vorurtheile nicht verlangen.

Was wir brauchen, das ist Klarheit, Offenheit, Konsequenz. Und nirgends mehr, als dem Militarismus gegenüber, der in allen Großstaaten des europäischen Kontinents unser gefährlichster Gegner ist, nicht blos durch die ungeheure Masse brutaler Machtmittel, über die er verfügt, sondern auch durch seine engen materiellen und geistigen Beziehungen zu weiten Volksschichten.

Wie tief eine Demokratie sinken kann, deren Haltung gegenüber dem Militarismus eine schwächliche oder zweideutige, sehen wir jetzt in Frankreich. Die Ohnmacht der Radikalen und Sozialisten in der dortigen Krisis rührt nicht zum geringsten Theil daher, daß so viele unter ihnen nicht verstanden, wie nothwendig es sei, den Anmaßungen der Armee von vornherein die ganze Wucht geschlossener und rücksichtsloser proletarischer Agitation entgegenzusetzen. Giebt es doch heute noch Sozialisten, die in der französischen Kammer für die Armee stimmen, in der französischen Presse für sie schreiben, und von der „eigenen inneren Bewegung der Armee" das Beste erwarten!

Es ist eine Unmöglichkeit, ein nach Außen starkes stehendes Heer zu haben, das gleichzeitig nach Innen nur wie eine zahme demokratische Miliz wirkt. Wer das stehende Heer nach Außen für nöthig hält, muß sich seine Herrschaft auch im Innern gefallen lassen. Da giebt es nur ein Entweder — Oder. Das nicht erkannt zu haben, ist das Verhängniß der bürgerlichen Demokratie Deutschlands wie Frankreichs. Soll die proletarische Demokratie ihr folgen?

Schippel verzeichnet es mit Befriedigung, daß Engels den Fortschrittsbürger höhnt, der die Eroberungspolitik der preußischen Regierung zur seinen machte, ihr aber die dafür nöthigen Machtmittel verweigerte. Er weiß nicht, wie sehr er da seiner selbst spottet. Dieser Fortschrittsbürger der Konfliktszeit ist das Urbild des heutigen Sozialdemokraten Schippel, der für das stehende Heer Propaganda macht und — dagegen stimmt.

Der Sumpf, in dem die Fortschrittspartei endete — die kraftlose und aussichtslose Opposition — das ist das Endziel, in das die Schippelsche Politik uns führen würde, eine Politik, die, um ihre sozialistische Reputation zu wahren, es nicht wagt, ihre Opposition gegen das herrschende Regime aufzugeben, die aber alle Elemente zu tödten sucht, aus denen die Opposition ihre Kraft und ihre Siegeszuversicht schöpft.

Literarische Rundschau.

Frau Dr. med. H. B. Adams Lehmann, **Die Gesundheit im Hause.** Stuttgart, Süddeutsches Verlagsinstitut. 747 S.

„Die Gesundheit im Hause" soll für das dickleibige, zweibändige „Frauenbuch" der Verfasserin einen kürzeren Ersatz bieten. Für weitere Verbreitung bestimmt, hat es die Berechtigung, auf seinen eigenen Werth und nicht auf den eines bloßen Auszugs geprüft zu werden.

Sein Zweck ist der „Frau und Mutter" Verständniß in gesundheitlichen Dingen beizubringen, um das körperliche Wohlbefinden zu erhalten, Krankheiten zu verhüten oder sie schon in den Anfängen zu bekämpfen. Erreicht wird derselbe durch Aufklärung über Bau und Funktionen des menschlichen, insbesondere des weiblichen Körpers, durch Schilderung der hygienischen Maßnahmen im Hause behufs ungestörter Fortentwicklung und normaler Erhaltung des Körpers — es betrifft dies hauptsächlich die Nahrung, Kleidung, Wohnung, Reinlichkeit —, durch Darlegung der als Krankheiten sich zeigenden Folgen hygienischer Vergehen und schließlich durch Kennzeichnung der bei den verschiedenen Krankheiten auftretenden Symptome. Durch letztere soll die Frau nur rechtzeitig auf das Vorhandensein der Krankheit aufmerksam gemacht werden, um alsbald einen Arzt zu Rathe ziehen zu können, nicht aber soll dadurch, wie es bei anderen Gesundheitsbüchern bezweckt ist, der Arzt entbehrlich werden. Durch die vielfache Betonung dieses Standpunkts unterscheidet sich „Die Gesundheit im Hause" wohlthuend von anderen Büchern, welche oft mehr schaden als nützen.

Es ist kein Zweifel, daß der von Frau A. L. eingeschlagene Weg zum Ziele führt und daß sie auch das Ziel erreicht hat. Und da das Ziel erstrebenswerth und für die Volksgesundheit von großer Bedeutung ist, kann man das Erscheinen des Buches nur mit Freuden begrüßen und ihm weite Verbreitung wünschen. Es wird wohl auch Verbreitung finden, aber nur bei den bemittelten Klassen, nicht unter Arbeitern. Die Hygiene ist ja überhaupt eine Geldfrage und die private Hygiene gegenwärtig mehr denn jede andere. So befaßt sich denn auch Frau A. L. nicht so sehr mit der Gesundheit im Hause schlechtweg, sondern mit der Gesundheit im wohlhabenderen Hause. Sie wendet sich nicht so sehr an die Arbeiterinnen, welchen die abrackernde Arbeit und die Noth keine Zeit zur Hygiene läßt, sondern an die Vorsteherinnen eines sogenannten geordneten Haushalts, welchen das hygienische Verständniß stets, die Mittel seltener fehlen.

Diese bekommen allerdings von Frau A. L. Dinge zu hören, welche zu wissen nothwendig, von welchen sie aber bisher zumeist nichts wissen wollten. Frau A. L. schrieb eben nicht als Frau ihr Buch, sondern als Arzt, dem kein Theil seiner Wissenschaft Ekel erregt oder der denselben lasciv behandelt. So wird beispielsweise Syphilis und Masturbation ausführlich erörtert. Wer die traurigen Folgen der geschlechtlichen Infektion in der Ehe kennt oder eine Ahnung von der Häufigkeit der Masturbation unter Schulkindern hat, wird Frau A. L. für diese beiden Kapitel großen Dank wissen. Nicht als unschuldiges und zum Theile unwissendes Ding soll die Frau zur Ehe schreiten, sondern in voller Kenntniß des ihrer in Wirklichkeit oder Möglichkeit Harrenden.

Frau A. L. glaubt, daß durch hygienische Maßnahmen der Durchschnittsfrau wieder Kräftegleichheit mit dem Manne verliehen werden kann, wie sie sie einstens besessen. Zweifelsohne sind die hygienischen Sünden schuld an dem körperlichen Verfall des Kulturweibes; daß wir in der Muskelschwäche der Frau keinen primären Geschlechtscharakter zu sehen haben, ist eine auch von mir schon vor Jahren betonte Anschauung. Es wird aber kaum gelingen, das Verschlechterungswerk vieler Jahrhunderte in wenigen Jahren wettzumachen, zumal wenn, wie auch A. L. öfters hervorhebt, die Gesundheit beider Geschlechter herabdrückende Momente weiterhin ihre Kraft behalten. Auch für diese sucht A. L. bei ihren Leserinnen Verständniß zu erwecken und sie sieht sich öfters in der Lage, auf das Hineinspielen der öffentlichen

Gesundheitspflege in das Gebiet der privaten aufmerksam zu machen. Letztere kann ohne erstere nicht ihre volle Geltung erlangen. So streift denn auch Frau A. L. eine Menge anderer Fragen, z. B. Prostitution, Hebammenausbildung, Alkoholismus u. s. w. Dabei stellt sie sich stets auf den rein ärztlichen Standpunkt. Nur einmal verläßt sie ihn, wenn sie von dem „moralischen Rechte jedes Menschen, die Elternschaft abzulehnen", spricht. Der Arzt läßt sich nie durch Moral in seinem Handeln beeinflussen, sondern lediglich durch Gesundheitsrücksichten. Diese ausschließlich zu betonen, hätte genügt.

Das Buch ist, wie auch das Vorwort andeutet, nicht aus einem Gusse. Die einen Ausführungen sind kurz und präzise, die anderen breiter gehalten. Zu ersteren gehört die Lehre von den Zellen und Geweben. Auch ohne diese wäre das Buch ans Ziel gekommen; die Abnahme des Umfangs wäre dagegen von Vortheil. Dafür hätten andere Dinge erörtert werden können; auch die Hygiene des Mannes ist für die Frau eine nothwendige Kenntniß. Vielleicht fühlte Frau A. L. selbst, daß es auch ohne Histologie ꝛc. gut gegangen wäre, wollte jedoch die betreffenden Kapitel aus Rücksicht auf vollständige Belehrung nicht fortlassen und faßte sich daher sehr knapp. Im Allgemeinen schadete die Knappheit nicht der Klarheit; trotz Knappheit und populärer Darstellung sind die von bekannt guten Zeichnungen unterstützten Ausführungen musterhaft. So möchten wir die Darlegung der Heilserumfrage ein Kabinetstück nennen, das, trotz populärer Darstellung auf der Höhe der Wissenschaft stehend, kein Wort zu viel sagt. Mitunter kann aber die Knappheit verwirrend wirken oder eine falsche Vorstellung hervorrufen; ersteres z. B., wenn für die Definition der Schleimhaut die Zylinderform der obersten Zellen angegeben wird, welche schließlich auch als an manchen Orten abgeplattet hingestellt werden, letzteres in demselben Absatz, wenn die hautähnliche Form der Schleimhaut für diejenigen Stellen angegeben wird, welche viel auszuhalten haben, als ob dies der Grund wäre. Andere Stellen könnten dagegen kürzer gefaßt oder ganz weggelassen werden; es ist z. B. wohl nicht nöthig, daß die Frau über Echinococcusgeschwülste des Beckens Genaueres erfährt. Die „Gesundheit im Hause" soll ja doch kein auf Vollständigkeit Anspruch erhebendes Handbuch der Frauenkrankheiten sein.

Anschließend will ich noch einige von den Stellen oder Ausdrücken, welche ich geändert wissen möchte, anführen. Es geschieht nicht aus Kleinigkeitskrämerei, sondern weil ich das mir äußerst nützlich erscheinende Buch vollkommener zu sehen wünsche. Bei den Organen wäre auch der Milz zu gedenken; S. 28 wäre eine allgemeine Darstellung der Knochenverbindungen (Nähte ꝛc.) zu geben; bei Rhachitis wäre die Neigung zu Katarrhen hervorzuheben; S. 38 wird die seitliche Rückgratsverkrümmung als keine Knochenkrankheit bezeichnet, es giebt aber Chirurgen, welche in ihr zum Theile eine Art Spätrhachitis vermuthen; S. 43 wäre wohl auch der Plattfuß zu beschreiben gewesen; S. 44 heißt es, daß die Körpermuskeln an den Knochen befestigt sind und die Aufgabe haben, die Gelenke zu bewegen, dabei ist jedoch auf einige Gesichtsmuskeln keine Rücksicht genommen; S. 69 wäre statt Zellverbrennung wohl besser Zellenarbeit zu setzen; auf derselben Seite macht es den Eindruck, als ob nur Fett bei der Verdauung von den Lymphkapillaren aufgenommen würde; es wäre durch das Beispiel der Leukämie zu erläutern gewesen, daß nicht alle weißen Blutkörperchen als Schutzmittel des Organismus anzusehen seien; eine Darstellung der Gefäßverkalkung in ihrer Beziehung zu Ueberarbeit und Alkohol wäre wohl am Platze; S. 88 wäre der Schnürleber als Folge des Korsetts zu gedenken; S. 92 die Bedeutung der Tapeten für die Lufterneuerung durch die Zimmerwände zu schildern; S. 191 ist die Bezeichnung des Harnstoffs als Eiweißasche falsch, da man unter Asche nur anorganische Körper versteht; S. 246 führt die Schrumpfniere zur Herzerweiterung, während sie direkt nur zur Vergrößerung der linken Herzkammer führt. Die Eintheilung der Gifte in giftige Chemikalien, giftige Gase, giftige Arzneistoffe und giftige Pflanzen schafft keine scharf voneinander getrennte Gruppen, auch sind manche wichtige Gifte nicht aufgezählt; ob eine menstruirende Frau weiter stillen dürfe, möge auseinandergesetzt werden. S. R.

Dr. jur. E. Münsterberg, **Die Armenpflege.** Einführung in die praktische Pflegethätigkeit. Berlin 1897, Otto Liebmann. X und 213 S. 8°.

Es giebt kaum ein anderes Gebiet praktischer Bethätigung, auf dem die Grundanschauungen und die Formen des Wirkens so häufig gewechselt haben, auf dem so viel experimentirt wurde, wie das Gebiet der Armenpflege. So überreich die Literatur über das Armenwesen ist, so selten sind die Schriften, welche über den heutigen Zustand auf diesem traurigen Gebiet informiren. Bei aller Verschiedenheit unseres Standpunkts von dem des Verfassers müssen wir die hier angezeigte Schrift als eine der besseren ihrer Art bezeichnen. Der Verfasser hat sich literarisch und praktisch als einer der ersten deutschen Fachmänner auf dem Gebiet des Armenwesens erwiesen; bis vor Kurzem Leiter der Hamburger Armenpflege, dürfte sich ihm vielleicht bald in Berlin ein noch größeres Feld ähnlicher Thätigkeit eröffnen. Sein neuestes Buch sucht über alle Gebiete des Armenwesens in gut lesbarer und allgemein verständlicher Sprache zu orientiren. Ein Sachregister mit über 300 Nachweisungen ermöglicht es, das Schriftchen als Nachschlagebuch zu benützen. 14 Seiten Bibliographie werden demjenigen willkommen sein, welcher sich eingehender mit den Fragen der Armenstatistik und des Armenwesens beschäftigen will.

Im Allgemeinen wird man aus dem Buche viel Belehrung ziehen können, wenn auch hier und da ein Flüchtigkeitsfehler unterläuft, wie z. B. bei Besprechung der Asyle für Obdachlose, bei denen in Berlin nicht allgemein, wie man aus dem Zusammenhang vermuthen müßte, das Prinzip der Anonymität herrscht; dieses gilt blos für die Häuser des Asylvereins für Obdachlose und nicht für das städtische Asyl, in dem die Schutzmannsuniform immer zu sehen ist.

Der Hauptwerth des Buches scheint uns in den Partien zu bestehen, in welchen der Verfasser die verschiedenen Formen der Armenpflege darstellt und durch eine Reihe der Praxis entnommener Fälle illustrirt. Auch an Kritik der Handhabung der Armenpflege läßt Münsterberg es nicht fehlen. Es würde den Raum einer Besprechung übersteigen, wollte man im Einzelnen mit ihm rechten, wo unserer Meinung anders oder schärfer kritisirt werden sollte. Aber auch die kritischen Partien wirken, wenn auch öfters zum Widerspruch herausfordernd, anregend. Daß der Verfasser der Sozialdemokratie feindlich gegenübersteht, ist bekannt und wird auch in dem Buche zum Ausdruck gebracht, ohne daß dies aber irgendwie geflissentlich betont wird.

Ohne eine hervorragende Leistung zu sein, ist die Schrift verdienstlich und auch für den Leserkreis dieser Zeitschrift zu empfehlen.

Im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Büchern ist die Ausstattung sehr gut; nach der bei uns leider noch wenig eingebürgerten englischen Art wird das Buch nicht als Halbfabrikat, sondern gleich gebunden in den Handel gebracht.

A. Br—.

Aus meinem römischen Skizzenbuch, von Richard Voß. Leipzig, Verlag von Naumann.

Ein Büchlein aus der Sammlung: „Kennst du das Land?", die dem deutschen Publikum Italien bekannter und vertrauter machen soll. Daß das vorliegende Bändchen das Verständniß für italienisches Wesen — oder irgend eine Seite italienischen Wesens — ein gutes Stück weiter bringe, möchte ich bezweifeln. Im großen Ganzen scheint der Autor in Italien nur das gesehen zu haben, was eben obligatorisch ist: schwarze Gluthaugen und Maccaroni, hübsche Modelle und stolze Römerinnen, Messerhelden und Ehebruch, deshalb werden seine Skizzen und Novellen Vielen recht „uritalienisch" vorkommen. Mir scheint nur eine von ihnen, die „Gräfliche Villegiatur", an Zügen reich zu sein, die wirklich charakteristisch sind und doch noch nicht im Bädeker stehen. Das gezwungene Landleben des verarmten römischen Adels mit seiner Faulenzerei und absoluten Leere und Sinnlosigkeit ist trefflich geschildert, ebenso wie das innere Leben — oder vielmehr die Abwesenheit des inneren Lebens — der alternden Frau der Nobilität, der es ebenso an geistigen wie finanziellen Fonds fehlt. Die an feinen Bemerkungen reiche Novelle: „Der Parasit und

sein Ernährer" könnte auch in jedem anderen Lande spielen. Im Allgemeinen ist in den Voßschen Novellen wie in so vielen Büchern über Italien das sogenannte nationale Kolorit viel zu dick aufgetragen, als daß noch für Nüancen eigener Beobachtung etwas übrig bliebe. Aeußerst ermüdend wirkt die Unart, italienische Brocken einzuflechten, italienische Worte einfach herüberzunehmen und mit deutschen Endungen zu versehen, ohne daß auch nur der Versuch gemacht würde, einen charakteristischen Ausdruck wiederzugeben oder zu definiren. Selbst die Worte, die absolut keinen besonderen nationalen Beigeschmack haben, der sich etwa bei der Uebersetzung verflüchtigen könnte, erscheinen immer wieder auf italienisch, so daß es von brodo, manzo, caffe nero, forestiere u. s. w. wimmelt, was das Lesen oft geradezu qualvoll macht. Ich meine, wer ein deutsches Buch kauft, hat das Recht, sich so etwas zu verbitten; wem das gefällt, der nehme sich eine Sprachlehre oder einen Vokabulair; jedenfalls ist die geschmacklose Sprachmosaik daran schuld, wenn die Lektüre der Novellen hier und da ermüdend ist und man das Büchlein nicht ungern aus der Hand legt. Ich möchte bezweifeln, daß Jemand, der „das Land kennt", es fertig bringe, sich hindurchzulesen, während es den Italien aus der Ferne Anschwärmenden das Land ihrer Sehnsucht seelisch kaum näher rücken dürfte. O. L.

Le socialisme au jour le jour, von Jules Guesde. Paris, Giard & Brière Editeurs. Preis 3,50 Francs.

Jules Guesde ist immer eine der markantesten Persönlichkeiten des Sozialismus in Frankreich gewesen. Man dürfte nicht sagen: des französischen Sozialismus, soweit man dabei den allzu stark in der Bewegung sich geltend machenden Individualitätshang und die fast legendäre Disziplinlosigkeit der Partei jenseits der Vogesen im Auge hat. Die auf die prinzipielle Propaganda bezüglichen Sonderheiten und Absonderlichkeiten der sich allmälig fester fügenden und auswachsenden Bewegung haben im Gegentheil in Guesde, dem Hauptbegründer der marxistischen Parteifraktion seines Landes, immer den entschiedensten Gegner gefunden. Sein eminentes Verdienst ist es, mit Aufbietung aller Kräfte namentlich auf eine Vertiefung des proletarischen Kampfes im Sinne der Marx-Engelsschen Klassenpolitik hingewirkt zu haben.

Markant und hervorragend ist Guesde zunächst durch seine persönlichen, agitatorischen Fähigkeiten und Talente: seine Energie und Beharrlichkeit, seine Konsequenz des Denkens und Handelns, sowie seine von echt gallischem Temperament durchglühte und von unanfechtbarer Logik gestützte Beredsamkeit sind selbst im Lager der doch an Kräften und Aufopferungsfähigkeit nicht armen Sozialdemokratie fast unübertroffen. Mehr als zwei Jahrzehnte lang hat er in der Provinz das Banner des Sozialismus vorangetragen; die Last namentlich der mündlichen Agitation ruhte fast allein auf seinen Schultern. Wenn man von dem sich ihm später in Waffenbrüderschaft zugesellenden Jaurès gesagt hat, daß er das „Genie Frankreichs" verkörpere, so darf man von Guesde wohl sagen, daß er fast ein Menschenalter hindurch den zielbewußten Kampf der erwachenden Minorität des französischen Proletariats zum Ausdruck brachte.

Es ist kein Wunder, daß ihm bei der Riesenarbeit der täglichen Agitation nicht viel Muße blieb für theoretische Elaborationen. Schriftstellerisch hat er sich nur selten bethätigt. Während Lafargue in in- und ausländischen — namentlich auch in deutschen — Zeitschriften viele fruchtbare Beiträge zur Herausarbeitung der sozialistischen Weltanschauung lieferte; während Deville das „Kapital" seinen Landsleuten mundgerecht machte und Malon voluminöse Bände über die Geschichte und die Moral des Sozialismus schrieb, begnügte sich Guesde mit einigen wissenschaftlichen Polemiken gegenüber den Pächtern der bürgerlichen Oekonomie à la Léon Say und Leroy Beaulieu. Nichtsdestoweniger führte er in dem Kampforgan, das er jeweilig redigirte, eine sehr schneidige Feder; galt es doch die meist vermittelst mündlicher Propaganda errungenen Positionen durch beharrliche schriftliche Agitation zu behaupten.

Eine Sammlung von Zeitungsaufsätzen nun ist es, die uns der Verfasser in seinem „Socialisme au jour le jour“ bietet. Die Artikel wurden vor anderthalb Jahrzehnten (1884—86) im „Cri du peuple“ veröffentlicht. Guesde rechtfertigt den Neudruck der zeitlich von der Gegenwart natürlich weit überholten Arbeiten mit dem Hinweis auf den sich sehr fühlbar machenden Mangel an literarischem Agitationsstoff. Hätte das Buch keine andere als diese, vom Verfasser proklamirte Daseinsberechtigung, so müßten wir schon sein Erscheinen lebhaft begrüßen. Mangel an Agitationsstoff ist in einer Massenpartei meist ein sicheres Zeichen für die Entwicklung der letzteren. Die Periode, in welcher ein Organismus am ungestümsten nach Nahrung verlangt und wo der Magen quasi unersättlich ist, ist die Periode des schnellen Entfaltungstempos. In Frankreich, wo der Sozialismus lange Zeit hindurch mehr Offiziere als Soldaten, mehr Lehrer als Adepten zählte, ist die Partei nun auch bei jenem bedeutungsvollen Wendepunkt angelangt, wo die Nachfrage nach sozialistischer Nahrung das Angebot übersteigt. Daß man in den Kreisen der „militants“ durch vermehrte geistige Produktion das bestehende Mißverhältniß auszugleichen trachtet und dabei auch an die Neuverbreitung bewährten Propagandamaterials denkt, ist daher natürlich. Die früheren polemischen Aufsätze Jules Guesdes eigneten sich für den angezeigten Zweck um so mehr, als sie alle Vorzüge seiner scharfsachlichen Darstellungsweise glücklich in sich vereinigen und eine Reihe von Fragen behandeln, die heute noch durchaus im Bereich der öffentlichen Diskussion liegen.

Die Vorgänge auf dem gesammten sozialen Gebiet wiederholen sich seit den letzten Jahrzehnten mit einer derart stereotypen Gleichmäßigkeit (trotz der fortschreitenden Verschiebung der gesellschaftlichen Grundlagen), daß nicht nur die sozialistische Politik im Allgemeinen ihre früher eingeschlagenen Bahnen bislang innehalten konnte, sondern daß auch fast jeder einzelne Keulenschlag auf das Haupt des Gegners in derselben Richtung geführt werden muß, wie ehedem. Was aber den Schlägen Guesdes jeweilig einen langwirkenden Nachdruck verleiht, ist der Umstand, daß ihm die „faits divers“ des sozialpolitischen Lebens nicht als rein äußerliche Illustration eines einmal verkündeten Gedankens genügen, sondern daß er jedesmal auf den Gedanken zurückgeht und die blendenden Lichtblitze der Theorie über die ganze Verkettung der Geschehnisse projizirt. Das ermöglicht ihm, den Gegner an seiner verwundbarsten Stelle zu treffen. Aus dem gleichen Grunde werden die nachrückenden Adepten das Buch nicht nur mit Interesse, sondern mit wirklichem Nutzen lesen. Den eigentlichen Gegenstand der Artikel bilden die in den achtziger Jahren im nördlichen Kohlenbecken sich abspielenden großen Bergarbeiterstrikes, die parlamentarischen Eiertänze der Opportunisten und Radikalen, die Börsenjobbereien der Rothschild, Reinach & Co., die Schutzzollmanie der eben auf dem Plane erscheinenden Meliniſten, die Kolonial-Raubpolitik der Ferry und Konsorten &c. &c. Schritt für Schritt sucht der Verfasser dem Feinde Boden abzugewinnen, sei es auf dem Gebiet der Oekonomie, der Politik oder demjenigen bloßer korporativer Bestrebungen. Und dieser Feind ist zahlreich und zum Theile stark verschanzt. Dem seit Gambetta lebensfähigen und mit Freycinet, Lockroy, Clemenceau und Pelletan mächtig gewordenen Radikalismus — der, um mit Jaurès zu reden, über dem Klassenzwiespalt schwebt wie der Geist Gottes über dem Wasser — gilt es die arbeiterfreundliche Maske zu entreißen und ihm seinen Einfluß auf die Masse streitig zu machen. Die Vorstöße des reaktionären, beständig nach Knebelung der Arbeiter schreienden und mit allen monarchischen Schildträgern liebäugelnden Opportunismus heißt es energisch zurückzuweisen und — last not least — einen Guerillakrieg gilt es zu führen mit den „feindlichen Brüdern“ von links, deren kunterbuntem anarchistischen Banner die Beschränktheit und der Phrasenfanatismus geräuschvoll Heerfolge leisten.

Der Raum verbietet uns, in dieser Besprechung den Verfasser selbst zu Worte kommen zu lassen. Hervorgehoben muß noch werden, daß Guesde auch in der Voraussicht des Kommenden sich als scharfsichtiger Politiker offenbart. Was er in Bezug auf das Tempo der sozialistischen Bewegung geschrieben, mag sich heute nicht ganz aufrecht erhalten lassen. Der den meisten temperamentvollen Kämpfern inne-

wohnende Optimismus verleitete ihn dazu, die Expansionskraft der mitgeschaffenen Bewegung allzu hoch anzuschlagen. Aber seine Prognose der inneren Wandlungen des Liberalismus (S. 168 ff.) und des Radikalismus, seine Beurtheilung der weiteren Etappen des kapitalistischen Konzentrationsprozesses — wie sehr hat die allerletzte Zeit sie gerechtfertigt! Guesde hat von dem vor fünfzehn Jahren Geschriebenen so gut wie nichts zurückzunehmen und die Waffen, die er der nachfolgenden sozialistischen Kampftruppe in die Hand giebt, haben durch die Zeit nichts an Schärfe und Elastizität verloren. Nicht viele Champions des revolutionären Gedankens können das von sich behaupten.

H. T.

Notizen.

Herr Dr. Stillich. In Nr. 31 des 16. Jahrgangs der „Neuen Zeit“ veröffentlichten wir eine Erklärung, in der wir konstatirten, daß ein von uns abgedruckter Artikel des Herrn Dr. O. Stillich über die griechische Philosophie in wesentlichen Punkten nur den Inhalt eines Kollegs des Züricher Privatdozenten Dr. Eleutheropoulos ohne dessen Wissen und ohne Nennung seiner Quelle wiedergebe. Jetzt ersucht uns Dr. Stillich, einer Erklärung von seiner Seite Raum zu geben, die zwar den Thatbestand nicht leugnet, aber jede mala fides in Abrede stellt. Wir haben keinen Grund, eine solche anzunehmen, müssen jedoch bemerken, daß wir über das Anrecht eines Vortragenden an seine in einem Kolleg oder Vortrag geäußerten Ideen strenger denken als Dr. Stillich.

Dessen Einsendung lautet:

Erklärung.

Auf den mir seinerzeit gemachten Vorwurf, daß ein von mir in der „Neuen Zeit“ publizirter Artikel über griechische Philosophie die Reproduktion eines Kollegs sei, bin ich leider erst jetzt durch einen Zufall aufmerksam geworden; aus diesem Grunde kann ich auch erst jetzt darauf antworten. Ich verhehle nicht, daß der Artikel seine Entstehung den Anregungen des Herrn Dr. Eleutheropoulos verdankt. Ich habe aber nicht geglaubt, eine literarische Unterlassungssünde zu begehen, wenn ich den Namen dieses Herrn nicht anführte. Auf sein Buch über denselben Gegenstand, das damals noch gar nicht erschienen war, habe ich aus diesem Grunde nicht hinweisen können. Im Uebrigen trug der ganze, nur neun Seiten lange Artikel in dem Maße mein eigenes geistiges Gepräge, daß man bei einem Vergleich mit dem nunmehr erschienenen Buche nicht einen einzigen formell identischen Satz finden wird, was auch schon deswegen nicht wahrscheinlich ist, da ich den Artikel ex capite niedergeschrieben habe. Ich erkläre daher, daß es mir absolut nicht in den Sinn gekommen ist, mich an dem geistigen Eigenthum eines Anderen zu vergreifen.

Dr. Stillich.

Was ist Materialismus?[1] (Noch einige Bemerkungen zur Kant-Diskussion.) Bisher war man der Ansicht, daß der Name Materialismus sich von Materie herleite und diejenige Anschauungsweise bezeichne, die in der bewegten Materie, in Kraft und Stoff das letzthin Reale erblickt, aus dem in weiterer Entwicklung die

[1] Mit Rücksicht auf unseren beschränkten Raum war Genosse C. Schmidt so liebenswürdig gewesen, unserer Bitte zu willfahren und auf das Schlußwort zu verzichten. Nachdem er jetzt Plechanows Artikel genauer gelesen, ersucht er uns aber um Veröffentlichung wenigstens folgender Zeilen, die ihm im Interesse einer näheren Bestimmung der Streitfrage wichtig erscheinen. Mit deren Abdruck schließen wir die Diskussion, ohne sie für erledigt zu erklären. Im Gegentheil, die Schlußbemerkungen Schmidts werfen neue, wichtige Fragen auf. Aber ihre Diskutirung kann — wenigstens bei den jetzigen Raumverhältnissen — nicht in der „Neuen Zeit“ erfolgen. Wir müssen die streitenden Parteien auf die Buchliteratur verweisen. Die Redaktion.

Formen der Außenwelt sowie die geistige Natur des Menschen, „das Ideelle“, welches, wie Marx sagt, „nichts Anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle ist“, sich allein begreifen lassen. In diesem Sinne hatte ich den Materialismus „Identitätsphilosophie“ genannt, da er Raum, Zeit und Materie, die Elemente der unserer Vorstellung gegebenen Erscheinungswelt, als „Dinge an sich“, als ein unabhängig von allem Vorstellen Bestehendes erkläre. Hiergegen hat Plechanow mit Zitaten aus französischen Materialisten protestirt, die, wie bekannt, unter dem Eindruck der englischen, speziell durch Locke repräsentirten Philosophie standen, und auch von dem phänomenalistischen, die Voraussetzungen des naiven Materialismus auflösenden Charakter dieser Philosophie nicht unberührt bleiben konnten. Für einen Mann, der so verächtlich vom Eklektizismus spricht, ein merkwürdiges Verfahren! Er hätte sich vorerst doch fragen müssen, was denn aus dem klaren und eindeutigen Begriff des Materialismus ward, wenn solche auf ganz anderem Boden gewachsene Elemente ihm beigemengt werden, ob eine solche Vermengung nicht den Begriff der Sache selbst aufhebt?

In seiner Entgegnung (siehe die Nummern 19 und 20 der „Neuen Zeit“) vermag er sich der Frage nicht mehr zu entziehen. Der Materialismus, sagt er, stimme mit dem Kantianismus darin überein, daß er die Sinnenwelt als eine durch die Wirkung der „Dinge an sich“ auf uns hervorgebrachte Welt der Erscheinungen betrachte, er unterscheide sich aber von dem Kantianismus, indem er daran festhalte, daß auch für die unbekannte Welt der „Dinge an sich“ das Gesetz der Kausalität gelten müsse. Die Erscheinungen seien vollständig verschieden vom Objekt (wie auch vom Subjekt); aber „jeder Veränderung des Objekts (d. h. der Dinge an sich) entspreche eine Veränderung seiner Wirkung auf das Subjekt (d. h. eine Veränderung der Erscheinungswelt)“. Der Materialismus, der die völlige Verschiedenheit der „Dinge an sich“ und der erscheinenden Welt behaupte, zugleich aber alle Veränderungen der Erscheinungswelt als verursacht durch Veränderungen der andersartigen, aber gleichfalls durch das Kausalitätsgesetz beherrschten Welt der „Dinge an sich“ betrachte, sei über alle gegen die ursprüngliche materialistische Identitätsphilosophie gerichteten Einwürfe erhaben. — Wenn etwas den Stempel des Eklektizismus an der Stirne trägt, so diese wunderliche Argumentation. Denn wird die Geltung des Kausalgesetzes für die Welt der „Dinge an sich“ ernsthaft behauptet, so ist klar, daß dann auch die Bedingungen, unter denen Kausalität überhaupt nur denkbar ist, nämlich Raum, Zeit und Materie (eventuell Kraftzentren) als für die Welt der „Dinge an sich“ giltige Bedingungen gedacht werden müssen. Und damit verwandelt sich dann der Plechanowsche Materialismus in den alten, bekannten Materialismus, der Identitätsphilosophie ist, zurück. Oder aber, Plechanow nimmt es mit der von ihm behaupteten transzendenten Geltung des Kausalgesetzes nicht genau, er bescheidet sich, von einer Kausalität der „Dinge an sich“ in dem bildlichen Sinne zu sprechen, daß damit nur ein System irgend welcher Beziehungen zwischen irgend welchen, uns unbekannten immateriellen Momenten gemeint sei. Dann fällt jeder theoretisch-prinzipielle Unterschied zwischen seinem „materialistischen“ Standpunkt und dem Ausgangspunkt etwa der Herbartschen oder Lotzeschen Metaphysik dahin. So interpretirt, verliert der Begriff des „Materialismus“ alle spezifische Bestimmtheit. Das ist rein willkürlich und philosophische Verwirrung, diesen, alle möglichen Deutungen zulassenden Standpunkt dann noch „materialistisch“ zu nennen. Soweit die französischen „Materialisten“ auf diesem Standpunkt beharren, sind sie eben, philosophisch gesprochen, nicht Materialisten, sondern Vertreter einer gewissen Art des Agnostizismus.

Ohne Klarheit über das hier berührte Dilemma, eine Klarheit, die ich bei Plechanow vermisse, läßt sich die Streitfrage des Materialismus gar nicht fruchtbar diskutiren. Die wenn auch noch so kurze Hervorhebung dieses Punktes erschien mir sachlich geboten, so gern ich, dem Ansuchen der Redaktion folgend, auf eine Erwiderung (die zugleich auf den Bau der Plechanowschen Polemik sich hätte erstrecken müssen) zu verzichten bereit gewesen war. Conrad Schmidt.

Feuilleton.

Cyrano de Bergerac von Edmond Rostand.

Besprochen von Julie Romm.

Nichts ist subjektiver als die künstlerische Kritik. Gewiß, es giebt Regeln, welche in der Natur des Kunstwerks begründet sind, welche die ästhetische Untersuchung empirisch gewonnen und formulirt hat und die allgemeine Geltung haben, obschon auch sie weit davon entfernt sind, Dogmen zu sein und es sich gefallen lassen müssen, im Wandel der Zeiten immer von Neuem ihre Lebenskraft zu beweisen. Aber sie sind rein formaler Natur und berühren nur die Technik der Kunst. Alles Andere schwebt gewissermaßen in den Wolken und wurzelt einzig und allein in der Persönlichkeit des Kritikers. In seiner Fähigkeit, den Intentionen des schöpferischen Künstlers feinfühlig nachzuspüren; sich in dessen Gefühls- und Gedankenwelt hineinzuleben mit der nachschaffenden Kraft der Phantasie; sich der eigenen Persönlichkeit zu entäußern und wie ein elektrisches Fluidum die künstlerische Persönlichkeit gleichsam in sich hinüberströmen zu lassen. Da wir aber allzumal Sünder sind und nicht gut aus unserer Haut hinauskönnen, werden wir immer wieder nur dem Kunstwerk völlig gerecht werden, das eine verwandte Saite in uns berührt, das uns kongenial ist. Daher die Verschiedenheit in der Auffassung und Bewerthung eines Kunstwerks. Und wenn in der Beurtheilung von Kunstwerken, die der Vergangenheit angehören, eine überraschende Gleichartigkeit sich kundgiebt, welche auf den ersten Blick meine Behauptung zu widerlegen scheint, so hat dieses seine guten Gründe. Ebenso wie eine gebildete, eine Kultursprache uns der Mühe des Denkens theilweise überhebt, indem sie für uns denkt, so suggerirt uns das amtlich beglaubigte, d. h. literarhistorisch oder kunstgeschichtlich feststehende Urtheil über die Kunstwerke vergangener Epochen unser Urtheil, ohne daß wir uns dessen bewußt werden.

Diese wehmüthigen Betrachtungen über die Unzulänglichkeit jeder Kritik drängten sich mir unabweislich auf, als ich in diesen Tagen Rostands „Cyrano de Bergerac“ las. Daß diese historische Komödie, die in Paris einen so großen und nachhaltigen Erfolg errang, in Wien nur einen Achtungserfolg hatte und anderswo gar abgelehnt wurde, ist nicht weiter verwunderlich: ein so spezifisch französisches Stück, das so ausgesprochen gallischen Geist athmet, kann nur an einer französischen Bühne, von französischen Schauspielern überzeugend gespielt werden. Deutschen Schauspielern fehlt dazu so gut wie alles — Temperament, Verve und nicht zum Wenigsten der Glaube an und das Verständniß für diesen echt französischen Typus. Abgesehen davon, daß auch die geschickteste Uebersetzung dem prickelnden Reiz dieser Verse schwerlich gerecht werden kann. Aber daß ein Freund, den ich als einen äußerst feinsinnigen Kunstkenner und literarischen Gourmand kenne, mir nach dem Besuch einer Vorstellung des „Cyrano de Bergerac“ in Paris schrieb, er habe in seinem Leben nichts Dümmeres gesehen, gab mir zu denken. Denn ich halte das Drama für ein Meisterwerk. Und die Gestalt des Helden, dieses französischen Don Quixote; dieses närrischen Gascogners voll ungestümen Thatendrangs, der seine Freiheit und Unabhängigkeit so hoch einschätzt; dieses prahlerischen Raufbolds, der so schwärmerisch zu lieben und so schön zu sterben weiß; dieses geistsprühenden „Dämons der Tapferkeit“, der die

Bitterkeit eines verfehlten Lebens mit so heiterer Philosophie und solcher Würde trägt, für eine unsterbliche Schöpfung.

Die Fabel klingt romantisch genug und mag so Manchem, der sich nicht in die Gefühlsweise vergangener Zeiten zurückversetzen kann, ein ungläubiges Lächeln entlocken. Läßt man sie aber einmal als Voraussetzung gelten, so ist der psychologische Konflikt und die Gestalt des Helden durchaus glaubwürdig und mit innerer Nothwendigkeit durchgeführt.

Cyrano de Bergerac, Gascogner, Poet und Soldat, der in der ersten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts lebte, hatte das Unglück, durch eine geradezu phänomenale Nase, die ihm ein groteskes Aussehen verlieh, verunstaltet zu sein. Hätte schon jeder Andere unter dieser Mißbildung empfindlich gelitten, um wie viel mehr mußte dies bei einem leidenschaftlichen, schönheitstrunkenen Poeten der Fall sein, dessen Sensitivität dadurch ins Krankhafte gesteigert wurde. In jedem Blicke, der ihn traf, glaubte er Verwunderung und Spott zu sehen; das harmloseste Wort schien seinem überreizten Hirn eine beabsichtigte Bosheit. Die Freuden der Liebe, nach denen er lechzte, waren ihm versagt. Wie eine offene Wunde, die sich niemals schließen kann, lag sein Gebrechen vor Aller Augen da und jede Berührung schmerzte. Unter diesem stets bereiten Stachel hatten sein Charakter, sein Geist sich eigenartig entwickelt. Zu stolz, um sich bemitleiden zu lassen; zu lebhaften Geistes und energischen Charakters, um sich in der Einsamkeit zu vergraben: war er ein gefürchteter Raufbold geworden, ein tollkühner Eisenfresser und geistreicher Sonderling, dessen Witz nicht weniger schlagfertig war wie seine Klinge. Sein weiches, liebebedürftiges Herz verbarg sich hinter der Maske des kecken Spötters, der unbekümmert um die Gunst der Mächtigen seine Lieder sang, frei wie der Vogel in den Lüften. Das Ideal eines Gascogners, phantastisch und sentimental, großmüthig und impulsiv, kühn und schwärmerisch, stark in der Liebe wie im Haß, ein Prahlhans und ein Held, ein Weiser und ein Narr.

Cyrano liebt in aller Heimlichkeit seine Kousine Roxane, eine Précieuse.[1] Sie aber liebt einen Anderen. Einen jungen Edelmann, Christian de Neuvillette, der in demselben Regiment dient wie Cyrano. Christian versteht sich indessen nicht auf die Feinheiten der Sprache, auf die Kunst der geistreichen Konversation. Er ist ein schlichter Soldat, dessen Schönheit ihm Roxanens Herz gewann. Einfachen, unwissenden Geistes, verzweifelt er daran, sich Roxanens Liebe zu erhalten, sobald sie ihn in seiner Herzenseinfalt und geistigen Armuth erkannt haben würde. Cyrano aber, der Roxane liebt und sie glücklich sehen will; der zudem überzeugt ist, daß sie ihn selbst seiner Häßlichkeit wegen niemals lieben kann, entwirft einen ebenso originellen wie bizarren Plan. In tausend geistreichen Wendungen strömt er seine leidenschaftlichen Empfindungen in Briefen aus, die Christian als seine eigenen der Geliebten sendet. Und wenn die Liebenden zusammenkommen, wiederholt Christian gelehrig nur, was ihm sein Lehrmeister soufflirt hat. Bis in einer schönen, stillen Sommernacht Christian unvorbereitet vor dem Hause Roxanens erscheint, die, auf dem Balkon verweilend, ein witziges und gefühlvolles Liebesturnier erwartet und, in ihren Erwartungen getäuscht, Christian ernstlich zürnt. Cyrano eilt ihm zu Hilfe. Und im Dunkel

---

[1] So nannten sich die schöngeistigen Damen der damaligen Zeit, die Molière in seiner Komödie „Les précieuses ridicules" mit unbarmherzigem Spotte geißelt. Die geschraubtesten Redewendungen und lächerlichsten Haarspaltereien, gepaart mit falscher Empfindsamkeit, galten ihnen als Blüthe der Bildung.

der Nacht, hingerissen von der Nähe der Geliebten, athmen seine Worte eine so berauschende Gluth, eine süße, selige, selbstvergessene Liebestrunkenheit, daß Roxane, in Thränen aufgelöst, von der Gewalt dieser Leidenschaft in tiefster Seele erschüttert, ihm, ach nein, Christian in die Arme sinkt.

Aber die Liebenden werden, kaum vereint, unsanft auseinandergerissen. Christian zieht in den Krieg. Ebenso Cyrano. Und der fromme Betrug der untergeschobenen Liebesbriefe wird fortgesetzt, bis Christian, durch verschiedene Umstände stutzig geworden, die Liebe Cyranos für Roxane erkennt. Und da er in seiner Geradheit und unsophistischen Ehrlichkeit sich der zweideutigen Rolle schämt, die er so lange gespielt hat; da er nicht mit sich ins Reine kommen kann, was Roxane an ihm liebt, seine Schönheit oder Geist und Herz Cyranos, deren Dolmetsch er war, will er die Wahrheit offenbaren. Im entscheidenden Augenblick aber streckt eine feindliche Kugel ihn nieder. Und der Ueberlebende, ritterlich und großmüthig wie er ist, bricht das Schweigen erst nach langen Jahren, in denen er Roxane in treuer, uneigennütziger Freundschaft zur Seite gestanden. In einer elenden Mansarde, hungernd und frierend, aber seinen Stolz und seinen trotzigen Unabhängigkeitssinn bis zum letzten Augenblick bethätigend, lebt er, von Feinden umgeben, die er sich durch seinen rücksichtslosen Freimuth geschaffen. Er stirbt, von einem gedungenen Meuchelmörder aus dem Hinterhalt angefallen, und Roxane, die nun erst den Zusammenhang erräth, küßt den Sterbenden auf die bleiche Stirn.

Aber die Fabel ist nichts und die Gestalt Cyranos ist alles. Sie ist von dem ganzen Zauber der Romantik umflossen. Dieser arme Teufel von Gascogner, der stolz ist wie Lucifer; der eher verhungerte, als daß er etwas geschenkt nähme; der lieber die Gunst eines Richelieu verscherzt, als daß er ein Komma in einem seiner Lieder veränderte; der sich mit seinem schlagfertigen Witz und seinem guten Degen kaltblütig einer Armee von Feinden entgegenstellt und im Bewußtsein seiner Häßlichkeit vor der Geliebten zittert: ist der treueste, zuverlässigste Freund, der erbittertste Feind jeder Halbheit, jeder Heuchelei, jeder Lüge.

. . . Was sollt' ich thun?
In eines Mächt'gen Schutz mich geben? Einen Herrn
Mir nehmen? Und dem niedren Epheu gleich,
An einen Stamm mich klammernd, höher steigen
Als ich aus eigner Kraft es je gekonnt?
Nein, nein, ich danke. . . . Wie es Andre thun,
Den Reichen Verse widmen? In 'nen Narr'n mich wandeln,
Um auf hohen Lippen ein gnädig Lächeln wecken? . . . nein, ich danke.
Den Rücken beugen, auf dem Bauche rutschen?
Ich danke. . . .
Nein, ich will träumen, lachen, will ich selbst sein.
Will singen, je nachdem die Laun' mir steht.
Mit offnen Augen um mich sehn und sagen,
Was ich gesehen mit bewegtem Sinn.
Den Hut aufs Ohr gestülpt, in kecker Laune
Für nichts mich schlagen oder Aller spotten.
Mir selbst gehören, frei sein und allein.
Will fliegen, ohn' nach Ruhm und Gold zu fragen,
Bis in die Wolken, wenn's mir so gefällt.
Nur schreiben, was ich selbst gedacht, empfunden,
In aller Demuth meiner selbst mich freu'n;
Der Blüthen, Früchte, selbst der Blätter froh sein,
Die ich allein gepflückt, auf eignem Beet.

Und wenn der Ruhm in einer frohen Laune
Mir flüchtig lächelt, Keinem sein zu Dank.
Dem eigenen Verdienste alles schulden,
Kein Parasit sein, der an Andren lehnt.
Und kann ich schon nicht Eichbaum sein noch Linde,
Vielleicht sehr hoch nicht steigen doch allein . . .

Und ein ander Mal:

. . . Mir träumte, wie ein Held zu sterben,
Den Degen in der Brust, Mann gegen Mann. . . .
Nein, hingestreckt von einem feilen Mörder
Mit einem Holzscheit, aus dem Hinterhalt. . . .
Das Leben spottet mein bis an das Ende,
Vom Glück verlassen selbst im Sterben noch. . . ."

Cyrano de Bergerac ist eine historische Persönlichkeit und seine ungeheure Nase hat ihm in Wirklichkeit mehr als tausend Duelle in seinem kurzen Leben — er starb im Alter von fünfunddreißig Jahren — eingetragen. Er ist der Verfasser mehrerer Dramen, eines satirischen Romans u. A. m. Vieles in der Komödie ist nur zu verstehen, wenn man dies weiß. Molière hat ganze Szenen eines seiner Lustspiele in seinen „Scapin" hinübergenommen. „Das war mein Leben", sagt Cyrano einmal, „Anderen souffliren. — Liebhaber und Poet, den Niemand kennt." Und in der wunderschönen Todesszene, wo der zu Tode Getroffene, an einen Baumstamm gelehnt, stehend den Tod erwartet und, den Degen in der Hand, die Feinde abwehrt, die er in der Verwirrung seiner Sinne zu sehen vermeint:

Was sagt Ihr da? Es ist umsonst. . . . Ich weiß es wohl.
Schlägt man sich denn, weil man zu siegen hofft?
Ist's nicht viel schöner, aussichtslos zu kämpfen?
Was wollen Jene dort? . . . Gar Viele sind's.
O, ich erkenn' Euch, meine alten Feinde!
Die Lüge . . . (Er schlägt mit dem Degen ins Leere.)
Halt! Die Halbheit . . .
Die Feigheit . . . Vorurtheil! (Er schlägt zu.)
Paktiren soll ich?
Niemals, niemals! . . . Bist, Dummheit, du auch da?
Ich weiß es wohl, es geht mit mir zu Ende.
Was thut's! Ich kämpfe, kämpfe, kämpfe!
(Er macht heftige Ausfälle und hält erschöpft inne.)
. . . Ihr nahmt mir alles hier, Lorbeer und Rose!
Nehmt immerhin! Eins trag' ich mit mir fort;
Und tret' ich nun vor Gottes Antlitz hin,
So reich' ich stolz es ihm zum Gruße dar,
Trotz eurer Ränke rein und fleckenlos:
Mein Schild, mein Schild . . .
(Der Degen entfällt seiner Hand. Er wankt und fällt in die Arme seiner Freunde.)

Roxane ist eine ziemlich farblose Gestalt, die nur in einer einzigen Szene wirklich interessirt. Köstlich sind die Gascogner Kadetten, und die Szenen, in denen dieselben auftreten, gehören zu den schönsten des Dramas. Alles arme Teufel, Alle von dem gleichen närrischen Stolze beseelt. „Ein richtiger Gascogner ist ein Narr", sagt einmal einer von ihnen. „Ist er vernünftig, müßt Ihr ihm mißtrauen. Gefährlich ist er." Immer zu allerhand Tollheiten aufgelegt, warmherzig und enthusiastisch, schnellfertig in der Liebe wie im Haß, in Cyrano ihren

Helden und Poeten verehrend, dem sie blindlings folgen, voller Verachtung für Rang und Reichthum, gehen sie lachend, als wär's zum Feste, in den Tod.

In den frischen schmetternden Versen, mit welchen Cyrano seine geliebten Kadetten dem Herzog von Guiche vorführt, persiflirt er in heiterer Selbstironie ihre charakteristischen Eigenthümlichkeiten, die ja gleichzeitig seine eigenen sind. Aber diese übermüthigen Verse sind so spezifisch französisch, daß es sehr schwer, wenn nicht unmöglich ist, sie zu übersetzen, ohne ihnen ihre Drolerie und schalkhafte Grazie zu nehmen. In ihrem kecken Rhythmus und ihrer sprühenden guten Laune sind sie wie perlender Champagner, der uns in zierlich geschliffenen Gläsern kredenzt wird.

Der vierte Akt zeigt uns die Gascogner Kadetten bei der Belagerung von Arras. Sie sind halb verhungert, lassen die Köpfe hängen, und ihr Kommandeur, der Oberst Carbon de Castel Jaloux, der sie wie ein Vater liebt, ist verzweifelt. In seiner Noth beschwört er Cyrano, sie aus ihrer Apathie aufzurütteln. Cyrano giebt dem Regimentspfeifer ein Zeichen, daß er eine heimathliche Weise spiele. Und in wenigen begleitenden Worten läßt er vor ihren Augen die Heimath aufleben, die grünen Fluren der Gascogne, die Abende an den Ufern der Dordogne mit ihrem stillen ländlichen Zauber. Träumerisch senken sich die Blicke. Einer nach dem Anderen wischt sich verstohlen eine Thräne aus dem Auge. „Was thust Du?" ruft der Oberst entsetzt. „Du machst sie weinen. Du entnervst sie völlig." Cyrano beruhigt ihn lächelnd. „Laß mich nur machen. Das Heimweh ist ein edleres Gefühl als Hunger. Und der Held, im Blute eines Jeden von uns schlummernd, wird schnell geweckt. Auf, Tambour, rühr' die Trommel." Die Trommel rollt. Die Kadetten fahren wild empor und stürzen sich auf ihre Waffen.

Der Oberbefehlshaber der Truppen, der Herzog von Guiche, erscheint; auch ein Gascogner, aber einer von den Kalten und Geschmeidigen, die es weit bringen im Leben und die ein echter Gascogner haßt wie die Sünde. Ausgehungert wie sie, aber sorgfältig gekleidet, den Spitzenkragen über der Rüstung. Im Nu sind sie wie umgewandelt. Trotzig, herausfordernd, ein keckes Lächeln, ein spöttisches Wort auf den Lippen, geben sie sich den Anschein, als suchten sie die Zeit mit allerhand Spielen todtzuschlagen. Ihm verrathen, wie sie leiden, wie der Hunger in ihren Eingeweiden wühlt — niemals!

Roxane kommt. Ihr Wagen, der sie wie durch ein Wunder durch die feindlichen Reihen geführt hat, führt Lebensmittel in Hülle und Fülle mit sich. Ein buntes, übermüthiges Treiben beginnt. Die armen tapferen Jungen, elektrisirt durch die Nähe einer schönen Frau, schlagen sich angesichts des Todes um Kämme, Bürsten, Seifen ꝛc., um in den Augen Roxanens nicht gar zu häßlich zu erscheinen. Und dann vertiefen sie sich mit Begeisterung in all die Herrlichkeiten, die Roxane mitgebracht hat.

Der Herzog von Guiche kehrt zurück. Im Augenblick sind die Lebensmittel bei Seite geschafft und Alle bemüht, zu thun, als wäre nichts vorgefallen. „Hier riecht es gut", sagt Guiche, dessen Sinne durch den Hunger geschärft sind. „Ihr seht vergnügt aus. Was habt Ihr denn? Ich glaub', Du bist berauscht." Der Angeredete wirft sich stolz in die Brust. „Berauscht von Kampfesmuth. Die Nähe der Gefahr . . . der Pulverdampf . . ."

Der Herzog will Roxane bewegen, zu fliehen. Als sie sich weigert, erklärt er: „So bleib' auch ich. Ein Weib, das in Gefahr, verlass' ich nicht. . . ." „Er ist doch ein Gascogner trotz des Kleides", flüstert ein Kadett dem anderen zu. „Was meinst Du? Soll'n wir ihm zu essen geben?" Wie auf ein Zauberwort tauchen die Lebensmittel wieder auf. Die Augen des Herzogs glänzen.

Dann wendet er sich hochmüthig ab. „Glaubt Ihr, daß ich esse, was stehn Ihr ließet?“ — „Bravo, Herzog, Sie schreiten fort“, sagt Cyrano mit einer Verbeugung. Und als der Herzog nun gar im Affekt, ohne es zu wollen und zu wissen, den gascognischen Dialekt braucht, tanzen die Kadetten, außer sich vor Freude, wie besessen umher. „Er ist doch ein Gascogner“, jubeln sie.

Eine sehr komische und bei aller Komik liebenswürdige Figur ist der Kuchenbäcker Ragueneau, der leidenschaftliche Verehrer der Poesie und der Poeten, den seine Leidenschaft ruinirt. Die armen Poeten essen ihn auf in des Wortes verwegenster Bedeutung. Sie haben immer Hunger. Sie hören seine schlechten Verse bereitwillig an und essen sich inzwischen durch all die Herrlichkeiten hindurch, die in seinem Laden aufgespeichert sind. Und was sie begonnen, vollenden die Soldaten, die Musketiere, für die Madame Ragueneau die gleiche verhängnißvolle Passion hat, wie ihr Mann für die Poeten. Und eines schönen Tages, als alles aufgezehrt ist, brennt Frau Lisa mit einem ihrer geliebten Musketiere durch und Ragueneau wird nacheinander Haushofmeister, Lichteranzünder bei Molière 2c. 2c. Aber seine Leidenschaft für die Poesie verläßt ihn nicht.

Die anderen Personen des Stückes — und es treten ihrer sehr viele auf — sind meist nur flüchtig angedeutet. Aber es fehlt ihnen trotzdem nicht an Leben und Kolorit. Das kribbelt und krabbelt alles lustig und beweglich durcheinander und strömt einen so kräftigen Erdgeruch aus, daß man la belle France leibhaftig vor sich zu sehen meint. Und gerade dieses spezifische Aroma mag wohl der Grund sein, weshalb die Wirkung der Komödie so verschieden ausfällt, je nach dem Temperament des Hörers und seiner Fähigkeit, sich in eine ihm fremde Individualität hineinzuleben.

Hauptmanns „Hannele“ ist gewiß eine Perle der Poesie. Und doch glaube ich kaum, daß ein französisches Publikum Geschmack daran fände. Die schlichte Innigkeit und Gemüthstiefe des „Hannele“ ist dem Empfinden des Durchschnittsfranzosen so fremd, wie die ein wenig theatralische Pose und das Donquixotische Heldenthum Cyrano de Bergeracs dem Gefühl des Durchschnittsdeutschen widerstrebt. Aber darum bleibt beides doch, was es ist.

Man wird mir vielleicht entgegenhalten: Aber das ist Landsknechtspoesie! Die Verherrlichung der ritterlichen Tugenden des Mittelalters: der Tapferkeit, der Verwegenheit, des Frauenkultus, des schrankenlosen Individualismus! Lauter rückständige Ideale, die Ausgangs des neunzehnten Jahrhunderts zu neuem Leben erwecken zu wollen ein Anachronismus ist!

Aber wenn nach meinem Dafürhalten es die vornehmste Aufgabe des Künstlers ist, an dem Ringen und Kämpfen seiner Zeit lebendigen Antheil zu nehmen; sich zu erfüllen mit allem, was diese Zeit bewegt, und ihm zu dienen in selbstloser Hingabe: so dürfen wir darum doch anders gearteten Künstlernaturen ihr Recht nicht verkümmern wollen, sich auf ihre Art auszuleben. Und wenn der Dichter es versteht, Menschen vor uns hinzustellen, die trotz ihres phantastischen Gewandes und fremdartigen Aussehens durch ihr reines Menschenthum uns rühren und bewegen und uns ans Herz wachsen, so hat er damit sein gutes Recht, er selbst zu sein, vollauf bewiesen.

Druckfehlerberichtigung. In Nr. 21 im Artikel von Kautsky über „Schippel und der Militarismus“, S. 652, Z. 13 von oben, hat der Druckfehlerteufel bewirkt, daß Schippel sich das Milizsystem „so lustig als möglich vorstellt“, statt „so lästig als möglich“.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 23. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Nochmals das Dresdener Urtheil.

↗ Berlin, 22. Februar 1899.

„Die offiziöse Darstellung macht den Eindruck einer Anklagerede, die ein beschränkter und gehässiger Staatsanwalt verfaßt hat“, so wurde vor acht Tagen an dieser Stelle der Artikel beurtheilt, den das amtliche Blatt der sächsischen Regierung zur Beschönigung des Dresdener Urtheils hatte vom Stapel laufen lassen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß dieser Eindruck durchaus richtig gewesen ist. Das „Dresdener Journal“ hat es fertig gebracht, die Anklageschrift als urkundliche Rechtfertigung des Urtheils zu veröffentlichen: angenagelt an diesen Pranger, hat es seit fast acht Tagen noch nicht den geringsten Versuch gemacht, sich davon loszureißen, augenscheinlich, weil es sich nicht davon losreißen kann. Die Sache ist um so schmachvoller, als nach dem, was über die geheimen Verhandlungen in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, der Staatsanwalt selbst durch die Beweisaufnahme eine mildere Auffassung von der Sache gewonnen hatte und es nicht seine Schuld war, wenn den Verurtheilten mildernde Umstände versagt wurden.

Und da jammern die liberalen Blätter noch immer Tag für Tag über die „Unrathpresse“ in Paris, die durch Lug und Trug den Glauben an die Schuld des Dreyfus aufrecht erhalten wolle, während sie für das Dresdener Urtheil und alles was sich daran knüpft, im günstigsten Falle höchstens ein paar versteckte Zeilen übrig haben, woraus man einen leisen Tadel nicht sowohl herauslesen kann, als herausahnen muß. Als ob die Leistung des „Dresdener Journals“ sich nicht mit dem Schlimmsten messen könnte, was an Dreyfus gesündigt sein mag! Die gutgesinnte Presse kann sich ihre Klagen über die „frivole“ Ausbeutung des Dresdener Urtheils durch die Sozialdemokratie sparen: so „frivol“ ist kein Sozialdemokrat gewesen, von vornherein anzunehmen, daß von dem amtlichen Blatte einer deutschen Regierung ein Versuch zur Rechtfertigung dieses Urtheils gemacht werden könnte, wie er nun thatsächlich gemacht worden ist. So etwas muß man erleben, um es zu glauben, und es hieße der herrschenden Reaktion einen unverdienten Vorwurf machen, wenn man sagen wollte, daß sie die Phantasie ihrer Gegner besonders ansporne, um sie im abschreckendsten Lichte zu zeigen. Dieser Zweck kann erreicht werden, ohne daß es einer „frivolen

Uebertreibung" bedarf: man braucht nur die Thaten der Reaktion gegen sie sprechen zu lassen. Die Veröffentlichung der Anklageschrift durch ein amtliches Blatt als angeblich erschöpfender Begründung eines furchtbaren Urtheils ist eine Thatsache, die mit dürren Worten ausspricht, daß Arbeiter im neu-deutschen Reiche nur angeklagt zu werden brauchen, um einer drakonischen Verurtheilung sicher zu sein. Das hat noch kein Sozialdemokrat gesagt, aber das „Dresdener Journal" sagt es.

An dem, was vor acht Tagen an dieser Stelle über das Dresdener Urtheil ausgeführt wurde, übt der „Vorwärts" eine Kritik, die, in der Form durchaus loyal, in der Sache doch wohl noch eine Meinungsverschiedenheit übrig läßt. Der „Vorwärts" irrt allerdings darin, daß er bei unseren Bemerkungen über die „seltsame Taktik", die jeden Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und den Löbtauer Ausschreitungen bestreitet, „gemeint" sein will. Wäre er gemeint worden, so hätte kein Anlaß vorgelegen, ihn nicht zu nennen. Nicht nur gemeint, sondern auch ausdrücklich genannt war als Urheber jener Taktik „einer der Vertheidiger", dessen Name aus dem begreiflichen Grunde wegblieb, um einer grundsätzlich wichtigen Auseinandersetzung möglichst jede persönliche Spitze zu nehmen. So bedauerlich die Thatsache an sich ist, so kann sie bei der großen Wichtigkeit, die sie in den Anfängen des „Zuchthauskurses" hat, nicht wohl verschwiegen werden: die Vertheidigung hat in dem Dresdener Prozesse, bei allem guten Willen, den die Vertheidiger zweifellos gehabt haben, doch nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden.

Man braucht gar kein Jurist, sondern nur selbst häufiger das Opfer staatsanwaltlichen Eifers gewesen zu sein, um zu wissen, daß sich schließlich in jedem Prozeßverfahren Revisionsgründe entdecken und daß die Entscheidungen des Reichsgerichts sich einfach nicht voraussehen lassen. Bei den scheinbar ungünstigsten Aussichten ist die Revision schon geglückt, wie sie bei den scheinbar günstigsten Aussichten schon mißglückt ist. Nun ist es sehr wohl möglich, daß den Verurtheilten eine ganz unsichere Aussicht nicht eine Verlängerung ihrer Untersuchungshaft um einige Monate werth gewesen wäre, aber was unter allen Umständen nothwendig war, das war die Einhaltung der siebentägigen Frist, die das Gesetz selbst zur Einlegung der Revision frei läßt. Es ist bisher kein Grund angeführt worden, weshalb die Vertheidiger ihre Schutzbefohlenen nicht wenigstens veranlaßt haben, diese sieben Tage abzuwarten, statt sofort unter dem ersten furchtbaren Eindruck des Urtheils einen Entschluß zu fassen, der unmöglich frei und wohl überlegt sein konnte; wie sehr ihre sofortige Unterwerfung unter das Urtheil ihre Sache beeinträchtigen mußte, das konnten gewiß nicht die Verurtheilten, aber das mußten ihre Vertheidiger voraussehen.

Tiraden, wie folgende: „Das Licht der Oeffentlichkeit hatte das Gericht wahrlich nicht zu scheuen, das beweist am allerbesten die Thatsache, daß der Scharfsinn eines halben Dutzends von Vertheidigern nicht einen einzigen Revisionsgrund herauszutifteln vermocht hat, so daß sämmtliche Angeklagte auf jedes weitere Rechtsmittel verzichteten und ihre Strafen antraten", gehen durch alle möglichen Blätter und schläfern das kaum aufgeschreckte Rechtsbewußtsein des Philisters wieder ein. Dazu kommt dann noch, daß die Verurtheilten hinter den Zuchthausmauern verschwunden und für die bürgerliche Gesellschaft todt sind, womit denn auch mancher Biedermann beruhigt ist, der, solange das Schicksal der Verurtheilten noch ungewiß war, doch so etwas wie eine Gewissensregung gespürt haben würde. Mit dem stummen Verzicht auf die Revision ist den Befürwortern des „Zuchthauskurses" ein großer Gefallen gethan, und diese

Thatsache genügt schon zum Beweis dafür, daß hier ein schwerer Fehler begangen worden ist.

Ebensowenig ist aber den Verurtheilten oder der Sache, die in ihnen getroffen werden sollte, damit gedient worden, daß „einer der Vertheidiger“ aus seiner genauen Kenntniß der gerichtlichen Verhandlungen heraus dem öffentlichen Urtheile zu beweisen versuchte, vor den gerichtlichen Schranken sei nur über eine jener gewöhnlichen rohen Prügeleien verhandelt worden, wie sie ziemlich alltäglich seien und sonst mit verhältnißmäßig gelinden Strafen gesühnt werden. Diese Auffassung ist insofern gewiß ganz richtig, als die in Löbtau begangenen Ausschreitungen an und für sich mit der Arbeiterbewegung nichts zu thun haben, vielmehr, wie vor acht Tagen an dieser Stelle ausdrücklich hervorgehoben wurde, zu ihr in schroffem Gegensatze stehen, da die sozialdemokratische Partei stets in eindringlichster Weise vor ihnen gewarnt und alles, was in ihren Kräften stand, gethan hat, um solche Ausschreitungen zu hindern. Die Partei kann also mit gutem Gewissen, und sie muß sogar pflichtgemäß sagen: für diese Ausschreitungen bin ich in keiner Weise verantwortlich, und Niemand hat ein größeres Recht sie zu tadeln als ich.

Deshalb besteht aber doch ein Zusammenhang zwischen diesen Ausschreitungen und der Arbeiterbewegung. Man braucht sich nur einen Augenblick vorzustellen, daß es keine Arbeiterbewegung in Deutschland gäbe, und dann erkennt man sofort, daß es nie zu den Löbtauer Ausschreitungen gekommen wäre. Die verurtheilten Arbeiter wären dann eben nicht auf den Bau des Klemm gegangen, um ihre Kameraden zur Einhaltung des Zehnstundentags zu veranlassen; Klemm selbst, der sich beiläufig durch die neuesten Enthüllungen als ein Ausbeuter und Blutsauger der ärgsten Art entpuppt hat, wäre ihnen nicht mit gemeinen Schimpfworten, wie „Einbrecher“ und „Spitzbuben“, nicht mit blinden Revolverschüssen entgegengetreten, und die Arbeiter wären durch derartige infame Herausforderungen nicht zu solcher blinden Hitze der Leidenschaft hingerissen worden, wie es leider geschehen ist. In diesem Sinne schrieben wir vor acht Tagen, daß die verurtheilten Arbeiter so furchtbar büßen müßten, nicht wegen ihrer persönlichen Fehltritte, die sonst verhältnißmäßig leicht bestraft worden wären, sondern weil die letzte Ursache dieser Fehltritte ihr durchaus berechtigtes Klassenbewußtsein gewesen sei.

Der „Vorwärts“ findet unsere Ansicht „nicht ganz klar und unbedenklich“, und es sei bereitwillig zugegeben, daß die „letzte Ursache“ vielleicht ein Mißverständniß veranlassen kann, von dem wir freilich annahmen, daß es durch den ganzen Zusammenhang ausgeschlossen sei. Wir nahmen das Wort in dem Sinne, worin oft von bürgerlichen Sozialreformern die bekannten „Greuel von Sheffield“, die vor dreißig Jahren zur Abwürgung der englischen Koalitionsfreiheit mißbraucht werden sollten, in „letzter Ursache“ auf ein berechtigtes Klassenbewußtsein der Sheffielder Metallarbeiter zurückgeführt worden sind; man lese nur Brentanos „Arbeitergilden“ und ähnliche Darstellungen! Statt „letzte Ursache“ hätten wir, um jedes mögliche Mißverständniß auszuschließen, sagen können „ersten Anstoß“; eine streng kausale Verkettung zwischen dem proletarischen Klassenbewußtsein und den Löbtauer Ausschreitungen anzunehmen, lag uns natürlich durchaus fern, wie aus dem ganzen Zusammenhange unserer Ausführungen hervorging.

Daran aber, daß ein Zusammenhang zwischen der Arbeiterbewegung und den Ausschreitungen in Löbtau bestanden hat, halten wir auch heute fest; wir werfen dem Dresdener Schwurgerichtshofe nicht vor, einen solchen Zusammenhang angenommen, sondern vielmehr, ihn in der denkbar falschesten und ungerechtesten Weise beurtheilt zu haben. Diese Auffassung war anfangs in der Partei ganz

allgemein; von ihr ging auch der bekannte Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aus. Dann aber kam „einer der Vertheidiger“ mit der Entdeckung, daß die Löbtauer Ausschreitungen gar nichts mit der Arbeiterbewegung zu thun hätten, und fand damit bei einem Theile der Partei ungleich mehr Gegenliebe, als unseres Erachtens richtig war. Den „Vorwärts“ speziell haben wir allerdings nicht treffen wollen; es kam uns nur auf die Klarstellung einer prinzipiell und taktisch sehr wichtigen Frage an.

Unseres Erachtens ist es ein Lebensinteresse der Partei, den proletarischen Klassenkampf stets in seiner ganzen rauhen, ungefügen Härte zu führen. Bei dem Abschwächen der Gegensätze kommt im Leben nichts heraus, selbst nicht einmal für eine bürgerliche, geschweige denn für die Arbeiterklasse. Wenn man die Geschichte der liberalen Opposition einigermaßen kennt, so wird man Hunderte von Beispielen finden, wo sie, oft unter sehr einschmeichelnden und verlockenden Gründen, die Schärfe der prinzipiellen Gegensätze abstumpfte, um sich ihre augenblickliche Position bequemer und anscheinend auch fester zu machen. Seide hat sie dabei aber nie gesponnen, und die sozialdemokratische Partei hat zu ihrem Heile immer die entgegengesetzte Politik befolgt. Wir erinnern nur an ihre Stellung gegenüber der Pariser Kommune, und wir können auch darin keinen Fortschritt entdecken, daß kürzlich ein großes Parteiblatt — nicht der „Vorwärts“ — in aller Seelenruhe erklärte, es stehe jedem Parteimitglied frei, die Pariser Kommune zu vertheidigen oder zu verdonnern, ganz nach seinem Belieben.

Die Vereinigten Staaten im Jahre 1898.

Von M. Beer.

(Schluß.)

3. Kriegsfolgen. — Wahlen. — Antiimperialismus.

Die Siege bei Manila und Santiago haben die seit 1886 wirkenden Tendenzen zur Ausdehnungs- und Großmachtspolitik in den Vereinigten Staaten zur offenen Thatsache gemacht. Im Rausche des Triumphes vergaßen auch diejenigen Volksschichten, die sich den Großmachtsgelüsten stets widersetzt hatten, ihre Traditionen und ihre vermeintlichen Interessen. Ich meine die Freisilberleute. Die Freisilberbewegung war hier stets für eine rein nordamerikanische, im besten Falle für eine panamerikanische Politik. Denn gar zu oft mußte sie von den Goldleuten hören, daß der auswärtige Handel, den das Land brauche, nur auf Gold basirt werden könnte. Beschränkt wie die Silberleute einmal sind, gaben sie die Parole aus: „Was haben wir mit dem Ausland zu thun? Bleiben wir Amerikaner und machen wir aus unserem Kontinent eine silberne Internationale!“ Diese Forderung wurde als Ausbau der Monroelehre betrachtet und war also im Geiste der amerikanischen Traditionen.

Im Siegesjubel verstummten diese Parolen. Auch die Rein-Amerikaner ließen sich von der imperialistischen Welle, die das Land überfluthete, fortreißen. Das zeigen die Resultate der letzten Congressional and state elections (Reichstags- und Landtagswahlen) vom 8. November 1898. Ihr Endergebniß ist eine Verurtheilung des Freisilbers. Es war zwar nicht zu erwarten, daß die Republikaner ihre Mehrheit vom Jahre 1896 behalten würden, aber es ist seit 1886 jetzt zum ersten Male vorgekommen, daß die Partei des Präsidenten noch zwei Jahre nach seinem Regierungsantritt eine Kongreßmehrheit erhalten hat. Im letzten Kongreß hatten die Republikaner eine Mehrheit von fünfundfünfzig, jetzt

nur eine von zehn. Scheinbar ein Erfolg der Demokraten, bei näherer Betrachtung zeigt sich indeß, daß die Demokraten nur dort gewannen, wo sie die Währungsfrage nicht berührten. So im Osten. Im Westen dagegen, wo Demokraten die Silberforderung aufrecht erhielten, wurden sie von ihren republikanischen Gegnern geschlagen. Die Silberfrage, die im Jahre 1896 das Land so mächtig aufwühlte, scheint nunmehr begraben. Noch klarer tritt dies aus den Landtagswahlen hervor, die die Zusammensetzung des Senats bedingen, und der auf sechs Jahre gewählte Senat ist eine viel wichtigere Körperschaft als der Kongreß. Von den neunzig Mitgliedern, aus denen der Senat sich zusammensetzt, waren bis jetzt vierundvierzig Republikaner, sechsundvierzig Demokraten, Populisten und Silberrepublikaner. Den Ergebnissen der Landtagswahlen zufolge werden nach dem 4. März 1899 fünfzig bis fünfundfünfzig Republikaner in den Senat gelangen, die mit Mac Kinley durch Dick und Dünn gehen werden. Gold und Imperialismus werden im neuen Senat auf keine ernste Opposition stoßen; und vielleicht auch nicht eine Tarifrevision, die besonders vom Großhandel verlangt wird. Von den zweiundvierzig Staaten, die am 8. November ihre Wahlen vornahmen, hatten zweiundzwanzig auch Senatoren zu wählen. Die Republikaner eroberten Majoritäten in Californien, Connecticut, Delaware, Indiana, Massachusetts, Michigan, Minnesota, Nebraska, New Jersey, New York, North-Dakota, Pennsylvanien, Washington, Wiskonsin und Wyoming. Die Demokraten haben Mehrheiten in Florida, Missouri, Montana, Tennessee, Texas, Utah und West-Virginien.

Diese Resultate mußten auf die Demokraten besonders niederdrückend wirken. Ein prinzipieller Unterschied besteht zwischen den beiden großen Parteien nicht. Ihre Politiker müssen deshalb für Wahlparolen sorgen. Bislang war Freisilber das Programm der Demokraten. Der Imperialismus schwemmte es hinweg. Die Ausdehnungspolitik, als Folge des erstarkten auswärtigen Handels, hat die Freisilberagitation thatsächlich unmöglich gemacht. Bryan, der phrasenreiche Bryan, und seine Leute warfen sich daher auf den Antiimperialismus, der, wie wir gesehen haben, mit der Freisilberagitation logisch zusammenhängt. Ihnen schließen sich an: Schutzzöllner, die eine Tarifrevision befürchten; Zuckerproduzenten, denen die Befreiung Kubas ganz ungelegen kommt; Ideologen, die sich an den todten Washington klammern.

Die antiimperialistische Bewegung ist hier vollständig aussichtslos. Die einzige Körperschaft, die dem Präsidenten entgegentreten könnte, wäre der Senat, und dieser wird nach dem 4. März 1899 imperialistisch sein. Harmlos ist der Antiimperialismus indeß nicht; er erweist sich leider stark genug, die Schwachköpfe von Gewerkschaftsführern zu bethören. Sie begreifen nicht, daß Bryan eine Parole braucht für die kommende Präsidentenwahl im Jahre 1900.

Der Krieg wird also die innere Politik der Union bedeutend modifiziren. Aber auch in der äußeren Politik bereitet sich ein Umschwung vor. Die traditionelle Feindschaft gegen England ist im Verschwinden begriffen. England war Amerika gegenüber von dem Moment an tolerant, als es erkannte, daß die Bedeutung der Kolonien nicht in der Herrschaft über dieselben liegt, sondern im freundlichen Handelsverkehr mit ihnen. Dagegen war die amerikanische Politik England gegenüber nichts weniger als freundlich. In den letzten Jahren waren es besonders die Freisilberleute, die gegen England hetzten, da sie in London die weltbeherrschende Goldstadt erblickten; ferner die irischen Elemente, die ihren Haß nach Amerika mitbrachten. Die Behringsee-Fischerei, die Regulirung der Venezuelagrenzen gab ihnen Gelegenheit, ihrer Feindschaft politischen Ausdruck zu geben.

Der spanisch-amerikanische Krieg hat auch hier Wandel geschafft. Die Amerikaner sahen, daß England die einzige Macht war, auf die sie im Augenblick der Gefahr hätten rechnen können. Deutschland wurde hier als Feind betrachtet. Die Nachricht, daß Dewey auf die unter Kommando des Admirals Diedrich stehende „Irene“ in der Manilabucht habe schießen lassen, wurde von der öffentlichen Meinung der Union mit ungemischter Genugthuung aufgenommen. Frankreich wurde ebenfalls als Feind betrachtet. Blieb nur good old England, das treu zu Amerika stand. Diese Haltung wurde hier sofort begriffen und gebührend gewürdigt. Unmittelbar nach Beendigung des Krieges überwies die Regierung der Vereinigten Staaten an England die vom Pariser Schiedsgericht noch im Jahre 1890 erkannte Entschädigung von 400 000 Dollars für Konfiskation kanadischer Fahrzeuge in der Behringsee. Bald darauf gab Senator Davis, Vorsitzender der Kommission für auswärtige Politik, folgende Erklärung ab: „Eine Ueberzeugung, die bisher nur unvollständig gefühlt und nur theilweise und launenhaft anerkannt wurde, bricht sich Bahn und beginnt klar zu wirken. Ich meine die Ueberzeugung, daß 125 Millionen englisch sprechende Bürger, die in allen Theilen der Welt repräsentative Regierung und persönliche Freiheit begründet und eine progressive, lebenskräftige Zivilisation haben, sich einander nähern in freundschaftlicher Weise unter dem Zwange der geschichtlichen Entwicklung.“ Für eine anglo-amerikanische Annäherung wirken ferner einflußreiche Zeitungen und Revuen. In der Dezembernummer des „Political Science Quarterly“ plädirt Mr. Giddings, Professor der Soziologie an der Columbia-Universität New York, für Imperialismus und eine anglo-amerikanische Allianz, „um dem gewaltigen russo-chinesischen Reiche wirksam entgegentreten zu können“. Und in „Scribners Magazine“ schreibt Joseph Chamberlain, englischer Kolonialsekretär, über „die neue politische Entwicklung in den Vereinigten Staaten und ihre Bedeutung für eine anglo-amerikanische Allianz“. Er interpretirt die Mahnung Washingtons dahin, daß Letzterer sich in seiner Farewell address nur gegen „permanente Allianzen“ ausgesprochen. Chamberlain verlangt überhaupt kein festes Bündniß, sondern ein verständnißvolles Zusammengehen in allen Fragen, die die Interessen beider Reiche gefährden könnten.

Der Wunsch Chamberlains wird sicher in Erfüllung gehen, sobald Amerika seine imperialistische Politik energisch fortsetzt.

4. Arbeiterbewegung und Sozialismus.

Kontinental-europäische Sozialisten, die im gegenwärtigen Moment einen großen Theil ihrer Kraft auf Eroberung von demokratischen Freiheiten richten, werden sicher erstaunt sein, zu hören, daß es gerade die Folgen der demokratischen Freiheiten sind, die in England und Amerika die Entwicklung einer politisch klassenbewußten Arbeiterbewegung bis jetzt gehemmt haben. Nichtsdestoweniger hat der europäische Sozialismus recht mit seinen gegenwärtigen Bestrebungen. Denn die Demokratie kann nur die sozialistische Bewegung hemmen, wenn jene lange vor dieser entstanden war und der Bourgeoisie daher die Möglichkeit gab, aus den demokratischen Freiheiten eine konservative Macht zu bilden. Es wäre gewiß interessant, diese Gedanken weiter zu entwickeln und die psychologischen Wirkungen der Demokratie in England näher zu untersuchen. Ich habe indeß hier nur über Amerika zu schreiben, und die beiden Länder haben politisch und sozial nur sehr wenige Berührungspunkte.

Die Hauptschwierigkeit der Entwicklung einer politisch klassenbewußten Arbeiterbewegung in Amerika liegt in seinem politischen Parteiwesen. Das politische Leben ist hier begründet auf den beiden großen Parteien der Republikaner und

Demokraten. Ein prinzipieller Unterschied besteht zwischen beiden nicht. Ein Regierungswechsel ist nicht mehr wie ein Personenwechsel. Wir haben hier nur zwei Parteiskelette. Wie kommt es aber, daß sie noch existiren und das Land, trotz freier Presse und freier Kritik, noch in Bewegung setzen können?

Um die Antwort, welche ich geben möchte, klarer hervortreten zu lassen, vergleiche man vorerst die amerikanischen Parteiverhältnisse mit den englischen. Lange Jahre galten die Tories als reaktionär und freiheitsfeindlich, während man in den Liberalen den Hort der englischen Freiheiten erblickte. Soweit eine Partei ihre Mission erfüllen kann, so ist dies mit den Liberalen der Fall gewesen. Sie haben die Tories geistig besiegt. England bietet uns heute das eigenartige Schauspiel einer progressiven Nation. Heute besteht kein prinzipieller Unterschied zwischen Tories und Liberalen. Die Folge ist der Zerfall der liberalen Partei. Will sie in der politischen Arena weiter kämpfen, so bleibt ihr nichts Anderes übrig, als weiter nach Links zu gehen und von den fortgeschrittenen Trade Unionisten und Sozialisten ein ehrliches sozialpolitisches und radikal-demokratisches Programm anzunehmen. Der radikale Flügel der liberalen Partei hat dies gut begriffen und ist deshalb bestrebt, die Trümmer der liberalen Partei mit der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung zu vereinigen. Denjenigen, die sich über die gegenwärtige innerpolitische Lage in England näher informiren wollen, ist der letzte Artikel in der Septembernummer der „Contemporary Review", gezeichnet vom „New Radical", zu empfehlen. Also: aus dem Verschwinden des prinzipiellen Unterschieds zwischen Tories und Liberalen wird die Arbeiterbewegung den Nutzen haben.

Hier in Amerika liegen die Dinge ganz anders. Haben die Parteien keine Prinzipien und Programme zu bieten, so haben sie dafür ein weit ausgedehntes Patronatsrecht und können ihre Anhänger mit Regierungs- und Privatposten belohnen, da ein Regierungswechsel einen Posten- und Stellenwechsel in der Union bedeutet. Hier gilt das Wort: Dem Sieger die Beute! Und die Sieger vertheilen unter sich die größten und kleinsten Posten, die Bundesregierung, Landesregierungen und Städteverwaltungen zu vergeben haben. Die Stadt New York allein hat Stellen für vierzehn Millionen Dollars im Jahre zu vergeben. Bei der Anstellung von Beamten gilt nicht die Fähigkeit, die Charakterstärke, sondern die politische Gesinnung. Sogar die viertausend Schriftsetzer, die in den Regierungsdruckereien zu Washington arbeiten, werden nach ihrer politischen Gesinnung angestellt und entlassen. Aber das ist noch nicht alles. Die Parteiführer stehen auch mit großen industriellen Unternehmungen in Verbindung: mit Eisenbahngesellschaften, Telegraphenbesitzern, Straßenbahnkompagnien, Trusts 2c., und auch hier gilt die Empfehlung des allmächtigen Parteiführers. Bürgerliche Politik drängt sich in alle Poren des gesellschaftlichen Lebens; bürgerliche Politik — nicht die englische, prinzipielle, sondern die kleinliche und konkrete, die auf momentanen Interessen aufgebaut ist. Und das Land ist mit einem Netze von derartigen Parteiorganisationen bedeckt, die von rücksichtslosen, meistens ungebildeten, aber stets brutal starken Führern (boss) geleitet werden. Theodor Roosvelt, der berühmte Führer der Rauhen Reiter im kubanischen Feldzug und jetziger imperialistischer Gouverneur des Staates New York, schilderte dieses Boß-System in der „Century" (November 1886); er sagte: „Ein boss ist im Stande, für seine Knappen Stellen zu finden bei Straßenbahnen, Hochbahnen, Bergwerken 2c. Großkorporationen sind den Angriffen der Demagogen besonders ausgesetzt und finden es deshalb in ihrem Interesse, auf gutem Fuße zu leben mit dem Führer der Distriktsorganisationen, der über die Stimmen der Landtags- und Stadt-

wähler verfügt. Die Knappen wissen gut, daß ein Empfehlungsschreiben von ihrem Führer die günstigste Aufnahme finden wird. Der Führer hilft seinen Anhängern auch finanziell. Er leiht ihnen mal einen Dollar, hilft ihren Verwandten, wenn sie in die Griffe der Gerechtigkeit gerathen; er bemächtigt sich mancher von ihnen, die mit dem Aermel ans Zuchthaus streiften und eine Bloßstellung fürchten — kurz, er versteht, das Einschüchtern und Drohen mit dem Erweisen von Gefälligkeiten in ein richtiges Verhältniß zu bringen."

So Th. Roosvelt, einer der besten Kenner des politischen Lebens in Amerika.

Was kann nun gegenüber diesen reichen, weitverzweigten Organisationen mit ihren zahllosen Stellenjägern und Stellenangeboten eine arme Arbeiterbewegung ausrichten, die nichts zu bieten hat als Ideale, Kämpfe und Verfolgungen! Wie moralisch stark muß schon eine Klasse sein, um auf alle momentanen Vortheile verzichten und sich Opfer auferlegen zu können im Namen der sozialen Gerechtigkeit und Menschenbefreiung! Und woher soll sie diese moralische Kraft nehmen, wenn das politische Leben auf Korruption beruht und diese Korruption legalisirt ist!

Unter diesen Verhältnissen leidet natürlich die sozialistische Bewegung, das heißt die selbständige politische Organisation des Proletariats am meisten. Aber auch die Gewerkschaften sind weder an Beschaffenheit noch an Zahl bedeutend. Im Ganzen giebt es in den Vereinigten Staaten etwa eine halbe Million gewerkschaftlich organisirte Arbeiter. Zahlreiche lokale, nationale und föderale Gewerkschaften sind in der „American Federation of Labor" vereinigt, die etwa 250000 Arbeiter umfaßt. Diese Organisation ist gegenwärtig die bedeutendste und rührigste und muß deshalb als die Vertreterin des gewerkschaftlichen Gedankens in Amerika betrachtet werden. Geleitet wird sie von Samuel Gompers und Mac Guire. Dieser war, wie mir Motteler-London in seinen lehrreichen Privatissimen über die internationale Arbeiterbewegung mittheilte, ein intelligenter Sozialist; Gompers war Mitglied der „Internationale". Beide sind sie jetzt bemüht, die amerikanischen Gewerkschaften an die bürgerlichen Politiker zu ketten.

Vom 12. bis zum 18. Dezember 1898 tagte in Kansas City der achtzehnte Kongreß der „Föderation". Vertreten waren 230000 zahlende Mitglieder. Die meiste Zeit nahmen die endlosen Debatten über innere Angelegenheiten der Föderation, sowie das Verlesen des zwanzig Seiten starken Berichts des Präsidenten Gompers in Anspruch. Auf eine gewisse geistige Höhe erhob sich der Kongreß nur zweimal: aus Anlaß der imperialistischen und der sozialistischen Resolution. Auszüge aus Gompers' Bericht zu geben, ist hier nicht angängig, da dies nur zu Mißverständnissen führen würde. Gompers schreibt einen hochtrabenden, geradezu orientalischen Stil, der es ihm ermöglicht, entscheidenden Fragen geschickt auszuweichen. In schwungvollen Worten feiert er die Siege der amerikanischen Waffen und wird ganz sentimental und humanitätsduselig, wenn er von den Folgen dieser Waffenthaten — von dem Imperialismus spricht. Dagegen findet sich in seinem Köcher kein Pfeil, um den Schlächter der dreizehn Bergarbeiter von Virden zu treffen, oder den Richter Hammond von Cleveland, der den durchaus gerechten Widerstandsstrike von 1600 Drahtziehern durch einen Einhaltsbefehl (Injunction) verbot und unterdrückte. Nur den armen Sozialisten gegenüber findet er seine Mannhaftigkeit wieder, denn das Verbrechen dieser Leute besteht darin, daß sie Versammlungen von strikenden Arbeitern besuchen, um sie über die immanenten Kräfte der modernen Produktionsweise aufzuklären.

Zur Frage des Imperialismus wurde folgende Resolution angenommen: „Da der Krieg gegen Spanien eine neue und weitreichende Politik — den

Imperialismus — zur Folge hatte und diese Politik, wenn vom Senat bestätigt, ernste Lasten auf die Lohnarbeiter wälzen wird durch die Einführung einer stehenden Armee und einer aristokratischen (!) Flotte, die den Bestand unserer Republik gefährden; so wird beschlossen, daß der Kongreß Protest einlege gegen jede Neuerung in unserem Regierungssystem, und seine Beamten instruire, alle anständigen Mittel zu gebrauchen, dieser Politik eine Niederlage zu bereiten."

Mit anderen Worten heißt dies: Die Arbeiter der Vereinigten Staaten sollen bei der nächsten Präsidentenwahl für Bryan und gegen Mac Kinley oder Admiral Dewey stimmen; Letzterer wird bereits als republikanischer Kandidat für 1900 vorgeschlagen. Sämmtliche Redner, mit Ausnahme des Schriftsetzers M. S. Hayes aus Cleveland, sprachen für die Resolution. Hayes meinte, die amerikanischen Arbeiter sollten diese Frage nicht zur Wahlparole machen. „Die Arbeiter dieses Landes haben sich schon mit Fragen wie Freihandel und Schutzzoll, Freisilber und Gold genug abgeplagt und haben ihre eigenen Interessen dabei vernachlässigt. Auch der Imperialismus droht eine gefährliche Konfusion in unsere Reihen zu bringen. Die Ausdehnungspolitik ist die logische Folge des gegenwärtigen kapitalistischen Systems. Wir sind hier nicht versammelt, um einer der großen bürgerlichen Parteien beizustehen. Als Trade Unionisten sollten wir solche Fragen bei Seite lassen." — Die Resolution wurde angenommen.

Die zweite wichtige Diskussion fand statt über die sozialistischen Anträge, die von den Mechanikern, Brauern und der Cleveland Zentral-Union dem Kongreß zugegangen waren. Sie bezweckten eine Erklärung des Kongresses zu Gunsten einer sozialistischen Politik. Diese Anträge wurden vorerst der legislativen Kommission der Föderation zur Begutachtung übergeben. Die Kommission berichtete: Die Föderation sei bereit, Hilfe von Reformern und Sozialisten anzunehmen, nur „darf die Föderation parteipolitische Programme weder einführen, noch bestätigen . . . und es ist nicht die Pflicht der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern zu sagen, für welche Parteien sie stimmen sollen".

Nun stellte der Delegirte Tobin folgenden Gegenantrag: „Der Kongreß beschließe, daß die Arbeiterfrage nur gelöst werden könnte durch Ueberführung des Grund und Bodens, der Mittel der Produktion, der Vertheilung und des Austausches in den Gemeinbesitz und daß die Gewerkschaftsbewegung verbunden mit einer klassenbewußten politischen Aktion die besten Methoden seien, dieses Ziel zu erreichen. Wir empfehlen deshalb den Trade Unionisten, nur für solche politische Parteien zu stimmen, welche sich diese Prinzipien zu eigen machten." Begründet wurde dieser Antrag von Carey, dem Landtagsabgeordneten für Haverhill, und M. S. Hayes von Cleveland. Beide bekundeten in ihren Reden eine bedeutende Kenntniß des modernen Sozialismus. Bitter angegriffen wurde dieser Antrag von Mac Guire und Gompers. Jener nannte den Sozialismus eine Theorie, die die Augen der Arbeiter blendet und benebelt; Gompers warf sich besonders auf die Sozialistische Arbeiterpartei (Socialist Labor Party), der er vorwarf, daß sie die Gewerkschaftsbewegung ruiniren möchte. Schließlich wurde Tobins Antrag mit 197100 gegen 49300 Stimmen abgelehnt. Sämmtliche Redner, die gegen Tobins Antrag sprachen, waren in ihren Angriffen gegen die Sozialistische Arbeiterpartei besonders heftig. Der Haß gegen diese Partei wächst im Verhältniß zu ihren Erfolgen. Bei den letzten Wahlen hatte sie in 22 Staaten Kandidaten aufgestellt, die auf sich etwa 80000 Stimmen vereinigten, und in Holyoke brachte sie auch einen Stadtverordneten durch. Der Haß der Nurgewerkschafter gegen die Sozialistische Arbeiterpartei ist dem Umstand geschuldet, daß die Partei im Jahre 1896 den Versuch machte, sozialistische Unions zu gründen,

und daß Mitglieder der Partei innerhalb der alten Gewerkschaften für den Sozialismus agitiren. Die Frage, ob Sozialisten berechtigt seien, Oppositionsgewerkschaften zu gründen, ist hier eine brennende. Auch in den Reihen der Parteigenossen selber herrscht darüber keine Klarheit, was zu unliebsamen Reibereien Anlaß giebt. Allerdings ist diese Frage auch schwer zu entscheiden. Anhaltspunkte in der sozialistischen Literatur giebt es darüber nur wenige. Der internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongreß in London 1896 sprach in seiner Resolution über die „Wirthschaftspolitik der Arbeiterklasse“ folgende Ansicht aus: „... Die politische Anschauung darf keinen trennenden Grund im wirthschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber eine aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden.“ Was aber thun, wenn die Gewerkschaften den Klassenkampf leugnen und ihre Pflicht, die Mitglieder zu Sozialisten heranzuziehen, nicht nur vernachlässigen, sondern den Sozialismus bekämpfen? Ist es nicht mindestens entschuldbar, wenn es Genossen giebt, die den Entschluß fassen, Gegengewerkschaften zu bilden?

Das ist die Hauptursache der Uneinigkeit in der Sozialistischen Arbeiterpartei. Man wirft ihr Intoleranz und Engherzigkeit vor; es ergeht ihr so, wie es der englischen Sozialdemokratischen Föderation ergangen ist. Dieser Uneinigkeit verdankt die Sozialdemokratische Partei von Debs ihre Entstehung. Die Debssche Sozialdemokratie entstand im Juni 1897 in Chicago. Ihr ursprünglicher Zweck war, sozialistische Kolonien im Westen zu gründen. Aber schon auf ihrem ersten Kongreß, abgehalten in Chicago im Juli 1898, kam es zu einer Spaltung. Diejenigen, welche gegen Kolonisation und für politische Aktion waren, verließen den Kongreß. Debs schloß sich ihnen an. So entstand die Sozialdemokratische Partei. Bei den letzten Wahlen stellte sie in fünf Staaten Kandidaten auf, die circa 9000 Stimmen erhielten.[1] In Haverhill, einem industriereichen Orte in Massachusetts, gelang es ihr, die Genossen Carey und Scates in den Landtag zu schicken und Genossen Chase als Bürgermeister in den Stadtrath zu wählen, sowie einige Genossen als Stadtverordnete. Die Sozialdemokratische Partei hat manche Aehnlichkeit mit der englischen Independence Labour Party und gilt, wie diese, den Reformbestrebungen und den Gewerkschaften gegenüber als toleranter und weitherziger.

Im Ganzen scheint es mir, daß die amerikanische Arbeiterbewegung bis zu einem gewissen Punkte denselben Gang nehmen wird wie die englische. Auch in Amerika wird der Zeitpunkt kommen, wo die Gewerkschaften auf den Boden des Klassenkampfes sich stellen und sozialistische Resolutionen annehmen werden. Bis dahin werden auch die verschiedenen sozialistischen Parteien an Zahl und politischer Erfahrung stärker und reicher geworden sein, die sie befähigen wird, ihre Gegensätze und sich zu vereinigen.

New York, 31. Dezember 1898.

[1] Nach Berichten, die jünger sind als vorliegender Artikel, dessen Abdruck sich leider durch unseren chronischen Raummangel verzögerte, ist die Stimmenzahl der Debsschen Sozialdemokratie eine größere. Ein amerikanischer Freund schreibt uns aus Chicago über diese am 31. Januar: „Ein Häuflein von 20 bis 25 Menschen bildete im Juni 1898 den Kern und die Stärke der neuen Partei. Durch eine außerordentlich rege Agitation brachte diese Handvoll die Mitgliederzahl binnen fünf Monaten auf 1000, und erzielte bei den Wahlen 12000 Stimmen in fünf Staaten. In den letzten 60 Tagen ist die Mitgliederzahl auf 1600 gestiegen.“

Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion".

Von A. v. Elm.

„Schädigung der Partei", wenn nicht gar Parteiverrath — wann wäre wohl jemals in der Partei ein praktischer Vorschlag gemacht worden, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Lebenshaltung der Arbeiter zu verbessern, der nicht von Parteidoktrinären mit diesen Liebenswürdigkeiten begrüßt worden wäre.

Als seinerzeit von der Generalkommission die Nothwendigkeit betont wurde, daß die Gewerkschaften sich mit sozialpolitischen Aufgaben beschäftigen müßten, wie wurden diese „dunklen Pläne" von den Parteifanatikern bekämpft; das Eintreten für Arbeitslosenunterstützung galt ehedem in diesen Kreisen als Harmoniedusele; die revolutionäre Sozialdemokratie war in Gefahr, wenn die Gewerkschaften ihre arbeitslosen Kollegen durch Unterstützung vor dem Versinken in Pauperismus bewahrten. Als vor einigen Jahren die Kartellkommission in Hamburg ein Flugblatt verbreitete, in welchem gesagt war, daß es nicht genüge, wenn die Arbeiter alle fünf Jahre einen Stimmzettel in die Wahlurne steckten, erklärten einige Leute ganz ernsthaft, die Verfasser ständen nicht mehr auf dem Boden des Parteiprogramms.

Als in Sachsen seinerzeit in Arbeiterkreisen hervorragende Parteigenossen für Beitritt zu den Konsumvereinen eintraten, wurden sie des direkten Parteiverraths bezichtigt und von den Parteifanatikern mit allen Mitteln gegen sie und die Konsumvereine gehetzt.

Es unterliegt gar keinem Zweifel: Die doktrinären Prinzipienreiter haben in Deutschland das praktische Wirken der Arbeiter zur Erlangung größerer wirthschaftlicher Macht kolossal gehemmt, vollständig inhibiren konnten sie dasselbe nicht. Die Thatsachen reden eine zu eindringliche Sprache und schließlich leuchtet auch dem verbohrtesten Doktrinär ein, daß er sich in diesem oder jenem Punkte denn doch getäuscht hat. Im Laufe der Jahre ist schon gar Mancher aus einem Saulus zu einem Paulus geworden.

In allen anderen Ländern suchen die Sozialisten mit ganz vereinzelten Ausnahmen das Genossenschaftswesen zu fördern, in Deutschland ist die Zahl der rückständigen Elemente, die in Arbeitergenossenschaften eine Schädigung der Parteiinteressen sehen, immer noch eine verhältnißmäßig große. Die Konsumvereine haben sich in Deutschland nun aber gerade dort am besten entwickelt, wo die sozialdemokratischen Arbeiter in dichten Haufen wohnen; in dem industriell am meisten entwickelten Lande Sachsen sind in verhältnißmäßig kurzer Zeit große blühende Vereine entstanden und merkwürdig — die ehemaligen fanatischen Gegner der Konsumvereine sind mit der Zeit selbst Mitglieder in denselben geworden und gar Mancher, der früher in Wort und Schrift die Genossenschaft bekämpfte, hat später als Gemaßregelter einen Unterschlupf bei denselben gefunden. Die prinzipielle Gegnerschaft gegen Konsumvereine ist in Sachsen ein längst überwundener Standpunkt, die ehemaligen prinzipiellen Gegner sind in letzter Zeit nur noch nach der Richtung thätig gewesen, die „Auswüchse des Genossenschaftswesens" zu bekämpfen. Zu diesen Auswüchsen gehört auch nach unserer Meinung die in einigen Konsumvereinen eingerissene elende Pfennigfuchserei, die geradezu gemeinschädliche Dividendenjägerei.

Und nun kommen die Vertreter der organisirten Arbeiterschaft in Hamburg, wo bisher ein Arbeiterkonsumverein noch nicht bestanden, und beschließen mit Zweidrittelmehrheit für eine Konsumgenossenschaft Propaganda zu machen, in

welcher der Dividendenjagd durch statutarische Bestimmungen von vornherein ein Riegel vorgeschoben werden soll; hätte man nun nicht erwarten dürfen, unsere Parteikritiker hätten für dieses ideale Streben zum Mindesten ein Wort der Anerkennung gehabt? Bewahre — gerade deshalb bekämpfen unsere „Kritiker“ die neue Genossenschaft auf das Heftigste.

Und unsere Kritiker verfahren mit uns genau so, wie die bürgerlichen Kritiker mit der Sozialdemokratie, aus dem Zusammenhang werden Sätze herausgerissen und den „Gründern“ Absichten unterstellt, die diesen nie im Traume gekommen sind und wenn die Herren Kritiker dann das von ihnen — nicht von den Gründern der Genossenschaft — aufgebaute „Luftschloß von phantastischer Gestalt“ gründlich zerstört haben, dann kann man es ihnen ja nicht verargen, daß sie ob ihrer wunderbaren Leistung gar mächtig stolz sind.

Und mit einer solchen Leistung haben wir es auch mit der „Kritik“ in Nr. 19 der „Neuen Zeit“ vom Genossen Adolf Braun zu thun.

„Im Gegensatz zu anderen Genossenschaften wird nicht angestrebt, klein anzufangen“, sondern „das Haus vom Dache statt aus den Fundamenten heraus zu bauen“, behauptet Adolf Braun.

Wo steht das? Im Statut, im Kommentar oder in dem den organisirten Arbeitern Hamburgs zugestellten Flugblatt?

Im Kommentar befinden sich seitenlange Ausführungen darüber, weshalb Produktivgenossenschaften meistens nicht prosperirten. Auf S. 5 heißt es z. B.: „Mehr noch als jedes andere Unternehmen hat die Produktivgenossenschaft durch die gegen sie bestehende Animosität mit unsicherem und unregelmäßigem Absatz zu kämpfen. Wenn hingegen der Konsumverein zur Eigenproduktion für den Eigenbedarf schreitet, so kennt er letzteren bereits ganz genau und ist des Absatzes absolut sicher.“ Und weiter S. 6: „Schließlich ist auch noch der bedeutende Unterschied zwischen beiden Produktionsarten, daß der Konsumverein erst anfängt zu produziren, wenn er die nöthigen Mittel zur Produktion hat.“ In dem verbreiteten Flugblatt heißt es ausdrücklich, daß man sich in keiner Weise überstürzen, sondern erst dann mit der Eigenproduktion beginnen will: „Sobald der Absatz einer bestimmten Waarengattung die für Errichtung einer eigenen Werkstätte erforderliche Höhe erreicht hat.“ Heißt es angesichts dieser klar ausgesprochenen Absichten nicht etwas gar zu stark auf die Gutgläubigkeit der Leser der „Neuen Zeit“ spekuliren, wenn Genosse Braun behauptet, wir wollten das Haus vom Dache aus aufbauen?

Dieselbe Taktik beobachtet Genosse Braun bei den diversen Zwecken der Genossenschaft, er versäumt es, anzuführen, daß es in der Erläuterung zu den einzelnen Punkten des Zweckparagraphen mehrfach heißt: „Wir haben uns dieses Recht vorbehalten — mag man nun Gelegenheit haben, davon Gebrauch zu machen oder nicht — in jedem Falle haben wir es für richtig gehalten, uns dieses Recht in § 1 b (Errichtung und Betrieb von Verkehrs- und Handelsunternehmungen) zu reserviren.“

Ist das die Sprache der „Waghalsigkeit“, die uns Genosse Braun unterstellt?

Genosse Braun verschweigt ferner, daß wir in unseren Ausführungen beweisen, daß alles das, was wir — nicht mit einem Male — sondern nach und nach im Laufe der Jahre vollbringen wollen, in England, in Belgien, in der Schweiz und zum Theile auch in Deutschland längst verwirklicht ist. Ja, wenn er die Dinge dargestellt hätte, wie sie sind, wo hätte er die Berechtigung hernehmen können, uns „phantastische Genossenschaftsutopisten“ zu taufen?

„Euer Fehler ist“, sagte mir kürzlich ein Freund unserer Sache, „daß Ihr den Leuten sagt, was Ihr wollt. Wenn Ihr's mit der Zeit, wie anderswo,

einfach gemacht hättet, kein Mensch hätte daran gedacht, Euch Phantasten zu schimpfen." Wohl wahr! Doch darf man nicht vergessen, daß in Hamburger Arbeiterkreisen für einen einfachen Dividendenkonsumverein niemals Begeisterung vorhanden war und daß, wenn wir etwas Anderes und — auch die boshaftesten „Kritiker" werden dies uns doch wohl zugestehen müssen — etwas Besseres wollten, nicht den ganzen Ueberschuß vertheilen, sondern zu Zwecken verwenden wollten, deren Verwirklichung auch im allgemeinen Interesse liegt, wir nothgedrungen sagen mußten, zu welchen Zwecken eventuell die Gelder Verwendung finden könnten. Dazu zwang uns schon das Genossenschaftsgesetz, welches ausdrücklich vorschreibt, daß zu Zwecken, welche nicht im Statut angegeben sind, keine Gelder verwandt werden dürfen.

Genosse Braun behauptet, eine Verwendung von Genossenschaftsgeldern zu gewerkschaftlichen Zwecken sei auf Grund des deutschen Genossenschaftsgesetzes durchaus unmöglich. Darüber läßt sich streiten. Ich bin der Meinung, daß dies noch durchaus nicht feststeht; sobald solches in den Statuten von vornherein klar ausgesprochen wird, finde ich in dem Wortlaut des Gesetzes keinen Grund, eine Zuwendung von Geldern z. B. an das Gewerkschaftskartell des Ortes als gesetzlich nicht zulässig zu erklären.

Die Tabakarbeitergenossenschaft hat z. B. die statutarische Bestimmung, daß bei einer eventuellen Auflösung der Genossenschaft das vorhandene gesammte Genossenschaftsvermögen an die bestehenden Tabakarbeiterorganisationen fällt. Es verbietet den Genossenschaften schon jetzt keine Behörde, von ihren Ueberschüssen für wohlthätige Zwecke Gelder zu verausgaben — ist die Unterstützung Arbeitsloser nicht auch ein wohlthätiger Zweck?

Genosse Braun macht uns nun den unerhörten Vorwurf, wir hätten über diese Frage die Masse zu täuschen versucht. Hätte er sich etwas besser informirt, ehe er seine „Kritik" schrieb, so wußte er, daß in den Versammlungen des Gewerkschaftskartells von dem Schreiber dieses ausdrücklich hervorgehoben worden ist, daß eine direkte Unterstützung der Gewerkschaften seitens der Genossenschaft zur Zeit nicht rathsam sei (siehe hierüber Bericht im „Hamburger Echo"); daß anfänglich erörtert worden sei, einen Theil der Ueberschüsse der Genossenschaft zur Unterstützung arbeitsloser *Mitglieder* zu verwenden, daß man sich jedoch allseitig gesagt habe, daß wegen der für einen nichtfachgewerklichen Verein mit solcher allgemeinen Versicherung verbundenen Schwierigkeiten die Versicherung in *dieser* Form nicht durchführbar sei. Dagegen hat die Genossenschaft eine Institution geschaffen, deren wirthschaftlicher Nutzen für die Arbeiter nur von Leuten verkannt werden kann, die in jeder Verbesserung der Lage der Arbeiter eine Abschwächung ihrer revolutionären Thatkraft erblicken.

Für den Kritiker Braun ist das ganze Kapitel in unserem Kommentar über den *Nothfonds* nicht geschrieben. Es paßt auch so schlecht in den Rahmen seiner Kritik, denn all seine schönen Schlußfolgerungen von den erweckten Hoffnungen und den darauffolgenden größeren und schweren Enttäuschungen würden dadurch unmöglich gemacht worden sein.

Was unser Kritiker versäumt hat, müssen wir jetzt nachholen.

Die dem Mitglied am Jahresende gutgebrachte Einkaufsdividende soll bis zur Höhe von 100 Mark zu einem Nothfonds für dasselbe angesammelt werden, um ihm (selbstverständlich auch bevor der Nothfonds des Mitglieds 100 Mark beträgt) während der Zeiten der Arbeitslosigkeit, andauernder Krankheit, Umzug, Entbindung, bei Todesfällen oder bei sonstigen Nothfällen als Reserve zu dienen und ihm zu ermöglichen, auch ohne Baarmittel Waaren vom Verein entnehmen zu können.

In der „Neuen Zeit“, XII, 1, S. 271, machte seinerzeit Ed. Bernstein darauf aufmerksam, welch bedeutende Rolle die Guthaben der Arbeiter in ihren Konsumvereinen auch während des Riesenausstandes der englischen Kohlengräber 1893 gespielt haben — doch was kümmern diese Thatsachen den Kritiker Braun.

Wie hätte er warnen, warnen und warnen können, wenn er für Thatsachen nicht vollständig blind gewesen wäre.

Eine „phantastische Utopie“ nennt Genosse Adolf Braun unsere Pläne.

Wir wollen demgegenüber nur die Thatsachen reden lassen.

In England haben die Konsumvereine circa anderthalb Millionen Mitglieder; ihr Vermögen hat sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt. 1897 betrug dasselbe schon 20,4 Millionen Pfund Sterling.

Die Eigenproduktion der englischen Konsumvereine entwickelte sich in letzter Zeit rapide; dieselbe stieg in den letzten drei Jahren von 52 auf 122 Millionen. Eigene Bäckereien, Schuhfabriken, Tabakfabriken, Seifenfabriken, eigene Druckereien, Fabriken zur Herstellung von Kleidungsstücken, Webstoffen und Wollwaaren 2c., alles ist schon vorhanden. Daß wir auf dem „geduldigen Papier Unmögliches möglich“ zu machen versuchen, kann mithin doch nur behaupten, der absichtlich die Thatsachen zu negiren bestrebt ist.

Die Krone der Braunschen Kritik ist aber, daß er uns unterstellt, wir wollten mit dem Gelde der Mitglieder „Spekulationen“ treiben.

Heiliger Nepomuk! Heißt das spekuliren, wenn der Verein Grundstücke erwirbt, um auf denselben Wohnungen für seine Mitglieder bauen zu lassen?

„Wir wollen nur dankbar sein“, sagte ganz trocken einer unserer Kommissionsmitglieder, „daß der werthe Genosse nicht durchblicken läßt, daß wir beabsichtigen, mit dem Gelde der Mitglieder nach Monaco zu reisen, um dort im Glücksspiel unser Heil zu versuchen!“

Wirklich, das ist starker Tabak!

Der Genosse Braun hat natürlich wiederum keine Ahnung davon, daß diese Grundstücks„spekulationen“ von anderen Konsumvereinen schon mit Erfolg betrieben worden sind.

Für die wirksamste Art der Argumentation halten wir es, auch hier wieder auf die vollendeten Thatsachen zu verweisen.

Die alten englischen Konsumvereine leiden durch die Beschränktheit ihrer Ziele heute schon an Geldüberfluß und müssen schon alle möglichen Kunststücke anwenden, um sich größerer Geldzuwendungen seitens ihrer Mitglieder zu erwehren, als sie verwerthen können. Trotz dieser Kunststücke haben sie bereits über 52 Millionen in Hypotheken angelegt, während es andererseits den 3072 Baugenossenschaften mit ihren 635 716 Mitgliedern oft an Mitteln gebricht. Indem der Jahresbericht des englischen Produktivgenossenschaftsverbandes von 1898 dieses konstatirt, kommt er zu dem Schluß, daß die englischen Konsumvereine Häuser für ihre Mitglieder bauen sollten, statt ihr Geld zurückzuweisen, und lenkt die Aufmerksamkeit (S. 116) auf einen Verein, der dieses Prinzip bereits unter fortwährender Vermehrung seiner Verkaufsstellen, also mit bestem Nutzen auch für seinen ursprünglichen Zweck verfolgt.

Der Bericht schließt: „Seine rapide Entwicklung und sein riesiger Erfolg beweisen deutlich die Nothwendigkeit und Richtigkeit solcher Vereinigung, von der die Genossenschaftsbewegung einen größeren und öfteren Gebrauch machen sollte.“

Aber schon vor Erscheinen dieses Jahresberichts enthielten „The Co-Operative News“ vom 3. Dezember v. J., die in eigener großartiger Druckerei der englischen Konsumvereine gedruckt werden, einen Jahresbericht des Konsumvereins

zu Ipswich, in dem es heißt: „Jüngst sind die Vereinsstatuten dahin erweitert worden, es dem Aufsichtsrath zu ermöglichen, sowohl ein Baudepartement zu etabliren, als auch Mitgliedern Hypothekengelder zur Errichtung kleiner Häuser zu leihen. Trotz dieser Erweiterung der Vereinszwecke hielt der Verein es für erforderlich, gleichzeitig die Zinsen für Spargelder der Mitglieder von 4 auf 3⅓, für Spargelder der Nichtmitglieder, soweit sie 200 Mark übersteigen, auf 2½ Prozent herabzusetzen und die Zinsen der Geschäftsantheile von 5 auf 4⅙ Prozent zu ermäßigen." Dieser kleine Verein (er hat nur 3348 Mitglieder) hat bereits ein Kapital von 700 000 Mark, einen Umsatz von rund 1½ Millionen und hat in den 30 Jahren seines Bestehens durchschnittlich 9 Prozent Einkaufsdividende vertheilt. Dabei hat der Verein es fertig gebracht, daß all seine reichen und zahlreichen Besitzungen sein unbelastetes Eigenthum sind. Dazu gehören auch eine in der Art unserer Bazare erbaute elegante Zentrale, in der alles zu haben ist, eigene Bäckereien und Schlächtereien, 50 Acres Land, auf dem eigene Landwirthschaft betrieben wird. Und nun vergleiche man mit diesen Darlegungen, namentlich mit denjenigen über die Sparkasse, die Ausführungen des Genossen Braun über unsere Utopien, speziell über das „ganz bedenkliche Projekt" einer Sparkasse.

Daß wir an die Errichtung einer Sparkasse natürlich erst dann gehen werden, wenn der Konsumverein auf gesicherter Basis beruht, versteht sich für jeden Kenner der Hamburger Arbeiterschaft, die aber auch nicht im Geringsten „waghalsig" ist, von selbst. Und daß die Hamburger keinem von ihnen angestellten Geschäftsführer erlauben würden, mit ihrem Gelde wahnsinnige Spekulationen zu treiben, ist wiederum selbstverständlich. Die Warnungen des Genossen Braun sind deshalb zum Mindesten ganz überflüssig.

Was er dort von „schnell realisirbaren Werthen" redet, beweist nur, daß er — sagen wir ganz milde — darüber nicht ernstlich nachgedacht hat.

Ein Verein, der einen großen Absatz hat, ständig Ueberschüsse erzielt, mit seinem eigenen Gelde Grundstücke erwirbt, Wohnungen auf denselben für seine Mitglieder bauen läßt, sollte nicht, wenn solches erforderlich ist, mit Leichtigkeit Hypotheken für seine Grundstücke oder sogar — wenn er es wünscht, ohne irgend welche besondere Garantie baar Geld zur Deckung eines momentanen Bedarfs erhalten können?

Hätte Genosse Braun sich der Mühe unterzogen, bei den größeren Konsumvereinen in Deutschland, die auf eigenen Grundstücken Vereinshäuser in den letzten Jahren mehrfach gebaut haben, einige Erkundigungen einzuziehen, er würde eines Besseren belehrt worden sein.

Die Hamburger Arbeiter scheinen bei dem Genossen Braun nun überhaupt schlecht angeschrieben zu stehen. Bisher wurde den Hamburgern ihr Idealismus in der Partei immer hoch angerechnet, insofern durch denselben der Gesammtpartei seit Jahrzehnten immer ganz beträchtliche Zuschüsse zugewandt wurden. Daß dieselben im Gegensatz zu der allgemein üblichen Praxis ihr Organ pro Quartal mit circa 1,50 Mark theurer bezahlen, als dies in anderen Orten der Fall ist, dagegen wird der Genosse Braun wohl kaum etwas einzuwenden haben, aber sie verlangen auch von Parteigenossen, die an der Spitze stehen, so viel Idealismus, daß dieselben nicht beanspruchen, daß ein großer Theil der Ueberschüsse in Gestalt von enorm hohen Gehältern in die Taschen Einzelner fließt.

Im Uebrigen sind wir im Gegensatz zum Genossen Braun der Meinung, daß den Leistungen entsprechend in Hamburg sehr anständige Gehälter gezahlt werden und sind überzeugt, daß kein Parteiangestellter in Hamburg ihn damit

beauftragt hat, in so unpassender Art ihre Gehaltsfrage öffentlich zur Erörterung zu stellen.

Genosse Braun mag auch ganz beruhigt sein, in der Genossenschaft „Produktion“ werden tüchtige Fachleute jedenfalls nicht schlechter bezahlt werden, als bei Unternehmungen ähnlicher Art in Deutschland.

Sehr gering denkt Genosse Braun auch von der sozialistischen Ueberzeugung der Hamburger.

„Die Enttäuschungen müssen kommen, schon deshalb, weil viel zu viel in Aussicht gestellt ist.“ Der daran ganz unschuldigen „Partei wird dieses zum Schaden gereichen.“

„Auch schon in der Gegenwart ist dieses Projekt für die Partei schädlich“, so jammert er zum Herzerbarmen, „weil der Glaube erweckt werden könnte, es lohne nicht mehr, für die Sozialdemokratie zu wirken.“

Wenn die sozialistische Ueberzeugung der Hamburger Arbeiter angelesen oder angeredet wäre, dann wäre ja möglich, daß sich dieselben durch Enttäuschungen über nicht erfüllte Hoffnungen irritiren lassen könnten.

Ihre Ueberzeugung haben die Hamburger Arbeiter aber gefestigt in jahrelangen Kämpfen mit dem Kapital und deshalb nur keine Angst, die Hamburger sind in ihren Hoffnungen schon ärger enttäuscht worden, als es durch ein Mißlingen der „Produktion“ (wozu, wenn dasselbe einträte, Braun und Genossen sich rühmen könnten, ihr redlich Theil beigetragen zu haben) überhaupt jemals möglich wäre. Es war in Hamburg, Genosse Braun, wo einst in einer gewaltigen Massenversammlung prophezeit wurde, im Jahre 1898 komme der große Kladderadatsch.

Die Hamburger sind längst überzeugt, daß wir nicht mit Siebenmeilenstiefeln in den Zukunftsstaat marschiren — und trotz alledem vermehrt sich bei jeder Reichstagswahl die Zahl der sozialistischen Stimmen in Hamburg.

Im Uebrigen, wenn jemals keine übertriebenen Hoffnungen erweckt worden sind, so war es bei der Gründung der „Produktion“. Der im „Vordergrund der Bewegung stehende Parteigenosse“ betonte ausdrücklich, daß nach seiner Ueberzeugung die jetzige Generation die Verwirklichung aller Ziele der Genossenschaft nicht erleben werde, aber der Grundstein müsse gelegt werden und dann würde langsam aber sicher, indem man Stein zu Stein füge, der Bau seiner Vollendung allmälig entgegen gehen.

Zum Schlusse spricht Genosse Braun sein Erstaunen darüber aus, „daß man gerade jetzt, wo Zuchthausvorlage und andere reaktionäre Pläne drohen, mit diesem Projekt hervortritt“.

Wann hätte nun aber in Deutschland nichts „gedroht“? Was sollen denn die Arbeiter thun angesichts der reaktionären Pläne der Regierung? Demonstriren, protestiren — gewiß — alles zu seiner Zeit — dazu bleibt den Arbeitern immer noch Zeit genug, selbst wenn sie ihre Waaren aus dem Konsumverein anstatt vom Krämer holen.

Wir aber meinen, mit noch so energischen Versammlungsprotesten allein ist es nicht gethan.

Mehr wirthschaftliche, mehr politische Macht gilt es zu erringen! Und zur Erlangung derselben hat sich der Konsumverein als ein genau so probates Mittel bewährt, wie die gewerkschaftliche und politische Organisation.

Deshalb kann man den Arbeitern keinen schlimmeren Rath ertheilen angesichts der düsteren Wolken am politischen Horizont, als ein Mittel zu ihrer Rückenstärkung bei ihren Kämpfen von der Hand zu weisen.

Nun können wir aber nicht unterlassen, einmal nachdrücklichst auf einen ganz wunderlichen Widerspruch hinzuweisen.

Die „Regelung" sowohl des „Konsums", wie auch ganz besonders der „Produktion" der geistigen Bedarfsartikel des Volkes hat die Parteileitung doch bereits in einem Grade in die Hand genommen, der ängstlichen Gemüthern schon das Schreckgespenst des „Monopols" vor Augen zaubert — ja ein nicht geringer Theil — und zwar nicht der niedrigst stehenden Parteigenossen, sieht dabei in der Ferne das Heraufsteigen einer kleinen chinesischen Mauer!

Wir sind frei von Schwindel und Gespensterfurcht, aber drollig muthet einem doch der Umstand an, daß gerade diejenigen Kreise der Partei, welche an erster Stelle betheiligt sind bei der Regelung des „Konsums" und der Produktion von geistigem „Futterstoff", solch' ängstliche Unkenrufe ertönen lassen, wenn eine Anzahl mündiger Parteigenossen drangehen will, den Nutzen aus der Regelung des Konsums und der Produktion von gemeinen leiblichen Bedarfsartikeln, Mehl, Reis, Grütze, Zucker, Kaffee, unverfälschtes Brot, Schuhe, Stiefel, Strümpfe, den Bau gesunder Miethswohnungen u. s. w. einem möglichst großen Kreise von Proletariern in ihre Tasche zu leiten, anstatt eine Handvoll kapitalistischer Klein- und Großkrämer noch weiter damit zu bereichern.

Ihr Schriftgelehrten, wie wollt Ihr diesen Widerspruch erklären?

Hamburg, am 8. Februar 1899.

* * *

Lieber Genosse Elm!

Obgleich ich wirklich nicht leugnen kann, daß auch ich mich einmal „Studirens halber auf Universitäten herumgetrieben habe", besitze ich doch die Anmaßung zu meinen, daß ich keiner besonderen Legitimation bedürfe, wenn ich auch einmal unter meinem Namen in einer Parteifrage das Wort ergreife. Zur Beruhigung kann ich Ihnen wenigstens mittheilen, daß ich zwar „Akademiker", aber ganz unabhängig vom Parteivorstand bin; es ist auch die reinste Gespensterfurcht, von der Monopolisirung der geistigen Produktion durch den Parteivorstand reden zu wollen. Wer die Zusammensetzung der deutschen Parteileitung so gut kennt wie Sie, der sollte eigentlich Andeutungen dieser Art unterlassen; ich kann Ihnen überdies aus langjährigen, direkt an der Quelle geschöpften Erfahrungen versichern, daß es kaum in einer anderen Partei, auch kaum an einem anderen Zentralorgan der sozialdemokratischen Parteien eine so unabhängige Redaktion giebt wie die des „Vorwärts". Da die deutsche Sozialdemokratie sich schmeicheln darf, Sie zu den Lesern ihres Zentralorgans zu zählen, so darf ich Ihnen wohl auch ins Gedächtniß rufen, daß der „Vorwärts" auch vor Polemiken gegen die leitenden Personen der Partei und ihres Vorstands niemals zurückgeschreckt ist: ein Prinzip leitete aber stets die Redaktion des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie: Achtung des Geistes und Inhalts des Parteiprogramms und der Parteitagsbeschlüsse. Für mich wurden und werden diese nicht gefaßt, um nicht gehalten zu werden. Sie werden mich wahrscheinlich für einen sehr rückständigen Parteigenossen halten, wenn ich so unvorsichtig bin, Ihnen zu verrathen, daß ich den Beschluß des Berliner Parteitags vom Jahre 1892 noch für rechtsverbindlich halte. Nicht weil ich annehme, daß Ihnen unbekannt ist, was damals mit überwiegender Mehrheit von der obersten Vertretung der deutschen Sozialdemokratie beschlossen wurde, sondern weil es Genossen giebt, die doch daran vergessen haben könnten, und weil mir die Anführung des Beschlusses einen Theil der Polemik erspart, scheint es mir am Platze, nicht blos auf ihn zu verweisen, sondern ihn wörtlich anzuführen. Er lautet:

„In der Frage des Genossenschaftswesens steht die Partei nach wie vor auf dem Standpunkt:

Sie kann die Gründung von Genossenschaften nur da gutheißen, wo sie die soziale Existenzermöglichung von im politischen und gewerkschaftlichen Kampfe gemaßregelten Genossen bezwecken oder wo sie dazu dienen sollen, die Agitation zu erleichtern, sie von allen äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien. Aber in allen diesen Fällen müssen die Parteigenossen die Frage der Unterstützung davon abhängig machen, daß genügende Mittel für eine gesunde finanzielle Grundlage zur Verfügung stehen und Garantien für geschäftskundige Leitung und Verwaltung gegeben sind, ehe Genossenschaften ins Leben gerufen werden.

Im Uebrigen haben die Parteigenossen der Gründung von Genossenschaften entgegenzutreten und namentlich den Glauben zu bekämpfen, daß Genossenschaften im Stande seien, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu beeinflussen, die Klassenlage der Arbeiter zu heben, den politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf der Arbeiter zu beseitigen oder auch nur zu mildern."

Nun bin ich ebenso wenig wie irgend sonst Jemand in unserer Partei der Meinung, daß ein Parteitagsbeschluß jede weitere Erörterung einer Frage verbiete, wohl aber, daß er für die praktische Bethätigung der Parteigenossen maßgebend bleibt, solange die Partei den Beschluß nicht aufgehoben hat. Das gehört heute noch zum ABC der Parteidisziplin und wird es hoffentlich auch bleiben, wenn auch diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, mit so liebenswürdigen Kosenamen bedacht werden, wie Sie sie gegen mich anzuwenden belieben. Gestatten Sie mir die freundschaftliche Bemerkung, daß Ihre Ausführungen an Ueberzeugungskraft kaum dadurch viel gewonnen haben, daß Sie mich wegen meiner Gegnerschaft in der Sie im Augenblick so sehr interessirenden Frage in einen Topf werfen mit den „Parteidoktrinären", „Parteifanatikern", den „doktrinären Prinzipienreitern", den „verbohrtesten Doktrinären", den „rückständigen Elementen". Sie rechnen mich auch zu den „boshaftesten Kritikern", erklären auch, daß ich „für die Thatsachen vollständig blind" bin, nennen meine Einwände „unerhörte Vorwürfe". Sie werfen mir vor, daß ich auf die gar nicht existirende „Gutgläubigkeit der Leser der ‚Neuen Zeit'", also der geistig höchststehenden Mitglieder der Partei, „spekulire"; außerdem soll ich bestrebt sein, absichtlich die Thatsachen zu negiren, „gegen jede Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse sein" und endlich „über die ganze Frage nicht ernstlich nachgedacht" haben. Wohl nur dem Umstand, daß diese Polemik in der „Neuen Zeit" erscheint, verdanke ich es, vom modernsten Vorwurf verschont geblieben zu sein, Marxist zu sein; das kann vielleicht die „wissenschaftliche" Egeria des Produktionsprojekts, Herr May, an anderer Stelle nachholen.

Lieber Genosse, gestatten Sie mir die bescheidene Anfrage, wohin es führen würde, wenn ich Fähigkeit und Willen hätte, Ihre Worttrümpfe noch einmal zu übertrumpfen; ich glaube, es bliebe dann trotz der weiten Entfernung nichts übrig, als die mehr oder minder schwieligen Fäuste in Thätigkeit zu versetzen; doch ich will Sie beruhigen, ich werde nicht in Versuchung kommen, auf Ihren Ton einzugehen, und dann bin ich nicht so feinfühlig; also trotz Ihrer Liebenswürdigkeiten keine Feindschaft nicht!

Sie berufen sich in Ihrer Polemik auf eine Reihe Aeußerungen von Parteigenossen über meinen Artikel; auch mir sind Urtheile über den gleichen Artikel, aber für Sie wenig schmeichelhafte, zu Ohren gekommen, und zwar von sehr genauen Kennern des Projekts, ja ich gehe nicht fehl, wenn ich behaupte, daß

selbst Sie von verschiedenen Seiten, und sehr erfahrenen Parteigenossen, Urtheile gehört haben, die Sie noch weniger gerne gedruckt sehen möchten wie das meinige.

Sie werfen mir vor, daß ich von Gründung und Gründern der Genossenschaft „Produktion“ geschrieben; leider kann ich diesen Vorwurf nicht ganz ablehnen, wohl liegt es mir, was ich gar nicht ausdrücklich zu betonen brauchte, völlig ferne, irgend ein unlauteres oder auch nur egoistisches Motiv Ihnen unterzuschieben, ich kenne Sie zu lange und zu gut, als daß dies möglich wäre; und doch kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß die Gründung der „Produktion“ in einem mir überaus bedenklich erscheinenden Punkte von einer gewissen Aehnlichkeit mit den Gepflogenheiten der Gründerperiode nicht frei ist. Es wird den künftigen Genossenschaftlern viel zu viel versprochen, es werden ihnen alle möglichen günstigen Geschäfte in Aussicht gestellt, dagegen die Unwahrscheinlichkeit, daß dies alles prospektgemäß gelingen werde, verschwiegen. Wenn Sie blos auf Ihre alten Erinnerungen an die Gründung der Tabakarbeitergenossenschaft zurückgegriffen hätten, müßten Sie sich sagen, daß etwas Pessimismus bei derartigen Plänen sehr am Platze wäre; aber trotz Ihrer reichen Erfahrungen haben Sie einen beneidenswerthen Optimismus. Sie sagen, all' das, was bei der Genossenschaft „Produktion“ für erreichbar erklärt wird, all' das ist an anderen Orten längst verwirklicht; nirgends ist aber alles, ja auch nur die Hälfte dessen, was Sie anstreben, in einer Genossenschaft ins Leben getreten! Sie sagen ferner, in den Statuten sollte ein möglichst großer Spielraum für die Entwicklung der neuen Genossenschaft gewährt werden. Das klingt freilich bedeutend nüchterner, als der Kommentar zu den Statuten, der im Drucke vorliegt. Trotz dieser Rückwärtskonzentration halte ich meinen Vorwurf aufrecht, daß die vielen Versprechungen im Statut und vor Allem im Kommentar, wenn auch nicht aus den Motiven von „Gründern“ hervorgegangen, doch die unglückliche Wirkung eines Gründerprospekts haben können. Es wäre ja leicht möglich, entsprechend der Entwicklung Ihres Unternehmens die Statuten zu ändern. Mir erschiene das richtiger, weil es Irrthümer ausschlösse und Illusionen nicht aufkommen ließe. Niemand soll sich mehr freuen als ich, wenn die Geschichte der „Produktion“ mir Unrecht geben sollte, heute aber habe ich allen Anlaß, die Befürchtungen auszusprechen, daß der Plan in seiner heutigen Gestalt verhängnißvoll werden kann. Ja ich behaupte, er ist schon heute gefährlich für die Partei. Der Plan wird nicht nur in Hamburg ventilirt, auch aus anderen Orten hört man, daß er Anklang finden soll, ja daß auch Schritte gethan oder zum Mindesten geplant werden, ähnliche Genossenschaften anderwärts zu gründen. Was aber in Hamburg vielleicht unter besonders günstigen Umständen nicht gar zu weit hinter den hochgespannten Erwartungen zurückbleiben muß, wird noch weit weniger Aussicht des Gelingens haben, wo man sich ohne die Vorbereitungen der Hamburger auf das Kopiren der von Ihnen vertheidigten Pläne beschränkt.

Sie scheinen es nicht schön zu finden, daß ich mir einige Worte über Hamburger Verhältnisse erlaubte, ich halte die Hamburger Genossen für keine Krähwinkler und auch für keine „Herrn Senators“, die blos eingeborenen oder seit Langem eingesessenen „Hamborgern“ die Erwähnung hamburgischer Verhältnisse gestatten. Es entspricht doch auch nicht den Thatsachen, daß ich in unpassender Weise die Frage der Hamburger Redakteurgehälter öffentlich zur Erörterung gestellt habe. Lieber Genosse Elm, Sie sind doch ein viel eifrigerer Leser des Hamburger Parteiorgans als ich; Sie wissen schon deshalb bedeutend besser wie ich, daß gerade Ihnen sehr nahestehende Genossen in öffentlichen Versammlungen diese Frage ebenso breit wie wenig delikat erörtert haben.

Sie mögen es nicht schön von mir finden, aber auch Ihre Beispiele von den Erfolgen älterer Genossenschaften imponiren mir nicht; ich will Ihre Angaben nicht in Zweifel ziehen, aber Sie sind auch hier stark in Ihrem Fehler, blos das Ihren Lesern vorzuführen, was für Ihre Beweisführung brauchbar ist. Wo es sich aber um die Gewinnung der Arbeiter für ein großes und folgenschweres Unternehmen handelt, da scheint es mir oberste Pflicht der verantwortlichen Personen zu sein, alle Seiten der Frage zu beleuchten, neben den Erfolgen auch von den Mißerfolgen zu sprechen.

Es wäre nicht schwer, ein großes Buch mit Schilderungen der Mißerfolge genossenschaftlicher Schöpfungen anzufüllen. Es ist da gar nicht nöthig, über den Aermelkanal zu reisen, um das Material zu suchen, wir haben in Deutschland genug nothleidende Genossenschaften, ganz abgesehen von denen, die jetzt aus der Zentralgenossenschaftskasse ausgehalten werden. Verschaffen Sie sich doch einmal die Jahresberichte und die Zeitschriften der Genossenschaften, der Schulze-Delitzschen, der Raiffeisenschen und der seit einiger Zeit von konservativer Seite unter Mißbrauch des Andenkens Viktor Aimé Hubers gegründeten, Sie werden Ihre blauen Wunder erleben! Da Sie aber lieber mit englischen als mit deutschen Erfahrungen operiren, so erlauben Sie die Mittheilung, daß 844 der in den Jahren 1870 bis 1889 in England und Wales gegründeten Konsumvereine Bankerott ansagen mußten oder aus anderen Gründen aufhörten zu bestehen. 1871 gab es 902, 1889 1098 Konsumvereine, die Zunahme betrug also blos 196; demnach haben sich von 1040 in diesem Zeitraum gegründeten Konsumvereinen blos 20 Prozent erhalten können. Das sind Schattenseiten in der Geschichte der englischen Konsumvereine, die Ihnen vielleicht unbekannt geblieben sind, die kennen zu lernen für die Enthusiasten der Konsumvereine nicht werthlos sein dürfte. Von englischen auf deutsche Baugenossenschaften zu schließen, kann auch nicht empfohlen werden, fällt doch wegen der eigenartigen Natur der englischen Grundeigenthumsverhältnisse der Bodenerwerb, demnach die größte Ausgabe fort; in der Regel kann der Boden blos gepachtet werden. Im Uebrigen weist die Erfahrung mit englischen Baugenossenschaften für Arbeiter nach, daß auch die florirenden nach einigen Jahren nicht mehr den Arbeitern dienen, sondern kleinen Beamten, Kaufleuten 2c. Genosse Elm, Sie würden gut thun, nicht blos auf Grund einseitigen Materials die englische Genossenschaftsbewegung zu schildern, sondern auch für die nicht vom Interessenstandpunkt geschriebene Literatur einiges Interesse zu zeigen.

Wir wollen nicht auf jeden einzelnen Punkt Ihrer Erörterungen hier eingehen; über manche Punkte läßt sich ja gar nicht diskutiren, so z. B. darüber, ob Ihre Sparkasse im Falle eines Run auf Ihre Kassen leicht Geld beschaffen können wird. Eines darf ich, wenn auch vielleicht nicht mit Ihrer Erlaubniß, konstatiren: Der Ton Ihrer Polemik klingt schon lange nicht mehr so siegesgewiß, wie der Kommentar zu den Statuten der „Produktion". Vielleicht darf ich mir den Vorschlag im Interesse Ihrer Genossenschaft erlauben: schreiben Sie einen Kommentar zu Ihrem Kommentar! Es wird dies das einzige Mittel sein, um uns Schwache im Geiste vor den zahlreichen Mißverständnissen zu schützen, die das Lesen Ihres Kommentars, auch das wiederholte, zur Folge hatte.

Einer baldigen Uebersendung des neuen Kommentars entgegensehend, verbleibe ich mit sozialdemokratischem Gruße

Ihr

Nürnberg, den 21. Februar 1899. Adolf Braun.

Volksthümliche Universitätsbewegung und Reform des höheren Bildungswesens.

Von Otto Amedorf.

Bis in unsere Zeit haben die Universitäten ihre einzige Aufgabe darin erblickt, Gelehrte und Forscher auszubilden, sowie auf das höhere Beamtenthum und auf die beamtenähnlichen Berufe vorzubereiten. Neuerdings mehren sich die Versuche, einem weiteren Kreise die wissenschaftliche Bildung zugänglich zu machen.

Es wird damit einem dringenden Bedürfniß Rechnung getragen, das Volksbildungswesen auszugestalten. Die wirthschaftliche Entwicklung der Kulturvölker und die demokratischen Tendenzen unserer Zeit machen auch für die Arbeiter eine höhere allgemeine Bildung und eine Vertiefung theoretischen Fachwissens nöthig, lassen Veranstaltungen wie die der University-Extension von den aufstrebenden Klassen dankbar anerkennen und mit Eifer benutzen. Der intelligente Arbeiter ist der produktivste, und Wissen ist Macht. In den Ländern der vorgeschrittensten wirthschaftlichen und politischen Entwicklung, in England und in den Vereinigten Staaten, hat denn auch die volksthümliche Universitätsbewegung ihren Anfang genommen und die weiteste Ausdehnung gewonnen.

Freilich stellen sich hier, wenn auch nicht in dem Maße wie in den Ländern des europäischen Kontinents, noch mächtige Hindernisse wirthschaftlicher Natur einer geistigen Höherhebung der Massen entgegen. Die ausgedehnte Arbeitszeit, die Unstetigkeit der Beschäftigung, ungenügende Entlohnungen gewähren der großen Masse nicht die nöthige Zeit und die nöthigen Mittel für die geistige Fortbildung, so daß es fast nur die Elite der Arbeiterschaft ist, welche die Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer Bildung benutzt. Auch die im Großen und Ganzen noch ungenügende Elementarbildung läßt eine allgemeine Betheiligung an den volksthümlichen Universitätskursen nicht zu.

Da ist es denn ein imponirendes Resultat, das E. Reich[1] aus England und Nordamerika berichtet. Die mitgetheilten Thatsachen sind in gleicher Weise ehrenvoll für die wackeren, unermüdlich thätigen Volkslehrer, wie für die Lernenden, welche trotz aller Nöthe des alltäglichen Lebens mit Energie und Liebe zur Wissenschaft an ihrer geistigen Vervollkommnung arbeiten.

In England besuchten 1893/94 mehr als 60000 Hörer die Vorlesungen der University-Extension, wozu noch 3000 für Schottlands Universitätskurse in Glasgow kamen. Philadelphia wies 1892/93 über 18800, Chicago 24822 und New York 3667 Hörer auf. Und der Ausdehnung entspricht die Intensität der Arbeit in den Kursen; die Hörer fertigen schriftliche Arbeiten an und legen Schlußprüfungen ab. Unzählige Schüler in reiferen Lebensjahren haben also die treffliche, in diesen Vorlesungen gebotene Unterweisung genossen, haben einen reicheren Lebensinhalt gewonnen, indem sie gelernt haben, sich durch gründlichere Bekanntschaft mit der Natur der Dinge zu einer höheren, verfeinerten Lebensauffassung, einer edleren Lebensführung zu erheben.

Der Schöpfer dieser Institution ist der Professor James Stuart. 1867 hielt er zuerst in verschiedenen Städten, einer Aufforderung von Lehrerinnen folgend, einen Kursus über Astronomie. Bald griff die Arbeiterschaft den neuen Gedanken auf, und im folgenden Jahre trug Stuart den Arbeitern in Crewe

[1] Dr. Emil Reich, Privatdozent für Philosophie an der Universität Wien: „Volksthümliche Universitätsbewegung." V. Band der „Ethisch-sozialwissenschaftlichen Vortragskurse" (Züricher Reden). Bern 1897, Verlag von Steiger & Co. (vorm. A. Siebert).

und Rochdale Astronomie vor. Im Jahre 1871 unterbreitete er dann der Universität Cambridge einen Plan, nach welchem die Universität selbst sich an die Spitze der Volksbildungsbestrebungen stellen, sie organisiren und leiten sollte. 1873 wurde der Plan zur Wirklichkeit. Die Universitäten in Oxford und Manchester folgten bald dem gegebenen Beispiel. 1895 wurden bereits in England circa 700 Kurse an etwa 400 Lehrstellen abgehalten. Es giebt kein Wissensgebiet, das nicht durch einige Kurse vertreten wäre.

Stuarts Geist entsprang auch die eigenthümliche Gestaltung der Thätigkeit der englischen Volkshochschullehrer. Im Lande umherreisend, erscheinen sie wöchentlich an einem bestimmten Tage in der Stadt, die ihre Dienste wünscht, um in zusammenhängender, wissenschaftlicher Weise in einer größeren Zahl von Vorlesungen über ein begrenztes Gebiet zu sprechen, ihren Zuhörern durch gedruckte Leitsätze, die vorher vertheilt werden, das Verständniß des Gebotenen erleichternd, vor oder nach dem Vortrag für die besonders „Interessirten" Klasse haltend, wo Fragen gestellt und beantwortet, schriftliche Ausarbeitungen kritisirt werden u. s. f.

Die Kosten dieser Veranstaltungen, welche nicht unerheblich sind, werden von den einzelnen Lokalkomites aufgebracht, und dies geschieht in erster Linie durch das zu bezahlende Eintrittsgeld. Dieses ist so bedeutend, daß es den ärmeren Klassen nur bei großer Opferfähigkeit möglich ist, die Kurse zu besuchen. Sollen diese Kreise wirklichen Nutzen von dieser Einrichtung haben, so muß der Staat pekuniäre Unterstützung gewähren. Alle einsichtigen Freunde der Universitätsausdehnung in England fordern denn auch dieselbe, um denjenigen wirklich helfen zu können, für die die Einrichtung eigentlich bestimmt ist.

Außer diesem Uebelstand des englischen Systems wird auch die Ertheilung von Zeugnissen, welche unter gewissen Klauseln zum vollgiltigen Besuch der Universität berechtigen, von Dr. Reich als ein Mangel der englischen University-Extension gerügt. Mit den eigenartigen englischen Unterrichtsverhältnissen zusammenhängend, dürfe diese Einrichtung für kein anderes Land getroffen werden. „Eitelkeit und Halbwissen wollen wir ja nicht züchten."

Vollen Beifall zollt Reich hingegen den Sommermeetings, welche die besten Schüler der über das Land verstreuten Unterrichtskurse zu gemeinsamem Studium in den Mauern einer Universitätsstadt vereinigen, wo sie durch drei bis vier Wochen die Unterweisung der tüchtigsten Professoren empfangen.

Das Gleiche in Vorzügen und Mängeln gilt von der nach englischem Vorbild geschaffenen und sich an ihr Muster ziemlich eng anlehnenden nordamerikanischen University-Extension. Nur in Chicago wird die Bewegung aus öffentlichen Mitteln erhalten, sonst müssen auch hier überall die Honorare der Vortragenden, Lokalmiethe u. s. w. von den Hörern gezahlt werden.

Vom europäischen Kontinent berichtet Dr. Reich, daß zunächst die Universität Gent (1892), dann — seit 1893 — die Universität Brüssel und nicht minder die „Neue Universität" derselben Stadt energisch und erfolgreich in vielen Städten an die Arbeit gegangen sind. Die Kurse der Freien Universität Brüssel allein erzielten 1895/96 eine Frequenz von 4150 Personen.

In Rußland und in Ungarn wird die University-Extension in Erwägung gezogen; Odessa und Budapest weisen bereits Anfänge auf.

Skandinavien und Dänemark kennen eine eigentliche Universitätsausdehnungsbewegung nicht. Jedoch finden sich hier die Bauernhochschulen. Diese Schulen entstanden zuerst in Dänemark, und besonders seit 1864 wurde ihnen — vorwiegend im nationalen Interesse — eine erhöhte Pflege zu Theil. Damals bestanden 7, 1896 schon 77 solcher Anstalten; der Staat gewährt ihnen jährlich

300000 dänische Kronen Unterstützung. 5000 bis 6000 Schüler, meist im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, Burschen und Mädchen, besuchen jährlich während der Wintermonate diese Schulen. Während der Monate November bis April essen und wohnen die Zöglinge in den Anstaltsräumen und widmen sich im Uebrigen ausschließlich der geistigen und körperlichen Ausbildung. Bedauerlicherweise vermag die Arbeiterschaft theils aus finanziellen, theils aus religiösen Gründen (das kirchlich-religiöse Moment tritt stark hervor) von diesen Schulen nicht entsprechenden Nutzen zu ziehen. Als theilweiser Ersatz dienen die von der radikalen „Studentengesellschaft" in Kopenhagen eingerichteten Abendkurse für die Arbeiter, in denen meist unmittelbar Nützliches gelehrt, aber durch gemeinsame erklärende Führungen in Museen auch höheren Geistesbedürfnissen Rechnung getragen wird.

Aehnlich wie in Dänemark liegen die Sachen in Schweden und Norwegen. Auch Finnland weist neun solcher Volkshochschulen auf.

Im deutschen Sprachgebiet hat Oesterreich die Initiative ergriffen, indem die Universität Wien im Jahre 1895 24 volksthümliche Kurse eröffnete. Bis Ostern 1898 haben 58 Kurse, jeder zu sechs Vorträgen, stattgefunden, und nahe 6200 Hörer haben sie besucht. Was die Wiener Kurse vor den englischen auszeichnet, ist besonders, daß in Folge von finanzieller Staatsunterstützung ein so billiges Eintrittsgeld erhoben werden kann, daß auch die ärmeren Volkskreise sich betheiligen können. Für einen sechsabendlichen Kursus wird nur 1 Krone (80 Pf.) gefordert. Gleichzeitig mit Wien begann Prag die Arbeit, und das von den beiden ältesten deutschen Hochschulen gegebene Beispiel regte auch die Universitäten von Graz und Innsbruck, sowie die Brünner Technische Hochschule zu Versuchen an.

Hinsichtlich der Schweiz und Deutschland theilt Dr. Reich mit, daß — bis 1897 — Basel, Zürich, Jena und München volksthümliche Vortragszyklen eingerichtet haben. Hier sind es besonders die Pestalozzi-Gesellschaft und die Comenius-Gesellschaft, welche sich große Verdienste um die volksthümliche Universitätsbewegung erworben haben. Vermißt haben wir in der Schrift die Erwähnung der populär-wissenschaftlichen Vorträge, welche die Hamburger Oberschulbehörde seit einer Reihe von Jahren eingerichtet hat.

Die sogenannten Ferienkurse haben seit längerer Zeit in Deutschland Eingang gefunden; doch dienen sie fast ausschließlich dem Mittelstand und bleiben in der Regel dem Proletariat und dem Bauern unzugänglich.

Wir sind dem Verfasser dankbar für seine kleine Schrift, die uns vorzüglich orientirt über den Stand der volksthümlichen Universitätsbewegung und empfehlen sie angelegentlich jedem Freunde der Volksbildung. Mit klarem Blicke erkennt Reich die hohe soziale und wirthschaftliche Bedeutung der modernen Strebungen, die Wissenschaft und die Kunst dem Volke zu erobern, das Volk der Kunst und Wissenschaft zuzuführen. Aus seiner Mitarbeit hat er einen lebensfreudigen Zukunftsglauben gewonnen, und dieser ist es, der auch auf den Leser wirkt und ihn aufrichtet, wenn er, am gleichen Werke mitschaffend, angesichts der sich immer wieder von Neuem entgegenstellenden Hindernisse am endlichen Gelingen manchmal kleingläubig verzweifeln möchte. Nicht ohne tiefe Bewegung sehen wir auf die Schaar von Männern, die uns Reich zeichnet. Trotz körperlicher und geistiger Ermüdung opfern sie die Abende ihrer wissenschaftlichen Fortbildung, ohne Aussicht auf greifbaren materiellen Vortheil. Was sie erstreben, ist einer der edelsten Genüsse: die Freude an der Erweiterung des geistigen Horizonts. Mit dankbarer Liebe und fast kindlicher Ehrerbietung begegnen sie ihren Lehrern, und Freude spornt wiederum diese zum edlen Thun an, die Freude, für die Wissenschaft empfängliche, nach Belehrung begierig verlangende Zuhörer zu haben.

Wie ganz anders muthet uns hingegen das Bild an, welches ein anderer Universitätslehrer, der Professor Bernheim in Greifswald,[1] von der studirenden Jugend entwirft.

„Es fehlt der studirenden Jugend an innerer Frische und Freudigkeit; die jugendliche Lust an der allseitigen Ausbildung zum auserwählten Beruf ist vielfach einem lauen und flauen Wesen gewichen, das sich in verschiedenster Weise überall geltend macht und die Resultate des Unterrichts beeinträchtigt." „Die Tüchtigkeit der Kandidaten für das höhere Beamtenthum und die beamtenähnlichen Berufe ist neuerdings so merklich zurückgegangen, daß die Regierungen im Interesse des Staates sich überall veranlaßt sehen, auf Abhilfe zu denken." „Der Bildungstrieb ist schwächer geworden, das Gefühl der Verpflichtung, den inneren Menschen über dem äußeren Leben nicht zu versäumen." „Bei den Durchschnittsstudenten fehlen heutzutage die Fähigkeiten, selbständig beobachten, denken und arbeiten zu können." Die Dozenten „stoßen durchweg auf eine Ungewandtheit im Denken, die stupend ist. . . . Die Mehrzahl der Studenten ist Anfangs nicht im Stande, präzis anzugeben, was aus einer soeben gelesenen Quellenstelle für das vorliegende Problem oder Thema wichtig ist und in Betracht kommt; viele vermögen nicht einmal den Inhalt mehrerer vorgelesener Zeilen in Kürze so wiederzugeben, daß die Hauptsache hervortritt. . . . Es wird ihnen sehr schwer, das, was sie einsehen und sagen wollen, korrekt zu formuliren, eine Ueberlegung oder Untersuchung, die sie gemacht haben, so darzulegen, daß die Kommilitonen sie ohne Weiteres verstehen können." „Der Kenner unserer akademischen Verhältnisse, der . . . sich an den Durchschnitt unserer heutigen Studentenschaft mit ihrem matten Bildungstrieb erinnert, wird sich eines Gefühls der Beschämung und Besorgniß nicht erwehren können."

Professor Bernheim mißt der heutigen Form des akademischen Unterrichts einen großen Theil Schuld bei und erhofft von zweckmäßigen Reformen des Universitätsunterrichts wenn auch nicht die völlige Beseitigung der gekennzeichneten Mißstände, so doch sehr viel für eine Besserung von innen heraus.

Der Inhalt seiner Schrift ist kurz folgender:

Das Hauptgewicht des Universitätsunterrichts ruht in den sogenannten Privatvorlesungen, die in drei bis sechs und mehr wöchentlichen Stunden einen Lehrstoff im zusammenhängenden Vortrag übermitteln. Der Hörer schreibt nach und eignet sich späterhin das Geschriebene repetirend an, allenfalls an der Hand eines gedruckten Kompendiums oder Lehrbuches. Diese passive Rezeptivität beschränkt die wesentlichste Aufgabe des Unterrichts, selbstthätig beobachten, denken und arbeiten zu lehren.

Zudem macht die neuere Entwicklung der Wissenschaft, deren Wesen Spezialisirung der Forschung bei gleichzeitiger Erweiterung des Gesichtsfelds ist, es immer weniger möglich, irgend ein großes Stoffgebiet in einer Vorlesung wissenschaftlich eingehend darzulegen. Die Folge davon ist eine weitgehende Theilung. Der Student, der sich eine gleichmäßige Uebersicht über den ganzen Stoff verschaffen will, sieht sich überhäuft mit Vorlesungen, daß er nicht aus noch ein weiß. Seine Kraft reicht nicht aus, so viele Stunden lang täglich aufzupassen und nachzuschreiben. Anstatt nun mehrere Vorlesungen ganz aufzugeben und sich auf das regelmäßige Hören einiger zu beschränken, hält er sich meistens für verpflichtet, die einmal angenommenen nicht ganz aufzustecken und verfällt in ein

[1] Ernst Bernheim, „Der Universitätsunterricht und die Erfordernisse der Gegenwart." Berlin 1898, Verlag von S. Calvary & Co.

regelloses Schwänzen, das ihm schließlich die ganze Sache verleidet, ihn muthlos und gleichgiltig macht.

Bernheim fordert nun, daß im Allgemeinen an Stelle der Privatvorlesungen kurze Orientirungsvorlesungen treten, worin eine gedrungene Uebersicht über die Hauptmomente des Stoffes unter wesentlichem Hervorheben der Auffassung gegeben wird und die Hörer durch Nachweis der klassischen Hauptwerke und Handbücher angeleitet werden, sich die Detailkenntnisse selbstthätig anzueignen.

Für besonders wichtig erachtet er, daß von den ersten Semestern an praktische Uebungen veranstaltet werden, welche die Studenten zu allgemein wissenschaftlichem und zu fachmäßig differenzirtem Beobachten und Denken heranbilden und sie mündlich wie schriftlich zu klarer Formulirung ihrer Gedanken und zu selbständig produktiver Thätigkeit anleiten, zuerst durch kleinere Uebungsarbeiten — Interpretationen, Referate, Voruntersuchungen, Präparate u. s. w. —, in den späteren Semestern durch größere Vorträge, Untersuchungen, Dissertationen. Bei den Staats- und Universitätsprüfungen soll die Vorlage solcher Uebungsarbeiten aus jedem der offiziell erforderlichen Semester mit datirter Bescheinigung des betreffenden Dozenten gefordert werden.

Drittens verlangt Bernheim, daß eine Verbindung systematischer Darstellung mit praktischen Uebungen, wie eine solche bei Naturwissenschaftlern und Medizinern längst allgemein in den mit Demonstrationen, Uebungen, Exkursionen verbundenen Vorlesungen üblich ist, überall — soweit irgend thunlich — auch in den humanistischen Fächern erfolge.

Der Verfasser streift auch die Frage der Reformbedürftigkeit des dem Universitätsstudium vorangehenden Schulunterrichts als eine Angelegenheit, welche mit dem Problem der Umgestaltung des Universitätsunterrichts im Zusammenhang stehe.

Die Nothwendigkeit einer Reform der höheren Lehranstalten wird nahezu allgemein anerkannt, und eine stattliche Literatur ist über diesen Gegenstand entstanden. Bildungsarbeit, Bildungsstoffe, Organisation: alles wird einer lebhaften Kritik unterzogen, und auf allen diesen Gebieten werden Abänderungsvorschläge gemacht. So sehr sich die Schriften nun auch hinsichtlich des „Was und Wie" von einander unterscheiden, darin stimmen sie überein, daß sie auf den „Erfordernissen der Gegenwart" beruhen. Das heißt meistens mit anderen Worten: die sozialdemokratische Gefahr macht eine „Heeresreorganisation" erforderlich.

Gustav Friedrich, preußischer Gymnasialoberlehrer, unterscheidet sich in dieser Hinsicht in seiner Schrift „Die höheren Schulen und die Gegenwart"[1] nicht von anderen Autoren; vielleicht haben die meisten nicht ganz so unver—hüllt ihre Ansichten dargelegt, wie er.



Der Gedankengang seiner mit Aufwand großer Gelehrsamkeit hergestellten Schrift ist folgender. Die zunehmende Reife der unteren Schichten in der Behandlung politischer und wirthschaftlicher Fragen lasse eine politische Unfähigkeit bei der Oberschicht verhängnißvoll erscheinen. Die Sophismen der Sozialisten passen sich, immer in Uebung befindlich, den Agitationszwecken immer mehr an: sie werden von Tag zu Tag blanker und blendender und müssen an Anziehungskraft gewinnen, wenn ihnen von der anderen Seite ein mangelhaftes oder ein dialektisch ungeübtes Wissen entgegentritt. Nicht an sich ist die Sozialdemokratie gefährlich, nicht von Haus aus hat sie die Expansionskraft: sie entwickelt sich

[1] Gustav Friedrich, „Die höheren Schulen und die Gegenwart." Leipzig 1896, Ed. Wartigs Verlag (Ernst Hoppe).

nur, weil auf der anderen Seite das schwindet, was ihnen Widerpart halten kann. Daher dürfen die Schüler des Gymnasiums nicht länger in einem politischen Unschuldszustand erhalten werden; sie müssen befähigt werden, späterhin zu verhindern, daß die „Anderen" — bei ihnen selbst ist die Ansteckungsgefahr nicht zu befürchten — dem Sozialismus verfallen. Dazu soll eine Unterweisung in politischen und wirthschaftlichen Dingen und eine Erziehung dienen, „welche den Seelen wieder Hintergrund giebt". Dann wird die Oberschicht den Sozialdemokraten eine überlegene politische Reife und einen überlegenen Idealismus entgegenzustellen vermögen. Dieses Wunder zu bewirken, ist allein — die klassische Philologie geeignet. „Das Gymnasium ist auf Grund der klassischen Sprachen und allein der klassischen Sprachen im Stande, die Tendenzen der Gegenwart durch sich hindurchzuleiten." Wer's nicht glauben will, frage die vierzig Autoren, welche Friedrich zitirt hat.

Die Schrift Friedrichs macht vieles verständlich. Wenn es so in den Köpfen der Lehrer aussieht: wie kann man sich da noch über Erscheinungen wundern, welche Professor Bernheim so sehr beklagt, und die ihn „ernstlich besorgt machen um die Wahrung des alten Glanzes unserer Universitäten". Doch darf man andererseits auch nicht vergessen, daß solche Wirrköpfe nicht Unheil anrichten könnten, wenn sie von den Universitäten „den rechten Geist für ihren Beruf" mitgebracht hätten. Auf die Nothwendigkeit einer Aenderung des Universitätswesens stoßen wir daher auch, wenn wir den Ursachen vieler Schäden unserer höheren Schulen nachspüren.

Gewiß wird vieles für eine Besserung geschehen, wenn den Vorschlägen Bernheims entsprechend eine zeitgemäße Umgestaltung des Universitäts*unterrichts* erfolgt. Doch mehr noch versprechen wir uns von einer veränderten *Organisation* des gesammten öffentlichen Bildungswesens, die eine Scheidung der Bildungsarbeit nach Geburt und Besitz verwirft. Die „volksthümliche Universitätsbewegung" hat geoffenbart, welche Fülle von geistiger Kraft und geistigem Streben in den „unteren Schichten" vorhanden ist. Mache man den Talenten aus dem sogenannten Volke die Bahn zur Erlangung der höchsten Bildung frei und die Klagen über die „matte Empfänglichkeit der Studirenden" und die anderen Mißstände des akademischen Lebens werden bald verstummen.

Berliner Theater.

Im Lessingtheater wurde vorgestern Max Halbes neues Drama „Die Heimathlosen" zum ersten Male aufgeführt. Es errang einen äußerlich ziemlich starken Erfolg, der sich theilweise aus äußerlichen, obschon nicht tadelnswerthen Beweggründen erklärte: dem Dichter war vor einigen Monaten in demselben Theater sehr übel mitgespielt worden, viel übler, als es sein damals aufgeführtes, literarisch allerdings unbedeutendes Drama verdient hatte: als sich nun vorgestern wiederum die Anzeichen einer tendenziösen Opposition bemerkbar machten, mischte sich in den Beifall ein demonstrativer Protest gegen eine neue Abschlachtung des Dichters, was dem Premièrenpublikum auch einmal zum Guten gerechnet werden mag.

Am kürzesten und treffendsten urtheilt man über die „Heimathlosen" vielleicht, wenn man sagt, daß sie eine anspruchsvollere, aber leider nicht gelungenere Auflage der „Jugend" seien, desjenigen Dramas, das dem Dichter Halbe den ersten großen und bisher noch einzigen ganz unbestreitbaren Theatererfolg eingetragen hat. Der Titel täuscht insofern, als er eine Milieuschilderung anzukündigen scheint: thatsächlich sind die „Heimathlosen" ein bunt zusammengewürfeltes Völkchen in einer Berliner

Pension, eine künstlerische und literarische Boheme, die mit allerlei kleinstädtischen Philistervorurtheilen gebrochen hat oder gebrochen zu haben sich einbildet. Man kann nicht sagen, daß Halbe dies Milieu in besonders fesselnder und packender Weise herauszuarbeiten verstanden habe, vielleicht weniger aus Mangel an dichterischer Kraft, als weil sich diesem Milieu überhaupt nicht fesselnde und packende Seiten abgewinnen lassen: die verstiegenen Redensarten eines verkommenen „Genies“ und sonst allerlei Bummel- und Studentenwitze sind recht altbackene Waare; sie stimmen schlecht zu dem furchtbaren Sinn, den unter den heutigen sozialen Zuständen der Begriff der „Heimathlosigkeit“ gewonnen hat.

Und zu diesem etwas verschlissenen Milieu stimmt nun wieder sehr schlecht das ernste und tragische Lebensschicksal, das Halbe thatsächlich schildern will. Ein frisches, junges, übermüthiges Mädchen rettet sich aus der drückenden Enge ihres philiströsen Elternhauses in die Berliner Pension, wo unter den „Heimathlosen“ eine Verwandte von ihr haust; sie vermag sich aber aus eigener Kraft kein eigenes Schicksal zu zimmern, sondern wird die Beute einer „blonden Bestie“, eines „Uebermenschen“, der, nichts weniger als ein „Heimathloser“, sondern ein ostelbischer Rittergutsbesitzer, den Winter über unter den „Heimathlosen“ lebt, um thörichte Mädchen zu verführen. Das Mädchen tödtet sich dann, als es von seinem Verführer verlassen wird und seine Mutter erscheint, um es wieder in das philiströse Elternhaus zurückzuführen.

Es ist ein ähnlicher Konflikt, wie in der „Jugend“, doch fällt der Vergleich zwischen beiden Stücken durchaus zu Ungunsten der „Heimathlosen“ aus. Nicht nur zerren sie in fünf Akte auseinander, was in dem älteren Drama durch drei Akte völlig erschöpft war, nicht nur ist die Milieuschilderung in den „Heimathlosen“ so dünn und zerfahren, wie sie in der „Jugend“ von echtestem Leben gesättigt war: vor Allem war der Herzenskonflikt in der „Jugend“ viel natürlicher und rührender, als er in den „Heimathlosen“ ist. Dort verfielen zwei blutjunge Menschenkinder in der menschlichsten Weise von der Welt in süße Sünde, und das tragische Ende des Mädchens, so unbegründet es an und für sich sein mochte, hatte doch einen versöhnenden Zug: der Tod war das bessere Theil für das arme Ding, dessen sonst in der bürgerlichen Welt ein Leben voll halb lächerlicher, halb schrecklicher Entsagung geharrt hätte. Hier aber ist die Heldin schon ein kleines Gänschen, das sich aus der Philisterei nur zu retten weiß, um dem ersten besten Verführer in die Hände zu fallen und dann sich selbst zu tödten, als ihm nur die Wahl bleibt zwischen der Philisterheimath oder wirklicher Heimathlosigkeit. Und nun gar der Held!

Ja, dieser Held kann Einem das ganze Drama verleiden, trotz mancher hübscher Szenen! Die allerlumpigste Don Juanerie aufgepufft zum „blonden Bestien-“, zum „Uebermenschenthum“! Sudermann hat damit angefangen, den ostpreußischen Junker in dieser Weise als „Uebermenschen“ zu verherrlichen, Halbe folgt ihm mit dem westpreußischen Junker nach, nächstens wird nun wohl noch der märkische und der pommersche und der mecklenburgische Junker daran kommen, und dann lebt in der modernen Dramatik eine Landplage unsterblich fort, die im Leben zum Heile für die gesittete Menschheit endlich untergeht. Wenn dies des Pudels Kern sein soll, dann kann Einen der Kasus wirklich lachen machen. Man wird an Halbes Helden vergebens nach irgend einem Zuge suchen, der menschlich anziehen könnte: der Kerl benimmt sich von Anfang bis zum Ende als ein brutaler Flegel, es sei denn, daß man in seinem Triumph: er habe seinem Opfer niemals die Ehe versprochen, eine höhere Rechtfertigung seines edlen Gebahrens erkennen soll. Es giebt gewiß solch Pack und so lange es lebendig herumläuft, soll auch dem Dichter nicht das Recht benommen sein, es zu schildern, aber selbst in der bürgerlichen Welt ist es noch nicht als „Uebermenschenthum“, sondern als Lumpenbagage abgestempelt, und der „Fall“, der nach der Angabe der bürgerlichen Kritiker Halbes Drama angeregt haben soll, endete auch keineswegs damit, daß sich das Opfer tödtete, sondern vielmehr damit, daß es den Lumpen über den Haufen schoß oder stach. Halbes Heldin kommt freilich auch einmal auf diesen gescheidten Gedanken, aber überwältigt von Liebe und Rührung läßt

sie den Dolch wieder fallen, eine echt larmoyante Szene, die man in einem naturalistischen Drama nicht suchen sollte. Ein Glück noch, daß es in der wirklichen Welt etwas realistischer zugeht, als im modernen Naturalismus.

Die tiefe Unwahrheit des tragischen Konflikts ist der schwerste und auch wohl ein unheilbarer Fehler der „Heimathlosen". Trotzdem ist dem Dichter der Beifall zu gönnen, den er fand, denn es ist ihm wiederholt all zu arg mitgespielt worden, und man hat bei ihm immer den Eindruck, daß er ernsthaft um seine künstlerischen Ziele ringt. Sein Mißgeschick ist nicht sowohl seine Schuld, als die Schuld seiner Zeit, deren tragische Stoffe erst beginnen, wo das Lampenlicht der bürgerlichen Bühne längst erloschen ist.

Berlin, den 23. Februar 1899. F. Mehring.

Notizen.

Nochmals die Gliederfüßler als Vermittler von Krankheiten. Seit der Artikel über dieses Thema geschrieben wurde (abgedruckt „Neue Zeit" Nr. 21), sind die Resultate mehrerer einschlägiger Untersuchungen bekannt geworden, die wir ganz kurz hier wiedergeben wollen. Sie beziehen sich auf Malaria und Pest.

B. Grassi (La malaria propagata esclusivamente per mezzo di peculiari insetti [zanzaroni e zanzare palustri]. Rendiconti della R. Accademia dei Lincei. Bd. VII) machte vergleichende Studien der Mückenfauna in Fiebergegenden und in fieberfreien Gegenden. Anopheles claviger, Culex penicillaris und Culex malariae sind nach ihm die Fieberverbreiter. Ersterer kommt auch an fieberfreien Orten vor, z. B. in der Nähe von Heidelberg. Grassi beobachtete zwei Menschen, welche durch Stiche von Culex penicillaris die Krankheit erwarben, doch ist seine Beobachtung nicht einwandsfrei.

In einer anderen Mittheilung über gemeinsam mit G. Bastianelli und A. Bignami gemachte Untersuchungen (Coltivazione delle semilune malariche dell'uomo nell'Anopheles claviger Fabr. [sinonimo Anopheles maculi pennis Meig]) erzählt Grassi, daß malariakranke Personen von Mücken, elf an der Zahl, gestochen wurden. Davon waren sechs Culex pipiens, vier Anopheles claviger und eine Anopheles nigripes. Nur bei zwei Anopheles claviger fanden sich in der Darmwand schon früher von Roß beschriebene Formen des Malariaparasiten. Darnach möchten die drei Autoren dem Anopheles die Verbreitung der Malaria zur Last legen.

Dieser Anschauung widerspricht nun einer ihrer Begründer, nämlich A. Bignami (Come si prendono le febbre malariche. Bolletino della R. Accademia medica di Roma Anno XXV. Fasc. I). Er setzte verschiedene Kranke (mit ihrer Einwilligung? S. R.) den Stichen von Mosquitos durch mehrere Tage aus. Nur ein einziger bekam Malaria. Dieselbe wurde wahrscheinlich durch Culex penicillaris oder Culex malariae übertragen, keinesfalls durch Culex pipiens und wahrscheinlich auch nicht durch Anopheles claviger.

In einer neuerlichen Publikation theilt Patrik Manson (The mosquito and the malaria parasite. „British medical Journal", 1898) wieder Untersuchungen von Roß mit. Derselbe konstatirte im Magen von Mosquitos, welche Blut von Vögeln mit den Malariakörperchen ähnlichen Gebilden erhalten hatten, und zwar im Magen nur solcher Mosquitos an die menschliche Malaria erinnernde Körperchen. Nach fünf bis sechs Tagen zerfallen sie unter Austritt enormer Mengen feiner, spindelförmiger, etwas flacher Stäbchen ohne Eigenbewegung. Diese fand Roß dann in den Geweben und im Blute der Mosquitos, insbesondere aber in den im Kopfe gelegenen, mit dem Rüssel in Verbindung stehenden Giftspeicheldrüsen.

P. Simond schreibt in den „Annales de l'institut Pasteur" den Flöhen eine große Rolle bei der Verbreitung der Pest zu. Flöhe von mittlerer Größe und grauer Farbe kommen auf den Ratten vor: ihrer kann sich das kranke Thier nicht erwehren, weshalb die an Pest verendeten Ratten von Flöhen wimmeln. Hernach verlassen

die Flöhe das todte Thier und greifen den Menschen an. Durch den Stich entsteht zuerst ein blutiges Bläschen, hernach die Pestbeule und die weitere Infektion, manchmal aber geht das Gift, ohne daß Bläschen und Beule entsteht, in das tiefe Lymphsystem und in die Lunge über. Im Verdauungskanal des Flohs hält sich der Pestbazillus einige Zeit. Eine gesunde Ratte kann, zu einer mit Flöhen behafteten pestkranken gebracht, infizirt werden, wird es aber nie, wenn die pestkranke flohfrei war; durch dieses Experiment glaubt Simond den Uebertragungsmodus festgestellt zu haben. S. R.

Feuilleton.

Heim.

Von J. C. van der Burgh. Autorisirte Uebersetzung aus dem Dänischen von Francis Maro.

Schönheit ist natürlich ein großer Faktor in der „Kunst zu gefallen" — darüber war man im Saarbyschen Kreise einig, und wo keine Schönheit ist, kann der „Geist" den Kampf aufnehmen, aber Schönheit und Geist können einpacken und nach Hause gehen, wenn die Jugend fehlt. Ja, Jugend! Die Sieghafte! Die, die alles wagt, und gewinnt, wenn sie wagt.

Darüber war man einig in diesem munteren Kreise, und man war es schon damals gewesen, als man wirklich jung war — jetzt that man nämlich nur, als wäre man es; aber da man auch darüber einig war, einander Komödie vorzuspielen, und so vorsichtig, nie ein wirklich junges Gesicht in den Kreis einzuschmuggeln, ging es ganz prächtig und herrlich.

Wenn das Wort nicht so verbraucht wäre, hätte man sagen können, es war ein flotter Kreis. Flotte Mittagessen, flotte Gewohnheiten, flotte Anschauungen.

Bentzen gehört auch zu dem Kreise. Vormittags im Bureau oder Nachmittags, wenn er auf seiner Chaiselongue liegt und verdaut, räumt er bereitwillig ein, daß er ein älterer Junggeselle ist, räumt es freudig ein, denn das giebt ihm eine Art Recht, verdrießlich und faul zu sein — punkto Bureau und Chaiselongue — aber steht er unter dem Einfluß des „Kreises", dann, weiß der Henker, wie es zugeht, dann fühlt er sich jung wie die Anderen und meint wie die Anderen, daß das, jung zu sein, Nummer eins ist; und wenn man das nicht länger ist, hat das Leben nur einen Sonnenstrahl übrig, den, sich jung zu fühlen.

Sie hatten ein besonders gutes Mittagessen bei Saarbys gehabt, und nachher war, was Herfurt „Stimmung" nannte.

„Hier ist doch wahrhaftig Stimmung, was!" Er lachte Bentzen zu, sie waren beide draußen im Vorzimmer, um eine ihrer eigenen Zigarren zu holen — denn das war das Merkwürdige bei Saarbys, die Zigarren waren schlecht. Es war schon kalt im Vorzimmer; die klamme Novemberluft strömte durch das offene Fenster herein, und die zwei Herren blieben einen Augenblick davor stehen, während sie die Spitzen ihrer Zigarren abschnitten.

„Haben Sie Frau Verner gesehen?" Herfurt lachte.

„Ja, was war das? Ihre Aermelpuffe kollidirte wohl mit Ihren Orden?"

Herfurt lachte wieder, indem er mit den Achseln zuckte. „Ach was! Honny soit qui mal y pense! — Na, kommen Sie!" Er wendete sich um und ging rasch zur Gesellschaft zurück.

Die Thüre blieb hinter ihm offen stehen. Hinaus in die Kälte drang die warme parfümirte Luft zugleich mit dem Rauschen vieler Stimmen. Die Zimmer lagen in einem leichten Nebel von Tabaksrauch da, von vielen weißen Lichtflammen unterbrochen, oder von dem Schimmer aus großen rothen Lampenschirmen rosig gefärbt. Man saß oder lehnte halb hingegossen da, alles ein wenig träge, ein wenig gewagt. Da war Seide und Sammt und leichte kleine Schuhe; da waren Orden und korrekte Scheitel, da waren Blumen und blankes Metall, weiche Kissen, dämpfende Teppiche. — —

Unten vom Korridor her erklangen hurtige eifrige Schritte. Diener und Stubenmädchen kamen mit großen Tabletten. Bier in hohen Krystallkrügen, delikate kleine Sandwichs — es mußte ja etwas Besonderes sein, um diese vollgepfropften Menschen zu verlocken. Bentzen fühlte, daß er nicht das geringste kleine Eckchen in seinem Magen übrig hatte — er war nebenbei auch aus der Stimmung gekommen — heimlich schlich er sich fort.

Als er aus dem Thore trat, schlug ihm ein eiskalter, regenschwerer, heftiger Wind ins Gesicht. Er stellte den Rockkragen auf, nahm den Stock unter den Arm und steckte die Hände in die Taschen.

Er wußte ganz wohl, warum er so leicht aus der Stimmung gekommen war; seit dem Kaffee war er eigentlich nicht so recht drin gewesen, denn da hatte er das gehört, was die Betreffenden nicht berechnet hatten, daß er hören konnte — es war ohne das verrätherische Flüstern gesagt worden, ohne alle Vertraulichkeits-Vorsichtsmaßregeln, nur ein Bischen gedämpft, sonst ganz im Konversationston, gerade um keine Aufmerksamkeit zu erwecken.

Frau Saarby und Bakker!

Damit hatte sie also geendet, die Leidenschaft ihrer Jugend für das „Pikante"; es fängt mit einem extravaganten Hute an, es hört damit auf, daß man, wenn alles Erlaubte erschöpft ist, sich unerlaubt einen Liebhaber nimmt. — Daß diese Frau an einen Burschen wie Bakker glauben konnte! — Ach, sie glaubte in ihrem innerſten Innern wohl gar nicht an ihn, im Tiefsten ihres „Ich" — aber dahin kam sie wohl selten und wußte gewiß nicht recht, wie es dort aussah — inzwischen füllte sie die Leere aus, indem sie sich einbildete, daß sie an ihn glaubte.

Es war von „Rosmersholm" gesprochen worden, verständnißlos, dumm. Man hatte über die „weißen Pferde" gelacht, über die Schlußrepliken, bevor Rosmer und Rebekka sich in den Mühlbach stürzen. Da hatte sie Bakker angesehen, und es war eine nervös-unruhige Gluth in ihren Augen, als sie lächelnd laut sagte: „Ja, Bakker, Sie sind nun schwärmerisch! Ich bin überzeugt, Sie finden, daß die beiden Menschen klug thaten!" — Sie merkte, daß Niemand ihr zuhörte, sie sah Bentzen dicht hinter ihr nicht, da brach es plötzlich hervor, leidenschaftlich, aber gedämpft: „Könntest Du?"

Und Bakker neigte sich ein Bischen zu ihr vor und sagte ruhig: „Wann immer Du willst!"

Sie schlug die Augen nieder; und um ihren Mund vibrirte ein Lächeln, während sie am Armband und Fächer fingerte. Warum lächelte sie? Triumphirte sie — genoß sie sich selbst und ihn wie ein paar geschickte Schauspieler — oder verhöhnte sie die Jämmerlichkeit des Ganzen — oder griff ihre arme Seele nach seinen Worten, weil ihr geistiger Selbsterhaltungstrieb einen Stützpunkt haben mußte?

Bentzen nahm einen Augenblick die Zigarre aus dem Munde und streifte die Asche ab: Ein schlechter Kerl! Und sie! Mit Mann und Kindern, Haus

und Heim! — Heim! Ja, was war eigentlich ein Heim für ein Ding? Er besann sich auf die Definition: „Der stille, treue Hüter der Keime der Gesundheit, Wahrheit, Tüchtigkeit und Opferwilligkeit, aus denen die Zukunft der Menschheit emporblüht.“ Er lächelte ein wenig höhnisch.

Da kam eine Pferdebahn herangeklingelt. Bentzen sprang vorne auf. Von da, wo er stand, konnte er noch, wenn er zur Seite sah, die rothen Lampen in der Villa sehen, von der er kam — noch — noch — jetzt verschwanden sie mit dem Heim, das sie erhellten.

Hm, zum Satan auch! Bekanntschaften zu unterhalten, die so am Ende der Welt wohnen!

Er warf einen Blick auf die Kioskuhr, als sie vorbeirollten. Dreiviertel auf elf! Also war das Gas in seinem Stiegenhaus schon ausgelöscht — er biß ärgerlich in die Zigarre.

Das Pferd trabte übrigens brillant — klipp klapp — klipp klapp! erklang es in der stillen, reingefegten Gasse. Wie nett es dahineilte, hie und da beugte es den Kopf und pustete, nicht müde, stark und wohlgepflegt. Soweit war man doch hierzulande gekommen, daß ordentliche Kontrolle über die Perde geführt wurde, wie über so vieles Andere. Und wem hatte man wohl dafür zu danken: uns, „den großen Steuerträgern“! Er sah eine Weile versöhnt nach der Richtung der Villa hin, sie Alle dort hatten zu den „großen Steuerträgern“ gehört, das Gefühl der Annehmlichkeiten eines geordneten Gemeinwesens legte sich erquickend über seine ein wenig gequälten Gedanken.

Als sie ein Stück gefahren waren, fielen seine Augen auf eine Gestalt, die, von der Lampe im Innern des Wagens beleuchtet, vor ihm mit dem Rücken zum Pferde saß — der dünne Rock war nicht zugeknöpft, der Mann mußte niederträchtig frieren! Es begann Bentzen zu geniren, den offenen, dünnen Rock anzusehen. Warum zum Kuckuck konnte der Mensch seinen Rock nicht zuknöpfen! Na ja, er fühlte natürlich die Kälte nicht, das war wohl bei „diesen Leuten“ so.

Der Mann saß da und sah gerade vor sich hin in den Wagen, seine Hände waren breit und groß, richtige Arbeiterhände, es lag etwas gleichsam kindlich Unreflektirtes im Blicke, der verweilend den wenigen Personen folgte, die aus- und einstiegen — verweilend und ganz gleichgiltig — es waren lauter Leute, die nicht zu seinem Stande gehörten, Leute, die an ihm vorbeigingen, ohne ihn zu sehen. Er sah sie nicht an wie ein knirschender Proletarier oder ein drohender Anarchist die Oberklassen ansehen kann, er betrachtete sie nur wie „Fremde“. Was dachte er wohl, der Mann dort mit dem dünnen Rocke und dem gleichgiltigen Blicke? War er unglücklich oder nur stumpf? Bentzen verstand sich nicht darauf, in dieser Art Gesichter zu lesen, er, der heute bei Tische dagesessen war und darüber geklagt hatte, daß es buchstäblich keinen Ort mehr in Europa gäbe, wohin man reisen könnte, weil Alles von Touristen durchschnüffelt und „verprosat“ sei, vom Nordkap bis Kreta, er hatte plötzlich das wunderliche, beunruhigende und unbehagliche Gefühl, daß es dicht neben uns Leute giebt, deren Sprache, deren Leben, deren Gedankengang uns fremd ist, fremder als die der oftbeschriebenen Bewohner des Nordkaps oder Kretas. Woran dachte er, der Mann in dem fadenscheinigen Rocke, mit den schwarzen Ringen unter den Augen? Bentzen hatte nicht die geringste Ahnung davon, und wollte er, Bentzen, anfangen, zu ihm in der Sprache sprechen, die von jenen Gedanken diktirt wurde, die Bentzens eigene und beste waren, so würde er nicht verstanden werden, das wußte er. Die Menschen haben eine unmenschliche Kluft zwischen sich gegraben und befestigen sie mit Rassegewohnheiten und Rassesünden.

Der Arbeiter erhob sich und stand auf dem Trittbrett; dann sprang er bei derselben Gasse ab, wo Bentzen aussteigen sollte, aber für Bentzen mußte der Wagen halten, er liebte es nicht, nach einem besseren Mittagsessen abzuspringen.

Während er langsam die Gasse hinabschlenderte, sah er den Arbeiter vor sich gehen; es war eine hohe, schöne Gestalt, nur der Rücken schon ein bischen gebeugt — schade!

Als er sich der Apotheke an der Ecke näherte, wurde sein Gang auffallend langsamer; er ging ein Stückchen daran vorbei, dann kehrte er um und schritt hurtig auf die Thüre mit der kleinen Nachtklappe zu.

Als Bentzen die Apotheke erreichte, hörte er den Arbeiter hitzig sagen: „Was zum Teufel geht Sie das an! Sie haben herzugeben, was ich verlange!"

Bentzen machte Halt; das fing an, ihn zu interessiren. Wollte er Branntwein haben, um sich zu betrinken oder was? Bentzen näherte sich auch der Klappe, er konnte ja irgend etwas kaufen. Jetzt bekam der Arbeiter ein kleines Papiersäckchen, legte ein Fünföreſtück auf die Platte und ging, ohne nach rechts oder links zu sehen.

„Der war wohl wüthend", sagte Bentzen zu dem Gehilfen hinter der Klappe.

„Ja", sagte der junge Mensch, „ich kenne ihn ein wenig — darin ist doch kein Sinn, daß er sich bis tief in die Nacht herumtreibt, weil er sich nicht traut, nach Hause zu gehen und seine Alte im Zaume zu halten, die trinkt! Aber so sind sie eben! So gleichgiltig, daß schon gar kein Sinn mehr dabei ist."

„Sinn!" wiederholte Bentzen; er hatte Lust zu sagen, daß es im Grunde wohl blutwenig gab, in dem Sinn war, begnügte sich aber zu fragen: „Und dabei ist das Nest vermuthlich voll Junge?"

„Ja! Und dann hat es auch gar keinen Sinn, jeden Augenblick herzukommen und für fünf Oere Bromkalium zu kaufen."

Bentzen lachte behaglich wohlerzogen. „Nein, das ist aber doch das Höchste! Leidet so ein Mensch auch an Schlaflosigkeit?"

„Nein, es ist für die Kinder!"

„Ist Krankheit im Heim?"

„Heim! Ja, das ist ein rares Heim! Nein er giebt den Kindern Bromkalium, damit sie einschlafen, trotzdem sie hungrig sind. Gute Nacht!"

Die Klappe wurde zugeworfen und Bentzen stand mit seinem „niederschlagenden Pulver" in der Hand und einem unruhig brennenden Gefühl im Herzen da. Vor ihm lagen die Gassen schnurgerade, öde und leer, die wohlgeordneten Laternenreihen beleuchteten einen einsamen Polizeimann, der, die weißbehandschuhten Hände auf dem Rücken, langsam auf- und abging und sich über den gesellschaftsgeordneten, staatsbeschützten Frieden freute! Aber drinnen, innerhalb der kommunalen Wohlthaten der großen Steuerträger, innerhalb der Gesellschaftsordnung und des Staatsschutzes! — O Menschen, Menschen! Ihr, die ihr Klüfte grabt und sie befestigt, ihr die ihr Heime baut und sie verhöhnt — was soll aus euch werden?

Berichtigung. Dem dritten Artikel Kautskys gegen Schippel in Nr. 22 hat das Geschick noch schlimmer mitgespielt, als dem zweiten. Daß auf S. 687 Z. 1 von oben das Los statt das Lob der stehenden Heere verkündet wird, wäre nicht so schlimm. Aber auf S. 690 sind vier gestrichene Absätze (Z. 5—23 von oben) durch einen Irrthum stehen geblieben, so daß der Leser nacheinander zwei verschiedene Versionen des gleichen Gedankengangs zu lesen bekam.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 24. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Reichstag und Rechtsprechung.

↗ Berlin, 1. März 1899.

Als der im vorigen Sommer neugewählte Reichstag zu seiner ersten Session zusammentrat, überraschte allgemein die Lahmheit und Zahmheit in den Anfängen seiner Verhandlungen. Indem wir diese auffallende Erscheinung zu erklären versuchten, sprachen wir die Erwartung aus, daß schon wieder Feuer und Leben in die Debatten kommen werde, sobald nur erst die Zuchthausvorlage da sei, mit anderen Worten, sobald nur erst die entscheidend großen Gegensätze der Zeit aufeinanderprallen würden. Das ist nun geschehen, noch ehe das Ungethüm der Zuchthausvorlage geboren ist, bei ihren ersten Regungen im Mutterleibe der Reaktion, deren eine das Dresdener Urtheil darstellt. Die Debatten des Reichstags darüber führten zu so bewegten und stürmischen Verhandlungen, wie sie nur je in der deutschen Volksvertretung stattgefunden haben, und sie endeten mit dem moralischen Siege der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie, was auch die verständigeren Gegner anerkennen.

Solche Siege sind immer wirkungsvoller, wenn sie in der Abwehr, als wenn sie im Angriff erfochten werden, und es war das unfreiwillige Verdienst des biederen Stumm, die Debatte angeschnitten zu haben, die für ihn und seinesgleichen so beschämend enden sollte. Die Redensart, daß der Reichstag sich nicht als obere Instanz über die Gerichte des Landes aufthun dürfe, hat nicht einmal vom bürgerlichen Standpunkt aus einen vernünftigen Sinn. Wie alle Zweige des öffentlichen Lebens, so unterliegt auch die staatliche Rechtsprechung der Kontrolle der Volksvertretung, und doppelt, wenn ihre Organe bei aller scheinbaren Unabhängigkeit thatsächlich von der Regierung so abhängig sind, wie in den verschiedenen Staaten und namentlich in den führenden Staaten des Deutschen Reiches. Man mag gern annehmen, daß es keinen Richter in Deutschland giebt, der mit klarem Bewußtsein wider seine bessere Ueberzeugung einen falschen Spruch fällt, aber damit ist nicht im Entferntesten gesagt, daß die Rechtsprechung unabhängig vom Einfluß der Regierung sei. Die gelehrten Richter gehören eben auch zur Bureaukratie, zu jener Bureaukratie, von der Franz Ziegler sagte, daß ihren Angehörigen, bevor sie reif seien, in einer bewundernswürdigen Dressur alle geistigen und moralischen Rippen gebrochen würden. Das mag etwas scharf aus-

gedrückt sein und nicht für alle Angehörige der Bureaukratie gelten, aber deshalb bleibt es eine haltlose Vorstellung, anzunehmen, daß die Klasse der Richter als solche unabhängig von der Regierung sei.

An einer anderen Stelle sagt Ziegler: „In absoluten Staaten ist die Unabsetzbarkeit der Richter ein Korrigens der Tyrannei, in freien Staaten setzt sich diese Unabhängigkeit selbst als Tyrannis. Darum suchen die Vereinigten Staaten, die Schweiz eine Gewähr in der Absetzbarkeit der Richter, und Griechenland und Rom haben diese tiefe Frage ganz nach dem Maßstabe der Freiheit beantwortet, dessen die Nation genoß." Ueber die deutschen Justizzustände urtheilte Ziegler mit der äußersten Schärfe, aber nicht minder zutreffend, als scharf: Während es mit dem Schutze der Richter gegen den Einfluß der Regierung, wie er in absoluten Staaten unbedingt vorhanden sein muß, sehr schwach bestellt ist, wird dennoch beansprucht, daß die Kritik der Rechtsprechung durch das Volk und sein berufenes Organ, die Volksvertretung, die in freien Staaten ganz selbstverständlich ist, einfach zu unterbleiben habe. Das ist ein sehr schnurriger Anspruch, und wer sich ihm unterwirft, verzichtet freiwillig darauf, das mündige Mitglied eines mündigen Volkes zu sein.

Die Absetzbarkeit der Richter in freien Staaten ist natürlich eine Forderung, über die sich, wie Ziegler auch selbst sagt, Bände schreiben ließen. Der Begriff des „freien Staates" ist nicht so einfach zu erläutern, und so lange freie Staaten noch Klassenstaaten sind, werden sie immer Klassenjustiz administriren, gegen die unter Umständen auch die Unabsetzbarkeit der Richter ein Korrigens sein kann. Im Prinzip aber ergiebt es sich gewiß aus dem Begriff eines freien Volkes, daß er seine Souveränetät auf dem Gebiet des Rechts nicht an die Organe der Rechtsprechung übertragen kann. Fällen doch auch im absoluten Staate die Richter ihre Urtheile „im Namen des Königs", der angeblich die Souveränetät der Nation in seiner Person verkörpert. Angeblich — denn thatsächlich führte die Rechtsprechung durch die Krone zur ärgsten Kabinettsjustiz, gegen die dann als ein Nothbehelf, der dem absoluten Königthum überall in heftigen Kämpfen abgerungen werden mußte, die Unabsetzbarkeit der Richter durchgesetzt wurde. Mehr als ein Nothbehelf konnte und kann sie nicht sein, denn wo die Monarchie noch einigermaßen kräftig ist, ergiebt sich schon aus ihren ganzen Einrichtungen, daß sie immer weit stärkeren Einfluß auf die Rechtsprechung haben wird, als die Nation selbst. Oft genug hat sie gar aus der Noth eine Tugend zu machen und sich in dem angeblich „unabhängigen Richterstande" ein stärkeres Bollwerk ihrer Macht zu schaffen gewußt, als sie je in der ungeschminkten Kabinettsjustiz besessen hatte.

Vielleicht nirgends ist das mit solchem Erfolge geschehen, wie im preußischen Staate. Es braucht nur an die beiden berühmten Müllergeschichten erinnert zu werden, die bis auf den heutigen Tag in den preußischen Schullesebüchern eine große Rolle spielen. Die eine dieser Geschichten, die zu erzählen weiß, daß der alte Fritz sein Verlangen nach einer Mühle in der Nachbarschaft von Sanssouci bezähmt habe, als ihm der Besitzer mit dem Kammergericht drohte, ist von einem französischen Fabeldichter erfunden worden, in demselben Sinne, worin Ziegler einmal sagte: „Ich gehe zum Kadi". Ziegler wollte damit die preußische Justiz verspotten, indem er andeutete, daß „hinten weit in der Türkei" besseres Recht gesprochen würde, als im preußischen „Rechtsstaate", und ebenso wollte jener französische Fabeldichter gegen die verrottete Justiz des altbourbonischen Königthums protestiren, indem er die Fabel erfand, daß hinten weit in dem barbarischen Preußen sogar ein König sich vor einem einfachen Müller beuge,

der ihm mit den Gerichten des Landes drohe. Trotz eines so wenig schmeichelhaften Ursprungs gehört diese Fabel zu dem eisernen Bestande der preußischen Reichskleinodien. Die andere Müllergeschichte aber, die nicht weniger berühmt ist, war nichts als ein Akt brutaler Kabinettsjustiz: der alte Fritz kassirte und prügelte einige Mitglieder des Kammergerichts wegen eines durchaus richtigen Urtheils, aus dem erhebenden Grunde, weil er durch einen unwissenden Offizier gegen sie aufgehetzt worden war. Dem widerspricht gar nicht, daß dieser König in seiner Art wirklich eine gute Justiz wollte; er hielt nur eben die Justiz für gut, die so befand, wie es ihm richtig schien.

Es soll auch nicht bestritten werden, daß es in der Geschichte der preußischen Justiz einzelne Fälle giebt, in denen unerschrockene Richter gegen den Willen der Krone zu entscheiden gewagt haben. Aber es waren sehr seltene Fälle, es waren einfach Ausnahmefälle, die nach dem bekannten Worte nur die Regel bestätigen. Irgend eine Periode der preußischen Justiz, worin sie einem nachdrücklich geltend gemachten Willen der Regierung auf die Dauer widerstanden hätte, ist nicht nachweisbar. Und es gehört zu den schwersten, schon von Lassalle bitter verspotteten Fehlern der bürgerlichen Opposition, daß sie sich von der Legende der preußischen Justizunfehlbarkeit blenden ließ und munter in das Horn des Absolutismus blies, der seinerseits wenigstens den triftigsten Anlaß hatte, den Ruhm dieser Unfehlbarkeit mit vollen Backen auszuposaunen. Mitunter freilich verstand es die preußische Justiz, den Bogen selbst für die liberale Lammesgeduld zu überspannen; namentlich das preußische Obertribunal besaß in diesem Punkte eine bemerkenswerthe Virtuosität, und es hat denn auch in der Konfliktszeit einmal parlamentarische Spießruthen laufen müssen. Aber das waren schließlich doch nur vorübergehende Anfälle, und im Allgemeinen blieb es bei der Bewunderung des liberalen Philisters für die herrliche preußische Justiz.

Damit wurde es auch nicht besser, als sich der preußische Staat zum Deutschen Reiche erweiterte. Wie hätte es auch besser werden sollen, da dies Reich nach dem treffenden Ausdruck des alten Kaisers Wilhelm doch nur das „verlängerte Preußen" war? Die Erinnerung an die Sünden des preußischen Obertribunals bewirkte gerade noch, daß der Reichstag das neue Reichsgericht nach Leipzig verlegte, als ob damit auch nur das Geringste ausgerichtet gewesen wäre! Die Fälle, in denen sich die Rechtsprechung zu Bismarcks Zeit dem Drucke von Oben nicht entziehen konnte, sind unzählbar; so entlockten die Versuche, das polizeilich gescheiterte Sozialistengesetz mit Hilfe der Gerichte durchzusetzen, selbst zahmen nationalliberalen Blättern den Schmerzensseufzer, diese Korruption der Justiz werde nachgerade unerträglich. Wir sagen ausdrücklich: nicht entziehen konnte, denn es war nicht die Schuld der Personen, sondern das Wesen der Dinge, das in der Nachgiebigkeit der Gerichte gegen Bismarcks Forderungen zum traurigen Ausdruck kam. Man soll auch von preußischen Bureaukraten nicht mehr verlangen, als sie leisten können, und es geht über die Grenzen des ihnen etwa beschiedenen Maßes von Heroismus hinaus, wie Leonidas bei den Thermopylen zu kämpfen und zu sterben.

Um so nothwendiger wird es aber, daß der Reichstag sich endlich ermannt und die deutsche Rechtsprechung einer rücksichtslosen Kritik unterzieht. Alle Urtheile, die im Laufe des Jahres bei formeller Unanfechtbarkeit doch dem öffentlichen Rechtsbewußtsein ins Gesicht geschlagen haben, müßten sicher sein, von der Tribüne des Reichstags beim richtigen Namen genannt zu werden. Das wäre nur ein schwaches Gegengewicht gegen den sehr viel fühlbareren Druck, womit die Regierungen auf die Gerichte wirken können, aber es wäre immerhin ein

Gegengewicht, und selbst wenn die praktischen Wirkungen zunächst gleich Null wären, so wäre es doch die Pflicht der Volksvertretung, diesen Dingen nicht länger schweigend zuzusehen. Die Zumuthung, daß der Reichstag nicht in den geordneten Lauf der Justiz eingreifen dürfe, ist doppelt grundlos, wenn sie von einem Vertreter der Regierungen erhoben wird, die den Lauf der Justiz ordnen, und darnach freilich kein Bedürfniß empfinden mögen, in den geordneten Lauf der Justiz einzugreifen.

Wenn die bürgerlichen Parteien in dieser Frage wiederum der sozialdemokratischen Fraktion den Vorkampf für den modernen Kulturstaat überlassen haben, so mag das für sie selbst sehr traurig sein: für die Sozialdemokratie ist es desto ehrenvoller und wird ihr reiche Zinsen tragen.

Volksbibliotheken.

Die Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg, welche am 28. Dezember vorigen Jahres in Berlin tagte, fordert in ihrem Programm unter Anderem „die Errichtung und Ausbildung von Volksbibliotheken und Lesehallen“. Diese Forderung ist als besonderes Postulat in keinem Kommunalprogramm einer anderen Partei Deutschlands enthalten. Volksbildung und Volksaufklärung finden eben bei uns, seitdem die bürgerlich-liberalen Parteien ihre demokratische Vergangenheit mehr und mehr verleugnen, nachdrückliche Förderung nur bei der Sozialdemokratie. In England und Amerika hingegen ist die Errichtung solcher Bildungsstätten als Gemeindepflicht von allen Parteien längst anerkannt, und das Volksbibliothekswesen ist dort zu einer Blüthe entwickelt, die wir uns bei den kümmerlich-spärlichen Anfängen, welche auf diesem Gebiet in Deutschland gemacht worden sind, nur schwer vorstellen können. Es dürfte daher für die Leser der „Neuen Zeit“ von Interesse sein, über die Ausbreitung und Wirksamkeit dieser Institute in England und Amerika und ihre Bedeutung als Kulturfaktor einige nähere Angaben zu erhalten.

Die Bewegung für die Errichtung öffentlicher Bibliotheken ist in England ein halbes Jahrhundert alt. Die Bewegung wurde gleich von Beginn an durch einflußreiche Männer sehr gefördert, deren Bemühungen es auch zu danken war, daß schon 1850 das Parlament einen Gesetzentwurf annahm, durch welchen den Gemeinden bestimmte Verpflichtungen für die Errichtung und Verwaltung öffentlicher Bibliotheken auferlegt wurden. Nachdem das Gesetz, das man die Public Libraries Act von 1850 nennt, einige Jahre in Wirksamkeit war, zeigte sich jedoch, daß die daran geknüpften Erwartungen sich nicht voll erfüllten, und so wurde am 30. Juli 1855 ein neues Gesetz erlassen, welches das Gesetz von 1850 aufhob und gleichzeitig verbesserte und wesentlich erweiterte Bestimmungen an die Stelle der alten setzte. Dieses Gesetz von 1855 bildet auch heute noch in England die Grundlage für die gesetzliche Regelung des Bibliothekwesens. Es bestimmt im Wesentlichen, daß in allen Gemeinden, deren Bevölkerung fünftausend Personen übersteigt, auf Verlangen des Gemeinderaths oder mindestens zehn steuerzahlenden Bürgern der Bürgermeister resp. die zuständige Lokalbehörde unter vorheriger, rechtzeitiger Bekanntgabe des Verhandlungsgegenstandes eine öffentliche Versammlung einzuberufen hat, in der über die Errichtung einer Bibliothek abgestimmt wird. Stimmen zwei Drittel der erschienenen Personen für die Errichtung, so erhält die Gemeindebehörde das Recht, eine jährliche Bibliotheksteuer in Höhe von einem Penny auf ein Pfund Sterling der gezahlten Steuern zu er-

heben. Ferner trifft das Gesetz genaue Bestimmungen über die Zusammensetzung der Bibliothekskuratorien, giebt diesen das Recht, unter gewissen Bedingungen Anleihen zu Bibliothekszwecken aufzunehmen, ermöglicht es zwei oder mehr benachbarten Gemeinden, die einzeln unter, zusammen aber mehr als fünftausend Einwohner haben, sich zur Errichtung und Unterhaltung einer gemeinsamen Bibliothek zusammenzuschließen, und bestimmt schließlich in seinem vorletzten Artikel, daß für die Benutzung der unter diesem Gesetz errichteten Bibliotheken und Lesesäle keinerlei Gebühren erhoben werden dürfen. In den Jahren 1866, 1871, 1877, 1884, 1887, 1889, 1890 und 1892 wurde das Gesetz nach verschiedenen Richtungen hin ausgestaltet, ohne in den Grundlagen wesentliche Aenderungen zu erfahren. Die Novelle von 1877 bestimmt, daß die Abstimmung über Errichtung von Bibliotheken nicht mehr in öffentlichen Versammlungen, sondern durch Stimmzettel zu erfolgen habe, da die allgemeine Ansicht der Bürgerschaft durch die Beschlüsse der Versammlungen nicht immer zum klaren Ausdruck komme.

In Amerika hat die Bibliotheksbewegung ungefähr zu gleicher Zeit wie in England eingesetzt, und auch hier sind in den meisten Staaten Gesetze erlassen, welche die Gemeinden zur Erhebung von Steuern zum Zwecke der Errichtung und Erhaltung von freien öffentlichen Bibliotheken ermächtigen. Auch sind in einigen Staaten besondere Behörden eingesetzt, die befugt sind, bedürftigen Gemeinden aus staatlichen Mitteln Zuschüsse zu gewähren. Welche große Kulturthat diese im Ausland bisher nur wenig beachteten Gesetze sind, dafür mag als Beweis die Thatsache dienen, daß, während in Deutschland die Buchentlehnungen aus sämmtlichen Volksbibliotheken auf ungefähr vier bis fünf Millionen pro Jahr veranschlagt werden, die Free Public Libraries in England und Amerika etwa fünfzig Millionen Buchbenutzungen erzielen, wovon auf England allein ungefähr dreißig Millionen entfallen.

Selbstverständlich ist die riesige Differenz dieser Zahlen nicht bedingt durch entsprechend größeren Bildungsdrang breiter Schichten der Bevölkerung in den Ländern mit englischer Umgangssprache, sondern einzig und allein zu erklären durch die Verschiedenartigkeit der betreffenden Institute hier und dort. An Wissensdurst und Bildungsdrang stehen sicherlich die unbemittelten Klassen Deutschlands denen keines anderen Landes nach. Wie aber ist es mit den zur Verfügung stehenden Bildungsstätten bestellt?

Deutschland besitzt drei Arten von öffentlichen Bibliotheken. Die Landes- und Universitätsbibliotheken, die Stadtbibliotheken und die sogenannten Volksbibliotheken. Die erstere Art kommt für das „Volk" als solches überhaupt nicht in Betracht. Abgesehen davon, daß ihre Bücherbestände in erster Reihe in Rücksicht auf die Bedürfnisse wissenschaftlicher Forschung ausgewählt sind, Unterhaltungslektüre meist gänzlich fehlt, die Benutzung an die Erfüllung von mehr oder minder umständlichen Formalitäten geknüpft und Abends meistens ganz ausgeschlossen ist, darf auch der Umstand nicht außer Betracht gelassen werden, daß diese Institute nahezu ausnahmslos von Personen aus den sogenannten liberalen Berufen besucht werden, und Angehörige der arbeitenden Klassen, selbst wenn sie die aufgeführten Schwierigkeiten alle überwunden haben, sicher sein müssen, ihresgleichen dort nicht zu finden. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Stadtbibliotheken, die, von verschwindenden Ausnahmen abgesehen, gleichfalls nur wissenschaftliche Bibliotheken unter besonderer Berücksichtigung der betreffenden Lokalgeschichte sind und sein wollen, und deren Nutzen für die Allgemeinheit häufig im umgekehrten Verhältniß zu ihren Kosten steht. Verleiht doch, um nur ein Beispiel anzuführen, eine mehrere Jahrhunderte alte Stadtbibliothek mit

einem Bücherbestand von etwa 90000 Bänden pro Jahr im Durchschnitt nur 6500 Bücher!

Für die wissenschaftlichen Bedürfnisse der bemittelten Klassen ist also, wie aus den gemachten kurzen Angaben zur Genüge erhellen wird, aus Mitteln der Allgemeinheit ausreichend gesorgt, und das Bedürfniß nach Unterhaltungslektüre wird durch die diesen Kreisen zur Verfügung stehenden zahlreichen Leihbibliotheken befriedigt. Die unbemittelten Klassen Deutschlands dagegen sind sowohl für ihre Fortbildung und ihr Streben nach Erringung neuer Kenntnisse, als auch für die Erfüllung des Wunsches, nach harter Arbeit Geist und Körper bei der Lektüre eines Buches auszuruhen, einzig und allein auf die Volksbibliotheken angewiesen. Diese Bibliotheken sind von ganz Deutschland am besten in Württemberg und Sachsen ausgebildet, und zur Beurtheilung dessen, was sie leisten und leisten können, wird die Betrachtung der Mittel, mit denen sie arbeiten, ein guter Maßstab sein.

Dr. Eduard Reyer, Professor an der Universität Wien, der sich die Ausbreitung und Ausgestaltung des Volksbildungswesens in Deutschland zur Lebensaufgabe gestellt hat und dessen grundlegendem „Handbuch des Volksbildungswesens" ein Theil unserer Ziffern entnommen ist, hat nun mit vieler Mühe festgestellt, daß die einzelnen Volksbibliotheken in Württemberg über je 10 bis 30 Mark jährlich, in einigen Bezirken Sachsens über etwa 100 Mark pro Jahr verfügen. Diese Mittel werden aufgebracht durch Staat, Gemeinde und freiwillige Beiträge von Vereinen wie Einzelpersonen; bei einigen werden auch die Leser durch den Lesepfennig zur Deckung der Unkosten mit herangezogen. Die württembergischen Volksbibliotheken umfassen im Durchschnitt 200 bis 300, die sächsischen etwa 500 Bände; auf einen Band entfallen pro Jahr 1 bis 2, selten 3 Entlehnungen, während in einer gut eingerichteten Volksbibliothek circa 10 Entlehnungen pro Band und Jahr erzielt werden sollten. Die Benutzungsstunden sind die denkbar niedrigsten; in der Mehrzahl der Fälle sind die Bibliotheken nur einmal wöchentlich für die Dauer einer Stunde geöffnet; ebenso traurig ist es zumeist mit dem Katalog, dem Schlüssel zu jeder Bibliothek, bestellt.

Ueber die preußischen Volksbibliotheken vermochte weder das königlich preußische Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten, noch das königlich preußische statistische Bureau irgend welche Auskünfte zu geben; man gab anheim, die einzelnen Magistrate direkt zu befragen. Auf Grund seiner privaten Umfragen kommt der genannte sachverständige Beurtheiler dann zu dem Schluß: „Daß Preußen auf diesem Gebiet hinter Sachsen etwa so weit zurücksteht, wie Sachsen hinter England." Nach diesem Urtheil und nach dem, was eben über Sachsen angegeben wurde, dürfte es sich erübrigen, des Näheren auf die Verhältnisse der preußischen Volksbibliotheken einzugehen.

Wenden wir uns nun von diesen „literarischen Wohlthätigkeitsanstalten", wie unsere Volksbibliotheken treffend genannt worden sind, nach England und Amerika, so finden wir hier wie dort statt der überzähligen Stube in irgend einem Kommunalgebäude, welche die „Volksbibliothek" beherbergt, große, praktisch und genau für die Bedürfnisse der betreffenden Bibliothek eingerichtete Gebäude; denn ein eigenes Heim für ihre Bibliotheken zu besitzen, ist selbst für kleinere Gemeinden Pflicht und Ehrensache. Diese Gebäude enthalten außer der Zentrale für die Ausleihbibliothek und den Bureauräumen große behaglich ausgestattete Lesesäle für Zeitungen, Zeitschriften, Revuen, Nachschlagewerke u. s. w., und in den Obergeschossen häufig noch große Säle zu wissenschaftlichen Demonstrationen und Vortragskursen, während deren Dauer in besonderen Räumen des Hauses

die ganze Literatur über den betreffenden Gegenstand für die Hörer zusammengestellt wird. In den großen Städten sind zur Bequemlichkeit des Publikums zahlreiche Filialen errichtet, in denen die Tags zuvor bestellten Bücher in Empfang genommen werden können. Um auch kleineren Ortschaften auf dem Lande, die sich eigene Büchereien nicht leisten können, die reichen Bücherschätze der städtischen Bibliotheken zugänglich zu machen, werden aus diesen Beständen sogenannte Wanderbibliotheken, kleine in sich abgeschlossene Büchersammlungen, zusammengestellt und aufs Land geschickt, wo sie in den einzelnen Ortschaften je nach Bedürfniß verbleiben, um dann zu anderen Gemeinden weiter zu wandern. Die Bücherbestände der Bibliotheken sind natürlich sehr bedeutende; so besaßen im Jahre 1894, abgesehen von Broschüren: Manchester 250000, Leeds 183000, Edinburgh 80000, Cheltenham, eine kleine Stadt von etwas über 40000 Einwohnern, 25000, Boston 556000, New York in seinen drei Bibliotheken 387000, Chicago 176000 Bände u. s. w.

In den Jugendjahren jeder Bibliothek ist die belletristische Abtheilung die am meisten gelesene; von allen verlangten Büchern kommen etwa 80 Prozent auf Unterhaltungslektüre. In den späteren Jahren fällt dieser Prozentsatz dann langsam, aber stetig, um einer entsprechenden Steigerung in dem Verlangen nach populärwissenschaftlicher und wissenschaftlicher Literatur Platz zu machen. Bei einigen älteren Bibliotheken entfallen auf Belletristik nur 30 bis 35 Prozent aller Entlehnungen.

Vorzügliche, bis ins minutiöse Detail ausgearbeitete Kataloge, in denen auch der Ungeübte das Gewünschte sofort finden muß, erschließen dem Besucher alle Schätze der Bildung und Belehrung, die die Bibliothek enthält; setzen doch die englischen und amerikanischen Bibliotheken ihren ganzen Ehrgeiz darein, ihre Kataloge so auszugestalten, daß sie auf jede Frage Antwort ertheilen. Mindestens zweimal, unter dem Namen des Autors und unter einem Schlagwort, findet sich jedes Buch im alphabetischen Theile des Katalogs registrirt; und wer weiß, in welcher Abtheilung des systematischen Theiles er zu suchen hat, für den genügt ein Blick in diesen Theil des Katalogs, um zu sehen, welche Werke die Bibliothek über den gewünschten Wissenszweig überhaupt besitzt. Als ein großer Uebelstand wurde es aber empfunden, daß die werthvollen Forschungen, welche die Zeitschriften in ihren Aufsätzen und Abhandlungen enthalten, nur schwer — wenn überhaupt — weiteren Kreisen nutzbringend zugänglich werden. Man beschloß daher, an das Riesenunternehmen zu gehen und ein Gesammtregister zu allen Zeitschriften in englischer Sprache von Beginn dieses Jahrhunderts an auszuarbeiten. Jahrzehntelang hat eine Vereinigung amerikanischer Bibliothekare unter der Leitung von W. F. Poole an der Herstellung eines solchen Registers mit eisernem Fleiße und größter Energie gearbeitet, und nachdem das bewunderungswürdige Werk nun vollendet ist, wird auf dieser Grundlage eifrig weitergebaut. Welche Ersparniß an Zeit und Kraft Pooles Idee für den Einzelnen bedeutet, kann nur der beurtheilen, der stunden- und tagelang auf der Suche nach einem bestimmten Zeitschriftartikel gewesen ist, um die Suche schließlich als vergeblich aufzugeben; jetzt genügt ein Blick in einen der mächtigen Bände, um mühelos das Gewünschte zu finden.

Selbstverständlich können alle diese Einrichtungen nur geschaffen und weitergeführt werden, wenn einerseits große Geldmittel, andererseits Personen vorhanden sind, die verstehen, die Mittel richtig anzuwenden. Beide Voraussetzungen treffen für die Institute, die wir betrachten, zu. Die englischen und amerikanischen Bibliothekare werden von Jedem, der Gelegenheit hatte, sie um Rath zu

fragen, als Muster von Umsicht, Gewandtheit und Zuverlässigkeit bezeichnet. Sie sind in England wie in Amerika in großen Verbänden organisirt, die monatliche Zeitschriften herausgeben und dort alle praktischen Erfahrungen sorgfältig registriren, welche für das Bibliothekswesen irgend von Werth oder Interesse sind.

Die jährlichen Geldmittel, mit denen die Bibliotheken rechnen können, sind für unsere Begriffe enorm und beziffern sich für die großen Städte auf Hunderttausende von Mark (Boston 640000, Chicago 470000, Manchester 240000, Liverpool nahezu 200000 Mark u. s. w.); aber selbst kleine Städte geben für ihre Bibliotheken verhältnißmäßig hohe Summen aus, so beträgt der jährliche Etat der schon erwähnten Stadt Cheltenham 20000 Mark, also beinahe 50 Pfennig pro Einwohner. Zum Vergleich sei hier angeführt, daß in Deutschland Dresden 5, Berlin noch nicht 2, Freiburg 1,4, Wien 0,3 bis 0,2 Pfennig pro Einwohner jährlich für ihre Volksbibliotheken verausgaben. Die von allen englischen Gemeinden, die öffentliche Bibliotheken besitzen und unterhalten, zur Zeit erhobene Bibliotheksteuer wird auf einen Betrag von mehr als 16 Millionen Mark pro Jahr veranschlagt!

Zu diesen regelmäßigen gesetzlichen Einkünften treten nun aber noch die vielen und reichen Dotationen, welche vermögende Privatleute den Bibliotheken zuwenden. Die diesbezüglichen Ziffern für England sind uns leider nicht zur Hand. Im Jahre 1893/94 beliefen sich aber in Amerika die den öffentlichen Bibliotheken zugefallenen Schenkungen und Erbschaften auf ungefähr $5^1/_2$ Millionen Mark. Hören wir von diesen Zahlen, so verstehen wir, mit welcher Bitterkeit Professor Reyer in seinem Rückblick auf Deutschland über seine eigene Klasse urtheilt, indem er schreibt: „Unter der hohen Bourgeoisie selbst aber zählen wir Hunderte, welche mit gutem Muthe und aus tiefer Ueberzeugung nichts hergeben, ‚weil die Bildung die Leute unzufrieden macht‘."

Den geschilderten Aufwendungen und Anstrengungen entsprechen die erzielten Erfolge. Manchester verlieh in 1894 täglich weit über 6000 Bände ins Haus; werden zu dieser Zahl alle Leser und Entlehner in den Lese-, Journalsälen u. s. w. zugezählt, so erhält man als Schlußsumme des Jahres 6 Millionen Leser und Entlehner. Cheltenham erzielte im gleichen Jahre 140000 Buchbenutzungen und ungefähr die gleiche Ziffer von Besuchern in den Lesesälen; auf jeden Entlehner kommen im Durchschnitt 20 Entlehnungen. An Verlusten hatte man im gleichen Zeitraum in Manchester 19, in Cheltenham 5 Bände zu verzeichnen!

In 1891 gab es in Amerika 3800 Bibliotheken von mindestens 1000 Bänden mit einem Gesammtbestand von über 31 Millionen Bänden, welche auf das Regste benutzt werden. Es verleiht z. B. Boston pro Jahr beinahe $1^1/_2$ Millionen Bände; eine ähnliche Ziffer erzielt Chicago u. s. w. Der Staat Massachusetts zählte in 1893 nur noch 53 Landgemeinden ohne eigene öffentliche Bibliothek; seit dieser Zeit wird sich diese Zahl zweifelsohne noch erheblich verringert haben. Derselbe Staat verausgabte für seine öffentlichen Bibliotheken ohne die Universitäts-, Schul- und ähnlichen Bibliotheken $2^1/_2$ Millionen Mark, d. h. mehr als 1 Mark auf den Kopf der Bevölkerung.

Erwähnen wir schließlich noch, daß die Bibliotheken 4000 Stunden im Jahre dem Publikum offen stehen und daß jeder Bewohner der Stadt ohne weitere Förmlichkeiten eine Leihkarte erhält, so wird man sagen können, daß das erstrebte Ziel, in der heutigen Gesellschaft die Bildung unabhängig vom Besitz zu machen, in der That durch die englischen und amerikanischen freien öffentlichen Bibliotheken noch am ehesten erreicht werden könnte. Daß auch sie diesem Ziele

nicht nahe kommen, ist nicht die Schuld ihrer Organisation und Verwaltung, sondern bedingt durch die wirthschaftlichen Verhältnisse. Denn im Kampfe um das tägliche Brot wird der hart arbeitende Proletarier nur selten genug Zeit und geistige Spannkraft zur richtigen Ausnutzung dieser Bildungsinstitute übrig haben, und noch öfter wird er sich in seinem Streben nach Weiterbildung durch die Fesseln, die ihm seine mangelhafte Schulbildung auflegt, gehemmt sehen.

In Oesterreich hat die Bücherhallen-Bewegung insbesondere durch die Bemühungen von Professor Reyer kräftigeren Aufschwung genommen. Die 14 Volksbibliotheken Wiens erzielten in 1895 bei circa 19000 Gulden Gesammtausgabe, welche aber nur zu einem kleinen Theile von der Kommune gedeckt wird, ungefähr 700000 Entlehnungen. Seitdem ist insbesondere durch die Thätigkeit des Vereins „Bibliothek“ eine Anzahl neuer Bibliotheken errichtet worden und die Zahl der Entlehnungen auf 1300000 pro Jahr gestiegen gegen 500000, die Berlin erzielt. In Graz ist in 1895 hauptsächlich durch den Genannten eine Volksbibliothek gegründet worden, welche mit der dortigen Landesbibliothek derart in Beziehung gesetzt ist, daß die wissenschaftlichen Werke dieser Bibliothek auch in den Katalog der Volksbibliothek aufgenommen sind und auf Bestellung den Lesern des letzteren Instituts ohne Weiteres zur Verfügung stehen. Die Volksbibliothek übernimmt die Verantwortung für ihre Leser der Landesbibliothek gegenüber. Diese hier zum ersten Male ins Leben getretene Kooperation der wissenschaftlichen mit der Volksbibliothek funktionirt für alle Betheiligten zur größten Zufriedenheit und ist sicherlich bestimmt, in der Entwicklung der Bibliotheksbewegung bei uns noch eine große Rolle zu spielen.

Das kleine Städtchen Zwittau in Mähren mit circa 8000 Einwohnern besitzt die größte und am besten eingerichtete Volksbibliothek Mitteleuropas; sie verdankt die Errichtung und Fortführung derselben einem ihrer nach Amerika ausgewanderten und dort reich gewordenen Bürger, Ottendorfer mit Namen. Die Bibliothek besitzt ein eigenes, praktisch und behaglich eingerichtetes Gebäude mit großen Lese- und Vortragssälen; ihr Bücherbestand betrug am 30. Oktober 1898 13480 Bände, wovon auf Romane und Erzählungen 5217 Bände entfielen. Eingeschriebene Theilnehmer waren am 30. Oktober 1898 2430 Personen, welche im Berichtsjahr 53341 Bücher entlehnten. Es kommen also auf jeden Theilnehmer 22 oder auf den Kopf der Bevölkerung circa 7 Entlehnungen pro Jahr — eine Ziffer, die vom dritten Lebensjahr der Bibliothek an ziemlich konstant geblieben ist. Auf Romane und Erzählungen entfielen 57,31 Prozent aller Entlehnungen. Das Lesezimmer wurde von 22327 Personen, darunter 3235 weiblichen, besucht. — Ganz nach dem Muster der englischen und amerikanischen Bibliotheken werden aus den vorhandenen Bücherbeständen Wanderbibliotheken, gewöhnlich 50 bis 60 Bände, nach Bedürfniß auch mehr, gebildet und auf die umliegenden Dörfer geschickt, wo sie von den betreffenden Lehrern verwaltet werden und etwa drei Wochen verbleiben. Im Berichtsjahr 1897/98 wurden auf diese Weise in 16 Landgemeinden 10415 Bände entlehnt. Bedenkt man, daß die Bevölkerung auf dem Lande in den Sommer- und Herbstmonaten an die Feld-, Ernte- und Wirthschaftsarbeiten ihre ganze Zeit und Kraft wenden muß und Neuem überhaupt schwer zugänglich ist, so wird man auch dieses Resultat als ein sehr gutes bezeichnen müssen. Jedenfalls können die Erfolge der Zwittauer Bibliothek all den Kommunalverwaltungen, die mit dem so bequemen Argument des mangelnden Bedürfnisses sich der Errichtung von gut ausgestatteten Volksbibliotheken und Lesehallen widersetzen, als ein schlagender und glänzender Gegenbeweis entgegengehalten werden. Denn nur einem Zufall

verdankt Zwittau, ein Landstädtchen wie tausend andere, seine Bibliothek, und vom ersten Jahre des Bestehens an wird diese der Mittelpunkt für die geistige Anregung aller Klassen der Bevölkerung!

In allerjüngster Zeit hat auch bei uns in Deutschland die Bewegung etwas Fortgang genommen. In Berlin sind seit vorigem Jahre zwei Volksbibliotheken mit ganz neuen Bücherbeständen versehen und — ein großer Fortschritt — in Verbindung damit zwei Lesesäle eröffnet worden, die Abends von 6 bis 9 Uhr Jedermann offen stehen und regsten Zuspruch finden. Immerhin wird Berlin jahrzehntelanger emsiger Arbeit und Bereitstellung ganz anderer Mittel als bisher bedürfen, um die Leistungen englischer Provinzialstädte zu erreichen. Möchte es dem Andrängen und den Bemühungen der sozialistischen Gemeindevertreter bald gelingen, in unseren Kommunalverwaltungen dem Grundsatz zum Durchbruch zu verhelfen, daß die Errichtung und Unterhaltung leistungsfähiger öffentlicher Bibliotheken mit Lesehallen nicht minder Gemeindepflicht ist, als die Aufwendungen für die zahlreichen Einrichtungen des öffentlichen Lebens, die heute bereits ganz allgemein von den Gemeinden unterhalten werden. Dann erst wird Deutschland in die Lage kommen, den Leistungen nachzueifern, welche die Länder mit englischer Umgangssprache auf diesem wichtigen Kulturgebiet bereits aufweisen. H. H.

Eine praktische Frage.

Von Giovanni Lerda.

Bei einigen der letzten Arbeitseinstellungen in Deutschland haben sich zwischen einheimischen und italienischen Arbeitern in verkleinertem Maßstab die Vorgänge von Aigues Mortes und Zürich wiederholt: man sieht im Italiener den Konkurrenten, der dem Kapital die Mittel liefert, um die Löhne zu drücken, der die Erfolge jahrelanger Mühe und Organisationsarbeit vereitelt, und die Arbeiterschaft, vor Allem die organisirte Arbeiterschaft, wendet sich gegen ihn mit Haß und Verachtung, als gegen den, der zum Verräther an seiner eigenen Sache wird. Der den Italienern gemachte Vorwurf ist nur allzu verdient, aber die blutigen Konflikte, zu denen es gekommen ist, schädigen die gerechte Sache nur, wie jede Gewalt und Rohheit sie schädigt, ohne im besten Falle zu etwas Anderem zu führen, als zu einer vorübergehenden Besserung. Aus Furcht vor einer Wiederholung der Züricher Ereignisse vom Jahre 1894 legte die italienische Regierung ihr Veto ein, als während des Hamburger Hafenarbeiterstrikes die Unternehmer einen Agenten nach Genua sandten, um tausend italienische Arbeiter zu werben, die für die Strikenden eintreten sollten. Zu einem solchen Massenexport von Strikebrechern hatte man den Muth verloren, und man könnte es als eine heilsame Folge der Züricher Exzesse bezeichnen, wenn nicht auf der Hand läge, daß ein Regierungsverdikt außer Stande ist, die Auswanderung der Arbeitskräfte aus einem Lande zu verhüten, das ihnen weder Arbeit noch Brot geben kann. Wenn nicht schaarenweise und auf Anregung von Unternehmern, so werden sie doch einzeln vom Mangel ins Ausland getrieben, und dies langsame Einsickern für die organisirte Arbeiterschaft schädlicher Elemente kann kein Terrorismus verhindern.

Italien ist ein agrikoles Land, aber seine Landwirthschaft ist so grenzenlos heruntergekommen, das Elend unter den Arbeitern so groß, daß alljährlich Tausende von ihnen den industriellen Zentren zuströmen und ihre Arbeit um jeden

Preis feilbieten. Das Land wirft dem Besitzer nur 1, höchstens 2 Prozent ab, wenn es nicht etwa, wie das oft geschieht, dank der bis zu 50 Prozent des Einkommens betragenden Steuer, geradezu passiv ist, und gewährt dem Arbeiter nur ein Leben der Noth, der Ueberarbeit und Verrohung. So ziehen sich Kapital und Arbeit von der Landwirthschaft zurück, und dieses Verlassen des Grund und Bodens, dem wir es danken, daß Italien alljährlich für 200 Millionen ausländisches Getreide kaufen muß, bringt auf den Geldmarkt Kapitalien, die in einer für die Oekonomie des Landes nutzlosen oder gar schädlichen Weise angelegt werden, während es auf den Arbeitsmarkt Tausende wirft, die um jeden Preis und unter allen Bedingungen Arbeit suchen. Bedenkt man, daß ganze Familien von Pächtern oder Halbpächtern, Familien von zehn Personen, von denen so ziemlich Alle arbeiten, es auf ein Jahreseinkommen von 1000 Lire bringen, so begreift man, daß diese Landarbeiter, die der Boden nicht mehr nährt, dem industriellen Arbeiter der Städte das sind, was der Italiener dem Proletariat der anderen Länder, man begreift die Hungerlöhne, die er in Italien erhält und mit denen er sich auch im Ausland zufrieden giebt. Industrie und Handel können die beständige Fluth vom Lande nicht absorbiren, es fehlt ihnen in Folge der übermäßigen Steuerlast und verschiedener anderer Ursachen zu sehr an Vitalität. Wir haben daher eine faktisch so gut wie rechtlose, auf das Unmenschlichste ausgenützte Arbeiterschaft, und neben ihr eine Schaar ohne alle Existenzmittel, der es in dem Lande, das man den Garten Europas genannt hat, an einem Stück Brot fehlt, um den Hunger zu stillen, und die zu Bettlern und Landstreichern werden, zu Werkzeugen der politischen und wirthschaftlichen Tyrannei in den Händen der Besitzenden, oder auswandern und ihren Fleiß und ihre Ausdauer ins Ausland tragen und mit ihnen ihren blinden animalischen Egoismus, den Egoismus dessen, dem um die Handvoll Speise bangt, die ihn vor dem Verhungern rettet. Was kann die Abschreckungsmethode à la Zürich und Aigues Mortes gegenüber solchen Zuständen? Die Kraft, mit der Italien einen großen Theil seiner Söhne von sich stößt, kann wahrlich nicht durch die Exzesse der ausländischen Arbeiterschaft paralysirt werden. Wer am Verhungern ist, der läßt sich nicht so leicht abschrecken.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Italiener, wie die Polacken und Böhmen, wie alle, die die Löhne drücken und die Gewerkschaften schädigen, der Gunst des Kapitals und der herrschenden Klasse in der Regel sicher sein können, denn auf dem Gebiet der Interessen haben Strömungen von nationaler Antipathie, wie die, welche sich jetzt gegen die Italiener fühlbar macht, nur ein kurzes Leben. Wo man heute Arbeiter entläßt, um der öffentlichen Meinung genug zu thun, wird man sie morgen rufen, wenn billige Hände gebraucht werden.

Die Partei und die Gewerkschaften haben nur allzu sehr Ursache, diesem Zufluß fremder Elemente, die kein Band der Solidarität bindet, mit Sorgen zuzusehen. Der Haß gegen den, den man für einen Verräther hält, ist selbstverständlich, Ausschreitungen und Exzesse gegen ihn sind, wenn nicht entschuldbar, so doch erklärlich. Aber doch, meine ich, sollte man vom sozialistischen Arbeiter so viel Nachdenken und so viel Selbstzucht verlangen können, daß er nicht blindlings einem, wie gesagt, an sich begreiflichen Instinkt des Hasses folgt. Kann man von dem unwissenden italienischen Ackerknecht, der sich mittel- und hilflos im fremden Lande findet, erwarten, daß er sich mit seinen neuen Arbeitsgefährten, deren Sprache, deren Lebensansprüche und Bedürfnisse er nicht kennt, die oft mit Verachtung auf ihn herabblicken, solidarisch fühle, sich des Stückes Brot beraube, das er mit schwerer Arbeit verdient, alle Noth und Gefahr eines Strikes auf

sich nehme, wenn man sich nicht einmal die Mühe giebt, ihn über den Sinn und Zweck dieses Strikes aufzuklären? Ehe er von dem prinzipiellen, von dem Klassencharakter des Lohnkampfes einen wenn auch undeutlichen Begriff hat, wird er glauben, völlig im Rechte zu sein, indem er arbeitet, um zu verdienen, genau so sehr im Rechte, wie die Anderen, die striken in der Hoffnung, dadurch später mehr zu verdienen. Für ihn ist das nur eine Interessenfrage und kann nichts Anderes sein. Wo sollten diese Menschen, die in Noth und Mühe dahinleben, schlechter genährt, mehr überarbeitet als das Vieh, eine andere Auffassung hernehmen? Es ist Sache der organisirten, der klassenbewußten Arbeiterschaft, sie zu einer anderen Auffassung zu erziehen. Die Propaganda soll doch wahrlich nicht an den Grenzen der Nation Halt machen! Das wirkliche Hemmniß liegt hier auch nicht in der nationalen, sondern in der sprachlichen Verschiedenheit, die den unbeabsichtigten, ja unbewußten Einfluß des Gesprächs, der Diskussion ausschließt. An seine Stelle muß eine systematische, planmäßige Propaganda treten, die dem Heimathlosen die Sprache seiner Heimath spricht, die sein Mißtrauen — das Mißtrauen des Verfehmten, des Paria — zu zerstreuen weiß, die vor seiner Rohheit nicht zurückschreckt und seiner Unwissenheit nicht spottet. Eine solche Propaganda müßte in ihm das Klassenbewußtsein wecken, ihm das Ideal des gemeinsamen, für Alle unternommenen Handelns, für Alle ausgehaltenen Duldens lehren.

Man glaube nicht, der italienische Arbeiter sei diesen Idealen unzugänglich. Man denke an die Ausstände im Bolognesischen, namentlich an den Strike von Molinella, wo die Frauen dutzendweise ins Gefängniß wanderten, wo sie Gras und Erde aßen, ohne nachzugeben, man denke an den Wahlkampf von Cossato und ähnliche Ausdrücke proletarischen Opfersinns. Der Sinn für Organisation und Korporation fehlt im Volke nicht, wie hätte sonst die Regierung nach den Mai-Ereignissen über 3000 Arbeitervereine, Hilfskassen, Bildungsvereine 2c. auflösen können. Die Thatsache allein, daß es in Italien immer noch Menschen zu verhaften, zu verurtheilen und zu deportiren giebt, beweist, daß die Fähigkeit im Volke vorhanden ist, allgemeine Interessen über die persönlichen zu stellen. Was in Italien fehlt, ist die Freiheit und somit die Mittel, den neuen Ideen Ausbreitung zu verschaffen, und dieser Mangel macht sich um so fühlbarer, als in Italien die am leichtesten organisirbare Arbeiterklasse, die der industriellen Arbeiter, im Verhältniß zu der der Landarbeiter nur klein ist.

Und das, was die Heimath nicht gethan hat, muß das Ausland nachholen, und zwar verweist die Partei und die Gewerkschaften das Interesse an den Errungenschaften der eigenen Organisation darauf, die fremden Arbeiter zu organisiren. Es ist dies die einzige Maßnahme, die praktische Erfolge verspricht, und sie hat außerdem den Charakter einer eminent sozialistischen Aufgabe. In der Schweiz ist den anderen Ländern hier schon das Beispiel gegeben worden, was sich aus den freien Institutionen des Landes wie aus der großen Bedeutung erklärt, die die italienische Arbeitskraft hier hat. In der Schweiz, die nicht mehr als drei Millionen Einwohner hat, finden alljährlich gegen 100000 Italiener Arbeit, hauptsächlich im Baugewerbe und für Erdarbeiten; in Zürich zählt man bei nicht viel über 100000 Einwohnern während neun Monaten des Jahres gegen 12000 italienische Arbeiter, ebenso viel in Basel, 8000 in Genf u. s. w. Hier hat also die italienische Konkurrenz längst andere Dimensionen angenommen, als in irgend einem anderen Lande, vielleicht mit Ausnahme von Südfrankreich, und die Konflikte haben auch hier, trotz der Gesittung der heimischen Bevölkerung, die schärfsten Formen angenommen. Aber in der Schweiz war der Terrorismus

nur eine Phase, aus der man freilich noch nicht ganz herausgekommen ist. Ueber die Art und Weise, wie man sie zu überwinden sucht, giebt folgende, am 10. Oktober 1897 in einer Versammlung der italienischen Arbeiter gefaßte Resolution den besten Aufschluß:

> „Die sozialistische Sektion der Italiener in Bern beschließt in Hinblick auf die wachsende Mißstimmung gegen die Italiener, wegen der bedauernswerthen Wiederholung von Gewaltthätigkeiten im Stadtviertel der Sänggasse, die Schweizer Genossen aufzufordern, mit ihnen gemeinsam eine energische Agitation zu unternehmen, um durch öffentliche Versammlungen und Vorträge in beiden Sprachen die Gefahr eines wachsenden Antagonismus unter der Arbeiterschaft und ernster Unruhen und Konflikte zu beschwören; sie beschließt ferner, die Gründung von Fortbildungsvereinen und Unterrichtskursen anzuregen und mit allen Mitteln, die am zweckmäßigsten scheinen, durch eine allmälige Hebung der sittlichen Bedingungen die Bande der Solidarität zwischen den Arbeitern der beiden Länder zu stärken.“

Diese Resolution giebt in wenigen Worten die Kriterien wieder, die der seit 1894 begonnenen Arbeit zu Grunde lagen. Italienische Genossen haben es unternommen, die zerstreuten, vereinzelten Proletarier zu sammeln, die als Messerhelden und Raufbolde verschrieenen Individuen zu disziplniren, die Zerstörer der Organisation zu organisiren: das Grauen vor der Vereinsamung, das den Armen überfällt, losgelöst von der Heimath und von Allem, was ihm lieb und vertraut ist, unterstützte sie dabei. Zunächst sammelte man sie um das Symbol der gemeinsamen Sprache und Nationalität, dann wandten sich diese Gruppen praktischen Zielen zu, der Fortbildung, der gegenseitigen Unterstützung, dem gemeinsamen wirthschaftlichen Kampfe, und schließlich konnte man zur Darlegung und Diskussion der Prinzipien übergehen, sozialistische Sektionen gründen, die natürliche Anziehungspunkte für alle italienischen Arbeiter und Zentren reger Propaganda sind. Ein gutes Stück Arbeit ist heute schon gethan durch die aufopfernde Thätigkeit von Genossen, die als politische Flüchtlinge Italien verlassen hatten und von denen es billig ist, den Namen Vergnaninis hervorzuheben, dem das Hauptverdienst der Organisation zufällt. Es giebt jetzt in der Schweiz mehr als vierzig solcher Sektionen, die untereinander und mit einem gemeinsamen Mittelpunkt verbunden sind und die „Schweizer sozialistische Partei italienischer Sprache“ bilden, mit einem Parteivorstand, einer gemeinsamen Kasse für die Propaganda, einer eigenen Zeitung und seit Kurzem auch einer Buchhandlung für die Veröffentlichung und Verbreitung sozialistischer Schriften. Einige Sektionen, wie die Genfer, haben ein Lokal mit Volksküche, deren Reinertrag für die Propaganda verwandt wird, ebenso ihr eigenes Theater. Daneben versucht man, die italienischen Arbeiter als Mitglieder der Gewerkschaften zu gewinnen und gründet, um die Schwierigkeiten der Sprache auszuscheiden, besondere Sektionen italienischer Zunge, die von den Schweizer Gewerkschaften abhängen. Es ist dies eine Annäherungsarbeit, an der italienische und Schweizer Sozialisten gemeinsam thätig sind und die bei dem vorjährigen Kongreß der „Schweizer Sozialisten italienischer Zunge“, der im Juli in Bern stattfand, durch die Resolution gekrönt wurde, besondere Versammlungen einzuberufen, um die italienischen Arbeiter zum Eintritt in die Schweizer Gewerkschaften aufzufordern. Der Kongreß nahm als selbstverständlich an, daß für einen Arbeiter der erste Schritt zum Sozialismus in dem Anschluß an eine wirthschaftliche Organisation besteht, ja, er erklärte von nun an die Bildung politischer Sektionen *ohne* wirthschaftliche Basis, wie sie die sozialistische Partei Italiens seit dem Kongreß von Florenz anerkennt, für

unrichtig und trat in Sachen der beruflichen Organisation den Statuten des Gewerkschaftsbundes bei.

Gewiß ist alles dies noch in den Anfängen. Doch sei daran erinnert, daß die meisten der italienischen Arbeiter in der Schweiz nur Saisonarbeiter sind und als solche in der Regel nicht den Berufsvereinen beitreten. Die Thatsache, daß im Baugewerbe, das zu 90 Prozent in Händen der Italiener ist, die Tarife im Allgemeinen durchgeführt werden, läßt es wahrscheinlich erscheinen, daß die in der Schweiz wohnenden und gewerkschaftlich organisirten Arbeiter das Rückgrat abgaben für die fluktuirende Immigration. Wichtig ist, daß die politischen wie die wirthschaftlichen Vereine nicht nur während der Saison, sondern auch im Winter existiren und die Schaaren von Arbeitern, die jeder Frühling bringt, sich um Rath und Beistand dahin wenden können. Freilich wird immer nur ein Bruchtheil derer, die in die Bewegung eintreten, wirklich zum Sozialismus erzogen. Bei der harten Arbeit, die die Meisten verrichten, und bei dem meist kurzen Aufenthalt ist ein tiefgehender Einfluß oft unmöglich. Aber viele Gewissen werden aufgerüttelt, Vielen die Augen geöffnet, und der Kontrast zwischen dem freien Regime der Schweiz, zwischen den dortigen Arbeitsbedingungen, die dem Arbeiter auch nicht kampflos in den Schoß gefallen sind, und italienischen Zuständen muß dem schlichten Verstand zu denken geben und in ihm die Idee einer anderen politischen und wirthschaftlichen Gerechtigkeit, als der in seinem Vaterland üblichen, aufkommen lassen. Und dieser Same muß Früchte tragen.

Es sei noch in Parenthese bemerkt, daß die Lage des Arbeiters, auch wenn er einer starken Organisation angehört, im Ausland stets kritisch ist. Widersetzt er sich einem Ausstand, der ohne die nöthigen wirthschaftlichen und moralischen Bedingungen unternommen wird, so ist er in der Regel außer Stande, seine Weigerung zu begründen, ohne als Strikebrecher, fremder Hungerleider ꝛc. verfehmt zu werden; tritt er dagegen in den Strike ein, so hat er alle Chancen, im Falle eines Mißerfolgs das erste Opfer zu sein. Kapitalisten und Polizei sehen im italienischen Arbeiter ihren natürlichen Handlanger und werden seinen Widerstand immer am strengsten ahnden. Die einheimischen Arbeiter selbst können nicht leicht vergessen, daß oft ohne seine Konkurrenz, ohne die Italiener, die das Arbeitsangebot vermehren, der Lohnkampf und seine Opfer gar nicht nöthig wären, und geben auch die zu ihnen stehenden Fremdlinge gerne preis, sehen mit Befriedigung, wie nach dem Strike die Polizei unter ihnen aufräumt. So haben z. B. die italienischen Arbeiter allein die Kosten des vorjährigen Genfer Ausstandes getragen. Sie waren da nicht, wie leider nur zu oft, die Spielverderber, sondern hielten sich musterhaft im Strike. Daher große Entrüstung in der Bürgerschaft, an der die Presse kräftig schürte, Verhaftungen und zahllose Ausweisungen; die organisirten einheimischen Arbeiter blieben mäuschenstill und erst als die Gemüther wieder beruhigt waren, schwangen sie sich zu einer Protestversammlung auf, die von ganzen hundert Menschen besucht wurde. Die italienischen Arbeiter hatten dem Ausstand zum Siege verholfen, aber dieser Sieg hatte ihnen nur das Odium der Bürgerschaft, Ausweisungen und Polizeichikane gebracht. So hatten sie die Kastanien aus dem Feuer geholt und wirklich nichts weiter davon gehabt, als verbrannte Hände. Dies Beispiel zeigt, daß nicht nur die italienischen Arbeiter zu erziehen wären. Freilich dürfen wir uns nicht verhehlen, daß diese Art von Konflikten nur bei einer hohen Entwicklung der wirthschaftlichen Erkenntniß und des proletarischen Klassenbewußtseins vermieden werden kann.

Was in der Schweiz geschehen ist, um die italienische Einwanderung in den elementaren Pflichten der Solidarität zu erziehen, kann in Deutschland, zum

Theile wenigstens, nachgeahmt werden und wird in der That nachgeahmt. Auch hier erscheint schon ein Gewerkschaftsblatt in italienischer Sprache („L'operaio italiano"), werden Versammlungen für sie abgehalten, italienische Genossen zur Propaganda herangezogen. Freilich kann man keine politischen Vereine, keine sozialistischen Sektionen gründen, man kann auch nicht die Leitung der Organisation italienischen Genossen anvertrauen, denen ein Ausweisungsdekret gar schnell den Heimweg zeigen würde, aber man kann durch Zeitungen und Broschüren in ihrer Sprache auf sie einwirken, eine Propaganda, die deutsche, italienischen Wesens und italienischer Sprache kundige Genossen thun müssen. Möge man dieser Arbeit nicht müde werden und auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten trotz der Opfer, die er kostet! Die Quelle des Uebels, die maßlose Verelendung Italiens, ist in absehbarer Zeit nicht zu verstopfen. Nur indem man dem italienischen Einwanderer die soziale Bildung und Erziehung gewährt, die ihm das Vaterland verweigert hat, wird man die traurigen Kämpfe zwischen Arbeiter und Arbeiter verhindern und die Zeit abkürzen, wo Italien mit seinem ungeheuren Ueberfluß an Arbeitskraft, dank der reaktionären Wuth seiner Bourgeoisie und der Unwissenheit seines Volkes, dem internationalen Kapitalismus Handlangerdienste thut gegen das organisirte Proletariat.

Der Kampf gegen das Halbzeitsystem in der englischen Textilindustrie.

Von **Eduard Bernstein.**

London, den 25. Februar 1899.

Eine vielumstrittene Frage wird in den nächsten Tagen im englischen Parlament zur vorläufigen Entscheidung kommen. Der liberale Abgeordnete Robson hat einen Antrag eingebracht, der das Zulaßalter für die Arbeit in den Fabriken zunächst vom elften auf das zwölfte, und nach Verlauf von drei Jahren auf das dreizehnte Jahr erhöhen will. Seine Annahme würde dem Halbzeitsystem in der englischen Textilindustrie ein Ende machen, denn es sind die Kinder unter dreizehn Jahren, für welche das Fabrikgesetz und das Unterrichtsgesetz vorschreiben, daß die Fabrikarbeit nur bestimmte Stunden pro Tag ($5^1/_2$ bis 6 Stunden) dauern darf und durch Schulunterricht ergänzt werden muß.

Nach mir gewordenen Mittheilungen ist anzunehmen, daß das Parlament die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, der von der Masse der organisirten Arbeiter Englands und allen Sozialisten lebhaft unterstützt wird, genehmigen wird.[1] Aber damit ist sein Schicksal noch nicht endgiltig entschieden. Zwischen der zweiten und dritten Lesung werden seine Gegner voraussichtlich alles Mögliche aufbieten, ihn zu Falle zu bringen, und zu diesen Gegnern zählen in erster Linie die Textilarbeiter von Lancashire. Ihre Opposition ist in diesem Falle schon deshalb am wichtigsten, weil sie allen anderen Gegnern des vorgeschlagenen Gesetzes die denkbar beste Deckung bietet, viele Leute aber, die sonst für dasselbe eintreten würden, zaudern oder sich gegen es erklären macht. Denn wer soll kompetenter sein, über seine Nothwendigkeit und Durchführbarkeit zu entscheiden, als die betheiligten Arbeiter selbst?

Wenn die Abstimmungen des Weberverbandes der nördlichen Grafschaften (die Organisation der englischen Baumwollweber) maßgebend sein sollten, so wäre

---

[1] Ist inzwischen geschehen. Die Redaktion.

allerdings eine Erhöhung der Altersgrenze für die Fabrikarbeit der Kinder durchaus verwerflich. Wie seinerzeit hier mitgetheilt („Neue Zeit", XVI, 2, S. 345/46), ergab eine am 16. November 1897 vorgenommene Abstimmung über diese Frage 79 959 Nein gegen nur 3429 Ja. Indeß handelte es sich damals um den Vorschlag, die Altersgrenze um vier Jahre — vom elften auf das fünfzehnte Altersjahr — heraufzusetzen, und so hielt ich mich zu der Annahme berechtigt, daß ein Vorschlag, die Grenze auf das dreizehnte Altersjahr zu normiren, ein dem Kinderschutz sehr viel günstigeres Abstimmungsresultat ergeben würde. In der That ist denn auch eine soeben wiederum vorgenommene Urabstimmung, wo die Frage auf Erhöhung um ein oder zwei Jahre gestellt war, etwas günstiger ausgefallen. Aber eben nur etwas günstiger. An sich ist die ablehnende Mehrheit auch diesmal außerordentlich groß. Es beantworteten die Frage:

1. Soll die Altersgrenze um ein Jahr erhöht werden? 7762 Ja — 69 343 Nein.

2. Soll die Altersgrenze um zwei Jahre erhöht werden? 5178 Ja — 73 121 Nein.

Selbst die Forderung, die Kinder unter zwölf Jahren aus der Fabrik fernzuhalten, fand darnach bei den direkt betheiligten Arbeitern je neun Gegner gegen einen Befürworter.

Diese erdrückende Gegnerschaft ist um so auffallender, als es sich heute in der englischen Baumwollindustrie faktisch um eine weit geringere Zahl von Fabrikarbeit leistenden Kindern handelt, wie Stimmen gegen deren Ausschluß aus den Fabriken abgegeben wurden. Nach dem letzten Bericht des britischen Arbeitsamts (1897) belief sich in ganz England und Wales die Zahl der Kinder unter dreizehn Jahren, die nur Halbzeitunterricht empfingen, insgesammt auf 119 747, wovon noch nicht die Hälfte, nämlich 54 491, dem Fabrikgesetz unterstanden.[1] Von diesen Letzteren kamen auf Lancashire 30 578, neben 35 930 Halbzeitlern, die außerhalb der Geltung des Fabrikgesetzes thätig waren. Da nun eine große Anzahl Halbzeitler weder Kinder von Textilarbeitern, noch in irgend einer Weise für die Baumwollindustrie thätig sind, heißt es schon ziemlich hoch greifen, wenn man im Ganzen die Zahl der direkt oder indirekt mit dieser verbundenen Halbzeitler auf 50 000 ansetzt. Damit aber bleibt man noch um nahezu ein Drittel hinter der Zahl der Stimmen zurück, die gegen jede Erhöhung der Altersgrenze für die Zulassung zur Fabrikarbeit abgegeben wurden.

Die Differenz erklärt sich aus dem Modus der Abstimmung. Der Weberverband hat nicht nur die erwachsenen Arbeiter, sondern auch die Kinder selbst an der Abstimmung theilnehmen lassen, so daß also eine Familie, in der der Vater, einige ganz oder halb erwachsene Kinder und ein „Halbzeitkind" in die Fabrik gehen, bis zu fünf oder sechs Stimmen abgeben konnte. Daß Eltern, die ihr Kind in die Fabrik schicken, gegen dessen Ausschluß aus derselben stimmen, ist selbstverständlich. Sie füllten also auch den Zettel des Kindes mit Nein aus. Desselbe thaten diejenigen Eltern von Halbzeitlern, die selbst anderen Berufen als der Textilbranche angehören. Es ist festgestellt, daß mehr als die Hälfte der jugendlichen Textilarbeiter Kinder von Angehörigen anderer Gewerbe sind.

Aus alledem geht hervor, daß die obigen Abstimmungszahlen, die ohnehin nur einen Bruchtheil der Weberbevölkerung von Lancashire repräsentiren, kein

[1] Das englische Unterrichtsgesetz von 1870 erlaubt, elfjährige Kinder, die eine Mindestzahl von Klassen der Elementarschule absolvirt haben, auf Verlangen der Eltern auf Halbzeitunterricht zu setzen. Von dieser Erlaubniß machen natürlich auch viele Eltern Gebrauch, die ihre Kinder nicht in Textilfabriken schicken, sondern anderweitig für sich arbeiten lassen.

genaues Bild darüber geben, wie das Verhältniß der erwachsenen Weber, die die Kinderarbeit beibehalten wollen, zu denjenigen erwachsenen Webern ist, die für ihre Abschaffung sind oder doch nichts gegen sie haben. Nur soviel muß als feststehend angenommen werden, daß die Ersteren die große Mehrheit bilden. Wäre eine starke Minderheit unter den Webern für die Erhöhung der Altersgrenze, so würde sie auf eine Form der Abstimmung gedrungen haben, die dies deutlich zum Ausdruck gebracht hätte, oder ihrer Gegnerschaft in Protestresolutionen Luft gemacht haben. Davon ist aber nichts laut geworden. Wenn geringer, als wie es nach den obigen Zahlen scheint, ist die ablehnende Mehrheit doch jedenfalls eine erdrückende. Die große Masse gerade der organisirten Weber wollen von der Abschaffung des Halbzeitsystems nichts wissen.[1] Die Gewerkschaft hat ihre Vertreter nach London geschickt, um in den Vorsälen des Parlaments die Abgeordneten nach Kräften gegen die Robsonsche Bill zu bearbeiten. Und wie die Weber, so stehen zu dieser Frage die Masse der Spinner und der Krempelraumarbeiter.

Fragt man, was die Arbeiter von Lancashire, die doch sicherlich nicht zu den unintelligentesten Arbeitern Englands gehören, mit solcher Hartnäckigkeit an dem System der Fabrikarbeit der Kinder festhalten läßt, so lauten die Antworten sehr verschiedenartig. Nach den Einen ist es engherzige Habgier, die sie blind macht gegen die Schäden, welche die frühzeitige Fabrikarbeit dem jugendlichen Körper zufügt. Nach Anderen treibt die Noth die Eltern dazu, ihre Kinder so früh in die Fabrik zu schicken, und wieder Andere bestreiten, daß die Halbzeitarbeit den Kindern überhaupt schade. Im Gegentheil, die Abwechslung von körperlicher und geistiger Arbeit sei ihrer körperlichen wie geistigen Entwicklung nur förderlich, während ein Verbot der Kinderarbeit entweder eine Verringerung der Löhne der Erwachsenen oder eine, Englands Konkurrenzfähigkeit schwer schädigende Vertheuerung der Produktion zur Folge haben würde. Zudem müsse die Arbeit frühzeitig erlernt werden, wenn die Finger die nöthige Fertigkeit für die Behandlung der feineren Garne erlangen sollten, welche England produzire.

Wie gewöhnlich bei solchen Fragen, ist keine der Antworten völlig aus der Luft gegriffen, enthalten sie alle partielle Wahrheiten.

So ist es z. B. eine von allen Kennern der Verhältnisse bestätigte Thatsache, daß der Erwerbssinn unter der Arbeiterschaft Lancashires außerordentlich entwickelt ist. Erwerben sollst du, sollst erwerben, scheint das Motto in der Masse der Arbeiterfamilien der einst so gegen den Kapitalismus rebellischen Grafschaft. Was nur erwerbsfähig ist, geht in die Fabrik, so daß das Kollektiveinkommen der Familie pro Woche oft mehr als fünf Pfund Sterling beträgt. Ob da das eine Kind, das bei der Heraufsetzung des Halbzeitalters, wie sie jetzt vorgeschlagen ist, jedesmal nur in Frage kommen kann, seine drei Schillinge die Woche (dies der Durchschnittslohn der Halbzeitler) zum Familieneinkommen beiträgt oder nicht, würde an deren Lebenshalt nur wenig ändern. In solchen Fällen ist es also nicht die materielle Noth, in der wir die Ursache der Kinderarbeit zu suchen haben. Vielmehr ist es da, wie sich ein Mitarbeiter der liberalen „Daily News“, der die Frage an Ort und Stelle gerade untersucht hat, in einer vortrefflichen Broschüre ausdrückt: „die zum Laster ausgewachsene Tugend der Sparsamkeit“, welche die Kinder in die Fabriken treibt.

---

[1] Was die Kinder selbst anbetrifft, so untersteht es keinem Zweifel, daß sie auch freiwillig wie ihre Eltern gestimmt haben würden. Ihre Auffassung ist durch die Tradition beherrscht.

„Dem Außenstehenden", schreibt er, „müssen die Eltern in Lancashire als Muster von Habgier erscheinen, daß sie ihre Kinder so früh in die Fabrik schicken. Aber das ist durchaus irrig. Ich glaube nicht, daß auch nur in einem Zehntel der Fälle irgendwie bewußte Selbstsucht vorliegt. Es ist durchgängig Blindheit, wie eine verderbliche Gewohnheit sie erzeugt. Viele der Eltern haben im Alter von acht Jahren zu arbeiten angefangen. Gar manchen von ihnen erscheint daher die jetzige Beschränkung auf das elfte Jahr als großmüthiges Zugeständniß und der Vorschlag, sie auf das zwölfte Jahr zu erhöhen, als nahezu utopisch." („The Children's Labour Question". Verlag der „Daliy News".)

Die Fälle, wo wirkliche Armuth zur Fabrikarbeit der Kinder nöthigt, sind verhältnißmäßig gering. Unter 2300 Halbzeitlern, deren Familienverhältnisse der Kommissar der „Daily News" ermittelt hat, befanden sich im Ganzen nur 66 Kinder, die keinen Vater mehr hatten. Umgekehrt stellte sich bei Nachfrage in sieben Volksschulen in Burnley und Bolton heraus, daß von 115 Kindern im Halbzeitalter, die den Vater verloren, gerade der fünfte Theil Halbzeitler waren, ein sehr viel geringerer Prozentsatz als bei den Kindern verhältnißmäßig gut gestellter Arbeiter. Ganz abgesehen davon, ob die Geringfügigkeit des Verdienstes der Eltern überhaupt eine Entschuldigung für die Fabrikarbeit so junger Kinder sein darf, ist sie in der Mehrheit der Fälle keineswegs die unmittelbare ökonomische Ursache. Die Löhne der Textilarbeiter sind in Lancashire und Yorkshire sicherlich nicht hoch und die der Weber sogar *sehr* niedrig, aber das Familieneinkommen ist in der Regel ein auskömmliches. Der Vorsteher einer Volksschule in Great Horton (Yorkshire) hat über die Einkommensverhältnisse der Familien der seine Schule besuchenden Halbzeitler genauere Nachforschung gehalten und gefunden, daß das Durchschnittseinkommen sich auf 3 Pfund (60 Mk.) weniger 3 Pence pro Woche stellt.

Hier die ersten zwanzig der komplet ermittelten Zahlen:

Alter des Kindes	Beschäftigung des Vaters	Wochen-einkommen des Vaters	Wochen-einkommen der Familie	Beschäftigung des Kindes	Lohn des Kindes
		Schilling	Schilling		Schilling
12 Jahre	Schaffner	30,0	42,6	Spinngehilfe	3,6
12 „	Aufseher	26,0	55,6	Abnehmer (der Spulen 2c.)	3,0
12 „	Aufseher	26,0	29,6	Spinngehilfe	3,6
11 „	Metallarbeiter	32,0	68,6	Spinngehilfe	2,6
12 „	Laternanzünder	20,0	75,0	Feger	2,0
12 „	Ziegeleiarbeiter	25,0	45,0	Feger	2,0
12 „	Kettenzurichter	35,0	68,3	Spinngehilfe	3,9
12 „	Färber	36,0	48,0	Spinngehilfe	4,0
12 „	Zwirner	30,0	69,0	Spinngehilfe	4,0
12 „	Metallarbeiter	32,0	107,0	Spinngehilfe	6,0
12 „	Färber	36,0	97,0	Abnehmer	3,6
12 „	Kettenzurichter	35,0	109,6	Aufsetzer	4,0
13 „	Wollensortirer	30,0	77,0	Spinngehilfe	6,0
12 „	Straßenfeger	26,0	37,6	Putzer	3,0
12 „	Kutscher	22,0	25,3	Abnehmer	3,3
11 „	Kutscher	22,0	65,3	Anknüpfer	1,9
12 „	Maschinenbauer	40,0	78,6	Binder	2,6
12 „	Zwirner	30,0	77,9	Abnehmer	1,9
11 „	Polirer	28,0	31,6	Abnehmer	3,6
12 „	Packer	30,0	42,6	Abnehmer	4,0

In nur zweien dieser Fälle könnte davon die Rede sein, daß der Ausfall des Verdienstes der Halbzeitarbeit das Einkommen der Familie ernsthaft beeinträchtigen würde.

Die andere Seite der Bedürfnißfrage, soweit es sich um die Halbzeitler handelt, ist die ihrer Nothwendigkeit oder Entbehrlichkeit für die Industrie. Auf den ersten Blick scheint sie dadurch entschieden, daß man fast überall in den Textilfabriken des Festlandes ohne Halbzeitkinder auskommt. Indeß ist es bekannt, daß die englischen Spinnrahmen durchschnittlich erheblich größer sind als die festländischen, und daß England das feinste Garn spinnt und verwebt. Es könnte also immer noch für England die Kinderarbeit eine Lebensfrage seiner Textilindustrie sein.

Das behaupten denn auch die Vertheidiger des Systems, darunter ein Theil der Gewerkschaftsvertreter. Auf einer Konferenz zwischen dem Zentralkomite des Weberverbandes und Parlamentsmitgliedern, die am 23. Februar im Westminster Palace Hotel in London stattfand, erklärte der Vertreter der Arbeiter für Padiham (Lancashire), „man solle doch nicht vergessen, daß England in der Konkurrenz mit dem Weltmarkt immer größere Geschicklichkeit und Intelligenz für die feineren Gewebe nöthig habe, und die könnten nur durch frühzeitiges Arbeiten in der Fabrik erworben werden. Im Interesse der Industrie und der Arbeiter selbst warne er vor der vorgeschlagenen Heraufsetzung des Alters" („Daily News", 24. Februar 1899). Ein anderer Arbeiter, der Delegirte für Darwen, hob gleichfalls den erzieherischen Werth der Arbeit in der Fabrik hervor und bemerkte weiter, durch Erhöhung des Zulaßalters für die Kinder schaffe man ein neues Uebel: die Vermehrung der Zahl der Mütter, die in die Fabriken gehen. Die Halbzeitarbeit der Kinder sei das kleinere Uebel.

Aber ebenso entschieden, wie diese Arbeiter die Arbeit der Kinder für unentbehrlich erklären, erklären verschiedene Fabrikanten sie für durchaus entbehrlich. In Bolton sind bei der Abstimmung unter den Arbeitern 80 Prozent der Stimmen gegen die Heraufsetzung der Altersgrenze abgegeben worden (1176 von 1402), aber der liberale Abgeordnete für Bolton, Mr. G. Harwood, der selbst Fabrikant ist, ist einer der eifrigsten Vorkämpfer für die Erhöhung und läßt seit Jahren keine Halbzeitler mehr in seiner Fabrik zu. Eine gleiche Stellung nimmt der konservative Abgeordnete für Bury und mehrfache Fabrikbesitzer, Mr. J. Kenyon, ein, während in seinem Wahlort nahezu 90 Prozent der in der Urabstimmung der Arbeiter abgegebenen Stimmen (1819 von 2067) gegen die Erhöhung des Zulaßalters lauteten. Aehnlich der Spinnereibesitzer und konservative Abgeordnete Houldsworth, der einen Bezirk von Manchester vertritt. Mr. Kenyon, der Spinnerei und Weberei praktisch betreibt, behauptet, die große Masse der Fabrikanten stehe theils auf seiner Seite, theils seien sie in der Frage indifferent. Nur eine Minderheit wehre sich mit Händen und Füßen — gegen die Reform.

Nun wäre die Indifferenz der Fabrikantenmehrheit solange in dieser Frage wenig beweiskräftig, als die Arbeiter selbst mit so großer Leidenschaft die Protestbewegung führen. Indeß ist die Erscheinung doch damit nicht abgethan. Es fragt sich, ob nicht tiefere Gründe vorliegen, die so viele Fabrikanten einer Reform sich freundschaftlich oder gleichmüthig gegenüberstellen lassen, welche die Masse der betheiligten Arbeiter heftig bekämpfen. Und einige Thatsachen weisen denn auch wirklich auf solche Gründe hin.

Zunächst ist es ziemlich sicher, daß die Rückwirkungen des Ausfalls der Halbzeitlerarbeit bis auf Weiteres die Arbeiter mehr treffen würden als die Fabrikanten.

Die Kinderarbeit in der englischen Textilindustrie ist in jeder Hinsicht Schwitzarbeit. Es ist nicht der Fabrikant, sondern der Arbeiter — der Spinner oder der Weber —, der den jugendlichen Arbeiter engagirt und bezahlt.

Was die Spinnerei betrifft, so ist in der Baumwollindustrie der Spinner heute mehr ein Zwischenmeister oder Werkführer, als ein Lohnproletarier. Er hat zwei große Spinnstühle zu besorgen und steht im Stücklohn, von dem er seine Hilfsarbeiter bezahlt. Diese bestehen, wie der langjährige Führer der Spinner von Lancashire, James Mawdsley, dem Vertreter der „Daily News" auseinandersetzte, in der Regel aus einem „Neben-Anknüpfer", der ein volle Zeit arbeitender Bursche ist, und zwei kleinen Halbzeit-Anknüpfern. „Nun würde es auf den ersten Blick scheinen", setzt Mawdsley, der persönlich für die Erhöhung des Zulaßalters um ein Jahr ist, hinzu, „daß ein volle Zeit arbeitender Anknüpfer dasselbe ist wie zwei kleine Halbzeitler. Das ist aber nicht ganz richtig. Viele Jungen treten als Halbzeit-Anknüpfer ein, die gar nicht daran denken, beim Geschäft zu bleiben und vom Seiten-Anknüpfer zum Spinner aufzusteigen. Sie sind reine Wandervögel. Sie kommen als Halbzeitler und flattern dann zu einem anderen Gewerbe über. Aber wenn ein Bursche als Vollzeit-Anknüpfer arbeitet, dann bleibt er und erwartet, erst Neben-Anknüpfer und dann Spinner zu werden. Dies bedeutet, daß alsdann (d. h. wenn die Halbzeitarbeit verboten würde) an der Stelle des einen Burschen, der darauf rechnet, Spinner zu werden, alsdann zwei da sein werden — der kleine Vollzeit-Anknüpfer und der Neben-Anknüpfer — und daß auf diese Weise die Erhöhung des Alters der Halbzeitler eine nachtheilige Wirkung für den Spinner haben kann."

Wenn diese Darlegung richtig ist, und es liegt gar kein Grund vor, die Worte des wegen seiner derben Offenheit bekannten Mawdsley zu bezweifeln, so wäre mit ihr die vollständige Erklärung gegeben, warum in der Baumwollspinnerei die Fabrikanten sich zur Erhöhung des Zulaßalters der Kinder gleichmüthiger stellen wie die Arbeiter. Die Ersteren hätten dabei kaum zu verlieren, wenn nicht gar zu gewinnen, die Letzteren dagegen sehen ihre heute so starke Position sehr ernsthaft bedroht. Die Kinderarbeit dient darnach, so widerspruchsvoll dies dem Fernstehenden klingen muß, zur Zeit gerade dazu, die Arbeitskonkurrenz der Erwachsenen in der Spinnerei *niederzuhalten*. Sie läuft faktisch auf eine *Beschränkung der Lehrlingszahl* hinaus. Die Spinner halten nominell den Zugang zu ihrem Gewerbe weit offen, aber der Umstand, daß ein bestimmter Prozentsatz von Kindern als Vollzeitler zurückbehalten werden, bewirkt, daß die Konkurrenz unter den Erwachsenen eine mäßige bleibt. Es ist bekannt, daß die erwachsenen Anknüpfer heute meist geduldig warten, bis durch Rücktritt eines Spinners die Stelle eines solchen frei wird. Wäre ihre Zahl aber proportionell größer, als sie heute ist, so würde für den Einzelnen die Aussicht, es auf diese Weise zum Spinner zu bringen, immer geringer werden, und so die Spinner ihrem Andrängen gegenüber einen schwereren Stand haben. Denn der erwachsene Arbeiter geht natürlich nicht so leicht zu einem anderen Gewerbe über als der Halbzeitler, der eben erst in das Alter des Vollzeitlers tritt. Für die Masse der Halbzeitler dagegen heißt der frühe Eintritt in die Fabrik durchaus nicht die Anlernung zu jener außergewöhnlichen Geschicklichkeit, die der Spinner, wie es heißt, nur dann erwirbt, wenn er mit dem frühesten Alter beginnt, sondern zwei Jahre Arbeit, die für ihren späteren Lebensberuf von keinem besonderen Nutzen sind.

Nicht ganz so wie in der Spinnerei liegen die Dinge in der Weberei. Die Fabrikweber (zu zwei Dritteln Frauen und Mädchen) sind bei Weitem nicht in der günstigen Lage des Spinners. Aber wie er arbeiten sie im Stücklohn und

verdienen um so mehr, je mehr Stühle sie bedienen. Bei glatter, einfacher Waare übernimmt der Weber bis zu sechs, bei gemusterter bis zu vier mechanische Stühle. Die kann er aber nur beherrschen, wenn er eine Hilfskraft hat, und diese stellt ihm der Halbzeitler (hier meist Mädchen). Das Kind, „Tenter" genannt — von Attender, Hilfsperson, abgekürzt — hat in erster Reihe die Fäden der Ketten zu überwachen und, wo solche reißen, schnell einzuspringen und die Enden zusammenzudrehen. Außerdem muß es beim Reinigen der Stühle helfen, wo ihm namentlich die Arbeit zufällt, die mit kleineren Bürsten verrichtet werden kann. Wird nun die Halbzeitarbeit verboten, so verlieren die meisten Weber ihre „Helfer" und können fortan um so viel weniger Stühle bedienen. Für dieselbe Arbeit würden also hier mehr erwachsene Personen gebraucht werden, und wahrscheinlich darauf bezog sich die Bemerkung des Delegirten für Darwen, daß Verbot der Kinderarbeit Vermehrung der Fabrikarbeit der Mütter hieße. Daß diese Vermehrung der Arbeitsgelegenheit für Erwachsene erhöhte Löhne denselben bringen werde, scheinen die Weber bei der Lage des Weltmarkts und der Natur der Konkurrenz, mit der England auf seinen östlichen Märkten zu rechnen hat, nicht zu erwarten, dagegen wird befürchtet, daß die Arbeit ohne „Helfer" sehr viel abspannender sein werde, selbst wenn der Weber im Verhältniß weniger Stühle übernimmt. Mit weit größerer Energie als die Spinner behaupten die Weber, daß ihre kleinen „Helfer" mindestens mit elf Jahren angelernt werden müßten, um die für ihre Arbeit erforderte Fingerfertigkeit zu erlangen. So erklärte der Sekretär des Webervereins von Bury dem Vertreter der „Daily News", er sei zwar persönlich für allmälige Erhöhung des Alters für die Fabrikarbeit, müsse aber als unbestreitbar zugeben, daß hier mehr als in der Spinnerei vom frühen Anlernen der Kinder abhänge. In ähnlichem Sinne erklärte ein Fabrikant, daß wenn das Zulaßalter erhöht werde, die Kinder in der Schule entsprechenden Fingerfertigkeitsunterricht empfangen müßten, solle die Industrie nicht schwer leiden.

Soweit über die Bedeutung der Halbzeitarbeit für die Baumwollindustrie. In der Wollenindustrie ist die Opposition gegen ihr Verbot sehr viel geringer, die Arbeiter sind heute sogar für ihre Beseitigung. Der Wollenspinner ist sehr viel abhängiger wie der Baumwollspinner, und der Tuchmacher bedient höchstens zwei Stühle.

Fragen wir nunmehr, wie das Halbzeitsystem im Allgemeinen auf die Kinder wirkt, so kann als feststehend betrachtet werden, daß es, wie heute praktizirt, in der Mehrheit der Fälle sie physisch wie geistig schädigt. Hinsichtlich beider Punkte erbringt der Bericht der „Daily News" ein von Fachgutachten, von Aerzten und Schulleuten unterstütztes, erdrückendes Material. Ausnahmsweise kräftige und begabte Kinder mögen trotz Halbzeitarbeit mit ihren Altersgenossen, die von ihr verschont sind, Schritt halten, die Masse aber bleibt hinter diesen durchaus zurück.

Was die geistige Ausbildung anbetrifft, so liefern die in England üblichen Konkurrenzprüfungen für Stipendien, die den Schülern der Volksschule den Besuch von Mittel- und höheren Schulen ermöglichen sollen, einen gewissen Maßstab für die Rückwirkung des Halbzeitsystems in dieser Hinsicht. Hier einige Beispiele aus Fabrikstädten Lancashires.

Es wurden in den letzten Jahren erworben:

In Burnley. Stipendien für Lateinschulen: 45 Vollschüler, 1 Halbzeitschüler; Stipendien für höhere Schulen: 53 Vollschüler, 1 Halbzeitschüler.

In Bolton (während fünf Jahren). Stipendien für höhere Schulen: 538 Vollschüler, 1 Halbzeitschüler.

In Oldham erklärte der Vorsteher einer der Volksschulen dem Vertreter der „Daily News“, daß er Halbzeitler an den Konkurrenzexamen für Stipendien gar nicht erst theilnehmen lasse, da es die reine Grausamkeit wäre, sie mit einer so hoffnungslosen Sache zu plagen. Und daß dies kaum übertrieben ist, zeigen die Resultate einer Schulprüfung, die der Vorsteher der Wood-Volksschule in Burnley dem Berichterstatter der „Daily News“ unterbreitete. Es erhielten von 140 möglichen Marken für richtige Antworten oder gute Leistungen:

In der fünften Schulklasse: die Vollschüler durchschnittlich 112,3, die Halbzeitler 53,6.

In der sechsten Schulklasse: die Vollschüler 112,5, die Halbzeitler 54,2.

Gegenstände wie Physiologie, Englische Grammatik und Literatur nehmen die Halbzeitler überhaupt nicht mit. Selbst in den Gegenständen aber, die sie mitnehmen, blieben sie im Durchschnitt um 25 Prozent hinter den Vollschülern zurück. Die Anschauung, daß die Fabrikarbeit ihren Geist schärfe, wird von Lehrern und Aerzten für ein albernes Märchen erklärt.

Es mag darin eine gewisse Uebertreibung bezw. Ueberschätzung des Schul-Lernens liegen. Auch sind die Lehrer keine ganz unintereſſirten Zeugen. Aber dem Kinde, das in der Schule zurückbleibt, sind heute viele Wege zu seinem weiteren Fortkommen versperrt; es sind Ausnahmen, die später das Versäumte in genügendem Maße nachholen. Zudem liegen die Zeugnisse der Aerzte vor, die kein persönliches oder berufliches Interesse am Verbot des Halbzeitsystems haben. Und sie besagen, daß die Halbzeitler im Wuchs wie im Gewicht hinter ihren Altersgenossen erheblich zurückbleiben. Dr. Torrop, attestirender Arzt (Physikus) in Haywood (Lancashire), hat auf Grund seiner Messungen festgestellt, daß die Halbzeitler, die die Fabrikarbeit fortsetzen, in seinem Bezirk gegenüber dem Durchschnittsgewicht ihrer Altersgenossen in England zurückbleiben:

Mit 11 Jahren	um 7,5 Prozent,
„ 12 „	„ 11,2 „
„ 13 „	„ 15,7 „
„ 14 „	„ 19,0 „
„ 15 „	„ 26,5 „

Zu ähnlichen Resultaten kam ein Geistlicher, der Erzdiakon Wilson von Rochdale, der das Gewicht der Halbzeitler in Rochdale mit dem Gewicht der Schüler in den aristokratischen Alumnatsschulen vergleichen ließ. Es wogen demnach durchschnittlich in englischen Pfund:

	Im Alter von 10 Jahren	Im Alter von 13 Jahren
Der Knabe von Rochdale	60	70 1/2
Durchschnittsgewicht eines englischen Knaben	67	82
Der aristokratische Schüler	74	92 1/2

Bevor der Rochdaler Knabe in die Fabrik geht, ist er schon 7 Pfund unter dem Durchschnittsgewicht. Nach zwei Jahren Halbzeitarbeit aber steht er um 11 1/2 Pfund hinter dem Durchschnitt und um 22 Pfund hinter dem aristokratischen Schüler zurück.

Im entsprechenden Verhältniß wird er im Wuchs überflügelt. Es ist das Durchschnittsmaß in englischen Zoll:

	Mit 10 Jahren	Mit 13 Jahren
Des Knaben von Rochdale	49,7	53,4
Des englischen Knaben überhaupt	51,8	56,8
Des aristokratischen Knaben	53,7	59,4

Und ähnliche Zahlen hat der Berichterstatter allerorts, wohin er in den Textildistrikten kam, ermittelt. Es ist nach alledem unmöglich, von Unschädlichkeit des Halbzeitsystems zu reden. Wohl ist es weniger schlimm wie die Abrackerung der Kinder, die vor seiner Einführung üblich war, und wohl ist es nicht die einzige Ursache des physischen und intellektuellen Zurückbleibens der Mehrheit der Fabrikkinder. Um nur Eines zu erwähnen, wird von den Aerzten unter Anderem auch die unsinnige Art des Theetrinkens als eine der Ursachen ihrer mangelhaften körperlichen Entwicklung angegeben. In den Fabriken wird der Thee nicht als Aufguß, sondern geradezu als Gebräu getrunken, wo er natürlich der Gesundheit so unzuträglich ist wie nur möglich. Aber es ist schwer, den Arbeitern, die in der heißen Fabrikatmosphäre schaffen, ein passendes Getränk für ihren Durst zu liefern. Und daß sie, groß wie klein, beständig an Durst leiden, versteht man, wenn man liest, wie trotz Ventilatoren und aller sonstigen modernen Vorrichtungen in den Webereien die Temperatur meist weit über 30 Grad beträgt und die Luft von Staub und allen möglichen Ausdünstungen erfüllt ist, so daß der junge Halbzeitler erst seine „Fabriks-Uebelkeit" („mill-sickness") überstanden haben muß, bis der Körper überhaupt den Aufenthalt in der Fabrik verträgt.

Ist jedoch damit die Idee, Fabrikarbeit bezw. produktive Arbeit und Schule zu verbinden, überhaupt gerichtet? Keineswegs, gerichtet ist nur die spezielle Art, mit der wir es hier zu thun haben: das zu frühe Alter, mit der diese Art Arbeit beginnt, und die viel zu lange Arbeitszeit der Kinder. Heute arbeiten die Halbzeitler in Lancashire in abwechselnden Wochen 5½ oder 6 Stunden im Tage,[1] und zwar beginnen sie die eine Woche um 6 Uhr Morgens, um die nächste Woche den Nachmittag zu arbeiten, wo dann immer die andere Hälfte des Tages dem Schulunterricht gilt. Daß aber ein Kind von elf Jahren nach sechs Stunden anspannender Fabrikarbeit dem Schulunterricht nicht mehr folgen kann, sobald es sich um mehr als die allerelementarsten Gegenstände handelt, ist selbstverständlich. Ein Boltoner Fabrikant, Mr. Arnutt, der im Uebrigen das Halbzeitsystem vertheidigte, erklärte dem Vertreter der „Daily News", er sei entschieden dagegen, daß die Kinder schon am frühesten Morgen, bevor sie noch gefrühstückt, mit der Arbeit anfingen, und würde jede dagegen gerichtete Maßregel unterstützen; desgleichen sei er für ein Gesetz, das das Alter für den Beginn der Vollzeitarbeit heraufsetze. Und auf dem letzten Gewerkschaftskongreß haben die Vertreter der Baumwollweber selbst den Antrag gestellt, dem der Kongreß auch zustimmte, daß Kinder von elf bis dreizehn Jahren nicht länger als vier Stunden im Tage industriell sollten arbeiten dürfen, und daß solche Arbeit nicht vor ½9 Uhr Vormittags beginnen und nicht später als 6 Uhr Abends stattfinden solle. Wenn es nicht gelingt, den Antrag Robson zur Annahme zu bringen, so wird möglicherweise eine Aenderung des jetzigen Systems in der mit diesem Antrag angezeigten Richtung eine Mehrheit finden. Und es ist unter einem Gesichtspunkt eine offene Frage, ob dieses Ergebniß sehr viel ungünstiger wäre.

Schlimm wie die Fabrikarbeit der jungen Kinder ist, ist sie nicht die ärgste Form der heutigen Erwerbsarbeit derselben. Vielmehr ist die außerhalb der Fabrik betriebene Erwerbsarbeit oft sehr viel schlimmer und schädlicher. Wo sie mit der Hausindustrie verbunden ist, hat sie zudem gegen die Fabrikarbeit den Nachtheil, daß sie ungeheuer schwer zu fassen und zu kontrolliren ist. Wie verbreitet sie ist, haben eine Anzahl jüngst von Schulvorstehern veranstalteter

---

[1] Im letzteren Falle dürfen sie den Sonnabend nicht in der Fabrik arbeiten.

Erhebungen gezeigt. Auch der Bericht der „Daily News“ bringt eine Anzahl Beispiele, die eine Verlegung der Kinderarbeit von der Fabrik in die elterliche Wohnung als einen, vom Standpunkt des Kindes wie der gesellschaftlichen Entwicklung sehr schlechten Tausch erscheinen lassen. Stünde die Wahl nur zwischen Reform der Fabrikarbeit und Ausdehnung der Heimarbeit der Kinder, so giebt es wohl keinen Sozialisten, der nicht der ersteren den Vorzug gäbe.

Soziale Momente in der österreichischen Personaleinkommensteuer.

Von **Fritz Winter.**

Das Gesetz „betreffend die direkten Personalsteuern“, das am 1. Januar 1898 in Oesterreich in Kraft trat, bedeutete einen wesentlichen Fortschritt in der damals so darniederliegenden Gesetzgebung dieses Landes. Eine allgemeine Einkommensteuer gab es überhaupt nicht, sondern nur Ertragssteuern und eine der Einkommensteuer ähnliche Steuer für gewisse Einkommensarten. Die Gesetze stammten aus den Jahren 1812 und 1849. Die Verhältnisse hatten seit damals natürlich schon eine so bedeutende Veränderung erfahren, daß diese Gesetze durchaus nicht mehr paßten; Jeder in Oesterreich wußte überdies, daß bei der Fatirung die Behörde betrogen wurde, und die Behörde, die ebenso gut davon Kenntniß hatte, setzte die fatirten Summen prinzipiell um bestimmte Prozentsätze hinauf. Diese Zustände waren nicht mehr haltbar und so wurde endlich nach jahrelangen Parlamentsberathungen jenes Gesetz fertiggestellt. Es enthält eine allgemeine Erwerbsteuer, eine Erwerbsteuer von den zur öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen, eine Rentensteuer, eine Besoldungssteuer und eine allgemeine Personaleinkommensteuer. Die letztere, die für uns am meisten Wichtigkeit und Interesse hat, ist progressiv aufgebaut. Sie läßt ein Existenzminimum von 600 Gulden frei, besteuert alle in Geld oder Geldeswerth bestehenden Einnahmen, gestattet aber dabei den Abzug der Produktionskosten, der im selben Jahre gezahlten direkten Steuern sammt Zuschlägen, sonstigen öffentlichen Lasten, Schuldzinsen, dauernden Lasten, Beiträgen zu Versicherungskassen und Lebensversicherungsprämien. Sie beginnt mit einem Steuersatz von 0,58 Prozent und steigt bis gegen 5 Prozent. Sie versucht insofern eine Berücksichtigung der sozialen Verhältnisse der Steuerträger einzuführen, als sie bei den kleinen Einkommen gewisse Abzüge gestattet; bei einem Einkommen bis 2000 Gulden kann jeder Haushaltungsvorstand, der, abgesehen von seiner Gattin, mehr als zwei Familienmitglieder ohne selbständiges Einkommen hat, sich für jedes derselben ein Zwanzigstel seines Einkommens als steuerfrei abziehen. Außerdem sind noch Abzüge vom Einkommen gestattet für „besondere, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigende Verhältnisse“ des Steuerträgers, wie lang andauernde Krankheit, Waffenübungen u. s. w. Eine ganz unsoziale Bestimmung des Gesetzes ist die sogenannte „Familienbesteuerung“, indem die Einkommen von Leuten, die im selben Haushalt wohnen und Gatte oder Kinder des Haushaltungsvorstands sind, nicht gesondert, sondern als *ein* Einkommen besteuert werden, wobei freilich für jede solche Person 250 Gulden von dem wirklichen Einkommen derselben in Abzug gebracht werden können. Die Steuer wird eingeschätzt durch Schätzungskommissionen, die zum Theile nach dem Dreiklassenwahlsystem von den Steuerträgern gewählt, zum Theile von der Regierung ernannt werden.

Die Ergebnisse der ersten Veranlagungsperiode für diese Steuer liegen nun bereits vor.[1] So lückenhaft sie sind, gestatten sie doch Einblick in manche Dinge,

---

[1] Die Ergebnisse der ersten Veranlagung der Personaleinkommensteuer und Besoldungssteuer von höheren Dienstbezügen. In den „Mittheilungen des k. k. Finanzministeriums“, Wien 1898, IV. Jahrgang, 4. Heft.

die vorher sich jeder Beurtheilung entzogen. Sie leiden natürlich an allen Irrthümern und Fehlern einer ersten Arbeit und werden in künftiger Zeit wohl noch manche Berichtigungen erfahren. Sie sind auch in mancher Beziehung recht dürftig. Doch verspricht das Finanzministerium eine Statistik, die aufgebaut ist „auf den Besteuerungsdaten sämmtlicher Personaleinkommensteuerpflichtigen", und beabsichtigt, „diese Statistik durch möglichst reiche Kombination der Merkmale zur Grundlage eingehender volkswirthschaftlicher und sozialpolitischer Studien auszugestalten". Immerhin liefern aber die vorliegenden Zahlen schätzenswerthe Resultate über das Einkommen und seine Vertheilung in Oesterreich und über die einzelnen Bestimmungen der Einkommensteuer.

Im Jahre 1898 gab es in Oesterreich 711512 Haushaltungen und Einzelpersonen, die zur Einkommensteuer herangezogen wurden. Diese hatten ein eingeschätztes Einkommen von brutto 1336922031 Gulden und nach Abzug der gestatteten Abzugsposten von netto 1156550940 Gulden. Sie zahlten davon eine Steuer im Betrag von 22336658 Gulden. Die Steuer beträgt also im Durchschnitt 1,92 Prozent. Durch die Progression des Steuerfußes treten natürlich ganz andere Verhältnisse ein.

Das wichtigste Ergebniß der Personaleinkommensteuer besteht wohl darin, daß wir hier endlich einen Einblick in den Einkommensaufbau der österreichischen Bevölkerung erhalten. Wenn wir die Steuerträger in vier Gruppen nach ihrem Einkommen zusammenfassen, so ergiebt sich folgende Gruppirung:

Einkommen	Steuerträger	
von 600 bis 1800 Gulden	585189	82,25 Prozent
„ 1800 „ 3600 „	84706	11,91 „
„ 3600 „ 6000 „	22089	3,10 „
über 6000 „	17874	2,51 „

Schon hier zeigt sich, daß die große Masse der Steuerträger, 82,25 Prozent, ein Einkommen von 600 bis 1800 Gulden hat und die Leute mit einem Einkommen von über 6000 Gulden nur 2,51 Prozent ausmachen. Die ganze Schrecklichkeit der österreichischen Armuth wird aber erst klar, wenn man andere Zahlen dieser Gruppirung zu Grunde legt. In dieser Zusammenstellung sind ja nur die Leute enthalten, die ein Einkommen von über 600 Gulden haben. Wie groß die Zahl derjenigen ist, die weniger als 600 Gulden jährliches Einkommen beziehen, ist aus diesen Zahlen nicht zu erkennen. Wir müssen uns da nach anderen Daten umsehen. Dazu bietet sich wohl am besten eine Vergleichung der Zahl der Steuerträger mit derjenigen der Erwerbsthätigen nach der letzten Volkszählung. Wenn auch unter den Erwerbsthätigen eine Reihe von Personen nicht enthalten sein mag, die Einkommensteuer bezahlen, so bilden diese nur einen so kleinen Fehler, daß man sich das gegenüber dem Werthe einer solchen Zusammenstellung schon gefallen lassen kann. Das Finanzministerium berechnet nur, daß die Steuerträger 7,29 Prozent der gesammten Bevölkerung ausmachen. Aus dieser Zahl läßt sich aber nicht viel ersehen, da hier auch alle Personen ohne selbständiges Einkommen mitgerechnet sind. Die Zahl der Erwerbsthätigen in Oesterreich beträgt, wenn man die Steigerung der Bevölkerung seit der letzten Volkszählung berücksichtigt, 14920395 Personen. Gruppiren wir nun die Erwerbsthätigen nach obigen Einkommensstufen, so erhalten wir folgendes Resultat:

Einkommen	Erwerbsthätige bezw. Steuerträger	Prozent der Erwerbsthätigen
unter 600 Gulden	14210537	95,27
von 600 bis 1800 „	585189	3,92
„ 1800 „ 3600 „	84706	0,56
„ 3600 „ 6000 „	22089	0,14
über 6000 „	17874	0,11

Darnach haben 95,27 Prozent der Erwerbsthätigen ein Einkommen unter 600 Gulden, und die Zahl der Reichen schrumpft auf 0,11 Prozent zusammen.

Diese Zahlen geben wohl ein deutlicheres Bild von der Armuth, als die einfache Gruppirung der Steuerpflichtigen, und zeigen zugleich die krassen sozialen Gegensätze, eine große Masse von Armen und Dürftigen und einige wenige Reiche. Da ergiebt sich auch die ganze Werthlosigkeit von Durchschnittsberechnungen, wenn zum Beispiel das Finanzministerium das Durchschnittseinkommen eines Steuerträgers auf 1625 Gulden berechnet.

Die Einkommen über 6000 Gulden zeigen dieselbe Zuspitzung wie die obige Tabelle. Unter den 17874 Reichen giebt es noch 255, die mehr als 100000 Gulden jährliches Einkommen haben; darunter giebt es zwei, die 1 Million, zwei, die 2 Millionen und einen, der 3010000 Gulden Einkommen hat. Dieser Eine, sein Name wird natürlich nicht genannt, ist der reichste Mann in Oesterreich.

Die Höhe des Einkommens ist verschieden in den einzelnen Verwaltungsgebieten. Das meiste Einkommen haben die Steuerträger in Niederösterreich und Böhmen; sie bringen 40,61 bezw. 22,71 Prozent des Einkommens auf; das geringste Einkommen haben die Steuerträger von Görz und Gradisca mit 0,53 Prozent.

Kein so regelmäßiges Bild wie die Gruppirung der Steuerträger resp. Erwerbsthätigen ergiebt eine Zusammenstellung ihrer Einkommenssummen. Es haben die Steuerträger mit einem Einkommen

	Einkommen in Mill. Gulden	Prozent
von 600 bis 1800 Gulden	539,9	46,60
" 1800 " 3600 "	207,1	17,88
" 3600 " 6000 "	100,4	8,67
über 6000 "	310,6	26,81

Sehr dürftig sind in den „Mittheilungen" die Daten über die Quellen des Einkommens. Wir erfahren leider nur die Vertheilung des Einkommens nach den einzelnen Quellen desselben, aber nicht, wie viel Steuer jede einzelne Einkommensquelle aufbringt, wie viel Steuerträger in ihr enthalten sind u. s. w.

Es entfällt auf das Einkommen aus:

	Gulden	Prozent der Gesammteinkommen
Grundbesitz	110677362	8,28
Gebäuden	138657859	10,37
Selbständigen Unternehmungen u. Beschäftigungen	383888231	28,72
Dienstbezügen	458498699	34,29
Kapitalvermögen	216003101	16,16
Sonstigem	29196779	2,18

Darnach bilden also die Löhne die größte Einkommensquelle.

Diese Erscheinung wird aber wohl nicht nur darauf zurückzuführen sein, daß die Anzahl der Leute, die Dienstbezüge haben, eine so große ist, sondern vor Allem auf den Umstand, daß die einzelnen Einkommen, die hier zur Fatirung gelangen, sehr kleine sind, und sie deshalb viel ehrlicher fatirt werden, als die zumeist großen Einkommen, die aus den übrigen Quellen stammen.

Daß die jetzige Einkommensteuer aber auf die Besserung der Steuermoral wirklich gewirkt hat, zeigt z. B. der Umstand, daß als Einkommen für die selbständigen Unternehmungen und Beschäftigungen 338,9 Millionen Gulden einbekannt wurden, während dieselbe Einkommensquelle nach der alten Steuer nur 220 Millionen aufwies.

Der Charakter der Steuer als einer progressiven verleugnet sich nicht, wenn man den Antheil berechnet, den jede einzelne Einkommensstufe an Steuern zahlt. Es zahlen nämlich die Einkommen:

	Steuern	Prozent
von 600 bis 1800 Gulden	5 059 378 Gulden	23,55
" 1800 " 3600 "	3 643 099 "	16,24
" 3600 " 6000 "	2 345 866 "	10,47
über 6000 "	11 377 009 "	50,73

Allein trotzdem ist die Belastung gerade der kleinsten Einkommen von 600 bis 1800 Gulden eine sehr große; sie zahlen fast ein Viertel aller Steuern, während die mittleren Einkommen viel weniger zahlen.

Ueberhaupt zeigen die Ergebnisse der Personaleinkommensteuer, daß dasjenige, was man mit der Einführung der neuen Steuer angeblich wollte, eine Entlastung der kleinen und eine Belastung der großen Einkommen, nicht eingetreten ist. Im Gegentheil, eine ganze Reihe von Bestimmungen vernichtet wieder den Werth der Progression der Steuer.

Es wird nämlich eine ganze Reihe von Leuten mit kleinem Einkommen jetzt zur Besteuerung herangezogen, die früher keine direkten Steuern zahlten, während die Reichen in viel weniger empfindlicher Weise durch die neue Steuer getroffen werden. Das Existenzminimum betrug früher 630 Gulden und beträgt heute 600 Gulden. Dadurch allein fallen ungefähr 70 000 Personen unter die direkte Steuer, welche früher keine solche zahlten. Ferner hat „die Familienbesteuerung“, die Hinzurechnung des Einkommens von Gattin und Kindern zum Einkommen des Haushaltungsvorstands in 18 593 Fällen zu einer Besteuerung geführt, von denen wohl die meisten ohne diese Art der Einschätzung steuerfrei geblieben wären. Wenn wir also im Ganzen nur 75 000 Personen als neu besteuert schätzen — eine Schätzung, die sicher sehr vorsichtig ist —, so stellt diese Zahl doch immerhin 10,54 Prozent der gesammten Steuerträger dar.

Die Begünstigungen, die dagegen das Gesetz für die kleineren Einkommen eingerichtet hat, können mit diesem Ergebniß nicht versöhnen. Sie machten 13 130 Personen und 2346 Familien steuerfrei und ermäßigten die Steuer für 107 257 Personen.

Man sieht, die bis jetzt vorliegenden Daten über die Personaleinkommensteuer können unsere Wünsche, Aufklärungen über die Einkommensverhältnisse und die Einkommensteuer zu erhalten, nicht voll befriedigen. Wir erfahren aber genug, um zu wissen, daß Oesterreich, trotz seiner sonstigen Zurückgebliebenheit, in Bezug auf die sozialen Gegensätze sich würdig an die Seite der übrigen kapitalistischen Staaten stellen kann.

Notizen.

Englands Außenhandel in den Jahren 1897 und 1898. Nach der offiziellen Statistik für Großbritannien ergeben sich für den Außenhandel Englands in den Jahren 1897 und 1898 folgende Jahresbilanzen in Pfund Sterling:

Einfuhr:

	1898	1897	1898 Zunahme (+) resp. Abnahme (—)
Lebende Thiere zur Nahrung	10 385 676	11 380 092	— 994 416
Steuerfreie Nahrungsmittel und Getränke	166 894 715	151 543 901	+15 350 814
Steuerpflichtige Nahrungsmittel und Getränke	27 028 560	26 697 681	+ 330 879
Tabak	3 877 038	4 066 354	— 189 316
Metalle und Metallwaaren	21 850 656	21 277 294	+ 573 362
Chemikalien	5 483 230	5 998 549	— 515 319
Oele	8 357 177	7 624 915	+ 732 162
Rohmaterialien zur Textilindustrie	71 268 397	70 065 745	+ 1 202 652
Rohmaterialien für andere Industrien	52 228 035	52 094 641	+ 133 394
Fabrikate	87 119 504	85 134 440	+ 1 985 064
Verschiedene Artikel	14 797 902	14 140 398	+ 657 504
Packetpost	1 313 308	1 004 950	+ 308 358
Zusammen	470 604 198	451 028 960	+19 875 238

Ausfuhr:

	1898	1897	1898 Zunahme (+) resp. Abnahme (—)
Lebende Thiere zur Nahrung	1 105 170	1 131 952	— 26 782
Nahrungsmittel und Getränke	12 106 962	12 129 644	— 22 682
Rohmaterialien	21 084 326	20 133 679	+ 950 647
Garne und Textilstoffe	94 512 109	96 578 102	— 2 065 933
Metalle u. Metallwaaren außer Maschinen	32 791 044	34 472 077	— 1 681 033
Maschinen und Geräthe	18 380 076	16 255 602	+ 2 124 474
Kleidungsstücke	9 573 380	9 874 585	— 301 205
Chemikalien und Droguen	8 373 099	8 698 688	— 325 589
Sonstige Fabrikate	33 324 966	32 888 193	+ 436 773
Packetpost	2 139 660	2 057 186	+ 82 474
Zusammen	233 390 792	234 219 708	— 828 916
Dazu Wiederexport	60 619 199	59 954 410	+ 664 789
Totalexport	294 009 991	294 174 118	— 164 127
Totalimport	470 604 198	451 028 960	—
abzüglich Totalexport	294 009 991	294 174 118	—
Mehrbetrag d. Einfuhr gegen die Ausfuhr	176 594 207	156 854 842	+19 739 365

Nach diesen Zahlen der offiziellen englischen Statistik hat sich die Position des englischen Außenhandels und der damit in Verbindung stehenden Industrie im Jahre 1898 keineswegs verbessert. Der Import von Nahrungsmitteln zeigt 1898 gegen 1897 die gewaltige Zunahme von fast 15 Millionen Pfund Sterling, der fast lediglich im Inland verbraucht worden ist; denn der geringe Export darin hat 1898 sogar abgenommen. Aber nicht nur in Nahrungsmitteln, sondern auch in fabrizirten Waaren wuchs die Einfuhr ansehnlich, nämlich um rund 2950000 Pfund Sterling. Im Ganzen stieg die Einfuhr 1898 gegen 1897 um fast 20 Millionen Pfund Sterling, darunter die von Rohmaterialien zur Textilindustrie um rund 1,2 Millionen Pfund Sterling. Dagegen sank die Ausfuhr von Garnen und Textilstoffen um mehr als 2 Millionen Pfund Sterling, was eine sehr ungesunde Lage dieser Industrie auch in England anzeigt. Ueberhaupt zeigt die Einfuhr in fast allen Positionen 1898 gegen 1897 eine Zunahme, während die Ausfuhr für fast alle Waaren eine Abnahme ergiebt. Nur in dem Export von Maschinen und Geräthschaften zeigt das Jahr 1898 gegen 1897 eine Zunahme von mehr als 2,1 Millionen Pfund Sterling. Sonst wäre die Jahresbilanz für 1898 noch ungünstiger. Zwar erstreckt sich das Manko des Exports 1898 hauptsächlich auf das erste Halbjahr, und die letzten Monate haben eine Besserung des Exports auch in England gebracht; aber sie haben, wie man sieht, das Manko des ersten Halbjahrs gegen 1897 nicht völlig ausgleichen können. Zu dem kleinen Schreckgespenst der Engländer: „Made in Germany“ kommt auch dort immer mehr das große: „Made in the United States“. H. V.

Im Gefolge des Todes.

Von R. Bommeli.

Die bekannte Thatsache, daß auf pflanzlichen und thierischen Körpern bald nach erfolgtem Tode ein reges Leben, eine vielgestaltige „Leichenfauna“ sich bemerkbar macht, war lange Zeit ein Räthsel. Es hatte den Anschein, als ob durch den Tod neue schöpferische Kräfte geweckt würden oder als ob Tod und Verwesung nur eine Umformung der „Lebenskraft“ wären. Man hielt allgemein

dafür, daß aus faulenden Stoffen direkt auf dem Wege der Urzeugung (Generatio spontanea oder aequivoca) niedere Thiere wie Würmer, Fliegen, Wespen, Bienen, selbst Frösche und Schlangen hervorgehen, eine Ansicht, die heute noch im Volke allgemein verbreitet ist, zumal unter dem Landvolk. Wundermänner à la Philippus Aureolus Theophrastus Bombastus Paracelsus von Hohenheim, Helmont und Dr. Faust hofften sogar aus gährenden Substanzen, vermischt mit allerlei chemischen Ingredienzien, ein Menschlein — Homunculus — zu Stande zu bringen, als ob hiefür nicht eine bessere Methode bekannt wäre.

Spätere Naturforscher erklärten die Zersetzungsprozesse organischer Körper als rein chemische Vorgänge ähnlich der Verwitterung, dem Rosten und dem Verbrennen, als Oxydationserscheinungen, die von den sogenannten Arbeitern des Todes in keinerlei Weise beeinflußt werden. Man sagte sich: Im Körper lebender Thiere und Pflanzen sind die chemischen Elemente zu eigenthümlichen, sogenannten organischen Verbindungen (Stärke, Zucker, Fett, Eiweiß 2c.) zusammengefügt. Der Tod löst das Band, vermittelst dessen die Lebenskraft die Elemente verknüpft; diese überlassen sich dem freien Spiel ihrer Anziehungskräfte und ordnen sich, diesen folgend, zu neuen einfacheren Verbindungen. Gleichzeitig sucht der Sauerstoff der Luft, der zu einzelnen Elementen des todten Körpers lebhafte Verwandtschaft besitzt, sich mit diesen zu verbinden. So entstehen Entmischungen, Zersetzungen und Neubildungen, durch welche die Zusammensetzung des todten Körpers gänzlich geändert wird. Zahlreiche niedere Lebewesen, wie z. B. die Fäulnißbakterien, finden reichliche Nahrung in den neuen Verbindungen, daher ihre außerordentliche Vermehrung.

Das Auftreten jener Bakterien galt also als rein accessorische Erscheinung. Zwar hatte schon vor hundert Jahren der Italiener Spallanzani experimentell nachgewiesen, daß Thier- und Pflanzenstoffe, in einem Glaskölbchen erhitzt und dann sorgfältig verschlossen, sich unverändert halten, ohne zu faulen. Allein er vermochte die chemische Fäulnißtheorie nicht zu stürzen. Die Anhänger derselben behaupteten, daß die Zersetzung in dergleichen Fällen lediglich aus Mangel an Sauerstoff unterbleibe. Im Jahre 1837 wurde der Spallanzanische Versuch durch Schwann in der Weise modifizirt, daß vor dem Zuschmelzen des Kölbchens erhitzte (desinfizirte) Luft zugeführt ward, wobei die Fäulniß trotz Anwesenheit von Sauerstoff gleichfalls unterblieb. Noch später zeigte Pasteur, daß ein Verschluß ganz überflüssig ist, wenn man den in eine Spitze ausgezogenen Kolbenhals abwärts biegt, weil alsdann die Pilzkeime an den Wänden des gebogenen Halses hängen bleiben und nicht ins Innere gelangen. Damit war endgiltig bewiesen, daß ohne gewisse Mikroorganismen keine Fäulniß und Verwesung eintritt.

Es handelt sich bei der Verwesung nicht um einfache chemische Zersetzungen und Oxydationen, sondern um komplizirte physiologische Prozesse, deren Endresultat allerdings dasselbe ist wie bei der Oxydation und der Verbrennung. Was die reinigende Flamme in wenigen Stunden oder Minuten zu Stande bringt, das wird durch die Gährungs-, Fäulniß- und Verwesungsprozesse erst in Jahren oder selbst Jahrhunderten erreicht, wobei eine Menge ekelhafter Zwischenprodukte entstehen. Man kann diese Zersetzungen in drei Kategorien bringen und Gährungsprozesse im engeren Sinne, eigentliche Fäulniß und drittens Verwesung unterscheiden.

Unter Gährung oder Fermentation im engeren Sinne versteht man dann die durch Mikroben hervorgerufene Zersetzung stickstofffreier Körper, z. B. von Zuckerarten, Stärkemehl, Dextrin und dergleichen, wie die Verwandlung von Milchzucker in Milchsäure und Buttersäure, diejenige von Trauben- und Fruchtzucker

in Weingeist, Kohlensäure, Bernsteinsäure, Glyzerin und Essigsäure. Als Fäulniß (Putrefaktion) bezeichnet man die Zersetzung stickstoffhaltiger Substanzen, wobei zuletzt Kohlensäure, Wasser, Ammoniak, Salpetersäure, Schwefelwasserstoff und Phosphorwasserstoff entstehen. Ihr unterliegen unter Anderem besonders Eiweiß, Kaseïn (Käsestoff), Fibrin (Faserstoff des Blutes), Legumin (Erbsenstoff) und leimgebende Substanzen. Die Fäulniß, auch faulige Gährung genannt, wird bewirkt durch spezifische Fäulnißbakterien und kündigt sich durch die Entwicklung übelriechender Gase an. Jedem Stadium entsprechen bestimmte Bakterienarten, so daß also verschiedene Formen und Generationen aufeinander folgen. Die eigentliche Verwesung bildet den Schluß der Zersetzungsprozesse. Sie besteht in der Verbindung der organischen Reste mit Sauerstoff, ist somit eine langsame Oxydation. Die Endprodukte derselben sind Kohlensäure und Wasser, welche wieder in den Kreislauf der Stoffe zurückkehren. Die Erreger der Gährung, Fäulniß und Verwesung, sind durchaus nothwendig, ohne sie wäre unsere Erdoberfläche längst ein ungeheures Leichenfeld, das kein neues Leben mehr zu entfalten vermöchte.

An der Beseitigung der Leichen betheiligen sich aber keineswegs blos niedrigste Organismen, wie Spaltpilze, Sproß- und Schimmelpilze, sondern auch höhere Lebewesen, zumal Insekten. An diese denkt man gewöhnlich, wenn von der „Leichenfauna“ oder den „Arbeitern des Todes“ die Rede ist. Die verschiedenen Arten derselben halten eine gesetzmäßige Reihenfolge ein, so daß sich aus ihrem Vorkommen Schlüsse auf das Alter der Leiche, d. h. auf den Zeitpunkt des eingetretenen Todes ziehen lassen. Jede Spezies hat ihre besonderen Bedürfnisse und stellt sich gerade in dem Moment ein, wo das ihr zusagende Stadium erreicht ist.

Unter den Forschern, welche sich mit dieser Seite der Biologie befaßt haben, nenne ich den Franzosen Mégnin, von dem eine sehr interessante Publikation über die „Leichenfauna“ erschienen ist.

Nach Mégnin wird der Zug der Arbeiter des Todes eröffnet durch Fliegen und zwar durch die bekannte Stubenfliege, die gemeine graue Fliege und die schwarzblaue Fleischfliege. Diese Zweiflügler lassen sich dabei lediglich durch die Sorge für ihre Nachkommenschaft leiten. So eine zärtliche Fliegenmama sucht die Eier stets an Orten unterzubringen, wo die Jungen — die Maden — gleich beim Auskriechen passende Nahrung finden. Um dies zu erreichen, schreckt sie vor keinen Mühseligkeiten zurück und entwickelt dabei eine Findigkeit und Hartnäckigkeit, die für den Biologen geradezu rührend ist, der Köchin aber in minder schönem Lichte erscheint. Dank ihrem wunderbar feinen Geruchsinn wittert die Fliege ein Stück Fleisch im Küchenschrank auf sehr große Entfernungen und ruht nicht, bis sie dasselbe mit ihren Eiern belegt hat. Der Leipziger Zoologe Marschall hat einmal eine Fleischfliege in der Speisekammer gefangen, sie mit einem Klerchen rother Farbe gezeichnet und zum Fenster hinausgeworfen. Natürlich machte die Fliege sofort Kehrt und flog nach der Stelle, wo ein Stück Fleisch eingeschlossen war. Dies wiederholte sich zweiunddreißigmal, bis der Naturforscher die Geschichte satt bekam. „Denn“, sagt Marschall, „wenn ich auch die Geduld und weibliche Zähigkeit der Brummerin bewunderte, ich esse mein Beefsteak doch lieber ohne die Zuthat ihrer Sprößlinge.“

Die Maden kriechen schon vierundzwanzig Stunden nach der Eiablage aus, entwickeln sofort eine fabelhafte Gefräßigkeit und nehmen innerhalb achtundvierzig Stunden um das Vierhundertfache ihres Anfangsgewichts zu. Nach acht bis vierzehn Tagen verpuppt sich die Made, und nach weiteren vierzehn Tagen kriechen

die jungen Fliegen aus. Es scheint, daß die flüssigen Exkremente der Maden den Zersetzungsprozeß wesentlich fördern.

Sobald der „Leichengeruch" sich entwickelt, werden andere Fliegenarten angelockt, nämlich grüne, metallisch glänzende Lucilien und Arten aus der Gattung Sarkophaga (Fleischfresser). Ihre Larven sind unter dem Namen der „Leichenwürmer" bekannt, gehören aber selbstverständlich nicht zum Wurmtypus, sondern zur Klasse der Insekten. Die zuletzt genannte Gattung bringt lebendige Junge zur Welt, ist also vivipar.

Nach einigen Monaten entstehen unter dem Einfluß von Gährungsmikroben saure Fette (Leichenfett) und es macht sich ein Geruch nach ranziger Butter bemerkbar. Durch diesen Geruch werden Fettschaben, Speckkäfer und verwandte Arten angezogen, deren Larven alles Fettige lieben, namentlich Speck, Butter, Schmalz, Talg. Fast gleichzeitig mit der Buttersäuregährung beginnt die käsige Gährung, welche Käseliebhaber, darunter besonders Käsefliegen, anzieht. Die weißen, glänzenden Larven der letzteren, die Käsemaden, sind sehr bewegliche Dinger und springen durch schnelles Einbiegen und Wiederausstrecken des Körpers.

Nach den beiden vorgenannten Gährungsprozessen erfolgt die ammoniakalische Gährung (die eigentliche Fäulniß), wobei die noch übrig gebliebenen Fleischtheile in eine ekelhafte, schwärzliche Flüssigkeit verwandelt werden. Nun setzt sich eine fünfte Gruppe von Arbeitern des Todes zur Tafel, es sind Buckelfliegen, Aas- und Stutzkäfer. Ihre Larven fressen die Leiche fast bis auf die Knochen auf.

Als sechste Rotte folgen Milben, welche sich von der Leichenflüssigkeit ernähren und das Eintrocknen der noch vorhandenen Ueberreste bewirken. Mitunter gelangen die Milben schon vor Beginn der Fäulniß auf den Leichnam; sie bohren sich dann durch die Haut in die Muskeln ein, vermehren sich ins Ungeheure, saugen alle Flüssigkeit auf und verhindern dadurch die weitere Zersetzung. Die Haut wird pergamentartig und die Leiche nimmt das Aussehen einer Mumie an.

Den Beschluß des unheimlichen, düsteren Gefolges machen Speckkäfer, Kabinetskäfer, Fettschaben, Motten, Bohrkäfer und Schattenkäfer. Es befinden sich darunter solche Arten, welche bereits in früheren Stadien aufgetreten sind, wie z. B. die Speckkäfer und Fettschaben. Die Kabinets-, Bohr- und Schattenkäfer räumen radikal auf; sie verzehren die letzten Hautfetzen, die Haare, Sehnen und Knorpeln; es bleiben nur die sauber abgenagten Knochen und die Exkremente der zahllosen Leichenzerstörer.

Dies ist nach Mégnin das Schicksal von unbeerdigten oder leicht verscharrten Leichen, wo die verschiedenartigsten Mikroben und Aasinsekten ganz oder nahezu ungehinderten Zutritt haben. Daß sich die Vorgänge nicht in allen Fällen genau nach demselben Schema vollziehen, ist wohl selbstverständlich. Es hängt manches von der Jahreszeit, der Zone, den klimatischen Verhältnissen ab. Die Tropenländer beherbergen andere Aasverzehrer als die Länder der gemäßigten und diese wieder andere, als die der kalten Zone. In einer wasserlosen Wüste vollziehen sich die Zersetzungsprozesse nicht wie in einer Sumpfgegend, im Winter nicht wie im Sommer, in einer regnerischen Periode nicht wie in einer trockenen, aber im Großen und Ganzen ist der Verlauf so ziemlich derselbe. Dies gilt selbst für die sorgfältig beerdigten Leichen. Bei diesen ist allerdings die Zahl der auftretenden Arten eine geringere, die Zahl der Individuen (der Larven) jedoch eine ebenso große, ein Faktum, das leicht begreiflich ist. Auch bei den beerdigten Leichen findet sich ein gewaltig großes Arbeitsheer ein, aber ein einförmiges. Mégnin erwähnt vier Fliegenarten, zwei Käfer und zwei

Springschwänze. (Zu den Springschwänzen oder Thysanuren gehört unter Anderen der Gletscherfloh und das bekannte weiße, glänzende Silberfischchen, auch Zuckergast genannt.) Als Urheber der Gährungs- und Fäulnißprozesse fungiren wieder zahlreiche Mikroben. Auch hier folgen die Arten und Generationen in einer gewissen Gesetzmäßigkeit aufeinander.

Unmittelbar nach der Beisetzung beginnen Gährungsbakterien, graue Fliegen und blaue Schmeißfliegen ihr Zerstörungswerk. Es folgen ihnen Blumenfliegen, hierauf Buckelfliegen und Käfer aus der Gattung Rhizophagus, sowie Fäulniß- und Verwesungsbakterien. Ein Theil der Leiche wird in faulige Jauche umgewandelt und vom Erdboden aufgesogen, oft von Grund- und Quellwasser weiter befördert. Ein anderer Theil verwandelt sich in Gährungs-, Fäulniß- und Verwesungsgase, welche theils von Wasser und Erde absorbirt werden, theils sich mit der Atmosphäre mischen. Eine dritte Partie endlich wandelt sich in den gefräßigen Larven in lebende Substanz um und tummelt sich nachher in der Luft in Gestalt von Schmeißfliegen, Buckelfliegen, grauen Fliegen, Blumenfliegen, Aaskäfern und dergleichen nettem Gethier. Auch die Regenwürmer, die beständig den Boden durchwühlen und die mit organischer Substanz durchsetzte Erde durch ihren Verdauungsapparat treiben, betheiligen sich an dem „Aufbereitungsprozeß“. Sic transit gloria mundi! Es sind im Ganzen genommen immer die gleichen Stoffe, welche die Körper der Pflanzen, Thiere und Menschen aufbauen; dieselben befinden sich in beständiger Umsetzung, in unaufhörlicher Zirkulation gleich dem Wasser und der Luft unseres Erdballs.

Natürlich ist die Frage aufgeworfen worden, wie die soeben erwähnten „Arbeiter des Todes“ zu den beerdigten Leichen gelangen. Mégnin giebt darauf folgende Antwort: Die Gährungs- und Fäulnißbakterien sind quasi allgegenwärtig, sie finden sich in der Luft, im Wasser und in der Erde, gelangen somit unter allen Umständen auf jeden Leichnam, sind sie doch auf dem Körper jedes lebenden Geschöpfes anzutreffen. Graue Fliegen und blaue Schmeißfliegen legen ihre Eier bereits *vor* der Beisetzung, oft sogar vor erfolgtem Tode ab und zwar gewöhnlich an Nase und Mund *des Gestorbenen* oder *des Sterbenden*. Ihre Larven (Maden) entwickeln sich im Sarge. Sie sind jedoch in der Regel nur auf solchen Leichen vorhanden, die in der warmen Jahreszeit beerdigt werden, auf den im Winter bestatteten fehlen sie gewöhnlich. Buckelfliegen und gewisse Käfer legen ihre Eier in die Erde, wo sich auch die Larven entwickeln und durch den Geruch der Leichengase angezogen, nach der Tiefe wandern. Die Särge selbst werden durch Feuchtigkeit und den Druck der auf ihnen lastenden Erdmassen in unglaublich kurzer Zeit undicht, wodurch den Insektenlarven die Möglichkeit geboten wird, zu den Leichen zu gelangen. Auch durch die dauerhaftesten Särge wird der genannte Vorgang keineswegs verhindert, sondern blos verzögert. Nicht ohne Interesse ist auch die Beobachtung, daß sich gewisse Larven nur auf *fetten* Leichen, andere, wie z. B. diejenigen der Blumenfliegen und Buckelfliegen, nur auf *mageren* finden. Der Bonvivant mit mächtigem Embonpoint geht somit einer etwas anderen „Auflösung“ entgegen, als der ausgemergelte Hungerproletarier. Ein gewisser Klassenunterschied besteht also selbst im Grabe noch. Das Schlußresultat ist allerdings dasselbe.

Druckfehlerberichtigung. In der Notiz „Was ist Materialismus“ von C. Schmidt (Nr. 22, S. 698, Z. 2 von unten) soll es *Ton* anstatt *Bau* heißen.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 25. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Zehn Jahre preußischer Volksschulgeschichte in Zahlen.
1886 bis 1896.

Von Heinrich Schulz-Erfurt.

1. Einleitendes.

Die preußische Unterrichtsverwaltung veranstaltet seit 1886 in fünfjährigen Zwischenräumen statistische Erhebungen über das gesammte niedere Unterrichtswesen, zu dem außer der Volksschule auch die Mittel- und höheren Mädchenschulen und die Spezialschulen (Blinden- und Taubstummenanstalten, Waisenhäuser 2c.) gehören. Die Ergebnisse der letzten, am 27. Juni 1896 vorgenommenen Erhebung sind soeben veröffentlicht worden.

Auch in früheren Jahren hat die preußische Unterrichtsverwaltung, und zwar seit dem Jahre 1822, in regelmäßigen Abständen Statistiken aufgenommen und veröffentlicht, die jedoch in ihrer ganzen Anlage, Anordnung und Darlegung der Ergebnisse so stark voneinander abweichen, daß sich nur in einigen Hauptzügen eine vergleichende historische Darstellung ermöglicht. Die letzten drei Publikationen dagegen sind nach denselben Gesichtspunkten angelegt, so daß man aus ihnen ein einigermaßen orientirendes Bild von dem Gange der Entwicklung in dieser Zeitperiode und von dem gegenwärtigen Stande des niederen Schulwesens in Preußen gewinnen kann. In den beiden führenden und offiziellen Organen des Deutschen Lehrervereins, der wöchentlich erscheinenden „Pädagogischen Zeitung“ und der wissenschaftlichen Monatsschrift „Die deutsche Schule“, ist das umfangreiche Material in geschickter Weise verarbeitet worden, wobei man es auch nicht an der nöthigen Kritik hat fehlen lassen. Der bekannte und gewandte pädagogische Publizist, Johannes Tews, der diese Arbeit unter Verwerthung auch des älteren Zahlenmaterials für die „Deutsche Schule“ verrichtet hat, giebt außerdem noch eine kürzere Uebersicht im elften Hefte dieses Jahrgangs der „Sozialen Praxis“.

Da es uns im Folgenden nur auf eine knappe Zusammenfassung der bezeichnendsten Zahlen aus dem Jahrzehnt 1886 bis 1896 ankommt, so bleiben für diesen Zweck die Spezialschulen und Mädchenschulen von vornherein außer Betracht. Und von den Ergebnissen der Volksschulstatistik beschränken wir uns auch nur auf diejenigen, die für die Charakteristik der Stellung der preußischen Volksschule im Staatsorganismus von erheblicherer Bedeutung sind.

Wenn die preußische Unterrichtsverwaltung die Statistiken mit einer gewissen Genugthuung publizirt, weil aus ihnen auf den ersten Blick ein unverkennbarer Fortschritt im Schulwesen zu konstatiren ist, so täuscht aber diese Genugthuung nur sehr Wenige oder gar Niemand. Daß ein absoluter Fortschritt vorhanden ist, ist so selbstverständlich, daß man darüber kein Wort zu verlieren nöthig hat. Erst durch die Vergleichung der verschiedenen Zahlen miteinander und durch die Gegenüberstellung der scheinbar so fortgeschrittenen thatsächlichen Zustände und der von einer nur gemäßigten, zeitgenössischen Pädagogik als Mindestmaß aufgestellten Forderungen gewinnen die Zahlen an Werth und werden sie zu unerbittlichen und schroffen Anklägern des „Staates der Schulen", von dem eine längst verklungene Sage meldet, daß seine Schulmeister eine seiner größten Schlachten gewonnen haben sollen.

Die nachstehende Tabelle veranschaulicht zunächst die zahlenmäßige Entwicklung des preußischen Volksschulwesens vom ersten Jahre staatlicher Statistik, 1822, an:

Jahr	Schulen	Lehrer (vollbeschäftigte)	Hilfslehrer	Lehrerinnen (vollbeschäftigte) und Hilfslehrerinnen[1]	Schulkinder
1822	20 440	20 545	1231	454	1 427 045
1825	20 877	20 994	1731	501	1 577 999
1828	21 328	21 503	1808	587	1 791 703
1831	21 786	22 211	2014	694	1 917 934
1834	22 420	23 203	2217	691	2 102 271
1837	22 878	23 781	2455	1237	2 169 247
1840	23 323	24 328	2620	1559	2 224 239
1843	23 646	25 150	2680	1801	2 328 146
1846	24 044	25 914	2749	1856	2 433 333
1849	24 201	26 249	2744	1872	2 453 062
1852	24 637	26 834	2973	1992	2 583 565
1855	24 770	27 659	2928	2225	2 615 382
1858	24 923	28 369	2637	2426	2 719 072
1861	25 156	29 533	2640	2652	2 778 208
1864	25 056	30 805	2537	2815	2 825 322
1867	25 444	36 115		2878	3 035 275
1871	33 130	48 211		3848	3 900 655
1875		48 584	1976	3936	
1878	32 613	52 503	2267	4662	4 200 160
1882	33 040	59 917			4 339 729
1886	34 016	57 902	1134	6897	4 838 247
1891	34 742	63 237	3967	8903	4 916 476
1896	36 138	69 132	2696	10 299	5 236 826

Wie wenig von einem Fortschritt selbst seit 1822 gesprochen werden kann, erkennt man aus dieser Statistik auf den ersten Blick. Die Schulen haben sich in den 74 Jahren noch nicht einmal verdoppelt, obwohl die Schülerzahl sich fast vervierfacht hat. Wenn auch die Zahl der Lehrer im Verhältniß zur wachsenden Schülerzahl mit fortgeschritten ist, so müßte sie, den gesteigerten Bildungsbedürfnissen entsprechend, weit größer sein. Auf diesen wunden Punkt des preußischen Volksschulwesens kommen wir nachher noch etwas ausführlicher.

2. Die Aufwendungen für die Volksschule.

Die nackten Zahlen über die Gesammtaufwendungen des Staates für Volksschulzwecke in dem zur Behandlung stehenden Zeitabschnitt sind geeignet, ein

[1] Die Handarbeitslehrerinnen sind nicht mitgezählt.

günstiges, aber leider falsches Vorurtheil für die Bildungsfreundlichkeit des Staates zu erwecken. Die Steigerung ist in den drei Jahren 1886, 1891 und 1896 jedesmal eine erhebliche, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

Jahr	Stadt	Land	Stadt und Land zusammen
1886	50 466 522 Mark	65 997 863 Mark	116 464 385 Mark
1891	64 594 325 "	81 630 987 "	146 225 312 "
1896	83 129 558 "	102 787 937 "	185 917 495 "
	Persönliche Kosten.		
1886	37 493 537 Mark	51 050 340 Mark	88 543 877 Mark
1891	47 889 152 "	62 371 234 "	110 260 386 "
1896	60 545 580 "	73 367 542 "	133 913 122 "
	Sächliche Kosten.		
1886	12 972 985 Mark	14 947 523 Mark	27 920 508 Mark
1891	16 705 173 "	19 295 753 "	35 964 926 "
1896	22 583 978 "	29 420 395 "	52 004 373 "

Die erste Einschränkung dieses günstigen Eindrucks liegt in der Thatsache, daß sich die Zahl der Schulkinder, und zwar nur der eingeschulten, von 5034176 im Jahre 1886 und 5011066 im Jahre 1891 auf 5317037 im Jahre 1896, also um 282861 in dem Jahrzehnt gehoben hat, wodurch naturgemäß schon höhere Aufwendungen nöthig wurden. Eine zweite Einschränkung liegt in dem ungleichen Steigen der persönlichen und der sächlichen Aufwendungen. Man darf ohne Weiteres annehmen, daß die persönlichen Aufwendungen dem Volksschulunterricht werthvoller sind als die sächlichen, da sie eine Erhöhung der Lehrerzahl, zum Theile auch eine Erhöhung der Lehrergehälter, also in beiden Fällen eine direkte bezw. indirekte Verbesserung der Qualität des Unterrichts bedeuten. Bei den sächlichen Aufwendungen trifft diese Annahme nur sehr bedingt zu, was schon aus der Thatsache hervorgeht, daß diese Art der Aufwendungen besonders dem Lande sehr stark zu Gute kommt. Wenn man nun bedenkt, daß hier die sächlichen Kosten sehr häufig in der Entschädigung armer „Nothleidender" für Lieferung von Brennmaterial 2c. bestehen, so erkennt man den agrarischen Pferdefuß der preußischen Regierung auch auf diesem Gebiet sehr deutlich.

Dasselbe geht auch aus einer anderen Tabelle hervor, die die Quellen der Schulaufwendungen angiebt.

Es erhielten:

	Stadt	Land
Aus Staatsmitteln .	13338586 Mk. = 16,05 Proz.	40081346 Mk. = 38,99 Proz.
Aus Gemeindemitteln	57566368 " = 69,25 "	44039372 " = 42,85 "
Aus dem Stiftungsvermögen	784750 " = 0,94 "	6906598 " = 6,72 "
Aus Staats- und Gemeindemitteln gemeinschaftlich . . .	1059935 " = 1,27 "	1720505 " = 1,67 "
Aus Staats- und Gemeindemitteln und Stiftungsvermögen gemeinsam . . .	10379919 " = 12,49 "	10040116 " = 9,77 "
	83129558 Mk. = 100,00 Proz.	102787937 Mk. = 100,00 Proz.

Auch das neue Besoldungsgesetz vom 3. März 1897, das allerdings für unsere Statistik nicht mehr in Betracht kommt, sorgt bekanntlich in besonders liebevoller Weise für das Land, will heißen für die Herren Agrarier. Daß aber die Regierung noch wieder unter den Agrariern ihre Lieblinge hat, geht daraus hervor, daß die ostelbischen Provinzen besser bedacht sind, als die westlichen Gegenden.

Ein ziemlich sicherer Maßstab für den Stand des Unterrichtswesens ist die Höhe der Ausgaben, die der Staat für je ein Schulkind aufwendet. Darüber, sowie über die Vertheilung der Schullasten auf die Zahl der Einwohner giebt folgende Tabelle Auskunft:

	Ausgaben auf den Kopf eines Schulkindes			Volksschulunterhaltungskosten auf den Kopf der Bevölkerung		
	1886	1891	1896	1886	1891	1896
Ostpreußen	20,17	24,42	27,60	3,32	3,83	4,58
Westpreußen	19,71	24,82	28,92	3,36	4,11	5,08
Berlin	55,51	63,15	67,24	6,38	7,02	7,54
Brandenburg	23,08	28,30	35,93	3,66	4,28	5,38
Pommern	23,91	29,12	33,68	4,10	4,81	5,65
Posen	17,42	23,67	29,22	3,18	4,14	5,19
Schlesien	19,11	23,91	27,72	3,33	3,97	4,66
Sachsen	24,25	30,34	34,42	4,08	4,99	5,77
Schleswig-Holstein	33,23	41,30	46,94	5,85	6,85	7,65
Hannover	23,07	29,49	37,91	3,92	4,88	6,19
Westfalen	23,44	27,93	36,45	4,49	5,21	6,68
Hessen-Nassau	25,80	30,97	41,47	4,43	5,00	6,36
Rheinland	26,41	31,73	37,29	4,73	5,49	6,32
Hohenzollern	25,88	28,64	37,79	4,80	5,06	6,14
	24,07	29,74	35,50	4,11	4,88	5,84

Wenn auch daraus wieder die steigende Fürsorge des Staates für das Schulwesen hervorzugehen scheint, so ist hier gerade Gelegenheit, zum Vergleich das nur bescheidene Schulideal heranzuziehen, das heutige Schulreformer mäßigsten Schlages aufgestellt haben. Um auch nur das zu erreichen, bedürfte es ganz anderer Aufwendungen; die jetzigen reichen dazu nicht entfernt aus. Wir wollen aber noch ganz von der Erreichung irgend eines unbestimmten Ideals absehen und statt dessen nur einen weiteren Blick auf die Volksschulzustände werfen, um dadurch zu erkennen, daß selbst zur Abhilfe der schreiendsten Mißstände im Schulwesen kaum die doppelten Aufwendungen hinreichen, daß demnach die paar Millionen Mehr gegen die Vorjahre nichts Anderes als den bekannten rasch verpufften Tropfen auf dem heißen Steine preußischen Volksschulelends bedeuten.

3. Schüler und Lehrer.

Das Verhältniß der zu unterrichtenden Kinder und der dafür vorhandenen Lehrkräfte weist die meisten Mängel in der preußischen Schulorganisation auf, und da von einem besseren oder schlechteren Verhältniß dieser Art auch in erster Linie die bessere oder schlechtere unterrichtliche Versorgung der Jugend abhängt, so enthält dies Kapitel den Kern des preußischen Volksschulelends.

Die Unterrichtsverwaltung hat schon, um die Zahlen auf diesem Gebiet nicht allzu dürftig erscheinen zu lassen, einer vernunftgemäßen Pädagogik Gewalt angethan, indem sie die Normalgrenze hinsichtlich der Besetzung der Schulklassen auf die Höhe von 80 Schülern in einklassigen Schulen und von 70 Schülern in mehrklassigen Schulen setzte. Auch dem Laien ist klar, daß bei einer derartig

hohen Schülerzahl von einem wirklich guten, gediegenen Unterricht nicht die Rede sein kann. Jedwede Erziehung scheidet schon von vornherein aus. Das Individualisiren in Bezug auf die Schüler ist dem Lehrer bei solchen Zuständen unmöglich gemacht, er sieht sich mehr als einmal am Tage genöthigt, die von ihm selbst in der Theorie anerkannten Lehrsätze der Pädagogik in der Praxis zu übertreten, der Unterricht wird oft genug zum bloßen Einpauken, die Erziehung muß zum Prügel greifen. Es dürfte höchstens die Hälfte Schüler als Normalbesetzung einer Klasse gelten; der Greifswalder Professor Rehmke will sogar nur 30 zulassen.

Auch hier zeigt die amtliche Statistik wieder einen Fortschritt auf. Die nicht unerhebliche Abnahme an überfüllten Schulklassen und der darin unterrichteten Kinder geht aus folgender Tabelle hervor:

Jahr	Klassen	Schulkinder
1886	25 535	2 333 373
1891	19 819	1 661 182
1896	17 165	1 390 525

Leider bietet auch dieser Fortschritt wieder keinen Anlaß zum Loben. Die Regierung hat es sich überaus bequem gemacht, um über 8000 überfüllte Schulklassen mit fast einer Million Kindern verschwinden zu machen, indem sie nämlich — aus einer überfüllten Klasse zwei, natürlich nicht überfüllte, Klassen machte. Das Verfahren wäre ja einwandsfrei, wenn nun auch für die zwei Klassen zwei Lehrer da wären. Da aber ein Lehrer Geld kostet, hat die Regierung auf die Anstellung neuer Lehrer verzichtet, so daß in derart getheilten Klassen sogenannter Halbtagsunterricht stattfindet: die eine Hälfte wird Vormittags, die andere Nachmittags unterrichtet. Zwar wird der Lehrer dadurch etwas entlastet, aber da nunmehr die Kinder nur während der Hälfte der bisherigen Zeit Schulunterricht genießen, ist der pädagogische Effekt dieser überaus weisen Maßregel gleich Null. Aber in den Statistiken sieht es schöner aus!

In einer Prozentberechnung stellen sich die normal und abnorm besetzten Schulklassen folgendermaßen:

Von 100 Schülern wurden unterrichtet in

	Stadt			Land			Stadt und Land zusammen		
	1886	1891	1896	1886	1891	1896	1886	1891	1896
normal besetzten Klassen . .	55,44	68,68	75,60	53,11	65,00	72,34	53,84	66,21	73,45
abnorm besetzten Klassen . .	44,56	31,32	24,40	46,89	35,00	27,66	46,16	33,79	26,55

In den Städten waren im Jahre 1896 5569 überfüllte Schulklassen mit 432603 Kindern, auf dem Lande 11596 Klassen mit 957922 Kindern vorhanden. Nach Provinzen geordnet stellt sich die Ueberfüllung der Schulklassen folgendermaßen:

	Stadt		Land	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Ostpreußen	160	12358	926	78074
Westpreußen	226	18143	695	60423
Berlin	3	217	—	—
Transport	389	30718	1621	138497

	Stadt		Land	
	Klassen	Schüler	Klassen	Schüler
Transport	389	30718	1621	138497
Brandenburg	228	17471	504	41815
Pommern	105	8053	419	36980
Posen	252	20900	715	61275
Schlesien	628	49004	2029	164605
Sachsen	465	36783	1038	86680
Schleswig-Holstein	155	11664	177	14183
Hannover	288	21556	706	59240
Westfalen	1128	87861	1607	131650
Hessen-Nassau	129	10252	439	35656
Rheinland	1802	129341	2323	185903
Hohenzollern	—	—	18	1438
	5569	432603	11596	957922

Die besonders stark überfüllten Schulen werden in der Statistik einzeln namhaft gemacht. Wir führen die folgenden, für einen Kulturstaat wie Preußen beschämenden Zahlen an:

		Klassen	Schüler
Reg.-Bez. Königsberg	Palmnicken	2	293
	Astrawischken	1	171
Reg.-Bez. Gumbinnen	Kleschkau, Kr. Berent	1	161
	Saspe, Kr. Danziger Höhe	2	290
Reg.-Bez. Marienwerder	Battlewo, Kr. Kulm	1	155
	Lüben, Kr. Deutsch-Krone	1	159
Reg.-Bez. Posen	Mechlin, Kr. Schrimm	1	173
	Nitsche, Kr. Schrimm	1	152
	Neustadt bei Pinne	1	144
	Punitz, Kr. Gostyn	1	175
	Siedmiorogowo, Kr. Koschmin	1	152
Reg.-Bez. Breslau	Wongrowitz	1	133
	Strelno	1	154
Reg.-Bez. Oppeln	Sakrau Turawa	1	171
	Petersdorf, Kr. Tost-Gleiwitz	4	808
	Langenau, Kr. Leobschütz	1	143
Reg.-Bez. Merseburg	Wolfen, Kr. Bitterfeld	1	166
	Löbnitz, Kr. Delitzsch	1	135
	Bebra, Kr. Sangerhausen	1	139
Reg.-Bez. Hildesheim	Moritzberg, Kr. Marienburg i. H.	1	152
Reg.-Bez. Münster	Sassenburg, Kr. Warendorf	1	152
Reg.-Bez. Düsseldorf	Alstaden, Kr. Mülheim a. R.	1	172
	Odenkirchen, Kr. Gladbach	1	141

Es wäre der Regierung natürlich ein Leichtes, auch diese überfüllten Klassen abzuschaffen: sie brauchte nur die vorhin schon gekennzeichnete superkluge Halbirung der Klassen unter Einführung von Halbtagsunterricht konsequent durchzuführen. Daß das aber schließlich den Teufel mit Belzebub austreiben hieße, hat sich die Unterrichtsverwaltung wohl selbst gesagt und es deshalb in einer Anwandlung von Schamgefühl unterlassen.

Das einzige Mittel zur Abschaffung der Klassenüberfüllung ist eben die Anstellung einer großen Zahl neuer Lehrkräfte. Daran ist in der heutigen Zeit des von Jahr zu Jahr gesteigerten Militarismus und Marinismus aber nicht zu denken.

4. Die Unterrichtsräume.

Man hat zu unterscheiden zwischen der Schulklasse, der unterrichtlichen Einheit, die durch einen Lehrer unterrichtet wird, und dem auch gemeinhin Klasse genannten Klassenraum. Es können z. B. in einer Schule sieben Unterrichtsklassen vorhanden sein, für die jedoch nur vier Klassenzimmer zur Verfügung stehen. Jedem Laien leuchtet ein, daß bei guten Schulverhältnissen eines Landes auch jede Unterrichtsklasse ihren eigenen Unterrichtsraum, ihr Klassenzimmer haben muß, damit nicht mehrere Klassen, also verschiedene Jahrgänge von Schülern, in einem Raume und durch eine Lehrkraft, also ungenügend, unterrichtet zu werden brauchen. Die große Zahl fehlender Lehrkräfte läßt schon einen Rückschluß auf die entsprechenden Zustände bei den Klassenräumen zu. Auch das Kapitel der preußischen sogenannten Brühlschen Schulpaläste ist ja ein bekanntes und die Lehrerzeitungen veröffentlichen von Zeit zu Zeit unter dieser ständigen Rubrik haarsträubende Schilderungen von unzulänglichen Schulgebäuden. Daß wegen Baufälligkeit solch eines Stalles — eine bessere Bezeichnung verdienen viele der ostelbischen Schulhäuser nicht — oder wegen der Unmöglichkeit, im Winter heizen zu können, oft monatelang kein Unterricht stattfindet, daß die Gesundheit der Lehrer und Schüler ständig in Gefahr schwebt, ist fast sprichwörtlich geworden. Hat doch sogar der gegenwärtige Unterrichtsminister bei der Berathung seiner Schulvorlage vom Jahre 1893 zugegeben, daß in einem großen Prozentsatz der vorhandenen Schulbauten „Leben und Gesundheit der Lehrer und Kinder gefährdet sind“.

Auch aus dem amtlichen Zahlenmaterial über die vorhandenen und nicht vorhandenen Unterrichtsräume geht das Elend der preußischen Volksschulbauten greifbar genug hervor. Im Jahre 1896 hatten von 92 001 Schulklassen nur 78 431 ein besonderes Schulzimmer. Die übrigen 13 570 Schulklassen mußten also mit anderen Klassen gemeinsam in demselben Raume unterrichtet werden. Daß hieraus viele Unzuträglichkeiten entstehen, sowohl nach der unterrichtlichen, wie besonders auch nach der gesundheitlichen Seite hin, ist ohne Weiteres klar. Der Lehrer kann sich naturgemäß zur Zeit nur mit einer Klasse beschäftigen, die andere muß während der Zeit anderweitig, meist schriftlich, beschäftigt werden. Der pädagogische Erfolg kann also nur ein halber, in vielen Fällen ein noch geringerer sein. Denn die beiden Abtheilungen werden selbstverständlich auch durch einander gestört, ferner wird die pädagogische Thätigkeit des Lehrers fortwährend zerrissen und dadurch erheblich beeinträchtigt. Daß die Zusammenpressung zweier vollbesetzter Klassen in einen einzigen Raum gesundheitlich höchst nachtheilig ist, bedarf keines Beweises.

Auf diesem Gebiet ist es in den letzten zehn Jahren noch wesentlich schlechter geworden. Die Vermehrung der Unterrichtsräume hat nicht einmal im selben Verhältniß zu der Zunahme der Unterrichtsklassen zugenommen. Letztere haben sich seit 1886 um rund 17 000 vermehrt, für die nur circa 14 000 Klassenräume mehr geschaffen worden sind. Folgende Tabelle veranschaulicht dies etwas genauer:

Jahr	Klassenräume	Unterrichtsklassen	Es fehlten also Klassenräume
1886	64 688	75 097	10 409
1891	70 950	82 746	11 796
1896	78 431	92 001	13 570

In den einzelnen Provinzen stellt sich der Mangel an genügenden Schulräumen folgendermaßen:

	Klassenräume	Unterrichtsklassen	Es fehlten also Klassenräume
Ostpreußen	5 035	5 428	393
Westpreußen	3 708	4 362	654
Berlin	3 543	3 583	40
Brandenburg	6 659	8 108	1 449
Pommern	4 365	5 011	646
Posen	4 149	5 786	1 637
Schlesien	9 954	13 548	3 594
Sachsen	6 758	7 869	1 111
Schleswig-Holstein	3 886	3 945	59
Hannover	6 334	7 379	1 045
Westfalen	6 560	7 710	1 150
Hessen-Nassau	4 368	5 285	917
Rheinland	12 914	13 788	874
Hohenzollern	198	199	1
	78 431	92 001	13 570

Auf dem Lande ist dieser Mangel naturgemäß am größten. Auf 100 Klassenräume kommen hier 1896 nicht weniger als 126 Unterrichtsklassen. In einzelnen Regierungsbezirken wird aber das Verhältniß noch weit ungünstiger, so in Posen (156 Unterrichtsklassen auf 100 Klassenräume), Bromberg (143), Breslau (165), Liegnitz (171), Hildesheim, Merseburg und Erfurt (je 134), Osnabrück (136), Kassel (140), Minden (161). Am besten steht es noch in den Landschulen der Regierungsbezirke Gumbinnen (105), Stade (106) und Schleswig (101). Dagegen waren in den drei schlesischen Regierungsbezirken nur 6873 Klassenräume für 10 278 Unterrichtsklassen, im Regierungsbezirk Posen nur 1803 Klassenräume für 2807 Unterrichtsklassen vorhanden. In den Städten ist das Verhältniß zwar ein weit günstigeres, doch befriedigt es auch deshalb nicht, weil noch immer 103 Unterrichtsklassen sich mit 100 Klassen begnügen müssen. Die Regierungsbezirke Posen und Bromberg zeichnen sich natürlich auch hier noch wieder höchst unvortheilhaft aus, da bei ihnen auf 100 Klassenräume 115 bezw. 111 Unterrichtsklassen entfallen.

5. Die Lehrkräfte.

Auf die Lehrerbesoldung im Einzelnen einzugehen, erübrigt sich, da durch das neue Besoldungsgesetz vom vorigen Frühjahr sich die diesbezüglichen Verhältnisse wesentlich geändert haben, wenn diese theilweise nur formalen Aenderungen auch keine großen Verbesserungen der Lehrergehälter im Gefolge gehabt haben. Eine absolute Steigerung ist auch hier in dem Jahrzehnt 1886 bis 1896 zu verzeichnen.

So wurden für vollbeschäftigte Lehrkräfte an den öffentlichen Volksschulen aufgewendet:

Jahr	Lehrer Mark	Lehrerinnen Mark	Zusammen Mark
1886	74 788 232	7 584 803	82 373 035
1891	91 461 763	9 943 109	101 404 872
1896	109 455 912	13 175 436	122 631 348

Das durchschnittliche Gesammteinkommen, wobei die freie Wohnung und Feuerung bezw. die dafür gewährte Entschädigung mitgerechnet sind, stellte sich in dem Jahrzehnt folgendermaßen:

Jahr	Stadt Lehrer Mark	Stadt Lehrerinnen Mark	Land Lehrer Mark	Land Lehrerinnen Mark	Stadt und Land zusammen Lehrer Mark	Stadt und Land zusammen Lehrerinnen Mark
1886 . . .	1635	1216	1133	946	1292	1108
1891 . . .	1812	1263	1264	1020	1446	1171
1896 . . .	2029	1392	1357	1132	1583	1279

Der günstige Eindruck wird dadurch schon vermindert, daß Wohnung und Feuerung in den beiden letzten Erhebungsjahren 1891 und 1896 wesentlich höher (mit 245 bezw. 257 Mark) berechnet sind wie 1886, wo nur 208 Mark dafür in Ansatz gebracht wurden. Ferner noch dadurch, daß das durchschnittliche Dienstalter ein höheres geworden ist, wodurch sich auch die Besoldungen steigern mußten.

In den einzelnen Provinzen stellte sich die Besoldungsverbesserung in den zehn Jahren wie folgt:

	Lehrer 1886 Mark	Lehrer 1891 Mark	Lehrer 1896 Mark	Lehrerinnen 1886 Mark	Lehrerinnen 1891 Mark	Lehrerinnen 1896 Mark
Ostpreußen . . .	1054	1153	1220	883	936	991
Westpreußen . . .	1054	1154	1255	967	1010	1100
Berlin	2375	2597	3010	1457	1538	1627
Brandenburg . .	1251	1398	1527	1025	1089	1188
Pommern	1172	1296	1356	1011	992	1125
Posen	1128	1249	1361	1093	1062	1119
Schlesien	1235	1369	1469	1121	1160	1264
Sachsen	1277	1427	1549	993	1050	1109
Schleswig-Holstein .	1424	1593	1689	948	967	1041
Hannover	1159	1332	1466	926	981	1103
Westfalen	1388	1576	1753	1042	1146	1277
Hessen-Nassau . .	1266	1512	1694	1077	1197	1371
Rheinland . . .	1483	1628	1806	1093	1161	1285
Hohenzollern . . .	1018	1271	1348	812	934	1006
Staat	1292	1446	1583	1108	1171	1279

Groß wird die Zahl derer nicht sein, die da behaupten, daß ein durchschnittliches Gehalt von noch nicht einmal 1600 Mark jährlich eine angemessene Entschädigung für den schwierigen und verantwortungsvollen Beruf eines Jugendbildners sei. Dazu kommt, daß sich das Durchschnittseinkommen noch immer in erfreulicher Weise abhebt von dem düsteren Hintergrund des Lehrerelends in einzelnen Gegenden und bei einzelnen Kategorien, das leider noch immer keine Sage geworden ist. Es giebt selbst heute noch Lehrergehälter von einer beschämenden Niedrigkeit. So bezogen z. B. 1896: 41 Lehrer und 6 Lehrerinnen **weniger als 600 Mark**, 5882 Lehrer und 1352 Lehrerinnen 600 bis 900 Mark und 16 997 Lehrer und 3826 Lehrerinnen 900 bis 1200 Mark. Dabei waren dies durchaus nicht sämmtlich junge Lehrkräfte. Auf dem Gehaltssatz von 900 bis 1050 Mark standen z. B. 574 Lehrer mit 10 bis 15 Dienstjahren, 43 Lehrer mit 15 bis 20 Dienstjahren und **18 Lehrer mit mehr als 20 Dienstjahren.**

Aus den sonstigen Tabellen über die Lehrkräfte ist unter Anderem zu entnehmen, daß angestellt waren:

Jahr	Lehrer	Lehrerinnen
1886	57 902	6 848
1891	62 272	8 439
1896	68 688	10 271

Von 100 Lehrkräften waren:

Jahr		Lehrer	Lehrerinnen
1886	. . . .	89,42	10,58
1891	. . . .	88,07	11,93
1896	. . . .	86,99	13,01

Darnach ist eine prozentuale Abnahme der männlichen Lehrkräfte und ein erhebliches Anwachsen der weiblichen zu konstatiren. In den Städten ging die Zahl der Lehrer zurück von 81,73 Prozent auf 77,87 Prozent, auf dem Lande von 93,50 Prozent auf 92,50 Prozent, während die Zahl der Lehrerinnen stieg in den Städten von 18,27 auf 22,13 Prozent, auf dem Lande von 6,50 auf 7,50 Prozent. Insgesammt erhöhte sich die Zahl der Lehrerinnen von 1886 bis 1896 **um 50 Prozent**, während die Zahl der Lehrer sich in dem gleichen Zeitraum nur um 18,6 Prozent erhöhte.

Daß die jetzige Zahl von Lehrern nicht entfernt zureicht für die unterrichtliche Versorgung der Kinder in den öffentlichen Volksschulen, wurde schon weiter oben bei der Besprechung der überfüllten Schulklassen angedeutet. Die folgenden Zahlen veranschaulichen dieses Manko im preußischen Volksschulwesen noch deutlicher.

Auf je 100 Schulklassen entfallen Lehrer:

Jahr		Stadt	Land	Stadt und Land zusammen
1886	. . . .	96	82	86
1891	. . . .	99	81	87
1896	. . . .	99	80	86

Insgesammt sind für 92001 Schulklassen nur 79431 Lehrkräfte vorhanden, so daß **12570 Lehrer zu wenig** vorhanden sind. Es müßte also, wenn ordnungsgemäß jede Klasse ihren Lehrer haben sollte, der gesammte Lehrkörper in Preußen um ein Sechstel seiner jetzigen Zahl vermehrt werden, denn es ist zu berücksichtigen, daß durch die ungenügend oder gar nicht besetzten jetzigen Lehrerstellen sich die Zahl der fehlenden Lehrer auf über 13000 stellt. Sollten nun noch die überfüllten Schulklassen abgeschafft und auf die preußische Normalgrenze von 70 bezw. 80 Kindern gebracht werden, so wären dazu noch circa 7000 Lehrer nöthig. Will man aber sogar bis auf die wirkliche Normalgrenze von vielleicht 30 Schülern hinabgehen, so müßte man dazu noch ungefähr 100000 Lehrer anstellen, eine scheinbar immens hohe Zahl. Wenn man sich aber die kulturfördernde Bedeutung einer solchen That vergegenwärtigt und ferner bedenkt, mit welcher Leichtigkeit heutzutage Zehntausende von neuen Soldaten und Hunderte von neuen Schiffskolossen gewissermaßen aus dem Erdboden gestampft werden können, so verliert die Forderung von 100000 neuen Lehrern viel von dem Ungeheuerlichen, das ihr scheinbar anhaftet. „Indessen bis die Stunde schlägt“ — wird noch manches funkelnagelneue Kriegsschiff seinen Kurs nach Kiautschou gelenkt haben und manche Liebesgabe den Weg in die unergründlichen Taschen unserer Ostelbier gewandert sein.

6. Verschiedenes.

Aus dem sonstigen Zahlenmaterial seien noch einige interessante Einzelheiten hervorgehoben.

Nach den einzelnen Religionsbekenntnissen hat eine Verschiebung seit 1886 stattgefunden. Die evangelischen Volksschulen haben sich nicht in demselben Maße vermehrt wie die katholischen, die jüdischen sind erheblich zurückgegangen, während sich die paritätischen relativ am meisten vermehrt haben, wie aus folgender Tabelle hervorgeht:

Jahr	Evangelisch	Katholisch	Jüdisch	Paritätisch
1886	23 122	10 061	318	515
1891	23 749	10 154	244	595
1896	24 487	10 725	246	680

Von 100 Volksschulen waren 1896 67,76 Prozent evangelisch, 29,68 Prozent katholisch, 0,68 Prozent jüdisch, 1,88 Prozent paritätisch.

Die heutzutage sehr beliebte Trennung der Geschlechter hat auch im fraglichen Jahrzehnt erhebliche Fortschritte gemacht, wie folgende Zahlen aufweisen.

Von 100 Schulkindern wurden unterrichtet:

	Stadt			Land			Stadt und Land zusammen		
	1886	1891	1896	1886	1891	1896	1886	1891	1896
In getrennten Knaben- und Mädchenklassen	67,59	70,66	72,12	9,29	11,05	13,10	27,41	30,64	33,08
In gemischten Klassen	32,41	29,34	27,88	90,71	88,95	86,90	72,59	69,36	66,92

Die fortgeschritteneren Pädagogen, so auch Tews, kommen immer mehr zu der auch schon früher gelegentlich von Eduard Sack energisch vertretenen Anschauung, daß die Trennung der Geschlechter pädagogisch falsch ist. Gerade die daraus erhofften Wirkungen auf die Hebung der Sittlichkeit bleiben aus, während in anderen Ländern, wo man über derartige lächerliche Prüderie hinaus ist, in Amerika, in Norwegen, Finnland 2c., durch die gemeinsame Erziehung beider Geschlechter die günstigsten Erfolge in moralischer Beziehung erzielt worden sind.

Zum Schluß seien noch einige Zahlen über die Nationalität und Familiensprache der Kinder angeführt, die im Hinblick auf die neueste, durch Herrn von Köller inaugurirte Ausweisungspolitik erhöhte Bedeutung haben.

Von 100 Schulkindern sprachen in der Familie:

	Stadt			Land			Stadt und Land zusammen		
	1886	1891	1896	1886	1891	1896	1886	1891	1896
Deutsch	94,90	94,97	94,71	82,83	82,84	81,97	86,58	86,83	86,29
Deutsch und eine andere Sprache	1,36	1,44	1,63	2,07	2,06	2,19	1,85	1,86	2,00
Nur polnisch	3,46	3,34	3,42	13,44	13,24	14,22	10,34	9,99	10,56
" litthauisch	0,00	0,00	0,00	0,30	0,31	0,28	0,21	0,21	0,19
" wendisch	0,00	0,02	0,00	0,38	0,38	0,33	0,26	0,26	0,22
" dänisch	0,20	0,15	0,15	0,63	0,62	0,56	0,50	0,46	0,42
" eine andere Sprache	0,08	0,08	0,09	0,35	0,55	0,45	0,26	0,39	0,32

Die Zahlen reden eine deutliche Sprache. Sie zeigen trotz der übereifrigen Germanisationsbestrebungen einen Rückgang der blos deutsch sprechenden Schulkinder. Besonders in den der neueren polnischen Ansiedlungspolitik vornehmlich ausgesetzten Distrikten zeigt sich das Gegentheil der erhofften Wirkung. So hat sich die Zahl der nur polnisch sprechenden Kinder im Regierungsbezirk Posen von 134 373 auf 144 972, im Regierungsbezirk Oppeln von 159 277 auf 181 707 gesteigert. Auch die polnisch und deutsch sprechende Bevölkerung hat sich im ganzen Staate von 70 868 im Jahre 1886 auf 87 239 im Jahre 1896 vermehrt, wobei wieder der Oppelner Bezirk allein mit einer Vermehrung von 22 197 auf 32 246 figurirt. Ob unsere Staatsmänner daraus lernen, daß man mit rücksichtslosen Ausrottungs- und Unterdrückungsversuchen immer die gegentheilige Wirkung erzielt? Geht die Köllersche Praxis so weiter, so wird bei der nächsten Statistik auch wahrscheinlich eine Zunahme dänisch redender Schulkinder zu konstatiren sein.

* *
*

Alles in Allem bietet ein Blick auf das in Frage stehende Jahrzehnt preußischer Volksschulgeschichte wenig Erfreuliches. Wir können nur nochmals betonen, daß der geringe Fortschritt, der gemacht worden ist, nur einen Tropfen am Eimer bedeutet, der vor der Fülle von Mängeln und Rückständigkeiten des eigenen Schulwesens und noch mehr vor den theilweise riesigen Fortschritten außerdeutscher Länder verschwindet. Es wirkt nur komisch, wenn demgegenüber die preußische Unterrichtsverwaltung in der Denkschrift zu der Statistik meint, daß die Summen, die andere Staaten für ihr Unterrichtswesen auswerfen, „uns geradezu unerschwinglich sind", und wenn sie dann weiter sagt, „daß der Werth des Unterrichts und der Bildung noch auf anderen Dingen beruhe, als auf dem Gelde, das man dafür aufwendet". Durch solche Gemeinplätze verräth die Unterrichtsverwaltung nur, wie schwach sie selbst ihre Position einschätzt. Selbstverständlich beruht der Werth der Bildung nicht auf dem Gelde, aber ohne Geld ist heutzutage keine öffentliche Bildung möglich. Deshalb bemühe sich die preußische Unterrichtsverwaltung nur, anstatt daß sie über neue Disziplinarmaßregeln gegen unliebsame Privatdozenten und Professoren nachgrübelt, so viel als möglich Geld von der maßgebenden Stelle herauszupressen, damit wenigstens die klaffendsten Lücken im preußischen Volksschulwesen zugestopft werden können.

Siehe da: das stehende Milizheer!

Ein Schlußwort von **Max Schippel.**

Jede Erörterung muß einmal ihr Ende finden und dieser Streit verlangt sogar, wie die Wurst bei Fritz Reuter, seine zwei Enden. Ich begnüge mich daher meinerseits mit einem Schlußwort, so kurz als es irgend geht.

Also das war der Kern dieses neuesten Milizpudels, der sich erst lang und breit reckte, als ob er mich schier auf einen Happ verschlingen wollte: stehende Cadres, besetzt mit Berufs-Offizieren und -Unteroffizieren, und einjährige Präsenzzeit, das Ganze unter dem Namen Miliz!

Mit Verlaub, bisher hat man das meines Erachtens überall, wo man mit bestimmt umgrenzten Begriffen zur Militärfrage Stellung nahm, ein stehendes Heer mit einjähriger Präsenzzeit genannt. Sogar der letzte sozialdemokratische Parteitag hat das durch die beiden Redner zum Mainzer Antrag auf einjährige Dienstzeit gethan.[1] Ferner habe ich meines Wissens niemals etwas Anderes zur Grundlage meiner Ausführungen genommen wie: stehende Cadres, Berufsoffiziere und einjährige Präsenz. Nur habe ich die Gedankenlosigkeit abgelehnt, eine solche Organisation Miliz zu nennen.

Nun wolle der Leser, um sich den ganzen sonderbaren Kasus einer wochenlangen Debatte unter solchen Voraussetzungen recht greifbar vor die Augen zu führen, nochmals die von mir herrührenden beiden Seiten 584 unten bis 586 oben in Heft 19 der „Neuen Zeit" nachlesen. Ich habe hier — wie sich gleich zeigen wird: wahrhaftig nicht, wie Kautsky frisch-fromm-fröhlich fabulirt, auf den Schriften der niedrigsten Milizfeinde fußend — das Folgende ausgeführt:

Der Begriff stehendes Heer hat im Laufe der innerpolitischen Kämpfe in unserem Jahrhundert zwei Wehrverfassungen, und zwar ganz folgerichtig, bezeichnet:

[1] Siehe meine Anmerkung auf S. 584, Heft 19.

Einmal das Heer, in dem der „gemeine“ Soldat selber „ständig“ ist, also das wirkliche Berufsheer, das Heer der wirklichen Berufssoldaten.

Mit dem Vordringen der preußischen allgemeinen Wehrpflicht ist diesem Begriff der Boden in der Wirklichkeit entzogen worden. Trotzdem erhält sich mit vollem Rechte das Wort, trotzdem kämpft man weiter für Beseitigung der „stehenden“ Heere. Denn wenn auch die Soldaten des Heeres alle drei Jahre, oder alle zwei Jahre, oder alle achtzehn Monate, alle zwölf Monate wechseln, wenn an Stelle des Müller morgen nach Ablauf der — hier längeren, dort kürzeren — Präsenzzeit der Schulze tritt und an Stelle des Schulze später wieder der Meyer, so bleibt doch das Heer als solches, wie ein selbständiger, mit eigenem Leben begabter Organismus stetig aus der Erwerbsgesellschaft ausgeschieden. Und dieses Heer hat sein festes dauerndes Knochengerüst, hat noch immer seine ständigen, stehenden Elemente: die stehenden Cadres, um derentwillen man eben weiter von „stehendem“ Heere spricht. Die stehenden Heere im alten Sinne sind allmälig aus dem ganzen kontinentalen Europa verschwunden, sie sind in Preußen seit Jena und Auerstädt eingesargt. Es giebt nur noch stehende Cadres. Wer heute stehendes Heer sagt, sagt weiter nichts wie stehende Cadres, aber durchaus nicht, wie man nach manchen Preßstimmen glauben könnte, Stockprügel, oder Spießruthenlaufen, oder geheime Justiz, oder Duelle, oder Mißachtung des Weibes — das alles steht wieder auf einem ganz anderen Blatte. Und wer im Gegensatz dazu „Miliz“ sagt, sagt in der ganzen bedeutsamen Zeit der Militärkonflikte zwischen Regierung und bürgerlicher Demokratie nichts wie: Fort mit den stehenden Cadres und den dazu gehörigen ständigen Offizieren, die das Waffenhandwerk als Beruf betreiben.

Diese Periode der klaren, radikalen Bekämpfung der stehenden Heere schließt, wie ich schon früher bemerkte, im Allgemeinen ab mit den Kriegen von 1866 und 1870. Seitdem ist freilich noch manche „Miliz“schrift erschienen, und wenn eine Häufung von Druckbogen eine Literatur giebt, so haben wir sogar eine große deutsche Milizliteratur. Nur hat sie mit dem alten Kern der Streitfrage so gut wie gar nichts mehr zu schaffen; man schleppt nur in trägem geistigen Beharrungsvermögen die alten Worte, weil sie sich als gute Schlagworte erwiesen haben, weiter mit sich herum, bis ihr bestimmter Sinn zur vollen Sinnlosigkeit verflüchtigt ist. Wenn dem Hinz die Präsenzzeit zu lang ist, so plaidirt er nicht, kurz und gut, für eine verminderte Präsenzzeit, sondern er schreibt eine Broschüre: Fort mit den stehenden Heeren! was ihn aber gar nicht hindert, es schließlich ruhig bei der verlangten Reform innerhalb des stehenden Heeres zu belassen. Der Kunz rügt — mit vollem Rechte, wie ich um mancher überkritischen Genossen willen ausdrücklich beifüge und dreimal unterstreiche — die kastenartige, rechtliche sowie thatsächliche Absonderung des Militärs; anstatt auf diesem guten, soliden Leisten recht gründliche Arbeit zu machen, veröffentlicht er mit der ganzen Geschwollenheit unverdauter Schlagworte seine Schrift: Fort mit dem Berufsheer! — wobei sich am Ende vielleicht herausstellt, daß er die einzigen Berufssoldaten, die wir noch haben, auch ferner beibehalten, unter Umständen sogar noch beträchtlich vermehren will. Wenn das so weiter geht, wird man schließlich noch sagen müssen: Abschaffung, Beseitigung der stehenden Heere ist, wenn man keine Freude mehr an Licht und Glanz und Farbe hat, wenn junge Burschen nicht mehr von Fleischeslust und Sinnenlust befallen sind, wenn sie nicht mehr mit hellem Kling und Klang durch die Straßen ziehen, nicht mehr gern Schelmen- und Schandlieder singen und am liebsten jeden Abend so ein

süßes junges Blut in den Armen hielten. Wo hier Mißstände und Uebergriffe vorhanden sind, muß man sie rücksichtslos angreifen. Gewiß! Aber gerade wenn die Sache, die man vertritt, gut ist, kann man die geschilderte gedankenlose Wortemacherei um so eher entbehren.

Nun habe ich schon einmal zugestanden, daß ich es Kautsky nicht verwehren kann, wenn er sich die Redeweise der neuesten „Milizliteratur" aneignet und mich beispielsweise auf die Autorität der „Grenzboten" verweist, in denen ein Herr Günther, Reinhold Günther, ebenfalls gesagt habe: unter Miliz verstehe er ein durch allgemeine Dienstpflicht aufgebrachtes Cadresheer mit kurzer Präsenzzeit. Eigentlich müßte Kautsky durch diese Zustimmung auf das Tiefste erschüttert sein, denn er verlangt von mir, daß ich zerknirscht an meine Brust schlage, wenn mir einmal die „Soziale Praxis" oder sonst Jemand in einer durchaus nicht sozialdemokratischen Frage Recht giebt. Indeß, wem's Spaß macht, mag sich an dem Beifall des „Grenzboten"-Mitarbeiters laben. Die angeführte Definition ist sogar noch lange nicht die unvernünftigste, die man auftreiben kann.[1] Ich will nur kurz, um nicht der Silbenstecherei geziehen zu werden, den von mir beibehaltenen Sprachgebrauch aus der Milizliteratur rechtfertigen, nachdem ich ihn früher (auf den bezeichneten Seiten in Nr. 19) und nochmals oben kurz aus dem Wesen, aus der Struktur des heutigen Heeres als nothwendig abzuleiten versucht habe. Mein Gewährsmann ist in diesen Dingen hauptsächlich Rüstow, in seinen besten Jahren als bedeutender Fachmann nicht nur von den Militärs anerkannt, sondern auch eine Art militärischen Orakels für die ganze radikale Demokratie der fünfziger und sechziger Jahre, der Freund Lassalles und der Generalstabsmajor Garibaldis — meines Erachtens der kühnste und sachkundigste Verfechter der Milizorganisation überhaupt, der je in diesem Kampfe die Feder geführt hat.

Bei ihm ist die einzig logische Dreitheilung streng durchgeführt: stehendes Heer, also das Heer, in dem alle Elemente, die Cadres sowohl wie die Ausfüllung derselben mit Mannschaften „ständig", „stehend" sind — das Cadresheer, das heutige „uneigentliche stehende Heer", in dem nur noch die Cadres ständig sind, das stehende Heer, wie es bei allgemeiner Wehrpflicht allein noch denkbar ist — und die Miliz, durch die auch die stehenden Cadres der Auflösung verfallen: das Volk ist das Heer und das Heer ist das Volk. Rüstow hat dann in seinem stark ausgeprägten Streben nach klarer Abgrenzung der Worte und Begriffe immer wieder hervorgehoben, daß stehende Heere „im prägnantesten Sinne des Wortes" schon zu seiner Zeit nicht mehr in Frage kamen, daß also der Meinungskampf: stehendes Heer gegen Miliz! identisch geworden sei mit der Auseinandersetzung zwischen Cadresystem und Beseitigung der stehenden Cadres. Seine Anhänger haben es oft genug vorgezogen, das heutige Heer im Wesen seiner Struktur zu kennzeichnen als das „Heer mit stehenden Cadres" oder als „stehendes Cadresheer". Das Cadresheer, den Gegenpol zur Miliz, scheidet Rüstow alsdann nach der Präsenzzeit: stehende Cadres und dreijährige Präsenz, stehende Cadres und zweijährige Präsenzzeit. Ich kann mich nicht erinnern, eine kürzere Dienstzeit im stehenden Heere bei Rüstow erwähnt gefunden zu haben. Das ist für die fünfziger und den Anfang der sechziger Jahre auch selbstverständlich, weil die bürgerliche Opposition damals noch krampfhaft für

---

[1] Aber von köstlicher Komik ist sie doch! Danach ist die Schweizer Miliz — keine Miliz, denn sie ist kein Cadresheer. Ebenso ist die amerikanische Miliz keine Miliz. Die Schweizer Miliz muß vielmehr, um erst wirklich zur Miliz zu werden, einen Riesensprung — nach dem preußischen Heere hin machen!

zweijährige Dienstzeit im stehenden Heere kämpfte, um letzteres zum „Volksheer“ zu machen — während Rüstow die Opposition bis zur Beseitigung jedes stehenden Cadresheeres vorwärts zu treiben suchte. Bei seinen Schülern findet sich jedoch bereits der Hinweis auf mögliche oder wirkliche „stehende Cadresheere mit einjähriger Präsenzzeit“, die auch weiterhin in Gegensatz gestellt werden zur Miliz. So bei Walcker, „Militärische Jugenderziehung“, S. 4. Die Miliz ist eben, nach dem konsequenten Gedankengang des hervorragendsten Milizvertreters, etwas, was sich auf ganz anderer Grundlage aufbaut wie das Cadresheer — wenn natürlich auch für Rüstow das gilt, was ich früher schrieb: „Der radikalste Milizutopist kommt ohne einen festen Kern von Berufssoldaten, von stehendem Heere, auch nicht aus.... Auch bei diesem Gegensatz handelt es sich schließlich immer wieder um ein Mehr oder Weniger.“ Ich will nur, um die Rüstowsche Grundauffassung schärfer hervorzuheben, eine seiner Charakteristiken der Miliz hervorheben. Im Walcker-Rotteckschen Staatslexikon schreibt er, Anfangs der sechziger Jahre, unter Heerwesen:

„Die hauptsächlichsten Formen, welche wir unterscheiden, sind:

1. Das Milizheer,
2. das Cadresheer,
3. das stehende Heer.

... Bei einfachen und natürlichen Verhältnissen braucht man ein **Heer eigentlich nur im Kriege.** Angenommen, ein Staat rechne nur darauf, sein Heer gegen äußere Feinde, zum Schutze seines Staatsbestandes zu gebrauchen, die Regierung denke nicht daran, einen Druck auf die eigenen Unterthanen mit Anwendung von militärischer Gewalt zu üben; angenommen ferner, die Bürger seien im Waffendienst geübt, man könne sich darauf verlassen, daß sie auf den ersten Ruf zusammenkommen, die bürgerliche Eintheilung in Provinzen, Kreise, Gemeinden, Quartiere sei außerdem derart, daß aus ihnen ohne Weiteres entsprechende Truppenkörper hervorgehen, Divisionen, Brigaden, Bataillone, Kompagnien, und die bürgerlichen Magistrate, die Friedensbeamten, seien im Stande, im Kriegsfall zugleich als Kriegsbefehlshaber, als Kriegsbeamte aufzutreten, so kann man **im Frieden eines als solches äußerlich sichtbaren Heeres offenbar ganz entbehren.** Bei dem ersten **Kriegsruf formirt** sich das Heer ohne Weiteres. **Dies** ist das **Milizsystem** in seiner reinsten, ursprünglichsten Form.“

Im ersten Bande von Oppenheims Jahrbüchern mag man dann Rüstows Anschauungen über den Berufsoffizier nachlesen, dessen Ueberflüssigkeit folgerichtig nachzuweisen ist, nachdem ihm zur steten Ausübung des Berufs jedes Wirkungsfeld in den Friedensjahren verschlossen wurde. Schließlich scheitert diese Utopisterei in ihrer reinen Ausgestaltung natürlich immer an thatsächlichen Erwägungen, und gerade bei Rüstow ist es ungemein lehrreich zu beobachten, wie er die letzten Konsequenzen immer wieder umgeht, besonders auch in seiner Kritik des Berufssoldaten. Aber der fundamentale Gegensatz zu dem „Cadresheer“ tritt bei ihm stets in scharfen Umrissen zu Tage; und man kann den heutigen Milizschriftstellern nur recht viel von der Rüstowschen Prägnanz der Gedanken und der Ausdrucksweise wünschen. Verlangen und vorschreiben läßt sie sich freilich nicht.

Damit kann ich den Streit um die Benennung wohl verlassen. Der wörtliche Sinn, die begriffliche Logik, die geschichtliche Entwicklung verbieten es, meine ich, gleichermaßen, fort mit dem stehenden Heere zu rufen und her mit den stehenden Cadres! zu denken, und so von einer Miliz mit stehenden Cadres bei einjähriger Präsenzzeit am hellen lichten Tage zu träumen. Indeß muß ich es

den denkenden Parteigenossen überlassen, wie weit sie sich der heute eingerissenen verschwommenen Bierbankschwabbelei und der Autorität des Herrn Günther von den „Grenzboten" beugen wollen. Ich habe keine Lust, dieses intellektuelle Opfer zu bringen.

Ein zweiter, nur scheinbarer Streitpunkt zwischen mir und Kautsky wird sich rasch erledigen lassen. Ich gebe zu, daß die Worte „die eigene innere Bewegung", die „ganze Entwicklungstendenz" des preußischen Cadresystems die Deutung *zulassen* könnten, ich erwarte alle Fortschritte zum Volksheer von einem durch Menschen nicht beeinflußbaren Fatum, oder wie Kautsky gar es darstellt: von einer grundgütigen Vorsehung in Gestalt der herrschenden Klassen. Aehnliche Deutungen haben ja auch die Belfort-Bax und Genossen anderen marxistischen Wendungen unterlegt. Ich will darum einfach konstatiren, daß ich mir auch diese fortschreitende Entwicklung genau wie jede andere im politischen Leben immer gedacht habe als das Ergebniß sich widerstreitender Kräfte, vorwiegend hemmender Kräfte, von den Spitzen der Gesellschaft aus, vorwärtsdrängender Impulse vor Allem aus den arbeitenden Massen des Volkes. Die paar Worte, die einen anderen Sinn nahelegen könnten, sollen nur betonen, daß selbst in den heute maßgebenden Schichten Interessen vorhanden sind, unter Umständen sogar sehr schwerwiegende Interessen, die einer weiteren Verkürzung der Dienstzeit rascher zum Durchbruch verhelfen können, als es sonst blos durch den Antrieb der oppositionellen Elemente zu erwarten wäre. Ich gebe Kautsky weiter zu, daß das Prophezeien über die allgemeine Entwicklungsrichtung, die zeitweilige Rückschläge durchaus nicht ausschließt, in diesem Falle ebenso mißlich und schwierig ist, wie etwa bei der Verelendungstheorie, wo die Gesammtbewegung der Massen-Lebenshaltung auch eine Resultante ist aus niederdrückenden und emporhebenden Faktoren von wechselnder Stärke. Aber wenn ich an mein stehendes Cadresheer mit einjähriger Präsenzzeit nicht mehr glauben darf, dann wird es mit Kautskys einjähriger Cadremiliz wohl auch nicht zum Besten stehen. Oder meint Kautsky, daß der andere Name Wunder thun werde?

Dann möchte ich mich gegen die Annahme wenden, ich hätte irgendwie erschöpfend das Milizsystem kritisiren wollen. Ich habe nur die von Kautsky angeschnittenen Fragen: die militärische Ausbildung außerhalb der stehenden Cadres, vor Allem in der jahrelangen Vorschule der Jugendwehr, auf ihre allgemeinen Wirkungen und ihre finanziellen Kosten einer Betrachtung unterzogen. Meine eigentlichen Einwendungen gegen die so oft gehörten Milizhoffnungen stützen sich auf ganz andere Erwägungen. Ich skizzire sie kurz.

Einmal wird das Schlagwort: Jeder Mann dauernd Besitzer seiner Waffe! technisch immer mehr zur Unmöglichkeit. Man kann nicht jedem ehemaligen Artilleristen eine Kanone ins Bett legen und jedem alten Seebären ein kleines Panzerschiff auf den Brunnentrog oder in die Waschschüssel setzen. Die Artillerie hat sich jedoch zu einer immer entscheidenderen Waffe entwickelt. Und wenn man wirklich hier und da in der Partei der perversen Anschauung huldigen sollte, spätere gesellschaftliche Umwälzungen würden in lauter römischen Bürgerkriegen zum Ausbruch kommen, so müßte neben den konservativen, die Nahrungszufuhr zurückhaltenden Landbezirken und neben den stehenden Festungen, welche die Eisenbahn- und Flußtransporte beherrschen, eine Marine, die auch die See sperrt, ein furchtbarer Gegner für die revolutionären Massen der Handels- und Industriestädte sein.

Ferner wird die wirklich bewaffnete Volksmasse nicht der Machtfaktor sein, den man in ihm meist erwartet. Man stelle sich nur die thatsächlichen Verhältnisse, wie sie auf absehbare Zeit bleiben werden, selbst unter Verwirklichung der Kautskyschen Cadremiliz vor. Die Regierung hat, bei einjähriger Dienstzeit, ein großes stehendes Heer — hier kann man schon gar nicht anders sprechen! — von ein paar hunderttausend Soldaten und mehreren Zehntausenden von wirklichen Berufssoldaten zur Hand. Sie kann den ganzen Behördenapparat bis in die letzten Winkel des Reiches hinein jede Minute für sich in Bewegung setzen. Auch die konservative Miliz draußen im Lande kann sie somit immer gewissermaßen organisirt für sich bereit halten, während die oppositionellen Milizen immer hilflos, zersplittert und desorganisirt dastehen werden. Im Nothfall kann ein entschlossenes Regime die Opposition jeden Augenblick ihrer Führer und vor Allem auch ihrer Flinten berauben. Wenn es jedoch eine Regierung mit dem ganzen Apparat von Justiz-, Polizei- und sonstigen Verwaltungsbehörden, mit stehendem Milizheer und zuverlässigen und zu rechter Zeit vorbereiteten konservativen Reservemilizen nicht mehr kann, dann ist sie heute, auch bei Fortbestand der alten Wehrverfassung, sicherlich ebenfalls verloren. Mit der revolutionären Kriegswissenschaft ist es eben in der Praxis immer anders wie in der Theorie. Andernfalls wäre das Dynamit eigentlich noch demokratischer und jedenfalls viel billiger: Jeder kann es machen, Jeder kann es handhaben, die Gegner sind hier nicht einmal gleich ausgerüstet. Blos wenn zwei oder drei „Revolutionäre" die Köpfe zusammenstecken, hat man ihnen auch schon das Dynamit und vielleicht gar die Köpfe abgenommen. Und wenn wir den Glauben an das völkerbefreiende Dynamit aufgegeben oder nie besessen haben, so werden wir uns wohl auch ohne den Glauben an die besondere Wirkung der Milizflinte behelfen können.

Zudem bedarf sie der Munition, und schon Engels hat darauf hingewiesen, daß man heute nicht mehr nach Belieben für die Repetirgewehre auf den Straßen und in den Häusern Blei gießen und Pulver reiben und mischen und körnen kann, sondern daß die nöthige Patrone ein Kunstprodukt der großen Industrie ist, die keine Armeeverwaltung aus den Händen geben oder doch unkontrollirt lassen wird. Man kann also die Flinten haben und steht doch nach wie vor mit leeren Händen, so gut wie vollständig entwaffnet, einem Feinde gegenüber, der genau wie heute die organisirte bewaffnete Macht mit voller Verfügung über alle weiteren Hilfsmittel bildet.

Aus allen diesen Gründen kann heute die Volksbewaffnung gar nicht mehr den Werth für die Demokratie haben, den sie vielleicht noch vor einem Menschenalter beanspruchen durfte. Wollen wir nicht an Zukunft und Fortschritt geradezu verzweifeln — und hat uns etwa das stehende Heer bisher in der Entwicklung absolut zurückgeworfen? —, so müssen wir unsere Hoffnung schon vorwiegend auf die innere Umbildung im stehenden Heere und in allen sozialen Beziehungen überhaupt setzen. Ich glaube nicht nur nicht an die kommenden Katastrophen, sondern ich wünsche sie nicht einmal, weil wir wahrscheinlich immer den Kürzeren dabei ziehen müßten. Aber ich glaube an das Wachsthum und die immer höhere Entfaltung aller der gesellschaftlichen Entwicklungskräfte, die bisher schon immer, zwar langsam, aber über Erwarten gut, für uns gemahlen haben.

Und da möchte ich „Krämerseele" — die Bezeichnung stammt nicht von Kautsky — mir einen kleinen Zukunftsausblick gestatten, den die „prinzipiellen" Genossen, die mich am liebsten einem summarischen Volksgericht unterworfen sehen möchten, ganz aus dem Auge verloren zu haben scheinen. Sind diese Genossen

denn mit einem Male alle miteinander Anhänger der Mordkultur geworden, blos daß diese Kultur ihre Giftblüthen mehr in demokratischen Formen treiben soll? Glimmt in diesem ganzen blinden Begeistern für die Milizflinte noch irgend ein Funken von prinzipiellem sozialistischem Kampfe gegen die heutige Gesellschaftsordnung? Prinzipiell — um der Kürze wegen bei der beliebten Ausdrucksweise zu bleiben — prinzipiell muß ein Sozialdemokrat selbstverständlich auch gegen die Miliz sein. Wir sind nicht für eine Gesellschaftsordnung, die Gegensätze im Innern und Gegensätze nach Außen hin durch Schießprügel ausgleicht. Prinzipiell sind wir, wenn ich nicht ganz irre, für Aufhebung aller Klassengegensätze im Innern und aller Fehden unter den Nationen. Für die Waffen der Mordkultur soll nicht von Jugend auf Lust und Liebe durch täglichen Gebrauch geweckt werden, sondern diese Waffen sind — wie oft haben wir das in Wort und Bild geschildert — zu zerstampfen und einzuschmelzen und höchstens als Raritäten in den Rumpelkammern und Museen aufzubewahren. Nur wer das will, ist ein prinzipienbewußter Genosse. Auch die Miliz ist somit für uns nur ein Uebel, das man vielleicht zeitweilig für nothwendig halten oder als das kleinere von zwei Uebeln wählen kann, so lange die Erbsünde unter uns noch in Klassen- und Völkerkonflikten umgeht, für das sich jedoch „prinzipiell“ nur erhitzen kann, wer allen Grundanschauungen des Sozialismus ins Gesicht zu schlagen den Muth hat. Wenn die Demokratie unter allen Himmelsstrichen und in allen Zeitaltern für die Milizbewaffnung eintreten soll — wie das fast so klang —, dann ist das rein aus der Beschränktheit der nichtsozialistischen Demokratie heraus geurtheilt. Es handelt sich bei dem ganzen Streit nicht um die Wahl zwischen etwas Gutem und etwas Schlechtem, sondern darum, den richtigen Maßstab der Mißachtung für zwei Uebel zu gewinnen. Und da bin ich allerdings der Meinung, daß man in der Schätzung der Miliz das richtige Augenmaß mehr und mehr verloren hat und daß ein kalter Wasserstrahl sehr angebracht ist. Die Miliz ist nicht sozialistisch. Die Miliz ist, wie man mehr und mehr zugiebt, kaum billiger wie das heutige Heer, so daß die Kulturaufgaben bei der Miliz kaum besser fahren werden, wie heute. Die Miliz hat auch gar nicht die einschüchternden Wirkungen nach oben, die man ihr zutraut. Warum sollen wir also alle die angeschnittenen Fragen nicht in aller Ruhe und ohne jede Aufregung über „Prinzipienverstoß“ erörtern — wie Engels 1865 die preußische Militärfrage: „historisch, als ob sie schon vergangen, anatomisch, als ob sie schon Kadaver wäre?“ Im Großen und Ganzen hat hier der gesunde Sinn der Parteigenossen auch durchaus das Richtige getroffen.

Damit ist für mich die Angelegenheit vorläufig erledigt. Denn daß ich nochmals auf das grausame Zitatenspiel: War Engels für die Gegenwart milizgläubisch? zurückkommen sollte, werden die Leser selber nicht wünschen. Ich erlaube mir nur, um in der wirksamsten Weise über diese Differenz der Auffassungen Klarheit zu schaffen, einen Vorschlag: die Verwalter des Engelsschen literarischen Nachlasses möchten zum möglich billigsten Preise die Engelsschen Militärschriften neu herausgeben, ohne alle Beeinflussung der Leser durch mehr wie rein erklärende Beifügungen. Diese Schriften können, bei Massenverbreitung, heute noch einen großen Nutzen stiften und viele irrige Anschauungen beseitigen. Ich bitte daher alle betheiligten Kreise, meinem Wunsche ein freundliches Gehör zu schenken.

Siegfried der Harmlose.

Von K. Kautsky.

Schippels Schlußwort hat eine sehr gute Eigenschaft: es ist kurz; ich will versuchen, es ihm darin gleichzuthun. Und noch eins in dem Artikel findet meine Zustimmung: sein Vorschlag, die Engelsschen Militärschriften — also wohl seine Broschüren von 1865 und 1893, eventuell auch seine Artikel über den deutsch-französischen Krieg — neu zu veröffentlichen. Das ist ein Vorschlag, den ich aufs Kräftigste unterstützen möchte.

Etwas länger werde ich über unsere Differenzpunkte zu sprechen haben. Aber giebt es noch solche? Ist unsere ganze Diskussion nicht ein ungeheures Mißverständniß, besteht nicht die einzige Differenz zwischen uns darin, daß bei mir Gedankenlosigkeit und verschwommene Bierbankschwabbelei zu finden sind, gegen die sich Schippels Prägnanz der Gedanken und der Ausdrucksweise empören muß? Im Grunde wollen wir beide dasselbe: das stehende Cadresheer mit einjähriger Präsenzzeit. Nur verflüchtigt sich bei mir der Sinn bestimmter Worte zur vollen Sinnlosigkeit, und so nenne ich Miliz, was in Wirklichkeit stehendes Heer ist.

Sinnlos, höchst sinnlos! Aber was wird dann aus Engels, für den gleichfalls bei der einjährigen Dienstzeit die Miliz begann? Und was wird erst aus Schippel, der doch auf dem Boden unseres Programms steht, das da fordert: „Volkswehr an Stelle der stehenden Heere“? Nun erfahren wir von ihm, daß eine rationelle Volkswehr eben nicht Miliz zu heißen hat, sondern stehendes Heer. Also „stehende Heere an Stelle der stehenden Heere“. So muß unser Programm lauten, wenn wir uns aus verschwommener Bierbankschwabbelei auf die Höhe Schippelscher Prägnanz erheben wollen.

Zum Glücke für mich ist meine Uebereinstimmung mit Schippel nicht so groß, wie sie ihm erscheint. Er läßt mich ein Cadresheer fordern, aber es dürfte ihm schwer fallen, auch nur ein Wort in meinem Artikel zu finden, das in diesem Sinne gedeutet werden könne. Nicht ich habe das Milizheer ein Cadresheer genannt, sondern Herr Reinhold Günther, der die Milizideen der Sozialdemokratie in den „Grenzboten“ angriff und den ich nur als Beweis dafür zitirte, daß die schweizerische Miliz ihre Berufsoffiziere hat. Mit keinem Worte habe ich angedeutet, daß die Günthersche Definition der Miliz die meine sei, es ist mir nie eingefallen, Schippel auf diese Autorität zu verweisen. Wenn Schippel das Bedürfniß hat, sich an Herrn Günther als rettenden Strohhalm anzuklammern, kann ich ihm das nicht verwehren, aber ich muß entschieden dagegen protestiren, mit diesem Strohhalm identifizirt zu werden.

Ich habe von Cadres in meinem ganzen Artikel nicht gesprochen, aus dem einfachen Grunde, weil ich die Frage vom politischen, nicht vom militärtechnischen Standpunkt aus erörterte. Ich finde aber nicht, daß die Cadres mich zu veranlassen hätten, irgend etwas von dem früher Gesagten zurückzunehmen.

Kann man bei einjähriger Dienstzeit noch von einem stehenden Heere, einem stehenden Cadresheer sprechen? Woraus bestehen die Cadres? Blos aus Offizieren und Unteroffizieren? Offiziere allein bilden keine Armee, auch keine stehende Cadresarmee. Von Cadres kann man erst dort sprechen, wo neben Berufsoffizieren und Unteroffizieren auch gediente Mannschaften vorhanden sind. Das stehende Heer will nicht blos eine Rekrutenschule sein, sondern auch eine stets schlagfertige Armee — in einem stehenden Heere dürfen die Mannschaften nicht aus lauter Rekruten bestehen, diese dürfen im Heere nicht einmal

die große Mehrheit bilden, wenn man noch von einem stehenden Heere und von Cadres (Rahmen) für die Reserven sprechen soll.

Wie gestaltet sich aber die Sache bei einjähriger Dienstzeit? An einem bestimmten Tage werden die ausgedienten Mannschaften entlassen und am nächsten Tage besteht die Mannschaft des „stehenden Heeres" aus lauter Rekruten. Sobald diese ausgebildet sind, anfangen könnten, als Cadres zu dienen, werden sie wieder entlassen. Die Schlagfertigkeit der Armee beruht da nicht in den dienenden, sondern den ausgedienten Elementen. Aeußerlich erscheint bei einjähriger Dienstzeit das Heer noch als stehendes — es sind immer Soldaten da — aber seinem Wesen nach hat es bereits aufgehört, ein stehendes zu sein, hat es angefangen, ein Milizheer zu sein.

Bei jeder weiteren Verkürzung der Dienstpflicht tritt aber der Unterschied zwischen Miliz und stehendem Heere auch äußerlich zu Tage: wo bleibt dieses etwa bei sechsmonatlicher Präsenzzeit? Die „eigene innere Bewegung" zur Verkürzung der Dienstzeit in der Kaserne ist nur beim Milizsystem „an sich ohne Grenzen". Unter dem System des stehenden Heeres findet sie ihre sehr bestimmten Grenzen im einjährigen Kasernendienst. Sie stockt um so mehr, je mehr sie sich diesem nähert. Bereits eine achtzehnmonatliche Dienstpflicht ist nur schwer mit dem Wesen des stehenden Heeres vereinbar, das einen starken Stamm schlagfertiger, gedienter Mannschaften verlangt. Zwei Jahre sind die Grenze, über die das „preußische Heeressystem" freiwillig nicht hinausgehen wird. Wo die Reichsfinanzbedrängniß und andere Umstände eine größere Verkürzung der Dienstzeit herbeigeführt haben, galt sie stets nur für einen Theil des Heeres, da man die gedienten Mannschaften nicht entbehren wollte und konnte.

Schippel selbst weist uns darauf hin, daß Rüstow, der klassische Vertreter der Miliz, die Cadresheere nach der Dienstzeit nur in zwei- und dreijährige unterschied. Praktisch kommen nur diese beiden Systeme in Betracht.

Andererseits habe ich eine einjährige Dienstzeit weder bei einer bestehenden Miliz, noch bei einem der mir bekannt gewordenen Milizvorschläge gefunden. Die einjährige Dienstzeit ist theoretisch die Grenze, an der stehendes Heer und Miliz sich trennen — oder begegnen, wie man will. Praktisch liegen beide Systeme auch nach der Seite der Dienstpflicht — nicht ihrem einzigen Charakteristikum — erheblich auseinander.

Es ist mir auch nie eingefallen, die einjährige Präsenzzeit für die Miliz zu fordern — Schippel wird das bestimmte Verlangen darnach ebenso wenig in meinem Artikel finden, wie das nach dem Cadresheer. Trotzdem muß er mir diese Forderung imputiren; sie ist der zweite Strohhalm, an den er sich klammert, denn was sollte ohne sie aus dem Witzwort mit dem „stehenden Milizheer" werden? Und was ohne dieses Witzwort aus seiner Vernichtung der Miliz?

Ich selbst habe in Bezug auf die Länge der Ausbildungszeit überhaupt keine bestimmten Forderungen aufgestellt, sondern nur nach dem Vorgang Engels' wiederholt: bei einem Jahre — da fängt das unverfälschte Milizsystem an. Ich schob die Entscheidung über die jeweilig nothwendige Dauer der Rekrutenausbildung den Fachleuten zu.

Dagegen ist Schippel gezwungen, sich an die einjährige Präsenzzeit zu klammern, denn nur auf dieser Linie kann er hoffen, wenigstens nothdürftig seine Liebe zum stehenden Heere mit den Forderungen des Parteiprogramms zu versöhnen. Unter die einjährige Dienstzeit kann er nicht herabgehen, ohne dem verhaßten Milizsystem zu verfallen. Aber seit der Vorstoß Isegrims zu Gunsten des heutigen Systems und der zweijährigen Dienstzeit — unter Berufung

auf Engels — so gar keine Gegenliebe gefunden hat, geht es nicht gut an, über die einjährige Präsenzpflicht hinauszugehen, und so muß Schippel, der sich sonst so lebhaft dagegen sträubt, sich festzulegen und den Fachleuten vorzugreifen — er muß sich in einer militärtechnischen Frage festnageln auf einen ganz bestimmten Termin der Dienstpflicht: zwölf Monate, keinen mehr, keinen weniger. Das Heeressystem, auf das sich Schippel in seinem Schlußwort rückwärts konzentrirt, es steht und fällt mit der einjährigen Dienstpflicht. Wie er das Heer der einjährigen Dienstzeit dann nennt, ob stehendes Cadresheer ohne Cadres oder stehendes Milizheer, ist mir sehr gleichgiltig. Es ist nicht mein Kind, um dessen Taufe es sich da handelt, sondern das seinige. Ich bin nicht auf die einjährige Dienstzeit eingeschworen und habe noch weniger ein Cadresheer verlangt.

Aber die Kürze des Dienstes in der Kaserne ist nicht das einzige Merkmal der Miliz. Als zweites habe ich das „Volksversammlungsschlagwort“ genannt: Jedem Manne seine Waffe. Schippel behauptet jetzt nicht mehr, diese Forderung sei undurchführbar, wohl aber sie sei nutzlos. Schon deswegen, weil man Gewehre ohne Patronen nicht abschießen könne, diese aber sind „ein Kunstprodukt der großen Industrie, die keine Armeeverwaltung aus den Händen geben oder doch unkontrollirt lassen wird“. Hätte Schippel sich nicht blos an die Milizliteratur der sechziger Jahre gehalten, über die er uns ja recht lehrreiche Vorträge zu halten weiß, sondern auch an die heute üblichen „Milizvorstellungen“ und Milizeinrichtungen, dann müßte er wissen, daß in der Schweiz der Wehrmann zu seinem Gewehr auch dreißig scharfe Patronen nach Hause bekommt.

Um die Gefahren eines Staatsstreichs unter dem Milizsystem zu malen, hat Schippel dieselben „gesträubten Haare des üblichen deutschen Angstmichels“ in reichlichstem Maße verwendet, die ihm dem preußischen Armeesystem gegenüber so schlecht angebracht schienen. Ob aber in der Schweiz selbst die entschlossenste Regierung es wagen dürfte, mit der Flinte, die da schießt, und dem Säbel, der da haut, auch nur zu drohen, darüber brauche ich wohl keine Worte zu verlieren. Und doch giebt es in der Schweiz Polizei und konservative Landorte, und die Artilleristen schlafen dort ohne Kanonen, selbst wenn sie kanonenvoll sich ins Bett legen. Oder sollten die Staatsstreiche in der Schweiz daran scheitern, daß es der Bundesregierung an der Panzerflotte fehlt, mit der sie die widerspenstigen Seestädte bombardiren könnte?

Können wir in Deutschland ebenso zuversichtlich in die Zukunft sehen wie in der Schweiz? Engels war überzeugt, es werde in Deutschland noch zu einer Regierung kommen, die auf das Proletariat schießen läßt. Gewiß, die Sozialdemokratie wird auch unter dem System der stehenden Heere mit ihren Feinden fertig werden, nicht nur ohne Milizsystem, sondern auch ohne Wahlrecht, ohne Koalitionsrecht, ohne Preßfreiheit, ohne Verfassung. Macht sie nicht auch in Rußland Fortschritte? Aber ich sehe nicht recht, was damit gegen die Nothwendigkeit des Milizsystems bewiesen werden soll? Es ist für uns nothwendig, wie die Demokratie nothwendig ist; nicht als conditio sine qua non des Sieges, sondern als eine der Bedingungen eines möglichst wenig brutalen, möglichst wenig opfervollen Kampfes. Schippel stellt Volksbewaffnung und Dynamiterei auf eine Stufe. Aber wir verlangen die Volksbewaffnung doch nicht, um Putsche möglich, sondern um Staatsstreiche unmöglich zu machen, und um gerade jene Kampfesweisen, jenen Kultus der Gewalt gegenüber dem Volke aufzuheben, die so Manchem in der unterdrückten Volksmasse den Kultus des Dynamits nahe legen.

Neben der Volksbewaffnung und der kurzen Dienstzeit nannte ich als drittes Charakteristikum der Miliz die Aufhebung des ständischen, privilegirten Charakters

des Offiziers. In Schippels Augen ist dieser Charakter unwesentlich für das stehende Heer. Vom rein militärtechnischen Standpunkt sicher. Aber wir diskutiren doch nicht als militärische Fachleute, sondern als Politiker, und vom politischen Standpunkt ist die kastenmäßige Privilegirung des Offiziers mit dem heutigen Armeesystem aufs Innigste verknüpft, weil sie denselben politischen Interessen entspringt, denen dieses System zu dienen hat. Sie ist das Gegengewicht gegen die Demokratisirung des Heeres durch Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht und Zunahme der Zahl der Sozialdemokraten in seinen Reihen. Nirgends sehen wir, daß die „eigene innere Bewegung" des Heeres zu einer Minderung der Sonderrechte der Offiziere und zu einer Abschwächung ihres Gegensatzes gegen die Zivilkanaille führt. Wir sehen vielmehr das Gegentheil.

Die „eigene innere Bewegung des heutigen Systems" — dieses Wort Schippels ist freilich nicht mißverstanden worden, wie er uns mittheilt. Wenn er davon sprach, daß diese eigene innere Bewegung im Volksheer ende, so meinte er nichts anderes, als was wir Alle meinen, daß das Volksheer das Ergebniß des Kampfes „widerstreitender Kräfte" sein werde, „hemmender von den Spitzen der Gesellschaft aus, und vorwärtsdrängender vor Allem aus den arbeitenden Massen des Volkes". Wie schön hat er diese vorwärtsdrängenden proletarischen Kräfte zum Ausdruck gebracht, wenn er „die ganze Entwicklungstendenz des preußischen Armeesystems dahin zusammenfaßt: fortschreitende Verkürzung der Dienstzeit, um die Aushebungsziffern immer mehr auf die Höhe des verfügbaren Menschenmaterials zu bringen", und wenn er dann auf die überseeischen Interessen der deutschen Bourgeoisie hinwies, die in gleicher Richtung wirken. Deutlicher kann man den Widerstreit der hemmenden Kräfte an der Spitze der Gesellschaft mit den vorwärtstreibenden der arbeitenden Massen gar nicht schildern.

Seinem Schlußwort zu Folge steht Schippel hier auf dem Standpunkt, auf dem wir Alle stehen; Niemand von uns erwartet, daß wir zum Volksheer in anderer Weise kommen, als durch den Widerstreit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen. Aber Schippel wählte eine eigenthümliche Ausdrucksweise, um die Uebereinstimmung seiner Auffassung mit der in der Partei üblichen zu dokumentiren, wenn er als Isegrim schrieb: Die Vorstellung, „das heutige System werde schließlich aus seiner eigenen inneren Bewegung heraus im wirklichen Volksheer enden" — das bedeute „doch gegen die übliche Milizvorstellung einen fundamentalen Unterschied". Ich gebe es zu, daß dieser Satz jener Präzision entbehrt, die man nur wünschen, aber nicht vorschreiben kann, aber auf jeden Fall ist es originell, von einem fundamentalen Unterschied gegen die in der Partei üblichen Vorstellungen zu sprechen, wenn man ihnen zustimmt.

Nach alledem sehe ich nicht den mindesten Grund, der unsere Partei veranlassen sollte, ihren Programmpunkt: Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, aufzugeben und den grundsätzlichen Kampf gegen das stehende Heer einzustellen. Wir fordern nach wie vor an dessen Stelle das Milizheer, das heißt Volksbewaffnung, Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit, die Aufhebung der Standesrechte der Offiziere und eine kurze Dienstzeit in der Kaserne, die ein Jahr nicht überschreiten darf und so weit unter dies Maximum herabgedrückt werden soll, als mit der Ausbildung des Wehrmanns zur Kriegstüchtigkeit verträglich.

Das ist die in der Partei übliche Milizvorstellung, soweit ich aus den in der Partei verbreiteten Milizschriften schließen kann, die nicht von Hinz und Kunz, sondern von Engels und Bebel stammen. Diese Milizvorstellung ist grundsätzlich verschieden nicht nur von dem heutigen System, sondern auch von dem Idealheer des Schippelschen Schlußwortes, jenem zwar denkbaren, aber praktisch

nicht in Betracht kommenden idealen Bastard zwischen Miliz und preußischer Armee; grundsätzlich verschieden schon deshalb, weil die einjährige Präsenz für die Miliz das denkbare Maximum, für das Schippelsche System das denkbare Minimum der Dienstzeit vorstellt.

Schippel ist also sehr im Irrthum, wenn er meint, er und ich, wir beide wollten dasselbe und der Unterschied zwischen uns bestehe blos darin, daß ich eine Einrichtung Miliz nenne, die für ihn und jeden klar denkenden Kopf stehendes Heer ist.

Aber auch darin unterscheiden wir uns endlich, daß es mir nicht gegeben ist, an die ganze Frage mit jener erhabenen Wurschtigkeit heranzutreten, die Schippel uns zum Schlusse anräth. Wenn Schippel meint, unsere Stellung zum stehenden Heere sei keine Prinzipienfrage, denn die Miliz sei keine sozialistische Einrichtung, so muß ich bemerken, daß wir nicht blos Sozialisten sind, sondern auch Demokraten, und daß wir Prinzipien nicht blos für den Zukunftsstaat haben, sondern auch für den Gegenwartsstaat. Und das stehende Heer ist für mich nicht ein Kadaver, den man mit aller Gemüthsruhe seziren kann, sondern eine sehr lebendige Institution, mit der die Herrschenden dem vordrängenden Proletariat immer lebhafter drohen, das bereits in Italien das Blut unserer Brüder vergossen hat — trotz der allgemeinen Wehrpflicht. Ich kenne keine Institution, die für das kämpfende Proletariat des europäischen Festlandes gefährlicher wäre, gegen die wir energischer unsere Propaganda zu richten hätten, der wir mehr den Boden im Wollen und Fühlen des Volkes zu untergraben hätten, als den Militarismus. Und wenn in unseren Reihen Jemand für diesen kraftvollsten Todtfeind der Sozialdemokratie auftritt, für ihn Stimmung macht, seinen Nutzen preist, seine Gefahren verlacht, dann sollen wir diese Frage „historisch erörtern, als wäre sie schon vergangen"!

Mit seinem Isegrimartikel wollte Schippel jedenfalls ein Muster jener „vornehmen Ruhe" geben, mit der die Frage zu erörtern ist. Wie habe ich ihn mißverstanden! Als er den Milizidiotismus der Partei höhnte, als er drauf losschlug, daß die Funken stoben, als er zum Schlusse mit dem kampfgierigen Siegfried ausrief: „Fort mit dem Brei, aus Pappe schmied' ich kein Schwert", da faßte ich das auf als eine Kriegserklärung an die Anhänger des Milizsystems und erwiderte sie als solche.

Und nun tritt uns der grimme Held Siegfried als harmloser Geselle entgegen, der verwundert fragt, warum die Fehde, da wir doch in allen Punkten einig? Er lädt uns ein zu einem gemüthlichen, ruhigen Plauderstündchen ohne Aufregung, und sollte er am Schlusse unserer Unterhaltung wieder Wagner zitiren wollen, würde er höchstens mit Fafner rufen: „Laß mich schlafen!"

Die Ruskin Co-operative Association und deren Hochschule für Sozialismus.

Von Franz Paetow.

Die Ruskingenossenschaft ist aus einem Zeitungsunternehmen herausgewachsen, das den Wurzelstock ihrer Thätigkeit bildete. Im Jahre 1893 begründete J. A. Wayland in Greensburg die sozialistische Wochenschrift: „The coming nation", die sich sehr bald einer außerordentlich großen Zahl von Abonnenten erfreute. Der Herausgeber regte in den Spalten seines Blattes die Errichtung eines

genossenschaftlichen Gemeinwesens an, dessen Grundcharakter sich den von Bellamy in „Looking backward“ entwickelten Ideen möglichst anschließen sollte.

Der Plan Waylands fand lebhaften Anklang unter den Mitgliedern seiner Offizin. Er entwarf die der Genossenschaft zu Grunde zu legenden statutarischen Bestimmungen, und ging mit einigen dem Plane mit besonderer Ueberzeugungstreue zustimmenden Anhängern im Jahre 1894 zu dessen Verwirklichung ans Werk. Unter den gesetzlichen Bestimmungen des Staates Tennessee erwirkte man eine Charter der Mining and Manufacturing Gesetze und konstituirte sich unter dem Namen Ruskin Co-operative Association. Dann wurde für die Genossenschaft in der Nähe der Stadt Tennessee ein Gelände erworben. Wayland übergab ihr sein Zeitungsunternehmen mit allem Zubehör, insbesondere mit der Druckerei, die vorläufig nach der Stadt Tennessee verlegt wurde. Auf dem Gelände der Genossenschaft begann man sofort mit der Errichtung von Wohnhäusern, eines zur Aufnahme der Druckerei bestimmten Gebäudes, sowie anderer Wirthschaftsbauten, und mit der Kultur der zum Ackerbau bestimmten Landflächen. Diese Arbeiten nahmen einen recht schnellen Verlauf, so daß die Ansiedlung schon im Jahre 1895 von den Genossen bezogen werden konnte, die sich bis dahin eingefunden und inzwischen in einem Wirthshause in Tennessee Wohnung genommen hatten. Während dieser Zeit verblieb die Druckerei in Tennessee, in der die Herstellung und der Vertrieb der Zeitung „The coming nation“ mit größtem Eifer beschafft wurde; die Auflage erreichte die Höhe von 60000 Exemplaren. Die sich aus dem Druckereibetrieb ergebenden Einnahmen sollten zufolge der zwischen den Genossen und Wayland getroffenen Vereinbarungen der Gesellschaft zufließen und die Druckerei mit der „Coming nation“ den Kern der gemeinschaftlichen Thätigkeit bilden.

Nachdem im Oktober 1894 die Statuten endgiltig von den damals aus 35 Genossen bestehenden Antheilhabern festgestellt und beschlossen waren, ergab die aufgemachte Bilanz, daß die Genossenschaft Aktiva im Werthe von 18040 Dollar besaß. Der Werth des Zeitungsunternehmens war mit 12760 Dollar, der Grund und Boden mit 1000 Dollar, die Druckerei-Einrichtung mit 2000 Dollar, sonstige Aktiva und Kassenbestand mit 2280 Dollar angenommen; die Verbindlichkeiten bestanden in mit je 500 Dollar eingezahlten 35 Antheilen im Gesammtbetrag von 17500 Dollar, so daß ein reiner Vermögensbestand von 540 Dollar verblieb.

In den Statuten wird als Zweck der Genossenschaft bezeichnet: der Besitz und der Betrieb von Fabriken, der Erwerb von Grund und Boden, der Bau von Wohnhäusern für die Genossen, die Sicherung der Genossen gegen Mangel und *Furcht vor dem Mangel*, die Fürsorge für beste erzieherische und gesellige Einrichtungen und die Förderung und Erhaltung harmonischer sozialer Beziehungen auf der Grundlage des genossenschaftlichen Zusammenwirkens und der Gebote der Nächstenliebe.

Das Grundkapital ward auf 500000 Dollar, eingetheilt in 1000 Antheilen von je 500 Dollar, bemessen. Auf dasselbe werden keine Dividenden ausgezahlt; die Ueberschüsse werden von der Genossenschaft nach Maßgabe der Statuten benützt. Die Antheile sind nur an die Genossenschaft übertragbar, und können nur von Genossen erworben werden; Niemand darf mehr als einen Antheil besitzen. Jede Person von gutem Rufe kann Mitglied der Genossenschaft werden, vorausgesetzt, daß sie über die Grundzüge der genossenschaftlichen Thätigkeit und des Sozialismus wohl unterrichtet ist; sie muß sich in dieser Beziehung einer Prüfung unterziehen; ihre Aufnahme wird durch eine Zweidrittelmehrheit der

stimmenden Genossen bedingt. Jedem Genossen wird, wenn irgend möglich, Beschäftigung gewährt, und zwar in der von ihm gewünschten Weise. Für den Normalarbeitstag gelten zehn Stunden Arbeitszeit oder weniger, je nach den von dem Vorstand zu beschließenden Bestimmungen. Alle Genossen erhalten die gleiche Vergütung für die angewandte Arbeitszeit. In Krankheitsfällen erhalten die Genossen für jeden Krankheitstag einen Betrag, der nach dem Durchschnitt seiner während der voraufgegangenen drei Monate ausgeübten Arbeitszeit zu berechnen ist. Jeder Genosse ist verpflichtet, seine natürliche Freiheit, die ihn zur Mißachtung der Rechte Anderer führt, zu Gunsten der bürgerlichen oder sozialen Freiheit aufzugeben, die, begründet auf den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit, auf seine Rechte und die der Genossenschaft Rücksicht nimmt. Die Genossenschaft darf in keiner Weise die freie Ausübung des individuellen Geschmacks, der Bestrebungen und Neigungen in allen privaten, religiösen und häuslichen Dingen beschränken oder sich in sie einmischen; sie hat die Lehrkräfte zu stellen und die Unterrichtsmittel zu liefern.

Die Genossenschaft übergiebt jedem Genossen eine eigene Wohnung; sie unterhält einen zur Benutzung für die Gesammtheit bestimmten Küchen- und Speiseraum, wo die Genossen mit ihren Familien gemeinsam speisen. Für die von den Genossen geleistete Arbeit wird kein Lohn in Baar gezahlt, sie erhalten dafür „Zeitzertifikate", die in Arbeit oder in von der Genossenschaft angefertigten oder erzielten Erzeugnissen eingelöst werden und nur von Genossen vorgewiesen werden dürfen. Diese Zertifikate dienen also nur dem Ausgleichsverkehr zwischen den Genossen und der Genossenschaft. Im Uebrigen erhält jeder Genosse und jedes seiner Familienmitglieder einen gewissen, von den Direktoren und den Antheilhabern zu bestimmenden gleichen Betrag zum Unterhalt.

Der Genossenschaft gehören der Grund und Boden, alle Produktions- und Distributionsmittel und alle Gebäude. Das eigene Hausgeräth und die eigenen Wirthschaftsgegenstände gehören dem Genossen. Männer und Frauen haben gleiche Rechte. Jeder Genosse muß einen Geschäftsantheil im Betrag von 500 Dollar erwerben; seiner Ehefrau ist es freigestellt, ebenfalls einen solchen Antheil zu erwerben oder nicht. Nur solche Genossen, die ihren Antheil voll bezahlt haben, können ihren Wohnsitz in der Kolonie nehmen.

Die Verwaltung der Genossenschaft liegt in den Händen des stets nur auf ein Jahr wählbaren und aus dreizehn Mitgliedern bestehenden Direktoriums, die aus ihrer Mitte einen Präsidenten, Vizepräsidenten, Schriftführer und Schatzmeister wählen. Diese üben die Exekutive aus und ernennen die Vorsteher der verschiedenen Verwaltungsabtheilungen, die für öffentliche Arbeiten, Erziehung, Erholung, Fabrikwesen, Ackerbau, Vertheilung, Sanitätswesen, Küche, Gartenbau und Druckerei gebildet sind. Initiative und Referendum stehen auch den Genossen zu. Kein Mitglied darf bei Wahlen von Beamten seine Stimme für sich selbst abgeben, auch darf es sich um die Stimme eines Genossen nicht bewerben. Eine Zuwiderhandlung wird als Verletzung des öffentlichen Vertrauens angesehen und das betreffende Mitglied dessen unwürdig erachtet. Minderjährige über achtzehn Jahre werden als Lehrlinge eingereiht; ihre Kompetenzen werden vom Direktorium bestimmt. Bis zum achtzehnten Jahre erhält jedes Kind einen abgestuften Betrag für das Jahr, der ebenfalls vom Direktorium festgesetzt wird. Das schulpflichtige Alter endet mit dem achtzehnten Jahre.

Nach angestrengter, opferwilliger Pionierarbeit hatte eine Anzahl von Genossen, die den verschiedensten Berufsarten angehörten, nach dem Grundsatze Einer für Alle und Alle für Einen, und unter Verzicht auf Lohnzahlungen, auf dem Gelände der Genossenschaft die zur Aufnahme der Genossen und für den Betrieb

erforderlichen Gebäude hergerichtet, sowie auch mit der Kultur des Ackerlandes begonnen. Es stellte sich aber sehr bald heraus, daß das für die Ansiedlung von Wayland erworbene Gelände sich in keiner Weise zur erfolgreichen Durchführung des Unternehmens eigne. Mißhelligkeiten zwischen dessen Begründer und Leiter Wayland und den Genossen erhoben sich und es erwuchs zugleich ein Streit um den vollen Besitz der Druckerei und der Wochenschrift „The coming nation". Die Genossen obsiegten über Wayland, der seine vermeintlichen persönlichen Rechte auf den Besitz der Druckerei und der Zeitung aufgeben mußte, worauf er sich von der Genossenschaft zurückzog. Nun beschlossen die Genossen den Erwerb eines geeigneteren Terrains; sie kauften zwei 4½ Kilometer entfernter gelegene Farms, im Yellow creek Thale, und siedelten im Jahre 1896 nach dorthin über. Die Kolonie — Ruskin genannt — besteht jetzt aus einigen dreißig Wohnhäusern, den nöthigen Fabrik- und Wirthschaftsgebäuden und dem Druckereigebäude und ist nun in der Ausübung ihrer geschäftlichen und sozialen Thätigkeit aufs Eifrigste begriffen. Schulen und ein Kindergarten, sowie eine Bibliothek sind errichtet. Die Genossenschaft betreibt außer der Druckerei und Herausgabe der Zeitung eine Mahl- und Sägemühle, Acker- und Gartenbau, Bäckerei, Dampfwaschanstalt, Viehzucht, Schlächterei und verschiedene Handwerkerwerkstätten. Sie unterhält ein Konsumgeschäft für ihre Mitglieder und für Außenstehende. Am 1. Januar 1897 zählte sie 63 Antheilhaber; der Werth der Aktiva bezifferte sich auf circa 60000 Dollar, denen Verbindlichkeiten in gleicher Höhe gegenüberstanden. Die Zeitung hat jetzt eine Auflage von 30000 Exemplaren.

Die in dem Waarenhause erhältlichen Waaren werden den Mitgliedern zu einem nur um die Kosten der Geschäftsführung erhöhten Einkaufspreis gegen Zeitzertifikate überlassen, während für Nichtmitglieder ein nutzenbringender Aufschlag gemacht wird. Der „Zeitpreis" z. B. für einen Besen, den Nichtmitglieder mit 35 Cents bezahlen müssen, beträgt 12½ Stunden, ein Pfund Thee 11 Stunden, eine Zitrone ½ Stunde, ein Pfund Kaffee 7 Stunden, ein Paar beste Schuhe 70 Stunden u. s. w. Jeder Gegenstand trägt den Zeitpreis und den für Nichtmitglieder bestimmten Verkaufspreis.

Bezweckt die Genossenschaft einerseits, der Arbeit ihrer Mitglieder den vollen Lohn zu sichern, ihnen eine Freistätte gegen die Ausbeutung der Arbeitgeber zu schaffen, sie selbst zu gemeinschaftlichen Besitzern des Grund und Bodens ihrer Kolonie und des darauf Geschaffenen, also der Gesammtansiedlung zu machen, und zunächst vor Allem durch eine rein geschäftsmäßige Thätigkeit ihr Ziel zu erreichen, so verbindet sie doch damit den weiteren idealen Zweck, die Möglichkeit einer praktischen Durchführung und Ausübung des Sozialismus zu beweisen, und ihm die Wege zu seiner Verbreitung zu ebnen. Der Lehrplan ihrer Erziehungsanstalten ist dementsprechend entworfen; er führt die Schüler in die Lehren des Sozialismus ein und soll sie zu Sozialisten heranbilden. Und ermuthigt durch ihre bisherigen geschäftlichen Erfolge hat die Genossenschaft jetzt auf ihrer Ansiedlung die Errichtung einer H o c h s c h u l e f ü r S o z i a l i s m u s unter der Bezeichnung „Ruskin College of the New Economy" beschlossen und bereits den Grundstein zu dem ersten dafür bestimmten Gebäude gelegt. Diese von amerikanischen Bürgern begründete Hochschule soll die industrielle Freiheit auf amerikanischem Boden herbeiführen im Gegensatz zu den „plutokratischen, von den Monopolisten errichteten und ausgerüsteten Hochschulen, die zur Verewigung der Ungerechtigkeit bestimmt sind". „Die Ruskin Co-operative Association hat bewiesen", so wird in „The coming nation" ausgeführt, „daß die neue wirthschaftliche Ordnung eine bessere als die bestehende und durchaus praktisch ausführbar ist; sie

kann nur da herrschen, wo das Niveau der ethischen Kultur ein gleiches ist, am glücklichsten da, wo das Niveau am höchsten sich zeigt. Die Errichtung des „College of the New Economy“ ist das naturgemäße Ergebniß sozialökonomischer Wissenschaft und Ordnung; die Ausbildung wird dort eine ungefesselte sein. Patronate, Unterstützungen, Politik, religiöse und gesellschaftliche Vorurtheile werden dort keinen Platz finden. Die Verbreitung der Kenntniß des praktischen Lebens zur Erhaltung unserer Existenz soll der Grundzug des Lehrsystems sein. Wie die besten Ergebnisse im sozialökonomischen Leben durch wissenschaftliches Studium, durch angewandte und schöne Kunst, durch Sitten und Ethik zu erreichen sind, — ethisches Wissen und ethisches Wesen, beide bilden den Grundstein dieser Hochschule für Sozialismus, wie eine solche bisher noch nicht errichtet wurde. Frei von den Traditionen der Vergangenheit, wird in ihr der jugendliche Sinn der Schüler nicht durch das Fabriksystem maschinenmäßiger Erziehung getödtet werden, jeder Schüler wird angehalten werden, für sich selbst nachzudenken und seine eigenen unabhängigen Schlüsse aus der Wirklichkeit und der Vorstellung zu ziehen; an Stelle der der Kindheit der menschlichen Erkenntniß entnommenen dogmatischen Lehren werden in der Hochschule die Aneignung und das Studium der Weisheit treten.“

Die enge Vereinigung der Hochschule mit der Kolonie wird den Schülern Gelegenheit geben, dem Sozialismus nicht nur theoretisch näher zu treten, sondern auch praktisch. Beide, Hochschule und Kolonie, werden sich gegenseitig ergänzen, es wird sich eine lehrreiche Wechselwirkung zwischen ihnen entwickeln, bei der die Kolonie gleichsam ein Versuchsfeld für die Hochschule bilden und andererseits diese auf die Thätigkeit jener einen mitführenden Einfluß ausüben wird.

Es sind in der That weitgehende Ziele, die sich die Ruskin Co-operative Association zur Förderung und Verbreitung des Sozialismus gesteckt hat. Sie scheint vorsichtig dabei zu Werke zu gehen, indem sie die persönliche Freiheit ihrer Mitglieder nur insoweit beschränkt, als sie von ihnen eine stets willfährige Arbeitsleistung für die Gemeinschaft verlangt und dem Individualismus Rechnung trägt. Beim Ausscheiden eines Genossen ist sie zwar nicht verpflichtet, ihm seinen eingezahlten Antheil sofort zurückzuzahlen, es ist dies jedoch nach dem Ermessen des Direktoriums statthaft. Der Uebertragung des Antheils eines Ausgeschiedenen an ein neu eintretendes Mitglied steht nichts im Wege.

Zur Zeit zählt die Bevölkerung der Kolonie etwa 300 Seelen, Frauen, Männer und Kinder. Die Zahl der Genossen nimmt stetig zu, obwohl die noch nicht vollendete Pionierarbeit immerhin mit manchen Mühseligkeiten und Entbehrungen verknüpft ist. Indessen werden diese wohl bald überwunden werden, da die Genossenschaft mit größtem Eifer bestrebt ist, nicht nur die zur möglichst vielseitigen Ausbeutung ihrer industriellen Thätigkeit erforderlichen Einrichtungen fertig zu stellen, sondern auch den nutzbringenden Absatz ihrer Erzeugnisse zu fördern. Insbesondere ist sie darauf bedacht, ihre Erzeugnisse mit denen anderer Genossenschaften auszutauschen und ihre eigenen Bedürfnisse an Nahrungsmitteln sowohl wie an allen anderen erforderlichen Dingen selbst zu produziren.

In Folge des steigenden Absatzes, dessen sich die Erzeugnisse der Kolonie bei den Außenstehenden erfreuten, und des dadurch vermehrten Verkehrs, den der steigende Bedarf an Rohmaterialien erforderlich machte, beschloß die Kolonie, zur Deckung der Ankäufe den Lieferanten „Produce checks“, d. h. „Waarenchecks“ zu geben, deren Einlösung durch Erzeugnisse der Kolonie bewirkt wird. Bisher wurden alle Einkäufe grundsätzlich nur gegen sofortige Baarzahlung gemacht, und es geschieht dies auch fernerhin in allen Fällen, wo die „Waarenchecks“ sich nicht verwenden lassen. Die strengen Grundsätze, die die Kolonie in ihrem

Verkehr mit den außenstehenden Lieferanten und Abnehmern befolgt, haben den „Waarenchecks“ indessen eine sehr günstige Aufnahme bereitet, so daß sie ein gern genommenes Zahlungsmittel schon jetzt bilden.

Zur Förderung der geselligen Beziehungen der Genossen zu- und untereinander, sowie zu Bildungszwecken dienen häufig veranstaltete Belustigungen, Musikaufführungen, wissenschaftliche Vorträge, ferner eine Bücherei nebst Lesehalle, in der eine Anzahl Zeitungen und Zeitschriften ausliegen. Für die Kinder ist ein unter Leitung einer geschulten Kindergärtnerin stehender Kindergarten errichtet.

Es ist bereits im Voraufgegangenen erwähnt worden, daß jedem Genossen volle Freiheit in seinen Religionsübungen gewährleistet ist, die Genossenschaft als solche aber in ihrer Gesammtheit den Grundsatz der Konfessionslosigkeit beobachtet. Zum Gottesdienst bestimmte Räume sind dementsprechend auf dem Gelände der Kolonie nicht vorgesehen; Genossen, die eine Kirche besuchen wollen, begeben sich zu dem Ende nach den benachbarten kirchlichen Gemeinden. Den religiösen oder ethischen Geist, der unter den Genossen herrscht, dürfte ein Satz aus einer Leichenrede kennzeichnen, die von einem Genossen am Grabe eines verstorbenen Kameraden gehalten wurde. „Aus der Betrachtung des Lebens unseres dahingeschiedenen Bruders mögen wir Alle eine wichtige Lehre ziehen. Unsere Gefühle bei dieser Gelegenheit werden durch den segensreichen Einfluß, den ein selbstloses Leben auf uns ausübt, hervorgerufen. Laßt uns Alle den vielen Tugenden unseres Bruders nacheifern. Wie er, laßt uns auf die guten Eigenschaften derer blicken, die uns umgeben. Laßt uns an die ehrlichen Absichten unserer Brüder glauben und uns vor Mißtrauen hüten. Bedecken wir mit Nächstenliebe die Fehler Anderer und schließen wir unsere Lippen vor Tadel. — — — Und nun, da wir Staub dem Staube, Asche der Asche wiedergeben, mögen wir Alle von dem Wunsche beseelt werden, den vielen Vorzügen unseres Bruders, der nun nicht mehr unter uns weilt, nachzueifern. Möge brüderliche Liebe uns beherrschen und jede moralische und soziale Tugend uns vereinen. Amen.“

Die Vorbedingungen zur weiteren erfolgreichen Entwicklung der Ruskin Co-operative Association scheinen in nicht geringem Grade gegeben zu sein, und somit darf wohl erwartet werden, daß sie die manchen aus der menschlichen Natur der Genossen entspringenden und nicht immer ganz zu beseitigenden Schwierigkeiten überwinden und ihre endliche Festigung und Sicherung durchführen werden.

Literarische Rundschau.

Diskrete Nervenschwäche, von Dr. med. Stadelmann, Spezialarzt für nervöse Erkrankungen in Würzburg. Stabelsche Verlagsanstalt in Würzburg, 1898.

Eine Erörterung der Nervenschwäche im Allgemeinen und der sexuellen Nervenschwäche im Speziellen, mit besonderer Berücksichtigung der Selbstbefriedigung. Man wird dem Verfasser Dank wissen für die durchaus ernste Art, in welcher er den Gegenstand behandelt, und von dem Wohlwollen, das er dem Kranken entgegenbringt, angenehm berührt sein. Mancher würde vielleicht eine knappere und weniger blumenreiche Darstellung vorgezogen haben, aber der Geschmack ist darin sehr verschieden. Jedenfalls ist es dem Verfasser darum zu thun gewesen, seine Leser möglichst eindringlich vor Gefahren zu warnen und Erkrankten die trostreiche Möglichkeit einer Heilung zu eröffnen. Als Nervenarzt, der sich wohl meist mit den schwereren Formen der betreffenden Erkrankung resp. Gewohnheit zu befassen hat, ist es ihm nicht ganz gelungen, die Schwarzmalerei zu vermeiden, welche so viele populäre Bearbeitungen des Gegenstandes kennzeichnet. Aber gerade diese schwerer Erkrankten

werden aus der Beschreibung der rationellen Heilmethode neuen Muth schöpfen. Nicht immer scheint mir Ursache und Wirkung streng auseinander gehalten zu sein. Abnorme Befriedigung des Geschlechtstriebs wird schlankweg als Ursache von Neurasthenie hingestellt. Ich möchte bezweifeln, ob dies jemals ohne Mitwirkung einer Reihe anderer Faktoren der Fall ist und sehe vielmehr im abnormen und krankhaft gesteigerten Triebe eines unter vielen Symptomen einer ererbten oder erworbenen Nervenschwäche. Nicht die Befriedigung des Triebes bedingt die Nervenschwäche — obgleich unter Voraussetzungen, welche häufig erfüllt sind, gewiß geeignet, sie im circulus vitiosus zu vermehren —, sondern die Nervenschwäche bedingt den krankhaften Trieb und seine abnorme Befriedigung. Die Neurasthenie und nicht die sexuelle Verirrung, glaube ich, im Gegensatz zum Verfasser, als das Primäre auffassen zu müssen. Belege für diese Anschauung sind mir Vorgeschichte und Konstitution der Erkrankten auf der einen Seite, die überaus zahlreichen, wahrscheinlich die gewaltige Majorität bildenden Beispiele von Männern und Frauen, welche trotz sexueller Verirrungen jeder Art gesund bleiben, auf der anderen. Treffend und wahr ist die Beurtheilung der Unnatur und des nervenzerrüttenden Einflusses der heutigen Ehe, insbesondere für die Frau. Dr. H. B. Adams-Lehmann.

Wenn die Wildgänse ziehen.

Eine skizzirte Erzählung von **Henrik Pontoppidan.**

I.

Adolf hieß ein ehrenwerther Mann und Familienvater, der seinen Lebensunterhalt als Kontorchef in einem Ministerium erwarb. Wie so mancher andere rechtschaffene Ehemann, der ländliche Einsamkeit der Unruhe und dem Lärm einer großen Stadt vorzieht, lebte er draußen in einer der Friedrichsbergschen Villenalleen in einem kleinen einstöckigen Häuschen mit weißangestrichenem Gitter und einem dazu gehörigen Garten, der so groß war, daß drei Menschen sich bequem zu gleicher Zeit darin aufhalten konnten. Die Villa hieß Mon Coeur und enthielt — wie Adolf nun schon elf Jahre lang witzig geäußert hatte — fünf „wirklich behagliche“ kleine Herzkammern. War Besuch da, dann verfehlte er niemals hinzuzufügen: Wer Raum im Herzen hat, der hat auch Raum im Hause.

Uebrigens gehörte Adolf keineswegs zu Denen, die ihre Zeit mit Geselligkeit vertrödeln. Er zog es vor, seine Abende im eigenen Heim zu verbringen, wo er dann seiner Frau aus einem guten, gesunden Buche, einem historischen Roman oder einer belehrenden Reisebeschreibung vorlas. Bisweilen spielten sie auch vor dem Zubettegehen eine Partie Schwarzen Peter, doch war das Spiel selten von langer Dauer, da Leopoldine nicht vertragen konnte, im Verlust zu sein.

Aber das war auch in Adolfs Augen ihr einziger Fehler. Er war ein glücklicher Mann.

Jeden Morgen konnte man seine kleine, rundliche Gestalt die alte Königsstraße hinunter ins Kontor gehen sehen. An der Hand hielt er seine zehnjährige Tochter, die er Tag für Tag zur Schule begleitete, wo es dann jedesmal eine kleine, so rührende Abschiedsszene gab, daß vorübergehende, ältere Damen sich vor Freude umwandten. Dann schritt er weiter in die Stadt hinein, überall Ehrfurcht verbreitend mit seiner großen, geheimnißvollen Dokumentenmappe, die seine bescheidenen Frühstücksbrötchen und ein Paar sorgfältig getrocknete Socken enthielt.

In der Friedrichsbergerstraße, vor dem Ladenfenster eines Optikers, studirte er das Thermometer; darauf machte er sich an seine verantwortungsvolle Arbeit.

So war der ehrenwerthe Mann Adolf.

II.

Eines Tages, nachdem er die ordnungsgemäße Anzahl Stunden auf seinem Kontorstuhl in dem erhebenden Gefühl zugebracht hatte, daß er in dieser Welt seinen Platz ausfüllte, daß er eine Zierde seines Standes sei, seinem Familiennamen zur Ehre, seinen Kindern ein nachahmungswerthes Beispiel — fand er auf seinem Schreibtisch einen Brief seines Jugendfreundes Felix.

Dieser war ebenfalls Ehemann und dabei ein angesehener Arzt, der sich — trotz einer ziemlich unregelmäßig verlebten Jugend — nach und nach die Achtung seiner Mitbürger und eine einträgliche Praxis im Osten der Stadt erworben hatte.

Der Anblick dieser Handschrift machte Adolf etwas unruhig. Nachdem er sich erst versichert hatte, daß er allein im Zimmer sei, öffnete er den Brief mit seinem Taschenmesser. Die wenigen kleinen Verirrungen, die er sich noch hie und da gestattete, geschahen auf Veranlassung dieses Freundes, der sich aus seiner flotten Junggesellenzeit eine Vorliebe für kleine Restaurationsmittage, lang ausgedehnte L'hombreabende mit hohen Einsätzen und starken Havannazigarren bewahrt hatte. Leopoldine mochte ihn auch nicht leiden.

Aber diesmal schrieb der Freund in Folge einer ernsten Angelegenheit.

Adolf mußte den Brief dreimal durchlesen, bevor er ihn begriff — so überraschend war der Inhalt.

Felix theilte ihm nämlich in wenigen — augenscheinlich hastig geschriebenen — Zeilen mit, daß er sich von seiner Frau habe scheiden lassen, seine Praxis einem Anderen übergeben habe und noch am selben Abend mit einer „heißgeliebten Freundin" ins Ausland reise. Er fügte hinzu, daß im Falle er — Adolf — ihm noch Adieu sagen wolle, er ihn im Hotel X. bis sieben Uhr antreffen könne. Er selber fühle das Bedürfniß, vor seiner Abreise einem alten Freunde die Hand zu drücken und ihm mündlich nähere Auskunft zu geben.

Während der bestürzte, ja geradezu gelähmte Adolf zum vierten Male diesen Brief las, tauchte folgende, fast vergessene kleine Begebenheit in seiner Erinnerung auf:

Vor ein paar Wochen gingen er und Felix eines Tages durch die Laubgasse. In dem Fenster eines Trödlerladens, über welchem ein Schild mit dem Namen Isaak Cohn hing, gewahrten sie einen alten, silbernen Schmuck von norwegischer Arbeit, der ihnen Beiden sehr gut gefiel, und da Felix gerade auf der Suche nach irgend einer Kleinigkeit war, die er seiner Frau zu ihrem nahe bevorstehenden Geburtstag geben konnte, traten sie ein, um sich nach dem Preise zu erkundigen.

Der im Hochparterre gelegene Laden war ein kleiner, kellerdunkler und feucht riechender Raum — angefüllt mit allerhand hingeworfenem Gerümpel, von Violinen und kupfernem Geräth an bis hinab zu alten schimmeligen Stiefeln. Das Unheimliche des Raumes ward noch dadurch erhöht, daß es in demselben so merkwürdig — beinahe feierlich — stille war, und als sie einige Minuten gewartet hatten, ohne daß sich Jemand zeigte, beschlossen sie, fortzugehen.

Da — fast als hätte man auf diesen Augenblick gewartet — bewegte sich im Dunkel des Hintergrunds eine verblichene rothe Damastportière und ein junges, schwarzhaariges Mädchen, augenscheinlich die Tochter des Hauses, zeigte sich in der Thüröffnung, wo sie — eine weiße Katze auf dem Arme haltend — halb abgewandt ruhig stehen blieb und in ziemlich unfreundlichem Tone nach unserem Begehren fragte.

Adolf hatte von diesem jungen Weibe keine sehr deutliche Vorstellung mehr. Er entsann sich nur gerade noch zweier kohlschwarzen, weichen Augen unter schweren Lidern, eines blutrothen Mundes und einer wohlgeformten Brust, eingeschlossen in eine schwarze, bei Weitem nicht fleckenlose Taille. Dagegen wußte er noch

ganz deutlich, daß Felix, als sie wieder auf der Straße waren, in lauten Tönen ihre Schönheit gepriesen, von ihrer „wilden Scheu" gesprochen und sie ganz shakespearisch eine auferstandene Jessika u. s. w. genannt hatte.

Da Adolf indessen daran gewöhnt war, den Freund über weibliche Schönheit in Extase gerathen zu sehen, so war es ihm auch diesmal gar nicht eingefallen, auf diese begeisterten Ausbrüche irgendwie Gewicht zu legen. Nun durchzuckte ihn mit Entsetzen der Gedanke, ob es wohl möglich sein könnte, daß die im Briefe erwähnte „heißgeliebte Freundin" das kleine Judenmädchen sei, die dann also die eigentliche Ursache der unheimlichen Katastrophe geworden war.

III.

„Von wem war der Brief?" tönte eine grobe Stimme von der Thüre her.

Es war Leopoldine, die aus der Küche kam und nun dort in der großen Latzschürze, der schönsten Zierde einer Hausfrau, im Thürrahmen stand.

Adolf sprang vom Stuhl empor und begann im Zimmer hin und her zu laufen. Ganz verstört, den Brief in der geballten Hand — theilte er seiner Frau die empörende Nachricht mit.

„Hörtest Du schon je von solchem Wahnsinn?" rief er und Thränen stürzten aus seinen ehrlichen Augen. „Seine Frau und vier Kinder zu verlassen .... nach achtjähriger Ehe und in seinem Alter!"

Leopoldine gehörte zu jenen seelenstarken Weibern, die — wenn es sich nicht gerade um einen Verlust beim Kartenspiel oder einen zerbrochenen Teller handelt — bei allen Vorkommnissen des Lebens ihr seelisches Gleichgewicht bewahren. Sie erklärte geradezu, daß sie absolut nicht überrascht sei und fügte ehrlich hinzu, daß sie Felix immer für einen Schurken gehalten habe.

„Aber dies hier ist ja geradezu verrückt", kreischte Adolf von Neuem. „In seinem Alter! Mit seiner Praxis! .... Und das just in diesem Augenblick, wo er so glücklich war, seine Bandwurmspezialität zu finden, wo er anfing, einen Namen zu haben und Karriere zu machen! Aber das soll auch nicht geschehen. Ich werde mit ihm sprechen. Dieses Verbrechen *soll* nicht begangen werden .... Liebste Dina, trag' die Suppe auf. Ich will sofort zu ihm gehen."

IV.

Adolf traf seinen Freund in dem von ihm im Briefe bezeichneten Hotelzimmer, eifrig damit beschäftigt, die letzte Hand an die Koffer zu legen.

„So ist es also wirklich wahr!" rief er sogleich beim Anblick der offenen Gepäckstücke und der ganzen übrigen, bunten Reiseausstattung, die im Zimmer umhergestreut lag.

Felix war ein hoher, rothwangiger, kräftig gebauter Mann, der mit seinem großen, blonden Schnurrbart eher einem isländischen Gutsbesitzer als einem Kopenhagener Spezialisten für Bandwürmer glich. Außerdem war er trotz seiner fünfundvierzig Jahre noch ein hübscher Mann. Wenn Leopoldine und andere rechtschaffene Frauen ihn nie hatten leiden mögen, dann war es nur deshalb, weil sie sich vor ihm fürchteten. Namentlich seine Augen mochten sie nicht, — ein Paar kleine, unruhige Rattenaugen, mit einem Blicke, der selbst im Dunkeln funkelte.

„Habe Dank, daß Du gekommen bist", sagte er und drückte lange und warm des Freundes Hand. „Komm — setz' Dich und laß uns mit einander reden, ich habe noch eine Viertelstunde Zeit. Du hast Dich wohl gewundert, nicht wahr?"

„So ist es also *wirklich* Dein Ernst, Felix! Du willst Deine Frau verlassen — — —"

„Alles, alles! Und noch zehnmal mehr, wenn es verlangt wird“, unterbrach er ihn sofort und schlang seinen Arm um des Anderen Schulter. „Verdamme mich nicht! Du siehst hier den glücklichsten Menschen der Welt vor Dir.“

Adolf sank auf einen Stuhl, den Regenschirm zwischen den Knieen.

„Ich begreife Dich nicht, Felix! Wohl wußte ich, daß Du leichtsinnig seiest . . . ., aber dieses hier! Vor vierzehn Tagen noch liebtest Du Deine Frau, vergöttertest Du Deine Kinder . . . . und nun — du lieber Himmel! Wie hat doch das geschehen können?“

„Ja, wenn ich doch das selber wüßte, Du! Wie geschehen wohl Wunder? . . . Daß mir altem Manne noch so viel Glück vorbehalten war! Ich begreife es selber nicht! . . . . Nein, Adolf, sage nichts! Es nützt doch nichts, daß Du versuchst, mich zur Vernunft zu bringen. Ich vertrage jetzt auch nichts mehr! Es liegen böse Tage hinter mir, kannst Du Dir wohl denken . . . . hauptsächlich der Kinder wegen. Aber jetzt ist es überstanden. Selbst der, der Kinder hat, hat doch das Recht, glücklich werden zu dürfen, nicht wahr? Und jetzt ist es vorbei . . . . Beinahe!“

Das letzte Wort fügte er mit halblauter Stimme hinzu, drückte die Hand an die Stirne und schloß sekundenlang die Augen.

„Willst Du mir nur eine Frage gestatten, Felix? Die Dame, die . . . . so ohne Vorurtheil, will ich sagen — Dich auf Deiner Reise begleiten will, das sollte doch wohl nicht —“

„Jessika aus der Laubgasse sein. Du hast richtig gerathen!“

Adolf sprang in die Höhe.

„Aber das ist ja wahnsinnig, Felix! Die Tochter eines Trödlers! Ein Judenmädchen!“

„Eine Tochter der Sonne — ja. Eine Zigeunernatur, wie ich es selber bin. Ein stolzer, wilder Vogel, Du! — Dem das düstere Bauer zu öffnen mir vergönnt war und der mich dafür liebt! Eine andere Erklärung kann ich Dir nicht dafür geben. Nein . . . . stille! Frage mich nichts mehr! Wir stehen auf heiligem Boden hier! . . . . Und ich selber weiß ja auch nicht mehr!“

Adolf hatte sich wieder gesetzt. Er begriff, wie vergeblich es sein würde, noch ferner versuchen zu wollen, Felix’ Entschluß zu ändern.

„Und jetzt willst Du also fort“, sagte er, nachdem Beide eine lange Weile geschwiegen hatten. „Für immer?“

„Ja. Der Boden brennt mir hier unter den Füßen . . . . ich muß fort! Für Frau und Kinder habe ich gesorgt. Ich selber besitze auf der ganzen Welt nichts mehr als was Du hier siehst — und etwas Reisegeld. Es wird für die Aermste nicht lauter Sonnenschein werden! Aber sie hat Muth zu Allem — das hat sie gesagt. Und glücklicherweise giebt es ja überall ein Arbeitsfeld für einen Arzt.“

„Und wohin gedenkst Du . . . . Ihr . . . . denn zu gehen?“

„Ich weiß es noch kaum. Vorläufig nach Amerika — dort war ich ja schon einmal. Und von dort wahrscheinlich weiter in die weite Welt hinaus . . . . vielleicht auf irgend eine kleine Insel im Stillen Ozean . . . . was weiß ich!“

„Aber du gerechter Himmel, Felix! — Unter Neger und Wilde!“

„Jawohl! Dies ist der helle Wahnsinn! Ich weiß es wohl! Aber ich bin nun einmal verrückt. Und doch beneide ich Euch andere nicht! . . . . So laßt mich denn im Frieden fahren!“ (Schluß folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 26. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99

Im Zickzack.

↗ Berlin, 15. März 1899.

Am parlamentarischen Himmel ist urplötzlich ein schweres Gewitter aufgezogen: wenn die düsteren Prophezeiungen der eingeweihten Presse auf dem richtigen Wege sind, so stehen wir vor einer Auflösung des Reichstags. Die Entscheidung wird morgen fallen und längst bekannt sein, ehe diese Zeilen das Licht der Welt erblicken. Nach allen Regeln der politischen Logik müßte das Gewitter so schnell verschwinden, wie es aufgezogen ist, indessen in den Tagen des Zickzackkurses ist die politische Logik nicht die oberste Macht, und das Unbegreifliche kann wieder Ereigniß werden, wie es schon manchesmal Ereigniß geworden ist.

Es handelt sich um 7000 Mann, die das Zentrum der neuen Militärvorlage abgestrichen hat, um sich vor seinen Wählern wegen seiner sonstigen Nachgiebigkeit in Militär- und Marinesachen einigermaßen zu decken. Der bisherige Gang dieser Verhandlung ergab sich gewissermaßen aus der Sache selbst; nachdem das Zentrum im vorigen Jahre in der Marinefrage A gesagt hatte, mußte es nunmehr auch in der Militärfrage B sagen; unter den Palmen der „maßgebenden Partei" wandelt es sich nicht umsonst. Aber nach ihren ganzen Existenzbedingungen können die Ultramontanen nicht so schlankweg umfallen, wie die Konservativen und die Nationalliberalen; ein wenig Sand müssen sie ihren längst argwöhnischen Wählern schon in die Augen streuen. Man konnte erwarten, daß die Regierung darauf einige billige Rücksicht nehmen werde; es war eine Ueberraschung für alle Welt, als sie, wie einst den Nationalliberalen, nun auch den Ultramontanen die Pistole auf die Brust setzte: Friß, Vogel, oder stirb!

Wie immer die Entscheidung ausfallen mag, so wird man der Regierung für ihre ruck- und stoßweise Politik kein besonderes Kompliment machen können. Selbst in dem für sie günstigsten Falle ist das Spiel des Einsatzes nicht recht werth: unterwirft sich das Zentrum so löblich, wie einst die Nationalliberalen, so erschüttert es sein Ansehen in den breiten Volksschichten, die ihm noch anhängen, und daran kann der Regierung doch nicht gerade gelegen sein. Denn so viel ist klar, daß die enttäuschten Zentrumswähler nicht zur Rechten, sondern zur Linken abschwenken würden, und diesen Entwicklungsprozeß zu fördern, so erfreulich er an und für sich wäre, hat die gegenwärtige Regierung gewiß kein

Interesse. Giebt sie selbst aber nach, so ist sie die Blamirte, und wenn sie endlich den Reichstag auflösen würde, so ließe sich das schließliche Ergebniß von vornherein mit aller Sicherheit berechnen: das Zentrum würde in frisch gesteiftem Trutze wiederkehren, die Rechte aber schwer gelichtet und die Linke, in erster Reihe die Sozialdemokratie, sehr verstärkt.

Auf den ersten Anschein mag es viel Verlockendes haben, einen Militärkonflikt zu provoziren als Einleitung jener konsequenten Reaktionsära, nach der die Scharfmacher seit Jahren dürsten. Bei jedem noch so künstlich heraufbeschworenen Militärkonflikt hat die Regierung bisher schließlich immer den Sieg davongetragen; sollte sie diesmal auch beim ersten Anlauf scheitern, so könnte sie im Sinne König Stumms denken: Um so besser! Jedoch sicher ist die Rechnung keineswegs, denn schließlich geht jeder Krug nur so lange zum Brunnen, bis er bricht. Man mag über Bismarcks Politik sonst denken wie man will, aber er hatte stets — und darin bestand gerade das Geheimniß seiner Erfolge — einen Willen und ein Ziel, also gerade das, was dem Zickzackkurse fehlt. Bismarck wußte, weshalb er vor zwölf Jahren den Septennatsrummel einleitete; er machte nicht einen plötzlichen Vorstoß ins Blaue hinein; wenn er mit jedem noch so verwerflichen Mittel nach einem an und für sich sehr verwerflichen Ziele trachtete, so ließ sich doch nicht bestreiten, daß er einen Weg verfolgte, den er sich klar vorgezeichnet hatte. Ist diese erste Vorbedingung aller Politik einmal gegeben, so läßt sich viel erreichen, dagegen reibt sich auf die Dauer die größte Macht auf, die ohne Vor- und Nachgedanken in zwecklosem Selbstgenusse sich gefällt. Sie zerbricht Stück für Stück ihre eigene Rüstung, und es sieht sehr darnach aus, als ob mit der neuesten Haupt- und Staatsaktion wieder ein gutes Stück flöten gehen wird, mag sie morgen nun so oder so enden.

Wie die größte Macht, so verzehrt sich der reichste Geist zwecklos in der Politik, sobald ihm der Wille und das Ziel fehlt; dieser hausbackene Satz findet eine lehrreiche Bestätigung in der Wirksamkeit des alten Parlamentariers, dessen Tod mit der neuesten parlamentarischen Krisis zusammenfällt. Ohne jeden Zweifel war Ludwig Bamberger ein reich begabter Mann, der viel gelernt und viel gesehen hatte, ein liberaler Politiker, aber fast ganz frei von den Trivialitäten des Liberalismus; man kam nicht immer, aber meistens auf seine Kosten, wenn man eine Rede von ihm hörte oder einen Aufsatz von ihm las. Nur freilich fehlte seinen Gedanken wie seinem Stile bei aller Feinheit und Geschmeidigkeit die scharfe Spitze; der Hörer oder Leser erhält eine Menge Anregungen, aber selten oder nie, es sei denn bei rein technischen Auseinandersetzungen, einen planen und schlichten Eindruck von dem, was Bamberger eigentlich wollte.

Er war ursprünglich bürgerlicher Demokrat, Zeitungsberichterstatter in der Paulskirche, dann Theilnehmer am pfälzischen Aufstande, aus dem er keine Lorbeeren heimbrachte; in seinen jungen Jahren hatte er auch sozialistische Neigungen, etwa in der Richtung Proudhons, dessen „Volksbank" er mit eigenen Erläuterungen ins Deutsche übersetzte. Im Exil traf er es besser, als die meisten seiner Leidensgenossen; er gelangte an die Spitze eines Pariser Bankhauses, studirte die kapitalistischen Orgien des zweiten Kaiserreichs, blieb aber immer Demokrat; an Walesrodes „Demokratischen Studien" hat er gemeinsam mit Lassalle gearbeitet, und noch kurz vor 1866 focht er mit Treitschke, dem jungen Kämpen des preußischen Liberalismus, eine hitzige Fehde aus. Erst der Sieg von Königgrätz bekehrte ihn, wie so viele andere bürgerliche Demokraten; er wurde ein glühender Bewunderer Bismarcks, dessen staatsmännisches Genie er sogar den Franzosen in einem französisch geschriebenen Buche schmackhaft zu machen suchte.

Ohne Zweifel war Bamberger ehrlich bekehrt; es ist kein Grund denkbar, der ihn hätte veranlassen können, eine Begeisterung zu heucheln, die er nicht empfand. Und ebenso ehrlich wie seine politische war unzweifelhaft seine soziale Häutung; aus dem ehemaligen Proudhonisten wurde ein Manchestermann vom reinsten Wasser, eine Metamorphose, die auch sonst schon dagewesen ist und sich aus dem Wesen des Proudhonismus, namentlich wo er doch nur literarisch angelernt ist, leicht genug erklärt. Den wissenschaftlichen Sozialismus hielt Bamberger von nun an einfach für eine Verrücktheit, die überhaupt keine ernsthafte Diskussion verlohne; selbst den zahmen Kathedersozialismus fiel er mit einer Feindschaft an, die ihn sogar auf den literarischen Geschmack, geschweige denn auch Geist und Wissen verzichten ließ. Das Buch, das er im Jahre 1874 über die Arbeiterfrage veröffentlichte, ist entschieden die schlechteste Arbeit Bambergers, ein glitzerndes Feuilletongerede, das die moderne Arbeiterfrage aus der Welt zu witzeln versuchte, und soweit es überhaupt auf sachliche Fragen einging, voll der größten Schnitzer, die Brentano in einer nachdrücklichen Gegenschrift aufgedeckt hat. Wie manch Anderer, ist Bamberger am Sozialismus, von dem er essen wollte, literarisch gestorben; alle seine antisozialistischen Pamphlete sind längst vergessene und mit Recht vergessene Makulatur.

Waschecht aber war sein Manchesterthum durchaus. Seit seiner Pariser Bankierzeit sah er die Welt eben vom kapitalistischen Standpunkt an, anfangs unbewußt, so lange es den Kampf aller vorwärts drängenden Elemente gegen die bureaukratisch-feudale Reaktion galt, die in dem zerrissenen Deutschland herrschte, dann aber auch bewußt, als nach Königgrätz eine schnelle Entwicklung des Kapitalismus in dem Bismärckischen Reiche deutscher Nation möglich wurde. Sein lebhaftestes Interesse widmete Bamberger den Fragen der Bank- und der Münzgesetzgebung, worin er eine ungewöhnliche Sachkunde besaß. Die wirthschaftlichen Reformen, die von der Mitte der sechziger bis zur Mitte der siebziger Jahre durchgeführt wurden, erfüllten ihn so ganz, daß er darüber seine demokratische Vergangenheit völlig vergaß. Er gehörte damals zu den Nationalliberalen, die dem vergötterten Reichskanzler durch Dick und Dünn folgten; an allen politischen Kompromissen jener Zeit hat er unbedenklich theilgenommen. Auch das Sozialistengesetz hat Bamberger noch mitgemacht, nicht leichten Herzens gerade; kunstvollere Eiertänze, als in dieser Frage, sind ihm sonst nicht gelungen. Aber er hielt das Gesetz auch für keinen Einbruch in die Freiheit, wie er sie verstand; von der inneren Triebkraft der modernen Arbeiterbewegung ahnte er nichts, er sah in der sozialdemokratischen Weltanschauung eine unbegreifliche Geistesverirrung und denunzirte immer wieder die „sozialistischen" Hochschullehrer, die das Gift ihrer Irrlehren von der Höhe ihrer Katheder herabträufen ließen, bis es unter die Armen und Elenden sickere und in deren Geist die unseligste Verwirrung anrichte.

Erst durch Bismarcks Schutzzollpolitik wurde Bamberger wieder in die Opposition getrieben. Es war abermals eine durchaus ehrliche Wendung, soviel damals auch über die „geärgerten Freihändler" gespottet wurde. Sicherlich war Bambergers Manchesterthum vom Standpunkt der Kultur und der Zivilisation ein annehmbareres Ding, als die verschiedenen Sorten von christlichen, monarchischen und sonstigen Sozialismus, die Bismarck in den achtziger Jahren verzapfte. Bamberger ist damals von Bismarck in der schnödesten Weise angegriffen worden, aber er selbst brachte es zu keiner rechtschaffenen Opposition. Er bemühte sich, von dem schlecht unterrichteten an den besser zu unterrichtenden Kanzler zu appelliren, eine Art der Berufung, die gänzlich verfehlt war gegenüber einem sehr kühl rechnenden Politiker, der einfach seinen Willen durchsetzen und sein Ziel er-

reichen wollte. Als ein sozialdemokratischer Redner frisch und fröhlich seine Klinge mit Bismarck kreuzte, seufzte Bamberger neidisch: „Die haben noch den Glauben.“ Ihm war der Glaube vergangen in einer langen politischen Wirksamkeit, die in ihrer Art durchaus ehrlich, fleißig und konsequent gewesen war, aber in der Fülle blendender und geistreicher Gesichtspunkte verlernt hatte, geradeaus zu sehen und geradeaus zu gehen.

Aus dem Reichstag hatte Bamberger sich schon seit 1893 zurückgezogen; literarisch ist er bis in die letzte Zeit hinein thätig gewesen. Er war bereits ein hoher Siebziger; für den deutschen Liberalismus, dem es so völlig an begabtem Nachwuchs fehlt, ist sein Tod gleichwohl ein herber Verlust.

Pariser Theater.

Von Dr. Felicie Noßig-Prochnik.

Brieux: „Résultat des Courses“; Vandérem: „Le Calice“; Donnay: „Georgette Lemeunier“; Faramond: „La Noblesse de la Terre“.

Ein unerträglicher und unhaltbarer sozialer Zustand regt hervorragende Individuen der verschiedensten Sphären und Lebensberufe zu gleichem Widerstand an, drückt ihnen die gleichen Waffen in die Hand. Es giebt in Frankreich einen Richter — es ist der Präsident des Tribunals von Chateau-Thierry —, der auf eine, bisher von den offiziellen Themispriestern unpraktizirte Weise die Paragraphen des Strafgesetzes interpretirt. Ohne sich an den Wortlaut zu halten, geht er auf die ursprüngliche Idee des Gesetzgebers zurück, ja noch mehr, in richtiger Berücksichtigung der Thatsache, daß das geschriebene Gesetz stets hinter dem in ununterbrochener Entwicklung der Moralbegriffe neu entstehenden Gesetze zurückbleibt, versucht er es, dasselbe zu der Höhe der fortschrittlichen Moral emporzuheben. Er spricht Diebe frei, die aus Hunger gestohlen, Landstreicher wider Willen und andere Individuen, die das Milieu und die Epoche, in denen sie zu leben verdammt sind, zu Verbrechern gemacht. Ein jedes seiner Urtheile ist in seiner Begründung ein Kapitel der Zukunftsmoral, eine scharfe Kritik der bestehenden Verhältnisse. Und dieselbe Aufgabe, die dieser Richter sich gestellt, das Individuum vor dem Gesetz in Schutz zu nehmen und den Nachweis zu bieten, daß dem in seinen mannigfachen Formen bewußt oder unbewußt zu ungesetzlichen Handlungen übergehenden Elend die gegenwärtige Gesellschaft rath- und hilflos gegenübersteht, hat auch ein moderner dramatischer Schriftsteller übernommen.

Durch dramatische und lebenswahre Darstellung einer Fülle von Thatsachen übt Brieux in seinem neuen Stücke: „Résultat des Courses“, welches im Theater Antoine mit großem Erfolg aufgeführt wurde, eine eindringlichere Kritik, als sie die beste Theorie zu geben vermag. Trotzdem kann man das Stück nicht als soziales Drama bezeichnen, weil die unverkennbar kritische Absicht des Autors hier doch nur episodisch auftritt, und noch weniger ist es ein sozialistisches Stück, da die Hauptidee, daß das Spiel die Leute ins Unglück bringe, in der Weise auf das Leben eines Arbeiters angewendet wird, daß sich daraus die falsche Folgerung ergiebt, als ob das Arbeiterelend hauptsächlich durch verderbliche persönliche Leidenschaften der Arbeiter verursacht würde. Die Vorzüge und Fehler des Stückes werden bei der Erzählung des hoher dramatischer Verwicklungen entbehrenden Inhalts am deutlichsten zum Vorschein treten.

Der Ziselirarbeiter Arsène Chantaud führt ein glückliches Leben. Er verdient das Nothwendige, hat eine gute Frau, einen Sohn Viktor, der ein Musterarbeiter ist, und eine liebenswürdige Tochter, Julie. Viktor kann die Tochter des Werkherrn Lesterel heirathen, Julie ist mit einem braven Jungen, August, verlobt, der sich mit seinen und ihren Ersparnissen einen kleinen Milchhandel eröffnen will. In diese glücklichen Verhältnisse schleicht sich der Dämon des Spiels, der in Gestalt eines Bookmakers auch in der Werkstätte seine Opfer sucht. Hier, in der Werkstätte, macht uns der Autor mit seinem Helden bekannt, dem die Genossen seines heiteren Temperaments wegen den Namen Père la Joie gegeben; hier zeigt er uns die Uebervortheilung der um Stücklohn Arbeitenden und die unedle Konkurrenz, die dies unter den Arbeitern selbst herbeiführt. In der Werkstätte bejubelt Chantaud seinen ersten großen Gewinn beim Rennen und wirbt in angeregter Stimmung bei der Fabrikantentochter für seinen Sohn.

Das zweite Bild führt uns in das gemüthliche Heim Chantauds, und noch immer entspricht der Spitzname Père la Joie seinem Träger. Wir sehen ihn im Kreise seiner Familie, geliebt und geachtet, von der greisen Mutter bewundert und gehätschelt. Doch bald trübt sich die reine Spiegelfläche des Glückes. Wir erfahren, daß Chantaud, ungeachtet des heiligen, seiner Frau gegebenen Versprechens, wieder gespielt hat und es kommt — trotz aller Versuche, sich durch Lügen und Leugnen herauszudrehen, zu Tage, daß er in Auteuil eine größere Summe riskirt und sich dazu des von einer eingezogenen Rechnung stammenden Geldes seines Werkherrn bedient hatte. Zwar bleibt auch diesmal noch das Spielglück ihm gewogen und das Geld kann zur rechten Zeit abgeliefert werden, doch die Familie hat Augenblicke der höchsten Angst verlebt und die schwere Sorge, die sich nun dauernd bei ihr einnistet, kommt in den ahnungsvollen Worten der Gattin: „Es wäre besser für uns, er hätte verloren!“ zum Ausdruck. Der Autor versäumt es nicht, an dieser Stelle der Regierung für das heuchlerische Vorgehen, das sie dem Spielunwesen gegenüber beobachtet, einen verdienten Hieb zu versetzen. Anstatt das Spiel selbst zu exploitiren und damit für das ewig bedürftige Budget eine gute Einkommensquelle zu schaffen, gleichzeitig aber der Spielwuth einen Damm zu setzen, ertheilt sie verdächtige Konzessionen, hat für die Spielhallenpächter, die riesige Vermögen zusammenbringen, merkwürdige „Nachsichten“ und partizipirt an ihrem skandalösen Gewinn.

Es werden nun in den Gang der Handlung drei Bilder eingeflochten, welche, obwohl die besten des Stückes, dennoch mit dem ganzen Aufbau desselben nicht organisch verknüpft sind. Man könnte sie als Studien aus dem Leben und dem Elend der Arbeiter bezeichnen und ihr Zusammenhang mit dem Ganzen wird nur dadurch hergestellt, daß man auf ihrem bewegten und malerischen Hintergrund Arsène Chantaud weitere verhängnißvolle Schritte auf dem Wege des Verderbens machen sieht. Dem alten Julius, der fünfzig Jahre in dem Hause Lesterels gearbeitet, wurde auf Ansuchen des Fabriksherrn vom Minister die Verdienstmedaille verliehen. Die Arbeiter erhielten den Tag frei, um das Ereigniß zu feiern. In der Gartenwirthschaft, wo sie sich mit Kind und Kegel zu lärmendem Treiben versammeln, erscheint auch der Fabrikant, um dem alten Arbeiter mit einer feierlichen Ansprache die Medaille zu überreichen. „Welch guter Herr! und wie gut er spricht!“ rufen gerührt die Arbeiter auf der Bühne, und das Publikum im Saale schmunzelt zufrieden, daß es einmal die von den Sozialisten so „verleumdete“ Fabrikantenklasse im günstigen Lichte dargestellt sieht. Aber dieser gute Fabriksherr hat doch nicht gezaudert, seinen Arbeitern bei dem ersten billigeren Angebot, das ihm gemacht wurde, den Lohn herabzusetzen, er hat

dem alten Julius, trotzdem er „durch ein halbes Jahrhundert das Beispiel der Pünktlichkeit, Ehrlichkeit und Hingebung für die Interessen des Hauses gegeben", nun seine Leistungen bei abnehmenden Kräften sich vermindert, den Verdienst auf die Hälfte reduzirt. Und dieser alte Mann, „dessen Leben als Muster für alle Arbeiter hingestellt werden kann", ist arm wie eine Kirchenmaus und muß sich an seinem Ehrentag einige Franken leihen, um seinen Kameraden eine „Tour" zu bezahlen, ja er weiß nicht — wenn seine Sehkraft noch abnimmt und ihn arbeitsunfähig macht — wo er mit seinem Enkelkind Unterkunft und ein Stück Brot finden wird. Unter der Schaar der, an naiven Spielen und am Absynth-trinken sich ergötzenden Arbeiter ist auch die ganze Familie Chantauds vertreten. Nur er selber ist abwesend, da ihm von dem Werkherrn aufgetragen wurde, einen fälligen Wechsel von 1200 Francs in einer Bank zu bezahlen. Chantaud jedoch verlor das Geld beim Rennen. Er erscheint nun am Schlusse des Festes mit verstörter Miene und gesteht die unselige Handlung ein. Dem Fabrikanten, für den diese Zahlung von großer Bedeutung war, geht die Sache sehr nahe, er geräth in heftigen Zorn und will Chantaud verhaften lassen; von seinen flehenden Bitten erweicht und aus Rücksicht auf die unschuldige Familie geht er von seiner Absicht ab und entläßt ihn nur aus seiner Fabrik, nachdem er ihm vorher ein schriftliches Geständniß der begangenen Veruntreuung abgenommen.

Chantauds Schuld und Arbeitslosigkeit zieht für die Seinigen die schlimmsten Folgen nach sich. Viktor kann nicht mehr daran denken, die Fabrikantentochter zu heirathen, Julie wird von ihrem Verlobten verlassen, alle Ersparnisse sind aufgegangen, alle besseren Einrichtungsstücke verkauft. Trotz der verdoppelten Anstrengungen der Kinder wurde seit Monaten der Wohnungszins nicht entrichtet und die Familie soll mitten im Winter sammt ihren ärmlichen Habseligkeiten auf die Straße herausgeworfen werden. Die Szene mit dem Gerichtsdiener und Kommissär ist schon oft auf der Bühne und noch viel öfter im Leben gespielt worden; sie verfehlte auch diesmal ihre Wirkung nicht. Der Kommissär, von Mitleid übermannt, entdeckt schließlich einen Formfehler in der Ausweisungsprozedur, um der verzweifelten Familie einen Aufschub von vierundzwanzig Stunden zu gewähren, und Viktor gelingt es, die nöthige Summe für den Zins herbeizuschaffen. Als aber der unverbesserliche Chantaud, allein im Zimmer gelassen, auch dieses Geld aus dem Kasten entwenden will, um wieder seiner Leidenschaft zu fröhnen, und von Viktor ertappt und verhindert wird, kommt es zu einer heftigen Szene zwischen Vater und Sohn, welche damit endet, daß Chantaud Haus und Familie verläßt.

Wir finden ihn erst im fünften Bilde auf dem Polizeikommissariat wieder, unter einer zahlreichen Schaar von Landstreichern und Bettlern, die in frostigen Winternächten vor dem Polizeigebäude queue machen, um wenigstens für einige Stunden unter Dach und Fach zu kommen und mit der Hoffnung, für einige Zeit im Polizeiarrest Unterkunft zu finden. Das Bild des Pariser Vagabundenlebens, das der Autor vor unseren Augen entrollt, indem er diese Aermsten an dem Polizeikommissär vorbeidefiliren und ihm Rede stehen läßt, ist ungeachtet des losen Zusammenhangs mit der dramatischen Handlung das Vorzüglichste des ganzen Stückes. Die Zuschauer erhalten da einen Einblick in den Abgrund des Elends, der jede bessere Natur das eigene Wohlleben ungemüthlich empfinden läßt. Es erstehen vor ihrem Geiste vielleicht nie vorher von ihnen durchdachte Widersprüche, es erwacht das Bewußtsein des sozialen Unrechts, das sich mit ätzender Schärfe in ihr Gewissen bohrt, in ihnen für Augenblicke wenigstens tiefste Unzufriedenheit mit der bestehenden Ordnung weckt. Als auf die Bemerkung des

Kommissärs: „Ob gerecht oder ungerecht — es ist so“ — ein armer Teufel die einfachen Worte erwidert: „Dann ist es aber auch sehr schlecht, daß es so ist“ — da ertönt spontan ein langanhaltender Beifall von allen Räumen des Theaters, ein Beifall, der hier offenbar nicht dem Spiel und nicht dem Stil, wie auch nicht einer neuen Idee gilt, sondern nur eine Entladung des aufs Höchste gesteigerten Unwillens ist. Es ist ein verdienstliches Werk, von Zeit zu Zeit den Thatsachen die agitatorische Thätigkeit zu übertragen, weil sie eine revolutionirende Sprache sprechen, die einerseits wirksamer als die schärfste Tirade, andererseits aber für Zensurgelüste nicht faßbar ist. Brieux führt uns drei Lumpenkategorien vor: die Parasiten des Elends, d. h. Individuen, die nicht arbeiten wollen und sich des Winters absichtlich auf der Straße auflesen lassen, um genährt und gewärmt zu werden; sie stellen die hereditären Produkte der Sünden vergangener Generationen dar; die Abenteurer, in deren unruhigem, beweglichen Temperament der Samen gelegen ist, aus dem unter dem Zwange der gegebenen Verhältnisse meistens Verbrechen entsprießen, der jedoch in einer rationell organisirten Gesellschaft zu einer nützlichen Bethätigung nach außen aufgezogen werden könnte; und endlich die bei Weitem überwiegende Zahl der Unglücklichen, der schuldlosen Opfer der sozialen Verhältnisse. Ein alter Arbeiter, der keine Arbeit mehr findet und aufs Betteln angewiesen ist, eine kranke Greisin, der man die Aufnahme ins Asyl aus Mangel an Raum verweigert, ein geschlagenes Kind, das vergeblich von der Gesellschaft, deren Mitglied es ist, Schutz vor entmenschten Eltern verlangt.

Hier finden wir auch den alten Julius, der nach zweiundfünfzigjähriger Arbeit im Hause Lesterel — und trotz seiner Verdienstmedaille — wegen Landstreicherei und Bettelei in Polizeihaft gesetzt wird und sich vom Kommissär den Vorwurf gefallen lassen muß, warum er denn für seine alten Tage nichts erspart habe. Eine kluge Einrichtung der „Assistance publique“ kommt hierbei zur Sprache: nur derjenige kann im Greisenasyl Aufnahme finden, der ein Zeugniß mit der Unterschrift des Viertelkommissärs vorzeigt. Hat er nun kein Quartier, so giebt es keinen Viertelkommissär, der ihm die Unterschrift geben könnte, und so bleiben gerade die Bedürftigsten von der Wohlthat ausgeschlossen.

Hier im Polizeikommissariat erzählt auch Chantaud, wie er sich seit drei Monaten arbeits- und obdachlos herumgetrieben, bis er vor Verzweiflung darüber, daß das beim Fabrikanten niedergelegte Geständniß und die damit verbundene Unmöglichkeit, Erkundigungen über sich einziehen zu lassen, ihn zur Arbeitslosigkeit verdamme, den Entschluß gefaßt, selbst sein Verbrechen zu bekennen und im Gefängniß abzubüßen. Einem schönen Gedanken giebt Chantaud in ungesuchter Weise Ausdruck: Er kann es seinem gewesenen Herrn nicht vergessen, daß dieser in ihm bei seiner Verirrung nicht dennoch den anständigen Menschen erkannt. „Es giebt etwas, das höher ist als das Recht, es ist die Güte, es ist das Verständniß, es ist das Verzeihen.“ — „Und hättet Ihr nicht ebenso gehandelt, wenn man Euch bestohlen hätte?“ fragt der Kommissär. — „Ja“, antwortet Chantaud, „doch von den Höherstehenden verlangt man, daß sie besser seien als wir selber.“

Nach diesem Ausflug in das Reich der traurigen Wahrheit beschließt der Verfasser das Stück nach der konventionellen Theaterregel: Ende gut, alles gut. In dem sechsten Bilde werden alle Schäden wieder ausgebessert. Das Wohnzimmer der Familie Chantaud bietet wieder den Anblick der Wohlhabenheit, die beiden zerrissenen Verlöbnisse sind wieder angeknüpft worden, die alte Großmutter hat eine frische Haube bekommen, das kompromittirende Geständniß ist vertilgt und der reuige und gebesserte Vater kehrt in den Schoß der glücklichen Familie

zurück. Alles dieses aber hat Viktor in drei Monaten mit seiner Hände Arbeit bewirkt. So löst sich alles in Wohlgefallen auf, das Publikum wird nicht mit peinlichen Eindrücken entlassen und kann sogar die tröstliche Ueberzeugung davontragen, daß in dieser besten aller Welten sich alles auch zum Besten wende.

Die Neigung der modernen Psychologen, über die einfachen und primitiven Formen der Leidenschaft hinauszugehen und sich in das Studium ihrer tieferen, unendlich variirten Komplikationen zu vertiefen, findet einen Niederschlag in dem interessanten dreiaktigen Drama Vandérems: „Le Calice“ (Der Leidenskelch), welches im Vaudevilletheater gespielt wird. Interessant ist das Werk schon deshalb, weil es der Auffassung und Ausführung nach aus den gewöhnlichen Bühnenbedingungen heraustritt und doch nach der Wahl des Gegenstandes tief in den eingewurzelten moralischen Vorurtheilen der Gegenwart steckt. „Man liebt oder man haßt, man verzeiht oder man tödtet“ — so hat der hiesige Kritiker Fouquier das allgemeine Schema formulirt, nach welchem Liebesdramen verfaßt werden. Hier aber verzeiht die Heldin und — tödtet sich. Simone ist seit acht Jahren verheirathet und bringt ihrem Manne Jacques noch gleiche Liebe und gleiches Vertrauen entgegen, wie am ersten Tage ihrer Ehe. Jacques aber ist ihr untreu und zwar ist Untreue offenbar in seiner Natur gelegen, denn er wird nach der Reihe noch vielen anderen Frauen untreu. Bald ist es eine Schauspielerin aus dem Odeon, bald eine Freundin seiner Frau, und um die Zeit, als das Stück beginnt, glüht er für eine schöne Italienerin Elena, die er sammt ihrem Gemahl, dem gelungenen Typus eines Industrieritters, zu sich aufs Schloß einladet. Simones Vater, ihre Schwester und die, nun von Jacques vernachlässigte Freundin sind sehr unwillig über diesen für sie unerwünschten Besuch; der Vater ist voll Mißtrauen gegen den Italiener, und alle hegen sie keinen Zweifel über die eigentlichen Motive, die Jacques' gastfreundlicher Anwandlung zu Grunde liegen. Nur Simone weiß nichts oder giebt sich den Anschein, nichts zu wissen. Ja sogar als die Freundin, die Jacques wiedergewinnen will und deshalb vorerst sein Verhältniß mit Elena gelöst sehen möchte, Simone die Augen zu öffnen versucht, will diese nichts verstehen. Und doch leidet sie, und dieses Leiden entfährt wider Willen ihrem gequälten Herzen in einem von heftiger, unterdrückter Leidenschaft durchglühten Gespräch mit ihrer Schwester.

In diesem Gespräch baut Simone auch eine eigenthümliche Theorie auf, welche die Hauptidee des Stückes bildet und dessen Ausgang bedingt. Die Lage einer betrogenen Frau, die ihren Mann noch liebt, ist dieser Theorie zufolge eine äußerst schwierige; sie kann den Mann nicht verlassen und sie darf ihm nicht verzeihen, denn verzeiht sie, so ist sie in seinen Augen eine gedemüthigte Frau, die er dann gerade um dieser Verzeihung willen nicht mehr lieben kann.

Ich will hier einfügen, daß dieses Raisonnement logisch unrichtig erscheint; denn nicht der verzeihende Theil ist gedemüthigt, sondern derjenige, dem verziehen wird, und dann mag es schon richtig sein, daß bei einer stolzen Natur dies Gefühl des Gedemüthigtseins erkältend wirkt.

Absichtliches Nichtwissen ist daher ihr einziger Ausweg, wenn aber irgend ein Zufall die Verhältnisse so gestaltet, daß ein längeres Ignoriren nicht mehr möglich ist, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als zu sterben. Ein solcher Zufall tritt nun eben hier ein. Elena rüstet sich zur Abreise und Jacques will ihr folgen; dieser tolle Streich ist jedoch nicht im Plane und im Interesse der schönen Italienerin gelegen, da ihrer in Mailand ein warmes und vergoldetes Liebesnest harrt. Sie trachtet daher mit allen Mitteln Jacques Vorhaben zu verhindern und die Sache kommt vor Simone zum Austrag. Nun läßt diese

endlich ihre Maske fallen und ein Schmerzensschrei entringt sich ihrer Brust. Sie verachtet sich, weil sie ihren Mann noch liebt, aber sie liebt ihn doch! Jacques, der dies Geständniß hört — und im Grunde seines Herzens nie aufgehört hat, Simone zu lieben, fällt ihr bewegt und reuig zu Füßen. Simone verzeiht und läßt sich von Jacques zur Nervenberuhigung einige Tropfen Chloroform geben, als Jacques sie dann für einen Augenblick verläßt, trinkt sie den ganzen Inhalt des Fläschchens aus und stirbt.

Dieser Abschluß, der gegen die Bühnensitte verstößt, befriedigte auch nicht das französische Publikum, weil dieses, der landläufigen katholischen Moral zufolge, nach Geständniß und Reue eine vollständige Sündenvergebung und Versöhnung fordert. Auch mich befriedigte dieser Schluß nicht; aber aus einem ganz anderen Grunde. Als ich die Leiden und das tragische Ende Simones sah, die in der meisterhaften Darstellung Réjanes eine tiefergreifende Lebenswahrheit gewannen, da mußte ich mit tiefem Bedauern all jener Frauen denken, die ihr, vielleicht zur Erfüllung nützlicher oder edler Zwecke geeignetes Leben opfern, nur weil sie sich über die Schranken althergebrachter Vorurtheile nicht zu wahrer Naturerkenntniß emporzuheben vermögen. Wie lange noch — fragte ich mich — werden die Menschen und insbesondere die Frauen einfache physiologische Vorgänge in den Bereich der individuellen und der Völkermoral hereinziehen und auf Umstände, deren Gestaltung in den meisten Fällen dem menschlichen Willen entrückt ist, ihre Lebensethik aufbauen? Simone hätte sich ihre ganze, für sie so schmerzensvolle Verzeihungstheorie ersparen können, wenn sie gewußt hätte, daß es hier überhaupt nichts zu verzeihen gab, da Jacques kein Verbrechen beging, sondern nur der ihm eigenthümlichen, sinnlich impressionablen Natur keine Gewalt anthun wollte oder konnte. Und hätte Simone verstehen können, daß die Forderung der absoluten, lebenslänglichen physischen Treue vom Manne ebenso naturvergewaltigend ist, als das Zölibatgebot der römischen Kirche — weshalb denn auch beide Gebote nur in Ausnahmsfällen wirklich eingehalten werden —, wüßte sie ferner, daß eine Verletzung dieses Gebots zu der Moral im gleichen Verhältniß steht, wie z. B. das Nichteinhalten eines Gelöbnisses, zeitlebens keine andere, als Pflanzenkost zu genießen (das Leisten derartiger Gelöbnisse ist allerdings ein Unsinn!), und daß es daher mit gleicher Wichtigkeit behandelt werden muß, dann würde sie in der Anwendung einmal erkannter Wahrheiten auf einen, ihre Person betreffenden Einzelfall unmöglich eine Demüthigung für sich erblicken können.

Zu dieser Erkenntniß hat sich die Heldin des Donnayschen Dramas „Georgette Lemeunier“ durchgerungen, die daher als ein höher entwickelter Frauentypus im Vergleich zu Simone betrachtet werden kann. Die von Georgette gemachte — gewiß auch typische Erfahrung spricht auch dafür, daß es den Frauen um so leichter fallen sollte, den mit Natur und Vernunft übereinstimmenden Standpunkt einzunehmen, als es eine bei ruhiger Beobachtung unverkennbare Thatsache ist, daß der Mann bei seinen außerehelichen, sinnlichen Ausflügen nichts von seinem besseren Ich zurückläßt, und daß die physische Untreue des Mannes durchaus nicht mit einer Verminderung oder gar mit einem Verschwinden der wahren Liebe, Zärtlichkeit und Achtung für seine eigene Frau Hand in Hand gehen muß. Diese können im Gegentheil nur noch eine Steigerung erfahren, wenn nicht die Frau selber durch unvernünftige Eifersüchtelei an deren Zerbröcklung arbeitet. Hier mehr als irgendwo gilt das Wort: Wo ich zu fürchten angefangen, hab' ich zu fürchten aufgehört; Angst in solchen Fällen ist entweder unnütz oder überflüssig. Dabei wird nicht etwa der Untreue das Wort geredet;

es gilt nur mit ihr, wo sie eintritt, wie mit einer Naturnothwendigkeit zu rechnen und sie nicht unter eine Rubrik der Moral einzuordnen.

Ja, sogar in jenen Ausnahmsfällen, wo der Mann, nicht etwa in Folge eines ihm eigenthümlichen schwächeren Trieblebens, sondern durch moralische Kraftanstrengung seine Natur zu physischer Treue zwingt, wird eine verständnißvolle Frau, die ihren Mann wirklich liebt, den Aufwand an Energie bedauern, der vielleicht für allgemein nützliche Zwecke von großem Werthe, zu einem Kampfe aufgebraucht wird, dessen Ausgang weder für die Menschheit, noch für das eheliche Glück von effektiver Wichtigkeit ist.

Bevor Georgette Lemeunier jedoch zu dieser Einsicht gelangt, macht sie wie Simone einen Leidensweg durch, an dessen Ende sie aber nicht unterliegt, sondern kraft ihrer stärkeren, anpassungsfähigeren Natur ein ruhigeres und sicheres Glück gewinnt. Auch sie liebt ihren Mann und wird von ihm aufrichtig wieder geliebt. Er findet und schätzt in ihr nicht nur die schöne, begehrenswerthe Frau, sondern auch die beste Freundin und eine kluge Genossin seines geistigen Lebens, ohne deren einsichtsvollen Rath er keinen wichtigeren Schritt unternimmt. Als begabter Ingenieur tritt er, um seine vielversprechenden Pläne und Erfindungen der Verwirklichung entgegenzuführen, in geschäftliche Verbindung mit einem reichen Unternehmer, dessen schöne Frau den Ruf einer gefährlichen und gewissenlosen Kokette genießt. Auch Lemeunier wird von dem Zauber, den sie auf die Sinne der Männer übt, umstrickt, ohne sich jedoch auch nur einen Augenblick darüber zu täuschen, daß es wohl ein heftiges, aber rein physisches Begehren ist, das ihn zu ihr hinzieht. In diesem Sinne auch und mit deutlicher Betonung dieses Charakters seiner Leidenschaft, der mit Herzensgefühl nichts gemein hat, wirbt er um Gewährung. Von diesem Standpunkt ausgehend, sieht er für seine Frau nichts Beleidigendes darin, daß er Frau Sourette — um endlich zu seinem Ziele zu gelangen — einen kostbaren Ring zum Geschenk macht. Es trifft sich nun, daß Georgette aus Anlaß ihres Hochzeitstages sich von Lemeunier ebenfalls einen Ring erbittet, der ihr vor Kurzem im Juwelierladen besonders gefallen. Lemeunier findet diesen Zufall ein wenig unbequem, sieht jedoch keinen ernstlichen Grund dafür, seiner Frau ihre Bitte abzuschlagen. Viel ärgerlicher aber ist schon ein zweiter Zufall (man verzeiht dem Autor dieses Zufallspiel, da es nur nebensächlich in die Handlung eingreift), der den Juwelier die zwei Sendungen verwechseln läßt. Georgette, die nun ihren seit einiger Zeit gehegten Verdacht bestätigt sieht, zögert nicht lange: sie erscheint im Salon der Frau Sourette, wo sie ihren Mann anwesend weiß, überreicht ihr persönlich den für sie bestimmten Ring und entfernt sich, nachdem sie den ihrigen in Empfang genommen, ohne ein Wort des Vorwurfs und so eilig, daß ihr Mann nicht dazu kommt, ein Wort zu sprechen.

Diesen theatralischen Vorgang hätte uns die sonst so kluge und natürliche Georgette freilich ersparen können. Sie verläßt nun das Haus des Mannes und sucht Zuflucht bei ihren Eltern. In der ersten Zeit ist sie von Schmerz übermannt, sie fühlt ihr Vertrauen zu ihrem Manne erschüttert, und wie die meisten Frauen in ihrer Lage, bringt sie seine physische Veranlagung in direkten Zusammenhang mit seinem Charakter und erklärt ihn ihrer Liebe unwürdig. Unter dem Eindruck dieser Verblendung trägt in dem schweren Kampfe, der sich in ihrem Herzen zwischen verletzter Eigenliebe und Liebe zu dem Manne entspinnt, erstere den Sieg davon. Georgette hört nicht auf die Betheuerungen des verzweifelnden Mannes, nicht auf die Bitten der Freunde und die Rathschläge der lebenserfahrenen Mutter und fordert Scheidung. Als sie aber erfährt, daß Frau Sourette die unfreiwillige Freiheit Lemeuniers dazu ausnützen will, um ihn ganz

in ihr Netz zu locken, als sie für ihren Mann eine moralische und auch materielle Gefahr befürchtet, da Sourette offenbar darauf ausgeht, die Vögel zu rupfen, die seine Frau herbeigelockt, da bricht sich ihr klarer Verstand und ihre Liebe durch die Nebel des Vorurtheils durch und Georgette kehrt zu ihrem Manne zurück. Hier wohnt sie zum Lohne einer Szene bei, in der Lemeunier, dem schon jede Spur seines Sinnenrausches verflogen, die Verführerin kalt zurückweist.

Vielleicht überschätze ich den Charakter der Heldin und die Intentionen des Autors, aber ich glaube, wenn Lemeunier je nochmals seinem Temperament unterliegen sollte, Georgette würde die Sache nicht mehr so tragisch nehmen.

Auch in diesem Stücke, welches im Repertoire des Vaudevilletheaters mit „Le Calice" abwechselt, wird die Hauptrolle von Réjane interpretirt, ja sie ist ihr so recht auf den Leib geschnitten. Sie ist hier der Reihe nach naiv, ernsthaft, launig, ironisch, leidenschaftlich. Georgette ist eine der lebendigsten Schöpfungen der talentvollen Künstlerin, von der man sagen kann, daß sie nicht den Wiederhall oder Abglanz des Lebens bietet, sondern das Leben selbst spielt.

Auch der Symbolismus, der ja auf allen Gebieten der Kunst spukt, hat auf der französischen Bühne in jüngster Zeit eine Blüthe gezeitigt, über deren Werth oder Unwerth die Kritiker ganz im Unklaren sind. Es ist das vieraktige, in Versen geschriebene Stück von Maurice de Faramond: „La Noblesse de la Terre", welches vor einigen Tagen im Oeuvre-Theater aufgeführt wurde. Doch ist dies weniger ein Theaterstück, als ein dialogisirtes symbolisches Gedicht, dessen Gegenstand die Erde bildet. Fast wie an die Lösung von Räthseln muß man an die Deutung der nach Sinn und Rede dunklen Symbole herantreten. Wir sehen hier zuerst in den Personen des Landedelmannes Bosredon, genannt Tranche-Montagne, und des Bauern Jean-Pierre, genannt Sans-Quartier, die Aristokratie und Demokratie des Bodens einander entgegengestellt. Beide lieben leidenschaftlich die Erde und weihen ihrem Kultus ihr Leben. In dem Wettkampf beider unterliegt der Edelmann, der sich durch Spiel- und Neuerungsgelüste ruinirt und den größten Theil seines Feudalbesitzes an den Bauer verkaufen muß. Die Tochter des Edelmanns, Rose, genannt Fiancée des boeufs (die Ochsenbraut, für den Pariser Witz ein gar gefährlicher Titel!) macht sich zur Bäuerin, um den Sohn Jean Pierres zu heirathen und so den verlorenen Boden wieder zu gewinnen; dies scheitert jedoch daran, daß dieser Sohn, der Soldat ist, in Afrika im Kriege getödtet wird. Soll dies etwa bedeuten, daß auch in Zukunft ein Zusammenfließen der beiden feindlichen Mächte nicht bevorsteht?

In dem Bruche Jean-Pierres mit seinem zweiten Sohne, einem Seemann, ist die wechselseitige Verachtung zwischen dem Land- und dem Meerarbeiter symbolisirt, während bei der Ankündigung des Krieges die Auffassung des Bauern zu Tage tritt, der den Krieg nicht begreifen kann, wenn er nicht unmittelbar zum Schutze seines kleinen Besitzes unternommen wird.

Die Erde wird uns in zweifachem Lichte gezeigt: als Quelle des Todes und Quelle des Lebens. Die Eiche tödtet den Mann, der sie gefällt. Andererseits macht Zephyrin (ein Bergarbeiter), genannt Sans-Culotte, der Tochter Jean-Pierres, Margueritte, genannt das singende Heimchen, den Vorschlag, das Feld, das sie soeben gemeinschaftlich gepflügt, zu ihrem Liebeslager zu machen, und als sie sich weigert unter heftigem Schreien, thut er ihr Gewalt an. Auch dies mag ein Symbol der unausweichlichen Naturkräfte mit ihren nothwendigen und nützlichen Schmerzen sein.

Der Bergarbeiter wird vom Bauer gehaßt, deshalb wollen die Alten des Dorfes ihm Margueritte nicht lassen, trotzdem diese ihren brutalen Bezwinger

jetzt anbetet. Zephyrin entfernt sich daher mit dem Versprechen, zurückzukommen, wenn er reich geworden, Jean-Pierre aber kehrt zu seinem Pfluge zurück. Man kann hier das Sinnbild eines künftigen Bündnisses der Industrie mit dem Ackerbau erblicken.

Es ist unverkennbare Absicht des Autors, Neues zu schaffen und nur in ihrem Mißlingen liegt der Fehler des Stückes. Weder in den Thatsachen, noch in der Allegorie ist das Neue zu finden. Hat nicht Zola in einem seiner besten Werke mit epischer Gewalt diese instinktive Liebe zur Erde in allegorischen Figuren geschildert, ist sie nicht mit mächtiger und warmer Lyrik in Léon Cladels Hirtengedichten enthalten? Die symbolischen Benennungen der Männer und Frauen aber stammen noch aus der Odyssee. Aber auch in Bezug auf die Form ist es dem Dichter nicht gelungen, eine Neuerung einzuführen. Denn die sogenannten freien Reime, deren er sich bedient, gehören mit ihren hinkenden Rhythmen und zerstreuten Assonanzen zu den bekannten, aber wenig anmuthenden Formen moderner Dichtkunst. Talent kann man aber trotz alledem dem jungen Verfasser nicht absprechen. Es verräth sich in der Fülle sinnreicher Ideen und Bilder, wie auch in dem tiefen Verständniß für die Schönheit der Natur.

Paris, im Februar 1899.

Der Alkoholismus.

Von Dr. **Alb. Südekum.**

Die Behandlung der Alkoholfrage hat zwar in neuerer Zeit durch manche Arbeiten der Physiologen und Psychiater einen „wissenschaftlichen" Charakter bekommen, ohne daß sie aber dadurch erschöpfend geworden wäre. Man kennt besonders seit den Untersuchungen Bunges und Forels sehr genau die früher nur vermutheten Zusammenhänge zwischen Alkoholgenuß und Veränderungen in Bau und Funktionen des menschlichen Organismus; aber während man sich so in die Erforschung der Wirkungen des Alkohols auf das Individuum vertiefte und damit das Wesen des chronischen Alkoholismus sehr exakt darstellte, vernachlässigte man die soziologische Seite des Problems, die Frage nach den sozialen Ursachen des Alkoholismus als Massenerscheinung. Wo man aber etwa in umfassenderen Abhandlungen doch nicht umhin konnte, sich damit zu beschäftigen, begnügte man sich zumeist mit einigen Redensarten, deren Klang nicht über ihre Inhaltsarmuth hinwegzutäuschen vermag, wenn man nicht gar den Spuren jener Moralisten folgte, die mit ihren starren Begriffen von Tugend und Laster über ihre schnapstrinkenden Mitmenschen zu Gericht saßen und den Alkoholteufel mit ihren Beschwörungen in den letzten Abgrund der Hölle zu bannen suchten.

Eine andere, fruchtbarere Betrachtung der Alkoholfrage wurde schon vor mehr als fünfzig Jahren durch Engels angebahnt und später von Kautsky und Anderen durch werthvolle Bemerkungen unterstützt; in einer umfassenden Monographie ist sie jetzt zum ersten Male von Alfred Grotjahn[1] durchgeführt worden. Es galt die zahlreichen, zum Theile in der Literatur weit verstreuten Einzelergebnisse der medizinisch-naturwissenschaftlichen Forschung mit den Thatsachen des

[1] Dr. med. Alfred Grotjahn, „Der Alkoholismus nach Wesen, Wirkung und Verbreitung." Band 13 der „Bibliothek für Sozialwissenschaft". Leipzig 1898. Georg H. Wigands Verlag. Brosch. 6 Mark, geb. 7,25 Mark.

sozialen Lebens in die richtigen Beziehungen zu setzen, eine Aufgabe, die meines Erachtens Grotjahn in seinem Buche löst.

Die Thatsache der ungeheuren Verbreitung des Alkoholismus muß einen Jeden, der sich nicht in paradoxer Gegnerschaft gegen diesen Genuß gefällt, zu einer sorgfältigen Prüfung der Fragen veranlassen: Wann wird Alkohol genossen? Warum wird Alkohol genossen? Die Apostel der Enthaltsamkeit machen es sich denn doch gar zu leicht, wenn sie über diese Fragen mit den Phrasen ihrer sittlichen Entrüstung hinweggehen, weil sie glauben, mit ein paar Sprüchlein das Leben meistern zu können. Der Verfasser des Buches thut deshalb recht daran, besonderen Nachdruck auf diesen Theil seiner Darstellung zu legen. Weit entfernt von dem einfachen Appell an das moralische Bewußtsein des Individuums, das dem Alkohol in jeder Form entsagen solle, ein vollständiges Verschwinden des Alkoholismus zu erwarten, ist er vielmehr der Ueberzeugung, daß die Menschen für absehbare Zeiten ein Bedürfniß nach alkoholischen Getränken behalten werden; deshalb konnte es für ihn auch hierbei nur in Frage kommen, die Grenzen festzustellen, innerhalb deren sich der Genuß der alkoholischen Getränke bewegen darf, ohne in Mißbrauch auszuarten.

Die bedeutsamsten Gründe für den Alkoholgenuß ergeben sich aus den Einwirkungen des Alkohols auf die Zirkulationsorgane und die psychischen Funktionen. Die nach dem Genuß von Alkohol eintretende Beschleunigung des Blutkreislaufs, die sich äußerlich in der Röthung des Gesichts und der Vermehrung des Pulsschlags zeigt, verursacht das Gefühl gesteigerter Erwärmung. Das Gefühl der Erwärmung — denn der Vorgang ist durchaus subjektiver Art; die Physiologie lehrt uns, daß gerade durch den beschleunigten Blutumlauf objektiv eine Abkühlung eingeleitet wird. Diese Eigenschaft des Alkohols, das subjektive Wärmegefühl zu steigern, führt leicht hinüber zu seinen Einflüssen auf die psychischen Funktionen. Jedes Wesen strebt nach Lustempfindungen und sucht Unlust, Leid zu vermeiden oder zu bannen. Während nun der Mensch, zumal auf einer höheren Stufe der Kultur, seiner Sehnsucht nach Lustempfindungen durch die Wahrnehmungen, die der Außenwelt entstammen und durch Vermittlung der Sinnesorgane dem Bewußtsein übermittelt werden, Genüge thun kann, besitzt er doch dazu auch bequemere Mittel. „Er vermag bei Anwendung narkotischer Stoffe allein durch direkte Reizung der Großhirnrinde mittels einer chemischen Substanz sich Lustgefühle zu verschaffen, die unabhängig von den aus der Außenwelt stammenden Wahrnehmungen und von der Beschaffenheit der Sinnesorgane sind.“ Mit anderen Worten: Durch wenige Schlucke eines alkoholischen Getränks vermag sich der Mensch eine Summe von Lustgefühlen zu verschaffen und fast augenblicklich seine Stimmung zu verbessern. Hunger, Durst und Ermüdungsgefühl weichen dem Einfluß des Alkohols; geschäftliche Sorgen, das häusliche Elend treten im Geiste zurück; die Wände der ärmlichen Wohnung erscheinen nicht mehr so kahl und kalt, das ganze Leben nicht mehr so sinnlos und trostlos. Dieser „euphorischen“ Wirkung hat der Alkohol in erster Linie seine Verbreitung und Werthschätzung zu verdanken, und er wird solange verbreitet und geschätzt sein und bleiben, solange der größte Theil der Menschheit sich durch Augenblicke des Rausches für lange Zeiten grauenhaften Elends zu entschädigen gezwungen ist.

Aber nicht allein als euphorisches Mittel hat der Alkohol Bedeutung, sondern auch als Nähr- und Heilmittel. Der letzte Umstand braucht uns hier nicht zu beschäftigen, was aber den ersten anlangt, so verneinten ältere Forscher die Nährmitteleigenschaft des Alkohols schlankweg, ja noch heute spielt diese Leugnung eine große Rolle in den Traktätchen der Temperenzler. Der große respi-

ratorische[1] Nährwerth des Alkohols ist aber durch neuere Forschungen ganz sicher festgestellt worden. Eine Frage ist allerdings, ob die Verwendung der Spirituosen — auch abgesehen von ihrem hohen Preise — nicht viele Schattenseiten hat, die ihre möglichst seltene Verwendung bei der Ernährung wünschenswerth machen. Das ist unbedingt der Fall, wo sie zum Ausgleich einer mangelhaften Zufuhr anderer Stoffe benutzt werden, wie es leider gerade bei der Brot- und Kartoffelnahrung in unseren Breiten geschieht. Die Kartoffel ist in mehr als einer Hinsicht bedeutungsvoll für die Verbreitung des Alkoholgenusses: wer vorwiegend auf Kartoffelnahrung angewiesen ist (und das sind erschrecklich weite Kreise unseres Volkes), der bedarf einfach eines Reizmittels, um die zur Erhaltung des Körpers nun einmal nothwendigen Mengen des so wenig schmackhaften Mahles bewältigen zu können. Kaffee — oder Branntwein, so lautet da die Frage: beide Reizmittel sind denn auch der Kartoffel bis in die letzte Hütte gefolgt. „Während nun der Kaffee nichts Anderes ist als Reizmittel, kommt beim Branntwein noch hinzu, daß er durch seine Oxydation im Körper thatsächlich eine große Menge Kohlenhydrate zu ersparen vermag. Er leistet also dieselben Dienste wie die Kartoffel, schmeckt aber viel angenehmer, ist weniger voluminös, wird schneller assimilirt und ruft dabei noch Euphorie hervor." Es ist gut, daß Grotjahn (auch noch an anderen Stellen seines Buches) den Kaffeeabguß, das Mittelchen, mit dem manche „Kaffeeschwester" die soziale Frage zu lösen gedenkt, einmal denunzirt; und es ist ebenfalls gut, daß er mit scharfen Worten jene Steuerpolitik kennzeichnet, die eines der wichtigsten Nahrungsmittel aus der Gruppe der Kohlenhydrate, den Zucker, durch künstliche Vertheuerung zu Gunsten der Agrarier nicht zum Volksnahrungsmittel werden läßt.

Die Thatsache, daß der Alkohol ein bedeutsames respiratorisches Nährmittel ist, kann nicht bezweifelt werden; ob er aber, wie andere respiratorische Nährmittel, eine kraftsteigernde Wirkung ausübt, ist deshalb schwer nachweisbar, weil er auf den nervösen Apparat, der zum Zustandekommen einer Arbeitsleistung ebenso wichtig ist wie die Thätigkeit des Stoffwechsels, einen lähmenden Einfluß ausübt, der bei größeren Gaben so vorherrscht, daß eine Steigerung der Leistungsfähigkeit in Folge Alkoholgenusses durch Erhöhung der lebendigen Kraft nicht mehr stattfinden kann. Indeß, so schwer hier die eine Wirkung gegen die andere abzumessen ist, die genauesten Versuche ergaben unzweifelhaft eine Steigerung der Muskelkraft nach dem Genuß kleiner Alkoholgaben; ebenso unzweifelhaft (durch Freys neueste Untersuchungen dargethan) ist eine Herabsetzung des Ermüdungsgefühls nach Alkoholgenuß. Auf diese wichtige Feststellung wird noch zurückzukommen sein.

Haben wir im Vorstehenden bereits eine Reihe von Thatsachen angeführt, die den Alkoholismus als Massenerscheinung verständlich machen, so ist ferner von entscheidender Bedeutung, daß das Alkoholbedürfniß ganz bestimmte, für einzelne Geschichtsepochen geradezu charakteristische Formen des Trinkens gezeitigt hat. Das Trinken bei den Mahlzeiten und bei geselligen Zusammenkünften ist dabei wesentlich verschieden von dem Trinken bei der Arbeit und in den Arbeitspausen. Grotjahn widmet der Betrachtung des Zusammenhangs von Geselligkeit und öffentlichem Leben mit dem Alkoholgenuß ein sehr beachtenswerthes Kapitel, das von tiefem Verständniß auch für die politischen Bedürfnisse unseres Volkes Zeugniß ablegt. Im Gegensatz zu vielen Anhängern der Mäßigkeitsbewegung legt er den Trinksitten keine ausschlaggebende Bedeutung für den Alkoholismus

[1] Respiratorische Nährmittel sind solche, die durch ihre Oxydation im Körper lebendige Kraft erzeugen, welche dann als Körperwärme und Muskelkraft erscheint. Zu ihnen gehören besonders die Fette und Kohlenhydrate (Zucker, Stärke, Dextrin).

als Massenerscheinung bei: nur für die bemittelten Bevölkerungsschichten hat die enge Verknüpfung der Formen des geselligen Lebens mit dem Alkoholgenuß als wichtigste Ursache des Alkoholismus zu gelten. Die unteren Volksklassen werden nicht durch den Zwang des „Komments" in die Kneipe getrieben, sondern dadurch, daß das Wirthshauswesen nothgedrungen zum Ausgangspunkt ihrer politischen Bestrebungen werden mußte. Von ganz anderer Bedeutung aber ist das Trinken bei der Arbeit gerade für diese Schichten. Im Charakter der modernen Fabrikarbeit selbst liegen Momente, die beim Arbeiter das Bedürfniß nach alkoholischen Getränken unwiderstehlich machen. Kleine Gaben von Alkohol erhöhen vorübergehend die Leistungsfähigkeit, noch mehr aber vermögen sie die Ausdauer des ermüdeten Muskels zu steigern und das Ermüdungsgefühl hintanzuhalten. „Diese künstliche Verschiebung des Zeitpunkts, in dem das Gefühl der Ermüdung gebieterisch nach Ruhe verlangt, ermöglicht eine Steigerung der Arbeitsleistungen über das physiologisch zulässige Maß, die für die Konstitution der betreffenden Individuen natürlich schließlich verhängnißvoll werden muß." Schon Liebig verglich die unnatürliche Steigerung der Arbeitsfähigkeit mit einem Wechsel auf die Zukunft, der so lange prolongirt wird, bis der unvermeidliche Bankerott eines Tages hereinbricht. Die überlange Arbeitszeit, die schlechte Ventilation der Arbeitsräume, der Höllenlärm in manchen Fabriksälen, der Staub oder die Feuchtigkeit, die vielfach bei der Thätigkeit zu ertragen sind, die Unregelmäßigkeit der Temperatur — oder, um es kurz zu sagen, die ganze Art der modernen Lohnarbeit ist für die Dauer nur zu ertragen, wenn der Arbeiter während seiner Beschäftigung oder in den Zwischenpausen sich an alkoholischen Getränken labt; beim Landarbeiter und zumal bei den in Hausindustrien thätigen ist es dasselbe. Der Alkohol ermöglicht den Raubbau mit menschlicher Arbeitskraft. Dauernder und gewohnheitsmäßiger Genuß, wenn auch kleiner Alkoholmengen, führt aber nur gar zu häufig zur Trunksucht.

Erleidet nun die Arbeiterschaft unzweifelhaft dadurch Schaden, daß ein erheblicher Theil von ihnen trunksüchtig wird, ein anderer die an sich geringfügigeren Erscheinungen des beginnenden chronischen Alkoholismus an sich trägt (Magenschmerzen, rheumatische Beschwerden, Herzschwäche 2c.), so liegt doch die größte Schädigung, die dem Proletariat aus dem erheblichen Alkoholverbrauch erwächst, auf einem ganz anderen Gebiet. „So sehr wir", sagt Grotjahn, „betonen müssen, daß der Alkoholismus in Häufigkeit und Erscheinungsform aus sozialen Zuständen resultirt, so ist auch nicht zu leugnen, daß er seinerseits diese selbst wieder beeinflußt. Das gilt nicht etwa in dem Sinne, daß die soziale Lage einer Bevölkerungsklasse durch übermäßigen Aufwand für Spirituosen direkt schlechter würde; denn so wenig zu bestreiten ist, daß der Alkoholismus für das einzelne Individuum häufig die Ursache des wirthschaftlichen Zusammenbruchs ist, so ist doch bisher nicht der Beweis erbracht worden, daß für eine ganze Gruppe auf gleicher wirthschaftlicher Stufe stehender Individuen der unter ihnen verbreitete Alkoholismus mehr die Ursache, als vielmehr ein Symptom wirthschaftlichen Niedergangs gewesen ist. Vielmehr wirkt der vermehrte Alkoholkonsum der Arbeiter in anderer Weise auf die wirthschaftliche Stellung ein: der Proletarier besitzt in den Spirituosen ein wohlfeiles und leicht zugängliches Mittel, den Druck der sozialen Misere sich weniger fühlbar zu machen, die Ausbeutungsmöglichkeit zu steigern und außerdem noch leichter, als dieses schon ohnehin der Fall ist, dem Indifferentismus gegenüber den Bestrebungen, die zur Hebung seiner Klasse dienen, zu verfallen."

Uns scheint der Verfasser mit diesen Worten recht zu haben. So groß immerhin die Zahl derjenigen sein mag, die aus psychopathischer Veranlagung

dem Alkoholteufel verfallen, so viele Normalveranlagte auch durch alle die engverwobenen Einflüsse des Klimas, der Produktionsart der Getränke, der Formen des geselligen und öffentlichen Lebens, der sozialen Verhältnisse als Einzelne zu chronischen Alkoholikern werden: ungleich ernster ist die oben geschilderte Gefahr, in Indifferentismus zu versinken, für die Angehörigen des Proletariats.

Aber wie dieser Gefahr entgehen? Der Verfasser beschäftigt sich ausführlich mit den Bestrebungen der Temperenzler und den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Trunksucht, um zu diesem Schlusse zu kommen: dort, wo der Spirituosenmißbrauch in einem durch äußere Verhältnisse gesteigerten Alkoholbedürfniß der großen Masse seine Ursache hat, ist der Appell an die Moral und das staatliche Zwangsmittel gleich wirkungslos. Hier kann nur die Herabminderung des abnorm gesteigerten Bedürfnisses selbst Abhilfe bringen. Das klingt etwas anders als die pathetischen Predigten der Mäßigkeitsapostel und Kaffeepropagandisten, aber es wirkt ungleich mahnender. „Die Alkoholfrage mündet damit ein in die soziale Frage. Die Bekämpfung des Alkoholismus wird damit eine Aufgabe der sozialen Politik.“ Die Diskussion dieses Satzes, die der Verfasser in seinem Schlußkapitel giebt, müssen wir hier übergehen, wie wir denn auf den reichen Inhalt seines Werkes nur aufmerksam machen, nicht ihn erschöpfen konnten.

Die verständige und sachliche Arbeit Grotjahns, der man es wohl anmerkt, daß ihr Verfasser auch mit dem Herzen bei dieser für das Proletariat so überaus wichtigen Sache war, verdient die Aufmerksamkeit aller derjenigen, die an der Erörterung der sozialen Fragen Antheil nehmen. An einer Stelle zitirt er die Anregung des Professors Gruber an die „Führer der deutschen Arbeiterbewegung“, die „von ihnen bisher zur Schau getragene Gleichgiltigkeit gegenüber dem Alkoholkonsum der Arbeiter aufzugeben, wie dieses schon seitens der realpolitisch fortgeschritteneren Leiter der Arbeiter Englands und der Schweiz geschehen ist“. Diese Mahnung scheint uns insofern ihre Adresse zu verfehlen, als das Alkoholproblem von der deutschen Arbeiterbewegung nie vernachlässigt worden ist: „realpolitisch“ war es vielmehr gehandelt, nicht an einer Erscheinung herumzukuriren, deren symptomatischen Charakter gerade Grotjahn so einleuchtend dargelegt hat. Ueberall ist, so weist auch er nach, eine Erhöhung des Lebensstandes mit einer Minderung des Alkoholkonsums Hand in Hand gegangen: die Erhöhung des Lebensstandes der deutschen Proletarier durch die gewerkschaftliche und politische Bewegung ist aber unleugbar, sie ist durchgesetzt worden in erbittertem Kampfe zumal gegen jene Junker, die in zwiefacher Eigenschaft, als politisch Bevorrechtete und als Schnapsproduzenten sich der Arbeiterschaft in den Weg stellen. Immerhin darf der Werth einer gründlichen und häufigen Erörterung des Alkoholproblems nicht unterschätzt werden, Grotjahns Buch giebt gerade dazu die erwünschte Veranlassung.

Zur Arztfrage bei den Krankenkassen.

Von **Eduard Gräf.**

Seitdem die Krankenkassen im Deutschen Reiche durch § 75 des Krankenversicherungsgesetzes (Novelle vom April 1893) zur Gewährung von freier ärztlicher Hilfe, Medikamenten und Heilmitteln obligatorisch verpflichtet worden sind, hat man sich dortselbst auch mehr mit der Arztfrage selbst beschäftigt, als es vor dem Jahre 1893 der Fall war. Es waren auch hier die freien Hilfskassen, d. h. unsere Genossen zuerst gewesen, welche ihren Mitgliedern das möglichst Beste bieten wollten, während in den Ortskrankenkassen zuerst völlige Ruhe herrschte und man an dem

System der Zwangsärzte festhielt, das der Magistrat der Stadt als „gut und billig“ bei der Errichtung der Ortskrankenkassen eingeführt hatte.

Seitdem ist aber die Frage: Zwangsärzte oder freie Arztwahl der Gegenstand der Diskussion vieler Vorstandssitzungen und Generalversammlungen gewesen und noch immer sind die Meinungen über die beste Art dieser Fürsorge sehr verschieden, so verschieden oft, als über die Arten der Krankenversicherung überhaupt. Es giebt Anhänger des Zwangsarztsystems, welche in der Einführung der freien Arztwahl den Ruin der Kasse erblicken und sich deshalb oft mit allen Mitteln gegen ihre Einführung erklären; aber auch Anhänger des freien Arztwahlsystems, vielmehr dieser Systeme, welche wieder das Zwangsarztsystem für den schlechten Finanzstand der Kasse verantwortlich machen, und gerade von der Einführung der freien Arztwahl bessere Geschäftsabschlüsse erwarten, die ganze Frage als eine rein finanzielle auffassen. Hierzu kommt neuerdings noch die dritte Art der Arztsysteme, die der „beamteten Aerzte“ (System Dr. Landmann), welches in die Kategorie der Zwangsärzte, aber verbesserte Auflage, eingereiht werden kann.

Auch die Behörden mischen sich in den Streit und haben sich bislang natürlich für den Arztzwang entschieden. Trotz dem garantirten Selbstverwaltungsrecht der Kassen hat man z. B. anläßlich der Konflikte mit den Aerzten in Barmen und Remscheid bei der Abfassung der Verträge mit denselben, mitreden wollen. In Köln hat der Magistratskommissär im Auftrag des Regierungspräsidenten den Vorstand der Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter direkt aufgefordert, den Vertrag mit dem „Verein für freie Arztwahl“ zu kündigen, und dem Vorstand der Ortskrankenkasse für Handwerker „untersagt“, einen diesbezüglichen Vertrag mit genannter Vereinigung der Aerzte zu schließen, vielmehr „die Frage der ärztlichen Behandlung der Mitglieder anderweitig zu regeln“.

Natürlich wollen sich die Kassenvorstände diesen Eingriff in die Selbstverwaltungsrechte der Kasse nicht gefallen lassen!

Auch die Presse nimmt jetzt mehr und mehr Stellung zur Arztfrage, je nach ihrer Art und Auffassung der sozialen Verhältnisse. So findet die „Nationalzeitung“ angesichts des Aerztestrikes in Barmen und Remscheid, daß es an Schiedsgerichten mangele, die in Streitfällen zwischen Kasse und Aerzten entscheiden könnten, ähnlich der Aufsichtsbehörde bei Streitigkeiten zwischen Mitglieder und Kasse. Die „Vossische Zeitung“ verlangt gar von der Sozialdemokratischen Partei, daß sie offen Stellung zu der Arztfrage bei den Krankenkassen nehmen solle und ist der Ansicht, daß alle Parteigenossen unbedingt für die freie Arztwahl wirken müßten, das läge, meint das Blatt, „ganz im Sinne eines demokratischen Programms“!

Mit Recht erwidert hierauf der „Vorwärts“ (Nr. 223):

„Wenn uns von der ‚Vossischen Zeitung‘ Vorlesungen über demokratische Grundsätze gehalten werden, so muß uns das von vornherein mißtrauisch machen; denn die Demokratie, die in diesem Blatte verzapft wird, ist nicht weit her. So auch in diesem Falle. Wenn die Arztfrage nach demokratischen Grundsätzen geregelt werden soll, so kann das allein durch die Mitglieder der Krankenkassen geschehen. Und das scheint uns auch der einzig richtige Weg. Daß die Partei vorschreiben soll, nur dieses oder jenes Arztsystem sei das allein richtige und von der Partei anerkannte, halten wir nicht für zweckmäßig und noch weniger für nothwendig, denn es ginge uns sonst nahezu so, als sollten wir den Streit zwischen Homöopathie, Allopathie und Naturheilkunde schlichten. Wir wissen auch, daß innerhalb der Partei die verschiedensten Anschauungen über die Form der Vertragsabschlüsse mit den Aerzten vorhanden sind und wir haben es immer als die beste Lösung der Frage betrachtet, wenn solche rein internen Kassenangelegenheiten von den Mitgliedern ohne Benutzung einer Vormundschaft gelöst werden. Der Verfasser des Artikels wäre auch im Irrthum, wenn er das von Dr. Landmann in Elberfeld empfohlene System der ‚beamteten Aerzte‘ als von der sozialdemokratischen Partei ausgehend charakterisiren wollte. Diesen Anspruch kann weder Dr. Landmann, noch irgend ein anderer Befürworter eines speziellen Vertragssystems erheben.“

Ist es also nicht Sache der Partei, sondern eine Kassenangelegenheit, diese Frage zu lösen, so muß aber unbedingt bemerkt werden, daß man aber auch unter „internen Kassenangelegenheiten" einseitig oft nur das „Interesse" der Kasse selbst und nicht das der Mitglieder versteht und deshalb auch die „billigste" ärztliche Hilfe als die vortheilhafteste für die „Kasse" der Kasse betrachtet. Welches System ist nun das möglichst beste, d. h. dasjenige, das den Mitgliedern und auch der Kasse gleichzeitig dienlich ist? Die Frage ist eigentlich nicht so leicht zu beantworten, man könnte höchstens sagen: dasjenige, welches von den erkrankten Mitgliedern einer Kasse am meisten gelobt wird! Es fragt sich also dabei auch, wie ein Kassenvorstand seine Aufgabe, „gute Verwaltung der ihm anvertrauten Kasse", auffaßt! Ob er kurzsichtig nur das fiskalische Interesse einer Kasse vertritt oder wenigstens zu vertreten glaubt und die Interessen der Erkrankten erst in zweite Linie stellt; oder beide zusammen zu verbinden, auch den Mitgliedern ihre Mitgliedschaft in der Zwangskasse so angenehm wie nur möglich zu gestalten sucht. Darin wird leider heute noch gar so viel gesündigt. Kurzsichtig und bureaukratisch werden die meisten Zwangskassen verwaltet, am falschen Platze wird, nach berühmten Mustern natürlich, gespart, gerade als ob die Mitglieder für die Kassen da wären und nicht umgekehrt!

Aber auch ebenso falsch ist es, wenn man durch Einführung der freien Arztwahl die Misere unter dem Aerzteproletariat der Gegenwart zu beseitigen glaubt, oder gar wie lakonisch Herr Dr. Landmann in seiner neuesten Schrift:[1] „Die Lösung der Kassenarztfrage", die ganze Bewegung zu Gunsten der freien Arztwahl in Deutschland „als eine vom ärztlichen Stande entfaltete Agitation" — „um eine Art von zünftlerischer Organisation zum Zwecke der Honorarerhöhung bezw. zur Verhütung einer Honorarverminderung zu schaffen", hinstellt. Wäre dies der Fall, dann wäre das ganze System schon längst in sich zusammengebrochen und nicht so heiß erkämpft worden, wie es bei den meisten der bestgeleitetsten Ortskrankenkassen und freien Hilfskassen Deutschlands der Fall war. Wenn auch Herr Dr. Landmann in seiner Broschüre extrem behauptet, daß „die freie Arztwahl für die Diskussion unter ernsthaften Leuten abgethan" sei, so will ich doch bei dieser nachfolgenden kurzen Schilderung und Kritik der einzelnen in Betracht kommenden Systeme diese Frage näher zu beleuchten suchen.

1. Das Zwangsarztsystem.

Bei den meisten Zwangskassen in Deutschland sind seit Gründung derselben noch die Zwangsärzte am Ruder und auch überall bei den Mitgliedern der Kassen sehr unbeliebt. Die Kassen haben die Städte je nach ihrer Größe in Straßenbezirke eingetheilt und für jeden der Bezirke einen im Bezirk vorhandenen Arzt den Mitgliedern auf der Legitimationskarte oder dem Mitgliedsbuch vorgeschrieben. Der Arzt verpflichtet sich, für eine bis zwei Mark pro Jahr für jedes im Bezirk zur Zeit der Zählung wohnende Kassenmitglied, alle in diesem Territorium erkrankten Kassenmitglieder zu behandeln. Die Zählung der im benannten Bezirk wohnenden Kassenmitglieder bleibt der Kasse überlassen zur Festsetzung des Honorars am Schlusse des Quartals und wird gewöhnlich Mitte des Quartals vorgenommen. Die Zahl der Erkrankungen bildet das Risiko des Arztes und auch oft sein Geheimniß, da ja nur die Erwerbsunfähigkranken sich bei der Kasse zwecks Auszahlung des Krankengelds selbst melden mit dem vom Kassenarzt ausgefertigten Krankenschein. Die Zahl der erwerbsfähigen Kranken ist den meisten Kassen völlig unbekannt, sie könnte blos nach den eingelieferten Rezepten durch die Apotheken ermittelt werden. Dieser Arztvertrag verlangt nur, daß der Arzt die sich bei ihm meldenden Kassenmitglieder des betreffenden Bezirks gut zu behandeln habe, Privatpraxis und Praxis bei anderen Krankenkassen ist ihm gestattet. Der Arzt erhält seine Pauschalsumme ausgezahlt, selbst wenn ihn schließlich kein Mitglied des Bezirks konsultirt hätte. Das Mitglied muß den ihm vorgeschriebenen Arzt konsultiren, die Inanspruchnahme eines anderen

---

[1] „Die Lösung der Kassenarztfrage", von Dr. med. Fr. Landmann. Elberfeld, Druck und Verlag Buchdruckerei Grimpe.

Arztes des Nachbarbezirks ist erst durch den Vorstand der Kasse, welchen der Kassenverwalter in der Regel vertritt, zu „genehmigen".

So hatte die Frankfurter Ortskrankenkasse Ende des Jahres 1895 für 30000 Mitglieder im Stadtbezirke nur 15 Kassenärzte, die nach obigem Modus konsultirt und bezahlt wurden und die Summe von 60000 Mark pro Jahr ausgezahlt erhielten.

Was stellte sich heraus? Daß dieser Arztzwang allgemein unter den Mitgliedern gehaßt wurde, die Kassenärzte nur mit Widerwillen konsultirt wurden. Viele Mitglieder ließen sich in Polikliniken als „Unbemittelte" behandeln oder gingen zu „Nichtkassenärzten" für eigene Rechnung und hatten obendrein noch die ganze Rezeptur selbst zu zahlen, da nur „Kassenärzte" für Rechnung der Ortskrankenkasse Medikamente ꝛc. verordnen dürfen; ferner Schwierigkeiten bei Bezug des Krankengelds, da das Attest des Arztes ebenfalls beanstandet wurde. Anderseits war die Zahl der Kassenärzte viel zu gering, die Bezirke zu groß bemessen, so daß über die überfüllten Wartezimmer der Kassenärzte geklagt wurde. 30 bis 40 Patienten harrten oft in den Wartezimmern derselben, die alle in der festgesetzten Sprechstunde „abgefertigt" werden mußten. Konnte da von einer schonenden und gründlichen Untersuchung der Patienten, die doch zur Feststellung der Diagnose unbedingt nöthig ist, gesprochen werden? Das Resultat war oft falsche Behandlung, verlängertes Leiden oder gar frühzeitiger Tod des Erkrankten und auch eine stärkere Belastung der Kasse durch Zahlung von Krankengeld für längere Krankheitsdauer, für Medikamente, Heilmittel ꝛc.

Die meisten Ortskrankenkassen können davon ein Liedchen singen, wenn man es auch abzuleugnen versucht, die Zahlen über geleistetes Krankengeld, Spitalpflegekosten, Arzneirechnungen ꝛc. sprechen genug. Man hat allerdings ein billiges Arztsystem, das billigste von allen in Bezug auf die Bezahlung der Aerzte selbst; man darf aber hierbei nicht vergessen, daß die Arztkosten meist nur 10 bis 12 Prozent der Gesammtausgaben, die Ausgaben für Krankengeld, Hospitalpflege, Medikamente aber 65 bis 70 Prozent der Gesammtausgaben einer Kasse gewöhnlich betragen.

Also ist dieses Zwangsarztsystem nicht als „billig" für die Kasse selbst zu betrachten. Außerdem hat man sich die Sympathie der Kassenmitglieder verscherzt, statt sie, wie so nöthig, zu vergrößern. Zum Ausbau einer Krankenkasse ist diese Sympathie der Mitglieder aber unbedingt nöthig. Die Kassenverwaltung muthet ihren Mitgliedern zu, ohne daß es irgend welchen Vortheil für die Finanzen der Kasse hätte, zu dem Arzte zu gehen, den das Mitglied vielleicht gar nicht einmal leiden kann. Spezialärzte sind da für arme Kassenmitglieder überhaupt nicht vorhanden! Gerade in Großstädten mit viel Arbeiterbevölkerung stellt sich die Thatsache heraus, daß ganz eigenartige Krankheiten, Berufskrankheiten bei Mitgliedern beider Geschlechter auftreten, Spezialärzte für diese Leiden besonders gerne konsultirt werden und zur Heilung des Leidens auch sehr von Nutzen sind.

Ferner ist das Vertrauen zum Arzte selbst von großer Wirkung auf den Patienten; oft so wirksam als die verordneten Medikamente ꝛc.

Einer der eifrigsten Verfechter der freien Arztwahl, Sanitätsrath Dr. Busch-Crefeld, bemerkte unter Anderem auf der Düsseldorfer Konferenz 1895:

„Die freie Arztwahl ist erstens eine gerechte Forderung der Arbeiter. Nach Auffassung der Begründer (? D. V.) sollte der Inhalt der ganzen sozialen Gesetzgebung dem Arbeiter nicht eine Wohlthat, sondern ein durch die Entwicklung unserer sozialen, gewerblichen und staatlichen Verhältnisse bedingtes Recht sein. Wenn dem Arbeiter daher durch das Krankenkassengesetz freie ärztliche Behandlung gewährleistet sein soll, so muß diese Behandlung auch in dem Sinne eine freie sein, als er sich, soweit dies möglich und durchführbar ist, den Arzt seines Vertrauens selber wählen kann; er soll nicht, wie bisher bei der Armenpraxis, einem bestimmten Arzte zugewiesen werden, sondern er soll jeden Arzt aufsuchen dürfen, dem der Staat auf Grund eines abgelegten Staatsexamens die Befähigung und das Recht gegeben hat, Kranke zu behandeln, und der sich bereit erklärt, unter den obwaltenden Bedingungen diese ärztliche Hilfe zu leisten. Wenn die Gewährung ärztlicher Hilfe und Arznei

eine Bedeutung haben soll, so muß sie von denjenigen Momenten unterstützt sein, die ihre Wirksamkeit verbürgen, und hiezu gehört vor Allem das Vertrauen zu dem Arzte, in dessen Behandlung man sich begiebt. Von dieser suggestiven Bedeutung und Wirksamkeit der ärztlichen Hilfe sind auch alle diejenigen beherrscht, die die freie Arztwahl nicht einführen wollen; sie erfahren dieselbe an ihrem eigenen Körper, glauben aber, daß sie den Mitgliedern der Krankenkassen aus finanziellen Gründen nicht gewährt werden könne. Daß die freie Arztwahl im Interesse der Arbeiter ideal und am besten sei, wird von keinem bestritten. Diese gerechte Forderung werden sich die Arbeiter erkämpfen, wenn Vorstände und Aufsichtsbehörden sie ihnen verweigern wollten; und in diesem Kampfe sollen sie der Mithilfe der Aerzte versichert sein."

Welch Geschrei würden die Kassenbureaukraten anstellen, wenn man ihnen zumuthen würde, nur diesen oder jenen Arzt zu konsultiren? Das wäre ja der reinste „Zukunftsstaat" nach Eugen Richter. Von den Freunden des Zwangsarztsystems wird ferner von „verwöhntem" städtischen Proletariat gesprochen, das eben auch nur aus Laune den Arzt konsultiren möchte, der ihnen passe, ähnlich dem Reichen, dem Bemittelten, der für sein Geld allerdings jeden Arzt rufen lassen könne. Armenunterstützung ist doch jedenfalls keine Kassenunterstützung, auch die ärztliche Hilfe nicht, da das Mitglied doch sein gutes Geld dafür bezahlt, um gerade durch Vereinigung mit seinen Schicksalsgenossen möglichst dieselben Vergünstigungen erhalten zu können, wie der Bemitteltere, der Reiche.

Ferner verweist man auf das flache Land, wo oft in einem Orte nur ein Arzt prakticirt, oft gar erst in zwei bis drei Wegstunden ärztliche Hilfe zu haben ist; da bestehe auch keine freie Arztwahl und trotzdem habe man noch nicht gehört, daß dort geklagt würde über viele Sterbefälle oder längere Krankheitsdauer. Erstens wird Jedermann zugeben, daß es gerade auf dem Lande mit der ärztlichen Hilfe sehr mangelhaft bestellt ist, mehr Thierärzte als Aerzte für Menschen vorhanden sind, dafür kann aber das städtische Proletariat nichts. Nur kurzsichtige Sozialpolitiker können in solchem Falle Stadt und Land vergleichen oder gar letzteres als Beweis für ihre Behauptungen zitiren.

Wo hat das Land die Ernährungsweise, die Wohnungs- und Arbeitsverhältnisse, wie die Fabrik- oder Großstadt? Es fehlen meist diese Krankheitserreger, Luft und Licht hält den ärmsten Bauern gesünder als den Fabrikarbeiter oder die Laden- und Konfektionsarbeiterin.

2. Die freie Arztwahl.

Man hat vielfach unter freier Arztwahl verstanden, daß jedem Mitglied dann freigestellt werden müßte, sich in Behandlung begeben zu können ohne Rücksicht auf den Honorarsatz des Arztes, da ja der § 75 des Gesetzes von „freier ärztlicher Behandlung" spreche. Dies wird wohl nirgends möglich sein, da alle Kassen darauf angewiesen sind, auch in Folge ihrer Organisation selbst schon, billigere Honorarsätze vom Arzte zu verlangen, als der Private. Die Kassen haben eben mit statutenmäßig festgelegten Beiträgen zu rechnen und dafür zu sorgen, daß Einnahmen und Ausgaben balanciren können; haben sie ja schon bei Gewährung von Krankengeld 2c. fluktuirende Ausgaben genug! Es werden sich aber auch überall Aerzte finden, die Verträge mit den Kassen abschließen, einzeln oder korporativ; da die Zeiten vorüber sind, wo die Herren Aerzte geringschätzig von der „Arbeiterpraxis" sprachen, zweierlei Sprechstunden für Reich und Arm einführen konnten. Die anfänglich von manchen Aerzten so gehaßte „Kassenpraxis" wird immer mehr in Vordergrund treten, je mehr der zahlungsfähige Mittelstand verschwindet, je mehr Proletarier aus der selbständigen in versicherungspflichtige Beschäftigung treten. Innerhalb zehn Jahren sind ja über 7 Millionen Erwachsene in Deutschland gegen Krankheit mehr versichert, als es vor dem Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes der Fall war. Selbst die krampfhaften Versuche mancher Aerzte, die Kassen zu verpflichten, ja nur solchen Mitgliedern Eintritt in die Familienbehandlung zu gewähren, die unter 2000 oder 2500 Mark Einkommen pro Jahr hätten, um wenigstens nicht alle Privatpraxis zu

verlieren, erweisen sich als fruchtlos, da die Herren meist keine Ahnung von der Proletarisirung der großen Masse des Volkes haben, immer noch vom Mittelstand träumen. Die „zahlungsfähige ‚obere‘ Gesellschaft“ hat ihre Hausärzte, „erfahrene und in der Praxis ergraute Männer“, die nebenbei bemerkt schon den Titel Professor oder Sanitätsrath führen. Die von Jahr zu Jahr sich mehrende Aerztezahl ist immer mehr auf die Kassenpraxis angewiesen und wie froh ist der „frischgebackene“ Doktor, wenn er zur Kassenpraxis zugelassen wird, da er nicht mehr geduldig auf den vielbesprochenen „ersten Patienten“ warten kann, auch alle Reklame werthloser wird. Im ärztlichen „Vereinsblatt“ heißt es in Nr. 384:

Aerztekassen.

> Von mehr als 21000 Berufsgenossen und jährlich neu hinzutretenden mehr als 1000 sind sicherlich mehr als 500, nein sicherlich Tausende wirthschaftlich einerseits nicht so gestellt, daß sie Krankheit, Invalidität und Alter sorglos entgegensehen könnten, und andererseits doch auch wieder nicht so gestellt, daß sie, wenn sie nur wollten, die für eine vorbeugende Fürsorge erforderlichen Prämien sehr wohl erübrigen könnten.
>
> . . . Wenn solche Aerzte in Krankheit und Invalidität verfallen, was unterscheidet alsdann den vermögenslosen Arzt in wirthschaftlicher Beziehung von einem Bahnarbeiter?! Es kommt hinzu, daß wir Aerzte diesen Gefahren berufsmäßig fast mehr ausgesetzt sind als er, und daß die Ueberfüllung des ärztlichen Arbeitsmarkts die des gewerblichen nachgerade weit überschreitet.

Nun verweist man sehr eifrig gerade auf diese „Aerzteproletarier“, wenn man sich gegen die Einführung der freien Arztwahl sträubt. Daß diese zu gefällig gegen die Patienten sein könnten, um sich die „Kundschaft“ zu erhalten, welches der gutsituirte Kassenarzt nicht nöthig hätte; daß der Simulation Thür und Thor geöffnet sei. Ich habe stets gesagt, daß es grundfalsch ist, Simulanten durch die Aerzte allein „fangen“ zu lassen und die Hände ruhig in den Schoß dabei zu legen. Wirkliche Simulanten sind im Stande, auch den geschicktesten Arzt zu täuschen, da es ja Krankheiten wie Rheumatismus &c. giebt, die meist keine besonderen Symptome zeigen. Hier muß die Kasse selbst arbeiten, eine gute, planmäßig geleitete Kontrolle einführen und die Patienten auch außer dem Sprechzimmer des Arztes sich näher ansehen. Man sucht aber gewöhnlich an diesen „unnöthigen“ Verwaltungskosten zu sparen und vertraut nur den „Kassenärzten“, die ja laut Vertrag sich verpflichtet hätten, auch „im Interesse der Kasse“ die Behandlung erkrankter Mitglieder zu übernehmen.

Daß auch unter dem Zwangsarztsystem eine Kasse dem Bankrott nahe gebracht werden kann, zeigte die Frankfurter Ortskrankenkasse, die unter diesem System circa 400000 Mark am Reservefonds „verlor“ und vor Einführung der freien Aerztewahl (1896) mit einem Jahresdefizit von 95000 Mark nebst den 10 Prozent zum Reservefonds = 74000 Mark = 169000 Mark im Jahre 1895 abschloß. Trotzdem sträubte sich der frühere Kassenvorstand mit allen Mitteln dagegen, die freie Arztwahl einzuführen, da dieses System riskanter sei als das der „bewährten“ Zwangsärzte!

Die organisirte Arbeiterschaft hat trotzdem ihre Wahlparole durchgeführt, trotz schlechtem Finanzstand der Kasse und der dadurch nothwendig gewordenen Erhöhung der Kassenbeiträge, trotz der Erhöhung der Verpflegungskosten durch die Spitalverwaltungen um 33 Prozent, die merkwürdiger Weise gerade in dem Augenblick proklamirt wurde, als die Einführung der freien Arztwahl beschlossen werden sollte. Trotzdem unter viel Geschrei das „Fiasko“ der freien Arztwahl bei den Krankenkassen Berlins &c. damals publizirt, vielfach falsch berichtet worden ist, wie Berliner Genossen auf dem Krankenkassentag zu Dresden September 1896 ausdrücklich erklärten.

An Stelle der 15 Zwangsärzte traten 166 Aerzte im Stadtbezirk, Mitglieder des „Arztverbandes für freie Arztwahl“, außerdem 4 Naturärzte und 2 Homöopathen.

Nun sind zwei Geschäftsjahre verflossen und von dem „gänzlichen Bankrott der Kasse“ ist nichts zu verspüren. Das Gegentheil ist eingetreten. Die Kosten für Arznei und Heilmittel sind nicht höher geworden, wie prophezeit wurde, sondern

gesunken, außerdem sind die Ausgaben für Krankengeld zurückgegangen. Auch die Ausgaben für ärztliche Hilfe sind nicht dermaßen in Differenz gegen früher, obwohl das neue System höhere Bezahlung verlangt als das frühere. Man hatte auf Grund nachfolgender Zusammenstellung im Geschäftsbericht 1897 berechnet:

Gesammtausgabe pro Kopf nach der durchschnittlichen Mitgliederzahl und durchschnittliche Krankheitsdauer nach Tagen in den Geschäftsjahren 1894 und 1895 unter dem System der Zwangsärzte und 1896 und 1897 unter der freien Arztwahl:

	1894	1895	1896	1897
1. Für ärztliche Behandlung . .	2,74 Mark	2,90 Mark	3,04 Mark	3,13 Mark
2. Für Arznei und Heilmittel .	2,33 „	2,31 „	2,35 „	2,22 „
3. Krankengeld an Mitglieder .	10,36 „	12,54 „	11,09 „	11,81 „
5. Kur- und Verpflegungskosten .	4,45 „	4,26 „	3,26 „	3,37[1] „
6. Durchschnittl. Krankheitsdauer	26,50 Tage	26,03 Tage	20,71 Tage	21,25 Tage

Es sind dies wohl keine „glänzenden“ Zahlen, die einen gewaltigen Rückgang an den Ausgaben der Kasse ergeben, sie zeigen aber, daß die Einführung der freien Arztwahl für die Frankfurter Ortskrankenkasse keine Mehrbelastung, wie prophezeit wurde, mit sich brachte, sondern sogar der Kasse es seit Jahren zum ersten Male ermöglichte, die gesetzlich verlangten 10 Prozent zum Reservefonds zurückzulegen, während unter dem Zwangsarztsystem an eine Rücklage nicht zu denken war, ja sogar noch in den Jahren 1894 und 1895 zusammen 88788 Mark aus dem Reservefonds entnommen werden mußten, um die laufenden Ausgaben nur decken zu können.

Daß bei einer geordneten und umsichtigen Leitung einer Krankenkasse, auch unter dem System der Zwangsärzte, gute Geschäftsabschlüsse möglich sind, will ich gar nicht bestreiten, wollte ja blos zu beweisen versuchen, daß man auch mit dem System der freien Arztwahl arbeiten kann, dasselbe nicht theurer ist als das Zwangsarztsystem, neben seiner großen Wohlthat für die erkrankten Kassenmitglieder. Eine Wiedereinführung des Zwangsarztsystems würde unter den Mitgliedern der Frankfurter Ortskrankenkasse einen Sturm der Entrüstung hervorrufen, trotzdem den Mitgliedern nicht die „allgemeine freie Arztwahl“ geboten ist. Man hat den Mitgliedern nur freigestellt, bei eingetretener Erkrankung sich den Arzt zu wählen, der ihnen geeignet erscheint, für die Dauer der Krankheit. Ein Wechsel des Arztes während der Dauer der Krankheit ist erst mit Genehmigung des Kassenvorstandes gestattet, um den Simulanten das Handwerk zu legen!

Eine vergleichende Statistik über die Wirkung der freien Arztwahl in Bezug auf Ausgaben für Krankengeld, Medikamente, ärztliche Hilfe und Kur- und Verpflegungskosten in den einzelnen Städten Deutschlands zusammenzustellen, geht nicht gut an, da ja bekanntlich überall die Leistungen verschieden sind. Die eine Kasse gewährt 26 Wochen, die andere wieder 52 Wochen Krankengeld, auch in verschiedener Höhe, 50, 60 oder gar 75 Prozent des Tagelohns. Die eine Kasse bezahlt für ärztliche Hilfe 3 Mark als Pauschale pro Kopf und Jahr, die andere nach Einzelleistungen die Aerzte oder erhält für 5 Mark auch noch freie ärztliche Behandlung der gesammten Familienangehörigen; wie auch an einem Orte fakultative, am anderen wieder obligatorische Familienversicherung existirt, die auch eine Mehrbelastung des Konto „Medikamente“ verursacht. Bei Titel Spitalkosten ist wieder in jeder Stadt der Pflegesatz verschieden, wie sich auch die Wohnungsverhältnisse überall unterscheiden. Dies übersah man auch bei der Beurtheilung der Kassenabschlüsse der einzelnen Berliner Ortskrankenkassen, welche damals die freie Arztwahl eingeführt hatten. Man glaubt gewöhnlich, daß nur Epidemien dem Kassenfonds gefährlich werden könnten, vergißt aber, daß auch Krisen in der Produktion dieselbe gefährliche Wirkung ausüben. Bei günstiger Konjunktur wird sich sogar der stark Schwindsüchtige noch zur Arbeit schleppen, da der Lohn höher ist als das zu erwartende Krankengeld: eine Doppelversicherung, wie Beitritt zu einer Zuschußkasse, in welche sich viele

[1] Trotz der Erhöhung des Pflegekostensatzes in den Spitälern um 33 Prozent.

freie Hilfskassen verwandelt haben, wird von vielen Verheiratheten nicht eingegangen oder kann auch nicht eingegangen werden. Ganz anders bei verbreiteter Arbeitslosigkeit. Es wäre aber ebenso verkehrt, wenn man nun diese zur Zeit der Arbeitslosigkeit Erkrankten lakonisch als Simulanten bezeichnen und behandeln wollte. Zeigt doch jeder beginnende Winter eine stärkere Anzahl Kranker! Es ist ja menschlich erklärlich, daß dann erst der Kassenarzt aufgesucht wird, wenn die Arbeitseinstellung eingetreten ist! Da wird dann die Krankenkasse zur Arbeitslosenunterstützungs- und Krankenversicherung, was wohl nicht zu verhüten sein wird, da ja nur das ärztliche Attest über den Krankheitszustand zur Auszahlung der Krankenunterstützung maßgebend ist und auch nur sein kann!

Anderseits hat es ja eine gutgeleitete Krankenkasse in der Hand, durch zuverlässige und gute Kontrolle den Simulanten schließlich doch zu entlarven, wenn es manchmal auch seine Schwierigkeiten hat. Ich will damit nur sagen, daß kein Arztsystem einen absolut sicheren Schutz gegen Ausbeutung der Kassen durch Simulanten bietet. Hauptaufgabe jeder Kassenverwaltung sollte es sein, selbst Kontrolle zu üben und sich ihre Organe hierzu zu bezahlen. So nothwendig in jeder Kasse eine gründliche und aufmerksame Statistik geübt werden sollte, die zur Kasse gehört, wie eine Buchführung zu einem Geschäft, ebenso nothwendig ist die Krankenkontrolle, welche man aber vielfach aus falscher Sparsamkeit nicht zu würdigen versteht. Der Krankenkontrolleur soll auch nicht allein den „Simulantenfänger“ spielen, er soll als Beamter der Kasse, täglich im Verkehr mit den Kranken, von Krankenbett zu Krankenbett wandernd, auch die Klagen der Kranken gegen die Aerzte ꝛc. entgegennehmen, sowie den Arzneiverbrauch nicht außer Augen lassen, nicht gemeldete Unfälle der Kasse anzeigen ꝛc.

3. Das System der „beamteten Aerzte“.

Unter gänzlicher Verwerfung der freien Arztwahl plaidirt Dr. Landmann für dieses System, als den Kassenmitgliedern und den Kassen am zweckdienlichsten. Da nach ihm die freie Arztwahl überall kläglich Fiasko gemacht hat, den Kassen nur gefährlich wird, ohne den Mitgliedern irgendwie zu nützen, so sollte es Aufgabe einer geordneten Kassenverwaltung sein, Aerzte fest anzustellen, die ganz und voll nur für die Kasse, im Interesse der Kasse arbeiten. Die Zwangsärzte wie die Aerzte bei freier Arztwahl wären durch ihre lohnende Privatpraxis zu wenig auf die Kasse selbst angewiesen, hätten folglich auch kein allzu großes Interesse an dem weiteren Ausbau der Kasse selbst. Auch die Rücksicht der genannten Aerzte auf die Patienten, um ja nicht die „Kundschaft“ zu verlieren, ließen Uebertretungen der Verordnungsweise viel leichter zu, als bei fest angestellten Kassenärzten, die nur einzig und allein für die Kassen praktiziren. Er empfiehlt in seinem, nebenbei bemerkt, sehr interessant geschriebenen Büchlein, die Aerzte mit je einem Mindesthonorar von 5000 Mark anzustellen, damit sie auch auf jede Privatpraxis verzichten könnten. Wenn man nun den Pauschalsatz von 3 Mark pro Kopf und Jahr, wie er bei vielen Kassen Deutschlands schon bezahlt wird, auch von Aerztekongressen als richtig anerkannt wurde, als Norm annehmen will, so könnte die Zahl der fest anzustellenden Aerzte keine große sein. Auf den Stadtbezirk Frankfurt angewendet, bei einer Mitgliederzahl von 32000 und demzufolge einem Gesammthonorar von 96000 Mark kämen dann höchstens 18 bis 19 Kassenärzte, annähernd die Zahl der ehedem so verhaßten Zwangsärzte. Jetzt haben die Mitglieder die Auswahl unter 167 Aerzten, darunter alle hervorragenden Spezialisten am Orte; sie würden unter dem empfohlenen System, nach ihrer Ansicht, vom Regen in die Traufe kommen. Auch das Anstellungsverhältniß selbst kann zu Bedenken Anlaß geben. Der § 4 im empfohlenen Arztvertrag lautet wörtlich: „Herr Dr. N. erhält seine Wohnung in einem Bezirk angewiesen, in welche die Stadt zum Zwecke der Regelung der Hausbesuche getheilt wird, und wechselt dieselbe nur im Einverständniß mit dem Vorstand“. Das würde schon zu ständigen Reibereien zwischen Vorstand und Aerzten führen, wenn sich auch schließlich „Arbeitswillige“ unter den Aerzten finden werden, die sich, wie leider so viele Arbeiter, mit diesen Vorschriften abfinden werden. Einfacher und

bequemer für eine Kassenverwaltung ist allerdings dieses System wie alle anderen, da die Aerzte einfach „Beamte“ sind, der Disziplin des Kassenvorstandes unterstellt, die auch schneidig nach berühmten Mustern ausgeübt werden kann.

Schließlich wird man dem Arzt doch seine wissenschaftliche Ueberzeugung lassen müssen, nicht schablonenmäßig seine Behandlungsart und -Weise vorschreiben können; allerdings kann man leichter mit dem Einzelnen unterhandeln, als mit einer Korporation, was unser Unternehmerthum schon längst erkannt hat.

Ich behaupte, daß unter allen Systemen an Arzneikosten gespart werden kann, ohne die Patienten zu schädigen, wenn man mit richtigem Takte die Aerzte darüber aufklärt, was der Vorstand des Frankfurter Aerzteverbands anerkannt und auch schon theilweise durchgeführt hat in Gemeinschaft mit der Kassenleitung. Unsere heutigen Universitäten erziehen nicht die Aerzte zu „praktischen“ Kassenärzten, diese müssen erst in der Praxis selbst dazu erzogen werden. Dem Kassenarzt muß schon bei Antritt seiner Praxis für die Kasse eine weise und sparsame Verordnungsweise anempfohlen werden und sein ganzes Wirken unter Aufsicht der Kassenleitung stehen, am Schlusse des Geschäftsjahrs derselben möglich sein, statistisch dem „theuren“ Kassenarzt seine Sünden vorzuhalten. Ueber diese Ueberwachung der Aerzte urtheilte vor kurzer Frist noch die „Frankfurter Zeitung“ sehr abfällig, ohne jedoch in den Gang der Sache selbst eingeweiht zu sein.

Es soll dem Arzte nicht „befohlen“ werden, wie man annimmt, nur recht „billige“ Mittel à la Armenpraxis zu verschreiben, denn es wäre ja geradezu unverantwortlich, dem Arzte die Anwendung von Arzneimitteln zu versagen, die auf ihre Wirksamkeit erprobt, das Leiden des Patienten schneller heben würden; ebenso kurzsichtig handeln diejenigen Kassenverwaltungen, die an der Gewährung von Heilmitteln sparen und lieber dem Patienten länger das Krankengeld zahlen. Aber vorsichtig soll der Kassenarzt im Verordnen von neuen Präparaten sein, welche täglich von den chemischen Fabriken unter lärmender Reklame und unzähligen Empfehlungen vieler „Autoritäten“ dem Publikum unter den Namen Hämatogen, Somatose, Creosotol, Rheumatismuswasser &c. &c. angepriesen werden, den Geldbeutel einer Kasse leeren können und die Mitglieder zu Versuchskaninchen machen. Ferner liegt ein großer Vortheil für die Kasse der Kasse darin, ohne daß die Patienten geschädigt werden, daß der Arzt auch die erforderliche Quantität der verordneten Mittel besser abschätzt oder abschätzen lernt, ein Mangel, an dem so viele Aerzte leiden! Wie oft kommt es vor, daß die erste Diagnose sich als irrig erweist und die theure, vom Arzte verordnete Arznei den Wasserstein hinunter fließt. Kann da der Arzt nicht statt 500 Gramm nur 50 Gramm verschreiben? Braucht man denn mit aller Gewalt die Apotheker, den geschütztesten aller Stände, auch mit den sauer erworbenen Groschen der Arbeiter noch reicher zu machen? Welcher Arzt wird sich ernstlich dagegen sträuben können, wenn er sich nicht in den Verdacht der „Abhängigkeit“ vom Apotheker bringen will? Die Aerzte können ja nichts für den kolossal hohen Preis der Medikamente, sie können aber viel Geld den Kassen sparen, wenn sie auch bei der Rezeptur die getroffenen Vereinbarungen der Kassenverwaltungen mit den Apotheken beachten.

Viele Kassen haben heute schon mit den Apothekern die Vereinbarung getroffen, daß die gebräuchlichsten Arzneikörper mit weniger Apothekerarbeit, die ja bekanntlich die theuerste ist, den Kassen billiger abgegeben werden als Privaten, es giebt aber auch Mittel, bei denen die Umhüllung, der Karton &c., theurer ist als das Medikament selbst. Da aber bekanntlich nicht die Umhüllung, die Schale, sondern der Kern, das Medikament selbst Wirkung haben kann, so kann es dem Patienten ganz egal sein, ob die Verpackung einfach oder elegant und deshalb theurer ist. Auch bei der Verordnung von Hospitalpflege können den Aerzten gewisse Vorschriften gemacht werden, deren Ausführung die Kassen ebenfalls sehr streng überwachen müssen. Die Kassen sind ja gesetzlich zur Gewährung dieser Pflege nicht verpflichtet, den Patienten steht nur das Krankengeld für die Zeit ihrer Erwerbsunfähigkeit zu. Es giebt aber auch Fälle, in denen die Ueberführung des Erkrankten in ein Spital nicht allein

aus menschlichen Gründen schon geboten erscheint, wenn Hauspflege mangelt oder die Wohnungsverhältnisse miserable sind, sondern auch die Kasse selbst aus „finanziellen" Gründen dazu gezwungen ist, die Gesundung schneller zu ermöglichen. Es muß aber eine Kasse darauf sehen, daß nicht die Aerzte aus Bequemlichkeitsgründen 2c. die Patienten den Spitälern überweisen, die meist rücksichtslos den Kassen ungeheure Pflegekosten berechnen.

* * *

Gewiß hat jedes Arztsystem seine Mängel, das eine mehr, das andere weniger, die alle den Kassen gefährlich werden können, wenn die Kassenleitung ihre Aufgabe nicht richtig auffaßt. Denkende Arbeiter, die hoffentlich sich mehr und mehr um die Zwangskasse bekümmern werden und in die Kassenvorstände einziehen, sollten stets darauf bedacht sein, nützlichen Reformen in den Kassen zum Durchbruch zu verhelfen, den Erkrankten auch gute ärztliche Hilfe zu bieten und nicht immer den kurzsichtigen „Kassenstandpunkt" vertreten, sondern trachten, den Mitgliedern die „Zwangskassen" leistungsfähig und so angenehm wie möglich zu machen, wie es die meisten freien Hilfskassen seit Jahrzehnten schon verstanden haben.

Fortschritte in Argentinien.

Von German Avé-Lallemant.

Die Industrieausstellung, welche im Dezember in Buenos Ayres eröffnet ward, hat gezeigt, wie es möglich ist, durch hohe Schutzzölle einerseits, und namentlich durch das Zahlen von Löhnen in entwerthetem Papiergeld anderseits, eine industrielle Treibhauspflanze zu züchten und ausländische Kapitalien zu industriellen Zwecken in das Land zu ziehen.

Argentinien besitzt keine ausbeutungsfähigen Kohlenlager, ebenso wenig Eisenerze. Trotzdem die Regierung seit vielen Jahren schon hohe Prämien auf die Entdeckung von Kohlen und Eisenerzen gesetzt und zahlreiche sehr gut bezahlte Geologen mit der Erforschung des Landes betraut hat, auch mehrere der Letzteren behauptet hatten, unerschöpfliche Lagerstätten beider Minerale erschürft zu haben, was sich nach theuren Tiefbohrungen und Untersuchungsarbeiten stets noch als grober Schwindel herausgestellt hat, so ist weder das so erwünschte Brennmaterial, noch auch das Erz gefunden worden.

In Folge dessen hat sich die Industrie ganz auf den Konsum englischer, importirter Kohle angewiesen gesehen, und es hat sich die Großindustrie deswegen fast ganz in der Seestadt Buenos Ayres entwickelt, wenigstens, nach offiziellen Angaben, ganze 95 Prozent derselben.

Heutigen Tages versorgt Buenos Ayres bereits das ganze Land mit Nahrungs- und Genußmitteln, mit Erzeugnissen der Textil- und Bekleidungsindustrie, Leder, Glas, Kurzwaaren und auch mit Metallwaaren und Maschinen, und die Einfuhr aller dieser Artikel geht von Jahr zu Jahr mehr zurück.

Ein Vergleich der Resultate der beiden Volkszählungen von 1869 und 1895 zeigt die Umwälzung, welche das Land in fünfundzwanzig Jahren durchgemacht hat.

Zunächst fällt natürlich der Fortschritt auf, den die Viehzucht und der Ackerbau gemacht haben, deren Werth auf 1000 Millionen Dollars an Land, 382 Millionen an Vieh und 158 Millionen an Ackerbaugeräth geschätzt wird.

Bei der Viehzucht ständig beschäftigt waren 1895 nur 40 712 kleinere Grundeigenthümer (Estancieros), 5614 Verwalter und 28 724 Knechte und Hirten; zusammen 75 050 Köpfe oder 4,56 Prozent aller Erwerbsthätigen über-

haupt, welche 21¾ Millionen Rinder, 74⅓ Millionen Schafe, 4½ Millionen Pferde, 653 000 Schweine, 176 000 Strauße und 8 Millionen Hühner in ihrer Obhut hatten. Zu diesen Viehzüchtern muß man aber noch die 40 362 Großgrundbesitzer zählen, welche die großen Profite einstreichen und das Land ganz nach Willkür beherrschen, eine allmächtige Oligarchie bildend, obwohl ihre Zahl nur 1,02 Prozent der ganzen Bevölkerung beträgt.

Ackerbauern, Bauern, Pächter und ständige Knechte gab es 261 453 oder 15,89 Prozent aller Erwerbsthätigen. Zu diesen Viehzüchtern und Ackerbauern müssen aber noch mindestens 90 Prozent der 342 493 Tagelöhner ohne ständige Beschäftigung gerechnet werden, Saisonarbeiter, welche 20,81 Prozent aller Erwerbsthätigen ausmachen, und welche zur Zeit der Ernte und Schafschur (September bis Mai) Arbeit finden, dann aber zum größten Theile brachliegen. Ihre Zahl hat in fünfundzwanzig Jahren um 108,85 Prozent zugenommen, während die Einwohnerzahl in derselben Periode um 127,7 Prozent gewachsen ist. Das rapide Anwachsen dieses wandernden Landproletariats, aus dem sich das stetig zunehmende Heer der Viehdiebe und Räuber rekrutirt, macht den Behörden große Sorgen. Es besteht zum größten Theile aus eingewanderten Italienern und deren Nachkommen.

Der Volkszählung von 1895 nach betrug die Zahl der bei der Industrie und in Gewerben Beschäftigten 366 087 Menschen oder 22,24 Prozent aller Erwerbsthätigen über vierzehn Jahren.

Nach den Angaben der Fabrikanten vom Dezember 1898 war die hauptstädtische Industrie in zehn Jahren von 6500 Fabriken und Werkstätten mit 42 000 Arbeitern auf 24 000 solcher mit 215 000 Arbeitern angewachsen, und das Anlagekapital betrage nun 471 Millionen Papierpesos, etwa 235 Millionen Dollars. Der Volkszählung nach waren bei der Industrie 180 730 Frauen beschäftigt, also 42,37 Prozent aller bei der Industrie und den Gewerben überhaupt Thätigen.

Ueber die Kinderarbeit schweigt sich der Zensus aus. Sie ist aber außerordentlich stark entwickelt, wie schon aus dem Schulzensus hervorgeht, wonach im ganzen Lande 498 862 oder 56,80 Prozent aller Kinder von sechs bis vierzehn Jahren überhaupt keine Schule besuchen, welche Zahlen in der Hauptstadt 23 828 oder 20,30 Prozent betragen. Dabei ist zu bemerken, daß die größte Zahl der als die Schule besuchend aufgeführten Kinder lediglich auf dem Papiere stehen, wie es nicht anders sein kann in einem Lande, in welchem den Schullehrern das Gehalt stets von zwei bis zwanzig Monaten geschuldet wird und die öffentlichen Kassen so schamlos bestohlen werden, wie in Argentinien.

Schutzzölle, inkonvertibles Papiergeld, Frauen- und Kinderarbeit, sie haben unstreitig auf der Ausstellung bewiesen, welche Riesenfortschritte die Industrie in der Hauptstadt macht, nachdem die alten Manufakturen in den Provinzen, namentlich die Handweberei, Gerberei, Sattlerei u. s. w. mit der Entwicklung des Eisenbahnnetzes von der Konkurrenz vernichtet worden sind, derartig, daß z. B. die Zahl der Weber trotz der neuen Baumwollen- und Wollenfabriken in der Hauptstadt von 1869 bis 1895 von 94 032 Köpfen (alles Frauen) auf 39 380 zurückgegangen ist.

Da die Einfuhrzolleinnahmen seit 1891 so stark zurückgegangen sind, hat die bankerotte Regierung ihre Zuflucht nun zu ungeheuer hohen Fabrikatsteuern genommen, so auf Alkohol, Bier, Wein, Zündhölzer, Tabak, Oel, Spielkarten, Zucker, Mützen und Hüte (letztere eine wahre Kopfsteuer, die für den armen Mann 100 Prozent beträgt, für den Reichen aber nur 10 Prozent) und welche

in dem diesjährigen Budget mit 38,45 Millionen Papiergeld (etwa 20 Millionen Dollars) angesetzt sind.

Augenblicklich wendet sich europäisches und nordamerikanisches Kapital hier der Baumwollenkultur und Industrie zu. Im September ward die erste Probe Rohwolle exportirt und wurde in Manchester der langen Georgia gleich geachtet. In Cordoba baut eine amerikanische Gesellschaft eine auf Wasserkraft und elektrische Kraftübertragung begründete großartige Baumwollenspinnerei, und ein belgischer Fabrikant stellt eine ähnliche Fabrik am Rio Parana auf.

Natürlich baut sich diese rapid zunehmende industrielle Thätigkeit auf der unbeschränktesten Ausbeutung der Arbeitskräfte auf. Es giebt hier keinerlei Restriktion irgend welcher Art der Profitgier der Herren Fabrikanten gegenüber, keinerlei gesundheitspolizeiliche, sicherheitspolizeiliche oder sittenpolizeiliche Gesetze, die der Ausbeuterwuth des Kapitals einen Damm entgegensetzten. Und der Widerstand der Arbeiter selbst ist noch sehr schwach, ihre gewerkschaftlichen Organisationen immer noch wenig ausgebaut.

Die sozialistische Arbeiterpartei in der Hauptstadt, die 1896 für ihre Kandidaten zu Kongreßdeputirten nur 89 Wähler gestellt hatte, hat im Jahre 1897 die Zahl auf 1896 erhöhen können. Immer noch eine sehr geringe Zahl für eine so bedeutend gewerblich thätige Großstadt wie Buenos Ayres. Das Erfreuliche ist bei der hiesigen Bewegung, daß es gerade geborene Argentiner sind, weniger Ausländer, die sich am lebhaftesten heute an der Agitation betheiligen.

Der drohende Krieg mit Chile ist in der elften Stunde noch durch die Intervention der englischen und amerikanischen Diplomatie vermieden worden. Man hat den Herren Südamerikanern begreiflich gemacht, daß man ihnen allerdings gestattet, Hunderte von Millionen für Waffen und Schiffe in Europa und in den Vereinigten Staaten auszugeben, nicht aber diese Artikel bei ihren internationalen Eifersüchteleien auch zu gebrauchen, höchstens zum Niederschießen ihrer eigenen Mitbürger, wie augenblicklich wieder in Ecuador, Bolivia und Uruguay geschieht, das die Argentiner nicht zur Ruhe kommen lassen.

Literarische Rundschau.

Karl Söhle, Musikantengeschichten. Mit Titelbild von J. V. Cissarz. Verlegt bei Eugen Diederichs, Florenz und Leipzig 1898.

Wer dieses Buch gelesen hat, begreift plötzlich den Ausspruch, daß die Musik den Deutschen in Fleisch und Blut übergangen ist wie keinem zweiten Volke. Nur eine innerlich durch und durch musikalische Natur konnte diese Musikantengeschichten schreiben, und nur ein Musiker, der deutsch empfindet, konnte im deutschen Volksleben die musikalischen Quellen bloslegen, aus denen ursprüngliche Schöpferkraft und nachempfindendes Verständniß entspringen. In dem Stückchen: „Die Orgelweihe“, auf das sich die in ihrer schlichten Einfachheit ungemein wirkungsvolle Zeichnung von Cissarz bezieht, lernt man so recht das tiefe musikalische Empfinden kennen, das sich durch die kleinsten Städte und Dörfer zieht, seinen lebhaftesten Ausdruck, gleichsam seine Verkörperung in jenen Intelligenzen findet, die sich durch die Kunst aus der traurigen Wirklichkeit in ein schöneres Reich hinüberretten wollen. Der Amtsgerichtsrath, der in einem entlegenen Neste mit vier zusammengewürfelten Genossen musikalische Abende voll Weihe und Begeisterung veranstaltet, der Dorfschullehrer, der den stundenlangen Weg in die Stadt macht, um einmal Bülow dirigiren zu sehen, sie sind getreu geschaute und liebevoll erfaßte Menschen. Ganz wunderbar ist es, wie Söhle in seine Erzählungen Analysen bekannter Tonwerke einzuflechten

weiß. Er macht das nicht wie ein Anatom, der das lebendige Fleisch wegschneidet und nichts übrig läßt, als das Gerippe erstarrter Kunstformen, auch nicht wie unsere allerneuesten Gefühlskritiker, die den Schulmeister prügeln, bevor sie etwas bei ihm gelernt haben. Söhle geht allerdings auch auf die Stimmungen, in die der Hörer versetzt wird; aber der Hörer ist bei ihm immer ein Mensch, der auch die Form des musikalischen Kunstwerks beherrscht und dem in Folge dessen Form und Inhalt zu einer Einheit verschmelzen. Wir müssen es uns leider versagen, die ganze Analyse der dritten Symphonie von Beethoven herzusetzen, wie sie in der Geschichte „Eroica" so reizvoll gebracht wird: nur ein Stückchen wollen wir geben. Der erste Satz ist beendet. „Nun des Trauermarsches erhabene Todtenklage. Der Klang der Oboe wie ergreifend, wie jungfräulich keusch: eine blonde Germanentochter folgt der Heldenleiche. Im lichten C-dur des Trios verzieht sich für eine Weile das schwarze Gewölk. Warme Sonnenstrahlen fallen auf den Sarg, auf Helm und Schild. In die Gruft langsam hinabgesenkt wird der Sarg. O Ewigkeit, du Donnerwort! Dies irae, dies illa! Alle Schrecken des Weltgerichts nun im erschütternden Fugensatz ohnegleichen. Tief in die Seele bohren die Hörner- und Trompetenstöße. Lange in fürchterlichstem Ringen alle Licht- und Nachtgewalten. Der Sieg des Guten kündigt sich an. Entschieden ist's. In der Tiefe purpurne Nacht zurückgeschleudert die Dämonen. Gräßliches Durcheinander, grausiger Sturz. Erschüttert hingesunken am Grabe des Helden ein ganzes Volk. Feierlicher Glockenklänge Trost. Friede naht in linden Ruhewellen. Friede, Ruhe. In Millionen Sternen unendlicher Liebe sel'ge Gewißheit. Nicht stirbt, wer Großes vollbracht. Gute That lebt fort, in Keim und Knospen neu ergrünend, in Blüth' und Samen fort und fort. — So wogen Phantasiebilder, eines das andere überstrahlend, dem verzückten Schulmeister durch den fieberheißen Kopf."

An dieser Probe schon kann man sehen, welch Meister Söhle in der Kunst ist, Musik in Gefühle, Gefühle in Worte umzusetzen. Nebstdem ist er auch ein guter Erzähler: selbst schwächere Stücke der Sammlung, wie „Heldentenor", vermag er durch feine Ausarbeitung zur vollsten Geltung zu bringen. Möge sein Buch viele Leser finden: musikalische werden sich freuen, ihre eigenen Empfindungen zum Ausdruck gebracht zu sehen, unmusikalische gewinnen an ihm einen vortrefflichen Menschenschilderer und einen zuverlässigen Weiser für das ihnen bisher unbekannte Zauberland der Musik.

D. B.

E. G. Zoccoli, **Friedrich Nietzsche.** La Filosofia religiosa. — La Morale. — L'Estetica. Modena 1898, Vicenzi.

Der Autor will uns einen systematischen Ueberblick der Werke Nietzsches geben eine nicht gerade leichte Aufgabe bei der Eigenart des Nietzscheschen Gedankengangs, die Aphorismen und Sentenzen liebt und glänzende Wendungen und gewaltige Bilder einer strengen Argumentation vorzieht. Dennoch scheint uns der Versuch des Autors im Ganzen geglückt; es ist ihm gelungen, die Lehren des Zaubers zu entkleiden, der von der Macht des Stils und der bizarren Originalität der Ideen ausgeht, und sie in ihrer Nacktheit vor uns zu stellen. Wir wünschen der Arbeit ein großes Publikum unter denen, die in Italien wie anderswo wie hypnotisirt durch den Glanz der Form und die Tollkühnheit des Gedankens in dem Bannkreis der Nietzscheschen Ideen stehen. Freilich wird ihnen durch die hier zu besprechende Arbeit nicht viel zu helfen sein, denn die Thatsache, daß sie die unwissenschaftlichen Doktrinen Nietzsches überhaupt annehmen, beweist eben, daß auch sie an der intellektuellen Krankheit des Meisters leiden.

Denn Nietzsche stellt nur den höchsten Ausdruck einer pathologischen Geistesrichtung dar, die in der modernen Gesellschaft Boden gewinnt, nicht eine isolirte Erscheinung. Ein schwacher Punkt der Arbeit Zoccolis liegt unseres Erachtens darin, diese Bedeutung verkannt zu haben. So ist das Kapitel, das die Umgebung und die äußeren Verhältnisse behandelt, unter deren Einfluß sich Nietzsches Persönlichkeit formte, vollständig unzulänglich. Der große Widerhall, den der Nietzschesche

Gedanke trotz seiner Anomalie in gewissen Kreisen fand, hätte den Autor überzeugen sollen, daß dieser moderne Denker nur einen pathologischen Geisteszustand eines Theils unserer decadenten Bourgeoisie integrirt und auf die Spitze treibt. An der Hand der Kritik, die er im Laufe seiner Arbeit so gut anzuwenden versteht, hätte er, gestützt auf die neuen Studien auf dem Gebiet der psychischen Pathologie, uns wahrlich ein wahreres Bild geben können, als er thut. Immerhin hat das Buch Zoccolis nicht zu unterschätzenden Werth durch die Analyse und synthetische Zusammenfassung der Nietzscheschen Philosophie, die mit großer Billigkeit und logischer Strenge durchgeführt ist. Der Autor bedient sich dabei einfach der Worte Nietzsches selbst, die er aus den verschiedenen Werken zusammenträgt, coordinirt und paraphrasirt, um aus ihnen einen logischen oder philosophischen Grundgedanken abzuleiten. Diese Methode ist äußerst wirksam und wenn sich etwa Jemand finden sollte, der den Werken Nietzsches einen wirklich philosophischen Werth zuschreibt, so kann die Arbeit Zoccolis ihn von seinem Irrthum belehren, obwohl sie reich ist an Zeugnissen für die gewaltige Intelligenz des unglücklichen Denkers. Eine große Intelligenz ist nicht nothwendig eine logische und gesunde. Wenn es wirklich, wie man mich versichert, in Deutschland unter der akademischen Jugend Sozialisten giebt, die die Theorie Nietzsches anerkennen, so möchte ich ihnen die Lektüre des Zoccoli rathen: vielleicht würde der Blick auf die nach der Abschälung der verführerischen Form bleibende Substanz sie bestimmen, der widernatürlichen Vermischung unvereinbarer Weltanschauungen ein Ende zu machen. G. L.

Feuilleton.

Wenn die Wildgänse ziehen.

Eine skizzirte Erzählung von **Henrik Pontoppidan**.

(Schluß.)

V.

Adolf wanderte gedankenvoll heim. Er machte sogar einen Umweg und durchschritt etliche Seitengassen — obgleich es ein dunkler, nebeliger Abend war. Jedoch nicht allein der Abschied vom Freunde war es, der ihn so sehr beschäftigte; es waren ebenso sehr seine eigenen Verhältnisse und seine eigene Ehe, die seine Gedanken während dieser einsamen Wanderung in Anspruch nahmen. Felix' gewaltige Leidenschaft, die gleichsam die Luft um ihn herum erhitzt hatte, der Anblick der geöffneten Reisekoffer, das Klingeln der elektrischen Hotelglocken — das alles hatte eine Unruhe in ihm hinterlassen, die ihn selber entsetzte.

Als er endlich Mon Coeur erreichte und vor dem weiß angestrichenen Gitter stand, kam ihm der Garten zum ersten Male etwas klein vor; und es fiel ihm auf wie spielzeugartig klein die ganze Villa im Vergleich zu den vierstöckigen Häusern aussah, die in letzter Zeit um dieselbe herum entstanden waren. Zum ersten Male genirte es ihn auch, daß er nicht im Vorzimmer den Ueberzieher ausziehen konnte, ohne die Knöchel an der Wand zu stoßen.

Drinnen in der innersten Herzkammer saß seine Frau und nähte an einem alten, ausgetretenen Morgenschuh. Auch dieser — ihm sonst nicht ungewohnte — Anblick verletzte ihn heute. Und zu allem Unglück begann Leopoldine auch noch sofort, sich recht mißbilligend über sein langes Ausbleiben zu äußern.

„Liebe Dina", sagte er mit einer für ihn ungewohnten Bestimmtheit, „Du mußt wirklich verzeihen, daß ich in einer so wichtigen Angelegenheit nicht auf die Zeit Rücksicht nehmen kann. . . . Ueberhaupt . . . . es liegt etwas Unbehagliches . . . . etwas Hemmendes darin, sich immer so kontrollirt zu wissen. Du

würdest mir einen Gefallen thun, liebe Dina, wenn Du Dir das abgewöhnen wolltest."

Ohne sich im Geringsten um das Erstaunen zu kümmern, mit dem Dina ihn bei diesen Worten betrachtete — sie ließ den Schuh dabei in den Schoß sinken — begann er das Resultat seines Besuchs beim Freunde zu erzählen.

„Leider war da nichts auszurichten", sagte er mit einem — verhältniß-mäßig mild bedauernden — Achselzucken. „Es ist ja auch so eine eigene Sache, sich in derlei Dinge zu mischen. Man kann ja — als Außenstehender — schwer-lich den Werth der Beweggründe beurtheilen, die — —"

„Ich will nicht hoffen, daß Du — —"

„Keineswegs, liebe Dina! Ich meine nur, daß man doch — bis zu einem gewissen Grade — gezwungen ist, das Recht der Leidenschaften — der großen Gefühle anzuerkennen."

„Recht?" wiederholte Dina mit ihrer groben Stimme. „Frau und Kinder im Stiche zu lassen .... und obendrein noch um eines solchen Frauenzimmers willen. Eine Trödlerstochter!"

„Ja, meine Liebe — man ist wohl geneigt, in solchen Dingen die Be-deutung der Standesunterschiede zu überschätzen. In Liebesaffären, meine Gute, gelten Jugend und Schönheit nun einmal mehr, als selbst ein Gräfinnentitel."

Dina sagte nichts weiter. Sie war eine verständige und erfahrene Frau und hatte bald begriffen, was ihrem honetten Adolf zu Kopfe gestiegen war. Es wurde dann auch nicht weiter über die Sache gesprochen. Adolf setzte sich mit einer Zeitung an den Tisch und zum ersten Male in den elf Jahren herrschte in den fünf kleinen Herzkammern eine schwüle, gewitterschwangere Stimmung.

VI.

Adolf war nahe daran, an dem Ungewohnten der Situation Freude zu haben. Die Elektrizität, die in der Luft lag, kitzelte sein Selbständigkeitsgefühl. Er dachte im Stillen, daß er eigentlich gar nicht für eine so zahme und wohl-geregelte Ehemannsexistenz geschaffen sei. Auch in ihm schlummerten gewaltige Leidenschaften, starke, ja wilde Triebe, die zu unterdrücken er sich vielleicht allzu-große Mühe gegeben hatte. Felix hatte bis zu einem gewissen Grade recht. Auch derjenige, der Frau und Kinder besaß, durfte Forderungen stellen in Bezug auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Und was ihn anbetraf, so war er ja noch — genau so, wie Felix — im Besitz seiner vollen Manneskraft. Noch vor wenig Tagen hatte eine Dame zu ihm gesagt, daß er höchstens fünfunddreißig Jahre zählen könne.

Er begann an diese Dame — ein junges, üppiges Fräulein — zu denken, die einem Konditorladen im Westen der Stadt vorstand, den er ab und zu auf dem Heimweg aufsuchte, um Dina und den Kindern etwas Konfekt mitzubringen. Er glaubte wohl, sagen zu dürfen, daß er dieser Dame nicht ganz gleichgiltig sei. Allerdings hatte er niemals bei den kleinen Annäherungsversuchen die Rück-sicht vergessen, die er seiner Frau schuldete, sich aber doch etliche Male, wenn sie allein im Laden waren, einige dreiste Scherze mit ihrer Hand erlaubt, ja gelegent-lich sogar ihren runden Arm gestreichelt, ohne daß sie ihm das übel genommen hatte.

Unwillkürlich verglich er dieses junge Mädchen mit Leopoldine, deren grandiose Gestalt er über dem Zeitungsrand erblicken konnte, und zum ersten Male fiel es ihm auf, wie alt sie in der letzten Zeit geworden war und wie grau! Die dunkle Warze auf der Wange, die er in den jungen Tagen seiner Liebe einen Schönheitsfleck genannt hatte und worauf es ihm einmal geglückt war, ein

wirklich gelungenes Sonett zu machen, stand ihr eigentlich jetzt nicht mehr. Und leugnen konnte man ja nicht, daß sie bisweilen .... eigentlich ziemlich oft .... ein wenig .... ja sogar ganz außerordentlich unvernünftig war.

VII.

Jetzt läutete es im Vorzimmer, und einen Augenblick später erschien das Dienstmädchen und überreichte der Frau die Abendpost, die aus einem Wochenblatt für Hausfrauen und einem Briefe bestand, bei dessen Anblick Dina plötzlich erröthete. Mit rascher Bewegung verbarg sie denselben in der Zeitung, worauf sie — etwas nervös — mit dem Mädchen einige Hausstandsangelegenheiten besprach.

Adolf war von seinen eigenen Gedanken allzu sehr in Anspruch genommen, als daß dieser Brief seine Aufmerksamkeit, geschweige denn sein Mißtrauen hätte erregen können. Dagegen sagte er, sobald das Mädchen sich entfernt hatte:

„Liebe Dina, könntest Du Dich nicht daran gewöhnen, Deine Küchenangelegenheiten an anderer Stelle, als gerade im Wohnzimmer zu erörtern. Das wirkt so unangenehm .... so beengend. Ein Heim ist doch etwas anderes als ein Speisehaus und ein Schlafzimmer."

„Das kann ich gerne", antwortete sie mit der erhabenen Gemüthsruhe, die ihr in großen Augenblicken des Lebens eigen war. „Aber sonst pflegt es Dir ja nicht an Interesse für Küchenangelegenheiten zu mangeln, Adolf .... im Gegentheil."

„Was sagst Du? Was thue ich?"

„Noch gestern batest Du um Erlaubniß, die Frikandellen braten zu dürfen .... und das Haushaltungsbuch führst Du ja auch am liebsten selber."

„Nun ja", antwortete er, während die Röthe auf seinen Wangen zunahm. „Ich will ja so ungerne, daß Du mit Arbeit überbürdet wirst .... das ist die Sache! Ich thue dergleichen wahrlich nicht zu meinem Vergnügen, kann ich Dir sagen. Und es ist nicht gerade hübsch von Dir, meine Aufmerksamkeit mit Spitzfindigkeiten zu lohnen. Ueberhaupt hast Du jetzt eine Art und Weise mit mir zu reden, an die ich mich nicht gewöhnen kann. Ich muß auf das Bestimmteste — — —".

Aber jetzt war Dinas Geduld zu Ende.

„Nun sollst Du den Mund halten", sagte sie in ihrer ehrlichen Art. „Geh' auf Dein Zimmer. Hier will ich Dich nicht haben, wenn Du doch nur quasseln willst."

Wenn sie diesen Ton anschlug, pflegten ihre Worte auf Adolf ungefähr denselben Eindruck zu machen, wie der Anblick eines Stockes auf einen Hund. Aber heute verwandelten sie ihn zu einem Löwen. Er sprang auf und sagte mit zitternder Stimme:

„Ich glaube gar, Du zeigst mir in meinen eigenen Stube die Thüre! Davor solltest Du Dich doch hüten, Dina! Ich könnte vielleicht in einer Weise Gebrauch davon machen, die Du nicht erwartest."

„Das solltest Du in der That thun, lieber Adolf", antwortete Dina, wieder vollkommen ruhig. „Es würde Dir gewiß gut thun."

„Du beliebst zu scherzen, glaube ich. Am Ende beruhigst Du Dich damit, daß ich es nie würde übers Herz bringen können, den entscheidenden Schritt zu thun. Aber Du kennst mich nicht, Dina! Damit Du es nur weißt — ich bin furchtbar, wenn man mich reizt. Dann nehme ich keine Rücksicht.... Dann kenne ich keine Schranken!" —

„Du irrst Dich, lieber Adolf! Ich halte Dich wirklich zu Allem fähig. Aber gerade aus dem Grunde wiederhole ich noch einmal: Du solltest es einmal versuchen. Vielleicht würde es Dir gut thun, Dich ein wenig zu lüften."

„Und das sagst Du?“

„Nun ja — warum nicht?“

Adolf schwieg. Dinas sphinxartige Ruhe machte ihn mißtrauisch. Plötzlich fiel ihm der Brief ein, den sie auf so hinterlistige Art in die Zeitung hineingesteckt hatte — und er ward blaß und steif wie eine Kerze.

„Dina! .... Du hast doch keine Geheimnisse vor mir, sollte ich denken? .... Weshalb siehst Du mich so an? .... Was war das für ein Brief, den Du vorhin verstecktest? .... Du wirst roth! .... Wo ist der Brief? Ich will ihn sehen!“

„Du willst —“

„Ja, auf der Stelle! .... Ich habe ein Recht dazu. Antworte mir! Wo ist er?“

„Nun, wenn Du wirklich ein Recht dazu hast, dann .... habe die Güte. Hier ist er. Es ist eine Kabinetphotographie von mir und Julle. Du hast Dir ja schon so lange ein neues Bild von mir gewünscht. Eigentlich hättest Du es erst Donnerstag zu Deinem Geburtstag haben sollen.... Aber nun hast Du diesmal Deinen Willen gekriegt.“

War Adolf vorhin wie ein Löwe emporgefahren, so sank er jetzt mit einem Ausdruck auf seinen Stuhl zurück, der wirklich am meisten Aehnlichkeit mit einem Schafe hatte.

Mit hervorbrechenden Thränen in den ehrlichen Augen hielt er ihr — nach kurzem inneren Kampfe — beide Hände über den Tisch entgegen und sagte:

„Dina, kannst Du mir verzeihen?“

VIII.

Am nächsten Morgen sah man wieder Adolfs kleine, wohlgenährte Gestalt die alte Königstraße entlang gehen mit der respekteinflößenden Dokumentenmappe unter dem Arme und dem kleinen Schulmädchen an der Hand. Am Nachmittag, auf dem Heimweg vom Kontor, ging er in die Konditorei, um eine doppelte Portion des gewohnten Konfekts für Dina und die Kinder mit heimzubringen; und da das üppige Fräulein gerade allein im Laden war, ließ er sich einen Augenblick am Ladentisch nieder und streichelte ihr zum Abschied väterlich den Oberarm.

Beim Mittagessen sagte Dina:

„Ich habe daran gedacht, Adolf, daß Du, wenn Dein Freund Felix Dir nun schreibt — was er ja wahrscheinlich thun wird — ihm eigentlich gar nicht antworten solltest. Es würde wohl auch am besten sein, wenn Du überall — Deinen Bekannten gegenüber und im Ministerium — durchblicken lassen würdest, daß Du jede Verbindung mit ihm abgebrochen hast. Es könnte Dir sonst leicht in Deiner Karriere schaden.“

„Sehr richtig, liebe Dina! Ich habe selber schon daran gedacht. Menschen, wie Felix, sind in der That gefährlich. Derartige wurzellose Existenzen sind im Grunde verhängnißvoller für die Gesellschaft, als die eigentlichen Verbrecher. Ihre wahre Heimstätte ist wirklich unter Negern und Wilden.“

Und Adolf hielt Wort. Obgleich Felix Brief auf Brief sandte (die er fleißig durchlas) beantwortete er sie doch nicht. Er war ein rechtschaffener Mann. Vor Kurzem ist er denn auch zum Ritter des Danebrogordens ernannt worden. — —

So war und wird in alle Ewigkeit bleiben der ehrenwerthe Mann Adolf.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Die Neue Zeit

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens

Nr. 26. XVII. Jahrgang, I. Band. 1898-99.

Inhalt.

Stuttgart
Verlag v. J. H. W. Dietz
Nachf. (G. m. b. H.)

A. Schuler, chm.

An unsere Leser!

Mit diesem Heft schließt der 1. Band des 17. Jahrgangs der **„Neuen Zeit“.** Wir hoffen, daß unsere Freunde nach wie vor unser Streben unterstützen werden, die „Neue Zeit“ auf dem höchsten Niveau zu erhalten, das die verfügbaren Kräfte und die bestehenden Verhältnisse zu erreichen gestatten. Der Kreis unserer Mitarbeiter, darunter die hervorragendsten Vertreter der Sozialdemokratie aller Länder, ist in stetiger Erweiterung begriffen.

Die „Neue Zeit“ hat Beiträge veröffentlicht von Dr. H. B. Adams-Lehmann (München), Dr. Victor Adler (Wien), Ignaz Auer (Berlin), German Avé-Lallemant (San Luis, Argentinien), P. Axelrod (Zürich), Dr. David Bach, (Wien), Dr. Max Bach (Wien), A. Bebel (Berlin), M. Beer (New York), Eduard Bernstein (London), E. Belfort-Bax (London), E. Berner (Ostrau), Dr. A. Blaschko (Berlin), Wilhelm Blos (Stuttgart), R. Bommeli (Zürich), Ch. Bonnier (Oxford), H. Branting (Stockholm), Dr. A. Braun (Nürnberg), Dr. H. Braun (Berlin), A. Bringmann (Hamburg), Walter Crane (London), H. Cunow (Hamburg), Th. Curti (St. Gallen), Dr. E. David (Mainz), Dr. Sophie Daszynska (Warschau), Ignaz Daszynski (Krakau), G. Deville (Paris), Prof. Dr. A. Dodel (Zürich), Dr. W. Ellenbogen (Wien), A. v. Elm (Hamburg), Fr. Engels, Dr. Paul Ernst (Berlin), Prof. Enrico Ferri (Florenz), O. Geck (Straßburg), C. Gherea (Bukarest), Dr. G. Gradnauer (Berlin), Jules Guesde (Paris), Adolf Hepner (St. Louis), L. Héritier, B. Heymann (Berlin), O. Hué (Essen), Dr. C. Hugo (London), Pablo Iglesias (Madrid), Dr. J. Ingwer (Wien), Prof. A. A. Issaïeff (Petersburg), A. Jacoby (Wien), J. Jaurès (Paris), S. Kaff (Wien), P. Kampffmeyer (Frankfurt), S. Katzenstein (Zürich), M. Kautsky (Wien), Florence Kelley (Chicago), H. van Kol (Haag), Dr. J. R. Krejcsi (Budapest), Dr. B. Kritschewsky (Paris), F. Kunert (Berlin), Prof. Antonio Labriola (Rom), P. Lafargue (Paris), Dr. A. Lampa (Wien), Dr. Hugo Landé (Elberfeld), Otto Lang (Zürich), Peter Lawrow (Paris), G. Lerda, Oda Olberg-Lerda (Lausanne), Fr. Leßner (London), K. Leuthner (Wien), Wilhelm Liebknecht (Charlottenburg), Dr. H. Lux (Berlin), J. R. Mac Donald (London), Eleanor Marx, Karl Marx, Dr. A. Maurizio (Bern), Dr. Franz Mehring (Berlin), Dr. Rudolf Meyer, José Morato (Madrid), William Morris, Ad. Müller (München), Joan Nadejde (Jassy), Dr. Felicie Nossig-Prochnik (Paris), B. Olivetti (Lugano), Parvus Eng. Pernerstorfer (Wien), G. Plechanow (Genf), H. Polak (Amsterdam), Dr. M. Quarck (Frankfurt), Ph. Rappaport (Indianopolis), Dr. S. Rosenfeld (Wien), Emil Rosenow (Dortmund), R. Rüegg (Zürich), Vera Sassulitsch (London), A. Scheu (London), L. Schierk (Brünn), Max Schippel (Berlin), Erich Schlaikjer (Berlin), Therese Schlesinger-Eckstein (Wien), H. Schlüter (New York), Dr. Konrad Schmidt (Berlin), G. Schönfeldt (Hamburg), Dr. Bruno Schönlank (Leipzig), H. Schulz (Erfurt), Robert Schweichel (Berlin), Dr. Ferd. Simon (Zürich), Helene Simon (Karlsruhe), A. Smital, F. A. Sorge (Hoboken), J. Stern (Stuttgart), H. Ströbel (Kiel), P. Struve (Petersburg), Dr. Alb. Südekum (Nürnberg), B. Tag (Wien), J. Timm (München), P. J. Troelstra (Utrecht), Dr. Emil Vandervelde (Brüssel), Dr. E. Vinck (Brüssel), W. H. Vliegen (Rotterdam), Heinrich Vogel (Berlin), G. Vollmar (München), Beatrice Webb, Sidney Webb (London), Dr. Edm. Wengraf (Wien), O. Wittelshöfer (Wien), Dr. L. Woltmann (Elberfeld), Dr. Ignaz Zadek (Berlin), Julie Zadek-Romm (New York), Klara Zetkin (Stuttgart), Dionys Zinner (Winterthur) u. A.

Abonnements-Bedingungen.

Die „**Neue Zeit**“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Das Jahres-Abonnement beträgt Mk. 13.—

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25.

Bei direktem Bezug unter Kreuzband
innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90,
innerhalb des Weltpostvereins . . . . Mk. 4.55.

Die „**Neue Zeit**“ ist im Reichspost-Katalog für 1899 eingetragen unter Nr. 5318, im Württembergischen Katalog unter Nr. 231.

Einband-Decken für Halbjahrsbände sind angefertigt in Halbfranz, Preis Mk. 1.50, in Ganzleinen 70 Pfg.

Alle Zusendungen an die **Redaktion** der „**Neuen Zeit**“ sind an **Karl Kautsky, Berlin-Friedenau,** Hauff-Straße 11, zu richten.

Der Verlag der Neuen Zeit.

Verzeichniß der in der Redaktion eingelaufenen Druckschriften.

(Die wichtigsten derselben werden in der „Literarischen Rundschau“ besprochen.)

Mouvement socialiste, Le, Revue bi-mensuelle internationale. No. 1—3. Paris, Libraire G. Bellais, France 40 Cent. Ausland 50 Cent.

Museum, Das, Eine Anleitung zum Genusse der Werke bildender Kunst, von W. Spemann. IV. Jahrg. 6. und 7. Lieferung. Berlin und Stuttgart, Wilhelm Spemann. Jedes Heft kostet 1 Mk.

Pfeifer, Martin, Der Patriot. Volksstück in vier Aufzügen. Berlin, Dramaturgisches Institut. Abtheilung III.

Schippel, Max, Gewerkschaften und Koalitionsrecht der Arbeiter. Berlin, „Vorwärts“. 48 S. 25 Pf.

Steiner, Hugo, Versorgung. Drama in drei Akten. Berlin, Dramaturgische Gesellschaft.

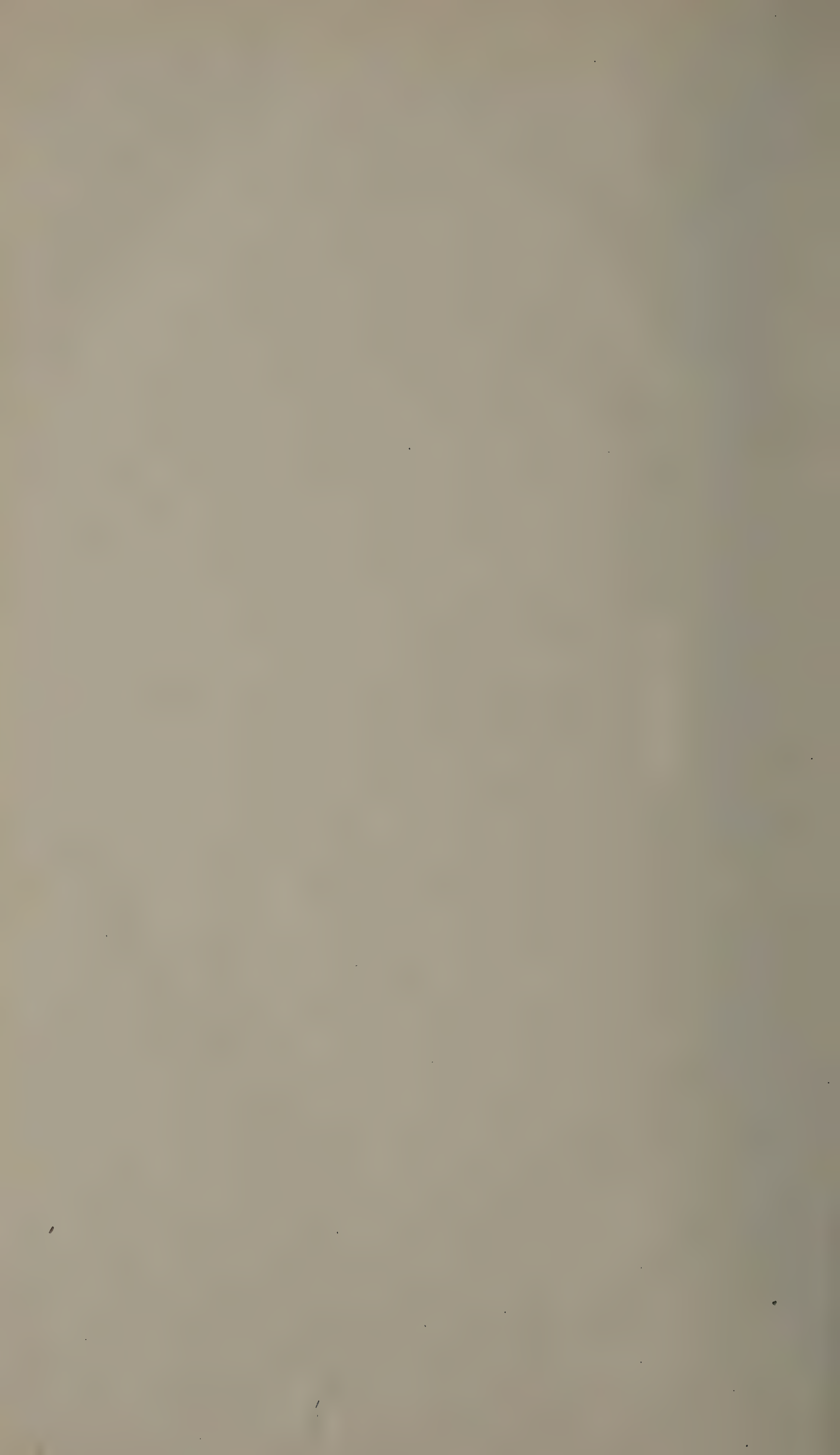
Stöcker, Helene, Das Mädchengymnasium im preußischen Abgeordnetenhause. Rede, gehalten in der Protestversammlung des Vereins Frauenstudium am 18. Mai 1898. Verlag der „Frauenkorrespondenz“. Berlin W., Kurfürstenstraße 148.

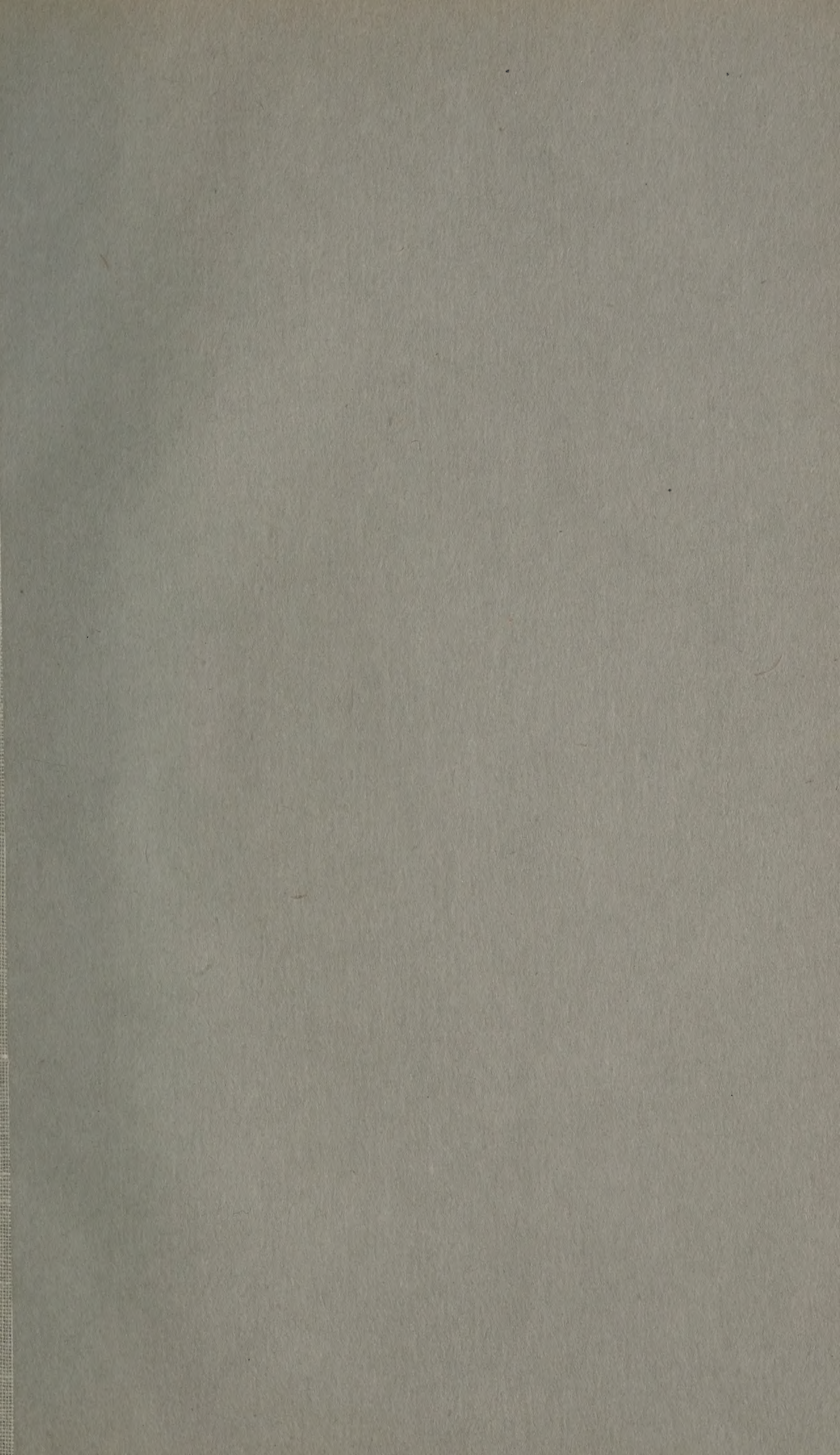
Vandervelde, Emile, L'influence des Villes sur les campagnes. Monographies locales: La Hulpe — Rixensart — Genval. Bruxelles, au siège de l'Institut. 45 S.

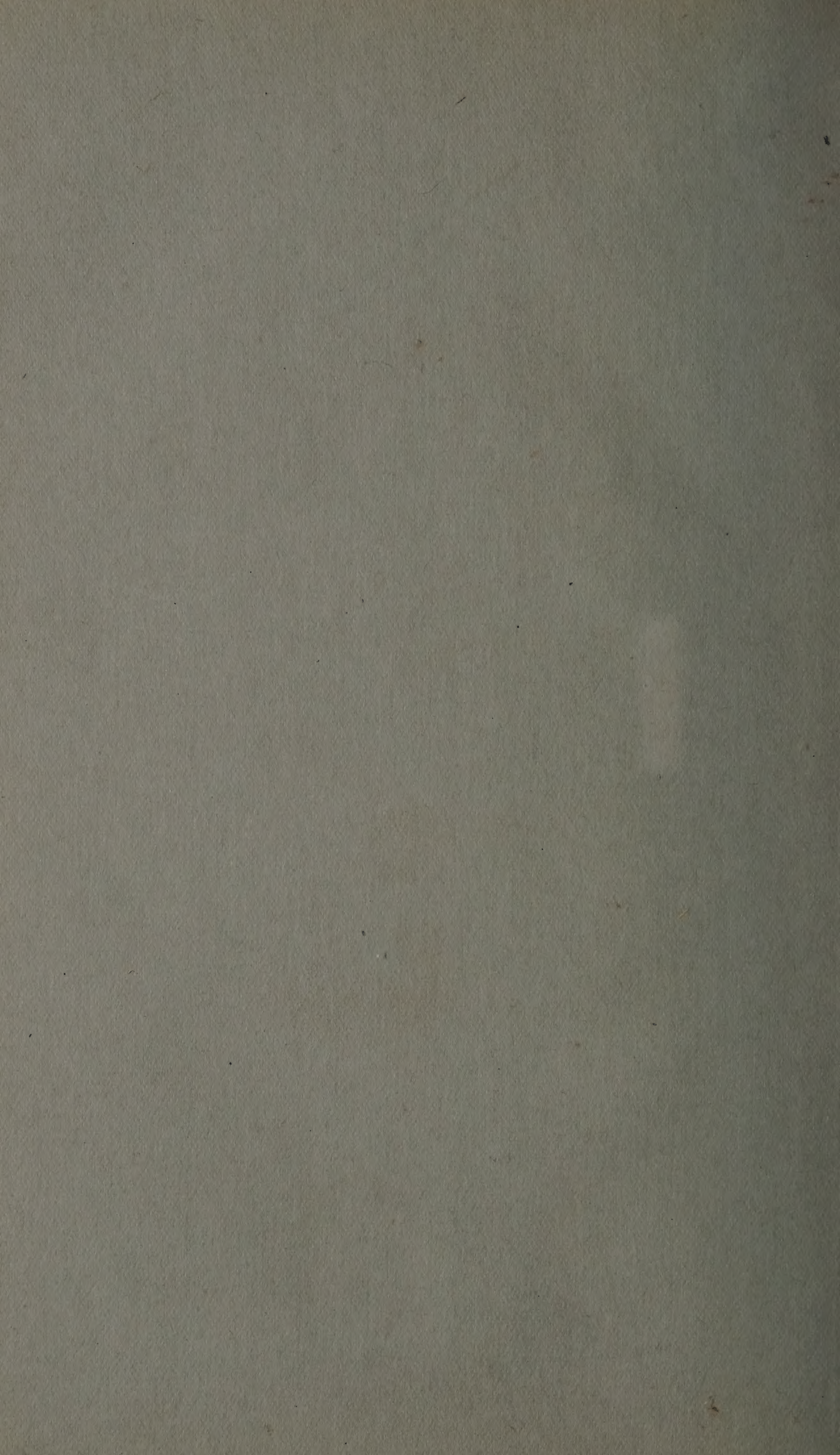
Wagener, Bruno, Heilandsliebe. Ein soziales Drama. Leipzig, Wilhelm Friedrich. VIII und 76 S. 1,50 Mk.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.) in Stuttgart.










UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077837307